Die Internationale. Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus

Verlag Neue Kritik Frankfurt/Main 1972

**Ich widme diesen Band meinem Vater S a m u e l F l e m i n g,
der in dem Zeitraum, als ich diesen Band digitalisierte,
am 6. Dezember 2022 im Alter von 92 Jahren verstarb.**

Die Internationale. Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus

Begründet von Rosa Luxemburg und Franz Mehring
Herausgegeben von der Zentrale der Kommunistischen. Partei Deutschlands
(Sektion der Kommunistischen Internationale)
Jahrgang 10 / 1927
Zentrale für Zeitungsverlage G. m. b. H., Berlin C 25
Kleine Alexanderstraße 29

OCR-Texterkennung Max Stirner Archiv Leipzig – 18.12.2022

Die Internationale
Jahrgang 9 * Berlin, den 10. Januar 1927 * Heft 25

Neue Erscheinungen in der sozialdemokratischen Außenpolitik

σ B e r l i n, 10. Januar 1927.

„Man muß zunächst erkennen, daß die Demokratisierung des Völkerbundes nicht etwa schon darin besteht, daß die Opposition Delegierte erhält oder daß die Organisation des Völkerbundes selbst ‚demokratischer' gestaltet wird, sondern daß sie die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat in jedem oder mindestens in den wichtigsten Völkerbundsstaaten voraussetzt. Und zweitens ist zu beachten, daß auch diese Machtstellung des Proletariats allein noch nicht genügt, sondern nur dann, wenn das zur Herrschaft gelangte Proletariat zugleich von klassenrevolutionärer Gesinnung ist ..." „Infolge des Klassencharakters des Staates haben, solange die besitzende Klasse den Staat beherrscht, auch diese Klassen die Herrschaft im Völkerbunde, woran gar nichts ändert, wenn sie aus innerpolitischen Rücksichten den oppositionellen Parteien oder gar der Sozialdemokratischen Partei Delegiertenmandate überlassen. Und solange das kapitalistische System besteht, wird jeder Staat notwendig Träger der Kapitalexpansion seines Wirtschaftsgebiets, d. h. Träger einer imperialistischen Politik sein, die von Kriegsrüstung und schließlichem Krieg untrennbar ist."

Die soeben zitierten Sätze stammen aus dem Leitartikel der „Leipziger Volkszeitung" vom 24. Dezember 1926. Der Verfasser des Artikels, betitelt „Völkerbund und Völkerfriede", ist Max Adler, Wien. Es handelt sich hier aber nicht um einen austromarxistischen weißen Raben im Blätterwald der linken SPD, sondern in den letzten Wochen brachte die „Leipziger Volkszeitung noch mehrere andere bemerkenswerte außenpolitische Artikel, die ungefähr dieselbe Linie einhalten. Besonderes Aufsehen machte ja der Artikel „Paris – Berlin – Moskau" in der Silvesternummer der „Leipziger Volkszeitung". Wir konstatieren die Tatsache eines solchen außenpolitischen Umschwungs der deutschen „linken" Sozialdemokratie. Wir kennen die Ursachen, die zu der Wendung geführt haben, und wir machen uns darum auch keinerlei Illusionen über den Willen zur politischen [770/2] Tat, der hinter den „marxistischen" Neuentdeckungen der linken SPD-Führung steht. Es war bisher das Verhängnis der „linken" SPD, daß sie in allen außenpolitischen Fragen sich widerstandslos der Führung der Breitscheid und Hermann Müller beugte. Der Breitscheidsche „Pazifismus" und der Völkerbundsrummel waren auch für die linken SPD-Führer maßgebend. Einige schüchterne Einwendungen, die gelegentlich in Paul Levis Korrespondenz auftauchten, konnten daran nichts ändern. Das marxistische Abc lehrt aber, daß die Außenpolitik eines Staates von seiner Innenpolitik nicht zu trennen ist. Die linken Sozialdemokraten trieben eine schwächliche Opposition gegen die Bourgeoisie und gegen die rechten SPD-Führer in den Fragen der Innenpolitik. Sie schwiegen oder sie stimmten zu in den Fragen der Außenpolitik. Damit wurde ihre innenpolitische Opposition ebenfalls annulliert. Man kann nicht die Regierung Marx in der Person der Minister Brauns und Geßler angreifen und zugleich in der Person von Stresemann verehren. Das sozialdemokratische Vertrauensvotum für die Außenpolitik der deutschen Bourgeoisie zog automatisch die Zustimmung zu ihrer Innenpolitik nach sich.

Die Masse der sozialdemokratischen Arbeiter ließ sich die Außenpolitik ihrer Partei gefallen, solange Deutschland das Objekt der Weltpolitik war. Der sozialdemokratische Durchschnittsarbeiter fürchtete in den Jahren 1920-24 nichts so sehr wie die Revanchepläne der Deutschnationalen. Er glaubte, daß eines Tages die vaterländischen Verbände einen neuen Krieg mit Frankreich oder mit Polen heraufbeschwören würden. Rein gefühlsmäßig wehrte sich der SPD-Arbeiter gegen das Gespenst des neuen Krieges. Wenn die SPD-Führer demgegenüber Unterwerfung unter die Entente, Erfüllungspolitik und Eintritt in den Völkerbund predigten, so klammerten sich die SPD-Arbeiter an diese Formeln. Sie empfanden sehr gut, daß die Erfüllungspolitik aus ihren eigenen Taschen bezahlt wurde, sie liebten die Drahtzieher des Völkerbundes wirklich nicht; aber es war alles immer noch besser, als wiederum „siegreich Frankreich zu schlagen".

Die Situation mußte sich ändern, sobald den sozialdemokratischen Massen der veränderte Charakter der deutschen Außenpolitik 1925-26 klar wurde. Die deutsche Bourgeoise ist heute nicht mehr die

Dienerin der Entente, sondern sie wird eine neue, selbständige, imperialistische Kraft. Deutschlands Eintritt in den Völkerbund ist nur in sehr bedingtem Sinne eine Kapitulation vor der Entente und ein Abschwören des Revanchegedankens. In erster Linie ist Stresemann nach Genf gegangen, um Deutschland als aktiven Teilhaber bei allen kapitalistischen Weltauseinandersetzungen wieder einzuschalten. Schon spricht man von neudeutscher Kolonialpolitik; deutsche Marokkointeressen tauchen wieder auf. Die deutschen Trusts versippen sich mit dem englischen, französischen und amerikanischen Großkapital. Deutschland ist nicht mehr das Aschenbrödel der Weltpolitik wie 1920, sondern ein von allen Seiten gesuchter Teilhaber. Die Formel der deutschen Außenpolitik ist nicht mehr Friede [771/3] und Unterwerfung um jeden Preis, sondern Beteiligung an allen Raubzügen, die der moderne Kapitalismus versucht.

Das alles konnte auf die Dauer die SPD-Führung ihren Anhängern nicht vorenthalten. Zwar versuchen Leute, wie Breitscheid und Hermann Müller, so weiter zu reden, als hätte sich nichts geändert. Sie schimpfen unentwegt auf die deutschnationalen „Friedensstörer“ und beteuern, daß nur der Völkerbundspazifismus den Massen Ruhe und Frieden verbürgen könne. Dieser Typus sozialdemokratischer Führer wagt es sogar, das mitteleuropäische Eisenkartell als einen Fortschritt für die Arbeiterklasse, als eine Art von Sieg des sozialistischen Gedankens hinzustellen, weil auf diese Weise die deutschfranzösische Verständigung und der „wirtschaftliche Fortschritt“ gesichert würden. Die Masse der sozialdemokratischen Arbeiter empfindet eine solche Philosophie als reinen Hohn. Die SPD-Arbeiterschaft fühlt, daß der deutsche Kapitalismus wieder sehr schlagfertig geworden ist, daß er auf neue Abenteuer ausgeht, daß die deutsche Außenpolitik die notwendige Ergänzung der Innenpolitik ist, daß im Völkerbundssaal in Genf keine Hirtenschalmeien geblasen, sondern mörderische Kriege vorbereitet werden.

Breite Massen der SPD-Arbeiter erkennen ferner, daß die sogenannte Westorientierung der deutschen Außenpolitik den Gegensatz zu Sowjetrußland in sich schließt, daß Deutschland seit Locarno an der Einkreisung der russischen Arbeiter- und Bauernregierung aktiv mitwirkt. Ein großer Teil der SPD-Arbeiter will keine Politik, die sich gegen Sowjetrußland richtet. Das zeigte sich bei dem Auftreten der sozialdemokratischen Rußlanddelegierten und in der Haltung der großen SPD-Fraktion auf dem Kongreß der Werktätigen. Im Zeitalter des neudeutschen Imperialismus kann man den Massen nicht mehr einreden, daß man im Interesse des „Friedens“ die Politik der Bourgeoisie unterstützen müsse. Es bleibt nur zweierlei übrig: entweder erklärt die SPD-Führung ihre Solidarität mit der Bourgeoisie schlechtweg, ganz gleich, ob die Bourgeoisie die Arbeiter zum Krieg oder zum Frieden bringt. Das ist der zynische Standpunkt der Hermann Müller. Oder aber man beginnt langsam und zaghaft gegen die Außenpolitik der deutschen Bourgeoisie Opposition zu machen. Das versuchen die „linken“ SPD-Führer seit, einigen Wochen.

Es ist eigentlich sehr spaßhaft, wenn die weisen Männer in der Redaktion der „Leipziger Volkszeitung“ ausgerechnet zu Weihnachten 1926 die marxistische Außenpolitik wieder entdecken und den Arbeitern ein marxistisch sein sollendes Silvesterblei bescheren. Wir wissen sehr gut, woher die späte Erkenntnis kam. Man will den Anschluß bei den linkssozialistischen Arbeitern nicht verlieren. Man will Fühlung mit den radikalisierten Massen behalten, um sie im entscheidenden Moment doch wieder irre leiten zu können. Immerhin ist es ganz nützlich, in der „Leipziger Volkszeitung“ plötzlich all die Tatsachen wiederzufinden, die man jahrelang uns Kommunisten nicht hatte glauben wollen. Feststellungen der kommunistischen Presse [772/4] die tausend Mal bei der SPD, auch bei der linken SPD, ein Hohngelächter erregt hatten, werden nun plötzlich als Neuentdeckungen der „Leipziger Volkszeitung“ aufgetischt. So lesen wir in dem Artikel „Paris – Berlin – Moskau“:

„Polen ist nicht nur der Sporn im Fleische des deutschen Reiches, sondern Polen ist mit dem übrigen Kreis der Randstaaten der Prellbock großbritannischer Interessen gegen die Sowjetrepublik. Hier ist das zweite Glied der britischen Zange in fortwährender Funktion, Richtet sich die italienische Politik gegen Frankreich, so dient Polen insbesondere unter der Herrschaft Pilsudskis als Instrument der englischen Außenpolitik gegenüber dem Sowjetstaat ... Deutschland bleibt nach wie vor die Achse der europäischen Politik. Kein Krieg, der nicht Deutschland unmittelbar berühren würde. Darum liegt nicht nur innenpolitisch, sondern in weit höherem Maße in der Außenpolitik der deutschen Arbeiterklasse ein besonders großes Verantwortungsbewußtsein ob.“

Die „Leipziger Volkszeitung“ empfiehlt als Gegenwartspolitik eine Verständigung zwischen Sowjetrußland, Deutschland und Frankreich, um die englischen Intrigen unschädlich zu machen. Die Westorientierung der Breitscheid und Hermann Müller wird mit folgendem Satz abgetan:

„Die englisch-französisch-deutsche Entente bietet keine Gewähr für den europäischen Frieden, weil dann Deutschland notwendigerweise in Gegensatz zu Rußland geraten muß und eine solche Kombination würde nichts anderes sein als die Basis eines kommenden Krieges zwischen den europäischen Westmächten und Rußland.“

Die linken SPD-Führer gebrauchen diese Formeln, um sich ein außenpolitisches Alibi vor den Arbeitermassen zu verschaffen. Ihre wirkliche Gesinnung ist eine ganz andere. Am 5. Januar 1927 bringt die „Leipziger Volkszeitung“ einen Leitartikel, der sich mit der KPD auseinandersetzt und dabei auf die litauische Frage eingeht. Es wird die Protestaktion der kommunistischen Presse gegen den litauischen Faschismus behandelt. Aber daran hängt die „Leipziger Volkszeitung“ die infame Behauptung, daß die KPD zu den Schandtaten der italienischen Faschisten schweigen müsse, weil Mussolini der engste Verbündete Sowjetrußlands sei. Das ist erstens eine bewußte Lüge; es genügt, einen beliebigen Jahrgang irgendeiner kommunistischen Zeitung durchzublättern, um festzustellen, wie heftig und kompromißlos die KPD selbstverständlich gegen Mussolini Stellung nimmt, Darüber hinaus hat die „Leipziger Volkszeitung“ am 5. Januar 1927 all das vergessen, was sie zu Silvester 1926 ihren Lesern vorlegte. Der Silvesterartikel stellt ganz richtig die Annäherung Englands an Mussolini fest und zugleich den tiefen Gegensatz zwischen England und Sowjetrußland. Wenn Mussolini heute der Verbündete Chamberlains ist, kann er doch nicht zugleich der Freund Sowjetrußlands [773/5] sein. Der bewußte Schwindel der „Leipziger Volkszeitung“ über das Verhältnis der Kommunisten zu Mussolini hat aber einen ganz bestimmten Zweck. Der Artikel vom 5. Januar schließt daran folgende Sätze:

„Keine proletarische Bewegung kann von den außenpolitischen Interessen eines Staates abhängig sein, am allerwenigsten aber eines Landes, dessen Politik diktiert wird nicht von den Arbeitern der russischen Industriezentren, sondern von der großen Masse des russischen Mittel- und Großbauerntums.“

Das ist eine sehr durchsichtige Tendenz. Sowjetrußland soll vor der deutschen Arbeiterklasse diskreditiert werden als der „Kulakenstaat“, der mit den reaktionärsten Kräften des Auslandes in Verbindung steht, mit Mussolini so gut wie mit der deutschen Reichswehr. Denn der Sowjetgranatenschwindel gedieh in der linken SPD-Presse genau so üppig wie im „Vorwärts“. Wer aber mit bewußten Lügen die Arbeiterschaft gegen Sowjetrußland aufhetzt, der dient objektiv den Interessen des Herrn Chamberlain. Das ist die Doppelzüngigkeit der linkssozialdemokratischen Führerschaft. In Festartikeln trägt man stolz den Mantel des Marxismus und kennzeichnet die Gefahr, die der englische Imperialismus für den Weltfrieden bedeutet. Aber in der täglichen Redaktionsarbeit hat man die Schmutzkübel für die Sowjetmacht bereit. Die Masse der sozialdemokratischen Arbeiter wird das Doppelspiel der linken Führer nicht mitmachen. Die linkssozialdemokratischen Arbeiter, deren wahre Meinung die Rußlanddelegierten vertreten, wollen ein ehrliches Zusammengehen mit dem russischen Proletariat und einen konsequenten Kampf gegen den Imperialismus in deutschem und internationalem Maßstabe. Die marxistischen Analysen über die Weltlage, wie sie plötzlich in der linken SPD-Presse aufgetaucht sind, werden wir uns merken und den SPD-Heiden gebührend bei ihren Schwankungen unter die Nase halten. Aber die sozialdemokratischen Arbeiter werden wir auffordern, den Schritt von der halben zur ganzen Erkenntnis der Weltlage zu tun.

*

Entwicklungstendenzen der deutschen Bourgeoisie

Von A. F r i e d r i c h.

Die deutsche Bourgeoisie zeigt seit kurzer Zeit ein überaus starkes Machtbewußtsein, nach außen wie nach innen. Parallel mit der Entfaltung eines neuen Imperialismus sehen wir dies Machtbewußtsein sowohl in den Koalitionsangeboten bürgerlicher Spitzenorganisationen an ADGB und SPD, als auch in den gleichzeitig verfolgten Diktaturplänen. Worauf dieses Machtbewußtsein begründet ist, soll im folgenden dargestellt werden, wobei wir uns mit einer Anzahl Teilfragen befassen: Bei welchen Gruppen der deutschen Bourgeoisie liegt die politische Führung? Sind es dieselben, bei denen auch

wirtschaftlich die Hauptmacht liegt? Welche Mittel sind es, womit die deutsche Bourgeoisie versucht, ihre Klassenherrschaft aufrechtzuerhalten? Ist es auf absehbare Zeit für die deutsche Bourgeoisie möglich [774/6] oder unmöglich, die Lohnsklaven, die sich ihre Gesellschaftsordnung selbst geschaffen hat, zu beschäftigen und zu ernähren? Welche Rolle spielt hierbei der neue imperialistische Expansionsdrang?

I.

Entwicklung der bürgerlichen Parteien

Die Politik ist – nach Lenin – der konzentrierte Ausdruck der Ökonomie. Diesem Satz scheint die Entwicklung des deutschen Parteiwesens zu widersprechen. Während wirtschaftlich die kapitalistische Zentralisierung einen immer höheren Grad erreicht, beobachten wir in der Entwicklung der bürgerlichen Parteien eine wachsende Zersplitterung. Nicht nur, daß die Zahl der bürgerlichen Parteien von Wahl zu Wahl zunimmt. Es zeigt sich außerdem, daß die „großen" bürgerlichen Parteien – Demokraten, Zentrum, Deutsche Volkspartei, Deutschnationale Partei – insgesamt einen immer geringeren Anteil an der Gesamtzahl der zu den Wahlen abgegebenen Stimmen haben. Wir stellen den prozentualen Anteil dieser Parteien an den abgegebenen Stimmen einer Anzahl von Reichstagswahlen zusammen:

	Nationalliberale (Deutsche Volkspartei) Proz.	Konservative (Deutsch-nationale)[*] Proz.	Zentrum Proz.	Demokraten[**] Proz.	die genannten Parteien insgesamt Proz.
1871	30,1	22,9	18,5	16,5	88,0
1881	12,8	23,7	23,1	23,1	82,7
1890	16,3	19,1	18,6	18,3	72,3
1903	14,0	13,5	20,0	9,2	56,7
1912	13,6	12,2	16,4	12,3	54,5
1919	4,4	10,3	19,7	18,6	53,0
1920	13,9	15,1	17,8	8,3	55,1
1924	10,0	22,1	17,3	6,3	55,7

Die Prozentziffern für 1924 sind dadurch etwas größer ausgefallen, da wir eine Anzahl abgesplitterter Gruppen den erwähnten Parteien zugezahlt haben, so z. B. die Landbund-Partei den Deutschnationalen, die Bayrische und die Christliche Volkspartei dem Zentrum.

Zu diesen Zahlen ist folgendes zu bemerken:

1. Die seit 1924 stattgefundenen Wahlen (Berlin, Baden, Mecklenburg, Sachsen usw.) haben erhebliche Rückgänge der Anteilziffern der Deutschen wie der Deutschnationalen Volkspartei gebracht.

2. Das relativ hohe Stimmenergebnis der Deutschnationalen im Dezember 1924 fällt zusammen mit der damals starken Position der Schwerindustrie und des Agrarkapitals.

3. Da die Zentrumswähler sich aus den verschiedensten Klassen zusammensetzen, so ist die Entwicklung dieser Partei für die Festigkeit des kapitalistischen Systems besonders charakteristisch. Den Höhepunkt erreichte das Zentrum 1874, wo sein prozentualer Anteil an der Gesamtstimmenzahl über 30 Prozent betrug; seitdem zeigt sich eine sehr langsame, aber fast regelmäßige Abnahme. [775/7]

4. Einen starken Rückgang erfuhr auch die Nationalliberale Partei und ihre Nachfolgerin, die Deutsche Volkspartei; diese Parteien sind die parlamentarischen Organisationen des großen Industriekapitals.

Was den Rückgang des Gesamtanteils der genannten Parteien anlangt, so ist er in erster Linie eine Folge der Stimmenzunahme der Arbeiterparteien, in zweiter Linie zurückzuführen auf die Bildung bürgerlicher Splitterparteien: Wirtschafts-, Mittelstands-, Aufwertungspartei, selbständige

[*] In der Vorkriegszeit Konservative und Freikonservative zusammengefaßt.
[**] In der Vorkriegszeit Fortschrittliche Volkspartei, Liberale Vereinigung usw.

Bauernparteien usw. Die Wahlergebnisse von 1925 und 1926 haben gezeigt, daß die Entwicklung dieser Splitterparteien sich fortgesetzt hat.

Aber nicht etwa trotz dieser parteipolitischen Entwicklung, sondern gerade auf sie gestützt, hat die politische Zentralisierung – lediglich 1919 unterbrochen – immer stärkere Fortschritte gemacht. Merkmale dieser Zentralisierung sind folgende Tatsachen:

1. An Stelle der einzelnen bürgerlichen Parteien treten in steigendem Maße – parlamentarisch wie außerparlamentarisch – Blockbildungen.

2. Die Splitterparteien sind meist nur äußerlich selbständig und in Wirklichkeit ebenso abhängig von großkapitalistischen Gruppen (und zwar zum Teil denselben) wie die bürgerlichen Hauptparteien.

3. Immer mehr wird der Verwaltungsapparat privatkapitalistisch durchsetzt; von Regierungsbildung zu Regierungsbildung wächst unter den Ministern die Zahl der Vertrauensleute der großen Trusts und der bürgerlichen Spitzenorganisationen.

II.

Die führenden Elemente der deutschen Bourgeoisie

Von dem relativ geringfügigen Einfluß des Zentrums abgesehen, wird die gegenwärtige Reichsregierung von Mitgliedern der Volkspartei und der Demokraten gestellt. Diese beiden Parteien brachten bei der letzten Reichstagswahl (7. Dezember 1924) 16,3 Prozent der abgegebenen Stimmen auf; von 30,3 Millionen Wählern stimmten nur 3,0 für die Volkspartei und 1,9 für die Demokratische Partei. Mit Hilfe dieser noch nicht 5 Millionen Stimmen beherrschen diese beiden Parteien seit Jahr und Tag den gesamten Regierungsapparat, ihnen gehört das Außen-, das Innen-, das Wirtschafts-, das Finanz- und das Verkehrsministerium. Hierbei hat wiederum die Volkspartei eine ungleich stärkere Position als die Demokraten. Es zeigt sich:

diese mit großen Geldmitteln erkauften 3 oder auch 5 Millionen Stimmen gelten in der deutschen Republik alles, während die dreimal größere Zahl der Gegner der Fürstenabfindung nichts galt.

In dieser Tatsache wiederholt sich eine bekannte Erscheinung der privatkapitalistischen Organisation, wo – auf dem Wege über verschiedene Schachtelgesellschaften – mit einer relativ kleinen Kapitalmasse ganze Industrien, Bank- und Versicherungsgruppen beherrscht oder kontrolliert werden.

Wir werfen, um diese Tatsache besser zu verstehen, einen Blick auf die Kräfteverschiebungen, die etwa seit der Zeit der Stabilisierung und der Annahme des Dawes-Vertrags innerhalb der deutschen Bourgeoisie sich vollzogen haben:

1. Die Rolle der Schwerindustrie ist trotz des Syndikatsausbaues und der Bildung des Stahltrusts nicht mehr die von 1923-1924, sondern innerhalb der schwerindustriellen Konzerne zeigt sich eine Verschiebung des [776/8] Schwergewichts von den Zechen auf die Eisen- und Stahlproduktion, zum Teil sogar auf die weiterverarbeitende Industrie.

2. Elektro- und Elektrizitätsgruppe und chemisches Kapital haben die Führung der kapitalistischen Politik übernommen, Kapitale mit relativ hohem Anteil des konstanten Kapitals und mit besonders hohem Grad des Vertrustungsprozesses.

3. Das Bankkapital, erheblich stärker zentralisiert als vor dem Kriege, ist zu neuer Macht gelangt, wenn auch seine finanzkapitalistische Führung nicht so absolut ist wie vor dem Kriege (starker Einfluß des ausländischen Finanzkapitals auf die deutsche Wirtschaft; stärkere finanzielle Selbständigkeit vereinzelter Industriegruppen).

4. Geschwächt ist die Position der agrarischen Bourgeoisie; das Agrarkapital wird immer stärker bank- und industriekapitalistisch durchsetzt, zumal die führenden Elemente des deutschen Kapitalismus, Elektrizitätsgruppe und chemisches Kapital, zugleich die wichtigsten Elemente der Industrialisierung der Landwirtschaft (Düngemittel- und Elektrizitätsbelieferung) sind.

In der Inflationszeit lag naturgemäß die wirtschaftliche Hauptmacht dort, wo die größten Profite gemacht wurden, d. h. wo die meisten Arbeitskräfte beschäftigt werden konnten, ohne daß deswegen

das konstante Kapital vermehrt zu werden brauchte: Landwirtschaft, Bergbau usw. Es dauerte aber Jahre, bis diese Gruppen den Staatsapparat unmittelbar in die Hände bekamen; und als das geschah, d. h. im wesentlichen erst 1924, war die Grundlage dieser Machtposition durch Stabilisierung und Dawes-Pakt-Annahme bereits im Verschwinden. Einige schwerindustrielle Konzerne wurden ganz oder teilweise liquidiert; ebenso mißlang der Versuch des Agrarkapitals, den Reichslandbund zu einer mächtigen Monopolorganisation zur Herstellung und Verteilung von Lebensmitteln auszubauen. Auch der Austritt der Deutschnationalen aus der Reichsregierung hängt mit diesen Dingen zusammen.

Wie schon erwähnt, hat nunmehr das höher organisierte Kapital wiederum die Führung politisch wie wirtschaftlich übernommen. Daß die Zusammensetzung des Reichskabinetts seit 1924 tatsächlich im allgemeinen den Machtverhältnissen innerhalb der deutschen Bourgeoisie entspricht, kommt darin zum Ausdruck, daß die Reichsregierung und die Spitzenorganisationen der Bourgeoisie (Reichsverband der Deutschen Industrie, Deutscher Industrie- und Handelstag, Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, Zentralverband des Deutschen Großhandels, auch Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände usw.) in allen entscheidenden Fragen übereinstimmen und weitestgehend zusammenarbeiten. Was die, zwar nicht der Zahl nach, aber ihrem Einfluß nach, mächtigste Regierungspartei, die Deutsche Volkspartei, anlangt, so steht der Chemietrust, der Hauptteil der Elektrizitätsindustrie, ein großer Teil der Schwerindustrie, und zwar gerade der technisch fortschrittlichste, ferner ein Teil der Metall- und sonstigen Fertigindustrie sowie des Großhandels und des Reedereikapitals hinter ihr.

Dieses Rückgrat ist es, das dem Vorsitzenden dieser Partei, dem Reichsaußenminister Stresemann, auf dem Kölner Parteitag die Kraft gegeben hatte, eine Sprache zu führen, wie sie anmaßender von politischen Führern in einem „parlamentarischen“ Staate kaum geführt werden kann. Stresemann lud – wie vorher Silverberg auf der Reichsverbandstagung der Deutschen Industrie – die SPD zur „verantwortungsvollen Mitarbeit“ ein, sprach aber zugleich die D r o h u n g aus: „Wenn die Sozialdemokratie in den einzelnen Ländern oder im Reich oder in ihrer Gesamteinstellung zurückfällt in den Gedanken des [777/9] Klassenkampfs, der Erringung der alleinigen Macht für das Proletariat, dann gilt ihr der entschiedenste und grundsätzlichste Kampf, den wir nur führen können.“ In ähnlicher Weise machte er den Deutschnationalen klar, daß sie sich auf jeden Fall der Führung der Deutschen Volkspartei unterzuordnen haben, wenn sie an der Reichsregierung beteiligt sein wollen. „Wir glauben nicht,“ sagte er dabei u. a., „daß es bestimmte Gesellschaftsklassen gibt, die das Recht haben, den Staat neu zu beherrschen, nachdem sie den alten Staat nicht haben erhalten können“, Das galt den junkerlichen Führern, die in der Vorkriegszeit auf den deutschen Staatsapparat entscheidenden Einfluß ausgeübt hatten.

III.

Neue Mittel zur politischen Beherrschung der Arbeiterklasse

Diese und andere Äußerungen des starken Machtbewußtseins der deutschen Bourgeoisie beruhen darauf, daß die wirtschaftlich führenden Kapitalisten den Staatsapparat ziemlich restlos in Händen haben und daß, hierdurch unterstützt, die deutsche Bourgeoisie – an der Spitze die erwähnten Kapitalgruppen – den Rationalisierungsfeldzug gegen die Arbeiterklasse bereits zu wichtigen Erfolgen geführt hat, Der Kaufpreis für die erhöhten Profitchancen und die wiedereingeleitete starke Kapitalbildung ist, d. h vom Standpunkt der Bourgeoisie aus, eine heftige, auf die Dauer die kapitalistische Gesellschaftsordnung unterminierende, s o z i a l e G ä r u n g. Nachdem dieser Weg – immer vom Standpunkt der Bourgeoisie aus – der einzig mögliche war, um die Bedingungen zur kapitalistischen Reproduktion auf erweiterter Grundlage zu schaffen, sucht die Bourgeoisie nunmehr nach Mitteln, diese soziale Gärung nebst ihren politischen Folgeerscheinungen einzudämmen.

Diese sich daraus für die deutsche Bourgeoisie ergebenden Aufgaben sind keineswegs neu, aber es ist der gewaltige Umfang und daher auch der Charakter dieser Gärung, die in Deutschland besondere Mittel erfordern, zumal ja außer den breiten Massen in Deutschland selber (der Arbeiterklasse, den Bauern und den markanten städtischen Mittelschichten) der deutschen Bourgeoisie vorläufig kaum andere Ausbeutungsobjekte (etwa Kolonialvölker) zur Verfügung stehen. Die Folgen dieser Gärung,

soweit sie vom Standpunkt der Bourgeoisie aus gefährlich sind, zeigen sich u. a. in der Radikalisierung eines immer größeren Teiles der Arbeiterklasse, aber auch der städtischen Mittelschichten und der Masse der kleinen und mittleren Bauern, in der Abwanderung der Wähler aus den bürgerlichen Hauptparteien.

Bei dem Koalitionsangebot an den ADGB und die SPD spielt die Hoffnung auf Heraushebung und Stärkung einer Arbeiter- und Gewerkschafts-Aristokratie eine Rolle, wobei als Muster etwa die amerikanischen „Gewerkschaften" vorschweben.

Weniger an der Öffentlichkeit, aber doch beachtenswert sind die Versuche der Bourgeoisie, „w e r k g e m e i n s c h a f t l i c h e n G e i s t" zu pflegen. Diese Versuche sind zwar nicht vollständig neu, aber deswegen wichtig, weil die entscheidenden Gruppen der deutschen Bourgeoisie dahinterstehen. Eine. Zentralisierung erfuhren dieser Versuche im Mai 1926 durch Schaffung des Deutschen Instituts für technische Arbeitsschulung (D i n t a) Das Dinta gibt nicht nur zentrale Anregungen auf diesem Gebiet, sondern verschickt Korrespondenzen an die verschiedenen Werkzeitungen und bildet selber eine Anzahl Lehrkräfte für Lehrlings- und Werkschulen einheitlich aus. Die Leitung dieser Organisation liegt bei einigen Männern des Stahltrusts, doch sind andere große Kapitalgruppen, so der Chemietrust, ein großer Teil des Maschinenkapitals, ein Teil des Zechenkapitals usw., hieran stark mitbeteiligt.

[778/10] In dieser Bewegung sind zwei Flügel zu unterscheiden: ein „linker" (dahinter steht ein Teil der rheinischen Metallindustrie, ferner des chemischen Kapitals), der versucht, auch zu diesen Bestrebungen sich der Mitarbeit des ADGB zu versichern; und ein „rechter", der ohne und gegen die Gewerkschaften arbeitet. Die Leitung dieses rechten Flügels liegt bei dem Direktor Leopold von der Riebeck-Montan-Gruppe, unter dessen Führung sich eine „Gesellschaft für deutsche Wirtschafts- und Sozialpolitik" gebildet hat, Man kann diesen Verband als ausgesprochenes Organ der Arbeitgeberverbände zur Durchführung von Werkgemeinschaften ansehen.

Zweck solcher Bestrebungen ist einmal die allmähliche Schaffung einer A r b e i t e r a r i s t o k r a t i e und damit eine Zersplitterung der Arbeiterklasse, ferner eine weitere Zerreißung der Arbeiterfront dadurch, daß die Arbeiter nicht mehr kollektiv (durch die Gewerkschaften), sondern nur noch im Einzelbetrieb mit dem Einzelunternehmer verhandeln sollen.

Welche Aussichten haben solche Bestrebungen?

Bekanntlich ist „das rasche Wachsen des Kapitals die günstigste Bedingung für die Lohnarbeit" (Marx: Lohnarbeit und Kapital), d. h. für die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Klassenherrschaft. Wir dürfen nie vergessen, daß die „Hebung der Arbeiterklasse" , wie sie sich verschiedentlich (früher in England, heute in Amerika) zeigt, auf einer starken Akkumulation beruht, die sich in hohem Grade auf koloniale und andere E x t r a p r o f i t e stützt, Die Arbeiterklasse kann jedoch an einem kolonialen Monopolprofit nicht mitzehren, wenn, wie heute in Deutschland, eine solche Monopolstellung nicht vorhanden ist, Die deutsche Bourgeoisie macht keine Extraprofite auf Grund einer Ausbeutung anderer Völker, vielmehr existieren in Deutschland lediglich Extraprofite einiger besonders geschützter, zu Monopolen ausgebauter Industriegruppen auf Kosten anderer Schichten der Bourgeoisie. (Diese Hauptgruppen sind identisch mit den führenden Elementen der deutschen Bourgeoisie.) Besteht etwa die Möglichkeit, daß in diesen Industrien die materiellen Voraussetzungen für die Schaffung einer Arbeiteraristokratie gebildet werden?

Zweifellos spielen in diesen Zweigen die Aufwendungen für variables Kapital eine relativ geringe Rolle. Wir dürfen jedoch nicht vergessen, daß von diesen Gruppen im Verhältnis zum Gesamtkapital ein relativ hoher Teil konstanten und ein relativ geringer des variablen Kapitals angewandt wird. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter ist also verhältnismäßig klein. Daher kommt eine solche Entwicklung nur für einen s e h r b e s c h r ä n k t e n Teil der deutschen Arbeiterklasse in Frage, und auch hier ist dieser Tendenz dadurch eine enge Schranke gezogen, daß die starke Konkurrenz, die sich die Arbeiter untereinander auf den Arbeitsmärkten machen, vorläufig j e d e stärkere Differenzierung und Herausschälung einer Oberschicht hemmt.

Wir haben gesehen, daß mit Tendenzen dieser Art wohl zu rechnen ist, aber zugleich festgestellt, daß sie für die deutsche Arbeiterklasse relativ bedeutungslos sind; eine etwas größere Bedeutung würden

sie erst dann erlangen, sobald die ADGB-Führer sich die Interessen dieser Abart einer Arbeiteraristokratie zu eigen machen sollten. Abgesehen davon, daß die Masse der Gewerkschaftsmitglieder hiergegen eine breite Front machen würde, ist zusammenfassend festzustellen, daß die Bourgeoisie Deutschlands keine entscheidenden Mittel zur Verhinderung der fortschreitenden Radikalisierung der Arbeiterklasse hat, daß daher diese Entwicklung davon abhängt, inwieweit die deutsche Bourgeoisie durch neue imperialistische Expansion neue materielle Voraussetzungen schaffen kann. (Schluß folgt.) [779/11]

*

Die Rationalisierung am Niederrhein

Von Th. N e u b a u e r

Daß die Rationalisierung in Deutschland sehr viel anders ausschauen würde, als sie unter den ganz anderen Bedingungen in den Vereinigten Staaten ausgesehen hat, das wußten wir natürlich im voraus. Aber diese Wissenschaft allein genügt noch nicht. Es ist außerordentlich wichtig daß wir jetzt auch allmählich erfahren, wie die Rationalisierung – nach dem ersten Jahre in der deutschen Rationalisierungspolitik – heute in Wirklichkeit aussieht, damit wir uns vielleicht auch ein Bild machen können, wie sie sich etwa weiter entwickeln kann. Dies ist von größter Bedeutung für unsere gesamte Politik, und zwar nicht nur für die allgemeine Einschätzung der Entwicklung des deutschen Kapitalismus, sondern auch für die Feststellung der einzelnen Aufgaben unserer Arbeit und für das Herausfinden der geeigneten Punkte, an denen wir anknüpfen müssen, um den Kampf zu organisieren.

Niemand wird bestreiten, daß es sehr falsch wäre, wenn wir die Erfahrungen aus der amerikanischen Rationalisierung einfach auf die deutschen Verhältnisse übertragen wollten. Aber trotzdem scheint es sehr notwendig, davor zu warnen. Denn schon jetzt kann man sagen, daß man im allgemeinen das Tempo der Durchführung der Rationalisierung in Deutschland überschätzt und ihre Schwierigkeiten unterschätzt hat. Aber es ist ebenso falsch, wenn wir etwa die Erfahrungen der deutschen Rationalisierung aus dem einen Wirtschaftszweig auf den anderen mechanisch übertragen wollten. Wenn wir nicht an den wirklichen Verhältnissen vorbeigehen wollen, müssen wir vielmehr sehr genau feststellen, was an Rationalisierung in den verschiedenen Wirtschaftszweigen und in den verschiedenen Wirtschaftsgebieten wirklich vorliegt.

Im deutschen Steinkohlen-Bergbau, wie auch im Braunkohlen-Bergbau, konnte die Rationalisierung viel einfacher und schneller durchgeführt werden, als etwa in der verarbeitenden Industrie, weil es sich da um die Gewinnung eines massenhaften und in hohem Grade gleichartigen Rohstoffs handelt. Aus dem Ruhrgebiet liegt z B. ein reichhaltiges Tatsachenmaterial vor („Internationale“ Nr. 19, 20), soweit es den Steinkohlenbergbau betrifft, Es stellt sich dabei heraus, daß hier wirklich die Rationalisierung in allen ihren Formen schon in einem sehr umfassenden Maße durchgeführt worden ist. Jedoch schon von der eisenproduzierenden Industrie wird man dies schwerlich in demselben Umfang behaupten können, viel weniger noch von der eisenverarbeitenden Industrie.

Wenn wir von Rationalisierung sprechen, haben wir fast immer noch ausschließlich die Rationalisierung im Auge, wie sie sich innerhalb der Sphäre der Produktion durchführen läßt; wie aber steht es mit der Rationalisierung auf den Gebieten der Distribution (Güterverteilung) und innerhalb der Verwaltung? Auf diesem Gebiete hat man bekanntlich in den U. S. A. sehr erheblich rationalisiert. Aber uns fehlen noch fast alle Feststellungen darüber.

Wenn wir einen wirklichen Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung führen wollen, so ist das nur möglich, indem wir an den Tatsachen, die vorliegen, anknüpfen, von da aus, wo der Arbeiter die Folgen der Rationalisierung verspürt, den Kampf einleiten und vorwärts treiben. Wir müssen darum im einzelnen ganz konkret feststellen:

Wie wird rationalisiert? Wie weit ist bereits rationalisiert? Wie weit läßt sich die Rationalisierung überhaupt durchführen, bzw. welche Schwierigkeiten stehen ihr entgegen?

[780/12] Die Bezirksleitung Niederrhein hat sich bemüht, ein zuverlässiges Tatsachenmaterial über die Rationalisierung in ihrem Arbeitsbereich zu sammeln. Sie war erstaunt, wie sehr hier die

Rationalisierung noch in den Anfängen stecken geblieben ist und mußte sich eingestehen, daß sie das Tempo der Rationalisierung überschätzt hatte und die Schwierigkeiten, die ihr entgegenstehen, sehr unterschätzt hatte. Man darf annehmen, daß auch andere Bezirke ähnliche Erfahrungen machen werden, wenn sie die konkreten Tatsachen zu sammeln beginnen. Erst auf Grund dieser Tatsachen lassen sich die Konsequenzen ziehen, die für unsere politische Arbeit von größter Bedeutung sind. Wir am Niederrhein haben, von falschen Annahmen ausgehend, gleichfalls bisher geglaubt, den Kampf gegen die Rationalisierung am besten anknüpfen zu können an dem laufenden Band und der Stoppuhr. Aber wir fanden, daß überhaupt nur in ganz wenigen Betrieben die Fließarbeit in irgendeiner Form bekannt ist, daß die Mechanisierung der Produktion verhältnismäßig wenig Fortschritte gemacht hatte, daß eine organisatorische Umstellung auf die rationalisierte Betriebsführung nicht oder fast nirgends vorgenommen war. Fast überall werden bisher nur die viel größeren und brutaleren Methoden der Profitsteigerung, wie Herabdrückung der Akkordsätze, Anpeitschersystem und Überstundenschinderei, verbunden mit Personalabbau, angewandt.

Als sich die Montanindustrie des Ruhrgebiets zum Stahltrust vereinigte, konnte man annehmen, daß sie die in den Randbezirken, im Bereich des Bezirks Niederrhein gelegenen Betriebe im Interesse einer rationalisierten Gesamtproduktion stillegen würde. Dies geschah auch zum großen Teil. Aber wir stellen jetzt fest, daß in einem Teil dieser erst stillgelegten Betriebe die Arbeit wieder aufgenommen wird (Rheinstahl, Hilden, hat wieder 600 Arbeiter eingestellt), und daß sogar weitere Werke vom Stahltrust oder seinen Gesellschaften aufgekauft werden, nicht zwecks Schließung, sondern zur Erweiterung der Produktion. Dies letztere ist besonders im Hagener Gebiet der Fall, Allerdings dürfte diese Wiederinbetriebnahme doch nur vorübergehend sein, weil die endgültige Konzentration der Montanindustrie natürlich in die Nähe des Rheins fortschreiten wird. Warum aber diese zeitweise rücklaufende Tendenz? Wir können sie nur so erklären, daß der Stahltrust die niedrigeren Löhne in den Randgebieten ausnutzen will. Von einer technischen oder auch organisatorischen Rationalisierung kann bei diesen Betrieben nicht die Rede sein. Als einziger Fall ist zu verzeichnen, daß bei Rheinstahl, Hilden, ein laufender Ring eingeführt ist. Von den Düsseldorfer „Phönix-Werken“ (Belegschaft 2600) ist angeblich die Einführung der Fließarbeit beabsichtigt.

In der verarbeitenden Eisenindustrie ist die Lage sehr verschieden. Eine Konzentration der Produktionsmittel hat in bemerkenswertem Maße nicht stattgefunden. Die technischen Verbesserungen im Sinne einer Rationalisierung sind nur vereinzelt von Bedeutung. In der Daag, Ratingen, ist der Bau von Kraftwagen nach amerikanischen Methoden für Fließarbeit eingerichtet worden. Im Alexander-Werk, Remscheid, haben wir Fließarbeit für die Herstellung von Haushaltungsmaschinen, Eismaschinen und für die Packerei. In der „Bergischen Stahlindustrie“ in Remscheid (2300 Mann) hat man zwar nicht das laufende Band eingeführt, aber man transportiert die einzelnen Arbeitstücke auf Schiebekarren von Mann zu Mann! In einer Elektromotorenfabrik in München-Gladbach (Schorch) hatte man in einer Abteilung Fließarbeit eingeführt, hat jedoch das laufende Band wieder stillgelegt, weil es sich angeblich nicht bewährte.

In der Werkzeugmaschinen-Fabrikation bietet die Einführung der Fließarbeit, wenigstens soweit schwere Werkzeugmaschinen in Frage kommen, [781/13] noch unüberwindliche Schwierigkeiten. Die Firma Schieß-Defries in Düsseldorf, die schwere Hobelbänke, Fräßmaschinen usw. baut, hat zwar ihre Büros mit Hilfe von amerikanischen Büromaschinen durchrationalisiert, aber an die technische Rationalisierung ihrer Produktion hat sie noch nicht heran. gehen können. Ihr Absatzmarkt nämlich erlaubt es ihr nicht, ihre Maschinen serienweise herzustellen, sondern sie kann nur immer wenige Stück, je nach Bestellung, produzieren, und auch nicht einige wenige einheitliche Typen, sondern je nach besonderen Wünschen des Bestellers. Was sie zur Senkung der Produktionskosten tun konnte, beschränkt sich darauf, daß einige Maschinen zweckmäßiger aufgestellt wurden, und daß eine bis zum äußersten spezialisierte Kalkulation und Kontrolle der Produktionskosten eingeführt wurde.

Von der Solinger Stahlwarenindustrie wird in dem offiziellen Bericht der Handelskammer zwar behauptet, daß die Mechanisierung des Produktionsprozeß rüstig vorwärts schreite, besonders für Haarschneidemaschinen. Diese Produktion werde in einigen Solinger Betrieben bereits als Serienfabrikation größten Stils betrieben. Man trage sich dort mit der Absicht, Fließarbeit einzuführen. Dazu

erfahren wir aus anderer Quelle, daß die Solinger Firma W. K. C. sich einen neuen technischen Direktor verschrieben hat, der zunächst für die Fahrradproduktion neue, d. h. amerikanische Methoden einführen soll, und daß bei Henkels, Solingen, (Zwillingswerk) man sich bemüht, durch die Mechanisierung, insbesondere der Schleiferei, zu rationalisieren. Die Handelskammer berichtet weiter von Versuchen, den bisherigen Nickelbadbetrieb, der verhältnismäßig viele Arbeitskräfte erfordert, durch ein automatisches Vernickelungsverfahren zu ersetzen, Für die Taschenmesserfabrikation und die Produktion von Eßbestecks hat man eine gewisse Normierung vorgenommen, so daß auch hier eine Serienfabrikation in stärkerem Maße ermöglicht wird, Die Rationalisierung der Solinger Stahlwarenindustrie findet folgende Schwierigkeiten:

1. Eine übergroße Zahl von Artikeln und Mustern.

2. Eine sehr große Zahl mittlerer und kleinerer Betriebe.

3. Die Schwierigkeit der Ersetzung von Qualitätsarbeit durch Maschinenarbeit.

4. Absatzschwierigkeiten auf dem Weltmarkt, welche die Finanzierung der Rationalisierung erheblich erschweren.

Aus der Remscheider Klein-Eisenindustrie wird gleichfalls berichtet, daß infolge der Überproduktion auf dem Weltmarkt die Durchführung der Rationalisierung auf große finanzielle Schwierigkeiten stoße. Der offizielle Bericht der Handelskammer spricht aus, daß die Fabrikanten versuchen, „sowohl durch maschinelle als auch organisatorische Umstellungen die Gestehungskosten herabzudrücken. In einer Reihe von Betrieben, die in dieser Beziehung den Anfang gemacht haben, ist man auf diese Weise bereits zu wirtschaftlicherer Produktion gekommen. Die günstigen Folgen der Rationalisierung würden sich aber erst dann voll auswirken können, wenn ein entsprechender Auftragsbestand völlige Ausnutzung der Betriebsanlagen zuließe. Bis jetzt sind aber, wie gesagt, nur einzelne Unternehmungen auf diesem Wege vorangeschritten. Die große Masse der Remscheider Fabrikanten wird hinsichtlich einer wirtschaftlicheren Produktionsweise in ihren Betrieben noch viel zu tun haben.“ – Auch in dieser Remscheider Klein-Eisenindustrie sind also die Schwierigkeiten die: mangelnde Konzentration, mangelnde Typisierung, zu enger Absatzmarkt, Finanzierungsschwierigkeiten.

In der Klein-Eisenindustrie des Kreises Velbert liegen die Verhältnisse ähnlich wie in Remscheid. Es wird ein furchtbares Akkordsystem gemeldet. [782/14] Besonders wird hervorgehoben, daß man viele Arbeiten, die früher von erwachsenen männlichen Arbeitern ausgeführt wurden, jetzt von jugendlichen und weiblichen Arbeitskräften ausführen läßt. Wenn freie Stellen besetzt werden sollen, kommen fast nur weibliche und jugendliche Arbeitskräfte bis zum 18. Lebensjahre in Frage. An den Friktionspressen werden mit wenigen Ausnahmen nur noch weibliche Arbeitskräfte beschäftigt.

Aus einer Denkschrift der Gewerkschaften über die Klein-Eisenindustrie von Lüdenscheid entnehmen wir folgende Angaben:

„Auch in der hiesigen Industrie tritt immer mehr an Stelle der Handarbeit die Maschine. Arbeiten, zu deren Fertigstellung 1913 noch 4 bis 5 Arbeiter in einer bestimmten Zeit notwendig waren, werden jetzt in der gleichen Zeit von einer Maschine verrichtet.“

Die Zahl der leitenden Beamten wie der kaufmännischen Angestellten nahm zu, die Zahl der Arbeiter wurde vermindert. Darüber geben die Gewerkschaften folgende Tabelle:

	Zahl der Betriebe	Arbeitgeber und leitende Beamte	Kaufmännische und technische Angestellte	Arbeiter
1.7.1914 1.10.1926	36 36	100 111	454 636	6087 4004
1.10.1926	–	mehr 11 = 11%	mehr 182 = 40%	weniger 2083 = 34%

Die Produktion verhält sich zur Vorkriegsproduktion folgendermaßen:

	Ausfuhrmenge in Doppelzentnern			**Durchschnittswert je Dppztr.**		
Positionen	1913	1925	Steigerung od. Verminderung	1913	1925	Steigerung od. Verminderung
Bau- und Möbelbeschläge aus Eisen	106.340	141153	+ 33 %	87	119	+ 37 %
Schrauben u. Nieten	226.076	296.251	+ 31 %	54	55	+ –
Fahrräder Stück	123.275	156.528	+ 27 %	57	7	30 %
Fahrradteile	70828	125.947	+ 78 %	204	256	+ 25,5 %
Aluminiumwaren	25.386	409.32	+ 61 %	473	600	+ 27 %
Aluminiumstangenbleche, Formguß	25.768	32.762	+ 27 %	220	301	+ 37 %
Stangen, Bleche, Schalen u. anderes aus Kupfer geschmiedet und gewalzt	70.918	175.493	+ 147 %	181	163	÷ 10 %
Dasselbe a. Messing, Tombak, Bronze, Chrom usw.	218.555	142.227	÷ 35 %	149	157	+ 5 %
Grobe Waren aus Messingguß	17.494	10.273	÷ 41 %	275	333	+ 21 %
Messingröhren	25.463	20.588	÷ 20 %	202	202	konstant
Feine Waren aus Messing, Guß, Blech, Draht	126.074	89.304	÷ 30 %	462	601	+ 30 %

[783/15] Dem kann noch hinzugefügt werden, daß in diesem Jahre die Ausfuhrziffer um ein weiteres gestiegen ist und daß trotzdem die Zahl der Erwerbslosen 1926 im Jahresdurchschnitt 2777 beträgt gegenüber 87,3 ins Jahresdurchschnitt 1925.“

Die Gewerkschaften (Freie, die Christen) berichten in dieser gemeinsamen Denkschrift:

„Es ist darum kein Einzelfall, daß heute bei einer Firma eine Stillegungsverhandlung stattfindet, in der die dringende Notwendigkeit begründet wird, daß so und so viele Arbeiter entlassen werden müssen, und morgen derselbe Betrieb schon wieder Nachfrage hält nach jugendlichen und weiblichen Arbeitskräften.“

„Eine Firma, die kürzlich 12 Arbeiter entließ, hatte davon 11 über 40 Jahre ausgewählt. Wir stellen ferner fest, daß im Verlauf dieses Krisenjahrs mehr als 200 ältere Arbeiter entlassen wurden, die 25 Jahre und länger, zum Teil 50 Jahre, bei der Firma gearbeitet haben, die sie entlassen hat.“

Was hier von der Lüdenscheider Industrie gesagt wird, gilt fast allgemein. Man wählt die Arbeiter aus, die die höchste Leistung hergeben, und ersetzt männliche Arbeitskraft durch weibliche und jugendliche.

In der Textilindustrie ist dies besonders kraß. Eine Rationalisierung, soweit sie über die Einstellung einer Anzahl moderner Maschinen hinausgeht, ist nicht festzustellen. Selbst in den größten Betrieben, wie 1. P. Bemberg in Barmen, ist Fließarbeit unbekannt, Die Akkorddrückerei spielt hier bei der Steigerung der Produktion die Hauptrolle. Von dieser Firma werden monatlich 20.000 und mehr Überstunden verlangt. In der Krefelder Textilindustrie geht man dazu über, für 5, 6, ja 10 Barken einen Couleurfärber zu bestellen, statt für 3, wie bisher. Es ist also das brutalste System der Ausbeutung, daß man hier anwendet. In der Textilindustrie sind anscheinend die Schwierigkeiten der Rationalisierung folgende:

1. Die Vielzahl der kleineren und mittleren Betriebe,
2. Die mangelnde Typisierung der Produktion und die außerordentlich große Zahl der Muster,
3. Die starke ausländische Konkurrenz.

In Elberfeld-Barmen haben sich die Textilfabriken zu einer Art Interessengemeinschaft zusammengeschlossen, um die hereinkommenden Aufträge so zu verteilen, daß eine Spezialisierung in größerem Maße ermöglicht wird. Im übrigen scheint die Belebung in der Textilindustrie weniger auf die Rationalisierung zurückzuführen zu sein, als auf die Tatsache, daß nach einem Jahr inländischer Krise der deutsche Inlandsmarkt leer und die Läger geräumt waren, und daß jetzt wieder für den Inlandsmarkt produziert werden muß.

Wir haben also am Niederrhein verhältnismäßig sehr wenig von der technischen und organisatorischen Rationalisierung festgestellt. Dagegen sind allgemein die Klagen über die brutalen, groben Methoden, die Ausbeutung zu steigern. Dazu noch ein paar Beispiele:

Im Eisenwerk Ratingen bediente ein Arbeiter vor einem Jahr eine große und eine kleine Hobelbank, bei einem Stundenlohn von 1.30 Mark. Jetzt muß er gleichzeitig sechs Bänke bedienen und erhält dafür einen Lohn von 92 Pfennig. An den Martinöfen von „Phönix“, Düsseldorf, hat man ohne besondere technische Verbesserungen 10 Prozent der Arbeiter eingespart, usw. Diese Beispiele lassen sich beliebig vermehren.

Die angeführten Tatsachen beweisen einmal, daß die Rationalisierung, soweit es sich um organisatorische und technische Verbesserungen handelt, in der niederrheinischen Industrie noch durchaus in den Anfängen steckt. [784/16] Das bedeutet, daß die Erwerbslosigkeit noch lange nicht ihren Höhepunkt erreicht hat, sondern weiter steigt in dem Maße, wie die Durchführung der Rationalisierung möglich und dadurch menschliche Arbeitskraft „überflüssig“ wird. Besonders schwierig scheint die Lage in der Klein-Eisen- und Feinstahlindustrie zu sein, weil dort die Qualitätsarbeit schwer ersetzbar ist. Dann ist für diese ganze verarbeitende Industrie die Frage der Finanzierung ihrer Rationalisierung noch absolut unklar.

Es ist kaum zu erwarten, daß die Klein-Eisen- und Feinstahlindustrie von ihren früheren amerikanischen Märkten Erhebliches zurückgewinnt. Daher in der Berichterstattung der Handelskammer die Klage über die Schwierigkeiten des Absatzes, durch die die Anlage größerer Kapitalien zwecks Durchrationalisierung der Betriebe zweifelhaft wird.

Diese Tatsachen der Rationalisierung, wie wir sie in unserem Bezirk feststellen müssen, machen es notwendig, daß wir den Kampf gegen die Rationalisierung allgemein dort anknüpfen, wo die Arbeiterschaft die Geißel der Rationalisierung besonders klar spürt: Herabdrückung der Akkorde, Überstundenschinderei, Anpeitschersystem, Ersetzung der männlichen Arbeitskraft durch weibliche oder jugendliche. Im Zusammenhang damit haben wir gute Möglichkeit, die Arbeitszeitfrage generell und in Verbindung mit der Erwerbslosenfrage aufzurollen.

Wir übergeben diesen Bericht, der natürlich nur ein vorläufiger sein kann, deswegen der Parteiöffentlichkeit, weil wir selbst sehr interessiert sind und weil die Partei insgesamt interessiert sein muß, zu erfahren, was an konkreten Tatsachen der Rationalisierung in anderen Bezirken vorliegt, und wie es die Partei versteht, gegen diese Rationalisierung anzukämpfen.

*

Der Stand der deutschen ökonomischen Wissenschaft

Von E. L u d w i g

I.

Die d e u t s c h e ö k o n o m i s c h e W i s s e n s c h a f t krankt von ihrem Beginn an dem Übel, daß, als der Gegenstand ihrer Forschung – der moderne Kapitalismus – entstand und damit der Boden für sie hätte bereitet sein können, durch die Bedingungen der ökonomischen Entwicklung selbst ihr die Grundlagen für ihre Entfaltung entzogen wurden.

Es fehlt in Deutschland von vornherein an ökonomischen Leistungen, die etwa denen der klassischen Ökonomie entsprechen, weil es an der Unbekümmertheit fehlte und fehlen mußte, mit der P e t t y, A d a m S m i t h und R i c a r d o in E n g l a n d, oder ein T u r g o t und Q u e s n a y im vorrevolutionären F r a n k r e i c h an die Probleme des jung aufschießenden Kapitalismus noch herangehen konnten.

Als in Deutschland die Bedingungen für ökonomische Wissenschaft vorhanden waren, da waren im Mutterlande des Kapitalismus bereits die Flitterwochen der neuen Wirtschaftsordnung vorbei, da hatte in England, in Frankreich die Arbeiterklasse auch der Wissenschaft begreiflich gemacht, daß es nicht ungefährlich sei, die Geheimnisse des Kapitalismus, seine Gesetze vor der profanen Menge aufzudecken. Da hatte es in England den Chartismus gegeben, war in Paris die Junischlacht geschlagen; aus der klassischen Ökonomie wurde die Vulgärökonomie. Und nicht Adam Smith und Ricardo, sondern der „Jammermensch" Say, der die Widersprüche des [785/17] Kapitals, statt sie zu begreifen, wegfälschte, wurde zum Stammvater der ökonomischen Wissenschaft Deutschlands.

Als die politische Ökonomie als Wissenschaft in Deutschland begann, war sie wissenschaftlich bereits überwunden durch die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie[*)].

Mit der Entfaltung des Kapitals und seiner Klassengegensätze wird die politische Ökonomie mehr und mehr zur Nationalökonomie[**)]. An Stelle der Versuche, die inneren Zusammenhänge der kapitalistischen Wirtschaft zu erkennen, Versuche, die erst Marx und Engels vollendet haben, indem sie die bürgerliche Schranke der politischen Ökonomie durchbrachen, tritt die flache und selbstgenügsame Beschreibung der Erscheinungen an der Oberfläche der Wirtschaft. An Stelle des dem Dienst an der Sache ergebenen Forschers tritt der zum Advokaten des Kapitals gewordene Professor im Universitätsgetriebe, Der politische Ökonom wird zum Lehrer des „praktischen Volkswirts", dem die Wissenschaft als Handwerkszeug gerade gut genug ist, daß er als Syndikus die Lücken in der Steuergesetzgebung entdeckt oder als „Organisator" gelbe Gewerkschaften aufzubauen versucht.

II.

Die Vulgärökonomie, im Schulbetrieb an der Universität immer tiefer degradiert, zerfällt selbst in Schulen.

Es entsteht der Kathedersozialismus. Seine Paten waren – vor etwa 50 Jahren – Schoenberg, der bei Lassalle begann und der als königlich württembergischer Kanzler der Universität Tübingen starb, Schmoller, Adolf Wagner in Berlin, Brentano in München. Sie wollen die soziale Frage, die das Proletariat im jungen Deutschen Reich recht nachdrücklich auf die Tagesordnung gesetzt hatte, auf ihre Weise lösen: durch die mit „wissenschaftlicher Gründlichkeit" vorgetragene Lehre von der Klassenversöhnung und dem sozialen Königstum der Hohenzollern. Die wissenschaftlichen Leistungen jener Zeit haben höchstens noch für Doktorarbeiten, die auf übergroße Vollständigkeit Wert legen, Interesse. Praktisch herausgekommen ist aus dem längst toten Kathedersozialismus außer dem Sozialistengesetz die deutsche Sozialgesetzgebung, die mit Recht zu der schlechtesten der kapitalistischen Staaten gerechnet wurde[***)].

Die Ergänzung dieses praktisch sein wollenden Kathedersozialismus ist die wissenschaftliche Bemühung der historischen Schule der deutschen [786/18] Nationalökonomie unter der Führung von Schmoller. Die Forschung wandte sich von der ihr zu dornig gewordenen Gegenwart zur fernen Vergangenheit hin. „Die Zunftverfassung der Stadt Basel im 17. Jahrhundert" oder „Das Zeitalter der

---

*) „Die Lehre von dem Aufkommen des Kapitalismus schlägt logischerweise um in die Lehre vom Untergang des Kapitalismus, die Wissenschaft über die Produktionsweise des Kapitals in die wissenschaftliche Begründung des Sozialismus das theoretische Herrschaftsmittel der Bourgeoisie in eine Waffe des revolutionären Klassenkampfs für die Befreiung des Proletariats ...". (Rosa Luxemburg: „Einführung in die Nationalökonomie, Seite 72.)

**) Rosa Luxemburg in ihrer „Einführung" macht diesen Unterschied zwischen politischer Ökonomie und Nationalökonomie nicht. Sie bezeichnet vielmehr die ganze Wissenschaft, die die Erforschung der gesellschaftlichen Zusammenhänge der kapitalistischen Wirtschaft zu ihrem Gegenstand hat, als Nationalökonomie. Um jedoch den Unterschied zwischen der klassischen Ökonomie, die Marx und Engels vollendet haben, indem sie den wissenschaftlichen Sozialismus begründeten, von der modernen bürgerlichen Ökonomie scharf aufzuzeigen, um Wissenschaft von Apologetik zu scheiden, scheint mir auch jene Begriffsscheidung, die einem Unterschied in der Sache entspricht, notwendig und zweckmäßig zu sein.

***) Übrig geblieben aus dieser Zeit ist der Verein für Sozialpolitik. Er hat auf seiner jüngsten Tagung in Wien unter Führung von Harms und Eulenburg vor dem neuen Finanzkapital kapituliert; „an Stelle des Kathedersozialismus tritt ein Kathederkapitalismus, durchdrungen von der wirtschaftlichen und kulturellen Notwendigkeit im erstarkten Hochkapitalismus" („Weltwirtschaftliche Korrespondenz" vom 21. Oktober 1926), der in Wien die aktive Unterstützung Rudolf Hilferdings fand.

Fuggers“ erregten ihren Forschungstrieb mehr als die theoretische Grundlegung zum Beispiel der modernen imperialistischen Kolonisierungsmethoden. Es soll dabei nicht verkannt werden, daß manche brauchbare geschichtliche Studie, manch guter Beitrag über die Staats- und Wirtschaftsverfassung der Vergangenheit auf der Aktivseite der historischen Schule stehen. Aber die Einzeluntersuchungen, die in den großen wissenschaftlichen Zeitschriften, namentlich in Schmollers und Conrads „Jahrbüchern“, über die Jahrzehnte verstreut sind, sind trotz allem nur erste Bausteine für eine umfassende Wirtschaftsgeschichte. Denn zum Gebäude selbst fehlt der deutschen nationalökonomischen Wissenschaft im ganzen wie jedem ihrer Repräsentanten der einheitliche theoretische Standpunkt. Derselbe Bücher, der in seinen geschichtlichen Studien über „Arbeit und Rhythmus“ wertvolle Einblicke in die Entstehung der menschlichen Arbeit überhaupt eröffnet hat, !hat sich zugleich, wie Rosa Luxemburg in ihrer „Einführung in die Nationalökonomie“ nachgewiesen hat, als unfähig gezeigt, eine theoretisch haltbare Begriffsbestimmung seiner eigenen Wissenschaft, die er in Leipzig als Professor lehrte, zu geben. Oder derselbe Schmoller, unter dessen Leitung ein umfangreiches Urkundenwerk über die Verwaltungsgeschichte Preußens im 18. Jahrhundert veröffentlicht wurde, ist in seinem „Grundriß der Nationalökonomie“ unfähig, auch nur zu einer ökonomischen Streitfrage der Gegenwart einen eigenen Standpunkt zu finden.

III.

Es wäre jedoch verfehlt, anzunehmen, daß keinerlei theoretische Versuche in der Ökonomie von deutschen Professoren gemacht worden wären. Es entstanden vielmehr als Reaktion gegen die Schmoller-Schule, die die Ökonomie mehr und mehr aus einer Wissenschaft zu einem Unterrichtsgegenstand in den „Kameralien“, zur Unterweisung im Fach der höheren Verwaltungspraxis im Staat und im Betrieb, gemacht, der die schöne Einteilung der Nationalökonomie in eine „theoretische“ und „praktische“ aufgestellt hatte – wobei jene nur eine Art Verzierung für diese war – neue theoretische Lehrmeinungen, die sich bewußt in Gegensatz zur überkommenen Vulgärökonomie setzen wollten. Diese Meinungen knüpften jedoch nicht an die Vollendung der klassischen Ökonomie durch den Marxismus an, der zugleich die Vernichtung der Vulgärökonomie ist. Werke, wie etwa auch nur die Turgan-Baranowskis, die Marx reformistisch umfälschten, hat es in Deutschland nicht gegeben. Sombarts Kokettieren mit Marx ist über eine seichte feuilletonistische Jugendsünde nicht hinausgekommen. Sein oberflächliches Buch „Sozialismus und soziale Bewegung“, in der 10. Auflage „Der proletarische Sozialismus-Marxismus“ genannt, hat dafür um so größeren Anklang gefunden[*)].

Die soziologischen Arbeiten sollen hier nur angemerkt werden. Für die Werke Max Webers, Franz Oppenheimers, Vierkants und auch Müller-Lyers gilt ganz besonders das, was oben schon allgemein von der modernen bürgerlichen ökonomischen Forschung bemerkt wurde: daß sie Fragmente, Einzelfeststeilungen für die Kritik der [787/19] politischen Ökonomie, für die Erkenntnis der modernen kapitalistischen Wirtschaft aufzeigen, daß sie aber gleichzeitig gerade dadurch, daß sie zu einem System zu kommen versuchen, die Brüchigkeit ihrer Systematik und Methodologie aufdecken.

Max Weber, wohl der bedeutendste unter den Soziologen, ist mangels jeder Systematik und Methodologie – seine stets falsche Polemik gegen die materialistische Geschichtsauffassung ersetzt nicht das Fehlen eines eigenen Standpunkts – in der Fülle des gesammelten Stoffes ertrunken und nicht zu einem selbständigen vollendeten System gekommen.

Ganz allgemein ist die Soziologie ein Tummelplatz für Reformisten und Sozialreformer aller Arten, eine Metaphysik der politischen Ökonomie. An die Stelle der Aufdeckung gesellschaftlicher Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Ordnung setzt sie die Spekulation über einen Gesellschaftszustand, der die Schäden des Kapitalismus vermeidet, aber dennoch Kapitalismus bleibt.

[*)] Als Buße für seine Jugendsünde, einmal über Marx geschrieben, ihn aber nie begriffen zu haben, hat Sombart auf der Tagung des Vereins für Sozialpolitik 1925 sich zum Gottesglauben als dem Urgrund nicht nur allen Seins, sondern der ökonomischen Wissenschaft insbesondere bekannt. Seiner Weisheit letzter Schluß ist, daß dem Volk die Religion erhalten bleiben muß. Das Sprichwort von der alten Betschwester gilt, zum wenigsten in seinem zweiten Teil, von den deutschen Professoren der Ökonomie.

Die modernen theoretischen Versuche der bürgerlichen Ökonomie stehen durchweg in bewußtem Gegensatz zu Marx und zur klassischen Ökonomie. Sie greifen Marx in der Grundlage seiner Theorie, beim Wertgesetz, an und wollen so zu einer neuen theoretischen Grundlage der Ökonomie kommen. Wie die moderne Philosophie und auch Soziologie den Marxismus berennen, indem sie der Gesellschaftslehre überhaupt den Charakter als Wissenschaft absprechen und damit den einen Pfeiler des Marxschen Lehrgebäudes, den historischen Materialismus, den Verlauf der Geschichte nach bestimmter Gesetzmäßigkeit, zerbrechen wollen, so versucht die letzte nationalökonomische Theorie die ökonomische Festung des Marxismus von innen zu unterminieren, indem sie bei der Werttheorie ihre Kritik ansetzt. Aber indem sie so an Stelle einer objektiven Kategorie die subjektive Einschätzung setzt, hebt sie in der Tat im Rahmen selbst ihrer Theorie und durch sie die Ökonomie als Wissenschaft, als ein System sich vollziehender ökonomischer Gesetzmäßigkeit auf.

Alle diese „subjektiven Theorien" gehen zurück auf die „Grenznutzen-Theorie", die von Österreich ausgehend (Boehm-Bawerk), allmählich zur international vorherrschenden Theorie der Nationalökonomie geworden ist, weil sie eben die Grundlage des Marxismus verneint, und so scheinbar die Nationalökonomie aus einer Sackgasse herausführt, um sie faktisch in eine wirkliche Sackgasse um so gründlicher hineinzuführen. Bucharin hat in seiner jüngst deutsch erschienenen „Ökonomie der Rentner" sich gründlich mit diesen Subjektivisten auseinandergesetzt.

Die Grenznutzentheorien münden in die modernen Preis- und Marktttheorien, die den Wert selbst als Begriff verschwinden lassen[*)].

[788/18] Es ist das „Wirtschaftssubjekt", der „Wirtschaftsträger", der das theoretische Interesse erregt, wobei Wirtschaftssubjekt oder Wirtschaftsträger unterschiedslos der Lohnarbeiter wie der Konzernmagnat, die Familie wie der Staat sind. Sie unterscheiden sich nur durch den Umfang ihrer wirtschaftlichen Interessen, nicht durch die qualitative Verschiedenheit ihrer ökonomischen Funktionen. An die Stelle objektiver Feststellungen über ökonomische Zusammenhänge treten, da das „Subjekt" in der Mitte steht, statt der Gesellschaft und der von ihr vollzogenen Produktionsbeziehungen vage psychologische Erwägungen und Schätzungen.

Der letzte Versuch, der die Nationalökonomie im Gegensatz zum Marxismus noch einmal als Wissenschaft konstituieren wollte, konstatiert nur ihren Bankrott.

IV.

Wissenschaft ohne Methode ist nicht möglich. Die Methode der politischen Ökonomie, sofern sie Anspruch auf Wissenschaft macht, kann nur die materialistische Dialektik sein. Marx hat die Methode der politischen Ökonomie in der zweiten Auflage zum ersten Band des Kapitals in den bekannten Sätzen umrissen:

„Die Forschung hat den Stoff sich im Detail anzueignen, seine verschiedenen Entwicklungsformen zu analysieren und deren inneres Band aufzuspüren. Erst nachdem diese Arbeit vollbracht, kann die wirkliche Bewegung entsprechend dargestellt werden. Gelingt dies und spiegelt sich nun das Leben

[*)] Gegen die Preistheorie, die die Werttheorie von Marx ersetzen soll, hat sich bereits Lenin mit aller Schärfe gewandt (Lenin, „Gesammelte Werke", Band 12, Teil II, Seite 389, zitiert von Deborin, Lenin als revolutionärer Dialektiker", „Unter dem Banner des Marxismus", Band 2, Seite 305):
„Der Preis ist eine Äußerung des Wertgesetzes. Der Wert ist das Preisgesetz, d. h. der vergesellschaftlichte Ausdruck der Preiserscheinung."
„Wenn der Preis ein Austauschverhältnis darstellt, so muß auch unvermeidlich der Unterschied zwischen einem vereinzelten Austauschverhältnis und einem dauernden, einem Zufalls- und einem Massenverhältnis, einem momentanen und einen längere Zeitspannen umfassenden Verhältnis, begriffen werden. Ist dem aber so – und daß dem so ist, daran ist nicht zu zweifeln –, so schreiten wir mit derselben Notwendigkeit vom Zufalls- und Einzelverhältnis zum stabilen und Massenverhältnis, vom Preise zum Wert vor." „Wenn der Preis ein ‚realisiertes Austauschverhältnis' darstellt, so ist doch wohl die Frage erlaubt: Wer geht dieses Verhältnis ein? Offenbar die unter einander austauschenden Wirtschaften. Wenn dieses ‚Austauschverhältnis' nicht zufällig als Ausnahme für kurze Zeit erscheint, sondern sich in ständiger Regelmäßigkeit allerorts und tagtäglich wiederholt, so ist es klar, daß das ‚Austauschverhältnis' die Gesamtheiten der Wirtschaften zu einer einheitlichen Wirtschaftsordnung verbindet."

des Stoffs ideell wider, so mag es aussehen, als habe man es mit einer Konstruktion a priori zu tun.“ Kapital, Band I., S. 7.

In der modernen bürgerlichen Ökonomie sind die beiden zusammengehörenden Pole der wissenschaftlichen ökonomischen Forschung – die Aneignung des Stoffes im Detail, die Analyse der verschiedenen Entwicklungsformen und das Aufspüren des inneren Bandes, die ideelle Widerspiegelung des Lebens des Stoffes – auseinandergerissen und gegeneinander verselbständigt. Das Ergebnis der Forschung, die sich um die Tatsachenermittlung bemüht, ist, statt der Aufdeckung objektiver Gesetze, das Versanden der Tatsachenermittlung im rohen Empirismus der historischen Schule, in der ödesten Sammlerarbeit für nie durchgearbeitete Archive oder im Wirrsal ökonomischer Handwörterbücher unter jedem Verzicht nicht nur, sondern unter bewußter Ablehnung auch nur des Versuchs einer Ordnung, einer Analyse des Tatsachenmaterials, eines Aufspürens der Gesetze des ökonomischen Geschehens, für deren Aufdeckung die Tatsachenfeststellung Ausgangspunkt und Bestätigung ist. Das bewirkt wiederum, daß die Tatsachenermittlung selbst jede Orientierung verliert.

Die österreichische Schule wiederum, die Grenznutzen- und Preistheorie, die von der Historie, die weder Ökonomie noch Geschichte ist, zur Ökonomie zurückkehren will, endet in der luftigen Spekulation aus schrankenlosem, unpolitischem, ewigem Subjektivismus, der den Boden der sich verändernden Wirklichkeit sofort unter den Füßen verliert, der mit dem Verzicht auf objektive Gesetzmäßigkeit des ökonomischen Geschehens auch die Fähigkeit verliert, über ein paar Tatsachen auf der Oberfläche der kapitalistischen Wirtschaft hinaus den ganzen Stoff sich im Detail anzueignen. (Schluß folgt.) [789/21]

Diskussion

Radikale Worte – opportunistischer Geist

Wir bitten die Parteiorganisationen, unsere nachfolgende Antwort auf die „Weddinger“ Plattform zu beachten, da die von Weber empfohlene falsche Taktik in der Vorbereitung des Parteitags Erörterung finden wird.

Redaktion der „Internationale“.

Die „Plattform der Weddinger Opposition zur deutschen Frage auf der VII. Erweiterten Exekutive der Komintern“, die die Weber-Gruppe als ihre Plattform für die Vorbereitung des Parteitags verbreitet, ist – das sei vorausgeschickt – nicht die Plattform, auf der diese Opposition entstanden ist, sich entwickelt und ihren Kampf bis zur letzten Tagung der Exekutive geführt hat, Die Weddinger Opposition ist aus dem noch vom Jahre 1923 in der Partei vorhandenen Mißtrauen und dem Unverständnis für die der gegenwärtigen Situation entsprechende Taktik der Einheitsfront entstanden. Sie stützt sich auf Verzweiflungsstimmungen der Arbeiterschaft, die besonders in Zeiten großer Erwerbslosigkeit entstehen, und schöpft ihre Hauptnahrung aus der antibolschewistischen Propaganda, die von objektiven und subjektiven Agenten der Bourgeoisie unter Ausnützung des Fraktionskampfs der russischen Opposition in unserer Partei verbreitet wurden. Nur die Ansteckung durch diese antibolschewistischen Anschauungen erklärt die Schärfe des fraktionellen Auftretens der Weber-Gruppe, die in den Anschauungen über die deutsche Frage, die die jetzt verbreitete Plattform vertritt, keinerlei theoretische Begründung finden könnte.

Die internationale Lage Deutschlands

Die Stellung Deutschlands im imperialistischen Mächtesystem faßt Genosse Weber so auf, daß Deutschland infolge der Niederlage im Weltkrieg und im Ruhrkampf und infolge des Dawes-Plans völlig abhängig von den Ententemächten, politisch, wirtschaftlich, militärisch ohnmächtig ist. Von einem deutschen Imperialismus könne keine Rede sein.

Eine solche Lage, wie Genosse Weber sie sich vorstellt, war wohl das Ziel, das die Sieger von Versailles angestrebt haben. Die Entwicklung hat sich aber ganz anders vollzogen, als es die imperialistischen „Siegermächte“ wollten und von der Weber noch heute träumt.

Acht Jahre nach Versailles ist von der Entente, dem Bündnis der Siegermächte, sehr wenig übrig. Die imperialistischen Gegensätze haben die Einheitsfront gegen das besiegte Deutschland zersetzt. Schon

im Ruhrkampf stand nicht die Entente geschlossen gegen Deutschland, sondern das angelsächsische Kapital, England, und im Hintergrunde die Vereinigten Staaten von Amerika, haben sich des deutschen Widerstandes bedient, um die Vorherrschaft des französischen Imperialismus auf dem Kontinent zu brechen. Dieses Ziel des Ruhrkampfs wurde auch erreicht. Frankreich ist gegenüber dem englisch-amerikanischen Imperialismus unterlegen, der französische Imperialismus mußte das Ruhrgebiet räumen. Die wirtschaftliche Zerrüttung, die der Ruhrkampf herbeiführte, hat nicht nur Deutschland unter die Kontrolle des englischen und amerikanischen Finanzkapitals gezwungen, sondern auch die französischen Finanzen so erschüttert, daß die unvermeidliche Währungsstabilisierung aller Voraussicht nach auch in Frankreich zu einer starken Abhängigkeit vom amerikanischen Finanzkapital führen wird, Deutschland hat seine Währungsstabilisierung allerdings mit dar Finanz- und Wirtschaftskontrolle des Dawes-Plans bezahlen müssen, aber es hat dafür als Gegenleistung eine wesentliche Milderung des Druckes des französischen Imperialismus erhalten. Durch die Ausnützung der Gegensätze zwischen den imperialistischen Westmächten hat die deutsche Bourgeoisie ihre außenpolitische Stellung bedeutend verstärkt und eine gewisse relative Selbständigkeit errungen.

Gewiß ist die deutsche Bourgeoisie zu schwach, um isoliert gegen die anderen imperialistischen Mächte irgend etwas durchsetzen zu können. Aber das gleiche gilt für viel schwächere Staaten, wie Belgien, Italien, Polen, die Tschechoslovakei, deren imperialistischer Charakter noch von niemand bestritten wurde. Der deutsche Imperialismus kann nur vorwärtskommen, indem er, die Gegensätze der anderen imperialistischen Mächte ausnützend, die eine gegen die andere ausspielend, sich Schritt für Schritt vorwärtstastet. Man kann aber auch nicht mehr von einem „Schwanzimperialismus“ sprechen. Denn wenn Deutschland auch im Gefolge stärkerer imperialistischer Mächte marschiert, so kann es doch bis zu einem gewissen Grade wählen, an welche Mächtegruppe es Anlehnung sucht. Der Schwanz kann sich aber nicht den Hund aussuchen, der mit ihm wedelt.

Es heißt, die Tatsachen nicht sehen wollen, wenn man den gewaltigen Unterschied in der außenpolitischen Stellung Deutschlands 1923 und 1926 leugnet. 1923: Das wichtigste Industriegebiet von fremden Truppen besetzt, die Loslösung des Rheinlandes eine unmittelbar drohende Gefahr, tiefster Verfall der Währung [790/22] und der Wirtschaft, raschen Ansteigen der revolutionären Bewegung 1926: Der größte Teil des besetzten Gebiets geräumt, die Militärkontrolle wesentlich erleichtert, von Separatismus keine Rede mehr, die Währung, wenn auch mit fremdem Kapital, stabilisiert, Produktion, Absatz, Profit gewaltig gesteigert, die Ausbeutung des Proletariats aufs äußerste verschärft, ohne daß bisher eine große revolutionäre Massenbewegung dagegen eingesetzt hat. Wer kann bei einem solchen Vergleich die Tatsache verkennen, die wir als relative Stabilisierung bezeichnen?

Genosse Weber behauptet, die gewaltige Produktionssteigerung infolge des englischen Streikes könne „nicht als Gradmesser für den Stand der deutschen Wirtschaft herangezogen werden“. Man könnte mit demselben Rechte sagen, daß das Sinken der Produktion der Grundstoffe infolge der Ruhrbesetzung 1923 nicht als Gradmesser für den Stand der deutschen Wirtschaft hätte gelten können, Unabhängig von den Ursachen des Niedergangs und des Aufschwungs der wichtigsten Produktionszweige bleibt die Tatsache, daß eine solche Steigerung der Produktion und des Absatzes (dazu noch bei den durch die Rationalisierung gewaltig herabgesetzten Produktionskosten) eine große Bereicherung der deutschen Bourgeoisie und damit eine Stärkung ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht bedeutet. Die bloße Tatsache der Ausnützung des englischen Streikes durch die deutsche Schwerindustrie nicht nur zur Belieferung der englischen Absatzmärkte während des Streikes, sondern auch zum Abschluß langfristiger Lieferverträge widerlegt zur Genüge die gedankenlose Phrase: „Die Ententestaaten sind jederzeit in der Lage, etwaigen Konkurrenzbestrebungen Deutschlands auf dem Weltmarkt wirksam entgegenzutreten.“

Ja, wenn es eine solche Entente noch gäbe! Aber die französische Schwerindustrie, die durch den Eisenpakt mit der deutschen verbunden ist, hat nicht den geringsten Versuch unternommen, etwa der englischen beizuspringen und sie vor der deutschen Konkurrenz zu bewahren, so wenig, wie im Ruhrkampf die englische Bourgeoisie der französischen geholfen hat, das Rhein- und Ruhrgebiet zu annektieren.

Genosse Weber will die wirtschaftlichen Tatsachen nicht sehen, die der deutschen Bourgeoisie den Übergang zu einer imperialistischen Politik ermöglichen. Er weist auf die Passivität der Handelsbilanz hin. Aber der Passivität von 3626 Millionen Mark für die ersten zehn Monate 1925 steht für die ersten zehn Monate 1926 eine Aktivität von 249 Millionen Mark gegenüber. Das bedeutet eine Besserung um 3877 Millionen Mark. Auf diese Tendenz der Entwicklung kommt es an, nicht auf die absoluten Zahlen. die noch dazu systematisch zuungunsten Deutschlands vom Reichsstatistischen Amt gefälscht werden. Das gleiche gilt für die Frage des Kapitalexports. Es ist lächerlich, die von dem Genossen Varga in seinem dritten Vierteljahrsbericht für 1926 angegebene Zahl der in Deutschland gehandelten stempelsteuerpflichtigen (d. h. neueingeführten) Auslandswerte als Maß des im Ausland angelegten Kapitals anzusehen. Es gibt ganz andere, weit wichtigere Formen des Kapitalexports (direkte Beteiligung an ausländischen Unternehmungen, Garantie für ausländische Anleihen, Finanzierung durch ausländische Banken, hinter denen deutsches Kapital steckt, usw.). Aber selbst bei dieser uncharakteristischen Zahl von fünfzehn Millionen für das erste Halbjahr 1926 zeigt sich die Tendenz des steilen Aufstiegs im Vergleich mit der Zahl von fünf Millionen für das zweite Halbjahr 1925.

Die bloße Tatsache, daß Deutschland den Sitz im Völkerbundsrat erhalten hat, der Mächten wie Spanien und Brasilien trotz aller Repressalien verweigert wurde, zeigt, wie Deutschland als wachsende Kraft, als ein nicht auszuschaltender Faktor im imperialistischen Mächtesystem eingeschätzt wird. Weber erklärt freilich, „jeder ernsthafte Politiker wisse, daß aus dem Völkerbundseintritt, aus Locarno und Thoiry kein Kräftezustrom abgeleitet werden kann“. Völkerbundseintritt, Locarno und Thoiry, das bedeutet das Eingehen imperialistischer Bündnisse und Verträge. Woher weiß der „ernsthafte Politiker“ Weber, daß aus imperialistischen Bündnissen für einen schwächeren Staat kein Kräftezustrom erwachsen kann? Staaten, wie Italien, Rumänien, Serbien, aber auch Frankreich, die isoliert dem deutschen Imperialismus und seinen Trabanten absolut nicht gewachsen gewesen wären, haben durch das Bündnis, das sie mit den imperialistischen Weltmächten verband, einen solchen Kräftezustrom erfahren, daß sie den Weltkrieg siegreich bestanden und mit großen Annektionen abschlossen, Die imperialistischen Bündnisse, die Deutschland jetzt eingegangen ist, richten ihre Spitze in erster Linie gegen Sowjetrußland, wie auch die Plattform der Weddinger Opposition richtig feststellt, Deutschland ist infolge der teilweisen Entwaffnung, der Besetzung und der anglo-amerikanischen Finanzkontrolle zu schwach, um sich isoliert gegen einen ernsten Gegner durchsetzen zu können. Aber ist Deutschland zu schwach, um im Bunde mit den anderen imperialistischen Mächten einen Raubzug gegen die Sowjetunion mitzumachen und sich bei der in Aussicht genommenen Teilung der Beute einen Bissen zu sichern, vorausgesetzt, daß das deutsche Proletariat einen solchen Raubzug duldet oder gar unterstützt?

Und damit kommen wir zu einer entscheidenden Frage, zur Frage der revolutionären Praxis. Die Gegensätze zwischen den imperialistischen Staaten zu übersehen, die Deutschland eine Stärkung seiner außenpolitischen Macht ermöglichen, die wachsenden imperialistischen Tendenzen der deutschen Bourgeoisie leugnen, das bedeutet, das Proletariat von einer seiner wichtigsten, seiner grundlegenden Aufgaben abzulenken und abzuhalten, vom Kampf gegen die imperialistische Außenpolitik der Bourgeoisie, vom Kampf gegen die [791/23] imperialistische Kriegsgefahr, insbesondere gegen die Gefahr der Teilnahme Deutschlands an einem imperialistischen Interventionskrieg.

Wenn Deutschland wirklich ein völlig ohnmächtiges, von fremden Imperialisten geknechtetes Land wäre wie Indien oder Irland, dann wäre nicht der Kampf gegen die eigene Bourgeoisie, sondern der Kampf gegen die auswärtigen Imperialisten die dringendste Aufgabe des Proletariats. Die deutschen Kommunisten müßten dann versuchen, eine antiimperialistische Einheitsfront, auch mit Teilen des Bürgertums, aufzurichten, um den nationalen Befreiungskampf gegen die fremden Bedrücker zu organisieren, so wie das unsere Genossen in China tun. Die Theorie der Leugnung des deutschen Imperialismus führt also nicht zu irgendwelchen linken, sondern zu den rechtesten opportunistischen Folgerungen. Dieser Abweichung macht sich Genosse Weber in dieser wichtigsten Fraga des Kampfes der deutschen Arbeiterklasse schuldig.

„Eine gewaltsame Eroberung kommt schon infolge der völlig unzureichenden militärischen und wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands nicht in Frage.“ So dekretiert Genosse Weber. Eine solche Propaganda für die friedlichen und harmlosen Absichten der deutschen Bourgeoisie gerade jetzt, wo die illegalen Rüstungen verstärkt, neue Kriegsbündnisse abgeschlossen. eine verschärfte Kolonialpropaganda entfaltet wird, ist nichts anderes als eine Unterstützung des pazifistischen Schwindels der deutschen Bourgeoisie und ihrer getreuen Sozialdemokratie. Was daran „Linkes“ ist, mögen die Arbeiter des Wedding, auf die sich Genosse Weber beruft, entscheiden.

Die Lage in Deutschland

In der „Plattform“ wird die Absicht des deutschen Kapitalismus, sich durch „Schmutzkonkurrenz“ im verschärften Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt zu behaupten, als bestimmender Faktor der Rationalisierung angeführt. In der Tat ist auch die kapitalistische Rationalisierung nur ein Mittel zur Schaffung der Voraussatzungen für eine imperialistische Politik und umgekehrt, die Erfolge dieser Rationalisierung, die gesteigerte Produktionsfähigkeit zwingen die deutsche Bourgeoisie auf den Weg der imperialistischen Politik, der Eroberung neuer Absatzmärkte, Kapitalanlagegebiete und Rohstoffquellen.

Unsere „linken“ Opponenten stellen dieser leninistischen Auffassung die reformistische Auffassung des ADGB entgegen: „Da die Voraussetzung für einen aufnahmefähigen kapitalistischen Markt eine kaufkräftige Bevölkerung ist, so wäre die Steigerung der Kaufkraft der Konsumenten der einzige Ausweg“ (!). Diese Weisheit haben die Genossen Weber und Riese aus der Gewerkschafts- und SPD-Presse gelernt. Sie sollten wissen, daß der Kapitalismus desto weniger vom Absatz im eigenen Lande lebt, je weiter er auf dem Wege des Imperialismus fortgeschritten ist. Der Teil des Produkts, der an den Arbeiter verkauft wird, ist bekanntlich für die Kapitalsakkumulation verloren. Der Vorschlag, den Absatz durch Erhöhung der Reallöhne zu erweitern, bedeutet für die Kapitalisten den guten Rat, auf einen Teil des Mehrwerts freiwillig zu verzichten. Für die Bourgeoisie ist nicht dies der Ausweg, sondern lediglich die Steigerung des Exports. Eine Steigerung des Reallohns würde die Lage des deutschen Proletariats erleichtern, die des deutschen Kapitalismus erschweren. Es ist bedauerlich, wenn man diese ABC-Weisheit Genossen erklären muß, die die Partei eines Besseren belehren wollen, angeblich einen Kampf „gegen den Opportunismus“ führen und dabei in entscheidenden Fragen dem Revisionismus anheimfallen.

Daß die Bourgeoisie sich auf Kosten der Arbeiter bereichert, hält Genosse Weben offenbar für eine im Kapitalismus ungewöhnliche Erscheinung. Er findet dafür den neuen Fachausdruck „wirtschaftliche Onanie“. „Während sich der kapitalistische Produktionsgewaltige entgegen jeder Normalität (!) selbst befriedigt, hat er wohl seinem eigenen krankhaften Bedürfnis entsprochen, dabei aber den Gesamtorganismus absolut geschädigt.“ Genosse Weber hält offenbar den „normalen“ Kapitalismus für eine wohltätige Einrichtung, durch die die Kapitalisten nicht nur sich selbst befriedigen, sondern dabei zugleich den gesamten gesellschaftlichen Organismus fördern oder befruchten. Wir haben bisher auf Grund der Theorie von Marx geglaubt, daß der wachsende Reichtum auf dem einen Pol der Gesellschaft die wachsende Verelendung des anderen Polen notwendig bedingt, und daß dieser Widerspruch die Entwicklungstendenz des Kapitalismus überhaupt ist. Weben führt als Merkmal „normaler“ Konjunktur, bei der die Kapitalisten also nicht „wirtschaftlich onanieren“, die Produktionssteigerung an, Aber auch die gegenwärtige Rationalisierungskonjunktur ist durch eine zum Teil beträchtliche Produktionssteigerung gekennzeichnet, nicht nur in der Schwerindustrie, wo wir allein leicht kontrollierbare Zahlen haben, sondern auch in der chemischen Industrie, in der Textilindustrie, in den meisten Produktionszweigen.

Genosse Weber ignoriert bei seiner Analyse ebenso die Tatsachen des Wirtschaft wie die marxistische Theorie, die uns diese Tatsachen verständlich macht.

Das ist ein schwaches Fundament für den Kampf gegen die Mehrheit der Partei und des Kommunistischen Internationale.

Die revolutionäre Perspektive

Wenn die Weddinger Opposition glaubt, die revolutionäre Perspektive vor der Parteimehrheit voraus zu haben, so irrt sie. Daß sich die inneren Widersprüche des Kapitalismus verschärfen, daß der Imperialismus sterbender Kapitalismus ist, daß die Überwindung des [792/24] Kapitalismus durch das Proletariat das notwendige Ergebnis der gegenwärtigen Epoche der Entwicklung ist, das alles ist unbestritten. Genosse Weber unterscheidet sich nicht durch die revolutionäre Perspektive, sondern nur durch eine sehr kurzatmige revolutionäre Perspektive.

Gegen den Renegaten Kautsky schrieb Lenin im November 1918, daß es fraglos eine Dummheit gewesen wäre, wenn die Bolschewiki ihre Taktik in der Erwartung der Revolution in den anderen Ländern zu einem bestimmten Termin aufgebaut hätten. Stände die „allgemeine europäische Revolution“ unmittelbar bevor, dann wäre, meint Lenin, auch ein Kautsky bereit, revolutionär zu sein. „Wenn nicht, so kehrt Kautsky der Revolution den Rücken. Er hat auch nicht eine Spur von Verständnis dafür, daß ein Revolutionär und Marxist sich von einem Spießer und Kleinbürger dadurch unterscheiden muß, daß er den dunklen Massen die Notwendigkeit der heranreifenden Revolution zu predigen, ihre Unvermeidlichkeit nachzuweisen, ihren Nutzen für das Volk klar zu machen, das Proletariat. alle arbeitenden und ausgebeuteten Massen auf die Revolution vorzubereiten versteht.“

Es wäre nützlich, wenn unsere überaus radikalen Genossen darüber nachdenken wollten, wodurch sie sich von Kautsky unterscheiden, wenn sie die revolutionäre Entschlossenheit von dem nahen Termin der Revolution abhängig machen, Genosse Weber fürchtet „eine Taktik auf lange Sicht, die zur Vernachlässigung, ja zur Lähmung jeglicher Aktionskraft der Partei führen muß“ (!). Darum ist er für eine eindeutige Perspektive, obwohl er so wenig, wie irgendein anderer Mensch den Termin der Revolution prophezeien kann, Seine Auffassung, daß eine revolutionäre Partei nicht aktionsfähig bleiben kann, wenn die Revolution nicht unmittelbar bevorsteht, ist nicht „links“, sondern liquidatorisch.

Genosse Weber spricht von der „objektiv revolutionären Situation“. Nun, eine solche besteht mindestens seit 1914. Lenin datiert die Epoche des Imperialismus, in der der Kapitalismus für die sozialistische Revolution reif und überreif geworden ist, seit 1900. Die Bolschewiki haben unter den schwersten Bedingungen von 1907 bis 1917 an der Vorbereitung der Revolution gearbeitet in einer gewiß objektiv revolutionären Situation, in der aber doch eine zehnjährige Arbeit notwendig war, ehe eine akut revolutionäre Situation eintrat, die den unmittelbaren Machtkampf unmöglich machte. Ohne eine solche lange, geduldige, vorbereitende Arbeit der revolutionären Partei wird das Proletariat niemals imstande sein, eine revolutionäre Situation zur Eroberung der Macht auszunutzen.

Wir akzeptieren vollauf die Parole „Allzeit bereit zum revolutionären Kampf und zum Sturze des bankrotten kapitalistischen Systems“. Aber diese Bereitschaft ist zu wenig, wenn sie nicht verbunden ist mit der tatsächlichen Durchführung einer unermüdlichen täglichen Kleinarbeit für die Vorbereitung der Revolution, die ohne diese Vorbereitung niemals kommen wird.

Zu den wichtigsten Aufgaben der Partei

Wir stellen mit Befriedigung fest, daß Genosse Weber, obwohl er die Möglichkeit einer längeren Perspektive ablehnt, dennoch die Umkehr zu revolutionären Teil- und Tageskämpfen als Voraussetzung eines außerparlamentarischen Kampfes auf breitester Basis anerkennt. Es besteht auch kein Streit darüber, daß die Führung dieser Tages- und Teilkämpfe durch die Kommunisten mit der Propaganda für unser kommunistisches Endziel verbunden werden stieß. Der Kongreß der Werktätigen und die dort entwickelten Parolen waren ein Musterbeispiel für diese Verbindung der Tagesziele mit dem Endziel.

Genosse Weber polemisiert in diesem Zusammenhang gegen eine „angebliche Entlarvungstaktik“, bei der die Partei „Seite an Seite mit der Kleinbourgeoisie“ für das „kleinere Übel“ (Demokratie und Republik) kämpfen wolle. Den Beweis dafür, daß die Partei jemals eine solche Taktik angewandt hat,

bleibt er schuldig, Die Partei hat aus den bitteren Erfahrungen von 1923 zur Genüge gelernt, daß man die faschistische Diktatur nicht im Bündnis mit der bürgerlichen Demokratie „auf dem Boden der Verfassung“ abwehren kann. Wenn wir uns zum Beispiel in Sachsen zur Duldung einer linkssozialdemokratischen Regierung bereit erklären, so nicht deshalb, weil wir sie für das „kleinere Übel“ halten, sondern weil wir den sozialdemokratischen Arbeitern noch einmal Gelegenheit geben wollen, sich durch ihre eigenen Erfahrungen von der Unrichtigkeit der Politik ihrer Führer zu überzeugen. Es ist höchst lächerlich, wenn Weber in dem sächsischen Wahlerfolg eine Bestätigung der Richtigkeit seiner Auffassung sehen will, weil in diesem Wahlkampf die grundsätzlichen Losungen der KPD scharf betont wurden. Darauf könnte sich Weber berufen, wenn unsere sächsischen Genossen den Arbeitern nichts weiter zu sagen gehabt hätten als unsere grundsätzlichen Losungen. In Wirklichkeit wurden aber die praktischen Tagesforderungen in den Vordergrund gestellt und auch im Wahlkampf offen gesagt, daß die KPD bereit sei, eine sozialdemokratische Minderheitsregierung zu dulden. Der Wahlerfolg wurde also gerade mit der Taktik erzielt, die Weber als opportunistisch ablehnt, nicht deshalb, weil etwa die sächsischen Arbeiter Opportunisten sind, sondern deshalb, weil sie besser als Genosse Weber die revolutionäre von der opportunistischen Taktik unterscheiden können. [793/25]

Die Fehler der Partei

In diesem Abschnitt macht Genosse Weber nicht den Versuch, aus der, seiner Meinung nach, falschen Linie der Partei grundsätzliche Fehler in der Lösung der wichtigsten Fragen des praktischen Kampfes abzuleiten, sondern er trägt allerlei wirkliche, von der Partei längst kritisierte und vermeintliche Fehler zusammen.

Die Volksentscheidskampagne wurde richtig durchgeführt. Die Parole des Kongresses der Werktätigen wurde in die Bewegung geworfen und dadurch die Kontinuität der Bewegung hergestellt.

Die mecklenburgische Landtagsfraktion beging ernste opportunistische Fehler. Dafür kann aber nicht die Parteileitung verantwortlich gemacht werden, weil diese gegen die ausdrücklichen Anweisungen des Zentralkomitees geschahen und so rasch wie möglich korrigiert wurden. Die beste Parteileitung wird nicht verhindern können, daß irgendwo in den zahlreichen Parlamenten opportunistische Fehler geschehen.

Seine Kritik an unserer Sachsenpolitik begründet Genosse Weber mit folgender kühnen Behauptung: „Die bisherigen Erfahrungen haben der Arbeiterschaft zur Genüge bewiesen, daß die Sozialdemokraten keinesfalls gewillt sind, eine Regierungstätigkeit im Sinne der werktätigen Klasse zu entfalten, so daß ein weiterer Beweis oder Entlarvung durch ein neues sächsisches Experiment höchst überflüssig und schädlich ist.“ Wenn das wahr wäre, könnte niemand verstehen, aus welchem Grunde ein Drittel der sächsischen Wähler, zwei Drittel der werktätigen Bevölkerung Sachsens für die SPD gestimmt hat, die mit dem Programm einer sozialdemokratischen Regierung in die Welt gezogen ist. Tatsachen nicht zur Kenntnis nehmen wollen, das ist weder links, noch rechts, sondern einfach dumm. Für den „sächsischen Arbeiterkongreß“, den Weber vorschlägt, kann man den Grundsatz gelten lassen, den er selbst für den Kongreß der Werktätigen aufstellt: „Ein Kongreß solcher Art ist nur dann ein revolutionärer Aktivposten, wenn er als Etappenziel einer bestimmten vorausgehenden Bewegung propagiert und durchgeführt wird.“ Solche Voraussetzungen bestehen gegenwärtig in Sachsen nicht. Deshalb ist dieser Vorschlag eine typische „linke“ Phrase.

Die Kritik des Genossen Weber an der Gewerkschaftstaktik der Partei ist ebenso von seiner Tendenz zur Mißachtung der Tatsachen getragen. Niemand in der Partei hat den Grundsatz: „Massen um jeden Preis, haltet euch in den Betrieben“, propagiert. Wohl aber ist es unser Grundsatz, daß bei Streikbewegungen die Kommunisten nicht isoliert die Betriebe verlassen sollen, sondern nur dann, wenn sie die Masse der Belegschaft mit sich führen können. Das war im Ruhrgebiet während des englischen Streiks leider nicht möglich, wie zum Beispiel die Erfahrung auf der Zeche „Beekerweerth“ bewies, wo die Belegschaft der Streikparole der kommunistischen Betriebsräte nicht Folge leistete.

Beim Hamburger Hafenarbeiterstreik war die Fortsetzung des Kampfes unmöglich, als sich an der Urabstimmung, auf die sich Genosse Weber beruft, nur ein knappes Drittel beteiligte, während die große Mehrheit bereits durch die Sabotageaktion der SPD beeinflußt war. Ebenso falsch ist Webers Darstellung der Vorgänge bei den Berliner Hochbahnen. Die Partei hat die Annahme des elenden Schiedsspruches nicht empfohlen, sondern unsere Genossen haben sogar, wenn auch mit geringer Mehrheit, eine Ablehnung des Schiedsspruches in der Funktionärversammlung durchgesetzt. Der Fehler der dort tätigen Genossen war nur, daß sie es unterließen, eine nochmalige Urabstimmung über die Frage des Streiks zu fordern. Man muß aber bedenken, daß die Hälfte der Straßenbahner christlich organisiert ist, und daß diese Organisation den Schiedsspruch ohne jeden Widerspruch angenommen hat. Eine Urabstimmung hätte einen Streik also gegen den Willen der Gewerkschaftsbürokratie aller Wahrscheinlichkeit auch nicht gebracht, von einer „starken Mißstimmung in der Belegschaft“ war nichts zu merken. Dennoch wäre es richtig gewesen, auf jeden Fall an die Belegschaft selbst zu appellieren, was unsere Gewerkschaftsleitung auch in einer kameradschaftlichen Aussprache mit den beteiligten Genossen feststellte. Es ist Demagogie, aus einem solchen Fehler eine p r i n z i p i e l l e Abweichung der Partei konstruieren zu wollen.

Das Prinzip des Achtstundentags für die Arbeiter, die in der Landwirtschaft kapitalistisch ausgebeutet werden, ist von der Partei niemals preisgegeben worden. Die Ausnahme, von der in dem Aufruf des ZK, auf den sich Weber bezieht, die Rede ist, betrifft Kleinbetriebe mit ein bis zwei ständig mitarbeitenden Knechten. Jeder, der die Arbeit auf dem Lande aus eigener Praxis kennt, weiß, daß für solche Kleinbetriebe, die über geringe Hilfsmittel verfügen, die Einbringung der Ernte ohne gelegentliche Überschreitung des Achtstundentags unmöglich ist.

Wenn sich Weber g e g e n d i e L o s u n g d e r E r h ö h u n g d e r A k k o r d l ö h n e ereifert, so ist das eine glatte KAPDistische Kinderei. Wir sind grundsätzlich gegen das Akkordsystem. Der Kampf für höhere Akkordsätze, dort, wo Akkordarbeit besteht, macht den Kampf für die Abschaffung der Akkordarbeit ebensowenig unmöglich, wie der Kampf für höhere Löhne den Kampf für die Abschaffung des kapitalistischen Lohnsystems ausschließt.

Unsere Politik gegenüber den Klein- und Mittelbauern ist durch eine Reihe von internationalen und Parteibeschlüssen festgelegt. Sie hat eben auf dem Kongreß der Werktätigen eine breite Anwendung gefunden. Genosse Weber soll offen sagen, ob es diese [794/26] Politik billigt oder nicht, statt sich an eine falsche Formulierung zu klammern, die in keinem offiziellen Beschluß der Partei steht. Es ist selbstverständlich, daß die KPD nicht einen Grundsatz der „Unantastbarkeit des Privateigentums an Grund und Boden der Klein- und Mittelbauern“ proklamiert, weil die Aufhebung des Privateigentums an Grund und Boden eines der Ziele der sozialistischen Bewegung ist. Der Kongreß der Werktätigen hat mit der Zustimmung der Bauern den Grundsatz der Nationalisierung von Grund und Boden proklamiert und dabei keinen Zweifel darüber gelassen, daß den werktätigen Bauern die Bestellung ihres Landes in ausreichendem Umfange gesichert werden soll. Im großen und ganzen kann man über jenen Teil der „Plattform“ Webers, der sich mit den „Fehlern der Partei“ befaßt, sagen: Weber macht aus einer Mücke einen Elefanten und bietet nun die Elefantenknochen preis.

Genosse Weber wendet zum Schluß die ganze Schärfe seiner Kritik gegen den innerparteilichen Kurs, den er als „s y s t e m a t i s c h e A u s r o t t u n g l i n k e r F u n k t i o n ä r e“ kennzeichnet. Dabei hält er es nicht für nötig, sich darüber auszusprechen, ob er darunter die Katz, Schwarz, Korsch, Giwan, Maslow versteht. Es scheint so, da er diese Feinde der Komintern mit folgender sonderbaren Argument verteidigt: „Dabei bedient sich das ZK der ebenso bequemen wie durchsichtigen Methode, den von den Ausgeschlossenen später beschrittenen Weg zur ‚Rechtfertigung‘ der willkürlich verhängten Ausschlüsse zu benützen.“

Es ist verständlich, daß ehemalige Kommunisten, die mit den Grundsätzen des Kommunismus brechen und ins Lager der Feinde Sowjetrußlands und der Komintern übergehen, ihre wahren Anschauungen solange verbergen, als sie noch ihre konterrevolutionäre Propaganda innerhalb der Partei entfalten zu können hoffen. Sie werfen die Maske erst denn ganz ab, wenn die Trennung von der Partei vollzogen ist. Aber es ist lächerlich, zu glauben, daß ein ehrlicher Revolutionär durch den Ausschluß

ein Konterrevolutionär werden kann, selbst dann, wenn sein Ausschluß zu Unrecht erfolgt. Man betrachte zum Beispiel den antibolschewistischen Gelehrten K o r s c h. Als er noch Parteimitglied war, wehrte er sich mit Händen und Füßen gegen die Anschuldigungen, daß seine dunklen Reden über den „roten Imperialismus“ eine antibolschewistische Tendenz haben. Jetzt schrieb Korsch in dem Blättchen der KAPD, er sei der erste gewesen, der es in der KPD wagte, gegen den russischen Imperialismus aufzutreten, wenn er es damals auch in verschleierter Form getan habe, um in der Partei bleiben zu können. Ist das eine abermalige nachträgliche Rechtfertigung des Ausschlusses oder glaubt irgendjemand, daß Korsch noch kein Antibolschewist war, ehe er aus der Partei ausgeschlossen wurde? Ebenso steht es mit Schwarz’ Reichstagsrede, die der „Vorwärts“ im Wortlaut nachgedruckt hat, mit dem „vertraulichen“ antibolschewistischen Material der Maslow-Gruppe, das gleichfalls sehr rasch den Weg in die „Vorwärts“-Redaktion gefunden hat. Geht es an, ganz allgemein eben „ungerechtfertigte Ausschlüsse“ zu jammern, wenn man sich nicht mit solchen offenen Antibolschewisten solidarisieren will?

Auf weitere Einzelheiten einzugehen, ist überflüssig. Es sei nur noch erwähnt, daß der Satz aus dem November-Arbeitsplan der BL Berlin-Brandenburg in absichtlich demagogisch entstelltem Sinne wiedergegeben wird. Daß die politische Linie der Partei keinen Raum für eine politische Opposition läßt“, sollte nicht mehr ausdrücken als die Tatsache, daß keine Opposition imstande ist, eine andere politische Linie der Linie der Partei entgegenzustellen, weil sie eben richtig ist. Die Plattform der Weddinger Opposition bestätigt nur diese Behauptung. Von einem Verbot der politischen Opposition kann in Berlin gewiß nicht die Rede sein, wo nun schon 1½ Jahre lang die Parteidiskussion mit Referaten, Korreferaten und unzähligen Diskussionen und Abstimmungen den größten Teil der Parteiarbeit einnimmt.

Kameradschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Parteimehrheit und den Genossen der Opposition, die Kommunisten sind und es bleiben wollen, das ist ein Ziel, das gewiß von allen Genossen gewünscht wird. Aber die Voraussetzung dafür ist der Verzicht auf fraktionelle Arbeit und auf fraktionelle Unterstützung der Feinde der Komintern.

Für die Komintern oder für die antibolschewistischen Feinde der Komintern – das ist die unausweichliche Frage, um deren Beantwortung sich auch die Genossen der Weddinger Opposition nicht drücken können. [795/27]

RUNDSCHAU

II. Internationale

Der Programm-Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie – Heimkehr der Schweizer Sozialdemokratie in die II. Internationale – Glück und Ende sozialdemokratischer Regierungen (Dänemark, Litauen, Finnland)

Welche Rolle und Funktion hat der Austromarxismus innerhalb der Zweiten Internationale? Warum streben Otto Bauer und seine Anhänger danach, die Hegemonie in der Zweiten Internationale zu erlangen? Eine klare Antwort auf diese Frage hat der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie gegeben. Und zwar sowohl durch das neue Programm, das er beschlossen hat, als auch durch seine Erörterung der praktischen Politik der Sozialdemokratie.

Die gegenwärtige wirtschaftliche und politische Weltlage – fortdauernde Wirtschaftskrise in Europa, Zuspitzung der imperialistischen Gegensätze; nationalrevolutionäre Erhebungen im Weltmaßstabe; Festigung und Aufbau der Sowjetunion, wachsendes proletarisches Massenelend in den kapitalistischen Staaten und Zuspitzung der Klassengegensätze, steigende Unzufriedenheit der breiten Massen in Stadt und Land – erfordert von der Sozialdemokratie, daß sie ihr in einem gewissen Maße Rechnung trägt, will sie es nicht auf eine rapide Zersetzung ihrer Basis und schließlich auf ihren Bankrott als Massenpartei ankommen lassen. Nun sind aber jene Parteien in der Zweiten Internationale, die seit Jahr und Tag eine unzweideutige Politik der Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie treiben, nicht einmal gewillt, der gegenwärtigen Situation auch nur ins Auge zu sehen, geschweige denn irgendwelche Konsequenzen zu ziehen, sondern sie faseln von neuer Blüteperiode des Kapitalismus, vom

Vormarsch des Weltfriedens usw. Sie haben sogar ihren Reformismus beiseite gelegt und sind einfach Sanierungsparteien der bürgerlichen Ordnung. Früher oder später müssen diese „Kern"parteien der Zweiten Internationale Schiffbruch erleiden. Sie sind nicht imstande, Arbeitermassen auf längere Dauer an sich zu binden. Sie verzichten sogar darauf, in ihnen theoretische Illusionen zu nähren. Hier will nun der Austromarxismus als rettender Engel erscheinen. Der Austromarxismus wendet sein Auge von der Weltsituation nicht einfach ab, er lügt die tatsächliche Entwicklung nicht frech in ihr Gegenteil um, sondern er gibt mit manchem Wenn und Aber die unsichere Weltlage zu. um sie dann vor den Massen zu verschleiern. Der Austromarxismus nimmt die alten Traditionen des Reformismus in der gegenwärtigen Situation auf und hat ein Bukett von Reformvorschlägen für die praktische Politik bereit. Der Austromarxismus hält sich endlich für berufen, die theoretischen Illusionen – durch Demokratie zum Sozialismus, Diktatur als Defensivmöglichkeit – zu züchten. Mit diesen Funktionen begründet der Austromarxismus sein Anrecht auf Führung in der Zweiten Internationale.

Der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie hat die beiden Seiten der Medaille. hat das austromarxistische Einerseits-Andererseits anschaulich gemacht: Praktische Politik des Reformismus, Einstellung auf kleinbürgerliche Interessen, nötigenfalls Koalition mit der Großbourgeoisie – theoretischer Glorienschein der „Machtergreifung" und „Hegemonie" des Proletariats in und durch die Demokratie, nötigenfalls mit Gewalt als Verteidigungsmittel der proletarischen Staatsmacht[*)].

Bezüglich der Lage und Perspektive des Kapitalismus wies der Hauptreferent und Hauptzüchter von Illusionen (zugleich Wegbereiter des praktischen Reformismus), Otto Bauer, auf die Erstarkung des Weltkapitalismus seit Kriegsende hin. Die Verantwortung der Sozialdemokratie für diese Entwicklung suchte er durch billigen Spott über „Illusionen des Bolschewismus" zu bemänteln. Otto Bauer zeigte dann allerdings – im Gegensatz zu den Hilferdings u. Co. – die auch weiterhin kritische Weltlage des Kapitalismus auf. Aber seiner Weisheit letzter Schluß daraus war, daß in dem seiner Vorherrschaft beraubten Europa „die Wahrscheinlichkeit sprunghafter, ruckhafter Machtverschiebungen zwischen den Klassen" gegeben ist. Dunkel ist der Rede Sinn und – soll es such sein. Verschleierung der gegenwärtigen Lage und Verzicht auf eine klare und konkrete Perspektive den kommenden Entwicklung – das ist in diesem Kernpunkte der Austromarxismus.

Was die Voraussetzungen zur Machtergreifung durch das Proletariat betrifft, verfocht Otto Bauer die Notwendigkeit der Gewinnung von Verbündeten in dem industriell zusammenschrumpfenden Österreich, also Gewinnung der Klein- und Mittelbauern wie der Mittelschichten. Praktisch-politisch bedeutet dies aber für die österreichische Sozialdemokratie die Orientierung nach dem Kleinbürgertum. Das zeigte sich unter anderem auch in der ausführlichen Debatte zur Religionsfrage. Prinzipielle Erklärung der Religion als Privatsache für die Partei, also Preisgabe des Marxismus, war das Ergebnis der Diskussion. Ein Schauspiel ersten Ranges: Otto Bauers marxistische Eiertänze zu Ehr und Sieg des Opportunismus reinsten Wassers. Die praktischen Zugeständnisse an die Bourgeoisie suchte Otto Bauer mit roter [796/28] Tusche zu decken, indem er die Theorie der Hegemonie des Proletariats gegenüber den übrigen Schichten darlegte, also dem Austromarxismus einen Anstrich von Leninismus zu geben trachtete.

In der Frage der „Demokratie oder Diktatur" entbrannte ein heftiger Streit. Eigentlich war es nur heftige Spiegelfechterei. Otto Bauer legte fest: Machteroberung in der Demokratie mit demokratischen Mitteln. Diese Stimmzettelttheorie führte er kühn auf Marx und Engels zurück, indem er deren wiederholt aufgestellte Erklärung von der Übergangsepoche der Diktatur des Proletariats als ein Mißverständnis der Ausdrucksweise bezeichnete. Denn nach Marx und Engels sei gerade die demokratische Republik die spezifische Form der Diktatur des Proletariats. Wie reimt sich aber damit die Theorie Marx' und Engels' von der Epoche der Bürgerkriege und von der Notwendigkeit der Zerbrechung des bürgerlichen Staatsapparats? Hier wird der Revisionismus Otto Bauers offenkundig.

[*)] Der auf dem Parteitag der SPÖ in Linz endgültig beschlossene Programmtext ist, zusammen mit dem Agrarprogramm und Organisationsstatut, eben erschienen (Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, 1927).

Otto Bauer verpönt die Gewalt als Geburtshelferin der sozialistischen Ordnung, er verpönt den Bürgerkrieg, er malt ihn mit den schwärzesten Farben – Völkerkrieg, Hungersnot, wirtschaftliche Zerrüttung. Damit verpönt er zugleich den Klassenkampf und seine Austragung. Um aber diese Preisgabe der wesentlichen Erkenntnis des Marxismus zu vertuschen, trägt Otto Bauer auch etwas rote Farbe auf: Die Gewalt, die Diktatur komme als Notwehr in Betracht, und zwar n a c h Ergreifung der Macht, wenn es der Bourgeoisie einfiele, das Proletariat von der Staatsmacht mit Gewalt verdrängen zu wollen (als würde es der Bourgeoisie nicht einfallen, mit Gewalt die Machtergreifung des Proletariats zu hindern, als gäbe es nicht Faschismus usw.). In der Diskussion zu diesem Punkte waren die R e n n e r obenauf. Sie identifizierten die M a c D o n a l d-Regierung mit der Machtergreifung durch die Arbeiterklasse. Sie sangen, wie vor allem F r i e d r i c h A d l e r, das Lob der bürgerlich-demokratischen Republik als eines Ideals, das es bis zum äußersten zu verteidigen gelte. M a x A d l e r, der Romantiker ohne politische Bedeutung, konnte darum nicht umhin, festzustellen: „Die Illusionen des Demokratismus sind gefährlicher als die des Bolschewismus“. Aber er erntete nichts als Hohn.

Auch die Kautskysche T h e o r i e d e s G l e i c h g e w i c h t s d e r K l a s s e n k r ä f t e und der sich daraus ergebenden zwingenden Notwendigkeit der K o a l i t i o n s p o l i t i k fand als „möglicher Fall“ im Programm Unterkunft. Diese „Klausel“ ist der theoretische Stützpunkt für die praktische Beteiligung der Sozialdemokratie an den Koalitionen in den österreichischen Ländern. Sie öffnet Tür und Tor für kommende Ereignisse. Dabei wird das Gleichgewicht der Klassenkräfte, so nebenbei, als Fehlen einer – Zweidrittelmehrheit, die doch zu Verfassungsänderungen notwendig sei, definiert!

Die praktische Politik der Austromarxisten, die auf dem Parteitag nach einem Referat D a n n e b e r g s bestätigt wurde, besteht einerseits in der Sorge um Aufrechterhaltung einiger sozialer Errungenschaften (z. B. Mieterschutz, der übrigens schon manche Löcher aufweist), andererseits in der Sorge um die Wahrung der „Arbeitsfähigkeit“ des Parlaments, was die Preisgabe der wichtigsten Tagesforderungen des Proletariats in Österreich bedeutet. Obwohl die SPÖ so stark ist, die reaktionäre Pfaffenregierung Seipel zu stürzen – die sie übrigens ans Ruder kommen ließ – und die Auflösung des Parlaments zu erzwingen, läßt sie die Dinge laufen, weil die Zeit für sie arbeite.

Zugleich trifft die SPÖ organisatorische Vorbereitungen, um die Herausbildung einer Linken innerhalb der SP, die für proletarische Einheitsfront eintritt und der Sowjetunion mit Sympathie gegenübersteht, im Keime zu ersticken. Auf diese Weise versucht die SPÖ, stolz auf ihre Stärke, die sie nicht auf die spezifischen, in Österreich gegebenen Bedingungen zurückführt, sondern auf i h r e Politik, den Parteien der ganzen Zweiten Internationale ein Beispiel zu geben, wie sie es machen sollen, um stark zu bleiben oder stark zu werden. Die SPÖ übersieht dabei nur eines: die konkreten Verhältnisse in den anderen Ländern, in denen der Austromarxismus zum großen Teil nicht durchdringen kann. Es ist zwar möglich, daß der Austromarxismus im internationalen Maßstabe an Einfluß gewinnt: Aber indem er die Massen durch Manöver, radikale Phrasen und Illusionen an die Sozialdemokratie zu fesseln versucht, muß er sie notgedrungen radikalisieren. Die sich radikalisierenden Arbeitermassen wiederum werden, da die Enttäuschung unausbleiblich ist, diese Fesseln zerreißen und sich, in um so gereifterer Erkenntnis, in die kommunistischen Parteien eingliedern.

*

Die Austromarxisten arbeiten mit einer gewissen Planmäßigkeit an der Verstärkung ihres Einflusses in der Zweiten Internationale. Das zeigt die Annäherung an die n o r w e g i s c h e Arbeiterpartei, an die T r a n m a e l i t e n. Diese Partei, in der ein linke, Flügel gegen die Weiterspinnung der Rückzugspolitik in die Zweite Internationale Stellung nimmt, ist nunmehr aus dem Pariser „Informationsbüro“, der verdünnten Form der von Angelika Balabanoff vergeblich galvanisierten Zweieinhalbten, ausgetreten, um die Vereinigung mit der rechten Sozialdemokratie, die ihrerseits, pro forma (unter den Segenswünschen Friedrich Adlers!), aus der Zweiten Internationale ausgetreten ist, zu vollziehen. Es werde nun, erklärt A d l e r in der „J. J.“ vom 11. Dezember, ähnlich wie in der Schweizer Sozialdemokratie, der natürliche Entwicklungsprozeß die norwegische Arbeiterpartei in die Arme der Zweiten Internationale führen.

Ferner arbeiten die Austromarxisten mit einer zugleich schlauen und brutalen Methode auf die Hineinzwängung der italienischen Maximalisten in die Zweite Internationale hin. In ihrer lendenlahmen

Kampagne gegen den [797/29] Faschismus, den die Zweite Internationale jahrelang nur als eine lächerliche Angelegenheit auffaßte, nimmt sie sich ausschließlich der T u r a t i-Partei an. Sie läßt durchleuchten, daß sie sich den Maximalisten nur im Falle ihres Anschlusses an die Zweite Internationale und ihrer Vereinigung mit den Turatianern gnädig zeigen werde. Mit zynischer Offenheit hat Friedrich Adler eine Unterstützung des „Avanti" als eines der Zweiten Internationale fremden Organs abgelehnt. Auch hier rechnen sie auf den „natürlichen Reifeprozeß".

Eine weitere Stärkung der austromarxistischen Richtung war der auf der Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz anfangs Dezember gefaßte Beschluß, die österreichische Sozialdemokratin P o p p in die Exekutive der SAI zu delegieren.

Am wichtigsten war aber der im November vollzogene Eintritt der Schweizer Sozialdemokratie in die Zweite Internationale.

*

Auf dem Parteitag der Schweizer Sozialdemokratie, der in der zweiten Novemberwoche stattgefunden hat, fand der Zickzackkurs der G r i m m und Konsorten ein würdiges Ende: Es wurde mit 249 gegen 71 Stimmen der Eintritt in die Zweite Internationale beschlossen. Aber tatsächlich war er eine Kapitulation der Mittelgruppe der Schweizer Sozialdemokratie vor dem rechten Flügel, der von G r a b e r und N a i n e geführt wird. Das Ganze war in eine Tunke radikaler Phrasen – „Interesse der Grundsätze internationaler sozialistischer Politik", „revolutionäre Tradition" usw. – eingemacht. Das glaubten die einstigen Zimmerwalder den Schweizer Arbeitern schuldig zu sein. Die Eintrittserklärung der Mehrheit, wonach „das Ziel die Schaffung einer das gesamte revolutionäre Proletariat umfassenden Internationale" sei, ist ein Symptom der Stimmung der Massen in der Schweiz. Dies kommt noch deutlicher in der Gruppierung zum Ausdruck, die auf dem Parteitag der Schweizer Sozialdemokratie gegeben war.

Die Gruppe der Rechten trat für eine Politik der „Demokratie", der Koalition, des Völkerbundsgeistes ein. Die ausschlaggebende Mittelgruppe (Grimm) verfocht die austromarxistische Taktik mit einer „linken" Schattierung, indem sie erklärte, man dürfe sich weder auf Demokratie noch auf Diktatur festlegen. Die Gruppe der Linken (Schneider), die auf den Kontakt mit den Arbeitern bedacht war, stimmte g e g e n den Eintritt in die Zweite Internationale. Allerdings stimmte sie dann für die Eintrittserklärung der Mittelgruppe und schwenkte an ihre Seite.

So bietet der Parteitag der Schweizer SP. ein Bild der Widersprüche innerhalb der Zweiten Internationale überhaupt.

Bemerkenswert waren die Wahrheiten über die Zweite Internationale, die von den Linken geäußert wurden: So sagte S c h m i d t, der für die Hinausschiebung des Beschlusses war:

„Wird die Zweite Internationale imstande sein, den Ausbruch eines neuen Krieges zu verhindern? Wenn man an Marokko, Syrien, Ägypten usw. denkt, kann man dies nicht annehmen. Wenn man die Ursachen dieser Ohnmacht untersuchen wollte, würde dies zur Sprengung führen.

Man wagt es nicht, die wichtigsten Dinge zur Diskussion zu stellen. Die Zweite Internationale faßt nur Resolutionen zur Verkleisterung der Gegensätze nach außen."

Der Wortführer der eigentlichen „Linken", S c h n e i d e r, erklärte u. a.:

„Alle (Parteien der Zweiten Internationale) stehen auf dem Boden der gleichen Grundsätze wie 1914. Praktisch hat keine Partei etwas getan, was auf eine grundsätzliche Änderung schließen läßt ... Der seichte Demokratismus überwiegt in den Parteien der Zweiten.

Kautsky hat in einem Artikel erklärt, daß bei einem neuen Kriege die Sozialdemokraten gleich handeln werden wie 1914.

De Broukére begrüßte das Stahlkartell, ebenso die SP-Presse in Deutschland ... Die SPD wurde aus der Koalition herausgeprügelt und versucht nun krampfhaft. wieder hineinzukommen. Diese Partei macht eine Politik der Verarmung der arbeitenden Klassen. Der Parteivorstand unterstützte bis zuletzt die sächsischen Verräter."

Weiter verweist der Redner auf die Politik während der Ruhrbesetzung, wo die SPD Regierungsgelder annahm.

„Warum sind wir denn aus der Zweiten Internationale ausgetreten? Wenn wir heute eintreten, hätten wir gar nicht auszutreten brauchen."

Aus diesen Äußerungen geht hervor, daß der von Adler so gerühmte „Klärungsprozeß" innerhalb der Schweizer Sozialdemokratie sein Ende noch nicht gefunden haben dürfte.

*

In letzter Zeit haben die sozialdemokratischen „Arbeiterregierungen" ein wechselvolles Schicksal gehabt. Die dänische SP-Regierung mußte sterben. Die litauische Regierung, die vor nicht langer Zeit ans Ruder gekommen war, wurde durch einen Rechtsputsch gestürzt. Die finnländische Sozialdemokratie übernahm als Minderheit die Regierung, getreu der englischen, schwedischen und dänischen Tradition; allerdings dürfte ihr Glück nur kurz und von einem jähen Ende gefolgt sein.

Die sozialdemokratische Regierung in D ä n e m a r k – mit S t a u n i n g an der Spitze – hatte eine richtige bürgerliche Sanierungspolitik betrieben. Ihr Hauptaugenmerk war auf die Festigung der Währung gerichtet, was auf Kosten der Wirtschaft und der werktätigen Massen geschah. Die Folge war eine chronische Wirtschaftskrise, ständige große Arbeitslosigkeit, Senkung des Lebensstandards der Beschäftigten. Da sich eine allgemeine Unzufriedenheit zu regen begann, versuchte die Regierung, einige bescheidene Vorschläge zur Besserung der Wirtschaft und der Lage der Arbeitslosen zu machen. Aber sie scheiterten; denn da machte die Bourgeoisie nicht mehr mit. Die bürgerlichen „Radikalen", von deren Freundschaft die Stauning-Regierung abhängig war, kündigten ihre parlamentarische Unterstützung. So kam es zu Neuwahlen. Das Ergebnis war eine, wenn auch g e r i n g e, relative Schwächung [798/30] der Sozialdemokratie (an Stimmenzahl hat sie gewonnen), eine Niederlage der „Radikalen" und ein Erfolg der „Gemäßigten" und der Konservativen, die Mandate gewannen. Die SP., noch immer die stärkste Partei im Parlament, hatte die Quittung für ihre Sanierungspolitik erhalten. Die bürgerlichen Parteien fühlten sich nun gefestigt genug, selbst wieder das Ruder in die Hand zu nehmen.

In L i t a u e n wurde die sozialdemokratische Koalitionsregierung, die eine Politik der Unabhängigkeit gegenüber Polen verfolgte und ein freundschaftliches Verhältnis zur Sowjetunion anstrebte, mit Hilfe Englands und Polens durch einen faschistischen Putsch hinweggefegt. Wieder rächte sich die Politik der demokratischen Illusionen. Die SP. hatte nichts getan, um auch nur eine militärische Organisation der N o t w e h r gegen die reaktionären Banden aufzurichten. Unter ihren Augen, mit ihrer Duldung konnten die weißen Putschisten ihren Streich vorbereiten. Die Vorgänge in Litauen sind ein Anschauungsunterricht für die „Demokraten" a l l e r Länder.

In F i n n l a n d ist am 13. Dezember eine sozialdemokratische Minderheitsregierung unter T a n n e r eingesetzt worden. Ihr Programm ist, wie die Sozialdemokratie selbst erklärt, sehr bescheiden. Es begnügt sich mit einigen sozialpolitischen Forderungen. Das Schicksal dieser Regierung ist nicht zweifelhaft. Es wird eine Wiederholung der schwedischen und dänischen Erfahrung sein, ein weiterer Beitrag zur Beseitigung von Illusionen, die noch breite Massen hegen. P a u l L a n g.

LITERATUR

H. H o u b e n:
„Verbotene Literatur von der klassischen Zeit bis zur Gegenwart"*)

Dies Buch, ein stattlicher Band von 620 Seiten, auf dessen letzter Seite noch ein zweiter Band angekündigt wird, mit Anführung der zu behandelnden Schriftsteller, eröffnet einen Ausblick auf die Kultur- und Zeitgeschichte, die nur von wenigen in ihrer vollen Tiefe gesehen wird, obwohl sie von einer Frage ausgeht, die im Grunde immer aktuell gewesen ist: die Frage der verbotenen Literatur, die jetzt durch das Schund- und Schmutzgesetz erneut in den Vordergrund deutscher Kulturpolitik tritt. Eine Geschichte der Literaturverbote, der Zensururteile, die Prozesse im Gefolge hatten, gibt das Buch.

*) Verlag Ernst Rowohlt, Berlin.

In den meisten dieser Prozesse und Kämpfe wird der Kampf fast ausschließlich für die persönliche Sache des Autors und in ihrem Rahmen geführt – bestenfalls ganz allgemein im Namen der „Freiheit der Kunst“ und der freien Meinungsäußerung.

Das gerade zeigt dies Buch deutlich: So wie Karl Marx vor und nach 1848 die Frage der Zensur als politische Frage stellte und behandelte, wird sie in neuerer Zeit innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft nicht mehr gestellt und behandelt. Als eine Frage der „Literatur- und Kulturgeschichte“ sieht sie auch der Verfasser in seinen kurzen Äußerungen im Vorwort sowohl wie in der ganzen Behandlung des Stoffes. Er spricht dort nur von „Bücherschicksalen“, vom Einfluß der Bücherverbote „auf die literarische Gesamtentwicklung“ und „auf die Schöpfer dieser Literatur“. „Auch unserer Gegenwart sind sie (die Verbote) nicht fremd“ –, das ist alles, was er in den Jahre 1923 und 1925, als er die beiden Vorworte schrieb, über eine Gegenwart zu sagen hat, in der weniger denn je die Kulturreaktion von der politischen Reaktion zu trennen ist. Als zum Beispiel die „Arbeiter-Illustrierte“ 1925 verboten und beschlagnahmt wurde wegen der Reproduktion eines Sittenbildes über die Prostitution, das einen ernsten Artikel illustrieren sollte, vergaß man wohl, daß die Prostitution eine legale bürgerliche Einrichtung ist und daß das Original des Bildes seit Jahr und Tag im Louvre-Museum in Paris öffentlich ausgestellt ist. Vielleicht bestand aber auch die Meinung, so wie sie auf Seite 80 von der Zensur vertreten wird, daß „man über Bordelle als staatlich anerkannte Häuser keine Glossen machen darf“.

Von diesen und anderen politischen Dingen der allernächsten Gegenwart spricht der Verfasser mit keinem Worte, weder in der Einführung, noch sind sie für den angekündigten Band in Aussicht gestellt.

Das Jahr 1926 hat uns inzwischen die Verschärfung der Zensur in Gestalt der Gesetzesvorlage gegen Schund- und Schmutzliteratur gebracht als einen kaum verhüllten Vorstoß der Kulturreaktion in das Gebiet der Politik.

In einer solchen Zeit hat eine so farblose Darstellung, die „objektiv“ sein soll, überhaupt kein Gewicht. Ja, sie wirkt infolge dieser Farblosigkeit konterrevolutionär.

Dafür, wie man das Verhältnis zwischen Politik und Kunst einschätzt, ist eine Bemerkung des Verfassers zum Einstein-Prozeß (Gotteslästerung) charakteristisch, in der er sagt: „Die Rote Fahne“ sah in dem Urteil „nichts weiter als ein Attentat [799/31] auf die Revolution“. Der bürgerliche Gelehrte ist nicht imstande, in der Revolution auch die Kulturrevolution zu erkennen. Ein Attentat auf die Revolution ist ein Attentat auch auf die Kultur, auf alle kulturellen und künstlerischen Taten und Werke, deren Erbe sowohl als Beschützer und Schöpfer nur das Proletariat sein kann und wird.

Interessant ist das Buch in den verschiedenartigsten Beziehungen als eine Fundgrube zur Charakterisierung von Zuständen, Personen, Werken und Interpretationen von Gesetzen und Gesetzesauslegungen. Bezeichnend in dieser Beziehung zum Beispiel sind für uns die verschiedenen Interpretationen der „Weber“ von Gerhart Hauptmann – durch Polizei und Gericht, durch den Anwalt, den Sozialdemokraten Grelling durch verschiedene Literaten und die Presse. Während der Berliner Polizeipräsident bis in alle Einzelheiten darlegt, daß das „Weberdrama auf einen großen Teil des hauptstädtischen Publikums unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen aufregend wirken müsse“, bemüht sich der Sozialdemokrat Grelling als Verteidiger, das Stück als ein streng historisches hinzustellen, „die ganze Weberrolle hat weder im Leben noch im Stück das geringste mit der sogenannten Staats- und Gesellschaftsordnung zu tun ...“ Bemerkenswert ist, daß Grelling so weit geht, zu erklären, „der Dichter scheine sogar mit seinen Sympathien auf seiten des alten Hilse zu stehen, des gottesgläubigen, braven Mannes, der das Elend wie jede andere Schickung erträgt“ usw., und daß er erklärt, nach all den Fortschritten der letzten fünfzig Jahre „existiere eine Hungerfrage überhaupt nicht mehr“. Besonders psychologisch interessant ist im Munde eines Sozialdemokraten von 1892 die Bemerkung: „Die sozialdemokratische Bewegung, die an Gewalttätigkeiten nicht mehr denkt, sondern alles der nach ihrer Ansicht notwendigen logischen Entwicklung der Dinge überläßt ...“ So weit zurück reichen die Wurzeln des Reformismus, und noch heute arbeitet er mit denselben Argumenten. Im Gegensatz dazu stehen die Organe der radikalen Sozialisten, der „Sozialist“ mit einer

Kritik von Auerbach: „Ist doch das heutige Elend nach fünfzig Jahren des Ruhmes und der Kultur nicht gar so sehr von den damaligen verschieden“ und „Die neue Zeit“ mit einem Aufsatz von Franz Mehring, der die Sache ins rechte Licht rückt, indem er sagt: „Die Vorstellung auf der ‚Freien Bühne‘ (am 26. Februar 1893) ließ gar keinen Zweifel an der mächtigen revolutionären Wirkung, die das Schauspiel auf ein empfängliches und genußfähiges Publikum haben mußte, und wenn Hauptmann noch Hoffnungen auf die Freigabe seines Stückes für die öffentliche Aufführung gehabt haben sollte, so mag er sie nunmehr begraben. Noblesse oblige – und den ‚Webern‘ steht es besser an, sich mit Würde in die preußische Polizei zu fügen, als im Verwaltungsstreitverfahren darum zu hadern, daß sie historische Vorgänge schildern und nicht politische. Seien wir doch ehrlich, sie sind revolutionär sind höchst aktuell.“ Aus diesen Äußerungen zog der Polizeipräsident seine Schlüsse, denen gegenüber der Dichter seinen Anwalt ausdrücklich ermächtigt, zu erklären, „daß es ihm völlig fern gelegen habe, mit den ‚Webern‘ eine sozialdemokratische Parteischrift zu verfassen“. Hauptmann selbst schrieb dann im „Berliner Tageblatt“, daß „in einer solchen Absicht nach seiner Ansicht eine Herabwürdigung der Kunst“ läge. Das ist ein interessanter Beitrag zur Zeitgeschichte, der außerdem Hauptmann selbst schon als den Dichter kleinbürgerlichen Charakters kennzeichnet, der später Kriegspatriotismus und alle Hindenburgiaden mitmachte, ebenso wie er nachher der Dichter der Ebert- und Hindenburg-Republik werden konnte.

Solche Dokumente zur Zeitgeschichte enthält das Buch unzählige, ebenso wie solche zur Charakterisierung der besonderen Zustände und der Dummheit und Rückständigkeit der Zensoren dieser ganzen Misere der deutschen „Geistesgeschichte“. Die von der Zensur verfolgten Werke und oft auch die Dichter selbst flüchteten von einem der verschiedenen Vaterländchen in das andere, und nur die, die sich treu blieben, wie Freiligrath, Marx und andere wenige, ins Ausland. Aus Preußen nach Sachsen, nach Österreich oder Hamburg, auch umgekehrt aus Österreich nach Sachsen, oder überhaupt nach Frankreich oder England. Einige „freiheitliche“ Verlagsunternehmen, allen voran der Hamburger Campe, erlangten allmählich eine große Routine in den Praktiken, durch die sie der Zensur einen Streich zu spielen verstanden.

Einen wirklichen offenen und offen gefeierten Triumpf über die Zensur hat eigentlich nur einmal ein Dichter feiern können. Das war Freiligrath nach dem trotz der 1848 errungenen Lockerung der Zensur erfolgten Verbot seines Gedichts „Die Toten an die Lebenden“. Als das Gedicht während der Verhandlung verlesen wurde, warfen ihm die Zuhörer Lorbeerkränze zu und brachen in stürmischen Beifall aus bei den Worten: „Die rote Fahne läßt er wehen, hoch auf den Barrikaden.“ Das Urteil: Nichtschuldig! erweckte ungeheuren Jubel, Musik, Geleit durch Bürgerwehr und Volksmenge, Fackelzug. Ein halbes Jahr später, im Mai 1849, wurde die „Neue Rheinische Zeitung“ deren Mitarbeiter Freiligrath nach jenem Vorgange wurde, verboten.

Diese Zusammenstellung der verbotenen Literatur (um Geschichte zu sein, hätte sie chronologisch und nicht in alphabetischer Ordnung dargestellt werden müssen) bringt erst so recht zum Bewußtsein, wie in Deutschland eigentlich fast jeder Schriftsteller und Dichter, auch die, die heute als „völlig harmlos“ selbst vor der reaktionärsten Kritik bestehen, sich in einem ewigen Kampfe gegen Zensor und Polizei haben durchsetzen müssen, daß fast kein deutsches Schriftwerk herausgegeben wurde, ohne vom Zensurstift verhunzt zu sein.

Wir müssen heute solche Symptome der Sphäre des „ideologischen Überbaues“, wie sie sich in den verschiedenen Maßnahmen der Kulturreaktion zeigen, im Zusammenhang mit [800/32] der Stabilisierung des Kapitalismus und von ihrem Gesichtspunkt aus, sehen. Gerade diese verschärften Sperrmaßnahmen, ja Gewaltakte der Reaktion auf kulturpolitischem Gebiet – die Verpfaffung der Schule, die Knebelung der freien Meinung und die Einschränkung der Preßfreiheit – sind charakteristische Symptome für die Schwäche der herrschenden Klasse auf dem Gebiete ihres ideologischen Überbaues, eine Schwäche, die ihren tiefen Grund nur in der Unsicherheit ihrer ökonomischen Basis hat. Das Bewußtsein ihres ständig zurückgehenden Einflusses auf die breiten Volksmassen zwingt die Herrschenden zu solchen Maßnahmen, ebenso wie zugleich zu der Erkenntnis, daß die Ursachen dieses sinkenden Einflusses in der Lockerung ihrer eigenen spezifischen ideologischen Struktur liegen. Wenn auch ein gewisser Grad von Stabilisierung auf dem Gebiete der Produktion erreicht werden

konnte, so reichte dieser wirtschaftliche „Aufschwung“ doch nicht hin, die geistige Produktion zu befruchten. Die ganze Sphäre des kulturellen und geistigen Überbaues der Gesellschaft steht weiter im Zeichen des Verfalls, der Lockerung und der Isolierung von den Massen des klassenbewußten Proletariats, das längst seine eigene revolutionäre Ideologie aufzubauen im Begriffe ist. Diese Einbuße an schöpferischen Kräften und damit an Wertgefühl innerhalb der bürgerlichen Klasse ist ein charakteristisches Symptom für die geringe Durchschlagskraft der kapitalistischen Stabilisierung. Die kapitalistische Stabilisierung kann materielle Werte häufen, sie kann auch die Auflösungserscheinungen der bürgerlichen Kultur und Ideologie beschleunigen, aber es fehlt ihr die Schöpferkraft der neu aufsteigenden Klasse, wie wir sie in Sowjetrußland am Werke sehen, die zugleich eine organisatorische Kraft ist, Neues zu gebären und aufzubauen – es fehlt ihr die tragende Idee. Deshalb sind alle diese reaktionären Maßnahmen der kapitalistischen Gesellschaft auf dem kulturellen, ideologischen und sozialen Gebiete, die in der Richtung der geistigen und moralischen Knebelung und Entrechtung der breiten Massen gehen, Merkmale der Unsicherheit der Besitzenden. Von diesem Gesichtswinkel aus betrachtet, gibt die Zusammenstellung verbotener Literatur eine Perspektive und einen Maßstab des jeweils die verschiedenen Epochen kennzeichnenden Grades der Reaktion sowohl wie der latenten revolutionären Kräfte der Gesellschaft und des möglichen Grades ihrer Entfesselung.

Verschärfte Zensur bedeutet eine Rationalisierung innerhalb der ideologischen Sphäre, die alte, rückständige Formen hier ebenso erhalten und sichern will wie innerhalb der Produktion durch vermehrte Ausnutzung der Arbeitskraft, zum Zwecke der Stabilisierung des Kapitalismus.

G. G. L. A l e x a n d e r, Moskau.

*

Anmerkungen der Redaktion

1. Infolge einer Reihe unvorhergesehener redaktionstechnischer Umstände mußte der Erscheinungstermin der Nummern 25 und 26 der „Internationale“ auf den 10. und 20. Januar verlegt werden. Ab 1. Februar erscheint die „Internationale“ zu den üblichen Terminen.

2. In der Veröffentlichung „Zu dem Protest von Ruth Fischer, Maslow, Urbahns, Scholem und Schwan gegen ihren Ausschluß an die Erweiterte Exekutive“ in Nummer 24 der „Internationale“ wurde irrtümlicherweise als Autor Genosse Stalin angegeben. Dies entspricht nicht den Tatsachen, der Artikel ist ein redaktioneller Aufsatz der „Kommunistischen Internationale“. Redaktion der „Internationale“.

Redaktion der „Internationale“

*

Druckfehlerberichtigung[*]

In Nummer 24 muß es in dem Schlußteil des Aufsatzes von Günther Reimann „Der technische Fortschritt in der deutschen Wirtschaftskrise“ auf Seite 754, 10. Zeile von unten, heißen. „Hieraus ergibt sich, daß die Gewerkschalten heute erst recht n i c h t die Forderung nach technischem Fortschritt, durchgeführt von den Unternehmern, auf ihr Programm schreiben dürfen.“ („nicht“ fehlte irrtümlich.) – In Heft 21 muß es in dem Aufsatz von Peter Maslowski „Zur Religionsfrage“ auf Seite 658, 8. Zeile von oben, nicht „hypothekarischen“, sondern „hypothetischen“, und auf Seite 659 in der 3. Fußnote, 2. Zeile, nicht „Trenga Dei“, sondern „Treuga Dei“ heißen.

[33][*)]

[*] Die Druckfehler wurden beseitigt. *KWF*

[*)] Seite 1–32 siehe „Die Internationale“ Nr. 25.

Die Internationale
Jahrgang 10 ∗ Berlin, den 1. Februar 1927 ∗ Heft 2/3

Der Sinn des Bürgerblocks

Der Erbe der Koalitionspolitik, der Wegbereiter des Faschismus und des Imperialistischen Krieges

Berlin, den 1. Februar 1927.

Lz. Wenn man Parteien und Menschen nach dem beurteilt, was sie sagen, und nicht nach dem, was sie sind, dann erscheint diese Komödie der Irrungen, die wochenlange Regierungskrise und ihre Lösung durch das Eingreifen Hindenburgs, als ein unverständliches Rätsel. Das „demokratisch-republikanische“ Zentrum, das eben noch durch den Mund seines Führers, des Reichsbanner-Ehrenvorsitzenden Marx, die Unmöglichkeit einer Koalition mit den Deutschnationalen erklärt und die Koalitionsverhandlungen mit der SPD eröffnet hatte, schwenkt auf den Wink des Reichspräsidenten in wenigen Stunden um und steuert mit vollen Segeln in einen Rechtsblock. Stresemann, der „Friedensstifter“ von Locarno, Genf und Thoiry, dirigiert seine Volkspartei in die Koalition mit den Deutschnationalen, die als Gegner der Locarno-Politik das Luther-Kabinett verließen. Dieselbe Volkspartei, die eben noch die Große Koalition für unmöglich, den Bürgerblock für den richtigen Ausweg erklärt hat, besinnt sich plötzlich darauf, daß sie eine „liberale“ Partei ist und stößt Warnungsrufe gegen die vom päpstlichen Nuntius Pacelli unterstützte Einigung von Zentrum und Deutschnationalen aus. Der Reichsverband der Industrie, der gewiß mächtiger ist, als jede bürgerliche Partei, der noch vor wenigen Monaten auf seiner Dresdener Tagung die Notwendigkeit der Regierungsteilnahme der Sozialdemokratie betonte, diktiert durch seine politische Partei die neue Schwenkung zu, deren wesentlichstes Kennzeichen die Ausschaltung der Sozialdemokratie aus der offenen, wie aus der „stillen“ Koalition ist. Die Deutschnationalen aber, deren Massenpropaganda auch heute noch von dem „monarchistischen Gedanken“ und der nationalistischen Hetze lebt, können es gar nicht erwarten, in eine Regierung hineinzukommen, die sich auf dem Boden der Anerkennung der republikanischen Verfassung von Weimar stellt und sich die Fortführung der bisherigen Völkerbundspolitik zur Aufgabe setzt.

Niemand wird glauben, daß Hindenburg die „republikanische Gesinnung“ des Zentrums, die „nationale“ der Deutschnationalen Volkspartei und die „liberale“ der Deutschen Volkspartei vergewaltigen müßte, um den Bürgerblock zusammenzuleimen. Das Kommando Hindenburgs, „die Bildung einer Regierung auf der Grundlage einer Mehrheit der bürgerlichen Parteien des Reichstags mit tunlichster Beschleunigung zu übernehmen“ und „persönliche Bedenken und Verschiedenheiten der Anschauungen im Interesse des Vaterlandes beiseite zu stellen“, ist für die Zentrumsjesuiten und die deutschnationalen Demagogen nur die erwünschte Hilfe, um die Schwenkung vor ihrem kleinbürgerlichen und proletarischen Anhang besser maskieren [34] zu können. Aber kein Hindenburg hätte diese Schwenkung herbeiführen können, wenn sie nicht durch das Klasseninteresse der Bourgeoisie geboten gewesen wäre.

Für das Proletariat ist die Aufklärung der persönlichen Schiebungen und Intriguen die bei dem wochenlangen Koalitionsschacher gewiß keine geringe Rolle gespielt haben, von wenig Interesse. Ob es ein Beauftragter des Vatikans oder ein Beauftragter Chamberlains war, ein Vertreter Hindenburgs oder ein Vertreter Stresemanns, der die „republikanischen“ und die „nationalen“ Marionetten zusammenführte, das ist nicht wesentlich Wichtig ist. nur, zu verstehen, warum die maßgebenden Kreise des deutschen Trust- und Finanzkapitals, die noch vor zwei Monaten auf der Dresdner Industriellentagung und auf dem Kölner Parteitag der Deutschen Volkspartei mehr oder minder höfliche Einladungen an die SPD sandten und sich gegenüber dem schon damals kundgegebenen Koalitionsdrang der Deutschnationalen echt reserviert verhielten, nunmehr so brüsk die Brücke zur Sozialdemokratie haben abbrechen lassen und so entschlossen den Weg zum Bürgerblock einschlagen.

Nur die berufsmäßigen Arbeiterbetrüger, die an der Spitze der SPD und des ADGB stehen, konnten die Rede Silverbergs als ein Bekenntnis zum „Volksentscheid“, zur „Wirtschaftsdemokratie“,

zur „Gleichberechtigung der Arbeiter“ anpreisen. In Wirklichkeit war sie nicht mehr als ein Appell an die reformistischen Arbeiterführer, unter der Führung des Unternehmertums an den Wiederaufbau der Macht des Kapitals, an der neuen imperialistischen Expansion mitzuwirken. Als Gegengabe für diese Hilfeleistung wurden den sozialdemokratischen Führern Ministersessel in Aussicht gestellt. Dieses Angebot erfolgte in der Zeit, wo die volle ungestörte Ausnutzung der durch den englischen Streik geschaffenen Hochkonjunktur für die Industriellen von allergrößtem Werte war. Die bloße Hoffnung, an den Rationalisierung- und Konjunkturprofiten der deutschen Bourgeoisie in irgendeiner Form mitschmarotzen zu dürfen, hat genügt, um die Reformisten zur vollen solidarischen Unterstützung der Kapitalisten in der kritischen Zeit des englischen Streiks zu veranlassen, Die Gewerkschaftsführer haben in diesen Monaten jede Solidaritätsaktion im Ruhrgebiet und in den Hafenstädten sabotiert und durch den Schwindel mit ihrem parlamentarischen Notgesetz den Kampf für den Achtstundentag verhindert. Zugleich hat die SPD-Fraktion im Reichstag die Marx-Regierung durch dick und dünn noch über das Külz’sche Schmutzgesetz hinaus unterstützt, bis sie durch die Kampfansage des volksparteilichen Führers Scholz und die Ablehnung jedes Zugeständnisses von seiten der Marxregierung gezwungen wurde, das Mißtrauensvotum einzubringen.

Während der Regierungskrise verging kein Tag, an dem der „Vorwärts“ nicht die bedingungslose Koalitionsbereitschaft der SPD angepriesen hätte. Als die Große Koalition an dem Widerstand der Volkspartei gescheitert war, erklärten sich die SPD-Unterhändler zur Unterstützung einer Regierung der „Mitte“ bereit, ohne auch nur eine einzige Bedingung zu formulieren. Zugleich zeigte die SPD ihre besondere Fähigkeit zur Unterstützung der Stresemannschen Außenpolitik, zur Vorbereitung der Interventionspläne des englischen Imperialismus, in dem sie die niederträchtige Sowjetgranatenhetze vom Stapel ließ.

Was ist der Erfolg dieser bis zur vollendeten Knechtseligkeit gesteigerten Dienstbereitschaft für die Bourgeoisie? Daß man den allzu aufdringlichen Lakai vor die Türe gesetzt hat, In der Tat, nicht der Zusammenschluß der Rechtsparteien an sich ist das, besondere Kennzeichen dieser Regierungsbildung – das hatten wir schon im Luther-Kabinett –, auch nicht [35] das die parlamentarischen Kulissen mißachtende Eingreifen Hindenburgs – auch die letzte Regierungsbildung wurde in ähnlicher Form von Hindenburg kommandiert –, sondern die unvermittelte, mit keinerlei Argumenten und Manövern bemäntelte Hinausdrängung der SPD. In früheren Fällen warf man die SPD durch die Schaffung politischer Tatsachen aus der Regierung. Diesmal aber durften die Sozialdemokraten weder eigene Forderungen stellen, noch irgendwelche Forderungen der bürgerlichen Parteien ablehnen, sondern Hindenburg, der Vertrauensmann der Bourgeoisie, befahl ohne Umschweifung und ohne Begründung die Bildung einer Regierung aus den bürgerlichen Parteien.

In dieser offenen Verhöhnung der Partei der acht Millionen Wähler kommt einerseits das gesteigerte Kraftbewußtsein der Bourgeoisie zum Ausdruck, andererseits die Ohnmacht der bürgerlichen Arbeiterpartei, die die Kraft der ihr folgenden Massen durch die Bindung an die bürgerliche Politik lähmt.

Die deutsche Bourgeoisie, insbesondere die großen schwerindustriellen und chemischen Trusts haben aus der Rationalisierung auf Kosten des Proletariats und der Ausnutzung des englischen Streiks Riesengewinne geschöpft. Ihre Kriegskassen sind gefüllt, ihre Macht durch den organisatorischen Zusammenschluß gestärkt. Die Arbeiterklasse aber erwies sich in der Zeit, wo die Lage für den Kampf besonders günstig war, als gelähmt durch das Bleigewicht der reformistischen Gewerkschaftsführung. Die Kapitalisten haben die Ernte des englischen Streiks in die Scheuer gefahren, eine gewaltsame Dumping-Konkurrenz von seiten Englands bedroht den deutschen Export, die technische Rationalisierung, die jetzt auf Grund der Möglichkeit gesteigerter Kapitalakkumulation mit verstärkter Kraft einsetzt, wirft aufs neue Tausende von Arbeitern aufs Pflaster. Die Unternehmer denken nicht daran, in dieser Situation in der Lohn- und Arbeitszeitfrage auch nur die geringsten Zugeständnisse zu machen, sie glauben den Kampf mit einer Arbeiterschaft, die solche Unternehmerknechte, wie Leipart und Graßmann in ihrer Führung duldet, riskieren zu können. Die Bourgeoisie fühlt sich von der steigenden Welle der internationalen, faschistischen Reaktion getragen. Churchills antibolschewistischer Kriegsruf, seine Empfehlung des faschistischen „Gegengifts

gegen die russische Infektion“ wurde nicht zufällig an demselben Tage in Rom verkündet, an dem in Berlin Hindenburg seinen Brief an Marx schrieb.

Die Scheidemänner waren dumm genug, zu glauben, daß ihre Hilfe bei der Durchführung der Locarno-Politik ihnen den Weg zur Regierung öffnen müsse. Sie haben sich von den englischen Imperialisten und ihren deutschen Agenten bereitwilligst für die antibolschewistische Propaganda gebrauchen lassen, zumal sie damit auch ihr Parteisüppchen kochen zu können meinten. Sie hofften, man würde sie zur „Republikanisierung der Reichswehr“ heranziehen. Mit dem Skalp Geßlers in der Hand glaubten sie, auch den Arbeitern den Eintritt in eine reaktionäre Regierung als Erfolg für Republik und Demokratie schmackhaft machen zu können.

Sie haben sich gründlich verrechnet. Es geht nicht um die „Republikanisierung“, sondern um die „Locarnisierung“ der Reichswehr, d. h. um die Entfernung der im Sinne der Westorientierung unzuverlässigen Elemente, Um die Reichswehr zu einem brauchbaren Instrument für die antibolschewistische Intervention zu machen, braucht die Bourgeoisie nicht die Regierungsteilnahme der Sozialdemokraten, sondern die der Deutschnationalen. Mit Hindenburg und Westarp, nicht mit Wels und Breitscheid kann man diese Umstellung vornehmen, [36] ohne ernste Schwierigkeiten von seiten der nationalistischen Kreise fürchten zu müssen, die die Lösung der Ostfragen mit Rußland gegen Polen anstreben, und in Teilen der Reichswehr und der Wehrverbände noch Einfluß haben.

Die Hilfe der SPD bei der Vorbereitung der antibolschewistischen Stimmung in den Arbeitermassen ist umsonst zu haben. Stampfer liefert Tag für Tag so viel Lügen gegen Rußland, als er nur beschaffen kann. Die Hilfe der Deutschnationalen bei der Umstellung der Reichswehr und der Wehrverbände muß bezahlt werden. Die Hindenburg-Republik kann den Kurs des abenteuerlichen Imperialismus, in den sie durch die kapitalistische Entwicklung gedrängt wird, nicht ohne aktive geschlossene Mitwirkung der wilhelminischen Generäle und Bürokraten steuern, die im Staatsapparat entscheidende Positionen innehaben und unter dem Einfluß der Deutschnationalen stehen. Darum mußte die neue Etappe der imperialistischen Politik mit dem Bürgerblock eingeleitet werden.

Der Stahlhelmführer Düsterberg hat am 2. Januar in einer Rede in Eisleben erklärt, er würde es ablehnen, „Landsknecht der Plutokratie Frankreichs, Englands, Amerikas“ im Kriege gegen Rußland zu werden. Wenn Westarp neben Stresemann und Geßler die Völkerbundspolitik betreibt, dann wird schon dafür gesorgt werden, daß solche ketzerischen Meinungen aus der legalen und der illegalen Reichswehr verschwinden. Daher auch die offene Sympathie der englischen Konservativen mit diesem Bürgerblock, während aus Frankreich und Polen ein weniger freundliches Echo vernehmbar ist. Die Polen scheinen nach der Rede Zaleskis nicht ohne weiteres bereit zu sein, auf ihren Besitz zu verzichten für die ungewisse Aussicht, bei der Teilung des Felles des russischen Bären, der erst noch erlegt werden soll, entschädigt zu werden.

Die verschärfte Tendenz zur nackten, unverhüllten Kapitalsdiktatur, die sich in der Bildung der Bürgerblockregierung so kraß gezeigt hat, darf aber nicht als endgültige und vollständige Ausschaltung der SPD aus den Regierungskombinationen aufgefaßt werden. Sie hat noch wichtige Positionen in den Landesregierungen, vor allen in Preußen. Zweifellos werden die Deutschnationalen den Hebel ansetzen, um sie auch aus diesen Positionen zu verdrängen. Aber die eben erst erfolgte Regierungsbildung in Sachsen zeigt, daß die Bourgeoisie bis zu den Deutschnationalen auch in der jetzigen Situation skrupellos sozialdemokratische Regierungsagenten benutzt, wo es ihm zweckmäßig erscheint.

Der mit Bestimmtheit zu erwartende verschärfte soziale und politische Druck auf die arbeitenden Massen wird gewiß in den arbeitenden Massen eine Gegenbewegung auslösen, die zu organisieren und zu führen die Aufgabe der Kommunistischen Partei ist, Für 2 Millionen Arbeiterwähler des Zentrums ist das plötzliche Umschwenken ihrer „republikanischen“ Führer, einschließlich der „linken“ Helden Joos und Wirth, eine nützliche Aufklärung über den Charakter dieser „Mittelpartei“, in der ein Dutzend Schwerindustrielle, Großagrarier und Kirchenfürsten alles, die Masse der

proletarischen und der kleinbürgerlichen Anhänger nichts zu sagen hat. Auch die Demokratische Partei, die trotz der radikalen Worte ihrer Presse aller Voraussicht nach ihre Minister in der Regierung belassen wird, steht vor ihren Anhängern bis auf die Knochen blamiert da. In der SPD findet der offensichtliche, schmähliche Bankrott der Koalitionspolitik und die dadurch hervorgerufene Gärung in den Arbeitermassen schon jetzt in der schärferen Sprache der linkssozialdemokratischen Blätter ihren Ausdruck. [37] Die Führer der SPD und der Gewerkschaft werden jetzt, nachdem sie so jämmerlich zwischen allen Stühlen zu sitzen gekommen sind, auch genötigt sein, schärfere oppositionelle Töne anzuschlagen; ihre Versuche, die Arbeiter auseinanderzuhetzen, werden angesichts des Zusammenschlusses der Bourgeoisie wenig Erfolg haben.

*

Die kapitalistische Stabilisierung im Lichte der leninistischen Theorie des Imperialismus

Von Jan Sten. – Moskau.

Das vor kurzem zu Ende gegangene VII. Erweiterte Plenum des EKKI hat das Fazit einer ganzen Periode der internationalen kommunistischen Bewegung gezogen. Doch bedeutet dies keineswegs, daß diese Zeit sich bereits überlebt hat, daß sie der geschichtlichen Vergangenheit angehört. Wir sprechen hier von demjenigen Abschnitt der internationalen Arbeiterbewegung, der mit der sogenannten Teilstabilisierung des Kapitalismus zusammenhängt. Diese Teilstabilisierung hat in der Weltpolitik und -Oekonomik eine Reihe neuer Erscheinungen ins Leben gerufen und auch in der Arbeiterbewegung eigentümliche Prozesse gezeitigt. Verlauf und Charakter der kapitalistischen Stabilisierung waren bestimmend auch für die Eigentümlichkeiten der Formen des Klassenkampfes.

Unter Fazit verstehen wir hier die Bestimmung der allgemeinen revolutionären Perspektiven in Verbindung mit Verlauf und Charakter der kapitalistischen Stabilisierung, sowie die Bestimmung jener taktischen Methoden, mit deren Hilfe die Arbeiterklasse ihren Kampf gegen das kapitalistische System entfalten kann.

Um die Frage über die allgemeinen revolutionären Perspektiven mit voller Deutlichkeit stellen und den wahren Inhalt und die Bedeutung der kapitalistischen Stabilisierungsprozesse aufdecken zu können, müssen diese letzteren im Zusammenhang mit der leninistischen Theorie des Imperialismus und der sozialen Revolution betrachtet werden.

Die Entwicklung des politischen und wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiterklasse verläuft äußerst ungleichmäßig, nicht in gerader Linie, sondern auf verwickelten, zickzackartigen Wegen. Zeiten des Aufschwungs der Arbeiterbewegung, Zeiten heftiger Klassenkämpfe wechseln mit Stillstand, ein beschleunigtes Tempo macht einem verlangsamten Tempo des Klassenkampfes Platz, Dieses Auf und Ab der Arbeiterbewegung ist auch in der ganzen Nachkriegszeit zu beobachten. Die sogenannte Teilstabilisierung des Kapitalismus bildet Boden für jene Verlangsamung des Tempos der sozialistischen Weltrevolution, die für die gegenwärtige politische Situation charakteristisch ist.

In England waren wir vor kurzem Zeugen schärfster Klassenkämpfe zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Der Generalstreik und der Bergarbeiterstreik waren Verteidigungsakte der englischen Arbeiterklasse gegen die Offensive des englischen Kapitals. Beide Streiks endeten mit einer Niederlage. in Zusammenhang damit entsteht in den Köpfen einiger Genossen der Gedanke, daß diese Niederlagen dauernde sind und als solche schwerste Demoralisation und tiefe Desorganisation der englischen Arbeiterbewegung zur Folge haben werden. Solche irrtümlichen Urteile und deprimierten Stimmungen entspringen einer oberflächlichen Betrachtung der gewaltigsten Ereignisse der englischen Arbeiterbewegung – des Generalstreiks und des Bergarbeiterstreiks. Anstatt den inneren Sinn dieser Ereignisse aus einer Analyse der Haupttriebkräfte des gegenwärtigen Geschichtsabschnittes herzuleiten, werden diese Ereignisse vom Standpunkt einer kurzen Zeitspanne, [38] beurteilt. Anstatt einer richtigen marxistischen Untersuchung kommt dabei eine impressionistische Beurteilung geschichtlicher Ereignisse heraus, statt eines Urteils über die allgemeinen geschichtlichen Entwicklungstendenzen – eine einfache Konjunkturübersicht über Weltpolitik und -Oekonomik, Eine solche, mit keiner tieferen Analyse der wichtigsten geschichtlichen Entwicklungstendenzen verbundene Konjunkturübersicht

kann uns aber keine festen Stützpunkte bei Ausarbeitung einer richtigen Taktik und Politik des. internationalen Kommunismus geben.

Um den wahren Sinn der kapitalistischen Stabilisierungsprozesse aufzudecken, darf man nicht allein die jüngste, die laufende wirtschaftliche Konjunktur in Betracht ziehen. Man muß es verstehen, aus dem scheinbaren Chaos, aus dem bunten Vielerlei der wirtschaftlichen Entwicklung, die Hauptkräfte, die Haupttendenzen herauszuschälen, die für den Wesenskern des imperialistischen Kapitalismus bestimmend sind und letzten Endes auch in der Frage über Sinn und Inhalt der kapitalistischen Stabilisierung den Ausschlag geben.

Um unter den Verhältnissen der kapitalistischen Teilstabilisierung die revolutionäre Perspektive nicht aus dem Auge zu verlieren, müssen wir stets aus der leninistischen Theorie des Imperialismus ausgehen und aufzeigen, wie auf dem Boden der allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des imperialistischen Zeitalters einzelne Perioden, Teiletappen entstehen, deren besondere Eigenart und konkrete Eigentümlichkeiten keineswegs mit dem Grundcharakter der historischen Epoche in Widerspruch stehen.

Die leninistische Beurteilung des Imperialismus ist die Grundlage, die es uns möglich macht, die revolutionären Perspektiven unserer Zeit richtig vorauszusehen. Lenin gibt nicht nur eine Analyse des wirtschaftlichen Kerns des Imperialismus, sondern bestimmt auf Grund dieser Analyse auch den Platz des Imperialismus in der Geschichte. Wir halten es für notwendig, die von Lenin gegebene klassische Charakteristik des Imperialismus an dieser Stelle zu zitieren:

„Der Imperialismus ist ein besonderes historisches Stadium des Kapitalismus. Dieses hat drei Eigentümlichkeiten: der Imperialismus ist 1. monopolistischer Kapitalismus; 2. parasitärer oder stagnierender Kapitalismus; 3. sterbender Kapitalismus. Die Ablösung der freien Konkurrenz durch das Monopol ist der grundlegende ökonomische Zug, das Wesen des Imperialismus. Der Monopolcharakter offenbart sich in fünf Hauptformen: 1. den Kartellen, Syndikaten und Trusts; die Konzentration der Produktion hat eine Stufe erreicht, auf der sie diese Monopolverbände der Kapitalisten hervorgebracht hat; 2. der monopolistischen Stellung der Großbanken; drei bis fünf Großbanken beherrschen das ganze Wirtschaftsleben Amerikas, Frankreichs, Deutschlands; 3. der Besitzergreifung der Rohstoffquellen durch die Trusts und die Finanzoligarchie (das Finanzkapital ist das monopolistische Industriekapital, das mit dem Bankkapital verschmolzen ist); 4. die wirtschaftliche Aufteilung der Welt unter den internationalen Kartellen hat begonnen. Solche internationalen Kartelle, die den ganzen Weltmarkt beherrschen und ihn schiedlich friedlich aufteilen – solange der Krieg ihn nicht aufteilt –, gibt es bereits über hundert! Der Kapitalexport als besonders charakteristische Erscheinung steht im Unterschied zum Warenexport unter dem nichtmonopolistischen Kapitalismus im engen Zusammenhang mit der wirtschaftlichen und politisch-territorialen Aufteilung der Welt. 5. Die territoriale Aufteilung der Welt (Kolonien) ist abgeschlossen.

Der Imperialismus ist als höchste Stufe des Kapitalismus in Amerika und Europa und dann auch in Asien vollkommen reif geworden in den Jahren 1889–1914. Der spanisch-amerikanische Krieg (1898), der Burenkrieg (1900–1902), der russisch-japanische Krieg (1904–1905) und die Wirtschaftskrise um 1900 in Europa – das sind die wichtigsten historischen Wegzeichen der neuen Aera der Weltgeschichte.

Daß der Imperialismus ein parasitärer oder stagnierender Kapitalismus ist, zeigt sich 1. vor allem in der Stagnierungstendenz, die jedes Monopol beim Privateigentum an den Produktionsmitteln auszeichnet. Der Unterschied [39] zwischen der republikanisch-demokratischen und der monarchistisch-reaktionären imperialistischen Bourgeoisie verwischt sich gerade deshalb, weil die eine sowohl als die andere bei lebendigem Leibe verfault (was keineswegs die auffallend rasche Entwicklung des Kapitalismus in einzelnen Industriezweigen, in einzelnen Ländern, in einzelnen Perioden ausschließt). 2. Die Stagnation des Kapitalismus macht sich bemerkbar in der Entstehung einer großen Schicht von kapitalistischen Rentnern, die vom Couponabschneiden leben. In den vier imperialistischen Hauptländern, England, Nordamerika, Frankreich und Deutschland, beträgt das Kapital in Wertpapieren je 100 bis 150 Milliarden Franken, was eine Jahreseinnahme von mindestens 5 bis 8 Milliarden pro Land ausmacht, 3. ist Kapitalexport Parasitismus, zum Quadrat erhoben. 4. „strebt das

Finanzkapital nach Herrschaft, aber nicht nach Freiheit.“ Politische Reaktion auf der ganzen Linie ist eine Eigentümlichkeit des Imperialismus; Korruption, Bestechlichkeit, in ungeheuren Dimensionen; Panamawirtschaft jedweder Art. 5. Die Ausbeutung der unterdrückten Nationen, die an Annexionen geknüpft ist, und insbesondere die Ausbeutung der Kolonien durch eine Handvoll Großmächte, verwandelt die zivilisierte Welt“ immer mehr in einen Schmarotzer auf dem Hundertmillionenkörper der unzivilisierten Völker. Der römische Proletarier lebte auf Kosten der Gesellschaft. Die jetzige Gesellschaft lebt auf Kosten des modernen Proletariers. Diese tiefe Bemerkung Sismondis wurde von Marx besonders hervorgehoben. Der Imperialismus verändert ein wenig die Sachlage. Die privilegierte Schicht des Proletariats der imperialistischen Großmächte lebt zum Teil auf Kosten der 100 Millionen-Massen der nichtzivilisierten Völker.

Es ist begreiflich, warum der Imperialismus ein sterbender Kapitalismus, ein Uebergang zum Sozialismus ist! Das aus dem Kapitalismus erwachsende Monopol bedeutet bereits das Absterben des Kapitalismus, den Beginn seines Ueberganges zum Sozialismus. Die gewaltige Vergesellschaftung der Arbeit durch den Imperialismus (das, was die Apologeten, die bürgerlichen Oekonomen, „Verquickung“ nennen) bedeutet dasselbe. (Lenin, Ausgewählte Werke, S. 326, „Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus“)

In dieser Definition des Imperialismus haben wir eine Zusammenfassung der grundlegenden wirtschaftlichen Eigentümlichkeiten des imperialistischen Kapitalismus und eine klare deutliche Definition der historischen Stellung des Imperialismus. Durch Schaffung von Monopolen, durch einen breiten Prozeß der Vergesellschaftung der Arbeit schafft der imperialistische Kapitalismus die materiellen Produktionsvoraussetzungen für den Uebergang vom Kapitalismus zum Sozialismus. Die Verwesungprozesse zeugen von der Unmöglichkeit, die aus dem gewaltigen Wachstum der materiellen Produktionskräfte entspringenden technischen Errungenschaften und Produktionsmacht auszunutzen, Doch durch die grundlegenden Eigenschaften des imperialistischen Kapitalismus werden nicht nur die materiellen Grundlagen für die Verwirklichung des Sozialismus gegeben, sondern aus ihnen werden auch die Triebkräfte für den Uebergang vom Kapitalismus zum Sozialismus geboren. Der imperialistische Kapitalismus führt zu einer unerhörten Verschärfung der Widersprüche des kapitalistischen Systems. Die Berücksichtigung der Verschärfung der Widersprüche im Zeitalter des Imperialismus ist von größter Wichtigkeit für die Bestimmung der nächsten Perspektiven der weltgeschichtlichen Entwicklung.

Würde der Imperialismus die grundlegenden Widersprüche des kapitalistischen Systems nicht verschärfen und nicht vertiefen, so wäre eine neue Phase eines aufsteigenden Kapitalismus denkbar, man könnte annehmen, daß wir durch die Entwicklung des Imperialismus nicht vor dem unmittelbaren Uebergang zum Sozialismus gestellt werden, sondern daß mit ihm ein neues Zeitalter der kapitalistischen Entwicklung in der Form des „Ultraimperialismus“ beginnt. Die Lehre Kautskys vom Ultraimperialismus beruht gerade auf dem Nichtverstehen der Tatsache, daß die Ungleichmäßigkeit und damit auch die Widersprüche im kapitalistischen Entwicklungsprozeß in der Zeit des Imperialismus nicht zurückgehen, sondern im Gegenteil zunehmen. [40] Diesen Kautskyanischen Weg haben nunmehr Genosse Trotzki und Sinowjew beschritten. Auf der XV. Parteikonferenz verkündeten sie, daß die Ungleichmäßigkeit der kapitalistischen Entwicklung in den Zeiten des industriellen Kapitalismus viel größer ist, als in der Zeit des Imperialismus. Auf dem letzten Erweiterten Plenum des EKKI scheint aber Genosse Trotzki das Widersinnige und Ungeheuerliche dieser Behauptung gefühlt zu haben, so daß er bemüht war, an seinem Standpunkt etwas zu korrigieren. Er erklärte, daß man zwischen der Ungleichmäßigkeit im Sinne der allgemeinen Struktur und des wirtschaftlichen Entwicklungstypus einerseits und der Ungleichmäßigkeit im Sinne des Tempos der wirtschaftlichen Entwicklung einzelner Länder und einzelner Industriezweige andererseits unterscheiden müsse. Dadurch hat Genosse Trotzki nur bewiesen, daß er von Anfang an „nicht auf dem Laufenden“ war, daß er von Anfang an nicht begriff, daß in der Leninschen Theorie des Imperialismus, die die zunehmende ungleichmäßige Entwicklung in der Zeit des Imperialismus aufdeckt, eben vom Unterschied und vom Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung einzelner Länder u n d einzelner Industriezweige die Rede ist.

Daß im letzten Jahrzehnt ein rascher Nivellierungsprozeß der Weltwirtschaft vor sich gegangen ist und auch heute noch fortgeht, unterliegt keinem Zweifel. Dies ist ein Satz, der gar nicht durch langatmige Argumentationen bewiesen zu werden braucht, ein Satz, von dessen Richtigkeit die einfachsten wirtschaftlichen Tatsachen unserer Zeit Zeugnis ablegen.

Anstatt von Anfang an klipp und klar zu definieren in welchem Sinne die Verstärkung und Verschärfung der ungleichmäßigen und widerspruchsvollen Entwicklung des Kapitalismus in der Zeit des Imperialismus zu verstehen sei, ersetzt Genosse Trotzki die konkrete Analyse durch allgemeines abstraktes Gerede darüber, daß das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung ein allgemeines Gesetz der menschlichen Geschichte sei. Statt einer Aufdeckung der eigentümlichen und konkreten Besonderheiten der Ungleichmäßigkeit der kapitalistischen Entwicklung unter dem Imperialismus, wird uns ein trockenes und antidialektisches Wortgepränge über das allgemeine Gesetz der menschlichen Geschichte aufgetischt. Das ist keine marxistische Analyse, sondern eine Verhöhnung des Marxismus.

Lenin verstand ebenso gut wie Marx, daß die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung nicht nur dem imperialistischen Kapitalismus, sondern auch dem industriellen Kapitalismus eigentümlich ist. Doch beschränkte er sich nicht auf diese allgemein gehaltene Behauptung, sondern gab eine konkrete Analyse der Erscheinungsformen und der Steigerung dieser ungleichmäßigen Entwicklung in der Zeit der Herrschaft des Finanzkapitals. Unter der Herrschaft des Industrie-Kapitals, als die Welt noch nicht wirtschaftlich und politisch unter den Großmächten aufgeteilt war und das stürmische Tempo der Zeit des Finanzkapitals noch nicht erreicht hatte, trug die Entwicklung noch nicht jenen sprunghaften und katastrophalen Charakter, der das eigentliche Wesen der imperialistischen Zeit ist.

„Es läßt sich nicht wie bisher leben in verhältnismäßig ruhigen, friedlichen kulturellen Verhältnissen eines gleichmäßig evolutionierenden und sich allmählich auf neue Länder ausdehnenden Kapitalismus, – denn es hat eine andere Zeit begonnen. Das Finanzkapital drängt das betreffende Land aus der Reihe der Großmächte heraus, es wird es der Kolonien und ihrer Einflußsphären berauben (wie es Deutschland, das England den Krieg erklärt hat, zu machen droht), es wird die Kleinbourgeoisie ihrer „Großmacht"-Privilegien und ihrer Nebeneinahmen berauben, Dies ist eine Tatsache die uns vom Krieg bewiesen wird. D a s i s t d i e F o l g e jener Verschärfung der Gegensätze, die bereits längst von allen und darunter auch von Kautsky in seiner Broschüre „Der Weg zur Macht" anerkannt ist." (Lenin, Band XIII, Seite 153, „Der Zusammenbruch der II. Internationale".)

Diese Steigerung der Sprunghaftigkeit, der Ungleichmäßigkeit und der Widersprüche vollzieht sich entgegen der Nivellierung der Weltökonomik. In gewissem Sinne aber, gerade infolge dieser Nivellierung. Die Nivellierung der Weltökonomik bedeutet, daß die Unterschiede im Niveau der Wirtschafts-[41]entwicklung zwischen den einzelnen Ländern im imperialistischen Zeitalter nicht so groß sind, wie in der Zeit des industriellen Kapitalismus. Unter den Verhältnissen eines stürmisch raschen Tempos der Wirtschaftlichen Entwicklung bedeutet dies, daß die Nivellierung zu einer Voraussetzung wird, die einigen Ländern die Möglichkeit gibt, die Entwicklung anderer Länder zu überholen. In seiner Lehre vom Imperialismus betont Lenin ausdrücklich, daß die Nivellierung keineswegs die Verschärfung der Unterschiede im Entwicklungstempo der einzelnen Länder hindert.

„So stark auch in den letzten Jahrzehnten die Nivellierung der Welt der Ausgleich der Wirtschafts- und Lebensbedingungen in den verschiedenen Ländern unter dem Druck der Großindustrie des Auslandes und des Finanzkapitals vor sich gegangen sein mag, ein beträchtlicher Unterschied bleibt dennoch bestehen, und unter den genannten sechs Ländern finden wir einerseits junge, ungewöhnlich fortschreitende kapitalistische Länder (Amerika, Deutschland, Japan); andererseits Länder alter kapitalistischer Entwicklung, die in der letzten Zeit viel langsamer progressierten als die ersteren (England und Frankreich; und schließlich ein Land (nämlich Rußland), daß in wirtschaftlicher Hinsicht am meisten zurückgeblieben ist und in dem der moderne kapitalistische Imperialismus sozusagen mit einem besonders dichten Netz vorkapitalistischer Verhältnisse überzogen ist." (Lenin, „Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus", Seite 73.)

Diese Zunahme der Ungleichmäßigkeit und der Widersprüche beruht auf folgendem:

„Das Finanzkapital und die Trusts schwächen die Unterschiede im Tempo des Wachstums der verschiedenen Teile der Weltwirtschaft nicht ab, sondern verstärken sie. Sobald aber die Kräfteverhältnisse sich geändert haben – wie sollen denn u n t e r d e m K a p i t a l i s m u s die Gegensätze anders ausgetragen werden, als d u r c h G e w a l t ?“ (Lenin, „Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus“, Seite 86.)

Die Verschiedenheit im Tempo der verschiedenen Entwicklung der einzelnen Länder und einzelner Industriezweige ist ausschlaggebend für die Kurzlebigkeit der zwischen einzelnen kapitalistischen Ländern und zwischen einzelnen Kapitalistenvereinigungen, Trusts und Syndikaten geschlossenen Abkommen und Verträge. Aus diesem Grunde ist die Entstehung eines organisierten Finanzkapital das seine inneren Widersprüche überwunden hat, im Weltsystem unmöglich. Es vollziehen sich rasche Wandlungen in der wirtschaftlichen, finanziellen und militärischen Macht der Vertragsteilnehmer, Dies bedeutet aber, daß die den früheren Verträgen festgelegte Aufteilung der Welt dem neuen Kräfteverhältnis nicht mehr entspricht, daß die Notwendigkeit einer neuen Aufteilung der Welt entsteht. Der imperialistische Weltkrieg war der erste Versuch, die bereits aufgeteilte Welt aufs neue aufzuteilen. Das Ergebnis des Weltkrieges war ein gewisses neues Gleichgewicht der kapitalistischen Kräfte, das aber noch nicht zur klar herausgebildeten Form gediehen ist. In den Beziehungen der kapitalistischen Mächte untereinander vollziehen sich immer noch mannigfache Schwankungen, chaotische Rückungen der Zentren und Gruppierungen in der kapitalistischen Welt. Diese Suche nach Gleichgewicht ist aber durchaus kein Beweis dafür, daß der Kapitalismus sich in der Richtung eines organisierten Weltsystems des Finanzkapitals entwickelt. Im Gegenteil, alle wirtschaftlichen wie auch politischen Tatsachen zeugen davon, daß die Widersprüche im Schoße des Kapitalismus immer zunehmen und sich vertiefen, daß neue Kriege, neue Aufteilungen der Welt in Vorbereitung begriffen sind.

Der imperialistische Kapitalismus, der alle Widersprüche aufs äußerste verschärft, ist der Beginn dieser Zeit der imperialistischen Kriege und sozialistischen Revolutionen, Ein Wachsen der Gegensätze vollzieht sich nicht nur auf dem Gebiet der Beziehungen zwischen den kapitalistischen Ländern, sondern auch auf dem Gebiet der Klassenverhältnisse. Der Druck der Trusts, die Teuerung, die erhöhte Ausbeutung der Arbeiterklasse durch das Finanzkapital, welches sich immer mehr organisiert und sich in einzelnen Ländern zu einer Einheitsfront zusammenschließt, verschärft den Klassenkampf. Die [42] erbitterte Konkurrenz zwischen den einzelnen Imperialisten beraubt die Arbeiteraristokratie der vorgeschrittenen imperialistischen Länder ihrer Privilegien und bringt die Arbeiterklasse in scharfen Gegensatz zur Bourgeoisie. Das Kleinbürgertum und die Kleinbauern leiden ebenfalls unter dem Druck der Steuern und der vom finanzkapitalistischen Monopol bedingten hohen Preise, Die Kleinbourgeoisie und die Kleinbauernschaft werden zu einem Bündnis mit dem Proletariat für den Sturz des kapitalistischen Systems befähigt.

Die vom imperialistischen Kapitalismus gesteigerte nationale Unterdrückung rollt die nationale Frage mit bisher unerhörter Schärfe auf, besonders in den kolonialen Ländern des Ostens. Der im Osten entstehende junge Kapitalismus gerät in Gegensatz mit dem verwesenden imperialistischen Kapitalismus des Westens. Für die Kolonialvölker des Ostens beginnt eine. Zeit nationaler Freiheitsrevolutionen, die ihre Spitze gegen den imperialistischen Kapitalismus richten.

Die nichtabgeschlossenen bürgerlich-demokratischen Revolutionen in einzelnen Ländern Europas können in einer Situation des imperialistischen Kapitalismus keine selbständige Bedeutung erlangen und können auch nicht als bürgerlich-demokratische Revolutionen zu Ende geführt werden: sie beginnen als bürgerlich-demokratische Revolutionen, um unvermeidlich als sozialistische zu enden.

Die Gesamtheit obiger Widersprüche ergibt in ihrem konkreten Inhalt eine Zeit sozialistischer Revolutionen, Diese Zeit bedeutet gar nicht, daß in ihr ausschließlich die mit der Grundcharakteristik des imperialistischen Zeitalters zusammenhängenden Erscheinungen, nur imperialistische Kriege und nur sozialistische Revolutionen, Platz haben, Das imperialistische Zeitalter, mit dem das Zeitalter der sozialistischen Revolutionen beginnt, ist keineswegs gleichmäßig gefärbt.

„Es fragt sich: Folgt aus dem Umstand, daß der vorgeschrittene europäische (und amerikanische) Kapitalismus in ein neues Zeitalter, in dasjenige des Imperialismus, eingetreten ist, folgt daraus, daß

heute nur imperialistische Kriege möglich sind? Dies wäre eine unsinnige Behauptung, ein Beweis für das Unvermögen, eine gegebene konkrete Erscheinung von der Gesamtsumme der verschiedenartigen Erscheinungen der Zeit zu unterscheiden. Ein Zeitalter wird deshalb als Zeitalter bezeichnet, weil es sich auf die Gesamtheit verschiedenartigster Erscheinungen und Kriege erstreckt – sowohl auf typische als auch auf nichttypische, sowohl auf große als auch solche, die zurückgebliebenen Ländern eigentümlich sind. Ueber diese konkreten Fragen mittels allgemeiner Phrasen über das „Zeitalter“ hinwegkommen wollen, wie es P. Kiewskij (Pjatakow) tut, heißt, das Wort „Zeitalter“ mißbrauchen.“ (Lenin, Band XIII, russ. Ausgabe, Seite 347, „Ueber eine Karikatur auf den Marxismus“ und „Ueber den imperialistischen Oekonomismus“.)

Die proletarische Revolution ist keine chemisch reine Revolution, Sie kann nicht von einem gänzlich isoliert auftretenden Proletariat vollzogen werden.

„Die soziale Revolution kann nicht anders auftreten als in der Form eines Zeitalters, einer Epoche, in der der Bürgerkrieg des Proletariats gegen die Bourgeoisie in vorgeschrittenen Ländern mit einer g a n z e n R e i h e demokratischer und revolutionärer, darunter auch nationaler Freiheitsbewegungen der unentwickelten, rückständigen und unterdrückten Nationen.

Warum? Weil der Kapitalismus sich ungleichmäßig entwickelt, die objektive Wirklichkeit uns aber neben hochentwickelten kapitalistischen Nationen eine Reihe wirtschaftlich nur schwach oder ganz unentwickelter Völker zeigt.

P. Kiewskij hat die o b j e k t i v e n Voraussetzungen der sozialen Revolutionen vom Standpunkt der wirtschaftlichen Reife verschiedener Länder absolut nicht durchdacht.“ (Lenin, Band XIII, Seite 369, Ueber seine Karikatur usw.)

Das gleiche läßt sich auch von der allgemeinen Revolutionstheorie Trotzkis sagen, die auf dem Nichtverstehen der objektiven Voraussetzungen der sozialen Revolution vom Standpunkt der wirtschaftlichen Reife ver-[43]schiedener Länder fußt. Indem Trotzki die Nivellierung der Weltökonomik betont, schlägt er den Weg der Leugnung der zunehmenden ungleichmäßigen Entwicklung des Kapitalismus im imperialistischen Zeitalter ein. In der Tat: Wäre eine absolute Nivellierung der Weltökonomik als Ganzes, wäre die Einheit der modernen Weltwirtschaft erreicht, so gäbe es auch einen objektiven Boden für die Entwicklung rein sozialistischer Revolutionen, die gleichzeitig in den bedeutendsten Ländern der kapitalistischen Welt einsetzen können.

In der Tat: In seiner Revolutionstheorie geht Trotzki davon aus, daß das Zeitalter des Imperialismus nur sozialistische Revolutionen zur Folge haben kann. Darauf beruht die sogenannte Theorie der permanenten Revolution Trotzkis, die für Rußland ein Ueberspringen der bürgerlich-demokratischen Revolutionsetappe bedeutete, da der dialektische Prozeß des Umschlagens der bürgerlich-demokratischen Revolution in eine bürgerliche von ihr unverstanden geblieben war.

Aus dieser falschen Einschätzung des imperialistischen Zeitalters entspringt bei Trotzki auch das Nichtverstehen der Bedeutung der gegen den imperialistischen Kapitalismus gerichteten nationalen Revolutionen und nationalen Kriege.

„Jedoch kann bei den heutigen Weltbeziehungen und -Gruppierungen keine Kolonie, keine Nation einen Befreiungskrieg führen, wenn sie sich nicht dabei auf eine imperialistischen Staat stützt oder ein Werkzeug in seinen Händen ist. Die „nationalen Kriege“ der rückständigen Völker können keine s e l b s t ä n d i g e Bedeutung mehr haben.“ Trotzki, „Krieg und Revolution“, Band 1, Seite 362, russ. Ausgabe.)

Trotzki stellt das Wesen des imperialistischen Zeitalters in einer Weise dar, als ob die kapitalistische Entwicklung des imperialistischen Zeitalters die Geschichte dermaßen vereinfacht hat, daß alle Revolutionen dieser Zeit nichts wie sozialistische Revolutionen, alle Kriege nur imperialistische Kriege sind. Durch diese Vereinfachung wird er gehindert, die ganze Kompliziertheit und alle konkreten Eigentümlichkeiten der geschichtlichen Erscheinungen der imperialistischen Zeit zu begreifen. Der konkrete Standpunkt Trotzkis in der Frage der Kuo-Min-Tang, der es den chinesischen Kommunisten

empfahl, aus der Kuo-Min-Tang auszutreten, ist ein Resultat dieser „vereinfachten“ und abstrakten Auffassung der geschichtlichen Ereignisse, Der Austritt aus der Kuo-Min-Tang, die ein Einheitsfrontorgan der chinesischen nationalen Revolution ist, würde bedeuten, daß die national-demokratische Revolution in China zu Ende geführt ist, daß man unmittelbar zur sozialistischen Revolution überzugehen habe.

Die Versuche, bei der Analyse laufender konkreter geschichtlicher Ereignisse die leninistische Theorie des Imperialismus und die leninistische Theorie der sozialistischen Revolution links liegen zu lassen, führen zu gröblichsten politischen Fehlern. Bei der Beurteilung einer konkreten Stufe einer bestimmten geschichtlichen Entwicklungsperiode innerhalb des imperialistischen Zeitalters selbst, müssen selbstverständlich jene besonderen Charakterzüge, jene konkreten Eigentümlichkeiten berücksichtigt werden, die die Eigenart dieser Zeit bedingen. Dies dürfen wir niemals außer acht lassen, wenn wir die Frage der kapitalistischen Stabilisierung stellen und betrachten. Wir haben es hier mit einem besonderen Abschnitt der kapitalistischen Entwicklung zu tun, der sich einerseits vom Entwicklungsverlauf des imperialistischen Kapitalismus der Vorkriegszeit, andererseits aber vom Entwicklungsverlauf ‚des Kapitalismus unmittelbar nach dem Kriege unterscheidet.

Wir brauchen an dieser Stelle nicht auf den konkreten Inhalt des Begriffs „kapitalistische Stabilisierung“ einzugehen. Darüber ist genug gesprochen und geschrieben worden. Wir wissen, daß das wichtigste ökonomische Resultat der ersten Schritte der kapitalistischen Stabilisierung die Ueberwindung jenes direkten Zerfalls, jener unmittelbaren Desorganisation der kapitalistischen Wirtschaft ist, die in der Nachkriegszeit Platz gegriffen hat und die unmittelbare Folge der verheerenden Wirkungen des Krieges war. Der kapitalistische Produktions- und Austausch-Mechanismus, der in Europa als Folge des Krieges stark beschädigt wurde, ist zum Teil wieder hergestellt. [44] In den außereuropäischen Ländern vollzog sich sowohl während des Krieges als auch in der Nachkriegszeit eine rasche kapitalistische Entwicklung. In Amerika, Australien und Japan sind die Produktionskräfte des Kapitalismus außerordentlich gewachsen. Der wieder in Bewegung gesetzte Produktionsapparat des europäischen Kapitalismus stieß auf einen beschränkteren Innenmarkt als zuvor, da die durch den Krieg bedingte Verelendung der Massen die Kaufkraft der Bevölkerung herabgedrückt hatte, Der Kapitalismus kann nicht für die Befriedigung der Bedürfnisse der Massen sondern für seinen eigenen Profit arbeiten. Das Marktproblem schnitt daher an seinem Lebensnerv, es ist für ihn heute eine Lebensfrage, Um aus dieser außerordentlich schweren Situation einen Ausweg zu finden, um neue Märkte, neue Absatzgebiete und neue Rohstoffquellen zu erobern, macht der Kapitalismus von zwei Methoden Gebrauch. In erster Linie ist der Kapitalismus bestrebt, einen Druck auf die Arbeiterklasse auszuüben, den Arbeitstag zu verlängern, den Lohn herabzusetzen. Der wichtigste charakteristische Zug der gegenwärtigen politischen Situation ist die Offensive des Kapitals gegen die Arbeiterklasse. In Deutschland, England, Frankreich, Italien, Polen und anderen europäischen Ländern sehen wir eine energische Offensive gegen die wichtigsten Errungenschaften der Arbeiterklasse auf dem Gebiete der Arbeitslöhne, des Arbeitstages, der Arbeitsbedingungen usw. – Zugeständnisse, die die Arbeiterklasse der Bourgeoisie unmittelbar nach dem Kriege entrissen hatte, als diese vor dem Gespenst der sozialistischen Revolution zitterte.

Die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen des Proletariats wird aber nicht nur durch unmittelbaren politischen Druck auf die Arbeiterklasse erzielt, sondern auch durch die kapitalistische Rationalisierung der Produktionsprozesse. Diese wirkt sich auf die Arbeiterklasse vor allem als verstärkte Offensive des Kapitals aus. Aber sie bewirkt auch eine ganze Reihe technischer Verbesserungen. Diese Rationalisierung sehen wir in ziemlich großem Ausmaß sowohl in Deutschland als auch in Frankreich und in Italien. Diese Länder sind bestrebt, die amerikanischen Produktionsmethoden und die hohe amerikanische Technik auf europäischen Boden zu verpflanzen. Auch England, in organisatorischer und technischer Beziehung eins der rückständigsten Länder, ist heute gezwungen, diesen Weg einzuschlagen. England versucht, die Niederlage, die die Arbeiterklasse in ihren letzten Kämpfen gegen die Bourgeoisie erlitten hat, auszunutzen, um seinen Druck auf die Arbeiterklasse noch mehr zu verstärken und endgültig den Weg einer ausgedehnten technischen und organisatorischen Reorganisation der Industrie zu beschreiten, Vorstoß gegen die Arbeiterklasse im Wege der kapitalistischen Rationalisierung, – dies sind die

jetzt ausschlaggebenden Methoden der Bourgeoisie, um eine billigere Produktion zu ermöglichen und auf dieser Grundlage ihre Machtpositionen auf dem Weltmarkt zu festigen.

Die zweite Methode, die von der Bourgeoisie für die Lösung des Konkurrenzproblems angewendet wird, ist die gewaltsame Aneignung von Kolonien, die Vorbereitung neuer politischer Bündnisse, neuer diplomatischer und politischer Gruppierungen in der kapitalistischen Welt, um einen neuen Krieg, eine neue Aufteilung der Welt herbeizuführen. Dies bedeutet daß die Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges immer drohender ihre Schatten wirft.

In Verbindung mit jenen wirtschaftlichen Entwicklungsprozessen, die sich auf dem Boden der kapitalistischen Stabilisierung in den kapitalistischen Ländern vollzogen haben und sich heute noch vollziehen, entstehen auch die politischen Gruppierungen der kapitalistischen Länder. Diese Umgruppierungen sind ein Ausdruck dafür, daß die kapitalistische Stabilisierung alle inneren Widersprüche des imperialistischen Kapitalismus neu belebt, daß diese Hauptkräfte des imperialistischen Zeitalters im Bunde mit den Komplikationen und tiefsten Widersprüchen, die uns die nachkriegszeitliche Entwicklungsperiode des Kapitalismus gebracht hat, die kapitalistische Stabilisierung ihrem unausbleiblichen Ende entgegenführen. [45]

*

Die Probleme der VII. Erweiterten Exekutive
Zur Verteidigung der Kommunistischen Internationale.

Von M. Osten.

Die Arbeit der VII. Erweiterten Exekutive der KI konzentrierte sich hauptsächlich auf die Grundprobleme der internationalen revolutionären Bewegung. Zum Unterschied von den vorausgegangenen Erweiterten Exekutiven hatte sich das EKKI diesmal viel weniger mit konkreten taktischen Aufgaben, als mit den allgemeinen Fragen der revolutionären Strategie zu befassen. Eine Reihe von Beschlüssen der VII. Erweiterten Exekutive hat einen ausgesprochen programmatischen Charakter. So kommt es, daß auch die Diskussion über verschiedene Fragen auf der Erweiterten Exekutive einen vorwiegend theoretischen Charakter trug. Die Arbeit der VII. Tagung der Erweiterten Exekutive liefert eine ernsthafte Bereicherung der Theorie des Marxismus und Leninismus, Aber bedeutet dies, daß die KI hinter der Wirklichkeit zurückblieb und sich mit Fragen der abstrakten Theorie zum Schaden der aktuellen politischen Aufgaben befaßte? Mit nichten! Die theoretische „Abweichung in der Arbeit der VII. Erweiterten Exekutive hatte einen ganz anderen Sinn. Die Komintern zog auf der VII. Erweiterten Exekutive die Schlußfolgerungen aus der inneren Entwicklung einer ganzen Etappe des akuten innerparteilichen Kampfes gegen die opportunistischen und scheinbar „linken“, kleinbürgerlichen Abweichungen vom Bolschewismus. Man konnte die tiefen Wurzeln dieses Kampfes nur im Lichte der Lenin’schen Theorie freilegen, um so ernsthaft den Sinn dieses Kampfes zu erkennen. Andererseits aber machte sich zu der Zeit der VII. Erweiterten Exekutive ganz deutlich eine gewisse Wendung in der ganzen internationalen Entwicklung bemerkbar. Diese äußert sich in dem gewaltigen Aufschwung, den die große nationale Revolution in China in der letzten Zeit annahm, ferner in dem raschen Anwachsen einer revolutionären Situation in England, in der Zuspitzung der Gegensätze zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der kapitalistischen Welt, in der radikalen Umgruppierung der Kräfte innerhalb des imperialistischen Lagers usw. In solchen historischen Wendepunkten ist es Pflicht der Kommunistischen Internationale, in erster Linie die Strategie des revolutionären Kampfes aufzuzeigen. Bei jeder Bestimmung der strategischen Linie des Kampfes gewinnt jedoch die revolutionäre Theorie entscheidende Bedeutung. So kommt es, daß die Theorie des Marxismus und Leninismus eine so unmittelbare, hervorragende Rolle in den Arbeiten der VII. Erweiterten Exekutive spielt.

Welch aktuelle Bedeutung die Beschlüsse der VII. Erweiterten Exekutive haben, kann man schon danach beurteilen, wie die KPD auf diese Beschlüsse reagiert hat. Noch niemals wurden internationale Probleme in der KPD mit soviel Interesse, soviel Eifer und Ernst diskutiert, wie es jetzt mit den Fragen der VII. Erweiterten Exekutive ist. Die Ergebnisse der Erweiterten Exekutive stehen auf der Tagesordnung aller Parteiversammlungen und Konferenzen. Die ganze Vorbereitung zum XI.

Parteitag geschieht im Zeichen der Beschlüsse der VII. Erweiterten Exekutive. Dies hätte nicht der Fall sein können, wenn die Beschlüsse der Komintern nicht Antwort auf die dringendsten und für die gesamte Arbeiterklasse brennendsten Fragen gegeben hätten. Die VII. Erweiterte Exekutive hat alle diese Fragen beantwortet. Die Tatsache, daß die breitesten Parteimassen mit soviel lebendigem Interesse die Fragen der VII. Erweiterten Exekutive studieren, zeigt, daß „die revolutionäre Theorie von den Massen Besitz ergreift und dadurch zur revolutionären Macht wird".

Die überwiegende Mehrheit der KPD solidarisiert sich vollauf mit sämtlichen Beschlüssen der VII. Erweiterten Exekutive. Um so mehr tobt und rast das Häuflein Renegaten, die von der Partei hinweggefegt wurden und vergebens suchen, die Reihen der KPD zu zersetzen. Außerstande, eine prinzipiell politische Kritik der Linie der Komintern zu geben, beantworten die Maslow, Ruth Fischer und ihre Freunde die Beschlüsse der VII. Er-[46]weiterten Exekutive mit hysterischem Gekreisch, mit schmutzigen Klatschereien und Polizeidenunziationen. Es wäre unangebracht, mit diesen Ueberläufern in das Lager der Bourgeoisie in eine Polemik zu treten. Auf ihre schmutzige Kampagne anläßlich der VII. Erweiterten Exekutive könnten die Komintern und die KPD mit den Worten des Dichters antworten, die in solchen Fällen von Lenin zitiert wurden:

„Wir vernehmen Beifallsklänge
Nicht in sanften Lobgesängen,
Sondern wilden Wutausbrüchen

Wenn wir die Stimmen der Renegaten jenseits der Barrikade und der bewußten Agenten der Bourgeoisie unbeachtet lassen müssen, so erheischt die Kritik, die innerhalb der Partei von der sogenannten Weddinger Opposition an den Beschlüssen der VII. Erweiterten Exekutive geübt wird, eine ernsthafte Analyse und Antwort. In dieser Nummer unserer Zeitschrift veröffentlichen wir eine kollektive Arbeit dreier Führer der Weddinger Opposition, der Genossen Weber, Peters und Riese, unter der anspruchsvollen Ueberschrift: „Die neue Orientierung der Komintern". Dieser Artikel ist ein Extrakt der ganzen politischen Weisheit, zu der die Führer der Weddinger Opposition überhaupt fähig sind. Dem Artikel liegt die Resolution der Weddinger Opposition über die Ergebnisse der VII. Erweiterten Exekutive zugrunde. Unsere drei Verfasser haben zum Teil diese Resolution gekürzt, zum Teil ausgebessert und ergänzt und präsentieren sie jetzt als Plattform. Wir haben es hier also mit einem Dokument zu tun, in dem die Weddinger Opposition ihre Auffassungen über die internationalen Probleme mit der für sie größtmöglichsten Genauigkeit und Vollständigkeit niedergelegt hat. Genau so, wie auch das schönste Mädchen nicht mehr geben kann, als das, was sie hat, so kann auch die Weddinger Opposition über die Politik der Komintern nicht mehr sagen, als von den drei Verfassern in ihrem Artikel gesagt wird. Betrachten wir nun, was dieser Ausfluß der politischen Vernunft der Weddinger Opposition bietet.

Die Frage der Stabilisierung.

Unter der „neuen Orientierung" der Komintern verstehen die Genossen Weber, Peters und Riese, wie sie es unzweideutig erklären, die Rechtsschwenkung der Komintern auf ein opportunistisches Geleise. Einen Beweis sucht die Weddinger Opposition in den Beschlüssen der VII. Erweiterten Exekutive zu allen grundlegenden prinzipiellen Fragen zu finden. Besonders ausführlich verweilen unsere drei Verfasser bei der Frage nach der relativen, teilweisen Stabilisierung des Kapitalismus. Die Tatsache, daß das EKKI die kapitalistische Stabilisierung feststellt, ist für die Weddinger Opposition ausreichend, um eine neue opportunistische Orientierung der Komintern zu konstatieren. Nebenbei bemerkt, enthält die Anerkennung der kapitalistischen Stabilisierung nichts Neues; sowohl die V. wie die VI. Erweiterte Exekutive gingen bereits in ihren Beschlüssen von der Anerkennung dieser Tatsache aus. Genosse Weber und seine Freunde hätten also aus rein formalen Gründen nicht von einer neuen, sondern von der alten „opportunistischen" Orientierung der Komintern sprechen müssen. Das wäre viel konsequenter und ehrlicher und hätte viel mehr Licht auf die Tatsache geworfen, daß Weber und seine Anhänger schon längst, nicht erst seit gestern und seit der VII. Erweiterten Exekutive Meinungsverschiedenheiten mit der Komintern über die Grundfragen der Politik haben.

Worüber streitet die Weddinger Opposition mit der Komintern? Darüber, ob im bürgerlichen Europa, vor allem in Deutschland, in der letzten Zeit eine gewisse relative, vorübergehende, labile, teilweise

Festigung (d. h. Stabilisierung) des Kapitalismus im Vergleich mit der stürmischen Revolutionsperiode der Jahre 1919/21 und für Deutschland auch im Vergleich mit 1923 stattfindet. Die mutigen Weber, Peters und Riese zögern keinen Augenblick, diese Frage im negativen Sinne zu beantworten:

„Wir erklären offen", sagen sie, „daß eine kapitalistische Festigkeit (Stabilisierung) eben nicht vorhanden ist." Noch mehr, in der Resolution der Weddinger Opposition ist folgender Passus enthalten:

[47] „Alle verschwommenen Formulierungen von ‚relativer', ‚schwankender', ‚labiler', ‚partieller' Festigkeit (Stabilisierung) sind nichts anderes, als eine Verschleierung der wirklichen Einschätzung der Lage, als absolute Stabilisierung seitens verschiedener führender Genossen, was des öfteren auch durch die Bezeichnung als ‚Konjunktur', ‚Aufschwung der kapitalistischen Wirtschaft', ‚Konsolidierung', ‚vollblütiger deutscher Imperialismus' usw. zum Ausdruck kommt."

Unsere Verfasser wagten es nicht, in ihrem Artikel diese Stelle aus ihrer Resolution zu übernehmen; sie wagten es offenbar deshalb nicht, weil diese Verdächtigung der Komintern wegen der „absoluten Stabilisierung" gar zu dumm und unbegründet ist. Da die Resolution der Weddinger Opposition nun einmal vorliegt, so halten wir uns für berechtigt, auch diese Stelle anzuführen, um die Auffassungen der Genossen Weber, Peters und Riese möglichst vollständig darzustellen.

Es gäbe also überhaupt keine Festigung des Kapitalismus, auch nicht eine partielle und vorübergehende, und selbst die Fragestellung nach einer relativen Stabilisierung des Kapitalismus sei unzulässig, da dadurch die Anerkennung der „absoluten Festigkeit" des Kapitalismus vorausgesetzt werde. In Wirklichkeit aber zersetze sich der Kapitalismus unaufhörlich in immer rascherem Tempo. Das ist der Standpunkt der Weddinger Opposition. Die Genossen Weber, Peters und Riese versuchen, eine positive Formulierung dieses Standpunktes zu liefern. Sie gelangen zu folgendem Ergebnis: „nicht relative kapitalistische Rationalisierung, sondern objektive revolutionäre Situation." Aber diese Schlußfolgerung zeigt aufs deutlichste den ganzen Wirrwarr der in den Anschauungen der Führer der Weddinger Opposition besteht.

In der Tat, eine objektiv revolutionäre Situation ergab sich in der ganzen Welt schon während des Krieges 1914./18. Der Krieg eröffnete die Epoche der Weltrevolution, 1917 siegte die proletarische Revolution in Rußland. 1919/21 erschütterte sie das gesamte kapitalistische Europa; 1923 warf sie in Deutschland mächtige Wellen, die jedoch zerschellten, weniger am Widerstand und an der Macht der Bourgeoisie, als am Opportunismus der Führer der KPD; 1925/26 marschiert die Weltrevolution in drei Hauptkolonnen. Diese sind: erstens die große nationalrevolutionäre Bewegung in China, die bereits einen Widerhall in den anderen Kolonialländern des Ostens findet (Indonesien); zweitens der gewaltige Klassenkampf in England im Jahre 1926, ein Kampf, der das englische Proletariat vor die unmittelbare Frage der Machteroberung geführt hat; und drittens der siegreiche Vormarsch der Sowjetunion in ihrem sozialistischen Aufbau. Das sind die Hauptmarksteine der Weltrevolution. Es läßt sich nicht genau voraussagen, wie die weitere Entwicklung 1927/28 sein wird, aber es ist klar, daß sich im welthistorischem Maßstab das Tempo nicht verlangsamt, sondern beschleunigt. Die Kräfte der Revolution nehmen nicht ab, sondern zu. Eine objektiv revolutionäre Situation besteht in der ganzen Welt schon seit 1914, und diese Tatsache besteht nach wie vor bis auf den heutigen Tag, nicht nur für die nächste Zukunft, sondern für die gesamte historische Epoche, die nach Jahrzehnten gemessen wird. Die objektiv revolutionäre Situation bedeutet soviel, daß keiner der Widersprüche, vor die sich die kapitalistische Welt 1914 gestellt sah, gelöst wurde oder anders gelöst werden kann, als mit den Mitteln der proletarischen Revolution. Aber ist denn in einer objektiv revolutionären Situation eine vorübergehende Niederlage der Arbeiterklasse oder eine vorübergehende Festigung des Kapitalismus in irgend einem Lande oder irgend einer Ländergruppe ausgeschlossen? Schließt denn eine objektiv revolutionäre Situation eine Verzögerung im Tempo der Revolution für eine bestimmte Periode innerhalb bestimmter Grenzen aus? Gewiß nicht. Nur wenn man von der auf Dialektik beruhenden Lehre von Marx und Lenin nichts begriffen hat oder bewußt mit dieser Lehre bricht, kann man die Weltrevolution als einmaligen Akt oder als Prozeß deuten, der sich überall und stets auf unentwegt aufsteigender Linie entwickelt. Marx und Lenin haben gelehrt, daß die Weltrevolution den Inhalt einer ganzen [48] historischen Epoche bilden wird, im Verlauf deren imperialistische Kriege mit Bürgerkriegen, revolutionäre Flut mit Ebbe abwechseln werden und das Proletariat

erst durch eine lange Reihe von Kämpfen und Niederlagen zum Siege gelangen wird. Es genügt, an die bekannte Stelle von Marx zu erinnern, wo er den deutschen radikalen Arbeitern sagt:

„Ihr habt fünfzehn, zwanzig, fünfzig Jahre Bürgerkrieg und Völkermorden durchzumachen, nicht nur, um die Verhältnisse zu ändern, sondern um euch selbst zu ändern."

(Marx: Enthüllungen über den Kommunistenprozeß in Köln. Berlin 1919. S. 52.)

Die Geschichte bestätigt diese Lehre von Marx und Lenin aufs Treffendste. Am deutlichsten ist das in Deutschland zu sehen. In Deutschland haben wir im Verlauf von 9 Jahren beim Vorhandensein einer objektiv revolutionären Situation und auf Grund dieser objektiv revolutionären Situation zweimal den Wechsel von Aufschwung des revolutionären Kampfes und seinem Niedergang erlebt. Gegenwärtig durchleben wir eine Periode des Ueberganges vom Abflauen der revolutionären Welle zu einem revolutionären Aufstieg, bei der die vorübergehende Festigung. d. h. die relative Stabilisierung des Kapitalismus, noch andauert. Die objektiv revolutionäre Situation schließt die Periode der teilweisen Stabilisierung des Kapitalismus nicht aus, sondern setzt sie in der Regel voraus.

Die Genossen Weber, Peters und Riese verwechseln zwei Begriffe: Die objektiv revolutionäre Situation und die unmittelbar revolutionäre Situation. Diese Genossen, die so leichtbeschwingt an die Kritik der Komintern herangehen, sollten aber wissen, worin der Unterschied zwischen diesen beiden Begriffen besteht. Die objektiv revolutionäre Situation ist die Charakteristik einer ganzen historischen Epoche. Die unmittelbar revolutionäre Situation stellt vor allem ein gewisses Verhältnis der kämpfenden Klassen dar. Dieses Verhältnis ist unbeständig, es ist leicht veränderlich und daher besteht die Aufgabe der proletarischen revolutionären Partei darin, die unmittelbar revolutionäre Situation rechtzeitig auszunützen, Betrachten wir nun, wie Lenin den Begriff der „revolutionären Situation" definiert:

„Welches sind, allgemein gesprochen, die Zeichen einer revolutionären Situation? Wir gehen sicherlich nicht fehl, wenn wir auf folgende drei Hauptzeichen hinweisen: 1. Die Unmöglichkeit für die herrschende Klasse, ihre Herrschaft in unveränderter Form zu behaupten; diese oder jene Krise der ‚Spitzen', eine Krise der Politik der herrschenden Klasse, die einen Riß schafft, durch den die Unzufriedenheit und Empörung der unterdrückten Klasse durchbricht, Für den Ausbruch der Revolution ist es gewöhnlich nicht genügend, daß die ‚unteren Schichten nicht wollen', sondern daß die ‚Spitzen nicht können' in der alten Weise weiterleben. 2. Eine außergewöhnliche Verschärfung der Not und des Elends der unterdrückten Klassen. 3, Eine bedeutende Erhöhung (kraft der angeführten Gründe) der Aktivität der Massen, die sich in einer ‚friedlichen' Epoche ruhig ausrauben lassen, in stürmischen Zeiten aber sowohl durch die ganze Krisenlage, wie auch durch die Spitzen selbst zu selbständigem historischen Vorgehen gewonnen werden.

Ohne diese objektiven Veränderungen, die unabhängig sind vom Willen nicht nur einzelner Gruppen und Parteien, sondern auch einzelner Klassen, ist eine Revolution – nach der allgemeinen Regel – unmöglich. Die Gesamtheit dieser objektiven Veränderungen wird auch als revolutionäre Situation bezeichnet" ...

Aber nicht aus jeder revolutionären Situation „entsteht" – nach Lenin – eine Revolution,

„sondern nur aus einer solchen Situation, wo zu den obigen aufgezählten objektiven Bedingungen eine subjektive hinzutritt, nämlich die Fähigkeit der revolutionären Klasse zu revolutionären Massenaktionen, die von genügender Stärke sind, um die alte Regierung zu brechen (oder zu erschüttern), die niemals auch in der Krisenepoche nicht ‚stürzt', wenn man sie nicht ‚wirft'." („Gegen den Strom", S. 135.)

[49] Behalten wir diese Lenin'sche Definition des Begriffes „revolutionäre Situation" bei, so gelangen wir in bezug auf Deutschland ebenso wie in bezug auf jedes andere kapitalistische Land, zu folgenden Schlüssen: 1. im Maßstab einer ganzen historischen Epoche (bis zum Sieg des Proletariats) werden wir alle drei objektiven Bedingungen der revolutionären Situation vor uns haben; das zwingt die Komintern auch, das Vorhandsein einer „objektiv revolutionären Situation" sowohl für Deutschland als auch die ganze kapitalistische Welt festzustellen; 2. in jedem gegebenen Moment, in jeder gegebenen Etappe der Entwicklung ändern sich die objektiven Voraussetzungen der revolutionären Situation: die einen treten in den Vordergrund, die anderen verschwinden vorübergehend. Das Vorhandensein aller drei von Lenin genannten objektiven Bedingungen im betreffenden Moment ergibt die „unmittelbar revolutionäre Situation". Das Fehlen der wichtigsten Bedingungen im gegebenen Moment bedeutet eine Festigung des Kapitalismus, eine vorübergehende Stabilisierung.

Darin besteht der Unterschied zwischen der objektiv revolutionären Situation und der unmittelbar revolutionären Situation. Die Führer der Weddinger Opposition wollen diesen Unterschied nicht sehen oder verstehen diesen Unterschied nicht. Die Genossen Weber, Peters und Riese, die die vorübergehende Stabilisierung des Kapitalismus der objektiv revolutionären Situation gegenüberstellen und nicht allein die Tatsache, sondern die Möglichkeit der Stabilisierung absolut verneinen, müssen zum Schluß gelangen, daß in Deutschland wie in der ganzen Welt momentan eine unmittelbar revolutionäre Situation besteht. In verhüllter Form ist diese Schlußfolgerung sowohl in den Thesen der Weddinger Opposition, wie im Artikel ihrer Führer enthalten.

Offen zu sagen wagen es aber unsere Helden nicht, weil sie sich dadurch zu einer ganzen Reihe taktischer Schlußfolgerungen verpflichtet sehen würden. Wer für das heutige Deutschland das Vorhandensein einer unmittelbaren revolutionären Situation zugibt oder sich nur auf die Leugnung der Tatsache der relativen Festigung des Kapitalismus beschränkt, der muß die Partei und die Arbeiterklasse zur unmittelbaren Machteroberung und zur sofortigen Organisierung des bewaffneten Aufstandes aufrufen. Der Konsequenteste in der Weddinger Opposition, Genosse Kötter, der seine eigene Fraktion der „Weddinger Linken“ gebildet hat, ist auch soweit gekommen. In Wirklichkeit aber ist das kein linker Standpunkt, sondern eine einfache Dummheit und der Wunsch, mit „revolutionären“ Phrasen über die wirkliche kommunistische Arbeit in den Gewerkschaften, in den Betrieben, unter den Erwerbslosen usw. hinwegzukommen, die mühselige Arbeit zur Eroberung und Organisierung der Massen, der Leitung ihres Kampfes um Teilforderungen usw. in den Hintergrund zu rücken.

Weber, Peters und Riese verstecken sich feige vor diesen Schlußfolgerungen, zu denen Kötter gelangt ist. Aber ohne offen auszusprechen, was Kötter ausspricht, verteidigen sie im Grunde genommen dieselbe Linie wie Kötter. In theoretischer Hinsicht bedeutet dieser Standpunkt die denkbar größte V u l g a r i s i e r u n g u n d V e r f l a c h u n g des Marxismus und Leninismus. Weber schaltet aus der Lehre von Marx und Lenin ihren Kern – die revolutionäre Dialektik – aus (oder vielleicht versteht e r die Dialektik nicht) und setzt sie einem vulgären Dogma gleich. Wir würden aus menschlicher Einsicht der Weddinger Opposition daraus keinen Vorwurf machen, wenn sie selbst sich nicht lärmend als die einzige Hüterin des wahren Leninismus ausgeben würde. Je größer das Durcheinander in den Köpfen der neugebackenen Retter des „Leninismus“ wird, um so größer werden ihre Ansprüche auf theoretische Autorität. Ein Beispiel: Die Genossen Weber, Peters und Riese stellen in ihrem Artikel folgenden Grundsatz auf: „In der Epoche des Imperialismus, als der Epoche des sterbenden Kapitalismus, kann von einer Stabilisierung, die doch den Zustand der Festigkeit kennzeichnen soll, keine Rede sein.“ Diese These ist der Ausgangspunkt aller Betrachtungen der Führer der Weddinger Opposition. Aber diese „These“ ist der beste Beweis dafür, wie unsere Kritiker der Komintern [50] bar auch der geringsten Kenntnis der marxistischen Theorie sind. Die Epoche des Imperialismus hat nach Lenin ungefähr 1889 begonnen. Die neunziger Jahre und das erste Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts waren das Zeitalter der mächtigsten Entfaltung des Imperialismus und zugleich auch der festesten kapitalistischen „Stabilisierung“ (wenn wir die jetzige Terminologie auf die vergangene vorrevolutionäre Epoche übertragen). Nur die leichtsinnige Sorglosigkeit, mit der hier theoretisch verfahren wird, konnte unsere Verfasser zu der mehr als dummen Behauptung führen, daß in der Epoche des Imperialismus überhaupt keine Festigung des Kapitalismus möglich sei. Aber der Imperialismus ist doch „sterbender“ Kapitalismus! Genosse Weber hat irgendwo gehört oder gelesen, daß Lenin den Imperialismus definiert hat als: erstens monopolistischen, zweitens parasitären und drittens sterbenden Kapitalismus. Da der Kapitalismus nun einmal „stirbt“, wie kann da von einer Stabilisierung die Rede sein, – denkt sich Genosse Weber. Das „Sterben“ des Kapitalismus in der Epoche des Imperialismus stellt sich Genosse Weber offenbar als permanente Zerstörung der Produktivkräfte vor. Aber das ist gerade ein Musterbeispiel der vulgär-banalen Entstellung des Leninismus. Welchen Inhalt er dem Begriff „sterbender Kapitalismus“ verleiht, ergibt sich am besten aus seinen eigenen Worten:

„Es ist begreiflich, warum der Imperialismus ein sterbender Kapitalismus, ein Uebergang zum Sozialismus ist. Das aus dem Kapitalismus erwachsende Monopol bedeutet bereits das Absterben des Kapitalismus, den Beginn seines Ueberganges zum Sozialismus. Die gewaltige Vergesellschaftlichung der Arbeit durch den Imperialismus (das, was die Apologeten, die bürgerlichen Oekonomisten, „Verquickung“ nennen), bedeutet dasselbe.“ („Gegen den Strom“, S. 512.)

Wie man sieht, hat Lenin unter dem „sterbenden Kapitalismus“ etwas ganz anderes verstanden, als die naiven Gemüter Weber, Peters und Riese. Soll noch daran erinnert werden, daß auch das Stagnieren des Kapitalismus in der Epoche des Imperialismus nach Lenin ein rasches Wachstum und eine Festigung des Kapitalismus in einzelnen Ländern, in einzelnen Produktionszweigen und in einzelnen Zeitabschnitten keineswegs ausschließt?

Besonders hilflos und geradezu kläglich wird die „Argumentation“ unserer „Kritiker“, wenn sie versuchen, Bucharins Grundsätze über die kapitalistische Stabilisierung auf Grund einer Analyse der konkret historischen Tatsachen abzuleugnen. Hier ist vor allem folgendes festzustellen: die Ideologen der Weddinger Opposition, die stückweise den schriftlichen Bericht Bucharins an die VII. Erweiterte Exekutive zitieren, haben entweder diesen Bericht nicht ganz gelesen oder nicht verstanden, oder sie haben ihn gelesen und verstanden (was übrigens ziemlich zweifelhaft ist!) und entstellen ihn absichtlich. Wie wäre sonst die geradezu lächerliche Beschuldigung zu erklären, die die Resolution der Weddinger Opposition gegen Bucharin erhebt. Bucharin soll angeblich das Vorhandensein der kapitalistischen Stabilisierung einzig und allein auf Grund der Zahlen über das Wachstum der Weltproduktion und des Warenverkehrs der Welt festgestellt haben! In Wirklichkeit aber hat Genosse Bucharin in seinem Bericht eine außergewöhnlich präzise und tiefe allseitige Analyse sowohl der wirtschaftlichen, wie der sozialen und politischen Entwicklung im Maßstab der Welt, wie der einzelnen Länder gegeben. Genosse Bucharin war der erste – und darin besteht sein großer Verdienst –, der sich gegen die begrenzte Fragestellung der Stabilisierung auf Grund allgemeiner Daten über die Weltproduktion und den Welthandel gewandt hat. Natürlich hat Genosse Bucharin auch diese Faktoren der Stabilisierung in Betracht gezogen, aber das, was im Bericht des Genossen Bucharin neu und wichtig ist, besteht in der differenzierten Fragestellung nach dem Wesen der kapitalistischen Stabilisierung in den einzelnen Ländergruppen. Es war kein anderer als Genosse Bucharin, der sich nicht mit der allgemeinen Fragestellung begnügte, sondern die „Stabilisierung“ nach sechs verschiedenen Ländertypen differenziert hat (bis zu den Ländern, wo [51] die kapitalistische Stabilisierung ganz fehlt, wie in China und Indonesien, wo gegenwärtig die Revolution vor sich geht, oder einem Lande wie der Sowjetunion, wo nur von einer „sozialistischen Stabilisierung“ die Rede sein kann). Es ist sehr leicht zu überprüfen, ob es wahr ist, daß Bucharin die Stabilisierung einzig und allein von den Angaben über Produktion und Welthandel ableitet: dazu genügt es, aufmerksam Bucharins Referat zu lesen sowie die Thesen, die das EKKI zu seinem Bericht angenommen hat. Wir raten auch den Verfassern der Weddinger Resolution, dies zu tun.

Aber am „interessantesten“ ist, daß die Genossen Weber, Peters und Riese, die dem Genossen Bucharin Einseitigkeit vorwerfen, selbst in extreme Einseitigkeit verfallen.

Erstens leugnen sie für alle kapitalistischen Länder in gleichem Maße die Tatsache irgendeiner Stabilisierung und streichen das ganze vielgestaltige, komplizierte, bunte und mannigfaltige Weltbild mit einer und derselben Farbe an. Eine solche Methode pflegte Lenin als „Schmiererei“ zu bezeichnen. Zweitens läuft für die Genossen Weber, Peters und Riese das ganze Problem der Stabilisierung auf die Wirtschaftskrise hinaus. Das ist eine vulgäre Vereinfachung. Die Stabilisierung des Kapitalismus (sowie der entgegengesetzte Zustand, die unmittelbar revolutionäre Situation) beschränkt sich nicht auf Veränderungen in der Wirtschaft allein. Die Wirtschaftsprozesse spielen natürlich eine entscheidende Rolle, aber die Stabilisierung des Kapitalismus (sowie die unmittelbar revolutionäre Situation) wird bestimmt durch die Gesamtheit der ökonomischen, der sozialpolitischen und internationalen Bedingungen (siehe oben Lenins Definition der „revolutionären Situation“). Die Verfasser der Weddinger Plattform, die die sozialpolitische und internationale Seite des Problems der Stabilisierung vollkommen ignorieren, rutschen zu vulgärstem „Oekonomismus“ hinab. Drittens führen unsere „Kritiker“ die ganze moderne Krise des Kapitalismus auf den einzigen Gegensatz zwischen den Produktivkräften und der Aufnahmefähigkeit des Marktes zurück. „Mißverhältnis zwischen Produktion und Absatz charakterisiert die schwere Krise, in der sich der Kapitalismus befindet.“ Aus diesem Grunde gelangen Weber und seine Freunde zu der Unmöglichkeit der Stabilisierung“. Aber das „Mißverhältnis zwischen Produktion und Absatz“ ist ein

Wesenszug nicht allein der jetzigen, sondern aller sogenannten „normalen“ Krisen des Kapitalismus sowohl in der Epoche des Imperialismus, wie auch in der vormonopolistischen Periode. Wenn die Genossen Weber, Peters und Riese konsequent wären, so müßten sie sagen, daß eine Stabilisierung in der ganzen Entwicklung des Kapitalismus nie möglich war. Sie müßten dazu kommen, da das „Mißverhältnis zwischen Produktion und Absatz“ ja eine unbestrittene Eigenschaft der gesamten kapitalistischen Entwicklung ist und den Hauptinhalt aller zyklischen Krisen des Kapitalismus ohne Ausnahme bildet. Zu diesen Herkulessäulen führt die „Theorie“ des Genossen Weber! Wir reden gar nicht mehr davon, daß unsere „Theoretiker“ absolut nichts von der jetzigen Krise des Kapitalismus begriffen haben. Alles spezifisch Eigentümliche und Ungewöhnliche in dieser Krise blieb für sie ein Buch mit sieben Siegeln. Man müßte ihnen höchstens den Rat geben, den Bericht des Genossen Bucharin oder die Thesen der Exekutive vorzunehmen; dort würden sie eine erschöpfende Charakteristik der heutigen Krise finden. Viertens bauen Weber und seine Freunde die Leugnung der Stabilisierung auf einem so „konkret historischen“ Argument: „Europa und insbesondere Deutschland produzieren weniger als in der Kriegszeit; die Kaliproduktion und die Produktion von Roheisen bleibt 1926 in Deutschland hinter der von 1925 zurück.“ Und dies soll Stabilisierung sein! Die ganze Naivität dieses, mit Verlaub zu sagen, Arguments, ist so augenfällig, daß es sich erübrigt, dabei zu verweilen. Wir wollen an Genossen Weber und seine Freunde ein paar Fragen richten. Europa produziert insgesamt weniger als vor dem Kriege. Gewiß, aber in [52] Frankreich und in Italien z. B. ist das Niveau der Produktion höher als in der Vorkriegszeit. Was nun? Ist also in Frankreich und in Italien keine objektiv revolutionäre Situation vorhanden? Und wenn – was keineswegs ausgeschlossen ist – Deutschland 1927 mehr Kali und Roheisen produzieren wird als 1925, wird denn das heißen, daß an Stelle der objektiv revolutionären Situation in Deutschland eine „absolute kapitalistische Stabilisierung“ getreten ist? Die Genossen Weber, Peters und Riese begreifen nicht, daß ein gewisses Niveau der Produktion wohl ein Anzeichen, aber nicht das einzige und entscheidende Anzeichen der Stabilisierung bedeutet. Eine unmittelbar revolutionäre Situation kann in Deutschland bei einer höheren Produktion als in der Vorkriegszeit wohl entstehen, genau so, wie eine kapitalistische Stabilisierung bei einem Niedergang der Produktion gegenüber dem Vorkriegsniveau eintreten kann.

Damit könnte man die Diskussion über die Stabilisierung abschließen. Wir haben gesehen, zu welch jämmerlichen Ergebnissen die Attacke der Führer der Weddinger Opposition auf die Komintern in dieser Frage führt.

Die Frage des „Verteidigungskrieges“.

Nicht viel trostreicher sind die Resultate, zu denen Weber und seine Freunde in ihrem Angriff gegen die Komintern in der Frage des Verteidigungskrieges in Deutschland im Jahre 1923 gelangen. Die Genossen! Weber, Peters und Riese geraten förmlich in eine Raserei wegen nachstehender Feststellungen des Genossen Bucharin. (Wir zitieren etwas ausführlicher, als es Weber und seine Freunde tun.)

„Mit anderen Worten, wenn es sich herausstellt, daß eine der imperialistischen Mächte vollständig zertrümmert und aus einem Subjekt der imperialistischen Ausbeutung zu deren Objekt geworden ist, dann wird der Kampf dieser gedemütigten und geknechteten Macht schon einen ganz anderen Charakter annehmen, als während des vorhergehenden Krieges, den diese Macht als einer der imperialistischen Rivalen geführt hat.

Eine derartige Sachlage ist tatsächlich entstanden und sie fand im Versailler Frieden ihren Ausdruck. Deshalb war die Kommunistische Partei Deutschlands während der Besetzung eines Teiles Deutschlands durch französische Truppen (Besetzung des Ruhrgebiets usw.) der Auffassung, daß die Verteidigung gegen den französischen Imperialismus unter gewissen Umständen geboten! sei. Wenn Deutschland damals einen Krieg gegen Frankreich geführt hätte, so würde dieser zweite Krieg nicht mehr den früheren imperialistischen Charakter getragen haben ...“

Aber, fährt Bucharin fort:

„Jetzt hat sich die Lage radikal geändert. Im Laufe der letzten Jahre hat sich der deutsche Kapitalismus bis zu einem gewissen Grade stabilisiert; er hat seine Organisation ausgebaut und die höchste Stufe fester monopolistischer Zusammenschlüsse erreicht; er tritt bei der Organisierung internationaler Kartelle als eine führende Macht auf; er hat seine Ostorientierung zugunsten einer Westorientierung aufgegeben. Er nimmt an den

leitenden Organen des Völkerbundes teil. Gegenwärtig geht er darauf aus, seinen früheren Kolonialbesitz auf neuer Grundlage (auf der Grundlage sogenannter Mandate) wiederzugewinnen. Er denkt schon daran, die Möglichkeit zur Organisierung von bewaffneten Kräften wiederzuerlangen. Mit anderen Worten, seine innere imperialistische Konsolidierung führt bereits dazu, daß deren außenpolitische Attribute sich zu entwickeln beginnen."

Die Schlußfolgerung, zu der Genosse Bucharin kommt, ist folgende:

„Die Gesamtheit dieser Tatsachen führte eine radikale Aenderung der internationalen Einstellung Deutschlands herbei, so daß jene Einschätzung, die zur Zeit der Ruhrbesetzung richtig war, in der jetzigen Lage ihre Geltung verliert. Der sich daraus ergebende wichtigste [53] praktisch-politische Schluß ist der, daß in der Frage der Vaterlandsverteidigung in bezug auf den deutschen Imperialismus der Grundsatz der Unzulässigkeit der Verteidigung eines solchen „Vaterlandes" durch das Proletariat erneut in seine Rechte tritt."

Die Genossen Weber, Peters und Riese geraten in Wutausbrüche. Sic jubilieren. Endlich haben sie den Beweis für den „Opportunismus von Bucharin! „Mit aller Schärfe müssen die nationalbolschewistischen Theorien der Genossin Zetkin und insbesondere des Genossen Bucharin zurückgewiesen werden", schreiben unsere Weddinger. „Kein zweites Mal", erklären Weber und seine Freunde feierlich, „wird sich das internationale Proletariat, auch nicht in einer Lage, in der Deutschland 1923 sich befand, für die Geldsackinteressen der eigenen Bourgeoisie in einen sogenannten nationalen Verteidigungskrieg hetzen lassen. Das revolutionäre Proletariat wird im Gegenteil eine bedrängte und geschwächte Lage der eigenen Bourgeoisie als günstiges Angriffsmoment ausnutzen, um ihr den Todesstoß zu versetzen."

Was sind doch diese Weddinger Oppositionellen für todesmutige und unerschütterliche Revolutionäre! Was für Opportunisten sind doch im Vergleich mit ihnen Bucharin und andere Führer der Komintern, die die Möglichkeit eines nationalen Verteidigungskrieges in Deutschland im Jahre 1923 zulassen! So denkt sicher mancher Weddinger Proletarier, der unter dem Einfluß der Genossen Weber, Peters und Riese steht und ihr „Pathos" für bare Münze nimmt.

Wie verhält es sich aber in Wirklichkeit? Betrachten wir die vom Genossen Bucharin aufgeworfene Frage etwas näher. Der Grundsatz, den Genosse Bucharin aufwirft, läuft darauf hinaus, daß Deutschland, das zur Zeit der Ruhrbesetzung und vorher eine Halbkolonie der Entente darstellte, im Jahre 1923 einen nicht-imperialistischen Krieg führen konnte. Ein! Krieg gegen die Entente von seiten des bürgerlichen Deutschland wäre 1923 kein imperialistischer, sondern ein nationaler Verteidigungskrieg gewesen. Ist diese Behauptung richtig oder nicht? Die Genossen Weber, Peters und Riese beantworten diese Frage mit Nein, Ihrer Meinung nach war Deutschland in den Jahren 1919 bis 1927 unentwegt ein imperialistisches Land nur mit dem Unterschied gegenüber der Vorkriegszeit, daß es 1919 bis 1923 ein besiegtes imperialistisches Land war. Das ist das Argument, das man mit viel Mühe aus den pathetischen Betrachtungen der Genossen Wehr, Peters und Riese herausfischen kann. Dabei ist es ihr einziges Argument, gegen das man ernsthaft diskutieren kann. Alles übrige ist „revolutionäre" Deklamation.

Blieb Deutschland in den ersten Jahren nach der Niederlage ein imperialistisches Land? Darüber finden wir eine unzweideutige Antwort bei Lenin. Lenin zählte das besiegte Deutschland zum Typus der halbkolonialen Länder (siehe Lenins Referat auf dem II. Kongreß der KI und in einer Reihe anderer seiner Reden und Artikel). Es ist klar, daß eine Halbkolonie kein imperialistisches Land in dem Sinne sein kann, in dem dieser Begriff gewöhnlich gebraucht wird. Eine Halbkolonie ist kein Subjekt, sondern ein Objekt der imperialistischen Politik. Als imperialistisch bezeichnen wir jene Länder, die Subjekte der imperialistischen Politik sind. Solche Länder sind: die Vereinigten Staaten Amerikas, England, Frankreich, und wenn man will auch Deutschland 1926/27. Aber in der Zeit von 1919 bis 1923 war Deutschland nur ein Objekt der imperialistischen Politik.

Wir finden bei Lenin noch genauere Hinweise zu dieser Frage. Auf dem 8. Parteitag der KPR führte Lenin in seiner Rede zum Parteiprogramm eine Reihe außerordentlich wertvoller theoretischer Betrachtungen über der. Imperialismus an. Der Imperialismus, der vom Standpunkt der Geschichte ein

besonderes Entwicklungsstadium des Kapitalismus ist, bildet vom Standpunkt der sozialökonomischen Struktur den Ueberbau des vormonopolistischen Kapitalismus. Dieser Ueberbau kann in gewissen Perioden zerstört [54] werden, ohne daß das kapitalistische System fällt. Dann aber findet eine Rückentwicklung zur vormonopolistischen Struktur des Kapitalismus statt, es offenbart sich die „normale“ Struktur des Kapitalismus. Als Beispiel für die Zerstörung des imperialistischen Ueberbaus führte Lenin 1919 Deutschland an.

In der Tat, betrachten wir die Wirtschaft Deutschlands in den Jahren 1919/23. Nach der Niederlage haben hier große strukturelle Verschiebungen und Veränderungen stattgefunden. Die monopolistische Struktur ist durch folgende Merkmale gekennzeichnet: 1. die größtmögliche Konzentration der Produktion in den monopolistischen Trusts, Kartells, Syndikaten, – in Deutschland finden wir 1919/23 den entgegengesetzten Prozeß; den Prozeß der De-Konzentration und der De-Trustifizierung; an Stelle der monopolistischen Produktionsverbände traten Spekulationskonzerne vom Typus des Stinneskonzerns usw.; 2. Monopolstellung einiger Großbanken, die die gesamten Zweige der Volkswirtschaft beherrschen; das Bankmonopol war in Deutschland 1919/23 aufs gründlichste erschüttert, es wird jetzt erst wieder hergestellt; 3. monopolistische Besitzergreifung der Rohstoffquellen durch das Finanzkapital; – es erübrigt sich zu beweisen, welch gewaltige Veränderung die Niederlage Deutschlands auf diesem Gebiet mit sich gebracht hat; 4. Kolonien und wirtschaftliche Einflußsphären in anderen Ländern; – das eine sowie das andere hatte Deutschland infolge der Niederlage verloren.

Wir sehen also, daß 1919/23 in Deutschland die Grundmerkmale der imperialistischen Struktur fehlten. Der imperialistische Ueberbau über den „normalen“ vormonopolistischen Kapitalismus beginnt seine Wiederherstellung in Deutschland erst in den letzten drei Jahren. Man darf ferner die internationale Lage Deutschlands in den Jahren 1919/23 nicht außer Acht lassen.

Deutschland, das seine Armee und Kriegsflotte verloren hatte, das das Recht auf weitere Bewaffnung eingebüßt und einen Teil rein deutscher Provinzen an Frankreich und andere Ententemächte abtreten mußte, befand sich in völliger wirtschaftlicher und militärischer Abhängigkeit von der Entente und stellte eine typische Halbkolonie dar. Diese beiden Ursachen: erstens die Veränderung in der Struktur der kapitalistischen Wirtschaft Deutschlands und zweitens die halbkoloniale Lage Deutschlands, machten es der deutschen Bourgeoisie sehr schwer oder fast unmöglich, eine imperialistische Politik und also auch einen imperialistischen Krieg zu führen. Freilich, imperialistische Tendenzen waren sowohl in der Wirtschaft wie in der Politik Deutschlands in der Zeit von 1919 bis 1923 vorhanden. Diese Tendenzen waren aber nicht entscheidender Natur. Ein nationaler Verteidigungskrieg (kein imperialistischer Krieg) gegen die Entente war seitens Deutschlands 1919 bis 1923 durchaus möglich. Soll Weber versuchen, auf dem Boden der Leninschen Lehre über den Imperialismus verbleibend, die Unmöglichkeit dieses Grundsatzes zu beweisen.

Hätten die deutschen Kommunisten 1923 sich gegen die Parole des Krieges wenden können, wenn der nationale Verteidigungskrieg ausgebrochen wäre? Hätten die deutschen Kommunisten in diesem Krieg eine defaitistische Haltung einnehmen müssen (revolutionärer Defaitismus bedeutet nicht allein den Wunsch nach der Niederlage der eigenen Regierung, der eigenen Bourgeoisie, des eigenen Landes, sondern auch die revolutionäre Arbeit zur Entwaffnung der Armee an der Front)? O nein. Diese Taktik, die absolut richtig ist in jedem imperialistischen Kriege, also auch in jedem Kriege, den das heutige bürgerliche und nunmehr imperialistisch gewordene Deutschland führen wird, wäre 1923 unrichtig gewesen. Die Kommunisten hätten 1923 im Falle eines Krieges gegen die Entente, weder sich bedingungslos gegen den Krieg aussprechen, noch eine defaitistische Linie beziehen müssen und dürfen. Unter gewissen Umständen hätten die Kommunisten 1923 für einen Krieg Deutschlands gegen die Imperialisten der Entente sein müssen.

Bedeutet denn das soviel, daß die deutschen Kommunisten 1923 im Falle eines Krieges gegen die Entente den Burgfrieden mit ihrer Bourgeoisie hätten abschließen müssen, daß die Kommunisten ihre eigene [55] Bourgeoisie gegen die Entente hätten unterstützen müssen?

Unter keinen Umständen! Würde Genosse Weber imstande sein, im Referat des Genossen Bucharin oder in den Beschlüssen des EKKI auch nur eine Andeutung auf die Zulässigkeit eines Blocks der Kommunisten mit der Bourgeoisie in einem nationalen Verteidigungskrieg, dann hätte er das Recht, dem Genossen Bucharin und der Komintern „Nationalbolschewismus“ vorzuwerfen. Die Nationalbolschewisten empfahlen 1920/21 einen Block mit der eigenen Bourgeoisie gegen die Entente und gaben also das Proletariat preis. So beurteilte die Komintern stets den Nationalbolschewismus. Natürlich, weder im Referat des Genossen Bucharin, noch in den Beschlüssen der Erweiterten Exekutive ist auch nur im entferntesten der Versuch gemacht, diese Beurteilung zu revidieren. Die wichtigste Voraussetzung für die Beteiligung der Kommunisten an einem nationalen Befreiungskrieg gegen die Entente, hätte 1923 vor allem darin bestehen müssen, das die Kommunisten die Linie des Sturzes ihrer eigenen Bourgeoisie und der Machteroberung durch das Proletariat bezogen. Daß der Bürgerkrieg gegen die eigene Bourgeoisie die Voraussetzung für die Führung eines nationalen Verteidigungskrieges nicht ausschließt, sondern mitunter sogar eine notwendige Voraussetzung bildet, davon überzeugt zur Genüge schon das Beispiel der Pariser Kommune. Die Genossen Weber, Peters und Riese verleumden den Genossen Bucharin, indem sie ihm den Gedanken der Möglichkeit der Unterstützung der deutschen Bourgeoisie gegen die Entente unterschieben. Genosse Bucharin hat nichts derartiges gesagt und nicht sagen können. Wenn Genosse Bucharin in seinem schriftlichen Bericht die Frage nach den Aufgaben der deutschen Kommunisten gegenüber ihrer eigenen Bourgeoisie nicht näher behandelt hat, so geschah es nur deshalb, weil diese Frage absolut unanfechtbar und klar war. Um aber jede Möglichkeit irgendwelcher Mißverständnisse in dieser Hinsicht auszuschalten, hat Genosse Bucharin diese Seite der Frage in den Thesen folgendermaßen formuliert:

„Mit der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands und der Konsolidierung des deutschen Kapitalismus entsteht die Frage des deutschen Imperialismus. Solange Deutschland ein geknechtetes, ausgeplündertes, vom siegreichen Imperialismus der Entente-Länder in die Knie gezwungenes Land war, also ein Land, das objektiv gegen den Imperialismus der Entente einen gerechten nationalen freiheitlichen Abwehrkampf führen konnte, aber von der Bourgeoisie an der Verteidigung seiner Unabhängigkeit gehindert wurde, war es die Aufgabe der Kommunisten, den feigen, schwächlichen Widerstand der deutschen Bourgeoisie gegen den Enterte-Imperialismus durch das aktive Eingreifen der werktätigen Massen aufzupeitschen, die Kapitalisten als die Verräter der ganzen deutschen Nation zu entlarven und die Arbeiterklasse als die einzig wirkliche Vorkämpferin der Nation und der nationalen Befreiung in den Kampf gegen die ausländischen Imperialisten zu führen. Zugleich mußte die deutsche Arbeiterklasse alles tun, um den Sturz der eigenen Bourgeoisie und die Errichtung der deutschen Sowjetrepublik zu beschleunigen. Darum durfte die Arbeiterklasse die Frage der nationalen Verteidigung für Deutschland nicht so stellen, wie sie es gegenüber einem imperialistischen Deutschland tun müßte, sondern sie mußte von den besonderen Bedingungen jenes Entwicklungsstadiums ausgehen, in dem sich Deutschland damals befand. Eine solche Lage gab es wahrend der Ruhrbesetzung. Der wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands, die innere Konsolidierung seines monopolistischen Kapitalismus, seine führende Rolle in imperialistischen internationalen Organisationen, seine „westliche“ Orientierung, seine Versuche zur Zurückgewinnung seiner Kolonien usw. – all das zeugt von einem beginnenden Wiedererstehen des deutschen Imperialismus. Daher muß die Beantwortung der Frage [56] der Vaterlandsverteidigung für das deutsche Proletariat heute ebenso negativ ausfallen, wie für das Proletariat anderer imperialistischer Länder.“ Wir haben diese Stelle aus den Thesen, in der das Problem eines nationalen Deutschlands im Jahre 1923 gestellt wird, ganz zitiert. Wie kläglich nimmt sich die ganze hochtrabende „revolutionäre“ Phraseologie unserer Weddinger Oppositionsgenossen im Vergleich mit der wahrhaft bolschewistischen wahrhaft revolutionären Auffassung in der Frage der „Vaterlandsverteidigung“ aus, wie sie die Komintern bezogen hat. Auf der einen Seite die Parallele mit dem Jahre 1923, die sowohl im Referat des Genossen Bucharin, wie in den Thesen des EKKI bezogen wird, um so deutlicher die Notwendigkeit und die Pflicht der Kommunisten zu betonen, eine bolschewistische, defaitistische Linie in jedem bevorstehenden Krieg, den das imperialistische Deutschland führen wird, zu beziehen. Auf der anderen Seite das

verschwommene, verwässerte, hochtrabende Geschwätz von Weber, Peters und Riese, die alle Unterschiede in der Lage Deutschlands 1923 und 1926/27 verwischen, ein Geschwätz, das trotz aller „revolutionären“ Tiraden zu einer vollkommen opportunistischen Kapitulation im Falle eines neuen Krieges führen kann.

Das sind die Ergebnisse des Vorstoßes der Weddinger Opposition in dieser Frage. (Fortsetzung folgt)

*

Statistik der Arbeitskämpfe und ihre Lehren für das Proletariat

Fr. Heinrichs, Berlin.

Die deutsche Arbeiterklasse hat schon in der Vorkriegszeit eine relativ große Anzahl von Arbeitskämpfen auszufechten gehabt. Von besonderer Entscheidung waren jedoch die Kämpfe, die mit dem Beginn der deutschen Revolution entbrannten. Hier zeigte sich erneut die irrige Auffassung der Reformisten, daß Streiks nur als gewerkschaftliche Mittel zur Steigerung des Lebensniveaus innerhalb der kapitalistischen Staatsform erfolgbringend sind. Die Geschichte der Arbeiterbewegung hat diese verkehrte Auslegung der Rolle des Proletariats und seiner Organisationen innerhalb des Kapitalismus Lügen gestraft.

Die große Streikwelle des Proletariats 1902 und 1903 in Südrußland entstand in Baku infolge von Maßregelung Arbeitsloser, in Tiflis aus einem Kampf der Handelsangestellten mit dem Ziel: Verkürzung der Arbeitszeit. In Odessa war ein Lohnstreik die Ursache. Im Januar 1905 streikten die Putilow-Arbeiter. Ein Massenstreik entstand. Um das Koalitionsrecht kämpften die Post- und Telegraphenangestellten, und um die Pensionskasse die Eisenbahner. Der gewaltige Oktober- und Dezemberstreik hatte hier seinen Ursprung.

Denken wir bloß an den Streik der Berliner Munitionsarbeiter 1918. Oekonomische Forderungen lagen zugrunde, politische Auswirkungen mußten sich ergeben.

Und so ist „der ökonomische Kampf das Fortleitende von einem politischen Knotenpunkt zum anderen, der politische Kampf ist die periodische Befruchtung des Bodens für den ökonomischen Kampf. Ursache und Wirkung wechseln hier alle Augenblicke ihre Stellen ...“[*)]

Mit den Veröffentlichungen von Streikstatistiken in der „Deutschen Gewerkschaftszeitung“ und im nichtamtlichen Teil des „Reichsarbeitsblattes beschäftigen sich eine Reihe führender Blätter der deutschen Wirtschaft [57] Die Tatsache, daß in den Jahren 1924 und 1925 keine sogenannten politischen Streiks zu verzeichnen sind, lassen die „Deutsche Wirtschaftszeitung“[**)] schließen, daß „eine weitgehende politische Beruhigung der Arbeiterschaft eingetreten“ ist. Voller Freude über den schmählichen Verrat der SPD an der Arbeiterklasse stellt sie dann fest, „daß auch die energischen Versuche von kommunistischer und linkssozialistischer Seite, beim Konflikt der Reichsregierung mit Sachsen und beim Militärputsch 1923 die Arbeiterschaft in einen politischen Streik hineinzuziehen, zerflatterten in unbedeutenden Bewegungen“. Das Organ der Schwerindustrie, die „Deutsche Bergwerkszeitung“[***)], nennt diesen Verrat der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie „eine Vermittlung des Arbeitsfriedens“. Sie schreibt: „Es verdient immerhin Anerkennung.“ Das Kapital kennt seine Schergen nur zu gut, weiß es doch in seinen Zeitungen genau die Methoden zur Abwürgung von Streiks zu schildern. „Trübe Elemente, jugendliche Radaubrüder“ werden in dieser Zeitung diejenigen Arbeiter genannt, die in den Jahren 1920/22 Sturm liefen gegen die offenkundige Auslieferung des Proletariats an die Bourgeoisie durch die sozialdemokratischen Gewerkschaften, und die es fertig brachten, die Massen im Kampf für die nur noch wenig vorhandenen Rechte aus der Revolution hinter sich zu haben. Aber die Gewerkschaften bekommen auch einen Tadel, weil ihre „besonnenen Elemente“ nicht immer in der Lage waren, „derartige wilde Streiks zu verhindern“, also nicht immer nach der Flöte des Unternehmertums getanzt haben. Dessen ungeachtet ist auch die „Deutsche Gewerkschaftszeitung“[*)] voller Freude bei den Betrachtungen der sogenannten politisch neutralen Streiks in den

[*)] Rosa Luxemburg 1910 in Frankfurt a. Main
[**)] Nr. 27, 8. Juli 1926.
[***)] Nr. 219, 18. September 1926.
[*)] Nr. 28, 10. Juli 1926.

Jahren 1924/25 der gleichen Auffassung wie die Kapitalisten. Sie schreibt: „Auch das ist ein Zeichen des Zurücktretens des Einflusses gewerkschaftlich unqualifizierter Elemente, auf dessen Putschbedürfnisse viele dieser politischen Bewegungen der voraufgegangenen Jahre zurückzuführen sind.“ Auch sie ist der vulgären Auffassung, daß Massenstreiks künstlich „gemacht“, ins Blaue „propagiert“ und „beschlossen“ werden können. Sie sind vielmehr eine historische Erscheinung, gebürtig aus den sozialen Verhältnissen.

Wenn die Bourgeoisie an Hand der Statistik auf der ganzen Linie den Rückgang der Streiks überhaupt befriedigend feststellt und davon spricht, daß „der Streik als Mittel zur Herbeiführung besserer Arbeitsbedingungen“ versagt habe und es dazu „noch andere Wege“ gibt, und diesen Weg in der Arbeitsgemeinschaft sieht, so spekuliert sie auf jene sozialdemokratischen Führer, die wie Erdmann mit offenen Segeln in die Arbeitsgemeinschaft hineingleiten. „Aber es ist an der Zeit“, schreibt er in der „Arbeit“[**)], „daß allmählich eine der wesentlichen Bedingungen für fruchtbare Gemeinschaftsarbeit von seiten der deutschen Unternehmer erfüllt wird, ein Aufdämmern und eine praktische Betätigung der Einsicht, daß die Gewerkschaft schon in der heutigen Wirtschaft im Interesse der Gesamtwirtschaft ebenso notwendige Aufgaben zu erfüllen haben, wie die Unternehmer“ (vom Verfasser gesperrt). Das „Aufdämmern“ und die „Einsicht“ ist da, Silberberg konstatiert „eine Wandlung der Geister“. Die Tore, durch die Silberberg und Erdmann zur Arbeitsgemeinschaft gelangen, stehen offen. „Die deutsche Sozialdemokratie muß zur verantwortlichen Mitarbeit heran.“ Deshalb sind alle Störenfriede aus den Kreisen der Arbeiterschaft in den Augen der ADGB-Schriftsteller „unqualifizierte Elemente“.

Hieraus ergibt sich, daß die ersten Gegner von großen Streikbewegungen stets in den sozialdemokratischen Koalitionspolitikern zu finden sind. Schon 1907 in Mainz, in einer Resolution von David, heißt es, „die Versammlung lehnt die direkte Massenaktion als taktisches Prinzip ab und hält an dem Prinzip der parlamentarischen Reformaktion [58] fest ..., d. h., auf dem Wege der Gesetzgebung und der organischen Entwicklung allmählich unsere Ziele zu erreichen.“

Für das Proletariat bleibt nun übrig zu untersuchen, was der allgemeine Rückgang der Anzahl der Arbeitskämpfe bedeutet. Ob denn wirklich die Politik der Arbeitsgemeinschaft die Lage der arbeitenden Klasse in Deutschland verbessern kann und somit eine Abschwächung der Streiks begründet ist – oder welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind, um „diesen Harmonieaposteln“ vom Schlage Silverberg, Erdmann und Leipart das Wasser abzugraben und aufzuzeigen, daß nur auf Grund der objektiven Lage vom Standpunkte des geschichtlich Notwendigen diese Fragen erfaßt und auch diskutiert werden können.

Lassen wir jedoch die Zahlen der Statistik sprechen:

Streiks und Aussperrungen (wirtschaftliche und politische Kämpfe).

Jahr	Zahl der Arbeitskämpfe	Zahl der betroffenen Betriebe	Zahl der in den betroffenen Betrieben Beschäftigten überhaupt	Höchstzahl der gleichzeitig Streikenden und Ausgesperrten	Zahl der verlorenen Arbeitstage für Streikende und Ausgesperrte
1899-1913	2114	11.410	510.644	234.623	8.006.791
1918	773	7397	2.476.127	1.304.248	5.219.290
1919	4970	51.804	6.818.925	4.706.269	48.067.180
1920	8800	197.823	9.449.469	8.323.977	54.206.942
1921	5223	60526	2.844.226	2.042.372	30.067.894
1922	5361	57.607	3.194.177	2.321.597	29.240.740
1923	2209	31.611	2.617.956	1.097.922	15.171.773
1924	2012	29.218	2.087.017	1.634.317	36.023.143
1925	1766	25.214	1.128.077	758.071	16.855.856

Die starke Abschwächung der Arbeitskämpfe ist deutlich erkennbar.

[**)] Nr. 6, 15. Juni 1926.

Zum Zwecke weiterer Besprechung trennen wir, soweit Material vorhanden ist, Streiks und Aussperrungen voneinander. Eine Uebersicht über letztere gibt uns Aufstellung 2.

J a h r	Zahl der Aussperrungen	Zahl der betroffenen Betriebe	Zahl der in den betreffenden Betrieben Beschäftigten	Höchstzahl der gleichzeitig Ausgesperrten	Zahl der verlorenen Arbeitstage für Ausgesperrte
1899-1918	229	2826	104.601	61.122	2.715.800
1918	1	1	45	12	1308
1919	37	1015	35.860	32.144	619.154
1920	114	1405	93.151	90.706	1.311.265
1921	362	2993	218.433	201.931	3.278.483
1922	437	5726	324.273	219.671	4.351.240
1923	168	2691	165.321	118.747	1.329.664
1924	392	11.003	1.096.378	976.936	22.663.111
1925	224	8826	329.936	265.313	5.818.333

Nehmen wir aus Aufstellung 1 eine weitere Scheidung der sogenannten rein politischen Kämpfe vor und stellen sie in Aufstellung 3 dar. [59]

Politische Arbeitskämpfe.

J a h r	Zahl der Aussperrungen	Zahl der betroffenen Betriebe	Zahl der in den betreffenden Betrieben Beschäftigten	Höchstzahl der gleichzeitig Ausgesperrten	Zahl der verlorenen Arbeitstage für Ausgesperrte
1918	241	6302	1.760.385	925.120	3.766.456
1919	902	12.871	3.568.403	2.562.664	14.934.768
1920	4408	149.535	7.260.500	6.762.242	36.504.142
1921	435	2762	716.596	502.021	3.751.504
1922	260	4824	443.573	352.334	346.306
1923	47	3506	470.672	328.536	1.032.952
1924	–	–	–	–	–
1925	–	–	–	–	–

Zunächst fällt das vollständige Verschwinden der politischen Arbeitskämpfe in den Jahren 1924 und 1925 auf. Ist 1920 die Zahl der politisch Streikenden und der für diese verlorenen Arbeitstage fast dreimal so groß wie 1919, so zeigen diese Jahre doch die größten und längsten Kämpfe des Proletariats gegen die wieder vorbrechende Bourgeoisie auf. Ausschlaggebend war 1920 der Kapp-Putsch-Streik. Dieser fand selbst Anerkennung von den Gewerkschaften; denn die Reformisten benötigten Schutz der Arbeiterklasse zur Behauptung der Ministersessel gegenüber der Bourgeoisie. Betrachten wir die Zahlen des Jahres 1924 in der Aufstellung 1, so fallt die hohe Zahl der verlorenen Arbeitstage, die gleich der Ziffer der durch politische Kämpfe verlorenen von 1920 (Aufstellung 3) ist, auf. Also vom Standpunkt der Trennung zwischen politischen und wirtschaftlichen Kämpfen sind 1924 die längsten Streiks resp. Aussperrungen zu verzeichnen. Eine erhebliche Rolle dabei spielen die Aussperrungen. So waren von den 36 Millionen verlorenen Arbeitstagen 22,5 Millionen durch Aussperrungen (siehe Aufstellung 2), d. h. 62,5 v. H., hervorgerufen. Auch 1925 sind 35 v. II. Arbeitstage dadurch verlustig. Die Zahl der betroffenen Betriebe für diese beiden Jahre mit 20.000 ist fast doppelt so groß, als die in den Jahren 1918 bis 1923. Auch die Zahl der Ausgesperrten allein im Jahre 1924 ist um die Hälfte größer, als die Summe der Ausgesperrten in den Jahren 1918/23. Bezeichnend ist, daß von den 1919 Kämpfenden (siehe Aufstellung 1 und 3) mehr als 50 v. H. und 1920 über 80 v. H. im offenen Kampf gegen die Bourgeoisie standen.

Während 1924 der Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau mit 118.025 Streikenden und Ausgesperrten die Führung hatte, sind 1925 im Baugewerbe 142 857 im Kampf stehende Arbeiter zu verzeichnen gegenüber dem Vorjahr mit 81 380. Im Gegensatz zum Jahre 1924 hat der Maschinenbau 1925 weniger als ein Drittel Streikende, und zwar 33.526, aufzuweisen. Während 1924 der Bergbau an zweiter Stelle 97.304 Arbeiter im Ausstand und 3 Millionen verlorene Arbeitstage aufzeigt, so weist er 1925 nur 5184 und 94.000 verlustige Arbeitstage auf.

Durchschnittlich haben sich in der gesamten Industrie in den Jahren 1918/25 die von Streik oder Aussperrung betroffenen Belegschaften mit 80 v. H. daran beteiligt. Somit ist auch die bürgerliche Redensart vom Terror Streikender gegen Streikbrecher als Phrase widerlegt.

Sind 1922 noch 4356 Kämpfe wegen Lohnforderungen zu verzeichnen, so weisen die Jahre 1924 nur 1596 und 1925 gleich 1526 Lohnausstände auf. Den 1924 erfolgten Angriff der Unternehmer auf den Achtstundentag charakterisiert die hohe Zahl von 539 darum ausgefochtenen Streitigkeiten, die nur einmal in dem Jahre 1919 mit 810 übertroffen wurde.

Wenn besonders diese Zahlen unzuverlässig sind, so liegt es einerseits daran, daß Lohn- und Arbeitszeitforderungen oft verbunden aufgestellt und entsprechend auch erledigt werden. Andernfalls mögen die Gründe in der bürgerlichen Herkunft liegen.

[60] Sollen in einer weiteren Arbeit die im Rahmen dieser Zeitschrift beschränkt wiedergegebenen Ziffern auf ihre Auswirkungen für die Politik des Proletariats und der Bourgeoisie hin dargestellt werden, so wollen wir vorerst noch dazu die vorläufigen Uebersichten der ersten beiden Vierteljahre von 1926 als Anschauungsmaterial benutzen.

Streiks im 1. und 2. Vierteljahr 1926.

J a h r	Zahl der Arbeitskämpfe	Zahl der betroffenen Betriebe	Zahl der in den betroffenen Betrieben Beschäftigten überhaupt	Höchstzahl der gleichzeitig Streikenden	Zahl der verlorenen Arbeitstage
1. Vierteljahr 1926	72	381	18.448	8546	269.969
2. Vierteljahr 1926	83	593	14.276	7951	222.065

Aussperrungen im 1. und 2. Vierteljahr 1926.

1. Vierteljahr 1926	9	177	14.344	8546	269.969
2. Vierteljahr 1926	12	156	2807	1496	23.378

II.

Die gezeigten Uebersichten lassen 1923 deutlich einen Wendepunkt in der Statistik erstehen. Nicht nur die derzeitige Arbeitslosigkeit, der Tiefstand des Beschäftigungsgrades ist die Ursache des Zurückgehens der Zahlen der Arbeitskämpfe. Vielmehr spielten eine Rolle die Inflation und die Stellungnahme der Arbeiterklasse dazu. Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsführer sahen in dem Dawes-Abkommen die Lösung der bis auf die Spitze getriebenen kapitalistischen Krise. Die gewerkschaftlichen Kämpfe waren infolge des Währungsverfalls bedeutungslos. Der versagende ökonomische Kampf mußte zu einem politischen werden, sollte man Erfolge erzielen. Die kapitalistische Republik mußte vernichtet werden. Die überwiegende Mehrheit des Proletariats folgte den reformistischen Führern die ihm durch die Dawesierung eine Besserung versprachen und diese deshalb nicht durch Streiks gefährden wollten.

Nach der Enttäuschung der Arbeiterklasse kam die Flucht aus den Gewerkschaften und die Stärkung der Bourgeoisie. Es folgten in den ersten Monaten des Jahres 1924 die schwersten Arbeitskämpfe. Aussperrung auf Aussperrung setzte ein. Das Proletariat stand von nun an in der Defensive. Von 1 Million Ausgesperrten hatte jeder mehr denn 20 Tage diese Unternehmerwillkür zu spüren bekommen.

Der Dawes-Plan wurde zur Basis der Rationalisierung. Unter der Maske „wissenschaftliche Betriebsführung, rationelle Produktionsmethoden“ begann die Stillegung von Betrieben. Massenentlassungen, Lohnherabsetzung, Arbeitszeiterhöhung folgten. Die Gewerkschaftsbürokratie rief die Arbeiterklasse nicht zum Kampf gegen die Raubbaumethoden, trotzdem sie die steigende Notlage erkannten. Studien in dem Lande der klassischen Rationalisierung (The Principles of Scientific Management) sollten ihnen helfen, der deutschen Arbeiterklasse dieses Prinzip schmackhafter zu machen. Der Denkschrift der deutschen Industrie setzten sie ebenfalls eine auf Grund ihrer Studien ausgeklügelte

Denkschrift entgegen, in der sie zusammenfassend erklären: „Die Rationalisierung ist notwendig“. Kein Wort von dem Kampf für den Sozialismus ist in ihr enthalten. Die Reformisten lassen die Arbeiterklasse in der durch ihren Verrat hervorgerufenen Passivität stecken. Kein größerer Streik darf den Wiederaufbau des Kapitalismus stören.

[61] „Da wirkliche Demokratie nur möglich ist in einer Einheit, so muß in der Kategorie Wirtschaft die Wirtschaftseinheit der in ihr wirkenden Kräfte hergestellt werden. Will man diese Einheit der wirkenden Kräfte in der Wirtschaft. so kann es keinen Krieg auf Tod oder Untergang zwischen den in dieser Frage der Wirtschaft noch notwendigen beiden wirkenden Wirtschaftskräften geben, sondern einen Kampf um ein Ausgleichen von Interessen der einen Macht zur anderen“, schreibt Karl Zwing vom ADGB in seinem Buch. Kein Kampf für die Bezwingung des Kapitalismus, sondern „ein Ausgleichen von Interessen“ hat begonnen. „Die Arbeiterklasse hat die große historische Pflicht,“ heißt es dann weiter, „durch ihre Einordnung in dieses System die Vervollkommnung des Gesamtgesellschaftszustandes herbeizuführen.“

Diese „Vervollkommnung des Gesamtgesellschaftszustandes“ hat nichts gemein mit der Besserung der Lage der Arbeiterklasse. Vielmehr sehen wir die Bourgeoisie gestärkter und das Proletariat geschwächter denn je. Erwerbslosigkeit und die Angriffe der Unternehmer auf die elementarsten Rechte der noch im Betriebe Stehenden helfen mit, ein langsames Aufdämmern in den Köpfen der Arbeiter hervorzurufen. Der Hamburger Streik war das erste Zeichen dafür.

Aber auch die Ziffern (Aufstellung 4 und 5) der Arbeitskämpfe in den ersten beiden Vierteljahren 1926 läßt deutlich ein Anschwellen derselben erkennen. Die Zahlen der in den Betrieben Beschäftigten überhaupt charakterisieren die Rationalisierung als Abbaumaßnahme.

Des beschränkten Raumes wegen ist die Wiedergabe der statistischen Erhebungen in der Hauptsache auf die gewerblichen Arbeiter beschränkt geblieben. Trotzdem vermögen sie als Anschauungsmaterial zu dienen, da diese Kategorie als größter und wichtigster Faktor innerhalb der arbeitenden Massen anzusprechen ist.

*

Probleme der chinesischen Revolution

Von Asiaticus.

In dem nachfolgenden Artikel, der eine sehr gute Darstellung der Probleme des revolutionären China bietet, finden einige Seiten ungenügende Berücksichtigung bzw. ungenügende dialektische Beleuchtung. Erstens. Die außerordentlich wichtige Frage der Hegemonie des Proletariats tritt zu sehr in den Hintergrund. Zweitens. Obwohl der Verfasser die unlösliche Einheit aller Faktoren der chinesischen Revolution betont, entbehrt die Behandlung der Einzelfragen den Charakter der synthetischen Zusammenfassung des Gesamtprozesses. Bei der Behandlung des Charakters der chinesischen Revolution werden die Lenin’schen Grundsätze nicht genügend klar angewendet: die nationalrevolutionäre Bewegung schließt sich in der Zeit der bürgerlichen Revolution dieser an, in der Epoche des Imperialismus vermag sie sich jedoch nur im Bündnis mit der proletarischen Revolution zu entwickeln. Die chinesische Revolution kann auch ihre unmittelbaren Ziele nur erreichen, indem sie über den Rahmen der bürgerlichen Revolution hinausgeht. Drittens. Die Rolle des Großgrundbesitzes in China wird unterschätzt. Die Redaktion.

Die nationalrevolutionäre Bewegung des chinesischen Volkes ist mit dem raschen Siegeszug der südlichen revolutionären Truppen nach dem Norden in ihre entscheidende Phase getreten. Diese entscheidende Phase charakterisiert sich nicht dadurch, daß es den nationalrevolutionären Armeen in einer Stärke von etwa 70000 Mann in wenigen Monaten vergönnt war, eine ihr an Zahl und Ausrüstung vielfach überlegene Armeengruppe zu zersetzen, zu schlagen und zu vertreiben. Auch nicht dadurch, daß die nationalrevolutionäre Bewegung in China mit der Beherrschung der reichsten und entwickelsten Provinzen, mit den wichtigsten Industriezentren der Verwirklichung ihrer Ziele um ein großes Stück näher gekommen ist. Die charakteristischen Grundzüge dieser entscheidenden Phase liegen vor allem darin, daß überall in dem gegenwärtigen revolutionären Krieg die Millionenmassen der armen Bauern und [62] des städtischen Proletariats in den Gang der revolutionären Ereignisse mit Hilfe von ihren Klassenorganisationen eingreifen, zwar noch vorwiegend unter dem Patronat der radikal-kleinbürgerlichen Leitung der Kuomintang, gleichzeitig aber mit der immer stärker werdenden Tendenz, selbständig und führend den künftigen Gang der Revolution zu bestimmen. Die durch diese entscheidende

Phase der gegenwärtigen Revolution in China immer schärfer hervortretenden Probleme sind durch ihre geschichtliche Neuheit und durch ihre immer innigere Verflechtung nicht nur mit der nationalrevolutionären Bewegung in den anderen Kolonien des Imperialismus, sondern auch mit der proletarisch-revolutionären Bewegung in den kapitalistischen Staaten von allergrößter Bedeutung für die Weltrevolution. Das Studium und das Verstehenlernen dieser komplizierten Probleme gehört immer mehr zum theoretischen Rüstzeug des internationalen Proletariats. Hier, in diesem weltgeschichtlichen Ringen der werktätigen chinesischen Massen werden auch ausgefochten die Interessen der werktätigen Massen in den kapitalistischen Staaten, und umgekehrt alle Kämpfe des internationalen Proletariats sind von unmittelbarster Einwirkung auf den Gang der revolutionären Ereignisse in China! Im Folgenden wollen wir nun einige dieser Probleme aus nächster Beobachtung zu skizzieren versuchen.

1. Der eigenartige Charakter der nationalen Revolution in China.

In der gegenwärtigen nationalrevolutionären Bewegung in China sind drei große historische Kampfobjekte vereinigt: 1. die bürgerliche Revolution mit ihrem Kampf gegen den halbfeudalen Militarismus und mit ihrem wichtigsten Bewegungshebel zur Freimachung der Bahn für ihren tatsächlichen Sieg, der Lösung des Agrarproblems; 2. die nationale Revolution des chinesischen Volkes gegen den halbkolonialen Zustand Chinas, d. h. gerichtet gegen die stärksten imperialistischen Mächte und 3. der Emanzipationskampf des Industrieproletariats. Alle diese Kampfobjekte sind aufs Innigste miteinander verflochten, treten in dem gegenwärtigen Kampfe auch miteinander in den wichtigsten strategischen Fragen verbunden und geschlossen auf und die für diese Kampfobjekte interessierten Millionenmassen sind auch vorläufig das gegenseitige Kräftereservoir füreinander. Die Kompliziertheit dieser eigenartigen revolutionären Lage, so wesentlich durch ihre historische Zusammenballung verschieden sowohl von den bürgerlichen Revolutionen des 19. Jahrhunderts als auch von der proletarischen Revolution in Rußland, findet ihren Ausdruck einerseits in der Entfesselung von ungeheuren riesenhaften Massenkräften und andererseits in den sich auftürmenden riesengroßen Schwierigkeiten für die Revolution innerhalb und außerhalb ihres Lagers.

Wir unterstreichen nochmals, daß die oben angeführten drei großen historischen Kampfobjekte der gegenwärtigen nationalrevolutionären Bewegung in China miteinander aufs Innigste verflochten sind. Wenn wir nun im Folgenden diese Kampfobjekte gesondert für sich untersuchen werden, so nur, um dann durch die Dialektik des geschichtlichen Prozesses bedingten Verbindungsmomente dieser einzelnen Kampfobjekte untereinander, schärfer in ihrer Dynamik beleuchten zu können.

Welche sind zunächst die Probleme der b ü r g e r l i c h e n Revolution im gegenwärtigen Kampfe?

Aeußerlich betrachtet ist die absolutistische kaiserliche Gewalt seit der Revolution von 1911 beseitigt. Dieser Erfolg war aber weniger das wirkliche Ergebnis der Revolution von 1911 und des revolutionären Willenausdrucks der chinesischen Volksmassen als das Zusammenbrechen eines in sich morschen und machtlosen kaiserlichen Absolutismus, nachdem er seine Unfähigkeit zur Ergreifung lebenswichtiger Reformen im Inneren wie auch zur nennenswerten Verteidigung Chinas gegen die Eindringlinge von außen allseitig bewiesen hat. Der Kaiser, der Sohn des Himmels, dem die ganze Erde vom Himmel als Regierungsgebiet zugewiesen wurde, mußte kapitulieren, sowohl vor Japan, der damals noch so kleinen Inselmacht, ferner vor England und den anderen imperialistischen Mächten im Zusammenhang mit dem Boxeraufstand. Die [63] absolutistische kaiserliche Gewalt war ferner nicht in der Lage, den verschiedenen Volksaufständen gegen die ausländischen Unterjochungsbestrebungen den geringsten militärischen und moralischen Beistand zu geben. So fiel der Revolution von 1911 der Zusammenbruch der kaiserlichen Gewalt gewissermaßen als reife Frucht in den Schoß, und diese Tatsache hinderte die Revolution auch an einer weitgehenderen Entfaltung ihrer Kräfte in der Richtung der Beseitigung nicht nur des morschen kaiserlichen Absolutismus, sondern auch der Grundlage für jede an ihre Stelle tretende halbfeudale absolutistische Gewalt in neuerer, mehr lebensfähiger Form. So war auch die Revolution von 1911 mit ihrer konstitutionellen Periode nur eine kurze Episode geblieben, auf die dann die Auferstehung des Absolutismus in Gestalt der Herrschaft Yuanschikais und der nach seinem Zusammenbruch und Tode herausgebildeten Provinzherrschaft der alten, reaktionären und absolutistischen kaiserlichen Generäle folgt.

Diese absolutistische Gewalt ist fast überall in China, abgesehen von wenigen Ausnahmen, die sich auch zum Träger gewisser moderner kapitalistischer Bestrebungen machten, parasitisch und ihr eigentlicher Regierungszweck ist in der Regel Erweiterung ihres Diktaturgebietes, rücksichtsloseste Ausplünderung aller Bevölkerungsschichten, fortgesetzte Raubexpeditionen mit Hilfe von demoralisierten Soldatenheeren gegen die Nachbarprovinzen und Selbstbereicherung.

In China fehlt der Großgrundbesitz, abgesehen von der Mandschurei und weniger nördlicher Nachbarprovinzen, fast vollständig schon seit zwei Jahrhunderten. Es ist das Land des agrarischen Kleinbesitzes und des kleinen Pachtsystems auf dem weit überwiegenden Teile des chinesischen Territoriums. Dort, wo der Großgrundbesitz besteht, wie z. B. besonders in der Mandschurei, ist er eigenartigerweise das Produkt des letzten Jahrhunderts, der Entwicklung der absolutistischen Macht der Provinzgeneräle, die auch meistens die Großgrundbesitzer sind. Aber die Macht der halbfeudalen Gebietsherren erscheint in China gerade in der Form der absolutistischen Provinzgeneräle und ihres kleinen Anhangs und die ungeheuren Bauernmassen wie auch die bürgerlichen und arbeitenden Schichten der Stadt sind das Objekt ihrer schrankenlosen Raub- und Unterdrückungsherrschaft. Gerade die kleinbäuerlichen Massen sind am meisten dem Raub und der Grausamkeit dieser Provinzherrscher ausgesetzt. Sie werden am schärfsten besteuert und ausgepreßt von der korrupten Beamtenschaft, das Ergebnis ihrer schweren und mühseligen Arbeit wird in der rücksichtslosesten Weise geplündert und sie sind auch die Reichtumsquelle sowohl für den städtischen Kaufmann als auch für den unter dem Schutze des Militarismus und der imperialistischen Privilegien auftretenden ausländischen Kauf-, Bank- und Industrieherren. So erscheint d a s Problem aller bürgerlichen Revolutionen, die Befreiung der Bauern vom Joch des feudalen Großgrundbesitzes, die Uebergabe der Macht von den ländlichen großgrundbesitzerischen Räubern an die städtischen kapitalistischen in China in der ganz veränderten Gestalt des Kampfes der bäuerlichen Massen, der städtischen bürgerlichen und ganz- und halbproletarischen Schichten gegen die schrankenlose Gewalt- und Ausbeutungsherrschaft der Provinzgeneräle. Die heutigen halbfeudalen chinesischen „Großgrundbesitzer“ sind also ihren europäischen Vorfahren, selbst aus der schönsten Raubritterzeit weit überlegen, sowohl was das Ausbeutungsgebiet als auch die Rücksichtslosigkeit und Grausamkeit des Ausbeutungswerkes betrifft. Diese Herrschaft abzuschütteln ist d a s Problem der gegenwärtigen Revolutionsbewegung in China, soweit sie das rein bürgerliche Kampfobjekt betrifft und in diesem Kampfe geht die große Bauernmasse mit den städtischen werktätigen und klein- und mittelbürgerlichen Schichten zusammen, während der städtische Großkapitalismus, infolge der Kampfformen der Bauernmassen auf dem Lande und der städtischen Schichten in den großkapitalistischen Unternehmungen verängstigt, meist auf Seite der militaristischen Diktatur steht.

Alle übrigen Probleme der bürgerlichen Revolution in China, wie: Beseitigung der strengen Absonderung der Provinzen untereinander, d. h. des Hindernisses auf dem Weg zur Schaffung eines einheitlichen zentralisierten [64] inneren Markt- und Absatzgebietes, ferner der Schaffung eines einheitlichen Geldsystems sind bereits in dem obigen Grundproblem enthalten und von seiner Lösung abhängig.

So sehen wir, daß in diesem Kampfe gegen die heutigen Reste der feudalen Herrschaftsformen in China zunächst am stärksten interessiert die Millionenmassen der chinesischen Bauern sind, weil sie das unmittelbarste und am meisten bleibende Ausbeutungsobjekt der Reste der feudalen Herrschaft sind, Ferner sind es die städtischen, ganz- und halbproletarischen Arbeitermassen, die aktivsten Bundesgenossen und Vorkämpfer der bäuerlichen Bevölkerung, die durch die Diktatur der absolutistischen Provinzgeneräle an der elementarsten Verteidigung ihrer Klasseninteressen gehindert werden, deren Klassenorganisationen verboten sind und die jeglichen Streikrechts, jeglichen Schutzes vor schrankenlosester Ausbeutung beraubt sind. Und schließlich die Masse der städtischen kleinen und mittleren bürgerlichen Bevölkerung, die sich verteidigen muß gegen die Steuerwillkür der Generäle und aus Gründen ihrer Existenz an der Beseitigung der Beschränkungen für die kapitalistischen Marktinteressen interessiert sind. In welchen Formen sich die Kooperation der Kampfkräfte dieser verschiedenen Bevölkerungs- und Interessengruppen äußert, werden wir in den nächsten Abschnitten behandeln.

In dem nationalrevolutionären Kampfe gegen den Imperialismus ist die Front noch weit größer und weit geschlossener als bei den oben aufgezählten rein bürgerlich-revolutionären Kampfforderungen. Aeußerlich betrachtet, steht hinter den Forderungen nach Abschaffung der ungleichen Verträge und nach Beseitigung der Extraterritorialität das ganze chinesische Volk bis weit in das Lager auch der halbfeudalen Reaktion geschlossen da. Auch in dem Lager solch reaktionärer Generäle wie Tschangtsolins und Tschangchungchangs gibt es starke Gruppen, die durch die Massen gezwungen sind, eine Scheinopposition in ganz beschränktem Rahmen und in ganz untergeordneten Fragen gegen ihre imperialistischen Verbündeten zu treiben, die gegen das weitere Vordringen der imperialistischen Staaten in China eintreten und sogar die ungleichen Verträge, wo sie es können, verletzten. So z. B. erst letztens Tschangchungchang durch die Einführung einer besonderen Steuer auf Ein- und Ausfuhr in dem Gebiete Schantungs, was einen Verstoß gegen die Verträge von der Zollverwaltung der imperialistischen Mächte in China darstellt. General Jang Sen von Szechuan hat in der sogenannten Wanhsien-Affaire es sogar gewagt, gegen englische Kanonenboote sich mit bewaffneter Macht entgegenzustellen, – derselbe Jang Sen, einer der ältesten und reaktionärsten Provinzgeneräle, Anhänger Wupeifus und verbissener Feind der Nationalen Regierung. Es ist klar, daß die Geschlossenheit des chinesischen Volkes in der Ablehnung der Einflüsse der imperialistischen Staaten in China auch die reaktionärsten Provinzgeneräle zwingt, in dieser Frage, wo sie billige Popularität gewinnen können, der allgemeinen Volksstimmung Rechnung zu tragen. Gleichzeitig aber darf die Tatsache nicht unterschätzt werden, daß auch die reaktionären Provinzgeneräle es nur sehr ungern dulden können, daß die wichtigsten öffentlichen Einnahmequellen wie z. B. der Seezölle und des Salzmonopols sich unter ausländischer Leitung und Kontrolle befinden und vor allem für die Zahlungen der sogenannten Schulden Chinas an die imperialistischen Staaten verwendet werden, die hauptsächlich die verschiedenen, der chinesischen Regierung auferlegten Kontributionen oder auch Anleihen an verschiedene korrupte Regierungscliquen für frühere Konzessionen darstellen. Durch diese Tatsache werden die Provinzgeneräle wichtiger Einnahmequellen beraubt.

Diese „nationalrevolutionären“ Gefühle der reaktionären Provinzgeneräle werden aber selbstverständlich weit überwogen durch die Tatsache, daß es gerade die imperialistischen Mächte in China sind, die die wichtigsten Stützen des militärischen Systems sind. Es sind die Kriegsschiffe der imperialistischen Staaten in jedem wichtigeren See- und Flußhafen Chinas, die nicht nur auf der Wacht für die Interessen ihrer Staatsangehörigen, sondern in ständiger Bereitschaft stehen, den Militaristen gegen die revolutionären Massen zu helfen. [65] Die sogenannten ungleichen Verträge, die „Magna charta“ des halbkolonialen Zustandes Chinas, können nur weiterbestehen, wenn die Diktatur der reaktionären Generäle aufrechterhalten bleibt, und umgekehrt die Macht der reaktionären Generäle kann nur noch bestehen mit Hilfe der direkten und indirekten Einmischung der imperialistischen Mächte auf seiten der reaktionären Generäle!

Im Kampfe gegen den Imperialismus spielt gegenwärtig das junge chinesische Industrieproletariat die erste Rolle! In den wichtigsten imperialistischen territorialen Konzessionen in China ist auch der übergroße Teil der modernen Industrie konzentriert. Zum großen Teil handelt es sich da direkt um ausländische industrielle Unternehmungen, so z. B. bei der chinesischen Baumwollindustrie, Tabakindustrie, Kohlen- und Eisengruben usw. Zum geringeren Teil handelt es sich um rein chinesische Industrieunternehmungen, die aber auch meist in den ausländischen Konzessionen liegen, und zwar einerseits aus Gründen der größeren Sicherheit gegenüber den Kampfbestrebungen des Proletariats und andererseits des Schutzes gegen das gierige Zugreifen der Provinzgeneräle. So steht das Industrieproletariat bei seinen Versuchen, Klassenorganisationen zu gründen und solidarisch seine Klassenforderungen gegenüber dem Unternehmertum zu erheben im Kampfe gegen den ausländischen Unternehmer, gegen die ausländische Polizeigewalt, kurz gegen die ganze zusammengeballte imperialistische Macht. Es ist daher begreiflich, daß die imperialistischen Kolonialherren in den Konzessionen ihren schärfsten und verbissensten Feind in der revolutionären Arbeiterbewegung erblicken. Während sie mit der chinesischen Bourgeoisie paktieren können, gibt es jedoch für sie und das Proletariat keine Kompromißmöglichkeit!

In Europa ist man geneigt, anzunehmen, daß mit der formellen Abschaffung der ungleichen Verträge China aus dem halbkolonialen Zustand befreit ist. Diese Ansichten herrschen besonders vor in den Führerkreisen der Labor Party und überhaupt bei der Zweiten Internationale. Ein Blick auf die gegenwärtige Lage der chinesischen Industrie zeigt, wie irrig das ist! Nicht nur, daß China gegenwärtig überschwemmt wird mit ausländischen Fertigwaren und so der minder entwickelten chinesischen Industrie die Möglichkeit genommen wird, auf eigenen Füßen zu stehen. Dort, wo Industrieunternehmungen florieren können, befinden sie sich zum größten Teil im ausländischen Besitz. 90 Prozent der chinesischen Kohle, des Eisens, 90 Prozent der Tabakindustrie, 70 Prozent der Baumwollindustrie, fast alle Eisenbahnen sind in ausländischem Besitz oder Verschuldung, in ausländischer Verwaltung oder Kontrolle. Mit der Abschaffung der ungleichen Verträge blieben also nach wie vor mit Hilfe des kapitalistischen Eigentumrechts die wichtigsten Grundlagen für die Entwicklung der chinesischen Industrie im Besitz des japanischen, englischen, französischen und amerikanischen Kapitals.

Zusammenfassend läßt sich also die Bedeutung des nationalrevolutionären Kampfes gegen die imperialistische Sklaverei folgend würdigen: es handelt sich hier um die Beseitigung der wichtigsten Stützen der reaktionär-militaristischen Herrschaft in China, um die Befreiung der chinesischen Volkswirtschaft und ihrer Zukunft aus den Würgkrallen der imperialistischen Staaten, um die Befreiung der chinesischen proletarischen Massen von der rücksichtlosesten Ausbeutung und Sklaverei. Die Lösung des Problems heißt hier nicht nur die Abschaffung der ungleichen Verträge, sondern gleichzeitig Annullierung der Verschuldung Chinas bei den imperialistischen Staaten und Enteignung der ausländischen Industrieunternehmungen , soweit sie die Grundlagen für die Entwicklung der chinesischen Industrie beherrschen. Es ist demnach klar, daß ein solcher Kampf die Wurzeln der imperialistischen Staaten bedroht, daß es also ein Kampf auf Leben und Tod ist und daß es Pflicht des internationalen Proletariats ist, in diesem Kampfe, der auch zugleich der Kampf gegen seine Unterdrücker ist, der chinesischen nationalrevolutionären Bewegung mit allen Kräften beizustehen.

Wir zeigten schon oben, welche Hindernisse die reaktionär-militaristische Gewalt einerseits und die imperialistische Herrschaft in den Konzessionen [66] andererseits für den Emanzipationskampf des Proletariats bedeuten. Wir betonen, es handelt sich vorläufig nur um den primitivsten Emanzipationskampf. Hier stehen auf der Tagesordnung des Kampfes zunächst keine Fragen der proletarischen Machtergreifung, sondern jene elementarsten Forderungen der klassenbewußten Arbeiterbewegung, wie z. B. das Recht der Vereinigung und Klassenorganisation zur Verteidigung ihrer wirtschaftlichen Interessen, das Recht der politischen Parteibildung, die Forderung der Festlegung eines gesetzlichen Arbeitstages, eines bestimmten Arbeitsschutzes und Arbeitshygiene, Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit u. a. m. Um all diese primitivsten Forderungen muß die ausgepowerte Masse der chinesischen Kulis einen ungeheuer schweren Kampf führen und in diesem Kampf die unerhörtesten Opfer auf sich nehmen. So ist es für die gegenwärtige Lage bezeichnend, daß klassenbewußte Arbeiter- und Bauernorganisationen nur in dem durch die nationalrevolutionäre Armee beherrschten Gebiete erlaubt sind, während sie im übrigen China nur illegal bestehen können und ihre Anhänger den grausamsten Verfolgungen (auch Hinrichtungen) ausgesetzt sind. Selbst in Schanghai, in dem größten Industriezentrum Chinas, wo während der Riesenstreiks des vergangenen Jahres eine Gewerkschaftsorganisation von etwa 300.000 Mitgliedern bestand, sind die Gewerkschaften verboten und werden sowohl von Sunchuanfang als auch von den Polizeikräften des englischen und französischen Settlements unterdrückt und verfolgt.

Der Bedeutung entsprechend, die die klassenbewußten Arbeiterorganisationen für die nationalrevolutionäre Bewegung überhaupt darstellen, als ihre entschiedensten und stärksten Vorkämpfer, sind nicht allein die Arbeiter, sondern auch die Massen der Bauernschaft und des radikalen Kleinbürgertums an ihrem Bestehen interessiert. Aus diesem Grunde stehen auch die Arbeiterorganisationen in dem Gebiete der Nationalregierung unter dem Schutze der nationalrevolutionären Armee und können hier auch für das Gebiet der imperialistischen Konzessionen bestehen. Die imperialistischen Kolonialherren müssen sich auf eine verleumderische Hetze beschränken und wagen es vorläufig nicht, die Macht ihrer Kriegsschiffe dagegen einzusetzen.

Es ist aber klar, daß die Interessiertheit des radikalen Kleinbürgertums an der Entwicklung einer selbständigen Arbeiterbewegung nur sehr beschränkt sein kann und zwar nur soweit, wie weit sie ihr einerseits einen wichtigen Bundesgenossen gewährt und andererseits w i e w e i t s i e u n t e r i h r e r F ü h r u n g b l e i b t. Das drückt sich z. B. auch darin aus, daß einflußreiche Kreise der Kuomintang die Entwicklung der Arbeiterbewegung zur Selbständigkeit mit großem Unbehagen verfolgen und lediglich durch die Bedeutung der Arbeiterorganisationen im gegenwärtigen nationalrevolutionären Kampfe gezwungen sind, sich nicht offen dagegen auszusprechen und offene Maßnahmen dagegen zu ergreifen. Diese Kreise verfolgen auch vorläufig mit demselben Unbehagen die Entwicklung zur Herausbildung einer selbständigen proletarisch-revolutionären, d. h. kommunistischen Massenpartei. Hier sehen wir bereits den Grenzpunkt, wo das Proletariat außer in radikalen Bauernorganisationen (der chinesische Durchschnittsbauer arbeitet schwerer und steht in seiner Lebenshaltung tiefer als der Durchschnittsproletarier) keinen Bundesgenossen hat und auch gegen das radikale Kleinbürgertum seine Interessen vertreten muß.

Gegenwärtig stehen die drei großen historischen Kampfobjekte der chinesischen nationalrevolutionären Bewegung, wie wir oben gezeigt haben, in vereinter Form da, sind voneinander abhängig und liefern für einander das Kräftereservoir. Sie bilden zusammen durch die riesenhaften Massen, die sie erfassen, den unbezwingbaren Strom, der ihr den endgültigen Erfolg trotz aller Schwierigkeiten sichert. Wir sehen aber zugleich, wie sich die entschlossenste Vertretung der Interessen der Revolution in all ihren Formen auf das Industrieproletariat und auf die Millionenmassen der versklavten Bauern verlegt. Hier liegt die künftige Führung des revolutionären Kampfes, denn diese Schichten sind dank ihrer materiellen Lage gezwungen, den Kampf bis ans Ende auszufechten! [67]

2. Die Rolle der Armee in der chinesischen Revolution.

In China hat bekanntlich jeder Provinzgeneral seine Armee, d. h. je nach den Machtmitteln des entsprechenden Provinzherrschers eine größere oder kleinere Söldnerschar, die natürlich sehr weit entfernt ist, nicht nur was Ausrüstung und Organisation, sondern was überhaupt ihren Kampfesmut, Kampffähigkeit, Ergebenheit zum Vorgesetzten, betrifft, von den Armeen in den europäischen Staaten. So sind auch die reaktionären Armeen mehr oder weniger demoralisiert und zügellose Banditenscharen, Plünderungen und Erpressungen und Vergewaltigungen sind bei ihnen tägliches Ereignis und sie sind auch deshalb allgemein ein Schrecken der Bevölkerung. In den Kriegen der Provinzgeneräle untereinander wechseln sie oft für guten Sold oder gar gute Plünderungsaussichten den General und werden sie bei Niederlagen aus bestimmten Gebieten vertrieben, so verwandeln sie sich sehr oft in regelrechte Banditenheere, die über die Bauernbevölkerung plündernd und mordend herfallen. Diese sogenannten Armeen sind so die ebenbürtigen Werkzeuge der halbfeudalen Provinzherrscher, und sie sind selbst ein Ausdruck der Uebergangsperiode von der halbfeudalen zur kapitalistischen Ordnung. Soziologisch betrachtet sind sie entwurzelte Bauern, die durch den Hunger vom Lande vertrieben werden und sich in Söldner oder Banditen verwandeln, da sie die Stadt mit ihrer langsamen industriellen Entwicklung, gehemmt durch das System des reaktionären Militarismus und der imperialistischen Sklaverei nur zum geringen Teil aufnehmen kann.

Es muß beim Uebergang zur Schilderung der so grundverschiedenen moralischen Qualitäten der nationalrevolutionären Armee hervorgehoben werden, daß sie zum übergroßen Teil soziologisch desselben Ursprungs ist. Es sind ebenfalls meist Bauernsöhne und zum geringeren Teil städtische Kulis, die durch Aussicht auf bessere Lebenserhaltung sich für die Armee anwerben lassen. Der große geschichtliche Unterschied ist hier aber, daß sie, getrieben durch die Not, sich nicht in den Dienst der Reaktion, sondern der Revolution stellen. Dieser Unterschied gibt ihnen den revolutionären Geist, die revolutionäre Disziplin, das Gefühl der Liebe zum unterdrückten Volke und des Hasses gegen seine in- und ausländische Bedrücker. Natürlich ist das nicht ein Tageswerk, sondern das Ergebnis eines längeren revolutionären Entwicklungs- und Erziehungsprozesses, gestählt und gehärtet in den täglichen opferreichen Kämpfen und angefeuert durch die Sympathie und Unterstützung der revolutionären Volksmassen. Das Verhältnis der nationalrevolutionären Armee zum Volke, so wie es in den vergangenen Jahren bei der Armee Fengyusiangs und noch mehr bei den südlichen Armeen der Kuomintang gesehen haben, und in den jetzigen revolutionären Kämpfen erlebten, verwandelt den

Begriff des Soldaten, in dem man bisher einen Banditen gesehen hat, vollständig. Der revolutionäre Soldat ist jetzt der nationale Held und diesen rühmlichen Titel haben sich die Soldaten der Kuomintang in den letzten Kämpfen im Jangtsetal durch ihre Heldentaten und durch ihre zahlreichen Opfer blutig erkämpft.

Wir sagten schon oben, daß die Herausbildung der neuen revolutionären Disziplin in der Armee kein Tagewerk, sondern ein schwerer Erziehungsprozeß ist. Die Armeen der Kuomintangregierung in Kanton haben sich den Weg nach dem Norden zum geringeren Teil durch vollständige Vernichtung des Gegners bahnen müssen. Zum größten Teil vermochten sie es durch ihre revolutionäre Geschlossenheit, durch die großen Sympathien und Unterstützung, die sie auf dem Kampfeswege bei der Bevölkerung fanden und durch die Wirkung ihrer Propagandaabteilungen im Lager des Gegners, die gegnerischen Armeen zu zersetzen und auf ihre Seite zu bringen. So wurden ganze Armeekorps in kurzer Zeit aus dem Lager der Reaktion in das Lager der Revolution übergeführt. Gegenwärtig haben wir nun den Zustand, daß die so angeschlossenen Armeen dem eigentlichen Kerntrupp, der aus Kwangtung, in langjähriger revolutionärer Schulung und Erziehung geprüft, nach dem Norden gezogen ist, an Zahl weit überlegen sind. Hinzu kommt noch, daß das neue revolutionäre Führerkader, herangebildet in der Militärakademie von Whampoa, das sich zusammensetzte aus den besten und intelligentesten [68] Schichten der revolutionären Bewegung, in den vergangenen Kämpfen durch Kampfverluste stark dezimiert und so das wichtigste revolutionäre Gärungsferment geschwächt wurde. Es ist klar, daß es eines längeren revolutionären Konsolidierungsprozesses bedarf, um diese Schäden wieder gutzumachen, die ganze Armee im revolutionären Geiste zusammenzuschweißen und den schädlichen Fremdstoff, die demoralisierten und käuflichen Soldaten und vor allem Führer, auszuscheiden. Aber wie in allen Revolutionen, so muß sich auch der gegenwärtigen chinesischen nationalen Revolution diese Konsolidierung nicht in einem Friedenszustand, sondern in weiteren revolutionären Kämpfen vollziehen, denn alle Mächte der Konterrevolution, die hier einen Kampf auf Tod und Leben führen, werden, solange sie es können, der Revolution einen friedlichen Zustand nicht gönnen. Es ist einleuchtend, daß die verbündeten Militaristen und Imperialisten alles aufbieten werden, um diese Schwierigkeiten bei dem Schulungsprozeß der revolutionären Armee für ihre Sache auszunutzen und daß die führenden Kräfte der Revolution diesen Gefahren die größte Aufmerksamkeit schenken müssen.

Die Pionierrolle, die die nationalrevolutionären Armeen in China in dem gegenwärtigen revolutionären Kampfe spielen, ist – und da kommen wir zu einer weiteren Gefahrenzone – nicht ein Ausdruck der Endphase der Revolution vor ihrem Siege oder vor der endgültigen militärischen Sicherung ihres Sieges, sondern eher ein Ausdruck ihrer vorbereitenden Phase. In der klassischen bürgerlichen Revolution des 19. Jahrhunderts in Europa, in der Großen Französischen Revolution, sehen wir, daß die Armee erst geschaffen wurde, nachdem die Volksmassen mit ihren Aufständen die Grundlagen des absolutistischen Systems selbst erstürmten. Die Armee war ein Kind der reifen, siegreichen Revolution, war ein Werkzeug der Revolution zur endgültigen militärischen Sicherung ihrer Errungenschaften. Und trotzdem wurde diese revolutionäre Armee, nachdem sie groß und mächtig wurde, in der Hand ihrer Kommandeure schließlich zur reaktionären Waffe der Bourgeoisie gegen Robespierre und Saint Just, die Vertreter des radikalen Kleinbürgertums und ihres proletarischen Anhangs. Der Bonapartismus war ein Produkt der Revolution und wurde von der immer mächtiger werdenden militärischen Kommandogewalt zur stärksten politischen Gewalt, um die Revolution aus ihren vorgeschobeneren Posten in den Rahmen der kapitalistischen Ordnung zurücktreiben. In der proletarischen Revolution in Rußland sehen wir dagegen, wie die revolutionäre Rote Armee fest in der Hand der politischen Gewalt des Proletariats und seiner Elite, der Kommunistischen Partei bleibt. Dieses ist aber lediglich dem Umstand zu verdanken, daß die politische Gewalt des Proletariats eine in langen und schweren Kampfesjahren geschmiedete und erprobte starke politische Führung in der Kommunistischen Partei besitzt.

In den bisherigen revolutionären Kämpfen in China kann man ebenfalls eine ganze Reihe von Aufstandsversuchen und Kämpfen der ausgebeuteten Massen verzeichnen. Doch waren sie meist nicht in sich vereinigt, traten sporadisch und ohne klares politisches Programm auf und endeten meist mit Niederlagen. Der gegenwärtige Siegeszug der nationalrevolutionären Armee gibt daher der militärischen

Leitung, da hauptsächlich unter ihrer Führung große Teile des Landes unter die Herrschaft der Kuomintang gebracht wurden, euch eine verstärkte politische Gewalt. Das Eingreifen der organisierten Volksmassen der Bauern und der Arbeitermassen ging eigenartigerweise diesem militärischen Siegeszug nicht zuvor, sondern folgt ihm. Außerdem haben wir es noch in der Kuomintang nicht mit einer einheitlichen, streng abgesonderten Klassenpartei zu tun, sondern mit einer Vereinigung der besten Vertreter der radikalen Bourgeoisie, hauptsächlich des Klein- und Mittelbürgertums, der Intelligenz, die meist aus ihren Reihen kommt, des Proletariats und der Bauernschaft. Es ist klar, daß eine solche Partei als eine historische Vereinigung verschiedener Klassen, die lediglich in einer bestimmten Phase der Revolution ein Interesse haben können, zusammen zu gehen und schon in der Periode des Zusammengehens die Tendenzen des Auseinanderstrebens entwickeln lassen muß, keinen einheitlichen und auf die Dauer streng zentralistisch geleiteten politischen Körper abgeben kann. All [69] diese historisch bedingten Schwächen bewirken die große Gefahr, daß hier der Bonapartismus nicht am Ende der Revolution, sondern, nachdem sie sich erst richtig zu entfalten begann, erscheinen kann. Lediglich durch das Wachstum und die Stärkung der politischen Macht der nationalrevolutionären Partei, durch die wirksamste Unterstützung und Heranziehung der Klassenorganisationen der Arbeiter und Bauern zur politischen Führung können diese Gefahren gebannt werden. Nur dann, wenn die politische Partei der Revolution durch die Heranziehung dieser Kräfte eine starke politische Gewalt herausbildet, kann sie die Garantien haben, daß die revolutionäre Armee der politischen Führung untergeordnet, ein starkes und treues Werkzeug der Revolution ist und bleibt!

3. Kuomintang, Gewerkschaften und Bauernorganisationen.

Die schwierigen Anfangsphasen der chinesischen Revolution ihre vielen Mißerfolge haben es bewirkt, daß die Kuomintang schon jetzt keine Partei der chinesischen Gironde, sondern des radikalen Jakobinertums darstellt. Diesen Reifegrad verdankt sie vor allem den Vertretern der proletarischen Avantgarde und der radikal-kleinbürgerlichen Intelligenz. Die Kuomintang ist die einzige moderne politische Partei in China. Die historische Ueberlebtheit der halbfeudalen militaristischen Systems findet u. a. ihren stärksten Ausdruck darin, daß es nicht imstande ist, weder ein einigermaßen anziehendes politisches Programm, noch ein präsentables modernes Parteiwesen zu bilden. Es verfügt nur noch über verschiedene politische Machtcliquen, die ganz offen parasitisch an ihren Machtpositionen kleben, und um wenigstens zeitweilig Erfolg darin zu haben, gezwungen sind, auch den Losungen der nationalrevolutionären Bewegung zu schmeicheln. In dem letzteren haben sie das Gemeinsame mit dem sogenannten rechten Flügel der Kuomintang, der aus der Partei schon zum größten Teil entfernt ist, der ebenso in Worten sich für die nationalrevolutionären Losungen erklärt und sie in der täglichen Praxis verrät.

Unter der Führung des linken Flügels ist die Kuomintang erst zu dieser starken und von den Gegnern gefürchteten Partei der Revolution geworden, die sie jetzt ist. Die Feinde der Revolution hoffen jetzt nur noch darauf, daß es dem noch in der Partei gebliebenen Anhange des rechten Flügels gelingen wird, stärker an Einfluß zu gewinnen. Gerade in diesen Tagen hat die rechte Führergruppe, die vor einem Jahre aus der Partei ausgeschlossen wurde, angesichts des Siegeszuges der nationalrevolutionären Armee eine Frontwendung gemacht und erklärt, daß sie ihren fehlerhaften Standpunkt einsehe und reumütig zur Partei wieder zurückkehren wolle, Solchen Täuschungsmanövern gegenüber muß die Kuomintang auf der Hut bleiben. Zu den Hauptprogrammpunkten der ausgeschlossenen rechten Führergruppe gehören bekanntlich: Trennung von den Kommunisten und von der Kommunistischen Internationale und Sowjetrußland, was mit anderen Worten Isolierung der chinesischen Revolution von den Arbeiter- und Bauernmassen von der internationalen revolutionären Bewegung, also ihre sichere Niederlage bedeutet. Demgegenüber ist es gerade die Forderung der Stunde, die Kuomintang noch enger mit den revolutionären Vertretern der jungen chinesischen Arbeiterklasse und dem Riesenheer der armen Bauern zu verbinden. Das allein ist die Bürgschaft ihrer weiteren Stärkung und ihres weiteren Sieges. Geht sie davon ab, so wird sie aus einem Pionier der Revolution zu einem hemmenden Faktor.

Wir sagten eingangs, daß es das Charakteristikum der gegenwärtigen Phase in den nationalrevolutionären Kämpfen ist, daß die Klassenorganisationen der Arbeiter und Bauern in den Gang der

revolutionären Ereignisse immer aktiver einzugreifen beginnen. In dem ganzen Riesengebiet der Provinzen unter der Herrschaft der nationalen Regierung werden überall Arbeiterunionen gebildet, die einerseits die wichtigsten Stützen der revolutionären Gewalt werden und andererseits ihre Kraftproben ablegen in der Erkämpfung besserer ökonomischer Lebensbedingungen. Diese neuen politischen, ökonomischen und organisatorischen Errungenschaften der jungen [70] chinesischen Arbeiterklasse sind von allergrößter Bedeutung. Hier wird die Grundlage geschaffen für ein klares, politisches und organisatorisches, für ein den Klasseninteressen entsprechendes selbständiges Auftreten des chinesischen Proletariats.

Die Heranziehung der Bauernmassen zur nationalrevolutionären Bewegung findet ebenfalls ihren stärksten Ausdruck in der Gründung von Bauernorganisationen in dem Gebiete der Nationalregierung. Dieses Erwachen der chinesischen Bauernmassen, der unterdrücktesten und entrechtetsten Objekte der feudal militaristischen und imperialistischen Unterdrückung, ist d e r Bewegungshebel der chinesischen Revolution. Das macht erst die chinesische Revolution unbezwingbar und sichert ihr den endgültigen Sieg.

Die chinesische Revolution hat so innerhalb und außerhalb ihres Lagers mit ungeheuren Schwierigkeiten zu kämpfen. Aber sie ist gegenwärtig auf dem besten Wege, sich die Bahn ins Freie zu erkämpfen. Hier wird eine riesenhafte elementare Gewalt entfesselt, die nicht nur dem unterdrückten chinesischen Volke die Freiheit erkämpfen wird, sondern die auch die Revolution des Proletariats in den kapitalistischen Staaten um einen Riesenschritt vorwärts bringen wird. Die Aufgabe des internationalen Proletariats ist es hier, die offene und versteckte Intervention des Imperialismus in dem chinesischen Revolutionskampfe zu verhindern. Die revolutionären chinesischen Volksmassen sehen in dem internationalen Proletariat den Verbündeten und appellieren an seine Hilfe.

*

Entwicklungstendenzen der deutschen Bourgeoisie

Von A. F r i e d r i c h

(II. Schluß)

D e r n e u e I m p e r i a l i s m u s

Schon v o r Locarno und dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund gab es eine Anzahl Tendenzen zu einer Verselbständigung des deutschen Kapitalismus und zur Bildung einer neuen deutschen imperialistischen Macht. Heute sind diese Dinge klar zutage getreten. Insbesondere existiert wiederum ein deutsches Finanzkapital, nicht so machtvoll wie vor 1914, aber überraschend schnell entwickelt. Repräsentiert wird es wie vor dem Kriege in erster Linie durch die G r o ß b a n k e n, die die Expansion der Industrie, des Transports und des Handels kontrollieren, Verschmelzungen, Kartellierungen oder Stillegungen anordnen, die Rationalisierung ermöglichen und erzwingen.

Parallel hierzu setzte eine Abnahme des Kapitalimports und eine Zunahme des Kapitalexports ein.

Was den Kapitalexport anlangt, so ist er statistisch nur sehr mangelhaft erfaßt. Nach „Wirtschaft und Statistik (Heft 22) betrug die Ausgabe von Wertpapieren (Aktien, Anleihen usw.) in Deutschland in Millionen Mark:

		insgesamt davon	ausländische Werte
Vierteljahresdurchschnitt 1907–13		924	118
I.	Vierteljahr 1925	583	2
II.	" 1925	468	3
III.	" 1925	312	2
IV.	" 1925	395	3
I.	" 1926	541	7
II.	" 1926	1130	8
III.	" 1926	1137	16

Richtig an dieser Statistik ist lediglich, daß der deutsche Kapitalexport steigende Tendenz hat und gegenwärtig vom Vorkriegsstand noch erheblich [71] entfernt ist. Es handelt sich bei dieser Statistik nur um e i n e Form des Kapitalexports, und es ist hierbei eine weitere Erschwerung, daß die deutsche Bourgeoisie eine starke Neigung zeigt, den Export von Kapital möglichst unauffällig auszuführen.

Wir nennen hier nur einige in dieser Hinsicht wichtige Vorgänge, ohne entfernt erschöpfend zu sein:

Gründung der J. G. Dyestuff Ltd. in Manchester (Filialen: London, Glasgow, Bradford);

Erweiterung der General Dyestuff Corporation in New York – beides durch den Farbtrust (J. G. Farbenindustrie A. G.);

Gründung der Heyden Chemical Corp. (U. S. A.);

Gründung der American Bemberg Corporation – durch die Bemberg-Glanzstoffgruppe (Kunstseide);

Erweiterung der ausländischen Interessen der A. E. G., besonders in der Schweiz; dgl. der mit der A. E. 0. zusammenarbeitenden Gesellschaft für elektr. Lieferungen;

Zahlreiche deutsche Beteiligungen an türkischen, persischen und afghanischen Unternehmungen – Eisenbahnen, Luftverkehr, Bergwerken, Handelsunternehmen usw.;

Umfangreiche Käufe türkischer Anleihen durch deutsche Banken am Londoner Markt;

Kauf des tschechoslowakischen Ferdinand-Bergwerks (Kupferbergbau);

Gründung deutscher Großmühlen in Rumänien;

Plantagenerwerbungen in Westafrika und auf den Südseeinseln, dgl. in Kamerun;

Erweiterung der Anlagen der Neu-Guinea Compagnie.

Das sind, wie gesagt, nur Beispiele. Wir vervollständigen das Bild überseeischer Interessen der deutschen Bourgeoisie durch eine Aufzählung derjenigen ausländischen Banken, die ganz, z. T. nur teilweise, von deutschen Großbanken beherrscht oder kontrolliert werden – in der Hauptsache Vorkriegsunternehmen und -beteiligungen, teilweise aber auch erst 1925 und 1926 zustandegekommen:

Deutsche Ueberseeische Bank	(Deutsche Bank)
Bank Ephrussi & Co., Wien	(Disconto-Gesellschaft)
Kreditbank in Sofia	"
Deutsch-Asiatische Bank	"
Bank für Chile und Deutschland	"
Brasilianische Bank für Deutschland	"
Handelsmaatschappij H. Albert de Bary & Co. (Amsterdam)	
Proehl & Gutmann, Amsterdam	(Dresdner Bank)
Deutsche Orientbank	"
Deutsch-Südamerikanische Bank	"
Internationale Bank in Luxemburg	"
Rigaische Internationale Bank	"
Internationale Verkehrsbank, Amsterdam	
Mercurbank, Wien	(Darmstädter u. Nationalbank)
Internationale Bank te Amsterdam	"
Danziger Bank f. Handel & Gewerbe	"

Diese Banken und ihre teilweise sehr zahlreichen Filialen (relativ starke Ausdehnung 1926) fördern nicht nur den Waren-, sondern ebenso den Kapitalexport Deutschlands.

All diese Aufzählungen sollten nur als Beispiele dafür dienen, daß die in der amtlichen Statistik erfaßten ins Ausland gegangenen deutschen Emissionen tatsächlich nur einen B r u c h t e i l des

gesamten deutschen Kapitalexports darstellen. Der gegenwärtige Umfang des deutschen Kapitalexports läßt sich nur schätzungsweise bestimmen, und zu einer solchen Schätzung etwa die vom Institut für Konjunkturforschung aufgestellte Zahlungsbilanz Deutschlands zu benutzen, ist deswegen gefährlich, weit gerade die Angaben über Kapitalbewegung, unsichtbaren Import usw. sehr [72] ungenau sind. Jedenfalls dürfte bereits heute der deutsche Kapitalexport mindestens die Hälfte des Vorkriegsumfangs erreicht haben.

Es ist klar, daß ein solcher Stand der Dinge voraussetzt, daß die Verselbständigungsbestrebungen der deutschen Bourgeoisie von Erfolgen begleitet gewesen sein müssen. Zwar hat der Kapitalimport aus dem Ausland nach Deutschland, zumal in der Periode der ersten Dawes-Jahre und der umfassenden Umstellung der Industrie, angehalten, scheint aber im Abnehmen begriffen zu sein. Das Institut für Konjunkturforschung bezifferte die Summe der deutschen Auslandsanleihen 1925 auf 1240 Millionen Mark, für das 1. Halbjahr 1926 auf 594 Millionen Mark. Nach den Zusammenstellungen des Hamburger „Wirtschaftsdienst“ betrug die Summe für 1925 1,47, die für das erste Halbjahr 1926 1,05 Milliarden Mark. Aus der einen Statistik würde sich eine Zunahme, aus der anderen eine Abnahme des Kapitalimports ergeben. Auf jeden Fall ist es aber richtig, wenn vom Institut für Konjunkturforschung gesagt wird, es sei anzunehmen, „daß kurzfristige Verpflichtungen aus den Jahren 1924/25 zu einem großen Teil zurückgezahlt worden sind, dazu offenbar auch langfristige deutsche Anleihen“. Und selbst diese amtliche Stelle gibt zu, daß sehr beträchtliche Summen aus Deutschland geflossen sind, um im Ausland „in Form von kurzfristigen Anleihen“ angelegt zu werden. Wir haben jedoch an den erwähnten Beispielen gezeigt, daß es sich keineswegs nur um kurzfristige, sondern in großem Umfang auch um langfristige Anlagen der deutschen Bourgeoisie im Ausland handelt.

Ergänzt wird diese Entwicklung dadurch, daß der Kapitalimport – der amerikanische und erst recht der englische – gerade auf wichtigen Gebieten nicht zu dem Punkt hingeführt hat, den die ausländischen Finanzmächte offenbar erreichen wollten; wir nennen als Merkmale:

1. Immer stärkere Bedeutung der inländischen Kapitalemissionen (eine Kehrseite der Rationalisierung);

2. Verselbständigungsdrang des Reedereiwesens: Versuch der Hapag, sich von Harriman loszulösen; Einleitung eines lebhaften Konkurrenzkampfes auf dem Nordatlantik durch die großen Schiffsbestellungen der deutschen Großreedereien, insbesondere des Norddeutschen Lloyd;

3. Rückkehr einer Anzahl schon in ausländischen Händen befindlichen Bergin-Interesse in deutschen Besitz (I. G. Farbenindustrie A. G.);

4. relative Unabhängigkeit des Stahltrusts von Dillon, Read & Co., d. h. derjenigen Bank, die sämtliche Auslandsanleihen des Stahltrusts und seiner Konzerne durchgeführt hat, dafür freilich eine Bindung an die Darmstädter und Nationalbank.

Schließlich bildet zu dieser Entwicklung, für die wir wiederum nur eine der wichtigsten Beispiele genannt haben, die Verschiebung des deutschen Außenhandels im Jahre 1926 eine wichtige Ergänzung: selbst das Statistische Reichsamt, in dessen Angaben auch bürgerliche Fachkreise Zweifel setzen, muß in seinen Monatsbilanzen feststellen, daß im Durchschnitt der deutsche Außenhandel in diesem Jahre nicht mehr passiv gewesen ist.

Alles in allem läßt sich einwandfrei feststellen, daß die Unabhängigkeit der deutschen Bourgeoisie wächst, darüber hinaus aber eine relativ sehr energische imperialistische Expansion stattfindet.

Dies alles zugegeben, bleibt die Frage offen, was diese Entwicklung der deutschen Bourgeoisie nutzt, um ihr zerrüttetes soziales Fundament zu festigen. Die Antwort hierauf gibt am besten ein Vergleich mit dem englischen Imperialismus, der noch immer über gewaltige Monopolpositionen verfügt, jedenfalls über ungleich stärkere, als sie die deutsche Bourgeoisie in absehbarer Zeit erlangen kann. Dennoch können die weitreichenden kolonialen Ausbeutungsmöglichkeiten und alle maritimen Machtmittel nicht verhindern, daß seit Jahren

anderthalb bis zwei Millionen englische Arbeiter erwerbslos sind, und daß für zahlreiche Industrien eine andauernde Absatzkrise besteht.

[73] Im übrigen wachsen natürlich parallel mit der Entfaltung eines neuen deutschen Imperialismus nicht nur die politischen Konfliktmöglichkeiten, sondern als Grundlage hierzu die Konkurrenzkämpfe auf dem Weltmarkt. Wir erinnern hier nur an die Gefahr heftiger internationaler Ratenkampfe im Ueberseeverkehr, an die wachsende deutsch-englische Konkurrenz und die bisher erfolglosen Versuche der deutschen und der englischen Industrieführer, vielleicht auf Kosten Rußlands handelseinig zu werden, ferner an die ununterbrochene Industrialisierung überseeischer Länder. Mit verstärkter internationaler Konkurrenz auf dem Weltmarkt muß aber eine verstärkte Fortsetzung des Rationalisierungsprozesses, d. h. auch der Freisetzung von Arbeitskräften, stattfinden. Es ist somit als Ergebnis festzustellen, daß die Aussichten der deutschen Bourgeoisie auf Schaffung einer Arbeiteraristokratie sehr gering bleiben und daß auch bei noch stärkerer imperialistischer Expansion weder die Lage der Arbeiterklasse noch die des Mittelstandes entscheidend verbessert werden kann.

*

Theorie des Imperialismus oder Bevölkerungstheorie?

Von E. L u d w i g.

I.

Eine Kritik der politischen Oekonomie der Gegenwart, die nur eine Kritik des Imperialismus sein kann, ist sicher ein theoretisches Bedürfnis. Die Wandlungen, die der Imperialismus in der Kriegs- und Nachkriegszeit erfahren, erheischen die theoretische Nachprüfung und Bewährung des Marxismus an den ökonomischen Tatbeständen der Gegenwart. Einzeluntersuchungen sind wohl in Fülle da. Es fehlt aber die Zusammenfassung.

Hilferdings Finanzkapital, dem meines Erachtens zu Unrecht die Bedeutung eines klassischen Werkes über den Imperialismus zugesprochen wird, ist nach dem Kriege neu aufgelegt, ohne daß auch nur ein Komma gegenüber der fünf Jahre vor dem Kriege erschienenen ersten Auflage verändert wäre. Rosa Luxemburg, die ihr letztes ökonomisches Werk, die „Antikritik“, im Krieg im Gefängnis geschrieben hat, hat der Tod die Feder aus der Hand geschlagen. Lenins „Imperialismus“ stammt aus der ersten Hälfte des Krieges. Die allgemeinen Tendenzen der imperialistischen Entwicklung sind in ihm aufgezeigt. Worauf es ankommt, wäre: durch die Sammlung der neuen ökonomischen Tatsachen sie herauszuarbeiten und zu konkretisieren.

Je mehr man dieses theoretische Bedürfnis anerkennt, um so erwartungsvoller greift man nach dem Buch von Fritz Sternberg: „Der Imperialismus“ (Malik-Verlag, 614 Seiten).

Nicht nur äußerlich durch seinen Umfang, der den des ersten Bandes des „Kapital“ erreicht, erweckt es den Anschein, das erwartete Werk zu sein; der Verfasser tritt zudem ausdrücklich mit dem Anspruch auf, daß der Inhalt des Buches die Erwartungen noch übertreffen werde.

Aber: das Buch enttäuscht die Erwartungen. Der Verfasser erfüllt die von ihm selbst geltend gemachten Ansprüche nicht.

Schon das Vorwort, mit dem man das Vorwort zum „Kapital“ vergleichen möge, um den Unterschied zwischen der bescheidenen Selbstsicherheit von der Bedeutung der eigenen wissenschaftlichen Leistung und der anmaßenden Ueberheblichkeit bei erst noch zu beweisender wissenschaftlicher Leistung zu erkennen: dieses Vorwort offenbart, wider den Willen des Verfassers, die Mängel des Buches bereits in zwei Bemerkungen:

1. indem es ablehnt, auf die Imperialismus-Theorie Lenins einzugehen. Entweder der Verfasser ist mit Lenin einverstanden, dann konnte er sich die [74] Bemerkung sparen und in der Arbeit dieses Einverständnis durch das Ergebnis seiner Untersuchungen nachweisen. Oder er ist, was das Wahrscheinliche, nicht mit Lenin einverstanden: dann ist es seine Pflicht, in einem Buche, das sich als eine marxistische Theorie des Imperialismus ausgibt, mit Lenin sich auseinanderzusetzen, statt sich hinter dem lächerlichen Vorwand des Nichtbeherrschens der russischen Sprache zu verstecken;

2. indem es vom historischen an den lebendigen Marx appelliert. Auch hier gibt es wieder zwei Möglichkeiten. Entweder vertritt der Verfasser die für jeden Marxisten selbstverständliche Auffassung, daß der Marxismus kein starres Dogma, sondern ein Leitfaden zum Begreifen der ökonomischen Wirklichkeit ist: dann war dieser Appell überflüssig. Oder er will den historischen Marx für einen toten Hund erklären, um nach beliebter Methode und der Berufung auf den lebendigen Marx den Marxismus selbst preiszugeben. Diese zweite Möglichkeit verwirklicht das Buch Sternbergs.

II.

Ein paar Worte über die Anlage des Buches. Es gibt sich marxistisch, indem es in einen theoretischen und einen das Tatsachenmaterial zusammenfassenden Teil zerfällt. Die „Aneignung des Stoffs im Detail“ ist in den zweiten Teil verwiesen, während die Aufdeckung der theoretischen Gesetzmäßigkeiten des Imperialismus dem ersten Teil vorbehalten sein soll. Marx hat in dieser Weise an der Geschichte des englischen Kapitalismus in der zweiten Hälfte des ersten Bandes des „Kapitals“ die in dessen erster Hälfte entwickelten Gesetze vom Wert und Mehrwert bewiesen. Was aber bei Marx Methode der Forschung und bestimmte Darstellungsweise ist, bleibt bei Sternberg nur äußerliche Einteilungsregel. Der zweite, der Tatsachenteil, enthält nur eine willkürliche Anordnung von Daten, deren regelndes Prinzip man nicht erkennt. Und es kann nicht da sein, weil wesentliche marxistische Grundsätze im ersten Teil aufgegeben oder verwischt sind. So kommt es, daß der erste und zweite Teil gar nicht zusammenpassen. Die Statistik – darauf sei hier nur kurz hingewiesen –, die Sternberg von der Entwicklung der englischen Löhne gibt, bestätigt nicht, sondern widerlegt seine eigene im ersten Teil aufgestellte Lehre, daß die ganze Arbeiterklasse in den aktiv imperialistischen Staaten in der Zeit des aufsteigenden Imperialismus Löhne erreicht habe, die die Reproduktionskosten der notwendigen Arbeit überstiegen hätten. Es kommt eben nicht nur darauf an, Tatsachen zu sammeln, sondern es ist notwendig, schon bei der Sammlung selbst das innere Band aufzuspüren, das sie miteinander verknüpft. Nur so kann man zur Aufdeckung ökonomischer Gesetze kommen. Die Scheidung in einen theoretischen Teil und in einen Teil der Tatsachensammlung bleibt nur ein Einteilungsschema, wenn nicht die dialektische Beziehung zwischen beiden Teilen von Anfang an begriffen ist. Die aber fehlt bei Sternberg.

Diesen Mängeln in der Methode entsprechen weitere Mängel im Aufbau des Buches. Nicht nur sind die Kapitel zu lang, nicht nur ist zuviel an Problemen in einem Kapitel zusammengepackt, zum Beispiel in dem. 160 Seiten langen Kapitel über die Krise (ohne jeden Unterabschnitt); die Probleme selbst sind weder klar einander gegenübergestellt, noch in ihrer Entwicklung miteinander verknüpft. Es ist daher nicht ganz leicht, den Gang der Gedanken des Verfassers zu verfolgen.

Dazu kommen schließlich mancherlei Ungenauigkeiten im Ausdruck. So heißt es auf Seite 18/19: Marx bezeichnet einen Teil des Kapitals als variabel (V), weil „durch die Ausbeutung der Arbeiterschaft der Mehrwert realisiert wird“. Jeder, der sich auf den historischen Marx beschränkt, weiß, daß durch die Ausbeutung der Arbeiterschaft der Mehrwert erzeugt wird. (Wobei hier ganz davon abgesehen werden soll, daß die von Sternberg gegebene Erklärung des Begriffs „variables Kapital“ zum mindesten ungenau ist.) Realisiert wird der Mehrwert auf dem Markt, wenn die Ware, die den in der Fabrik erzeugten Mehrwert enthält, dort in Geld verwandelt wird. Die gleiche Verwechslung findet sich auf Seite 84 am Beginn des [75] Krisen-Kapitels. Sie kann also nicht zufällig sein. Sie zeigt, wie wenig es dem Verfasser auf eine scharfe ökonomische Begriffsbestimmung ankommt. Sie lockert den Boden auf für die kühnen Neuerungen, die er mit dem Marxismus plant.

III.

Jede ökonomische Theorie des Imperialismus, die marxistisch sein will, muß als unerschütterliches Fundament das Wertgesetz festhalten. Nur auf der Grundlage des Wertgesetzes läßt sich das Gesetz der kapitalistischen Konkurrenz, des Uebergangs von der freien Konkurrenz zum Monopol-Kapital, läßt sich das Eindringen des Kapitalismus in die nichtkapitalistischen Gebiete erklären.

Sternbergs Theorie gibt das Wertgesetz preis. Er setzt an Stelle einer ökonomischen marxistischen Theorie des Imperialismus eine Bevölkerungstheorie. Er

erklärt die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten des imperialistischen Kapitalismus als Funktionen der Bevölkerungsbewegung. Dabei stößt es ihm zu, daß er das Wertgesetz selbst aufhebt.

Niemand bestreitet die Notwendigkeit, die Gesetze der Bevölkerung marxistisch zu untersuchen. Das Problem der proletarischen Wanderungen zum Beispiel, als ein Teil dieses Bevölkerungsproblems, ist ökonomisch, politisch und sozial gleich wichtig. Sternberg wirft zwar diese Fragen auf, z. B. die schwerwiegende des Verhältnisses zwischen der Ueberbevölkerung im kapitalistischen zum nichtkapitalistischen Raum und der daraus sich ergebenden Wirkungen auf den Arbeitslohn – und es ist sicher ein Verdienst, auf diese Fragen hingewiesen zu haben. Aber die Antwort Sternbergs auf diese seine Probleme ist durchaus ungenügend.

Er weiß genau, was Marx über das Bevölkerungsgesetz des Kapitalismus gesagt hat: „daß die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol, das heißt auf Seite der Klasse, die ihr eigenes Produkt als Kapital produziert“. Er weiß, daß das kapitalistische Bevölkerungsgesetz das Gesetz der dauernden Ueberbevölkerung ist, die mit Potenzen des Reichtums im Kapitalismus wächst. Er weiß, daß dieses kapitalistische Bevölkerungsgesetz, das sich in der industriellen Reservearmee ausdrückt, Produkt des kapitalistischen Prozesses selbst ist. Sternbergs marxistische Erneuerung besteht nun darin, daß er dieses Bevölkerungsgesetz aus einem Produkt des Kapitals in seine Voraussetzung verwandelt. Er fragt: Warum geht der Arbeiter nicht friedlich nach Hause, wenn er in sechs Stunden Arbeitszeit den Wert seines Arbeitslohnes im Produkt erzeugt hat, warum läßt er Mehrwert aus sich herauspressen? Worin besteht der Zwang, der ihn an die Maschine zur Mehrarbeit fesselt? Und er antwortet: die Ueberbevölkerung des Kapitalismus übt diesen Zwang aus.

„Warum arbeiten also die Arbeiter nach Einführung von Maschinen – sage, neun Stunden weiter? D i e A n t w o r t k a n n n u r d i e A n a l y s e d e r S u r p l u s b e v ö l k e r u n g g e b e n! (Von St. unterstrichen. Seite 585.)

Das ist eine völlige Verfälschung der Marxschen Wertlehre. Sternberg behauptet, der Arbeiter muß Mehrwert schaffen, weil es eine industrielle Reservearmee gibt. In der kapitalistischen Wirklichkeit gibt es eine industrielle Reservearmee, reproduziert das Proletariat sich selbst als stets erneuerte Voraussetzung des kapitalistischen Prozesses, weil es Mehrwert produziert. Gewiß bestimmt r ü c k w i r k e n d die G r ö ß e der industriellen Reservearmee die Höhe der Lebenshaltung der Arbeiterklasse mit; und deshalb eben ist das Bevölkerungsproblem für die Klärung der Beziehung zwischen Kapital und Arbeit wichtig. Aber diese Bevölkerungsfragen stehen grundsätzlich in einem ganz anderen Zusammenhang, als in den sie Sternberg hineinstellt. Sie sind Resultate des kapitalistischen Produktions-[76]prozesses, die auf ihn, auch auf die Masse und Rate des Mehrwerts zurückwirken. Sie sind aber keine Erklärungsweise für das Vorhandensein des Mehrwerts. Sondern erst wenn die Produktion des Mehrwertes erklärt ist, erklärt sich die Existenz der industriellen Reservearmee.

Der historische Marx ist da viel einfacher und klarer und durchaus nicht reformbedürftig. Zwei Gründe sind im wesentlichen entscheidend für die Frage, warum das Proletariat Mehrwert erzeugen muß.

1. Die Erzeugung von Mehrprodukt über den unmittelbaren Bedarf des Arbeitenden hinaus ist Naturtatsache für jede menschliche Gesellschaft, also auch für die kapitalistische. Der Unterschied von früheren Gesellschaftsformen, wie von der sozialistischen Wirtschaftsweise ist im Kapitalismus der, daß das Produkt Warencharakter und damit Wertform annimmt, daß das Mehrprodukt Mehrwert wird. Würde, wie Sternberg unterstellt, der Arbeiter nach sechs Stunden Arbeit nach Hause gehen, nachdem er den Wert nur der zur Fristung seines Lebens notwendigen Lebensmittel erzeugt hätte, so wäre nicht einmal einfache Reproduktion, geschweige denn Akkumulation im Kapitalismus möglich. Die Arbeiterklasse würde in Kürze verhungert sein.

2. Dieser Hunger droht dem Arbeiter, der sich nach Sternbergs Rezept verhielte, auch dann, wenn es keine Ueberbevölkerung im Kapitalismus gäbe. Er folgt – und das ist der zweite Grund für den Zwang von Mehrwerterzeugung – aus der Trennung der Produktionsmittel vom Arbeiter in der kapitalistischen Gesellschaft, aus der jedem Marxisten bekannten Tatsache, daß die Arbeiter, die den Reichtum der Gesellschaft erzeugen, nur ihre Arbeitskraft zu verkaufen haben, und daß die Produktionsmittel

und damit die Herrschaft über den kapitalistischen Gesamtprozeß in die Hände der Kapitalistenklasse gegeben ist.

Diese beiden Gründe reichen hin, den ökonomischen Zwang zur Erzeugung des Mehrwerts zu erklären. Und erst auf Grund der Gesetze denen die Mehrwertproduktion gehorcht, ergibt sich die Erklärung der kapitalistischen Ueberbevölkerung.

Verwechselt man aber wie Sternberg Rückwirkung mit wirkender Ursache, macht man wie er die Bevölkerungsfrage zum Angelpunkt der Theorie des Imperialismus, ja der Mehrwertproduktion, so zerstört man nicht nur die Fundamente des Wertgesetzes, sondern man verliert sich auch in seitenlangen Spekulationen über die Ueberbevölkerung, die zum großen Teil an den wirklichen Problemen vorbeigehen.

IV.

Die Ersetzung der ökonomischen Theorie des Imperialismus durch eine Bevölkerungstheorie führt Sternberg zu einer falschen Auffassung über den Arbeitslohn (Kapitel 2: „Der Arbeitslohn im Imperialismus“) und über die Krise (Kapitel 3: „Die ökonomische Krise im Imperialismus“).

Die Lohntheorie Sternbergs läuft darauf hinaus, daß die Arbeiterschaft in den aktiv imperialistischen Staaten vor dem Kriege ganz allgemein einen die Reproduktionskosten der notwendigen Arbeit (die Sternberg A-C-Linie nennt) übersteigenden Lohn (A-D-Linie) erreicht habe:

„Die A-D-Linie wurde ein allgemeines Phänomen in den aktiv imperialistischen Ländern.“ (Seite 67.)

Sternberg will damit nicht nur die Lehre von Engels erledigen, daß während der Herrschaft des englischen Industriemonopols die englische Arbeiterklasse bis zu einem gewissen Grad an den Vorteilen dieses Monopols teilgenommen hat. Er will zugleich die auf diese Lehre begründete Theorie Lenins von der Arbeiteraristokratie abtun, obwohl er sich auch hier nur gegen Engels wendet und Lenin verschweigt. Er tut das, indem er nicht nur einen Teil der Arbeiterschaft in den imperialistischen Staaten an den Monopolprofiten des Imperialismus teilnehmen läßt, sondern indem er die ganze Klasse in diesem Staate zur Arbeiteraristokratie erhebt, sie zu Teilhabern der Kapitalisten bei der Verteilung der Extraprofite werden läßt.

[77] Wäre das richtig, wäre die Bezahlung der Arbeiterschaft über die Reproduktionskosten der Arbeitskraft hinaus „allgemeines Phänomen in den aktiv imperialistischen Staaten“ auf lange Zeit gewesen, so wäre das Wertgesetz für die Ware Arbeitskraft außer Kraft gesetzt worden. Ausgerechnet die Ware Arbeitskraft wäre die einzige, deren Wert auf Jahrzehnte hinaus über der zu ihrer Produktion erforderlichen gesellschaftlichen durchschnittlichen Arbeitszeit gestanden hätte.

Diese Auffassung ist theoretisch und empirisch falsch. Sternberg begründet sie aus seiner Bevölkerungstheorie unter ausdrücklichem Verzicht auf das Wertgesetz:

„Wenn man die Theorie der Surplusbevölkerung in den Mittelpunkt stellt, dann ergibt sich die geringe Bedeutung, die werttheoretische Auseinandersetzungen für unser Problem haben.“ (Seite 64.)

Durch den Vorstoß des Imperialismus in den nichtkapitalistischen Raum (Kolonien) findet er Anlagemöglichkeiten dort und rückwirkend im imperialistischen Mutterland. Dadurch wird in diesem die Reservearmee aufgesaugt. Der Lohn steigt, bis es, nach Sternberg, dem Arbeiter fast möglich sein könnte, selbst zu akkumulieren. Der Kapitalist läßt, das ist Sternbergs Lehre, die Arbeiterklasse am Mehrwert teilnehmen – denn wenn der Lohn ständig den Wert der Arbeitskraft, die Reproduktionskosten der notwendigen Arbeit übersteigt, dann kann er nur aus dem Mehrwert bestritten werden. Der Arbeiter wird, obwohl nicht Kapitalist, in den aktiv imperialistischen Staaten neben dem Grundeigentümer, dem industriellen Unternehmer, dem Geldkapitalisten Mehrwertbezieher. Aber wenn der Arbeiter etwas zu akkumulieren anfangen sollte, dann gebietet der Kapitalist: Halt!, dann ist die obere Lohngrenze erreicht. Auf diese pfiffige Weise erklärt Sternberg die vom Marxismus längst erklärte Erscheinung, daß im aufsteigenden Kapitalismus, in der aufsteigenden Phase auch des Imperialismus die Verelendung der Arbeiterklasse aus einer absoluten in eine relative sich verwandelt hatte.

Sternberg wirft Marx vor, daß er bei aller Hineinnahme moralischer und historischer Elemente in die Bestimmungsgründe des Wertes der Arbeitskraft zwar dessen u n t e r e Grenze, die eben noch physische Krafterhaltung, bestimmt habe, aber nicht dessen o b e r e Grenze. Sternberg findet diese obere Grenze in der Akkumulationsmöglichkeit. Der Kapitalist verdient soviel vom gesellschaftlichen Gesamtprodukt, daß er akkumulieren kann, der Arbeiter bleibt unter dieser Verdienstgrenze.

Doch Marx ist keineswegs dieses Verbrechens, dessen ihn Sternberg anklagt, schuldig. Nur handelt er über die obere Grenze des Wertes der Arbeitskraft anders als Sternberg: auf Grundlage des Wertgesetzes, es auch hier anwendend. Marx sowenig wie Engels bestreiten, daß die Lebenshaltung großer Schichten der Arbeiterklasse sich im aufsteigenden Kapitalismus heben kann. Sie haben selbst als erste ausgesprochen, daß sogar einige Schichten der Arbeiterschaft an den Monopolprofiten teilhaben können. Aber:

„Wenn das produktive Kapital wächst, wächst die Nachfrage nach Arbeit. Es steigt also der Preis der Arbeit, der Arbeitslohn.

Ein Haus mag groß oder klein sein, solange die es umgebenden Häuser ebenfalls klein sind, befriedigt es alle gesellschaftlichen Ansprüche an eine Wohnung. Erhebt sich aber neben dem kleinen Haus ein Palast, und das kleine Haus schrumpft zur Hütte zusammen. Das kleine Haus beweist nur, daß sein Inhaber keine oder nur die geringsten Ansprüche zu machen hat; und es mag im Laufe der Zivilisation in die Höhe schießen noch so sehr, wenn der benachbarte Palast in gleichem oder gar höherem Maße in die Höhe schießt, wird der Bewohner des verhältnismäßig kleinen Hauses sich immer unbehaglicher, unbefriedigter, gedrückter in seinen vier Pfählen finden.“

Diese Worte schrieb Marx in „Lohnarbeit und Kapital“, 1849, zu einer Zeit, wo selbst nach Sternberg die Arbeiterschaft in ihrem Lohn höchstens die Reproduktionskosten der notwendigen Arbeit ersetzt bekam. Damals [78] wußte Marx schon von der relativen Verelendung. Und nie und nimmer ist es ihm eingefallen, deshalb, weil der Lohn sich in dem aufsteigenden Kapitalismus erhöhen kann, die Arbeiter als Klasse zu Mehrwertbeziehern zu machen.

Die Marxsche Lehre ist das gerade Gegenteil von dem, was Sternberg sagt. Während nach ihm die Arbeiterklasse in den aktiv imperialistischen Staaten sich eines Teiles des Mehrwerts bemächtigt, also ihr Anteil am gesellschaftlichen Gesamtprodukt a u f K o s t e n d e r K a p i t a l i s t e n k l a s s e wächst, ist nach Marx die Erhöhung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse verknüpft mit dem Sinken ihres Anteils am gesellschaftlichen Gesamtprodukt z u g u n s t e n d e r K a p i t a l i s t e n k l a s s e. Das Wertgesetz bleibt das Fundament für die Bestimmung der Lohnhöhe. Von diesem Marxschen Standpunkt aus erklärt sich überhaupt erst die Verwandlung der absoluten Verelendung in eine relative, die unter den gegenwärtigen ökonomischen Bedingungen des Kapitals in eine absolute umgeschlagen ist. Vom Marxschen Standpunkt aus erklärt sich erst die von Lenin ausgebaute Lehre von der Arbeiteraristokratie. Der historische Marx reicht völlig hin, die von Sternberg aufgeworfenen Problemen zu deuten, ohne daß ein Appell an den lebendigen Sternberg-Marx nötig wäre.

Im übrigen beweisen die von Sternberg selbst angeführten Zahlen, zum Beispiel über die Lohnhöhe der englischen Arbeiterschaft, keineswegs seine theoretischen Behauptungen. In den von ihm abgedruckten Lohntabellen ist das Jahr 1900 gleich 100 gesetzt. Weshalb, wird nicht gesagt: ob deshalb, weil das Jahr 1900 die Jahrhundertwende oder ob gerade im Jahr 1900 der Nominallohn mit dem Reallohn in England sich gedeckt hat. Es ist klar, daß beide Fälle verschieden sind, und daß für eine Entwicklung der Lohnhöhe nur d a s Jahr als Ausgangspunkt für den Index genommen werden kann, in dem der Nominallohn die Reproduktionskosten der notwendigen Arbeit deckte. Auf diese komplizierte Untersuchung läßt sich Sternberg nicht ein. Aber auch ohne sie ergeben seine Tabellen, daß schon 1901 der Generalindex der englischen Durchschnittslöhne wieder unter 100 sinkt und nur in dem Jahre 1907/08 und 1910/11 100 wieder erreicht und ein wenig übersteigt. Es wäre notwendig gewesen, in der statistischen Nachprüfung dieser Tabellen, die bürgerlichen Untersuchungen entnommen sind, die besonderen Bedingungen dieser Lohnsteigerungen nachzuprüfen. Von einem allgemeinen Phänomen der Lohnerhöhung, wie es Sternberg als Theorie aufgestellt hat, ergeben jedenfalls selbst für die englische Arbeiterklasse diese Tabellen keine Spur eines Nachteiles.

V.

Die Marxsche Krisentheorie wird von Sternberg verkleinbürgerlicht. Konsequent hält er an seiner Vertauschung der ökonomischen Theorie des Imperialismus in eine Bevölkerungstheorie fest. Konsequent verwandelt er darum, ganz nach Kautskys Vorbild, die allgemeine Ueberproduktion, die nach Marx die Krise verursacht, in eine Unterkonsumtion. Ueberproduktion und Unterkonsumtion sind nicht dasselbe. Denn nicht die Konsumtion entscheidet, obwohl alle Waren einem gesellschaftlichen Bedürfnis entsprechen, einen Gebrauchswert haben müssen, über die Möglichkeit des Warenabsatzes und damit über Konjunktur oder Krise, sondern allein die z a h l u n g s f ä h i g e Nachfrage, die auf dem Markte auftritt.

Macht man freilich die Bevölkerungstheorie zum Drehpunkt einer des Imperialismus, so muß die zahlungsfähige Nachfrage, die eine ganz andere ist für den produktiven Konsum des Kapitals, den Kauf von Produktionsmitteln, und den individuellen Konsum von Verbrauchswaren, den Kauf von Konsumtionsmitteln aufgelöst werden in den allgemeinen, jeden ökonomischen Unterschied verwischenden Begriff des Konsums. Die Marxsche Unterscheidung der Abteilungen I und II im Gesamtprozeß der kapitalistischen Produktion, ohne die die Krise nicht begriffen werden kann, was auch Sternberg zugibt, hebt er durch seine Theorie der Unterkonsumtion wieder auf.

[79] Aus dieser Theorie der Unterkonsumtion folgt seine Lehre von dem „Konsumtionsrest“. Das ist der Teil der Waren, der nicht innerhalb des kapitalistischen Milieus realisiert werden kann und ihr deshalb den Vorstoß des Imperialismus in das nichtkapitalistische Gebiet erzwingt.

Sternberg vulgarisiert hier Rosa Luxemburgs Akkumulationstheorie. Während Rosa Luxemburg behauptet, daß der ganze zu akkumulierende Teil des Mehrwertes nur im nichtkapitalistischen Gebiet abgesetzt werden könne, daher der Kapitalismus in seiner Existenz an das Vorhandensein nichtkapitalistischer Gebiete gebunden sei, beschränkt Sternberg den im kapitalistischen Milieu nicht absetzbaren Teil des Mehrwertes auf einen Konsumtionsrest, einen kleinen Teil der in Abteilung II erzeugten Waren des individuellen Konsums.

In der Tat: Wenn die Arbeiterklasse in den aktiv imperialistischen Staaten Anteil am Mehrwert hat, so kann dieser Mehrwertanteil, den ihr die Kapitalisten auszahlen, dazu helfen, einen Teil des Mehrwertes durch die so vermehrte Nachfrage der Arbeiterklasse zu realisieren. Nur ein letzter peinlicher Rest bleibt übrig. Um ihn in Geld zu verwandeln, stürzen die Kapitalisten sich in imperialistische Kriege, wobei man sich fragt, warum die Kapitalistenklasse nicht lieber den Mehrwertanteil der Arbeiterklasse noch weiter erhöht, damit sie ihr auch den Rest abkauft. Aber dann würden die Arbeiter akkumulieren können. Und das geht nach Sternberg nicht. Zu solchem Unsinn führt die Sternberg-Theorie.

Die Krise entsteht nach Sternberg, weil die produzierten Waren nicht konsumiert werden. Sie wird überwunden, indem diese Konsumtionsmöglichkeit geschaffen wird. Und die Vermehrung der Konsumtionsmöglichkeit verschafft sich nach ihm der Kapitalismus durch Bevölkerungsvermehrung mittels des Vorstoßes in das nichtkapitalistische Gebiet; denn im kapitalistischen Milieu ist nach Sternberg ja die industrielle Reservearmee bereits aufgesaugt. Wie aber eine vermehrte Bevölkerung ohne Vermehrung der zahlungsfähigen Nachfrage die Ueberproduktion beseitigen kann, bleibt Sternbergs Geheimnis. Es ist eben nicht die Bevölkerungsvermehrung, sondern die Markterweiterung unter den konkreten ökonomischen und politischen Bedingungen des Imperialismus, die die Krise überwindet. D i e B e v ö l k e r u n g s v e r m e h r u n g a n u n d f ü r s i c h e r k l ä r t f ü r d i e O e k o n o m i e d e s I m p e r i a l i s m u s g a r n i c h t s.

Was notwendig gewesen wäre, wäre eine ernste Auseinandersetzung mit Rosa Luxemburgs Theorie und Bucharins Kritik an ihr auf Grund der neuen ökonomischen Tatbestände gewesen. Das hätte die ökonomische Theorie des Imperialismus gefördert. Sternbergs Buch aber erschwert diese Klärung.

Die theoretische Ausbeute des Buches ist damit erschöpft. Nur angemerkt werden soll aus dem Kapitel über den „soziologischen Raum der materialistischen Geschichtsauffassung“, in dem die Sehnsucht des Intellektuellen nach einem „Kampf um geistige Werte“ zum Ausdruck kommt, die Behauptung:

„Kultur zerbricht im Klassenkampf“ (Seite 320). Im siegreichen Kampf einer Klasse, im Sieg ihrer Revolution, also in der höchsten Zuspitzung des Klassenkampfes, hat jede Klasse bisher ihre Kultur voll entfaltet. So lehrt der historische Marx. Die Kultur geht zugrunde, wenn die herrschende Klasse zum Hemmnis der Entfaltung der Produktivkräfte der Gesellschaft geworden ist. Indem die Klasse, die geschichtlich berufen ist, die Produktivkräfte von den Fesseln der überlebten Produktionsverhältnisse zu befreien, in ihrer Revolution siegt, zerstört sie nicht die Kultur, sondern entwickelt sie zu neuer Blüte. Das hat bisher von allen Revolutionen gegolten und gilt erst recht von der proletarischen Revolution, vom Klassenkampf der Arbeiterschaft.

Der historische Marx bleibt immer noch lebendiger als der heute schreibende Sternberg. [80]

*

Der Stand der deutschen ökonomischen Wissenschaft

Von E. L u d w i g.

(Schluß.)

V.

Die P r e i s t h e o r e t i k e r, auch in ihrer modernsten Abwandlung, landen bei Angebot und Nachfrage als der letzten Bestimmung des Preises und damit auch des Urgrundes des ökonomischen Geschehens. S a y, der Vater der Vulgärökonomie, ist der Stammvater auch der modernen ökonomischen Theorie, die nicht nur historisch sein will. Angebot und Nachfrage sind für die Grenznutzenleute die Grenze der ökonomischen Wirklichkeit, hinter der die Erforschung des Individuums beginnt, die Oekonomie aufhört und die Psychologie anfängt[*)]. Sie begreifen nicht, daß Angebot und Nachfrage, das Auftreten des wirtschaftlichen Subjekts auf dem Markt als Käufer und Verkäufer, wo sein Wille souverän zu sein scheint, selbst eine zu erklärende Erscheinungsform kapitalistischer Gesetzmäßigkeit, der Gesetze der Konkurrenz, sind. Die kapitalistische Konkurrenz – ob die „freie“ des vorimperialistischen Kapitalismus, ob die imperialistische des Finanzkapitals um das Monopol von Anlage- und Absatzmärkten, oder die Konkurrenz in ihren verschiedenen Entwicklungsformen als eine der charakteristischen Eigentümlichkeiten der kapitalistischen Wirtschaftsweise überhaupt – bleibt bis heute der bürgerlichen Oekonomie ein Buch mit sieben Siegeln:

„Das bisher von der politischen Oekonomie unbegriffene Grundgesetz der kapitalistischen Konkurrenz, das Gesetz, welches die allgemeine Profitrate und die durch sie bestimmten sogenannten Produktionspreise regelt, beruht, wie man später sehen wird, auf dieser Differenz zwischen Wert und Kostpreis der Ware und der daher entspringenden Möglichkeit, die Ware mit Profit und ihrem Wert zu verkaufen.“ Kapital, Band III, s. S. 12.

Die „alltäglichen Erscheinungen der Konkurrenz, wie z. B. gewisse Fälle des Unterverkaufs, anormale Niedrigkeit der Warenpreise in bestimmten Industriezweigen“ (Marx, Kapital, a. a. O.), „dieser Spielraum der Zwischenpreise“, der erst Angebot und Nachfrage erklärt und der wiederum weiter zu erklären ist; all das ist für die moderne Preistheorie, obwohl es alltäglich, keine Wirklichkeit mehr. Das Abweichen der Preise vom Wert der Ware, nicht nur der Möglichkeit nach, sondern in der Wirklichkeit, ist für die modernen Preistheoretiker wie für die alten Vulgärökonomen nur ein Scheinproblem, das sie mit dem selbstgenügsamen Hinweis auf den berühmten Widerspruch zwischen dem I.

[*)] Die P s y c h o l o g i e ist ein beliebtes Rückzugsgelände für die bürgerliche Ökonomie überall da, wo die harten Tatsachen der kapitalistischen Wirtschaft zu hart zu verdauen sind. Wenn z. B. in der Wirtschafts-Enquetekommission die Einwirkung der Arbeitszeit auf die Arbeitsleistung zu untersuchen ist, so erheben die Herren Professoren den Einwand, wie schwer es sei, den Faktor der Arbeitswilligkeit, der seelischen Hingabe des arbeitenden Menschen an seine Arbeit zu erfassen. Dabei macht das laufende Band mit seiner vom Unternehmer geregelten Geschwindigkeit dem ganzen faulen Humbug von der Seele des schaffenden Menschen ein Ende: die Seele, die sich der Ford-Kette nicht willig hingibt, würde sehr bald ihren Leib auf der Straße hungern fühlen. Und nicht nur das: auch der „schaffende Mensch“, der beliebte Forschungsgegenstand seelenzerlegender bürgerlicher Ökonomen, ist in der Wirklichkeit des Arbeitsprozesses nicht das, was sie sich vorstellen – ein auf sich selbst gestelltes Individuum. Das hat schon Marx im ersten Band des „Kapital bei der Untersuchung der Arbeitsteilung und Kooperation in der Manufaktur und Großindustrie bewiesen. Das wird sinnfällig durch das Ford-Band, das die aneinandergereihten, durch die Fließarbeit zusammengeketteten arbeitenden Menschen in e i n M a s s e n i n d i v i d u u m verwandelt.

und III. Band des Kapitals abgetan zu haben glauben und im übrigen mit Psychologie, mit den Wünschen und Werturteilen des Wirtschaftsobjekts lösen. Doch mit dieser Eskamotierung des Preisproblems, worauf die ganze Preistheorie hinausläuft, wird die Oekonomie als Wissenschaft überhaupt eskamotiert. Nichts unterstreicht die Unzulänglichkeit der modernen bürgerlichen Oekonomie mehr, als die [81] daraus sich ergebende Unfähigkeit, das Preisproblem überhaupt zu stellen, insbesondere, wenn man damit das Aufwerfen des Preisproblems bei Marx vergleicht.

Die Grenznutzenleute und Preisökonomen, die nur das Subjekt, seine Wünsche, Meinungen, Hoffnungen kennen, kommen gar nicht zur Frage nach o b j e k t i v e n, über diese Hoffnungen, Wünsche, Meinungen des Subjekts hinaus geltenden, sie selbst erst erklärenden Gesetzen der Oekonomie, sondern bestenfalls zu Gesetzmäßigkeiten der Psychologie. Für sie sind die Erscheinungen an der Oberfläche der kapitalistischen Wirtschaft die grundlegenden endgültigen. Sie kennen keinen Unterschied zwischen dem Wesen und der Erscheinungsform der zu begreifenden ökonomischen Wirklichkeit: die Erscheinungsform ist für sie das wesentliche, der Preis das endgültige. Ein Problem, das den Preis selbst noch auf objektive ökonomische Gesetzmäßigkeiten, auf den Tauschwert zurückführt, besteht für sie nicht.

Die Rückkehr der modernen bürgerlichen Oekonomie von der Historie, die in Rumpelkammern Daten zusammenhanglos auf speichert, zur Erforschung von Zusammenhängen und Gesetzmäßigkeiten der Gegenwart ist nur eine scheinbare Besinnung auf wissenschaftliche Forschung. In Wirklichkeit triumphiert gerade in der modernen Theorie die Vulgärökonomie, für die es seit je charakteristisch ist, daß sie die Erscheinungen an der Oberfläche der kapitalistischen Wirtschaft, den Preis und den Profit, für deren Wesen, Wert und Mehrwert erklären.

VI.

Diese kritische Feststellung heißt nicht, daß die Erscheinungen an der Oberfläche des kapitalistischen Geschehens etwa nicht Gegenstand der ökonomischen Forschung seien. Gerade sie, an deren Bewegung die tiefen Wandlungen der ökonomischen Struktur der imperialistischen Wirtschaftsordnung in den Stürmen der letzten 15 Jahre erkennbar werden, müssen den genauesten Forschungen vom marxistischen Standpunkt aus unterworfen werden. Aber die Vulgärökonomen, indem sie die Preise in subjektives Meinen des Wirtschaftsobjekts psychologisch umfälschen, den Wert in Bewertung umbiegen, versperren den Weg von der Beobachtung der Veränderungen an der Oberfläche zu der Einsicht in die Ursachen und Gesetzmäßigkeiten dieser Veränderungen.

Der Preis ist die Erscheinungsform des Tauschwerts, der Profit Erscheinungsform des Mehrwerts. Jede Preistheorie, die wissenschaftlich sein will, muß auf die Werttheorie gegründet sein, jede Erklärung des Profits, selbst „Nutzens“, auf die Analyse des Mehrwerts zurückgehen:

„Aus der Verwandlung der Mehrwertsrate in Profitrate ist die Verwandlung des Mehrwerts in Profit abzuleiten, nicht umgekehrt. Und in der Tat ist die Profitrate das, wovon historisch ausgegangen wird. Mehrwert und Rate des Mehrwerts sind, relativ, das Unsichtbare und das zu erforschende Wesentliche, während Profitrate und daher Form des Mehrwerts als Profit sich auf der Oberfläche der Erscheinung zeigen.“ (Kapital III 1, Seite 17.)

So ergibt sich für Marx eine Stellung des Preisproblems, die die Preistheoretiker überhaupt nicht kennen und die allein zur Aufspürung des inneren Bandes der Gesetzmäßigkeiten und Entwicklungsformen des kapitalistischen Geschehens führt:

„Es gilt vielmehr, die konkreten Formen aufzufinden und darzustellen, welche aus dem Bewegungsprozeß des Kapitals, als Ganzes betrachtet, hervorwachsen. In ihrer wirklichen Bewegung treten sich die Kapitale in solchen konkreten Formen gegenüber, für die die Gestalt des Kapitals im unmittelbaren Produktionsprozeß, wie seine Gestalt im Zirkulationsprozeß nur als besondere Momente erscheinen. Die Gestaltungen des Kapitals nähern sich als schrittweise der Form, worin sie auf der Oberfläche der Gesellschaft, in der Aktion der verschiedenen Kapitale aufeinander, der Konkurrenz, und im gewöhnlichen Bewußtsein der Produktionsagenten selbst auftreten.“ (Kapital III, 1, S. 1–2.)

[82] Also auch die Erscheinungen an der kapitalistischen Oberfläche sind konkret zu untersuchende und zu begreifende Formen der kapitalistischen Wirtschaft, ohne deren Verstehen die Kritik der politischen Oekonomie unvollständig wäre. Die Vulgärökonomie begnügt sich mit der Darstellung des Profits, mit Historie oder Psychologie der Preise. Dem Fetischismus der Ware entspricht „die Mystifizierung des Kapitalverhältnisses im Profit und im Preis“. (Kapital, a. a. O., S. 19.)

Die Grenznutzentheorie, die Preistheorie sind die modernen Heiligsprechungen des Kapitalverhältnisses unter dem Schein der Wissenschaft. Sie führen dahin, die Preise nicht durch Preisgesetze zu begreifen: Sie führen genau wie die historische Schule zur Verneinung der Oekonomie als Wissenschaft:

„Die Vulgärökonomie tut in der Tat nichts, als die Vorstellungen der in den bürgerlichen Produktionsverhältnissen befangenen Agenten dieser Produktion doktrinär zu verdolmetschen, zu systematisieren und zu apologetisieren. Es darf uns also nicht Wunder nehmen, daß sie gerade in der entfremdeten Erscheinungsform der ökonomischen Verhältnisse, worin diese prima facie abgeschmackt und vollkommene Widersprüche sind – und alle Wissenschaft wäre überflüssig, wenn die Erscheinungsform und das Wesen der Dinge unmittelbar zusammenfielen –, wenn gerade hier die Vulgärökonomie sich vollkommen bei sich selbst fühlt, und ihr diese Verhältnisse um so selbstverständlicher erscheinen, je mehr der innere Zusammenhang an ihnen verborgen ist, sie aber der ordinären Vorstellung geläufig sind.“ (Kapital III, 2, S. 352.)

Sinnfällig ist die Unfähigkeit der deutschen Nationalökonomie zur wissenschaftlichen Arbeit in den letzten Jahren auf einem Gebiet geworden, das das nationalökonomische Interesse der breitesten Massen erweckt hat: bei der Erörterung des Geldproblems. Der Zusammenbruch der Währungen hat zwar eine Sintflut von währungstheoretischen Schriften in der ganzen Welt erzeugt, doch kommt keine dieser Untersuchungen – die deutsche bürgerliche Oekonomie steht da durchaus auf dem gleichen niedrigen Niveau wie die bürgerliche Oekonomie aller anderen kapitalistischen Länder – auch nur entfernt an die klassische geldtheoretische Schrift Ricardos vor mehr denn hundert Jahren, an die Schrift „Ueber den hohen Preis des Goldes“, heran. Alle möglichen Geldtheorien wurden wieder aufgetischt. Aber alle landeten, ob der amerikanische Oekonom Irwin Fisher, der Schwede C a s s e l[*)] oder J. M. K e y n e s, bei der rohesten Quantitätstheorie. Die Annahme der Quantitätstheorie durch die bürgerliche Oekonomie entspricht durchaus ihrem allgemeinen Standpunkt, die Oberflächen-Erscheinungen der Wirtschaftsvorgänge für ihr Wesen zu nehmen. Wer den Wert des Geldes von der Menge der Umlaufmittel abhängig macht, der tut nichts anderes, als daß er, wie schon Marx in der „Kritik der Politischen Oekonomie“ geschrieben hat, die Gesetze des Papiergeldumlaufs, die nur aus den Gesetzen der Goldzirkulation zu erklären sind, für die Gesetze der Geldzirkulation überhaupt ansieht. Aber jedes Hinausgehen über die Quantitätstheorie hätte zur Marxschen Theorie des Geldes geführt und damit zur Anerkennung des Wertgesetzes. Und wo wären dann die Grenznutzentheoretiker geblieben? Die bürgerliche Oekonomie verzichtete lieber auf ein wirkliches Verständnis der Geldphänomene, als daß sie anerkannt hätte, daß allein die Geldtheorie von Karl Marx sich am Zusammenbruch der Valuten bewährt hat.

Zusammenfassend: die Schranke und die Beschränktheit der national-ökonomischen Wissenschaft in Deutschland ist die Praxis des niedergehenden Kapitalismus. Sie ist ein Bollwerk, hinter dem das gefährliche Gelände des Sozialismus, der proletarischen Revolution beginnt.

[83]

[*)] Cassel macht das „Prinzip der Knappheit“, von der Geldtheorie ausgehend, zum Angelpunkt der ganzen Ökonomie, insbesondere zum regelnden Prinzip des Austauschs. Mit der Feststellung aber, daß es viel Leinwand und wenig Röcke gibt, ist aber noch lange nicht bewiesen, daß und warum 20 Ellen Leinwand gleich einem Rock sind.

DISKUSSION

Die Neuorientierung der Komintern
Das Ergebnis der VII. Erweiterten Exekutive

Von H. Weber, Peters und Max Riese-Berlin

Die Antwort auf die Kritik der oppositionellen Genossen finden unsere Leser in dem Artikel des Genossen M. Osten: „Probleme der VII. Erweiterten Exekutive". Die Redaktion.

Die VII. Erweiterte Exekutive wird u. E. in der Geschichte der Komintern bestimmt einen besonderen Platz einnehmen.

Ihr Ergebnis ist das internationale Fazit aus den in den beiden Hauptsektionen der Komintern vorausgegangenen entscheidenden Veränderungen.

Die diskussionslose Beseitigung des größten Teiles des alten bolschewistischen Führerkaders in der KPSU, die völlige Vernichtung der infolge der verhängnisvollen Volksblocktheorie bereits geschwächten alten linken Führung in der KPD waren gleichzeitig die sichtbarsten Erscheinungen des in der ganzen Komintern rücksichtslos durchgeführten Reinigungsprozesses von allen lästigen Linksstimmungen.

Die für die Rechtsentwicklung nunmehr freigelegte Bahn wurde denn auch von der VII. Erweiterten Exekutive mit seltener Konsequenz beschritten, was in ihrer Stellung zu folgenden wichtigsten Fragen klar zum Ausdruck kommt:

1. Die Stabilisierungsanalyse.
2. Die veränderte Stellung zur kapitalistischen Rationalisierung.
3. Die veränderte Stellung zum deutschen Oktober 1923, (Vaterlandsverteidigung) zu Brandler und Thalheimer
4. Zur russischen Frage.

Nachstehend werden wir den Standpunkt der Weddinger Opposition insbesondere zu diesen Fragen darlegen.

Die internationale Lage

a) Wirtschaftlich:

Zeigte schon die Entwicklung des Weltkapitalismus insbesondere seit 1914 entscheidende Veränderungen des Weltbildes in der Richtung des Niederganges der Desorganisation und Ausweglosigkeit des kapitalistischen Systems, so ergibt sich bei objektiver Untersuchung der gegenwärtigen Lage eine Beschleunigung des Tempos dieses Zersetzungsprozesses.

Die gegenwärtige Lage der kapitalistischen Wirtschaft ist gekennzeichnet durch eine äußerst beschränkte Ausnutzung der Produktionsmöglichkeit infolge Fehlens eines entsprechend aufnahmefähigen Marktes.

Das Mißverhältnis zwischen Produktion und Absatz charakterisiert die schwere Krise, in der sich der Kapitalismus befindet. Dies trifft im besonderen für die europäische Wirtschaft zu, die infolge ihrer Zurückdrängung innerhalb der Weltwirtschaft durch die ökonomische Vormachtstellung der Vereinigten Staaten eine große Senkung des Produktionsniveaus bei einer noch stärkeren Einengung der Marktlage aufzuweisen hat.

Vermochte z. B. Amerika seinen Anteil an der Weltproduktion gegenüber der Vorkriegszeit zu steigern, so geschah dies auf Kosten Europas, dessen Anteil um ein ebenso Beträchtliches gesunken ist.

Gegenüber 1913 befindet sich die Produktion Europas auf den wichtigsten Produktionsgebieten (Kohle, Roheisen, Stahl, Kali usw.) erheblich im Rückstand und weist im Vergleich mit 1925 sogar eine Rückwärtsentwicklung auf.

Für Europa scheidet also selbst das Hauptargument. das Genosse Bucharin zur Begründung seiner Stabilisierungsthese anführen kann, vollkommen aus, was für die wichtigen europäischen Sektionen der Komintern Grund genug wäre, sich mindestens gegen die Verallgemeinerung der Stabilisierungsthese zu wenden.

So ging z. B. in Deutschland die Roheisenproduktion von 10.177.000 to im Jahre 1925 auf 9.500.000 to im Jahre 1926 trotz günstigerer Marktlage infolge des englischen Streiks zurück; außerdem ist in der Kaliproduktion ein Rückgang um 1,3 Mill dz gegenüber 1925 zu verzeichnen.

Auch wird die Beendigung des englischen Bergarbeiterstreiks auf die bis dahin begünstigte deutsche Kohlenproduktion ernste Rückwirkungen auslösen. Als erste Anzeichen führen wir an den kolossalen Rückgang der Wagengestellungsziffern im Ruhrgebiet im Dezember um weit über 100.000 gegen November, und das Eindringen der ersten englischen Kohlen in Deutschland von 4400 to vom 1, bis 8. Januar 1927 allein über Lübeck.

Im Zusammenhang damit sei auch die starke finanzielle Abhängigkeit Deutschlands vom Ausland (besonders Amerika) erwähnt, Die von Deutschland im Jahre 1926 aufgenommenes Auslandsanleihen haben eine beträchtliche Steigerung von 1,3 Milliarden im Jahre 1925 auf 1,778 Milliarden erfahren. Ebenso ist auch in England, verschärft durch den Streik der Bergarbeiter, eine schwere Erschütterung der Wirtschaft zu verzeichnen, was durch das gewaltige Zurückschnellen der Produktion in Eisen, Stahl, Kohle usw. zum Ausdruck kommt. In Frankreich signalisiert die wachsende Inflation, Arbeitslosigkeit usw. die bevorstehende unvermeidliche Wirtschaftskrise, Die Arbeitslosenziffer hat die ersten 100.000 bereits weit überschritten. Dabei steht Frankreich erst am Anfang einer schweren Wirtschaftskrise.

Aehnlich liegen die Verhältnisse in den übrigen kapitalistischen Ländern Europas.

Andererseits ist das gewaltige Wirtschaftsgebiet Sowjetrußland seit der Machtergreifung durch die Arbeiter und Bauern der Verfügungsgewalt des Weltkapitalismus ent-[84]zogen und hat dieses nahezu restlose Ausscheiden aus dem kapitalistischen Getriebe einen entscheidenden Riß in das Gefüge des Weltkapitalismus gebracht.

Die Feststellung dessen, daß die gegenwärtigen Absatzverhältnisse für die Aufnahme der – übrigens auch nach Varga künstlich gesteigerten – Weltproduktion unzureichend sind, läßt Genosse Bucharin bei der Kennzeichnung der Lage in seinem Bericht an die VII. Erweiterte Exekutive geflissentlich außer Acht. Nur dadurch, d. h. gestützt lediglich auf die Weltproduktionsziffern, schlußfolgert Genosse Bucharin die kapitalistische Stabilisierung. Eine vulgär-ökonomische, bürgerliche Illusion ist weiterhin die von der Maslow-Gruppe vertretene Auffassung, daß z. B. der deutsche Kapitalismus sowohl die Produktion, als auch den inneren Markt zum Funktionieren gebracht habe.

Kein Wunder also, wenn die Maslow-Gruppe „die Periode der revolutionären Flaute“ als Sumpfperspektive aufstellt und damit selbst das ZK und das EKKI in den Schatten stellt. Die lückenhafte Analyse des Genossen Bucharin, wie auch der vulgär-ökonomische Standpunkt der Maslow-Gruppe ist das theoretische Fundament der absoluten Stabilisierung.

Wenn selbst Varga in seiner Rede erklären muß, daß die Anwendung der Bezeichnung „Stabilisierung“ – die doch der Ausdruck des Begriffs der Festigkeit ist – auf die gegenwärtige Lage des Weltkapitalismus nicht glücklich sei und man besser bei dem „zwischen zwei Wellen der Revolution“ geblieben wäre, so ist das absolut kein Streit um leere Worte. Varga als verantwortlicher Wirtschaftstheoretiker spricht damit diplomatisch aus, was wir offen erklären, nämlich, daß eine kapitalistische Festigkeit (Stabilisierung) eben nicht vorhanden ist.

Die infolge der überaus schwachen Kaufkraft der Verbraucher. die fortschreitende Selbstindustrialisierung der kolonialen und rückständigen Länder usw. hervorgerufenen Marktschwierigkeiten haben den Kampf um die vorhandenen Rohstoffquellen und Absatzmärkte verschärft.

Die Methoden dieses Kampf es kommen in verschiedenen Formen zum Ausdruck. Entweder versucht die Bourgeoisie durch warenverschleudernde Dumpings, deren Voraussetzung eine im Inland brutal

durchgeführte Inflation oder Rationalisierung usw. ist, fremde Absatzmärkte zu erobern, oder wird dieser Kampf, wie im vergangenen Weltkrieg, mit Waffengewalt ausgetragen, wobei zwar auf eine kurze Zeit eine Kräfteverschiebung innerhalb der kapitalistischen Mächtegruppen eintreten kann, niemals aber eine Lösung der anarchischen Produktionsverhältnisse erreicht wird. Des weiteren haben sich die durch die kapitalistischen Regierungen geschaffenen künstlichen Marktvorrechte wie Schutzzölle, Ein- und Ausfuhrverbote, Subventionen usw. ebenso wie die von den einzelnen Industriekartellen aufgerichteten Monopole usw. als untauglich erwiesen. Der Kampf um den Besitz der Märkte vollzieht sich auch in der Gründung internationaler Industriekartelle (Stahlkartell usw.) mit alter Schärfe in der neuen Form um den Quotenanteil. Das Ringen um die Beherrschung des infolge der geschwächten Kaufkraft zusammengeschrumpften Innenmarktes führt durch die Konzernierung sind Vertrustung der stärksten zur Vernichtung der schwächeren Konkurrenten.

b) Politisch:

Die bürgerliche Außenpolitik hat zur Aufgabe, die Interessen des heimischen Kapitalismus im Ausland zu vertreten. Das Resultat der kapitalistischen Außenpolitik äußert sich im Abschluß von Militärbündnissen, geheimen Rüstungen als Vorboten künftiger gewaltsamer Austragung der Gegensätze, Heranzüchtung von Vasallenstaaten, bewaffnete Interventionen, blutige Unterwerfung der kolonialen und halbkolonialen Völker usw. Der kapitalistische Staat und seine Regierung stehen in all ihren Funktionen voll und ganz, auch in der Außenpolitik, im Dienste der kapitalistischen Auftraggeber ihres Landes.

Demzufolge ist der Völkerbund, dieses Machwerk der imperialistischen Räuber, außerstande, eine Verständigung und Befriedung der kapitalistischen Staaten untereinander herbeizuführen. Das einzige Gemeinsame, was sie verbindet, ist die Organisierung des Kampfes gegen die Sowjetunion, die in ihrer Rolle als revolutionierender Faktor für alle unterdrückten und ausgebeuteten Völker und Klassen eine akute Gefahr für den Weltkapitalismus bedeutet.

Platonische Erklärungen des Völkerbundes, Verträge, die zu nichts verpflichten und nicht eingehalten werden, pazifistische Phrasen usw. sollen die in wachsender revolutionärer Gärung befindlichen unterdrückten und ausgebeuteten Volksmassen über die herannahende Katastrophe hinwegtäuschen.

Die blutige Niederwerfung bzw. grausame Interventionsfeldzüge gegen jegliche nationalrevolutionäre Erhebung der unterdrückten halbkolonialen und kolonialen Völker (Syrien, Marokko, Java, China usw.) zeigt den kapitalistischen Frieden in seiner wahren Gestalt.

Das internationale Proletariat muß sich angesichts dieser gefahrdrohenden Situation darauf vorbereiten, im gegebenen Moment jeden bewaffneten Konflikt der kapitalistischen Staaten untereinander oder gegen Sowjetrußland mit dem Bürgerkrieg gegen die eigene Bourgeoisie zu beantworten. Mit aller Schärfe müssen die nationalbolschewistischen Theorien der Genossin Zetkin und insbesondere auch des Genossen Bucharin zurückgewiesen werden, der in folgenden Formulierungen seines Berichtes an das 7. erweiterte Plenum des EKKI (Seite 74 und 75) erklärt:

„... Deshalb war die KPD während der Besetzung eines Teils Deutschlands durch französische Truppen (Besetzung des Ruhrgebietes usw.) der Auffassung, daß die Verteidigung gegen den französischen Imperialismus unter gewissen Umständen geboten sei. Wenn Deutschland damals einen Krieg gegen Frankreich geführt hätte, so würde dieser zweite Krieg nicht mehr den früheren imperialistischen Charakter getragen haben ...“

„Die Gesamtheit dieser Tatsachen (gemeint ist die von Bucharin vor diesem Absatz analysierte Stabilisierung und imperialistische Konsolidierung Deutschlands) führte eine radikale Aenderung der internationalen Einstellung Deutschlands herbei, sodaß jene Einschätzung, die zur Zeit der Ruhrbesetzung richtig war, in der jetzigen Lage ihre Geltung verliert. Der sich daraus ergebende [85] wichtigste praktische politische Schluß ist der, daß in der Frage der Vaterlandsverteidigung in bezug auf den deutschen Imperialismus der Grundsatz der Unzulässigkeit der Verteidigung eines solchen ‚Vaterlandes‘ durch das Proletariat erneut in seine Rechte tritt ...“ (Unterstreichungen durch den Verfasser.)

Bei der Verteidigung dieser ungeheuerlichen These Bucharins verweisen die ZK-Vertreter immer wieder auf Türkei und China, Dazu muß folgendes bemerkt werden:

Sowohl bei der Türkei wie in China handelt es sich um den nationalen Befreiungskampf zurückgebliebener und unterdrückter Länder gegen ihre imperialistischen Beherrscher und Bedrücker, sodaß man das im Weltkrieg besiegte imperialistische Deutschland nicht lediglich seiner Niederlage wegen mit China und der Türkei vergleichen kann. Andererseits schließt gerade die Formulierung Bucharins einen solchen Vergleich von vornherein aus. Bucharin spricht ausdrücklich von einem Grundsatz der Unzulässigkeit der Vaterlandsverteidigung, der im Jahre 1923 für die deutschen Kommunisten aufgehoben war.

Daß es nach der Lehre Lenins über die nationalen Verteidigungs- und Befreiungskriege aber für die betreffenden Länder (z. B. China, Türkei) nur einen Grundsatz der Notwendigkeit des nationalen Befreiungskrieges gegen den Imperialismus gibt, ist jede Parallele ausgeschlossen. Es ist ganz klar: Bucharin erklärt die z. B. 1914 noch grundsätzlich unzulässige Vaterlandsverteidigung für das Deutschland des Jahres 1923 als zulässig. Kurzum er revidiert, indem er kommunistische Grundsätze aufhebt, und korrigiert Lenin selbst, der die nationale Verteidigung Rußlands gegen den anstürmenden deutschen Imperialismus mit dem Sturz sogar der kleinbürgerlichen, menschewistischen Regierung und der Errichtung des Arbeiter- und Bauernstaates begann.

So wie 1918 trotz des drohenden Einmarsches des französischen Imperialismus das revolutionäre Proletariat Deutschlands in erster Linie den Sturz der eigenen Bourgeoisie auch in seiner ebertinischen Verkleidung durchzuführen und seine Herrschaft aufzurichten hatte und erst in Verbindung damit die nationale Verteidigung Deutschlands zu organisieren und durchzuführen war, wiederum so stand die Frage im Jahre 1923.

Ueber eine solche Verbindung bzw. eine besondere revolutionäre Aufgabe des Proletariats gegen die bürgerliche Klasse verliert aber Genosse Bucharin in seiner ganzen „Vaterlandsverteidigungsthese“ ebenfalls nicht ein Wort. Es war aber einer der Hauptfehler der Brandler-Thalheimer-Führung, daß sie nicht begriff, daß 1923 in erster Linie die Frage der proletarischen Machtergreifung stand statt im Sinne einer banalen Vaterlandsverteidigung die Rolle des Geheimrats der deutschen Bourgeoisie zu spielen. (Siehe Drohung der R. F. mit Preisgabe von Geheimnissen.)

Die veränderte Stellung der VII. Erweiterten Exekutive und des Genossen Bucharin zu 1923 ist um so auffallender, als just zur selben Zeit der Fraktionsführer der Rechten, Genosse Böttcher, sicherlich im Auftrage seiner Fraktionschefs Brandler-Thalheimer und Zetkin unverhohlen die Aufnahme der Diskussion über den Oktober 1923 fordert.

Kein zweites Mal wird sich das internationale Proletariat, – auch nicht in einer Lage, in der Deutschland 1923 sich befand, – für die Geldsackinteressen der eigenen Bourgeoisie in einen sogenannten nationalen Verteidigungskrieg hetzen lassen. Das revolutionäre Proletariat wird im Gegenteil eine bedrängte und geschwächte Lage der eigenen Bourgeoisie als günstiges Angriffsmoment ausnützen, um ihr den Todesstoß zu versetzen.

Innenpolitisch versucht die Bourgeoisie durch eine allgemeine Preissteigerung, Massenentlassungen, Steigerung der Arbeitsintensität, Lohnabbau, Wohnungsnot, Steuerraub, Inflationsbetrug, Knebelung der Meinungs- und Koalitionsfreiheit usw., kurzum, durch die Senkung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse und die Pauperisierung der kleineren und mittleren Existenzen ihre Profitrate zu sichern. Jede Gegenwehr der Opfer des kapitalistischen Systems wird mit der Aufrichtung der brutalsten Diktatur beantwortet (z. B. Italien, Frankreich, Deutschland, England, Litauen, Spanien, Polen usw.) Alle diese Erscheinungen der ständigen Verschlechterung des Lebensstandards der Arbeiterklasse, der Pauperisierung der Mittelschichten, des Niederganges auch der formalen Demokratie haben – man braucht sich nur die Entwicklung der Erwerbslosenziffern, die fortschreitende Verelendung des Mittelstandes, ferner die Aufrichtung der Diktaturregime in fast allen Ländern vorzustellen – sich gerade in den letzten Jahren ungeheuer verschärft.

Die reformistischen Führer der Amsterdamer und II. Internationale leugnen die katastrophale Lage des Weltkapitalismus und träumen sogar von einem gelungenen Wiederaufbau, vom Völkerfrieden durch den Völkerbund usw.

Indem diese Lakaien des Weltkapitals die Arbeitermassen mit derartigen Illusionen erfüllen, versuchen sie, das Weltproletariat vom Kampfe gegen die Offensive des Kapitals abzuhalten und bestätigen damit erneut ihre konterrevolutionäre Rolle, die in geradezu klassischer Form während des englischen Generalstreiks und Bergarbeiterstreiks durch die Sabotage jeglicher praktischer Solidaritätsaktion und den beispiellosen Verrat des reformistischen Generalrats um Ausdruck kam.

Trotzdem ist eine wachsende Aktivität und Radikalisierung in den Reihen des internationalen Proletariats zu verzeichnen, wie dies der beispiellos heroische Kampf der englischen Bergarbeiter, der Widerstand gegen den Mussolini-Kurs in Italien, die neuen Streikwellen überall usw. beweist.

Im Gesamtbilde zeigt also die Lage des internationalen Kapitalismus schwere Erschütterungen und Krisen. In der Epoche des Imperialismus, als der Epoche des sterbenden Kapitalismus, kann von einer Stabilisierung, die doch den Zustand der Festigkeit kennzeichnen soll, keine Rede sein.

In einer solch objektiv revolutionären Situation muß die Kommunistische Internationale den aktiven Kampf aller unterdrückten und ausgebeuteten Völker [86] gegen die Offensive des Kapitalismus auf der Grundlage des Klassenkampfes organisieren. Unter scharfer Betonung der kommunistischen Endlosungen müssen auch die Tagesforderungen der werktätigen Massen in den Dienst einer wahrhaft revolutionären Agitation und Propaganda gestellt werden.

Im Kampf gegen die Offensive des Weltkapitals bilden – wie uns bereits der englische Streik gelehrt hat – die Herstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit auf der Grundlage des revolutionären Klassenkampfes und die Ausübung internationaler aktiver Solidarität die unbedingten Voraussetzungen zum Siege des Weltproletariats.

Die internationalen Vertrustungsbestrebungen machen die Zusammenfassung der Betriebsräte zu internationalen Kampforganisationen notwendig. Angesichts der verstärkt auftretenden internationalen Umtriebe der Reaktion muß der internationale Zusammenschluß der revolutionären Kampforganisationen forciert werden. Gegen die offenen und versteckten Kriegsrüstungen der imperialistischen Machthaber gilt es eine scharfe antimilitaristische und Antikriegspropaganda zu entfalten, und gleichzeitig durch eine internationale Verständigung der Betriebsräte der Rüstungsindustrie den aktiven Widerstand zu organisieren.

Die Frage der internationalen Gewerkschaftseinheit kann weder durch Verschmelzungsangebote der RGI an die Amsterdamer in Fluß gebracht werden noch durch das schematische Herableiern dieser Losung. Ausgehend von der Erkenntnis, daß die internationale Gewerkschaftseinheit nicht mit Hilfe der reformistischen Beherrscher des IGB, sondern gegen den schärfsten Widerstand derselben, also nur von unten her verwirklicht werden kann, muß in allen Ländern die Frage durch eine mittlere Bewegung in Fluß gebracht werden. Betriebsräte, Gewerkschaftskartelle usw. müssen gegen die drohende Kriegs- und Interventionsgefahr, die Offensive des Weltkapitalismus gegen das Weltproletariat für die Herstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit die Initiative ergreifen und die Abwehrbewegung des Proletariats organisieren (Fortsetzung folgt.)

RUNDSCHAU

Die deutsche Strafrechtsreform und das Proletariat

Zum amtlichen Entwurf eines Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuches von 1925.
Die Strafandrohung gegen Hoch- und Landesverrat. Von Felix Halle.

Nachdem in Heft 5 der „Internationale“ vom 1. März 1926 in einem Beitrag der allgemeine Teil des amtlichen Entwurfs eines deutschen Strafgesetzbuches von 1925 und die justizpolitischen Voraussetzungen dieses Entwurfs, die Stellungnahme der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie zur

Strafrechtsreform kritisch dargestellt worden sind, soll in dieser und in einer weiteren Fortsetzung die Regelung betrachtet werden, welche die Strafandrohungen gegen die wesentlichsten politischen Verbrechen und Vergehen im A. E. 1925 erfahren haben. Eine Kritik zu diesem Teil des Entwurfs vom Standpunkte der Arbeiterklasse ist um so notwendiger, als die in diesem Teile des A. E. vorgesehenen Strafandrohungen –, wenn sie in der vorgeschlagenen Fassung Gesetz werden sollten – die Unterlage der Aktionen des Klassenjustiz, der Strafverfolgungen, der Anklagen, der Urteile und Strafvollstreckungen sein werden, mit denen die herrschende Klasse das Proletariat politisch unterdrücken will.

Der besondere Teil des Strafgesetzbuchentwurfs enthält die Tatbestandsmerkmale der einzelnen Verbrechen und Vergehen. Das Verbrechen, mit dem der Katalog der strafbaren Handlungen beginnt, ist der H o c h v e r r a t. Schon in sprachlicher Hinsicht zeigt die Beibehaltung der Bezeichnung Hochverrat, wie sehr die Verfasser des A. E. bestrebt waren, im engsten Zusammenhang mit früheren Rechtszuständen, sogar solchen, die vor der konstitutionellen Monarchie bestanden haben, zu bleiben. Der Begriff des Hochverrats setzt das Bestehen eines Herrschaftsverhältnisses, eines Monarchen oder einer Standeskörperschaft (Patriziat, Senat u. a.) einerseits und eines individuellen Treuverhältnisses des Untertanen andererseits voraus. Die Bezeichnung Hochverrat entstammt der Vorstellungswelt der Feudalzeit[*)].

[87] Der Zweck der Beibehaltung derartig veralteter Bezeichnungen in der Gesetzessprache der Gegenwart entspringt dem Bedürfnis der Bourgeoisie, sich die Scheu, die bei einem Teil der Kleinbürger und des noch nicht zum vollen Klassenbewußtsein gelangten Proletariats vor dem Hochverrat – als dem „schmählichsten“, einst am schärfsten bestraften Verbrechen – aus Ueberlieferung vorhanden ist, auszunutzen. Soweit die geistige Bevormundung von Teilen des Proletariats und des Kleinbürgertums als Folge der Erziehung in Haus, Schule und Kirche noch nicht abgeschüttelt ist, gelingt es der herrschenden Klasse, eine politische Handlung durch Brandmarkung als Verrat, als etwas Schimpfliches erscheinen zu lassen. Das gesamte Proletariat muß begreifen, daß Teilnahme am Befreiungskampf für die Klasse niemals Verrat, sondern ein der eigenen Klasse Treusein und proletarische Pflichterfüllung bedeutet. Das Proletariat muß an seine Handlungen den eigenen Maßstab nach den Interessen seiner Klasse anlegen. Zugleich aber müssen die Arbeiter die Konsequenz aus der restlosen Beseitigung des Untertanenverhältnisses durch die Einführung der bürgerlichen Republik ziehen und verlangen, daß im Gesetz der Republik Bezeichnungen wie Hochverrat fehlen.

Der § 85, Abs. 1 des A. E. bestraft den, d e r m i t G e w a l t o d e r d u r c h D r o h u n g m i t G e w a l t d i e V e r f a s s u n g d e s R e i c h e s o d e r e i n e s L a n d e s ä n d e r t o d e r e i n d e u t s c h e s G e b i e t s t e i l l o s r e i ß t, mit l e b e n s l ä n g l i c h e m Z u c h t h a u s oder mit Zuchthaus nicht unter 10 Jahren. § 85, Abs. 2 droht dieselben Strafen dem an, der den Reichspräsidenten seiner verfassungsmäßigen Gewalt beraubt oder den Präsidenten mit Gewalt oder durch gefährliche Drohung nötigt oder hindert, seine verlassungsmäßigen Befugnisse überhaupt oder in einem bestimmten Sinne auszuüben. Zunächst muß auf die Verschärfung hingewiesen werden, die der A. E. 1925 in seinem allgemeinen Teil enthält, indem er hinsichtlich der Bestrafung des Versuchs vorschreibt, daß der Versuch eines Verbrechens oder Vergehens milder bestraft werden kann als die vollendete Tat (§ 23, Abs. 2), im Gegensatz zum geltenden Recht, das bestimmt, daß der Versuch milder als die vollendete Tat zu bestrafen ist (§ 41 STGB) Gerade bei dem Delikt des Hochverrats, der gewaltsamen Aenderung der Verfassung, erhält diese Aenderung des Gesetzes besondere Bedeutung, weil die siegreich durchgeführte Verfassungsänderung, das vollendete Delikt, praktisch nicht bestraft wird,

[*)] Der Begriff des Hochverrats wird erst verständlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß es in den älteren germanischen Rechtssystemen, in denen der Hochverrat sich entwickelt hat, z. B. im englischen Recht, auch den Tatbestand des kleinen Verrats oder Treubruchs (minor treason) gab, worunter u. a. der Vertrauensbruch eines Lehnsmanns oder Dieners gegen seinen Herrn verstanden wurde. Beide Verbrechensbegriffe geben von der Vorstellung einer angestammten, d. h. mit der Geburt erworbenen Treupflicht aus. Daß beide Begriffe, Hochverrat und niederer Verrat, ein individuelles Verhältnis zwischen Personen voraussetzen, zeigt sich u. a. darin, daß in dem Strafrecht der Monarchien und Feudalstaaten auch Handlungen als Hochverrat und Treubruch bestraft wurden, die in einer bürgerlichen Republik überhaupt keine Staatsverbrechen sein können. Der außereheliche Geschlechtsverkehr mit der Königin und Kronprinzessin ist nach geltendem englischen Recht noch heute Hochverrat (high treason), der Geschlechtsverkehr eines Dieners mit seiner Herrin war kleiner Verrat (minor treason).

sondern nur die mißglückte Versuchshandlung in der Regel zur Strafverfolgung gelangt. Nachdem der Begriff des Unternehmens beim Hochverrat, wie er im geltenden Recht besteht, im A. E. 1925 in Wegfall gelangt ist, ergibt sich bei der Einstellung der Richter die Gefahr, daß konterrevolutionäre Bestrebungen in der Regel als straffreie Vorbereitungshandlungen beurteilt werden, eine politische Betätigung von Proletariern – jeder Versuch auf Erweiterung ihrer Rechte – dagegen mit der Strafe des vollendeten Hochverrats seitens der Gerichte des Klassenstaates bekämpft wird.

Hervorzuheben ist sodann die Verschlechterung. die gegenüber dem geltenden Recht dadurch entsteht, daß durch den A. E. 1925 die Zuchthausstrafe als ordentliche Strafe für den Hochverrat angedroht ist. Zwar ergibt sich, daß nach den Vorschriften des allgemeinen Teils (§ 73) bei mildernden Umständen an Stelle der zeitigen Zuchthausstrafe Gefängnis verhängt werden kann und daß (nach § 71) auf Einschließung – das ist die der Festungshaft des geltenden Rechts entsprechende Straftat – erkannt werden muß, wenn der ausschlaggebende Beweggrund des Täters darin bestand, daß er sich zu der Tat auf Grund seiner sittlichen, religiösen oder politischen Ueberzeugung für verpflichtet hielt. Bei den Anschauungen der Mehrzahl der heute in Deutschland amtierenden Richter würde diese Regelung zur Folge haben, daß Hochverräter und politische Mörder wie Graf Arco und Teilnehmer eines reaktionären Putsches wie von Jagow einen Anspruch auf Einschließung garantiert hätten, während Proletarier regelmäßig zu Zuchthausstrafen verurteilt werden würden. Die Urteile des Staatsgerichtshofes und des Reichsgerichts in den Jahren 1924 bis 1926 lassen diese Gefahr für das Proletariat auf das deutlichste erkennen.

Bezüglich des § 85, Abs 2, muß darauf hingewiesen werden, daß die hier beabsichtigte Regelung des Strafschutzes für den Reichspräsidenten in ihrer Bedeutung nur zu erkennen ist, wenn man zum Vergleich den § 98 des A. E., der unter den Titeln „Angriffe gegen verfassungsmäßige Körperschaften“ und „Nötigung verfassungsmäßiger Körperschaften“ sich mit den Angriffen auf den Reichstag, den Reichsrat, die Reichsregierung, den Reichswirtschaftsrat, die Landtage, die Landesregierungen u. a. beschäftigt. § 98 des A. E. bedroht den Angriff gegen eine solche parlamentarische Körperschaft oder eine Regierung mit Zuchthaus nicht unter 5 Jahren. § 85, Abs. 2 des A. E. bestraft dagegen denjenigen, der den Reichspräsidenten seiner verfassungsmäßigen Gewalt beraubt oder mit Gewalt oder durch gefährliche Drohung nötigt oder hindert, seine verfassungsmäßigen Befugnisse überhaupt oder in einem bestimmten Sinne auszuüben, wegen Hochverrats mit lebenslänglichen Zuchthaus oder mit Zuchthaus nicht unter 10 Jahren. Es zeigt sich also, daß der A. E. den Strafschutz für den Reichspräsidenten ungleich höher stellt, als für den Reichstag, die höchste gesetzgebende Körperschaft des Reiches, die in erster Linie den Volkswillen im Sinne der demokratischen Verfassung vertreten soll. Die vorgeschlagene strafrechtliche Regelung des A. E. ist vom Standpunkt der Weimarer Verfassung aus eine staats- und strafrechtliche Anomalie. Der strafrechtliche Schutz, der dem Reichspräsidenten gewährt werden soll, erinnert an den erhöhten Strafschutz der Monarchen. Eine solche Bestimmung muß, da sie den Interessen des werktätigen Volkes widerspricht, vom proletarischen Standpunkte aus auf das entschiedenste bekämpft werden. Das Reichsjustizministerium hat diese Strafbestimmungen des A. E. über den Hochverrat nicht der geltenden Reichsverfassung, sondern vielmehr einer rückwärts revidierten Verfassung angepaßt, wie sie von den reaktionären Parteien angestrebt wird.

Der § 86 des A. E., der die öffentliche Aufforderung zum Hochverrat mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren bestraft, ist dem § 85 des geltenden Strafgesetzbuches nachgebildet. Da diese Strafandrohung an den bereits wiedergegebenen – eine sehr weitgehende Auslegung zu-[88]lassenden – Tatbestand des § 85 anknüpft, schafft sie für die politische Betätigung des Proletariats neue schwere Gefahren. Der 987 des A. E., der die Vorbereitung des Hochverrats mit Zuchthaus bis zu 10 Jahren bestraft, ist eine Zusammenziehung der Tatbestände, die im geltenden Strafrecht in den §§ 83, 84 und 86 des STGB behandelt sind. Wenn der A. E. in dieser Strafvorschrift auf den unbestimmten Tatbestand des § 86 des STGB verzichtet, dafür aber Sondertatbestände wie Waffen-, Munition- und Geldsammlungen und Verteilung zu hochverräterischen Zwecken anführt, so ist dies vom proletarischen Standpunkt keineswegs als eine Verbesserung des geltenden

Rechts anzusehen, sondern bei der Art der bestehenden Rechtsprechung wird der hochverräterische Zweck von Sammlungen bei proletarischen Tätern sehr leicht konstruiert werden, während Waffen- und Geldsammlungen zu konterrevolutionären Zwecken unbeanstandet bleiben werden. Die Einbeziehung der hochverräterischen Verschwörung, sowie der Anwerbung und Rüstung zu hochverräterischen Zwecken in dem einen § 87 des A. E. bringt im Vergleich zum geltenden Recht zugleich eine Verschärfung der Strafandrohung wegen Vorbereitung eines Hochverrats nicht nur der Strafart, sondern auch dem Strafmaß nach, indem das Höchstmaß der angedrohten Strafe sich von 5 Jahren Zuchthaus auf 10 Jahre Zuchthaus erhöht. Neu ist der Absatz 3 des § 87, der als Provokateurklausel angesehen werden muß. Durch diese Bestimmung wird es den Gerichten erleichtert, unter der Form der Gewährung von Straflosigkeit für den reuigen Mittäter, den Spitzel, der nicht nur als Verräter mitgemacht, sondern als Provokateur das ganze Unternehmen inszeniert hat, freizusprechen; politisch unbequeme Personen dagegen können, trotzdem sie völlig unschuldig sind, auf das belastende Geständnis des zum Schein mitangeklagten Polizei- oder Militäragenten als Hochverräter verurteilt werden. Zu erwähnen ist noch, daß im § 184 des A. E. die Anzeigepflicht bei Verbrechen unter verschärfte Androhung gegenüber dem geltenden Recht gestellt ist. Während § 139 des STGB nur Gefängnisstrafe für Unterlassen einer Anzeige bei Hochverrat vorsieht, wird durch den A. E. eine Nichtanzeige bei Hochverrat in besonders schweren Fällen mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren bestraft.

Als Nebenfolge bei einer Verurteilung wegen Hochverrats sieht der A. E. die Aberkennung der Amtsfähigkeit, sowie des Wahl- und des Stimmrechts vor. Auch hier ist es in das Ermessen des Gerichts gestellt, ob es die Nebenstrafe verhängen will. Bei Ausländern kann das Gericht auf Verweisung aus dem Reichsgebiet erkennen. Damit wird die bisherige – auf Grund des Republikschutzgesetzes geübte – Praxis gesetzlich sanktioniert: Konterrevolutionäre, die sich der Reichsgewalt durch Putsch bemächtigen wollten wie Hitler, können trotz mangelnder Reichsangehörigkeit politisch in Deutschland weiter für ihre volksfeindlichen Bestrebungen arbeiten, während Angehörige deutschsprachlicher Gebiete des Auslands, die für die Arbeiterklasse (z. B. als Buchhändler) tätig waren, im Anschluß an die Beschlagnahme von Schriften als „Hochverräter“, bestraft und durch Urteil aus dem Reichsgebiet ausgewiesen wurden.

Eine lange Reihe von Landesverratsprozessen hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß die Regelung des Landesverrats in dem geltenden von der Monarchie übernommenen Recht keineswegs der äußeren und der inneren Sicherheit des gegenwärtig bestehenden republikanischen Staates dient, sondern in mehrfacher Hinsicht nur den Interessen der monarchistisch-nationalistischen Konterrevolution entspricht. So wurden in dem Fechenbach-Prozeß gegen drei Journalisten über dreißig Jahre Zuchthaus wegen Landesverrats verhängt, obwohl die gesamte republikanisch gesonnene Bevölkerung der Ueberzeugung war, daß von Landesverrat bei allen drei Verurteilten nicht die Rede sein konnte, ihre Veröffentlichungen vielmehr die Aufdeckung von konterrevolutionären Umtrieben partikularistischer Art darstellten. Neben diesem in der Oeffentlichkeit am heftigsten umstrittenen Fall Fechenbach haben auch andere Landesverratsprozesse zu ähnlichen grotesken Ergebnissen geführt. Die Redakteure des A. E. hätten als Beamte der Republik die Erfahrungen dieser Landesverratsprozesse bei der Gestaltung der Strafandrohungen über den Landesverrat berücksichtigen müssen. Die Fassungen aber, die § 91 (Ausspähung von Staatsgeheimnissen) und § 92 (Verrat von Staatsgeheimnissen) erfahren haben, behalten die Fehler des geltenden Rechts bei und bedrohen noch verschärft die verfassungsmäßig garantiertseinsollende freie Meinungsäußerung. Während nach dem geltenden Recht erforderlich ist, daß der Täter die zum Wohle des Reichs oder eines Landes geheimzuhaltenden Nachrichten öffentlich bekanntmacht oder einer anderen Regierung mitteilt, bestraft der A. E. bereits den wegen Landesverrats, der solche Nachrichten an einen anderen gelangen läßt und dadurch das Wohl des Reiches oder eines Landes gefährdet. Vergegenwärtigen wir uns, wie subjektiv das Reichsgericht (z. B. im Falle des Schriftstellers Heinrich Wandt) die Frage des Wohles des Reichs und die der Notwendigkeit der Geheimhaltung von Nachrichten oder Konstruktionskenntnissen beantwortet hat, so erkennen wir die Ziele, die eine reaktionäre Justizbürokratie erreichen würde, wenn die vorgeschlagenen Bestimmungen über den Landesverrat Gesetz werden

würden. Solche Bestimmungen wären weniger ein Schutz gegen Landesverrat und Spionage, als ein Gesetz zur Verhinderung der Aufdeckung gesetzwidriger Zustände bei Behörden, wie sie in der Schwarzen Reichswehr mit ihren Fememorden, in der Anlegung von Waffenlagern zu konterrevolutionären Zwecken im größten Umfange (z. B. im Herbst 1923) bestanden haben. Ein Gesetz in solcher Fassung begünstigt – bei der Durchseuchung der Behörden der Republik mit Konterrevolutionären aller Spielarten – jeden Anschlag zur verschärften politischen Unterdrückung des werktätigen Volkes, militärische Vorbereitungen zum Bruch völkerrechtlicher Verträge durch einzelne Banden, übelste Polizeimachinationen und Korruptionszustände jeglicher Art innerhalb des Behördenkörpers. Sowohl die oppositionelle Presse wie auch jeder Versammlungsredner wären an der Aufdeckung und Kritik solcher Mißstände und Ungesetzlichkeiten gehindert, sie wären der Gefahr ausgesetzt, als Landesverräter [89] verfolgt zu werden. Der Druck auf die freie Meinungsäußerung, der durch die vom Reichsjustizministerium gewünschte Regelung der Landesverratsbestimmungen ausgeübt werden würde, ist um so nachhaltiger, als der A. E. unter Benutzung des Begriffs eines besonders schweren Falls Zuchthausstrafen nicht unter 10 Jahren und sogar lebenslänglichen (!) Zuchthaus androht. Die Anwendung des Begriffs des besonders schweren Falls in politischen Prozessen durch den Staatsgerichtshof und durch das Reichsgericht lassen keinen Zweifel darüber, daß nicht nur Angehörige des Proletariats, sondern auch Kleinbürger, die eine ausgesprochen republikanische Gesinnung in ihren Handlungen betätigt haben, Gefahr laufen würden, zur Verhinderung ihres Kampf es gegen die Konterrevolution als Landesverräter für lange Jahre, wenn nicht für Lebenszeit hinter Zuchthausmauern zu verschwinden.

Uns jede oppositionelle Veröffentlichung, die mit den genannten Vorkommnissen bei Behörden im Zusammenhang steht, zu einer in strafrechtlicher Hinsicht gefährlichen zu machen, versucht der A. E. noch einen neuen – dem geltenden Strafgesetzbuch unbekannten – Tatbestand eines fahrlässigen Landesverrats zu schaffen, den er mit Gefängnisstrafe (d. h. bis zu 5 Jahren) bedroht. Ein solcher Gesetzgebungsversuch kann nur so aufgefaßt werden, daß unbequeme Männer im radikal-republikanischen Lager, die wie z. B. die Senatspräsidenten Großmann und Freymuth infolge ihrer juristischen Schulung es bisher zu vermeiden verstanden haben, bei Aufdeckung von Ungesetzlichkeiten, welche bestimmte Behörden geheimhalten wollten, in die Falle des vorsätzlichen Landesverrats zu gehen, mundtot gemacht oder der strafrechtlichen Rache ihrer politischen Gegner ausgeliefert werden sollen. Der Versuch der Schaffung einer solchen Gesetzesbestimmung erinnert an die Zersetzung im zaristischen Rußland, wo der Senator Lopuchin, der die Mißstände innerhalb der Geheimpolizei durch öffentliches Eingeständnis von Korruptionszuständen einschränken wollte, als Verräter von Staatsgeheimnissen zu zehnjähriger Zwangsarbeit und Verlust aller Rechte verurteilt wurde.

Bezüglich der Fassung der Bestimmungen sowohl über den Hoch- wie über den Landesverrat durch die Redakteure des A. E. muß noch darauf hingewiesen werden, daß der amtliche Entwurf, der doch in einer Zentralbehörde des Reiches unter dem Bestehen der Weimarer Verfassung ausgearbeitet worden ist, die staatsrechtlichen Bestimmungen eben dieser Verfassung, die er zu schützen vorgibt, dauernd mißachtet. So behandelt der A. E. gewaltsame Grenzveränderungen innerhalb des Reiches strafrechtlich gleich der Lostrennung von Gebietsteilen aus dem Reichsverband. Bei landesverräterische Untreue spricht der § 89 des A. E. nicht von der Führung eines Staatsgeschäfts mit einer ausländischen, sondern mit einer anderen Regierung. Bei diesem Wortlaut der Strafandrohung wird auch die Führung der Staatsgeschäfte eines deutschen Landes mit der Reichsregierung oder mit einer anderen deutschen Landesregierung umfaßt. Die vorgeschlagene gesetzliche Regelung würde zur Folge haben, daß der bei der Reichsregierung akkreditierte Beauftragte eines deutschen Landes, wenn er – bei einem Streitfall seines Landes mit dem Reiche – die Ausführung einem gegen die Interessen des Reiches gerichteten Auftrages wissentlich unterläßt, ebenso als gemeiner Landesverräter bestraft werden kann, wie ein Gesandter des Reichs ins Auslande, der die deutschen Interessen gegenüber einer fremden Regierung preisgegeben hat. Auch aus den folgenden Bestimmungen der §9 90, 91 und 92 geht hervor, daß die Redaktion des A. E. im Reichsjustizministerium die älteren partikularen Interessen der Länder über die Interessen des Reichs gestellt hat.

Aus den weiteren Bestimmungen über den Landesverrat seien die Vorschriften des § 94 über die

Herbeiführung einer Kriegsgefahr, Waffenhilfe und Begünstigung des Feindes erwähnt. Die Punkte 1 und 2 dieses Delikts, Herbeiführung der Kriegsgefahr und die Waffenhilfe, sind dem geltenden Recht (§§ 87, 88 STGB) nachgebildet. § 94 Abs. 3 bringt insofern eine Verschärfung gegenüber den entsprechenden §§ 89, 90 und 91 des STGB als nicht mehr „vorsätzliches, sondern schon ein „wissentliches“ Handeln zur Strafbarkeit als ausreichend angesehen wird. Angesichts der Tatsache, daß die Anklagebehörden, die Gerichte und die Militärbehörden des bürgerlichen Staates über das Vorliegen eines Landesverrats nach dem geltenden Recht selbst bei Angeklagten aus der bürgerlichen Klasse häufiger als bei anderen Delikten verschiedener Meinung waren, kann man ermessen, wie leicht die verschärften Bestimmungen Angehörigen des Proletariats zum Fallstrick werden würden[*)].

Da auch der § 94 in besonders schweren Fällen lebenslänglichen Zuchthaus oder Zuchthaus nicht unter 10 Jahren androht, so würde, falls die Fassung des A. E. Gesetz würde, hier die Möglichkeit folgenschwerster Verurteilungen gegeben sein, um so mehr, als im Kriegszustand sehr häufig durch besondere Verordnung die gesetzlich angedrohte lebenslängliche Zuchthausstrafe in Todesstrafe umgewandelt wird.

In diesem Zusammenhang muß auch die neue Bestimmung des § 96 des A. E. erwähnt werden, die unter dem Titel Bandenkrieg eine gegen das Reich gerichtete militärische Unternehmung feindlicher Streitkräfte, die nicht als kriegführende Macht anzusehen sind, einem Kriege gegen das Reich im Sinne des vorher besprochenen § 94 des A. E. gleichachtet. Nach diesem Vorschlag des A. E würde jede Unterstützung solcher Freischaren mit Zuchthaus nicht unter 5 Jahren bedroht sein, in besonders schweren Fällen wäre die Strafe sogar lebensläng-[90]liches (!) Zuchthaus oder Zuchthaus nicht unter 10 Jahren. Aus der Begründung des A. E geht hervor, daß diese neue Strafbestimmung aus den Bedürfnissen des (imperialistischen) Kolonialkrieges entstanden ist. Nach dem Verlust jeglichen deutschen Kolonialbesitzes sollte eine derartige Bestimmung in einem deutschen Strafgesetzbuch entbehrlich sein. Aber die Redakteure des Entwurfs waren der Meinung, daß das Reich in der jetzigen Weltlage mit der Abwehr irregulärer Streitkräfte rechnen müsse. Im Anschluß hieran wird noch in der Begründung hervorgehoben, daß der Ausdruck „feindliche“ Streitkräfte klarstellen soll, daß die Vorschrift nicht etwa auch auf den Partisanenkrieg bei inneren Unruhen Anwendung finden soll. Es ist dies ein gesetzestechnischer Fehler schwerster Art, eine solche Einschränkung nur in die Begründung hineinzuschreiben. Noch mehr als bei den ordentlichen Gerichten besteht im Falle von inneren Unruhen bei eingesetzten außerordentlichen Gerichten oder gar Standgerichten – die nur den Text des Gesetzes, aber nicht die Begründung zur Hand haben – die Möglichkeit von Fehlurteilen, die Todesurteile sein können, wobei die Erschossenen dann die Opfer des Umstandes geworden sind, daß die Verfasser des A. E. nicht voraussehen wollten, daß die Richter das Gesetz auslegen, nicht aber nach der Begründung urteilen. Vom proletarischen Standpunkte aus muß gefordert werden, daß die Bestimmung des A. E. über den Bandenkrieg gestrichen wird.

Gewerkschaftliche Rundschau

a) Internationales.

Die Frage der internationalen Gewerkschaftseinheit steht trotz aller Versuche der Reformisten, dieses ihnen unbequeme Thema auszuschalten, nach wie vor im Mittelpunkt der internationalen Gewerkschaftsbewegung. So hatte sich die Ausschußsitzung des IGB, die vom 12. bis 14. Januar 1927 in Amsterdam tagte, erneut mit dem Antrag, Einberufung einer vorbedingungslosen Konferenz der

[*)] Anmerkung: In welchem Umfange bei dem Delikt des Landesverrats der Maßstab des Urteilenden und nicht die Handlung des Täters ausschlaggebend ist, zeigt besonders deutlich der Fall des früheren Inhabers der Albatrosflugzeugwerke, des Ingenieure Otto Wiener, der auf Grund eines Gutachtens des Admiralstabes der Kaiserlichen Marine während des Krieges wegen Landesverrats abgeurteilt wurde. Es gelang dem Verurteilten, der sehr vermögende und einflußreiche Freunde hatte, nach der Staatsumwälzung nach 6 Jahren durchzusetzen, daß das Reichsgericht im Wege der Wiederaufnahme sein eigenes Urteil revidierte und ihn freisprach. Es ist dies einer der wenigen, wenn nicht der einzige Fall, in dem das Reichsgericht sein eigenes Urteil im Wiederaufnahmeverfahren umgestoßen hat.

Vertreter des IGB mit den Vertretern der russischen Gewerkschaften, zu beschäftigen. Der Antrag wurde gestellt von den englischen Vorstandsmitgliedern im IGB, und hatte folgenden Wortlaut:

„Im Hinblick auf das wiederholte ernste Gesuch des britischen Gewerkschaftsbundes und die sich aufdrängende Notwendigkeit einer geeinten internationalen Gewerkschaftsbewegung erklärt sich der Ausschuß des IGB mit der Anberaumung einer o h n e V o r b e d i n g u n g e n beider Parteien abzuhaltenden Konferenz einverstanden, und zwar unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß eine solche Konferenz sich auf Vertreter des IGB und des Allrussischen Gewerkschaftsrates beschränkt."

Es muß zunächst verwunderlich erscheinen, daß die von H i c k s geführte englische Delegation ins IGB jetzt diesen Antrag wieder aufnimmt, obwohl inzwischen sich gerade die Hicks und Genossen anläßlich des englischen General- und Bergarbeiterstreiks als echte Reformisten betätigt haben und deshalb auch von den führenden russischen Gewerkschaften aufs schärfste angegriffen wurden. Doch sie handelten hierbei zweifellos unter dem Druck der überwältigenden Mehrheit des englischen Proletariats, das gerade durch die aktive bzw. materielle Unterstützung des englischen Bergarbeiterstreiks durch die russischen Gewerkschaften von der Notwendigkeit des Bündnisses mit dem russischen Proletariat praktisch überzeugt wurde. Diese Tatsache ist ein neuer Beweis für die Richtigkeit der von der VII. Erw. Exekutive und den russischen Gewerkschaften beschlossenen A u f r e c h t e r h a l t u n g d e s E n g l i s c h - r u s s i s c h e n E i n h e i t s k o m i t e e s.

Der Antrag wurde mit 12 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Bemerkenswert dabei ist, daß der holländische Vertreter S t e n h u i s, der bei einer früheren Abstimmung für den englischen Antrag stimmte, und der auch auf dem holländischen sozialdemokratischen Parteitag wie auf dem holländischen Gewerkschaftskongreß sehr russenfreundliche Reden hielt, dem gegen ihn angesetzten rechtsreformistischen Druck inzwischen vollkommen nachgegeben hat. Er stimmte daher jetzt nicht nur gegen den englischen Antrag, sondern beantragte sogar den Uebergang zur Tagesordnung. Auffällig ist ferner, daß der internationale Sekretär der Angestellten, S m i t, und der Vertreter Dänemarks, die früher ebenfalls für den englischen Antrag stimmten, diesmal gegen den Antrag auftraten; während andererseits die bisherigen Gegner der Einheit T a y e r l e (Tschechoslowakei) und D ü r r (Schweiz) mit den drei englischen Vertretern P u r c e l l, B r o w n, H i c k s und dem internationalen Transportarbeiter-Sekretär F i m m e n für den Antrag stimmten. Der Umschlag dieser beiden Vertreter ist zweifellos auf die gesteigerte Sympathie der schweizerischen und tschechoslowakischen Arbeiterschaft mit Sowjetrußland zurückzuführen.

*

D e r n ä c h s t e I n t e r n a t i o n a l e G e w e r k s c h a f t s k o n g r e ß wird, wie in derselben IGB-Ausschuß-Sitzung beschlossen wurde, vom 1. bis 6. August dieses Jahres in P a r i s abgehalten. Die wichtigsten Punkte der Tagesordnung sind; Dem organisatorische Aufbau des IGB; Internationale Hilfe bei Lohnkämpfen; Internationaler Kampf um den Achtstundentag (man hat dazu ausgerechnet Th. Leipart zum Referenten bestimmt) und Satzungsänderungen. Selbstverständlich ist auch wieder das Thema Kampf gegen den Krieg und Militarismus vorgesehen, wobei wieder der bekannte Agent des französischen Imperialismus, J o u h a u x, das Referat halten wird.

*

Von Interesse ist auch die Tatsache, daß auf der IGB-Ausschußtagung das von O u d e g e e s t und S a s s e n b a c h geführte Amsterdamer Sekretariat nachträglich einen Rüffel bekam wegen seiner skandalösen Hetze gegen die Amerika- und Mexiko-Delegation, die aus einigen englischen, holländischen, schweizerischen, österreichischen und tschechoslowakischen Gewerkschaftsführern zusammengesetzt war, und an der sich auch Dißmann beteiligte. In dem Beschluß des Ausschusses heißt es u. a.: „Nach eingehenden Besprechungen wird festgelegt, daß der Vorstand des IGB, trotzdem die Vorbereitungen offiziös und außerhalb des IGB erfolgten, die Reise selber nie irgend-[91]wie mißbilligt hat". Man sieht, der Rüffel ist in sehr diplomatischer Form gehalten. Er wird dem toten Dißmann nichts mehr nützen, der sich nach den Darstellungen der „Leipziger Volkszeitung" die hinterhältige Hetze durch das IGB-Sekretariat (nicht Vorstand, wie es im Beschluß heißt), so zu Herzen nahm, daß dieser Aerger mit schuld an seinem Tod gewesen wäre.

Ein starkes Stück leistete sich die IGB-Leitung in der Unterstützung der Kriegsimperialisten gegen Sowjetrußland. Es ist bekannt, daß die baltischen Randstaaten ihre Entstehung sowohl wie auch ihre Aufrechterhaltung hauptsächlich der Unterstützung durch den englischen Imperialismus verdanken. Es ist weiter bekannt, daß der faschistische Umsturz in Litauen ausschließlich ein Werk der englischen Bourgeoisie ist, daß überhaupt die englischen Imperialisten von den baltischen Regierungen den schärfsten Unterdrückungskampf gegen die Kommunisten verlangen. Die Masse der Werktätigen dieser Länder sympathisiert jedoch mit Sowjetrußland. Der Vortrupp des dortigen Proletariats, die Kommunisten, verbinden ihren Kampf gegen den Faschismus und den englischen Imperialismus mit dem Kampf um engste Verbindung mit dem russischen Proletariat.

Als getreue Lakaien des westeuropäischen Imperialismus benützen nun die Amsterdamer Reformisten die blutige Unterdrückung der Kommunisten und der fortgeschrittenen Arbeiterbewegung in den baltischen Staaten, um von den dortigen reformistischen Gewerkschaftsführern Beschlüsse für den Anschluß an den IGB fassen zu lassen, obwohl bei legaler Tätigkeit der dortigen Gewerkschaften bisher immer mit riesiger Mehrheit der Anschluß bzw. die Verbindung mit der RGI und den russischen Gewerkschaften beschlossen wurde. Die IGB-Führer scheuen sich nicht, sogar die litauische Faschistenregierung zu verteidigen und in Schutz zu nehmen, indem sie die blutige Unterdrückung der dortigen Gewerkschaften und Verhaftung von Gewerkschaftsführern als einzelne in der ersten Hitze des Gefechtes. vorgekommene Mißgriffe, die längst wieder gut gemacht worden wären, entschuldigen. Die Gemeinheit findet ihren Gipfelpunkt in der Schreibweise der „IGB-Presseberichte“ vom 4. Januar 1927. Da heißt es:

„Was das Vorgehen gegen einzelne Personen betrifft, so muß man eine Unterscheidung treffen zwischen wirklichen Gewerkschaftsfunktionären und kommunistischen Führern, die nur gewerkschaftliche Funktionen vortäuschen, obwohl damit keineswegs das scharfe Vorgehen der Regierung gegen die Kommunisten entschuldigt ist. Zu bedauern ist, daß die Gewerkschaften selber unter den Umtrieben der Kommunisten sehr zu leiden haben.“

Nach diesen Proben kann man ermessen, mit welchen schoflen Mitteln der mit so großem Geschrei bekannt gegebene Anschluß der baltischen Gewerkschaften an den IGB zustandekam, und daß die Amsterdamer damit nicht dem Interesse des Proletariats, sondern lediglich dem englischen Imperialismus dienen.

Die Abrechnung mit den Verrätern am englischen General- und Bergarbeiterstreik.

Die Führer des englischen Generalrats, allen voran der offene Imperialist Thomas, aber auch die einstigen „Linken“, Purcell, Bromley, Hicks und Genossen, haben sich trotz wiederholter Aufforderung durch die Bergarbeiter-Exekutive geweigert, während des englischen Bergarbeiterstreiks einen Kongreß der englischen Gewerkschaften einzuberufen, um ihre verräterische Haltung zu rechtfertigen. Jetzt, nachdem die Bergarbeiter infolge des Verrats geschlagen in die Gruben zurückkehren mußten, nachdem mehr als 300.000 Bergarbeiter erwerbslos auf der Straße liegen, hat sich der Generalrat endlich bequemen müssen, diesen Gewerkschaftskongreß zum 20. und 21. Januar nach London einzuberufen. Der Bergarbeiterführer Smith hielt die Anklagerede. Seine Hauptanklagepunkte gegen den Generalrat waren: 1. daß der Generalrat bei verschiedenen Gelegenheiten über den Kopf der Bergarbeiter hinweg verhandelt hätte; 2. daß der Abbruch des Generalstreiks erfolgt sei, ohne daß der Generalrat eine Sicherung hinsichtlich der Durchführung des sogenannten Samuelschen Memorandums gehabt habe; 3. daß beim Abbruch des Generalstreiks von dem Generalrat der Gewerkschaften nichts unternommen worden sei, um die Maßregelung der Arbeiter zu verhindern.

Nach einer stürmischen Diskussion, in der Thomas eine wütende Hetze gegen Cook machte, und dieser in einer scharfen Rede die verräterische Rolle des Generalrats brandmarkte, beantragte Cook im Namen der Bergarbeiter eine Urabstimmung unter der Gesamtmitgliedschaft aller englischen Gewerkschaften über die Politik des Generalrats. Die Reformisten bekämpften diesen Antrag aufs wütendste, offensichtlich deshalb, weil sie genau wußten, daß die Mitgliedermasse in ihrer Mehrheit diese verräterische Politik verurteilen würde. Der Generalrat setzte dann auf dem Kongreß, der in seiner Mehrheit von Gewerkschaftsangestellten besucht war, durch, daß nur auf dem Kongreß

abgestimmt wurde. Die Abstimmung ergab 2,8 Millionen Stimmen für den Generalrat und 1,1 Millionen Stimmen für den Antrag Cook (auf den Gewerkschaftskongressen in England wird abgestimmt nach der Zahl der Mitglieder, die die einzelnen Delegierten vertreten). In fast allen Verbänden waren außerdem starke Minderheiten, die aber durch den Delegationszwang nicht gezählt werden. Wenn trotzdem auf dem Kongreß fast ein Drittel der Delegierten für den Antrag Cook stimmte, so bedeutet dies faktisch einen großen Sieg der Opposition und zeigt, wie der Bergarbeiterstreik und die damit verbundene Unterstützung und Haltung der russischen Gewerkschaften eine ungeheure Steigerung der Radikalisierung der englischen Arbeitermassen zur Folge hatte. Das fühlen auch die Reformisten sehr gut; sie haben daher über ihren „Sieg“ kein großes Siegesgeschrei angestimmt.

b) D e u t s c h l a n d.

In der deutschen Gewerkschaftsbewegung ist im Laufe der letzten Monate insofern eine Aenderung eingetreten, als offensichtlich die langanhaltende Depression und Passivität in der Masse der Arbeiterschaft einer beginnenden Steigerung der Aktivität gewichen ist. Die ersten Anzeichen dieses erfreulichen Umschlages fanden ihren Ausdruck in der Textilarbeiterbewegung in Thüringen, Sachsen und Rheinland, ebenso in der Tarifbewegung für die Schuhindustrie. In beiden Fällen kam es zu einer Reihe Örtlicher Streiks mit Aussperrungsandrohung. Beide Bewegungen [92] wurden schließlich durch Schiedssprüche „erledigt“, die Lohnerhöhungen von etwa 6 bis 8 Prozent brachten. Die Verbandsbürokratie hat zu Beginn dieser Bewegung äußerst radikale Töne angeschlagen, wich aber sehr schnell vor den Unternehmern zurück. Wenn es schließlich doch zu Teilerfolgen gekommen ist, so zweifellos nur infolge der sehr starken Erbitterung der Arbeiterschaft, die ohne einen teilweisen Erfolg nicht mehr leicht in die Betriebe hätte zurückgeführt werden können.

Man könnte die Ursache für die Bewegungen in der Schuh- und Textilindustrie darauf zurückführen, daß hier in den Monaten Oktober, November und Dezember eine gewisse Konjunktur vorherrschte. Jedoch macht sich auch in den übrigen Industriezweigen, wo nicht von einer Konjunktur gesprochen werden kann, eine starke Belebung der Arbeiterschaft bemerkbar. Am 1. März und 1. April laufen im ganzen Reiche eine große Anzahl von wichtigen Lohn- und Arbeitszeit-Tarifen ab. Unter dem Druck der Arbeiter ist die Mehrzahl dieser Tarife gekündigt worden mit dem Zweck, eine Arbeitszeitverkürzung bzw. den Achtstundentag und Lohnerhöhungen durchzusetzen. Die Gewerkschaftsführer setzten in den meisten Fällen dem Bestreben der Arbeiter, die Tante zu kündigen, gewisse Widerstände entgegen. Jedoch ist dieser Widerstand längst nicht mehr so stark wie bis vor wenigen Monaten. Ja, es ist sogar festzustellen, daß seit dem endgültigen Ausschalten der SPD aus der Regierungskoalition die Gewerkschaftsführer direkt oder indirekt die Kündigung vieler Tante fördern, ADGB und SPD wollen damit offensichtlich einen Druck auf den Bürgerblock ausüben, um die Bourgeoisie für die Wiederaufnahme der SPD in die Koalition gefügiger zu machen.

Da sie die Tarifbewegungen fast ausschließlich als ein politisches Manöver im Interesse ihrer Koalitionspolitik, aber nicht als einen ernsthaften Kampf um die Wiederherstellung des Achtstundentages und ausreichender Lohnerhöhung betrachten, so kann bei ihnen ganz gewiß nicht von einem ernsten Kampfwillen gesprochen werden, Das geht auch daraus hervor, daß die Gewerkschaftsleitungen überall da, wo Tarifdifferenzen sich zu großen Kämpfen auszuwachsen drohen, schleunigst einschwenken. So wurde beispielsweise der skandalöse Arbeitszeittarif für das mitteldeutsche Braunkohlengebiet, der eine Zwölfstundenschicht vorsieht von den Reformisten mit großem Geschrei über den notwendigen Kampf um den Achtstundentag gekündigt. Doch als das Schiedsgericht einen Spruch auf Weiterbestehen des bisherigen Tarifes mit ganz unwesentlichen Aenderungen fällte, eröffnete die Verbandsbürokratie eine wütende Hetze gegen die Kommunisten, die die Aufnahme des Kampfes verlangten. Stillschweigend nahm sie die Verbindlichkeitserklärung dieses Schiedsspruches und damit die weitere Verlängerung des Zwölfstundentarifes hin. Aehnliche Vorgänge können aus allen Bezirken des Reiches verzeichnet werden. Sie beweisen, wie wenig ernst es den ADGB-Führern mit ihrem angeblichen Kampf um den Achtstundentag ist.

Die gesamte Arbeiterklasse und ganz besonders die kommunistisch-oppositionellen Gewerkschaftler haben jetzt die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die vielen Tarifkündigungen nicht, wie es die Bürokratie

will lediglich zu politischen Schachergeschäften um die große Koalition, sondern zur Massenmobilisation und zur Auslösung wirklich großer entscheidender Kämpfe für den Achtstundentag ausgenutzt werden. In dieser Hinsicht sind die Tarifkündigungen in der Berliner Metallindustrie, in der rheinisch-westfälischen Kohlen- und Schwereisenindustrie von besonderer Bedeutung. Gelingt es, eine weitere Steigerung der Aktivität in der gesamten Arbeiterklasse zu erreichen, dann kann für die Monate März und April mit großen Wirtschaftskämpfen gerechnet werden.

*

Zur Zeit finden im ganzen Reiche die gewerkschaftlichen Ortsverwaltungswahlen statt. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, werden diese Wahlen keine große Veränderung in der bisherigen Besetzung der Ortsverwaltungen bringen. Einigen Verlusten von bisher oppositionell besetzten Ortsverwaltungen stehen eine Reihe von oppositionellen Erfolgen gegenüber. Die Ortsverwaltungswahlen geben jedoch kein genaues Bild über die wirkliche Stimmung in der Mitgliedschaft, weil in den wichtigsten Industrieorten bzw. großen Städten die Wahlen in der Regel nicht durch Urabstimmung der Mitgliedschaft oder allgemeine Mitgliederversammlungen, sondern in Vertrauensmänner- oder Delegierten-Generalversammlungen vorgenommen werden. Allgemein ist gerade bei den diesjährigen Wahlen festzustellen, daß die SPD und die Verbandsbürokratie unter Ausnützung des von ihr beherrschten Gewerkschaftsapparates vielfach oppositionelle Vertrauensleute und Delegierte an der Teilnahme an den Wahlen verhindert und andererseits massenhaft sozialdemokratische Vertrauensleute „macht , um sich so eine künstliche und schwindelhafte Mehrheit zu schaffen. In einer Reihe von Verwaltungsstellen konnte festgestellt werden, daß die reformistische Bürokratie SPD-Arbeiter des gleichen Verbandes aus anderen Orten in die Wahlversammlungen schmuggelte oder an SPD-Leute anderer Verbände neue Mitgliedsbücher ausstellte, um sie auf diese Art in die entscheidenden Versammlungen zu bringen und so sich die Mehrheit zu sichern.

Alle diese Schwindelmanöver der Reformisten beweisen, daß die oppositionelle Gewerkschaftsarbeit der Kommunisten ihre Auswirkungen zeitigt. Dies tritt auch in Erscheinung in der neuerdings wieder schärfer einsetzenden Ausschlußtaktik der Reformisten.

Trotzdem müssen wir, wenn auch heute die Wahlen noch nicht abgeschlossen sind, schon jetzt feststellen, daß diese Neuwahlen die vielfach noch bestehenden großen Mängel und Schwächen der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit aufzeigen. Die kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder, wie die ganze Partei, müssen aus diesen Tatsachen die Lehre ziehen, daß noch weit energischer und zielbewußter Gewerkschaftsarbeit geleistet werden muß. Der wichtigste Faktor hierbei ist die Umgestaltung des gewerkschaftlichen Funktionärkörpers, d. h. die Ersetzung verknöcherter reformistischer Funktionäre durch revolutionäre Vertrauensleute. Diese Arbeit muß vor allem von den Betriebszellen vorbereitet und beharrlich durchgeführt werden. [93]

LITERATUR

Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung.
(„In Verbindung mit einer Reihe namhafter Fachmänner aller Länder
herausgegeben von Dr. Carl Grünberg.“)
12. Jahrgang. Verlag von C. L. Hirschfeld, Leipzig.

Wir wollen einen kurzen Ueberblick über die wichtigsten Arbeiten des Zwölften Jahrganges des „Grünbergschen Archivs“ geben. Das Archiv ist in drei Abschnitte geteilt. I. Teil: „Abhandlungen und Miszellen“; II. Teil: „Urkundliche Mitteilungen“ und III. Teil: „Literatur“.

Der einzige lebendige, aktuelle Artikel ist der Artikel von B. Nikolajewsky über „Die historische Literatur in Rußland während der Revolution“. Nikolajewsky geht davon aus, daß die Nachkriegszeit in ganz Europa das Interesse für die Geschichte der letzten Jahrzehnte stark belebt hat. Ganz besonders aber gilt dies von Sowjetrußland. Der russische Büchermarkt ist noch nie so von zahlreichen neuen geschichtlichen Arbeiten, Memoiren, Dokumentensammlungen überfüllt worden, und noch nie sind so viele geschichtliche Zeitschriften erschienen, wie heute.

Die Ursache diesen reichen geschichtlichen Literatur tritt klar zutage. Die zaristische Zensur ist gefallen. Früher wurde nahezu jegliche Beschäftigung mit historischen Stoffen durch die Zensur unmöglich gemacht. Die Revolution von 1917 hat mit allen diesen Einschränkungen gründlich aufgeräumt. Freilich – so sagt Nikolajewsky – auch heute gibt es in Rußland Beschränkungen der historischen Forschung. „Diese heutigen Einschränkungen haben jedoch im allgemeinen eine Tendenz, die den Zensureinschränkungen des alten Regimes gerade entgegengesetzt ist. Heute existiert jedenfalls eine vollständige Freiheit für die Erforschung der negativen Seiten des Zarismus. Wenn wir noch hinzufügen, daß die Revolution die geheimsten Archive der Zarenregierung zugänglich gemacht hat, und daß dadurch eine ganze Reihe von dunklen, rätselhaften Momenten der jüngsten Zeit aufgehellt werden konnte, so werden wir die Ursachen jenes großen Interesses verstehen, das der russische Leser gegenüber der jüngsten Vergangenheit an den Tag legt.“

Dieses Urteil Nikolajewskys – der bestimmt nicht im Verdacht steht, ein Bolschewik zu sein – ist trotz seiner Einschränkungen ein Lob für die Sowjetrepublik. Man braucht ja nur die deutsche Geschichtsschreibung mit der russischen zu vergleichen! Welche sozialdemokratische Regierung, welcher sozialdemokratische Minister hat es gewagt, „die geheimsten Archive der Regierung“ der Oeffentlichkeit zugänglich zu machen?

Aber Nikolajewsky faßt die Bedeutung der russischen Geschichtsschreibung doch viel zu eng. Das revolutionäre, sieg reiche Proletariat braucht eine revolutionäre Geschichtsschreibung als Waffe im Klassenkampfe. Das revolutionäre Proletariat muß sich dieser Waffe schon von der Machtergreifung bedienen. In viel größerem Maße, mit viel besseren Mitteln und Möglichkeiten kann diese Waffe vom Proletariat aber erst nach den siegreichen Revolution gehandhabt werden. Die proletarische Geschichtsschreibung hat nach der Machteroberung eine ungeheure Arbeit zu leisten. Sie muß mit der Methode des revolutionären Marxismus (die des historischen Materialismus) die seit Jahrhunderten verfälschten Ueberlieferungen prüfen, um sie auf ihren Wahrheitsgehalt zu rektifizieren. Sie muß die Bildung des Proletariats zur Klasse verfolgen. Die Geschichte der Kommunistischen Partei muß geschrieben werden.

Nikolajewsky versteht es nicht, die Geschichtsschreibung Rußlands in diesen weiten Rahmen zu stellen.

Nikolajewsky gibt einen Ueberblick über die letzten Jahre der russischen Geschichtsschreibung. Er schildert die Maßnahmen der Sowjetrepublik, um die Geschichtsschreibung zu fördern. Im Laufe der Revolution tauchte das Problem eines staatlichen Eingriffes in dieses Gebiet auf. Die Revolution hat der Oeffentlichkeit nicht nur die Archive zugänglich gemacht, sondern sie hat zugleich ihre Existenz selbst in Frage gestellt. Viele Archive wurden durch die Revolutionskämpfe arg in Mitleidenschaft gezogen. Gen. Rjasanoff war der erste, der die Frage des Archivschutzes anregte. Es wunde eine „Hauptverwaltung für Archivangelegenheiten“ eingesetzt. Diese Archivverwaltung hat in den ersten Jahren ihres Bestehens eine aufopferungsvolle Tätigkeit zur Rettung vieler wichtiger Archivdokumente entfaltet.

Das Ende des Jahres 1920 und der Anfang des Jahres 1921 – also die Zeit des Beginns der Neuen Oekonomischen Politik – bedeutet auch einen Wendepunkt der russischen Geschichtsschreibung. Gerade in diesen Zeit kann mau ein verstärktes historisches Interesse in den Kreisen der Kommunistischen Partei konstatieren. Ende 1920 wurde eine besondere „Kommission für die Geschichte der Kommunistischen Partei Rußlands und der Oktoberrevolution“ gebildet. Diese Kommission hat Filialen in 64 Städten Sowjetrußlands. Dank dieser weit verzweigten Organisation, und dank der durch die Sowjetregierung verliehenen Vorrechte auf finanzielle Unterstützungen, konnte diese Organisation eine rege Tätigkeit entwickeln. In einigen folgenden Artikeln will Nikolajewsky auf die veröffentlichten Bücher, Zeitschriften usw. näher eingehen.

[94] N. R. AF URSIN UND KARL H. WIIK (HELSINGFORS): „DIE ARBEITERBEWEGUNG IN FINNLAND“. Wiik und af Ursin gehen über die Probleme der finnischen und russischen Arbeiterbewegung oberflächlich hinweg. Ihre Arbeit zeigt nicht die Entwicklung der finnischen Arbeiterbewegung, sondern ist eine Apologie der sozialdemokratischen Führer Finnlands. Deren Halbheit und

Unentschlossenheit in der Revolution 1917/18 soll verdeckt werden, was aber nur sehr schwer gelingt.

GEORG LUKÁCS: „MOSES HESS UND DIE PROBLEME DER IDEALISTISCHEN DIALEKTIK“. Marx und Engels haben im Kommunistischen Manifest über Moses Heß ein hartes und absprechendes Urteil gefällt. Seitdem ist von verschiedenen Seiten und zu verschiedenen Zeiten versucht worden, dies Urteil zu revidieren und zu mildern. Auch Männer wie Franz Mehring haben in dieser Weise den „wahren Sozialisten“ Moses Heß rehabilitieren wollen. Franz Mehring wies auf die ehrliche revolutionäre Gesinnung dieser Männer (in erster Reihe *Heß* selbst) hin.

Mit dieser Betrachtungsweise kommt man aber nicht weit. Man muß die theoretische Fundierung des „wahren Sozialismus“ aufzeigen. Man muß feststellen, daß Moses Heß ein Anhänger der idealistischen Philosophie und darin durchaus mit Lassalle verwandt ist. Zwar versuchte später (1846) Heß den theoretischen Standpunkt Marxens und Engels’ anzunehmen. Das gelang ihm aber nicht. Heß gebraucht zwar teilweise die Marxsche Terminologie, ohne sich aber dem Marxschen Denken und der Marxistischen Methode zu bedienen. Er bezeichnet Marx und Engels als „zu materialistisch“, um den Schwung zu besitzen, der elektrisiert, der das Volk hinreißt. „Nachdem sie (Marx und Engels) die idealistische Philosophie aufgegeben haben, haben sie sich der materialistischen Oekonomie in die Arme geworfen.“ So Heß über Marx und Engels. Es ist heute, nach 80 Jahren, nicht mehr notwendig, darauf hinzuweisen, welchen großen „Schwung“ der Marxismus hat. Lukács zeigt auf, wie Heß sich zwar als ehrlicher Revolutionär an der Lassalleschen Arbeiterbewegung beteiligte, wie er aber theoretisch durch die Berührung mit der materialistischen Dialektik zugrunde ging.

WILHELM MAUTNER (AMSTERDAM): ZUR GESCHICHTE DES BEGRIFFES „DIKTATUR DES PROLETARIATS“. Es ist das Verdienst der bolschewistischen Revolution, den Gedanken der Diktatur des Proletariats in den Mittelpunkt großer Diskussionen gerückt zu haben. Zwar wurde auch schon früher die Frage des Staates und der Revolution diskutiert, aber es wurde nicht zum Zentralproblem, nicht zu einem Losungsworte für breite Schichten der Arbeiterbewegung. Erst Lenin in seiner Schrift „Staat und Revolution“ hat das Losungswort von der proletarischen Diktatur geprägt.

Wilhelm Mautner behauptet, daß Lenin sich zu Unrecht auf Marx berufe. Marx habe unter Diktatur des Proletariats die Wahrung der Demokratie verlangt. Er habe sich auch nicht gegen die Nationalversammlung erklärt. Um das zu beweisen, reißt Mautner einige Zitate aus ihrem Zusammenhange. Er kann sich bei seinen Behauptung lediglich auf die Tatsache stützen, daß Marx das Wort „Arbeiterräte“ noch nicht kannte. Marx ist nicht ein Anbeter der formalen Demokratie gewesen, sondern er wußte sehr gut, daß unter kapitalistischen Verhältnissen die Demokratie eine bürgerliche Demokratie sein muß. Der bürgerlichen Demokratie ist die proletarische entgegengestellt. Das sind Gedankengänge, die Marx und Lenin im gleichen Maße entwickelten. So ist der Versuch Wilhelm Mautners, zwischen Lenin und Marx einen Zwiespalt festzustellen, nicht gelungen.

STEPHAN BAUER (BASEL): „HENRI DE SAINT-SIMON NACH HUNDERT JAHREN.“ Der hundertste Todestag Saint-Simons hat eine reiche Literatur, Vorträge usw. über Saint-Simon zutage gefördert. Saint-Simon, der in einer Zeit lebte, da das Proletariat noch nicht mit klaren Losungen und Klassenforderungen auftrat, hat viele Anregungen gegeben. So ist er zum Vater der Soziologie geworden. Auguste Comte war ein Schüler Saint-Simons. Interessant ist, daß der Saint-Simonismus nach dem Weltkriege noch einmal auftrat. Eine kapitalistische Clique gab sich als wahre Vertreter des Saint-Simonismus aus, um unter dem Banner des großen Utopisten für eine Einigung zwischen Kapital und Arbeit einzutreten.

er II. Teil des Archivs „Urkundliche Mitteilungen“ enthält verschiedenes Interessantes. Carl Grünberg teilt „Urkundliches aus den Universitätsjahren von Karl Marx“ mit.

ANGELICA BALABANOFF: „DIE ZIMMERWALDER BEWEGUNG 1914 BIS 1919.“ A. Balabanoff sieht es als ihre Aufgabe an, das gesamte Material aus der Kriegszeit über die internationale

Arbeiterbewegung zusammenzustellen. Und zwar schreibt sie über die Zeit vom Beginn der Weltkrieges bis zur Gründung der III. (Kommunistischen) Internationale.

Sie gibt die Stimmen der Arbeiterbewegung aus den verschiedenen Ländern wieder, sie schildert (immer durch Dokumente, Resolutionen, zeitgenössische Artikel der revolutionären Presse) die Internationale Konferenz in Zimmerwald und in Kienthal. Besonders ausführlich berichtet sie über die vorbereitenden Schritte zu einer III. Internationalen sozialistischen Konferenz in Stockholm.

Angelica Balabanoff will sich jeden Kommentars enthalten. Die Dokumentensammlung fordert direkt dazu heraus, sie kritisch zu verarbeiten. Es ist eine dringend notwendige Arbeit, dieses Material zu sichten und an Hand des Materials zu zeigen, wie aus der Zimmerwald-Bewegung die III. Internationale erwuchs. Balabanoff bemüht sich, durch die Auswahl ihres Materials diese Tatsache zu verschleiern. Aber selbst diese Auswahl spricht sehr deutlich dafür, daß sich nur die III. Internationale mit Recht auf die Zimmerwald-Bewegung berufen kann.

JOHANNES WERTHEIM schreibt über „DIE FOEDERATION REVOLUTIONAERER SOZIALISTEN ‚INTERNATIONALE'." Er schildert das Entstehen der kommunistischen Bewegung in Oesterreich.

Geben wir einen Gesamtüberblick über das Archiv. Man spürt gerade diesem Jahrgange sehr deutlich an, wie fern das Archiv dem [95] revolutionären Sozialismus steht. Die wichtigsten Fragen des revolutionären Sozialismus finden keine Berücksichtigung. Nur im III. Teil, „Literaturbesprechung" melden sich „Entschiedene" Kommunisten zum Wort, um in ihrer bekannten Weise die Probleme des revolutionären Sozialismus zu entstellen.

Abgesehen von diesen Dissonanzen spürt der Leser wirklich sehr wenig von den Problemen, die die revolutionäre Arbeiterklasse berühren. Für die „namhaften Fachmänner des Sozialismus" gibt es keine Probleme des Leninismus. Diese „Fachmänner" sind keine anderen als die emigrierten Russen. Die „linken" Sozialrevolutionäre und Menschewiki finden sich im Grünbergschen Archiv zusammen. Das drückt dem Archiv den Stempel auf. H. L.

„Dokumente und Reden englischer Bergarbeiterführer über den Generalstreik"[*)]

Von A. Rodin, Berlin.

Die Ereignisse während des großen englischen Generalstreiks haben in klarer Form jedem revolutionären Arbeiter und Gewerkschafter gezeigt, daß der Reformismus infolge seiner direkten und indirekten Unterstützung des Kapitals niemals die Kämpfe um die Interessen der Arbeiterklasse zum Siege führen kann. Dieser gewaltige Kampf war eine ungeheure Vergeudung der Kräfte des englischen Proletariats, nur darum, weil die Reformisten stets die „Verantwortung" den Unternehmern gegenüber hochhalten und an die Möglichkeit des erfolgreichen Kampfes gegen die Bourgeoisie nicht glauben. Er hat in einer sehr eindeutigen Weise die Richtigkeit der von Marx und Lenin festgelegten Lehren üben die Organisierung der proletarischen Revolution, über die Rolle des Reformismus in der Epoche des Imperialismus usw. praktisch bewiesen. Daher ist die Sammlung und Herausgabe der wichtigsten offiziellen Aufrufe, Kundgebungen, sowie der Reden und Meinungsäußerungen sowohl den Reformisten als auch ihrer Kritiken, über diese großen Ereignisse, aus denen die Gründe und Bedeutung des großen Verrats hervorgehen, sehr wichtig.

Darum verdient die von den Genossen J. Lewin und L. Zoobok angefertigte Zusammenstellung der wichtigsten Dokumente über den englischen Generalstreik große Beachtung. Vor allem für die nichtenglischen Arbeiter, denen nur sehr spärlich die Reden und Aufsätze, die von den englischen Arbeiterführern stammen, übermittelt wurden, ist die Herausgabe vorliegender Sammlung von großem Wert.

Als Einführung in die wesentlichen Teile der Broschüre ist die Zusammensetzung des Generalrats, der während des Generalstreiks eine jämmerliche Rolle spielte, und eine Chronik der mit dem

[*)] Zusammengestellt und mit Erläuterungen versehen von J. Lewin und L. Zoobok, Verlag der RGI Auslieferungsstelle: Führer-Verlag, Berlin NW 6, 1926, 139 S., Organisationsausgabe 1,20 M.

Generalstreik zusammenhängenden Ereignisse sowie einige reformistische Aeußerungen über den Bericht der königlichen Kohlenkommission wiedergegeben. Der zweite Abschnitt: „Die Geschichte des Streiks in der Schilderung der Arbeiterführer“ ist für jeden, der die Einzelheiten des gewaltigen Kampfes kennen will, sehr lesenswert. Zwei große Aufsätze, von Lansbury und Brailsford, die kurz nach dem Generalstreik geschrieben wurden, geben, trotzdem ihre Verfasser alte Reformisten sind, ein ziemlich ausführliches Bild von der Schwere des Verrats des Generalrats ab.

„Man hatte sie gewählt, die Gewerkschaftsbewegung zu leiten, nicht Geschichte zu schöpfen. Sie beflecken sich jedoch damit, daß sie in diesem Kampf, der die Loyalität und den Altruismus der Massen weckte, das Werk beschmutzten und alle Opfer der Bewegung zunichte machten, indem sie die Bergarbeiter ihrem Schicksal überließen.“

So schließt Brailsford, vor dem Kriege Liberaler, einen größeren Aufsatz über den Generalstreik. Dem folgen noch Ausführungen von Cook einerseits und Thomas, MacDonald andererseits, sowie unzählige bedeutende Dokumente. Im dritten Kapitel wird an Hand wichtiger Schreiben und Protokolle der Nachweis für die schmähliche Kapitulation des Generalrats gebracht. Der vierte Abschnitt enthält sehr wertvolle Parlamentsberichte und Aeußerungen aus der Zeit nach dem Generalstreik. Besonders auffallend sind hier die Verteidigungsschreiben der „linken“ Führer, die die Tatsache des Verrats mit scheinheiligen Phrasen zu verdecken versuchen. Es wäre zweckmäßig gewesen, den von Ben Turner erwähnten Artikel des früheren Wohlfahrtsministers in der MacDonald-Regierung, Weathley, der als Aeußerung eines rechten Arbeiterführers im Vergleich zu den „linken“ Turner, Purcell, Hicks usw. interessant ist, in der Sammlung abzudrucken. Dies, da dieser Artikel u. W. in keiner deutschen Zeitung erschienen ist.

Sehr wertvoll sind die Schilderungen und Berichte aus den einzelnen Ortschaften, die eine ausführliche Illustration von der Wirkung des Streiks auf die Massen abgeben. Zum Schluß sind die Auf rufe, Rundschreiben, die von der Minderheitsbewegung und der KPE im Zusammenhang mit dem Generalstreik herausgegeben wurden, zu finden. Diese Dokumente sind für die Verfolgung und Beurteilung der Taktik der englischen Partei unentbehrlich.

Ein Fehler, auf den hinzuweisen wäre, ist der eigentlich sehr frühe Abschluß der Zusammenstellung (20. Juli), besonders, wenn man bedenkt, daß eine Reihe wichtiger Tagungen der Gewerkschaften und der Arbeiterpartei, die allesamt mehr oder minder unter dem Einfluß des Generalstreiks standen, dadurch unbeachtet blieben.

Im großen und ganzen gehört diese Broschüre zu den besten Darstellungen des Generalstreiks und sollte daher nicht nur als Material in der Gewerkschaftsarbeit verwendet werden, sondern auch eine große Verbreitung unter den gewerkschaftlich Organisierten finden, weil die Lehren des englischen Generalstreiks auf Jahre hinaus von bedeutendem Einfluß für die internationale Arbeiterbewegung sein werden und die reformistische Gewerkschaftspraxis in klares Licht rückt. A. Rodin. [96]

*

Ein Weltatlas für Arbeiterleser

(„The Plebs Atlas“, London 1926. Englisch. 58 Karten für proletarische Leser, gezeichnet von J. F. Horrabin. Preis 1 Schilling)

Das Bedürfnis nach einem Kartenwerk, das einerseits wohlfeil und das andererseits vom proletarischen Standpunkt aus angefertigt ist, ist zweifellos vorhanden. Unsere Presse sieht sich, was Kartenskizzen zu aktuellen Ereignissen anbelangt, durchweg auf die Kartenklichées bürgerlicher Korrespondenzbüros angewiesen. Diese „Kartenbeilagen“ sind aber weder vom Standpunkte einer proletarischen Politik aus gezeichnet, noch erfüllen sie im allgemeinen – auch vom Standpunkt der bürgerlichen Presse aus – die elementarsten Ansprüche, die man vom pädagogischen Standpunkt aus an derartige Skizzen zu stellen hat.

J. F. Horrabin, der neuerdings auch in Deutschland durch seine „Wirtschaftsgeographie“ (Verlag für Literatur und Politik) bekannt geworden ist, und der vielleicht einer der bedeutendsten lebenden Kartenzeichner sein dürfte, hat nun einen Atlas geschaffen, der diesem Bedürfnis einigermaßen

nachkommt. Horrabin war eine zeitlang Mitglied der englischen KP; heute steht er dem Kreise um „Lansbury's Labour Weekly" nahe, ist demgemäß nicht frei von den politischen Fehlern, die die nichtkommunistische englische „Linkeflügelbewegung" während der letzten englischen Ereignisse gezeigt hat.

In seinem „Atlas", der eine Zusammenstellung seiner in der neueren Zeit einzeln erschienenen aktuellen Kartenskizzen darstellt, treten nun aber Horrabins negativen Züge (abgesehen von solchen „Unklarheiten", wie der Georgienkarte auf S. 30 unten, wo der Eindruck entsteht, als gehöre Georgien nicht zu Sowjetrußland. Auf S. 35 ist die Zugehörigkeit Georgiens klar.) im allgemeinen durchaus zurück. Dafür zeigt der Atlas alle Vorzüge der Horrabinschen Begabung in glänzendstem Licht. Horrabin bezeichnet sich als einen Menschen, der „unbedingt glaubt, daß eine Karte sich darauf beschränken sollte, lediglich eine Tatsache klarzumachen – so daß andere Tatsachen der Darstellung anderen Karten überlassen bleiben". Diese Einstellung, die einem der Grundgesetze der Pädagogik, dem Prinzip der Isolierung der Schwierigkeiten, folgt, erweist sich in Horrabins Praxis als außerordentlich fruchtbar. Die wesentlichen ökonomisch-politischen Probleme der Gegenwart (Horrabin stellt seine Karten ausdrücklich in den Dienst des Studiums der Weltpolitik und des Imperialismus) treten in eindeutiger Schärfe heraus. Was ein langer Aufsatz nicht geben kann: das konkrete Raumbild, das vermittelt die gut angelegte Karte mit wenigen, einfachen Linien.

Dein speziellen Zwecke gemäß, zunächst dem englischen Arbeiterleser zu dienen, sind. die englischen Verhältnisse recht ausführlich behandelt (in 9 Karten, von im Ganzen 58): die Probleme der deutschen Wirtschaft und Politik dagegen treten mehr zurück. Trotzdem ist in dem englischen Kartenwerk doch ziemlich alles Wichtige berücksichtigt. was die Weltpolitik gegenwärtig an brennenden Fragen bietet, und wovon ein politisch geschulter Arbeiter sich im wortwörtlichen Sinne ein „Bild" machen können sollte: Da sind Karten, die die Gruppierung der großen Weltmächte zeigen, Karten, die die materiellen Grundlagen des westeuropäischen Stahltrusts angeben, Skizzen des polnischen Problems, der imperialistischen Ansprüche des faschistischen Italien, der Balkankonflikte (einschließlich Bessarabiens). Andere Karten informieren – und zwar stets. in der eigentümlich künstlerisch-eindrucksvollen Art der Horrabinschen Zeichnung – über die Konfliktherde des internationalen Petroleumimperialismus in Vorderasien, sowie über die künstliche Struktur des englischen Weltreichs. China ist, ganz gewiß berechtigterweise, mit nicht weniger als sieben Karten vertreten. Auch für die Nikaragua-Krise und für die Abessinische Frage findet der proletarische Leser Karten, die ihm, zusammen mit dem Begleittext, eine schnelle erste Orientierung erleichtern dürften.

Unsere Beschreibung einiger Hauptmomente des Horrabinschen, Kartenwerks erschöpft keineswegs die Fülle von Tatsachen, Perspektiven und Gedanken, die der neue englische Arbeiteratlas enthält. Ein deutscher proletarischer Verlag, der es unternehmen würde, den „Plebs-Atlas" mit deutschem Text und deutscher Namensgebung herauszugeben – mit einigen Aenderungen vielleicht: etwas weniger „England", trotz der großen Wichtigkeit seiner gegenwärtigen sozialen Entwicklung; dafür etwas mehr „Deutschland"; Beseitigung der Unklarheiten auf der einen Georgienkarte – ein Verlag, sage ich, der solches unternehmen würde, erwürbe sich zweifellos um die Förderung der weltpolitischen Bildung der deutschen klassenbewußten Arbeiterschaft ein beträchtliches Verdienst. Dabei ‚sollte. man sich bemühen, die deutsche Ausgabe ebenso, oder wenigstens annähernd so billig zu halten, wie das englische Originalwerk. Eine Kartensammlung, die nicht mehr kosten würde als eine Mark, wäre einer weiten Verbreitung so gut wie gewiß. K. A. Wittfogel.

Nach einer genauen Nachprüfung der Thesen des Genossen Losowsky über „Vertrustung, Rationalisierung und unsere Aufgaben" in Nr. 10/11 der Kommunistischen Internationale und nach Veröffentlichung der Thesen der VII. Erweiterten Exekutive sehen wir uns zu der Erklärung veranlaßt, daß die im Artikel „Die kapitalistische Rationalisierung und die KPD" (Nr. 24, 9. Jahrg. der „Internationale") ausgesprochene Kritik der Ansichten des Genossen Losowsky (bei allgemein richtiger Einschätzung der Fehler des Genossen Smoljanski) unrichtig ist. Wir kommen auf die Frage in der nächsten Nummer der „Internationale" zurück. Die Redaktion.

Das Heft 25 des 9. Jahrgangs der „Internationale" gilt als Heft 1 des 10. Jahrgangs. Das Heft 2/3 erscheint als Doppelnummer. Die Redaktion. [97]

Die Internationale
Jahrgang 10 * Berlin, den 15. Februar 1927 * Heft 4

Vor dem XI. Parteitag in Essen

Berlin, den 15. Februar 1927

Ew. Die Periode vom Berliner bis zum Essener Parteitag ist in der Entwicklung unserer Partei eine der bedeutsamsten. In dieser Zeit vollzog sich eine grundlegende Aenderung innerhalb der Partei wie auch in ihrem Verhältnis zu den breiten Massen. Nach dem Versagen der Parteileitung im Jahre 1923 erhielt die Linke die Macht in der Partei. Teilweise als Reaktion auf die opportunistischen Fehler vor allem in den Oktobertagen, in der Hauptsache als Resultat der antileninistischen Ideologie der wichtigsten Führer der Linken, schlugen die rechten Fehler in einen „umgestülpten Menschewismus", in linke Kinderkrankheiten um. Versuche, diese Entwicklung, die die Partei von den breiten Massen isolierte, aufzuhalten, blieben bis und auch auf dem Berliner (X.) Parteitag in den Anfängen stecken. Dieser Parteitag stand im Zeichen des schwindenden Einflusses der Partei unter gleichzeitigem Beginn einer Umgruppierung der Arbeiterklasse, die zeitlich mit ihrer Erholung von den schweren Niederlagen 1923/24 und der Sammlung ihrer Kräfte für neue Kämpfe zusammenfällt. Der immer vorhandene Gegensatz zwischen dem Willen der Mitglieder zur Revolution, und der kleinbürgerlichen Niederlagen-Philosophie solcher „Führer"-Elemente wie Maslow-Fischer-Scholem, wurde durch eine in jahrelangen innerparteilichen Kämpfen erlangte fraktionelle Disziplin überbrückt. Ein innerparteiliches Regime der f o r m a l e n Disziplin, die Unterdrückung jeder Stimme der Kritik, die „Erklärung" der Niederlagen der Partei durch Beschönigungen, das Aufgeben jeder ernsten Selbstkritik und die Durchdringung der Partei mit antileninistischen Auffassungen, führten zur Erstarrung der Partei und ihrer Entfernung von den Massen. Es bedurfte des Offenen Briefes, um unsere Partei in die Bahn des Aufstiegs zurückzureißen, und damit die Voraussetzungen für die Erfüllung der historischen Rolle der Kommunistischen Partei in dieser neuen Etappe der proletarischen Revolution zu schaffen.

Leicht war diese Aufgabe nicht. Klammerten sich doch die „linken" Bankrotteure vom Schlage Maslow-Fischer an die Opposition in der KPdSU Sie benutzten das revolutionäre Prestige solcher Namen wie Sinowjew und Trotzki, um ihre eigene verschlissene Fassade auszubessern. Hinter ihrem klappernden Wortradikalismus verbarg sich der Unglaube an die Möglichkeit der Aufrechterhaltung der Sowjetunion in der Umklammerung der imperialistischen Staaten, an die Möglichkeit des Fortschreitens der sozialistischen Entwicklung in der Union auch bei einer Verzögerung der Revolution in den anderen Ländern.

Aus diesem Pessimismus, aus diesem Unglauben an die Revolution auch in Deutschland, kamen diese „Führer" zu der Auffassung, daß die Entwicklung der KPD und der KI zu „Nürnberg", zum Reformismus unvermeidlich ist. Sie identifizierten ihre eigne Haltlosigkeit, ihren eignen Fäulniszustand mit dem der Arbeiterklasse und der Partei. Sie verkannten, daß die Arbeiter-[98]klasse festere soziale Wurzeln als sie, die wurzellosen Kleinbürger, hat. Sie vergaßen, daß die von der Arbeiterklasse und der revolutionären Partei mit Leiden und Opfern im Kampf gegen die Bourgeoisie und den Reformismus gewonnenen Erfahrungen e i n e der Garantien gegen jedes Liquidatorentum sind. Eine revolutionäre Welle schwemmte diese Elemente in die Bewegung, ihr Zurückebben spülte sie weg. Nur noch einige Reste werden auf dem XI. Parteitag vertreten sein; zersplittert in drei, vier „Gruppen", aber verbunden durch eine gemeinsame, dem Leninismus feindliche Ideologie, verbunden durch die Ablehnung der Massenpolitik und der negativsten Kritik gegenüber der Partei. Der Essener Parteitag kann feststellen, daß über 90 Prozent der Partei gegen das ultralinke Liquidatorentum stehen. Es gilt jetzt, die letzten Reste zu liquidieren, um ungehemmt durch das Gift eines antibolschewistischen Geistes die großen Aufgaben noch energischer wie bisher in Angriff zu nehmen. Dabei wird die Partei in ihrer überwältigenden Mehrheit nicht für einen Augenblick vergessen, daß mit der Entwicklung der größten Manövrierfähigkeit stets verbunden sein muß das Festhalten an den Grundsätzen, die Aufrechterhaltung des selbständigen Handelns der Partei in allen Situationen.

Wir befinden uns in Deutschland noch im Zustand der relativen Stabilisierung. Die Bourgeoisie befindet sich – verglichen mit den Jahren 1918 bis 1924 – in einer ungleich günstigeren Position.

Oekonomisch ist sie erstarkt. Durch die Konzentration in der Industrie und eine ausgedehnte Hochschutzzollpolitik ist der Industrie das Monopol des inneren Marktes gesichert. Die Kartellierung, Syndizierung und Vertrustung in Verbindung mit einer rigoros durchgeführten Verbesserung der arbeitsorganisatorischen und -technischen Produktionsverhältnisse, hat die Schlagkraft der wichtigsten deutschen Industrien im Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt erhöht.

Hand in Hand mit der ökonomischen Erstarkung des kapitalistischen Deutschland hob sich seine außenpolitische Machtgeltung. Der Berliner Parteitag konnte erst die Tendenz zu einer neuen imperialistischen Entwicklung in Deutschland feststellen. Heute sind diese Tendenzen zu Tatsachen geworden. Locarno, Genf, Thoiry sind nur Etappen auf dem Weg der deutschen Bourgeoisie zur Abstreifung der Fesseln der Niederlage im Weltkrieg. Die Widersprüche des hochentwickelten deutschen Kapitalismus drängen erneut zur imperialistischen Expansion. Das in seinen militärischen Machtmitteln beschränkte Deutschland wird infolge der ganzen weltpolitischen und geographischen Konstellation gezwungen, die Befriedigung dieser imperialistischen Machtgelüste im Osten zu suchen. Aus der Anlehnung des geschwächten, vom französischen Imperialismus niedergehaltenen, unterdrückten Deutschland des Jahres 1923 an die Sowjetunion, ist schon längst ein Deutschland geworden, das zwischen der Sowjetunion und den imperialistischen Mächten des Westens um seine eigne Bewegungsfreiheit schachert und den Uebergang zur offenen imperialistischen Front vollzieht. Deutschland befindet sich jetzt im Prozeß des Ueberganges zur aktiven Kampfstellung gegen die Sowjetunion. Es vollzieht seine Einreihung in die von England geführten und unterstützten Kriegsmächte, die den neuen Interventionskrieg gegen die Sowjetunion planmäßig vorbereiten.

Die deutsche Arbeiterklasse ist sich in ihren breitesten Massen der großen Gefahr eines neuen drohenden Krieges nicht bewußt. Sie ist sich insbesondere nicht bewußt, daß Deutschland automatisch in jeden neuen Krieg infolge seiner geographischen Lage und der Politik der Bourgeoisie hineingezogen werden wird. Aufgabe des Essener Parteitages wird es sein, die aus der Entwicklung des neudeutschen Imperialismus erwachsenen Aufgaben schärfstens herauszuarbeiten, Mittel und Wege zu finden, um dem ganzen deutschen [99] Proletariat die ungeheuren Gefahren eines neuen Krieges vor Augen zu führen. Die große Passivität der deutschen Arbeiterschaft während des englischen Bergarbeiterkampfes, das Unvermögen der Partei, eine ernste Solidaritätsbewegung der deutschen Arbeiterschaft in dieser Zeit zu organisieren, muß uns eine Lehre sein, daß wir ohne eine tiefe und ernste Vorbereitung der gesamten Partei und Arbeiterklasse für den Fall neuer kriegerischer Verwicklungen unsere revolutionären Aufgaben nicht erfüllen könnten, sondern durch die Flut der bürgerlichen und reformistischen Lügenkampagnen, durch die Terrormaßnahmen der Bourgeoisie vorübergehend zurückgedrängt werden würden.

I n n e n p o l i t i s c h findet der Essener Parteitag eine vollkommen klare Lage. Infolge der ökonomischen Erstarkung der deutschen Bourgeoisie, infolge ihrer außenpolitischen Erfolge, infolge einer zurückgeschlagenen Arbeiterschaft, ist die deutsche Bourgeoisie in der Lage, auf die sieben Jahre lang durchgeführte o f f e n e Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspolitik mit der Sozialdemokratie und der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie zu verzichten. Dieser Verzicht zeigt die Erstarkung der Bourgeoisie und ist gleichzeitig Ausdruck ihrer Absicht, durch die vorübergehende Ausschaltung der Sozialdemokratie die Gegensätze in ihrem eignen Lager durch die Verständigung mit den Deutschnationalen zu verringern, diese Kräfte der äußersten Konterrevolution, die in der Armee, der Justiz und der Verwaltung die ausschlaggebende Rolle spielen, aus einem störenden Element der Außenpolitik in den aktivsten Träger des neudeutschen Imperialismus zu verwandeln. Die Durchführung dieser imperialistischen Politik aber erfordert die brutalste Niederhaltung und Unterdrückung der Arbeiterklasse. Darum die Auslieferung der wichtigsten Ministerien an die deutschnationalen Minister, darum die Vorbereitung einer Kette von gesetzgeberischen Maßnahmen, die alle die Bewegungsfreiheit des Proletariats eindämmen und die letzten Errungenschaften der revolutionären Kämpfe der deutschen Arbeiterschaft restlos liquidieren sollen.

Es ist notwendig, daß unsere Partei den Ernst dieser Gesamtentwicklung klar erkennt. Gleichzeitig aber müssen wir erkennen, daß die Widersprüche der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in Deutschland eine neue Reihe gewaltiger Klassenauseinandersetzungen herbeiführen werden. Als

subjektiver Faktor dieser Kämpfe der Arbeiterklasse gegen die Stabilisierung des deutschen Kapitalismus muß die Kommunistische Partei mit größter Sorgfalt, unter Berücksichtigung der Verhältnisse der verschiedenen Gebiete des Landes, und unter Berücksichtigung der Interessen der Arbeiterschaft der verschiedenen Industriegruppen, die Kämpfe um die Tagesforderungen des Proletariats organisieren, von denen jeder einzelne ein Schlag gegen die Stabilisierung und ein Hinauswachsen über den Rahmen dieser Tagesforderungen selbst sein muß.

Mit dem Offenen Brief hat die Kommunistische Partei nach einer längeren Periode einer falschen Politik die ersten Schritte zu den breiten Massen gemacht. Wir haben Erfolge gehabt. Die Fürstenenteignungskampagne, der Kongreß der Werktätigen, sind ein Beweis dafür, daß die Partei die Einheitsfronttaktik richtig angewandt, daß sie mit Hilfe von Teilfragen breite Massen mobilisiert und verstanden hat, den Kampf um diese Teilfragen mit unsern Grundsätzen und unsern Endzielen zu verbinden. Aber wir wollen uns klar darüber sein, daß die Kämpfe und Kampagnen der Partei im vergangenen Jahr erst ein Anfang sind. Vor allem gelang es in der ganzen letzten Periode nicht, größere wirtschaftliche Kämpfe der Arbeiter auszulösen. Seit langen Jahren hat der deutsche Kapitalismus nicht eine solch niedrige Streikziffer gehabt wie im Jahre 1926. Und doch ist hier für die unmittel-[100]bare Zukunft die Achillesferse der deutschen Bourgeoisie. Die Ueberwindung der Bourgeoisie in direktem revolutionärem Ansturm der Massen ist im gegenwärtigen Moment nicht möglich. Wohl aber ist schon jetzt die E r s c h ü t t e r u n g der kapitalistischen Wirtschaft durch die Lohn- und Arbeitszeitkämpfe der Arbeiterklasse möglich. Diese Kämpfe sind nicht nur aus diesem Grunde eine notwendige Voraussetzung für den Sieg der Revolution, sondern auch noch aus einem anderen Grunde. Ohne die Hineinziehung der breitesten Arbeitermassen in die wirtschaftlichen und sozialen Kämpfe wird es kaum ein Ueberschreiten der den Charakter von Kampagnen und Demonstrationen tragenden politischen Kämpfe der Arbeiter geben. Und darum muß der Essener Parteitag vor der Gesamtpartei die Losung stellen und ihre Durchführung mit allen Kräften erzwingen: die Schwerkraft der Arbeit der Partei muß auf die Gewerkschaften konzentriert werden. Wohl mag es der Partei gelingen, bei großen Kampagnen, besonderen politischen Ereignissen, stimmungsgemäß breite Teile der hinter den Reformisten stehenden Arbeiter mehr oder weniger stark in unserm Sinne zu beeinflussen. Aber all dieses wird Schall und Rauch sein, wenn es der Partei nicht gelingt, in viel stärkerem Maße und viel rapiderem Tempo als bisher in die Gewerkschaften einzudringen, durch die Eroberung der unteren Funktionen und der lokalen Leitungen den Reformisten ihr stärkstes organisatorisches Fundament zu entziehen. Unzweifelhaft haben wir auch auf diesem Gebiet Erfolge erzielt. Aber sie können in keiner Weise befriedigen. Was soll man dazu sagen, wenn es heute noch in der Kommunistischen Partei 25 bis 30 Prozent organisationsfähige Kommunisten gibt, die noch nicht in den freien Gewerkschaften organisiert sind? Noch heute herrscht in breiten Kreisen der Partei eine nicht genügende Erkenntnis der Wichtigkeit der Gewerkschaftsarbeit, ja eine Unlust gegenüber der Erfüllung der Verpflichtungen auf diesem Gebiet. Dieser Zustand muß schnellstens und restlos überwunden werden. Jeder Kommunist muß Funktionär in anderen Arbeiterorganisationen, vor allem in den Gewerkschaften sein. Dies ist die erste und wichtigste Aufgabe, die wir in um so stärkerem Maße zu lösen imstande sein werden, je mehr unsere Partei zum Träger einer neuen und starken Eintrittsbewegung der unorganisierten Arbeiter in die freien Gewerkschaften wird. Die monarchistische Bourgeoisie hat ihren Schlachtruf: Hinein in den Staat! Die Reformisten rufen: Hinein in die Republik und die Regierung! Der kommunistische Schlachtruf muß werden: Erobert die Gewerkschaften! Das ist der Schlüssel zur Lage der Arbeiterschaft, der einzige Weg, auf dem man das Tempo der Linksbewegung wirklich beschleunigen und die Reformisten schlagen kann.

Die zweite vor uns stehende Aufgabe für die ganze nächste Periode ist: wie können wir aus den Reihen der Millionen deutscher Arbeiter, die uns heute bereits bei allen Wahlen, bei allen politischen Kundgebungen folgen, Hunderttausend der opferwilligsten und klarsten zu Mitgliedern unserer Partei machen? Wir haben die zersetzenden Tendenzen der oppositionellen Strömungen in unserer Partei im wesentlichen niedergerungen und dadurch die Anziehungskraft der Partei auf die breiten Massen erhöht. Mit größter Sorgfalt müssen wir jetzt die neu eintretenden Mitglieder schulen, ihnen ihren Kräften entsprechende Aufgaben zuweisen und so der in unserer Partei noch immer grassierenden

Fluktuation Einhalt gebieten. Die bolschewistische Organisationsform der Betriebszellen – die die Partei mit der entscheidenden Masse der Arbeiter verbindet und die Initiative jedes einzelnen Mitgliedes entwickelt, die Kraft der Partei durch die Bildung kleiner Organisationseinheiten verzehnfacht – hat sich in der Partei im allgemeinen durchgesetzt. Wer aber will bestreiten, daß auch auf diesem Gebiet noch die [101] Hauptarbeit zu leisten ist? In vielen Bezirken sind die meisten Organisationen noch auf Straßenzeilen aufgebaut. Trägheit und Furcht vor Schwierigkeiten haben dazu beigetragen, die Beschlüsse der Partei in diesen Fragen mangelhaft durchzuführen. Der Essener Parteitag wird der Partei die Aufgabe stellen, diese Arbeit zu vollenden und die bestehenden Betriebszellen politisch aktiver zu gestalten und den Schwerpunkt des ganzen Parteiaufbaus auf die Großbetriebe zu legen.

Wir stellen die Stärkung der Partei als eine der wichtigsten Aufgaben in den Vordergrund. Gleichzeitig aber müssen wir erkennen, daß es Millionen Arbeiter gibt, die entweder Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei sind oder unter ihrem dauernden ideologischen Einfluß stehen, d. h. die infolge ihrer ganzen gegenwärtigen Einstellung noch nicht bereit sind, Mitglieder der Kommunistischen Partei zu werden, wenn sie auch in Aktionen und Teillosungen mit den Kommunisten zusammen gehen und kämpfen. Es sind dies Schichten, die, unter der Führung der Sozialdemokratischen Partei stehend, gegenwärtig alle Kämpfe der Arbeiterklasse zugunsten der Bourgeoisie entscheiden. Ihre Klassenkraft und ihr Klassenbewußtsein wird paralysiert durch die reformistische Ideologie der Sozialdemokratischen Partei, die organisatorische Beherrschung durch sie. Es wäre verfehlt, wollten wir in der jetzigen Zeit eine d i r e k t e Entwicklung g r o ß e r T e i l e dieser Arbeitermassen zur Kommunistischen Partei erwarten. Es gibt in der Sozialdemokratischen Partei gegenwärtig keine Strömung, die, wie 1920 in der USPD, die Frage der Spaltung auf Grund der prinzipiellen Gegensätze zwischen Reformismus und Kommunismus stellen könnte. Nichtsdestoweniger aber geht der Prozeß der Reife des revolutionären Bewußtseins der sozialdemokratischen Arbeiter – wenn auch langsam und auf Umwegen – vor sich. Dieser Prozeß ist heute breiter denn seit längerer Zeit. Die Kommunistische Partei muß darum diesen Arbeitermassen behilflich sein, ihre eignen Klasseninteressen gegenüber der reformistischen Bürokratie ihrer Partei und der Gewerkschaften zu vertreten und durchzusetzen. Wir betrachten diese Aufgabe nicht als eine Alternative für die Werbung und Stärkung unserer Partei, sondern als eine notwendige Ergänzung und dadurch Vorbereitung einer noch breiteren Massenbasis unserer Partei. Lösen werden wir diese Aufgabe nur, wenn wir die richtige Politik der Partei zu verbinden verstehen mit der planmäßigen Aufnahme organisatorischer Beziehungen zu den Mitgliedern und Funktionären der Sozialdemokratischen Partei. Lösen werden wir diese Aufgabe nur, wenn wir unter Vermeidung der Ueberspringung des Entwicklungsgrades dieser Arbeiter zu verbinden verstehen die schärfste, rücksichtsloseste, prinzipielle Kritik der sozialdemokratischen Führer rechter und linker Couleur und der Politik der Sozialdemokratischen Partei. Neben der eignen Arbeit, die die Partei auf diesem Gebiet entwickelt, muß sie sich die notwendigen Verbindungsglieder und Brücken zu diesen Massen schaffen. (Dasselbe gilt auch für die Arbeit unter den Zentrumsarbeitern, wie überhaupt für den Arbeiteranhang in den bürgerlichen Parteien und auch solchen Organisationen wie „Stahlhelm“ usw.).

Im Arbeiteranhang der bürgerlichen Parteien, insbesondere des Zentrums, vollzieht sich ein wachsender Radikalisierungsprozeß. Nur wenn die Kommunistische Partei es versteht, unter diesen Massen eine Arbeit zu leisten, die die Tatsache berücksichtigt, daß es sich um die politisch zurückgebliebensten Teile des deutschen Proletariats handelt, daß hier fast keine Traditionen der Arbeiterbewegung vorhanden sind, daß eine anti-sozialistische Ideologie planmäßig in diese Massen hineingetragen wurde, werden wir auch auf diesem Gebiet Erfolge erreichen.

Wie in allen Fragen, so ist auch in den Weltanschauungsfragen die Kom-[102]munistische Partei die Partei der Konsequenz. Die materialistische Geschichtsauffassung lehnt alle religiösen, alle idealistischen Weltauffassungen ab. Wir kämpfen gegen jede dieser Auffassungen mit der Waffe des Marxismus. Dies bedeutet aber nicht, daß wir bei der Gewinnung der breiten Massen nicht d i e Fragen in den V o r d e r g r u n d stellen, die geeignet sind, die Ausgebeuteten zusammen zu führen, und, wie zum Beispiel den christlichen Arbeitern gegenüber, die religiösen Auffassungen in den Hintergrund zu stellen. Die revolutionäre Partei muß es verstehen, die Summe der sozialen, politischen und nationalen Unzufriedenheiten zu vereinigen, unter ihre Führung zu stellen und gegen die Bourgeoisie zu werfen.

Der Essener Parteitag wird die wichtigste Voraussetzung für die Lösung dieser und aller anderen Aufgaben dadurch schaffen, daß er die bereits eingetretene Konsolidierung der Partei mächtig fördert. Dazu gehört auch die Wahl einer Leitung, die entsprechend der Entwicklung der letzten anderthalb Jahre das Maximum von Einheit verkörpert, und ihre Verbreiterung durch die Wahl neuer, in der Arbeit der Partei geschulter und bewährter Kräfte, sowie solcher Genossen, die seit dem Erscheinen des Offenen Briefes in ihrer Arbeit bewiesen haben, daß sie mit der Politik der Partei einverstanden, die Beschlüsse der Kommunistischen Internationale und der Partei durchzuführen willens sind, die bereit sind, ihre alten Gruppierungen zu liquidieren, und damit in der weiteren Entwicklung der Partei nicht als hemmende, sondern als fördernde Faktoren zu wirken. Der Essener Parteitag wird die Arbeit der Partei nicht beschönigen, er wird rücksichtslos die noch vorhandenen Mängel und Schwächen, die gemachten Fehler aufzeigen mit dem Willen, daraus zu lernen, sie abzustellen und neue Waffen für die Revolution zu schmieden.

Der Essener Parteitag wird die Liquidierung der Reste der ultralinken Opposition einleiten; er wird endgültig den desorganisatorischen Methoden der ultralinken Fraktionsarbeit steuern; er wird dazu beitragen, daß die Autorität der Partei in den breiten Massen steigt und die Verbindung zwischen der Parteileitung und Mitgliedschaft noch enger und fester wird. Den breiten Massen wird unser Parteitag den Weg des Abwehrkampfes gegen Reaktion, Unternehmerdiktatur und Imperialismus zeigen.

*

Zur Vorgeschichte der KPD [*)]

Von Ernst Meyer

Die Kommunistische Partei Deutschlands hatte schon eine mehr als vierjährige Geschichte hinter sich, als sie in den letzten Dezembertagen 1918 ihren Gründungsparteitag abhielt. Die Geburtsstunde der KPD ist eigentlich die erste Sitzung der linken Fraktion innerhalb der SPD um Rosa Luxemburg im August 1914. Aber diese vier Jahre Tätigkeit gegen SPD und Militärgewalt im Feuer des Weltkrieges waren nur möglich, weil bereits vor dem Kriege die Basis für eine revolutionäre Gruppe innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung geschaffen worden war. Die Geschichte des Spartakusbundes, die Vorzüge und Schwächen seiner Tätigkeit sind nur verständlich, wenn man sich die Zusammenhänge der Spartakusgruppe mit der Vorkriegsopposition innerhalb der SPD vergegenwärtigt.

Es ist gelegentlich (u. a. von Scholem) die Ansicht geäußert worden, die Entwicklung der Kommunistischen Partei wäre rascher vor sich gegangen, wenn alle revolutionären Arbeiter – und wären es auch nur ein [103] paar Dutzend gewesen – sich den halbanarchistischen Freien um Friedberg angeschlossen, mit ihnen die SPD verlassen und als ein kleines Häuflein bis zum Kriege existiert hätten, um dann sofort als selbständige Partei einen großen Einfluß zu gewinnen. Dahinter steckt die Auffassung, daß die bessere Wiege der KPD das Lager der kleinbürgerlichen Anarchisten gewesen wäre. Der Spartakusbund leitet sich aber in Wirklichkeit her von der Opposition, die nicht vom kleinbürgerlich-idealistischen, sondern vom proletarisch-marxistischen Standpunkt aus gegen den Bernsteinschen Revisionismus innerhalb der SPD kämpfte. Aber die eigentliche Färbung hat die Spartakusopposition in dem Kampf gegen die Verknöcherung der SPD und gegen Kautskys Verwässerung des Marxismus erhalten.

Zwei Momente führten innerhalb der SPD zur Bildung einer Opposition: das Verlangen nach Aufrechterhaltung der revolutionären Traditionen der Sozialdemokratie, insbesondere aus der Zeit des Sozialistengesetzes, und die Bemühungen, den neuen Erscheinungen des Imperialismus durch Anwendung neuer Formen des Klassenkampfes gerecht zu werden.

Man kann sagen, daß die spätere USP-Opposition im Kautskyschen Kampf gegen den Bernsteinschen Revisionismus stecken blieb, während die Spartakusopposition durch die revolutionären Schlußfolgerungen, die sie aus der Erkenntnis des Wesens des Imperialismus und des Kampfes gegen ihn zog,

[*)] Dieser Artikel ist ein Auszug aus dem einleitenden Kapitel meiner in Kürze erscheinenden „Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands“ (Viva-Verlag).

sich schärfer und schärfer von den Kautskyschen Halbheiten abgrenzte. Aber alle diese Auseinandersetzungen erfolgten zunächst noch vom Boden der II. Internationale aus.

Heute, nach Gründung der III. Internationale, wird leicht vergessen, daß alle großen Kommunistischen Parteien in und aus der II. Internationale erwachsen sind, und zwar in einem dialektischen Prozeß, so daß die III. Internationale Prinzipien der II. Internationale mit neuen Prinzipien verbindet. Selbst die das Neue am stärksten anstrebende Partei der Bolschewiki ist ein Kind der II. Internationale, ein Kind, das am frühesten und gründlichsten die Mängel der Eltern erkannt und bekämpft hat.

Die II. Internationale war die Organisation des klassenbewußten Proletariats, das sich unter den Losungen des Marxismus international vereinigte. Bei dem unvollkommenen Charakter vieler angeschlossener Parteien spielte sich der Kampf innerhalb der II. Internationale in der Form ab, daß die fortgeschrittensten, revolutionärsten Parteien unter der Flagge der Klarstellung, der Wiederherstellung der wahrhaft sozialistischen Ideen kämpften. Die Parteien der Zukunft traten scheinbar nur für die Erhaltung der Vergangenheit ein.

Ganz ähnliche Formen nahmen die Auseinandersetzungen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie an. Die Linken, „Radikalen“ stritten für die Reinhaltung und die Erneuerung der alten revolutionären Tradition und der alten sozialistischen Ideen. Die Rechten, die Reformisten verlangten neue Formen der sozialdemokratischen Taktik, revidierten die alten sozialistischen Auffassungen und erschienen als diejenigen, die den neuen Verhältnissen der neuen Lage der Arbeiterschaft Rechnung trugen.

Diese Art des Kampfes barg in sich eine große Gefahr für die Opposition. Als Verteidiger der Tradition konservierten sie häufig Ideen, die weder revolutionär noch marxistisch waren, denn die Vergangenheit der deutschen Sozialdemokratie war schon reichlich belastet mit Kompromissen, die sowohl der Rücksicht auf die Legalität der Partei, wie der Unreife der deutschen Arbeiterbewegung entsprangen. Die revolutionäre Kritik von M a r x und E n g e l s an Lassalle, dem Gründer starker Arbeiterorganisationen, wie an Liebknecht, Bebel und Bernstein war ja den breiteren Parteischichten nie zu Gesicht gekommen. Nach außen hin erschienen die Aeußerungen der sozialdemokratischen Parteileitung als von Marx und Engels gebilligt. Die Kritik von Engels an dem Erfurter Programm, auf das sich alle Oppositionellen beriefen, blieb trotz Veröffentlichung unwirksam. Noch die Junius-Thesen des Spartakusbundes vom Frühjahr 1916 beriefen sich darauf, daß sie eine Anwendung der Grundsätze des Erfurter Programms darstellten. Die Aenderung des Vorworts von Engels zu den Klassenkämpfen in Frankreich war [104] völlig unbekannt, so daß Rosa Luxemburg auf dem Gründungsparteitag der KPD 1918 in Erkenntnis der Schwächen des gekürzten Vorwortes das Vorwort von Engels kritisierte.

In Rußland konnte die Verbindung mit der II. Internationale für die Bolschewiki nicht so gefährlich werden wie für die deutschen Linksradikalen. Denn in Rußland schuf die akut revolutionäre Situation des Kampfes gegen den Zarismus vom Jahre 1905 eine Atmosphäre, die die Bolschewiki zu einer klaren Herausarbeitung der revolutionären Grundsätze veranlaßte. Und der ständige Druck des Zarismus und die dadurch hervorgerufene illegale Arbeit beseitigten immer wieder die Rückfälle kompromißlerischer Anpassung an bürgerliche Illusionen.

Der Kampf gegen den B e r n s t e i n s c h e n R e v i s i o n i s m u s wurde von Kautsky und Rosa Luxemburg gemeinsam geführt, so wie Lenin und Plechanoff häufig gemeinsam gegen die Menschewiki kämpften. Viele der Radikalen blieben in diesem Stadium der Abwehr stecken. Wenn Bernstein die Zuspitzung der Klassengegensätze leugnete, und auf die zahlenmäßige Zunahme der Mittelschichten und besonders des Kleinbauerntunis hinwies, so hatten die Radikalen recht, wenn sie gegenüber Bernstein die Richtigkeit der Marxschen Theorie in der Entwicklung der Klassengegensätze hinwiesen. Aber sie hatten unrecht, wenn sie die Bedeutung des Kleinbauerntums überhaupt leugneten und dabei zu einer falschen Lösung der Agrarfrage kamen und jede Bodenverteilung zugunsten des armen Bauerntums ablehnten.

Die Radikalen hatten recht, wenn sie die Krisentheorie von Marx aufrecht erhielten und die Auffassungen von Bernstein, daß der Kapitalismus selbst seine anarchische Produktionsweise überwinden oder auch nur wesentlich abschwächen könne, entschieden ablehnten. Aber ihre Polemik gegen

Bernstein führte sie dazu, hinter der objektiven Notwendigkeit des Zerfalls der kapitalistischen Wirtschaftsweise den bewußt revolutionären Faktor zu vernachlässigen.

Diese Fehler mußten um so gefährlicher werden, je mehr die Situation sich revolutionär zuspitzte. In der nicht-revolutionären Vorkriegszeit machten sich diese falschen Gedankengänge noch nicht so lähmend bemerkbar. Ueberhaupt fanden die Radikalen bei der Verteidigung der Auffassungen von Marx und Engels, wie sie sie verstanden, Jahre hindurch die Zustimmung der überwiegenden Mehrheit der sozialdemokratischen Partei. So konnte es scheinen, als ob die alte deutsche Sozialdemokratie wirklich eine radikale Massenpartei sei. Als Bernstein die Demokratie statt der Revolution empfahl und den Klassenkampf durch eine rein reformistische Tätigkeit ersetzen wollte, wandte sich die Mehrheit der Partei gegen ihn. Das Bernsteinsche Motto, die sozialistische Bewegung sei alles, das sozialistische Endziel nichts, fand nur wenig Anhänger innerhalb der SPD Aber in der praktischen Tagespolitik näherte sich ein immer größerer Teil der SPD der Politik des Revisionismus. Ihre stärkste Stütze fand diese reformistische Politik in der Gewerkschaftsbürokratie und in den Parlamentsfraktionen. Zwar wies die deutsche Sozialdemokratie fast einhellig die Beteiligung von Sozialdemokraten an bürgerlichen Regierungen zurück – sofern es sich um Frankreich handelte, wo die Millerand und Briand Minister wurden. Aber prinzipiell war die Zustimmung der Landtagsfraktionen in Baden und Württemberg zu dem Budget der bürgerlichen Regierungen von dieser Haltung der französischen Renegaten nicht verschieden. Und gegenüber dem offenen Disziplinbruch der süddeutschen Landtagsabgeordneten brachte die Sozialdemokratische Partei keine andere Kraft auf als den Entrüstungssturm der Delegierten auf den Parteitagen. Ein weiterer Schritt zur Anpassung an die Bernsteinschen revisionistischen Auffassungen war die vom Parteivorstand beschlossene und von Kautsky verteidigte „Dämpfung“ der Wahlagitation zugunsten der liberalen Parteien bei den Stichwahlen zum Reichstag 1912. Gegen diese Abkehr von den sozialistischen Grundsätzen protestierte nur noch ein kleiner Teil der Links-Radikalen. Ebenso nahm die bisher radikale Mehrheit der SPD die Annahme von Steuern durch die Reichstagsfraktion zugunsten neuer Militärvorlagen hin, trotzdem Steueraufbringung und militärischer [105] Steuerzweck durch ein Rahmengesetz auf das engste mit einander verbunden waren. Auch in dieser Frage schmolz die bisher so starke radikale Mehrheit auf ein kleines Häuflein Oppositioneller um Rosa Luxemburg zusammen.

Bei allen wichtigen politischen Fragen kam es in den letzten 5–6 Jahren vor Kriegsbeginn zu Spaltungen innerhalb der „radikalen“ Mehrheit. In der Frage des Massenstreiks zur Erkämpfung des Wahlrechts in Preußen, in der Frage des Kampfes gegen den preußischen Militarismus, der anti-militaristischen Jugenderziehung, der sozialistischen Agitation in den Kasernen – von Parteitag zu Parteitag schmolz das Häuflein um Rosa Luxemburg zusammen. Am deutlichsten zeigte sich vielleicht diese im Kerne anti-revolutionäre Einstellung der Mehrheit der SPD in ihrem Verhalten zur russischen Revolution. Auf den Ausbruch einer mehr gefühlsmäßigen Sympathie für die erste russische Revolution folgte mehr und mehr eine bewußte Abkehr gegen die Uebernahme russischer revolutionärer Methoden auf die deutsche sozialdemokratische Bewegung. Zwar stimmte man noch Karl Liebknecht begeistert zu, wenn er auf den sozialdemokratischen Parteitagen und in den Parlamenten Protest gegen den Zarismus erhob, aber von den im Kampfe gegen den Zarismus erprobten revolutionären Methoden wollte man im Kampfe gegen den preußischen Despotismus nichts wissen.

Die Spaltung zwischen einem wirklich radikalen Flügel um Rosa Luxemburg und einem Zentrum um Kautsky, das im wesentlichen die reformistische Politik des Parteivorstandes mitmachte, wurde vollends deutlich in der Beurteilung des Imperialismus und der im Kämpfe gegen diese höchst entwickelte Form des Kapitalismus anzuwendenden Taktik. Als R o s a L u x e m b u r g die „Akkumulation des Kapitals“ schrieb, führten sie dazu keineswegs nur rein theoretische Interessen. Ihr lag viel mehr daran, auch eine theoretische Begründung für die von ihr empfohlene Methode des Klassenkampfes zu liefern. Der scharfblickenden Realpolitikerin entging nicht, daß die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse zu Beginn des 20. Jahrhunderts in vielen Punkten andere waren als zu der Zeit, als Karl Marx sein „Kapital“ schrieb. Die großen Kolonialkriege, wie der Chinafeldzug und der Burenkrieg, die zunehmenden Rüstungen aller kapitalistischen Staaten waren so gewichtige Tatsachen, daß sie nicht außer Acht gelassen werden konnten. Ein selbst oberflächlicher Blick auf die ökonomischen Vorjahre

lieferte außerdem den Nachweis einer starken Konzentration des Kapitals, der Monopolbildungen und der zunehmenden Beherrschung der Industrie durch das Bankkapital. Die Revisionisten sahen in den Konzentrationserscheinungen und der mit diesen angeblich verbundenen Abschwächung der Krisen bereits eine unmittelbare Vorstufe und Ueberleitung zum Sozialismus. Kautsky andererseits leugnete den engen Zusammenhang zwischen dem wirtschaftlichen Konzentrationsprozeß mit seiner Bildung von Monopolen und dem Rüstungswesen und der aggressiven Außenpolitik der kapitalistischen Großstaaten. Er hielt den Imperialismus als eine zufällige oder wenigstens überflüssige, ja vom wohlverstandenen kapitalistischen Interesse aus schädliche und unrentable politische Richtung, auf die die Kapitalisten ohne weiteres Verzicht leisten könnten. Rosa Luxemburg sah die Unhaltbarkeit dieser kleinbürgerlichen, unmarxistischen Auffassungen ein und suchte nach einer theoretischen Begründung, die den Tatsachen gerecht wurde und die revolutionäre Ueberwindung der für das Proletariat und die Kolonialvölker unerträglichen Wirkungen ermöglichen würde. Ihre Akkumulation des Kapitals stellt einen Lösungsversuch dar, der bei richtiger Schilderung der nackten Tatsachen und bei im wesentlichen richtigen Schlüssen für die sozialdemokratische Politik doch eine falsche Theorie des Imperialismus enthält. Rosa Luxemburg wollte gegenüber Kautsky die Notwendigkeit der imperialistischen Erscheinungen betonen. Sie schoß dabei übers Ziel. Aber sie hatte wiederum recht, wenn sie Kautskys Glaube an den Pazifismus, an kapitalistische Abrüstung und Schiedsgerichte verspottete und auf die Notwendigkeit der revolutionären Ueberwindung des Imperialismus hinwies Dieser Kampf gegen Kautsky führte Rosa Luxemburg – trotz vielfacher Differenzen mit Lenin – wiederholt in eine Kampffront mit den [106] Bolschewiki, was sich auf Parteitagen der russischen Sozialdemokratie und internationalen Sozialistenkongressen zeigte. Lenin hat stets Rosa Luxemburgs theoretische Auffassungen über die Akkumulation des Kapitals für falsch gehalten. Aber im Interesse der gemeinsamen Kampf front nahm er von einer eigenen Polemik, auch nur theoretischer Art, gegen Rosa Luxemburg in d i e s e n Fragen Abstand.

Die Debatten über die Theorie des Imperialismus und über die von der SPD einzuschlagende Taktik führten in den letzten Jahren vor dem Kriege den vollkommenen Bruch zwischen den Linksradikalen und dem Zentrum herbei. Rosa Luxemburg und ihren Freunden M a r c h l e w s k i (Karski) und F r a n z M e h r i n g wurden nach und nach die Mitarbeit am „Vorwärts“, der „Neuen Zeit“ und der „Leipziger Volkszeitung“ unmöglich gemacht. Sie wollten, wie Karski an den Chefredakteur der „Leipziger Volkszeitung“, Hans Block, im September 1913 schrieb, nicht mehr die Mitverantwortung für den Verfall der SPD tragen, und da ihnen eine offene Kritik verboten war und behindert wurde, gaben sie die Mitarbeit an den genannten Blättern auf. Sie schufen sich dafür im Dezember 1913 eine eigene „S o z i a l i s t i s c h e K o r r e s p o n d e n z“, in der sie bis zu den ersten Kriegsmonaten Woche für Woche zu allen wichtigen Fragen der Politik Stellung nahmen.

Der sozialdemokratische Parteivorstand nahm immer schroffer gegen die drei radikalen Journalisten Stellung. Er wagte es meist nicht, offen gegen die revolutionären Forderungen der linksradikalen Opposition zu kämpfen. Dafür suchte er die ihm unbequemen Kritiker als „Literaten“ abzutun und die ganzen Debatten als einen bedeutungslosen „Literatenkrakeel“ hinzustellen. Wie wenig es sich dabei um rein theoretische Fragen in Wirklichkeit handelte, zeigt die scharfe Kritik Rosa Luxemburgs an dem Dämpfungsabkommen oder der Untätigkeit des Parteivorstandes anläßlich der Kriegsgefahr bei einem Marokkokonflikt oder der Frage der Anwendung des Massenstreiks zur Eroberung des Wahlrechts in Preußen. Da die Massen mit den radikalen Auffassungen sympathisierten, während der Parteivorstand mit dem ganzen bürokratischen Apparat jede Diskussion zu ersticken versuchte und vielfach Beschlüsse der Mitgliederversammlungen sabotierte, nahm der Kampf der Linksradikalen gegen die verknöcherte reformistische Politik der Partei auch die Form des Kampfes der Massen gegen die Führer an. So erklärt sich zum Teil Rosa Luxemburgs Ueberschätzung der Wichtigkeit der Spontaneität, der Selbständigkeit, der Initiative der Massen. Diese Theorie hatte sich bei ihr seltsamerweise auch auf Grund der Erfahrungen der russischen Revolution festgesetzt. Während Lenin aus den spontanen Massenerhebungen der russischen Revolution den Schluß zog, daß die Sozialdemokratische Partei Rußlands versagt habe und einen ganz anderen Grad der Organisation erreichen müsse, empfand Rosa Luxemburg diese spontanen revolutionären Kämpfe der russischen Arbeiterschaft gegenüber dem reformistischen Organisationsschlendrian der deutschen Partei als einen

solchen Fortschritt, daß sie durch Ueberschätzung spontaner Erhebungen zu einer Verkennung der Rolle der konsequenten Arbeit einer straff organisierten Partei kam.

Rosa Luxemburgs Organisationsziel galt der Erhaltung des revolutionären Charakters der Partei, der Gewinnung ganzer Organisationen für ihre Auffassungen. Sie hielt, verführt durch ihre Erfolge in großen Mitglieder- und öffentlichen Versammlungen, es für durchaus möglich, auf dem Wege der bloßen Darlegung ihrer Auffassungen in Reden und Artikeln die Mehrheit der Partei für eine, revolutionäre Taktik zu gewinnen. Die Frage der S p a l t u n g wurde in der Vorkriegszeit niemals gestellt. Erst spät, kurz vor dem Kriege entschloß sie sich zur Bildung einer Fraktion, deren organisatorischer Zusammenhang aber sehr lose war.

Gegen eine Spaltung sprach die tief verankerte Auffassung der Mitgliedschaft, die zum Teil noch auf die Zeit des Kampfes zwischen den Sozialdemokraten Gothaer und Eisenacher Richtung zurückging, daß jede Spaltung ein Verrat an der Arbeiterklasse sei. Auch nur den Gedanken der Spaltung in der Vorkriegszeit aufwerfen, hätte damals in der Tat geheißen, selbst von [107] den radikaler gestimmten Parteimitgliedern als Verräter an der Arbeiterklasse verlassen zu werden. Aber es war offenbar nicht nur die Furcht vor diesem Widerstand, der Rosa Luxemburg und ihre Freunde von jeder Spaltung zurückhielt, es gab auch einen tieferen Grund für die Zurückhaltung der Linksradikalen. Auch diese Oppositionsgruppe hielt damals die Zusammenarbeit mit der Mehrheit innerhalb einer gemeinsamen Partei als durchaus tragbar und vielleicht sogar zweckmäßig. Dieser Mangel an Einsicht, insbesondere in die notwendige weitere Entwicklung der Mehrheit und ihre Auffassungen führte die Opposition dazu, selbst von einer festen Fraktionsbildung Abstand zu nehmen und bei der Schärfe der Kritik doch immer auf die Einheit der Partei Rücksicht zu nehmen. Die Tiefe der Scheidung war noch nicht erkannt, die Scheidung selbst organisatorisch auch nicht vorbereitend in Angriff genommen. Das sollte sich bei Kriegsausbruch schwer rächen.

*

Der Einfluß der Rationalisierung auf Betriebsunfälle und Gesundheitszustand der deutschen Arbeiterschaft

Von Wilhelm Swienty

Die Rationalisierung wird von den Gewerkschaften und dem Unternehmertum überhaupt als das erstrebenswerte Ideal, die einzige Möglichkeit für Stabilisierung und Rentabilität der deutschen Wirtschaft überall angepriesen. Tatsächlich aber bedeutet für den größten Teil des Industrieproletariats die Umorganisierung der Industrie auf rationeller Grundlage langdauernde Erwerbslosigkeit, Siechtum und Elend. Das verschweigen allerdings die begeisterten Berichte gewerkschaftlicher Abgesandter über die „idealen“ Verhältnisse in den fordisierten Betrieben Amerikas.

Für den nach erfolgter Durchführung der Rationalisierung mit ihrer ungeheuren Anspannung aller körperlichen und geistigen Kräfte noch im Betrieb befindlichen Arbeiter erhöht sich die Gefahrenquelle, die sich aus dem durch die körperliche Abspannung bedingten Nachlassen der Aufmerksamkeit beim fast völligen Fehlen von Schutzvorrichtungen an den Maschinen ergibt. Denn in den rationalisierten Betrieben entsprechen Arbeitszeit und Schutzmaßnahmen in keiner Weise den Anforderungen der erhöhten Ausbeutung.

Drückt sich nun schon jetzt zahlenmäßig erfaßbar die fortschreitende Rationalisierung in der Unfall- und Berufskrankheits-Statistik der Nachkriegszeit aus? Ist es möglich, schon im Beginn der Rationalisierung in Deutschland an Hand von möglichst einwandfreiem Zahlenmaterial Schlußfolgerungen über den Einfluß der Rationalisierung auf den Gesundheitszustand und die Gefährdung der Arbeiterschaft im Betriebe zu ziehen?

Die Untersuchung soll sich dabei ausschließlich auf a m t l i c h e s M a t e r i a l stützen. Nur in den Fällen, wo andere Ergebnisse nicht zu erlangen sind, bzw. schamhaft verschwiegen werden, sollen Veröffentlichungen anderer „neutraler“ bürgerlicher Organisationen herangezogen werden.

Das vor kurzem erschienene „Statistische Jahrbuch für den Freistaat Preußen“, Band 22, herausgegeben vom Preußischen Statistischen Landesamt, enthält nur wenig Angaben über die Betriebsunfälle

und diese beziehen sich auch nur auf die tödlich verlaufenen. Aus der nachfolgenden Tabelle ergibt sich bei einer Gegenüberstellung der Jahre 1906 und 1924, in denen die Bevölkerungsziffer in Preußen etwa gleich groß war, ein Gleichbleiben der Zahl der tödlichen Verunglückungen, die allerdings in der Zwischenzeit recht beachtenswerte Schwankungen durchgemacht hat. [108]

Jahr	Zahl der Bevölkerung	Zahl der tödlich. Unf.	Von einer Million Lebender verunglückten tödlich	
1906	37.628.385	14.826	646	155
1913	41.649.062	16.893	660	156
1918	41.768.120	20.205	737	229
1919	39.536.126	20.351	834	227
1920	38.410.549	19.337	852	191
1921	38.887.722	17.641	755	172
1922	38.095.628	15.791	667	178
1923	38.589.045	15.693	656	174
1924	37.695.833	14.574	618	168
1906	37.628.385	14.826	646	155

Ueber die Umstände, unter denen diese tödlichen Unglücksfälle stattgefunden haben, gibt die nachfolgende Zusammenstellung Aufschluß:

Es verunglückten in Preußen tödlich durch:

Jahr	Sturz	Maschinenverletzung	elektr. Strom	Verbrennen u. Verbrüh.	Rauch u. Gase	Explosion usw.
1906	3185	344	43	1398	394	341
1913	3642	483	188	1496	400	403
1921	2826	482	269	1140	808	2885
1922	3537	423	259	1156	872	946
1923	3280	379	292	997	820	1207
1924	3620	344	277	1104	590 (?)	554

Auch diese Tabelle zeigt, außer bei den Todesfällen, bei denen die Ursache der elektrische Strom war, keine wesentlichen Veränderungen. Und trotzdem bedeuten diese Zahlen eine ganz ungeheure Steigerung der tödlichen Verunglückungen wie auch der Unglücksfälle überhaupt, wenn man sich nur vergegenwärtigt, in welchem Umfange die Arbeitslosigkeit zu- und die Zahl der in den Betrieben Beschäftigten abgenommen hat. Darüber zunächst einige Feststellungen:

Nach dem Reichsarbeitsblatt Nr. 45 waren im Oktober 1926 2.819.628 Arbeitsgesuche vorhanden. Die Arbeitslosenziffer der durch die Fachverbände erfaßten Arbeiter, deren Gesamtzahl auf 3.567.200 angegeben wird, betrug auf je 100 Mitglieder durchschnittlich 14,2 Arbeitslose und 10,2 Kurzarbeiter. In andern Worten: Jedes vierte Mitglied der Fachverbände war also danach arbeitslos oder ohne vollen Erwerb! Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger überhaupt (ohne Notstandsarbeiter) betrug dagegen im Oktober nur 1.308.269, in der 1. Novemberhälfte 1.316.000, in der 2. Novemberhälfte 1.369.000. Sie sank von 2.030.646 im Januar 1926 auf 1.369.000 im November. Da die Zahl der noch in den Betrieben Beschäftigten aber nicht gestiegen, im Gegenteil sogar gesunken ist, spricht dieses rein ziffernmäßige Ergebnis nur für die rücksichtslose Aussteuerung zahlloser „überfälliger“ Erwerbsloser, die aus der Liste der Unterstützten g e s t r i c h e n wurden. Dabei ist aber die Absicht, den Eindruck zu erwecken, als ob die Arbeitslosenziffer überhaupt gesunken wäre. Das Verhältnis zwischen Arbeitslosen und Unterstützungsempfängern spiegelt der Bericht des Berliner Arbeitsamtes vom 5. Februar 1927 (30. Januar 1927) wider. Danach waren in der voraufgegangenen Woche 283.827 (281.141) Personen auf den Berliner Nachweisen gemeldet. Unterstützung bezogen dagegen nur 179.834 (182.597). 103.000 Personen oder 36 Prozent der Erwerbslosen bezogen also keine staatliche Unterstützung mehr.

Nach einem Bericht des Textilarbeiterverbandes waren im April 1926 20 Prozent der Mitglieder erwerbslos, weitere 52,2 Prozent Kurzarbeiter! E s a r b e i t e t e v o l l a l s o n u r j e d e r V i e r t e l!

Im „Kämpfer“, Werbezeitung des sozialdemokratischen Bezirksverbandes Berlin, Nr. 11 vom 29. November 1926, wird die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter auf Grund der Reichsstatistik und

der Veröffentlichungen der Gewerkschaften mit rund 4 Millionen eingeschätzt. Auf [109] je 1000 Einwohner (nicht etwa nur die Arbeitsfähigen) kommen im Reichsdurchschnitt 63 Arbeitslose, mit den dazu gehörigen Angehörigen etwa 120 auf 1000 (sicher zu niedrig!). In den Industriegegenden steigt diese Zahl sogar noch außerordentlich. So im Rheinland, in Westfalen, in Sachsen auf 160 bis 180, in Berlin sogar auf 240!! (Das Reichsarbeitsblatt gibt dagegen auf 1000 Einwohner in Preußen am 15. November 1926, dem letzten Stichtag, nur 20,7 Hauptunterstützungsempfänger (also ohne Ausgesteuerte) an!)

Die Zahl der Beschäftigten hat demnach erheblich abgenommen und nimmt weiterhin ab. Schätzungsweise ist ungefähr jeder vierte Industrieprolet arbeitslos. Das zeigt auch der Jahresbericht für 1925 der Preußischen Bergbehörden, nach dem, wie die Meldungen der Oberbergämter Breslau, Halle, Klausthal, Dortmund und Bonn angeben, die Zahl der in diesen Bergbaubezirken Beschäftigten von 728.000 im Jahre 1923 auf 598.000 im Jahre 1925 abgenommen hat. Wie sich zu dieser 20prozentigen Abnahme der in den Gruben tätigen Arbeiter die Zahl der Unfälle verhält, zeigt die folgende Gegenüberstellung.

Beschäftigte und Unfälle in den Oberbergämtern:

Oberbergamt	Beschäftigte			Unfälle		
	1923	1924	1925	1923	1924	1925
Breslau	104.746	88.543	78.013	12.495	16.904	18.795
Halle	114.593	80.716	63.716	8855	9183	8631
Clausthal	36.383	27.393	22.152	1396	1553	2035
Dortmund	– *)	376.616	362.224	27.497	– *)	74.279
Bonn	83.135	72.430	72.122	4868	8504	9535

*) Nicht angegeben.

Es zeigt sich also, daß bei einem 20prozentigen Rückgang der Belegschaften eine 30- bis 50prozentige Erhöhung der Betriebsunfälle eingetreten ist.

Die preußischen Bergbehörden beeilen sich, übereinstimmend festzustellen, daß – selbstverständlich – die verlängerte Arbeitszeit keinen Einfluß auf die Unfallerhöhung habe. So schreibt z. B. das Oberbergamt Bonn im Bericht über 1925: „Von Massenunglücksfällen ist der Bergbau des Bezirks verschont geblieben. (?) der Verf.) Eine Erhöhung der Unfallziffern durch die verlängerte Arbeitszeit konnte nicht beobachtet werden.“ Im Bericht des Oberbergamtes Breslau heißt es wörtlich: „Für diese beträchtliche Erhöhung der Unfallziffer ... liegen keine ohne weiteres greifbaren Gründe vor!“

Jetzt wird man auch die Tabellen 1 und 2 auf ihren tatsächlichen Inhalt hin verstehen, daß nämlich die Gesamtzahl der Betriebsunfälle in Preußen sich zwar nicht wesentlich verändert hat, daß ihr Gleichbleiben aber bei der starken Verminderung der Beschäftigtenzahl relativ eine ungeheure Steigerung bedeutet!

Aufschlußreicher noch als die vorstehende ist die folgende Tabelle, die den Prozentsatz der Unfälle auf eine gleichbleibende Zahl von Beschäftigten darstellt:

Unfälle auf je 1000 Beschäftigte und tödliche Verunglückungen:

Oberbergamt	Unfälle auf je 1000 Beschäftigte			Tödliche Unfälle überhaupt		
	1923	1924	1925	1923	1924	1925
Breslau	119,3	190,9	240,9	–[1)]	–[1)]	–[1)]
Halle	80,0	118,9	135,5	147	101	100
Clausthal	38,5	56,0	91,7	45	39	43
Dortmund	–[1)]	–[2)]	205,1	658	865	1087
Bonn	57,2	117,4	132,2	103	141	154

1) Nicht angegeben; 2) im Steinkohlenbergbau 1924 173,5.

[110] Was aus den absoluten Zahlen nicht zu ersehen ist, tritt hier mit erschreckender Deutlichkeit zutage: In den ersten drei Jahren der beginnenden Rationalisierung in Deutschland ist die Zahl der Betriebsunfälle im Bergbau um weit über 100 Prozent angewachsen. Im Jahre 1925 erlitt im

Breslauer und Dortmunder Kohlenrevier jeder vierte bis fünfte Arbeiter eine Verletzung, die so schwer war, daß sie in die amtlichen Berichte aufgenommen wurde. (Leichtere Verletzungen werden überhaupt nicht registriert.)

Die genaue Steigerung der Unfälle ergibt sich aus der nachstehenden Gegenüberstellung, aus der hervorgeht, wohin die rücksichtslosen Ausbeutungsmethoden der deutschen Profitindustriellen führen:

Steigerung der Unfälle in Prozent:

1925 Oberbergamt	Gegen 1923 (= 100)	Gegen 1924 (= 100)
Breslau	100,8	26,8
Halle	69,4	12,1
Clausthal	138,2	63,8
Dortmund	? 100*)	? 40*)
Bonn	131,9	13,0

*) Geschätzte Zahlen.

Dieses riesenhafte Anschwellen der Unfälle ist auch nicht dadurch zu erklären, daß 1923 durch den passiven Widerstand im Ruhrgebiet eine Anzahl von Gruben stillgelegt waren und sich deshalb dort weniger Unfälle ereigneten. Einer solchen Auffassung widerspricht das Anwachsen der Unfälle von 1924 auf 1925, also unter „normalen“ Arbeitsbedingungen, um über 30 Prozent! Demgegenüber stellt die „Bergwerkszeitung“ Nr. 3 vom Juli 1926 fest:

„Erfreulicherweise zeigt die amtliche Statistik der Unfälle in den verschiedenen Berufszweigen, daß der Bergbau hinsichtlich der Zahl der Unfälle keineswegs an der Spitze steht.“

Tatsächlich betrug nach den amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamtes „die Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle auf 1000 Vollarbeiter (einschließlich tödliche Unfälle) bei den einzelnen Berufsgenossenschaften (B. G.) für 1923: Knappschafts-B. G. 8,72, Fuhrwerks-B. G. 12,08, Müllerei-B. G. 8,27, Steinbruch-B. G. 4,50 (?), Tiefbau-B. G. 6,19, Binnenschiffahrts-B. G. 6,1 (?), Baugewerks-B. G. 4,04 (?), Eisen- und Stahl-B. G. 4,28 (?). Entschädigungspflichtig sind Unfälle aber erst dann, wenn ohne Verschulden des Arbeiters eine längere Erwerbslosigkeit, Verstümmelung oder Tod als unmittelbare Folge des Unfalles eintritt. Zahllose Verunglückte werden unter dem Vorwand, daß der Unglücksfall durch ihr eigenes Verschulden eingetreten ist, einfach als untauglich entlassen.

Am klarsten drückt sich der Einfluß des Antreibersystems in folgenden amtlichen Zahlen aus. In Preußen verunglückten auf 1000 Mann Belegschaft unter Tage 1921 2,34, 1922 2,26, 1923 2,0, 1924 2,55, 1925 3,23 (U) Im ersten Vierteljahr 1926 werden amtlich in Preußen 26 68 8 Bergarbeiter-Unfälle, davon 285 mit tödlichem Ausgang zugestanden. Im Jahre 1925 betrug die Gesamtzahl der Unglücksfälle im Bergbau 113 169, davon 1564 tödlich (von diesen ereigneten sich 1306 unter Tage). Schätzungsweise entfällt auf je 1000 t geförderter Kohle ein tödlicher Unfall!

Nach einer Veröffentlichung des Deutschen Bergarbeiter-Verbandes sind die Unglücksfälle im Bergbau von 1923 bis 1925 „geradezu erschreckend gestiegen“. „In 1605 Betrieben der verschiedensten Bergbauarten ereigneten sich bei 812 256 beschäftigten Personen 10 562 entschädigungspflichtige Unfälle.“ Im Deutschen Bergbau werden danach täglich 5,6 Personen getötet und 35,2 schwer verletzt!! „Seit 1886, also in 40 Jahren, hat der Deutsche Bergbau 343.979 entschädigungspflichtige Verletzte und [111] 58.785 Tote gefordert.“ Bei 7 Massenunfällen allein kamen 1925 219 Bergarbeiter ums Leben. Das sind die Früchte des Antreibersystems bei verminderter Betriebssicherung.

Im Steinkohlenbergbau des Oberbergamtsbezirk Dortmund fanden 1925 74.258 (1924 dagegen 65.693) Unfälle statt, davon 24.897 (22.528) mit mehr als vierwöchentlicher Arbeitsunfähigkeit, d. h. auf 1000 Beschäftigte kamen 65,6 (59,2) schwere Unfälle! Jeder dreizehnte Bergmann wurde innerhalb eines Jahres schwer verletzt. Für das Jahr 1926 steigert sich die Zahl der Unglücksfälle ins Grauenhafte.

Nach der amtlichen Statistik verunglückten im Bergbau tödlich:

	Erstes Vierteljahr 1926	Zweites Vierteljahr 1926
Ruhrgebiet	178	210
Oberschlesien	37	29
Niederschlesien	10	16
Linker Niederrhein	4	9
Aachen	8	10
Insgesamt	285	322

Die letzte amtliche Veröffentlichung gibt folgende Teilzahlen an:

Die Unfälle in einzelnen Gebieten des westdeutschen Bergbaues im Jahre 1926:

1926 Oberbergamtsbezirk	1. Vierteljahr		2. Vierteljahr		3. Vierteljahr	
	insges. dav.	tödlich	insges. dav.	tödlich	insges. dav.	tödlich
Dortmund	15.435	180	15.115	210	21.112	209
Bonn	2683	19	2267	36	2900	28

Zusammen: Unfälle 1926, davon tödlich

Bonn	7850	83
Dortmund	51.662	599
in beiden Bezirken	59.512	682

Der Einwurf, daß die preußischen Bergbaubetriebe besonders ungünstige Arbeitsbedingungen hätten und dadurch die Zahl der Unglücksfälle zu erklären sei, wird durch folgende Feststellung entkräftet: In Sachsen ereigneten sich im Jahre 1925 nach den bei den sächsischen Gewerbeaufsichtsämtern erstatteten Unfallmeldungen 35.408 Betriebsunfälle (gegen 23.399 im Vorjahre), davon 131 (126) tödliche. In der Bautzener Steinindustrie allein stieg die Zahl der Unfälle von 279 (1924) auf 596 (1925), also um über 100 Prozent!

Im Bezirk Zittau ereigneten sich 802 Unfälle.	Davon entfielen auf:
Personen unter 16 Jahre	2,5 %
Personen von 16 bis 18 Jahren	5,5 %
Personen von 18 bis 21 Jahren	11,6 %
Personen von 21 bis 30 Jahren	33,0 % (!)
Personen von 30 bis 40 Jahren	19,9 % (!)
Personen von 40 bis 50 Jahren	13,2 %
Personen von 50 bis 60 Jahren	9,5 %
Personen über 60 Jahre	4,9 %

Ueber 50 Prozent der Betriebsunfälle fielen also auf die kräftigsten und gesundesten Arbeiter.

In 432 Fällen oder 54 Prozent aller Unfälle konnten die Ursachen festgestellt werden Es waren zurückzuführen: auf mangelhafte Betriebssicherheit und fehlende Schutzvorrichtungen 46 Unfälle, ungenügende Anweisungen 8, Beseitigung von Schutzvorrichtungen 8, Zuwiderhandlung gegen die Vorschriften oder Leichtsinn (?) 69, Unachtsamkeit 107 (!!), Schuld von dritten Personen 11, [112] Gefährlichkeit des Betriebes 118 (!), ungeeignete Kleidung 6, unbekannte Ursache 59.

Noch höhere Unfallzahlen, hervorgerufen durch mangelnde Sicherheitsmaßnahmen, meldet der Geschäftsbericht der Sächsischen Textil-Berufsgenossenschaft (Leipzig) für 1925, die sämtliche sächsischen Textilbetriebe umfaßt. Der Genossenschaft gehören an 312 523 Personen, davon 257.960 Vollarbeiter. In Berichtsjahr gingen 3537 (im Vorjahr 2703) Unfallanzeigen ein. 26 Unfälle verliefen tödlich, 492 wurden als entschädigungspflichtig anerkannt. Davon entfielen auf mangelnde Betriebseinrichtungen 1, ungenügende Anweisung 1, Fehlen von Schutzvorrichtungen 1, Nichtbenutzung von Schutzvorrichtungen 2, Handeln gegen bestehende Vorschriften 94 (!), Unachtsamkeit 88 (!), Schuld von dritten Personen 21, Gefährlichkeit des Betriebes 271 (!!), ungeeignete Kleidung 12, unbekannte Ursache 1.

Bei dem bestehenden Akkordsystem, bei dem auf äußerste Leistungsanspannung und Schnelligkeit der Akkordlohnsatz ausgerechnet wird, ist die hohe Zahl der durch Umgehen bestehender Vorschriften (94) und durch Unachtsamkeit (88) verursachten Unfälle kein Wunder. Ueber 50 Prozent aller Unfälle waren die Folge der Gefährlichkeit des Betriebes. Es ergibt sich. daß alle 492 Unfälle auf das Konto der rationalisierten Arbeitsmethoden mit ihrer mangelhaften Fürsorge für Sicherheit von Leben und Gesundheit des Arbeiters kommen.

In diesem Zusammenhang sei erwähnt, was der oben schon angeführte Direktor Urban-Berlin auf einer Industriellen-Tagung in Leipzig feststellte. Danach haben 200 verschiedene Maschinenfabriken im Jahre 1925 ausschließlich ungeschützte Maschinen geliefert. Ein auf der Besprechung anwesender Maschinenindustrieller sagte wörtlich: „Wenn die Schutzvorrichtungen nicht besonders bestellt werden, werden solche an den Maschinen auch nicht angebracht!“ Eine große deutsche Maschinenfabrik für Holzbearbeitung, deren Name nicht angegeben ist, hat der Berufsgenossenschaft, die wegen der hohen Zahl der schweren Unfälle bei ihr intervenierte, erklärt, daß die zum Schutze der Arbeiter erlassenen Unfallbestimmungen sie nichts angingen; sie läßt bei Maschinenbestellungen jetzt immer den Vermerk anbringen: „Wir verzichten auf eine Schutzvorrichtung!“

Brutal und offen erklärte der Vertreter des Verbandes der deutschen Werkzeugmaschinenfabriken in dieser Besprechung:

„Wenn das Maschinenschutzgesetz (das von den Berufsgenossenschaften entworfen wurde, aber nie über den Entwurf hinauskam. Der Verf.) zum Schutze unserer Arbeiter rücksichtslos gefordert wird, so kann ich das durchaus verstehen; aber ich werde bis zuletzt dafür kämpfen, daß wir es nicht bekommen, denn ich würde darin eine Hemmung der Fortentwicklung der Industrie erblicken!“

Bei den 1327 Betriebsrevisionen, die die Beamten der Berufsgenossenschaft durchführten, ergab sich, daß in 1029, also 78 Prozent aller Textilbetriebe, die Schutzvorrichtungen fehlten oder mangelhaft waren! (Es werden übrigens die ermittelten fünf Fälle von Berufskrankheiten (Milzbrand) als nicht entschädigungspflichtig angegeben.)

Noch krasser beleuchtet der Bericht der Lederindustrie-Unfalls-Berufsgenossenschaft für 1925 die ungeheuerlichen Zustände, die in den ihr angeschlossenen Betrieben hinsichtlich des Arbeiterschutzes herrschen. Bei einer Revision von 1745 Betrieben mit insgesamt 39433 Arbeitern (ein Viertel aller Betriebe, die der Genossenschaft angeschlossen sind) ergab sich, daß 1020 = 59 Prozent der Betriebe die Vorschriften bezüglich der Unfallverhütung nicht durchgeführt hatten, in 156 = 8 Prozent kein Verbandsmaterial vorhanden war, in 570 = 33 Prozent keine Beanstandungen zu machen waren!! Das ist die Quintessenz der Rationalisierung: kein Schutz für den Arbeiter bei verringertem Lohn und erhöhter Ausbeutung!

[113] Bei solchen Zuständen ist es erklärlich, daß 1925 die Unfälle von 2523 (1924) auf 3337 stiegen, trotzdem die Zahl der Arbeiter in den Betrieben erheblich verringert wurde. Es kamen auf je 1000 Versicherte 1924 24,5 anzeigepflichtige, also schwere Unfälle, 1925 31,6. In diesem Zusammenhange sei bemerkt, daß die Zahl der Milzbrandfälle in der Lederindustrie, einer Erkrankung, die durch Desinfektion des Materials zu verhüten ist, von 7, davon 1 tödlicher, im Jahre 1924 auf 32, davon 5 tödliche, im Jahre 1925 stieg.

Eine fast 100 prozentige Steigerung der Unfälle weist auch das Baugewerbe auf. In Thüringen wurden der Baugewerksberufsgenossenschaft 1925 1617 Unfälle gemeldet gegen 876 im Vorjahre. (Die direkt an die Krankenkassen gemeldeten Unfälle sind dabei hier nicht angegeben.) Die Zunahme der tödlichen und von dauernder Erwerbslosigkeit gefolgten Bauunfälle in Thüringen zeigt folgende Aufstellung:

Thüringen	1913	1924	1925
Beschäftigte Bauarbeiter	84.393	36.997	46.114
Tödliche Unfälle	14	14	23
Erwerbsunfähigkeit nach Unfällen	305	100	186

Bei einer Zunahme der Beschäftigtenzahl um über 20 Prozent stiegen also die schwersten Unfälle um über 80 Prozent! Die Sparmaßnahmen der Unternehmerschaft spielen dabei die ausschlaggebende Rolle, Die in kapitalistischen Diensten stehenden Berufsgenossenschaften führen nicht genügend Kontrollen durch, die Aufsichtsbeamten werden abgebaut. In Jena waren seit der Einstellung eines Bautenkontrolleurs jahrelang keine tödlichen Unfälle zu verzeichnen. Nach seiner Entlassung im Jahre 1924 ereigneten sich in 18 Monaten 3 tödliche Unfälle!

Uebereinstimmend geht aus den Berichten hervor, daß infolge der Abspannung durch verlängerte Arbeitszeit, erhöhte Anforderung an die Aufmerksamkeit, größere Schnelligkeit in den Bewegungen usw. die Unfälle gegen. Ende. des Arbeitstages (also in der 6. bis 9. Stunde), wie gegen Ende der Arbeitswoche (also von Donnerstag bis Sonnabend) sich außerordentlich häufen. Sie betragen durchschnittlich doppelt so viel als zu Beginn des Tages, bzw. der Woche.

Eine glänzende Illustration hierzu liefert die unerhörte Häufung der Unfälle bei der rationalisierten Dawesbahn. Die Sicherung der Strecken durch Begehung derselben, die Sicherungsmaßnahmen für die Arbeiter auf offener Strecke sind abgebaut. Hinzu kommt die Ueberarbeitung des Eisenbahnfahrpersonals. Der Einheitsverband der Eisenbahner stellt dazu fest, daß in der Zeit vom 10. bis 16. August, also in einer Woche, alle Zugpaare auf einer vielbefahrenen Strecke durch im ganzen 17 Beamte bedient wurden, deren Dienstschicht durchschnittlich über 20 Stunden betrug, im Höchstfalle sogar 24! Von diesen 20 Stunden waren reine Arbeitszeit auf der Lokomotive 18 Stunden, im Höchstfalle sogar 21½! An diesen unerhört langen Dienst schloß sich eine Ruhe von durchschnittlich nicht ganz 12 Stunden an, im ungünstigsten Falle sogar von nur 9 Stunden 50 Minuten!

In demselben Maße, in dem die Unfälle zugenommen haben, hat sich auch der allgemeine Gesundheitszustand der Arbeiterschaft verschlechtert. Die Zahl der Krankmeldungen ist durchschnittlich um 100 Prozent gestiegen. Die Arbeiter müssen mit allen Mitteln sich energisch gegen die Durchführung der erhöhten Ausbeutungsmethoden . der rationalisierten Industrie Deutschlands wehren. Von den Gewerkschaften und von der Sozialdemokratie ist keine Hilfe zu erhoffen. Bezeichnenderweise schrieb der „Vorwärts“ über die ungeheure Steigerung des ersten, mit den rationalisierten Arbeitsmethoden errichteten Betriebes, des Kraftwerkes Rummelsburg, bei dessen Bau sich über 1000 schwere Unfälle ereignet haben:

[114] Es waltet ein furchtbarer Unstern auf diesem Werke ... Die ungeheure Größe der Aufgaben schafft hier, wie in anderen ähnlichen Fällen, Verhältnisse, denen der Mensch von vornherein nicht gewachsen ist.“

Das bedeutet die Unterstützung und Sanktionierung der arbeiterfeindlichen, verbrecherischen Methoden, die das rationalisierte Unternehmertum in Deutschland allenthalben anwendet.

Diesen Bestrebungen der SPD- und Gewerkschaftsbürokratie, die Auswertungen der Rationalisierung auf Leben und Gesundheit des Proletariats zu verschleiern, kann nicht scharf genug entgegengetreten werden

DISKUSSION

„Die Streitfragen in der Komintern“

Von Willi Kötter-Berlin, Artur Vogt-Leipzig und Jädike-Berlin

Vorbemerkung der Redaktion: Wir veröffentlichen nachstehend einen Diskussionsbeitrag der Genossen Kötter und Vogt zu den Fragen der VII. Erweiterten Exekutive und zum bevorstehenden XI. Parteitag, obwohl weder die darin geäußerten Ansichten, noch deren politische Bedeutung für unsere Partei, eine besondere Berücksichtigung rechtfertigt. Eine ausführliche Beantwortung erübrigt sich, da die „Kritik“ dieser Genossen im wesentlichen der des Genossen Weber entspricht, und diese von uns ausführlich und wiederholt widerlegt wurde. Bemerkenswert ist die Methode, mit der diese oppositionellen Genossen versuchen, den Opportunismus der Kommunistischen Internationale nachzuweisen. Man kann sie als berufsmäßige Ausbeuter der Schwächen der kommunistischen Bewegung bezeichnen. Sie summieren

einzelne Abweichungen in einzelnen Sektionen und konstruieren daraus eine angebliche Gesamtlinie der KI, ohne deren Beschlüsse auch nur im mindesten zu würdigen und zu berücksichtigen. Charakteristisch für diese Methode ist, daß diese Genossen ihre Kritik bei jeder Sektion der Komintern ansetzen, deren Parteien noch sehr schwach entwickelt sind, oder gar noch in den ersten. Anfängen, wie Holland, Mexiko und Japan stehen. Im übrigen entspricht es nicht den Tatsachen, daß die holländische Partei eine Untersuchungskommission der Regierung nach Java forderte, anstatt richtige revolutionäre Losungen aufzustellen. Unsere revolutionären „Linken" verwechseln die KP. Hollands mit den schon längst ausgeschlossenen Wynkoop und Ravesteyn. Doch was tuts! Was benützt man nicht alles, um den Opportunismus der Komintern nachzuweisen! Die Kritik an unserer mexikanischen Bruderpartei zeugt nur von der völligen Unkenntnis unserer ultralinken Kritiker von der mexikanischen Lage und den Aufgaben unserer dortigen Partei. Ebenso ist es frei erfunden, daß die kommunistischen Gruppen in Japan auf die Teilnahme der Konstituierenden Versammlung der Arbeiter- und Bauernpartei verzichteten, sondern wahr ist, daß sie von den bürgerlich-reformistischen Elementen einfach nicht zugelassen wurden. Auf die summarische Kritik unserer englischen Bruderpartei im Bergarbeiterkampf wurde des öfteren geantwortet. Woher Vogt und Kötter den Mut nehmen, sich dabei auf den Genossen Bucharin zu berufen, bleibt freilich ihr Geheimnis.

Mit außerordentlicher Anstrengung kratzen Kötter und Vogt aus der Geschichte der Partei im vergangenen Jahre eine ganze Reihe von opportunistischen Abweichungen zusammen, die im Zentralkomitee längst kritisiert und berichtigt wurden, um damit auch den Oppor-[115]tunismus der KPD zu beweisen. Wo sie Neues bringen, läßt sich schwer dagegen polemisieren, weil sie auch nicht den geringsten Versuch einer Beweisführung machen:

„Falsche Einstellung zum bürgerlichen Staat" ... „Direkte oder indirekte Unterstützung der linken SPD-Führer" ... „Prinzipielle Zugeständnisse beim Ko. de. We." usw. Für alle diese Behauptungen keine Spur des Beweises. Wir glauben, daß die Perspektive, die diese Genossen für den Essener Parteitag stellen, vollständig dem Niveau ihrer Kritik an der Linie der Partei entspricht. Der Essener Parteitag hat nicht die Aufgabe, irgendwelche Andersdenkende aus der Partei auszuschließen, weil diese von der Partei selbst bereits überwunden sind. Eine derartige „linke Opposition" wie die Kötters und Vogts, man kann auch hinzusetzen, Webers, ist, wie ihre Kritik beweist, nicht imstande, die Partei an der Entfaltung ihrer revolutionären Kraft zu hindern.

Die Geschichte der proletarischen Bewegung ist ausgefüllt mit dem Ringen um die richtige, d. h. um die revolutionäre Linie, die zur Befreiung der Arbeiterklasse führt. In der KPD sind diese Diskussionen des öfteren und manchmal sehr scharf geführt worden. Durch die Niederlage des Oktober 1923 wurde es auch fast dem letzten Parteigenossen klar, wie eine Führung sich in der Einschätzung der Lage und der sich daraus ergebenden Aufgaben irren kann, und welche verhängnisvollen Folgen eine reformistische Politik hat. Die überwältigende Mehrheit der deutschen Partei erkannte an, daß die Linke die Partei rettete und sie aus dem größten Chaos herausführte. Jedoch wurde es schon nach einem Jahre durch die Schwankungen einiger Führer der Linken möglich, den rechten Strömungen in der KPD durch den Ekki-Brief die Führung in der Partei zu übertragen. Gleichzeitig wurden aber damit die Streitfragen über Politik und Taktik erneut aufgerollt, die nicht entschieden werden können durch Maßregelungen, Ausschlüsse usw., wie das besonders vom ZK der KPD seit dem Ekki-Brief versucht wird.

Die Einschätzung der gegenwärtigen Lage

Wir sind der Ueberzeugung, daß die Einschätzung der gegenwärtigen Lage und der voraussichtlichen Entwicklung des Kapitalismus die wichtigste Frage ist und stellen fest, daß das 7. Erw. Ekki keine Klarheit über diese Fragen geschaffen hat. In dem schriftlichen Bericht Bucharins wird eine kapitalistische Stabilisierung in bezug auf die Produktion, den Außenhandel und de Valutaverhältnisse festgestellt, hingegen veranlassen ihn die offensichtlich vorhandenen revolutionären Faktoren, deren Vorhandensein einfach nicht mehr abzuleugnen ist, zu der wunderbaren These der „Labilität" der

kapitalistischen Stabilisierung zu kommen. Wir sind der Ansicht, daß ein solcher Begriffswirrwarr wie „Labilität“ der „Stabilisierung“ (d i. Beweglichkeit der Befestigung) die richtige Einschätzung der Lage erschwert und damit den Parteigenossen kein Fundament für die Bestimmung ihrer Politik und Taktik geben kann. Wir sehen in diesen sinnlosen Formulierungen der führenden Genossen der Komintern das krampfhafte Festhalten an ihrer vor einiger Zeit aufgestellten Theorie der „relativen, teilweisen, zeitweisen, unbeständigen, usw. Stabilisierung“ des Kapitalismus, mit der man die reformistischen Abweichungen in den einzelnen Sektionen der Komintern zu begründen versuchte.

Wenn wir den Zustand der kapitalistischen Wirtschaft betrachten, sehen wir, daß die Widersprüche des Kapitalismus sich täglich verschärfen und immer krasser zum Vorschein kommen. Jeder Versuch der Kapitalisten, diese Widersprüche zu überwinden, vertieft sie nur. Sehr deutlich zeigt sich dies bei der kapitalistischen Rationalisierung. Das immer größer werdende Mißverhältnis zwischen Produktion und zahlungsfähiger Nachfrage verschärft die Konkurrenz der einzelnen Kapitalisten und Kapitalistengruppen. Diese Konkurrenz zwingt die Kapitalisten – wollen sie ihren Profit sichern – zu immer schärferen Ausbeutungsmethoden gegen die Arbeiter, zu technischen Verbesserungen, zur Schaffung von Konzernen, Kartellen, Trusts, zur Stillegung unrentabler Betriebe usw.

Alle diese Maßnahmen der Kapitalisten, die man als kapitalistische Rationalisierung bezeichnet, vermögen nicht die Widersprüche zu beseitigen, sondern können sie nur vertiefen. Die verschärfte Ausbeutung der Arbeiter führt zur Vertiefung der Klassengegensätze zwischen Proletariat und Kapitalismus, die technischen Verbesserungen vermehren – vom Kapitalisten angewandt – die Zahl der „überflüssigen“ Arbeiter und steigern bei kapitalistischer Produktionsweise das Mißverhältnis zwischen Produktion und Absatz und vor allen Dingen wird dadurch gesteigert das Mißverhältnis zwischen Produktionskapazität (Produktionsfähigkeit) und tatsächlicher Produktion. Die Schaffung von Kartellen und Trusts zur Verhinderung des Konkurrenzkampfes läßt diesen nur in anderen, gigantischen Formen erstehen und vermehrt die Gefahren eines neuen Weltkrieges. Die Stillegung unrentabler Betriebe muß die Arbeitslosenarmee ins Ungeheure anschwellen lassen. Diese Tatsachen treten in der jetzigen Epoche besonders zutage. Diese Tatsachen können auch nicht beeinträchtigt werden durch das zeitweilige Steigen einiger Ziffern, wie die der Produktion und des Außenhandels. Bei gründlicher, theoretischer Untersuchung der Entwicklungsgesetze des Kapitalismus besonders in seiner letzten Etappe, dem Imperialismus, werden die von Bucharin angeführten absoluten Zahlen eine ganz andere Bedeutung haben, als sie zu Zeiten des klassischen Kapitalismus hatten.

Eine Betrachtung der Verhältnisse der Gegensätze der kapitalistischen Länder bestätigt [116] das oben Angeführte und zeigt eine zunehmende revolutionäre Zuspitzung in fast allen Ländern.

Nehmen wir zunächst die als ein Merkmal der kapitalistischen Stabilisierung bezeichnete internationale Verbindung der kapitalistischen Gruppen, das internationale Stahlkartell und die damit verbundene deutsch-französische Annäherung, welche ebenfalls als Merkmal der kapitalistischen Stabilisierung bezeichnet wird.

Die Konkurrenz der englischen und deutschen Kohle auf den französisch-belgischen Märkten senkte den Preis der Kohle und gab damit der französisch-belgischen Schwerindustrie die Möglichkeit, ihre Produkte billig abzusetzen und dadurch die deutsche und englische Schwerindustrie zu schädigen. Infolgedessen zeigten sich bald Bestrebungen, diese Konkurrenz durch eine internationale Verbindung auszuschalten. Schon seit zwei Jahren gehen diese Verhandlungen, die aber zu keinem Abschluß kommen konnten, weil eine ganze Reihe von entgegengesetzten Faktoren vorhanden waren. Erst als der schon sowieso geschwächte englische Kapitalismus durch den englischen Streik einen schweren Stoß erhielt, des weiteren Frankreich durch seine Frankenstabilisierung mit Absatzschwierigkeiten zu rechnen hatte, kam der Block zwischen Deutschland, Frankreich, Belgien und Luxemburg zustande. Diese Kontinental-Rohstahl-Gemeinschaft soll die Rohstahlerzeugung an den jeweiligen Bedarf anpassen und es wird für jeden Teilnehmer ein bestimmter Anteil (Quote) an der Deckung des jeweiligen Bedarfes festgesetzt. Deutschlands Anteil beträgt vorläufig 10.193.400 Tonnen, während aber seine Produktionsfähigkeit etwa 18 Millionen beträgt, so daß also Deutschlands Absatz nur etwa 57 Prozent seiner Produktionsfähigkeit beträgt. Jeder Beteiligte kämpft nun darum, seinen Anteil an

dem jeweiligen Absatz zu erhöhen, so daß an Stelle des Konkurrenzkampfes der Kampf um die Quote droht.

Von diesen Tatsachen ganz abgesehen, vertieft diese Kartellierung der beteiligten Kapitalisten die Gegensätze der kapitalistischen Staaten. England, das von dieser Gemeinschaft ausgeschlossen ist, organisiert jetzt eine gewaltige Gegenfront, um entweder zu günstigen Bedingungen beteiligt zu sein, oder dieses Kartell zu sprengen. Zu diesem Zweck sehen wir das Bündnis Englands mit Italien und den Versuch, Balkanstaaten in diese Front einzureihen. Italien schließt ein „Friedensbündnis“ mit Rumänien, eine italienische Militärmission reist nach Rumänien, um „militärische Fragen“ zu beraten. Der italienischalbanische Vertrag bedeutet die Annektierung Albaniens durch Italien und verschärft den Gegensatz zwischen Jugoslawien und Italien, mit dessen bewaffneter Austragung man rechnet. Griechenland gliedert sich der Front England-Italien an und glaubt, im Bunde mit Italien seine Revanchegelüste gegen die Türkei erfüllen zu können. Bulgarien reiht sich ebenfalls ein. So entsteht die Front: England-Italien-Rumänien-Griechenland-Bulgarien, die sich offen gegen Frankreich und auch gegen Jugoslavien richtet. Als Gegenmaßnahmen tritt das Stahlkartell in Verhandlung mit Polen, Oesterreich und Tschechoslowakei, um auch diese in da. Stahlkartell hineinzubeziehen, wobei natürlich wieder Differenzen zwischen den einzelnen Teilnehmern entstehen, So sehen wir, daß die Verbindung der westeuropäischen Schwerindustrie nicht den Frieden, sondern den Krieg vorbereitet. Es bewahrheiten sich die Worte Rosa Luxemburgs, daß „jeder Freundschaftsvertrag“ der Kapitalisten einen Markstein auf dem Wege zur Vorbereitung des Krieges bedeutet. Selbst wenn es zur Bildung eines kontinentalen Trusts unter Einbeziehung Englands kommen würde, was wir für wahrscheinlich halten, so würde dadurch der Kampf zwischen den Rivalen diesseits und jenseits des Ozeans beginnen. Denn Amerika wird stets danach trachten, einen solchen kontinentalen Block unmöglich zu machen.

Wir haben bei dieser Betrachtung die feineren Differenzierungen zwischen den verschiedenen Staaten wegen Platzmangel nicht berücksichtigt – es kann auch dadurch die Richtigkeit unserer Ansicht in bezug auf die kapitalistische Entwicklung nur bestätigt werden.

Was des weiteren die Möglichkeit einer Stabilisierung des Kapitalismus bestätigt. ist die Lage in den einzelnen Ländern.

Eines der deutlichsten Beispiele des kapitalistischen Zerfalls bietet das mächtige England. Der englische Bergarbeiterstreik hat das Weltreich in seinen Grundfesten erschüttert. Die Konkurrenz des amerikanischen Kapitals drängte England mehr und mehr vom Weltmarkt zurück und vermehrte dadurch die Schwierigkeiten der englischen Wirtschaft. Die englische Produktionsmöglichkeit wird nur zu 60 Prozent ausgenützt. Das Eindringen des amerikanischen Kapitals in die unter englischer Herrschaft stehenden Länder fördert die Lostrennungsbestrebungen der englischen Dominions. Auf der britischen Reichskonferenz traten die Vertreter von Kanada, Südafrika und Irland auf und verlangten vollständige Aktionsfreiheit und Beratungen im Falle gemeinsamer Aktionen. Das englische Mutterland ist nicht in der Lage, den Kapitalshunger dieser Dominions zu befriedigen, wodurch dem amerikanischen Kapital Tür und Tor zur Stärkung seines Einflusses geöffnet werden. Der Mißerfolg Englands in China verschärft alle diese Schwierigkeiten, so daß unter diesen Umständen die Grundlage der proletarischen Revolution beschleunigt geschaffen wird.

Frankreich, durch die Inflation stark erschüttert, leidet jetzt unter der Deflationskrise und versucht seinen Zusammenbruch durch ungeheure Ausbeutung der Arbeiter zu verhindern. Trotzdem die Preise des täglichen Bedarfes um das Sechsfache gestiegen sind, wurden die Löhne nur um das Dreifache erhöht. Infolge dieser skrupellosen Ausbeutung der Arbeiter macht sich eine revolutionäre Gärung der Arbeiter bemerkbar, die auch im Wachsen der KPF zum Ausdruck kommt. Die ungeheure Verschuldung Frankreichs an Amerika erschwert den französischen Kapitalisten das Manövrieren zum Zwecke der Ausnutzung internationaler Komplikationen, zum Beispiel die Inanspruchnahme der deutschen Eisenbahnobligationen zur Stabilisierung des Franken. Die Abenteuer in Marokko haben große Summen verschlungen und verschlingen sie heute noch. Der Gegensatz zwischen Frankreich und Italien vertieft sich täglich, so daß sogar mit bewaffneter Austragung der Gegensätze gerechnet

wurde. In der letzten Zeit zeigt sich in Frankreich durch die Entlassung der Arbeiter in der Metall- und Konfektionsindustrie ein rapides Anwachsen der Erwerbslosigkeit.

Spanien, das seit der Herrschaft Primo de Riveras in kriegerischen Konflikten steckt, [117] ist stark verschuldet. Während der Herrschaft des Direktoriums haben sich die Schulden um 5 Milliarden Pesetas vermehrt. Der Dollar ist von 6,45 auf 8,17 gestiegen. Die Anzahl der Konkurse ist beträchtlich. Die Sozialisten kämpfen mit Primo de Rivera gegen die Kommunisten, was zu einer schweren Krise in der SP Spaniens geführt hat. Die katalonischen Konflikte verschärfen sich immer mehr.

Italien, durch Absatzschwierigkeiten gezwungen, eine starke imperialistische Politik zu betreiben, führt im Innern eine Blutherrschaft, die einzig dasteht. Der Millionenbetrug, der durch die 20-Millionen-Lire-Anleihe vollzogen wurde, droht die Reihen der Faschisten zu lockern. Der Gegensatz zwischen Großbourgeoisie und Kleinbürgertum wird immer größer, weshalb Mussolini als der Vertreter des Großkapitals mit Todesstrafe, Verbannung usw. seine Herrschaft zu befestigen und jede Regung im Blute zu ersticken versucht. Es brodelt unter der Oberfläche und die Arbeiter, deren Ausbeutung ungeheure Formen angenommen hat, werden mit Unterstützung der betrogenen Massen des Mittelstandes und der Bauern die Kraft aufbringen, das Blutregime zu zerbrechen.

In Polen und der Tschechoslowakei steigt die Arbeitslosigkeit. In ersterem auf über 200.000, in letzterem auf 250.000, wodurch die Unüberwindbarkeit der Krise zum Ausdruck kommt. Die Herrschaft Pilsudskis in Polen, die unerhörten Steuerlasten in der Tschechoslowakei können die revolutionäre Front zum Sturze des Kapitalismus erweitern. Auf dem Balkan verschärfen sich die imperialistischen Gegensätze zwischen den einzelnen Staaten immer mehr und können leicht zum Ausgangspunkt neuer Kriege werden. Durch den blutigen Terror gegen die Arbeiter und Bauern vermögen die herrschenden Klassen zwar noch ihre Herrschaft aufrecht zu erhalten, jedoch geht unterirdisch die Sammlung der revolutionären Energien vor sich.

Amerika. das von der Krise des Kapitalismus noch nicht so erschüttert wurde, kämpft ebenfalls um die Vergrößerung seines Absatzgebietes. Besonders gegen seinen Hauptrivalen England, was sich in dem mit aller Schärfe geführten Konkurrenzkampf auf den südamerikanischen Märkten zeigt. Auch Mexiko ist der Spielball des amerikanisch-englischen Kampfes, was zu mehreren revolutionären Umwälzungen und Kämpfen in diesem Lande geführt hat. Auch treten die verschiedenen Gegensätze zwischen den einzelnen Gruppen stärker als bisher hervor. So kämpft die mittelwestliche Industrie gegen die Europapolitik des Finanzkapitals, ebenso die Farmer, die gegenwärtig unter einer Baumwoll- und Viehzuchtkrise leiden. Die kleinbürgerlichen Schichten werden infolge der ungeheuren Trustifizierung rebellisch, wie auch die Arbeiter langsam aktiver werden. Die in der letzten Zeit vorgenommenen Stillegungen der Fordschen Betriebe lassen auf eine bevorstehende Krise der amerikanischen Industrie schließen.

Gigantische Bewegungen sehen wir in den kolonialen und halbkolonialen Ländern. In China, in Niederländisch-Indien, in Syrien rütteln die Sklaven an den Ketten des Imperialismus. Der Sieg der Kantonarmee gegen die weißen Generäle, die die Beauftragten der ausländischen Kapitalisten sind, bedeutet einen ungeheuren Schlag gegen den Imperialismus. Der Zerfall des englischen Weltreichs ist nicht zuletzt auf die Niederlage in China zurückzuführen. Der Aufstand der Indonesier ist ebenfalls ein Zeichen des Erwachens der Kolonialvölker, welches die Zersetzung der kapitalistischen Welt bedeuten wird.

Deutschland vermag die Krise, die im wesentlichen durch die Millionenarmee der Erwerbslosen zum Ausdruck kommt, nicht zu überwinden. Die durch den englischen Streik hervorgerufene geringe Abnahme der Erwerbslosenzahl ist längst durch ein rapides Steigen abgelöst worden. Die ungeheuren Steuerlasten, die besonders den Mittelstand und die Bauern belasten, revolutionieren diese Schichten, was zum Beispiel in dem von den Berliner Geschäftsleuten durchgeführten Steuerproteststreik sowie durch die damaligen Winzerunruhen zum Ausdruck kam. Die Abfindung der fürstlichen Räuber hat diese Massen stark aufgepeitscht. Die kapitalistische Rationalisierung, die gegenwärtig in Deutschland mit aller Schärfe durchgeführt wird, bedeutet eine ungeheure Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiter, was bei eifriger revolutionärer Propaganda und Agitationsarbeit zur Revolutionierung der

Massen führen muß. Unter dem Druck dieser Rationalisierung und der damit verbundenen Massenarbeitslosigkeit wird die deutsche Arbeiterklasse die Offensive gegen den deutschen Kapitalismus aufnehmen, wie das beim Hamburger Hafenarbeiterstreik bereits begonnen wurde.

Aus dieser, wegen beschränkten Raumes natürlich nicht ausgiebigen Darstellung der Weltlage und der Lage des Kapitalismus in den einzelnen Ländern, zeigen sich die immer größer werdenden Schwierigkeiten des Kapitalismus. Das Mißverhältnis zwischen Produktion und Absatz und die sich daraus zwangsläufig ergebenden Konkurrenzkämpfe der Kapitalisten veranlassen diese, die Ausbeutung der Arbeiter täglich zu vermehren, den Mittelstand zu vernichten und ihn ins Proletariat zu schleudern und vor allen Dingen eine Außenpolitik zu treiben, die zu imperialistischen Kriegen führen muß.

Die Existenz Sowjetrußlands ist ein ungeheurer Faktor zur Vermehrung der Schwierigkeiten der kapitalistischen Welt. Dieses gewaltige Land ist dem kapitalistischen Einfluß entrissen und unterstützt alle antiimperialistischen Bestrebungen, besonders im fernen Osten.

Alles das kennzeichnet die gegenwärtige Lage, die man nicht als eine relative oder labile Stabilisierung des Kapitalismus bezeichnen kann, sondern die man erkennen muß als eine objektiv revolutionäre Situation, in der die kommunistische Partei die Aufgabe hat, den revolutionären Machtkampf vorzubereiten.

Bei dem Versuch der Kapitalisten, die Schwierigkeiten der kapitalistischen Wirtschaft durch ungeheure Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiter und Bauern zu überwinden, steht die Internationale Sozialdemokratie auf seiten der Kapitalisten und kämpft gegen die Arbeiter.

Die Fehler in der Komintern

Da das VII. Erweiterte EKKI diese offensichtliche Zuspitzung der imperialistischen und Klassengegensätze unseres Erachtens unterschätzte und erneut das Vorhandensein einer „relativen Stabilisierung“ des Kapitalismus unterstrich, kam es natürlich zu falschen [118] Schlüssen, die zu der Billigung der verschiedenen taktischen Maßnahmen der einzelnen Sektionen führten, die wir in folgendem kritisieren möchten:

1. Während des Aufstandes der Indonesier erließ die KP Hollands einen Aufruf, der in der „Tribüne“ erschien und in dem sie zu dem Aufstand und den Aufgaben der niederländischen Arbeiter Stellung nahm. Anstatt die Freiheit und Unabhängigkeit der Indonesier und die Niederringung des holländischen und englischen Kapitalismus, des weiteren die sofortige Zurückziehung der Truppen zu fordern, verlangten sie, daß eine Untersuchungskommission, in der auch andere Schichten vertreten sein sollten, nach Java gesandt werde, um die Ursachen des Aufstandes zu untersuchen. Wir halten diese Parole für eine völlig unkommunistische, sozialdemokratische Losung, die eine der schlimmsten reformistischen Abweichungen darstellt. Das VII. Erweiterte EKKI billigte im wesentlichen diese Politik.

2. Die Regierung Calles in Mexiko führt einen scharfen Kampf gegen unsere dortige Bruderpartei und bedroht sie mit den schärfsten Mitteln. Auf der anderen Seite führt diese Regierung einen sehr zahmen Kampf gegen die Kirche und gegen den ausländischen Imperialismus. Trotz dieser Sachlage wird den arbeitenden Massen folgendes gesagt: „Die arbeitenden Massen in Mexiko sind gezwungen, eine Einheitsfront mit der revolutionär-nationalistischen Regierung Mexikos zu bilden, trotzdem diese in der Vergangenheit nicht immer die Interessen der Arbeiter geschützt hat und obwohl Calles vorwiegend die Interessen des Kleinbürgertums vertritt.“ Wir sind der Ueberzeugung, daß eine solche bedingungslose Unterstützung nicht in Frage kommen kann, sondern daß den Massen diese Regierung dargestellt werden muß, als das was sie ist, Das VII. Erweiterte EKKI billigte jene Politik.

3. Bei den Bestrebungen, in Japan unter allen Umständen eine Arbeiter- und Bauernpartei zu bilden, haben unserer Meinung nach unsere Genossen eine abweichende Stellung eingenommen. Um der reformistischen „Sodomei“ keine Gelegenheit zu geben, die Teilnahme der zu bildenden Arbeiter- und Bauernpartei abzulehnen, verzichteten die kommunistischen Gruppen auf die

Teilnahme an der konstituierenden Versammlung der Arbeiter-und Bauernpartei. Wir halten diesen Schritt für falsch, da er eine große Konzession an die Reformisten bedeute. Das VII. Erweiterte EKKI billigte diese Politik.

4. Bei dem heldenhaften Streik der englischen Bergarbeiter nahm unsere englische Bruderpartei eine falsche Haltung gegenüber den „linken" Gewerkschaftsführern ein. Der Genosse Bucharin mußte diese Tatsache jetzt offen zugeben. Weil wir es sechs Monate früher sagten, wurden wir als Antibolschewisten bekämpft. Die Exekutive billigte anfänglich diese Politik.

Außer diesen falschen taktischen Maßnahmen der einzelnen Sektionen der Komintern hat besonders die deutsche Partei mit der Begründung des Vorhandenseins einer „relativen Stabilisierung" eine falsche politische Linie in wichtigen Fragen bezogen.

1. In der Erwerbslosenbewegung zeigte die Partei eine sträfliche Passivität und verschanzte sich hinter der Parole: „Der ADGB muß ...." Selbst Bucharin mußte das auf dem VII. Erweiterten EKKI zugeben. Weil wir das ein Jahr früher erkannten als Bucharin, wurden wir als Antibolschewisten beschimpft. Aber auch heute erfüllt die Partei in dieser Frage ihre Aufgabe nicht.

2. Die Einheitsfront, die nach den Beschlüssen des 5. Weltkongresses als eine Methode der Revolutionierung der Massen zu verstehen ist, wurde ersetzt durch ein prinzipienloses Anknüpfen an die Illusionen der Massen. Das zeigte sich

a) in der Sachsenpolitik durch die direkte oder indirekte Unterstützung der „linken" SPD-Führer;

b) in Mecklenburg durch die Unterstützung einer sozialdemokratisch-demokratischen Regierung;

c) in der zu parlamentarischen Durchführung des Volksentscheids, wodurch die ganze Bewegung mit dem 20. Juni endete;

d) in der Wahl des sozialdemokratischen Schlichters Mehlig;

e) beim Hamburger Hafenarbeiterstreik, wo wir die Führung des Streikes einer sozialdemokratischen Mehrheit überließen;

f) beim Ko. d. W., wo wir, um die Einheitsfront nicht zu stören, prinzipielle Zugeständnisse machten, usw. usw.

3. Falsche Einstellung zum bürgerlichen Staat, Zustimmung zum Etat, Bewilligung von Steuern, Zustimmung zum Knappschaftsgesetz usw. Die deutsche Parteileitung trägt trotz des Versuchs, sie abzuwälzen, die politische Verantwortung dafür, daß solche Abweichungen, die eine Folge der reformistischen Gesamtpolitik sind, eintreten mußten.

4. Zahlreiche „provinzielle" Abweichungen, die mit kommunistischer Politik nichts mehr zu tun haben (Thomas Artikel, Smolkas Stellungnahme zur Erwerbslosenfrage, Globig-Artikel, Bewilligung von Geldern für Polizei in Nieder-Barnim usw.). Die Parteiführung lehnt die Verantwortung ab, jedoch gelten für uns die Worte Lenins: „Wir dürfen nicht vergessen, daß der politische Führer nicht nur für seine Politik verantwortlich ist, sondern auch für das, was die von ihm Geführten tun."

5. Beschränkung der Partei auf die Ausnutzung nur der legalen Möglichkeiten, was Lenin als Liquidatorentum von rechts bezeichnete.

6. Falsche Reorganisationsmethoden des ZK mit dem Zweck der Ausschaltung aller oppositionellen Genossen aus jeder verantwortlichen Mitarbeit.

7. Falscher innerparteilicher Kurs, der in den Ausschlüssen, Maßregelungen, Funktionsenthebungen, Vergewaltigung des demokratischen Zentralismus usw. zum Ausdruck kommt.

Da diese falschen politischen und innerparteilichen Maßnahmen die Partei schwer geschädigt haben und noch schädigen, sehen wir es als unsere revolutionäre Pflicht an, trotz aller Gewaltmaßnahmen dagegen anzukämpfen.

Die Aufgaben der Partei.

Durch unsere Einschätzung der gegenwärtigen Lage und der Entwicklung des Kapitalismus ist auch die Stellung der Aufgaben bedingt. Da wir der Ueberzeugung sind, daß wir [119] eine Zeit der revolutionären Zuspitzung erleben, die den Ausbruch des proletarischen Befreiungskampf es in kürzerer Zeit als möglich erscheinen läßt, sehen wir die Aufgaben der Partei in der Vorbereitung dieses Befreiungskampfes und der Organisierung der proletarischen Massen zum Sturze der Bourgeoisie. Zu diesem Zwecke muß die Partei in folgender Linie arbeiten:

1. Die immer größer werdende Massenarbeitslosigkeit zwingt zur energischen Führung der Bewegung. Forderung an die Kommunen müssen begleitet sein von außerparlamentarischen Aktionen und energischem Auftreten der Erwerbslosen vor den Parlamentsgebäuden. Bei der jetzigen organisatorischen Erfassung der Erwerbslosen muß in der Hauptsache eine konsequentere politische Linie vertreten werden. Die Erwerbslosenbewegung muß von der gesamten Parteiorganisation – besonders den Zellen – unterstützt werde. In Zellenversammlungen muß Stellung genommen werden, wie man mit allen Mitteln Ueberstundenschieber ermittelt und unmöglich macht. Die Partei muß in all diesen Fragen Initiative ergreifen.

2. Die Einheitsfront darf nicht zu Kompromissen mit SPD-Führern oder zur prinzipienlosen Berücksichtigung dieser oder jener Stimmung führen. Bei den Regierungsfragen muß die Partei ein Programm in den Vordergrund stellen und in den Massen verankern. Die Partei darf nur den unterstützen, der sich bereit erklärt, dieses von den Massen gestützte Programm zu vertreten. Jeder, der gegen dieses Programm ist, gegen den sind auch wir. Da ein proletarisches Klassenprogramm nur von der einzigen Arbeiterpartei, der KPD vertreten wird, ist die Unterstützung anderer Parteien außer Frage gestellt.

3. Unsere parlamentarische Tätigkeit kann nur dem Zwecke einer größeren Verbreiterungsmöglichkeit unserer Ansichten dienen. Das Parlament ist die Tribüne des Volkes, von der aus wir die Massen von der Notwendigkeit des revolutionären Sturzes der Bourgeoisie überzeugen.

4. Zur Organisierung des revolutionären Kampfes kann sich die Partei nicht nur auf die Ausnutzung der legalen Möglichkeiten beschränken. Zur Organisierung des revolutionären Klassenkampfes ist die Verbindung der legalen und illegalen Kampfesmethoden die Voraussetzung jeden Erfolges.

5. Die kommunistische Betriebsarbeit muß geleitet werden von dem Grundsatz: „Die Arbeiter für ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen in den Kampf zu führen.“ Es kann nicht die größte Ehre eines Kommunisten sein, jahrzehntelang in einem Betrieb zu sein, sondern die politische Reife der Belegschaft seines Betriebes. Es gilt die Arbeiter mit allen Mitteln gegen die Maßnahmen der Unternehmer aufzupeitschen und sie im revolutionären Sinne zu erziehen. Durch Auslösung wirtschaftlicher und politischer Kämpfe muß in den Betrieben der Radikalisierungsprozeß der Arbeiterklasse vorwärts getrieben werden.

6. Unsere Arbeit in den Gewerkschaften muß in dem Sinne geleistet werden, den Einfluß der reformistischen Führer zu brechen und die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter im Sinne des Klassenkampfes zu beeinflussen. Nicht Kompromisse mit den reformistischen Gewerkschaftsführern, sondern Kampf gegen sie und ihre Politik.

7. Der gegenwärtige Stand der Organisation der KPD zeigt die Notwendigkeit der Anwendung neuer Methoden, wodurch es uns gelingen muß, tatsächlich jeden Betrieb zu unserer Burg zu machen. Breitere Zusammenkünfte der Mitgliedschaft, Vereinfachung des Organisationsapparates, wozu noch hinzukommen muß die Beseitigung der Klassifizierung unserer Genossen in „Betriebsgenossen“ und „Nicht-Betriebsgenossen“, müssen sofort durchgeführt werden. Die Organisation muß geleitet werden zu dem Zweck der Verbreiterung unseres Einflusses in den Massen und nicht zur fraktionellen Erledigung der Opposition.

8. Der innerparteiliche Kurs, der in der KPD durch zahlreiche Ausschlüsse durch Maßregelung und Ausschaltung linker Genossen vor jeder verantwortlichen Mitarbeit gekennzeichnet ist, muß geändert

werden. An Stelle der fraktionellen Vergiftung der Partei durch das ZK muß eine loyale Zusammenarbeit aller revolutionären Kräfte der Partei trotz taktischer Meinungsverschiedenheiten möglich gemacht werden. Bei der Fortführung des jetzigen innerparteilichen Kurses, der in einer dauernden Vergewaltigung des demokratischen Zentralismus besteht, wird die Partei in ihren Grundlagen erschüttert.

Schlußbemerkung

Der 11. Parteitag der KPD bietet zwei Möglichkeiten. Die erste Möglichkeit ist, daß er jeden Genossen, der es wagte, eine andere Meinung, als die jeweils vorherrschende zu vertreten, ausschließt aus der Partei, oder daß er, das ist die zweite Möglichkeit, eine Basis schafft, auf der trotz aller Meinungsverschiedenheiten eine für die Partei und für die Revolution nutzbringende Arbeit aller revolutionären Kräfte der Partei möglich ist.

*

Die Neuorientierung der Komintern
Das Ergebnis der VII. Erweiterten Exekutive

Von Weber, Peters und Max Riese, Berlin

II.

Für oder gegen die kapitalistische Rationalisierung

Nach Auffassung der Reformisten ist die kapitalistische Rationalisierung ein in der Wirtschaftlichen Fortentwicklung begründeter Prozeß, weshalb eine Ablehnung der kapitalistischen Rationalisierung an sich einen Rückfall in die Ideologie der Maschinenstürmerei [120] bedeuten würde. Deshalb müsse sich der Widerstand der Arbeiter und Gewerkschaften lediglich auf die negativen Auswirkungen der kapitalistischen Rationalisierung (Lohnabbau, Arbeitszeitverlängerung, Arbeitslosigkeit usw.) beschränken.

Abgesehen davon, daß die Reformisten in der Praxis auch einen solchermaßen beschränkten Kampf mit allen Mitteln zu verhindern suchen, bedeutet diese reformistische Auffassung eine bewußte Sabotage des notwendigen Kampfes der Arbeiterschaft gegen die Offensive des Kapitalismus.

Genosse Bucharin vertritt ebenfalls den Standpunkt, daß man sich nicht gegen die kapitalistische Rationalisierung überhaupt, sondern nur gegen deren arbeiterschädliche Auswirkungen (Lohnabbau usw.) zu wenden habe, weil die gegenwärtige Rationalisierung gleichzeitig einen Uebergang zu höheren Produktionsformen usw. (Trust, Monopolisierung, Fordisierung usw.) mit sich bringe. (EKKI und ZK erklären „Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung“ sei auch nicht konkret genug. Vielleicht erklärt man uns jetzt auch einmal, in was die Ersatzlosungen „Kampf gegen die kapitalistische Stabilisierung“ usw. konkreter sind. Das Gegenteil trifft nämlich zu.)

Dagegen kann die Stellung der KI in der Frage der kapitalistischen Rationalisierung als ein Versuch der Kapitalisten, die bestehenden und unlösbaren Widersprüche des kapitalistischen Wirtschaftssystems zu überwinden, nur in einer klaren, unzweideutigen und grundsätzlichen Ablehnung der „kapitalistischen Rationalisierung überhaupt bestehen. Dies um so mehr, weil, wie der Verlauf und die Auswirkungen der kapitalistischen Rationalisierung beweisen, dieselben als vollständig negativ anzusprechen sind (Senkung des sozialen Niveaus der Arbeiterschaft, Fesselung der Produktivkräfte usw.). Alle Versuche des Kapitalismus, den unvermeidlichen Zerfall der kapitalistischen Wirtschaftsordnung aufzuhalten, gehen auf Kosten der arbeitenden Schichten und führen zu einer unerträglichen Verschlechterung der Lebenshaltung der breiten Volksmassen.

Indem die KI den schärfsten Kampf gegen die furchtbaren Auswirkungen der kapitalistischen Rationalisierung (gegen Lohnabbau, Entlassungen, Arbeitszeitverlängerung usw.) für die unmittelbaren Tagesinteressen der werktätigen Schichten (für Lohn- und Gehaltserhöhungen, für den starren Achtstundentag, die 42-Stundenwoche, Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß usw.) führt, muß sie gleichzeitig auch ihren grundsätzlichen Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung unter scharfer Betonung euch der politischen Seite derselben führen und die Arbeiterschaft in diesem Sinne mobilisieren.

Die Lage in der Komintern

In der gegenwärtigen Zeit, wo der innerparteiliche Kampf mit unerhörter Schärfe gegen alle linken Elemente und sogenannten ultralinken Gefahren tobt, zeigen sich in allen Parteien die schlimmsten Erscheinungen des Opportunismus.

Bezüglich der russischen Frage, die für die gesamte Komintern von größter Bedeutung ist, solidarisiert sich die Weddinger Opposition nach wie vor mit ihrer Resolution vom 1. August 1926 bzw. der Erklärung der 700. Als Ergänzung muß hinzugefügt werden, daß der unter Stalin durchgeführte innerparteiliche Kurs die von Genossen Lenin in seinem Vermächtnis erhobene Anklage gegen den Genossen Stalin vollauf bestätigt, und somit auch die darin geforderte unverzügliche Beseitigung Stalins von seinem Posten als Generalsekretär der Partei durchaus gerechtfertigt ist.

In der Hauptstreitfrage über die Möglichkeit des Sozialismus in einem Lande verweisen wir nochmals und generell auf den Genossen Stalin selbst, der in seiner Broschüre „Lenin und der Leninismus“ (S. 48/49) darüber folgendes schreibt:

„... zum endgültigen Sieg des Sozialismus, zur Organisierung der sozialistischen Produktion sind aber die Anstrengungen eines Landes und namentlich eines Agrarlandes wie Rußland ungenügend – dazu bedarf es der Anstrengungen der Proletarier einiger hochentwickelten Länder ...“ (Unterstreichungen d. d Verfasser.)

Wenn wegen derselben Auffassung heute die russische Opposition des Unglaubens und des Pessimismus am sozialistischen Aufbau der Sowjetunion beschuldigt wird, so mögen Genosse Stalin und die KPSU diesen Vorwurf auch gegen sich selbst erheben.

Die opportunistischen Abweichungen des ZK der chinesischen Kommunistischen Partei, wie sie u. a. insbesondere in der Zustimmung des ZK unserer chinesischen Bruderpartei zu nachstehendem Beschluß des ZK der Kuomintang (worin der Marxismus und Leninismus durch den Sunyatsenismus ersetzt wird) zum Ausdruck kommen:

„Jegliches Mitglied einer anderen Partei (d. i. der Kommunistischen Partei), das in die Kuomintang eintritt, muß von dieser Partei angehalten werden, zu verstehen, daß der von Sun-Yat-Sen geschaffene Sunyatsenismus die Grundlage der Kuomintang darstellt und daß es in bezug auf Sun-Yat-Sen und den Sunyatsenismus keinerlei Zweifel und Kritik geben darf“, geben Veranlassung, die Frage des Verhältnisses der chinesischen KP zur Kuomintang zu überprüfen. Infolge der Verbreiterung der revolutionären Bewegung und der anwachsenden Arbeiterbewegung, ferner der fortschreitenden Differenzierung im Lager der chinesischen Bourgeoisie macht sich die Aufwerfung der Ersetzung der gegenwärtigen organisatorischen Einheit der chinesischen KP mit der Kuomintang durch ein Bündnis zweier Parteien notwendig.

Lenin sagte:

„... Die Komintern darf die bürgerlich-demokratische nationale Bewegung in den Kolonien und zurückgebliebenen Ländern nur unter der Bedingung unterstützen, daß die Elemente der künftigen proletarischen, nicht nur der Bezeichnung nach kommunistischen Parteien in allen zurückgebliebenen Ländern in der Erkenntnis ihrer besonderen Aufgaben, der Aufgaben eines Kampfes mit den bürgerlich-demokratischen Bewegungen innerhalb ihrer Nation gruppiert [121] und erzogen werden; die Komintern muß in zeitweiligem Bunde mit den bürgerlichen Demokratien der Kolonien und zurückgebliebenen Länder gehen, aber sich nicht mit ihr verschmelzen, unbedingt die Selbständigkeit der proletarischen Bewegung, sogar in ihrer anfänglichsten Form, bewahren ...“ (Russ. Ges. Wk. Bd. 17, S. 215, Skizze der Thesen zur National- und Kolonialfrage.)

Die chinesische KP muß also unter allen Umständen die unabhängige Klassenorganisation des chinesischen Proletariats werden.

In bezug auf die deutsche Kommunistische Partei solidarisiert sich die Weddinger Opposition mit der in den Nummern 23 und 24 der „Internationale“ und in der Funktionärzeitschrift der Pfalz („Pionier“, Dezembernummer) veröffentlichten Plattform der Weddinger Opposition.

Die Rechtsentwicklung in der KPD ist bereits so weit fortgeschritten, daß man glaubt, schon heute sich die Mitarbeit der Opportunistenchefs Brandler und Thalheimer sichern zu müssen.

Die Weddinger Opposition protestiert mit aller Schärfe gegen diese offene Rehabilitierung der beiden Hauptschuldigen des Oktober 1923, die überdies bis heute noch auf ihrer fehlerhaften Politik beharren. Die Freigabe der literarischen Mitarbeit von Brandler und Thalheimer auch durch das ZK der KPD bedeutet die systematische Durchsetzung der Mitgliedschaft mit dem extrem opportunistischen Gift des Brandlerismus.

Den besten Beweis liefert bereits ein unwidersprochener Artikel Brandlers im Dezemberheft der Roten Gewerkschaftsinternationale (Nr. 12), in welchem die Diskussion über 1923 – die von dem Führer der rechten Fraktion, Genossen Böttcher, ebenfalls gefordert wird – bereits eröffnet und eine niedrige Hetze gegen die Linken betrieben wird.

Zahlreiche rechte Vorstöße der verschiedensten Art zeugen von einer äußerst rührigen Fraktionsarbeit der rechten Brandleristen. Sie scheinen das Ergebnis der Tagung der Reichsfraktion der Rechten am 2. Januar 1927 (an der auch Genosse Meyer teilnahm) zu sein. Genosse Böttcher handelte sicher nur in deren Auftrag, als er der Sekretärkonferenz unterbreitete, daß die Unterwerfungserklärung des Genossen Meyer von allen Rechten mißbilligt und als nichtverbindlich betrachtet und eine Konzentration von Thälmann bis Brandler gefordert wird.

Die seitens des ZK darauf erteilte Antwort war mehr eine Entschuldigung, denn eine Entgegnung und zeigt deutlicher als alles andere, wohin die Reise geht

RUNDSCHAU

Sowjetunion

Die wirtschaftliche Entwicklung seit der 15. Parteikonferenz

Die bisher veröffentlichten Daten über die wirtschaftliche Entwicklung der Sowjetunion in den letzten Monaten geben uns bereits gewisse Anhaltspunkte, um eine vorläufige Bilanz der Wirtschaftspolitik der KPSU, bzw. der Sowjetmacht seit der 15. Parteikonferenz zu ziehen und ihre weiteren Perspektiven festzustellen.

Dies ist von doppelter Bedeutung. Einerseits müssen uns bereits die Ergebnisse der letzten Monate, wenigstens andeutungsweise zeigen, wie sich die Wirtschaftspolitik der Sowjetmacht unter den neuen Verhältnissen des Ueberganges von der Wiederaufbau- zur Neuaufbauperiode bewährt, und welche Aussichten für die Durchführung des für das neue Wirtschaftsjahr aufgestellten Programms bestehen.

Andererseits aber hat die Bilanz, die wir aus den jüngsten wirtschaftlichen Ergebnissen ziehen können, nach eine gewaltige politische Bedeutung. Sie ist gewissermaßen auch eine Bilanz der jüngsten Diskussionen innerhalb der KPSU. Es handelt sich doch um sehr wesentliche wirtschaftspolitische Differenzen. Die Opposition hat in wesentlichen Wirtschaftsfragen eine der von der Parteimehrheit befolgten, ganz entgegengesetzte Politik vorgeschlagen. Sie warnte vor „verhängnisvollen Folgen“, falls von dieser Politik nicht im Sinne ihrer Vorschläge abgewichen werde. Haben sich diese Befürchtungen bestätigt, oder hat sich die Politik der Parteimehrheit als richtig erwiesen? Auf diese Fragen gibt uns die Tendenz der seitherigen Entwicklung in mehreren wesentlichen Punkten eine unverkennbare Antwort und daher muß sie vor allem von diesem Gesichtspunkte aus untersucht werden.

Die Getreidekampagne und die Eroberung des Getreidemarktes

Wenn wir nun von diesem Gesichtspunkte aus die Ergebnisse der diesjährigen Getreidebeschaffungskampagne betrachten, so müssen wir uns vor allem folgendes in Erinnerung rufen: Einer der bedeutendsten Faktoren der allgemein bekannten wirtschaftlichen Schwierigkeiten des vorigen Wirtschaftsjahres (1925/26) bestand in dem – wenigstens in den ersten Monaten des Wirtschaftsjahres – ungünstigen Verlauf der Getreidekampagne. Ihre Ergebnisse bewegten sich weit unter dem Programm, die

Getreidepreise stiegen rasch in die Höhe. Dies wirkte sich auch natürlich in anderen Wirtschaftsgebieten aus. (Außenhandel, Industriepreise usw.) Die Opposition führte damals diesen Mißerfolg auf die angeblich wachsende Macht der bürgerlichen Elemente des Dorfes (Kulaki) zurück. Genosse Kamenew behauptete, der Kulak sei bereits so stark, daß er die Durchführung des staat-[122]lichen Wirtschaftsprogramms vereiteln könne, ja, daß „der Kulak uns ein bißchen reguliert hat".

Die Genossen der Parteimehrheit sahen die Ursachen dieses Mißerfolges in ganz anderen Momenten: vor allem in der verspäteten Vorbereitung der Getreidekampagne, in der gegenseitigen Konkurrenz der staatlichen Beschaffungsorgane und ähnlichen organisatorischen Fehlern der Wirtschaftsbehörden. Und die Partei hat auch die entsprechenden Maßnahmen. getroffen, um diese Fehler und Mängel rechtzeitig zu beseitigen.

Nun, die diesjährige Getreidekampagne mußte auf diese Frage eine erschöpfende Antwort geben. Ist der Kulak wirklich so stark, daß er imstande ist, die Wirtschaftspolitik des proletarischen Staates zu vereiteln (und einige Monate friedliche wirtschaftliche Entwicklung können eine solche Gefahr, falls sie bestanden hat, nicht aus der Welt schaffen), dann hätten sich die vorjährigen Verhältnisse auf dem Getreidemarkt auch in diesem Jahre wiederholen müssen.

Gerade das Gegenteil hat sich jedoch herausgestellt.

Die zahlenmäßigen Ergebnisse der Getreidebeschaffung für das Halbjahr Juli/Dezember 1926 übersteigen die Ergebnisse der gleichen Monate des vorigen Jahres um mehr als ein Drittel. Die Gesamtmenge des beschafften Getreides betrug:

Juli/Dezember 1925	5.502.000 Tonnen
Juli/Dezember 1926	7.472.000 Tonnen

Die Erhöhung beträgt also 1 970 000 Tonnen, d. h. etwa 36 Prozent. Dabei beträgt die prozentuale Zunahme der wichtigsten Getreidesorte, des Weizens, 92 Prozent. Die beschaffte Weizenmenge hat sich also im Verhältnis zum vorigen Jahre fast verdoppelt.

Um den Unterschied in der Preisentwicklung der beiden Jahre zu charakterisieren, führen wir hier nur als Beispiel die Entwicklung der Weizenpreise im zweiten Halbjahr der Kalenderjahre 1925 und 1926 an.

In Kopeken pro Pud (16,38 kg).

	1925	1926
Juli	129	101
August	125	107
September	131	108
Oktober	119	102
November	123	101
Dezember	172	99

Vor allem fällt die sprunghafte Entwicklung bei der vorjährigen und die fast gleichmäßige Entwicklung bei der diesjährigen Getreidekampagne auf. Dieser Erfolg ist zum größten Teil erst möglich geworden durch einen anderen äußerst wichtigen Erfolg: durch die großen Fortschritte der planmäßig geleiteten staatlichen und genossenschaftlichen Organe in der Eroberung des Getreidemarktes. D e r A n t e i l d e s P r i v a t k a p i t a l s an der Getreidebeschaffung ist im Laufe des letzten Jahres von über 30 Prozent auf unter 20 Prozent z u r ü c k g e g a n g e n. Infolge dieses Verdrängung des Privathandels ist eine weitgehende regulierende Einwirkung des proletarischen Staates auf den Getreidemarkt möglich geworden.

Diese Ergebnisse der Getreidekampagne zeigen also, daß nicht die von der Opposition panikartig übertriebene Kulakengefahr die Ursache der vorjährigen Mißerfolge gewesen ist, sondern die organisatorischen und wirtschaftspolitischen Fehler in der Vorbereitung und Durchführung der Kampagne. Durch die auf dem Aprilplenum des ZK der KPSU getroffenen Maßnahmen ist die „regulierende Kraft des Kulak" plötzlich „verschwunden" und die diesjährige Kampagne nahm einen in jeder Hinsicht geradezu glänzenden Verlauf.

Die gute Ernte und der industrielle Warenhunger

Ein zweiter Gegensatz in der Beurteilung der wirtschaftlichen Perspektiven bestand darin, daß die Opposition der Befürchtung Ausdruck gab, daß gerade eine gute Ernte gefährliche Folgen für die Gesamtwirtschaft mit sich bringen könne. Und zwar in dem Sinne, daß durch die vermehrte Kaufkraft der Bauernschaft sich der industrielle Warenhunger verschärfen werde. Nun die Tatsachen haben auch in dieser Hinsicht die Unrichtigkeit der pessimistischen Prophezeiungen bewiesen. Es liegen noch keine zusammenfassenden Angaben vor, aus denen der Rückgang des Warendefizits mehr oder minder genau festgestellt werden könnte, aber schon die äußeren Symptome (keine Angstkäufe, keine Preistreiberei usw.) und die Berichte der Genossenschaften aus der gesamten Union zeigen anschaulich, daß trotz der guten Ernte und trotz des glänzenden Verlaufs der Getreidekampagne der Hunger nach Industriewaren nicht schärfer, sondern milder geworden ist. Der Warenhunger beschränkt sich heute auf einige wenige Waren (einige Manufaktursorten, einige Sorten von Hausgeräten aus Metall und Lederwaren), aber auch in diesen Waren zeigt sich kein so scharfes Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage wie im vorigen Jahre. Dieser Erfolg ist gleichfalls nicht zum geringen Teile auf die richtige Wirtschaftspolitik und auf das richtige Manövrieren der einzelnen Handelsorgane zurückzuführen, obwohl natürlich auch objektive Ursachen (wie die Verbilligung der Baumwolle auf dem Weltmarkte und daher die Möglichkeit einer gesteigerten Baumwolleinfuhr) mitgewirkt haben.

Außenhandel – Industrialisierung

Ein weiterer Faktor der günstigen Entwicklung der Sowjetwirtschaft seit dem Beginn des neuen Wirtschaftsjahres ist die Tatsache, daß es nach 2 Jahren passiver Handelsbilanz im ersten Viertel des neuen Wirtschaftsjahres (Oktober/Dezember 1926) wieder gelungen ist, eine aktive Handelsbilanz zu erzielen. Während in der angegebenen Periode Waren im Werte von 208,2 Millionen Rubel ausgeführt wurden, beträgt der Wert der Einfuhr nur 131,08 Millionen Rubel. Der Aktivsaldo beträgt somit 76,4 Millionen Rubel. Die Einfuhr besteht zum größten Teile aus Produktionsmitteln.

Bei dieser Gelegenheit müssen wir eine weitere Behauptung der Opposition, insbesondere des Genossen Trotzki an der Hand der konkreten Tatsachen prüfen: die Behauptung, daß der wachsende Verkehr mit dem Auslande zur wachsenden „Abhängigkeit der Sowjetunion von der kapitalistischen Weltwirtschaft“ führe. Worin besteht heute diese Abhängigkeit? Darin, daß die Sowjetunion der ausländischen Technik, ausländischer Maschinen, Produktionsmittel bedarf. Natürlich kann diese Abhängigkeit in einigen Monaten oder in 1–2 Jahren nicht beseitigt werden. Zeigt aber die Tendenz der Entwicklung eine Vergrößerung oder eine Verringerung dieser Abhängigkeit? Auf diese [123] Frage erhalten wir eine Antwort, wenn wir untersuchen, wie es um die Entwicklung der Produktion von Produktionsmitteln bestellt ist. Eine vollständige Statistik können wir hier natürlich nicht geben, aber zwei für die ganze Tendenz der Entwicklung charakteristische Beispiele werden die Frage beleuchten:

1. Das jüngst eröffnete Riesenkraftwerk Wolchowstroj und das gleichfalls vor einigen Wochen eröffnete Wasserkraftwerk in Semo-Awtschali im Kaukasus, konnten zum ersten Male teilweise durch die in der Sowjetunion selbst hergestellten Maschinen (Turbo-Generatoren u. a.) ausgerüstet werden.

2. Im letzten Wirtschaftsjahre wurden unter anderen folgende neue Industriezweige in der Metallindustrie der Sowjetunion eingeführt: Herstellung von kompressorlosen Dieselmotoren mit großer Kapazität, und von kleinen kompressorlosen Dieselmotoren; von Kesseln bis zu 35 Atm. Druck mit einer Heizfläche von 400–750 qm, von nahtlos geschmiedeten Zylindern, von neuen Drehbänken für den Bau von Textilmaschinen; Einführung der neuesten Auslandstypen von Drehbänken; Massenherstellung von Webstühlen und die Vorbereitung der Produktion von komplizierten Textilmaschinen; die Herstellung von verschiedenen landwirtschaftlichen Maschinen, wie Separatoren, Trieuren, vervollkommneten Dreschmaschinen, Grasmähmaschinen usw. (Ausführliches Material darüber in deutscher Sprache befindet sich in der Zeitschrift „Die Volkswirtschaft der USSR“, Nr. 23/24.)

Diese und viele andere Produktionsmittel, die bisher aus dem Auslande eingeführt wurden, können seit einem Jahr in der Sowjetunion selbst hergestellt werden. Das ist natürlich nur ein ganz

kleiner Schritt vorwärts, um die Sowjetproduktion vom Auslande unabhängig zu machen, jedenfalls zeigt diese Entwicklung in einem proletarischen Staate alles andere, als eine wachsende Abhängigkeit vom kapitalistischen Auslande.

Bezüglich des Tempos der Industrialisierung im begonnenen neuen Wirtschaftsjahre, stehen uns bisher Daten über die ersten 3 Monate des Wirtschaftsjahres zur Verfügung. Die Produktion des Vierteljahres Oktober/Dezember 1926 beträgt 1063,1 Million Vorkriegsrubel gegenüber 848,3 Millionen im gleichen Vierteljahr 1925. Wenn die Entwicklung im Vergleich zum vorigen Wirtschaftsjahre während des ganzen Wirtschaftsjahres das gleiche Tempo behält, dann würde dies eine Produktionssteigerung von über 25 Prozent bedeuten. Jedenfalls berechtigen uns die bisherigen Ergebnisse zu der Hoffnung, daß die im Programm veranschlagte 18prozentige Produktionssteigerung im Wirtschaftsjahre 1926/27 nicht nur erreicht, sondern bedeutend überschritten wird.

Parteikonferenzen – Verschärfung der Interventionsgefahr

Wenn auch diese bedeutenden Erfolge der Wirtschaftspolitik der Sowjetmacht von manchen Schwierigkeiten begleitet werden (die wesentlichen sind, daß die Produktion von Rohstoffen unter dem erwarteten Niveau geblieben ist, da das Mißverhältnis zwischen den im vorigen Jahre sehr hohen Brotgetreidepreisen und den Preisen der Rohstoffe den Impuls zum Anbau von Rohstoffkulturen verringert hat, ferner die noch immer ungenügenden Erfolge im Abbau der Preise der Industriewaren), so zeigt dennoch das Gesamtbild der jüngsten wirtschaftlichen Entwicklung einen bedeutend gleichmäßigeren, von den vorjährigen krisenhaften Erscheinungen vollkommen freien Vormarsch.

Diese Tatsache kam auch im Verlauf der Moskauer und Leningrader Gouvernementskonferenzen der KPSU zum Ausdruck, die die feste, zielbewußte Wirtschaftspolitik des ZK einmütig gebilligt haben.

Während jedoch die innere Lage der Sowjetunion und auch der KPSU nach den vorjährigen Schwierigkeiten und Diskussionen eine bedeutende Entspannung und eine Konzentrierung aller Kräfte auf die praktischen Aufgaben des sozialistischen Aufbaus zeigen, haben sich die äußeren Widersprüche zwischen der Sowjetunion und der kapitalistischen Welt bedeutend verschärft. Die Einkreisungspolitik des englischen Imperialismus nimmt immer schärfere Formen an, er mobilisiert immer eifriger seine Hilfstruppen von den italienischen, polnischen und litauischen Faschisten bis zu den deutschen Granatensozialisten, die faktisch bereits in Angriff genommene Intervention gegen die nationale Freiheitsbewegung in China und im Zusammenhange damit eine verschärfte Hetze gegen die Sowjetregierung, die diesmal aus offiziellen Regierungskreisen Großbritanniens ausgeht – alles dies sind Alarmzeichen, an denen die jüngsten Konferenzen der KPSU nicht vorbeigehen konnten, In den Verhandlungen und Resolutionen der Konferenzen kam der feste Friedenswille des Sowjetproletariats zum Ausdruck, aber ebenso seine Bereitschaft, das Land des sozialistischen Aufbaus, die Hauptstütze der Weltrevolution gegen imperialistische Interventionsversuche auch mit seinem Körper zu verteidigen. Die Konferenzen riefen zur Mobilisierung der öffentlichen Meinung des Proletariats der Sowjetunion und des Auslandes gegen die imperialistische Kriegsgefahr auf und wandten den Fragen der Roten Armee und der Wehrfähigkeit des proletarischen Staates erhöhte Aufmerksamkeit zu. Der stärkeren Heranziehung der gesamten Bevölkerung zu den Fragen der militärischen Verteidigung des Landes gegen imperialistische Angriffe diente auch die vor einigen Wochen erfolgte Reorganisierung und Vereinigung der freiwilligen Gesellschaften zur Förderung der proletarischen Landesverteidigung. Vor allem ist es natürlich Aufgabe des Proletariats der imperialistischen Mächte, seine eigenen Kräfte und alle Werktätigen rechtseitig zur Vereitelung eines Interventionsversuchs gegen die Sowjetunion zu mobilisieren.

Sowjetwahlen

Das Gesamtergebnis der gegenwärtig stattfindenden Sowjetwahlen steht beim Abschluß der Rundschau noch nicht fest. Die bisherigen Teilergebnisse zeigen jedoch bereite, daß der bei den vorjährigen Wahlen eingeschlagene Kurs auf die wirkliche p r o l e t a r i s c h e Demokratie: auf die Heranziehung möglichst breiter werktätiger Massen zur aktiven Teilnahme an der Arbeit der Sowjets, auf die ernste Rechenschaftspflicht der Sowjetmitglieder vor ihren Wählern, sich vollständig bewährt hat.

Die Wahlkampagne verläuft äußerst lebendig. Die Wahlbeteiligung ist fast überall beträchtlich gestiegen. So z. B. in den städtischen Bezirken von 50 auf 55 Prozent. (In Leningrad nahm das Proletariat der meisten Großbetriebe zu fast 100 Prozent an den Wahlen teil.) Die Zahl der gewählten Kommunisten ist gegenüber den [124] vorigen Wahlen bedeutend gewachsen. In den Bezirken, in denen die Wahlen bereits stattgefunden haben, ist die Zahl der gewählten Kommunisten (Parteimitglieder und Mitglieder des Jugendverbandes) in den städtischen Sowjets von 43 auf 50 Prozent, in den Dorfsowjets von 9,9 auf 15,1 Prozent gestiegen.

Auf das Endergebnis und die politische Bedeutung der Sowjetwahlen werden wir noch zurückkommen.

L. F. W i n o w.

LITERATUR

„*Der Imperialismus*“

Wir erhalten vom Verfasser des Buches, F r i t z S t e r n b e r g, folgende B e r i c h t i g u n g über unsere in Nr. 22 erschienene Kritik. Mit der Antwort des Genossen Fried, dessen Ansichten wir teilen, schließen wir die Diskussion ab. Die Redaktion.

Zur Kritik von Adalbert Fried zu meinem Buche „Der Imperialismus stelle ich Folgendes fest:

1. Es ist unrichtig, daß ich jemals erklärt hätte: „Die heutige industrielle Reservearmee ist aber nur durch die Surplusbevölkerung zu erklären, die durch „Kapitalexpansion“ eines kapitalistischen nach einem nichtkapitalistischen Lande erzeugt wird. Im Gegenteil: mir erscheinen alle bisherigen Erklärungen der Reservearmee daran zu leiden, daß nur einzelne Faktoren, die sie hervorrufen, behandelt werden, gewisse aber vernachlässigt werden. Ich behandle daher im 1. Kapitel meines Buches die 6 entscheidenden Faktoren, die die Reservearmee produzieren; von diesen wird einer – a b e r e b e n n u r e i n e r – in den hochkapitalistischen Staaten durch die Kapitalexpansion gebildet.

2. Das Wort „Kapitale x p a n s i o n“ habe ich dem Worte „Kapital e x p o r t“ vorgezogen, weil Kapitalexport auch von kleinen Staaten, z. B. der Schweiz, betrieben wurde, ohne daß sich sehr wesentliche politische Konsequenzen daran geknüpft hätten.

Der englische Kapitalexport dagegen war einer der Schrittmacher der Expansion des englischen Imperialismus. Darum, nur darum wurde das Wort „Kapitalexpansion“ gewählt. Der Ausdruck hat nichts mit dem Gedankenschatze Kautskys zu tun und ebenso wenig meine Analyse des Imperialismus.

3. Rosa Luxemburg hat nicht, wie mein Kritiker meint, die Frage nach dem „Ursprung der Kapitalakkumulation“ gestellt, sondern sie hat die Bedingungen untersucht, die die erweiterte Reproduktion möglich machen.

4. Wenn mein Kritiker sagt, daß mein zweites Kapitel „eine Polemik gegen die Marxsche Lohntheorie sein soll, so ist er im Irrtum. Es ist ein A u s b a u der Marxschen Lohntheorie, ein Ausbau, zu dem die Vorarbeit die Analyse des 1. Kapitels bildete, die die 6 Faktoren darstellte, die jeweils die Reservearmee produzieren. Dort wurde zu zeigen versucht, daß in einer bestimmten Epoche, die ich F r ü h imperialismus nenne, g e w i s s e Faktoren der Reservearmee – die Niederkonkurrierung des Handwerks. die Abwanderung vom Lande – nicht mehr ökonomisch relevant wirken, daß der Faktor aber, der für die gesamte Epoche des Kapitalismus spezifisch ist: Produktion der Reservearmee infolge der höheren organischen Zusammensetzung des Kapitals überkompensiert werden kann durch verstärkten Waren- und Kapitalexport in erst kapitalistisch zu erschließende Gebiete. Wenn aber die Reservearmee in gewissen Perioden geringer werden kann, dann können sich langandauernde Lohnerhöhungen ergeben.

5. Es ist völlig falsch, daß ich „von Lenins Theorie über die besondere Funktion der A r b e i t e r a r i s t o k r a t i e im Zeitalter des Imperialismus nichts wissen will“; im Gegenteil: ich unterschreibe sie vollständig. Daneben bleibt es Aufgabe der ökonomischen Theorie, zu erklären, wieso die Arbeiterschaft in gewissen Perioden des Kapitalismus, eben im Frühimperialismus, einen höheren Lebensstandard durchsetzen konnte. Eine Erklärung, die diese Erhöhung des Standards allein durch Kolonial- oder sonstige Surplusprofite zu begründen sucht, ist nicht ausreichend. Denn der Kapitalismus

hat lange Zeiten gekannt, in denen Surplusprofite des Kapitals historisch gleichzeitig waren mit entsetzlichen Lebensbedingungen der Arbeiterschaft. Ich erinnere an die Lage der Arbeiterschaft, die Engels in seinem Buch „Die Lage der arbeitenden Klassen in England beschrieben hat. Ich sage darüber in meinem Buch (S. 66): „Es gab in England manche Zeit, in der das Kapital sich außerordentlich stark vermehrte, Riesengewinne einheimste, während sich gleichzeitig die Lage der Arbeiterklasse verschlechterte. So heißt es bei Marx (Kapital I, S. 491): Im Zeitraum von 1799 bis 1815 führten die steigenden Preise der Lebensmittel in England eine nominelle Lohnsteigerung herbei, obwohl die wirklichen, in Lebensmitteln ausgedrückten Arbeitslöhne fielen ...

Dank der gesteigerten Intensität der Arbeit war aber der Mehrwert damals absolut und relativ gewachsen. Es war dies die Periode, worin die maßlose Verlängerung des Arbeitstages sich das Bürgerrecht erwarb, die Periode, speziell charakterisiert durch beschleunigte Zunahme hier des Kapitals, dort des Pauperismus.

Der Surplusprofit allein ist nicht entscheidend für die Erhöhung der Arbeiterlöhne, es muß eine Verringerung der Reservearmee hinzutreten, damit die Arbeiterschaft einen erhöhten Lebensstandard erkämpfen kann. Daher ist es für mich notwendig gewesen, die Analyse sämtlicher Faktoren der industriellen Reservearmee zu geben.

6. „Sternberg hebt ausdrücklich hervor, daß nicht nur eine Arbeiteraristokratie ein mittelständisches Niveau erreicht hat.“ Was hat mein Kritiker dagegen einzuwenden? Ich schreibe (S. 67): „Das Wort ‚Arbeiteraristokratie‘ sollte in diesem Zusammenhang vermieden werden; es erweckt den Anschein, daß nur eine Minorität der Arbeiterschaft die AD-Linie erreichte. Dies ist nicht richtig. [125] In manchen kapitalistischen Staaten Europas und in den Vereinigten Staaten von Amerika stand die Majorität der Arbeiter auf der AD-Linie, die Minorität auf reinen Reproduktionskosten.“ Den Beweis für diesen Satz bringen die historischen Kapitel meines Buches, doch er ist ja Allgemeingut. So sagt Bucharin in seinem Referat auf der 15. Reichskonferenz der KPSU (zitiert nach „Internationale Pressekorrespondenz“, 6. Jahrg., Nr. 130, S. 2244): „So war früher die englische Arbeiterklasse die Aristokratie des Weltproletariats ... Auch die deutsche Arbeiterklasse bildete einen der Bestandteile der internationalen Arbeiteraristokratie.“ Natürlich ist weltwirtschaftlich gesehen die g e s a m t e englische Arbeiterklasse eine Aristokratie. Ich stimme da ganz mit Bucharin überein und sage in meinem Kapitel über Indien (S. 456): „Die Wirkungen (seit der Durchkapitalisierung Indiens) auf die englische soziale Struktur – natürlich war der englische Einbruch in Indien nicht der einzige Faktor – war eine stürmische Entwicklung der englischen Exportindustrie unter großen Surplusprofiten; dazu ein Aufsaugen der Reservearmee, eine Erhöhung des Standards der Arbeiterschaft. Man hat vielfach von einer Arbeiteraristokratie gesprochen, der vor allem diese Lohnerhöhungen zufielen; für England selbst gilt dies nicht, dort hatte die Majorität der Arbeiterschaft daran teil. Und doch hat international das Wort Arbeiteraristokratie einen guten Sinn. Die englische Schonzeit hatte zur entscheidenden Voraussetzung, daß das indische niederkonkurrierte Handwerk nicht die Reihen des englischen Proletariats verstärkte, sondern durch Abwanderung aufs Land eine äußerste Verschlechterung seines Lebensstandards erfuhr. Innerhalb der gesamten Schichten also, die von der ökonomischen Umwälzung, die sich aus dem imperialistischen Vorstoß des englischen Kapitalismus ergab, betroffen wurden, war die englische Arbeiterschaft auf der AD-Linie eine Minorität, eine Aristokratie.“

7. Mein Kritiker schreibt: „Die Schonzeit, während welcher der Wert der Arbeitskraft sich bis zu der Grenze erhöhen kann, die es der Arbeiterschaft gestattet, i n g r ö ß e r e m U m f a n g e (!) s e l b s t K a p i t a l z u a k k u m u l i e r e n, (S. 62) – ist glatter Unsinn.“ Hier hat er recht, nur steht dieser Unsinn nicht in meinem Buche, sondern er hat ihn hineininterpretiert. Denn ich schreibe ausdrücklich in unmittelbarem Anschluß, daß dies der Arbeiterschaft nicht möglich ist, daß der Grenzpunkt also niemals erreicht werden kann.

8. Das Kapitel ‚Die ökonomische Krise im Imperialismus ist im großen und ganzen eine Wiederholung von Rosa Luxemburgs Akkumulationstheorie.

Merkwürdig. Rosa Luxemburg schreibt in den Eingangsworten zu ihrem Buch: „Um das Problem der kapitalistischen Reproduktion in reiner Gestalt darzustellen, müssen wir vielmehr gerade von jenem

periodischen Konjunkturwechsel und von Krisen (von mir gesperrt) absehen.“ (Zitiert nach: Rosa Luxemburg, Die Akkumulation des Kapitals, 1921. Frankes Verlag, 5. 6.) Und es ist charakteristisch für ihr ganzes Buch, daß sie nur gelegentlich von den Krisen spricht. Mein ganzes Kapitel aber ist der Analyse gewidmet, wie der imperialistische Vorstoß auf die Krisen einwirken konnte. Ich bin auf den Nachweis gespannt, wie ich dabei Rosa Luxemburg wiederholen konnte, zumal ich in entscheidenden Punkten ihr zu widersprechen hatte (vgl. u. s. S. 162 meines Buches).

9. „Die elementare Pflicht eines Luxemburg-Schülers“, so sagt mein Kritiker, „wäre es gewesen, sich mit Bucharins Kritik der Rosa Luxemburgschen Akkumulationstheorie in ausführlicher und gründlicher Weise auseinanderzusetzen.“ Mein Kritiker hat mein Buch nicht gelesen. Nach einer Analyse der Marxschen Schemata, die einen vollen Bogen umfaßt und bereits eine immanente Antikritik an Bucharin enthält, gehe ich auf S. 100 ff., wie auf S. 120 ff. ausführlich expressis verbis auf Bucharin ein. Ob meine Ausführungen richtig sind, ob nicht – vorwerfen, daß ich mich der Diskussion mit Bucharin entzogen habe, kann man mir nicht.

10. „Die Grübeleien des Verfassers über die Beziehungen zwischen Abteilung I und II und seine wunderliche These, ‚Produktionsmittel sind latente Konsumtionsmittel‘, wären überflüssig gewesen, wenn er sich die Mühe gegeben hätte, die Ausführungen von Marx in den Theorien über den Mehrwert durchzuarbeiten.“ Mein Kritiker kennt entweder meine Ausführungen nicht, oder die Theorien über den Mehrwert nicht. Ich gehe davon aus, daß der Imperialismus entscheidende Rückwirkungen auf die Krisen der imperialistischen Staaten hat, und analysiere im wesentlichen nur diese. Ich schreibe ausdrücklich (S. 115); „Daher – dies sei mit allem Nachdruck betont – werde ich auf diejenigen Elemente des Produktionsprozesses im Kapitalismus, die zur Krisenbildung beitragen, die aber im großen und ganzen im reinen Kapitalismus ebenso wirken wie im Imperialismus nicht eingehen. Nur diejenigen sollen analysiert werden, die durch den imperialistischen Vorstoß eine entscheidende Veränderung erfahren.“ Dazu bringen die Theorien über den Mehrwert keinen relevanten Beitrag und können keinen bringen. Denn sie sind unter der Voraussetzung konzipiert, daß es nur kapitalistisch produzierende Volkswirtschaften gibt; sie sind unter derselben Voraussetzung konzipiert wie der 2. Band des Marxschen Kapitals, in dem Marx ausdrücklich schreibt (von mir zitiert auf S. 140, Kapital II, S. 446): „Die Heranziehung des auswärtigen Handels bei Analyse des jährlich reproduzierten Produktenwertes kann, also nur verwirren, ohne irgend ein neues Moment, sei es des Problems, sei es seiner Lösung, zu liefern.“ Da mein ganzes Kapitel dem Nachweis gewidmet ist, daß eine Funktion des Außenhandels im Imperialismus die Rückwirkung auf die Krise bildet, so habe ich dabei die Marxschen Ausführungen in den Theorien über den Mehrwert nicht heranzuziehen brauchen.

11. „Im Gegensatz zu Lenin meint Sternberg, daß zwischen imperialistischem Vorstoß und Uebergang des Kapitalismus zu Monopolorganisationen keine eindeutige parallele Beziehung in den entscheidenden imperialistischen Staaten besteht: sie bestand vor allem bis zum Weltkrieg nicht. (S. 182. Vom Verfasser gesperrt.) Und diese Weisheit wird durch folgenden himmelschreienden Unsinn bewiesen: Das Land mit der stärksten Konzentration, die der Kapitalismus bis heute erreicht hat, die Vereinigten Staaten, war vor dem Kriege infolge seines eigenen kolonialen Charakters (!) [126] erst in den Beginn der imperialistischen Phase getreten.“ Es wäre mir erwünscht gewesen, wenn mein Kritiker den ganzen Zusammenhang angeführt hätte, in dem dieser eine Satz steht, oder wenn er mir nachgewiesen hätte, „daß eine eindeutige parallele Beziehung in den entscheidenden imperialistischen Staaten zwischen imperialistischem Vorstoß und Uebergang des Kapitalismus zu Monopolorganisationen bestand“. In meinem Buche heißt es (S. 182): „Das Land, das bis zum Kriege das typische Land des Imperialismus war, England, war gleichzeitig das Land, dessen Kartellentwicklung hinter Deutschland weit zurückgeblieben war. Das Land mit der stärksten Konzentration, die der Kapitalismus bis heute erreicht hat, die Vereinigten Staaten, war vor dem Kriege infolge seines eigenen kolonialen Charakters erst in den Beginn der imperialistischen Phase eingetreten. Frankreich, dessen imperialistischer Vorstoß vor dem Kriege nur durch den englischen übertroffen wurde, war ein Land, das in der Industrieentwicklung und in der Monopolorganisation weit hinter den Vereinigten Staaten, hinter Deutschland, hinter England zurückgeblieben war. Und nur in Deutschland war eine gewisse Gleichzeitigkeit in der imperialistischen Expansion und im

Uebergang des Kapitalismus aus der Phase der freien Konkurrenz zu einer der latenten Konkurrenz, der Kartelle, zu konstatieren.“ Wie sollen diese Tatbestände in Einklang gebracht werden mit einer Theorie, die den Imperialismus historisch gleichsetzt mit dem Uebergang des Kapitalismus zu monopolistischen Organisationen? Und ich kann hier – bis ich widerlegt werde – nur die Schlußfolgerungen meines Buches zu diesem Punkte wiederholen (S. 183): „Es ist aber natürlich wissenschaftlich unhaltbar, ein Element, das sich nicht in allen imperialistischen Ländern in gleicher Weise nachweisen läßt, als das entscheidende für den Imperialismus anzusehen, wenn es auch in einer gewissen Phase des Imperialismus zeitweilig besonders hervortreten mag.“ Fr. Sternberg.

*

Zur Berichtigung

Infolge des beschränkten Raumes, den die Redaktion der „Internationale“ zur Erwiderung an die „Berichtigung“ gewähren kann, muß ich mich nur aus die von St. angeführten Punkte beschränken.

1. Die sechs Faktoren. Von diesen zählt der Verfasser vier zu den Faktoren der „inneren Surplusbevölkerung“, als fünften betrachte er die Auswanderung, als sechsten die „Kapitalexpansion“ Er führt wiederholt z. B. (S. 46) aus, daß der Kapitalismus „über die Phase der inneren Surplusbevölkerung zur Schaffung der äußeren Surplusbevölkerung übergeht“. Wenn Worte einen Sinn haben sollen, dann ist der Sinn dieser Worte eben, daß die heutige industrielle Reservearmee nach Ansicht des Verfassers durch jene Surplusbevölkerung, die durch „Kapitalexpansion“ erzeugt wird, als durch den ausschlaggebenden Faktor zu erklären ist, daß also dieser Faktor nicht „eben nur einen“ Faktor darstellt, wie es jetzt in der „Berichtigung“ heißt.

2. Warum die Wahl des Ausdrucks ‚Kapitalexpansion“ falsch ist, wurde in der Besprechung schon erklärt. Kapitalexport, der Leninsche Ausdruck, ist ein exakter ökonomischer Begriff, der den Uebergang von Warenexport zum Kapitalexport als Merkmal des Imperialismus hervorhebt. Der Ausdruck „Kapitalexpansion“ hat mit Kautskys Gedankenschatz nicht mehr und weniger zu tun, als das der Ausdruck sowohl von Kautsky als von dem Verfasser gebraucht wird. Wenn dies ein Zufall ist, subjektiv gesehen, so ist es objektiv sicher kein Zufall. Bei Kautsky hat er die Funktion des Imperialismus als eine politische Funktion zu deuten. Eine ähnliche Tendenz ist auch bei St. vorhanden.

3. Sobald es sich nicht um die ursprüngliche Akkumulation handelt, heißt die Bedingungen, unter denen erweiterte Reproduktion ständig stattfindet, oder den Ursprung der ständig stattfindenden Akkumulation zu untersuchen, eins und dasselbe. Die Frage nach dem Ursprung ist gerade eine Frage nach den Bedingungen der Möglichkeit. Diesen Gesichtspunkt hat abstrakt-erkenntnistheoretisch schon Kant als Vorläufer der Dialektik klargestellt, Hegel ausgebaut und Marx materialistisch vertieft angewendet. Der Verfasser führt mit seiner Einstellung in das vordialektische Zeitalter der Begriffsbildung zurück.

4. Die Versicherung, daß der Verfasser keine Polemik gegen die marxistische Lohntheorie, sondern einen „Ausbau“ derselben bezweckt und erreicht hat, ist ein Argument rein subjektiver Natur. Die Polemik gegen den Marxismus tritt bekanntlich nicht zum ersten Male im Gewande des „Ausbaus“ auf. Die Ausführungen des Verfassers enthalten sachlich einen Angriff auf den Fundamentalsatz von Marx über den Wert der Ware Arbeitskraft. Er glaubt, daß das marxistische Wertgesetz nur im „reinkapitalistischen Raum“ Geltung habe. Marx konnte die Tatsache der langandauernden Lohnerhöhungen nicht sehen und nicht auswerten, weil nach Ansicht des Verfassers „das marxistische System unter der Voraussetzung des reinkapitalistischen Raumes konzipiert wurde“. Abgesehen davon, daß die marxistische Lehre kein „System“ ist, daß der Ausdruck „kapitalistischer Raum“ durch und durch unmarxistisch ist, besteht das tiefste Mißverständnis darin, daß der Verfasser den dialektischen Sinn nicht begriffen hat, den die marxistische Voraussetzung der durchkapitalisierten Welt hat. Genau wie Rosa Luxemburg sieht er in dieser Voraussetzung eine methodische „Fiktion“, die der konkreten historischen Wirklichkeit nicht entspricht. Diese Auffassung konnte Luxemburg vertreten, weil sie die marxistische Methode unter dem Einfluß des bürgerlichen Neukantianers Vaihinger als „Fiktion“ betrachtete. Noch viel schlimmer steht es bei St., dessen sämtliche „Entdeckungen“ auf diesem

Mißverständnis beruhen. Methode und Wirklichkeit sind nur für eine idealistisch-kantianische oder vulgär naturalistisch-bürgerliche Auffassung getrennt. In der Dialektik ist die Methode die Bewegung der Sache selbst (vergl. den Brief von Marx an Kugelmann vom 27. Juni 1870). Deshalb sind die methodischen Voraussetzungen von Marx [127] Voraussetzungen der Wirklichkeit, nämlich Tendenzen der Wirklichkeit. Deshalb sind die Schemata gültig für die Wirklichkeit, deshalb ist die Einführung des „nichtkapitalistischen Raumes“ eine Vermengung der marxistischen Dialektik mit Gesichtspunkten, die mit ihr nichts zu tun haben. Und deshalb bedeutet die Auslegung der marxistischen Voraussetzung als die eines „reinen“ Kapitalismus ein völliges Mißverständnis derselben. Die bürgerliche Methodik des Verfassers führt zwangsläufig auch zu inhaltlich kleinbürgerlichen Auffassungen (siehe Punkt 7).

5. Die Versicherung des Verfassers, daß er Lenins Theorie von der Funktion der Arbeiteraristokratie vollständig unterschreibt, steht im sonderbaren Widerspruch dazu, daß er die Leninsche Erklärung der Arbeiteraristokratie auf Schritt und Tritt in seinem Buch bekämpft. Lenias Theorie beruht darauf, daß der Imperialismus dank seiner gigantischen Extraprofite die Arbeiterführer und die Arbeiteraristokratie bestechen kann. Diese Auffassung hält der Verfasser für „unzureichend“. Sie ist aber der Kernpunkt der Leninschen Lehre von dem spezifischen Zusammenhang zwischen Imperialismus. Kapitalexport, Extraprofite und Arbeiteraristokratie. Der Verfasser hat das volle persönliche Recht, Lenins Theorien zu bekämpfen. Es ist aber eine Irreführung, dann zu behaupten, daß man mit Lenins Auffassung (die man ihres spezifischen Charakters entkleidet). übereinstimmt. Die objektive Konsequenz der Lohnerhöhungstheorie des Verfassers führt dazu, daß die spezifischen Unterschiede zwischen Arbeiteraristokratie und Arbeiterschaft im allgemeinen verwischt werden. Diese Konfusion findet der aufmerksame Leser auch in der obigen Berichtigung.

6. und 7. Der Unsinn wurde nicht hineininterpretiert. Die Kritik wird nicht im mindesten dadurch entkräftet, daß der „Grenzpunkt“ niemals erreicht werden kann. Wenn der Grenzpunkt so viel bedeutet, daß bei Erreichung des Grenzpunktes die Arbeiter in größerem Umfange Kapital akkumulieren können, so ist der einzig logische Sinn dieser Auffassung, daß vor dem Grenzpunkt immerhin in kleineren, Umfange Kapitalien von den Arbeitern akkumuliert werden können. Das Wesentliche ist. daß Arbeiter überhaupt nicht Kapital akkumulieren, und daß überhaupt eine derartige Fragestellung außerhalb der marxistischen Betrachtungsweise liegt.

8. Es stimmt, daß der Verfasser auch die Krisen behandelt, und in Teilfragen, jedoch bei weitem nicht in entscheidenden Fragen von Rosa Luxemburg abweichende Auffassungen hat. Da er in der methodisch entscheidenden Fragestellung restlos auf dem Boden der luxemburgischen Theorie steht, muß zu der richtigen Feststellung, daß er eine Wiederholung der Akkumulationstheorie Luxemburgs bietet, hinzugefügt werden: nebst Anwendungen derselben auf die Krisentheorie. Dies ist der einzige Punkt, wo der Verfasser wenigstens formell ein Recht hatte, über meine Besprechung Beschwerde zu führen.

9. Die angeführten Stellen, in denen der Verfasser auf Bucharins Kritik der luxemburgischen Akkumulationstheorie eingeht, behandeln in einigen Bemerkungen einige herausgegriffene Punkte aus der Darstellung Bucharins und nicht die geschlossene Gedankenführung, durch die Rosas ganze Argumentation Glied für Glied zergliedert und dem Wesen nach widerlegt wird. Gerade diese Art von gelegentlichen Bemerkungen ist das Gegenteil der von mir geforderten ausführlichen und gründlichen Auseinandersetzung. Da ich die letztere und auch nicht eine „immanente Antikritik“ verlangt habe, wobei der Zweck einer solchen angeblichen „Immanenz“ völlig rätselhaft bleibt, muß der Vorwurf vollinhaltlich aufrecht erhalten bleiben. Diese Forderung hat übrigens mit der Frage, ob und inwieweit Bucharins Kritik zutreffend ist, nichts zu tun, sie ist eine Minimalforderung der wissenschaftlichen Gründlichkeit.

10. Hier macht sich wieder das fundamentale Mißverständnis der dialektischen Methode geltend. St. glaubt allen Ernstes, daß „die Theorien über den Mehrwert zur Analyse der Krise keinen relevanten Beitrag“ bringen können, denn sie sind unter der Voraussetzung konzipiert, daß es nur kapitalistisch produzierende Volkswirtschaften gibt. Diese marxistische Voraussetzung ist aber, wenn sie nur

richtig als Aufzeigung der Entwicklungstendenz und nicht als eine idealistisch-methodische Abstraktion verstanden wird, richtig, sie ist eine Voraussetzung der in Entwicklung begriffenen Wirklichkeit selbst. Deshalb ist sie die Grundlage insbesondere für die Betrachtung imperialistischer Krisen n o c h i n v i e l h ö h e r e m M a ß e, als für die der früheren Krisen. Da dem Verfasser der Sinn der marxistischen spezifischen Methodik fremd ist, glaubt er, die marxistischen Ausführungen nicht heranziehen zu müssen, was ebenso bequem als unmarxistisch ist.

11. Nachdem der Verfasser selbst darauf verzichtet hat, seine Entdeckung, daß die Vereinigten Staaten Nordamerikas bis vor dem Kriege einen „eigenen kolonialen Charakter“ gehabt hätten, führt er außerdem noch England und Frankreich als Beweise an dafür, daß die Leninsche Theorie – der Imperialismus ist das monopolistische Stadium des Kapitalismus – unrichtig sei, weil sie zeitlich nicht zusammengehörende Erscheinungen verbinde. Was England betrifft, so führte schon Lenin in seiner vom Verfasser so geringer Beachtung gewürdigten „Broschüre“ über den Imperialismus aus, daß die Konzentration in England ebenfalls zum Monopol führt, „wenn auch e t w a s später als in Deutschland und in vielleicht veränderter Form“. (Lenin.) Als E n t w i c k l u n g s t e n d e n z e n – und für eine dialektische Betrachtung gibt es nur Tendenzen – fallen jedenfalls Entwicklung des Imperialismus und der Monopolbildung zeitlich zusammen. Was Frankreich betrifft, vollzog sich dort die Monopolbildung vornämlich in dem Entstehen einer F i n a n z o l i g a r c h i e, in der Form einer ungeheuren Konzentration des Bankkapitals Es ist also absolut falsch, wenn der Verfasser unter einseitiger Berücksichtigung der Industrieentwicklung vor dem Kriege Lenins Theorie als „wissenschaftlich unhaltbar“ erledigen zu können glaubt. Er sollte erstens die „Broschüre“ gründlicher studieren, zweitens eine Reihe von wichtigen Aufsätzen und Reden Lenins, die ebenfalls grundsätzliche Ausführungen zur Frage des Imperialismus enthalten und in deutscher Sprache schon längst erschienen sind, wenigstens berücksichtigen. („Gegen den Strom“ usw.)

Einige Genossen, die übrigens das kritisierte Buch wahrscheinlich nicht gelesen haben, teilten mir ihre Ansicht mit, daß die [128] Kritik zwar „dem Wesen nach richtig, aber doch etwas zu scharf sei“. Ich kann dieser Auffassung nicht beipflichten. Der außerordentlich scharfe Ton der Kritik entspricht der außerordentlich leichtfertigen Art und Weise, in der der Verfasser über Marx und Lenin hinweggeht, das Mißverständnis der tiefsten dialektischen Grundlagen des Marxismus als neue Entdeckung proklamiert. Es ist hier kein Platz, nachzuweisen, in welcher nicht weniger leichtfertigen Weise der Verfasser die Oekonomie Sowjetrußlands auf

Grund eines wahllosen, zufällig gesammelten Materials beurteilt, und in konsequenter Folge seiner Anschauungen bei einer ökonomisch-politischen Plattform landet, die etwa den Auffassungen von Preobraschenski entspricht Richtig ist nur, daß die Besprechung keine ausführliche und allseitige Widerlegung der Gedankengänge des Verfassers bot, was auch nicht ihr Zweck war. Dies wird in einem ausführlichen Aufsatz noch nachgeholt werden. A d a l b e r t F r i e d.

*

R e d a k t i o n e l l e B e m e r k u n g e n:

Die Bemerkung „Fortsetzung folgt“ unter dem Artikel „Die Probleme der VII. Erweiterten Exekutive von M. Osten ist irrtümlich erfolgt. Der Artikel ist zu Ende.

Der Nummer 4 der „Internationale“ liegt das Inhaltsverzeichnis des 9. Jahrganges bei.

*

D r u c k f e h l e r b e r i c h t i g u n g:[*]

Auf Seite 53 der Nr. 2/3 im Artikel „Die Probleme der VII. Erweiterten Exekutive soll es auf der vorletzten Zeile der Seite heißen: „den Ueberbau des vormonopolistischen Kapitalismus“. (Also das Komma nach Ueberbau kommt weg, und statt „den“ muß es „des“ heißen.
[129]

[*] Der Druckfehler wurde beseitigt. *KWF*

Die Internationale
Jahrgang 10 * Berlin, den 1. März 1927 * Heft 5

Zum XI. Parteitag
Die Lage in Deutschland und die Aufgaben der Partei

BERLIN, den 1. März 1927.

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland.

Im Januar des Jahres 1926 erreichte die Krisenperiode der deutschen kapitalistischen Wirtschaft, die im Sommer 1925 begann, ihren Höhepunkt. Nach den Berichten der Gewerkschaften waren fast 30 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos. Dazu kamen Millionen von Kurzarbeitern. Die Zahl der Bankrotte war in demselben Monat auf 3645 gestiegen. Der Börsenindex war Ende 1926 auf 68 gefallen. Das Frühjahr 1926 brachte eine langsame Besserung der Lage, die durch die Auswirkungen des englischen Streiks von Ende Mai ab außerordentlich beschleunigt wurde. Von Juli ab hatte die deutsche Kohlen- und Schwerindustrie eine ausgesprochene Hochkonjunktur, die erst heute langsam abzuflauen beginnt. Diese teilweise Hochkonjunktur brachte auch anderen Industriezweigen eine gewisse Belebung. Die Textilindustrie hat nach beträchtlichen Schwankungen im Januar und Februar 1926 eine ausgesprochen gute Konjunktur. Die Elektroindustrie, die von der schweren Krise des Jahres 1925 nur verhältnismäßig wenig betroffen wurde, konnte im Jahre 1926 ihre Produktion steigern. Dasselbe gilt von der chemischen Industrie, deren Schwergewicht immer stärker von der Vorkriegsproduktion (Farben, pharmazeutische Produkte usw.) auf die Produktion von Düngemitteln und in der neuesten Zeit auf die Produktion von Oelen aus Braunkohle oder minderwertiger Steinkohle verlegt wird.

Nach wie vor ungünstig ist die Lage der weiterverarbeitenden Metallindustrie, Maschinenindustrie, Lokomotivbau, Waggonbau. Trotzdem der innere Markt für die Automobilindustrie sich gebessert hat (es bestehen bekanntlich hohe Protektionszölle für den Automobilbau), scheint der Reinigungsprozeß in dieser Industrie noch nicht zum Abschluß gebracht zu sein.

Obwohl die Ernte des Jahres 1926 in Deutschland sehr schlecht war, ist die finanzielle Lage, besonders der Großagrarier und der Großbauern, verhältnismäßig gut, günstiger als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Anzeichen sind der hohe Abruf von Düngemitteln im Januar und Februar dieses Jahres (sowohl Kali- wie Stickstoffverbindungen) als auch die Besserung auf dem Markte landwirtschaftlicher Maschinen, Die Ursachen dieser Erscheinung sind vor allem die außerordentliche Preissteigerung für landwirtschaftliche Produkte – der Index für Agrarprodukte ist in der Zeit vom Januar bis Dezember 1926 von 122,3 auf 143,7 gestiegen, während gleichzeitig der Index für Industriestoffe von 143,5 auf 133,8 gesunken ist – ferner in der außerordentlichen Erleichterung auf dem Geldmarkt und dem Sinken der Zinssätze zu suchen.

Diese allgemeine günstige Entwicklung der deutschen Wirtschaft wirkte sich außerordentlich stark auf dem Geldmarkt aus. Die Spareinlagen betrugen in den ersten 10 Monaten durchschnittlich monatlich 110 Millionen, [130] und sie sind in den letzten 3 Monaten noch bedeutend weiter gewachsen. Gegenwärtig beträgt der Stand an Spareinlagen nahezu 3% Milliarden Mark. Gleichzeitig hat die Beanspruchung des Geldmarktes, besonders infolge der Vertrustung der Industrie, außerordentlich nachgelassen. Die Kohlenindustrie konnte während des englischen Streiks ihre Lagerbestände fast restlos räumen, gleichzeitig wurden in den Industrien, die die Rationalisierung durchgeführt haben oder sich im Prozeß der Rationalisierung befinden, die Warenbestände (sowohl Rohstoffe wie Fertigwaren) außerordentlich herabgesetzt. Die Folge davon ist, daß die großen Industriegesellschaften viel liquidere Bilanzen aufzeigen als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Bei den meisten dieser großen Gesellschaften übersteigen die Bankguthaben beträchtlich die Bankschulden. Infolgedessen konnten die Zinssätze außerordentlich herabgesetzt werden und Inlandsanleihen zu günstigeren Bedingungen als im Ausland aufgelegt und durchgeführt werden.

Es scheint, daß in den letzten Monaten des Jahres 1926 eher ein Rückflug als ein Zufluß von ausländischem Kapital zu verzeichnen war. Für den Monat Januar 1927 gilt dies zweifellos.

Wenn man die besonderen Auswirkungen des englischen Bergarbeiterstreiks außer acht läßt war die Entwicklung des Außenhandels keineswegs günstig. Deutschland ist auf die dauernde Einfuhr großer Rohstoff- und Lebensmittelmengen angewiesen. Die Rohstoff- und Lebensmitteleinfuhr (hauptsächlich Kohle, Kali, Stickstoff) spielt eine verhältnismäßig geringe Rolle. Eine dauernde Steigerung der deutschen Ausfuhr ist deshalb fast gleichbedeutend mit der Steigerung der Ausfuhr von industriellen Fertigwaren. Aber es gelang der deutschen kapitalistischen Wirtschaft im Jahre 1926 nicht, gerade diese Ausfuhr beträchtlich zu steigern. Es gelang der englischen Kohlenindustrie nach der Niederlage der englischen Bergarbeiter überraschend schnell, die verlorenen Kohlenmärkte wieder zurückzuerobern. Selbst in Deutschland (Küstengebiete, Berlin und Süddeutschland) dringt die englische Kohlenindustrie durch Unterbietung der deutschen Kohlenpreise besonders in Qualitätssorten, wieder vor. Gleichzeitig verschärft sich die internationale Konkurrenz auf dem Eisenmarkt. Polen weigert sich dem kontinentalen Roheisenkartell beizutreten und macht im balkanisierten Teil Europas schärfste Dumpingkonkurrenz. Es ist kein Zweifel, daß in sehr kurzer Zeit auch die englische Schwerindustrie auf dem Eisen- und Stahlmarkt einen heftigen Konkurrenzkampf beginnen wird. Gleichzeitig wirken sich die Abmachungen des kontinentalen Eisenkartells zu ungunsten der deutschen Schwerindustrie aus. Die deutsche Quote war im Dezember 1926 9,3 Prozent, im Oktober 12 Prozent, im November um 20 Prozent, im Dezember um 25,2 Prozent überschritten worden. Infolgedessen mußte die deutsche Rohstahlgemeinschaft eine Summe von 2.690.000 Dollar an die Ausgleichskasse bezahlen, was auf die deutsche Schwerindustrie wie eine Besteuerung und auf die französisch-belgische Schwerindustrie wie eine Exportprämie wirkt. Für die Verschärfung des Konkurrenzkampfes ist eine Verordnung des amerikanischen Staatsamtes kennzeichnend, die die Bestimmungen des Antidumpingpaktes von 1921 auf deutsches Roheisen anwendet. Dadurch wird die Einfuhr deutschen Roheisens nach den Vereinigten Staaten die im Jahre 1926 167.000 Tonnen betrug, so gut wie lahmgelegt.

Die ungünstige Entwicklung des deutschen Außenhandels zeigt sich besonders kraß in den Handelsbilanzen des Monat Januar 1927. Im ganzen Jahre 1926 betrug der Einfuhrüberschuß 132 Millionen, im Monat Januar 1927 dagegen allein 295 Millionen. Diese ungünstige Entwicklung zusammen mit der Tatsache, daß deutsches Kapital in Ländern mit höherer Verzinsung [131] (Frankreich, Belgien und sogar Polen) Anlage sucht, führte zu einer außerordentlichen Anspannung auf dem Devisenmarkt. Der Devisenbestand der Reichsbank ist vom 31. Dezember 1926 bis zum 7. Februar 1927 von 519,2 auf 293,4 Mill. gesunken. Zeitweilig war eine beträchtliche Stützungsaktion notwendig, um die Entwertung der deutschen Valuta aufzuhalten.

Diese Verhältnisse haben auf den Optimismus der deutschen Kapitalisten abkühlend gewirkt. Es ist wahrscheinlich, daß die jetzigen verhältnismäßig niedrigen Zinssätze auf die Dauer sich nicht aufrecht erhalten lassen, da einerseits der Anreiz zu Kapitalausfuhr in Länder mit höheren Zinssätzen und andererseits ein geringer Anreiz für ausländische Kapitalanlagen in Deutschland bei gleichzeitiger starker Passivität der Handelsbilanz und der großen Zahlungen auf die Reparationsverpflichtungen notwendigerweise zu einer Entwertung der Valuta führen wird. Eine Heraufsetzung der Zinssätze aber muß auf die gesamte Wirtschaft lähmend wirken.

Die Börse beginnt bereits auf diese neu sich zeigenden Widersprüche zu reagieren. Das Börsenjahr 1926 war durch eine beispiellose, mit geringen Unterbrechungen fortdauernde Hausse gekennzeichnet. Im Januar 1926 verzeichnet der Aktienindex einen Tiefstand von 68. Anfang Februar 1927 war dieser Aktienindex auf 205 gestiegen, d. h. der Wert der Aktien hat sich rund verdreifacht.

Diese ungeheure Wertsteigerung der Aktienkurse baute sich nicht auf der seitherigen oder bald zu erwartenden Dividendenausschüttung auf; es drückte sich vielmehr in der Hauptsache der optimistische Taumel der deutschen Bourgeoisie über die zukünftige Entwicklung der deutschen kapitalistischen Wirtschaft auf der Grundlage der Rationalisierung, auf der von der deutschen Arbeiterschaft geduldig ertragenen Ausbeutung und der wachsenden internationalen Konkurrenzfähigkeit aus. Noch hat die deutsche Arbeiterschaft sich gegen die Verschlechterung ihrer Lage infolge der Rationalisierung nicht allgemein zur Wehr gesetzt; aber die Hoffnung der deutschen Bourgeoisie auf eine wesentliche Besserung ihrer Lage im internationalen Konkurrenzkampf beginnt schon heute zuschanden zu werden.

Die kapitalistische Rationalisierung.

Der Vorgang, den man in Deutschland mit Rationalisierung bezeichnet, ist keineswegs einfach. Es handelt sich vielmehr um einen Komplex von Prozessen, die gleichzeitig und meistens miteinander verknüpft, vor sich gehen. Solche Prozesse sind:

a) höhere Organisationsformen des Kapitals (beschleunigter Prozeß der Monopolbildung, Kartelle, Syndikate und Trusts);

b) Verbesserung der Organisation der Betriebe;

c) Technisierung und technische Neuerungen;

d) Intensivierung der Arbeit.

Alle diese miteinander verbundenen Vorgänge stellen keine Neuerung in der kapitalistischen Entwicklung dar. In der „normalen“ Entwicklung des Kapitalismus haben diese Vorgänge ihren Antrieb in den Konkurrenzbedingungen und dem Versuch, dem Fall der Profitrate entgegenzuwirken. Was den jetzigen Rationalisierungsprozeß von dem Entwicklungsprozeß des „normalen Kapitalismus unterscheidet, das ist für Deutschland erstens der im allgemeinen gelungene Versuch der Ueberwindung der besonderen Zerfallserscheinung, die sich infolge der Inflation ergaben, d. h. der krasse Gegensatz zu den Inflationserscheinungen und zweitens das unerhört beschleunigte Tempo der Entwicklung.

[132] In einer Reihe von ausschlaggebenden Industrien ist in Deutschland die monopolartige Zusammenfassung abgeschlossen. Das schließt nicht aus, daß innerhalb der Monopolgebilde Interessenkämpfe in den zugespitztesten Formen ausgetragen werden (z. B. in der Kaliindustrie und in der Schwerindustrie). Der Zweck der Monopole ist die Aufrechterhaltung resp. Steigerung der Preise auch in der Krisenperiode, – auch bei Senkung der Produktionskosten – zum Nachteil des nichtmonopolisierten Kapitals und der Konsumenten überhaupt. Jetzt geht die Tendenz dahin, über diese Form des Monopols hinauszukommen, um eine möglichst einheitliche Produktionsregelung zu schaffen. Deshalb gewinnen die Trusts gegenüber den Kartellen und Syndikaten immer mehr an Bedeutung.

Eine teilweise Produktionsregelung ist freilich auch schon innerhalb des Syndikats möglich. Das zeigen die Vorgänge bei der „Rationalisierung“ der Kohlenindustrie im Ruhrgebiet, wo die unrentablen Zechen und auch moderne Zechen mit Förderung von Kohle, für die auf dem Markt Ueberangebot bestand, systematisch stillgelegt wurden. In anderen Industrien (Eisen, Stahl, Zement usw.) übernehmen Trusts die Produktionsregelung (Stillegung von Betrieben, Uebertragung der Produktion auf die modernsten Betriebe mit günstigstem Standort und Ausbau dieser Betriebe).

Allgemeiner noch sind die Versuche besonders unter Anlehnung an das amerikanische Beispiel, durch organisatorische Maßnahmen die Leistung der Betriebe zu erhöhen. Zum Teil geht dieser Prozeß vor sich ohne neue maschinelle Einrichtung, durch Umstellung der Maschinerie, durch kleine technische Verbesserungen, durch bessere Verbindung der einzelnen Abteilungen. Teilweise aber ist diese neue Organisierung verbunden mit einer Technisierung, Einführung neuer Maschinen, laufendes Band.

In diesen ganzen Entwicklungsprozeß gehört natürlich auch hinein die Verdrängung der menschlichen Arbeitskraft durch maschinelle Einrichtungen. In der Produktionssteigerung im Bergbau z. B. hat neben der strafferen Organisation, neben der Erhöhung der Arbeitszeit infolge der strafferen Organisation auch die stärkere Verwendung von Maschinen vor Ort bei der Produktionssteigerung wesentlichen Anteil. In der Textilindustrie beginnen neue Erfindungen ebenfalls menschliche Arbeitskraft zu verdrängen. Hierher gehören auch die großen chemischen Entdeckungen (Stickstoffgewinnung aus der Luft, Alkoholgewinnung aus Zellulose und Zelluloseabwässern, Kohleverflüssigung), die die Rolle des Chemiekapitals außerordentlich verstärken, zumal das Chemiekapital am stärksten konzentriert ist.

Mit den technischen Neuerungen, mit der Verbesserung der Organisation im Betrieb geht Hand in Hand die Intensivierung der Arbeit. Für einen großen Teil der deutschen Industrie, vor allem für einen großen Teil der Fertigindustrie ist „Rationalisierung“ überhaupt nichts anderes, als Intensivierung der

Arbeit, Erhöhung der Ausbeutung. Zu diesem Zweck werden raffinierte Systeme von Werkpolizei, Vorarbeitern, von Prämien mit dem Ziel der Akkordschinderei und des Herabdrückens der Akkordlöhne eingeführt. Die außerordentliche Erhöhung des Arbeitstempos und der Arbeitsintensität greift auf alle Industrien über. In der Bauindustrie z. B., wo noch vor wenigen Jahren ein sprichwörtlich gemütliches Arbeitstempo zu verzeichnen war, haben wir heute in den meisten Teilen Deutschlands amerikanische Verhältnisse, d. h. eine solche Arbeitsintensität, daß Arbeiter über 45 Jahren nur noch in ganz wenigen Fällen mitkommen können.

Ueber das Ergebnis der Produktionssteigerung durch die sogenannte Rationalisierung liegen nur wenig greifbare Zahlen vor. Der Genosse Varga hat in seiner letzten Vierteljahresübersicht einiges Material angeführt. Es [133] sei durch einige Angaben, die in der letzten Zeit gemacht worden sind, ergänzt.

So steht zum Beispiel im Geschäftsbericht der Siemens & Halske-A.-G. der lapidare Satz:

„Wir konnten die Leistung der Fabrikation erhöhen bei beträchtlicher Verminderung der Belegschaft und des Kapitalbedarfes der Werke, wobei die Ueberfüllung unserer Werkstatträume aufgehört hat“.

Aus den Belegschaftsziffern einzelner Werke des Siemenskonzerns geht hervor, daß die „beträchtliche Belegschaftsverminderung“ 35 und mehr Prozent betrug. Wie hoch die Produktionssteigerung war, läßt sich in der Bilanz nicht feststellen. Es läßt sich aber schließen, daß die Ergebnisse der Rationalisierung in der Elektroindustrie eine Produktionssteigerung pro Kopf der Belegschaft um mindestens 35 Prozent im abgelaufenen Jahr ergab.

Für die Schwerindustrie werden folgende Ziffern bekannt gegeben: die Roheisenproduktion wurde vom September 1925 bis September 1926 gesteigert von 735.000 Tonnen auf 850.000 Tonnen. In der gleichen Zeit ist die Belegschaft von 21.000 auf 17.000 gesunken, die Tagesleistung pro Kopf der Belegschaft ist von 1,17 auf 1,6 Tonnen gestiegen. In der Stahlproduktion sind die entsprechenden Ziffern 900.000 und 1.140.000 bei gleichzeitigem Rückgang der Belegschaft von 28.000 auf 25.000 und Steigerung der Tagesleistung pro Kopf der Belegschaft von 1,23 auf 1,77 Tonnen.

Wir haben schon an anderer Stelle darauf hingewiesen, daß der Steigerung der Produktionsfähigkeit keine entsprechende Steigerung der Ausfuhr gegenübersteht. Es hat vielmehr den Anschein, daß. nach einer Periode ganz langsamer Aufwärtsentwicklung der Ausfuhr infolge der verschärften Konkurrenzbedingungen wieder ein Absinken besonders der Ausfuhr an Fertigprodukten beginnt. Es ist außerordentlich interessant, die Ziffern für die Ausfuhr von Fertigwaren seit Mitte des Jahres 1925 zu verfolgen, d. h. seit dem stärksten Einsetzen der Rationalisierung. In dieser ganzen Zeit, da doch durch die Erhöhung der Ausbeutung der deutschen Arbeiterschaft und die sonstigen Auswirkungen der Rationalisierung die Konkurrenzbedingungen für die deutsche Industrie relativ günstige waren, ist die Ausfuhr an Fertigwaren auf derselben Stufe stehen geblieben und beginnt seit Oktober wieder zu fallen.

Die augenblicklich verhältnismäßig günstige Konjunktur auf dem Innenmarkt wird über die wirkliche Entwicklung des Innenmarktes als Auswirkung der Rationalisierung nicht hinwegtäuschen. Die Zahl der Arbeitslosen, die im Januar die entsprechenden Ziffern des Vorjahres sogar übertroffen hatte, spricht eine deutliche Sprache. Roh gerechnet kann man sagen, daß dieselbe Warenmasse Anfang 1927 mit mindestens 10–15 Prozent weniger Arbeitskräften hergestellt werden konnte als Ende 1925. In der gleichen Zeit hat sich auch die Lebenshaltung der Arbeiter, die noch im Betrieb stehen, keineswegs gebessert. Nach den Angaben des Statistischen Reichsamts haben sich von Januar bis Ende Dezember die durchschnittlichen Stundenlöhne für gelernte Arbeiter Von 94,1 auf 94,9 Pfennig, die der ungelernten Arbeiter von 66,0 auf 66,7 Pfennig erhöht. In der Fertigindustrie war die entsprechende Erhöhung von 80,8 auf 80,9 und 69,1 auf 69,5 Pfennig. Die Erhöhung der Lebenshaltungskosten in der entsprechenden Zeit ist selbst nach den Angaben des Reichsstatisti-
[134]schen Amts beträchtlich größer. Anfang 1926 betrug nach dem Reichsstatistischen Amt der Index für die Lebenshaltungskosten rund um 140, um

im April auf 138 zu sinken, im Januar 1927 betrug der Lebenshaltungsindex 144,6. Also selbst nach den unzuverlässigen Angaben des Reichsstatistischen Amts ist die Lebenshaltung der Arbeiter im Betrieb im vergangenen Jahr gesunken. Wenn man den erhöhten Verbrauch des Arbeiters durch die Verschärfung des Arbeitstempos und der Arbeitsintensität berücksichtigt, dann ist es nicht übertrieben, wenn man behauptet, daß die Verelendung der deutschen Arbeiterschaft im vergangenen Jahr außerordentliche Fortschritte gemacht hat.

Die Kaufkraft des deutschen Proletariats zum mindesten ist in der Periode der Rationalisierung gesunken. Gleichzeitig macht die Proletarisierung der Mittelschichten (der kleinen und mittleren Bauern, der Handwerker, der kleinen Ladenbesitzer usw.) große Fortschritte. Es sei nur daran erinnert, daß im Detailhandel das Großkapital immer mehr vordringt (gewaltige Ausdehnung des Karstadtkonzerns und von Tietz). Die Begleiterscheinungen der Rationalisierung für die große Masse des Volkes sind also Verelendung, Verarmung, Sinken der Kaufkraft. Das bedeutet aber, daß der Innenmarkt – in der allgemeinen Tendenz gesehen – sich nicht erweitert, eher einschrumpft. Die Ungleichmäßigkeit der Konjunkturentwicklung für die einzelnen Industrien, das Anschwellen einzelner Industrien infolge Neuentdeckungen und Verschiebungen (chemische Industrie, Elektroindustrie) kann über die wirkliche allgemeine Entwicklungstendenz nicht hinwegtäuschen.

Der neue deutsche Imperialismus.

Der Machtzuwachs der deutschen Bourgeoisie nach innen und die widerspruchsvolle Entwicklung ihrer Wirtschaft zwingt sie zu stärkerer imperialistischer Betätigung. Die Gegensätze der imperialistischen Staaten untereinander haben dazu geführt, daß das kapitalistische Deutschland sich weitgehend aus seiner kolonialen Lage, in der es sich nach dem verlorenen Krieg befand, befreien konnte. Seit dem Jahr 1923, dem Höhepunkt der Zerrüttung der deutschen Bourgeoisie und der schärfsten Bedrohung jeglicher Selbständigkeit durch den französischen Imperialismus, hat sich die Situation fundamental geändert. Der französische Vorstoß in das Ruhrgebiet scheiterte an den Widerstand des englisch-amerikanischen Finanzkapitals. Schon das Dawesabkommen war eine außerordentliche Lockerung der Fesseln des Versailler Vertrags. Der Plan des englischen Imperialismus, durch Zusammenarbeiten mit Deutschland und Italien den Völkerbund zu einem einseitigen Instrument seiner Politik zu machen, führte zu Locarno und zu dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und zur Mitgliedschaft Deutschlands im Völkerbundsrat. Damit war eine entscheidende Wendung in der Außenpolitik des kapitalistischen Deutschland eingetreten. Mit dem Eintritt Deutschlands nämlich hat der Völkerbund seinen Charakter als gemeinsames Instrument imperialistischer Staaten zur Niederhaltung und Unterdrückung ausgebeuteter Völker nicht verloren. Deutschland selbst meldet mit seinem Eintreten in den Völkerbund seinen Anspruch an, an dieser Ausbeutung teilzunehmen. Es war selbstverständlich, daß die Beziehungen zwischen dem kapitalistischen Deutschland, das seinen halbkolonialen Charakter immer mehr verlor und selbst wieder imperialistischer Staat werden wollte, zu dem einzigen Arbeiter- und Bauernstaat der Welt, der alle unterdrückten Völker in ihrem Befreiungskampf gegen imperialistische Unterdrückung unterstützt, sich zu lockern begannen. Diese Aenderung der deutschen auswärtigen Politik, die westliche [135] Orientierung, die hauptsächliche Betonung einer aktiven Politik in der Richtung auf die Teilnahme an der Ausbeutung von kolonialen und halbkolonialen Gebieten fand bei einem Teil der deutschen Bourgeoisie, besonders bei dem durch die Abtrennung von Agrarprovinzen geschwächten Agrarkapital Widerstand. Die Einbeziehung der Deutschnationalen in die Stresemann-Regierung hat u. a. auch den Zweck gehabt, diesen Widerstand zu überwinden.

Seit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, versucht der deutsche Imperialismus eine eigene aktive Politik zu entwickeln. Es beginnt unter Betonung gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen vor allem zwischen der deutschen und der französisch-belgischen Schwerindustrie eine Annäherung an Frankreich, die zu den Abmachungen von Thoiry führte. Hat das englisch-amerikanische Finanzkapital die gewaltsame Zusammenfassung der deutschen mit der französischen Schwerindustrie im Ruhrkrieg verhindert, so verhinderte es auch jetzt unter Ausnutzung der Schwächen und der Gegensätze im Lager der französischen Bourgeoisie weitgehende Bindungen zwischen dem deutschen und

französischen Imperialismus. Infolge dieser Gegenarbeit blieb der Vertrag von Thoiry ein Blatt Papier.

Der englische Imperialismus versucht erneut stärkeren Einfluß auf die deutsche auswärtige Politik zu erlangen. Wir wissen, daß einer der Gründe für die Bemühung des englischen Imperialismus, Deutschland so rasch wie möglich in den Völkerbund zu bringen, der gewesen ist, daß er auf dem raschesten Wege eine Zusammenfassung aller kapitalistischen Staaten Europas gegen die Sowjetunion zustande bringen wollte. Die eigenen Schwierigkeiten und das geringere Interesse an der Niederringung der Sowjetunion ließen das imperialistische Frankreich zunächst die aktiveren englischen Pläne durchkreuzen. Das imperialistische Deutschland hatte und hat auch jetzt noch ein Interesse daran, unter Ausnutzung der englisch-französischen Gegensätze einen möglichst hohen Kaufpreis für seine Beteiligung an der Intervention gegen Sowjetrußland zu erlangen.

Daß das imperialistische Deutschland gewillt ist, sich in die Front gegen Sowjetrußland einzureihen, das zeigt der Verlauf der Granatenaktion der Sozialdemokratischen Partei. Bei den engen Beziehungen des Sozialdemokratischen Parteivorstandes mit der englischen Botschaft einerseits und dem deutschen Auswärtigen Amte andererseits wäre diese Granatenaktion undenkbar gewesen, ohne vorherige Billigung zum mindesten einiger hervorragender Stellen des Auswärtigen Amtes. Verlogene Andeutungen und Preisgabe von Verträgen, die im Jahre 1920 mit der Sowjetunion geschlossen worden sind, zeigen ganz klar die Zusammenarbeit zwischen Auswärtigem Amt und der sozialdemokratischen Parteiführung. Das Geschrei über angebliche Anklagen wegen Landesverrats, der schwindelhafte Versuch der SPD-Führung, die Granatenaktion mit einem Scheinkampf gegen die Reichswehr zu verbinden, wird keinen Arbeiter über den wahren Charakter der ganzen Aktion hinwegtäuschen. Wie die ganze Opposition der SPD gegen den Bürgerblock sich im Rahmen einer stillen Beteiligung an diesem Bürgerblock hält, ohne auch nur den Versuch zu machen die wirklich vorhandenen Möglichkeiten des Kampfes auszunutzen, so ist die Granatenaktion nichts weiter als der Versuch, die deutsche Arbeiterschaft moralisch vorzubereiten für die kommende Beteiligung des imperialistischen Deutschland an der Unterdrückung Sowjetrußlands. Dieselbe Rolle die Herr Macdonald in England spielt zur Verteidigung der Verbrechen des englischen Imperialismus in China, dieselbe Rolle spielen in Deutschland die Wels, Hilferding und Künstler zur Wegbereitung kommender Verbrechen des deutschen Imperialismus gegen Sowjetrußland. [136]

Die Zuspitzung der sozialen Gegensätze.

Die Periode der relativen Stabilisierung und Rationalisierung der deutschen kapitalistischen Wirtschaft ist gekennzeichnet durch die Tatsache, daß die rasche Steigerung der Produktionsmöglichkeiten nicht zu einer Produktionsentfaltung und zu einer Besserung der Lebenslage der Gesamtheit des Volkes führt. Zeigte der Weltkrieg, der begleitet war von einer ungeheuerlichen Vernichtung von Produktionsmitteln und von furchtbarer Verelendung eines großen Teils des Proletariats, ganz allgemein die Schranken der Entfaltung des Kapitalismus auf, so weist die jetzige Entwicklung des Kapitalismus auch ohne kriegerische Zusammenstöße die Unfähigkeit des Kapitalismus, die Produktionsmöglichkeiten auszunutzen. Der Kapitalismus ist zu einem Hemmschuh der Entwicklung geworden, er befindet sich im Zustand der Fäulnis. Die Opfer dieser Entwicklung sind die Arbeitermassen und große Teile der Mittelschichten. Die Bourgeoisie selbst versucht mit konsequenter Energie sich trotz des Niedergangsprozesses zu retten, d. h. ihren Profit zu stabilisieren. Es gelingt dem monopolisierten Kapital zunächst, nicht nur für das noch bestehende, sondern auch schon für das vernichtete Kapital eine hohe Profitrate herauszuwirtschaften. Gegensätze, die sich dabei im Lager der Bourgeoisie selbst herausbilden, werden zu überbrücken versucht. Hohe Zölle auf Agrarprodukte und andere Begünstigungen erhöhen den Anteil des Agrarkapitals an der Ausbeutung der werktätigen Massen mit Einschluß der armen und eines Teiles der mittleren Bauern Bankkapital und die großen schon monopolistisch zusammengefaßten Industrien helfen dem in der Entwicklung zurückgebliebenen und unter besonders ungünstigen Verhältnissen arbeitenden Industriekapital bei den Bemühungen zur monopolistischen Zusammenfassung, die ihrerseits wieder die Lage der breiten werktätigen Massen erschweren müssen.

Ein Ausdruck für diese gemeinsamen Bestrebungen der Bourgeoisie ist der Bürgerblock. Die deutsche Bourgeoisie braucht eine weitgehende innere Einheit zur Steigerung ihrer imperialistischen Aktivität. Wir haben auf diese Bedeutung des Bürgerblocks bereits hingewiesen. Dieser Einheit nach außen muß nach innen der Versuch eines Interessenausgleichs auf Kosten der werktätigen Massen entsprechen. Die Banken sowohl wie die großen Monopolgebilde in der Industrie denken nicht daran, diesen Interessenausgleich zu erkaufen mit einer beträchtlichen Minderung ihres eigenen Profits. Deshalb kann die Interessengemeinschaft der gesamten Bourgeoisie nur darauf hinauslaufen, auch den Teilen des Kapitals, die sich seither in ungünstigerer Lage befanden, zu helfen bei ihrem Bestreben, ihren Profit herauf zusetzen. Charakteristisch dafür ist die weitere Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft und die geplante Heraufsetzung der Mieten um 10 Prozent ab 1. April und um weitere 10 Prozent ab 1. Oktober.

Die Bourgeoisie ist sich darüber klar, daß die Verstärkung des Druckes auf die werktätigen Massen die Abwehr in der Arbeiterschaft sowohl wie in einem Teil der ausgebeuteten Mittelschichten steigern wird. Sie trifft deshalb alle möglichen Vorbereitungen, um Zersetzung in die Reihen des Proletariats hineinzutragen, um die Mittelschichten zu verwirren und um sich selbst im Falle des stärkeren Widerstands der Arbeiterschaft zur Niederschlagung des Proletariats bereit zu machen.

Die Politik der Bourgeoisie muß deshalb auf allen Gebieten extrem reaktionär sein, sowohl in allen sozialen Fragen als auch in allen kulturellen Fragen. Das Schmutz- und Schundgesetz und das geplante Gesetz zum Schutz der Jugend sind Waffen gegen das Proletariat. Die geplante vollständige Auslieferung der Schule und der Erziehungsanstalten (konfessionelle Lehreraka-[137]demien) hat keinen anderen Sinn. Justiz und Strafvollzug waren schon seither extrem reaktionär und barbarisch. Die Bürgerblockregierung wird die schon bestehende schamlose Form der Klassenjustiz nach allen Kräften fördern.

Auf sozialem Gebiet wird sich der Kampf der Bürgerblockregierung vor allem gegen die Erwerbslosen richten. Bis jetzt haben sich die Millionen Erwerbslosen bei den wirtschaftlichen Kämpfen in ihrer Solidarität mit den kämpfenden Arbeitern bewährt. Der Plan der Bourgeoisie geht darauf hinaus, die gewaltige Erwerbslosenarmee durch Hunger zu zermürben, um sich auf diese Weise große Reservoirs von Streikbrechern für den Fall wirtschaftlicher Kämpfe anzulegen. Es ist charakteristisch, daß in dem Reichsbudget für das kommende Jahr die Ausgaben für die Erwerbslosen und andere soziale Zwecke um fast eine halbe Milliarde gekürzt sind, während gleichzeitig die Ausgaben für die gewaltsame Niederhaltung des Proletariats (Reichswehr) erhöht werden.

Es muß festgestellt werden, daß in den Reihen der Arbeiterschaft der Widerstand sowohl gegen die wirtschaftliche wie politische Entwicklung noch sehr gering ist. Das Jahr 1926 zeigt einen außerordentlichen Tiefstand der Wirtschaftskämpfe auf, mit dem Ergebnis, daß nach den offiziellen Tarifen die Stundenlöhne um ganze 0,8 Prozent gestiegen sind, wobei die zahlreichen lokalen Abmachungen, die unter den Tariflöhnen liegen, gar nicht berücksichtigt sind. Die letzten Wahlen haben zwar gezeigt, daß die Kommunistische Partei sich wieder im Vormarsch befindet; aber es bleibt eine Tatsache, daß eine Massenloslösung sozialdemokratischer oder sozialdemokratisch beeinflußter Arbeiter von der SPD noch nicht stattgefunden hat. Charakteristisch ist auch, daß bei einigen größeren Wirtschaftskämpfen (Textilarbeiteraussperrungen in Thüringen und Schlesien, Textilarbeiterstreik im Rheinland, Metallarbeiteraussperrungen in Sachsen) der offene oder verschleierte Verrat der Gewerkschaftsbürokratie keinen nennenswerten Widerstand der betroffenen Arbeiter gefunden hat.

Trotz dieser Erscheinung sind Anzeichen einer Radikalisierung der Arbeiterschaft vorhanden. Die beiden größten Kampagnen, die die Kommunistische Partei im Jahre 1926 geführt hat, die Fürstenenteignungskampagne und die Kampagne für den Kongreß der Werktätigen zeigten, daß die Kommunistische Partei bereits imstande ist, über den Rahmen des Kreises der direkt Sympathisierenden hinaus große Teile der Arbeiterschaft zu mobilisieren. Ein Beweis für diesen Radikalisierungsprozeß ist ferner die wachsende Begeisterung der Arbeiter für Sowjetrußland, die

sich in dem mächtigen Widerhall zeigte, den die Berichte der Arbeiterdelegationen nach Sowjetrußland bei einem großen Teil der Arbeiterschaft gefunden haben. Außerordentlich bemerkenswert ist ferner die wachsende Opposition der sozialdemokratischen Arbeiter gegen die Politik ihrer Parteiführung, die in einigen Teilen des Reichs schon zur Zersetzung der Sozialdemokratischen Partei überzugehen beginnt. Aehnliche, teilweise noch stärker ausgeprägte Erscheinungen zeigen sich im Reichsbanner. Auch in den Gewerkschaften gewinnt die Opposition an Boden, trotzdem auch heute die Fehler der Kommunistischen Partei in der Vergangenheit noch keineswegs überwunden sind.

Die Aufgaben der Kommunistischen Partei.

Die kapitalistische Stabilisierung, die Durchführung der Rationalisierung mit ihren entsetzlichen Folgen für die werktätigen Massen und vor allem für die Arbeiterschaft wäre nicht denkbar ohne die aktive Unterstützung, die die Sozialdemokratische Partei wie die Gewerkschaften der [138] Bourgeoisie geleistet haben. Die Sozialdemokratische Partei setzte sich nach der November-Revolution an die Spitze der Kräfte, die gewillt waren, den Kampf der Arbeiterschaft mit Waffengewalt niederzuschlagen. Die Sozialdemokratische Partei stand im Jahre 1923, zur Zeit der tiefsten Zerrüttung der deutschen Bourgeoisie, bedingungslos an der Seite der deutschen Bourgeoisie. Die Sozialdemokratische Partei hat das Dawes-Abkommen und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund der Arbeiterschaft als den Beginn einer friedlichen Aufwärtsentwicklung gepriesen und damit bewußt die Kräfte des Proletariats gelähmt. Die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaftsbürokratie schaffen eine besondere Theorie, um die kapitalistische Rationalisierung trotz der furchtbaren Folgen für das Proletariat wieder bedingungslos zu unterstützen. Mit allen Mitteln versuchen sie, die noch vorhandene zünftlerische Einstellung in der Arbeiterschaft zu stärken, um nicht gezwungen zu werden, die der monopolistischen Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft entsprechende Organisationsform der Gewerkschaften, Industrieverbände, zu schaffen. Ebenso bedingungslos unterstützt die Sozialdemokratische Partei den deutschen Imperialismus. Sie stellt sich an die Spitze der Hetze gegen Sowjetrußland. Sie propagiert am eifrigsten eine Politik in der Gefolgschaft des englischen Imperialismus, d. h. der aggressivsten, brutalsten imperialistischen Politik gegen Sowjetrußland wie gegen alle Kolonial- und Halbkolonialvölker.

Die linke Sozialdemokratie unterscheidet sich von der rechten kaum anders als in der Anwendung radikaler Phrasen. Indem die linke Sozialdemokratie dauernd das Wort Klassenkampf im Munde führt, verschleiert sie nur die klassenkampfverräterische Haltung der Gesamtpartei. Es ist kein Zufall, daß der linke Friedrich Adler vor der Teilnahme an der Brüsseler Antiimperialistenkonferenz warnte, wie es kein Zufall ist, daß der linke Künstler zum Wortführer der Hetze gegen Sowjetrußland in der Granatenkampagne geworden ist. Die linke Sozialdemokratie ist gleichsam die letzte Instanz, um die Revolte der sich radikalisierenden sozialdemokratischen Arbeiter gegen ihre Partei aufzufangen.

Es ist die Aufgabe der Kommunistischen Partei, einen vernichtenden Kampf gegen die Sozialdemokratische Partei zu führen, gegen die rechte sowohl wie die linke. Dieser Kampf freilich setzt eine richtige Politik der Kommunistischen Partei, eine richtige Verbindung der Führung der Tageskämpfe mit der Aufrollung der prinzipiellen Fragen und der Propagierung des Endziels voraus. Noch ist der Geist sektiererischer Selbstbeschränkung und der Unlust der Durchführung täglicher mühevoller Kleinarbeit aus der Partei nicht vertrieben. Diese Verirrungen und Hemmungen vor allem müssen restlos überwunden werden, um die Partei fähig zu machen, die Arbeiterschaft der Sozialdemokratischen Partei zu entreißen und auf die Seite der Kommunistischen Partei herüberzuziehen.

Die größte Gefahr, die in der jetzigen Periode der deutschen Arbeiterschaft droht, ergibt sich aus der imperialistischen Politik der deutschen Bourgeoisie. Das kapitalistische Deutschland, das sich als aktiver Faktor in die imperialistische Front einreiht, das infolge der Verstärkung der Widersprüche seiner Wirtschaft und der Zuspitzung der sozialen Gegensätze zu größerer Anteilnahme an der imperialistischen Ausbeutung von Kolonial- und Halbkolonlalländern und zu einer Verbreiterung seiner Basis des Außenhandels drängt, wird die Tendenz, die zu neuen imperialistischen Zusammenstößen führen muß, verstärken. Die Granatenkampagne war nur der erwünschte

Anlaß, um vor aller Welt die Lockerung der Beziehungen zu Sowjetrußland zu demonstrieren. Es ist kein Zweifel, daß die deutsche Bourgeoisie schon [139] heute entschlossen ist, sich für den Preis einer weiteren Lockerung des Versailler Vertrags, gewisser Regulierung seiner Ostgrenzen und seiner Wiederbewaffnung an der Intervention gegen Sowjetrußland zu beteiligen. Es ist die Aufgabe der Kommunistischen Partei, diese verbrecherische Politik durch Mobilisierung der werktätigen Massen zu verhindern.

Das Zentrum unserer Arbeit ist die Organisation d Kampfes der Arbeiterschaft gegen die kapitalistische Stabilisierung. Die Kommunistische Partei muß einen unermüdlichen Kampf führen vor allem für die Interessen der Erwerbslosen. Das muß geschehen durch die Mobilisierung und Führung der Erwerbslosen selbst. Noch wichtiger aber vielleicht ist es, die Gesamtarbeiterschaft für diesen Kampf zu gewinnen. Wir haben schon gezeigt, daß es die Absicht der Bourgeoisie ist, die einheitliche Front der Arbeiterschaft durch Aushungerung der Erwerbslosen zu zerreißen. Indem wir den Arbeitern in Jen Betrieben, vor allem auch den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern diese Bestrebungen aufzeigen, müssen wir es erzwingen, daß die große Massenorganisation der Arbeiterschaft, die Gewerkschaft, sich zum Träger des Widerstandes für die Aushungerungspläne der Bourgeoisie macht.

Von der größten Wichtigkeit ist die Mobilisierung der Arbeiterschaft zum Kampf für höhere Löhne und für die Verkürzung der Arbeitszeit. Diese Aufgabe steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Verstärkung unserer Arbeit in den Gewerkschaften. Die Losung, daß 75 Prozent unserer Arbeit Gewerkschaftsarbeit sein muß, ist erst zum Teil durchgeführt. Noch immer steht ein gewisser Prozentsatz unserer organisationsfähigen Mitgliedschaft außerhalb der Gewerkschaft. Noch immer wird unsere Gewerkschaftsarbeit zu ressortmäßig aufgefaßt. Noch immer ist die Zahl der Genossen, die gewerkschaftliche Kleinarbeit leisten, verhältnismäßig gering. Noch immer ist unsere Arbeit zur Gewinnung neuer Gewerkschaftsmitglieder, für die Stärkung der Gewerkschaften, in den Anfängen stecken geblieben. Noch immer verstehen wir es nicht genügend, unsere allgemeine politische Arbeit mit der Gewerkschaftsarbeit zu verbinden. Noch immer verstehen wir es nicht, die gewonnenen Positionen in den Gewerkschaften zur Entfaltung unserer Gewerkschaftsarbeit und zur Führung wirtschaftlicher Kämpfe richtig auszunutzen. Der XI. Parteitag muß gerade in dieser Frage die schärfste Kritik anlegen um diese Arbeit zu befruchten und voranzutreiben.

Die Kommunistische Partei muß selbstverständlich an der Spitze des Kampfes gegen die soziale und kulturelle Reaktion stehen. Wir wissen daß die Sozialdemokratische Partei selbst in diesen Fragen nur einen Scheinkampf führt.

Unsere Arbeit zur Herausbildung eines linken Flügels in der deutschen Arbeiterbewegung war im vergangenen Jahr noch ungenügend und zersplittert. Wir müssen die verschiedenen Formen, in denen der Radikalisierungsprozeß der deutschen Arbeiterschaft zum Ausdruck kommt – Einheitskomitees für die Fürstenenteignung, Organisationen für die internationale Gewerkschaftseinheit, Organisationsformen, die sich aus der wachsenden Einstellung für Sowjetrußland ergeben, Werktätigenausschüsse usw. –, in Verbindung bringen und ihre Stoßkraft verstärken. Vor allen Dingen muß diese Linksbewegung der deutschen Arbeiterschaft dazu ausgenutzt werden, um die Opposition in den Gewerkschaften zu verbreiten. Die Fragen der internationalen Gewerkschaftseinheit, des Kampfes gegen die Bedrohung Sowjetrußlands, des Kampfes gegen den deutschen Imperialismus, des Kampfes gegen die Kapitalsoffensive, des Kampfes gegen die Zersplitte-[140]rung der Gewerkschaften usw. können nur in engstem Zusammenhang gestellt werden und sie müssen die Grundlage bilden, um weit über den heutigen Kreis der mit uns Sympathisierenden hinaus eine breite Abwehrfront des deutschen Proletariats zu schaffen.

Sehr unzulänglich und unsystematisch war unsere seitherige Arbeit auf dem Lande. Ein großer Teil unserer Bezirke, darunter sogar Bezirke mit großen Landgebieten, haben entweder eine systematische Bearbeitung des Landes überhaupt noch nicht aufgenommen oder dieser Arbeit nur ganz

untergeordnete Bedeutung beigemessen. Wir wären schlechte Leninisten, wenn wir nicht endlich daran gingen, diesen Fehler gründlich abzustellen. Es ist kein gutes Zeichen für die Arbeit der Kommunistischen Partei auf diesem Gebiet, daß es den faschistischen Organisationen, vor allem dem Stahlhelm, gelingt, ihren Einfluß selbst unter Landarbeitern und kleinen und mittleren Bauern zu verstärken. Jeder Bezirk muß eine gut funktionierende Landabteilung haben, und das Zentralkomitee muß in der Zukunft unnachsichtlich gegen solche Bezirksleitungen vorgehen, die dieser Aufgabe nicht die genügende Beachtung schenken.

Die Kommunistische Partei muß in brüderlicher Zusammenarbeit mit den sympathisierenden Organisationen für deren Stärkung und politische Belebung Sorge tragen. Sie muß vor allen Dingen der kommunistischen Jugend helfen, eine Massenorganisation der proletarischen Jugend zu werden. Die Kapitalisten schaffen umfassende Organisationen – z. B. die Dinta –, sie machen Gesetze, um die Jugend den Pfaffen auszuliefern und sie mit Gewalt dem kommunistischen Einfluß zu entziehen. Um so wichtiger ist es, daß die Partei die kommunistische Jugend bei ihrer schweren Arbeit unterstützt und die dazu notwendigen Kräfte zur Verfügung stellt.

Die Linksbewegung in der deutschen Arbeiterschaft, die Erfolge, die die Partei durch ihre richtige Anwendung der Einheitsfronttaktik im vergangenen Jahr errungen hat, sie kommen nur ganz unzulänglich zum Ausdruck in der Stärkung der Organisation in der Partei und der Presse. Hunderttausende können aus dem Millionenheer der Sympathisierenden für die Partei gewonnen werden. Täglich stoßen neue Arbeiterschichten aus dem Umkreis der Sozialdemokratischen Partei in unser Lager. Frische, kampfesfrohe Kräfte können und müssen aus diesen Massen unmittelbar in unsere Organisation hineingezogen werden. Verstärkt wird die Notwendigkeit einer zielbewußteren Durchführung dieser Aufgaben durch die Tatsache, daß wir im Verhältnis zu unserer gesamten Mitgliedschaft zu schwach in den Großbetrieben vertreten sind. Der Widerstand eines Teils der Partei gegen den Uebergang von der Wohnorganisation zur Zellenorganisation hat zum Teil seine Ursache in dieser Schwäche in den Großbetrieben, während andererseits in vielen Bezirken eine nicht genügende Energie beim Aufbau und der Aktivisierung der Betriebszellen ein Hindernis gewesen ist für die Stärkung unserer Positionen in den Großbetrieben.

Der XI. Parteitag muß auch in dieser Frage eine unnachsichtliche Kritik üben und von den Bezirksleitungen und Ortsleitungen die Abstellung so großer Schwächen verlangen. Vor dem Parteitag stehen außerdem noch eine Reihe von Fragen der innerparteilichen Entwicklung, Durchbildung und Stärkung, der inneren Konsolidierung und Konzentration, der Ueberwindung linker und rechter Abweichungen, die von dem Genossen Ew. in der vorigen Nummer der „Internationale“ angeführt worden sind.

Wir sind überzeugt, daß der XI. Parteitag nach Jahren hart erkaufter Erfahrungen und schwerer innerer Auseinandersetzungen die gestellten Probleme und Aufgaben im Geiste des Leninismus lösen wird. Er wird sich vor [141] allem von der Schönfärberei, von der Verschmierung der Probleme und von der Doppelzüngigkeit fernhalten, die den X. Parteitag ausgezeichnet haben. Der XI. Parteitag wird in nüchternster Arbeit die Waffen schmieden, die die Kommunistische Partei braucht, um ihre großen Aufgaben zu lösen. Phil. Dengel.

*

Der Stand der Reorganisation der Partei

Von Franz Dahlem.

1. Ergebnisse und Perspektiven

Mit der durch den Offenen Brief des EKKI im August 1925 eingeleiteten Veränderung des politischen Kurses der KPD ging parallel eine organisatorische Umstellung, die im Offenen Brief selbst wie folgt umrissen war:

1. „Reform des innerparteilichen Kurses im Sinne der Normalisierung und Demokratisierung des Parteilebens, der lebendigen Verbindung der Parteiführung mit der Parteimitgliedschaft in und durch alle Organisationen der Partei.

2. Ernsthafte und unbedingt konsequente Reorganisation auf der Grundlage der Betriebszellen.

3. Organisatorische Zusammenfassung und Festigung des kommunistischen Einflusses in allen parteilosen Arbeiterorganisationen, vor allem in den Gewerkschaften, aber zugleich auch in den sich neubildenden Massenorganisationen des Proletariats."

In einem gleichzeitigen besonderen Brief der Orgabteilung des EKKI wurde der Stand der Organisation der KPD einer eingehenden und scharfen Kritik unterzogen und eine kühne und entschlossene Durchführung jenes Beschlusses des X. Parteitages verlangt, wonach die Umstellung auf die Betriebszellen in der Zeit bis zum XI. Parteitag durchgeführt werden soll.

Welche Bilanz kann die KPD in der Frage der Reorganisation heute ziehen? Die Hauptergebnisse der Arbeit dieser Zeit können wie folgt fixiert werden:

1. Die Reorganisation von der Wohnorganisation auf die Basis der Zellen wurde in den strategisch wichtigsten Punkten durchgeführt und gesichert, und zwar in einer Situation größter Erwerbslosigkeit, rücksichtsloser Durchführung der Rationalisierung der Betriebe und steigenden Unternehmerterrors. Die Tendenzen einer Rückkehr zur alten sozialdemokratischen Organisationsform wurden zurückgedrängt; sie treten heute nur noch offen auf im Kampf verschiedener ultralinker Gruppen und versteckt in der Form der Passivität und des Unverständnisses einer Reihe von Parteileitungen gegenüber der Betriebsarbeit. Gegen diese rückschrittlichen Tendenzen, die beide dieselbe opportunistische Wurzel haben, wird die Partei einen erbarmungslosen Kampf führen.

2. In den wichtigsten Betrieben hat die Partei ihre – wenn auch noch zahlenmäßig und politisch schwachen – Betriebszellen. Das wirkt sich bereits bei allen Massenkampagnen der Partei aus und wird bei den sich vorbereitenden Wirtschafts- und politischen Kämpfen von der größten Bedeutung für die Führung der Belegschaften durch die Kommunisten sein. Im Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung; im Kampf um den Achtstundentag, um die Erhöhung der Löhne, um all die Arbeiterforderungen, die sich aus der heutigen Lage des Klassenkampfes ergeben, sind unsere Zellen bereits heute die einzigen bewußten Träger des sich organisierenden Widerstandes der Betriebsbelegschaften.

[142] Durch die schweren Rückschläge nach der Niederlage von 1923 sind tausende und tausende unserer besten Funktionäre der Großbetriebe gemaßregelt worden. Als Resultat der falschen Gewerkschaftspolitik der Partei in den Jahren 1924/25 erfolgte die Preisgabe vieler unserer Gewerkschaftspositionen in den Großbetrieben. Und schließlich wurden durch die Massen-Erwerbslosigkeit des Jahres 1926 viele Kommunisten aus den Großbetrieben herausgedrängt. Wir müssen es offen aussprechen, daß die KPD heute noch die Partei der Klein- und Mittelbetriebe ist; daß vorläufig in den meisten Großbetrieben noch die SPD mit ihrem gewerkschaftlichen Funktionärstab herrscht, Die allgemeine Politik der Gesamtpartei schafft aber nach und nach die Voraussetzungen, um durch die Gewinnung neuer Kräfte aus der Arbeiterschaft unsere schwachen Zellen in den Großbetrieben zu stärken. Diese werden, durch unermüdliche Kleinarbeit unserer Genossen im Betrieb, durch stärkste Unterstützung seitens der Parteileitungen alles versuchen müssen um den verlorenen Einfluß in den Großbetrieben wieder zu erobern.

3. Die Umstellung von der Wohnorganisation auf die Betriebs- und Straßenzellen wurde von der Partei – da sie in der Zeit der größten Erwerbslosigkeit, der verschärften Rationalisierung und eines bis zur Raffinesse organisierten Terrors des Unternehmertums fielen – sehr vorsichtig, vielleicht zu vorsichtig durchgeführt. Sie konnte trotz dieser erschwerenden Umstände und trotz allen Alarmgeschreies der Gegner der Zellenorganisation ohne Mitgliederverlust durchgeführt werden. Die starke Fluktuation der Mitglieder, die auch im Jahre 1926 festzustellen war, führen wir darauf zurück, daß durch das Fehlen unseres Propaganda-Apparates eine Schulung der neuen Mitglieder nicht stattfand und eine planmäßige Bearbeitung und organisatorische Erfassung der Sympathisierenden fehlte. Eine große Wirkung hatte auch die scharfe Parteidiskussion, die viele zur Partei gekommene Arbeiter wieder abstieß. Die Perspektive für die Werbung neuer Mitglieder für die Zellen ist aber seit der

begonnenen Liquidierung der Opposition sehr günstig; es macht sich in fast allen Bezirken eine rasch aufwärtssteigende Kurve der Erhöhung des Mitgliederbestandes bemerkbar.

4. Die Zellenorganisation erweist heute schon auf allen Gebieten die Ueberlegenheit ihrer Arbeitsmethoden. Die Zellen gehen zur planmäßigen, regelmäßigen Abhaltung von Sympathisierendenversammlungen über, aus denen dann die fortgeschrittensten, besten Elemente nach und nach für die Partei erzogen und gewonnen werden. An die Stelle der planlosen Werbung in den Häusern tritt die systematische Bearbeitung dieser Sympathisierenden und die bewußte Verbesserung der sozialen Zusammensetzung der Partei. Einzelne Zellen gehen bereits zur Organisierung von Gewerkschaftskursen, Bildungszirkeln Diskussionsabenden, zusammen mit den Sympathisierenden, über. Die dabei gemachten guten Erfahrungen werden helfen, daß alle Zellen in Zukunft diese Arbeitsmethode durchführen. Auch Filmvorführungen, szenische Darstellungen, Aufführung proletarischer Revuen für die Belegschaften werden sich nach und nach durchsetzen. Unsere Parteipresse hat vielerorts durch die Mitarbeit der Arbeiterkorrespondenten schon ein anderes Gesicht bekommen, und die kommunistische Betriebszeitung, als Organ der Belegschaft, hat bereits ihre Probe als Kampfblatt der Arbeiter bestanden.

5. Mit der Schaffung der Betriebs- und Straßenzellen ist auch die Aktivität der Mitgliedschaft relativ gestiegen. Aus den Berichten aller Bezirke geht hervor, daß die Teilnahme der Mitgliedschaft am innerparteilichen Leben eine viel größere in den Zellen ist als jemals zuvor in der alten Wohnorganisation. Innerhalb der Zellenorganisation ist der Besuch der Zellenversammlungen um 30 bis 50 Prozent höher als früher in den allgemeinen Mitgliederversammlungen des Wohngebiets. Die Stadtteil-, Stadt- und Unterbezirkskonferenzen, die dem Reichsparteitag vorangehen, zu denen die Delegierten in den einzelnen Zellen gewählt wurden oder noch werden, sind der beste Beweis dafür, daß es mittels der Zellen möglich ist, einen bisher nicht erreichten hohen Prozentsatz [143] der Mitgliedschaft zur Teilnahme an den Versammlungen und an der Diskussion heranzuziehen.

6. Trotz der zahlenmäßigen Schwäche vieler unserer Betriebszellen erweist es sich doch, daß das Gros der aktiven Elemente in den Betriebszellen enthalten ist. Die Betriebszellen sind es auch, die immer wieder der Partei die meisten neuen Funktionäre und Kräfte liefern. Das ist auch sehr natürlich: Die Atmosphäre des Klassenkampfes im Betrieb wirft immer wieder neue Arbeiterschichten in den Kampf und erlaubt es den Zellen, frische Kräfte für die Partei heranzuziehen. Zahlreiche Beispiele einzelner Zellen, denen es in kurzer Zeit gelang, ihre Mitgliederzahl zu verdoppeln und zu verdreifachen, zeigen die Perspektive der Möglichkeit einer raschen Aufwärtsentwicklung des Mitgliederbestandes der Betriebszellen.

7. Auf Grund der sozialen Zusammensetzung der Partei und der großen Erwerbslosigkeit – die eine restlose Angliederung der Erwerbslosen an die Betriebszellen unmöglich macht – ist heute noch in den Straßenzellen ein hoher Prozentsatz der Parteimitglieder erfaßt. Die Straßenzellen sind heute noch – mit wenigen Ausnahmen – passiv und politisch inaktiver als die Betriebszellen. Sie stellen aber neben der Betriebszelle eine wertvolle Grundorganisation der Partei dar, deren Aufgabe in der Bearbeitung der Betriebe von außen, in der Arbeit unter den verschiedenen Massenorganisationen, in der Arbeit in den Wohnungen, in den Straßen, auf den Märkten, in den Geschäften usw. besteht.

8. Mit der Verlegung des Schwergewichts der Partei auf die Zellen hat sich auch der Charakter des Partei-Apparates geändert. Die Leitungen in den wichtigsten Organisationen werden nur noch auf Grund von Wahlen in Delegiertenversammlungen gewählt, zu denen vorher die einzelnen Zellen nach Stellungnahme der Zellenmitgliederversammlung ihre Vertreter entsandt haben. Auf diese Weise ist der frühere Zustand von oftmals zufällig und unkontrollierbar zusammengesetzten Leitungen liquidiert. In den wichtigsten Leitungen besteht die Mehrheit aus Betriebsgenossen. Die Abteilungen (Org.-, Gewerkschafts-, Agitprop-, Frauen-Abteilung usw.) die nach und nach bei jeder Leitung geschaffen werden und die die eigentlich arbeitenden Körperschaften der Leitungen sind, verlegen ebenfalls immer mehr das Schwergewicht ihrer Arbeit auf die Betriebe und Gewerkschaften. Der Parteiapparat widerspiegelt auf diese Weise sehr klar die Stimmung und den Willen der breiten Mitgliedermasse und entspricht in seinem Aufbau und in seiner Funktion dem Prinzip des demokratischen Zentralismus.

9. Im Aufbau der Fraktionen in den Gewerkschaften sind wir über den toten Punkt des Jahres 1925 hinweggekommen; in allen entscheidenden Gewerkschaften sind die Fraktionen gebildet. Hier ist aber noch der schwächste Punkt in unserer Organisation. Es wird noch einer breiten ideologischen Kampagne bedürfen, bis das letzte Mitglied der KPD von der Notwendigkeit nicht nur der gewerkschaftlichen Organisierung, sondern der gewerkschaftlichen Arbeit überzeugt ist. Noch heute ist ein hoher Prozentsatz der Mitgliedschaft der Partei gewerkschaftlich unorganisiert. Die bevorstehende Generalregistrierung der Gesamtpartei wird die Handhabe geben, um diesen Uebelstand zu beseitigen. Für die Arbeit der Fraktionen bedarf es ebenfalls noch einer radikalen Umstellung der Gewerkschaftsarbeit auf die Betriebe. Die Arbeit der Betriebszellen, d. h. die Tätigkeit jedes Zellenmitgliedes und die Eroberung des gewerkschaftlichen Vertrauensmännerkörpers im Betrieb ist die Voraussetzung, damit die Fraktionsarbeit in den Verbänden einen realen Untergrund bekommt und schneller und erfolgreicher vorwärts kommt. Die Linie des Offenen Briefes des EKKI:

„Die besten Parteigenossen der KPD – in die Betriebe und von dort in die Gewerkschaften! Eine lange Ausdauer und die Bereitschaft, jahre-[144]lang die einfachste alltägliche Arbeit unter den Massen zu leisten, um Einfluß für ihre Partei zu erobern – das ist es, was die deutschen Kommunisten brauchen!“

muß erst noch durchgeführt werden.

10. In den Massenorganisationen, insbesondere im RFB, RFMB, RH, Sportorganisationen usw. ist die Bildung der Fraktionen fortgeschritten. Aber auch hier kann von einer planmäßigen politischen Arbeit im allgemeinen noch nicht gesprochen werden. Auch hier hat die Hineintragung der Parteidiskussion in die Fraktion seitens der Ultralinken, insbesondere was den RFB betrifft, die Entwicklung im letzten Jahre gestört. Neben dem weiteren organisatorischen Ausbau dieser Fraktionen wird es einer breiten ideologischen Kampagne bedürfen, um den Genossen in diesen Massenorganisationen klar zum Bewußtsein zu bringen, daß die Fraktionen nur das ausübende Organ der Politik der Partei in den betreffenden Organisationen sind.

Diese kurze Skizzierung des Standes der Organisation zeigt, daß die Umstellung auf die Zellen im Rohbau fertig ist, daß sie aber noch sehr viele Mängel enthält, die jetzt ausgemerzt werden müssen. Trotzdem hat sich die Zellenorganisation der früheren Wohnorganisation gegenüber bereits als weit überlegen erwiesen. Heute sieht es das Gros der Parteimitglieder ein, daß ohne das Vorhandensein der tausende und tausende Zellen, insbesondere der Betriebszellen, eine konkrete Durchführung der Politik der Partei nicht möglich wäre. Die wachsende Linksbewegung in den Massen, der Radikalisierungsprozeß in der SPD-Arbeiterschaft, der schärfer werdende Kurs der Konterrevolution zwingen unsere Zellen, solche Methoden anzuwenden, mit denen sie sich dem Zugriff und den Terrormaßnahmen des Unternehmertums entziehen können und doch die Massen der Belegschaften unter ihren Einfluß bringen. Auf Grund dieser Zellenarbeit entwickelt sich nach und nach ein Stab politisch erfahrener und taktisch geschickter Betriebsrevolutionäre; das ist eine bestimmte Garantie dafür, daß in Zeiten verschärften Terrors und eines eventuellen Verbots der Partei, die tausende Zellen als selbständige Organisationen weiter arbeiten werden.

Oben genannte Erscheinungen in der Arbeiterklasse stellen vor die Partei das Problem der Schaffung neuer organisatorischer Formen zur Erfassung der Linksbewegung. Mit Hilfe der Zellen wird es der Partei möglich sein, die breiten Massen der mit der Partei Sympathisierenden auch organisatorisch zusammenzufassen und zu führen.

II. Die nächsten Aufgaben.

Folgende wichtige organisatorischen Aufgaben stehen jetzt im Vordergrund:

1. Der verstärkte Ausbau und die Politisierung der Betriebs- und Straßenzellen. Jede Zelle muß mindestens alle 14 Tage ihre Leitungssitzung und ihre Mitgliederversammlung abhalten, in der ein politisches Referat gehalten und die Lage der Arbeit im Betrieb bzw. Wohngebiet im Zusammenhang damit behandelt wird. Der XI. Parteitag wird im Statut entsprechende Aenderungen vornehmen, die jedem im Betrieb beschäftigten Kommunisten die Pflicht zur Schaffung einer Betriebszelle und zur Durchführung der kommunistischen Betriebsarbeit

auferlegen. Die Parteileitungen werden dadurch die Handhabe bekommen, die Straßenzellen von allen jenen Genossen zu säubern, die zwar in einem Betrieb arbeiten, sich aber vor der schwierigen Betriebsarbeit drücken und sich deswegen noch zahlreich in den Straßenzellen verstecken. Die strategisch wichtigsten Betriebszellen werden durch Angliederung erfahrener Genossen und durch besondere Bearbeitung seitens der Parteileitungen aufs tatkräftigste unterstützt werden müssen.

[145] Die wichtigste Aufgabe zur Politisierung der Zellen besteht in dem Aufbau eines guten Agitpropapparates bei den Parteileitungen, der es ermöglicht, daß die Politik der Gesamtpartei in Form konkreter und praktisch durchführbarer Direktiven und Anweisungen an die Zellen erfolgt. In dieser Beziehung stecken wir noch in den ersten Anfängen.

2. In allen industriellen Orten müssen die Parteileitungen so zusammengesetzt sein, daß in ihnen die Genossen aus den Betriebszellen die entscheidende Mehrheit haben. Auf diese Weise wird die Verbindung zwischen der Parteileitung und den Betrieben garantiert, die Gefahr einer abstrakten Politik der Partei vermieden. Dasselbe gilt für den Ausbau des gesamten Apparates. Auch zur ständigen Mitarbeit in den Abteilungen (Org.-, Gewerkschafts-, Agitprop-, Frauen- usw.) müssen in der Hauptsache Betriebsarbeiter bestimmt werden, damit wirklich eine Verlegung des Schwergewichts aller Gebiete der Parteiarbeit auf die Betriebe gewährleistet wird. Das gilt insbesondere für die Agitprop- und Frauenabteilungen. Bei den Orgabteilungen muß ein Stab in der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit erfahrener Genossen als Instrukteure geschaffen werden, mit deren Hilfe die Leitung die Zellen instruiert und kontrolliert.

3. Eine der Hauptfragen für die Herausbildung einer starken Führung wird darin bestehen, besonders sorgfältig die Entwicklung der einzelnen Funktionäre zu verfolgen und die fähigsten, in ihrer Arbeit im Betrieb, in den Gewerkschaften, in den Massenorganisationen erfolgreichsten Kräfte besonders zu fördern, zu schulen, mit bestimmten Aufträgen zu beauftragen und bewußt zur leitenden Arbeit heranzuziehen. Von besonderer Wichtigkeit hierbei ist die Schulung von Arbeitern aus Großbetrieben, um unsere Schwäche in diesem Punkt nach und nach zu beheben

4. In den nächsten Monaten wird die Partei eine Registrierung der Gesamtmitgliedschaft nach ihrer sozialen Zusammensetzung durchführen. Dabei wird es möglich sein, genau die Mitgliedschaft jedes einzelnen Genossen in der Gewerkschaft, in der Genossenschaft, in den einzelnen Massenorganisationen festzustellen. Diese Generalregistrierung wird der Partei die Handhabe geben, um diesmal verschärft die nationalen und internationalen Beschlüsse in die Tat umzusetzen, wonach jeder Kommunist Mitglied seiner Gewerkschaft sein muß. Diese Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisierung zusammen mit der verschärft einsetzenden Kontrolle der Fraktionsarbeit jedes Genossen durch die Betriebs- und Straßenzellen, wird dazu beitragen, daß unsere Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften rascher vonstatten geht, als es im verflossenen Jahre der Fall war.

Wir wiesen schon einleitend darauf hin, daß das falsche System der Arbeit der Gewerkschaftsfraktionen, die in fast keinem Zusammenhang mit den Betrieben stand, radikal geändert werden muß.

Viele gewerkschaftliche Verbände sind noch auf der Basis des Wohnorts aufgebaut. Unsere Genossen werden überall dafür eintreten, daß auch die Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit auf die Betriebe umgestellt werden. Das liegt in derselben Linie unserer allgemeinen Forderung der Umwandlung der Berufsverbände in große Industrieverbände, eine auf Grund der Monopol- und Trustbildung des Kapitals unbedingte Notwendigkeit.

Vor der Partei steht die Aufgabe der strafferen Organisierung der Millionenarmee der Erwerbslosen. Die Reichs-Erwerbslosenkonferenz hat dazu eine ganze Reihe Beschlüsse gefaßt, die in die Tat umgesetzt werden müssen. Diese Organisierung der Erwerbslosen wird im engsten Kontakt mit der Arbeit unserer Genossen in den Betrieben und den Gewerkschaften durchgeführt werden müssen, denn das Heer der Erwerbslosen wird nur dann erfolgreich für seine Interessen und in der allgemeinen Linie des Klassenkampfes eingesetzt werden können, wenn die Erwerbslosen in einer festen Arbeits- und Kampfgemeinschaft mit den im Betrieb stehenden Proletariern und in engster Verbindung mit den Gewerkschaften stehen. [146]

6. Auch in den Massenorganisationen muß der Aufbau der Fraktionen in raschem Tempo vor sich gehen. Das wird, wie bereits erwähnt, in einer Reihe von Organisationen nicht ohne eine starke ideologische Kampagne über die Rolle und die Aufgaben einer kommunistischen Fraktion in einer Massenorganisation durchgeführt werden können. Das bezieht sich besonders auf den RFB, in den sich eine ganze Reihe derjenigen Elemente aus der Partei zurückgezogen hat, die dort früher gegen die Zellen, d. h. gegen die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit gekämpft haben. Auf Grund der Tatsache, daß die Konterrevolution durch Schaffung ihrer weißen Betriebszellen, ihrer Technischen Nothilfe, ihrer Pinkertons, ihres Spitzelapparats usw. ihren Schwerpunkt ebenfalls in die Betriebe verlegt, werden diese Massenorganisationen, wie RFB, RFMB, gezwungen, einen Hauptteil ihrer Arbeit gegen die Reaktion, gegen den imperialistischen Krieg, gegen die Verschlechterung der Lage der Arbeiterschaft, ebenfalls in die Betriebe zu verlegen.

Die Massenmobilisation gegen die Klassenjustiz und für die Unterstützung der politischen Gefangenen; die Abwehr der Arbeiter-Sportorganisationen gegen die faschistische Werk-Sportbewegung machen es notwendig, daß auch diese proletarischen Organisationen sofort zur regelmäßigen und planmäßigen Zusammenfassung ihrer Mitglieder auf Betriebsbasis übergehen um mit ihnen die Durchführung ihrer speziellen Aufgaben im Betrieb zu organisieren.

Die Frage der Bildung der Betriebsgruppen im RFB, RFMB in der Roten Hilfe, in den Arbeiter-Sportorganisationen wird jetzt höchst aktuell. Es wird Aufgabe der kommunistischen Fraktionen in diesen Massenorganisationen sein, in dieser Linie zu wirken. Unsere Betriebszellen ihrerseits werden diesen Prozeß der Bildung der Betriebsgruppen auf das tatkräftigste unterstützen müssen.

7. Ueberhaupt steht als dringendes Problem vor der Partei die Frage der Erfassung der Sympathisierenden. Wir wiesen schon an anderer Stelle auf die Notwendigkeit hin, daß alle Betriebs- und Straßenzellen zur regelmäßigen Abhaltung von Sympathisierendenversammlungen und neuen Methoden der Agitation und Propaganda übergehen müssen.

Die mit dem Kongreß der Werktätigen eingesetzte Massenbewegung muß durch den Ausbau der Werktätigen-Ausschüsse festgehalten und ausgebaut werden. Zur Erfassung der Millionenmassen der werktätigen Frauen müssen wir in allen industriellen Orten zur Einführung des Frauen-Delegiertensystems übergehen. Zur Festigung unserer Verbindungen mit den Kleinbauern und Landarbeitern muß das System der Dorfpatenschaften viel stärker durchgeführt werden als es bisher der Fall war. Auch hier obliegt unseren Zellen in den Großstädten in Zusammenarbeit mit den ländlichen Ortsgruppen eine große Aufgabe. Wir stehen in den ersten Anfängen der Organisierung der Opposition in der SPD und der Zusammenfassung der Gewerkschaftsopposition.

Wir sind überzeugt, daß die weitere Linksschwenkung der Arbeiterschaft und der Terror der Bourgeoisie die Partei im Laufe dieses Jahres noch vor neue organisatorische Probleme stellen wird. Die Partei wird, gestützt auf ihre Zellen, auf ihren Apparat, auf die gesamte Zellenorganisation imstande sein, diesen Erfordernissen des Klassenkampfes gerecht zu werden. Der XI. Parteitag wird in dieser Linie der Gesamtpartei einen neuen kräftigen Anstoß geben. [147]

*

Nach dem Jenaer Parteitag
Ein unveröffentlichter Artikel Rosa Luxemburgs[*)]

I.

Was die letzte Jenaer Tagung unserer Partei von den früheren Parteitagen kennzeichnet, ist, daß im Mittelpunkt ihrer Meinungskämpfe nicht mehr theoretischer oder praktischer Revisionismus standen, sondern zwei neue Probleme, aus neuen Situationen geboren. So lange wir die meiste Zeit und Kraft eines Parteitages auf Auseinandersetzungen mit Bernsteinschen „Mißverständnissen“ über

[*)] Vgl. dazu den nachfolgenden erläuternden Artikel von Ernst Meyer „Zur Loslösung der Links-Radikalen vom ‚Zentrum‘ in der Vorkriegszeit“.

Verelendungstheorie, Katastrophentheorie und Preßlegende oder mit süddeutschen Budgetbewilligern und Teilnehmern an monarchistischen Kundgebungen vergeuden mußten – und dies war das Kennzeichen so ziemlich aller Parteitage seit 1898 bis 1910 –, da lief das Resultat schließlich nur auf die Verteidigung des alten Besitzstandes der Partei. Gewiß waren auch jene Auseinandersetzungen kein Zufall, vielmehr ein Symptom des mächtigen Wachstums der Bewegung in die Breite, wodurch ein Teil der Parteigenossen zu Zweifeln an den alten revolutionären Grundsätzen verleitet wurde. Gewiß waren auch jene Debatten von hohem Nutzen, und noch mehr von unbedingter Notwendigkeit gewesen, wollte die Partei ihren proletarischen Klassenkampfcharakter nicht preisgegeben.

Allein gerade die periodische Notwendigkeit, den alten Besitzstand an theoretischer Klarheit und prinzipieller Festigkeit immer wieder verteidigen zu müssen, und so scheinbar auf demselben Fleck zu bleiben, wirkte schließlich niederdrückend und ermüdend auf weite Kreise der Partei. Zumal mußte der theoretische Streit häufig der Masse unserer Genossen lediglich als leerer „Akademikerstreit“, als Haarspalterei erscheinen.

Anders auf dem diesjährigen Parteitag. Was an Streitfragen zur Debatte stand, waren zwei rein praktische Probleme, die jeden aufgeklärten Arbeiter, ob gewerkschaftlich oder politisch tätig, unmittelbar angehen und packen müssen, Probleme, die nicht in der Studierstube von einem irregewordenen Theoretiker ausgeheckt oder durch irgendeinen Seitensprung unserer süddeutschen Parlamentarier zur Ueberraschung der Gesamtpartei plötzlich aufs Tapet gebracht worden waren. Es waren veränderte allgemeine Bedingungen unseres Kampfes, die uns in Jena die Debatte über den Massenstreik wie diejenige über die Steuerfrage aufgenötigt haben.

In der Frage des Massenstreiks nahm der diesjährige Parteitag freilich nur einen Gegenstand auf, der bereits 1905 und 1906 zur Debatte und zur Entscheidung gestanden hatte. Scheinbar war das Problem durch die prinzipielle Anerkennung des Massenstreiks bereits gelöst, und da praktisch niemand eine sofortige Proklamierung des Massenstreiks in Deutschland ins Auge faßte, so mochte die Erörterung zwecklos erscheinen. So ist die Sache auch von den Vertretern des Parteivorstandes und seinen Theoretikern hingestellt worden. Ein zweckloser Streit um Worte, und sogar ein schädlicher Streit, der unsere gegenwärtige Ohnmacht dem Feinde verrät – so wurde die Debatte über den Massenstreik von den Wortführern der Mehrheit auf dem Parteitag gekennzeichnet. Und doch beweist nichts besser, als diese Auffassung selbst, wie sehr der Jenaer Beschluß in Sachen des Massenstreiks 1905 für unsere praktischen wie theoretischen „Instanzen“ ein toter Buchstabe geblieben ist, wie sehr eine neue Debatte notwendig war und notwendig bleibt, um diesen Buchstaben des Gesetzes allmählich in den lebendigen Blutkreislauf der Partei zu überführen.

Der Jenaer Beschluß vom Jahre 1905 war unter dem unmittelbarem Einfluß der russischen Revolution und ihres siegreichen Vordringens gefaßt worden. Er fiel in eine Periode großer Kämpfe revolutionärer Stimmungen und eines allgemeinen Vorrückens der proletarischen Armee in Europa. Im Januar desselben Jahres wurde die deutsche Oeffentlichkeit schon durch den [148] Riesenkampf der Bergarbeiter im Ruhrrevier aufs tiefste aufgewühlt. In Oesterreich schlug der Kampf um das allgemeine gleiche Wahlrecht, gleichfalls unter dem Einfluß der russischen Revolution, die höchsten Wellen. Revolutionäre Entschlossenheit und Glaube an die eigene Macht der Arbeiterklasse, die als lebendige Stimmung damals die Arbeiterbewegung durchdrangen, standen Pate bei dem Jenaer Massenstreikbeschluß. Man braucht nur die große Rede Bebels auf dem Parteitag nachzulesen, um jetzt noch die stark vibrierende Note der revolutionären Entschlossenheit, der größten revolutionären Tradition zu spüren, die die Erörterungen und die Resolution durchdrangen. „Da ist Rußland, da ist die Junischlacht, da ist die Kommune! Bei den Manen dieser Märtyrer solltet ihr nicht einmal ein paar Wochen hungern, um eure höchsten Menschenrechte zu verteidigen?“ Dies war der Feuerschein höchsten Idealismus, in dem die erste Resolution über den Massenstreik gefaßt wurde.

Doch wäre es verhängnisvoller Irrtum, sich einzubilden, jene Stimmung wäre auch später und auch nur damals schon von allen Kreisen der Arbeiterbewegung geteilt worden. Vergessen wir nicht, daß wenige Monate vor dem Jenaer Parteitag, im April desselben Jahres 1905, der Gewerkschaftskongreß zu Köln einen direkt entgegengesetzten Beschluß in Sachen des Massenstreiks gefaßt hatte; dort

wurde er als unbrauchbare, ja schädliche Waffe verworfen und nicht bloß seine Propagierung, sondern schon seine Erörterung als gefährliches Spielen mit dem Feuer v e r b o t e n! Sicher war dies Verbot nicht der breiten Masse der Gewerkschaftsgenossen aus dem Herzen gesprochen – sind sie doch mit der Masse der Parteigenossen identisch, die bald darauf dem Jenaer Beschluß und den Worten Bebels im ganzen Lande zujubelte. Aber der Kölner Gewerkschaftskongreß hatte deutlich gezeigt, wo die schweren Gegensätze für die Idee des Massenstreiks zu suchen sind: in dem bürokratischen Konservatismus der führenden Gewerkschaftskreise. Der Jenaer Parteibeschluß ist damals ausdrücklich g e g e n die Gewerkschaftsführer angenommen worden, die Rede Bebels war zum größten Teil eine ausgesprochene Polemik gegen die Argumentation des Kölner Gewerkschaftskongresses. Aber die dem Massenstreik feindliche Stellung der Gewerkschaftsführer war damit nicht verschwunden. Sie wagte sich, angesichts der entschlossenen Stellung der Partei und der revolutionären Stimmung im Lande, nicht an die Oberfläche. Daß sie aber als stille passive Resistenz nach wie vor geblieben ist, das hat mit aller wünschenswerten Klarheit das Korreferat des offiziellen Vertreters der Generalkommission, des Genossen Bauer, auf dem diesjährigen Parteitag gezeigt, das hat auch die Andeutung des Genossen Scheidemann gezeigt, aus der Vorstandsresolution über den Massenstreik sei der „Wille zur Tat“ ausgemerzt worden – offenbar durch die andere mitwirkende Instanz, dieselbe Generalkommission der Gewerkschaften. Dasselbe beweisen fortlaufend Aeußerungen von Gewerkschaftsführern in den Parteiversammlungen, die sich mit der Berichterstattung vom Jenaer Parteitag befassen. Das typische Beispiel lieferte wohl die Mitgliederversammlung in Bochum, in der Leimpeters und andere Glückliche ihre Weisheit auf die alte Formel: Generalstreik gleich Generalunsinn reduziert und damit alles nötige zum Problem geliefert zu haben glaubten.

Mit der prinzipiellen Anerkennung des Massenstreiks im Jahre 1905 war also so wenig die Frage aus der Welt geschafft worden, daß wir vielmehr heute vor demselben prinzipiellen Widerstand stehen, wie vor acht Jahren. Und niemand hätte dies mehr empfinden sollen, als unser Parteivorstand, der sich ja bei der gemeinsamen Herstellung der mißglückten Resolution mit den Gewerkschaftsführern aus nächster Nähe überzeugen mußte, wie sehr der Jenaer Beschluß für sie ein toter Buchstabe geblieben ist.

Doch auch in Parteikreisen war der Elan des Jahres 1905 in den nachfolgenden Jahren merklich verflogen. Die Niederlage der russischen Revolution hatte allenthalben für den oberflächlich Blickenden, der nur die sichtbaren Erfolge schätzt, eine tiefe Depression zur Folge. Die Niederlage der großen Bergarbeiterbewegung im Ruhrrevier wirkte gleichfalls entmutigend nach. Und dazu kam 1907 die erste Wahlniederlage seit Jahrzehnten, die [149] unsere Partei erlitt. Alle diese Zustände zusammen brachten eine Ebbe in der allgemeinen Zuversicht und Kampfstimmung, wie sie in dem lebendigen historischen Pulsschlag der Arbeiterbewegung von Zeit zu Zeit unvermeidlich ist.

Erst seit 1910, unter dem Drängen des imperialistischen Kurses, erwacht wieder allmählich die Kampflust und macht sich das Zurückgreifen auf schärfere Mittel bemerkbar. Die Auseinandersetzungen über das Ungenügende unserer Parteiaktion gegen die Vorstöße des Imperialismus gaben dem Parteitag 1911 sein besonderes Gepräge.

Und es war im Grunde genommen nicht bloß und nicht in erster Linie der Ausfall der preußischen Landtagswahlen, sondern der Eindruck der ungeheuren Militärvorlage und das Gefühl der allgemeinen Verschärfung der Situation, was in den letzten Monaten die Frage des Massenstreiks mit elementarer Kraft auf die Tagesordnung des Parteilebens setzte.

Jetzt wirkten objektive Momente dahin, um dem vor acht Jahren prinzipiell angenommenen Beschluß wieder lebendige Kraft und zunehmende Bedeutung zu verleihen. Jetzt waren Bedingungen gegeben, d*mit das, was vor acht Jahren von 400 Vertrauensmännern der Partei beschlossen war, zum Gedanken und Beschluß der Millionenmasse allmählich zu machen.

Der diesjährige Parteitag war berufen, diese Verschiebuug der Situation, diese Verschärfung der Gegensätze im Zeichen des Imperialismus zu signalisieren und den Massen zuzurufen: befaßt euch mit den schärfsten Waffen, denn nur aus eurer inneren geistigen und politischen Reife kann – wenn nötig – der Entschluß zur Tat und die Gewähr des Sieges geboren werden.

Aber hier zeigte sich eben der Wandel in unsern eigenen „Instanzen“. Statt wie Bebel und der Jenaer Parteitag 1905 ganz zielbewußt und unbekümmert um den Widerstand der Gewerkschaftsführer den Willen der Partei in wuchtiger Weise wieder zum Ausdruck zu bringen, erblickte der jetzige Parteivorstand seine Mission darin, sich dem Drucke der Gewerkschaftsinstanzen zu fügen, eine gemeinsame Resolution zustande zu bringen, der jeder Stachel der praktischen Entschlossenheit genommen war, und in der Debatte die ganze Front – nicht gegen die renitenten Gewerkschaftsführer, sondern gegen vorwärtsdrängende Parteigenossen zu richten. Genosse Scheidemann nahm in seinem Referat wie in seinem Schlußwort eine gerade entgegengesetzte Position ein als Bebel 1905. Während dieser gegen die Furcht vor der öffentlichen Erörterung des Massenstreiks und gegen die blutigen Schreckgespenster, die uns als Konsequenz des Massenstreiks vorgemalt wurden, mit schneidender Schärfe und mit bitterem Hohn vorging, bot Scheidemann seine ganze Beredsamkeit auf, um gegen die Erörterung des Massenstreiks zu politisieren und blutige Gespenster an die Wand zu malen!

Mit einem Wort: war das Vorgehen Bebels im Jahre 1905 ein Vorstoß der Partei, um die Gewerkschaften nach links zu drängen, so bestand die Strategie des Parteivorstandes in Jena 1913 darin, sich von den Gewerkschaftsinstanzen nach rechts drängen zu lassen und ihnen als Sturmblock gegen den linken Flügel der Partei zu dienen.

Wenn nun die Debatten des Parteitags erst dem Vertreter der Generalkommission die klipp und klare Absage an den Massenstreik entlockten, wenn sie infolgedessen den Parteivorstand zwangen, in der Schlußrede Scheidemanns endlich von diesem Standpunkt abzurücken und den Willen zur Tat wieder stärker zu betonen, so liegt in dieser Entschleierung der ganzen Situation vor den Blicken der Partei ein unschätzbarer Gewinn. Daß die Debatte über den Massenstreik, trotz allem Widerstand, auf dem Parteitag stattgefunden hat, daß sie dadurch wieder in alle Parteiversammlungen hineingetragen wird, daß die Massen sich mit der Frage beschäftigen, daß sie erfuhren, was sie von ihren Führern hüben wie drüben zu erwarten haben, daß sie klar einzusehen Gelegenheit hatten, wie sehr es nötig ist, durch eigenen Druck Feuer dahinter zu machen, wenn die Kampfweise der Partei vorwärtskommen soll –, das sind alles unbestrittene Errungenschaften der Minderheit, die hier gerade von ihrem Standpunkt gesiegt hat, o b w o h l ihre Resolution von der Mehrheit abgelehnt worden ist. [150]

II.

Ebenso wie die Massenstreikfrage ist die Steuerfrage durch die jüngste imperialistische Entwicklung für die Partei aktuell geworden. Denn was ist in der „neuen Aera“ der Besitzsteuer in Deutschland zum Ausdruck gekommen? Doch nichts anderes als die Tatsache, daß der deutsche Militarismus in seinem Vorwärtsstürmen auch die krampfhaftesten Windungen der indirekten Steuerschraube überholt und die teilweise Heranziehung der Bourgeoisie zur Bestreitung seiner Kosten notwendig macht. Dadurch ist die in England längst verwirklichte Besteuerung des Besitzes als eine ganz neue Tatsache vor unsere Parlamentarier getreten und hat unter ihnen im ersten Moment eine ziemliche Verwirrung angerichtet. Daß der Parteitag diese Verwirrung seinerseits nicht beseitigt, vielmehr durch die Art der Behandlung der Frage wie durch die angenommene Resolution zum Gemeingut der Partei gemacht hat, dürfte jetzt so ziemlich die Empfindung der meisten Genossen sein.

In der Tat ist kaum eine ernste theoretische und praktische Frage auf einem deutschen Parteitag in so überaus mangelhafter Weise behandelt worden wie die Steuerfrage. Seit vier Jahren steht die Frage auf der Tagesordnung. Es scheint, daß inzwischen Zeit genug vorhanden war, eine gründliche Behandlung der Materie vorzubereiten. Doch gerade hier versagte vor allem die dazu berufene wissenschaftliche Revue der Partei, die „Neue Zeit“ völlig. Statt einzuleiten, hat die „Neue Zeit“ nicht einmal Abhandlungen darüber aus der Feder der Redakteure selbst gebracht, die doch schon auf dem Leipziger Parteitag durch eine sehr prononcierte Stellungnahme – allerdings im entgegengesetzten Sinne als jetzt – in die Steuerdebatten eingegriffen hatten. Von dieser Seite im Stich gelassen, war die Partei zu ihrer Orientierung lediglich auf die Tagespresse angewiesen, mit all ihren Unzulänglichkeiten bei großen komplizierten Problemen. In den Parteiversammlungen war die Steuerfrage so gut wie gar nicht diskutiert. Dazu kam, daß der eine der Referenten seine Leitsätze und seine Resolutionen knapp einen Monat vor dem Parteitag, der andere aber die seinigen gar nicht veröffentlicht hatte.

So kam der Parteitag in die Lage, über eine neue, höchst wichtige, komplizierte Frage zu entscheiden und die Taktik der Partei für die nächste Zukunft festzulegen, ohne auch nur entfernt auf diese verantwortungsvolle Rolle sachlich vorbereitet zu sein. Und um das Verfahrene der Situation zu vollenden, war alles auf dem Parteitag danach angetan, um in diesem Meinungsstreit nur die eine Seite in ausgiebigstem Maße, die andere fast so gut wie gar nicht zu Worte kommen zu lassen.

Daß eine unter solchen beispiellosen Umständen getroffene Entscheidung alle Merkmale der „Vorläufigkeit", der „Ramscharbeit" an sich trägt, ergibt sich von selbst. Durch die Resolution Wurm ist die Steuerfrage für die Partei nicht entschieden, sondern erst angeschnitten. Und es gehört nunmehr eine ausgiebige und systematische Arbeit in der Presse dazu, um all das Schiefe und Krause im einzelnen zu beleuchten und zu entwirren, was von den Vertretern der Mehrheit, namentlich vom Genossen Wurm, auf dem Gebiete unserer Steuertaktik improvisiert worden ist, ohne daß auf dem Parteitag die Antwort gegeben werden konnte. Es gehört ferner jetzt eine systematische Behandlung der Steuerfrage in den Parteiversammlungen dazu, um die Masse der Genossen mit all den komplizierten ökonomischen und politischen Zusammenhängen des Problems vertraut zu machen, um ihnen all die fatalen und unabsehbaren Konsequenzen für unsere Taktik zum Bewußtsein zu bringen, zu denen die im „Ramsch" angenommene Resolution Worin führen muß.

Ist in der Massenstreikfrage durch die Annahme der Vorstandsresolution eine Konzession an den konservativen Widerstand der Gewerkschaftsführer gemacht worden, so durch die Annahme der Wurmschen Resolution und die Gutheißung der Taktik der Fraktionsmehrheit eine noch viel bedeutsamere Konzession an den parlamentarischen Opportunismus, an die Südekum, David und Noske. Die zum Prinzip erhobene Losung vom „geringeren Uebel" – in dem Sinne, daß die Preisgabe der grundsätzlichen Ablehnung des Milita-[151]rismus das „geringere Uebel" sei, die grundsätzliche Zulassung von Bewilligungen für Militärzwecke, „wenn die Militärvorlage bereits beschlossene Sache ist", all das öffnet Tür und Tor derselben revisionistischen Taktik, der die Partei in ihrer überwältigenden Mehrheit bisher Jahr für Jahr eine schroffe Niederlage bereitete. Die pfiffig ausgeklügelte Wurmsche Formel aber, daß die Bewilligung der Mittel für den Militarismus erlaubt sei, sobald sich die „Verhütung" einer Volksbelastung durch ungünstigere Steuern „nur noch als ihr Verwendungszweck" darstellen lasse, bildet eine Generalvollmacht für alle Budgetbewilligungen, da sich selbstverständlich kein Budget denken läßt, das nicht als die „Verhütung" eines noch ungünstigeren hingestellt werden könnte.

Es genügt, sich diese Konsequenzen vor Augen zu halten, um einzusehen, daß die baldmögliche Revision der Jenaer Gelegenheitsarbeit in Steuersachen von einem der nächsten Parteitage eine dringende Aufgabe ist, der nunmehr eine systematische Vorbereitung in der Presse wie in Versammlungen gewidmet werden muß.

Und doch wäre es unseres Erachtens ein Irrtum, aus den Entscheidungen über den Massenstreik und die Steuerfrage etwa den Schluß zu ziehen, der Jenaer Parteitag habe plötzlich einen heftigen Ruck der Partei nach rechts und eine Zweidrittelmehrheit des revisionistischen Flügels aufgezeigt. Ein so rapides Anwachsen des rechten Flügels, der bis zum letzten Parteitag eine schwache Drittelmehrheit darstellte, wäre ein unbegreifliches Phänomen und ist auch gar nicht eingetreten. Bewußter Revisionismus ist in der Steuerfrage mindestens von der Hälfte der siegreichen Mehrheit ganz gewiß nicht betrieben worden; es war die mangelhafte Orientierung über die wahren Konsequenzen und den wahren Charakter der getroffenen Entscheidung, was für eine große Anzahl der Delegierten mitbestimmend war. In der Massenstreikfrage aber mußte der Parteivorstand sichtbar durch die kräftigere Betonung des Willens zur Tat im letzten Augenblick eine Mehrheit für seine Resolution zusammenwerben.

Demnach haben wir gar keinen Grund, anzunehmen, daß das übliche revisionistische Drittel der Parteitage, wie es durch die bewußten und konsequenten Wortführer des Opportunismus vertreten wird, auf diesem Parteitag irgendwie angewachsen wäre. Wer diesmal zusammen mit diesem revisionistischen Drittel die Mehrheit gebildet hat, das war jene unentschlossene und schwankende Schicht der Mitte, die B e b e l in Dresden, nach den bekannten Bezeichnungen des Konvents der großen französischen Revolution, den Sumpf genannt hat:

„Es ist immer und ewig der alte Kampf, hier links, dort rechts, und dazwischen der Sumpf. Das sind die Elemente, die nie wissen, was sie wollen, oder besser gesagt, die nie sagen, was sie wollen. Das sind die ‚Schlaumeier', die immer erst horchen: Wie steht's da, wie steht's hier? Die immer spüren, wo die Majorität ist, und dorthin gehen sie dann. Diese Sorte haben wir auch in unserer Partei. Eine ganze Anzahl ist jetzt bei diesen Verhandlungen ans Licht des Tages gekommen. Man muß diese Parteigenossen denunzieren (Zuruf: denunzieren!?), ja, ich sage ja, denunzieren, damit die Parteigenossen wissen, was das für halbe Leute sind. Der Mann, der wenigstens offen seinen Standpunkt vertritt, bei dem weiß ich, woran ich bin, mit dem kann ich kämpfen. Entweder er siegt oder ich. Aber die faulen Elemente, die sich immer drücken und jeder klaren Entscheidung aus dem Wege gehen, die immer wieder sagen: wir sind ja alle einig, sind ja alle Brüder. Das sind die allerschlimmsten! Die bekämpfe ich am allermeisten."

Die Rolle dieses „Sumpfes" ist, trotz der Unentschiedenheit der Ansichten seiner einzelnen Mitglieder, in jeder politischen Körperschaft, und auch in unserer Partei, eine ganz bestimmte. Während der ganzen letzten Periode der Kämpfe mit dem Revisionismus unterstützte der Sumpf. den linken Flügel der Partei und bildete mit ihm die kompakte Mehrheit gegen den Revisionismus, brachte ihnen gemeinsam mit der Linken eine eklatante Niederlage nach der anderen bei. Was ihn dazu bewog, war das scheinbar [152] konservative Element, das es zu verteidigen galt. Es mußte doch „die alte bewährte Taktik" gegen revisionistische Neuerungen geschützt werden. Und was diesem Abwehrkampf die Weihe in den Augen aller mittleren Elemente verleihen mußte: an der Spitze des Kampfes standen oberste Instanzen, anerkannte Autoritäten. Der Parteivorstand, das wissenschaftliche Zentral-Organ der Partei, altbewährte Namen wie Singer, Liebknecht, Bebel, Kautsky fochten in den ersten Reihen. So war alle beruhigende Gewähr für die Elemente des Sumpfes gegeben, daß sich das, Traditionelle und Hergebrachte auf dieser Seite befand.

Die imperialistische Periode, die verschärften Verhältnisse der letzten Jahre, stellen uns aber vor neue Situationen und Aufgaben. Die Notwendigkeit, der Partei bei all ihrer massiven Breite eine größere Beweglichkeit, Schlagfertigkeit und Aggressivkraft zu verleihen, die Massen mobil zu machen und ihren unmittelbaren Druck in die Waagschale der Ereignisse zu werfen, all das erfordert mehr als das krampfhafte Festhalten an den äußeren Formen der „alten bewährten Taktik". Nämlich es erfordert die Einsicht darein, daß eben diese alte bewährte revolutionäre Taktik nunmehr neue Formen der Massenaktionen erforderlich macht, und daß sie auch in neuen Situationen, wie z. B. die Einführung der Besitzsteuer für den Militarismus in Deutschland, aufrechterhalten werden muß.

Hier versagt zunächst der „Sumpf". Als konservatives Element wendet er sich jetzt genau so gegen die vorwärtsstrebende Linke, wie er sich bis jetzt gegen die rückwärtsstrebende Rechte wendete. Dadurch aber wird er aus einem Schutzwall der Partei gegen den Opportunismus zu einem gefährlichen Element der Stagnation, in deren lauen Gewässern gerade der bis jetzt niedergehaltene Opportunismus wieder üppig ins Kraut wachsen kann. Nicht bloß zeigt die Entscheidung in Steuersachen bei näherem Besehen, wie der siegreiche Sumpf hier unbewußt für sich demselben parlamentarischen Opportunismus einen Trumpf bereitet hat, den er auf einem Dutzend Parteitagen zu Paaren getrieben hatte. Die ganze Kampfweise gegen die Linke, die ganze Argumentation, mitsamt der systematischen Verzerrung der Ansichten der Gegenseite und den hartnäckigen „Mißverständnissen" über angebliche Verachtung der Kleinarbeit, Unterschätzung des Parlamentarismus und der Genossenschaften, putschistische Neigungen und was der schönen Phantasien mehr sind –, dieser ganze Apparat ist leibhaftig dem Waffenarsenal des revisionistischen Flügels entnommen. Im Kampfe gegen die Linke bedient sich jetzt der Sumpf wortwörtlich derselben Argumente, die ihm von der Rechten jahrelang entgegengeschleudert wurden.

Und was die Haltung des Sumpfes endgültig bestimmt: die „Instanzen" wenden sich gegen die Linke. Der Parteivorstand, der jahrelang unter Bebels Führung gegen die Rechte focht, akzeptiert jetzt die Unterstützung der Rechten, um den Konservativismus gegen die Linke zu verteidigen. Endlich auch die wissenschaftliche Revue, die „Neue Zeit", hat seit 1910, zusammen mit dem Parteivorstand, diese Frontänderung gemacht. In den Kreisen ihrer Freunde ist in der letzten Zeit der beliebte Ausdruck vom „marxistischen Zentrum" gebraucht worden. Genauer gesprochen besteht dieses angebliche

„marxistische Zentrum“ in dem theoretischen Ausdruck für die gegenwärtige politische Funktion des Sumpfes. Auf den Sumpf gestützt und im Bündnis mit der Rechten, haben der Parteivorstand und die Fraktionsmehrheit ihre Siege in den entscheidenden Fragen auf dem Jenaer Parteitag erfochten. Und Kautsky, der über den Sieg der „alten bewährten Taktik“ in Jena triumphiert, hat vergessen, sich über den merkwürdigen Umstand zu besinnen, daß diesmal die Kämpen – die Südekum, David, Noske, Richard Fischer auftraten, gegen die er, Kautsky, über ein Jahrzehnt jene Taktik verteidigen mußte ...

Diese neue Konstellation ist kein Zufall, sie ergibt sich logisch aus den Verschiebungen in den äußeren und inneren Bedingungen unseres Parteilebens, und wir tun gut, das Andauern dieser Konstellation vielleicht für eine Reihe von Jahren in Aussicht zu nehmen, wenn nicht äußere Ereignisse den Gang der Entwicklung plötzlich beschleunigen. So unangenehm die [153] Situation manchem Genossen vorkommen mag, zum Pessimismus und zur Verzagtheit liegt nicht der geringste Grund vor. Auch diese Periode muß, wie jede geschichtlich bedingte Situation, „durchgefressen“ werden. Im Gegenteil, je klarer wir in den Dingen sehen, um so energischer, zielbewußter und fröhlicher kann weiter gekämpft werden. Die nächste Aufgabe, die sich aus dem Jenaer Parteitag ergibt, ist das systematische Vorgehen gegen den „Sumpf“, d. h. gegen den geistigen Konservatismus in der Partei. Auch hier ist das einzige wirksame Mittel: die Mobilmachung der breiten Masse der Genossen, die Aufrüttelung der Geister durch die Hineintragung der Diskussion über den Massenstreik wie über die Steuerfragen (über alle taktischen Differenzen) in die Parteiversammlungen, in die Gewerkschaftsversammlungen, in die Presse. Der Gang der Dinge selbst führt mit historischer Notwendigkeit dahin, den taktischen Bestrebungen der Linken mit jedem Tage mehr Recht zu geben, und wenn die Entwicklung selbst zum Niederkämpfen der Elemente der Stagnation in der Partei führt, dann kann die Minderheit des Jenaer Parteitages guten Mutes in die Zukunft blicken. Daß der Jenaer Parteitag die Klarheit über das gegenseitige Kräfteverhältnis in der Partei gebracht und die Linke zum erstenmal in geschlossener Reihe gegen den Block des Sumpfes mit der Rechten geführt hat, ist als ein erfreulicher Beginn der weiteren Entwicklung nur zu begrüßen.

*

Zur Loslösung der Linksradikalen vom „Zentrum“ in der Vorkriegszeit

Von Ernst Meyer.

Bereits in der Vorkriegszeit bestanden zwischen den „Radikalen“, dem linken Flügel, innerhalb der deutschen Sozialdemokratie um Rosa Luxemburg und dem „Zentrum“ um Kautsky ernsthafte politische Gegensätze. Im Jahre 1913 führten diese Differenzen u. a. zum Bruch Rosa Luxemburgs und Karskis (Marchlewski) mit der „Leipziger Volkszeitung“, die nach dem Ausscheiden von Paul Lensch und der Uebernahme der Chefredaktion durch Hans Block offen auf die Seite des „Zentrums“ trat. Der Artikel Rosa Luxemburgs „Nach dem Jenaer Parteitag“, der über die damaligen politischen Differenzen genügend Aufklärung gibt, war der äußere Anlaß für diesen formellen Bruch mit der „Leipziger Volkszeitung“. Die nachstehend bisher ungedruckten Dokumente geben einen interessanten Einblick in die näheren Begleitumstände dieses Bruchs.

Paul Lensch, der bis zum Sommer 1914 zu den Anhängern Rosa Luxemburgs zählte, mußte im Juli 1913 als Chefredakteur der „Leipziger Volkszeitung“ ausscheiden, weil er seine Obliegenheiten grob vernachlässigte. Durch Beschluß der sozialdemokratischen Parteileitung Leipzigs vom 17. Juli 1913 wurde festgestellt:

„Genosse Dr. Lensch erklärte, auf die Stelle als leitender Redakteur und auf die Mitarbeit an der „Leipziger Volkszeitung“ verzichten zu wollen ...

Die Mitarbeit des Genossen Dr. Lensch an der ‚Leipziger Volkszeitung‘ gegen ein Fixum (4200,– Mk. pro Jahr) wurde abgelehnt; der Mitarbeit des Gen. Lensch gegen Bezahlung der geleisteten Arbeiten stehe nichts im Wege.“

Durch Beschluß der Parteileitung vom 7. August 1913 wurde Hans Block, der bis dahin am „Vorwärts“ tätig war zum leitenden Redakteur ernannt; gleichzeitig trat Herre in die politische Redaktion ein. Dieser Redaktionswechsel führte sofort zu einem veränderten Verhältnis gegenüber Rosa Luxemburg und den deutschen Linksradikalen.

Rosa Luxemburg hatte in der „Leipziger Volkszeitung“ sechs Artikel veröffentlicht, die sich gegen die Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu den Deckungsvorlagen für die neuen Rüstungen wandten. In einem redaktionellen Leitartikel vom 4. August 1913 wandte sich die „Leip-[154]ziger Volkszeitung“ gegen Rosa Luxemburg, die darauf mit folgendem Brief antwortete:

6. August 1913.

„An die Redaktion der ‚Leipziger Volkszeitung‘.

W. G.! Mit Erstaunen lese ich Ihren Leitartikel vom 4. August. Seit ich in der ‚L. V.‘ mitarbeite – d. h. seit 15 Jahren – ist noch nie vorgekommen, daß die Redaktion gegen meine in der ‚L. V.‘ veröffentlichten Artikel Stellung nimmt. Anständigerweise pflegt man doch dem Mitarbeiter mitzuteilen, daß man gegen seine Ausführungen polemisieren will. Sie aber haben zu mir keinen Ton darüber verlauten lassen. Dafür treten Sie, ohne mich vorher zu benachrichtigen, öffentlich gegen mich auf. Daß Ihr Auftreten in diesem Sinne völlig überflüssig und unangebracht war, ergibt sich erstens daraus, daß ich ja meine Leiter zeichne, also selbstverständlich allein für sie die volle Verantwortung trage, zweitens aber – aus den Qualitäten Ihres Artikels selbst. Man kann begreifen, wenn die Redaktion eines Blattes auch gegen ihren ständigen Mitarbeiter in einer wichtigen Frage Stellung nimmt, nämlich, wenn sie eine eigene prononcierte führende Stellung in der Diskussion einnimmt. Was aber bedeutet Ihr Artikel, der nichts ist, als ein vages Hin und Her, ein Vergleichen und Zitieren fremder Ansichten, das jeder Leser der ‚L. V.‘ doch reif genug ist, selbst vorzunehmen. Und das Schönste ist: Sie kommen mit dem Einfall, die formalistische Unterscheidung nach grundsätzlicher oder nicht grundsätzlicher Ablehnung[*)] in den Vordergrund zu schieben – jetzt, in dieser Situation, wo es für die Opportunisten in der Fraktion nichts Bequemeres und Erwünschteres geben kann, als wenn man die Diskussion in den Nebel allgemeiner Prinzipienreiterei verlegt, statt die gegebene konkrete politische Lage zu prüfen. Ich gebe mir in 6 Artikeln Mühe, alle handgreiflichen, praktischen Gesichtspunkte zu sammeln, um den Massen eine konkrete Argumentation in die Hand zu geben, mit der sie sich gegen den Dunst der Fraktionsmehrheit wehren können, und Sie fallen mir da in den Rücken mit einem solchen ganz verfehlten taktischen Griff, und diese ‚Hauptfrage‘ erklären Sie auch noch für die Vorbedingung einer ‚fruchtbaren‘ Diskussion, d. h. geben mir dadurch indirekt einen Verweis. Eigentlich müßte ich jetzt gegen Ihren Artikel polemisieren, ich will aber dadurch nicht erst auf ihn die Aufmerksamkeit lenken.

Entschuldigen Sie die Offenheit, aber eine solche Stellungnahme paßt – nach literarischer wie nach politischer Qualität – für ein Parteiblättchen vierten Ranges, für ein ernstes führendes Parteiblatt wie die ‚L. V. ist das eine Blamage. Zur Bereicherung oder Klärung der Diskussion bringt der Artikel nichts; er hat nur den Zweck zu zeigen, daß die ‚L. V.‘ als ‚Redaktion‘ von mir abrückt, was natürlich von der Gegenseite weidlich ausgenützt wird. Auf diese Weise kann man dem Blatte keine taktisch-führende Stellung erhalten. Auch Genosse K a r s k i, mit dem ich in dieser wie in den sonstigen Fragen völlig übereinstimme, wird wohl von Ihrem Vorgehen wenig erbaut sein. Wenn er von den Ferien zurück ist, wollen wir gemeinsam in Leipzig die Redaktionsverhältnisse besprechen. Bis ich vor ähnlichen Ueberraschungen gesichert bin, werde ich vorläufig meine Mitarbeit einstellen.

Mit Parteigruß

R o s a L u x e m b u r g

Gleichzeitig wandte sich Rosa Luxemburg mit folgendem in polnischer Sprache verfaßten Brief an J u l i a n K a r s k i (Marchlewski), der seit längerer Zeit regelmäßiger Mitarbeiter der „L. V.“ war:

„Teurer Julian! Wilhelmshöhe ...

Zur richtigen Zeit meldeten Sie sich, da die Angelegenheit sehr dringend ist. Mit Block hatte ich schon Krach. Er druckte schweigend meine sechs [155] Artikel über die Abstimmung und vor der letzten entscheidenden Versammlung in Leipzig druckte er seinen Dreck ‚redaktionell‘. Ich schickte ihm daraufhin ein gepfeffertes Schreiben, welches ich auch Seyffert[**)] übersandte. Ich füge die Artikel sowie die Abschrift des Briefes bei. Wie denken Sie, wäre es nicht gut, wenn Sie gleich schriftlich dazu Stellung nehmen, um den Eindruck zu

*) Von Steuern.

**) Geschäftsführer der „Leipziger Volkszeitung“.

verstärken? Der alte Franz[*)] regte sich über diese Gemeinheit auf und schrieb (aus eigener Initiative) an Klara[**)], daß bei solchen Bedingungen auch er für die ‚Leipziger Volkszeitung' nicht schreiben könne. Es wäre gut, wenn Sie dies in Ihrem Schreiben erwähnten.) Man müßte gemeinsam auf die Leipziger einen Druck ausüben.

Was Lensch anbetrifft, so ist er von der Redaktion schon ab 1. verschwunden, und dabei noch so blamiert, daß er nicht einmal ständiger Mitarbeiter wurde. Die Parteileitung lehnte den Antrag Beyer[***)] ab! Zur Zeit ‚ruht' Lensch im Urlaub aus. Wann kommen Sie zurück? Schreiben Sie nach Südende, wo ich schon morgen sein werde. Wegen des Geldes für die Lodzer hatten Leo[†)] und ich bis jetzt unaufhörlich Differenzen. Die Generalkommission soll der Teufel holen. Schicken Sie bitte die Artikel sofort zurück!! Herzlichen Gruß an Sie und alle R.

*) Ach! Ich vergaß, Franz[*)] schreibt, daß bei ihm Herre war, der in die politische Redaktion aufgerückt ist und ihm sagte, daß sie zu Dritt[††)] beschlossen hätten, jetzt ‚eine ruhige Redaktion ohne Aufregungen' zu führen."

Der Konflikt über diese Angelegenheit scheint irgendwie erledigt worden zu sein. Anfang September übernahm Karski auf Beschluß der Redaktion die Stellvertretung für den vorübergehend beurlaubten Chefredakteur Hans Block. In dieser Eigenschaft als stellvertretender Chefredakteur übersandte Karski der Redaktion die beiden oben veröffentlichten Artikel Rosa Luxemburgs ‚Nach dem Jenaer Parteitag'. Als diese Artikel zum Erstaunen Karskis nicht erschienen, stellte sich heraus, daß über Karski und Rosa Luxemburg eine Art Vorzensur vom Standpunkte des ‚Zentrums' ausgeübt wurde. Darüber informiert nachfolgender Beschwerdebrief Karskis:

„Leipzig, 13. 10. 1913.

An die Pressekommission!
Werte Genossen!

Mit dem heutigen Tage breche ich meine Tätigkeit in der Redaktion der ‚L. V.', soweit es sich um Vertretung des Chefredakteurs an Ort und Stelle handelt, ab.

Ich glaube Ihnen Rechenschaft darüber schuldig zu sein, weshalb ich nicht – wie anfänglich vereinbart war – bis zur Rückkehr des Genossen Block auf dem Posten bleibe.

Der Grund ist: Nach Aussprache, die am 8.9. zwischen der politischen Redaktion, Genossen Seyffert, Luxemburg, Mehring und mir stattfand, mußte ich annehmen, daß die Vertretung sich darauf bezieht, die politische Leitung des politischen Teils an Stelle des Genossen Block während seiner Abwesenheit zu übernehmen. Darunter fällt selbstverständlich die Diskussion über den Inhalt des Blattes. Nach meinem Eintreffen am 29.9. nahm ich bald wahr, daß in der Hauptsache Genosse Keimling[†††)] die Dispositionen trifft, die einlaufenden Manuskripte in Empfang nimmt und nebenbei mich informiert, so daß ich zuweilen in die Lage kam, Manuskripte, die mich interessierten, erst verlangen zu müssen. Ich ließ das gehen, da es mir von nebensächlicher Bedeutung war.

Leider stellte sich jedoch ein Konflikt ein: Genosse Keimling und Herre [156] brachten Bedenken zum Ausdruck gegen einen Artikel der Genossin Luxemburg, dessen Manuskript am Freitag, den 10. cr. eingelaufen war. Von diesen Bedenken wurde mir erst am Sonnabend knapp vor meiner Abreise nach Berlin – die um 12.40 Uhr erfolgen sollte – Mitteilung gemacht. Bei dieser Gelegenheit erklärte mir Genosse Keimling, daß er den Genossen Block vertrete, was er heute dahin präzisierte, daß Genosse Block ihn damit betraut habe, die taktische Haltung des Blattes zu wahren.

Indem ich Sie bitte, dies zur Kenntnis zu nehmen, verbleibe ich mit Parteigruß

J. Karski"

Inzwischen geriet die „Leipziger Volkszeitung" auch mit ihrem Mitarbeiter Franz Mehring in Konflikt, was aus folgendem Schreiben Mehrings an Karski hervorgeht:

---

*) Franz Mehring.
**) Klara Zetkin.
***) Vorsitzender der Leipziger Pressekommission.
†) Leo Jogiches.
††) Block, Keimling und Herre.
†††) Redakteur der „Leipziger Volkszeitung".

„Staglitz, 27. Oktober 1913.

Lieber Kollege!

Vor einigen Tagen erzählte mir Radek, daß Pannekoek eine Polemik gegen meine Leipziger Schlacht-Artikel als ‚unmarxistisch' vorbereite. Ich ahnte, daß dabei ein ungewöhnlicher Quatsch herauskommen würde, aber ich ahnte nicht, daß die Leipzigerin den Quatsch wohlgemut in ihrer Sonntagsnummer abdrucken würde. Ich habe ihnen heute eine Erwiderung geschickt mit einem Begleitbriefe, der ihnen den Standpunkt gehörig klarmacht. Ich verzweifle aber daran, mit diesen Leuten je fertig zu werden. Nach dem Briefe Keimlings, den ich Ihnen zeigte, wollen sie augenscheinlich mit mir nicht anbinden, aber bei gutem Willen sind sie ja noch fürchterlicher als bei schlechtem. Herzlichen Gruß

Ihr M e h r i n g."

Anfang November machte Karski der Pressekommission, die mit der Schlichtung seines Konflikts beauftragt war, folgende Vorschläge:

„1. Die Pressekommission der ‚Leipziger Volkszeitung' bestätigt, daß die Haltung des Blattes in derselben radikalen Richtung fortgeführt werden soll, die es seit 20 Jahren innegehabt hat. Für die gegenwärtige Situation dienen als Richtschnur die Resolutionen Geyer und Luxemburg auf dem Jenaer Parteitag. – Die Pressekommission fordert die drei Berliner Mitarbeiter*) auf, ihre Mitarbeit in diesem Sinne fortzuführen, und fordert die Redaktion auf, die Beiträge dieser Mitarbeiter, die von ihnen gezeichnet werden, ohne redaktionelle Vorbehalte aufzunehmen. Sollten die Redakteure in einem einzelnen Falle eine andere Auffassung zum Ausdruck bringen wollen, so haben sie ihre Artikel ebenfalls zu zeichnen.

2. Eingesandte Polemiken gegen Artikel eines der drei Mitarbeiter sind dem Verfasser des angefochtenen Artikels zur vorherigen Einsicht und evtl. Beantwortung vorzulegen.

3. Sobald Genosse Karski zur Vertretung des Genossen Block berufen wird, übernimmt er damit die Funktionen des Genossen Block in der Redaktion.

6. November 1913."

Die Vorschläge wurden abgelehnt. Die eigenen der Pressekommission waren derart, daß Karski folgendes an Seyffert schrieb:

„Lieber Genosse Seyffert!

Gleichzeitig geht die Antwort an das Pressekomitee ab. Sie werden sich doch wohl keine Illusionen gemacht haben daß d i e s e Vorschläge etwa für uns drei annehmbar sind. Wir legen also die Flöte beiseite und gehen. Da m e i n Verhältnis am Blatte besonderer Art ist, so handelt es sich darum, es in einer für beide Teile bequemen Form zu lösen.

[157] Mein Vorschlag ist also: ich arbeite in der bisherigen Weise bis 31. Dezember weiter und dann w i r d u n s e r g e g e n s e i t i g e s V e r h ä l t n i s g e l ö s t.

Um in dieser Zeit die Arbeit ohne allzu große Reibungen vor sich gehen zu lassen, wünsche ich alle meine Beiträge – nicht nur die Wochenschau, sondern auch die Leitartikel und Entrefilets – mit J. K. zu zeichnen und stelle als Bedingung, daß meine Beiträge o h n e A e n d e r u n g gedruckt werden, oder mir zurückgeschickt werden.

13.11.1913. Mit besten Grüßen

Ihr J. K a r s k i."

Die so von ihren besten und radikalen Mitarbeitern gereinigte Redaktion bemühte sich sofort um Ersatz aus den Kreisen des „Zentrums". Mehring machte davon Karski am 6. Dezember 1913 Mitteilung durch folgende Zeilen:

„Offenbar will Block der Parteileitung durch eine Anzahl ‚radikaler' Namen imponieren. Na, unseren Segen können wir ihm zu dieser Kohorte geben."

Georg Ledebour machte Anfang Dezember noch einen Vermittlungsversuch, um die weitere Mitarbeit von Karski, Luxemburg und Mehring zu sichern. Block lehnte die Vermittlung ab, da er sich durch ein Schreiben Rosa Luxemburgs an die Parteileitung in seiner redaktionellen Würde schwer

*) Mehring, Luxemburg, Karski.

gekränkt fühlte. Das hatte Mehring allerdings aus anderen Gründen selbst gewünscht, wie aus folgendem Schreiben an Karski hervorgeht:

„Steglitz, den 9. Dezember 1913.

Lieber Kollege!

Ledebours Vorschlag können wir allerdings nicht gut ablehnen, aber er scheint mir recht überflüssig zu sein, und ich möchte hoffen, daß Block ihn ablehnt. Mit diesem Mehlsack ist eben nichts anzufangen; die einzige Möglichkeit, die ‚L. V.' zu retten, ist seine Abwirtschaftung, und daran glaube ich zwar für eine entfernte, aber nicht für eine nahe Zukunft ... Mit besten Grüßen

Ihr F. M e h r i n g."

Mitte Dezember wandte sich Hans Block erneut an Karski mit der Bitte, die Wirtschaftsberichte weiter zu führen. Karski lehnte mit folgendem Schreiben ab, das zugleich eine grundsätzliche Stellung zu den Ursachen des Redaktionskonfliktes enthält:

„An Block.

Einen Brief mit der Aufforderung, die W. W. (Wirtschaftliche Wochenschau) weiter für die ‚L. V.' (Leipziger Volkszeitung) zu schreiben, habe ich nicht erhalten. Ich kann jedoch Ihren Wunsch nicht erfüllen. Nachdem ich jahrelang für das Blatt gearbeitet, muß ich als Politiker die Verantwortung für dasselbe tragen, wenn ich in dauerndem Verhältnisse zu ihm bleibe, gleichviel in welchem Teil ich schreibe. Nun hat es sich aber gezeigt, daß Sie es für nötig hielten, die Wahrung der taktischen Haltung nicht mir, sondern einem anderen zu übertragen, trotzdem ich in Leipzig war. Daraus folgt doch wohl klar genug, daß diese Haltung nicht mit der übereinstimmt, die ich einnehme. Wenn Sie den Hinweis darauf, daß die ‚Dresdener Arbeiterzeitung' unter Ihrer Leitung aufhörte, die Führung im Kampfe um die Taktik zu halten, zum Anlaß nehmen, mit uns nicht zu verhandeln, so tut mir das recht leid. Es lag uns durchaus fern, Sie kränken zu wollen. Wir wollten nur ausdrücken, daß Ihre Auffassung von den Aufgaben des Blattes, das eine exponierte Stellung bei den Kämpfen innerhalb der Partei hat, sich nicht mit unserer Auffassung deckt. Sie berufen sich darauf, daß G. Lux. Ihre Mitarbeiterin war. Aber diese Mitarbeit hörte ja auch recht bald auf, weil G. L. eben die Redaktionsführung als Hindernis ihrer Mitarbeit ansah.

Worauf es ankommt ist dies: wir drei[*)], und ich ganz besonders, was ich betonen möchte, sind der Auffassung, d a ß d i e P a r t e i e i n e i n n e r e [158] K r i s e d u r c h m a c h t, v i e l, v i e l s c h w e r e r, a l s z u j e n e r Z e i t, d a d e r R e v i s i o n i s m u s a u f k a m. Das Wort mag hart sein, aber es ist meine Ueberzeugung, daß d i e P a r t e i d e m M a r a s m u s z u v e r f a l l e n d r o h t, wenn es so weiter geht. In einer solchen Situation gibt es für eine revolutionäre Partei nur eine Rettung: d i e d e n k b a r s c h ä r f s t e, r ü c k s i c h t s l o s e s t e S e l b s t k r i t i k[**)]. Daher denke ich mir die Rolle der ‚L. V.' gemäß ihrer bisherigen Tradition so, daß sie gerade jetzt Tag für Tag diese Aufgabe zu verfolgen hat. Was geschah? In dem Moment, wo wir an diese Aufgabe gingen, fuhren Sie uns in die Parade. Darauf forderten wir bestimmte Garantien, die uns die Arbeit ermöglichen sollten. Dem aber stand entgegen – die Würde des Redaktionskollegiums! Gegen ein solches Argument läßt sich nicht ankämpfen, und da ist es besser, unsere Wege trennen sich.

Ich möchte die Gelegenheit ergreifen, um ganz ausdrücklich zu versichern, daß mir nichts ferner liegt, als Ihnen auch nur das geringste nachzutragen. Im Gegenteil, ich möchte dem Wunsch Ausdruck geben, daß unser persönliches Verhältnis ein freundschaftliches bleibt. Vielleicht irre ich mich auch in bezug auf die Ziele, die Sie sich bei der Redaktionsführung setzen. Nichts würde mich mehr freuen, als w e n n in den Parteikämpfen, die bevorstehen, es sich zeigt, daß wir getrennt marschieren, aber vereint schlagen. Ein gemeinsames Arbeiten hat sich als unmöglich erwiesen, um so besser, w e n n sich herausstellt, daß die Ziele gemeinsam sind.

16.12.13. J. K a r s k i."

Dieser Brief ist eine kurze Wiederholung des in dem Artikel von Rosa Luxemburg „Nach dem Jenaer Parteitag" ausführlich entwickelten Standpunktes über die Notwendigkeit der schärfsten Selbstkritik in der Partei. Die Preßkommission hielt den ganzen Konflikt für eine Folge von „Mißverständnissen". In Wirklichkeit bedeutete er den Uebergang der „Leipziger Volkszeitung", der bisherigen Wortführerin der Linksradikalen Deutschlands, zum Kautskyschen „Sumpf", dessen historische Rolle Rosa Luxemburg in ihrem Artikel so glänzend charakterisiert hat.

[*)] Mehring, Luxemburg, Karski.

[**)] Alle Unterstreichungen rühren von mir her. E. M.

Mehring arbeitete zwar auch nach 1913 noch gelegentlich in der „Leipziger Volkszeitung“ mit, aber gleichzeitig gründete er zusammen mit Rosa Luxemburg und Karski die „Sozialdemokratische Korrespondenz“, deren erste Nummer Ende Dezember 1913 erschien, und der erst durch die Kriegszensur ein Ende gemacht wurde. In dieser Korrespondenz entwickelten die drei Führer der linksradikalen Bewegung ungehemmt durch die Zensur des Parteivorstandes und zentristischer Redaktionen ihre revolutionären Gedanken. Die unmittelbare Fortsetzung dieser „Sozialdemokratischen Korrespondenz“ wurden dann die illegalen Rundschreiben und Flugblätter der Spartakusbriefe.

RUNDSCHAU

II. Internationale

Die Pariser Tagung der Exekutive der II. Internationale.

Zur gleichen Zeit, da in Brüssel der Kongreß gegen den Imperialismus und koloniale Unterdrückung tagte, versammelte sich in Paris die Exekutive der II. Internationale, die nach dreitägigen Verhandlungen auseinanderging, ohne die geringsten Maßnahmen gegen den Imperialismus, gegen die Kriegsgefahr und gegen den Faschismus beschlossen zu haben. Aehnlich wie 1914 machten sie ein wenig Lärm, wobei sie das Geschrei gegen die Sowjetunion nicht vergaßen.

Die Berichte über die Pariser Tagung der II. Internationale sind auffallend wortkarg. Sowohl die „Internationale Information“, die das Material der sozialistischen Presse zum Abdruck übermittelt, als auch die Berichte der Otto Bauer und Weis deuten bloß an, was und wie diskutiert wurde. Es liegt nur der mündliche und [159] schriftliche Bericht der lediglich sich selbst vertretenden chinesischen Delegation – Wortführer Yang Kantao – und das „Manifest sowie eine Resolution der II. Internationale vor. Immerhin läßt sich bei aller diplomatischen Geheimnistuerei dcc verschiedenen Exminister und Parlamentarier folgendes feststellen:

1. Die II. Internationale verspürt die Bewegung und den Druck breiter Massen gegen Imperialismus und Kriegsgefahr. Also trägt sie dem Rechnung, d. h. sie öffnet, wie anno dazumal, durch ein Manifest ein Sicherheitsventil, einen Auspuff er, um die Spannung der Massen herabzumindern.

2. Die „sozialistische“ Internationale steht praktisch auf dem gleichen Boden wie 1914. Sie sieht der Entwicklung mit verschränkten Armen zu Sie organisiert nichts, weder gegen den Faschismus, noch gegen die Kriegsgefahr. Sie redet dem „Völkerbund“ ein wenig ins „Gewissen“.

3. Der linke Flügel ist nach wie vor praktisch im Schlepptau der Mehrheit Auch die Unabhängige englische Arbeiterpartei (Brockway vertrat sie). Nur gelingt es ihr unter Bauers Führung immer mehr, der Exekutive ihre Sprache und ihre Manöver einzugeben.

4. Durch die Fortsetzung der Hetze gegen die Sowjetunion gießt sie Oel ins Feuer der Imperialisten, befestigt sie den sich bildenden faschistischen Ring um die Sowjetunion und fällt den Ostvölkern in den Rücken.

Das Manifest „*Zur internationalen Lage und den Kriegsgefahren*“, dessen Redaktion wohl in erster Linie auf Otto Bauer zurückzuführen ist, der auch im Namen der Redaktionskommission (in der kein deutscher SP-Vertreter war) berichtete, findet große Töne. Aber es ist Lärm um Nichts. Denn weder im Manifest, noch in einem Beschlusse der Exekutive der II. Internationale findet sich auch nur eine organisatorische Maßnahme zur Verhütung der Truppen-, Waffen- und Munitionstransporte nach China, auch nur eine organisatorische Maßnahme zur Erzwingung eines Rückzuges der Imperialisten und zur Herbeiführung der Unabhängigkeit in den Kolonien. Kein Wort von Streik, Boykott, außerparlamentarischen Aktionen. Kein Anschluß an die Brüsseler Liga. (Man beschimpft sie oder versucht sie totzuschweigen.) Diese Taktik der Forderungen ohne Kampf für diese Forderungen liegt auch in der Linie des Referats der chinesischen Scheindelegation Yang Kantao, ein Referat, das „vom besten marxistischen Geist erfüllt“ war, wie Otto Bauer meint, indem es nämlich den linken Flügel der Kuomintang und die KP. Chinas als nicht existierend darstellte und zum Schluß, nach Aufzählung der in dem Manifest aufgenommenen Forderungen, folgende „Mittel“ zur Niederringung des Imperialismus und zur Förderung der, man höre, „sozialen Revolution“ angibt: „parlamentarische Aktionen,

Pressefeldzüge, öffentliche Kundgebungen“ (I. I., Nr. 10.) Schluß. Das ist alles. Die Imperialisten werden sich ins Fäustchen lachen. Diesen „Kampf“ werden sie zu ertragen wissen.

Die SPD-Führerschaft hat nachträglich ihrem Mißbehagen auch über radikale Töne Ausdruck gegeben: W e l s konnte nicht umhin, zu sagen, daß die Sozialimperialisten sich in ihrer Einstellung in Paris keineswegs geändert haben. Er sekundierte prompt den Imperialisten, indem er nicht versäumte, zu betonen, daß man in Paris auch noch die „andere Seite“, nämlich die sozialimperialistische, hingewiesen habe,

„daß der Einfluß der englisch-russischen Gegensätze doch unverkennbar sei. Es sei eine der letzten Karten des Bolschewismus, die letzte Hoffnung der Weltrevolution, hier (in China) Englands Weltreich zu stürzen ...“

Für den fehlenden Ernst der Exekutive und für die Widersprüche in ihrem Schoß. die ein internationales praktisches Vorgehen gegen den Imperialismus lähmen, sind noch andere Tatsachen bezeichnend:

I n d o n e s i e n wurde diskret verschwiegen. Die wackere SP Hollands ist ein Herz und eine Seele mit den Imperialisten; besonders Herr Stokvis, ihr Vertreter, im indonesischen „Volksrat“, der obersten Körperschaft Indonesiens, geht durch dick und dünn mit dem neuen imperialistischen Gouverneur von Indonesien.

M a c D o n a l d, der verantwortliche politische Führer der Labour Party, der Macher im Parlament, hat sich von der Teilnahme an der Exekutivsitzung gedrückt.

Für die Einstellung der II. Internationale zum Imperialismus war auch ein Zwischenfall zwischen Renaudel (Frankreich) und Cramp (England) charakteristisch. Diese beiden traten nämlich nicht gegen den Imperialismus, sondern im Interesse der Imperialisten ihres Landes auf. Renaudel als Vertreter der französischen Territorialmacht erhitzte sich für – Seeabrüstung; Cramp, der Brite, trat ihm (wie uns Bauer mitteilt) entgegen.

Was den linken Flügel betrifft, so war Fenner B r o c k w a y für die Independent Labour Party anwesend. Er war mit dem linken Fuß in Brüssel und mit dem rechten in Paris; von den beiden Herzen in seiner Brust schlug das eine für Brüssel und das andere für Paris. Brockway beantragte (linke Hälfte), es mögen praktische Maßnahmen gegen die Kriegsgefahr beschlossen werden. Es kam zu Auseinandersetzungen innerhalb der II. Internationale. Friedrich A d l e r, dem ein Briefkorb für solche Anträge zur Verfügung steht. rettete die Situation für die Rechten, indem er [die] Vertagung der Frage beantragte und vorschlug, daß sie „den Parteien zur Stellungnahme zugewiesen“ werde. Brockway (rechte Hälfte) erklärte sich damit einverstanden. Die „Linke“ hatte ihre Pflicht getan.

Ernster war es der Exekutive samt ihren Linken mit ihrem Kampf für die „Demokratie“. Da werden nicht nur die Austromarxisten feurig, sondern es ist vor allem Gelegenheit gegeben, im Namen der Demokratie gegen die Sowjetunion ins Zeug zu gehen und diese wieder einmal mit dem Faschismus in einem Atem zu nennen.

Tatsächlich hat sich beim Punkt „*Kampf für die Demokratie und gegen die politischen Verfolgungen*“ das Doppelspiel der II. Internationale klar gezeigt. An der Diskussion zu diesem Punkte nahmen besonders solche Massenvertreter wie Abramowitsch – für Rußland, Bezpalko für – die Ukraine, Tseretelli für – Georgien lebhaften Anteil. Das Ergebnis ist dies, daß in der R e s o l u t i o n, die zu dieser Frage beschlossen [160] wurde, der weitaus größte Absatz der „Brandmarkung des Terrors in der Sowjetunion gewidmet ist. Die alten Märchen von den Tausenden verfolgten Sozialisten werden aufgewärmt. Dabei war es Friedrich Adler, der hier eine treibende Kraft ist, in seinem „Brief aus Tiflis“, den er Ende Dezember durch die „I. I.“ an die ganze sozialistische Presse verschickt hat, unter Zurückgreifen auf das Jahr 1925, lediglich gelungen, von einigen hundert Verurteilten zu berichten. Selbstverständlich ist diese Stimmungsmache gegen die Sowjetunion Wasser auf die Mühle der Imperialisten. Diese Resolution, die ihren Hauptpfeil gegen die USSR abschießt, wurde einstimmig, also mit den Stimmen des grimmen Revolutionärs Grimm (Schweiz), Otto Bauer (Oesterreich) und auch B r o c k w a y (ILP) angenommen. Die Linke leistete auch hierin Helferdienste der Rechten. Daran ändert sehr wenig ein Zusatzantrag Brockways, eine Kommission zur Einholung direkter Informationen nach der Sowjetunion zu senden.

Die Widersprüche innerhalb der II. Internationale, ihre Passivität und ihre Ohnmacht kamen deutlich zum Ausdruck in der Frage des Kampfes gegen den Faschismus und die Reaktion. Modigliani warf nämlich die Frage auf, ob nicht die Sozialisten im Völkerbund einen Vorstoß gegen den Faschismus machen sollten. Otto Bauer sekundierte ihm und war sogar so kühn, an das unrühmliche Verhalten der MacDonald-Regierung zu Horthy-Ungarn zu erinnern. Aber sie kamen schlecht an. Der praktische Völkerbündler de Brouckére „warnte“ sie, dies sei nicht die Methode, den „schwachen“ Völkerbund zu verbessern, Und der MacDonald-Freund Gillies sprach sich ganz unverblümt gegen eine solche Interventionspolitik aus. Die Exekutive „löste“ die praktische Frage des Kampfes gegen den Faschismus und die Reaktion auf ihre typische, auch für den linken Flügel typische Weise: durch Vertagung der Erörterung dieser peinlichen Frage.

Für den sozialistischen Geist der II. Internationale war es kennzeichnend, daß sie den auch von den italienischen Sozialisten als ungeheuerlich bezeichneten Verrat der D'Arragona-Gruppe einfach umging und keinen Beschluß in dieser Sache faßte. Otto Bauer verrät uns nur, daß man „die dem Faschismus freundliche Erklärung einiger ehemaliger Gewerkschaftsführer“ in einer Konferenz des Amsterdamer Gewerkschaftsbundes zur Sprache bringen wird. Immerhin hielt man es für zweckmäßig, in die Delegation der II. Internationale zu dieser Konferenz nicht gerade Leute zu wählen, die mit den Verrätern sympathisieren und vielleicht künftig ähnlich handeln könnten. Es wurden also in diese Delegation weder Wels noch Müller – Crispien kam gar nicht in Frage – hineingewählt, überhaupt kein SPD-Führer.

Eine besonders glorreiche Haltung nahm die Delegation der SPD-Führerschaft angesichts der gegenwärtigen internationalen Lage, der Kriegsgefahren, der Vorstöße des Imperialismus im Osten, des sich ausbreitenden Faschismus usw. ein: Sie schwieg zu allen diesen Fragen. Sie beteiligte sich nicht an der Diskussion. Sie leistete passive Resistenz, Sie wollte sich dem neudeutschen Imperialismus gegenüber keine Blöße geben. In einem Punkte aber taute sie auf, öffnete sie den Mund: sie nahm ihre ganze Kraft zusammen, um gegen die Sowjetunion und gegen die Kommunistische Internationale mit Stinkbomben und Gasgranaten loszugehen. Allerdings zeigte ihnen die Exekutive, offenbar auf Veranlassung der Austromarxisten, die kalte Schulter. In einem säuerlichen Satz teilt Otto Bauer mit, daß Wels auf Wunsch der französischen Sozialistischen Partei über die (angeblichen. P. L.) Beziehungen der deutschen Reichswehr zur Sowjetunion einen Bericht erstattete, „der zur Kenntnis genommen werde.“ Den Austromarxisten schien es taktisch unklug, in dieser Sache auf Massenstimmungen keine Rücksicht zu nehmen. Daher fiel die Haupt- und Staatsaktion der Wels und Konsorten nicht einmal in der Exekutive auf fruchtbaren Boden. Die Austromarxisten sind nicht dafür begeistert, daß man sich offen als Schrittmacher der imperialistischen Offensive gegen die Sowjetunion zeige. Also wurde ohne breitere Diskussion beschlossen, daß es den beiden „interessierten“ sozialdemokratischen Parteien, der deutschen und der französischen, überlassen werden soll, mit Broschüren ihr Gasbombardement fortzusetzen. Wels kann es aber nicht unterlassen, im „Vorwärts“ noch einmal zu unterstreichen,

„internationale Aufgabe sei der Kampf gegen die Zwiespältigkeit der russischen Regierung und der Kommunistischen Internationale ...“

Die bourgeoise und imperialistische Presse hat gerade diesen Punkt mit besonderem Freudengeheul aufgegriffen und breitgetreten.

Was schließlich die Stellung der Internationale zum Völkerbund betrifft –, darüber soll endgültig erst im ... Sommer 1928 beschlossen werden – so hat die Exekutive ihr Gelöbnis zur Treue und Mitarbeit am Völkerbund aus Anlaß der Bestätigung des französischen Patrioten und Imperialisten Boncour durch die sozialistische Partei Frankreichs erneuert. Liegt doch die völkerbefreiende, kriegsgefahrbannende Rolle des Völkerbundes in der gegenwärtigen Situation klar zu Tage!

So hat also die Pariser Tagung der Exekutive der II. Internationale in der gegenwärtigen weltpolitisch entscheidenden Situation wieder den Charakter der „Sozialistischen Arbeiterinternationale“ (weder sozialistisch noch international) beleuchtet. Bourgeoisie und Imperialisten sind im Bilde. Es tut not, daß es auch die Arbeiterklasse sei. P. Lang.

Aus Platzmangel sind wir gezwungen, die Rubrik Literatur in dieser Nummer ausfallen zu lassen. Die Redaktion. [161]

Die Internationale
Jahrgang 10 ∗ Berlin, den 15. März 1927 ∗ Heft 6

Im Zeichen der Konzentration und des Vormarsches

B e r l i n, den 15. März 1927.

♂ Zwischen dem Berliner und dem Essener Parteitag liegt ein Abschnitt der Entwicklung der KPD, der sowohl was die innerparteiliche Gestaltung, als auch das Verhältnis der Partei zu den Massen betrifft, zu den bedeutsamsten Etappen der deutschen Revolution gehört. Die Entwicklung unserer Partei vollzieht sich vom Tage ihrer Gründung an in unausgesetztem, zeitweilig heftigem Ringen um die richtige Anwendung der marxistisch-leninistischen Taktik in den Kämpfen der deutschen Arbeiterklasse. Jeder Abschnitt dieser innerparteilichen Auseinandersetzungen war auf das Engste verbunden mit dem außerordentlich schweren und harten Weg, der durch die Niederlage der in Spartakus verkörperten proletarischen Revolution, durch die Koalition des Reformismus mit den weißen Generalen und durch die Entwicklung Deutschlands von einem halbkolonialen Industriestaat bis zu einer imperialistischen Macht vorgezeichnet war. Vom Essener Parteitag rückschauend darf man feststellen: so schwer die Niederlagen der deutschen Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Vorhut in den Jahren 1918/19, 1920, 1921 und 1923 waren, sie konnten weder ihre revolutionäre Kraft so sehr vermindern, daß die Arbeiterklasse so geschwächt werden konnte wie in einigen anderen Ländern Europas, noch waren sie imstande, den Vormarsch der revolutionären Massenpartei zu verhindern. Auch die innere Entwicklung unserer Partei beweist die Richtigkeit der Regel, die Karl Marx im „18. Brumaire“ für die Entwicklung der proletarischen Revolution aufzeigt:

„Proletarische Revolutionen dagegen, wie die des 19. Jahrhunderts, kritisieren beständig sich selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem eigenen Lauf, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von neuem anzufangen, verhöhnen grausam gründlich die Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche ...“

Und an fast jeder Etappe der deutschen Revolution desertierten Führer oder Führergruppen vor ihrer „Unbeständigkeit“, ihrem Zickzack, den riesengroßen Schwierigkeiten, die sie vor dem deutschen Proletariat auftürmte. Als die deutsche Bourgeoisie sich anschickte, in die Reihen der imperialistischen Mächte zurückzukehren, desertierte die ultralinke-kleinbürgerliche Gruppe Ruth Fischer-Maslow; – die revolutionäre Partei schritt über sie hinweg und vervielfachte ihre Kräfte in dem Kampfe gegen den kleinbürgerlichen Unglauben an die Revolution, gegen das ultralinke Sektierertum und die „radikale“ Phrase. Wenn auf, dem Essener Parteitag die Ultralinken einen fast verschwindenden Einfluß aufzuweisen hatten, so ist dies ein Ausdruck des inneren Wachstums unserer Partei, der Reife der großen Massen der kommunistischen Arbeiter, die sich soviel revolutionäre Erkenntnis errungen haben, daß sie gegenüber den verspießerten Charlatanen [162] à la Ruth Fischer-Maslow mit unnachsichtlicher Entschlossenheit die Lehren der letzten Jahre zogen und das ultralinke Liquidatorentum endgültig und einmütig vernichteten. Der Essener Parteitag stand im Zeichen der E i n h e i t d e r P a r t e i. Die Krise, die die ultralinken Liquidatoren der Partei aufzwangen, ist überwunden und die innerparteilichen Voraussetzungen für die breiteste Entfaltung der Massenarbeit sind damit geschaffen.

∗

Der XI. Parteitag hat es abgelehnt, bei Prüfung der im letzten Jahre geleisteten Arbeit die tatsächlich vorhandenen und unbestrittenen Erfolge in den Vordergrund zu stellen. Es war dies überflüssig, denn sein ganzer Verlauf, die umfangreiche Diskussion zu allen Punkten der Tagesordnung bewies, daß die Taktik, die zu den Erfolgen führte, im wesentlichen der Partei in Fleisch und Blut übergegangen ist, Die Massen der Partei verstehen den Sinn der Wendung der Parteitaktik, die mit dem Offenen Brief eingeleitet wurde. Sie begreifen, daß die Erfolge der Einheitsfronttaktik des letzten Jahres nicht nur auf die günstige objektive Situation, sondern auf die zielbewußte Anwendung der Einheitsfronttaktik und auf das leninistische Verständnis der Kompliziertheit der Massenbewegungen der deutschen Arbeiterklasse zurückzuführen sind. Deshalb hat der Parteitag alle Fragen der bevorstehenden

revolutionären Arbeit unter dem Gesichtswinkel der revolutionären Selbstkritik betrachtet. Der ganze Bericht des Zentralkomitees, der den Parteitag einleitete, war auf dem Grundsatz aufgebaut, daß es ohne eine klare Erkenntnis der Schwächen und Fehler keinen ernsthaften Fortschritt gibt. Und diese Selbstkritik hat keinesfalls das Selbstbewußtsein der Partei, den Glauben an ihre eigene Kraft beeinträchtigt. Im Gegenteil. Gerade weil der Parteitag der Aufzeigung der Schwächen und Mängel solche Aufmerksamkeit zuwandte, stieß er die Partei auf die wirksamen Methoden ihrer Abstellung, und zeigte neue Wege der Gewinnung der breiten Arbeitermassen für die Ziele des Kommunismus. Als Hauptschwäche unserer Partei hat der Essener Parteitag festgestellt: Erstens: Trotz des großen Fortschritts in der Gewerkschaftsarbeit, der darin besteht, daß die antigewerkschaftliche Opposition als endgültig überwunden betrachtet werden kann, ist unsere Gewerkschaftsarbeit noch immer unsere schwächste Seite. Weder die bisherige Gewerkschaftsarbeit, noch unser Einfluß in den Gewerkschaften entsprechen der politischen Situation und den Voraussetzungen, die die Partei insbesondere in den Gewerkschaften schaffen muß, um ihre Rolle als Führerin der deutschen Revolution geltend zu machen. Zweitens: Die Partei hat den in der ultralinken Periode entstandenen Verlust an Mitgliedern wieder gut gemacht. Dies genügt jedoch bei weitem nicht mehr, den gewaltig gewachsenen Erfordernissen ihrer Aufgaben nachzukommen. Das Mißverhältnis zwischen dem politischen Einfluß der Partei und ihrem organisatorischen Wachstum ist die zweite große Schwäche, deren Beseitigung zu den dringendsten Aufgaben der nächsten Zeit gehört. Drittens: Die Zellenorganisation ist in der Partei verwurzelt. Aber ihre politische Aktivisierung, ihre elastische Durchdringung mit den täglichen Aufgaben der Partei befindet sich erst im Stadium der Entwicklung. Die Partei versteht es noch nicht genügend, alle Aufgaben schnell in die Parteizellen zu tragen, die die entscheidenden Organe der Arbeit unter den Massen sind, Sie ist in noch nicht genügendem Maße in den entscheidenden Riesenbetrieben verwurzelt. Viertens: Die Organe der Partei besitzen keine genügende Manövrierfähigkeit. Sowohl in den Massenorganisationen des Proletariats, als in den Parlamenten und sonstigen öffentlichen Körperschaften verstehen wir es nicht genügend, [163] bei absoluter Wahrung des kommunistischen Gesichts unserer Partei unsere Losungen vor den Massen so zu vertreten, daß dieselben immer enger an den Kampf unserer Partei gebunden werden, Fünftens: Der Zustrom in die aktivsten Funktionärkaders der Partei ist noch bei weitem zu gering, die Organisationen und Verteilung der Parteiarbeit nicht genügend geregelt, das allgemeine theoretische Niveau der Partei ist der Schwierigkeit der Lage und der Größe der Partei nicht gewachsen.

*

Die entscheidenden Hauptaufgaben der Partei waren: Erstens: Die klare leninistische Analyse der gegenwärtigen Lage und die daraus resultierende Feststellung unserer Aufgaben. Zweitens: Die Herausarbeitung eines alle Formen der Arbeiterbewegung umfassenden Systems kommunistischer Parteiarbeit, das die Rolle der revolutionären Partei feststellt und sichert. Drittens: Die Charakterisierung der Rolle der Sozialdemokratie in der deutschen Arbeiterbewegung in der gegenwärtigen Situation und insbesondere ihrer sogenannten linken Führer. Viertens: Die Konzentrierung der kommunistischen Parteiarbeit auf die entscheidenden Fragen des jetzigen Abschnitts des Klassenkampfes: den Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse, den Kampf gegen Imperialismus und Kriegsgefahr, den Kampf gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Rationalisierung, für den Achtstundentag und für Lohnerhöhungen.

Hat der Parteitag diese Aufgaben erfüllt? Die Antwort darauf gibt nicht nur sein Verlauf, der vom Berliner Parteitag absticht wie der Tag von der Nacht, sondern auch das Echo, das der Parteitag, der im Herzen der deutschen Schwerindustrie, im Ruhrgebiet, tagte, bei den breiten Massen der nichtkommunistischen Arbeiter gefunden hat. Unser Parteitag hat der deutschen Arbeiterklasse den strategischen Plan des das Schicksal der deutschen Arbeiterbewegung entscheidenden Kampfes gegen den deutschen Imperialismus und die Kriegsgefahr gegeben. Er hat den Kampf um die Alleinherrschaft des Proletariats, um die Arbeiter- und Bauernregierung und die proletarische Diktatur, die allein den Frieden sichert, proklamiert.

Die Beschlüsse des Parteitags zur politischen Lage gehen weit über die Bedeutung gewöhnlicher Parteitagsbeschlüsse hinaus. Mit ihnen wurde der Partei und der revolutionären Arbeiterbewegung

eine Waffe in die Hände gegeben, die geschichtliche Bedeutung besitzt; denn je mehr der Zeitpunkt des unausbleiblichen imperialistischen Konflikts und des Angriffs auf die Sowjetunion heranrückt, je näher die Stunde neuer revolutionärer Erschütterungen kommt, desto mehr wird die Arbeiterschaft erkennen, daß die Sprache und die Beschlüsse des XI. Parteitags nicht nur den täglichen Interessen der ganzen deutschen Arbeiterschaft entsprechen, sondern daß sie den einzig möglichen, den Erfolg sichernden Weg zum Ziele der sozialistischen Arbeiterbewegung zeigen. Unser Parteitag hat dem Reformismus und seiner Partei ein schweres Treffen geliefert. Er hat die unmittelbare und praktische Bedeutung der Hauptlosungen des Reformismus in der gegenwärtigen Periode, der Koalitionspolitik und Wirtschaftsdemokratie, des Ultra-Imperialismus und realistischen Pazifismus in aller Klarheit und Nüchternheit als die Politik der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung bewiesen. In Essen wurden auch die Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung mit den sogenannten „linken“ Führern zusammengefaßt. Der Parteitag hat festgestellt: Diese „linken“ Führer sind der Hauptfeind innerhalb der Sozialdemokratie. Schon wenige Tage nach dem Parteitag fand seine Feststellung in der unsäglich verlogenen und hinterlistigen Kampagne den Ausdruck, die diese Linken in der Frage des Krieges der [164] imperialistischen Intervention gegen die Sowjetunion, in der Frage der Möglichkeit der Neutralität Deutschlands führen. Die Politik des Parteivorstandes kämpft gegen die Revolution ohne jede Einschränkung vom Standpunkt der Bourgeoisie. Und je mehr die internationale Lage sich zuspitzt, desto mehr übernehmen die Linken die entscheidende Rolle des Kampfes gegen die proletarische Revolution und den Kommunismus. Deshalb wurde in Essen festgestellt: die Organisierung der Linksbewegung der deutschen Arbeiterklasse ist nur im schärfsten Kampfe gegen diese „linken“ Führer möglich. Und gerade deshalb hat der Essener Parteitag der Frage des Verhältnisses der Kommunistischen Partei zu den sich langsam nach links entwickelnden sozialdemokratischen Arbeitermassen die größte Aufmerksamkeit gewidmet. Die Erfahrungen der Vergangenheit haben bewiesen, wie schwer sich Fehler gerade auf diesem Gebiete rächen können. In Essen wurde deutlich sichtbar, daß unser Kampf um die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse tief in die Reihen der sozialdemokratischen Arbeiter gedrungen ist. Der Parteitag hat unbeirrt von dem ultralinken Geschrei über „kommunistische Koalitionspolitik“ seinen geraden Kurs auf die Gewinnung der sozialdemokratischen Arbeiter fortgesetzt. Er verband die schärfste Abgrenzung vom Reformismus in allen Fragen der Arbeiterbewegung mit der größten Bereitwilligkeit zur Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Arbeitern im Kampfe um die täglichen Interessen des Proletariats. Das gerade auf diesem Gebiete eine Reihe von opportunistischen Abweichungen kritisiert werden mußte, lag auf der Hand. Aber der Parteitag hat den bündigen Beweis geliefert, daß die KPD die Lehren des Offenen Briefes wirklich begriffen hat, und das niemand imstande ist, sie von diesem durch die Erfahrungen der letzten Jahre vorgeschriebenen Wege abzudrängen.

*

Essen stand im Zeichen der Konzentration. Nicht jener Konzentration, die die Renegaten gewünscht haben, die aus der Kommunistischen Partei eine Föderation verschiedenster Gruppierungen machen wollten, sondern der Konzentration der großen Parteimehrheit mit jenen früheren Gruppierungen, die sich mit Ueberzeugung auf den Boden der Parteibeschlüsse gestellt hatten. Essen hat bewiesen, daß die Konzentration der Partei nur möglich ist auf Grund einer wirklichen ideologischen Einheit der Partei. Der Parteitag hat den Beweis geliefert, daß die revolutionäre Konzentration erst nach Zerstörung aller Fraktionen möglich ist. Und endlich wurde die internationale Einheit unserer Partei viel tiefer in das Bewußtsein der Parteimassen verwurzelt, als dies je der Fall war. Wir denken nicht nur an die begeisterte Ovation für den Vertreter der Kommunistischen Internationale, sondern vielmehr an die Diskussionsredner der vielen Arbeiterdelegierten, die das zum Ausdruck brachten, was eine der wichtigsten Lehren der innerparteilichen Krise des letzten Jahres war: daß die Kommunistische Partei Deutschlands ihre Aufgaben in der deutschen proletarischen Revolution niemals erfüllen kann, wenn nicht auch in Deutschland die Hegemonie der Komintern in der Weltrevolution durch die engste ideologische

Gemeinschaft zwischen der Weltpartei und ihrer deutschen Sektion sichergestellt ist.

In Essen wurden die Lehren der Vergangenheit gezogen, deshalb konnte eine klare Perspektive für die Zukunft gegeben werden. Mit [165] derselben Einmütigkeit, von der die Vernichtung des ultralinken Liquidatorentums getragen war, vollzog der Parteitag seine Abgrenzung von der opportunistischen Politik Brandlers und Thalheimers im Jahre 1923. Es gelang auf dem Parteitag nicht, den Genossen Böttcher und seine wenigen Freunde von ihrer falschen innerparteilichen Linie zu überzeugen, die im wesentlichen auf eine Unterschätzung der Fortschritte der Konzentration sowie der tatsächlich vorhandenen Gefahren hinausläuft. Von der Haltung dieser Genossen wird es abhängen, ob auch sie nach dem Parteitag völlig in die revolutionäre Einheit der Partei einbezogen werden können.

In der Reihe der Parteitage der KPD war der Essener Parteitag einer der bedeutsamsten. Er hat die Partei auf der Höhe der geschichtlichen Situation gefunden.

*

Das Trustkapital in Mitteldeutschland

Der Konzentrationsprozeß in Mitteldeutschland, der im letzten Jahre die gesamte kapitalistische Wirtschaft Deutschlands so stark beeinflußt hat und in der Zukunft eine steigende Bedeutung gewinnen wird, unterscheidet sich von der Konzentration in anderen Wirtschaftsgebieten dadurch, daß er sich im engsten Zusammenhange mit tief gehenden produktionstechnischen Neuerungen vollzieht. Der Zusammenhang zwischen Kapitalskonzentration und Produktionsumwandlung, der sich hier vollzieht, weist gewisse Züge auf, die über den örtlichen Rahmen hinaus wirkende Entwicklungstendenzen aufdecken.

Der Prozeß der kapitalistischen Konzentration in Mitteldeutschland begann schon während des Weltkrieges, als das Leunawerk gebaut wurde und die Badische Anilin- und Sodafabrik einerseits, Stinnes andererseits sich großer Anteile an den Braunkohlenfeldern bemächtigten. Die ganze Bedeutung dieser Konzentration wurde aber erst klar, als die chemisch-technischen Produktionsneuerungen im Jahre 1926 in stürmischem Tempo hintereinander in Erscheinung traten.

Die Konzentration vollzog sich unter der Führung des Chemietrusts (I. G. Farbenindustrie) teils in vertikaler, teils in horizontaler Richtung. Ihre wesentlichen Momente sind die Angliederung der Mitteldeutschen Stickstoffwerke[*)] an den Chemietrust durch einen Pachtvertrag, die Einleitung der völligen Aufsaugung der Riebeck-Montan-Werke[**)] durch einen Interessengemeinschaftsvertrag mit dem Chemietrust und die Angliederung einer Reihe von kleineren Braunkohlen- und Chemieunternehmungen durch Interessengemeinschaftsverträge oder durch direkte Fusion.

Die Kapitalkraft des Chemietrusts wurde durch diese Konzentration nicht in besonders starkem Maße in Anspruch genommen. Für die Mitteldeutschen Stickstoffwerke. Piesteritz wird an das Reich eine Pacht-Summe von vier Millionen Mark gezahlt, während der herauszuholende jährliche Wert 40 Millionen Mark entspricht. Das Aktienkapital der Riebeck-Montan-Werke beträgt 50 Millionen Mark, die Mehrheit der Aktien wurde vom Chemietrust, d. h. damals von der Badischen Anilin- und Sodafabrik, nach dem Stinnes-Krach zu Spottpreisen gekauft. Durch den Besitz der Riebeck-Montan-Werke kann die I. G. Farbenindustrie ihre Braunkohlenreserven in unbeschränktem Maße zur Erweiterung der gesamten chemischen Produktion gebrauchen. Die Vorräte reichen nach Schätzungen für Jahrhunderte.

[166] Durch diese Neuerwerbungen und durch den gleichzeitigen Ausbau der älteren Konzernbetriebe, namentlich der Leunawerke, der Griesheim-Elektron-Werke in Bitterfeld, des Filmwerks und der Farbenfabrik Wolfen, hat der Chemietrust in Mitteldeutschland die Grundlage für eine geschlossene Trustwirtschaft geschaffen. Die Grundlage dieser geschlossenen Trustproduktion bildet die Braunkohle. Sie wird verwendet als Brennstoff, als Rohstoff für die

[*)] Leistungsfähigkeit pro Jahr 175.000 Tonnen Stickstoff, Produktion 1925 37.600 Tonnen.
[**)] Produktion in 1925/1926 6,7 Millionen Tonnen Braunkohle.

Wasserstoffgewinnung, die zur Stickstofferzeugung nötig ist, und als Energiequelle für Stromgewinnung, wobei der gewonnene Strom wieder für die eigenen Braunkohlenwerke verwendet wird und darüber hinaus in großen Mengen an die in Mitteldeutschland in stärkstem Grade entwickelten Elektrizitäts-Ueberlandzentralen abgegeben wird. Eine weitere Stufe der Braunkohlenwirtschaft bildet die geplante Verdrängung des Steinkohlenkoks aus dem Leunawerk durch Braunkohlenstaubfeuerung. Technisch nicht weniger bedeutsam ist die Kombination der Braunkohlenenergie auf großen Umwegen mit der Produktion von synthetischem Stickstoff. Durch den aus der Grube Golpa aus Braunkohle gewonnenen Strom des Großkraftwerks Zschornewitz wird die Phosphorgewinnung im Piesteritzer Stickstoffwerk betrieben, und die dort gewonnenen Phosphorprodukte werden mit dem künstlichen Stickstoff des Leunawerks sowie mit Kalizusatz zum Mischdüngerprodukt Nitrophoska verwandt.

Die Krone dieser Entwicklung bildet die B r a u n k o h l e n v e r f l ü s s i g u n g im Leunawerk. In den Versuchsanlagen in Oppau werden schon gegenwärtig eine Anzahl von Arbeitern ausgebildet, die dann in der auf dem Gelände des Leunawerks gebauten Großanlage beschäftigt werden sollen. Die Produktion beginnt im April. Auch hier kommt als Rohstoff bitumenhaltige, d. h. teerhaltige Braunkohle in Betracht, die von den Gruben des Chemietrusts namentlich von den Riebeck-Montangruben, in vorläufig unbeschränktem Maßstabe geliefert werden kann. In den meisten von Sachkenntnis ungetrübten Artikeln, die über die künstliche Oelgewinnung erscheinen, wird auch außer acht gelassen, daß diese Produktion nicht i r g e n d w o, sondern ausgerechnet im Leunawerk stattfindet. Dieser Punkt ist aber von der größten Bedeutung. Denn die aus Braunkohle gewonnenen Oele werden im Leunawerk als Oel für die Gasölmotoren bei der Stickstoffgewinnung verwendet, und gerade dadurch hofft die I.-G., eine Herabsetzung der Selbstkosten zu erzielen, die die Konkurrenz der vom Ruhrkohlenkapital beabsichtigten Stickstoffproduktion schlagen soll.

Parallel mit den Bestrebungen des Chemietrusts zu einer weitestgehenden chemischen Verarbeitung der Braunkohle geht der Versuch der AEG., die veralteten Methoden der Schwelindustrie zu modernisieren und dadurch die Gewinnung von Oel aus Braunkohle in neue Bahnen zu lenken. Im Monat Januar wurde die neue Benzinfabrik auf der Grube Leopold in Edderitz bei Köthen in Betrieb genommen. Nach den Plänen der AEG. soll hier täglich 1 t Braunkohlenbenzin hergestellt werden. Eine noch größere Braunkohlenschwelerei der von der AEG. kontrollierten Kohlenveredelungs-A.-G. auf der Grube Minna-Anna in Anhalt soll diese Produktion noch um das Dreifache übersteigen. Alles in allem sind dies bescheidene Produktionspläne, die mit der großindustriellen Oelerzeugung in den Leunawerken, die auf die jährliche Gewinnung von 40 bis 60.000 1 eingestellt ist, nicht verglichen werden können.

Die Kalkulationen von Bergius, wonach die Selbstkosten für eine Tonne fertigen Oels um 30 bis 40 Prozent niedriger liegen werden als bei dem jetzigen Erdöl, wurden durch die Praxis natürlich noch nicht bestätigt. Wichtiger und reeller ist die Berechnung, wonach für eine Tonne Oel bis drei Tonnen Braunkohlen benötigt werden.

*

Diese sogenannte Wertsteigerung oder genauer gesagt Preissteigerung, beziehungsweise potentielle Preissteigerung der Braunkohle ist im Kampf [167] zwischen Braunkohle und Steinkohle in der Zukunft von entscheidender Bedeutung. Nach den Berechnungen des Instituts für technische Chemie der Universität Halle ergeben sich folgende Anhaltspunkte:

Eine Tonne Rohbraunkohle kostet 3,– Mark, der Erlös für den leer je Tonne 80 Mark, eine Tonne Steinkohle kostet 10 Mark, der Erlös für den leer je Tonne 60 Mark. Eine Tonne Rohbraunkohle bringt bei der Verschwelung 80 kg Teer, eine Tonne Rohsteinkohle bringt bei der Verschwelung 60 kg Teer. Es übersteigt also der Erlös aus den Erzeugnissen den Aufwand für die Kohle bei Braunkohle um 220 Prozent bei Steinkohle um 23 Prozent (dabei ist der Erlös aus dem Koksgewinn, der die Bilanz für die Steinkohle einigermaßen günstiger gestaltet, mitberechnet.

Für die kapitalistischen Besitzverhältnisse bedeutet diese Perspektive einen entsprechenden M a c h t z u w a c h s d e s B r a u n k o h l e n k a p i t a l s. Hierbei kann natürlich keine schematisch rechnerische Berechnung über Braunkohle überhaupt aufgestellt werden, da n u r e i n T e i l der Braunkohle für die Oelgewinnung, Teergewinnung und sonstige chemische Verarbeitung zu hochwertigen Produkten

in Betracht kommt. Gegenwärtig verfügt die 1. G. Farbenindustrie über 39 Prozent des gesamten Rohkohlenbesitzstandes. Als zweiter Großbesitzer kommen die Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke mit 23 Prozent in Betracht. Stellt man aber die Berechnungen nur für die stark bitumenhaltige Braunkohle Mitteldeutschlands auf, so entfällt der Löwenanteil in Mitteldeutschland auf den Chemietrust, der im Merseburger Revier schon heute mit 70 Prozent an der Rohkohlenerzeugung, im Halleschen Revier mit 66 Prozent, im Oberröblinger Revier mit 75 Prozent teilnimmt.

Dieser hohe Besitz an Braunkohle bedeutet, daß dadurch die Zusammensetzung des chemischen Trustkapitals entsprechend verändert wird. Und das ist u. a. für die Politik des Chemietrusts von außerordentlicher Bedeutung. Bekanntlich hat Hilferding vor einiger Zeit die Theorie aufgestellt, daß der Lohnanteil in der chemischen Produktion viel geringer sei als in der Schwerindustrie, worunter Hilferding nach dem veralteten Schema die Kohlen-, Eisen- und Stahlproduktion versteht. Aus diesem Umstand zog Hilferding die Schlußfolgerung, daß der Chemietrust an einer brutalen und scharfmacherischen Lohnpolitik und an der Rationalisierung, d. h. an der Verringerung des Lohnanteiles überhaupt, weniger interessiert sei als die Schwerindustrie, richtiger gesagt: das rheinisch-westfälische Zechen- und Eisenkapital. Abgesehen davon, daß der Chemietrust selbst in den Zweigen der chemischen Produktion, wo der Lohnanteil nur 8 bis 10 Prozent beträgt, z. B. der Stickstoffproduktion, nach wie vor eine immer weitere Herabdrückung des Lohnanteiles erstrebt und als kapitalistische Produktion erstreben muß, ist Hilferdings Auffassung schon deshalb absurd, weil die chemische Produktion heute keine bloß verarbeitende Industrie ist, sondern die Rohstoffproduktion in weitestem Umfange umfaßt. Die Herstellung von synthetischen Rohstoffen ist das Wesen der heutigen chemischen Produktion. Durch die eigene Braunkohlenförderung wird die Zusammensetzung des chemischen Trustkapitals in dem Sinne verändert, daß der Lohnanteil prozentuell steigt. Die Politik des Trusts geht darauf hinaus, diese Steigerung des Lohnanteiles durch eine schonungslose Rationalisierung wieder wettzumachen. Was den Lohnanteil in der Braunkohlenförderung betrifft, macht sie nach Angaben des Braunkohlensyndikats pro Tonne etwa 1 Mark aus. Das würde bei den Gestehungskosten für Braunkohle, die pro Tonne nach den Berechnungen von Loebinger 2 Mark ausmachen („Die Braunkohle“, Jahrgang 24, H. 46/47), einem Lohnanteil von 50 Prozent entsprechen.

*

Angesichts der führenden Rolle des Chemietrusts tritt die Bedeutung des sonstigen Trustkapitals in Mitteldeutschland verhältnismäßig zurück. In der Braunkohlenindustrie haben sich die Besitzverhältnisse außer der Aus-[168]dehnung des Chemietrusts und der AEG. nicht wesentlich verändert. Eine Reihe von gut fundierten Großunternehmungen (Michel-Brikett, Julius Petschek, Ignaz Petschek, Deag) beherrschen die Braunkohlenproduktion und werden im mitteldeutschen Braunkohlensyndikat durch eine straffe Organisation des Absatzes vereinigt. Der Stahltrust faßte in Mitteldeutschland durch den Erwerb von 25 Prozent der Aktien des Mitteldeutschen Stahltrusts Fuß, der aus den Werken des Linke-Hoffmann-Lauchhammer-Konzerns gebildet wurde. (Ablösung des vertikalen Inflationskonzerns durch horizontale Konzerne.) Der Mansfeld-Konzern ist durch die Gründung des Internationalen Kupfertrusts diesem letzteren angegliedert worden mit der Folge, daß ein Rationalisierungsprozeß einsetzte, der an verheerenden Folgen für die Bevölkerung alles Bisherige in Deutschland übertreffen dürfte. Die konzernierte Elektrizitätsindustrie befindet sich in den Händen der Elektrowerke A.-G., der Esag (Elektrizitätswerke Sachsen-Anhalt) und des Chemietrusts und steigert ihre Leistungsfähigkeit in zunehmendem Maße.

Von den wichtigen Industriezweigen ist es nur die Metallindustrie, in der der Konzentrationsprozeß keine entscheidenden Fortschritte gemacht hat. Die großen Maschinenfabriken in Magdeburg und im hallischen Gebiet mit einem Aktienkapital von durchschnittlich 2 bis 10 Millionen Mark behielten ihre Selbständigkeit, wobei die Tatsache, daß sie vielfach für die maschinelle Ausrüstung des Leunawerks und der Braunkohlengruben eingespannt wurden, natürlich auch eine Abhängigkeit von Chemietrust zur Folge hat.

Welche Entwicklung wird der künftige Konzentrations- und Vertrustungsprozeß in Mitteldeutschland nehmen?

Der Prozeß der Aufteilung der Naturschätze ist auf gewissen Gebieten (Kali und Kupfer) beendet. In der Chemie selbst ist der Vertrustungsprozeß abgeschlossen. Doch wäre nichts falscher, als hieraus auf einen Stillstand, auf eine Stabilisierung des Vertrustungsstadiums, das erreicht wurde, zu folgern. Der Vertrustungsprozeß schreitet fort und mit seinem Fortschreiten mehren sich die Widersprüche zwischen den kapitalistischen Besitz- und Produktionsverhältnissen.

Nach der Aufteilung der Rohstoffe wird ein Kampf um die Neuaufteilung entbrennen. Die Entwicklung der neuen Produktionstechnik gerät in Widerspruch mit den Besitzverhältnissen auf dem Gebiete der Düngemittelproduktion und auf dem der Braunkohlenförderung.

In der Düngemittelproduktion ist durch das Problem des Mischdüngers (aus Stickstoff, Kali und Phosphat) der Interessengegensatz zwischen Chemietrust und Kalisyndikat gegeben und muß zu einem erbitterten Machtkampf um den Besitz von Kali führen.

In der Braunkohlenproduktion ist der Vertrustungsprozeß noch lange nicht abgeschlossen. Die gegenwärtigen Besitzverhältnisse im mitteldeutschen Braunkohlengebiet (I. G. Farbenindustrie besitzt 39 Prozent der Rohkohle, Elektrowerke mit preußischer Staatsbeteiligung 23 Prozent, Ignaz Petschek 4 Prozent AEG. 3 Prozent, Deag 3,5 Prozent usw.) sind alles eher als endgültig. Die durch großzügigen Ausbau der maschinellen Förderung und Elektrifizierung erfolgte Rationalisierung macht die Kleinbetriebe unrentabel. Das Trustkapital wird versuchen (und mit Erfolg versuchen), den noch vorhandenen Kleinbesitz sich anzueignen. Gleichzeitig entbrennt aber ein Machtkampf unter den vertrusteten Gruppen um den Besitzanteil. Insofern die Interessen der in Mitteldeutschland interessierten Trustgruppen im Kampf gegen das westdeutsche Zechenkapital zusammenfallen, kann allerdings auch eine vorübergehende und teilweise gültige Einheitsfront errichtet werden. Das ist namentlich in der Frage der Gasfernversorgung der Fall, wo eine Aktiengesellschaft für Braunkohlengasfernversorgung unter der Führung des Chemietrusts und der AEG. als Kampfgemeinschaft gegen die Gasfernversorgungspläne des Ruhrkapitals errichtet wird.

[169] Hand in Hand mit der Konzentration und der Vertrustung geht der Prozeß der Rationalisierung in Mitteldeutschland. Tatsachenmaterial ist von uns an anderer Stelle zusammengestellt worden.*) Die Gesetzmäßigkeiten und besonderen Formbestimmtheiten der Rationalisierung müssen in einem nächsten Aufsatz behandelt werden.

Das Jahr 1926 hat in der Rationalisierung einen gewissen Wendepunkt bedeutet. Bis 1926 verlief die Rationalisierung im Zeichen der Stillegungen und der üblichen Erhöhung der Arbeitsleistung durch Akkord- und Prämiensystem. Im Laufe des Jahres 1926 begann im größten Stile die Erneuerung beziehungsweise Erweiterung des Maschinenparks in der gesamten mitteldeutschen Industrie. An der Spitze dieser Entwicklung marschiert der Chemietrust, der gegenwärtig allein im Leunawerk bei den Fabrikneubauten 10.000 Arbeiter beschäftigt. Das Leunawerk ist, was wenigen bekannt ist, heute gleichzeitig eine der größten mechanischen Werkstätten Deutschlands mit 7000 Metallarbeitern, die den Bedarf des Werks und der neuen Bauten an Werkzeugen, Reparaturen, Montage usw. selbständig decken. In der Elektrifizierung geht die Errichtung von neuen Großkraftwerken ebenfalls in schnellem Tempo vor sich. Im Jahre 1926 ist das Großkraftwerk Theißen in Betrieb genommen und das Kraftwerk Zschornewitz wesentlich erweitert. Die Mechanisierung des Braunkohlenbergbaus hat durch Einstellung von Baggern große Fortschritte erzielt. Wir stehen aber hier wie in der sonstigen Industrie (Papier, Zucker, Messing) erst am Anfang einer neuen Phase der Entwicklung. In mehreren Geschäftsberichten der Aktiengesellschaften wird betont, daß die neuen maschinellen Anlagen aus den Betriebsgewinnen der Jahre 1925 und 1926 bestritten werden konnten. Angesichts der gesteigerten Profite des Jahres 1926 wird die erzielte Akkumulation in gesteigertem Maße zur Erweiterung der Produktionsmittel benützt werden. Ein sichtbares Zeichen für die Richtigkeit dieser Annahme ist die Tatsache, daß die Maschinenfabriken Mitteldeutschlands fast ohne Ausnahme für mehrere Monate mit Aufträgen versorgt sind. Es ist anzunehmen, daß dabei als Absatzgebiet nicht nur das

*) Wir verweisen auf die Broschüre „Trustherrschaft und Rationalisierung in Mitteldeutschtand“. Herausgegeben vom Landesausschuß der Werktätigen Mitteldeutschlands.

mitteldeutsche Wirtschaftsgebiet in Betracht kommt, und daß die hier sichtbare Wendung zu einer Mechanisierung großen Stils auch in anderen Wirtschaftsgebieten Deutschlands eintreten wird. Der ursächliche Zusammenhang dieser Wendung mit der relativen Ueberwindung der Kreditkrise der Jahre 1924/25 braucht nicht näher ausgeführt zu werden.

Zur politischen Orientierung des mitteldeutschen Trustkapitals ist zu sagen, daß das Chemiekapital an Ort und Stelle eine andere Politik bevorzugt als in den offiziellen Aeußerungen und nach außen hin. Bekanntlich war Duisberg, d. h. der Chemietrust, der geistige Inspirator des Silverberg-Kurses. In Mitteldeutschland sind aber die lokalen Statthalter des Chemiekapitals Direktoren des Leunawerkes, u. a. ausgesprochene Stahlhelmleute. Der Direktor der Riebeck-Montan-Werke, Leopold, gehört dem Westarp-Flügel der Deutschnationalen Partei an. In den Betrieben werden Stahlhelmleute besonders bevorzugt.

Diese Doppellinie des Trustkapitals ist kein Zufall. Mit den von den Werksleitungen auf gezogenen Werksgemeinschaften kommt man nur in wenigen Fällen vorwärts. Die Folge ist, daß das Trustkapital sich zu einer Art Bündnis mit den faschistischen Organisationen veranlaßt sieht, um in den Betrieben den bestehenden oder anwachsenden kommunistischen Einfluß mit den Mitteln des Terrors zu brechen. [170]

*

Die neue Herrschaft der Großbanken in Deutschland

Von Günther Reimann.

Ihr Einfluß auf das Industriekapital.

Sehr schnell haben die Großbanken die Inflationsversuche der Großindustriellen, sich von den Großbanken frei zu machen, in eigener Regie das von ihnen benötigte Geldkapital und ihre Geldgeschäfte zu verwalten, ja sogar selber untätiges Kapital anderer Bevölkerungsschichten zu sammeln und finanziell zu verwerten, niedergeschlagen.

Die deutschen Großbanken haben ihre Kontrollmacht in den Verwaltungen und auf die Geschäftsgebarungen der Industriekonzerne und -trusts im Laufe der letzten beiden Jahre wiederherstellen und organisatorisch festigen können. Dies kommt u. a. in den Aufsichtsratsposten zum Ausdruck, welche die Bankherren in den Industriegesellschaften innehaben. Die Mitgliedschaft in dem Aufsichtsrat einer Industriegesellschaft bekundet zwar noch nicht den tatsächlichen Einfluß und die Kontrollmacht der betreffenden Person (sie kann absolut unbedeutend sein); aber heute verfügt der Bankier als Aufsichtsrat in einer Industriegesellschaft tatsächlich über eine beträchtliche Kontrollmacht, auch ohne erhebliche eigene Aktienbeteiligung[*)].

Wenn wir die Zahl der Aufsichtsratsposten, welche die Teilhaber der Großbanken in den Industriegesellschaften innehaben, zusammenzählen, kommen wir zu folgenden stattlichen Zahlen:[**)]

	Zahl der Aufsichtsratsposten und Verwaltungsratsmitgliede	Zahl d. Vorsitzenden (und stellv. Vorsitz.). in den Verwaltungs- und Aufsichtsräten
Deutsche Bank	199	76
Disconto-Gesellschaft	206	61
Darmstädter Nationalbank	238	67
Dresdner Bank	161	27
Kommerz- und Privatbank	210	59
Berliner Handels-Gesellschaft	145	51
Mitteldeutsche Creditbank	63	16
S. Bleichröder	102	31
insgesamt	1324	388

*) Bekanntlich vertreten die Banken bei den Generalversammlungen der Aktiengesellschaften auch die in den Bankdepots liegenden Aktien, die Eigentum der Bankkunden sind.

**) (Berechnet u. a. mit Hilfe des Adreßbuches der Direktoren und Aufsichtsräte 1926/27.)

In der Vorkriegszeit waren, nach Zusammenstellungen von Jeidels (zitiert von Lenin in seiner Imperialismus-Broschüre) die sechs größten deutschen Banken in 751 Aktiengesellschaften als Direktoren und Aufsichtsräte vertreten, während jetzt allein 6 Großbanken über 1159 Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsposten verfügen, und bei 351 Aufsichtsräten und Verwaltungsräten Vorsitzende bzw. stellvertretende Vorsitzende sind. Es ist allerdings zu berücksichtigen, daß auch durch die Konzentration im Bankgewerbe die Ausdehnung des Machtbereiches der einzelnen Banken gewachsen ist.

Von den Bank-Teilhabern seien diejenigen mit den meisten Aufsichtsratsposten genannt: Jakob Goldschmidt (Darmstädter Nationalbank) 100; Kurt Sobernheim (Kommerz- und Privatbank) 73; Millington, Hermann (Deutsche Bank) 65; Karl Fürstenberg (Berliner Handelsgesellschaft) 54.

[171] Der Interessen- und Einflußkreis jener Großbanken ist äußerst vielseitig. Von dem Brauereigewerbe bis zur Stahlindustrie, vom Stahltrust bis zu relativ unbedeutenden Gesellschaften, wobei zwischen den Teilhabern der einzelnen Banken zumeist eine „Arbeitsteilung“ nach Industriezweigen und in regionaler Hinsicht besteht. Zwar sind in den Aufsichtsräten der größten Trusts und Konzerne zumeist mehrere Großbanken vertreten; trotzdem lassen sich hieraus gewisse Schlußfolgerungen über ihre „Interessensphären“ ziehen.

So sind in den Vereinigten Stahlwerken und den an ihnen beteiligten Konzernen fast alle Großbanken vertreten, bei Hervortreten der Disconto-Gesellschaft und Deutschen Bank. In dem Oberschlesischen Stahltrust verfügt die Berliner Handelsgesellschaft über eine Vorzugsstellung, während die Disconto-Gesellschaft und Kommerz- und Privatbank überhaupt nicht vertreten sind. Hiermit im Zusammenhang steht es, daß die Berliner Handelsgesellschaft auch den Vorsitzenden in dem Aufsichtsrat der AEG stellt. In dem Aufsichtsrat des Wintershall-Konzerns sind lediglich die Deutsche Bank und die Berliner Handelsgesellschaft von den Banken vertreten. Bei dem Siemenskonzern und seinen Zweigunternehmungen dagegen fällt auf, daß die Disconto-Gesellschaft in seinem Aufsichtsrat nur schwach vertreten ist. Während die Kontrollbanken des Norddeutschen Lloyd die Darmstädter- und National-Bank zusammen mit der norddeutschen Bank I. C. Schröder sind, ist im Aufsichtsrat der Hapag bis vor kurzem lediglich die Disconto-Gesellschaft vertreten gewesen.

K a p i t a l n o t u n d K a p i t a l ü b e r f l u ß.

Wie war der rapide Aufschwung der Großbanken seit Inflationsende möglich? Gewiß nur mit Hilfe des amerikanischen Finanzkapitals. Dies war aber nur die eine Seite; ihr entsprach die besonders starke, lange Zeit andauernde Kredit- und Kapitalnot der Industriellen, wodurch die meisten Industriegesellschaften gänzlich den Banken ausgeliefert wurden.

Bei früheren Krisen in der Vorkriegszeit herrschte nur am Beginn der Krise, bei ihrem unmittelbaren Ausbruch, stärkste Kreditnot, trotz gleichzeitigen Kapitalüberflusses (Ueberproduktion, Absatzstockung)[*)].

Dagegen waren die beiden letzten Krisenjahre u. a. durch jene Kapitalnot bei gleichzeitiger Kapitalentwertung in ganz ungeheurem Ausmaß gekennzeichnet. Die kapitalistische Rationalisierung sollte nicht nur die Anpassung der Produktion an die beschränkten Absatzmöglichkeiten erzwingen, bei verstärkter Ausbeutung der Arbeiterschaft durch Lohnkürzung, Arbeitszeitverlängerung usw. Das deutsche Industriekapital mußte gleichzeitig seinen Produktionsapparat in technischer und organisatorischer Hinsicht verbessern, um die Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt wieder herzustellen. Dazu war jedoch bedeutendes Neukapital nötig. Dieser Kapitalbedarf und der Kapitalmangel im Inlande, vor allem noch als Auswirkungen der Inflation, fielen zusammen mit der Absatzkrise.

Kennzeichnend für die jüngste Entwicklung des deutschen Kapitalmarktes ist es, daß die Erlöse aus den Auslandsanleihen des letzten Jahres zu einem großen Teil lediglich zur Umwandlung kurzfristiger Schulden in langfristige verwendet wurden, ein weiterer Teil wurde von den Industriegesellschaften bei den Banken zu ihrer freien Verfügung gelassen.

[*)] Siehe u. a. Marx „Kapital“, III. Bd., 2. T., S. 27–37.

So hat die Kredit- und Kapitalnot ihre Schärfe verloren; sie ist nicht mehr von entscheidender Bedeutung. Die Absatznot tritt um so schärfer hervor, wenn auch immer noch für technische und organisatorische Umstellungen in der Industrie erhebliches Neukapital benötigt wird.

Gleichzeitig sind die Industriegesellschaften, u. a. durch den Druck der Banken genötigt worden, wieder einen beträchtlichen Teil ihrer Profite als [172] Dividende an die Aktionäre zu verteilen, zu einer „regulären Dividendenpolitik“ zurückzukehren. Die hierdurch bewirkte Steigerung der Aktienkurse erleichterte den Banken, ihre Aktienpakete zu höheren Kursen verkaufen zu können, selber einen größeren Anteil der in der Industrie erzielten Profite zu erlangen. Außerdem stärkte die relativ größere Verteilung der industriellen Profite an die Aktionäre den Kapitalmarkt, damit auch die Einlagen bei den Banken, während gleichzeitig die Industriegesellschaften um so mehr auf Kredite der Banken angewiesen sind.

Die gestärkte Bankmacht.

Die Banken haben so in den letzten Jahren durch außerordentlich hohe Profite ihren Machteinfluß ausdehnen können. Aus der Beschaffung von Auslandsanleihen flossen ihnen bedeutende Provisionsgewinne zu. Die Absatzkrise in der Industrie führte aber bereits im letzten Jahre zu der teilweisen Nichtverwertung des neugeliehenen Auslandskapitals, das im Inland als Einlagen bei den Banken, oder direkt bei den ausländischen Banken zur weiteren Verwertung stehen gelassen wurde. Gleichzeitig sind auch die Depositen bei den Banken durch die relative Ueberflüssigmachung von Geldkapital als Folge der Produktionseinschränkungen usw. angewachsen. Dem müßte u. a. ein Rückgang der Wechselkredite entsprechen; diesem wirkte aber entgegen die neue Konjunkturbelebung in der zweiten Hälfte 1926 dank des Stilliegens der englischen Industrie, der Lieferung von Streikbruchkohle bei erfolgreichen kapitalistischen Rationalisierungsmaßnahmen.[*)] Erst in den jüngsten Monaten ist eine Abnahme der Wechselkredite zu verzeichnen.

Die neue Kapitalsmacht der Banken, die relative Flüssigkeit des Geldmarktes diente zur Verstärkung des Spekulationskapitals. wurde von den Banken für profitable, ausgedehnte Börsengeschäfte ausgenutzt. Hierdurch schlugen die Banken zwei Fliegen mit einer Klappe: sie übersteigerten die Kurserhöhungen und konnten infolgedessen ihre Bestände an Wertpapieren besonders profitabel verkaufen und hohe Profite realisieren. Rückschläge in dem Kursstande dienten dann den Banken zu teilweisen Wiederkäufen von Wertpapieren bei niedrigeren Kursen. Dasselbe Manöver versucht übrigens jetzt der Anilinkonzern. Er will sich Neukapital durch Abstoßung seiner Bestände an Eigen-Aktien beschaffen. Seine Geheimniskrämerei soll u. a. Anlaß geben zu besonders hohen Kurssteigerungen durch das Spekulationskapital und so einen günstigen Verkauf der Anilinaktien seitens der Konzernverwaltung ermöglichen. Dem versuchen die Banken teilweise entgegenzuwirken, weil sie nicht unmittelbar am Geschäft beteiligt sind.

Das Wachsen des Eigenkapitals der Banken und der Depositen hat die Abhängigkeit der deutschen Großbanken von dem amerikanischen Finanzkapital vermindert, ihnen wieder eine gewisse Selbständigkeit gegeben. Ein Zeichen hierfür ist die Auflösung der European Shares Corp. Dieses Unternehmen war vom Auslandskapital zusammen mit den deutschen Banken zwecks Aktienaufkaufs gegründet worden und wurde aufgelöst, weil die deutschen Banken bei Aktienaufkäufen nicht mehr wie früher auf das amerikanische Kapital angewiesen sind.

Die jüngste Entwicklung des Geldmarktes zeigt einen außerordentlichen Ueberfluß an Geldkapital; nicht nur die Zinssätze für kurzfristiges Leihkapital, sondern auch die für langfristiges Leihkapital sind beträchtlich gesunken. Der jetzige Reichsbankdiskont mit 5 Prozent entspricht beinahe dem Vorkriegsstande und ist niedriger als der Diskontsatz der Staatsbanken in den meisten übrigen kapitalistischen Staaten. Der langfristige Privatdiskont an der Berliner Börse betrug im Januar 1927 4% bis 4% Prozent gegenüber 7% bis 934 Prozent im Dezember 1926 und 8 Prozent im Januar 1926. Erstmalig seit Kriegsende kam eine große deutsche Anleihe-[173]emission – die 500 Millionen Mark Reichsanleihe – zu dem relativ niedrigen Zinssatz von 5 Prozent zustande. Die Geldflüssigkeit

[*)] Akzepte und Schecks bei sechs Berliner Großbanken in Mill. Mark. 31.10.25: 257,8; 30.4.26: 243,1; 30.10.26: 282,6.

im Januar beruht zum Teil auf saisonmäßigen Erscheinungen, übersteigt aber bedeutend das hierdurch erklärliche Ausmaß. Erfahrungsgemäß ist das Umschlagen der Krise in die Depression und die allmählich ansteigende Wirtschaftskonjunktur von einer relativen Geldflüssigkeit, niedrigen Zinssätzen bei neuen steigenden Gewinnen begleitet. Als Rationalisierungserfolge, wie auch durch die Konjunkturbelebung, dank des Ausfalls der englischen industriellen Konkurrenz im Jahre 1926, sind von den meisten Industriegesellschaften bereits wieder außerordentlich hohe Gewinne realisiert worden, bei weiterem Zufluß von Auslandskapital. So hat die gegenwärtige Geldflüssigkeit einen zwiespältigen Charakter, indem sie nicht nur einen relativen Ueberfluß an kurzfristigem Leihkapital, sondern auch bereits einen teilweisen Ueberfluß an langfristigem Leihkapital anzeigt. Eine neue Belebung der Wirtschaftskonjunktur durch Ausweitung des Absatzmarktes, vor allem durch Steigerung der Ausfuhr, insbesondere durch Kapitalausfuhr, wird für den deutschen Kapitalismus zu einer um so zwingenderen Notwendigkeit. Die im letzten Jahre begonnene Steigerung der deutschen Kapitalausfuhr wird sich in diesem Jahre sicherlich in noch schnellerem Tempo fortsetzen, wenn auch die entsprechenden Vorkriegszahlen bei weitem noch nicht erreicht werden. – Mit jenen Erscheinungen im Zusammenhang sind die Depositen bei den Banken stark angewachsen, während gleichzeitig die akute Geldnot und unmittelbare Abhängigkeit der Industriegesellschaften von den Banken zumeist heute nicht mehr besteht.

Die Rolle der Großbanken bei den Zusammenschlüssen im Schiffahrtsgewerbe.

Die neue Kapitalsstärkung der Banken und ihr größerer Einfluß auf die Industrie geben ihnen die Möglichkeit und den Anlaß, von neuem in die Zusammenschlußbewegung des Industriekapitals aktiv einzugreifen. Bisher war der Zwang zur „Rationalisierung“ der wichtigste Antrieb zu Zusammenschlüssen; sie waren fast stets mit Betriebsstillegungen, Konzentration der Produktion auf die rentabelsten Werke bei technischen und organisatorischen Verbesserungen und mit dem Erhalt einer Auslandsanleihe, durch die das Neukapital für die technische und organisatorische Umgestaltung beschafft wurde, verbunden. Die neue Entwicklung des Bankkapitals ermöglicht ihm, weitere Zusammenschlüsse von Industrieunternehmungen zu erzwingen. Diese Fusionen ermöglichen Senkung der Produktionskosten und höhere Profite durch geringere Verwaltungskosten, technische Arbeitsteilung, dann aber vor allem durch stärkeren monopolistischen Einfluß auf die Produktion und Preise. Die gewachsene Rentabilität der betreffenden Unternehmungen wirkt „anregend“ auf die Aktienkurse und steigert die Bankgewinne. Die Neufusionen an sich führen zu besonders sprunghaften Steigerungen der Aktienkurse, durch die Spekulation übertrieben, so daß die Banken die von ihnen aufgekauften Aktienpakete mit hohen Gewinnrealisierungen losschlagen können.

Der typischste und bedeutendste Zusammenschluß dieser Art hat im Schiffahrtsgewerbe stattgefunden. Hierbei trat auch der Konkurrenzkampf der Großbanken untereinander zutage.

Die deutschen Uebersee-Schiffahrtsgesellschaften und die Großwerften werden im wesentlichen von folgenden Banken kontrolliert: Disconto-Gesellschaft, Darmstädter und National-Bank, S. Bleichröder, Kommerz- und Privatbank, I. C. Schröder in Bremen, Berliner Handelsgesellschaft und Deutsche Bank, deren Einfluß aber relativ geringfügig ist. Völlig scheiden aus: Dresdener Bank, Mitteldeutsche Kreditbank, Kommerz- und Privatbank.

Der erste größere Zusammenschluß war der Aufkauf der Stinnes-Seeschiffahrts-AG aus der Konkursmasse des Stinnes-Konzerns durch die [174] Deutsch-Austral-Kosmos-Gesellschaft, welche selber erst durch den Zusammenschluß der Kosmos-Gesellschaft und der Deutsch-Austral-AG entstanden war. Jener Aufkauf geschah übrigens in scharfem Konkurrenzkampf mit der Hapag, welche ebenfalls an der Stinnes-Flotte Interesse hatte.

Die Bildung jenes dritten großen deutschen Schiffahrts-Trusts bestärkte die Hapag in ihrer „Wiederaufbau“-Politik. Nach der Loslösung von dem amerikanischen Schiffahrtsmagnaten Harriman und Kauf von drei Schiffen mit 57.000 Tonnen aus seinem Besitz wurden weitere 3 Neubauten (30.000 Tonnen) von der Hapag in Auftrag gegeben.

Plötzlich führte die Darmstädter und National-Bank eine völlig neue Sachlage herbei. Sie hatte „in Gemeinschaft mit befreundeten Banken“ (vor allem der Schröder-Bank) Aktienpakete von Deutsch-Austral-Kosmos und der Hapag („eine qualifizierte Minderheit“) aufgekauft. Falls die Hapag diese Aktienpakete der Darmstädter und National-Bank nicht abgenommen hätte (natürlich zu den beträchtlich gestiegenen Kursen), wären diese Beteiligungen dem Konkurrenzkonzern, dem Norddeutschen Lloyd angeboten worden, und ihm wahrscheinlich auch zugefallen; außerdem hätte die Hapag mit einer qualifizierten Minderheitsopposition auf ihren Generalversammlungen rechnen müssen. So mußte die Hapag entgegen ihrer ursprünglichen Absicht maßgebenden Anteil an der Austral-Kosmos-Gesellschaft nehmen. Dadurch erhielt sie auch gleichzeitig einen entscheidenden Vorsprung gegenüber dem Norddeutschen Lloyd.

Dieser hatte zwar ebenfalls eine Reihe von Neubauten in Auftrag gegeben; er hat jedoch vor allem durch erhebliche Einflußnahme auf die Werftindustrie seine Stellung gegenüber Hapag befestigt. Die AG Weser in Bremen kaufte die Vulkanwerft in Hamburg, eine der drei Großwerften, auf und verschmolz sich gleichzeitig mit der Bremer I. C. Tecklenborg Großwerft. Die AG Weser wird aber beeinflußt von dem Norddeutschen Lloyd. Gleichzeitig hatte dieser seine Neubautenaufträge auf insgesamt 100.000 Br.-Reg.-Tonnen erhöht (Neubauaufträge der Hapag nur: 56.000 Br.-Reg.-Tonnen).

Einem weiteren Vordringen der Bremer Werft- und Schiffahrtsgruppe in die Hamburger Werftindustrie, vor allem durch Anschluß der Deutschen Werft in Hamburg, ist ein Riegel vorgeschoben worden, indem die Deutsche Werft sich mit der Reiherstieg-Schiffswerft und Maschinenfabrik Wetzel & Freytag fusioniert und so gleichzeitig ihre Unabhängigkeit von den Bremer Kapitalsgruppen gesichert hat. Hierzu ist die Deutsche Werft durch eine außerordentlich hohe „Entschädigung“ für die Räumung des Tollerorter Werftgeländes (3 Millionen Mark?) durch den Hamburger Senat ermuntert worden. Die neue Fusion ermöglicht aber auch eine stärkere Arbeitsteilung in der Produktion, indem die Deutsche Werft lediglich mit Neubauten beschäftigt werden wird, während Reiherstieg das Reparaturgeschäft übernimmt. Gleichzeitig hat die Deutsche Werft AG ihr Kapital von 5 Millionen auf 8 Millionen Mark erhöht und die neuen Aktien „einem Konsortium von Hamburger Reedern“ überlassen, so daß in der Zukunft an der Deutschen Werft neben den alten Hauptaktionären der AEG. und der Guten Hoffnungshütte (Phönix) auch das Hamburger unabhängige Werftkapital, vor allem also die Hapag, beteiligt sein werden.

Die neuen Zusammenschlüsse in dem Schiffahrtsgewerbe und der Werftindustrie haben eine Erweiterung des „Interessenkreises“ der Darmstädter und National-Bank herbeigeführt. Diese hatte ursprünglich nur auf die Deutsch-Austral-Kosmos-Gesellschaft und den Norddeutschen Lloyd, hier vor allem mit der Schröder-Bank gemeinsam, maßgebenden Einfluß. Die Disconto-Gesellschaft dagegen kontrollierte die Hapag. Eine Reihe der übrigen kleineren Schiffahrtsgesellschaften (vor allem in Bremen), so die Atlas-AG, die Globus-Reederei in Bremen werden ebenfalls von der Danat-Bank, gemeinsam mit der Schröder-Bank, kontrolliert; sie sind z. T. im Laufe des letzten Jahres ebenfalls unter die Herrschaft des Norddeutschen Lloyd gekommen.

[175] Es war kennzeichnend für die frühere Machtlage (Einfluß der Diskonto-Gesellschaft auf Hapag, der Darmstädter und National-Bank und der Schröder-Bank auf Norddeutschen Lloyd), daß in den Aufsichtsrat der Hapag lediglich die Disconto-Gesellschaft, in dem Aufsichtsrat der betreffenden übrigen Gesellschaften, vor allem auch der AG Weser, die Danat-Bank und die Schröder-Bank maßgebend vertreten waren. Durch den Zusammenschluß von Deutsch-Austral-Kosmos und Hapag ist nun aber die Darmstädter und National-Bank auch an der Hapag interessiert, ist ebenfalls in ihrem Aufsichtsrat vertreten. So konnte die Danat-Bank in die Interessensphäre der Disconto-Gesellschaft eindringen.

Vor allem aber haben jene Großbanken durch die neuen, z. T. von ihnen selbst erzwungenen Zusammenschlüsse ganz außerordentlich hohe Gewinne realisieren können. Dies geht aus den sprunghaften Kurssteigerungen der Schiffahrtsaktien hervor.

Kurse der Schiffahrtsaktien an der Berliner Börse.

	13.1.26	14.6.26	13.12.26	13.1.27	14.2.27
Hapag	102¼	135	166½	176	167¼
Kosmos	91%	115%	163%	173%	169%
Deutsch-Austral	90	115¼	164%	–	–
Hansa	118%	131¼	193	204	239
Nordd. Lloyd	107¼	132	163%	161¼	152%
Hamburg-Südamerika	90½	106%	181	193	227

Die von den Banken vor den Neufusionen in aller Stille aufgekauften Aktienpakete konnten mit 100–200 Prozent Gewinn anläßlich der Zusammenschlüsse wieder verkauft werden.

Politische Wandlungen in der Demokratischen Partei.

Auf Grund ihrer neuen Kontrollmacht gegenüber dem Industriekapital, gleichzeitig ausgeübt auf die größten und mit einander konkurrierenden Kapitalgesellschaften, sind die Großbanken heute wieder die Inspiratoren und Wegbereiter neuer Kapitalzusammenschlüsse, der monopolistischen Zusammenschlüsse des Industriekapitals. Die Banken werden hierzu ganz besonders angeregt durch ihre relative Geldflüssigkeit, durch das bei ihnen angesammelte Geldkapital, für das profitablere Verwertung als in der Spekulation z. T. gar nicht besteht. Weil die Banken selber starken Anteil an den Industriegesellschaften nehmen, sind die Großbanken heute wieder unmittelbar an hohen Profiten des Industriekapitals interessiert. Deswegen treten sie heute für die Schutzzollpolitik, für die Preishochhaltung durch Kartelle und Syndikate, für die Niederzwingung ihrer „Außenseiter“, was am erfolgreichsten durch die Banken geschehen kann, ein; sie propagieren Kartellzusammenschlüsse, falls nicht Vollfusionen herbeigeführt werden. Die Bildung des Westdeutschen Stahltrusts z. B. war gekennzeichnet durch die aktive Rolle der Großbanken; ohne ihren Druck, wobei wiederum die Danat-Bank eine führende Rolle spielte, wäre der Stahlzusammenschluß an den Interessengegensätzen der verschiedenen beteiligten Konzerne wahrscheinlich gescheitert.

So ist heute das Bankkapital, ebenso wie in der Vorkriegszeit, der eifrigste Förderer der deutschen imperialistischen Politik. Kennzeichnend war hierfür die Rede des demokratischen Reichsbankpräsidenten Schacht (Anfang vorigen Jahres), die in dem Ruf nach deutschen Kolonien ausklang.

Die neue Kapitalsmacht der Banken und ihr Verbundensein mit dem Industriekapital hat auf die reaktionäre Entwicklung der Demokratischen Partei erheblichen Einfluß gehabt. Die Demokratische Partei als besondere Interessenvertreterin des Handelskapitals, aber auch des Bankkapitals, befindet sich in einem [176] Zwiespalt. Die Interessen des Handelskapitals harmonieren keineswegs mit denen des Industriekapitals (z. B. in der Zollpolitik), während dagegen zwischen dem Bankkapital und dem Industriekapital eine neue Interessensolidarität sich herausgebildet hat. Und zweifellos spielt das Bankkapital eine weitaus maßgebendere Rolle, als das Handelskapital.

Das mußte auch in der Entwicklung der Demokratischen Partei zum Ausdruck kommen. Das neue Verbundensein der Großbanken mit dem Industriekapital macht die Bankherren zu den eifrigsten Förderern der monopolistischen Zusammenschlüsse des Industriekapitals einerseits, der neuen imperialistischen Politik des deutschen Kapitalismus andererseits. Diese Interessenharmonie macht für die Bankherren bis zu einem gewissen Grade eine politische Interessenvertretung in einer besonderen politischen Partei, die zu den Großindustriellen in scharfem Gegensatz steht, überflüssig (deswegen u. a. die Bedeutungslosigkeit und der Niedergang der Demokratischen Partei). Gleichzeitig, wenn auch erst seit Monaten, besteht, mit dem Schwinden der akuten Geldnot, nicht mehr die fast ungehemmte Diktatur der Großbanken über die Industriegesellschaften (wobei der Anilinkonzern stets eine Sonderstellung einnahm!). So ist verständlich, daß bei gewaltiger Stärkung des Bankkapitals im Laufe der letzten 2 Jahre jetzt eine Bürgerblock-Regierung unter Ausschaltung der Demokratischen Partei gebildet worden ist, trotz des freundschaftlichen Briefwechsels des demokratischen Parteivorsitzenden Koch mit dem Reichswehrminister Geßler.

*

Zur Ideologie der imperialistischen Kolonialherren und ihrer Presse in China

Von Asiaticus.

1. Die Herausbildung der Kolonialherren-Ideologie.

Wir haben bei Marx gelernt, wie das Milieu, das aus den materiellen Verhältnissen der Menschen untereinander erwächst, die Ideenwelt dieser Menschen bestimmt und formt. Nicht die subjektive Anschauungsweise ist bei den Handlungen der Menschen die entscheidende Tatsache, sondern die objektive Grundlage der materiellen Interessen, deren Produkt diese Anschauungsweise ist.

Sehen wir uns den imperialistischen Kolonialherren und seinen Anhang in China ohne Unterschied der Nationalität an, wie er mitten in den Strom der nationalrevolutionären Welle des chinesischen Volkes hineingestellt, vollständig unfähig ist, diese zu begreifen, und in seiner Ratlosigkeit nach Maßnahmen schreit, die seinen Untergang nur noch beschleunigen können, so haben wir die Erklärung dafür lediglich in der obigen Feststellung. Hier drückt sich solch eine Zusammenballung von Borniertheit und Engstirnigkeit aus, daß sie nur ganz zu verstehen ist, wenn wir uns vor Augen halten, wie sie sich innerhalb von Generationen auf Grund der materiellen Interessen formierte und in eine direkt entgegengesetzte Richtung, wie die ideologische Entwicklung des chinesischen Volkes, getrieben wurde. Kein Wunder, daß sie jetzt, wo die Geschichte erbarmungslos zum Mittel der Katastrophe für sie schreitet, und das chinesische Volk, dieses Objekt ihrer bisherigen Unterdrückung, gerade das geschichtliche Instrument zur Vollführung dieses Urteils ist, bei der alten Arroganz der Kolonialherren-Ideologie zu derart schlechten Mitteln greifen, daß sie erst recht überreif für die historische Liquidierung werden.

Wie bildete sich diese Kolonialherren-Ideologie aus?

Wir schicken voraus, daß wir sie deshalb die Ideologie der Kolonialherren nennen, weil sie in Wirklichkeit nur kaum zu unterscheiden ist von [177] jener Auffassung der herrischen Arroganz, wie sie sich in allen offenen Kolonien der imperialistischen Staaten breitmacht, jener Auffassung, die die ganzen Kolonialvölker ringsum nur als eine riesenhafte Masse von Sklaven betrachtet. Außerdem ist ein großer Teil der imperialistischen Vertreter in China ebenso zeitweilig in anderen asiatischen Kolonien zuhause, wechselt oft seinen Sitz und sein Ausbeutungsobjekt, aber der Zweck seines Tuns, seine herrische Auffassung und der Ton bleibt derselbe.

Nachdem die Kriegsschiffe der imperialistischen Staaten den Weg nach China freimachten, kam der „friedliche“ Kaufmann, Schiffsherr, Bankier und Industrielle mit seinem großen Angestelltenanhang heraus, um hier die imperialistische „Kulturmission“ zu erfüllen. Es war nicht die Blüte der Nationen, die die kapitalistischen Mutterländer hier für diese Mission auserwählten. Während die großen Kapitalsmagnaten, die hier die erste Rolle in der Ausbeutung der chinesischen Arbeitskräfte spielten, meist ihren Sitz in London, Newyork, Tokio und Paris behielten, kamen Schwärme von jungen Kaufleuten und Angestellten mit einer starken Dosis von Abenteurertum, Sucht nach Schnellverdienen und nach bequemer, nichtstuerischer Lebensweise, nach hierher. Sie ließen sich in ihren Konzessionen nieder, zur Hand die Kriegsschiffe, die ihnen helfen sollten, jeden Widerstand im Keime zu ersticken. Das chinesische Volk war für sie nur eine graue Masse von Kulis, die man nach Belieben ausbeuten und brutalisieren konnte.

Die imperialistischen Mächte wußten durch das Ausspielen der korrupten und halbfeudalen chinesischen Herrschaftscliquen die Konsolidierung der. inneren Verhältnisse zu verhindern. Mit allen Mitteln der Gewalt und Verleumdung hinderten sie das Aufkommen einer revolutionären Bewegung, auch zur Zeit, wo sie noch keinen „russischen Bolschewismus“ als Abschreckungsmittel an die Wand malen konnten. Jede Volksregung benutzten sie um China noch stärkere Fesseln aufzulegen. Wo und was sie konnten, rissen sie an sich. Sie eigneten sich die Mineralschätze an und beuteten sie aus. Sie bemächtigten sich der riesenhaften Mengen von Rohstoffen und landwirtschaftlichen Produkten und versorgten damit die Industrien in den Heimatländern. Sie schufen eine eigene Industrie auf chinesischem Territorium und verbanden sie mit ihren Industriezentren in den Mutterländern zu mächtigen Fesseln für die Versuche der chinesischen Industrie, sich selbständig vom ausländischen Einfluß zu

machen. Sie rissen die öffentlichen Einnahmequellen an sich und bauten sie zu einer Finanzkontrolle über China aus.

Indem sie so handelten, kamen sie sich als die wahren Missionsträger der europäischen Kultur vor, und vielfach nahmen sie auch mit Hilfe der Missionsgesellschaften das Kreuz dazu in die Hand Sie schufen sich bei diesem Werk eine eigene Phraseologie, die alles schön zu verbrämen wußte. So z. B. brauchten sie nur die Finanzkontrolle, um dem chinesischen Volk zu „helfen", seine Finanzen zu sanieren. Die industriellen Unternehmungen schufen sie nur, um China ein „Vorbild" für seine Industrie (deren Platz sie usurpierten) zu geben, um es industriell auf „eigene" Füße zu stellen. Den Herrschern des „Reiches der Mitte" halfen sie brüderlich, die revolutionäre Bewegung niederzuhalten, um die „Ruhe und Ordnung" zur friedlichen Entwicklung aufrechtzuerhalten usw. Sie bevormundeten das chinesische Volk in jeder Weise, um es an Händen und Füßen zu fesseln. Gleichzeitig posierten sie aber als die Gönner des chinesischen Volkes, die ihm aus reinem Edelmut auf den Weg der Zivilisation helfen wollten.

Die imperialistischen Regierungen trieben diese Heuchelei ganz bewußt ebenso wie gegenüber allen anderen Kolonien. Sie wußten, worum es hier geht und wußten vor allem, daß das sich nur auf Gewalt stützen konnte. Sie wußten, daß diese Heuchelei von dem chinesischen Volke schließlich als das gewertet werden wird, was sie tatsächlich ist.

Wo aber diese Heuchelei auf wirklich fruchtbaren Boden fiel, das war bei ihren eigenen Staatsangehörigen. Nicht jeder Engländer oder Amerikaner, der hier in China lebt, ist ein Kapitalist. Wenn auch die ausländischen Unternehmungen in erster Linie aufgebaut sind auf der [178] Ausbeutung chinesischer Arbeitskräfte, so müssen sie hier gleichzeitig einen Arbeitsstab von Angestellten aus ihren Heimatländern, vor allem zur Bewachung und Beaufsichtigung der chinesischen Arbeitskräfte, halten. Diese Angestellten beziehen im Durchschnitt Gehälter, die die entsprechenden Gehälter der chinesischen Arbeitskräfte oft zehn- bis zwanzigfach übersteigen. Sie können hier eine Lebensweise führen, wie das für sie „at home" fast unerreichbar ist. Auch diese Angestellten kamen meist hierher mit dem Wunsch, sich rasch zu bereichern und eine feste Existenz durch ein eigenes kapitalkräftiges Unternehmen zu gründen. Das konnten sie in den letzten Jahrzehnten zwar immer seltener, denn auch hier wurde der Handel, das Industrie- und Bankgeschäft durch wenige kapitalstarke Gruppen monopolisiert. Aber diese Schichten wurden zur Genüge mit anderen Mitteln festgehalten und zum getreuen Anhang der kapitalistischen Magnaten ausgebildet. Ihre bequeme Lebensweise mit einer Schar von Bedienten, die sie kommandieren konnten, mit ihrem reichlichen Konsum von Whisky, ihrer leidenschaftlichen Beteiligung an Pferderennen und -Wetten und mit ihren längeren, gut bezahlten Urlauben in die Heimat, korrumpierte sie derart, daß ihre Unternehmer bisher ziemlich immun gegen eine klassenbewußte Bewegung dieser Kreise sein konnten. Diese Schichten der Angestellten, der Teil jener Arbeiteraristokratie, die sich der Hochkapitalismus in seinen Mutterländern und Kolonien geschaffen hat, die sich hier zwanzig und dreißig Jahre eingelebt haben, sind es nun, die besoffen sind von den imperialistischen Phrasen, „der Notwendigkeit der Bevormundung Chinas zu. Chinas eigenem Wohl", „der Undankbarkeit des chinesischen Volkes gegen die europäischen Kulturträger" und dergleichen mehr. Diese Schichten sind es, die sich massenweise in die Volontärkorps zur Verteidigung der Konzessionen melden, deren einziges Losungswort gegenüber der nationalrevolutionären Bewegung das preußische „Immer feste druff!" ist. Sie tragen ihre Haut zu Markte für die Großindustriellen und Bankiers, die „at home" die Dividenden der chinesischen Unternehmungen einstreichen.

Nur eine Variation dieser Spezies sind die Kolonialtruppen und die örtlichen Verteidigungstruppen, die ebenso meist in den imperialistischen Mutterländern formiert werden. Auch sie sind meist sehr lang im Solde, verbringen die meiste Zeit ihres Dienstes in den Kolonien, in der Heimat weilen sie nur bei gutbezahlten Urlauben, beziehen sehr hohe Löhne und führen im allgemeinen ein nichtstuerisches Parasitenleben. Kein Wunder, daß sie bei dieser Erziehung brutal und rücksichtslos genug sind, um getreue Kettenhunde der imperialistischen Ausbeutung zu sein.

Von ihrer Heimat und der flutenden Entwicklung ihrer Klassenkämpfe losgerissen, die chinesische Sprache selten und wenn, so nur in Bruchstücken beherrschend, die chinesischen Volksmassen im

Grunde ihres Herzens verachtend, sie nur als Objekt der. Ausbeutung, Depravierung und Brutalisierung betrachtend – das ist kurz ihre Ideologie.

Kein Wunder, daß zwischen diesen „Kulturträgern“ und selbst den reaktionären Kreisen in ihren Heimatländern, die fest an die Notwendigkeit der Erhaltung der Kolonien glauben, bezüglich der Wahl der Mittel hierzu ein ziemlich großer Unterschied besteht. In diesen Heimatländern haben die Jahrzehnte stürmischer kapitalistischer Entwicklung den Klassenkampf und das Wachstum der revolutionären Bewegung beschleunigt und gezwungen, das öffentliche Gesicht der kapitalistischen Unterdrückung, wenn auch heuchlerisch, so doch mit liberalen Phrasen zu verbrämen. Diese liberale Phraseologie war ihre Konzession an die Radikalisierung der Massen. Der Weltkrieg mit seinen verheerenden Folgen für die kapitalistische Entwicklung hat in all diesen Ländern in der Nachkriegszeit eine Welle von revolutionären Erschütterungen, Riesenstreiks usw. hervorgerufen, hat die Bourgeoisie gezwungen, neben sich das revolutionäre Bollwerk Sowjetrußland zu dulden und sog. „Arbeiterregierungen“ zu bilden, die aus den Vertretern der reformistischen Arbeiterbewegung gebildet wurden, um die Macht für den Kapitalismus zu erhalten.

[179] All das war für die Ideologie der Kolonialherren in China ein schwerer Schlag. Sie, die vom Weltkriege nur die Vergrößerung ihrer Ausbeutungsmöglichkeiten in den Kolonien und Erweiterung ihres Kolonialbesitzes erwarteten, konnten diese „Konzessionen an den Bolschewismus“ kaum verstehen. Sie hätten es lieber gesehen, wenn man darauf mit denselben Methoden, wie sie es gegenüber den Kolonialvölkern zu praktizieren gewohnt waren, geantwortet hätte.

Aus dieser Ideologie heraus waren auch die Massakres des Jahres 1925 und 1926 in verschiedenen chinesischen Häfen geboren. Sie konnten es nicht begreifen, daß die öffentliche Meinung in ihren Ländern nicht nur keine Loblieder auf ihre Kulturarbeit singen konnte, sondern umgekehrt sie noch verurteilen mußte, und auch ihre Regierung zum Teil zwang, davon abzurücken. Als dann die nationalrevolutionäre Bewegung mit Streiks, Boykott usw. antwortete und ihre Heimatregierungen es immer noch nicht wagten, mit den alten Mitteln der Intervention zu antworten, so erreichte ihre Enttäuschung die höchsten Grenzen. Sie forderten Krieg und Blockade, und die Antwort darauf war die Ohnmacht der imperialistischen Staaten, das Eingeständnis ihres geschichtlichen Bankrotts.

Jetzt tritt langsam an Stelle dieser Selbstsicherheit, die sie fast ein ganzes Jahrhundert hier zur Schau tragen konnten, Resigniertheit, Träume von alter Kolonialherrlichkeit und das Warten auf die Zeit der „Abrechnung“, wo man dem chinesischen Kuli wieder einmal zeigen kann, wer der Herr im Lande ist. Wie weit sich diese Ideologie eingefressen hat, beweist nur, daß sich die wenigsten umstellen können, und der chinesischen nationalrevolutionären Bewegung, die ja tatsächlich in der Gegenwart die einzige geschichtlich wahre und große Kulturbewegung des chinesischen Volkes ist, mit einiger Sympathie gegenüberzustehen.

Mit welch’ einem Aufbrausen von Jubel begrüßten diese Kreise in diesen Tagen die angekündigten englischen Truppensendungen und die ersten ankommenden Abteilungen! Das Faseln von Erinnerungen und Vergleichen an die Zeit der Boxerbewegung, lebt wieder auf. Doch in diesen Jubel mischt sich bereits der bittere Tropfer der Einsicht, daß die „gute alte Zeit“ nimmer wiederkehrt. Als die imperialistischen Truppen im Jahre 1900 gegen die Boxerbewegung ankamen, konnten sie erfolgreiche Arbeit leisten, jetzt aber stehen sie einer solchen geschlossenen Masse des chinesischen Volkes und solch einer riesenhaften elementaren Bewegung gegenüber, daß diese Truppensendungen nur das Gegenteil vom Gewollten erreichen werden. Auch als Pose wird es ihre Wirkung vollständig verfehlen. Wie sagte Marx in den „Klassenkämpfen in Frankreich“, daß die Ereignisse sich in der Geschichte zwar wiederholen, doch das eine Mal als Tragödie und das andere Mal als Tragikomödie!

II. Die imperialistische Presse in China.

Im Laufe ihres jahrzehntelangen Wettstreits in China haben sich die imperialistischen Vertreter eine machtvolle Presse, hauptsächlich in englischer Sprache geschaffen. Die Hauptzentren dieser Presse sind Schanghai, Hongkong, Tientsin-Peking und Hankau. Es erscheinen da gegenwärtig an 20 Tageszeitungen, 6 Wochenblätter und 4 Monatsschriften. Davon entfallen allein auf England 8

Tageszeitungen, 3 Wochen- und 2 Monatsschriften, die auch die meiste Verbreitung haben, während die anderen unter die übrigen imperialistischen Staaten, vor allem Japan und Amerika, verteilt sind. Allein in Schanghai zählen wir 6 Tageszeitungen, 5 Wochenausgaben und 2 Monatsschriften, in Hongkong 4 Tageszeitungen und ebenfalls eine Anzahl von Wochen- und Monatsschriften. Das sind meist Presseorgane, die jahrzehntelang bestehen, in großer Auflage erscheinen und einen weiten Leserkreis nicht nur unter der ausländischen Bevölkerung, und in den imperialistischen Mutterländern haben, sondern die auch mit ihrem schädlichen Einfluß in weite Kreise gebildeter und der englischen Sprache mäch-[180]tiger Chinesen hineinreichen. Diese Presse hat zu ihrer Verfügung wohlorganisierte englische, japanische und amerikanische Telegraphenagenturen, die auch von einem großen Teil der chinesischen Tagespresse, vor allem wegen Ermangelung ebenbürtiger chinesischer Telegraphenagenturen, benutzt werden. Hinzu kommen noch die zahlreichen englischen, japanischen und amerikanischen Schriften- und Bücherverlage (auch ein französischer), darunter auch manche, die als „amtliche“ chinesische gelten, wie z. B. der englische Verlag der Seezollverwaltung, die in von Zeit zu Zeit erscheinenden Büchern und Sammlungen „Informationen über China“ präsentieren. Nicht Information, sondern eine raffinierte Desinformation über China wird hier durch diese Pressekanäle zum größten Teil geleistet. Die einzige Lücke vom imperialistischen Standpunkt ist hier jedoch, daß, da wir es nicht nur mit der Presse eines imperialistischen Staates, sondern mehrerer zu tun haben. indem sie ihre gegensätzlichen Interessen in der Presse widerspiegeln, es einem geschulten Leser ermöglicht wird, aus den gegenseitigen Beschuldigungen herauszulesen, was sie alle gegenüber China in Wirklichkeit vorhaben, Aber auch das erscheint meist in versteckter Form und erscheint nur für geschulte Augen zu lesen, um die imperialistischen Absichten aller nicht ganz bloßzustellen.

Zur allgemeinen Charakteristik dieses riesenhaften Presseapparates muß man vorausschicken, daß die oben geschilderte Kolonialherrenideologie überall in der ganzen imperialistischen Presse, ohne Unterschied der Richtung und Interessengruppierung den Grundton bildet. Ueberall dieselbe erniedrigende Bevormundung, die Heuchelei des Gönnertums und der „freundschaftlichsten“ Absichten, Unverständnis und Haß der nationalrevolutionären Bewegung und mehr oder minder die provozierende Anmaßung, China den Willen der imperialistischen Staaten zu diktieren. Der Unterschied liegt lediglich in der taktischen Beleuchtung der Dinge, im Ton und im Grad der Heuchelei.

Greifen wir die einzelnen Richtungen heraus:

D i e e n g l i s c h e P r e s s e. Sie ist die reaktionärste und provozierendste auch im Ton. Selbst die Reuter-Berichte, die mehr im Einklange mit der offiziellen Sprache der Londoner Regierungskreise gehalten werden müssen, erscheinen dieser Presse meist als viel zu milde gegenüber der chinesischen nationalrevolutionären Bewegung, als Vorstoß gegen das Sprachregister, das diese Zeitungen sich angeeignet haben, um mit Chinesen zu verkehren. So z. B. ist, der englischen Presse in China gemäß, die Behauptung, daß China seit Jahrzehnten von den imperialistischen Staaten und ihren Vertretern in China als Kolonie behandelt und ausgebeutet wird, nur eine „bolschewistische Erfindung“. Nehmen wir aber zum Vergleich auch die reaktionären und echt imperialistischen Zeitungsrichtungen in London, so sehen wir, daß sogar sie es nicht wagen, mit solch plumper Verlogenheit vorzugehen. Umgekehrt, sie gestehen mehr oder weniger ein, daß China als Kolonie behandelt wurde, in entsprechende Einflußsphären aufgeteilt und ihm derartige Erniedrigungen beigebracht wurden, daß sich sein Nationalgefühl aufbäumen mußte. Ihre Verfälschung der Tatsachen setzt an einem anderen Punkte ein: erstens wollen sie bei diesem verruchten Werk nicht den Hauptanteil gehabt haben, zweitens werfen sie sich gegenseitig vor, daß es der andere imperialistische Staat war, der China zu seiner Kolonie machen wollte, und sie nur aus purer Gegenwehr dazwischenfahren und zur Schaffung des Gleichgewichts sich eben auch daran beteiligen mußten. Und drittens, daß sie jetzt diese schwarze Vergangenheit begraben und die „berechtigten Bestrebungen des chinesischen Volkes“ berücksichtigen wollen. Was die „berechtigten Bestrebungen“ sein sollen, darüber allerdings soll nicht das chinesische Volk, sondern die Herren Imperialisten bestimmen.

In den letzten Wochen, wo auch Reuter täglich Meldungen über die Entsendung von Truppenkontingenten nach China, enthusiastische Szenen bei ihrer Absendung usw. meldete, hat sich das Verhältnis zwischen Reuter und der englischen Presse in China wieder gebessert. Diese Presse, hauptsächlich

[181] diktiert von der englischen Bank, Schwerindustrie und Handelsinteressen, weiß meist nur einen Rat, um die nationalrevolutionäre Bewegung aufzuhalten: Intervention! Ihre ganze Schreib- und Berichtsweise ist auch darauf gerichtet, das in allen Farben als notwendig zu schildern, mit den Phrasen von der bedrohten Kultur für das Kleinbürgertum und die Arbeiteraristokratie hüben und drüben, mit der Schilderung der bedrohten Kapitalsinteressen für die Londoner Bank- und Industriewelt.

Die Erstarkung der nationalrevolutionären Bewegung hat aber doch schon folgende Aenderungen hervorgerufen. Die Hongkonger Zeitungen, die früher im Schrei nach Intervention gegen Kanton an erster Stelle standen, sind unter den Schlägen des Boykotts „gemäßigt“ geworden, die „Hankow Central Post“ z. B. hat ebenfalls, seitdem sich die Nationalregierung in Wuhan etablierte, bei dieser engen Nachbarschaft ihren früher so oft lautgewordenen Ruf nach Intervention und ihre Bewunderung für Wu Pei-fu, Tschang Tso-lin usw. aus ihren Spalten verschwinden lassen und beschränkt sich nur noch auf kleine Kläffereien. Dafür erlaubt sich die Schanghaier Presse noch immer ihre laute Interventionsmusik, und besonders mutig beteiligt sich daran im Gebiete Tschang Tso-lins das führende Organ der englischen Schwerindustrie und Finanz in China, die ‚Peking and Tientsin Times“, deren Wahlspruch auf dem Titelblatt seit 34 Jahren lautet: „Comitas inter gentes!“

Die amerikanische Presse verdient in puncto Heuchelei den ersten Rang. Sie ist gegen jede Intervention, vertritt aber die Verstärkung ihrer Kriegskräfte, zum „Schutz der Interessen und des Lebens“ ihrer Staatsangehörigen. Sie sympathisiert angeblich mit der Nationalregierung und hebt in großen Lettern den Abzug der Amerikaner aus Gebieten der Nationalregierung hervor, mit dieser Geste die Engländer unterstützend. Sie wiederholt täglich, daß die alten Verträge nicht angetastet werden dürfen, bis sie mit Erlaubnis des amerikanischen Senats abgeschafft werden. Während sie noch im offiziellen Teil sich befleißigt, ein freundschaftlicheres Gesicht dem neuen China zu zeigen, so versteht sie es im übrigen Teil, ihrem Hohn, ihrem Haß und ihrer Angst gegenüber der nationalrevolutionären Bewegung ebenso starken Ausdruck zu geben. Wie die amerikanische Politik gegenüber China überhaupt in leeren Worten von Freundschaft für das neue China spricht und in ihren Taten sich in die Front der imperialistischen Staaten gegen China einreiht, ebenso auch ihre Presse.

Die japanische Presse. Japan verfügt in China nicht nur über eine zahlreiche Presse in englischer, sondern über eine noch mächtigere Presse in chinesischer Sprache. Von den imperialistischen Staaten nutzt sie am meisten das Mittel der propagandistischen und agitatorischen Arbeit unter der chinesischen Bevölkerung in chinesischer Sprache aus. Ihre Presse wird provokatorisch und brutal, sobald sie irgendwo japanische Interessen, d. h. Privilegien, angetastet sieht. Dafür nimmt sie gegenüber dem antienglischen Kampfe der nationalrevolutionären Bewegung eine wohlwollende Haltung ein. Sie versucht gemäß der allgemeinen japanischen Politik, die Kräfte der nationalrevolutionären Bewegung von der linken Führung loszulösen und einer Verständigung mit Tschang Tso-lin das Wort zu reden. Im allgemeinen kann man feststellen, daß die japanische Presse trotz der Nachbarschaft und Stammesverwandtschaft, die die Japaner so gern den Chinesen vorhalten, dem ganzen Charakter der englischen Presse in China sehr ähnlich ist.

Außer diesen Hauptrichtungen sind noch die französische in französischer Sprache und die weißrussische in russischer Sprache zu erwähnen. Die erste bildet lediglich einen schwachen Anhang der anderen imperialistischen Presse, hat aber keine Besonderheit und ist sehr wenig verbreitet. Die weißrussische hingegen ist eine ziemlich starke Massenpresse, die, soweit sie die chinesischen Fragen berührt, allgemein auf seiten der äußersten imperialistischen und chinesischen Reaktion steht.

Schon aus der obigen Schilderung der Kolonialherrenideologie, die in der ganzen imperialistischen Presse zum Ausdruck kommt, kann man ermessen, [182] welch eine tiefe Kluft zwischen der national-chinesischen Presse, d. h. den Presseorganen der nationalrevolutionären Bewegung und diesen imperialistischen Presseorganen bestehen muß. Ebenso wie es zwischen der chinesischen Nationalrevolution und dem Imperialismus nur schärfsten Kampf auf Tod und Leben geben kann, ebenso kann es zwischen der Presse dieser beiden Lager keine Basis des gegenseitigen Verstehens geben. Die nationalrevolutionäre Presse begreift die imperialistische sehr wohl, während die letztere infolge ihrer Kolonialherrenideologie diese chinesische Presse weder verstehen kann noch will.

Um dem schädlichen Einfluß der imperialistischen Presse entgegenzutreten, hat sich die nationalrevolutionäre Bewegung ebenfalls schon eine kleine Anzahl von Zeitungen und Zeitschriften in englischer Sprache geschaffen. Der Zweck dieser Zeitungen ist, unter der ausländischen Bevölkerung die Wahrheit über das nationale China zu verbreiten und der imperialistischen Verleumdung entgegenzutreten. Diese Presse ist aber bisher noch viel zu schwach, um ganz ihrer Aufgabe gewachsen zu sein. Sie müßte ihre Aufgabe auch in solch einem Maße erfüllen können, daß sie auch die schwere Arbeit der Aufklärung unter der ausländischen Arbeiteraristokratie, besonders unter den imperialistischen Kolonialtruppen bewerkstelligen kann. In diese Kreise ist sie bisher gerade wegen ihrer journalistischen Schwäche und wegen Mangel an finanziellen Mitteln fast überhaupt noch nicht gedrungen. Solch eine Presse zu schaffen, die an diese Aufgabe herangeht und gleichzeitig die öffentliche Meinung in den imperialistischen Mutterländern aufklärt, ist eine sehr wichtige Aufgabe im Dienste der Befreiungsbewegung in den Kolonien und der Weltrevolution. Die chinesische nationalrevolutionäre Bewegung hat bereits gegenwärtig auch in den stärksten imperialistischem Staaten derart weite Kreise sympathisierender und hilfsbereiter Pressekräfte in ihrem Banne, daß es gar nicht schwer wäre, auf dem Wege der internationalen Solidarität der chinesischen nationalrevolutionären Bewegung zur Schaffung einer solchen Presse kräftige Hilfe zu leisten.

W u c h a n g, 5, Februar 1927.

*

Zum 250. Todestage Spinozas

Spinoza – der Urheber des Materialismus

M. J. Am 21. Februar jährte sich der 250. Todestag Spinozas, eines der größten Denker und der kühnsten Vorkämpfer um die Befreiung der Menschheit von religiösem Spuk und Pfaffenaberglauben. Wenn das emporsteigende Proletariat, nach L e n i n s Wort, allein befähigt und berechtigt ist, die tiefsten Kulturschätze der Vergangenheit zu heben und sie sich anzueignen, alle großen geistigen Leistungen der Menschheit in ihrer geschichtlichen Entwicklung als Elemente der neuen proletarischen Kultur zu assimilieren und weiter zu bilden zu der einheitlichen Weltanschauung des dialektischen Materialismus, so gilt das wohl von keiner Philosophie mehr als von dem Werke Spinozas, dem Spinozismus.

Indessen, an den historischen Schicksalen des Spinozismus läßt sich derselbe Vorgang beobachten, wie an fast jeder Ideologie, die gegen die bestehende Ueberlieferung r ü c k s i c h t s l o s ankämpft, die ihre Stärke und Originalität gerade in ihrem radikal-revolutionären Kerne birgt. Zuerst von der herrschenden Meinung, von der Meinung der herrschenden Klasse, bis an den Tod gehaßt, wird sie allmählich ihres echten Kernes beraubt, durch Kompromisse geglättet, durch „Ergänzungen“ mundgerecht gemacht und mit süßer oder mehr saurer Miene geschluckt. So erging es auch dem Kernbestandteil der spinozistischen Lehre, dem Materialismus. Er wurde in sein Gegenteil „verklärt“, in einen idealistischen (!) Monismus verwandelt, [183] wobei man sich, wie es bei solchen Prozeduren gewöhnlich geschieht, an die äußere Hülle der Worte Spinozas hielt, an die von ihm noch nicht ganz abgeworfenen Eierschalen der überlieferten Meinung. Diese Leistung zu vollbringen, blieb freilich erst der bestallten reaktionär-bürgerlichen Philosophie des 19. und 20. Jahrhunderts vorbehalten, aber dabei durften selbstverständlich auch manche sozialdemokratische „Kritiker“ nicht fehlen. So wird jetzt Spinoza von allen bürgerlichen Philosophen, die den Materialismus als die tollste Ausgeburt der Hölle verwünschen, in alle Himmel gehoben, und in diesem Chorus stimmen sogar (welche Ironie!) die unbeschnittenen und beschnittenen Dunkelmänner, Jesuiten und Rabbiner, die einst gegen den Philosophen Mörder gedungen haben!

Kein Zweifel jedoch, der historische Spinoza, so wie sich seine Tätigkeit zu seinen Lebzeiten ausgedrückt und später in dem Kampfe der einst revolutionären Bourgeoisie des 18. Jahrhunderts gegen die finsteren Mächte des Pfaffentums ausgewirkt hat, hat nichts mit einer idealistischen Verklärung zu tun. Im Gegenteil, ein roter Faden des stetigen Fortschrittes führt von seinem sogenannten „Pantheismus“ zu den französischen Materialisten und Enzyklopädisten, Lamettrie, Holbach und Diderot und darüber hinaus zu Feuerbach, um schließlich in die Vollendung jedes bisherigen Materialismus,

den Marxismus zu münden. In diesem Sinne hat Plechanow mit Recht von dem „Spinozismus von Marx und Engels“ gesprochen, und er hat dem Unverständnis der Bernsteinianer gegenüber überzeugend dargelegt, daß der dialektische Materialismus nur eine „Art des Spinozismus“ ist, in dem Sinne etwa, daß nach der Konkretisierung, die die französischen Materialisten und Feuerbach an dem Spinozismus vollbracht haben, seine wirkliche Keimzelle die höchste „Artentwicklung“ im Marxismus gefunden hat.

Gerade diese Entwicklungslinie des neuesten Materialismus bietet für das Proletariat das größte Interesse, und wer sie genau verfolgt, wird auch den wahren Kern des Spinozismus trotz der großen Schwierigkeiten seines Denksystems leicht verstehen. In diesem Zusammenhang ist die Kritik Feuerbachs an Spinoza von überragender Bedeutung. Dieser größte Vertreter des vormarxistischen Materialismus in Deutschland, der gerade deshalb von der offiziellen bürgerlichen Philosophie totgeschwiegen wird und der leider auch in den Arbeiterkreisen zu wenig bekannt ist, faßt die Mängel, die gleichsam noch von der Vergangenheit her der Philosophie Spinozas anhaften, in zwei wuchtige Sätze zusammen. Er sagt: „Der Pantheismus (Spinozas) ist theologischer Materialismus, eine Verneinung der Theologie auf dem Boden der Theologie“. Damit wird gerade diejenige, freilich nur äußerliche Form des Gedankenwerkes Spinozas gekennzeichnet, an die sich seine „Verklärer“ aus dem Lager der Bourgeoisie gehalten haben, um ihn mit der Zeit zu einem Idealisten zu stempeln. Sie haben dahinter nicht den materialistischen Pferdefuß sehen wollen. Aber dieser ist ja gerade die Hauptsache bei Spinoza, was Feuerbach wiederum sehr wuchtig ausdrückt. „Was Spinoza logisch oder metaphysisch die Substanz und theologisch Gott nennt, ist nichts anderes, bei Licht besehen, als Natur.“ In der Tat, es ist die Natur (das „große Ganze“, wie die späteren Materialisten sagten), die von Spinoza zum ersten Male in neuerer Zeit als die „Substanz“, das Wesen aller Dinge, ihre Ursache proklamiert, und damit jeder „von außen her“ die Welt zusammenhaltender und bewegender „Urheber“ strikt verneint wird. Dadurch ist schon a n s i c h der Materialismus ausgesprochen, denn die Einheit der Welt wird eben als eine innere, in sich begründete ausgesprochen. Aller übernatürliche Spuk wird gebannt. Seiner „Substanz“, dem Weltall, legt Spinoza unendlich viele „Attribute“ (das heißt wesentliche, notwendige Erscheinungsarten) bei und nennt als solche ausdrück-[184]lich die Ausdehnung und das Denken, die dem Menschen b e w u ß t werden, In diesen beiden „Attributen“ erscheint uns die Natur, sie bietet zwei Seiten eines einheitlichen Ganzen, sie stellt sich „von außen“ und „von innen“ dar. Damit wird in abstrakter Weise ausgesprochen, daß alles, was existiert, räumlich ist, das heißt aber, materiell. Es unterliegt somit keinem Zweifel, daß die Substanz Spinozas notwendig m a t e r i e l l gedacht werden muß, und das ist reiner Materialismus. Die französischen Materialisten, die gegen die theologische Hülle des Spinozismus polemisierten, indem sie jedoch seinen Grundgehalt aufnahmen, brauchten bloß einen Schritt weiter zu machen, nur den A k z e n t zu verschieben und nunmehr statt „Substanz“ überhaupt – konkreter –“Materie“ zu sagen, Sie haben, wie Hegel sich ausdrückte, die spinozistische Substanz „r e a l i s i e r t“. Und dann kam Feuerbach, der zum Spinozismus erstens den H u m a n i s m u s und zweitens das neue Element der s i n n l i c h e n, lebenssprühenden Wirklichkeit hinzufügte. Gerade über das abstrakte, lebensfremde Wesen der „Substanz“ an sich wollte Feuerbach unbedingt hinaus, und so rügt er an Spinoza: „Das sinnliche antitheologische Wesen der Natur erhält bei ihm den Schein eines abstrakten metaphysischen Wesens.“ Aber diese Erfassung des Spinozismus in den konkreten Existenzformen des Natur- und Gesellschaftsseins gelang auch nur Feuerbach zum Teil, sie konnte erst zur Gänze gelingen, nachdem in den Spinozismus die D i a l e k t i k eingeführt wurde, wodurch die abstrakte Substanz, die bei Spinoza eben wegen seiner mehr s t a t i s c h e n Auffassung zu einem abstrakten „Gott o d e r Natur“ erstarren mußte, ganz naturalisiert wurde, sich verflüssigte, damit aber jeder M e t a p h y s i k der himmlische Boden entzogen wurde. Denn die Metaphysik spukt dort, wo es eben noch starre „Wesen“, „Wesenheiten“ usw. gibt.

Es ist hier nicht der Ort, auch nur auf die Grundzüge des Spinozismus weiter einzugehen, Uns kam es darauf an, auf die Kontinuität des materialistischen Gedankens von dem Verfasser der „Ethik“ und des „politisch-theologischen Traktats“ bis zu dem Marxismus hinzuweisen. Und dadurch eben wird festgestellt, daß der lebendige Kern des Spinozismus dem revolutionären Proletariat gehört – trotz aller Fälscherkunststücke der bürgerlichen Philosophie. Es steht fest, daß „Spinoza – der Moses der

neuesten Freidenker und Materialisten ist“ (Feuerbach). Das Proletariat wird auch dafür Sorge tragen daß der eherne Spruch des Spinozismus: „die Ordnung und der Zusammenhang der Ideen ist derselbe, wie die Ordnung und der Zusammenhang der Dinge“ in der Weise in der sozialistischen Gesellschaft verwirklicht wird, daß mit der kapitalistischen Basis auch der bourgeoise Ueberbau des religiösen Aberglaubens und des Pfaffenidealismus in Scherben geschlagen wird und Spinozas Weltanschauung triumphiert. [185]

*

RUNDSCHAU

Die Brüsseler Konferenz gegen den Imperialismus

Vom 10. bis 14. Februar tagte in Brüssel eine von der provisorischen Leitung der „Liga gegen koloniale Unterdrückung“ einberufene internationale Konferenz verschiedener Organisatoren aus Kolonien und halbkolonialen Ländern sowie vom Imperialismus bedrohten Staaten und derjenigen Arbeiterorganisationen der imperialistischen Herrscherländer, die die Unabhängigkeitsbestrebungen der unterdrückten Völker unterstützen. Die Delegationen wiesen ein buntscheckiges Bild der verschiedenartigsten politischen Auffassungen und Weltanschauungen auf. Es waren insgesamt 174 Delegierte im Auftrage von 131 Organisationen anwesend, darunter 104 Delegierte aus unterdrückten Ländern, während 70 Delegierte Arbeiterorganisationen und z. T. bürgerlich-pazifistische Vereinigungen der Herrscherländer vertraten. Die Delegierten gliederten sich in 37 Länderdelegationen, von denen 8 auf die Herrscherländer, die übrigen 29 auf die unterdrückten und bedrohten Länder fielen. Unter den Delegierten befanden sich Vertreter von zwölf zentralen Gewerkschaftsorganisationen bzw. Gewerkschaftsverbänden, die insgesamt rund 8 Millionen organisierte Arbeiter vertraten.

Am vollständigsten war die nationalrevolutionäre Einheitsfront C h i n a s vertreten. Die aus rund 30 Mitgliedern bestehende chinesische Delegation vereinigte alle sozialen Elemente dieser Einheitsfront vom Allchinesischen Gewerkschaftsbund und dem linken Flügel der Kuomintang bis zur Volksarmee Fengs und dem Verband der Handelskammern chinesischer Kaufleute in sich. Die Vertretungen aus den anderen unterdrückten Ländern waren keineswegs so bedeutend und autoritativ, so daß man auch nicht behaupten kann, daß auf dieser Konferenz alle Elemente der imperialistenfeindlichen Freiheitsbewegungen aus allen Ländern auch nur annähernd vollzählig vertreten gewesen wären. Aus I n d i e n erschien an der Spitze einer Delegation, die wohl weniger aus Vertretern von Organisationen, als aus Einzelpersonen, Schriftstellern und Journalisten bestand, N e h r u, Mitglied der Exekutive des Allindischen Nationalkongresses, der die verschiedenen Schattierungen der indischen Unabhängigkeitsbewegung zusammenfaßt und in der Zukunft vielleicht berufen ist, eine der chinesischen Kuomintang ähnliche nationalrevolutionäre Massenpartei herauszubilden. Nehru selbst scheint nach seinen Ausführungen dem gemäßigten Zentrum der bankrotten S w a r a i-P a r t e i anzugehören. Vom dritten wichtigen Zentrum der antiimperialistischer Bewegung, aus M i t t e l- u n d S ü d a m e r i k a, war der Gewerkschaftsbund Mexikos und Gewerkschaftsorganisationen einiger weiterer Länder vertreten. I n d o n e s i e n, die verschiedenen a r a b i s c h e n L ä n d e r und die N e g e r k o l o n i e entsandten Delegierte, die z. T. ebenfalls nationalrevolutionäre Massenorganisationen ihrer Länder vertraten, zum anderen zu intellektuellen Propagandagruppen gehörten.

Die Organisationen der I I. u n d d e r A m s t e r d a m e r I n t e r n a t i o n a l e haben eine offizielle Teilnahme an der Konferenz a b g e l e h n t, nachdem die II. Internationale in ihren Pressemitteilungen die Konferenz bekanntlich als eine „bolschewistische Mache“ denunzieren. Trotzdem war die imperialistenfeindliche Linksentwicklung einiger Arbeiterorganisationen schon stark genug, um eine Reihe nichtkommunistischer Arbeiterführer zur Teilnahme an der Konferenz zu veranlassen. So erschienen F i m m e n, der Sekretär der Transportarbeiterinternationale (der auch das Mandat des mexikanischen Gewerkschaftsbundes hatte) und B r o w n , der englische Sekretär der Amsterdamer Internationale. Beide mußten jedoch betonen, daß sie n u r p e r s ö n l i c h und nicht im Auftrage ihrer Organisationen anwesend sind. Auch der englische Linkssozialist L a n s b u r y Mitglied der Exekutive der Labourparlamentsfraktion (die in der chinesischen Frage eine „linke Mehrheit“ haben soll), sprach nicht im Namen der Labour Party, sondern nur für seine linken Freunde. Offizielle Delegierte

linkssozialdemokratischer Organisationen und linksgerichteter, jedoch der RGI nicht angeschlossener Gewerkschaften, waren dagegen: S. C. Dawis (englischer Bergarbeiterverband), Stokes (Londoner Gewerkschaftsrat). Brockway, Brailsford und Wilkinson (Unabhängige Arbeiterpartei Englands), Marteaux und Gerard (linker Flügel der belgischen Sozialdemokratie).

*

Die Konferenz nahm die Gründung einer „Weltliga gegen Imperialismus, koloniale Unterdrückung und für nationale Unabhängigkeit“ mit einer ständigen Exekutive und einem ständigen Sekretariat vor. Manifest und Resolutionen der Konferenz enthalten die Schilderung vom Wesen des Imperialismus, die Forderungen der Kolonialvölker und das Prinzip der Solidarität der Arbeiterklasse mit den nationalrevolutionären Freiheitsbewegungen, mit der Bezeichnung der Boykott- und Streikaktionen als den wirksamsten Waffen im Kampfe gegen den Imperialismus, die den Prinzipien des Leninismus-Marxismus in großen Zügen entsprechen.

Die indische und chinesische Delegation beschloß die möglichste Koordinierung der Bewegungen der beiden Länder. die englischen Linkssozialisten erklärten in Reden und Entschließungen, die Unabhängigkeitsforderungen Chinas und Indiens restlos anerkennen und mit wirksamen Aktionen der englischen Arbeiterschaft unterstützen zu wollen. Die mittel- und südamerikanischen Delegationen verständigten sich über die Unterstützung der mexikanischen Regierung im Kampfe gegen den amerikanischen Imperialismus. Die Vertreter der weißen und schwarzen Arbeiterorganisationen Südafrikas versprachen, an der Ausmerzung der Rassenvorurteile und der Vereinigung der beiden bis heute geteilten Gewerkschaftsbewegungen zusammenzuarbeiten. Die anwesenden Gewerkschaftsvertreter richteten an die Gewerkschaftsinternationalen und die unabhängigen [186] Gewerkschaftsorganisationen einen Appell zur Herstellung der Internationalen Gewerkschaftseinheit im Kampfe gegen den Imperialismus und die Kriegsgefahr. Die deutsche Gesamtdelegation mit Einschluß zahmer bürgerlicher Pazifisten brachte eine Resolution gegen die Kolonialbestrebungen des neudeutschen Imperialismus ein.

*

Das sind zweifellos Einzelergebnisse, deren propagandistische Wirkung ebensowenig geleugnet werden kann, wie die agitatorische Auswirkung der ganzen Konferenz überhaupt. Selbst die sozialdemokratische Presse, der Brüsseler „Peuple“ und die Wiener „Arbeiterzeitung“ waren gezwungen, sich mit der Konferenz ernsthaft auseinanderzusetzen und auch die von der großen Imperialistenpresse anfangs befolgte Taktik des Totschweigens erlitt Schiffbruch. Die Konferenz war ein erster Versuch, die imperialistenfeindliche Front im Geiste der leninschen Parole: „Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch im gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus, über die Reihen der revolutionären Arbeiterorganisationen hinaus international zusammenzufassen. Es zeugt von der allgemein aufwärtsgehenden Linie der nationalrevolutionären Bewegungen, daß verschiedene bürgerliche Vertreter dieser Bewegungen durch ihre Teilnahme an der Konferenz, ihre Ausführungen und ihre Zustimmung zu den gefaßten Resolutionen ein Verständnis und einen guten Willen für die Verwirklichung dieser Parole an den Tag legten. Für manche von ihnen mag die Konferenz selbst ein starkes Erlebnis gewesen sein, das sich in ihrer weiteren politischen Aktivität günstig auswirken kann. Sie konnten die positive Lehre mit nach Hause nehmen, daß der revolutionäre Teil der europäischen Arbeiterschaft ihre nationalen Forderungen vorbehaltlos unterstützt und die negative Erfahrung, daß sie von der offiziellen Sozialdemokratie und den Reformisten, die sogar eine Beteiligung an der Konferenz ablehnten, nichts zu erwarten habe. Auch ist das Bekenntnis mancher dieser bürgerlichen Delegierten zur Sowjetunion als dem zuverlässigsten Freund der unterdrückten Völker ein ermunterndes Zeichen für die revolutionäre Arbeiterschaft der Herrscherländer.

Die Anwesenheit und die Ausführungen linker sozialdemokratischer Führer, deren Haltung vom wachsenden Druck der englischen Arbeitermassen diktiert war, ist ein zweifelloses Ergebnis der Einheitsfronttaktik des kommunistischen, klassenbewußtes Teils der Arbeiterklasse.

*

Trotzdem müssen eben wir Kommunisten, die wir den Aufbau der imperialistenfeindlichen Einheitsfront wollen, die in den unter. drückten Völkern Bundesgenossen des Kampfes der Arbeiterklasse gegen den imperialistischen Kapitalismus erblicken, die Ergebnisse dieser Konferenz real und nüchtern beurteilen, ihre Fehler und Mängel vom Standpunkt der revolutionären Arbeiterschaft aufdecken, um diese in der weiteren Tätigkeit der neu gegründeten Weltliga, die ein wichtiger Faktor des imperialistenfeindlichen Kampfes werden kann, durch unsere Einflußnahme zu beseitigen und zu korrigieren. Es sei hier nur nebenbei erwähnt, daß solche Elemente, wie der ägyptische Delegierte, der Kammerdeputierte Hafiz Ramadan Bey, die jeden Gedanken auf einen revolutionären Kampf gegen den englischen Imperialismus ablehnen und sich sogar dagegen verwahren, ihr Land als eine Kolonie anzusprechen, in der weiteren Entwicklung der Weltliga, soll sie eine Kampforganisation werden, von selbst wegfallen. Ebenso selbstverständlich ist, daß buddhistisch reaktionäre „Philosophen" deutscher Professoren mit dem Programm dieser Weltliga nichts zu tun haben dürfen und schon auf der Konferenz selbst ebenso eindeutig hätten zurückgewiesen werden müssen, wie andere Unklarheiten in den Ausführungen nicht nur von Delegierten, sondern auch vom (nichtkommunistischen) Referenten selbst.

Ein Teil der linkssozialdemokratischem Führer kam offenkundig nicht nur vom Willen der Massen gepeitscht nach Brüssel. sondern auch in der Absicht „die Finger im Spiel zu behalten" und „sich den Kolonialvölkern anzubiedern". Die schönsten Schuldbekenntnisse Brockways, des Vorsitzenden der ILP, konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Partei nicht nur die ärgsten Verräter der englischen Arbeiterklasse, wie MacDonald und Co., in ihren Reihen duldet, sondern auch jede wirksame Aktion gegen den englischen Imperialismus, die Bildung einer einheitlichen Kampffront der englischen Arbeiterschaft hintertreibt und verhindert. Nach der letzten englischen Unterhausdebatte über die russische Frage wird man erstaunt fragen müssen, wo denn die von der ILP geführte angebliche „linke Mehrheit" der Labourparlamentsfraktion ist, wenn diese als offiziellen Redner den Imperialistenlakaien MacDonald vorschicken darf, gegen dessen Politik Brockway in Brüssel so scharfe Worte fand? Die Zwiespältigkeit der englischen linkssozialdemokratischen Führerschaft kam ja auf der Brüsseler Konferenz in den Ausführungen der ebenfalls „linken" ILP-Parlamentarierin Wilkinson genügend zum Ausdruck. Diese „Arbeiterführerin" hielt eine Rede, die eine einzige Rechtfertigung der Verräterei der englischen Labourleute war und die Schuld an der mangelnden Aktivität der englischem Arbeitermassen auf diese selbst abzuwälzen versuchte, mit der Konklusion, daß in England wirksame Massenaktionen gegen dem Imperialismus gegenwärtig „unmöglich" wären. Es gehörte mit zu den Schwächen der Konferenz, solche schamlose Behauptungen nicht mit der allergrößten Entschiedenheit zurückgewiesen zu haben. Auch Lansburys warnenden Worte gegen einen „übertriebenen chinesischen Nationalismus", den er, aller marxistischen Einsichten bar. mit dem Jingonationalismus gleich stellte, zeugten von derselben Zwiespältigkeit.

Auf der Konferenz wurde vor einem Forum von Delegierten, die in dieser Frage keinerlei Erfahrungen besitzen, über die Notwendigkeit und Wirksamkeit der politischen Streiks und sonstiger Massenaktionen gesprochen. Es wurden auch diesbezügliche Resolutionen gefaßt. Die anwesenden revolutionären Arbeiterführer begnügten sich aber mit Andeutungen darüber, welche die Voraussetzungen solcher Aktionen sein müssen. Es kann zu bedenklichen Illusionen führen, wenn man unter schönen Resolutionen über Massenstreiks gegen Interventionskriege die Namen englischer ILP-Führer findet.

[187] Zusammenfassend kann über die negativen Selten der Brüsseler Konferenz gesagt werden: das Hauptgewicht wurde viel zu sehr auf die propagandistische Wirkung, auf die Demonstration nach außen gelegt. Dies geschah in manchen Punkten auf Kosten der politischen Klarheit, die sich die revolutionäre Arbeiterschaft in langen Kampferfahrungen errungen hat. Dies geschah auch unter Vernachlässigung der Konkretisierung sowohl der gegenwärtigen Kampflage, als ihrer unmittelbaren Erfordernisse. Die Behandlung konkreter Punkte allergrößter Aktualität, so 1. der Erfahrungen der chinesischen Revolution, der Rolle der Arbeiterschaft und ihrer Aktionen, in der nationalrevolutionären Einheitsfront, der allmählich klar werdenden, führenden Rolle des Proletariats in China. 2. der negativen Erfahrungen der indischen Nationalbewegung,

der Ursachen des Versagens der Swarajpartei, der Versackung der nach dem Kriege machtvoll aufwärtsgehenden nationalrevolutionären Welle in Indien, 3. der Erfahrungen der bewaffneten Kämpfe in Indonesien und ihrer Kombination mit den Massenaktionen der Arbeiterschaft. 4. die klare Behandlung der Schwächen der europäischen Arbeiterbewegung in bezug auf die Unterstützung der national revolutionären Kolonialbewegung bei Herausarbeitung der Rolle der 2. und Amsterdamer Internationale, bei Betonung nicht nur des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den nationalrevolutionären Freiheitsbewegungen, sondern auch der Hervorkehrung der führenden Rolle der Arbeiterklasse auf einer gewissen Entwicklungsstufe dieser Bewegungen selbst. 5. die Behandlung der Agrarfrage und der Rolle der Bauernmassen in den Kolonialländern; die Behandlung all dieser Fragen eben vor dem Forum diese Delegierten hätte zur weiteren Entwicklung der antiimperialistischen Einheitsfront wesentlich beitragen können.

Es ist zu erwarten, daß die innerhalb der gegründeten Weltliga wirkenden kommunistischen Organisationen und Einzelpersonen diese Mängel nicht nur erkennen, sondern in zäher Arbeit an ihre Abschaffung herangehen werden. Geschieht das, so werden die Auswirkungen der Brüsseler Konferenz nicht nur wertvolle, aber vorübergehende Propaganda auswirkungen sein, sondern wird die neugegründete Weltliga ein wichtiges Bindeglied zwischen der revolutionären Arbeiterschaft und den nationalrevolutionären Freiheitsorganisationen, ein Glied in der Kette der kämpfenden Weltfront gegen den Imperialismus werden und mithelfen, den Kapitalismus zu stürzen, die Herrschaft der Werktätigen aufzurichten.

In der Periode einer vorübergehenden Festigung des imperialistischen Kapitalismus, die augenblicklich eben durch die revolutionären Freiheitskämpfe der unterdrückten Länder am stärksten bedroht wird, entspricht der Brüsseler erste Versuch einer organisatorischen Verbindung der Arbeiterschaft mit diesen nationalrevolutionären Bewegungen einem Bedürfnis der revolutionäres Strategie und Taktik. Georg.

LITERATUR

Die marxistisch-philosophische Literatur in der USSR. Im Jahre 1926

Das verflossene Jahr wird als ein wichtiges und bedeutungsvolles in die Geschichte der marxistischen Theorie der Nach-Oktoberperiode eingetragen werden: es wurden nicht nur Fragen der Bekämpfung des Idealismus und dessen Ersatz durch den Materialismus auf allen Gebieten, sowohl der allgemeinen Weltanschauung als auch der Wissenschaft, aufgeworfen (Fragen, die immer vor uns gestanden haben und noch lange stehen werden), in diesem Jahr begann der russische Marxismus zum erstenmal, die weitere theoretische Vertiefung des Materialismus praktisch auszuarbeiten. Wie bedeutend und reich dieses Jahr in dieser Hinsicht ist, wird besonders klar, wenn man bedenkt, daß zum erstenmal die wundervollen Fragmente von Engels über „Naturdialektik“ (deutsch und russisch) veröffentlicht wurden, ferner Lenins Fragment „Zu der Frage über Dialektik“ (deutsch in „Unter dem Banner des Marxismus“, Heft 1, Bd. 1.) und ebenfalls von Lenin das Hegelsche „Konspekt der Wissenschaft der Logik“.

In bezug auf Literatur hat uns dieses Jahr eine ganze Anzahl hervorragender Werke gebracht. Ganz besonders muß hingewiesen werden auf das Buch von A. M. Deborin: „Philosophie und Marxismus“[*)], das eine Sammlung seiner bereits früher erschienenen Artikel darstellt. Ferner, ebenfalls von Deborin, „Die Dialektik in Kants System“ (deutsch erschienen im „Marx-Engels-Archiv“, Buch I). Wundervolle Vorarbeiten zur wissenschaftlichen Ausarbeitung der Geschichte des Marxismus bieten auch die Einleitungsartikel des Genossen Deborin, zu den vielfachen russischen Uebersetzungen der Klassiker des Materialismus, die von dem von Rjasanow geleiteten Marx-Engels-Institut herausgegeben werden. Doch war der Kernpunkt der Deborinschen Schriften im verflossenen Jahr seine Theorie der Dialektik (siehe Skizze über die Theorie der marxistischen Dialektik[**)]. Diesem Thema widmet er die Mehrzahl seiner Artikel, von denen, außer den eben

[*)] Filosofija i Marksism.
[**)] Očerki po teorii materialisticzeskoy Dialektiki.

genannten, noch eine Serie unter dem Titel „Engels und die Dialektik in der Biologie“ (Pod Znamenem Marksisma“ 1921) erschienen ist.

Dasselbe Thema behandeln in ihren Arbeiten auch die meisten jungen Theoretiker der [188] Deborinschen Schule. In ihren Schriften vertreten sie die richtige Auffassung der „Dialektik der Natur“ von Engels (Genossen J. Sten, P. Staposchnikow, J. Luppol, W. Karen, A. Troitzky. A. Weinstein, G. Hammel), die Begründung und Entwicklung der marxistischen Kritik des mechanischen Materialismus (Milonows Artikel „Gegen den mechanischen Materialismus“[*)] ferner die Begründung und Entwicklung der marxistischen Auffassung und Rolle und der Stellung der Philosophie (Artikel des Genossen Karen: „Das Problem der Philosophie im Marxismus“[**)].

Nach diesen Genossen, die in bezug auf ihre theoretischen Prinzipien eng miteinander verbunden sind, möchten wir noch eine Reihe beachtenswerter Werke nennen, wie z. B. „Skizzen über die Philosophie des Marxismus“[***)] von Ssemkowski mit seinem grundlegenden Artikel über die Relativitätslehre von Einstein; ein großes Werk von J. L. Axelrod über den historischen Materialismus: „Kritik der Prinzipien der bourgeoisen Sozialwissenschaft“[†)]; A. Warjasch: „Geschichte der neuen Philosophie“[††)].

Leider machen sich in dieser letztgenannten Arbeit einige idealistische Schwankungen bemerkbar. Zur vollen Charakteristik des verflossenen Jahres in bezug auf Literatur muß auch die Verlagstätigkeit des Marx-Engels-Instituts hervorgehoben werden. Eine Uebersicht seiner Forschungsarbeiten für das Jahr 1926 gibt das Institut in seiner Zeitschrift, die dem deutschen Leser bekannt ist: „Marx-Engels-Archiv“ , und in der russischen, zweimal im Monat erscheinenden Zeitschrift: „Annalen des Marxismus“ („Letopissi Marksisma“). Ins Russische übersetzt und herausgegeben wurden im vorigen Jahre: Diderot (Ausgewählte Werke, 2 Bände). Lamettrie, Hobbes.

Was die literarische Tätigkeit in bezug auf die theoretische Ausarbeitung des Materialismus betrifft, so war sie hauptsächlich darauf gerichtet, Lenins und Engels Ideen über Dialektik zu begründen und zu popularisieren. Das zu Ende des Jahres erschienene Buch des Genossen Luppol: „Lenin und die Philosophie“ bietet ein klares Bild davon, was die marxistische Denkart im Laufe des vorigen Jahres innerlich durchmachte.

Die positiven theoretischen Schlüsse auf dem Gebiet der Philosophie wurden durch polemische Werke hervorgerufen, wie dies auch früher in der Geschichte des Marxismus der Fall war (z. B. „Anti-Dühring“ von Engels, Plechanoffs: „Zur Frage der monistischen Auffassung der Geschichte“, Lenins: „Materialismus und Empiriokritizismus“).

Die Polemik seitens der orthodoxen Marxisten, deren Hauptvertreter auf dem Gebiete der Philosophie Genosse Deborin ist, bekämpfte eine ganze Anzahl verschiedener pseudo-marxistischer Strömungen, die man unter dem allgemeinen Begriff einer „positivistischen“ Weltanschauung zusammenfassen kann. Deborin und seine Schüler legten klar dar, worin die positivistische Verflachung des Marxismus besteht und weshalb eben in der jetzigen Etappe der Entwicklung des Marxismus eine Vertiefung und Entwicklung der marxistischen Dialektik durchaus notwendig sei.

Die positivistische Verflachung des Marxismus äußert sich bei den Vertretern des feindlichen Lagers in folgenden Behauptungen: Erstens wird ihrerseits jede „spezifische“ Bedeutung der Theorie der Dialektik, oder, was im gegebenen Zusammenhang dasselbe bedeutet, der Philosophie als Theorie einer Methode verneint. Konkret genommen führt das zu einer Identifizierung der gegenwärtigen Naturwissenschaft mit dem dialektischen Materialismus und zur Deutung der unbewußt-dialektischen Theorien in der Physik, Biologie usw. als einer vollkommenen Anerkennung und Verwirklichung seitens der Naturforscher der Grundgesetze des dialektischen Materialismus. Daher die

[*)] Protiv mechaniczeskogo Materialisma.
[**)] Problems Filosofii w Marksisme.
[***)] „Etjudii po filosofii Marksisma“.
[†)] Kritika osnow burgoisnogo Obschestwedenja.
[††)] „Istorija nowoy Filosofii“.

Illusion, die Naturwissenschaft könne die idealistischen, darunter auch die vitalistischen Strömungen, aus eignen Mitteln bekämpfen, und daß alle Bestrebungen, die Notwendigkeit einer besonderen Theorie der Dialektik festzustellen, unvermeidlich zur Scholastik führen würden.

Zweitens ruft die Geringschätzung der philosophischen Grundlage des Marxismus das Bestreben hervor, sämtliche philosophische Grundbegriffe des Marxismus den Begriffen der Naturwissenschaft positivistisch gleichzusetzen, d. h. au, mit diesen als identisch zu betrachten. So weint z. B. Genosse Varjas, man habe das Verhältnis zwischen gesellschaftlichem Sein und gesellschaftlichem Bewußtsein als ein Verhältnis des psychophysiologischen Apparats der Menschen zur physischen Umgebung der Außenwelt zu interpretieren. Genosse Stepanow Skworzow behauptet, daß der Begriff eines „Sprunges“ oder eines „Knotens“ (Hegel) ein überlebter philosophischer Begriff sei, der im Schwinden ist und verschwinden wird, insofern als die Naturwissenschaft die Hegelschen „Knoten“ lösen wird, indem sie „den Sprung“ und die „vermeintlichen“ Unterbrechungen auf Kontinuität (Stetigkeit) zurückführen wird, die, seiner Meinung nach, allein in der Wissenschaft Geltung habe. Sowohl Genossin Axelrod als auch Varjas meinen, daß alles „Allgemeine“, wenn es nicht als Produkt der Verallgemeinerung und des Vergleichs genommen wird, unbedingt zu einem „scholastischen Realismus der Begriffe“ führen muß.

Die Bestrebungen, den Marxismus vor einer mechanistischen Verflachung zu bewahren, blieben nicht ohne Erfolg. Und zwar muß als auf eine der wichtigsten Folgen derselben darauf hingewiesen werden, daß die besten Vertreter der Naturwissenschaft ein ernstes Interesse für den dialektischen Materialismus gewannen, indem sie ganz bewußt die Methode der materialistischen Dialektik auf spezielle Gebiete der Naturwissenschaft anwandten.

Das Jahr 1926 zeigte sich aber nicht nur als ein Jahr des Kampfes gegen „innere“ Verflachung des Marxismus. Auch den sozialdemokratischen und bourgeoisen Angriffen gegen den Marxismus hatten die russischen Marxisten-Philosophen standgehalten. Fast in jeder Nummer der Zeitschrift „Pod Znamenem Marksisma“ finden wir einen speziellen Artikel, welcher der Kritik der sozialdemokratischen Theorie gewidmet ist. Die russischen Marxisten-Philosophen bewiesen in einer ganzen Reihe von Artikeln, daß die in der „Gesellschaft“ oder in den „Sozialistischen Monatsheften“ gepredigte Philosophie nur ein Produkt der Fäulnis der [189] bourgeoisen Gesellschaft darstellt. Die Ideologie der Sozialdemokratie kämpft gegen die Revolution, indem sie sich der revolutionären Phrase bedient. Auf dem Gebiet der Ideologie erfüllt sie dieselbe Funktion wie in der Politik: sie hilft der Bourgeoisie, sucht das Proletariat ideell zu demoralisieren und gleichzeitig den Massen zu ermöglichen, ihrer Unzufriedenheit Luft zu machen. Unter den Artikeln. die diese Frage behandeln, möchten wir auf den Artikel des Genossen Alter über Sombart hinweisen („Westnik komm. Akademii“), ferner den Artikel des Genossen Deborin über Henrik de Man (Letopissi Marksisma), den Genossen Luppol über Williams (Marx-Engels-Archiv), des Genossen Jurinetz über Freudismus (Pod Znamenem Marksisma), des Genossen Rasumowsky über Revisionismus in der Rechtsphilosophie (daselbst). Unter den neuen jungen Namen, die im vorigen Jahr zum erstenmal schriftlich auftraten, können wir die Genossen Stoljarow und Jegorschin nennen.

Die marxistische Denkart kommt auf dem Gebiet der Philosophie ebenso vorwärts, wie es auf dem politischen und sozial-ökonomischen Gebieten der Fall ist. G. B a m m e l.

*

Eine Marxkritik im Dienste des Trotzkismus

Max Eastman: Marx, Lenin and the science of Revolution (Marx, Lenin und die Wissenschaft der Revolution), London. Ahlen Unwin 1926.

Der durch seine trotzkistischen Schriften („Seit Lenins Tod“, „Trotzki“) bekannt gewordene amerikanische Exkommunist Eastman hat nun ein „wissenschaftliches“ Werk herausgegeben, mit der – nicht offen eingestandenen – Absicht, für den internationalen Trotzkismus eine allgemeine theoretische Plattform zu schaffen. Der Fußtritt, den Genosse Trotzki Eastman gab, war stark genug, um ihn zu einer Verhüllung seiner Absichten zu veranlassen. Die theoretische Einstellung Eastmans kann

aber kein Fußtritt ändern. „Und wenn ich Dich liebe, was geht's Dich an?" sagt er mit Goethes Philine.

Diese Einstellung ist, wie wir sogleich sehen werden, die des sozial wurzellosen deklassierten Intellektuellen, der infolge seiner Klassenlage „für die Revolution" ist, aber aus demselben Grunde keine Beziehung zur Arbeiterklasse, kein Verständnis für den Marxismus haben kann. Eastman hat also die Absicht, die „Wissenschaft der Revolution" von dem marxistischen Ballast zu befreien. Von den sonstigen „Verbesserern" der revolutionären Theorie unterscheidet sich Eastman vorteilhaft durch seine Offenheit: allerdings nur durch diese. Denn seine „Verbesserung" ist ein plumper, echt anglo-amerikanisch-empiristischer Unsinn. Er hat nämlich als Hauptgebrechen des Marxismus entdeckt, daß dieser keine Psychologie enthält; ja, die Marxisten haben sogar eine Scheu vor Psychologie (27/28). Marx selbst nimmt zwar einige Anläufe zu einer modernen Psychologie (Freud!) in seinen Feuerbach-Thesen, er führt aber diese gesundwissenschaftliche Tendenz nicht aus (16, 19, 123). Er bleibt eben ein gescheiterter Vorläufer Freud's.

Die Ursache dieses Scheiterns findet Eastman, wie die meisten Marx-Verbesserer, in der – gänzlich „unwissenschaftlichen" – Dialektik, in dem verhängnisvollen Erbe der klassischen deutschen Philosophie, vor allem Hegels. Eastman weiß zwar selbst, daß diese Art Kritik – seit Bernstein – etwas kompromittiert ist, er verteidigt sich also in der Form eines Angriffs: es wäre das größte Unglück für die Weiterentwicklung der Wissenschaft des Sozialismus gewesen, daß Bernstein die positive Theorie des Revisionismus mit der Kritik der dialektischen Methode zusammengekoppelt habe; dies zwang die Kämpfer gegen den Revisionismus zu einer Verteidigung der Dialektik, die sie sonst vielleicht ohne weiteres einer „wissenschaftlichen" Kritik preisgegeben hätten (189 ff.). Was Kautsky und seine Jünger betrifft, hat Eastman vielleicht nicht einmal ganz unrecht!

Was nun die Dialektik selbst betrifft, so kommt Eastman zu der großartigen und zweifellos originellen Feststellung: Dialektik ist primitiver Animismus (40/41). Marx hat sich gerade von der animistischen Seite der Dialektik niemals losgesagt: er macht sich den Schritt von der Utopie zur Wissenschaft. sondern vom utopistischen Sozialismus zu einer sozialistischen Religion (38). Typisch hierfür ist in Eastmans Augen der Widerspruch der Produktivkräfte zu den Produktionsverhältnissen (49); wie überhaupt für Eastman, der sich (95) einen unerfahrenen Dilettanten in Oekonomie nennt (beiläufig: eine der wenigen richtigen Bemerkungen in seinem Buche!), die klassische englische Oekonomie ebenfalls längst überholt und zur Kuriosität geworden ist (92).

Diese originelle Auffassung des Marxismus bestimmt Eastmans Verhalten zu Lenin. Eastman bekämpft den dialektischen Materialismus, um Raum für die typische Intellektuellen-Weltanschauung: den Skeptizismus. für die typische Intellektuellen-Religion: den Heldenkultus zu gewinnen. Einerseits soll die Wissenschaft rein empiristisch, skeptisch (machistisch) sein, um dadurch die Welt des „Gemütlebens" frei und unbeeinflußt zu lassen, um Religion und hauptsächlich Kunst nicht in den Klassenkampf herabzuzerren (182 ff.), andererseits soll die Beseitigung der gesellschaftlichen Notwendigkeit für den individuellen Heroismus einen freien Spielraum lassen. Die „Wissenschaft" dieses Heldenkultus „zieht eine klare und entscheidende Trennungslinie zwischen der gewöhnlichen Masse in der Gesellschaft und jenen Individuen, die sich über ihre eigene gesellschaftliche Lage erhoben haben, um die Gesellschaft als Ganzes zu verstehen, um sich ihrer Verbesserung zu widmen" (124). Marx und Engels haben diese Einsicht – nach Eastman – auch gehabt, ohne sie aber, wegen ihres dialektischen Animismus, feststellen zu können. Dieses Lob haben allerdings Marx und Engels nicht verdient. Es beruht darauf, daß Eastman die dritte Feuerbach-These falsch verstanden und deshalb falsch übersetzt hat: er faßt die Kritik, die Marx hier an dieser Anschauung Owens ausübt, als Anschauung von Marx auf (125) [190] und macht dementsprechend Marx und Engels den Vorwurf, den „wissenschaftlichen Sozialismus verdorben zu haben, indem sie später auf die Unterscheidung zwischen Proletariat und Bourgeoisie größeres Gewicht legten als auf die Unterscheidung zwischen „Führer" und „Masse" (125).

Dieser skeptische Heldenkultus ist die Brücke, die Eastman zu Lenin führt. Lenin sei nämlich kein Marxist (144/149); z. B. die ganze Theorie Lenins über die Rolle der Kommunistischen Partei sei eine Widerlegung von Marx (162), eine Fortsetzung der oben angegebenen, „wissenschaftlichen"

Analyse der Gesellschaft, Infolge kompliziert ausgeklügelter „psychologischer“ Motive, auf die hier näher einzugehen nicht der Mühe wert ist, ist er zwar als Marxist aufgetreten, hat sich sogar für einen orthodoxen Marxisten gehalten, in Wirklichkeit jedoch hat er niemals nach der Methode des Marxismus gehandelt, diese vielmehr stets ungeduldig beiseite geschoben (114/117).

So wird Genosse Lenin zu einem prinzipienlosen „Realpolitiker“ verwandelt, um von Eastman als „Held“ bewundert werden au können. Freilich auch Marx hat solche Anwandlungen einer „gesunden“ und „wissenschaftlichen“ Selbstbefreiung von den Fesseln der animistischen Dialektik gehabt; diese Anwandlungen wären jedoch bei ihm viel seltener und schwächer als bei Lenin gewesen (168); Lenin ist kein dialektischer Materialist, sondern ein affirmativer (bejahender) Skeptiker (179).

Damit ist die philosophische Grundlegung für die Rettung des Trotzkismus gefunden: Genosse Trotzki versuchte stets, zuletzt in seiner großen Rede auf der XV. Parteikonferenz, seine Uebereinstimmung mit Lenin, d. h. mit dem orthodoxen Marxismus zu beweisen. Eastman zeigt, daß dies eine überflüssige Anstrengung ist, oder besser gesagt eine Inkonsequenz. Wenn Lenin kein Marxist, sondern ein „Held der Revolution“ gewesen ist, so ist es ohne weiteres klar – dies ist die aus taktischen Gründen unausgesprochen gebliebene Pointe des Buches –, daß Trotzki, der andere, der einzig ebenbürtige „Held der Revolution“, nur denselben Weg wandeln konnte. Eastman weist auch in einer bescheidenen Anmerkung darauf hin, daß Trotzki ebensowenig wie Lenin ein Marxist ist (165). Ja, er wird sogar, wenn er das (nach Eastman) wirklich entscheidende Werk von Lenin vollenden will, hier weitergehen: mit der Heuchelei des animistischen Materialismus abrechnen müssen. Daß das Buch d i e s e Tendenz hat, zeigt ganz klar, daß die letzten beiden Kapitel, die die praktischen Folgerungen des Ganzen ziehen, einer – Trotzki sehr ähnlichen – Kritik der „bürokratischen Entartung“ und einer Hymne auf die permanente Revolution gewidmet sind. Wobei das Originelle, über Trotzki hinausgehende darin besteht, daß als entscheidender Grund für die bürokratische Entartung, ah Hindernis der proletarischen Demokratie wiederum der Marxismus mit den aristokratischen Tendenzen seiner Mystik erscheint (203).

Der unbefangene Leser könnte uns nun fragen: warum kritisiert man überhaupt einen solchen offensichtlichen Unsinn? Ich glaube. das kurze Aneinanderreihen der Hauptthesen dieses Buches ist doch nicht gänzlich überflüssig gewesen. Nicht nur weil das Buch eine politische, eine fraktionelle Tendenz hat, sondern weil es nicht ausgeschlossen ist, daß die „Ergänzung“ des Marxismus, diesmal durch „Psychologie“ auch in Deutschland aufkommen könnte.[*)] Das Operieren mit der „menschlichen Natur“ ist etwas, was auch bei Marxisten ab und zu auftaucht[**)].

Anmerkung der Redaktion: Uns scheint. daß auch kein Marxist auf des m a t e r i a l i s t i s c h-d i a l e k t i s c h gefaßten Begriff der „menschlichen Natur“, verzichten kann. Dieser Begriff ist freilich, insofern er, wie Feuerbach es tut, „den Menschen“, herausgerissen aus der geschichtlichen Entwicklung, überhaupt anerkennt, zu verwerten, indem er auch alsbald zu einer Individualpsychologie führt. Aber freilich kann auch der Trotzkismus als theoretische Auffassung nicht bloß auf das Einzelproblem der „großen Männer“ eingeschränkt werden, denn seine Fehler liegen viel tiefer in der ökonomischen Fläche verwurzelt und müssen hier ausgewurzelt werden. G e o r g L u k á c s. [191]

[*)] Ich will nur beiläufig darauf hinweisen, daß das Eastmansche Buch „Führerproblem“ heute das beliebteste Steckenpferd der bürgerlichen Soziologie ist. Aber Genosse Bucharin macht auch darauf aufmerksam, daß eine solche Ideologie im Zentrum der Kuomintang-Partei vorhanden ist. („Die Weltlage und die Kommunistische Internationale“ „Inprekorr“, Sondernummer 52, S. 2601.)

[**)] (Auch bei Genosse Trotzki; z. B. „Terrorismus und Kommunismus“ 109-110.) Dann ist aber die Ergänzung des Marxismus durch die Wissenschaft dieser „menschlichen Natur“ gegeben. Es ist unwahrscheinlich, daß dies so weit gehen wird, wie bei Eastman, für den die sexuelle Frage, das Absterben des Staates in die Region der „menschlichen Natur“ erhoben wird. (209/210), der dementsprechend in der Bevölkerungsfrage Malthus gegen Marx ausspielt (209). Die Möglichkeit einer „psychologischen Ergänzung“ des Marxismus ist aber sowohl von der Seite des Freudismus. wie von der „linker“ scheinenden, weil offiziell noch weniger anerkannten Individualpsychologie gegeben. Es ist also nicht ganz nutzlos, kategorisch zu erklären, daß wir Marxisten auf eine psychologische „Ergänzung“ des Marxismus (von einem Eastmanschen Ersatz des Marxismus durch Psychologie gar nicht zu reden) ebenso dankend verzichten, wie wir auf die „Ergänzungen“ durch Erkenntnistheorie, Ethik, Religion usw. (zuletzt durch Max Adler) bereits mit höflichem Dank verzichtet haben.

Dr. Adalbert Katz: Christentum und Sklaverei[*)]

Eine nützliche kleine Schrift. Der Verfasser gibt nach den Prinzipien der materialistischen Geschichtsauffassung eine übersichtliche Darstellung der alten römischen Geschichte mit besonderer Berücksichtigung der Sklaverei. Das für den Marxisten Wesentliche des Stoffes tritt in knappen klaren Zügen hervor. Das Hauptgewicht liegt nicht auf der Polemik oder auf theoretischen Ausführungen – diese schalten fast gänzlich aus –, sondern auf der Verarbeitung konkreten ökonomischen Materials, so daß sich ein fast organisch zusammenfließendes Bild des Zeitalters entrollt, in der das Christentum entstand. Eine solche populäre und einfache Skizze dieser Epoche fehlte uns bisher.

Ein gewisser Mangel der Arbeit würde kaum in Erscheinung treten, wenn der Verfasser sich nicht zum Thema gesetzt hätte: Christentum und Sklaverei. Wir erleben lediglich die tüchtige Untermalung des Zeitgemäldes, während es dem Verfasser nicht restlos glücklich gelingt, aus den Klassengegensätzen und -kämpfen auch die Ideologie der Zeit erwachsen zu lassen, speziell, worauf es ihm ankommt, das Christentum. Er lehnt sich in dem vorletzten Kapitel „Christentum und Sklaverei“, das meines Erachtens besser gefehlt hätte, zu sehr an die Auffassung Kautskys („Der Ursprung des Christentums“) an, nicht zu seinem Vorteil. Allerdings ist dieses Kapitel nur als Anhang zu betrachten, und der geschichtliche Abriß über die Entstehung, Entwicklung und das Absterben der Sklaverei in ihren verschiedenen Formen, der etwa drei Viertel des Büchleins einnimmt, bildet nichtsdestoweniger eine treffliche und brauchbare Einführung in die klassische Periode Altroms.

Die nach meiner Ansicht fehlerhafte, unorganische Eingliederung der christlichen Bewegung in dieses Zeitbild scheint ihre Ursache in einer nur wenig sichtbar werdenden, anfechtbaren methodischen Einstellung zu haben, die z. B. in dem Satze durchschimmert: „Der Schlüssel für all diese Umwandlungen, die passive Grundlage und zugleich der aktive Urheber der neuen Geschichtsepoche sind jedoch nicht die Herrscherschichten, sondern die geschichtslose Volksklasse ...“ (Seite 28.)

In dieser Betrachtung der die Geschichte gestaltenden Faktoren liegt trotz ihres richtigen Kerns eine Einseitigkeit, die daran hindern muß, einer Erscheinung, wie sie das Christentum ist, gerecht zu werden. Ein Beispiel möge das zeigen. Ueber die Christenverfolgungen heißt es: „Während dieser Periode ging der Haß nicht von den Behörden, sondern von der Masse aus. Die Volksmassen haßten die Anhänger des neuen Glaubens fanatisch.“ – Man muß sagen, daß das eine Verkennung dessen ist, was bereits Friedrich Engels festgestellt hat, daß nämlich das Christentum (in seinem weiteren Sinne) eine revolutionäre Bewegung war, die von großen Massen des Volkes getragen wurde. Auf die Gegenwart bezogen würde dieser Satz lauten: „Die Volksmassen hassen die Kommunisten fanatisch.“ Oder richtiger noch: „Die Volksmassen hassen die Sozialdemokraten fanatisch.“ Die Unsinnigkeit solcher zu allgemein gehaltenen Behauptungen leuchtet ein. Das gilt selbst von einer Formulierung, bei der für „Sozialdemokraten“ etwa „sozialdemokratische Gewerkschaftsbeamte“ stehen würde, in dem Falle nämlich, wo man die christlichen Bischöfe und Kleriker in Parallele zu den Gewerkschaftsinstanzen von heute bringt. Was nicht ohne Berechtigung geschehen könnte! – Das Christentum war trotz mancher Einschränkungen, die wir zu machen haben, eine Volksbewegung, die sich den Haß der Behörden zuziehen konnte und mußte, mag auch den römischen Kaisern eine noch so große Portion Toleranz gegenüber den verschiedenen Religionsbekenntnissen innerhalb der Grenzen des Weltreiches zugestanden werden.

Um die Entstehung der breiten ideologischen Strömungen aufzudecken, bedarf es einer Analyse der sozialen Struktur, sowie der gründlichen Erkenntnis der Gegensätze und Kämpfe, der Wechselwirkungen innerhalb der Gesellschaft – eine nicht leichte, vor allem auch von Kautsky nicht gelöste Aufgabe. Die Tatsache der Christenverfolgungen zumal läßt sich unmöglich befriedigend erklären, ohne die revolutionäre Grundlage der derzeitigen Gesellschaftszustände zum Ausgangspunkt zu wählen. In der Richtung einer Erklärung der ideologischen Verhältnisse dürfte also nach meiner Meinung der Vorzug der besprochenen Arbeit „Christentum und Sklaverei“ weniger zu suchen sein.

H. Eildermann.

[*)] Münster-Verlag Wien, 82 Seiten, Preis brosch. –.80 Mk.

Lenin über den Krieg

Reden und Aufsätze. Bibliothek der jungen Leninisten Bd. II, III. Verlag der Jugendinternationale.)

Solange wir über keine einigermaßen vollständige deutsche Ausgabe der Werke Lenins verfügen (wie lange müssen wir noch darauf warten?!), ist jede Veröffentlichung seiner unübersetzten oder schwer zugänglichen Arbeiten verdienstvoll. Die hier besprochene Sammlung behält aber daneben einen selbständigen, agitatorischen und propagandistischen Wert. Denn es wäre für viele Parteiarbeiter schwer, die Anschauungen Lenins über den Krieg, über den bolschewistischen Kampf gegen den Krieg selbständig zusammenzustellen und auszuwerten. Für die Aufklärungsarbeit in dieser Richtung, die von Tag zu Tag aktueller und dringender wird, leistet also die neue Veröffentlichung der Jugendinternationale, weit über die Kreise der Jugendlichen hinaus, einen sehr anerkennenswerten Dienst.

Dieses Verdienst wird noch dadurch gesteigert, daß die Sammlung, neben bekannten Meisterwerken Lenins (aus „Imperialismus“, „Gegen den Strom“, aus den „Reden über den Brest-Litowsker Frieden“ usw.), einiges Unbekannte, meines Wissens noch nicht Uebersetzte enthält. So z. B. einen Aufsatz über den Frieden von Portsmouth aus dem Jahre 1905, über antimilitaristische Taktik aus dem Jahre 1908, über die Bedeutung der Verbrüderung, April 1917, die Rede über den Krieg am ersten Sowjetkongreß [192] 1917. Auch die Skizze zu den Thesen für die Delegierten im Haag (Dezember 1922) sowie die Broschüre über Sozialismus und Krieg (1915) sind nicht allgemein zugänglich.

Die Anordnung ist richtig, indem sie die systematischen und chronologischen Gesichtspunkte in sachlich zutreffender Weise mischt. Das Werk beginnt mit zwei wichtigen Kapiteln aus dem „Imperialismus“ und gibt dadurch die theoretische Unterlage für alles Folgende; denn gerade Lenin hat stets hervorgehoben, daß die Stellungnahme zum Krieg im Zeitalter des Imperialismus eine von den früheren Epochen grundsätzlich verschiedene ist. (Zwischen imperialistischen Mächten hört die Bedeutung des Unterschiedes zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg auf usw.). Darauf folgen die anderen Reden und Aufsätze chronologisch. Dies ist doppelt lehrreich. Es zeigt erstens, wie sehr Lenin bereits 1905 den rein bolschewistischen Standpunkt zum Kriege einnahm, wie die reaktionär-pazifistischen Parolen der Opportunisten bereits damals das Proletariat verwirrten und der Bourgeoisie in die Hände arbeiteten; zweitens gibt es einen kurzen Geschichtsunterricht: es zeigt Vorbereitung, Wüten und Liquidierung des Weltkriegs in seinen verschiedenen Phasen und schließt mit einem Ausblick auf den kommenden Weltkrieg und auf die Art, wie man gegen ihn zu kämpfen hat.

Die beiden gut ausgestatteten Bändchen sind allen Parteiarbeitern wärmstens zu empfehlen. G. L.

*

„Oktober“ – Ausgewählte Schriften von Larissa Reißner[*)]

Die Todesstunde der russischen Bourgeoisie im Jahre 1917 war das Erwachen der grandiosesten Schöpfungskraft des Proletariats und der wenigen, die sich, aus einem anderen Lager kommend, voll und ganz auf seine Seite stellten. Zu jenen wenigen gehörte die jung verstorbene Larissa R e i ß n e r, deren ausgewählte Schriften der Neue Deutsche Verlag jetzt in einem gut ausgestatteten Sammelband „Oktober“ herausbringt.

In jeder Zeile dieser seltenen Frau atmet der lebendige Geist der Revolution. Kein Buchstaben ist trockene Literatur, kein Satz ist leere Bücherweisheit. Alles ist brennend lebendig, erfüllt vom Feuer des Jahres 1917 und von einer Ausdruckskraft, die in den von ihr miterlebten Kämpfen an der internationalen Klassenfront gewachsen ist.

Das Buch zerfällt in fünf Hauptteile: „Die Front“ (1918/19), „Afghanistan“ (1920), „Kohle, Eisen und lebendige Menschen (1923), „Im Lande Hindenburgs“ (1924) und „Die Dekabristen“ (1925).

„D i e F r o n t“ ist das stolze, siegreich jubelnde Lied von der Durchbruchsschlacht der Revolution. Hunger und Tod, Verzweiflung und Niederlage, Kampf mit den Weißen, das Werden der Roten Armee und das siegreiche Vorwärtsdringen trotz aller Qualen und Entbehrungen ist hier zu einem

[*)] Neuer Deutscher Verlag, Berlin, 495 Seiten, in Ganzleinen M. 6,50; in Ganzleder M. 11,–

Hohenlied proletarischen Heldenmuts geworden; erschütternd und aufwühlend, mahnend und rufend, wie es nur ein Mensch gestalten konnte, der neben großem Künstlertum bis in den letzten Blutstropfen Soldat der proletarischen Revolution war.

In dem Abschnitt „Afghanistan“ knistern die Funken, die vom russischen Flammenherd nach dem Fernen Osten hinüberspringen, geduckte Sklaven mit dem Bewußtsein erfüllen, daß sie, die heute noch unter dem Stiefel des englischen Imperialismus stöhnen, morgen freie Genossen des ersten Arbeiter- und Bauernstaates sein werden. Die Gegenüberstellung von Lenin und Vanderlip ist ein verkleinertes Abbild des gewaltigen Endkampf es der alten Welt des Sklaventums und einer neuen Welt der Freiheit unter dem Roten Stern.

Der gleiche Gedanke erfüllt das Kapitel „K o h l e, E i s e n u n d l e b e n d i g e M e n s c h e n“. Das ist ein Meisterwerk nicht nur wegen seiner außergewöhnlich plastischen Darstellung verwickelter technischer Arbeitsprozesse, sondern vor allem in der Zeichnung der „lebendigen Menschen“ dieser Unterwelt im Kytymschen Kessel, der vom Platinrausch trunkenen Arbeiter und der Kommunisten, die „Lenin wie Chinin schlucken gegen das Fieber“.

Dann aber kommt ein Stück „A u s d e m L a n d e H i n d e n b u r g s“, in dem Larissa Reißner einen Blick in die nationalen Heiligtümer getan hat – in den großen Pressesudeltopf der Ullstein-A.-G., in die Flugzeugwerke Junkers, in die rauchverhüllte Stadt des Kanonenkönigs Krupp und in die schwarzen Mietskasernen tiefster Armut. Ihr Blick ist bis auf den Grund dieser Dinge und Menschen gegangen, er durchschaute alle Schleier, in die die nationalen Heiligtümer der Profitquellen gewickelt werden. Und es gibt keinen, der das graue Dasein einer deutschen Arbeiterfrau, in das plötzlich durch den Streik des Sohnes ein schmaler Strahl kommender großer Auseinandersetzungen dringt, so einfach und erschütternd geschildert hätte wie diese „russische“ Internationalistin.

Der letzte Teil, „D i e D e k a b r i s t e n“ sind ein würdiger Abschluß des Sammelbandes. Hier zeigt sich Las lass Reißner auch als glänzende Gestalterin von Vorgängen, die zwar ein Jahrhundert alt, aber wichtig genug sind, betrachtet zu werden, da sie die ersten tastenden Schritte der hundert Jahre später siegreichen russischen Revolution waren.

Das starke Band, das diese Arbeiten von den verschiedensten Ländern und Menschen umschlingt und das ganze Buch wie aus e i n e m Guß geformt erscheinen läßt, ist die bald laut und dröhnend marschierende, bald im Stillen arbeitende i n t e r n a t i o n a l e r e v o l u t i o n ä r e B e w e g u n g. Was und wie Larissa Reißner von ihr spricht, macht dieses Buch zu einem Werk, das in die Hände jedes Arbeiters gehört. Lilly Paul.

[193]

Die Internationale
Jahrgang 10 * Berlin, den 1. April 1927 * Heft 7

Die drohende Kriegsgefahr und die „Neutralität“ der SPD

Berlin, den 1. April 1927.

Lz. Es ist nicht mehr als ein halbes Jahr vergangen, seitdem die sozialdemokratische Presse den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund als den Anbruch eines neuen Zeitalters des Weltfriedens, als den „Sprung aus dem Reiche der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit“ feierte und schon verstummen die pazifistischen Jubelhymnen selbst im „Vorwärts“, dem Hauptpropagandaorgan des Völkerbundes.

Selbst im „Vorwärts“-Bericht vom 7. März wird das Vorgehen der englischen Diplomatie bei der Einkreisung Sowjetrußlands in Analogie mit der Einkreisung Deutschlands vor dem Kriege mit folgenden Worten geschildert:

„Zunächst wird durch Propaganda ihrer Presse und durch Gespräche zwischen Diplomaten festgestellt: Das ist der Feind! Wenn dann der Boden genügend beackert ist, wird der ‚Feind‘ moralisch angegriffen. Schließlich kommt es zu mehr oder minder formellen Abmachungen für den etwaigen Kriegsfall und am Ende ist der Krieg selbst da, in dem übrigens England seine Verbündeten viel mehr bluten läßt, als es selbst opfert.“

Diese Erkenntnis des Zieles und der Methoden der englischen Politik, die also auch für die sozialdemokratischen Außenpolitiker kein Geheimnis ist, hat jedoch den Sozialdemokratischen Pressedienst keineswegs gehindert, zu erklären, daß die Note Chamberlains an die Sowjetunion „die letzte durchaus sachlich begründete Warnung an Sowjetrußland“ sei, und die Frage, ob „man diesen Standpunkt Chamberlains mit gutem Gewissen verurteilen“ könne, mit einem glatten „Nein“ zu beantworten. Dies wäre nach der Meinung des Sozialdemokratischen Pressedienstes „weder logisch noch aufrichtig“, denn die Sozialdemokratie habe gegenüber der bolschewistischen Einmischung in die internationale Arbeiterbewegung immer denselben Standpunkt vertreten, wie Chamberlain gegenüber der „Einmischung“ der russischen Kommunisten in die Angelegenheiten Englands.

Kam in diesen Worten die wahre Meinung der Führer der SPD, die bekanntlich völlig mit der Macdonalds und Thomas’ übereinstimmt, zum Ausdruck, so ist die SPD doch in ihrer offiziellen Haltung schon durch die Kriegsgegnerschaft der sozialdemokratischen Arbeitermassen gezwungen, ihre Solidarität mit dem britischen Imperialismus unter dem fadenscheinigen Mantel der „Neutralität“ zu verbergen. So erklärte B r e i t s c h e i d in der außenpolitischen Debatte im Reichstag in einem Atem:

„Kein Preis, den England zahlen könnte oder wollte, wäre hoch genug, um uns an einer Koalition gegen Rußland zu beteiligen“ und: „Auch für Rußland gilt, daß der außerhalb einer Organisation stehende für die Mitglieder dieser Organisation so oder so eine Art Gegner ist ... Es wäre kein Wunder, wenn England versuchte, in Genf eine rußlandabträg-[194]liche Stimmung zu erzeugen, so etwas wie eine moralische Einheitsfront gegen die Sowjetregierung zu propagieren. Das wäre solch ein Fall, wo sich Rußland zum Teil das Recht auf Beschwerde selbst vorbehält.“

Derselbe Breitscheid, der zu den eifrigsten Propagandisten des Völkerbundseintritts gehört hat, stellt also fest, daß Sowjetrußland für die Mitglieder der Völkerbundsorganisation als Gegner gilt. Wie man in einem Bunde der Gegner Rußlands die Neutralität gegenüber Rußland wahren kann, das ist Breitscheids und Stresemanns Geheimnis.

Die sozialdemokratische „Neutralität“ erstreckt sich natürlich auch auf den Krieg des englischen Imperialismus gegen das revolutionäre China. Ist in diesem Kriege die Stellung des revolutionären Proletariats trotz der sozialdemokratischen Neutralitätsphrase jedem Arbeiter klar, so ist die Lage etwas schwieriger in dem neuen Konflikt zwischen I t a l i e n und J u g o s l a w i e n auf dem Balkan. Zweifellos ist auch dieser Vorgang nur im Zusammenhang mit den englischen Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion zu verstehen. Chamberlain ist es auf der letzten Ratstagung in Genf keineswegs gelungen, die antibolschewistische Einheitsfront Europas völlig und unbedingt sicherzustellen. Die

Ratifizierung des Bessarabienvertrages durch Italien war schließlich nur die öffentliche Bekanntgabe der allgemein bekannten Tatsache, daß das faschistische Italien der getreueste Gefolgsmann des britischen Imperialismus ist. Die englische Vermittlung zwischen Polen und Deutschland hat vorläufig nur zur Wiederaufnahme der Verhandlungen geführt; von da bis zur Erreichung des von England gewünschten völligen Ausgleichs ist noch ein beträchtliches Stück Weges. Nicht nur wegen der territorialen Forderungen Deutschlands, sondern auch wegen der Abneigung der ostelbischen Agrarier gegen die polnische Konkurrenz.

Andererseits hat das Vordringen Englands im Baltikum durch den Abschluß des russisch-lettischen Vertrages einen neuen Rückschlag erlitten. Vor allem aber sind die Pläne Chamberlains in Genf offenbar auf einen gewissen Widerstand von seiten Frankreichs gestoßen, der sich in der Hartnäckigkeit Briands gegenüber den deutschen Forderungen äußerte. Gewiß besteht beim französischen Imperialismus nicht die geringste Sympathie oder Versöhnlichkeit gegenüber der Sowjetunion; aber da er nicht so unmittelbar von der „bolschewistischen Gefahr“ bedroht ist, wie der britische Imperialismus, liegt es nicht in seinem Interesse, sich einer Politik unterzuordnen, die das Erstarken Italiens und Deutschlands im Interesse der Niederringung der Sowjetunion begünstigt.

Chamberlain ist es bereits gelungen, den französischen Einfluß auf dem Kontinent sehr weit zurückzuschlagen. Polen, Litauen, Rumänien, Ungarn, Bulgarien, Griechenland, das alles sind heute sichere Posten der englischen Außenpolitik in Osteuropa. Jugoslawien (in geringerem Maße die Tschechoslowakei) sind die letzten Ueberreste des französischen Bollwerks im Osten, das durch den Vertrag von Versailles aufgerichtet werden sollte. Es ist kein Zweifel, daß die plötzlichen, unverschämten und unverhüllten Kriegsdrohungen der faschistischen Presse gegen Jugoslawien und seinen Protektor Frankreich, nur im Einverständnis und aller Wahrscheinlichkeit nach auf den direkten Wunsch Englands erfolgten.

Welches Interesse hat nun Chamberlain, der die Einigung Europas gegen den Bolschewismus betreibt, an der Anstiftung eines Balkanbrandes, der seine Pläne zuschanden machen kann? Offenbar handelt es sich um eine Erpressung gegen Jugoslawien, um es vom französischen Einfluß loszulösen [195] durch den Nachweis, daß nicht Frankreich, wohl aber England die Macht hat, Jugoslawien vor weiteren Uebergriffen Italiens zu schützen, Durch die Schwächung des französischen Einflusses auf dem Balkan soll zugleich der Druck auf Frankreich verstärkt und Briand zum Einlenken auf die Linie Chamberlains gezwungen werden. Kein Wunder, daß sich gegenüber solchen Erpressungsmanövern der „Temps“ in Entrüstungsausbrüchen gegen die „perfiden Verdächtigungen“ der faschistischen Presse ergeht.

Obwohl ein kriegerischer Konflikt auf dem Balkan weder im Programm Englands, noch Frankreichs liegt, ist der Ausbruch eines offenen Konflikts doch jederzeit möglich. In dieser Situation ist es besonders notwendig, sich an die Mahnung L e n i n s zu erinnern, daß es unsere Aufgabe ist, den Massen zu erklären, „wie der Krieg täglich ausbrechen kann, wegen eines Streites zwischen England und Frankreich wegen irgend einer Detailfrage ...

Wie wenig der Völkerbund imstande ist, irgend etwas zur Verhütung von Konflikten zwischen Großmächten zu tun, das hat in diesen Tagen der ‚Vorwärts“ selbst anerkennen müssen durch den grotesken Vergleich des Völkerbundes mit einer Feuerwehr, die nicht automatisch wirkt, sondern nur, wenn sie alarmiert wird. Ob sie aber alarmiert werde, das hänge von der „politischen Gesamtlage“ ab, „Jede Großmacht scheut sich, den Völkerbund gegen eine andere Großmacht in Bewegung zu setzen.“

Es bestätigt sich, daß S t r e s e m a n n als derzeitiger Völkerbundsratsvorsitzender, den Ehrgeiz hatte, die Vermittlerrolle zu übernehmen. Er ließ bei seinem Herrn und Meister in London anfragen, ob ein solcher Schritt genehm wäre. Da in London und Rom dazu keine Geneigtheit zu bestehen scheint, wird die „Feuerwehr“ aller Voraussicht nach nicht in Aktion treten.

In schwerer Verlegenheit sind in diesem Konflikt die Außenpolitiker der SPD Der Theaterdonner gegen den italienischen Faschismus, das war so ziemlich der einzige „demokratische“ Aufputz ihrer sozial-imperialistischen Politik. Nun aber, wo der Dreibund Chamberlain-Mussolini-Stresemann eine

offenkundige Tatsache ist, schienen schon die schwachen Worte der Kritik an Mussolini, die Breitscheid gefunden hat, dem „Vorwärts“ zu stark, Er meinte, Breitscheid habe recht gehabt, sich in seiner Kritik des faschistischen Diktators auf das allernotwendigste zu beschränken ..., denn „wir wünschen, nicht in Händel mit dem wilden Mann von Rom zu geraten“.

Noch mehr als die Händel mit Mussolini fürchtet die SPD die Händel mit Stresemann, dem Sachwalter des deutschen Imperialismus, und so hat sie trotz des offenen und scharfen Eintretens Stresemanns für Mussolini gegen Breitscheid, trotz der bekannten Tatsache, daß über eine deutsche Anleihe für die Rüstungszwecke Rumäniens und Italiens verhandelt wird, ausdrücklich durch den Mund Breitscheids erklärt, daß sie der bisherigen Tätigkeit Stresemanns kein Mißtrauen entgegenbringt.

Wie lange noch wird die SPD unter diesen Umständen mit der Schwindelparole der Neutralität auskommen? Keinesfalls länger, als es die deutsche Bourgeoisie für zweckmäßig hält, diese Parole zu benutzen. Wie lange das sein wird, darüber hat der Pariser Korrespondent der „Germania“ in einem Artikel über die deutsch-französische Annäherung am 23. März eine klare Antwort gegeben:

„Man weiß auch, daß Deutschland seine russische Rückversicherung sicher aufrecht erhalten wird, s o l a n g e d i e u n h a l t b a r e n Z u s t ä n d e a n d e r d e u t s c h e n O s t g r e n z e nicht eine befriedigende Lösung gefunden haben.“

[196] Der Pan-Europäer C o u d e n h o v e-C a l e r g i läßt den Mantel der Neutralität bereits fallen. Er schreibt in einem Artikel „Kampf um die Weltherrschaft“ („Prager Tageblatt“, 1. März 1927):

„Paneuropa hat theoretisch die Wahl: entweder sich mit Rußland und Panasien zu einem eurasiatischen Dreibund zusammenzuschließen – oder aber mit Großbritannien und Amerika zu einem atlant i s c h e n D r e i b u n d. D i e s e r w ä r e d e r Z u s a m m e n s c h l u ß d e s A b e n d l a n d e s z u m S c h u t z e d e r w e s t l i c h e n Z i v i l i s a t i o n g e g e n K r i e g, R e v o l u t i o n, C h a o s ... T h e o r e t i s c h wäre für Paneuropa auch die Möglichkeit der N e u t r a l i t ä t in diesem Weltkampf gegeben. Eine solche Neutralität müßte aber n u r z u m M i ß t r a u e n b e i d e r T e i l e führen, die darin einig waren, den Zusammenschluß Europas zu bekämpfen und zu verhindern.“

Wir zweifeln nicht, daß die SPD auch diese Wendung des Paneuropa-Herolds zur gegebenen Zeit mitmachen wird. Der „linken“ SPD-Presse kann es auch nicht lange gelingen, mit der Parole: „Hände weg von Sowjetrußland“ in der einen und „Neutralität“ in der anderen Hand zwischen dem antibolschewistischen Parteivorstand und den mit Sowjetrußland sympathisierenden Arbeitern zu balancieren. Unsere Aufgabe ist es, der gesamten Arbeiterschaft klarzumachen, daß es im Kampfe zwischen Revolution und Konterrevolution keine „Neutralität“ geben kann, sondern nur entschlossenste, aktivste Solidarität mit der nationalen Revolution im Osten und der Sowjetunion.

*

Deborin: Lenin und der dialektische Materialismus[*)]

I.

Das vorliegende Buch W. I. Lenins bildet einen außerordentlich wertvollen Beitrag zur Geschichte der philosophischen Begründung des russischen Marxismus und Leninismus. Es ist aufs lebhafteste zu bedauern, daß diese Arbeit Lenins außerhalb Rußlands bisher unbekannt geblieben ist. Allein, besser spät als nie. Lenins „Materialismus und Empiriokritizismus“ erscheint nun in deutscher Sprache und wird dadurch auch den westeuropäischen Lesern zugänglich gemacht.

Es muß offen festgestellt werden, daß auch in der Blütezeit der Zweiten Internationale die Philosophie des Marxismus, der dialektische Materialismus bei den westeuropäischen proletarischen Parteien kein allzu hohes Ansehen genoß, Das theoretische Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie, „Die Neue Zeit“ Karl Kautskys, brachte Artikel sowohl von Neukantianern und Machianern als von Materialisten; in Fragen der marxistischen Philosophie besaß es überhaupt keinen bestimmten folgerichtigen Standpunkt. Schon in jener Periode gehörte die Hegemonie auf dem Gebiete der P h i l o s o p h i e

[*)] Der nachstehende Aufsatz ist die Einleitung des Genossen Deborin zu Lenins „Materialismus und Empiriokritizismus“, der in einigen Wochen im Verlag für Literatur und Politik erscheint.

des Marxismus den russischen Marxisten. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß die Bekämpfung des Neukantianertums Eduard Bernsteins und Konrad Schmidts Ende der neunziger Jahre des verflossenen Jahrhunderts fast ausschließlich G. Plechanow zufiel, der damals seine glänzenden Artikel in der „Neuen Zeit“ veröffentlichte.

Die „kritische“ Strömung des Revisionismus hatte zu jener Zeit auch im russischen sogenannten legalen Marxismus sofort ihre Widerspiegelung [197] gefunden, Vertreter des Neukantianismus in Rußland waren Struve, Tugan-Baranowski und Bulgakow. Die revolutionären, orthodoxen Marxisten – vorzüglich Plechanow und Lenin – bekämpften diese Richtung mit Energie, befolgten jedoch am Anfang aus taktischen Gründen noch die Methode „freundschaftlicher“ Belehrung. Doch hatten sich die Herren Revisionisten sehr bald und endgültig entlarvt als das, was sie in Wahrheit waren, nämlich Vertreter der liberalen Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterklasse; sie kehrten daher der Arbeiterklasse auf immer den Rücken.

Am Vorabend der Revolution von 1905 entsteht in Rußland eine neue revisionistische Richtung im Marxismus, der sogenannte M a c h i s m u s, mit A. Bogdanow und A. Lunatscharski an der Spitze. Der eingehenden Kritik dieser Richtung ist nun W. I. Lenins „Materialismus und Empiriokritizismus“ gewidmet.

Unsere Einführung beabsichtigt nicht, eine Würdigung dieses hervorragenden Buches zu geben, sondern soll dem westeuropäischen Leser lediglich einen Abriß der E n t s t e h u n g s g e s c h i c h t e des Buches bieten, im Zusammenhang mit der G e s c h i c h t e jener Differenzen in der Sozialdemokratie Rußlands, die dessen Abfassung bestimmten.

II.

Wie wir heute wissen, setzte Lenins philosophisches Studium bereits Ende der neunziger Jahre ein. Es geschah das während seiner sibirischen Verbannung, seines Aufenthaltes in dem entlegenen Dorf Schuschenskoje.

Die damalige Diskussion zwischen Plechanow und Eduard Bernstein – Konrad Schmidt einerseits und das Auftreten der russischen Neukantianer (Struve, Tugan-Baranowski, Bulgakow) andererseits veranlaßten Lenin, sich in das Studium der Philosophie zu vertiefen, um sich in den entsprechenden Streitfragen ein selbständiges Urteil zu bilden. Lenin hatte in diesem Meinungsstreit nie geschwankt. Wie nicht anders zu erwarten stellte er sich sofort auf die Seite des orthodoxen Marxismus, auf die Seite Plechanows und billigte nicht nur die Bekämpfung der Neukantianer, sondern äußerte sogar seinen Unwillen über Plechanows zögerndes Verhalten den russischen Neukantianern gegenüber. In einem Brief aus der Verbannung an A. Potressow vom 2. September 1898 schreibt Lenin:

„Ich bin aufs äußerste erstaunt darüber, daß der Verfasser der ‚Beiträge zur Geschichte des Materialismus“ (d. h. Plechanow. A. D.) sich in der russischen Literatur noch nicht geäußert und entschieden gegen das Neukantianertum aufgetreten ist und es so Struve und Bulgakow überläßt, über Einzelfragen dieser Philosophie zu polemisieren, als wäre sie bereits ein Bestandteil der Auffassungen der russischen Schule geworden.“[*)]

In einem weiteren, ebenfalls an Potressow gerichteten Brief vom 27. April 1899 heißt es:

„Ueberhaupt erscheint mir diese ganze ‚neue kritische Strömung‘ im Marxismus, für die sich Struve und Bulgakow so sehr begeistern ... äußerst verdächtig. Hochtrabende Phrasen über ‚Kritik‘, gegen ‚das Dogma‘ usw. – und keinerlei positive Ergebnisse der Kritik.“[**)]

Man darf sich die Dinge nun aber nicht so vorstellen, als habe Lenin in dem damaligen Streit den bloßen Zuschauer gespielt. lm Gegenteil, er beteiligte sich aufs aktivste an der Bekämpfung der Neukantianer, wenn auch nicht auf philosophischem, so doch auf nationalökonomischem Gebiet, auf dem diese ebenfalls den Versuch unternahmen, verschiedene Elemente der marxistischen Lehre vom Standpunkt der Kantschen Erkenntnistheorie kritisch zu revidieren.

[*)] „Leninsches Sammelbuch“ (Leninsky Zbornik) Nr. 4, Seite 8 ff.
[**)] Ebenda, Seite 22.

Lenin erhielt während seiner sibirischen Verbannung die laufende Literatur stets mit großer Verspätung, was ihn in eine gereizte Stimmung versetzte. Vieles erfuhr er nur aus Briefen, so daß er zunächst außerstande war, sich [198] eine endgültige Meinung zu bilden, so zum Beispiel über das Buch Eduard Bernsteins, die Schriften Struves und anderer Neukantianer. Allein schon in einem Brief vom 27. Juni 1899 (wiederum an Potressow) entnehmen wir, daß Lenin sich endlich alle Neuerscheinungen verschafft, sie durchstudiert hat und sich ebenfalls dem Studium der Klassiker der Philosophie zugewandt habe, unter anderem auch Kant, dessen Lehre damals so aktuell geworden war.

„Ich habe", so heißt es in diesem Brief, „die ‚Beiträge zur Geschichte des Materialismus' mit größtem Genuß gelesen und wiedergelesen, des gleichen die Artikel desselben Verfassers gegen Bernstein und Konrad Schmidt in der ‚Neuen Zeit' ..., den von unsern Kantianern (Struve und Bulgakow) so gepriesenen Stammler (‚Wirtschaft und Recht') und habe mich entschieden auf die Seite des Monisten (d. h. Plechanows. A. D.) gestellt. Besonders empört hat mich Stammler. Ich weigere mich, bei ihm auch nur den Schatten irgendeines frischen inhaltvollen Gedankens zu erkennen ... Nichts als erkenntnistheoretische Scholastik. Einfältige ‚Definitionen' eines Dutzendjuristen im schlimmsten Sinne des Wortes, und nicht minder einfältige ‚Schlüsse'. Nach Stammler las ich die Artikel Struves und Bulgakows im ‚Nowoje Slowo' und bin zu der Ueberzeugung gelangt, daß man mit dem Neukantianertum in der Tat ernst abrechnen müsse. Ich habe mich nicht halten können und habe in meiner Entgegnung an Struve (auf dessen Artikel im ‚Nautschnoje Obozrenije') eine Bemerkung und Ausfälle auch gegen ihn eingeflochten. Ich sage, ‚ich habe mich nicht halten können', denn ich bin mir meiner Unkenntnis in der Philosophie sehr wohl bewußt und habe auch nicht die Absicht, über dergleichen Themata zu schreiben, bevor ich mich vervollkommnet habe. Bin nun gerade dabei. Habe mit Holbach und Helvetius begonnen und bin im Begriff Kant vorzunehmen. Die Hauptwerke der wichtigsten Klassiker der Philosophie habe ich mir verschafft ..."[*)]

Seitdem ist das Interesse Lenins für philosophische Fragen niemals erlahmt, mochte er auch noch so sehr durch politische, parteiorganisatorische, staatliche, schriftstellerische oder wissenschaftliche Tätigkeit (auf anderen Gebieten der Wissenschaft) in Anspruch genommen sein.

III.

Der Beginn der zweiten Periode philosophischer Schwankungen in den Reihen der russischen Marxisten fällt in die Zeit von 1903 bis 1904. 1904 erschien der erste Teil des „Empiriomonismus" von A. Bogdanow und die Sammelschrift „Beiträge zur realistischen Weltanschauung", Lenin erhielt das Buch Bogdanows im Frühjahr oder Anfang des Sommers 1904, worauf er Bogdanow unverzüglich mitteilte, daß er dessen Ansichten für falsch halte. In einem Brief an M. Gorki (vom 25. Februar 1908) erzählt Lenin, er und Plechanow hätten in den Jahren 1903 und 1904 ein Zusammenarbeiten mit Bogdanow, in dem sie einen Bundesgenossen im Kampfe gegen den Revisionismus sahen, für möglich gehalten, obwohl Bogdanow ein Anhänger Ostwalds und Machs sei.

„Im Sommer und Herbst 1904, fährt Lenin fort, „haben wir uns als Bolschewiki mit Bogdanow endgültig verständigt und jenes stillschweigende und die Philosophie als neutrales Gebiet stillschweigend ausschließende Bündnis geschlossen, das die ganze Revolution hindurch fortbestanden und es uns ermöglicht hat, im Verlauf der Revolution gemeinsam jene Taktik der revolutionären Sozialdemokratie (des Bolschewismus) durchzuführen, die meiner tiefsten Ueberzeugung nach die einzig richtige gewesen ist, In der Hitze der Revolution blieb für das Studium der Philosophie nur wenig Zeit übrig. Anfang 1906 schrieb Bogdanow im Gefängnis ein weiteres Buch, mir scheint, den dritten Teil des ‚Empiriomonismus'; Sommer 1906 präsentierte er es mir und ich begann es nun gründlich zu [199] studieren. Als ich es aber gelesen, geriet ich in Zorn und ungeheure Wut. Es wurde mir noch klarer, daß er einen grundfalschen, unmarxistischen Weg eingeschlagen. Ich schrieb ihm damals eine ‚Liebeserklärung', eine philosophische Epistel, die drei Hefte umfaßte."[**)]

Diese Hefte Lenins sind bisher leider noch nicht gefunden worden. Es ist sehr zu bedauern, daß sie damals nicht erschienen, denn der Kampf der beiden philosophischen Richtungen im Marxismus hatte gerade zu jener Zeit, in den Jahren 1907 und 1908 eine besondere Schärfe angenommen. In diesen Jahren erschien in den damaligen marxistischen russischen Zeitschriften eine Reihe von Artikeln gegen den Machismus und Empiriomonismus Bogdanows und dessen Gesinnungsgenossen. Die

*) Ebenda, S. 33.

**) „Leninsches Sammelbuch", Nr. 1, Seite 91.

Differenzen fanden einen gewissen Widerhall auch in der „Neuen Zeit“, die Artikel sowohl gegen als auch für den Machismus brachte, Gleichzeitig aber war die machistische Richtung in Rußland infolge der Veröffentlichung einer ganzen Reihe von Schriften, Broschüren und Sammelbüchern erheblich erstarkt. In der Zeit der Revolution hatte man, wie Lenin richtig bemerkt, andere Dinge im Kopfe als Philosophie. Mit dem Einsetzen der Reaktion um die Wende 1907/08 nahm dagegen das Interesse für die Philosophie wieder stark zu. Unter den bürgerlichen Intellektuellen begannen wieder religiös-mystische Stimmungen aufzuleben. Der Marxismus als die Ideologie der Revolution, die den Junkern und der Bourgeoisie einen so heftigen Schreck eingejagt hatte, hatte eine besonders erbitterte ideologische Offensive auszuhalten; der philosophische Materialismus, der die Grundlage der Weltanschauung des Marxismus bildet, wurde von den bürgerlichen Intellektuellen aufs hartnäckigste kritisiert. Kein Wunder, daß diese Stimmungen unter den Philistern, Kleinbürgern und rückständigen Bauern, deren überwiegende Majorität noch an den religiösen Ueberlieferungen der grauen Vorzeit festhielten, lebhaften Widerhall fanden.

Alle diese Stimmungen und Strömungen mußten natürlich ihren Einfluß auch auf gewisse Teile der sozialdemokratischen Intellektuellen geltend machen, jene Teile, die dem „Gottsuchertum“ der kleinbürgerlichen und bürgerlichen Intelligenz das sogenannte „Gottesschöpfertum“ entgegenzusetzen begannen. Sie kamen damit den unter Intellektuellen und insbesondere unter den Bauern herrschenden religiös-mystischen Vorurteilen entgegen, wodurch sie sich das „Bündnis“ mit diesen Elementen und damit ihre fortschrittliche oder revolutionäre Position zu erhalten hofften. Ein derartiges Nachgeben bedeutet nun aber gleichzeitig den vollen Bruch mit dem Marxismus, dem militanten Atheismus und Materialismus. Auf dem Gebiete der Philosophie trat die machistische Richtung mit einer scharfen Kritik des Materialismus und der dialektischen Methode hervor und unterstützte damit, und sei es auch unbewußt, die offenen Gegner des Marxismus und der Arbeiterklasse, die Herren Struve und Bulgakow, wie den bürgerlichen Liberalismus überhaupt. Um das Jahr 1907 hatte die machistische Strömung unter den Marxisten bereits eine erhebliche Anhängerschaft um sich geschart, die unter den Intellektuellen und selbst bei einem Teil der Arbeiter einen fühlbaren Einfluß besaß. Beide Strömungen, der Machismus wie das „Gottesschöpfertum“, bildeten, wenn auch nicht äußerlich, so doch dem Wesen nach ein und dieselbe Richtung, eine Einheit. Die Führung dieser Richtung lag in den Händen so einflußreicher und talentierter Schriftsteller wie Bogdanow, A. Lunatscharski, M. Gorki und W. Basarow.

Der Standpunkt des orthodoxen Marxismus, des dialektischen Materialismus wurde von der Plechanowschen Schule, mit Plechanow selbst an der Spitze, vertreten. Eine besonders lebhafte Unruhe rief in den Kreisen der orthodoxen Marxisten, der konsequenten Materialisten, das machistische Sammelbuch „Beiträge zur Philosophie des Marxismus“ hervor. Bisher war Lenin öffentlich gegen die Machisten noch nicht aufgetreten, obwohl er sich ihnen gegenüber schroff ablehnend verhielt. Daß Letzteres in der Tat der [200] Fall war, beweist Lenins Briefwechsel mit Gorki, dem hier einige entsprechende Stellen entnommen seien. 1908 schreibt Lenin:

„Nunmehr sind die ‚Beiträge zur Philosophie des Marxismus‘ erschienen. Ich habe alle Artikel darin gelesen, mit Ausnahme des Suworowschen (den ich gerade lese), und mit jedem Artikel steigerte sich meine Empörung. Nein, das ist kein Marxismus! Unsere Empiriokritiker, Empiriomonisten und Empiriosymboliker kriechen geraden Weges in den Sumpf. Den Lesern versichern, daß der „Glaube an die Realität der Außenwelt ‚Mystik‘ sei (Basarow), in der unerhörtesten Weise Materialismus und Kantianismus vermengen (Basarow und Bogdanow), eine Spielart von Agnostizismus (Empiriokritizismus) und Idealismus (Empiriomonismus) predigen, dem Arbeiter ‚religiösen Atheismus‘ und ‚Vergötterung‘ höchster menschlicher Potenzen beibringen (Lunatscharski), die Engelssche Lehre von der Dialektik für Mystik erklären (Berman), aus der stinkenden Quelle beliebiger französischer ‚Positivisten‘, Agnostiker oder Metaphysiker schöpfen! Hol sie der Teufel mitsamt ihrer „symbolischen Erkenntnistheorie“ (Juschkewitsch)! Nein, da hört doch alles auf!“[*)]

Mittlerweile hatten die philosophischen Differenzen im marxistischen Lager eine immer stärker werdende Gärung und Spannung erzeugt. Ende 1907 und im ersten Halbjahr von 1908 wurden in der Emigration, vor allem in Genf, aber auch in Bern, zahlreiche Vorträge und öffentliche Diskussionen

[*)] A. a. O., Seite 92.

zwischen Machianern und Materialisten veranstaltet, die von einer großen Zahl nicht nur ansässiger, sondern auch von auswärts speziell zugereister Zuhörer besucht waren. Im Herbst 1908 hielt Lunatscharski in Genf einen Vortrag. Den Ausführungen Lunatscharskis trat auf Wunsch Lenins ein Redaktionsmitglied des bolschewistischen Zentralorgans „Der Proletarier“, der Genosse Dubrowinski, entgegen. Als Unterlage zu seiner Entgegnung diente Dubrowinski ein von Lenin verfaßter, zehn Punkte umfassender Redeentwurf. Ein ebenfalls in Genf zum selben Thema von mir erstattetes Referat bildete, wenn ich nicht irre, die Antwort auf die Rede Lunatscharskis. An der Diskussion, die im Anschluß an mein Referat stattfand, beteiligten sich seitens der Materialisten Plechanow, seitens der Machianer Bogdanow und Lunatscharski; Lenin war damals nicht in Genf.

Gleichzeitig wurde das Feuer gegen die Machianer in der legalen und illegalen Presse eröffnet. In Nr. 617 der „Stimme des Sozialdemokraten“ beginnt Plechanow unter dem Titel „Materialismus militans“ seine bekannten offenen Briefe an A. Bogdanow zu veröffentlichen. Aber auch die Machianer säumten nicht. Auf den Angriff der Plechanowschen „Schule“ antwortet Bogdanow mit der Schrift „Die Abenteuer einer philosophischen ‚Schule‘“, in der er die Ansichten Plechanows, Axelrods und Deborins einer Kritik unterwirft. N. Walentinow trat aus Anlaß unserer Differenzen mit Ernst Mach in einen Briefwechsel ein und veröffentlichte gleichzeitig in seinem Buch „E. Mach und der Marxismus – den Marxisten zur Lehre“ sowohl einen Antwortbrief Machs als auch eine Uebertragung des Artikels F. Adlers „Die Entdeckung der Weltelemente“. Die Schrift N. Walentinows schließt mit folgender Weissagung:

„Die metaphysischen Systeme des Materialismus und Idealismus sind überholt! Eine wirklich wissenschaftliche Philosophie (nämlich der Machismus. A. D.) ist im Entstehen begriffen und der Marxismus wird sich früher oder später – dessen bin ich sicher – mit ihr vereinigen, allen jenen Herrschaften zum Trotz, die eine solche Verbindung in dem Glauben zu verhindern suchen, die unvergängliche Wahrheit der Philosophie sei bereits in ihrer ‚sancta scriptura‘ enthalten und könne durch kein Fatum jemals wieder aufgehoben werden.“

Den Standpunkt der Mach-Anhänger unter den Marxisten teilen auch die Volkstümler („Narodniki“), insbesondere die Sozialrevolutionäre, z. B. der Führer der letzteren, V. Tschernow. Es entstand so ein sonderbarer Block. [201] Interessant ist auch die Stellung der ehemaligen „Marxisten“, die politisch damals bereits ins Lager der bürgerlichen Reaktion übergelaufen waren, theoretisch aber sich dem philosophischen Idealismus und sogar offenen religiösen Mystizismus verschrieben hatten, zu den Differenzen unter den damaligen Marxisten. Bei dieser Sorte von „Marxisten“ war die Ablehnung des M a t e r i a l i s m u s aufs innigste verflochten mit einem unverhüllten Haß gegen den S o z i a l i s m u s. Folgende bemerkenswerte Stelle in einem im Jahre 1906 in der Zeitschrift „Rußkaja Mysl“ (Heft 12) erschienenen Artikel von 5. Frank (einem der „Philosophen“ der russischen liberalen Bourgeoisie) beweist das. Da heißt es:

„Philosophisch stützt sich der Sozialismus auf den N i h i l i s m u s, d. h. auf die Verneinung aller objektiven Werte individuellen und kosmischen Seins und damit auf den Epikurismus. Angesichts nun des Zusammenbruchs der klassischen Form des Nihilismus-Materialismus entstand das Bedürfnis, diesem eine neue Fassung zu geben. Diese Aufgabe fällt nun jenem modernisierten Positivismus zu, den die ‚empiriokritische‘ Richtung vertritt. Allein, der Standpunkt Plechanows und seiner Schule in der Beurteilung der Eignung des Empiriokritizismus zur Begründung des nihilistischen Sozialismus ist zweifellos viel zutreffender als die Hoffnungen der marxistischen Empiriokritiker. Plechanow fühlt instinktiv, daß der Zusammenbruch des dogmatischen materialistischen Nihilismus das Ende eines ganz großen historischen Abschnittes im menschlichen Denken bedeutet und dadurch die naive irdische Lebensfreude und der für den französischen Materialismus des 18. Jahrhunderts charakteristische streitbare Atheismus, der jenen philosophisch-psychologischen Boden bildet, dem die sozialistische Religion entsprungen ist, zerstört wird. Verglichen mit diesem dreisten und stürmischen metaphysischen Nihilismus erscheint der vorsichtige, positivistische Agnostizismus der modernen Philosophie als der ‚Anfang vom Ende‘.“

Die „gelehrten“ Gegner des Sozialismus gaben damit durch den Mund von S. Frank offen zu, daß zwischen Sozialismus und Materialismus eine engere innere Verbindung besteht und man, um die „sozialistische Religion“, wie Frank sich ausdrückt, loszuwerden, zunächst einen Zusammenbruch des Sozialismus herbeizuführen habe; der Empiriokritizismus dagegen, mag er vom Standpunkt des metaphysischen Idealismus und Mystizismus, den Frank vertritt, auch noch so unzulänglich sein,

stellt doch das kleinere Uebel dar und fördert den Zusammenbruch des Sozialismus. In seinen weiteren Ausführungen sucht Frank zu beweisen, daß der Empiriokritizismus den Zusammenbruch des Marxismus herbeiführen müsse, da weder der Empiriokritizismus noch der Empiriomonismus den marxistischen Sozialismus zu stützen vermöchten. Die „Revision" der philosophischen Lehre des Marxismus könne sich nicht darauf beschränken, daß man dieser Lehre mechanisch den Materialismus „exstirpiere" und ihn darauf durch den Empiriokritizismus ersetze.

„Mit der Vernichtung des Materialismus brechen auch etliche festeste Stützen des marxistischen Sozialismus zusammen." Es muß zugegeben werden, daß Frank in dieser Beziehung vollkommen recht hat. Unser Klassengegner hat eine gute Nase. Frank, aber auch andere Gegner des Marxismus und Sozialismus, begriffen sehr wohl, daß der Empiriokritizismus, Empiriomonismus, Empiriosymbolismus usw. in Wahrheit idealistische, mit dem Marxismus unvereinbare Konzeptionen darstellen. (Fortsetzung folgt.) [202]

*

Exportiert Deutschland Kapital?

Zur Frage des Charakters des deutschen Imperialismus

Von A. Friedrich.

I.

In den ersten Nachkriegsjahren war es durchaus richtig, Deutschland als eine Art Kolonie und deutsche Großkapitalisten, ja selbst ganze Körperschaften, Regierungsorgane usw. als Handlanger oder Exponenten ausländischer Finanzgruppen zu betrachten. Diese Periode ist bis heute noch nicht voll überwunden, wenn die Formen der Abhängigkeit auch andere sind als damals; der Kapitalexport ist zwar zurückgegangen, aber noch keineswegs zum Stillstand gekommen, die Ueberfremdung der deutschen Wirtschaft hat somit ihren höchsten Punkt noch nicht erreicht.

Es ist aber falsch, sich lediglich auf diese eine Entwicklungslinie einzustellen und die Grundlagen der imperialistischen Wiedererstarkung Deutschlands zu unterschätzen. Diese Erstarkung selbst ist unbestritten, sie zeigt sich in der Handelsvertragspolitik und auf sonstigen Gebieten der Außenpolitik. Die großen Erfolge, die die deutsche Bourgeoisie im Laufe der letzten zwei bis drei Jahre hierbei erzielt hat, haben zur Voraussetzung die Stabilisierung der Mark, die Trustbildung, die Wiedergeburt eines eigenen Finanzkapitals und den Rationalisierungsprozeß auf Kosten der Arbeiterklasse. Parallel dazu zeigen sich die Anfänge eines Kapitalexports; und das Tempo, in dem all diese Erscheinungen sich entwickeln, ist so groß, daß schon heute, kaum drei Jahre nach der Liquidierung des Ruhrkriegs, die Frage auftaucht, ob nicht Berlin die Möglichkeit hat, sich neben New York und London im Laufe der Zeit zu einer Weltbörse zu entwickeln.

Diese Fragestellung erscheint gegenwärtig noch reichlich phantastisch. ja, die Frage des Kapitalexports selbst ist heute noch umstritten. Jedenfalls ist es sicher, daß, wenn ein Kapitalexport überhaupt stattfindet, die ausländischen Kapitalsanlagen vorläufig, verglichen mit der Vorkriegszeit und den Positionen anderer Imperialistischer Mächte, nur recht geringen Umfangs sein können und daß von einer kolonialen Extraprofitrate im Maßstabe des englischen oder des amerikanischen Imperialismus noch keine Rede sein kann.

Dennoch ist die Frage des Kapitalexports von entscheidender Bedeutung für die zukünftige Gestaltung nicht nur des deutschen Imperialismus, sondern zugleich des kapitalistischen Kräfteverhältnisses auf der Erde. Denn wenn in starkem Umfang deutscher Kapitalexport stattfindet, so sind die Konsequenzen:

1. daß der deutsche Imperialismus nach außen eine lebensfähige Basis erhält, die zu weiteren Machtverstärkungen anderer Art (z. B. auf militärischem Gebiet) führen muß.

2. daß eine weitere Stärkung der deutschen Bourgeoisie gegenüber der Arbeiterklasse eingeleitet wird.

Es ist gut, von vornherein auch diesen Konsequenzen klar ins Auge zu sehen. Es mag Genossen geben, die um dieser Konsequenzen willen diese Tatsache ebenso negieren wollen wie vor einigen

Jahren die Möglichkeit, die Reparationsfrage auf kapitalistischer Grundlage zu lösen und die Markstabilisierung durchzuführen. Natürlich ist, auch wenn sich die Tatsache eines wachsenden Kapitalexports nicht mehr bestreiten läßt, zu betonen, daß diese Entwicklung ebenso wie die anderen erwähnten Ereignisse insofern nur r e l a t i v e Stabilisierungserscheinungen sind, als gerade durch diese Mittel der Festigung des Kapitalismus auf anderen Gebieten neue Gärungs- und Gefahrenherde geschaffen werden, die die Bourgeoisie vor kritischere Situationen stellen können als die alten. [203]

II.

Wir werfen kurz einen Blick auf den Stand des deutschen Kapitalexports in der V o r k r i e g s z e i t.

Lenin gibt („Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus“, S. 62) folgende Tabelle, wie sich im Jahre 1910 die ausländischen Kapitalanlage“ Englands, Frankreichs und Deutschlands verteilten (Beträge in Milliarden Mark):

	England	Frankreich	Deutschland
europäische Länder	4	23	18
Amerika (Nord und Süd)	37	4	10
Asien, Afrika, Australien	29	8	7
insgesamt	70	35	35

Fast die gleichen Ziffern gibt z. B. Prof. P. Arndt („Handwörterbuch des Kaufmanns“ III. S. 200). Bei Ausbruch des Krieges mögen die Auslandskapitalanlagen Deutschlands rund 40 Milliarden Mark betragen haben.

Die Schätzung des Zweiten Sachverständigenkomitees, das zu Beginn des Jahres 1924 unter Führung MacKennas und H. M. Robinsons tätig war und das den Wert der deutschen Guthaben im Ausland für 1914 auf 28 Milliard.; Goldmark bezifferte, ist offenbar zu niedrig.

Wenn wir die Einnahmen hieraus mit durchschnittlich 5 Prozent, also einem wahrscheinlich zu niedrigen Zinsfuß annehmen, so ergeben sich bereits 2 Milliarden Mark, die der deutschen Bourgeoisie jährlich zuflossen.

K r i e g u n d K r i e g s a u s g a n g brachten eine vollständige Verschiebung in der Verteilung der überseeischen Märkte. Das Auslandskapital Frankreichs hat sich erheblich verringert, das Englands etwas vermehrt, den überwiegenden Anteil nehmen heute die Vereinigten Staaten ein, deren exportiertes Kapital auf mindestens 100 Milliarden Mark, wahrscheinlich aber noch bedeutend höher zu schätzen ist. Die deutsche Bourgeoisie schließlich hat den weitaus größten Teil seiner damaligen Auslandswerte verloren. Das bereits erwähnte Zweite Sachverständigenkomitee kam zu dem Ergebnis, daß Ende 1923 „nicht weniger als 5,7 Milliarden Goldmark und nicht mehr als 7,8 Milliarden Goldmark“ deutsches Kapital im Auslande vorhanden waren, in der Gesamtsumme also etwa 6,75 Milliarden Goldmark. In Ergänzung dazu lenkte dieser Sachverständigenbericht „die Aufmerksamkeit besonders auf die ausländischen Noten in Deutschland, die, obwohl sie bei dieser Abschätzung des im Ausland liegenden Kapitals nicht eingeschlossen sind, mit einem auswärtigen Guthaben so nahe Verwandtschaft zeigen, daß man sie nicht übersehen kann.“ Der Gesamtbetrag dieser ausländischen Noten wurde auf 1,2 Milliarden Goldmark beziffert.

Ein Teil dieser zusammen rund 8 Milliarden Mark waren „liquide“ Anlagen, die lediglich aus Gründen der Steuer- und Markflucht ausländische Form angenommen hatten und mit Stabilisierung der Mark nach Deutschland zurückkehrten. Der größere Teil jedoch bestand aus solchen festen Investitionen, die durch den Krieg nicht betroffen worden waren und die somit die Grundlage der gegenwärtigen Auslandsanlagen der deutschen Bourgeoisie bilden.

Es scheint übrigens, daß die erwähnte Gesamtsumme von 8 Milliarden Mark genau so zu niedrig ist wie jene 28 Milliarden für die Vorkriegszeit zumal wenn wir berücksichtigen, daß sehr erhebliche Investierungen in verschiedenen europäischen und südamerikanischen Staaten durch die Kriegsjahre hindurch erhalten geblieben sind.

III.

Die gegenwärtigen militärischen Machtmittel der deutschen Bourgeoisie sind zur Entfaltung eines selbständigen Imperialismus noch durchaus unzureichend. Daher fehlt – wenigstens für absehbare Zeit – noch das entscheidende Mittel, die gegenwärtigen ausländischen Kapitalsanlagen in Ernstfällen zu schützen und, was noch wichtiger ist, mit Hilfe direkter [204] Gewaltmethoden auf Grund der gegenwärtigen Anlagen Erpressungen nach üblichem kolonialpolitischem Muster auszuüben. Zweifellos bedeutet dieser Zustand eine dauernd kritische Lage für die Existenz des gesamten neudeutschen Imperialismus, Immerhin bietet dieser Schwächezustand den deutschen Kapitalisten verschiedentlich gewisse Chancen, die sie, wie wir vor allem in der Türkei und in China beobachten können, auch wahrzunehmen verstehen (enge Handelsbeziehungen mit asiatischen Ländern, türkische, afghanische usw. Konzessionen an deutsche Firmen, deutsche Bevorzugung in Südchina gegenüber den anderen imperialistischen Mächten usw.).

Zum großen Teil erfolgt die Wahrnehmung dieser Chancen durchaus bewußt; wir erinnern hier nur an den Ingenieur Strewe, der in den ersten Nachkriegsjahren die deutsche Industrie auf die vorteilhafte Stellung hinwies, die Deutschland gerade jetzt bei der Eroberung des chinesischen Marktes habe und dessen Einstellung u. a. von Hugo Stinnes geteilt wurde, was darin zum Ausdruck kam, daß Strewe einige Jahre lang Vertreter der Hugo Stinnes G. in. b. H. in Schanghai war.

Daneben zeigt sich jedoch in den letzten Jahren eine immer stärkere koloniale Bewegung, die keineswegs auf die Kreise des Deutschen Kolonial-Vereins beschränkt ist, sondern tatsächlich von der Bourgeoisie aller Gruppierungen unterstützt wird. Man erinnere sich etwa der Rede des demokratischen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht in der Abteilung Charlottenburg der Deutschen Kolonial-Gesellschaft (Ende März 1926) oder der Rede des Dr. Külz auf dem Landesparteitag Sachsen der Demokratischen Partei Ende September 1926.

IV.

Es ist natürlich richtig, daß diese Kolonialpropaganda zu einem großen Teile nichts als eine nationalistische Propagandaspielerei darstellt und daß die deutsche Bourgeoisie auch auf weite Sicht keine Möglichkeit haben wird, etwa ihre Vorkriegskolonien wiederzugewinnen. Etwas anderes ist schon, wenn Dr. Schacht die Schaffung einer kolonial-imperialistischen Expansion als Voraussetzung für die Reparationsdurchführung bezeichnete. Immerhin ist auch seine Forderung nach der Bildung großer kolonialer Privatgesellschaften internationalen Charakters zur gemeinsamen Ausbeutung ganzer Gebiete von Realisierungsmöglichkeiten ebenso weit entfernt, wie etwa der Vorschlag Hans Zaches, des ersten Vorsitzenden des Bundes der Kolonialdeutschen, der insbesondere koloniale Betätigung Deutschland in Afrika fordert und meint: „Kapital zur wirtschaftlichen Erschließung und Entwicklung würde nach zuverlässigen Erkundigungen von amerikanischer Seite ausreichend zur Verfügung gestellt werden.“ (Vgl. „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ vom 6. November 1925.)

Vielmehr hat eine Kolonialbewegung nur dann einen realen Hintergrund, wenn ihre Form dem Umfang und der Richtung eines eigenen deutschen Kapitalexports entspricht.

Realpolitisch wichtiger als die gesamte Kolonialpropaganda ist daher vorläufig die Feststellung, daß der Export deutschen Kapitals offiziell gefordert und unterstützt wird. Wir zitieren z. B. aus dem Anfang Januar 1927 erschienenen Geschäftsbericht der Reichskredit-Gesellschaft, d. h. der in Händen des Reichs befindlichen neuen Großbank, folgende Sätze: „Die Kapitalbildung Deutschlands aus Eigenem genügt bisher nicht, um den Produktionsapparat in der Weise auszubauen, wie es in der Vorkriegszeit der Fall war, und gleichzeitig Reparationen zu zahlen, wie sie im Dawes-Plan vorgesehen sind. Hierbei ist noch nicht in Rechnung gesetzt worden, daß in der modernen Wirtschaft auch die Ausfuhr von Kapital zum Ausbau des Produktionsapparates gehört und daß die Notwendigkeit, den Außenhandel zu fördern und weltwirtschaftliche Stützpunkte zu errichten, Deutschland zur Kapitalausfuhr zwingt und den Bedarf an Kapital vergrößert. Reparationen lassen sich künftig aber nur leisten, wenn der Produktionsapparat auf [205] den Stand gebracht und darauf erhalten wird, der Deutschland die Erwirtschaftung eines über Vorkriegshöhe hinausgehenden Produktionsertrages im Wettbewerb mit der ganzen Welt gestattet.“

Das etwa wird auch die Motivierung sein, mit der die deutsche Bourgeoisie in absehbarer Zeit offiziell kolonialpolitische Forderungen formulieren wird.

V.

Es ist im übrigen keine neue Erscheinung, daß ein Land auf der einen Seite Kapital importiert, auf der anderen Seite zugleich selber Kapitalinvestierungen im Ausland betreibt. Wir erinnern hier an die Lage der Vereinigten Staaten der Vorkriegszeit, in denen bei Kriegsausbruch schätzungsweise 5 bis 6 Milliarden Dollar seitens englischer, deutscher und französischer Kapitalisten investiert waren, die aber damals bereits Anlagen von ähnlichem Werte in Mittelamerika, Kanada und Ostasien gemacht hatten.

Tatsache ist, daß z. B. von deutscher Großbankseite aus dieser Doppelprozeß bewußt gefördert wird. Anfang Februar 1927 führte Bankdirektor H. M. Gutmann, Vorsitzender des Vorstands der Dresdner Bank, auf dem Dritten Giroverbandstag folgendes aus: „Ich halte nicht nur die Aufnahme intimer wirtschaftlicher Beziehungen zu allen Ländern, von denen wir uns eine Förderung unserer Industrie und unseres Handels versprechen können, für wünschenswert, sondern halte es ebenso für erforderlich, die wirtschaftliche Entwicklung in Ländern, die fremder Mithilfe bedürfen, so weit es in unseren Kräften steht, auch finanziell mit allen Mitteln zu fördern. Mir schwebt dabei eine Stellung Deutschlands als Vermittler vor, solange wir nicht selbst soviel Kapital besitzen, um unsererseits der Auslandsanleihen nicht mehr zu bedürfen. Es ist durchaus kein Widerspruch, wenn Deutschland Gelder in großem Umfang zu günstigen Bedingungen hereinnähme und es mit höheren Zinsen anderen Ländern wieder zur Verfügung stellte, um auf diese Weise den Export nach diesen Ländern zu fördern.“

Ein anderer wichtiger Großkapitalist zeigt die gleiche Einstellung: Felix Deutsch, Vorsitzender des Direktoriums der AEG, der Mitte Februar bei Besprechung des AEG-Geschäftsberichts sagte, er „halte es für die Belebung des Geschäfts mit Rußland für vorteilhaft, wenn die Vereinigten Staaten und England Geld für russische Anleihen zur Verfügung stellen würden“.

VI.

Ueber den Umfang und die Richtung des deutschen Kapitalexports gibt es keine brauchbare Statistik. Statistisch wirklich erfaßt ist lediglich die in Deutschland erfolgte Emission ausländischer Wertpapiere, auf die wir noch zu sprechen kommen werden. Die verschiedenen Versuche, Zahlungsbilanzen für den Waren- und Kapitalverkehr Deutschlands zusammenzustellen, haben im allgemeinen anfechtbare und einander widersprechende Resultate gebracht, deuten aber immerhin die sich vorbereitende Entwicklung an. So glaubt z. B. das Institut für Konjunkturforschung in einer Untersuchung über die Entwicklung der deutschen Zahlungsbilanz, daß sowohl die 1926 aufgenommenen langfristigen Auslandsanleihen als auch andere Aktivposten „in beträchtlichem Umfang zur Rückzahlung früher auf genommener Auslandskredite in Anspruch genommen“ sind. Ferner heißt es dort, daß die Aktivisierung der Handelsbilanz im ersten Halbjahr 1926 zum Teil durch erweiterte Warenkredite deutscher an ausländische Firmen zustandegekommen ist. Während das Institut die Belastung der deutschen Wirtschaft durch Zinsen und Amortisationen mit 350 bis 400 Millionen Mark für 1926 angibt, schätzt es demgegenüber den Zinsertrag aus deutschen Auslandsanlagen auf 150 bis 200 Millionen Mark, was einem Gesamtwert dieser Auslandsanlagen von rund 3 Milliarden Mark entsprechen würde, d. h. einer gegenüber der Wirklichkeit offenbar viel zu niedrigen Summe.

[206] In der Zahlungsbilanz, die die Reichskreditgesellschaft zusammengestellt hat, wird die Gesamtsumme der Kapitalausfuhr Deutschlands für 1926 auf 1,12 Milliarden Mark beziffert und zwar 140 Millionen Mark in Form des Zuwachses an fremden Devisen und 980 Millionen Mark an „sonstiger Kapitalausfuhr“. Dazu wird gesagt, daß es sich in der Hauptsache um „Abdeckung kurzfristiger Schulden“ gehandelt habe.

Was sich somit aus diesen Zahlungsbilanzversuchen ergibt, ist lediglich, daß die neu aufgenommenen langfristigen Auslandsanleihen nur zum kleinen Teil wirkliche Neuverschuldung darstellen, in der Hauptsache aber eine Umwandlung kurz- in langfristige Anleihen sind.

VII.

Darüber hinaus läßt sich aber einwandfrei eine Vermehrung des tatsächlichen Kapitalexports feststellen.

1. Die sichtbarste Form ist die bereits erwähnte Emission ausländischer Wertpapiere (Aktien, Anleihen usw.) in Deutschland. Diese Form des Kapitalexports ist aber weniger üblich gewesen als etwa vor dem Kriege, zumal überhaupt der deutsche Kapitalexport – bisher wenigstens – in der Nachkriegszeit ein offizielles deutsches Gewand nach Möglichkeit gescheut hat. Immerhin sind diese Ziffern charakteristisch. In Millionen Mark wurden in Deutschland an Wertpapieren ausgegeben:

	Insgesamt	davon Auslandswerte
Vierteljahresdurchschnitt 1907 bis 1913	924	118
Vierteljahresdurchschnitt 1924	201	–
I. Quartal 1925	559	2
II. Quartal 1925	491	3
III. Quartal 1925	312	2
IV. Quartal 1925	339	3
I. Quartal 1926	541	7
II. Quartal 1926	1046	8
III. Quartal 1926	1146	16
IV. Quartal 1926	1467	36

Nach dieser Statistik (vgl. „Wirtschaft und Statistik“ 2. Februar-Heft 1927) stehen also den Auslandsemissionen von 1925 in Höhe von 10 Millionen Mark 67 Millionen Mark ausländischer Emissionen für 1926 gegenüber. Besonders interessant ist auch, daß sich seit Ende 1925 diese Werte von Quartal zu Quartal fast immer verdoppelt haben.

In den ersten Monaten des Jahres 1927 scheint sich diese Wachstumentwicklung des Kapitalexports weiter verstärkt zu haben; und gegenwärtig bestehen eine ganze Anzahl von Projekten, ausländische Aktienpakete an der Berliner Börse unterzubringen. Von solchen Firmen sind z. B. zu nennen:

Oesterreichische Siemens-Schuckert-Werke

Svenska Taendstiks A.-G. (schwed. Zündholztrust)

Compania Hispania Americana de Electricidad

Snia Viscosa, Turin

Oesterr. Alpine-Montan-Gesellschaft

Oesterr. Boden-Credit-Anstalt

Ungar. Eisenbahnverkehrsanstalt-A.-G.

Es handelt sich hierbei teilweise um recht erhebliche Posten; so hat z. B. die Disconto-Gesellschaft 10 Prozent des 1 Milliarde Lire betragenden Aktienkapitals der Snia Viscosa zwecks Einführung an der Berliner Börse auf gekauft, Das „Magazin der Wirtschaft“ (3. März) bemerkt hierzu, daß es sich schon keineswegs mehr um Einzelerscheinungen handle und führt ferner aus: „Es ist ein deutliches Zeichen für die Wiedererstarkung des deutschen Kapitalmarkts, daß die deutschen Anleiheemissionen im Auslande in den letzten Monaten fast völlig aufgehört haben und sich umgekehrt die Tendenz zeigt, ausländische Aktien an deutschen [207] Börsen einzuführen. Und im Zusammenhang damit wird von der Möglichkeit gesprochen, daß man die Berliner Börse durch Heranziehung einer sorgfältig ausgewählten kleinen Anzahl von hervorragenden Standardpapieren in den internationalen Kapitalverkehr einschaltet und zur Weltbörse erhebt.“

Den vermehrten Emissionen und Unterbringungen ausländischer Werte in Deutschland entspricht auch die Ende Februar 1927 gegründete „Ständige Kommission zur Wahrung der Interessen deutscher Besitzer ausländischer Wertpapiere“, die in Verbindung mit dem Zentralverband des Bankgewerbes und den Handelskammern von Berlin, Hamburg und Frankfurt arbeitet.

2. Abgesehen hiervon haben sich Kapitalbeteiligungen anderer Art, Gründungen deutscher Firmen im Ausland, Käufe ausländischer Unternehmungen, Plantagen usw., Konzessionserwerbungen und dergleichen gleichfalls vermehrt, doch entziehen sich diese Erscheinungen der Kontrolle des öffentlichen Kapitalmarktes und gelangen auch nur zum kleinen Teil in die deutsche Presse.

3. Neben diesen Formen der festen Kapitalbeteiligung bestehen schließlich noch die kurzfristigen Warenkredite, die für die Exportentwicklung eine unbedingte Voraussetzung sind. Ihre Gesamtsumme läßt sich schwer schätzen; auf Grund der Entwicklung der Handelsbilanz kann man annehmen, daß sie zwischen anderthalb und zwei Milliarden Mark liegt. Ebenso ist auch schwer feststellbar, wer letzten Endes diese Warenkredite finanziert. Aus den „Warenvorschüssen" und anderen Posten der Bankbilanzen läßt sich schließen, daß die direkten Gelder der Banken hierfür nur zum kleinen Teil in Frage kommen; wenig kontrollierbar ist in dieser Hinsicht die Betätigung der zahlreichen deutschen Auslandbanken, die offenbar einen erheblichen Anteil an diesen Geschäften haben. Abgesehen davon hat es den Anschein, als ob die Industrie- und Handelsfirmen selbst in höherem Grade als vor dem Kriege Anteil an der Finanzierung von Warenkrediten ans Ausland haben. Diese kurzfristigen Warenkredite gehören zwar nicht zum Kapitalexport im eigentlichen Sinne, doch ist im allgemeinen ihre Entwicklung eine Voraussetzung und Vorarbeit zu festen Kapitalinvestierungen.

Was die Hauptrichtung des Kapitalexports anlangt, so scheint wie vor dem Kriege ein sehr großer Teil nach europäischen Ländern, insbesondere nach Osteuropa und Spanien, zu gehen; ferner lassen die Tätigkeitsgebiete der deutschen Auslandbanken und noch mehr die Entwicklung des Warenexports darauf schließen, daß – prozentual noch mehr als vor dem Kriege, im absoluten Umfang wahrscheinlich erheblich geringer – Südamerika ,Vorderasien und China die wichtigsten Ziele des deutschen Kapitalexports darstellen.

Wenn wir schließlich nach den wichtigsten Trägern des deutschen Kapitalexports fragen, so stehen in erster Linie unbedingt die Großbanken, wobei übrigens die Deutsche Bank nicht mehr die dominierende Rolle wie vor dem Kriege spielt. Statt dessen sind in dieser Richtung die Dresdener Bank und die Disconto-Gesellschaft sehr aktiv gewesen. Daneben sind diejenigen Industriegruppen besonders wichtige Träger des Kapitalexports gewesen, die auch innerhalb des deutschen Kapitalismus die führende Stellung erlangt haben: chemisches Kapital und Elektrizitätsgruppe. Wir nennen u. a.: I. G. Farbenindustrie A.-G., Bemberg-Glanzstoff-Gruppe, Heyden, AEG, Siemens-Schuckert, Osram G. m. b. H., Telefunkengesellschaft.

Fassen wir diese Tatsachen zusammen, so zeigt sich, daß Deutschland in wachsendem Umfang Kapital exportiert und daß sich diese Entwicklung noch weiter steigern wird. Diese Tatsache ist eine der wichtigsten Erscheinungen der internationalen kapitalistischen Entwicklung und muß politisch in Rechnung gesetzt werden, wenn es auch auf Grund des bisher bekannten Materials nicht möglich gewesen ist, die gegenwärtige Summe der deutschen Auslandskapitalanlagen und den Umfang des augenblicklichen Kapitalexports zahlenmäßig einzuschätzen. [208]

*

Die KPD und der linke Flügel der deutschen Arbeiterbewegung

Von J. Walcher

> Der Aufsatz des Genossen Walcher entspricht nicht in allen Punkten den Auffassungen der Partei in der Frage des linken Flügels. Unsere Antwort ist in dem Aufsatz des Genossen Osten niedergelegt.
>
> Die Redaktion.

Unter dem linken Flügel verstehen wir die Kräfte, die zwar außerhalb der KPD stehen, aber doch den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit erkannt haben und mehr oder weniger folgerichtig für den proletarischen Klassenkampf eintreten. Wir werden kaum auf Widerstand stoßen, wenn wir feststellen, daß der linke Flügel, insbesondere soweit die SPD und die Gewerkschaftsbewegung in Frage kommt, von einer kläglichen Schwäche ist. Wie kommt das? Sind dafür nicht auch wir Kommunisten, wenigstens teilweise, verantwortlich?

Maslow und die Seinen kämpften auch vor 1923 doch nicht zuletzt deshalb gegen die früheren Parteileitungen, weil diese es angeblich absolut nicht verstanden, mit Erfolg gegen die Sozialdemokraten

zu kämpfen. Das Hauptübel sahen die Maslowiten darin, daß die damaligen Parteiführungen einen Unterschied zwischen rechten und linken Sozialdemokraten z u g u n s t e n der Letztgenannten gelten ließen und bestrebt waren, den linken gegen den rechten Flügel auszuspielen. Das hielten sie für grundfalsch, weil dadurch nach ihrer Meinung das Ansehen des linken Flügels gestärkt und auf diese Weise lediglich die Existenz der SPD als Massenpartei gesichert werde. Wollte man der SPD wirklich Abbruch tun und die Massen für die kommunistische Bewegung gewinnen, so mußte man nach ihrer Auffassung hauptsächlich und vor allen Dingen den Massen unermüdlich einhämmern, daß die KPD die einzige Arbeiterpartei, die SPD aber bürgerlich und speziell ihr linker Flügel der schlimmste und gefährlichste Feind der Arbeiterklasse sei. Das Rezept war, wie man sieht, sehr einfach.

Die Probe aufs Exempel ist in der ultralinken Aera gemacht worden. Der KPD ist dieses Experiment teuer zu stehen gekommen. Hätte die Exekutive nicht mit fester Hand dem Trauerspiel ein Ende gemacht, so hätte es gar nicht mehr so lange gedauert, bis die Ultralinken die Partei, obgleich diese wahrhaftig über eine sehr robuste Gesundheit verfügt, völlig ruiniert hätten. Für alle diejenigen, die sich die Bekämpfung der durchtriebenen, routinierten Reformisten so furchtbar einfach vorgestellt hatten, war die ultralinke Aera eine bittere Enttäuschung.

Die Partei hat aus der ultralinken Aera wichtige Lehren gezogen. Sie hat, wenn auch noch nicht in genügendem Maße, gelernt, daß der Kampf um die Gewinnung der Massen insbesondere gegenüber der Sozialdemokratie eine schwierige, komplizierte Aufgäbe ist, deren richtige Lösung Sachkenntnis, Erfahrung, Ausdauer, Beweglichkeit und die Fähigkeit erfordert, alle vorhandenen Gegensätze im reformistischen Lager aufzuspüren und in geschickter Weise auszunützen. Die Früchte dieser Erkenntnis liegen auf der Hand. Der Zerfall der kommunistischen Bewegung wurde nach dem Offenen Brief bald aufgehalten. Die jüngsten Wahlen haben gezeigt, daß wieder ein gesunder Aufschwung vorhanden ist. In den Gewerkschaften, wo es ganz besonders schwer ist, verscherztes Vertrauen wiederzugewinnen, werden alte Verluste ausgeglichen und da und dort auch schon neue Positionen errungen.

Dieses Ergebnis soll nicht gering bewertet werden. Aber das Wachstum der kommunistischen Bewegung und die Stärke des linken Flügels der deutschen Arbeiterbewegung entspricht noch keineswegs den objektiven Möglichkeiten und der aufreizenden Praxis der Sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaftsführer. Die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Situation enthält zahlreiche Elemente, die das Wachstum der KPD und die Stärkung der Linksbewegung begünstigen.

[209] Zählen wir sie kurz auf. Grundlegend ist die relative Festigung des deutschen Kapitalismus, die nicht nur in einer unerhörten Machtfülle und Bereicherung der führenden monopolistischen Schicht, sondern auch in der unverhüllten Herrschaft des Bürgertums zum Ausdruck kommt. Daß die relative Festigung des deutschen Kapitalismus und die unverhüllte politische Herrschaft des Bürgertums den radikalen Flügel der deutschen Arbeiterbewegung begünstigt, ist nur bei einer abstrakten Betrachtung verwunderlich. Gerade die bisherige Labilität und Unausgeglichenheit der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, wo weder das Proletariat ein Uebergewicht zur Geltung bringen konnte, noch die Bourgeoisie aus eigener Kraft, ohne Hilfe der SPD imstande war, das Proletariat zu beherrschen, sicherte den sozialdemokratischen Maklern eine sehr vorteilhafte Position. Dank der Hilfe der Sozialdemokratie ist im Verlaufe von acht Jahren die Lage der Bourgeoisie so gefestigt worden, daß die wirklichen Beherrscher Deutschlands heute keine Vermittler, keine sozialdemokratischen Platzhalter mehr brauchen. Sie haben sich allesamt mit der Republik ausgesöhnt. Warum auch nicht? Was können sich die Herrschaften besseres wünschen? „Die Parole heißt heute nicht mehr – so schrieb am 15. Februar der Demokrat E r k e l e n z in der „Vossischen Zeitung“ – „Wiedereinführung der Monarchie, sondern Beherrschung der Republik.“ Dazu sind aber keine sozialdemokratischen Kulissen mehr nötig; diese sind im Gegenteil hinderlich geworden, denn die wahren Herren Deutschlands sind entschlossen, die Früchte ihrer Monopole und der Rationalisierung restlos einzuheimsen. Darum haben sie die Sozialdemokraten in die Opposition gestoßen und den Bürgerblock etabliert. So sehr das auch den Wünschen der sozialdemokratischen Bonzokratie widerspricht, ist sie doch gezwungen, schärfere Töne anzuschlagen. Wie das gemeint ist, wissen wir. Aber die SPD kann nicht verhindern, daß ihre eigenen Anhänger das, was nur als Scheinopposition gedacht ist, verflucht ernst nehmen. Das ist angesichts der für jeden sichtbaren Tatsache, daß die Rationalisierung den Kapitalisten märchenhafte Gewinne,

den Werktätigen aber weiter nichts als verschärfte Ausbeutung und größeres Elend bringt, absolut unvermeidlich.

Alle Anzeichen lassen darauf schließen, daß wir in eine Periode verschärfter Klassenkämpfe eintreten. Zunächst geht der Kampf um Lohn und Arbeitszeit, also vorwiegend auf gewerkschaftlichem Gebiet. Aber die Grenzen zwischen gewerkschaftlichem und politischem Gebiet sind heute unbestimmter denn je. In der Arbeitszeitfrage kann eine durchgreifende Besserung sowieso nur auf politischem Gebiet errungen werden, weil die Kampfkraft gerade jener Schichten, die am längsten schuften, viel zu schwach ist, als daß zu hoffen wäre, durch n u r gewerkschaftliche Kämpfe dem monopolisierten Kapitalismus nennenswerte Zugeständnisse abzuringen. In der Lohnfrage versteht jeder, daß letzten Endes schwer erkämpfte Lohnerhöhungen nutzlos sind, wenn es den Beherrschern von Regierung und Wirtschaft unverwehrt bleibt, das, was sie den Arbeitern an Lohn mehr zahlen, durch ihre wucherischen Monopolpreise und durch Besteuerung wieder abzunehmen.

Die unausbleibliche Folge dieser Entwicklung muß sein auf der einen Seite eine Erschütterung der Position der Reformisten und auf der andern Seite eine Begünstigung der revolutionären Elemente. Schon heute sind dafür Anzeichen vorhanden. In den Reihen der Gewerkschaftsmitglieder wächst die Erkenntnis, daß zum Kampf gegen den aufs höchste konzentrierten Kapitalismus weder die bestehenden Organisations f o r m e n noch die bisherigen Kampfmethoden ausreichen.

Woran liegt es, daß weder das Tempo unseres Wachstums, noch weniger das reale Gewicht des linken Flügels dieser tatsächlichen Lage entspricht?

Auf die v e r h e e r e n d e n F o l g e n d e s u l t r a l i n k e n T r e i b e n s habe ich schon hingewiesen. Dem Gesagten muß aber noch hinzugefügt werden, daß der Schaden, den die Ultralinken unserer Bewegung verursachten, sich nicht in den unmittelbaren handgreiflichen Verlusten erschöpft. Die „linken“ Wortführer haben 1923/24 das Kind mit dem Bade ausge-[210]schüttet. Sie haben methodisch die ganze Parteivergangenheit diskreditiert. So kam es, daß zeitweilig fast die ganze Partei außer acht ließ und Teile von ihr bis auf den heutigen Tag übersehen, daß die Taktik der Partei bis zum Jahre 1923 und auch während dieses Jahres überaus erfolgreich war, soweit es sich um die Schwächung der SPD und um die Gewinnung der Massen für die kommunistische Bewegung handelte. Wir sollten bei aller gebotenen Kritik an der damaligen Taktik der Partei nicht übersehen, daß nirgends die SPD so geschwächt und die KPD so gestärkt wurde wie 1923 in Sachsen und Thüringen.

Wir werden nachher sehen, daß Reste jener verderblichen Ideologie noch heute fortwuchern und unsere erfolgreiche Arbeit hemmen. Vorerst aber noch einige kritische Worte über unsere P r e s s e. Die Schwäche des linken Flügels, die Tatsache, daß wir mit den oppositionellen Kräften nicht den notwendigen engen Kontakt haben, daß es uns in den Gewerkschaften nur selten gelingt, eine Einheitsfront mit den oppositionellen Kräften zustande zu bringen – ungeachtet dessen, daß in so wichtigen Fragen wie Schaffung von Industrieverbänden, Kampf für den Achtstundentag, Klassenkampf statt Arbeitsgemeinschaft, Herstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit eine weitgehende Uebereinstimmung besteht –, ist zu einem erheblichen Teil durch unsere Presse verschuldet. Sie findet, besonders in gewerkschaftlichen Fragen, nur selten den richtigen Ton. Sie neigt im allgemeinen dazu, die Dinge aufzubauschen und die Maßnahmen der Gewerkschaftsbürokratie nach Schema F zu kritisieren und zu verurteilen. Unverkennbar ist auch eine gewisse Scheu, den Tatsachen ins Auge zu sehen. Nicht jeder gewerkschaftliche Konflikt muß unbedingt zum offenen Kampf nicht jeder gewerkschaftliche Kampf zu einem politischen werden, nicht jeder Streik muß bis zum Weißbluten durchgekämpft werden, nicht in allen und in jedem Falle ist ein Kompromiß Verrat der Arbeiterinteressen. Ein Redakteur, der sich nicht die Mühe nimmt, in jedem Kampf den gesamten Tatsachenkomplex in Betracht zu ziehen, und dazu auch seine Mitarbeiter anzuhalten, der, ohne mit den Tatsachen genügend vertraut zu sein, etliche Phrasen zu Papier bringt und dessen ganze Weisheit häufig sich darin äußert. daß er auf die Bonzen draufhaut und das Gegenteil von dem, was jene wollen, befürwortet, ein solcher Redakteur arbeitet den Gewerkschaftsführern in die Hände, er untergräbt das Vertrauen der KPD und hindert die Entwicklung eines linken Flügels.

In unserer Partei wird sehr viel vom linken Flügel der Gewerkschaftsbewegung gesprochen. Bei allem Respekt vor dem Eifer unserer Genossen bin ich überzeugt, daß eine ernsthafte Linksbewegung in

den deutschen Gewerkschaften ein Ding der Unmöglichkeit ist, solange wir uns scheuen, ein klares Verhältnis zum linken Flügel der SPD herzustellen. Es geht auf die Dauer nicht an, die linken sozialdemokratischen Arbeiter zu poussieren, gleichzeitig aber die linken Führer in Bausch und Bogen als die schlimmsten und gefährlichsten Feinde hinzustellen*). Damit locken wir, wie [211] männiglich durch die Maslowiten erwiesen, keinen Hund hinter dem Ofen vor. Wir fordern von unsern Genossen, daß sie die Linksbewegung fördern sollen, gleichzeitig geben wir ihnen dann etwa folgende Direktiven mit auf den Weg:

„Kennzeichnend ist die Stellung der angeblich „linken" SPD-Führer. Wenn der Parteivorstand offen die Politik der SPD betreibt (auch er würde eine offene Beteiligung am Bürgerblock wie durch Held in Sachsen nicht ablehnen), so suchen die ‚linken' Führer das Bündnis mit der Bourgeoisie durch scheinradikale Losungen zu verschleiern, durch geschickte (darum um so gefährlichere) Propaganda der oppositionell gestimmten Arbeiter der Linksbewegung aufzuhalten."

Dieses Zitat ist der Resolution entnommen, die am 12. Februar vom Bezirksparteitag Erzgebirge-Vogtland angenommen wurde. Demselben Dokument entnehmen wir auch noch folgenden Satz:

„Es kommt darauf an, die reformistischen Führer zu isolieren, ihre Spaltungsmanöver zu durchkreuzen; am schärfsten sind dabei die ‚linken' Führer mit ihren scheinradikalen Phrasen zu beobachten, zu stellen und zu entlarven; sie sind am gefährlichsten."

Was ist in den zitierten Sätzen falsch? Der Hauptfehler liegt darin, daß hier das objektive Moment dem subjektiven gleichgesetzt wird. Objektiv gesehen ist es richtig, daß die linken Führer in der SPD gefährlichere Gegner des Kommunismus sind, objektiv ist es richtig, daß diese Führer häufig den Wels und Stampfer als Kulisse dienen und als lockendes Aushängeschild, objektiv ist es richtig, daß lediglich durch die radikalen Phrasen dieser Führer Zehntausende von Arbeitern, die instinktmäßig klassenbewußt sind, der SPD als Mitglieder erhalten werden. Aber das ist nur die eine Seite. Wir fahren schlecht, wenn wir die andere übersehen. Diese besteht in der Tatsache, daß nicht alle linken Führer sich ihrer objektiven Rolle bewußt sind. Wenn wir von den typischen radikalen Schwätzern absehen**), die übrigens der Kommunistischen Partei ebenso haßerfüllt gegenüberstehen und einer ernsthaften linken Fraktion den gleichen Widerstand entgegensetzen werden wie der verbissenste Rechte, so können wir bei aller gebotenen Reserve sagen, daß es linke Führer gibt, die zwar immer wieder den Rechten feige Konzessionen machen und sich zur Verteidigung der offiziellen SPD-Politik hergeben, sich aber dennoch für gute Klassenkämpfer halten und ehrlich überzeugt sind, daß eine Radikalisierung der SPD möglich ist und daß es ihnen gelingen wird, die SPD wieder zu einer proletarischen Klassen- und Kampfpartei zu machen, Das ist gewiß eine Illusion, aber eine Illusion, die die radikalen Mitgliedermassen mit ihren radikalen Führern teilen. Um so schlimmer, wird man hier vielleicht einwenden. Und in der Tat, das ist sehr unangenehm für uns. Es kann für keinen Kommunisten auch nur den leisesten Zweifel an der These geben, daß die heutige SPD ebensowenig wie etwa das Zentrum in eine proletarische Kampfpartei verwandelt werden kann, daß alle Bestrebungen, aus ihr wieder das zu machen, was sie in ihrer besten Zeit war, völlig utopisch sind.

Die Frage ist nur, was wir tun können und tun sollen, um diese Illusionen der linken Sozialdemokraten zu zerstören, was wir unternehmen sollen, um aus eingebildeten Klassenkämpfern wirkliche Klassenkämpfer zu machen.

---

*) Wo fängt übrigens die Kategorie der linken „Führer" an und wo endet sie? Im lokalen Rahmen ist schon der Vorsitzende des Ortsvereins ein Führer. In der „Einheit" schrieb unlängst der sozialdemokratische Arbeiter Oskar Feig:
„Wer sind denn die linken Führer? Etwa nur die im Land- und Reichstag sitzenden Vertreter oder die großen Bonzen der Partei und Gewerkschaft? Nein! Auch wir, als Arbeiter, zählen uns zu den linken Führern, wenn wir auch nicht in dem Maße Verantwortung tragen und Aufgaben erfüllen, wie die Genossen in hohen und höchsten Körperschaften. Unsere Aufgaben in der Ortsgruppe, in den Stadt- und Dorfparlamenten, in den Gewerkschaften sind mitunter auch recht schwierig, mannigfaltig, aufreibend und nervenzerrüttend, so daß man uns nicht fortgesetzt mit derartigen feindseligen Anwürfen die Tätigkeit im Interesse der Werktätigen verekeln sollte"
Mir scheint, daß solche Stimmungen beachtet werden müssen. J. W.

**) Diese bilden in der SPD das, was Genosse Thälmann auf dem Berliner Bezirksparteitag als Sumpf bezeichnete. Es versteht sich, daß diese Typen für den linken Flügel nicht in Frage kommen.

Daß wir mit den reinen ultralinken Methoden auf keinen grünen Zweig kommen, das ist erwiesen. Ich befürchte sehr, daß wir in der heutigen Situation auch in der abgeschwächten Chemnitzer Form damit nicht viel [212] erreichen werden. Die Formel: „Die Linken sind gefährlicher als die Rechten", ist viel zu abstrakt, um für unsere praktischen Bedürfnisse auszureichen. Sie kann weder bei unseren Genossen noch bei den sozialdemokratischen Arbeitern die gewünschten Wirkungen hervorrufen. Konkret besagt doch diese Formel: Der wegen seiner radikalen Agitation ausgeschlossene linke Führer Teubner ist für uns ein gefährlicherer und schlimmerer Feind als Husemann. Es genügt dieses Beispiel, um die ganze Dürftigkeit, Unzweckmäßigkeit, ja Schädlichkeit dieser abstrakten Formel zum Bewußtsein zu bringen. Da wir die sozialdemokratische Linke ja nicht historisch kennzeichnen, sondern sie v e r ä n d e r n und in der Perspektive vernichten wollen, da es unser Bestreben sein muß, sie vorwärts zu treiben und für die kommunistische Bewegung zu gewinnen, müssen wir das ganze Problem viel sorgfältiger, gründlicher und konkreter stellen und in jedem Falle die besonderen lokalen Verhältnisse berücksichtigen.

Nach meiner Ueberzeugung wird es uns mit den besten Argumenten, mit der geschicktesten Propaganda und mit den schärfsten und wohlbegründetsten Anklagen nicht gelingen, die Illusionen der linken Sozialdemokraten zu zerstören, wenn das alles nicht zusammentrifft mit den eigenen Erfahrungen und Enttäuschungen, die die linken Sozialdemokraten im Kampfe um die Erneuerung der SPD sammeln werden. Das gilt natürlich nicht für den Einzelnen. Einzelnen linken Sozialdemokraten wird es nach wie vor gelingen, sei es durch eigene Ueberlegungen oder durch unsere Aufklärungsarbeit, den wahren Charakter der SPD zu durchschauen und den Weg zur kommunistischen Bewegung zu finden. Aber für die Masse, für die sozialdemokratische Linke als Ganzes ist das kein gradliniger, sondern e i n s e h r w i d e r s p r u c h s v o l l e r, l a n g a n d a u e r n d e r, d i a l e k t i s c h e r P r o z e ß. Sie muß erst mit ganzer Kraft, mit fester innerer Ueberzeugung, mit starkem Selbstvertrauen, mit aller Schärfe und Rücksichtslosigkeit für die Umstellung und Radikalisierung der SPD kämpfen, damit sie in und durch diesen Kampf erkennen und begreifen lernt, daß das gesteckte Ziel ein Phantom, daß die Radikalisierung und Umstellung der SPD etwas Unmögliches ist. Werden erst einmal innerhalb der SPD die akuten Klassenfragen und die Probleme des Klassenkampfes aufgerollt und der Kampf um die Beherrschung des Parteiapparates entfesselt, so werden die linken Elemente gar bald mit den Kommunisten in einen Topf geworfen werden. Wenn ihnen heute noch die kommunistische Behauptung, daß die SPD rettungslos versumpft ist, daß ihre Existenz der Arbeiterklasse ebenso viel schadet, wie sie der Bourgeoisie nützt, als eine sinnlose und böswillige Borniertheit erscheint so werden sie an Hand der Tatsachen erfahren, daß wir Kommunisten die SPD richtig beurteilen Erst wenn die linke SPD durch diese Schule hindurchgegangen ist, erst wenn sie im Kampf die nötigen Erfahrungen gemacht hat, wird die Spreu vom Weizen gesondert sein, und ihre besten Elemente werden erkennen, daß die Kommunistische Partei in der Tat die einzige Arbeiterpartei ist, der sich jeder revolutionäre Kämpfer anschließen muß.

Was folgt aus unserer Auffassung? Bedingt sie, daß wir aufhören müssen, die linke SPD zu kritisieren und zu bekämpfen? Mit nichten! Wir müssen im Gegenteil das Tun und Lassen der linken SPD sehr aufmerksam verfolgen, ihre Halbheiten, Jämmerlichkeiten und Schwächen unablässig aufdecken und an Hand der Tatsachen die Unzulänglichkeit und Hoffnungslosigkeit ihres Wirkens nachweisen. Aber wir dürfen uns nicht darauf beschränken. Wir müssen weiter ganz bewußt auf eine Stärkung des linken Flügels in der SPD hinarbeiten. Daß dies da und dort zu einer vorübergehenden Stärkung der SPD führen wird, darf uns nicht schrecken. Unsere Aufgabe ist es, mitzuhelfen, damit der unvermeidliche Klärungsprozeß einen möglichst raschen Verlauf nimmt. Das wird dann der Fall sein, wenn die Linken sich überall fraktionell zusammenschließen, sich über das ganze Reich fest verbinden und so fast zwangsläufig zu einer klaren Zielsetzung, zum einheitlichen und geschlossenen Auftreten und zu verstärkter Stoßkraft kommen. Für die KPD ergibt sich daraus die Pflicht, alles, was in ihren Kräften [213] steht, zu tun, damit der Aufbau einer Fraktion der Linken in möglichst raschem Tempo und auf einer möglichst breiten Grundlage vonstatten geht. Wo immer es angängig ist, muß eine persönliche Fühlungnahme und ein Zusammenwirken hergestellt werden. In bestimmten Fällen ist zu prüfen, ob ein angemeldeter Uebertritt aus der SPD in die KPD nicht besser unterbleibt und der oder die

Betreffenden im Einvernehmen mit unseren Genossen innerhalb der SPD für die organisatorische Festigung und für die Aktivität der linken Fraktion arbeitet.

Vermag die Partei die kaum nicht genug zu schätzende Bedeutung dieser Aufgabe zu erkennen, hat sie Einsicht und Entschlußkraft genug, um ohne Rücksicht auf ultralinke Unkenrufe das Notwendige zu tun, so wird das, was heute objektiv möglich ist und wofür schon Ansätze vorhanden sind, gar bald zu einer gewichtigen politischen Tatsache werden. Es gehört nicht viel Scharfsinn dazu, um zu begreifen, daß die Herausbildung eines organisierten Flügels in der SPD, wenn sie für uns auch mit der zeitweiligen Preisgabe eines sonst möglichen Mitgliederzuwachses verbunden wäre, für das politische Wirken der KPD eine ungleich breitere Grundlage und eine viel stärkere Resonanz ergeben würde.

Alle erdenklichen Einwände gegen die hier befürwortete Taktik müssen gegenüber der nüchternen Erwägung verstummen, daß alle unsere Bemühungen in den Gewerkschaften, einen zu Kampf und Sieg fähigen linken Flügel zustande zu bringen, absolut hoffnungslos sind, wenn wir vor der Herausbildung und der Unterstützung eines linken Flügels in der SPD Angst haben. In diesem Falle werden wir noch auf lange Zeit in den Gewerkschaften eine ohnmächtige Minderheit bilden, die grollend mit ansehen muß, wie die Gewerkschaftsbürokratie die Schaffung zeitgemäßer Organisationsformen und die Anwendung erfolgversprechender Kampfmethoden sabotiert und wie die Herstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit immer wieder am Widerstand der deutschen Gewerkschaftsbürokratie scheitert.

Die KPD hat es in der Hand, dem linken Flügel der deutschen Arbeiterbewegung zu der objektiv möglichen Stärke zu verhelfen und damit die Voraussetzungen für eine größere Stoßkraft der deutschen Arbeiterklasse auf gewerkschaftlichem wie auf politischem Gebiet zu schaffen.

*

Die KPD als Führer und Organisator des „linken Flügels“

Von M. Osten

Aus welchen Kräften entsteht der linke Flügel?

Der XI. Parteitag der KPD erkannte die „Sammlung und Festigung der gesamten Linksbewegung der deutschen Arbeiter“ als eine der wichtigsten und aktuellsten Aufgaben der Kommunistischen Partei. Der Parteitag konstatierte das Anwachsen des linken Flügels in der gegenwärtigen Arbeiterbewegung Deutschlands. Der Parteitag beantwortete auch klar und eindeutig die Frage, was unter dem linken Flügel in der deutschen Arbeiterbewegung zu verstehen sei. Das ist die revolutionäre proletarische Opposition in der SPD, in den Gewerkschaften, im Reichsbanner, in der Sozialistischen Arbeiterjugend. Das ist jener Teil der organisierten Arbeiterklasse Deutschlands, der sich nach und nach um die Kommunistische Partei sammelt, der in den grundlegenden Fragen des Klassenkampf es vom Reformismus abrückt und den Weg vom Reformismus zum Kommunismus zurücklegt. Dieser Weg ist lang und schwierig. Ein bedeutender Teil der organisierten Arbeiter, die dem „linken Flügel“ angehören, ist vom Kommunismus noch sehr weit entfernt. Noch breitere Schichten des deutschen Proletariats beginnen erst jetzt langsam die Wendung vom Reformismus zum Bolschewismus durchzumachen.

[214] Weder politisch noch um so weniger organisatorisch ist der „linke Flügel“ des deutschen Proletariats genügend gefestigt. Er umfaßt die verschiedenartigsten Stufen der revolutionären Entwicklung der deutschen Arbeiterschaft. Das Grundmerkmal des linken Flügels ist jedoch seine antireformistische Tendenz, die unvermeidlich zum Kommunismus führt und mit immer größerer Macht immer breitere Massen der deutschen Arbeiterklasse erfaßt. Es ist klar, daß der „linke Flügel“ bedeutend breiter ist als die Kommunistische Partei. Die Kommunistische Partei ist jedoch jener Pol, um den sich alle Elemente des „linken Flügels“ kristallisieren. Ohne das Bestehen der KPD wäre selbst der Begriff des „linken Flügels“ in der gegenwärtigen Arbeiterbewegung Deutschlands unsinnig.

Von diesem Standpunkt aus erscheint uns die Definition des „linken Flügels“, wie sie Genosse Walcher in seinem Artikel in der „Internationale“ gibt, nicht ganz richtig. Genosse Walcher schreibt:

„Unter dem linken Flügel verstehen wir die Kräfte, die zwar außerhalb der KPD stehen, aber doch den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit erkannt haben und mehr oder weniger folgerichtig für den proletarischen Klassenkampf eintreten."

In dieser Definition läßt Genosse Walcher nicht einen, sondern mehrere Fehler zu. Erstens drückt Genosse Walcher das Verhältnis der KPD zum linken Flügel ganz unrichtig oder bestenfalls ganz unklar aus. Der linke Flügel sind nach Walcher jene auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Kräfte, die außerhalb der KPD stehen. Die KPD wird also gewissermaßen aus dem linken Flügel der deutschen Arbeiterklasse ausgeschlossen. Entweder – oder: Entweder Genosse Walcher mißversteht und unterschätzt die Rolle der Kommunistischen Partei in der revolutionären Entwicklung des deutschen Proletariats, oder er drückt seine Gedanken allzu salopp und unklar aus. in dem einen wie dem anderen Fall muß der Fehler des Genossen Walcher hervorgehoben und korrigiert werden. Die Verkennung oder Unterschätzung der Rolle der Kommunistischen Partei innerhalb des linken Flügels und im Prozeß dessen Bildung kann leicht zu vollkommen falschen politischen Schlußfolgerungen führen.

Zweitens ist die sozialpolitische Charakterisierung des linken Flügels, wie sie Genosse Walcher gibt, verschwommen. Von welchen „Kräften" ist bei Genossen Walcher die Rede? Es hätte klar gesagt werden müssen, daß der linke Flügel sich gegenwärtig hauptsächlich aus den unteren, mit der Produktion unmittelbar verbundenen Schichten der Arbeiterorganisationen bildet. Das wäre genauer und richtiger, als wenn man von „Kräften an sich redet. Zu dieser Frage werden wir noch weiter zurückkehren, ist aber die soziale Charakteristik des linken Flügels allzu allgemein, so ist die politische Definition schon direkt falsch. Genosse Walcher betrachtet als politisches Merkmal des linken Flügels die Anerkennung des unüberbrückbaren Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit" und eine mehr oder weniger folgerichtige Anerkennung des proletarischen Klassenkampfes Wir stellen die Behauptung auf, daß nicht nur die ganze sogenannte austromarxistische Richtung der internationalen Sozialdemokratie, sondern auch ein bedeutender Teil des rechten Flügels der SPD formal unter diese Definition fällt. Die Sozialdemokratie leugnet formal die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit nicht, sie lehnt „bloß" die revolutionären Schlußfolgerungen dieses Gegensatzes ab. Die Sozialdemokratie, insbesondere in Gestalt ihrer austromarxistischen Schule, „anerkennt" formal auch den Klassenkampf. Sie führt „bloß den Klassenkampf nicht bis zur Diktatur des Proletariats und verneint die revolutionären Methoden des Klassenkampfes. Freilich, in den führenden Schichten der heutigen Sozialdemokratie nimmt immer mehr jene Richtung überhand, die offen den Revisionismus gegen den Marxismus ausspielt und sich auch formal von allen Grundlagen der Marxschen Lehre [215] lossagt. Die Sozialdemokratie paßt nach und nach, offen und ganz, ihre Ideologie an ihre bürgerliche Politik und Praxis an. Darin besteht eben die geistige Evolution der heutigen Sozialdemokratie. Es wäre jedoch falsch, wollte man diese Evolution als bereits abgeschlossen betrachten. Insofern die Sozialdemokratie ihrer Zusammensetzung nach noch eine Arbeiterpartei ist, ist sie gezwungen, ihren Bruch mit dem proletarischen Klassenkampf und ihr Ueberschwenken in das Lager der Bourgeoisie zu maskieren. Zum Zwecke dieser Maskierung hält ein bedeutender Teil der Sozialdemokratie es einstweilen noch für notwendig, formal sowohl die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit als auch – innerhalb gewisser Grenzen! – den Klassenkampf anzuerkennen, Die Sozialdemokratie, die eine verfälschte Form des Marxismus propagiert, laugt aus ihm sorgfältig den ganzen revisionistischen Inhalt aus. Das ist heute noch die Physiognomie der internationalen und der deutschen Sozialdemokratie. Morgen wird sie sich unvermeidlich auch formal auf der ganzen Linie der sozialdemokratischen Theorie und Ideologie ganz vom Marxismus lossagen. Aber heute trifft die Definition, die Genosse Walcher für den linken Flügel der deutschen Arbeiterbewegung prägt, auch noch für einen großen Teil der SPD zu. Dieser Umstand deckt mit aller Deutlichkeit den Hauptfehler des Genossen Walcher auf.

Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß das grundlegende charakteristische, politische Merkmal des linken Flügels im Bruch mit dem Revisionismus und der Wendung breiter, rein proletarischer Schichten zum Kommunismus besteht. Bedeutet das aber soviel, daß alle deutschen Arbeiter, die dem linken Flügel angehören, schon jetzt entsprechend der revolutionären Lehre von Marx und Lenin die

Unvermeidlichkeit der proletarischen Diktatur und jene Methoden des Klassenkampfes anerkennen, die wir Kommunisten als die einzig richtigen betrachten? Gewiß nicht! Grundlegend und entscheidend ist der Umstand, daß in konkreten Fragen des wirtschaftlichen, gewerkschaftlichen und politischen Kampfes ein Teil der sozialdemokratischen Arbeiter uns, den Kommunisten, Gefolgschaft leistet, und nicht ihren reformistischen Führern. Das ist der erste Schritt und die Elementarstufe der Wendung von Reformismus zum Kommunismus. Erst nach Zurücklegung einiger solcher Stufen schwingt sich der sozialdemokratische Arbeiter zur Anerkennung der Richtigkeit der Gesamtpolitik und der Prinzipien der kommunistischen Bewegung auf. Aber auch das ist nicht die Endstufe. Die letzte Stufe ist nicht allein der politische, sondern auch der organisatorische Bruch mit der sozialdemokratischen Partei und der Eintritt in die Kommunistische Partei. Aber gemeinsam für alle Schichten der Arbeiter, die den linken Flügel bilden, ist ihre Teilnahme an jenem konkreten Kampfe, den die KPD gegen den Reformismus führt. Nicht das formale, sondern das aktuelle Moment ist das Hauptmerkmal des linken Flügels.

Der dritte Fehler des Genossen Walcher besteht, wie es uns dünkt, darin, daß er die Frage des linken Flügels etwas abstrakt und statisch und nicht in ihrer konkreten Eigentümlichkeit und Dynamik betrachtet. Dieser Fehler ist weniger politischen als methodologischen Charakters. Wir wollen bei ihm nicht weiter verweilen. Wäre selbst die Charakteristik des linken Flügels, wie sie Genosse Walcher gibt, dem Sinne nach richtig, so wäre sie unausreichend, da sie jenes Neue, Ursprüngliche, Konkrete nicht kennzeichnet, wodurch die Arbeiterbewegung Deutschlands im Jahre 1927 sich von der Vergangenheit unterscheidet.

Die Frage des linken Flügels des deutschen Proletariats ist aufs engste verbunden mit der Frage nach den Perspektiven der Entwicklung der SPD Eigentlich stellen diese beiden Fragen ein einheitliches Problem dar. Genosse Walcher hat vollkommen recht, wenn er in seinem Artikel über den linken Flügel hauptsächlich bei der Aufgabe der Zersetzung der SPD und der Eroberung ihrer proletarischen, revolutionären Elemente verweilt. Schlimm ist nur, daß Genosse Walcher eine absolut unrichtige Lösung der Aufgabe [216] empfiehlt. Hier rächt sich jener methodologische Fehler, den Genosse Walcher von Anfang an beim Versuch einer Definition des linken Flügels zugelassen hat. Der Hauptfehler aller Betrachtungen des Genossen Walcher über die Sozialdemokratie ist die abstrakte Fragestellung, die die ganze Eigentümlichkeit der heutigen inneren Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie umgeht.

Worin findet diese Eigentümlichkeit ihren Ausdruck? Während des Krieges und in den ersten Revolutionsjahren vollzog sich das Heranreifen der kommunistischen Avantgarde innerhalb der SPD gleichzeitig von oben und von unten. Die Spartakusgruppe, die sich bereits zu Beginn des Krieges gebildet hatte, bestand ursprünglich hauptsächlich, wenn auch aus wenigen aber einflußreichen Führern der sozialdemokratischen Bewegung. Es genügt hier, allein die Namen von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Clara Zetkin zu erwähnen. Die Spaltung in Halle führte nicht nur die revolutionären unteren Schichten, sondern auch einen Teil der Führerschaft der USPD in das Lager des Kommunismus. Natürlich darf man diese Erscheinung nicht als zufällig betrachten. Die Aussonderung von revolutionären Führern war in der Sozialdemokratie nur möglich infolge eines langjährigen Kampfes zweier Tendenzen (der revolutionären, orthodox-marxistischen und der opportunistischen) innerhalb der einheitlichen Sozialdemokratie. Jetzt sind diese Tendenzen in zwei entgegengesetzten Parteien verkörpert. Jetzt ist die Bildung von breiten, konsequent revolutionären Führerkaders innerhalb der SPD bei den heutigen Verhältnissen nicht mehr möglich. Der Prozeß der Herausbildung von revolutionären Elementen innerhalb der SPD ist jetzt einzig und allein auf die unteren Arbeiterschichten dieser Partei beschränkt und erfaßt bloß die unteren Kettenglieder des Partei- und Gewerkschaftsapparats.

Jetzt vermögen die sozialdemokratischen Spitzen diesen Prozeß nur zu hemmen. Nur einzelne Personen aus der Führung der heutigen Sozialdemokratie können in das Lager des revolutionären Proletariats übergehen, – und auch das ist nur eine Ausnahme, die das Gegenteil als Regel bestätigt. Allein in der Kommunistischen Partei entstehen jetzt die leitenden revolutionären Kaders der deutschen Arbeiterbewegung. In der SPD entwickelt sich die ganze Leitung auf konterrevolutionärer

Grundlage. Um so mehr ist der Bruch der unteren Arbeiterschichten der SPD mit der verbürgerlichten Führung notwendig. Zum Unterschied von der Zeit des Krieges und der Revolution kann dieser Bruch sich jetzt nicht in Form einer neuen großen Spaltung der SPD verwirklichen. Der Uebergang von sozialdemokratischen Arbeitern in die Reihen der KPD geschieht jetzt durch teilweise Absplitterungen einzelner proletarischer Gruppen oder, am häufigsten, durch individuelle Massenaustritte aus der SPD, Auch duldet die SPD selbst in ihren Reihen keine geschlossene revolutionäre Opposition. Jeder Arbeiter, der im Verdacht steht, mit den Kommunisten in Verbindung zu stehen, wird vom SPD-Apparat sofort hinausgeschmissen.

Die Aufgabe der Kommunisten besteht natürlich darin, die politische, organisatorische Festigung und Entfaltung der proletarischen Opposition innerhalb der SPD auf jegliche Weise zu fördern. Aber das Schwergewicht kann jetzt nicht auf eine Vereinigung der Opposition im Reichsmaßstabe, sondern auf die Organisierung der lokalen Oppositionen gelegt werden.

Man könnte diese allgemeinen Behauptungen mit reichem Tatsachenmaterial belegen. Aber um diesen Artikel nicht zu sehr in die Länge zu ziehen, wollen wir uns mit einem zufällig herausgegriffenen Beispiel begnügen. „Die Rote Fahne“ vom 26. März meldet, daß allein in Südwestfalen im letzten halben Jahr 6198 Arbeiter die SPD verlassen haben, während in den zwei Monaten des Jahres 1927 im Ruhrgebiet 1937 neue Mitglieder in die KPD eingetreten sind. Wir wollen die Frage offen lassen, inwieweit die Arbeit der Kommunisten unter den SPD-Arbeitern im Ruhr-[217]gebiet gut oder schlecht war. Uns interessiert jene Art des Uebertritts der proletarischen Schichten vom Reformismus zum Kommunismus, der im Ruhrgebiet stattfand, und der für die gesamte Arbeiterbewegung Deutschlands typisch ist. Das ist nicht eine Spaltung der sozialdemokratischen Organisation in verteilter Richtung, sondern ein Abspalten von Arbeitergruppen und ein individueller Austritt von Proletariern aus der Sozialdemokratie, um dann sowohl politisch als auch organisatorisch sich der kommunistischen Bewegung anzuschließen.

Die „linken“ SPD-Führer und die Fehler des Genossen Walcher

Kehren wir nun zu den Ausführungen des Genossen Walcher zurück. Wir haben bereits gesehen, daß jene Definition des „linken Flügels“, die Genosse Walcher gibt, logisch durchaus auf die sogenannte austromarxistische Schule, d. h. auf die typisch-österreichische Richtung innerhalb der Sozialdemokratie zutrifft. Wir schreiben diese Schlußfolgerungen dem Genossen Walcher keineswegs zu. Aber er zieht sie selbst. Genosse Walcher identifiziert den linken Flügel des deutschen Proletariats mit dem „linken“ Flügel der Sozialdemokratischen Partei. Die Aufgabe der Festigung des linken Flügels innerhalb der Arbeiterbewegung führt Genosse Walcher fast ganz und gar auf die Aufgabe zurück, die sogenannte Linksströmung innerhalb der SPD zu unterstützen. Der Genosse Walcher erklärt direkt:

„Unsere Aufgabe ist es, mitzuhelfen, damit der unvermeidliche Klärungsprozeß einen möglichst raschen Verlauf nimmt. Das wird dann der Fall sein, wenn die Linken sich überall fraktionell zusammenschließen, sich über das ganze Reich fest verbinden und so fast zwangsläufig zu einer klaren Zielsetzung, zum einheitlichen und geschlossenen Auftreten und zu verstärkter Stoßkraft kommen. Für die KPD ergibt sich daraus die Pflicht, alles, was in ihren Kräften sieht, zu tun, damit der Aufbau einer Fraktion der Linken in möglichst raschem Tempo und auf einer möglichst breiten Grundlage vonstatten geht.“

Was stellt der „linke“ Flügel der deutschen Sozialdemokratie dar? Das ist nicht mehr und nicht weniger als eine deutsche Auflage der austromarxistischen Schule, vulgärer, zynischer in ihrem Opportunismus und sogar noch mehr kompromittiert durch ihre klägliche Praxis, als es ihr Vorbild, die österreichische Sozialdemokratie, ist. Das ist ein Zentrismus, der noch niedriger zu hängen ist als der österreichische. Wenn die austromarxistische Schule den Marxismus geschickt und fein fälscht, so erledigt die deutsche Abzweigung dieser Lehre den revolutionären Marxismus mit den infamsten und gröbsten Mitteln. In der praktischen Politik stehen die „linken“ Führer der SPD in nichts hinter Noske, Scheidemann, Wels und Kompagnie zurück. Ihre einzige Funktion besteht darin, daß sie mit radikalen „marxistischen“ Phrasen und scheinradikaler Opposition jede Niedertracht und jeden Verrat der SPD mitmachen. Wir haben die „linken“ Sozialdemokraten in ihrer ganzen Niedertracht in den letzten Wochen gesehen. Die „Leipziger Volkszeitung“, die Frankfurter „Volksstimme“ und

andere „linke“ sozialdemokratische Blätter führen die „Granatenhetze“ gegen die Sowjetunion und die KPD mit viel mehr Energie und Begeisterung selbst als der rechte „Vorwärts“. Es gibt keine einzige wesentliche Frage des politischen oder ökonomischen Kampfes, wo die „linken“ Führer der SPD nicht vollauf die schmutzige Politik ihrer Partei gedeckt hätten. Fügt man noch hinzu, daß im Kern der „linken“ Führer der SPD ein Renegat vom Schlage eines Paul Levi führend ist, so wird die politische Physiognomie dieser Richtung durchaus klar. (Es ist übrigens charakteristisch, daß auch die „ultralinken“ Renegaten in der Art von Maslow und Komp. sich rasch in der Richtung dieser „linken“ Sozialdemokraten entwickeln. Maslow und Konsorten teilen nicht nur die „linken“ sozialdemokratischen Ansichten, sie arbeiten bereits faktisch in den Blättern [218] dieser Richtung mit; jedenfalls liefern sie an die „Leipziger Volkszeitung“ alle Materialien gegen die Komintern.)

In der Festigung dieses „linken“ Flügels erblickt Genosse Walcher eine der wichtigsten Aufgaben der Partei.

„Ich bin überzeugt,“ sagt Genosse Walcher, „daß eine ernsthafte Linksbewegung in den deutschen Gewerkschaften ein Ding der Unmöglichkeit ist, solange wir uns scheuen, ein klares Verhältnis zum linken Flügel der SPD herzustellen. Es geht auf die Dauer nicht an, die linken sozialdemokratischen Arbeiter zu poussieren, gleichzeitig aber die linken Führer in Bausch und Bogen als die schlimmsten und gefährlichsten Feinde hinzustellen.“

Daß Genosse Walcher die „linke“ Richtung jener Marke meint, die vom Renegaten Levi und der „Leipziger Volkszeitung“ vertreten wird, zeigen seine folgenden Erklärungen. Genosse Walcher zitiert einen Satz aus der Chemnitzer Resolution (die dann fast wörtlich in die Resolution des XI. Parteitages aufgenommen wurde):

Es kommt darauf an, die reformistischen Führer zu isolieren, ihre Spaltungsmanöver zu durchkreuzen; am schärfsten sind dabei die „linken“ Führer mit ihren scheinradikalen Phrasen zu beobachten, zu stellen und zu entlarven; sie sind am gefährlichsten.“

Genosse Walcher hält diesen Satz für falsch, gefährlich, „ultralinks“. Er erwidert darauf folgendes:

„Was ist in den zitierten Sätzen falsch? Der Hauptfehler liegt darin, daß hier das objektive Moment dem subjektiven gleichgesetzt wird ... nicht alle linken Führer sich ihrer objektiven Rolle bewußt sind ... es linke Führer gibt, die zwar immer wieder den Rechten feige Konzessionen machen und sich zur Verteidigung der offiziellen SPD-Politik hergeben, sich aber dennoch für gute Klassenkämpfer halten und ehrlich überzeugt sind. daß eine Radikalisierung der SPD möglich ist, und daß es ihnen gelingen wird, die SPD wieder zu einer Klassen- und Kampfpartei zu machen. Das ist gewiß eine Illusion, aber eine Illusion, die die radikalen Mitgliedermassen mit ihren radikalen Führern teilen!“

Von hier gelangt Genosse Walcher zu der Notwendigkeit, der „linken“ SPD zu helfen, sich zu einer breiten, festen Fraktion zu organisieren. (Mit solchen Führern an der Spitze wie Paul Levi und Konsorten?)

„Nach meiner Ueberzeugung wird es uns mit den besten Argumenten, mit der geschicktesten Propaganda und mit den schärfsten und wohlbegründetsten Anklagen nicht gelingen, die Illusion der linken Sozialdemokraten zu zerstören, wenn das alles nicht zusammentrifft mit den eigenen Erfahrungen und Enttäuschungen, die die linken Sozialdemokraten im Kampfe um die Erneuerung der SPD sammeln werden.“

Das ist die Konzeption des Genossen Walcher in vollendeter Form. Wir haben bereits oben die Frage behandelt, wie die revolutionäre, proletarische Opposition innerhalb der sozialdemokratischen Partei entsteht. Wir brauchen zu diesem Thema nicht zurückkehren. Genosse Walcher führt zum Beweis seiner Gedankengänge über die Möglichkeit der revolutionären Entwicklung des „linken Flügels“ der SPD (unter Führung der „Leipziger Volkszeitung“) ein einziges „Argument“ an. Unter den „linken“ Führern der SPD seien solche Politiker vorhanden, die subjektiv den früheren revolutionären Traditionen der Arbeiterbewegung treu bleiben und nur objektiv (die Aermsten!) gezwungen sind, eine verräterische Rolle zu spielen, so stark seien noch ihre Illusionen! Genosse Walcher hätte wenigstens beispielshalber sagen sollen, wen er unter den „linken“ Führern der SPD meint, der [219] subjektiv revolutionär geblieben wäre. Etwa Paul Levi? Oder vielleicht Künstler, Rosenfeld, Toni Sender, Saupe,

Böchel, Markwald? Man kann uns erwidern, daß Genosse Walcher wahrscheinlich die Parteifunktionäre mittlerer und unterer Garnitur meint. Wie ist dann aber die direkte Erklärung des Genossen Walcher über die „linken“ F ü h r e r der SPD zu verstehen? In seinem ganzen Artikel erwähnt Genosse Walcher kein einziges Mal, daß er alle diese Toni Sender und Rosenfeld aus dem „linken Flügel“ der SPD ausschließt, oder daß er sie nicht für „linke“ Führer hält. Sie sind es ja in Wirklichkeit.

Wie verhält es sich jedoch mit den subjektiven Auffassungen des jetzigen Hauptkerns des „linken“ Flügels der SPD? Wir wollen diesen ehrenwerten Leuten nicht ins Herz schauen. Man muß jedoch einsehen, daß die deutsche Arbeiterbewegung in den letzten Jahren durch so viel Prüfungen hindurchgegangen ist, so viel Spaltungen, Absplitterungen und Vereinigungen durchgemacht hat, sich so tief differenziert hat, daß all das durchaus genügt für die Beurteilung nicht allein der o b j e k t i v e n Rolle, sondern auch der s u b j e k t i v e n Ueberzeugungen der Führer aller Richtungen. Wir glauben, daß die subjektive Einstellung solcher „Linken“ wie Paul Levi, Rosenfeld usw. mit ihrer objektiven Rolle durchaus harmoniert. Das sind bewußte Deserteure der Revolution, die in der Regel nie und nimmer in die Reihen des revolutionären Proletariats zurückkehren können. Wäre dem aber auch nicht so, – welchen Sinn kann es haben, daß der „linke“ Flügel der SPD subjektiv die proletarische Revolution verrät, oder „nur“ objektiv. Politische Richtungen werden beurteilt nach ihrer objektiven Klassenlinie und nicht nach den subjektiven Stimmungen und Anschauungen ihrer Führer. Soweit wir uns erinnern, hat Genosse L e n i n schon auf dem Zweiten Kongreß der Komintern keinem anderen als dem Herrn Crispien bei einem ähnlichen Anlaß eine Lektion des Marxismus erteilt. Wir würden dem Genossen Walcher empfehlen, auch die Artikel im Sammelband „Gegen den Strom“ nachzulesen, wo Genosse Lenin in der Diskussion mit den Menschewiki entschieden jenen Standpunkt ablehnt, der die Kautsky und Konsorten nach ihren s u b j e k t i v e n Ueberzeugungen beurteilen wollte.

Vom Standpunkt der objektiven sozialpolitischen Rolle stellen die „linken“ Führer der SPD tatsächlich die schlimmsten und gefährlichsten Feinde der revolutionären Arbeiterbewegung dar, und von diesem Standpunkt aus sind die proletarischen Elemente innerhalb der SPD unsere heimlichen Verbündeten, die wir für den Kommunismus gewinnen können und müssen.

Genosse Walcher spricht davon, daß unsere Agitation und Kritik nicht ausreichen zur Zerstörung jener Illusionen, von denen die sozialdemokratischen Massen noch beherrscht sind. Die Massen müssen, um sich von den Illusionen freizumachen, durch ihre eigene Erfahrung hindurchgehen. Vollkommen richtig! Das ist richtig in bezug auf die unteren Arbeiterschichten der SPD, die kraft ihrer objektiven Klassenlage gezwungen sein werden, ihrer verbürgerlichten Partei den Rücken zu kehren. Aber das trifft nicht zu in bezug auf die „linken“ F ü h r e r, die durch ihre objektive Lage und Rolle nicht in die Reihen der Arbeiterklasse, sondern zu der Bourgeoisie geführt werden, und die bereits „eigene Erfahrungen“ genügend hinter sich gesammelt haben, bevor sie zu überzeugten Feinden der Revolution geworden sind. Wir Kommunisten müssen helfen, daß die reformistischen Massen möglichst rasch die notwendige Erfahrung durchmachen; wir müssen diese Aufgabe dadurch verwirklichen, daß wir die sozialdemokratischen Arbeiter für die gemeinsamen politischen und Wirtschaftskämpfe gewinnen. Aber nicht allein der gemeinsame Kampf an der Klassenfront, sondern auch unsere kommunistische Kritik an den „linken“ Führern muß ein Bestandteil der Erfahrungen bilden, die zur Desillusionierung der Massen notwendig sind. Genosse Walcher meint, man soll keine Grenze ziehen zwischen den linken, wirklich linken revolutionären Arbeitern und den „linken“ Führern. Er empfiehlt, deren gemeinsamen Zusammenschluß zu fördern. Er vergißt, daß in der Politik anders wie in der Arithmetik nicht jede Addition eine [220] größere Summe ergibt. Eine Addition der Kräfte der proletarischen Opposition innerhalb der Sozialdemokratie mit der morschen „linken“ Spitze würde in hohem Grade die revolutionäre Entwicklung der sozialdemokratischen Massen hemmen. Und würde die Kommunistische Partei den Ratschlägen des Genossen Walcher folgen, würde sie darauf verzichten, allen Arbeitern systematisch klarzumachen, daß die „linken“ Führer der Sozialdemokratie die schlimmsten Feinde der Revolution sind, würde die KPD den l i n k e n F l ü g e l des deutschen Proletariats zusammen mit der „l i n k e n“ Sozialdemokratie festigen, so würde sie einen gewaltigen Fehler begehen. Einen Fehler, deren Folgen ebenso schwer in die Waagschale fallen würden, wie die Resultate der opportunistischen Fehler der Partei im Jahre 1923. Aber Genosse Walcher hat offenbar

seit 1923 wenig hinzugelernt und wenig vergessen. Das, was er jetzt vorschlägt, ist leider die direkte Fortsetzung jener opportunistischen Politik, die von der Parteiführung 1923 getrieben wurde. Die KPD wird diese Politik nicht akzeptieren, auch wenn man versuchen sollte, sie ihr aufzudrängen unter der Flagge des Kampfes gegen „ultralinke“ Fehler.

RUNDSCHAU

Schulfragen

Unsere Taktik in der Frage der „weltlichen Schule“

Jahrelang hat die Partei auf die Schul- und Bildungsfragen ein recht geringes Maß von Aufmerksamkeit und Kraft verwandt. Das erklärt sich ohne weiteres daraus, daß sie mit anderen ungleich wichtigeren Fragen beschäftigt war. Aber es rächt sich jetzt. Es kann kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß in manchen Teilen der Partei eine gewisse Unklarheit, wenn nicht gar Verworrenheit Platz gegriffen hat, und daß unsere Genossen vielerorts der sozialdemokratisch-syndikalistischen Propaganda der „weltlichen Schule“ recht hilflos gegenüberstehen. Es kommt sogar vor, daß sie gegen die Partei Stellung beziehen, weil sie einfach die Haltung der Partei nicht begreifen können.

Gerade um diese Zeit der Einschulung machen die Freien Schulgesellschaften, die Freidenkerorganisationen und „weltlichen Schulen“ eine rege Propaganda für die Zuführung der schulpflichtig gewordenen Kinder in die „weltlichen Schulen“. Ueberall werden Flugblätter verteilt wie das folgende: Die freie weltliche Schule, die beste Schule für Proletarierkinder. Väter und Mütter, hört unsern Ruf! Heraus aus der bürgerlich-kapitalistischen Kirchenschule! Hinein in die freie weltliche Schule!“ Mit solchen Blättern oder Artikeln ähnlicher Tendenz stürmen uns die Leute aus den „weltlichen Schulen“, zum Teil Mitglieder der Partei, die Redaktionsstuben und Parteibüros und können es nicht verstehen, daß die Partei diese Propaganda nicht unterstützt, sondern für falsch erklärt, daß unsere Presse die Artikel und Werbekästen, die von der SPD-Presse meist anstandslos auf genommen werden, nicht bringt, sondern ablehnt.

Jetzt, wo der Kampf um das Reichsschulgesetz und das Reichskonkordat eine schärfere Zuspitzung erreicht hat, und wo die Partei die unbedingte Pflicht hat, in diesem Kampf eine scharfe Stellung gegenüber den reaktionären Absichten der Bourgeoisie zu beziehen, ist eine klare, eindeutige Stellung der Partei unbedingt notwendig, auch hinsichtlich der „weltlichen Schule“. Ich will nicht damit sagen, daß in der Vergangenheit die Haltung des ZK in dieser Frage nicht klar genug gewesen sei, sondern das Uebel lag vielmehr darin, daß die richtige Linie des ZK in den Bezirken nicht durchgesetzt wurde. Genau so wie es eine Zeitlang in der Gewerkschaftsfrage war. Teils standen die Bezirksleitungen dieser Frage überhaupt interesselos gegenüber, besonders in der Ruth Fischer-Periode, teils waren sie sich der möglichen Folgen einer Unklarheit auf diesem Gebiete nicht bewußt. Nun, diese Folgen haben wir jetzt und müssen sie durchkämpfen.

Die Anhänger der „weltlichen Schule“ sind in ihrer großen Masse beherrscht von einer einseitig antireligiösen Einstellung, die sie gegen alles andere blind macht; ihr kleinbürgerlicher Radikalismus ist befriedigt, wenn der Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach aus der Schule verschwindet. Ueber die Schulforderungen des Proletariats haben sie meist verflucht wenig nachgedacht; sie sehen in der üblichen bürgerlichen Schule nicht so sehr eine Einrichtung der herrschenden Klasse zur Knebelung des Proletariats. als vielmehr ein Instrument der Kirche.

Wenn wir ihnen erwidern, daß es ihnen ja frei steht, ihre Kinder aus dem Religionsunterricht abzumelden, so verweisen sie auf die „Schwierigkeiten“, die sich daraus ergeben teils für das Kind, teils für sie selber. Dahinter verbirgt sich eine gewisse Feigheit. Es ist freilich richtig, daß das Kind Schikanen ausgesetzt sein wird, solange es allein steht. Aber warum muß es denn allein stehen? Wenn alle klassenbewußten Proletarier ihre Kinder vom Religionsunterricht abmelden würden, so würde das Alleinstehen aufhören.

Die erste Konsequenz heißt also: meldet die Kinder vom Religionsunterricht ab; be-[221]treibt eine Propaganda für die Abmeldung vom Religionsunterricht!

Darauf können uns die Anhänger der „weltlichen Schule“ erwidern: Es ist ja nicht nur der Religionsunterricht, wo unsere Kinder in einem reaktionären Sinne beeinflußt werden, sondern der gesamte Unterricht, zum mindesten der Unterricht in den Weltanschauungsfächern (Deutsch, Geschichte, Gesang usw.). Das ist richtig. Aber welche Garantien geben denn die „weltlichen Schulen“ dafür, daß das nicht auch hier geschieht? Sie haben dieselben Lehrstoffe, dieselben Lehrbücher, dieselben Unterrichts- und Erziehungsmethoden; und ihre Lehrer? Wieviele von den Lehrern der weltlichen Schule“ sind bewußte opferbereite Vorkämpfer des Proletariats. Für wieviele, ist diese Schule nur eine Brotstelle? Wieviele sind noch Mitglieder einer Konfession? Wieviele sind in ihren Anschauungen absolut bürgerlich? Bitte, nehmt die Lesebücher für die „weltlichen Schulen“, wie sie etwa in Dortmund, Hagen oder Düsseldorf eingeführt sind; sie sind die übelste bürgerlich-kapitalistische Hirnverkleisterung, die man sich denken kann. Was sind das für törichte Illusionen, diese weltlichen Schulen“ für „besser“ zu halten als die anderen? Hier bringt man dasselbe Gift, das man an den konfessionellen Schulen in einer offenen, gröberen Weise den Kindern einflößt, auf eine viel raffiniertere, aber auch gemeinere Weise den Kindern bei.

Das Proletariat erblickt in der Schule des Bourgeoisstaates ein Instrument für die herrschende Klasse zur Knebelung des Proletariats. Es muß danach trachten, der feindlichen Klasse diese Waffe aus der Hand zu winden, um sie gegen die Bourgeoisie selber anzuwenden. Dieser Kampf wird erst durch den Sieg der proletarischen Revolution entschieden. Kann das aber heißen, daß bis dahin dieser Kampf nicht geführt werden braucht? Nein, schon heute unter der kapitalistischen Klassenherrschaft muß das Proletariat diesen Kampf führen gegen den Klassencharakter der bürgerlichen Schule und ihre Handhabung für die Zwecke der Bourgeoisie; er kann vor der Eroberung der Macht nicht zu einem Siege führen, aber er kann die Absichten der Bourgeoisie hemmen und stören; er kann die Bourgeoisie in der Handhabung dieser Waffe gegen das Proletariat hindern.

Wie haben wir aber diesen Kampf gegen die Schule des Bourgeoisstaats zu führen? Doch auf der ganzen Linie und nicht nur auf dem einen Gebiet des Religionsunterrichts. Und durch wen? Etwa durch die Handvoll kommunistischer Lehrer, die noch nicht hinausgeworfen worden sind? Oder gar durch solche Lehrer, die als Sozialdemokraten oder Indifferente selber gar nicht den Standpunkt des Klassenkampfes vertreten? Gewiß können Lehrer, die klassenbewußt und opfermutig genug sind, in diesem Kampfe eine wichtige Rolle spielen. Aber das Schwergewicht liegt wo anders: bei den proletarischen Eltern und noch mehr bei den kommunistischen Kindergruppen.

Es ist außerordentlich charakteristisch für die Verfechter der „weltlichen Schule“, daß sie absolut kein Verständnis für die Bedeutung der kommunistischen Kindergruppen haben. Sie erklären es meist als „ganz unmöglich“, daß ein Kind, ein schwaches Kind, den Kampf gegen die Gewalten der Schulreaktion führen kann; wenn sie nicht gar in sentimentaler Kleinbürgerei eine solche Aufgabe für „seelenvergiftend“ erklären. Es ist richtig, daß das Kind des Proletariers, wenn es allein steht, schwerlich einen Kampf gegen die Schulreaktion durchführen kann. Aber wieder fragen wir: Muß es denn allein stehen? Haben wir nicht die kommunistischen Kindergruppen?

Das beste Kampfesmittel gegen die reaktionäre Verseuchung der Proletarierkinder sind die kommunistischen Kindergruppen! Ihre Aufgabe ist es, nicht nur gegen die religiöse Verdummung, sondern gegen jede Art der reaktionären Beeinflussung den Kampf zu führen; und nicht nur gegen die Unterrichtsstoffe, sondern auch gegen die Unterrichts- und Erziehungsmethoden anzukämpfen. Ihre größte Bedeutung aber besteht darin, daß die Kindergruppen nicht nur die ihnen angehörenden Kinder gegen die bürgerliche Hirnverkleisterung schützen, sondern auch ihre Schulkameraden, die aus rückständigeren Schichten der Arbeiterklasse stammen, von diesen reaktionären Einflüssen befreien können. Wo wir eine gute kommunistische Kindergruppe haben, da ist die Frage, wie wir den Kampf gegen die reaktionären Schulgewalten zu führen haben, nur noch eine Frage der praktischen Arbeit; da ist aber die Frage der „weltlichen Schule“ von keiner Bedeutung mehr.

Marx und Engels und nach ihnen Lenin haben mit größtem Nachdruck auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß sich die Kommunisten nicht als die Vertreter einer kleinen Schicht fortgeschrittener Proletarier betrachten, sondern als die Klassenvertreter der gesamten Arbeiterklasse, und daß sie deshalb ein besonderes Augenmerk darauf zu richten haben, wie sie gerade die rückständigen Schichten des

Proletariats heranzuziehen vermögen, in die Klassenfront einreiben und zu aktiven Mitkämpfern machen können. Davon ist die kommunistische Taktik bestimmt. Dies ist auch der leitende Gesichtspunkt für die Arbeit der kommunistischen Kindergruppen; sie arbeiten im Hinblick des gesamten Jungproletariats. Aber der Gesichtspunkt der „weltlichen Schule“ ist gerade der umgekehrte: „Mag die Schulreaktion aus den anderen Kinder des Proletariats machen, was sie will, was frage ich danach, wenn ich nur mein Kind vom Religionsunterricht befreit habe.“

Gerade die Kinder der fortgeschrittensten Proletarier haben die Aufgabe, als Sauerteig in der bürgerlichen Schule zu wirken, dort Schulzellen zu bilden, die ihren Rückhalt in der Kommunistischen Kindergruppe haben, und die unausgesetzt den Kampf gegen die Schulreaktion in jeder Form führen. Aber die „weltliche Schule“ ist eine Isolierzelle für die Kinder dieser fortgeschrittensten Proletarierschichten; darüber ist die Reaktion so erfreut, daß sie sogar in ihrem Reichsschulgesetz solche „weltliche Schulen“ vorgesehen hat. Natürlich kann sie sich freuen, wenn sie ihre Schäflein wohlbehütet vor kommunistischer Ansteckung scheren kann, wie sie will.

Unsere Antwort lautet deshalb: Gründet kommunistische Kindergruppen, nicht „weltliche Schulen“!

Im Grunde ist unsere Taktik in der Frage der „weltlichen Schule“ keine andere als auf dem Gebiete der Gewerkschaften. Wir [222] haben sie dort mit vieler Mühe durchgekämpft. Wir haben sie im Verhältnis von ASB und PGD durchgekämpft. Wir haben sie in den Genossenschaften anzuwenden; wir müssen sie überall anwenden, wo wir für die Klassenforderungen des Proletariats rückständige Massen zu gewinnen haben. Wir dürfen uns nicht isolieren, nicht isolieren lassen. Wir müssen diese Taktik auch auf dem Gebiete der Schul- und Bildungsfragen durchkämpfen.

Es wird vielleicht nicht ganz leicht sein, die Widerstände gegen diese Taktik zu brechen. Gerade auf diesem Gebiete sind die Ueberreste falscher sozialdemokratischer Vorstellungen der Vergangenheit noch sehr stark. Wir können sie sicher nicht durch einfache, mehr oder minder nachdrückliche Belehrung überwinden. Das beste Mittel dazu ist die Bildung guter kommunistischer Kindergruppen und Schulzellen, die Schaffung einer starken kommunistischen Jungspartakus-Bewegung! Dazu muß die Partei die Kraft finden, trotz aller Fülle anderer Aufgaben, die ihrer warten. Th. Neubauer.

LITERATUR

Neue Bücher über die Sowjetunion
Sowjetrußland im Spiegel der Bourgeoisie

Der Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion steht nach wie vor im Brennpunkte des Interesses der Welt. Nicht nur die Arbeiterklasse sieht mit Spannung nach dem Osten – auch die Bourgeoisie verfolgt die Vorgänge in Rußland gespannt. Das Bürgertum haßt die Sowjetunion, weil es weiß, welche „politische Gefahr“ die Sowjetunion für die Welt ist. Auf der anderen Seite aber weiß es auch, welche Schätze in Rußland ruhen, – Schätze, die dem Weltkapitalismus entzogen sind.

Welches Bild gibt die bürgerliche Literatur von Sowjetrußland?

Die verschiedensten Meinungen werden laut. Im großen sind zwei Gruppen zu unterscheiden: Die Vertreter der einen Gruppe kämpfen mit wildem Haß gegen alles und jedes im heutigen Rußland. Die anderen „sympathisieren“, d. h. sie mimen Freundschaft, natürlich ohne aufzuhören, Bürger und Feinde des Proletariats zu sein.

Sehen wir uns die Rußland-Literatur der verschiedenen Schattierungen der Bourgeoisie an.

RÜTGER ESSEN: ZWISCHEN DER OSTSEE UND DEM STILLEN OZEAN. (Verlag der Frankfurter Societätsdruckerei).

Rütger Essen, ein schwedischer Diplomat, ist in der Zeit der Revolution von Moskau nach dem Fernen Osten, nach Japan und 1922 zurück nach Moskau gereist. Er hatte während dieser Jahre reichlich Zeit, die in den ersten Jahren der Revolution verworrenen Verhältnisse des Fernen Ostens zu studieren. Er erlebte die japanischen Invasionen, die Anschläge Tschang-Tso-Lins gegen Sowjetrußland usw.

Im weißen Sibirien zerfleischten sich die feindlichen Brüder. Das imperialistische Japan kämpfte gegen den monarchistischen Koltschak. Als dritter kam dann noch die Tschechoslowakische Legion unter Gajda und Janin, die sich zu den Sozialrevolutionären schlugen, hinzu. Die Siege der Bolschewiki zertrümmerten die in sich zerbrochene, lebensunfähige Front des weißen Sibiriens.

Essen gibt sich Mühe, bei der Schilderung dieser Kämpfe neutral zu bleiben. Natürlich gelingt ihm dies nicht. Er sieht die Bürgerkriege in Sibirien durch die Brille des Bürgers oder genauer gesagt: durch die Brille eines skandinavischen Kleinbürgers.

W. DAWATZ UND N. N. LWOW: RUSSLANDS LETZTE HELDEN Verlag Laubenau, München).

Die letzten Helden Rußlands – das sollen Wrangels Weißgardisten sein, dieselben Truppen, deren letzte Reste jetzt als Kanonenfutter des englischen Imperialismus gegen die nationale Freiheit Chinas verwandt werden.

Das vorliegende Buch, von zwei Offizieren der Wrangel-Armee geschrieben, gibt einen Einblick in das Absterben des zaristischen Rußlands. Stück für Stück sinkt in die Grube. – Hier wird nicht nur das Schicksal einer weißgardistischen Armee geschildert, sondern das Los aller russischen weißgardistischen Armeen.

Im Jahre 1920 kämpfte Sowjetrußland seinen heroischen Kampf gegen Polen. Das Territorium der SU war von den ausländischen Truppen und Gegenrevolutionären fast geräumt. Nur im Süden lebte noch immer ein Stück der finstersten Reaktion. Alte Monarchisten, die den Sturz, die Abdankung des Zaren nie anerkannt hatten, Denikin und Wrangel, saßen hier. Noch einmal witterten sie Morgenluft. Sie schritten zum Angriff gegen die Sowjettruppen vor, die nun plötzlich auch im Rücken bedroht waren. Aber die russischen Arbeiter und Bauern schlugen im Westen Polens Anschlag zurück und warfen ihre besten Truppen gegen Wrangel. Wrangel mußte sich wieder auf seinen alten Posten, die Krim, zurückziehen. Frankreich, das Wrangels Hilfe zur Zeit des Polenkrieges gern angenommen hatte, strich jetzt Wrangel die Unterstützungen. Damit zerschnitt es den Lebensnerv der Weißgardisten. Von der Roten Armee besiegt, von den Alliierten verlassen, zogen sich die Wrangelschen Truppen nach Konstantinopel zurück. Nach ihren eigenen Angaben waren sie damals noch 136.000 Mann stark.

Nun beginnt zwischen Wrangel und den „Siegerstaaten“ ein erbärmlicher Kuhhandel. Wrangel will seine Armee nicht aufgeben. Die Imperialisten aber haben keine Ver-[223]wendung mehr für sie. Der Mohr Wrangel hatte seine Schuldigkeit getan. Er konnte gehen. Seine Truppen wurden zunächst nach Callipoli und auf die Insel Lemnos verfrachtet. Später wurden sie nach Serbien und Bulgarien abgeschoben, wo sie sich nach langer Hin- und Herzieherei ziemlich auflösten.

In der Zeit ihrer „Verbannung“ zeigte sich deutlicher als je zuvor, wie stark die Wrangel-Armee vom englischen und französischen Imperialismus abhängig war. Durch den ausländischen Kapitalismus sind die russischen weißen Armeen entstanden, durch ihn sind sie künstlich belebt worden. Es ist das wohlverdiente Ende dieser weißen Armeen, daß sie in den Händen ihrer „Freunde“ zugrunde gingen.

ERICH OBST: RUSSISCHE SKIZZEN, Kurt Vowinkel-Verlag, Berlin-Grunewald.

Diese Skizzen – den Freunden des Geographischen Institutes an der Technischen Hochschule Hannover gewidmet – sind ein leicht geschriebenes, stellenweise gut informierendes Reisebuch. Lebhaft werden die verschiedenen Teile des großen russischen Reiches geschildert. Mit Erich Obst wandert der Leser vom russischen Norden zur Ukraine, zur Wolga und zum Kaukasus.

Obst sieht mit den Augen des Wirtschaftsgeographen und mehr noch mit den Augen des Kaufmannes. Er stöbert jeden Winkel Sowjetrußlands durch, ob sich Waren finden, die der deutsche Kaufmann kaufen und verkaufen kann. Er ist sich klar darüber, daß die deutschen Kapitalisten mit den unvermeidlichen Naturschätzen der Sowjetunion gute Geschäfte machen könnten. Durch seine „Skizzen“ will er den deutschen Kaufmann anregen, diese Schätze auszubeuten.

Erich Obsts Buch bietet politisch und soziologisch sehr wenig. Es ist für die Richtung in der deutschen Bourgeoisie typisch, die versucht, die Schätze Sowjetrußlands dem Weltkapitalismus durch den Handel (wenn es schon nicht anders geht!) zugänglich zu machen.

PROF. SIMON: SOWJETRUSSLAND, DAS LAND DER ÜBERRASCHUNGEN (Dünn und Weber, Berlin).

Die Zellenbücherei gibt ein übles antibolschewistisches Hetzbuch heraus. Die Bolschewisten werden als geistlose Barbaren hingestellt, die die Wissenschaft absichtlich zerschlagen. Die Hungerkatastrophen, die in Wirklichkeit ein Naturereignis waren, werden als das Ergebnis der bolschewistischen Politik hingestellt. Die Bolschewisten sind an allem schuld. Die Parole und das Leitmotiv alles revolutionären Handelns sei der angeblich bolschewistische Widerspruch: „Raube das Geraubte!“ „Lediglich der Gedanke, sich ungestraft fremdes Gut aneignen zu dürfen“, habe die russische Bevölkerung für einen Augenblick geblendet und in dieser Verblendung habe die bolschewistische Partei die Macht an sich gerissen. Auf diesem Niveau bewegen sich alle Ausführungen. Ob der Herr Professor über die Finanzen, über die Wirtschaftslage, über Religion oder sonst etwas spricht, immer ist der Refrain: Die Bolschewisten sind Bestien und Barbaren.

Diese Kost wird dann in den Volksbibliotheken den bildungsbeflissenen Proletariern als „reine Wissenschaft“ vorgesetzt! Gegen diese Behauptungen, für die Prof. Simon auch nicht den Schatten eines Beweises zu erbringen vermag, ist jede Polemik überflüssig. Sie richten sich durch ihre eigene Oberflächlichkeit.

ALFONS GOLDSCHMIDT: WIE ICH MOSKAU WIEDERFAND Rowohlt-Verlag, Berlin).

Goldschmidt schickt seinem 1920 erschienenen Buche „Moskau 1920“ ein dünnes Heftchen nach. Er beginnt mit der Feststellung: „Das Moskau von 1920 lebt in dem Moskau von 1925.“ (S. 7.) Doch: Bürgerkrieg und Kriegskommunismus sind verschwunden. Die NEP ist eingezogen. Was wiegt nun über: Der Sozialismus oder der Kapitalismus? Gibt es nicht den freien Handel? Sind nicht Markt und freie Konkurrenz vorhanden? Ja, es gibt Elemente des Kapitalismus und doch ... „Es ist tatsächlich ein geduldetes und gelenktes Kapital, und weshalb soll man nicht den Sozialismus mit dem Kapital fördern?“ (S. 37.) Er erläutert diesen Satz dahin, daß der Kleinproduzent bis zum Ausbau einer modernen hochentwickelten Industrie zugelassen werden müsse, daß dem Bauer ein Ansporn gegeben werden müsse.

Ist es nicht ein Widerspruch, von der Hilfe des Kapitalismus für den Sozialismus zu reden? Goldschmidt weist zur Beantwortung dieser Frage auf die scheinbaren Widersprüche dialektischen Denkens hin: „Das Schwert soll ja auch den Frieden erkämpfen, und das Kapital den Sozialismus bereiten.“ (S. 37.)

Wie sieht die Hauptstadt Rußlands heute aus? Goldschmidt antwortet: „Moskau ist eine Proletarierstadt geblieben, d. h. der Proletarier beherrscht Moskau. Die Stadt ist breiter proletarisch heute als vor fünf Jahren.“ (S. 38.) Das „Problem“ des Sozialismus ist nach Goldschmidt die Ueberbrückung des Gegensatzes von Stadt und Land, von Industrie und Acker. Darum verspricht er sich von der Einstellung der KPSU gegenüber der Landwirtschaft („Das Gesicht dem Dorfe zu!“) sehr viel.

Goldschmidt erkennt die Notwendigkeit, den Bauern durch die Privatwirtschaft wirtschaftlichen Spielraum zu gewähren. Daraus ergibt sich – so folgert Goldschmidt –, eine neue Klassenscheidung auf dem Lande. Welche ist dies? „Es konnte ... nicht mehr die Klassenscheidung Großgrundbesitzer – Mittelbauer – Kleinbauer sein, aber die Scheidung Mittelbauer – Kleinbauer.“ (S. 61.) Goldschmidt vereinfacht die Verhältnisse des russischen Dorfes zu sehr. Er hätte sonst unbedingt für das heutige Dorf mehr als zwei Schichtungen (nicht Klassen!) aufzählen müssen. Es sind: Dorfarmut – Kleinbauer – Mittelbauer – Kulaki. Aus den Ausführungen Goldschmidts könnte man nur zu leicht den Gedanken von der berüchtigten [224] „zweiten Revolution“ herauslesen. Gewiß ist es richtig, daß tatsächlich eine gewisse Nivellierung in der Richtung zum

Mittelbauer eingetreten ist. Trotzdem gibt es auf dem Lande soziale Kämpfe, die aber auf völlig andere Art ausgetragen werden als vor der Machtergreifung des Proletariats. Die proletarische Staatsgewalt verfügt über eine ganze Reihe von Instituten. die den Kampf gegen den Kulaki führen (Steuerwesen, Banken, Genossenschaften, Großindustrie usw.).

OBERST BAUER: DAS LAND DER ROTEN ZAREN Drachenverlag Harald R. Loeser, Hamburg).

Hat Goldschmidt sein Hauptaugenmerk auf die Entwicklung der Wirtschaft und besonders der Landwirtschaft gelegt, so wollen wir jetzt zwei Bücher betrachten, die sich die nationale Frage zum Thema nehmen.

Goldschmidt hat zwar auch die Frage des Verhältnisses der Sowjetunion zum Weltimperialismus kurz gestreift. Die Frage ist so wichtig, daß sie gründlich behandelt werden muß.

Oberst Bauer, der der deutschen Arbeiterschaft vom Kapp-Putsch her wohlbekannt ist, hat Sowjetrußland bereist. Er gibt seine Meinung in einem Buche wieder: „Das Land der Roten Zaren“. Wir kennen die Melodie von der „Diktatur über das Proletariat“ recht gut. So wie die sozialdemokratischen Führer die Tätigkeit der Massen nicht anerkennen, so können die Monarchisten das Wesen der russischen Revolution ebenfalls nicht verstehen. Oberst Bauer sieht lediglich eine Seite der proletarischen Revolution: die nationale. Es ist gewiß ein großes Verdienst der Sowjetunion, mit der Unterdrückung der nicht. russischen Völker (Sibirien, Ukrainer, Armenier usw.) Schluß gemacht zu haben. An die Stelle der Unterdrückungsmethoden des Zaren und Kerenskis ist das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, die nationale Freiheit getreten. Das ist zweifellos eine Errungenschaft der russischen Revolution, die man in ihrer vollen Bedeutung aber erst im Zusammenhange mit all den anderen Errungenschaften richtig verstehen und bewerten kann. Oberst Bauer aber sieht nur diese eine Tatsache. Diesem vermeintlichen Nationalismus bringt der bürgerliche Nationalist Sympathien entgegen. Er sieht die Kraft des proletarischen Staates. Er sieht, daß das russische Proletariat sein Land ohne Hilfe und ohne Störung durch die gesamte übrige Welt aufbaut. Er glaubt, die Sowjetunion werde – fern der übrigen Welt – wachsen und gedeihen. So absurd der Gedanke ist, ein Land könne im Zeitalter des Imperialismus auf die Dauer allein leben, so ist noch absurder, anzunehmen, der Weltimperialismus werde Sowjetrußland auf Jahrzehnte hinaus Frieden geben und den Sozialismus friedlich aufbauen lassen.

Die Frage der nationalen Beschränkung wird ausführlicher und gründlicher von Axel de Vries behandelt. Er zeichnet sich gegenüber Bauer dadurch aus, daß er die russischen Verhältnisse gründlicher studiert hat.

AXEL DE VRIES: DIE SOWJETUNION NACH DEM TODE LENINS (Kurt Vowinkel Verlag, Berlin).

Mit fanatischem Hasse verfolgt Axel de Vries die Vorgänge in Sowjetrußland. Er wirft die Frage auf, ob die Sowjetunion seit der Einführung der NEP – und im besonderen seit dem Tode Lenins – ins Fahrwasser des Kapitalismus gekommen sei oder nicht.

De Vries stellt eine Untersuchung über die Bedeutung der KPSU in den Vordergrund seines Buches. Er ist sich darüber klar, daß die KPSU die einzige Macht ist, die gegenwärtig imstande ist, ein Reich von den Ausmaßen Rußlands zu regieren. Er will feststellen, was das Wesen dieser Partei ist. Dabei kommt ihm der „geistreiche“ Einfall, daß sich die Russische Kommunistische Partei eigentlich „Kommunistischer Orden“ nennen sollte. Er beruft sich dabei auf einen Ausspruch der Genossin Krupskaja, die (durchaus im Sinne des Leninismus) folgendes gesagt hat: „Eine Vereinigung von Personen gleicher Ansicht – das sind alle Parteien der Welt, außer der bolschewistischen. Eine Vereinigung von disziplinierten Kämpfern – das ist die bolschewistische Partei.“

Wie gestaltet sich das Verhalten der imperialistischen Mächte zu Sowjetrußland? Wird durch die Neue Oekonomische Politik eine friedliche Annäherung erreicht? Wenn man glaubt, daß die NEP einfach die Wiedereinführung des Kapitalismus sei, so gebe es keinen Grund mehr für die Feindschaft der imperialistischen Staaten gegen Sowjetrußland. Wenn in der SU der Sozialismus immer mehr

verschwindet und wenn an seine Stelle der Kapitalismus tritt, so wäre die „Diktatur des Proletariats“ eine leere Phrase und für die Imperialisten ungefährlich. De Vries hält sich dies vor Augen und antwortet, daß das, was gegenwärtig in Rußland entsteht, n i c h t der Kapitalismus sei.

De Vries sieht die Todesgefahr, die dem Kapitalismus durch den Bolschewismus droht. Er schreibt: „Vor allem tut eins not: Man sollte sich in Westeuropa darüber klar werden, daß alles Gerede über eine i n n e r e U m s t e l l u n g in der Politik des Kommunistischen Ordens und den K o m p e t e n z s t r e i t zwischen der D r i t t e n I n t e r n a t i o n a l e und der S o w j e t r u s s i s c h e n R e g i e r u n g, von denen die eine angeblich nur die Ziele der Weltrevolution verfolgt, während die andere Rußlands Wohl will, im Grunde nur T ä u s c h u n g e n sind, die auf keinen Tatsachen beruhen.“ (^S. 175.)

Ueber den Charakter der Wirtschaftspolitik der proletarischen Diktatur ist sich de Vries ebenfalls recht klar. Er schreibt: „Daher sollte man sich in Westeuropa darüber klar sein, daß von einer f r e i e n K o n k u r r e n z im W i r t s c h a f t s k a m p f in der Sowjetunion k e i n e R e d e sein kann, sondern daß der wirtschaftliche (d. h. kapitalistische H. L.) Wettbewerb jederzeit vom Staat aus durch Maßregeln in der einen oder anderen Richtung unmöglich gemacht werden kann.“ (S. 182. Gesperrt von de Vries.) H. Löwen.

[225]

Die Internationale
Jahrgang 10 ∗ Berlin, den 15. April 1927 ∗ Heft 8

China, Krieg und Reaktion

B e r l i n, 15. April 1927.

Das englische Nachrichtenmonopol, der tausendarmige Vampir der englischen Weltpresse, umklammert das ganze kapitalistische Europa mit einem eisernen Druck. Die gesamte geistige Mobilmachungsmaschine von 1914, vervollkommnet durch die Erfahrungen des Weltkrieges und der Nachkriegszeit, ist mit allen Kräften wieder in Gang gesetzt. Die erprobten Kriegsmacher der Zeit von Sarajewo beherrschen wieder die Kabinette Europas: Chamberlain und Churchill in England, Poincaré in Frankreich, die monarchistische Diplomatenclique in Deutschland, die Interventionisten in Italien. Die Lügen der Reuter-Agentur beherrschen die Presse des Kontinents. Alle ihre Verleumdungen, ihre Hetzmeldungen, ihre Provokationen, von der „Vergewaltigung weißer Frauen in Nanking“ bis zum „Aufmarsch russischer Divisionen an der mandschurischen Grenze“ werden von Tausenden europäischer Zeitungen, – am eifrigsten und blindesten von der deutschen Bourgeoispresse, – in Millionen Exemplaren verbreitet. Alle Agenten des Imperialismus stürzen sich fieberhaft in die Arbeit. Sie säen bewußt die Panik, sie entfachen die Kriegsstimmung, sie lauern auf den Anlaß zur Kriegserklärung. In ganz Europa von Rumänien und Litauen bis Spanien und Italien herrscht die Atmosphäre des Terrors, die den Kriegszustand vorbereitet. Das Gespenst der Arbeiterrevolution wird heraufbeschworen und die neueste Erfindung, die künstliche Vernebelung des Schlachtfeldes durch den Reformismus, wird aufs äußerste angespannt, um möglichst breite Massen im kritischen Moment mitzureißen.

Gegen den gewaltigen Apparat der bürgerlichen Kriegshetze erheben sich nur die schwachen, vereinzelten, durch zahllose Knebel erstickten Stimmen der kommunistischen Presse.

Es kann heute kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß. die Imperialisten der ganzen Welt unter Führung der englischen Bourgeoisie einen gigantischen Kampf gegen die revolutionäre Bewegung in allen Ländern aufgenommen haben. Der Generalstab und das organisatorische Zentrum dieses Kampfes ist die konservative Regierung des britischen Weltreiches. Sie verwirklicht ihren strategischen Aufmarschplan in drei Richtungen: Durchführung des Krieges gegen die chinesische Revolution, Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion, wütender Ansturm gegen die Arbeiterbewegung in England und ganz Europa.

Das sind die drei Fronten des kommenden Weltkrieges. Sie hängen miteinander unlösbar zusammen. Die Ereignisse der letzten Monate haben mit überraschender Klarheit gezeigt, daß die imperialistische Bourgeoisie von ihrem reaktionären Standpunkt aus die grundlegenden Klassenkräfte der proletarischen Weltrevolution genau ebenso einschätzt, wie die Kom-[226]munistische Internationale. Das letzte Plenum des EKKI zog aus seiner Analyse der Weltlage den Schluß, daß die proletarische Revolution gegenwärtig in drei Hauptkolonnen marschiert: der nationale Befreiungskampf der unterdrückten Kolonialvölker, der Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion, der Klassenkampf des Proletariats in den kapitalistischen Ländern. Dieser dreifachen Gliederung der revolutionären Kräfte entsprechen haargenau die drei Hauptrichtungen des Generalangriffs der englischen Imperialisten: Intervention in China, Drohnote Chamberlains gegen die Sowjetrepublik, Anti-Gewerkschaftsgesetz in England und Unterstützung des faschistisch-reaktionären Kurses in allen europäischen Ländern.

Seit der Eroberung Schanghais und der Beschießung Nankings hat die englische China-Politik ihre Maske fallen lassen. Das „versöhnliche“ Weihnachtsmemorandum von 1926 wird durch Gewehrsalven und Artilleriefeuer, die „entgegenkommenden“ Februarvorschläge des britischen Gesandten O’Mally werden durch die mörderischen Brandgeschosse des britischen Generals Duncan ersetzt. Wie erklärt sich dieser Kurswechsel? Die Nordexpedition der Kantontruppen führte in den kurzen Monaten von Juli bis Herbst 1926 zur Zerschmetterung Wu Pei Fus, zum stürmischen Siegeszug der Kantonarmee, zur Eroberung Hankaus, zur Besetzung des Kerns der englischen Einflußsphäre im Yangtse-Tal. Von diesem Moment an war sich Chamberlain darüber klar, daß in China eine entscheidende Krise, vielleicht d i e Krise des britischen Weltreichs heranreife. Alle seine Maßnahmen mußten jetzt zunächst auf Zeitgewinn eingestellt sein, um eine erfolgreiche Gegenaktion der reaktionären

Nordtruppen einzuleiten, um den rechten kapitalistischen Flügel der Kuomintang zu stärken und nach Möglichkeit eine Spaltung der führenden nationalrevolutionären Partei herbeizuführen, um genügend starke englische Streitkräfte auf den Kampfplatz zu bringen und eine Einheitsfront aller imperialistischen Mächte in China herzustellen.

Die beiden ersten Ziele dieses Planes scheiterten vollständig. Nach der Niederlage Wu Pei Fus wurden seine beiden Verbündeten Sun Tschuan Fan und Tschang Schun Tschang in noch kürzerer Zeit durch die militärisch mit bewundernswerter Durchdachtheit und Entschlossenheit vorgehenden Kantonarmee geschlagen. Schanghai fiel durch den bewaffneten Aufstand der Arbeiterschaft. Der rechte Flügel der Kuomintang wurde nicht gestärkt, sondern durch das Eingreifen der klassenbewußtesten, bestorganisierten Vorhut des chinesischen Industrieproletariats und durch das Erwachen der Millionenmassen des chinesischen Bauerntums geschwächt. Die letzte Tagung der Exekutive der Kuomintang schloß mit dem politischen Siege des linken Flügels. Chamberlains Hoffnung auf die Spaltung und Zersetzung der nationalrevolutionären Bewegung wurde auf der ganzen Linie enttäuscht. Sein drittes Ziel, die Landung eines mächtigen britischen Expeditionscorps wurde dagegen voll erreicht. Englische Land-, See- und Luftstreitkräfte in der Zahl von mehr als 30.000 Mann stehen schon heute in der internationalen Niederlassung von Schanghai. Neue Truppentransporte sind unterwegs. Auch die anderen imperialistischen Großmächte senden Regimenter auf Regimenter, Kriegsschiffe auf Kriegsschiffe nach China.

Am 24. März wirkten die britischen und amerikanischen Kreuzer zum ersten Male bei der Beschießung Nankings zusammen. Es war gelungen, die bisherige Sabotage der offenen Interventionspolitik durch die Vereinigten Staaten zu durchbrechen.

Während auf diese Weise die imperialistische Front befestigt und verbreitert ist, zerstört andrerseits das ungestüme Vordringen der chinesischen Revolution die Grundlagen des imperialistischen Einflusses in China über-[227]haupt, vernichtet in Gestalt der Nord-Generale die Instrumente der indirekten Intervention, entzieht Englands „größten potentiellen Markt“ der Kontrolle des Finanzkapitals und entrollt, drohend und gewaltig, die Perspektive eines unabhängigen, antiimperialistischen China unter der demokratischen Diktatur des Proletariats, des Bauerntums und des Kleinbürgertums im Bündnis mit der Sowjetunion und mit dem internationalen revolutionären Proletariat. Zum ersten Male in der chinesischen Geschichte tritt das Industrieproletariat als organisierte Kraft in den Klassenkampf gegen den ausländischen Imperialismus und beschreitet, gerüstet mit dem ganzen Arsenal der revolutionären Erfahrungen seiner europäischen Brüder, den Schauplatz der nationalen Revolution. Mit Recht wurde darauf hingewiesen, daß die junge chinesische Arbeiterklasse im Laufe weniger Jahre sich alle die Lehren und Errungenschaften erwarb, für deren Aneignung das deutsche Proletariat sechs Jahrzehnte seit der Tätigkeit Lassalles, drei russische Revolutionen, den Weltkrieg und die deutsche Novemberrevolution mit allen ihren Folgen brauchte. Der englische Botschafter in Washington, Howard, bezeichnete in seiner letzten Rede den gegenwärtigen Kampf in China als „die Ouvertüre der Weltrevolution“. Er sprach damit nur die Tatsache aus, daß die letzten Ereignisse in China einen der größten Siege der Weltrevolution, einen Stoß ins Herz des Weltimperialismus bedeuten.

Unter diesen Umständen ist die englische Bourgeoisie gezwungen, ihre Chinapolitik zu ändern oder zu kapitulieren. Chamberlain hat sich zum Angriff entschlossen. Seine Wortführer in China sind nicht mehr die „friedliebenden“ Unterhändler und die wohlmeinenden Interviewer, sondern die blutgierigsten und brutalsten Vertreter der englischen Ausbeuterherrschaft, die Herolde des Kapitalexports, die Ritter der Kolonialbanken in der Niederlassung von Schanghai. Um das ökonomische Gewicht dieser Gruppen zu kennzeichnen, genügt die Tatsache, daß nach dem letzten Jahresbericht für 1926 („Morning Post“ 5. April 1927) allein die „Hongkong and Shanghai Banking Corporation“ sogar in diesen 12 Krisenmonaten einen Reingewinn von 17,5 Millionen Pfund Sterling, das heißt 350 Millionen Goldmark gemacht hat! Die politische Bedeutung dieser Bilanz spiegelt sich in den täglichen offiziellen Admiralitätsberichten über die Entsendung neuer Truppen nach China wider.

Seit Nanking ist die direkte Intervention in China in vollem Gange. Der imperialistische Krieg gegen die chinesische Revolution ist nicht mehr eine Gefahr, sondern eine nackte und blutige Tatsache. Die

letzten Parlamentsreden Chamberlains betonen offen diese neue Wendung: „Evakuierung aller Fremden – keine neuen Verhandlungen mit der Kantonregierung mehr – alle Maßnahmen zum bewaffneten Schutz des britischen Lebens und des britischen Eigentums werden getroffen.“ Während in Tschili und der Mandschurei, im ganzen Machtbereich Tschang Tso Lins die innere Zersetzung und der schonungslose Terror gegen alle Anhänger der nationalen Revolution herrschen, veröffentlichen die englischen Zeitungen gierig alle meteorologischen Daten über den Grad der Schiffbarkeit des Jangtse, um die Kreuzer und Kanonenboote gegen die chinesischen Städte einzusetzen, und den Chinadebatten des britischen Kabinetts wohnt Seiner Majestät Luftmarschall bei, um die Aussichten eines Bombardements von Schanghai, Nanking, Hankau und Kanton durch britische Flugzeuge zu erörtern.

Allerdings stößt die englische Kriegspolitik schon im jetzigen Stadium auf eine Reihe von Schwierigkeiten. Trotz der Sandsäcke und Drahtverhaue vor dem Schanghaier Settlement, trotz der Berge von Leichen in Nanking und in der Bias-Bay, trotz der englischen Meteorologie und der [228] englischen Aeronautik sind die Kantontruppen bis 600 Kilometer von Peking vormarschiert, und die revolutionäre Volksarmee Feng Yuhsiangs hat den Knotenpunkt der Hankaubahn am Hoangho erreicht. Die nationale Revolution reorganisiert ihre Reihen, schützt sich vor dem unvermeidlichen Verrat der großkapitalistischen Elemente in ihrer Mitte und verstärkt das Schwergewicht der Arbeiterklasse, an deren Spitze die Kommunistische Partei Chinas steht.

Eine andere Schwierigkeit entsteht durch die Gegensätze innerhalb des imperialistischen Lagers. Die Harmonie der britischen und amerikanischen Schiffgeschütze vor Nanking hat nur 20 Minuten gedauert und zeitigte zwar – nach dem bekannten Telegramm des amerikanischen Flottenkommandanten – das „wohltuende Resultat“ von 2000 bis 7000 Toten, aber sie wuchs sich noch nicht zu jenem dauerhaften, unendlich wirksameren „Konzert der Zivilisation“ aus, das Churchill ankündigte. Der amerikanische Imperialismus ist noch nicht bereit, sich mit voller Kraft und ohne Vorbehalt der englischen Chinapolitik anzuschließen. Der japanische Außenminister Shidehara vertritt nach wie vor das Prinzip des „geduldigen Abwartens“ und der „unabhängigen Aktion“ Japans. Die französische Regierung läßt durch den offiziösen „Temps“ vor den „tendenziösen, jeder Grundlage entbehrenden Londoner Pressemeldungen“ warnen, und der französische Generalkonsul in Schanghai lehnt es energisch ab, seine Streitkräfte dem englischen Oberkommando zu unterstellen.

Es wäre durchaus falsch, aus diesen Schwierigkeiten die Folgerung zu ziehen, daß eine Einheitsfront der wichtigsten imperialistischen Mächte für den Interventionskrieg gegen die chinesische Revolution undenkbar sei. Lenin hat bereits in seinen Artikeln über den Boxeraufstand von 1900 und später in seiner Broschüre über den Imperialismus darauf hingewiesen, daß trotz aller inneren Gegensätze eine Weltkoalition der imperialistischen Großmächte, eine Einheitsfront des internationalen Finanzkapitals zum Kampf gegen die kolonialen Erhebungen durchaus möglich sei. Das Beispiel von Nanking bestätigt diesen Satz. Andrerseits steht es durchaus nicht fest, daß die englische Bourgeoisie mit ihren weiteren militärischen Operationen unbedingt genau bis zu dem Moment warten muß, in dem diese Einheitsfront ganz oder zum großen Teil hergestellt ist. Es ist auch der umgekehrte Weg denkbar, daß die englische Bourgeoisie gerade mit Hilfe ihrer militärischen Operationen, mit Hilfe mörderischer Provokationen gegen das chinesische Volk, mit Hilfe der bewußten Erzeugung blutiger Zwischenfälle und der Herbeiführung von Zusammenstößen größter und schärfster Art die Herstellung einer imperialistischen Einheitsfront erzwingt und die anderen Imperialisten trotz ihres Widerstrebens und ihrer Sonderwünsche Schritt für Schritt in das kriegerische „Konzert der Zivilisation“ hineinzwingt. Im gegebenen Augenblick ist dieser Weg sogar der wahrscheinlichere. Er ist es vor allem deshalb, weil die „chinesische Frage“ für alle imperialistischen Mächte u n m i t t e l b a r mit der „russischen Frage“ verbunden ist. Es ist heute für jeden klar, daß die chinesische Revolution niemals ihre bisherigen Siege hätte erringen können, sondern längst durch die vereinigte Macht des Imperialismus zerschmettert wäre, wenn an ihrer Seite anstatt der Union Sozialistischer Sowjetrepubliken ein zaristisches oder bürgerlich-imperialistisches Rußland stünde. Ein voller Sieg der nationalen Revolution, die Errichtung der antiimperialistischen demokratischen Diktatur aller unterjochten Klassen Chinas bedeutet mit Sicherheit das engste wirtschaftliche, politische und militärische Bündnis der chinesischen Republik mit der USSR.

Gerade diese Perspektive bedeutet aber die größte Gefahr für den [229] englischen Kapitalismus. Gleichzeitig mit den militärischen Maßnahmen zur Niederschmetterung der chinesischen Revolution konzentriert er alle politischen Anstrengungen, um auch jetzt noch die innere Spaltung der revolutionären Front und ihren äußeren Bruch mit der Sowjetunion herbeizuführen. Unter diesen Bedingungen wäre England bereit, mit der kapitalistischen Oberschicht der chinesischen Bourgeoisie ein Kompromiß zu schließen, das sogar den Schein einer „nationalen Unabhängigkeit", etwa nach dem Muster des Königreichs Siam, enthalten könnte. In diesem Sinne schreibt z. B. das konservative Unterhausmitglied Cecil Hanbury, dessen Familie seit 70 Jahren am Chinahandel interessiert ist: „Die wohlhabenden industriellen Klassen von China, die durch den Handel mit Europäern und Amerikanern auf geblüht sind, haben immer die Sicherheit und den Kredit einer g u t e n R e g i e r u n g an der Westgrenze der Settlements und Vertragshäfen begrüßt." Und gleichzeitig: „Die Zukunft ist sehr dunkel, aber die nationale Bewegung der Kantonesen kann ein gutes Resultat durch die Einigung Chinas zeitigen, wenn sie sich nur v o m b o l s c h e w i s t i s c h e n E i n f l u ß frei macht."

Diese Ausführungen veröffentlicht die ultrakonservative „Morning Post" ohne ein Wort des Kommentars. Der englische Kurs in China ist jetzt klar: blutige Unterdrückung der nationalen Revolution und gleichzeitige Aufrichtung einer „guten Regierung" in einem zentralisierten China, als Werkzeuge der britischen Sicherheit und des britischen Kredits, als Instrument des Bruchs mit der Sowjetunion. Das ist die gegenwärtige Perspektive der englischen Bourgeoisie für China, die Perspektive der Konterrevolution, die im Kampf auf Leben und Tod unserer revolutionären Perspektive des chinesischen Befreiungskampfes entgegengestellt wird.

Eine „gute Regierung" dieser Art existiert bereits in Nordchina: die Regierung Tschang Tso Lins, die sich nach der Einnahme Schanghais und der Niederlage der Schantangtruppen immer mehr aus einer Agentur des japanischen Imperialismus in ein direktes Instrument der englischen Kriegspolitik gegen die Sowjetunion verwandelt. Einer der letzten Artikel der „Morning Post" über die chinesischen Ereignisse trug die Ueberschrift „Der wahre Feind". Dieser wahre Feind ist für die englischen Konservativen die Sowjetunion. Der Gang des Kampfes ist soweit gereift, daß die englischen Imperialisten bewußt und offen jede Schlacht der reaktionären Generale in China gegen die nationale Revolution als eine Schlacht Englands gegen die Sowjetrepublik betrachten. Der räuberische Ueberfall auf die Gebäude der Pekinger Sowjetbotschaft, die Umzingelung der Sowjetkonsulate in Tientsin und Schanghai kennzeichnen die neue Etappe der englischen Chinapolitik. Die Kampffelder des chinesischen Bürgerkrieges sollen zum Aufmarschplatz für die Intervention gegen den Sowjetstaat werden. Die degenerierte Generalsclique um Tschang Tso Lin und die russischen Weißgardisten in den Settlements von Nordchina, dieser Abschaum der bürgerlichen Gesellschaft, dieses schmutzige Ueberbleibsel der Koltschak-Zeit wird zur Elitetruppe des nächsten imperialistischen Krieges, zur Vorhut der Intervention.

*

Es besteht eine vollkommene Einheit zwischen der europäischen und der asiatischen Politik Chamberlains. Während Mussolini im englischen Auftrag das Bessarabien-Protokoll für Rumänien ratifiziert, während die Regierung des italienischen Faschismus mit der Horthy-Regierung ein Militärbündnis auf „dauernden Frieden und ewige Freundschaft" abschließt, [230] während der albanische Konflikt die Aufmerksamkeit Europas vom chinesischen Kriegsschauplatz ablenken soll, während Polen englische Generalstabsoffiziere und Litauen eine englische Anleihe erhält, während alle widerstrebenden bürgerlichen Staaten vom kleinen Jugoslawien bis zum großen Frankreich durch das Chamberlainsche Zangensystem in den Anti-Sowjetblock hineingezwängt werden sollen, findet man in den erbrochenen und geplünderten Schuppen der exterritorialen Sowjetinstitutionen in Peking die „Nürnberger Fliegerbomben" und die „vergifteten Brunnen" von 1927. Der Ueberfall auf die Organe der Sowjetrepublik in China war eine bewußte Provokation zum Kriege. Man hoffte, daß die USSR darauf mit Repressalien, zu denen sie die volle Macht und das volle Recht hat, antworten würde. Aber die Sowjetregierung tat der englischen Regierung nicht den Gefallen, diese Herausforderung anzunehmen. Sie antwortete auf die erfundenen Fliegerbomben nicht mit wirklichen Fliegerbomben, wie es die imperialistischen Mächte im August 1914 taten. Sie antwortete mit einem Aufruf an das

chinesische Volk und an die internationale Arbeiterklasse zum Kampf gegen die imperialistische Kriegsgefahr.

Der chinesische Krieg ist bereits im Gange, die Gefahr des Weltkrieges ist in ein akutes Stadium getreten. Das ist das Merkmal der gegenwärtigen Situation. Niemand kann heute voraussagen, ob das Sarajewo des bevorstehenden Weltkrieges im Balkan, in Polen oder – in China liegen wird. Die Einbrüche in die Sowjetgesandtschaft, die Raubüberfälle auf die Sowjetkonsulate, denen „ganz zufällig" die Niederschlagung des Sowjetkonsuls in Königsberg durch deutsche Faschisten folgte, zeigen tatsächlich, wie der Krieg nicht nur im allgemeinen, sondern im buchstäblichen, physischen Sinne „jeden Tag ausbrechen kann". Parallel mit dem schonungslosen Kolonialkrieg gegen die chinesische Revolution und mit der Vorbereitung des kriegerischen Generalangriffs gegen die Sowjetunion schreitet der englische Imperialismus zur breitesten internationalen Offensive gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung in allen Ländern. Er versteht besser als die Schwätzer der 2. Internationale den untrennbaren Zusammenhang zwischen Außenpolitik und Innenpolitik, die beide den gleichen Interessen des Klassenkampfes dienen. Die vielgenannte Broschüre „Soviet versus Civilisation" von Augur, dem außenpolitischen Offiziosus der englischen Regierung, beschäftigt sich zu einem großen Teil mit ausgesprochen „innerpolitischen" Fragen. Augur spricht mit einer bisher nicht dagewesenen Offenheit über die Notwendigkeit des Krieges gegen die USSR in nächster Zeit. Er wiederholt das historische Wort von Sir Eyre Crowe, das im Londoner Außenministerium am 31. Juli zur Entscheidung führte: „Die Theorie, daß England sich nicht in einen großen Krieg stürzen kann, heißt seine Abdankung als ein unabhängiger Staat." Als Hauptziel der englischen Politik in Europa bezeichnet Augur die Einigung aller Großstaaten gegen den „drohenden Bolschewismus". „Es ist die Entschlossenheit der gegenwärtigen britischen Regierung, die die Mauer eines einigen Europa gegen ihn aufbaut." Gleichzeitig predigt Augur den erbarmungslosen Krieg gegen den Feind im eigenen Lande. „Wir hoffen," erklärt er im Hinblick auf die „Raus mit den Bolschewisten-Kampagne („Turn the Bolsheviks out-Campaign"), „wir hoffen, daß die Führer der ‚Schmeißt sie raus'-Bewegung die volle Bedeutung dieser Forderung begreifen. Wenn sie nur die Ausweisung von ein paar zweitrangigen und von Tscheka-besessenen Handelsvertretern im Auge haben, beschränken sie sich auf die unbedeutendste Seite des Problems." Das wirkliche Problem ist für Augur „die Reinigung des Landes von dem kommunistischen Bazillus". „Wenn die britische Kommunistische [231] Partei das Werkzeug der russischen Kommunisten ist, muß sie für illegal erklärt werden. Weitere Maßnahmen sind nicht notwendig". „Wer soll diese Maßnahmen durchführen?" Augur, der Sachverständige des britischen Außenministeriums antwortet darauf: „Wir geben zu, daß es mehr als schwierig für einen konservativen Doktor ist, der Nation diese ungewohnte Pille einzuflößen. Aber vielleicht kann ein energischer Labour-Doktor diese Pille in den Schlund des Patienten einführen." Und Augur zitiert zur Unterstützung dieser These die letzten anti-kommunistischen Reden Snowdens.

Die „Vernichtung des Kommunismus" ist für die Bourgeoisie stets das Pseudonym für den Angriff gegen die gesamte Arbeiterbewegung, gegen alle proletarischen Massenorganisationen. Die reformistischen Führergruppen werden nicht nur geschont, sondern mit allen Mitteln gefördert. Aber die breiten Arbeitermassen, selbst wenn sie unter dem Einfluß des Reformismus stehen, müssen zuvor geknebelt und aufs äußerste unterdrückt werden, wenn die Entfesselung des Krieges unter den günstigsten Bedingungen für die Bourgeoisie möglich werden soll. Diesem Ziel dient das neue englische Anti-Gewerkschaftsgesetz. Diesem Ziel dienen neben den Zuchthausvorlagen in England selbst die diplomatischen Aktionen des englischen Imperialismus in allen Ländern Europas. Die englische Bourgeoisie besaß von jeher den Stolz, mit Millionen zu rechnen und in Kontinenten zu denken. Sie stellt diese traditionelle Eigenschaft mit ihrer ganzen Kraft in den Dienst der sowjetfeindlichen Intervention, sie will nicht nur im eigenen Lande, sondern in ganz Europa die Komintern außerhalb des Gesetzes stellen und die Arbeiterbewegung zertrümmern. Ihre Zusammenarbeit mit dem Faschismus sowohl in dessen Heimatland Italien als auch in allen anderen europäischen Staaten hat keineswegs nur „diplomatische Gründe", sondern ist ein untrennbarer Bestandteil der imperialistischen „Realpolitik". Churchills Rede in Rom zur Begrüßung der italienischen Faschisten war keine leere Geste, sondern eine konkrete politische Direktive an alle Regierungen, die sich dem System der englischen

Anti-Sowjetpolitik anschließen: „Ich bin mit vollem Herzen von Anfang bis zu Ende an Ihrer Seite in Ihrem prächtigen Kampf gegen die tierischen Triebe und Ansprüche des Leninismus.“ Diese Aufforderung zum Vormarsch der faschistischen Banden zur Ausbreitung des weißen Terrors, zur Niederknüppelung der Arbeiterbewegung ist ebenso an Mussolini und an Piłsudski, an die rumänischen, ungarischen und bulgarischen Arbeiterschlächter gerichtet, wie an die Regierung des Bürgerblocks in der deutschen Republik. Der „prächtige Kampf“ gegen den „tierischen Leninismus“, mit anderen Worten die organisierte Konterrevolution zur Vernichtung der Arbeiterbewegung ist mit verschiedenen Methoden und in verschiedenen Stadien möglich. Er ist nicht unbedingt an die Kampfform des Galgens und der Petroleumkanne gebunden. Churchill ist keineswegs der isolierte Schreier, der phantastische Diehard, als den ihn die Sozialdemokraten hinstellen wollen. In der gleichen Rede, aus der die hysterische Angst vor dem Bolschewismus schreit, befindet sich die wohldurchdachte, ruhige und nüchterne Einladung an die sozialdemokratischen Führer: „Im Faschismus sollte jeder Labour-Führer in jedem Land das Fundament fühlen, um noch fester den gleichmacherischen und hemmungslosen Lehren zu widerstehen.“

Dieser Appell an die kombinierten Kräfte des Faschismus und des Reformismus zum Kampf gegen die Arbeiterklasse aus dem Munde eines der reaktionärsten Diehards ist eines der wichtigsten Dokumente für die gegenwärtige Politik der europäischen Reaktion. Das internationale Finanzkapital lernt aus den Erfahrungen des italienischen Faschismus und versucht, sie [232] in ganz Europa, entsprechend den besonderen Verhältnissen der einzelnen Länder anzuwenden. In diesem Zusammenhang gewinnt auch die Frage des Faschismus in Deutschland zum ersten Male seit 1923 wieder akute Bedeutung. Es ist ganz klar, daß die Zeit des demokratischen Parlamentarismus um so schneller ihrem Ende entgegengeht, als der neue imperialistische Krieg heranreift. Nach einem alten militärischen Grundsatz suchen die Imperialisten im Interesse der künftigen Kriegsführung schon jetzt das politische Kampfgebiet zu „evakuieren“ und alle revolutionären „Hindernisse aus dem Schußfeld zu entfernen.

Charakteristisch für die Geistesverfassung der englischen Konservativen sind die Ueberschriften, unter denen ihre Zeitungen den blutigen Terror gegen den Generalstreik vor der Einnahme Schanghais schildern: „Der Weg mit Streikenden fertig zu werden“ (The way to deal with strikers), damit ist die öffentliche Hinrichtung Dutzender von Streikagitatoren durch den Scharfrichter auf den Straßen Schanghais gemeint.

Die Regierung Chamberlains besitzt nicht im entferntesten die Kraft die Führer der englischen Bergarbeiter auf offener Straße zu köpfen. Sie verlegt in der gegenwärtigen Situation das ganze Schwergewicht ihrer Macht auf die zweite, von Churchill empfohlene Methode des Kampfes gegen die Arbeiterbewegung. Sie stützt sich auf die reformistische Führerschaft und richtet die ganze Schärfe der kapitalistischen Gesetzgebung gegen die Gewerkschaften, Trotz der Verschiedenheit der Mittel wird jedoch die Einheitlichkeit des Zieles gewahrt.

Die 2. Internationale ist in diesem Moment der gewaltigsten politischen Erschütterungen, der größten Weltkämpfe ein Häuflein Ohnmacht. Sie versucht durch ein paar nichtssagende Phrasen, durch „kraftvolle“ Aufrufe die Massen darüber hinwegzutäuschen, daß sie in a l l e n grundlegenden Fragen die Politik der imperialistischen Bourgeoisie a k t i v unterstützt.

Zur Chinafrage erklärte MacDonald in seiner Glasgower Rede am ersten April, er müsse energisch gegen die Behauptungen protestieren, „daß die Labour Party das Leben der Engländer in China ohne Schutz lassen wolle“. Das Einzige, das ihn von der Interventionspolitik Chamberlains unterscheidet, ist der Wunsch, fix stationierte Kräfte, also Flottenkräfte, anstatt der mobilen Kräfte gegen die nationale Revolution einzusetzen, „weil sie bei Eventualitäten am besten verfügbar sind“. In dem gleichen „pazifistischen“ Geiste brüllten die deutschen Sozialdemokraten im Reichstag den kommunistischen Antrag auf Anerkennung der Kantonregierung nieder. Der Vorwärts“ druckt kommentarlos zwei Drittel aller Lügenmeldungen der Reuter-Agentur über China nach.

In der Debatte des Unterhauses über Chamberlains Drohnote an die Sowjetregierung erklärte MacDonald wörtlich.

„Ich bin froh, daß der Außenminister eine Note an Rußland gesandt hat. Ich glaube, die Note ist zwei Jahre zu spät gekommen ... Wenn ich im Amte gewesen wäre, hätte man die Note lange Zeit vor 1927 abgesandt. Ich glaube, sie wäre noch schärfer im Inhalt gewesen. Wir alle sind uns darin einig, daß kein Land die Einmischung eines fremden Landes in seine eigenen Angelegenheiten dulden kann."

Mit vollem Recht konnte Chamberlain in seinem Schlußwort die „fundamentale" Zustimmung a l l e r Parteien zu seiner sowjetfeindlichen Politik feststellen.

[233] Die Haltung der 2. Internationale in allen entscheidenden Weltfragen der Gegenwart besteht in der fundamentalen Zustimmung zur imperialistischen Politik.

Von beispiellosem Zynismus ist die Stellungnahme der 2. Internationale zur drohenden Kriegsgefahr. In ihrer gemeinsamen Tagung mit der Exekutive der Amsterdamer Internationale am 3. April forderten diese Helden die Anwendung des Paragraphen 11 des Völkerbundstatuts, der den Zusammentritt des Völkerbundsrats „im Falle jedes Krieges und jeder Kriegsgefahr" vorsieht. Gerade dieser Vorschlag entspricht genau den Interessen des englischen Imperialismus. Der Paragraph 11 ist die juristische Handhabe zur Zusammenfassung und Mobilmachung aller Bundeskräfte gegen den „Friedensstörer", das heißt, zur Aufbietung der Koalition aller Imperialisten gegen die Sowjetunion.

Die logische Fortsetzung des Paragraphen 11 ist nicht nur in der Reihenfolge der Statuten, sondern auch im wirklichen Gang der Ereignisse der Paragraph 16, der Durchmarschparagraph. Wenn die Breitscheid und Hilferding in Deutschland an den Paragraphen 11 appellieren, so meinen sie die Anwendung des Paragraphen 16. Die Erzeugung der kriegerischen Ideologie durch die ehrenwerte Sowjetgranatenkampagne wird ergänzt durch die Vorbereitung der kriegerischen Praxis im Sinne des Durchmarschparagraphen. Dem verleumderischen Hinweis auf die Sowjetgranaten, die dem Hirn des englischen Nachrichtendienstes entsprangen, folgt der Appell an die wirklichen Granaten, die aus den englischen Munitionsfabriken stammen und zur Verteidigung des „bedrohten" Völkerbundes bestimmt sind.

Alle konterrevolutionären Kräfte der Welt von Chamberlain bis zu den russischen Weißgardisten, vom deutschen Bürgerblock bis zu Tschang Tso Lin, von Mussolini und dem Grafen Bethlen bis zu MacDonald und Stampfer, von der litauischen Mordregierung bis zu Friedrich Adler sind aufgeboten, um den Kampf des englischen Imperialismus gegen die chinesische Revolution, gegen die Sowjetrepublik und gegen die klassenbewußte Arbeiterbewegung durchzuführen.

Marx sagte von der bonapartistischen Diktatur in Frankreich: Sie „sicherte Europa die innere Ruhe, um es dafür mit einer neuen Aera der Kriege zu beglücken". Indem die Imperialisten von 1927, unter Führung der englischen Bourgeoisie, eine neue Aera der Kriege nicht nur über Europa, sondern über die ganze Welt heraufbeschwören, untergraben sie unfehlbar die „innere Ruhe" in den bürgerlichen Staaten und sichern Europa eine neue Welle gigantischer Klassenkämpfe, eine neue Kette von Massenerhebungen und proletarischen Aufständen gegen den imperialistischen Krieg, die mit dem Siege der proletarischen Revolution in einem oder in mehreren Ländern enden werden. Das ist die historische Perspektive, auf die sich die Kommunistischen Parteien stützen müssen. [234]

*

Die Position des Agrarkapitals

Von F r e d M e i s l e r

I.

K r ä f t e v e r s c h i e b u n g i n n e r h a l b d e r B o u r g e o i s i e?

Bedeutet die politische Erstarkung der Agrarbourgeoisie, wie sie in der Machtstärkung der Deutschnationalen Volkspartei und in der Zusammensetzung der neuen Reichsregierung zum Ausdruck kommt, einen Sieg des Agrarkapitals über die führenden Industrie- und Bankgruppen? Wäre das der Fall, so wäre das das Zeichen einer Entwicklung, die der bisherigen kapitalistischen Entwicklungslinie genau entgegengesetzt wäre. Denn aus der bisherigen Geschichte der Bourgeoisie ließ sich das Gesetz ableiten, daß überall das höher organisierte Kapital gegenüber dem niedriger organisierten

den Ton angibt, sowohl innerhalb des industriellen Kapitals als auch in dem Verhältnis des Industriekapitals zum Agrarkapital. Ehe man also aus der Tatsache der vier deutschnationalen Ministersitze in der Reichsregierung die Schlußfolgerung zieht, daß sie die Schaffung eines „Junkerregiments“ in Deutschland bedeuten, haben wir die Frage zu beantworten, woher denn eine solche plötzliche Machtstärkung des Agrarkapitals über die übrigen Gruppen kommen sollte, ferner, worauf überhaupt die in der Bildung der Rechtsregierung zutage tretende Kräfteverschiebung beruht und auf welcher Basis sie erfolgt ist.

Zwei wichtige Erscheinungen stehen im Hintergrund dieser Entwicklung; die Rationalisierung und die Verschuldung der Landwirtschaft. Beide Erscheinungen sind nicht voneinander zu trennen. Mit beiden Erscheinungen ist eine starke Annäherung zwischen dem Industrie- und Großkapital einerseits und dem Agrarkapital anderseits verknüpft.

II.

Die Rationalisierung der landwirtschaftlichen Großbetriebe

Etwa seit der Währungsstabilisierung, in besonders starkem Maße aber im Laufe des Jahres 1926, hat in der Landwirtschaft ähnlich wie in der Industrie ein Umstellungsprozeß eingesetzt. Dieser Prozeß geht verschieden vor sich. Sowohl die kleineren Landwirte als auch die Großgrundbesitzer sind bestrebt, den Betrieb intensiver zu gestalten. Für die kleineren Landwirte bedeutet das eine Fortsetzung und Verschärfung der intensiven Wirtschaftsführung, zu der sie in der Vorkriegszeit ebenso wie in den Kriegs- und Inflationsjahren schon gezwungen waren, vor allem vermehrte Anspannung aller zum bäuerlichen Betrieb gehörenden Arbeitskräfte. Für den Großgrundbesitz bedeutet diese Entwicklung eine allmähliche Abkehr von einer fast zehnjährigen Extensivierungsperiode, eine Mechanisierung des Betriebs und insbesondere eine verstärkte Ausbeutung der Belegschaften der großen Güter.

Der Zwang zu dieser Umstellung liegt in der Tatsache, daß selbst die gegenwärtigen hohen Schutzzölle für Agrarprodukte die ziemlich lückenlose Barriere, die die Inflation gegenüber der ausländischen Konkurrenz dargestellt hatte, nicht ersetzen kann; über die Schutzzollschranken hinweg steht die deutsche Landwirtschaft unter dem Einfluß der Konkurrenz der Weltmärkte.

Was geht nun auf den 16.000 landwirtschaftlichen Großbetrieben, deren wir uns innerhalb der deutschen Grenzen erfreuen dürfen, die die wichtigsten Nahrungsmittellieferanten der Städte sind und politisch den Ton innerhalb der großen Agrarorganisation angeben, vor?

Wir finden die gleichen Erscheinungen wieder, die die industrielle Rationalisierung aufweist: [235]

Mechanisierung des Produktionsapparates,
Stillegungen und Zusammenschlußbewegungen,
verstärkte Arbeiterausbeutung.

1. Zur Mechanisierung der Großlandwirtschaft gehören die verstärkte Maschinenanwendung und die Elektrifizierung. Es gibt wohl kein großes Gut in Deutschland, das noch mit dem Maschinenpark der Vorkriegszeit arbeitet. Er wurde gegenüber damals nicht nur modernisiert, sondern vervielfacht. Ein Beispiel dafür ist die Vermehrung der Maschinenanwendung in Bayern – übrigens das einzige Resultat dieser Art, das die Volks- und Betriebszählung vom 16. Juni 1925 bisher erbracht hat[*]. Wir beschränken uns dabei lediglich auf die Güter von mehr als 100 Hektar, d. h. mehr als 400 Morgen. Von je 100 Gütern dieser Größenklasse benutzten:

	1907	1925
Sämaschinen	83,7	88,7
Hackmaschinen	6,7	71,8
Kartoffelpflanzmaschinen	2,6	45,6
Kartoffelerntemaschinen	4,1	74,0
Schrotmühlen	12,1	78,7

[*] Die soeben veröffentlichten weiteren Zahlen zeigen ausnahmslos die gleiche Entwicklung.

Zur Mechanisierung der Großlandwirtschaften gehören weiter vermehrtes Interesse an intensiver Stallviehwirtschaft, Errichtung und Unterhaltung eigener Fabriken zur Weiterverarbeitung, so z. B. von Zuckerfabriken, Mühlen, Bäckereien, Konservierungsfabriken, Hanffabriken usw., ferner der Ausbau der Transportvorrichtungen, so z. B. Beschaffung von Lastkraftwagen und Anlage eigener Feldbahnen. Zur Mechanisierung im weiteren Sinne ist schließlich die sehr starke Vermehrung des Kunstdüngerverbrauchs zu rechnen; sowohl an Kali wie an Stickstoff wird gegenwärtig eine größere Menge als in der Vorkriegszeit ausgeschüttet. Als weitere Erscheinung dieser Art nennen wir noch – ohne damit vollständig zu sein – rationelle Saatgut- und Futtermittelbewirtschaftung, die Anlage eigener moderner Silos usw.

Ueber die Elektrifizierung liegt zwar kein zusammenfassendes Material für das flache Land vor, aber die Entwicklung läßt sich an der Expansion der auf dem Lande tätigen Elektrizitätsgesellschaften ermessen, die gegenüber der Vorkriegszeit die Zahl ihrer Anschlüsse an Landgemeinden und Güter teilweise verzehn- oder verfünfzehnfacht haben.

2. Was Stillegungen in der Großgutswirtschaft anlangt, so erfolgen sie im allgemeinen nicht in der Form der Liquidierung großer Güter, als vielmehr dadurch, daß insbesondere die schlechteren Böden aus der Bewirtschaftung herausgezogen und dann mit Vorliebe gegen Kauf oder Pacht siedlungslustigen Kleinbauern oder Landarbeitern angeboten werden.

Auch die Zusammenschlußbewegungen auf dem flachen Lande haben eine durchaus andere Form als etwa in der Industrie. Es gibt zwar keine Fusionen großer Güter miteinander, wohl aber die Schaffung gemeinsamer Saatgutgesellschaften, gemeinsamer Propagandaorganisationen, gemeinsamer Handelsgesellschaften und in Verbindung mit diesen Dingen den verstärkten Ausbau des Genossenschaftswesens.

3. Genau wie in der Industrie richten jedoch die Großgrundbesitzer ihr Hauptaugenmerk auf die Leistungssteigerung ihrer Arbeiter. „Seit einem Jahr ist die Leitung des schlesischen Arbeitgeberverbandes für Land- und Forstwirtschaft bestrebt, die Entlohnungsform der Landarbeiter mehr und mehr auf das Prinzip des Leistungs- bezüglich Prämienlohns einzustellen“, stellte das schlesische Organ des DLV („Landbote“ vom 7. November 1926) fest. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß das nicht nur für die schlesischen, sondern für sämtliche landwirtschaftlichen Großgüter Deutschlands zutrifft. Eine Folge dieser verstärkten Ausbeutung [236] (Prämienlohn, Akkordarbeit, Stoppuhr usw.) ist das Sinken des Lohnanteils im großlandwirtschaftlichen Betrieb, worüber eine Enquete des DLV. wichtiges, wenn auch veraltetes Material beschaffte.

Eine weitere Folge ist – wie in der Industrie – eine Verminderung der Belegschaften der großen Güter. Bestätigt wird dieser Rückgang der Arbeiterzahl auch durch die Zählung vom Juni 1925, obgleich dies Material in den vergangenen anderthalb Jahren erheblich überholt ist. Verschärft wird die Arbeitsmarktlage auf dem flachen Lande dadurch, daß die meisten kleinen und mittleren Bauern gezwungen sind, unter schärfster Anspannung aller Familienmitglieder auf die Einstellung fremder Arbeitskräfte gänzlich zu verzichten. Daher gab es erstmalig im Jahre 926 eine größere Arbeitslosigkeit auch auf dem flachen Lande; selbst zur Erntezeit überstieg vor allem in den großagrarischen Gebieten das Angebot an Arbeitern den Bedarf in hohem Grade.

Weiteres Material über diese Folgen liefern die Berichte einiger Krankenkassen, aus denen hervorgeht, daß sich im Laufe des Jahres 1926 die Zahl der beschäftigten Landarbeiter um mehr als 10 Prozent vermindert hat, während andererseits eine Zunahme der Krankheitsfälle, insbesondere für weibliche Arbeitskräfte, um über 30 Prozent festgestellt wurde.

III.

Was kostet die Rationalisierung und wer zahlt?

Parallel mit diesem Umstellungsprozeß, der übrigens noch in anderen hier nicht aufgezählten Formen in Erscheinung tritt (insbesondere Standardisierungsbestrebungen, Einstellung der Produktion auf Exportzwecke usw.), ist ein rapiden Verschuldungsprozeß vor sich gegangen. Das gilt sowohl für die Klein- und Mittelbauern wie auch für die Großbauern und Großgrundbesitzer. Ein wesentlicher

Unterschied liegt aber darin, daß die Großwirtschaften erheblich leichter und insbesondere billiger Kredit erhalten als die Kleinbauernwirtschaften; und diejenigen zahlreichen Fälle, wo die Realverzinsung landwirtschaftlicher Schulden infolge hoher Zinssätze, hoher Vermittlungsprovisionen, niedriger Pfandbriefemissionen usw. sich auf 20 oder 30 Prozent beläuft, beschränken sich ausschließlich auf die bäuerlichen Wirtschaften.

Andererseits kommen für den landwirtschaftlichen Großgrundbesitz Kredite in Frage, die den Klein- und Mittelbauern in der Regel nicht offen sind. Das gilt nicht nur für eine Anzahl Meliorations- und andere Kredite des Reichs und der Reichsbank, sondern auch für die Kreditierung der Stickstoff- und Kalibelieferung, der Maschinen-, insbesondere der Traktorenbeschaffung usw. Erwähnt sei hier auch der Kredit der Golddiskontbank an die Landwirtschaft, wo es ausdrücklich vorgeschrieben war, es solle „Fürsorge getroffen werden, daß die Kredite nur solchen Wirtschaften zufließen, die die Gewähr einer rationellen und intensiven Bewirtschaftung bieten“. Es ist klar, daß damit eben nur die landwirtschaftlichen Großbetriebe gemeint waren.

Die Gesamtverschuldung der deutschen Landwirtschaft wird gegenwärtig auf etwa 9 Milliarden Mark geschätzt. Ziehen wir davon die aufgewerteten Vorkriegsschulden und die Rentenbankschuld ab, so bleiben als wirkliche Neuverschuldung für die Zeit von 1924 bis heute immer noch rund 4 Milliarden Mark übrig. Wieviel davon auf Großgrundbesitz und wieviel auf die kleineren Landwirte entfällt, läßt sich nicht feststellen; es geht aber aus zahlreichen Berichten, so u. a. denen einiger Landwirtschaftskammern, hervor, daß der Anteil des Großgrundbesitzes an diesen Krediten erheblich größer ist als etwa der Anteil dieser Großgüter an der landwirtschaftlich benutzten Fläche Deutschlands.

Bei einer solchen Entwicklung nimmt es nicht wunder, daß die an dieser Kreditgewährung beteiligten B a n k e n in den letzten Jahren, insbesondere aber im Jahre 1926 ein g l ä n z e n d e s G e s c h ä f t gemacht haben, derart glänzend, daß der größte Teil der Reingewinne zwar, wie üblich, im Bilanzausweis versteckt wird, daß aber dennoch zu hohen Dividendenzahlungen [237] und Vorträgen in das neue Geschäftsjahr durchweg ansehnliche Posten übrig bleiben. Die Pfandbrief- und Hypothekenbanken stehen dabei in vorderster Linie. Es gibt nur wenige Institute dieser Art in Deutschland, die in der letzten Zeit keine Kapitalerhöhung vorgenommen oder vorbereitet haben.

Diese Hypothekenbanken und andere landwirtschaftlichen Bankinstitute, auch die Genossenschaften, sind jedoch alles andere als etwa rein agrarische Unternehmungen. Durchweg arbeiten sie für l ä n d l i c h e n und s t ä d t i s c h e n Grundbesitz zugleich und stehen m i t d e n f ü h r e n d e n G r o ß b a n k g r u p p e n i n e n g s t e r V e r b i n d u n g; unter diesen Großbanken wiederum nimmt die Dresdener Bank den ersten Platz ein.

Im folgenden nennen wir einige der wichtigsten Hypotheken- und andere Landwirtschaftsbanken nebst ihren hauptsächlichsten Einflußgruppen:

	E i n f l u ß g r u p p e:
Preuß. Pfandbriefbank	Dresdener Bank, andere Großbanken
Preuß. Central-Bodenkredit-A.-G.	Disconto-Ges. u. Dresdener Bank
Bayr. Hypotheken- u. Wechselbank	Barmer Bankverein
Berl. Hypothekenbank	Darmstädter u. Nationalbank, andere Großbanken
Deutsche Hypothek.-Bk. A.-G., Berlin	Berliner Handels-Gesellschaft
Preuß. Bodenkreditbank	Deutsche Bank
Frankfurter Pfandbriefbank	Dresdener Bank u. Speyer Elissen
Leipziger Hypothekenbank	Deutsche Bank
Rhein.-Westfäl. Bodenkreditbank	Dresdener Bank u. Louis Hagen
Schles. Bodenkreditbank	sämtliche D.-Banken
Deutsche Ansiedlungsbank	Goldschmidt & Rothschild
Deutsche Zuckerbank	Dresdener Bank, Deutsche Bank, Disconto-Gesellschaft
Zuckerkreditbank	Darmstädter u. Nationalbank

	Einflußgruppe:
Ostbank f. Handel u. Gewerbe	Hugenberg
Preuß. Zentralgenossenschaftskasse	Dresdener Bank
Raiffeisen-Bank A.-G.	Dresdener Bank
Landbank A.-G.	Seehandlung (Preuß. Staatsbank)

Bei den starken agrarischen Interessen, besonders der Dresdener Bank, erklärt es sich, daß sich der letzte Geschäftsbericht dieser Großbank ziemlich eingehend mit der Lage der deutschen Landwirtschaft befaßte. Am Schluß dieser Ausführungen hieß es: „Neben der Frage billigen und langfristigen Kredits für die Landwirtschaft werden die Probleme einer Anpassung der Betriebe an den Markt eine wichtige Rolle spielen müssen.“ Wenn die Dresdener Bank in ihrem Geschäftsbericht eine solche „Anpassung an den Markt“, d. h. Rationalisierung, Standardisierung usw. als Programmpunkt aufstellt, so hat das mindestens dieselbe Bedeutung wie eine entsprechende Parole des Reichslandbundes; denn wer finanziert oder die Finanzierung vermittelt, hat im allgemeinen auch die Möglichkeit, dem Gläubiger die Verwendungsart des Kredits vorzuschreiben.

Im übrigen sei nur bemerkt, daß der Dresdener Bank wie den übrigen in der Landwirtschaft tätigen Banken die Geldmittel, mit deren Hilfe sie ihre einflußreiche Position stärken, keineswegs vom Himmel gefallen sind, daß es sich vielmehr um die auf den Banken deponierten kleineren und größeren Gewinne handelt, die vor allem im vergangenen Jahr seitens der kleineren wie der großen Kapitalisten auf Grund der Rationalisierung, der Leistungssteigerung der Arbeiter, des Rückgangs des Lohnanteils und des Anwachsens der Erwerbslosenarmee gemacht worden sind.

IV.

Landwirtschaft und Industrie.

Wir haben uns im vorhergehenden auf die Bankeinflüsse beschränkt, deren Umfang sich parallel zu dem Rationalisierungs- und Verschuldungsprozeß der Landwirtschaft wesentlich gesteigert hat.

[238] Ebenso wichtig aber ist der wachsende Einfluß des großindustriellen Kapitals auf die Landwirtschaft. Wir nennen hierbei nur die wichtigsten Gruppen.

Schwerindustrie: Eine enge Verbindung zwischen Schwerindustrie und Agrarkapital besteht schon seit längerer Zeit; eine gegenwärtig sehr wichtige Brücke ist der Hugenberg-Konzern (Scherl-Verlag, Deulig-Film-Gesellschaft, Roggenrentenbank, Ostbank für Handel und Gewerbe usw.), der sowohl zur Schwerindustrie (Stahltrust, Krupp) als auch zum Agrarkapital („gemäßigter“ Flügel der Deutschnationalen und des Reichslandbundes) engste Verbindung unterhält.

Kalikapital: Das Kalisyndikat und insbesondere der Wintershallkonzern hat in den letzten beiden Jahren den Einfluß auf agrarische Organisationen, insbesondere Genossenschaften, aber auch auf den Reichslandbund, ja sogar auf deutschnationale Presseorgane erheblich steigern können.

I. G. Farbenindustrie A.-G. (Chemietrust): Auch hier haben sich in der letzten Zeit die Agrarinteressen erheblich vermehrt; Agrargesellschaften mit starkem Einfluß der I. G. Farbenindustrie sind u. a.:

Preuß. Pfandbriefbank,
Roggenrentenbank,
Deutsche A.-G. für Landeskultur,
Deutsche Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung,
Saatgutverkaufs-G. m. b. H.,
Rositzer Zuckerraffinerie,
Zuckerfabrik Körbisdorf.

Elektrizitätsgruppe: Ebenso sind auch die Vorstandsmitglieder sowohl der elektrotechnischen Konzerne als der Kraftgesellschaften in zahlreichen landwirtschaftlichen Aktiengesellschaften vertreten,

wie auch umgekehrt in den Aufsichtsräten der meisten auf dem flachen Lande tätigen Elektrizitätsgesellschaften, Großagrarier in großer Zahl vorhanden sind. Besonders wirkt sich in der letzten Zeit die Tatsache aus, daß die landwirtschaftliche Elektrifizierung zum Teil auf dem Kreditwege erfolgt.

V.

Zusammenfassung und Schlußfolgerungen.

Wenn wir nunmehr noch einen Blick auf die Zusammensetzung der neuen Reichsregierung werfen, so ergibt sich, daß sie trotz der starken deutschnationalen Position der hier dargestellten Entwicklung keineswegs widerspricht.

Lediglich der Reichsinnenminister und frühere Landrat v. Keudell kann als rein agrarischer Vertreter bezeichnet werden, wobei zu bemerken ist, daß er zum Aufsichtsrat der Roggenrenten-Bank gehört, einer zum Interessenkreis des Chemietrusts und des Hugenberg-Konzerns zu rechnenden Bank. die kürzlich unter dem Einfluß der Dresdener Bank mit der Preußischen Pfandbriefbank fusionierte.

Noch enger mit dem Hugenberg-Konzern und damit auch mit schwerindustriellen Interessen verknüpft ist der gegenwärtige Reichsjustizminister O. Hergt. Das gleiche gilt von dem Reichsverkehrsminister Dr. Koch, der als rein schwerindustrieller Vertreter angesprochen werden kann. Was schließlich den Reichsernährungsminister und Rittergutspächter M. Schiele anlangt, so ist er ein Repräsentant des rationell arbeitenden und daher mit Bank- und Industrieinteressen eng verbundenen modernen Großgrundbesitzers.

Wir schlußfolgern:

1. Die Agrarbourgeoisie hat erheblichen Anteil an der politischen Macht der deutschen Bourgeoisie erlangt – jedoch nicht als Siegerin über die anderen Gruppen, sondern deswegen, weil das Agrarkapital der Bundes-[239]genosse, ja der Diener des Großbank- und Großindustriekapitals geworden ist;

2. die Darstellung der Reichslandbundpresse und eines Teiles der deutschnationalen Parteipresse, als ob nunmehr in Deutschland „der Bauer“ (lies: der Großgrundbesitzer) regiert, entspricht daher nicht den Tatsachen. Der angebliche Kampf „gegen die Industriekartelle“, „gegen das internationale Finanzkapital“ usw. sind lediglich demagogische Mittel zur Verschleierung der Tatsache, daß sich das Agrarkapital in seinen wichtigsten Teilen nicht nur den modernen Produktionsmethoden des Industriekapitals angepaßt, sondern sich ihm und dem Großbankkapital auch unterworfen hat;

3. mit der Fortsetzung des Rationalisierungsprozesses wird die Bindung des agrarischen Großkapitals an diese Gruppen noch enger werden, ebenso wie sich gleichzeitig auch die Ausbeutung der Masse der kleinen und mittleren Bauern verschärfen muß;

4. parallel dazu wird sich innerhalb der Agrarorganisationen, insbesondere auch innerhalb des Reichslandsbundes die Opposition der bäuerlichen Elemente steigern und ebenso werden die auf den landwirtschaftlichen Großwirtschaften modernisierten Ausbeutungsmethoden der Landarbeiterbewegung neue Widerstands- und Kampfmöglichkeiten geben;

5. daraus entspringt für das industrielle Proletariat die Pflicht, mehr als bisher das Augenmerk auf die Entwicklung des flachen Landes zu lenken und alles daranzusetzen, nicht nur den Landarbeitern, sondern auch den kleineren Landwirten, einer nach Millionen zählenden Schicht, näher zu kommen: die Gemeinsamkeit der Interessen der Arbeiter und der kleinen Bauern wird parallel zu dieser Entwicklung immer mehr zutage treten.

*

Deborin: Lenin und der dialektische Materialismus[*)]

(II. Teil)

IV.

Dies die Verteilung der Kräfte an der philosophischen Front in den Jahren 1907–1909. Alle diese philosophischen Richtungen spiegelten jedoch ihrerseits die Verteilung der K l a s s e n k r ä f t e im Lande wider. In diesem Zusammenhang sei kurz jener Standpunkt erwähnt, den in dieser für die russische Sozialdemokratie der Vorkriegszeit so überaus bedeutsamen Frage der damals allgemein anerkannte Theoretiker des Marxismus, Karl Kautsky, eingenommen hatte. Ein russischer Arbeiter, Bendianidze, wandte sich an Kautsky mit der Bitte, sich über die Zulässigkeit einer Verbindung des Marxismus mit dem Machismus zu äußern. Kautsky antwortete darauf in einem Brief, den Friedrich Adler im Juliheft des „Kampfes“ (1909) veröffentlichte. Wir zitieren die interessantesten Stellen dieses Briefes:

„Sie fragen: Ist Mach ein Marxist? Das kommt darauf an, was man unter Marxismus versteht. Ich verstehe darunter keine Philosophie, sondern eine Erfahrungswissenschaft, eine besondere Auffassung der Gesellschaft. Die Auffassung ist allerdings unvereinbar mit einer idealistischen Philosophie, nicht aber unvereinbar mit der Machschen Erkenntnistheorie ... Ich selbst finde zwischen der Marxschen und der Dietzgenschen Anschauung keinen wesentlichen Unterschied. Mach steht aber Dietzgen sehr nahe.“

[240] Damit stellt sich Kautsky auf die Seite Machs. „Man muß jedoch unterscheiden“, schreibt Kautsky weiter, „zwischen Mach und Dietzgen einerseits und ihren Anhängern andererseits. Unter den Machianern und Dietzgenianern gibt es einige, die ziemlich dummes Zeug schreiben, denen entgegengetreten werden muß ... Zu diesem Unsinn gehört auch die Behauptung, Plechanow sei Metaphysiker. Wenn Sie mich fragen, ob Plechanow die Marxsche Philosophie richtig lehrt, muß ich antworten, daß M a r x k e i n e P h i l o s o p h i e, sondern d a s E n d e a l l e r P h i l o s o p h i e verkündet hat. Daß Plechanow aber einer der besten Kenner der Marxschen Lehren ist, kann nicht bezweifelt werden.“

Weiter gibt Kautsky seinem tiefen Bedauern Ausdruck über den Streit der unter den russischen Sozialdemokraten um die Anschauungen Machs entbrannt sei, da derlei Fragen mit den Aufgaben der P a r t e i nichts zu tun hätten. Einen Ausweg aus der Klemme findet Kautsky in der Erklärung des Machismus zur P r i v a t s a c h e. Den Ausgangspunkt des Marxismus bilde ja schon die Erkenntnis, daß nicht das Bewußtsein der Menschen ihr Sein, sondern umgekehrt, ihr gesellschaftliches Sein ihr Bewußtsein bestimme. Alles übrige sei ohne Belang. Es erübrigt sich, hier auf die Widersprüche im Gedankengang Kautskys näher einzugehen. Es genügt, daß schon der Satz, daß das Sein das Bewußtsein, nicht aber das Bewußtsein das Sein bestimme, mit dem Machismus als einer Spielart des Idealismus unvereinbar ist. Was nun gar den Rat betrifft, den Machismus zur „Privatsache“ zu machen, so liegt dessen Ungereimtheit für jeden Marxisten offen zutage. Somit hat Kautsky die Sachlage nicht nur nicht geklärt, sondern im Gegenteil in die Frage eine nur noch größere Konfusion hineingetragen.

V.

Ganz anders, und selbstverständlich viel gründlicher, packte Lenin die Sache an, obwohl sein Auftreten gegen die Machianer die Gefahr einer Spaltung der bolschewistischen Fraktion, in der A. Bogdanow eine hervorragende Rolle spielte, heraufbeschwören mußte. Die prinzipielle Stellung Lenins zu dieser Streitfrage kennzeichnet folgende äußerst bezeichnende Stelle in einem Brief an Gorki (vom 24. März 1908):

„Sie müssen und werden verstehen,“ schreibt Lenin, „daß, sobald ein Parteimensch sich von der vollkommenen Irrigkeit und S c h ä d l i c h k e i t einer bestimmten Lehre überzeugt hat, er die Pflicht hat, gegen sie auch aufzutreten. Ich hätte keinen Alarm geschlagen, wenn ich mich nicht absolut überzeugt hätte (und in dem Maße, wie ich die Originalquellen der Weisheit Basarows, Bogdanows und Co. kennen lerne, überzeuge ich mich davon tagtäglich mehr), daß deren Buch[**)] ein d u r c h u n d d u r c h, von A bis Z, von der Wurzel bis zur Krone, bis Mach und Avenarius ein einfältiges, schädliches, spießbürgerliches und pfäffisches Produkt ist.

[*)] Der nachstehende Aufsatz ist die Einleitung des Genossen Deborin zu Lenins „Materialismus und Empiriokritizismus“, der in einigen Wochen im Verlag für Literatur und Politik erscheint.

[**)] Es handelt sich um die oben erwähnten „Beiträge zur Philosophie des Marxismus“.

Plechanow hat im Wesen der Sache ihnen gegenüber v o l l k o m m e n recht, versteht es aber nicht, oder will es nicht, oder ist zu bequem dazu, es auch k o n k r e t, eingehend und einfach, ohne das Publikum durch philosophische Finessen abzuschrecken, auseinanderzusetzen. Ich werde es um jeden Preis auf m e i n e A r t aussprechen.

Von was für einer ‚Versöhnung' kann denn da noch die Rede sein, lieber A. M.? Ich bitte Sie, es wäre lächerlich, darüber auch nur ein Wort zu verlieren! Die Schlacht ist a b s o l u t unvermeidlich, und Parteimenschen haben nicht eine Vertuschung oder Verschiebung oder ein Ausweichen anzustreben, sondern darauf zu achten, daß die praktisch notwendige Parteiarbeit nicht l e i d e. Dafür müssen S i e sorgen, und neun Zehntel der russischen Bolschewiki werden Ihnen dafür herzlich danken.

[241] Wie ist das zu erreichen? Durch ‚Neutralität'? Nein. In einer solchen Frage kann und wird es keine Neutralität geben. Sollte sie eventuell in Frage kommen, so nur b e d i n g t, in dem Sinne, daß die ganze Balgerei von der Fraktion ferngehalten werde."

Wie man sieht, unterscheidet sich Lenins Standpunkt grundsätzlich von dem Kautskys. Kautsky empfiehlt „Neutralität" und macht aus der Philosophie des Marxismus eine Privatangelegenheit der Parteimitglieder; Lenin dagegen spricht von einer bedingten Neutralität im Sinne einer Fernhaltung der Parteifraktion vom Streit. Lenin befürchtete, die Taktik der revolutionären Sozialdemokratie, die politische Linie der bolschewistischen Fraktion, die damals mit Bogdanow den „Proletarier" herausgab, könne unter den an sich unvermeidlichen philosophischen Auseinandersetzungen leiden. Darum wich er philosophischen Debatten im „Proletarier" aus. Daneben verfolgte Lenin auch noch ein weiteres Ziel: Indem er für „Neutralität" des „Proletarier" eintrat, wollte er dessen Lesern die Möglichkeit nehmen, den Bolschewismus als Richtung mit dem Machismus in Zusammenhang zu bringen. Lenin hielt in jenem Stadium des Kampfes eine Spaltung der Fraktion auf Grund philosophischer Differenzen für schädlich, war jedoch der Ansicht, daß der Streit über philosophische Fragen unter den Bolschewiki dennoch unbedingt seinen Fortgang nehmen müsse.

Wir können hier auf die einzelnen Entwicklungsphasen dieser philosophischen Fehde nicht näher eingehen und beschränken uns auf die Skizzierung lediglich der wichtigsten Momente. Als anerkannter Führer der Bolschewiki und entschiedener Vertreter des dialektischen Materialismus hielt es Lenin für seine Pflicht, öffentlich gegen den Machismus aufzutreten, um eine reinliche Scheidung zwischen diesem und dem Bolschewismus als einer politischen Richtung herbeizuführen, um so mehr, als etliche der damaligen Gegner des Bolschewismus die Neigung zeigten, im Machismus die philosophische Grundlage des Bolschewismus zu sehen. Da jedoch gewisse prominente Mitglieder des „Bolschewismus" nun einmal Machianer waren, war andererseits – sollte die Partei nicht geschädigt werden – auch eine entsprechende Vorsicht des Vorgehens geboten.

Lenins erstes öffentliches Auftreten gegen den Machismus erfolgte Anfang 1908. Er selbst bezeichnete es als eine „formelle Kriegserklärung". Zum 25. Todestag von Karl Marx hatten die Bolschewiki eine Artikelsammlung herausgegeben, die auch einen „Marxismus und Revisionismus" betitelten Beitrag Lenins enthielt. Lenin erwähnt darin (in einer Fußnote), daß er „in nächster Zukunft in einer Artikelserie oder in einer besonderen Broschüre" nachweisen werde, „daß alles im Texte über die neukantianischen Revisionisten Gesagte im wesentlichen auch auf alle diese „neuen", neu-humistischen und neu-berkeleyanischen Revisionisten zutrifft". Im Texte aber lautet die den Ideengehalt des neukantianischen Revisionismus betreffende Stelle wie folgt:

„Auf dem Gebiet der Philosophie trottete der Revisionismus im Schwanze bürgerlicher, professoraler ‚Wissenschaft' einher. Die Professoren gingen ‚zurück zu Kant' – der Revisionismus hinkte den Neukantianern nach; die Professoren erneuerten die tausendfach wiederholten pfäffischen Narreteien über den philosophischen Materialismus – die Revisionisten stammelten (Wort für Wort nach dem letzten Handbuch), herablassend lächelnd, der Materialismus sei längst ‚widerlegt'; die Professoren behandelten Hegel als ‚toten Hund' und zuckten verächtlich die Achseln über dessen Dialektik, obwohl sie selbst einen Idealismus predigten, nur einen tausendmal primitiveren und platteren, als es der Hegelsche war, – die Revisionisten krochen ihnen nach in den Sumpf philosophischer Vulgarisierung der Wissenschaft, indem sie die ‚listige' (und revolutionäre) Dialektik durch eine ‚simple' (und ruhige) ‚Evolution' ersetzten; die Professoren absolvierten ihr ihrem Beamtenhonorar entsprechendes Pensum, indem sie ihre idealistischen und ‚kritischen' Systeme der herrschenden mittelalterlichen ‚Philo-[242]sophie' (d. h. der Theologie) anschmiegten, – die Revisionisten näherten sich

ihnen, indem sie trachteten, die Religion ‚zur Privatsache' zu machen, nicht etwa in dem Sinne, indem sie der moderne Staat den Bürgern gegenüber anzuerkennen hat, sondern als Forderung, die die Partei der fortgeschrittenen Klasse den Parteimitgliedern gegenüber zu erheben hat."[*)]

Schon die bloße offene Kriegserklärung Lenins an die Machianer bildete damals ein Ereignis. Gleichzeitig mit dieser Kampf ansage an die Machianer erfolgte Lenins Annäherung an Plechanow, mit dem er philosophisch ein Bündnis schloß, obwohl er in einer Reihe politischer, taktischer, organisatorischer und anderer Fragen mit Plechanow erhebliche Differenzen hatte. Dieser Block spielte eine gewaltige, in der weiteren Entwicklung der Philosophie des Marxismus in Rußland in gewissem Sinne sogar entscheidende Rolle. Bald darauf sollte schließlich Lenins „Materialismus und Empiriokritizismus" erscheinen, womit dem Machismus der Todesstoß versetzt wurde. Lenin arbeitete an diesem Buch seit Anfang 1908. Die Beziehungen zu Bogdanow beginnen gespannt zu werden. Lenin vernachlässigt sogar das Zentralorgan der Partei, weil er sich, wie er im April 1908 Gorki schreibt, kopfüber in die Philosophie gestürzt habe. „Noch nie", heißt es da, „habe ich die Zeitung dermaßen vernachlässigt. Ganze Tage hindurch lese ich die verfluchten Machianer." Zum endgültigen Abschluß seines Buches reiste Lenin nach London, um die im Britischen Museum enthaltenen bibliographischen Schätze auszunützen. Im Herbst 1908 war das Buch fertig, im Frühjahr 1909 erschien es in Moskau unter dem Pseudonym W. Iljin.

Wie schon erwähnt, repräsentiert der Machismus nicht etwa eine Erscheinung für sich, sondern war aufs engste einerseits mit der „Gottesschöpfer"-Richtung, an deren Spitze der Machianer A. Lunatscharski und der mit dem Machismus sympathisierende Maxim Gorki standen, andererseits mit dem sogenannten Otsowismus verbunden. Der „Otsowismus" stellte jene scheinradikale Richtung dar, die angesichts des äußerst reaktionären Charakters der Reichsduma die Abberufung der sozialdemokratischen Dumadeputierten forderte. Die Führer dieser Richtung waren ebenfalls A. Bogdanow und A. Lunatscharski. Daß der Machismus, der „Otsowismus" und das „Gottesschöpfertum" seine Verkörperung in denselben Persönlichkeiten fand, ist kein Zufall. Diese Gruppe Bolschewiki organisierte mit Unterstützung M. Gorkis in Italien, auf der Insel Capri, sogar eine besondere Parteischule zu dem Zwecke, russischen Arbeitern Machismus, „Otsowismus" und „Gottesschöpfung" zu lehren, was jedoch mißlang, da die Schule sehr bald von den Arbeitern selbst liquidiert wurde.

Zur selben Zeit, d. h. in der Reaktionszeit 1907–1909, entsteht im Lager der Menschewiki, die infolge der Niederlage der Revolution von 1905–1906 in eine Katzenjammerstimmung verfallen waren und den Glauben an die revolutionäre Kraft des Proletariats verloren hatten, die Richtung der sogenannten Liquidatoren. Die Liquidatoren forderten die Liquidation der illegalen Partei und die Umstellung der Sozialdemokratischen Partei Rußlands auf die Legalität, mit anderen Worten also die Anpassung an das reaktionäre Regime des Zarismus um den Preis des Verzichts auf einen revolutionären Klassenkampf gegen den junkerlich-bürgerlichen Block; sie warfen die Idee der Hegemonie des Proletariats in der Revolution über Bord.

Merkwürdigerweise liebäugelten nun die menschewistischen Liquidatoren mit dem Machismus und Otsowismus der Gruppe Bogdanow-Lunatscharski. Auch diese beiden Pole näherten sich einander und gingen eine Art „Bündnis" ein, während Plechanow als erbitterter Gegner der Liquidatoren sich an dieser Kombination nicht beteiligte.

Plechanows und Lenins Einigkeit in bezug auf die Notwendigkeit der Bekämpfung des Liquidatorentums, des Otsowismus, des „Gottesschöpfertums" und des Machismus gewinnt die Form eines temporären Bündnisses [243] der beiden stärksten Köpfe des unverfälschten Marxismus. Dieses Bündnis besiegelte schließlich den endgültigen Sieg des dialektischen Materialismus über sämtliche antimarxistischen, revisionistischen Richtungen.

Mitte 1909 fand in Paris eine Konferenz des „Bolschewistischen Zentrums" statt, die eine Resolution gegen die „Gottesschöpfer" (die, wie erwähnt, mit dem Machismus in enger ideologischer Verbindung standen) annahm. In dieser Entschließung wird das „Gottesschöpfertum" als eine Strömung

[*)] N. Lenin. Gesammelte Werke XI. 1. Teil. Seite 55 ff.

charakterisiert, die mit den Prinzipien des Marxismus gebrochen habe und durch ihre Lehren, nicht aber etwa durch eine bloße falsche Terminologie, die revolutionäre sozialdemokratische Aufklärungsarbeit unter den Arbeitermassen schädige. Gleichzeitig wird darin betont, daß die bolschewistische Fraktion mit solchen Entstellungen des wissenschaftlichen Sozialismus nichts zu tun habe, und daß diese Strömung lediglich eine Form des Kampfes kleinbürgerlicher Tendenzen gegen den proletarischen Sozialismus, also den Marxismus, darstelle. Diese Charakterisierung des „Gottesschöpfertums“ trifft auch auf den Machismus zu. Damit war der Bruch zwischen den Anhängern Lenins und den Machianern vollzogen.

Lenins Buch ist somit nicht nur ein bedeutsames philosophisches Werk, sondern auch ein hervorragender Beitrag zur Parteigeschichte. Es hat zur Festigung der allgemein-philosophischen Grundlage des Marxismus und Leninismus ganz außerordentlich beigetragen und die weitere Entwicklung des philosophischen Denkens unter den russischen Marxisten wesentlich mitbestimmt. Die Reihen der Anhänger Machs lichteten sich zusehends und glichen immer mehr einer Gruppe von Generalen ohne Armee. Die Erwartungen der Herren Frank und Co., die vom Machismus die Vernichtung des Marxismus und des Sozialismus erhofften, hatten ein Fiasko erlitten.

Der Marxismus hatte gesiegt. Er hatte gesiegt unter dem Banner des dialektischen Materialismus, der auch jene theoretische Waffe war, mit deren Hilfe der russische Marxismus seinen gewaltigen Sieg im Herbst 1917 erfocht. Machismus und Neukantianismus sind gegenwärtig im russischen Marxismus ebenso einflußlos, wie die verschiedenen Richtungen des Positivismus.

Anders liegen die Dinge leider außerhalb der Sowjetunion, insbesondere in Deutschland und Oesterreich, wo die kantianische Scholastik und der positivistische Idealismus, die beide sowohl w a h r e r Wissenschaft als menschlicher Praxis widersprechen – was die Vertreter dieser Richtungen jedoch nicht hindert, sich immer wieder mit ihrer Wissenschaftlichkeit zu brüsten –, in voller Blüte stehen. Das Verdienst des russischen Marxismus besteht darin, daß er auch auf theoretischem, philosophischem Gebiete an der dialektischen Methode und der materialistischen Weltanschauung der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, Karl Marx und Friedrich Engels, festgehalten und darüber hinaus beides weiter ausgebaut hat. In der Zeit der philosophischen Schwankungen unter den russischen Marxisten waren die Machianer und „Gottsucher“, darunter auch der hervorragendste zeitgenössische russische Dichter Maxim Gorki, geneigt, die Verantwortung für das Philistertum dem Materialismus zuzuschieben. Lenin schrieb dazu an Gorki:

„Was den Materialismus gerade als Weltanschauung betrifft, scheinen wir wesentlich verschiedene Auffassungen zu haben. Daß am Philistertum der Angelsachsen und Germanen, und am Anarchismus der Romanen der Materialismus schuld sei, das bestreite ich ganz entschieden. Der Materialismus als Philosophie w i r d v o n i h n e n a l l e n v e r n a c h l ä s s i g t. Die ‚Neue Zeit‘, das konsequenteste und wissensreichste Organ, steht der Philosophie bereits gleichgültig gegenüber und gehörte auch niemals zu den entschiedenen Anhängern eines philosophischen Materialismus. In letzter Zeit druckte sie Artikel von Empiriokritikern ohne den geringsten Vorbehalt. Daß man aus dem Materialismus, den Marx und Engels lehrten, ein seelenloses Philistertum ableiten könne, ist falsch, grundfalsch! Sämtliche kleinbürgerlichen Strömungen [244] in der Sozialdemokratie befehden gerade den philosophischen Materialismus am meisten, neigen zu Kant, zum Neukantianertum, zur kritischen Philosophie. Nein, die von Engels im ‚Anti-Dühring‘ begründete Philosophie läßt ein Philistertum nicht einmal bis zur Schwelle.“

Hat sich nun seitdem bei den Angelsachsen und Germanen in dieser Beziehung etwas geändert? Nicht das mindeste. Während die materialistische Philosophie in Rußland von Männern wie Plechanow und Lenin weiter entwickelt wurde, durfte in Deutschland die damals größte Autorität der internationalen Sozialdemokratie, Karl Kautsky, die Philosophie als eine für die Partei belanglose Sache betrachten und der Ansicht huldigen, der Marxismus könne sich sowohl auf den Neukantianismus als auch auf die Anschauungen Machs stützen.

In der Zeit nach dem Kriege und der Revolution machen sich im Kreise gewisser „Marxisten“ Deutschlands und Oesterreichs dieselben Erscheinungen geltend wie in Rußland nach 1905: Emporkommen von „Gottesschöpfern“ (es genügt, hier den sogenannten „religiösen Sozialismus“ zu erwähnen), Aufblühen eines Neukantianismus und Machismus. Der bestallte Philosoph der deutschen

Sozialdemokratie ist der Kantianer Karl Vorländer, während in Oesterreich Otto Bauer den Arbeitern den Machismus, Max Adler seinerseits und darüber hinaus auch noch den Kantianismus und eine „neue“ Religion predigt.

Nach der Auffassung der russischen „Gottesschöpfer“ sei Gott der Inbegriff jener Ideen, die soziale Gefühle zu erwecken und zu organisieren hätten, das Individuum mit der Gesellschaft verbänden und die animalischen Instinkte zügelten. Derselben Auffassung huldigen die jetzigen deutschen „religiösen Sozialisten“. Lenin (desgleichen Plechanow) geißelte die „Gottesschöpfer“ in Worten höchster Entrüstung. Er wußte, daß diese Strömung lediglich Wasser auf die Mühle der Reaktionäre bedeutete denen damit neue Handhaben zur Verewigung der Sklaverei geboten würden. Lenin schrieb:

„Gott ist vor allem ein Komplex von Ideen, die der dumpfen Unterdrücktheit des Menschen einerseits durch die Natur, anderseits durch die Klassenherrschaft entsprungen sind und die diese Unterdrücktheit b e f e s t i g e n, den Klassenkampf a b s c h w ä c h e n. Jede, noch so wohlgemeinte Verteidigung oder Rechtfertigung der Gottesidee läuft letzten Endes auf eine Rechtfertigung des Obskurantismus und der Volksknechtung hinaus.“

„In Wirklichkeit,“ heißt es bei Lenin weiter, „bändigte den animalischen Individualismus“ nicht die Gottesidee, sondern die Urhorde und die Urgemeinschaft. Die Gottesidee wirkte stets einschläfernd und abstumpfend auf die ‚sozialen Gefühle‘, denn das Lebendige wurde dem Seelenlosen unterworfen. Sie war stets die Idee einer Sklaverei (und zwar der schlimmsten, der hoffnungslosesten Sklaverei). Nie hat die Gottesidee ‚das Individuum mit der Gesellschaft‘, sondern immer nur die unterdrückten K l a s s e n mit dem Glauben an die G ö t t l i c h k e i t der Unterdrücker verbunden.“

Solche reaktionären, unwissenschaftlichen, pfäffischen Ideen predigen gegenwärtig mit besonderem Eifer die „religiösen Sozialisten“, deren Heilslehren in zahlreichen „wissenschaftlichen“ und philosophischen Abhandlungen begründet und durch die sozialdemokratischen Parteien energisch verbreitet werden. Lenins Buch erscheint in Anbetracht der modernen philosophischen Verfallsstimmungen in den Reihen der deutschen Quasi-Marxisten gerade zur rechten Zeit. Möge es dazu dienen, breiten Schichten fortgeschrittener Arbeiter den Kampf um ihre Befreiung zu erleichtern.

Der vorliegenden deutschen Ausgabe sind als weitere Beiträge zu den in Lenins Buch behandelten Fragen beigegeben: der oben erwähnte, zehn Punkte umfassende Redeentwurf unter dem Titel „Zehn Fragen an den Referenten“ und das bereits in Heft 2 (1925) der Zeitschrift „Unter dem Bannen des Marxismus“ erschienene Fragment „Zur Frage der Dialektik“. [245]

*

Sun Yat Sen und die chinesische Revolution.

(Anläßlich der zweiten Wiederkehr seines Todestages.)

Von K. A. W i t t f o g e l.

D i e g r ö ß t e A u t o r i t ä t C h i n a s.

Kürzlich veröffentlichte ein Korrespondent des United-Preß-Nachrichtendienstes die Ergebnisse einer Unterredung, die er mit Eugen T s c h e n, dem Außenminister der Kantonregierung, gehabt hatte. Was jedem, der dieses Interview liest[*)], auffallen muß, ist – abgesehen von allem Inhaltlichen – die außerordentliche Rolle, die danach S u n Y a t S e n, der 1925 gestorbene Gründer und Führer der Kuo Min Tang, in jedem Gedankengang, jeder Perspektive, jedem Argument des leitenden Außenpolitikers des revolutionären China spielt. Sun ist für ihn – und, so dürfen wir hinzufügen, für seine Ministerkollegen ebenso – d i e absolute Autorität. Gemäß dem Programm Sun Yat Sens bemüht sich gegenwärtig die Kuo Min Tang, China von den militaristischen Generälen zu befreien. Gemäß s e i n e n Ideen soll der inneren Einigung die äußere Befreiung (von den imperialistischen Mächten) folgen. S e i n Plan ist es, nach dem schon heute, aber weit mehr noch in der Zukunft, wenn man völlig Herr der riesigen Produktivkräfte Chinas geworden sein wird, der wirtschaftliche Aufbau Chinas durchgeführt werden soll. „Beamte der Kantonregierung sagen,“ so berichtet der amerikanische Journalist, „daß sie sich strikt an die Pläne halten werden, die Sun Yat Sen für den Ausbau drei großer Häfen, im Norden, in Mittelchina und im Süden, entworfen hat. Der südliche Hafen soll Kanton sein;

[*)] „The Peoples Tribune“ vom 28. September 1926.

die Pläne für die Ausbaggerung des Wasserweges, für die Errichtung großer Docks und Werften, sind bereits fertig. Der mittlere Hafen wird Schanghai sein; und der Nordhafen soll irgendwo am Golf von Petschili angelegt werden.“ Dasselbe gilt für den Bau von Eisenbahnen und Landstraßen, für den Ausbau alter und die Schaffung neuer Wasserwege, usf.

Suns Autorität beschränkt sich aber nicht auf die Führer der chinesischen nationalrevolutionären Bewegung. Seine Popularität in den breiten Volksmassen ist ebenfalls eine einzigartige. Man bedenke etwa nur, daß überall, wo die Kuo Min Tang Fuß gefaßt hat, jedes Tagewerk mit einem kurzen feierlichen Gedenken an ihren großen toten Führer eingeleitet wird. „In der Whampoa-Akademie, im Zentral-Exekutiv-Komitee, an den Zweigstellen der Kuo Min Tang, in jeder Kaserne, bei jeder im Felde stehenden Truppe, in den Vereinen der Jungen, in jedem Verwaltungsbüro, überall sind Männer und Frauen versammelt und erwarten entblößten Hauptes den leitenden Beamten. Tiefe Stille herrscht bei dessen Erscheinen in dem Raum, in dem Lager, in der Halle oder in dem Büro. Dreimal neigen sich in Harmonie die Häupter vor dem Bilde Sun Yat Sens. Dann wird sein letzter Wille, sein Testament, die Ermahnung eines sterbenden Mannes an seine Anhänger, verlesen. Niemand lispelt oder wagt auch nur zu husten, wenn die Worte des verstorbenen Führers ausgesprochen werden. Dann sind drei Minuten schweigender, stiller Einkehr und Selbstprüfung, dem Nachdenken über die Lehre und der Rechenschaft über die eigene Würdigkeit, an dem Werk der Kuo Min Tang teilzunehmen, gewidmet. Nirgends in China“, gesteht der Berichterstatter, dessen Schilderung wir folgen, „war ich Zeuge einer Zusammenkunft von Chinesen, die so bewegt und doch so friedlich und inhaltsschwer gewesen wäre, wie bei der Zeremonie des Verlesens des Testaments Sun Yat Sens ...“*)

[246] Es ist also nicht allein die an sich zufällige Tatsache, daß Sun Yat Sens Todestag sich in diesen Wochen, am 12. März, zum zweiten Male jährte; es ist die durchaus einzigartige politische Bedeutung Suns, die lebendige Wirksamkeit der von ihm ausgesprochenen Ideen, die Wirksamkeit der von ihm gegründeten Partei, die uns, in einem Augenblick, wo die Siege der Kantonarmeen China vor ganz neue Aufgaben und Schwierigkeiten stellen, zu einer gedrängten Darstellung der von Sun Yat Sen vollbrachten Leistungen und der durch ihn formulierten Gedanken veranlaßt.

Man kann die chinesische Revolution nicht verstehen, wenn man die unter Suns Führung vollzogene Gestaltung der nationalrevolutionären Bewegung – die praktische wie die theoretische – nicht versteht. Womit wir natürlich keineswegs sagen wollen, Sun habe als Individuum die Kuo Min Tang und die chinesische Revolution „gemacht“. Das ist Unsinn. Allein Sun hat als erster wesentlichste Aufgaben der chinesischen Revolution theoretisch begriffen und ihre praktische Lösung organisatorisch vorbereitet. Die suchende und handelnde Aktivität der bisherigen Phasen des chinesischen Freiheitskampfes hat sich in ihm, als dem Führer dieses Kampfes, am klarsten – und geschichtlich wirksamsten – zusammengeballt.

Die erste Phase der chinesischen Revolution (bis 1905).

Wie die chinesische Revolution, auf der Grundlage einer fieberhaft sich umwälzenden ökonomischen Basis, ein Bild fortwährender Umgestaltung ihrer Ideen, Formen und sozialen Inhalte bietet, so war auch das Leben Sun Yat Sens ein Prozeß energischster Entwicklung, rastlosesten Suchens, tiefgreifender Selbstkorrektur und Neuorientierung. Wer, wie gewisse Kreise der ultralinken Opposition, glaubt, das Wesen Sun Yat Sens und der chinesischen Freiheitsbewegung erschöpfe sich in „33 Punkten“, der nimmt einen starren Querschnitt anstatt des lebendigen Prozesses; der versperrt sich durch seine abstrakte Betrachtungsweise von vornherein den Zugang zum Verständnis der Eigenart Sun Yat Sens und der chinesischen nationalrevolutionären Bewegung.

Die erste Phase der Entwicklung Sun Yat Sens reicht von den Anfängen seiner politischen Tätigkeit in der Mitte der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts bis zum Jahre 1905. In dieser Zeit hatte zwar der europäische Kapitalismus durch seine militärischen Gewalttaten, durch die China abgenötigten

*) Nach einem Bericht der (schroff konterrevolutionären) „North China Daily News“, Schanghai, mitgeteilt von O. Corbach im Berner „Bund“ vom 4. August 1926.

„Entschädigungen“ und Anleihen, durch die Zwangseinfuhr billiger Massenprodukte und durch die Wegnahme der Seezölle die politische Autorität und die materielle Lebenskraft der bisher in China herrschend gewesenen Schicht der Mandschus und ihres bürokratisch-militärischen Anhangs, völlig untergraben. Doch war die Bildung einer chinesischen Bourgeoisie noch nicht so weit vorgeschritten, daß diese junge Klasse sich das Ziel eines bürgerlich-republikanischen China schon ernsthaft hätte setzen können.

In dieser Periode konnte das Programm einer revolutionären Bewegung nur lauten: Ersetzung der schlechten, absoluten Monarchie durch eine bessere, konstitutionell gebundene. So lautete es in der Tat. Sun und der sich um ihn bildende Kreis arbeitete aufs engste mit den revolutionären Geheimgesellschaften zusammen, die eine alte Tradition, ihre fest ausgebauten Kampfmethoden und ein bestimmtes politisches Programm hatten. Sie wollten die „fremden“ mongolischen Mandschus stürzen und an ihre Stelle einen Kaiser aus dem letzten chinesischen Kaiserhause der Ming setzen. „Himmel und Erde, ruft zurück die erhabenen Ming! Rottet aus die Mandschus!“ – so beginnt die Schwurformel der geheimen „Triasgesellschaft“[*)], mit der Sun und seine Freunde noch um die Jahrhundertwende zusammenwirkten. Die Taktik dieser Geheimgesellschaften bestand in der sorgfältigen Vorbereitung und Durchführung bewaffneter Aufstände, streng [247] verschwörerhaft, ohne vorherige politisch-propagandistische Gewinnung breiterer Massen, die durch den erfolgreich fortschreitenden Aufstand selbst gewonnen werden sollten. Die Technik der ersten, von Sun und seiner Organisation – der „Gesellschaft der Wiedergeburt Chinas“ – gemachten Aufstände unterschied sich in nichts von dem Vorgehen der alten chinesischen Geheimgesellschaften.

Die zweite Phase (von 1905 bis 1911).

Die Einzelheiten dieser Kämpfe gehören nicht hierher[**)]. Sun wurde in ihrem Verlauf – als politischer Emigrant und Propagandist – nach Amerika und Europa geführt. Dort fand er die Vorbilder für neue Gedanken. Ihr praktisches Fundament jedoch liegt in der fortschreitenden Kräftigung der chinesischen Bourgeoisie und dem zunehmenden Zerfall der monarchistischen Autorität in China. Sun ist jetzt über den Ideenkreis der Geheimgesellschaften prinzipiell hinausgewachsen. Im Herbst 1905, so erzählt er selbst, „trat ich mit der Forderung, die Republik aufzurichten, vor unsere Parteimitglieder[***)]. Zugleich beginnt sich in seinem Geist das Bild einer neuen ökonomischen und sozialen Ordnung zu präzisieren, die sich in der zu erkämpfenden Republik ausbilden soll. 1905 war es, „daß ich zum erstenmal von meinen Gedanken über das Dreiprinzipiensystem und die Fünf-Aemter-Verfassung sprach“. (Von uns gesperrt.) Die Kampforganisation wird in diesem Jahre neu gestaltet. Sie erhält nun den Namen Tung Meng Hui (= „Verbündete Liga“). Noch immer enthielt sie neben der radikalen Gruppe um Sun Yat Sen Richtungen, die die Monarchie nicht völlig abschaffen wollten, sondern die an eine modernisierte Mandschuherrschaft oder an die Wiedereinsetzung der Ming dachten[†)]. Was aber alle Strömungen einigte, war die Ueberzeugung, daß eine durchgreifende Erneuerung Chinas nur durch den gewaltsamen Sturz der jetzigen Machthaber erreicht werden könne.

Der bewaffnete revolutionäre Kampf – immer unter Beibehaltung der alten Verschwörertechnik – dauerte also fort. Neue Aufstände, neue Niederlagen folgten. Doch verbreitete sich jetzt die Ansicht, daß die Revolution notwendig kommen müsse, mehr und mehr unter den Massen der chinesischen Bevölkerung. Die Regierung verlor schließlich jeden Kredit, während die Sympathie mit den Revolutionären reißend zunahm.

Die „Drei Prinzipien“, die noch heute das Fundament des Programms der Kuo Min Tang bilden,

---

*) Siehe A. Iwin „Dem Andenken Sun Wen“ (ein anderer Name für Sun Yat Sen), „Prawda“ vom 19. November 1926.

**) Siehe über sie: Wittfogel „Das erwachende China“, Wien 1926, Seite 55 ff; vor allem aber das demnächst erscheinende Werk Sun Yat Sens: „Aufzeichnungen eines chinesischen Revolutionärs“, herausgegeben von K. A. Wittfogel, Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten, Berlin 1927.

***) Sun Yat Sen, „Aufzeichnungen eines chinesischen Revolutionärs.

†) Darstellung der Entwicklung der Kuo Min Tang in „Chinas Jugend“ vom 13. und 27. Dezember 1924, wiedergegeben in dem Sammelwerk „Le Feu aux poudres“, Hien-hien 1926, Seite 149 ff.

bestehen aus folgenden Forderungen:

1. Nationale Freiheit und Einheit. „Die verschiedenen in China lebenden Völker sollen sich in einer einzigen chinesischen Nationalität vereinigen."

2. Politische Herrschaft des Volkes „Das so gebildete Volk soll sich selbst regieren, indem es sich durch seine Vertreter seine Gesetze gibt, die es, wenn die Erfahrung sie als nachteilig erweist, ändern kann."

3. Wirtschaftliche Volkswohlfahrt. „Die natürlichen Reichtümer des Landes sollen so ausgebeutet und verwaltet werden, daß alle daraus herrührenden Ueberschüsse dem Volke zugute kommen.*)

[248] Sun hat diese seine drei Prinzipien auch unter der Formel „Nationalismus, Demokratismus, Sozialismus" zusammengefaßt. Es ist das Programm einer radikalen bürgerlichen Revolution, das sich darin ausspricht. Der Weite der zu bildenden revolutionären Einheitsfront entspricht die Weite (und Unbestimmtheit) ihrer ideologischen Sammelparole.

Die dritte Phase (von 1911 bis 1923).

In gewisser Beziehung haben Sun und die nationalrevolutionäre Bewegung Chinas die Organisationsformen und Gedanken, die 1905 zur Herrschaft kamen, bis zum Jahre 1923 beibehalten. Trotzdem bedeutet der siegreiche Aufstand von 1911 und die Herstellung der chinesischen Republik, die ihm folgte, einen so tiefen Einschnitt in der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Entwicklung Chinas, daß auch das Programm Sun Yat Sens davon nicht unberührt bleiben konnte. Bisher hatte man lediglich konspirativ arbeiten können. Jetzt erhielt man plötzlich, jedenfalls für kurze Zeit, alle Möglichkeiten öffentlichen politischen Wirkens. Der Wechsel des Parteinamens spricht das aus. Die verschwörerische „Verbündete Liga" wird nun zur offen arbeitenden „Volkspartei" (Kuo Min Tang). Allerdings zwang das terroristische Verhalten der weißen Generale – zuerst dasjenige Yüan Schi Kais, dann das seiner kleineren Schüler – die Partei von 1913 ab wieder in das Dunkel der Illegalität zurück. 1913 nahm die Partei, um dies auszudrücken, den Namen „Revolutionäre Partei" (Ko Ming Tang, nicht zu verwechseln mit Kuo Min Tang!) an. Heftig wurde gegen die Militaristen gekämpft. Doch nun zeigte sich jetzt eines: Die Partei, deren Organisation zur Bekämpfung der Mandschus ausreichend gewesen war, zeigte sich in ihrer bisherigen Form der viel schwereren Aufgabe, die Militaristen und ihre imperialistischen Hintermänner zu schlagen, nicht gewachsen. Die Einsicht in diese Tatsache war bitter und wenig schmeichelhaft. Sie mußte durch eine Unzahl von Fehlschlägen, Mißgriffen und Niederlagen erkauft werden. Der erste, der klar sah, war wieder Sun Yat Sen. Er zog die Konsequenzen, sehr zum Entsetzen der rechten, großbürgerlichen Elemente seiner Partei. 1924 wurde eine vollständige Neuordnung der Kuo Min Tang durchgeführt.

Sun Yat Sens Wendung zu Sowjetrußland und zu den Massen.

Von 1905 bis 1923 waren die Vorbilder Suns die großen bürgerlichen Revolutionen und die Demokratien Englands, Amerikas und der Schweiz gewesen. Die Erfahrungen der jüngsten Zeit aber begannen Sun gegen die dort verkörperte „Demokratie" höchst nachdenklich zu stimmen. Was unterscheidet Sowjetrußland von seinen europäischen Nachbarstaaten? Die letzteren betreiben eine Politik barbarischer Gewalt, die sich auf Ungleichheit des Besitzes im Inneren gründet.**) Weshalb hassen und verfolgen nun die imperialistischen Mächte die revolutionären Russen? Weil, so antwortet Sun in einer Rede, die er am 28. November 1924 in Kobe (Japan) hielt, weil die Russen „Gerechtigkeit für alle fordern, weil sie nicht zugeben wollen, daß eine machtvolle Minderheit das Recht habe, eine machtlose Mehrheit zu unterdrücken."***)

Da ist ferner die bolschewistische Partei. Sie siegte, weil sie die Interessen der werktätigen Massen

*) Manifest der nationalrevolutionären Partei zum 10. Oktober 1923. Abgedruckt in „L'outre d'école", Hien-hien 1923, Seite 269 ff.

**) Sun Yat Sen „Aufzeichnungen eines chinesischen Revolutionärs". Rede über die „Drei Prinzipien", wo die Ungleichheit des Besitzes in Europa und Amerika scharf betont wird.

***) „La Feu aux poudres", Seite 127.

vertrat, und weil sie eine geniale Organisation besaß. Diese Organisation wird auf dem Reorganisationsparteitag der Kuo Min Tang von Januar 1924 zur Grundlage der Partei gemacht. Auch die s o z i a l e Erneuerung der Partei wird von Sun mit aller Energie in Angriff genommen. Zwar kann seine nationalrevolutionäre Partei nicht, wie die [249] bolschewistische, eine A r b e i t e r partei werden. Das ist auch für China die Kommunistische Partei, der Sun diese Funktion niemals ernstlich bestritten hat. Aber seine nationalrevolutionäre Organisation muß doch, um wirklich erfolgreich sein zu können, ihren vorwiegend bürgerlichen Charakter überwinden; sie muß die revolutionären Kräfte der Arbeiter- und Bauernmassen zu ihrer Grundlage machen. Wir haben, erklärt Sun Yat Sen, drei große Kampfaktionen geführt. Wir haben 1911 die Mandschus gestürzt, wir haben 1916 Yüan Schi Kai gehindert, ein neues Kaiserreich zu errichten; wir haben den Versuch Tschang Hunns zur Wiederherstellung der Mandschudynastie zurückgewiesen. Allein keine dieser drei Bewegungen kam zu einem p o s i t i v e n revolutionären Ergebnis. Warum nicht? „Weil uns e i n e Kraft fehlte. Welche? Die innere Sympathie der Volksmassen.“ Daher war die chinesische Revolution bisher „ein Bach ohne Quelle, ein Baum ohne Wurzeln“. „Das einzige, was uns den Sieg über unsere Feinde verleihen kann, ist vor allem die Gewinnung der Herzen des Volkes“[*)].

Das bedeutet einen tiefgreifenden Wandel in der Praxis der revolutionären Partei. Das rein militärische Vorgehen muß demjenigen der politischen Aufklärung, der Gewinnung der Massen durch den Appell an ihre Interessen weichen. Die bisher führend gewesenen (bürgerlichen) Elemente haben sich den Anforderungen der Revolution nicht gewachsen gezeigt. Sie sind „entartet“, sie waren „während der letzten Jahre lediglich damit beschäftigt, Karriere zu machen und sich zu bereichern“[**)]. Dagegen „die Bauern und Arbeiter sind die Todfeinde des Imperialismus, der ihnen so große Leiden gebracht hat“. S i e muß man für die Revolution gewinnen; „d a s i e d i e M a s s e s i n d, w e r d e n s i e i h r d e n S i e g b r i n g e n“[***)].

Hinter diesen Worten stand ein praktisches Programm: Unterstützung der Arbeiterbewegung, der gewerkschaftlichen und der politischen; Zulassung der chinesischen Kommunisten in die Kuo Min Tang; Förderung der revolutionären Bauernverbände, die sich von dieser Zeit an, unter klarer Kampffront gegen die Dorfreichen, zu großen Bauernverbänden zusammenschließen.

Noch immer sträubte sich Sun Yat Sen gegen die t h e o r e t i s c h e Anerkennung der Notwendigkeit des Klassenkampfes. Er hat bei der Erklärung des dritten seiner Prinzipien noch 1924 die Ansicht ausgesprochen, daß der Klassenkampf für China nicht erforderlich sei[†)]. Seine P r a x i s gestaltete sich anders. Er erkannte hier die bevorzugte Bedeutung bestimmter Bevölkerungsklassen für die Revolution an: eben die der Arbeiter und der Bauern. Er half den letzteren, ihre klassenmäßig abgegrenzten Verbände zu organisieren (in denen Bauern, die mehr als 100 Mou Land besitzen, nicht Mitglieder werden können); er förderte die Entwicklung der proletarischen Klassenkampforganisationen; er erkannte die Großtat der russischen Revolution in der Beseitigung der Vergewaltigung der Mehrheit der Bevölkerung durch eine machtvolle Minderheit. In der Praxis des nationalrevolutionären Befreiungskampfes (gegen die Militaristen im Innern und gegen die hinter den Militaristen stehenden imperialistischen Mächte im Auslande), in diesem Kampfe, der als solcher nur einen bürgerlichen Klasseninhalt hat, begann er, das p r o l e t a r i s c h e Kampfmittel des Streiks als eine neue Methode der Revolution anzuerkennen. Ja, wenige Monate vor seinem Tode hatte er mit Hilfe der revolutionären Arbeitertruppen den bewaffneten Kampf gegen die reichen, zu England neigenden Kaufleute Kantons zu führen. Am 15. Oktober 1924 erklärte Sun, er habe lange die Vermutung gehegt, und jetzt sei es [250] sicher, daß „die Vereinigung der kantonesischen Kaufleute geheime Verbindungen mit meinen Feinden angeknüpft hat, mit dem Ziele, meine Regierung zu stürzen“. Die Feinde der revolutionären Kantonregierung „machen gemeinsame Sache mit den Konsum der imperialistischen Mächte ... Es ist klar, daß die Vereinigung der Kaufleute gegen die in dieser Stadt konstituierte Ordnung wühlt.“

[*)] Rede Suns, gehalten am 1. Januar 1924. Wiedergegeben in dem Sammelband „Nationalisme“, Hien-hien 1924, Seite 9.
[**)] Rede Suns, gehalten im Februar 1924. „Nationalisme“, Seite 32.
[***)] Aufruf des Reorganisationsparteitags an das chinesische Volk. „Nationalisme“, Seite 15.
[†)] San Min Tschu I. (Die drei Prinzipien.) Chinesisch.

In der P r a x i s also erkannte Sun Klassenunterschiede ein durchaus entgegengesetztes Verhalten der verschiedenen Klassen an, und er selbst stützte sich auf die bewaffnete Macht der einen Klasse – der Arbeiter Kantons – gegen die konterrevolutionären bourgeoisen Elemente. Unter d i e s e m Gesichtspunkte ist die vorhin erwähnte Rede in Kobe, ist Suns letzte herzliche Erklärung der Sowjetunion gegenüber ganz besonders bemerkenswert. Um die treibenden Kräfte der chinesischen Revolution, um den Politiker Sun Yat Sen zu verstehen, genügt es nicht, „33 Punkte" aus dem lebendigen Zusammenhang herauszureißen. Während, bei den „Linken" der Sozialdemokratie die Worte oft radikaler sind, als ihre Taten, wurde Sun im Sturm der praktischen Entwicklung der chinesischen Revolution die eigenartige Rolle zuteil, bisweilen mit seiner p r a k t i s c h e n revolutionären Entwicklung der Entwicklung seiner revolutionären T h e o r i e vorauszueilen.

E i n E c k s t e i n d e r R e v o l u t i o n.

Wir wollen damit nicht sagen, daß Sun Yat Sen Kommunist war, revolutionärer marxistischer Sozialist im europäischen Sinne. Sun war das nicht. Wir werden demnächst Gelegenheit haben, auf Suns Auseinandersetzung mit den Ideen des Marxismus, wie sie sich ihm darstellten, ausführlicher einzugehen.

Allein wenn Sun auch kein Marxist war, kein Kommunist, so war er doch ebensowenig ein „rein bürgerlicher" Revolutionär, wie man es ihm von gewisser Seite gern unterstellen möchte. Man muß sich die ungeheure Spannweite der Entwicklung der chinesischen Revolution und Suns vor Augen halten. In seiner ersten Periode war er n o c h n i c h t bürgerlicher Revolutionär. In seiner l e t z t e n Phase wuchs er p r a k t i s c h über die bürgerlichen Klassengrenzen h i n a u s. Nur seine mittlere, freilich sehr bedeutsame Periode, jene, an die sich die rechte Kuo Min Tang (und ein Teil unserer ultralinken Freunde) so eifrig klammern, kann als eine ausgesprochene bürgerliche bezeichnet werden.

Sun war die großartigste Zusammenfassung der Energien, des Suchens, des Vorwärtsdrängens, der revolutionären Unerbittlichkeit der jungen revolutionären Entwicklungsgeschichte Ostasiens überhaupt. Er verkörperte in sich ungeheure Widersprüche. Er drückte in seiner persönlichen Entwicklung das mühselige, umständliche, durch Fehler und Irrwege führende, aber im Kern unwiderstehliche Vorwärtsdrängen der erwachenden Volksmassen der unterdrückten halb- und ganzkolonialen Völker aus. Er war ein Eckstein der Weltrevolution.

Die soziale Revolution, die auch in China aus der nationalen hervorwächst, wird in vielem Suns Gedanken klären müssen, in manchem über sie hinauswachsen. Aber sein Leben, sein Werk werden eingebaut bleiben in die Fundamente des neuen Gesellschaftsbaus, der sich in nicht sehr ferner Zeit am Stillen Ozean erheben wird, und dessen Bauleute die revolutionären Arbeiter und Bauern Ostasiens sein müssen.

In Peking wurde im vorigen Jahre ein Eckstein zu einem Denkmal Sun Yat Sens gelegt. Als Tschang Tso Lin mit seinen Horden kam, verschwand der mächtige Stein plötzlich von der Bildfläche. Der Eckstein, den Sun Yat Sen und sein Werk in der Geschichte Ostasiens darstellen, wird n i c h t verschwinden. Wenn alle Spuren der Tschang Tso Lin und seinesgleichen längst im Sande verweht sein werden, wird die ferne Zukunft von Sun Yat Sen noch als von einem der großen Pioniere der Menschheit sprechen. [251]

*

Zur Entwicklung des Faschismus in Deutschland

E. K u n i k

Wir veröffentlichen den nachstehenden Artikel als Beitrag zur Klärung der komplizierten Fragen, die mit der Entwicklung dci deutschen Faschismus verbunden sind, und behalten uns vor, auf die Grundlagen und Tendenzen dieser Bewegung noch näher einzugehen. D. Red.

Faschismus ist die politische Aktivisierung großer Massen des Kleinbürgertums und des Proletariats für die Sicherung der bürgerlichen Klassenherrschaft gegen das Proletariat. Der Faschismus demoralisiert die Arbeiterklasse einerseits durch soziale Demagogie, andererseits durch Terrorismus gegen die bestehenden Arbeiterorganisationen, soweit sie nach faschistischer Auffassung eine selbständige

proletarische Klassenpolitik verfolgen.

Die Grundlage der faschistischen Massenbewegung war die auf dem Boden der Nachkriegskrise eintretende ökonomische Zersetzung breiter Kleinbürgerschichten, die Zersetzung der bürgerlichen Staatsmacht durch die bis zum Bürgerkrieg gesteigerten Klassenkämpfe und die durch den reformistischen Verrat bewirkte politische Schwäche des Proletariats, welche dem Masse gewordenen radikalisierten Kleinbürgertum ermöglichte breite Teile der Arbeiterklasse an sich zu ziehen.

Die ökonomische und politische Krise als Ursache einer tiefgehenden Zerrüttung der Macht der Kapitalistenklasse bzw. ihrer höchsten Organisationsform, des Staates, ist gleichzeitig eine besonders günstige objektive Vorbedingung der proletarischen Revolution. Bei einer entsprechenden subjektiven Reife der Arbeiterklasse würde das Kleinbürgertum in breiten Teilen zu ihr stoßen, von ihr als politisch starker Schöpferin einer neuen Staatsgewalt angezogen. Als Voraussetzung zur Bildung faschistischer Massenbewegungen muß also notwendig ebenso eine politische Schwäche des Proletariats wie eine solche der Bourgeoisie festgestellt werden.

Die Kleinbourgeoisie springt in diesem Stadium der gefährdeten kapitalistischen Klassenmacht bei. Sie verdeckt mit einer verworrenen kleinbürgerlich-radikalen, teilweise antikapitalistischen Ideologie zu einem gewissen Teile den Tatbestand, daß sie als am Privatbesitz interessierte Klasse den Schutz der Ausbeuterherrschaft erstrebt, macht die Fiktion eines Staates „über den Klassen“ politisch wirksam und übt vorübergehend eine scheinbar selbständig führende politische Rolle aus.

Das Kleinbürgertum kann ein eigenes ökonomisches Klassenprogramm, das mit der Richtung der geschichtlichen Entwicklung in Einklang zu bringen wäre, natürlich nicht entwickeln. Wo es antikapitalistische Losungen aufstellt, sind diese reaktionär. (Typisch sind die in der Richtung der mittelalterlichen Berufsstände- und Gildenverfassung liegenden Forderungen und die gegen das Trust- und Finanzkapital, die, wären sie politisch ernsthaft statt bloßem Bauernfang, eine Rückentwicklung erstreben würden.) Das scheinbare Lavieren zwischen beiden, zeitweilig geschwächten entscheidenden Gesellschaftsklassen wird natürlich mit dem Siege einer faschistischen Bewegung unmöglich. Die faschistische Diktatur ist offen kapitalistisch, imperialistisch und ihr Imperialismus ist sogar stark übersteigert, weil sie die Außenpolitik als Mittel zur Aufrechterhaltung ihrer, unter chauvinistischen Parolen gewonnenen Macht benützen muß. (Motivierung terroristischer Maßnahmen, Notwendigkeit äußerer Erfolge usw.)

Die wichtigsten allgemeinen Grundzüge des Faschismus sind:

1. Politische Massenbewegung, die alle Klassen und Schichten erfaßt, deren Charakter aber typisch kleinbürgerlich ist.

2. Eindeutige Tendenz gegen das Proletariat, gegen eine selbständige Klassenpolitik des Proletariats; terroristische Methoden gegen die Arbeiterorganisationen.

3. Verbergen der kapitalistischen Politik hinter antikapitalistischen Phrasen, die entweder rein demagogisch sind, oder sich gegen nicht [252] entscheidende oder völlig unbestimmt bezeichnete Typen von Kapitalisten richten. („Zinsknechtschaft“ – „Juden“ – „Börsenkapital“ – „Internationaler Mammonismus“ u. a.)

4. Das Streben nach einer starken diktatorischen, parlamentarischer Kontrolle entzogener Staatsmacht, die Frage der Staatsform (Republik oder Monarchie) tritt demgegenüber zurück.

5. Chauvinistischer Nationalismus, Imperialismus.

Es müssen zur Klärung des Wesens des Faschismus einige Zeilen auf die Charakterisierung der übrigen Formen der Konterrevolution verwendet werden, um festzustellen, worin sich der Faschismus von diesen unterscheidet.

Auch das wilhelminische Kaiserreich, der Zarismus, kurz jedes vom Proletariat bedrohte Bourgeoisregime hat in weitem Maße verstanden, Mittelschichten und breite Teile des Proletariats für sich zu gewinnen oder zu neutralisieren. Die feste ökonomische Abhängigkeit von der herrschenden Klasse,

die über einen völlig intakten Machtapparat (Schule, Kirche, kurz alle ideologischen, politischen und militärischen Beeinflussungsmittel) uneingeschränkt verfügt, erklärt diese Möglichkeiten.

Auch terroristische Methoden wurden angewandt, sowohl vom Zarismus, wie auch im Kaiserreich, „legale“ wie illegale – trotzdem war das kein Faschismus.

Ebensowenig kann man die weiße Diktatur, wie sie etwa in Spanien besteht, als Faschismus bezeichnen. Auch die weißgardistischen Formen der Konterrevolution sind nicht als Faschismus anzusprechen. Sie sind getragen von Angehörigen derjenigen Klasse s e l b s t, die ihre Macht verteidigt oder wieder zu erobern strebt. Sie rekrutieren sich deshalb naturgemäß zumeist aus der Offizierskaste und bedienen sich, statt ideologisch Massen aus gegnerischen Klassen zu gewinnen, mehr bezahlter Landsknechte. Sie rekrutieren sie aus der Kleinbourgeoisie, für die es Positionen zu erdienen gibt, wie etwa Feldwebelleutnants, die „wirkliche“ Offiziere werden wollen (typischer Fall: Femeoberleutnant Schulz) als auch aus dem deklassierten Proletariat, dem sogenannten Lumpenproletariat, das die Spitzel, Provokateure, das Füllmaterial der „schwarzen Hundert“, die Klapproths und Runge stellt.

Was die reinfaschistischen Formen der Konterrevolution von allen übrigen unterscheidet, ist jene eigentümliche Fiktion der selbständigen politischen Rolle der Kleinbourgeoisie, eine gewisse Spontaneität der Konterrevolution aus der Kleinbourgeoisie heraus während eines manchmal an Agonie grenzenden politischen Schwächezustandes der beiden entscheidenden Klassen.

Je geringer der Schwächezustand der Bourgeoisie ist, desto offener ist die Form der Gegenrevolution, je größer er ist, desto mehr versteckt sich die Gegenrevolution hinter antikapitalistischen Phrasen, desto stärker tritt die Fiktion einer scheinbar „volksrevolutionären“, sich gegen beide entscheidenden Klassen richtenden, „faschistischen“ Bewegung in den Vordergrund.

Scheint der Bourgeoisie der Sieg über das Proletariat für eine gewisse Zeit gesichert und ist es ihr gelungen, die legale Staatsmacht zu festigen, so setzt sie sie naturgemäß auch zum Abbau jener Organisationen ein, deren Agitationsideologie die Disziplin gegenüber den führenden Schichten der bürgerlichen Klasse lockert, die infolge ihres Gehalts an kleinbürgerlicher und proletarischer Masse nicht rasch genug fest in die Hand genommen werden können. Danach folgt die Auflösung der (typisch weißgardistischen) Organisationen mit speziellen Kampfaufgaben, die von der legalen Staatsmacht (Armee, Polizei) wieder restlos selbst gelöst werden können. Bestehen die Möglichkeiten dazu, so werden diese Organisationen natürlich in die entsprechenden Apparaturen des bürgerlichen Staates aufgenommen. Für Deutschland sind die Tatsachen bekannt genug, so daß hier Aufzählungen als Belege wohl gespart werden können.

Entwickelt sich ein neues Krisenstadium, so müßte sich dieser Prozeß zurückentwickeln und die Konterrevolution entsprechend dem Grade der politischen Schwächung der Bourgeoisie bei Voraussetzung einer ähnlichen [253] Schwäche des Proletariats von neuem die bisher geschilderten Formen annehmen.

Aber das ist n i c h t so. Ein wesentliches Charakteristikum der faschistischen Form der Konterrevolution ist die Ueberraschung der Bourgeoisie durch die Schnelligkeit der Entwicklung und die Tiefe der Krise. Es ist nicht anzunehmen, daß sich eine bürgerliche Klasse zum zweiten Male überraschen und auf eine halb spontane und halb selbständige Hilfe der Kleinbourgeoisie verlassen wird. Die Entwicklung in England und in Deutschland zeigt sehr deutlich, daß die Bourgeoisie aus den Erfahrungen der faschistischen Bewegungen Lehren gezogen hat. Sie nimmt die Bildung breiter konterrevolutionärer Massenorganisationen selbst in die Hand und nutzt die Periode der wiederhergestellten ökonomischen Abhängigkeit der Kleinbourgeoisie, des abgestoppten ökonomischen Zersetzungsprozesses aus, um unter eigener Initiative und fester politischer und organisatorischer Führung durch ihre Parteien sämtliche gegenrevolutionären Organisationen in ihrer Hand zu konzentrieren.

Das typischste Produkt dieses Strebens ist der S t a h l h e l m. In ihm sind alle Grundzüge des Faschismus enthalten nur auch die bloße Fiktion einer selbständigen politischen Rolle oder einer eigenen Initiative der Kleinbourgeoisie fehlt völlig. Antikapitalistische Phrasen werden in der Agitation ausgemerzt. Die Verbindung mit der Teno, der jedes Stahlhelmmitglied automatisch angeschlossen ist,

und das Verhalten in der Arbeitszeitfrage engen die Möglichkeiten einer sozialen Demagogie ein. Der großkapitalistische Charakter tritt viel deutlicher hervor. Die imperialistische Ideologie pflegt und züchtet den Geist eines imperialistischen Volksheeres, damit die Söldnerarmee als Führerorganisation mit Massen aufgefüllt werden kann, die im imperialistischen Sinne zuverlässig sind. Die Bekämpfung der Arbeiterklasse wird viel stärker in die Betriebe verlegt, viel stärker gegen die Gewerkschaften gerichtet, und innerhalb der Arbeiterklasse wird viel planmäßiger und von Jahr zu Jahr mehr differenziert zwischen dem klassenbewußten, klassenkämpferischen „roten Kommunistengesindel“ und dem staatserhaltenden Reformismus. Die alte faschistische Form richtete sich mit besonderer Schärfe gegen die Sozialdemokratie, die mehr als eine Art Konkurrenzbewegung aufgefaßt wurde.

Hier ist eine eigentümliche dialektische Verknüpfung bei allen konkreten Erscheinungsformen des Faschismus festzustellen: der Kampf gegen die reformistische Ideologie begann nämlich auf allen Punkten, auf denen der Reformismus vorher bereits s e l b s t die sozialistische Lehre preisgegeben hatte, nachdem er selbst längst nicht mehr internationalistisch, noch pazifistisch, noch sozialistisch war.

Vor dem Terrorismus der Hitler-Garden stand der Terrorismus der Noske-Garden, und die antidemokratische Grundeinstellung aller faschistischen Organisationen deckt sich fast völlig mit der antidemokratischen Praxis der reformistischen Gewerkschaftsführer.

Die Preisgabe der sozialistischen Grundauffassung bis in den nationalen Frontgeist hinein, bis zur offen imperialistischen Theorie unserer sozialdemokratischen, für „Wehrhaftigkeit“ eintretenden Kolonialpolitiker bereitete ideologisch den faschistischen Boden vor und es ist keineswegs ein Zufall, daß sich die berühmtesten faschistischen Führer aus dem Führerstamm der Sozialdemokratie rekrutieren. In der Praxis hat sich die internationale Sozialdemokratie überall dort, wo der Klassenkampf bereits mit der Waffe in der Hand um die endgültige Machteroberung ging, genau so verhalten wie der Faschismus auch: nämlich terroristisch, antidemokratisch, antiparlamentarisch, antipazifistisch, antisozialistisch, nationalistisch.

Selbst die Neuerfindung vom „Staat über den Klassen“, von der Gemeinsamkeit irgendwelcher Klasseninteressen, die als Propagandamittel der Unternehmer gegen das Proletariat unter der sozialistischen Aufklärung vor 1914 ihre Wirkung schon stark verloren hatte, ist Originalverdienst der Sozialdemokratie, die die Bejahung des bürgerlichen Klassenstaates an die Stelle des revolutionären Kampfes gegen den Staat setzte.

[254] Jene weißgardistischen Offiziere, die der Sozialdemokrat Noske zusammenholte, um dem deutschen Proletariat die Knochen zu zerschlagen, wollen am 8. Mai 50.000 Stahlhelmer nach Berlin führen, um die in der Hauptstadt schwache Organisation auf die Beine zu agitieren und unter dem Schutze der Polizei das Berliner Proletariat zu terrorisieren.

Tausende irregeführter Klassengenossen werden unter ihnen sein. Mag der Druck auf dem Lande, die Not und Sorge kinderreicher Arbeitsloser in den Städten, die von den Stahlhelm-Arbeitsnachweisen in die Unternehmerorganisation geködert werden, noch so groß sein: es bleibt eine Schande für das deutsche Proletariat.

Die Stärkung der revolutionären Massenorganisationen, die Aktivisierung vor allem der freien Gewerkschaften, das ist das beste Mittel, nicht nur um jeden terroristischen Anschlag zurückzuweisen, sondern auch um die an den Klassenzielen des Proletariats irre gewordenen, zum Faschismus abgewanderten Klassengenossen von ihrer bürgerlichen Organisation loszulösen.

LITERATUR

Die Maifeierbewegung, ihre wirtschaftlichen und soziologischen Ursprunge und Wirkungen[*)]

Diese Arbeit eines jungen Privatdozenten der Universität Frankfurt a. M. wurde, wie das Vorwort mitteilt, angeregt von dem bekannten Professor Michels, dem Verfasser des Buches „Zur Soziologie

[*)] Das unter obigem Titel von F r i e d r i c h G i o v a n o l i herausgegebene Werk erschien 1925 bei H. Braun, Karlsruhe, als erster Band der „Sozialwissenschaftlichen Abhandlungen“ (140 S.)

des Parteiwesens in der modernen Demokratie“ und einer Reihe von Werken über den Sozialismus und Faschismus in Italien. Es ist derselbe Mann, von dem Lenin 1905 in einer Kritik über Michels Werk „Der italienische Imperialismus“ sagt: „Der geschwätzige Michels bleibt hier ebenso oberflächlich wie in seinen anderen Werken.“ (Gegen den Strom, S. 245.)

Ganz so oberflächlich wie der Anreger ist nun der Verfasser der Geschichte der Maifeierbewegung nicht. Im ersten Teile seiner Arbeit gibt Giovanoli einen Abriß über den Ursprung der Maifeier und ihre Vorgeschichte. Infolge einer Reihe von besonders günstigen wirtschaftlichen und politischen Umständen vermochten die Bauarbeiter Australiens im Jahre 1856, und zwar vom 21. April ab, den Achtstundentag zu erringen. Gut wäre es gewesen, wenn der Verfasser wenigstens mit einigen Sätzen auf die besonders glücklichen Umstände, die den Bauarbeitern Australiens damals schon den Achtstundentag brachten, eingegangen wäre. Nach Kulemann „Die Berufsvereine“, 6. Bd., S. 135, waren die Gewerkschaften Australiens an der Erkämpfung des Achtstundentages fast gar nicht beteiligt. Infolge des Mangels an Lohnarbeitern in der nach Entdeckung der Goldfelder rasch aufblühenden australischen Kolonie waren die Löhne dort ohne Gewerkschaften die denkbar höchsten. Kulemann sagt ausdrücklich, daß für die Arbeiter gar kein Bedürfnis vorgelegen habe, sich zu organisieren. So konnten sie ihre ganze Kraft an die Erringung des Achtstundentages setzen. Umgekehrt führte erst die Bewegung für den Achtstundentag zur Gründung von Gewerkschaften.

Das alles erfährt der Leser des Buches von Giovanoli leider nicht. Er erfährt auch nicht, daß die Forderung des Achtstundentages schon seit 1833 eine Programmforderung der Chartisten war und daß in Australien sehr viele ausgewanderte Mitglieder dieser Bewegung arbeiteten und auch hier für ihre alte Forderung wirkten. Aber wir erfahren doch, daß der 21. April aus Anlaß der Erkämpfung des Achtstundentages zu einem Arbeiterfest wurde. Dieses „Maifest“ trug nun nach dem Verfasser keinen ausgeprägten Klassencharakter. Voran im Zug wurde das alte ehrwürdige Banner von 1856 getragen mit der Inschrift: „Acht Stunden Arbeit, acht Stunden Erholung, acht Stunden Ruhe!“ In derselben Zeit, da die erste Maifeier in Europa zu großen Klassenkämpfen führte, „zeigte sich in Australien kein aufrührerischer Gedanke“ bei den Demonstrationen des 21. April. Im Gegenteil: wenn der Zug am Regierungsgebäude angelangt ist, wird dem Generalgouverneur eine Loyalitätsadresse überreicht, der dann mit hervorragenden Vertretern als Gast der Arbeiter am Bankett teilnimmt.

Zu einem ähnlichen „Arbeiterfest“ wurde in den Vereinigten Staaten von Nordamerika der erste Montag im September. Dieser „Arbeitertag“ wurde sogar in den meisten „Staaten“ zum gesetzlichen Feiertag.

In den achtziger Jahren schwoll in der Union die Bewegung für den Achtstundentag zu einer Klassenbewegung an. Von den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern wurde beschlossen, vom 1. Mai 1886 ab (ähnlich wie 20 Jahre später in Frankreich) nur noch acht Stunden zu arbeiten. Daß dazu der 1. Mai gewählt wurde, lag nach dem Verfasser an „rein praktischen Er-[255]wägungen“. Der 1. Mai, der „Moving Day“ war ein Umzugstag und ein Tag, an dem viele Lieferungs- und andere Verträge abliefen. Drei Jahre vorher hatten die Holzarbeiter in Kalifornien zu diesem Termin den Neunstundentag und die Abschaffung der Akkordarbeit durchgesetzt.

Diese Bewegung für den Achtstundentag führte in Chikago zu Zusammenstößen mit Streikbrechern. Die Polizei schoß blindlings in die Menge und tötete sechs Personen. (Siehe M. Hillquit: „Geschichte des Sozialismus in den Vereinigten Staaten“, S. 238.) Am nächsten Tage, dem 4. Mai, wurde auf einem Marktplatz eine Protestversammlung abgehalten. Ihr Verlauf war ein so ruhiger, daß selbst der anwesende Bürgermeister von Chikago dem Polizeikommandanten riet, seine Reserven zurückzuziehen. Die Versammlung war fast zu Ende, als plötzlich eine 150 Mann starke Polizeitruppe erschien und zum Auseinandergehen aufforderte. „In diesem Moment wurde in die Reihen der Polizisten eine Bombe geschleudert, deren Explosion einen derselben tötete.“ Nun wurde auf beiden Seiten gefeuert und noch sieben Polizisten getötet, sowie sechzig verwundet. Auf seiten der Arbeiter gab es vier Tote und fünfzig Verwundete.

Niemals ist festgestellt worden, wer die Bombe geworfen hat. Die nun folgende gerichtliche Untersuchung war nach M. Hillquit „die ungeheuerlichste Justiztravestie, die je in einem amerikanischen Gerichtshof aufgeführt wurde“. Am 11. November 1887 wurde der Redakteur der „Arbeiterzeitung“,

Spieß sowie die Arbeiter Parsons, Fischer und Engels hingerichtet. Unter dem jetzt einsetzenden Druck der staatlichen Gewalt brach die Bewegung für den Achtstundentag zusammen.

Der Kongreß der Arbeiterföderation der Vereinigten Staaten in St. Louis im Jahre 1888 beschloß, eine neue Achtstundentagagitation zu beginnen. Die Zimmerer und Schreiner wurden bestimmt, an dem bezeichneten Tage den Kampf zu beginnen. In etwa 140 Städten der Union wurde dann am 1. Mai 1890 der Kampf um den Achtstundentag eröffnet, der für etwa 30.000 Arbeiter zu dem gewünschten Erfolge führte. Man sieht, daß der Pariser Kongreß 1889 von den amerikanischen Arbeitern lediglich das Datum für seinen Beschluß, am 1. Mai für den Achtstundentag zu demonstrieren, übernommen hat.

In der Entschließung des Internationalen Kongresses zu Paris im Jahre 1889 wird ausdrücklich auf den Beschluß des Kongresses von St. Louis hingewiesen. Während der Schlußsitzung am 20. Juli brachte Lavigne im Namen des Nationalverbandes der französischen Syndikatskammern den Antrag ein, „für einen bestimmten Zeitpunkt eine große internationale Manifestation zu organisieren“, es sollten gleichzeitig die Arbeiter „in allen Ländern und in allen Städten ... an die öffentlichen Gewalten die Forderung richten, den Arbeitstag auf acht Stunden festzusetzen und die übrigen Beschlüsse des internationalen Kongresses von Paris zur Ausführung zu bringen“.

Der amerikanische Delegierte hatte nur um eine moralische Unterstützung der Bestrebungen der amerikanischen Arbeiter ersucht, die dann „in einer ganz unerwarteten Ausdehnung gewährt worden ist“. Die abschwächende Formel, die besagt, daß die Maifeier in den Formen durchzuführen sei, „wie sie ... durch die Verhältnisse des Landes vorgeschrieben wird ...“, ist auf Verlangen der deutschen Delegierten Liebknecht und Bebel in den Beschluß hineingekommen.

In den weiteren Kapiteln gibt uns der Verfasser einen guten Ueberblick über die Geschichte der Maifeier. Die Bourgeoisie war voller Schrecken; man wähnte sich schon am Vorabend einer Revolution. „Wer etwa noch die Existenz der sozialen Frage ignorierte, wurde unsanft aufgerüttelt. Der ganze Körper der arbeitenden Klasse schien sich in Bewegung zu setzen.“

Schon auf dem nächsten Kongreß der II. Internationale, August 1891 in Brüssel, wurde von der deutschen und englischen Delegation beantragt, die Maifeier auf den ersten Sonntag im Mai zu setzen. Der Kongreß lehnte diesen Antrag jedoch ab und beschloß, daß der 1. Mai „ein Ruhetag sein solle, soweit dies durch die Zustände in den einzelnen Ländern nicht unmöglich gemacht wird“.

Für die Gegenwart ist es gewiß nicht uninteressant, daß auf dem Kongreß in Zürich 1897 der Antrag, mit den Maifeiern eine Friedensdemonstration zu verbinden, von den belgischen und italienischen Delegierten bekämpft wurde mit der Begründung, weil sich dem die „in höchstem Maße harmlosen Friedenskongresse“ anschließen könnten, eine Gesellschaft, die man nicht auf dem Halse haben wollte. Man warf diesen bürgerlichen Friedensschwärmern – nicht etwa den heutigen Sozialdemokraten – vor, daß sie auf ihren Friedenskongressen Resolutionen gegen den Krieg annähmen und dann als Parlamentarier ihren Regierungen das Militärbudget bewilligten. „Mit diesen Leuten“, so hieß es damals, „wollen wir nichts zu tun haben.“

Sogar ein Viktor Adler erklärte noch in Zürich: „Der agitatorische Charakter des 1. Mai als einer wirklich proletarischen und revolutionären Demonstration kann allein erhalten werden durch Arbeitsruhe.“ Der Verfasser aber knüpft an dieses Zitat den Satz: „Mit kühnem Eroberungswillen schickt sich die ausgebeutete Arbeiterklasse an, ihren Festtag dem Kalender der Bourgeoisie abzutrotzen.“

Weiter schildert der Verfasser, wie im Kampf gegen die Maifeier die Unternehmerorganisationen entstanden, z. B. der Arbeitgeberverband Hamburg-Altona und noch eine Reihe anderer Verbände der Unternehmer. Nach der Logik unserer Reformisten hätte man damals schon die Maifeier aufgeben müssen, denn sie hatte ja das Verhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer offenbar verschärft. Das wagte man nun freilich noch nicht gleich. Wohl aber setzte eine immer stärker werdende Bewegung ein, mit dem Ziel, die Maifeier abzuschwächen, sie entweder nur am Abend oder am ersten Sonntag im Mai abzuhalten. Schon im Anschluß an die erste Maifeier 1890 kam es in der deutschen Sozialdemokratie zwischen der Reichstagsfraktion und den Berliner Arbeitern, zum großen Teil geführt

von den sogenannten „Jungen“, der damaligen Opposition, zu schweren Auseinandersetzungen.

Der Teil der Giovanolischen Arbeit, wo uns der Kampf zwischen Partei und Gewerkschaft um die Maifeier (natürlich nicht nur um die Maifeier) geschildert wird, ist mit [256] der beste an der ganzen Arbeit. Wir sehen an der Hand der Schilderung Giovanolis, wie die Gewerkschaften in den ersten Jahren nach dem Pariser Kongreß „einen himmelstürmenden Enthusiasmus entfalteten“ und schließlich nach den ersten Mißerfolgen „mit skeptischem Sinn die Maifeierbewegung beurteilten und bald abzulehnen begannen“.

Der Verfasser schildert diese Entwicklung folgendermaßen: „An der ersten Maifeier zogen die gewerkschaftlichen Organisationen, noch klein und mit wenigen hunderttausend Mark Vermögen, kühn und kampfesfroh und zukunftssicher den Maifeierkämpfen mit dem Unternehmertum entgegen. Später bewegte sich die Millionenmitgliedschaft mit ihren zwanzig, fünfzig und achtzig Millionen Vermögen schwerfälliger, marschierte bedächtiger, vielleicht zielsicherer (?!), aber nicht mehr himmelstürmend, bedingungslos, wie damals, als das, was sie selbst besaß, leichter wog.“

Nicht alle Reformisten waren so offenherzig wie C o h e n, der verlangte, daß mit der ganzen Maifeier gründlich aufgeräumt werde. Oder ein anderer Metallarbeiter-Verbandsdelegierter, der rund und nett erklärte, es sei ihm lieber gewesen, „wenn die Kommission mit dem ganzen Krempel der Maifeier aufgeräumt hätte“. Oder wie G e o r g S c h m i d t, der die Maifeier in den „Sozialistischen Monatsheften“ als „vollständigen Fehlschlag“ bezeichnete. Andere verschanzten sich hinter der Ausrede, daß die Maifeier dazu zwänge, „alljährlich dem Unternehmertum das Zeugnis unserer verhältnismäßigen Schwäche abzulegen“, wie das ein gewisser Theodor L e i p a r t machte.

Später wurde dann die Maifeier zu einer Unterstützungsfrage gemacht. Wir können dem Verfasser nur beistimmen, wenn er dazu bemerkt: „Der Feuergeist der R o s a L u x e m b u r g ließ sie schon auf dem Nürnberger Parteitag sagen, daß sich in der Praxis die Unterstützungsfrage als eine Schlinge erweisen werde, in der die Maifeier erdrosselt werden könne ...“

Dieser Nürnberger Parteitag beschloß, daß alle Angestellten der Betriebe, die durch die Maifeier keinen Lohnausfall erleiden, ihren Tagesverdienst abzuliefern hätten. Mit der Durchführung dieses Beschlusses mußte die Partei die „übelsten Erfahrungen“ machen. Der Parteikassierer Pfannkuch sprach sogar von einem „Parteiskandal“. Der Beschluß war einfach nicht durchzuführen und mußte 1913 in Jena dahin abgeändert werden, daß nur die Parteimitglieder zur Ablieferung eines Tagelohnes herangezogen werden sollten.

Der Verfasser schildert dann die Entwicklung der Maifeier in der französischen Arbeiterbewegung und stellt dem Kongreß der deutschen Gewerkschaften von 1905 in Köln a. Rh. den der französischen von 1904 in Bourges gegenüber. Trotzdem hier die Maifeier gewiß ganz anders behandelt wurde als dort in Köln (in Bourges wurde beschlossen, durch eine „direkte Aktion“ am 1. Mai 1906 den Achtstundentag zu erkämpfen), ist es nicht richtig, von einer ‚Wesensverschiedenheit“ der beiden Bewegungen zu sprechen. Oder war nicht die Haltung der beiden Gewerkschaftsverbände 1914 die Probe aufs Exempel? Und sind nicht beide in dieser Probe durchgefallen?

Mit einer Schilderung der ersten Maifeier n a c h der Revolution in Sowjetrußland, die im Gegensatz zu den Maifeiern aller Länder, die noch v o r der Revolution stehen, durch freiwillige Arbeit für den kommunistischen Aufbau gefeiert wurde, schließt der geschichtliche Teil des Buches.

Bei der Analogie des Maifeiergedankens spricht der Verfasser vom „religiösen Moment“, der in der Maifeier liegen soll. Er weiß für seine Behauptung auch gleich „klassische“ Zeugen anzuführen, nämlich V i k t o r A d l e r und E d u a r d B e r n s t e i n. Mag sein, daß diese Leute in der Maifeier ein „religiöses Moment“ erblickt oder richtiger wohl, ein solches erst hineingelegt haben – die Arbeiter brauchen jedenfalls diese Zutat nicht. Für sie ist der Gedanke der Maifeier kein Opium, sondern ein Ruf zur Tat.

Abgesehen von diesen Ausstellungen, die wir machen mußten, ist das Buch als Ganzes ein brauchbarer Leitfaden für alle die Genossen, die einmal die Entwicklung der Maifeier und ihrer Triebkräfte im Zusammenhang kennen lernen wollen. H. F a r w i g [257]

Die Internationale
Jahrgang 10 * Berlin, den 1. Mai 1927 * Heft 9

Zu diesem Ersten Mai.

B e r l i n, den 26. April 1927.

* Der Erste Mai 1927 ist für die deutsche Arbeiterschaft kein Tag des Sieges, kein Anlaß zu Freudenfeiern, sondern zu ernster Selbstbesinnung, zur Sammlung der Kräfte und zur Vorbereitung neuer Kämpfe. Ernst ist die Lage nicht nur für das deutsche, sondern für das internationale Proletariat.

Drohender als je seit dem Abschluß des ersten großen Weltgemetzels erhebt sich die Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkrieges. Tag für Tag werden neue freche Kriegsprovokationen des englischen Imperialismus gemeldet, die sich direkt gegen die Sowjetunion und gegen die chinesische Revolution richten. Schon ist es der Gewalt, den Drohungen und den Bestechungen der englischen Imperialisten gelungen, die Front der chinesischen Revolution zu spalten, den rechten Flügel auf die Seite der Konterrevolution zu ziehen. Und nicht nur im Fernen Osten ziehen sich die Gewitterwolken zusammen, deren Entladung auch Europa nicht verschonen wird, sondern auch der Brand, den Mussolini auf dem Balkan entfacht, glimmt trotz aller Löschungsversuche weiter.

Die Vorbereitung des imperialistischen Krieges geht in allen kapitalistischen Ländern Hand in Hand mit der Vorbereitung des Bürgerkrieges gegen den „inneren Feind“. Die Bourgeoisie aller Länder weiß, daß sie nicht wie 1914 auf die erfolgreiche Unterstützung durch die Sozialpatrioten rechnen kann. Zwar sind die Sozialpatrioten dieselben zuverlässigen Stützen des Imperialismus geblieben, die sie waren, und bezeugen das Tag für Tag. Aber im Kampfe gegen den Sozialpatriotismus ist die Kommunistische Internationale entstanden und in allen Ländern zu einer Kraft in den Massen herangewachsen, die der Bourgeoisie zum Bewußtsein bringt, daß ein imperialistisches Abenteuer die Generalauseinandersetzung mit dem Proletariat auf die Tagesordnung setzen muß. Daher ist die Vorbereitung des imperialistischen Krieges mit dem Anwachsen der internationalen Welle des Faschismus, des weißen Terrors, der Reaktion verbunden.

Es ist kein Zufall, daß die Regierung Baldwin-Chamberlain die Einkreisung der Sowjetunion, die Intervention gegen das revolutionäre China mit der Einbringung des Gesetzes zur Knebelung der Gewerkschaften verbindet. In Frankreich sieht das neue Mobilisierungsgesetz, das mit den Stimmen der „Sozialisten“ angenommen wurde, die Knebelung der Presse, die Unterdrückung der Arbeiterbewegung und die Militarisierung der Betriebe vor. In Italien ist der Faschismus, wiewohl er ursprünglich als Massenbewegung keineswegs von der Bourgeoisie ausging, schon längst in erster Linie ein Instrument der imperialistischen Bourgeoisie geworden.

In Deutschland sind die faschistischen Wehrorganisationen von vornherein zugleich als Reservetruppen für den kommenden imperialistischen [258] Krieg aufgebaut worden. Der Stahlhelm, die stärkste Massenorganisation im Dienste der Bürgerblockregierung, ist aus einem Bund von Frontsoldaten entstanden, und die imperialistische Ideologie ist sein „geistiges“ Fundament. Der Stahlhelmtag am 7. und 8. Mai in Berlin soll nicht nur der Arbeiterschaft die geballte Faust des Faschismus demonstrieren, sondern er ist zugleich eine Truppenvorführung, die den imperialistischen Standesgenossen Deutschlands zeigen soll, welch ausgezeichnetes „Menschenmaterial“ für den imperialistischen Krieg hier zur Verfügung steht.

Der politische Machtzuwachs der europäischen Bourgeoisie ist gegründet auf den Siegen, die sie an der Wirtschaftsfront über die Arbeiterschaft davongetragen hat. Es ist gerade ein Jahr her, daß der gewaltige Kampf des englischen Proletariats gegen die Verlängerung der Arbeitszeit und die Herabsetzung der Löhne begonnen hat. Die Niederschlagung des englischen Proletariats, die durch den Streikbruch der englischen Reformisten und der Amsterdamer Internationale ermöglicht wurde, war ein Ansporn zur Verschärfung der Kapitalsoffensive in allen Ländern. In Deutschland ist der Zehn- bis Zwölfstundentag gesetzlich verankert worden, ohne daß die Gewerkschaften auch nur den Versuch eines ernsthaften Widerstandes gemacht hätten.

Eine traurige Bilanz für das europäische und insbesondere für das deutsche Proletariat. Aber können wir nur negative Posten für das internationale Proletariat feststellen? Keineswegs.

In dem Lande, in dem die Arbeiterklasse gesiegt hat, in der S o w j e t u n i o n, sehen wir weiter einen ständigen, unaufhaltsamen Vormarsch, vor allem an der Wirtschaftsfront. Alle Prophezeiungen von Krisen und Katastrophen sind elend zuschanden geworden. Die Kulaken haben weder die Getreideaufbringung „regulieren" noch die Sowjets „erobern" können. Die bürgerlichen Elemente werden auf der ganzen Linie zurückgedrängt.

Zugleich hat sich das internationale Ansehen der Sowjetmacht gewaltig gehoben. Der elende Granatenfeldzug der II. Internationale ist kläglich zusammengebrochen. Was helfen solche Schwindelmanöver, und mögen sie noch so raffiniert inszeniert sein, gegenüber so weithin sichtbaren und unverkennbaren Friedenstaten wie der Note der Sowjetregierung auf die freche Provokation der Imperialisten in Peking. Selbst der „Vorwärts" sieht den Bankrott seiner jahrelangen Propaganda für den englischen Imperialismus gegen die Sowjetunion und muß sich über „Wahnsinn und Verbrechen" seiner antibolschewistischen Bundesgenossen in Peking ereifern.

In China hat die Revolution eine Niederlage, einen Rückschlag erlitten. Der Abfall des Bourgeois-Flügels unter der Führung Tschankaischeks muß zunächst die Reihen der Revolution schwächen. Aber das ist eine jener Niederlagen, die eine Bürgschaft kommender Siege sind. Der Verrat der Bourgeoisie vergrößert das Schwergewicht des Proletariats in der revolutionären Front. Die Taten der Verräter werden eindringlicher als alle Thesen beweisen, daß im Zeitalter des Imperialismus allein die ausgebeuteten Klassen Führer im Kampfe um die nationale Freiheit der unterdrückten Völker sein können, Die erste Etappe der chinesischen Revolution, der nationale Befreiungskampf, wird länger, schwerer, opferreicher sein, als man vor kurzem glauben konnte, aber der Uebergang zu einem höheren Stadium, zur zweiten Etappe der Revolution, wird durch die verräterische Haltung der chinesischen Großbourgeoisie erleichtert und beschleunigt.

Und innerhalb der europäischen Arbeitermassen, herrscht hier nur Passivität und Stillstand? Wohl ist der Widerstand gegen die wachsende Kriegs-[259]gefahr, gegen die fortschreitende Kapitaloffensive noch viel zu schwach. Wohl haben die Reformisten, vor allem in den Gewerkschaften, die Mehrheit der Arbeiter noch auf ihrer Seite. Wir dürfen die bittere Lehre des englischen Bergarbeiterstreiks nicht vergessen, der uns gezeigt hat, daß der Einfluß der revolutionären Vorhut noch nicht genügte, um in einer kritischen Situation aktive proletarische Solidarität durchzusetzen. Gerade am 1. Mai, dem Feiertag der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse, müssen wir daran erinnern, wie weit der Weg vom Wort zur Tat ist, wie die „bewährten Führer", die auch diesmal wieder schöne Worte von der Internationale sprechen werden, sich verhalten, wenn es gilt, den Internationalismus mit der Tat zu beweisen.

Aber trotz allem mehren sich die Zeichen, daß der tiefste Punkt in der Entwicklung der europäischen Arbeiterbewegung überschritten ist, daß wir vor einem neuen Wendepunkte stehen.

Der offenkundige Bankrott der reformistischen Koalitionspolitik in allen Ländern ruft eine tiefe Gärung in den Massen, die bis jetzt den reformistischen Führern gefolgt sind, hervor. In England ist im vergangenen Jahre Schlag auf Schlag auf die Arbeiterklasse niedergesaust, Schläge, die den tiefverwurzelten Aberglauben an die Demokratie, an die konstitutionellen Methoden, an den friedlichen, rein gewerkschaftlichen Kampf, an die Allgewalt des Stimmzettels erschüttern mußten. Am Anfang des gewaltigen Bergarbeiterstreiks glaubten noch Führer wie Cook an den guten Willen des braven Baldwin. Aber jetzt glauben die Arbeiter kaum mehr an den guten Willen des edlen Macdonald. Die Zentristen der Unabhängigen Arbeiterpartei haben diesen allzu kompromittierten Repräsentanten vom Amt des Schatzkanzlers abgesetzt und ihren Vorschlag, über die Einigung der II. und III. Internationale zu verhandeln, erneuert.

In Frankreich ist die Linksblockpolitik, die Achse der gesamten „sozialistischen" Politik seit Jahren, seit dem Uebergang Herriots zu Poincaré ein Scherbenhaufen. Die drei „linken" Fraktionen, die auf dem Lyoner Kongreß der SPF miteinander wetteiferten, die Arbeiter durch radikale Phrasen zu

betrügen, werden nicht auf die Dauer den Widerspruch zwischen Taten und Worten den Massen verbergen können. In Polen hat sich derselbe Pilsudski, der mit Hilfe der PPS ans Ruder kam, so schroff nach rechts gewandt, daß nicht einmal diese sozialpatriotische Bande ihre Koalitionspolitik offen fortsetzen kann. Ebenso wurden in der Tschechoslowakei die tschechischen „Sozialisten“ beider Schattierungen trotz ihrer unentwegten Dienstbereitschaft für die „Staatsnation“ hinausgesetzt. In Deutschland schließlich ist der Erfolg achtjähriger Koalitionspolitik die Regierung des Bürgerblocks.

Man muß daran erinnern, daß noch vor drei Jahren die sogenannte „demokratisch-pazifistische Aera“ in ihrer Maienblüte stand, daß damals rechte und „linke“ Sozialdemokraten vereint die Friedenssicherung durch den Völkerbund, den Völkerbund als Instrument sozialistischer Regierungen, den demokratischen Weg zum Sozialismus und zum Weltfrieden propagierten und daß diese Propaganda damals in den Arbeitermassen noch eine gewisse Wirkung hatte. Wer aber glaubt heute noch an die Friedenssendung des Völkerbundes? Wer glaubt noch an den demokratischen Weg zur Macht und zum Sozialismus?

Das Erwachen des Klassenbewußtseins, das Schwinden der reformistischen Illusionen innerhalb der Arbeitermassen spiegelt sich wider in dem verstärkten Auftreten der zentristischen Strömungen in der II. Internationale, [260] Wir haben auf diese Erscheinungen in England und in Frankreich bereits hingewiesen. In Deutschland sind analoge Vorgänge erst in den letzten Wochen sichtbar geworden.

Bei der Vorbereitung des Kieler Parteitages der SPD schien es anfangs so, als ob rechte und „linke“ Führer sich darauf geeinigt hätten, der Welt die Einheitlichkeit der SPD auf dem Boden der Oppositionspolitik gegen den Bürgerblock zu demonstrieren. Inzwischen hat die schneidige Attacke Stegerwalds im Reichstag und die klägliche Entgegnung der Graßmann und Hermann Müller den sozialdemokratischen Arbeitern deutlich gezeigt, daß eine Opposition, die auf die Rücksicht auf die gegenwärtige Koalition in Preußen und auf die erhoffte künftige im Reiche aufgebaut ist, sich von einer ordinären Koalition sehr wenig unterscheidet. Wenn die SPD das Zentrum nicht angreifen kann, weil es mit ihm in Preußen koaliert ist, dann kann es auch die Bürgerblockregierung nicht angreifen, die sich auf das Zentrum stützt. Kein Arbeiter kann Parlamentsreden gegen die reaktionären Gesetze der Reichsregierung ernst nehmen, wenn die Sozialdemokraten, die in der stärksten sogenannten „Machtposition“, in der Preußenregierung, sitzen, denselben Gesetzen zustimmen. Nicht einmal die beliebte Phrase vom „Schutz der Republik“ kann mehr eine Koalitionsregierung populär machen, wenn diese Regierung die Faschisten schützt, die ihrerseits gleichfalls bereit sind, d i e s e Republik zu schützen.

An diesen Fragen hat sich eine Auseinandersetzung entzündet, die die zentristischen Führer zwingt, den Streit um die Koalitionspolitik auf zunehmen. Zum erstenmal seit längerer Zent werden durch diesen Streit in der SPD wieder die Fragen von Staat und Revolution aufgerollt. Natürlich hüten sich Helden wie Fleißner und Liebmann, die als Führer im Streit auftreten, die Frage grundsätzlich aufzurollen. Ihnen gefällt d i e Art von Koalitionspolitik nicht, wie sie in Preußen getrieben wird. Sie meinen, daß eine solche Koalition, auf die man nach den Worten des trefflichen „Vorwärts“-Redakteurs Schiff achten muß wie auf zerbrechliches Porzellan, keine Machtposition für die Arbeiterschaft bedeutet. Sie propagieren also nicht die Revolution gegen die Koalition, sondern eine bessere Koalitionspolitik gegen eine schlechte Koalitionspolitik.

Kein Wunder, daß eine Opposition, die vorläufig noch in der Hand solcher Führer ist, in den praktischen Fragen des Kampfes die Linie der Passivität und der Sabotage der Massenaktion, wie sie von den reformistischen Partei- und Gewerkschaftsführern konsequent eingehalten wird, nicht durchkreuzt. Kein Vorschlag auf Austritt aus der Preußenregierung, kein Antrag auf Bruch mit den bürgerlichen Elementen im Reichsbanner und auf die Schaffung einer einheitlichen proletarischen Abwehrorganisation, keine Spur eines Widerstandes gegen die reformistische Gewerkschaftspolitik, nicht die geringste Unterstützung für die Bemühungen der revolutionären Arbeiter um eine Massenaktion zur Zurückeroberung des Achtstundentages.

Die Maidemonstrationen sind für die kommunistischen Arbeiter eine günstige Gelegenheit, mit ihren sozialdemokratischen Klassengenossen über die Fragen zu sprechen, die in der SPD selbst schon aufgerollt sind. Unsere Aufgabe ist es, die Fragen zu stellen, vor denen die zentristischen Führer

zurückschrecken, die Folgerungen zu ziehen, denen sie ausweichen, die praktischen Aufgaben des Kampfes zu formulieren, von dem sie nichts wissen wollen.

Kampf um den Staat, nicht gegen den Staat, so sagen die Reformisten. Kampf gegen den bürgerlichen Staat, Kampf für den proletarischen Staat nach dem Muster der Kommune, für die Räterepublik, so sagen wir.

[261] Neutralität in dem Weltkampf zwischen dem Imperialismus auf der einen und der Sowjetunion und den unterdrückten Völkern auf der anderen Seite, so sagen die Reformisten. Wir sagen: aktive Solidarität mit dem ersten Arbeiterstaat, der chinesischen Revolution und allen unterdrückten Völkern.

Kampf um den Achtstundentag, aber in den Grenzen des Gesetzes durch Tarifverhandlungen und mit heiligem Respekt vor den Entscheidungen der Schlichtungsinstanzen. So sagen die Reformisten. Revolutionärer Massenkampf für den Achtstundentag und höhere Löhne, gegen die kapitalistische Rationalisierungsoffensive, so sagen wir.

Der erste Mai soll ein Appell an die gesamte Arbeiterschaft sein, zu entscheiden, wer recht hat, wer den richtigen Weg des Kampfes weist. Lange genug ist die Masse der Arbeiterschaft den Weg des Reformismus gegangen. Die Erfolge sind sichtbar: Niederlagen auf der ganzen Linie.

Die Kommunistische Partei geht in geschlossenen Reihen den nahenden Kämpfen entgegen. Sie tritt als einzige Partei an der Spitze der Massen dem Faschismus entgegen. Sie allein organisiert in den Betrieben und Gewerkschaften den Kampf gegen das rationalisierte Elend, zur Rückeroberung des Achtstundentages. Sie ist die einzige Kraft, die verhindern kann, daß das deutsche Volk als Werkzeug des Imperialismus in dem kommenden Weltkrieg mißbraucht wird.

Unsere Aufgabe ist es, den Tausenden Arbeitern, die an der reformistischen Politik irre werden, die nach einem Ausweg suchen, zum Bewußtsein zu bringen, daß ihr Platz an der Seite der kommunistischen Arbeiter ist, in den Reihen der Kommunistischen Internationale.

*

Der Verrat Chang Kai She's und die Perspektiven der chinesischen Revolution.

Von Tang Shin She.

I. Die Ideologie der Rechten und die Rolle Chang Kai She's.

Eine rechte Strömung innerhalb der Kuo Min Tang gibt es nicht erst seit heute oder seit einem Jahre, sondern eine solche existierte schon in der Vorläufergruppe dieser Partei, in der „Tong-Min-Hui". Die „Tong-Min-Hui" wurde von Sun Yat Sen im Jahre 1905 nach seiner Europareise aus drei verschiedenen Gruppen in Tokio gegründet; der Gan-Fu-Hui, der Hua-Chin-Hui und der Sun Yat Sen-Gruppe Ching-Tsung-Hui. Obwohl sich die „Tong-Min-Hui" das Programm Sun Yat Sens zugrunde gelegt hatte, verfolgte jede der drei in ihr konzentrierten Gruppen ihr eigenes Ziel. „Die Gan-Fu-Hui hatte sich als Ziel nur den Sturz der Mandschudynastie gesetzt; die Hua-Chin-Hui hatte die Absicht, die Mandschudynastie zu stürzen und eine Republik zu gründen, und die Sun Yat Sen-Gruppe, die linkeste von den dreien, wollte die Mandschudynastie stürzen, die Republik gründen und den Sozialismus durchführen." Die Gan-Fu-Hui und die Hua-Chin-Hui vertraten die damaligen Rechten. Der ersteren waren angeschlossen die im Konfuzianismus verstrickten Intellektuellen und die Handelsbourgeoisie (meistens aus den Provinzen Tschekiang und Kiangsu), der zweiten die Gutsbesitzer und Offiziere (meistens aus Provinz Hunan). Die Sun Yat Sen-Richtung hatte hinter sich die im Ausland lebenden Arbeiter, Kaufleute und Studenten (meistens aus Kanton). Obwohl die Kuo Min Tang im Laufe der Zeit nach einem jeweiligen siegreichen Aufstand oder einer Revolution [262] von immer aufs neue sich herausbildenden Verrätern hatte gereinigt werden müssen und mehrmals umorganisiert worden ist, hat sich eine antisozialistische feudalistisch-patriarchalisch eingestellte Gruppe bis auf den heutigen Tag erhalten. Die jetzigen bedeutendsten Führer der Rechten Chang Kai She und der Theoretiker Da Tsche Tau entstammen wieder der Provinz Tschekiang und letzterer behauptet seit dem Tode Sun Yat Sens, daß dieser ein orthodoxer Anhänger und Verfechter der Lehre des Konfuze

war. Er verlangt, daß sich jeder treue Sun Yat Sen-Schüler für die Wiederaufrichtung der Kultur nach Konfuze; denn sie führe zum tatsächlichen Internationalismus. Chang Kai She vertritt den Standpunkt: „Eine Revolution ist notwendig, aber die Führung muß allein in meiner Hand liegen.“ 1925 trat Chang Kai She gegen die Da Tsche Tau-Theorie auf; aber nach dem zweiten Kuo Min Tang-Parteitag, Januar 1926, als er fühlte, daß die Revolutionäre mit seiner Meinung nicht einverstanden waren, näherte er sich diesem. Die Aktion vom 20, März 1926 gegen das Kantoner Streikkomitee, die damalige Verhaftung der russischen Ratgeber und die Maßnahmen vom Mai 1926 gegen die Kommunisten ließen zuerst seinen Umschwung erkennen.

Nach den dauernden Siegen der revolutionären Truppen und der gewaltigen Vergrößerung des revolutionären Gebietes änderte sich die ganze Situation in der revolutionären Bewegung:

1. Die Bourgeoisie-Elemente schlossen dauernd nach der reaktionären Seite hin Kompromisse.

2. Die Compradore, Bürokraten, Gutsbesitzer und andere Opportunisten, sogar der Kuo Min Tang früher ganz feindlich gesinnte Elemente, beeilten sich plötzlich Mitglieder der Partei zu werden.

3. Die Imperialisten versuchten die revolutionäre Bewegung mit Drohungen und mit Lockungen zu zersplittern.

4. Die konterrevolutionären Militärmachthaber machten Konzessionen an die Revolutionäre. (Tschang Tso Lin, Sun Tschuan Fang usw. behaupteten plötzlich für die Abschaffung der ungleichen Verträge und für die nationale Befreiung einzutreten.)

5, Die revolutionäre Macht der Bauern und Arbeiter nahm einen ungeheuren Aufschwung.

Innerhalb der Kuo Min Tang entwickelte sich jetzt eine sogenannte gemäßigte Richtung. Gegenüber der Politik Sun Yat Sens, sich in erster Linie für die Interessen der Arbeiter und Bauern einzusetzen, stellten die „Gemäßigten“ die These auf: „Bisher waren die Bauern und Arbeiter die Unterdrückten. Wenn wir aber allein für ihre Interessen eintreten dann werden sie in Zukunft die Guts- und Fabrikbesitzer unterdrücken. Unsere Partei ist aber für die Interessen des gesamten Volkes. Infolgedessen können wir nicht allein auf die Verwirklichung der Ziele der Bauern und Arbeiter hinarbeiten.“ Dieser These zufolge trafen sie in den Städten ihre Maßregeln gegen die Arbeiter: Sie verboten das Tragen von Waffen und die Belagerung der Fabriken während des Streiks. Im Februar dieses Jahres bestätigten sie ein Gesetz zugunsten der Unternehmer, wonach diese zu Neujahr beliebig ohne Zustimmung der Arbeiterschaft die Arbeitskräfte wechseln können, Auf dem Lande unterstützten sie die Gutsbesitzermilizen gegen die sogenannten Räuberorganisationen der Bauern, die Bauernbünde. Was die Parole Sun Yat Sens „Zusammenarbeit mit den Kommunisten“ anbetrifft, so behaupten die „Gemäßigten“, daß die Kommunisten die Kuo Min Tang vernichten wollen. Sie maßregelten die Kommunisten, verboten ihnen leitende Stellungen in der Kuo Min Tang einzunehmen und beschränkten ihre Mitgliedschaft in der Exekutive auf eine kleine Zahl. Betreffend die Freundschaftspolitik gegenüber der Sowjet-Union erklärten sie, dies könne nur eine Augenblickspolitik sein, geradeso wie die gegenwärtige Freundschaft mit Japan und Amerika. Gegen die Anti-Imperialisten-Parole setzten sie eine Versöhnungspolitik. Die Einberufung der konstituierenden Volksversammlung schließlich, die Sun Yat Sen schon zu seinen Lebzeiten als eins der nächsten Ziele angesehen hatte, wollen sie noch heute, wo die Kuo Min Tang längst die Macht über den größten Teil Chinas ergriffen hat, auf Jahre hinausschieben. [263] Das Testament Sen Yat Sens, indem alle die politischen Ziele der Kuo Min Tang aufgezeichnet sind, und daß am Anfang jeder Kuo Min Tang-Versammlung vorgelesen wird, ist im Munde der Rechten zu einem gedankenlos abgeleierten Gebet herabgewürdigt worden. Auf jeden Fall ist die Ideologie der Rechten durchaus anti-sunyatsenistisch, für die Imperialisten, für die Bourgeoisie und für die Militärdiktatur Chang Kai She’s.

Chang Kai She ist ein Berufssoldat. Vor dem Verrat des ehemaligen Sun Yat Sen-Anhängers Chin Shui Min im Jahre 1922 war Chang Kai She ein unbedeutender Offizier in der Armee Sun Yat Sens gewesen. 1923, als Sun Yat Sen sich der Sowjet-Union angenähert hatte, wurde er von diesem zum Studium der Roten Armee nach Rußland geschickt. 1924 erhielt er den Auftrag zur Gründung der Wampoo-Kriegsschule und zur Bildung der revolutionären Armee. Bis Ende 1925 vernichteten die

südchinesischen Truppen unter seiner Führung mit Unterstützung der Bauern und Arbeiter die Konterrevolutionäre in Kanton und Ost-Kwantung. Anläßlich der Ermordung des beliebten Führers Liau Chung Kai wurden alle früheren prominenten Führer der Kuo Min Tang, ausgenommen Wang Ching Wei, verjagt. Jetzt begann Chang Kai She ehrgeizig danach zu streben, der Nachfolger Sun Yat Sens zu werden. Zu einer Militäraktion am 20. März 1926 in Kanton gegen die Arbeiterschaft äußerte sich der damalige Leiter der Wampoo Kriegsschule, General Deng Janda, brieflich dem Verfasser dieses Artikels gegenüber folgendermaßen: „Die Militäraktion Chang Kai She's erfolgte unter Beeinflussung der Rechten und der Hongkonger Imperialisten. Gegenüber den Kommunisten zeigt er drei Vorurteile. Erstens: er zweifelt an ihnen, weil er fürchtet, daß sie ihn stürzen wollen, zweitens: es fürchtet sie, weil er glaubt, daß ihre Kräfte die Kuo Min Tang niederringen werden, drittens: er haßt sie, weil sie keinen ‚guten Charakter' haben; denn er hat ihnen vielmals geholfen und sie wollen ihm jetzt nicht beistehen." In einer Rede wandte sich Chang Kai She nur gegen einen einzelnen Kommunisten, Kao Yühan, damaliger politischer Instrukteur der Wampoo-Kadetten, weil dieser angeblich behauptet hätte, Chang Kai She wäre ein südlicher Tuan She Sui. Im übrigen richtete sich der Sinn seiner Ausführungen ganz und gar gegen Wang Ching Wei. Allerdings ist seine ganze Wut gegen die Kommunisten darauf zurückzuführen, weil er damals annahm, daß die Kommunisten für Wang Ching Wei gegen ihn auftreten würden. Nachdem Wang Ching Wei zwangsweise hatte Urlaub nehmen müssen und die Kommunisten zur Wahrung der Einheitsfront wieder mit Chang Kai She zusammenarbeiteten, wandte er sich wieder gegen die Rechten und verjagte Wu Tschau Chü, seinen heutigen Außenminister in Nanking, und verhaftete Wu Tsche Chin, seinen heutigen Beauftragten in Japan. Danach behauptete er: eine kommunistische Partei brauche es in China nicht zu geben; aber die Kuo Min Tang solle sich der III. Internationale unterstellen. Schließlich entfernte er alle Kommunisten aus der ersten Armee und diese wurde seine Leibgarde. Die Kuo Min Tang mußte sich ganz und gar seinem Willen unterwerfen. Er selbst übernahm sechs wichtige Aemter innerhalb der Partei und der Armee; Vorsitzender des Parteisekretariats, Vorsitzender des politischen Büros, Leiter der organisatorischen und der Soldaten-Abteilung, Vorsitzender des Kriegsrates und Oberbefehlshaber der Armee. Nach der Einnahme Wuhans rivalisierte Chang Kai She mit dem neu zur Macht gelangten Huan-General lang Sen Dji. Trotzdem in der Plenarsitzung der Exekutive eben beschlossen worden, war die Regierung und das Zentralkomitee der Partei vorläufig noch in Kanton zu belassen, verlegte Chang Kai She diese doch nach Wuhan, um Tang Sen Dji besser entgegenwirken zu können. Als lang Sen Dji, nachdem ein Teil der Regierungs- und Parteizentrale-Mitglieder nach Wuchang übergesiedelt war, erklärte, sich der Parteidisziplin unterwerfen zu wollen, behauptete Chang Kai She plötzlich, die Regierung und Partei müsse nach Nanchang verlegt werden, wo sich sein Hauptquartier befindet. Einen Teil der Partei- und Regierungsmitglieder hielt er auf ihrer Reise nach Wuhan sogar in Nanchang fest. Das war die Haltung Chang Kai Shes gegenüber der Partei.

[264] Nach der Niederlage Sen Tschuan Fangs bei Kiukiang suchte die chinesische Bourgeoisie die Annäherung an Chang Kai She. Die bürgerlichen Parteien „Lau Djau Chi" (Vereinigung der alten Verkehrswege), „Chin Djau long Chi" (Vereinigung der neuen Verkehrswege) und die Anfupartei nahmen dazu die Vermittlung Tschang Tso Lins und Japans in Anspruch; die „Lien Du Chi" (Vereinigung zum Studium der Verfassung) – bis dahin ein Erzfeind der Kuo Min Tang – entsandten sogar ihre Leute zu Chang Kai She. Inzwischen wurden der Kuo Min Tang beigetretene prominente Mitglieder der „Lien Du Chi" im Februar bis März sogar als Minister der von Chang Kai She beabsichtigten Regierung in Nanchang vorgeschlagen. Die gestrige Feinde der Kuo Min Tang nehmen heute eine drohende Haltung gegenüber den Kommunisten und linken Kuo Min Tang-Leuten ein und sagen: „Wir sind die reinen und echten Kuo Min Tang-Anhänger; wir müssen die Partei regieren." Die ganze Umgebung Chang Kai She's setzt sich aus solchen Elementen zusammen.

Die Imperialisten haben auf die verschiedenste Weise Chang Kai She für sich zu gewinnen gesucht. Die Briten mit Kriegsdrohungen und Bestechungen, die Japaner mit Bündnisangeboten. Schon im Oktober 1926 erklärte der japanische Agent, die Anfu-Partei: „Wir müssen zur Vereinheitlichung Chinas mit der Kuo Min Tang zusammenarbeiten. Wir haben dies zwar stets versucht. Aber Sun Yat Sen hat bei seinen Lebzeiten ein solches Anerbieten abgelehnt. Später, nach seinem Tode, wußten

wir nicht mehr, wer eigentlich die Kuo Min Tang vertritt. Heute indessen wissen wir ganz genau, daß Chang Kai She der Kuo Min Tang-Führer ist, und mit diesem müssen wir uns in Verbindung setzen.“ Die Japaner selbst schickten als ihren Abgesandten den Vertreter der Pekinger Zollkonferenz nach Kanton und Hankow und auch zum Besuch zu Chang Kai She. Chang Kai She entsandte darauf als Vertreter der Kantonregierung den rechten Theoretiker Da Tsche Tau nach Japan. Die Japaner verbreiteten sofort die Ansicht, daß es eine linke und eine gemäßigte Strömung innerhalb der Kuo Min Tang gäbe, und Chang Kai She der Führer der letzten Gruppe sei. Diese Bekanntgabe veranlaßte die Tschang Tso Lin-Klique zu erklären, daß sie mit Chang Kai She zusammenarbeiten würde, wenn er die Russen und die Kommunisten aus der Kuo Min Tang hinauswürfe. Bald danach wußten die japanischen Zeitungen von einer Verhandlung zwischen Tschang Tso Lin und Chang Kai She zu berichten. Als Chang Kai She-Vertreter sollte sich ein bekannter anarchistisch eingestellter Kuo Min Tang-Führer, Li Sche Tseng in Peking befinden.

Wegen dieser Aufnahme von Verbindungen mit den Gegnern entstand innerhalb der Kuo Min Tang eine feindliche Stimmung gegen Chang Kai She. Die Parolen lauteten: „Wiederherstellung der Parteigewalt“, „Säuberung der Partei von feudalistischen Elementen“, „Durchführung des politischen Testaments Sun Yat Sens“ und „Zurückrufung Wang Ching Weis“. In der Plenumsitzung vom 11. März d. J. wurden alle diese Parolen als Resolutionen angenommen. Chang Kai She wurde fünf seiner Aemter enthoben und behielt nur den Posten als Oberbefehlshaber. Alle von Chang Kai She im Mai vergangenen Jahres aufgestellten Maßnahmen gegen die Kommunisten wurden wieder aufgehoben. Zwei Kommunisten wurden sogar, der eine als Agrar-, der andere als Arbeitsminister in die Kuo Min Tang-Regierung berufen. Der dritte Parteitag sollte in Bälde einberufen werden. Chang Kai She, dessen militärische und geographische Lage bei Nanchang nicht günstig war und der noch die Hilfe der Bevölkerung für die Eroberung Schanghais und Nankings in Anspruch nehmen wollte, gab eine Unterwerfungserklärung heraus. Am 11. April übte er, als er Nanking und Schanghai erobert hatte, und die Verbindung zwischen der über Fukien, Tschekiang, Nanking und Schanghai verteilten ersten Armee hergestellt war, offenen Verrat.

Ein Linksführer der Kuo Min Tang, Deng Janda, bezeichnet Chang Kai She in einem Kampfartikel im Februar d. J. als einen von feudalistischen Ideen befangenen Führer, der nach Erfüllung gewisser Bedingungen der Revo-[265]lution gänzlich ins feudalistische Lager überlaufen würde. Er schreibt: „Man wird zum Verräter an der Revolution und kämpft dann bis zum Grabe für die falsche Einstellung.“ Der gewesene revolutionäre Führer Chang Kai She ist ebenso ein Verräter wie die früheren Kuo Min Tang-Generale Chen Shui Min, Yang Sche Min usw. Dieselben Elemente, die früher hinter Wu Pei Fu, Sun Tschuan Fang und Chang Tsung Chang standen, stehen heute hinter ihm und dazu die mit ihm aus der Kuo Min Tang weggelaufenen Bourgeois, Gutsbesitzer, Bürokraten und Intellektuelle.

II. Der Kurs der Kuo Min Tang und die Aussicht für die weitere Entwicklung der Revolution.

Die Ziele der Kuo Min Tang sind: Kampf gegen den fremden Imperialismus, gegen den einheimischen Feudalismus, für die nationale Unabhängigkeit, für die wirkliche Demokratie und den Sozialismus, alles Aufgaben, denen die Politik Chang Kai She’s im letzten Jahre geradezu entgegengesetzt war. Bewußt nutzte Chang Kai She die Hilfe der Bauern und Arbeiter und der revolutionären Parteien aus, um die Herrschaft seiner Klasse, ja besser, um seine eigene Macht zu verstärken. Auf der letzten Exekutivsitzung im März d. J. kämpften deshalb die Linksführer der Kuo Min Tang energisch gegen Chang Kai She, gegen dessen geheime Unterwühlung der Partei, die schlimmer als offener Verrat ist. Praktisch steuert die jetzige chinesische revolutionäre Bewegung in der Innenpolitik direkt auf die Demokratisierung zu. Die Bauern verlangen Beteiligung an den Dorf- und Gemeindeverwaltungen; die Arbeiter und Kleinbürger in den Städten wollen gemäß ihren Kräften in den Stadtverwaltungen vertreten sein. In Schanghai existiert eine solche Bewegung schon seit mehreren Jahren. Im vergangenen Jahre ließ Sun Tschuan Fang, um ihr entgegenzuwirken, die Miliz der Schanghaier Kaufleute entwaffnen; im April dieses Jahres war es Chang Kai She, der die Schanghaier Arbeitergarde auflösen ließ, – die Erfüllung des Wunsches der Imperialisten. Als Maßregel gegen den Verräter Chang Kai She hat die Zentrale laut ihrer eigenen Benachrichtigung vom 18. d. M. diesen seines Amtes als

Oberbefehlshaber der revolutionären Armeen enthoben, ihn aus der Partei ausgeschlossen und die Entsendung einer Strafexpedition gegen ihn angekündigt. Was Chang Kai She in den letzten Wochen gegen die Arbeiter, die Gewerkschaften und die Kuo Min Tang-Parteileitungen unternommen hat, übertrifft alle bisherigen Heldentaten der konterrevolutionären Generale. Er bildete auch eine eigene Partei und eine eigene Regierung und trieb Versöhnungspolitik gegenüber der verräterischen Bourgeoisie und den Imperialisten.

Welche Bedeutung hat der Verrat Chang Kai Shes für die Kuo Min Tang? Gewiß bedeutete er in militärischer und außenpolitischer Hinsicht einen Schlag für sie; denn die Nordexpedition kann im Augenblick nicht fortgesetzt werden und die Imperialisten haben neben Tschang Tso Len wieder als neues Werkzeug Chang Kai She gewonnen und verwenden ihn gegen die Kuo Min Tang-Regierung. Auf der anderen Seite hat die Kuo Min Tang aber ungeheuer gewonnen; sie ist zu neuem Leben erwacht; denn die Bauern und Arbeiter, die ihr in der letzten Zeit auf Grund der dem Programm Sen Yat Sens entgegengesetzten Politik Chang Kai Shes ungeheueres Mißtrauen entgegengebracht haben, beginnen ihr wieder zu vertrauen. Durch den Abfall der Großbourgeoisie, der feudalistisch eingestellten Offiziere und Beamten und der nur Karriere machen wollenden Opportunisten, wird die Partei einen großen Schritt nach links machen und auf dem im Programm Sun Yat Sens vorgezeichneten Wege „Bündnis mit der Sowjetunion und den Kommunisten, Kampf für die Interessen der Bauern und Arbeiter“ fortschreiten.

Die Partei- und Regierungsleitung liegt heute fast vollkommen in den Händen der Linken und Kommunisten. Die bedeutenden Parteiführer, wie Wang Ching Wei, Chü Tien, Tang Yen Kai, Chen Yo Yin, Sung Sze Wen und Deng Janda stehen alle links. Auch frühere rechte Führer, wie Sun Fo (Sohn Sun Yat Sens) und lang Sen Dji (Hunangeneral) sind jetzt links eingestellt. Beim Kampf gegen Chang Kai She stimmten sie der Parole zu „Rückgabe [266] der politischen Macht an die Massen“. Die linken Armeeführer Feng Yuhsiang und Yy Yo Yin werden jetzt ihre Kräfte der Kuo Min Tang voll und ganz zur Verfügung stellen. Die Kuo Min Tang ist nicht eine „verfaulende Leiche“, wie manche Linke befürchteten, sondern eine zu neuem Leben erwachte, gekräftigte Partei.

Was das von den revolutionären Truppen eroberte Territorium anbetrifft, so ist es nach dem Abfall Chang Kai Shes zum größten Teil in Händen der Kuo Min Tang-Regierung verblieben. Besonders gehören noch die Kerngebiete der Revolution, so am Jangtse die Provinzen Hunan, Hupe, Kiangsi, Nganhui, am Hoangho Shensi und Kansu. Die übrigen in ihrem Besitz befindlichen Provinzen sind Szechuan, Kuichow und Honan. Die Stellung Kwangsi’s und Yünnan’s ist unbestimmt; man kann sie weder fest zu uns noch zu Chang Kai She rechnen. Chang Kai She hält vollkommen besetzt die Provinzen Tschekiang und Fukien, ferner Süd-Kiangsu und Ostkwantung. In Nordkwantung befindet sich noch ein Teil revolutionärer Truppen und außerdem ist dort der Verräter-General Li Dji Chin, der seit langem mit Chang Kai She rivalisiert. In Kiangsu steht noch ein großer Teil für Chang Kai She unzuverlässiger, das heißt parteitreuer Truppen.

Was die Armee anbelangt, gehört der allergrößte Teil zur Partei. Gute kampffähige Truppen gibt es, ausgenommen die Feng Yuhsiang-Armee, 10 Armeekorps; davon untersteht nur das erste Chang Kai She und ein Teil des vierten dem General Li Dji Chin. Die übrigen, das 2., 3., 6., 7., 8., 11., 13., 35. und 36. und ein Teil des 4. unterstehen der Führung von Linksgeneralen. Die Feng Yuhsiang-Truppen, 200.000 gut disziplinierte und gut bewaffnete Soldaten, sind Kuo Min Tang-Regierungstreu. In all den jetzigen Parteitruppen sind der größte Teil der politischen Leiter und ein Teil der Unteroffiziere Kommunisten. Zum neuen Oberkommandierenden der Armee wurde Feng Yuhsiang ernannt, zu seinem Beistand lang Sen Dji. Obwohl beide früher ganz bürgerliche Generale waren, setzen sie sich heute, vor allem Feng Yuhsiang, mit Energie für die Revolution ein. Sie haben beide besonders die Kommunisten und die Linkskuomintang-Leute zur politischen Aufklärung ihrer Soldaten herangezogen.

Die Imperialisten gehen heute schärfer als je gegen die Kuo Min Tang vor und nicht mehr nur die Briten sind die aktiven Kräfte, sondern auch die Japaner und ihre Bundesgenossen, die Franzosen greifen tatkräftig ein. In Zusammenarbeit mit Tschang Tso Lin und Chang Kai She soll die Teilung Chinas durchgeführt werden. Wie die Kuo Min Tang-Zentrale telegraphisch mitteilt, befindet sich

der Theoretiker Da Tsche Tau als Abgesandter Chang Kai She's heimlich in Frankreich. Wahrscheinlich will er erreichen, daß Frankreich mit Japan und England zusammen die Nanking-Regierung anerkennt und alle gemeinsam dann eine Aktion gegen die Hankowregierung unternehmen.

Aus dem Verrat Chang Kai She's muß die kommunistische Partei Chinas viele Lehren ziehen. Sie hatte schon lange erkannt, daß die Gefahr eines Verrats vonseiten der Rechten besteht. Aber Chang Kai She gegenüber waren sie, als er sie schwankend immer wieder zu sich heranzog, doch nicht genügend mißtrauisch. Ein Fehler, den sie bereits erkannt haben, ist es, daß sie es bis zur 7. Erweiterten Exekutive verschmähten, Beamtenstellen zu besetzen, und daß sie im April vergangenen Jahres durch Provokation der Rechten ihre Posten als politische Kommissare in der ersten Armee niedergelegt haben, wodurch diese zur Garde des Verräters Chang Kai She's geworden ist. Auf dem 4. Parteitag der kommunistischen Partei Chinas 1925 hatte man eine rechte Gefahr beseitigen müssen. Auf dem 5. Parteitag in diesem Jahre wird man die Linksgefahr, die auf der VII. Ekki-Sitzung erkannt wurde, endgültig beseitigen.

Der Arbeiterschaft wurde durch den Verrat Chang Kai She's ein schwerer Schlag zugefügt. Die Gewerkschaftsbewegung in Schanghai und Kanton muß wieder illegal arbeiten. Trotzdem wird die Arbeiterschaft die Führung in der revolutionären Bewegung behalten. In der letzten Zeit hat sich in Wuhan und Changsha ein neues Gewerkschaftszentrum herausgebildet.

[267] Die Bauernorganisationen, die eng mit den Arbeiterorganisationen zusammenarbeiten, haben besonders in Hunan, Hupe, Honan und Kiangsi einen ungeheuren Aufschwung genommen. Vor allem in Hunan haben die Bauern einen vollkommenen Umsturz in der bisherigen Gesellschaftsordnung herbeigeführt. Auf jeden Fall bleibt die Hegemonie der Arbeiter in Verbindung seit den Bauern in der chinesischen Revolution gesichert. Die chinesische Bourgeoisie, zu schwach und zu unfähig zur selbständigen Führung der nationalen Revolution, wird sich weiter in die Abhängigkeit der Imperialisten begeben. Für die Erreichung unseres Zieles, der Durchführung der sozialen Revolution ist es unbedingt notwendig, daß die Kommunisten noch enger mit der Kuo Min Tang und die Arbeiter noch enger mit den Bauern und Kleinbürgern zusammenarbeiten und geschlossen eine unversöhnliche Haltung gegen die Imperialisten bewahren und ohne Aufschub mit der Demokratisierung in Stadt und Land gegen die Feudalisten beginnen.

*

Struktur und Profitrate des deutschen Aktienkapitals.

Von R. A n d e r s.

I.

Im Laufe des Jahres 1926 sind einige Veröffentlichungen über die neueste Entwicklung des deutschen Aktienkapitals erschienen, welche deutlich die tiefgehenden Veränderungen in der Struktur des deutschen Kapitalismus und die Verschiebung seiner inneren Kräfteverhältnisse erkennen lassen. „Wirtschaft und Statistik" (Nr. 10 und 12 von 1926) teilte die Ergebnisse der Zählung deutscher Aktiengesellschaften vom 31. September 1925 und ihre Geschäftsergebnisse im Jahre 1924/25 mit, der Bericht der „Diskontogesellschaft" vom 15. Juni 1926 brachte eine Statistik über die Gewinnausschüttung von 641 Aktiengesellschaften in 1925/26, deren an der Berliner Börse notierte Aktien 40 % des ganzen deutschen Aktienkapitals repräsentieren; auch die Berichte der „Reichskreditgesellschaft" enthalten Material zur Beurteilung der Profitrate des deutschen Aktienkapitals. Schließlich hat die neueste Veröffentlichung des Statistischen Reichsamts über „Konzerne, Interessengemeinschaften und ähnliche Zusammenschlüsse im Deutschen Reich Ende 1926" einen zwar absichtlich unvollkommenen und dürftigen, aber immerhin ersten Versuch zur ziffernmäßigen Darstellung des , monopolistischen deutschen Kapitalismus i m g a n z e n unternommen.

Diese Materialien werden im folgenden zum Ausgangspunkt einiger Fragestellungen, die für uns eine gewisse Bedeutung haben, genommen, und zwar:

1. In welchen Wirtschaftszweigen fand und findet Zentralisation, in welchen Dezentralisation statt?

2. Welche Wirtschaftszweige können als faktisch monopolistisch gelten?

3. Wie entwickelt sich die Durchschnitts-Profitrate des deutschen Aktienkapitals?*) [268]

II.

Die Auszählung der Aktiengesellschaften (im folgenden AG) ergab folgendes Bild:

30.9.1909	5222	AG	mit	einem	(Nominal)Kapital		von	14,7	Milld.	M.
31.12.1919	5710	"	"	"	"	"	"	21,0	"	"
31.12.1925	14.978									
darunter tätig										
	13010	"	"	"	"	"	"	19,1	"	"
31.10.1926	12.392	"	"	"	"	"	"	20,3	"	"

Eine nur 40 prozentige Geldentwertung vorausgesetzt, ergibt sich für das deutsche Aktienkapital der Vorkriegszeit ein Gegenwartswert von 19,7 Milliarden Mark. Mit anderen Worten: Einer Vermehrung der Zahl der AG um 137% steht eine Vermehrung des Aktienkapitals um höchstens 3 % gegenüber. Der erste Augenschein spräche also für eine Dezentralisation des deutschen Aktienkapitals im ganzen. Der Vergleich zwischen 1925 und 1926, in welchem Zeitraum die schwerste „Sanierungskrise“ des deutschen Kapitalismus gewütet hat, zeigt außerdem. daß sich die Tendenz zum Abbau des in der Inflation aufgeblähten Unternehmungsapparats bisher nur sehr schwach durchgesetzt hat: Von den tätigen AG sind der Krise, unter Einrechnung der Neugründungen, nur etwa 5 % zum Opfer gefallen. Nicht anders gestaltet sich das Bild, wenn statt des Nominalwertes der Kurswert des Aktienkapitals verglichen wird. Nach einer Berechnung der Reichskredit-Gesellschaft, die wir weiter unten noch verwenden werden, war der Kurswert von 386 Berliner Börsenwerten die vor dem Kriege bereits notiert wurden, am 25.6.1914 9,4 Milliarden, M., am 6.6.26 nur 8,1 Milliarden Mark. Die seitherige Hausse mag den Kurswert inzwischen bis auf den Stand von 1914 gebracht haben, kaum höher. Daraus ergibt sich ohne weiteres die Berechtigung, die Kapitalien der Vorkriegszeit mit den heutigen zu vergleichen.

Die Zunahme der Zahl der AG ist natürlich in den einzelnen Wirtschaftszweigen in ganz verschiedener Stärke erfolgt. Sie ist ganz allgemein begleitet worden von einer im Verhältnis zur Vorkriegszeit beispiellosen Zentralisation der Banken und der maßgebenden Industrien, die sich statistisch insofern nur unvollkommen auswirken konnte, als trotz praktischer Verschmelzung von Unternehmungen die Rechtsform der Einzelunternehmung gewahrt blieb. Die zahlenmäßig überwiegenden Interessengemeinschaften und Beteiligungen blieben vollends unerfaßt. Dies allein würde aber die ungeheure Zunahme der Aktiengesellschaften, die zweifellos die Kurve der Neugründungen im ganzen beträchtlich überhöht, nicht erklären können. Es hat, begünstigt durch die faktische Außerkraftsetzung der Vorschriften über das Mindestkapital der AG während der Inflationszeit und angereizt durch die leichtere Möglichkeit zu Steuerhinterziehungen, eine starke Verdrängung der alten Unternehmungsformen, besonders der offenen Handelsgesellschaft, durch die entwickelste Unternehmungsform, die AG, eingesetzt. (Nur daß, allen bürgerlichen Prophezeiungen zum Trotz, die Stabilisierung keine erhebliche Rückbildung dieses Prozesses hervorgerufen hat.) Infolgedessen sind die im folgenden verwendeten Begriffe Zentralisation und Dezentralisation nur relativ zu verstehen.

Zunächst ist eine völlig verschiedene Entwicklung in den beiden großen Gruppen von AGen, „Industrie“ und „Handel“, festzustellen. Die dritte wichtige Gruppe, „Verkehr“, hat sich gegenüber der Vorkriegszeit kaum verändert. Wie die folgende Gegenüberstellung zeigt, ist beim Handel ein ständiges Ansteigen des prozentualen Anteils an der Gesamtzahl der AG und ein ständiges Sinken des

*) Bei dieser letzteren Frage muß einschränkend bemerkt werden, daß sie sich mit einiger Vollständigkeit nur auf Grund des Vergleichs von Durchschnittsdividenden beantworten läßt. Nun drückt die Dividende bloß einen Teil der Profitrate aus, und ein Vergleich der Dividenden verschiedener Zeiträume würde voraussetzen, daß das Verhältnis zwischen Profitrate und Dividende im großen Durchschnitt gleichbleibend ist. Wäre die verbreitete und vielfach zu stützende Annahme, daß der Monopolkapitalismus die Tendenz zur Senkung der Durchschnittsdividende im Verhältnis zur Profitrate hat, zutreffend – wir selbst sind dieser Meinung –, dann hätte dieser Vergleich nur sehr bedingten Wert.

prozentualen Kapitalanteils zu beobachten, während es sich bei der Industrie gerade umgekehrt verhält. [269]

Anteil des Handels (einschließl. Banken)	1909	1919	1925	1926
an der Zahl	15,2 %	16,3 %	29,6 %	27,8 %
am Gesamtkapital	30,9 %	26,4 %	12,6 %	12,5 %
Anteil der Industrie				
an der Zahl	64,6 %	63,5 %	60,1 %	61,4 %
am Gesamtkapital	51,3 %	56,7 %	76,0 %	75,9 %

Von 1919 bis 1924 ist also der Anteil der Industrie an der Gesamtzahl der AG-en um 4 % gesunken, ihr Anteil am Gesamtkapital aber um 33 % gestiegen. Da zudem eine große Anzahl von Umgründungen in die Aktienform stattgefunden hat, ist der Rückgang der Zahl der industriellen AG in Wirklichkeit mehrfach höher. Der relative Zentralisationsprozeß ist also in der Industrie unverkennbar, auch ohne besondere Berücksichtigung der Tatsache, daß gerade die kapitalstärksten Gruppen von Aktiengesellschaften (Montan-, Chemische-, Elektro-Industrie) am häufigsten fusionieren.

Im Handel dagegen ist der Anteil an der Gesamtzahl der AG-en von 1919 bis 1927 um 71 % gestiegen, der Anteil am Gesamtkapital um 53 % zurückgegangen. Da bekanntermaßen im Handel eine große Zahl von Neugründungen erfolgt ist, hat hier ein unverkennbarer Dezentralisationsprozeß stattgefunden. Er zeigt sich noch schärfer, wenn man die Banken von den Handelsgesellschaften trennt. In der Gesamtzahl gab es:

	1919		1926	
	Anzahl	Kapital in G.-M.	Anzahl	Durchschnittskapital in G.-M.
Banken	400	11.520	720	2304
sonstiger Handel	533	1755	2728	325

Es hat also bei den Aktien-Banken eine Vermehrung um 80 % stattgefunden und das Durchschnittskapital senkte sich auf den 5. Teil von 1919; bei den Handelsgesellschaften dagegen eine Vermehrung um etwa 410 % und ein Rückgang des Durchschnittskapitals auf 17 % von 1919. Der Handel ist der eigentliche Sitz der „Inflation“ der Aktiengesellschaften.

Wenn die Industrie sich auch relativ, im Verhältnis zum Handel, zentralisiert hat, so nimmt sie doch an der allgemeinen Vermehrung der Aktiengesellschaften in hohem Maße teil. Die nachstehende Tabelle gruppiert die großen Gruppen von Industrie-AG-en nach der prozentualen Größe ihrer Zunahme:

	Zahl der Aktiengesellsch.		Zunahme
	1919	1926	in %
Chemie	226	620	174
Eisen und Metall (einschl. Hüttenwerke, Elektrotechnik und Feinmechanik	826	2026	145
Textil	393	839	110
Steine und Erden	351	623	78
Nahrungs- und Genußmittel	905	1365	50
Bergbau und mit Bergbau verbundene Betriebe	201	262	30

Auch in der Landwirtschaft und Fischerei ist die Zunahme prozentual sehr beträchtlich, aber die absolute Ziffer der AG ist ganz unbedeutend – 84, einschließlich Fischerei – und ebenso das Gesamtkapital – 35 Mill. RM. bei Landwirtschaft, 42 Mill. RM. bei Fischerei, wobei nur 17 Gesellschaften ein Kapital von mehr als 1 Mill. RM. aufweisen.

Zur richtigen. Bewertung dieser Ziffern wäre noch ein Vergleich der Entwicklung der Durchschnittskapitale nötig, den die Statistik aber nicht gibt, weil angeblich die Zusammensetzung der Gruppen im Verhältnis zu früheren Zählungen zu verschieden ist. Gehen wir aber [270] von der Höhe der Durchschnittskapitale am Tage der Zählung aus, dann zeigt sich, daß die Zunahme der AG in den beiden Gruppen höchster Durchschnittskapitale: Gemischte Montanindustrie und reiner Bergbau, am geringsten war. Erst die Gruppe vierthöchsten Durchschnittskapitals: Eisen- und Metallindustrie, weist eine starke Vermehrung, fast 200 %, auf und auch nur darum, weil in dieser

Gruppe wenige Gesellschaften mit großem Durchschnittskapital: Hütten und Elektrobetriebe, die sich nur in geringem Maße vermehrt haben, kombiniert sind mit zahlreichen kapitalschwachen Unternehmungen der Metallfertigindustrie, unter denen die AG beträchtlich zugenommen haben. Das wird durch die Verteilung der Gruppe, Eisen- und Metallindustrie, wie sie die Zählung von 1926 vornahm, sehr deutlich; von den 2026 AG dieser Gruppe entfallen auf:

Industriezweig	Zahl	Durchschnittskapital		
Eisen- und Metallgewinnung	168	2,65	Mill.	RM
Mit Eisen- und Metallgewinnung verbundene Werke	57	5,14	"	"
Herstellung von Eisen- und Metallwaren	420	0,76	"	"
Maschinenbau (einschließlich Apparate und Fahrzeuge	1018	1,66	"	"
Elektrotechnik	259	2,59	"	"
Feinmechanik und Optik	104	1,09	"	"

Es sind also drei Gruppen verhältnismäßig hohen Durchschnittskapitals und starker Konzentration vereint mit einer Gruppe mittleren und zwei Gruppen besonders niedrigen Durchschnittskapitals. (Das Durchschnittskapital der industriellen AG beträgt etwa 2,1 Mill. RM)

Zahl der AG und Durchschnittskapital verhält sich in fast allen Industriegruppen umgekehrt. Die wichtigsten Gruppen, die o b e r h a l b des Gesamtdurchschnitts liegen, greifen wir im folgenden, geordnet nach der Größe ihrer Durchschnittskapitalien, heraus. (Stand von Ende 1926.)

Gruppe	Gesamtkapital in Mill. M	Zahl der AG	Durchschnitts-Kapital einer AG in Mill. M
1. Mit Bergbau verbundene Unternehmungen (Gemischte Montankonzerne)	2798	84	33,3
2. Steinkohlenbergbau	467	25	18,4
3. Kalibergbau .	299	24	14,2
4. Farbenindustrie.	1147	81	14,1
5. Elektrizitätsversorgung	1349	206	6,5
6. Braunkohlenbergbau	379	65	5,8
7. Eisen- und Metallhütten mit Verarbeitung	293	57	5,1
8. Seeschiffahrt	288	75	3,8
9. Bahnverkehr	989	266	3,7
10. Großeisenindustrie einschließl. Gießereien .	300	91	3,3
11. Elektrotechnik	671	259	2,6
12. Banken	1659	720	2,1
Dagegen liegen folgende große Gruppen unterhalb des Durchschnitts:			
1. Maschinen- und Apparatebau	1659	1018	1,6
2. Chemie ohne Farben	706	539	1,3
3. Textilindustrie	1081	839	1,3
4. Nahrungs- u. Genußmittel	1365	1312	1,0
[271] Im Gesamtdurchschnitt der drei Gruppen ergibt sich:			
1. Industrie der Grundstoffe	5433	1120	4,8
2. Verarbeitende Industrie	9839	6290	1,6
3. Handel und Verkehr	4789	4589	1,4

III.

Die Höhe der Durchschnittskapitalien ist ein ziemlich genauer Gradmesser für die Verteilung des wirtschaftlichen Schwergewichts. Sie besagt aber an sich noch nichts über den Grad der M o n o p o l i s i e r u n g in den verschiedenen Kapitalsphären. Wenn wir zur Beantwortung dieser Frage die Konzernstatistik des statistischen Reichsamts heranziehen, so darf die Beschaffenheit dieser Quelle die Antwort von vornherein als unvollkommen erscheinen lassen. Einmal ist die Darstellung des statistischen Reichsamts innerhalb ihrer selbst gesteckten Grenzen lückenhaft: sehr viele Konzernherren haben sich den Teufel was um die Umfrage geschert und die Antwort verweigert. An solchen Stellen erschien dann eine schamhafte Bemerkung: „Nur nach Pressemeldungen zusammengestellt.“ So fängt es gleich bei den Vereinigten Stahlwerken an! Weiter enthalten die Angaben grobe Fehler und Auslassungen. Vor allem aber ist das ganze Material rein unter juristischen Gesichtspunkten, ohne jede Rücksicht auf die tatsächlichen ökonomischen Zusammenhänge, dargestellt. So begründet

einerseits eine Beteiligung der „Hochtief“ an der „Mologa“ von 0,9 % eine „Interessengemeinschaft“, während andererseits von einer Beteiligung des Herrn Otto Wolf an „Rheinstahl“, „Phönix“ und „Demag“ „amtlich“ nichts bekannt ist, obzwar sie über 0,9 % sehr erheblich hinausgeht. Oder vielleicht gerade deshalb! Außerdem entsteht aber die Frage, wie weit K a r t e l l e einer nicht hochzentralisierten Industrie, etwa die deutsche Tuchkonvention oder das Nähseiden-Syndikat, faktisch monopolistisch wirken. In dieser Frage herrscht in der bürgerlichen Statistik so viel Klarheit, daß sie es noch nicht einmal zu einem einfachen Kartellverzeichnis gebracht hat.

Wir betrachten zum Zwecke einer ersten Orientierung das Material nach zwei Gesichtspunkten: einmal die Zweige hoher Konzernierung; zweitens die Zweige mit Riesenunternehmungen, zu denen alle AG mit über 50 Mill. Mark Kapital gerechnet werden sollen. Der zweite Gesichtspunkt ermöglicht eine gewisse Korrektur des ersten, die darum nötig ist, weil bei Anwendung des ersten, ein Konzern mit 1 Milliarde und einer mit 3 Millionen Mark gleichviel „wiegt“.

Nach dem Grad der Zentralisation ordnen sich die einzelnen Kapitalsgruppen folgendermaßen: (Gesamt- und Durchschnittskapitalien vgl. Tabelle auf Seite 270.)

G r u p p e	In Konzernen zusammengeschlossen in % des Gesamtkapitals	Zahl der AG in Konzernen
Kalibergbau	98,3	20
Gemischte Montanindustrie	97,9	54
Farbenindustrie	96,3	9
Braunkohlenbergbau	94,5	39
Steinkohlenbergbau	90,1	15
Elektrotechnik	86,9	63
Mit Eisen- und Metallgewinnung verbundene Betriebe	83,3	16
Elektrizitätsversorgung	82,8	135
Seeschiffahrt	80,9	21
Versicherung	76,9	155
Banken	73,8	142

[272] Bei den übrigen g r o ß e n Gruppen beträgt die Zahl der konzernierten AG weniger als 50 %, ist aber doch teilweise überraschend hoch: Maschinenbau 47,2 %, Nahrungsmittel 40,6 %, Textil 37,3 %. Wesentlich anders gestaltet sich das Bild, wenn der G r a d der absoluten Monopolisierung ohne Berücksichtigung der formal-statistischen Ergebnisse untersucht wird, Es ergibt sich dann s c h ä t z u n g s w e i s e:

G r u p p e	Zahl der großen Monopolisten	Ungefähre Kapitalisierung d. Monopolisten in Mill. M	Verteilung d. Kapitals auf die einzelnen Monopolisten in %			
Chemie (ohne Erdöl)	1	3000	100			
Kali[1)]	2	600	57	43		
Gemischte Montan	7	2500	einer 50, Rest zus. 50			
Elektrotechnik	2	700	55	45		
Schiffahrt	2	500	55	45		
Steinkohle[2)]						
„reine Zechen“	3	400	40	20	20	
Braunkohle[3)]	4	550	40	30	20	10
Banken	6	1000	25	20	20	
			15	10	10	

1) Untereinander neuerdings verknüpft und auf dem Wege zum Einheitstrust.
2) Außerdem staatlich preußischer Konzern.
3) Außerdem bedeutende Teile im Besitz von I. G. Farben.

IV.

Es bedeutet keineswegs eine Uebertreibung zu sagen, daß diese 27 Unternehmungen, die noch dazu vielfältig untereinander verflochten sind, die alleinigen Herren des deutschen Kapitals sind: ein in Europa nirgendwo auch nur entfernt erreichter Grad von Zentralisation. Diese 27 Unternehmungen verfügen nach unserer Schätzung über ein Kapital im Kurswert von 9¼ Milliarden Mark. Der

Kurswert des ganzen deutschen Aktienkapitals mag heute etwas über 30 Milliarden Mark betragen. 27 Unternehmungen haben kapitalsmäßig die Hälfte der Stärke von rund 12.000 Unternehmungen! Der Prozeß der Monopolisierung der deutschen Schlüsselindustrien ist also im wesentlichen beendet. Die Kämpfe, die sich jetzt abzuspielen beginnen, sind bereits Kämpfe um Neuverteilung des Besitzes, Versuche der verbliebenen Großen, einander aufzufressen. Solche Anbahnungen eines Einheitstrustes, wie ihn vorerst allein die I.-G. Farben darstellt, lassen sich in der Kali-, Elektroindustrie und in der Schiffahrt beobachten. In Braunkohle, gemischter Montanindustrie und bei den Banken werden dauernd Anstrengungen zur Verkleinerung der Zahl der großen Monopolisten gemacht. Es läßt sich schon voraussehen, daß hier bald der Durchgangszustand der Zweier-Gruppierung, wie er heute bei den drei oben genannten Industrien besteht, eintreten wird.

Nicht weniger bedeutungsvoll als die Aenderungen in der Struktur des deutschen Aktienkapitals ist die Entwicklung seiner Profitrate. Wenn wir zu ihrer Beurteilung auch die Dividendenstatistik mit heranziehen so müssen wir einschränkend an die einleitenden Bemerkungen erinnern: Die Aktionäre sind, soweit dies bis zur Inflation noch nicht geschehen war, durch das System der Mehrstimmenaktien derart entrechtet, daß die Dividendenfestsetzungen reine Willkürakte der Verwaltung geworden sind, die höchstens noch zur Regulierung des Börsenkurses bei Vornahme von Kapitalerhöhungen oder Fusionen dienen.

So kommt es, daß Gesellschaften, die vor dem Zusammenbruch stehen, nicht unbeträchtliche Dividenden ausschütten, z. B. die Ufa, dagegen Gesellschaften mit hohem, aber in Investitionen und Abschreibungen verstecktem Reingewinn es sich leisten können, dividendenlos zu bleiben, so bis vor kurzem die Montanunternehmungen. Daher ist der Börsenkurs, der künftige Gewinnchancen vorwegnimmt, vielfach ein richtigerer Gradmesser der wirk-[273]lichen Rentabilität. Trotzdem hat der Dividendenvergleich Wert als Symptom der tendenziellen Entwicklung der Profitrate und ergibt bei den einzelnen Gruppen nach dem Gesetz der großen Zahl wahrscheinlich ein ziemlich richtiges Bild.

Für das Geschäftsjahr 1924/25, das mit dem 1. Juli 1925 schloß, hat das statistische Reichsamt die Abschlußziffern von 7666 Gesellschaften mit 14 Milliarden Mark Eigen-Kapital, also von 76 % des Gesamtkapitals, ausgezählt und bei den Vorkriegsgesellschaften den Bilanzen 1913/14, im übrigen den Reichsmarkeröffnungsbilanzen (nach der Goldumstellung) gegenübergestellt. Der Abschlußtag ist bei mehr als % der Gesellschaften der 31. Dezember 1924, so daß diese Ziffern zur Beurteilung der neueren Entwicklung nicht mehr in Betracht kommen. Diese wird vielmehr auf Grund privater Zählungen zu behandeln sein.

Von den 7666 AG wiesen 65 % (4988) einen Bilanzgewinn aus, 29 % (2287) einen Verlust, 6 % (391) schlossen ohne Gewinn oder Verlust ab. Der Durchschnittsgewinn, der aus der Gewinnsumme abzüglich Verlustsumme berechnet wurde, betrug 4,1 % des Eigenkapitals der AG gegen 8 % 1913/14, ist also um beinahe die Hälfte zurückgegangen. Noch ungünstiger war das Verhältnis nach Abzug der Nachkriegsgesellschaften, nämlich 4,4 % gegen 10,5 %. Die Schwankungen bei den einzelnen Gruppen sind beträchtlich (vergleiche die Tabellen weiter unter). Interessant ist die Tatsache, daß sich die Dividendenlosigkeit, wie die folgende Tabelle zeigt, bei den kleinsten Gesellschaften häuft und auch bei den größten wieder zunimmt, aber aus ganz verschiedenen Ursachen.

Kapitalgröße	Dividendenlos blieben in %	
	nach der Zahl der AG	nach dem eingezahlten Kapital in % des Aktienkapitals
bis 50000 M	92,8	90,5
50000–100000 M	81,8	82,4
100000–500000 M	73,3	71,2
500 000–1 Mill. M	59,6	59,2
1 Mill. M.–10 Mill. M	41,4	39,0
10 Mill. M.–25 Mill. M	29,5	28,3
über 25 Mill M	34,2	40,5
Gesamtdurchschnitt	68,9	40,5

Nach der Höhe der Dividenden liegen die mittleren AG-en, mit einem Kapital von 100 000 – 10 Millionen Mark, am günstigsten, da bei ihnen die größte Zahl von Dividenden bis 5 % verteilt wurde.

Hauptsächlich zwischen 5 und 10 % liegen die Dividenden der Gesellschaften mit über 10 Millionen Mark Kapital, die sich mit Hilfe des Börsenkurses regulieren. Bemerkenswert ist, daß Dividenden über 10 % am häufigsten bei den Zwerggesellschaften bis 50.000 M. vorkommen und bei den Gesellschaften über 25 Millionen Mark gänzlich fehlen. Die hohe Dividende hat also eine direkte Proportion zur Möglichkeit der Gewinnverschleierung, die ein Reservat der großen Gesellschaften ist.

Die Höhe der Dividende in den einzelnen Kapitalsgruppen können wir bereits zusammen mit den Abschlußziffern für das Geschäftsjahr 1925 betrachten. Die Betrachtung bezieht sich nur auf Gesellschaften, die bereits vor dem Kriege bestanden hatten; die Statistik der „Disconto-Gesellschaft“ erfaßt nur Unternehmungen, deren beide letzte Dividenden bereits in Goldmark verteilt wurden. [274]

Wirtschaftszweig	Stat. Reichsamt				Diskonto-Gesellschaft			
	Zahl	Heutiges Kapital in Mill.	Dividenden in %		Zahl	Heutiges Kapital in Mill.	Dividenden in %	
			1913/14	1925			1913/14	1925
Bergbau	78	963	10,43	3,27	52	1599	10,9	2,4
Gemischte Montanindustr.	39	1320	9,81	0,69				
Maschinenindustrie	254	905	7,84	3,04	82	541	8,6	1,7
Metallindustrie	–	–	–	–	76	499	11,2	2,8
Elektroindustr.	42	503	9,16	4,74	12	415	8,7	5,5
Chemie	131	1144	16,16	6,60	31	969	20,5	7,4
Textil	206	519	7,28	6,27	60	282	9,5	5,7
Papier	107	184	6,72	5,24	19	98	6,0	8,2
Schiffahrt	39	214	10,38	0,89	7	152	11,6	1,3
Banken	199	1023	7,70	7,63	41	823	8,5	9,1
Alle Gruppen	2613	10.880	8,42	4,29	641	7096	9,8	5,4

Dieses Material wird ergänzt durch eine Statistik der Reichskreditgesellschaft, welche die Höhe der Dividenden im Verhältnis zum K u r s w e r t der Aktie errechnet. Nach ihr ergibt sich für obige Gruppen, soweit sie besonders erfaßt sind:

Wirtschaftszweig	Kurswert				Dividende in % des Kurswertes 1. Halbjahr	
	Zahl	25.4.1914	Zahl	6.6.1926	1914	1926
Montanindustrie	41	1876	47	1979	5,8	2,0
Maschinenindustrie	45	366	70	315	6,3	4,6
Elektroindustrie	23	1086	32	868	5,2	5,0
Chemie	18	893	26	1633	5,5	4,1
Textil	38	234	60	330	6,2	5,0
Papier	10	107	16	93	6,4	7,6
Banken	43	3064	60	1233	5,6	6,8
Gesamtergebnis	386	9388	568	8131	5,8	4,6

Die neueste Zählung ist die methodisch wenig einwandfreie des „Berliner Tageblatts“ (4. März 1927, Nr. 107). Sie umfaßt eine Beobachtungszeit von drei Monaten und zwar November 1926 bis Januar 1927. Die Zahl der mit Gewinn abschließenden Unternehmungen erhöht sich danach auf 77 %, nach dem Kapitalwert gerechnet. Der Durchschnittsverlust des Restes beträgt allerdings die enorme Ziffer von 20 % des Nominalkapitals. Die Durchschnittsgewinne (Rohgewinn) sind auf 7 % des Nominalkapitals gestiegen, gegen 4,1 % bei der Zählung des statistischen Reichsamtes. Soweit Dividenden ausgeschüttet werden, betragen sie im Durchschnitt nur die H ä l f t e des Reingewinns. Der Rest wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Bei einem Vergleich der Profitraten, soweit sie in Dividendenform auszudrücken sind, mit der Vorkriegszeit, muß man in erster Reihe an die Verschiedenartigkeit des Z i n s n i v e a u s 1913/14 und 1925 denken. Grob geschätzt war 1913/14 eine Dividende von 5 % nötig, um ein Börsenpapier auf

dem Pan-Kurs zu halten, 1924/25 dagegen eine Dividende von 10 %. Seither hat sich dieses Verhältnis wieder der Vorkriegsnorm angenähert. Bei „großen“ Spekulationswerten wird bereits eine 4 %ige Dividende als „Berechtigung“ zum Pan-Kurs angesehen.

Die Arbeit der Reichskreditgesellschaft ermöglicht eine wesentliche Korrektur der ersten Aufstellung, aus der leicht übertriebene Schlüsse [275] gezogen werden könnten. Auf das Nominalkapital bezogen, würde die Zählung des Statistischen Reichsamtes und die der Disconto-Gesellschaft besagen, daß die Profitrate des deutschen Kapitals gegenüber der Vorkriegszeit 1925 halbiert wurde (die Disconto-Gesellschaft weist für das vorletzte Geschäftsjahr, das ungefähr der Zählung der R.Kr.Ges. entspricht, eine Durchschnittsdividende von 4,1 % aus). Und das wäre bei einer Umkehrung der Sätze für langfristiges Kapital geschehen, die 1924/25 ungefähr doppelt so hoch wie 1913/14 standen, so daß sich folgendes Bild ergeben würde:

	1913	1925
Durchschnittsdividende der großen Aktiengesellschaften	9 %	4,5 %
Realverzinsung der Industrie-Obligationen	4,5–5 %	8,5 %

Der Gewinn des Produzenten stände also im Verhältnis zu den Zinsen, die er an den Leihkapitalisten zu zahlen hat, auf ¼ der Vorkriegszeit.

Aber das bezieht sich nur auf das Nominal-Kapital, das eine irreale Größe darstellt. Das tatsächlich arbeitende, „Mehrwert heckende“ Kapital wird viel richtiger durch die Kursbewertung der Aktien erfaßt. Diese ergibt, daß der Unterschied in der Profitrate ein wesentlich kleinerer sein muß. Für 1924/25 kann man noch mit einiger Wahrscheinlichkeit behaupten, daß das deutsche Aktienkapital nur halb so viel Profit abgeworfen hat, wie 1913/14. Seither ist, bedingt durch Rationalisierung ebenso wie durch Senkung des Zinsniveaus ein Ausgleich eingetreten, dem zufolge sich die Durchschnittsprofitrate jetzt auf ungefähr $^3/_4$ der Vorkriegszeit stellen dürfte und bei großen Monopolisten bereits darüber steht. Zusammenfassend lassen sich folgende dauernde Strukturunterschiede des deutschen Aktienkapitals gegenüber der Vorkriegszeit feststellen:

1. Relative Zunahme der Aktiengesellschaften auf Kosten der anderen Unternehmungsformen, wobei die Zahl der mittleren Unternehmungen durch Fusion zu Riesenunternehmungen abgenommen hat und die kleinsten durch Um- und Neugründungen stark vermehrt wurden.

2. In der Schwerindustrie Zunahme des Durchschnittskapitals als Folge der Zentralisation und Abnahme der Dividende als Folge der stärkeren Stellung gegenüber den Aktionären.

3. Bei den Banken und im Handel Abnahme des Durchschnittkapitals.

4. Fortführung der Monopolisierung bis zu dem Punkt, an dem der Endkampf der verbliebenen Monopolisten der Schlüsselstellungen um die 100 %ige Trustmacht beginnt. Anfänge des Einheitstrusts in führenden Industrien.

5. Die ausgeschüttete Dividende bleibt in Umkehrung der Vorkriegsverhältnisse hinter dem Leihsatz für langfristiges Kapital zurück. Als Folge davon gewinnt die Kapitalisierung durch Anleihen gegenüber der Aktienemission erhöhte Bedeutung.

6. Das Zurücktreten der Aktienemission verändert teilweise die Formen der Kontrolle der Industrie durch die Banken. (Ueberwiegen geheimer Anleihe.. und Kreditklauseln gegenüber Emissionsvereinbarungen). Doch ist kein Anlaß zur prinzipiellen Revision unserer Auffassungen über das Finanzkapital (im Sinne einer während der Inflation vielfach behaupteten „Emanzipation der Industrie vom Bank-Kapital) vorhanden. Die vorübergehende Emanzipation vom heimischen Bank-Kapital hat eine um so stärkere Abhängigkeit vom ausländischen bewirkt.

(Abgeschlossen im März 1927.)

[276]

„Der Kampf um die Seele der Arbeiterschaft“

Aus allen Kundgebungen der deutschen Unternehmer in der letzten Zeit kann man immer wieder eine Forderung heraushören: eine große geistige Umerziehung des gesamten werktätigen Volkes, die vor allem eine geistige Umerziehung der Arbeiterschaft ist, in die Wege zu leiten. Sie soll die ideologische und politische Abhängigkeit der werktätigen Massen von der herrschenden Klasse, die durch Kriegs- und Nachkriegsereignisse in einem für die Autorität der herrschenden Machthaber bedenklichen und unerträglichen Maße aufgelockert wurde, erneut und verstärkt wieder aufrichten. „Der Kampf um die Seele der Arbeiterschaft“ sei die Losung der nächsten Periode, so hatte bereits vor etwa eineinhalb Jahren ein Führer der deutschen Schwerindustriellen, der Generaldirektor Dr. Vögeler, verkündet, nachdem er vorher festgestellt hatte: „Die große Masse unserer Arbeiter, und, ich muß hinzufügen, auch unserer Angestellten, steht dem Werk und dem Prozeß im Werk fremd, sogar feindlich gegenüber“.

Auf verschiedenen Wegen sucht das deutsche Unternehmertum diese seine Ziele zu verwirklichen. Auf der berühmten Dresdener Tagung hatte einer der industriellen Führer, S i l v e r b e r g, sich zu der Ansicht bekannt, daß die „Seele der deutschen Arbeiterschaft“ am zweckmäßigsten mit Hilfe der Gewerkschaftsbürokratie zu gewinnen sei. Der Generaldirektor Dr. Pietrkowski, der Vorsitzende des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie, hatte auf der Hauptversammlung dieses Vereins am 24. Januar 1927 diesen Gedanken wieder aufgenommen und ihm in folgender Weise Ausdruck verliehen:

„Ich bekenne offen, daß nach meiner Ueberzeugung für die Schaffung des sozialen Friedens die Zerschlagung der heutigen Interessenvertretung der Arbeiter, nämlich der Gewerkschaften, keineswegs Voraussetzung ist. Im Gegenteil, wenn die Gewerkschaften nicht beständen, müßten sie mit Hilfe der Arbeitgeber geschaffen werden. Worauf aber hingearbeitet werden muß, ist die geistige Umstellung bei ihnen und ihren Führern. Sie müssen sich allmählich mit der gegebenen Unternehmerform abfinden und nicht aus den Klassenkampferinnerungen heraus ständig durch Tarif kämpfe und neue sozialpolitische Forderungen den Arbeitsfrieden und den Erfolg der Produktion stören.“ (Chemische Industrie, 26. Febr. 1927, Seite 240.)

In diesem Teil seiner Ausführungen hatte dieser Führer der chemischen Industriellen auseinandergesetzt, was die Gewerkschaften nicht unternehmen dürfen. Sie dürfen nicht Kämpfe um eine allgemeine Erhöhung der Löhne, nicht Kämpfe um Arbeitszeitverkürzung, ebenso nicht Kämpfe um sozialpolitische Forderungen führen. Anschließend daran skizzierte Dr. Pietrkowski die Aufgaben, die nach Ansicht der Unternehmer den Gewerkschaften zufallen, oder vielmehr die Aufgaben, auf die sich die Gewerkschaften zu beschränken haben. Er führte aus:

„Gelingt es allmählich, den Boden so vorzubereiten, dann wird die zukünftige Arbeit der Gewerkschaften neben der kulturellen Erziehung und der Wirtschaftshilfe in erster Linie darin zu erblicken sein, daß sie daran mitschaffen, dem Arbeiter das Existenzminimum zu sichern.“

Das heißt heute, im Zusammenhang mit einer Reihe aktueller Bestrebungen, Losungen, Strömungen gebracht: die Gewerkschaften haben die Bestrebungen der Arbeiter auf das rein ökonomische Gebiet abzudrängen, diese rein ökonomische Orientierung hat sich auf die Behauptung des bloßen Existenzminimums zu beschränken. Selbstverständlich dürfen diese Bestrebungen den Rahmen wirtschaftsfriedlicher Gemeinschaft mit dem Unternehmertum nicht verlassen.

Wie verhält sich nun die Gewerkschaftsbürokratie zu den Forderungen solch „fortschrittlichster“ Vertreter der deutschen Bourgeoisie, wie des Herrn Pietrkowski, der übrigens in seiner Rede ebenfalls über die Notwendigkeit einer „Einwirkung auf die Seele der Arbeiterschaft“ gesprochen hat und [277] dazu als allgemeines Verhalten den Unternehmern „Ethik mit einem Einschuß von Brachialgewalt“ empfohlen hat? Die Gewerkschaftsbürokratie arbeitet diesen „fortschrittlichen“ und auch den weniger „fortschrittlichen“ Führern des Unternehmertums nur in die Hände. Das zeigt unter anderem auch deutlich ihre letzte Taktik, die jetzt die Parole der „Wirtschaftsdemokratie“ stärken, in den Vordergrund zu stellen beliebt.

Innerhalb der Masse der Arbeiterschaft, die sich noch nicht zu der Ueberzeugung durchgerungen hat, daß nur der Sturz der bestehenden Gesellschaft die Allmacht, die Diktatur der Monopole brechen kann, besteht das unklare Empfinden, Verlangen, die Macht der Monopole, die Macht des Eigentums irgendwie zu „beschränken“. Mit der Aufstellung solch utopischer Losungen wie der Losung der „Wirtschaftsdemokratie“ in einer Periode stärkster monopolistischer Diktatur wird die Unklarheit breiter Massen über ihre Lage, über ihre Aufgaben, über ihren Kampf nicht beseitigt, sondern verstärkt und damit die Klassenkraft des Proletariats auch für seinen Alltagskampf geschwächt. Worauf läuft überhaupt diese Wirtschaftsdemokratie hinaus? Praktisch hat sie ein System stärkster Anteilnahme der Gewerkschaftsbürokratie an verschiedenen kapitalistischen Institutionen vorzubereiten. Die Erfahrung hat gezeigt, daß eine solche Anteilnahme die wirtschaftliche, soziale und politische Diktaturgewalt der Unternehmer, der Monopole in keiner Weise irgendwie beschnitten oder gar erschüttert, sondern nur geschützt und befestigt hat. Man braucht nur an die famose Sozialisierungsaktion im Bergbau zu erinnern, die zunächst praktisch in eine von sogenannten Arbeitervertretern mitbestimmte und mitbewilligte Kohlenpreiserhöhung mündete und im übrigen nach einer Periode bedrohter Macht der Kohlenbarone ihre Monopolmacht wieder auf feste Füße stellte.

Was wird aber mit dieser Losung des „Kampfes um die Wirtschaftsdemokratie“ schon für die allernächste Periode zu erreichen gesucht? Wie bereits verschiedene Theoretiker der Wirtschaftsdemokratie bekannt haben, wird mit dieser Zielsetzung zunächst angestrebt, den politischen Kampf der deutschen Arbeiterschaft immer mehr in den Hintergrund zu drängen, die Arbeiterschaft, wie es auch ausgesprochen wurde, immer mehr „ökonomisch zu orientieren“. Durch die Forderung nach paritätischer Beteiligung der „Arbeiter“ – faktisch der Gewerkschaftsbürokraten – an allen kapitalistischen Institutionen sollen die Arbeiter selbst Schrittmacher einer Arbeitsgemeinschaft auf breitester Grundlage, damit auch Schrittmacher einer Koalitionspolitik auf breitester Grundlage werden. So soll die „Seele der Arbeiterschaft“ aus der Gesamtentwicklung heraus „zwangsläufig“ wirtschaftsfriedlich gestimmt werden, so sollen die Arbeiter auf dem Wege über ein fein ausgeklügeltes System eines „Kampfes um die Wirtschaftsdemokratie“ dazu gebracht werden, nach dem Gebot des Silverbergs, Pietrkowski, nicht „den Arbeitsfrieden und den Erfolg der Produktion zu stören“.

Im vergangenen Jahre gab es bereits Kostproben dieser famosen „Wirtschaftsdemokratie“, als Silverberg angesichts der Streikkonjunktur an die „Seele der deutschen Arbeiterschaft“ appellierte, damit der deutsche Arbeiter für die Dauer der Konjunktur wirtschaftsfriedlich gestimmt bleibe und „nicht aus den Klassenkampferinnerungen heraus“ die Unternehmer in ihrer fabelhaften Profitmacherei „störe“. Die Gewerkschaften unterstützten dieses Manöver der deutschen Unternehmer, in einer Konjunkturperiode einen „fortschrittlichen“ Silverberg zur Verhinderung einer Störung der Profitmacherei vorausschicken, indem sie mit allen Mitteln, auch mit dem geforderten „Einschuß von Brachialgewalt“, jeden Streik abwürgten. Und das Resultat dieses „wirtschaftsdemokratischen“ Zusammenspiels von Unternehmertum und Gewerkschaftsbürokratie? In dieser Periode stärkster Gewinne der Bourgeoisie und objektiv günstiger Gelegenheit für Arbeitskämpfe sank der Reallohn, häufte sich die Ueberstundenarbeit – vor allem die tariflich zulässige – bis zu „Einzelhöchstleistungen“ von 80 Wochenstunden. So wurde das Jahr 1926 zum Jahr mit den wenigsten Arbeitskämpfen seit Jahrzehnten, das „wirtschaftsfriedlichste“ Jahr, ein Jahr praktizierter „Wirtschafts-[278]demokratie“, wie es die Unternehmer verstehen und wie es die Gewerkschaftsbürokraten nach lobender Versicherung von Unternehmern „mitgeschafft“ haben. Es war ein Jahr, wo entgegen anders lautender Versprechungen der Gewerkschaftsbürokraten die „Opfer“ der Rationalisierung nur die Arbeiterschaft zu tragen hatte und die Erfolge der Rationalisierung nur die Unternehmer einheimsten. Es war das Jahr, wo das Einkommen der gesamten Arbeitsklasse infolge des „Wirtschaftsfriedens“ um Milliarden geringer war, als selbst in dem mageren Jahr 1925 und wo dieselben Milliarden, um die der Gesamtlohn der Arbeiterklasse geringer wurde, als der Profit von der Unternehmerschaft eingesackt wurde.

In dieser „wirtschaftsfriedlichen“ und „wirtschaftsdemokratischen“ Politik der Gewerkschaftsbürokratie hat man die wesentlichsten Ursachen des starken Mitgliederschwundes der Gewerkschaften zu sehen. Mit begreiflicher Befriedigung wies das Unternehmerorgan, die „Deutsche Bergwerkszeitung“, auf die Tatsache hin, daß bei den freien Gewerkschaften die Mitgliederzahl von rund 8

Millionen im Jahre 1922 auf rund 4 Millionen in den Jahren 1925/26 zurückgegangen ist. 1922 war noch die Hälfte der deutschen Arbeiter, gegenwärtig ist kaum noch ein Viertel der deutschen Arbeiter den freien Gewerkschaften angeschlossen, da nach Angaben des statistischen Reichsamts von der Bevölkerung rund 16 bis 18 Millionen Arbeiter sein dürften.

Ebenso steckt ein Körnchen Wahrheit darin, wenn verschiedene Unternehmerorgane allein in dieser Rückentwicklung der freien Gewerkschaften einen Beweis dafür sehen, daß die sogenannte werksgemeinschaftliche Bewegung in Deutschland wiederum an Boden gewonnen hat und in Zukunft noch mehr an Boden gewinnen kann. Auch in der Vorkriegszeit gab es die Erscheinung der Gelben. Aber zwischen heute und der Vorkriegszeit besteht da vor allem ein gewisser prinzipieller Unterschied: damals war die Entwicklung der freien Gewerkschaften eine eindeutig aufsteigende. Es gab Gelbe, weil einzelne rückständige Arbeiterschichten sich von der bürgerlichen Ideologie reinsten Wassers noch nicht hatten losreißen können. Aber die Erfolge der klassenkämpferischen Gewerkschaften zogen immer stärkere Arbeiterschichten an sich, die freien Gewerkschaften zogen damals Arbeiter nur an, stießen sie noch nicht ab. Wenn jetzt die gelbe Bewegung wieder stärker um sich greift, so hat dies vor allem darin seine Ursache, weil die Gewerkschaften wegen der klassenkampffeindlichen Haltung ihrer Führer einen sehr empfindlichen Rückschlag erlitten haben, weil heute Millionen Massen von Arbeitern, die einst auf die Gewerkschaften vertraut hatten, an ihnen verzweifeln. Die Gewerkschaften sind also heute nicht mehr nur ein Anziehungspunkt für die Massen, sondern wegen der wirtschaftsfriedlichen Einstellung ihrer Führer haben sie bereits auch breite Massen abgestoßen.

Nur in einer solchen Atmosphäre des Zweifels an dem Erfolg der Gewerkschaften, des Mißtrauens zu ihnen, kann ein solch neues soziales Experiment der Unternehmer, wie es mit der Gründung des „Dinta“ eingeleitet wurde, sogar auf einen gewissen Erfolg hoffen. Dieses Experiment stellt gleichzeitig den anderen Weg dar, den die Unternehmer in ihrem „Kampf um die Seele der Arbeiterschaft“ eingeschlagen haben, einen Weg, den die Unternehmer zur Gewinnung der „Seele“ der Arbeiterschaft zunächst noch ohne die Gewerkschaften sogar mit dem Ziele der Ausschaltung ihrer Einflußnahme auf die Betriebsverhältnisse gehen wollen. Das „Dinta“ ist das „Deutsche Institut für technische Arbeitsschulung“, das von der Schwerindustrie ins Leben gerufen wurde. Es hat zunächst Lehringenieure auszubilden und gleichzeitig das neue Ausbildungssystem auf den Werken einzurichten. Laut Angaben der „Frankfurter Zeitung“ haben etwa 40 meist der eisenschaffenden Industrie angehörende Werke und etwa 10 Zechen die neue Ausbildungsmethode bereits übernommen. Man kann heute schon feststellen, daß dieses Dinta-System in Westdeutschland bereits festen Fuß gefaßt hat.

Diese neue Ausbildungsmethode strebt nach den Ausführungen des [279] Leiters des „Dinta“, des Oberingenieur Arnold, folgendes an: es soll der Heranbildung eines fachlich hochwertigen, gut disziplinierten und vor allem wirtschaftsfriedlichen Arbeiterstammes dienen. Daher setzt diese „geistige Umerziehung“ systematisch in erster Linie beim jugendlichen Arbeiter an. Ueber den Rahmen einer rein handwerksmäßigen Lehrlingsausbildung wird durch eine umfassende Jugendpflege, durch eine möglichst vollständige Erfassung des Lehrlings in seiner Freizeit und durch Heranziehung der Familie nach den Worten Arnolds eine Schulung und Erziehung des ganzen Menschen angestrebt. Ausgewählte Lehrlinge werden vom übrigen Betrieb abgeschlossen gehalten, damit die alte klassenkämpferisch eingestellte Arbeiterschaft auf sie keinen Einfluß nehme. Durch Lehrverträge wird die elterliche Erziehungsgewalt dem Werksingenieur übertragen. Sportunterricht, Wandern, Theaterabende usw. dienen dazu, die Beeinflussung der Lehrlinge im Unternehmersinne auch in den Freistunden aufrecht zu erhalten. Fühlungnahme der Lehringenieure mit der Familie schließt dieses System der bewußten Heranzüchtung einer dem Kapital blind ergebenen Arbeiteraristokratie nur „sinnvoll“ ab.

Am besten hat den sozialen Zweck des Gesamtsystems der Leiter des „Dinta“, der Oberingenieur Arnold charakterisiert, als er über die Aufgabe der Werkszeitung, die ebenfalls zu diesem System gehört, schrieb: „Ihre Aufgabe ist es, Partei zu sein, nämlich Partei des Werkes, das selbstverständlich am stärksten als Regenerationsstätte des Eigentums in der auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln gegründeten Wirtschaftsordnung gekennzeichnet ist“.

Der „Vorwärts“ vom 5. März 1927 (Abendausgabe) hatte zu diesem sozialen Experiment der Unternehmer Stellung genommen, und zwar in folgender Weise: „Der Gipfelpunkt der Bestrebungen des

‚Dinta' ist eine Arbeiterschaft, die völlig auf den Betrieb eingestellt ist, sich in ihrem äußeren, aber auch ihrem ganzen inneren Sein mit dem Betrieb unlöslich verbunden fühlt. Sie soll kein anderes Ideal kennen, als das der Arbeit im Betriebe und sich dem Ingenieur als Führer widerspruchslos unterordnen. So versteht man in der Industrie den Begriff ‚Betriebsgemeinschaft'. Hier kreuzen sich schon die ‚Kraftlinien' des Herrn Arnold mit denen der Gewerkschaftsbewegung ... und an dieser Stelle wird der Kampf zwischen den Arbeitnehmerorganisationen und den Arbeitgebern über diese Arbeitspolitik ausgefochten werden".

Diese Charakteristik des „Dinta" ist richtig. Aber falsch ist die Darlegung, als ob die „Kraftlinien" des Herrn Arnold mit denen der Gewerkschaftsführer sich unbedingt und immer „kreuzen" und „kreuzen" müßten. Es hat bereits eine Reihe führender ADGB-Bürokraten auch in anderer zustimmender Weise, zu einzelnen Teilen des „Dinta"-Systems Stellung genommen, es haben sich beispielsweise Gewerkschaftsbürokraten für den Preis einer „paritätischen Beteiligung" der Gewerkschaftsbürokratie an der Leitung für Werkzeitungen, für Werksport usw. ausgesprochen. Auf der Grundlage der „paritätischen Beteiligung" ist im allgemeinen rasch eine Einigung der verschiedenen wirtschaftsfriedlichen Bestrebungen, mögen sie zunächst von den Unternehmern oder von den Gewerkschaftsbürokraten ausgehen, herbeizuführen. Oder wird mit der Aufstellung der Losung der „Wirtschaftsdemokratie" sozial und politisch etwas anderes verfolgt, als die Gewinnung der „Seele der Arbeiterschaft" für das Unternehmertum, wenn auch für den Preis einer stärkeren Anteilnahme der Gewerkschaftsbürokratie an den „Erfolgen" des Unternehmertums?

All diesen wirtschaftsfriedlichen Strömungen und Bestrebungen, diesem „Kampf um die Seele der Arbeiterschaft" hat die Arbeiterklasse nur ihre vielerprobte und vielbewährte Parole entgegenzustellen:

Schärfster und unerbittlichster Klassenkampf!

[280]

*

Die Sozialdemokratie und der Krieg.

Von Rudolf Haus.

Nachdem die Sozialistische Arbeiter-Internationale (die künstlich wiederbelebte 2. Internationale) 1923 in Hamburg gegründet worden war, war es ihre erste Aufgabe, sich (gemäß den Wünschen der englisch-amerikanischen Bourgeoisie) für die Durchführung des Dawes-Gutachtens einzusetzen.

Die Sozialdemokratie verteidigte die Bourgeoisie gegen die proletarische Revolutionswelle des Oktober 1923. Dann begann sie „Friedenspolitik" zu treiben. Der Marseiller Kongreß gab die Parole des „realen Pazifismus" aus, die seitdem von allen sozialdemokratischen Parteien (trotz der dauernden Kolonialkriege!) immer wieder propagiert worden ist.

Das Leitmotiv jeder sozialdemokratischen Partei ist die Unterstützung und Verteidigung der Kriegspolitik ihrer eigenen Bourgeoisie. Darin sind sich alle Sozialdemokraten von „rechts" und von „links" einig. Die 2. Internationale löst sich durch diese „nationale" Politik in ihre Bestandteile auf.

Innerhalb des von allen Sozialdemokraten anerkannten Grundsatzes del Unterstützung ihrer eigenen Regierung können wir aber zwei verschiedene Stellungen zur Kriegs- und Wehrfrage feststellen.

Die herrschende Ideologie ist die des „realen Pazifismus". Ihre Wortführer und Theoretiker sind Hilferding, Blum, Renaudel, Breitscheid und Haubach. Auf der anderen Seite stehen die „linken" Sozialdemokraten. Ihr theoretisches Haupt ist Julius Deutsch, der ehemalige österreichische Kriegsminister.

Der im April 1926 von der Exekutiv-Sitzung der 2. Internationale gefaßte Beschluß, eine besondere Abrüstungskommission einzusetzen, ließ die theoretischen Auseinandersetzungen über das Problem der Gewalt und die Stellung der Sozialdemokratie zur Wehrfrage innerhalb der 2. Internationale erneut aufleben. Zuerst traten in der „Gesellschaft" eine Reihe von Theoretikern der offiziellen Sozialdemokratie auf (Hilferding, Haubach, Alsing, Andersen-Kopenhagen, P. Veiland).

Als Gegenaktion veröffentlichte der Theoretiker der „Linken“, Julius Deutsch, einen Artikel in der „Gesellschaft“ und später noch zwei Bücher („Antifaschismus!“ und „Wehrmacht und Sozialdemokratie“).

1. Der „reale Pazifismus“.

a) Die These vom wirtschaftlichen Ende des Krieges.

Hilferding hat entdeckt, daß sich die Welt des Imperialismus täglich mehr „befriedet“. Er weist auf die Vertrustung der Welt hin. An die Stelle des „Niederkonkurrierens des schwächeren Gegners im Kampfe“ sei „die Vereinigung der Starken zu einer Interessengemeinschaft“ getreten. Damit verminderten sich die Konflikte – ja die Kriegsgefahr sei damit überwunden. Hilferding schreibt: „An die Stelle der Konkurrenz tritt die Vereinbarung.“ Und er fährt ausdrücklich fort: „Die Analogie ist gültig für die internationale Politik.“ Er behauptet, die „Exportinteressen“, „die Wiederherstellung der Absatzmärkte“, „die Ausdehnung des Weltverkehrs“ veranlassen die imperialistischen Staaten zur friedlichen Politik.

Nachdem so Hilferding „bewiesen“ hat, daß die Welt des Imperialismus friedlicher wird, findet er es für notwendig, die Arbeiterbewegung in diese Friedensbewegung einzufügen. Zwar tun die Imperialisten selbst schon alles, – nach seinen eigenen Worten – um den Frieden zu erhalten. Aber Hilferding – als langjähriger Theoretiker der 2% Internationale routinierter Demagog – weiß trotzdem noch eine Aufgabe für die Arbeiter zu finden. Sie [281] sollen – parallel dem Willen der Imperialisten – ebenfalls aktive Friedenspolitik treiben.

Wie können sie dies? Durch die Demokratie, – antwortet Hilferding. Das Merkmal der Demokratie „ist die Elastizität, Biegsamkeit und Anschmiegsamkeit der demokratischen Staatsmacht an die wechselnden Kräfteverhältnisse der sozialen Klassen“. Diese Theorie ist gewiß nicht neu, neu ist nur, daß ein sozialdemokratischer Theoretiker unbekümmert diesen bürgerlichen Gedanken nachspricht. Dank also dieser leichten Beeinflußbarkeit des heutigen, imperialistischen Staatsapparates kann die Arbeiterschaft den Frieden erkämpfen – durch den Stimmzettel.

Folgerichtig bekämpft Hilferding ganz offen den Marxismus. Er schreibt:

„Die alte These: Der Kapitalismus ist der Krieg, der Sozialismus ist der Frieden, ist in ihren beiden Thesen unhaltbar geworden.“ Und er folgert: Der Imperialismus führt zu einem „dauernden Frieden“.

Die Unhaltbarkeit und Brüchigkeit der Hilferding’schen Theorien ist so offensichtlich daß wir uns hier kurzfassen können.

Auch vor 1914 gab es eine weitgehende Vertrustung. Aber trotz der engen Zusammenarbeit zwischen deutschen und englischen Petroleumkapitalisten (Deutsche Petroleum A.-G. und englische Shell-Gruppe), – trotz des Vertrages zwischen der deutschen Erdöl-A.-G. und der amerikanischen Standard Oil Co., – trotz der Arbeitsgemeinschaft zwischen der A.E.G. und der amerikanischen General Electric Co. (um nur einige „Verständigungen“ zu nennen), – trotz all dieser „Verständigungen“ und „Abkommen“ brach dennoch der Weltkrieg aus. Gerade diese weitgehende nationale und internationale Vertrustung barg den Keim zum imperialistischen Kriege in sich. Der Krieg sollte eine neue Machtverteilung herbeiführen, die auf friedlichen, d. h. auf wirtschaftlichem Wege nicht zu erreichen war. Im Zeitalter des Imperialismus wird die Konkurrenz ausgeschaltet, um auf einer höheren Basis politisch ausgetragen zu werden. Aus den Konkurrenzkämpfen zwischen den einzelnen Kapitalisten wird der Kampf großer Trusts gegeneinander, die sich zur Austragung der Gegensätze der nationalen Staatsapparate bedienen.

Der Hinweis auf die heutige ökonomische Struktur des Weltkapitalismus beweist Hilferdings Theorie ebensowenig.

Die ökonomische Struktur des Imperialismus ist heute grundsätzlich nicht anders als 1914, trotz der fortschreitenden Konzentration des Kapitals. Die Gegensätze der verschiedenen imperialistischen Mächtegruppen sind durch die Nachkriegsentwicklung, durch die Verengerung des Marktes nicht aufgehoben, sondern verschärft worden.

Mehr als je zuvor nehmen die wirtschaftlichen Kämpfe die Formen von nationalen Auseinandersetzungen an. Die kontinentale Rohstahlgemeinschaft z. B. zeigt, wie die Regierungen der beteiligten Länder zu Geschäftsreisenden der Wirtschaftskapitäne werden. Noch vor kurzem wurde der deutsch-französische Handelsvertrag von der Schwerindustrie aufs bitterste bekämpft. Jetzt – nachdem die Verständigung zwischen den französischen und deutschen Kapitalisten erfolgt ist, – jetzt verlangt die Schwerindustrie den sofortigen Abschluß des Handelsvertrages und wird dies durchzusetzen verstehen. Dieses Eintreten für den deutsch-französischen Handelsvertrag bedeutet aber nicht, daß durch den kontinentalen Stahltrust die Gegensätze zwischen den verschiedenen nationalen Kapitalistengruppen beseitigt seien. Die Gegensätze sind durch die Rohstahlgemeinschaft zu eindeutig politischen Gegensitzen geworden. An die Stelle der freien Konkurrenz ist das Ringen innerhalb der Rohstahlgemeinschaft entstanden. Dieses Ringen muß aber eines Tages – mit zwingender Notwendigkeit – zum offenen Konflikt führen. Gleichzeitig bedeutet die Stahlgemeinschaft eine feindselige Handlung gegen die englischen Stahlindustriellen, die sich durch das kontinentale Stahlabkommen bedroht fühlen. Sie fürchten, [282] durch die erstarkte Konkurrenz in den eigenen Dominions geschlagen zu werden.

Erwähnt sei nur noch das Weltkalimonopol. Die Vereinigung der beiden mächtigsten Kaligruppen der Welt gibt diesem deutsch-französischen Trust die Mittel in die Hand: Erstens den Kampf gegen die inländische Konkurrenz (d. h. gegen die mächtige chemische Industrie) führen zu können, zweitens seine Stellung gegenüber dem amerikanischen Konkurrenten zu verbessern, d. h. sich für die kommende große Auseinandersetzung zu rüsten. Drittens aber bedeutet das Weltkalimonopol eine akute Bedrohung der Sowjetunion. Der Kalitrust (man denke nur an Rechberg) hetzt ständig zu einem Interventionskriege gegen das proletarische Rußland.

Ist die Theorie des „realen Pazifismus“ eine ungeheure Irreführung des Proletariats, so ist sie aber gleichzeitig eine Spitze gegen die Sowjetunion und gegen die nationale Befreiungsbewegung der Kolonialvölker.

Hilferding erklärt: Der Imperialismus ist innerhalb des europäisch-nordamerikanischen Raumes pazifistisch. Aber dieser „pazifistische Raum“ wird durch die Barbaren bedroht. Damit meint der „zivilisierte Westeuropäer“ Hilferding das proletarische Rußland und die revolutionären Kolonialvölker. Dort droht Kriegsgefahr, doziert der Theoretiker der Sozialdemokratie und gegen diese Kriegsgefahr muß sich die Zivilisation (lies: der Imperialismus) verteidigen.

Wir sehen daß die II. Internationale nicht nur die revolutionäre Losung der Beseitigung des Militarismus über Bord geworfen und durch die bürgerliche Losung der Rüstungsbeschränkungen ersetzt hat, sondern wir sehen, daß sie zu einer aktiven theoretischen und politischen Unterstützung der Kriegspolitik des Imperialismus gekommen ist.

b) Die These vom „Ende“ des Krieges.

Die Grundlage der Hilferding’schen Kriegstheorie ist die These vom Ende des Krieges. Hilferding „beweist“, daß in der Gegenwart der Krieg nicht mehr möglich ist. Diese eigenartige Theorie hat innerhalb der 2. Internationale sehr viele Anhänger gefunden.

Der sozialdemokratische Militärtheoretiker Haubach, der in der SPD auf dem äußersten rechten nationalistischen Flügel steht, hat diese These ausführlich entwickelt. Er stellt folgende Thesen vom Ende des Krieges auf:

1. die These vom ökonomischen Ende des Krieges;
2. die These vom ethischen Ende des Krieges;
3. die These vom technischen Ende des Krieges, und
4. die These vom politischen Ende des Krieges.

Diese These vom ökonomischen und politischen Ende des Krieges haben wir bei Hilferding schön gesehen und besprochen. Bleibt noch das ethische Ende des Krieges.

Die These vom ethischen Ende des Krieges läßt Haubach selbst fallen. Sie sei in der Gegenwart nicht wirksam. Dafür nimmt sie aber Alsing-Kopenhagen wieder als sehr wirksam auf. In Wirklichkeit verteidigt sie auch Hilferding. Wir wollen aber auf diese Frage hier nicht näher eingehen, sondern uns lieber die These vom technischen Ende des Krieges näher betrachten.*)

Sie besagt daß heute ein Krieg nicht mehr möglich sei, da die moderne Kriegstechnik sich derartig entwickelt habe, daß an ein Kriegführen nicht mehr zu denken sei. Die Technik erdrücke den Menschen, ein Krieg sei damit zur Unmöglichkeit geworden.

Ein Blick auf die Entwicklung der modernen Kriegstechnik, auf die modernen Rüstungen widerlegt dies. Zwar tritt die Technik und die Chemie [283] immer mehr in den Vordergrund des Krieges, aber mit dem Anwachsen der gewaltigen modernen Waffen, wachsen – wenn auch manchmal und zeitweilig langsamer –, die Abwehrmittel und Methoden, Auch in dem kommenden Kriege werden – trotz der riesigen technischen und chemischen Mittel, – Millionenheere ins Feld ziehen, auch wenn die Formen des Krieges sich wesentlich verändern.

Die Behauptung, daß der Krieg durch die Entwicklung der Technik und der Kriegstechnik im besonderen, selbst sein Ende finden, ist übrigens in der sozialistischen Bewegung nicht neu. Haubach hätte lieber – statt Marx zu fälschen („Die Gesellschaft“ Seite 123/124) – das Kapital über die Gewalt im Antidühring nachlesen sollen. Dort untersucht Friedrich Engels die Behauptung, daß die moderne Technik die S e e streitkräfte kampfunfähig mache und so zu einem „technischen Ende“ des Seekrieges führen werde.

Die Marine hatte tatsächlich einen Entwicklungsgrad erreicht, an dem es kein Weiter mehr gab. Kein Weiter mehr für das undialektische Denken der offiziellen Militärtheoretiker. Engels wies darum schon 1878 darauf hin, daß im Wettkampf zwischen „Panzer und Geschütz das Schlachtschiff bis zu der Spitze der Künstlichkeit ausgebildet wird, die es ebenso unerschwinglich wie kriegsunbrauchbar macht“. Aber Engels begnügte sich nicht mit dieser Feststellung (eine Feststellung die heute in verblüffender Aehnlichkeit Haubach über die modernen Waffen zieht), sondern sucht die Lösung dieses Zirkels. Er weist darauf hin, daß „die Vervollkommnung des letzten Erzeugnisses der großen Industrie für den Seekrieg, des sich selbst fortbewegenden Torpedos“ eine neue Entwicklungsmöglichkeit des Seekrieges zeigt. Vorausgesetzt, daß die Torpedos halten, was ihre Väter behaupten, so wäre „das kleinste Torpedoboot damit dem gewaltigsten Panzerschiff überlegen“. (Antidühring, Seite 180.) Die Torpedos haben inzwischen – seit dies von Engels geschrieben wurde – gehalten, was sie versprachen. Friedrich Engels hat in seiner Feststellung in genialer Weise die weitere Entwicklung des Seekrieges viele Jahrzehnte vor der offiziellen Militärwelt aufgezeigt. Der offiziellen Militärtheorie mußte erst der Weltkrieg den Staub von den Perücken schlagen.

Nach den Erfahrungen des Weltkrieges ist es zur allgemeinen Wahrheit geworden, daß die Marine heute – wie mehr oder weniger alle Waffen – im Prozesse einer radikalen Umwandlung begriffen ist. Ihr ist ein ernster Konkurrent entstanden: Die Luftflotte. Aber auch aus den inneren Widersprüchen der Marine erleben wir gegenwärtig eine völlige Umwertung aller Werte der Seestreitkräfte. Man erinnere sich daran, daß während des Weltkrieges keine einzige große Seeschlacht geschlagen wurde.

Ganz allgemein trifft folgender Satz zu: Die k l e i n e n Schiffe sind den g r ö ß e r e n überlegen. Den kleinen Schiffen steht daher eine große Entwicklung bevor. Man baut heute nur noch wenige Dreadnoughts, dafür um so mehr kleinere Fahrzeuge. Am bezeichnendsten ist folgende Nachricht, die vor kurzem die Runde durch die militärische Fachpresse machte: Die englische und die amerikanische Flotte experimentieren gegenwärtig mit kleinen Motorbooten, die eine gesteigerte Geschwindigkeit haben. Die kleinen Boote, die eine Besatzung von zwei bis drei Mann haben, sind mit einem regelrechten Torpedorohr ausgerüstet und werden in Schwärmen auf eine Flotte losgelassen. Sie geben ein sehr kleines Ziel ab, und – wenn selbst 50 % und mehr versenkt werden – die übrigen Boote dieses Typus können der feindlichen Flotte ungeheuren Schaden zufügen. Die großen Schiffe

*) Die Leute um Levi herum machen sich übrigens nicht die Militärtheorie der „Linken“, sondern die des äußersten rechten nationalistischen Flügels der Sozialdemokratie zu eigen.

werden im Verlaufe dieser Entwicklung immer mehr zu bloßen Trägern von Flugzeugen und kleinen Schiffen.

In diesem Sinne gibt es wieder ein tolles Wettrüsten zur See (die Washingtoner Konferenz von 1922/23 begünstigt dies) und der Seekrieg ist nicht zur Unmöglichkeit geworden, sondern hat nur neue gefährliche Formen angenommen.

Wir haben am Beispiel der Marine den dialektischen Entwicklungsgang einer Waffe gezeigt. Eine ähnliche Entwicklung trifft für alle Waffen und für die gesamte Kriegstechnik zu.

[284] Die These vom technischen Ende des Krieges ist damit ab absurdum geführt.

II. Proletarische Wehrhaftigkeit.

Nachdem die offizielle sozialistische Internationale ihre Stellung zur Wehrfrage präzisiert hatte, erscheinen die „linken" Sozialdemokraten auf den Plan.

a) Reichsbannen und Republikanischer Schutzbund.

Die schwere Krise, die das Zentrum durch seine Haltung zur Bürgerblockregierung für des Reichsbanner heraufbeschwor, hat in sozialdemokratischen Kreisen die Frage aufgeworfen, ob es nicht an der Zeit sei, das Reichsbanner aufzulösen und durch einen Republikanischen Schutz- oder Kampfbund zu ersetzen. Die österreichische Sozialdemokratie hat einen solchen Schutzbund bereits organisiert.

Was ist der Republikanische Schutzbund?

Er ist eine Ordnerorganisation den österreichischen Sozialdemokratie. Ueber die Ziele und Aufgaben dieses Bundes berichtet der frühere Kriegsminister Julius Deutsch in seinem Buche: „Antifaschismus! Proletarische Wehrhaftigkeit im Kampfe gegen den Faschismus." (Wien 1926.)

Es ist zugleich eine Programmschrift des „linken" Flügels den 2. Internationale über den Kampf gegen den Faschismus.

Deutsch behauptet, im österreichischen Republikanischen Schutzbund seien bereits die Formen entwickelt, die die Arbeiterschaft in allen Ländern zu entwickeln hat, um den Faschismus wirksam entgegentreten zu können.

Er beginnt mit einer Kritik der 2. und der verflossenen 2½. Internationale. Er stellt fest, daß diese beiden Internationalen nicht begriffen haben, daß der Faschismus mit ganz neuen Methoden kämpft und darum auch mit neuen Methoden bekämpft werden muß. Die Arbeiterschaft ist nach wie vor in der Auffassung befangen, daß das Proletariat auf friedlichem Wege zum Ziele kommen werde.

Es ist die Schuld der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Führung, daß die Arbeiterklasse vom Faschismus – zumal in Italien – überfallen wurde und überrascht darüber war, daß der Kapitalismus alle Mittel – auch ungesetzliche – brutal anwandte, um die Arbeiter niederzuschlagen. So Deutsch.

Und er sagt weiter: „Die Niederlage der Kampfesmethoden der Demokratie wurde in einigen Ländern zur Katastrophe der sie anwendenden sozialistischen Parteien." Er gesteht ein, daß „ihre bisherigen Kampfesmethoden versagten."

Deutsch hat damit den Bankrott der 2. Internationale festgestellt. Aber er will die Sozialdemokratie vor der Konsequenz seiner eigenen Worte retten. Er weist darum stolz auf die österreichische Sozialdemokratie und den Republikanischen Schutzbund hin. Dann fährt er fort: Auch in Deutschland habe die Sozialdemokratie den Gedanken der proletarischen Wehrhaftigkeit anerkannt. Er lügt dies, denn er weiß nur zu gut, wie die Reichsbannerführer aussehen und welche politische Linie sie vertreten. Er muß einige Seiten weiter selbst zugeben, daß die deutsche Sozialdemokratie nur sehr widerwillig das Reichsbanner gründeten. Selbst diese wahrlich nicht mehr klassenbewußte Organisation (Zentrum, Demokratische Partei!) war den sozialdemokratischen Führern Deutschlands noch zu revolutionär! Es ist interessant, aus Deutsch's Munde zu hören, daß noch

1923 „große Teile der Partei (der Sozialdemokratischen Partei. RH.), vor allem führende Männer in Preußen, überhaupt gegen die Aufstellung von proletarischen Kampfesvereinigungen waren“.

„Die führenden Männer der Sozialdemokratie“, und zwar nicht nur in Preußen, sind auch heute noch gegen „proletarische Kampfesvereinigungen“. Sie werden bis zum Letzten das Reichsbanner verteidigen.

Deutsch entschlüpft ein Geständnis über das Reichsbanner, das das Todesurteil dieser Organisation enthält. Er schreibt:

[285] „Die heutige Zusammensetzung des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold hängt vom Bestand der Weimarer Koalition ab. Es ist durchaus möglich, daß die politische Entwicklung Deutschlands in der Zusammensetzung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold eine Aenderung hervorruft.“

Er sagt damit nur, daß das Reichsbanner über kurz oder lang an dem „Fall Marx“, dem Reichsbannerkameraden in der Bürgerblockregierung, zugrundegehen muß.

Natürlich vergißt er es nicht, an einigen Stellen die Kommunisten zu verleumden. Aber er hält sich damit in diesem Buche zurück. Um so öfter fallen bittere Wahrheiten über die SPD.

Inzwischen hat Deutsch selbst alles getan, um diesen Eindruck des „Antifaschismus“ wieder zu verwischen. Er hat ein neues Buch herausgegeben, in dem er so manches – was er in seinem vorjährigen Buche pries – jetzt verbrennt. Er entlarvt damit gleichzeitig seine scheinrevolutionären Reden und zeigt, welchen Zwecken in Wirklichkeit der Republikanische Schutzbund dient und dienen soll. Er entlarvt damit gleichermaßen die gesamte „linke“ Sozialdemokratie.

b) Wehrmacht und Sozialdemokratie.

Bei der Lektüre des neuen Buches („Wehrmacht und Sozialdemokratie“, Dietz-Verlag, Berlin 1927) kann man keinen Augenblick darüber im Zweifel sein, daß Deutsch ein waschechter Sozialdemokrat ist. Er sagt jetzt kein Wort mehr gegen das Reichsbanner, obwohl es doch jetzt aktueller als je zuvor wäre.

Deutsch behauptet, daß die deutsche Arbeiterklasse seit Jahrzehnten pazifistisch verseucht sei. Aber nur die Massen seien pazifistisch. Die sozialdemokratischen Führer hätten diese Stimmung nie gebilligt, sondern sie stets bekämpft.

Das ist nichts anderes, als eine Geschichtsfälschung. Die Führer der Sozialdemokratie, die die Politik des 4. August predigten und noch heute verteidigen, haben systematisch, Schritt für Schritt, den Gedanken der proletarischen Wehrhaftigkeit zu vertilgen gesucht. Sie haben die Propaganda des imperialistischen Krieges, die blutige Niedermachung des revolutionären Proletariats mit der Predigt der friedlichen „Ueberwindung“ der Bourgeoisie verbunden.

Deutsch möchte den Gedanken der proletarischen Wehrhaftigkeit – so sagt er – in der Arbeiterschaft erhalten.. Er möchte aber gleichzeitig den proletarischen Klassenkampf aufgeben und „positive Arbeit am Aufbau der demokratischen Republik“ leisten. Deutsch stellt unverfroren die Staatsbejahung der heutigen sozialdemokratischen Führer in Parallele zur Bejahung etwa der Pariser Kommune durch Marx und Engels. Marx und Engels, die die proletarische Wehrhaftigkeit stets gefordert haben, waren nie „Staatsbejaher“ einer bürgerlichen Republik.

Bei solchen Widersprüchen und Oberflächlichkeiten braucht es nicht mehr sonderlich zu überraschen daß er die Teile des Heidelberger Programms unterschreibt, die sich mit der Stellung der Sozialdemokratie zur Wehrmacht beschäftigen. Er bringt es fertig, die Heidelberger Beschlüsse als Beweise für die revolutionäre Gesinnung der deutschen Sozialdemokratie anzuführen.

Die Forderung der SPD ist sehr bescheiden:

„Abwehr aller monarchistischen und militaristischen Bestrebungen. Umgestaltung der Reichswehr zu einem zuverlässigen Organ der Republik.“

Das ist alles, was die Sozialdemokratie fordert! Die Forderung der revolutionären Volksbewaffnung die für Engels und Bebel selbstverständlich war, ist stillschweigend fallen gelassen worden.

Deutsch denkt nicht mehr an die Forderung der revolutionären Volksbewaffnung. Ihm ist die Forderung der SPD, an der Reichswehr „mitzuarbeiten“ zu dürfen, eine grundsätzliche sozialistische Stellungnahme. Er bemängelt an Noske lediglich ein paar kleine „Schönheitsfehler“. Aber im Prinzip habe Noske absolut richtig gehandelt. Nur die Proletarier hätten [286] Noske nicht „verstanden“. Also auch hier wieder will Deutsch den sozialdemokratischen Führern die Verantwortung abnehmen und sie den Arbeitern in die Schuhe schieben.

Schließlich wirft Deutsch die Frage auf: Lehnt die Sozialdemokratie die Landesverteidigung ab?

Deutsch hält es für nötig, gegenüber dem Bürgertum die Lammfrommheit der Sozialdemokratie zu unterstreichen. Das ist sehr charakteristisch für den „linken“ Sozialdemokraten Deutsch. Er nimmt damit genau dieselbe politische Linie ein, wie z. B. Ebert im Magdeburger Prozeß. In diesem Prozeß hat Ebert dem rechten Flügel der Bourgeoisie demonstriert, daß er während des ganzen Krieges ein treuer Lakai der Bourgeoisie war. Dieselbe Lakaienrolle verspricht Deutsch – gleichzeitig für die gesamte „Linke“ der II. Internationale – im nächsten imperialistischen Kriege spielen zu wollen. Er verlangt dafür freilich das Recht, positive Mitarbeit an dem Aufbau der bürgerlichen Armee leisten zu dürfen.

Dadurch, daß Deutsch es für nötig hält, der Bourgeoisie auseinanderzusetzen, daß die Sozialdemokratie auch heute wieder die Politik des 4. August treiben wird, bezieht er die Position der deutschen „rechten“ Sozialdemokratie. Er fordert – ebenso wie Löbe in seinem „Rekrutierungsprogramm“ – die Anerkennung des Reichsbanners als Reservoir der Reichswehr.

Nachdem wir dem Theoretiker der „linken“ Sozialdemokratie bis hierher gefolgt sind, ist es klar, daß zwischen der offiziellen Sozialdemokratie und der „linken“ Opposition innerhalb der 2. Internationale nur ein Unterschied besteht: Der Unterschied der Phraseologie.

In ihrer politischen Linie gleichen sie sich aufs Haar. Die „linken“ Sozialdemokraten verbrämen nur den Verrat des Sozialismus mit revolutionären Worten. Sobald man aber näher hinsieht, schaut der Verräter unter der Maske der Demagogie hervor.

Ein prinzipieller Unterschied zwischen dem Reichsbanner und einem Republikanischen Schutzbund ist daher nicht festzustellen. Solange eine Wehrorganisation unter der ideologischen Herrschaft der verbürgerlichten Sozialdemokratie – ganz gleich ob „linke“ oder „rechte“ – steht, solange wird sie nicht der proletarischen Wehrhaftigkeit und dem Sozialismus dienen.

LITERATUR

August Enderle: „*Die Gewerkschaftsbewegung*“*))

Die Notwendigkeit des Kampfes gegen die reformistische Gewerkschaftsbürokratie und der Mobilisierung der Massen zum Kampf für ihre Tagesforderungen hat der klassenbewußten Arbeiterschaft die Wichtigkeit der revolutionären Arbeit in den Gewerkschaften zum Bewußtsein gebracht. Daß diese Arbeit schwierig ist und nur von demjenigen erfolgreich geleistet werden kann, der sich mit den grundsätzlichen gewerkschaftlichen und besonders taktischen Fragen in theoretischer und praktischer Beziehung vertraut gemacht hat, wird täglich durch Erfahrungen aufs neue bewiesen.

Daher ist die Stärkung der gewerkschaftlichen Opposition eng verbunden mit der Frage der Schulung revolutionärer Gewerkschaftsfunktionäre. Alle bisherigen Arbeiten der Partei auf dem Gebiete der gewerkschaftlichen Schulung waren bis vor kurzem Versuche, denen Vollständigkeit und Systematik fehlten. Die Herausgabe von Rededispositionen, die sich mit Gewerkschaftsfragen beschäftigen, in äußerst gedrängter und ungenügender Form lösten keineswegs die vor der Partei stehende Schulungsaufgabe. Darum hat die vom Parteiverlag kürzlich herausgegebene Broschüre des Genossen August Enderle „Die Gewerkschaftsbewegung“ eine tatsächlich seit Jahren bestehende merkliche Lücke ausgefüllt. Und es zeigt von richtigem Verständnis für die gewerkschaftliche Schulungsarbeit,

*) Elementarbücher proletarischen Klassenkampf es, Bd. 1. Vereinigung internationaler Verlagsanstalten, Berlin SW. 61. 144 5. Preis: 2,– M.

wenn eine [287] neue Schriftenreihe der Partei „Elementarbücher des proletarischen Klassenkampfes“, die vermutlich besonders die praktischen Fragen prinzipiell und taktisch darlegen sollen, gerade mit der Herausgabe eines „Leitfadens für proletarische Gewerkschaftsarbeit“ eröffnet wird.

Der vorliegende Leitfaden eines Gewerkschaftskurses bietet in übersichtlicher Form, eingeteilt für fünf Abende, das Notwendigste für die praktische Arbeit und darüber hinaus kurz Geschichtliches aus der Gewerkschaftsbewegung. Klar und überaus einfach gehalten, ist diese Broschüre zweifelsohne nicht nur für Kursuslehrer die bisher beste und übersichtlichste Disposition, sondern auch ein unentbehrliches und leicht in die schwierigsten Fragen einführendes Handbuch für solche gewerkschaftlichen Funktionäre, denen die Möglichkeit zu gründlichem theoretischem Studium fehlt und die nach leicht verständlicher Literatur greifen. Das ganze Buch ist so gehalten, daß am Rande die wichtigsten Probleme und Begebenheiten, die im Text noch näher ausgeführt sind, kurz hervorgehoben werden. Dies erspart dem Kursuslehrer viel Mühe und zeigt ihm in kurzen Abständen die Richtung und den Aufbau des Gewerkschaftskursus.

Der erste Teil, der nach der Einteilung des Verfassers den ersten Abend ausfüllt, behandelt die Geschichte und Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung. Selbstverständlich konnte hier keine großangelegte sind systematische Gewerkschaftsgeschichte geboten werden, da ja eine solche, wie gedrängt gehalten sie auch sein mag, über den Rahmen einer besonderen Broschüre hinausgehen und für die Behandlung der anderen wichtigeren Fragen keinen Raum lassen würde. Das in diesem Leitfaden Enthaltene stellt aber das Notwendigste, das an geschichtlichen Fragen für das Verständnis der Entwicklung und für die praktische Arbeit gebraucht wird, dar. Nach der Behandlung der Entstehung geht Genosse Enderle auf die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften ein, wo besonders die Stellung von Karl Marx zu den Gewerkschaften, der eine von Marx entworfene und leider bisher noch viel zu wenig verbreitete Resolution des Internationalen Kongresses (Genf 1866) zur Gewerkschaftsfrage beigefügt ist, aufgezeigt wird. Mit der Darstellung des Aufstiegs und Niedergangs der Gewerkschaften schließt der erste Abschnitt.

Der zweite Teil liefert eine Darlegung und Kritik des Reformismus unter Berücksichtigung auch der allerneuesten Erscheinungen. An Hand eines praktischen und interessanten Materials wird besonders das schändliche Verhalten der Gewerkschaftsbürokratie seit dem Weltkrieg eingehend dargelegt. Dies kommt einem besonderen Bedürfnis unserer Genossen in der Diskussion mit der gerissenen Verbandsbürokratie nach.

Weniger einverstanden sind wir mit dem dritten Teil, der auf die Wirtschaftskrise und kapitalistische Rationalisierung theoretisch einzugehen und hieraus die praktischen Schlußfolgerungen zu ziehen versucht. Daß eine diesbezügliche Behandlung in einem solchen Leitfaden enthalten sein muß, darüber wird wohl kein Zweifel bestehen. Aber gerade, weil eine ausführliche, grundsätzliche wie auch praktisch-politische Behandlung der kapitalistischen Rationalisierung, der Stellung der Reformisten einerseits und der Kommunistischen Partei anderseits hierzu gegenwärtig zum Wichtigsten der täglichen Gewerkschaftsarbeit gehört, wäre eine exakte und auch verständliche Darstellung dieser Fragen anstatt einer teilweisen Verwirrung, wie sie leider hier auftritt, am Platze. Die Behandlung dieses Teiles müßte viel breiter und gründlicher aufgenommen werden. Auch müßten die Fragen hier viel klarer gestellt werden. Die ungenügende und etwas verwirrte Darstellung dieser Probleme ist aber auch zum großen Teil auf die viel zu wenig, nicht umfassend und nicht sehr gründlich geführte Diskussion der ganzen Partei über die kapitalistische Rationalisierung in Deutschland zurückzuführen. Ueberhaupt hat erst nach dem Erscheinen dieser Broschüre, besonders auf der Tagung der Erweiterten Exekutive, die Klärung in dieser Frage stärker eingesetzt.

Des weiteren rührt hier der Verfasser folgende Frage auf, die von den Reformisten stets zur Verwirrung ihrer Mitglieder angewandt wird, ohne darauf hinzuweisen, daß sie, in dieser Art gestellt, grundfalsch ist: „Sollen sie (die Gewerkschaften) kämpfen, daß im Kapitalismus alles beim alten bleibt, daß keine Verbesserungen der Technik usw. durchgeführt oder gar, daß zu den alten Produktionsmethoden zurückgekehrt wird?“ Man sollte sich hüten – dies sei besonders für oppositionelle Gewerkschafter gesagt –, auf den Schwindel der Reformisten vom technischen Fortschritt und von

der „Maschinenstürmerei“ hineinzufallen. Man muß darauf hinweisen, daß diese Fragestellung ganz außer acht läßt, daß die Lage in Deutschland objektiv schon längst reif ist für einen sozialistischen Aufbau, daß auch vom Standpunkt der Entwicklung der Produktionstechnik die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse nur noch als Fesseln wirken.

Auf eine andere verwirrte Darstellung sei im Zusammenhang damit ebenfalls verwiesen. So bringt Enderle folgende drei Sätze, die hintereinander folgen und ein Ganzes bilden sollen:

„Dieser Lohn- und Arbeitszeitkampf ist dann auch gleichzeitig der wirkungsvollste Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung. In diesem Falle kommt schon, während der Kapitalismus noch besteht, ein Teil des Fortschritts der Rationalisierung der Arbeiterklasse zugute. Je größer der Teil der Arbeiterklasse wird, um so stärker wird sie im Kampfe werden und um so schwächer der Kapitalismus.“

Besonders der letzte Satz ist durchaus nicht verständlich. Er müßte, wenn überhaupt eine kurze Definition dafür möglich ist, etwa folgendermaßen formuliert sein: Je größer der Teil ist, der vom Gewinn der Rationalisierung durch den Lohn- und Arbeitszeitkampf der Arbeiterklasse zugute kommt, desto stärker wird die Arbeiterschaft in diesem Kampfe werden und desto schwächer die kapitalistische Klasse.

Die Frage der „Wirtschaftsdemokratie“, der Arbeiterbanken usw. ist wohl richtig dargelegt, jedoch in unzureichender (dies besonders in grundsätzlicher Beziehung) Form. Auch die Feige der „Werksgemein-[288]schaft“, der Werkszeitungen und die Stellung der Gewerkschaften hierzu fehlt.

Der v i e r t e u n d f ü n f t e T e i l der Broschüre, der die praktischen und aktuellen Fragen behandelt, kann als der beste Teil angesehen werden. Hier findet man klar und einfach herausgeschält die notwendigsten und häufigsten Fragen, was in dieser glänzenden Art eben nur von einem Genossen, der jahrelang in der revolutionären Gewerkschaftsarbeit steht, gemacht werden konnte. Die Aufzählung all der Fragen, die Genosse Enderle in diesen beiden Teilen der Broschüre behandelt, kann hier leider nicht erfolgen, da fast alle heute auftretenden Fragen in der Broschüre angeführt und eingehend behandelt werden. Auch die Aufgaben der Kommunisten, die besonders im fünften Teil gewürdigt werden, sind einzigartig und leicht verständlich dargelegt.

Zum Schlusse sei noch auf einige Schnitzer in diesem Leitfaden hingewiesen, die bei einer zweiten Auflage, ebenso wie das Kapitel über die Rationalisierungsfrage, korrigiert werden sollen. So schreibt Enderle auf Seite 11: „Das dort (in den lateinischen Ländern) vorherrschende Cliquenwesen hat einen ständigen Wechsel der Regierungen zur Folge.“ (So ganz wird es wohl nicht stimmen. Ueberhaupt: Marxisten sind es auch, oder gerade, in der Politik gewohnt, alle Erscheinungen aus ökonomischen Ursachen abzuleiten.) Ebenso ist es nicht wichtig, wenn Genosse E. auf Seite 62 bemerkt: „Ultraimperialismus, wie es L e n i n nannte.“ Bekanntlich stammt dieser Ausdruck von K a u t s k y. (Siehe Lenins „Jüngste Etappe“ S. 105 ff.) Auch ist es etwas ungeschickt und zusammenhanglos ausgedrückt, wenn nach der Aufzählung der Revolutionäre, die gegen die imperialistische Ideologie kämpften, trocken gesagt wird: „So brach der Krieg aus.“ (S. 40.)

Sehr widerspruchsvoll ist die Behandlung des Umschwungs in der Gewerkschaftspolitik vor dem Kriege im 2. Abschnitt der Broschüre, wo gesagt wird:

„Der Umschwung in der Gewerkschaftspolitik und Massenstimmung vollzog sich allmählich, den Massen und der Mehrzahl der Gewerkschaftsführer selbst u n b e w u ß t.“

Dies um so mehr, als immer noch große Kämpfe geführt wurden und in Wort und Schrift durch die Klassenkampfphrase die Massen b e w u ß t getäuscht wurden.“ (Seite 34.)

Sollte der Genosse Enderle hiermit sagen wollen, daß nur eine geringe Zahl von Gewerkschaftsführern eine bewußte Umstellung der Gewerkschaftspolitik in der Richtung zum Reformismus betrieben, so hätte er dies viel klarer und einfacher sagen müssen. Diese Darstellung kann zu unverständlichen Widersprüchen führen.

Die am Schluß angehängte L i t e r a t u r ü b e r s i c h t ist sehr gut, weil sie sich nicht nur auf eine bloße Wiedergabe der Titel wichtiger gewerkschaftlicher Literatur beschränkt, sondern auch äußerst kurz

gefaßt die einzelnen Bücher rezensiert. Nur halten wir das Literaturverzeichnis für allzu reichhaltig. Viel besser wäre es, statt über 30 Bücher nicht mehr als etwa zehn der allerwichtigsten zu empfehlen. Eine zu starke Ueberhäufung der Literaturangabe führt oft beim Leser zur Ratlosigkeit in der Auswahl, zumal das Studium unserer Parteiarbeiter (leider) keine Systematik aufweist.

Alles in allem: Es ist ein besonderes Verdienst des Genossen Enderle, daß er mit aus der Arbeit ersichtlicher Mühe einen unentbehrlichen Leitfaden für die oppositionellen Gewerkschafter geschaffen hat, der in der Ausarbeitung (abgesehen von dem Angeführten) fast in jeder, auch technischer Beziehung, gelungen ist. Betont muß aber werden, daß diese Broschüre keinesfalls über den, wahrscheinlich vom Verfasser gestellten Zweck, ein Leitfaden für die praktische Arbeit zu sein, hinausgeht. Der gestellte Zweck dieser Broschüre jedoch ist, wie bereits gesagt, erfüllt.

Es ist zu wünschen, daß die weiteren Bände der Schriftenreihe „Elementarbücher des proletarischen Klassenkampfes“ nicht schlechter ausgearbeitet werden als der erste Band. Bei dieser Gelegenheit wollen wir den Wunsch ausdrücken, daß die nächsten Bände Abhandlungen ebenso wichtiger Fragen, wie „Rolle der Partei“, Organisationsfragen, Imperialismus usw., darstellen. Eine solche Sammlung würde beweisen, daß die Partei auf dem praktischen Wege ist, eine gründliche Schulung ihrer Mitglieder herbeizuführen, Der Erfolg einer solchen Schulung kann nicht aus bleiben. P. Rodin.

[289]

Die Internationale
Jahrgang 10 * Berlin, den 15. Mai 1927 * Heft 10

Die Lehren des 8. Mai

B e r l i n, den 10. Mai 1927.

Der Stahlhelmtag vom 8. Mai in Berlin war ein Probeaufmarsch der Klassenkräfte in Deutschland, eine Generalprobe der kommenden Auseinandersetzungen, und insofern ist es von großer Wichtigkeit, die politische Bedeutung dieses Tages richtig einzuschätzen.

Großspurig kündigte der Stahlhelmführer, Fabrikant Seldte, die Absicht an, Berlin „zu erobern". Diese Absicht wurde dann näher dahin erläutert, daß es gelte, Berlin „national anzufassen" und „geistig zu erobern". In der Tat war der Zweck der militärischen Demonstration, zu der 120.000 Mann aus dem ganzen Reiche zusammengetrommelt werden sollten, zunächst nur eine politische Demonstration, eine Demonstration der Macht der Bourgeoisie ihres Anhanges in den Massen, der Stärke ihrer faschistischen Reservearmee für den Bürgerkrieg und für den imperialistischen Krieg, und eine Demonstration der Schwäche der Arbeiterschaft, die man mit Hilfe der Staatsgewalt von den Straßen Berlins wegzuschrecken hoffte. Die Stahlhelmführer wollten der deutschen Bourgeoisie zeigen, welche Macht sie zur Niederschlagung der Arbeiter zur Verfügung stellen können, sie wollten der internationalen Bourgeoisie demonstrieren, welche Hilfstruppen für den kommenden imperialistischen Krieg Deutschland aufbringen kann.

Was war angesichts dieser Drohung die Aufgabe der klassenbewußten Arbeiterschaft? Nachdem sich der Stahlhelm auf den Boden der Republik und die Republik auf den Boden des Stahlhelms gestellt hat, nachdem der Einsatz der gesamten Staatsmacht zum Schutze des Faschistenaufmarsches zu erwarten war, hätte nur der einmütige geschlossene Widerstand des gesamten Proletariats den Faschistenaufmarsch verhindern können.

Ein Generalstreik, und vor allem die organisierte Verweigerung des Antransportes der Stahlhelmer hätte die Pläne der Reaktion zunichte machen können. Die Kommunisten haben diese Forderungen gestellt, aber da in den Gewerkschaften der Einfluß der reaktionären Führung noch nicht gebrochen ist und auch in den meisten Betrieben unser Einfluß nicht ausreicht, um eine Massenaktion gegen die planmäßige Sabotage der reformistischen Gewerkschaftsführer durchzusetzen, konnte der Faschistenaufmarsch selbst nicht verhindert werden.

Es blieb die Aufgabe, der Bourgeoisie und ihrer Schutzgarde die Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse zu zeigen, die Massen trotz allem Terror und aller Sabotage für eine wirksame proletarische Gegendemonstration zu mobilisieren. Diese Aufgabe hat die Partei gelöst, das Berliner Proletariat hat unter der Führung der Kommunisten die Probe dieser Faschisten- und Polizeiprovokation mit Ehren bestanden. Nur in kleinen, von der Polizei hermetisch abgeschlossenen inneren Bourgeoisvierteln der Stadt überwog die [290] schwarzweißrote Sympathiedemonstration, in allen Arbeitervierteln mußten die Stahlhelmer unter dem Schutz eines riesigen Polizeiaufgebots, begrüßt von dem leidenschaftlichen Protest von ungezählten Tausenden von Arbeitern Spießruten laufen. Die Arbeiterstraßen standen trotz Verbot und Polizeiterror unter dem Eindruck der roten Gegendemonstration.

Dies ist das wichtigste an diesem Tage, daß sich die zwei großen Fronten des Klassenkampfes mit aller Schärfe abzeichnen. Auf der einen Seite die faschistischen Garden, geführt von den wilhelminischen Offizieren und den Vorkämpfern der Konterrevolution seit 1918, von den Organisatoren des weißen Terrors in Finnland, im Baltikum, in Bayern und im Ruhrgebiet, mit ihnen im Bunde der ganze Staatsapparat der bürgerlichen Republik, zum Schutz des Stahlhelms und zur Terrorisierung der Arbeiterschaft, aufgeboten von einem sozialdemokratischen Innenminister und einem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten. Auf der anderen Seite die Arbeiterschaft im Zeichen der roten Fahne, geführt von den Kommunisten, Arbeiter des Roten Frontkämpferbundes und des Reichsbanners, geeint im Kampfe gegen Faschismus und Polizeiterror.

Völlig ausgelöscht und verschwunden war die schwarzrotgoldene Front der kleinbürgerlichen republikanischen Demokratie. Niemals ist der Klassengegensatz zwischen der bürgerlichen, konterrevolutionären

Führung des Reichsbanners und der Sozialdemokratie und den proletarischen Massen dieser Organisationen krasser in Erscheinung getreten. Am 4. Mai erschien der Aufruf des Berliner Bezirksvorstandes der SPD, in dem das Recht des Stahlhelms, in den Berliner Arbeitervierteln zu demonstrieren, mit dem „freien Versammlungsrecht“ der Weimarer Verfassung begründet, die Kommunisten beschuldigt wurden, „ein frevelhaftes Spiel mit Arbeiterblut“ zu treiben und die Parole „Laßt euch nicht provozieren!“ verkündet wurde. Am selben Tage erschien der Polizeibefehl des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Zörgiebel, in dem alle Arbeiterdemonstrationen verboten wurden. Eine bessere Illustration der Weimarer Verfassung, des gleichen Versammlungsrechts für alle kann man sich nicht denken. Sozialdemokratische Arbeiter aber sind trotz dem Befehl ihres Bezirksvorstandes und des Polizeipräsidenten. auf die Straße gekommen, um mit den Kommunisten gegen den Stahlhelm zu demonstrieren.

Vom Standpunkt der SPD-Führer, deren oberstes Prinzip die Verteidigung und der „Ausbau“ dieser bürgerlichen Republik ist, haben die preußischen Regierungsmänner freilich vollkommen konsequent gehandelt, wenn sie die ganze Polizeigewalt gegen die revolutionäre Arbeiterschaft und zum Schutze des Stahlhelms einsetzten. Denn die revolutionäre Arbeiterschaft steht diesem bürgerlichen Staat, der die brutalste Diktatur des Finanzkapitals verkörpert, in unversöhnlicher Feindschaft gegenüber. Der Stahlhelm aber mitsamt dem Kappisten Ehrhardt, dem Orgeschmann Escherich, den wilhelminischen Feldmarschällen und Generälen, die seine Ehrenmitglieder sind, hat sich auf den „Boden der Republik“ gestellt. Die Faschisten hören nicht auf, Faschisten zu sein, wenn sie nach dem Kommando der Bourgeoisie die Umgestaltung des Staates „von innen heraus“ erstreben. Aber zwischen ihnen und den sozialdemokratischen Führern, die gleichfalls auf dem Boden des Staates stehen und nur seine „Ausgestaltung“ anstreben, besteht kein prinzipieller Gegensatz.

In einem grundsätzlichen Artikel ‚Das dritte Reich – Vom Staat um den wir kämpfen“, der im März 1926 im „Stahlhelm“ erschien, heißt es:

„Die Umwandlung des heutigen plutokratisch-demagogischen Staats in einen wahren Volksstaat wird praktisch wahrscheinlich nur unter Aus-[291]schaltung oder jedenfalls Zurückdrängung der parlamentarischen Gewalt durch die Wucht der nationalen Volksbewegung erfolgen können. Eine solche Ausschaltung ist möglich auf Grund des Paragraph 48 der Reichsverfassung, und diese Möglichkeit ist einer der wenigen Vorzüge, die wir an dem Weimarer Verfassungswerk entdecken können.“

Was für E b e r t recht war, ist für S e l d t e billig. Wie könnten sozialdemokratische Republikaner gegen solche Verehrer der Weimarer Verfassung einschreiten? In der Tat ist der Stahlhelm nicht programmatisch für die Monarchie. In demselben Artikel heißt es:

„Wir werden deshalb im neuen Staat die Regierungsgewalt stärken müssen, in dem die oberste Reichsspitze (ob sie den Titel Kaiser, Reichspräsident oder Herzog führt, ist hier zunächst einmal ohne Belang) größere Machtbefugnisse erhält und indem die Zusammensetzung und der Bestand der von dem Reichsoberhaupt zu ernennenden Regierung dem Kuhhandel im Parlament entzogen wird.“

Für eine Stärkung der Reichsgewalt tritt die SPD sogar in ihrem Programm ein. Die Frage, ob der Diktator an der Spitze Präsident, Herzog (= Duce) oder Monarch heißt, sollte den Arbeitern nicht wichtiger sein als den Reaktionären.

Aber auch auf dem wirtschaftlichen Gebiete finden wir die innigsten Berührungspunkte zwischen Faschismus und Reformismus. Für das System des Schlichtungswesens und der Zwangsschiedsprüche sind in erster Linie die sozialdemokratischen Regierungsmänner, die nach der Novemberrevolution an der Macht waren, verantwortlich. Die Führer der „nationalen Arbeiterbewegung“ finden hier aber mit vollem Recht den Ansatz zur Ausgestaltung der staatlichen Zwangsgewalt über das Arbeitsverhältnis, zum Raub des Koalitions- und Streikrechts, wie es im faschistischen Italien durchgeführt ist. So heißt es in einem Artikel über die „nationale Arbeiterbewegung“ im „Stahlhelm“ vom 1. Mai:

„Der nationale Arbeiter muß frei sein in seinen Ansichten, in den Grenzen seines nationalen Wirkens, und wenn seine Interessen dann nach bestem Wissen und Gewissen vertreten werden, müßten sich bei ehrlichem Bestreben auf beiden Seiten – Arbeitgeber und Arbeitnehmer – Brücken schlagen lassen. Andernfalls muß der Staat seine Pflicht tun durch die S c h l i c h t u n g s a u s s c h ü s s e. Da können wir uns den so viel bewunderten

Mussolini zum Vorbild nehmen, der einfach das Arbeitsgesetz aufgestellt hat, nachdem der Staat die Einigungsbasis kurzerhand festsetzt, wenn es zu einem Konflikt kommt und die Parteien nicht übereinkommen wollen."

Es ist kein Zufall, daß die faschistischen Führer, die die faschistische Ideologie speziell für die Arbeiter schmackhaft zu machen suchen, aus dem Reformismus hervorgegangen sind. Das Referat auf einer Arbeitertagung des Stahlhelms, die Ostern d. J. stattfand, hielt der ehemalige Sozialdemokrat Winnig. Er berief sich gegen die Theorien der „entwurzelten Intellektuellen" Marx und Lassalle auf den staatserhaltenden Geist, der in der Gewerkschaftsbewegung lebendig sei. Die Werkzeitungen des Scharfmachers Borsig verfaßt derselbe Striemer, der früher Redakteur des ADGB-Organs war. In der Tat ist kein großer Unterschied zwischen dem reformistischen Gedanken der Arbeitsgemeinschaft und dem faschistischen Gedanken der Werksgemeinschaft, zwischen der reformistischen Koalitionspolitik, die auf dem Gedanken der Versöhnung der Klassen im Rahmen der bürgerlichen Ordnung beruht und dem faschistischen Gedanken der natio-[292]nalen Gemeinschaft, der die Unterordnung der Arbeiterinteressen unter die Interessen der imperialistischen Bourgeoisie bedeutet, zwischen der hemmungslosen antibolschewistischen Hetze der reformistischen Führer, der brutalen Polizeiwillkür sozialdemokratischer Regierungsmänner gegen die revolutionäre Arbeiterschaft und dem faschistischen Terror gegen die Organisationen der klassenbewußten Arbeiterschaft, der Kriegshetze der faschistischen Führer gegen den „Osten".

Die Geistesgemeinschaft und die praktische Solidarität zwischen Faschismus und Reformismus trat an diesem 8. Mai so sinnfällig in Erscheinung, daß die Illusionen der bürgerlichen Demokratie, die Millionen Arbeiter in der bürgerlichen schwarzrotgoldenen Front hielten, einen schweren Schlag erlitten haben. Die sozialdemokratischen Arbeitermassen standen bei der schwarzrotgoldenen Fahne, solange sie in ihr ein Kampfsymbol gegen die bürgerliche Reaktion, gegen den Faschismus, sahen. Je fester die konterrevolutionäre faschistische Bourgeoisie mit der Weimarer Republik verschmilzt, je deutlicher die Rolle sozialdemokratischer „Staatsmänner" als Wegbereiter des Faschismus wird, desto weniger wird es gelingen, die Arbeitermassen der SPD von der roten Front fernzuhalten.

Herr Seldte hat in seiner Eröffnungsansprache in der Berliner Philharmonie ein offenes Bündnisangebot an das Reichsbanner gerichtet, zugleich mit der schärfsten Kampfansage an den Roten Frontkämpferbund:

„Nur durch den Stahlhelm als Gegenspieler kann es dem Reichsbanner Schwarzrotgold möglich werden, zur positiven Mitarbeit im Staate zu gelangen, falls es sich zum nationalen Bekenntnis und zur vaterländischen Mitarbeit durchzuringen vermag. Der Stahlhelm allein ist es, der das negative Vorzeichen des Reichsbanners in ein positives verwandeln kann, genau so wie der Stahlhelm allein die Kraft hat, das deutsche Volk und die Straße von der Pest der Rotfront-Bewegung zu befreien, um mit einem scharfen Radiergummi diesen roten Tintenklex aus dem jetzigen politischen Schulheft des deutschen Volkes wegzuradieren."

Der Stahlhelm hat den „roten Fleck" nicht wegradiert und er wird ihn nicht wegradieren. Aber wenn er selbst nicht „wegradiert" wurde aus den Straßen Berlins, so hat er das lediglich den sozialdemokratischen Führern zu verdanken, an die Seldte sein Bündnisangebot richtet. Sie haben die bewaffnete Macht der Republik gegen die Arbeiterschaft auf die Straße gehetzt und alles getan, um die Arbeitermassen von der Gegenkundgebung fernzuhalten.

Diese Bemühungen hatten keinen Erfolg. Der Stahlhelm ist nicht als Sieger von Berlin abgezogen. Die wirksame Boykottbewegung, die gewaltigen Straßendemonstrationen zeigen die Kraft, die die KPD als einzige Führerin der roten Front besitzt. Statt der angekündigten 120.000 Weißgardisten ist höchstens die Hälfte nach Berlin gekommen; der Empfang, den sie gefunden haben, läßt ihnen keinen Zweifel darüber, daß sie Berlin nicht „geistig erobert", sondern nur die Massenbewegung gegen den Faschismus gefördert haben.

Es wäre aber ein schwerer Fehler, wenn wir durch diesen Erfolg des Berliner Proletariats den Kampf gegen den Faschismus entschieden glaubten. Die faschistische Reaktion hat starke Positionen: Eine disziplinierte Bürgerkriegsarmee von Zehntausenden unter der Führung erprobten konterrevolutionärer Massenschlächter, faschistische Zellen in vielen Betrieben, eine Millionenmasse indifferenter und

durch dauernde Erwerbslosigkeit zur Verzweiflung Getriebener, als Rekrutierungsfeld für den Faschismus, Gewerk-[293]schaften unter einer Führung, die bereit und entschlossen ist, den Weg der D'Arragona und Kompagnie zu gehen und jetzt schon, bei jeder Gelegenheit das Streikrecht preisgibt. Dazu kommt ein Regierungs- und Staatsapparat, der vollkommen von Faschisten durchsetzt, mit den Faschisten versippt ist und systematisch die Rechte der Arbeiterschaft abbaut, und die internationalen Rüstungen zum imperialistischen Krieg, die das Ansteigen der faschistischen Welle in ganz Europa begünstigt. Das alles zusammen ist eine ernste Gefahr für die deutsche Arbeiterschaft.

Beschleunigte Ausmerzung der faschistischen Zellen aus den Betrieben, organisatorische Stärkung der Partei und des RFB vor allem auch auf dem Lande, restlose Organisierung in den freien Gewerkschaften, Brechung des reformistischen Einflusses in den Massen, Mobilisierung der Massen zum Kampf gegen den Bürgerblock und die Koalitionsregierungen, die gemeinsam und systematisch den faschistischen Terror gegen die Arbeiter vorbereiten – das sind die wichtigsten Aufgaben im Kampfe gegen die faschistische Gefahr.

Die revolutionäre Arbeiterschaft fürchtet weder die Fäuste der Faschisten, noch die Gummiknüppel und Gewehre der Polizei, die in ihrem Dienste steht. Sie braucht die Gewalt der Reaktion nicht zu fürchten. Wovor sie sich hüten muß, das ist der Verrat in ihren eigenen Reihen. Solange die Agenten der Bourgeoisie, die bewußten oder unbewußten Bundesgenossen der Bourgeoisie in den Reihen der Arbeiter Einfluß haben, solange noch demokratische, staatserhaltende, volksgemeinschaftliche Ideologien Arbeiterhirne verseuchen, solange ist die deutsche Arbeiterschaft vor dem Schicksal ihrer italienischen Klassengenossen nicht sicher. Der gemeinsame Kampf des Berliner Proletariats unter der Führung der Kommunisten muß uns ein Ansporn zur gesteigerten Arbeit in den Massen, in den Betrieben und in den Gewerkschaften sein. Faschismus, Bürgerblock und Reformismus sind die Feinde, die die geschlossene rote Front schlagen muß und schlagen wird.

*

Wirtschaftskonjunktur und Arbeiterklasse

Von A. E w e r t.

Die wirtschaftliche Entwicklung und die Lage der Arbeiterklasse zeigt in den letzten Monaten besonders folgende wichtige Momente auf: Erstens, wir befinden uns in einer Hochkonjunktur mit Rekordproduktionsziffern der wichtigsten Industrien; zweitens, die Konjunktur stützt sich nicht auf eine gesteigerte Ausfuhr, sondern in der Hauptsache auf die größere Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes; drittens, trotz guter Konjunktur zeigt der Reallohn eine sinkende Tendenz. Gleichzeitig ist es den Unternehmern gelungen, die Arbeiter der wichtigsten Industriegruppen durch langfristige Tarifverträge in der Hauptsache für die Dauer von einem Jahr zu binden; viertens, die gesteigerte Produktionskapazität, die nach wie vor bestehende und nicht aufzuhebende Erschwerung der Ausfuhr steigert die imperialistischen Bestrebungen des deutschen Kapitals.

Wenn wir die gegenwärtige Konjunktur im einzelnen betrachten, so fällt zunächst auf, daß die Lage im Kohlenbergbau in der letzten Zeit eine gewisse Verschlechterung erfahren hat. So hat das Oberschlesische Steinkohlensyndikat ab 1. Mai eine Kürzung der Beteiligungsziffer um weitere 5 Prozent auf insgesamt 15 Prozent beschlossen. Der Absatz verschlechtert sich, Kohle wird bereits auf Halden gestürzt. Neben den Saisoneinflüssen ist dies hauptsächlich auf das Wiedererscheinen der englischen Kohle zurückzuführen. Die Lage wird sich hier noch verschlechtern, wenn die langfristigen [294] Lieferverträge, die während des englischen Bergarbeiterstreiks abgeschlossen wurden, erlöschen. Aber auch heute noch ist die Produktion im Bergbau bei verringerter Arbeiterzahl größer wie die von 1913.

Viel günstiger dagegen liegen die Verhältnisse in der Produktion von Eisen und Stahl. Betrug die Produktion von Roheisen im Monatsdurchschnitt des Jahres 1913 910.000 Tonnen, so erreichte sie im März 1927 die Rekordziffer von 1.086.000 Tonnen. Noch größer ist die Steigerung in der Produktion von Rohstahl, wo die Vergleichszahlen 981.000 Tonnen im Jahre 1913 zu 1.450.000 im März 1927 sind.

Auch die Maschinenindustrie hat sich im Vergleich zu den ungünstigen Nachkriegsjahren etwas erholt. Hier hat der Export nach allen Erdteilen, außer Europa, den Stand von 1913 etwas überschritten,

jedoch steht diese geringe Steigerung in keinem Verhältnis zu dem großen Rückgang des Exports im gesamten Europa, das ja der Hauptabnehmer von Maschinen aus Deutschland war und ist. Die großen Zollerhöhungen, die fast alle kapitalistischen Länder in der Nachkriegszeit vorgenommen haben (die Zollerhöhungen für Maschinen betragen z. B. in Belgien 100 bis 2220 Prozent), haben die deutsche Maschinenausfuhr nach Mittel- und Westeuropa im Jahre 1926 auf 7,4 Prozent des Jahres 1913 gesenkt. Nach Osteuropa betrug die Ausfuhr 1926 nur 57 Prozent des Jahres 1913.

Die Belebung in der Werftindustrie ist außerordentlich stark. Stand Deutschland am 30. September 1926 im Auftragsbestand der Schiffswerften hinter Großbritannien, Italien, Holland und Frankreich an fünfter Stelle, so ist es heute mit einem ungefähren Auftragsbestand von 600.000 bis. 700.000 Tonnen an die zweite Stelle hinter Großbritannien gerückt, dessen Auftragsbestand sich auf 1.217.000 Tonnen beläuft.

Die Textilindustrie weist im allgemeinen eine volle, bis zu 98 Prozent gehende Beschäftigung auf. Hier liegen Aufträge für die nächsten drei bis sechs Monate vor.

Die Bautätigkeit ist außerordentlich stark angestiegen. Die Bauvorhaben haben sich gegenüber dem Vorjahre verdoppelt. Die große Nachfrage nach Baustoffen drückt sich auch in der Erhöhung des Baustoffindex gegenüber dem Jahresdurchschnitt 1926 um 15 Punkte auf 155,2 aus.

Rekordziffern erreichte auch die Produktion von Kali in den letzten drei Monaten, was sowohl auf die gesteigerte Kaufkraft der Landwirtschaft wie auch auf die Einkaufssaison zurückzuführen ist.

Trotz Rationalisierung, die den Unternehmern ungeheure Vorteile gebracht hat, hat sich der Export der deutschen Industrie nicht gehoben, sondern zeigt im Gegenteil rückläufige Tendenzen. Die saisonmäßige Belebung der Ausfuhr im März brachte zwar eine Verringerung der passiven Handelsbilanz. Betrug diese im Februar 339 Millionen Mark, so sank sie im März auf 224 Millionen. Aber auch diese Besserung ist vollkommen unzureichend, denn der Export im März 1927 bleibt mit 842 Millionen Mark um 81 Millionen Mark hinter dem des gleichen Monats des Vorjahres zurück Berücksichtigt muß auch werden, daß sowohl im Jahre 1925 wie auch 1926 der deutsche Export um je eine Milliarde gestiegen ist, während im Jahre 1927 nicht der geringste Fortschritt zu verzeichnen ist. Die Ausfuhrsteigerung im Jahre 1926 war zu 75 Prozent auf die Sonderkonjunktur in Kohle und Eisen infolge des englischen Bergarbeiterstreiks zurückzuführen. Die unsichtbaren Einnahmen der deutschen Kapitalisten, die sich zwar in der letzten Zeit etwas vermehrt haben. reichen natürlich nur zur Deckung eines ganz kleinen Teiles der etwa 300 Millionen Mark monatlich betragenden passiven Handelsbilanz. Das Tempo der Abwanderung der Deckungsreserven hat bereits eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen. Es bleiben also nur zwei Möglichkeiten zur Deckung der passiven Handelsbilanz: die Aufnahme neuer Anleihen sowie eine gesteigerte Kapitalausfuhr. Infolge der Rationalisierung hat sich die deutsche Kapitalmacht außerordentlich gestärkt. Aber eine wirklich umfangreiche Kapitalausfuhr scheitert sowohl an der für diese Zwecke noch nicht ausreichenden Kapitalakkumulation, wie auch – und vor allem – an der fehlenden imperialistischen Machtstellung. So wird man vor [295] allem weiter den Weg der fremden Anleihen zu beschreiten versuchen, um mit diesen die Inlandskonjunktur zu beleben. Es liegt auf der Hand, daß dies keine Lösung ist.

Um die Schwierigkeiten zu mindern, versucht die deutsche Bourgeoisie jetzt unter Ausnutzung der imperialistischen Gegensätze eine Revision des Dawes Planes einzuleiten. Auch im Ausland wird diese Frage mehr und mehr diskutiert. Während die Vereinigten Staaten Nordamerikas durch den Staatssekretär Mellon erklären ließen, daß der Dawes-Plan nichts zu tun habe mit einer internationale Schuldenregelung und daß England zahlen könne. da es aus dem Dawes-Plan und von seinen Schuldnern mehr erhalte wie es an die USA. zu zahlen habe, versucht die englische Regierung, jede Aenderung des Dawes-Planes zu einer Verringerung seiner eigenen Schuldenlast gegenüber den Vereinigten Staaten auszunutzen. Poincaré aber, mit Recht eine neue Unterminierung des Versailler Friedensvertrages und eine neue Zurückdrängung des französischen Einflusses befürchtend, stellt erneut die These auf: An Versailles darf nicht gerüttelt werden. So führt die Aufrollung des Reparationsproblems in Verbindung mit der internationalen Schuldenregelung erneut zur Verschärfung der zwischen den Mächten bestehenden Gegensätze. In Deutschland selbst wird das Reparationsproblem von allen

bürgerlichen Parteien langsam und systematisch in den Vordergrund geschoben. Da im Oktober 1927 weitere 500 Millionen Mark und im Oktober nächsten Jahres der volle Betrag von 2½ Milliarden Mark zu zahlen ist, wird die deutsche Bourgeoisie alle Kräfte anspannen, um auch Teile der Arbeiterschaft unter Hinweis auf ihre wirtschaftlichen Interessen ins Schlepptau der bürgerlichen Politik zu bringen. Und es ist wahrscheinlich, daß die bürgerlichen Parteien diese Frage auch zu einer der Hauptlosungen der großen Wahlkämpfe des nächsten Jahres machen werden. Ebenso ist es durchaus möglich, daß die Bourgeoisie bei der Zuspitzung der Reparationsfrage, beim Nachlassen der Wirtschaftskonjunktur und beim Anschwellen des Widerstandes der Arbeiterschaft erneut mehr die Sozialdemokratie in den Vordergrund schiebt, womit durchaus nicht der jetzt vor sich gehende weitere Ausbau der Machtpositionen und die direkte Unterstützung und Förderung der weißgardistischen Verbände in Widerspruch stehen.

Das Unternehmertum hat in diesem Frühjahr einen großen, wenn auch stillen Sieg über die Arbeiterklasse erfochten. Infolge der Politik der Gewerkschaftsverbände ist es ihnen in der Periode der Rationalisierung gelungen, fast überall, ohne Hemmungen durch Verträge und noch weniger durch Kämpfe, die Wirtschaft auf eine bisher nicht erreichte Produktionsergiebigkeit zu bringen. Legten die Unternehmer in dieser Periode keinen allzu großen Wert auf den Abschluß von Tarifverträgen, so änderte sich dies mit dem Einsetzen der Konjunktur. Ueberall machte sich das Bestreben geltend, die Gewerkschaften zum Abschluß langfristiger Tarifverträge zu bewegen. Ueberall kamen die Leitungen diesem Wunsch der Unternehmer sofort nach. In Verbindung mit dem Ausbau des Schlichtungswesens der Verbindlichkeitserklärung der Schiedssprüche und der Sabotage jeden Kampfes seitens der Gewerkschaftsbürokratie ist heute die Streikziffer und vor allem die Dauer der Streiks unter de Jahre ansteigender Konjunktur in der Vorkriegszeit herabgedrückt. Die deutsche Bourgeoisie braucht kein Antigewerkschaftsgesetz nach dem Muster ihrer englischen Vettern einzubringen. Sie hat es schon verstanden jeden Streik für gesetzwidrig zu erklären der nach Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs durchgeführt wird. Die Justiz macht die Gewerkschaften schadenersatzpflichtig und die enge Verbindung zwischen Gewerkschaftsbürokratie und staatlichen Behörden hat dazu geführt, daß die Behörden von vornherein unterrichtet waren, welch ein Schiedsspruch für die Bürokraten der Verbände akzeptabel Sein würde. Die Behörden wußten daß es auch bei Ablehnung des Spruches durch die Arbeiter nur der Verbindlichkeitserklärung bedürfe, um den Kampf zu verhindern. Unser Einfluß war nicht stark genug, um dieser heimtückischen Sabotage wirkungsvoll zu begegnen. Diese Tatsache wird sich für die Entwicklung der nächsten Monate für die gesamte Arbeiterklasse noch [296] bitter rächen, Ungehindert durch wirtschaftliche Kämpfe größeren Umfanges stößt die Bourgeoisie auf allen Gebieten gegen die Arbeiterklasse vor. Die Erwerbslosenfürsorge wird mit der Begründung der guten Konjunktur verschlechtert, die Krisenfürsorge für eine ganze Reihe von Berufen aufgehoben.

In der Zeit der ansteigenden Konjunktur vom 1. September 1926 bis 1. Februar 1927 wurden nach dem „Arbeitgeber“ nur für 1,7 Millionen Arbeiter Lohnerhöhungen bewilligt, 800.000 Arbeiter erhielten in dieser Zeit überhaupt keine Lohnerhöhung. Gewiß fanden in der Zeit vom 1. Februar bis 1. Mai für etwa drei Millionen Arbeiter Tarifabschlüsse statt, die alle Lohnerhöhungen von 4 bis 10 Prozent, in einigen Fällen auch darüber brachten. Man kann auch annehmen, daß sich die Nominallöhne auch für die übrige Arbeiterschaft, wenn auch in geringerem Umfange erhöht haben.

Der nominale tarifmäßige Wochenlohn stieg im Reichsdurchschnitt für

Gelernte Arbeiter:			Ungelernte Arbeiter:		
1924	35,00 %	= 10,01 M.	23,0 %	=	7
1925	18,80 %	= 7,20 M.	17,7 %	=	5,12 M.
1926	0,38 %	= 0,38 M.	1,1 %	=	0,39 M.

Für das Jahr 1926 ist besonders charakteristisch, daß im Januar 1926 der Realwochenlohn für gelernte 32,90 Mark, für ungelernte Arbeiter 24,30 Mark betrug, während er im Dezember desselben Jahres bei bereits stark steigender Konjunktur auf 32,13 resp. 23,87 Mark, d. h. um 2,3 und 2,01 Prozent gefallen war.

Diese Abwärtsentwicklung wurde auch durch die Lohnerhöhungen der letzten Monate kaum

aufgehalten. Allein die Mietpreiserhöhung um zehn Prozent hat die Lohnerhöhungen zum größten Teil verschlungen. Das übrige tut die Steigerung der Preise für billige Textilwaren und Lebensmittel. Neue Zölle auf Kartoffel, Gefrierfleisch, Zucker, Mehl und Brotgetreide werden eine weitere Verschlechterung der Lage der Arbeiterschaft bringen. Wie ist es zu erklären, daß der Widerstand gegen diese Zustände verhältnismäßig so gering ist? Der größte Teil der Arbeiterschaft, verraten von der Gewerkschaftsbürokratie, beschritt die Linie des geringsten Widerstandes. Sie erhöhte ihre Kaufkraft und hob die sinkende Tendenz des Reallohnes auf durch Ausübung zahlreicher Ueberstunden und Extraschichten. Ferner werden in einer ganzen Reihe von Industrien besonders für Facharbeiter tarifmäßig nicht erfaßte Zuschläge gezahlt. Diese und die Ueberstunden erhöhen den gezahlten Wochenlohn um etwa 10 bis 15 Prozent. Andererseits hat gerade diese Erscheinung Auswirkungen, die die Klassenmoral der Arbeiter zersetzt.

Die Kommunistische Partei muß dem entgegenwirken. Nur wenn es gelingt, in dieser Zeit der guten Konjunktur den Respekt der Arbeiter vor den tariflichen Bindungen zu brechen, ist mit dem Ausbruch größerer Kämpfe in der nächsten Zeit zu rechnen. Wie die Dinge jetzt liegen, sind die Aussichten für die Unternehmer viel günstiger wie für die Arbeiter, da die Bindung der letzteren an die reformistischen Leitungen noch sehr stark ist. Um so mehr Veranlassung für unsere Partei, mit aller Kraft unter Berücksichtigung der Gesamtlage und der Lage in den einzelnen Bezirken und Industrien die Frage des Kampfes um Verbesserung der Lebenslage und Verkürzung der Arbeitszeit in den Vordergrund zu stellen, und die politische Bedeutung, den politischen Charakter dieses Kampfes aufzeigend, ihn zu verbinden mit den politischen Losungen. Der Kampf gegen die Trustbourgeoisie, der Kampf gegen die Rechtsregierung im Reich, sowie gegen die Rechts- und Koalitionsregierungen in den Ländern, gegen jede einzelne ihrer Maßnahmen auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet, verbunden mit einer richtigen Durchführung der Einheitsfronttaktik, wird der Arbeiterklasse immer mehr die Notwendigkeit der Anwendung revolutionärer Kampfmethoden zum Sturz der Bourgeoisie zeigen. [297]

*

Der Kieler Parteitag der SPD

Von Fritz Rück.

Die Zeit ist noch nicht allzufern, wo hinter jeden sozialdemokratischen Parteitag die bedeutsame Feststellung gesetzt wurde, daß er einen Markstein in der Geschichte der Arbeiterbewegung gebildet habe. Ueber viele solcher „Marksteine“ ist die Sozialdemokratische Partei zu ihrer heutigen Politik marschiert und in dem Maße, wie die radikale Demonstrationspolitik verschwand und die Unterstützung der Bourgeoisie, die Koalitionspolitik, sich durchsetzte, büßten die sozialdemokratischen Parteitage an Bedeutung ein. Heute ist das innere Leben der Partei verkümmert, die Bürokratie bestimmt die Politik und setzt sie durch. So werden die Parteitage ein immer unzuverlässigeres Spiegelbild des wirklichen Denkens und Fühlens der sozialdemokratischen Arbeitermassen, was sich dort abspielt, ist der Kampf um die Formel, durch die der innere Gegensatz der sozialdemokratischen Politik vor den Massen vertuscht werden soll. Und sowohl die parteivorstandstreue Bürokratie wie die Führer der Opposition sind eifrig bestrebt, diese Formel gemeinsam zu finden.

Bei einer oberflächlichen Betrachtung der sozialdemokratischen Politik könnte es scheinen, als ob die innere Krise dieser Partei, in der sich die Klasseninteressen der zwei entscheidenden Klassen der Gesellschaft, Bourgeoisie und Proletariat, kreuzen, zur Zeit abgeschwächt sei. Dieser Schein trügt. In Wirklichkeit kann diese Krise nicht überwunden werden. Und wenn man nicht nur die Entwicklung weniger Monate, sondern die Entwicklung eines längeren Zeitraums und eine weitere Perspektive nimmt, wird man die Abspaltung des proletarischen Anhangs der Partei als unumgängliches Schicksal und als eine der wichtigsten Voraussetzungen für einen neuen revolutionären Aufschwung des deutschen Proletariats betrachten müssen. Zur Zeit allerdings scheint es, als ob damit in absehbarer Zeit nicht zu rechnen wäre, als ob der Gegensatz der reformistischen Politik, die auf eine Unterstützung des Kapitalismus, auf positive Mitarbeit in der großkapitalistischen Republik hinausläuft, zu den Klasseninteressen der deutschen Arbeiterklasse, die den Sturz des Kapitalismus, die Zerstörung des staatlichen Machtapparates und die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats verlangen, durch

radikale Phrasen bei praktischer Fortsetzung der Koalitionspolitik überwunden werden könnte. Aber das Anwachsen oppositioneller Stimmungen bei den sozialdemokratischen Arbeitermassen, das bei dem am weitesten fortgeschrittenen Teil dieser Arbeiter zur Loslösung von der SPD führt, das stärkere Auftreten der zentristischen Führergruppe, die von diesen oppositionellen Stimmungen getragen wird, die Sackgasse, in der sich der Parteivorstand durch seine Koalitionspolitik in Preußen bei gleichzeitiger Scheinopposition im Reiche befindet, zeigen an, daß die Grenzen, innerhalb der die Einheitlichkeit der Partei aufrecht erhalten und die Manövrierfähigkeit der Parteiführung gewahrt bleiben kann, sehr eng geworden sind. Trotzdem sind sie immer noch weit genug, um eine akute Parteikrise zu vermeiden und der Kieler Parteitag wird alle; Voraussicht nach, den Beweis erbringen, daß die reformistischen Führer im Auffangen von radikalen Massenstimmungen bei gleichzeitiger Fortsetzung ihrer Politik noch immer Meister sind.

Die objektive Grundlage, die diese Politik des Lavierens ermöglicht, bildet die relative Stabilisierung des Kapitalismus, die Tatsache, daß wir in einer Periode der Verschärfung der internationalen Gegensätze bei gleichzeitiger Zuspitzung der Klassengegensätze im Innern uns befinden, ohne daß jedoch eine akute konkrete Zuspitzung bisher erfolgte. International ist Deutschland noch nicht direkt beteiligt an dem neuen imperialistischen Vorstoß, der in Frankreich die Sozialdemokraten vor die Zustimmung zur Heeresreform, in England vor die Stellungnahme zu der Intervention in China und die Einkreisungspolitik gegen Sowjetrußland gestellt hat. Die außenpolitische Situation des deutschen Imperialismus läßt noch die Möglichkeit einer Verbindung pazifistischer Phrasen mit Neutralitätsbeteuerung und praktischer Unter-[298]stützung des Imperialismus zu. Allerdings wirkt die jüngste Entwicklung des deutschen Kapitalismus seit dem Eintritt in den Völkerbund und der Durchführung der Rationalisierung in der Richtung, daß auch die sozialdemokratische Politik immer klarer vor offene Entscheidungen gestellt wird, die ihren sozialpatriotischen Charakter vor den Arbeitermassen enthüllen müssen. So ist die Rolle der deutschen Bourgeoisie im Völkerbund und in der weltpolitischen Entwicklung eine ganz andere, als die der österreichischen Bourgeoisie und selbst die austromarxistischen Phrasen eines Otto Bauer und Fritz Adler können von der deutschen Sozialdemokratie nicht übernommen werden, wenn sie nicht mit ihrer Praxis der bedingten Unterstützung der Bourgeoisie in offenen Widerspruch kommen will. Und selbst die Opposition übernimmt diese austromarxistischen Formulierungen, die an und für sich eine Drapierung des Reformismus mit dem alten Wortradikalismus der Vorkriegszeit darstellen, nur in starker Verwässerung.

Innenpolitisch erwächst die Manövrierfähigkeit der sozialdemokratischen Politik aus der Tatsache, daß es dem deutschen Kapitalismus, allerdings unter wesentlicher Mithilfe der reformistischen Führer, gelungen ist, die Rationalisierung in den wichtigsten Industriezweigen durchzuführen, verschiedene Schichten der Arbeiterschaft gegeneinander auszuspielen, eine stärkere Differenzierung der Löhne zu erreichen und durch Schlichtungswesen und Tarifpolitik (wieder mit engster Unterstützung der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie) größere Kämpfe um die Arbeitszeit zu verhindern. Die Feststellung dieser Tatsache zeigt zugleich auch, daß mit dem Wiederaufflammen größerer Massenbewegungen in Deutschland, mit der stärkeren Aktivität der Arbeiterschaft in Lohn- und Arbeitszeitkämpfen, mit einer erhöhten politischen Aktivität, wie sie der Widerstand gegen Bürgerblock und Faschismus erzeugen müssen, auch die Gegensätze innerhalb der SPD eine Zuspitzung erfahren werden. Jede größere Massenbewegung des Proletariats zwingt die reformistischen Führer, die Konsequenzen ihrer Mitarbeit am Aufbau des Kapitalismus zu ziehen und sich offen auf die andere Seite der Barrikade, in die Reihen der Bourgeoisie, zu stellen. Jeder praktische Kampf des Proletariats, zwingt auch die zentristischen Führer, den wirklichen Kern ihrer Opposition zu enthüllen. Und jeder derartige Kampf stellt so die sozialdemokratischen Arbeiter vor die Frage des offenen Bruchs mit der reformistischen Führerschaft und ihrer eigenen Partei, wobei dieser Bruch allerdings nur bei einer gewissen Reife der Situation und nur dann erfolgen wird, wenn die Kommunistische Partei die Arbeiterschaft im Kampfe führt und den Arbeitern Vertrauen in ihre Kampfführung einflößt.

Betrachten wir die Zeitspanne zwischen dem letzten Heidelberger Parteitag der SPD und dem Kieler Parteitag. Diese anderthalb Jahre politischer Entwicklung in Deutschland zeigen den klaren Willen der reformistischen Führer an einer Koalitionsregierung im Reiche teilzunehmen, – und dieser Wille

blieb wirklich kein Geheimnis, das im verschwiegenen Busen bewahrt blieb – und das Scheitern aller praktischen Versuche, eine solche Koalitionsregierung zustande zu bringen. Da die Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokratie und Deutscher Volkspartei daran scheiterte, daß die Volkspartei als führende Partei der Bourgeoisie auf Grund der durch die Rationalisierung gefestigten kapitalistischen Macht auf die Unterstützung sozialdemokratischer Regierungslakaien verzichtete – so stellen die sozialdemokratischen Führer immer mehr als taktisches Ziel, mit dem sie auch in den nächsten Wahlkampf zu ziehen gedenken, eine Regierung der Weimarer Koalition auf. Aber die Zeiten, wo die deutsche Großbourgeoisie geneigt und gezwungen war, kleinbürgerliche Parteien zur Führung der Staatsgeschäfte heranzuziehen, sind endgültig vorbei. Die Industriellen und Großagrarier wollen nicht nur den Kurs der Politik bestimmen, sondern auch das Staatsruder selbst in der Hand behalten. So bleibt als ernsthafte politische Möglichkeit für die Teilnahme der SPD an der Reichsregierung nur die Große Koalition und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat auch in den drei Regierungskrisen dieser anderthalb Jahre – Dezember 1925, nach Abschluß der Locarnoverträge; Mai 1926, während der Volksentscheidsbewegung; Januar 1927, nach [299] dem Sturz des von der SPD monatelang tolerierten Kabinetts Marx – ihre Bereitschaft zur Bildung der Großen Koalition erklärt. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat es auch abgelehnt, trotzdem ihr die Industriellen bei jeder Regierungsbildung die kalte Schulter zeigten und selbst die geringsten sozialen Zugeständnisse ablehnten, aus ihrer Opposition irgendwelche Konsequenzen zu ziehen und die Auflösung des Reichstages zu erzwingen. Selbst dem Bürgerblock gegenüber ist die Parole: Regieren lassen. Die Richtschnur des taktischen Verhaltens ist dabei, jede Zuspitzung der innerpolitischen Situation zu vermeiden, um den deutschen Imperialismus bei der Vorbereitung und Durchführung einer neuen Aera imperialistischer Expansions- und Machtpolitik zu unterstützen.

Die rechte Führergruppe, die sich um die „Sozialistischen Monatshefte“ schart, spricht dabei offen aus, was der Parteivorstand den Arbeitermassen gegenüber verschweigt und verschleiert, sie ist die Vorkämpferin der Schaffung einer kontinentalen Mächtekoalition, mit den ausgesprochen imperialistischen Zielen, die auf Unternehmerseite von dem Großindustriellen Rechberg am offensten ausgesprochen worden sind. Die Taktik der Reichsbannerführer, die eine Annäherung an den Jungdo verlangen, ist eines der wichtigsten Glieder dieser Politik, die als nächstes praktisches Ziel die Eingliederung Deutschlands in die Antisowjetfront verfolgt, wofür durch den Eintritt in den Völkerbund und die Verhandlungen von Locarno und Thoiry die hauptsächlichsten Voraussetzungen geschaffen sind. Die verstärkte Hetze gegen die Sowjetunion, die schon kurz nach dem Heidelberger Parteitag an die Stelle der dort verkündeten Formel des Marseiller Kongresses: Hände weg von Sowjetrußland! trat, und die mit geringen Schwankungen in Situationen allzu offenen Auftretens der imperialistischen Wortführer (Note Englands an die Sowjetunion, Einbruch in die Pekinger Botschaft der Sowjetunion) konsequent geführt wurde, wobei die Sowjetgranatenkampagne einen Höhepunkt darstellte, ist die ideologische Begleitmusik dieser Unterstützung der imperialistischen Bündnispolitik. Dabei zeigen die erwähnten Schwankungen und die schwächlichen Versuche der austromarxistischen Richtung, sich von dieser offiziellen Parteipolitik durch pazifistische Redensarten und billige Phrasen über Neutralität Deutschlands im Falle eines bewaffneten Konfliktes abzugrenzen, den inneren Gegensatz der sozialdemokratischen Politik, der bei jeder ernsthaften Zuspitzung der außenpolitischen Situation sich verschärfen muß. Einige der Anträge zum Kieler Parteitag zeigen denn auch, daß in der Sozialdemokratischen Partei starke Strömungen vorhanden sind, die eine Abkehr von der Politik der Unterstützung des Imperialismus verlangen und eine selbständige proletarische Klassenpolitik gegen die wachsende Kriegsgefahr und ihre imperialistischen Träger fordern. Solche Anträge sind z. B. die der Ortsgruppe Leipzig, die von der II. Internationale verlangt, gemeinsam mit dem IGB einen Generalstreik im Falle des Kriegsausbruchs zu organisieren, und der des Thüringer Bezirksparteitags, der die Unfähigkeit des Völkerbundes, den Frieden zu sichern, feststellt. Die Stellungnahme zu den a k t u e l l e n imperialistischen Konflikten wird allerdings sorgfältig vermieden.

Den Charakter der sozialdemokratischen Opposition gegenüber dem Bürgerblock charakterisierte Hermann Müller im „Vorwärts“ folgendermaßen:

„Es ist nicht Aufgabe der Opposition, der Regierung das Leben angenehm zu machen. Auf das Staatswohl haben wir aber immer genügend Rücksicht genommen. Unsere kritische Stellung ist stark, weil wir bereit

gewesen sind, in der Regierung mitzuarbeiten."

Die deutsche Bourgeoisie ist sich denn auch über den Charakter der sozialdemokratischen Opposition völlig im klaren. Sie weiß, daß sie die reformistischen Führer in jeder kritischen Situation braucht. Sie ist allerdings nicht gewillt, in irgendeiner politischen und sozialen Frage Zugeständnisse zu machen, solange sie die Macht besitzt, ihre Profitinteressen rücksichtslos durchzusetzen. Kühl und brutal formulierte Silverberg in seiner bekannten Rede, die die prinzipielle Bereitschaft zur Koalition mit der SPD unter der Führung des Unternehmertums aussprach:

[300] „Man sagte einmal: Es kann nicht gegen die Arbeiterschaft regiert werden. Das ist nicht richtig; es müßte heißen: Es kann nicht ohne die Arbeiterschaft regiert werden."

Denn die ganze Politik der Bourgeoisie besteht im Regieren gegen die Arbeiterschaft. Aber die Bourgeoisie hat erkannt, daß die Vertretung und Durchsetzung ihrer Klasseninteressen leichter ist, wenn sie Verbündete im Lager der Arbeiterklasse selbst hat. Diese Verbündeten sind die reformistischen Führer, die Form des Bündnisses kann sowohl die Koalitionsregierung wie auch eine Opposition sein, die sich „ihrer Verantwortung gegenüber dem Staatswohl" bewußt ist. In den Jahren nach dem Zusammenbruch, wo Deutschland infolge seiner militärischen Niederlage nach außen hin pazifistisch auftreten mußte, während im Innern die revolutionäre Bewegung niedergeworfen und die erschütterte kapitalistische Staatsmacht wiederhergestellt werden mußte, war es für die Bourgeoisie vorteilhafter, die sozialdemokratischen Führer in der Regierung zu haben. In den Jahren nach der Festigung des Staatsapparats und der Macht der Bourgeoisie wurde diese Notwendigkeit immer geringer. Die brutale Interessenpolitik, durch die die Bourgeoisie die Lasten des verlorenen Krieges und die Kosten der Stabilisierung auf die Schultern der werktätigen Massen legte, war besser durchzuführen ohne Hemmungen oder Rücksichtnahmen auf sozialdemokratische Koalitionsgenossen. Die Steuer- und Zollpolitik der bürgerlichen Parteien konnten die sozialdemokratischen Führer nicht mitmachen, ohne ihren Einfluß auf die Arbeitermassen und breite kleinbürgerliche Schichten zu verlieren. Der gewaltige Rückgang der sozialdemokratischen Stimmenzahlen bei den Maiwahlen 1924, das gleichzeitige Anwachsen der kommunistischen Stimmenzahl war eine ernste Warnung für die sozialdemokratischen Führer, die ihnen zeigte, wieweit sie in der Unterstützung der Bourgeoisie gehen konnten, ohne ihre Basis in den Massen zu verlieren. So gingen sie zur parlamentarischen Scheinopposition über, die gleichzeitig eine Art Sicherheitsventil darstellt, das für eine gewisse Periode ermöglicht, die Erbitterung der werktätigen Massen aus dem erhitzten Kessel der wachsenden sozialen und politischen Gegensätze abblasen zu lassen.

Aber auf die Dauer versagt dieses Sicherheitsventil. Die Verschärfung des Klassenkampfes läßt sich durch parlamentarische Manöver nicht aufhalten. Den ersten starken Stoß erhielt die sozialdemokratische Taktik der Fortsetzung der Koalitionspolitik mit anderen Mitteln in der Fürstenenteignungsbewegung. Gegen den Willen der Führer wurde die sozialdemokratische Partei zur Teilnahme an der Bewegung gezwungen, der Riß zwischen Proletariat und Bourgeoisie in Deutschland wurde breit aufgerissen. Dadurch, daß die sozialdemokratischen Führer sich mit an die Spitze der Bewegung gestellt hatten, gelang es ihnen noch einmal, ihr die Spitze abzubiegen und sie im geeigneten Zeitpunkt zu verraten. Aber ein starkes Anwachsen der oppositionellen Stimmungen in der Partei war die Folge dieses Verrats; die Haltung der preußischen Landtagsfraktion zum Hohenzollernvergleich führte in Berlin und an anderen Orten zur offenen Weigerung ganzer Parteidistrikte, die Reichswerbewoche der Partei durchzuführen. Bei der Struktur der Sozialdemokratischen Partei ist eine solche Antwort der Parteimitglieder nur zu verstehen als Zeichen einer tiefgehenden Zerklüftung innerhalb der Mitgliedschaft, als ein bedeutungsvoller Schritt auf dem Wege der Loslösung von der reformistischen Bürokratie. Inzwischen sind die oppositionellen Stimmungen weiter gewachsen, wie die zahlreichen Anträge zum Kieler Parteitag beweisen, die eine Aenderung der bisherigen Politik des Parteivorstands verlangen. Die Arbeiter nehmen die oppositionelle Stellung der Partei ernst und verlangen den Bruch mit der Koalitionspolitik und Führung des Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie. Der Hauptangriff richtet sich gegen die Preußenpolitik des Parteivorstandes, in der sich die Dienstbereitschaft der Koalitionspolitiker für den Bürgerblock am deutlichsten manifestiert.

Die Opposition ist noch sehr unklar und inkonsequent, sie, wird von den zentristischen Führern bewußt irregeleitet und durch radikale Phrasen [301] von konkreten Forderungen abgehalten – der Austritt aus der preußischen Regierung wird in keinem der gestellten Anträge verlangt –, aber sie ist ein Zeichen dafür, daß die Periode, in der es den reformistischen Führern möglich war, die Arbeiterschaft über den völligen Bankrott der Koalitionspolitik hinwegzutäuschen und ihren Einfluß auf breite Arbeiterschichten aufrechtzuerhalten, ihrem Ende entgegengeht. Die Krise der SPD wird auch durch alle Manöver, die auf dem Kieler Parteitag von einer routinierten Bürokratie durchgeführt werden, durch alle Verkleisterungsversuche, nicht aufgehalten werden. Denn diese Krise beruht auf dem inneren Gegensatz der sozialdemokratischen Politik, sie erwächst aus der Zuspitzung der internationalen und innerpolitischen Situation, die das deutsche Proletariat zur Sammlung gegen die Bourgeoisie, zur Führung des revolutionären Klassenkampf es zwingt, wenn es nicht in der Raserei eines neuen Weltkrieges, in der Barbarei wachsender Verelendung, untergehen will. Eine der wichtigsten Voraussetzungen des neuen Aufstieges der deutschen Arbeiterklasse ist die Loslösung von den reformistischen Führern, die im Dienste der Bourgeoisie die Arbeiterbewegung zersplittern und lahmzulegen versuchen. Nicht durch seine positiven Ergebnisse, sondern durch seine Kompromißlösungen, durch die Versuche, die oppositionellen Stimmungen einzufangen und die Formulierungen für die Fortsetzung der arbeiterfeindlichen Koalitionspolitik zu geben, wird der Kieler Parteitag der SPD dazu beitragen, diese Loslösung zu beschleunigen. In dieser Beziehung wird er allerdings einen „Markstein“ in der Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung darstellen.

*

Wang Tsching Wie
Der politische Führer der Kantonregierung

Von K. A. Wittfogel

Einer von der „alten Garde“

Die Chinesen kennen Wang Tsching Wei (auch Wang Ching-Wai geschrieben, oder auch Wong Ching Wai) schon lange. Er gehört zur „alten Garde“ der chinesischen Revolution. War bereits Anfang des Jahrhunderts in den Zirkeln der revolutionären chinesischen Studenten in Japan tätig, stürzte sich nach mehrjährigem Studium in Paris in die chinesische Bewegung daheim, die unter Sun Yat Sens Leitung 1905 in der „Verbündeten Liga“, der Tung Meng Hui, konzentriert war. Wirkte hervorragend an der revolutionären Zeitung der „Liga“ mit, am „Min Pao“ (der sogenannten „Volkszeitung“). Organisierte, agitierte, verfaßte verschiedene politische Schriften, unter denen das Buch „Das Volk innerhalb der Nation“ von nachhaltiger Wirkung war. Kämpfte, sah Niederlage über Niederlage, und suchte 1910 mit dem Mittel eines terroristischen Angriffs auf den Prinzregenten in Peking dem revolutionären Kampf, der vorübergehend in Pessimismus und Mutlosigkeit versandete, neue Impulse zu geben. Wangs Anschlag wurde entdeckt. Er selbst wanderte in den Kerker, auf Lebenszeit, so jedenfalls wollte es die Mandschuregierung. Auf zwei Jahre – so entschied die Revolution, die 1911, ganz kurz nach der Verzweiflung des Vorjahres, zum entscheidenden, siegreichen Schlage gegen das Mandschukaisertum ausholte.

Seit 1911 kennt ihn Ostasien. Heute geht sein Name, als der einer der führendsten Persönlichkeiten der chinesischen Freiheitsbewegung, durch die Presse aller fünf Erdteile. Wang, der seit 1911 einer der regsten Mitarbeiter Sun Yat Sens war, dem er als sein Sekretär bis zu dessen Sterbestunde zur Seite stand, bekleidete verschiedene wichtige Aemter zuerst in der Nankinger Revolutionsregierung, später, 1918, als Finanz-[302]minister in der Kantonregierung. 1925 wurde er, dem Willen Sun Yat Sens gemäß, dessen Nachfolger als Chef der Kantonregierung. Als solcher kämpfte er bis Anfang 1926 für die Durchführung einer kompromißlosen Linkspolitik, wurde 1926 als zu „rot“ vom Zentrum der Kuo Min Tang (hinter dem sich die Rechten der Partei verbargen) kaltgestellt, ging ins Ausland und ist nun, im Frühling 1927, nachdem der Kurs der Kuo Min Tang entschieden nach links herumgeworfen ist, wieder in seine alte Stellung zurückgekehrt. Die Abmachung, die er kürzlich mit der KP Chinas traf, hat vor aller Welt seinen ehrlichen Willen zum Zusammenarbeiten mit den chinesischen Kommunisten aufs neue dokumentiert. Wang Tsching Wei hat

gezeigt, daß er und seine politischen Freunde sich vor einem Zusammengehen mit der KP Chinas und mit der Sowjetunion nicht fürchten.

Der größte Redner der chinesischen Revolution

Ich fragte jüngst einen chinesischen Genossen, wer seiner Meinung nach der hervorragendste Redner der chinesischen Revolution sei. Ohne sich zu besinnen, antwortete mein Freund: „Wang Tsching Wei". Viele deutsche Genossen entsinnen sich des Films „Licht im Osten". Eine Szene in Kanton zeigt ein Mitglied der Revolutionsregierung, eine Ansprache an die Menge haltend. Bewegungslos sind die Blicke der chinesischen Arbeiter und Studenten auf den Redner gerichtet. Seine Hände schneiden die Luft, begleiten, erklären. Sein bewegliches Mienenspiel deutet auf ein leidenschaftliches Drängen der Bilder und Argumente hin, denen die weiten, ruhigen Gesten Klarheit und Gliederung verleihen. Die Wirkung dieses Redners auf seine südchinesischen Zuhörermassen ist augenscheinlich eine außerordentliche. Der Redner ist Wang Tsching Wei.

Ein Buch Wang Tsching Weis muß daher in doppelter Hinsicht bemerkenswert sein: formal (denn jemand, der spricht wie Wang, wird sich auch als guter Schriftsteller erweisen); und inhaltlich (wir erfahren daraus Näheres, und zwar von authentischster Seite, über die Ideologie, Tendenzen und Kräfte des nichtkommunistischen Teils des linken Flügels der Kuo Min Tang).

Ein solches Buch ist nun in der letzten Zeit erschienen und durch Uebersetzung ins Englische wenigstens der sprachenkundigen europäischen Leserschaft zugänglich gemacht. Es ist eine Darstellung der außenpolitischen Grundsätze und Anschauungen der Kuo Min Tang, wie Wang sie, unter Billigung Sun Yat Sens, für die zum April 1925 nach Peking berufene „Volkskonferenz" verfaßt hatte. Sun Yat Sen starb bekanntlich im März. Die Konferenz ging aus wie das Hornberger Schießen. Geblieben ist Wang Tsching Weis Buch „China und die Nationen"[*], das von seiner Aktualität noch nichts verloren hat. Das Buch ist im Gegenteil, infolge des außerordentlich gewachsenen Einflusses der Kantonregierung, heute wichtiger fast, als zur Zeit seiner Abfassung. Welches sind nun die Grundgedanken der Außenpolitik des revolutionären China, wie der politische Chef Kantons sie auseinandersetzt?

Nieder mit dem Imperialismus!

„Von den zwei Parolen ‚Nieder mit dem Imperialismus' und ‚Nieder mit dem Militarismus' ist der Ruf ‚Nieder mit dem Imperialismus' der wesentlichere. Er ist die Wurzel der Wurzeln." So schreibt Wang, und die Untersuchung des Wesens, der Wirkungen und der Entwicklung des Imperialismus steht demgemäß im Mittelpunkte seiner Schrift.

Bei seiner Untersuchung des Wesens des Imperialismus hält Wang sich bei gewissen albernen bürgerlichen „Erklärungen" des Wortes nicht lange auf. Gewiß, wörtlich genommen bedeutet Imperialismus eine monarchistische [303] Form der Regierung. Aber „die französische Regierungsform ist republikanisch. Ist deswegen die Art, in der Frankreich Annam behandelt, etwas anderes als Imperialismus? ... Imperialismus bedeutet also tatsächlich eine bestimmte Politik und die aus dieser Politik sich ergebenden Methoden; nicht aber eine bestimmte Form einer nationalen Verfassung." (S. 1.)

Imperialistische Politik ist eine Politik der Unterdrückung (Kolonisierung) anderer Länder und Völker. Warum streben nun die Imperialisten nach dem Besitz von Kolonien?

Wang antwortet auf diese Frage ganz materialistisch: „Wegen der riesigen Entfaltung der Produktivkraft bedürfen die Fabrikate und Produkte der Maschinen und Fabriken ausländischer Märkte ... Für die Fabrikation sind ferner mehr Rohmaterialien erforderlich, als das Mutterland liefern kann." (S. 2.) Also, des Absatzes ihrer maschinell hergestellten Waren wegen und zum Zwecke der Sicherung von Rohstoffquellen sind die imperialistischen Länder gezwungen, Kolonien zu suchen. „Die wirtschaftliche Durchdringung ist das wahre Ziel; die Entwicklung politischen Einflusses dient nur zum Schutze der wirtschaftlichen Durchdringung. Die militärische Machtanwendung ist beides:

[*] Wong Ching-Wai: „China and the Nations", translated and edited by I-Sen Teng and John Nind Smith, Martin Hopkinson, London, 1927.

Vorkämpfer und Reserve im Kampf für die Gewinnung des politischen Einflusses.“ (S. 4.) Man sieht, die Betrachtungsweise Wangs nähert sich derjenigen des Marxismus stark an. Zwar fehlt in den ersten allgemeinen Abschnitten seines Buches der Hinweis auf die inneren Strukturänderungen in den kapitalistisch entwickelten Ländern, die zum Imperialismus im engeren, leninistischen Sinne übergehen. Auch ist dort nicht vom Kapitalexport, als der wesentlichen neuen Form ökonomischer Durchdringung im wirklichen Imperialismus die Rede. Doch wird diese zweite Erscheinung später im Text ausführlich gewürdigt. Gegen Ende des vorigen Jahrhunderts beginnt in China, nach Wang Tsching Wei, die „Periode der Kapitalsanlagen“ (the investment period). (S. 63 ff). Die Betrachtungsweise Wangs ist also eine durchaus materialistische, die mit derjenigen des Marxismus-Leninismus in entscheidenden Punkten übereinstimmt.

Stufen und Formen der imperialistischen Chinapolitik

Der Wesensbestimmung des Imperialismus folgt eine Betrachtung der Phasen der Entwicklung seiner Praxis in China. Wang unterscheidet deren fünf:

1. Die Zeit von 1840 bis 1894, vom Opiumkrieg bis zum Vorabend des chinesisch-japanischen Krieges. In dieser Periode legten die imperialistischen Mächte die Fundamente ihrer Vormacht und Unterdrückung. Die wichtigsten „ungleichen Verträge“ wurden geschlossen. „Mittels militärischer Gewalt zwingen die Imperialisten China, ihnen alle möglichen politischen Vorteile zu gewähren, durch die sie die Kräfte ihrer ökonomischen Durchdringung fest verankern können.“ (S. 11.)

2. Die Zeit vom japanischen bis zum Boxerkrieg, 1895–1900. Das Ringen der miteinander konkurrierenden Mächte verschärft sich. Drohungen und offene Gewalt nehmen China den Rest seiner politischen Unabhängigkeit.

3. 1900–1914. Die Mächte haben politisch erreicht, was sie wollten. Den gewaltsamen Perioden folgt jetzt eine solche der „friedlichen“ Plünderung.

4. 1914–1921, vom Kriegsausbruch bis zur Washingtoner Konferenz (die „japanische Aera“). Der Krieg gibt den Japanern freie Hand. Sie scheinen ganz China einsacken zu können.

5. Von Washington bis zur Gegenwart. Japans Vormachtstellung wird beseitigt. An die Stelle des individuellen Vorgehens der einzelnen Mächte tritt ein einheitliches Vorgehen der imperialistischen Staaten.

[304] Die Schilderung der Vergewaltigung Chinas, deren Skelett soeben angegeben wurde, ist von Wang Tsching Wei mit bewunderungswürdiger Knappheit, Schärfe und Lebendigkeit durchgeführt worden. Nie vielleicht sind auf so kurzem Raum die wesentlichsten Züge der „ungleichen Verträge“, des fortschreitenden Verfalls der Macht des alten China derart klar und erschöpfend gezeichnet worden. Wang erweist sich nicht nur als ein Schriftsteller von höchster Schlagkraft und Bildhaftigkeit des Stils, sondern ebenso sehr als ein Denker, der den dargestellten Stoff bis ins Letzte kennt, und der ihn daher auf die kürzeste Formel zusammenzudrängen weiß.

Probleme der chinesischen Revolution

Der Schilderung der Unterwerfung und Ausbeutung Chinas folgt die Darstellung des chinesischen Freiheitskampfes. Die von Sun Yat Sen geleitete Bewegung kämpfte bis 1911 gegen die reaktionäre Mandschuregierung; nach deren Fall begann dann der Kampf gegen die Imperialisten. Als Sun Yat Sen 1911 chinesischen Boden betrat, hielt er in Schanghai eine Rede, in der er die Rückgabe der Konzessionen verlangte. (S. 117.) Die niederträchtige Politik der Imperialisten in dem folgenden Jahrzehnt machte die Notwendigkeit ihrer Vertreibung immer klarer. Zuerst halfen die „Mächte“ Yüan Schi Kai, die Revolution abwürgen. Dann versuchte Japan, ganz China zu verschlingen. Nach Japan trat endlich England wieder in die vorderste Front der Mächte, die mit allen Mitteln die Erneuerung Chinas zu verhindern suchten.

Der Hauptverband Chinesischer Studenten in Deutschland hat kürzlich eine „Erklärung“[*)]

[*)] Abgedruckt in der „Sinica“ II, S. 3 ff. 304.

veröffentlicht, deren Geist, verglichen mit den Gedanken Wang Tsching Weis, durchaus rückständig genannt wurden muß. In dieser Erklärung fehlt das Wort Imperialismus ganz – was kein Zufall, sondern Ausdruck einer entsprechend verzerrten politischen Zielsetzung ist. Dann wird die Freude des Hauptverbandes darüber ausgedruckt, daß Deutschland „nach dem Maßstabe der Gerechtigkeit und unter Anerkennung der Ehre mit uns verkehre“. Bei Wang Tsching Wei klingt das ganz anders. Er sagt: Deutschland und Oesterreich besitzen ihre Vorrechte nach ihrer Niederlage im großen Kriege nicht mehr. (S. 130.) Der warme Gefühlston, den die Erklärung des Hauptverbandes in bezug auf Deutschland enthält, fehlt bei Wang völlig. Er weiß genau, daß das kapitalistische Deutschland nur ein verhinderter Räuber ist.

Dieselbe Erklärung des Hauptverbandes, die so warme Worte für „Deutschlands“ Gerechtigkeitssinn findet, vergißt, den einzigen Staat zu erwähnen, der wirklich freiwillig und aus politischem Prinzip seine Vorrechte China gegenüber aufgegeben hat: Sowjetrußland. S o schreiben, heißt die Grundgedanken Sun Yat Sens und Wang Tshing Weis mit Füßen treten. In zwei großen Abschnitten setzt sich Wang mit der Stellung Rußlands zur chinesischen Revolution auseinander. Die wichtigsten Momente des russisch-chinesischen Vertrages von 1924 werden wiedergegeben. Der g r u n d s ä t z l i c h n e u e C h a r a k t e r dieses Vertrages wird festgestellt. „Man vergleiche diesen Vertrag mit allen (!) anderen Verträgen, die seit dem Opiumkrieg geschlossen sind, und auch mit den Resolutionen, die die Washingtoner Konferenz annahm. Dann werden wir die wahre Natur des Imperialismus und der Revolution verstehen: der Imperialismus, festgelegt auf eine zu keinem Zugeständnis bereite Politik der Vergewaltigung Chinas, die Revolution dagegen eine Chinapolitik schaffend, die auf den Prinzipien der Aufrichtigkeit und Gleichberechtigung beruht.“ (S. 124.) Aus diesem Grunde bedeutete die russische Revolution nach Wang Tsching Weis Formulierung „eine höchst machtvolle Hilfe für China (a most powerful help for China)“. (S. 120.)

Die Motive des einzigartigen Vorgehens der Sowjetunion werden untersucht, und alle Befürchtungen der rechten Elemente der Kuo Min Tang [305] werden scharf zurückgewiesen. Diejenigen, die Rußland verdächtigen, sind „Schwätzer“, „Narren, die mit anderen Narren herumschwärmen“. (S. 125.) „Alle ungleichen Verträge seit dem Opiumkrieg waren nicht Bolschewismus; aber der chinesisch-russische Vertrag, der sich auf der gegenseitigen Anerkennung der Hoheitsrechte und der Gleichberechtigung gründete, das ist Bolschewismus.“ (S. 125.) Daher schließt Wang: „Das chinesische Volk fürchtet die Drohung mit dem Bolschewismus nicht ... Dr. Suns Testament sagt: ‚Erweckt die Massen; vereinigt Euch mit denjenigen Nationen, die uns auf dem Fuße der Gleichberechtigung behandelt haben, um mit ihnen zusammen den gemeinsamen Kampf zu führen.‘ Nur auf diesem Wege kann die chinesische Volksrevolution erfolgreich sein.“ (S. 126.)

Nach diesen Ausführungen nimmt es nicht wunder, daß Wang Tsching Wei die Illusionen, die in gewissen Schichten der chinesischen Bevölkerung über die V e r e i n i g t e n S t a a t e n v o n N o r d a m e r i k a bestehen, keineswegs teilt. Die Vereinigten Staaten haben sich an allen Schweinereien, die der internationale Imperialismus gegen China begangen hat, auf ihre Art mitbeteiligt. Wilson hat China betrogen. Die W a s h i n g t o n e r K o n f e r e n z, die ganz unter dem Einfluß Amerikas stand, war nicht getragen von Menschlichkeit und Gerechtigkeit, sondern von dem Egoismus aller daran beteiligten imperialistischen Mächte. Die Konferenz endete mit einem „beschämenden und kolossalen Bankerott“ (S. 104). Die herrliche Politik der „offenen Tür“ aber, die der besondere Stolz der Vereinigten Staaten sind, bedeutet nach Wang nichts anderes, als daß „China die Mächte willkommenheißen soll, wenn sie kommen, um ihre Vergewaltigungsaktionen durchzuführen“ (S. 61).

W e l c h e r A r t i s t d e r c h i n e s i s c h e r e v o l u t i o n ä r e N a t i o n a l i s m u s?

Ist die chinesische Revolution allgemein fremdenfeindlich, wie das noch der Boxeraufstand war? Keineswegs. „Die chinesische Volksrevolution richtet sich nicht gegen die Fremden schlechthin, sondern nur gegen den Imperialismus.“ Und noch schärfer: „Obgleich die betreffenden Regierungen imperialistisch sind, sind die Völker keineswegs alle Imperialisten.“ (S. 127.) „Das Volk jedes Landes hat die Idee, der Imperialismus müsse zerstört werden, nur weniger stark als die Chinesen. Wenn das chinesische Volk mit jenen Völkern bei diesem Werke zusammenarbeiten könnte, so würde das allen

willkommen sein. Denn die Vernichtung des Imperialismus würde nicht nur dem chinesischen Volk, sondern ebenso den Völkern der ganzen Welt von Segen sein.“ (S. 128.) Von dieser Erkenntnis bis zur Erkenntnis der Klassenstruktur der verschiedenen Länder, und von da bis zur marxistischen Anerkennung des Klassenkampfes ist es nun nur noch ein Schritt. Man muß die Lehre Sun Yat Sens reinigen und zu Ende denken, um zum Marxismus zu gelangen. Andererseits müßte man seine Lehre direkt in ihr Gegenteil verkehren, um Antibolschewist, um ein Gegner der kommunistischen Bestrebungen zu sein.

Uebrigens ist auch in der i n n e r e n Politik das Moment des Klassenkampfes, das wir für die A u ß e n politik festgestellt haben, wie bei Sun Yat Sen selbst, so auch bei seinem Nachfolger Wang Tsching Wei im Keim durchaus enthalten. Als diejenigen Elemente der Bevölkerung Chinas, die ja China eine „Volksrevolution“ – soll doch wohl heißen: eine s o z i a l e Revolution – und im Verein damit den revolutionären Kampf gegen die Imperialisten durchführen, werden „speziell die Studenten, die Bauern und die Industriearbeiter“ genannt. Diese Schichten bzw. Klassen wissen ganz genau, „daß der Imperialismus und die Volksrevolution unter keinen Umständen mit einander bestehen können.“ (S. 120.)

Wang Tsching Weis Auffassung des Nationalismus ist völlig an die Gedanken des Leninismus angenähert. Während sich in den älteren Anschauungen der chinesischen Revolution noch gewisse beschränkt nationalistische Tendenzen fanden – die Chinesen müssen alle Nachbarnationen [306] assimilieren –, ist Wang darüber durchaus hinausgewachsen. Er erklärt: „Ich bin der festen Meinung, daß das chinesische Volk von heute kein Verlangen hat, die alten Vasallenstaaten, die es verloren hat (Birma, Indochina) wiederzugewinnen. Das einzige, was China erwartet, ist, daß diese Staaten den Kampf gegen den Imperialismus für ihre Unabhängigkeit und Freiheit aufnehmen.“ (S. 41.) Die letzte Tagung der Exekutive der Kuo Min Tang hat diesen Gedanken, den Wang Tsching Wei mit den Kommunisten teilt, nachdrücklich wiederholt. Die Aufgabe der chinesischen Kommunisten ist es, die revolutionären Gedanken Sun Yat Sens und Wang Tsching Weis bis zu ihrem marxistischen Ende durchzudenken. Ein T e i l der heutigen „Linken“ in China wird vermutlich nach rechts zurückfallen. Die b e s t e n Elemente aber werden sich zur Klarheit des Kommunismus vorwärtskämpfen.

*

Wandlungen der bayerischen Politik.

Von H e r m a n n J a c o b s.

I.

Gewisse Veränderungen in der Politik der bayerischen Regierung in den letzten Monaten und ihre direkten und indirekten Auswirkungen auf das Reich geben Veranlassung, eine genauere Untersuchung der wirtschaftlichen und politischen Grundlagen dieser Politik und ihrer weiteren Perspektiven vom Gesichtspunkt der Aufgaben unserer Partei anzustellen. Der Essener Parteitag der Kommunistischen Partei hat in einem besonderen Absatz der politischen Resolution die Bedeutung des Kampfes der Kommunistischen Partei in Bayern gegen den bayerischen Regierungsfaschismus und die Notwendigkeit der Unterstützung dieses Kampfes durch die Arbeiterschaft im ganzen Reich betont. Dabei hat der Parteitag auf zwei Dinge besonders hingewiesen 1. auf das sich immer klarer herausbildende System des Regierungsfaschismus, das heißt einer legalen, unter Ausnutzung des Staatsapparates durchgeführten faschistischen Politik, und 2. auf die gerade in letzter Zeit deutlicher zum Ausdruck gekommene Uebernahme dieser Methoden auf die Politik der Bürgerblockregierung im Reich. Welches sind diese Methoden und wo können wir heute schon die Anwendung dieser Methoden in der Reichspolitik feststellen, welche Maßnahmen muß die Kommunistischen Partei im Kampf gegen diese Methoden und zur Verhinderung ihrer Ausbreitung über das ganze Reich treffen? Die Beantwortung dieser Fragen soll im folgenden versucht werden.

II.

Eine Untersuchung der Grundlagen der bayerischen Politik hat zunächst die wesentlichsten Merkmale der für diese Politik bestimmenden wirtschaftlichen Struktur Bayern festzustellen. Das von rund

7,4 Millionen Einwohnern bevölkerte Land ist auch heute noch überwiegend ein Agrarland; wenn auch der fortschreitende Prozeß der Industrialisierung, freilich in langsamem Tempo auf längere Sicht, dieses Verhältnis verändern wird. Immer noch ist aber die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten größer als die Zahl der in der Industrie Tätigen. Diese Tendenz der industriellen Entwicklung zeigt sich weiter insofern, als beispielsweise der Prozentsatz der in der Landwirtschaft Tätigen, der im Jahre 1907 noch 40,1 Prozent betrug, nach der letzten Volkszählung vom Jahre 1925 bereits auf 34,9 Prozent zurückgegangen ist. Demgegenüber betrug die Zahl der in der Industrie, und zwar in Betrieben mit maschineller Kraft tätigen Arbeiter nach der gleichen Zählung von 1925 nur rund 720.000. Bei dieser Zahl sind Handel und Verkehr nicht einbegriffen.

Die Haupterzeugnisse der bayerischen Landwirtschaft sind Getreide, Obst [307] und Gemüse, Vieh und Milchprodukte. Dabei ist wichtig festzustellen, daß beispielsweise die Eigenproduktion von Brotgetreide, Futter- und Düngemitteln den bayerischen Bedarf keineswegs deckt, daß diese Kategorien vielmehr zur Sicherstellung der bayerischen Ernährung in hohem Maße vom übrigen Reich eingeführt werden müssen. Das hervorstechendste Merkmal der landwirtschaftlichen Produktion aber ist der hohe Prozentsatz des Waldbestandes, der 33 Prozent der gesamten bayerischen Bodenfläche ausmacht und zur Hälfte im Gemeinde- und Privatbesitz liegt. Die Bedeutung der Forstwirtschaft, insbesondere des Holzhandels, ergibt sich aus diesem Zahlenverhältnis von selbst.

Eine Uebersicht über die industrielle Gliederung ergibt etwa folgendes Bild: Die sogenannte Urproduktion, also die Erzeugung der wichtigsten industriellen Rohstoffe, Metall, Erze, Oele usw., ist nur äußerst mangelhaft vorhanden. Es fehlt also in Bayern die Voraussetzung für die Entwicklung einer großen Standortindustrie in dem Stil der westdeutschen oder norddeutschen Industrieanlagen. Gerade hier zeigt sich, stärker noch als auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Produktion, die wirtschaftliche Abhängigkeit vom Reich. Die wichtigsten, technisch am weitesten vorgeschrittenen industriellen Gebiete sind nach ihrer Bedeutung angeordnet folgende:

Die Pfalz (vorwiegend chemische, Maschinen-, Schuh- und Lederindustrie), Mittelfranken und Teile der Oberpfalz (Maschinen- und Textilindustrie, Hüttenwerke).

Das Gebiet von Augsburg und Ingolstadt (Maschinen- und Textilindustrie).

Oberbayern (Kohlenbergbau, Metall- und chemische Industrie).

Die Oberpfalz(vor allem Selb und Umgegend, Porzellan- und Steinindustrie).

Schließlich die Allgäuer Textilindustrie, sowie die Glasindustrie in der Oberpfalz, dem Fichtelgebirge, dem bayerischen Wald und dem Spessart.

Eine große Bedeutung hat schließlich in ganz Bayern die Brauindustrie.

Ein besonderes Wort muß über die Entwicklung der bayerischen Wasserkräfte und ihrer industriellen Ausnutzung in den großen Kraftwerken am Walchensee, der mittleren Isar, dem Inn sowie des sogenannten Bayernwerkes in Franken gesagt werden. Die in hohem Maße durchgeführte Elektrifizierung der Eisenbahn, die Belieferung eines großen Teiles der Industrie mit Strom haben immerhin die Jahresleistung der bayerischen Wasserwerke bei voller Ausnutzung auf etwa 12 Milliarden Kilowatt-Stunden gehoben. Die Frage der Ausnutzung der bayerischen Wasserkräfte für die Industrie ist einer der wesentlichsten Faktoren für das Tempo der Entwicklung der Industrie überhaupt, das bis heute noch bedeutend langsamer als im übrigen Reich ist. Das beste Beispiel für die Langsamkeit dieser Entwicklung ist die Tatsache der wirtschaftlichen Stärke des Handwerks.

III.

Auf dieser wirtschaftlichen Grundlage, bei dieser mindestens bisher vorherrschenden Stellung der Landwirtschaft und bei diesem schleppenden Tempo der Industrialisierung war es möglich, daß sich von den maßgebenden bayerischen Regierungsparteien die Bayerische Volkspartei im Verlaufe der letzten Jahre zu der heute fast allein ausschlaggebenden Führerin der bayerischen Politik entwickeln konnte. Diese Partei, die sich nach der Revolution vom Zentrum wegen dessen Bekenntnis zur Republik abgespalten hat, die führende Partei der katholischen Kirche, stützt sich in der Hauptsache auf die etwa 500 Großgrundbesitzer – wie gering ist diese Zahl im Vergleich zu Preußen! – und die etwa

30.000 Großbauern, die den entscheidenden Teil der politisch und wirtschaftlich einflußreichen Bauernschaft ausmachen. Daneben aber sind in ihr Kreise der bayerischen Großindustrie vertreten, deren Einfluß auf die Politik der Partei in der letzten Zeit im Zusammenhang mit der von uns eingangs skizzierten fortschreitenden Industrialisierung im langsamen, aber stetigen Wachsen begriffen ist. Die Deutschnationalen, die [308] zahlmäßig bedeutend schwächer sind, und der Bayerische Bauernbund, dessen Hauptwählerschaft die Mittel- und Kleinbauern darstellen, haben sich als Koalitionsparteien der Bayerischen Volkspartei in entscheidenden Fragen bisher immer ihrer Führung unterworfen. Veränderungen, die im Bayerischen Bauernbund gerade in der letzten Zeit aufgetreten sind und auf die wir später eingehen, haben bisher den Kurs dieser Politik wesentlich nicht abändern können. Die Völkischen schließlich, die im schärfsten Kampf mit den Nationalsozialisten liegen, und deren Abgeordnetenzahl heute in keinerlei Verhältnis mehr zu ihrem Einfluß steht, gleichen sich der Politik der Deutschnationale und letzten Endes der Bayerischen Volkspartei mehr und mehr an.

Daneben aber darf nicht vergessen werden, daß die Bayerische Volkspartei, hinter der das Gros der bayerischen Beamten und überhaupt große Teile des Mittelstandes, nicht zuletzt aber der gesamte katholische Klerus stehen, von den großen Organisationen der monarchistischen Verbände, dem „Heimat- und Königsbund“, dem „Bund Bayern und Reich“, den Vaterländischen Verbänden Herrn Pittinger, der „Reichsflagge“ usw., gestützt wird. Der Einfluß dieser Verbände auf die Politik der Bayerischen Volkspartei ist besonders deshalb so wichtig, weil diese Bewegungen unter der Führung des Gründers der Bayerischen Volkspartei und des Heimat- und Königsbundes, des Führers der bayerischen Bauernorganisationen, des Dr. H e i m, durch eine großzügige Konzentration in der Dachorganisation „Bayerntreue“ eine ziemlich geschlossene, politisch fast ausschließlich agrarisch orientierte Gruppe mit offen monarchistischen, partikularistischen Bestrebungen darstellt.

Die Politik der Bayerischen Volkspartei, deren wichtigste politische Träger damit kurz gekennzeichnet sind, trug bis zum November 1923 in einem gewissen Sinn sogar bis Dezember 1925 einen offen separatistischen Charakter. Held selbst, vielleicht einer der klügsten katholischen Politiker überhaupt, vertrat früher und noch zu Beginn seiner Ministerpräsidentschaft in aller Oeffentlichkeit den Standpunkt, daß sich Bayern zum mindesten vorübergehend vom Reich trennen müsse. Es war jene Zeit des offenen Kriegszustandes mit dem Reich, in der die bayerische Regierungspresse mehr oder weniger offen die Gedanken einer Donauföderation, der Trennung von Norddeutschland auf der Mainlinie, der Bildung eines vom Rhein bis zum Schwarzen Meer reichenden, außenpolitisch von Frankreich unterstützten Staates propagierte. Der Fuchs-Machhaus-Prozeß hat seinerzeit in diese Zusammenhänge etwas Licht gebracht, zum mindesten die Rolle Frankreichs und der Wittelsbacher bei diesen Plänen auch weiteren Kreisen zur Kenntnis gebracht. Damals unterstützte die bayerische Regierung offen die Hitler-Bewegung, damals konnte der General Lossow offen gegen das Reich meutern. ohne daß die Reichsregierung es gewagt hätte, in Bayern einzugreifen. Es folgten der Hitlerputsch und die Landtagswahlen, die Held zum Ministerpräsidenten und die Bayerische Volkspartei zur ausschlaggebenden Regierungspartei machten. Der Staatsstreich zur Wiederherstellung der Monarchie der Wittelsbacher über den Weg der Schaffung eines Staatspräsidentenposten. ebenso der Versuch der Aenderung des § 92 der bayerischen Verfassung in der Richtung, daß künftig verfassungsändernde Gesetze mit einfacher Mehrheit im Landtag beschlossen werden können, mißlang. Auch das von der Regierung im Jahre 1925 eingebrachte Anti-Kommunistengesetz, wonach Mitglieder einer Partei, „die ausländischen Oberen“ zum Gehorsam verpflichtet sind, nicht Abgeordnete sein dürfen, scheiterte, übrigens nicht zuletzt deshalb – Ironie des Schicksals –, weil eine solche Bestimmung in erster Linie gegen die katholischen Abgeordneten hätte Anwendung finden können. Ende des Jahres 1925 aber begann bereits jene entscheidende Wendung in der Politik der Bayerischen Volkspartei, die eine offene Abkehr der bayerischen Regierung von den Putschbestrebungen der Vaterländischen Verbände und eine immer bewußtere Ausnutzung des staatlichen Machtapparates für die faschistischen Pläne der bayerischen Reaktion bedeutet. Aehnlich wie im Reich, wo, wenn auch später, ein Verband wie der Stahlhelm seine offen [309] staatsfeindliche, gegen die Verfassung gerichtete Propaganda zugunsten einer Politik aufgab, und unter der Parole „Hinein in den Staat“ für die Ausnutzung der legalen Staatsmittel für den Faschismus (selbst ein Mann wie Ehrhardt hat sich zur Republik bekannt) eintritt, ähnlich

versucht Held, der Führer der Bayerischen Volkspartei, die großen Massenorganisationen, die in der „Bayerntreue“ zusammengeschlossen sind, für eine solche Politik der Staatsbejahung zu gewinnen.

Das zeigt sich äußerlich mehr und mehr im Zurücktreten der monarchistischen Propaganda, in einer Abschwächung des Kampfes gegen die Reichsregierung und nicht zuletzt in einer offenen Absage an den „Heimat- und Königsbund“ und dessen auf die Restauration der Wittelsbacher gerichteten Putschpläne. Der Pressechef der Held-Regierung, Dr. Eisele, schrieb damals im Auftrage Helds einen Artikel gegen die Putschpläne des „Heimat- und Königsbundes“. Ein Entrüstungssturm in dessen Blättern („Miesbacher Anzeiger“, „Bayerisches Vaterland“) zwang Held am 15. Dezember 1925 im Landtag einen offenen Rückzieher gegenüber den Putschverbänden zu machen in einer Rede, in der er sich „mit Stolz zum Legitimisten, d. h. zum Anhänger der monarchistischen Reaktion bekannte, wenn er auch die bestehenden Gesetze achte solange sie in Geltung wären“, jedenfalls hänge die Staatsform, die Bayern sich gäbe, allein vom Willen des bayerischen Volkes ab, wobei ihm niemand etwas dreinzureden habe. Kein Zweifel, der putschistische Flügel hatte gesiegt. Aber dieser Sieg war nur ein äußerlicher. Tatsächlich hat sich die Politik Helds gegen die seines großen Gegenspielers Dr. Heim seit dieser Zeit mehr und mehr durchgesetzt.

Welches sind die tieferen Ursachen dieser Schwenkung und wie wirkt sich diese Schwenkung besonders auf die Politik gegenüber der Arbeiterklasse aus? Der politische Gegensatz zwischen Held und Heim läßt sich vielleicht am kürzesten auf die folgende Formel bringen: Es handelt sich um die Interessengegensätze der mehr industriell orientierten, die Abhängigkeit vom Reich klarer und weit richtiger erkennenden, an einer Abspaltung Bayerns und einer baldigen Restauration der Wittelsbacher weniger interessierten Kreise gegenüber den Interessen der bis vor etwa zwei Jahren noch allein ausschlaggebenden agrarischen und großbäuerlichen Kreise, deren wirtschaftliches Ziel die Aufrechterhaltung und Stärkung der Unabhängigkeit Bayerns vom Reich die Verhinderung der diese Unabhängigkeit mehr und mehr bedrohenden Industrialisierung ist. Der Führer dieser zuerst genannten Richtung ist Held. Auf seine Politik ist die Tatsache der Eingliederung aller großindustriellen Unternehmungen Bayerns in die nord- oder westdeutschen Konzerne und ihre gesteigerte Abhängigkeit vom norddeutschen oder westdeutschen Finanzkapital nicht ohne Einfluß geblieben. Held sieht, daß das vom Standpunkt der wirtschaftlichen Sicherung des Kapitalismus unumgängliche Programm der Rationalisierung eine verstärkte Abhängigkeit vom Reich auf Grund dieser industriellen, finanzkapitalistischen Verflechtung nach sich ziehen muß.

Es war auch Held, der das offizielle Verbot der Kommunistischen Partei aufhob und dessen gesamte Innenpolitik seitdem auf den Nachweis abgestellt ist, wie trotz Aufhebung des Parteiverbotes die kommunistische Bewegung auf legale Weise durch eine bis ins letzte vervollkommnete Ausnutzung des legalen Staatsapparates zur Unterdrückung der Arbeiterklasse zu vernichten ist. Es muß offen gesagt werden, daß bisher dieses Programm in hohem Maße verwirklicht werden konnte. Es gibt keine Versammlungs- und Agitationsfreiheit für die Kommunistische Partei in Bayern, es gibt diese Freiheit nicht einmal für die Abgeordneten unserer Partei, denen selbst das Reden in der Diskussion in öffentlichen Versammlungen anderer Parteien, ja sogar bayerischer Regierungsparteien untersagt wird. Schritt für Schritt geht der bayerische Regierungsfaschismus auf dem Weg der Verwirklichung seiner innerpolitischen Ziele vorwärts. Das neue Gemeinderecht bedeutet eine unerhörte Verschlechterung durch Heraufsetzung des Wahlalters auf 25 bzw. 30 Jahre. Die Rechte der Gemeinden selbst werden mehr und mehr beschnitten. Die [310] Zentralisierung der Polizei auf Kosten des Bestimmungsrechtes der Gemeinden wird bis ins Letzte durchgeführt. Schon sind die Gemeindewahlen durch Verlängerung der Geltungsdauer der Gemeindevertretungen „vorläufig“ verschoben worden und schon gehen Gerüchte über eine Verlängerung der Geltungsdauer des Landtages bis zum Ablauf der Session des Reichstages um, die amtlich so auffallend schwach dementiert wurden, daß dieses Dementi nur als indirekte Bestätigung eines solchen Planes aufgefaßt werden kann.

Der verfassungswidrige Terror gegen die Kommunistische Partei, deren Mitglieder bereits wegen der bloßen Tatsache, daß sie irgendeine Funktion ausüben, ja sogar auf den Verdacht hin, daß sie „besonders aktive Mitglieder der Parteien seien“ auf Grund des Republikschutzgesetzes zu mehrmonatigen Gefängnisstrafen in einer großen Anzahl von Fällen verurteilt werden, was die tatsächliche

Illegalitätserklärung bedeutet, – dieser verfassungswidrige Terror wird bereits ausgedehnt auf andere Arbeiterorganisationen. Schon werden oppositionelle Gewerkschaftsversammlungen, Versammlungen der Roten Hilfe und anderer Arbeiterorganisationen mit der Begründung verboten, daß sie ähnliche Ziele wie die Kommunistische Partei verfolgen.

Diese Erfolge in der Bekämpfung der revolutionären Arbeiterbewegung haben die Opposition der monarchistischen Verbände gegen Held bald zum Schweigen gebracht. Man sieht, wie ohne Staatsstreich unter formaler Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen das gleiche Ziel erreicht wird, das man früher nur durch gewaltsamen Staatsstreich glaubte erreichen zu können. Es war nur ein Zeichen der Stärke der bayerischen Regierung, als sie vor wenigen Wochen das Redeverbot für Hitler aufhobt, denn es ist bekannt, daß der Aufhebung dieses Verbotes Vereinbarungen mit Hitler vorausgingen, in denen Hitler offiziell auf die gegen die Verfassung gerichteten Bestrebungen verzichtete und die gegenwärtige Staatsform anerkannte, jede gewaltsame Aenderung ablehnte und nur im Rahmen der bestehenden Gesetze seine Ziele verfolgen will. War so die äußerste Rechte in die Gefolgschaft der bayerischen Regierungspartei eingereiht, so zeigt sich auf der anderen Seite die Stärkung der Politik des bayerischen Regierungsfaschismus vor allem in ihrem gesteigerten Einfluß auf die Politik des Reiches.

In erster Linie auf dem Gebiet der Kulturpolitik und in der Unterdrückung der revolutionären Arbeiterschaft hat Bayern „vorbildliche Arbeit“ für das Reich geleistet. Bayern war das erste Land, das durch ein Konkordat sein gesamtes Schulwesen der katholischen Kirche auslieferte. Wenn heute im Reich Verhandlungen über ein Reichskonkordat auf der Grundlage des bayerischen Konkordates immer greifbarere Formen annehmen, wie das die Entwicklung des Stresemann-Zwischenfalles deutlich gezeigt hat, wenn die Innenpolitik eines Kappisten wie des Herrn v. Keudell gegen die Arbeiterschaft und vor allem gegen die Kommunistische Partei sich auswirkt, so ist auf allen diesen Gebieten Bayern das anerkannt und mit Eifer nachgeahmte Vorbild für die Politik des Bürgerblocks. Die Verhandlungen über den Finanzausgleich, die mit dem vollen Sieg der bayerischen Sonderansprüche endeten, zeigen die Stärke des bayerischen Einflusses ebenso wie die Teilnahme der Bayerischen Volkspartei an der Reichsregierung aufs allerdeutlichste.

IV.

Nach alledem ist es unnötig, auf die Bedeutung der Kommunistischen Partei Bayerns gegen die Politik des Regierungsfaschismus noch ausführlicher einzugehen. Gelingt es nicht in Bayern, den Kampf um die Legalität der Partei und gegen die Sozial- und Kulturreaktion erfolgreich durchzuführen, bleibt andererseits die Unterstützung der außerbayerischen Arbeiterschaft in diesem Kampf aus, so muß sich diese verhängnisvolle Auswirkung der Politik Bayerns auf das Reich zum Schaden der gesamten Arbeiterschaft weiter verstärken. Nicht anders begann in Italien der Faschismus den Kampf um die Macht, als es die Parteien der bayerischen Regierung jetzt tun. Und es ist nicht nur ein Grund für die Erfolge dieser Politik, sondern zugleich eine weitere Stärkung, daß die Sozialdemokratische Partei Bayerns auf dem [311] rechtesten Flügel der SPD steht, daß ihr anerkannter Führer heute noch ein Mann wie Ehrhard Auer ist, und daß diese Führer der SPD in Bayern mehr als einmal durch Koalitionsangebote an die Bayerische Volkspartei ihr grundsätzliches Einverständnis mit dieser Politik bekundet haben. Wer die bayerische sozialdemokratische Presse liest, dem fällt zuerst der völlig unpolitische Charakter dieser Zeitungen auf, eine bis ins Lächerliche gehenden Angst vor der Aufrollung der auf der Tagesordnung stehenden politischen Fragen, mehr als das, eine bewußte Entpolitisierung der Arbeiterschaft. Diese seit Jahren betriebene systematische Abtötung jeder politischen Aktivität ist, dank dem ungeheuren Einfluß der SPD in den Gewerkschaften und Genossenschaften, nicht ohne Erfolg geblieben.

Welches sind die Perspektiven für die Arbeit der Kommunistischen Partei in Bayern? Es kann jetzt schon festgestellt werden, daß trotz des Fehlens jeder öffentlichen Agitationsmöglichkeit, daß trotz der durch die Halblegalität bedingten innerorganisatorischen Schwierigkeit, trotz des geringen Einflusses unserer Presse die Stimmung der Arbeiterschaft und nicht zuletzt der Kleinbauern für die Kommunistische Partei keineswegs ungünstig ist. Der zahlenmäßige Einfluß der Kommunisten in den Gewerkschaften ist besser als in einer Reihe industriell bedeutend weiter entwickelter Bezirke im Reich. Die Volksentscheidsbewegung mit ihrer, wenn auch kurzen Möglichkeit einer Agitation in

Versammlung usw. bestätigte diesen Eindruck des wachsenden Einflusses unserer Partei durchaus. Von großer Bedeutung ist hier die Stimmung unter der Bauernschaft, die sich unter anderem auch in einer immer stärker auftretenden Radikalisierung des. Bayerischen Bauernbundes gerade in den letzten Monaten gezeigt hat. Die ausschließlich den agrarischen Interessen dienende Politik der Bayerischen Volkspartei, in erster Linie in der Verteilung der steuerlichen Lasten und in der Zollpolitik, verschärft die Notlage der kleinen Bauern und ihren zum Teil sehr heftigen Kampf gegen die Finanzämter, deren brutale Pfändungsmethoden große Entrüstung hervorrufen, von Tag zu Tag. Die bayerische Regierung beobachtet diesen Radikalisierungsprozeß auf dem Lande mit großer Besorgnis. Und es war äußerst bezeichnend, daß sich letzthin bei der Beratung einer kommunistischen Interpellation im Landtag betreffend Redefreiheit der kommunistischen Abgeordneten die Vertreter des bayerischen Bauernbundes, also einer Regierungspartei über die „unerträgliche Bespitzelung ihrer Versammlungen durch die Polizei“ geschlossen beschwerten. Der „Bayerische Kurier“, das Organ der Bayerischen Volkspartei, führt seit längerer Zeit eine heftige Agitation gegen den „immer mehr um sich greifenden, an Bolschewismus grenzenden Radikalismus in dem bayerischen Bauernbund“. Gewiß, die linken Führer des bayerischen Bunderbundes, vom Schlage eines Gandorfer, denken nicht an die ehrliche Zusammenarbeit mit den Kommunisten. Aber es ist kein Zweifel, daß bei einer neuen \Vahl des Landtages die radikale Richtung in der Fraktion des Bayerischen Bunderbundes bedeutend größeren Einfluß bekommen würde. Und daß heute schon die im Bayerischen Bauernbund organisierten Kleinbauern in vielen praktischen Fragen der Gemeindepolitik, der Finanz- und Steuerpolitik für die kommunistischen Forderungen eintreten. Die Tatsache, daß das Millionengeschenk des Finanzausgleichs den kleinen Gemeinden und damit der Bauernschaft überhaupt nicht zugute kommt, daß durch die Annahme der Biersteuerentschädigung mit den Stimmen des Bayerischen Bauernbundes der Bierpreis an vielen Orten erhöht wird, stärkt dc Opposition gegen die Führung des Bauernbundes, der zur gleichen Zeit, als seine Abgeordneten im Parlament für den Biersteuerausgleich stimmten, auf dem Lande Bierstreiks gegen den Biersteuerausgleich organisierte.

Die Linksbewegung der deutschen Arbeiterschaft zeigt sich, wenn auch in anderen Formen, auch in Bayern. Der letzte Beschluß der Münchener SPD-Mitglieder, die in einem Antrag an den Kieler Parteitag die 40-Stunden-Woche forderten, zeigt, daß auch in den Reihen der Industriearbeiterschaft ein steigender Kampfwille sich bemerkbar macht.

Die Kommunistische Partei in Bayern wird auf dem eingeschlagenen Wege der Einheitsfronttaktik zur Gewinnung der Arbeiter- und Bauernschaft [312] fortfahren, trotz des Terrors und trotz aller Verfolgungen, die den Prozeß der Radikalisierung wohl verlangsamen, aber nicht aufhalten können: Der Kampf um die Legalität der Kommunistischen Partei, die stärkste Unterstützung der Lohn- und Arbeitszeitkämpfe in der bayerischen Industrie und die konsequente Ausnützung der Radikalisierung unter der Bauernschaft sind die drei zentralen Aufgaben, die heute vor der Kommunistischen Partei in Bayern stehen.

Die Partei wird diese Aufgaben nur dann erfüllen können, wenn in viel stärkerem Maße als bisher, wie der kommunistische Parteitag es der Gesamtpartei zur Pflicht gemacht hat, eine Unterstützung des Kampfes unserer bayerischen Genossen durch eine Verstärkung der Agitation in der Presse, in der gesamten Agitation unserer Partei auch wirklich erfolgt.

LITERATUR

Aus dem Lager der Gegner[*)]

Das theoretische Hauptorgan der deutschen Sozialdemokratie ist die Monatsschrift „Die Gesellschaft“ (Internationale Revue für Sozialismus und Politik, herausgegeben von Dr. Rudolf Hilferding, Verlag J. H. W. Dietz Nachflg., Berlin).

Diese seit 1924 erscheinende Zeitschrift bringt das theoretische Credo der führenden Kreise der deutschen Sozialdemokratie, als deren charakteristischster Vertreter Rudolf Hilferding betrachtet werden kann, zum Ausdruck.

[*)] Wir werden unter dieser Rubrik r e g e l m ä ß i g über die Literatur der Reformisten berichten. Die Red.

In den Spalten der „Gesellschaft“ gelangen dabei außer der Ideologie der deutschen Sozialdemokratie auch die mannigfaltigsten Abarten des Opportunismus vieler anderer Länder zum Wort. (An der Zeitschrift arbeiten auch die Austromarxisten, die englischen Unabhängigen und viele Sozialreformisten mit.)

Der aufmerksame Leser wird sich allerdings bald davon überzeugen, daß die Redaktion der Zeitschrift – wohl innerhalb des Rahmens der sozialreformistischen Ideologie – in verschiedenen höchst wichtigen allgemein theoretischen, theoretisch-ökonomischen und theoretisch-politischen Fragen keinen eigenen sogenannten redaktionellen Standpunkt hat. So sind im vorigen Jahre mehrere Artikel über Imperialismus und Militarismus erschienen, die verschiedene Anschauungen vertraten und einander kritisierten, – trotzdem brachte die Redaktion ihren eigenen Standpunkt nicht zum Ausdruck.

Die gleiche ideologische Rückgratlosigkeit herrscht auch in den allgemein theoretischen Fragen. Es wurde z. B. zwischen Kautsky und dem russischen Gelehrten A. A. Bogdanow eine Diskussion geführt über die Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der Ideologie und auch da hielt es die Redaktion nicht für notwendig, Stellung zu nehmen.

Eine andere Eigenart der Zeitschrift besteht in der Angst der Redaktion vor der Behandlung verschiedener scharf zugespitzter politischer Fragen. Sie ist bestrebt, die aktuellsten Fragen des Klassenkampfes, die eine direkte Antwort fordern, zu umgehen. So schwieg sich z. B. die „Gesellschaft“ bis in die letzte Zeit hinein über die chinesische Revolution und über die Kolonialfrage überhaupt aus.

Trotzdem kommt der Opportunismus in der Zeitschrift in verschiedenem Zusammenhange bei verschiedenen Anlässen ziemlich vielseitig zur Geltung.

In der gegenwärtigen Umschau wollen wir die Aufmerksamkeit des Lesers auf die vier ersten diesjährigen Hefte der Zeitschrift lenken (Januar, Februar, März und April 1927).

Die erste Nummer enthält (außer einer Bibliographie) vier Artikel:

1. „Der Streit um die Demokratie“ vors Karl Renner,

2. „Die verlorene Schlacht der englischen Bergarbeiter“ von H. N. Brailsford,

3. „Frankreich vor der Stabilisierung“ von Gregor Bienstock, und

4. „De Man als Lehrer“ von Karl Kautsky. Karl Renner deklamiert, statt eine wissenschaftliche Analyse zu geben. Er versucht zu beweisen, daß er als Vertreter des „revolutionären“ Austromarxismus, auf dessen rechtestem Flügel er immer stand, in den Fragen der „Demokratie und Diktatur“ bedeutend mehr „links“ steht als die „gewöhnlichen“ Sozialdemokraten.

Im Grunde genommen steht er jedoch mit beiden Füßen auf dem Boden des verschimmelten, abgeschmackten, pfäffischen Reformismus. Sehen wir uns z. B. an, was er über die reformistischen und revolutionären Methoden des proletarischen Kampfes sagt:

„Der Wahlsieg und der Sieg in der parlamentarischen Abstimmung sind Siege im Klassenkampfe. – Der Sieg und das Verfahren, das zum Siege führt, erfordern beide viel Arbeit, viel Scharfsinn, Schlagfertigkeit Wachsamkeit, Tüchtigkeit, sie erfordern vor allem einen zähen, geistigen Kampf –, aber sie erfordern nicht Opfer an Gut und Blut, sie zerstören nicht die Wirtschaft und ihre Werte, die in jedem Falle des Sieges letzter Preis sein sollen! Der rechtsverfolgende Kampf des Gewerkschaftssekretärs, der Behörden und [313] Gerichte in Anspruch nimmt, erfordert höhere persönliche Qualifikation als die „direkte Aktion“ des Vertrauensmannes – beide aber sind Klassenkampf.

Der Sieg im Straßenkampf und in der Feldschlacht, der Sieg in der Revolution erfordert viel Mut und Tatkraft, Härte und Scharfsinn, Grausamkeit, Unerbittlichkeit und Ausdauer – gewiß revolutionäre, wenn auch nicht die höchsten menschlichen Tugenden – aber er vernichtet nicht nur Feinde, sondern auch Freunde, stört und zerstört das Wirtschaftsleben, wirft die Wirtschaft vielleicht um Jahrzehnte zurück und betrügt uns um den Preis des Sieges.

Klassenkampf das eine wie das andere: jener in zivilisierter, dieser in barbarischer Form.“

Der Leser wird sich sehr bald davon überzeugen, daß Herr Renner sich nicht so sehr über die „barbarischen Formen“ des revolutionären Kampfes des Proletariats gegen die „kulturelle“, Bourgeoisie beklagt, als vielmehr g r u n d s ä t z l i c h gegen die proletarische Revolution ist. Renner, für den der Höhepunkt des Heldenmuts und der Ergebenheit des Proletariats die proletarische Abstimmung ist, ist immerhin bereit, auch mit der „Diktatur“ zu liebäugeln. Nur von einer „dauernden“ Diktatur will er nichts wissen. Das gleiche hat angeblich Marx über die Diktatur gesagt. Nun, Renner wendet sich vor allem gegen die Diktatur des Proletariats als eine Waffe der Klassenherrschaft der Arbeiterklasse in der Periode des Ueberganges vom Kapitalismus zum Kommunismus, da „die Diktatur als Dauerzustand einfach der Rückfall in die Barbarei“ sei. (Seite 26.) Marx spricht aber in Wirklichkeit von der Diktatur des Proletariats als von der wichtigsten Voraussetzung und dem wichtigsten Instrument des Aufbaus des Sozialismus und behauptet, daß dieser diktatorische proletarische Staat nur im Maße der Befestigung des Sozialismus „absterben“ wird. Warum schwindelt der „kultivierte“ Herr Renner ist einer so unkultivierten Art über den Marxismus? Nein, darin liegt wirklich wenig Heldenmut, soviel auch Herr Renner darüber reden mag, daß die einfache Abfassung eines reformistischen Artikels seinerseits ein nicht geringerer Heldenmut im Klassenkampf sei als der Kampf auf den Barrikaden. Herr Renner ist gegen die „Diktatur als Dauerzustand“ –, also ist er gegen Marx.

Unser „austromarxistischer“ Spießer ist jedoch immerhin für eine „Diktatur“. Marx hätte – nach Karl Renner – die Diktatur befürwortet als „das kurze Zwischenspiel der Revolution, wo zeitweilig gar keine öffentliche Gewalt konstituiert ist“. Renner erläutert ferner, daß die Diktatur während dieses „Zwischenspieles“ „Diebe hängen“, die „Anarchie überwinden und Ordnung schaffen“ werde; sie werde den Triumph der „vollen Demokratie“ vorbereiten.

Renner hat es jedoch vergessen zu erwähnen, daß nach Marx die Diktatur des Proletariats begleitet werden muß von der Zerstörung des bürgerlichen Staatsapparats, von der revolutionären Eroberung der Produktionsmittel („Expropriation der Expropriateure“ ohne jede Entschädigung), von der Ausübung einer revolutionären Klassengewalt gegen die Konterrevolutionäre. Es gibt nichts Schädlicheres als die „Kanzleisozialisten“ vom Schlage Renners, und es ist schwer, sich eine scheinheiligere, eine falschere, pfäffischere Behandlung der Frage der proletarischen Diktatur vorzustellen, wie sie von dem „Marxisten“ Renner in diesem Artikel gegeben wird.

B r a i l s f o r d macht in seinem Artikel „Die verlorene Schlacht der englischen Bergarbeiter“ einen unbeholfenen Versuch, den Verlauf des Streiks und die Ursachen seiner Niederlage zu erklären. Er hat weder die historische Bedeutung des Streiks, noch das Verhältnis des ökonomischen und politischen Moments in ihm begriffen, er schildert die englische kapitalistische Regierung als eine außerhalb der Klassen stehende „Vermittler“-Organisation. Er ist geneigt, den Streik selbst halbwegs sogar zu verurteilen. Mit einem Worte, der Verfasser betrachtet den heldenhaften Kampf des englischen Proletariats durch typisch opportunistische Brillen, die ihn hindern, den Verrat der rechten Führer der englischen Arbeiterbewegung zu sehen.

Karl K a u t s k y schreibt einen kritischen Artikel gegen einen Ideologen des Jungsozialismus, gegen den Belgier Hendrik de Man. Der Artikel enthält manche ganz richtige kritische Bemerkung. Die Kritik bleibt jedoch nur wirksam, insofern sie nicht über den Rahmen der elementaren, man könnte sagen, banalen theoretisch, ökonomischen Binsenwahrheit hinausgeht. Kautsky versteht es, weder die starken noch die schwachen Seiten De Mans hervorzuheben. Die starke Seite De Mans besteht in seiner kritischen Stellungnahme gegenüber der opportunistischen Haarspalterei, in seiner ablehnen den Stellungnahme zum „Sozialchauvinismus“, in der Feststellung der ideologischen Armut der heutigen Sozialdemokratie. Kautsky ist damit natürlich nicht einverstanden. Er betrachtet sich und seine Parteigenossen noch als furchtbar „ideenreiche und revolutionäre“ Menschen.

Die schwache Seite De Mans besteht in seiner Unwissenheit, im unwissenschaftlichen Charakter seiner Konstruktionen, in der Revision des Marxismus. Besonders unsinnig und schädlich ist bei ihm die Trennung zwischen dem sozialen und ökonomischen Klassenkampf und dem ideologischen

Kampf. Dem „Sozialismus des Magens“ stellt De Man den „Sozialismus des Gewissens“ gegenüber.[*)]

Den ökonomischen Kampf des Proletariats betrachtet De Man als einen bürgerlichen Kampf. Unser neuer Prophet erblickt in dem Bestreben des Proletariats, die Ausbeutung durch Kampf um Lohnerhöhung und um Verkürzung des Arbeitstagen zu verringern und – in größerem Maßstabe – im Kampfe des Proletariats um die Vernichtung der ökonomischen Herrschaft des Kapitals einen Versuch der Arbeiter, sich selbst in Bourgeois zu verwandeln. Von diesem Standpunkt muß notwendigerweise jeder Kampf gegen die Offensive des Kapitals (z. B. der Streik der englischen Bergarbeiter) die strengste Verurteilung des „Sozialisten“ De Man finden. In seiner Kritik an den Sozialdemokraten schafft also De Man, anstatt den Revisionisten ein revolutionäres System von Anschauungen entgegenzusetzen, ein nicht minder abscheuliches neues revisionistischen System, das praktisch zur Ersetzung des revolutionären Klassenkampf es durch ein spießbürgerliches „Kulturträgertum“ führt.

[314] Diesen Hauptfehler im System De Mans hat Karl Kautsky nicht erfaßt und konnte ihn auch nicht erfassen, da er die ökonomische Borniertheit seiner Parteigenossen nicht sieht, durch die sozialistische Intellektuelle ins entgegengesetzte Extrem gestoßen werden.

*

In der Februar-Nummer der Zeitschrift sind folgende Artikel erschienen: 1. Rassenwissenschaft und Rassenwahn, von Hugo Iltis; 2. Der britische Staatenbund in seiner Gestalt von 1926, von Harald J. Laski; 3. Ferngaspolitik, von Jakob Marschalk; 4. Marxistische Grundprobleme in der Soziologie der Gegenwart, von Siegfried Marck; 5. Bevölkerungsbewegung und Arbeitslosigkeit in Rußland, von Salomon Schwarz; 6. Politik und Industrie in Dänemark (die „Wahlen“ von Nina Bang und die „Lage der Industrie“ von Peter Veiland-Haupt).

Weder vom theoretischen noch vom politischen Standpunkt aus ist auch nur einer von diesen Artikeln von irgendwelchem Interesse.

Viel interessanter ist die Märznummer, die folgende Artikel enthält: 1. Mexiko und die Staaten von Georg Decker; 2. Zur Weltwirtschaftskonferenz, von Wladimir Woytinski; 3, Der irische Freistaat, von Frederick A. Voigt; 4. Das Agrarproblem, von Erich Nölting; 5. Stabilisierung der Getreidepreise, von Fritz Baade; 6. Tendenziöse Geschichtsdarstellung, von Georg Below-Freiburg; 7. Schlußwort von Otto Landsberg.

Von diesen Artikeln verdienen drei Artikel die Aufmerksamkeit des Lesers: die Artikel von Woytinski, Nölting und Baade.

Woytinski nährt die Illusion, daß die Verständigung der Kapitalisten verschiedener Länder jene Schwierigkeiten, vor denen heute der Weltkapitalismus steht, beseitigen oder wenigstens bedeutend mildern könne. Die Sozialdemokraten haben schon viel von den Vorzügen der kapitalistischen Stabilisierung und Rationalisierung geschrieben. Sie versuchten, die Behauptung der Kommunisten über das „Verfaulen“ des Kapitalismus mit aller Kraft zu widerlegen. Die Tatsachen sind jedoch „ein hartnäckiges Ding“.

Woytinski, der das Wort „Krise“ nicht für einen Dauerzustand „mißbrauchen“ will, spricht nichtsdestoweniger davon, daß wir es „mit einer tiefen und dauernden wirtschaftlichen Depression“ zu tun haben, und daß diese Depression für Europa charakteristisch sei.

Woytinski führt die Angaben über die Arbeitslosigkeit in den Hauptländern Europas in den Jahren 1921 bis 1926 an, und entdeckt, daß der Prozentsatz der Arbeitslosen – selbst wenn man sich nur auf die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter beschränkt – unerhört hoch ist.

Wenn es in Deutschland im Jahre 1921 unter den Gewerkschaftsmitgliedern 2,8 Prozent und im Jahre 1922 1,5 Prozent Arbeitslose gab, so waren im Jahre 1925 7 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder erwerbslos. Im Jahre 1926 schwankt die Arbeitslosenzahl von Monat zu Monat, sinkt jedoch nie unter 14 Prozent. (14,2 Prozent war der Tiefstand im Oktober und November, im Dezember betrug jedoch

[*)] Den Gedankenkreis De Mans gibt am vollständigsten sein Buch „Zur Psychologie des Sozialismus“ wieder. Verlag Engen Diedrichs, Jena, 1926.

die Arbeitslosenzahl von neuem 16,7 Prozent.).

In Großbritannien betrug der Prozentsatz der erwerbslosen Gewerkschaftsmitglieder 15,3 Prozent. Anfang 1926 sinkt diese Zahl auf 10,6 Prozent, steigt jedoch bis zum Ende des Jahres von neuem auf 12 bis 13 Prozent.

In Dänemark war Ende 1926 ungefähr ein Drittel aller Gewerkschaftsmitglieder erwerbslos, in Schweden 13 in Holland ungefähr 9, in Norwegen ungefähr 24 Prozent.

„10 bis 20 Prozent der arbeitswilligen Bevölkerung" – schließt Woytinski – „sind aus der Produktion verdrängt. Nicht kleiner ist der Prozentsatz der stillstehenden Motoren und Maschinen."

Der Verfasser meint, daß der Krieg unmittelbar zu einer Milderung der Widersprüche zwischen der Produktion und dem Verbrauch im Rahmen des Weltkapitalismus geführt habe.

„Andererseits – fährt er fort – hat der Krieg die inneren Märkte der industriellen europäischen Staaten durch die Herabsetzung der Kaufkraft der Arbeiterschaft und den Ruin des Mittelstandes eingeengt und die äußeren Märkte für ihre Waren teilweise gesperrt. Die alte Disproportionalität zwischen den Produktions- und Absatzmöglichkeiten wurde dadurch in einem noch nie dagewesenen Grade verschärft."

Das klingt natürlich etwas anders als die Lobgesänge auf den sich stabilisierenden Kapitalismus.

Der Verfasser wird angesichts des von ihm geschilderten Bildes bedenklich und sucht einen Ausweg. Vor allem verurteilt er natürlich den Kapitalismus „moralisch".

„Alle einzelnen Widersprüche des Kapitalismus sind für uns bloß Folgeerscheinungen jener grundsätzlichen Widersprüche zwischen den Produktions- und Besitzverhältnissen, deren Ueberwindung die geschichtliche Aufgabe der sozialistischen Arbeiterbewegung bildet. Die Vertreter des Proletariats gehen aber zur Weltwirtschaftskonferenz, nicht, um diese ihre Anschauungen zu bekennen, sondern vielmehr um eine – sei es auch partielle – Milderung der Lage zu suchen, die im Rahmen der bestehenden Gesellschaft und Verhältnisse möglich wäre."

In dieser „These" ist alles gesagt, was ein Sozialdemokrat über sein Verhältnis zum „verfaulenden" Kapitalismus sagen kann.

Er ist gezwungen anzuerkennen, daß für den gegenwärtigen Kapitalismus solche Erscheinungen charakteristisch sind, die in der Periode seiner „organischen" Entwicklung nicht vorhanden waren, so z. B. die chronische Arbeitslosigkeit, die etwa 20 Prozent der europäischen Arbeiter erfaßt. Er ist gezwungen anzuerkennen, daß ein sehr bedeutender Teil des Grundkapitals brach liegt. er ist gezwungen festzustellen, daß zwischen den Produktions- und Besitzverhältnissen des gegenwärtigen Kapitalismus ernste Widersprüche bestehen, die sich scharf zuspitzen. Er ist bereit, anzuerkennen, daß nur der Sozialismus diese Widersprüche lösen kann, und nun, nach all diesen Erklärungen, gelangt er zur Schlußfolgerung, „daß der Sozialismus eine „Sache der Geschichte" sei, die heutige Arbeiterklasse jedoch den heutigen Kapitalismus unterstützen müsse.

In ihrer „historischen" Auffassung beteuern diese Leute unermüdlich, daß es einmal später nach vielen Jahrzehnten oder Jahrhunderten möglich sein werde, für den Sozialismus praktisch zu kämpfen, daß es [315] aber heute genügend sei, zu „kämpfen" um die Befestigung des Kapitalismus, ungeachtet dessen, daß die Tatsachen vom zunehmenden Druck des Kapitalismus auf die Arbeiterklasse, von der ökonomischen und sozialen Zuspitzung der Gegensätze innerhalb des Kapitalismus sprechen.

Sie wollen, wie Karl Kautsky sagt, „den Kapitalismus ein bißchen weniger unangenehm machen", sie wollen dem Kapitalismus helfen, sich zu „mildern". Woytinski selbst führt eine klare Illustration dafür an, wie der wirkliche (und nicht ein erfundener) Kapitalismus sich aus seiner schwierigen Lage herauswindet Er führt interessante Angaben unter der Rubrik an: „Die Gewinne der Aktiengesellschaften in Großbritannien". Wir bringen diese Tabelle in gekürzter Form, indem wir uns auf die prozentuellen Verhältnisse beschränken und die absoluten Zahlen weglassen:

Jahr:	Reingewinn in Prozenten:
1913	11,6
1914	10,9
1915	10,9
1918	13,2
1920	15,2
1921	9,4
1922	7,0
1923	9.8
1924	10,3
1925	10,8
1926	11.3

Woytinski ist über diese Tabelle empört, er ist entsetzt von den Geistern, die er selbst heraufbeschworen hat.

„Die überflüssigen Arbeitskräfte wurden ans der Produktion verdrängt, ein Existenzminimum wurde ihnen – hauptsächlich auf Kosten der übrigen Arbeiter – gewährt, die ganze Produktion wurde verringert und dadurch ein neues Gleichgewicht unter Aufrechterhaltung hoher Preise erzielt, das einen Reingewinn in Höhe von 11,3 Prozent des Kapitals sichert! Das ist eine Lösung des Problems! Diese Lösung führt aber zum wirtschaftlichen und sozialen Rückschritt, zur Verarmung des Volkes und muß mit größter Entschiedenheit abgelenkt werden!“

Der Schluß klingt nicht schlecht. Der Kapitalismus, wie er ist, wird verurteilt, die „revolutionäre“ Empörung sind durch Ausrufungszeichen symbolisiert, der Verfasser wendet dem Kapitalismus sein haßerfülltes Gesicht zu.

Wie sehr aber der sozialdemokratische Schein trügt! All dies wurde nur gesagt, um alle Hoffnung in den Völkerbund zu reizen, in dem bekanntlich das soeben „überführte“, entlarvte kapitalistische England die erste Geige spielt.

Der Verfasser versucht weiter zu beweisen, daß die Widersprüche zwischen den einzelnen Ländern nicht zunehmen, dabei sagt er kein Wort über den Kapitalexport und -import, die für den imperialistischen Kapitalismus so charakteristisch sind, und „vergißt“ in den Tabellen die Angaben über England, das größte europäische imperialistische Land, das an der aggressiven Kolonialpolitik am meisten interessiert ist.

Nach einer solchen Verschönerung des Kapitalismus gibt Woytinski seiner Hoffnung Ausdruck, daß die Weltwirtschaftskonferenz einen Ausweg „aus der Sackgasse“ finden werde, daß sie sich ernstlich mit den Problemen der Erweiterung der Inlandsmärkte durch Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter und der übrigen Werktätigen beschäftigen, und daß dies zu einer Steigerung der zahlungsfähigen Nachfrage führen werde.

Durch eine solche theoretische und politische Utopie entledigt sich der sozialdemokratische Journalist der ernstesten Probleme, die ohne wirklichen revolutionären Kampf um den Sozialismus unlösbar sind.

Der bekannte Wirrkopf Erich Nölting schreibt seine „Vorbemerkungen zu dem Kieler Programm der Partei“. Er will den Leser versichern, daß das sozialdemokratische Programm eine gründliche Wendung in der Politik der Sozialdemokratie darstellt. („Wir sprechen von einer neuen Blickrichtung.“) In seinen „allgemeinen“ Bemerkungen vermeidet er es, diese „neue Blickrichtung“ näher zu bezeichnen. Er sagt nichts darüber, daß die Sozialdemokraten sich in der Einschätzung der Tendenzen der landwirtschaftlichen Entwicklung entschieden auf den revisionistischen Standpunkt gestellt haben. Er sagt kein Wort darüber, daß der sozialdemokratische Agrarprogrammentwurf praktisch auf dem Boden des Schutzes des Großgrundbesitzes und der Aufrechterhaltung der bestehenden Zustände steht. Er verschweigt die Tatsache, daß der „sozialistische“ Programmentwurf keinen Ton über den Sozialismus und über die sozialistischen Entwicklungswege der Landwirtschaft enthält.

Der Kollege Nöltings, Fritz Baade, zerrt in seinem Artikel im wesentlichen den Gedanken des staatlichen Getreidemonopols hervor. In dieser Beziehung erhält er eine nicht schlechte Antwort von

einem oppositionell gesinnten „linken“ Sozialdemokraten (der allerdings sich auch selbst nicht aus dem opportunistischen Sumpf herauswinden kann). Auf dem Leipziger Bezirksparteitag der SPD, Anfang März, sagte der Sozialdemokrat Kretzer:

„Wem geben wir z. B. das geforderte Getreidemonopol in die Hand? Wir haben eine Bürgerblockregierung. Der Bürgerblock ist ein Bündnis der Industrie mit der Landwirtschaft. Denen sollen wir das Getreidemonopol in die Hand geben? Verlassen Sie sich darauf, es läßt sich schlechter gegen die preistreibenden Verwaltungsmallnahmen eines Getreidemonopols ankämpfen als gegen die Schaffung und Durchführung von Schutzzöllen.“

Das vierte Heft (April) bringt folgende Artikel: 1. Die Kuomintang und die gelbe Revolution, von Tang Leang Li, London; 2. Nationalwirtschaft und Weltwirtschaft – Prinzipielles zur Weltwirtschaftskonferenz, von Karl Renner; 3. Revolte des amerikanischen Farmers, von Georg Decker; 4. Sozialökonomische Betrachtungen zur Aktienrechtsreform, von Fritz Naphtali: 5. Die Bedeutung des Unbewußten im historischen Materialismus, von Hans Heinrich; 6. Fragen der Steuerüberwälzung, von Erich Rinner.

Der Artikel „Die Kuomintang und die gelbe Revolution wurde, wie die Redaktion bemerkt, von einem Chinesen geschrieben, der in England Volkswirtschaft studiert und unlängst ein Buch unter dem Titel „China in Revolution“ herausgab. Wir müssen erstens feststellen, daß die Ideologen der deutschen Sozialdemokratie selbst einer direkten und klaren Antwort auf die Frage, wie sie sich zur chinesischen Revolution verhalten, a u s w e i c h e n. Zweitens müssen wir feststellen, daß die verklausu-[316]lierte Stellungnahme des „Vorwärts“ für einen ablehnenden Standpunkt der Sozialdemokraten zur chinesischen Revolution spricht. Drittens, daß der Artikel von Tang Leang Li, der von einer Sympathie für die revolutionären Massen Chinas durchdrungen ist, in offenem Widerspruch zu all dem steht, was die deutschen Sozialdemokraten von Fall zu Fall über China sagen.

Wer von den deutschen Sozialdemokraten hat je die Lage Chinas im System der Weltbeziehungen so klar und richtig charakterisiert, wie Tang Leang Li?

„China – schreibt er – ist nur dem Namen nach ein unabhängiges Reich. In Wirklichkeit ist es infolge der Verträge, die ihm die Großmächte seit 1840 mit der Spitze des Bajonetts abgerungen haben – bloß eine unter der Aufsicht des diplomatischen Corps in Peking stehende Kolonie.“

Von einer solchen Einschätzung ausgehend, charakterisiert der Verfasser die chinesische Revolution als eine antiimperialistische Revolution, die der wärmsten Unterstützung des internationalen Proletariats bedarf.

Wo und wann haben das die deutschen Sozialdemokraten in einer solchen Weise, mit einer solchen Entschiedenheit gesagt? In den Leitartikeln des „Vorwärts“ können wir nur lesen, daß, solange der Sozialismus in den größten europäischen Ländern nicht siegt, es „verfrüht“ sei, von den Möglichkeiten des Sieges der kolonialen Revolution überhaupt, der chinesischen Revolution im besonderen, zu sprechen.

Die Sozialdemokraten kämpfen g e g e n den Sozialismus in den größten Ländern der Welt und sagen dann, daß bis zum Siege des Sozialismus in diesen Ländern der Kampf der chinesischen revolutionären Massen gegen den Imperialismus hoffnungslos sei.

Der Verfasser schließt seinen Artikel, indem er folgende Stelle aus der „Botschaft“ Sun Yat Sens zitiert:

„Der Schlußsatz seiner Abschiedsbotschaft an die USSR ist in diesem Zusammenhang außerordentlich bedeutungsvoll:

Indem ich von ihnen Abschied nehme, drücke ich die Hoffnung aus, daß der Tag nicht mehr fern ist, an dem die Sowjetunion einen Freund und Verbündeten in einem freien und starken China begrüßen wird und beide Völker Hand in Hand als Verbündete an der Spitze des großen Kampfes für die unterdrückten Völker der ganzen Welt schreiten werden.“

Diese „Botschaft“ Sun Yat Sens nimmt der Verfasser für sich als Direktive an. Was tun aber inzwischen die opportunistischen Helden in den Spalten des „Vorwärts“? Sie hetzen gegen die Sowjetunion, sie geben den Kommunisten die Schuld an dem Verrat Tschang-kai-scheks, sie versuchen Tag für Tag einen Keil zwischen die Sowjetunion und das revolutionäre China zu schlagen.

Tang Leang Li hat es nicht verstanden, eine Reihe von Fragen in richtiger Weise zu stellen. Er hebt nicht das Problem der Hegemonie des Proletariats hervor, er beleuchtet nicht die Frage, welche Rolle die Bauernschaft in der Revolution spielt, er selbst ist in einer Reihe von Fällen sehr entfernt davon, eine genaue politische Charakteristik zu geben: aber er sympathisiert mit der chinesischen Revolution und er stellt sie sich nicht ohne ein Bündnis mit der Sowjetunion vor. Die heuchlerischen Ideologen der deutschen Sozialdemokratie, die sich durch keinerlei Verpflichtung gegenüber der chinesischen Revolution binden wollen, geben dagegen dem Artikel Tang Leang Lis wohl Raum in ihrer Zeitschrift, sie hetzen aber weiter gegen das chinesische Proletariat und die Sowjetunion in ihrer Tagespresse.

Einer der Ideologen des Austromarxismus, Karl Renner, philosophiert in seinem Artikel über die bevorstehende Weltwirtschaftskonferenz.

„Die Weltwirtschaft hat einerseits in den letzten Jahrzehnten alle Erdteile einbezogen, in den zivilisierten Teilen der Welt jeden Haushalt. Es wird immer deutlicher und ist vor allem durch den Weltkrieg klar geworden, daß sie ihre Maschen immer enger um die Nationalstaaten zieht und die Geister auf einen Weltstaat oder wenigstens auf eine organisierte Friedenswirtschaft der Staaten vorbereitet. Der Völkerbund ist ein erstes Stück der Verwirklichung dieses Gedankens. Andrerseits streben die Staaten immer machtvoller nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit, selbst um den Preis des Nachteils der anderen. Nationalstaat und Weltwirtschaft sind eben die beiden Gegenpole einer antagonistischen Entwicklung geworden, deren Opfer der Weltfriede sein kann. Wir leben mitten in diesem dialektischen Prozeß, in dem eine neue Weltordnung wird.“

In seinem langen Artikel versucht Renner die Notwendigkeit einer internationalen, ökonomischen und politischen Einheit auf b ü r g e r l i c h e r, k a p i t a l i s t i s c h e r Grundlage zu beweisen. Die Aufgabe der II. Internationale sei, die Förderung des Zustandekommens dieses „Ueberimperialismus“.

Der Gedanke ist nicht neu. Er wurde von der historischen Entwicklung bereits vollkommen widerlegt. Und trotzdem hören die „linken“ Sozialdemokraten vom Schlage Renners nicht auf, mit der Hartnäckigkeit eines Papageis immer das gleiche zu wiederholen. Sie vertuschen die wachsenden Widersprüche zwischen der imperialistischen Bourgeoisie und dem Proletariat, zwischen dem Imperialismus und den unterdrückten Kolonialvölkern und zwischen den einzelnen Gruppen der imperialistischen Länder.

Und all dies tischt Karl Renner jetzt als die neueste theoretische Entdeckung auf. – Ein klägliches Bild!

Fritz Naphtali windet sich hilflos in den Fragen des Aktienrechts. Seine Opposition geht nicht über den Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsprinzipien hinaus.

Dieser Rahmen hält auch Erich Rinner fest, den Verfasser des Artikels über Steuerüberwälzung.

Der Reformismus glotzt aus jedem Artikel, jedem Satz, jeder Zeile, jedem Buchstaben der „Gesellschaft“ hervor. Systematischer. schonungsloser Kampf gegen diesen Reformismus ist eine der wichtigsten Aufgaben des Kommunismus in der heutigen Periode. S. A l e x a n d e r. [317]

*

Das Gewerkschaftsprogramm der „linken“ Sozialdemokraten

Der Gewerkschaftsredakteur der „linken“ ‚sozialdemokratischen ‚Leipziger Volkszeitung“, Johannes K r e t z e n, hat eine Broschüre mit dem Thema; „D i e f r e i e n G e w e r k s c h a f t e n i n d e r g r o ß e n K r i s e“ veröffentlicht, die in der von Paul Levi herausgegebenen Zeitschrift „Die sozialistische Politik und Wirtschaft“ sehr gelobt und als das Programm der marxistischen Gewerkschaftspolitik angepriesen wird. Das Büchlein enthält also das Gewerkschaftsprogramm der „linken“

Sozialdemokraten, und es ist deshalb zweifellos von Interesse, die Hauptsätze dieser Broschüre zu behandeln.

Arbeitslosigkeit und Gewerkschaften

In den ersten Kapiteln wird das Problem der Arbeitslosen behandelt. Kretzen schreibt:

„Unter diesen Umständen ist die Sorge für die Erwerbslosen seit Jahr und Tag die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften. Für sie handelt es sich dabei um die Verminderung des lähmenden Einflusses der Massenerwerbslosigkeit auf die Gewerkschaftsbewegung durch eine Stabilisierung der Erwerbslosenexistenz ... Dazu gehört nicht zum wenigsten die Aufrechterhaltung der klassengeistigen Einheit von Arbeitenden und Erwerbslosen. Die Gewerkschaften haben diese Aufgabe zweifellos zum Teil und eine Zeitlang vernachlässigt, wenn auch in den letzten Monaten ziemlich allgemeine Maßnahmen durchgeführt worden sind, um den Erwerbslosen die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften zu erhalten."

Das ist ganz richtig, und mit Recht schreibt darüber die „Sozialistische Politik und Wirtschaft": „Das Problem der Arbeitslosigkeit wird damit sofort in den Mittelpunkt aller Gewerkschaftspolitik gerückt, die „Aufrechterhaltung der klassengeistigen Einheit von Arbeitenden und Erwerbslosen" als das Zentralproblem unserer Bewegung erkannt und dargestellt." Die Behauptung aber, daß „in den letzten Monaten" die Gewerkschaften Maßnahmen in dieser Richtung durchgeführt haben, ist mehr als zu bezweifeln. Ueber solche Maßnahmen ist die Oeffentlichkeit nicht informiert worden. Dafür ist sie aber sehr gut informiert, daß „die Gewerkschaften diese Aufgabe vernachlässigten" und nicht nur „eine Zeitlang", sondern seit langen Jahren. Was mit dem „ Zentralproblem unserer Bewegung – die Aufrechterhaltung der klassengeistigen Einheit von Arbeitenden und Erwerbslosen –, geschehen ist, das fordert ganz andere Ausdrücke, um es zu definieren. Wollen wir den Gefühlen eines „linken" Sozialdemokraten nicht zu nahe treten und den Begriff „Arbeiterverrat" nicht verwenden, so muß man doch feststellen, daß Kretzen mit seiner Behauptung: „Wenn auch in den letzten Monaten ziemlich allgemeine Maßnahmen durchgeführt worden sind", noch keinen Beweis für ihre Richtigkeit geliefert hat. Und wenn schon, warum nur „den Erwerbslosen die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften zu erhalten"? Sollen die übrigen, die früher unorganisiert waren, ruhig außerhalb dieser „klassengeistigen Einheit" bleiben? Bei einer konstanten Arbeitslosigkeit, bei einer „Erwerbslosigkeit als Dauerschicksal", haben die Gewerkschaften alle Arbeitslosen, ungeachtet. ob gewerkschaftlich organisiert oder nicht, jahrelang einfach abgestoßen. Nur einzig und allein der Kommunistischen Partei gehört das große revolutionäre Verdienst, diese Armee erfaßt und ganz Deutschland mit einem lebendigen Netz von Arbeitslosenorganisationen bedeckt zu haben. Die Gewerkschaften und die SPD haben diese Organisationen, die von ihrer Entstehung bis jetzt die Verbindung mit den Gewerkschaftsbewegung dauernd anstrebten, mit Wut bekämpft. Wo sind in diesem Kampfe die „Linken" gewesen? Und was schlagen sie jetzt vor?

Die Arbeitslosenbewegung führt zur Zeit einen schweren Kampf gegen die Erwerbslosenversicherung, für die Erwerbslosenfürsorge. Die Erwerbslosenversicherung wird, wie bekannt, von den Sozialdemokraten unterstützt. Und was schreiben die „Linken"?

„Ihre (der Erwerbslosenversicherung) endgültige Gestaltung ist noch unsicher. Aber das bisherige Wirken der Unternehmer und Unternehmerknechte in den Parlamenten und im Reichskabinett, dessen Resultat der Entwurf ist, der bereits den Reichsrat und den Reichswirtschaftsrat passiert hat, läßt nichts Gutes erwarten. Es kann leicht der Fall eintreten, daß Gewerkschaften und Sozialdemokratie das ganze Gesetz ablehnen müssen, weil es besser sein wird, bei den gegenwärtigen Regelung zu bleiben, die außer parlamentarischer auch außerparlamentarischer Beeinflussung durch Aktionen der Arbeiterschaft unterliegen kann, während das starre System eines Versicherungsgesetzes in der einen verabschiedeten Form ein Beharrungsvermögen zeigen muß, das schmerzlich an den Satz erinnern wird, daß sich ‚Gesetz und Rechte' forterben ‚wie eine ewige Krankheit'."

Wie ist der gesperrte Satz zu verstehen? Ist es nur die verfluchte Manier des bürgerlichen Journalismus, die seinerzeit der Genosse Lenin so treffend charakterisiert hat mit den Worten: „Der Schreiber tut schreiben, der Leser tut lesen ...", oder ist es eine ernste und verantwortliche Behauptung. Nehmen wir

das letztere an, so ist doch unverständlich, wie eigentlich jetzt der „andere Fall“ eintreten kann – ein solcher Fall, in welchem es lohnt, die Möglichkeit des außerparlamentarischen Kampfes preiszugeben, d. h., dem Versicherungsgesetz zuzustimmen. Weiß doch Kretzen folgende radikale Sätze zu schreiben:

„Als eine solche ‚Konsequenz‘ (die die Arbeiterklasse ziehen muß – F. D.) betrachten wir nicht eine Regierungsbeteiligung der Sozialdemokratie, die ihr ‚Einfluß‘ auf das Reichsarbeitsministerium verschaffen würde. Wie weit dieser ‚Einfluß‘, selbst wenn ein Sozialdemokrat Reichsarbeitsminister werden wurde, sich gegen das kapitalistische In-[318]teresse durchsetzen könnte, ist nach manchen bösen Erfahrungen nicht fraglich, solange die Machtverhältnisse zwischen den Klassen keine grundlegende Veränderung erfahren. Die üblen Ergebnisse solcher ‚Einflußnahme‘ würden am Ende wieder nur eine Schwächung der Arbeiterschaft herbeiführen.“

Wie ist also sogar bei der Bürgerblockregierung doch eine Möglichkeit vorhanden, einem Gesetz zuzustimmen, durch das der außerparlamentarische Kampf aufgegeben wird?

Statt zu außerparlamentarischen Aktionen gegen das reaktionäre Erwerbslosengesetz zu rufen, schreibt man halbradikale Sätze, welche die bequeme Möglichkeit geben, ohne jedwede Verpflichtung „radikal“ zu scheinen.

Die Lohn- und Arbeitszeitfrage

Johannes Kretzen weiß hier viele sehr wichtige Behauptungen aufzustellen. Er steht fest, daß „das gegenwärtige Lohnniveau der deutschen Arbeiterschaft noch unter demjenigen des Jahres 1910 liegt“, trotzdem jetzt, „wie es durch die Rationalisierung zweifellos geschieht, die Arbeitsleistung intensiviert“ ist und „die Arbeiterschaft in kostspieligere Nahrungsbedürfnisse hineinwächst, die erst durch steigende Löhne kompensiert sein müssen“, ist noch dazu „im Verlaufe des Jahres 1926 ein nicht unwesentliches Abgleiten der Reallöhne erfolgt“.

Er schreibt auch: „Unter diesen Umständen (Arbeitslosigkeit und verstärkte Ausbeutung – F. D.) ist der Hauptteil des gewerkschaftlichen Kampfes in die Ebene der Arbeitszeitpolitik verlegt“ und „die Intensivierung der Arbeitsleistung hat aber auch einen stärkeren Kräfteverbrauch zur Folge, der, wenn er sich nicht in kürzerer Lebensdauer äußern soll, durch kürzere Arbeitszeit kompensiert werden muß“ und sogar: „der Achtstundentag ist kein Ziel, sondern nur eine Etappe“. Zu gleicher Zeit hat sogar die schön gefärbte Untersuchung des Arbeitsministeriums die Verlängerung der Arbeitszeit in der Industrie während des Jahres 1926 konstatiert.

Wer ist schuld an den Hungerlöhnen und der unmenschlichen Arbeitsdauer? Kretzen schreibt:

„Trotz aller Kampferschwerungen durch die Ungunst des Arbeitsmarktes ist diese Erfolglosigkeit (der gewerkschaftlichen Arbeit – F. D.) mit auf die Taktik der Gewerkschaftsführung zurückzuführen.“

Richtig, sehr richtig!

Kretzen bringt an dieser Stelle eine Korrespondenz des rheinisch-westfälischen Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung“, wo wir lesen;

„Der Bergbau wird bei diesem Interessenkampf nicht vergessen dürfen, daß seine erheblichen Mehrverdienste des letzten halben Jahres zum großen Teil durch das Verhalten der Gewerkschaften ermöglicht worden sind.“

Richtig, sehr richtig!

Kretzen bringt die bekannten Zahlen Zahl der durch Arbeitskämpfe (Streiks und Aussperrungen) „verlorenen“ Arbeitstage: 1924: 36 Mill. 1925; 17 Mill. 1926: 1¼ Mill.

Steigerung des Nominalwochenlohnes

gelernter Arbeiter:

(Januar bis Dezember)

1924: 9,93 M. 1925: 7,20 M. 1926; 0,38 M.

Steigerung des Nominalwochenlohnes

ungelernter Arbeiter:

1924: 5,60 M. 1925: 4,99 M. 1926: 0,39 M..

„Die Parallelität – schreibt Kretzen – zwischen dem Rückgang der Streikhandlungen und dem Rückgang der Lohnerhöhung ist verblüffend."

Richtig, sehr richtig!

Wo ist aber der Ausweg? Kretzen sieht ihn zu einem beträchtlichen Teil in der angeblichen neuen Stimmung der Gewerkschaftsführer. Er gibt sich Mühe, radikal scheinende Sätze bei den verschiedenen Gewerkschaftsführern zu finden, und es „gelang" ihm, bei Leipart diesen „Radikalismus" zu entdecken:

„Das Unternehmertum hält nach wie vor an der verhängnisvollen Auffassung fest, daß aus langer Arbeitszeit und niedrigem Lohn eine Verbilligung der Produktion erwachsen müsse und nur auf diesem Wege eine Belebung der Kaufkraft herbeigeführt werden könne."

Dieser nichtssagende Satz begeistert so den „linken" Kretzen, daß er schreibt:

„Es überraschte nach dem Vorangegangenen, in einem Artikel der Gewerkschaftspresse zur Jahreswende 1926-27, dessen Verfasser der erste Vorsitzende des ADGB, Genosse Leipart, ist, diese Erkenntnis zu finden."

Armer Johannes Kretzen, wie bescheiden er ist. Und wahrlich, wie wenig notwendig ist, um einen „linken" Sozialdemokraten abfinden zu können. Die sozialdemokratischen Befehlshaber in den Partei- und Gewerkschaftsbüros haben so kolossal wenig nötig, ihrem linken „jüngeren Bruder" auch nur rhetorische Konzessionen zu machen. Der Satz von Leipart gibt Kretzen den Anlaß, von einer Radikalisierung der Gewerkschaftsführer zu sprechen: Es

„ist so gewissermaßen von oben her eine Wiedergesundung der Gewerkschaftsbewegung angebahnt worden."

Ist das Naivität oder etwas anderes?

In dem Halbjahr November 1926 bis April 1927 stehen mindestens drei Millionen Arbeiter in Bewegungen, und neue Arbeitsabkommen werden abgeschlossen. In den letzten eineinhalb Jahren hat sich das Leben in den Betrieben im Zusammenhang mit der Rationalisierung ungeheuer geändert. Nehmen wir z. B. nur die Fließarbeit: geht über die Berliner Großbetriebe, und ihr werdet nur als Museumseltenheit einen Großbetrieb finden, wo keine Fließarbeit in der oder anderer Form eingeführt ist. Das Aussehen des Betriebes, sein gesamtes innerliches Wesen, alles das ist nicht wiederzuerkennen. Entstehen denn nicht für die Arbeiter dieser Betriebe Dutzende neue Fragen: die Einstellung der mechanischen Leistungsnormen, die Arbeitszeit beim Fließband, Jugendliche und Frauen beim Fließband, Arbeit der Arbeitervertreter beim Fließband usw. Außer der Fließarbeit gibt es aber noch eine Unmenge Neuheiten, die Konsequenzen für die Lage der Arbeiter im Betriebe nach sich [319] ziehen. Ist aber auch nur ein einziger Arbeitsvertrag abgeschlossen, der etwas Neues gegenüber den alten Verträgen enthält, und gibt es einen einzigen Fall, in welchem die Verbände auch nur darüber unterhandelten? Wenn man nach den Verträgen die Lage in den betrieben beurteilen will, dann ist eigentlich in der ganzen letzten Zeit nichts vorgekommen. Nennt man noch dazu die Haupttatsachen in der Gewerkschaftstaktik – wie z. B. die Denkschrift des ADGB über die Rationalisierung, der Hamburger Hafenstreik, die Schlichtungspraxis, die Politik gegenüber den Verbindlichkeitserklärungen, aus Arbeitszeitnotgesetz und die gesamte Führung der gegenwärtigen Kämpfe –, ist dann nicht sonnenklar die Rolle der Gewerkschaftsführer?! Selbst die für Kretzen radikal scheinenden Sätze von Leipart und anderen – sind sie denn eine Kampfansage gegen die Arbeitsgemeinschaft und nicht, im besten kaue, ein Manöver, um die Arbeitsgemeinschaftspolitik im vollsten und breitesten Maße, treiben zu können? Der grobe Prozeß der Wiederbelebung der Gewerkschaftsbewegung, der „von unten auf" kommt, wird nicht „von oben her" ergänzt, wie Kretzen behauptet, sondern gehemmt. Die Ueberwindung dieser Hemmung ist heute für die deutsche Gewerkschaftsbewegung die notwendigste Bedingung, um in eine neue Etappe zu treten.

Von Robert Dißmann bis Johannes Kretzen

Die „Linken“ haben schon eine alte Tradition in der Sozialdemokratie: – zu „rebellieren“ und die „Opposition Seiner Majestät“ zu spielen. Diese impotente „Rebellion“ hat die Aufgabe, die radikaler gestimmten Teile der Arbeiterklasse an die Sozialdemokratie zu fesseln. Aber auch die Linken“ haben ihre gesetzmäßige Entwicklung, und in dieser Hinsicht ist die Broschüre von Kretzen, hauptsächlich in dem, was sie verschweigt, interessant. In dem ganzen Programm gibt es z. B. kein einziges Wort über eine solche „Kleinigkeit“, wie die ungeheure Vertrustung des Kapitals und die neuen Aufgaben, die diese Tatsachen den Gewerkschaften bringen. Hat doch noch seinerzeit Robert Dißmann in der Frage der Reorganisation der Gewerkschaften nach dem Industrieprinzip „rebelliert“. Ist denn jetzt diese Aufgabe nicht vielfach akuter geworden? Im Zeitalter der „Vereinigten Stahlwerke“, der „I. G. Farbenindustrie“ und dergleichen, können da die jetzigen Organisationsformen der Gewerkschaften jemanden befriedigen? Solche und ähnliche „Kleinigkeiten“ wurden in dem Programm nicht erwähnt. Kretzen schreibt über die freien Gewerkschaften in den letzten Jahren und hat es nicht für nötig gefunden, mit einem Worte die Rolle der deutschen Gewerkschaften während des englischen Bergarbeiterstreiks zu erwähnen. Und war die letzte Fahrt von Robert Dißmann mit der Frage der Gewerkschaftseinheit verbunden, so hat Fritz Kretzen bei seiner ersten Fahrt in die Oeffentlichkeit kein Wort für die Gewerkschaftseinheit übrig. Es wird in der Broschüre von den Gewerkschaften in den Jahren 1924 bis 1927 gesprochen, es wird von den Gewerkschaften in der Krise gesprochen und nichts von der Krise in den Gewerkschaften. Waren doch noch Ende 1923 in den freien Gewerkschaften 7 Millionen Mitglieder, und jetzt sind nur 4 Millionen organisiert. Kann man denn ernsthaft über ein Gewerkschaftsprogramm sprechen und diese „Kleinigkeit“ nicht analysieren und aus ihr keine Konsequenzen ziehen? Es ist eine lächerliche Selbstüberhebung, wenn diese Menschen behaupten, sie hätten der deutschen Arbeiterklasse ein marxistisches Gewerkschaftsprogramm gegeben.

Die dürftige Broschüre im roten Umschlag des „linken“ Johannes Kretzen ruft, ganz objektiv gesprochen, auch nach dem Durchlesen hauptsächlich den Eindruck der Dürftigkeit hervor. F. D.

*

Russische Literatur
F. Gladkow: „Zement“[*)]

Das Jahr 1914 schlug den bürgerlich-romantischen Schönschreibern die Feder aus der Hand und trieb sie zu tüchtiger, offen oder versteckt wirksamer hurrapatriotischer Schreiberei. Die Jahre 17 und 18 verdarben diesen Text, bis schließlich die arg beunruhigten Schreiberseelchen über farbig schillernde Wederaufbauliteratur heimfanden in die „modernen“ und alt vertrauten Gefilde „neuer Sachlichkeit“, die unter der segnenden Hand des Vater Külz alle vereint, die guten Willens sind – von der Courths-Mahler bis zu Herrn Thomas Mann. Die ganze Buntscheckigkeit und Gesinnungslosigkeit des literaturbeflissenen Deutschlands von heute muß man vor Augen haben. wenn man sich die Bedeutung eines solchen Werkes, wie es Fjodor Gladkows „Zement“ ist, klarmachen will, eines Romans, der nicht aus der vermodernden bürgerlichen Kultur stammt, sondern ein Dokument proletarischer Schöpfungskraft bleiben wird.

Wenn wir zu einem Buch Stellung nehmen, so können und wollen wir es nicht mit der Brille jener tun, für die Bücher um ihrer selbst willen geschrieben werden. „Wir brauchen Bücher, in denen der Satz des Kommunistischen Manifests, daß alle Geschichte die Geschichte von Klassenkämpfen ist, durch nichts verkleistert wird. Diese Forderung erfüllt „Zement“ auch da, wo man nicht einverstanden ist mit dem was er schildert, und Lücken und Risse spürt. Man kann die Schwächen des Werkes nicht verschweigen, trotz und gerade deshalb, weil „Zement“ zu dem Großartigsten gestört, was seit der russischen Revolution geschrieben wurde. Die Verworrenheiten des Buches entspringen der Verworrenheit jener Uebergangszeit, die sein Inhalt ist: der Uebergang vom Kriegskommunismus zur NEP.

[*)] Verlag für Literatur und Politik, Berlin 1927. Pres geb. 8,– Mark, Organisationsausgabe 3,– und 5,– Mark.

Gljeb, der Rotarmist, kehrt heim in die „Gemütliche Kolonie“, wie die Arbeitersiedlung rings um den großen Zementbetrieb [320] einstmals hieß. Die „Gemütliche Kolonie“ des Fronens für die Kapitalisten, mit dem Battistvorhangstrost vor den kleinen Fenstern ist zerfallen, der Hunger der Kriegs- und Bürgerkriegszeit hat sie aufgefressen. Aus den Arbeitern sind „Feuerzeugproletarier“ geworden, das Werk ist stillgelegt, die Sieger an der Bürgerkriegsfront beginnen sich zögernd und tastend an der Wirtschaftsfront zu versuchen. Und dieser Marsch an eine neue Front, der Wiederaufbau des Zerstörten, das Suchen und Finden neuer Formen des gesellschaftlichen Lebens ist für die meisten qualvoller und schwerer als der Kampf mit den Weißen, der eindeutig und unverkennbar vorgezeichnet war. Die Sprache der Gewehrkolben, der brutale Machtwille der konterrevolutionären Offiziere war nicht mißzuverstehen. Aber die Zarenknechte und Kapitalisten sind noch nicht endgültig geschlagen, nachdem man die Denikin, Koltschak und Wrangel vernichtet hat. Die Sabotage beginnt sich auszubreiten, sie hängt wie ein graues, schwer faßbares Spinnwebennetz über der Arbeiterschaft, untergräbt und hemmt die schwachen Aufbauversuche, wie Rost und Staub langsam und beharrlich die Zahnräder einer komplizierten Maschine aufzufressen suchen. Gljeb erkennt den unsichtbaren Feind, er packt ihn an der Gurgel, und sein Kampf um die wahrhafte Eroberung der lebenswichtigen Zementfabrik, das ist der unermüdliche, zähe, aufopfernde Kampf des ganzen russischen Proletariats um den Aufbau des Sozialismus. Daß man Gljeb nicht als einen einzelnen „Helden“ empfindet, sondern durch und in ihm die Kraft und Macht der ringenden und siegenden Arbeiterklasse spürt, ist das Wesentlichste, Wertvollste dieses Buches . Daneben verschwinden die starken Vorbehalte, die man gegenüber den teilweise sehr schwach skizzierten Figuren des Buches hat. Besonders groß sind die Bedenken, die das Kapitel Parteireinigung erwecken muß. Keiner von uns wünscht irgendwelche Schönfärberei. Aber dieser Abschnitt, der ganz einseitig nur Halbheiten und Fehlgriffe der Parteireinigung von 1921 schildert, die Entfernung verworrener, aber der Revolution treu ergebender Genossen, während ausgesprochen feindliche und korrumpierte Elemente nicht angetastet werden, muß ein falsches Bild erwecken, da gerade jene Parteiaktion die Säuberung der vordersten Kampfreihen von Schmarotzern, Mitläufern und Saboteuren bezweckte. Auch die weiblichen Figuren und die „Tschekisten“ muten teilweise verzeichnet und unnatürlich an, während „der Emigrant im Kellerloch“, der Ingenieur Kleist, der durch Gljeb zum treuen Diener des proletarischen Staates gemacht wird, ganz prachtvoll gezeichnet ist.

Alles in allem: ein Buch, das trotz seiner teilweisen Schwächen und Fehler gewaltiger und hinreißender ist als einige Zentner jenes bedruckten Papiers, das man in der bürgerlichen Welt Literatur zu nennen liebt. Ein Werk, aus dem der Pulsschlag der Revolution klingt, das Bewußtsein, daß alle erduldete Qual nicht umsonst war, der eiserne Wille, den „Stoß in die Zukunft“ zu vollbringen. Und darum mögen Gljebs Worte bei der Siegesfeier der eroberten, nun erst restlos der Arbeiterschaft gehörenden Zementfabrik auch hier stehen, weil sie nicht nur an seine Arbeitskameraden in einer einzelnen russischen Stadt gerichtet sind, sondern als Mahnung und Aufruf an die Genossen der ganzen Welt, an jeden einzelnen von uns:

„Jetzt, im Feuer gestählt, setzen wir alles auf die Arbeit ... Unser Hirn, unsere Hände zittern ... nicht vor Anstrengung, nein, sie verlangen nach neuer Arbeit ... Wir bauen am Sozialismus Genossen, und an unserer proletarischen Kultur ... Auf zum Sieg, Genossen!“ Lilly Paul.

*

Schapuwalow: *Auf dem Wege zum Marxismus*

Erinnerungen eines Arbeiterrevolutionärs, Verlag für Literatur und Politik, 1927.

„Auf dem Wege zum Marxismus“ sind Erinnerungen des russischen Arbeiters Schapuwalow, in denen er die tiefe Verknechtung der russischen Arbeiterklasse in den 90 er Jahren des 19. Jahrhunderts. ihre späteren Kämpfe und das Anwachsen und die Entwicklung der revolutionären Bewegung anschaulich schildert.

Von der Dumpfheit eines politisch indifferenten, später vom Popen und vom Alkohol eingefangenen Arbeiters bis zum Revolutionär sind dann zum Marxisten, der der Sache des Proletariats treu ergeben

ist und das Glück hatte, am späteren Sieg der Arbeiterklasse seines Landes mitzuhelfen, ist ein weiter Weg durch Gefängnisse, Marter, Verbannung, Katorga, Illegalität, dauerndes Gehetztsein, Hinsiechen bester revolutionärer Kameraden, Blut und Tränen.

Dieses Buch „Auf dem Wege zum Marxismus“ ist ein Stück russische Parteigeschichte. Hier wurde der Marxismus die Waffe des klassenbewußten Arbeiters. Die Theorie des Marxismus sich aneignen, gab ihnen Zielbewußtheit, Ausdauer und Verbundenheit mit der praktischen Parteiarbeit. Nur diese Verwachsenheit mit der revolutionären Theorie und der Pateiarbeit, schuf jene klassenbewußten Arbeiter, die viele Jahre später der großen russischen Revolution zum Siege verhalfen.

Ahle Arbeiter und Funktionäre sollten das Buch lesen, Es schließt mit dem Jahre 1901 ab, weitere Teile bis zur heutigen Zeit sind in Vorbereitung. Das dem Buche zugrunde liegende Material wurde von der „Ispant“[*)] nachgeprüft und zum Teil ergänzt. Außer geschichtlich Wertvollem, wird dieses Buch eines Arbeiterrevolutionärs Beispiel und Ermunterung zu neuer unermüdlicher Arbeit in den Reihen der revolutionären Arbeiterbewegung. Mögen die deutschen Arbeiter ebenso gute Marxisten, ebenso zielbewußt, ausharrend und dem Kampf der Arbeiterklasse ergeben sein.

Dort, wo das Buch wegen des Preises nicht gekauft werden kann (broschiert 4,– M., gebunden 6,– M.) wäre den Arbeiterbibliotheken zu empfehlen, dieses Buch in ihre Reihen aufzunehmen, um es so möglichst vielen Arbeitern zugänglich zu machen. L e n e R a d ò.

[321]

[*)] „Ispart“, Archiv zum Studium der Parteigeschichte.

Die Internationale
Jahrgang 10 * Berlin, den 1. Juni 1927 * Heft 11

Ein Schritt zum Kriege

Berlin, den 24. Mai 1927.

* Aus dem nicht gefundenen Dokument, daß die englische Polizei in der Arcos, dem Gebäude der sowjetrussischen Handelsvertretung und der Allrussischen Kooperative in London mit Gewalt suchen zu müssen glaubte, ist in kurzer Zeit ein Weißbuch geworden. Die englische Presse vom 24. Mai meidet, daß die englische Regierung gleichzeitig mit der Mitteilung über den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetregierung ein Weißbuch veröffentlichen werde, in dem gleich eine große Anzahl „russischer Dokumente" zusammengestellt sein werden.

Zur Begründung des Bruches, die zuerst ein offenbar verschollenes „Dokument" zu liefern hatte, soll auch nicht das „Arcos-Material" genügen, trotzdem der ehrenwerte Gentlemen, der Innenminister Joynson-Hicks zuerst behauptet hatte, daß es den Streich gegen die sowjetrussische Handelsvertretung in London völlig rechtfertige. Zur Begründung des Bruches soll alles „Material" berücksichtigt werden, das in den letzten Monaten von der englischen Polizei und dem englischen Außenministerium zusammengetragen worden ist.

Schon diese Berichte zeigen, daß es bei dem Ueberfall auf die Arcos natürlich nicht um ein bestimmtes Dokument, noch um Dokumente überhaupt ging. Der Zweck des Ueberfalls auf die sowjetrussische Handelsvertretung in London war eindeutig. Aehnlich wie der von den englischen Beratern Tschang So Lins inszenierte Handstreich auf die Sowjetgesandtschaft in Peking sollte diese neuerliche Provokation in England ein Versuch sein, der Sowjetunion die Verantwortung für den Krieg zuzuschieben, nach dem die führenden britischen Imperialisten so dürsten.

Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetregierung ist bereits eingeleitet. Der Handelskrieg hat mit der Kündigung des Handelsabkommens begonnen.

„Der Ueberfall auf die Arcos ist bloß eine der Etappen der auf lange Sicht angelegten und wohlüberlegten Politik der englischen Regierung. Den Gegnern der Roten ist es unwesentlich, ob das angeblich aus dem Kriegsministerium verschwundene Dokument gefunden werden wird", so schrieb anläßlich des Ueberfalls die liberale „Westminster-Gazette". Vom Standpunkt der Führer der englischen Regierung, – so setzte dieses Blatt fort – sei nur wichtig „die Vollendung der diplomatischen und ökonomischen Isolierung der Sowjets", die „zu einer wirtschaftlichen Depression in Rußland führen soll."

Die diplomatische und ökonomische Blockade der Sowjetunion ist also nach Ansicht dieses liberalen Blattes einer der unmittelbaren Ziele der Führer des britischen Imperialismus. Zu diesen Absichten bemerkte die „Prawda" im Anschluß an diese Ausführungen der „Westminster Gazette": „Das ist ein [322] außerordentlich wichtiges Bekenntnis, das ist ein Alarmsignal, das die Werktätigen in der Sowjetunion, aber ebenso in England und in allen anderen Ländern aufrütteln muß. Das bedeutet soviel, daß der englische Imperialismus uns von neuem mit einer Blockade bedroht, um uns wirtschaftlich zu schwächen.

Der wirtschaftliche Angriff soll also eine der Hauptwaffen bei dem nächsten strategischen Vorgehen des britischen Imperialismus gegen die Sowjetunion werden. Der britische Imperialismus will damit zu einem Angriffsmittel zurückkehren, das er zur Niederringung des revolutionären Rußland schon einmal versucht hatte. Als seine militärischen Interventionen zur Unterstützung der inneren Gegenrevolution in der Sowjetunion ein klägliches Ende fanden, und die militärische Intervention auf Grund dieser entscheidenden Niederlagen als Angriffswaffe preisgegeben werden mußte, da versuchte der englische Imperialismus mit Hilfe der bloßen wirtschaftlichen Blockade die Sowjetunion in die Knie zu zwingen. Doch auch diese Blockade erwies sich damals als eine unwirksame Waffe, als ein zweischneidiges Schwert, so daß bald der Beschluß gefaßt werden mußte, auch die Waffe der völligen Wirtschaftsblockade vorläufig aus der Hand zu legen.

Die Hoffnung auf eine „Umgestaltung“ des revolutionären Rußlands erleichterte dem britischen Imperialismus diesen Schritt. Eine Aera „friedlicher Zusammenarbeit“ mit den Kapitalisten sollte in der Sowjetunion die revolutionären Errungenschaften durch „gesunde“ kapitalistische Prinzipien verdrängen, so rechneten die Imperialisten unter der Führung von Lloyd George. Und so wurde im März 1921 der Handelsvertrag zwischen der Sowjetunion und England abgeschlossen.

Ihren Gipfelpunkt erreichte diese Politik der „friedlichen Zähmung“ der Revolution zur Zeit der Konferenz von Genua (April 1922). Es war der Zeitpunkt, wo das revolutionäre Rußland nach den opferreichen Kämpfen an den Fronten des Bürgerkrieges unter der schweren Geißel einer fürchterlichen Hungersnot litt. Diesen Augenblick erachteten die Imperialisten Europas, an ihrer Spitze die englischen Imperialisten, für geeignet, um das revolutionäre Rußland ihren Wünschen und Forderungen gefügig zu machen. Sie glaubten, die Sowjetunion müsse mit Freuden jeden ihrer Vorschläge annehmen, um nur irgendeine Hilfe beim Wiederaufbau ihrer Wirtschaft zu bekommen. Als Gegenleistung für eine solche Hilfe hofften die Imperialisten, die Anerkennung der Kriegs- und Vorkriegsschulden und die Rückgabe des durch die russische Revolution nationalisierten Eigentums der ausländischen Kapitalisten fordern zu können.

Aber schon der entschiedene Widerstand, den die Vertreter der Sowjetunion auf der Konferenz von Genua diesen Forderungen entgegensetzten, belehrte die englischen Imperialisten eines anderen. Schon dieser entschiedene Widerstand zeigte, daß diese Hoffnungen der Imperialisten auf eine „friedliche Zähmung“ des revolutionären Rußland eitel sein müßten. Und bald nach der Konferenz von Genua, als der Wille der Sowjetunion, als eine Arbeiter- und Bauernrepublik das stärkste Zentrum der Weltrevolution zu bleiben, sich immer offensichtlicher manifestierte, begann in den Reihen der britischen Imperialisten die immer festere Ueberzeugung um sich zu greifen, daß sie und mit ihnen die gesamte kapitalistische Welt früher oder später gezwungen sein werden, die Sowjetunion mit den Mitteln äußerster Gewalt zu „zähmen Die Lehren, die in letzter Periode die englischen Imperialisten im englischen Bergarbeiterstreik und in China erhalten hatten, bestärkten sie nicht nur in dieser ihrer Ueberzeugung, sondern trieben sie zu raschen Entschlüssen. So [323] wurde der diplomatische Bruch mit der Sowjetunion mit und ohne „Dokumente“ zu einer beschlossenen Sache.

Ein auf breiter Front aufgerollter Wirtschaftskrieg soll eine der großen Vorbereitungsetappen werden. Erhoffen doch die britischen Imperialisten von der Errichtung eines wirtschaftlichen Kordons um Sowjetrußland folgendes: Die Wirtschaftsblockade soll die Aufbauschwierigkeiten der Sowjetunion so verschärfen, daß die konterrevolutionären Kräfte in Rußland die heißersehnte Kapitulation der Revolution beschleunigen helfen, daß dadurch die Interventionspolitik ein um so leichteres Spiel haben werde. Es ist anzunehmen, daß der Abbruch der offiziellen Beziehungen für die englischen Imperialisten mit verschiedenen unangenehmen Folgen verbunden sein werde. Durch den Entgang größerer russischer Bestellungen werden ihnen wirtschaftliche Schwierigkeiten entstehen. Schon die Zurückziehung der Aufträge an die englische Industrie durch das russische Außenhandelskommissariat, und die Verlegung der Golddepots von London war von einem Teil der englischen Bourgeoisie schmerzlich empfunden worden. Diese sah nur ungern den Entgang von Aufträgen und mehr noch den Gewinn der ausländischen Konkurrenz, der nun diese Aufträge zufallen müssen.

Die auf Abbruch drängende Richtung hat sich durchgesetzt. Auf dieser neuen Grundlage wird rasch die Front der gesamten englischen Bourgeoisie gegen die Sowjetunion geschlossen sein. Denn auch jene bürgerlichen Elemente, die bisher bestrebt waren, sich möglichst lange russische Geschäftsmöglichkeiten zu erhalten und die daher zunächst gegen einen Bruch mit der Sowjetunion Bedenken hatten, werden nunmehr infolge der vollzogenen Tatsachen mit aller Kraft dafür sorgen, daß diese Geschäfte nicht der Konkurrenz zufallen. Das heißt, sie werden entschieden für eine Außenpolitik eintreten, die möglichst rasch auch die übrigen kapitalistischen Länder zu einem ähnlichen Bruch mit der Sowjetunion veranlassen soll. Eine Periode verschärfter diplomatischer Aktivität des englischen Imperialismus steht bevor. Der englische Imperialismus ist bereits soweit gegangen, daß es für ihn kein Zurück mehr gibt.

Der Krieg als unmittelbare Drohung war schon mit der Arcosaktion gegeben. Nach dem diplomatischen Bruch kann jetzt nur noch der wirkliche Krieg als nächste zu lösende Aufgabe den britischen

Imperialisten vor Augen schweben. Sie sind zu dieser Ueberzeugung gelangt, weil ihnen der längere Bestand der Sowjetunion sowohl mit Rücksicht auf die Rückwirkung auf die englische Arbeiterbewegung wie auf den Freiheitskampf der vom britischen Imperialismus unterdrückten Kolonialvölker bereits als untragbar erscheint.

Die Entscheidung, sich auf die Bahn einer provokatorischen Desparadopolitik zu begeben, wurde nach einer Reihe sorgfältig vorbereiteter politischer Maßnahmen und politischer Schachzüge getroffen. Innerpolitisch ist es die Gewerkschaftsbill, die im Lande selbst „Ruhe und Ordnung“ zu sichern hat. Dieses gewerkschaftliche Zuchthausgesetz hat den Zweck, jeden Widerstandsversuch der Arbeiter gegen die Politik der herrschenden Machthaber zu ersticken. Außenpolitisch wiederum hat der britische Imperialismus seine Vorkehrungen getroffen, indem er sich gerade in letzter Zeit die Gefolgschaft einer ganzen Reihe von Trabanten gesichert hat.

Es war sicherlich kein Zufall, daß in dem gleichen Augenblick, in dem die Polizei noch immer das Gebäude der Arcos umzingelt hielt, die Vertreter des französischen Imperialismus, die Vertreter des militärisch mächtigsten Staates in Europa, der Präsident Doumergue und der Außenminister Briand in London unter größtem Pomp von den Vertretern des englischen Imperia-[324]lismus empfangen wurden. Es war auch kein Zufall, daß die englische Entscheidung für einen Bruch mit der Sowjetunion n a c h dem Besuch der Vertreter des französischen Imperialismus, n a c h den Unterhaltungen zwischen Briand und Chamberlain gefallen ist. Der Londoner Berichterstatter der „Chicago Tribune“ konnte berichten, daß die Vertreter des französischen Imperialismus sich in London damit einverstanden erklärt hatten, der Führung der britischen Imperialisten in der Politik gegenüber der Sowjetunion zu folgen. Die Ereignisse, die sich in Frankreich selbst knapp vor und auch während dieser Zusammenkunft abgespielt haben, bestätigen das nur.

Wenige Tage vor der Aktion des englischen Innenministers fand eine Aktion des französischen Innenministers gegen die französischen Kommunisten, gegen den „inneren Bolschewismus“ mit gleichzeitig deutlicher Spitze gegen den „äußeren Bolschewismus“ statt. Eine ganze Reihe französischer Blätter betrieb im Anschluß an diese Aktion eine andauernde Hetze gegen den „inneren und äußeren“ Bolschewismus. So veröffentlichte der „Matin“ einen dringenden Appell an das Parlament und an die Regierung, in der Verfolgung der kommunistischen Politiker größere Energie und Konsequenz zu zeigen: „Das von der Kommunistischen Partei dauernd angezettelte Komplott wird durch den Skandal einer ausländischen Botschaft ergänzt, die in Verbindung mit den Revolutionären steht. Das Verhalten der Kammer, die dem am 10. Mai vom Justizminister eingebrachten Verlangen nach Aufhebung der parlamentarischen Immunität Doriots und Valliant-Coutouriers aus kameradschaftlichen Gründen nicht nachkommt, ist eine Pflichtverletzung ... Es ist nicht möglich, daß es im Parlament eine Mehrheit gibt, welche die verbrecherischen Anschläge der kommunistischen Organisation geschehen läßt und der ausländischen Botschaft erlaubt, am Umsturz der republikanischen Einrichtungen zu arbeiten!“

Aehnlich schrieb die Pariser „Liberté“. Aber auch von ganz offizieller Seite kam das entscheidende Stichwort, als der französische Innenminister Sarraut in dieser Zeit in einer Rede erklärte: „Der Bolschewismus – das ist der Feind!“ Der offiziöse „Temps“ bemerkte nur dazu, daß auf solche Worte nun auch „Taten“ folgen müßten.

Treffend kennzeichnete Genosse Cachin in der „Humanité“ in einem Leitartikel den Zweck und den Sinn der Londoner Zusammenkunft der Vertreter des französischen und englischen Imperialismus: „Der Zweck und das Ergebnis der Verhandlungen in London werden, wie dies für die Geheimdiplomatie alter Brauch ist, vor der Oeffentlichkeit verheimlicht werden. Dies paßt nur in das Gesamtbild der großen imperialistischen Demokratie. Nichtsdestoweniger müssen sich die Arbeiter klar werden, daß ein ungeheures Komplott an den beiden Ufern des Aermelkanals geschmiedet wird, ein Komplott gegen die Sowjetunion, die chinesische Revolution und die Vorkämpfer der Kommunistischen Internationale.“

Aber auch an anderen Stellen Europas waren die britischen Imperialisten als Organisatoren der Verschwörung gegen die internationale Revolution erfolgreich tätig. Nach den mit englischer Förderung in Polen und in Litauen durchgeführten faschistischen Staatsstreichen ist von den baltischen Randstaaten kaum noch ein Widerstand gegen englische Wünsche zu erwarten. Ende Juni 1927 soll in

Helsingfors das zweite Geschwader der englischen Flotte eintreffen, das gleiche Geschwader, das 1919 an den Kämpfen gegen die Sowjetflotte teilnahm. Diese „symbolische“ Demonstration wird ihren Zweck nicht verfehlen, auf schwankende baltische Staaten einen entsprechenden Eindruck zu machen. Auch die Kleine Entente hat sich auf ihrer letzten [325] Joachimsthaler Konferenz offensichtlich dem englischen Einfluß unterworfen, indem sie die bulgarischen Rüstungen anerkannte, Ungarn keinerlei Schwierigkeiten machte und Jugoslavien eine friedliche Beilegung seines Konfliktes mit Italien befahl. Denn der englische Imperialismus hatte kein Interesse, daß Reibereien zwischen Italien und Jugoslavien ebenso die verschiedenen Konflikte unter den Donau-Balkanstaaten zu größeren Konflikten auswüchsen.

Solche „Scharmützel“ zwischen diesen Staaten sind nur ein Hindernis für die Vorbereitung zum großen Krieg gegen die Sowjetunion, die von den Diplomaten des britischen Imperialismus auch in diesem Teile Europas mit größter Zähigkeit betrieben werden. Solch „friedenschaffende“ Tätigkeit der britischen Imperialisten, wie es die Führer der Sozialdemokraten gern zu benennen pflegen, hat nur den Zweck, diese zum Kanonenfutter auserlesenen Völker der Front des großen imperialistischen Krieges näher zu bringen.

So wird auch ein militärischer Kordon um die Sowjetunion gezogen, die Einkreisung der Sowjetunion von Etappe zu Etappe weitergeführt. Auch Deutschland wird nicht fehlen, wenn auch die deutsche Bourgeoisie heute noch um den Kaufpreis feilscht.

Die deutsche Sozialdemokratie hat auch bei dieser Zuspitzung, wo der Kriegswille des britischen Imperialismus ebenso klar in Erscheinung tritt wie der Friedenswille der Sowjetunion, ihre Haltung – heimtückische Unterstützung des britischen Imperialismus unter der Marke der „Objektivität“ und der „Neutralität“ – nicht geändert. Desto notwendiger ist es, daß die Kommunisten in die arbeitenden Massen die Erkenntnis tragen, daß der Angriff gegen die Sowjetunion ein Angriff auf die Arbeiter aller Länder ist, daß ein Sieg des englischen Imperialismus schwärzeste Reaktion und Orgien des konterrevolutionären Terrors in allen Ländern zur Folge hätte, daß alle Kräfte des Proletariats zum Kampf gegen die Kriegsgefahr, für die bedingungslose Solidarität mit der Sowjetunion mobilisiert werden müssen.

*

Nochmals die KPD und der linke Flügel

J. Walcher.

Wer ist der Hauptfeind?

Es gibt Kommunisten, die auf die gestellte Frage ohne Bedenken antworten: „Der schlimmste Feind der KPD ist die Sozialdemokratie.“ Andere antworten noch präziser: „Der Hauptfeind der Kommunisten sind die linken Sozialdemokraten.“

Streng genommen sind beide Antworten unsinnig. Denn schließlich ist der Hauptfeind der Arbeiterklasse und ergo auch der Kommunisten der Kapitalismus. Wenn das auch von keinem Kommunisten in Abrede gestellt wird und rechte wie linke Sozialdemokraten nur deshalb als unsere Hauptfeinde bezeichnet werden, weil sie einen erfolgreichen Kampf der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus verhindern, ja diesen Kampf wiederholt mit Blut und Eisen erstickt haben, so ist es doch nicht überflüssig, ja direkt notwendig, an dieser Stelle zu betonen, daß solche uneingeschränkte Behauptungen auch in der Hitze des Gefechts vermieden werden sollten, weil sie den Sozialdemokraten eine allzu billige Demagogie ermöglichen.

In den politischen Thesen des Essener Parteitages wird richtig gesagt: I n n e r h a l b der Arbeiterbewegung ist die Sozialdemokratie der Hauptfeind der Kommunisten. Aber der Essener Parteitag tat noch ein übriges. Er hat last wörtlich die von mir in Nr. 7 der „Internationale“ zitierten Stellen aus der Chemnitzer Resolution übernommen und festgelegt:

[326] „Die linke SPD ist daher der Hauptfeind, den die Kommunisten vernichtend schlagen müssen.“

Wir haben also jetzt zwei Hauptfeinde innerhalb der Arbeiterbewegung; einmal die SPD als Ganzes und innerhalb der SPD die Linke.

Die Kennzeichnung der linken Sozialdemokraten als „Hauptfeinde“ war in der Chemnitzer Resolution noch einigermaßen verständlich. Sie findet ihre Begründung in der Tatsache, daß in Sachsen die Rechten keinen nennenswerten Anhang mehr in der Arbeiterklasse haben und von den sozialdemokratischen Arbeitern bereits als Agenten der Bourgeoisie erkannt sind. In Sachsen wird die SPD von den Linken geführt. Sie bestimmen die Landespolitik, sie sind für das Tun und Lassen der dortigen Gewerkschaften in hohem Maße verantwortlich. In Sachsen stoßen wir folglich bei unseren Bemühungen um die rücksichtslose Wahrung der proletarischen Klasseninteressen und im Kampf um die Gewinnung der Massen mit der sozialdemokratischen Linken zusammen. Dort ist sie innerhalb der Arbeiterklasse unser Hauptgegner.

Es wäre aber ein großer Fehler, wenn wir außer acht ließen, daß zwischen der sozialdemokratischen Linken in Sachsen und im Reiche W e c h s e l w i r k u n g e n bestehen, daß von Sachsen aus die sozialdemokratische Oppositionsbewegung im ganzen Reiche belebt und gestärkt wurde und wird, wie umgekehrt ein Wachsen der Opposition im Reiche sich stärkend auf die sächsische Linke auswirkt. Diesen Faktor müssen wir ebenso beachten, wie die weitere Tatsache, daß die sächsische Linke keineswegs einheitlich ist und sich in ihr bereits deutlich wahrnehmbare n e u e D i f f e r e n z i e r u n g e n bemerkbar machen. Wollten wir diese Gegensätze auf die einfache Formel bringen: Hie zentristische Führer – dort revolutionäre Arbeiteropposition! so würde dies zwar mit manchen Wünschen, aber nicht mit den Tatsachen übereinstimmen. Tatsache ist, daß in Sachsen innerhalb der führenden Schichten Gegensätze bestehen, wobei die zahlenmäßig stärkere Gruppe zum Parteivorstand tendiert, während ein kleiner Teil bestrebt ist, eine Politik des Klassenkampfes, etwa im Sinne der einstigen sozialdemokratischen Glanzperiode zu betreiben. Weil also Sachsen nur ein Teil des ganzen Reiches ist und weil außerdem dort bereits neue Gruppierungen im Werden sind. deshalb ist selbst in Sachsen die Losung: „Die Linken sind der Hauptfeind!“ nicht ohne sehr wesentliche Einschränkungen und ohne sehr, sehr vorsichtige Motivierung verwendbar.

Völlig unbrauchbar aber ist die Losung für das ganze Reich. Nicht etwa nur deswegen, weil ich die Entwicklungsmöglichkeiten der Linken anders einschätze als Genosse O s t e n oder weil ich gegenüber der Linken eine andere Taktik für geboten erachte. Das sind Fragen, auf die ich später eingehen werde. D i e l i n k e S o z i a l d e m o k r a t i e k a n n d e s w e g e n n i c h t a l s H a u p t f e i n d b e z e i c h n e t u n d b e k ä m p f t w e r d e n, w e i l s i e u n t e r d e n g e g e b e n e n V e r h ä l t n i s s e n i n d e r P r a x i s e b e n n i c h t d e r H a u p t f e i n d i s t. Wir müssen uns wohl oder übel Tag für Tag mit der praktischen Politik der Sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaftsführer auseinandersetzen. Diese Politik mit ihren für die Arbeiterklasse so verheerenden Wirkungen wird aber von den rechten Sozialdemokraten ganz unumschränkt bestimmt. Daraus folgt, daß eben diejenigen, die für diese Politik verantwortlich sind und nicht jene, die dagegen – und sei es noch so jämmerlich – Opposition mimen, unsere Hauptfeinde sind. Diese Schlußfolgerung ist so zwingend, daß fast die gesamte Partei praktisch die rechten Sozialdemokraten als Hauptfeinde bekämpft. Man braucht, um sich davon zu überzeugen, nur einen Blick in die „Rote Fahne“ der letzten Wochen zu werfen. Ganz mit Recht äußerte unlängst ein Genosse, wenn man s o Hauptfeinde bekämpft, dann ist es ein Vergnügen, Hauptfeind zu sein. Daß die Partei praktisch so und nicht anders handelt, hat seine guten Gründe. Wenn in einem beliebigen Ort, wo eine ins Gewicht fallende Opposition gegen die offizielle Politik der SPD vorhanden ist, ganz gleich, ob sich diese Opposition gegen die lokalen und zentralen Instanzen oder [327] nur gegen den Parteivorstand richtet, so ist es ganz klar, daß uns die sozialdemokratischen Arbeiter einfach auslachen, wenn wir ihre oppositionellen Wortführer als Hauptfeinde bezeichnen und bekämpfen.

Wenn sonach die Losung: „die Linken sind der Hauptfeind“ keine brauchbare Richtschnur für unsere praktische Politik bildet, wenn sich die Partei notgedrungen recht und schlecht den praktischen Erfordernissen der Tagespolitik anpassen muß, so ist damit noch keineswegs gesagt, daß die Losung praktisch bedeutungslos und ohne schädliche Folgen ist. Im Funktionärorgan des Bezirks Schlesien würdigte der Genosse Erich H a u s e n in einem längeren Aufsatz in zustimmendem Sinne die Ergebnisse des Essener Parteitages. Dabei muß er feststellen:

„Bei vielen Genossen ist nunmehr die Auffassung vertreten, daß alles, was links vom sozialdemokratischen Parteivorstand liegt, schärfer zu bekämpfen ist als wie die Leute um W e l s und M ü l l e r.“

Man kann einwenden, daß es sich in diesem Falle um ein gröbliches Mißverstehen der Parteitagsdirektive handelt. In der Tat wurde ja in Essen sehr deutlich zwischen den aufs schärfste zu bekämpfenden linken Führern und der uns nahestehenden revolutionären Arbeiteropposition unterschieden. Aber im praktischen Leben läßt sich diese unterschiedliche Behandlung der Linken eben nicht so leicht durchzuführen, wie in den Thesen. Deshalb können sich die falschen Auffassungen in Schlesien, gegen die sich Genosse Hausen wenden mußte, sehr leicht auch anderwärts aus der Losung: „die Linken sind der Hauptfeind!“ entwickeln.

Eine Losung, die, wie jedermann sieht, der gesamten Praxis der Partei widerspricht, muß gründlich überprüft und mit den Tatsachen in Einklang gebracht werden. Eins von beiden: entweder ist die Losung richtig, dann ist die Praxis der Partei falsch, oder aber die Praxis ist – trotz aller Mängel – grundsätzlich richtig, dann ist die Losung falsch. Schließlich können wir uns doch nicht damit abfinden, daß die Partei trotz einer falschen Direktive sich tastend und taumelnd selbst den richtigen Weg sucht. Unsere Direktiven dürfen keine Barrieren, sondern sie müssen Wegweiser sein.

Die Losung: „Die Linken sind der Hauptfeind“ ist nach meinem Dafürhalten eine Barriere. In der ihr zugrunde liegenden Auffassung sehe ich die wesentlichste Ursache, die es der Partei verwehrt, die objektiv möglichen, maximalen Erfolge zu erzielen. Diese Auffassung bedingt eine gewisse Scheu vor der konsequenten Anwendung der Einheitsfronttaktik, was mit besonderer Deutlichkeit im Kampf gegen das Arbeitszeitnotgesetz in Erscheinung trat. Deshalb glaube ich, daß das Parteiinteresse die restlose Klärung dieser Frage erfordert.

Meine Definition des Linken Flügels und die Einwände des Genossen Osten.

Bis zu diesem Punkte können meiner Polemik gegen die Losung: „die Linken sind der Hauptfeind“ – notabene in der gegebenen Situation – auch solche Genossen folgen, die in der Bewertung des linken Flügels mit mir nicht völlig übereinstimmen. Da ich aber überzeugt bin, daß die strittige Losung nicht nur auf einer Verkennung der gegebenen Lage, sondern auch auf einer falschen Beurteilung der linken SPD beruht, will ich mich im nachstehenden mit den Einwänden auseinandersetzen, die vom Genossen Osten gegen meine Auffassung vorgebracht wurden. Ich werde mich dabei so kurz wie nur möglich fassen, damit die Redaktion nicht wieder, wie das letztemal, vor der peinlichen Notwendigkeit steht, aus meinem Aufsatz eigenmächtig anderthalb Druckseiten herauszustreichen.

Dem Genossen Osten mißfällt sehr meine Definition des linken Flügels. Er fand darin „nicht einen, sondern mehrere Fehler“. Der erste vom Genossen Osten entdeckte „Fehler“ ist an den Haaren herbeigezogen. Ich würde ihn als sachlich belanglos übergehen, wäre er nicht kennzeichnend für die Methode, mit der Genosse Osten gegen meine Auffassung polemisiert.

[328] Die Ueberschrift meines Aufsatzes lautete wie erinnerlich: „Die KPD und der linke Flügel der deutschen Arbeiterbewegung. Da ich demnach das Verhältnis der KPD zum linken Flügel der deutschen Arbeiterbewegung untersuchen wollte, mußte ich – obgleich die KPD wie in jedem Lande, so auch in Deutschland den Kern des linken Flügels bildet – eine Unterteilung vornehmen und die KPD den neben ihr bestehenden Kräften des linken Flügels gegenüberstellen. Aus diesem Umstand folgert Genosse Osten:

„Die KPD wird also gewissermaßen aus dem linken Flügel der deutschen Arbeiterklasse ausgeschlossen. Entweder – oder: Entweder Genosse Walcher mißversteht und unterschätzt die Rolle der Kommunistischen Partei in der revolutionären Entwicklung des deutschen Proletariats, oder er drückt seine Gedanken allzu salopp und unklar aus.“

Auf diesen Einwand sachlich einzugehen, erübrigt sich um so mehr, als Osten selbst gezwungen war, genau so wie ich zu verfahren. Er schreibt:

„Der Parteitag beantwortete auch klar und eindeutig die Frage, was unter dem linken Flügel in der deutschen Arbeiterbewegung zu verstehen sei. Das ist die revolutionäre proletarische Opposition in der SPD, in den Gewerkschaften im Reichsbanner, in der Sozialistischen Arbeiterjugend.“

Gehen wir zum „Hauptfehler“. Diesen hat Genosse Osten in meiner „schon direkt falschen politischen Definition“ des Begriffes linker Flügel entdeckt. Zur Erleichterung für den Leser will ich meine Formulierung nochmals wiedergeben. Ich schrieb:

„Unter dem linken Flügel verstehen wir die Kräfte, die zwar außerhalb der KPD stehen aber doch den u n ü b e r b r ü c k b a r e n Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit erkannt haben und mehr oder weniger für den proletarischen Klassenkampf e i n t r e t e n.“

Dazu bemerkt Genosse Osten:

„Wir stellen die Behauptung auf, daß nicht nur die ganze sogenannte austromarxistische Richtung der internationalen Sozialdemokratie, sondern auch ein bedeutender Teil des rechten Flügels der SPD formal unter diese Definition fällt.“

Stimmt das? Ich will nicht behaupten, daß meine Definition vollkommen ist, aber ich muß ganz entschieden bestreiten, „daß nicht nur die ganze sogenannte austromarxistische Richtung der internationalen Sozialdemokratie, sondern auch ein bedeutender Teil des rechten Flügels der SPD“ unter meine Definition fällt. Auf Grund seiner sonderbaren Manipulationen könnte Genosse Osten ebenso gut behaupten, daß s ä m t l i c h e Sozialdemokraten, ja, unzählige waschechte Bourgeois jene Merkmale aufweisen, die ich angeblich als Kennzeichen des linken Flügels aufgestellt habe. Wer leugnet heutzutage noch den Klassengegensatz? Wer anerkennt nicht den Klassenkampf? Klassengegensatz und Klassenkampf sind Tatsachen. Nur Dummköpfe oder Betrüger können handgreifliche Tatsachen ableugnen.

Mir aber unterstellt Genosse Osten, daß ich jeden zum linken Flügel der deutschen Arbeiterbewegung zähle, der Klassengegensatz und Klassenkampf „anerkennt“. Ein solcher Unsinn ist mir nicht im Traume eingefallen. Tatsache ist, daß Genosse Osten meine Definition verstümmelt und ihren Sinn in Unsinn verwandelt hat, ich spreche von den Kräften, die den u n ü b e r b r ü c k b a r e n Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit erkannt haben (die ganze Politik der SPD beruht auf der entgegengesetzten Auffassung) und mehr oder weniger folgerichtig für den proletarischen Klassenkampf e i n t r e t e n. Das Wörtchen „unüberbrückbar“, dem in diesem Zusammenhang entscheidende Bedeutung zukommt, läßt Genosse Osten bei seiner Analyse stillschweigend unter den Tisch fallen, Damit nicht genug. Ich spreche von den Kräften, die für den Klassenkampf e i n t r e t e n. Genosse Osten läßt auch dieses Wörtchen verschwinden und setzt dafür „anerkennen“.

Jeder Leser versteht, daß das zwei Paar Stiefel sind. Ich habe aber keine Neigung, mir das Flickwerk aus der Werkstatt des Genossen Osten unterschieben zu lassen. Es ist auch nicht einzusehen, inwiefern solche Praktiken unserer Sache nützen sollen. [329]

D e r K e r n u n s e r e r D i f f e r e n z e n

Genosse Osten behauptet in seinen weiteren Ausführungen, daß „nicht das formale, sondern das aktuelle Moment das Hauptmerkmal des linken Flügels bildet“. Er konkretisiert das folgendermaßen:

„Grundlegend und entscheidend ist der Umstand, daß in k o n k r e t e n F r a g e n des wirtschaftlichen, gewerkschaftlichen und politischen Kampfes ein Teil der sozialdemokratischen Arbeiter u n s, den Kommunisten Gefolgschaft leistet und nicht ihren reformistischen Führern... Gemeinsam für alle Schichten der Arbeiter, die den linken Flügel bilden, ist ihre Teilnahme an jenem k o n k r e t e n Kampfe, den die KPD gegen den Reformismus führt.“

Mir scheint, daß in diesen Sätzen der Kern unserer Differenzen zum Ausdruck kommt. Wenn Genosse Osten recht hat, wenn „die Teilnahme am konkreten Kampf, den die KPD gegen den Reformismus führt“, das Kennzeichen des linken Flügels bildet, dann allerdings ist das Problem sehr einfach. Kommt die bereits vorhandene und die wachsende Radikalisierung der sozialdemokratischen Arbeiter darin zum Ausdruck, daß sie sich in den gewerkschaftlichen und politischen Tageskämpfen auf die Seite der Kommunisten stellen, dann ist die von mir befürwortete Taktik völlig verfehlt und sinnlos. In diesem Falle handelt es sich beim Uebergang der linken Arbeiter von der SPD ins Lager des Kommunismus nicht, wie ich im letzten Aufsatz schrieb, um einen „sehr widerspruchsvollen, langdauernden, dialektischen“, sondern um den denkbar einfachsten Prozeß. Kämpfen die oppositionellen

sozialdemokratischen Arbeiter im täglichen Klassenkampf Schulter an Schulter mit den Kommunisten, dann ist es nur eine Frage der Zeit, bis sie sich auch organisatorisch von der SPD trennen und sich in die Reihen der KPD steilen. Stehen die Dinge so, dann ist allerdings nicht einzusehen, weshalb die sozialdemokratische Linke sich fraktionell über das ganze Reich zusammenschließen soll. Dann ist es viel zweckmäßiger, auf den individuellen Austritt von Proletariern aus der SPD und auf das Abspalten oppositioneller Gruppen hinzuwirken. Unter diesen Umständen vereinfacht sich für uns auch das Verhältnis zu den Linken Führern in der angenehmsten Weise. Da diese vorerst wenig Neigung zeigen, sich der – wie Genosse Osten behauptet – in Richtung KPD vor sich gehenden Bewegung der oppositionellen Arbeiter anzuschließen, da sie im Gegenteil durch ihre scheinradikalen Reden die oppositionellen Arbeiter über das Wesen der SPD täuschen und den Abmarsch ins kommunistische Lager verhindern, ist es ganz klar, daß die linken Führer für die Linksentwicklung der Massen das gefährlichste Hindernis bilden und von uns mit Recht dementsprechend behandelt werden.

So klar, so einfach, so günstig stehen die Dinge für uns, vorausgesetzt, daß Genosse Osten die Situation richtig beurteilt. Leider muß ich das mit allem Nachdruck in Abrede stellen. Mir scheint, daß das Problem gerade dort anfängt, wo Genosse Osten aufhört.

Die oppositionellen sozialdemokratischen Arbeiter, die sich an unserem Kampf gegen den Reformismus beteiligen, und die nach der Auffassung des Genossen Osten den ganzen linken Flügel ausmachen, bilden in Wirklichkeit nur einen verschwindenden Bruchteil des linken Flügels, und zweitens sind sie auf dem direkten Wege zu uns, in der Hauptsache also bereits für unsere Sache gewonnen. Ueber unser Verhältnis zu dieser, ich wiederhole, an Zahl sehr geringen Schicht kann es keine Differenzen geben.

Wir stehen aber vor der gewichtigen Tatsache, daß Zehntausende oppositioneller, opferwilliger und kampfbereiter sozialdemokratischer Arbeiter (das gilt nebenbei auch für viele gleichgestimmte Parteilose) trotz aller Abneigung gegen den Reformismus vorerst auf keinen Fall bereit sind, mit den Kommunisten gemeinsame Sache zu machen. Wenn diese Tatsache auch für den Genossen Osten nicht zu bestehen scheint, so besteht sie doch in Wirklichkeit. Genosse Osten mag, sofern er daran zweifelt, bei unseren Gewerkschafts- und Genossen-[330]schaftsfunktionären Erkundigungen einziehen. Die Partei darf jedenfalls dem Beispiel des Genossen Osten nicht folgen. Ihre Aufgabe ist es, sich gründlich mit den bestehenden Tatsachen zu befassen und Mittel und Wege zu suchen, die es ihr ermöglichen, die ganze Masse der proletarischen Opposition in der SPD aus ihrer fruchtlosen Position heraus und in Bewegung zu bringen.

Phantasien anstatt Tatsachen.

Da Genosse Osten nicht einmal die zu lösende Aufgabe sieht, kann man von ihm nicht erwarten, daß er brauchbare Vorschläge bringt. Er macht mir eine abstrakte Fragestellung zum Vorwurf und behauptet, daß ich „die ganze Eigentümlichkeit der heutigen inneren Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie umgehe“. Im Gegensatz zu der Zeit, wo eine einheitliche Sozialdemokratie bestand, mit einem revolutionären und einem opportunistischen Flügel, sei heute, wo die entgegengesetzten Tendenzen in zwei verschiedenen Parteien verkörpert seien, „der Prozeß der Herausbildung von revolutionären Elementen innerhalb der SPD einzig und allein auf die unteren Arbeiterschichten dieser Partei beschränkt. Die ganze Leitung entwickle sich in der SPD auf konterrevolutionärer Grundlage. Um so mehr sei der Bruch der unteren Arbeiterschichten mit der verbürgerlichten Führung nötig. Der Uebergang von sozialdemokratischen Arbeitern in die Reihen der KPD vollziehe sich jetzt durch teilweise Absplitterungen einzelner proletarischer Gruppen oder am häufigsten durch individuelle Massenaustritte aus der SPD“

Diese Konstruktion findet in den Tatsachen keine Stütze. So könnte es sein, wenn die KPD das wünschenswerte Vertrauen und Ansehen bei den oppositionellen Arbeitern und die notwendige Anziehungskraft besäße. Daß dem nicht so ist, hat mannigfache Ursachen. Gen. Lenin hat seinerzeit in den „Kinderkrankheiten“, nachdem er gezeigt hatte, wie rasch in Rußland die Massen von den Menschewiken zu den Bolschewiken übergingen, die Frage aufgeworfen: „Warum hat in Deutschland ein

ebensolcher durchaus gleichartiger Zug der Arbeiter von rechts nach links nicht direkt zur Verstärkung der Kommunisten, sondern zur Verstärkung der Zwischenpartei, der Unabhängigen, geführt?“ Und er antwortet:

„Augenscheinlich war eine der Ursachen die falsche Taktik der deutschen Kommunisten ... Der Fehler bestand in zahlreichen Aeußerungen jener ‚radikalen‘ Kinderkrankheit, die jetzt zum Ausbruch gekommen ist und je schneller desto besser, mit desto größerem Nutzen für den Organismus geheilt werden wird.“

Wenn wir heute fragen, warum kommt die unstreitig vor sich gehende Radikalisierung der Arbeiterklasse nicht in einer entsprechenden Verstärkung der KPD und in einer fühlbaren Schwächung der SPD zum Ausdruck, so müssen wir ehrlicherweise gestehen, daß dies neben den aus der Lage sich ergebenden objektiven Schwierigkeiten auf unseren eigenen Fehler, auf unser Unvermögen, ein richtiges Verhältnis zur sozialdemokratischen Opposition herzustellen und nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, daß die ultralinke Aera ein einziger und noch dazu bösartiger Rückfall in die Kinderkrankheiten war, der naturgemäß nicht so leicht überwunden werden konnte.

Derselbe Genosse Lenin, der Zeit seines Lebens so hartnäckig wie erfolgreich gegen den Opportunismus kämpfte, hat vor Uebertreibungen, vor Schematisierungen eindringlich gewarnt und uns zu „vorsichtiger, geschickter Ausnutzung eines jeden Gegensatzes zwischen den Feinden“ angehalten. Er schreibt in den „Kinderkrankheiten“:

„Der Kapitalismus wäre nicht Kapitalismus, wenn ... es innerhalb des Proletariats nicht Teilungen in mehr oder minder entwickelte Schichten, bäuerliche, gewerkschaftliche, manchmal religiöse und dergleichen Teilungen geben würde. Hieraus aber erfolgt mit absoluter Unumgänglichkeit die Notwendigkeit, die bedingungslose Notwendigkeit für die Vorhut des Proletariats, für seine bewußten Teile, für die Kommunistische Partei zum Lavieren, Paktieren, zu Kompromissen mit den verschiedenen proletarischen Gruppen, mit den verschiedenen Parteien der Arbeiter Zuflucht zu nehmen.

[331] Es handelt sich nur darum, daß man verstehen muß, diese Taktik zum Zwecke der Erhöhung und nicht der Herabdrückung des allgemeinen Niveaus der proletarischen Erkenntnisfähigkeit des revolutionären Geistes, der Fähigkeit zum Kampfe und zum Siege anzuwenden... Die richtige Taktik der Kommunisten muß in der Ausnutzung der Schwankungen bestehen und durchaus nicht im Ignorieren derselben. Die Ausnutzung erfordert Zugeständnisse an diejenigen Elemente, dann und wann und inwieweit sie sich dem Proletariat zuwenden ... Das ist ein langwieriger Prozeß und durch den eilfertigen ‚Beschluß‘: ‚keinerlei Kompromisse, kein Lavieren‘, kann man den Einfluß des revolutionären Proletariats und die Vermehrung seiner Kräfte nur schädigen.“
(„Der Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus“, S. 53/54.)

Wir haben diese weise Lehren nicht genügend beherzigt und stehen nun vor der leidigen Tatsache, daß das Gros der antireformistisch gesinnten sozialdemokratischen Arbeiter zu ihren linken Führern ungleich mehr Vertrauen hat als zu den Kommunisten, und daß sie sich trotz aller Schwankungen und gelegentlichen Auflehnungen nicht zum organisatorischen Bruch mit der SPD entschließen können.

Wir sollten doch aus den bisherigen Erfahrungen unsere Nutzanwendung ableiten. Wie oft haben wir seit 1918 angenommen, daß die Langmut der sozialdemokratischen Arbeiter zu Ende sei, daß sie endlich die Noske-Hörsing-Partei verlassen und sich uns anschließen werden. Und wie oft sind wir enttäuscht worden! Wir sprechen und schreiben viel über die Rolle der Partei. Wir lassen aber, wenn es sich um die oppositionellen Sozialdemokraten handelt, ganz außer acht, daß sie sich mit tausend Fäden an ihre Partei gebunden fühlen, und daß sie sich nicht entschließen können, mit dieser Partei zu brechen, solange in ihnen noch ein Hoffnungsfunke glimmt. Daß ihre Hoffnungen eitel sind, habe ich in meinem ersten Aufsatz betont. Aber bei einer objektiven Betrachtung müssen wir zugeben, daß gegenwärtig für die Augen der sozialdemokratischen Arbeiter die Aussichten günstiger sind, als je zuvor. Ueberall zeigen sich und rühren sich in der SPD oppositionelle Kräfte. Ausgerechnet in einer solchen Lage sollen wir es fertigbringen, dieselben Arbeiter, die jahrelang alle Schandtaten der SPD – oft entgegen ihrer besseren Einsicht – nach außen zu entschuldigen und zu beschönigen versuchten, die weder ein Ebert- noch ein Barmat-Prozeß, noch der Verrat bei der Fürstenentschädigung zum Bruch mit der SPD veranlaßte, ausgerechnet in der heutigen Lage soll es uns gelingen, diese oppositionellen sozialdemokratischen Arbeiter von ihren Wortführern zu trennen, sie zum

Austritt aus der SPD und zum Eintritt in die KPD zu veranlassen? Nun, das ist ein Glaube, dessen Stärke zu einem Platz im Himmel berechtigt, aber in der KPD sollte er keinen Kurswert besitzen. So sehr das auch unseren Wünschen widersprechen mag, die sozialdemokratische Opposition muß einen großen Umweg machen, bis sie zum Bruch mit der SPD und zum Anschluß an die KPD fähig und bereit ist.

Es wäre sehr gut, wenn Genosse Osten ernsthaft darüber nachdenken würde, wieso es möglich ist, daß die Groß-Berliner SPD-Organisation für das letzte Jahr einen Zuwachs von 5000 neuen Mitgliedern verzeichnen kann. 5000 neue SPD-Mitglieder in Groß-Berlin! in demselben Ort, wo der „Vorwärts“, das s c h ä b i g s t e S P D-O r g a n erscheint, wo die Sozialdemokratie trotz sozialdemokratisch-kommunistischer Majorität in Koalition mit dem Bürgertum die ganze K o m m u n a l p o l i t i k im Interesse der Besitzenden macht, wo die SPD jeden Versuch zur Bildung der proletarischen K l a s s e n f r o n t h ö h n e n d v e r e i t e l t, 5000 neue sozialdemokratische Mitglieder in demselben Jahr, wo der schamlose Verrat der sozialdemokratischen Fraktion des Preußischen Landtages anläßlich der F ü r s t e n e n t s c h ä d i g u n g helle Empörung auch in den Reihen der sozialdemokratischen Arbeiter hervorgerufen hat, 5000 neue sozialdemokratische Mitglieder in demselben Jahr, wo die verheerenden Wirkungen der von den sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer befürworteten R a t i o n a l i s i e r u n g mit zermalmender Wucht auch auf den sozialdemokratischen Arbeitern lasteten und [332] Zehntausende von ihnen in die Erwerbslosenarmee schleuderten. 5000 neue sozialdemokratische Mitglieder trotz der Tatsache, daß die Leitung unserer Berliner Organisation, ihre Funktionäre und unsere gesamte Mitgliedschaft eine ganz unvergleichlich größere A k t i v i t ä t als die Sozialdemokraten entfalteten.

Was will es angesichts solcher betrübender Tatsachen besagen, wenn die SPD da und dort einen Mitgliederrückgang und die KPD Mitgliederzuwachs zu verzeichnen hat?

Es ist leider nichts mehr als ein frommer Wunsch, wenn Genosse Osten behauptet, der Eintritt sozialdemokratischer Arbeiter in die KPD ergebe sich aus „individuellen Massenaustritten aus der SPD“ Der Genosse Osten könnte erst dann Glaubwürdigkeit für seine Behauptung beanspruchen, wenn er uns eine Aufstellung präsentieren würde, aus der klar und deutlich zu ersehen wäre, wie sich in jedem einzelnen Bezirk bei uns und bei der SPD die Mitgliederbewegung im vergangenen Jahr vollzog. Wenn Genosse Osten angibt, die SPD habe allein in S ü d w e s t f a l e n im letzten halben Jahre 6198 Arbeiter verloren, während die KPD im R u h r g e b i e t in den zwei ersten Monaten des Jahres 1927 1973 neue Mitglieder gewonnen habe, so ist das gewiß sehr erfreulich, wenn er aber im Anschluß daran behauptet, „jene Art des Uebertritts der proletarischen Schichten vom Reformismus zum Kommunismus, die im Ruhrgebiet stattfand, sei für die gesamte Arbeiterbewegung Deutschlands t y p i s c h“, so ist auch das nur ein frommer Wunsch. Und auf dieser grundlosen Behauptung baut Genosse Osten seine ganze Taktik.

Die Wirklichkeit schaut ein bißchen anders aus. Alle sichtbaren Zeichen, darunter auch die Wahlen in den Kommunen, Ländern, Genossenschaften und Gewerkschaften sprechen dafür, daß der Einfluß der SPD, trotz des Bankrotts ihrer achtjährigen Koalitionspolitik, noch immer unverhältnismäßig stark ist. Von einem Rückgang der SPD, der der unstreitig vor sich gehenden Radikalisierung der Arbeiterklasse entsprechen würde, kann keine Rede sein.

Was folgt daraus? Daraus folgt, daß die zum Klassenbewußtsein erwachten, antireformistischen, proletarischen Mitglieder der SPD in der erdrückenden Mehrheit ihrer Partei nicht den Rücken kehren, sondern in der SPD bleiben, weil sie glauben, es sei möglich und es werde ihnen gelingen, aus der SPD eine revolutionäre, proletarische Kampfpartei zu machen. Das ist die grundlegende Tatsache, von der wir ausgehen müssen, Wir können hundert- und tausendmal den oppositionellen sozialdemokratischen Arbeitern sagen, daß ihre Hoffnungen eitel sind, daß sie einem Phantom nachjagen, daß ihre linken Führer scheinradikale Schwätzer sind, das alles wird an ihnen abprallen wie Erbsen von der Wand.

Wäre die Sache so einfach zu machen, dann brauchten wir ja nur unsere Agitpropabteilung zu beauftragen, eine zweckentsprechende Kollektion Leninschriften zusammenzustellen und dafür zu sorgen,

daß sie jedem oppositionellen sozialdemokratischen Arbeiter in die Hand gedrückt würde. In den Schriften Lenins ist alles enthalten, was gegen die Illusionen linker Sozialdemokraten gesagt werden kann. Aber auf so einfache Weise werden wir die sozialdemokratischen Arbeiter nicht gewinnen. Die Maslowiten haben es auf dem direktesten Wege versucht, mit dem Ergebnis, daß nicht die SPD, wohl aber die KPD Haare lassen mußte. Deshalb wiederhole ich, unsere besten Argumente, unsere geschickteste Propaganda, unsere schärfsten und wohlbegründetsten Anklagen werden nicht die Zerstörung der Illusionen bei den linken Sozialdemokraten bewirken, wenn das alles nicht zusammentrifft mit den eigenen Erfahrungen und Enttäuschungen, die die linken Sozialdemokraten im Kampf um die Führung in der SPD sammeln werden.

Die Probe aufs Exempel muß gemacht werden.

Das wird dann der Fall sein, wenn die sozialdemokratische Opposition ernsthaft beginnt, die Probe aufs Exempel zu machen, wenn sie sich fraktionell über das ganze Reich verbindet, einen entschlossenen und rücksichtslosen Kampf um die Führung organisiert und zu diesem Zweck alle [333] strittigen, grundsätzlichen Fragen, wie die Stellung der SPD zu den aktiven Tagesfragen, in den breiten Mitgliedermassen zur Diskussion stellt. In diesen Bestrebungen müssen wir die linken Sozialdemokraten soweit als möglich unterstützen.

Gegen diese Auffassung wendet Genosse Osten ein, daß in der jetzigen Situation eine Vereinigung der sozialdemokratischen Opposition im Reichsmaßstabe nicht in Frage komme weil eben heute im Gegensatz zu früher zwei Parteien, eine reformistische und eine revolutionäre, bestehen. Wir haben bereits gesehen, daß Genosse Osten aus dieser Tatsache zu Unrecht folgert, die linken sozialdemokratischen Arbeiter würden in dem Maße, wie sie innerlich den Bruch mit dem Reformismus vollziehen, aus der SPD ausscheiden und sich der KPD anschließen. Weil dieser direkte Weg leider nur von einer verschwindenden Anzahl beschritten wird, deshalb ist es unausbleiblich, daß die Radikalisierung und Aktivisierung der ganzen Arbeiterklasse zu einer beträchtlichen Stärkung des linken Flügels in der SPD führt. Da aber der linke Flügel ideologisch unklar, passiv und obendrein noch zersplittert ist, hat er praktisch vorerst wenig Gewicht, deshalb ist er als Ganzes zur Zeit für die revolutionäre Entwicklung des deutschen Proletariats mehr ein negativer als ein positiver Faktor. In seiner heutigen, passiven, zersplitterten Existenz ist der linke Flügel in der SPD nicht imstande, solche Grundfragen wie Koalitionspolitik, proletarische Einheitsfront zum Kampf gegen Bürgerblock, Faschismus, Kriegsgefahr, Achtstundentag, das Verhältnis der deutschen Arbeiterklasse zu Sowjetrußland, zur chinesischen Revolution in der SPD aufzurollen und einen ernsten Kampf um die Führung aufzunehmen. So wie der linke Flügel heute existiert, ist er für die Wels, Müller, Braun, Stampfer, Leipart, Graßmann absolut ungefährlich. Er ist ihnen im Gegenteil nützlich, weil sich seine radikalen Tiraden, hinter denen nichts, weder ein ernster Wille noch eine reale Macht steht, vortrefflich zur Düpierung unzufriedener, radikal gesinnter Mitglieder verwenden lassen.

Die Partei hat tausendmal recht, wenn sie diese Rolle des linken Flügels feststellt. Aber sie muß noch etwas mehr tun. Die Rolle, die der linke Flügel in der SPD heute spielt, ist nicht naturnotwendig, sie kann auch anders sein, und sie wird anders werden in dem Maße, wie der linke Flügel einen organisierten Kampf um die Partei und ihre Leitung führt. Deshalb ist es unsere Aufgabe, was bei uns liegt, beizutragen, tun den linken Flügel so zu organisieren, so zu aktivisieren und so zu stärken, daß es ihm nicht mehr möglich ist, nur mit radikalen Worten zu jonglieren, ohne gezwungen zu sein, entsprechende Taten zu vollbringen. Wird der linke Flügel organisiert, so wird er zu einer Macht. Ist er eine Macht, so werden die linken Massen ihre Führer zwingen, entweder auf die radikalen Phrasen zu verzichten oder aber ihre Worte mit ihren Taten in Einklang zu bringen. Wenn es ein Mittel gibt, im linken Flügel die faulen von den gesunden Elementen zu scheiden, so ist es die Entfesselung eines ernsten Kampfes durch eine organisierte Opposition.

Der Einwand, daß es heute unmöglich sei, „breite, konsequente, revolutionäre Führerkaders in der SPD zu entwickeln“, hat keinen Sinn. Wir sollen uns überhaupt angewöhnen, die Frage der linken Führer weniger abstrakt, weniger schematisch und nicht gar so einfach zu behandeln. Gewiß gibt es „linke“ Führer, die die radikalen Stimmungen der Mitglieder geschickt ausnützen, um Karriere zu

machen. Aber es gibt auch linke Führer, die durch ihr Auftreten erst eine Oppositionsbewegung in den Massen ins Leben riefen und die wegen ihrer Haltung, die heftigsten persönlichen Anfeindungen und mancherlei materielle Benachteiligungen hinnehmen müssen. Ist das richtig – und wer will es bestreiten? – dann ist damit auch bewiesen, daß nicht alle linken Führer sich ihrer objektiven Rolle bewußt sind. Es gibt offenbar Genossen, die sich vorstellen, daß zwischen rechten und linken Sozialdemokraten hinter den Kulissen holde Eintracht und völlige Uebereinstimmung besteht, daß hier schiedlich friedlich ein wirksames System der Arbeitsteilung ausgeknobelt wird, demzufolge dann die Rechten die praktische arbeiter-[334]feindliche Politik der SPD bestimmen, während die Linken vor der Oeffentlichkeit die wilden Oppositionsmänner markieren, den Parteivorstand heftig angreifen, nur zu dem Zweck, rebellierende Arbeiter zu täuschen, ihre Linksentwicklung aufzuhalten und sie weiterhin unter den Einfluß der SPD zu spannen. Solche widerwärtige Typen, die den Arbeitern nach dem Munde reden, nur um sie bei der Stange zu halten, gib es zweifellos. Aber es ist kindisch, die gesamten linken Führer so einzuschätzen. Das ist aber auch dumm, weil mit einer solchen Einstellung unmöglich ein erfolgreicher Kampf gegen die Linken geführt werden kann.

Der von mir befürworteten Taktik kann man nur bei sehr oberflächlicher Betrachtung unterstellen, daß sie die scheinradikalen, in Wahrheit revolutionären „linken“ Führer begünstigt. Das Gegenteil ist richtig. Werden die Streitfragen in der SPD vor den Mitgliedermassen aufgerollt, kommen die oppositionellen Massen in Bewegung, werden sie sich ihrer Kraft bewußt, verlangen sie in konkreten Fällen die gemeinsame Kampf front mit den Kommunisten, geht der Kampf hart auf hart, dann genügt das Mundspitzen nicht mehr, dann muß gepfiffen werden. Dann wird sich zeigen, wie schnell sich solche „linken“ Helden unter die schützenden Fittiche des Parteivorstandes flüchten. Aber es wird auch unter den heutigen linken Führern und erst recht unter denen, die sich mit dem Wachstum der proletarischen Opposition und ihrer zunehmenden ideologischen Reife entwickeln werden, solche geben, die zusammen mit den Massen den Weg gehen, der schließlich mit dem Eintritt in die KPD enden wird.

Die ultralinke Methode, die von den Maslowiten erprobt wurde und vom Genossen Osten erneut in sehr dürftiger Maskierung empfohlen wird, enthebt die linken Schwätzer der Notwendigkeit, Farbe zu bekennen. Diese scheinbar so radikale Taktik ist in ihren Wirkungen alles andere, nur nicht revolutionär. Durch sie wird die objektiv mögliche Zersetzung der SPD und die ebenfalls mögliche Stärkung des kommunistischen Einflusses auf breite Massen verhindert.

Ich möchte diese Ausführungen nicht abschließen, ohne mit Nachdruck hervorzuheben, daß es ein großer Irrtum wäre, aus meinen Darlegungen zu folgern, die Entwicklung der sozialdemokratischen Opposition werde den für uns wünschenswerten Verlauf nehmen, wenn nur mit unserer Unterstützung eine organisierte aktive sozialdemokratische Fraktion zustande kommt. Es kann das, was ich als notwendig begründete und auch noch einiges mehr geschehen, und es wird doch zu nichts führen, wenn das alles nicht von einer richtigen, ebenso schmiegsamen wie grundsatzfesten und zielklaren Politik der Kommunisten getragen und gefördert wird. Unser praktisches, politisches Wirken und seine Resultate sind das Ausschlaggebende. Je mehr es uns gelingt, das Vertrauen der breiten Massen zur KPD durch unsere Politik zu stärken, um so größer wird unser Einfluß auf de Entwicklung der sozialdemokratischen Opposition sein. Das ist so wahr, daß wir an der Stärke der sozialdemokratischen Opposition und der Art ihres Auftretens wie an einem Barometer den Druck ablesen können, den wir jeweils auf die SPD ausüben. [335]

*

Ueber die opportunistische Entstellung der Taktik der Einheitsfront

(Eine Erwiderung an Gen. Walcher.)

Von L. Osten.

> „Wer den Schwankenden helfen will, der muß damit beginnen, daß er selbst aufhört, zu schwanken.“ (Lenin.)

In einer literarischen Polemik kann man – besonders, wenn sie in einer so verworrenen Weise geführt wird, wie Gen. Walcher dies tut – leicht den Faden des Streites und das Wesen der Differenzen aus

dem Auge verlieren. Wir halten es daher für notwendig, vorerst den Charakter und den Gegenstand unserer Diskussion genau zu definieren. Zunächst: Ist der Streit zwischen mir und Walcher ein zufälliges Aufeinanderprallen unserer persönlichen Anschauungen, oder ist er das Spiegelbild des Kampfes zweier verschiedener politischer Richtungen (natürlich innerhalb der Kommunistischen Partei)? Der Artikel des Gen. Walcher gibt eine genügend klare Antwort auf, diese Frage. Gen. Walcher polemisiert direkt und offen gegen die Beschlüsse des XI. Parteitages der KPD (in der Stellungnahme zur „zentristischen" Richtung in den Reihen der Sozialdemokratie). Die Kritik der politischen Linie des Parteitages in dieser Frage bildet den Hauptinhalt des Artikels des Gen. Walcher. Und wenn Walcher am Schlusse seines Artikels mich beschuldigt, ich sei „ultra-links", so richtet sich dieser Vorwurf nach dem Wesen der Sache nicht gegen mich persönlich, sondern gegen den Essener Parteitag der KPD Andernfalls müßte Gen. Walcher beweisen, daß meine Auffassung über die Sozialdemokratie auch nur in irgendeinem Punkte von derjenigen des Parteitages abweicht. Gen. Walcher versuchte dies aber gar nicht, denn das zu beweisen, ist einfach unmöglich.

Sowohl in meinem vorhergehenden Artikel, als auch hier verteidige ich nicht meine besondere persönliche Meinung, sondern lediglich die politische Linie des Parteitages, mit der ich, wie auch die überwiegende Mehrheit der deutschen Kommunisten, natürlich vollständig einverstanden bin. Eben diese Linie hält aber Gen. Walcher für „ultralinks". Weiter unten werden wir sehen, inwieweit diese Auffassung des Gen. Walcher begründet ist. Vorläufig interessiert uns aber die Frage, ob diese Anschauung eine persönliche Auffassung des Gen. Walcher darstellt, oder ob sie auch von einer besonderen, n i c h t z u f ä l l i g e n Gruppierung innerhalb der KPD geteilt wird. Völlige Klarheit über diese Frage ist notwendig. Es würde sich nicht lohnen, für eine Diskussion mit Gen. Walcher a l l e i n Mühe und Zeit aufzuwenden. Nun ist aber die Sache eben die, daß Gen. Walcher nicht allein steht, sondern eine gewisse R i c h t u n g in der KPD vertritt.

Die Richtung des Gen. Walcher, – das sind Reste und Splitter des ehemaligen rechten „Brandler'schen" Flügels der KPD So unbedeutend und wenig einflußreich die „rechten" Elemente in der KPD auch sein mögen, sie existieren doch und werden durch eine besondere politische Plattform vereinigt, welche in den Grundproblemen eine direkte Fortsetzung jener opportunistischen Abweichung darstellt, die seinerzeit von Brandler, Radek und Thalheimer vertreten wurde. Wir halten es daher für wichtig und unerläßlich, die ganze Tiefe der Meinungsverschiedenheiten aufzuklären, welche zwischen der überwiegenden Parteimehrheit und der Richtung des Gen. Walcher und seiner Anhänger bestehen.

In diesem Sinne ist die Diskussion über die Stellungnahme zu den „linken" Führern der Sozialdemokratie zweifellos von großem Interesse. Dies ist kein zufälliger literarischer Streit, sondern der Kampf zweier Tendenzen in der KPD: der konsequent-revolutionären bolschewistischen und der schwankenden, zum Opportunismus hinabgleitenden und mit ihm eine Ver-[336]söhnung suchenden. Es gilt, zwischen diesen zwei Tendenzen zu w ä h l e n, da es zwischen ihnen keine Versöhnung geben kann. Und deshalb könnte es nichts Irrigeres geben, als der Versuch, die Schärfe und Tiefe unserer Differenzen zu verwischen und zu verschleiern.

Worin äußern sich diese Differenzen? Worüber wird gestritten? Läßt man zunächst alles Nebensächliche, Zufällige beiseite, so stellt es sich heraus, daß unsere Diskussion sich auf drei Hauptfragen konzentriert. Es ist dies erstens die Frage der politischen Beurteilung des Zentrismus überhaupt, speziell des Zentrismus in der heutigen deutschen Sozialdemokratie; zweitens die Frage der Taktik der Kommunisten gegenüber dem Zentrismus, und drittens die Frage der Rolle der kommunistischen Partei im linken Flügel der deutschen Arbeiterbewegung.

Grundlegend und entscheidend ist dabei die Frage der politischen Beurteilung des Zentrismus. Die Antwort auf diese Frage erfordert höchste Klarheit. Hier dürfen keine zweideutigen Vorbehalte und keine Ausflüchte geduldet werden. Leider erfüllt Gen. Walcher diese Forderung nicht. Gerade in dieser grundlegenden Frage ist er am inkonsequentesten und am wenigsten eindeutig. Die Resolution des Parteitages enthält bekanntlich die Behauptung, daß für die Kommunisten der ärgste Feind innerhalb der Sozialdemokratie die sogenannten „Linken", zentristischen Führer dieser Partei sind. Gegen diese

Behauptung zieht nun Gen. Walcher in der „grimmigsten" Weise los. Er richtet gegen sie die „schärfsten" und „giftigsten" Pfeile seiner Kritik. Untersuchen wir nun aufmerksam, welche Argumente Gen. Walcher gegen die vom XI. Parteitag der KPD gegebene politische Beurteilung ins Feld führt.

Als eines seiner Hauptargumente führt Gen. Walcher folgende Erwägung an: die Losung „die Linken sind die Hauptfeinde" lasse bei den Mitgliedern unserer Partei den Eindruck entstehen, daß, je weiter nach links und je näher zum Kommunismus der sozialdemokratische Arbeiter stehe, desto feindlicher und gefährlicher sei er für uns. Dieses, mit Verlaub zu sagen, Argument verblüfft durch seine Unzulänglichkeit und Unzuverlässigkeit. Die Losung „Die Linken sind der Hauptfeind" wurde vom Parteitag nicht ausgegeben. Diese Losung (!) hat Gen. Walcher e r f u n d e n und zwar bewußt, zwecks einer bequemeren Polemik, indem er die Formulierung der Resolution des Parteitages entstellt hat. In der Resolution des Parteitages heißt es: „die linken" – in Anführungsstrichen! – F ü h r e r sind unser Hauptfeind i n n e r h a l b d e r S o z i a l d e m o k r a t i e. Dies ist vor allem keine Losung, sondern eine politische Feststellung. Und diese politische Feststellung hat nichts gemein mit jener dummen Formulierung, die Gen. Walcher dem Parteitag u n t e r s t e l l t.

Vielleicht ruft aber die Resolution des Parteitages in der Tat eine Verwirrung in den Reihen unserer Partei hervor? Gen. Walcher bemüht sich auf jede erdenkliche Weise, dies zu beweisen, Er versucht, sich dabei auf die folgende Erklärung des Leiters unserer schlesischen Parteiorganisation, Gen. Hausen, zu stützen: „Bei vielen Genossen ist nunmehr die Auffassung vertreten, daß alles, was links vom sozialdemokratischen Parteivorstand liegt, schärfer zu bekämpfen ist, als wie die Leute um Wels und Müller."

Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese „Auffassung" falsch und verworren ist. Jedoch, wen trifft die Verantwortung für diese Verwirrung, falls sie in unserer Partei tatsächlich vorkommt? Die Beschlüsse des Parteitages, oder diejenigen, die absichtlich diese Beschlüsse e n t s t e l l e n? Die Resolution des Essener Parteitages hat ganz genau und klar formuliert, w e r unser Hauptfeind innerhalb der sozialdemokratischen Partei ist. Es sind dies die zentristischen F ü h r e r von der Richtung der „Leipziger Volkszeitung", der „Frankfurter Volksstimme" usw. In den Thesen des Parteitages heißt es: „Der theoretische Ausdruck dieser Richtung ist die austromarxistische Schule, ihre wichtigste praktische Verkörperung – die sächsische Sozialdemokratie". In den Thesen wird außerdem betont, daß die [337] revolutionäre, proletarische Opposition, die sich innerhalb der sozialdemokratischen Partei herausbildet, i m G e g e n s a t z zu den „linken" F ü h r e r n, unser nächster V e r b ü n d e t e r ist. In den Thesen wird darauf hingewiesen, daß diese Opposition aus sozialdemokratischen Arbeitern und Funktionären besteht, welche g e g e n ihre Führer – sowohl die rechten als auch die „linken" – für die Einheitsfront mit den Kommunisten kämpfen. Wie kann eine so deutliche Fragestellung zu irgendeinem Mißverständnis führen? Eine Verwirrung kann nur als Resultat einer u n g e w i s s e n h a f t e n, d e m a g o g i s c h e n I n t e r p r e t a t i o n der Resolution des Essener Parteitages entstehen. Und eben so eine Interpretation betreiben Gen. Walcher und seine Anhänger. Man betrachte den ersten Artikel des Gen. Walcher in Nr. 7 der „Internationale". In diesem Artikel wird folgender tolpatschige Sophismus geradezu ausgekostet: wenn die „Linken" (in Anführungsstrichen – linke F ü h r e r) unser Hauptfeind innerhalb der Sozialdemokratie seien, so wäre uns der sozialdemokratische A r b e i t e r um so feindlicher, je weiter links er stände. So polemisierte Gen. Walcher in seinem Artikel gegen die Stellungnahme des Parteitages zur Frage der Sozialdemokratie. S o „deuten" – dem Beispiele von Böttcher und Walcher folgend – die Anhänger des Gen. Walcher auch jetzt noch die Beschlüsse des Parteitages. Kein Wunder, wenn infolge e i n e r s o l c h e n „Aufklärungs"arbeit manche Genossen tatsächlich zu der falschen Schlußfolgerung aus den Beschlüssen des Essener Parteitages kommen, über die Gen. Flausen sprach.

Erst die Linie des Parteitages entstellen und dann beweisen, daß die Partei sie falsch auffaßt, – das ist ein ungewissenhaftes, unwürdiges Verfahren.

In seinem zweiten Artikel ist Gen. Walcher schon gezwungen, zuzugeben:

„In der Tat wurde ja in Essen sehr deutlich zwischen den aufs schärfste zu bekämpfenden linken Führern u n d der uns nahe stehenden revolutionären Arbeiteropposition unterschieden."

Durch dieses verspätete Geständnis enthüllt Gen. Walcher selbst die ganze Haltlosigkeit seiner Kritik. Es stellt sich heraus, daß die Beschlüsse des Parteitages (natürlich, wenn man sie nicht fälscht) keine Veranlassung zu jener falschen Fragestellung geben, für die Gen. Hausen ein Beispiel anführt.

Jedoch, Gen. Walcher verzagt nicht und streckt die Waffen nicht. Er findet ein neues „Argument".

„Aber im praktischen Leben – sagt Gen. Walcher – läßt sich diese unterschiedliche Behandlung der Linken nicht so leicht durchführen wie in Thesen." Daher sind nach Meinung des Gen. Walcher die Thesen des Parteitages in dieser Frage trotz allem falsch und sogar schädlich.

Was bedeutet diese Behauptung des Gen. Walcher? Gen. Walcher kargt mit Erläuterungen und hüllt sich in Schweigen gerade dann, wenn er das wichtigste und interessanteste Problem berührt. Der Gedankengang des Gen. Walcher ist jedoch durchsichtig genug. Er läuft darauf hinaus, daß es in Wirklichkeit, „im praktischen Leben" keine irgendwie bestimmte Grenze zwischen dem Zentrismus der Führer und der revolutionären Opposition der sozialdemokratischen Arbeiter gibt. Der Unterschied den der Parteitag zwischen den „links"-reformistischen Führern und den sich revolutionierenden sozialdemokratischen Arbeitern feststellte, ist nach Meinung des Gen. Walcher ein irrealer, künstlicher, erfundener Unterschied. Drückt man denselben Gedanken mit anderen Worten aus, so gelangt man zur folgenden These: der Zentrismus und die revolutionäre Opposition sind gleichartige Erscheinungen, die sich lediglich graduell voneinander unterscheiden; Zentrismus ist eine unumgängliche Etappe in der Entwicklung des Arbeiters vom Reformismus zum Kommunismus. Dies ist der – allerdings nicht deutlich und nicht direkt ausgesprochene – Grundgedanke aller Erörterungen des Gen. Walcher über den linken Flügel der Sozialdemokratie. Kein Zufall ist es, daß Gen. Walcher nirgends auch nur einen Versuch macht, die linken Arbeiter irgendwie von den pseudo-linken [338] Führern der Sozialdemokratie abzugrenzen! Kein Zufall ist es, daß Gen. Walcher uns, den Kommunisten, vorschlägt, die Vereinigung aller „Linken" – sowohl der Arbeiter als auch der zentristischen Führer – zu einer Fraktion zu erstreben! Nicht zufällig bemüht sich Gen. Walcher zu beweisen, daß der sozialdemokratische Arbeiter zum Kommunismus nur kommen kann, nachdem er die Etappe des gemeinsam mit den zentristischen Führern durchgeführten Kampfes gegen die in der deutschen Sozialdemokratie herrschende rechte Richtung durchgemacht hat. All das ist eben Ausdruck – nicht immer ein klarer, oft ein verworrener – jenes Gedankens, daß der Zentrismus eine notwendige Etappe in der revolutionären Entwicklung des sozialdemokratischen Arbeiters sei.

Dieser Gedanke birgt auch die tiefste theoretische Wurzel des Irrtums des Genossen Walcher.

Der Krieg hat bekanntlich in der ganzen Welt die sozialistische und die Arbeiterbewegung in drei Hauptströmungen gespalten: 1. die offen reformistische Rechte, 2. „Zentrum" und 3. die revolutionäre, kommunistische Richtung. Genosse Lenin wies immer auf die objektive Unvermeidlichkeit dieser Spaltung hin. Dies liegt darin begründet, daß es dem Imperialismus gelungen war, die Arbeiterklasse wirtschaftlich zu spalten. Der Imperialismus hat in fast allen Ländern eine Arbeiteraristokratie geschaffen – eine Oberschicht von korrumpierten (im objektiv-wirtschaftlichen Sinne), verbürgerlichten Arbeitern. „Wirtschaftlich ist die Spaltung einer Schicht der Arbeiteraristokratie zur Bourgeoisie gereift und vollzogen", schrieb Lenin 1926. Der politische Ausdruck dieser wirtschaftlichen Tatsache, dieser Verschiebung zwischen den Klassen ist eben das Entstehen einer bürgerlichen Arbeiterpartei in Gestalt der internationalen rechten Sozialdemokratie. Während des Krieges schrieb Lenin über die rechten Sozialdemokraten: „Die Sozial-Chauvinisten sind unsere Klassengegner, sind die Bourgeois innerhalb der Arbeiterbewegung. Sie stellen Schichten, Gruppen von Arbeitern dar, die objektiv von der Bourgeoisie bestochen sind (besserer Lohn, Ehrenstellung usw.) und die ihrer Bourgeoisie helfen, die kleinen und schwachen Nationalitäten auszuräubern und zu erdrosseln, um die Aufteilung der kapitalistischen Beute zu kämpfen." Auf der anderen Seite stellen die Kommunisten die Grundmassen des Proletariats dar, die überwiegende Mehrheit des Proletariats, durch dessen gesteigerte Ausbeutung (natürlich nebst Kolonialraub) der Imperialismus die Existenz der bürgerlichen Arbeiterspitzen ermöglicht.

Wie verhält es sich mit dem Klassenwesen des „Zentrums"? Welche besonderen sozial-ökonomischen Schichten vertritt es? Wodurch wird die Politik des „Zentrums" bestimmt?

Auch auf diese Fragen finden wir ganz genaue, unzweideutige Antworten bei Lenin. 1916 schrieb Lenin: „Das Kautskytum“ (bekanntlich war Kautsky damals der hervorragendste Vertreter des „Zentrums“) „ist keine selbständige Richtung, da es keine Wurzeln weder in den Massen, noch in der zur Bourgeoisie übergegangenen privilegierten Schicht hat.“ 1917 schrieb Lenin:

„Das Zentrum, das sind Menschen der Routine, zerfressen von der Legalität, von der Atmosphäre des Parlamentarismus und dergl. korrumpiert, Beamte, die an einkömmliche Pöstchen und „ruhiges“ Arbeiten gewohnt sind. Wirtschaftlich und geschichtlich gesprochen stellen sie keine besondere Schicht dar, sie stellen nur den Uebergang von einer überwundenen Periode der Arbeiterbewegung, von der Periode 1871–1914 ... zu einer neuen Periode der Arbeiterbewegung dar, die objektiv notwendig wurde seit dem ersten imperialistischen Weltkrieg, der die Aera der sozialen Revolution eröffnet hat.“

Die ganze Tiefe dieser hervorragenden Analyse wird besonders jetzt verständlich, nachdem das vergangene Jahrzehnt alles bestätigt hat, was Lenin über das „Zentrum“ sagte. Das es keine objektiven wirtschaftlichen [339] Wurzeln in der Arbeiterklasse hat, ist das „Zentrum“ von der Arena der Arbeiterbewegung verschwunden, und als eine besondere, auf Selbständigkeit Anspruch erhebende politische Organisation völlig und restlos überwunden (natürlich abgesehen von solchen mikroskopischen Splittern, wie Ledebours „Sozialistischer Bund“). Das „Zentrum“ ist – wie Lenin sagte – aus den Schwierigkeiten des Ueberganges von der überwundenen, friedlichen Periode der Arbeiterbewegung zu der neuen, revolutionären Periode entstanden. Doch dieser Uebergang ist im Wesentlichen schon vollzogen, wenigstens in Deutschland. Die Kommunisten haben noch nicht die Mehrheit des Proletariats hinter sich, die „bürgerliche Arbeiterpartei“ hat noch die Gefolgschaft breiter Arbeiterschichten, jedoch die allgemeine Abgrenzung der revolutionären und der reformistischen Elemente in der deutschen Arbeiterbewegung hat sich bereits vollzogen. In den Kriegsjahren und in den ersten Jahren der Revolution bildete sich in Deutschland nur der Kern einer selbständigen Kommunistischen Partei heraus. Der deutsche revolutionäre Arbeiter, durch den Klasseninstinkt vorwärts getrieben, tastete sich erst vorwärts.

Unter diesen Bedingungen eines besonders schwierigen Uebergangs zu einer neuen Periode der Arbeiterbewegung zog das „Zentrum“ bedeutende Schichten des deutschen revolutionären Proletariats an sich. Jedoch selbst unter diesen Bedingungen war der Zentrismus gar keine objektiv-unvermeidliche Etappe in der revolutionären Entwicklung der deutschen Arbeiter. Die Arbeitermassen schlossen sich dem „Zentrum“ im wesentlichen infolge großer politischer Fehler der auch sonst schwachen kommunistischen Partei an. Genosse Walcher führt selbst in seinem Artikel einen entsprechenden Hinweis Lenins an, der durch die fehlerhafte Taktik der deutschen Kommunisten (also durch ein subjektives Moment) den Umstand erklärt, daß „das ganz einheitliche Streben der Arbeiter von rechts nach links nicht gleich zur Stärkung der Kommunisten führte, sondern erst zur Stärkung der Zwischenpartei der „Unabhängigen“, trotzdem diese Partei nie irgendwelche selbständigen politischen Ideen oder eine irgendwie selbständige Politik hatte, sondern nur zwischen Scheidemännern und Kommunisten schwankte.“

Somit war der Zentrismus sogar in den Jahren der größten Umwälzung in der Arbeiterbewegung gar keine objektiv-notwendige Etappe der revolutionären Entwicklung der Arbeiterklasse. Hätte Genosse Walcher etwas tiefer wenigstens darüber nachgedacht, was er selbst zitiert, so würde er bemerkt haben, welchen ungeheuren Fehler er dadurch begeht, daß er jetzt vorschlägt, die oppositionellen Arbeiter in eine Fraktion mit zentristischen sozialdemokratischen Führern zu vereinigen.

Die Uebergangsrolle des „Zentrismus“ war zu Ende mit der Beendigung der politischen Spaltung in der deutschen Arbeiterbewegung. Dies bedeutet, daß die Politik des Schwankens „zwischen den Scheidemännern und den Kommunisten“ ebenfalls zu Ende ist. Der „Zentrismus“ schwankt nicht mehr; er hat sich endgültig den Scheidemännern angeschlossen und hat unwiderruflich den Kommunisten den Rücken gekehrt.

Dies bedeutet jedoch nicht, daß der Zentrismus aufgehört hat, als eine politische Erscheinung zu existieren. Nein, der Zentrismus lebt noch und erobert sogar neue Stellungen in den Parteien der Zweiten

Internationale. Dies ist jedoch schon ein Zentrismus einer neuen Prägung, mit anderem Inhalt, mit anderen Funktionen, durch und durch entartet und verfault. Er versucht nicht mehr, den Parlamentarismus mit den Sowjets zu vereinigen. Der moderne Zentrismus ist unbedingt für den Parlamentarismus und vorbehaltlos gegen die Sowjets. Er strebt nicht mehr zur Vereinigung der Sozialdemokraten aller Richtungen und der Kommunisten zu einer Partei. Er kämpft wütend für die Liquidierung der Kommunistischen Partei und bemüht sich krampfhaft, um die Einigkeit innerhalb [340] der Partei Noskes. Er verlangt nicht mehr die „Sozialisierung" der Industrie, er würde sich auch mit der kapitalistischen Rationalisierung abfinden, wenn nur die Bourgeoisie nicht so geizig und hartnäckig wäre und wenigstens einige gemäßigte Reformen durchführen wollte. Der Zentrismus rebelliert nicht mehr gegen die provokatorisch-konterrevolutionären Maßnahmen des Parteivorstandes, er begnügt sich mit einer gemäßigten und „anständigen" Opposition und selbst dies nach Möglichkeit in solchen Fragen, die am meisten vom Leben entfernt sind. Die einzige Funktion des Zentrismus besteht heute darin, daß er sich bemüht, seine jetzige bürgerliche Politik mit den Traditionen der alten sozialdemokratischen Bewegung zu bemänteln und sie vom Standpunkt des „Marxismus" zu begründen.

Die wirklichen Führer der Sozialdemokratie, die Wels, Müller usw., pfeifen sowohl auf die alten Traditionen, als auch auf den Marxismus. Sie verrichten ihre bürgerliche Sache zynisch und offen. Dies stößt aber die Arbeiter von der Sozialdemokratie ab, beschleunigt ihren Bruch mit den verbürgerlichten Führern. Hier kommt eben der Zentrismus zu Hilfe, der die bürgerlich-reformistische Tätigkeit seiner Partei mit dichten Nebeln der „linken", „revolutionären , „marxistischen", ja manchmal sogar der oppositionellen Phrase umgibt.

Der heutige Zentrismus hat keine andere Funktion, als die Maskierung der sozialdemokratischen Politik. Und nur hier durch unterscheidet er sich vom rechten Flügel seiner Partei. Der Zentrismus ist die Trägheit der sozialdemokratischen Bewegung. Er ist durch und durch reaktionär, weil er den historisch unvermeidlichen Prozeß der völligen Auflösung der Sozialdemokratie und des endgültigen Bruches zwischen ihren bourgeoisen und proletarischen Elementen in die Länge zieht und aufhält. Und eben deshalb hat der Zentrismus keine Zukunft. Seine ganze Größe gehört der Vergangenheit an. Wir haben gesehen, welche Entwicklung der Zentrismus in den letzten Jahren durchgemacht hat. Und je mehr das „Zentrum" sich dem rechten Flügel der Sozialdemokratie nähern wird (die Entwicklung geht gerade in dieser Richtung), desto mehr wird es seines Inhalts verloren gehen, desto mehr wird es gezwungen sein, offen die Interessen der von der Bourgeoisie bestochenen Arbeiter- und Angestelltenschicht zu vertreten, die die soziale Grundlage der bürgerlichen Arbeiterpartei bildet. Eine neue revolutionäre Krise wird den Zentrismus, wie die Genossen meinen, nicht verstärken, sondern bloß sein Absterben bedeutend beschleunigen.

Wir sehen also, daß in der objektiven Realität oder, wie Genosse Walcher sagt, „im praktischen Leben" zwischen dem Zentrismus und der revolutionären Arbeiteropposition eine ganz reale, klassenmäßige Grenze besteht. Sie wird nur von demjenigen nicht gesehen, der an das „praktische Leben" nicht mit den Methoden von Marx und Lenin herantritt, sondern mit der Einstellung des Spießbürgers. Natürlich ist die Grenze zwischen der Opposition der unteren Arbeiterschicht und der zentristischen Richtung nicht unüberbrückbar. Sollte sie unüberbrückbar werden, dann liegt sie außerhalb des Bereichs der Kommunistischen Partei. Der Klassencharakter dieser beiden Strömungen ist jedoch verschieden, trotzdem sie organisatorisch und politisch noch nicht genügend differenziert sind. „Jeder Marxist weiß," – sagt Lenin – „daß die Klassen sich voneinander unterscheiden, trotz des Uebergangs von Personen aus einer Klasse in die andere; so unterscheiden sich auch Strömungen im politischen Leben voneinander, trotzdem einzelne Personen von einer Richtung zur anderen übergehen und trotz der Versuche und Bemühungen, die Strömungen zusammenfließen zu lassen." Der Zentrismus bemüht sich, die proletarische oppositionelle Strömung in der SPD seinem Einfluß zu unterwerfen. Teilweise gelingt ihm dies vorläufig. Wollte man jedoch den tiefen Klassengegensatz zwischen diesen Strömungen übersehen, wollte man verkennen, daß die Arbeiteropposition dem ganzen Wesen der Sache nach nicht nur [341] gegen die rechten, sondern auch gegen die „linken" Führer gerichtet ist, die gemeinsam mit den Rechten ein und dieselbe bürgerliche

Politik treiben, so würde es bedeuten, die marxistische Analyse durch oberflächliche spießbürgerliche Betrachtungen ersetzen. In diesen Fehler verfällt Genosse Walcher. Was anders als Kleinbürgerlichkeit bedeuten die „scharfsinnigen“ Betrachtungen des Genossen Walcher über die Ungleichartigkeit der „linken Sozialdemokratie“ in Sachsen und über die Gegensätze in ihren Reihen? Genosse Walcher sagt: „Wollten wir diese Gegensätze auf die einfache Formel bringen: hier zentristische Führung, dort revolutionäre Arbeiteropposition, so würde dies mit manchen Wünschen, aber nicht mit den Tatsachen übereinstimmen.“ Man könnte glauben, daß Genosse Walcher, der die „einfache Formulierung“ so verächtlich ablehnt (vom Standpunkt des Spießbürgers ist eine „einfache Formel“ immer unwissenschaftlich; je weniger klar, je verworrener eine Formel ist, desto mehr Respekt flößt sie dem Spießer ein), eine „komplizierte Analyse“ der Gegensätze innerhalb der sächsischen „linken“ Sozialdemokratie geben müßte. Leider besteht aber die ganze „tiefe Analyse“ des Genossen Walcher in der bloßen Beschreibung oberflächlicher Erscheinungen. „Tatsache ist,“ schreibt Genosse Walcher – „daß in Sachsen innerhalb der führenden Schichten Gegensätze bestehen, wobei die zahlenmäßig stärkere Gruppe zum Parteivorstand tendiert, während ein kleiner Teil bestrebt ist, eine Politik des Klassenkampfes, etwa im Sinne der einstigen sozialdemokratischen Glanzperiode zu betreiben.“ Durch diese verblüffend komplizierte Schlußfolgerung hat Genosse Walcher die „einfache Formel“ ersetzt! Schlimm ist nur, daß die „komplizierte Formel“ am Klassencharakter der Gegensätze innerhalb der Sozialdemokratie vorübergeht, daß sie die Frage der objektiv-unvermeidlichen, entgegengesetzten Entwicklungstendenzen der unteren Arbeiterschichten und der zentristischen Führer völlig umgeht und überhaupt nichts erklärt, sondern an der Oberfläche haftet. Die „einfache“ Formel aber berücksichtigt trotz ihrer ganzen Einfachheit ganz richtig den Klassencharakter und die objektive Natur der Gegensätze in den Reihen der „linken“ Sozialdemokratie. Uebrigens scheint Genosse Walcher es einfach nicht zu verstehen, daß das Bestreben der Minderheit der sächsischen Zentristen, zu den alten, traditionellen sozialdemokratischen Methoden des Klassenkampfes zurückzukehren, nicht ein Merkmal ihrer linken und revolutionären Einstellung ist, sondern ein Zeichen ihrer Trägheit und reaktionären Gesinnung. Es kann keine Rückkehr zu den Methoden der überwundenen Epoche der Arbeiterbewegung geben. Jeder Versuch, die Entwicklung der Sozialdemokratie rückgängig zu machen, ist nicht nur illusorisch, sondern auch reaktionär denn er hemmt und verlangsamt den geschichtlich unvermeidlichen Prozeß der Zersetzung dieser „bürgerlichen Arbeiterpartei“.

Besonders anschaulich tritt die kleinbürgerliche Einstellung in der folgenden Erörterung des Genossen Walcher zutage. Die Formel: „die „Linken“ sind der Hauptfeind“ ist zwar falsch, aber nach Meinung des Genossen Walcher immerhin „einigermaßen“ verständlich, wenn sie auf die sächsische Sozialdemokratie bezogen wird. „In Sachsen“ – sagt Genosse Walcher – „wird die SPD von den Linken geführt. Sie bestimmen die Landespolitik, sie sind für das Tun und Lassen der dortigen Gewerkschaften in hohem Maße verantwortlich. In Sachsen stoßen wir folglich bei unseren Bemühungen um die rücksichtslose Wahrung der proletarischen Klasseninteressen und im Kampf um die Gewinnung der Massen mit der sozialdemokratischen Linken zusammen. Dort ist sie innerhalb der Arbeiterklasse unser Hauptgegner.

Erschreckt durch seine eigene Schlußfolgerung, zieht Genosse Walcher sie sofort wieder zurück mit der (von uns bereits analysierten) Begründung, daß sogar die Verhältnisse innerhalb der sächsischen Sozialdemokratie in die „einfache Formel“: „Hie zentristische Führer, hie revolutionäre Arbeiter-[342]opposition!“ nicht hineinpassen. „Selbst in Sachsen“ – sagt Genosse Walcher – „ist die Losung „die Linken sind der Hauptfeind“ nicht ohne sehr wesentliche Einschränkungen und ohne sehr vorsichtige Motivierung verwendbar.“

Jedoch das Interessanteste beginnt erst weiter: „Völlig unbrauchbar aber ist diese Losung für das ganze Reich ... Die linke Sozialdemokratie kann deswegen nicht als Hauptfeind bezeichnet werden, weil sie unter den gegebenen Verhältnissen in der Praxis eben nicht der Hauptfeind ist (!). Wir müssen uns wohl oder übel Tag für Tag mit der praktischen Politik der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer auseinandersetzen. Diese Politik mit ihren für die Arbeiterklasse so verheerenden Wirkungen wird aber von den rechten Sozialdemokraten ganz uneingeschränkt geführt.

Daraus folgt, daß eben diejenigen, die für diese Politik verantwortlich sind, und nicht jene, die dagegen – und sei es noch so jämmerlich – Opposition mimen, unsere Hauptfeinde sind."

Beim Lesen dieser Zeilen ist man geradezu „verlegen" angesichts der Fülle der „Argumente"! Jedes Wort eine Perle! Selten, sehr selten kann man in der kommunistischen Literatur einem derart kondensierten opportunistischem Spießertum begegnen!

Spießertum spricht aus der Ersetzung des politischen Standpunkts durch den geographischen. Der Zentrismus ist keine lokale, keine sächsische und sogar keine deutsche Erscheinung, sondern eine internationale Erscheinung. Der Zentrismus ist eine bestimmte politische Richtung, und der Marxist ist verpflichtet, seine Stellungnahme zu ihm festzusetzen, ausgehend vom Klassencharakter und von der politischen Rolle dieser Richtung, und nicht davon, in welchen geographischen Punkten der Zentrismus die Mehrheit und in welchen er die Minderheit darstellt. In der politischen Beurteilung des Zentrismus kann nichts dadurch geändert werden, daß an einer Stelle der Zentrismus die herrschende Strömung darstellt, und an der anderen nicht. Es wäre ein schöner Bolschewismus gewesen, wenn die Bolschewiki zum Beispiel während des Krieges gewartet hätten, bis das „Zentrum" zur Mehrheit in den sozialdemokratischen Parteien geworden wäre, und erst dann den Zentrismus als den gefährlichsten Feind der Arbeiterbewegung erklärt hätten!

Opportunistisch, den Zentrismus rechtfertigend, ihm die Hand reichend, ist die Behauptung des Genossen Walcher, daß der Zentrismus für die Politik der. deutschen Sozialdemokratie nicht verantwortlich sei. Dem Genossen Walcher genügt die scheinbare oder wie er selbst sagt, „jämmerliche" Opposition, welche von den Herren Paul Levi, Rosenfeld, von Toni Sender und Konsorten gespielt wird, um diese ganze Bande zentristischer Führer von der Verantwortung für die gemeinsten Verbrechen zu befreien, welche die Sozialdemokratie an der deutschen Arbeiterklasse begangen hat. Es ist ungeheuerlich, es ist unglaublich, doch ist es Tatsache! Genosse Walcher geht weit, sehr weit! Es wird in seinem eigenen Interesse liegen, wenn die Partei ihm sagen wird: halt, keinen Schritt weiter! Denn noch ein Schritt, und dann gibt es kein Zurück mehr zum revolutionären Bolschewismus!

Der Hauptfeind sei nicht der Zentrismus, sondern die rechten Führer, denn die Rechte bestimmt die ganze Politik der Sozialdemokratischen Partei! Die Unhaltbarkeit dieses Arguments springt in's Auge! Das Zentrum hat keine selbständige Politik und kann auch keine haben! Wie oft muß man diese für einen Marxisten selbstverständliche Wahrheit wiederkäuen, damit Genosse Walcher sie endlich begreift? Da eine selbständige zentristische Politik nicht existiert, so ergibt sich daraus, daß die Politik der SPD sich nicht im geringsten verändern wird (im Sinne ihres Klasseninhalts), ob die Zentristen in der Mehrheit oder in der Minderheit, in der Leitung der „Opposition" sein werden. Die Ge-[343]fahr des Zentrismus besteht darin, der er den bürgerlichen Charakter der sozialdemokratischen Politik verdeckt, vertuscht, maskiert. Eben in diesem Sinne sind die zentristischen Führer unsere hauptsächlichsten Feinde innerhalb der Sozialdemokratie. So und nur so beurteilte der Bolschewismus immer die zentristische Richtung.

Führen wir einige Beispiele an. Anfang 1915, als das Kautskytum, das heißt der damalige Zentrismus, weder die Mehrheit besaß, noch die Leitung in Händen hatte, weder im internationalem Maßstab, noch in der deutschen Sozialdemokratie, ja nicht einmal in Sachsen, und als das „Zentrum" in einer viel schärferen Opposition zu der Rechten stand als jetzt, schrieb Lenin: „Der offene Opportunismus, welcher die Arbeitermassen sofort von sich abstößt, ist nicht so gefährlich und schädlich, wie diese Theorie der goldenen Mitte, die durch marxistische Schlagworte die opportunistische Praxis rechtfertigt, durch eine Reihe von Sophismen das Unzeitgemäße revolutionärer Aktionen beweist usw." („Zusammenbruch der Zweiten Internationale".)

Ueber die russischen Menschewisten sagt Lenin in demselben Artikel folgendes: „... Die Mitarbeiter des ‚Nasche Slowo' („Unser Wort") schreiben oder schweigen von ‚Herrn Hyndeman' im Tone der Verachtung; von ‚Genossen Kautsky' aber mit zur Schau getragener Verehrung (Kriecherei?). Kann man denn eine derartige Haltung mit der Achtung vor dem Sozialismus und seinen Ueberzeugungen

überhaupt in Einklang bringen? Wenn man von der Verlogenheit und Verderbtheit eines Hyndeman überzeugt ist, muß man dann nicht Kritik und Angriff gegen den einflußreichen Vertreter derartiger Anschauungen, nämlich gegen Kautsky, richten?“

Hören Sie zu, hören Sie zu, Genosse Walcher! Das trifft Sie ganz besonders!

Oder noch: „Die Kautskysche Politik ist hundertmal schädlicher und gefährlicher für die Arbeiterbewegung als die Südekumsche, die Kautskysche Heuchelei hundertmal abscheulicher!“

Warum dies? „Weil die nationale, grobe, offensichtliche, in die Augen springende, für die Arbeiter offenbare (wir wiederholen nochmals, es darf nicht vergessen werden, daß Kautsky damals ein viel weiter „links“ stehender Zentrist war, als die heutigen zentristischen Führer der Sozialdemokratie! L. O.) verwandelt Kautsky in eine internationale, raffinierte, versteckte, den Arbeitern Sand in die Augen streuende Heuchelei.“

(„Ueber das Friedensprogramm“.)

Oder noch eine Bemerkung: „Das Kautskytum stellt keinerlei selbständige Strömung dar, da es keine Wurzeln weder in den Massen ,noch in der zur Bourgeoisie übergetretenen privilegierten Schicht hat. Aber die Gefahr des Kautskytums besteht darin, daß er, die Ideologie der Vergangenheit benutzend, sich bemüht, das Proletariat mit der ‚bürgerlichen Arbeiterpartei‘ zu versöhnen , seine Einigkeit mit ihr zu verteidigen, auf diese Weise ihre Autorität zu heben. Den offenen Sozialchauvinisten folgen die Massen nicht mehr ... Die versteckte Verteidigung der Sozialchauvinisten durch die Kautskyaner ist am gefährlichsten.“ („Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus“.)

Und schließlich das letzte Zitat, in dem Lenin folgendermaßen die „aufrichtigen“ Unabhängigen charakterisiert:

„Diese Herrschaften sind absolut nicht fähig, revolutionär zu denken. Es sind dies weinerliche, spießbürgerliche Demokraten, die tausendmal gefährlicher für das Proletariat sind, wenn sie sich [344] für Anhänger der Sowjetmacht und der Diktatur des Proletariats ausgeben, denn in der Praxis werden sie in jedem schweren und gefährlichen Augenblick unvermeidlich Verrat üben ... in der ‚aufrichtigen‘ Ueberzeugung, daß sie dem Proletariat helfen.“ („Kinderkrankheit des Radikalismus“.)

Es wird wohl genügen. Die Zahl dieser Beispiele könnte ins Endlose vermehrt werden, doch scheint uns das nicht nötig zu sein.

Wäre Genosse Walcher konsequent und entschlossen, so hätte er erklären müssen:

„Ach, wie abstrakt und schematisch war doch dieser Lenin! In welch einfachen Formeln dachte er! Wie ersetzte er Tatsachen durch Phantastereien! Wie leichtsinnig ignorierte er die Tatsache, daß in den meisten geographischen Punkten des Erdballs der Zentrismus in der Minderheit war und deshalb nicht so gefährlich sein konnte, wie die Rechtsströmungen der Sozialdemokratie! Wie ungerecht beschuldigte er Kautsky; Kautsky war doch, wenn auch in einer jämmerlichen, so doch in der Opposition gegenüber der Politik der Sozialdemokratie, deshalb durfte man ihn für diese Politik nicht verantwortlich machen! Usw. u. a. m.“

Wird aber Genosse Walcher dies nicht sagen, so muß er dann seine ganze spießbürgerliche, vermoderte „Theorie“ über die „linken“ Führer zum Teufel jagen.

Letzteres wünschen wir ihm von Herzen.

(Ein weiterer Artikel folgt.)

*

Aus dem Lager der II. Internationale

Die Parteitage der Sozialistischen Partei Frankreichs und der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands

Von P. Lang.

Während die sozialdemokratische Presse Deutschlands und anderer Länder seinerzeit dem Linzer Programm-Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie laute Aufmerksamkeit zollte, während sie in jüngster Zeit die sozialdemokratischen Wahlerfolge in Holland und noch mehr in Oesterreich mit großem Lärm verkündete und sich mit den fremden Federn des Austromarxismus schmückte, herrschte bezüglich so wichtiger Ereignisse wie der Parteitage der Sozialistischen Partei Frankreichs und der Independent Labour Party Englands, die zu Ostern stattgefunden haben (gleichzeitig fanden auch die Parteitage der holländischen und deutsch-polnischen Sozialistischen Parteien statt), ein auffälliges Schweigen in den Wipfeln des sozialdemokratischen Blätterwaldes. Uebrigens war auch über die gemeinsame Tagung der Vorstände der Amsterdamer und der II. Internationale am 3. April sehr wenig verlautbart worden. Das ist charakteristisch. Es zeigt offenkundig, daß die sozialdemokratische Politik in den für die weltpolitische Entwicklung entscheidenden Ländern der imperialistischen Großmächte, wie England und Frankreich, nichts weniger wie eine „werbende Politik“ ist, und daß sie nur noch in verhältnismäßig unbedeutenden Ländern propagandistisch auszuwertende Erfolge erzielt. Uebrigens haben die sozialdemokratischen Mißerfolge bei den Gemeindewahlen in Belgien und Schweden, zwei kleineren Ländern, die der Sozialdemokratie auch gewisse Chancen bieten, gezeigt, daß die Sozialdemokratie dort, wo sie „positive Arbeit“ in offener Koalition mit der Bourgeoisie leistet, wo man sie also sehr wohl an ihren Früchten erkennen kann, gleichfalls wenig Lorbeeren ernten kann.

Unter Verhältnissen wie in Oesterreich, diesem Schwerinvaliden des Weltkriegs, wo die politische und wirtschaftliche Ohnmacht des Staates den [345] revolutionären Ausweg besonders erschwert, kann die Sozialdemokratische Partei, wenn sie eine geschmeidige Politik betreibt, wie die österreichische, die breiten Massen noch geschlossen hinter sich führen. In den Großstaaten jedoch, wo gegenwärtig die Weltkriegsgefahr brennend ist, die Offensive gegen die politische und wirtschaftliche Lage des Arbeiters ihrem Höhepunkt zustrebt, wo also die entscheidenden Fragen des Klassenkampfes eine klare Antwort fordern, verschärfen sich die Krisen in den sozialistischen Parteien. Die Gegensätze zwischen Massen und Führern werden größer. Sie spiegeln sich im Verhalten und in den Gruppierungen der Führer selbst wider. Das hat sowohl der Parteitag der französischen Sozialisten, wie auch der Parteitag der Independent Labour Party gezeigt. Das kommt auch bei den „Beratungen“ der Spitzen der Zweiten und Amsterdamer Internationale zum Ausdruck, zumindest in der Form, daß man sich, um nicht vor aller Oeffentlichkeit in den Sumpfboden zu versinken, über die wichtigsten Fragen ausschweigt. So hat sich erst vor wenigen Tagen die Konferenz der „Arbeitervertreter“ wie Hilferding, Jouhaux, Renaudel, Oudegest, Friedrich Adler, Emmy Freundlich, die am 3. Mai, unmittelbar vor der Wirtschaftskonferenz in Genf zusammengetreten ist und eine Erklärung ausgearbeitet hat, über die Fragen des Verhältnisses zur Sowjetunion und über die Chinafragen und die wichtigsten Arbeitsfragen, also über die Zentralfragen einer Weltwirtschaftskonferenz vom Standpunkt des Proletariats, einfach – ausgeschwiegen. Keine Antwort aber ist auch eine Antwort, nämlich eine Antwort im Sinne und im Interesse der Imperialisten.

*

Der Lyoner Parteitag der Sozialistischen Partei Frankreichs fand unter innen- und außenpolitischen Verhältnissen statt, die sich von denen der vorhergehenden Jahre wesentlich unterschieden. Der Linksblock, dessen Förderung durch dick und dünn die Achse der Politik der Sozialistischen Partei gewesen war, und dessen Inflationspolitik eine heftige Krise in Frankreich hervorgerufen hat, hatte abgewirtschaftet, war zertrümmert. Die Bourgeoisie hatte sich unter Führung der Schwerindustrie und des Finanzkapitals zusammengeschlossen und eine „Regierung der nationalen Einheit“ mit dem „starken Mann“ Poincaré an der Spitze eingesetzt. Es wurde entschlossen

der Kurs auf die „Sanierung“ der Finanzen und die „Stabilisierung“ der Gesamtwirtschaft eingeschlagen. Die Deflation mit ihren Folgeerscheinungen begann. Zwar blieb bisher der französischen Wirtschaft die scharfe Krise erspart, die in anderen Ländern mit der Deflationspolitik vorhanden war. Immerhin hat auch in Frankreich seit langen Jahren zum erstenmal eine allmählich anwachsende Arbeitslosigkeit eingesetzt. Zugleich begannen die Unternehmer auf der ganzen Linie mit einer systematischen Offensive gegen die Löhne und den Achtstundentag und steuern auf die Rationalisierung nach deutschem Muster hin. Diese Entwicklung hat in erster Linie die Arbeiter getroffen, während die Inflation vor allem die breiten Schichten des Kleinbürgertums, die in Frankreich eine größere Rolle spielen als anderswo, in Mitleidenschaft gezogen hatte. Durch den Kurs der Regierung der nationalen Einheit und die damit verbundene Steigerung des Franken sind vor allem die Kleinrentner, die Besitzer von Staatspapieren, wieder etwas beruhigt und stärker mit der Großbourgeoisie, von der sie sich in der Aera des Linksblocks loszulösen begannen, verkittet worden. Allerdings nützt die Aera des bürgerlichen Blocks den Schichten der Kleingewerbetreibenden, Kleinhändlern sehr wenig, denn die sinkende Massenkaufkraft bei wachsender Preisverteuerung, deren Vorteile bloß das Großkapital genießt, bringt sie in eine kritische Situation.

In der Außenpolitik hat unter dem Poincaré-Regime wieder größere Aktivität eingesetzt. Frankreichs Hochfinanz und Schwerindustrie streben diesmal zusammen mit den Imperialisten Deutschlands die Hege-[346]monie in Europa an. Frankreich will seine Stellung im Mittelmeer und auf dem Balkan befestigen, daher sein scharfer Gegensatz zu Italien, sein, wenn auch schwächerer, Gegensatz zu England. Es rüstet sich zur Verteidigung seines erschütterten Kolonialbesitzes (Marokko, Syrien, Indochina). Es will an dem Raubzug gegen China seinen Anteil haben. Und es will auch im Antisowjetblock seine Rolle spielen, aber, im Gegensatz zu England, so manövrieren, daß es, ähnlich wie die deutsche Bourgeoisie, durch zweideutiges Verhalten gegenüber der Sowjetunion gewisse Vorteile zu ergattern sucht.

In dieser sehr verwickelten innen- und außenpolitischen Situation, die durch die drohende Kriegsgefahr überschattet wird, muß die Großbourgeoisie in Frankreich ihren gefährlichsten Gegner, die Arbeiterklasse, brutal niederzwingen, nicht nur durch ihre ökonomischen, sondern auch durch politische Maßnahmen. Solche Maßnahmen sind erstens das Gesetz Paul Boncours, ein Gesetz, daß im Kriegsfall sämtliche Leute, auch Frauen, Greise, Kinder, und sämtliche Einrichtungen und Organisationen, vor allem die Gewerkschaften, zum „Zweck der nationalen Verteidigung“ mobilisiert, und zweitens, der systematische Verfolgungsfeldzug gegen die Kommunisten, der nun auch in Frankreich eingesetzt hat.

In dieser Lage tagte der sozialistische Parteitag zu Lyon. Für die Sozialistische Partei war angesichts der verschärften imperialistischen und arbeiterfeindlichen Politik der französischen Bourgeoisie die entscheidende Frage scharf zugespitzt: Für oder gegen die Politik der französischen Bourgeoisie. Und diese Frage mußte vor allem in der Stellungnahme zum Gesetz Paul Boncours und zur Frage der Einheitsfront des Kampfes mit den Kommunisten ihre eindeutige Antwort erhalten. Die Antwort wurde eindeutig gegeben: Für die Zusammenarbeit mit den Imperialisten, gegen das Zusammengehen mit den Kommunisten.

Allerdings war dieses Verhalten der französischen Parteiführerschaft nicht ganz leicht gemacht. Denn vor allem gegen das Mobilisierungsgesetz hatte sich, dank der Kampagne der KP-Frankreichs und der CGTU eine sehr starke Bewegung geltend gemacht. Diese war in den Gewerkschaftskreisen so stark, daß sogar – natürlich post festum, die Gewerkschaftsleitung der reformistischen CGT eine zahme Resolution gegen das Gesetz annahm. Das Gesetz selbst aber, dieses ureigenste Kind der imperialistischen Bourgeoisie, hatte als Geburtshelfer und Taufpaten die – Sozialistische Partei. Der Name seines Einbringers – Paul Boncour. Und hinter diesen Rechtesten der Rechten hatten sich die sozialistischen Abgeordneten bis zur „Linken“ gestellt. Mit zynischer Offenheit und Planmäßigkeit wird damit von der Sozialistischen Partei ein neues 1914 vorbereitet. Es soll vermieden werden – erklären offen die Boncour, Renaudel, Blum und Konsorten, daß die „Verteidigung der Nation“ wieder „chaotisch“ ins Werk gesetzt werde.

Es wurde, wie Leon Blum vorher im „Populaire“ angedeutet, damit gerechnet, daß sich unter dem Druck der Mitgliedermasse auf dem Parteitag ein Bestreben der Delegierten zur Revision der Stellungnahme zum Gesetz Boncour geltend machen würde. Dies wurde von der Mehrheit der Führerschaft mit Erfolg verhindert. Damit hat sich die Sozialistische Partei Frankreichs entschlossen an die Seite des französischen Imperialismus gestellt.

Die zweite Frage, auf die es ankam, die Stellung zu den Kommunisten und zu den bürgerlichen Parteien, stand im Mittelpunkt des Parteitages. An dieser Frage schieden sich die verschiedenen Gruppierungen. Insbesondere kam es zu einer entscheidenden Umgruppierung in der Mitte. Während auf den früheren Parteitagen die Gruppe um Blum, den parlamentarischen Führer, im Zentrum, sich nach allerlei Hin und Her mit den „Linken“ Paul Faure (dem Generalsekretär), Compére Morel, Lebas und den noch „linkeren“ Bracke und [347] Zyromski schließlich zu einer Plattform zusammenfand, die den offenen Sozialverrätern von rechts, den Renaudel, Boncour, Vincent Auriol gegenübergestellt wurde, kam es diesmal angesichts der klaren Entscheidungen, die gefällt werden mußten, zu einer anderen Gruppierung, die den Schleier lüftet: Blum und die „Linken“ Paul Faure, Compére Morel etc. (die „alte guesdistische Garde“) umarmten sich mit – Renaudel. Nur Bracke und Zyromski und ihre engeren Freunde blieben „standhaft“, während sich zugleich links von ihnen eine kleine Gruppe um Maurin bildete.

Die Hauptresolution, die von Paul Faure eingebracht wurde, besagt nach allerlei radikalen Phrasen folgendes: Keine Einheitsfront mit den Kommunisten, entschiedener Kampf gegen die KP, Vereinbarungen mit den bürgerlichen „Radikalen“.

Das heißt, die Koalition, sei es eine stille oder laute, darf sowohl in Wahlen wie in der Regierung wieder auferstehen. Die Sozialistische Partei ist von sich aus bereit, aus der loyalen Opposition, in der Herr Blum dem Herrn Poincaré kluge Ratschläge gibt, in die Koalition mit der Bourgeoisie überzugehen. Sie dient einstweilen freiwillig der Bourgeoisie in Kommunisten- und Antisowjethetze.

Kein Wunder, daß Herr Renaudel auf seine offen und brutal gegen die Sowjetunion und die Arbeiterklasse gerichtete Resolution zugunsten der von Paul Faure, Blum und Konsorten verzichtete.

Die neue „linke“ Gruppe Bracke-Zyromski erklärte sich in ihrer Resolution für schärfere Oppositionspolitik und gelegentliches Zusammengehen nicht nur mit rechts, sondern auch mit links. Natürlich will sie aber von einer Einheitsfront mit den Kommunisten nichts wissen. Diese „Austromarxisten“ konnten sich aber unter den Verhältnissen in Frankreich nicht durchsetzen.

Schließlich war noch die Gruppe Maurin, deren Stützpunkt die Zeitschrift „Der Funke“ ist, die in unklarer Form eine radikalere Politik, vor allem aber die Einheitsfront mit den Kommunisten forderte.

Das Ergebnis: Die Resolution Paul Faure-Blum-Renaudel erhielt 2352 Stimmen, die Resolution Bracke-Zyromski 774, die Resolution Maurin 185. Mann wurde für zwei Jahre aller Funktionen entkleidet.

Also: Anlehnung an die Bourgeoisie, Verkleisterung der Klassengegensätze. Zugleich scharfe, sich entwickelnde Gegensätze in der Sozialistischen Partei.

Im übrigen bot der Parteitag ein typisches Bild des Sozialverrats: Keine Stellungnahme gegen den Feldzug der Imperialisten in China, gegen die französische Kolonialpolitik, gegen die sich vorbereitende Intervention gegen die Sowjetunion, gegen die Kriegsgefahr, gegen die gesteigerte Ausbeutung der Arbeiter. Dafür aber Kotau vor dem Völkerbund, in dem Boncour weiterhin mit Billigung der sozialistischen Führer die französischen Kapitalisten vertreten darf.

Nun begreift man, warum dieser Parteitag wenig Widerhall auch außerhalb Frankreichs fand: Die Sozialimperialisten von England und Deutschland sind begreiflicherweise mit der Verbrüderung der französischen Sozialisten mit ihrer Bourgeoisie unzufrieden, und die Austromarxisten der verschiedenen Länder sind es nicht weniger.

Es ist klar, daß sich unter solchen Umständen angesichts der deutlichen Verbürgerlichung der SP Frankreichs die Massen immer mehr von den Führern loslösen und in der KP Frankreichs zusammenschließen werden.

*

Der Parteitag der britischen Unabhängigen Arbeiterpartei, der in der Zeit vom 17. bis 19. April in Leicester stattfand, hat angesichts der letzten Ereignisse sowohl im internationalen Maßstabe als auch [348] innerhalb Großbritanniens selbst eine womöglich noch größere Bedeutung als der Parteitag der französischen Sozialisten. Die Independent Labour Party zehrt noch immer von dem Ruhm, als sie einst auf den Schauplatz trat, ein Wegbahner der eigentlichen politischen Arbeiterbewegung in England gewesen zu sein. Sie hat der Arbeiterpartei die meisten Köpfe gegeben, ihre Mitglieder bilden noch heute im Parlament die überwiegende Mehrheit der Labour-Abgeordnetenfraktion. Diese Partei hat im Laufe des letzten Jahrzehnts vor allem das Lavieren gelernt. Einerseits ist sie bestrebt, durch radikale Phrasen und Forderungen die fortgeschritteneren Arbeitermassen an sich zu fesseln, andererseits will sie aber mit der Labour Party, in der ihre Rechten, allen voran MacDonald, eine große Rolle spielen, in gutem Frieden leben und ihr nicht ihren „linken“ Willen aufzwingen. Die Labour-Imperialisten, die Clynes, MacDonald, Snowden, Thomas und Konsorten sind die Männer der praktischen Außen- und Innenpolitik, die ILP macht dazu eine demagogische Begleitmusik. So haben z. B. angesichts der Annahme des Paul-Boncour-Gesetzes in Frankreich einige englische Labour-Imperialisten ihrer Mißbilligung über das Verhalten der französischen sozialistischen Parlamentarier Ausdruck gegeben. Ihre Motive waren durchsichtig, als Verbündete ihrer Imperialisten war ihnen das Verhalten der französischen Bruderpartei, die wiederum, zu ihren Imperialisten hielt, nicht recht; imperialistischer Konkurrenzkampf. Snowden wünscht, daß die Franzosen zu Lande und in der Luft, Renaudel wünscht, daß die Engländer zu Wasser abrüsten. Die ILP hat hier die Funktion, durch laute Rufe nach allgemeiner Abrüstung die Sache der MacDonald und Snowden den Massen mundgerecht zu machen. Sie tut noch ein übriges, sie liebäugelt mit der Sowjetunion, hat Redepfeile über die Vereinigung der II. und III. Internationale in ihrem Köcher und gewinnt so ein „linkes“ Gesicht. In der II. Internationale hält sie es mit den Austromarxisten, mit Otto Bauer und Co. Ihre Doppelpolitik kann manchmal groteske Formen annehmen: So war z. B. ihr politischer Sekretär Brockway seinerzeit sowohl auf der Brüsseler antiimperialistischen Kolonialkonferenz als auch auf der um dieselbe Zeit tagenden Exekutivsitzung der „Sozialistischen Arbeiterinternationale“ in Paris. In Brüssel stimmte er mit der linken Hand für die dort angenommenen Resolutionen und in Paris mit der rechten für die Beschlüsse der Reformisten.

Doch das Doppelspiel der ILP täuscht die Massen ebenso wie die Bourgeoisie immer weniger. Die Bourgeoisie hat sich durch keinerlei große Töne von ihrem Vorgehen weder während des Generalstreiks vom Mai 1926 noch nachher ablenken lassen. Die Baldwin, Chamberlain, Birkenhead haben sich keineswegs an ihren Vorstößen gegen die Sowjetunion, am Schmieden des Antisowjetblocks, an der Unterstützung der Reaktion in ganz Europa, am Kriege gegen China und am Vorgehen gegen die Arbeiterschaft in England hindern lassen. Sie konnten dabei auf die Verurteilung des Generalstreiks und des Bergarbeiterstreiks durch die ILP-Führer selbst hinweisen. Sie konnten sich in allen Fragen auf den ILP-Helden ohnegleichen, auf Mac Donald stützen. Die Arbeiter wiederum hatten im letzten Jahre ausgiebig Gelegenheit, die ILP an ihren Früchten, vor allem am Verrat des Generalstreiks und des Bergarbeiterstreiks kennen zu lernen. Daher der Ruck nach links, die gewaltige Erstarkung sowohl der Minderheitsbewegung als auch der Kommunistischen Partei.

Auf dem Parteitag von Leicester fand sich sogar die ILP in einer kritischen Lage. Zwar konnte sie von Glück reden, daß angesichts der letzten Ereignisse ihre schweren Fehler vom letzten Jahre in den Hintergrund rückten; dafür mußte sie aber zur kriegerischen Intervention in China und zum Anti-Gewerkschaftsgesetz, das unmittelbar vor der Tür stand, Stellung nehmen. Die ILP-Führer wußten, daß ihnen diesmal die Massen auf die Finger schauen würden. Sie wußten, daß es galt, dem Schwinden ihres Einflusses Einhalt zu gebieten, der sich, wie auf, dem Kongreß berichtet [349] wurde, in einem deutlichen Rückgang ihrer Sektionen ausdrückte, während gleichzeitig die KP vorwärts marschiert.

Die ILP sah sich also genötigt, eine „linke“ Geste zu machen. Diese bestand darin, daß mit großer Majorität MacDonald als ILP-Führer das Vertrauen entzogen wurde, indem er nicht mehr zum Vertreter der ILP auf dem Parteitag der Labour Party, der bekanntlich die ILP angeschlossen ist,

gewählt wurde. Diese Geste wurde aber dadurch zum Teil unschädlich gemacht, daß man MacDonald als L a b o u r-Führer ausdrücklich der treuen Unterstützung der ILP versicherte. Immerhin, es war ein Akt, der weithin demonstrieren sollte, daß in der ILP nun wieder die „Linken", wie Maxton, Broekway, Wheatley obenauf seien. D e m D r u c k d e r M a s s e n sollte dadurch entsprochen werden.

Aber die Massen werden sich kaum damit begnügen. Sie werden sich auch nicht mit den hallenden Reden Maxtons und der übrigen begnügen. Ihnen kommt es mehr und mehr auf die t a t s ä c h l i c h e Politik an. Und in diesem entscheidenden Punkte hat der ILP-Parteitag k e i n e Wendung gebracht.

Er hat zunächst die alte Forderung von dem gesetzlichen Minimallohn (living wage) als „Schlüssel" für die Eröffnung des Weges zum Sozialismus in ganz unbestimmter Form wiederholt. Das W o d u r c h und W i e der Herbeiführung dieses Zieles wurde in undurchdringliches Dunkel gehüllt. Vielmehr, das sollte eine – künftige Arbeiterregierung durch eine Untersuchungskommission zu klären trachten. Ein aufgelegter Schwindel also. Als erster Schritt zum menschenwürdigen Lohn wurde eine allgemeine 20prozentige Lohnerhöhung gefordert. Auch hier wurden keine Mittel, wie sie zu erreichen ist, festgelegt. Dem Massenstreik wird ängstlich ausgewichen. Also auch dies nur ein Sand-in-die-Augen-streuen.

In der Außenpolitik wird neben der unvermeidlichen Forderung nach der „Demokratisierung" des Völkerbundes eine Annäherung an Rußland gefordert.

In der brennenden C h i n a f r a g e wurde gemäß einem Dringlichkeitsantrag des Abgeordneten Scurr scheinbar sehr Weitgehendes gefordert, nämlich volle Souveränität Chinas, Zurückziehen der Truppen und Seestreitkräfte, Zusammenarbeit der englischen und chinesischen Arbeiterbewegung. Aber wie platonisch, wie wenig ernst diese Forderungen gemeint sind, die ja auch auf der Exekutive- und auf der letzten Bürositzung der II. Internationale ausgesprochen wurden, beweist der Umstand, daß wiederum kein M i t t e l zu ihrer Durchsetzung, keine A k t i o n in der Armee, in den Waffen- und Munitionsbetrieben, im Transportwesen beschlossen oder auch nur beantragt wurde. Spiegelfechterei!

Und das gleiche in der anderen entscheidenden Frage, der A n t i-G e w e r k s c h a f t s b i l l. Es wurde gesagt, man werde die Labour Party in ihrem „Kampf" gegen die Bill unterstützen. Das war reinster Hohn. Denn die Labour Party denkt nicht an ernsten Kampf, nur an parlamentarisches Wortgefecht. Es kam darauf an, v o n d e r I L P a u s g e m e i n s a m m i t a l l e n K l a s s e n k a m p f o r g a n i s a t i o n e n, d e r K P, d e r M i n d e r h e i t s b e w e g u n g usw. den Kampf mit allen Mitteln, vor allem außerparlamentarischen, zu organisieren mit dem Ziel des Sturzes der Tory-Regierung. Die Labour Party hätte durch ihre p o l i t i s c h wichtigste Sektion, die ILP, in den Kampf g e t r i e b e n werden müssen. Nichts dergleichen. Daher konnten die Birkenhead und Konsorten über die lächerlichen Gaukeleien der Arbeiterführer Hohn und Spott ausschütten.

Ja, von Einigung der II. und der III. Internationale sprach Herr Maxton. Aber was diese Töne wert waren, zeigte er unmittelbar darauf, indem er ein offenes Schreiben der KP. mit dem Appell zur Herstellung der Einheitsfront des Kampfes gegen China-Intervention und Anti-Gewerkschaftsbill einfach [350] nicht verlesen ließ, und jeden Versuch zur Erörterung dieser entscheidenden Frage gründlich sabotierte.

So hat dieser ILP-Parteitag trotz des Schrittes gegen MacDonald das wahre Gesicht dieser Partei gezeigt. Er sollte dazu dienen, die Abwanderung der englischen Arbeiter nach links zu verhindern. Er hat diesen Zweck keineswegs erreicht. Wie wenig er praktisch bedeutete, hat schon die kurze Zeit seither klargelegt. Und die englischen Arbeiter sammeln sich immer mehr um die revolutionäre Minderheitsbewegung und die KP-Englands.

LITERATUR

Die Krise als Rechenfehler

I.

Im Jahre 1922, als die Inflation in Deutschland immer toller raste, als die Preise bereits von Tag zu Tag stiegen, kam es so weit, daß der Händler, der heute eine Ware verkaufte, für das erlöste Geld

morgen den Ersatz nicht bekam, also sein Lager nicht wieder auffüllen konnte, weil inzwischen der Einkaufspreis zugrunde lege, sondern den Verkaufspreis vom vorigen Tage. Da dies zum Stillstand der Bedarfsdeckung zu führen drohte, zerbrach man sich allgemein den Kopf, wie dem abzuhelfen sei. Man fand aber nur einen einzigen Ausweg, nämlich dem Händler zu gestatten, daß er seinem Verkaufspreis nicht den tatsächlich gezahlten Einkaufspreis zu Grunde lege, sondern den sogenannten „Wiederbeschaffungspreis“. Also z. B., wenn er eine Ware für 1000 Mark gekauft hatte und regulär 40 Prozent auf seinen Einkaufspreis schlug, sie demnach für 1400 Mark zu verkaufen pflegte, so konnte es ihm passieren, daß ihm selbst am nächsten Tage für die gleiche Ware 2000 Mark abverlangt wurde. Dann sollte er die 40 Prozent, statt auf die 1000 Mark, die er wirklich gezahlt hatte, auf die 2000 Mark aufschlagen dürfen, die er am nächsten Tage würde zahlen müssen. Im Handumdrehen wurde so der Verkaufspreis verdoppelt, und zwar noch schneller als der Einkaufspreis.

Es ist nicht schwer zu sehen und ist damals sogar auch von bürgerlicher Seite nachgewiesen worden, daß dieses „Heilmittel“ das Uebel, nämlich die immer wahnsinnigere Geschwindigkeit der Preissteigerung und Geldentwertung, noch verschlimmern mußte. Trotzdem ist es angewandt worden. Es war ja in der Tat das einzige, was auf der Grundlage der kapitalistischen Wirtschaft geschehen konnte: jeder einzelne Verkäufer, ob im Groß- oder im Kleinhandel, suchte durch immer tollere Erhöhung seiner Verkaufspreise sich zu retten. Wohin das geführt hat, lehrt die Inflationskrise des Jahres 1923.

Nun gibt es aber – sollte man’s denken – in der Bourgeoisie auch „tiefer blickende“ Köpfe, Leute, die sich nicht mit der Erledigung einer augenblicklich drängenden Not zufrieden geben, sondern weiter über die Sache nachdenken. Hatte die Inflation einmal den Widersinn der allgemein üblichen Voraussetzung „Mark gleich Mark“ grell aufgezeigt, so war es kein großer Schritt mehr sich zu erinnern, daß ja auch zu anderen Zeiten Preisänderungen stattfinden, wenn auch langsamer. Wie beträchtlich der Lebensunterhalt in den 3 Jahren von 1924 bis heute verteuert ist, empfinden wir alle am eigenen Leibe. Doch selbst in der „normalen“ Zeit vor dem Weltkrieg trat die Geldentwertung fühlbar ein, wenn man nur längere Zeiträume in Betracht zieht. Von 1896 bis 1913 ist das gesamte Preisniveau in Deutschland um mehr als 25 Prozent gestiegen. Ist es da nicht ebenso verkehrt, die Mark etwa von 1900 mit der von 1912 gleichzusetzen, wie 1922 ihre Gleichsetzung von heut und gestern verkehrt war?

Das hat sich ein biederer Deutscher gesagt – S c h m i d t ist sein Name, eine Professur für Betriebswirtschaftslehre an der Universität Frankfurt a. Main sein Gewerbe – und hat daraufhin eine „Untersuchung“ begonnen, die ihn zu wahrhaft epochemachenden Ergebnissen geführt hat. Er hat das Mittel gefunden, e i n f ü r a l l e m a l a l l e K r i s e n z u v e r h i n d e r n und damit natürlich auch die Arbeitslosigkeit, oder wenigstens – in diesem Punkt ist Herr Schmidt vorsichtig – die „übermäßige“ Arbeitslosigkeit aus der Welt zu schaffen Für wie bedeutungsvoll die Bourgeoisie seine Entdeckung ansieht, beweist die Tatsache, daß das I n s t i t u t f ü r K o n j u n k t u r f o r s c h u n g einen 29 Druckseiten langen Aufsatz des Herrn Schmidt darüber veröffentlicht, und daß sie der „Frankfurter Zeitung“ (vom 22. März d. J.) als „sehr der Beachtung wert“ erscheint.

Wie bei allen wahrhaft großen Entdeckern, sind die Zusammenhänge, die Herr Schmidt aufgespürt haben will, von einer verblüffenden Einfachheit. Die Krise, so sagt er, wie überhaupt alle Konjunkturveränderungen (mit einigen Ausnahmen) entspringen nur aus einem R e c h e n f e h l e r der Unternehmer in Industrie und Handel Vermögenszuwachs, der ihnen aus Preissteigerungen zufließt, halten und verrechnen sie für Gewinne, und umgekehrt Vermögensminderungen infolge von Preissenkung für Betriebsverluste. Infolge dieses Irrtums kalkulieren und disponieren sie falsch, und daraus entspringt das Auf und Ab der Konjunktur, die Krise, die Arbeitslosigkeit. Man braucht also nur diesen Fehler zu vermeiden, und sofort wird die kapitalistische Welt in Frieden, Ruhe und Glückseligkeit leben. „Welch anderes Gesicht“, ruft Herr Schmidt aus, „würde die ganze Arbeiterfrage in der Volkswirtschaft annehmen“, wenn es erst einmal so weit wäre! – Wie aber vermeidet man den Fehler? Sehr einfach: indem man Aenderungen am Vermögenswert hinfort nicht wie bisher auf Gewinn- und Verlustkonto verbucht, sondern [351] auf ein neu zu schaffendes „Vermögenswertberichtigungskonto“. (Uff! 31 Buchstaben hat das Wort!) Man schreibt die Sache von einem Blatt Papier auf ein anderes, und schon ist die Welt gerettet! Erinnert das nicht an das mit Recht so berühmte Ei des Kolumbus!

II.

Wenn man sich die „Entdeckung“ des Herrn Schmidt etwas näher besieht, steckt nichts anderes dahinter als unser alter, lieber, gut bekannter „Wiederbeschaffungspreis“. Folgendermaßen nämlich argumentiert Herr Professor Schmidt:

Wenn ein Händler eine Ware für 100 Mark gekauft hat, und sein gewohnheitsmäßiger Aufschlag sagen wir 40 Prozent beträgt, so verkauft er sie für 140 Mark. Gesetzt nun den Fall, in der Zeit zwischen dem Einkauf und dem Verkauf seien die Preise auf dem Beschaffungsmarkt um 50 Prozent gestiegen, so muß der Händler bei Auffüllung seines Lagers für die gleiche Ware, die ihm 140 Mark eingebracht hat, 150 Mark bezahlen. Er erleidet also einen Verlust, den er bei der allgemein üblichen Berechnungsweise als B e t r i e b s verlust ansieht, während es in Wahrheit ein V e r m ö g e n s verlust ist: die Ware ist in seiner Hand, während sie einen Teil seines Vermögens bildete, entwertet worden. Umgekehrt, wenn in der Zwischenzeit eine Preis s e n k u n g von 50 Prozent eintrat. Auch dann verkauft der Händler nach der üblichen Kalkulationsweise für 140 Mark, braucht aber zur Wiederbeschaffung nur 50 Mark, so daß ihm ein Extragewinn von 50 Mark verbleibt.

Diesen letzteren Fall scheint Herr Schmidt für den gefährlicheren zu halten. Der Unternehmer – denn für die Industrie gilt prinzipiell dasselbe – sieht sich im Besitz von vielem Geld und fühlt sich dadurch veranlaßt, den Umfang seiner Geschäfte auszudehnen. Da dies für alle Unternehmungen zutrifft, so entsteht daraus die Hochkonjunktur. Das Geld, womit die Hochkonjunktur hervorgerufen und alimentiert wird, ist also in Wahrheit ein Teil des Vermögens der Unternehmer (Herr Schmidt sagt: des „Volksvermögens) und stammt aus S c h e i n g e w i n n e n; es ruft eine ü b e r m ä ß i g e Nachfrage hervor, d. h. eine Nachfrage von Geld, das eigentlich zur Auffüllung des Vermögens reserviert bleiben müßte. Dabei handelt sichs um riesige Summen. Vor dem Kriege wurde das gesamte deutsche „Volkseinkommen“ auf 40 Milliarden Mark jährlich geschätzt, wovon 35 Milliarden durch die Bilanzrechnung gingen. Rechnet man darauf nur 10 Prozent Reingewinn, „so ergeben sich 3½ Milliarden künstliche Einkommenvermehrung aus der falschen Gewinnrechnung.“ – In der Krise wird dann „die infolge übermäßiger Ausdehnung der Betriebe und ihrer Produktion eintretende Wertsenkung durch die Verrechnung von Scheinkosten als Scheinvermögensersatz vom Erlös gekürzt“. 3½ Milliarden Mark verschwinden plötzlich innerhalb eines Jahres aus dem Einkommen, was eine kolossale Arbeitslosigkeit herbeiführen muß.

Somit hat uns Herr Schmidt gezeigt, „daß es Scheingewinne und Scheinverluste sind, die die Wellenbewegungen der Industriekonjunktur herbeiführen.“ Es ist demnach nichts weiter nötig, als die Unternehmer zum richtigen Rechnen zu veranlassen, „um unsere Wirtschaft von der Krankheit der Konjunktur zu befreien“. Jeder Unternehmer kann jeden Tag damit beginnen. Er wird dann keine so hohen Gewinne ausweisen wie seine Konkurrenten, wird deshalb vor der Versuchung bewahrt bleiben, seinen Betrieb in der Hochkonjunktur zu erweitern. Kommt dann die Krise, so kann er seinen nicht erweiterten Betrieb voll beschäftigen und, da er keine Scheinverluste rechnet, seine Konkurrenten unterbieten, und hat dann noch den Vorteil, daß er seinen Betrieb während der Krise ausdehnen kann, wo er billiger dazu kommt als in der Hochkonjunktur. Er braucht also nur „immer das Gegenteil von dem zu tun, was die Masse der falsch rechnenden Unternehmer vornimmt“, und wird immer gut dabei fahren, so daß sein Beispiel ansteckend wirkt.

Fast muß man sich schämen, daß so etwas öffentlich vorgetragen und den Studenten an einer deutschen Universität gelehrt werden kann. Den Lesern dieser Zeitschrift brauche ich natürlich nicht zu sagen, daß diese wundervolle Lehre falsch ist, wo man auch nur daran pickt. Ja, daß sie geradezu kindisch ist. Um nur eins herauszugreifen: wenn ein Unternehmer sichs wirklich einfallen ließe, während der guten Konjunktur seinen Betrieb n i c h t zu erweitern – was so viel heißt, als k e i n e neuen, besseren Maschinen und Arbeitsmethoden anzuwenden – dann würde er mitten in der guten Zeit Bankrott machen und käme gar nicht in die Lage auszuprobieren wie es ihm in der Krise geht. Umgekehrt ist es ein Irrtum des Herrn Professors, daß in Krisenzeiten keine Betriebserweiterungen stattfinden. In einem 1913 erschienenen Buch von T. Singer, „Das Land der Monopole“, lese ich auf Seite 171:

„Die Werke (vom Stahlwerksverband ist die Rede) ließen sich in bezug auf ihre Ausdehnung weder vom Verband noch vom erst kommenden Bedarf leiten, sondern sie b a u t e n v o r, und im wörtlichen Sinne. Sie bauten in der Regel noch bevor der Bedarf vorhanden war.

Und bei Liefmann (Kartelle- und Trusts, 2. Auflage von 1910, Seite 151), heißt es direkt:

„Es kommt nicht selten vor, daß die Unternehmer schon in ungünstigen Zeiten neue Anlagen schaffen, um später bei Besserung der Lage rechtzeitig mit Ansprüchen auf Erhöhung der Beteiligungsziffer an das Kartell herantreten zu können. Die Kartelle haben dann oft die größten Schwierigkeiten, die stark gestiegene Produktion unterzubringen."

Die Unternehmer sind also wohl nicht ganz so dumm, wie der Herr Professor glaubt. Und selbstverständlich wissen sie auch zwischen wirklichem Betriebsgewinn und nur scheinbarem Gewinn aus einer höheren Geldbewertung ihrer Waren- oder sonstigen Vorräte zu unterscheiden. Den Verkaufspreis im einzelnen Falle kalkuliert der Unternehmer auf Grund des tatsächlich bezahlten Einkaufspreises. Aber damit ist nicht gesagt, daß er zu dem so errechneten Preise nun auch verkauft. Da muß er sich nach der Konjunktur richten, und es gehört zu den spezifisch kaufmännischen Fähigkeiten, gewissermaßen ein „Fingerspitzengefühl" dafür zu haben, wieweit man, je nach der allgemeinen Geschäftslage, über den kalkulierten Preis hinaus oder unter ihn herabgehen muß. Nur soll man sich nicht einbilden, dadurch die Konjunktur zu beeinflussen. Umgekehrt wird ein Schuh daraus; das hängt von der Konjunktur ab.

Einfach grotesk jedoch und freilich echt bürgerlich ist die Idee, daß die Unter-[352]nehmer durch bessere Einsicht die Krise, ja jeden Konjunkturwechsel aus der Welt schaffen könnten. Seit hundert Jahren zeigt die Erfahrung, daß die rasche Ausweitung der Produktion regelmäßig nach gewisser Frist zu Zusammenbruch, Krise, Bankrotten führt. Sollten die Unternehmer so dumm sein, daß sie das nicht längst gemerkt hätten? Zumal eine riesenhafte Literatur darüber existiert und die Handelspresse die Sache immer von neuem erörtert? Und doch tun sie's immer wieder! Sie k ö n n e n eben nicht anders! Der Daseinskampf in der kapitalistischen Wirtschaft zwingt sie dazu. Ob sie wissen, was daraus folgt, oder nicht, jeder einzelne m u ß das Risiko auf sich nehmen in der Hoffnung, daß nicht er derjenige sein wird, der zusammenbricht. Das wäre allerdings eine feine Sache, den Kapitalismus beizubehalten ohne die Unannehmlichkeiten, die er seiner inneren Natur nach mit sich bringt.

Deshalb lohnt es, die kindische „Theorie" des Herrn Professors einen Augenblick festzuhalten als ein Beispiel, zu welchen einfältigen Gedankensprüngen die bürgerliche Wissenschaft greift, um nur ja das wirkliche Wesen des Kapitalismus nicht zu sehen. L u c i f e r

*

Heinrich Kerp: *Landeskunde von Skandinavien und Finnland*[*)]

Diese Büchlein sind typisch für die Halbheit und Ausweglosigkeit der bürgerlichen Geographie der Gegenwart. Solange es sich nur um die Schilderungen der Naturbedingungen (der „physisch-geographischen" Verhältnisse) eines Gebietes, in diesem Falle der vier nordeuropäischen Staaten, handelt, kann jeder moderne Geograph, dem die morphologischen und geologischen Entwicklungslehren und die an Dialektik grenzenden Methoden von Sueß, Davis und Wegener schon Selbstverständlichkeiten sind, mit einer gewissen Bestimmtheit und Sicherheit die gegenwärtige Gestaltung der Erdoberfläche aus ihrer Geschichte ableiten. Wenn aber der nächste Schritt zu tun ist, den Menschen in diese ihn umgebenden Naturverhältnisse hineinzustellen, seine Wirtschaft, seine Geschichte aus den Wechselbeziehungen, aus dem „Stoffwechsel mit der Natur", wie das Marx so plastisch ausdrückt (Kapital Bd. I, S. 140) heraus zu verstehen, dann stolpert der die Natur schon in mancher Hinsicht dialektisch erfassende Geograph über den ganzen idealistischen Kram von „Volksseele" und „glorreicher Geschichte" und versinkt in ein Durch einander von Ziffern, Jahreszahlen und Tiraden über „kulturelle

[*)] Sammlung Göschen.
Bd. 1: Physische Geographie, 116 S.
Bd. 2: Geographische Kulturkunde, 134 S.
Preis pro Band 1,30 M. Verlag Walter de Gruyter, Berlin.

Ausreifung“ „mildernder Einfluß des Christentums“, „Erwachen des völkischen Geistes“, und „wurzelhafte, aber national gerichtete Kultur“, was alles vom Autor zusammen „geographische Kulturkunde“ (Bd. 2 des Werkes) genannt wird.

Das Werk erschien in der Sammlung Göschen, die „eine übersichtliche Einführung in sämtliche Gebiete der Wissenschaft“, und zwar „auf streng wissenschaftlicher Grundlage“ verspricht. Soweit es sich um Naturwissenschaften und Technik handelt, können diese Büchlein zweifellos nützlich sein; auf geisteswissenschaftlichem Gebiet, angefangen bei der Uebergangswissenschaft der Geographie, atmen sie eine mit Wirklichkeits- und Gegenwartsfremdheit gemischte vorgetäuschte Objektivität aus, durch welche der proletarische Leser mit der Klassenideologie der Bourgeoisie unbemerkt infiziert wird. Dessen muß der wißbegierige Prolet eingedenk sein, der vorläufig noch in den meisten Wissenschaftszweigen auf solche billige und zusammenfassende Büchlein, wie die der Sammlung Göschen, angewiesen ist. A. R.

*

„*Illustrierte Geschichte der russischen Revolution*“

Zum zehnjährigen Jubiläum des Bestehens der Sowjetmacht erscheint zum erstenmal in deutscher Sprache ein großes Sammelwerk, das die Ereignisse der russischen Revolution, beginnend mit den Voraussetzungen der Revolution von 1905, die anschließenden Reaktionsjahre, die Zeit der Sammlung des Proletariats unter der Fahne der Bolschewiki, Februar- und Oktoberrevolution, Interventionskriege und den Beginn des sozialistischen Aufbaus packend schildert. Das für jeden Parteiarbeiter außerordentlich wichtige Werk erscheint in Lieferungen zu 40 Pf., um jedem die Anschaffung zu ermöglichen. Neben Beiträgen der hervorragendsten Führer der russischen Revolution, wie Bucharin, Jaroslawski, Krupskaja, Lenin, Lunatscharski, Olminski, Pokorowski, Rykow, Stalin, Stepanow-Skworzow, Tomski, Trotzki usw. enthält die Geschichte der russischen Revolution über 200 unveröffentlichte Photographien und Dokumente.

Wir empfehlen unseren Lesern, sofort eine Bestellung dieses wichtigen Buches bei dem Neuen Deutschen Verlag. Berlin W 8, Wilhelmstr. 48, bei seiner Buchhandlung oder bei dem zuständigen Literaturobmann aufzugeben.

[353]

Die Internationale
Jahrgang 10 ∗ Berlin, den 15. Juni 1927 ∗ Heft 12

Die Komintern auf dem Posten

Berlin, den 15. Juni 1927.

♂ Die Ereignisse überschlagen sich. Je näher der unvermeidliche Krieg zwischen Weltrevolution und Weltimperialismus, verkörpert in ihren stärksten Mächten, der Sowjetunion und dem englischen Imperium, heranrückt, desto wilder und abenteuerlicher werden die Methoden des imperialistischen Kampfes. Die Ueberfälle auf die Gesandtschaften und Handelsvertretungen in Peking, Schanghai und London, die Ermordung des Sowjetgesandten in Warschau, die Organisierung von terroristischen Akten gegen die Führer der Sowjetunion –, all dies leitet den gegenwärtigen Abschnitt des imperialistischen Angriffes gegen die Sowjetunion ein, der im Zeichen des schrittweisen Ueberganges von der diplomatischen Einkreisung zu unmittelbaren Kriegshandlungen steht.

Alle Widersprüche unter den kapitalistischen Staaten treten in den Hintergrund vor dem Hauptwiderspruch, der die ganze Welt in zwei Lager teilt: in einem Lager haben wir die Sowjetunion und das revolutionäre China, in dem anderen die gesamte kapitalistische Welt.“ Diese Feststellung des Plenums der Exekutive der Kommunistischen Internationale umreißt vollständig und lückenlos die gegenwärtige Situation. Nicht sehen wollen, daß der unvermeidliche imperialistische Krieg ein Krieg gegen die Sowjetunion ist, hieße die Augen vor den Tatsachen verschließen, vor dem Sozialimperialismus kapitulieren und den schlimmsten Verrat an der Arbeiterklasse begehen. Man muß die ökonomische, politische und soziale Zwangsläufigkeit des imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion begreifen, um der Situation in ihrer Gänze, in ihrer Schwierigkeit und Mannigfaltigkeit gerecht zu werden.

„Die Neuaufteilung der Welt, die von den imperialistischen Räubern auf Grund der Kriegsergebnisse vorgenommen wurde, hat die Voraussetzungen für eine neue wütende Konkurrenz und neue Konflikte zwischen den imperialistischen Staaten geschaffen; um die Gebiete, die Rohstoffe erzeugen, oder in denen ausländisches Kapital angelegt werden kann, wird hartnäckig gekämpft ... Der Kampf um die Absatzmärkte nimmt derart erbitterte Formen an, wie sie die kapitalistische Wirtschaft der Vorkriegszeit nie gekannt hat.“ (Thesen der Exekutive der KI)

Das ist die eine Tendenz, die den Imperialismus dazu treibt, den Kampf um die Märkte mit den Waffen zu entscheiden. „Die Epoche des relativen Gleichgewichts zwischen den imperialistischen Staaten einerseits und zwischen den imperialistischen Staaten und der Sowjetunion und den um ihre Befreiung ringenden halbkolonialen Ländern (China) andrerseits wird immer mehr durch offene kriegerische Konflikte durchbrochen, die das Ende dieses Gleichgewichts ankündigen und zeigen, daß ein neuer imperialistischer Krieg im Anzug ist.“ Aber die Sowjetunion verkörpert nicht nur den Sozialismus, der als Staats-[354]macht niemals friedlich neben dem Imperialismus leben kann, sondern die Sowjetunion beherrscht ein Sechstel der Erdoberfläche, ist agrarisch, erzeugt Rohstoffe, ist das klassische Land für den Verbrauch gewaltiger Mengen von Industrieexportwaren. Und ebenso China. Diese beiden Faktoren, der Haß gegen den revolutionären Staat der internationalen Arbeiterklasse und der stürmische Drang des imperialistischen Finanzkapitals nach Expansion, nach Eroberung des russischen und chinesischen Marktes, sie vereinigen sich jetzt zu der bluttriefenden Allianz der Millionäre, Pfaffen und Sozialdemokraten der ganzen Welt, die im Namen der „Zivilisation und Humanität“ zum Endkampf gegen den Bolschewismus aufmarschieren. Zum Endkampf darüber soll und darf kein Zweifel bestehen. Die ganze Taktik des Foreign Office, der Versuch der diplomatischen Einkreisung der Sowjetunion in der ganzen Welt, die absolute Anpassung seiner Kontinentalpolitik an die Bedürfnisse des Krieges gegen die Sowjetunion beweisen dies unzweifelhaft. „Die russische Revolution hat die Welt aus ihren Schranken gehoben“, schrieb Gugliemo Ferreo. Mr. Austen Chamberlain will die kapitalistischen Schranken, das Gleichgewicht der kapitalistischen Welt, wieder herstellen. Und man kann nicht bestreiten, daß diese imperialistische Logik

richtig ist. Die Exekutive hat festgestellt: „Schon durch das Vorhandensein dieser beiden Faktoren (der nationalrevolutionären Bewegung in den Kolonien und der Sowjetunion) und des Widerstandes der internationalen Arbeiterklasse gegen die Offensive des Kapitals wird eine Stabilität der kapitalistischen Gesellschaftsordnung unmöglich". Der Krieg des Weltimperialismus gegen die Sowjetunion entscheidet den Verlauf einer ganzen historischen Epoche ... Diese Lage und diese Perspektive charakterisieren die Bedeutung der Tagung des Plenums der Exekutive der Komintern ...

*

Der Bolschewismus hat seine erste geschichtliche Feuerprobe während des letzten imperialistischen Krieges bestanden. Die internationale Bedeutung des Sieges der proletarischen Revolution in Rußland bestand nicht nur in der Errichtung der Diktatur des Proletariats auf einem Sechstel der Erdoberfläche und der Organisation der Kommunistischen Internationale: die russische Revolution siegte im Zeichen des konsequenten revolutionären Kampfes gegen den imperialistischen Krieg, im Zeichen des revolutionären Defaitismus. Wenn die bolschewistischen :Kriegslosungen „Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg" und „Niederlage der eigenen bürgerlichen Regierung im imperialistischen Krieg" nicht die breitesten Massen ergriffen hätten, wäre der Sieg der Sowjets unmöglich gewesen. Die sieghafte Losung „Alle Macht den Räten" wäre unmöglich gewesen ohne den revolutionären Defaitismus. Auf keiner Tagung der Exekutive kam den europäischen und amerikanischen Delegierten die universale Bedeutung des Leninismus für den Befreiungskampf des Proletariats so zum Bewußtsein als gerade auf dieser. Die Kommunistische Internationale braucht für den bevorstehenden imperialistischen Krieg nicht nach neuen Formeln und Losungen zu suchen. Ihre Aufgabe ist es, nur die Lehren Lenins über die Aufgaben des Proletariats und seiner revolutionären Avantgarde für die jetzige Situation praktisch anzuwenden. Darauf kommt es jetzt an. In unermüdlicher und zäher, der ganzen historischen Verantwortung der Kommunistischen Internationale bewußter Arbeit innerhalb der Partei und in den breitesten Massen die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß beim Ausbruch des imperialistischen Krieges die Komintern und alle ihre Sektionen ihre Feuerprobe so bestehen, [355] wie der russische Bolschewismus während des vergangenen imperialistischen Krieges.

*

„Der Bolschewismus verlegt das Schwergewicht des Kampfes gegen den Krieg in die Massenbewegung und den Kampf der Massen. Die Tätigkeit unter den Massen in den Betrieben und Gewerkschaften, auf dem Lande, in der Armee –, das ist die Aufgabe der Kommunisten vor Ausbruch und während des Krieges, das ist der Weg zur Umwandlung des Krieges in einen Bürgerkrieg." (Thesen der Exekutive.)

Das ist der Leitsatz, den die Kommunisten ihrer Tätigkeit in dem gegenwärtigen Abschnitt des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg voranstellen müssen. Nichts wäre gefährlicher und opportunistischer, als eine Ueberlegung etwa dieser Art: Die Hauptsache ist, daß die Kommunisten den richtigen Weg des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg kennen. Die Eroberung der breiten Massen ist angesichts des Krieges eine Aufgabe zweiter Ordnung. Dies hieße, den Sozialimperialisten in die Hände arbeiten. Solche Anschauungen würden aber auch das größte Hindernis bedeuten für die Herstellung der ideologischen Klarheit in allen taktischen Fragen des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg innerhalb der Partei. Je mehr die kommunistischen Arbeiter unter den breitesten Massen den betrügerischen Charakter des Pazifismus, sowohl des reaktionär-bürgerlichen, als auch des radikalen linkssozialdemokratischen, entlarven werden, je mehr sie sich bemühen werden, in den Hirnen der Arbeiterschaft die reaktionäre Utopie des „Boykotts des Krieges durch Kriegsdienstverweigerung" usw. zu vernichten, je mehr sie Klarheit über den Charakter des Völkerbundes und der organischen Einheit zwischen Kapitalismus und Krieg verbreiten werden, desto klarer wird ihnen selbst im Augenblick des Krieges der Weg des revolutionären Defaitismus werden, und desto größere Massen werden hinter ihnen marschieren. Auch der revolutionäre Defaitismus ist keine Konventikelangelegenheit von Kommunisten, sondern die Massenbewegung des Proletariats gegen den imperialistischen

Krieg unter Führung der Kommunisten. Unter diesem Gesichtswinkel muß die Partei alle Fragen ihrer Arbeit lösen. Die Fragen des täglichen Kampfes gegen die wucherische Zollpolitik des Bürgerblocks, gegen den Faschismus, des Kampfes für die revolutionäre Orientierung der Arbeiterschaft in allen internationalen Fragen.

*

Besondere Schwierigkeiten türmen sich vor unserer Partei auf, wenn wir die Aufgaben erfüllen wollen, die die Exekutive der Komintern gestellt hat. Denn die deutsche Bourgeoisie ist „neutral“ ... Und diese „Neutralität“, diese betrügerische Illusion wird von der Sozialdemokratie bewußt und systematisch unter den breitesten Massen verbreitet und ist eines der größten Hindernisse für die revolutionäre Mobilisierung der Arbeiterschaft gegen den imperialistischen Krieg. In dieser Frage muß in der Arbeiterschaft völlige Klarheit geschaffen werden, denn das ist die Voraussetzung zum Kampf gegen den deutschen Imperialismus, der, je mehr die Auseinandersetzung zwischen englischem Imperialismus und Sowjetunion in unmittelbaren Krieg umschlägt, aktiver und aggressiver wird. Das deutsche Finanzkapital drängt immer stürmischer auf Befreiung von den Fesseln, die seine imperialistische Expansion hemmen. Der deutsche Imperialismus basiert auf der technisch am höchsten entwickelten, finanzkapitalistisch am besten organisierten Industrie Europas, die ihm eine sich stets steigernde Konkurrenzfähigkeit gibt, [356] und ihn infolge der noch immer fehlenden Absatzmärkte zu einer immer aggressiveren Außenpolitik zwingt. Die Ergebnisse der zweijährigen kapitalistischen Rationalisierung, sowie die günstige Konjunktur beschleunigen nur die Aggressivität des deutschen Imperialismus. Aber auf ihrem Wege zum selbständigen Imperialismus begegnen der deutschen Bourgeoisie noch große außenpolitische Schwierigkeiten. Die Politik von Thoiry ist jetzt endgültig erledigt. Die französische Bourgeoisie hat an ihre Stelle die Verschärfung ihrer imperialistischen Politik gesetzt. Sie beschleunigt außerordentlich das Tempo ihrer Rüstungen, die sich nicht nur gegen die Sowjetunion und die französische Arbeiterklasse, sondern auch gegen England, und vor allem auch gegen Deutschland, richten. Die Politik Chamberlains läuft im gegenwärtigen Zeitabschnitt darauf hinaus, Deutschland soweit wie möglich zu isolieren und die Frage der Rheinlandräumung sowie des deutsch-polnischen Verhältnisses zu einem Austauschobjekt für die völlige und bedingungslose Eingliederung Deutschlands in den Krieg gegen die Sowjetunion zu machen. In dem Konflikt um die Räumung des Rheinlandes und um die Frage der Militärkontrolle für die Ostbefestigungen auf der jetzigen Genfer Ratstagung des Völkerbundes widerspiegelt sich der Kampf zwischen der deutschen und der englischen Bourgeoisie um die Höhe des Kaufpreises für den Eintritt Deutschlands in die Einkreisung gegen die Sowjetunion. Deutschland ist aber auch nach wie vor eine wichtige Karte in dem Spiel Englands gegenüber Frankreich, das in Deutschland immer mehr einen erstarkten imperialistischen Gegner sieht. Das gegenwärtig bestehende englisch-französische „Einvernehmen“, das auf Kosten Deutschlands hergestellt wurde, ist ebenfalls ein englischer Schachzug zum Zwecke der Einbeziehung Deutschlands in die Front gegen die USSR. In den Thesen der Exekutive heißt es: „Charakteristisch für die neue internationale Situation ist die Tatsache, daß England von neuem zum Hegemon in der europäischen Politik geworden ist“. Und charakteristisch für die Situation in Deutschland und für die außenpolitische Orientierung ist seine schrittweise Eingliederung in das System der englischen Kontinentalpolitik. Bezeichnend hierfür ist die offene Liquidierung der sogenannten „Ostorientierung“ der deutschnationalen Schwerindustrie und des Großgrundbesitzes, die einmütige Hetze der gesamten bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse anläßlich der Verteidigungsmaßnahmen der russischen Revolution gegen den weißgardistischen Terror, der Beginn der antibolschewistischen Propaganda in Deutschland nach Art Joynson-Hicks. Diese Politik nennt die deutsche Bourgeoisie und die Sozialdemokratie „Neutralität“. Die Ueberwindung der Schwierigkeiten der Entwicklung eines selbständigen deutschen Imperialismus nennt die deutsche Bourgeoisie und die deutsche Sozialdemokratie „Neutralität“. Es ist für den Kampf gegen den imperialistischen Krieg von entscheidender Bedeutung, daß die breiten Massen es verstehen, daß die deutsche Neutralität nichts anderes ist als einerseits die Politik der Liquidierung von Versailles, und andererseits die gegenwärtige Etappe einer planmäßigen Politik mit dem Ziele der Aufrichtung

eines selbständigen Imperialismus. Ein Preis, den die deutsche Bourgeoisie dafür zahlt, ist die aktive Beteiligung an dem imperialistischen Krieg gegen die Sowjetunion.

*

„Wenn aber der Standpunkt der Neutralität von der deutschen Sozialdemokratie unterstützt wird, weil er mit dem Standpunkt des deutschen Imperialismus zu-[357]sammenfällt, so sind andere Parteien der II. Internationale, wie z. B. die polnische Sozialdemokratie, zusammen mit ihrer Bourgeoisie und den Großgrundbesitzern die aktivsten Vorkämpfer im Kriege gegen die Sowjetunion. Ueberall fällt der Standpunkt der Sozialdemokratie mit den Interessen ihrer Nationalbourgeoisie zusammen. In der letzten Zeit ist in der Evolution der Sozialdemokratie etwas Neues festgestellt: dieses Neue besteht darin, daß in einigen Ländern die Sozialdemokratie über die aktive Unterstützung der imperialistischen Politik ihrer Regierung hinausgeht. Sie nimmt die Initiative der imperialistischen Politik und der Rüstungen der Bourgeoisie aus den Händen. Der Standpunkt der französischen Imperialisten, die durch Paul Boncour ein neues Militärgesetz einbrachten, ist eines der krassesten Beispiele der Evolution der Sozialdemokratie.“ (Thesen der Exekutive.)

Genau so, wie im Weltimperialismus eine objektive und eine subjektive Arbeitsteilung gegenüber der Sowjetunion besteht, verteilt die II. Internationale ihre Parteien auf die verschiedenen Positionen des Kampfes, die dem Kriegsplan des Imperialismus entsprechen. Die deutsche Sozialdemokratie spielt gegenwärtig in der II. Internationale eine ähnliche Rolle wie vor dem Kriege. Sie ist der ideologisch führende Teil. Die Theorie Hilferdings vom „Realistischen Pazifismus“ wird mehr und mehr die ideologische Basis der ganzen II. Internationale für die aktive Beteiligung an dem imperialistischen Krieg gegen die Sowjetunion. Freilich, die Kieler Theorie Hilferdings war mehr den Bedürfnissen des deutschen Finanzkapitals angepaßt. Aber in einem Punkte ist auch die II. Internationale „international“. Sie versteht es ausgezeichnet, jede Theorie zu verallgemeinern und den konkreten Bedingungen des Imperialismus der verschiedenen Länder anzupassen. So wird wahrscheinlich am nächsten Kongreß der II. Internationale die Theorie Hilferdings als neueste theoretische Errungenschaft der ganzen II. Internationale gepriesen werden. Genau wie vor dem Kriege 1914/18 die deutsche Sozialdemokratie den Arbeitern den imperialistischen Charakter ihrer Politik zu verhüllen suchte, indem sie ihnen vortäuschte, daß sie gegen die „zaristische Barbarei“ kämpfen, genau so hat Herr Hilferding für den kommenden imperialistischen Krieg gegen die Sowjetunion eine „populäre Losung“ geschaffen: In der finanzkapitalistischen Wirtschaft Deutschlands sind nach Hilferding die wichtigsten Elemente der sozialistischen Planmäßigkeit und der Wirtschaftsdemokratie enthalten. Die Wirtschaft der Sowjetunion hingegen ist Staatskapitalismus auf der Grundlage der terroristischen Diktatur einer Minderheit. Daraus ergibt sich, daß die Unterstützung des Krieges gegen die Sowjetunion durch die Arbeiterklasse eine „sozialistische“ Notwendigkeit ist. Herr Hilferding proklamierte in Kiel die Grundprinzipien des Krieges gegen die Sowjetunion im Namen des „Sozialismus und der Demokratie!“ Der Kieler Parteitag war ein absoluter Sieg des Sozialimperialismus über die Sozialdemokratie. Die Hauptargumente, mit denen die deutsche Sozialdemokratie gegenwärtig die Mobilisierung der Arbeitermassen zum Kampf gegen den imperialistischen Krieg und zur Verteidigung der russischen und chinesischen Revolution betreibt, sind etwa folgende: Die Hauptgefahr für den Frieden ist der russische Bolschewismus. Es besteht keine unmittelbare Kriegsgefahr, denn die Bourgeoisie will und kann jetzt keinen Krieg führen. Es gibt keinen deutschen Imperialismus – die deutsche Bourgeoisie wird in jeder kriegerischen Auseinandersetzung neutral bleiben. Und diese betrügerische Propaganda wird ergänzt durch die Tätigkeit der „Linken“, die für den Imperialismus nicht weniger wichtig und bedeutsam sind als die Sozialimperialisten vom Schlage eines Wels und Hilferding. Die [358] Aufgabe der Linken ist es, besonders gegenwärtig Verwirrung in der Arbeiterschaft durch radikal-pazifistische Phrasen, durch Kriegsdienstverweigerung und das Gerede von der Organisierung des Generalstreiks als alleiniges Mittel nur Verhinderung des Krieges zu tragen. Die Exekutive hat die Rolle des Reformismus in allen seinen Schattierungen in der gegenwärtigen Situation als den besten Verbündeten des Imperialismus eindeutig und ausdrücklich charakterisiert. Der Kompromißlosigkeit des Kampfes gegen die Bourgeoisie entspricht die Unversöhnlichkeit mit dem Reformismus auch im

Falle des Krieges. Der Erfolg unseres Kampfes für die Aufklärung der Arbeitermassen über die Rolle des Reformismus und des Pazifismus hängt aber von der Fähigkeit der Kommunisten ab, die schärfste Offensive gegen den Reformismus und Pazifismus mit dem größten Entgegenkommen an alle Arbeitermassen zu verbinden, die bereit sind, ehrlich gegen den imperialistischen Krieg zu kämpfen, deren Klassenbewußtsein aber noch nicht soweit gereift ist, um die Richtigkeit der von den Kommunisten propagierten Kampfesmethoden zu begreifen.

Der Generalstab der Weltrevolution, die Exekutive der Kommunistischen Internationale hat den Weg des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg gezeigt. Dieser Weg ist schwer, er wird von den Kommunisten die größten Opfer fordern. Aber er ist der einzige Weg, den die Arbeiterklasse gehen kann, wenn sie den imperialistischen Krieg durch die siegreiche Revolution ablösen will.

*

Der Kieler Parteitag der SPD

Von Lenz

> „Versprechungen, die nicht erfüllt werden, sind des fürchterlichste Dynamit für jede Bewegung."
>
> Erich Nölting auf dem Kieler Parteitag.

Weniger noch als andere Parteitage der Sozialdemokratie spiegelte dieser Kieler Parteitag das Denken und Wollen der sozialdemokratischen Arbeiter wider. Von den 415 stimmberechtigten Delegierten waren nur 297 gewählte Bezirksvertreter. Die anderen 118 sind die nach dem Statut zur Teilnahme an dem Parteitag berechtigten Vertreter des Parteivorstandes, des Parteiausschusses, der Kontrollkommission und der Reichstagsfraktion. Wenn man außerdem bedenkt, daß es in der SPD keine proportionelle Vertretung oppositioneller Richtungen gibt, daß selbst nach den offiziellen Angaben des Jahresberichts nur etwa 70 Prozent der Mitgliedschaft dem Proletariat angehören, und daß der große Parteiapparat seinen ganzen Druck einsetzte, um ihm genehme Delegationen zu schaffen, so ist klar, daß die „überwältigenden" Mehrheiten des Parteivorstandes, denen mindestens bis zu 135 Stimmen (bei der Wahl des Parteivorstandes) gegenüberstanden, keineswegs beweisen, daß die Mehrheit der sozialdemokratischen Arbeiter den Kurs der unentwegten Koalitionspolitik billigten, der durch den Parteitag erneut bekräftigt wurde.

Aber nicht nur das Ergebnis, auch der Verlauf des Parteitags gibt kein richtiges Bild von der Stimmung der sozialdemokratischen Arbeiter. Besonders bei der grundsätzlichen Debatte zu Hilferdings Referat war das Auftreten der Opposition so schwach, daß man danach urteilen müßte, es gäbe in der Mitgliedschaft überhaupt keine ernsten Gegner der Koalitionspolitik. Zwischen den klassenbewußten sozialdemokratischen Arbeitern, die den rücksichtslosen Klassenkampf gegen die Bourgeoisie wollen, und den [359] sozialdemokratischen Führern, die zum Eintritt in jede bürgerliche Regierung bereit sind, klafft der unversöhnliche Gegensatz zweier miteinander unvereinbarer Klassenlinien. Von der Unversöhnlichkeit dieses Gegensatzes war in den Reden der oppositionellen Delegierten nichts zu merken. Denn in der Tat besteht ja auch kein unversöhnlicher Gegensatz zwischen dem Zentrismus und dem offenen Revisionismus, sondern im Gegenteil, grundsätzliche Einigkeit. Die Abstimmung gegen das Entlastungsvotum für den Parteivorstand durch einen Teil der sächsischen Vertreter (Zwickau, Chemnitz und zwei Leipziger) war ein Stimmungsausdruck ohne politischen Inhalt, zumal die Zwickauer, die den Anstoß zu dieser Abstimmung gaben, in der Debatte gar nicht zu Worte kamen.

Als es um den Bericht des Parteivorstandes, die Fragen der Vergangenheit ging, wagte die Opposition manch scharfes Wort. Als aber Hilferding das schwere Geschütz der reformistischen Theorie zur Begründung der Fortsetzung der Koalitionspraxis auffuhr, da kapitulierten die zentristischen Führer gerade in der grundsätzlichen Frage, die die ganze Praxis der Partei bestimmt. Was war das von der gesamten SPD-Presse von Rechts bis Links so hochgepriesene Referat Hilferdings? Nichts anderes als eine Wiederholung jener allbekannten revisionistischen Argumente Bernsteins, ein wenig

aufgeputzt mit der mageren austromarxistischen Weisheit Otto Bauers. All die verstaubten Ladenhüter aus Bernsteins „Voraussetzungen des Sozialismus“ kamen wieder zum Vorschein. Hilferding begann mit dem Geständnis, daß er immer jede ökonomische Zusammenbruchstheorie abgelehnt habe und das Ausbleiben des Zusammenbruchs des Kapitalismus auch nicht bedauere. Genau so begann Bernstein in seiner Zuschrift an den Stuttgarter Parteitag (1898), die als eine Art Programmerklärung des Revisionismus im Vorwort zu den „Voraussetzungen“ abgedruckt ist, mit der Polemik gegen die „Katastrophentheorie“. Hilferding fährt fort mit der völlig undialektischen Gegenüberstellung von „bewußter Tat des Willens der Arbeiterklasse“ und der inneren Gesetzlichkeit des kapitalistischen Systems. Genau so hat Bernstein in seiner Polemik gegen den dialektischen Materialismus die deterministische Geschichtsauffassung bestritten. Hilferding preist die durch Kartelle und Trusts „organisierte“ Wirtschaft, in der „die Welt blinder Marktziffern überwunden ist“. Bernstein erklärte, „wichtiger als die Impotenz der Kartelle und Trusts zu prophezeien“, sei es, ihre Möglichkeiten als „kapitalistische Abwehrmittel gegen Krisen“ sich gegenwärtig zu halten. Ebenso ist die Grundthese Hilferdings, daß der bürgerliche Staat auf dem Wege der Demokratie allmählich durch den Sozialismus durchdrungen wird, ehrwürdiges Erbgut der revisionistischen Schule. Die Anlehnung an Bernstein geht so weit, daß Hilferding sogar das Marx-Zitat über die Bedeutung der Einführung des Zehnstundentages in England in derselben falschen Auslegung zitiert, in der Bernstein sie zum Motto seines Buches legte.

Vom Austromarxismus entlehnt Hilferding Otto Bauers These, daß das Proletariat die Gewalt nur zur Verteidigung der von der Bourgeoisie bedrohten Demokratie anwenden dürfe, und daß der Bürgerkrieg, zu dem Gewaltanwendung im Klassenkampf notwendig führt, das schwerste Hemmnis der Verwirklichung des Sozialismus sei. Die jede Klassenanalyse ignorierende Gleichsetzung von Faschismus und Bolschewismus als „antidemokratische Richtungen“ ist von Friedrich Adler entlehnt, der auf dem Linzer Parteitag so weit ging, den sozialdemokratischen Maximalisten eine „faschistische Ideologie“ vorzuwerfen.

Für Sozialisten, die die Klassengegensätze ignorieren, existiert natürlich auch nicht die Frage der Eigentumsverhältnisse, die von den Kapitalisten geleiteten Trusts, der von den Kapitalisten beherrschte Staat. Dieses System soll auf dem Wege der Demokratie zu einer sozialistischen, die Wirtschaft leitenden Gesellschaft werden, ohne Enteignung der Privatkapitalisten. Solche „sozialistischen Auffassungen“ setzen sich nach Hilferding auch bei den christlichen Gewerkschaften durch. Richtiger wäre es zu sagen, daß der [360] „christliche Sozialismus“, der auf dem Gedanken des Wirtschaftsfriedens, der Klassenharmonie aufgebaut ist, sich bei dem Autor des „Finanzkapitals“ durchgesetzt hat. Wichtiger als die bewußten theoretischen Fälschungen dieses Charlatans ist der aktuelle politische Inhalt seiner Rede. Sie war das unbedingteste und uneingeschränkteste Bekenntnis zur Koalitionspolitik um jeden Preis. Länderregierungen sind nach Hilferding unpolitische Verwaltungsorgane, bei denen es überhaupt keine Bedenken gegen Koalitionen jeder Art geben dürfe. Hinein in die thüringische, hinein in die sächsische Regierung, und um keinen Preis Verzicht auf die Koalition mit dem Zentrum in Preußen, das ist die praktische Konsequenz. Die Hervorhebung der Verwaltungsfunktionen der Länderregierungen erfolgt dabei in einem Zeitpunkt, wo besonders offenkundig ist, daß Koalitionsregierungen in den Ländern nur Durchführungsorgane der Bürgerblockregierung im Reiche sein können.

So stark fühlt sich dieser Demagoge gegenüber der kläglichen Opposition auf dem Parteitag, daß er ausruft:

„Wie dürfen Parteigenossen so tun, als sei die wichtigste Aufgabe des proletarischen Klassenkampfes der Sturz der preußischen Regierung. Nein, Genossen, unsere Aufgabe ist der Sturz der Rechtsregierung im Reich.“

Dabei haben doch selbst die Liebmann und Fleißner, die auf dem Parteitag zu dieser Frage kein Wort zu sagen wagten, vorher in der Presse die Ablehnung der preußischen Koalitionspolitik damit begründet, daß sie einen wirksamen Kampf gegen die Bürgerblockregierung im Reich für die SPD unmöglich macht.

Der außerparlamentarische proletarische Klassenkampf zum Sturz der Regierung, das ist eine Möglichkeit, die ganz außerhalb des Gesichtskreises des reformistischen Theoretikers liegt. „Jeder Staat muß regiert werden“, erklärt er, und wenn die Sozialdemokratie nicht in die Koalition will, so ist sie also offenbar für den Bürgerblock. Offener ist niemals eingestanden worden, daß die Sozialdemokratie auf das Ziel der Eroberung der Macht verzichtet hat.

Wenn man grundsätzlich auf dem Boden des bürgerlichen Staates steht, kann man seine Machtinstrumente nicht bekämpfen. Darum betont Hilferding mit einer formellen Begründung der Ablehnung des Milizsystems, daß der Kampf nicht gegen die Reichswehr, sondern um die Reichswehr geführt werden müsse. Die Hauptsorge der reformistischen „Staatsmänner“ ist, daß die Waffen nicht in die Hände der werktätigen Massen kommen, ihr einziges Ziel, wieder einen Noske für die Bourgeoisie stellen zu dürfen.

Zu den internationalen Fragen begnügt sich der „grundsätzliche“ Referent mit einer Polemik gegen den Generalstreik und mit der Proklamation des Zieles „Eroberung des Völkerbundes durch die Arbeiterklasse“.

Dieses Referat, das in der Feststellung: „wir haben keinen prinzipiellen Gegner der Koalitionspolitik mehr in der Partei“ gipfelte, war die denkbar frechste Herausforderung der klassenbewußten Arbeiter in der SPD, die nach dem offenkundigen Bankrott der Koalitionspolitik von diesem Parteitag eine grundsätzliche Wendung der sozialdemokratischen Politik erhofften. Dem Programm des Reformismus hätte nur eine Opposition wirksam entgegentreten können, die sich auf den Boden eines revolutionären Programms gestellt hätte. Die zentristische Opposition, die den reformistischen Grundsätzen keine eigenen Grundsätze entgegenstellen kann, mußte sich auf eine bloße Nörgelei beschränken, die eine Zustimmung zur Grundlinie der Hilferdingschen Theorie enthielt.

So erklärte Toni Sender, daß sie die Möglichkeit von Erfolgen der Koalitionspolitik nicht verneine und gestand ausdrücklich zu, daß die Argumente gegen die Koalitionspolitik nur für das Reich zuträfen, nicht für die „Verwaltungskörper“, d. h. die Länder. Sie ist für eine „konstruktive Opposition“, keineswegs für eine Opposition nach dem Vorbild der Kommunisten.

Aufhäuser, der in der Kritik noch am weitesten ging, wies auf den Widerspruch hin zwischen Hilferdings ökonomischer Analyse, in der die [361] wachsende Macht des Kapitals zugestanden wurde, und seinen politischen Forderungen. Er wandte sich gegen die Regierungsteilnahme ohne genügende ökonomische Macht, aber er verlor kein Wort darüber, wie er sich den Kampf um die Macht vorstelle.

Bei solchem Auftreten der Führer der „Linken“ fiel es selbst den Löbe, Breitscheid und Severing nicht schwer, nachzuweisen, daß sie ebenso „links“ seien. Breitscheid erklärte sich mit dem austromarxistischen Antrag der Zwickauer einverstanden, sofern mit der „Diktatur“ nur die Ausnutzung der auf demokratischem Wege gewonnenen Machtstellung gegen eine widerstrebende Bourgeoisie gemeint sei. Löbe und Severing vereinigten sich in der Forderung einer schärferen Opposition im Reich, eine Forderung, deren Sinn von dem Vertreter des Parteivorstandes, Hermann Müller, richtig ergänzt wurde, als er sagte:

„Ich verspreche Severing, mit ihm in der Opposition so weit zu gehen, wie das für die preußische Koalition nur irgendwie erträglich ist.“

Heilmann konnte triumphierend feststellen, daß niemand den Austritt aus der Preußenkoalition verlange, daß alle mit der Preußenpolitik einverstanden seien.

Die Sachsen, die vor dem Parteitag die Offensive gegen die Preußenkoalition eingeleitet hatten, schwiegen völlig. So konnte sich Severing die unerhörte Provokation leisten, den sächsischen Arbeitern vorzuwerfen, daß im Jahre 1923 beim Reichswehreinmarsch „sie nicht einmal Zipp gesagt haben“. Man stelle sich vor, die Clique um Ebert, zu der Severing gehörte, schickt die Reichswehr gegen die sächsischen Arbeiter; in Freiberg und in anderen Orten, wo die Arbeiter Widerstand wagen, werden sie blutig niedergeschlagen, und dann kommt derselbe Severing und verhöhnt seine sächsischen Parteigenossen, weil sie sich nicht genügend gegen den blutigen Feldzug gewehrt haben, den er selbst einleiten half.

Nach dieser Debatte stellte Hilferding im Schlußwort befriedigt fest, daß die Gegensätze über die Koalitionspolitik gar nicht besonders groß seien. In der Tat, auch die Resolution der Opposition, die mit 96 Unterschriften eingereicht wurde, begnügte sich mit der allgemeinen Formel:

„Angesichts dieser Konstellation muß die Taktik der Sozialdemokratie sein: Opposition statt Koalition. Der Parteitag beschließt, diese Opposition ohne Rücksicht auf bürgerliche Parteien im Geiste des proletarischen Klassenkampf es mit allen geeigneten parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln zu führen."

Die Erfolglosigkeit der Koalitionspolitik wird in dieser Resolution ausdrücklich nur für das Reich festgestellt, wo die Frage der Koalition angesichts der gegenwärtigen „Konstellation" nicht aktuell ist. Die Resolution schweigt über die Frage der Koalition in den Ländern, wo sie gerade aktuell ist, und sie umgeht vollständig die Frage der Stellung des Proletariats zum bürgerlichen Staat, die eigentliche Grundfrage des Kampfes zwischen Reformismus und Marxismus.

Wenn es möglich war, Hilferdings Referat an Schamlosigkeit in der Preisgabe sozialistischer Grundsätze zu überbieten, so ist diese Leistung Crispien, dem Berichterstatter über die „sozialistische" Arbeiterinternationale, gelungen. Ihm ist es „selbstverständlich", daß die SPD in den letzten Jahren „keine reine sozialistische Friedenspolitik" treiben konnte. Eine grundsätzliche Ablehnung der Mitwirkung im Völkerbund als Vertreter imperialistischer Regierungen kommt für Sozialisten seiner Art nicht in Frage. Die Beschlüsse von Rom und Haag über Generalstreik und Krieg legt er so aus, daß der Streik nur als Mittel zur Abwendung der Kriegsgefahr in Betracht komme, aber wenn der Krieg ausgebrochen sei, dann wäre es damit vorbei.

Der Höhepunkt seines Referats – oder besser gesagt: sein tiefster Punkt – war die „Brandmarkung" des „fluchwürdigen Systems, wodurch [362] in Rußland die Gewerkschaften und die sozialistische Bewegung mit reaktionären kapitalistischen Methoden unterdrückt wird".

In derselben Zeit, in der in alten kapitalistischen Ländern die brutalsten Maßnahmen ergriffen werden, um die Gewerkschaftsbewegung zu knebeln, gerade im Hinblick auf die Vorbereitung des reaktionären Kreuzzuges gegen den Arbeiterstaat, hält der Referent für internationale Fragen auf einem sozialdemokratischen Parteitag es für notwendig, nicht gegen das englische Gewerkschaftsgesetz, nicht gegen das französische Mobilmachungsgesetz, nicht gegen das Streikverbot in Deutschland zu protestieren, sondern gerade gegen die „Unterdrückung" der russischen Gewerkschaften, der einzigen Gewerkschaftsbewegung der Welt, die sich frei entfalten kann und einen bestimmenden Einfluß nicht nur auf die Arbeitsbedingungen, sondern auf die gesamte Führung der Wirtschaft und des Staates hat. An diesen Ausfall reiht sich die Verurteilung der Methoden des Bolschewismus in China, der es gewagt hat, den chinesischen Arbeitern klar zu machen, was ihnen auch ohne den bolschewistischen Einfluß ihr Klasseninstinkt gesagt hätte, daß die nationale Befreiung ohne die soziale keine Befreiung für die Arbeiterschaft wäre. Natürlich stellt der edle Friedensfreund Crispien die englischen Kriegsprovokationen als ein Folge der bolschewistischen Politik in China hin. Danach ist klar, was es zu bedeuten hat, wenn nach dieser konzentrierten Antibolschewistenhetze auch mit einem Satz die Haltung der englischen Regierung verurteilt wird.

Irgendein positives Wort über den Kampf gegen die Gefahr des imperialistischen Krieges, gegen die schon begonnene Intervention in China, gegen die unmittelbar drohende Intervention gegen die Sowjetunion wurde nicht ausgesprochen.

Breitscheid hielt es für notwendig, in der Diskussion festzustellen, daß Stresemanns Politik weder kapitalistisch noch eine Politik der Arbeiterklasse sei, aber sie sei diktiert von „Verständigungstendenzen". Darum muß man Stresemann weiter unterstützen und ihn vor der Verbiegung seiner Linie durch die Deutschnationalen bewahren. Im russisch-englischen Konflikt proklamiert er noch einmal die „Neutralität".

Die Opposition der „Linken" war bei diesem Punkt der Tagesordnung womöglich noch jämmerlicher als bei den anderen Punkten, Es erhob sich keine Stimme für die proletarische Solidarität mit der chinesischen und der russischen Revolution. Petrich aus Gera, der die thüringische Kritik am Völkerbund und an der Stresemann-Politik vertreten sollte, trat den Rückzug an mit der Erklärung:

„Nachdem Breitscheid heute die Grenze gegen Stresemann deutlich gezogen hat, haben wir in diesem Punkt keine Differenzen mehr."

Der Parteitag hat – wie nicht anders zu erwarten war – die Anträge auf Wiederaufnahme der proletarischen Mitglieder, die wegen ihrer Tätigkeit im Dienste der proletarischen Einheitsfront ausgeschlossen wurden, glatt abgelehnt. Kein einziger Delegierter wagte ein halbes Wort zur Verteidigung der ausgeschlossenen Rußlanddelegierten. Kein einziger wagte es, die Frage der praktischen Zusammenarbeit mit den Kommunisten in den Tageskämpfen auch nur aufzurollen.

So konnte der Parteivorstand mit dem Bewußtsein eines vollen Sieges von Kiel abziehen. Wir glauben aber, daß der Sieg vom Standpunkt der Reformisten zu vollständig gewesen ist. Die Erfolge, die sich die Reformisten von der Koalitionspolitik versprechen, werden in Zukunft noch weniger als in der Vergangenheit blühen. Sogar der Reichstagspräsident Löbe hat darauf hingewiesen, daß die SPD nicht ihrem Wunsch gemäß, sondern durch den Fußtritt der bürgerlichen Parteien in die Oppositionsstellung gedrängt wurde. Was soll eine Politik, deren einziges Ziel die Koalition ist, den Arbeitern geben, wenn man aus Rücksicht auf künftige Koalitionen auf jeden Kampf für die Tagesforderungen der Arbeiter verzichtet und nicht [363] einmal die Koalition erreicht? Hilferding hat erklärt, daß der Arbeitslohn „ein politischer Lohn" ist. Die Arbeiter merken aber, daß trotz aller Theorien Hilferdings der Lohn im republikanischen Preußen auch nicht höher ist, als in anderen Bundesstaaten, wo es keine Weimarer Koalition gibt.

Wird der Teil der SPD-Arbeiter, die alles Heil von der neuen Regierungsbeteiligung erhoffen, aller Voraussicht nach nicht befriedigt werden, so gilt das in noch höherem Maße von den wachsenden Massen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, die sich von der Koalitionspolitik abkehren und ihrer Partei nur deshalb noch die Treue halten, weil sie glauben, daß die Partei den Weg zum Klassenkampf zurückfinden könnte. Der Sieg des Reformismus in Kiel war auch in diesem Sinne so vollständig, daß diese Illusion einen harten Schlag erfahren hat.

Hilferdings bange Frage, wie sage ich es meinen Funktionären, wird besonders peinlich für die oppositionellen Delegierten werden, die ihre Kapitulation auf dem Parteitag jetzt vor der Mitgliedschaft rechtfertigen sollen. Jenes „Dynamit", das nach dem Ausspruch von Nölting nicht erfüllte Versprechungen für eine Bewegung bedeuten, bedroht sowohl die rechten, als auch die linken Führer der SPD Denn die versprochenen Erfolge der Koalitionspolitik müssen ebenso ausbleiben, wie die versprochene Radikalisierung der SPD

Der Kieler Parteitag hat uns gezeigt, welch große Aufgabe der Kommunistischen Partei gestellt ist. Keine Richtung, keine Strömung in der SPD kann dem dumpfen Drängen der zum Klassenbewußtsein erwachenden sozialdemokratischen Arbeiter Ausdruck geben, wenn wir dieser Bewegung nicht Ziel und Richtung zeigen. Die proletarische Opposition in der SPD, die auf dem Kongreß der Werktätigen ihre Stimme erhoben hat, fand auf dem Parteitag keinen Ausdruck. Die Arbeiter der SPD, die entschlossen den Weg des Klassenkampfes gemeinsam mit dem revolutionären Proletariat gehen wollen, werden aus dem Kieler Parteitag die Lehre ziehen, daß die Führer auf diesem Wege nicht in ihrer Partei zu suchen sind.

*

Der Kapitalexport in der Weltwirtschaft[*)]

E. V a r g a.

Die Profitrate reguliert nicht nur den Zustrom des Kapitals zu den einzelnen Wirtschaftszweigen, sondern auch dessen geographische Wanderung. Kapital wird im Ausland angelegt, wenn die Aussicht besteht, eine höhere Profitrate zu erhalten. Nicht, weil es absolut unmöglich wäre, Kapital im Inlande zu akkumulieren, ohne „Vorstoß in den nichtkapitalistischen Markt", sondern weil Aussicht auf höheren Profit besteht, wird Kapital exportiert. Auch alle anderen Momente, die als Zweck des Kapitalexports angeführt werden: Sicherung des Rohstoffbezuges, Zugänglichmachung der

[*)] Erscheint gleichzeitig in dem russischen Organ „Ekonomitscheskaja Schisn".

natürlichen Reichtümer eines Landes, Sicherstellung industrieller Absatzbasen usw., haben die erhoffte höhere Profitrate als bewegendes Motiv!

Zwei Einschränkungen sind hierbei zu machen: Wenn Profitinteressen der Gesamtbourgeoisie in Frage stehen, wie z. B. bei Kriegsvorbereitungen, kolonialen Ausdehnungsmöglichkeiten usw., übt die Regierung als Vertreter des Gesamtinteresses der Bourgeoisie oft einen Druck auf einzelne Schichten der Bourgeoisie, z. B. das Bankkapital aus, um Anleihen an gewisse Länder zu geben, was sie, rein vom industriellen Profitinteresse geführt, nicht tun [364] würden: vor dem Kriege waren die Riesenanleihen des zaristischen Rußlands in Frankreich, während des Krieges die interalliierten Kriegsanleihen Beispiele hierfür.

Neben der Höhe der zu erwartenden Profitrate spielt die S i c h e r h e i t der Kapitalanlage eine große Rolle. Daher fordert das Kapital in von Revolutionen oder Kriegen bedrohten Ländern eine höhere Profitrate als in Ländern, wo der Bestand des kapitalistischen Gesellschaftssystems vollkommen sicher zu sein scheint, wenigstens für die Kapitalisten. Das Moment der Sicherheit, das „Risikomoment“ wird hierdurch Bestandteil der Höhe der Profitrate, insoweit diese als Regulator der Kapitalwanderung wirkt[*]. Umgekehrt wirkt die Tatsache der bereits erfolgten Kapitalanlage in einem Lande als Ursache für die Gesamtbourgeoisie, die bürgerliche Gesellschaftsordnung in dem betreffenden Lande – auch mit Gewaltanwendung, auch durch Verwandlung desselben in eine Kolonie, sicherzustellen.

„D i e N o t w e n d i g k e i t d e r K a p i t a l a u s f u h r wird dadurch geschaffen, daß in einigen Ländern der Kapitalismus „überreif“ geworden ist und dem Kapital (unter der Voraussetzung des Zurückbleibens der Landwirtschaft und der Armut der Massen) ein Spielraum für „rentable“ Betätigung fehlt.“

(Lenin: Der Imperialismus, S. 57 der deutschen Ausgabe)

Die geänderte Richtung des Kapitalexports

Das Zentrum des Kapitalexports waren vor dem Krieg die westeuropäischen Industrieländer: England, Frankreich, Holland, Belgien, Schweiz, Deutschland. Es waren die Länder mit dem niedrigsten Zinsfuß, der höchsten organisierten Zusammensetzung des Kapitals, wo die Grundrente den höchsten Anteil am jährlichen Wertprodukt in Anspruch nahm und wo die Profitrate (von den kolonialen und internationalen Ueberprofiten abgesehen) am höchsten war. Der Kapitalexport nahm die Richtung nach den jungen auf einer niedrigeren Stufe der kapitalistischen Entwicklung stehenden Ländern.

„I n d i e s e n r ü c k s t ä n d i g e n L ä n d e r n i s t d e r P r o f i t g e w ö h n l i c h s e h r h o c h; d e n n e s g i b t d a w e n i g K a p i t a l; G r u n d u n d B o d e n s i n d v e r h ä l t n i s m ä ß i g b i l l i g, d i e L ö h n e n i e d r i g u n d d i e R o h s t o f f e w o h l f e i l. Die Möglichkeit der Kapitalausfuhr wird dadurch geschaffen, daß eine Reihe rückständiger Länder bereits in den Kreislauf des Weltkapitalismus hineingezogen ist, die Hauptverkehrslinien der Eisenbahnen bereits gelegt oder in Angriff genommen, die elementaren Bedingungen der industriellen Entwicklung gesichert sind usw.“ (Imperialismus, S. 57.)

Die großen Aenderungen in der Richtung des Kapitalexports der letzten Jahre sind:

1. d e r U e b e r g a n g d e s Z e n t r u m s d e s K a p i t a l e x p o r t s v o n W e s t e u r o p a n a c h d e n V e r e i n i g t e n S t a a t e n;

2. d a ß d e r K a p i t a l e x p o r t n i c h t m e h r a u s s c h l i e ß l i c h nach den „jungen“ Ländern geht, sondern n a c h L ä n d e r n, d i e f r ü h e r s e l b s t K a p i t a l e x p o r t l ä n d e r e r s t e n R a n g e s w a r e n: F r a n k r e i c h, D e u t s c h l a n d u n d B e l g i e n;

3. daß eines der größten früheren Kapitalimportgebiete, überhaupt das potentiell größte Kapitalimportgebiet der Welt, die ein Sechstel der [365] Erdoberfläche umschließende Sowjetunion, als Kapitalimportgebiet tatsächlich ausgeschaltet ist.[**]

[*] In der Praxis gibt es noch andere Einschränkungen: Industriekapital sucht vor allem wieder Anlage in derselben Industrie, weil hier die Sachkenntnis als Faktor der Profitproduktion mitwirkt u. ä.

[**] Es kommt zwar einiges Kapital in Form von Warenkrediten nach der Sowjetunion; aber das ist kein echter Kapitalexport; die Beträge sind außerdem im Verhältnis zu der eigenen Akkumulation der Sowjetunion, wie auch im Vergleich mit dem nach anderen Ländern exportierten Kapital ganz belanglos.

Von diesen 3 Richtungsänderungen ist die erste eine bleibende; die Vereinigten Staaten haben in sprunghafter Entwicklung den Weg zur führenden imperialistischen Macht der Welt zurückgelegt, sie sind zu einem „überreifen“ kapitalistischen Land im Sinne Lenins geworden (obwohl manche Elemente eines Koloniallandes – sehr viel Boden pro Kopf der Bevölkerung – noch immer vorhanden sind). Es ist kaum ein Zweifel möglich, daß für die Periode, die der Weltkapitalismus noch zu leben hat, die Vereinigten Staaten das Zentrum des Kapitalexportes sein werden.

Was die zweite Richtungsänderung anbelangt, so ist diese nur eine vorübergehende Nachkriegserscheinung. Bei Frankreich und Belgien ist dies sicher: beide Länder werden in absehbarer Zeit aufhören, Importländer für Auslandskapital zu sein; werden ihre frühere Rolle als Kapitalexporteure alsbald wieder aufnehmen. Anders steht es mit Deutschland! Werden die Reparationsverpflichtungen in voller Höhe aufrechterhalten, so wird Deutschland auf weiteren Kapitalimport angewiesen sein, zumindest in absehbarer Zeit kein eigenes Kapital (wenn auch vielleicht geborgtes) exportieren können. Wenn aber der Dawesplan nach unten revidiert würde, so würde auch Deutschland alsbald wieder zu einem Kapitalexportland werden.

All dies natürlich nur unter der Voraussetzung, daß die relative Stabilisierung nicht durch einen neuen Weltkrieg oder durch. proletarische Revolutionen ihr frühzeitiges Ende erreicht!

Was die Ausschaltung der Sowjetunion aus der Reihe der Kapitalimportländer anbetrifft, so wird diese unseres Erachtens im Wesen unverändert bestehen bleiben; vielleicht wird sich der Zustrom von Auslandskapital etwas erhöhen, aber er wird gegenüber dem der Vorkriegszeit und der eigenen Akkumulation der Sowjetunion jedenfalls bedeutungslos bleiben. Der Gegensatz zwischen Kapitalismus und proletarischer Diktatur ist zu scharf, als daß eine grundlegende Aenderung möglich wäre.

Der Kapitalexport der letzten Jahre.

In den letzten Jahren gibt es – wenn wir von den kleinen neutralen europäischen Staaten: Holland[*)], Schweiz, Schweden (Zündhölzchentrust) absehen – zwei eigentliche kapitalexportierende Länder: die Vereinigten Staaten und England. Untenstehende Tabelle gibt über die Höhe des Kapitalexports einen annähernden Ueberblick. Es muß aber hierzu folgendes bemerkt werden:

Wenn wir unter Kapitalexport – wie es ökonomisch richtig ist – die Ueberführung jeglicher Art von Wert in ein anderes Land zwecks Verwertung als Kapital verstehen, so ist der Kapitalexport viel größer, als in der untenstehenden Tabelle dargelegt. Dieselbe enthält nur den „sichtbaren“ Kapitalexport: das heißt die Summe der Auslandsanleihen bzw. Aktienemissionen, die in dem betreffenden Land öffentlich aufgelegt wurden. Es gibt aber außerdem Kapitalexport in den verschiedensten Formen, z. B.:

Die Ueberweisung von kurzfristigem Leihkapital „Börsengeld“, von einem Lande in das andere. Steht der Zinsfuß in England höher als in New York, setzt sogleich ein Strom von kurzfristigem Anlage suchenden Geld von New York nach England ein.

[366] Warenkredite, die bei Lieferungen gegenseitig gewährt werden und deren Saldo tatsächlich Kapitalexport bedeutet.

Der Ankauf von ausländischen Wertpapieren in den Heimatstaaten derselben: eine Form, in welcher in den letzten Jahren sehr viel Kapital nach Deutschland und Frankreich exportiert wurde.

Der Ankauf von Liegenschaften: Häusern, Grundbesitz u. ä. durch ausländisches Kapital. (In der Inflationszeit wurden ganze Häuserblocks in Berlin von Amerikanern aufgekauft.) Wenn eine inländische Unternehmung ausländische Filial-Unternehmungen hat oder gründet, so kann sie Kapital in diesen anlegen, ohne daß diese Transaktion irgendwie nach außen in Erscheinung tritt.

Andererseits muß in Betracht gezogen werden, daß an der Zeichnung einer in Amerika aufgelegten Auslandsemission auch englische, holländische usw. Kapitalisten beteiligt sind, so daß nicht die ganze Summe als amerikanischer Export angesehen werden kann.

[*)] Die sichtbare Kapitalausfuhr Hollands belief sich 1925 auf 140; 1926 auf 282 Millionen Gulden.

Noch weniger sind diese Zahlen für die Höhe des Kapitalimports der einzelnen Länder bestimmend. Sie beziehen sich auf den Nominalbetrag der Emissionen: tatsächlich erhalten aber die Anleihe aufnehmenden Unternehmungen oder Staaten in der Regel 10 bis 30 Prozent weniger. Unter Pan-Kurs, Kommission der Banken, Stempelgebühr usw.

Kurzum, die folgenden Zahlen sind grobe Annäherungen, die uns für die Entwicklungslinie, nicht aber für die absolute Höhe der exportierten Summen maßgebend sind:

Neue sichtbare Kapitalanlagen in den letzten Jahren.

	Ver. Staaten*) Mill. Dollar	England**) Mill. Pfund
1913	–	180 (Schätzung)
1923	267	136
1924	1000	124
1925	1083	77
1926	1144	101

Von den anderen Ländern hat Frankreich Kapital exportiert, obwohl die Kapitalausfuhr in den letzten Jahren verboten war. Große Kapitalverschiebungen haben trotzdem stattgefunden:

„Da diese Kapitalverschiebungen auf verbotenen und ungesetzlichen Wegen erfolgt sind, ist es unmöglich, sie genau zu berechnen. Ihr Gesamtumfang für die Periode 1924, 1925, 1926 dürfte 30 Milliarden Fr. betragen“. (Wirtschaftsdienst 1926, Nr. 47, Seite 1637).

Es ist aber wahrscheinlich, daß diese „verschobenen“ Kapitalien, nachdem die Furcht vor der Kapitalabgabe und einem weiteren Sturz des Franc aufgehört hat, wieder in das Land zurückströmen.

Deutschland hat in den letzten Jahren wieder begonnen, Kapital zu exportieren. Der „sichtbare“ Kapitalexport betrug:

1926	I.	II.	III.	IV.	Vierteljahr
	7	8	16	36	Zusammen: 67 Mill. Mark

Dieser Kapitalexport ist noch sehr gering, zeigt aber von Vierteljahr zu Vierteljahr eine Verdoppelung***). Es ging zwar auch ein Kapitalexport in anderer Form vor sich: Warenkredite, Rußlandkredit, rumänischen Kreditplan, unmittelbarer Export von Kapital durch den Bau von Filialfabriken, Beteiligungen usw. Aber es sind bloß die ersten tastenden Schritte des seinen Weg noch nicht klar schauenden, in seinen Mitteln beschränkten, neuen deutschen Imperialismus. [367]

Das ökonomische Wesen des Kapitalexportes.

Die oben erwähnten Formen des Kapitalexports: Anleiheemissionen, Aktienkäufe, Ankauf von Liegenschaften usw. bilden nur die äußeren „finanziellen“ Formen des Kapitalexports. Oekonomisch bedeutet jeder Kapitalexport eine Ueberlassung von Wert an das kapitalimportierende Land. Dies geschieht vor allem in Warenform: ausnahmsweise in Gold; öfter auch in Form von Leistungen: Schiffsfrachten, internationale Handelsgewinne usw. Man muß sich hierbei vor Mißverständnissen hüten; viele glauben, das wesentliche sei, daß eine Anleihe gezeichnet, daß das „Geld“ zur Verfügung gestellt wird. Dies ist ganz falsch. Man kann Geld in seiner papiernen „natürlichen“ Form nicht aus dem Ausland importieren. Was könnte man auch damit im Inlande anfangen? (Wir schalten Perioden der höchsten Inflation aus, wo ausländische Noten im Inlande als Zirkulationsmittel und zur Schatzbildung dienen.) Der Gegenwert jeder Anleihe muß letzten Endes in Warenform ins Inland gelangen, wenn sie nicht zur Abgeltung „unsichtbarer Importe“, – d. h. Lasten aus der Schiffahrt, Kommissionen usw. – verwendet wird.

Lenin sagt im „Imperialismus“ folgendes†):

*) Commercial and Financial Chronicle 22. Januar 1927.
**) Economist (London) 1. Januar 1927.
***) Im Jahre 1926 nahm Deutschland 1517 Millionen Mark Anleihen im Ausland auf.
†) Seite 56.

„Für den alten Kapitalismus, mit der vollkommenen Herrschaft der freien Konkurrenz, war typisch der Export von Waren. Für den neuesten Kapitalismus, mit der Herrschaft der Monopole ist das Kennzeichnende der Export von Kapital geworden.“

Dies bedeutet aber nicht, daß Kapital nicht überwiegend in der ökonomischen Form von Waren exportiert und importiert wird. Die Unterscheidung Lenins bezieht sich auf etwas ganz anderes: früher wurden Waren als Waren exportiert, d. h. ihr Gegenwert floß in Form anderer Waren sogleich oder nach einigen Monaten in das exportierende Land zurück. Wird aber Ware als Kapital exportiert, so bleibt der Gegenwert im Ausland als Kapital für längere Zeit oder „für immer“ stehen. Der Zweck ist die Kapitalanlage im Ausland, nicht der Verkauf von Waren. Trotzdem kann aber der Gegenwert einer Auslandsanleihe nur in Warenform – unmittelbar, wenn die Anleihe gewährende Kapitalistengruppe die Waren selbst liefert, z. B. Eisenbahnmaterial, Kriegsmaterial usw.; mittelbar, wenn die Anleihenehmer formell zwar bares Geld erhalten – in das die Anleihe aufnehmende Land gelangen: mit Ausnahme von Gold und Leistungen.

Das ökonomische Wesen des Kapitalexports ist immer Warenexport mit dem Ergebnis, daß der Wert als Kapital im Auslande verbleibt. Daher ist auch die Höhe des jährlichen Kapitalexports aus den Daten der Handelsbilanz – mit Hinzurechnung der unsichtbaren Exporte – mit größerer Wahrscheinlichkeit zu errechnen, als aus den Anleiheemissionen.

Die Höhe der Auslandskapitalanlagen.

Ist schon die Bestimmung der Höhe des jährlichen Kapitalexports nur annähernd möglich, so zeigen die Schätzungen über den Bestand an ausländischen Kapitalanlagen Schwankungen bis zu 40 Prozent. Folgende Tabelle scheint uns der Wahrheit am nächsten zu stehen. (Die Zahlen für die Vorkriegszeit sind im allgemeinen etwas niedriger, als die von Lenin angegebenen, der andere Quellen benutzt hat.[*)] [368]

Kapitalanlagen im Auslande.

	1913	Ende 1926	
England	3800 Mill. Pfund[6)]	4482 Mill. Pfund[1)]	(ohne interalliierte Schulden)
England	–	ca. 5000 Mill. Pfund	(mit interalliierten Schulden)
Ver. Staaten	2625 Mill. Dollar[7)]	13.000 Mill. Doll.[2)]	(ohne Kriegsschulden)
Ver. Staaten	–	18.874 Mill. Doll.[3)]	(mit Kriegsschulden)
Frankreich	38.500 Mill. Fr.[8)]	57.792 Mill. Fr.[4)]	= 12.000 Mill. Goldfranks
Deutschland	28.000 Mill. M[9)]	ca. 8000 Mill. M.[5)]	

[1)] Statist 9. April 1927, S. 602. [2)] Statist 9. April 1927, S. 602. [3)] Gegenwärtiger Wert der fundierten Kriegsschulden, 5prozentige Verzinsung gerechnet – 5874 Mill. Dollar (Moulton-Pasvolsky: World War Debt Settlements S. 97). [4)] Auf Grund des Börsenwerts der französischen Auslandspapiere. (Inform. Fin. 27. II. 1927.) [5)] Der Mac-Kenna-Bericht schätzte die deutschen Auslandsguthaben für Ende 1923 auf 7,75 Milliarden Mark. Seither fand eine Kapitalrückwanderung nach Deutschland statt; sie wurde aber wahrscheinlich durch neue Ausfuhr ausgeglichen. [6)] Schätzung von G. Paish für 1910. 3,2 Milliarden Pfund. [7)] Schätzung des Moody Investor Service. [8)] Schätzung Moulton: The French Debt Problem New York 1925, S. 329. [9)] Schätzung des Mac-Kenna-Berichtes.

Die Daten für Frankreich sind zu niedrig: selbst der vorsichtige Moulton errechnet sie auf Grund der Zahlungsbilanz höher, wobei nicht berücksichtigt wird, daß ein Teil der Profite im Ausland selbst akkumuliert wird, und daß in den Kolonien noch die Methoden der „ursprünglichen Akkumulation“ im Gange sind.

Mit allen nötigen Vorbehalten ergibt diese Tabelle folgende Tatsachen:

England hat noch immer die größte auswärtige Kapitalanlage.

Die Vereinigten Staaten sind auf dem Wege, England an ausländischem Kapitalbesitz zu überholen.

[*)] So schätzt die Kapitalanlage Frankreichs im Ausland im Jahre 1913: C. K. Hobson auf 45 Millionen Franc, F. J. Schmidt auf 65 Millionen Franc, H. G. Moulton auf 38,5 Millionen Franc. (S. Moulton: The French Debt Problem, S. 323 und 329.)

Die Auslandskapitalien Deutschlands und Frankreichs sind auf ein Bruchteil der Vorkriegszeit zusammengeschmolzen und bilden gegenüber England und Amerika unbedeutende Größen.

Die Bedeutung des Auslandskapitals für das Exportland.

Noch viel schwieriger ist es, den Ertrag des im Ausland angelegten Kapitals zu bestimmen. Die vorhandenen Schätzungen sind offenbar viel zu niedrig. Sie ziehen nur jenen Teil des Einkommens in Betracht, der nach dem „Mutterland" zurückfließt", nicht aber jenen Teil, der im Ausland verzehrt bezw. neuakkumuliert wird. Mit allen Vorbehalten geben wir daher folgende Daten wieder: [369]

Der Ertrag der Auslandskapitalien und das Verhältnis derselben zum Nationaleinkommen.

	Ertrag	Nationaleinkommen (1925)
England	270 Mill. Pfund[1]) (1926)	3800 Mill. Pfund[3])
Vereinigte Staaten	515 Mill. Dollar[2]) (1925)	70.000 Mill. Dollar

[1]) Schätzung des Board of Trade (Statist 29. Januar 1927, S. 159). Keynes schätzt den „unsichtbaren Export" Großbritanniens um 60 Mill. Pfund höher, als das Board of Trade (Wirtschaftsdienst 1926, Nr. 42, S. 1443). [2]) Statist 2517, S. 802. [3]) Economist 9. April 1927.

Wenn die Schätzung von 4482 Mill. Pfund für die ausländische Kapitalanlage Englands richtig ist, so muß der Ertrag weit mehr als 270 Mill. Pfund ausmachen: sind doch darunter Kautschuk, Tabak, Zink und ähnliches, wo das Kapital bis zu 40 Prozent jährlich abwirft. Bei einer sehr niedrigen Schätzung kann man 380 Mill. Pfund, also 10 Prozent des nationalen Einkommens, annehmen.

Wenn wir aber die Bedeutung des Kapitalexports richtig einschätzen wollen, so dürfen wir den Ertrag nicht mit dem Gesamteinkommen, sondern mit der im Inlande angeeigneten Profitsumme vergleichen. Wir wollen hier wegen Raummangels keine detaillierten Berechnungen anstellen: es scheint uns aber, daß der Ertrag des Auslandskapitals ungefähr ein Drittel der Inlandsprofitsumme ausmacht: Dies ist der Grund, weshalb England in der Verteidigung der kolonialen Ausbeutung an erster Stelle steht.

*

Mussolini, ein Vorkämpfer der „Wirtschaftsdemokratie"

Zur faschistischen „Magna Charta der Arbeit".

Von Karl Becker.

In der faschistischen Presse und den offiziellen Kundgebungen der Regierung Mussolini wurde die „Charta del Lavoro" nach ihrer Verkündung am 21. April in überschwenglichster Weise als welthistorisches Ereignis, als der Ausdruck des Beginns einer neuen Epoche angepriesen. In der Kundgebung des Großen Faschistischen Rates zur Verkündung der Magna Charta wird diese als „das grundlegende Dokument der faschistischen Revolution" bezeichnet. Wörtlich heißt es in der Kundgebung:

„In dem Augenblick aber, wo diese ‚Charta' erlassen wird, die ein grundlegendes Dokument der faschistischen Revolution bildet, da sie die Rechte und Pflichten aller Produktivkräfte (damit sind Arbeiter und Unternehmer gemeint, d. Verf.) festsetzt, hält es der Große Rat für zweckdienlich, die Aufmerksamkeit des ganzen italienischen Volkes ebenso wie aller derjenigen, die sich in der Welt mit den jetzigen sozialen Fragen befassen, darauf zu lenken, da durch dieses Willens- und Glaubensbekenntnis das Regime der Schwarzhemden beweist, daß die Produktivkräfte unter sich versöhnbar und einzig durch Erfüllung dieser Bedingung fruchtbar sind."

In diesen Worten kommt die große Bedeutung zum Ausdruck, welche der italienische Faschismus diesem „grundsätzlichen" Dokument, d. h. seiner agitatorischen Verbreitung unter den Massen, beilegt.

Tatsächlich ist dieses Dokument die Zusammenfassung der Ideen und agitatorischen Phrasen, mit denen der Faschismus das Klassenbewußtsein der Arbeiterschaft töten und die brutale Unterdrückung der revolutionären Arbeiterbewegung durch eine ideologische Bekämpfung ergänzen will. Insofern ist dieses [370] Dokument auch für den klassenbewußten Arbeiter interessant und von einer gewissen Bedeutung. Insbesondere, wenn wir dabei untersuchen, ob nicht auch in der internationalen Arbeiterbewegung die Elemente der konterrevolutionären faschistischen Ideologie unter sozialistischer Flagge vorhanden sind.

Betrachten wir unter diesem Gesichtspunkt die faschistische Magna Charta der Arbeit etwas näher, so zeigt sich eine in manchen Punkten geradezu erstaunliche Uebereinstimmung der faschistischen Ideologie der Klassenversöhnung mit dem konsequentesten Ausdruck des Sozialpatriotismus der Zweiten Internationale, mit der Wirtschaftsdemokratie, als dem Ziel der Arbeiterbewegung. Hilferding hat auf dem Kieler Parteitag der SPD die Wirtschaftsdemokratie als das eigentliche Ziel der Sozialdemokratie, als die praktische Verwirklichung des Sozialismus proklamiert, nachdem die Führer des ADGB dasselbe bereits auf dem Breslauer Gewerkschaftskongreß getan haben.

Nehmen wir die wichtigsten Punkte der faschistischen Magna Charta der Klassenversöhnung und vergleichen sie mit den Grundsätzen der sozialdemokratischen Wirtschaftsdemokratie, und stellen dann fest, ob beide im Kern dasselbe sind.

Die wichtigsten Erklärungen der Magna Charta sind unter diesem Gesichtspunkte folgende:

Unter Punkt II heißt es:

„Die Arbeit ist in allen ihren intellektuellen, technischen und manuellen Formen eine soziale Pflicht. Aus diesem Grunde – und nur aus diesem Grunde – wird sie vom Staate geschützt. Die gesamte Produktion bildet vom nationalen Standpunkt aus eine Einheit; ihre Ziele sind einheitlich und gipfeln im Wohle der Produzierenden und in der Entwicklung der nationalen Macht.“

Dann unter Punkt VI und VII die Sätze über die gemeinsamen Rechte und Pflichten der Arbeiter und Unternehmer in der Wirtschaft zur Steigerung der Produktion. Die Korporationen, von denen darin die Rede ist, sind staatliche Organe, welche paritätisch unter Vorsitz eines Regierungsvertreters aus Vertretern der Unternehmerorganisationen und Arbeiterorganisationen (faschistischen Gewerkschaften!) gebildet würden. Die Parallele mit den von den Sozialdemokraten geforderten paritätisch zusammengesetzten Wirtschaftsräten liegt auf der Hand. Ueber die Aufgaben der Korporationen heißt es in der Magna Charta:

„Die gesetzlich anerkannten Berufsvereinigungen sichern die rechtliche Gleichheit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sie halten die Disziplin der Produktion und der Arbeit aufrecht und fördern deren Vervollkommnung.

Die Korporationen stellen die einheitliche Organisation der Produktionskräfte dar und vertreten in vollem Umfange deren Interessen. Kraft dieser lückenlosen Vertretung werden die Korporationen vom Gesetz als Staatsorgane anerkannt, weil die Interessen der Produktion nationale Interessen sind.

Als Repräsentanten der einheitlichen Interessen der Produktion können die Korporationen obligatorische Vorschriften über die Disziplin der Arbeitsverhältnisse erlassen, ebenso auch über die Anordnung der Produktion, sobald sie von den verbundenen Vereinigungen die notwendigen Vollmachten erhalten haben.“

„Aus dem Zusammenwirken der produktiven Kräfte (Unternehmer und Arbeiter) ergeben sich zwischen ihnen wechselseitige Rechte und Pflichten. Der Arbeitnehmer, gleichgültig, ob Techniker, Angestellter oder Arbeiter, ist ein aktiver Mitarbeiter am wirtschaftlichen Unternehmen, dessen Leitung dem Arbeitgeber zukommt, der dafür verantwortlich ist.“

[371] Unter Punkt IX wird das Recht des Eingriffes des (faschistischen-kapitalistischen) Staates in die Produktion unter Aufrechterhaltung des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln und der „privaten Initiative“ der Unternehmer proklamiert. Der Abschnitt lautet:

„Der Staat greift nur in die wirtschaftliche Produktion ein, wenn die private Initiative fehlt oder unzureichend ist, oder, wenn politische Interessen des Staates auf dem Spiele stehen. Dieser Eingriff kann die Form der Kontrolle, der Ermutigung oder der unmittelbaren Geschäftsführung annehmen.“

In Punkt XII und XIV kommen dann noch einige allgemeine Phrasen über die Entlohnung der Arbeiter, über deren Demagogie sich das Herz jedes Sozialpatrioten freuen muß. Sie lauten:

„Die Tätigkeit der Gewerkschaften, das vermittelnde Einwirken der korporativen Organe sowie das Urteil der Arbeitsmagistratur (Arbeitsgerichte) garantieren dafür, daß der Lohn den normalen Lebensbedürfnissen, den Produktionsmöglichkeiten und dem Arbeitsertrag entspricht.“

„Die Entlohnung muß in möglichst angemessener Form den Erfordernissen des Arbeiters und des Unternehmens (!) entsprechen.“

„Bei Akkordarbeiten müssen die Akkordlöhne so festgesetzt werden, daß der mit normaler Arbeitsfähigkeit begabte fleißige Arbeiter die Möglichkeit hat, ein über den Grundlohn hinausgehendes Verdienstminimum zu erzielen."

Die wichtigsten Punkte dieser faschistischen Ideologie zur Zersetzung des proletarischen Klassenbewußtseins sind:

1. Einordnung und Unterordnung der Arbeiterschaft in den kapitalistischen Staat (die „Nation") als unabänderliche und höchste Form der gesellschaftlichen Organisation.

2. Proklamation der Aufrechterhaltung des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln als ebenso unabänderliche und letzte Form der wirtschaftlichen Organisation, unter an den Klassenverhältnissen nichts ändernder Anerkennung des Eingriffrechtes des kapitalistischen Staates in die Wirtschaft.

3. Proklamation der Klassenversöhnung durch ein Gerede von „gemeinsamen Pflichten und Rechten der Arbeiter und Unternehmer" in demokratisch (paritätisch) zusammengesetzten Körperschaften (Korporationen, Wirtschaftsräten).

4. Die Förderung und Steigerung der Produktion in der kapitalistischen Wirtschaft wird den Gewerkschaften als wichtigste Aufgabe gestellt.

Es wäre nun festzustellen, ob die Sozialdemokratie – und auch die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer – zu denselben Konsequenzen gekommen sind, wie der italienische Faschismus, der sie in der Magna Charta der Arbeit zusammengefaßt hat. Wir könnten das einwandfrei beweisen aus der praktischen Politik der Sozialdemokratie und des ADGB, aus der Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspolitik, aus ihrer Stellung zur kapitalistischen demokratischen Republik als höchster Staatsform, ihre Ablehnung der Zerschlagung dieses kapitalistischen Staates. Gerade der Kieler Parteitag der SPD brachte eine scharf hervorgehobene Erklärung der Sozialdemokratie zur staatserhaltenden Partei in der kapitalistisch-demokratischen Republik.

Aber wir wollen zu jedem Punkt schwarz auf weiß niedergelegte Beweise dafür bringen, daß der Sozialpatriotismus und die Wirtschaftsdemokratie ebenso wie der Faschismus eine Ideologie zur Zersetzung und Ueberwindung des Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse sind und daß sie auch sachlich zu denselben Konsequenzen gekommen sind. Wir werden damit auch bei jedem, auch dem parteitreuesten sozialdemokratischen Arbeiter den Eindruck unmöglich machen, daß unsere Beweisführung nur eine Konstruktion sei und ihre Führer trotz Koalitionspolitik usw. doch noch für den [372] Sozialismus, für die Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und für den proletarischen Klassenkampf seien und arbeiteten (wie sie das in Versammlungsphrasen nach wie vor behaupten).

Zum ersten Punkt, zur Einordnung und Unterordnung der Arbeiterklasse im kapitalistischen Staat und zum Kampfe gegen den Sozialismus ein Zitat aus einem Artikel von Lothar Erdmann, dem Chefredakteur des theoretischen Organs des ADGB „Die Arbeit":

„Es ist ein gesunder Zug, daß in den sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Programmen der zukünftige d e u t s c h e S t a a t, selbst, wenn er nicht zum Paradies werden sollte, eine wichtigere Rolle spielt als der Z u k u n f t s s t a a t, d e r i m G r u n d e g e n o m m e n g e n a u s o e i n S t ü c k M e t a p h y s i k, e i n J e n s e i t s i s t w i e d e r c h r i s t l i c h e H i m m e l. Die starke Betonung des Endzieles im 8. Absatz des Heidelberger Programms (grundsätzlicher Teil) wirkt daher in seiner Unverbundenheit mit dem Aktionsprogramm wie ein F r e m d k ö r p e r. („Gewerkschaften und Sozialismus", „Die Arbeit", 2. Jahrgang, S. 664.)

Ein Bekenntnis zur Unterstützung, Förderung und Verteidigung des kapitalistischen „deutschen Staates" und eine Verhöhnung des Sozialismus als religiöser Illusion, wie sie auch Mussolini sagen könnte. Der Unterschied ist lediglich der, daß der Faschismus o f f e n in Worten und auch o f f e n mit brutaler Gewalt gegen den Sozialismus, für die kapitalistische Herrschaft kämpft, während die Sozialdemokratie die Agitation, wie auch die Gewaltanwendung (durch sozialdemokratische Minister, Polizeipräsidenten usw.) gegen den Sozialismus mit sozialistischen Phrasen umkleidet, wobei auch nationalistische Phrasen vorkommen, wie jene Worte, die Jäckel seinerzeit ganz im Stile Mussolinis im Organ des Textilarbeiterverbandes schrieb:

„Nur die demokratisch organisierte Wirtschaft wird Deutschlands Weltgeltung wieder heben und sichtbar machen."

Nun zum zweiten Punkt, zur Verteidigung des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln. Hierüber hat der Chefredakteur des ADGB-Organs „Die Arbeit" ganz deutlich geschrieben: Er sagt über das Privateigentum an den Produktionsmitteln wörtlich, daß „dessen Beseitigung in dem Maße an Bedeutung verliert, als dem privaten Verfügungsrecht über sie (durch die Wirtschaftsdemokratie) bestimmte Schranken gezogen werden." („Zum Problem der Arbeitsgemeinschaft", „Die Arbeit", Jahrg. 3, Seite 319).

Das ist eine klare Erklärung gegen die Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Das ist aufs Haar dasselbe wie das, was Mussolini in Italien macht. Seine paritätisch aus Vertretern der Unternehmerorganisationen und Gewerkschaften zusammengesetzten „Korporationen" und die Erklärung des Eingriffsrechtes des Staates in die Wirtschaft sind nicht mehr und nicht weniger Bluff zur Täuschung der Arbeiterklasse, wie es auch die paritätisch zusammengesetzten Organe (Wirtschaftskammern usw.) der sozialdemokratischen Wirtschaftsdemokratie in der bürgerlichen Republik wären. Der einzige Unterschied ist nur der, daß es dort unter faschistischer Flagge durchgeführt wird, während es hier unter bürgerlich-demokratischer durchgeführt würde, und daß in Italien die faschistischen Gewerkschaftsvertreter gemeinsam mit den Unternehmern in den Korporationen sitzen, während es hier die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer wären. Aber dieser Unterschied ist nicht größer wie der zwischen dem Rabbi und Mönch. Dieselbe Aufgabe, die der Faschismus für die Bourgeoisie durchführt, läßt diese dort, wo die sozialdemokratischen Koalitionspolitiker die Massen noch fest genug in der Hand haben, von diesen mit etwas weniger diktatorischen Methoden und dafür mit einigen sozialistischen Phrasen durchführen. Diese Aufgabe ist die Zersetzung des Klassenbewußtseins in der Arbeiterklasse, die Ablenkung vom Klassenkampf und die Unterdrückung der proletarischen Revolution.

[373] Der nächste Grundsatz der faschistischen Magna Charta, die Ablehnung des Klassenkampfes und die Proklamation der Klassenversöhnung auf dem Papier, wird ebenfalls bis zur letzten Konsequenz von der sozialdemokratischen Führerschaft vertreten. Lothar Erdmann bringt ihn in dem schon erwähnten Artikel „Gewerkschaften und Sozialismus" („Die Arbeit", Jahrgang 2) wieder am schärfsten zum Ausdruck. Er schreibt wörtlich von der Ueberwindung des Klassenkampfes als „gegenwärtige sittliche Aufgabe eines jeden, der als Verteidiger der wirtschaftlichen und kulturellen Interessen der Arbeiterschaft wie als Pionier des Sozialismus arbeitet". Die Ungleichheit des Besitzes werde keine Rolle mehr spielen, wenn die demokratische Gleichberechtigung auf allen Gebieten (außer dem des Besitzes an den Produktionsmitteln!) durchgeführt sei.

Wer will bestreiten, daß das, was die Faschisten sagen, genau dasselbe ist, wenn man an Stelle der Phrasen von der demokratischen Gleichberechtigung und dem Pionier des Sozialismus einige faschistische Phrasen setzt?

Nun zu dem letzten Hauptgrundsatz der Magna Charta, wonach die wichtigste Aufgabe der Gewerkschaften die Förderung und Steigerung der kapitalistischen Produktion ist. Hat die Sozialdemokratie auch diesen Standpunkt bis in alle Konsequenzen bezogen? Ihre Stellungnahme und Politik gegenüber der kapitalistischen Stabilisierung und Rationalisierung beweisen das bereits, trotz aller entgegengesetzten Phrasen. Aber auch hierzu ein Zitat. L. Erdmann sagt in einem grundsätzlichen Artikel zur Gewerkschaftspolitik der Sozialdemokratie („Die Arbeit", 2. Jahrgang, Seite 394/395):

„Ein größerer Gesamtertrag der Wirtschaft ist aber unter allen Umständen, auch unter dem fortbestehenden Kapitalismus, ein Ziel der Gewerkschaften, vielleicht sogar proportional dem wachsenden Einfluß der Gewerkschaften (durch ihre Lohn- und Arbeitszeitpolitik, wie durch unmittelbare Demokratisierung der Wirtschaft) auf die Wirtschaftsführung und auf die Verteilung des Ertrages, das allerbedeutsamste Ziel der Gewerkschaften. Die Gewerkschaften sind überzeugt, daß die Demokratisierung der Wirtschaft eine grundlegende Bedingung der Rationalisierung der Produktion wie eine Gebühr ihrer fortschreitenden Durchführung ist. Alle Maßnahmen, die auf eine Steigerung der Produktion abzielen, sind daher für die

Gewerkschaften von vitalem Interesse. An der „Ertriebswucht“ der Betriebe, an der Ergiebigkeit der Arbeit (lies: größtmöglichste Ausbeutung der Arbeitskraft) sind die Gewerkschaften genau so interessiert wie die Unternehmerschaft ... Neutrale Zonen, die das Gebiet der sozialen Kämpfe um des gemeinsamen Produktionsinteresses willen einschränken, sind unter den jetzigen Verhältnissen möglich, ohne daß die Interessen der Arbeiter zu kurz kommen.“

Hier wird also auch die Steigerung der kapitalistischen Produktion als das „allerbedeutsamste Ziel der Gewerkschaften“ bezeichnet, woraus sich die faschistische Konsequenz ergibt, daß die Zukunft des Proletariats nicht im Kampf um den Sozialismus, sondern in der Förderung der kapitalistischen Wirtschaft, in der Steigerung der kapitalistischen Produktion liegt.

Damit ist die vollständige Uebereinstimmung zwischen dem Faschismus und dem Sozialpatriotismus in den Zielen ihrer Politik in allen entscheidenden Punkten festgestellt.

In der Mainummer des theoretischen Organs des ADGB „Die Arbeit“ erschien ein Artikel zur Magna Charta von Italicus, in welchem in einer Weise zu diesem faschistischen Dokument Stellung genommen wird, die das von uns Dargelegte vollkommen bestätigt. In diesem Artikel wird von den Reformisten folgendes zur faschistischen Magna Charta gesagt:

„Aber – das muß jeder zugeben – darin liegt eben der Sinn dieser Arbeits-Charta: daß endlich ein Regime vieles annimmt und zu kodifizieren versucht, [374] was die Arbeiterorganisationen bis jetzt vergebens verlangt haben. (!)

Die Gewerkschaften, die zuerst verfolgt und dann zugelassen waren, sind jetzt eine gesetzliche Einrichtung. Die Kollektivverträge werden obligatorisch, die Schlichtungsbehörden und Arbeitsgerichte werden zu staatlichen Arbeitsbehörden. Und auf dem Gebiete der Arbeiterfürsorge werden Grundsätze verkündet, die jeder Gewerkschafter begrüßen muß. Wenn wir uns dann vom einseitigen Standpunkt der Arbeiterinteressen zum Standpunkt der allgemeinen Produktionsprobleme wenden, so muß man ebenfalls einen Fortschritt feststellen. Der ‚Staatsuntertan‘ wird nicht mehr als Bürger allein, sondern als Produzent behandelt. Die Organisation der Produktion wird nicht mehr als ein rein privates Unternehmen, sondern als eine Funktion im nationalen Interesse betrachtet. Eben deshalb wird nicht nur die Intervention des Staates bei Streitigkeiten zwischen Kapital und Arbeit verkündet, sondern dem Staate wird auch das Recht eingeräumt, sobald die Privatinitiative fehlt oder politische Interessen auf dem Spiel stehen, seine eigene Initiative an Stelle der privaten Initiative treten zu lassen und sogar die direkte Führung des Unternehmens zu übernehmen. Einer solchen Auffassung der Produktion und der Rechte des Staates gegenüber der Wirtschaft entspricht auch die Auffassung der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Unternehmern und Arbeitern; und der Grundgedanke der Arbeits-Charta ruht eben auf der Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Faktoren der Erzeugung.“

Es folgen dann einige sozialistische Phrasen, die die Verherrlichung der faschistischen Magna-Charta verschleiern sollen. Wir brauchen über die Bedeutung dieser Phrasen nichts mehr zu sagen. Auch kommt „Die Arbeit“ mit dem Argument, daß der Pferdefuß der ganzen Sache die Unterdrückung der freien italienischen Gewerkschaften und die Tatsache sei, daß die faschistischen Gewerkschaften (und nicht die freien) die Kontrahenten der Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern seien. Wir haben auf dieses Argument bereits in dem Vorhergesagten geantwortet.

Im übrigen zeigt diese Stellungnahme zur Magna Charta erneut, daß das Ueberlaufen d’Aragona’s und Konsorten zum Faschismus kein Zufall und keine persönliche Angelegenheit, sondern ein Ausdruck der engen Beziehungen des Sozialpatriotismus zum Faschismus ist. Diese Beziehungen der Arbeiterklasse zum Bewußtsein zu bringen, ist eine wichtige Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf gegen den Faschismus und seinen Wegbereiter, den Reformismus und Sozialpatriotismus.

*

„Spartakus im Kriege“

Von Paul Frölich

Genosse Ernst Meyer hat durch die Herausgabe der wichtigsten Kriegsflugblätter des Spartakusbundes[*)] der Partei einen großen Dienst geleistet. Zum Glück bricht immer mehr die Überzeugung durch,

[*)] „Spartakus im Kriege“. Die illegalen Flugblätter des Spartakusbundes im Kriege, gesammelt und eingeleitet von Ernst Meyer. Viva, Berlin 1921.

daß die Tradition unserer Partei für ihre innere Festigkeit und ihr Wirken nach außen eine Bedeutung hat, die nicht überschätzt werden kann. Vielleicht wäre manche schlimme Erfahrung vermieden worden, wenn die Parteimitgliedschaft durch rechtzeitige Veröffentlichung der Dokumente mit der Tätigkeit der linksradikalen Bewegung vor dem Kriege und gegen den Krieg eher schon vertraut gemacht worden wäre. Daß dies nicht möglich war, sieht jeder leicht ein, der die ungeheuren Aufgaben und Leistungen der Partei in den letzten acht Jahren abzuschätzen vermag. Aber, ob nun vermeidlich oder unver-[375]meidlich, dieser Mangel hat tatsächlich die gehässige Entstellung der Parteigeschichte, die schimpfliche Züchtung einer Parteilegende möglich gemacht, einer Legende, durch die ein heldenhafter Kampf in eine einzige große Verirrung umgedichtet wurde. Dieser beispiellose Vorgang in der Geschichte aller revolutionären Parteien wurde erleichtert gerade durch das, was der linksradikalen Bewegung zu um so größerem Ruhme gereicht, durch die Tatsache, daß sie nach dem katastrophalen Zusammenbruch der Sozialdemokratie ohne Organisation, ohne jegliche Erfahrung, unter dem ungeheuren Druck der Militärdiktatur, bei beständiger Zerstörung der organisatorischen Ansätze, illegal wirken mußte. Nur wenige konnten deshalb die Art und die Größe dieser Wirksamkeit richtig einschätzen. Ihre Kenntnis muß Gemeingut der Partei werden. Dazu wird das von Meyer herausgegebene Buch helfen.

Einige kritische Bemerkungen zur vorliegenden Ausgabe lassen sich nicht vermeiden. Es ist natürlich keine einfache Sache, illegale Literatur nach so langer Zeit richtig einzureihen, wenn man fast nur auf das Gedächtnis angewiesen ist. Auch bei Meyer sind einige Dokumente falsch datiert. Damit die Leser die nötigen Korrekturen vornehmen können, führen wir sie an.

Das Flugblatt „Hunger“ von Karski (Dokument 31) ist Winter 1916/17 datiert. Es ist im Juni 1916 erschienen. Die Parteichronik im „Taschenkalender für Kommunisten 1921“ verlegt die Herausgabe des Flugblatts auf März 1916. Der Inhalt zeigt aber, daß dies im Juni geschah. Namentlich weist darauf hin, daß von der 22monatigen Dauer des Krieges die Rede ist. Weiter die Bezugnahme auf die Hungerkrawalle im Monat Mai. Im Spartakusbrief Nr. 22 vom 12. August 1916 heißt es: „Die im Juni und Juli fleißig verbreiteten Flugblätter („Hundepolitik“, „Hunger“, „Steuerpolitik“, „Was ist mit Liebknecht?“, „Der U-Bootkrieg“) nährten die Kampfstimmung der Masse und gaben ihr klare politische Parolen. Ihre Verbreitung führte auch, Hand in Hand mit den Demonstrationen, zu zahlreichen Verhaftungen.“

Dokument 35 „Weniger Brot, keine Rechte, neue Steuern!“ ist frühestens im Mai 1918, keinesfalls im Sommer 1917 erschienen. Die 3-Milliarden-Steuervorlage kam im April 1918 heraus. Die preußische Wahlrechtsvorlage der Regierung wurde am 2. Mai 1918 vom Junkerparlament in zweiter Lesung abgelehnt.

Das Dokument Nr. 56 „Die rote Fahne über Kiel“ usw. ist nicht im Oktober, sondern am 6., vielleicht auch erst am 7. November 1918 geschrieben worden, denn es enthält die Skizzierung der Ereignisse bis zum 6. November.

Etwas bestimmtere Angaben als Meyer kann man über das Dokument 7 „Die Welt speit Blut!“ machen. Meyer verlegt es in den Winter 1914/15. Nach den in ihm angeführten Tatsachen (Auftreten einer französischen Opposition u. a.) kann es frühestens im März 1915 veröffentlicht worden sein. Das Dokument 20, „Unterseebootkrieg“ usw., ist im April erschienen (Tirpitz Sturz und Kapitulation vor Nordamerika). Wahrscheinlich schon im Dezember 1917 erschien das Dokument Nr. 46 Preußen in der Welt voran!“. Die Wahlrechtsvorlage wurde nämlich im November veröffentlicht.

Nicht ganz verständlich ist, warum Meyer die Leitsätze des Spartakusbundes, sein wichtigstes programmatisches Dokument, beschlossen auf der Konferenz vom 1. Januar 1916, nicht selbständig, sondern als Anhang zu der damals nicht veröffentlichten Schrift Rosas „Entweder – oder“ abdruckt. Die Leitsätze wurden zum ersten Male im Spartakusbrief vom 3. Februar 1916 und auch als besonderes Flugblatt veröffentlicht. Bei der Ansprache der Deputation der Groß-Berliner Genossinnen an den Parteivorstand vom 28. Oktober 1915 (Dokument 14) ist leider die damals veröffentlichte Einleitung weggelassen worden. Sie schilderte die Vorgänge bei diesen Verhandlungen und stellte den bürokratischen Hochmut des Parteivorstandes in das richtige Licht. Die beiden Anlagen zu den

Zirkularen vom 25. De-[376]zember 1916 und 13. Februar 1917, die sicherlich sehr interessant waren, sind offenbar verloren gegangen. Vielleicht lassen sie sich bei einem Genossen noch finden.

Die Sammlung beschränkt sich fast ganz auf die Wiedergabe der von der Leitung des Spartakusbundes herausgegebenen Flugblätter. Das ist zu bedauern. Selbst wenn die Publikation auf die Spartakusfraktion der linksradikalen Bewegung beschränkt bleiben sollte – beim Dokument 37 „Der rote Schrecken“ wurde auf diesen Grundsatz verzichtet – so hätten doch die wichtigsten Veröffentlichungen der Lokalorganisationen berücksichtigt werden müssen. Von Stuttgart und Duisburg liegt da sehr interessantes Material vor. Auch aus den anderen Bezirken, wo der Spartakusbund besonders aktiv war, wie Braunschweig und Sachsen, wird sich welches finden; hoffentlich wird in dem Bande „Revolutionsdokumente der Provinz“ die ihm gebührende Stellung eingeräumt. Mit Recht hat Meyer eine Reihe von Dokumenten abgedruckt, die schon aus anderen Zusammenstellungen illegalen Materials wieder bekannt geworden sind. Da diese Publikationen (Liebknecht, „Klassenkampf gegen den Krieg“; Drahn-Leonhard, „Unterirdische Literatur“) aus dem Buchhandel fast verschwunden sind, hätte man hier noch einige wichtige Schriftstücke übernehmen sollen, namentlich die Briefe von Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Karl Liebknecht an den „Labour Leader“ vom Dezember 1914. Im „Klassenkampf gegen den Krieg“ ist ein kleines Stück der Thesen Liebknechts über den Krieg abgedruckt, Sie haben für die Aktion Liebknechts eine wichtige Rolle gespielt. Sie liegen der Erklärung zugrunde, die er für die Kreditabstimmung vom 2. Dezember 1914 von der Reichstagsfraktion forderte, und damit auch der kürzeren Erklärung, mit der er seine Ablehnung der Kredite begründete. Sie bildeten auch die Grundlage seiner Versammlungsreden im Winter 1914/15. Aus dem noch nicht veröffentlichten Teil des Schriftstücks geben wir wenigstens den Schluß hier wieder:

„Wir warnen die Regierungen und die herrschender Klassen aller kriegführenden Länder vor der Fortsetzung des blutigen Gemetzels. Wir rufen das deutsche Volk und die Völker der anderen kriegführenden Staaten auf, sich zu erheben gegen den Wahnwitz, in dem sie ihr bestes Blut für ihre Ausbeuter und Unterdrücker verspritzen. Im Namen der Ausgebeuteten und Entrechteten fordern wir: ein Ende dem Völkermord! Wir hoffen, daß der Tag bald kommen wird, an dem die Proletarier im Felde erklären werden: Wir schießen nicht mehr aufeinander!, wo sie sich über die blutgetränkten Schlachtfelder die Hände reichen und die Macht des mordgebietenden Militarismus an dem Felsen der internationalen Brüderlichkeit zerschellt.

Indem wir Protest erheben gegen den Krieg, seine Verantwortlichen und Regisseure, gegen die kapitalistische Politik, die ihn heraufbeschwor, gegen die Annexionspläne, gegen den Bruch der belgischen Neutralität, gegen die Unmenschlichkeit der Kriegführung, gegen die Militärdiktatur, gegen die soziale und politische Pflichtvergessenheit, deren sich die herrschenden Klassen auch und gerade jetzt schuldig machen, lehnen wir die geforderten Kredite ab.“

Zu dem Protestbrief der Tausend (Dokument 12) erschien noch ein zweites als Flugblatt veröffentlichtes Schreiben an den Parteivorstand vom 3. Juli 1915. Es deckt das Täuschungsmanöver des Parteivorstandes auf, das er mit seiner Gegenaktion, der Kundgebung „Sozialdemokratie und Frieden“, unternommen hatte. Dieses Flugblatt zeigt ebenso wie der Protestbrief die Merkmale der Mitarbeit Mehrings und der Hanseaten.

In seiner Einleitung weist Meyer auf die Reichskonferenz der SPD vom September 1916 und das dort im Auftrag des Spartakusbundes von Käte Duncker gehaltene Korreferat hin. Diese Rede ist, wenn auch nicht ganz korrekt, bei Drahn-Leonhard, „Unterirdische Literatur“ abgedruckt. Aber noch nicht veröffentlicht sind die sehr wichtigen Erklärungen über die Stellung des Spartakusbundes zu dieser Konferenz und zur Parteitaktik [377] sowie das ebenso wichtige Rundschreiben der Spartakusleitung über die Konferenz, in dem namentlich die Abgrenzung gegenüber der Arbeitsgemeinschaft (USP) vorgenommen wird. Wir bringen diese Dokumente im Anhang zu diesem Aufsatz. Wie diese Erklärungen, so hätten m. E. auch die grundsätzlichen Erklärungen zum Gründungsparteitag der USP Ostern 1917 unbedingt aufgenommen werden müssen. Fehlen durfte ferner nicht das Flugblatt zur Reichstagswahl vom 14. März 1917 in Potsdam-Osthavelland. Mehring, der für den ausgestoßenen Liebknecht aufgestellt war, erhielt damals 5000 Stimmen gegen den Sozialdemokraten Stahl, der die

15.000 Stimmen des ganzen Kriegsblocks bis zu den Konservativen erhielt. Auch die einzige Parlamentsrede, die Mehring bald darauf im Landtag hielt, sollte nicht der Vergessenheit anheimfallen. Der Spartakusbund verbreitete auch (mit der Stichmarke seiner Leitsätze) das Manifest der 3. Zimmerwalder Konferenz in Stockholm (5.–12. September 1917). Sehr bedauerlich ist schließlich, daß Mehrings Brief an die Bolschewiki vom 3. Juni 1918 nicht vollständig abgedruckt wurde. Was Meyer zitiert, ist eine verstümmelte Rückübersetzung aus der „Prawda“, die seinerzeit von der sozialimperialistischen „Internationalen Korrespondenz“ vorgenommen wurde. Der richtige Text des Briefes findet sich im Mitteilungsblatt der Berliner USP vom 21. Juli 1918. Ebenso hätte der Brief Klara Zetkins an den Parteiausschuß der USP vom Frühsommer 1918 vollständig wiedergegeben weiden müssen. Es ist eine gründliche, rückhaltlose, schneidige Verteidigung der Bolschewiki gegen die Angriffe der USP-Presse, eine vollkommene Solidarisierung mit der Politik der Bolschewiki. Die Veröffentlichung dieses Briefes wäre um so erwünschter gewesen, als er den unerschütterlichen Beweis dafür erbringt, daß die Kritik Rosas an manchen Punkten der bolschewistischen Politik vom Spartakusbund nicht geteilt wurde. Dieser Brief ist seinerzeit vom Parteivorstand der USP ängstlich verheimlicht worden. Es wird sich wohl jetzt die Gelegenheit ergeben, ihn der Oeffentlichkeit vorzulegen.

Das sind einige Ausstellungen, die wir an der Sammlung „Spartakus im Kriege“ zu machen haben. Die Sammlung füllt nichtsdestoweniger eine bisher sehr fühlbare Lücke in unserer Kenntnis der Spartakusaktion während des Krieges aus. Durch die Schrift Liebknechts „Klassenkampf gegen den Krieg“, Rosa Luxemburgs „Juniusbroschüre“, Mehrings „Kriegsartikel“, die beiden Bände „Spartakusbriefe“ und die vorliegende Sammlung von Dokumenten ergibt sich ein fast geschlossenes Bild von den Leistungen, die unmittelbar von der Leitung des Spartakusbundes ausgingen. Wir sind also jetzt imstande, über diese Leistungen ein Urteil abzugeben, das sich nicht nur auf einige Zitate, sondern auf die Gesamttätigkeit des Bundes stützt. Wir haben die Absicht, eine solche Untersuchung im Zusammenhang mit den anderen linksradikalen Strömungen, Bremer Richtung, Berliner ISD, vorzunehmen. Hier genügt es zu sagen, daß auch die vorliegende Sammlung manche Schwäche in den theoretischen Auffassungen bloßlegt, z. B. in der Friedensfrage. Aber zugleich können wir die fortschreitende Klärung und die immer größere Bestimmtheit in den revolutionären Losungen feststellen. Auch am Spartakusbund hat sich die Erfahrung bewahrheitet, daß eine Partei sich an ihren wachsenden Aufgaben und durch ihr eigenes Handeln geistig entwickeln muß. Wer aber objektiv die Möglichkeiten und die Hindernisse während des Krieges beurteilt, der muß zugestehen, daß die kleine Schar um Spartakus während des Krieges in jeder Situation zur Entfesselung und Leitung der Massenbewegung das geleistet hat, was immer von ihr gefordert werden konnte. Und das wird die Grundlage für das Urteil der Geschichte sein. Die Bände „Spartakusdokumente“ bilden ein ehernes Denkmal für die Treue zum Proletariat, den revolutionären Willen und die alle Hindernisse überwindende Tatkraft, welche die Organisation beseelte, aus der unsere Partei hervorgegangen ist. [378]

*

Rundschreiben des Spartakusbundes

B e r l i n, 26. September 1916.

W e r t e r G e n o s s e!

In diesen Tagen wird wohl bei Ihnen die Berichterstattung über die Reichskonferenz stattfinden. Für den Fall, daß unsere Genossen den Referenten der Mehrheit und der Arbeitsgemeinschaft entgegentreten wollten, was selbstverständlich sehr erwünscht wäre, senden wir Ihnen die beiden von unserer Richtung auf der Konferenz vorgelesenen und zu Protokoll gegebenen Erklärungen. Die erste bringt unsere Einschätzung der Konferenz zum Ausdruck, die zweite unsere Stellung zu den allgemein politischen und internen Parteifragen.

Im besonderen machen wir Sie auf folgendes aufmerksam:

1. Während der Bericht der Rede Scheidemanns im „Vorwärts“ fast wortgetreu, derjenige von Haase nur mit kleineren Fortlassungen erschien, ist die Darstellung des dritten Referats, das die entschiedenste Opposition zum Ausdruck bringt, nichts als ein Zerrbild, was schon daraus ersichtlich,

daß die Rede, die über eine halbe Stunde dauerte, in 24 Zeilen zusammengefaßt ist. Ob die Zensur der Militärbehörden oder des PV (Parteivorstandes) daran schuld ist, konnten wir noch nicht feststellen. Auf Genauigkeit kann auf jeden Fall kein Satz des Berichtes Anspruch erheben. Diese Rede hat auch der Konferenz dank ihrem wuchtigen Inhalt und der konsequenten, alle Kompromisseleien ausschließenden Stellungnahme auch auf Gegner ihren Eindruck nicht verfehlt.

2. Sollten unsere Genossen bei der Berichterstattung den Mehrheitsmännern entgegentreten müssen, so wird ihnen wohl das bisher von uns herausgegebene Material genügend Stoff bieten. Dasselbe gilt auch von der Arbeitsgemeinschaft. Im besonderen ist dieser gegenüber es erwünscht, in der Diskussion eventuell folgende Momente hervorzuheben:

a) Das Zustandekommen der Konferenz als Reichskonferenz hat nur die Arbeitsgemeinschaft durch ihre Halbheit und Feigheit verschuldet (siehe darüber den vorletzten Absatz unserer Erklärung I).

b) Die Delegierten der Arbeitsgemeinschaft haben es unterlassen, auf der Konferenz von vornherein zu erklären, wie wir es getan haben (siehe Schluß der Erklärung I), daß sie sich an den Abstimmungen nicht beteiligen, wie das geboten war bei der statutenwidrigen Mache des PV. Erst am Ende der Konferenz mußte die Arbeitsgemeinschaft in dieser Beziehung der Logik unserer Erklärung nachgeben.

c) Die schönen Reden der Arbeitsgemeinschaftler auf der Konferenz sind Schall und Rauch, W o r t e und nur W o r t e, denen eine Reihe von T a t e n gegenübersteht, die von Halbheit und Unklarheit zeugen und in wichtigsten Grundfragen eine mit den Grundsätzen des Klassenkampfes und den Forderungen des internationalen Sozialismus nicht zu vereinbarende Auffassung zum Ausdruck bringen. Wir erinnern Sie im besonderen an die folgenden Fragen, in denen wir uns in schroffem Gegensatze zur Arbeitsgemeinschaft befinden:

1. die Landesverteidigungsfrage;
2. die Frage der Pflichten und Rechte der Internationale den Parteien in den einzelnen Staaten gegenüber, wie die ganze Auffassung des Wesens der Internationalen überhaupt;
3. die Frage der Deckung der Kriegskredite (Arbeitsgemeinschaft für Deckung durch indirekte Steuern, wir auch gegen direkte Steuern, wenn sie zu Kriegszwecken verwendet werden);
4. Bedeutung und Rolle der Massenaktionen als Kampfmittel;
5. was ganz besonders hervorzuheben ist, macht die Arbeitsgemeinschaft den Petitionsschwindel des PV mit (siehe unser letztes Flugblatt „Eine Petition gegen den Frieden“).

Dies nur einige von vielen Gegensätzen zwischen uns und der Arbeitsgemeinschaft.

d) Das ganze Schwanken und die Konfusion der Arbeitsgemeinschaft kommt besonders drastisch zum Ausdruck in dem Artikel des „V o r w ä r t s“ gerade aus Anlaß der Reichskonferenz (siehe Nr. vom 24., Leitartikel). Obwohl am Ende des Artikels behauptet wird, daß die Arbeitsgemeinschaft und die „Mehrheit“ mitsamt den Parteiinstanzen zwei entgegengesetzte Welten bilden, feiert der Anfang des Artikels die „Einigkeit“ mit dieser selben „Mehrheit“, was doch nichts anderes bedeutet, als „Einigkeit“ mit der Regierungspolitik und den bürgerlichen imperialistischen Parteien, von denen sich die Mehrheit nicht viel unterscheidet. Dieser Artikel ist bei der Diskussion ganz besonders auszunutzen.

Soweit über die Berichterstattung. Und nun zu den laufenden Angelegenheiten. Sie erhalten fast gleichzeitig den nunmehr gedruckten Spartacus. Wir bitten Sie d r i n g e n d nachdem Sie Einsicht genommen und die Sache im Kreise der Genossen besprochen haben, uns sofort wissen zu lassen, wieviel Exemplare bei Ihnen abgesetzt werden können, damit wir uns danach bei der Bestimmung der Auflage richten können.

D e r S p a r t a c u s i s t z u 1 0 P f e n n i g p r o N u m m e r z u v e r k a u f e n, wie dies von einem weiteren Kreise von Genossen beschlossen wurde. Es erübrigt sich, zu sagen, daß m ö g l i c h s t w e i t e Verbreitung an sichere Genossen erwünscht ist. Auf vielfachen Wunsch der Genossen im Reiche ist ferner eine Neuauflage der Junius-Broschüre in Aussicht genommen. Der Preis wird 50 Pfennig betragen. Wir bitten um Mitteilung, wie hoch der Bedarf an ihrem Orte zu beziffern ist.

Schließlich möchten wir Sie bitten, uns mindestens einmal monatlich einen genauen Bericht über den Stand der Bewegung am Orte, die internen Parteikämpfe und alles für uns Wichtige, was eventuell im Spartacus verwendet werden könnte, zu senden. Auch wollen Sie uns eventuell Ausschnitte aus der lokalen Presse schicken.

Angesichts unserer stets wachsenden und bereits sehr beträchtlichen Ausgaben für Druckschriften, Flugblätter usw. ist materielle Unterstützung seitens der Genossen aus dem [379] Reiche dringend notwendig, wenn wir weiterhin den Bedürfnissen sind Anforderungen entsprechen sollen. Falls Sie Sammellisten und Marken von uns haben, bitten wir um Abrechnung, andernfalls sind wir bereit, Ihnen eine Anzahl zukommen zu lassen. Abrechnung ist erwünscht vor Ende eines jeden Monats.

Wir hoffen, daß die Genossen im gemeinsamen Interesse in ständigem und regerem Briefwechsel mit uns bleiben werden.

Mit Gruß
A. Krumbügel[*].

Erklärung I.

Die auf dem Boden der Zeitschrift „Internationale“ stehenden Delegierten erklären zu Protokoll und stellen fest:

1. Die Reichskonferenz ist unter den einengenden Bedingungen des Belagerungszustandes zustande gekommen und kann daher den in der Partei herrschenden Ansichten nur den falschesten und entstelltesten Ausdruck verleihen. Der Belagerungszustand und die Zensur machen jede freie Erörterung der Politik der Parteiinstanzen in Versammlungen und in der Presse von vornherein unmöglich; der Belagerungszustand lastet, indem er die Anhänger der sogenannten Mehrheit innerhalb der Partei begünstigt und fördert, zugleich mit seiner ganzen Schwere auf den zur entschiedensten Opposition gehörenden Elementen, die durch Prozesse, Verhaftungen und Einberufungen ununterbrochen dezimiert werden.

Weiter ist die Wahl der Delegierten zur Reichskonferenz – entgegen den elementarsten Begriffen und entgegen den ausdrücklichen Forderungen des Parteistatuts bei allen sonstigen Wahlen – vielfach nicht von Mitglieder- oder Delegiertenversammlungen der einzelnen Wahlkreise vollzogen worden, sondern von den Vorständen oder von lokalen Parteiausschüssen.

Unter diesen Umständen ist es klar, daß die von der Konferenz zu fassenden Beschlüsse auch nicht die mindeste politische noch moralische Bedeutung haben können.

Die genannten Genossen erklären ferner:

2. daß auf Grund des Parteistatuts die Reichskonferenz keine rechtliche Zuständigkeit besitzt und folglich auch ihren Beschlüssen absolut keine parteirechtlich bindende Kraft beigemessen werden kann;

3. daß die Parteiinstanzen durch die oben gekennzeichnete Verfälschung der wirklichen Ansichten der Partei ein Vertrauensvotum für ihre den Parteiinteressen zuwiderlaufende Politik sich verschaffen wollen und somit als die Nutznießer des Belagerungszustandes und der Unterdrückung der öffentlichen Meinungsfreiheit auftreten;

4. daß die Veranstaltung unzweifelhaft den Zweck verfolgt, die Partei noch fester an die Regierungspolitik zu fesseln und sie auch in Zukunft zur Stütze und Helfershelferin des Imperialismus der herrschenden Klassen zu machen;

5. daß die Reichskonferenz durch eine etwaige Rechtfertigung der Politik des 4. August und ihrer Begleiterscheinungen die Grundlagen der bis dahin auf den proletarischen Klassenkampf aufgebauten sozialdemokratischen Politik untergraben und zur Lösung der Bande beitragen würde, die den Bestand und den Zusammenhang der Partei bedingen.

[*] Pseudonym von Leo Jogiches.

Die oben bezeichneten Delegierten stellen fest, daß sie auf der Reichskonferenz erschienen sind, um deren wahren Charakter vor den Genossen im Lande auf der Konferenz selbst zu entlarven, was notwendig wurde, nachdem die Arbeitsgemeinschaft nicht die Entschlossenheit und Konsequenz gefunden hat, die elementare Pflicht einer wirklichen Opposition unter den gegebenen Umständen zu erfüllen und der Veranstaltung gänzlich fern zu bleiben, um ihr dadurch vor aller Welt von vornherein den Stempel einer unverbindlichen privaten Zusammenkunft ausschließlich von Anhängern der „Mehrheit" – genauer der Regierungspolitik innerhalb der Partei aufzudrücken und dadurch der Konferenz auch äußerlich jede Bedeutung zu nehmen.

In Konsequenz der obigen Feststellungen halten es die genannten Delegierten für geboten, jede Beteiligung an den Abstimmungen – ausgenommen bei Fragen der Geschäftsordnung – abzulehnen, wobei sie sich das Recht vorbehalten, mündlich und durch schriftliche, für die breite Masse der Parteigenossen im Reich bestimmte Erklärungen zu Protokoll zu präzisieren.

Erklärung II.

Erklärung der auf dem Boden der Zeitschrift „Internationale" stehenden Delegierten:

1. Nach dem bisherigen Verlauf des Krieges sowie nach wiederholten Erklärungen der Regierung und aller bürgerlichen Parteien, liegt der imperialistische Charakter des Krieges so klar und unzweideutig zutage, daß nur absichtliche Täuschung der Volksmassen oder leichtfertiger Selbstbetrug diese Tatsache in Abrede stellen kann.

2. Die vom PV und der offiziellen Fraktion propagierte Parole des „Durchhaltens" qualifiziert sich demnach als eine Arbeit zur Verlängerung des Völkermordes im Interesse des bürgerlichen Imperialismus und ihre Verwahrungen gegen die Annektionen sind demnach als Beteuerungen betrogener Betrüger zu bewerten, die von einem Teil der eigenen Anhänger des PV. durch offene Bekennung der Annektionsbestrebungen entlarvt werden.

3. Die Proklamation des Burgfriedens und die gesamte Politik des PV und der Fraktion seit dem 4. August bedeutet die völlige Preisgabe des sozialistischen Klassenkampfes, des Parteiprogramms, der Parteivergangenheit, der Parteitagsbeschlüsse und der internationalen Kongreßresolutionen, und hat die Tendenz, die deutsche Sozialdemokratie in eine nationalliberal-soziale Partei zu verwandeln.

4. Durch diese Politik werden die Grundpfeiler des internationalen Sozialismus in ihrem Fundament zerstört und dadurch charakterisieren sich die angeblichen Bemühungen des PV, eine Verständigung mit den sozialistischen Parteien des Auslandes zustande zu bringen, als Heuchelei. [380]

5. Da die Sozialdemokratische Partei nur als Organisation des proletarischen Klassenkampfes bestehen kann und ihre Einheit nur in dem gemeinsamen prinzipiellen Boden des Klassenkampfes wurzelt, so führt die von den Parteiinstanzen und dem größten Teil der Parteipresse seit dem 4. August vertretene Politik naturgemäß zur Auflösung und Zerrüttung der Parteiorganisation.

6. Die lange Reihe von Gewaltakten, wodurch der PV. und seine Anhänger die Politik des 4. August der Gesamtpartei unter der Militärdiktatur oktroyieren wollen, einschließlich des infamen denunziatorischen Flugblatts gegen den politischen Demonstrationsstreik, zeigen klar, daß die Parteiinstanzen als Nutznießer des Belagerungszustandes ihre Aemter und Machtmittel, die sie von der Gesamtpartei erhalten haben, gegen die Gesamtpartei im Interesse einer Richtung, nämlich der national-liberal-sozialen, ausnutzen und zu diesem Behufe das Statut durchbrechen, Organisation und Parteieinheit zerrütten und der Anarchie preisgeben.

7. Insbesondere dient die neulich inszenierte „Friedensaktion" des PV durch Petition und polizeilich überwachte Versammlungen als ein Mittel, die Arbeiterschaft zu ködern und durch eine würdelose Scheinaktion von wirklichen Kampfaktionen abzulenken.

8. Angesichts alles dessen ist es dringende Pflicht aller Genossen, die auf dem Boden des Klassenkampfes und des internationalen Sozialismus stehen, in energischer Weise die Arbeiterschaft, entgegen der Politik der Parteiinstanzen, zum Kampfe für die Beendigung des Völkermordes durch wirksame Aktionen anzufeuern und zugleich für die Rettung der Partei von der Korruption und Zerrüttung durch die Politik der Parteiinstanzen und ihrer Anhänger zäh und unablässig zu wirken.

9. In dieser Sachlage ist es Aufgabe der parlamentarischen Vertreter, die sich zur Opposition zählen, mit der bisherigen Politik der Halbheiten, wie sie von der Arbeitsgemeinschaft befolgt wurde, zu brechen, auf jedem Schritt deutlich und öffentlich die verräterische Politik der offiziellen Fraktion zu brandmarken und die Parlamentstribüne unter rücksichtsloser Ausnutzung sämtlicher Mittel der Geschäftsordnung dazu zu gebrauchen, um der imperialistischen Politik der Regierung und der bürgerlichen Parteien systematisch die Maske vom Gesicht zu reißen, die Massen draußen von allen parlamentarischen Illusionen zu befreien und sie zum Kampf mit allen Machtmitteln aufzurütteln.

Einige Feststellungen

Die Besprechung des Genossen Paul Frölich veranlaßt mich zu einigen Feststellungen.

Genosse Frölich meint, daß noch einige andere, zum Teil bereits in anderen Publikationen abgedruckte Dokumente zweckmäßigerweise in dem Band „Spartakus im Kriege“ ihren Platz hätten finden können. Die Auswahl ist aber eine – A u s w a h l, was im ersten Satz meiner Einleitung ausdrücklich betont wird, und was mit Rücksicht auf den bereits sehr starken Umfang des Bandes notwendig war, Insbesondere habe ich davon Abstand genommen, bereits in dem Neudruck der Spartakusbriefe (2 Bände) enthaltene Dokumente nochmals abzudrucken, Außerdem beschränkte ich die Auswahl auf F l u g b l ä t t e r des Spartakusbundes; das wird auch im Titel und in der Einleitung ausdrücklich betont. Ich machte nur insofern eine Ausnahme, als ich zwei wichtige Zirkulare der Spartakuszentrale, die noch nirgends veröffentlicht wurden, und die für das Verständnis anderer Flugblätter notwendig sind, trotzdem aufnahm. Es ist selbstverständlich zweckmäßig, auch alle übrigen Dokumente des Spartakusbundes zu veröffentlichen. Aber solche Dokumente (Zirkulare, Briefe usw.) gehören nicht in eine Sammlung der Flugblätter, Einige davon habe ich bereits an anderer Stelle (Banner des Marxismus, Kommunistische Internationale) publiziert; andere werden noch als Anhang zu meiner „Geschichte der KPD“ erscheinen.

Genosse Frölich stellt aber an diese Flugblättersammlung Anforderungen, die man nur an eine allgemeine Dokumentensammlung stellen könnte.

Recht hat Genosse Frölich, wenn er feststellt, daß zwei von den 57 Dokumenten um einige Monate unrichtig datiert worden sind, und daß bei ein paar anderen Dokumenten sich noch eine genauere Zeitangabe, die bis auf Tage richtig ist, machen läßt.

Die ganze Sammlung dient natürlich nicht historisch-wissenschaftlichen Zwecken, sondern der Stärkung unserer Parteitradition und als Beispiel für revolutionäres Auftreten in Kriegszeiten, und hat daher heute besonders aktuelle Bedeutung. Ernst Meyer. [381]

LITERATUR

Fr. Engels: *Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen Philosophie*

(Verlag für Literatur und Politik, Marxistische Bibliothek, Werke des Marxismus-Leninismus, Band 3.)

Die Bourgeoisie hat namentlich in Deutschland als charakteristische Nachgeburt des Weltkrieges und als Symptom des historischen Untergangs ihrer Klasse eine eigenartige philosophische Richtung entwickelt – die „Lebensphilosophie“.

Diese „Lebensphilosophie“ ist jetzt in den breitesten Kreisen der „gebildeten Welt“ modern geworden. Der Name hat an sich keinen üblen Beigeschmack, wenn man bedenkt, daß die verschiedenen „Lebensphilosophen“ unmittelbar auf den „Untergang des Abendlandes“ von Spengler wie Pilze nach dem Gewitterregen auf gesprossen sind, und daß sie ihr letztes Heil bei dem Weisen aus dem Morgenlande, Rabindranath Tagore suchen.

Graf von Keyserling kann jetzt mit Recht den Anspruch erheben, das l e t z t e W o r t d e r b ü r g e r l i c h e n K u l t u r zu sagen, wenn er in seiner „Schule der Weisheit“ den andachtsvollen Jüngern den epochemachenden Unterschied zwischen „Geist“ und „Seele“ doziert und das neuentdeckte Elixier des Lebens von der hündischen Kanaille der bürgerlichen Journalistik mit amerikanischer Reklame ausposaunen läßt.

Geschäft ist Geschäft. Warum soll eine „Schule der Weisheit“ und das Handwerk eines Lebensphilosophen weniger einträglich sein als die Quacksalberkünste eines Cagliostro am Vorabend der großen französischen Revolution? Oder findet das historische Wesen der Bourgeoisie nicht seinen höchsten Ausdruck in einer Schwindelspekulation an der Börse, gleichviel mit welchen Artikeln – Tulpen, Aktien, politischer Ueberzeugung und philosophischer Einsicht.

In der Tat, die „Lebensphilosophie“ à la Keyserling mußte der letzte gangbare Artikel der Bourgeoisie auf dem philosophischen Markt werden.

Die bürgerliche Revolution In Deutschland, oder genauer der demokratisch-radikale Flügel der deutschen Bourgeoisie, hat am Vorabend von 1848 auch einen Denker hervorgebracht, der seine Philosophie „Philosophie des Lebens“ genannt hat.

Es war Ludwig Feuerbach. Er trat in offenem Gegensatz zu dem damals herrschenden Formelkram der Hegelei auf, er wollte an Stelle des übernatürlichen, spekulativen Begriffes, der „absoluten (weltentrückten) Idee“ den irdischen Menschen, wie er lebt und leiht, setzen. Er verlachte den „abgeschiedenen Geist“ der Hegelschen Philosophie, doch nie und nimmer, um dafür etwa eine reine, erhabene Seele einzutauschen, er ging konsequent zu dem sündigen Fleisch mit seiner Sinnenlüsternheit fort, zu der in allen Farben des Lebens sprühenden Materie.

Feuerbach war ein materialistischer Lebensphiloso ph. Revolutionär in der Bekämpfung jedes Aberglaubens und jeder religiösen Spukgestalt, radikal-fortschrittlich in seinen sozialen Ansichten, stand er auf dem Sprunge, sich dem proletarischen Kommunismus anzuschließen. Er war der Lehrer von Marx und Engels, das notwendige Bindeglied beim Uebergang von dem bürgerlichen (metaphysischen oder mechanischen) Materialismus zum dialektischen. Daran ist zu messen sein historischer Abstand von den jetzigen „Lebensphilosophen“, den Vertretern des schwärzesten Mystizismus, den Verehrern schmutzigster westöstlicher Mythenbildung, den Verfechtern der Kulturreaktion, die auf Schritt und Tritt mit den Pfaffen aller Weltteile liebäugeln.

Man kann sagen, der Abstand einer ganzen historischen Epoche liegt zwischen der materialistischen Lebensphilosophie, der Philosophie der revolutionären Bourgeoisie an den höchsten Punkten ihres Aufstiegs, und der idealistischen Lebensphilosophie der imperialistischen Bourgeoisie oder ihrer kleinbürgerlichen Ideologen, an dem tiefsten Punkte ihres Verfalls.

Marx und Engels mußten aber auch über die materialistische „Philosophie des Lebens“ Feuerbachs einen Schritt hinaus tun. Und es mußte natürlicherweise ein Riesenschritt sein. Der Materialismus in seiner höchsten proletarischen Vollendung, und somit als Ideologie der revolutionären Klasse, die die Geschichte hervorgebracht hat, konnte es nur sein, wenn er alle wissenschaftlichen Fortschritte und Errungenschaften der Menschheit in sich verarbeitet und zu einer wissenschaftlich begründeten Weltanschauung zusammengefaßt hat. Hier konnte es mit einer bloßen Gesamtvorstellung oder Anschauung, mit der künstlerischen Intuition, auf der Feuerbach seine Kritik des rationalistischen Idealismus Hegels aufgebaut hat, nicht getan sein, hier genügte die im letzten Grunde eine leere Behauptung bleibende Phrase von dem wirklichen, sinnlichen Menschen“, von dem „farbenprächtigen Leben“, von der „Natur oder „Gattung“ überhaupt keineswegs.

Nur mit der harten Mühe des „Begriffes“ konnte der Materialismus eine universale Wissenschaft werden, die Wissenschaft der Geschichte. Geschichte der Natur und Geschichte der Gesellschaft als einzige Wissenschaft, wie Marx in dem Feuerbach-Manuskript sagt.

Aber hierzu war in erster Linie notwendig, die ausgesprochen wissenschaftliche Methode anzuwenden, die Feuerbach mit Unrecht in Bausch und Bogen verdammt hat, die Methode der materialistischen Dialektik. Es galt hier, an Hegel und seine Leistung des begrifflichen Denkens anzuknüpfen, aber freilich, ihn vom Kopf auf die Füße zu stellen um nach Zerbrechung der idealistisches Schale den echten Kern für den Materialismus zu verwenden. Doch dies ist allgemein bekannt.

[382] In zweiter Linie handelte es sich um die Begründung der materialistischen Gesellschaftsauffassung. Hier war noch alles zu vollbringen, selbst die besten Denker der revolutionären Bourgeoisie

waren auf diesem Gebiete hilflose Utopisten geblieben, über die frommen Wünsche der Einbildung und des subjektiven Idealismus kamen sie nicht hinweg. Und Feuerbach selbst bekennt sich, was das „Wesen des Menschen“ und die menschliche Geschichte anbelangt, unverhohlen zum Idealismus. Den Materialisten wollte er nur rückwärts, aber nicht vorwärts beistimmen 1

Die N a t u r g r u n d l a g e der Entwicklung der Menschheit stand für ihn unerschütterlich fest, wie es jedoch mit dem eigentlichen „gesellschaftlichen Gebäude des menschlichen Wesens und Wissens“ sich verhielt, darauf konnte Feuerbach ebensowenig eine konkrete, positive Antwort geben, wie die französischen Materialisten des XVIII. Jahrhundert oder ihre unmittelbaren Nachfolger, die Utopisten des XIX. Jahrhunderts.

Auch hier blieb Feuerbach in den idealistischen Schrullen befangen, die bei ihm eine besondere sentimentale Note der Liebe, allgemeinen Sympathie, der wahren menschlichen Religion, Glückseligkeitsmoral usw. erhalten. Was, nebenbei bemerkt, ein besonderes Kennzeichen jeder „Lebensphilosophie“ ist, die sich aus der harten Wirklichkeit der Dinge in das luftige Reich der Romantik flüchtet.

Die materialistische Begründung der Gesellschaftswissenschaft zu geben, war Feuerbach nicht vergönnt, sagt Engels. Das lag in der Hauptsache daran, daß er selbst im Kampf gegen die Spekulation und Schwärmerei des Idealismus, ebenso wie die übrigen Linkshegelianer, nur auf dem i d e o l o g i s c h e n Boden sich bewegt und jeden epochemachenden Fortschritt der Menschheit durch die religiöse Brille sieht. Somit werden bei ihm alle Kämpfe der Geschichte zu luftigen Ideenkämpfen, überdies in ihrer bornierten religiösen Verbrämung, reduziert. Das hat wiederum zur Folge, daß die Feuerbachschen Auffassungen von der menschlichen Natur und Moral nur insoweit einen wenigstens äußerlichen Anstrich des N a t u r a l i s m u s beibehalten, als sie mit besonderen Etiketten der „Geschlechtsliebe“ , Freundschaft, Mitleid, Humanismus, Sensualismus usw. versehen werden. Und über alldem liegt bei ihm die starre, unhistorische Auffassung d e s Menschen“ überhaupt und einer menschlichen Gesellschaft, die gleichsam wie aus der Pistole geschossen, ohne jede gegensätzliche historische Entwicklung und Vermittlung die Verwirklichung des „wahren Menschen“, d. h. rein menschlicher Beziehung von Ich und Du, ermöglicht.

Von Klassengegensatz und Klassenherrschaft in der Gesellschaft hat Feuerbach keine Ahnung. Und so muß seine Lebensphilosophie den „totalen Menschen“, d. h. den von der Klassenteilung befreiten, zur höchsten Entwicklung seiner schöpferischen Kraft befähigten Menschen, notwendigerweise aus dem Nichts der Einbildung und der schwülstigen Phrase hervorzaubern. Die innere Tendenz der geschichtlichen Entwicklung war ihm verborgen. Sie mußte ihm verborgen bleiben, weil er die Zerstörung der verkehrten (religiösen) Welt der in Klassen gespaltenen Gesellschaft nur selbst aus der Vogelperspektive der Ideen, nicht von der materiellen Basis unternahm.

Diese Basis konnte nur die Oekonomik sein. Nur so konnte der Materialismus auch auf dem Gebiete der Gesellschaftswissenschaft zur Geltung gelangen. An die Produktion des materiellen Lebens, d. h. zugleich der gesellschaftlichen Verhältnisse und ihrer historischen Entwicklung an dieses entscheidende Bindeglied, das die Natur überhaupt mit dem vergesellschafteten Menschen verbindet, mußte angeknüpft werden, um in der Praxis der Industrie und der Technik alle idealistischen Schrullen aus den Angeln zu heben.

Diese Leistung hat der historische Materialismus vollbracht. Damit war der Ring der einheitlichen wissenschaftlichen Gesamtauffassung von Natur und Gesellschaft geschlossen, damit der dialektische Materialismus als Weltanschauung des Proletariats geschaffen.

Die theoretischen Eklektiker und praktischen Verräter aus dem Lager des kleinbürgerlichen Sozialismus wollen den Marxismus als Weltanschauung nicht gelten lassen.

Sie akzeptieren ihn entweder als Methode oder als beschränkte Gesellschaftswissenschaft (mitunter gar bloß als Oekonomie). Als ihre ureigenste „epochemachende“ Aufgabe betrachten sie die „philosophische Ergänzung“ des Marxismus. Und das geschieht bekanntlich in der Weise, daß man Marx mit Kant, Mach usw. zu „vereinbaren“ sucht. Ja, diese Vereinbarer und Versöhner von Beruf handeln konsequent, wenn sie den unverfälschten Marxismus dem Proletariat vorenthalten und ihm statt

dessen eklektische Bettelsuppen auftischen. Man muß doch der praktischen Koalition mit der Bourgeoisie auch einen theoretischen Ausdruck geben.

Das Proletariat wird mit Abscheu die philosophischen Lakaien der Bourgeoisie, die wie Max Adler in ihrer Liebedienerei bereits vor dem lieben Gott auf dem Bauch rutschen, zurückweisen. Es wird lieber aus dem reinen Born des Marxismus seine Weltanschauung schöpfen, denn diese Weltanschauung ist der geistige Standpunkt der menschlichen Gesellschaft, die das Proletariat durch gewaltsamen Sturz der Bourgeoisie verwirklichen wird.

Nur im Lager des proletarischen Kommunismus wird an dem dialektischen Materialismus, wie ihn Marx und Engels gelehrt haben, festgehalten. Die vorliegende Ausgabe des „Ludwig Feuerbach", des klarsten und populärsten Ausdruckes des philosophischen Marxismus, wird dazu beitragen, die revolutionäre Weltanschauung den breitesten Kreisen des Proletariats zu vermitteln. Ein Dank an dieser Stelle gebührt demnach dem Verlage für Literatur und Politik, der das Engelssche Werk in die Marxistische Bibliothek aufgenommen hat, und namentlich dem Herausgeber, Gen. H. Duncker, der es mit sachverständigen Noten erläutert und überdies mit einem Anhange versehen hat, der tatsächlich die wichtigsten Ausführungen unserer Altmeister über die materialistische Philosophie und ihre Entwicklung zusammenfaßt.

Ein immer größeres Interesse für die theoretischen Probleme macht sich in letzter Zeit unter der revolutionären Vorhut des Proletariats geltend. Es ist ein Beweis dafür, daß sie sich in der Tat gänzlich von der bürgerlichen Ideologie und den Flausen ihrer kleinbürgerlichen Träger befreien will. Die Waffe der Kritik wird uns helfen, auch die Kritik der Waffen besser handhaben zu können. M. J. [383]

*

Bericht der 2. deutschen Arbeiterdelegation

Die reformistischen Partei- und Gewerkschaftsführer fahren nach den Vereinigten Staaten, um das amerikanische Wirtschaftswunder zu bestaunen. Sie preisen die Segnungen der Dollarsonne und wollen dem deutschen Proletariat amerikanische Ausbeutermethoden schmackhaft machen.

Die deutschen Arbeiter schenken den Reden der Reformisten über das amerikanische Paradies nur mehr wenig Glauben. Die Werktätigen merken heute schon allzu deutlich, daß ihnen die Amerikanisierung der Wirtschaft nur verstärkte Ausbeutung und erhöhte Ausplünderung bringt. Dagegen wächst das Interesse aller Arbeitenden für die Sowjetunion. So sind in den letzten Jahren mehrere Arbeiterdelegationen – aus fast aller Herren Länder – nach Sowjetrußland gefahren, um sich mit eigenen Augen davon zu überzeugen, wie sich im heutigen Rußland das Leben der Arbeiter und Bauern gestaltet.

Zu den schon vorliegenden Berichten der englischen Arbeiterdelegation, der Frauen- und Jugenddelegation kommt jetzt ein stattlicher Band hinzu: Der Bericht der II. Arbeiterdelegation über Sowjetrußland. Er wurde unter dem Titel „Im Lande der roten Fahne" veröffentlicht[*)]. In ausgezeichneter Weise verbindet er eine lebhafte Schilderung mit gründlichem Studium und gründlicher Materialzusammenstellung über die russische Gegenwart.

Die II. Arbeiterdelegation reiste in einer Zeit durch Sowjetrußland, in der in England der riesenhafte Kampf der Bergarbeiter tobte. Die Delegierten spürten die Begeisterung und die leidenschaftliche Anteilnahme der russischen Arbeiter und Bauern in Stadt und Land. Die Spannung. die ganz Rußland in Atem hielt, und die Opferwilligkeit, die sich überall zeigte, ist der beste Beweis dafür, daß das russische Proletariat mit Herz und Hirn bei dem kämpfenden Weltproletariat steht. Das russische Proletariat demonstrierte die praktische revolutionäre Solidarität.

Die Delegation – die von allem Anfange an von den reformistischen Partei- und Gewerkschaftsführern heftig bekämpft wurde – setzte sich aus 45 sozialdemokratischen, 8 kommunistischen, 5

[*)] Im Lande der roten Fahne. Bericht der 2. Arbeiterdelegation über Sowjetrußland. Herausgegeben vom Verlag „Die Einheit", Berlin. Preis 1,– Mark.

christlich-sozialen, 1 Zentrumsarbeiter, 1 Demokraten, 4 parteilosen und 1 USP-Arbeiter zusammen.

Die Delegation reiste zuerst nach Leningrad, von hier nach Moskau. Sie besichtigte gründlich die wichtigsten Betriebe, die Rote Armee und die Rote Marine. Sie untersuchte die sozialen Einrichtungen, studierte die Körperkultur und das Schul- und Bildungswesen der Sowjetunion. Sanatorien und Erholungsheime, auch Gefängnisse wurden aufgesucht und in Augenschein genommen. Nicht zuletzt ließ sich die Arbeiterdelegation durch die führenden Politiker und Gewerkschafter über die wichtigsten Fragen des neuen Staates und seiner internationalen Beziehungen unterrichten. Mit dem Genossen Bucharin zum Beispiel entwickelte sich ein lebhaftes und gründliches politisches Gespräch. Die deutschen Arbeiter stellten ihm eine Reihe von Fragen, ganz aus ihren brennendsten Sorgen heraus, und Genosse Bucharin behandelte die angeschnittenen Probleme ausführlich.

Von Moskau aus reiste die Delegation in drei Gruppen weiter. Sie hatte sich geteilt, um auf diese Weise einen größeren Ueberblick zu bekommen. Eine Gruppe reiste nach Sibirien, eine nach der Krim, die dritte nach Transkaukasien.

Alle Gruppen stellten einmütig fest, daß auch auf dem flachen Lande, in den Dörfern, in den Gouvernementsstädten, – kurz, daß überall die Herrschaft des Proletariats fest verankert ist. Welch ein Gegensatz zu Deutschland! In Deutschland herrscht die Bourgeoisie, das Land wird politisch und wirtschaftlich immer mehr unterdrückt und geknechtet. In Sowjetrußland dagegen baut das Proletariat seine eigene sozialistische Wirtschaft auf. Die Stürme der Kriegs- und Bürgerkriegszeit, die Sabotageakte der bürgerlichen Spezialisten sind überwunden. Neue Industriezweige wachsen auf. Und Schritt für Schritt mit diesem Wachstum der Wirtschaft geht die Verbesserung des Lebensstandards der russischen Arbeiter und Bauern. Das russische Proletariat hat seine eigenen Sanatorien, die ehemals zaristischen Schlösser an der Krim sind heute Arbeiter- und Bauernsanatorien usw.

All das steht den Arbeiterdelegierten gerade nach ihrer Rückkehr nach Deutschland besonders deutlich vor Augen. Sie erkennen gerade in unserer bürgerlichen Republik die uneingeschränkte Diktatur der Bourgeoisie. Sie halten den Schwur, den sie den russischen Brüdern gelobten: Sie zeugen für das Werk des proletarischen Rußlands – sie kämpfen gegen alle Verleumdungen und Angriffe, die gegen die Sowjetunion geschleudert werden. H. L.

*

Leopold Ziegler: Zwischen Mensch und Wirtschaft

Einer aus dem Kreise des Grafen Hermann Keyserling ist ausgebrochen und produziert sich als der „Weise“, der alle Fragen der Gegenwart im Handumdrehen lösen – oder wenigstens viele Seiten darüber schreiben kann. Es ist der „Philosoph“ Leopold Ziegler, der ein Buch geschrieben hat, das den Titel „Zwischen Mensch und Wirtschaft“ (Reichl-Verlag, Darmstadt) trägt.

Ziegler muß zwar zugeben, daß er vom Wirtschaftsleben bis vor kurzem keine hatte („Früher erschien wir von sämtlichen Angelegenheiten der Menschheit die Wirtschaft als die untergeordnetste und langweiligste, ... und geistwidrigste“, Seite 16), trotzdem fällt es ihm nicht schwer, Marx zu beschimpfen und sofort einen „Ausweg“ aus der Misere unserer Tage bei der Hand zu haben.

[384] Gegen Marx schleudert er den bekannten Vorwurf, daß er den Klassenkampf durch seine „Konstruktionen“ verschuldet habe. (Seite 87.)

Diese Sorte von Marx-Töterei verdiente wahrlich nicht , daß wir von dem Buche überhaupt Notiz nehmen, Interessant ist aber, wie die heutige „geistige“ Bourgeoisie Deutschlands sich die Bewältigung der Kriegs- und Nachkriegsprobleme vorstellt. Die Theorie vom „Untergang des Abendlandes“ ist hinter den Ofen gestellt worden, – eine neue, lebenskräftigere soll die kläglich brennende Lebenskerze der deutschen Bourgeoisie neu beleben.

Deutschland ist nicht der Schöpfer des Neuen, doziert unser „Philosoph“, sondern Amerika. Warum? Weil es die Ideen Abbes übernommen hat, darum wird Amerika „in keineswegs utopischer

Zukunft das gelobte Land sein, wo es ... kein Proletariat mehr gibt.. .“ K e i n P r o l e t a r i a t m e h r? Wieso das? Ziegler doziert weiter: Amerika zahle hohe Löhne, die Proletarier werden Kleinbürger, ein Klassenkampf sei für diese Kleinbürger nicht mehr nötig. Alles ist in Butter: Die kapitalistische Gesellschaft besteht nur noch aus Bürgern.

Wir erlauben uns die kleine Frage: W e r wird dann a u s g e b e u t e t? Wenn an der Struktur der kapitalistischen Gesellschaft nichts geändert werden soll (was sich unser „Philosoph“ ausdrücklich zur Bedingung macht), wo bleibt dann die Klasse, die den M e h r w e r t erzeugt?

Ziegler versteht erstens nichts von den tatsächlichen amerikanischen Verhältnissen, zweitens aber hat er das Abc der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht begriffen.

Das er an dem b o l s c h e w i s t i s c h e n R u ß l a n d nicht vorbeigehen kann, ohne auszuspucken, wollen wir ihm gerne glauben L e n i n habe „versucht ... die bürgerliche Gesellschaft zu proletarisieren“. Wie klug! Natürlich sind Lenin und die Proletarier „tollwütig, haßschnaubend“, und von „kollektiver Hysterie“ befallen!

Polemisieren wir nicht weiter dagegen, Diese „philosophischen Weisheiten“ verlohnen nicht des Aufwandes, Festhalten wollen wir lediglich den geistigen „Aufschwung“ der deutschen Bourgeoisie. Ihre letzte Hoffnung ist, daß der reiche amerikanische Kapitalismus alle Proletarier zu Kleinbürgern machen und dadurch den Klassenkampf ausschalten wird. Mit der wirtschaftlichen und politischen Erkenntnis der Wirklichkeit hat diese „Theorie“ wirklich nichts zu tun! H. L.

Druckfehlerberichtigung[*]

In dem Artikel „Struktur lind Profitrate des deutschen Aktienkapitals“ von R. A n d e r s in Nr. 9 der „Internationale“ sind folgende Druckfehler zu berichtigen:

S. 268, letzte Zeile, vorletzter Abschnitt, hinter „Zentralisation“ hinzuzusetzen „und Dezentralisation“ – S. 269, 3. Tabelle, erste Zeile statt 74 Prozent 1 7 4 P r o z e n t. – S. 271: letzte Textzeile statt S. 6 ist gemeint S. 270. – S. 272, erste Tabelle, 3. Zeile soll heißen: e i n e r 50, Rest zusammen 50. Selbe Seite nach dem dritten Absatz fehlt: IV. – Und im vierten Absatz soll es nicht heißen „zu einer“, sondern zu i h r e r Beurteilung“. – S. 275 soll es heißen statt 1914: 1 9 2 5. Die Redaktion.

[385]

[*] Die Druckfehler wurden beseitigt. *KWF*

Die Internationale
Jahrgang 10 * Berlin, den 1 Juli 1927 * Heft 13

Die Ernte des Bürgerblocks

Berlin, 1. Juli 1927.

–ck. Die Sommertagung des Reichstages soll dem Bürgerblock die Ernte in die Scheunen bringen. Der Reden sind genug gehalten, die Großagrarier wollen endlich höhere Zölle, die Erzbischöfe Konkordate und die konfessionelle Schule sehen, Und zweifellos hat Reichsbannerkamerad Marx, in dem erhabenen Spaziergang an der Spitze der Fronleichnahmsprozession, nicht nur die Kerze gläubiger Inbrunst, sondern auch die Gewißheit besserer Dienste für seinen höchsten Gebieter in den Händen gehalten. Ueberschattet wird das innerpolitische Schachergeschäft um die Quote der höheren Ausplünderung der arbeitenden Massen durch die außenpolitische Zuspitzung, die die immer massiver werdende englische Einkreisungspolitik gegen die Sowjetunion gebracht hat. Zwar ohne Hautausschlag, aber mit merklich gedämpftem Trommelklang ist Stresemann von Genf zurückgekehrt, in dem er einen weiteren Schritt zum Anschluß an die westliche Zivilisation in Gestalt englischer Schiffsgeschütze gemacht hat, Und diese außenpolitische Zuspitzung ist für den Bürgerblock eine Mahnung, sich zu beeilen mit dem Pflücken der Früchte der schwarzblauen Vereinigung. „Denn was man schwarz auf weiß besitzt, kann man getrost nach Hause tragen.“ Trotz des Widerspruchs Hermann Müllers, des Fraktionsvorsitzenden der SPD, der das entscheidende politische Argument der Ferien kinderreicher Abgeordneten gegen die Durchpeitschungspläne des Bürgerblocks ins Feld führte, wird der Reichstag in wenigen Wochen die wichtigsten innerpolitischen Gesetze fertigstellen; nach diesen realen Sicherungen haben die Deutschnationalen die Absicht, zur Vorbereitung der nächsten Reichstagswahlen eine agitatorisch wirksamere Oppositionsstellung gegen die Außenpolitik Stresemanns zu beziehen.

Das letzte, was Stresemann in Genf tat, war die Verlesung des Expertenberichts über den Verlauf der Weltwirtschaftskonferenz. Wir wissen nicht, ob er die folgenden Schlußfolgerungen der handelspolitischen Resolution im Wortlaut mitgeteilt hat:

„In Anbetracht, daß die hohen und jederzeit veränderlichen Zölle, die von vielen Ländern erhoben werden, verderbliche Wirkungen auf Produktion und Handel ausüben;

daß es möglich ist, durch immer größere Erleichterungen für den internationalen Handel die wirtschaftlichen Grundbedingungen erheblich zu Verbessern;

daß die Zölle, obwohl sie der souveränen Gesetzgebung jedes Staates unterliegen, nicht allein nationale Interessen berühren, sondern einen großen Einfluß auf den Handel der ganzen Welt besitzen;

und daß manche Gründe, die zu einer Erhöhung der Zölle und zur Schaffung neuer Handelsbeschränkungen geführt haben, seit dem Kriege in weitem Maße verschwunden sind, und daß die Bedeutung anderer immer geringer wird;

[386] proklamiert die Konferenz, daß der Augenblick gekommen ist, jeder neuen Ueberschreitung der Zolltarife ein Ende zu setzen und sich in entgegengesetzter Richtung zu orientieren.“

Diese entgegengesetzte Orientierung beginnt der deutsche Bürgerblock mit einer Vorlage, nach der die Zolltarifnovelle vom 17. August 1925 um weitere zweieinhalb Jahre verlängert (bis 31. Dezember 1929) und die wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte durch erhebliche Zollerhöhungen verteuert werden sollen. So soll der Zoll auf Kartoffeln von 50 Pf. auf 1 M. gesteigert werden, wobei der im Handelskrieg mit Polen festgesetzte Kampfzoll von 2 M. unverändert aufrechterhalten bleibt. Die Zölle auf Schweinefleisch sollen von 21 auf 32 M., der Zuckerzoll von 10 auf 15 M. gesteigert werden. Diese Zollerhöhungen bedeuten eine gewaltige Verschlechterung der Lebenslage der arbeitenden Massen. Der Verbrauch von Zucker und Schweinefleisch, dieser hochwertigen und für den Haushalt des Arbeiters unentbehrlichen Lebensmittel, ist bereits in den letzten Jahren infolge der bisherigen Zollsätze in Deutschland pro Kopf der Bevölkerung weit hinter dem Konsum anderer Länder zurückgeblieben. Die Erhöhung der Kartoffelzölle, die den Preiswucher der ostelbischen Großagrarier steigert, ist für den Arbeiterhaushalt eine so schwerwiegende Maßnahme, daß sie einer erheblichen Verkürzung der Reallöhne gleichkommt.

Dabei haben die Handelsvertragsverhandlungen der letzten zwei Jahre bewiesen, daß die Hochschutzzölle die Anschließung von Handelsverträgen nicht erleichtern, sondern fast unmöglich machen. Ihr eigentlicher Zweck ist die verschärfte Ausplünderung der werktätigen Massen.

Eine Erhöhung der Industriezölle ist für diesen Sommer nicht vorgesehen. Die Gründe dafür, weshalb die Industrie eine solche Zollerhöhung zur Zeit nicht braucht, gab der volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Reichert auf der Tagung der deutschen Eisen- und Stahlindustrie am 14. Juni in Berlin bekannt. Nachdem er sich über das Dumping Frankreichs, Belgiens und Luxemburgs beklagt und den ‚unzureichenden" Zollschutz der deutschen Industrie bejammert hatte, erklärte er, daß die deutsche Industrie durch den internationalen Kartellschutz die Möglichkeit habe, diesen unzureichenden Zollschutz auszugleichen. Die längst beabsichtigte Erhöhung der Preise der wichtigsten industriellen Rohstoffe (Kohle und Eisen) wind die Methode sein, mit der die deutschen Industriellen auf die Erhöhung der Agrarzölle reagieren. Im Interesse der Fertigindustrie protestierte B o r s i g gegen die geplante Erhöhung, aber sein Protest wird von derselben Wirksamkeit sein wie die Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz in Genf zur Zollfrage.

So bedeutet die geplante Steigerung der Agrarzölle in Verbindung mit der Preiserhöhung für die Rohstoffe der Industrie den Beginn einer mächtigen Teuerung in Deutschland, die die Lebenshaltung der werktätigen Massen gewaltig verschlechtern und die Profite der Großagrarier und Schwerindustriellen steigern wird. Um diese Profite restlos in die eigenen Scheunen zu bringen, haben die Industriellen gleichzeitig mit der Ankündigung der Preiserhöhung eine erneute verschärfte Offensive gegen die Forderungen der Arbeiterschaft eingeleitet. Bereits in der Eröffnungsrede der erwähnten Tagung, der als Vertreter des Bürgerblocks Reichswirtschaftsminister C u r t i u s beiwohnte, erfolgte ein scharfer Vorstoß gegen die Sozialpolitik, „die sich nur ein ganz reiches Land leisten könne". R e i c h e r t beklagte sich über zu hohe Löhne; mit den bekannten gefälschten Statistiken der Unternehmer versuchte er, ein übermäßiges Anwachsen des Lohnkontos nachzuweisen. Der nächste Redner Direktor P o e n s g e n, teilte mit, daß man [387] sich in Leverkusen, bei der Aussprache deutscher und englischer Industrieller, auch über die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens unterhalten habe. Und er kam au der Folgerung, daß Deutschland absolut keine Veranlassung habe, dieses. Abkommen zu ratifizieren. Er forderte dann für den Bergbau eine Verlängerung der Arbeitszeit auf 8½ Stunden.

Gegenüber diesem Vorstoß des Bürgerblocks und der Industriellen hat der ADGB bisher nichts nur Mobilisierung der deutschen Arbeitermassen unternommen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion treibt gegen die Zollvorlage des Bürgerblocks dieselbe parlamentarische Scheinopposition, mit der sie im Sommer 1925 der großen Zollvorlage zur Annahme verholfen hat. Und die sozialdemokratischen Zeitungen sind glücklich, die Zollresolution der Weltwirtschaftskonferenz als wichtigstes Kampfmittel gegen die Ausplünderung der werktätigen Massen Deutschlands ins Feld führen zu können. Ist sie nicht ein Gottesgeschenk, diese Resolution? Entbindet sie nicht von der Notwendigkeit, das deutsche Proletariat zum außerparlamentarischen Kampfe gegen den Zollwucher, zum Sturze der Bürgerblockregierung auf zurufen? Wahrlich, wenn es keinen Völkerbund gäbe, man müßte ihn für den Hausgebrauch der Hilferding und Stampfer erfinden!

Die SPD hat auf ihrem Kieler Parteitag ein uneingeschränktes Bekenntnis zur Koalitionspolitik, d. h. zur Unterstützung der Bourgeoisie, abgelegt. Der Parteivorstand hat alle Versuche abgewehrt, die Partei in eine schärfere Oppositionsstellung gegenüber dem Bürgerblock zu bringen. So war der Ausgang des Kieler Parteitages in Wirklichkeit eine Unterstützung der Politik des Bürgerblocks. Um die Arbeiter über diese Tatsache hinwegzutäuschen, erklärte man mit tönenden Phrasen, daß man zwar nicht jetzt, aber bei den Reichstagswahlen 1928 den Bürgerblock stürzen wolle. Die Antwort des Bürgerblocks auf diese bedingte Unterstützungserklärung ist die Verstärkung des reaktionären Vorstoßes auf der ganzen Linie. Hilferding gab die Parole des Kampfes gegen die Kommunisten aus, deren Untergang er wieder einmal prophezeite. Stresemann variierte in Genf dieses Thema, und das einzige positive Ergebnis dieser Ratstagung sind neben den Abmachungen über die Fortsetzung der Einkreisungspolitik gegen Sowjetrußland die Feldzugspläne gegen die Komintern. Auch in Deutschland wird ein neuer Unterdrückungsfeldzug gegen die Kommunistische Partei vorbereitet. Den Auftakt bildet der neue Tschekaprozeß gegen revolutionäre Arbeiter in Stuttgart, zu dessen Durchführung

Niedner mit seinem ganzen Stab von Gerichtsräten und Spitzeln in die Gefilde Bazilles gezogen ist. Auch der Prozeß gegen die kommunistische Zentrale wird mit erneuter Energie betrieben, das Verbot des Roten Frontkämpferbundes in Dortmund war eine Abschlagszahlung an die Forderungen der reaktionären Presse nach Auflösung des RFB. So bereitet die deutsche Bourgeoisie den Feldzug gegen Moskau im Solde Chamberlains vor. Und so wird innenpolitisch und außenpolitisch an der Vollendung des Sieges der Konterrevolution gearbeitet, wobei die Sozialdemokratie die Aufgabe übernommen hat, durch ihre Scheinopposition die Arbeiter über den Vormarsch der Reaktion im Innern hinwegzutäuschen und durch pazifistische Phrasennebel die drohende Kriegsgefahr zu verhüllen.

Die Brücke von der sozialdemokratischen Scheinopposition zur reaktionären Bürgerblockpolitik bilden die Positionen in Preußen, an denen der sozialdemokratische Parteivorstand mit unverbrüchlicher Zähigkeit festhält, bilden die Paraden des Reichsbanners vor Hindenburg, in denen man das Reichsbanner auf seine vaterländische Aufgabe vorzubereiten versucht, bildet das republikanische Geschwätz des Reisepredigers Josef W i r t h, [388] den die Zentrumspartei mit dem Geschick jesuitischer Taktik dazu benutzt, um die Zentrumsarbeiter bei der Stange und bei den politischen Wachskerzen des Reichskanzlers M a r x festzuhalten.

Die sozialdemokratischen Arbeiter haben die wirkliche Bedeutung des Kieler Patreitages noch nicht erkannt, und die sogenannten Führer der Opposition versuchen, nach den Berichten in der Presse, alles, um ihre Niederlage in Kiel zu beschönigen und die einheitliche Auffassung der Partei unter dem Zepter des Parteivorstandes und im Zeichen der Hilferdingschen Theorie vom „Hineinwachsen in den Sozialismus“ zu betonen.

Aber auf die Dauer kann man den deutschen Arbeitern mit solchen Methoden den Ernst und die Zuspitzung der Situation nicht verschleiern. Die Bürgerblockpolitik selbst sorgt dafür, daß den Arbeitern die Notwendigkeit der Sammlung und des geschlossenen Aufmarsches zum Sturz dieser Regierung eingehämmert wird. Die Zollerhöhungen sind nur der erste Teil der reaktionären Ernte, die die Bürgerblockregierung in diesem Sommer in die Scheunen bringen will. Der neue Strafgesetzentwurf, das Reichsschulgesetz, eine Reihe sozialpolitischer Gesetze, darunter die Erwerbslosenversicherung, sollen den Zöllen unmittelbar folgen. Die Lebensinteressen des deutschen Proletariats verlangen, daß gegen diesen verschärften reaktionären Kurs alle Kampfkräfte aufgeboten und alle Kampfmittel, parlamentarische und vor allem außerparlamentarische, angewandt werden. Die Führerin in diesem Kampfe wird und muß die Kommunistische Partei sein.

*

Klara Zetkin – 70 Jahre

E. M. Am 5. Juli wird Genossin Klara Zetkin 70 Jahre alt.

Das Leben eines Menschen ist reich, wenn es dem Dienst einer Idee gewidmet ist. Klara Zetkin dient seit frühester Jugend der höchsten Idee, die der Mensch und eine Klasse besitzen kann: der Befreiung der Menschheit aus den Fesseln ökonomischer und politischer Sklaverei.

Klara Zetkin hat, gleich Franz Mehring, trotz ihres Alters jene jugendliche Fröhlichkeit, Kampfeslust und Siegesgewißheit, die nur die engste innerliche Verbindung mit der jungaufstrebenden proletarischen Klasse geben kann. Diese durch ein heißes Temperament verstärkte Verbundenheit mit dem Proletariat und seiner Partei macht Klara Zetkin immer jung, immer aufnehmend, immer lernend, allem Neuen zugänglich, nie erstarrend. Diese durch tiefes theoretisches Wissen gefestigte Verbundenheit macht Klara Zetkin zugleich so unbeirrbar, ohne Schwankungen, gradlinig in ihrer ganzen Tätigkeit.

Als Kind mit den Leidenden mitfühlend, in jungen Jahren sich allgemein für die Freiheit begeisternd, findet Klara Zetkin, die aus bürgerlichen Kreisen stammt, rasch den festen Pol der revolutionären Theorie, deren Erkenntnis auch völlig ihr praktisches Handeln bestimmt. Den Dank, den sie für das Proletariat empfindet, stattet sie ab in einer unerschütterlichen Treue zum Proletariat und seiner Partei.

Tausende von Führern, aus proletarischen oder bürgerlichen Kreisen stammend, verloren den Glauben an das Proletariat, wurden schwankend, verließen den Boden der marxistischen Theorie, liefen über in das Lager der Feinde. Klara Zetkin blieb immer im Lager der Revolution, hielt deren Banner hoch, wo selbst engste Freunde sanken oder abfielen, und war frei auch von dem Opportunismus, der in der stillschweigenden Duldung erkannter Fehler der eigenen Partei liegt.

Klara Zetkins Biographie auch nur zu skizzieren, hieße die Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung der letzten fünf Jahrzehnte schreiben. In der internationalen und in der deutschen Arbeiter-[389]bewegung stand Klara Zetkin mit Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Karski und Franz Mehring auf dem linkesten Flügel. Den Marxismus rein und unverfälscht zu erhalten, die Arbeiterpartei von allen Schlacken bürgerlicher Ideologie und Praxis zu befreien, – das galt Klara Zetkin immer als wichtigste Aufgabe. Sie war auch in Deutschland eine der ersten, die sich der persönlich so schinerzvollen Erkenntnis nicht entzog, daß die Versumpfung der II. Internationale unheilbar und der Bruch mit der von Marx und Engels, von Bebel und Liebknecht gegründeten Sozialdemokratie unvermeidbar war. Ohne Rücksicht auf die Instanzen, denen sie als Mitglied der Kontrollkommission in der SPD, als Leiterin der „Gleichheit“ und als Sekretärin der Fraueninternationale selbst angehörte, führte sie den Kampf gegen den Reformismus und Opportunismus in der Arbeiterbewegung. Auf den sozialdemokratischen Parteitagen gehörte sie zu den schneidigsten Gegnern des Revisionismus Bernsteins und Noskes bürgerlichem Patriotismus:

„Der Patriotismus der herrschenden Klassen ist konservativ, ist reaktionär; er hat nur ein Ziel: diesen Klassen das Vaterland als Domäne der Klassenausbeutung und Klassenherrschaft zu erhalten und diese Klassenausbeutung über die Landesgrenze hinaus auf das Proletariat anderer Länder auszudehnen.

Der Patriotismus des Proletariats ist dagegen revolutionär. Er geht von der Auffassung aus, daß das Vaterland erst im Kampf gegen den inneren Feind, die bürgerliche Klassenherrschaft, *erobert* werden, daß es *umgewälzt* werden muß, um ein Vaterland für alle zu sein.“ (Rede in Essen, 1907.)

Das bestätigte sie 1905, als sie mit hinreißender Begeisterung für die russische Revolution eintrat, wie 1914, als sie mit grimmigem Haß die Kaisersozialisten überschüttete, wie 1917, als sie sofort sich rückhaltslos mit der Sowjetregierung solidarisierte.

Als der Weltkrieg die Sozialdemokratie als eine imperialistische Partei entlarvte und die Arbeiter, verwirrt durch ihre Führer, den Massenmord passiv hinnahmen, rief Klara Zetkin, zusammen mit ihren engeren Freunden, als erste zur Besinnung und Umkehr auf. Sie organisierte auch die erste internationale Konferenz im Kriege, die Berner Frauenkonferenz vom Frühjahr 1915. Sie gehörte zu den eifrigsten illegalen Organisatoren der Spartakusgruppe und mußte dafür ins Gefängnis wandern. Sie war mit ganzer Seele dabei, als Rosa Luxemburg und Franz Mehring diese Zeitschrift „Internationale“ organisierten und lieferte selbst einen Beitrag für die erste Nummer (April 1915). Sie unterstützte mit Rat und Tat die Stuttgarter Organisation, die sich als erste in Deutschland von der sozialimperialistisch durchseuchten SPD organisatorisch trennte.

Während selbst kritisch gesonnene Sozialdemokraten auf Militärzensur und Parteivorstand Rücksicht nahmen, zeugten die weißen Zensurlücken der von ihr geleiteten „Gleichheit“ und ihre spätere Enthebung von ihrem Posten durch den Parteivorstand, daß sie eine unversöhnliche Gegnerin der Militärbehörden und ihrer sozialdemokratischen Helfershelfer war.

Sie gehörte auch in der USPD, der sich der Spartakusbund 1917 organisatorisch anschloß, um sie ideologisch besser bekämpfen zu können, zu den Elementen, die diese Partei voranzupeitschen versuchten.

In engster Verbindung mit Rosa Luxemburg behielt sie doch in Streitfragen ihre eigene feste Meinung. Während Rosa Luxemburg, schlecht informiert, sich im Gefängnis mit den Problemen der russischen Revolution abmühte, publizierte Klara Zetkin in der „Leipziger Volkszeitung“ Artikel mit uneingeschränkter Bewunderung für die Politik der Bolschewiki; und was dort die Zensur sie nicht sagen ließ, das faßte sie in einem Brief an eine USPD-Konferenz im Sommer 1918 noch deutlicher und entschiedener zusammen.

Klara Zetkin gehört nicht nur wegen ihrer Verbindung mit der Spartakusgruppe während der Kriegszeit zu den Gründern der Kommunistischen Partei Deutschlands. Die wichtigsten Publikationen des Spartakusbundes auch nach dem 9. November tragen neben denen ihrer engsten Freunde ihre Unterschrift. Und nur auf Anraten der Spartakus-Zentrale ist es zu-[390]rückzuführen, daß Klara Zetkin nicht schon am Gründungsparteitag der KPD teilnahm, sondern erst auf dem Märzparteitag der USPD die formelle Trennung vollzog, um möglichst breite Schichten der USPD-Arbeiter mit sich zu ziehen.

Seither steht Klara Zetkin in der Führung der KPD der Partei mit ihrem reichen Wissen, ihren gewaltigen Erfahrungen helfend durch Anregungen, durch Mitarbeit und die nicht weniger unentbehrliche Kritik.

Die besonderen Aufgaben, die Klara Zetkin für ihre revolutionäre Arbeit unter den Frauen und für Sowjetrußland übernommen hat, haben in Verbindung mit ihrem geschwächten Gesundheitszustand in den letzten Jahren ihre unmittelbare Mitarbeit in der deutschen Partei eingeschränkt. Aber auch von Moskau nimmt Klara Zetkin lebhaftesten Anteil. Ihre Hilfe erstreckt sich dabei in erster Linie auf die Fragen, denen sie neben ihrer allgemeinen revolutionären Tätigkeit stets die größte Aufmerksamkeit geschenkt hat: auf die Fragen der Arbeiterinnenbewegung und die Kultur- und Bildungsfragen, wozu in letzter Zeit noch die Fürsorge für die proletarischen Gefangenen getreten ist. Besonders auf den Gebieten der Frauenarbeit hat Klara Zetkin im wahren Sinne des Wortes bahnbrechend gewirkt und die Theorie und Politik des Marxismus selbständig angewandt und weitergebildet.

Bei jedem echten Revolutionär ist nationales und internationales Wirken untrennbar miteinander verknüpft. Wer könnte auch bei Klara Zetkin beides scheiden wollen?

Das, was Klara Zetkin in und für Sowjetrußland, durch und für die Arbeit in der Fraueninternationale, in der Roten Hilfe wirkt, – das bedeutet zugleich unentbehrliche Hilfe für die Kommunistische Partei Deutschlands.

Ob Klara Zetkin auch ihren 70. Geburtstag in Moskau, dem Herzen der revolutionären Bewegung feiert –, sie ist doch, dessen sind wir gewiß, ganz bei dem Proletariat Deutschlands, dessen Erfahrungen sich auch in ihrem eigenen Entwicklungsgang spiegeln.

Das deutsche Proletariat wird am 5. Juli über die Kreise der KPD hinaus Klara Zetkins in Ehrfurcht und Liebe gedenken. Und in die revolutionären Grüße unserer Partei mischt sich der Stolz, diese alte, jugendlich-lebendige, revolutionäre Kämpferin in ihren eigenen Reihen zu besitzen.

Gewissenhaft bis ins Kleinste, treu und opfermütig bis zur Selbstaufgabe ist Klara Zetkin das leuchtende Beispiel revolutionärer Pflichterfüllung.

*

„Zur Frage der Vaterlandsverteidigung“

(*Aus der Rede Klara Zetkins* auf *dem Essener Parteitag 1907*)

Die Mißstimmung in weiten Kreisen richtet sich nicht bloß gegen das, was N o s k e gesagt hat. Sie ist vielmehr vor allem ausgelöst worden durch das, was bei der Behandlung der Militärangelegenheiten durch unsere Fraktion nicht gesagt oder wenigstens nicht stark genug betont worden ist, Große Parteikreise haben sich nicht der Empfindung entschlagen können, als wenn die sozialdemokratische Kritik in der letzten Session weniger scharf und weniger frisch gewesen wäre als bei früheren Etatberatungen. Sie hat stark, allzu stark die nationale Solidarität betont. Sie hat dagegen mit keinem Worte ausgesprochen, daß es eine proletarische Klassenpartei gibt, die nicht vor den Grenzpfählen halt macht. Wir wollen nichts verheimlichen, wir wollen keine Zweifel darüber lassen, daß zwischen unserem Patriotismus und dem Patriotismus der herrschenden Klassen nicht ein Unterschied des Grades, sondern ein Unterschied des Wesens besteht. (Lebhafte Zustimmung.) Der Patriotismus der herrschenden Klassen ist konservativ, ist reaktionär; er hat nur ein Ziel: diesen Klassen das Vaterland als Domäne der Klassenausbeutung und Klassenherrschaft zu erhalten und diese Klassenausbeutung über die Landesgrenze hinaus auf das Proletariat anderer Länder auszudehnen. Der Patriotismus des Proletariats ist dagegen revolutionär. Er geht von der Auffassung aus, daß das Vaterland erst im Kampfe

[391] gegen den inneren Feind, die bürgerliche Klassenherrschaft, erobert werden, daß es umgewälzt werden muß, um ein Vaterland für alle zu sein. Schauen wir dem ins Gesicht, was die bürgerliche Auffassung Vaterland nennt. Es ist der moderne bürgerliche Nationalstaat. Wir verkennen absolut nicht die wichtige historische Bedeutung, welche der moderne Nationalstaat auch für die Führung des proletarischen Klassenkampfes hat. Wir wissen ganz gut, daß der moderne Nationalstaat der Boden ist, auf dem das Proletariat seinen Klassenkampf führen muß. Wir vergessen aber auch nicht, daß der gegenwärtige Nationalstaat der kapitalistische Klassenstaat ist, der seine Vorteile und Segnungen in erster Linie den ausbeutenden, herrschenden Klassen vorbehält. (Beifall.) Das Proletariat partizipiert an den materiellen und kulturellen Segnungen des nationalen Staates nicht, wie es ihm zukommt, aber sicherlich in steigendem Maße. Nur dürfen wir dabei nicht das eine übersehen: Das Proletariat erobert Zoll für Zoll, Schritt für Schritt das Vaterland im proletarischen Klassenkampfe. Es empfängt die nationalen Segnungen nicht kraft der mystischen Natur des Vaterlandes selbst und dank der vaterländischen Gesinnung der herrschenden Klassen, die ihre nationale Verwandtschaft mit dem Bruder Arbeiter entdecken, wenn sie seiner bedürfen. Nein, in dem Kampfe für das Vaterland, für den proletarischen Patriotismus gelten die Worte des alten Hildebrandsliedes: „Mit dem Speer soll, muß das Proletariat die Gaben des Vaterlandes empfangen, Spitze gegen Spitze. Nur im Klassenkampfe allein wird ihm das Vaterland zuteil, das ihm auch teuer ist. (Beifall.) Von dieser Auffassung durchdrungen, bewerten wir auch die internationalen Krisen ganz anders, als die bürgerlichen Klassen. Wir können gar nicht so blindlings als selbstverständlich die Versicherung abgeben, daß wir für den bürgerlichen Nationalstaat, für die Interessen der ausbeutenden Klassen die Flinte auf den Buckel nehmen und was wir im Falle eines Krieges unternehmen werden. Was wir tun und lassen, wird von den vorliegenden geschichtlichen Verhältnissen abhängen müssen. Der wichtigste Faktor aber, der für uns dabei ausschlaggebend ist, das ist die Kraft, die Reife des klassenbewußten, organisierten Proletariats. Sie werden wir mit aller Energie zur Geltung bringen, nicht wie es den Interessen der herrschenden Klassen angenehm und nützlich ist, nein, lediglich wie es dem proletarischen Klasseninteresse dient. Wir werden uns auf kein Mittel als Alleinmittel einschwören, das wir einzig gebrauchen müssen, wir werden aber auch kein einziges abschwören, das wir gebrauchen können. Der internationale Kongreß hat darüber keinen Zweifel gelassen. Er hat klar ausgesprochen, wie wir dem Militarismus gegenüber zu stehen haben. Wir haben ihn stets zu betrachten in seiner Zwiespältigkeit als Abwehrmittel gegen den äußeren Feind und als Herrschaftsinstrument zur Bändigung und Knechtung des „inneren“ Feindes. (Beifall.) Wir haben ihm keine Konzession zu machen, sondern müssen beständig an seiner Ueberwindung arbeiten. Zwei Wege führen zu dem Ziel, die wir beide gehen müssen. Der eine ist, daß wir unablässig an der Demokratisierung des stehenden Heeres arbeiten, in der Richtung zur allgemeinen Volksbewaffnung. Nicht, um das Vaterland wehrlos dem Feinde auszuliefern, nein, um das Vaterland wehrhaft zu machen. Der andere ist, daß wir den Militarismus von innen aushöhlen durch die Revolutionierung der Köpfe. Ein hoher Offizier soll gesagt haben, daß die Regierung keinen unpopulären, leichtfertigen Krieg mehr unternehmen könne weil die Reserve durch und durch sozialistisch durchseucht sei. Wir müssen dafür sorgen, daß die proletarische Jungmannschaft so vom sozialistischen Geiste erfüllt in die Kaserne kommt, daß sie ihrerseits unbrauchbar wird zum Kampfe gegen den äußeren Feind. Zu diesem Zwecke müssen wir die Bestrebungen zur sozialistischen Bildung, zur Organisierung der proletarischen Jugend unterstützen, wir müssen darauf hinwirken, daß diese von zartester Kindheit an auch im Hause durch die Eltern im sozialistischen Geiste erzogen wird. Bei der Erfüllung dieser Aufgaben aber sollen wir Frauen vorangehen.

Wir müssen unseren ganzen Einfluß aufbieten, unsere Kinder als Klassenkämpfer, als Streiter für die Befreiung des Proletariats zu erziehen. Dann [392] werden unsere Söhne auch im Waffenrock wissen, was sie zu tun haben. Und ich möchte den Staatsanwalt sehen, der Hunderttausende von Frauen den Prozeß wegen Hochverrats macht, wenn sie im Schatten des Heims ihre Kinder mit der heiligen Ueberzeugung erfüllen: Es gibt nur einen Feind, den wir alle hassen, und es gibt nur eine Freiheit, für die wir alle kämpfen und alle sterben!

(Stürmischer Beifall!)

Die Chinesische Frage auf dem Plenum des EKKI

Von N. L e n z n e r.

Das Plenum des EKKI trat ein halbes Jahr nach der VII. Erweiterten Exekutive, die erstmals die chinesische Frage in ihrem ganzen Umfange aufgerollt hat, zusammen, Während dieses halben Jahres sind in China riesige Ereignisse vor sich gegangen (die offene Intervention der Imperialisten, der Staatsstreich Tschang-Kai-Scheks usw.), die es notwendig machten, die Resolution der VII. Erweiterten Exekutive zu überprüfen. Bei der Ziehung des Fazits der Ereignisse des verflossenen halben Jahres konnte das Plenum denn auch mit vollem Recht feststellen, daß der Gang der Ereignisse die Grundlinie der VII. Erweiterten Exekutive in der chinesischen Frage vollauf gerechtfertigt hat.

Das Plenum stellte fest, daß die s t r a t e g i s c h e Grundlinie der VII. Erweiterten Exekutive – die Linie des nicht kapitalistischen Entwicklungsweges durch Vollendung der bürgerlichen Revolution – im Verlaufe des letzten halben Jahres neue Bestätigung erfahren hat. Das Plenum richtete infolgedessen seine Hauptaufmerksamkeit auf die taktischen Fragen der gegenwärtigen Etappe.

Unter Aufdeckung der einzelnen Fehler der KP. Chinas sowie unter Betonung der Notwendigkeit der stärksten Entfaltung der Massenbewegung, hat das Plenum gleichzeitig einmütig den Versuch der Opposition zur Revision der Linie der VII. Erweiterten Exekutive (auf der die Opposition sich mit keinem Worte zur chinesischen Frage geäußert hat) sowie den Versuch der Opposition, der leninistischen Linie der Komintern die Trotzkistische Linie unterzuschieben, zurückgewiesen.

1. D i e t a k t i s c h e L i n i e d e s E K K I b i s z u m S t a a t s s t r e i c h T s c h a n g-K a i-S c h e k s.

Die Opposition erhebt gegen das EKKI die Beschuldigung, daß das EKKI erstens die kommunistische Partei Chinas auf die Linie des Blockes der KP Chinas mit der chinesischen Bourgeoisie festgelegt hätte, was angeblich eine Revision des Marxismus und des Leninismus bedeute. Die chinesische Bourgeoisie unterscheide sich durch nichts von der europäischen Bourgeoisie und jeder, der sich auf die „Besonderheit“ der chinesischen Verhältnisse berufe, sei ein Opportunist; daß die KI zweitens die Kommunistische Partei Chinas in ein Anhängsel der Bourgeoisie und infolgedessen in ein Anhängsel von Tschang-Kai-Schek verwandelt habe, und daß das EKKI drittens Tschang-Kai-Schek dadurch unterstützt habe, daß es die Herausgabe der Parole des Aufstandes in Schanghai unterließ und daß die KP Chinas keinerlei Maßnahmen zur Verhütung des Staatsstreichs getroffen habe.

Wir wollen nun auf diese Beschuldigungen der Reihe nach eingehen.

Ist ein Block des Proletariats mit der Bourgeoisie in der bürgerlichen Revolution vom Standpunkte des Marxismus und des Leninismus aus zulässig? Die Frage eines s o l c h e n Blockes ist eine t a k t i s c h e und keine prinzipielle Frage. Im Jahre 1848 z. B. ging die Gruppe von Marx einen Block ein mit der bürgerlichen Partei. Im Jahre 1905 war Lenin gegen [393] einen Block mit der Bourgeoisie, da diese von einem r e v o l u t i o n ä r e n Kampf gegen den Zarismus nichts wissen wollte und einen solchen Kampf nicht anstrebte. In China bestand in ‚der Periode von 1924–26 wohl ein Block des Proletariats und der nationalen Bourgeoisie, denn letztere führte einen revolutionären Kampf gegen den Imperialismus und den Militarismus und beteiligte sich aktiv an der Leitung des militärischen Kampfes gegen die Militaristen des Nordens.

Die Expedition nach dem Norden ist ein unwiderleglicher Beweis für die revolutionäre Rolle der nationalen Bourgeoisie in einer g e w i s s e n Etappe des Bürgerkrieges in China. Die Opposition bemüht sich darum nach Kräften, ihren Sinn und ihre Folgen zu entstellen. Sie erklärt, daß die Bourgeoisie deshalb an der Expedition teilgenommen habe, um sich dann mit dem Imperialismus gegen die Arbeiter verständigen zu können und daß die Bourgeoisie infolge der Expedition nach dem Norden stärker geworden sei, während die Arbeiter angeblich schwächer geworden sein sollen. Die erste Behauptung trifft daneben. Die Bourgeoisie hat natürlich an der Expedition nach dem Norden teilgenommen, um sich dann mit dem Imperialismus zu verständigen. Aber das widerlegt in keiner Weise die einfache Tatsache, daß die Expedition nach dem Norden die Kräfte des chinesischen Militarismus und damit auch den Einfluß des Weltimperialismus in China geschwächt hat, daß die Expedition nach dem Norden die Revolution aus den von Handwerkern besiedelten Gebieten Kantons nach den

industriellen Zentralgebieten Chinas verlegt hat, daß die Expedition nach dem Norden es dem Proletariat Zentralchinas ermöglichte, aus der Illegalität herauszutreten und daß sie der Bauernbewegung in Chunan, Hupai, Tsianni und in anderen Provinzen einen mächtigen Anstoß gegeben hat. Wie kann man also nach all dem leugnen, daß Tschang-Kai-Schek (der die Bourgeoisie vertritt) eine revolutionäre Rolle gespielt hat? Und nur eine verblendete Fraktionskrankheit macht es der Opposition möglich, zu behaupten, daß das Proletariat nach der Expedition nach dem Norden schwächer geworden sei. Ist die Kommunistische Partei Chinas wirklich dadurch schwächer geworden, daß sie Zehntausende von Mitgliedern in den eroberten Gebieten gewonnen hat? Ist die Rolle des Proletariats in der Revolution geringer geworden dadurch, daß nunmehr mächtige Gewerkschaftsorganisationen in Chunan, Hupei usw. entstanden sind? ist die Revolution schwächer geworden dadurch, daß die Bauernverbände in Chunan heute z. B. anstatt 300.000 Mitglieder – fünfeinhalb Millionen zählen? N a c h d e r E x p e d i t i o n n a c h d e m N o r d e n e r g a b s i c h z u m e r s t e n M a l i n d e r G e s c h i c h t e C h i n a s d i e M ö g l i c h k e i t z u r E n t s t e h u n g e i n e r l e g a l e n Bauern- und Arbeitermassenbewegung – es entstand eine kommunistische Massenpartei und trotzdem finden sich Propheten, die verkünden, daß diese Expedition das Proletariat und die Revolution geschwächt habe. Ist es also nicht höchste Zeit, solche Propheten einfach für unzurechnungsfähige Leute zu erklären!

Eine fraktionelle Erfindung ist auch die andere Behauptung, daß die KP. Chinas ein Anhängsel von Tschang-Kai-Schek sei.

Wie lagen die Dinge in Wirklichkeit? In Wirklichkeit lagen die Dinge so, daß die Kommunistische Partei, das „Anhängsel“, innerhalb eines Jahres ihren Bestand um das F ü n f f a c h e vergrößerte, eine Gewerkschaftsbewegung mit Millionen Mitgliedern schuf, in die Kernmasse der Bauernbevölkerung eindrang und es verstand, sich mit den breiten Massen der Kuomintang zu verschmelzen. Wenn die Kommunistische Partei Chinas ein „Anhängsel“ Tschang-Kai-Scheks wäre, wozu hätte es dann letzterer notwendig gehabt, einen Staatsstreich zu verüben? Wäre es dann für ihn nicht ganz einfach möglich gewesen, sich dieses seines „Anhängsels“ zu entledigen und es abzustoßen? Warum aber war Tschang-Kai-Schek g e n ö t i g t, sich von der Kuomintang abzuspalten und gegen Hankau zum Staatsstreich zu greifen? Beweist etwa der Staatsstreich von Tschang-Kai-Schek nicht das gerade Gegenteil, daß nämlich die Kommunistische Partei kein „Anhängsel“ von Tschang-Kai-Schek war, sondern sich als die führende Kraft der Revolution [394] erfolgreich entwickelte, daß die Kommunistische Partei Tschang-Kai-Schek mit Erfolg die Kommandohöhen streitig machte und die ungeheure Mehrheit der Kuomintang innerlich festigte und zusammenschloß?

Warum aber ist nun nichts geschehen zur Verhinderung des Staatsstreichs und zur Organisierung des Aufstandes gegen Tschang-Kai-Schek? Es ist falsch, wenn gesagt wird, daß keine Maßnahmen getroffen wurden. Das EKKI und das ZK der KPSU haben noch einen Monat vor dem Staatsstreich auf die Notwendigkeit der Vorbereitung der Abwehr eines möglichen Verrats hingewiesen. Bereits vor, besonders aber n a c h dem März-Plenum des ZK der Kuomintang hat die Kommunistische Partei eine breit angelegte Kampagne zur Entlarvung von Tschang-Kai-Schek eingeleitet, was durch die hunderttausendköpfige Massenversammlung in Tschang-Scha (der Hauptstadt von Hunan) glänzend illustriert wird, und bemühte sich, die Bewegung zur Bewaffnung der Massen zu entfachen. Es wurden Maßnahmen m i l i t ä r i s c h - o r g a n i s a t o r i s c h e r N a t u r getroffen, wobei man allerdings streiten kann, ob sie hinreichend waren. Aber eines ist klar: Die Herausgabe der Parole des Aufstandes der Arbeiter von Schanghai (und Nanking) gegen Tschang-Kai-Schek wäre ein verantwortungsloser Schritt und eine schöne Geste gewesen und weiter nichts. Einen Aufstand in Schanghai zu unternehmen angesichts Dutzender ausländischer Kriegsschiffe und zehntausender von Besatzungstruppen – das konnte nur ein ultralinker Phrasendrescher[*)] ausdenken. Gerade das Gegenteil war notwendig: man durfte sich nicht zur Aktion provozieren lassen und mußte die Zeit abwarten.

Der Staatsstreich Tschang-Kai-Schecks in Schanghai, d e r u n t e r d e m D r u c k u n d d e r D e c k u n g d e s b e w a f f n e t e n a u s l ä n d i s c h e n I m p e r i a l i s m u s e r f o l g t e, w a r n i c h t z u

[*)] Deren Vorläufer sind die linken Kommunisten aus dem Jahre 1918 (Radek, Preobraschenski, Pjatakoff u. a.), die den Krieg gegen die Deutschen, der zur Niederschlagung der Revolution geführt hätte, gefordert haben.

verhindern. Darin kam die Schwäche der chinesischen Revolution zum Ausdruck, die in einer gewissen Etappe die Söldnerarmeen der chinesischen Bourgeoisie zum Verbündeten hatte (und teilweise auch jetzt noch hat), der chinesischen Bourgeoisie, deren Hauptfeind der ausländische Imperialismus ist, der die größten Zentren Chinas mit Kreuzern und Truppen überschwemmt.

2. Das Wesen des Staatsstreichs Tschang-Kai-Scheks.

Der Staatsstreich Tschang-Kai-Scheks war ein schwerer Schlag für die revolutionäre Bewegung in China. Der Staatsstreich bedeutete eine Teilniederlage der Revolution und konnte deshalb nicht umhin, den Offensivmarsch der Revolution auf einige Zeit aufzuhalten. Aber dieser Staatsstreich konnte die Entwicklung der Revolution nur vorübergehend aufhalten, denn die chinesische Bourgeoisie ist schwach, der Staatsstreich kam für die Mehrheit der Kuomintang nicht überraschend und die Revolution hatte Millionen aufgerüttelt und auf die Beine gebracht. Der Staatsstreich von Tschang-Kai-Schek bedeutete eine Spaltung der nationalrevolutionären Front, gleichzeitig aber hob er die Revolution auf eine höhere Stufe, und führte zur Festigung des Blockes zwischen Proletariat und Bauernschaft und zur Stärkung der Rolle des Proletariats in der nationalrevolutionären Bewegung. Der Staatsstreich von Tschang-Kai-Schek führte zur Zertrümmerung der Arbeiter- und der revolutionären Organisationen in einer Reihe größter Zentren und zur Bildung der Regierung von Nanking, gleichzeitig aber gab er den mächtigsten Anstoß für die Selbstbestimmung der Regierung von Hankau, für die Verschiebung ihrer Politik nach links, führte zu einer Umgruppierung der Klassen auf dem Gebiete Hankaus und beschleunigte die Entfesselung der Bauernrevolution.

Wer diese doppelten Folgen des Staatsstreichs nicht sieht, ist ein Panik verbreitendes Element und hat das ABC des Leninismus vergessen.

[395] Das Auftreten der Opposition zeigte, daß sie dieser Panik verbreitenden Manie restlos verfallen ist. Die Opposition erklärte, daß der Staatsstreich Tschang-Kai-Scheks eine langanhaltende Niederlage der Opposition bedeutet. Die Opposition verglich den Staatsstreich mit den Junitagen 1848 (als die französische Bourgeoisie mit Hilfe der kleinbürgerlichen nationalen Garde das Pariser Proletariat niederschlug und Frankreich herumriß auf die Bahn der Konterrevolution). Allein dieser Vergleich hat gezeigt, daß die Opposition den Glauben an einen neuen Aufstieg der Revolution nicht besaß. Die Opposition bauschte die Kraft Tschang Kai-Scheks nach jeder Richtung auf, verschweigt die Tatsache der Umgruppierung der Klassen auf dem Gebiete von Hankau, sieht Hankau überhaupt nicht und behauptet, daß Hankau und die linke Kuomintang nichts oder fast nichts sind.

Seit dem Staatsstreich sind ungefähr zwei Monate verstrichen. Jetzt aber kann sich jeder davon überzeugen, daß die Anschauung der Opposition eingegeben ist von der Panik, dem Defaitismus und daß sie die Anschauung von Impressionisten (und zwar von fraktionell eingestellten Impressionisten) ist, nicht aber von materialistischen Leninisten. Die Revolution vermochte es, sich verhältnismäßig rasch von dem Schlage Tschang Kai-Scheks zu erholen und eine gewaltige militärische Kampagne gegen Peking zu entfalten. Auf dem Gebiet von Hankau gelangt eine Massenbewegung zur Entfesselung – als die Garantie der Festigkeit der Erfolge und der weiteren Entwicklung dieser Bewegung. Es wäre übereilt anzunehmen, daß alle Garantien eines vollen Erfolges gegeben sind. Der Hauptfeind der Revolution, der ausländische Imperialismus (dessen Rolle die Opposition unterschätzt, während sie die Rolle der inneren Konterrevolution überschätzt), sammelt seine Kräfte für die Hauptkämpfe. Die nationalen Armeen sind ihrer Zusammensetzung nach, besonders der Zusammensetzung ihres Offizierskorps nach, keine verläßliche Stütze in der Periode der Entfesselung der Agrarrevolution. Je weiter die Revolution vorrückt und sich den Mauern Pekings nähert, um so größer wird (zum Teil infolge des Überganges einzelner Mutkdener Generale auf die Seite der nationalen Armee) die Spannung zwischen der heutigen Armee und der Massenbewegung. Die Versuche der Imperialisten, einzelne militärische (und nicht militärische) Führer von Hankau zu bestechen und sich mit ihnen zu verständigen, werden stärker werden. Alles das gilt es, vorauszusehen und die Exekutive der Komintern hat sich darüber offen ausgesprochen – um nicht unversehens von den Dingen überrascht zu werden. Aber eines ist klar: die Panik verbreitende Beurteilung der Dinge durch die Opposition hat durch die Tatsachen der letzten Zeit ihre Widerlegung gefunden. Die Versuche

der Opposition, sich die Kopflosigkeit (der Parteimasse), die in den ersten Tagen herrschte, zu Nutze zu machen, sind gründlich gescheitert.

3. Das Hauptglied der neuen Etappe der Revolution

Der Staatsstreich Tschang-Kai-Scheks bedeutet den Abschluß jener Periode der „gesamtnationalen Revolution, unter der an der Revolution alle Klassen beteiligt waren, die mehr oder minder unter dem Joch des Imperialismus und des von diesem gestützten chinesischen Militarismus zu leiden hatten, jener Periode, in der die Massen begannen, in Bewegung zu geraten und ihre eigenen Organisationen zu bilden. Wenn in dieser Periode die Agrarrevolution lediglich eine agitatorische Losung war, die die Bauernmassen aufwühlte, sie in Bewegung brachte und ihnen den Antrieb verschaffte, sich zu organisieren, so wird jetzt die Agrarrevolution nach der Abspaltung der Bourgeoisie (die zeitlich zusammentrifft mit dem Eintritt der Kommunisten in die Regierung) und nach der Bildung von Bauernorganisationen – zu einer Aktionslosung. Die Durchführung der Agrarrevolution bis zur Konfiszierung und Nationalisierung des Bodens – das ist das Hauptglied der neuen Etappe der Revolution. Die Agrarrevolution ist keine Ablösung des Kampfes um die revolutionäre Vereinigung Chinas und seine Befreiung vom Joche des Imperialismus und [396] kann auch gar keine solche Ablösung sein. Ebenso falsch wie die Anschauung, daß zuerst die Agrarrevolution durchgeführt und dann der entscheidende Kampf gegen die Militaristen des Nordens durchgeführt werden muß, ist jener andere Standpunkt – daß zuerst die Militaristen geschlagen werden müssen, um dann die Agrarrevolution durchzuführen. Ohne die Durchführung der Agrarrevolution vermag Hankau seinen Krieg nicht zu Ende zu führen und sich erst recht nicht zu festigen oder neue Verrätereien seitens der militärischen Verbündeten zu verhindern. Gleichzeitig aber kann die Agrarrevolution nicht durchgeführt und erst recht nicht verankert werden, wenn die Militaristen des Nordens nicht geschlagen werden.

Die Agrarrevolution ist die Achse der weiteren Entfesselung der Revolution. Nur im Verlaufe ihrer Durchführung ist es möglich, den alten Staatsapparat der Großgrundbesitzer, des Kleinadels (Gentry) und der Wucherer von Grund auf zu zerschlagen und die Organisierung einer neuen Volksgewalt, angefangen vom Dorfe und endigend mit dem Zentrum in Hankau, vorzunehmen. Nur im Verlaufe ihrer Durchführung wird sich Hankau in eine Regierung der demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft verwandeln. Nur in ihrem weiteren Verlauf wird es möglich werden, die Massen zu bewaffnen und eine neue, wirkliche Volksarmee zu schaffen. Die Agrarrevolution muß und kann von zwei Ausgangspunkten aus durchgeführt werden: von unten durch die Entfesselung der Bauernbewegung, die auf „plebejische Art und Weise aufräumt mit der alten Welt und von oben durch die Förderung dieses Prozesses, dadurch, daß man diesen elementaren Prozeß mit dem organisatorischen Grundelement versieht.

Die Agrarrevolution erschöpft nicht den Inhalt der neuen Etappe. Die Kommunistische Partei, als die Partei der Arbeiterklasse, muß selbstverständlich auf die Durchführung solcher Maßnahmen hinarbeiten, wie der achtstündige Arbeitstag, „menschliche“ Arbeits- und Lohnbedingungen (denn in China existieren diese nicht für das Proletariat) usw. Aber die Kommunistische Partei, als die Vorhut der nationalen Revolution, stellt die Aufgaben des Klassenkampfes des Proletariats nicht in Gegensatz zu den Aufgaben der demokratischen Revolution. Sie weiß, daß lediglich in deren Kombinierung die Garantie des Sieges und die Garantie der Festigung des Bündnisses zwischen Proletariat und Bauernschaft liegt.

4. Die Kuomintang und ihre Rolle in der Revolution

Wer nun führt diese Agrarrevolution durch? Besteht ein Mittelpunkt der demokratischen Revolution, ein Zentrum, oder muß ein solches erst geschaffen werden? Die Antwort auf diese Fragen hängt davon ab, wie man die Kuomintang beurteilt, wie man ihre Klassennatur definiert, wie man ihre Verbindung mit den Massen einschätzt usw.

Was also stellt die Kuomintang dar? Die Kuomintang ist keine der gewöhnlichen Parteien. Die heutige Kuomintang – das ist eine Partei des Blocks der Bauernschaft und des Proletariats

mit dem städtischen Kleinbürgertum[*)] – eine Partei, die die bürgerlich-demokratische Revolution und die nationale Befreiungsbewegung in einem halbkolonialen Lande führt und Zusammenarbeit mit dem ersten Proletarierstaat und der Vorhut des internationalen Proletariats. Ihrer organisatorischen (teilweise auch ihrem zahlenmäßigen Stand) sowie ihrer Rolle in der Revolution nach stellt die Kuomintang eine Art Mittelding zwischen Partei und Volksparlament dar. Die Kuomintang genießt eine ungeheure Popularität im Lande und wird durch den ganzen Gang ihrer [397] Entwicklung in eine Arbeiter- und Bauern-Massenorganisation verwandelt. Ausgehend davon, hat das Plenum des EKKI befunden, daß die Arbeit der Kommunisten in der Kuomintang heute wichtiger ist als je zuvor. Die Kommunisten sind verantwortlich für die Tätigkeit der Kuomintang und ihrer Regierung, müssen die Demokratisierung der Kuomintang anstreben und darauf hinarbeiten, sie in eine Vereinigung aller Massenorganisationen des Proletariats und der Bauernschaft, der Handwerker, der Studenten usw. umzuwandeln und zu einer viele Millionen umfassenden Organisation zu gestalten. Die Kuomintang kann und muß auf Grund ihrer geschichtlichen Vergangenheit, ihrer klassenpolitischen Zusammensetzung und ihrer Entwicklungsperspektiven in ein Organ der demokratischen Diktatur verwandelt werden. Diese Einschätzung der Kuomintang unterscheidet sich grundlegend von ihrer Einschätzung durch die Opposition. Die Opposition vergleicht die Kuomintang teils mit der russischen sozialrevolutionären Partei, teils mit der Partei von Kemal, und sie vergleicht die linken Kuomintang-Leute mit den linken Elementen des englischen Generalrats der Gewerkschaften. Alle diese Vergleiche sind eine versteckte Form der Forderung des Austritts aus der Kuomintang. Wenn die Kuomintang eine Analogie darstellt zur kemalistischen Partei (sei es auch nur im Jahre 1920), wenn die linken Elemente der Kuomintang nicht besser sind als die linken Elemente des englischen Generalrats der Gewerkschaften, wenn die Kuomintang eine bürgerliche Partei ist, wie das Genosse Trotzki behauptet, dann dürfen die Kommunisten keine Minute länger in der Kuomintang bleiben. Wenn die Opposition konsequent wäre und nicht bloß „manövrieren“ würde, so müßte sie offen den Austritt aus der Kuomintang fordern. Die Opposition aber kann sich nicht dazu entschließen, auf ihrer früheren Haltung und der Forderung des Austritts der Kommunisten aus der Kuomintang zu verharren, denn nach der Abspaltung Tschang-Kai-Scheks kann diese Forderung nur aufgestellt werden entweder von einem politischen Narren oder einem Helfershelfer von Tschang-Kai-Schek. Das ist der Grund, warum sie zu derart verschwommenen Formulierungen wie: „Vorerst soll man aus der Kuomintang nicht austreten,“ und „wir sind dagegen, daß man um jeden Preis in der Kuomintang bleibt“ – ihre Zuflucht nimmt. Diese „Manöver“ der Opposition erinnern an die „Manöver“ der Ruth Fischer üblen Angedenkens, die, als sie es nicht wagte, offen den Austritt aus den Gewerkschaften zu fordern, einen solchen „Kommentar“ zu der Forderung des EKKI in bezug auf die Arbeit in den Gewerkschaften hinzufügte, daß die deutschen Kommunisten in Wirklichkeit diese Arbeit sabotierten. Und in der Tat: Was würde ein chinesischer Kommunist sagen, wenn ihm das EKKI und das ZK der KP Chinas erklären wollten: „Bleibe du zunächst in der Kuomintang, behalte aber im Auge, daß wir nicht um jeden Preis in ihr bleiben; behalte im Auge, daß diese Partei im Grunde genommen eine bürgerliche Partei ist, daß sie uns verraten und niederschlagen wird“ usw.? Es ist nicht schwer, seine Antwort und die Schlußfolgerungen, die er daraus ziehen würde, zu erraten: Er würde die Arbeit in der Kuomintang an den Nagel hängen und aus der Kuomintang austreten, ebenso wie seinerzeit die deutschen Kommunisten aus den Gewerkschaften herausgegangen sind.

5. Räte oder Kuomintang

Die Opposition, die sich nicht dazu entschließen kann, offen den Austritt aus der Kuomintang zu fordern, erklärt gleichzeitig, daß sie keine Verantwortung für die Tätigkeit der Kuomintang auf sich nimmt und daß die bürgerlich-demokratische Revolution in China siegen wird im Zeichen der Räte oder überhaupt nicht siegen wird. Hankau ist für sie eine bürgerliche Regierung und obendrein auch noch eine – Fiktion. Zur Stärkung ihrer Position beruft sich die Opposition auf die Jahre 1905 und 1917 und bringt dadurch ihre alte Krankheit – die unleninistische Anwendung des Leninismus, wieder

[*)] In ihr gibt es auch noch gewisse Schichten der Bourgeoisie (deren Vertreter Sun-Wen, Sun-Fo u. a. sind), die noch eine bestimmte und zweifelsohne kurze Etappe zusammen in der revolutionären Kuomintang verbleiben werden.

ans Tageslicht. Die Berufungen auf die Jahre 1905 und 1917 [398] beweisen gar nichts. Im Jahre 1905 war die Losung der Räte richtig und notwendig, denn andere Formen der demokratischen Diktatur bestanden nicht. In China aber besteht bereits eine Form. Die Kuomintang, die mehrere Revolutionen geführt hat und eine ungeheure Popularität im Lande genießt und die Tendenz zeigt, sich in eine viele Millionen umfassende Organisation zu verwandeln, muß und kann zu einer wirklichen Volksvertretung, zu einem Organ der demokratischen Diktatur werden. Genosse Stalin hat in seiner Rede richtig bemerkt, daß in Rußland 1905 die Parole der Räte überflüssig gewesen wäre, wenn damals eine populäre revolutionäre Massenorganisation bestanden hätte. Die Losung der Räte 1905 war richtig, denn damals bestand überhaupt keine Regierungsgewalt außer der zaristischen. Aber in China besteht die revolutionäre Regierungsgewalt, die Kuomintang. Diese Regierungsgewalt hat noch keine genügende Verbindung mit den Massen und verfügt über noch keine starke und zuverlässige Armee, aber man muß auf den Kopf gefallen sein, wenn man behauptet, daß Haukau – nach der Abspaltung von Tschang-Kai-Schek – eine bürgerliche Regierung sei oder daß Hankau – eine Fiktion darstelle. Warum fordert dann die Opposition nicht den Austritt der Kommunisten aus dieser bürgerlichen Regierung? Warum trägt dann diese „Fiktion" die zweifelsohne erfolgreiche Absicht zur Schau, ihren Machtbereich auf den Norden Chinas auszudehnen?

Weiter: Welchen Sinn hat es, in der Periode der bürgerlich-demokratischen Revolution die Fahne der Kuomintang herunterzureißen und sie durch die Fahne der Räte zu ersetzen? Läßt sich etwa durch die Kuomintang die bürgerliche Revolution nicht weitertreiben und vertiefen? Kann etwa die Kuomintang, von der sich die ausschlaggebenden bürgerlichen Schichten abgespalten haben und in der die Rolle der Arbeiter und Bauern eine stärkere geworden ist, nicht in ein Organ der demokratischen Diktatur verwandelt werden?

Die Parole der Räte bedeutet Bildung einer Nebenregierung, was selbst Gen. Trotzki gezwungenerweise zugeben muß. Das beweist auch die Berufung auf das Jahr 1917 und auf die Artikel Lenins, in denen er die Räte als die Macht der Arbeiter und Bauern in Gegensatz brachte zur bürgerlich-imperialistischen Regierung Lwoff-Gutschkow-Kerenski Aber diese Berufung auf das Jahr 1917 läßt gerade die ganze, in den Köpfen der Opposition herrschende Verwirrung erkennen. Im Jahre 1917 hielt unsere Partei Kurs auf die proletarische Revolution, auf den Sturz der bestehenden Regierung. Wenn die Kommunistische Partei Chinas gegenwärtig Kurs halten würde auf die proletarische Revolution und auf den Sturz der Hankauer Regierung, so wäre die Berufung auf das Jahr 1917 richtig. Aber der springende Punkt liegt ja gerade darin, daß sich sogar die Opposition nicht entschließen kann, offen die Forderung des Sturzes der Hankauer Regierung aufzustellen und offen vorzuschlagen, daß unverzüglich der Kurs auf die proletarische Revolution genommen werden soll.

Das EKKI und die KP Chinas wissen, daß die Parole der Räte jetzt in der nationalrevolutionären Bewegung und in der Kuomintang eine Spaltung hervorrufen würden, die in der gegenwärtigen Etappe der Revolution absolut unangebracht und schädlich wäre. Das EKKI und die KP Chinas gehen davon aus, daß sich in China die bürgerliche Revolution erst zu entfalten beginnt und daß das Tempo ihrer Entfaltung ein langsameres sein wird als 1917, denn China ist rückständiger und die imperialistische Welt ist nicht gespalten, wie das 1917 der Fall war. Würde man augenblicklich eine Nebenregierung errichten, so wäre das also leichtsinnig und vorzeitig. Die Räte werden notwendig und unentbehrlich werden dann, wenn die Revolution der Vollendung ihrer bürgerlich-demokratischen Aufgaben entgegengehen wird. Dann wird es möglich und vielleicht auch notwendig werden, die Kuomintang zu spalten. Genau läßt sich dieser Moment nicht voraussehen. Eines ist aber klar, daß dieser Moment nicht so nahe ist, als daß es schon jetzt notwendig wäre, die [399] Parole der Räte in die Massen zu werfen. Die Komintern und die KP Chinas sind verantwortlich für die Geschicke der Kuomintang und die Geschicke Hankaus, mit anderen Worten, für die Geschicke der chinesischen Revolution. Sie können deshalb nicht Losungen und Formeln herausgeben, die sich gegenseitig aufheben und nicht zusammenpassen.

Die beste Illustrierung der Absurdität der ultralinken Linie der Opposition ist die Forderung der Aufstellung der Parole von Soldaten-Deputierten-Räten, als einer der Formen der

Nebenregierung. Als die Bolschewiki seinerzeit diese Losung auf stellten, strebten sie die Zersetzung der Armee des Zaren und Kerenskis an. Sie aber jetzt für die an den Fronten kämpfende Hankauer Armee aufzustellen, würde bedeuten, bewußt auf deren Zersetzung hinzuarbeiten. Die Taktik der Opposition ist ein doppelter Unsinn, gegenüber der heutigen nationalen Armee, denn letztere ist größtenteils eine Söldnerarmee und stellt einen mechanischen Verband von Armeen einzelner Generale dar, die sich der Revolution angeschlossen haben, ihre Armee aber in gewissem Sinne als ein eigenes Unternehmen betrachten. Unter diesen Umständen die Parole von Soldaten-Deputierten-Räten herauszugeben würde bedeuten, daß man den Zusammenstoß mit diesen Generalen bewußt und unerhört beschleunigt heraufbeschwört, und zwar unter Verhältnissen, die für die Kommunistische Partei und ihre Verbündeten absolut ungünstig sind, was wiederum nichts anderes bedeuten würde, als daß man einen Zusammenstoß provoziert, der eine wirklich lang anhaltende Niederlage der Revolution zur Folge haben kann. Dieser verantwortungslosen und leichtsinnigen Politik stellt das EKKI den Kurs auf die Bewaffnung der Massen entgegen, den Kurs auf die Reorganisierung der „Roten Lanzen“ usw., auf die Bildung von freiwilligen Militärabteilungen, auf die Verstärkung der politischen Arbeit und der Tätigkeit der Zellen in der nationalen Armee, auf die intensiver zu betreibende Förderung des Aufstiegs von Kommunisten und standhaften Kuomintang-Elementen in die Kommandostellen usw. Nur eine solch planmäßige und kombinierte Politik, die auf die besonderen Verhältnisse Chinas Rücksicht nimmt, braucht China, und nur eine solche Politik ist in China möglich.

7. Zweierlei Linien in der chinesischen Frage

Je mehr sich die Differenzen in der chinesischen Frage vertieften, um so offenbarer wurde es, worum es bei diesen Differenzen geht. Heute ist es bereits klar, daß der Kampf zweier Linien – die Linie der Opposition einerseits und die Linie des EKKI und des ZK der Partei anderseits – einen Kampf darstellen zwischen Trotzkismus und Leninismus. Wir sind gegenwärtig Zeugen einer Wiedergeburt des alten Trotzkismus. Der Trotzkismus, der in der Epoche der russischen bürgerlichen Revolution ins Kraut geschossen ist, treibt jetzt unter den Verhältnissen der chinesischen bürgerlichen Revolution neue Blüten. Wir dürfen uns nicht irremachen lassen durch die Tatsache, daß die unter der Führung des Genossen Trotzki stehende Opposition eine Verbeugung vor Lenin macht und daß sich in ihren Reihen so alte Lenin-Anhänger befinden wie Genosse Sinowjew. Der Uebergang seiner Gruppe zur Position des Trotzkismus, der im Herbst 1925 begonnen hat, hat jetzt seine Vollendung durch eine restlose Kapitulation gefunden.

Worin liegt das Charakteristische der Besonderheit des trotzkistischen Wesens der Opposition?

1. Aehnlich wie der Trotzkismus in Rußland die Agrarrevolution gegen den Feudalismus übersehen hat, so leugnet die Opposition auch in China die Tatsache der beherrschenden Rolle der feudalen Ueberreste auf dem flachen Lande, ironisiert aus Anlaß der Formel „Ueberreste des Feudalismus“ und behauptet, daß sich die Revolution gegen eine Klasse – gegen die Bourgeoisie – richtet. [400]

2. Dieser in seiner Wurzel trotzkistische Fehler liefert uns die Erklärung für die Tendenz der Opposition zur Ueberspringung der bürgerlich-demokratischen Etappe der Revolution. Der jetzige Streit darüber, ob die Räte am Anfang oder am Ende der chinesischen bürgerlichen Revolution stehen müssen, ist eine Wiederholung des Streites aus dem Jahre 1905 darüber, ob am Ende oder am Anfang der bürgerlichen Revolution eine Arbeiterregierung stehen soll.

3. Die Opposition, die die „Ueberreste des Feudalismus“ übersieht, leidet infolgedessen unter der gleichen Unterschätzung der revolutionären Rolle des Kleinbürgertums und leidet an der gleichen Angst vor den kleinbürgerlichen Verbündeten, unter der der Trotzkismus in der Revolution 1905 litt. Aehnlich wie Trotzki 1905 (und später) erklärte, daß er „von der Idee des Blocks zwischen Proletariat und Bauernschaft nicht erbaut ist“, ähnlich wie er damals nicht an das Bündnis zwischen Proletariat und Bauernschaft glaubte und den Bürgerkrieg zwischen beiden prophezeite, so schreit auch die heutige Opposition die ganze Zeit über einen Verrat der linken Kuomintang in der bürgerlich-demokratischen Etappe der Revolution und macht fortwährend den Vorschlag (ja, will das auch jetzt im Grunde genommen), der Partei des Blocks zwischen Proletariat und Kleinbürgertum den Rücken zu kehren.

4. Aehnlich wie der Trotzkismus früher den Bolschewismus beschuldigte, die Klasseninteressen des Proletariats in den allgemein demokratischen Interessen aufgehen lassen zu wollen und erstere den letzteren entgegenstellte, in der Tat (unter dem Deckmantel linker Phrasen) die Hegemonie des Proletariats in der bürgerlichen Revolution verneinte und (ebenso wie die Menschewiki) gegen die Teilnahme an der bürgerlich-demokratischen revolutionären Regierung war, so beschuldigt die Opposition auch jetzt das EKKI und das ZK, daß sie die Kommunistische Partei in der Kuomintang „aufgehen lassen wollen", gerät auf die schiefe Bahn und stellt die Aufgaben des Klassenkampfes des Proletariats den Aufgaben des chinesischen Proletariats entgegen, die ihm als Hegemon der nationalen Revolution obliegen, diskreditiert in jeder Beziehung die Hankauer revolutionäre Regierung und ist im Grunde genommen durch den Vorschlag der Bildung einer Nebenregierung gegen die Beteiligung an ihr.

5. Die trotzkistische Politik in der Revolution 1905 war eingegeben und getragen vom Pessimismus und war eine Politik der heroischen Gesten. Die Politik der heutigen Opposition ist von dem gleichen Pessimismus durchdrungen. Die heutige Opposition schlägt ebenfalls vor, man solle sich in Kämpfe stürzen, die lediglich zur völligen Niederschlagung der Revolution führen könnten. Die Komintern und die Kommunistische Partei Chinas können natürlich die trotzkistische Linie in der chinesischen bürgerlichen Revolution, eine Linie, deren Haltlosigkeit sich in der russischen bürgerlichen Revolution erwiesen hat, nicht annehmen.

*

Das neue Agrarprogramm der deutschen Sozialdemokratie

Von Rudolf Gerber.

Der vom Kieler Parteitage angenommene Entwurf eines Agrarprogramms bildet den – vorläufigen – Abschluß der Auseinandersetzung zweier Richtungen, die wir schon seit dem Frankfurter Parteitage von 1894 verfolgen können. Die revisionistische Gruppe forderte schon damals ein Bündnis der Partei mit der Bauernschaft – und zwar nicht nur mit dem Klein-, sondern auch dem mittleren und selbst dem Großbauerntum. In einer Aufstiegsperiode des deutschen Imperialismus, der nicht nur die Ar-[401]beiteraristokratie, sondern auch – begreiflicherweise in noch wesentlich höherem Maße – das städtische und ländliche Kleinbürgertum korrumpieren und für sich gewinnen wollte, konnte eine Bündnispolitik mit den breiten Bauernmassen, wenn sie nicht bloß einer späteren Zukunft die Wege bereiten, sondern Augenblickserfolge erzielen wollte, naturgemäß keinen revolutionären Charakter tragen, sondern mußte sich der gegebenen Einstellung des Kleinbürgertums anpassen, bedeutete eine Verbindung der Arbeiteraristokratie mit dem ländlichen Kleinbürgertum auf kleinbürgerlich-demokratischer Grundlage. Die Opfer dieser Politik mußten die schwächeren Schichten des Proletariats sein, vor allem die Landarbeiter (Schönlank sagte schon 1895, daß man auf dem Lande „besser vom Achtstundentag nicht sprechen solle"), dann aber auch alle jene Teile des städtischen Proletariats, die nicht in der Lage waren, die Folgen einer etwa im Interesse der ländlichen Bundesgenossen betriebenen Teuerungspolitik durch entsprechende Löhne auszugleichen. Ihre endgültige theoretische Begründung erhielt diese Politik 1903 durch Davids Buch über die Agrarfrage: Im Interesse der kleinbürgerlichen Ideologie der Bauern wird für den Gesamtbereich der Landwirtschaft die sozialistische Zielsetzung auf die Vergesellschaftung der Produktionsmittel aufgegeben, eingehend nachgewiesen, daß der bäuerliche Klein- und Mittelbetrieb vom technisch-wirtschaftlichen Standpunkte aus die vollkommenste Betriebsform darstelle und nicht nur dem kapitalistischen, sondern auch dem genossenschaftlichen Großbetrieb überlegen sei. Ziel der natürlichen ökonomischen Entwicklung wie der „sozialistischen" Agrarpolitik ist die Zerschlagung der Großbetriebe und die Verwandlung Deutschlands in ein Kleinbauernland nach dänischem Muster. Seit 1907 wurde auch die revisionistische Praxis offener entwickelt: Schippel und Schulz verteidigten die Schutzzölle als im Interesse der Bauernschaft liegend, billigten die nationalistische Siedlungspolitik der preußischen Regierung in den Ostgebieten, traten gegen die einheitliche Gewerkschaftsorganisation der Landarbeiter mit der Begründung auf, daß auch der Lohnarbeiter am Gedeihen der „Landwirtschaft" interessiert sei und kein anderes Interesse habe als den allmählichen Aufstieg ins Kleinbürgertum. 1913 erklärte Schulz, daß auch der „Sozialismus" die Ausbeutung von Landarbeitern im großbäuerlichen Betriebe nicht

abschaffen, sondern nur durch entsprechenden sozialpolitischen Schutz regeln werde, – 1911 hatte der Revisionismus (der schon seit den neunziger Jahren die Politik der süddeutschen Landtagsfraktionen beherrschte) seinen ersten großen politischen Erfolg im Reichsmaßstabe aufzuweisen, indem der Parteivorstand anläßlich der Reichstagswahl eine unklare Stellung zur Teuerungspolitik annahm, zollfreundliche Erklärungen von S ü d e k u m duldete usw.

Demgegenüber suchte die von K a u t s k y, K l a r a Z e t k i n und anderen geführte Gruppe an der grundsätzlichen sozialistischen Zielsetzung auch für die Landwirtschaft festhaltend, im Sinne von Marx die ökonomische Rückständigkeit des Kleinbetriebes nachzuweisen, – anfangs sogar im Sinne eines ähnlichen Konzentrationsprozesses wie in der Industrie. Später, als es klar wurde, daß von einer Aufsaugung des Kleinbetriebes in der Praxis nicht die Rede sein könne, wies Kautsky in seinem Buch über die Agrarfrage (1898) nach, daß die Erhaltung des Kleinbetriebes t r o t z seiner wirtschaftlichen Unterlegenheit nur auf Grund erhöhter Ausbeutung der kleinbäuerlichen Arbeitskraft möglich sei – kein Anlaß für die Sozialdemokratie, sich für den Schutz einer derartig rückständigen Betriebsform einzusetzen. Das Proletariat sei die Hauptkraft der Revolution auch auf dem Lande; jede Maßnahme zum Schutze des Kleinbetriebes i n d e r h e u t i g e n G e s e l l s c h a f t wurde als reaktionär bekämpft, während man sich andererseits durchaus darüber klar war, daß das siegreiche Proletariat die Kleinbauern nicht nur nicht enteignen, sondern wirtschaftlich in jeder Weise unterstützen und so ihren allmählichen freiwilligen Uebergang zur genossenschaftlichen Produktion vorbereiten müsse. Auf dem Breslauer Parteitage 1895 bestanden noch grundsätzliche Gegensätze zu einer von B e b e l und L i e b k n e c h t geführten Mittelgruppe, die [402] die theoretische Einstellung der Linken teilte, aber aus agitatorischen Gründen schon h e u t e ein positives Kleinbauernprogramm aufstellen wollte und deshalb sogar taktisch mit der Rechten zusammenging. Auf Grund der allgemeinen Einstellung der Partei, die in jedem „positiven Bauernschutz“ ein Ergebnis des revisionistischen Sozialverrates sah, erlangte die Linke in Breslau die überwältigende Mehrheit – gab aber später, sobald der revisionistische Angriff zurückgeschlagen war, selbst ihren ursprünglich rein negativen Standpunkt auf, in seinem Buche stellt Kautsky schon eine ganze Reihe allgemein kultureller, produktionsfördernder und politisch-demokratischer Forderungen zusammen, die als Ersatz für das von der Rechten geforderte Bauernprogramm dienen sollten. 1910 schlug er anläßlich der Teuerungskampagne der Partei vor, als Uebergangsparole die Forderung der Bodenverstaatlichung aufzustellen und die Bauern durch die dann mögliche Herabsetzung ihrer Grundrentenlasten für die Folgen der Aufhebung der Schutzzölle zu entschädigen. Zweifellos vertrat die Richtung Kautsky innerhalb der Sozialdemokratie die p r o l e t a r i s c h e Linie – ihr Fehler, vom Standpunkt des Leninismus aus betrachtet, bestand darin, daß sie (wie die linken Sozialdemokraten der Vorkriegszeit überhaupt) keine klare Theorie des Imperialismus hatte, darum auch nicht verstand, daß eine Zeit kommen würde, wo sich die kleinbürgerlichen Bewegungen zu den Grundbedingungen des Kapitalismus in Gegensatz stellen mußten und daß es Aufgabe einer revolutionären Partei sei, alle Bewegungen unterdrückter Schichten mit denen des Proletariats unter dessen Führung zu koordinieren; in Zeiten, wo ein solches Bündnis aktuell nicht möglich, es doch politisch vorzubereiten. Indem die Richtung Kautsky dies nicht sah, schuf sie die Voraussetzungen für das spätere rein negative Verhalten der USP zu den Bauernbewegungen, das auf eine indirekte Unterstützung des Kapitalismus hinauslief – aber wir dürfen darum nicht vergessen, daß sie eine – wenn auch irrige – p r o l e t a r i s c h e Politik trieb, während die „positive Bauernpolitik“ der Revisionisten ein Akt des V e r r a t s proletarischer Interessen an das Kleinbürgertum und indirekt an die Bourgeoisie war.

Der Krieg und die Parteispaltung gaben innerhalb der SPD praktisch der Richtung David das Uebergewicht, während innerhalb der USPD der Kautskyanismus zu einer scheinradikalen Ignorierung aller Bauernbewegungen weiter entwickelt wurde. Während diese Einstellung noch heute in der „linken“ SPD Sachsens fortlebt, ging in der Mehrheitssozialdemokratie das Schwergewicht des Widerstandes gegen die Tendenzen zur Zerstückelung des Großbetriebes auf die Landarbeitergewerkschaft über, deren Führer (vor allem B r a u n und G e o r g S c h m i d t) unter dem Drucke der von der Siedlungsaktion einen Verlust ihrer bisherigen Arbeitsstelle befürchtenden Arbeiter auf den Parteitagen gegen die meist wesentlich von den Revisionisten beeinflußten Agrarprogrammentwürfe eintraten, die demzufolge denn auch stets unter den Tisch fielen.

Immerhin war schon in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung eine Annäherung der beiden Standpunkte festzustellen. Sobald die Sozialdemokratie zur „Staatspartei“ geworden war, mußten auch die Revisionisten Wasser in ihren Wein gießen: eine ernste – sei es auch kleinbürgerliche – Bodenreform war mit ihrer Koalitionspolitik unvereinbar, und so erklärt sich etwa der Standpunkt von K r ü g e r in seinem 1924 in der „Gesellschaft“ veröffentlichten Artikel. Die Notwendigkeit einer „gesunden Mischung“ von großen und kleinen Betrieben wird anerkannt, man will nur aus „staatspolitischen Gründen“, d. h. zwecks Stärkung des ländlichen Kleinbürgerturns die gegenwärtige Verteilung allmählich zu dessen Gunsten verschieben. Im selben Jahrgang der „Gesellschaft“ findet sich aber auch ein Artikel von B a a d e, der von der anderen Seite weit entgegenkommt: Der Großbetrieb wird zwar „im Interesse der Produktion und der Volksernährung“ als prinzipiell nützlich erklärt, die gegenwärtige Verteilung der Betriebsformen aber als unabänderliche Tatsache anerkannt – man könne nichts anderes machen, als die vorhandenen kapitalistischen Großbetriebe möglichst rationalisieren, Von Sozialismus ist nicht mehr ernst die Rede; B a a d e erklärt ausdrücklich, [403] daß es immer Unternehmer geben werde und daß man in der Landwirtschaft nichts sozialisieren könne als die Grundrente (auf dem Wege einer sehr vorsichtigen Grundwertbesteuerung, Vorkaufsrecht der Gemeinden usw.). Der alte Standpunkt K a u t s k y s ist hier zu einer ausgesprochen großbürgerlichen Ideologie weiter entwickelt, die mit der alten Stellung der sozialdemokratischen Linken nichts mehr gemein hatte, als das negative Verhalten zu den Bauernbewegungen, die sich aber mit jener „vernünftigen“ kleinbürgerlichen Ideologie, wie sie etwa Krüger vertrat, recht gut einigen konnte.

Die Zusammensetzung der Agrarkommission war denn auch von vornherein auf ein solches Kompromiß eingestellt (ihr engerer Ausschuß bestand aus B a a d e, K r ü g e r und H i l f e r d i n g), und in dieser Richtung ging auch der Anfang Januar veröffentlichte Entwurf. Eine eindeutige revisionistische Stellungnahme zu den theoretischen Fragen wird vermieden, – obzwar durchaus im Geiste Davids das Nichtvorhandensein eines Konzentrationsprozesses in der Landwirtschaft mit dem „Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag“ begründet und die bodenreformerischen Forderungen auf Vermehrung der Kleinbetriebe „mit Gründen der Produktions- wie der Bevölkerungspolitik“ gestützt werden. Andrerseits wird es – natürlich absichtlich – unklar gelassen, was mit „rückständigen Betrieben“ gemeint ist. Um so klarer ist der p o s i t i v e Teil des Programms; die einzige geforderte Aenderung in den gegenwärtigen Produktionsverhältnissen ist eine Vermehrung der klein- und mittelbäuerlichen Betriebe auf Kosten der großen. In dem zuerst veröffentlichten Programmentwurf wurde der genossenschaftliche Großbetrieb (der selbst in den als zu revisionistisch abgelehnten mehrheitssozialistischen Entwürfen von 1920 und 1921 hervorgehoben worden war) überhaupt nicht erwähnt und erst auf dem Kieler Parteitag als e v e n t u e l l zulässig erklärt. – Seinen i d e o l o g i s c h e n S i e g aber bezahlte der Revisionismus mit völliger V e r w ä s s e r u n g. Nur die 750 Hektar übersteigende Fläche der Großbetriebe ist gegen angemessene Entschädigung zu enteignen, das Grundeigentum der Gemeinden „planmäßig zu vermehren“. Statt der Umwandlung Deutschlands in ein Kleinbauernland tritt also eine sehr bescheidene Verschiebung des gegenwärtigen Verhältnisses von großen und kleinen Betrieben. In bezug auf beide wird die kapitalistische Bewirtschaftung als selbstverständlich betrachtet, nur eine gewisse öffentliche Kontrolle über die rationelle Bearbeitung gefordert; zur Frage der Produktionsförderung und Rationalisierung nimmt die Sozialdemokratie dieselbe Stellung ein wie überall sonst. Auch bei den Landarbeiterforderungen wird Sozialismus nicht einmal erwähnt – es handelt sich durchgehend um die üblichen gewerkschaftlichen Forderungen, und der einzige Erfolg der antirevisionistischen Elemente besteht darin, daß in dem Kommissionsentwurf – und noch mehr in dem vom Parteitag angenommenen Programmtext – die Landarbeiterbewegung eben rein gewerkschaftlich orientiert wird und demgemäß die von den Revisionisten propagierten, nur im Interesse der Ausbeuter liegenden Forderungen auf Seßhaftmachung der Landarbeiter wegfallen. Von den Einzelforderungen des Programms ist bemerkenswert nur die geforderte „Absatzregelung“ durch ein staatliches Getreidehandelsmonopol, das allmählich auch auf andere Produktionszweige auszudehnen wäre und anstelle der Schutzzölle dem Produzenten „einen angemessenen Ertrag seiner Arbeit“ (bezw. der Arbeit der von ihm Ausgebeuteten) garantieren soll. Damit hat sich die SPD g r u n d s ä t z l i c h auf den Standpunkt gestellt, daß hohe Preise im Interesse der von ihr zu vertretenden Bauernschichten liegen – ist also jeder Mobilisierung des Kleinbauerntums gegen die junkerlichen

Schutzzollforderungen in den Rücken gefallen. Sonst finden wir die üblichen wirtschaftlichen und kulturpolitischen (bis zur „öffentlichen Kontrolle“ – statt der früher geforderten Sozialisierung – der Erzeugung landwirtschaftlicher Produktionsmittel), den natürlich sehr vorsichtig formulierten Pachtschutz usw. Die Steuerforderungen entsprechen noch nicht einmal bodenreformerischen Grundsätzen – eine einheitliche Grundwertsteuer wurde von den Vertretern des Programms als utopisch abgelehnt. Wir haben es mit dem [404] Agrarprogramm einer nicht einmal in ihren Phrasen besonders radikalen linksbürgerlichen Partei zu tun.

Unter den B e f ü r w o r t e r n des Entwurfs in der dem Kieler Parteitag vorausgegangenen Diskussion in der SPD können wir drei Gruppen unterscheiden: E r s t e n s die alten Revisionisten, für die das Urteil S c h i p p e l s in den Sozialistischen Monatsheften charakteristisch ist: er begründet die Bereitschaft der Partei, sich endlich „auf den Boden der Tatsachen zu stellen“, und kritisiert nur das eine, daß man sich trotz der Preisgabe des ‚einseitigen Konsumentenstandpunkts“ noch nicht zu einem ehrlichen Schutzzollbekenntnis aufgeschwungen habe. Von der Parteipresse ist hier erwähnenswert die „Münchener Post“, die stolz die Ueberwindung des „Nur-Industriesozialismus“ durch den „Vollsozialismus“ begrüßte; früher habe die Sozialdemokratie das Interesse der Landeskultur nur als ein Interesse der Besitzer der Produktionsmittel, der Ausbeuter des Proletariats betrachtet. Deutlich kam d a m a l s ein messerscharfer Gegensatz der Klassen zum Ausdruck ... H e u t e, nach der Umwälzung des monarchistischen Obrigkeitsstaates ... verkündet das Heidelberger Programm offen den Grundsatz: Förderung der Produktionssteigerung in Industrie und Landwirtschaft.“ Durch die Beseitigung der monarchistischen Form der bürgerlichen Diktatur wurde also offenbar der Klassengegensatz als solcher aufgehoben, die Garantie dafür gegeben, daß jede Bereicherung der „Volksgemeinschaft“ den arbeitenden Klassen zugute kommt.

Eine z w e i t e Gruppe von Verteidigern des Entwurfs vermied diese prinzipiellen Offenherzigkeiten, sondern begrüßte ihn einfach als einen Weg zum Herzen breiter Wählermassen und damit zur „politischen Macht“. Charakteristisch dafür ist der alte H o f e r, der seit 30 Jahren in utopischen Schilderungen der Schönheit des sozialisierten Großbetriebes schwärmte und seinerzeit zu den Hauptstützen der Richtung Kautskys gehörte. Nun sprach er sich in einer Königsberger Parteimitgliederversammlung „aus Opportunitätsgründen“ f ü r den Programmentwurf aus: die Theorie spreche ja allerdings für den großen, die Praxis aber für den k l e i n e n landwirtschaftlichen Betrieb (eine schöne Theorie!). Und da es bis zum Aktuellwerden der Frage der Sozialisierung noch mindestens 40 Jahre dauern und die Landwirtschaft auch dann erst sehr spät an die Reihe kommen werde, könne man h e u t e „zwecks Stärkung der demokratischen Kräfte“ ruhig für eine Vermehrung der Bauernschaft eintreten – die Landwirtschaft habe ja dann auch noch eine lange Entwicklung vor sich. Zu demselben Kapitel gehört es, wenn der „linke“ L i p i n s k i einfach erklärte: „Hauptsache ist das Vorhandensein des Agrarprogramms, – wie es aussieht, ist heute nicht wesentlich“, und mit dieser Begründung für den Entwurf eintrat!

Eine d r i t t e und besonders eigenartige Form der „Verteidigung“ des Entwurfes verkörperte Dr. Bande in seinen sächsischen Reden: Er erklärte, den theoretischen Anschauungen Davids nicht zuzustimmen, auch die Illusionen auf eine mögliche Gewinnung breiten bäuerlichen Stimmviehs nicht zu teilen. Die Stärke der Partei ruhe ausschließlich beim Industrieproletariat. Der Entwurf sei aber ein „reines Gegenwartsprogramm“ und auch ganz ungefährlich, werde dem Großbetrieb nichts schaden (womit Baade allerdings recht hat!), es komme nur auf die Frage der Produktionssteigerung an. Vom Sozialismus ist auch vor diesem „linken“ Publikum nicht die Rede. – Baade begnügt sich mit der stolzen Feststellung, daß es den „Marxisten“ (ihm und Hilferding) gelungen sei, die Aufnahme der Davidschen Forderungen auf Bindung der Landarbeiter an die Scholle zu hintertreiben.

G e g e n das Agrarprogramm erhob sich – nachdem die sonst zu fürchtende Opposition der Landarbeitergewerkschaftler durch die schon erwähnten Zugeständnisse unschädlich gemacht war, ein sichtbarer Widerstand nur von seiten der sächsischen „Linken“. Auf dem Leipziger und Chemnitzer Bezirkstag wie in der sächsischen Presse wurde vor allem die kleinbürgerlich-mittelständlerische Einstellung auf Vermehrung des Klein-[405]betriebes unter Vernachlässigung der eigentlichen Landarbeiterinteressen kritisiert; weiterhin die eigenartige Politik der Produktionsförderung im Sinne einer

nationalen Autarkie (gegen die K r e t z e n in Leipzig mit freihändlerischen Argumenten auftrat), endlich das vorgesehene Getreidehandelsmonopol, das bei den gegebenen politischen Verhältnissen nur der Teuerungspolitik der Junker dienen würde. Einzelne Vertreter der Linken gingen über diese bloß proletarischen T a g e s interessen berücksichtigende Argumentation hinaus; verwiesen auf die Oberflächlichkeit der vom Entwurf verkörperten bürgerlich-bodenreformistischen Auffassung; betonten, daß eine Produktionsregelung durch die Gesellschaft nur möglich sei, wenn das Privateigentum an Grund und Boden verschwunden, propagierten die Vergenossenschaftlichung des Dorfes als Vorstufe der wirklichen Sozialisierung der Landwirtschaft. Ja, G u r l a n d geht sogar so weit, die Frage nach dem Klassencharakter des Staates aufzuwerfen, der in dem Entwurf als Retter gegen alle kleinbürgerlichen Nöte angerufen wird, und auf den Utopismus solcher Hoffnungen hinzuweisen.

Formell waren also die „Linken“ die Weiterführer der alten „Richtung Kautsky“, aber unter ganz anderen historischen Verhältnissen. D a m a l s Verteidigung der proletarischen Interessen gegen den revisionistischen Sozialverrat, bedeutet diese Linie h e u t e Verzieht auf das revolutionäre Bündnis der Arbeiterschaft mit den nichtproletarischen Ausgebeuteten, objektive Unterstützung der bürgerlichen Herrschaft und demgemäß Kampf gegen die revolutionäre Vorhut, die über den Horizont des Tages hinweg die Notwendigkeit dieses Bündnisses propagiert. K r e t z e n, L i e b m a n n und F e r k e l warfen in Leipzig dem Entwurf geradezu vor, daß er dasselbe vorschlage, „was in Rußland von den Bolschewisten durchgeführt wurde und was wir aufs schärfste bekämpfen“. (Den Unterschied zwischen revolutionärer Bündnispolitik und revisionistischem Klassenverrat können die „Linken“ natürlich nicht verstehen.) Die ganze Linie dieser Gruppe war darauf orientiert, sich als die „prinzipientreue“, „revolutionäre“ Gruppierung aufzuspielen, die nicht wie die KPD mit kleinbürgerlichen Elementen paktiere. „Es kommt darauf an, die Arbeiter, die schon für ihre Klassenaufgabe gewonnen waren, aber der sozialdemokratischen Bewegung verlorengegangen sind, u n d d a z u g e h ö r e n a u c h d i e K o m m u n i s t e n, durch eine konsequente sozialistische Politik wiederzugewinnen.“

Die Leitsätze dieser Politik sind niedergelegt in dem Gegenentwurf des Leipziger Bezirksparteitages zum Agrarprogramm. Hauptobjekt der sozialdemokratischen Agrarpolitik sind ausschließlich die ländlichen L o h n a r b e i t e r, deren Interessen auf rein gewerkschaftlichem Gebiete vertreten werden sollen. B a u e r n p o l i t i k im Sinne des wirtschaftspolitischen Schutzes der – als rückständig betrachteten – kleinbäuerlichen Betriebsform wird ausdrücklich zurückgewiesen, Förderung der Interessen der Bauernmassen sei nur durch allgemeine kulturelle, Verkehrs- und verwaltungstechnische Maßnahmen möglich. Die Hauptunterstützung, die die Arbeiterbewegung dem Kleinbauerntum gewähren könne, liege in der unmittelbaren Vertretung der proletarischen Forderungen: jede Lohnerhöhung erweitere den Markt für bäuerliche Produkte, jeder gewerkschaftliche Erfolg der Landarbeiter wirke auf die Lage der Kleinbauern zurück. Unmittelbare positive Forderungen im Interesse der Kleinbauern werden nicht erhoben – die „Leipziger Volkszeitung“ geißelte ja am 26. März, also mitten in der Programmdebatte sogar kommunistische Anträge auf Gewährung von Notstands- und Saatgutkrediten an Kleinbauern als unzulässige und „agrarische“ Mittelstandspolitik. – Die Monopolforderungen der Agrarkommission werden natürlich als schutzzöllnerisch abgelehnt, eine Preisstabilisierung dürfe, soweit sie in der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt erreichbar, nur auf dem Wege der direkten Verbindung von Erzeuger und Verbrauchergenossenschaften angestrebt werden. Als positive Hauptforderung des Leipziger Entwurfes erscheint dann die ganz im Sinne der Agrarkommission mit den Interessen der „Produktionssteigerung“ begründete Forderung nach „Vergesellschaftung des Grund und Bodens“, ohne daß konkrete Wege zur [406] Erreichung auch nur dieses Zieles angegeben werden, und ohne daß eine Abgrenzung gegen eine Auffassung dieser Forderung im Sinne der bürgerlichen Bodenreform vollzogen wird.

Die ganze Heldenhaftigkeit der „Linken“ erwies sich durch den Verlauf des Kieler Parteitages. B a a d e referierte in anderem Ton als auf den sächsischen Bezirkstagen, stellte zwar ebenfalls die „Produktionsförderung“ in den Vordergrund, betonte aber gleichzeitig, daß „in den bäuerlichen Betrieben der Landwirtschaft das Schwergewicht unserer Agrarpolitik liege“. K r ü g e r wies noch ausführlich nach, daß die Grundlehren des Sozialismus keinesfalls eine Ersetzung des kleinen durch den Großbetrieb fordern und daß man mit den Illusionen von Marx und Bebel eben zu brechen habe.

Dann ging der Entwurf an die durch Kretzen erweiterte Kommission, wo der gute Linke gegen die oben erwähnten, am Charakter des Entwurfs nichts ändernden Zugeständnisse (eventuelle Zulässigkeit des Genossenschaftsbetriebes, Sicherungen gegen Weiterverschacherung des Siedlungslandes, noch stärkere Betonung des gewerkschaftlichen Standpunktes in der Landarbeiterfrage) den Leipziger Gegenentwurf fallen lies und dem Programm zustimmte, worauf es vom Parteitag ohne Debatte einstimmig angenommen wurde. Die „Linken" haben also den Sieg der kleinbürgerlichen revisionistischen Ideologie anerkannt, die Revisionisten auf jedes ernstliche Eintreten für kleinbürgerliche Forderungen verzichtet – die SPD hat sich auch auf diesem Gebiete als Vertreterin bürgerlicher Interessen gezeigt.

*

Karl Marx

„Die Revolution von 1848 und das Proletariat"[*)]

Rede bei der Feier des vierjährigen Bestehens des „Peoples Paper"[**)]

Die nachfolgende Rede von Karl Marx erscheint in unserem Vorabdruck zum ersten Male in deutscher Sprache.

Ueber diese Arbeit Karl Marx' sowie über seinen Artikel „Dem Andenken der Junikämpfer" schreibt der Herausgeber Genosse Rjazanow:

„Der Leser findet hier zunächst einen Artikel von Marx, der dem Andenken der Junikämpfer, der großen Schar jener namenlosen Helden des Proletariats, die im Juni 1848 auf den Pariser Barrikaden gefallen, gewidmet ist. Was die Wucht, die konzentrierte Kraft und die lodernde Leidenschaft betrifft, mit der hier Marx die Bourgeoisie aller Schattierungen geißelt, so gehört diese Arbeit zum Besten, was uns Marx Geist hinterlassen. Mit diesem Wurf können allein Stellen im „Bürgerkrieg in Frankreich" einen Vergleich bestehen.

Es folgt eine von mir entdeckte Rede von Marx. Die Rede wurde von Marx am 14. April 1856 anläßlich einer von den Chartisten zum vierjährigen Bestehen ihres Zentralorgans ‚Peoples Paper' veranstalteten Feder gehalten. Marx war einer der Hauptmitarbeiter dieses Blattes. In überraschend gedrängter Form entwirft Marx darin ein Bild der Revolutionen des Jahres 1848 und der [407] geschichtlichen Rolle des Proletariats. Diese Rede lehrt gleich anderen, daß Marx zum Unterschied von Engels nicht nur Schriftsteller, sondern auch Redner war, den lediglich ungünstige Lebensverhältnisse an der Entfaltung seines Rednertalents hinderten."

Die Redaktion.

Die sogenannten Revolutionen von 1848 waren nur kleine Zwischenfälle – geringfügige Spalten und Risse in der harten Kruste der bürgerlichen Gesellschaft. Aber sie zeigten den Abgrund. Unter der scheinbar festen Oberfläche offenbarte sich ein ungeheurer Ozean, der nur der Expansion bedurfte, tun ganze Kontinente in Stücke zu zerschmettern. Lärmend und verworren kündeten sie die Emanzipation des Proletariats an, das heißt, das Geheimnis des 19. Jahrhunderts und seiner Revolution. Es ist wahr: diese Revolution war keine Erfindung des Jahres 1848. Dampf, Elektrizität und die Selfaktorell waren Revolutionäre von viel gefährlicherem Charakter als die Bürger Barbés, Raspail und Blanqui[***)]. Aber obwohl die Atmosphäre, die wir atmen, auf jedem von uns mit einem Gewicht von 20.000 Pfund lastet, fühlen Sie es? Ebensowenig wie die europäische Gesellschaft von 1848, die doch von revolutionärer Luft umhüllt und von allen Seiten bedrängt war. Es gibt eine große Tatsache, die für das 19. Jahrhundert charakteristisch ist und die keine Partei ableugnen kann. Auf der einen Seite sind industrielle und wissenschaftliche Kräfte zum Leben erwacht, wie sie keine frühere Geschichtsperiode je ahnen konnte. Auf der anderen Seite machen sich Anzeichen eines Verfalles bemerkbar,

[*)] Entnommen dem im Laufe der nächsten Wochen im Verlag für Literatur und Politik erscheinenden ausgezeichneten Sammelbuch des Genossen Rjazanow: „Karl Marx als Denker, Mensch und Revolutionär.

[**)] Erschienen in „The Peoples Paper" vom 19. April 1856. (Der Herausgeber.)

[***)] Barbés wie Blanqui, französischer Revolutionär, der an allen französischen Kämpfen und Verschwörungen seiner Zeit teilnahm. Raspail, Arzt und bürgerlicher Demokrat. (D. Herausg.)

der die vielgenannten Schrecken aus den letzten Zeiten des Römischen Reiches in Schatten stellt. In unserer Zeit scheint jedes Ding schwanger mit seinem Gegenteil. Die Maschine ist mit der wundervollen Kraft begabt, die menschliche Arbeit zu verkürzen und fruchtbarer zu machen: wir sehen, wie sie zu Hunger und Ueberarbeit führt. Die neu entfesselten Kräfte des Reichtums werden durch ein seltsames Spiel des Schicksals zu Quellen der Entbehrung. Die Siege der Kunst scheinen durch Einbuße an Charakter erkauft.

Die Menschheit wird Herr in der Natur, aber der Mensch wird Sklave des Menschen oder Sklave seiner eigenen Niedertracht. Sogar das reine Licht der Wissenschaft kann, so scheint es, nur vor dem dunklen Hintergrund der Unwissenheit strahlen. Das Resultat aller unserer Erfindungen und unseres Fortschritts scheint zu sein, daß materielle Kräfte mit geistigem Leben ausgestattet werden und die menschliche Existenz zu einer materiellen Kraft verdummt. Dieser Antagonismus zwischen moderner Industrie und Wissenschaft hier, modernem Elend und Verfall dort; dieser Gegensatz zwischen den Produktivkräften und den sozialen Verhältnissen unserer Epoche ist eine Tatsache, eine handgreifliche, überwältigende und unbestreitbare Tatsache. Manche Parteien mögen darüber wehklagen; andere mögen wünschen, die modernen Fertigkeiten loszuwerden, um so auch die modernen Konflikte loszuwerden. Oder sie mögen sich einbilden, daß ein so erkennbarer Fortschritt in der Wirtschaft zu einer Vervollkommnung einen ebenso erkennbaren Rückschritt in der Politik braucht. Wir für unseren Teil mißkennen den schlauen Geist nicht, der rüstig fortfährt, alle diese Gegensätze herauszuarbeiten. Wir wissen, daß die neuen Kräfte der Gesellschaft, um gutes Werk zu verrichten, nur neue Menschen brauchen, – und dies sind die Arbeiter. Sie sind so gut ein Erzeugnis der Gegenwart wie die Maschine selbst. In den Zeichen, welche die Bourgeoisie, die Aristokratie und die armseligen Propheten des Rückschritts in Verwirrung bringen, entdecken wir unseren guten Freund, unseren Robin Hood, den alten Maulwurf, der so schnell in der Erde arbeiten kann – die Revolution. Die englischen Arbeiter sind die Erstgeborenen der modernen Industrie. Sie werden daher sicherlich nicht die letzten sein, die soziale Revolution, das Produkt [408] eben dieser Industrie zu fördern: eine Revolution, die die Befreiung ihrer ganzen Klasse in der ganzen Welt bedeutet, die so international ist wie Kapitalherrschaft und Lohnsklaverei. Ich kenne die heldenhaften Kämpfe, welche die englischen Arbeiter seit der Mitte des letzten Jahrhunderts ausgefochten haben, Kämpfe, die nur deshalb nicht bekannt geworden, weil sie von den bürgerlichen Geschichtsschreibern im Dunkeln gelassen und totgeschwiegen wurden. Im Mittelalter existierte in Deutschland, um die Untaten der Herrschenden zu rächen, ein geheimes Tribunal, das „Femgericht“. Wenn an einem Hause ein rotes Zeichen zu sehen war, so wußte man, daß sein Eigentümer der Feme verfallen war. Heute steht auf allen Häusern Europas das geheimnisvolle rote Kreuz. Die Geschichte selbst sitzt zu Gericht – der das Urteil vollstreckt, ist das Proletariat.

„Dem Andenken der Juni-Kämpfer“[*)]

Köln, 28. Juni.

Die Pariser Arbeiter sind erdrückt worden von der Uebermacht. Sie sind ihr nicht erlegen, sie sind geschlagen, aber ihre Gegner sind besiegt. Der augenblickliche Triumph der brutalen Gewalt ist erkauft mit der Vernichtung aller Enttäuschungen und Einbildungen der Februarrevolution, mit der Auflösung der ganzen altrepublikanischen Partei, mit der Zerklüftung der französischen Nation in zwei Nationen, die Nation der Besitzer und die Nation der Arbeiter. Die trikolore Republik trägt nur mehr eine Farbe, die Farbe der Geschlagenen, die Farbe des Blutes. Sie ist zur roten Republik geworden.

Keine republikanische Reputation, sei es vom National, sei es von der Reform auf seiten des Volkes! Ohne andere Führer, ohne andere Mittel, als die Empörung selbst, widerstand es der vereinigten Bourgeoisie und Soldateska länger, als je eine französische Dynastie, mit allem militärischen Apparat versehen, einer mit dem Volk vereinigten Fraktion der Bourgeoisie widerstand. Damit die letzte Illusion des Volkes verschwinde, damit gänzlich mit der Vergangenheit gebrochen werde, mußte auch die gewohnte poetische Zutat der französischen Erneute, die enthusiastische Bourgeoisjugend, die

[*)] Erschienen in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ 1848. (D. Herausg.).

Zöglinge der école polytechnique, die dreikrämpigen Hüte auf der Seite der Unterdrücker stehen. Die Zöglinge der medizinischen Fakultät mußten den verwundeten Plebejern die Hilfe der Wissenschaft versagen. Die Wissenschaft existiert nicht für den Plebejer, der das unsagbare, das unsägliche Verbrechen beging, sich einmal für seine eigene Existenz in die Schanze zu schlagen, statt für Louis Philippe oder für Herrn Marrast.

Der letzte offizielle Rest der Februarrevolution, die exekutive Kommission, ist vor dem Ernst der Ereignisse wie ein Nebelbild zerflossen, Lamartines Leuchtkugeln haben sich verwandelt in die Brandraketen Cavaignacs.

Die Fraternité, die Brüderlichkeit der entgegengesetzten Klassen, von denen die eine die andere exploitiert, diese Fraternité, im Februar proklamiert, mit großen Buchstaben auf die Stirne von Paris geschrieben, auf jedes Gefängnis, auf jede Kaserne, ihr wahrer, unverfälschter, ihr prosaischer Ausdruck, das ist der – Bürgerkrieg, der Bürgerkrieg in seiner fürchterlichsten Gestalt, der Krieg der Arbeit und des Kapitals. Diese Brüderlichkeit flammte vor allen Fenstern von Paris am Abend des 25. Juni, als das Paris der Bourgeoisie illuminierte, während das Paris des Proletariats verbrannte, verblutete, verächzte.

Die Brüderlichkeit währte solange, als das Interesse der Bourgeoisie mit dem Interesse des Proletariats verbrüdert war, Pedanten der alten revolutionären Ueberlieferung von 1793, sozialistische Systematiker. die bei der Bourgeoisie für das Volk bettelten und denen erlaubt wurde, [409] lange Predigten zu halten und sich so lange zu kompromittieren, als der proletarische Lowe in Schlaf gelullt werden mußte, Republikaner, welche die ganze alte bürgerliche Ordnung mit Abzug des gekrönten Kopfes verlangten, dynastische Oppositionelle, denen der Zufall an die Stelle eines Ministerwechsels den Sturz einer Dynastie unterschob, Legitimisten, welche die Livree nicht abwerfen, sondern ihren Schnitt verändern wollten, das waren die Bundesgenossen, womit das Volk seinen Februar machte. Was es in Louis Philippe instinktmäßig haßte, war nicht Louis Philippe, sondern die gekrönte Herrschaft einer Klasse, das Kapital auf dem Thron. Aber wie immer großmütig, wähnt es seinen Feind vernichtet zu haben, nachdem es den Feind seiner Feinde, den gemeinschaftlichen Feind gestürzt hat.

Die Februarrevolution war die schöne Revolution, die Revolution der allgemeinen Sympathien, weil die Gegensätze, die in ihr gegen das Königtum eklatierten, unentwickelt, einträchtig nebeneinander schlummerten, weil der soziale Kampf, der ihren Hintergrund bildete, nur eine luftige Existenz gewonnen hatte, die Existenz der Phrase, des Worts. Die Junirevolution ist die häßliche Revolution, die abstoßende Revolution, weil an die Stelle der Phrase die Sache getreten ist, weil die Republik das Haupt des Ungeheuers selbst entblößte, indem sie ihm die schimmernde und versteckende Krone abschlug.

Ordnung! – war der Schlachtruf Guizots. Ordnung! – schrie Sebastiani, der Guizotin, als Warschau russisch wurde. Ordnung – schreit Cavaignac, das brutale Echo der französischen Nationalversammlung und der republikanischen Bourgeoisie. Ordnung! – donnerten seine Kartätschen, als sie den Leib des Proletariats zerrissen.

Keine der zahllosen Revolutionen der französischen Bourgeoisie seit 1789 war ein Attentat auf die Ordnung, denn sie ließ die Herrschaft der Klasse, sie ließ die Sklaverei der Arbeiter, sie ließ die bürgerliche Ordnung bestehen, so oft auch die politische Form dieser Herrschaft und dieser Sklaverei wechselte. Der Juni hat diese Ordnung angetastet. Wehe über den Juni!

Unter der provisorischen Regierung war es Anstand, und noch mehr, es war Notwendigkeit, den großmütigen Arbeitern, die, wie man in Tausenden von offiziellen Plakaten abdrucken ließ, „drei Monat Elend zur Verfügung der Republik bereitstellten“, es war Politik und Schwärmerei zugleich ihnen vorzupredigen, die Februarrevolution sei in ihrem eigenen Interesse gemacht, und es handle sich in der Februarrevolution vor allem um die Interessen der Arbeiter. Seit der Eröffnung der Nationalversammlung wurde man prosaisch. Es handelte sich nur noch darum, die Arbeit auf ihre alten Bedingungen, wie der Minister Trelat sagte, zurückzuführen. Also, die Arbeiter hatten sich im Februar geschlagen, um in eine industrielle Krise geworfen zu werden.

Das Geschäft der Nationalversammlung besteht darin, den Februar ungeschehen zu machen, wenigstens für die Arbeiter, und sie in die alten Verhältnisse zurückzuwerfen. Aber selbst das geschah nicht, weil es so wenig in der Gewalt einer Versammlung wie eines Königs steht, einer industriellen Krise von universellem Charakter zuzurufen: Bis hierhin! Die Nationalversammlung, im brutalen Eifer zu enden mit den verdrießlichen Februarredensarten, ergriff selbst d i e Maßregeln nicht, die auf dem Boden der alten Verhältnisse möglich waren. Die Pariser Arbeiter von 17 bis 25 Jahren preßt sie in die Armee oder wirft sie auf das Pflaster, die auswärtigen verweist sie aus Paris, in die Sologne, ohne ihnen selbst die zum Laufpaß gehörigen Gelder auszuzahlen; den erwachsenen Pariser versichert sie provisorisch ein Gnadenbrot in militärisch organisierten Werkstätten, unter der Bedingung, daß sie an keiner Volksversammlung teilnehmen, d. h. unter der Bedingung, daß sie aufhören, Republikaner zu sein. Nicht die sentimentale Rhetorik nach dem Februar reichte aus, nicht die brutale Legislatur nach dem 15. Mai. Faktisch, praktisch mußte entschieden werden. Habt ihr Kanaillen die Februarrevolution für euch gemacht oder für uns? Die Bour-[410]geoisie stellte die Frage so, daß sie im Juni beantwortet werden mußte – mit Kartätschen und Barrikaden.

Und dennoch schlägt, wie ein Volksrepräsentant am 25. Juni sagt, der Stupor die ganze Nationalversammlung. Sie ist betäubt, als Frage und Antwort das Pflaster von Paris in Blut ertränken, betäubt, die einen, weil ihre Illusionen im Pulverdampf zerrinnen, die anderen, weil sie nicht begreifen, wie das Volk es wagen kann, seine allereigensten Interessen selbständig zu vertreten. Russisches Geld, englisches Geld, der bonapartistische Adler, die Lilie, Amulette aller Art müssen dies sonderbare Ereignis ihrem Verstande vermitteln. Beide Teile der Versammlung aber fühlen, daß eine unermeßliche Kluft sie von dem Volke trennt; keiner wagt, sich für das Volk zu erheben.

Sobald der Stupor vorüber ist, bricht die Raserei aus, und mit Recht zischt die Majorität jene elenden Utopisten und Heuchler aus, die den Anachronismus begehen, noch die Phrase Fraternité, Brüderlichkeit im Mund zu führen. Es handelt sich ja eben um die Abschaffung dieser Phrase und der Illusionen, die ihr vieldeutiger Schoß verbirgt. Als Larochejaquelin, der Legitimist, der ritterliche Schwärmer, gegen die Infamie eiferte, mit der man Vae victis! Wehe den Besiegten! ausruft, gerät die Majorität der Versammlung in Veitstänze, als wäre sie von der Tarantel gestochen. Sie schreit Wehe! über die Arbeiter, um zu verbergen, daß niemand anders der „Besiegte“ ist, als sie selbst, entweder s i e muß jetzt untergehen oder die Republik. Und darum heult sie krampfhaft: Es lebe die Republik!

Der tiefe Abgrund, der sich vor uns eröffnet hat, darf er die Demokraten irren, darf er uns wähnen lassen, die Kämpfe tau die Staatsform seien inhaltslos, illusorisch, null?

Nur schwache, feige Gemüter können die Frage aufwerfen. Die Kollisionen, welche aus den Bedingungen der bürgerlichen Gesellschaft selbst hervorgehen, sie müssen durchkämpft, sie können nicht wegphantasiert werden. Die beste Staatsform ist die, worin die gesellschaftlichen Gegensätze nicht verwischt, nicht gewaltsam, also nur künstlich, also nur scheinbar gefesselt werden. Die beste Staatsform ist die, worin sie zum freien Kampf und damit zur Lösung kommen.

Man wird nun fragen, ob wir keine Träne, keinen Seufzer, kein Wort für die Opfer haben, welche vor der Wut des Volkes fielen, für die Nationalgarde, die Mobilgarde, die republikanische Garde, die Linie?

Der Staat wird ihre Witwen und Waisen pflegen, Dekrete werden sie verherrlichen, feierliche Leichenzüge werden ihre Reste zur Erde bestatten, die offizielle Presse wird sie unsterblich erklären, die europäische Reaktion wird ihnen huldigen von Osten bis zum Westen.

Aber die Plebejer, vom Hunger zerrissen, von der Presse geschmäht, von den Aerzten verlassen, von den Honetten Diebe gescholten, Brandstifter, Galeerensklaven, ihre Weiber und Kinder in noch grenzenloseres Elend gestürzt, ihre besten Lebenden über die See deportiert, – ihnen den Lorbeer um die drohend finstere Stirn zu winden, das ist das Vorrecht, das ist das Recht der demokratischen Presse.

*

[411]

LITERATUR

Die Lösung des Eheproblems durch die Arbeiter und Bauern Sowjetrußlands.

I.

Das Eheproblem auf dem Boden der Sowjets.

Nichts kann so sehr die tiefe Kluft beleuchten, die die kapitalistische Welt von der Welt des Aufbaues einer neuen, auf sozialistischer Grundlage organisierten Gesellschaft scheidet, als die Behandlung der Ehefrage in einem bürgerlichen Staat und in Sowjetrußland.

Der Sowjetstaat ist schon seit 8 Jahren in der Lage, diese „brennende Frage der menschlichen Gesellschaft", als die die bürgerlichen Schriftsteller die Ehefrage bezeichnen, auf dem Boden der Tatsachen, durch die „umwälzende Praxis", zu lesen.

Auch die Revolution konnte natürlich nicht mit einem einzigen, einmaligen Federstrich im Gesetzbuch eine volle Lösung bringen. Aber dieser Federstrich war die Vorbedingung, er riß die Fundamente der alten, erstarrten Formen ein. Mit der Lösung der großen sozialen Frage, mit der Abschaffung des Privateigentums, war prinzipiell auch die Frage der Ehe, die im Grunde eine Eigentumsfrage ist, gelöst.

Das Problem in der alten Form existiert im Sowjetrußland nicht mehr. Nur Bruchstücke dieses Problems, die den neuen Bau stören müssen noch beseitigt werden, neuen Komplikationen, die sich aus der suchenden Uebergangszeit, aus dem Rückschlag der Neppolitik ergeben, muß Rechnung getragen werden.

Aber gerade die Behandlung der neuen Seiten der Ehefrage in Sowjetrußland, wie sie in den vergangenen Monaten lebhaft diskutiert wurden, hat gezeigt, daß die neuen Sowjetgesetze keine starren Formen sind, sondern daß sie neu entstehenden Bedürfnissen und Notwendigkeiten entsprechend geändert werden.

Der grundlegende Gedanke, den wir vorerst ins Auge fassen müssen, ist der daß die Sowjetgesetzgebung, entsprechend der kommunistischen Auffassung, die Ehe nicht als ewig unwandelbare Form einer gesellschaftlichen Gemeinschaft betrachtet, sondern sie eine Frage, die durch die auf neuer Grundlage zu organisierende Gesellschaft zu lösen ist.

Die kommunistische Auffassung geht konsequenter Weise dahin, daß mit der nur schrittweise möglichen Verwirklichung des Kommunismus, das heißt der Herausbildung der von Grund aus anderen Organisation des sozialen Lebens, das Eheproblem als soziales Problem verschwinden muß. Natürlich werden nicht individuelle Konflikte des Zusammenlebens aus der Welt geschafft werden – denn die Frage der Ehe ist ja gleichzeitig die individuelle Frage der Liebe zwischen Mensch und Mensch. Aber auch diese werden mildere, weniger tragische Formen annehmen. Vor allem werden bei ihrer Lesung wirtschaftliche, materielle Fragen nicht mehr ausschlaggebend sein. Es gibt such hier typische generelle Schmerzen, die von vornherein auf ihre Lösbarkeit bin beurteilt werden können. Erstens: das Aufhören der Liebe auf beiden Seiten; es braucht keine tragischen Konflikte mehr zu bringen, sobald die Ehegatten auseinandergehen können, ohne die Kinder zu schädigen, also sobald es möglich sein wird, sie kollektiv zu erziehen. Zweitens: die unerwiderte Liebe mit ihrer Gefahr der Vereinsamung. Diese Gefahr mit ihren Schmerzen wird kaum mehr in einer Gesellschaft in Frage kommen, die kollektive Aufgaben stellt und kollektive Freuden bietet, in der individuelle Schmerzen kein so schweres Gewicht mehr haben.

Die Fragen und Probleme der Ehe sind zugleich – in der bürgerlichen Gesellschaft – Fragen der Familie, Fragen des Eigentums. Wenn Kommunismus die Auflösung der Familie in der Gemeinschaft bedeutet – und die Entwicklung in Sowjetrußland deutet darauf hin, daß der Weg tatsächlich dahin geht (gemeinschaftliche Speisung in der Betriebs-, Genossenschafts- oder Gemeinschaftsküche, gemeinschaftliche Erziehung der Kinder in Heimen und Kinderstädtchen, das Klubleben, die Pionierbewegung usw.), so ist es klar, daß mit dieser Art der Auflösung der Familie auch ihr Problem, das Eheproblem. verschwinden wird. Ganz im Gegensatz zu den Zuständen im kapitalistischen Staat, wo

der Auflösung der Familie durch die Hereinziehung der Frau in den ausbeuterischen Produktionsprozeß nicht die aufbauenden, neuen Werte und Lebensformen entgegengesetzt werden, und wo die Fragen des Familien- und Eherechtes für die proletarische Frau und das proletarische Kind mit der sozialen Frage des Mutterschutzes zusammenfallen, für die es im kapitalistischen Staat keine befriedigende Lösung gibt, weil keine Mittel dafür da sind. Der weitgehende Schutz von Mutter und Kind zusammen mit der völligen Gleichberechtigung der Frau geben ihr im proletarischen Staat eine solche Unabhängigkeit vom Manne, wie sie in keinem anderen Lande möglich ist. Nicht der tote Buchstabe des Gesetzes ist entscheidend, sondern die tatsächlichen neuen Institutionen, die neuen Lebensformen, unter denen die Ehe aufhört, für die Frau die Rolle einer „Versorgungsanstalt“ zu spielen. Die Fragen des Ehekomplexes, die in der letzten Zeit in Rußland diskutiert wurden, sind rein praktische Fragen des Familienrechtes, die sich auf dem Wege der Auflösung der Familie in neue, kollektive Gesellschaftsformen ergeben mußten und die wichtig sind für eine Zeit des Ueberganges, in der die Vorbedingungen für eine rein kommunistische Lösung noch nicht voll erfüllt sind. Diskutiert wurde vor allem die Frage der Rechtsverbindlichkeit der nicht standesamtlich eingetragenen Ehen, die nach dem neuen Entwurf als dc facto bestehende Ehen angesehen und in bezug auf die rechtliche Stellung der Frau und der Kinder wie eine Ehe behandelt werden sollen, was nur eine rechtliche Bestätigung der seit 1918 herausgebildeten Heiratspraxis bedeutet. Ferner die [412] Frage der gegenseitigen Unterstützung der Eheleute nach Lösung der Ehe und Regelung der Vermögensbeziehungen, drittens die Regelung der vermögensrechtlichen Beziehungen auf dem flachen Lande, dem Bauernhof, wo natürlich mit der Aufteilung des Großgrundbesitzes mit der Tatsache der rechtlichen Gleichstellung der Frau, die ihr den gleichen Anteil an dem während der Ehe erworbenen Besitz sichert und die in jeder Hinsicht, ideell und materiell, eine ungeheure Umwälzung bedeutet, neue Probleme aufgetaucht sind, die in der Richtung der Verwirklichung des Sozialismus gelöst werden müssen.

Bezeichnend für die der Wirklichkeit Rechnung tragende Lösung dieser Fragen in der Sowjetunion ist die Tatsache, daß die Bundeskonferenz der Frauenorganisatoren der Gemeinden, die die engste Fühlung mit den Arbeitern und Bauern haben, und die kürzlich bei der Arbeiterinnen- und Bäuerinnenabteilung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion stattfand, sich einstimmig für den Rechtsschutz der nicht standesamtlichen Ehe ausgesprochen hat.

So steht die Frage – in knappen Umrissen gezeichnet – im Arbeiter- und Bauernstaat. Hier wird zugepackt, hier wird eine neue Praxis geschaffen.

Die unglücklichen Frauen, die „aus Liebe“ brutalen Ehemänner, die unglücklichen Ehen, sie verschwinden in der USSR. Es verschwindet die Leidensfigur der „aus Liebe“ geschundenen, sich abrackernden, unterdrückten und geschlagenen Bäuerin, weil sie den Schutz der Sowjets gegenüber den Brutalitäten des Mannes hat. Es verschwindet die unglückliche, von den Eltern bestimmte Ehegemeinschaft, zu der die Töchter und Söhne mit Rücksicht auf den Besitz gezwungen wurden (besonders die Töchter), weil sie jetzt den Schutz der Sowjets gegen die Eltern haben. Es verschwindet der Verkauf der Töchter und Frauen im Osten und damit ein Stück Mittelalter, eine Quelle von Jammer und Elend für Tausende von Frauen.

II.

Das Eheproblem in der Ideologie der bürgerlichen Gesellschaft.

Es ist klar, daß gerade in der kapitalistischen Gesellschaft dieses Eheproblem eine soziale Frage ist, ein Teil der sozialen Frage überhaupt. Aber es tritt innerhalb der bürgerlichen Ideologie nicht als solche in Erscheinung, Das soziale Problem der ehelichen Gemeinschaft tritt hier atomisiert in Erscheinung in den proletarischen Forderungen und in denen der bürgerlichen Frauenemanzipationsbewegung, in den Forderungen des Schutzes der unehelichen Mütter und Kinder, des Frauenwahlrechtes, in der Frage der Doppelexistenz. Das alles sind Fragen, die mit der heutigen Form der Ehe im kapitalistischen Staat zusammenhängen, die im Verhältnis zu den die alte Form der Familie sprengenden modernen Produktionsformen rückständig ist. Das alles sind Fragen, die sich auf die Unabhängigkeit der Frau vom Manne und von der Familie beziehen. In Sowjetrußland tritt dieser Zusammenhang klar zutage. Die russischen Arbeiter und Bauern spüren die ausschlaggebende Bedeutung dieses Zusammenhanges schon in den Tatsachen ihres Lebens.

Nicht so in der kapitalistischen Gesellschaft. Wie vollkommen losgelöst von diesen gerade hier brennenden sozialen Fragen der Werktätigen Frauen und mit welch reaktionären Tendenzen das Eheproblem sich in der bürgerlichen Ideologie spiegelt, dafür haben wir ein sehr charakteristische Beispiel in dem kürzlich erschienenen „Ehebuch“, das ein deutscher „Philosoph“ modernsten Stils, einer jener „Neuerer“, die die Schäden der bürgerlichen Gesellschaft aus dem Borne der „Weisheit“, der „Erkenntnis“, gesunden wollen, Graf Keyserling, herausgegeben hat. Auf dem Umschlag des Buches heißt es: „24 führende Geister haben sich zusammengefunden, um im gemeinsamen Werk das Problem der Ehe seiner zeitgemäßen Lösung zuzuführen.“

Also wir haben es hier mit einer Elite der bürgerlichen Geisteswelt zu tun, unter ihnen Namen wie Thomas Mann, Jakob Wassermann, Ricarda Huch, Rabindranath Tagore.

Charakteristisch für das Ganze ist, daß Keyserling im ersten Teil des Buches, „das richtiggestellte Eheproblem“, die Ehe als s o z i a l e s P r o b l e m überhaupt nicht zur Diskussion stellt. Er sieht nur ein „ethisches und kosmisches“ Problem (kosmisch ist überhaupt in der modernen bürgerlichen Ideologie ein beliebter Ersatz für „sozial“).

In den beiden darauf folgenden Teilen, „die Ehe in Raum und Zeit“ und „die Ehe als zeitloses Problem“ wird von vierundzwanzig Schriftstellern die Ehe als historische, nationale und soziale Erscheinung beleuchtet. Zum Beispiel „Entstehung der Ehe“, „Ehe und Proletarisierung“, „Die bürgerliche Ehe“, „Die Ehe in der neuen Welt“, „Ehe und Mutterrecht“, „Das indische Eheideal“, „Die Ehe als psychologische Beziehung“, Die Ehe als Kunstwerk“, „Die Ehe als Erfüllung und Sakrament“, „Die Ehe als Geheimnis und Geburt“, Dieses Sammelsurium von Ueberschriften zeigt schon die ganze buntscheckige Verstiegenheit der bürgerlichen Gedankenrichtung und Fragestellung gegenüber ihrem Hauptproblem. (Ihr Hauptproblem kann natürlich nicht die Eigentumsfrage sein – das wäre eine viel zu „materielle“ Einstellung gegenüber der sakramentalen Mystik, mit der die bürgerliche Ideologie die Ehe umgibt.) Gegenüber der Tatsache, daß diese Mystik durch die brutale Wirklichkeit, vor allem der Kriegs- und Nachkriegszeit, so gut wie vollständig zerstört worden ist, ist dieses Buch ein Versuch, auf „rein geistigem Wege“ die alte Heiligkeit der Ehe entsprechend der modernen Lebensphilosophie wieder zu konstituieren.

Wie ein roter Faden zieht sich der Gedanke durch das Buch, daß die Ehe ein ethisches Gebot der menschlichen Gemeinschaft, eine Kunst der Lebensführung ist, nicht die Frage der Liebe und der Nachkommenschaft, nicht eine Frage des persönlichen Glücks. „Der Urgrund ihrer häufigen Krisen“, sagt Keyserling, „ist Verkennen ihres wirklichen Sinnes“. „Sie ist kosmische Urform, da in ihr die Ich-Du-Spannung sich auflösen muß“. An Stelle von sozialer Bedingtheit tritt bei Keyserling „kosmische Bedingtheit“.

So kommt er um das eigentliche soziale Problem herum, denn das „kosmische“ sieht er ja lediglich als das individuelle Problem, als Ich- und Du-Spannung. Keyserling versucht, indem er das Problem in diese höhere Sphäre hebt, und sich aufs hohe Pferd der Philosophie schwingt, die Gefahren und das Elend der Ehe schmackhaft zu machen; er erklärt, daß die Tragik ein zu akzeptierender Bestandteil des menschlichen Lebens sei.

[413] „Ehe im wahren Sinne ist erst die Gemeinschaft, die ihren wahren, tragischen Sinn realisiert. Bei allen Gemeinschaftsformen von Mann und Weib, von welchen dies nicht gilt, handelt es sich um Vorstufen oder Rückfälle. Weder Kohlkopf noch Kuh weiß von Tragik. Aber anderseits weiß jeder, auch der Primitivste, daß die Ehe erst auf der tragischen Stufe ihren Sinn zu erfüllen beginnt. Alle Ehen, welche ja als Vor- und Sinnbilder von Menschen meditiert wurden, waren Beispiele freudig getragenen großen und schweren Schicksals. Von Eheglück kann eben sinnvoll nicht früher die Rede sein, als bis es durch Unglück nicht mehr gefährdet wird. Hieraus erklärt sich dann vielerlei. Erstens, warum wirtschaftliche Gemeinschaft auf Grund richtiger Arbeits- und Verantwortungsteilung auf niedriger Entwicklungsstufe von jeher die einzig bewährte Eheglücksbasis darstellt. Zweitens, warum alle anerkannten Vorbilder des Ehelebens, empirisch betrachtet, Höchstausdruck der Standesehe bedeuten. Unter dieser verstehe ich, dem ursprünglichen und wahren Sinne gemäß, die Ehe als Trägerin eines bestimmten Ethos, des Ethos einer bestimmten Kulturordnung, eines bestimmten „Standes“ im Kosmos, woraus sich sekundär die Grenzen jeweils erlaubter Gattenwahl ergeben.“

Und was haben die anderen zu sagen? Da ist zum Beispiel Jakob Wassermann, der einen Teil aus seinem kürzlich erschienenen Eheroman „Friedrich Laudin“ zitiert. Es handelt sich um Leben und Tätigkeit eines bedeutenden Advokaten, Doktor Friedrich Laudin, dessen Spezialität es ist, Ehen zu scheiden. Es zeigt sich, daß Wassermann tatsächlich in alle Abgründe von Elend, Qual, Verbrechen und Entartung hineinleuchtet – wohlverstanden – der b ü r g e r l i c h e n Ehe, ohne aber die besonderen Nöte dieser b ü r g e r l i c h e n Institutionen für das Proletariat zu beachten. Er charakterisiert auch treffend den heutigen anarchischen Zustand, dem jede Basis fehlt, „seit das Ueberkommene aus uns abgelebt ist“, indem mich „jeder einzelne in angstvoller Anmaßung zum Selbstverwalter seines Schicksals macht“, wo überall, auch wo „erwählte neue Formen dem Dasein anzupassen versuchen, Zerrbilder entstehen“, weil „es doch keine edle Emanzipation gibt, die nicht durch die Mehrzahl der Beteiligten kompromittiert wird.“

Obwohl er mit dieser Feststellung den Bankrott einer individualistischen Lösung feststellt, weiß er doch keine andere: „Kritik ist nicht am Platze“ ...“Habt Instinkt für Euch selbst in der Wahl Eures Partners“ „aller Wandlung Anfang ist Tun, wie ihr Ende Gestalt ist“ ... Zum Schluß zitiert er wieder eine Stelle aus, seinem Roman, wo Laudin sagt: „Es schwebt mir etwas vor wie die Umbildung einer Gesellschaft“ ... – man horcht ordentlich auf – „Ich finde, der einzelne ist nicht mehr wichtig für die Gesamtheit – w i c h t i g i s t n u r d a s P a a r“ ...

Er meint dann weiter, daß es darauf ankäme, „daß Paare, die wirklich zusammengehören, sich finden – denn es gäbe für jeden Menschen nur eine einzige Möglichkeit der Ergänzung“ ... Also: Suchst, so werdet Ihr finden – das ist das Rezept!

Thomas Mann, der Bruder Heinrich Manns, und jetzt der besonders gefeierte und beliebte Romancier der Bourgeoisie, nennt sich selbst hier den „romantischen und metaphysischen Individualisten“, dem schon in der Jugend der Individualismus „orgiastische Freiheit“ war – er erinnert an meine Dichtung „Der Tod von Venedig“, in der er ihn in Gestalt der Knabenliebe schildert, „Mit dem Begriff des Lebens ist der der Pflicht und der sozialen Bindung verknüpft“ – und hieraus folgert er „den sittlichen Weg zur Ehe“, die „gründende Liebe“.

Wir brauchen dieser Selbstkritik nichts hinzuzufügen. Der ganze Aufsatz ist eine oberflächliche Plauderei über Liebe, Ehe, Knabenliebe, Künstlerliebe, über Wandlungsfähigkeit des „Ewig-Menschlichen“, über den „Weg der Geistigen“, der überall zu Ende gegangen werden müsse, damit „wieder Seele sein könne“ ... „Einverleibung und Einverzeichnung der Erkenntnis zur Bildung neuer Würde, Form und Kultur“.

So hat jeder Schriftsteller dieser Elite sein eigenes Rezept. Wir finden auch nicht den geringsten Anhalt für eine einheitliche Klärung oder Lösung, nur den allgemeinen Glauben, daß „nur der Geist“ es machen könne. Ueber Mittel, Weg und Ziel völlig. Verwirrung.

Es wäre natürlich verkehrt, aus den in diesem Buch geäußerten Meinungen einer „Elite“ allzu weitgehende Rückschlüsse auf die bürgerliche Wirklichkeit zu ziehen, Die Bourgeoisie ist weit davon entfernt, die Ehe als eine so verstiegene Angelegenheit zu betrachten. Entscheidend ist aber die Tendenz dieses Buches, die Ehe als die bürgerliche Institution, die sie ist, zu rechtfertigen, und ihr auf der Basis dieser Gesellschaft einen „neuen ethischen Sinn“ zu geben, sie aus dem Sumpf ihrer Realität in eine „höhere Sphäre“ zu heben, Durch Hirngespinste und ideologische Eiertänze kommt man aber nicht über die Wirklichkeit hinweg. Die Bourgeoisie selbst wird dies Buch, soweit sie überhaupt daran Interesse hat, als eine gefällige Verbrämung ihres Sumpfes lesen, die über ihren Sumpf hinaus ein schönes Bild in der blauen Luft malt, bei dessen Anblick man beruhigt die häßliche Wirklichkeit vergessen kann.

Als Charakteristikum für das Maß von Unsinn, das in dieser Elite der 24 führenden Geister des bürgerlichen Deutschland möglich ist, hören wir einiges wörtlich aus dem Aufsatz, der unser besonderes Interesse verdient, weil man eine proletarische Stellungnahme vermuten könnte, „Ehe und Proletarisierung“ von Paul Ernst:

„Proletariat als Lebensgefühl muß also offenbar der Ehe überhaupt feindlich sein, nicht etwa bloß einer bestimmten, geschichtlich zum Untergang bestimmten Eheform: das Proletariat als Lebensgefühl ist ja überhaupt

die Verneinung von Menschheit und Welt, es ist die Behauptung der losgelösten einzelnen, es ist ein Vorgang der Selbstzerstörung. In gesunden Zeiten sinken einzelne und größere Massen ins Proletariat und indem sie sich dort selbst vernichten, befreien sie die Menschheit von einer überflüssigen Last ... Heute herrscht der Proletarier, der Mensch, welcher nicht fühlt, daß er mit allem verbunden ist, daß er verantwortlich ist ...

Die Idee der Klasse deckt sich nicht mit der geschichtlich wirklichen Klasse. Das Proletariat als gesellschaftliche Klasse deckt sich nur in der Idee mit dem Proletariat als Lebensgefühl ...

... Der industrielle Kapitalismus hat die Menschheit in Verhältnisse gebracht, denen sie sich nicht anpassen kann.

[414] Welch neuen Formen die Menschen nachher finden werden, das kann noch niemand wissen.

Dieser Schluß ist nur der i-Punkt auf diesen ganzen Unsinn. Wir glauben, es bedarf hier keines weiteren Kommentars.

Ein einziger Aufsatz, Beatrice Hinkle, über „Die Ehe in der neuen Welt“, wird einigermaßen den Tatsachen des modernen wirtschaftlichen und ökonomischen Lebens gerecht. Eine Frau sucht in ihm Fingerzeige zu neuen Anschauungen und Formen der Ehe, wie sie sich in Amerika schon in Ansätzen zeigen, die vor allem auf eine größere Freiheit der Frauen auf Grund ihrer Tätigkeit im Produktionsprozeß hinspielen, aber auch sie legt das Hauptgewicht auf die in dividuelle Verantwortung, besonders der Frau, für das kommende Geschlecht. G. G. L. A l e x a n d e r-Moskau.

*

Scott Nearing und Joseph Freemann: *Dollardiplomatie*

Durch die gewaltigen Ereignisse in China ist das Interesse für die Vorgänge in Mittelamerika in den Hintergrund gedrängt worden. Aber wir wären sehr kurzsichtig, wenn wir die Vorstöße der Vereinigten Staaten unbeachtet ließen. Die Kriegsvorbereitungen gegen Mexiko gehen weiter und die Nikaragua-Frage ist nicht erledigt. Beide Aktionen des nordamerikanischen Imperialismus sind nur Teile des großen Planes, den ganzen amerikanischen Kontinent dem Trustkapital der Rockefeller, Morgan und Comp. zu unterwerfen, die staatliche und wirtschaftliche Selbständigkeit der mittel- und südamerikanischen Länder vollkommen zu vernichten. Daß das Staatsdepartement in Washington solche Ziele nicht Wort haben will, braucht niemand zu wundern. Verwunderlich aber ist, daß es immer noch genug Leute gibt, die über den Charakter der amerikanischen Politik hinwegtäuschen wollen und daß sie damit Glauben finden.

Solch einer ist z, B. Herr K. K a u t s k y. Der veröffentlichte im September 1918 eine Aufsatzreihe über die Politik des Herrn Wilson, damals also, als die deutschen Patrioten katzenjämmerlich ihre Hoffnungen von Ludendorff weg auf den Messias aus Dollarika warfen. Kautsky gab die „wissenschaftliche“ Rechtfertigung dieser Hoffnungen. Unmittelbar nachdem die 14 Punkte Wilsons ihre erste Realisierung in den Waffenstillstandsbedingungen gefunden hatten, gab Kautsky jene Aufsätze gesammelt in einer Schrift[*)] heraus mit der ausdrücklichen Bemerkung, daß er keine Ursache habe, irgend etwas an den Aufsätzen zu ändern, Und was sagt er darin? Nichts Geringeres, als daß Amerika eine dauernde Friedenspolitik treibe, die in den Verhältnissen des Landes begründet sei, daß Wilson und die Amerikaner von den imperialistischen Appetiten am wenigsten berührt wurden, obwohl sie die eigentlichen Sieger im Weltkriege seien, daß die Monroe-Doktrin, der Grundsatz der früheren amerikanischen Außenpolitik, noch heute ein Mittel zur Erhaltung des Friedens sei. Zwar kann er nicht leugnen, daß die Vereinigten Staaten gelegentlich eine recht aktive imperialistische Politik getrieben haben. Aber er behauptet, gerade die Vereinigten Staaten hätten bewiesen, daß der Imperialismus nicht unentrinnbare Notwendigkeit sei und sie hätten die Eroberungspolitik schleunigst wieder an den Nagel gehängt.

Andere Leute folgten Kautskys Spuren. So entdeckt der ehemalige Kriegsheld E d u a r d D a v i d in einer Preisschrift[**)] über die Frage, wie man den ewigen Frieden fabrizieren kann, daß die

[*)] Karl Kautsky: Die Wurzeln der Politik Wilsons. Berlin 1918. Verlag Neues Vaterland.
[**)] Dr. Eduard David, Reichsminister a. D.: Die Befriedigung Europas. Verlag Hensel u. Co., Berlin 1926.

amerikanische Union dabei ist, „die Befreiung der gesamten amerikanischen Staatenwelt“ herbeizuführen.

Solche Auffassungen stehen im grellsten Widerspruch zur Wirklichkeit. Sie zählen zu den deutlichsten Beweisstücken für die Erfahrung, daß mit der Verleugnung des Marxismus als politischer Kampfmethode auch der Marxismus als Mittel historischer Erkenntnis aufgegeben werden muß, Zum Teil beruhen solche Anschauungen auf einer ängstlichen Flucht vor der Wirklichkeit in eitle Utopien. zum Teil sind sie ganz bewußte Fälschungen zu dem Zweck, die Arbeiterklasse an der Erfüllung ihrer Aufgaben zu hindern.

Die wirkliche Rolle der Vereinigten Staaten in der Weltpolitik zu erkennen, ist gerade für die Arbeiterklasse von einer außerordentlichen Bedeutung, denn die amerikanische Außenpolitik entscheidet zu einem wesentlichen Teile mit über das Geschick des Proletariats. Aber die Kenntnis der in Betracht kommenden konkreten Tatsachen ist bisher in, einer geradezu sträflichen Weise vernachlässigt worden. Deshalb ist es ein großes Verdienst, daß zwei amerikanische Forscher, S c o t t N e a r i n g und J o s e p h F r e e m a n n, es unternommen haben, die imperialistische Politik der Vereinigten Staaten in ihren Grundlinien aufzuzeigen.[*)] Die Verfasser erklären bescheiden, daß sie keine Geschichte des amerikanischen Imperialismus geben wollen, sondern eine Beschreibung gewisser typischer Fälle, in denen die ökonomischen und diplomatischen Interessen der Vereinigten Staaten mit den ökonomischen und politischen Interessen gewisser „unentwickelter“ Länder zusammenstießen. Das ist richtig. Doch diese Selbstbeschränkung ist ein Vorzug geworden, weil durch sie das Wesen des amerikanischen Imperialismus und seiner Methoden um so schärfer aus dem Tatsachenkomplex herausgehoben wird. Das Buch behandelt hauptsächlich die Diplomatie des amerikanischen Imperialismus, es skizziert seine wirtschaftliche Macht, läßt aber die militärische Rüstung beiseite.

In diesem Rahmen bringt das Buch ein lebendiges Bild von der skrupellosen Raubgier des amerikanischen Imperialismus und den robusten Methoden, mit denen er die Eroberung und Plünderung fremder Länder betreibt. Klar heben sich die Ziele der auswärtigen Politik der Vereinigten Staaten heraus, nämlich: die Beherrschung des amerikanischen Kontinents, die Vorherrschaft im Stillen Ozean und besonders in China und einen starken Anteil an der allgemeinen Beute im Nahen Osten, wozu in den letzten [415] Jahren der wirtschaftliche Einbruch in das alt. Europa getreten ist. Die Methoden imperialistischer Expansionen. die die Vereinigten Staaten anwenden, sind überaus mannigfaltig, sie werden meist durch dick aufgetragene Heuchelei verschminkt.

In K a n a d a dringt das amerikanische Kapital vor in der ganz „harmlosen“ Form des reinen Kapitalexports. Das Tempo ist hier rasend. Noch 1918 betrug der Anteil des amerikanischen Kapitals am gesamten fremden Kapital nur 17 Prozent, 1923 bereits 52 Prozent (englischer Anteil 1918: 77 Prozent, 1923: 42 Prozent). Damit wird Kanada immer mehr zur Wirtschaftsprovinz der Vereinigten Staaten.

In C h i n a marschiert der amerikanische Imperialismus unter der Losung der „Offenen Tür“, also für formelle Gleichberechtigung der großen Kolonialmächte an der Erschließung und Ausbeutung Chinas gegen die Politik der Einflußsphären. Diese „Offene-Tür“-Politik wird von allen Pazifisten und natürlich auch von den Sozialdemokraten als eine Verneinung des Imperialismus und als eine Unterwerfung des Kapitals unter moralische Grundsätze hingestellt. Das ist eine feige Vertuschung. Tatsächlich ist diese Politik ein Kampfmittel gegen andere imperialistische Mächte, die vorläufig auf dem gegebenen Terrain noch im Vorteil sind. Die Ergebnisse dieser Politik sind: der Verzicht der Konkurrenzmächte auf die Einflußsphären, die Bildung einer Vier-Mächte-Gruppe (Vereinigte Staaten, England, Italien, Frankreich) mit gleichberechtigter Monopolisierung der großen Ausbeutungsobjekte (Staatsanleihen, Eisenbahnen, Bergwerke usw.). Dieses Abkommen wurde abgeschlossen, ohne die chinesische Regierung zu fragen. Die von den Vereinigten Staaten so oft beschworene chinesische Souveränität wurde also als völlig unerheblich betrachtet. Da in dieser Vier-Mächte-Gruppe

[*)] Dollar Diplomacy. A Study in American Imperialism by Scott Nearing and Joseph Freeman. New York 1925. B. W. Huebsch and the Viking Press.

Gleichberechtigung herrscht, hat tatsächlich Amerika als stärkste kapitalistische Macht die größten Möglichkeiten und damit die Vormacht in China. Das ist auch militärisch zum Ausdruck gekommen im Rüstungsabkommen von Washington und in der Zerschlagung des englisch-japanischen Bündnisses (1922). Die jetzige Mobilisierung der amerikanischen Pacificflotte und ihre Kampfaktionen gegen China unterstreicht den kriegerischen Charakter der „Offenen-Tür"-Politik.

Im Kampf um türkisches Petroleum und türkische Eisenbahnen betreibt die auswärtige Politik Amerikas die „friedliche Durchdringung", auch so eine pazifistische Methode. Das bisherige Ergebnis ist die sogenannte Cheater-Konzessionen, die den Bau einer 4700 km langen Eisenbahn mit der Abtretung eines 40 km breiten Landstreifens entlang der Bahnlinien mit reichen Petroleumquellen und Erzschätzen betrifft.

In Südamerika ist bemerkenswert die imperialistische Politik gegenüber Bolivia. Hier gelang es einem Bankkonsortium von New York, der Regierung eine Anleihe von lumpigen 26 Millionen Dollar anzudrehen, die mit dem Verzicht auf die Finanzhoheit des Landes erkauft wurde. Für die Anleihe sind 10 Prozent Zinsen zu zahlen. Als Sicherungen galten das Vermögen der Staatsbank, die Einnahmen der Monopole und Steuern und der Eisenbahnen. Die Finanzhoheit des Landes ist verloren, sie wird von Kommissaren der amerikanischen Banken ausgeübt, hinter denen das Staatsdepartement steht. Bolivia ist ein abhängiger Staat geworden.

Mit all diesen Methoden bleiben die Vereinigten Staaten im Rahmen der sonst üblichen modernen imperialistischen Politik. Ganz anders aber in der Politik gegenüber Mittelamerika und den Inselreichen im Karibischen Meer und dem Stillen Ozean. Hier greifen die ehrenwerten puritanischen Yankees zu den verruchten Mitteln, auf die nach Abschluß des Opiumkrieges die kapitalistische „Zivilisation" scheinbar verzichten wollte. Unabhängige Staaten werden einfach stranguliert. Ein beliebtes Mittel sind dabei die Revolutionen, die von den Banken und dem Washingtoner Staatsdepartement entweder fabriziert oder gefördert und ausgenutzt oder im Namen der Ordnung und Gesetzlichkeit niedergeschlagen werden, damit Amerika schließlich das betreffende Land in Gewalt bekommt. In jedem Falle geschieht dies zur Rettung der Moral und zum Nutzen des Geschäfts.

In Hawaii wurde 1893 diese Methode zum ersten Male erprobt. „Die Revolution war nicht das Werk von Flibustiers und Abenteurern, sondern von höchst konservativen und gesetzlichen Bürgern, den ersten Steuerzahlern, den Leitern der Industrie usw." Hawaii wurde damit amerikanische Kolonie.

1898 wurde die Erhebung der Eingeborenen von Cuba gegen das vermorschte spanische Regiment gefördert und zum Kriege gegen Spanien ausgenutzt. Nach Kriegsende wurde die versprochene Unabhängigkeit nicht gewährt, sondern das. Volk einer nur selten unterbrochenen, blutigen Militärdiktatur unterworfen, die nach dem Zusammenbruch des letzten Widerstandes in eine drückende und ausbeuterische Vormundschaft übergegangen ist. In Form und Wesen dasselbe hat sich gleichzeitig auf den Philippinern abgespielt. Hier ist nicht einmal eine scheinbare Unabhängigkeit zugestanden worden.

Ein besonderes Kapitel ist die Entstehung von Panama. Als Columbien etwas zu lange zögerte, das Gelände für den Panamakanal an die Vereinigten Staaten abzutreten, ging prompt auf der Landenge eine Revolution los. Marine- und Landkräfte der Vereinigten Staaten verhinderten das Eingreifen columbischer Regierungstruppen. Im Handumdrehen war ein neuer Staat entstanden, der nur von Washingtons Gnaden lebt. Ant 31. Oktober 1903 war der Vertragsabschluß mit Columbia gescheitert, am 2. November brach die Revolution aus, am 18. November war bereits mit dem neuen Staat Panama der Vertrag über den Kanal abgeschlossen.

Den anderen Kanalplänen fiel Nikaragua zum Opfer. Hier unternahm der Abenteurer Adolfo Diaz, von den Vereinigten Staaten mit Welfen und Geld ausgerüstet, 1909 eine Revolution. Als er zu scheitern drohte, griff die amerikanische Marine zu seinem Gunsten ein. Eine neue Regierung wurde auf gezwungen, Flottenstationen an Amerika abgetreten, die amerikanische Vormundschaft angenommen. Die finanzielle Ausplünderung begann. Das amerikanische Regiment setzte sich durch gegen den Willen des Volkes, 1912 brach eine neue Revolution aus. Sie wurde durch amerikanische

Kriegsschiffe und Militär in einem grausamen Feldzug niedergeworfen. 1921 und 1922 brachen neue Aufstände aus, die ebenfalls mit Waffengewalt erledigt wurden. Jetzt wiederholt Amerika das verruchte Spiel.

In M e x i k o bilden die großen Petroleumfelder den Anreiz für den amerikanischen Imperialismus. Hier nutzte er die großen [416] revolutionären Klassenkämpfe für seine Interessen aus. 1911 erhoben sich die bürgerlichen Klassen unter Madero gegen die feudale Klasse. Mit Hilfe der Standard-Oil-Comp. siegte die Revolution. Es war zugleich ein Sieg des amerikanischen Petroleumkapitals über die englische Konkurrenz. 1913 siegte die Gegenrevolution. Ein neuer Aufstand unter Führung von Varranca wurde mit militärischer Hilfe Amerikas zum Siege geführt. Aber diesmal hatten sich die Petroleummagnaten verrechnet. Sie wußten nicht, daß sie eine wirkliche Volksrevolution und kein Brigantenstückchen unterstützt hatten, Die revolutionäre Bewegung radikalisierte sich. 1917 wurde eine Verfassung beschlossen, die einen Schritt zur Nationalisierung des Bodens machte. Von diesem Zeitpunkt an unterstützt die amerikanische Union alle reaktionären Kräfte, besonders die Kirche, die stärkste feudale Macht. Sie wirbt Schurken an, die das Land unterminieren und hält Mexiko beständig unter dem Druck der Kriegsdrohung.

Der amerikanische Imperialismus stützt sich auf ein ganzes System von Flottenstationen, Kolonien und abhängigen Staaten. Den Mittelpunkt bildet der Panamakanal, der Bindestrich zwischen dem Atlantischen und dem Stillen Ozean. Um ihn gruppieren sich: Cuba, Haiti, Santo Domingo, Porto Rico und die Jungferninseln im Karibischen Meer; Panama, Nikaragua, Honduras und Guatemala in Mittelamerika und Hawaii, Simon, Guam, die Philippinen und andere Inseln im Stillen Ozean.

Das sind einige Schlaglichter auf die Methoden der Dollardiplomatie, die in dem Buche eingehend charakterisiert werden. Den Verfassern gelingt es dabei, den zwingenden dokumentarischen Beweis zu führen, wie die auswärtige Politik Amerikas nicht nur von den allgemeinen Interessen der Kapitalistenklasse bedingt wird, sondern wie fast jeder einzelne politische oder militärische Schritt auf Befehl ganz bestimmter Interessengruppen – Bank-, Petroleum-, Zuckerkapital usw. – unternommen wird.

Es ist sehr zu verwundern, daß sich bisher für dieses Buch noch kein deutscher Verleger gefunden hat. (Wie wir hören, soll im Verlag Vowinkel, Berlin, eine deutsche Ausgabe des Buches erscheinen.) Paul Frölich.

*

Margherita G. Safratti: Mussolini – Lebensgeschichte[*)]

Geschichtliche Werke, die vom Gegner geschrieben sind, haben für den historischen Materialisten den besonderen Wert, daß man hier sowohl im Objekt wie im Subjekt (Verfasser) des Werkes eine Widerspiegelung der Epoche erkennt. Dies gilt natürlich für ein Buch über Mussolini, das als Apotheose des Faschismus angelegt ist. Die Verfasserin ist ehemalige „Sozialistin“ und Kunstkritikerin des „Avanti“ unter Mussolini, seine langjährige und auch jetzige Mitarbeiterin und Anbeterin. Es ist klar, daß von einer solchen Biographie keine objektive Darstellung und Berichterstattung zu erwarten ist. Aber mehr noch: das Buch kann auch nicht den geringsten Anspruch auf irgend welchen d o k u m e n t a r i s c h e n Wert erheben. Mit einer Sorglosigkeit und Ungeniertheit ohnegleichen geht die Dame daran, Daten und Tatsachen, die allgemein bekannt sind, zu fälschen und umzudrehen, um die cäsarische Gestalt eines Mussolini zurechtzustutzen, wie er nie existiert hat. So z. B. wird Mussolinis Verrat am Proletariat, seine Stellung zur Sozialistischen Partei und zum Krieg so dargestellt, als ob er, der Uebermensch, von Anfang an höheren Zielen zuliebe sich überwunden hätte, und innerhalb der SPI auf einsamer Höh’ gewandelt wäre, bis er den Ministerpräsidentenposten erklommen hätte. Der unerträglich schwülstige und verlogene Ton der Darstellung, der sich fortwährend in Begeisterungsparoxismen überschlägt, ist der offizielle „höfische“ Stil des gegenwärtigen italienischen Faschismus, der trotz aller Anleihen bei Homer und Vergil seine, brutale Hooliganfratze nicht zu verbergen vermag.

[*)] Paul List-Verlag, Leipzig.

Aber selbst in dem Zerrspiegel gesehen, den die Verfasserin, dem Leser vorhält, ist die Gestalt des Kleinbürgers Mussolini durch alle seine Wandlungen hindurch nicht zu verkennen. Der Sohn eines Schmieds in der Romagna wächst in einer Familie und einem Milieu auf, wo die revolutionären Traditionen von Bakunin und Andrea Costa sehr stark sind. In den Wanderjahren in der Schweiz kommt er in Berührung mit russischen Emigranten und Marxisten, wird aber selbst nie zum revolutionären Klassenkämpfer, der zielbewußt dem Weg des Marxismus folgt. Die Sozialistische Partei ist für ihn ein Sprungbrett zur Befriedigung seines Ehrgeizes. Er verrät sie skrupellos, sobald ihm die Konjunktur andere Möglichkeiten des Aufstiegs bietet. Das, was die Sfratti über den „Duce" persönlich und die Politik des Faschismus auf dem Gipfel seiner Macht zu sagen weiß, gesehen von der Blickweite eines kleinen Spießergehirns, ist bestenfalls offizielle Phrase. Tatsachen über den italienischen Imperialismus oder das blutige Regiment über die Arbeiterklasse würde man vergebens in diesem umfangreichen Buch suchen.

An verschiedenen Stellen des Buches sind Beiträge des „Duce" selbst eingeflochten. Sie gefallen sich in Paradoxen im Geiste von Gabriele d'Annunzio und Redensarten, die „für die Nachwelt" gesprochen sein wollen.

Die deutsche Ausgabe des Buches ist von einem Herren besorgt, der sich Alfred M. Balte nennt. Dieser Balte verzeiht Mussolini sogar die Fußtritte, die er recht unartig Deutschland erteilt. Der Herausgeber lehnt zwar „Uebergriffe des Faschismus" für Deutschland ab, empfiehlt aber der deutschen Jugend Mussolini als Vorbild von Vaterlandsliebe (!) und wahrer Größe. Frida Rubiner.

*

Druckfehlerberichtigung[*]

In dem Artikel von M. J.: „Fr. Engels: Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen Philosophie" soll es auf Seite 381 im 3. Absatz, 2. Spalte, Zeile 7 von unten Idealismus Hagels statt Materialismus heißen.

[417]

[*] Der Druckfehler wurde beseitigt. *KWF*

Die Internationale
Jahrgang 10 * Berlin, den 15. Juli 1927 * Heft 14

Der imperialistische Krieg ist unvermeidlich!

B e r l i n, den 15. Juli 1927.

□ Seit der letzten Genfer Tagung des „friedenstiftenden" Völkerbundes ist es auf der internationalen Arena s c h e i n b a r stiller geworden. Herr Stresemann hat feierlich erklärt, daß von einem gemeinsamen Vorgehen gegen die Sowjetunion keine Rede sein könne, daß man sich nur gegen die internationale Wühlarbeit der Komintern schützen müsse – und der Vertreter der Regierungsparteien wies feierlich jede „Einmischung Sowjetrußlands in innere deutsche Verhältnisse" zurück in einem Atemzuge mit seinem feierlichen Protest gegen die „barbarischen" Abwehrmaßnahmen der Sowjetunion gegen weißgardistische Verschwörer. Aber das war auch alles – beileibe keine Einmischung Europas mit anderen als „moralischen" Druckmitteln! Und auch der englisch-russische Konflikt war beileibe nicht mehr als eine „freundschaftliche Warnung". Verantwortliche englische Regierungsmitglieder erklärten feierlich, daß der Abbruch der diplomatischen Beziehungen noch lange keinen wirtschaftlichen Bruch bedeute, daß man vielmehr den „legalen Handelsverkehr" sogar mit allen Mitteln fördern werde. Ja, Lord B i r k e n h e a d erklärte vor einigen Tagen den ganzen Bruch nur für eine Art „Probezeit": Wenn die Bolschewiken sich während einer Weile brav hielten und keine Propaganda machten, dann würde sich alles wieder einrenken ...

Die Dinge wären zum Lachen, wenn nicht breite Arbeitermassen aller Länder auf nie hineinfielen. So plump die Verhüllung der zweiten Phase der Kriegsvorbereitung ist – sie genügt doch zur Täuschung von Millionen Werktätiger. Und – täuschen wir uns nicht – selbst solche Arbeiter, die in den kritischen Wochen zwischen der Arcos-Durchsuchung und dem Warschauer Botschaftermord aufmerksam die Sturmzeichen der neuen Katastrophe verfolgten, geben uns heute vielleicht theoretisch recht – aber glauben n i c h t an die A k t u a l i t ä t der Kriegsgefahr. Und dies gilt sogar für Teile unserer eigenen Parteimitgliedschaft: sie sehen die große Linie der Triebkräfte der Katastrophe, aber sie erkennen nicht ihre gegenwärtigen Erscheinungsformen, überschätzen darum die Widerstände, die dem Imperialismus entgegenwirken, halten die Sache für nicht ganz aktuell und vernachlässigen die ideologische und organisatorische Einstellung auf die großen Aufgaben, die ihnen und uns allen in der entscheidenden Stunde gestellt werden.

Um so wichtiger ist es, die Formen festzustellen, unter denen nach Genf u n d a u f G r u n d v o n G e n f, die Vorbereitung des Antisowjetkrieges weitergeht. Die erste Phase hatte begonnen mit der Haussuchung bei der Arcos, ging über den Abbruch und die weißgardistischen Attentate, und schloß mit den Erklärungen Stresemanns und des Vertreters der deutschen Regierungsparteien über die Notwendigkeit des Schutzes gegen die Wühl-[418]arbeit der Komintern und über die Verwerflichkeit jedes Selbstschutzes der Sowjetmacht gegen die weißen Verschwörer. Es war die P e r i o d e d e r e r s t e n M o b i l i s i e r u n g der gegenrevolutionären Kräfte – der Sammlungssignale, die notwendig waren, um in der ganzen Welt den möglichen Bundesgenossen Chamberlains den Weg zu weisen. Genf eröffnete die zweite Phase, die P e r i o d e d e r O r g a n i s a t i o n der weißen Front, die sich auf Grund des ersten Appells zu bilden beginnt und ihres Hinterlandes. Diese Periode ist mit die wichtigste, weil ihre Ergebnisse die der dritten Phase, des unmittelbaren Angriffes, wesentlich bestimmen werden. A n s i c h – das heißt unter der Voraussetzung, daß die breiten Arbeitermassen die Gefahr sehen, sind unsere Abwehrmöglichkeiten heute größer, als im Stadium der offenen Offensive, wenn die bürgerliche Kriegspropaganda und die hohen Löhne der Kriegsindustrien z u n ä c h s t ihre Schuldigkeit tun werden. Aber jene Voraussetzung ist eben äußerst schwer zu erfüllen: die Heimlichkeit und Maskierung der Kriegsvorbereitung liegt geradezu im Wesen des gegenwärtigen Stadiums.

Welches sind nun gegenwärtig die Hauptformen der gegenrevolutionären Offensive? E r s t e n s die Fortsetzung der propagandistischen Vorbereitung, wenn auch – um die anderen, wichtigeren Aktionsformen nicht zu stören – mit gedämpftem Trommelklang. An die Stelle der großen Deklarationen tritt ein Kleinkampf gegen die einzelnen Sektionen der Komintern, den wir in Deutschland und

insbesondere in Frankreich deutlich verfolgen können. Freilich sehen wir gerade in Frankreich auch Störungen der Verfolgungsaktion gegen die Kommunistische Partei (Regierungsniederlagen bei der Forderung nach Verhaftung dieses oder jenes Abgeordneten) – aber gerade diese Zwischenfälle machen den Zusammenhang der Antikommunistenaktion mit der Vorbereitung des Krieges gegen Rußland klar: nicht aus Sympathie für unsere Genossen Semard oder Cachin, oder gar für die KPF, sondern weil sie den Augenblick für eine Beteiligung Frankreichs an der o f f e n e n Antisowjetfront für unzweckmäßig hielten, haben französische bürgerliche Abgeordnete ihrer Regierung den einen oder anderen Nasenstüber gegeben.

Parallel mit der Aktion gegen einzelne kommunistische Parteien, die zunächst noch nicht unmittelbar ihrer organisatorischen Zerschlagung, sondern der Vorbereitung der „öffentlichen Meinung" des Kleinbürgertums auf ernste Zerschlagungsmaßnahmen gegen die Staatsfeinde dient, geht die Verbreitung von Schwindelmeldungen über die innere Lage der Sowjetunion, in der sich gegenwärtig nicht nur die englische, sondern auch die französische Presse überbieten. Ziel dieser Kampagne ist neben der Vorbereitung der Kriegsstimmung gegen die „Feinde der europäischen Kultur" und der Ermutigung aller auf eine innere Schwächung Sowjetrußlands lauernden Elemente, vor allem die Förderung des wirtschaftlichen Boykotts durch Abschreckung aller jener, die noch an die Fortführung von Handelsbeziehungen mit Rußland denken. Und nur so ist es wiederum zu verstehen, wenn in den letzten Tagen sogar gewisse Kreise der italienischen Bourgeoisie (die eben glauben, auf Grund des englisch-russischen Bruches noch für eine Weile gute Geschäfte machen zu können) in der offiziellen faschistischen Presse Warnungen vor den englischen Tatarenmeldungen über die Lage Rußlands ergehen ließen.

Wichtiger als diese ist schon die z w e i t e Angriffsform, die fortschreitende Organisierung des Wirtschaftsboykotts, die zu einer inneren Zersetzung der russischen Wirtschaft führen und dadurch die weißgardistischen Umtriebe teils anregen, teils fördern soll. In aller Stille geht hier das englische Finanzkapital und seine Regierung vor – nur plötzlich fällt ein Blitzlicht auf ihr dunkles Treiben. Vor kurzem brach eine angesehene österreichische Eisen-[419]firma zusammen, weil sie nicht im stande war, die Wechsel, die sie von ihren russischen Kunden erhalten hatte, an irgendeinem Finanzplatz der Welt diskontieren zu lassen – und im Anschluß an dieses Ereignis gaben die angesehensten bürgerlichen Blätter zu, daß auf englisches Betreiben die K r e d i t s p e r r e gegen Sowjetrußland schon so gut wie verwirklicht sei. Es ist charakteristisch, daß man selbst in England direkte Aktionswege (wie etwa die Beschlagnahme russischer Waren zur Deckung von vorrevolutionären Schulden) unterlassen – solche plumpe Schritte vielmehr den kleinen Trabanten überlassen hat (in Riga hat sich so ein Fall ereignet). Man hat beileibe nichts gegen den Absatz englischer Waren nach Rußland (das wäre auch zu plump und würde die englischen Arbeitslosen unmittelbar vor den Kopf stoßen) – aber es ist eine ganz andere Sache, ob man einem auf so schwankender Grundlage aufgebautem System Kredit gewähren kann (wobei man sehr genau weiß, daß Rußland ohne langfristige Kredite keine großen Mengen europäischer Waren aufnehmen kann). Gegenüber dem russischen Export ist man offener: überall hängen an englischen Automobiltanks Plakate: „Hier wird kein Sowjetbenzin verkauft" – eine breite Kampagne sucht die „öffentliche Meinung" gegen die Abnahme „gestohlenen Gutes" (nämlich des Petroleums der nationalisierten russischen Gruben) zu mobilisieren – auf diesem Gebiete hat eben die Propaganda des Shell-Trusts auf keine wichtigen Gruppen der englischen Oeffentlichkeit Rücksicht zu nehmen.

Andererseits sind gerade auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Boykotts. die G e g e n t e n d e n z e n gegen den englischen Vorstoß am ausgeprägtesten: das jüngste russisch-amerikanische Petroleumabkommen, die neuerliche Verständigung mit Harriman zeigen, daß zumindest Teile des amerikanischen Kapitals heute weniger an die s o f o r t i g e Unterstützung des englischen Kreuzzuges denken, als an die Ausnützung der durch ihn geschaffenen Konjunktur zu glänzenden (im Kriege von den Neutralen erprobten) Geschäften mit beiden Teilen. Es besteht durchaus die Möglichkeit, daß auch europäische Kapitalistenkreise sich dieser Spekulation anschließen, was sich wiederum in politischen Widerständen innerhalb verschiedener Länder (vor allem Frankreichs, teilweise auch Polens) gegen eine Chamberlain völlig dienstbare Außenpolitik auswirken muß.

Und dies führt uns zur d r i t t e n und wesentlichsten Form der englischen Angriffsvorbereitung: zur d i p l o m a t i s c h e n Organisierung der großen Kriegsfront, zur vorsichtigen, aber entschlossenen Wegräumung aller Hindernisse, die sich auf Grund der Interessengegensätze der verschiedenen Bourgeoisie im Inneren der Front auf türmen könnten. Rings um das russische Riesenreich zieht die englische Spinne ihre Netze, sucht lose Fäden festzumachen und alle in wenigen, von ihr selbst oder ihren Trabanten beherrschten Mittelpunkten zu sammeln. Im Nordwesten, im B a l t i k u m, unternimmt die englische Flotte „Spazierfahrten“ – natürlich nur zu dem Zwecke, um für einen Vorstoß auf Leningrad geeignete Basen für Großkampfschiffe aufzufinden. Und schon diese bloße Demonstration stärkt der sozialdemokratischen Regierung Finnlands den Rücken, sich an den Völkerbund mit dem Ersuchen zu wenden, er (also der englische Imperialismus) möge etwaige Konflikte Finnlands mit „nicht dem Völkerbunde angehörigen Nachbarn“ schlichten. In Lettland rüsten die von England unterstützten faschistischen Organisationen zu einem Putsch nach litauischem Muster – in Litauen selbst, wo die faschistische Diktatur vor kurzem mit der Auflösung des Sejms ihren letzten Schritt vollzogen hat, spricht man von einer Versöhnung mit dem polnischen „Erbfeind“ – natürlich unter englischem Protektorat. Hier ist der Ring schon ziemlich fest ...

[420] Etwas kritischer steht die Lage für England an der Südwestgrenze der Sowjetunion, am B a l k a n. Der Sieg Bratianus, also des französischen Einflusses in Rumänien, ist ein ernster Schlag – natürlich nicht in dem Sinne, daß er den Angriff auf Sowjetrußland erschweren würde, wohl aber in dem, daß er den Frankreich für seine Beteiligung zu zahlenden Preis wesentlich erhöht. Um so fester stützt sich Chamberlain hier auf seine italienischen Agenten: die „Beilegung“ des albanisch-jugoslawischen Konflikts in und nach Genf war schon ein Teilerfolg des italienischen Vasallenstaates über das – nur sehr schwächlich von Frankreich gestützte – Jugoslawien. Selbst deutsche bürgerliche Blätter haben anerkannt, daß Deutschlands Beteiligung an der gemeinsamen „Friedens“aktion der europäischen Mächte zugleich eine Bindung Deutschlands an die italienische Balkanpolitik bedeute und es in diesem Sinne kritisiert. Nur auf Grund der englisch-italienischen Rückendeckung konnte sich dann noch die albanische Regierung eine Weile gegen das vorgeschlagene Kompromiß sträuben und eine völlige Unterwerfung Jugoslawiens verlangen, was freilich mißlang. Wenn, wie es nach Meldungen der letzten Tage scheint, Jugoslawien eine Verständigung mit Griechenland gesucht und diesem Zwecke sogar seine (wirtschaftlich äußerst wichtigen) Ansprüche auf die freie Benützung des Hafens von Saloniki geopfert hat, so ist auch das nur unter dem Gesichtspunkt des Bedürfnisses nach Deckung des Rückens gegen den italienischen Angriff verständlich. Auf der anderen Seite spinnt Chamberlain auch schon hier seine Fäden, sucht die jugoslawisch-griechische Verständigung in ein „Balkan-Locarno“ (natürlich mit der antisowjetistischen Front des Rhein-Locarnos) unter Beteiligung Bulgariens und – selbstverständlich – unter englisch-italienischer Führung umzumünzen. Und in diesem Sinne ist auch Englands zähes Ringen um ein geändertes Verhältnis zur T ü r k e i zu verstehen, die zunächst offenbar eine Beteiligung an einem neuen Balkanbunde im Sinne der A b w e h r des italienischen Imperialismus anstrebt, sich aber gleichzeitig durch scharfe Abgrenzung gegen die Sowjetunion beide Wege offen hält. Man kann hier noch nicht fest sagen, ob England durch den italienischen Kettenhund die Türkei binden, oder aber ihn mit einem anderen Knochen weglocken wird, um auf diese Weise die Türkei zu ködern. Wahrscheinlich spielt es mit b e i d e n Karten – der Einsatz der Partie ist klar.

Die englisch-italienische Aktivität in der Türkei ist aber nur ein Teil des Bestrebens, stich in den mohammedanischen Ländern, die noch vor wenigen Jahren für den Fall eines Krieges mit Rußland als sichere Gegner gerechnet wurden, eine gewisse Basis zu verschaffen. Der feierliche Empfang des ägyptischen Königs in London und der Vertreter des Jemens (Südarabien) in Rom (zwei Dinge, die freilich auch zugleich Ausdruck eines gewissen Gegensatzes der arabischen Interessen Englands und Italiens sind), die persischen Truppenkonzentrationen an der russischen Grenze, die englische Mobilisierung in Nordwestindien, die verstärkten Kommunistenverfolgungen in Holländisch-Indien, das sind alles Glieder derselben Kette, Aktionen teils offensiver Art, um neue Bundesgenossen gegen die Sowjetunion zu gewinnen, teils defensiver, um nationale Freiheitsbewegungen, die im Verlaufe eines solchen Krieges zu erwarten sind, besser niederhalten zu können. Und endlich geben die letzten

Ereignisse in China, so wenig sie eine endgültige Niederlage der Revolution bedeuten, der englischen Antisowjetoffensive eine machtvolle Stärkung: sie haben – zumindest vorläufig – fast im ganzen Lande die politische Macht in die Hand der bürgerlichen Reaktion gelegt, die an einen ernsten Kampf mit dem fremden Imperialismus nicht denkt, ihn vielmehr notwendig als Rückhalt zur Niederhaltung der Arbeiter- und [421] Bauernrevolutionen benützen muß – und sie haben gleichzeitig den japanischen Imperialismus zu einer militärischen Aktion in Nordchina (Truppenlandungen im Gebiete von Tsing-tau und Tientsin) veranlaßt, die ihn und seine chinesischen Lakaien wahrscheinlich bald in offenen Konflikt mit der Sowjetunion bringen wird. Schon entfaltet Tschang Tso Lin eine verstärkte Aktivität gegen die russischen Positionen an der ostchinesischen Bahn ...

Aber die Aktivität der englischen Diplomatie zur Schließung der Antisowjetfront ist keine Sache, die sich bloß „drunten weit in der Türkei“ abspielt. In Frankreich geht heute ein erbitterter innerpolitischer Kampf um die Wahlreform – er ist in Wirklichkeit eine Auseinandersetzung darüber, ob man sich der englischen Hegemonie im Kampfe gegen die Sowjetunion einfach anvertrauen oder (aus Angst, dabei von Deutschland übertölpelt zu werden) die gewünschte Beihilfe verweigern soll, natürlich nur solange, bis ein höherer Preis geboten wird. Und wir erwähnten schon, daß bürgerliche französische Abgeordnete es nicht verschmähen, nötigenfalls sogar durch Freilassung eines kommunistischen Abgeordneten im letzten Sinne zu demonstrieren. In Wahrheit handelt es sich bei all diesen Kämpfen einfach darum, ob man es wagen soll, Deutschland zwecks seiner Gewinnung für die Antisowjetfront Konzessionen zu machen – und wie man sich gegebenenfalls solche Konzessionen bezahlen lassen soll.

Viel einfacher liegt endlich für den englischen Imperialismus sein Spiel mit Deutschland: es ist – soweit es auf die deutsche Bourgeoisie ankommt – offenbar schon bei der letzten Genfer Unterhaltung Stresemanns mit Chamberlain perfekt geworden. Die erste Rate des Kaufpreises bildet offenbar eine mehr oder minder faktische Freiheit der deutschen Aufrüstung, die zugleich eine strategische Voraussetzung der Sicherung der Angriffswege (vor allem gegen das mittel- und westeuropäische Proletariat) darstellt. Die nicht ernstlich dementierten Meldungen über die Ausarbeitung eines neuen deutschen Wehrgesetzes, die, sogar die „Leipziger Volkszeitung“ veranlaßten, Alarm zu schlagen, die Einladung deutscher Flugsachverständiger nach England, gleichzeitig mit dem Besuche des italienischen Luftfahrtssekretärs in Berlin, der englische Vorschlag an Deutschland, Militärattachés wie in der guten alten Zeit nach anderen Ländern zu entsenden – zu der gleichen Zeit, wo durch die Annahme des Kriegsgerätegesetzes nach außen die völlige Entwaffnung Deutschlands dokumentiert werden sollte – all dies hat nur Sinn, wenn der englische Imperialismus Deutschlands bereits in einem solchen Grade sicher ist, daß er seine Bewaffnung als unbedingten Aktivposten werten und eine enge militärische Zusammenarbeit mit dem neudeutschen Imperialismus organisieren kann. Und es erklärt auch die inneren Schwierigkeiten Frankreichs, wo einflußreiche Kreise zunächst Garantien haben wollen, daß sich die Aktivität des neudeutschen Imperialismus auch nur nach Osten und nur in den vorgeschriebenen Bahnen wende ... Es ist für die innerpolitische Lage Deutschlands in hohem Maße kennzeichnend, daß jene Orientierung der deutschen Außenpolitik innerhalb der Bourgeoisie – und um es gleich zu sagen, auch innerhalb des Reformismus – auf keine ernsten Widerstände stößt: die gemeinsame Vertuschung aller jener Zusammenhänge, die glatte (und von keiner bürgerlichen Partei ernstlich bekämpfte) Annahme der neuen Zollgesetze, die – was nicht oft genug gesagt werden kann – nur einen Teil der wirtschaftlichen Kriegsrüstung des deutschen Imperialismus darstellen, das krampfhafte Festhalten der SPD an der (von der Volkspartei nicht ernstlich bekämpften) Preußenkoalition, deren außenpolitische Orientierung durch die Hetzreden des Papstes gegen Sowjetrußland in „unfehlbarer“ Weise festgelegt ist – all das sind nur Teilsymptome dessen, [422] was wir beim Ausbruche des Antisowjetkrieges zu erwarten haben: der „nationalen Einheitsfront“ von Westarp bis Hermann Müller.

Natürlich liegen die Dinge im internationalen Maßstabe nicht so einfach. Wir haben schon oben auf die mannigfaltigen Widerstände hingewiesen, die dem Organisationsbestreben der englischen Diplomatie durch die inneren Gegensätze des Imperialismus erwachsen – wir verweisen hier nur noch auf den Abbruch der englisch-japanisch-amerikanischen Flotten„abrüstungs“konferenz, die die gewaltigen Gegensätze insbesondere zwischen dem englischen und amerikanischen Imperialismus erneut

aufgezeigt hat. Natürlich bilden diese Gegensätze für die Antisowjetaktion ein verzögerndes Moment (das auszunützen für das russische wie für das internationale Proletariat wichtig ist), natürlich würden sie sich im Falle eines Sieges der weißen Front über die russische und chinesische Revolution in einem neuen Weltkriege um die Teilung der Beute entladen – aber so wichtig es für uns ist, beides festzuhalten, so dürfen wir doch nicht vergessen, daß es sich nur um Gegenkräfte innerhalb eines Prozesses handelt, der als solcher für uns ausschlaggebend ist, und dessen innere Reibungen jederzeit überwunden werden können durch äußere Anstöße, wie sie sich im Verlaufe der Zuspitzung der Klassengegensätze notwendig ergeben, und vielleicht mit den letzten Niederlagen der chinesischen Revolution schon ergeben haben.

Wie verhält sich nun die Sozialdemokratie, der im internationalen Maßstabe immer noch eine Mehrheit der organisierten Arbeiter folgt, zu diesem Prozesse, dessen notwendiges Endglied der neue Antisowjetkrieg bildet? Teilweise in offener Zustimmung, wobei sie – neben dem Papst, der Ansprachen über die Notwendigkeit eines entschiedeneren Kampfes gegen die bolschewistische Gefahr hält – innerhalb der Chamberlainschen Organisation die Funktion des Propagandachefs übernimmt. Man denke nur an die Haltung des „Vorwärts“ oder an die Direktiven, die Herr Jordania aus Paris seinen georgischen Genossen übersandt hat, und in denen er ausdrücklich den Kampf des „russischen und englischen Imperialismus“ als unvermeidbar, und die Niederlage des russischen als „im Interesse aller unterdrückten Völker Rußlands gelegen“ bezeichnet – übrigens nur in Uebereinstimmung mit den Lehren, die „Altmeister“ Kautsky vor zwei Jahren seiner Internationale erteilt hat. Den anderen Pol der sozialdemokratischen Stellungnahme bilden etwa die letzten Artikel der Wiener „Arbeiterzeitung“, die die Verteidigung Sowjetrußlands (theoretisch) für ein Lebensinteresse des Weltproletariats erklärte. Aber freilich nur theoretisch. Linke rund rechte Sozialdemokratie sind sich darin einig, die Kriegsgefahr als nicht ernst, als zumindest nicht aktuell zu bezeichnen:

„Die kapitalistische Welt hat die wirtschaftlichen Zerstörungen des Weltkrieges noch nicht überwunden, und ihr liegt noch der Schrecken über die durch den Weltkrieg entfesselten Revolutionen in allen Gliedern; sie hat vorläufig noch zuviel Sorgen und zuviel Angst, als daß sie jetzt schon einen neuen Krieg heraufzubeschwören wagte.“

So heißt es in dem „linkesten“ Artikel der Wiener „Arbeiterzeitung“. Als ob wirtschaftliche Schwierigkeiten ein Hindernis des Krieges wären – und nicht vielmehr ein Appell an die Bourgeoisie, sie durch den Krieg, durch die Niederwerfung der russischen und kolonialen Revolution zu überwinden, und so dem hinter ihnen drohenden Gespenst der Revolution zu entgehen. Und die Angst vor der proletarischen Aktion? Ja, diese Angst ist ein verzögerndes Moment der Kriegseröffnung, das heißt ein Ansporn für die internationale Bourgeoisie, den Krieg ideologisch und organisatorisch gut vorzubereiten, um die Arbeiterschaft besser überrumpeln zu können. [423] Und wann wird ihr das am leichtesten sein? Natürlich dann, wenn die Arbeitermassen nicht ernstlich an die nahende Kriegsgefahr glauben – wozu sie von der rechten wie von der „linken“ sozialdemokratischen Presse systematisch verleitet werden.

Ernstlich gegen den Krieg sein, heißt heute die Arbeitermassen, die einzige Kraft, die ihn vielleicht verhindern – und wenn nicht verhindern, doch in die richtigen Bahnen lenken kann – mobilisieren. Und die erste Voraussetzung der Mobilisation ist der Alarm: wir können nicht, wie die Bourgeoisie, uns insgeheim, in diplomatischen Kabinetten vorbereiten, sondern müssen den Massen vor allem sagen, was in diesen Kabinetten gespielt wird, müssen ihre Illusionen zerstören, müssen ihnen die konkreten Formen der bürgerlichen Kriegsvorbereitung wie auch die einzig möglichen Formen der proletarischen Abwehr erklären. Gelingt uns dies nicht, dann werden die Massen wieder einmal überrumpelt werden, und alle die, die sie heute einlullen, werden dafür die geschichtliche Verantwortung zu tragen haben. Gelingt es uns, trotz aller Agenturen der Bourgeoisie in den proletarischen Reihen, dann werden wir die Pläne unserer Klassenfeinde vereiteln und den Sozialismus erkämpfen.

Der imperialistische Krieg ist unvermeidlich!

*

Zur Strategie und Taktik des Gewerkschaftskampfes.

Von Paul Merker.

Die letzte Welle der Lohn- und Arbeitszeitbewegungen zeigte, daß nur wenige Funktionäre unserer Partei die Grundsätze einer revolutionären Gewerkschaftsstrategie und -taktik beherrschen und sie anzuwenden verstehen. Die ungeheuer komplizierte Materie, um die es sich hier handelt, ihre Vielseitigkeit und Differenziertheit, erfordern ein festes, marxistisch-leninistisches Fundament, einen großen Vorrat von Erfahrungen aus der Praxis des Gewerkschaftskampfes, nüchternes, reales Denken, außerordentliche Beweglichkeit und schnelle Entschlußkraft.

Leider mangelt es an der festen marxistisch-leninistischen Grundlage, was sich, soweit die Gewerkschaftsarbeit in Frage kommt, besonders in der Unklarheit über die grundsätzliche Stellung der Partei zum Tarifvertrag und zum Schlichtungswesen äußert.

Viele ehrliche und aktive Genossen, die wichtige Funktionen in den Gewerkschaften und in der Partei bekleiden, sind in letzter Zeit gerade in diesen Fragen ins Schwanken geraten. Solche Schwankungen aber sind geeignet, den Einfluß der Reformisten in den Gewerkschaftsverbänden zu festigen und die Arbeit der Opposition zu hemmen. Deshalb muß alles Mögliche unternommen werden, um durch zähe, ernste Schulungsarbeit, durch die Kritik und Diskussion der begangenen Fehler, durch Verallgemeinerung aller wichtigen Lehren und Erfahrungen im Gewerkschaftskampfe größere Klarheit und Festigkeit zu schaffen.

An dem Verlauf der Metallarbeiterbewegung im Wirtschaftsgebiet Thüringen und in der Waffenindustrie Suhl, durch die kameradschaftliche Kritik einiger, unseren Genossen darin unterlaufenen Fehler sollen heute verschiedene prinzipielle und taktische Probleme des Gewerkschaftskampf es und vor allem die praktische Anwendung unserer Stellungnahme zum Schlichtungswesen aufgerollt werden. [424]

Die Situation während der Bewegung in der Metallindustrie Großthüringens

Seit etwa zwei Jahren bestand in der Metallindustrie des Wirtschaftsgebietes Großthüringen ein tarifloser Zustand. Die ungleichmäßige Aktivität der Arbeiter, das schlechte Organisationsverhältnis in vielen kleinen Betrieben und Orten führte dazu, daß der bei der letzten Tarifvereinbarung festgesetzte Spitzenlohn von 64 Pfennig nur teilweise bezahlt wurde. Das von der Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes erstrebte Ziel war deshalb der Abschluß eines Tarifes für das ganze Wirtschaftsgebiet.

Im Dezember 1926 wurde die Forderung 74 Pfennig Spitzenlohn von der Verbandsleitung aufgestellt. Ohne jede Mobilisation der Betriebe wurde der Schlichter angerufen, der zwar keine Lohnerhöhung vornahm, aber den weisen Spruch fällte, man solle im Monat März 1927 die Forderung erneut einreichen.

Unterdessen führten die Metallarbeiter in Greiz eine erfolgreiche Bewegung. Es gelang ihnen, ihren Lohn auf 74 Pfennig zu erhöhen. Die Bezirkstarifkommission übernahm das in Greiz erzielte Ergebnis von 74 Pfennig als Forderung. Erneut wurde wiederum, ohne jeden ernsten Versuch, die Erhöhung der Löhne durch einen Kampf durchzusetzen, der Schlichter angerufen. Durch den gefällten Schiedsspruch sollte ab 1. April ein Spitzenlohn von 70 Pfennig, ab 1. Oktober ein solcher von 71 Pfennig bezahlt werden. Die Regelung sollte bis zum 31. März 1928 unkündbar in Kraft bleiben.

Der Tarifkommission der Metallarbeiter gehörten auch vier Parteigenossen an, die nach der Berichterstattung über die Schlichtungsverhandlungen durch den reformistischen Bezirksleiter dem Schiedsspruch ihre Zustimmung gaben.

Verschiedene führende Genossen, auch Mitglieder der Bezirksleitung Thüringen, stellten nach Prüfung der Sachlage fest, daß drei Genossen durch ihre Zustimmung zum Schiedsspruch einen schweren Fehler begangen hätten. Nicht aber der Angestellte des DMV in Suhl, Genosse Anschütz. Schwierige, objektive Umstände, die wir in dem zweiten Abschnitt des Artikels schildern werden, hätten es nicht zugelassen, daß auch Genosse Anschütz den Schiedsspruch ablehnte.

Wir wollen versuchen, die sich aus dieser Sachlage ergebenden grundsätzlichen und taktischen Fragen zu stellen und zu beantworten:

1. Frage: Hatte die Tarifkommission recht, wenn sie auf den Abschluß eines Tarifes für das ganze Wirtschaftsgebiet hinarbeitete, und was war notwendig, um das Ziel zu erreichen?

Antwort: Im allgemeinen hatte die Tarifkommission mit ihrer Stellungnahme recht. Ein schwerer Fehler war es jedoch, daß die Verbandsleitung und die einzelnen Organisationen des Verbandes in der Zeit von Dezember bis März im großen und ganzen untätig blieben und nur alles Heil von dem Schlichter erwarteten. Gerade in dieser Zeit war es dringend erforderlich, in allen Orten oder Betrieben, wo irgendwie die Möglichkeit bestand, örtliche und betriebliche Lohnbewegungen durchzuführen, unter Umständen auch nur für einzelne Branchen. Das von den Metallarbeitern in Greiz gegebene Beispiel mußte vervielfacht werden. Die Opposition im DMV hatte die Pflicht, eine intensive Propaganda in dieser Richtung zu betreiben, selbst alles zu tun, um solche Kämpfe auszulösen und alles zu verbinden mit einer scharfen Agitation gegen den Versuch der Verbandsleitung, die Erledigung der Lohnfrage dem Schlichter zu überlassen.

Durch eine solche Taktik hätte die Kampffähigkeit der Metallarbeiter gehoben werden können. Erst im Anschluß an eine solche Kampagne durften die zentralen Forderungen endgültig aufgestellt werden.

2. Frage: War die Forderung nach 74 Pfennig Spitzenlohn bei den gegebenen Verhältnissen genügend?

[425] Antwort: Trotzdem wir durchaus der Meinung sind, daß die revolutionäre Gewerkschaftspolitik und -taktik sich nicht darin äußern darf, daß wir ganz schematisch einfach höhere Forderungen als die Reformisten stellen, hätte in dem vorliegenden Falle doch eine höhere Forderung propagiert werden müssen. Die Mindestforderung mußte 80 Pfennig Spitzenlohn sein. Das Aufstellen einer solchen Forderung war notwendig, um zu verhüten, daß das endgültige Ergebnis im ungünstigsten Falle unter dem in Greiz bereits erzielten Lohn zu stehen kam. Das mußte sich auf die Aktivität der Arbeiter lähmend auswirken und die Position der Unternehmer stärken.

3. Frage: Durften die kommunistischen Mitglieder der Tarifkommission dem Schiedsspruch zustimmen? Ist deren Haltung gleichwertig zu beurteilen oder nicht?

Antwort: Die Genossen haben mit der Zustimmung zu dem Schiedsspruch einen wichtigen Grundsatz der Partei verletzt. Zunächst sind sie, ganz allgemein gesprochen, abgewichen von dem Prinzip, daß ein Kommunist Zwangsschiedssprüchen die Zustimmung zu verweigern hat. Erschwerend kommt in dem Fall noch in Frage, daß tatsächlich keine ernsten Versuche gemacht wurden, das Kräfteverhältnis zwischen den Arbeitern und Unternehmern durch einen Streik zu messen. Ihre Stellungnahme hat die Genossen in eine gefährliche Nähe zu den Reformisten gebracht.

Aber auch über einen wichtigen Grundsatz der revolutionären Tarifpolitik haben sich die Genossen hinweggesetzt. Die Kommunisten treten für kurzfristige Tarifverträge ein oder zumindest für kurzfristige Kündigungsmöglichkeiten der einzelnen Teile des Tarifes. Langfristige Tarife, besonders aber langfristige Lohnabkommen hat ein Kommunist entschieden zu bekämpfen. Selbst dann, wenn eine freie Vereinbarung zwischen der Gewerkschaft und den Unternehmern möglich ist, soll in diesem Falle die Zustimmung in der Regel von unseren Genossen verweigert werden.

Die Thüringer Genossen haben aber einem Lohnschiedsspruch, der erst zum 31. März 1928 kündbar ist, zugestimmt. Die Zollvorlage, die Mietsteigerungen und andere Kennzeichen des rapiden Wachsens der Lebenshaltungskosten werden den Genossen begreiflich machen, wie schädlich sich ihr Vorgehen für die Arbeiter auswirkt.

Die Zustimmung der Genossen zu dem Schiedsspruch kann nicht eine verschiedene Beurteilung erfahren. Alle vier Genossen und diejenigen, die ihr Vorgehen billigten und unterstützten, haben einen gleich schweren Fehler gemacht. Was den Genossen Anschütz anbetrifft, hat er nur ein krasses

Beispiel dafür geliefert, in wie schwierige Situationen ein Kommunist kommen kann, wenn er absichtlich oder unabsichtlich den Weg der Reformisten betritt.

Die Situation während der Bewegung in der Waffenindustrie Suhl.

Die Verwaltung des DMV Suhl trat vor etwa zwei Jahren aus dem Bereich des Bezirkstarifes für die Metallindustrie Großthüringens aus und versuchte, selbständig mit den Unternehmern die Arbeitsverhältnisse zu regeln. In den Jahren 1925 und 1926 wurden daraufhin zwei Lohnschiedssprüche gefällt, aber nicht verbindlich erklärt. Die Unternehmer haben sich an die durch den Schiedsspruch festgelegte Regelung nie gehalten und zahlten im allgemeinen 54 Pfennig Spitzenlohn. Dadurch wurde die Basis geschaffen für eine ungeheuerliche Akkordwürgerei und für die Verlängerung der Arbeitszeit. Die Arbeiter versuchten damit ihre Löhne zu erhöhen.

Trotzdem der Hauptvorstand des DMV der kommunistischen Verwaltung in Suhl aus demagogischen Gründen die Blankovollmacht zum Streik ausstellte, war die Verwaltung nicht in der Lage, einen allgemeinen Streik zu organisieren.

Im Oktober 1926 begann die kommunistische Verwaltung ernstlich mit den Vorbereitungen einer Lohnbewegung. Aeußerst wertvolle und an-[426]erkennenswerte Arbeit wurde dabei geleistet; durch eine intensive Werbekampagne gelang es, die Mitgliederzahl des Verbandes von 1000 auf etwa 2500 zu steigern. Anfang März wurden den Unternehmern die Forderungen nach E r h ö h u n g d e s L o h n e s und V e r k ü r z u n g d e r A r b e i t s z e i t überreicht, nachdem die Mobilisierungsarbeit des Verbandes nach Ansicht der Suhler Genossen und auch wichtiger Funktionäre der BL die „Gefahr gezeitigt hatte, daß einige Betriebe betriebliche Abmachungen treffen wollten. In einem Protokoll der Bezirksgewerkschaftsabteilurig Thüringen heißt es, daß diese „Gefahr“ besonders in dem größten Suhler Betrieb, dem Werk Simson mit über 3000 Arbeiter bestanden hätte, wo der sozialdemokratische Betriebsrat mit dem Abschluß eines Betriebstarifes drohte. Nach der Meinung der oben bezeichneten Genossen hätte das aber dazu geführt, daß wohl in dem Betrieb Simson die Löhne erhöht worden wären, daß es aber dadurch unmöglich gemacht worden wäre, in kleineren Betrieben, wo ein schlechtes Organisationsverhältnis besteht, die Löhne zu erhöhen.

Der Lohnstreit kam vor den Schlichter (aus den uns vorliegenden Dokumenten ist nicht ersichtlich, wen den Schlichter angerufen hat). Dieser fällte einen Schiedsspruch, der die Löhne auf 64 Pfennig erhöhte. Das Abkommen sollte monatlich kündbar sein. Die beiden in der Schlichtungskammer tätigen Kommunisten stimmten dem Schiedsspruch zu. Die Unternehmer stimmten dagegen.

Unsere Genossen beantragten auch die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches, die jedoch wiederum abgelehnt wurde, was dazu führte, daß der Reichsarbeitsminister einen anderen Schlichter bestimmte. Dieser fällte einen zweiten Schiedsspruch, der 64 Pfennig Spitzenlohn vom 1. April und 66 Pfennig ab 1. Oktober vorsah. Der Schiedsspruch sollte jedoch ein volles Jahr in Kraft bleiben. Die für die Bewegung verantwortlichen Genossen erklärten, daß sie den Schiedsspruch ablehnen müßten. Sie unterbreiteten aber die Entscheidung einer Versammlung, die mit 208 gegen 197 Stimmen den Schiedsspruch ablehnte. Dadurch war die notwendige Zweidrittelmehrheit für die Proklamierung eines Streikes nicht vorhanden. Die Ortsverwaltung zog deshalb den Schluß, daß sie nunmehr den Schiedsspruch anerkennen müsse.

Auch hier wollen wir versuchen, die sich aus der Situation ergebenden grundsätzlichen und taktischen Fragen herauszuschälen und zu beantworten:

1. F r a g e: W a r d i e v o n d e r O r t s v e r w a l t u n g a n g e w a n d t e T a k t i k r i c h t i g?

A n t w o r t: Soweit wir aus dem uns vorliegenden Material feststellen können, versuchte die Ortsverwaltung eine allgemeine Bewegung in Gang zu bringen. D a s w a r r i c h t i g. Sie hoffte das aber nur durch Agitation und Propaganda erreichen zu können. Sie unterschätzte jedoch vollkommen die wirksamste jeder Propaganda, die Propaganda der Tat.

Die Ausführungen eines Mitgliedes der Thüringer Gewerkschaftsabteilung beweisen das deutlich. Der Genosse führte aus: „Betriebliche Kämpfe führen zu keinem Erfolg. Man muß versuchen, die Kämpfe zu zentralisieren, zum mindesten für einen Ort oder für einen ganzen Bezirk. Dann ist die

Kraft der Arbeiter viel größer.“ An anderer Stelle sagt er folgendes: „Die Frage der Anrufung eines Schiedsgerichtes ist eine Frage der Taktik, und wenn wir keine Kraft zur Verfügung haben, mit der wir einen besseren Erfolg auf dem Wege des Kampfes erzielen können, dann sind wir einfach gezwungen, den Schlichter anzurufen.“ Die Genossen haben vollkommen vergessen, daß man dort, wo die Arbeiter niedergeschlagen und zermürbt und die Organisationen geschwächt wurden, in der Mehrheit der Fälle nicht mit der Proklamierung großer, den ganzen Ort oder Bezirk umfassenden Kampfe beginnen kann. Die Voraussetzung für die Entfesselung solcher großen Kämpfe ist, neben einer richtigen Politik und Propaganda für zweckmäßige Kampfmethoden, zu beginnen, einen Betrieb oder auch nur eine Berufsgruppe [427] im Betrieb, eine Branche am Ort, einige wichtige Betriebe im Ort oder ins Bezirk in Bewegung zu bringen.

Da sehr oft die Entfesselung einer großen Bewegung nicht gelingt und von vornherein unmöglich ist, die Organisierung des Kleinkriegs als aktive Vorbereitung der großen Bewegungen von den Genossen jedoch als zwecklos abgelehnt wird, bleibt ihnen nur noch der Weg zum Schlichter.

Auch die Suhler Verwaltung des DMV hätte beginnen müssen, auf diese aktive Art die Bewegung vorzubereiten, betrieblich die Löhne in die Höhe zu treiben und die Arbeitszeit zu verkürzen.

Wir sind überzeugt, daß es von größtem Vorteil gewesen wäre, wenn der oder jene Betrieb auf die Initiative der Ortsverwaltung hin den Kampf um die vorher genannten Ziele begonnen hätte. In Stuttgart, wo sich die Metallarbeiterorganisation ebenfalls in den Händen unserer Genossen befindet, bestand seit Jahr und Tag kein Lohntarif. Durch zahllose Bewegungen und Kämpfe in den einzelnen Betrieben oder einzelner Branchen, die zu verschiedenen Terminen von der Ortsverwaltung eingeleitet wurden, gelang es dort, die Löhne der Metallarbeiter so zu steigern, daß sie heute zu den höchsten im Reiche gehören. Auch in Berlin waren ähnliche Verhältnisse vorhanden. Einzelne Branchen führten in den verschiedenen Betrieben erfolgreiche Bewegungen um die Erhöhung ihrer Löhne durch.

Ein solches Vorgehen führte nicht dazu, daß die Entwicklung der Löhne und Arbeitsverhältnisse der Arbeiter der kleineren und schlechtorganisierten Betriebe gehemmt wurde. Im Gegenteil; eine solche Propaganda der Tat erhöhte das Selbstbewußtsein auch dieser Arbeiter und damit ihre Kampffähigkeit. Solche Maßnahmen hätten die Vorbedingungen geschaffen für die Durchführung einer zentralen Bewegung.

Bei einer derartigen Vorbereitung der zentralen Lohnbewegung wäre die Ortsverwaltung auch nicht veranlaßt worden, aus Furcht, daß die einheitliche – aber unseres Erachtens sehr schwache Front – durch aktive Maßnahmen einzelner Belegschaften zerschlagen werden könnte, die letzteren zurückzutrommeln. Daß sie das getan hat, beweist der Satz in dem Protokoll der Gewerkschaftsabteilung Thüringen: „Anfang März wurden die Lohnforderungen überreicht, nachdem die Gefahr bestand, daß einige Betriebe betriebliche Abmachungen trafen.“ Eine gefährliche, schematische Einstellung kommt darin zum Ausdruck.

2. Frage: Ist die Zustimmung der Ortsverwaltung zu dem ersten Schiedsspruch zu billigen?

Antwort. Die Beantwortung der Frage erfordert einige Vorbemerkungen. Genosse Smolka führte in der Sitzung der Thüringer Gewerkschaftsabteilung bei der Behandlung dieser Frage folgendes aus: „Es ist auch die Frage aufgerollt, ob die Kommunisten überhaupt einem Schiedsspruch zustimmen sollen. Diese Frage kann nur so beantwortet werden, daß wir einen scharfen Kampf gegen das Zwangsschlichtungswesen führen. Aber in einigen Fällen können doch Situationen eintreten, wo wir gefällten Schiedssprüchen zustimmen, denn der Gegensatz zwischen Reformisten und uns besteht darin, daß die Reformisten das Hauptgewicht der Bewegung auf die Schiedssprüche und Schlichtungsinstanzen, während wir das Hauptgewicht auf die reale Kraft der Arbeiter legen.“

Der Genosse Smolka macht sich die Klärung der Angelegenheit sehr einfach. Tatsächlich besteht zwischen ihm und den Reformisten in der Beurteilung des Zwangsschlichtungswesens nach seinen Ausführungen nur ein gradueller Unterschied.

In Wirklichkeit besteht aber der Unterschied zwischen uns und den Reformisten auch in der Frage des Schlichtungswesens in der verschiedenen grundsätzlichen Stellungnahme zum bürgerlich-kapitalistischen Staat. Für uns ist auch der bürgerlich-demokratisch-republikanische Staat das Unter-[428]drückungsinstrument in den Händen der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse. Die Schlichtungsinstanzen sind Teile dieses Staatsapparates und ein besonders raffiniertes Werkzeug der Bourgeoisie zur Unterdrückung der Arbeiterschaft.

Die Reformisten sehen in dem bürgerlich-republikanischen Staat ein über den Klassen stehendes Gebilde, das wohl heute noch teilweise reaktionär ist, das jedoch mit mehr demokratischem und sozialem Geist erfüllt werden kann. Sie stehen auf dem Boden des heutigen Staates und infolgedessen auch auf dem Boden des gesetzlichen Schlichtungswesens, das nach ihrer Ansicht zugunsten der Arbeiter reformiert werden muß.

Grundsätzliche Ablehnung des Schlichtungswesens, grundsätzliche Anerkennung des Schlichtungswesens – das ist der Unterschied zwischen den Kommunisten und Reformisten in dieser Frage.

Die primitive Anschauung, wie sie der Genosse Smolka äußerte, führt dazu, daß solche Genossen auch in der Praxis sehr leicht das eigentliche Wesen der sogenannten Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten verkennen. Die Untersuchung zahlreicher konkreter Fälle (Hamburger Streik, Wollstreik und so weiter) ergibt, daß das Ergebnis der „Schlichtung“ fast niemals dem Kräfteverhältnis zwischen Arbeitern und Unternehmern entspricht und stets den Unternehmern, niemals den Arbeitern tatsächlich Vorteile bringt. Auch die Verhältnisse in Suhl sind dafür gravierende und lehrreiche Beispiele. Nach dem Protokoll der Gewerkschaftsabteilungssitzung ist die Verwaltungsstelle Suhl aus dem Bezirkstarifgebiet der Metallarbeiter ausgeschieden. Die seitdem gefällten Schiedssprüche wurden nicht verbindlich erklärt und die Unternehmer hielten sich nie daran. Es ist unwiderlegbar, daß ein Schiedsspruch in 99 von 100 Fällen gefällt und verbindlich erklärt wird, wenn es gilt, die kampffähigen und kampfbereiten Arbeiter in ihrer Aktivität zu lähmen, den Ausbruch des Streiks zu verhindern oder einen im Gange befindlichen Kampf zu zerschlagen. Daß, wenn keine Aktivität der Arbeiter vorhanden ist, selbst ein für die Arbeiter schlechter Schiedsspruch nicht verbindlich erklärt wird. In diesen Fällen wird den Unternehmern von den Schlichtem vollkommen freie Hand gelassen, um den Arbeitern die Arbeits- und Lohnbedingungen nach Gutdünken aufzuzwingen. Es ist falsch zu glauben und zu hoffen, daß durch das Anrufen des Schlichters die Aktivität und Kampfbereitschaft der Arbeiter ersetzt werden kann.

Jeder kommunistische Gewerkschaftsarbeiter muß das erkennen, dann werden keine Zweifel entstehen über die Notwendigkeit der prinzipiellen Ablehnung des gesetzlichen Schlichtungswesens.

Es ist also keineswegs so, daß man in einzelnen Fällen ganz allgemein Schiedssprüchen zustimmen könne. Nur unter besonderen Umständen und nur aus taktischen Erwägungen mit dem Ziele der Entlarvung dieses arbeiterfeindlichen Systems kann ein Kommunist unter bestimmten Bedingungen vorübergehend einem Schiedsspruch zustimmen.

Nehmen wir an, in Suhl hätten sich die Verhältnisse wie folgt entwickelt: Die Verhandlungen mit den Unternehmern waren gescheitert. Der Schlichter griff ein, um die Differenzen durch einen Schiedsspruch zu liquidieren. Der Ortsverwaltung des DMV war es nicht gelungen, die Arbeiter so zu mobilisieren, um den Eintritt in den Streik zu ermöglichen. Die Unternehmer waren sich über die Schwäche der Arbeiter vollkommen klar und verweigerten infolgedessen noch viel hartnäckiger jede Konzession gegenüber den Forderungen der Arbeiter. Die letzteren dagegen, die kein großes Interesse daran hatten, in den Streik zu treten, erhofften eine günstige Regelung durch den Spruch des Schlichters. Der Ortsverwaltung war es nicht gelungen, diese Illusionen aus den Köpfen der Arbeiter zu vertreiben.

Der Schlichter fällt den verhältnismäßig günstigen Schiedsspruch auf 64 Pfennig Spitzenlohn bei monatlichem Kündigung des Abkommens. Unter diesen Umständen wäre es möglich gewesen, daß die kommunistische Ortsverwaltung dem Spruch unter der Bedingung zustimmte: Daß

[429]

1. Die Unternehmer den Schiedsspruch ebenfalls annehmen, oder der Schlichter sich verpflichtet, energisch für die sofortige Verbindlichkeitserklärung des Spruches einzutreten.

2. Die Ortsverwaltung sofort die Kündigung des Abkommens zu dem nächstmöglichen Termin beschließt und diesen Beschluß bei der Berichterstattung über das Ergebnis der Schlichtungsverhandlungen den Arbeitern mitteilt unter gleichzeitiger Vorlage von Vorschlägen für eine bessere Mobilisierung der Arbeiter zur nächsten Bewegung.

Selbstverständlich ist es, daß in dieser Versammlung den Arbeitern eindeutig klar gemacht werden müßte, daß wenig Aussicht auf Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches besteht und daß damit die Bewegung sofort weitergeführt werden müsse, daß letzten Endes nur ihre eigene Kraft und Aktivität bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen schaffen könne.

Die Durchführung einer solchen Taktik hätte der Ortsverwaltung eine Atempause verschafft zur weiteren Mobilisierung der Arbeiter. Im Falle der sicheren Ablehnung der Verbindlichkeitserklärung wäre es möglich gewesen, das Schlichtungssystem vor den Augen der Arbeiter erfolgreich zu entlarven. Vielleicht hätte das Vorgehen sogar eine Zersplitterung der Unternehmerfront herbeigeführt, die in der Weiterführung der Bewegung ausgenutzt werden konnte.

Klar muß man sich jedoch darüber sein, daß auch diese Taktik nur dann einen Erfolg bringen konnte, wenn sich die Ortsverwaltung nicht starr und schematisch, sondern äußerst beweglich zeigte.

3. Frage: Durfte die Ortsverwaltung zulassen, daß der zweite Schiedsspruch angenommen wurde?

Antwort: Die Annahme des zweiten Schiedsspruches war ein schwerer Fehler. Die Abstimmung der 400 Arbeiter bedeutet keine Entlastung für die Ortsverwaltung. Selbst wenn man nur die Verbandsmitglieder zur Abstimmung zulassen wollte, durfte sich die Verwaltung mit dem Ergebnis keinesfalls zufrieden geben. Sie mußte eine Urabstimmung durchführen und zur Vorbereitung derselben eine energische Agitation gegen die Annahme des Schiedsspruches entfalten. Sie mußte alles nur irgendwie Mögliche unternehmen, um sich freie Hand zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse unter Verwendung anderer, besserer Methoden zu sichern.

Sehr wahrscheinlich ist, daß bei einer solchen Stellungnahme der Ortsverwaltung sehr bald die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches erfolgt wäre. Aber selbst dann hätte sich eine wesentlich bessere Situation für die Ortsverwaltung ergeben, als wie sie heute vorhanden ist. Sie hätte eine viel vorteilhaftere Basis für die Weiterführung der Bewegung trotz des bestehenden Schiedsspruches zur Verfügung gehabt. Unter den Arbeitern hätte eine solche konsequente Stellungnahme der Ortsverwaltung sicherlich eine Steigerung ihres Selbstbewußtseins ergeben.

Die Zustimmung der Ortsverwaltung zu dem zweiten Schiedsspruch bedeutet für sie einen Hemmschuh für die ganze kommende Periode. Die geringe Lohnerhöhung, die durch den Schiedsspruch herbeigeführt wurde, ist in kurzer Zeit durch die Steigerung der Preise für Lebensmittel, für Miete und so weiter ausgeglichen oder gar überholt. Wir sind überzeugt, daß die Mitglieder ihrer Verwaltung sehr bald wegen dieser Haltung große Vorwürfe machen werden.

Die gesamte Partei muß aus solchen Fehlern lernen und die Erfahrungen in allen gewerkschaftlichen Kämpfen sammeln. Eine richtige revolutionäre Einstellung zu den Fragen der Gewerkschaftsstrategie ist eine Voraussetzung für das Wachsen unseres Einflusses in den Gewerkschaften! [430]

*

Freidenkermethoden und Kampf gegen die Zentrumspartei.

Zur Einheitsfronttaktik.

Von Peter Maslowski

Zwei Tatsachen müssen von uns stärker als bisher bei der Durchführung unserer Parole „Heran an die Massen“ ins Auge gefaßt werden.

Erstens ist die politische Bedeutung der Zentrumspartei gestiegen. Allein schon der schwarzblaue Block unter Führung desselben Dr. Marx, der vor noch nicht allzulanger Zeit der

Kandidat eines republikanischen Volksblocks war, zeigt deutlich genug, in welch starkem Maße die Zentrumspartei, die bald mit den Sozialdemokraten, bald mit den Deutschnationalen zusammengeht, für die Regierungsgeschäfte der deutschen Bourgeoisie von ausschlaggebender Bedeutung geworden ist. Die eindeutige Rechtsblockpolitik der Zentrumspartei muß die Massen der katholischen Arbeiter, die bisher in erster Linie durch alle möglichen Republikphrasen und Versprechungen von christlicher Demokratie und christlicher Solidarität bei der Stange gehalten wurden, in Gärung versetzen, wenn wir nur solche ungeheuerlichen Tatsachen, wie beispielsweise die letzten Zollräubereien, den katholischen Arbeitern genügend deutlich zum politischen Bewußtsein zu bringen verstehen. Das bedeutet, daß die Voraussetzungen und Möglichkeiten einer Einheitsfronttaktik gegenüber den katholischen Arbeitern gewachsen sind.

Zweitens gewinnt die Freidenkerbewegung zusehends an Bedeutung. Die Kulturreaktion unserer Tage, die in Kürze durch das Reichskonkordat gekrönt werden soll, ist ja nichts anderes, als die ideologische Vertiefung und Festigung der gesamten wirtschaftspolitischen Konterrevolution seit 1918. Dieser kulturreaktionäre Druck erzeugt im Proletariat deutlich eine Gegenbewegung. Es geht ein Zug nach ideologischer Vertiefung und besserer wissenschaftlicher Fundierung des Klassenkampfes durch das deutsche Proletariat. Die Massen erkennen instinktiv die Bedeutung des Zusammenhanges von revolutionärer Theorie und Praxis. In der Praxis von der Bourgeoisie geschlagen, suchen sie nach einer besseren revolutionären Theorie, als die vergangene es war. Unklar, wie diese Tendenz noch zum Ausdruck kommt, bezieht sie sich zunächst auf die Abgrenzung von der gesamt-bürgerlichen Ideologie und den Versuch der Gewinnung einer proletarischen Weltanschauung. Es profitiert von dieser Tendenz zunächst die Freidenkerbewegung, in der die Mitgliederzahlen stark anwachsen und außerdem ein Zug zur Konzentration eingesetzt hat: Verschmelzung von Gemeinschaft proletarischer Freidenker und des Vereins der Freidenker für Feuerbestattung zu dem Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung. Das geschieht zu derselben Zeit, wo die politischen Parteien stagnieren und die Gewerkschaften den 50prozentigen Verlust seit 1923 nur ganz langsam aufzuholen beginnen. Innerhalb der Freidenkerbewegung selbst aber wächst wiederum die Tendenz, den marxistischen Klassenkampfgedanken zur Grundlage ihrer freigeistigen Bewegung zu machen. Der letzte, für viele sicher überraschend gekommene Wahlsieg der Berliner Kommunisten im Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung zeigt ja nur, daß die parteipolitisch nicht organisierten Freidenkermassen im Radikalisierungsprozeß begriffen sind um darum folgerichtig in den Kommunisten die konsequenteren Klassenkämpfer sehen. In unserem Zusammenhang aber das Wichtigste ist, daß gerade in den Freidenkerorganisationen die sozialdemokratischen Arbeiter auf eine Entscheidung zwischen der Klassenversöhnungspolitik ihrer Partei und ihren Freidenkerzielen, die im Widerspruch stehen mit dieser Klassenversöhnungspolitik, geradezu ge-[431]stoßen werden. Die furchtbaren Folgen der sozialdemokratischen Koalitionspolitik auf dem Gebiet der Kultur, die sich erst kürzlich wieder auf dem Kieler Parteitag in der grundsätzlichen Zustimmung zum Konkordat zeigten, müssen unter allen Umständen jedem ernstdenkenden sozialdemokratischen Freidenker klar werden, das heißt, es wird die Vorbedingung geschaffen, daß prinzipiell die Frage des Klassenkampfes oder der Koalitionspolitik geklärt wird. Damit wachsen wiederum die Aussichten einer Einheitsfronttaktik gegenüber diesen sozialdemokratischen freidenkerischen Arbeitern.

Nun sind diese beiden Gebiete, die wir berührt haben, grundverschieden. Der Charakter unserer Taktik gegenüber den katholischen, in der Zentrumsideologie aufgewachsenen Arbeitern wird ein ganz anderer sein, als die Methoden, die wir zur Gewinnung der freigeistigen sozialdemokratischen Arbeiter anzuwenden haben. Um es geographisch auszudrücken:

im protestantischen Norddeutschland oder in Sachsen, wo wir es fast durchweg mit freigeistig eingestellten, zum mindesten aber kirchlich nicht sehr stark gebundenen Arbeitern zu tun haben, werden wir anders operieren müssen, als etwa in Rheinland-Westfalen und Oberschlesien, wo die übergroße Mehrheit der Arbeiter katholisch ist und bis heute in so starkem Maße Zentrum wählt, daß man ruhig behaupten kann, die Hälfte aller Parlamentsstimmen für das Zentrum rühren von diesen katholischen

Arbeitern her. Diese Biegsamkeit und Geschmeidigkeit unserer Taktik, unsere anders geartete Pressesprache in Sachsen als am Rhein, unsere taktisch anders gearteten Volksversammlungsargumente in Berlin als in Essen – sie sind natürlich nicht zwei Sorten von Kommunismus, keine grundsätzlich verschiedene Dinge, sondern nur zwei Seiten ein und derselben Medaille. Sie sollen ja im Endziel nach verschiedenen Methoden ein und dasselbe erreichen, nämlich das eine Mal die katholischen und das andere Mal die sozialdemokratischen Arbeiter in die von den Kommunisten geführte proletarische Klassenfront einzubeziehen.

Nicht zum wenigsten der Umstand, daß unsere Genossen in den Zentrumsgegenden in vollkommener Verkennung der Sachlage im Kampf um die Gewinnung der katholischen Arbeiter nur eine Art Ressortarbeit der Freidenker sehen, also zwei grundverschiedene Dinge durcheinanderwerfen, erschwert ungeheuer unsern Kampf gegen das Zentrum. Darum ist es dringend notwendig, daß wir jetzt, wo die Partei sowohl gegenüber den Zentrumsarbeitern als auch innerhalb der Freidenkerbewegung stärker als bisher zu arbeiten beabsichtigt, theoretisch die Freidenkerarbeit von unserer Anti-Zentrumsarbeit abgrenzen.

Der verstände nichts von einer revolutionären Dialektik, nichts vom historischen Materialismus, der da glaubt, religiös stark infizierte und kirchlich gebundene proletarische Massen könnten durch bloße atheistische Predigten gewonnen werden. Gegenüber katholischen Arbeitern gilt viel stärker als gegenüber protestantischen Proletariern der Grundsatz, daß man erstens an die Wurzeln des ganzen Systems, das sie so fest in kirchlicher und damit in Zentrumsabhängigkeit hält, greifen muß und zweitens, die Gesetze der Entwicklung dabei nicht außer acht lassen darf.

Veranschaulichen wir das praktisch: Wie ist in der Regel der Entwicklungsgang eines Arbeiters, der in unserer kapitalistischen Gesellschaft bewußt zur proletarischen Klassenfront stößt? Er beginnt gewöhnlich zunächst seine wirtschaftlichen Lebensinteressen zu verteidigen und wird Gewerkschafter. In diesem Kampf geht seine Klassenerziehung vor sich. In der Vergangenheit durchlief doch ein Arbeiter meistens der Reihe nach die politischen Parteien von rechts nach links: von der SPD zur USP, zur KPD Und am Ende eines manchmal sehr qualvollen Entwicklungsprozesses steht zumeist erst sein Kirchenaustritt, sein endgültiger Bruch mit der gesamten bürgerlichen Ideologie, das Abstreifen auch der letzten religiösen und kirchlichen Fesseln, die ihn noch an den Klassenfeind gebunden hatten. [432] Er wird Marxist, das heißt weltanschaulich Atheist. Das ist doch sicher der Entwicklungsgang von 95 Prozent aller unserer Parteigenossen. Das gilt vor allen Dingen für die Vergangenheit. Und mögen auch in der Gegenwart und in der Zukunft gewisse Aenderungen von dieser allgemeinen Regel vorhanden sein, so wird es doch wohl stets richtig sein, daß niemand mit dem Atheisten anfängt, sondern erst im Gefolge einer ganz bestimmten wirtschaftlichen und politischen Entwicklung Atheist wird. Und dieser Prozeß gilt erst recht für die katholischen Arbeiter, die doch besonders stark an eine religiös kirchliche Ideologie gefesselt sind.

Daraus ergibt sich wie von selbst die Taktik gegenüber den katholischen Arbeitern: anknüpfen an ihre Lebenslage, Verbindung suchen vor allem im Betrieb, Propagieren der Gewerkschaftseinheit im Gegensatz zur konfessionellen Trennung, dafür und für ganz bestimmte praktische Aufgaben im unmittelbaren proletarischen Tageskampf Einheitskomitees mit dem Ziel, sie zu immer festeren Verbindungen auszubauen und mit immer konkreteren und klareren proletarischen Klassenaufgaben zu erfüllen. Diese Methode, die katholischen Arbeiter auf den richtigen Weg zu führen und sie möglichst aus ihren eignen Erfahrungen den jeweils nächsten Schritt näher zur Klassenfront tun zu lassen, das nannten wir oben an die Wurzeln packen und die Entwicklung berücksichtigen.

Damit aber verträgt sich nicht der Streit um kirchliche Dogmen. Vorzeitige antikirchliche Freidenkerpropaganda erzeugt oft den um so gefährlicheren religiösen Fanatismus. Ja manchmal kann man sogar feststellen, daß solche Freidenkermethoden, zur ungelegenen Zeit angewandt, z. B. in einem gemeinsamen Streik der sozialdemokratischen, kommunistischen und katholischen Arbeiter, sogar dem Klassenkampf direkt schädlich sein und zur Zersplitterung und damit zur Niederlage beitragen

können. Nicht der Genosse wird gegenüber den katholischen Arbeitern der beste Agitator und Propagandist sein, der in einer gewissen Ueberheblichkeit die Wissenschaftlichkeit seiner Freidenkergesinnung, und wenn das auch tausendmal stimmen mag, gegen die Dummheit und Beschränktheit des religiösen Arbeiters ausspielt, sondern derjenige, der in praktischer Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit dem katholischen Klassengenossen beweist, daß die Kommunisten ohne Unterschied der Konfession sich für alle Arbeiter wirklich einsetzen.

Ist das etwa eine Unterschätzung oder gar eine Verächtlichmachung der proletarischen Freidenker und ihrer Propaganda? Mit nichten! Wir wissen genau, welche Bedeutung das proletarische Freidenkertum für unsere marxistisch-leninistische Partei besitzt. Selbstverständlich dürfen wir nicht einen Augenblick dulden, daß die materialistische revolutionäre Theorie unserer Partei verschandelt wird durch irgendwelche idealistischen, metaphysischen und religiösen Bestandteile, die stets im schroffsten Gegensatz stehen werden zu unserer wissenschaftlichen Grundlage des dialektischen Materialismus. Selbstverständlich ist die proletarische Partei, die Hoffnungen ihrer Mitglieder auf irgend etwas Uebersinnliches zuläßt, für den Machtkampf auf Erden verloren. Und selbstverständlich ist, daß zum mindesten unsere Funktionäre alle idealistischen Ueberbleibsel abgelegt, also auch aus der Kirche ausgetreten sein müssen, während alle zur Partei kommenden Arbeiter zwar nicht direkt unter der Bedingung des Kirchenaustritts aufgenommen werden, aber schnellstens in der Partei dazu erzogen werden müssen.

Worauf es hier ankommt, das ist, die Dialektik des Gesamtprozesses in der Religionsfrage in Verbindung mit unserer Einheitsfronttaktik genau zu verstehen, zu begreifen, daß zu verschie-[433]denen Zeiten, an verschiedenen Orten und gegenüber verschiedenen Menschen auch jeweils verschiedene Methoden angewandt werden müssen.

Ein Beispiel nur, wie äußerlich gesehen ein und dasselbe von uns ganz verschieden behandelt und ausgewertet werden muß. Wir stoßen in letzter Zeit in den katholischen Gegenden oft auf christlichsoziale Arbeiter, die sich öffentlich als „christliche Kommunisten“ bezeichnen. Selbstverständlich ist dieser Ausdruck vom marxistischen Standpunkt aus absolut falsch, und wir müssen gegen diese Vermengung von Feuer und Wasser entschieden Front machen. Aber werden wir deswegen einen katholischen Arbeiter, der sich „christlicher Kommunist“ nennt durch orthodox marxistische Argumente direkt vor den Kopf stoßen? Wir werden das nicht tun aus der Erwägung heraus, daß der betreffende religiös gestimmte Arbeiter, der da christlicher Kommunist sein will, sich ohne Zweifel auf dem Wege der Entwicklung von der Religion zum Sozialismus befindet, und es darauf ankommt, ihn nicht brutal zurückzustoßen, sondern ihm brüderlich zu helfen, damit er die einzelnen Etappen bis zum Sozialismus möglichst schnell absolviert. Zu derselben Zeit bezeichnen sich sozialdemokratische Führer genau so als christliche oder religiöse Sozialisten. Werden wir diesen gegenüber dieselbe Brüderlichkeit und Rücksichtnahme walten lassen, wie gegenüber katholischen Arbeitern? Natürlich nicht! Unser Kampf kann gar nicht scharf und grundsätzlich genug sein gegen diese Art von religiösem Sozialismus, weil er im Munde von Sozialdemokraten, und erst recht im Munde von führenden Sozialdemokraten, nur der Ausdruck der Tatsache ist, daß hier eine Entwicklung vom Sozialismus hinweg und zur Religion hin vor sich geht. Wir sehen also, an sich dasselbe Ding muß ganz verschieden angepackt werden!

Alle diese Erwägungen werden wohl genügen, um gezeigt zu haben, wie falsch es ist, in den katholischen Gegenden generell die Propagandaarbeit zur Gewinnung der katholischen Arbeiter ins „Ressort Freidenker“ abzuschieben. Grundsätzlich muß auf das Allerbestimmteste betont werden, daß in solchen Gebieten, wie beispielsweise am Mittel- und Niederrhein, im Ruhrgebiet, in Oberschlesien, wo die katholischen Arbeiter in den Betrieben durchweg von 60 Prozent bis hinauf zu 90 Prozent vertreten sind, die Einheitsfronttaktik gegenüber diesen katholischen Arbeitern keine Ressortarbeit irgendwelcher Art sein darf, sondern die eigentliche entscheidende, alle Genossen umfassende Gesamtparteiarbeit sein muß, wenn anders in diesen Gebieten unsere Parole „Heran an die Massen“ einen Sinn haben soll.

Die Freidenkermethoden stehen zu dieser unserer grundsätzlichen Antizentrumsarbeit nur in dem Verhältnis, daß sie allenfalls den Schlußteil unserer Bemühungen um die Gewinnung der katholischen Arbeiter bilden werden. In einem bestimmten Stadium, nämlich der Entwicklung eines katholischen Arbeiters in der Richtung zur Klassenfront, muß naturgemäß seine religiös kirchliche Ideologie umzuschlagen beginnen. In diesem Augenblick wird gewöhnlich die aufklärende Freidenkerarbeit, die vielleicht noch vor kurzem bei demselben Arbeiter verkehrt gewesen wäre, sehr notwendig sein.

Im ganzen gesehen wird die Arbeit der Kommunisten in den Freidenkerorganisationen im wesentlichen ein Mittel sein, durch unsere Einheitsfronttaktik nur an die sozialdemokratischen Arbeiter heranzukommen. Der Inhalt unserer Arbeit wird sein die Propagierung des Marxismus, die Festlegung der sozialdemokratischen Freidenker auf eine proletarische Weltanschauung, um von diesem grundsätzlichen Boden aus die Koalitionspolitik der SPD zu bekämpfen. Es ist wohl selbstverständlich, daß diese Methode nur ein Spezialfach unserer Freidenkergenossen ist. Daneben läuft natürlich die wichtige Einheitsfronttaktik [434] aus den Gewerkschaften und Betrieben heraus, auf die unsere Gesamtpartei eingestellt sein muß. Unsere Arbeit der Gewinnung der katholischen Arbeiter hat dagegen zunächst mit Freidenkermethoden nichts zu tun. Ihr Inhalt wird ganz im Gegensatz zur kommunistischen Freidenkerarbeit nicht die sofortige und grundsätzliche Aufrollung der Weltanschauungsfragen sein, sondern die peinlich genau durchzuführende Anknüpfung an die wirtschaftlichen Interessen und realen Lebensfragen der katholischen Proletarier. Dabei ist diese Antizentrumsarbeit nicht zu vergleichen mit der Spezialarbeit kommunistischer Freidenker gegenüber sozialdemokratischen Arbeitern, sondern in viel weitgehenderem Maße Aufgabe aller Genossen.

Gewiß erfordert die geschilderte Verschiedenheit der Taktik gegenüber sozialdemokratischen und katholischen Arbeitern viel Fingerspitzengefühl. Aber das ist ja das Wesen revolutionärer Dialektik, daß wir sehr gewissenhaft differenzieren und jeweils lernen, die besonderen Methoden anzuwenden, die in jedem Fall den höchstmöglichen Erfolg versprechen.

*

Entwicklungstendenzen des deutschen Kapitalismus.

Von E. Ludwig.

Der Inlandmarkt.

I.

Zwei Tatbestände kennzeichnen die jüngste Entwicklung des deutschen Kapitalismus: die Börsenderoute vom Mai und die erste allgemeine Hochkonjunktur nach der Währungsstabilisierung.

Hier scheint ein Widerspruch vorzuliegen. Börsenkrach und Konjunktur scheinen nicht vereinbar mit einander zu sein. Denn die allgemeine Erfahrung aus der Zeit des „normalen“ Kapitalismus geht dahin, daß die Börsenhausse die ansteigende Konjunktur, ihr vielfach vorauseilend, begleitet, und daß der Zusammenbruch der Börsenhausse das Sturmsignal ist, das das Herannahen der allgemeinen Krise ankündigt. Die Zusammenhänge scheinen im deutschen Nachkriegskapitalismus auf den Kopf gestellt zu sein. Die Börsenkrise erscheint – nicht zuletzt auch in der Meinung der bürgerlichen und sozialdemokratischen Wirtschaftsjournalisten – als ein, befreiendes Maigewitter unter dessen befruchtendem Regen die Konjunktur nur noch schöner aufblüht. Und die Börsenspekulanten selbst, nachdem sie den ersten Schrecken über das Zusammenpurzeln des fröhlich in die Luft konstruierten Kursgebäudes überstanden, fügen sich dieser Meinung, und beginnen, im Vertrauen eben auf die Festigkeit der Konjunktur und auf frische Auslandsanleihen, das Kursspiel von neuem.

So scheint sich nichts geändert zu haben – außer einem: dem Preis des Geldes und der Kredite. Die Erhöhung des Reichsbankdiskonts hat sich gegen den Willen des Reichsbankpräsidenten durchgesetzt; der Privatdiskont bleibt mit $5^{7}/_{8}$ Prozent nur um $^{1}/_{8}$ Prozent hinter der offiziellen Bankrate zurück; der Satz für tägliches Geld, der Zinsfuß im allgemeinen steigt.

Doch gerade die Veränderung der Zinssätze, die unmittelbar nur die Börse und den Geldmarkt zu berühren und höchstens indirekt die Konjunktur zu betreffen scheint, vermittelt den Zusammenhang, der zwischen der Börsenkrise und der sich entfaltenden Konjunktur trotz ihrer Widersprüche besteht. Es ist so, daß der Börsenkrach das Resultat der sich entfaltenden Konjunktur und zugleich die Vorbedingung ihrer vorläufigen Fortdauer ist:

ohne Aprilkonjunktur keine Maikrise an der Börse; aber auch ohne diese Maikrise keine Junikonjunktur. Dieser Zusammenhang, der der aus dem Vorkriegskapitalismus gewohnten Beziehung zwischen Börsenkrise und allge-[435]meiner Krise widerspricht, führt in die besonderen Existenzbedingungen des deutschen Nachkriegskapitalismus hinein. Er erklärt sich aus ihnen, wie er umgekehrt auch die Relativität der Stabilisierung des deutschen Kapitalismus erneut beleuchtet, indem er die Besonderheiten dieser allgemeinen Konjunktur als einer charakteristischen Erscheinungsform der relativen Stabilisierung auf hellt.

II.

Daß der deutsche Kapitalismus sich einer allgemeinen Konjunktur erfreut, kann füglich nicht bestritten werden.

Die K o h l e n p r o d u k t i o n im Mai mit 12,29 Millionen Tonnen gegen 11,79 Millionen Tonnen im April ist nach dem ersten durch das Ende des englischen Streiks bedingten Rückgang und trotz des Verlustes vieler Auslandsmärkte an das erfolgreich konkurrierende englische Kohlenkapital wieder gestiegen. Die Eisen- und Stahlproduktion mit 1,13 Millionen Tonnen und 1,37 Millionen Tonnen, ebenso die Walzwerkerzeugung mit 1,089 Millionen Tonnen haben im Mai einen neuen Rekord in der Nachkriegszeit erreicht, obwohl die deutschen Partner des internationalen Rohstahlkartells eine Beschränkung ihrer Ausfuhr gegen eine Ermäßigung der Strafgebühr für die Quotenüberschreitung auf sich genommen haben. Die Schiffswerften sind gut beschäftigt. Dem Reedereikapital geht es gut. Die Textilindustrie, namentlich die Rohbaumwollspinnerei, hat Beschäftigung für viele Monate.

Nicht das Vorhandensein einer Konjunktur ist jedoch das ökonomische Problem. Nur für die bürgerliche und sozialdemokratische Wissenschaft ist mit dieser beruhigenden Feststellung zugleich das theoretische Interesse erschöpft. Und man begnügt sich, wenn man Reformist ist, mit dem Verlangen, einige Schönheitsfehler, die das Bild des kapitalistischen Gedeihens trotz alledem noch verunzieren, möchten ausgemerzt werden. Oder man fordert, wenn man Finanzkapitalist ist, erneut die Beseitigung jeder sozialpolitischen Hemmung (vergleiche „DAZ“ und „Bergwerkszeitung“ vom 26. Juni), damit der Aufschwung noch fortdauere. – Nein, das ökonomische Problem steckt in der Frage nach dem W a r u m dieser Konjunktur, worin auch die Frage nach ihrer Dauer beschlossen ist.

Die Konjunktur der letzten Monate ist – das ist ebenso unbestritten wie die Tatsache der Konjunktur selbst – bedingt vor allem durch die Nachfrage des I n l a n d m a r k t e s. Will man also hinter das Geheimnis der deutschen Konjunktur kommen, so muß das Geheimnis des Inlandmarktes aufgedeckt werden, was wiederum zugleich die Frage nach der Relativität der deutschen Stabilisierung aufwirft.

Die Gründung der Konjunktur vorwiegend auf den Inlandmarkt ergibt sich aus vielfältigen statistischen Daten. Neben dem Sinken der Kohlenausfuhr bei steigender Förderung, der Beschränkung der Eisen- und Stahlausfuhr bei wachsender Produktion sind hier die allgemeinen Zahlen der Außenhandelsbilanz bezeichnend.

Die deutsche Ausfuhr hat sich seit dem Oktober 1926 wie folgt entwickelt:

I n M i l l i o n e n M a r k

Oktober 875,0	Februar 756,0
November 869,0	März 841,0
Dezember 818,9	April 797,0
Januar 798,0	Mai 834,0

Davon Rohstoffausfuhr

Oktober	227,5,0	Februar	186,3
November	230,5	März	208,7
Dezember	200,8	April	171,2
Januar	199,9	Mai	177,5

[436]

Fertigewarenausfuhr

Oktober	602,6	Februar	541,1
November	578,3	März	600,3
Dezember	563,3	April	597,0
Januar	562,4	Mai	622,4

Die Ausfuhr im ganzen ist, von Schwankungen abgesehen, konstant geblieben. Höchstens hat sich, wieder eine Folge des englischen Streiks, der Anteil der Fertigwarenausfuhr auf Kosten der Rohstoffausfuhr ein wenig erhöht. Jedenfalls übertrifft – und das ist in diesem Zusammenhange das Wesentliche – die Steigerung der Produktion die Steigerung der Ausfuhr. Der Inlandmarkt tritt seit Monaten an die erste Stelle im Absatz der vom deutschen Kapital erzeugten Waren.

III.

Woher dieser Aufschwung des Inlandmarktes, der der Lehre zu widersprechen scheint, daß ein imperialistischer Kapitalismus nur auf Grund eines durch Kapitalexport befruchteten Warenexports existieren kann?

Die Antwort ist verschieden für das schwerindustrielle, Produktionsmittel erzeugende, und das leichtindustrielle, Konsumtionsmittel erzeugende Kapital.

Die Inlandkonjunktur für das schwerindustrielle Kapital beruht wohl in erster Linie darauf, daß jetzt zum erstenmal seit der Stabilisierung das deutsche Gesamtkapital in umfangreicher Weise akkumuliert. Die Extraprofite aus dem englischen Streik, die eine Milliarde Mark für das Kohlen- und Eisenkapital überstiegen haben, die Rationalisierungsprofite – ersparte Produktionskosten bei nicht entsprechend gesunkenen Preisen – haben den Anstoß dazu gegeben, daß ein Teil dieser Gewinne in neues zusätzliches Kapital verwandelt wurde. Nachdem durch den zeitweiligen Wegfall des englischen Konkurrenten auf dem Weltmarkt das deutsche Kapital in größerem Umfange als bisher sich hatte verwerten können, erzeugte, auch noch nach dem Wiederauftreten Englands auf dem Weltmarkt, das deutsche Kapital auf Grund der eingesackten Streikprofite eine Nachfrage nach zusätzlichen Produktionsmitteln, in die es den glücklich realisierten Mehrwert verwandelt. In welchem Prozeß zugleich der ganze deutsche Geldmarkt ein anderes Ansehen erhält.

Das beweist einmal

der Eisenverbrauch:

Zeit		Produktion	Einfuhr	Ausfuhr	Inlandabsatz
		Monatsdurchschnitt in 1000 Tonnen			
1925		1196	116,8	230,0	1082,8
1926		1169	98 ,3	37 7 ,0	890,3
1926	Januar	935	63,6	321,8	676,8
	Februar	939	65,0	307,4	696,6
	März	1075	63,3	391,1	747,2
	April	984	77,3	379,7	681,6
	Mai	1018	81,5	339,0	760,5
	Juni	1099	99,3	357,4	840,9
1927	Januar	1498	178,3	440,3	1236,0
	Februar	1408	186,2	319,9	1247,3
	März	1606	148,3	336,4	1416,9
	April	1480	219,9	295,1	1404,8
	Mai	1555	211,9	298,0	1486,4
	Juni				

(Aus dem Halbjahresbericht 1927 der Reichsbahn-Gesellschaft.)

[437] Ein weiterer Beweis dafür sind die Baustatistiken sowie die Kapitalemissionen.

Ueber die Entwicklung der Bautätigkeit bringt die „Vossische Zeitung“ vom 26. Juni 1927 folgende Uebersicht:

Zeitraum	Gebäude: Wohngebäude	für wirtschaftl. u. gewerbl. Zwecke	öffentliche	insgesamt	Wohnungen
		Reinzugang an Gebäuden und Wohnungen:			
1926					
1. Vierteljahr	4602	1542	68	6212	15.175
2. "	4441	1249	80	5770	16.233
3. "	4840	1197	77	6114	17.689
4. "	7333	1330	119	8782	26.258
1927					
1. Vierteljahr	5463	1259	98	6820	20.582
		Erteilte Bauerlaubnisse:			
1926					
1. Vierteljahr	3627	2209	52	5888	8985
2. "	6192	2575	103	8870	15.849
3. "	6585	2582	92	9259	16.735
4. "	6236	2598	123	8957	16.736
1927					
1. Vierteljahr	6719	2343	120	9182	16.776

Danach ist zwar ein Wachsen der Bautätigkeit, insbesondere auch für wirtschaftliche Zwecke, festzustellen. Aber dieses Wachsen scheint doch nicht so groß zu sein, daß aus ihm allein die Inlandskonjunktur, soweit sie auf Akkumulation beruht, erklärt werden könnte, zumal da der Reinzugang an industriellen Bauten im 1. Vierteljahr 1927 gegen das 4. Vierteljahr 1926 sogar zurückgegangen ist. Doch die Z a h l allein der Gebäude entscheidet noch nicht über den Umfang der Akkumulation. Wenn Leuna seit Monaten fieberhaft um- und ausgebaut wird, um die Fabriken für die Kohleverflüssigung und den Mischdünger herzustellen, so erscheint diese mächtige Akkumulation des Chemiekapitals in der Baustatistik nur mit wenigen Ziffern. Ebenso wenn Krupp und Mannesmann neue Hochöfen bauen, wenn die Zechen neue Kokereien anlegen. Das gleiche gilt von dem zahlreichen Einbauen neuer und veralteter Maschinen, von Betriebsumstellungen und Vergrößerungen, Elektrifizierungen, die kaum oder gar nicht in der Baustatistik auftreten, dennoch aber eine Nachfrage für die Schwerindustrie bilden.

Es muß deshalb, um einen gewissen Anhalt über die Kapitalakkumulation und ihren Umfang zu gewinnen, die Statistik der Emissionen und Kapitalveränderungen noch hier angezogen werden. Dabei können, ganz abgesehen davon, daß sie in anderem Zusammenhang ihre Gewichtigkeit für das Schicksal des deutschen Kapitals erweisen, die Auslandanleihen um deswillen außer Betracht gelassen werden, weil sie gerade in den letzten Monaten so gut wie verschwunden waren. Zudem steht in diesem Zusammenhang noch nicht die Frage nach der H e r k u n f t des für die Gesamtzirkulation des deutschen Kapitals erheischten Geldes, sondern allein die Frage, w i e v i e l Geld durch Inlandemissionen, gleichgültig ob sie aus verwandelten Auslandsanleihen stammen, und durch Kapitalveränderungen im Lauf der Entwicklung der Konjunktur dem Kapital zur Erneuerung verschlissener Produktionsmittel und zur Akkumulation zur Verfügung stand.

Ueber die Entwicklung der Ausgabe von Wertpapieren in Deutschland unterrichtet die folgende Tabelle aus dem 2. Maiheft 1927 von „Wirtschaft und Statistik“: [438]

Ausgabe von Wertpapieren im Deutschen Reich (in Mill. M.)
Inländische Werte:

Zeitraum	Anleihen öffentlicher Körperschaften	Schuldverschr. der Boden-Kreditanstalten	Sonstige Schuldverschreibungen	Aktien (ohne Fusionen und Sacheinlagen)	Zusammen	Ausländische Werte	Insgesamt
Vierteljahresdurchschnitt 1907 bis 1913	293	228	100	185	806	118	924
April bis Dezember 1924	9	125	17	50	201	–	201
1925	13	217	28	165	423	2	425
1926	310	426	67	225	1028	17	1045
1. Vierteljahr 1926[1)]	125	302	9	99	535	7	542
2. " 1926	529	352	37	120	1038	8	1046
3. " 1926	238	468	101	305	1130	16	1146
4. " 1926[1)]	349[1)]	563	122	374[1)]	1408	36[1)]	1444
1. Vierteljahr 1927[2)]	699	573	71	379	1722	23	1745
April 1927[2)]	149	167	55	148	519	–	519

[1)] Berichtigte Zahlen. [2)] Vorläufige Zahlen.

Anmerkung: Bei festverzinslichen Papieren und ausländischen Werten sind Nominalbeträge, bei Aktien der Wert nach dem Ausgabekurs, nach Abzug von Sacheinlagen und den für Fusionen verwandten Beträgen, angegeben. – Unter den öffentlichen Anleihen sind enthalten Deutsche Staatsanleihen (für die Vorkriegszeit nach Angabe des Deutschen Oekonomist für das Kalenderjahr), Renten und Schuldverschreibungen der Gemeinden, Gemeindeverbände und Gemeindekreditanstalten (nach der Effektenstempelstatistik, soweit nicht stempelpflichtig für 1924 bis 1926 nach Umfrage bei den Ländern). – Bei den Aktienbeträgen sind die Ausgaben von Papiermarkaktien der Jahre 1924 (929 Billionen)) und 1925 (31 Billionen) nicht mitgezählt. – Die ausländischen Werte sind nach der Effektenstempelstatistik angegeben. Diese Zahlen enthalten alle zum erstenmal in Deutschland gehandelten Wertpapiere, also nicht etwa nur Neuemissionen.

Auszuschalten sind für diese Berechnung:

1. die Anleihen der öffentlichen Körperschaften. Sie sind wichtig für die Entwicklung des Geldmarktes, seine steigende Knappheit. Daneben allerdings auch für die wachsende Bautätigkeit der Kommunen und Länder (Elektrifizierung usw.) und die dadurch begründete Nachfrage;

2. die Schuldverschreibungen der Bodenkreditanstalten. Sie sind wichtig für die wachsende Stabilisierung der Agrarkredite und die daraus sich ergebende Belebung der Inlandkonjunktur.

Es bleiben übrig die eigentlichen Industrieobligationen und die Neuausgaben der Aktien. Beide geben gewiß keinen genauen Gradmesser, so doch einen gewissen Anhaltspunkt für den Umfang der Akkumulation in Deutschland ab, zumal da bei den Aktienausgaben die durch Fusionen und Sacheinlagen bedingten, also Kapitalserhöhungen weggelassen sind, die der Zentralisation vorhandener Kapitalien nicht der Erweiterung von Kapital durch Akkumulation dienen. Abzuziehen wäre noch die Summe der Kapitalsherabsetzungen. So ergibt sich dann, daß seit dem 3. Vierteljahr 1926 die Summe der neu ausgegebenen Obligationen, der Kapitalserhöhungen einen Sprung nach vorwärts gemacht und im April 1927 gar den Monatsdurchschnitt nicht nur der ganzen Nachkriegszeit, sondern sogar der Periode 1907–1913 übertroffen hat.

Hält man diese Daten mit den Produktionsstatistiken der Schwerindustrie, mit den Ziffern über die Bautätigkeit zusammen, so ist der Schluß [439] erlaubt, daß die Inlandskonjunktur der Schwerindustrie auf der wachsenden Akkumulation des deutschen Kapitals beruht.[*)]

[*)] Darüber, welche Kapitalsgruppen besonders stark akkumulierten, über den Zusammenhang zwischen Akkumulation und technischen Fortschritt, über intensive und extensive Akkumulation vgl. Günther Reimann: „Die industrielle Hochkonjunktur in Deutschland – nur eine Episode?“

IV.

Der Anstoß für die Konjunktur in der Leichtindustrie, für die hier die Textilindustrie als Typ genommen sei, kommt von einer anderen Seite her.

Der Aufschwung in der Textilindustrie gründet sich einmal auf den Sturz der Baumwollpreise nach der letzten Ernte. Ihre Verbilligung hat den Anlaß zu einer W e l t k o n j u n k t u r in der Textilindustrie gegeben. Die sinkenden Rohstoffpreise bei nicht entsprechendem Fall der Preise für die Textilfertigwaren hat für das Textilkapital dieselbe Wirkung gehabt wie sonst die Rationalisierung. Die Produktionskosten sind gesenkt – diesmal allerdings nicht durch Rationalisierungsmethoden, sondern durch verringerte Ausgabe von zirkulierendem Kapital, während gleichzeitig – wie bei der Rationalisierung – die Profitspanne durch Hochbleiben der Produktionspreise gestiegen ist. Die Folge ist für die Weltbaumwollproduktion wachsender Rohstoffverbrauch. Vom 1. August 1926 bis Mitte Juni 1927 hat Amerika 16,48 Mill. Ballen Baumwolle gegen 14,14 Millionen im Vorjahr an Europa verkauft. Die deutschen Spinnereien und Webereien haben seit 1. August 2,85 Mill. Ballen gegen 1,67 Mill. Ballen im Vorjahre Rohbaumwolle bezogen. Die Rohstofflager werden aufgefüllt und vergrößert – zirkulierendes Kapital wird, soweit es verbraucht ist, ersetzt und vergrößert. Wachsende Vorratbildung nennt das der Halbjahresbericht der Reichskreditgesellschaft – ein Vorgang, der nicht auf die Textilindustrie sich beschränkt. Die Folge ist aber auch schon wieder das Ansteigen der Rohstoffpreise und damit das Einsetzen der Gegenbewegung gegen die Konjunkturgrundlage, zumal da die Verteuerung der Baumwolle prompt die Verteuerung der Textilwaren auslöst.

Der zweite Anstoß der Konjunktur in der Leichtindustrie ist der Rückgang der Arbeitslosigkeit. Er ist hervorgerufen durch die Konjunktur in der Schwerindustrie und hat sich durch die so erzeugte Nachfrage der neu Arbeit findenden Arbeiter auf die Leichtindustrie ausgedehnt, hat auch hier die Nachfrage nach Arbeitskräften verstärkt und so die Arbeitslosigkeit vermindern helfen.

Daß durch den Rückgang der Arbeitslosigkeit die soziale Krise in ihren Grundlagen und Auswirkungen nicht überwunden ist, wird noch ausführlich an seinem Ort dargelegt werden. Für diese Erörterung, die nur der Tatsache der Inlandkonjunktur dient, noch nicht der Erörterung der grundlegenden Widersprüche des deutschen Nachkriegskapitalismus, aus denen sie selbst geboren ist und die sie verschärft reproduziert, genügt die Feststellung, daß auch bei nicht gestiegenem Reallohn auf den Kopf des Arbeiters bei wachsender Intensivierung der Arbeit durch die Rationalisierung, bei ihrer Extensivierung durch den Zehnstundentag und Ueberstunden ein Arbeiter, der Arbeit gefunden hat, mehr kaufen kann, als der nur mit Bettelpfennigen unterstützte oder gar ausgesteuerte Arbeitslose.

Die Inlandkonjunktur in der Leichtindustrie ist bedingt einmal durch die allgemeinen Bedingungen, die eine Weltkonjunktur in der Textilindustrie hervorgerufen haben. Zum andern ist sie im Gefolge der Inlandkonjunktur der Schwerindustrie entstanden. Sie ist sowohl von ihr abhängig wie von der Gestaltung der sozialen Krise, die das deutsche Kapital bisher nicht hat lösen können. Warum – das wird sich zeigen.

Es ergeben sich, dieselbe Sache der Inlandkonjunktur von einer anderen Seite gesehen, zunächst z w e i große Käuferschichten, die sie stützen: die akkumulierenden Kapitalisten (nebst ihren Anhängseln, den öffentlichen Körperschaften) und die verzehrenden Arbeiter samt den breiten Schichten [440] der Beamten, der Masse der im Handel und Handwerk vegetierenden Mittelschichten.

Zu ihnen kommt die d r i t t e Käufergruppe, die „Landwirtschaft“ hinzu. Aber bei Erklärung ihrer Nachfrage tritt – neben den Zöllen – ganz elementar ein Umstand in den Vordergrund, der bisher bei der Betrachtung der deutschen Konjunktur „an sich“ ausgeschaltet werden konnte: Die Eröffnung und Erweiterung auch des inneren Marktes durch Kredite (Stickstoff-, Kaliwechsel usw.).

Aber einmal abgesehen von diesem letzten: die Oberflächenerscheinungen der deutschen Inlandkonjunktur scheinen der Sozialdemokratie Recht zu geben. Arbeiter kaufen, Kapitalisten kaufen. Der Inlandmarkt genügt sich selbst. Der Auslandmarkt verliert an Bedeutung. Das deutsche Kapital unter der „wachsenden Kontrolle der Oeffentlichkeit“ (Hilferding in Kiel) nähert sich mehr und mehr dem Zustand glückseliger Harmonie.

Es ist klar, wäre diese Lehre richtig, so müßte die kommunistische Auffassung von der Relativität der Stabilisierung falsch sein.

(Weitere Artikel folgen.)

*

Die industrielle Hochkonjunktur nur eine Episode?

Von Günther Reimann.

Das Institut für Konjunkturforschung schreibt in seinen letzten „Vierteljahresheften zur Konjunkturforschung“ (Heft 1 1927): „Ende Februar 1927 ergab sich das Konjunkturbild eines zögernd fortschreitenden Aufschwungs. Die Aufwärtsbewegung hat sich inzwischen in beschleunigtem Tempo fortgesetzt. Die wirtschaftliche Aktivität hat gegenwärtig – Ende Mai 1927 – einen Grad erreicht, der schon zu gewissen Reibungs- und Spannungserscheinungen geführt hat, wie sie für eine der Hochspannung sich nähernde Aufschwungsphase kennzeichnend sind. Wann die Wirtschaft in die Phase der Hochspannung eintreten wird, läßt sich nicht mit Bestimmtheit angeben, zumal die Dauer der einzelnen Phasen sich bis auf weiteres nicht berechnen läßt.“

Damit hat das Institut für Konjunkturforschung viel und gar nichts behauptet. „Eine der Hochspannung sich nähernde Aufschwungsphase – hiermit ist nur zugegeben die Wellenentwicklung der Konjunktur, die auch für die Nachkriegszeit gilt, Aber das Besondere, was für den europäischen, besonders den deutschen Kapitalismus in der Nachkriegszeit besteht, ist hiermit völlig ausgeschaltet: die kurzatmige Dauer der Wellenberge, die relativ längeren Krisen- und Depressionszeiten, die „Scheinkonjunkturen“ mit Hilfe von Auslandskrediten usw. Vor allem aber bleibt die für eine Konjunkturanalyse und Perspektive wichtigste Frage nach der Erklärung des „Binnenmarktes“, dem Wesen des verstärkten Inlandsabsatzes unbeantwortet.

I.

Der gegenwärtige Konjunkturanstieg nahm seinen Ausgangspunkt von dem plötzlichen Aufschwung des Steinkohlenbergbaues im Frühjahr vorigen Jahres als Folge des Ausscheidens der englischen Kohlenkonkurrenz. Es folgte allmählich auch eine Steigerung der Eisen- und Stahlproduktion. Zu Anfang dieses Jahres begann die Baukonjunktur und die Hochkonjunktur in der Textilindustrie. Gleichzeitig hatte sich in den maßgebenden Zweigen des Maschinenbaues und der übrigen Eisen verarbeitenden Industrie die Absatzlage so gebessert, daß die meisten Großbetriebe seit langer Zeit wieder den größten Teil ihrer Produktionsanlagen ausnutzen konnten.

[441] Im Ruhrbergbau war der Höchststand der Förderung im November vorigen Jahres erreicht worden. Seitdem ist die Kohlenförderung um etwa 17 Prozent zurückgegangen und entspricht gegenwärtig ungefähr der Vorkriegsförderung. Die gesamte deutsche Kohlenförderung hat in derselben Zeit um rund 12,7 Prozent abgenommen (jetzt rund 100 Prozent der Vorkriegsförderung). Im Braunkohlenbergbau ist dagegen die Produktion in den letzten Wochen wieder gestiegen; trotzdem werden erst schätzungsweise höchstens 75 Prozent der Produktionskapazität ausgenutzt.

In der Eisen- und Stahlindustrie schien der Höchststand bereits im März dieses Jahres erreicht zu sein. Im Mai und Juni dagegen ist ein neuer Aufschwung zu verzeichnen, der zu einer ausgesprochenen Hochkonjunktur geführt hat. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ vom 22. Juni d. J. schreibt:

„Man kann die Ausnutzung der deutschen Eisenproduktionsstätten heute ruhig mit 100 Prozent annehmen. Die Beschäftigung reicht wenigstens bis in den Monat Oktober hinein.“

Der amtliche Index der Textilproduktion ist seit Mitte v. J. um über 53,5 Prozent gestiegen. Die Produktion „wichtiger Grundstoffe“ weist von Juli 1926 bis Anfang Mai d. J. eine Zunahme von über 18 Prozent auf.

		Produktion wichtiger Grundstoffe (1913-100)	Arbeitstägl. Kohlenförderung in 1000 Ton. Im Ruhrgebiet	Roheisenproduktion Arbeitstägl. in 1000 Ton.	Rohstahlproduktion Arbeitstägl. in 1000 Ton.	Index der Textilprod.	Hochöfen in Betrieb(Monatsende)
1913		–	379,8	29,9	32,3	–	204
Mai	1926	94,1	347,4	23,7	37,5	77,7	83
Okt.	1926	108,2	403,3	30,2	45,2	100,3	97
Jan.	1927	113,0	422,1	34,2	52,4	110,5	115
Febr.	1927	113,0	409,4	34,6	51,4	114,9	–
März	1927	113,3	402,6	35,0	52,4	117,1	112
Apr.	1927	111,7	380,4	35,1	53,7	117,5	111
Mai	1927	–	379,2	36,4	55,1	–	113
Juni	1927	–	–	–	–	–	112

Ueber die Produktion in dem Maschinenbaugewerbe und der übrigen Fertigwarenindustrie fehlen entsprechende statistische Angaben.

Trotzdem läßt sich etwa seit Anfang d. J. auch ein starkes Ansteigen der Konjunktur in der Konsumgüterindustrie feststellen, besonders an dem Textilgewerbe. Bereits im Herbst vorigen Jahres begann die neue Baukonjunktur, die sich im Frühjahr d. J. noch beträchtlich gesteigert hat. In der Eisen- und Stahlindustrie, in dem Textilgewerbe und in den ausschlaggebenden Zweigen des Maschinenbaues herrscht gegenwärtig Hochkonjunktur; es wird der größte Teil der Produktionskapazität ausgenutzt.

II.

Wie kommt es, daß die so erheblich gestiegene Produktion bei hochgehaltenen steigenden Preisen Absatz gefunden hat? Es ist für die Konjunkturentwicklung charakteristisch, daß die Mehrproduktion fast restlos auf dem Inlandsmarkt abgesetzt worden ist. Die jetzige Konjunkturwelle hat nicht ihren Ausgangspunkt von einer erheblichen Exportsteigerung, Erfassung eines neuen ausländischen Absatzgebietes mit profitablen Kapitalsanlagemöglichkeiten genommen. Im Gegenteil, die Ausfuhr ist seit dem Herbst vorigen Jahres zurückgegangen und steht (im Mai dieses Jahres) etwa 53 Prozent unter dem Vorkriegsstande (die jetzige Ausfuhr auf Vorkriegspreise umgerechnet).

Während im September und Oktober 1926. über 50 Prozent der Ruhrkohlenförderung ausgeführt wurden, sind es im Dezember nur noch 41,1 Prozent und im April d. J. noch weit weniger gewesen. [442]

Steinkohlenausfuhr in Prozenten der Förderung:

1926	Ruhrgebiet	Westoberschlesien	Niederschlesien
Januar	33,8	6,6	8,3
Juli	42,1	25,7	44,1
August	44,9	16,8	29,2
September	50,1	13,9	25,8
Oktober	50,3	9,2	23,3
November	41,9	9,9	22,1
Dezember	41,1	6,4	11,5

Aehnlich ist die Ausfuhr von Walzwerkserzeugnissen im Verhältnis zu der Produktion seit Anfang dieses Jahres rapide zurückgegangen.

Ausfuhr von Walzwerkserzeugnissen in der Produktion:

1926	insgesamt	Halbzeug	Stabeisen	Grobbleche
Januar	34,5	21,2	39,3	39,8
Juli	36,9	40,8	40,1	54,9
September	31,1	41,4	30,6	53,0
Oktober	33,5	40,6	35,5	42,8
November	29,1	48,0	28,5	42,7
Dezember	26,6	45,2	24,6	58,7
Januar 1927	33,5	57,2	31,8	54,8
Februar 1927	25,1	45,4	19,3	44,6
März 1927	22,0	45,2	20,0	38,8

Trotz der teilweisen Vollbeschäftigung der Maschinenbauunternehmungen ist die Ausfuhr von Maschinen nur unerheblich gestiegen.

Ausfuhr von Maschinen in Millionen Mark:

	insgesamt	Werkzeugmaschinen	Textilmaschinen	Landwirtschaftl.
1925 Monatsdurchschn.	61,2	7,9	12,0	5,1
1926 1. Vierteljahr Monatsdurchschn.	75,1	10,9	13,9	9,9
1926 2. Vierteljahr Monatsdurchschn.	66,7	8,3	12,5	7,1
1926 3. Vierteljahr Monatsdurchschn.	61,3	8,3	12,0	4,3
1926 4. Vierteljahr Monatsdurchschn.	63,7	9,1	12,9	2,7
1927 Januar	63,4	9,4	12,7	4,4
1927 Februar	62,2	8,5	12,1	5,0
1927 Marz	68,9	9,9	12,5	7,6

Nach dem Wiedereinsetzen der englischen Kohlen- und Eisenkonkurrenz Ende vorigen Jahres fand in der deutschen Eisen- und Stahlindustrie eine weitere Belebung lediglich auf Grund des Mehrverbrauchs von Eisen und Stahl in der deutschen verarbeitenden Industrie, insbesondere auch im Baugewerbe statt.

Die sinkenden Zinssätze infolge der Geldflüssigkeit und die Wiederherstellung eines inländischen Kapitalmarktes einerseits, die Erhöhung der Mietpreise und teilweise Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft andererseits haben die Belebung auf dem privaten Baumarkt hervorgerufen.

	Zahl der Bauerlaubnisse		Zahl der Bauvollendungen	
	Wohngebäude	gewerbl. u. öffentl. Gebäude	Wohngebäude	gewerbl. u. öffentl. Gebäude
1924	100	100	100	100
1925	142	94	185	146
1926	167	61	240	81
1927 März	226	101,9	–	–

[443] Das Steigen der Zinssätze in den letzten Wochen und die neue Kapitalverknappung hätten bereits zu Krisenerscheinungen im Baugewerbe und zum Stocken der privaten Bautätigkeit geführt, wenn nicht die staatliche Subventionierung des privaten Baugeschäftes den Häuserbau zu einem äußerst rentablen Geschäft gemacht hätte. Gibt es doch zahlreiche „Baugenossenschaften“ usw., die last ohne jegliches Eigenkapital, vor allem mit Hilfe der Hauszinssteuerzuschläge billige Häuser bei hohen Mietpreisen errichten. Dann aber hat in den letzten Wochen auch die kommunale Bautätigkeit wieder zugenommen.

Das Institut für Konjunkturforschung hat mit Recht auf die Wechselwirkung zwischen der Belebung des Baumarktes und der Industriekonjunktur hingewiesen. Bei „normaler“ Entwicklung erreicht die Baukonjunktur ihren Höhepunkt erst, wenn infolge von Depressionserscheinungen in der Industrie der Kapitalmarkt äußerst flüssig wird und die Zinssätze sinken. Wenn jetzt teilweise industrielle Hochkonjunktur und eine starke Belebung des Baumarktes gleichzeitig eingetreten sind, so ist dies vor allem durch die staatlichen Geschenke an die privaten Bauunternehmer, dann aber auch durch die besonders große Wohnungsnot als Folge des langjährigen Aussetzens von Neubauten hervorgerufen.

Auch die Zahl der industriellen Neubauten hat zugenommen, aber bei weitem nicht so erheblich als die Zahl der Wohnungsbauten. Es gibt im wesentlichen nur in der Eisen und Stahl produzierenden Industrie und in der chemischen Industrie größere industrielle Neubauten. Aber auch in den übrigen Industriezweigen wird zweifellos gegenwärtig in erheblichem Maße neues Kapital akkumuliert, aber vor allem nur durch Neuanschaffung von Maschinen, Ersatz veralteter Maschinenanlagen usw.

Insoweit läßt sich tendenziell feststellen, daß in den meisten Industriezweigen nicht extensive, sondern intensive Kapitalakkumulation stattfindet, während in früheren „normalen“ Hochkonjunkturen vor allem extensive Kapitalakkumulation, Erweiterung des Produktionsapparates auf gleicher technischer Basis überwogen hat.

Auch zu der Steigerung der Produktionsmittelerzeugung, besonders im Maschinenbau, ist festzustellen, daß es sich hierbei zumeist um die Herstellung und den Absatz neuartiger oder verbesserter

Maschinen und Apparate handelt. Besondere Bedeutung hat der Aufschwung der Elektroindustrie neben der aufsteigenden chemischen Industrie; sie bringt die wachsende Elektrifizierung der Beleuchtung und des Verbrauches an Heizkraft und Antriebskraft zum Ausdruck.

All dies beweist, daß der technische Fortschritt in der deutschen Industrie während der jetzigen Aufschwungsperiode relativ schnell vorwärtsschreitet. Auch dies widerspricht nicht unseren Erfahrungen. Denn der Stachel zum technischen Fortschritt ist der verschärfte Konkurrenzkampf, der Zwang zur Senkung der Produktionskosten für den einzelnen Kapitalisten.

Vor allem aber führt die bedeutungsvolle Ausdehnung der chemischen Industrie nicht nur zu einem verschärften Konkurrenzkampf mit ausländischen Erzeugnissen, sondern auch mit deutschen Industrieprodukten, die selber, ebenso wie ihre Produktionsmittel, sich hierdurch entwerten.

Insoweit der Konjunkturaufstieg eine Folge der gewaltigen technischen Umstellungen (Elektrifizierung, neue chemische Produktionsverfahren; Kohleverflüssigung usw.) ist, wird die Hochkonjunktur in den übrigen Industriezweigen, vor allem in der Produktionsmittelindustrie, sehr bald ihr Ende finden; denn das infolge der technischen Umstellungen neu akkumulierte Kapital ist vor allem fixes Kapital, das erst nach Jahren oder Jahrzehnten erneuert wird. Dies gilt besonders für die chemische Industrie. Die Produktionsmittelindustrie hat sich aber auf die dauernde Mehrproduktion eingestellt und deswegen sich von neuem ausgedehnt.

Auch für die Textilindustrie ist der Absatz vor allem im Inland gestiegen. Dies als Folge des größeren Luxuswarenverbrauchs der Bourgeoisie, der Spekulanten, die im vergangenen Jahre aus dem Steigen der Aktienkurse [444] gewaltige Gewinne gezogen haben. Aber auch der Absatz an Massenartikeln hat zugenommen. Der Monatsumsatz an Bekleidungsartikeln im Einzelhandel ist von 101 im Januar 1926 und 105 im April 1926 auf 115 im Januar 1927 und 133 im April 1927 gestiegen. Die Mehrbeschäftigung von Arbeitern, die Hoffnung, längere Zeit Beschäftigung gefunden zu haben, hat zweifellos dazu geführt, daß zahlreiche Arbeiterfamilien ihre längst zerschlissene Kleidung erneuert haben; dem hat die Möglichkeit des Kaufens auf Ratenzahlungen Vorschub geleistet.

Der Aufschwung der Konsumgüterindustrie, des Textilgewerbes ist vor allem im Anschluß an den Aufstieg der Produktionsmittelindustrie und die hierdurch abnehmende Arbeitslosigkeit erfolgt. Dies wird aber zweifellos auch für den neuen Konjunkturabstieg, die neue zu erwartende Krise zutreffen. Denn der Konjunkturaufschwung in der Konsumgüter produzierenden Industrie infolge größeren Inlandsabsatzes wird der Konjunkturentwicklung der Produktionsmittel erzeugenden Industrie folgen.

III.

Von wo stammen die finanziellen Mittel, die die jetzige Anspannung des Produktionsapparates, die neue Kapitalakkumulation ermöglicht haben?

Die deutschen Großindustriellen haben in ihrer Rationalisierungsoffensive gegen die Arbeiter bei hochgehaltenen Preisen trotz eingeschränkter Produktion und zahlreicher Betriebsstillegungen gewaltige Profite erzielen können. Die aufgefüllten, unverkäuflichen Warenlager sind in der großen Krise im Winter 1925/26 geräumt worden, was durch den Ausfall der englischen Industriekonkurrenz im Jahre 1926 noch vollendet worden ist. Das heißt, der neue Mehrwert, der in der neuen Warenproduktion steckte, konnte zu Geld gemacht, realisiert werden.[*)]

Dagegen hat der Zufluß von Auslandskapital, die Aufnahme neuer Auslandsanleihen etwa seit Mitte vorigen Jahres so gut wie aufgehört, es hat sogar ein wenn auch noch relativ geringfügiger Kapitalexport begonnen.

Trotzdem haben die vorher gewährten Auslandsanleihen einen bedeutenden Anteil an dem gegenwärtigen Konjunkturaufstieg. Denn ein großer Teil jener Auslandsgelder ist von den deutschen

[*)] Die „Einlagen auf provisionsfreier Rechnung“ und „sonstigen Einlagen“ bei den Berliner Großbanken betrugen: am 30. .1914 4707,2 Mill. Mark, am 30. 4. 1926 3739 Mill. Mark, am 28.2.1927 5156,1 Mill. Mark, am 30.4.1927 5467,2 Mill. Mark.

Großkapitalisten nicht sogleich „verwertet“ worden, sondern ist vielmehr in Mark umgewandelt worden und hat zumeist zur Auffüllung der Bankguthaben gedient.

Dieser Vorgang ist auch in der Zunahme der Devisen- und Goldbestande der Reichsbank bei gleichzeitigem Anwachsen der Wechselkredite und des Notengeldumlauf es zum Ausdruck gekommen.[*)]

Im Jahre 1926 sind etwa 1500 Millionen Mark neue Auslandsanleihen[**)] dem deutschen Großkapital gewährt worden. Die Handelsbilanz hat in derselben Zeit aber einen Einfuhrüberschuß von 712 Mill. Mark gehabt. Gleichzeitig sind die Bestände an Gold- und Deckungsdevisen der Reichsbank um 667 Mill. Mark[***)] angewachsen, der Notenumlauf um 1004,7 Mill. Mark[†)], die Wechsel- und Lombardkredite der Reichsbank um 163,3 Mill. Mark.

Seit Januar dieses Jahres hat die finanzielle Lage der Reichsbank sich entgegengesetzt entwickelt. Ihre Flüssigkeit ist von Mitte März bis Mitte Juni d. J. von 65,8 Prozent auf 56,4 Prozent zurückgegangen.

[445] Der hohe Einfuhrüberschuß in diesem Jahre hat eine größere Devisennachfrage zur Folge gehabt, die nicht durch neue Auslandsanleihen befriedigt wurde. So mußte die Reichsbank im Interesse der Aufrechterhaltung der Währungsstabilität in dieser Zeit u. a. 465,7 Mill. Mark Gold- und Deckungsdevisen verkaufen,[††)] wieder in Mark rückverwandeln. Deswegen ist der Notengeldumlauf trotz der ansteigenden Wirtschaftskonjunktur um 94,8 Mill. Mark verringert worden. Dann sind aber auch neue kurzfristige Auslandskredite nach Deutschland gegeben worden. Die Möglichkeit ihres Abfließens bedeutet eine große Gefahr für den deutschen Geld- und Kapitalmarkt.

Angesichts dieser Entwicklung hat die Reichsbank ihren Diskontsatz um ein Prozent, auf sechs Prozent erhöhen müssen. Eine weitere Diskontheraufsetzung in naher Zeit ist nicht unwahrscheinlich.

Ihre Folge wird ein Aufhalten der Bautätigkeit sein. Aber auch allgemein werden dann die Kredite des Industriekapitals eingeschränkt werden und so neue Krisen- oder Depressionserscheinungen eingeleitet.

Die letzte Diskonterhöhung hat noch nicht einen erheblichen Einfluß auf die Konjunkturbildung gehabt. Die Kreditanspannung des Industriekapitals ist noch relativ gering gewesen.

IV.

Können nun aber neue Auslandsanleihen die Verknappung auf dem Geldmarkt, damit auch neue Krisengefahren in der Industrie verhindern? Es gibt Theoretiker, die dies bejahen. Sie meinen, daß es „nur“ notwendig wäre, daß jene neuen Auslandsanleihen „produktiv“ angelegt werden, sie müßten z. B. zur Förderung der Exportindustrie, ihrer Verbesserung und ihres Ausbaues, und so auch der „Finanzierung“ der Warenausfuhr dienen, also neue Kapitalausfuhr ermöglichen.

Nun, dies wurde stets bei den Auslandsanleihen der letzten Jahre gesagt. Eine erhebliche Steigerung der Waren- oder Kapitalausfuhr ist aber nicht erfolgt. Die neuen Auslandskredite haben lediglich eine Inlandskonjunktur „auf Pump“ ermöglicht.

Hat aber die jetzige Konjunktur nicht einen völlig anderen Charakter? Wird die erweiterte Produktion mit einem erweiterten Produktionsapparat auch in der Zukunft auf dem Inlandsmarkt Absatz finden? Da der Verbrauch an Konsumwaren im Inlande beschränkt ist, wird sicherlich ein neues Mißverhältnis zwischen Produktion und Absatzmöglichkeiten, zwischen dem erweiterten industriellen Kapital und seiner Verwertbarkeit zu einem Mindestprofitsatz eintreten.

Neue Auslandsanleihen könnten lediglich die Industriekapitalisten instand setzen, auf ihren Warenvorräten eine Zeitlang sitzen zu bleiben, in der Hoffnung auf späteren Verkauf zu hochgehaltenen

---

[*)] Notengeldumlauf in Prozenten der Gold- und Devisenbestände.
[**)] Schätzung des Statistischen Reichsamts.
[***)] Die „Sonstigen Aktiva“, in denen ebenfalls Devisenbestände enthalten sind, haben sich nicht wesentlich verändert.
[†)] Gleichzeitig sind allerdings 185 Mill. Mark Rentenbankscheine von der Reichsbank eingelöst worden.
[††)] Gleichzeitig Abnahme der „Sonstigen Aktiva“ um 102,5 Mill. Mark.

Preisen, bzw. eine neue „Umstellung“ und Erweiterung des Produktionsapparates ermöglichen. Sie würden also lediglich die Krise hinausschieben, die dann aber später, auf erweiterter Grundlage mit um so größerer Heftigkeit eintreten soll.

Die einzige Möglichkeit, die Gefahr einer neuen Krise abzuwehren, ist eine erhebliche Steigerung der Waren- und Kapitalausfuhr. Wir glauben nicht an eine derartige Möglichkeit angesichts der jetzigen Lage des Weltmarktes und der weltpolitischen Machtverteilung.

Wie lassen sich dann aber die Gefahren, die für das deutsche Großkapital aus der dauernd passiven Handelsbilanz sich ergeben, beschwören?*) Nun, indem die hohen Einfuhrüberschüsse verschwinden.

[446] An sich ist die Verschlechterung der deutschen Handelsbilanz in den letzten Monaten nicht verwunderlich, sondern eine Folge der industriellen Hochkonjunkturen und Preissteigerungen im Inlande.**)

Hierdurch vermindert sich der Zwang und Anreiz zur Ausfuhr, während dagegen die Auslandswaren größeren Absatz in Deutschland selber als Folge des steigenden Preisniveaus finden.***)

Erst neue Krisen mit Preissenkungen im Großhandel und Absatznöte werden den Exportdrang steigern, während dann die Einfuhr sich nach unten bewegen wird. Deswegen hat der Reparationsagent ein Interesse an neuen Krisenerscheinungen und dem Abstoppen der Inlandskonjunktur; denn dies erst ermöglicht eine Durchführung des Transfers bei aktiver Handelsbilanz ohne Gefährdung der Währungsstabilität.

Aus all dem ergibt sich, daß die jetzige Hochkonjunktur in den ausschlaggebenden Industriezweigen†) nur eine Episode von kurzer Dauer sein wird; wenn nicht in Wochen, so wird sie doch in Monaten in eine neue Krise umschlagen. Dafür ist das Interesse des deutschen Kapitalismus um so größer, durch neue imperialistische Machtpolitik und Niederschlagung der Sowjetunion in der Zukunft sich die Möglichkeit starker Kapitalausfuhr zu verschaffen. Denn das russische Außenhandelsmonopol, wie auch der revolutionäre Freiheitskampf der Kolonialvölker steht in Widerspruch zu den Profitinteressen der deutschen Kapitalisten bei der Kapitalausfuhr.††)

[447]

---

*) Eine Bezahlung der Einfuhrüberschüsse durch andere Aktivposten in der deutschen Zahlungsbilanz, Zinstribute aus dem Ausland usw., kommt nicht in Frage. Die Verbesserung der Zahlungsbilanz durch „Dienstleistungen“ usw. wird durch die Reparationszahlungen mehr als ausgeglichen.

**)

	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhrüberschuß
	in Millionen Mark		
Mai 1925	993	728	– 264,8
Mai 1926	703	729	+ 26,1
Januar 1927	1093	799	– 294,8
Februar 1927	1095	756	– 338,8
März 1927	1085	841	– 243,9
April 1927	1096	797	– 299,4
Mai 1927	1173	833	– 339

***) Das Abkommen der deutschen Eisenindustriellen mit den französischen Eisenindustriellen in der internationalen Rohstahlgemeinschaft sieht einen vorläufigen Verzicht der deutschen Eisen produzierenden Industriellen auf Eisen- und Stahlausfuhr vor!

†) Den gewaltigen Produktionssteigerungen in fast sämtlichen Industriezweigen entspricht keineswegs eine entsprechende Mehrbeschäftigung von Arbeitern. Immer noch gibt es etwa 134 Millionen Arbeitslose und Kurzarbeiter. Dies, in Verbindung mit der reformistischen Gewerkschaftstaktik, hat bewirkt, daß die Reallöhne in Deutschland in der Zeit des kapitalistischen Wirtschaftsaufstiegs eher gesunken als gestiegen sind. Hierauf näher einzugehen, ist im Rahmen dieses Artikels nicht möglich.

††) Es bedarf einer besonderen Arbeit, im Zusammenhang mit dem Wiederaufstieg des deutschen Kapitalismus seine Strukturwandlungen aufzuzeigen: verstärkt monopolistische Herrschaft der Kartelle und Trusts bei Verschärfung des Konkurrenzkampfes, Preishochhaltung bei Absatznot und Aufhalten des technischen Fortschritts –, dennoch gewaltige neue technische Umstellungen, hierdurch Tendenz zum Fall der Profitrate – aber in vielfach gesteigertem Maße die Gegentendenzen durch größere absolute Ausbeutung der Arbeiterklasse, Kapitalentwertung und -vernichtung usw.

LITERATUR

A. Kurella: „*Julius Deutsch*: *Die Sozialdemokratie und die Wehrfrage*."

Es ist bekannt, daß die Sozialdemokratie in den letzten Monaten der Frage der Kriegsgefahr erhöhte Aufmerksamkeit schenkt.

Wenn wir verstehen wollen, was es mit den neusten Erklärungen der „Bereitschaft zum Kampfe gegen den Krieg" auf sich hat empfiehlt es sich, auf die Stimme dieser „Praktiker" zu hören. In diesem Sinne gibt uns ein soeben erschienenes Büchlein eines ‚der „Führer in der II. Internationale, der als praktischer Spezialist in Militärfragen gilt, außerordentlich lehrreichen Aufschluß"[*].

Der Titel des Buches „Wehrmacht und Sozialdemokratie" läßt denken, daß es sich hier um eine Spezialarbeit über die Frage der Heeresreformen und die Taktik der Sozialdemokratie ihnen gegenüber handelt. Diese Fragen werden auch in dem Büchlein wirklich berührt, aber eben nur berührt. Tatsächlich handelt es sich hier um eine grundsätzliche Stellungnahme zu der Taktik der Sozialdemokratie in einem kommenden Kriege, wobei mit aller Deutlichkeit die Wiederholung der Politik vom August 1914 vorausgesagt wird.

Der Ausgangspunkt für die ganzen Gedankengänge Deutsch' ist das Eingeständnis des Bankrottes aller Abrüstungsversuche und die Feststellung einer ernsthaften unmittelbaren Kriegsgefahr:

„Nach friedlichen Entwicklungstendenzen des Kapitalismus sieht die Welt also vorläufig nicht aus"[**]. Es wäre geradezu ein Verhängnis für die organisierte Arbeiterklasse, wenn sie, verblendet von utopischen Vorstellungen, die Dinge anders sehen wollte, als sie sind." (S. 86.)

Von dieser Ueberzeugung ausgehend beschäftigt sich Deutsch damit, was die Sozialdemokratie im Falle des Ausbruchs eines neuen Krieges tun wird:

„Die Erfahrungen des Weltkrieges haben gezeigt, wie schwer es für die proletarischen Parteien ist, in der Schicksalsstunde des Krieges, sich dem eigenen Lande zu versagen. Nun denke man daran, daß künftighin die Arbeiterparteien eine noch weit größere Verantwortung zu tragen haben werden als zu der Zeit, da der Weltkrieg ausbrach. Die Arbeiterparteien sind in den meisten Ländern mächtig gewachsen, sind zu erhöhtem Einfluß, da und dort bereits zur Regierung gelangt. Sie werden, dessen sind wir gewiß, überall ihren Einfluß in die Waagschale werfen, um eine kriegerische Austragung vorhandener Gegensätze hintanzuhalten Wenn aber trotzdem ein Krieg ausbricht, werden die Arbeiterparteien, eben weil sie zu bedeutsamen Machtfaktoren im Staate herangewachsen sind, noch schwerer als zur Zeit des Ausbruchs des Weltkrieges, ihrem Lande ein starres Nein entgegensetzen können.

Wir haben dieses Zitat so ausführlich gebracht, weil es mit nicht besser zu wünschender Klarheit voraussagt: die Sozialdemokratie wird auch im kommenden Krieg „sich an die Seite ihrer Staaten stellen", wie Deutsch an anderer Stelle sagt, sie wird verraten, wie sie 1914 verraten hat.

Besonders wichtig ist dabei, daß das Argument: „verstärkter Einfluß auf die Regierungen", welches offiziell als „Mittel zur Bekämpfung des Krieges" angegeben wird, in dieser Argumentation als Hauptgrund dafür auftritt, daß die Sozialdemokratie sich im Kriegsfalle nicht gegen den Krieg wenden, sondern an der Seite ihrer Bourgeoisie für ihn auftreten muß. Die ganze Agitation für die Verstärkung des Einflusses der Sozialdemokratie auf die Regierungen (die im übrigen dazu dienen soll, den sozialistischen Parteien aus der Oppositionsstellung herauszuhelfen, in die sie in letzter Zeit fast überall gedrängt sind), dient also tatsächlich gar nicht dem Kampfe gegen den Krieg, sondern der Vorbereitung zu seiner Durchführung an der Seite der Bourgeoisie!

Das ist also die Perspektive für Deutsch: der neue Krieg kommt, und die Sozialdemokratie wird in ihm an Seite „ihrer" Bourgeoisie auftreten müssen.

Daraus ergibt sich bei Aufrechterhaltung des Grundsatzes der Landesverteidigung als erste Forderung eine positive Rüstungspolitik.

---

[*] Julius Deutsch: „Wehrmacht und Sozialdemokratie. Berlin-Dietz 1927.

[**] Hervorhebungen überall von uns. A. K.

„Untersuchen wir nach diesen Ueberlegungen unsere Stellung zum Heere, dann ergibt sich, daß eine bloße schematische Negation nicht möglich ist. Die Sozialdemokratie muß dem Staate, für den sie mitverantwortlich ist, das zu seiner Verteidigung notwendige Rüstzeug geben.“ (S. 88)

Diese „positive Rüstungspolitik“ wird mit zwei Argumenten schmackhaft gemacht: das erste ist ein praktisches Argument: Niemand rüstet ab.

„Die Sozialdemokratie hat in jedem Lande die Pflicht, sich nationalistischen und imperialistischen Kriegen mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu wider. setzen. (Das ist die offizielle Phrase für die Massen. A. K.) Mehr noch: sie muß der Kriegshetze, sei sie welcher Art immer, entgegenwirken. (Das richtet sich gegen die „Linksradikalen, auf deren „gefährliche Kriegsrederei“ Vandervelde in seinem Maiartikel hingewiesen hat! A. K.) Aber eines kann und darf sie nicht: Das eigene Land wehrlos machen.

So eifrig die organisierte Arbeiterschaft für den Frieden zu werben hat, so kräftig sie ihn als ein teures Gut verteidigen muß, kann sie sich doch nicht der Tatsache [448] verschließen, daß vorerst für die meisten Staaten eine einseitige Abrüstung nicht ohne Gefahr für das abrüstende Land ist“. (S. 88.)

Das zweite Argument ist ein „politisches: Die Verteidigung, zu der Deutsch aufruft, bezieht sich ja auf „demokratische Republiken.

„Seeger hält die Vaterlandsverteidigung für einen Schwindel, den die Militärs mit Absicht verbreiten, um das Volk leichter militarisieren zu können. Er denkt gar nicht daran, daß sich seit dem Weltkrieg in Deutschland immerhin einiges geändert hat, und daß es schließlich doch etwas anderes ist, für eine Monarchie und ihre Trabanten die Waffen zu führen oder für eine demokratische Republik“. (S. 90.)

An anderer Stelle führt Deutsch diesen Gedanken weiter aus, indem er einen eventuellen Kampf von Oesterreich gegen Ungarn oder von Frankreich gegen Italien als fortschrittliche Kriege bezeichnet, an denen das Proletariat an Seite seiner Bourgeoisie teilnehmen müßte. Er sagt an dieser Stelle nicht, was alle sozialdemokratischen Führer denken und was sie mit ziemlicher Deutlichkeit in Marseille ausgesprochen haben: daß der „Freiheitskrieg“, zu dem die Sozialdemokratie die Arbeiter in erster Linie an der Seite „ihrer“ Bourgeoisien auffordern wird, derjenige gegen die „bolschewistische Diktatur“, diesen „Hauptfriedensstörer“ ist.

Nachdem so das Bekenntnis zu einer „positiven Rüstungspolitik“ getan ist, entwickelt Deutsch sein Wehrmachtprogramm.

Zuerst wird die Miliz begraben. Deutsch begrüßt das in Heidelberg beschlossene neue Programm der deutschen Sozialdemokratie, aus dem diese „unklare, doktrinäre“ und übrigens „durchaus unpopuläre Losung glücklich verschwunden ist. Die Losung der Miliz war besonders unangenehm für echte Sozialdemokraten deshalb, weil sie geeignet war, die Massen, die bei diesem System die Waffen in die Hand bekommen, auf dumme Gedanken zu bringen.

„Es bleibe dahingestellt, ob man sich bei der Forderung nach der Miliz eine ganz klare Vorstellung von dem Wesen dieses Wehrsystems gemacht hat. Darauf kommt es in diesem Zusammenhang gar nicht an. Es soll an dieser Stelle nur aufgezeigt werden, daß zwischen dem, was in den Programmen festgelegt war, und dem, was die Massen der sozialdemokratischen Parteien fühlten, ein ganz beträchtlicher Gegensatz bestand.“ (S. 12.)

An anderer Stelle zitiert Deutsch einen Artikel in der „Gesellschaft“, in dem auseinandergesetzt wird, wie gefährlich die Miliz im Falle sozialer Unruhen sei, weil sie dann dazu führen können, daß die politischen Meinungsverschiedenheiten mit der Waffe in der Hand ausgetragen werden. Es ist also die Angst vor dem Bürgerkrieg, die die Sozialdemokraten die alte ehrwürdige Losung der II. Internationale aufgeben läßt!

Deutsch stellt der alten Losung der Miliz keine neue eindeutige Losung entgegen. Er lehnt die grundsätzliche einheitliche Entscheidung dieser Frage überhaupt ab. Was er praktisch will, zeigt uns besonders deutlich das Programm, das er für Deutschland aufstellt, und das nichts anderes ist, als: allgemeine Wehrpflicht, ergänzt durch militärische Erziehung der Jugend.

„Will also Deutschland einen wirklichen Vorsprung vor den übrigen Staaten, insbesondere vor seinen künftigen Feinden, haben, so bleibt nichts anderes übrig, als daß es den Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht in vollster Wirklichkeit zum Ausdruck bringt, indem es die allgemeine Volkswehr, Hand in Hand mit militärischer Jugenderziehung durchführt.“ (S. 7.)

Die französische Sozialdemokratie ist in der Durchführung dieses Programmes vorangegangen, indem sie das Projekt von Paul Boncour unter Berufung auf Jaurès zu dem ihren gemacht hat. Wir können also wohl erwarten, daß auch die deutsche Sozialdemokratie, sobald „ihre“ Bourgeoisie sich endgültig für die Teilnahme am heiligen Krieg gegen die USSR. entschlossen hat, auch ihrerseits (vielleicht unter Berufung auf Bebel?) an die Durchführung dieses „positiven Programmes“ herangeht.

Bis es soweit kommt, empfiehlt Deutsch als einzig mögliche „Wehrmachtpolitik“ der Sozialdemokratie die „Demokratisierung“ der bestehenden Armee.

Wie die „Demokratisierung“ praktisch aussehen soll, führt Deutsch nicht weiter aus, Bei alledem hat uns Deutsch jedoch ein wichtiges Geheimnis der sozialdemokratischen Politik preisgegeben.

„Diese Stellungnahme (der Verrat im August 1914. A. K.) stand nicht im Widerspruch mit dem Programm der Partei, wohl aber verletzte sie die pazifistischen Gefühle vieler Parteigenossen, denen der Gegensatz zwischen ihren Auffassungen und denen der Parteiführung bisher gar nicht zum Bewußtsein gekommen war.“ (!)

„Aber im Hintergrund dieser mehr gefühlsmäßigen Agitation (gegen den Militarismus. A. K.) lag eine Beurteilung des Militarismus durch die leitenden Köpfe der Partei, die sich sehr wesentlich von der im Tageskampf üblichen Agitation abhob.“ (S. 6–7.)

Dieser „Gegensatz zwischen den Auffassungen der Massen und der Parteiführung“ ist es, auf dem die ganze Politik der Sozialdemokratie aufgebaut ist. Sie führen eine Sprache, die den Massen den Glauben gibt, ihre Führer wollten wie sie wirklich gegen den Krieg Krieg führen. Die Führer selbst aber meinen mit ihren Worten ganz etwas anderes: sie wollen tatsächlich die Massen für den Krieg an Seite ihrer Bourgeoisie erziehen. Daß dieser Gegensatz den Massen erst dann „zum Bewußtsein kommt“, wenn es schon zu spät ist, das ist es, was den Sozialverrätern ihr Handwerk ermöglicht.

Merken wir uns das gut. Gelingt es uns, diesen Gegensatz den Massen rechtzeitig bewußt zu machen, so ist das Spiel der Sozialverräter vereitelt. Die Waffe der Einheitsfronttaktik, die Organisierung von Massenaktionen gegen jede, den Krieg vorbereitende Teilhandlung der Bourgeoisie, unter Hereinziehung der wirklich zum Kampf gegen den imperialistischen Krieg bereiten Arbeitermassen, wird uns das ermöglichen. A. Kurella.

[449]

Die Internationale
Jahrgang 10 * Berlin, den 1. August 1927 * Heft 15

Programmäßiger Verrat

Berlin, den 1. August 1927.

Lz. Der heroische Kampf und die schwere Niederlage des Wiener Proletariats, die plötzliche Zuspitzung einer friedlichen Demonstration zum Barrikadenkampf und Generalstreik, die revolutionäre Energie der Massen und ihre Lähmung durch die konterrevolutionäre Politik der Austro-Marxisten, das Zusammenspiel der österreichischen und internationalen Reaktion, die Taktik der KPOe, die Rolle der Spontanität der Massen, der kommunistischen Vorhut und der reformistischen Organisationen im Kampf, alle diese mannigfachen Seiten und Erscheinungsformen des großen Kampfes werfen eine Reihe von Fragen auf, die einer sorgfältigen Behandlung bedürfen, wenn die richtigen Lehren aus diesem Kampfe gezogen werden sollen.

Wir wollen uns hier zunächst auf eine Frage beschränken, auf die Frage, wie sich die Taktik der SPOe, ihre Stellung in diesem Kampfe, zu ihren Grundsätzen, zu ihrem Programm verhält, wie sich dieses Programm in der Praxis bewährt hat. Diese Frage ist von entscheidender Bedeutung, insbesondere für die sozialdemokratischen Arbeiter. Die österreichische Sozialdemokratie gilt bei einem großen Teil der linken SPD-Arbeiter als eine sozialistische Musterpartei, nicht nur wegen ihrer Kommunalpolitik oder des besonderen Vertrauens, das einige ihrer sich links gebärdenden Führer genießen, sondern vor allem wegen ihrer austromarxistischen Theorie, die vielen sozialdemokratischen Arbeitern noch als orthodoxer Marxismus gilt. Darum ist es notwendig, die Arbeiter davon zu überzeugen –, daß das Versagen der österreichischen Sozialdemokratie, die völlige bedingungslose Kapitulation vor der Reaktion, ihre Unfähigkeit, dem Kampf der Massen ein politisches Ziel zu geben, die revolutionäre Energie in irgendwelchen Erfolg umzumünzen, daß dies alles nicht an einer zufälligen Schwäche dieser oder jener Führer liegt, nicht an einem Verkennen der Situation, an irgendwelchen taktischen oder strategischen Irrtümern oder Fehlern, vor denen ja auch eine revolutionäre Partei und eine revolutionäre Führung nicht gefeit ist, sondern daß die Praxis des Arbeiterverrats eine notwendige Folge der Theorie des Arbeiterverrats ist. In der Tat, zur Begründung der Taktik des kampflosen Zurückweichens, zur Begründung der Unmöglichkeit der Fortsetzung des revolutionären Kampfes brauchte Otto Bauer keine neuen Gedanken finden. Er brauchte nur zu wiederholen, was er in seiner Programmrede auf dem Linzer Parteitag gesagt hat. Die Taktik, die zur Niederlage des österreichischen Proletariats geführt hat, ist die konsequente Anwendung der Grundsätze der austromarxistischen Theorie.

Die Grundthese der österreichischen Sozialdemokratie ist das Dogma von der Unmöglichkeit der proletarischen Revolution in Oesterreich. Otto Bauer hat auf dem Linzer Parteitag [450] seine ganze Beredsamkeit auf gewandt, um die österreichischen Arbeiter vor der Revolution abzuschrecken, um ihnen die wirklichen und die erdachten Folgen der revolutionären Gewaltanwendung in den schwärzesten Farben auszumalen. Er sagte:

„Gewalt heißt Bürgerkrieg ... Nach allen Erfahrungen der Revolution schlägt der Bürgerkrieg in den Krieg nach außen um. Gewalt heißt auch der Krieg nach außen ... Wir wollen diesen Weg des Blutvergießens, des Krieges nicht! Bürgerkrieg heißt Hungersnot, d. h. eine Zerrüttung des Wirtschaftslebens... Bürgerkrieg, d. h. also, daß der Sozialismus selbst im Falle des Sieges für eine ganze Generation keine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage bringen kann, sondern eine Verschlechterung bringen muß ... Wer zu Gewalt greift, ist der Gefangene der Gewalt. Aus der gewaltsamen Entscheidung kann niemals ein anderes Regime hervorgehen als die Gewaltherrschaft ... Man beginnt damit, die Gewalt aufzurichten gegen die Bourgeoisie und endet damit, daß eine Handvoll Leute so unbeschränkte Gewalt in der Hand haben, daß das Proletariat selbst seine Meinung nur soweit äußern kann, als die Handvoll Leute es erlaubt.“

Nach dem gleichen Konzept predigte der Aufruf der SPOe, predigte Bauer in der Vertrauensmännerversammlung am 17. Juli die Unmöglichkeit der Revolution. Das Proletariat darf nach der austromarxistischen Theorie nur durch den Stimmzettel, nur auf dem Wege über die parlamentarische Mehrheit zur Macht kommen, andernfalls drohe Bürgerkrieg, Hungersnot, Intervention.

Die österreichische Bourgeoisie, die Seipel-Regierung, hatte in diesem Augenblick gerade deshalb die Machtfrage aufgerollt, weil sie wußte, daß die Führer der österreichischen Arbeiter nichts mehr scheuen als den Kampf um die Macht. Die ganze Erziehungsarbeit der SPOe, ihre ständige Warnung vor der Anwendung der Gewalt, ihre phantasievolle Ausmalung der Opfer und Leiden des Bürgerkrieges, können keine andere Wirkung erzielen, als die Bourgeoisie zur rücksichtslosen Anwendung aller Gewaltmittel zu ermutigen und das Proletariat durch ständige Drohung mit Bürgerkrieg und Intervention niederzuhalten. Seipel dachte nicht an Rücktritt Nicht nur, weil ihm die internationale Reaktion den Rücken steifte, sondern auch deshalb, weil er wußte, daß die Sozialdemokraten nichts mehr fürchteten als die Uebernahme der Macht.

Bauer hat ein Programm des Sozialismus, das nur mit der Zustimmung der Bourgeoisie zu verwirklichen ist. Sozialismus ohne Bürgerkrieg, durch Aufkauf der kapitalistischen Betriebe, wobei die Kaufsumme im Verlauf von Jahrzehnten durch Steuern aufzubringen ist. Wenn die Bourgeoisie aber damit nicht einverstanden ist? Dann, so sagen die Austromarxisten, würde das Ausland seine Kapitalien zurückziehen, die Kapitalisten würden ihre Betriebe stillegen, Massenerwerbslosigkeit, Wirtschaftsruin wären die Folge. Wiederum ein Argument, das die Sozialdemokraten in den kritischen Tagen mit aller Kraft in den Vordergrund stellten, um die Arbeiter von der Fortsetzung des Kampfes abzuschrecken. Denn es ist klar, daß die Arbeiterklasse keinen Machtkampf führen kann, wenn sie nicht imstande ist, die Wirtschaft ohne und gegen die Kapitalisten in Gang zu bringen. Aber warum sollte das in Oesterreich mit seinen Millionen organisierter, geschulter, klassenbewußter Proletarier unmöglich sein, solange die SPOe nur 45 Prozent der Stimmen hat, aber möglich bei 51 Prozent der Stimmen? Nach Bauers Theorie deshalb, weil bei 51 Prozent der Stimmen die Möglichkeit des friedlichen Ueberganges zum Sozialismus, der Vermeidung des Bürgerkrieges besteht.

[451] Die Austromarxisten machen die unglaublichsten Hirnverrenkungen, um den Arbeitern diese unmögliche „Möglichkeit begreiflich“ erscheinen zu lassen.

„Die Bourgeoisie wird nicht freiwillig ihre Machtstellung räumen“, heißt es im Linzer Programm. Und im ursprünglichen Entwurf hieß es weiter:

„Findet sie sich mit der ihr von der Arbeiterklasse aufgezwungenen demokratischen Republik ab, solange sie die Republik zu beherrschen vermag, so wird sie die demokratische Republik stürzen, eine monarchistische oder faschistische Diktatur aufzurichten versuchen, sobald das allgemeine Wahlrecht die Staatsmacht der Arbeiterklasse zu überantworten droht oder schon überantwortet haben wird. Wird durch einen solchen Versuch der Bourgeoisie die Demokratie gesprengt, dann könnte die Arbeiterklasse die Staatsmacht nur noch im Bürgerkrieg erobern, und in der Zeit des Bürgerkrieges nur noch mit den Mitteln der Diktatur ausüben.“

Hier wird also richtig vorausgesehen: die Bourgeoisie wird versuchen, die Arbeiterklasse mit Gewalt niederzuschlagen und zwar nicht nur wenn die Arbeiterpartei 51 Prozent Stimmen hat, sondern auch wenn sie nahe an die 51 Prozent herankommt. Dieser Versuch kann „die Demokratie sprengen“ oder auch nicht. Nur falls die Demokratie gesprengt wird, ist der Arbeiterklasse Bürgerkrieg und zeitweilige Diktatur erlaubt. Diese merkwürdige Konstruktion eines Versuches der Bourgeoisie, eine faschistische oder monarchistische Diktatur aufzurichten, der dennoch keine Sprengung der Demokratie sein soll, gefiel dem Friedrich Adler nicht. Darum wurde auf seinen Antrag dieser Satz dahingehend abgeändert, daß die Bourgeoisie „versucht sein wird, die demokratische Republik zu stürzen“. Die Arbeiterklasse aber muß das Ihrige dazu tun, damit die Bourgeoisie nicht in Versuchung geführt wird:

„Nur wenn die Arbeiterklasse wehrhaft genug sein wird, die demokratische Republik gegen jede monarchistische oder faschistische Gegenrevolution zu verteidigen, nur wenn das Bundesheer und die anderen bewaffneten Korps des Staates auch dann die Republik schützen werden, wenn die Macht in der Republik durch die Entscheidung des allgemeinen Wahlrechts in die Hand der Arbeiterklasse fällt, nur dann wird die Bourgeoisie nicht wagen können, sich gegen die Republik aufzulehnen, nur dann wird daher die Arbeiterklasse die Staatsmacht mit den Mitteln der Demokratie erobern und ausführen können.“

Wie erscheint diese Theorie im Lichte der Wiener Kämpfe? War der Fall gegeben, wo Gewalt und Bürgerkrieg für das Proletariat erlaubt ist oder war die „Demokratie noch nicht gesprengt“? Otto

Bauer hat diese Frage auf der Vertrauensmännersitzung am 17. Juli beantwortet. Die Treibjagd der Schober-Polizei auf unbewaffnete Arbeiter in den Straßen Wiens, die ungesühnten Mordtaten der faschistischen Horden, das Zusammenspiel Seipels mit dem ausländischen Faschismus, die Rebellion der reaktionären Landesregierungen, all dies ist nach Bauer keine Sprengung der Demokratie. „Es liegt an den andern," erklärte er nach dem Bericht des „Vorwärts" vom 19. Juli, „ob sie durch ihre Vergewaltigung der Demokratie es zum Bürgerkrieg treibt." Wer will mit Bauer über die Frage rechten, ob die Demokratie schon vergewaltigt war oder ob noch mehr Gewalt der Bourgeoisie nötig ist, damit das Proletariat zur Gewalt greifen darf? Ist es nicht das „demokratische" Recht der Geschworenen, faschistische Mörder freizusprechen? Ist es nicht das „demokratische" Recht der republikanischen Polizei, in die Arbeiter hineinzuschießen, wenn sie „Ruhe und Ordnung" bedroht glaubt? Haben nicht die Führer der Sozial-[452]demokratie dieses „Recht" anerkannt, indem sie den Schutzbund zum Schutz – nicht der Arbeiter, sondern der Polizei – auf die Straße schickten und am Abend des Gemetzels die Parole ausgaben, daß die Arbeiter sich nicht mehr auf der Straße zeigen sollen.

Die österreichische Bourgeoisie hat es gegenwärtig weder nötig, eine monarchistische Diktatur aufzurichten, noch die äußeren Formen des Faschismus nachzuahmen. Sie kann es den sozialdemokratischen Abgeordneten gestatten, im Parlament zu schimpfen. Die österreichischen Arbeiter haben trotzdem die Diktatur der Bourgeoisie blutig zu spüren bekommen. Noch auf dem Linzer Parteitag konnte es einer dieser „linken" Demagogen wagen, höhnisch davon zu sprechen, daß von einer Diktatur Seipels nicht die Rede sein könne. Der Parteitagsbericht verzeichnet „Heiterkeit" bei diesen Worten. Den sozialdemokratischen Arbeitern ist das Lachen vergangen. Sie verstehen jetzt, daß die Diktatur der Bourgeoisie im Rahmen der bürgerlichen Demokratie kein Spaß ist.

Die österreichische Bourgeoisie war nicht nur versucht, sondern sie hat versucht, zwar nicht „die Republik zu stürzen", die ihr ja nicht wehe tut, wohl aber die Arbeiter blutig niederzuschlagen. Die „Wehrhaftigkeit" der sozialdemokratisch erzogenen Arbeiterschaft, die „republikanische Gesinnung" der Polizei und des Bundesheeres, von der die Sozialdemokraten in allen Tönen schwärmten, hat sie daran nicht gehindert. Sie hat sie deshalb nicht gehindert, weil sie die Furcht der sozialdemokratischen Führer vor der Gewalt der Arbeiterklasse kannten. Wer die revolutionäre Gewalt verurteilt, der ermutigt die Bourgeoisie zu konterrevolutionärer Gewalt. Der austromarxistische Grundsatz, daß die Arbeiterschaft Gewalt nur in der Defensive gebrauchen darf, er genügt nicht einmal zur Rechtfertigung der Selbstverteidigung der Arbeiter gegen die Polizeiattacken. Wenn man nicht begreifen will, daß Angriff und Verteidigung eine Klassenfrage sind, daß Ausgebeutete, die gegen die Ausbeuter kämpfen, immer in der Verteidigung sind, wie kann man dann entscheiden, wo die Verteidigung aufhört und der Angriff beginnt? Otto Bauer hat im Namen der SPOe feierlich und öffentlich „jede Gemeinschaft mit den Brandstiftern im Justizpalast, mit den Leuten, die einzelne Polizisten oder Polizeiwachtstuben überfallen haben" abgelehnt. Wenn die Polizei aus den Fenstern des Justizpalastes auf die Menge schießt, dann dürfen die Arbeiter nach der austromarxistischen Lehre sich nur durch die Flucht „verteidigen". Wenn sie die Bastille der Reaktion stürmen und die Arbeitermörder niederschlagen, so ist das ein „Angriff". In jedem Betrieb müssen die sozialdemokratischen Arbeiter vor die Frage gestellt werden, ob sie glauben, daß eine Partei mit einer solchen Theorie jemals den Klassenfeind schlagen kann.

Die österreichische Sozialdemokratie durfte, da ihr noch 5 Prozent der Stimmen zur Mehrheit fehlen, nach „demokratischen" Grundsätzen die Macht nicht übernehmen. Was also wäre übrig geblieben, wenn Seipel vor den kämpfenden Arbeitern zurückgewichen wäre und seinen Rücktritt angeboten hätte? Das österreichische Parteiprogramm hat auch für diesen Fall vorgesorgt. Wenn die Revolution nicht erlaubt ist, so ist die Koalition notwendig, für die Bauer den „wissenschaftlichen" Ausdruck „Kooperation der Klassen" erfunden hat. Das Programm sagt darüber:

„Im Verlauf dieser Klassenkämpfe kann der Fall eintreten, daß die Bourgeoisie nicht mehr und die Arbeiterklasse noch nicht stark genug ist, allein die Republik zu beherrschen. Aber die Kooperation einander feindlicher Klassen, zu der sie eine solche Situation [453] zwingt, wird nach kurzer Zeit durch die innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft unaufhebbaren Klassengegensätze gesprengt."

Seipel dachte nicht daran, vor den Helden mit der Angst vor der eigenen Courage zurückzutreten; so blieb der SPOe erspart, ihrem Verrat den sichtbaren Ausdruck einer Koalitionsregierung mit den Arbeitermördern zu geben. Aber ihre praktische Politik war nichts anderes als eine „Kooperation der Klassen“, d. h. richtig gesagt, eine Kooperation, eine Zusammenarbeit der sozialdemokratischen Klassenverräter mit der feindlichen Klasse. Die SPOe und der Schutzbund als freiwillige Feuerwehr im Bunde mit der blutrünstigen Schober-Polizei waren nach Kräften bemüht, den revolutionären Brand zu löschen. Das war die Kooperation der Bauer und Seitz mit den Seipel und Schober. Die wütende Kommunistenhetze, das Abrücken von den kämpfenden Arbeiter, das Verbot von Demonstrationen, die Abwürgung, erst des Generalstreiks, dann des Verkehrstreiks, das war diese Kooperation, die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse.

Und war das etwa ein Zufall? War der Augenblick falsch beurteilt, war jenes sagenhafte „Gleichgewicht der Klassenkräfte“, das die Koalition rechtfertigen soll, nicht vorhanden? War das ein einmaliger Fehler, für dessen Wiederholung keine Wahrscheinlichkeit besteht? Das Gegenteil ist klar. Gerade dann, wenn sich der Kampf. der Klassen zum Machtkampf zuspitzt, gerade dann, wenn die Bourgeoisie sich in ihrer Herrschaft bedroht fühlt, wenn sie zu den äußersten Machtmitteln greift, um die Arbeiterschaft niederzuschlagen, gerade dann ist jener Punkt des „Gleichgewichts“ erreicht, wo nur die Machtprobe entscheiden kann, welche Klasse stark genug ist, allein die Macht zu behaupten. Gerade dann ist die bürgerliche Republik bedroht, sowohl von der proletarischen Revolution, als auch von der faschistischen oder monarchistischen Gegenrevolution. Und gerade in diesem Augenblick tritt die „linke“ SPOe nicht für den Bürgerkrieg zur Niederschlagung der Bourgeoisie ein, sondern für die „Kooperation der Klassen“, für das Bündnis mit der Bourgeoisie, zur Rettung des bürgerlichen Staates. An diesem Punkt ist es besonders deutlich, daß die österreichische Sozialdemokratie nicht ihr Programm verraten, sondern ihrem Programm gemäß die Arbeiterklasse verraten hat. Hier ist auch die völlige Uebereinstimmung des Austromarxismus mit dem nackten, offenen Opportunismus, mit dem Koalitionssozialismus handgreiflich. Hier spiegelt sich in der Theorie der Standpunkt von Kautsky und Hilferding so deutlich wieder, wie sich in der Praxis der Julitage die Praxis der Ebert und Noske widerspiegelt.

Nach der Schlacht werden die Austromarxisten nicht müde, von ihrer „Verantwortlichkeit“ zu erzählen. Sie hätten die Verantwortung für die Republik gefühlt, die den Christlichsozialen, der Regierung, ebenso fehlte, wie den Kommunisten. Unser Mangel an „Verantwortung“ soll vor allem darin liegen, daß wir die Arbeiter nicht mit dem Schreckgespenst der Intervention niederhalten wollten. Aber gerade an diesem Punkte zeigt sich die Verantwortung der Austromarxisten gegenüber der Arbeiterklasse. Es ist kein Zweifel, daß die unglückliche Lage Oesterreichs als eines kleinen, wirtschaftlich verstümmelten Landes inmitten von reaktionären, zum Teil faschistischen Ländern die größte Schwierigkeit für den Kampf des österreichischen Proletariats bedeutet. Von dieser Schwierigkeit lebt der Austromarxismus. Sie ermöglicht ihm die Verbindung revolutionärer Phrasen mit konterrevolutionären Taten. Die angebliche Unmöglichkeit der Revolution aus Gründen der internationalen Lage gibt jeder Kapitulation vor der Bourgeoisie, jedem Verrat an den Arbeitern [454] den Schein der Berechtigung. Ergibt sich aus den Schwierigkeiten der Lage Oesterreichs die Unmöglichkeit des revolutionären Kampfes in Oesterreich? Keineswegs. Daraus ergibt sich aber, daß das Proletariat keines anderen Landes ein so dringendes, ein so brennendes unmittelbares Interesse an einer aktionsfähigen revolutionären proletarischen Internationale hat, wie gerade Oesterreich. Die österreichischen Arbeiter sind durch ihre ganze Lage gezwungen, die Vorkämpfer der internationalen Einheit der Arbeiterschaft auf dem Boden des Klassenkampfes zu sein.

Aber die Führer der SPOe gehören zu den gefährlichsten und raffiniertesten Gegnern dieser Einheit. Ist es nicht der „linke“ Friedrich Adler gewesen, der die englischen Gewerkschaftsführer in allen Tönen beschimpfte, weil sie in ihrem Rußlandbericht die Errungenschaften der Sowjetmacht einigermaßen objektiv darstellten und für die internationale Gewerkschaftseinheit eintraten? Ist es nicht derselbe Friedrich Adler, der Sekretär der II. Internationale, der eine Warnung vor der Beteiligung an den Brüsseler Kongreß der Kolonialvölker losließ? Ist es nicht tiefere Absicht, daß die österreichische Sozialdemokratie zum Kieler Parteitag der SPD ihren rechtesten Mann, den

Theoretiker der Habsburg-Monarchie Renner schickte, damit er die konterrevolutionäre Politik der Wels und Hilferding gegen eine etwa drohende linke Opposition verteidigte? Derselbe Otto Bauer, der den Anschluß Oesterreichs an Deutschland nur auf dem Wege der sozialen Revolution für erreichbar und erstrebenswert hält – und das mit Recht –, unterstützt so die Koalitionspolitik der SPD, die das wesentlichste Hemmnis für die Entwicklung der proletarischen Revolution in Deutschland ist.

Die österreichischen Kommunisten standen an der Spitze der kämpfenden Arbeiter, die kommunistischen Parteien aller Länder, die Kommunistische Internationale haben alles getan und werden alles tun, was in ihrer Kraft liegt, um das österreichische Proletariat in seinem schweren Kampf zu unterstützen. Die österreichische Sozialdemokratie aber im Bunde mit der SPD und der ganzen Weltreaktion eröffnet eine niederträchtige Kommunistenhetze. Sie unterstützt durch ihr Abrücken von den Barrikadenkämpfern das durchsichtige Manöver der Schober und Konsorten, die die Urheber des spontanen Massenaufstandes in irgendwelchen dunklen Ausländern suchen. Derselbe Otto Bauer, der eben noch in einem heuchlerischen Artikel die Verteidigung der Sowjetunion als oberste Pflicht des Weltproletariats proklamierte, fördert so mit vollem Bewußtsein den Versuch des englischen Imperialismus und der Weltreaktion, die Wiener Kämpfe zur Vorbereitung der Intervention auszunützen.

Geprüft, gewogen und zu leicht gefunden durch die Erfahrung des revolutionären Kampfes wurden nicht allein die österreichische Sozialdemokratie, nicht nur ihre „bewährten" Führer, die Bauer, Seitz, Adler und Breitner, geprüft und verworfen wurde vor allem die reformistische Theorie in ihrer „linkesten" Form, der Austromarxismus, jene scheinrevolutionäre Theorie, die heute tausende Arbeiter vom Uebergang zum Kommunismus abhält. Das nachzuweisen, das den Massen der linkssozialdemokratischen Arbeiter klarzumachen, das ist eine der wichtigsten Aufgaben, die wir lösen müssen, damit die Niederlage der Wiener Barrikadenkämpfer zu einer Quelle künftiger Siege der Arbeiterklasse wird. [455]

*

Der gegenwärtige Stand der Massenbewegung und die Rolle des Proletariats in der chinesischen Revolution[*)]

Von Asiaticus.

I. Allgemeine Charakteristik der Lage.

Der Abschluß der jüngsten Etappe der chinesischen Revolution – der offene Uebergang der Kuomintangführung in Wuhan zu den Feinden der revolutionären Massenbewegung – charakterisiert die gegenwärtige Lage in kurzen Strichen folgendermaßen: Nicht das Proletariat, die revolutionären Bauernmassen und, das Gros der radikalkleinbürgerlichen Schichten haben die nationalrevolutionäre Basis verlassen, sondern die nationale Bourgeoisie mitsamt ihren Generälen. Mit und unter Führung der nationalen Bourgeoisie, einerseits getrieben vom Druck und Terror der Generäle, andrerseits erschreckt über die stürmische Entwicklung der revolutionären Bauernbewegung unter Führung des Proletariats, ist die radikalkleinbürgerliche Führung der Kuomintang in Wuhan, unterstützt durch große Teile der reaktionären Partei- und Regierungsbürokratie in die antikommunistische Front eingeschwenkt. Das Wüten der Generäle gegen die revolutionäre Massenbewegung hat ihrem halbfeudalen Anhang, der alten Dorf-, Stadt- und Militärbürokratie, die der rechten Kuomintangführung in Nanking und zum Teil in Wuhan folgte, ermöglicht, ihre selbständigen Interessen gegen die nationale Bourgeoisie weit stärker und erfolgreicher zu vertreten. Dieser Anhang gewinnt in der letzten Zeitperiode eine immer stärkere Bedeutung im Lager der nationalen Bourgeoisie, ja er zwingt ihr oft seine Führung auf, wie dies in den immer stärkeren Tendenzen des Auseinanderfallens dieses Lagers und der Zerstückelung in seine militärischen Gruppierungen zum Ausdruck kommt. Die Ursache für diese Entwicklung liegt vor allem darin, daß keines der eigentlichen Probleme der nationalrevolutionären Bewegung von der nationalen Bourgeoisie und ihren Generälen, nachdem sie die revolutionären Massen des Proletariats, der Bauernschaft und des Kleinbürgertums von sich gestoßen haben, gelöst werden kann. Was übrigbleibt, ist die nackte brutalräuberische Diktatur der Generäle

[*)] Mit diesem Artikel beginnen wir eine Artikelserie über die Probleme der chinesischen Revolution. Die Red.

im schärfsten Kampf untereinander um die Erweiterung ihrer Raub- und Plünderungsgebiete. Die Unterschiede zwischen dem reaktionärsten militärischen Lager Tschangsolins und den „gemäßigteren“ militaristischen Gruppierungen Tschang-Kai-shis und Feng-Yu-hsiangs verwischen sich immer mehr. Losgelöst von der revolutionären Massenbewegung, der manche dieser Generäle folgen mußten, kehren sie nun zurück zu dem Ausgangspunkt, d. h. zu jenem Kampf der Generäle untereinander, wie er vor den Ereignissen des 30. Mai 1925 geführt wurde, zu jenen Kämpfen der militaristisch-bürokratischen Cliquen untereinander, äußerlich ohne Verbindung und Berücksichtigung der wirklichen Entwicklung der verschiedene: ganz oder teilrevolutionären Strömungen. Manche dieser Generäle glauben in der Tat, daß sie zu diesem Ausgangspunkt zurückkehren können, die niedergeschlagene revolutionäre Vorhut und die Antipathie der ihrer Führer beraubten Massen ermutigt sie, den Rückschlag der nationalrevolutionären Bewegung dazu auszunutzen. Doch ihre feudale Borniertheit wird in gar nicht zu langer Zeit mit einer blutigen Enttäuschung für sie enden.

Was hat den nationalrevolutionären Armeen unter Führung von Tschang-kai-schek den ungeheuren schnellen siegreichen Vormarsch während der Nordexpedition ermöglicht? Die Kampflosung der verhältnismäßig kleinen Armee „Gegen den halbfeudalen Militarismus des Nordens, gegen das wichtigste Instrument der imperialistischen Unterdrückung!“ vereinigte sich mit dem [456] Empörungsschrei der Millionenmassen der unterdrückten Bauern, fand seine begeisterten Vorkämpfer im Proletariat und der radikalen Kleinbourgeoisie. Das Ziel war, die Imperialisten aus China zu vertreiben, das Mittel dazu, die Niederschlagung des allseitig verhaßten Militarismus. Dieser Kampf, der nur möglich war, w e i l er von dieser riesenhaften Masse getragen wurde, endete jetzt mit einer ungeheuren Enttäuschung. Die revolutionäre Bewegung folgte voller Illusionen den „gemäßigteren“ Militaristen, die mit revolutionären Phrasen an ihre Bedürfnisse anknüpften. Sie war nicht stark genug, um die Ueberrumpelung durch den neuen Militarismus zu verhüten. Sie k o n n t e nicht stark genug dazu sein, weil sie das Problem in dieser Schärfe gar nicht gesehen hatte. Die revolutionäre Massenbewegung konnte im Gefolge der Siege der nationalrevolutionären Armee sich erst überhaupt legal in weiten Gebieten Chinas etablieren; erst diese Siege schufen die legale Basis für die Millionenorganisationen der Bauern, erlaubten den Arbeitern in den Städten ihre Gewerkschaftsorganisationen aufzubauen und mit ihrer Hilfe wesentliche materielle Erfolge zu erringen. Die radikalen kleinbürgerlichen Massen sahen in der immer weiter fortschreitenden Vereinigung großer chinesischer Gebiete den Zeitpunkt der Erfüllung ihrer nationalen und wirtschaftlichen Forderungen immer mehr nahen. D i e s e Entwicklung, die den Acheron in Bewegung setzte, war es gerade, die auch den neuen Militarismus an der Wurzel seiner Existenz angegriffen hat. Hier wiederholte sich nun, was oft in der Geschichte der Revolutionen der Fall war, daß die Bourgeoisie und mit ihr die militärischen Cliquen f r ü h e r jenes Problem in der ganzen Schärfe gesehen haben, was die Massenbewegung noch nicht sehen konnte. Die Bewegung sollte ihren Händen ganz entgleiten, die nationale Revolution begann eine Revolution der unterdrückten Massen zu werden, sie begann den unumstößlichen Grundsatz herauszuarbeiten, daß sie n u r d a n n für die unterdrückten Massen, auch in den gegenwärtigen chinesischen Verhältnissen, eine nationale Revolution sein kann, wenn sie vor allem zu einer sozialen Revolution wird.

Die Bourgeoisie und ihre Generäle haben dieses Problem früher gesehen, mußten aber die Massenbewegung für Kampfziele der nationalen Revolution – Kampfziele sowohl der nationalen Bourgeoisie als auch des Proletariats und der Bauernschaft – einsetzen. Die revolutionären Massen haben erst nach blutigen eigenen Erfahrungen lernen können. Aber wehe ihnen, sowohl den reaktionärsten, als auch den „gemäßigteren“ militaristischen Gruppierungen, wie ihren Klassen, sobald das Problem in seiner ganzen Schärfe auch vor den unterdrückten Schichten des Proletariats, der Bauernschaft und des Kleinbürgertums stehen wird. Und dazu haben sie selbst in den letzten Monaten die Voraussetzungen geschaffen.

In dieser Tatsache liegt der Schlüssel für das Begreifen der gegenwärtigen Lage in der Entwicklung der chinesischen Ereignisse, für das Begreifen der kommenden unabwendbaren Abrechnung mit dem Militarismus in all seinen Schattierungen. Diese Tatsache gibt uns auch die Antwort auf die Frage der Hegemonie des Proletariats in der Chinesischen Revolution.

Die Hegemonie des Proletariats bestand bereits vorübergehend in den verschiedenen akuten Phasen der nationalrevolutionären Bewegung der letzten Jahre. Als das Schanghaier Proletariat in Beantwortung der englischen Erschießungen 1925 den Generalstreik proklamierte und ihn in den schwierigsten Umständen in dieser Feste des englischen Imperialismus monatelang durchgeführt hat, da etablierte es für kurze Zeit tatsächlich seine Hegemonie. Es war das erstemal, wo das Proletariat seine ganze Macht auf die Waagschale der nationalrevolutionären Bewegung warf, ohne noch recht zu wissen, was das Problem der Führung der Revolution für das Proletariat und die Revolution überhaupt bedeutet. Als das Kantoner und Hongkonger Proletariat in Beantwortung der englischen Schießereien auf Shameen den Riesenstreik und den Boykott gegen Hongkong entfesselte, da war das wiederum eine schreiende historische Legitimation für die führende Rolle des Proletariats in der chinesischen Revolution. Die Kunde von Schanghai und [457] Kanton drang damals in die weitesten Gebiete Chinas, die Aktionen des Proletariats wurden von allen unterdrückten Massen des chinesischen Volkes mit Jubel aufgenommen. Aber für eine feste dauernde Etablierung dieser Hegemonie im Kampfe fehlte vor allem, abgesehen von allen anderen Hindernissen, wie die Isoliertheit der kämpfenden Zentren, das Vorhandensein von großen Organisationen der unterdrückten, vor allem der bäuerlichen Schichten usw., das Bewußtsein des kämpfenden Proletariats, daß es gerade auf seine Hegemonie im Kampfe ankommt. Aber nachdem in der ersten Phase der Nordexpedition diese organisierten Bewegungen entstanden, in wenigen Monaten durch unzweideutige Aktionen gegen die Wurzeln des Militarismus im Dorfe, gegen die wichtigsten Positionen des Imperialismus bewiesen, daß ihr Leben schärfsten, unversöhnlichsten Kampf bedeutet, nachdem die Arbeitermassen in Wuhan die englische Konzession überrannten, nachdem der Vormarsch der nationalrevolutionären Armee in Schanghai durch den Aufstand des Proletariats in Schanghai und seine teilweise Bewaffnung beantwortet wurde – da wurde die Frage der Hegemonie des Proletariats in der unzweideutigsten Weise gestellt und da gab es, sowohl für den „gemäßigten“ Militarismus und alle reaktionären Klassengruppierungen, als auch für den Imperialismus nur eine Entscheidung: gegen die revolutionäre Massenbewegung mit den brutalsten Mitteln vorzugehen.

Das war die unmittelbare Antwort auf die Entwicklung der revolutionären Bewegung in Schanghai. Tschang-kai-scheks Wüten gegen die Proletarier von Schanghai war nichts anderes als ein Versuch der nationalen Bourgeoisie, durch ihre militaristische Clique die Schlußfolgerungen der Hegemonie des Proletariats, die die Entwicklung der revolutionären Lage selbst gestellt hat, im Blute zu ersticken. Die nationale Bourgeoisie rächte sich an der revolutionären Vorhut für den von ihr im Laufe der letzten Phase unzweideutig geäußerten Kampfwillen, die Führung in der chinesischen Revolution an sich zu reißen. Aber auch die nationale Bourgeoisie kann diese Politik des Terrors nicht einfach fortsetzen. Weil sie ohne die Massen in Bewegung zu setzen den Militarismus nicht kontrollieren und keinen Schritt vorwärts im Kampfe gegen den Imperialismus kommen kann, muß sie auch den Blutrausch des Militarismus zu zügeln versuchen. Sie kann die Brücken nicht vollständig abbrechen. In der gegenwärtigen Situation kann sie an die Massen nicht appellieren, sie muß gegen die Massen kämpfen, weil jede wichtige Konzession an die proletarischen und bäuerlichen Massen jetzt zu einer außerordentlichen Gefahr für sie werden kann. In der gegenwärtigen Situation hat sie zunächst keinen anderen Weg, als sich mit dem Imperialismus enger gegen die revolutionäre Bewegung zu verbinden, ihre revolutionären Phrasen nur zur Maskierung ihrer Taten, und auch das in sehr beschränktem Maße, zu benutzen, und politisch den Weg des Kompradorentums zu folgen. Ihre eigenen Klasseninteressen jedoch gestatten ihr nicht, diesem Weg dauernd zu folgen. Sowohl die rechte Kuomintang, d. h. die, die in Nanking und im gegenwärtigen Wuhan ihre Führung hat, als auch die nationale Bourgeoisie haben bereits in den letzten Wochen Versuche machen müssen, um die Diktatur ihrer militärischen Cliquen zu beschränken, um die sogenannte politische Führung durch die Partei zu festigen und auch das Terrorregiment zu mäßigen.

Es ist zweifellos, daß die nationale Bourgeoisie wieder versuchen muß, im Kampfe gegen die reaktionärsten Schattierungen des Militarismus, d. h. sowohl gegen Tschangsolin, als auch gegen ähnliche reaktionäre Tendenzen der völligen Selbständigmachung von Teilen ihrer militaristischen Cliquen, in einen engeren Kontakt mit der kleinbürgerlichen, bäuerlichen und auch einem Teil der

proletarischen Schichten zu gelangen. Das bedeutet, daß der Kampf um die Hegemonie in der Revolution zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat künftig auf einer anderen, höheren Basis, bereichert durch die letzten Erfahrungen, ausgefochten werden wird. Nachdem sich das Proletariat von seiner gegenwärtigen Niederlage wieder erholen wird, nachdem die gegenwärtige Atempause vorüber sein wird, wird der Kampf aufs Neue einsetzen. Das Proletariat hat gerade in den letzten [458] Monaten bewiesen, daß es die einzige Avantgarde des wirklichen revolutionären Kampfes gegen den Militarismus und Imperialismus, für die nationale und soziale Befreiung der unterdrückten Massen von äußeren und inneren Fesseln sein kann. Diesen Beweis wird es noch in den künftigen Kampfperioden ideologisch und organisatorisch in den Massen verankern müssen, im engen Bündnis mit den kleinbürgerlichen und bäuerlichen Schichten. Trotz der gegenwärtigen Niederlage hat es geschichtlich die größten Chancen, aus diesem schweren Kampfe siegreich hervorzugehen.

II.

Die Arbeit der KP in der Kuomintang und die revolutionäre Massenbewegung.

Die Kuomintang war die Partei der nationalrevolutionären Bewegung. Die Führung der Kuomintang hat im Laufe der letzten Jahre mit dem Wachstum des Einflusses und des Machtbereiches der Partei gewisse Wandlungen durchgemacht. Der Schwerpunkt verschob sich von der ausschließlichen Führung der Partei durch die nationale Bourgeoisie nach schweren inneren Kämpfen zur Führung durch Vertreter der radikalen Kleinbourgeoisie und des Proletariats, wobei aber bis zuletzt auch Vertreter der nationalen Bourgeoisie mit starkem Einfluß auf die kleinbürgerlichen Vertreter in der Führung verblieben. Der Bruch mit Tschang-kai-schek signalisierte, daß die nationale Bourgeoisie, mit dem steigenden Einfluß des Proletariats in der nationalrevolutionären Massenbewegung und in den Massen der Kuomintang, nicht mehr die überragende Rolle der kleinbürgerlichen Führung und dem starken proletarischen Einfluß zulassen kann und die ausschließliche politische und militärische Führung durch ihre Vertreter etablieren wird. Aber der Bruch mit Tschang-kai-schek bedeutete noch nicht, daß aus der Parteiführung in Wuhan sämtliche Vertreter der nationalen Bourgeoisie beseitigt wurden. Tschang-kai-schek hat in Nanking eine solche ausschließliche Führung durch die Vertreter der nationalen Bourgeoisie geschaffen, gleichzeitig hatte er jedoch in der Parteiführung in Wuhan eine recht starke Zelle, die auf Grund von alten Verbindungen mit den kleinbürgerlichen Vertretern über großen Einfluß verfügt, der im Verlauf der wachsenden Schwierigkeiten für die Wuhaner Führung (finanzielle Schwierigkeiten, Aufstände der Militaristen, steigender Einfluß der Kommunistischen Partei in der nationalrevolutionären Massenbewegung) zur immer größeren Bedeutung gelangen mußte. Das Umschwenken dieser Führung vollzog sich in der letzten Phase nicht in Form eines organisatorischen Hinauswurfs der kommunistischen Vertreter aus der Leitung der Kuomintang, sondern indem diese praktisch infolge der mit immer größerer Geschlossenheit auftretenden reaktionären Mehrheit jeden Einfluß in der Leitung verloren.

Die Kuomintang in Kanton (d. h. solange der Machtbereich der Kuomintang auf Kanton beschränkt war), widerspiegelte das Kräfteverhältnis der verschiedenen klassenmäßigen Gruppierungen innerhalb der nationalrevolutionären Bewegung, wie es in Kanton bestand. Dieses war bestimmt, durch den großen Einfluß und vor allem ideologisch festgefügte Macht der Bourgeoisie über die nationalrevolutionäre Bewegung in ihrem ersten Stadium der Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei, durch die kleinbürgerlich-nationalrevolutionären Schichten in Kanton selbst und durch die noch sehr schwache und wenig klassenbewußte, noch größtenteils handwerksmäßige proletarische Bevölkerung Kantons. Es war die klassische Form jener nationalrevolutionären Einheitsfront, wie sie die Bourgeoisie brauchte, um die Führung der Bewegung in der Hand zu behalten. Als die Streiks gegen das englische Hongkong, als die wichtigste Waffe in dem organisierten nationalen Boykott, einsetzten, da gelangte das Proletariat zeitweise zu einer tatsächlich führenden Rolle im Kampfe gegen den englischen Imperialismus. Das widerspiegelte sich auch dann in der stärkeren Beeinflussung der kleinbürgerlichen Massen durch die Gewerkschaften, in der Verstärkung des Einflusses in der [459] Führung der Kuomintang und schließlich nach langen inneren Kämpfen in Verschiebungen innerhalb der Kuomintang zugunsten der kleinbürgerlichen Vertreter und auf Kosten der nationalen Bourgeoisie.

Aber auch diese Verschiebung, die zweifellos den Einfluß der proletarischen Massenorganisationen auf die Kuomintang verstärkte, erschütterte noch nicht genügend die dominierende Macht der nationalen Bourgeoisie. Sie verlor manche Positionen, aber ideologisch beherrschte sie die Parteiführung noch immer. Aber das war bereits ein Zeichen des Wachstums der proletarischen Kräfte und ein Ansatz zu weiteren noch wichtigeren Auseinandersetzungen um die Frage der Führung innerhalb der Kuomintang. Als dann die lange Dauer des Streiks gegen Hongkong eine gewisse Ermüdung innerhalb des Proletariats und besonders einen vorüber gehenden Verlust des proletarischen Einflusses auf die kleinbürgerlichen Schichten zeitigte, benutzte Tschang-kai-schek diese Lage zu seinem bekannten Staatsstreich, indem er die Führung der Partei unter der Losung, daß nun die Zeit für die aktivste Vorbereitung und Einleitung der Nordexpedition gekommen sei, an sich riß.

Die Kommunistische Partei konnte selbstverständlich bei der Schwäche ihres Einflusses auf die Massen in Kanton und bei ihren schwachen Anfangspositionen in der Kuomintang damals den Kampf um den Sturz Tschang-kai-scheks nicht aufnehmen. Tschang-kai-schek vertrat mit der Vorbereitung der Nordexpedition die gesamte nationale Einheitsfront. Die Kommunistische Partei mußte für die Nordexpedition sein und durfte sich nicht gegen die nationale Einheitsfront wenden. Zu jener Zeit den Gedanken des Austritts aus der Kuomintang, weil Tschang-kai-schek im Wege eines Staatsstreichs die Führung an sich riß, zu vertreten, wäre natürlich noch falscher gewesen. Die Kommunistische Partei hat mit Recht sich zu jener Zeit nicht provozieren lassen, sie ist trotz Tschang-kai-schek in der nationalrevolutionären Einheitsfront geblieben, und sie hat mit Recht von der revolutionären Bedeutung der Nordexpedition angenommen, daß sie das Kantoner Proletariat mit den starken proletarischen Zentren im Yangtsetal verbinden wird, ihr erlauben wird, mit den Millionenmassen der unterdrückten Bauern in engere organisatorische Verbindung zu treten und dadurch die Voraussetzungen für einen erfolgreicheren Kampf um die Führung in der Kuomintang schaffen wird.

Der Verlauf und das Ergebnis der Nordexpedition für die nationalrevolutionäre Massenbewegung hat gezeigt, daß sie in diesem Falle den richtigen Weg gewählt hat. Im Verlauf von wenigen Monaten wurden über 10 Millionen von Bauern durch die Bauernverbände, die von Kommunisten geführt waren, erfaßt, sie traten sogleich in den schärfsten Kampf gegen die Reaktion im Dorfe ein und bereiteten die Grundlage für eine feste Etablierung der revolutionären Macht auf dem Lande. In Wuhan selbst hat das Proletariat, das auch dort einen großen Prozentsatz der handwerksmäßigen Arbeiter umfaßt, aber im Gegensatz zu Kanton bereits eine starke führende Schicht des modernen Industrieproletariats enthält, starke Gewerkschaftsorganisationen ins Leben gerufen, sie im ökonomischen Kampfe für die Verbesserung der materiellen Lebenslage der Arbeiter erfolgreich eingesetzt und auch ihre führende Rolle in den politischen Kämpfen, so z. B. gegen den englischen Imperialismus, durch die Einnahme der englischen Konzession in Hankau gezeigt.

Auch die Organisation der Kuomintang in Wuhan zeigte gegenüber der Kuomintang in Kanton eine starke Verschiebung in der klassenmäßigen Zusammensetzung zugunsten des Proletariats. Der Einfluß der proletarischen Massen innerhalb der Kuomintang und auch ihre engen Verbindungen mit den kleinbürgerlichen Massen wuchsen zusehends. Aber die Führung der Kuomintang blieb dieselbe, wie sie aus Kanton gekommen war. Sie wurde zwar im Verlaufe von verschiedenen Massenkämpfen in Wuhan zu radikaleren Losungen gezwungen, sie mußte mit Tschang-kai-schek brechen, die Bauernorganisationen in den ersten Monaten gegen die Militaristen schützen. Aber sie war in dieser Zusammensetzung eine Gefahr und diese Gefahr mußte zum Ausdruck kommen, sobald infolge der Abtrennung größerer Gebiete durch Tschang-kai-schek und der Niederschlagung der proletarischen Vorhut in [460] Schanghai die proletarisch-kleinbürgerliche Front auch in Wuhan geschwächt wurde.

Die Politik der Kommunistischen Partei Chinas war in den Grundlinien, der Arbeit in der Kuomintang und im allgemeinen Rahmen der nationalrevolutionären Bewegung, unbedingt richtig. Aber sie hat oft den schweren Fehler begangen, daß sie die Gegensätze der Massenbewegung zum neuen Militarismus und die von ihm drohenden Gefahren nicht genügend scharf und offen vor die Massen gestellt hat. Das trifft zu auch auf die Periode der Zusammenarbeit mit der Kuomintang in Kanton. Diese Fehler wurden aber dann nach dem Bruch von Tschang-kai-schek verstärkt, indem die kommunistische Parteiführung sich nicht entschließen konnte, die Schlußfolgerungen aus dem Verrat Tschang-

kai-schek im vollen Maße zu ziehen. Diese Schlußfolgerungen mußten sein: Kampf um die Demokratisierung der Kuomintang, um die Beseitigung der alten Führung und ihre Ersetzung durch eine neue, die den proletarischen Machtzuwachs innerhalb der nationalrevolutionären Massenorganisationen, innerhalb der Kuomintang getreu widerspiegelte; sie mußte den entschiedenen Kurs auf die Bewaffnung der Arbeitermassen in den Städten, der revolutionären Bauern auf dem Lande nehmen, entschieden für radikale Agrarreformen eintreten, kurz, den ganzen Fragenkomplex des Kampfes um die Hegemonie des Proletariats in der nationalrevolutionären Bewegung auf der ganzen Linie aufrollen. Sie hat die Fragen in dieser Schärfe nicht stellen wollen, trotz der wiederholten Mahnungen und Warnungen der Vertreter der Kommunistischen Internationale und verwandelte sich infolgedessen zu einem bremsenden Faktor der revolutionären Massenbewegung, der den kleinbürgerlichen Führerelementen in der Kuomintang objektiv nur helfen mußte, die Massen zu verwirren und den Verrat ungehindert vorbereiten zu können.

Die Kommunistische Partei Chinas hat zweifellos in den letzten Jahren bewiesen, daß sie die vereinzelten Kämpfe der proletarischen Massen innerhalb der nationalrevolutionären Bewegung zu führen imstande war, daß sie die Kuomintang in verschiedenen kritischen Situationen zur Erhöhung des Machteinflusses des Proletariats weitertreiben konnte. Aber als im Verlauf der Nordexpedition die Frage der Führung der nationalrevolutionären Bewegung überhaupt vor dem Proletariat gestellt war, als es galt, den Kampf gegen die kleinbürgerliche Führung in der Kuomintang mit aller Entschiedenheit und Unversöhnlichkeit aufzunehmen, versagte sie. Wohlgemerkt: es handelt sich hier nicht nur um ein Versagen der Führung, sondern der größte Teil der Partei gemeinsam mit der Führung verstand nicht, die Probleme selbst in dieser Schärfe vor der Kuomintang aufzurollen, sie schreckte vor den Folgen zurück, die etwa eine Aufnahme des Kampfes mit der kleinbürgerlichen Führung der Kuomintang vor den Massen gehabt hätte. Aus diesem Versagen müssen die entsprechenden Schlußfolgerungen gezogen werden. Die Lehren der abgeschlossenen Etappe der Revolution müssen von der Partei begriffen werden, die Konsequenzen müssen auch in der Verschiebung innerhalb der Führung gezogen werden, um die Kommunistische Partei für die kommenden Kämpfe vorzubereiten. Die Kampferfahrungen der Partei, die Rolle der proletarischen Zentren Wuhan und Schanghai in der Gewerkschaftsführung, der heranwachsende proletarische Führerkern, der in den Schanghaier und Kantoner Streiks, sowie in den letzten revolutionären Phasen in Wuhan geschult wurde, – all das ermächtigt uns zu der festen Gewißheit, daß trotz der gegenwärtigen Führerkrise die KPCH den Standpunkt der Kommunistischen Internationale sich voll und ganz zu eigen machen wird. [461]

*

Revolutionäre Gewerkschaftsarbeit unter der „Demokratie“ der Bürokratie

Im Deutschen Metallarbeiter-Verband Berlin

Der Grundsatz und die Auffassung der gesamten Komintern, daß die Kommunisten die revolutionäre Pflicht haben, in den reformistischen Gewerkschaften zu arbeiten, hat sich auch in der deutschen Partei nach den vielen trüben Erfahrungen, die sie auf diesem Gebiet zu machen hatte, bei den Mitgliedern fast restlos durchgesetzt. Viele Genossen und verhältnismäßig sehr viele führende Genossen, die nicht unmittelbar in der Gewerkschaftsarbeit stehen, können jedoch die ungeheuren Schwierigkeiten dieser Arbeit nur oberflächlich und nicht aus eigener Erfahrung. Es mag daher sehr lehrreich und nützlich sein, auch in unserem theoretischen Organ ein Kapitel der Praxis aufzurollen.

Wir nehmen den Deutschen Metallarbeiterverband (DMV), Verwaltungsstelle Berlin. Der DMV in seiner Gesamtheit genießt bis heute zu einem gewissen Grade den Ruf, daß er innerhalb des ADGB einer von den am weitesten links eingestellten Verbände ist und in dem auch relativ die Demokratie weitgehende Anwendung findet. Formal ist das zweifellos richtig. Der DMV als die größte ADGB-Gewerkschaft wurde 1919 von der damaligen USPD- und KPD-Opposition erobert. Unter Führung von Dißmann wurde der alte rechtssozialistische Vorstand abgesetzt. Und es wurde auch eine ziemlich weitgehende Aenderung des Statuts in der Richtung der proletarischen Demokratie vorgenommen. Die Verwaltungsstelle, bzw. die Mitgliedschaft Berlins, war damals die festeste Stütze der USP-Opposition. Mit Neunzehntelmehrheit stellte sich die im Frühjahr 1919 etwa 160.000 Personen

starke Mitgliedschaft hinter die gemeinsam vorgehende USP- und KPD-Opposition. Entsprechend dieser Umstellung wurde damals eine vollkommen neue Leitung (Ortsverwaltung) gewählt und auch das Ortsstatut tatsächlich sehr demokratisch ausgestaltet.

Aus allen diesen Gründen ist gerade der DMV Berlin besonders geeignet, um an Hand seiner inzwischen eingetretenen Entwicklung und der Praxis, die sich hier herausgebildet hat, die ganzen Schwierigkeiten revolutionärer Gewerkschaftsarbeit aufzuzeigen.

Organisatorischer Aufbau und Verwaltung

Der DMV Berlin umfaßt die Metallarbeiter Groß-Berlins. Das Ganze stellt eine örtliche Verwaltungsstelle dar. An der Spitze steht die aus 13 Mitgliedern bestehende engere Ortsverwaltung. Davon stehen vier (die beiden Bevollmächtigten und die beiden Kassierer) im Angestelltenverhältnis, während die übrigen neun Mitglieder der engeren Verwaltung Kollegen aus dem Arbeitsverhältnis sind, bzw. sein sollten.

Die mittlere Ortsverwaltung setzt sich zusammen aus: a) den Mitgliedern der engeren Verwaltung, b) den Vorsitzenden der Stadtbezirksleitungen, c) den Vorsitzenden der Branchenkommissionen, d) den Gewerkschaftsobleuten der ganz großen Betriebe und e) den im Außendienst beschäftigten Verbandsangestellten. Insgesamt eine Körperschaft von etwa 100 Personen.

Als höchste Instanz fungiert in der Verwaltungsstelle die vierteljährlich stattfindende, aus etwa 480 Personen bestehende Delegierten-Generalversammlung.

Die Verwaltungsstelle ist in 26 Stadtbezirke eingeteilt. Außerdem sind sämtliche Mitglieder branchenmäßig zusammengefaßt in 35 Branchen.

Den untersten Funktionärkörper stellen die Vertrauensleute dar. Diese werden in den einzelnen freigewerkschaftlichen Werkstatt- und Betriebsversammlungen gewählt. Bei ihrer Wahl muß ein Vertreter der zuständigen Stadtbezirksleitung, bzw. Branchen-Leitung, zugegen sein. Es gibt Bezirksvertrauensleute und Branchenvertrauensleute, die in bezug auf das [462] Mitbestimmungsrecht bei der Verwaltung verschiedene Funktionen haben. Ab und zu werden für die gesamte Verwaltungsstelle Vertrauensleutekonferenzen einberufen, die jedoch in bezug auf die Verwaltung keine beschlußfassende Kompetenz haben. Außerdem werden in der Regel monatlich Bezirks- und Branchenvertrauensleutekonferenzen abgehalten.

Wie werden die führenden Verbandsinstanzen gewählt?

Diese Frage ist insofern von großer Bedeutung, als sie den Charakter der sozialdemokratischen „Demokratie charakterisiert. Es ist für viele Genossen unerklärlich, wie es möglich ist, daß in der Verwaltungsstelle Berlin, wo die Kommunisten bei Urabstimmungen anläßlich der Wahl von Delegierten zu Verbandstagen und zu Gewerkschaftskongressen seit Jahren erdrückende Mehrheiten aufbringen (1923 erhielt die Liste der KPD rund 54.000, die der SPD rund 23.000,1926 KPD 13 625, SPD 10.195 Stimmen), die engere Ortsverwaltung immer noch restlos von Sozialdemokraten besetzt ist, und die SPD in der Generalversammlung noch fast eine Dreiviertelmehrheit aufzuweisen hat, also der Verband restlos von Reformisten geführt wird. Dies ist alles möglich bei der nach dem Statut formell weitgehendsten Demokratie. Wie das zugeht, zeigt folgendes:

Die Wahlen der Branchenkommissionen erfolgen in Branchen-Mitglieder-Versammlungen, zu denen jeder im DMV organisierte Branchenkollege Zutritt hat, Also in der Tat die weitgehendste Form der Demokratie. Und doch haben die Kommunisten von den 35 Branchenkommissionen nur 15 im Besitz, obwohl sie bei den diesjährigen Branchenkommissionswahlen von 10.400 abgegebenen Stimmen 6400 auf sich vereinigen, während die SPD nur 4000 Stimmen bekam. Die Erklärung für diese Tatsache ist, daß die Größe der Branchen ganz verschieden ist, es gibt Branchen mit 5- bis 9000 und solche mit 70 und 150 Mitgliedern. Da nun die Kommunisten in den größeren Branchen relativ am stärksten sind, während die SPD viel mehr kleine Branchen beherrscht, so hat die SPD, trotz ihrer Minderheit in der Gesamtmitgliedschaft, bzw. der Abstimmenden die Mehrzahl der Branchenkommissionen in Händen. Das ist deshalb von großer Wichtigkeit, weil der Vorsitzende

jeder Branchenkommission gleichzeitig Mitglied der mittleren Ortsverwaltung und der Generalversammlung ist. Außerdem hat jede Branchenkommission noch drei Mitglieder als Delegierte in die Generalversammlung zu bestimmen. Die 4000 SPD-Stimmen der Branchenversammlungen entsenden also in die Generalversammlung 80 Delegierte, während die 6400 KPD-Stimmen nur 60 Delegierte entsenden.

Doch noch weit schlimmer wirkt sich die „Demokratie“ bei der Wahl der Stadtbezirksleitungen aus. Hier wählen nicht die Mitglieder des Bezirks die Leitung, sondern nur die Bezirksvertrauensleute. Da nun die Registratur der Vertrauensleute ausschließlich von der sozialdemokratischen Ortsverwaltung bzw. den Bezirksleitungen gehandhabt wird, und da außerdem die Bezirksleitungen mit wenigen Ausnahmen sich in Händen der SPD befinden, so werden hier massenhaft künstlich reformistische Vertrauensleute „gemacht“, bzw. revolutionäre Vertrauensleute nicht registriert, ihnen nicht oder erst nach den Wahlen die Funktionärkarte zugestellt usw. Dieser Tatsache ist es zu verdanken, daß die SPD in fast allen Bezirksvertrauensleutekonferenzen, und ganz besonders in den Jahresvertrauensleutekonferenzen in der Mehrheit ist. Es ist der Opposition vollkommen unmöglich, eine Kontrolle über die Anzahl und das Zustandekommen der Vertrauensleute auszuüben. Alle dahingehenden Anträge wurden in der Generalversammlung von der SPD-Mehrheit abgelehnt. So kommt es, daß beispielsweise bei den Bezirksleitungswahlen im Januar dieses Jahres die KPD in allen Bezirken nur 549, die SPD dagegen 1090 Stimmen aufbringen konnte. Aber bei der eigentlichen Wahl erhielt die KPD nicht etwa ungefähr ein Drittel der Bezirksleitungen, sondern nur drei Bezirksleitungen wurden in ihrer Mehrheit von KPD-Genossen besetzt, während die SPD 23 Bezirksleitungen bekam. Von den drei kommunistischen Bezirksleitungen ist inzwischen noch eine durch einen diktatorischen Ortsverwaltungsbeschluß für [463] abgesetzt erklärt und kommissarisch von SPD-Funktionären besetzt worden. die 26 Bezirksleitungen schicken daher jetzt 24 SPD- und nur zwei KPD-Kollegen in die mittlere Verwaltung. Weiter hat jede Bezirksleitung, genau so jede Branchenkommission, noch außerdem je drei Vertreter in die Generalversammlung zu senden, so daß hier die SPD 96 Bezirksdelegtierte in die Generalversammlung sendet, während die KPD nur 8 entsenden kann.

Die Generalversammlung setzt sich nun zusammen aus den Mitgliedern der engeren Verwaltung, den der mittleren Verwaltung, den Bezirks- und Branchenvertretern, einer geringen Anzahl Betriebsrätedelegierten – und den von den Wahlkörpern direkt gewählten Delegierten. Die indirekt gewählten Delegierten der engeren und mittleren Ortsverwaltung, der Bezirks- und Branchenleitungen, bilden mit ihren etwa 200 Delegierten schon im vornherein die Mehrheit der Generalversammlung.

Zur Wahl der übrigen direkten Generalversammlungsdelegierten ist die Mitgliedschaft der gesamten Verwaltungsstelle im Wahlkörper von je 300 Mitgliedern eingeteilt. Das heißt, ein Betrieb, der beispielsweise 1200 DMV-Mitglieder hat, wählt nicht zusammen in einer Betriebsversammlung 4 Delegierte, sondern es finden 4 getrennte Wahlkörperversammlungen zur Wahl der Delegierten statt. Bei kleineren Betrieben werden soviel Betriebe zusammengelegt, bis ungefähr die Zahl 300 erreicht ist. Da nun die Einteilung und Zusammenlegung der Wahlkörper ausschließlich Sache der engeren Ortsverwaltung, bzw. der Bezirksleitungen, ist, so wird hier ganz willkürlich verfahren. Alle Vierteljahr, etwa drei Wochen vor Stattfinden der Generalversammlung, finden Wahlkörperversammlungen statt. Je nach dem Wechsel der Mitgliederverhältnisse erfolgt eine ständige Umgruppierung und Neueinteilung der Wahlkörper. Die Taktik der Reformisten hierbei ist, immer eine solche Einteilung und Zusammenlegung der Wahlkörper vorzunehmen, daß ein Teil der oppositionell gestimmten Kollegen in möglichst wenig Wahlkörper zusammengelegt wird und dann die übrigen oppositionellen Kollegen so auf andere Wahlkörper verteilt werden, daß sie dort stets eine Minderheit bilden. Auf diese Art erreicht es die SPD, daß, obwohl bei den Wahlkörperversammlungen die Mehrheit der abgegebenen Stimmen oppositionell sind, am Ende auch hier eine Mehrheit von sozialdemokratischen Delegierten herauskommt. Unbequeme, führende Oppositionsdelegierte, die aus Wahlkörperversammlungen hervorgehen, werden dadurch aus der Generalversammlung beseitigt, daß man ihren Betrieb, oder ihre Abteilung einem andern Wahlkörper, der eine sichere reformistische Mehrheit hat, zuteilt. Zu alledem kommt noch, daß hier ebenfalls die Registratur vollkommen in Händen der Ortsverwaltung liegt, und die Opposition keinerlei Möglichkeit der Kontrolle über

Anzahl und Wahl der Generalversammlungsdelegierten hat. Da außerdem noch die Saalkontrolle bei Wahlversammlungen von Reformisten ausgeübt wird, so kann die Opposition gar nicht feststellen, woher die einzelnen Delegierten kommen, und so kommt schließlich eine Generalversammlung zustande, die sich zur Zeit aus etwa 340 SPD- und 140 KPD-Kollegen zusammensetzt.

Die so zustande gekommenen Delegierten sind so gründlich ausgesiebt und parteipolitisch, fraktionell festgelegt, daß es fast unmöglich ist, durch noch so geschickte Reden, Anträge usw. Kollegen der anderen Richtung zu überzeugen oder für einen Antrag, der nicht von ihrer eigenen Fraktion gestellt und unterstützt ist, zu gewinnen. In der Berliner Metallarbeiterschaft ist daher das Wort entstanden: Eher kann Thälmann im Reichstag den völkischen General Ludendorff überzeugen, als ein kommunistischer Delegierter in der DMV-Generalversammlung einen sozialdemokratischen Delegierten umstimmen.

Das Ortsstatut, die allmähliche Umänderung der „Verfassung" und die Wahl der engeren Ortsverwaltung

Das Ortsstatut ist das Instrument, mit dem die SPD-Bürokratie im DMV ihre Macht gegenüber der Mehrheit der Mitgliedschaft auf rechterhält. Deshalb ist seit Jahren ein unausgesetzter, zäher Kampf um kleine, aber in ihrer [464] Wirkung außerordentlich einschneidende Aenderungen des Statuts im Gange. Die wichtigsten Stellen sind die §§ 8 und 9, in denen der Modus für Wahl der engeren Ortsverwaltung und der Angestellten festgelegt ist. Mit Hilfe des alten Ortsstatuts hatte sich vor und während des Krieges die rechtssozialistische Führerklique mit Adolf C o h e n gegen die erdrückende Mehrheit der Mitgliedschaft an der Spitze der Berliner Ortsverwaltung gehalten. Als diese Sippschaft 1918 von der damals revolutionär gesinnten USP-Mehrheit im Verband weggefegt wurde, ist nach dem Willen der Mitgliedermassen ein Ortsstatut geschaffen worden, nach dem jeder Verbandsangestellte durch Urwahl der Mitglieder gewählt werden muß. Weiter war vorgeschrieben, daß die gesamte engere Ortsverwaltung a l l j ä h r l i c h d u r c h U r a b s t i m m u n g neu zu wählen ist. Der 1919 geschaffene § 9 des Ortsstatuts lautete daher:

„Bei außergewöhnlichen Verbandsangelegenheiten, wie Beitragserhöhung, Wahl der Delegierten zu Verbandstagen und Gewerkschaftskongressen muß eine Urabstimmung durch die Mitglieder stattfinden. Desgleichen bei Wahlen für die Mitglieder der engeren Ortsverwaltung und Angestellten, wenn mehr Kandidaten vorgeschlagen, als notwendig sind."

Nachdem sich im Herbst 1920 die USP spaltete und ein großer Teil der Berliner USP-Metallarbeiter sich der KPD anschlossen, kam es bei der Ortsverwaltungswahl im Dezember 1920 zu einer Kampfabstimmung zwischen der USP und KPD-Liste. Mit 31.000 gegen 30.000 siegle die USP-Liste unter Führung von Z i s k a. Nach dieser Wahl setzte die USP in der Generalversammlung die erste Aenderung des Ortsstatuts durch, indem die Kandidatenaufstellung zur Urwahl in der Generalversammlung erschwert wurde. D. h. es mußten nunmehr mindestens ¼ der Generalversammlungsdelegierten für eine Kandidatenliste eintreten, wenn diese zur Urwald gestellt werden soll. Die dementsprechende Aenderung lautete:

„§ 8, Abs. 3:

Zu den Obliegenheiten der Generalversammlung gehören: Aufstellung von Kandidaten für die Wahl zur engeren Ortsverwaltung, für die Angestelltenwahl, sowie für die Delegiertenwahlen zu Verbandstagen und Kongressen. Vor der Aufstellung von Kandidaten ist die Unterstützungsfrage zu stellen. S i e d a r f n i c h t h ö h e r s e i n a l s 1 4 d e r M i t g l i e d e r d e r G e n e r a l v e r s a m m l u n g."

Sehr bald entbrannte nun ein heftiger Kampf um die Auslegung des letzten Satzes dieser Bestimmung und zwar darüber, ob unter diesem Viertel jeweils ein Viertel der in einer Generalversammlung a n w e s e n d e n Delegierte zu verstehen ist oder ein Viertel a l l e r Generalversammlungsdelegierten, ganz gleich, wie stark die jeweilige Generalversammlung besucht ist. Mit wenigen Stimmen Mehrheit beschloß die Generalversammlung, daß nicht nur 14 der jeweils a n w e s e n d e n, sondern 14 der Gesamtzahl der Generalversammlungsdelegierten in Frage kommt. Da sehr oft viele Generalversammlungsdelegierte fehlen, so passierte es zuweilen, daß die SPD wenige Stimmen über ,4 aufbrachte, während der Opposition nur wenige Stimmen an den 25 Prozent fehlten. Dadurch hatte eine SPD-

Mehrheit von oft nur wenigen Stimmen in der Generalversammlung das „Recht“, die nur um wenig Stimmen schwächere oppositionelle Minderheit vollkommen auszuschalten bei der Kandidatenaufstellung.

Doch als die Opposition mit den größten Anstrengungen erreichte, daß sie stets in Generalversammlungen mit mehr als einem Viertel der Gesamtdelegierten vertreten war, beschloß die SPD-Mehrheit (inzwischen war SPD und USP vereinigt) eine neue Aenderung des Statuts § 9.

Er lautete jetzt:

„Bei außergewöhnlichen Verbandsangelegenheiten, wie Beitragserhöhung, Neueinstellung von Angestellten, desgleichen bei Wahlen für die Mitglieder der engeren Ortsverwaltung (wenn mehr Kandidaten vorgeschlagen als not-[465]wendig sind) k a n n von der M e h r h e i t der Generalversammlungsdelegierten Urabstimmung beschlossen werden.“

Man sieht, auch diese Fassung ist, oberflächlich betrachtet, noch sehr demokratisch. In Wirklichkeit jedoch stellt sie die reinste und brutalste Diktatur einer kleinen SPD-Klique dar. Sie hat es jetzt in der Hand, j e d e Urabstimmung bei der Neuwahl der Ortsverwaltung und der Einstellung neuer Angestellten zu v e r h i n d e r n. Und in der Tat wurde seit 1922 die Ortsverwaltung nie mehr durch Urabstimmung gewählt, sondern immer in der Generalversammlung, wo nach dem oben geschilderten System der Generalversammlungsdelegierten-Erneuerung (W a h l der Delegierten kann es nicht mehr genannt werden) die SPD immer eine sichere Mehrheit hat. So fanden in den letzten Jahren nur bei Wahlen zu Verbandstagen und Gewerkschaftskongressen, wo das Wahlreglement des Gesamtverbandes eine Urwahl vorschreibt, wenn durch 10 und mehr Prozent der Generalversammlung die Aufstellung einer zweiten Liste erfolgt, Urabstimmungen statt. Deren Ergebnisse bestärkten die SPD in ihrem Bestreben, auf alle Fälle einer Urabstimmung bei Ortsverwaltungswahlen aus dem Wege zu gehen.

Interessant ist, daß alle Beschwerden oppositioneller Kollegen beim Verbandsvorstand über die Diktatur und Ausschaltung der Mitgliedsrechte durch die SPD-Ortsverwaltung vollkommen wirkungslos sind. Bei jeder Beschwerde erkundigt sich der Vorstand bei der Berliner Ortsverwaltung (also bei der Beklagten selbst) und teilt dann dem Beschwerdeführer mit, daß „nach Darstellung der verantwortlichen Ortsverwaltung Berlin keinerlei Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind“ und daß daher der Vorstand „keinerlei Veranlassung sieht, der Beschwerde stattzugeben“. Diese Art „Recht“sprechung im DMV wird am besten illustriert durch folgende Tatsache:

In der DMV-Verwaltungsstelle E s s e n halten sich SPD- und KPD-Richtung seit Jahren ungefähr die Wage. Das dortige Ortsstatut schreibt vor, daß die Wahl der Ortsverwaltung in der Generalmitgliederversammlung (also nicht durch Urabstimmung) zu erfolgen hat.

In der dortigen Mitgliedergeneralversammlung hat in der Regel die Opposition die Mehrheit, während bei Urabstimmungen einmal die SPD, das andere Mal die KPD. die Mehrheit bekommt. Weil nun die SPD bei der Urabstimmung eher die Aussicht auf einen Sieg hat, deshalb wurde vom Vorstand entgegen den Bestimmungen des Ortsstatuts bei der Ortsverwaltungswahl 1927 Urabstimmung angeordnet. Aus prinzipiellen Gründen beschwerten sich deshalb die oppositionellen Kollegen beim Vorstand, worauf dieser schrieb:

„Der Verband hat die Pflicht, j e d e m M i t g l i e d die Teilnahme an der Wahl zur Ortsverwaltung zu ermöglichen. Steht eine Bestimmung des Ortsstatuts diesem Recht der Mitglieder entgegen, d a n n i s t n i c h t e t w a d a s R e c h t d e r M i t g l i e d e r z u b e s c h n e i d e n, s o n d e r n d i e f o r m a l e B e s t i m m u n g d e s O r t s s t a t u t s z u ä n d e r n, die den Mitgliedern die Rechte verkümmert.“

Nach dieser offiziellen Stellungnahme des Verbandsvorstandes erfolgte eine Beschwerde der. Berliner oppositionellen Kollegen an den Vorstand mit der Forderung, den von ihm für die Essener Verwaltung vertretenen Standpunkt auch gegenüber der Berliner Ortsverwaltung durchzusetzen. Was antwortete die Bürokratie? „In Berlin sind die Verhältnisse ganz anders gelagert, wie in Essen und deshalb muß es in Berlin so bleiben, wie es ist.“

*

Nach dieser etwas ausführlichen Darstellung wird jeder Genosse die ungeheuren Schwierigkeiten der oppositionellen Arbeit in den Gewerkschaften verstehen. Es gehört ein außerordentliches Maß von Energie dazu, um trotz dieser demagogischen Diktatur der SPD-Bürokratie, die einen endgültigen Erfolg der Opposition fast aussichtslos macht, immer wieder aufs neue zu arbeiten, um die reformistische Hochburg zu berennen. Es ist auch verständlich, wenn Tausende von oppositionell gesonnenen Mitgliedern allmählich enttäuscht werden und resigniert erklären: Es hat doch alles keinen Zweck, [466] es ist ein zu ungleicher Kampf, die SPD-Bürokratie macht was sie will und kümmert sich den Teufel um das Recht und den Willen der Mitglieder. Sie kann mit ihrem raffiniert ausgebauten Apparat und mit ihrer „Demokratie“ sich immer noch an der Spitze halten, auch wenn eine Neunzehntel-Mehrheit der Mitglieder gegen sie steht.

Wenn noch weiter in Betracht gezogen wird, daß die im Verband allmächtige Bürokratie mit allen Mitteln gegen die einzelnen führenden Oppositionskollegen vorgeht, mithilft, sie als Betriebsräte und Betriebsvertrauensleute aus den Betrieben zu drängen oder sie durch ganz willkürliche Ausschlußverfahren und Schiedsgerichtsurteile aus dem Verband ausschließt, dann ist das Bild ziemlich vollständig. Die Herrschaft der Bürokratie wird damit nicht nur durch einen raffiniert ausgeklügelten Organisationsapparat erhalten, sondern auch dadurch, daß sie großen Massen oppositionell eingestellter Kollegen die Mitgliedschaft und Mitarbeit am Verband so verekelt, daß sie entweder als Verbandsmitglieder untätig beiseitestehen oder gar als Unorganisierte herumlaufen.

Die begreifliche Enttäuschung und Passivität vieler Arbeiter ist selbstverständlich falsch und muß aufs schärfste bekämpft werden. Alle diese Kollegen und leider auch viele Genossen sehen die Dinge nur vom organisatorischen Standpunkt. Sie erblicken Zweck und Erfolg der oppositionellen Arbeit lediglich in der Eroberung der einzelnen Positionen und Leitungen der Gewerkschaften. Dieser Faktor ist zweifellos sehr wichtig, aber das wichtigste und entscheidende ist doch die ideologische Gewinnung und faktische Beherrschung und Führung der Massen. Nur in relativ sehr seltenen Fällen wird es gelingen, in „ruhigen Zeiten“ und auf die „friedliche“ Art der Abstimmung, entscheidende Führerpositionen in den Gewerkschaften zu erobern. Doch wenn sich viele Arbeiter und Genossen in den „ruhigen Zeiten“ resigniert auf die Seite stellen und passiv bleiben, dann werden sie in den Zeiten entscheidender Kämpfe, in revolutionären Situationen nicht den notwendigen Einfluß und daher auch nicht die Führung der Massen besitzen.

Deshalb gilt es, trotz aller Niedertracht und Gemeinheit der reformistischen Bürokratie, mit Ausdauer und Energie weiter zu arbeiten. Dann wird sich trotz aller scheinbaren Erfolglosigkeit und „Zwecklosigkeit“ der revolutionären Gewerkschaftsarbeit in der entscheidenden Stunde zeigen, daß diese unermüdliche Tätigkeit in den Gewerkschaften im wahrsten Sinne des Wortes revolutionäre Arbeit, Arbeit zur Organisierung der Revolution war und ist. A. Enderle.

*

Entwicklungstendenzen des deutschen Kapitalismus. II.

Konjunktur – relative Stabilisierung – Geld und Kredit.

Von E. Ludwig.

I.

Inlandkonjunktur und relative Stabilisierung – wie reimt sich das? Schließt jene diese nicht aus? Wird durch die Tatsache der Inlandkonjunktur die Lehre, daß der imperialistische Kapitalismus nur als kapitalexportierender existieren kann, nicht über den Haufen geworfen? Diese Fragen sind zu beantworten – nicht mit abstrakten Aussagen über die allgemeinen Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaftsweise, sondern konkret auf Grund der gegebenen ökonomischen Tatsachen. Nur so kann die sozialdemokratische Meinung von der Vorherrschaft des Inlandmarktes, auf die Hilferding in Kiel seine neueste Fassung der Theorie [467] vom Hineinwachsen in den Sozialismus gegründet hat, aus der Tarnow die Wirtschaftsdemokratie und Arbeitsgemeinschaft herleitet, widerlegt werden.

Das Kennzeichen des Hilferdingschen Vulgärmarxismus, wie das Kennzeichen aller Vulgärökonomie, ist nicht nur, daß er Theorien liefert, die der gerade gebotenen reformistischen Politik entsprechen, sondern daß er zugleich, im engsten Zusammenhang damit, bestimmte Wirtschaftstatsachen verallgemeinert, verabsolutiert und aus dieser Verallgemeinerung seine reformistischen Schlüsse zieht. Die Inlandkonjunktur ist da – also baut der Kapitalismus sich wieder auf. Das ist so ein Schluß, der Hilferding in Kiel gegen die „unmarxistische Zusammenbruchstheorie" wettern ließ. Die Stabilisierung der Währung ist geglückt – also ist die Wirtschaft stabilisiert; die Kapitalmonopole wachsen – also organisiert sich die „Wirtschaft" immer mehr: das sind ein paar andere Schlüsse, die denselben Hilferding samt deutschen Professoren in Wien zu der Feststellung begeisterten, daß – frei nach Engels – nun die Vorgeschichte des Kapitalismus – die des anarchischen – überwunden sei und nun die Geschichte des „organischen" Kapitalismus begänne.

Gegen die Hilferding-Schlüsse hat schon Thalheimer angemerkt:

„Hier war zunächst Rechenschaft zu geben von der ökonomischen und weiterhin sozialen Rolle der Kapitalmonopole in Deutschland und auf internationalem Gebiet. Weiter war zu untersuchen die in Deutschland eingetretene Besserung der Konjunktur, ihr Umfang, ihr Wesen und – was die wirklich marxistische Analyse von dem vulgärökonomischen und interessierten Gerede des kapitalistischen Interessenten unterscheidet – ihre Grenzen:"[*)]

Die marxistische Analyse liegt eingeschlossen in dem Nachweis, daß die deutsche Inlandkonjunktur in ihren Ursachen, ihren Erscheinungsformen und ihren Tendenzen die Behauptung von der Relativität der Stabilisierung nicht nur nicht widerlegt, sondern bestätigt.

Der Begriff der relativen Stabilisierung ist nicht schon mit dem Hinweis darauf erschöpft, daß der relativ stabilisierte Kapitalismus sich in immer mehr zuspitzenden Widersprüchen bewege, und daß die Stabilisierung um deswillen „relativ" sei, weil der Kapitalismus aus diesen Widersprüchen nicht mehr herausfände. Die Bewegung in sich zuspitzenden ökonomischen Widersprüchen teilt die Epoche der relativen Stabilisierung des Kapitalismus mit allen Epochen des Kapitalismus; sie ist also nicht das unterscheidende Merkmal, auf das es bei dem Problem der relativen Stabilisierung ankommt. Der Kapitalismus ist grundsätzlich eine anarchische, in sich zuspitzenden Widersprüchen verlaufende Wirtschaftsweise. Auch in seinem Aufstieg überwindet er die in den periodischen Krisen zusammenstoßenden Widersprüche nur, indem er neue, noch größere Widersprüche setzt, die sich in neuen Krisen entladen. Es kommt, um die relative Stabilisierung in ihrer Besonderheit zu verstehen, darauf an, die eigenartigen Widersprüche, aus denen sie erwachsen ist, konkret aufzuzeigen, zu erkennen, daß die gegenwärtige Konsolidierung des deutschen Kapitalismus, die im Vergleich zu 1923 den „normalen" Ablauf des Kapitalismus wiederherzustellen scheint, die konkrete Erscheinungsform der kapitalistischen Zersetzung in Deutschland ist.

Die Frage nach den Grenzen der Konjunktur, wie sie Talheimer aufwirft (ohne sie im Rahmen seines Artikels beantworten zu wollen) und wie sie Hilferding gar nicht aufwerfen kann, da er die Zusammenbruchstheorie als „unmarxistisch" ablehnt, diese Frage ist nichts anderes als das Problem, in der gegenwärtigen Inlandkonjunktur eine der konkreten Erscheinungsformen jener kapitalistischen Zersetzung aufzuzeigen, genau so wie das für die Kapitalsmonopole und die Rationalisierung gilt. [468]

II.

Zur negativen und positiven Abgrenzung des Problems, wie es sich nun ergibt, ist noch zu bemerken:

Die sozialdemokratische Harmonietheorie wird nicht schon durch den Hinweis auf die Fortdauer und die tendenzielle, wenn nicht gar trotz der Abnahme der Arbeitslosigkeit tatsächliche Verschärfung der sozialen Krise widerlegt, wie das vielfach auch in unserer Partei geschieht. Eine solche Betrachtung bleibt an der Oberfläche der Erscheinungen haften. So entscheidend die Zuspitzung der sozialen Krise als Symptom für die relative Stabilisierung ist, für sich allein ist sie kein Beweis für

[*)] A. Thalheimer: „Die deutsche Sozialdemokratie in der bürgerlichen Republik", Kommunistische Internationale 1927, Heft 27, S. 1306.

diese. Die soziale Krise muß selbst vielmehr als ein Produkt der ökonomischen Entwicklungstendenzen des deutschen Nachkriegskapitalismus begriffen werden. Daß rückwirkend die soziale Krise die ökonomischen Widersprüche, deren Resultat sie ist, weiter zuspitzen hilft und sie so zur Relativität der Stabilisierung beiträgt, ist selbstverständlich. Ebenso ist es nicht zweifelhaft, daß von der sozialen Krise aus der Hebel zur Aufhebung der kapitalistischen Wirtschaftsweise einsetzen wird. Jedoch ist daran festzuhalten, daß nur diese Auffassung von der sozialen Krise, die sie in den ökonomischen Zusammenhang einfügt, es möglich macht, grundsätzlich mit der Reformistenauffassung aufzuräumen, als seien die sozialen Gegensätzlichkeiten und Schäden, die ja Tarnow und Hilferding so wenig leugnen wie christliche Gewerkschaftler und bürgerliche Sozialreformer, nur ein Mißverständnis der Rationalisierung, ein – unter Umständen sogar durch Streik – korrigierbares Uebel am gesunden Körper des deutschen Kapitalismus, kein Zeichen seiner Zersetzung selbst.

Die Fragestellung, die zu einer ökonomischen Grundlegung der Entwicklungstendenzen des deutschen Nachkriegskapitalismus vorzudringen versucht, kann positiv nur nach doppelter Richtung gehen. Die Inlandkonjunktur, nachdem sie als Tatsache erklärt ist, ist aus den besonderen Widersprüchen des Nachkriegskapitalismus zu begreifen. Sie ist in den allgemeinen Zusammenhang seiner Entwicklung hineinzustellen und so als eine Erscheinung aufzuzeigen, die der Auffassung von der Relativität der kapitalistischen Stabilisierung nicht nur nicht widerspricht, sondern sie bestätigt.

Zugleich sind die Veränderungen in der Gestaltung des deutschen Kapitals, die sich aus der Inlandkonjunktur ergeben, in ihrer Einwirkung auf die Tendenzen der deutschen Wirtschaftsentwicklung zu prüfen.

III

Die Antwort auf die Frage nach den Grenzen der Inlandkonjunktur, die keineswegs in die Frage nach ihrer bloßen Zeitdauer in eine Prophezeiung darüber verflacht werden darf, ob sie schon im Herbst oder früher oder später zu Ende sei, beginnt mit den Ursachen dieser Konjunktur. Sie sind schon bei der Beschreibung des Inlandmarktes im ersten Teil dieser Arbeit gestreift worden.

Die Inlandkonjunktur ist einer Auslandkonjunktur des deutschen Kapitals in der Zeit gefolgt. Sie ist auch ökonomisch eine Folge dieser Auslandkonjunktur.

Die Auslandkonjunktur brachte für wichtige Teile des deutschen Kapitals – ohne Eisen, Stahl – eine steigende Verwertungsmöglichkeit infolge des zeitweiligen Wegfallens der englischen schwerindustriellen Konkurrenz. Die zugegebenen Uebergewinne allein des deutschen Eisen- und Kohlenkapitals während der Zeit der Wirkungen des englischen Streiks, also vom 1. Mai bis 31. Dezember 1926, werden auf über eine Milliarde Mark geschätzt.

Zugleich stumpft diese Markterweiterung die Widersprüche ab, die der Rationalisierungsprozeß erzeugt. Die Rationalisierung erhöht die Produktivkräfte, steigert aber nicht entsprechend dieser Erhöhung die Absatzmöglichkeit für die neuen großen Warenmengen, da dem absterbenden Imperialismus [469] das Mittel der Preisherabsetzung zur Markterweiterung, wie noch gezeigt wird, nicht frei zur Verfügung steht. Dieser Widerspruch – Erhöhung der Produktivkräfte bei nicht entsprechender Markterweiterung – ist durch den Platzwechsel auf dem Weltmarkt, der das deutsche Kapital einen Teil des englischen Marktes vorübergehend einnehmen ließ, für eine Zeit aufgehoben worden. Die Preise für die exportierten Waren des deutschen schwerindustriellen Kapitals steigen noch, statt zu fallen, während seine Produktionskosten durch die Rationalisierung gesenkt sind. Gerade das am festesten monopolistisch organisierte, das schwerindustrielle Kapital, das am meisten vom englischen Streik profitiert hat, hat auch am schrankenlosesten rationalisiert. So vergrößern die besonderen Gewinne der Rationalisierung noch die Sondergewinne der Streikkonjunktur.

Die aus diesen beiden ineinanderfließenden Quellen gespeisten Riesengewinne sind der Anstoß zur Inlandkonjunktur geworden. Der im zweiten Halbjahr 1926 während der Auslandkonjunktur realisierte Mehrheit führt zur Akkumulation. Sie regt die Inlandkonjunktur an und steigert sie. Die stark, schließlich bis zu 100 Prozent ausgenutzte Maschinerie verschleißt schneller Der Rohstoffverbrauch wächst. Der Inlandkonsum auch der breiten Massen nimmt zu. So wird die Inlandnachfrage weiter belebt.

Die Akkumulation mit ihren Begleiterscheinungen und Auswirkungen auf dem Inlandmarkt folgt der Konjunktur auf dem Auslandmarkt. Ausland- und Inlandkonjunktur des deutschen Kapitals fallen zeitlich und auch ökonomisch auseinander; andererseits ist diese zeitlich und ökonomisch auch die Folge jener. Und während die Auslandkonjunktur nur erst Teile des deutschen Kapitals ergriffen hatte, wurde die Inlandkonjunktur allgemein. Wieder scheint sich, ganz nach Hilferding die Vorherrschaft der Inlandkonjunktur als einer entscheidenden Basis für einen schwankenden Aufbau des allerdings nun „organisierten“ deutschen Kapitalismus zu ergeben.

Doch gerade das Auseinanderfallen zwischen der Ausland- und Inlandkonjunktur, indem es ökonomisch in seinem Zusammenhang wie in seinem Gegensatz begriffen wird, eröffnet zugleich den Weg zum Verständnis dafür, daß die Inlandkonjunktur nur eine Etappe in der Epoche der relativen Stabilisierung ist.

Dem Auseinanderklaffen zwischen dem nur auf Zeit und nur beschränkt erweiterten Auslandmarkt und dem nach dem Ende des englischen Streiks hinterher scheinbar auf längere Dauer und schrankenlos erweiterten Inlandmarkt entspricht eine Entwicklung im deutschen Geld- und Kreditumlauf, die in der Zeit und in der ökonomischen Folge sich genau so in ihren Zusammenhängen und Gegensätzen verhält, wie jene Konjunkturabfolge. Hier ergibt sich die Verknüpfung zwischen der Börsenkrise und Inlandkonjunktur – dem Ausgangspunkt der ganzen Untersuchung.

IV.

Der Geld- und Kreditumlauf im weiteren Sinne seit dem Dawes-Abkommen bis zum Beginn der Inlandkonjunktur, deren Belebung den Bankkrach nach sich zog, war gekennzeichnet durch den Abstand im Preis für kurzfristig gegebenes Geld und langfristigem Kredit. Jenes war billig, dieser teuer. Während z. B. eben aus den Vereinigten Staaten gepumpte Dollar nach London weiter oder gar nach New York zurückverliehen wurden, weil der Preis für kurzfristiges Geld dort höher als in Berlin war, senken sich bis in die zweite Hälfte des Jahres 1926 die Zinsen für langfristige Anleihen nur langsam und zögernd.

Was zeigt dieser Gegensatz an?

Das kurzfristige billige Geld ist das, das sich an der Börse herumtreibt. Es ist an der Börse, weil es im Produktionsprozeß keine Anlage findet. Es findet in ihm keine Anlage, weil die Verwertungsmöglichkeit für neues, ver-[470]größertes, produktives Kapital fehlt. Daher bei niedrigem Preis für angebotenes Tagesgeld nicht oder nur zu hohen Zinsen befriedigte Nachfrage nach langfristigem Kredit, der allein für die Verwandlung von Geld in Produktionsmittel in Frage kommt.

Nach einer vor etwa einem Jahr erschienenen Statistik der Deutschen Bank entfielen von 1075,52 Millionen Mark von Januar bis Anfang August 1926 aufgelegten Inland anleihen für Reich, Länder, öffentliche und private Unternehmungen nur 453,12 Millionen Mark auf werbende Zwecke. Von 269,12 Millionen Mark Anteil der privaten Unternehmungen sind nur 20,52 Millionen Mark werbenden Zwecken und 352,45 Millionen Mark der Verstärkung der laufenden Betriebsmittel gewidmet gewesen, während der Hauptteil der werbenden Anlagen auf Kommunen (239,30 Millionen Mark) und öffentliche Unternehmungen (169,50 Millionen Mark) entfiel. Werbende Anlagen: das ist der eigentliche Kapitalzuwachs. 20 Millionen Mark hat dafür das Privatkapital, 408,80 Millionen Mark haben dafür die öffentlichen Unternehmungen mit Inlandanleihen damals erübrigt – knapp 40 Prozent der ganzen aufgelegten Anleihesumme. Der andere größere Teil ging auf die Stärkung der Liquidität, der Rationalisierung, der Finanzierung der Verteilung unter der Führung der Großbanken drauf:

„Es ergibt sich daraus, daß die Inlandanleihen privater Gesellschaften zum überwiegenden Teile nicht zum Ausbau des Produktionsapparates gedient haben.“ („Wirtschaftsdienst“ vom 3. September 1926.)

Also ein Tatbestand, der dem von heute entgegengesetzt ist. Vor einem Jahr: zurückgehende Auslandanleihen – wachsende Emission im Inland, aber keine Konjunktur und keine Akkumulation. Heute: verringerter, nun aber neu zu fließen beginnender Zustrom von Auslandanleihen, aber allgemeine Konjunktur und Akkumulation.

Danach könnte es wieder scheinen, als habe das deutsche Kapital, gestützt allein auf die Sondergewinne der Streikkonjunktur, aus eigener Kraft seine Konjunktur auf dem Inlandmarkt aufgebaut. Wieder steht die Frage nach der Möglichkeit der Autarkie des deutschen Kapitalismus – nicht nur in dem Sinne der Gründung seines Fortschreitens vorwiegend auf dem Inlandmarkt, sondern auch in dem Sinne der wachsenden Selbständigkeit, des Unabhängigwerdens von fremden Finanzkrücken. Es ist dasselbe Problem von einer anderen Seite gesehen. Die Antwort darauf – eine widerspruchsvolle, wie denn die Lage des deutschen imperialistischen Kapitalismus eine durchaus widerspruchsvolle ist –, hat die Börsenkrise gegeben.

Die Börsenkrise setzt die Börsenkonjunktur voraus. Die Erklärung für diese bringt auch die für jene.

Die Börsenhausse 1926 und Anfang 1927 wurde getragen und gehalten von dem billigen kurzfristigen Kredit, der selbst ein Resultat der Depression war. Die Depression ließ Geld umsetzen in Kapital[*)] sich verwandeln und darum in der bloßen Zirkulation sich herumtreiben. Das Geld, das in der Kapitalzirkulation keinen Mehrwert hecken konnte, suchte und [471] fand Gewinn an der Börse. Nicht in dem Sinne, in dem der kleine Moritz sich die Börsenspekulation vorstellt: daß die Banken, die mit dem ihnen zur Verfügung stehenden Geld von 3,5 Milliarden Mark Auslandanleihen, welche nur zum Teil zu Kapital geworden, nicht wußten wohin, und daß sie darum mit Börsenkrediten dies Geld dadurch fruchtbar machten, daß sie dem Publikum abwechselnd zu Kauf und Verkauf rieten, wobei sie jedesmal an den Provisionen verdienten. Nein, dem Börsenspiel haben wirkliche ökonomische Vorgänge zugrunde gelegen, die zusammen mit dem billigen Geld nur ein anderer Ausdruck jener Depression gewesen sind, die wiederum nur eines der Symptome für die Relativität der deutschen Stabilisierung ist.[**)]

Das – auch nach bürgerlicher Meinung – Auffallende der Börsenhausse war, daß das Steigen der Wertpapierkurse, der Aktienrente, die doch kapitalisiert den Kurs, den Preis der Papiere bestimmt, weit vorauseilte. Nach einer Statistik im Halbjahresbericht 1927 der Reichskreditgesellschaft hat sich die nach den Kursen berechnete Aktienrendite von 102 Gesellschaften von Ende 1925 bis Ende 1926 von 3,39 Prozent und von den 62 Gesellschaften dieser 102, die eine Dividende verteilt haben, von 4,18 auf 4,42 Prozent erhöht In dem gleichen Jahr 1926 ist der Aktienindex der Reichskreditgenossenschaft (2 Januar 1925 gleich 100) von 71,4 im Januar auf 135,4 im Dezember gestiegen. Bis zur ersten Maiwoche 1927 – also bis zum schwarzen 13. Börsenmai – ist er bis auf 173,2 geklettert, um in der 4. Maiwoche auf 138,0 und in der 1. Juniwoche 1927 gar auf 132,2 zu purzeln.[***)]

Woher dieses Auseinanderfallen zwischen Aktienrendite und Kursen? Die Antwort ist nicht erschöpfend, daß die Kurssteigerung die sich ankündigende Konjunktur schon vorwegnimmt. Denn die Börsenhausse geht aus von dem billigen Geld der Depression, die zum Teil auch in der nur langsam

---

[*)] Nicht jede Geldsumme schlechthin ist Kapital, sondern nur die, die Produktionsmittel, Maschinen, Rohstoffe und Arbeitskraft kauft, die also tatsächlich zum Ausgangspunkt des Kapitalumlaufs G–W–G' wird. Wenn im Halbjahresbericht der Reichskreditgesellschaft es heißt, daß von dem Umfang der ausländischen Kapitalzufuhr die Fortdauer der Konjunktur mit abhängt, so ist damit zunächst nur die Fortdauer des Kreditzustroms gemeint. Ob die mit den Krediten gekauften Waren eine solche Gebrauchsform bekommen, daß sie als Kapital verwendet werden können, ob das in New York oder London gepumpte Geld in Kapital sich verwandelt, das in Deutschland „arbeitet", hängt davon ab, ob aus dem G ein G' werden, dieses Kapital sich verwerten kann Und das wird durch ganz andere Umstände, als nur die ausländische Kreditzufuhr bestimmt, so richtig es zugleich ist, daß sie heute eine Existenzbedingung für das deutsche Kapital ist.

[**)] „Das schnelle und andauernde Steigen der Wertpapierkurse war keineswegs ein Zeichen der Stärke; es war vielmehr, im ganzen gesehen, ein Merkmal der Schwäche der deutschen Wirtschaft." (Bericht des Generalagenten für Reparationszahlungen. 10. Juni 1927, deutsche Ausgabe, Seite 78.)

[***)] Wie wir schon im letzten Bericht ausgeführt haben, waren die von einigen führenden Papieren bereits im letzten November erreichten Kurse „weniger ein Spiegelbild einer zu erwartenden Dividende, als das Resultat des möglichen Spekulationsgewinnes" (wobei dieser sich nicht nur auf Kurssteigerungen beschränkt. E. L.).

Tatsächlich sind die Kurse von manchen Papieren, auf die überhaupt keine Dividende gezahlt wurde, fortdauernd gestiegen. Gegen Ende des Jahres 1926 betrug die Durchschnittsrente der an der Berliner Börse gehandelten Aktien nach den damaligen Kursen kaum 3 Prozent; demgegenüber betrug der durchschnittliche Kursertrag aus Obligationen 7¼ bis 7½ Prozent". (Generalagent a. a. O. S. 77.) Während die Aktienkurse nach einer dem Bericht des Generalagenten beigefügten Tabelle auf 160 Prozent im Durchschnitt bei einer Durchschnittsrente von 3 Prozent gestiegen waren, pendelte der Durchschnittskurs der verzinslichen Geldpfandbriefe zur gleichen Zeit – naturgemäß –um 100 Prozent herum.

steigenden Aktienkredite sich ausdrückt, während umgekehrt das Ansteigen der Konjunktur mit dem Börsenkrach zusammenfällt. Dem Gegensatz Konjunktur – Börsenkrach entspricht der Gegensatz Depression – Börsenhausse.

Woher das Steigen der Kurse? Denn das billige Geld gibt zwar die Grundlage für die billigen Kredite und damit für die Börsenspekulation, aber noch keinen Gradmesser für die Werte der Kurssteigerungen, die gewiß wiederum nur durchgehalten und als „Gewinn mitgenommen“ werden können, wenn die Kredite sich fortsetzen. Das was zu dem billigen Geld noch hinzugekommen ist und einen Gradmesser für die Werte der Kurssteigerungen abgibt, sind an Stelle der stagnierenden Aktienrendite die Gewinne aus den Finanzierungsgeschäften des letzten Jahres. (Fortsetzung folgt.) [472]

*

Strukturwandlungen im deutschen Handel.

Von R. A n d e r s .

I.

Es war schon längere Zeit Gemeingut der deutschen Sozialökonomik, daß sich die Struktur des deutschen Handels in den letzten Jahren sehr stark verändert habe. Der Kampf gegen die Ausweitung des Handelsapparats spielte daher als beliebtes Schlagwort fast aller wirtschaftspolitischen Richtungen eine gewisse Rolle. Allerdings waren sich die bürgerlichen Wortführer dieses Kampfes darin einig, daß sie die Hauptursache der „ungesunden“ Entwicklung des Handels in den Inflationsverhältnissen erblickten und daß sie von der Stabilisierung eine schnelle Rückbildung des Handelsapparats zu den Vorkriegsverhältnissen, die von der bürgerlichen Oekonomie so gerne als „normal“ angesprochen werden, erwarteten, Nun hat erst die deutsche Wirtschaftszählung vom Juni 1925, deren erste zusammenfassende Ergebnisse seit kurzer Zeit vorliegen, eine klare Antwort auf die Frage nach den strukturellen Wandlungen des deutschen Handelsapparats erlaubt und hat, um es gleich vorwegzunehmen, gezeigt, daß Krieg und Inflation k e i n e besonderen Ursachen der Aufblähung des deutschen Handelsapparats gewesen sind und daß dementsprechend auch die Währungsstabilisierung, wenigstens bis zum Sommer 1925, keine besonderen Tendenzen zur Rückbildung dieses Apparats entfaltet hat. Wohl aber hat die Zählung bewiesen, daß sich 1. der deutsche Handelsapparat disproportional stärker als der Produktionsapparat entwickelt, 2. daß er in bezug auf Konzentration und Entwicklung der Betriebsgröße anders als die Industrie geartet ist

Natürlich rufen die Ergebnisse der Zählung vom Juni 1925 eine Reihe von Fragen und Zweifeln hervor. Sie können nicht ohne weiteres den Ergebnissen der letzten Zählung von 1907 gegenübergestellt werden, weil die Methode sich stark verändert hat; sie gestatten auch keine einwandfreie Differenzierung zwischen den Entwicklungsfaktoren, die bis zum Kriege, und denen, die nach dem Kriege vorherrschend gewesen sind. Immerhin muß selbst das statistische Reichsamt auf Grund kontrollierbarer Parallelerscheinungen in der Industrie zugeben, daß beim Handel „ein erheblicher Teil des Zuwachses schon in der Vorkriegszeit erfolgt sein muß“. (Wirtschaft und Statistik 1927, Seite 384.)

II.

Schon im Rahmen der deutschen Gesamtwirtschaft weist der Handel eine beträchtliche spezifische Gewichtszunahme auf. Endgültige Ergebnisse können hier noch nicht gegeben werden, weil die Endergebnisse der Agrarzählung noch nicht veröffentlicht sind, doch wirken die verfügbaren Teilresultate schon überzeugend genug. Da wir die Entwicklung des Handels im Verhältnis zur Industrie bereits im Gesamtmaßstab betrachten können, wählen wir zunächst einige überwiegend landwirtschaftliche Gebiete, um an ihnen die Gewichtsveränderung der drei wirtschaftlichen Hauptgruppen zu demonstrieren:

Von der G e s a m t b e v ö l k e r u n g entfielen 1907 bzw. 1925 auf die drei Wirtschaftszweige in Prozenten:

Gruppe		Bayern	Württbg.	Oldenbg.	Mittel der 3 Länder	Mittlere Zu- od. Abnahme
Landwirtschaft	1907	40,1	37,7	38,1	36,6	
	1925	34,8	33,0	35,4	34,4	– 11 %
Gewerbe	1907	32,8	40,0	35,9	36,2	
	1925	35,8	40,0	33,9	36,6	+ 1 %
Handel	1907	11,6	9,6	11,8	11,0	
	1925	12,6	11,6	14,5	12,6	+ 15 %

Die Sonderbewegung des Handels zeigt sich noch stärker, wenn die Zu- oder Abnahme der drei Hauptwirtschaftszweige in Beziehung zur Bewegung [473] der Gesamtbevölkerung gebracht wird. In dem ungefähr entsprechenden Zeitraum von 1910 bis 1925 hatten die drei oben angeführten Länder eine Bevölkerungszunahme von 10 Prozent im Mittel. Es hat sich also in ihnen nur der Handel schneller als die Gesamtbevölkerung vermehrt, während die gewerblichen Berufe und besonders die Landwirtschaft relativ zurückgegangen sind.

Noch krasser tritt die Gewichtszunahme des Handels zutage, wenn die Bewegung der E r w e r b s t ä t i g e n für sich allein genommen wird. Trotz der starken Verbreitung der „mithelfenden Familienangehörigen“, besonders in der Landwirtschaft, bleibt der Handel an der Spitze.

Verteilung der E r w e r b s t ä t i g e n auf die drei Hauptwirtschaftszweige in Prozenten der gesamten Erwerbstätigen:

Gruppe		Bayern	Württbg.	Oldenbg.	Mittel der 3 Länder	Mittlere Zu- od. Abnahme
Landwirtschaft	1907	49,7	41,4	43,4	44,8	
	1925	43,7	41,7	46,2	43,9	– 2 %
Gewerbe	1907	29,9	35,3	33,4	32,9	
	1925	35,4	39,1	29,9	34,8	+ 6 %
Handel	10,5	8,2	10,8	9,8	10,5	
	12,0	10,5	12,9	11,8		+20%

Für die agrarischen Gebiete. läßt sich zusammenfassend feststellen, daß ihre landwirtschaftliche Bevölkerung, gemessen am Durchschnitt der Bevölkerungsbewegung, abnimmt, daß die gewerblichen Berufe günstigstenfalls ihre Position behaupten, während der Handel beträchtlich zunimmt. (Die mit dem Handel verbundene Gruppe „Verkehr“ bleibt, wie wir noch zeigen werden, stabil, so daß die Veränderungen allein auf den Handel entfallen.)

Dieser erste Eindruck findet seine volle Bestätigung bei einem Vergleich zwischen der Entwicklung des industriellen und des Handelsapparates:

	in 1000 Betrieben			in 1000 Betrieben		
	1907	1925	Zunahme	1907	1925	Zunahme
Industrie (einschl. Bergbau und Bau)	1808	1843	2 %	9843	12.482	26 %
Handel und Verkehr	1058	1466	38 %	3074	4241	38 %
darunter Handelsgew. allein	697	1128	62 %	1956	3116	59 %

Die Betriebe des Verteilungsapparats haben sich also 30mal so stark vermehrt wie die des gewerblichen Produktionsapparats, die Personenzahl hat doppelt so stark zugenommen. Nach Ausschaltung des Handels aus der Gruppe Handel und Verkehr ergibt sich bei den Betrieben eine starke Abnahme und bei den Personen keine Zunahme. Die Gruppe ist also, vom Handel abgesehen, stabil geblieben, d. h. sie hat im Verhältnis zur Bewegung der Gesamtbevölkerung abgenommen.

III.

Rekapitulieren wir die bisherigen Ergebnisse: gegenüber einer Bevölkerungszunahme um etwa 13,5 Prozent hat sich die Bevölkerung, die vom Handel lebt, um wahrscheinlich 20 Prozent vermehrt. Gegenüber einer Zunahme der überhaupt gewerblich (d. h. außer landwirtschaftlich und nicht im Machtapparat) Tätigen cm 28,5 Prozent haben sich die im Handel im weiten Sinn des Wortes Beschäftigten um 59 Prozent vermehrt. Grob gesprochen haben also die gewerblich Tätigen doppelt so

schnell wie die Gesamtbevölkerung, die im Handel Tätigen wieder doppelt so schnell wie die überhaupt gewerblich Tätigen zugenommen. In diesem Verhältnis prägt sich die Proletarisierung Deutschlands gleichermaßen wie die Disproportion zwischen produktivem und distributivem Apparat aus. Gegenüber einer Zunahme der gewerblichen Betriebe überhaupt um 14,4 Prozent haben sich die Handelsbetriebe allein um 62 Prozent vermehrt. Als besondere Entwicklungsrichtung sei noch vermerkt, [474] daß sich gegenüber einer. allgemeingewerblichen Zunahme der Frauenarbeit um 39,1 Prozent die Frauenarbeit im Handel um 65 Prozent gehoben hat.

Es ist aber nicht überflüssig zu betonen, daß sich Deutschland mit dieser Entwicklung des Handels ungefähr auf gleicher Linie mit anderen kapitalistischen Ländern befindet. Die Vereinigten Staaten z. B. weisen eine ganz ähnliche, teilweise eine noch stärkere Zunahme auf. Nach Angaben von H o o v e r, die H i r s c h („Das amerikanische Wirtschaftswunder“) benützt hat sich in den letzten Jahren der Handel in den Vereinigten Staaten achtmal schneller als die Produktion entwickelt. (Offenbar handelt es sich dabei um die im Handel tätigen P e r s o n e n.) Von 42 Millionen Erwerbstätigen entfallen etwa 10 Prozent auf den Handel, die Banken und Versicherungsgesellschaften. In Deutschland dürfte das Verhältnis ähnlich sein. (Die Zahl der landwirtschaftlich Tätigen ist noch nicht bekannt; die Zahl der gewerblich Tätigen betrug 18,4 Millionen. Gesetzt die Zahl der landwirtschaftlich Tätigen sei 10 Millionen, zusammen also 28 Millionen, dann wäre die Zahl der im Handel Tätigen, die Hirsch vor Augen hat, mit 3,1 Millionen sogar 11 Prozent.) Die Umsätze im amerikanischen Einzelhandel verhalten sich aber, wenn die Angaben von Hirsch für die Vereinigten Staaten (150 Milliarden Mark) und für Deutschland (30 Milliarden Mark) stimmen, wie 5 : 1, während die im Handel Beschäftigten wie 4 : 3 stehen. Es ergibt sich also vergleichsweise eine relative Ueberbesetzung des deutschen Handelsapparats bzw. eine viel höhere Stufe der Rationalisierung im amerikanischen.

IV.

Eine Untersuchung der B e t r i e b s g r ö ß e n im deutschen Handel muß zunächst feststellen, daß sich die Betriebsgröße im Handel im Durchschnitt verkleinert hat – die Beschäftigten sind prozentual weniger gewachsen als die Betriebe – während es sich um Gewerbe sichtlich umgekehrt verhält. Leider ist diese Untersuchung sehr durch den Umstand erschwert, daß die Zählung von 1907 Groß und Einzelhandel nicht getrennt hat, so daß für diese beiden sich so ganz verschieden entwickelnden Handelsstufen eine geeignete Vergleichsbasis fehlt. Im Durchschnitt vom Großhandel plus Einzelhandel ergibt sich für 1907 eine Betriebsgröße von 2,9 Personen, 1925 dasselbe. Bei den Banken hat die durchschnittliche Betriebsgröße von 6,6 auf 5,3 abgenommen und in den übrigen Nebenzweigen ist gleichfalls eher eine abnehmende Tendenz festzustellen. Der Warenhandel ist also in seiner betrieblichen Entwicklung auf dem Stand von 1907 stehen geblieben, was angesichts der unleugbar fortschreitenden Konzentration der Warenhäuser, Filialbetriebe und Konsumvereine nur besagt, daß der Zuwachs von Kleinbetrieben die Konzentrationstendenzen paralysiert. Die Großen und die Kleinsten wachsen, die Mitte wird zerrieben.

Ueber die gegenwärtige Betriebsgröße gibt es schon mehr und interessantere Anhaltspunkte. Im Großhandel beträgt sie 4,7, im Einzelhandel 2,3. Dabei geht der Einzelhandel auch in den Verbrauchszentren kaum über diese Größe hinaus – Berlin 2,5, Rheinland 2,4, Hamburg 2,6 – während der Großhandel dort ein Mehrfaches der Durchschnittsgröße erreicht – Berlin 7,6, Rheinland 7,6, Hamburg 7,6. Umgekehrt unterscheidet sich dafür in den agrarischen Gebieten der Großhandel, der dort einfach Aufkauf ist, in der Betriebsgröße kaum von Einzelhandel

V.

Von besonderem Interesse ist der starke Wandel der U n t e r n e h m u n g s f o r m e n im Handel. Während vor dem Kriege die A.-G. eine im Handel ziemlich ungebräuchliche Rechtsform darstellte, hat sich die Zahl der Handels-A.-G. in der Inflation sprunghaft vermehrt. Unmittelbaren Anlaß dazu bot die deutsche Steuerreform des Jahres 1920 (Erzberger), welche die A.-G. steuerlich begünstigte, indem die offene Handelsgesellschaft die Steuern vom Rohgewinn zu entrichten hatte, während die A.-G. nur den ausgewiesenen Reingewinn nach Abzug reichlicher Abschreibungen zu versteuern brauchte. Das System der Konsortialverträge der Gründer einer A.-G., das den Aktio-[475]när

vollständig ausschaltete, bot außerdem alle gewünschten Sicherheiten gegen das Eindringen Außenstehender. Schließlich wurde die Gründung kapitalmäßig durch die Außerkraftsetzung der Vorschriften über das Mindestkapital ungemein erleichtert. Infolge dieser Vorbedingungen stieg der Anteil des Handels (einschließlich der Banken) an der Gesamtzahl der deutschen A.-G. von 16,3 Prozent im Jahre 1919 auf 29,6 Prozent im Jahre 1926. Umgekehrt sank infolge des Auftretens kapitalschwacher Gesellschaften der Anteil am Gesamtkapital der A.-G. von 26,4 Prozent im Jahre 1919 auf 12,5 Prozent im Jahre 1926. Daß diese Entwicklung mehr vom Warenhandel als von den Banken ausging, zeigt die folgende Tabelle:

	1919		1926		Veränderung in Prozent	
	Zahl	Kapital in Milliarden Mark	Zahl	Kapital in Milliarden Mark	Zahl	Kapital
Banken	400	11,52	720	2,30	+ 80	–80
sonstiger Handel	1533	1,75	2728	0,32	+ 511	–82

Eine Verfünffachung der Zahl der A.-G. im Handel bei einer Abnahme des Gesamtkapitals auf weniger als den vierten Teil bedeutet unter Berücksichtigung der seit 1919 eingetretenen Geldentwertung einen Rückgang des Durchschnittkapitals einer A.-G. auf den 20. Teil. D. h. aber, daß die heutige Handels-A.-G. mit der Vorkriegshandels-A.-G. nur mehr den Namen gemein hat und daß sie auch mit der industriellen A.-G., deren Durchschnittkapital bei 2 Millionen Mark liegt, gänzlich unvergleichbar ist.

Die Zunahme der Aktionsform entfällt natürlich in erster Reihe auf den Großhandel und es erhebt sich im Zusammenhang damit die Frage, ob sich Groß- und Einzelhandel gleichmäßig oder in verschiedener Stärke entwickelt haben. Die exakte Beantwortung ist zwar aus dem oben angeführten Grund unmöglich, es scheint aber, daß der Großhandel an Betrieben gegenüber dem Einzelhandel kaum zugenommen hat, während die Zunahme der Beschäftigten auch im Großhandel sehr beträchtlich gewesen ist. Nach den endgültigen Ergebnissen der Handelsstatistik verhalten sich Einzel- und Großhandelsbetriebe wie 4 : 1 (673.000 zu 174.000), 1907 dagegen wie 2 : 1. Das Verhältnis der Beschäftigten ist mit 2 : 1 unverändert geblieben (1.532.000 : 832.000). Tatsächlich ist das Gewicht des Großhandels in jeder Beziehung etwas größer, da ihm auch die ausgedehnte Handelsvermittlung zuzurechnen ist. (100.000 Betriebe mit 160.000 Personen). Eine Sonderstellung nimmt die Entwicklung der primitivsten Handelsform, des Hausier- und Straßenhandels, ein. Man wird nicht fehlgehen, in ihrer enormen Ausbreitung (Zunahme der Betriebe um 144 Prozent, der Personen um 101 Prozent seit 1907) eine besondere Folge der Inflation zu sehen, die diese Handelsform auf mehrfache Weise begünstigte: durch Verkleinerung des erforderlichen Betriebskapitals, durch Provokation des illegalen Handels, durch Umkehrung der Schwergewichtsverteilung zwischen Bauern und Städtern. Die letztgenannte Ursache hat sichtlich die größte Wirkung gehabt, da die Ausbreitung des Hausierhandels sich besonders in den agrarischen Gebieten vollzogen hat.

VI.

Unter den neueren Entwicklungsformen des Einzelhandels spielen die beiden Zentralisationssysteme des W a r e n h a u s e s und des F i l i a l b e t r i e b e s die Hauptrolle, wobei das erste zumeist mit dem zweiten kombiniert ist: Warenhaus mit Filialbetrieben zur Rationalisierung des Einkauf s. Es sei daran erinnert, daß nach den letzten Umbildungsprozessen auf diesem Gebiete in Deutschland 4 große Warenhauskonzerne verblieben sind: Leonhard Tietz (West- und Süddeutschland), Karstadt (Nord- und Ostdeutschland), Hermann Tietz (Berlin), Wertheim (Berlin und Mitteldeutschland), Die letzte Transaktion, die in der Uebernahme des Jandorf-Konzerns durch H. Tietz bestand, erforderte die Mobilisierung von nicht weniger als 50 Millionen Mark, die teilweise in Holland aufgebracht wurden.

Die als Warenhäuser ausgewiesenen Einzelhandelsunternehmungen nehmen im gesamten Einzelhandel noch einen bescheidenen Platz ein. Mit 65.578 be-[476]schäftigten Personen umfassen sie etwa 4 Prozent der im Einzelhandel Tätigen bei nur 0,1 Prozent der vorhandenen Betriebe. Die durchschnittliche Betriebsgröße ist mit 88 recht bedeutend. Die Filialbetriebe haben ihr Hauptverbreitungsgebiet im Großhandel, in dem sie 14 Prozent der Betriebe und 32 Prozent der beschäftigten Personen

ausmachen. Sie waren wohl die Hauptträger des relativen Konzentrationsprozesses im Großhandel. An der Spitze steht hier der Kohlen- und Oelhandel, bei dem in Filialbetrieben mehr als 50 Prozent der Branchezugehörigen beschäftigt sind. Sehr verbreitet ist der Filialbetrieb auch im Handel mit Metallen und deren Erzeugnissen. Im Einzelhandel entfallen auf Filialbetriebe 9,2 Prozent mit 18,5 Prozent der beschäftigten Personen, darunter aber allein bei den Warenhäusern 36,6 Prozent der Betriebe mit 72,2 Prozent der Beschäftigten, also fast ¾. Man erkennt daraus das Uebergewicht der Kombination des Warenhauses mit dem Filialbetrieb. Größere Verbreitung hat hier der Filialbetrieb außerdem im Bekleidungshandel (etwa ⅓ der beschäftigten Personen) und im Handel mit Metall- und elektrotechnischen Erzeugnissen.

Zur Gewichtsverteilung der einzelnen Zweige mögen folgende Zählen genannt werden, neben die wir den Prozentanteil an den Gesamtbetrieben beziehungsweise Personen gesetzt haben:

	a) Großhandel				
	in 1000		Durchschnittl. Betriebsgröße	in % der Gesamtzahl	
	Betriebe	Personen		Betriebe	Personen
Nahrungsmittel	18	119	6,6	10	15
Getreide- und Futtermittel	24	80	3,3	14	10
Vieh	33	42	1,3	20	5
Textilien	12	110	9,1	7	14
Leder	10	43	4,3	5	5
Eisen- und Stahlhalbzeug	9	75	8,2	5	9
Chemikalien	6	45	7,5	3	5
	b) Einzelhandel:				
Lebensmittel	250	440	1,7	40	31
Textilien	63	205	3,2	10	14

VII.

Trotz der mannigfaltigen Konzentrationserscheinungen im Groß- und Einzelhandel ist das Zurückbleiben des Handels gegenüber dem industriellen Konzentrationsprozeß so auffallend, daß es einer tieferen ökonomischen Motivierung bedarf. Teilweise wirkt, wie leicht einzusehen ist, das langsame Konzentrationstempo im Handel auch auf die sogenannte Uebersetzung des Handelsapparats, indem ein Zurückbleiben hinter dem industriellen Konzentrationsprozeß automatisch eine disproportionale Betriebszunahme im Handel zur Folge haben muß. Zur Erklärung der abweichenden Entwicklung des Handels hat die deutsche bürgerliche Oekonomik durch ihren Handelsfachmann H i r s c h kürzlich das „Gesetz der steigenden Unkosten im Handel“ formuliert, das hier scheinbar ähnliche Dienste leisten soll wie das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag in der Agrarökonomie. Die wichtigste Stütze dieses Gesetzes scheint die tatsächlich sehr bemerkenswerte Unkostenstatistik des Einzelhandels zu sein, von der wir in untenstehender Tabelle ein Beispiel bringen:

Unkosten im Textileinzelhandel in Prozenten des Umsatzes.
(Etwa 180 Firmen.)

Zahl der Angestellten	1913	1924	1925	1926
0–5	14,0	16,3	17,2	15,7
6–20	17,3	17,4	19,2	19,9
20–80	20,5	19,6	21,9	22,8
80–400	22,0	21,2	24,0	26,7
über 400	24,7	26,0	28,6	26,7

[477] Trotz den mit der Betriebsgröße steigenden Unkosten hat sich aber bei den beobachteten Firmen die durchschnittliche Betriebsgröße erhöht und zwar blieb sie bei der kleinsten Gruppe stabil, stieg in der Gruppe 6–20 von 10 auf 14, in der Gruppe 20–80 von 35 auf 40 und in der Gruppe 80–400 von 125 auf 139. Lediglich die größte Gruppe weist einen Rückgang von etwa ein Viertel der Betriebsgröße auf. (Alles im Verhältnis von 1913 zu 1925.)

Das auffallendste Moment dieser Statistik, das von vornherein gegen die Methode ihrer Aufstellung einnehmen muß, ist das vollständige Verschwinden der Grenze des o p t i m a l e n Betriebsumfangs.

Die gleichmäßige Steigerung der Unkosten würde zwingend zum Schluß fuhren, daß der Betrieb mit 0 Angestellten der rentabelste ist und daß jede Vermehrung die Unkosten steigert. Das ist auch einer der Gründe, aus denen die bürgerliche Oeokonomie sich mit dieser gewiß sehr brennenden Frage nicht beschäftigt hat. Wir selbst wollen aber nicht vergessen, daß es sich um eine E i n z e l handelsstatistik handelt, noch dazu einer einzigen Branche, die zunächst schon für den G r o ß handel keine Beweiskraft beanspruchen darf. Aus unseren oben angeführten Zahlen über die Betriebsgröße im Großhandel geht mit genügender Klarheit hervor, daß der Großhandel sich konzentriert. Auf ihn treffen mit geringen Veränderungen alle Momente zu, die den Konzentrationsprozeß in der Industrie hervorrufen und die schon Marx gelegentlich der Erwähnung der Tatsache, daß der Großhandel im Konzentrationsprozeß historisch führt, dargestellt hat (Kapital III/1 „Der kommerzielle Profit).

Aber selbst abgesehen davon kann das „Gesetz der steigenden Unkosten" darum keinen Gegenbeweis für die Konzentration im Einzelhandel liefern, weil es zwei wesentliche Momente unberücksichtigt läßt, die wachsende Betriebsgröße im Einzelhandel begünstigen und deren Zusammenwirken durchaus geeignet ist, steigende Unkosten zu kompensieren:

1. hat der große Einzelhandelsbetrieb zweifellos Einkaufsvorteile, die schon rein äußerlich im System der „Mengenrabatte" zum Ausdruck kommen, die sich aber noch viel wirksamer in dem starken Druck äußern, den „Einkaufszentralen" auf die meist zersplitterte Konsumtionsmittelindustrie ausüben.

2. ist die prozentuale Unkostenrechnung im Verhältnis zum Gesamtumsatz unmaßgeblich, solange sie keine Auskunft darüber gibt, mit welchem K a p i t a l dieser Umsatz getätigt wurde m. a. W., solange sie nicht die U m s c h l a g s z e i t berücksichtigt. Gerade der große Einzelhandel scheint nach allen Beobachtungen eine erheblich kürzere Umschlagsdauer zu haben und er beschleunigt ja bekanntermaßen seine Umschlagszeit noch durch besondere Maßnahmen wie „Saisonausverkäufe", „Sonderwochen" und dergleichen.

Tatsächlich vollzieht sich denn auch im Einzelhandel kein eindeutiger Konzentrationsprozeß, wie im Großhandel, aber eine Differenzierung, die seine Unterordnung unter das Marxsche Konzentrationsgesetz zwanglos gestattet. Wir erwähnten bereits, daß im Handel als Ganzes die Großen und die Kleinen zuzunehmen scheinen und daß die Mitte zerrieben wird. Diese Erscheinung dürfte in erster Reihe durch die Verhältnisse im Einzelhandel beeinflußt sein. Dem allgemeinen Zug zur Konzentration folgend verdrängen die Großbetriebe die Mittelbetriebe. Diese Tendenz wird aber im Maßstabe des gesamten Einzelhandels vorläufig noch kompensiert durch den massenhaften Zuwachs von Kleinstbetrieben, wie besonders kraß das Beispiel des Hausier- und Straßenhandeis zeigt.

Der Zuwachs von Zwergbetrieben im Einzelhandel ist zweifellos zum Teil bedingt durch den Prozeß der „Proletarisierung", deren Tempo in Deutschland ebenso wie in einigen anderen Ländern durch die Inflation besonders beschleunigt worden sein mag, die aber ist übrigen natürlich durch, gehend auftritt. In den Inflationsländern waren es wohl in erster Reihe die wieder in das Erwerbsleben zurückgestoßenen Rentnerschichten, die abgebauten Offiziere und Beamten, dann aber auch die Frauen in Familien, deren Realeinkommen bei Alleinarbeit des Mannes sich unter dem Existenzminimum [478] bewegte, die derartige Zwergbetriebe gründeten. Aber eine ganz ähnliche und keineswegs spezifisch „inflationistische" Ursache dieses Prozesses ist zweifellos auch die Rationalisierung, und diese Ursache scheint gerade in Amerika im Endeffekt ein ähnliches Endresultat hervorzurufen. Die Rationalisierung setzt einmal massenhaft Arbeitskräfte frei, die nur sehr langsam wieder aufgesogen werden, und sie verkürzt zweitens die „produktive Lebenszeit" des Industrieproletariats. Nichts natürlicher, als daß sich die aus dem Produktionsprozeß vorzeitig, d. h. vor Eintritt der physischen Invalidität, Gestoßenen im Hausier-, Straßen- und sonstigem Kleinhandel durchzubringen versuchen. Soweit es sich um Angestellte handelt, sind in Deutschland sogar Beispiele dafür vorhanden, daß „humane Unternehmer" diesen „Berufswechsel" großmütig durch Vorstrecken eines minimalen Betriebskapitals unterstützen. Selbstverständlich sinkt die Lebenshaltung dieser Rationalisierungsopfer in den meisten Fällen tief unter die des industriellen Arbeiters und selbstverständlich geht ein ganz gewaltiger Teil dieser Zwergbetriebe nach kurzer Zeit zugrunde. So reiht sich die disproportionale

Entwicklung des Handelsapparats ein in die Niedergangsphase des Kapitalismus. Aber – das sei ausdrücklich hervorgehoben – diese Tatsache allein ist keineswegs imstande, die Disproportion zwischen Industrie- und Handelsapparat zu erklären. Wir haben diese Disproportion, wie so viele andere, zu den Widersprüchen der kapitalistischen Entwicklung zu zählen, die den Zerfall des Kapitalismus beschleunigen. Wenn Marx die Aufzählung der Vorteile des Handels für den Reproduktionsprozeß des Kapitals (III/1 „Das Warenhandlungskapital“) mit den Worten einleitet: „Falls das Kaufmannskapital seine notwendigen Proportionen nicht überschreitet ...“, so können wir im gegenwärtigen Zustand aller hochkapitalistischen Länder zweifellos eine Ueberschreitung der notwendigen Proportionen feststellen. Es findet wirklich ein Zerfall, ein Rückbildungsprozeß, statt; das Handelskapital, dessen kapitalistisch progressive Funktion in der Beschleunigung des Reproduktionsprozesses besteht und das im Zuge des kapitalistischen Fortschritts unter Beschleunigung seiner Umlaufszeit relativ abnehmen sollte, verbreitert sich und verlängert damit die Durchschnittsdauer des Reproduktionsprozesses Es ist daher auch marxistisch vollkommen gerechtfertigt, die Disproportion zwischen Industrie- und Handelskapital, wie sie besonders ausgeprägt das heutige Deutschland zeigt, den Verfallserscheinungen des Kapitalismus zuzurechnen.

LITERATUR

Luzifer: *Renners „Demokratisierung“ des Kapitals*[*)]

I.

„Hütet euch vor der Diktatur des Proletariats Ueberall sehen wir, wie der Kapitalismus sich demokratisiert; überall sehen wir ihn, vermittelst der Demokratie, in voller Entwicklung zum Sozialismus begriffen. Gewaltsame Eingriffe würden diesen Prozeß nur stören. Deshalb müssen die Arbeiter ihre ganze Kraft auf die Anwendung der friedlichen Mittel der Demokratie verlegen, das ist nicht nur der sicherste, es ist der einzige Weg zum Sozialismus“.

So kann man den Inhalt einer Reihe von Aufsätzen kurz zusammenfassen, die der österreichische Sozialdemokrat Karl Renner teils in Hilferdings „Gesellschaft“, teils Inder Wiener Zeitschrift „Kampf“ veröffentlicht hat.

Nichts liegt uns ferner, als den Leser mit einer Aufrollung der ganzen Gelahrtheit zu langweilen, die Renner auf den 27 Druckseiten auspackt. Ein paar Stichproben genügen, um zu zeigen, daß er nichts anderes gibt, als eine jämmerliche Lobhudelei der bürgerlichen Demokratie.

Auf Seite 17 behauptet Renner: sobald ein Gesetz beschlossen ist, sei auch die Mehrheit (und mit ihr die herrschende Klassen daran gebunden:

„Sie kann nur diesen Gesetzeswillen durchführen, wie er objektiv dasteht und kann zunächst nichts daran ändern . Dazu kommt weiter, daß das objektive Recht nunmehr unter der Sanktion der Verfassungs- und Zivilgerichte steht, die vom Parteistreit unabhängig sind.“

Eine tollere Schaumschlägerei ist kaum je dagewesen! Als ob wir es nicht jeden Tag erleben, wie die herrschende Klasse – es kann sogar bloß eine herrschende Gruppe [479] sein, – durch Auslegungskünste dem von ihr selbst gegebenen Gesetz ein Schnippchen schlägt! Und als ob ihr nicht jeden Tag die „vom Parteistreit unabhängigen“ Gerichte dabei helfen! Davon weiß Renner nichts. „Die Bindung der Mehrheit an das Gesetz, das ist das eigentlich Wertvolle an diesem Zustand“, entblödet er sich nicht zu schreiben; denn dadurch „begrenzt nun das Gesetz die Herrschaft (der herrschenden Klasse) genau, der Beherrschte gehorcht nun nicht mehr der Willkür, sondern befolgt ein abgestecktes Maß von Aufträgen.“ – Als Beispiel solcher „Abgrenzung und genauen Beschränkung der Klassenherrschaft nennt Renner den Achtstundentag. Der Zufall fügt es, daß gerade zur selben Zeit die deutschen Gewerkschaften eine neue Aktion einleiten mußten, weil die Unternehmer sich um das bestehende Gesetz über den Achtstundentag einen Dreck gekümmert haben.

Und so geht es weiter und weiter viele Seiten lang, um zu beweisen, daß die Demokratie das höchste aller Güter sei, die Diktatur dagegen – und zwar soll das ausdrücklich für die Diktatur des Proletariats

[*)] Diese Rezension der Aufsätze Karl Renners wurde vor den Wiener Ereignissen geschrieben. Die Redaktion.

gelten – eine „Wiedergeburt des Absolutismus“, vergleichbar (S. 24) mit ekelhaften Krankheiten, wie Tuberkeln, Krebsbazillen, schwarzen Blattern oder auch mit Tigern und Giftschlangen. Renner tut so, als ob er von der ökonomischen Bedingtheit des politischen Zustandes keine Ahnung hätte. Er tut so, als ob er glaubte, ein auf dem Papier stehendes gleiches Wahlrecht sei auch schon in der Wirklichkeit vorhanden und gewähre dem Proletariat – nur weil es auf dem Papier steht – ein tatsächliches Mitbestimmungsrecht im Staat. Es genügt, demgegenüber an das in seiner Einfachheit klassische Wort von Lenin zu erinnern:*)

„Die Demokratie (in der bürgerlichen Republik) ist immer in den engen Rahmen der kapitalistischen Ausbeutung eingeengt und bleibt daher stets eine Demokratie der besitzenden Klassen. Die Freiheit der kapitalistischen Gesellschaft bleibt immer annähernd die gleiche, wie sie in den griechischen Republiken des Altertums war: eine Freiheit für die Sklavenbesitzer. Die modernen Sklaven bleiben angesichts der Bedingungen der kapitalistischen Ausbeutung so von Not und Armut bedrückt, daß sie weder an Demokratie, noch an Politik zu denken Zeit haben, so daß bei dem gewöhnlichen friedlichen Gang der Ereignisse die Mehrheit der Bevölkerung von der Teilnahme am öffentlichen und politischen Leben ferngehalten wird.“

Oder, falls Lenin für Renner nicht Autorität genug besitzt, so darf man ihn vielleicht an den Ausspruch von Karl Marx erinnern,**) daß das bürgerliche „gleiche Recht für alle“ – für Renner das herrlichste der Ideale – in Wahrheit „ein Recht der Ungleichheit“ ist und daß es, um die durch en Kapitalismus verursachten Mißstände zu vermeiden, „statt gleich, ungleich sein müßte“. Sowie an jenen anderen Ausspruch von . Marx,***) der das Wesen der bürgerlichen Demokratie treffend dahin kennzeichnet, daß die Wähler berufen sind, „einmal in drei oder sechs Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- und zertreten soll“.

Man soll aber nicht glauben, daß Renner darum auf den Klassenkampf verzichtet. Kein Gedanke!

„Der Wahlsieg und der Sieg in der parlamentarischen Abstimmung sind Siege im Klassenkampf“,

heißt es auf S. 21, und noch toller im „Kampf“ (Februar 1927, S. 23):

„Daß der Kampf am Beratungstisch fortgeht, daß er dort unter Umständen zäher und mit höherer Anspannung der Nerven geführt wird, beweist das tägliche Ringen der Parteien innerhalb einer Koalitionsregierung. Wer eine solche mitgemacht hat, weiß, wieviel mehr Geist und Nerven dieser Kampf am grünen Tisch verzehrt, welche Erholung dagegen die ‚offene Feldschlacht‘ bringt.“

Wer das nicht einsieht, der hat eben, nach Renner, „Feldwebelverstand“. Wie kläglich nehmen sich daneben die Verfechter der Diktatur des Proletariat aus! Sie kennen den Klassenkampf nur „in der Form des Dreinhauens“.

Indessen, die Verherrlichung der politischen Demokratie ist nur ein Vorspiel, ein Einleitung, eine Stimmungsmache. Auch über die Wirtschafts demokratie hat Renner (in der Zeitschrift „Kampf“) wohlgezählte 31 Druckseiten vollgeschrieben. eine Weitschweifigkeit ist sehr störend, denn welche Stellen man auch aufs Korn nimmt, immer wird er sich darauf berufen können, daß man anderes, ihm Wichtiges weggelassen habe. Versuchen war trotzdem seinen Gedankengang herauszuschälen, so finden wir folgendes:

Der entscheidende Unterschied zwischen sozialistischer und kapitalistischer Wirtschaft ist der Mehrwert. Im Kapitalismus geht der erwirtschaftete Ueberschuß in den Privatbesitz der Kapitalisten; im Sozialismus verbleibt er der Gesamtheit. Dieser Unterschied beeinflußt ausschlaggebend Form und Gestaltung der Wirtschaft: im kapitalistischen Betrieb herrscht Autokratie, der Kapitalist bestimmt, was, wo, wie gearbeitet wird und verfügt selbstherrlich über das Produkt. Die sozialistische Wirtschaft dagegen wird „nach dem Willen, im Dienste und im Interesse des Volkes“ betrieben. Folglich besteht die Aufgabe der Gegenwart darin, die Selbstherrlichkeit, die alleinige Befehlsgewalt des Kapitalisten im Betriebe immer mehr einzuengen, ihr ein immer weitergehendes Mitbestimmungsrecht der Arbeiter an die Seite zu setzen, sowohl für die Führung des Betriebes, als

*) Staat und Revolution, Kap. V, Nr. 2, deutsche Ausgabe, S. 72.
**) Neue Zeit, 1890/91, Bd. 1, S. 567.
***) Bürgerkrieg in Frankreich, Ausg. 1891, S. 47.

auch für die Verwendung des Produkts, namentlich des Ueberschusses, bis zuletzt die Autokratie vollständig verdrängt ist.

Diese Entwicklung nun, meint Renner, sei längst in vollem Gange. Da sind erstens mal die Genossenschaften der Arbeiter. Sie bewirken, daß ein Teil des Mehrwerts, anstatt in kapitalistische Taschen, wieder zur Arbeiterklasse zurückfließt. Außerdem geschieht die Verwaltungsleitung der genossenschaftlichen Betriebe durch gewählte Funktionäre, also demokratisch. Seit die Arbeiter in ihren Genossenschaften, Gewerkschaften durch Ersparnisse Gelder ansammeln, können sie auch das Kreditwesen im demokratischen und also im sozialistischen Sinne (d. h. zwecks Minderung oder Beseitigung des Mehrwerts) beeinflussen. Durch den Konsum-[480]verein, schreibt Renner („Kampf“ , Dezember 1926, S. 531) bekommt der Konsument

„unerwarteter Weise ein Stück Mehrwert zurück. – Dieser Mehrwert wird also, obschon kapitalistisch erzeugt, und nach kapitalistischen Gesetzen umlaufend, zum Schluß zweifellos sozialisiert“.

Zweifellos dürfte hier nur das eine sein, daß Renner in seinen Ansprüchen an das, was er „Sozialisierung“ nennt, ganz außerordentlich bescheiden ist. Für ihn (S. 533) sind:

„die genossenschaftlichen Institutionen eine Maschinerie fortschreitender Sozialisierung von unten auf, ständig wachsender, ständig auf dem Marsch befindlicher Wirtschaftsdemokratie. In den Waren, in denen sie bis zur Eigenproduktion mit genossenschaftseigenem Kapital vorgeschritten sind, gibt es kein Partikelchen Mehrwert mehr, das nicht der Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit zurückflösse: Und insoweit ist die Ausbeutung einer Klasse durch die andere einfach aufgehoben“.

Demnach brauchen die Arbeiter bloß Schritt für Schritt die gesamte Produktion in genossenschaftlichen Eigenbetrieb zu übernehmen und dann alle Waren durch Konsumvereine verkaufen zu lassen, so vollziehen sie die Entwicklung zum Sozialismus (S. 534)

„ganz und gar auf dem Boden der kapitalistischen Welt selbst, ganz ohne Klassenkampf, einfach durch die Mittel der bürgerlichen Wirtschaft selbst“.

Da nun in England bekanntlich die ersten Genossenschaften 1844 gegründet sind, so befindet sich England bereits seit fast 90 Jahren in dieser glücklichen Entwicklung. Wozu also Klassenkampf?

Aber viel, viel mehr Wirtschaftsdemokratie, viel mehr Sozialismus entdeckt Renner in den heutigen Zuständen. Da sind weiter die Gewerkschaften. Es ist („Kampf“, Februar 1927, S. 82) ihre

„geschichtliche Mission, die Arbeitskraft bewußt zu sozialisieren, von unten auf, auf demokratischem Wege. Und diese Sozialisierung ist in hohem Grade schon vollzogen“.

Ei, wie denn das? – Ja, ihr Toren mit dem Feldwebelverstand, seht ihr denn nicht, daß die Gewerkschaften mit den Unternehmerverbänden Kollektivverträge vereinbaren? Seht ihr denn nicht, daß das Arbeitsverhältnis immer mehr der staatlichen Rechtspflege entzogen wird? Erst entschieden über Streitigkeiten die Polizeigerichte. Dann traten an ihre Stelle die Zivilgerichte. Später kamen die Gewerbegerichte, und heute sind die von den Organisationen selbst gestellten Schlichtungskommissionen und Tarifgerichte im Werden begriffen.

„Unzweifelhaft – Sozialisierung!“

Der erste Tarifvertrag wurde in Deutschland 1896 abgeschlossen. So alt ist also hier die Sozialisierung. – Doch nein, sie ist noch viel älter:

„Das ganze Sozialisierungswesen ist, trotz seines staatlichen Einschlages, ein Stück wirtschaftlicher Demokratie.“

Die ersten Krankenkassen entstanden in Deutschland um 1880. Seit 50 Jahren entwickelte sich demnach bei uns die Demokratie, die ja, nach Renner, unfehlbar zum Sozialismus führt. Was sind die Arbeiter doch glücklich in Deutschland!

Aber wie weit haben wir es dadurch auch schon gebracht! Wird doch (S. 85) jedem Arbeiter sogar ein Teil seines Lohnes als Beitrag für Krankenkasse, Invalidenversicherung usw. abgezogen. Für Renner ist das Sozialismus:

„Die gesammelten Reserven ... sind absolut sozialisiertes Kapital, dessen Mehrwert der ganzen Klasse ungeschieden zugutekommt ...W e n n i r g e n d e t w a s, i s t d a s S o z i a l i s i e r u n g.“

Das hat sich noch kein deutscher Arbeiter träumen lassen, daß die ihm abgezwackten Versicherungsgroschen, die er hergeben muß, obwohl er sich nur zum Vorteil des Kapitals krank oder invalide und altersschwach arbeitet – daß diese ihm abgezwackten Groschen ein Stück „Sozialismus“ sind!

Und immer weiter gehen in Renners Augen die Früchte der Demokratie und der Sozialisierung. Haben wir nicht d i e B e t r i e b s r ä t e? Haben wir nicht den R e i c h s w i r t s c h a f t s r a t? Haben sich nicht – der Gipfel der Gefühle – im November 1918 die deutschen Unternehmer mit den Gewerkschaftsführern an einen Tisch gesetzt, um die A r b e i t s g e m e i n s c h a f t abzuschließen? Lauter Einschränkungen der Unternehmer-Autokratie? (Wobei Renner allerdings zu erwähnen vergißt, daß die Räte und sogar auch die Geneigtheit der Unternehmer zur Arbeitsgemeinschaft eine Folge der Revolution waren, also ohne den „Feldwebelverstand“ kaum erreicht worden wären.)

Sowohl die „Gesellschaft“ wie der „Kampf“ werden von den breiten Arbeitermassen nicht gelesen, sondern nur von den Funktionären der sozialdemokratischen Parteien in Deutschland und Oesterreich. Vor ihnen will Renner das Verhalten der sozialdemokratischen Führer rechtfertigen: ihren, Verzicht auf jeden Kampf gegen das Kapital, ihre fortdauernde Preisgabe der proletarischen Interessen. Jedoch, als klug er Mann blickt Renner auch in die Zukunft. Schon im voraus sollen die sozialdemokratischen Funktionäre eingeseift werden. Trotz allem, was wir erlebt haben, kündigt Renner für die Zukunft noch Schlimmeres an: Kraft der Wirtschaftsdemokratie hätten die Gewerkschaften jetzt nicht mehr nur die Rechte und Interessen der Arbeiter zu schützen, sondern zugleich dafür zu sorgen, daß die Arbeitsverfassung „die größte Produktivität verbürgt“. Da könne es denn geschehen, daß

„die Gewerkschaft eine Arbeitsverfassung mitbeschließt, die positive Interessen (der Arbeiter) kränkt und g e g e n d i e a l t e n G e w e r k s c h a f t s r e g e l n v e r s t ö ß t, wenn sie nur in Zukunft den Lebensboden der Klasse durch Erhaltung und Steigerung der industriellen Produktivität verbürgt“.

Das kann gut werden! Da werden wir es vielleicht eines schönen Tages erleben, daß die Gewerkschaftsführer erklären, der Achtstundentag oder eine Lohnsteigerung oder die Verweigerung von Streikbrucharbeit oder ein Lohnzuschlag für Ueberstunden verhindern „die Erhaltung und Steigerung der industriellen Produktivität“.

Der „Austromarxist“ Renner ist eben nichts anderes, als eine österreichische Ausgabe Hilferdings!

[481]

Die Internationale
Jahrgang 10 * Berlin, den 15. August 1927 * Heft 16

Der Sinn der Reichsbannerkrise.

Berlin, 15. August.

♂ Der Austritt des Bürgerblockkanzlers Marx aus dem Reichsbanner war weder der „Blitz aus heiterem Himmel“, als den ihn die schwarzrotgoldene SPD-Presse darstellen wollte, noch widersprach er der zwangsläufigen Entwicklung der „republikanischen Schutzorganisation“. Im Gegenteil, der Austritt Marx' signalisierte nur die Vertiefung der Reichsbannerkrise, die auf das engste mit der Konsolidierung des Bürgerblocks und mit der beginnenden Erkenntnis breiter sozialdemokratischer Arbeiterschichten über den reaktionären Klasseninhalt der schwarzrotgoldenen Republik zusammenhängt. Die Sozialdemokratie tat alles, um den klassenmäßigen Sinn der Reichsbannerkrise zu verschleiern. Man zieh Marx des „Verrats an den republikanischen Idealen“. Man beschwor die Schatten der ermordeten Reichsbannerarbeiter, um die Zentrumsangehörigen bei der Stange zu halten. Trotzdem konnte es die raffinierteste Parteivorstandsstrategie nicht verhindern, daß der Austritt Marx' und die damit zusammenhängenden politischen Diskussionen insbesondere in der Zentrumspresse, als die auf Druck des Zentrums vorgenommenen Veränderungen in der Leitung des Reichsbanners alle jene Fragen aufrissen, die vom Tage der Gründung des Reichsbanners vor den sozialdemokratischen Reichsbannerangehörigen standen: Die Frage des Verhältnisses der Reichsbannerparteien zueinander, das Verhältnis des Reichsbanners zur. Bourgeoisie und zur Arbeiterklasse und schließlich die Existenzfrage des Reichsbanners: welches ist sein Zweck und wen schützt es?

Der Austritt Marx wirkt auf die sozialdemokratischen Arbeitermassen nicht nur deshalb so tief, weil Marx der republikanische Reichspräsidentenkandidat war, den die Sozialdemokratie im Jahre 1924 als den Repräsentanten der Republik gegen die monarchistischen Kräfte auf ihr Schild erhob, sondern weil er symbolisch war für die Entwicklung der Republik von der kleinbürgerlichen Weimarer Koalition bis zum Bürgerblock. Marx war fast ein Jahr lang gleichzeitig Kanzler des Bürgerblocks und Reichsbannerführer. Als Marx die Koalition von Schwerindustrie, Großgrundbesitz und katholischer Kirche bildete, sprach ihm der sozialdemokratische Reichsbannerführer Hörsing den Dank des Reichsbanners dafür aus, daß er innerhalb dieser reaktionären Koalition die republikanischen Interessen verträte. Die Sozialdemokratie, die für sich in Anspruch nehmen darf, daß ohne ihre Koalitionspolitik der Bürgerblock unmöglich wäre, proklamierte, um die Massen zu beruhigen, den baldigen Zusammenbruch des Bürgerblocks. Ein Jahr ist vergangen. Der Bürgerblock hat sich konsolidiert, die Koalitionsträume zerflattern immer mehr in ein Nichts. Marx tritt aus dem Reichsbanner aus, um die letzten Illusionen darüber zu zerstören, daß die geschichtliche Rolle der [482] kleinbürgerlichen Koalition in Deutschland erledigt ist, daß das Reichsbannerideal der Weimarer Koalition eine Chimäre ist. Der Austritt Marx aus dem Reichsbanner war eine Antwort an die republikanische Agitation des linken Zentrumsflügels, er ist ein Dokument für den politischen Kurs des Zentrums auf sehr lange Zeit.

Der Zusammenbruch der Monarchie im Jahre 1918 war der Grund und Boden für den Aufstieg des kleinbürgerlichen Republikanismus, dessen Regierungsform die Weimarer Koalition war. Das wirtschaftliche Milieu dieses Republikanismus war die durch die Kriegsniederlage zusammengebrochene kapitalistische Wirtschaft, die Vernichtung der imperialistischen Stellung Deutschlands am Weltmarkt. Dem revolutionären Ansturm der Arbeiterklasse vom Jahre 1918 bis 1923 gelang es nicht, den morschen bürgerlichen Staat zu zertrümmern und in demselben Maße, in dem die Sozialdemokratie mit ihren Noskes, Severings und Hörsings die revolutionären Kämpfe niederschlugen, festigte sich die politische und ökonomische Macht jener Schichten der Bourgeoisie, die heute den führenden Teil des Bürgerblocks darstellen, der Deutschnationalen und Deutschen Volkspartei. Die Stabilisierung der deutschen Wirtschaft nach der Niederlage der Arbeiterklasse im Jahre 1923, die umfassende Rationalisierung und der Wiederaufstieg des deutschen Kapitalismus am Weltmarkt schufen den Bürgerblock, die Regierung, die alle Errungenschaften des Novemberumsturzes vernichtete und in der Republik dieselben Klassen in den Vollbesitz aller wirtschaftlich-politischen Macht setzte, die in der

Monarchie das Regierungszepter geführt hat. In der Periode des kleinbürgerlichen Republikanismus standen diese Schichten in Opposition zur Republik. Die Entwicklung der Jahre nach 1923 gab ihnen die volle Macht in der Republik: – „Die Republik war gerettet.“ Und im Jahre 1924 schuf die Sozialdemokratie das Reichsbanner, unter der Losung „Schutz der Republik“, Millionen deutscher Arbeiter glaubten an die unmittelbare Bedrohung der republikanischen Staatsform durch den Monarchismus. Die sozialdemokratischen Massen, die in das Reichsbanner strömten, glaubten, Kämpfer für den republikanischen Fortschritt gegen die monarchistische Reaktion zu sein und waren tatsächlich nichts anderes als Flügeltruppen der Eroberung der Republik durch die Parteien des Monarchismus, die sich mit der Republik vollkommen abgefunden hatten. Den sozialdemokratischen Führern diente das Reichsbanner zur Verschleierung der Aenderung der Klassenverhältnisse in der Republik. Das Reichsbanner wurde zur Verkörperung aller Illusionen in der Arbeiterschaft über die über den Klassen stehende Republik, den „demokratischen Volksstaat“, der losgelöst von den Gesetzen der kapitalistischen Entwicklung, der Arbeiterschaft alle demokratischen Freiheiten sichert. Das Reichsbanner wurde im Jahre 1924 gegründet als Organisation zum „Schutze der Republik“. Aber im Jahre 1927 gibt es in Deutschland nur eine Klasse, die ein Interesse am Sturze dieser Republik hat: die Arbeiterklasse. Die Klasseninteressen der Bourgeoisie, von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen, fallen vollständig mit den gegenwärtigen Machtverhältnissen in der Republik zusammen. Das Zentrum und die Demokraten beteiligen sich nur deshalb an der Reichsbannerorganisation, weil auch ihnen breite Schichten der Arbeiterschaft und des Kleinbürgertums folgen, die in dem Kampfe für die Republik einen Kampf für ihre materiellen Interessen wähnen. Das ist die entscheidende Frage, die in den proletarischen Massen des Reichsbanners grollt und die letzten Endes das Reichsbanner sprengen wird. Wen schützt das Reichsbanner? Die durch Hindenburg und Marx „gesicherte“ Republik oder die Klasseninteressen des Proletariats, die mit denen des Bürgerblocks unvereinbar sind. Oder mit anderen Worten: So [483] lange in den Köpfen der proletarischen Reichsbannermitglieder die Illusion besteht, daß sie gegen die monarchistische Gefahr kämpfen, so lange, aber nur so lange, besteht die Möglichkeit, das Reichsbanner gegen die Arbeiterklasse einzusetzen. Aber die Lage hat sich seit der Gründung des Reichsbanners außerordentlich geändert. Brauchte die Bourgeoisie zur Sicherung der Stabilisierung und des Aufmarsches zum Bürgerblock eine Rückendeckung durch eine Organisation, die die Arbeiterschaft vom revolutionären Kampf abhielt, so braucht die Bourgeoisie im Jahre 1927 keine Organisationen mehr zum „Schutze der Republik“, die unter Führung des kleinbürgerlichen Republikanismus stehen. Und so rollt der Bürgerblock nach dem Austritt Marx’ mit aller brutalen Offenheit durch die sogenannten Zentrumsrichtlinien die Existenzfrage des Reichsbanners auf. In diesen Richtlinien heißt es: „Die Entscheidung über Beibehaltung oder Beseitigung des Reichsbanners steht keiner politischen Partei, sondern nur einer voll verantwortlichen Regierung zu, die in der Lage ist, alle Folgen, die sich aus der Auflösung des Reichsbanners und selbstverständlich auch aller dem Reichsbanner als Gegner gegenüberstehenden Organisationen ergeben, auf sich zu nehmen.“

Die Zentrumspartei übergibt die Entscheidung über das Reichsbanner dem Bürgerblock. Aber die Bourgeoisie ist gar nicht für sofortige Auflösung des Reichsbanners. Denn gerade dieses gewährt ihr, ebenso wie die preußische Koalition, ohne Beteiligung der Sozialdemokratie an der Regierungsmacht, die Möglichkeit jenes Zusammenspiels mit der Partei des Arbeiterverrats, die die beste Garantie für die Durchführung der Bürgerblockpolitik ist. Und die organisatorischen Aenderungen der Leitung des Reichsbanners, die verstärkte Macht des Bürgerblock-Zentrums nach dem Austritt Marx’ im Reichsbanner, gibt der Bourgeoisie die vollste Möglichkeit, diese Organisation zum Schutze der Republik restlos in eine Organisation zur Verteidigung des Bürgerblocks umzuwandeln. In diesem Sinne beginnt eine Agitation zur Vereinigung des Reichsbanners mit dem Stahlhelm. Die sozialdemokratischen Führer stehen dabei „Gewehr bei Fuß“. Sie predigen die „Neutralität“ des Reichsbanners gegenüber dem Stahlhelm. Aber die Zentrumskommandeure des Reichsbanners sprechen bereits in der Sprache des Stahlhelm: „Wenn somit das Reichsbanner einen wesentlichen Anteil an der ruhig fortschreitenden Entwicklung des Staatswesens gehabt hat und noch hat, so sind seine Verdienste in bezug auf die Vertiefung und Verbreiterung des

vaterländischen Gedankens noch viel größer ... Wer hat Hunderttausenden von Arbeitern, die früher als vaterlandslose Gesellen verschrien waren und sich so notgedrungen an die Internationale klammerten, das Vaterland zurückgegeben? Das Reichsbanner.“ So predigt der württembergische Reichsbannerhäuptling Bauer. Das Reichsbanner als vaterländische Organisation. Das ist die Bedingung, unter der der Bürgerblock dem Reichsbanner gestatten will, die „Republik weiter zu schützen“. Und hier entsteht die Frage: wo ist noch in dem politischen Ziel ein Unterschied zwischen Reichsbanner und Stahlhelm? Beide Organisationen sind für den „Schutz der Republik“. Der Stahlhelm erklärte seit der Bildung der Bürgerblockregierung unzähligemal laut und deutlich, daß er alle Bestrebungen zum Sturze der Republik ablehne. Beide Organisationen unterstützen bedingungslos die Außenpolitik Stresemanns. Beide defilieren mit derselben Ehrfurcht für Hindenburg. Aber diese Politik ist unvereinbar mit den Klasseninteressen der großen Masse der proletarischen Reichsbanner[484] angehörigen. Und deshalb die Krise im Reichsbanner, deshalb die wachsende Zersetzung in der Organisation, die letzten Endes zur Sprengung des Reichsbanners führen muß. Und an diesem Punkte der Krise setzt von linkssozialdemokratischer Seite die Propaganda einer neuen Illusion auf, die des „Republikanischen Schutzbundes“ nach österreichischem Muster. Die Wiener Ereignisse haben gelehrt, daß auch ein solcher republikanischer Schutzbund unter sozialdemokratischer Alleinführung im Augenblick des Kampfes nur gegen die Arbeiterklasse wirken kann. Aber die deutschen Arbeiter haben diese österreichische Erfahrung noch nicht gemacht und deshalb fällt die linkssozialdemokratische Agitation unter den Reichsbannerarbeitern auf einen günstigen Boden. Sie erwarten von dieser Lösung der Reichsbannerkrise eine Abschüttelung der Zentrumsfesseln und sehen noch nicht, daß sie hier an dem Grundproblem der sozialdemokratischen Politik rütteln, der Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie. Die Reichsbannerkrise hängt auf das engste zusammen mit der Erschütterung der sozialdemokratischen Koalitionspolitik durch die Konsolidierung des Bürgerblocks. Die Generallinie der sozialdemokratischen Politik ist Beibehaltung eines solchen Verhältnisses zum Zentrum, das die Möglichkeit einer neuen großen Koalition nach den kommenden Reichstagswahlen nicht ausschließt. Dem wurde alles geopfert. Die Opposition in der Zollfrage und gegen das Schulgesetz, dem zuliebe mußten Severing und Hörsing gehen, dem zuliebe wird jede Opposition in der Partei und im Reichsbanner mit den Methoden des preußischen Feldwebels unterdrückt. Die SPD-Führung setzt alles auf eine Karte, die republikanische Dreieinigkeit soll um jeden Preis gerettet werden. Die Reichsbannerkrise hat nicht nur mit aller Deutlichkeit die Politik des systematischen Verrats der Klasseninteressen der Arbeiterschaft durch die Sozialdemokratie bewiesen. Sie beweist noch mehr: die Ausweglosigkeit der sozialdemokratischen Politik, die glaubt, die geschichtliche Entwicklung, die zum Bürgerblock führte und die durch den sozialdemokratischen Verrat bedingt war, mit Mitteln überwinden zu können, die der Sozialdemokratie in der Vergangenheit die Möglichkeit einer scheinbaren Beteiligung an der Regierungsmacht gaben, die aber in der Gegenwart nichts sind als verräterische Illusionen.

Die Reichsbannerkrise weist die Kommunistische Partei mit der größten Dringlichkeit darauf hin, daß ihr Verhältnis zu den sozialdemokratischen Arbeitern und ihre Fähigkeit, die rebellierenden sozialdemokratischen Massen

für den revolutionären Kampf zu gewinnen, eine entscheidende Frage für die deutsche Revolution ist. [485]

*

Aus dem literarischen Nachlaß von Karl Marx

Von Rosa Luxemburg.

Am 16. August sind 60 Jahre verflossen, seit dem Tage, da Karl Marx den ersten Band seines „Kapital“ abschloß. Der folgende Aufsatz ist der Wiederabdruck des wesentlichen Teils einer Besprechung der „Theorien über den Mehrwert“, die Rosa Luxemburg am 8. Januar 1905 im „Vorwärts“ veröffentlichte. Da diese Besprechung zugleich das gesamte ökonomische Werk Marxens würdigt, dürfte sie an diesem

Gedenktag unseren Lesern willkommen sein. Die Redaktion.

I.

Das Buch heißt „Theorien über den Mehrwert“, und dieser Titel deckt sich auch formell mit dem überwiegenden Inhalt des vorliegenden ersten Bandes. Doch wer die Rolle und die Bedeutung der Mehrwerttheorie in dem Marxschen ökonomischen Lehrgebäude kennt, wird von vornherein wissen, daß es sich hier nicht um eine Teiluntersuchung, um eine geschichtliche Monographie, sondern um das innerste Wesen selbst der Nationalökonomie in ihrem historischen Werdegang handelt. Friedrich Engels sagt in seinem Anti-Dühring: „Indem Marx ... nachwies, wie Mehrwert entsteht und wie allein Mehrwert unter der Herrschaft der den Austausch von Waren regelnden Gesetze entstehen kann, legte er den Mechanismus der heutigen kapitalistischen Produktionsweise und der auf ihr beruhenden Aneignungsweise bloß, enthüllte er den Kristallkern, um den die ganze heutige Gesellschaftsordnung sich angesetzt hat.“ Wenn indes die umfassende Bedeutung dieser Tatsache in allen ihren Konsequenzen für die kapitalistische Wirtschaft noch aus den bisher veröffentlichten Untersuchungen Marx’ – aus „Zur Kritik“ aus dem „Kapital“ – nicht deutlich und klar genug hervorgetreten sein sollte, dann trägt gerade das jetzt erschienene Buch in vollkommenem Maße dazu bei. Nachdem Marx nämlich im ersten Teil des vorliegenden Bandes die verschiedenen bürgerlichen Konzeptionen über die Entstehung des Mehrwertes untersucht, gibt er im zweiten Teile eine kritisch historische Analyse des Begriffs von der „produktiven Arbeit“. Und hier entfaltet sich vor dem Leser fortschreitend die Bedeutung des Mehrwertes aus einer fragmentarischen Einzelerscheinung, aus einem Element der Wirtschaft zur zentralen Triebfeder des ganzen sozialen Mechanismus.

Was ist „produktive Arbeit“? Für den Vulgärökonomen eine reine Definitionsfrage, wie alle Grundbegriffe der Nationalökonomie. Ist doch das Arbeiten mit Definitionen die erprobte Methode, die es dem Oekonomen gestattet, nach einem höchst wissenschaftlich schillernden Prozeß der Untersuchung an ihrem Schluß genau dieselbe Portion Weisheit glücklich herauszufischen, die er selbst in ihrem Anfang hineingeschmuggelt hat. Ein amüsantes Beispiel dieses harmlosen Spieles, das auf dem Wege eigener ausgeklügelter Definitionen hinter das Geheimnis einer wirtschaftlichen Erscheinung kommen will, bieten ja in unserer Zeit die Untersuchungen über die Kartelle, die wohl ein gutes Dutzend Definitionen von beliebiger Länge und für jeden Geschmack – freilich wenig darüber hinaus – produziert haben.

Auch die Frage nach der „Produktivität der Arbeit“ ist für den bürgerlichen Oekonomen lediglich Geschmackssache. Ob man die Arbeit „produktiv“ nennen soll, je nachdem sie Waren oder materielle Güter überhaupt, oder auch noch allgemeiner „nützliche Dienste“ leistet, ob wir die Arbeit des Schusters, des Seiltänzers und des Reichskanzlers gleichmäßig „produktiv“ nennen, oder nur einzelne Kategorien davon mit dem schmeichelhaften Titel auszeichnen sollen, das ist ein Streitpunkt der bürgerlichen [486] Oekonomie, der ebenso alt ist wie diese Oekonomie selbst und an dessen Lösung um so mehr Scharfsinn der „Gelehrten“ verwendet wurde, je tiefer die Nationalökonomie in den Vulgarismus versank – ohne jedoch, daß sich die bürgerlichen Theoretiker je der tief einschneidenden Bedeutung dieses Problems für ihre Wissenschaft bewußt geworden wären.

Marx wendet hier wie in allen Fragen die dialektische Methode an und weist nach, daß der Begriff der „produktiven Arbeit“ nicht Gegenstand der Privatliebhaberei oder des Esprit des einzelnen Oekonomen, sondern ein geschichtliches Produkt der Gesellschaft sei. Genau wie er das Bevölkerungsproblem auf einen neuen Boden gestellt hat, indem er nachgewiesen, daß es kein allgemeines absolutes Bevölkerungsgesetz für alle Zeiten und Länder gäbe, vielmehr jede historische Gesellschaftsform ihr eigenes, allerdings in ihren Schranken mit der Kraft eines Naturgesetzes wirkendes Bevölkerungsgesetz habe, so behandelt Marx den Begriff der „produktiven Arbeit“ nicht als etymologische Definition, sondern als historische Kategorie. Jede Wirtschaftsform stempelt die Arbeit zur „produktiven“ vom anderen Gesichtspunkt, je nach ihrem eigenen Zweck. In der primitiven, auf direkten Selbstgebrauch der Arbeitenden gerichteten kommunistischen Gesellschaft erscheint offenbar als „produktiv“ jede Arbeit, die zur Herstellung und Vergrößerung der Summe von

Gebrauchsgütern der Kommune dient. In der Periode der einfachen handwerksmäßigen Warenproduktion gilt diejenige Arbeit als gesellschaftlich „produktiv“, die sich in der Herstellung von Waren materialisiert. Endlich in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die weder auf die Herstellung von Gebrauchswerten, noch von Waren gerichtet ist – erstere sind nur die notwendige allgemeine V o r a u s s e t z u n g , letztere sind die herrschende F o r m der kapitalistischen Produktion, deren eigentlicher Zweck die Produktion von K a p i t a l ist, in dieser Gesellschaft erscheint logischerweise als p r o d u k t i v nur diejenige Arbeit, die den Kapitalstoff, den M e h r w e r t schafft. Darin ist aber bereits eingeschlossen, daß es Arbeit für a n d e r e, ausgebeutete Arbeit, Arbeit unter der Klassenherrschaft ist. Der Begriff der Produktivität der Arbeit liegt in der Marxschen Beleuchtung nicht im Verhältnis zwischen Mensch und Arbeitsstoff, allgemeiner: zwischen Mensch und Natur, allwo ihn der Vulgarus seit einem Jahrhundert im Schweiße seines Angesichts sucht, sondern zwischen Mensch und Mensch, es ist ein g e s e l l s c h a f t l i c h e s V e r h ä l t n i s, das unter dem Begriff der „produktiven Arbeit“ steckt, genau wie unter dem Begriff von Kapital. Durch das Prisma dieses Begriffes gesehen, ersteht vor uns die kapitalistische Gesellschaft wie auf flacher Hand in deutlichsten Farben und Konturen, in all ihrem objektiven Wahnsinn der Gesetze und in all ihrer subjektiven Verkehrtheit der Anschauungen, die Gesellschaft, in der als innerer, gleichsam von Gott und Natur bestimmter Zweck der menschlichen Arbeit – die Bereicherung anderer erscheint, die Gesellschaft, in der die Ausbeutung als die Norm, dagegen die Arbeit zum eigenen Wohl des Arbeitenden als Abnormität, Ueberflüssigkeit, Zweckwidrigkeit gilt, die Gesellschaft, in der die stets wachsende Masse des Volkes nur in dem Maße unter den Begriff der „produktiven Arbeiter“ fällt, in dem sie – die eigene soziale Sklaverei produziert.

Erst in dieser Beleuchtung wird die Generalattacke begreiflich, die die bürgerliche Oekonomie sofort mit allen Geschützen gegen den alten Adam Smith eröffnete, nachdem er hier, wie in den meisten Hauptgesetzen der kapitalistischen Wirtschaft, mit klassischem Freimute hart an die Grenze der Erkenntnis gestoßen, damit zugleich aber die sterblichen Seiten dieser Gesellschaftsform entblößt hatte. Die kritische Revue der großen Kontroverse zwischen der klassischen und der Vulgärökonomie über den Begriff der „produktiven Arbeit“ ist die tiefste und glänzendste Partie des vorliegenden Marxschen Werkes, die auf einem ganz neuen Wege, wenn auch in vollkommenster logischer Verknüpfung mit dem ganzen Marxschen System, zur Einsicht in den Gesamtcharakter der kapitalistischen Wirtschaft und ihrer historischen Bedingtheit führt.

[487] Im Lichte dieser Einsicht erscheint auch erst in ihrer wahren Bedeutung die kritische Geschichte der bürgerlichen Mehrwerttheorien, die den Hauptinhalt des vorliegenden Bandes ausmacht. indem Marx die große Linie in der Entwicklung der Mehrwerttheorie verfolgt, von der ursprünglichen Vorstellung, daß der kapitalistische Profit auf dem landwirtschaftlichen Acker als wogendes Kornfeld wächst und reift, bis au der Einsicht, daß die Grundrente umgekehrt in der Fabrik unter Gestampf industrieller Dampfmaschinen produziert wird, entwirft er die Geschichte desjenigen „Kristallkerns“, um den sich alle übrigen Begriffe der jeweiligen Richtung und Schule der Nationalökonomie in logischem Zusammenhang ansetzen.

Was namentlich den ökonomischen Forscher in diesem historischen Bilde frappieren müßte, ist die äußerlich ganz unzusammenhängende Entwicklung der so innig miteinander verbundenen Wert- und Mehrwerttheorie. Beide bewegen sich vielmehr in zwei getrennten und anscheinend selbständigen Linien, indem wir zum Beispiel bereits bei den Merkantilisten sehr klare Ahnungen in bezug auf die Arbeitswerttheorie finden, und zugleich die vulgärste Ableitung des Profits aus der Uebervorteilung im Handel. während andererseits die erste wissenschaftliche Erklärung des Mehrwerts bei den Physiokraten sich mit einer ganz rohen Werttheorie verträgt, die den Wert grobmaterialistisch als Naturstoff auffaßt, Erst durch das Zusammentreffen der ausgebildeten Arbeitswerttheorie mit der aus dem Produktionsprozeß abgeleiteten Erklärung des Mehrwerts entsteht jene abgerundete Lehre, die alle Probleme der kapitalistischen Wirtschaft auflöst. Warum nun derjenige Knotenpunkt, in dem die Werttheorie mit der Erklärung des Mehrwerts wissenschaftlich zusammentrifft, nicht mehr auf dem Pfade der b ü r g e r l i c h e n Oekonomie gefunden werden konnte, vielmehr selbst den Lebensknoten dieser Oekonomie bildet, den nur Marx durchhauen konnte, das findet in jedem einzelnen Falle im

vorliegenden Marxschen Buche seine Erklärung.

Wenn einer von den drei selbständigen theoretischen Anhängen der Geschichte das bezeichnete Problem der „produktiven Arbeit“ behandelt, so befassen sich die beiden anderen in verschiedener Form mit der Zirkulation und Reproduktion des Kapitals. Kautsky entschuldigt sich gleichsam in der Vorrede dafür, daß er hier nicht Ausführungen ausgeschaltet habe, die eigentlich Wiederholungen desjenigen darstellen, was Marx in seinen anderen ökonomischen Werken behandelt. In der Tat ist dasselbe Problem der Erklärung des Quesnayschen Tableau économique in dem von Marx selbst bearbeiteten nationalökonomischen Kapitel des Engelsschen Anti-Dühring mit großer Kürze und Einfachheit behandelt; desgleichen findet sich das Problem der Auflösung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts in Arbeitslohn und Revenue bereits im 2. Band des „Kapital“, und zwar unvergleichlich reifer und präziser dargestellt. Allein, wenn wir Kautsky für etwas zu Dank verpflichtet sind, so ist es ganz besonders für die sorgfältige Sichtung und Veröffentlichung dieses großen zweiten Anhanges im vorliegenden Bande.

Nicht bloß, daß wir hier diejenige Partie der Marxschen ökonomischen Lehre in ihrem Entstehen verfolgen können, die zu den wichtigsten und bis jetzt am wenigsten gewürdigten gehört. Der ganze Anhang ist, gerade weil er uns nicht die fertigen Resultate, sondern den Prozeß der Marxschen Forschung selbst vor die Augen führt, ein Muster der theoretisch-ökonomischen Analyse, wie sie von der bürgerlichen Nationalökonomie weder vor Marx noch nach ihm je angewendet worden ist. Daß die deutsche „historische Schule“ an Stelle einer Analyse die bloße Deskription betreibt, ergibt sich schon logisch aus ihrem „historischen“ Beruf, die Erkenntnis der Gesetzmäßigkeit der kapitalistischen zu verdecken. Ebenso selbstverständlich ist es, daß die früheren Vulgärökonomen, deren Methode darin bestand, die sozialen Vorgänge nicht in ihrem inneren objektiven Zusammenhange, sondern in ihrer Verzerrung durch die Gesetze der Konkurrenz an der sozialen Oberfläche vom Standpunkt des Einzelinteressenten zu kopieren, unter der Vorspiegelung einer wissenschaftlichen [488] Untersuchung bloß eine Serie von Trivialitäten des „gesunden Menschenverstandes“ leisteten, wofür der Schwätzer Say ein Vorbild für alle Zeiten bleibt. Aber auch bei den Klassikern beruht ihre deduktive Methode mehr auf genialen Ahnungen der großen Zusammenhänge der kapitalistischen Wirtschaft, auf der Intuition, die sich aus der völlig unbefangenen Stellung der Petty, Smith, Ricardo gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft ergibt, die sie zugleich als die einzige, die absolute Gesellschaftsform betrachten. Erst aus der völlig veränderten Stellung Marx’ zu seinem Forschungsstoffe, aus der Stellung des Sozialisten, der die Grenzen der bürgerlichen Wirtschaftsform von einer höheren Warte überblickt, kurz aus der dialektischen Methode Marx’ ergab sich die Möglichkeit, auch in bezug auf Einzelprobleme der Oekonomie die Analyse anzuwenden. Wie meisterlich und streng wissenschaftlich Marx dabei das analytische Verfahren auf die Nationalökonomie anwendete, das zeigt eben der zweite Anhang in seinem neuen Buche, wo er mit peinlicher unermüdlicher Sorgfalt ans Werk geht und stufenweise durch die Fragestellung, Ausschaltung variabler Momente, Fixierung des eigentlichen Problems, Konfrontierung mit angrenzenden Begriffen, Probelösungen und Beweisführungen a contrario Schritt für Schritt wie mit einem Meißel sich in die Materie einbohrt, um schließlich zu derjenigen Lösung vorzudringen, die er uns im zweiten Bande des „Kapital“ in fertiger Gestalt unter der Form einer Konstruktion a priori, nämlich seiner originellen Theorie des Austausches zwischen der Produktion von Genußmitteln und der Produktion von Produktionsmitteln darstellt, Für diejenigen, die sich mit dem Krisenproblem ernst beschäftigen wollen, wird dieses Fragment vielfach ebenso wichtig und anregend sein, wie die entsprechenden Kapitel im zweiten Bande des „Kapital“.

II.

Die Nationalökonomie stellt unter den Wissenschaften in gewisser Hinsicht ein Unikum dar, als das einzige Beispiel einer Disziplin, der es vorenthalten ist, ihre eigene Geschichte zu schreiben. Zur Geschichtsschreibung gehört nämlich in diesem Falle als erste Bedingung diejenige Einsicht in den Zusammenhang zwischen dem gesellschaftlichen Prozeß und seinem theoretischen Reflex, deren Fehlen gerade die wissenschaftliche Grundlage der bürgerlichen Nationalökonomie und ihrer Methoden bildet. Und daraus ergibt sich schon der merkwürdige Umstand, daß die Nationalökonomie über ihren Forschungsgegenstand, ihren Stoff selbst im Dunkeln ist, indem ihre gelehrten Historiker

krampfhaft den Anfängen der nationalökonomischen Theorien im ersten Morgengrauen der menschlichen Geschichte, im klassischen Orient, beinahe bei dem Affenmenschen, kurz, überall da nachspüren, wo sie ebensowenig zu finden ist, wie ihr einziger wirklicher Gegenstand – die kapitalistische Produktionsweise. Der Vorstellung von der bürgerlichen Gesellschaft als einer absoluten und ewigen Gesellschaftsform in bezug auf die Zukunft entspricht logisch die Vorstellung von der Nationalökonomie als einer absoluten und ewigen Wissenschaft in bezug auf die Vergangenheit. Und aus beiden ergibt sich, daß die Geschichte der Nationalökonomie nur von einem Sozialisten, genauer nur vom Marxschen Standpunkte geschrieben werden konnte.

Anscheinend liegt freilich nirgends der materielle Hintergrund der gesellschaftlichen Bewußtseinsform, der Ideologie, so zum Greifen nahe, ist nirgends so leicht zu fassen, wie bei den Theorien über das wirtschaftliche Leben selbst. Allein gerade hier zeigt es sich auch, was es mit jenen naturwüchsigen, instinktiven Anwendungen des historischen Materialismus ohne die Marxsche Dialektik auf sich hat, mit denen so manche „Ueberwinder“ der Marxschen „Dogmas“ viel Wesens machen. Nichts zeigt so schlagend, wie die Geschichte der Nationalökonomie, daß bei den nichtmarxistischen Anwendungen des Materialismus gerade jene rohe Ableitung der abstraktesten ideologischen Formen direkt aus der Suppenschüssel herauskommt, die eingeschworene Vertreter des historischen Eklektizismus der Marxschen „einseitigen“ Geschichtsauffassung unermüdlich nachsagen.

[489] Abgesehen von dem rein chronologischen „Historismus“, wie ihn Professor Roscher z. B. darstellt, der es fertig gebracht, einen Riesenband über die Geschichte der deutschen Nationalökonomie zu schreiben, die ausgenommen den Deutschen Karl Marx – gar keine Geschichte hat, in dem er mit derselben pedantischen Wichtigtuerei die ernestinischen und albertinischen Pamphlete, die Katzbalgereien über die mittelalterlichen Kipper- und Wipper-Praktiken der deutschen Fürsten auf tischt, wie z. B die Smithschen Entdeckungen und ihren Abglanz in Deutschland, abgesehen von solchen geistlosen Chronisten, für die jedes Schriftchen wie in Gottes Tiergarten dazu dient, den Geist des Schöpfers – hier die Gelehrsamkeit des Historikers – abzuspiegeln, sind manche Geschichten der Nationalökonomie, wie namentlich die von Adolphe Blanqui, an materialistischen Hinweisen und Erklärungen reif. Dieser Materialismus erschöpft sich aber meistens in solchen empirischen Trivialitäten, wie die Beobachtung, daß die Merkantilistentheorie mit dem Aufkommen. der Städte und des internationalen Handels zusammenhänge, die Manchesterlehre aber mit dem Aufschwunge der Manufaktur und der kapitalistischen Produktion u. dergl. Dabei zeigen schon die Schicksale des ersten wissenschaftlichen Systems der Oekonomie, die Physiokratenschule, allein, wie sehr die ökonomische Theorie der bürgerlichen Gesellschaft für diese selbst ein Buch mit sieben Siegeln ist. Während z. B. ein Spezialist auf dem Gebiete, der Berner Professor Oncken, den Staub von dreizehn Bibliotheken aufwirbelt und alle staatswissenschaftlichen Fakultäten zum Nießen bringt, um die epochemachende Tatsache festzustellen, wer von den Physiokraten zuerst das Wort „laisser faire, laisser passer“ gebraucht habe, bleibt diese Kampfparole des anbrechenden Kapitalismus bei den Physiokraten mit ihrem schlagenden Widerspruch zu der Verherrlichung der Landwirte als der einzigen „produktiven Klasse“ und der Degradierung des industriellen Mittelstandes zum Parasiten der Grundbesitzer für die bürgerliche Geschichte ein undurchdringliches Rätsel. Und der Spezialist Oncken weiß uns nur mit vollem Ernste zu versichern, daß der Angelpunkt der ganzen volkswirtschaftlichen Theorie Quesnays – die Preislehre sei! Ein naives Bekenntnis, daß er von dem genialen Schöpfer des Tableau économique nicht das ABC verstanden hat.

Ein anderer, von der deutschen Zunftgelehrsamkeit sehr ernst. genommener bürgerlicher Historiker, der Engländer Ingram, speist uns gar mit der tiefsinnigen Betrachtung ab, daß „die Vorliebe der (physiokratischen) Schule für die Landwirtschaft“ ein Ausdruck des im vorrevolutionären Frankreich herrschenden Geschmacks für das „Natürliche“ und für „ursprüngliche Einfachheit“ à la Rousseau gewesen sei, sozusagen eine Uebersetzung der Watteauschen Fêtes galantes und der gepuderten Schäferszenen von Boucher ins Nationalökonomische. Marx gibt auf wenigen Seiten eine allgemeine Analyse des Physiokratismus, die zugleich die erste wissenschaftliche Lösung aller scheinbaren Widersprüche dieses Systems und das glänzendste Beispiel der Anwendung der dialektisch-materialistischen Geschichtsauffassung darstellt, indem er nachweist, daß „dies alles Widersprüche der

kapitalistischen Produktion seien, die sich aus der feudalen Gesellschaft herausgearbeitet und letztere nur mehr bürgerlich interpretiert, ihre eigene, eigentliche Form aber noch nicht gefunden hat, wie etwa die Philosophie, die sich erst in der religiösen Form des Bewußtseins herauskonstruiert und damit einerseits die Religion als solche vernichtet, andererseits sich positiv selbst nur noch in dieser idealisierten, in Gedanken aufgelösten religiösen Sphäre bewegt".

In derselben Weise bringt Marx in alle Wendungen des theoretischen Gedankens der bürgerlichen Oekonomie historischen Zusammenhang und damit helles Licht hinein. Namentlich scheinen uns dabei die eigenartigen Schicksale der Werttheorie ein besonderes Augenmerk zu verdienen. Es ist dies in der Tat eine interessante Tatsache, daß wir bereits im 17. Jahrhundert, also unter der Herrschaft der zunftmäßigen Warenproduktion, ein so tiefes Verständnis für die Arbeitswert-Theorie finden, wie sie von Petty, Locke, North an den Tag gelegt wird, während seit Ricardo, gerade im [490] gleichen Schritt mit der vollen Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise, die jedenfalls durch die täglichen Preisrevolutionen im Zusammenhang mit technischen Umwälzungen die Grundlage des Arbeits wertes klarer wie je zum Bewußtsein bringt, eine radikale Abkehr von der Arbeitswert-Theorie und schließlich eine Flucht in die psychologischen Nebel der „subjektiven Schule" stattfindet. Marx löst die Frage durch einige kurze Fingerzeige, indem er aufzeigt, daß gerade die ersten Konzeptionen der Arbeitswerttheorie nicht Sonntagsbetrachtungen müßiger „Erfinder" der Nationalökonomie, sondern polemische Waffen des aufkommenden Kapitals gegen den herrschenden Grundbesitz, nicht Eingebungen eines in der Luft schwebenden „Forschungsgeistes", sondern ideologische Abspiegelungen des Klassenkampfes der Bourgeoisie gegen den Feudalismus waren. Und daraus wird ohne weiteres klar, daß, sobald die Arbeitswerttheorie umgekehrt zur theoretischen Waffe des aufstrebenden Proletariats gegen die Bourgeoisie geworden war, sie für die letztere und ihre offizielle „Wissenschaft" ein überwundener Standpunkt wurde – genau so wie der Liberalismus, wie die Demokratie. In striktem Parallelismus zu ihren politischen Wandlungen bleibt die Bourgeoisie auch in der Nationalökonomie nur solange Trägerin der wissenschaftlichen Forschung, wie sie sich gegen die feudale Gesellschaft wendet, sie verfällt sofort in den Vulgarismus und das Apologetentum, sobald sie die aufstrebende Arbeiterklasse sich gegenüber erblickt. Und wenn sich die theoretische Geschichte des Sozialismus in der Richtung von der Utopie zur Wissenschaft bewegt, so schildert Marx uns zum erstenmal die Geschichte der bürgerlichen Oekonomie von der Wissenschaft zur Utopie – von der Erkenntnis der inneren Bewegungsgesetze der bürgerlichen Gesellschaft zur apologetischen Lehre von der Verzweigung dieser Gesellschaft entgegen ihren eigenen Bewegungsgesetzen.

Im vorliegenden Bande analysiert Marx ausführlich die vulgäre Reaktion, die bereits auf Adam Smith eingetreten ist. In den weiteren Bänden verspricht uns Kautsky, die Analyse Ricardos und die Auflösung seiner Schule zu geben, damit auch den Untergang der wissenschaftlichen Nationalökonomie überhaupt, also mit anderen Worten – die theoretische Inaugurierung des proletarischen Klassenkampfes.

III.

Mit der erscheinenden Geschichte der Nationalökonomie wird das Marxsche „Kapital" und damit sein Werk der wissenschaftlichen Ueberwindung der bürgerlichen Gesellschaft vollendet. Das Buch ist wie alle grundlegenden Werke der Marxschen Lehre nicht nur eine wissenschaftliche Leistung ersten Ranges, sondern eine geschichtliche Tat, die erst im Zusammenhang mit dem historischen Kampfe der Sozialdemokratie und im Lichte dieses Kampfes gewürdigt werden kann.

Für die offizielle bürgerliche Wissenschaft ist auch diese glänzende Frucht des Marxschen Geistes nicht geschaffen. Der Moment, in dem sie erscheint, zeigt die bürgerliche Nationalökonomie in einem noch viel fortgeschritteneren Zersetzungsstadium, als es zur Zeit des Erscheinens des „Kapitals" war. Als der erste Band des Marxschen Hauptwerkes erschien, stand noch die „historische Schule" in ihrer Blüte; zur Zeit des zweiten Bandes aber und bis in die 90er Jahre hinein machte der „Subjektivismus" in den bürgerlichen Kreisen falsche Vorspiegelungen eines neuen Aufschwunges der Nationalökonomie als Wissenschaft. Heute ist von der „historischen Schule" außer einem allgemeinen Katzenjammer als einziger praktischer Niederschlag bloß die Lotz-Brentanosche Massenfabrik hoffnungsvoller

Doktoren mit einem mikroskopisch-anatomischen Institut für den „wissenschaftlichen“ Tagesbedarf des geschäftemachenden Kapitals übriggeblieben. Die „subjektive“ Böhm-Jevonssche Gemeinde aber weiß, nachdem sie an allen grundlegenden Problemen der Nationalökonomie schon früher ihre dürre Sterilität bewiesen, mit dem einzigen neuen Problem, mit dem sie wirklich etwas zu tun hat – mit den Kartellen nicht das geringste anzu-[491]fangen. Der hie und da erschallende Ruf zur Rückkehr zu der deduktiven Methode der alten Klassiker ist ein sprechendes Symptom dieses verzweifelten Zustandes.

Daß aber dieser Ruf selbst aus einer hoffnungslosen Unklarheit der heutigen Oekonomen über sich selbst wie über das Wesen der klassischen Nationalökonomie geboren ist, beweist der Umstand, daß sich z. B. als jüngster Herold der „dekuktiven Methode“ kein anderer als der Frankfurter Professor P o h l e meldet, der wissenschaftliche Vertreter des Hausbesitzervereins, die denkende Materie des städtischen Bodenwuchers, der theoretische Sachwalter des ins moderne, großstädtische Zeitalter übersetzten Shylockschen Rechts auf das proletarische Pfund Fleisch. Der Herr Professor hat also nicht die leiseste Ahnung, daß die „deduktive Methode“ der Klassiker nicht ein mechanisches Denkwerkzeug ist, das wie ein Korkzieher nach Belieben aus dem Schrank geholt und von jedem Kellner zur Bedienung der Herrschaften gebraucht werden kann, sondern daß es jener heiterunbefangene homerische Blick auf die junge Welt ist, mit dem der Erzvater der Oekonomie, Adam, im Paradies der noch in Knospen stehenden bürgerlichen Gesellschaft in göttlicher Nacktheit lustwandelte. Nachdem die bürgerliche Wissenschaft vom Baume der Erkenntnis der Klassengegensätze genossen und, über ihre Nacktheit erschrocken, in den Beamtenfrack des besoldeten Professors schlüpfte, nachdem namentlich auch die Marxsche Erkenntnis in drei Millionen denkender Köpfe Fleisch geworden ist, ist es für die heutige Oekonomie ebenso möglich, zu der deduktiven Methode und zum Verständnis der Klassiker zurückzukehren, wie es für die heutige „naive“ deutsche Ueberbrettl-Lyrik möglich ist, zum süßen „Tandaradei“ Walters von der Vogelweide „zurückzukehren“.

Deshalb vermögen wir auch nicht der optimistischen Erwartung Kautskys zuzustimmen, der in seiner Vorrede von einer nunmehr zu erwartenden Umkehr der bürgerlichen Nationalökonomie zum vertiefenden und befruchtenden Studium der klassischen Schule spricht. Immerhin mögen sich aber die Leuchten der Kathederweisheit merken, daß es gerade derjenige Vertreter des Marxismus ist, über dessen starre Exklusivität und doktrinäre Ketzerrichterei sie am meisten zu klagen pflegen, der in milder, weitherziger Menschlichkeit so weit geht, sogar von ihrem geistigen Distelstrauch zu erwarten, daß er noch einmal Feigen der wissenschaftlichen Erkenntnis tragen werde.

In gewissem Sinne ist allerdings nicht zu bezweifeln, daß sich auch die Professoralwissenschaft die neue Gabe Kautskys aneignen wird, wie sie von den früheren Entdeckungen Marxens bis au! den heutigen Tag zehrt – in der Weise nämlich, daß sie den gewaltigen Stoff in einzelne Partikelchen zerpflückt und damit ihrer wissenschaftlichen Leere einige Brocken wirklichen Wissens einfügt. In seiner ganzen Größe und seinem revolutionären Geist kann auch das neue Werk von Marx nur in dem kämpfenden Proletariat lebendig werden.

Auf den ersten Blick scheint freilich der Zusammenhang zwischen einer kritischen Geschichte der bürgerlichen Nationalökonomie und dem Tageskampf der Sozialdemokratie schwer zu erfassen zu sein, wie denn überhaupt das lebendige Gefühl für die Bedeutung der Theorie in dem mächtig in die Breite gewachsenen Strom der proletarischen Bewegung in der letzten Zeit nicht deutlich genug zutage tritt. Zweifellos ist der ganze Kampf der Sozialdemokratie von der Marxschen Einsicht in die sozialen Bedingungen und Ziele beseelt, wie etwa ein auf ein bestimmtes Geleise gestellter Zug schon durch das Gesetz der Trägheit die vorgeschriebene Bahn befolgt. Allein die praktische Kleinarbeit und das wirtschaftliche und politische Scharmützel des Tages drohen immer mehr, den unumgänglichen bewußten Prozeß der Umbildung, Umwertung der ganzen Gedankenwelt des Proletariats im Geiste der revolutionären Marxschen Weltanschauung in den Hintergrund zu drängen. Wie sehr aber dieser Prozeß eine unaufhörliche dringende Notwendigkeit ist, das hat unter anderem in den letzten Tagen wieder ein Fall dargetan, wo ein mit Amt und Würden bekleideter, also formell zur [492] Vertretung der Partei und Erziehung der Massen berufener Sozialdemokrat die Theorie von einem metaphysischen, „religiösen Gefühle“ entwickelte, das in jeder Menschenbrust wohne, und von der

Notwendigkeit, auch in Zukunft dem Volke die Religion ohne die Pfaffen zu erhalten, gewissermaßen eine Theorie der „Aushöhlung“ der Kirche, die sich in voller Analogie zu der famosen Theorie der Aushöhlung des Kapitalismus befindet und mit ihr die volle Entfremdung der materialistischen Geschichtsauffassung zur gemeinsamen Wurzel hat. Derselbe Fall, wie so viele andere, zeigt deutlich, daß es unsere Aufgabe ist, nicht bloß möglichst breite Massen für die formelle Anerkennung des Programms der Sozialdemokratie zu gewinnen, sondern die Denkweise dieser Massen, vor allem also unserer Agitatoren, von Grund aus durch die Marxsche Lehre zu revolutionieren. Nur auf diese Weise und nicht bloß durch die Aufnahme frischer Truppen in die Wählermassen der Sozialdemokratie, in die Partei- und Gewerkschaftsorganisationen wird die geistige Loslösung des Proletariats von der Herrschaft der Bourgeoisie und von ihrer Klassenkultur vollzogen.

In diesem Sinne ist das neue Buch von Marx ein reicher Born geistiger Anregungen, der namentlich die intellektuellen Kräfte desjenigen bedeutenden Trupps unserer Agitatoren zu erfrischen und zu beflügeln berufen ist, die durch das Medium der Presse und der parlamentarischen Tätigkeit auf die große Masse des Proletariats einwirken. Sich in die grundlegenden Werke Marxens mit ehrlichem Fleiß hineinzuarbeiten und die Brücke zwischen seinen wissenschaftlichen Theorien und der auf ihnen basierten Praxis der Sozialdemokratie auf Schritt und Tritt zu finden, um dadurch sich selbst wie die Massen aus der drohenden geistigen Verödung und Verflachung im Tageskampfe emporzureißen, – das ist die Aufgabe der sozialdemokratischen Redakteure, Journalisten rund Parlamentarier. Für sie ist auch vor allem das Buch, das uns Kautsky darbietet, bestimmt, wie es denn durch den hohen geistigen Genuß, den es bietet, zum Ausgangspunkt einer neuen eifrigen Pflege der T h e o r i e in den Reihen der Partei werden sollte. Etwas weniger himmelstürmende Begeisterung bei der Abwehr pfäffischer Attentate auf die bürgerliche Kunst oder bei der Gründung eines Konsumvereinsladens, dafür mehr begeisterte Anstrengung zum Verständnis der historischen, philosophischen und ökonomischen Wurzeln des sozialdemokratischen Klassenkampfes, ein Zurückgehen von der abgegriffenen kupfernen Scheidemünze der notdürftigen Tageslosungen und -lösungen zum lauteren Gold der Marxschen Konzeption in ihrer ganzen weltumspannenden Gewalt – das ist es, wozu das neue letzte Werk aus dem wissenschaftlichen Nachlaß Marx mahnt.

„Vorwärts“, 8. Januar 1905. Rosa Luxemburg.

*

Sozialimperialismus und Sozialfaschismus in den Gewerkschaften

Der ADGB und die ASPD

Von P a u l B ö t t c h e r.

I.

Der Parteitag der ASPD am 10. Juli in Dresden hat dazu beigetragen, das Problem des Sozialfaschismus in der deutschen Arbeiterbewegung aus der provinziellen Isoliertheit herauszuheben und zur Angelegenheit der g e s a m t e n deutschen Arbeiterklasse zu machen. Auf dem Gründungsparteitag der ASPD vor einem Jahre wurde die Bildung der neuen Partei mehr oder weniger als eine häusliche Angelegenheit im Lager des Reformismus bezeichnet. Die [493] ASPD-Führer erklärten damals selbst, daß sich ihre Organisation nur auf S a c h s e n beschränken solle und daß sie sich politisch das Ziel stellt, der Politik des Parteivorstandes in Sachsen eine Stütze zu geben. Der zweite Parteitag der ASP hat den Rahmen dieser Organisation breiter gezogen. Die ASP verbreiterte ihre Basis jedoch nicht nur organisatorisch, sie legte auch ein klareres, eindeutigeres Bekenntnis zum Sozialfaschismus und Sozialimperialismus ab. In August W i n n i g und Arthur N i e k i s c h wählte sich die Partei außerdem zwei Führer von e i n d e u t i g e r faschistischer Prägung. Führer, die bereits jahrelang im Lager des Faschismus gearbeitet haben und neben der politischen auch enge persönliche Fühlung mit den faschistischen Organisationen haben. Sofern und soweit die faschistische Bewegung in Deutschland bisher innerhalb der Arbeiterklasse Boden gefunden hat, stützt sie sich auf Schichten, die nicht aus der Arbeiterbewegung hervorgegangen sind. Stahlhelm, Werwolf, Jungdo haben in ihren Reihen gewiß zahlreiche Arbeiterelemente. Diese sind aber unter die faschistische Führung teils durch ökonomischen Druck, teils infolge politischer Unklarheit und Verwirrung geraten. Die ASPD stützt sich

gerade umgekehrt auf Arbeiterschichten, die zum größten Teil die Traditionen der alten Arbeiterbewegung mitgemacht haben. Wenn diese Schicht auch sehr schmal ist, so genügt sie doch im Augenblick für die Zwecke der Bourgeoisie. Es kommt dieser darauf an, mit ihrer Propaganda in die Arbeiterklasse einzudringen und möglichst große Teile zu verwirren und in Unordnung zu bringen. Die faschistischen Verbände sind durch ihre Kampfstellung gegen das Proletariat im Bürgerkriege zu stark kompromittiert, ihre Rolle als Prätorianergarde des Großkapitals steht zu klar vor den Augen der Arbeiter. Der Zusammenbruch der nationalsozialistischen Bewegung zeigt mit aller Deutlichkeit, daß der Faschismus innerhalb des Proletariats nur unter ganz außerordentlichen Bedingungen Boden gewinnen kann.

Die Gründung der ASPD wird nur der voll verstehen, der sie in der Perspektive der imperialistischen Rüstungen der deutschen Bourgeoisie betrachtet. Auf der einen Seite sieht die Bourgeoisie die fortschreitende Radikalisierung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft. Die SPD hat sich als unfähig erwiesen, diese Radikalisierung völlig aufzuhalten. Die Führerschaft der SPD hat vielmehr aus Zweckmäßigkeitsgründen dem Radikalisierungsprozeß Rechnung getragen und hat im Reiche die Koalitionspolitik mit der Scheinopposition vertauscht. Die wirtschaftliche und politische Entwicklung muß den Radikalisierungprozeß der Arbeiterklasse beschleunigen. Welche Garantien hat unter diesen Umständen die deutsche Bourgeoisie für eine kriegsfromme Haltung der Arbeiterklasse beim Ausbruch eines neuen Krieges? Die SPD-Führer vom Schlage Stampfer und Wels haben offen erklärt, daß sie beim Ausbruch eines Krieges wiederum genau so wie 1914 handeln würden. Anderseits besitzt aber die Arbeiterklasse die Erfahrungen des Weltkrieges und der Revolution. Die Bourgeoisie ist also nicht sicher, ob Herr Stampfer und Wels zum zweiten Male die Arbeiterschaft hinter die Fahne des Sozialpatriotismus zu scharen vermögen. Die Bourgeoisie befürchtet mit Recht, daß die Arbeiter sich von Stampfer und Wels wenden und unter die Führung der Kommunistischen Partei treten werden. Die besitzende Klasse, die bewußt auf einen neuen Eroberungskrieg hinarbeitet, muß deshalb – neben der alten reformistischen Garde – neue Stützpunkte für ihre imperialistische Politik im Lager der Arbeiterklasse schaffen. Diesem Zweck dient in vollem Umfang die ASPD Sie bildet die Brücke zwischen dem Nationalfaschismus im kleinbürgerlichen Lager und dem Sozialfaschismus und Sozialimperialismus innerhalb der reformistischen Arbeiterschaft.

II.

Arthur Niekisch, der Führer der ASP., erklärte auf dem Parteitag vom 10. Juli den Unterschied zwischen der SPD und der ASP: „Die ASP unterscheidet sich von der Reichspartei dadurch, daß sie sich klipp und klar zu dem bekennt, was sie tut. Sie spricht aus, was ist.“ Also Verzicht auf die sozialdemokratische [494] Phraseologie, auf die radikale Bemäntelung der Burgfriedenspolitik mit der herrschenden Klasse. Das politische Ideal Niekischs ist das Mitglied der II. Internationale, der französische Völkerbundsagent Paul Boncour. Boncour steht an der Spitze der französischen Aufrüster! ruft begeistert Niekisch. Das sozialimperialistische Programm der ASPD formulierte Niekisch in seiner Parteitagsrede wie folgt:

„Gewiß, es folgt aus der Lebenslage des Arbeiters, daß zwischen der Arbeiterschaft der verschiedenen Länder internationale Interessengemeinschaften vorhanden sind. Jede Volksschicht hat derartige über die Landesgrenzen hinwegreichende internationale Interessengemeinschaften Die Fürsten, der Adel, das Bürgertum und, in der grünen Internationale, die Bauern, waren und sind noch derart international verbunden. Aber davon hat es im Laufe der Geschichte immer wieder einen Punkt gegeben, an dem die internationalen Interessen mit den nationalen in Konflikt geraten. Immer haben da die nationalen Interessen das Uebergewicht behalten.

Das ist auch die Auffassung des führenden französischen Sozialisten Paul Boncour, der in der Internationale eine große Rolle spielt. Er schrieb:

„Wenn ich der Ansicht wäre, daß ein Widerspruch zwischen den Interessen Frankreichs und den Richtlinien der sozialistischen Internationale besteht, so würde ich, wie ich unumwunden erkläre, die Richtlinien der Internationale den Interessen meines Vaterlandes opfern.“

Sogar der „Vorwärts“ hat jüngst den Gedanken, daß die Arbeiterschaft die

nationale Idee mit der sozialen verknüpfen solle, zum Ausdruck gelangen lassen.

Niekisch setzt also das Interesse der Bourgeoisie und das Interesse der Arbeiterklasse gleich. Aus der Gemeinsamkeit der Interessen ergibt sich die Gemeinsamkeit des Handelns im Kriegsfalle und die Notwendigkeit der gemeinsamen Verteidigung des „Vaterlandes".

Den sozialimperialistischen Grundzug der ASPD formuliert August Winnig in einem Artikel über den Wiener Aufstand im „Volksstaat" am 23. Juli noch eindeutiger. Er schreibt:

„In ihr (der SPOe) lebt der Wille zum Nichtstaat.

Die Form des Staates ist unendlich wandelbar. Aber ewig unwandelbar ist der Zweck, der Beruf des Staates: Recht nach innen, Macht nach außen zu schaffen. Diesem unwandelbaren Berufe des Staates ist die radikalsozialistische Führung der Arbeiterbewegung abgewandt. Bei ihr verkehrt sich dieser Beruf des Staates ins Gegenteil. Sie will nach innen den gewalttätigen Terror, nach außen die Machtlosigkeit. In dieser Verkehrung des ewigen Sinnes jeglicher staatlichen Gemeinschaft liegt die Ursache des großen Versagens der sozialistischen Bewegung im deutschen Zusammenbruch."

In derselben Weise stellte Winnig die Aufgabe der ASPD in einem Artikel im volksparteilichen „Dresdner Anzeiger" vom 20. Juli dar Dort heißt es:

„Die neue Partei bekennt sich zu der Aufgabe, der deutschen Politik zu dienen, indem sie ihrer Arbeit für die deutsche Befreiung einen größeren Machthintergrund zu schaffen trachtet. Sie will den Freiheitswillen der arbeitenden Millionen wecken und zu politisch wirkungskräftiger Gestalt bringen. Aus diesem Geiste glaubt sie ihr Daseinsrecht begründet."

Die imperialistische Tendenz liegt offen zutage. Die „arbeitenden Millionen" als „Machthintergrund" des deutschen Imperialismus, d. h. als Kanonenfutter à la 1914/18. In der konkreten Tagespolitik treten die verwandtschaftlichen Züge zwischen dem Sozialfaschismus und dem Nationalfaschismus noch deutlicher hervor; vor allen Dingen im Kampf gegen den Versailler Vertrag und gegen die Reparationslasten. Der Kampf wird auch hier Dicht vom Standpunkt des Proletariats aus geführt, sondern vom Standpunkt [495] des angeblichen gemeinsamen „nationalen Schicksals" der Ausbeuter und Ausgebeuteten.

Wie zwischen den Altsozialisten und den Nationalsozialisten die Dinge ineinander übergehen, sich kreuzen und wieder zusammentreffen, das zeigen verschiedene Vorkommnisse, von denen zwei die Lage klassisch beleuchten. Bei der Herstellung der Sitzordnung im Sächsischen Landtage sollten die Nationalsozialisten ursprünglich rechts von den Deutschnationalen zu sitzen kommen. Der Führer der Nationalsozialisten, v. Mücke, protestierte jedoch gegen diese Sitzordnung. Er erklärte, die nationalsozialistische Partei fühle sich mit den Altsozialisten politisch verwandt und seine Partei verlange deshalb neben den Altsozialisten zu sitzen. Diesem Wunsche wurde stattgegeben. Ein anderes Beispiel: Bei der Abstimmung über das kommunistische Mißtrauensvotum gegen den Ministerpräsidenten Heldt im Sächsischen Landtage am 6. Juli 1927 stimmten die Nationalsozialisten mit der Erklärung, daß die Bürgerblockregierung nichts für die Arbeiter getan habe, für das kommunistische Mißtrauensvotum. Sie zeigten sich also in der Demagogie ihren sozialfaschistischen Nachbarn noch überlegen.

Die Nationalfaschisten quittieren in Nr. 29 des „Stahlhelm" vom 17. Juli das Programm der ASPD in anerkennendster Weise:

„So ist die altsozialistische Bewegung, die den Arbeiter zu der Erkenntnis führt, daß das Arbeitsproblem zutiefst in der weltpolitischen Lage Deutschlands wurzelt und daß sein Wiederaufstiegwille sich gegen den Frondienst für das internationale Weltkapital aufzulehnen hat, eine große nationale Hoffnung ... Der Berliner SPD-Vorstand hat deshalb begonnen, die sächsischen Altsozialisten, die er vor einem Jahre schmählich verraten hatte, zu umschmeicheln und zu locken ... Den sozialistischen Arbeitern, die schon längst das Gefühl haben, falsch geführt zu werden, und die trotzdem im Klassenkampflager geblieben sind, bietet die ASP eine neue politische Heimat und gliedert sie in die vaterländische Front ...

Damit ist die Einstellung des Stahlhelms, der deutschen Freiheitsbewegung zu den Altsozialisten gegeben: Glück auf den Weg!“

Als im Januar 1924 die 23 Renegaten im Sächsischen Landtage, die Vorläufer der ASPD, die große Koalition mit der Deutschen Volkspartei bildeten, rief der Führer der Deutschen Volkspartei, der Großunternehmer Dr. Niethammer pathetisch in den Saal: „Im Himmel ist Freude über jeden Sünder, der Buße tut.“ Nachdem das Großkapital sich der 23 bedient hat als Agenten im Lager der Arbeiterklasse, empfängt die ASPD nunmehr die faschistische Weihe durch den „Stahlhelm“. Damit schließt sich der Ring der „Volksgemeinschaft“ von &n Deutschnationalen bis zum ASPD.

III.

Die Bedeutung der ASPD liegt weniger in der agitatorischen Werbekraft ihrer Partei als vielmehr in ihrer Arbeit innerhalb der SPD und der Gewerkschaften. Die Funktion der ASP als Regierungspartei in Sachsen bestätigt diese Auffassung. Von 7 Ministern stellt die ASP in Sachsen 2, die großen bürgerlichen Parteien stellen nur je 1 Minister. Der Eintritt der Deutschnationalen in die sächsische Regierung wurde von der gesamten bürgerlichen Presse als der Beginn der großen Volksgemeinschaft zwischen Arbeit und Kapital in Deutschland gefeiert. Es waren weniger die 4 Abgeordneten der ASPD, die der Bourgeoisie zur Volksgemeinschaftsmelodie den Text lieferten. Die politische und organisatorische Verbundenheit der ASP mit dem ADGB ist für die Bourgeoisie entscheidend. Die ASP-Führer sind die Propagandisten des Sozialimperialismus und Sozialfaschismus innerhalb der Gewerkschaften. Sie haben die Aufgabe, gegen die Radikalisierung der Arbeiterklasse anzukämpfen und die Gewerkschaften im Kriegsfalle wieder auf die Linie des 4. August 1914 zu bringen.

Die Arbeiterschaft muß in ihrem Kampf gegen die ASPD in erster Linie in den Gewerkschaften ansetzen. In den Gewerkschaften stößt die Arbeiter-[496]klasse am unmittelbarsten auf die politische und ökonomische Seite des Sozialfaschismus. Der faschistische Burgfrieden soll den Klassenkampf verhindern, die Ausbeutung des Arbeiters stärken und seine soziale Lage herabdrücken. Gleichzeitig treibt der Sozialfaschismus innerhalb der Gewerkschaften imperialistische Kriegspropaganda.

In den Gewerkschaften arbeiten die sozialfaschistischen und sozialimperialistischen Führer aufs engste zusammen. ASPD- und SPD-Führer finden sich gemeinsam im Kampf gegen die Kommunisten. Die SPD-Führer stellen sich schützend vor ihre ASPD-Kollegen und verteidigen sie gegen die Angriffe der Gewerkschaftsmitglieder. Sie sorgen dafür, daß die Sozialfaschisten in ihren leitenden Positionen bleiben und ihren Einfluß auf die Arbeiterklasse geltend machen können. Unter der Flagge der parteipolitischen Neutralität der Gewerkschaften segeln die Reformisten brüderlich mit der ASPD.

In Sachsen hat der Kampf der Arbeiter gegen die ASPD in den Gewerkschaften noch eine besondere Bedeutung. Der Bezirksausschuß Sachsen des ADGB sympathisiert offen mit der ASPD und unterstützt skrupellos die Bürgerblockregierung. Auf der anderen Seite stehen die sozialdemokratische Landtagsfraktion, die sozialdemokratischen Organisationen und Presse in Opposition zum Bürgerblock. Die zentristischen Führer, die im Parlament die ASPD mit radikalen Reden bekämpfen sitzen mit diesen Führern friedlich und brüderlich in den Gewerkschaftsbüros zusammen. Noch in keinem einzigen Falle sind in Sachsen die Gewerkschaften gegen die Politik des Bürgerblocks, gegen die Kriegsgefahr und gegen die Zollpolitik eingesetzt worden. Die zentristischen Führer kämpfen mit den Sozialfaschisten Arm in Arm gegen alle Vorstöße der revolutionären Gewerkschafter, die fordern, daß die Taktik der Gewerkschaften mit den Forderungen des Klassenkampfes übereinstimmen muß.

Jede Aufrollung des Kampfes gegen den Sozialfaschismus in den Gewerkschaften zieht unmittelbar nach sich die Aufrollung der gesamten Koalitionsfrage. Die zentristischen Führer stellen auch in ihrer Politik die Koalition mit der Bourgeoisie als möglich und notwendig ein. Sie verhüllen ihre reformistische Politik mit radikalen Phrasen über Klassenkampf. Der Kampf gegen die ASPD in den Gewerkschaften führt deshalb unvermeidlich zum Zusammenprall zwischen den Klasseninteressen der gesamten Arbeiterschaft (auch der sozialdemokratischen!) und der reformistischen Politik der zentristischen Führer. Koalitionspolitik steht gegen Klassenkampf, Deshalb beobachten

wir auch, daß in den Gewerkschaften die zentristischen Führer in der Frage der Wirtschaftsdemokratie und der Vereinigten Staaten von Europa mit der ASPD zusammengehen. Solche Beispiele liegen vor aus dem Textilarbeiterverband, Metallarbeiterverband und anderen Gewerkschaften. (Siehe auch die großen Verbandstage in den letzten Monaten!)

Die imperialistische Politik der deutschen Bourgeoisie, die wachsende Teuerung und die innerpolitische Reaktion fordern von den Kommunisten verstärkte Aktivität in den Gewerkschaften. Der Kampf für die Reinigung der Gewerkschaften von den Sozialfaschisten und Sozialimperialisten kann nur geführt werden als ein Kampf für die Revolutionierung der Gewerkschaften. Der Ausschluß der ASPD-Führer aus den freien Gewerkschaften muß ein organisatorisches Ergebnis unseres Kampfes für eine revolutionäre Gewerkschaftspolitik sein.

In Sachsen sitzen gemeinsam mit den Deutschnationalen zwei Mitglieder der freien Gewerkschaften in einer Regierung. Es ist das erstemal nach der Revolution, daß Mitglieder der freien Gewerkschaften mit den Deutschnationalen eine Regierung bilden. Der sozialfaschistische Charakter der ASPD tritt in ihrer Eigenschaft als Regierungspartei in Sachsen besonders sichtbar in Erscheinung. An Hand der politischen Verbrechen dieser Regierung gegen alle Werktätigen ist unsere Arbeit deshalb agitatorisch bedeutend erleichtert. Es ist möglich, auch dem politisch ungeschulten und indifferenten Arbeiter begreiflich zu machen, daß die ASPD die Feindin der Arbeiterklasse ist. Für [497] die Agitation der Kommunisten in den Gewerkschaften ist diese Tatsache von größter Bedeutung. Auch der letzte gewerkschaftlich organisierte Arbeiter muß erkennen, daß diese Partei im schärfsten Widerspruch mit den Klassenkampfinteressen der Gewerkschaften steht und daß die Tätigkeit in dieser Partei mit der Mitgliedschaft in den freien Gewerkschaften unvereinbar ist.

Die Kommunistische Partei hat bisher im Kampf gegen die ASPD die Losung ausgegeben: Beseitigung der ASPD-Führer aus den leitenden Positionen der Gewerkschaftsbewegung. Die Partei muß jetzt einen Schritt weiter gehen. Sie fordert mit allem Recht den Ausschluß der ASPD-Minister aus den freien Gewerkschaften. In diesem Kampf kann die Partei die Unterstützung des Gros der sozialdemokratisch organisierten Arbeiter erringen. Die kommunistischen Gewerkschafter müssen mit den sozialdemokratischen Arbeitern und Gewerkschaftsfunktionären Fühlung nehmen, Besprechungen abhalten und ein gemeinsames Vorgehen in den Gewerkschaftsversammlungen gegen die ASPD erreichen. Damit wird nicht nur der rechte Flügel der Gewerkschaftsbewegung geschwächt, sondern es werden gleichzeitig auch organisatorische Voraussetzungen für die Stärkung des linken Flügels innerhalb der Gewerkschaften geschaffen. Die Partei muß sich bewußt sein, daß der Kampf gegen den Sozialfaschismus nicht geführt werden kann als ein provinzieller Teilkampf gegen die ASPD in Sachsen, sondern daß er geführt werden muß in Deutschland innerhalb des gesamten ADGB.

IV.

Es ist kein Zweifel, daß die gesamte Gewerkschaftsbürokratie der Forderung der Kommunisten auf Ausschluß der ASPD-Minister aus den freien Gewerkschaften den allerschärfsten Widerstand entgegensetzen wird. Existieren doch bereits Entscheidungen des Bundesvorstandes des ADGB, in denen er die Aberkennung eines Mandats aus sogenannten parteipolitischen Gründen für ungültig erklärt und die ASPD-Funktionäre wieder in ihre Positionen eingesetzt hat. Außerdem ist noch zu berücksichtigen, daß es der Gewerkschaftsbürokratie bisher noch immer gelungen ist, breite Kreise der Mitgliedschaft mit der sogenannten parteipolitischen Neutralität der Gewerkschaften zu verwirren. Es hat noch immer in vielen Fällen seine Wirkung nicht verfehlt, wenn in den Auseinandersetzungen in den Gewerkschaftsversammlungen die ADGB-Bürokratie hingetreten ist und erklärt hat: wenn wir die ASPD-Funktionäre absetzen oder ausschließen, dann dürfen wir auch die Kommunisten in den Gewerkschaften nicht dulden. So oberflächlich und demagogisch diese Argumentation ist, so oft wird sie doch von der ADGB-Bürokratie angewendet. Der Kampf gegen den Sozialfaschismus und Sozialimperialismus ist deshalb als politischer Kampf gegen die Bürgerblockpolitik zu führen. Die ASPD ist in der Bürgerblockregierung in Sachsen offen beteiligt und verantwortlich an der Unterdrückung und Verfolgung der Arbeiterklasse durch das Großkapital. In den Lohn- und Arbeitszeitfragen, in der

Mieterfrage, auf dem Gebiete der Fürsorge- und Sozialpolitik sind die Verbrechen der Bürgerblockregierung agitatorisch zu verbinden mit den Aufgaben der Gewerkschaften im Kampf gegen den Bürgerblock. Die Gewerkschaften können jedoch keinen Klassenkampf gegen den Bürgerblock führen, wenn ihre Taktik von den Sozialfaschisten und Sozialimperialisten bestimmt wird, wenn Mitglieder der freien Gewerkschaften in den Bürgerblockregierungen als Minister sitzen und wenn sich die Gewerkschaften auch auf diese Weise verantwortlich machen für die Bürgerblockpolitik.

Die Kommunisten müssen im Kampf gegen die ASPD die Einheitsfronttaktik in verstärktem Maße anwenden. Die Partei muß auch die linken Führer der SPD zum gemeinsamen Kampf gegen den Sozialfaschismus und Sozialimperialismus in den Gewerkschaften auffordern. Die Halbheiten und die Schwankungen dieser Führer zwischen dem offenen Bündnis mit den Sozialfaschisten und dem Druck ihrer eigenen proletarischen Anhänger sind dabei ständig zu kritisieren und ihre systematische Verhinderung jeder revolutionären Massenmobilisierung aufzuzeigen.

[498] Die Zuspitzung der Klassengegensätze, die Verschärfung der Reaktion zwingen die Partei in der Anwendung der Einheitsfronttaktik gegenüber den sozialdemokratischen Arbeitern wirklich einen neuen Ton und Inhalt der Agitation durchzuführen. Es muß bei der Anwendung der Einheitsfronttaktik im Gewerkschaftskampfe noch vielen unseren Genossen endlich klar werden, daß die Einheitsfronttaktik nicht lediglich ein Entlarvungsmanöver ist, sondern daß die Taktik durchgeführt werden muß mit dem Ziel einer ernsthaften Massenbewegung und des geschlossenen Kampfes gegen die Haltung der sozialdemokratischen Führer. Die dialektische Entwicklung dieser Bewegung führt naturnotwendig dazu, daß aus der politischen Erfahrung heraus immer breitere Arbeiterschichten den Charakter dieser Führer erkennen. Diese Entlarvung ist also das Ergebnis eines jeden Kampfes, aber nicht der Selbstzweck der Taktik. Auch im Kampfe um den Ausschluß der ASPD-Minister und um die Entfernung der ASPD aus den führenden Gewerkschaftspositionen wird sich die Rolle der sozialdemokratischen Führer als Helfershelfer der ASPD herausstellen. Aber gerade um den Arbeitern diese politische Lehre ziehen zu helfen, ist das engste kameradschaftliche Bündnis mit den sozialdemokratischen Arbeitern notwendig. Im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den Bürgerblock wird der Kampf um die Reinigung der Gewerkschaften vom Sozialfaschismus und Sozialimperialismus die Basis der Kommunistisch en Partei in den Massen verbreitern und das Vertrauen der Arbeiter zur Partei stärken.

*

Um die Losung der Räte in der chinesischen Revolution

Von Asiaticus.

Die Räte als Organe des Machtkampfes der revolutionären Klasse und nach der Machtübernahme, als Organe der revolutionären Diktatur – das ist das letzte Wort der bisherigen Geschichte der proletarischen Revolutionsepoche, geschaffen und erprobt im siegreichen Kampfe des russischen Proletariats. Die Räte sind da die Verwirklichung der Marxschen Lehre von der Staatsform der proletarischen Diktatur in der Uebergangsperiode zur sozialistischen Gesellschaftsordnung, der Ausdruck nicht allein der Hegemonie des Proletariats in der Revolution, sondern der Hegemonie und der staatlichen Diktatur des Proletariats als der einzig revolutionäre Klasse der modernen kapitalistischen Gesellschaft. Die Bündnispolitik dieser Diktatur gegenüber der Bauernschaft bedeutet da nicht einfach eine Mitbeteiligung der letzteren an der Diktatur, sondern die selbständige Anwendung einer großangelegten historischen Strategie seitens des herrschenden Proletariats zur Ausnutzung der sozialen Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft und zur bewußten Beschleunigung der Auflösung und Zerstörung der kapitalistischen Gesellschaftsbeziehungen zwecks Aufrechterhaltung und zwecks Ausbau der ausschließlichen Herrschaft des Proletariats.

Inwieweit gilt dieses letzte Wort der bisherigen Geschichte der proletarischen Revolutionsepoche für die nationalrevolutionären Bewegungen in den kolonialen und halbkolonialen Ländern? Die Antwort darauf kann nur konkret, d. h. schrittweise auf Grund der Erfahrungen dieser Bewegungen in ihren bisherigen Kämpfen gegeben werden. Diese Erfahrungen beschränken sich nicht allein auf die nationalrevolutionären Bewegungen in ihren eigentlichen Gebieten, sondern schließen auch natürlich ein

die internationalen Probleme der Beziehungen dieser Kämpfe zum Kampf des Proletariats in den imperialistischen Ländern, d. h. zur allgemeinen welthistorischen Basis der [499] revolutionären Bewegungen zur Niederzwingung des Imperialismus und zum Sturze der Weltherrschaft des Kapitals. Nur wenn wir diese Erfahrungen auswerten, nur dann werden wir die richtige Antwort finden, und dann wird das eine wirklich marxistisch-leninistische, proletarisch-revolutionäre Analyse sein, mit der wir den nationalrevolutionären Bewegungen zu einer Politik der „weiten Ziele" verhelfen können. Die schematische Uebertragung der Lehren der russischen Revolution in der Rätefrage auf die nationalrevolutionären Bewegungen, wobei man von der örtlichen „Beschränktheit" der allgemeinen Ziele, der Beziehungen der ganz oder halb revolutionären Klassen zueinander usw. „absieht", ist weder eine Politik der „weiten" noch der „nächsten" Ziele, sondern ein gefährlicher, kleinbürgerlicher Scheinradikalismus.

Der bisherige Verlauf der chinesischen Revolution ermöglicht uns die Frage der Rätelosung konkret auf Grund der dortigen Erfahrungen zu skizzieren. Im Folgenden müssen wir aber angesichts der Unklarheiten auch in Kreisen der kommunistischen Parteien zunächst aufzeigen, wie die bisherige Rolle der Kuomintang gerade die einer historisch-dialektischen Etappe auf dem Wege zu der Rolle der Räte in der chinesischen Revolution – natürlich in der ihren Verhältnissen entsprechend veränderten Form – war. Diese Etappe konnte ebensowenig übersprungen werden, wie wenig die geschichtlichen Bedingungen, die dem Proletariat es nicht ermöglichen, seinen Kampf in der nationalrevolutionären Front mit der bewußten Forderung nach seiner Hegemonie in der Revolution zu b e g i n n e n, weggeredet werden können.

I. D i e K u o m i n t a n g a l s P a r t e i u n d A v a n t g a r d e d e r R e v o l u t i o n.

Als die kaiserliche Monarchie im Jahre 1911 zusammenbrach, existierte die Kuomintang nur als eine kleine Gelehrtengruppe unter Führung von Sun-Yat-Sen, die weder der Form, noch ihrem Inhalt nach, eine moderne politische Partei war, die nichts anderes darstellte, als eine kleine Umgebung eines großen Revolutionärs. Die kaiserliche Gewalt brach natürlich nicht allein auf Grund von Kämpfen dieser Gruppe gegen sie zusammen. Diese Gruppe war vielmehr eine der zahlreichen Aeußerungen der geschichtlichen Ueberlebtheit der kaiserlichen Gewalt, der Unzufriedenheit der aufkommenden Bourgeoisie, besonders der südlichen Handelsbourgeoisie, die seit Jahrhunderten in starkem Gegensatz zu den nördlichen Despoten stand. Das Programm dieser Sun-Yat-Sen-Gruppe galt dem Kampf gegen die Mandschu-Dynastie, die von den Chinesen als eine mandschurische Fremdherrschaft betrachtet war, und dem Kampf gegen den halbkolonialen Zustand Chinas, d. h. gegen die stärksten imperialistischen Staaten. Das propagandistische Ziel dieser Gruppe, das auch noch in sehr verschwommener Form auftrat, war die Wiederherstellung eines unabhängigen chinesischen Reiches und die Etablierung eines demokratischen Staatswesens nach amerikanischem Vorbild. Sun-Yat-Sen gründete damals die Partei, die eine kurze Zeit legal existierte und in Peking in der ersten Nationalversammlung auch eine Mehrheit besaß, die Macht aber blieb in der Hand der alten kaiserlichen Generale und ihrer politischen Machtcliquen, und es war ihnen verhältnismäßig leicht, die revolutionären Errungenschaften, unter Preisgabe der Mandschu-Dynastie und der Aufrechterhaltung der äußeren Form der Republik, zu liquidieren, die Nationalversammlung auseinanderzutreiben und die Kuomintang zu unterdrücken. Die Kuomintang konnte damals infolge ihrer sehr losen Verbindungen mit dem Volke, infolge ihrer schwachen Organisationsform, und weil sie nur eine schmale Intellektuellengruppe vertrat, keine großen Massen gegen Yuan-Shi-Kai mobilisieren und mußte unterliegen.

Die Gruppe Sun-Yat-Sens versuchte dann, teils aus der Verbannung, teils in bestimmten Perioden, wo es ihr gelang, in Kanton mit Hilfe von militärischen Gruppierungen als herrschende Regierungspartei aufzutreten, ihre Partei zu einer wirklichen modernen politischen Partei umzubilden, sie [500] auf breitere Volksmassen zu stützen und sie aus einer lokalen Partei des Südens zu einer allchinesischen nationalrevolutionären Partei zu machen. Erst nach dem Weltkrieg und besonders seit 1921, wo die russische Revolution nach dem Siege sowohl mit der chinesischen Republik als auch mit den nationalrevolutionären Gruppierungen engere Beziehungen aufnehmen konnte, gelang es Sun-Yat-Sen, die sogenannte „Neuorganisierung" der Kuomintang in die Wege zu leiten. Auf Grund dieser „Neuorganisierung" sollte die Kuomintang eine nationalrevolutionäre Partei in allchinesischem

Maßstabe, gestützt auf ihren inneren demokratischen Aufbau, auf ein klares, politisches Programm, das an alle revolutionären Klassen und Schichten appellierte, werden. Als Kernstück dieses Programms war die sogenannte „Arbeiter- und Bauernpolitik“ der Kuomintang, die sich in der Arbeiterfrage auf den Boden und für die Verteidigung der jungen Emanzipationsbewegung der chinesischen Arbeiterklasse stellte, und in der Bauernfrage beschlossen hatte, organisierte Bauernbewegungen unter Führung der Kuomintang ins Leben zu rufen, um ihren Verteidigungskampf gegen den Feudalismus auf dem Lande zu organisieren und das Millionenheer der Bauernschaft der nationalrevolutionären Front anzuschließen. Diese Tat von Sun-Yat-Sen war von weltgeschichtlicher Bedeutung und charakterisierte die Einsicht dieses großen Revolutionärs, die nach Jahrzehnten schwerer Kämpfe und Enttäuschungen errungene Einsicht, daß die Ziele der nationalen Revolution nur dann mit Erfolg vertreten werden können, wenn es gelingt, die großen Massen des unterdrückten Volkes für diese Ziele zu interessieren.

Das chinesische Proletariat mußte sowohl in Kanton, als auch in den anderen Handels- und Industriezentren Chinas i n d e r n a t i o n a l r e v o l u t i o n ä r e n F r o n t seinen Kampf aufnehmen. Handelte es sich bei der Kuomintang um den historischen Versuch der nationalen Bourgeoisie, die Massenaktivität für ihre Klassenziele einzusetzen, so war andererseits auch das chinesische Proletariat gezwungen, im Kampfe gegen den Imperialismus und die Kompradorenbourgeoisie sich mit der nationalen Bourgeoisie zu verbünden. Diese war Jahrzehnte hindurch die einzige unbestrittene Führerin des nationalrevolutionären Kampfes, sie gab in ihrem Programm und in ihren Losungen die Sammlungsbasis für alle unterdrückten Klassen und Schichten des chinesischen Volkes. Das revolutionäre Proletariat mußte den Erfolg der nationalrevolutionären Sache als seinen Erfolg betrachten, und gewann durch ihre ersten Erfolge überhaupt erst die Möglichkeit, legal seine Organisationen zu entfalten. Das Proletariat war auch zunächst bis zum Beginn der Nordexpedition der Kantoner Armee nur in der Lage, diesen nationalrevolutionären Kampf zu beeinflussen, ihm sozialen Inhalt zu geben, seine sozialen Probleme durch den Gang der Kämpfe schärfer herauszuarbeiten, es war aber n i c h t in der Lage, diese Bewegung von vornherein führend in die eigene Hand zu nehmen. Dazu fehlten sowohl die politischen, als die organisatorischen Voraussetzungen, und es handelte sich gerade darum, die wirkliche Basis des Kampfes zu betreten, um diese Voraussetzungen vom Standpunkt des revolutionären Proletariats zu schaffen. Was sind die charakteristischen Merkmale dieses proletarisch-revolutionären Standpunktes? Das Proletariat mußte beweisen, daß es in der Revolution nicht nur seine Klasseninteressen vertreten will, sondern daß es d i e r e v o l u t i o n ä r s t e Klasse der chinesischen Gesellschaft ist. Sie mußte beweisen, daß die allgemeinen nationalrevolutionären Ziele des Kampfes verschiedener Klassen, gegen den Imperialismus und die Kompradorenbourgeoisie sowie gegen den halbfeudalen Militarismus nicht nur auch ihre Ziele sind, sondern das s i e a l l e i n die historischen Voraussetzungen für die entschlossenste Vertretung und Führung dieses Kampfes besitzt. Das mußte sie beweisen innerhalb der historisch gegebenen nationalrevolutionären Front, deren Rahmen die Kuomintang war.

Durch die Neuorganisierung der Kuomintang gewann die nationalrevolutionäre Partei die Voraussetzungen, um zu einer Massenpartei der nationalen Revolution zu werden. Gehörte die Führung bis zur Nordexpedition der nationalen Bourgeoisie an, so waren doch infolge der Massenbasis der [501] Kuomintang, infolge der organisatorischen Vereinigung von Vertretern aller revolutionären Klassen und Schichten innerhalb der Kuomintang, Möglichkeiten vorhanden, um entsprechend der Entwicklung der Revolution und der Entwicklung der Macht und des Einflusses des revolutionären Proletariats, den Kampf um die Aufrechterhaltung ihres Charakters als revolutionäre Sammelpartei auch in den höheren Phasen der Revolution erfolgreich zu führen. Diese Möglichkeiten w a r e n durchaus vorhanden. Die Macht des Proletariats innerhalb der nationalrevolutionären Front wuchs immer mehr. In den Industriezentren verlegte sich der Schwerpunkt des Kampfes immer mehr auf das industrielle Proletariat, das weite Kreise der städtischen Armut mit sich führen konnte. Die Beziehungen des Proletariats zu den unterdrückten Millionen der Bauernschaft gestalteten sich immer enger und enger, das Proletariat bewies der Bauernschaft durch seine Losungen und durch seine organisatorische Fähigkeit, daß hier d e r entschlossene, uneigennützige Führer der Bauernbefreiung auf den Plan getreten war.

Diese Erfolge waren aber nur zu erringen, weil das Proletariat nicht außerhalb, sondern innerhalb der nationalrevolutionären Front kämpfte, nicht außerhalb der historisch gegebenen Grenzen der nationalrevolutionären Massenbewegung. Nur auf diesem Wege konnte das chinesische Proletariat mit seinen organisatorischen Vertretungen, den Gewerkschaften und der Kommunistischen Partei die Frage der Führung der Revolution innerhalb des nationalrevolutionären Lagers überhaupt erst praktisch stellen.

Konnte nun die Kuomintang auch die Partei der nationalen Revolution bleiben, auch in jener Phase wo das Proletariat die geschichtlichen Voraussetzungen für die Führung der Rolle in der Revolution bereits gewonnen hatte? Konnte überhaupt eine solche Aufgabe von einer Partei verschiedener Klassen erfüllt werden? Wo die Gegensätze zwischen Proletariat und Bourgeoisie trotz der gemeinsamen Teilziele immer schärfer innerhalb des nationalrevolutionären Lagers auftreten mußten? Sie konnte es nur, wenn es dem revolutionären Proletariat gelungen wäre, die Kuomintang zu erobern. Die Kuomintang in der letzten Phase der chinesischen Revolution darf nicht als Organisation der Kommunistischen Partei gegenüber gestellt werden. Das revolutionäre Proletariat und die Kommunistische Partei bilden trotz ihrer Selbständigkeit selbst einen wichtigen Teil der Kuomintang, der sich immer mehr, was die Beeinflussung der Massen anbelangt, zu ihrem wichtigsten Teil entwickelte. Die Kuomintang als Massenpartei der nationalen Revolution kann historisch nur mit dem Klub der Jakobiner in der französischen Revolution, wo die verschiedensten Richtungen um die Führung kämpften, verglichen werden, wobei hier im Gegensatz zum Jakobinerklub das Proletariat bereits als organisierte Macht auftrat und als die revolutionärste Klasse auch alle sozialen Fragen der Revolution mit der größten Schärfe zu stellen hatte. In dieser Phase der Revolution war die Kuomintang bereits weit über den Rahmen einer Partei hinausgewachsen. Sie wurde zu einem herrschenden Massenorgan der Revolution, sie wurde zur Etappe auf dem Wege um die Machtorgane der Revolution. Daß sie in ihren Gebieten nicht mehr als eine halbe Million organisierte Parteimitglieder umfaßte, hängt aufs engste mit jenem primitiven Charakter, den die Kuomintang als Massenorganisation darstellte, zusammen. Aber die Kuomintang hatte auch im Gegensatz zum Jakobinerklub in der französischen Revolution durch die Organisationsfähigkeit ihres proletarischen Flügels Massenorganisationen der Bauernschaft ins Leben gerufen, fand die engsten Verbindungen zu den Gewerkschaftsorganisationen des Proletariats und bildete so den historischen Rahmen für den Kampf der nationalrevolutionären Massenbewegung um die Macht.

Der Verrat der nationalen Bourgeoisie an der Revolution mußte infolge der Entwicklung der Rolle des Proletariats zum führenden Faktor innerhalb der nationalrevolutionären Front sich in den offensten Weise enthüllen. Die Kuomintang war ihre Organisation, sie verlor aber immer mehr die Macht [502] über sie, mußte sich immer mehr in Gegensatz stellen zu der von ihr ins Leben gerufenen Massenbewegung. Die Kuomintangführung konnte es nicht zulassen, daß die Massen der Kuomintang entscheiden. Denn die Entscheidung wäre gegen sie gefallen. Sie mußte mit Hilfe ihrer Generäle zu den schärfsten und brutalsten Aktionen nicht nur gegen die Bauernbewegung, die Kommunistische Partei und die Gewerkschaften, sondern gegen die Kuomintang selbst, gegen ihre Orts- und Provinzorganisationen greifen. Sie benutzte ihre Macht, um in letzter Stunde diese Rolle der Kuomintang als Etappe zu den Massenorganen der Revolution zu zerschlagen. Dieses ist ihr auch vorübergehend gelungen, aber ihre Entlarvung vor der nationalrevolutionären Bewegung konnte niemals so gründlich als auf diesem Wege geschehen. Und das, trotzdem die Kommunistische Partei wiederholt bei der Führung und Organisierung der Massenbewegung versagte, trotzdem sie sehr oft im Kampf gegen die reaktionäre Kuomintangführung und gegen die Militaristen nicht mit genügender Schärfe , auftrat, trotzdem sie erst nach langen und ernsten Mahnungen der Komintern sich der Frage der Agrarrevolution mit all ihren Kräften annahm. Trotz dieses Versagens, das auch begründet ist in den Schwächen des ersten Stadiums der organisierten revolutionären Bewegung des Proletariats, unter derart komplizierten Umständen, wie sie bisher vor keiner kommunistischen Partei gestanden haben, hat der Weg der Massenbewegung innerhalb der nationalrevolutionären Front die Kuomintang bis an die Grenze der Eroberung der Hegemonie des Proletariats gebracht.

Es ist auch ganz unzulässig, die Frage des Kampfes der Kommunistischen Partei innerhalb der Kuomintang in jener oberflächlichen Weise zu stellen, daß man zwar zunächst innerhalb der Kuomintang beginnen mußte, dann aber doch nach dem Bruch mit Tschang-kai-schek den Bruch mit der Kuomintang auch vollziehen sollte. Diese Einstellung ist ganz unmarxistisch, „sieht ab von den wirklichen Machtverhältnissen innerhalb der nationalrevolutionären Bewegung, von dem wirklichen Kampf, den selbst die Führung der Kuomintang unter dem Druck der Massen gegen Tschang-kai-schek führen mußte. Nicht die Kommunistische Partei, nicht das revolutionäre Proletariat durften die Frage der Zerstörung der Kuomintang auch nur stellen, sie konnten nur den Kampf um die Eroberung der Kuomintang, was zu jener Zeit mit der Eroberung der F ü h r u n g d e r R e v o l u t i o n gleichbedeutend war, führen. Sie mußten den Kampf um die Entwicklung der Kuomintang zu wirklichen Massenorganen der Revolution mit aller Entschiedenheit führen und d a s hätte die Frage nach den spezifischen Machtorganen der nationalen Revolution unter der Führung des Proletariats so umrissen, daß dieses auf diesem Wege nicht zu einer a b s t r a k t e n Rätelosung, sondern zu einer wirklichen Massenlosung zur Schaffung von Machtorganen der Revolution, die über die Kuomintang in ihren alten beschränkten Formen hinausgeführt hätte, gekommen wäre. Daß das nicht in dieser Weise geschehen ist, daß es der Bourgeoisie und ihren Militaristen gelang, teilweise die Kuomintang zu zerschlagen, beweist nicht das geringste gegen die Richtigkeit dieser Linie.

II. D i e B e d e u t u n g d e r L o s u n g d e r R ä t e i n d e r g e g e n w ä r t i g e n S i t u a t i o n.

Im Verlauf der letzten Jahre der nationalen Revolution hat die organisierte Massenbewegung sowohl des Proletariats, als der Bauernschaft in den einzelnen entwickeltsten Gebieten der Revolution praktisch die Frage der Räte gestellt.

Schon während des monatelangen Generalstreiks des Schanghaier Proletariats in den Sommermonaten 1925 wurden unter dem führenden Einfluß der Gewerkschaften Delegiertenräte geschaffen, die aus den Vertretern der streikenden Arbeiter, der Straßenverbände, der kleinen Kaufleute und sogar der Vertreter der nationalen chinesischen Handelskammer, d. h. auch der [503] mittleren und teilweise großen Bourgeoisie bestand. Die letzteren mußten sehr rasch im Verlaufe der Entwicklung des Kampfes ihre Vertreter vom Delegiertenrat zurückrufen und den Kampf in schärfster Weise gegen ihn aufnehmen. Die Generalstreiks und Aufstände des Proletariats im Frühjahr 1927, ebenfalls in Schanghai, zur Zeit, wo die nationalrevolutionäre Armee um Schanghai kämpfte, haben wieder einmal, diesmal in entwickelterer Form, Delegiertenräte geschaffen. Diesmal stand die Bourgeoisie von vornherein abseits. Die Delegiertenräte beschränkten sich nur auf die Massen der städtischen Armut. Sie bestanden nur bis kurz nach der Eroberung von Schanghai und die Niederschlagung dieser Versuche zur Schaffung von Massenorganen der Revolution war die erste Tat von Tschang-kai-schek nach der Eroberung von Schanghai.

Auch die organisierte revolutionäre Bauernbewegung in einzelnen fortgeschrittensten Gebieten hat praktisch die Frage nach den besonderen Massenorganen der Bauernbefreiung auf dem Lande gestellt.. Die Bauernverbände, die in den einzelnen Distrikten von Hunan sich mit einer riesenhaften Schnelligkeit entfalten konnten und zu den schärfsten Kampf formen gegen die Reaktion auf dem Lande geschritten sind, haben in gewissen Orten einen Zustand geschaffen, der sehr an die Räteorgane erinnert. Die Bauernverbände hätten dort fast die ganze arme bäuerliche Bevölkerung in sich auf genommen. Sie umfaßten Millionen von kämpfenden Bauern, und indem sie den Kampf gegen die Gutsbesitzer, den Dorfadel, die Dorfwucherer und ländlichen Militaristen in der schärfsten Weise aufnahmen, durch revolutionären Terror die Reaktion niederschlugen, sie von ihren Machtpositionen vertrieben, verwandelten sie sich aus Organen des Kampfes um die Macht im Dorfe zu den Machtorganen selbst, die es auch verstanden haben, die Macht längere Zeit auszuüben.

Aber all das waren n u r v e r e i n z e l t e E p i s o d e n, die gewissermaßen die Perspektive des revolutionären Kampfes für das übrige China aufgezeigt haben. Es wäre das Törichste gewesen, die Erfahrungen dieser am weitesten vorgeschobenen Kampfgebiete auf das ganze Gebiet der nationalrevolutionären Bewegung zu verallgemeinern. Umgekehrt, man mußte diese vorgeschobenen Machtzentren zur Verstärkung des Kampfes um die Eroberung der Kuomintang benutzen, um die Eroberung

der weitesten kleinbürgerlichen Schichten in den Städten, um die Frage der Hegemonie des Proletariats in der nationalen Revolution entschiedener stellen zu können. Die Chinesische Kommunistische Partei hat hier den schweren Fehler begangen, daß sie versucht hatte, solche vorgeschobenen Bewegungen zurückzubremsen. Ebenso falsch wäre es aber gewesen, wenn sie das gegenteilige Extrem gewählt hätte und die Frage hie Räte – hie Kuomintang vor den kleinbürgerlichen Massen gestellt hätte.

In der gegenwärtigen Situation, nachdem trotz aller Versuche des Proletariats, die Kuomintang als eine nationalrevolutionäre Sammelbasis, diesmal unter Führung des Proletariats und auf der Grundlage der Entfesselung der Bauernrevolution, zu erobern, gescheitert sind, nachdem die verschiedenen Schattierungen in der Bourgeoisie sich vor den nationalrevolutionären Massen nacheinander als die gefährlichste Reaktion entlarven mußten, nachdem sie mit dem Schandmal der Zerstörung der nationalrevolutionären Einheitsfront vor den Massen gebrandmarkt sind, erst jetzt kann die Kommunistische Partei, mit dem Hinweis auf die Zerschlagung der Kuomintang durch die Konterrevolution, die Frage der Massenorgane der Revolution in Form der Rätelosung stellen. Das ist nur die Fortsetzung jener nationalrevolutionären Einheitsfronttaktik, wie sie seit Jahren von der Komintern in China vertreten wurde. In der Kuomintang konnte man eine Etappe in dieser Richtung beschreiten. Das revolutionäre Proletariat konnte nur ursprünglich die nationalrevolutionäre Front und die Kuomintang als ihre Einheitsbasis beeinflussen und weitertreiben. Sie hat sie bis zur äußersten Grenze getrieben, bis zum bewußten Kampf um die Hegemonie des Proletariats in der Revolution. Das war das letzte Wort des [504] revolutionären Proletariats in der Kuomintang. Bei der Aufrollung der Frage der Räte für die kommende höhere Phase der nationalen Revolution beginnt das Proletariat mit der Forderung, mit dem Anspruch auf seine Hegemonie. Aber das letztere war nur auf der Basis, und durch die Entwicklung dieser Basis des ersteren möglich.

Bedeutet die Propagierung der Rätelosung in der gegenwärtigen Situation, daß die Kommunistische Partei jetzt die Rätelosung der Kuomintang gegenüberstellen wird? Keineswegs! Die Konterrevolution hat mit brutalster Gewalt die Kuomintangorganisationen teils auseinandergejagt, teils den radikalen Flügel, d. h. die Massen, von ihr abgestoßen. Aber die revolutionäre Autorität der Kuomintang als der Partei Sun-Yat-Sens, als der Führung der nationalen Revolution, ist in den Massen nicht überwunden. Sie sehen vor allem den Verrat der Bourgeoisie und der Militaristen, und ihr nächstes taktisches Bestreben wird der Kampf um die Befreiung der Kuomintang von der gegenwärtigen Führung, um die „Wiederherstellung der revolutionären Kuomintang sein. Wir werden selbstverständlich dieses Bestreben der Massen unterstützen müssen und ihnen zeigen, wie auch dieser Kampf um die Schaffung einer revolutionären Kuomintang in der gegenwärtigen Situation einzig und allein auf der Basis der Räte den Massen die Garantie vor dem Eindringen der Bourgeoisie geben kann. Wir werden unter Hinweis auf die bisherige revolutionäre Rolle des Proletariats in der Kuomintang in den kommenden Kämpfen ideologisch und praktisch den Anspruch auf die Hegemonie des Proletariats vertreten müssen.

Die Rätelosung ist da noch nicht eine unmittelbare Aktionslosung, sondern in engster Anknüpfung an die letzten Erfahrungen eine Schlußfolgerung der Lehren über den Weg zur Hegemonie des Proletariats, die die KPCh jetzt propagandistisch vertreten muß.

Das ist der Sinn der Rätelosung in der gegenwärtigen Situation. Die Kommunistische Partei zeigt damit den einzig möglichen Weg für die Entwicklung der nationalen Revolution, den Weg, diese nationale Revolution zu einer sozialen Revolution des Proletariats, der Bauernschaft und der städtischen Armut zu machen, den Weg zur Ueberwindung der gegenwärtigen Niederlage. Die Voraussetzung für unseren Erfolg ist in erster Linie die Forcierung des Klärungsprozesses innerhalb der Kommunistischen Partei und ihrer Führung, damit sie ihre Schwächen überwindet und mit klarem Bewußtsein ihre Aufgaben erkennt.

*

Entwicklungstendenzen des deutschen Kapitalismus II.

Konjunktur – Relative Stabilisierung – Geld und Kredit.
(Fortsetzung.)

Von E. L u d w i g.

V.

Die Zeit der Depression, der einsetzenden Börsenhausse, ist zugleich die Zeit der stürmischen Kapitalsmonopolisierung in Deutschland. Das Jahr 1926 ist das Geburtsjahr nicht nur der Vereinigten Stahlwerke und der I. G. Farbenindustrie A.-G. mit ihren Milliardenkapitalien, sondern ebenso das Jahr der fortschreitenden, immer enger werdenden Kartellierung und Vertrustung der [505] meisten Zweige des deutschen Industriekapitals. Es ist das Jahr der neuen finanzkapitalistischen Monopole, die aus den Trümmern der Inflationskonzerne zusammenwachsen. Ihre Teile werden gekittet mit dem Geld, das das aus den Geldentwertungsgewittern wieder auftauchende Bankkapital als Mittler zunächst amerikanischer und englischer Bankmagnaten, dann auch in Konkurrenz mit ihnen, zur Verfügung stellt. D a s B a n k k a p i t a l f i n a n z i e r t d i e M o n o p o l b i l d u n g.

Das F i n a n z i e r u n g s g e s c h ä f t blüht, weil die Monopolbildung gedeiht. Diese ist in ihrem Aufschießen seit 1924, wie noch zu erörtern ist, ein charakteristisches Produkt der Epoche der relativen Stabilisierung, dazu bestimmt, deren Widersprüche kapitalistisch zu überwinden, und dazu verurteilt, sie stets verschärft zu reproduzieren. Die neuen Monopole als ein entscheidender Teil der kapitalistischen Rationalisierung, die ja auch nur aus den eigentümlichen Widersprüchen der relativen Stabilisierung begriffen werden kann, sind – und das ist wesentlich – zunächst keine Form der Kapital a k k u m u l a t i o n, der Verwandlung von Mehrwert in zusätzliches Kapital – 1925 und 1926 wird kaum akkumuliert –, sondern der Kapital z e n t r a l i s a t i o n, der Verschmelzung von bereits vorhandenen Einzelkapitalien in e i n zusammengefaßtes. Die IG. Farbenindustrie umschließt sechs bisher kartellierte Chemieunternehmungen; der Stahlverein hat fünf Montankonzerne als Gründerkonzerne aufzuweisen.

Diese Um- und Neugründungen, in denen die Monopole gebildet werden, erscheinen als Austausch, Einziehung und Neuausgabe von Aktien der alten und nun sich zu neuen Gesellschaften verschmelzenden oder au Zwillings-, Drillings-, Vierlingsgesellschaften zusammenwachsenden Trusts und trustähnlichen Gebilden. Das ist der Boden, auf dem das Finanzierungsgeschäft des Bankkapitals wuchert. Ein jeder solcher Aktientausch, eine jede solche Aktienemission ist Sache des Bankkapitals. Diese Gründertätigkeit des Bankkapitals läßt in den neuen Monopolen das Industriekapital mit eben dem Bankkapital, einem neudeutschen Finanzkapital, dem Sprungbrett des neuen deutschen Imperialismus, sich zusammenfinden. Sie wirft zugleich, noch ehe die Trustbourgeoisie recht springen kann, ihr auf alle Fälle erkleckliche Gewinne in den Schoß; Gewinne, die aus den Finanzierungsgeschäften stammen – G r ü n d e r g e w i n n e.

Tragen die Aktien auch keine oder geringe Dividende, so tragen sie oder können wenigstens tragen – B e z u g s r e c h t e. An den alten Aktien klebt das Recht, neue Aktien der Gesellschaft zu beziehen; oder den die neuen Aktien übernehmenden Banken, die den Unterschied zwischen dem Kurs der alten und neuen Aktien als Lohn für ihre Mühe der Monopolisierung einsacken wollen, zu verkaufen. Jede Trustgründung ist solch eine Gelegenheit zur Aktienausgabe und zeugt so ein Bezugsrecht: das Einkommen aus der Aktie wächst, auch wenn die Dividende stagniert. Vielfach wird das so gezeugte Bezugsrecht zur verschleierten Dividende. Vielfach wird es zu einem der Ziele der Trustbildung, solche Bezugsrechte zu zeugen. Schließlich erhält in dieser Zeit des parasitären Aufwucherns, der fiktiven Aktienkapitalien, der Gründergewinne, in der Zeit des Zusammenschließens der Monopole auf dem schwankenden Boden der relativen Stabilisierung jede Aktie als die bloß mögliche Trägerin eines solchen Bezugsrechtes ihren Preis, so wie in der kapitalistischen Ordnung jede Geldsumme schon als bloß mögliches Kapital ihren Preis hat.

Diese wirklichen, erwarteten und auch nur bloß möglichen Gewinne aus den mit dem Monopolisierungsprozeß verbundenen Finanzgeschäften – in ihrer Abwandlung von Wirklichkeit und Möglichkeit ein Anreiz mehr für jede Börsenspekulation – erklären, wie auf dem Fundament des billigen Geldes die Kurse von der Aktienrendite unabhängig werden. So erklärt es sich, wie gerade die Aktien

der Gesellschaften, die das Manöverfeld der Rationalisie-[506]rung wie der Vertrustung sind – z. B. Schwerindustrie, Chemie, Kunstseide*) – auch die bevorzugten Spekulationspapiere an der Börse wurden. Es waren hier nicht so sehr erwartete Gewinne der vorweggenommenen Konjunktur von 1927, nicht so sehr die Höhe der Dividende, sondern ganz reale Gründer- und Bezugsrechtsgewinne von 1926, die die Aktien steigen ließen.

Es ergibt sich, daß die Börsenhausse in zweifacher Weise mit ökonomischen Erscheinungen zusammenhängt, die der Epoche der relativen Stabilisierung eigentümlich sind: erstens mit dem billigen Geld, das sich nicht in Kapital verwandelt, weil es sich nicht verwerten kann, und zweitens mit der Monopolbildung, die aus dem gleichen Widerspruch hervorgeht, wie das billige Geld, dem Widerspruch zwischen den Produktionsbedingungen und Verwertungsbedingungen des deutschen Kapitalismus, welches der eigentliche, der grundlegende Widerspruch der Epoche der relativen Stabilisierung ist.

VI.

Das Geld, das in der „Produktionssphäre“ keine Anlage findet, treibt sich in der „Zirkulationssphäre um. Das Finanzierungsgeschäft, dies Mittel zur Durchsetzung der neuen finanzkapitalistischen Verwachsung von Industrie- und Bankkapital, dies so gewinnbringende Geschäft, wird Selbstzweck. Die Aktienspekulation mit billigem Geld und reichen Gewinnmitnahmen nicht nur aus Gründergewinnen, sondern aus steigenden Kursdifferenzen, wird ebenso S e l b s t z w e c k. Sie zieht aus dem In- und Ausland neues billiges Geld an, das die Kurse weiter treibt.

Es entsteht, vermittelt durch den billigen Kredit und die Finanzierungsgewinne, eine Art „Selbstverwertung des Geldes, die auf einer nicht vollen Verwertungsmöglichkeit der Produktion des Kapitals beruht. Die kapitalistische Rationalisierung, die einerseits die Produktivkräfte entfaltet, setzt auf der anderen Seite durch die Stillegung und Einschränkung auch der modernsten Produktionsmittel Geld und Kredite frei. Das in der Fabrik sich nicht verwertende Geld setzt an der Börse neues Geld an.

Das geht so lange, bis mit der sich ausbildenden Inlandkonjunktur das [507] Kapital sich voll zu verwerten und schneller zu akkumulieren beginnt. D i e K o n j u n k t u r s c h l ä g t d i e B ö r s e n h a u s s e t o t. Die Selbstverwertung des Geldes in ihrer Verselbständigung gegen den Produktionsprozeß und Zirkulationsprozeß des Kapitals wird aufgehoben in der Börsenkrise**). Sie ist die

*) Ein jüngstes Beispiel dieses Aufblähens fiktiver Aktienkapitalien wie der riesenhaften Bezugsrechte ist die neue Kapitalserhöhung bei den führenden Kunstseidekonzernen. Die Vereinigten Glanzstoffabriken erhöhten Ende Juli ihr Kapital um 183, die J. P. Bemberg A.-G. um 12 Millionen Mark. „Hier wird den glücklichen Aktionären ein neues wertvolles Geschenk gemacht. Bei einem Aktienkurse von 730 Prozent für die Vereinigten Glanzstoffaktien und von 580 Prozent für Bemberg werden die neuen Aktien mit 120 Prozent angeboten, allerdings nur ein Teil der Emission. Aber auch so entsteht für die Aktionäre der Nutzen, ganz abgesehen davon, daß die Bezieher der Aktien zweifellos einen sehr bedeutenden Kursgewinn erzielen werden, so bald die neuen Aktien den alten gleichgestellt sind. Wie außerordentlich hoch man diesen Gewinn einschätzen muß, geht am klarsten daraus hervor, daß das Konsortium die Aktien, welche nicht zum Bezuge angeboten werden, zu etwa 500 Prozent übernehmen soll. („Berliner Montagspost“ vom 1. August 1927.)
Das Bezugsrecht bei Bemberg bringt auf eine alte Aktie einen Gewinn von etwa 1200 Mark, bei Glanzstoff von 1255 Mark. Die letzte Dividende von Bemberg war 8 Prozent, von Glanzstoff 15 Prozent.
Dem Konsortium, das die den Aktionären nicht angebotenen Aktien übernimmt, dem die Bankhäuser J. C. Schlesinger, Trier und Berlin, Lazard Speyer-Plissen in Frankfurt a. M., Gebr. Texcira de Mattes und die Filiale der Deutschen Bank in Amsterdam, Speyer & Co. und Lehmann Bros. in New York angehören. Also die feine Gesellschaft des internationalen Buchkapitals – ganz entsprechend dem internationalen Aufbau der Kunstseidetrusts. Das Konsortium will die neuen Aktien, die es übernimmt, im Ausland verwerten – zur Festigung und Ausdehnung des Trusts durch Aktientausch. – Als bevorzugte Spekulationspapiere waren die Kunstseideaktien auch beim Kurssturz vom 13. Mai bevorzugt. Sie verloren über 100 Prozent an einem Tag.

**) „Wenn zum Beispiel Kauf und Verkauf, oder die Bewegung der Metamorphose der Ware, die Einheit zweier Prozesse oder vielmehr den Verlauf eines Prozesses durch zwei entgegengesetzte Phasen darstellt, also wesentlich die Einheit beider Phasen ist, so ist diese Bewegung ebenso wesentlich die Trennung derselben und ihre Verselbständigung gegeneinander. Da sie nun doch zusammengehören, so kann die Verselbständigung der zusammengehörenden Momente nur gewaltsam erscheinen als zerstörender Prozeß. Es ist gerade die K r i s e, worin ihre Einheit sich bestätigt, die Einheit der Unterschiedenen. Die Selbständigkeit, die die zueinander gehörigen und sich ergänzenden Momente gegeneinander annehmen, wird gewaltsam vernichtet. Die Krise manifestiert also die Einheit der gegeneinander verselbständigten Momente. Es fände keine Krise statt, ohne diese innere Einheit des scheinbar gegeneinander Gleichgültigen.“ (Theorien über den Mehrwert. II. 2. S. 274.)

gewaltsame Hereinziehung der zur fortschreitenden Akkumulation erheischten zusätzlichen Geld er und Kredite in den Reproduktionsprozeß des deutschen Kapitals unter den gegebenen Existenzbedingungen des deutschen Kapitals. Insofern heißt die Börsenkrise Durchsetzung der Akkumulation auf der Grundlage der Inlandkonjunktur – also Stabilisierung. Insofern sich dieser Prozeß krisenhaft vollziehen mußte, zeigt er die Widersprüche der Stabilisierung.

Börsenkrise und Konjunktur vertragen sich nicht miteinander. Daher die Maikrise – im Gegensatz zum „normalen" Kapitalismus, wo Konjunktur und Hausse einander ergänzten, wo die Geld- und Kreditnot, wo die Börsenpanik das unmittelbare Ende der Konjunktur kündeten, die Einleitung zur allgemeinen Krise waren; während heute die Börsenkrise der Anstoß zur weiteren Konjunkturbelebung wurde.

Vielfach erklärt man diesen Unterschied von dem Vorkriegsablauf der Konjunktur – und damit glaubt man auch die Relativität der Stabilisierung erklärt zu haben, soweit sie in diesem Unterschied sich kundtut – mit der „Armut" des deutschen Kapitalismus. Sie offenbare sich eben darin, daß nicht genug Geld und Kredit zugleich für die Börse und für die Akkumulation vorhanden sei. Man kann gewiß – allerdings nicht gerade genau – diesen „Mangel an Geld und Kredit" „Kapitalarmut" nennen. Aber damit ist nichts erklärt. Sondern die Armut selbst wird zum Problem, das zu erklären.

Um diese ein wenig zu bequeme Lehre von der ‚Armut" des deutschen Kapitalismus abzutun – so wäre sie just in dem Augenblick der ersten allgemeinen Nachkriegskonjunktur eingetreten, und sie hätte sich in der Kreditanspannung und der Geldverteuerung geäußert. Aber beides – Kreditanspannung und Geldteuerung – sind Begleiterscheinungen j e d e r Konjunktur, sind von jeder Konjunkturforschung als Symptome der Hochspannung anerkannt. Damit hätte die Armut glücklich nur zu allgemeinen Feststellungen über die Beziehungen Kredit und Konjunktur geführt, die keinen Schritt weiter zur Aufdeckung des besonderen Charakters dieser Konjunktur der relativen Stabilisierung in ihrem Zusammenstoß mit der Börsenkrise bringen.

Weiter. Wäre der deutsche Kapitalismus heute, während der Konjunktur, wirklich zu arm, so müßte er umgekehrt, während der Depression, z u r e i c h gewesen sein. Denn das war nicht nur die Zeit des Geldüberflusses, sondern zugleich der Stillegungen, also eines Zuviel an Kapital. Doch Geldüberfluß und Ueberfülle von Kapital sind gleichfalls Begleiterscheinungen von jeder Depression und Krise, wie Geldknappheit und Kapitalausnutzung Begleiterscheinungen jeder Konjunktur, aber wiederum nur allgemeine und darum nichtssagende Konstatierungen statt des Begreifens der konkreten Entwicklung.

Schließlich. Die Armut des deutschen Kapitals kann und soll, wenigstens im Sinn der Vulgärökonomie, die sich hinter verwaschenen und vagen Begriffen [508] versteckt, den Unterschied von seinem Reichtum in der Vorkriegszeit aufzeigen. An d i e s e r Unterscheidung ist richtig, daß der deutsche Kapitalismus mit dem Verlust des Krieges seine auswärtigen Kapitalauslagen, und damit die Revenuen aus ihnen verloren hat, daß durch die Kapitalvernichtung im Kriege, durch die Einwirkung der Geldentwertung der Bestand der Produktionsmittel und die organische Zusammensetzung des Kapitals sich geändert haben, daß die allgemeine Umformung des Weltmarktes einen für den seiner ökonomischen und politischen Machtmittel zunächst beraubten deutschen Kapitalismus ungünstigen Einfluß gehabt hat. Das alles sind aber auch nur die a l l g e m e i n e n Voraussetzungen und Bedingungen, unter denen die relative Stabilisierung des deutschen Kapitalismus sich vollzogen hat und vollzieht, von denen ausgehend es zu der Konjunktur und Börsenkrise gekommen ist. Das Aufzählen jener allgemeinen Voraussetzungen, so wichtig sie als Ausgangspunkt und noch währende Ursachen für die ganze Epoche der relativen Stabilisierung sein mögen, macht wieder gerade da Halt, wo das hier interessierende Problem beginnt: zu erkennen, welche Stufe der erreichten Konsolidierung des Kapitals und zugleich der Relativität der Stabilisierung die Börsenderoute und die Inlandkonjunktur anzeigen.

VII.

Das n e u e Moment in der Nachkriegsentwicklung des deutschen Kapitalismus ist, daß er zum erstenmal wieder stürmisch akkumuliert. Daher die Konjunktur. Was diese Akkumulation, im allgemeinen

ein Beweis der geglückten Realisierung von Mehrwert, der geglückten Verwertung des zusätzlichen Kapitals, von den früheren Vorkriegsprozessen der erweiterten Kapitalzirkulation, der des kapitalistischen Aufstiegs, unterscheidet, ist, daß sie sich noch auf den Stützen des internationalen Finanzkapitals vollziehen muß.

Wie die deutsche Mark nur auf der Dollarkrücke laufen gelernt hat, und die deutsche Bourgeoisie trotz allen Wunderns über das Stabilisierungswunder diese Krücken noch nicht, wie weiland Freifrau von Droste-Vichering ihre Krücken beim wundertätigen heiligen Rock in Trier, aufhängen kann, so hat auch die Akkumulation in Deutschland noch nicht aus eigener Kraft laufen gelernt. Die Dollarfrage ist für das deutsche Kapital mehr als nur die finanztechnische der Währungsstabilisierung. Sie ist die Frage sowohl der ökonomischen Gegensätzlichkeit wie der Abhängigkeit der Akkumulation vom Dollar. Sie zeigt, daß auch die Mark zu ihrer Vergoldung den Dollar noch nicht entbehren kann, so gern sie ihn entbehren möchte.

Die widerspruchsvolle Doppelseitigkeit der Konjunktur tut sich hier in den Gegensätzlichkeiten und Verschlingungen des deutschen Kredit- und Geldumlaufs auf.

Einerseits beginnt die Akkumulation, die die Konjunktur auslöst, nur deshalb, weil das deutsche Kapital sich verwerten, seinen Mehrwert realisieren kann, und damit von dem aus seinem eigenen Kreislauf geheckten und in Geld verwandelten Mehrwert neues zusätzliches Kapital gewinnen kann. Insofern leiten sich Akkumulation und Konjunktur aus der geglückten Konsolidierung. des deutschen Kapitalismus ab, sind sie ein G r a d m e s s e r i h r e s w e i t e r e n F o r t s c h r i t t s.

A n d e r e r s e i t s zeigt der Verlauf der Akkumulation, die die Konjunktur beflügelt, daß der in jenem Kreislauf gewonnene Mehrwert nicht ausreicht, den Bedürfnissen der einmal in Gang gebrachten Akkumulation zu genügen. Insofern zeigen die zahlreichen Begleiterscheinungen der Konjunktur und der fortschreitenden Akkumulation (Börsenhausse und Börsenkrach) die Relativität dieser Konsolidierung, sind gleichfalls ein Gradmesser auch für sie.

Die wachsende Verwertung des deutschen Kapitals, die steigende Möglichkeit zur Realisierung größeren Mehrwerts, die e i n e Seite dieses doppelseitigen Prozesses der Akkumulation, fällt zusammen mit der Ausweitung der Auslandsmärkte des deutschen Kapitals durch den englischen Streik. Das wachsende Angewiesensein auf die Stütze des internationalen Finanzkapitals [509] im Fortgang der Akkumulation, die a n d e r e Seite jenes Prozesses, fällt zusammen mit der wiedereintretenden Verengerung der Auslandsmärkte des deutschen Kapitals. Dieser hier nur in seiner Zeitfolge gekennzeichnete Zusammenhang v e r n e i n t zugleich, wenn auch vorerst nur vorläufig, die Frage, ob der Inlandmarkt die selbstgenügsame Basis für das deutsche Kapital abgeben kann.

Das Eigentümliche dieser Konjunktur, soweit sich ihr Charakter aus ihrem Zusammenstoß mit der Börsenhausse zunächst ergibt, ist, daß sie auf eine in Deutschland sich vollziehende Akkumulation gegründet ist, die das für sie erheischte in neue zusätzliche Produktionsmittel zu verwandelnde Geld zum einen Teil aus dem vom deutschen Kapital geheckten Mehrwert, zum anderen Teil aus dem von fremdem Kapital geheckten Mehrwert nimmt. Im ersten Teil akkumuliert „deutscher“ Mehrwert, im zweiten „fremder“ Mehrwert in Deutschland. Der formal einheitliche Prozeß der Akkumulation ist ökonomisch-inhaltlich in jedem der beiden Fälle ein für die Entwicklung des deutschen Kapitalismus durchaus verschiedener. In der Veränderung des Verhältnisses beider Fälle gegeneinander – ob und wie es verändert werden kann, ist hier noch nicht zu erörtern – zeigt sich einerseits das Aufsteigen des deutschen Kapitalismus, andererseits das Maß der Hemmnisse, die ihm entgegenstehen.

Akkumulation aus „eigenem“, Akkumulation aus „fremdem“ Mehrwert: die Frage nicht nur, wie im ersten Kapital (Internationale, Heft 14, 5. 437) nach der Größe des Akkumulationsfonds, sondern auch nach s e i n e r H e r k u n f t stellt sich. Die Antwort gibt Auskunft auch über das aktuelle Verhältnis jener beiden miteinander in Widerstreit liegenden Fälle.

(Fortsetzung folgt.)

LITERATUR

B. C.: „*Jahrbuch der deutschen Sozialdemokratie 1926*“)[*)]

Mit dem Schrei nach der Koalition fängts an. Hermann Müller schreibt im Vorwert:

„Der gewollte Ausschluß der Sozialdemokratie von der Mitverantwortung wird sich rächen. Der Tag wird kommen, an dem sich zeigen wird, daß nicht mehr gegen die Arbeiterklasse regiert werden kann und deshalb mit der Sozialdemokratie regiert werden muß. Im neuen Staat, den wir mitgeschaffen haben, müssen wir bereit sein, an der Verantwortung teilzunehmen. Wer uns davon ausschließen will, dem gilt unser Kampf.“ Aber diesen Schrei nach der Koalition kann man aus jeder Zeile dieses fünfhundert Seiten starken Buches heraushören.

Der Jahresbericht bildet ein buntscheckiges Durcheinander. Es soll hier versucht werden, aus diesem Kunterbunt an Hand von einigen Beispielen das Grundsätzliche herauszuschälen.

In einer Zeit, wo selbst kapitalistische Interessenten durch die Tatsachen gezwungen sind, anzuerkennen, daß die Wirtschaft der Sowjetunion in raschem und stetigem Aufbau begriffen ist, hat die Redaktion dieses famosen Jahrbuches noch immer die Stirn, ihren Lesern die alte abgedroschene sozialdemokratische Weise noch einmal herunterzuleiern. Auf Seite 3 heißt es: „Aber heute schon lassen die Zahlen der Handelsstatistik erkennen, daß die Grundlagen der industriellen deutschen Wirtschaft nicht wie in Sowjetrußland zerstört sind, sondern daß lediglich schwere Störungen in der Zirkulation der deutschen Wirtschaft innerhalb der Weltwirtschaft vorliegen“.

In großer Verlegenheit befindet sich die sozialdemokratische Führerschaft immer, wenn die Rede auf die Zusammensetzung der Sozialdemokratischen Partei nach Beruf und Alter kommt. Die Furcht der sozialdemokratischen Führer, eine solche Erhebung vorzunehmen, ist ja im Grunde genommen auch ganz erklärlich. Sie wissen ja von vornherein, was dabei herauskommen würde. Die schlaue Redaktion gibt natürlich einen anderen Grund für die hartnäckige Vertuschung dieser Angelegenheit an. „Der letzte Karteitag lehnte eine allgemeine Berufs- und Altersstatistik der Parteimitglieder ab. Die Beweggründe sind wohl darin zu suchen, daß die für eine solche Riesenarbeit aufgewandte Kraft besser unmittelbar in den Dienst der Agitation gestellt wird. Einige größere Orte jedoch haben solche Erhebungen wegen der Wichtigkeit von sich aus gemacht.“ (Seite 22.) Es ist nun ein erstaunlicher „Zufall“, daß ausgerechnet diejenigen wenigen Orte, insgesamt vier – Frankfurt a. M., Bremen, Hannover und Hamburg – die Wichtigkeit dieser Statistik begriffen haben, in welchen in der Sozialdemokratischen Partei die Handarbeiter mit rund 80 Prozent vertreten sind. (Dabei stammt die Statistik für Frankfurt a. M. von 1908!) Dies hindert jedoch die Redaktion des Jahrbuches nicht im geringsten, aus diesen vier Erhebungen allgemeine Schlüsse zu ziehen, mehr noch, auf Grund dieser Zahlen eine allgemeine Statistik aufzustellen. Und zwar [510] macht sie das mit folgendem, leider allzu durchsichtigen Gauklertrick; In einer Tabelle gibt sie die Prozentzahlen der einzelnen Berufe in diesen vier Städten wieder. In der zweiten unmittelbar darauffolgenden Tabelle leistet sie dann das Salto-Mortale. Diese Tabelle ist betitelt: „Verteilung der Mitglieder nach den vorstehenden Durchschnittszahlen auf das Reichsgebiet.“ Und siehe, schon sind auf Grund dieser wenigen, für das Reich infolgedessen naturgemäß auf keinen Fall maßgebenden statistischen Angaben auf die Verteilung der Mitglieder nach Beruf und Alter im Reichsmaßstabe „gefolgert“. Eine solche Statistik kann freilich nur zustande kommen, wenn vorausgesetzt wird, daß die Verteilung der Mitglieder nach Beruf und Alter in jedem Orte des Reiches genau dieselbe ist wie in den oben genannten vier Orten.

Sehr lehrreich ist auch die Tabelle über die „Ausgaben der Bezirksorganisationen vom 1. Januar bis 31; Dezember 1926.“ Für Wahlen betragen die Ausgaben 1 378 985,91 Mark. Für Agitation rund ebensoviel. Für Verwaltung hingegen 1.776.264,70 Mark (!). Man kann nichts Bezeichnenderes über diese zum Selbstzweck gewordene Bürokratie sagen.

Die hoffnungslose Lage in der SAJ muß das Jahrbuch selber zugeben. „Der Verband der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands begann seine Jahresarbeit mit den Vorbereitungen für eine

[*)] Verlag J. W. Dietz Nachf., Berlin.

Werbewoche, die vom 22. bis 27. März zur Durchführung gelangte. Die Werbearbeit brachte recht gute Erfolge, jedoch gelang es nicht, den erhöhten Mitgliederstand zu halten. Gegen Ende des Jahres war der Mitgliederbestand wieder zurückgegangen.“ (S. 39.) Die schlauen Bonzen haben auch schon den Grund des Rückganges in der Mitgliederzahl der SAJ herausgefunden. Er besteht nicht in der verräterischen Politik der Führerschaft, die von den oppositionellen Mitgliedern der SAJ erkannt wurde, er besteht nicht im rigorosesten Vorgehen gegen diese oppositionellen SAJ-Mitglieder. Nein, von alledem keine Spur. Hört: „Die straffe Durchführung dieser (neuen, der Verf.) Beitragsregelung hat sicherlich zu einer Revidierung der Mitgliederlisten geführt, wodurch sich der starke Mitgliederrückgang teilweise erklärt.“

Die „Gefahren“ der von der Bourgeoisie an die Sozialdemokratische Partei für ihre Handlangerdienste erteilten Almosen, der verschiedenen Reichs-, Staats- und Gemeindeämter für die Sozialdemokratische Partei werden anschaulich durch folgende Zeilen vor Augen geführt: „Es wird auch hier Aufgabe späterer Zeit sein, zu einer einheitlichen Bezeichnung der verschiedenen kommunalpolitischen Ausschüsse zu gelangen; wobei es schon jetzt notwendig ist, darauf zu achten, daß neben der Partei nicht etwa eine neue „Kommunale Vereinigung“ entsteht. Die Verbindung der Partei zum Bezirksvorstand, möglichst auch zum Sekretariat, muß gewahrt bleiben.“ (S. 64.) Sie kennen ihre Pappenheimer!

Daß seitdem zum Ueberdruß wiederholte für den Reichsarbeitsminister zum Steckenpferd gewordene Schlagwort zur Verhinderung der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens ist der bürgerlichen Regierung ursprünglich von den sozialdemokratischen Führern geliefert worden. „Punkt 2 (des im Reichstag eingebrachten Antrages. Der Verf.) betraf die Forderung der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens bei gleichzeitiger Inkraftsetzung in Frankreich und Belgien.“ (S. 82.) Eine sich proletarisch nennende Partei, die in erster Linie nicht die Interessen der Arbeiterschaft im Auge hat, sondern die internationale Konkurrenzfähigkeit des deutschen Kapitalismus, eine „Arbeiterpartei“, für die nicht der Klassenkampf, die Schwächung der eigenen Bourgeoisie das höchste Gebot ist, sondern im Gegenteil die Unterstützung derselben in ihrer Wiedergesundung auf Kosten der Arbeiterschaft. Für die kautschukartigen. arbeiterfeindlichen Bestimmungen des Arbeitszeitnotgesetzes, gegen welche jetzt die sozialdemokratischen Führer so pharisäerhaft Sturm laufen, haben ebenfalls die ursprünglichen „Forderungen“ derselben die Wege geebnet. Diese „Forderungen“ betreffs Arbeitszeitregelung gipfelten in dem Satze: „Leistung von Ueberstunden nur nach tariflicher Vereinbarung. Ausnahmen in Fällen höherer Gewalt durch behördliche Regelung.“

Nun „die innerpolitischen Ziele des Sozialdemokratie“ und was sich sozialdemokratische Führer, die sich Marxisten nennen, unter dem kapitalistischen Staat vorstellen. Ich zitiere wörtlich: „Die gesamte innerpolitische Arbeit der Sozialdemokratie geht auf eine Stärkung des Anteils der Volksmassen an der Bildung des Staatswillens aus. Dem Staat selbst messen wir vor allem die Aufgabe zu, den Anteil des einzelnen Volksgenossen an der nationalen Kultur zu erhöhen. Der Staat soll dem Staatsbürger ermöglichen, eine Summe von Bildung und Freiheit zu erlangen, die er als Einzelner bei der wirtschaftlichen Ueberlegenheit der Kapitalbesitzer nicht erlangen kann. Wenn wir die Eroberung der Staatsgewalt anstreben, so geschieht es, um diesen sozialen und sittlichen Staatsgedanken zu entwickeln und die nationale Kulturgemeinschaft auf immer breitere Massen auszudehnen.“ (S. 104.) Es ist natürlich nicht der proletarische Staat gemeint, der allein imstande ist, dies alles für das Proletariat (das Wort wird, wie wir sehen, ängstlich vermieden) zu verwirklichen, sondern der kapitalistische Staat. Dies geht deutlich aus dem von mir unterstrichenen Satzteil hervor. Indessen merkt wahrscheinlich selbst der Verfasser obiger Zeilen das Unsinnige und Unmögliche seines Gedankenganges und, wie wenn er der Einwendung eines einfachen proletarisch denkenden SPD-Arbeiters begegnete, stammelt er etwas über „Eroberung der Staatsgewalt“.

Auf Seite 112 wird diese reformistische Staatstheorie in ihrer ganzen Unhaltbarkeit entwickelt. „Die Sozialdemokratie sieht überhaupt das Verfassungswerk keineswegs als abgeschlossen an. Ihre Ueberzeugung, aua der bürgerlichen Demokratie zu einer sozialen Demokratie emporzustreben, will aber keine Rückwärtsentwicklung des deutschen Verfassungslebens zu minderen Volksrechten, sondern gerade im Gegenteil eine wachsende Beteiligung des Volkes bei der Bildung des Staatswillens und

Vermehrung seines Einflusses auf die Gestaltung der Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung. Einstweilen gewährt Kapitalbesitz durch die Beherrschung der Produktion und einer Uebermacht von Presseunternehmungen ohnehin sehr starke Einflüsse, die in der geschriebenen Verfassung nicht zum Ausdruck kommen, und denen die besitzlose Klasse nur das gleiche Wahlrecht als politisches Machtmittel entgegenzusetzen hat. Der soziale Gedanke fordert, auf einen Ausgleich dieser tatsächlichen Machtverhältnisse zu sinnen und nicht [511] umgekehrt, den geringen politischen Anteil der Massen an der Staatsgewalt durch rückwärtsgerichtete Verfassungsrevisionen noch mehr zu schwächen. Der vielfach beklagte Mangel an Staatsgesinnung ist nicht allein durch staatsbürgerliche Erziehung zu beheben, sondern nur dadurch, daß der Staatsbürger aus den Erfahrungen des täglichen Lebens selbst die Ueberzeugung gewinnen muß: Der Staat ist nicht mehr ein Instrument der herrschenden Klasse, sondern eine Einrichtung für Wohlfahrt des Volkes. Die Sozialdemokratie versucht, durch ihre innere Politik den Staat in dieser Richtung umzugestalten, s o w e i t d i e s i n e i n e r K l a s s e n g e s e l l s c h a f t ü b e r h a u p t m ö g l i c h i s t.“ (Von mir unterstrichen. Der Verf.) Man sieht: Bei folgerichtiger Durchführung dieser reformistischen Staatstheorie kann selbst der hartnäckigste Reformist nicht umhin, die Frage zu stellen: Ist die Umgestaltung der Klassenverhältnisse auf demokratisch-parlamentarischem Wege möglich oder nicht? Der reaktionäre Rechtsblock im neunten Jahre der Republik müßte einem jeden sozialdemokratischen Arbeiter die richtige Antwort auf diese Frage gegeben haben.

Der Sowjet-Granatenschwindel wird natürlich im Jahrbuch mit derselben Unverfrorenheit aufgetischt wie seinerzeit im „Vorwärts“. Das Schamloseste ist das Manöver, daß dieser Schwindel mit der Tatsache der Verbindung der Reichswehr mit den vaterländischen Verbänden, der Abkommandierung von Reichswehroffizieren zur militärischen Ausbildung der Stahlhelmmitglieder in einen Topf geworfen wird. Es wird so hingestellt, als ob die Sowjetunion mit der reaktionären deutschen Reichswehr eben wegen ihres reaktionären Bürgerkriegsarmee-Charakters Beziehungen unterhalte und pflege.

Das Jahrbuch erblickt einen großen Fortschritt in folgender Abschwächung der Militärstrafgesetzgebung: „Der Begriff der ‚versammelten Mannschaft‘, vor der gewisse Straftaten, wie Achtungsverletzung und Gehorsamsverweigerung, nicht ohne wesentliche Strafverschärfung begangen werden können, ist gemildert worden. Es gehören dazu fortan sieben, statt wie bisher drei, zu militärischem Dienst versammelte Personen.“ Bildlich gesprochen heißt das: Dem Schutzengel des Proletariats (der Sozialdemokratie) ist es gelungen, bei Beelzebub (dem Kapitalismus) zu erreichen, daß es in der Hölle nicht gebraten, sondern gesotten wird.

Auf Seite 256 wird unter dem Titel „Zusammenhang zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik“ folgendes behauptet: „Schon die Tatsache des Arbeitsbeschaffungsprogramms zeigt, wie die Sozialpolitik unter Umständen aktiv auf die Wirtschaftspolitik hinübergreifen muß, wenn soziale Notstände beseitigt werden sollen.“ Die kapitalistische Sozialpolitik greift nicht nur „unter Umständen“ auf die kapitalistische Wirtschaftspolitik hinüber, sondern es besteht eine stetige Wechselwirkung zwischen beiden. Alles, was in der Sozialpolitik dem Proletariat zugestanden wird, hemmt die kapitalistische Wirtschaftspolitik, und jede sozialpolitische Maßnahme wird in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung durch eine wirtschaftspolitische Maßnahme rückgängig gemacht. Dies hätte von den sozialdemokratischen Führern gesagt werden müssen, wenn sie mehr auf Verkündung der Wahrheit, auf die Aufklärung der Arbeiterschaft, als darauf Wert legten, sich der „erkämpften“, „sozialpolitischen parlamentarischen Erfolge“ zu rühmen.

Mit Recht macht die Schlichtungskomödie und die Verbindlicherklärung von Tarifverträgen auf den objektiven Beobachter den üblen Eindruck eines abgekarteten Spieles zwischen der Führung der Arbeitgeberverbände und der der Gewerkschaften. In diesem seinem Eindruck wird er noch bestärkt, wenn er auf Seite 497 einerseits den Satz liest: „Häufig mußte gegen die, solche Schiedssprüche ablehnenden Unternehmer das Mittel der Verbindlicherklärung angewandt werden.“ Und in dem unmittelbar darauffolgenden wiederum folgendes: „Noch viel zu oft gaben allerdings die Schlichtungsbehörden den Forderungen der Unternehmer nach, und nur in einem Fall von Bedeutung wurden die Arbeitsbedingungen durch Schiedsspruch verbessert.“ Es kann die ablehnende Haltung der Unternehmer gegen die Schlichtung nicht so sehr ernstlich gemeint sein, wenn im ganzen Jahre 1926 nur in einem einzigen Falle der

Schiedsspruch zugunsten der Arbeiter ausfiel. Wenn die sozialdemokratischen Führer diese nicht ernst gemeinte Ablehnung trotzdem ernst nehmen und daraus die Nützlichkeit der Schlichtung für das Proletariat herleiten wollen, so ist das eine bewußte Irreführung der Arbeiterschaft.

Die angeführten Beispiele ließen sich beliebig häufen. Zusammenfassend kann gesagt werden: Das Jahrbuch ist für diejenigen sozialdemokratischen Arbeiter, deren kritischer Blick noch nicht verloren gegangen, deren proletarisches Denken und Fühlen von den sozialdemokratischen Führern noch nicht vollständig eingeschläfert worden ist, außerordentlich lehrreich. Allerdings nicht in dem Sinne, wie es etwa Herr Silverberg oder Herr Leipart wünschten. B. C.

*

Angelica Balabanoff: Erinnerungen und Erlebnisse[*)]

Die Verfasserin des Buches, lange vor dem Kriege eine bekannte italienische Sozialistin, trat 1917 der Partei der Bolschewiki bei. Nach dem Sieg der Februarrevolution reiste sie mit einer Reihe anderer russischer Emigranten nach Rußland. 1922 wird sie, die nun wieder im Ausland lebt, aus der RKP ausgeschlossen. Allein diese Daten lassen im Leser die Hoffnung erstehen, in ihrem Buch interessantes Material zur Geschichte der Arbeiterbewegung und der russischen Revolution zu finden. Besonders nach den Materialien, die Angelica Balabanoff, Teilnehmerin an den Konferenzen von Zimmerwald und Kiental und langjährige Sekretärin von Zimmerwald in Grünbergs Archiv veröffentlicht hat, könnte man auf eine gewisse historische Ausbeute dieser „Erinnerungen und Erlebnisse“ einer ehemaligen Kommunistin gespannt sein. Aber die Erwartungen des Lesers werden durch die Lektüre dieses 300 der Seiten starken Ergusses arg getäuscht. Es ist eine merkwürdige Geschichtserzählung, die A. B. hier kredenzt. Die Verfasserin nennt sich oft und laut „Marxistin“, sie ist stolz, als Abkömmling der besitzenden Klasse in früher Jugend die Ideologie des revolutionä-[512]ren Proletariats, den Marxismus, erkannt und sich in den Dienst der Arbeiterklasse gestellt zu haben. Mit der ihr eigentümlichen „Bescheidenheit“ erzählt sie, daß Antonio Labriola in ihr den Testamentsvollstrecker des italienischen Marxismus sah. Aber vom Marxismus ist im ganzen Buch nicht die geringste Spur zu entdecken. Im Gegenteil, die ganze Art und Weise, wie A. B. von den Dingen berichtet, erinnert an die Narodniki, jene ersten Gefühls- und Moralrevolutionäre, die Vorläufer der russischen Sozialdemokratie waren. Sie empört sich entsetzlich über Mussolini, aber ihr Zorn richtet sich ebenso gegen Sinowjew, der zum Vorsitzenden der Komintern geworden war (wie sie meint, statt ihrer) und über die ganze Politik der KI und der Bolschewiki, die in lauter Missetaten und Ungerechtigkeiten schwelgen. Warum wurde z. B. ihr ehemaliger S e r r a t i von der KI aufs schärfste angegriffen, was brachte ihn später wieder zum Kommunismus? Sie versucht nicht einmal, alle diese Fragen zu analysieren, sie sieht einfach die Probleme nicht, sondern wetten gegen die persönliche Unanständigkeit und Schlechtigkeit der Bolschewiki, die einmal einen Führer gelten lassen und ihn dann zum Teufel jagen. Selbst Lenin, von dem sie mit der größten Schonung und Vorsicht spricht, mutet ihr, Angelica Balabanoff, zu, eine Broschüre gegen Serrati zu schreiben!

Wie geradezu lachhaft diese Geschichtsschreiberin die Ereignisse sieht, zeigt zum Beispiel der Bericht über die Gründung der Kommunistischen Internationale. Nach Balabanoff ist die Gründung der Komintern einem puren Zufall zu verdanken. Der Vorschlag, die Konferenz als Konstituierende Versammlung einer neuen Internationale zu betrachten, erzählt Frau B., wäre „allgemein verworfen“ (7), da aber wäre in der letzten Minute der österreichische Delegierte erschienen, der in flammender Rede die Gründung einer neuen Internationale forderte und „die dritte Internationale war gegründet ...“ Bekanntlich hat Lenin schon in den ersten Kriegsjahren (siehe „Gegen den Strom“) die Parole ausgegeben: „Für die Gründung der III. Internationale“. Auf dem ersten Gründungskongreß, Anfang März 1919, hatte sich allein der Vertreter Deutschlands der Stimme enthalten, von einer Ablehnung einer Gründung konnte nicht die Rede sein.

Aehnliche historische „Korrekturen“ unterlaufen der Verfasserin auch an anderen Stellen und machen den historischen Wert dieser „Erinnerungen“ sehr fraglich.

[*)] Laubsche Verlagsbuchhandlung, Berlin 1927.

Angelika Balabanoff hatte als Propagandistin und Agitatorin einmal der italienischen Arbeiterklasse gewisse Dienste geleistet. Das war in jener Frühzeit der vorrevolutionären Entwicklung, als das Rüstzeug des sozialistischen Massenredners aus leichtem Gepäck bestehen konnte. Als die Epoche des Imperialismus viel kompliziertere Probleme auf die Tagesordnung stellte, als die proletarische Revolution mit all ihrer harten Unerbittlichkeit kam und im blutigen Kampf den Sieg errang, da versagten nicht allein die Nerven der „das Volk liebenden Sozialistin", sondern sie erwies sich auch außerstande, den Sinn des gewaltigen Ringens zu begreifen, das sich vor ihren Augen abspielte. Dazu kam die gekränkte. Eitelkeit einer Kleinbürgerin, die sich zurückgesetzt fühlte, Frau Balabanoff irrt sich, wenn sie von sich schreibt: „Angelica Balabanoff heißen, bedeutete dazumal (1919 in Moskau) unbeschränkte Macht" (!). Angelica Balabanoff war dank ihrer umfassenden Sprachkenntnisse auf internationalen Kongressen als Uebersetzerin bekannt; daß ihr jegliche Führerqualitäten abgehen, zeigt schon allein dieses Buch.

Der letzte Teil des Buches ist eine ununterbrochene Beschimpfung und Lästerung der Führer der Sowjetunion, der Komintern und der ausländischen Kommunistischen Parteien. Hier reiht sie sich restlos in die Schar der Antibolschewisten ein, die von rechts oder links die Kommunistische Internationale anbellen. Die frühere Zimmerwaldaekretärin wird in ihrem blinden Kommunistenhaß zum willkommenen Verbündeten der Wels und Levi, ebenso wie der Korsch und Katz. Der Kampf, den sie dem Faschismus ansagt, kann über ihre Renegatenrolle im Kommunismus nicht hinwegtäuschen.

F. Rubiner.

*

Henri Barbusse: Die Henker)[*)]

Dieses Buch stellt die Resultate der Untersuchung dar, die Benn Barbusse auf seiner gemeinsam mit Paule Lamy und Léon Vernochet unternommenen Reise nach den Balkanländern erreicht hat, Eine furchtbare Anklage gegen die entsetzlichen legalisierten und halblegalisierten Greueltaten, mit denen die Regierungen aller Balkanstaaten zur Macht gekommen sind und heute noch sich bemühen, die Macht zu behalten, stellt dieses Buch dar. Und doch trifft zu, was der Herausgeber, Heinrich Nelson, in dem Vorwort sagt: „Die Wahrheit ist nicht nur so furchtbar, sie ist noch weit furchtbarer". Barbusse beschränkt sich nur darauf, die unerhörten Mord- und Greueltaten zu schildern – in der Tat, er beschränkt sich hier sogar fast allein auf die nackte Aufzählung der Morde und Meuchelmorde, die an den Führern der Partei des revolutionären Proletariats und der mit ihr sympathisierenden Organisationen verübt wurden, sondern er geht in den ersten Kapiteln seines Buches auf die wirtschaftliche und politische Lage ein, die durch den Weltkrieg und Versailler Frieden und seine Auswirkungen in den folgenden Jahren geschaffen wurde, Er will das Gewissen der Welt wecken und eine große internationale Protestbewegung gegen diese unerträglichen Zustände auf dem Balkan hervorrufen und unterstützen, und die Sympathien der internationalen revolutionären Kräfte und aller Freiheitsfreunde für den Befreiungskampf der gequälten Arbeiterschaft dieses Hexenkessels Europas sammeln und stärken. S.

[513]

[*)] 1927. 139 Seiten und zwei Kartenskizzen: Die Balkanländer vor dem Balkankrieg (vor 1912) und die Balkanländer und Ungarn nach dem Weltkrieg. Preis brosch. 2,80 M.

Die Internationale
Jahrgang 10 ∗ Berlin. den 1. September 1927 ∗ Heft 11

Die proletarische Diktatur rüstet zur Verteidigung!

Berlin, 1. September 1927.

♂ Die Beschlüsse der Augusttagung des Vereinigten Plenums des ZK und der ZKK der KPSU wenden sich nicht nur an die Massen der Kommunisten der Sowjetunion. Unsere russische Bruderpartei hat auch auf dieser geschichtlich bedeutsamen Tagung ihre Pflichten als einzige Arbeiterpartei, die sich im Besitze der Staatsmacht befindet, gegenüber der Kommunistischen Internationale erfüllt. Die Beschlüsse des Augustplenums stehen in engstem Kontakt mit den aktuellen und historischen Aufgaben des revolutionären Weltproletariats; die kommunistischen Arbeiter der Sowjetunion und ihre Partei verbanden aufs neue ihren Kampf um den Aufbau des Sozialismus, um die Verteidigung der proletarischen Diktatur mit dem Befreiungskampf der Arbeiterklasse in allen kapitalistischen Ländern.

Wenn das Augustplenum feststellte: „Die Gefahr eines konterrevolutionären Krieges gegen die Sowjetunion ist die akuteste Frage der gegenwärtigen Periode.“ ... „Die Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion bedeutet nichts anderes, als die Reproduktion des Klassenkampfes zwischen der imperialistischen Bourgeoisie und dem siegreichen Proletariat auf erweiterter Grundlage.“ ... so ist diese Analyse der Lage den europäischen Arbeitern nicht nur ein Ansporn zur äußersten Verstärkung ihres Kampfes für die Verteidigung der russischen Revolution, der zentralen historischen Aufgabe der Arbeiterklasse, sondern noch mehr. Der Kampf gegen den imperialistischen Krieg fällt zusammen mit der Verteidigung der russischen Revolution. Das pazifistische Friedensgeschrei ist Wasser auf die Mühle der Imperialisten. Der entscheidende Teilabschnitt des Kampfes für die Verteidigung der russischen Revolution ist der Kampf um den Sturz der imperialistischen Staatsmacht, der einzigen Voraussetzung und Möglichkeit zur Verhinderung eines imperialistischen Krieges.

Die Außenpolitik der proletarischen Diktatur erfordert nicht nur eine völlige Koordination der Politik des im Besitze der Staatsmacht befindlichen Proletariats mit den Interessen des Kampfes um die proletarische Diktatur in den kapitalistischen Ländern. Die proletarische Diktatur ist ein Keil im Körper des Weltimperialismus. Ihre Existenz vergrößert die imperialistischen Gegensätze. Ihre zweite außenpolitische Hauptaufgabe ist es, die imperialistischen Gegensätze zur Verlängerung der Atempause vor dem unausbleiblichen militärischen Angriff gegen die Staatsmacht des Proletariats auszunutzen. Gerade in der gegenwärtigen Situation ist eine richtige und klare Analyse der imperialistischen Gegensätze eine entscheidende Voraussetzung für die Strategie des revolutionären Kampfes gegen den Imperialismus. Das Plenum mußte einige wesentliche Aenderungen der außenpolitischen Lage [514] feststellen, die gegenwärtig der imperialistischen Welt ihren Stempel aufdrückt. Während noch die Märzexekutive der Komintern von England als dem „Hegemon“ der europäischen imperialistischen Politik sprechen konnte, mußte das Augustplenum feststellen: „Bringt im großen und ganzen der europäische Kapitalismus vor allem der französische und der deutsche, seine Produktivkräfte schnell in die Höhe, so durchlebt der britische Imperialismus trotz der verzweifelten Stabilisierungsversuche innerhalb des Landes eine chronische Depression.“ Die Genfer Flottenabrüstungskonferenz beweist, daß Amerika im Kampf um die imperialistische Hegemonie immer mehr in den Vordergrund tritt. Beide Tatsachen, sowohl die amerikanisch-englischen Gegensätze, als die chronische Depression der englischen Wirtschaft haben in den letzten Monaten zu einer wesentlichen Minderung des britischen Einflusses am Kontinent geführt. Die französische Politik am Balkan und in Polen und insbesondere gegen das erstarkende Deutschland, die in den letzten zwei Jahren an zweite und dritte Stelle gerückt ist, beginnt sich kräftig zu regen und dem britischen Imperium die Hegemonie streitig zu machen. Und dieser Kampf um die imperialistische Hegemonie, der den parasitären Charakter des englischen Imperialismus immer deutlicher zutage treten läßt, vervielfacht noch seine Anstrengungen zur – wenn auch nur vorübergehenden – Ueberbrückung der imperialistischen Gegensätze durch einen Krieg gegen die Sowjetunion. Das Augustplenum signalisiert die Gefahr des imperialistischen Blockes: „Wenn die inneren Gegensätze zwischen den verschiedenen imperialistischen Staaten

den Keim zu gewaltigen Konflikten zwischen ihnen in sich tragen (Konflikte zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten, Italien und Frankreich, Polen und Deutschland, Japan und den Vereinigten Staaten, auf dem Balkan und in Mitteleuropa usw.), so ist andererseits auch ein zeitweiser Block dieser Staaten gegen die Sowjetunion nicht ausgeschlossen, d. h. eine unmittelbare militärische oder finanzielle Unterstützung der Kräfte, die unmittelbare Operationen gegen den Staat der Arbeiterklasse betreiben."

Die Außenpolitik des deutschen Imperialismus spielt bei der Frage der Entstehung des konterrevolutionären Blockes eine außerordentlich wesentliche Rolle. Es ist eine wichtige Aufgabe der Außenpolitik der Sowjetunion, bei der Politik der Ausnutzung der imperialistischen Gegensätze zur Verlängerung der Atempause zwischen den Interventionskriegen der Vergangenheit und dem bevorstehenden imperialistischen Krieg, dem faktischen und uneingeschränkten Eintritt Deutschlands in den imperialistischen Block die größtmöglichsten Hindernisse in den Weg zu legen. Das Augustplenum betrachtete die außenpolitische Lage Deutschlands folgendermaßen: „In Mitteleuropa ist Deutschland unmittelbar an der Herausschiebung der Ereignisse interessiert. Denn die Dynamik der Entwicklung führt zum unzweifelhaften relativen Anwachsen des wirtschaftlichen und politischen Gewichts Deutschlands. Zugleich ist Deutschland mehr als andere Länder an der Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen der Sowjetunion interessiert. All dies bedeutete doch nicht, daß das kapitalistische Deutschland im Falle entscheidender Ereignisse unbedingt neutral bleiben will. Indem es eine möglichst günstige Stellung erschachert, kann es zugleich bei der Auslösung der Ereignisse in einer Einheitsfront mit den Feinden stehen." Die Schwankungen der deutschen Außenpolitik gegenüber der Sowjetunion stehen eben in engstem Zusammenhange mit den Schwierigkeiten und Widerständen des wachsenden deutschen Imperialismus und es ist gerade charakteristisch für die verschiedenen Etappen dieser imperialistischen Entwicklung, daß der Inhalt der deutschen „Neutralitäts"-Politik eine immer offensiver werdende [515] Feindseligkeit gegen die Sowjetunion und ein immer stärkeres Einschwenken in die britische Politik des konterrevolutionären Blocks ist. Beide Aufgaben greifen eng ineinander. Die des als Staatsmacht organisierten russischen Proletariats, das dem Zusammenschluß des Blocks die größten Hindernisse in den Weg legen muß, und die des um die Staatsmacht kämpfenden deutschen Proletariats, dessen Aufgabe es ist, durch den Sturz der kapitalistischen Herrschaft Deutschlands, seine Beteiligung an dem imperialistischen Block endgültig zu verhindern.

An dieser Lage muß man die Behauptungen der russischen Opposition messen, die davon spricht, daß „die Schuld an dem Herannahen der Kriegsgefahr an der „unrichtigen" Politik der Partei liege, daß der Imperialismus uns deshalb angreife, weil wir schwächer geworden seien." (Thesen des Augustplenums.) Die Genossen Sinowjew und Trotzki haben vergessen, daß Lenin bereits während des letzten imperialistischen Krieges feststellte, daß „der in einem Lande siegreiche Sozialismus keineswegs mit einem Male alle Kriege überhaupt ausschließt. Im Gegenteil", schrieb Lenin, „er setzt solche voraus." Eine Analyse der Lage, wie die der Genossen Trotzki und Sinowjew, führt logisch zu einer Leugnung des Klassencharakters des bevorstehenden Krieges, zur Verhinderung der Sammlung der Massen des internationalen Proletariats um die zentrale Losung der gegenwärtigen Epoche, der Verteidigung der russischen Revolution. So wird der Trotzkismus, der vor und während des letzten imperialistischen Krieges an der Seite des menschewistischen kleinbürgerlichen Pazifismus gegen den leninistischen Kampf für die Umwandlung des imperialistischen in den Bürgerkrieg und gegen die sozialpatriotische Losung des Friedens ohne Annexionen stand, auch vor diesem historisch entscheidendsten Kriege der Weltgeschichte zu einem Hemmschuh der Sammlung der Massen des revolutionären Proletariats unter den Losungen des Leninismus

*

Eine nur logische Ergänzung ihrer Haltung zum kommenden imperialistischen Krieg ist die Thermidorpropaganda der russischen Oppositionellen. Die Genossen Sinowjew und Trotzki sind entschieden im Irrtum, wenn sie bei der Verkündigung dieser Theorie Anspruch auf Originalität erheben. Denn ihre Thermidortheorie kennt die deutsche Arbeiterschaft aus jahrelangen Kämpfen gegen Kautsky, Otto Bauer und Paul Levi. Es ist fast befremdend, daß die Genossen Sinowjew und Trotzki anzunehmen scheinen, daß die Wiederholung der Theorien von Kautsky über den Charakter der russischen

Revolution bei den westeuropäischen kommunistischen Arbeitern etwas anderes auslösen könnte, als das Verlangen nach verstärktem Kampf zur endgültigen Verbannung des trotzkistischen Geistes aus den bolschewistischen Reihen. Die Thermidortheorie des Genossen Trotzki ist die Zusammenfassung der ganzen trotzkistischen Auffassungen über den Charakter und den Gang der russischen Revolution: Die Verneinung der Möglichkeit des sozialistischen Aufbaues, die Leugnung der Möglichkeit eines Bündnisses zwischen Arbeitern und Bauern im Lande der proletarischen Diktatur, in ihrer Konsequenz die Theorie des bürgerlichen Charakters der russischen Revolution, der Notwendigkeit des Klassenkampfes gegen die bestehende Sowjetmacht.

Das Augustplenum bot die Möglichkeit, die Thermidortheorie der Genossen Trotzki und Sinowjew an Hand der konkreten wirtschaftlichen Tatsachen des Sowjetlebens zu überprüfen. Folgende Tatsachen kennzeichnen die wirtschaftliche Lage der Sowjetunion: 1. Steigerung der Produktion der Staatsindustrie in 8 Monaten im Durchschnitt um 20 bis 21 Prozent, darunter der Produktion von Produktionsmitteln um 29 Prozent und von Konsum-[516]gegenständen um 17,8 Prozent. 2. Aufwendung für Kapitalanlagen in den Industrien und Elektrifikation von mehr als 1 Milliarde Rubel. (Bauten, wie Dnjeprostroy und die sibirisch-turkestanische Eisenbahn.) 3. Erhöhung des Durchschnittsreallohnes in den letzten neun Monaten um 11,5 Prozent im Vergleich zur entsprechenden Vorjahrsperiode, bei gleichzeitiger Steigerung der Arbeitsproduktivität. 4. Umschwung zum Preisabbau der Industrieerzeugnisse. 5. Stabilität der Getreidebeschaffungspreise im Laufe des ganzen Jahres und Herabsetzung der Getreideverkaufspreise. 6. Beherrschung des Marktes durch die Genossenschaften und den Staatshandel auf Kosten des Privatkapitals. 7. Erzielung einer aktiven Bilanz des Außenhandels, die in acht Monaten 102 Millionen Rubel erreichte, gegen die passive Bilanz in den letzten zwei Jahren. 8. Steigerung der Kaufkraft des Rubels.

Selbstverständlich gibt es auch eine ganze Reihe negativer Erscheinungen im russischen Wirtschaftsleben, Nach wie vor besteht das Problem der Rationalisierung, der Herabsetzung der Selbstkosten in der industriellen Produktion, nach wie vor ist eine der entscheidendsten Aufgaben der Sowjetwirtschaft die Herabsetzung der Preise der Industriewaren. Nach wie vor muß der landwirtschaftliche Kredit in den Dienst des Bündnisses der Arbeiter mit den mittleren Bauern und der aktiven Unterstützung der armen Bauern gestellt werden, um den Kampf gegen die Kulaken zu verschärfen. Aber die gesamte Tendenz der wirtschaftlichen Entwicklung der Sowjetunion beweist ein immer stärker werdendes Uebergewicht der sozialen Kräfte der Arbeiterschaft und ihres Staates über das bürgerliche und großbäuerliche Element. Und das ist wesentlich und entscheidend. Es zerschlägt die Thermidortheorie der Genossen Sinowjew und Trotzki ebenso, wie die wirtschaftliche Entwicklung der letzten drei Jahre die Prophezeiung des Genossen Trotzki von der „unvermeidlichen wirtschaftlichen Katastrophe“ Lügen gestraft hat. Das Augustplenum ließ sich durch die Thermidortheorie der Genossen Sinowjew und Trotzki nicht von der Vorbereitung. jener wirtschaftlichen Maßnahmen ablenken, die der bevorstehende imperialistische Krieg diktatorisch aufdrängt. Genosse Rykow stellte fest:

Angesichts der bereits beginnenden Blockade ist die politische Hauptaufgabe der Partei „die Durchführung der notwendigen Maßnahmen in der kürzesten Frist zur Vorbereitung des Landes für den Fall der Verwirklichung der ökonomischen Blockade oder des bewaffneten Angriffes der imperialistischen Staaten auf die Sowjetunion.“ Als Grundvoraussetzung für die erfolgreiche ökonomische und politische Vorbereitung des Landes auf den Krieg wurde bezeichnet: Die Stärkung der sozialistischen Elemente der gesamten Volkswirtschaft, die weitere Durchführung des Industrialisierungsprogramms, die Fortsetzung der Politik der Hilfe für die kleinbäuerlichen und der Unterstützung für die mittelbäuerlichen Schichten im Dorfe, die maximale Begrenzung der Ausbeutungstendenzen der Kulaken. Diese Generallinien der Wirtschaftspolitik wurde auf zwei Gruppen von Maßnahmen zur Mobilisierung des Landes gegen die Kriegsgefahr zugespitzt: Erstens, die Bereitstellung von Reserven für die Landesverteidigung und Volksernährung im Kriegsfalle. (Budget-, Valuta-, Getreide-, Waren-, Rohstoff- und Brennstoffreserven.) Zweitens, stärkste und rascheste Entwicklung der Heeres- und Rüstungsindustrie aller Gattungen.

Das Augustplenum hat alle Maßnahmen getroffen, um dem drohenden imperialistischen Krieg so zu begegnen, wie es das Interesse des Proletariats gebietet. Durch maximale Anspannung aller

wirtschaftlichen und politischen Kräfte, die allein in Verbindung mit revolutionären Aktionen der Arbeiter-[515]klasse in den kapitalistischen Ländern die Bürgschaft für die Niederschlagung des imperialistischen Angriff es sind.

Wenn Genosse Trotzki angesichts dieser Maßnahmen und Beschlüsse zur proletarischen Landesverteidigung seine Thermidortheorie durch die „Clemenceau-Parallele“ ergänzt, so zeugt dies nicht nur von einer völligen fraktionellen Verblendung, sondern von einem immer stärker werdenden inneren Bruch in der einzigen Partei, die imstande ist, die proletarische Landesverteidigung zu organisieren und durchzuführen.

Und es ist nicht verwunderlich, daß nach einem solchen Auftreten der russischen Opposition, die sich bewußt in allen Fragen in Gegensatz zur leninistischen Partei setzt, sie im Organ der russischen Emigrationsmenschewiki folgendes Echo gefunden hat:

„Die offene Tätigkeit der Opposition durchbricht endlich das Parteimonopol. Das Land, in dem offen, ständig und organisiert, zwei kommunistische Fraktionen kämpfen, ist natürlich nicht ein demokratisches und parlamentarisches Land. Aber dies ist gleichfalls nicht das Regime einer Parteidiktatur, dies ist der verkörperte Gegensatz und als solcher der mögliche Anfang einer Einmischung des Volkes in den Streit und in diesem Sinne ein Ausgangspunkt der Demokratie ... D a r u m d ü r f e n d i e r u s s i s c h e n S o z i a l d e m o k r a t e n e i n e s o l c h e L e g a l i s i e r u n g d e r O p p o s i t i o n a u f s w ä r m s t e b e g r ü ß e n ... als eine offene Selbstliquidierung der Diktatur und einen Uebergang zu neuen politischen Formen.“

Und es muß zugegeben werden: Die russischen Menschewiki haben recht. Eine Legalisierung der Ansichten und der Fraktion der Genossen Sinowjew und Trotzki in den Reihen der Kommunistischen Partei der Sowjetunion wäre der Beginn der Zermürbung der proletarischen Diktatur. Die deutschen Arbeiter erkennen den parteischädigenden Charakter dieser Opposition um so mehr, als die deutsche Filiale der Genossen Trotzki und Sinowjew alles tut, um auch die Mobilisierung der deutschen Arbeitermassen durch die Kommunistische Partei zum Kampfe für die Verteidigung der Sowjetunion mit allen nur erdenklichen Mitteln zu erschweren.

Das Augustplenum hat im Geiste Lenins gehandelt, als es den Genossen Trotzki und Sinowjew nochmals die Rückkehr auf die Wege des Leninismus ermöglichte. Aber der herannahende Krieg verlangt eine endgültige Entscheidung. Sie kann nur lauten: für den Leninismus, verkörpert in der Einheit der Komintern und ihrer führenden Partei oder für den Trotzkismus, der immer mehr zu einem offenen Verbündeten des Menschewismus wird.

*

„Dokumente der russischen Opposition“.

(Sinowjews Umwälzung der Klassenverhältnisse in China).

Von A s i a t i c u s.

1. D i e c h i n e s i s c h e F r a g e u n d d i e O p p o s i t i o n.

Die „Fahne des Kommunismus“ veröffentlichte in einer Broschüre die „Dokumente der russischen Opposition“. Der Inhalt der „Dokumente“ befaßt sich fast ausschließlich mit der chinesischen Frage. Es ist bekannt, daß die Opposition (wir meinen da die russische und nicht ihre deutsche Filiale) sich in der „glücklichen“ Lage befindet, m e h r e r e Standpunkte zur Beurteilung der chinesischen Frage zu haben. In der besagten Broschüre werden nur zwei hiervon, die Sinowjewsche und Trotzkische Kritik an der Linie der Komintern, serviert – die Radeksche ist ausgelassen. Gen. Radek hat die Bankrotteure um Maslow und Ruth Fischer jahrelang bekämpft. Radek war für die Ultralinke die Verkörperung der „rechten [518] Gefahren“ in der Komintern und sie haben, als sie die Partei „retteten“, jedes geschriebene Wort von Radek aus der Parteipresse verwiesen. Augenscheinlich können ihn die Maslow und Fischer, trotzdem er im Oppositionsblock seinen „Mann“ stellt, auch jetzt noch nicht riechen. Außerdem hat gerade Radek in verschiedenen Artikeln wiederholt die revolutionäre Bedeutung der Nordexpedition scharf unterstrichen und die Arbeit der KPCh innerhalb der Kuomintang für notwendig und in der Grundlinie für richtig gehalten – was im schärfsten Widerspruch zu der Austrittslosung von Sinowjew und Trotzki stand. Er hat sich zwar später „zu höheren Zwecken“ revidiert, trotzdem aber darf dieser „China-Sachverständige“ bei den veröffentlichten „Dokumenten“ nicht mitreden.

Bevor wir uns nun mit dem Inhalt der Broschüre befassen, nur noch einige Feststellungen zur Charakteristik des hervorragenden Interesses sowohl bei der russischen Opposition wie bei ihren deutschen Bundesgenossen für die chinesischen Probleme. Die russische Opposition, geführt durch Trotzki und Sinowjew, hatte anfänglich ihre Hauptbasis in der Kritik an der innerrussischen Politik des ZK In diesen Fragen ist sie entscheidend und vernichtend geschlagen worden. Ihr kleinbürgerliches Geschrei über den „nahenden Thermidor“ hat die Partei nicht im geringsten an der konsequenten Fortsetzung der Leninschen Politik des Bündnisses der proletarischen Diktatur mit der Bauernschaft, der Politik des sozialistischen Aufbaus auf dieser Grundlage hindern können. Die Partei hat mit der größten Einmütigkeit diesen Angriff der Opposition auf die Grundlagen der leninistischen Taktik zurückgeschlagen. Die Opposition wurde im Laufe ihrer Entwicklung bei ihrer prinzipienlosen Blockpolitik mit allen kleinbürgerlichen und liquidatorischen Strömungen mehr und mehr aus einer Opposition innerhalb der Partei zu einer solchen gegen die Partei. Jede Schwierigkeit der inneren und internationalen Lage, jeder Rückschlag der revolutionären Kräfte wurde nun mit der größten Demagogie von ihr als die Folge der Politik des ZK der Kommunistischen Partei der Sowjetunion hingestellt. Sie spekulierte mehr und mehr auf die Unzufriedenheit rückständiger proletarischer, bäuerlicher und kleinbürgerlicher Schichten, auf wirtschaftliche und politische Krisen infolge der fortschreitenden Stabilisierung des Weltkapitals. Sie wurde mehr und mehr zum Banner des Ansturms der kleinbürgerlich-konterrevolutionären Kräfte gegen die Diktatur des Proletariats in ihrer konkreten historischen Form, für die Diskreditierung und wachsende Erschwerung der gegenwärtig einzig möglichen Politik der Avantgarde des russischen Proletariats. Da sich die russische Opposition dabei in ein scheinradikales Mäntelchen hüllt, und auf rückständige proletarische Schichten und ihre Verwirrung mit radikalen Phrasen spekulierte, könnte sie national und international zu einer Gefahr werden, wenn sie nicht durch die Einheit der Partei entschieden zurückgeschlagen werden würde.

Je weniger die Opposition in den Fragen der innerrussischen Politik des ZK infolge der Ablehnung ihrer „Rettungsmaßnahmen“ durch die überwältigende Mehrheit der Partei ausrichten kann, je mehr sie in diesen Fragen sich zurückziehen und kapitulieren muß, um so mehr stürzt sie sich auf die Ausnutzung der internationalen Schwierigkeiten. Die vorübergehende Niederlage der revolutionären Kräfte in China ist jetzt das zentrale Problem ihrer parteifeindlichen Demagogie. Ihre „Kritik“ an der Linie der Komintern in der chinesischen Frage ist das charakteristische Dokument, dieser Opposition. Weil es sich darum handelt, die Rückschläge in China zum Angriff gegen das „Stalinsche ZK“ bis zum äußersten auszunutzen, ist für sie, die Niederlage des chinesischen Proletariats nicht ein Ausdruck der Schwäche des Proletariats gegenüber dem Ansturm der halbfeudalen, bürgerlichen und imperialistischen Kräfte, sondern die direkte Folge der Politik der ‚Initiatoren aus dem EKKI“ (Trotzki in seinen Thesen). Die Niederlage und Schwächung des chinesischen Proletariats wird mit dem höchstmöglichen Maß an kleinbürgerlicher Uebertreibung geschildert, die Analyse der Klassenkräfte in China durch die Komintern wird vulgarisiert und entstellt, die Stärke der Klassengruppierungen [519] sogar in der plumpesten Weise gefälscht – alles, um den „Verrat des Stalinscheu ZK“ zu beweisen.

In Deutschland haben sie sich zu diesem Werk die Bankrotteure um Maslow als Bundesgenossen ausgesucht. In seinem Blättchen, das die Fahne des Kommunismus schändet, werden seit Monaten fast ausschließlich „Dokumente der russischen Opposition“ veröffentlicht. Das, was die chinesische Frage für die russische Opposition ist – die Ablenkung von ihrem Bankrott in den innerrussischen Fragen – sind die „Dokumente der russischen Opposition“ für die Maslowgruppe. Sie haben die Möglichkeit gehabt, jahrelang die Partei zu „retten“. Die KPD hat für dieses „Rettungswerk“ so schwer zahlen müssen, das Ergebnis hat so grausam gegen die „Retter“ gesprochen, daß die Maslowclique allen Anlaß hat, auf dieses Kapitel nicht zurückzukommen. Sie hat ferner allen Grund, so wenig als möglich sich mit den Problemen der revolutionären Bewegung in Deutschland und so viel als möglich mit der russischen Opposition und dem „Verrat des Stalinschen ZK in China“ zu befassen. Aber die Partei vergißt nicht. Noch mehr. Wenn es ihr schwer war, sich über die innerrussische Stellungnahme der Opposition genügende Klarheit zu verschaffen, wird ihr das gegenwärtig in dem Spiegel, den die russische Opposition in der Maslowgruppe in Deutschland findet, immer leichter.

II. Um den Grandcharakter der chinesischen Revolution.

Einige Kostproben der oppositionellen Konfusion.

Die Ideologen der Kuomintang stützen sich bei ihrem gegenwärtigen Angriff auf die revolutionäre Arbeiter- und Bauernbewegung, vor allem auf den eigenartigen Charakter der chinesischen Revolution als einer nationalen Revolution. Sie behaupten, die revolutionäre Bewegung sei im Grunde kein Ausdruck des Klassenkampfes innerhalb Chinas, sondern eine allnationale, über den Klassen stehende, revolutionäre Bewegung zur Wiederherstellung der Unabhängigkeit Chinas, zur Befreiung Chinas von den imperialistischen Ketten. Die revolutionäre Arbeiter- und Bauernbewegung habe unter Führung der Kommunisten den Kampf der Klassen innerhalb Chinas der nationalen Sache vorangestellt und dadurch die einheitliche Front gegen den Imperialismus zerstört.

Demgegenüber besteht der Standpunkt des Kommunismus in China nicht darin, daß er den nationalrevolutionären Ausgangspunkt der chinesischen Revolution bestreitet. Umgekehrt: er steht mit beiden Füßen auf der nationalrevolutionären Basis des Kampfes. Innerhalb der nationalrevolutionären Front ringt der Kommunismus um die Führung des Blocks des Proletariats, der Bauernschaft und des städtischen Kleinbürgertums und beweist den Massen, wie die Herrschaft des Imperialismus über China sich im engen Bündnis mit den feudalen Ueberresten, mit dem reaktionären Militarismus und mit verschiedenen Schichten der chinesischen Bourgeoisie befindet. Würde der Kommunismus die nationalrevolutionäre Basis des Kampfes bestreiten, so würde er praktisch und theoretisch die Führung des antiimperialistischen Kampfes, des Hauptmotivs des gegenwärtigen Abschnitts der chinesischen Revolution, der nationalen Bourgeoisie überlassen. Aus diesem Grundcharakter, den wir keinen Augenblick aus den Augen lassen dürfen, ergab sich die Notwendigkeit für den Kampf des Proletariats innerhalb der nationalrevolutionären Front, für die Arbeit des Kommunismus innerhalb der Kuomintang. Durch die führende Rolle des Proletariats im Kampfe der ländlichen und städtischen Armut für die nationalrevolutionären Losungen konnte der Kommunismus beweisen, daß nur diese Entfesselung und Aufwühlung der tiefsten Kräfte der chinesischen Gesellschaft den endgültigen Erfolg für die nationalrevolutionäre Sache verbürgt. Nur dadurch konnte der Kommunismus den Verrat der Bourgeoisie seit dem Zeitpunkt. wo sie sich gegen die nationalrevolutionäre Massenbewegung wandte, an der nationalen Revolution beweisen und die ideologischen und organisatorischen Voraussetzungen für den Kampf um [520] die Hegemonie des Proletariats gewinnen. Daß dieser Kampf nicht einfach von Erfolg zu Erfolg schreitet, daß er infolge der Illusionen und der mangelnden Erfahrungen der Massen, infolge der Uebermacht der nationalen Bourgeoisie und ihres militärischen und bürokratischen Apparats zeitliche Rückschläge erleiden muß, ist der unvermeidliche Entwicklungsweg sowohl der chinesischen wie aller Revolutionen der Weltgeschichte.

Will die russische Opposition die Taktik des Kommunismus in China angreifen, so muß sie eben diesen nationalrevolutionären Grundcharakter der vergangenen und auch gegenwärtigen Phase leugnen. Angesichts der für alle offenkundigen Charakteristik der chinesischen Revolution als einer nationalen Befreiungsbewegung gegen den Imperialismus muß auch die Opposition, wenn auch nur äußerlich und in oberflächlichster Weise, diese Tatsache bestehen lassen. Dafür bemüht sie sich aber mit aller Kraft, die Anerkennung dieser Tatsache zu einer leeren Phrase zu machen und in Wirklichkeit ein Bild der chinesischen Klassenverhältnisse auszumalen, das den ganzen Ausgangspunkt der chinesischen Revolution verfälscht.

In der Maslowschen Broschüre stehen an erster Stelle die Thesen des Genossen Sinowjew über die chinesische Revolution, abgefaßt unmittelbar vor dem Verrat Tschang-kai-scheks. Diese Thesen sind gerade ein Schulbeispiel für die Verfälschung des nationalrevolutionären Grundcharakters des Kampfes. Die Tatsache, daß der Imperialismus in erster Linie seine kapitalistische Basis, durch die Beherrschung des Handels und der Industrie, entwickelt, nur einem sehr kleinen Teil der chinesischen Bourgeoisie die Beteiligung an dieser Entwicklung erlaubt, diese aber als selbständige, zur wirtschaftlichen und politischen Macht drängende Klasse unterdrückt und sie sich gerade deshalb mit dem halbfeudalen Militarismus verbündet – fällt in den Thesen des Genossen Sinowjew ganz unter den Tisch. Umgekehrt, er ist sogar in der Lage, zu „beweisen“, daß in der modernen industriellen Entwicklung

in China nicht der Imperialismus, sondern die Bourgeoisie die Vorherrschaft besitzt. Er „beweist“ das folgendermaßen:

„Die Entwicklung des Kapitalismus in China hat während der letzten zwei Jahrhunderte (? Der Verf.) einen ungeheuren Schritt nach vorwärts gemacht. Es wäre falsch, zu glauben, daß die einheimische chinesische kapitalistische Bourgeoisie nur einen ganz geringen Teil der chinesischen Industrie in ihrem Besitz hat. Den chinesischen Kapitalisten gehören 60 Prozent des Kapitals in der Kohlenindustrie, 20 Prozent in der Eisenindustrie, 67 Prozent in der Baumwollindustrie, 70 Prozent in der Streichholzindustrie, 25 Prozent in der Zuckerindustrie, 58 Prozent der Eisenbahnen, 26 Prozent des Fluß- und Seetransports. 27 chinesische Banken besitzen 250 Millionen chinesische Dollars an Kapital. Außerdem bildet das Handelskapital der einheimischen Bourgeoisie ebenfalls eine große Summe.“

Diese Entdeckungen des Genossen Sinowjew stellen die Tatsachen auf den Kopf. Offenbar hat er seine Zahlenangaben über die Beteiligung der chinesischen Bourgeoisie an der modernen Industrie aus englischen Jahrbüchern entnommen. Aber selbst die englischen Jahrbücher über China würden es kaum wagen, diese Zahlen so oberflächlich zu summieren und auf dieser Grundlage solche Konstruktionen zu machen, Aus Raummangel können wir leider hier nicht Punkt für Punkt uns mit den falschen Zahlen von Sinowjew auseinandersetzen. Es genügt, einige Beispiele herauszugreifen.

Es ist bekannt, daß es der chinesischen Bourgeoisie in der Baumwollindustrie gegenüber allen anderen modernen Industriezweigen gelungen ist, am weitesten gegen die ausländische Konkurrenz vorzustoßen. Sinowjew behauptet einfach, 67 Prozent der Baumwollindustrie befinden sich im Besitz der chinesischen Bourgeoisie. Wir zitieren demgegenüber aus einem Artikel über „Die chinesische Baumwollindustrie“ aus der Nr. 4 der „Chinesischen Korrespondenz“ (Wuhan) vom 1. März d. J. folgenden Absatz:

„Von den 54 Baumwollfabriken allein in der Stadt Schanghai mit 1,9 Mill. Spindeln sind 36 Fabriken mit 1,2 Mill. Spindeln offen in der Hand des japanischen und englischen Kapitals, während in den sog. rein [521] chinesischen Betrieben ebenfalls bedeutende japanische und englische Kapitalien investiert sind. In ganz China sind 49 Betriebe mit 1,6 Mill. Spindeln in ausländischem Besitz, während in der übrigen sog. chinesischen Industrie ebenfalls ein großer Anteil des ausländischen Kapitals vorhanden ist. Hier ist noch hinzuzufügen, daß das Verhältnis der Spindelzahl in den ausländischen und chinesischen Betrieben die industrielle Kapazität der ausländischen Betriebe falsch widerspiegelt, da die ausländischen Betriebe im Gegensatz zu den chinesischen verhältnismäßig mehr und technisch bessere Webstühle haben und auch zum großen Teil Stückwaren produzieren, während die chinesischen Betriebe hauptsächlich auf die Produktion von Baumwollgarn eingestellt sind Das Verhältnis des ausländischen Kapitals in der Baumwollindustrie widerspiegelt sich deutlicher in der Höhe des investierten Kapitals. Den etwa 200 Mill. chines. Dollar in den ausländischen Betrieben stehen nur 130 Mill. in den chinesischen gegenüber, wobei, wie schon erwähnt, ein bedeutender Teil des ausländischen Kapitals außerdem auch in den chinesischen Betrieben vertreten ist.“

Wenn wir nur noch hinzufügen, daß nicht die über China zerstreuten einzelnen Baumwollfabriken, sondern die in den stärksten Industriezentren, vor allem in Schanghai, bei der Betrachtung des Verhältnisses zwischen imperialistischer und chinesischer Kapitalbeteiligung von ausschlaggebender Bedeutung sind, so ergibt sich schon daraus zur Genüge die ungeheure Oberflächlichkeit der Sinowjewschen Analyse. Außerdem erwähnen wir noch die bekannte Tatsache, daß gerade in Schanghai, von den übrigen Industriezentren ganz zu schweigen, die Zahl der chinesischen Fabriken gegenüber den ausländischen sich im Rückgang befindet. Während die Zahlen der ausländischen und besonders der japanischen Baumwollfabriken in Schanghai steigt, die technischen Verbesserungen und Betriebserweiterungen hauptsächlich in den ausländischen Fabriken vor sich gehen, fällt die Zahl der chinesischen Fabriken, fällt ihre technische Leistungsfähigkeit und verschärft sich die Krise in dem chinesischen Teil der Baumwollindustrie.

Wir fragen weiter: Wo hat Sinowjew entdeckt, daß 58 Prozent der Eisenbahnen sich in chinesischem Besitz befinden? Von den sieben größeren Eisenbahnlinien Chinas befindet sich in Wirklichkeit keine einzige in vollem chinesischem Besitz. Während einzelne dieser Bahnlinien sich offen unter ausländischer Verwaltung befinden, und auch vertragsrechtlich ganz oder zum Teil anderen Mächten gehören, sind die übrigen zum größten Teil verschuldet, haben ausländische Kontrollbeamte (Kassierer,

Kassenkontrolleure) und die meisten befinden sich in einem Zustand eines derartigen Finanzbankrotts, daß sie nicht nur nicht in der Lage sind, die Eisenbahnlinien instand zu halten, sondern auch nicht einmal die Zinsen der ausländischen Anleihen aufbringen können. Ferner scheint es für Genossen Sinowjew ganz gleich zu sein, ob d i e Eisenbahnen, die sich nicht unter ausländischer Verwaltung befinden, den halbfeudalen Generalen oder der Bourgeoisie gehören.

Was ist der Zweck dieser Sinowjewschen Analyse? Es gilt zu beweisen, daß der Druck des Imperialismus auf die chinesische Bourgeoisie nicht so groß ist; daß die nationale Bourgeoisie trotz der imperialistischen Positionen in China sich immer mehr behaupten kann, und daß der Gegensatz zwischen dem Imperialismus und der chinesischen Bourgeoisie auch ohne eine größere revolutionäre Bewegung ausgeglichen werden kann. Daraus folgt, daß eine gemeinsame revolutionäre. Basis zwischen der Bourgeoisie, dem Proletariat und der Bauernschaft in den letzten zwei Jahren überhaupt nicht bestanden hat, daß die chinesische Bourgeoisie kein Gegner der imperialistischen Herrschaft über China in dem Maße ist, daß sie gezwungen war und zum Teil noch ist, an die Massen der ländlichen und städtischen Armut gegen den Imperialismus zu appellieren. Schließlich folgt daraus, daß das Proletariat von vornherein seinen Kampf gegen den halbfeudalen Militarismus und gegen den Imperialismus keinen Augenblick gemeinsam mit der Bourgeoisie hätte führen dürfen.

[522] Würde Sinowjew solche Schlußfolgerungen aus seinen eigenen Feststellungen ziehen, so müßte er auch den Weg der chinesischen Revolution von vornherein nur im Kampfe des chinesischen Proletariats a b s e i t s von der nationalrevolutionären Bewegung suchen. Das kann er nicht offen tun, aber die Vorschläge, die er auf dieser Basis zur Taktik des Kommunismus in China macht, laufen darauf hinaus.

An einer anderen Stelle seiner Thesen lesen wir folgendes:

„Die Perspektive der nichtkapitalistischen (d. h. sozialistischen) Entwicklung Chinas ist nicht ausgeschlossen und hat, bei richtiger Politik, vieles für sich. Der Imperialismus entwickelt in den letzten Jahren die Produktivkräfte in China nicht mehr und hat auch keine Neigung, das in den nächsten Jahren zu tun, weil 1. der eigene Produktionsapparat in der Metropole nicht ausgenutzt wird, 2. weil der Imperialismus sich fürchtet, die Zahl des eingeborenen Proletariats zu vergrößern, und 3. weil die ganze Lage in China dem Imperialismus nicht genügend ‚sicher' ist, nicht genügend ‚gefahrlos'."

Man muß schon sagen, wenn Sinowjew seine Perspektive der nichtkapitalistischen Entwicklung Chinas auf diese Fiktion, die er sich über die Handlungen des Imperialismus in China und der Welt konstruiert, stützt, so kann man darüber nur staunen. Warum entwickelt der Imperialismus in den letzten Jahren die Produktivkräfte in China nicht? Weil er keine „Neigung" hat? Es ist wahr, daß die Entwicklung der Produktivkräfte in China durch den Imperialismus in den letzten Jahren im allgemeinen zum Stillstand gekommen ist. Aber das ist nicht das Ergebnis der verlorengegangenen „Neigung des Imperialismus, die Produktivkräfte in China zu entwickeln. Was tut denn der Imperialismus in China und überhaupt in den Kolonien? Er plündert nicht einfach die kolonialen und halbkolonialen Länder auf der ursprünglich übernommenen Basis aus, sondern organisiert die für die ökonomischen Bedürfnisse des Kapitals in den Mutterländern z w e c k m ä ß i g e Ausplünderung. Er vernichtet die alten Formen der Landwirtschaft, rationalisiert sie für die Rohstofflieferung der heimatlichen Industrien, baut die Wege und die Eisenbahnen, um rasche und sichere Transportmöglichkeiten zu erhalten, schafft eine Industrie zur Ausbeutung der Mineralschätze, geht schließlich dazu über, um auf der Grundlage dieser Umwälzung der alten Produktionsverhältnisse eigene Industrien für den Absatz in den Kolonien und auch in den übrigen Absatzmärkten zu schaffen und so auch die Arbeiterklasse der kolonialen und halbkolonialen Länder gegen die Arbeiterklasse der imperialistischen Mutterländer auszuspielen. Dazu hat der Imperialismus i m m e r „Neigung". Aber diese Umwälzung der alten Produktionsverhältnisse entwickelt auf der einen Seite die modernen Widerstandskräfte gegen die imperialistische Ausbeutung und auf der anderen Seite den schärfsten Gegensatz zu den wirklichen wirtschaftlichen Bedürfnissen der kolonialen und halbkolonialen Länder. Der nationalrevolutionäre Befreiungskampf, der verschiedene Klassen und Schichten für gewisse Phasen des Kampfes zusammenschließt, nimmt immer schärfere Formen an, bringt zeitweise den Vormarsch des Imperialismus zum Stillstand, legt seiner „Neigung" immer stärkere und stärkere Fesseln an. Man müßte meinen, daß

diese Tatsachen Gemeinplätze in der Kommunistischen Internationale sein müßten. Bei Genossen Sinowjew ist es anders. Auf der einen Seite stellt er bereits die Vorherrschaft der chinesischen Bourgeoisie bei der modernen industriellen Entwicklung in China gegenüber dem Imperialismus fest, und auf der anderen Seite kommt er zum Schluß, daß die nichtkapitalistische, d. h. sozialistische Perspektive der wirtschaftlichen Entwicklung Chinas vieles für sich hat, – weil der Imperialismus die Produktivkräfte in China nicht mehr entwickelt und weil er in den nächsten Jahren auch keine Neigung dazu haben wird.

Die nichtkapitalistische Perspektive für China hat aber in Wirklichkeit nur deshalb „vieles für sich", weil der Imperialismus sich bei der Umwälzung der Produktionsverhältnisse in immer schärferen Gegensatz zu den wachsenden revolutionären Kräften des Landes setzt, weil er im Kampf gegen diese sich [523] auf die feudalen Ueberreste stützt, die Bourgeoisie zerklüftet, indem er ihr teilweise Möglichkeiten zur Beteiligung an der Beute gibt, und andererseits sie den zerstörenden Wirkungen der halbfeudalen Militaristen, ihrer Raub- und Plünderungsherrschalt, unterjocht. Die Bourgeoisie wird auf diese Weise als zur wirtschaftlichen und politischen Macht drängende Klasse geschwächt und gefesselt, sie ist gezwungen, an die Massen der städtischen und ländlichen Armut um Hilfe zu appellieren, in der ersten Phase sogar das Wachstum ihrer politischen und organisatorischen Reife zu fördern, und so die Gefahren heraufbeschwört, die sich sozial auch gegen sie wenden müssen, die ihr die Führung des nationalrevolutionären Kampfes streitig machen. Die nationalrevolutionäre Bewegung in China ist in diesem Kampfe angewiesen auf die internationale Unterstützung des Proletariats, bildet selbst einen organischen Teil der Kampf front zur Beschleunigung der Niedergangsperiode des Imperialismus. Nur aus diesen Gründen hat die nichtkapitalistische Perspektive „vieles für sich"!

Ebenso wie Genosse Sinowjew bei diesen Grundfragen zur Kennzeichnung der Klassenverhältnisse und der Perspektive der chinesischen Revolution in der Luft herumfuchtelt, ebenso geschieht es in den taktischen Fragen der Revolution. Es ist durchaus richtig, wenn er sagt, daß der nichtkapitalistische Weg der Entwicklung für China nur möglich sei, wenn die Arbeiterklasse Chinas sich endgültig als „Klasse für sich selbst" bilden wird, d. h. als eine selbständige Klassenkraft, wenn sie eine starke Kommunistische Partei bleiben wird, die fähig sein wird, die Hauptmassen der Bauernschaft hinter sich zu ziehen. Wir fügen hinzu, wenn sie fähig sein wird, nicht nur die Hauptmassen der Bauernschaft hinter sich zu ziehen, sondern wenn sie auch die weitesten Kreise der kleinbürgerlichen und städtischen Armut der Führung durch die Bourgeoisie entzieht. Wir wollen davon absehen, daß für Genossen Sinowjew das Problem darin besteht, daß das Proletariat ein enges Bündnis mit der Bauernschaft schließt, daß er übersieht, daß die gegenwärtige Lage in China noch auf der Tagesordnung hat eine enge Allianz zwischen dem Proletariat und der Kleinbourgeoisie der Städte und dem Kampf dieses städtischen Blocks um die Führung der Bauernmassen. Aber w i e bildet sich die selbständige revolutionäre Politik der Arbeiterklasse in einer solchen Lage heraus, wo die Bourgeoisie noch weite Möglichkeiten hat, als revolutionäre Klasse vor dem ganzen Volke aufzutreten, wo noch ein Kampf mit feudalen Ueberresten auf dem Lande und einer mächtigen feudalen bürokratischen Spitze, dem Militarismus, auf der Tagesordnung steht, wo verschiedene Klassen und Schichten, die die übergroße Mehrheit der Bevölkerung bilden, gegen den Imperialismus kämpfen, auf Grund ihrer vorübergehenden gemeinsamen Ziele zusammengehen? Die Arbeiterklasse macht noch das früheste Stadium ihrer Bewußtwerdung als Klasse durch. Eine Zeitlang ist sogar die nationale Bourgeoisie gezwungen, dem Proletariat zu helfen, seine Kräfte im Kampfe zu entwickeln. Ist es nicht äußerste Konfusion, wenn die Opposition auch die Frage der Selbständigkeit des Proletariats zu einer rein organisatorischen Frage macht, sozusagen das Proletariat herausreißt aus dem ganzen wirklichen Milieu und ihm „weise Lehren", die die jahrzehntelange Entwicklung der europäischen kapitalistischen Verhältnisse nach zahlreichen Erfahrungen und Niederlagen des Proletariats hervorgebracht hat, erteilt? Die Frage lautet nicht, warum ist das Proletariat gegenüber der Bourgeoisie nicht selbständig, warum ist die Kommunistische Partei gegenüber der Kuomintang nicht selbständig? Die Frage lautet vielmehr, wie kann das Proletariat innerhalb der nationalrevolutionären Front ideologisch und praktisch sich von der Beeinflussung und Bevormundung durch die nationale Bourgeoisie befreien, wie kann es zu einer selbständigen Kraft werden? Es ist falsch, wenn die Opposition behauptet, die Kommunistische Partei

Chinas wäre organisatorisch in den letzten Jahren keine selbständige Partei gewesen. Sie war es, trotzdem sie in der nationalrevolutionären Front, innerhalb ihres politischen Rahmens der Kuomintang für ihre Ziele gekämpft hat. Und trotzdem muß man sagen, daß ihre organisatorische Selbständigkeit als Partei sehr oft in Widerspruch stand zum Einfluß, den die nationale Bourgeoisie und besonders das radikale Klein-[524]bürgertum auf die Spitze der Partei und auf die Partei selbst ausüben konnte. Das ist eben keine organisatorische Frage, sondern die Frage der Herausbildung des Klassenbewußtseins und der politischen Reife des Proletariats und seiner Avantgarde in den frühesten Stadien der Arbeiterbewegung unter den kompliziertesten Umständen innerhalb und außerhalb Chinas, die ihr akute Aufgaben von weltrevolutionärem Maßstab auferlegt. Nur praktisch durch den Kampf der jungen Kommunistischen Partei innerhalb der Kuomintang konnte sie diese Voraussetzung schaffen, das Proletariat aufklären, um das Vertrauen der Bauernschaft und des städtischen Kleinbürgertums für das Proletariat und seine Avantgarde ringen. Nur so kann die Arbeiterklasse sich zu einer Klasse für sich selbst in einer solchen Lage entwickeln und dabei gleichzeitig die Führerin aller armen und ausgebeuteten Schichten werden.

Aus diesem Grunde mußte sich der Kommunismus in China zur Wehr setzen gegen die schematischen Austrittslosungen der Opposition, die zu nichts anderem führen konnten, als die Herausbildung des Proletariats als selbständige Klasse ungeheuer zu erschweren und das Proletariat von der nationalrevolutionären Front loszulösen.. Die Quintessenz der Sinowjewschen Thesen gibt folgende Schlußfolgerungen:

1. Bei der modernen industriellen Entwicklung Chinas hat die chinesische Bourgeoisie bereits gegenüber dem Imperialismus die Vorherrschaft errungen.

2. Die nichtkapitalistische Perspektive der chinesischen Revolution ist nicht ausgeschlossen, weil der Imperialismus in den letzten Jahren die Produktivkräfte in China nicht mehr entwickelt und keine Neigung hat, das in den nächsten Jahren zu tun.

3. Wir brauchen. eine selbständige chinesische Kommunistische Partei, die weder von den rechten, noch von den linken Kuomintang-Leuten abhängt.

4. Unsere Losung ist die sofortige Verkündigung und Verwirklichung der vollen und bedingungslosen politischen und organisatorischen Unabhängigkeit der KPCh von der Kuomintang.

5. Die Kuomintang ist, „russisch gesprochen“, mit der Partei der Sozialrevolutionäre (plus teilweise linke Kadetten) zu vergleichen und ist kein Mittelding zwischen einer Partei und einem sich entwickelnden Massenorgan der Revolution.

6. Es ist sofort notwendig, die Losung der Sowjets in China aufzustellen.

Diese Thesen sind noch vor dem Verrat Tschang-kai-scheks geschrieben, und zwar zu einer Zeit, wo die gesamte Kuomintang im Kampfe gegen Tschang-kai-schek stand, wo Tschang-kai-schek den Bruch mit der Wuhanregierung vollzogen hat, w e i l die Kommunisten in der Partei und in der Regierung zu immer größerem Einfluß gelangten. Die Schlußfolgerungen der Thesen Sinowjews für diese Lage sind also, wie man sieht, so radikal als nur irgend möglich. Sie passen bloß auf die Situation wie die Faust aufs Auge. Sie erklären, daß wir eine selbständige chinesische Kommunistische Partei „brauchen“ und daß wir sie deshalb „verkündigen“ müssen. Sie sehen in der Kuomintang nur Tschang-kai-schek und nur die reaktionären und militaristischen Spitzen. Sie proklamieren die Losung der Sowjets als Kampforgane gegen die Kuomintang. Wie furchtbar einfach das alles ist! Nur das eine fehlt: daß diese Losungen ein Proletariat und eine Kommunistische Partei brauchen, die wirkliche Akrobatensprünge zu vollbringen hat und die diese Sprünge nur in völliger Isoliertheit als kurze putschistische Episoden zur Freude der gesamten Konterrevolution fertigbringen kann.

Das ist die „Kritik“ der Opposition, soweit sie durch den Genossen Sinowjew vertreten ist, gegen die Linie der Komintern. Zu Ehren Trotzkis müssen wir feststellen, daß er sich seine Kritik nicht in dieser einfachen und oberflächlichen Sinowjewschen Manier leicht macht. Er sieht viel schärfer die wirklichen Probleme und beantwortet sie eben trotzkistisch, wie er seinerzeit gegen die Leninsche Losung

von der demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft geantwortet hat: „Nieder mit dem Zaren, es lebe die Arbeiterregierung!“ Auf diese trotzkistische Auffassung über die chinesischen Probleme kommen wir noch in einem besonderen Artikel zurück. [525]

*

Das Weltbild des Austromarxismus und die Wiener Julitage

Von A. F r i e d.

Die Analyse der Wiener Kämpfe und ihres Hintergrundes wäre nicht vollkommen, wenn dabei die philosophische, namentlich die erkenntnistheoretische Haltung des Austromarxismus unberücksichtigt bliebe.

Die angesehensten theoretischen und politischen Führer des Austromarxismus bekennen sich zum M a c h i s m u s. Friedrich Adler sieht in Machs Wirklichkeitslehre die Grundlage des historischen Materialismus, Otto Bauer bekennt sich ebenfalls vorbehaltlos zur Machschen Erkenntnistheorie und sieht im historischen Materialismus eine Art Anwendung derselben.

Es ist kein Zufall, daß die Austromarxisten begeisterte Schüler Machs sind. Es handelt sich auch nicht etwa um eine theoretische Schrulle einiger sonst in der nüchternen Empire aufgehenden praktischen Politiker. Vielmehr handelt es sich um einen innigen Zusammenhang zwischen Philosophie und Praxis der „linken“ sozialdemokratischen Führer.

Auf diese Zusammenhänge an der Hand der Wiener Julitage hinzuweisen, ist der Zweck dieser Erwägungen. Die allgemeine Widerlegung des Machismus vom Standpunkte des dialektischen Materialismus wird hier vorausgesetzt. Wir verweisen die Leser auf Lenins „Materialismus und Empiriokritizismus“, ein Werk, das durch den Kampf gegen den Austromarxismus erhöhte Aktualität gewinnt.

Die Machsche Erkenntnislehre reduziert die Wirklichkeit auf E m p f i n d u n g e n. An Stelle einer vom Subjekt unabhängigen mannigfaltigen, gegliederten Wirklichkeitswelt treten Gruppen, Reihen, „Bündel“ und „Knoten“ von Elementen, gegebenen Empfindungen, die die letzten Bestandteile der sogenannten Wirklichkeit sind.

Ebenso wie die Wirklichkeit in Empfindungsinhalte aufgelöst wird, werden die Begriffe der wissenschaftlichen Wahrheit, der Uebereinstimmung zwischen Erkenntnis und Gegenstand durch die Begriffe der Arbeitsökonomie, der Bequemlichkeit ersetzt. Wahrheit ist stets die beste, einfachste, bequemste, unseren „Neigungen“ entsprechendste Annahme, die beste F i k t i o n.

An diesen erkenntnistheoretischen Idealismus knüpft der Austromarxismus an. In diesem Rahmen des erkenntnistheoretischen I l l u s i o n i s m u s wird das soziale Weltbild des Austromarxismus, der s o z i a l e I l l u s i o n i s m u s eingefügt. Die vieldeutig schillernde Ungenauigkeit der Grundbegriffe des Machismus ist dabei kein Nachteil, sondern nur ein Vorteil für den Austromarxismus, der auf diese Weise für all den Doppelsinn, Widersinn und Unsinn, der in seinen Begriffskonstruktionen enthalten ist, eine Art Begründung erhält.

Mach, der Physiker, hat die Wirklichkeit der materiellen Welt in Empfindungen aufgelöst und dann nachkonstruiert, aus Empfindungen wieder aufgebaut. Soweit das von ihm konstruierte Weltbild mit der praktischen Erfahrung zusammenfällt, geschieht dies, weil er, ohne es einzugestehen, mit der (wenn auch auf den Kopf gestellten) materiellen Wirklichkeit operiert. Für die Experimente des Physikers ist es dabei gleichgültig, ob die Elemente der materiellen Wirklichkeit erkenntnistheoretisch auf den Kopf gestellt wurden oder nicht.

Idealistisch-illusionistische Verflüchtigung der s o z i a l e n W i r k l i c h k e i t, Aufbau einer Konstruktion an Stelle der materiellen Wirklichkeit, Ersetzung der Wahrheit durch den Begriff und Praxis der Fiktion – das ist auch das s o z i a l e W e l t b i l d des Austromarxismus.

Das „r o t e“ W i e n ist das letzte Produkt dieses sozialen Illusionismus in Theorie und Praxis.

Die Vorbedingung für die Schaffung einer illusionären Wirklichkeit, wie sie das „rote“ Wien darstellt, ist eine verkehrte, auf den Kopf gestellte, idealistische Auffassung von der gesamten gesellschaftlichen Wirklichkeit.

[526] Und hier offenbart sich ein interessantes Bündnis, besser gesagt, eine prästabilierte Harmonie zwischen dem Weltbild des Kapitalismus und dem „roten“ Wien. Marx hat in seinen tiefsinnigen Analysen über den Fetischcharakter der Ware, über die „verhexte“ und „verzauberte“ Welt, die der Kapitalismus an Stelle der sozialen Wirklichkeit erscheinen läßt, klar gezeigt, daß das vulgäre soziale Weltbild des Alltagsmenschen eine Verkehrung der Wirklichkeit ist. In dieser Scheinwirklichkeit erscheint alles verdreht. Aber das bürgerliche Bewußtsein hält diesen Schein für Wirklichkeit. Und dieses Scheinbild wird dem Wesen nach auch vom Austromarxismus aufrechterhalten. Die ewigen Berufungen auf die „nüchterne Wirklichkeit der Gegenwart“, auf die Unmöglichkeit des sozialistischen Aufbaus in Sowjetrußland, auf die Unmöglichkeit der erfolgreichen proletarischen Revolution ,unter den heutigen Umständen – sie sind ohne Ausnahme Beispiele für diese Ansicht, die die kapitalistische Erscheinungsform der Wirklichkeit für die Form der Wirklichkeit schlechthin erklärt. Zu diesem Weltbild gehört natürlich, daß die Grundgesetze des Klassenkampfes entstellt, ihres Wesens entkleidet, aufgehoben werden. (Aus welchen Gründen und wie weit der Austromarxismus hierbei mit feineren Methoden operiert, als andere Richtungen, kann hier nicht ausgeführt werden.)

Und nun das „rote“ Wien! Die Ergänzung der kapitalistischen Verzerrung der irdisch-sozialen Wirklichkeit ist die Religion. Die Ergänzung der austromarxistischen Verzerrung der irdisch-sozialen Wirklichkeit ist das „rote“ Wien, das Paradies der Arbeiterschaft in Oesterreich. Die Religion ist materialistisch gesehen nicht das Werk des geschickten Pfaffenbetrugs, sondern die notwendige Widerspiegelung der Welt im umnebelten, verdrehten Bewußtsein. Genau so ist das „rote“ Wien für viele sozialdemokratische Arbeiter eine Illusion, die aber nur entstehen kann, insoweit ihnen die gesamte soziale Wirklichkeit in ihrer wahren Natur unbekannt bleibt, insoweit sie die Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze, den trügerischen, illusionären Charakter der „Demokratie“, die Unvermeidlichkeit des Bürgerkrieges zur Erlangung der proletarischen Machteroberung nicht erkannt haben.

Auf diese Weise vereinigen sich im Weltbild des Austromarxismus Elemente eines hausbackenen, seichten bürgerlichen Vulgärrealismus mit der idealistischen Auffassung der kapitalistischen Wirklichkeit und mit der Schaffung einer „Religion auf Erden“, dem Mythos vom sozialistischen Wien.

Vorn Standpunkte des Machismus, d. h. der Fiktionslehre, liegt kein Widerspruch darin, daß der gebildete Austromarxist im „roten“ Wien einen „Als-ob-Begriff“ erblickt, während der sozialdemokratische Arbeiter in Deutschland das „rote“ Wien bisher als materielle Wirklichkeit aus Fleisch und Blut aufgefaßt hat. Denn so wunderbar dehnbar ist der Begriff der „Fiktion“, der machistisch-vaihingersche Ersatz für die Wahrheit: für die einen wissenschaftliche Arbeitshypothese, für die anderen Mythos, Legende, Erfüllung. Hauptsache ist nur, daß die „zweckmäßige“ Funktion erfüllt wird.

So vereinigen sich in der Theorie und Praxis des Austromarxismus die Politik des Betrugs und die Erkenntnistheorie des subjektiven Idealismus. Es wäre lächerlich in der machistischen Erkenntnistheorie die Grundlage des Austromarxismus zu erblicken. Der Austromarxismus ist selbst ein Produkt bestimmter ökonomischer und sozialer Verhältnisse, ebenso wie der Machismus auf einem anderen Gebiete der Ideologie auch ein derartiges Produkt ist. Aber der Machismus bietet eine willkommene Ergänzung, eine philosophische Abrundung und scheinbare Begründung zu der politischen Theorie und Praxis des Astromarxismus. Wenn in letzter Zeit das Interesse für Philosophie bei den Austromarxisten auch sehr nachgelassen hat, so blieb der einmal konstruierte logische Zusammenhang zwischen Machismus und Marxismus nach dem Adler-Bauerschen Schema nicht weniger wirksam.

Die Wiener Julitage bedeuten den Zusammenbruch des austromarxistischen Weltbildes. Der soziale Illusionismus kann sich nicht halten, wenn die Wirklichkeit im Donner und Blitz der Barrikadenkämpfe sich offenbart. Die Dum-Dum-Geschosse der republikanischen Schober-Polizei bereiten dem zarten Mythos vom indisch-sozialistisch-parlamentarisch-demokratischen [527] Paradies ein Ende. Mit dem Zusammenbruch der Illusion vom „roten“ Wien, wird aber der Weg zur Erkenntnis der sozialen Wirklichkeit, des Zeitalters des Imperialismus überhaupt frei. Zwischen dem unwirklich-idealistischen Weltbild der Friedrich Adler, Otto Bauer und dem naturwüchsigen Materialismus der proletarischen Massen wird die Kluft immer größer. Das Experiment des Austromarxismus, durch Umnebelung der Köpfe die geschichtliche Wirklichkeit selbst zu umnebeln, ist an den Gesetzen der

Dialektik der Wirklichkeit gescheitert. Die Wiener Julitage haben umgekehrt durch die Zerstörung der verhimmelten Wirklichkeit den Weg zur Befreiung des Bewußtseins aus dem Nebel der austromarxistischen Illusionen gezeigt. Den Weg vom „roten“ Wien zum roten Wien.

*

Eine Lehre des Wiener Kampfes.

Von Heinrich Rau.

„Der Wiener Julikampf stellt die Frage des Verhältnisses zwischen Stadt und Land wieder auf die Tagesordnung. Die Revolution wird gefährdet, mehr als durch die Polizei und Militär, durch die Konterrevolution auf dem Lande“. Dies wurde vom ZK mit Recht als ein Hauptpunkt der Wiener Lehren hervorgehoben.

In den gegen die kämpfenden Arbeiter aufmarschierenden faschistischen Heimatwehren waren vornehmlich Bauernsöhne. Dabei handelt es. sich in Oesterreich größtenteils um eine sehr arme Bauernschaft, die ihrer sozialen Lage entsprechend an die Seite des Proletariats gehört. Andererseits ist eine relativ große Zahl landwirtschaftlicher Arbeiter vorhanden. Von den 1.675.000 Arbeitern in Oesterreich sind rund 5.000.000 in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt. Des weiteren sind beinahe 300.000 Zwergbauern vorhanden, also solche, die auf Lohnarbeit angewiesen sind, da ihr landwirtschaftlicher Betrieb nicht zum Lebensunterhalt ausreicht. 200–250.000 landwirtschaftliche Besitzer sind Kleinbauern, ähnlich groß ist die Zahl der Mittelbauern und nur ein verschwindend kleiner Prozentsatz der landwirtschaftlichen Bevölkerung sind Großbauern und Großgrundbesitzer. Die Mehrzahl der landwirtschaftlichen Bevölkerung, die Forst- und Landarbeiter, Zwerg- und Kleinbauern, ist ihrer sozialen Lage nach an der proletarischen Revolution direkt interessiert. Wir haben hier den Rahmen absichtlich eng gezogen, denn auch die Mittelbauernschaft wird durch die sozialistische Revolution Vorteile haben, sei es durch Aufhebung der Hypothekenschulden, Aufhebung des Pachtzinses, durch Förderung der Anwendung der Technik mit Hilfe des Staates usw.

Und trotz alledem: „Die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, die Häusler und Keuschler, die Kleinbauern und Kleinpächter sind bis in die letzten Jahre noch in der Gefolgschaft der bürgerlichen Parteien geblieben“, heißt es in der Einleitung des Ende 1925 herausgegebenen Agrarprogramms der SPOe. Wie der Juli 1927 zeigte, sind sie auch bis heute noch „in der Gefolgschaft der bürgerlichen Parteien“. Hier rächt sich, daß das industrielle, insbesondere das Wiener Proletariat unter Führung der SPOe sich nicht um die Interessen der ländlichen Arbeiter und werktätigen Bauernschaft kümmerte.

Die SPOe war bis 1920 führende Regierungspartei. Keine einzige durchgreifende Maßnahme im Interesse des ländlichen Proletariats konnte sie in ihrer Regierungszeit ausweisen. Die für die landarme Bauernschaft so wichtige Bodenfrage wurde nicht einmal in bürgerlich-radikaler Weise zu lösen versucht. Lediglich ein ganz erbärmliches Wiederbesiedlungsgesetz wurde geschaffen, das von vornherein den Stempel einer bedeutungslosen Geste an der Stirn trug und von der landarmen Bauernschaft als ein widerlicher Köderungsversuch betrachtet werden mußte. Das Gesetz gibt lediglich die Möglichkeit, solchen Boden gegen Entschädigung für [528] die Bauern zu enteignen, der in den letzten 50 Jahren aus bäuerlichem Besitz von den Großgrundbesitzern aufgesaugt wurde. Bis 1924 waren auf Grund dieses Gesetzes nur 316 Häuslerstellen und Bauernwirtschaften mit 4785 ha Land entstanden, sowie 1522 Gutsbestandteile mit 10.851 ha. Die Zahl der Häusler- und Bauernstellen wurde nicht einmal um 1 Prozent und die bäuerliche Fläche noch nicht um 1% Prozent vergrößert.

Die werktätige Bevölkerung wurde vom industriellen Proletariat enttäuscht, dank der reformistischen Führung der SPOe. Das ist die Grundlage für die erfolgreiche Einreihung dieser Massen in die reaktionäre faschistische Front. Nicht weil – wie es im SPOe-Agrarprogramm heißt – diese Massen zu den bürgerlichen Parteien stehen, gibt es „Mißtrauen, Zwietracht, Haß zwischen dem arbeitenden Volke der Städte und dem arbeitenden Volke der Dörfer“, sondern das „arbeitende Volk der Dörfer“ ist im reaktionären Lager dank der Politik der SPOe-Führer.

Es herrscht vielfach die irrige Meinung, als ob in Oesterreich der Großgrundbesitz so schwach vertreten sei, daß die notwendige Bodenzuteilung an landarme Bauern unmöglich sei. Zahlenmäßig gibt

es wohl relativ wenige Großgrundbesitzer, aber sie verfügen über einen großen Teil der land- und forstwirtschaftlichen Fläche, wie nachstehende Aufstellung zeigt:

			Großgrundbesitz über 200 ha	
L a n d	Gesamtfläche in ha	davon Wald	Gesamtfläche	davon Wald
Wien	27795	4106	–	–
Niederösterreich	1.930.084	655.000	443.921	310.744
Oberösterreich	1.198.205	407.751	263.605	118.622
Salzburg	715.325	235.589	286.140	160.238
Steiermark	1.637.488	818.387	409.372	270.184
Kärnten	935.031	414.747	233.257	144.519
Tirol	1.264.476	425.859	290.829	125.056
Vorarlberg	260.200	67.387	59.846	25.723
Burgenland	395.631	100.500	94.457	48.000
Zusammen	8.382.245	2.139.266	2.081.427	1.203.097

Wir sehen also, daß rund 25 Prozent der Gesamtfläche auf Besitzungen von über 200 ha entfallen, aus derem Bestand der Landbürger, der Häusler und Kleinbauer weitgehend befriedigt werden könnte. Aber man kann dem einen nicht geben, ohne dem anderen zu nehmen. Da die SPOe nicht wagte, den Großgrundbesitzern das Land abzunehmen, konnte sie auch keinen Boden an die landarme Bauernschaft abgeben.

Die Tatsache einer starken konterrevolutionären Front auf dem Lande wird jetzt von den SPOe-Führern zur Entschuldigung ihres Verrates an der kämpfenden Wiener Arbeiterschaft benützt. Eine „WTB“-Meldung vom 25. Juli 1927 berichtet:

„Die heutige „Arbeiterzeitung“ behandelt die dieser Tage hervorgetretenen Gegensätze zwischen Wien und den Ländern: „Als die Polizei in den Straßen schoß, riefen Tausende von Arbeitern nach Waffen, um die Regierung zu stürzen, um ihre Organe zu entwaffnen und um die Herrschaft des Proletariats aufzurichten. Sie vergaßen dabei nur eines, sie vergaßen die Länder. An dem Tage, an dem hier in Wien die Regierung gestürzt und unsere Regierung eingesetzt hätte, wäre in den Ländern die Arbeiterschaft unterworfen und eine Gegenregierung eingesetzt worden. Der Bürgerkrieg der Länder gegen Wien und vielleicht auch der Einmarsch italienischer und ungarischer Truppen wäre die Folge gewesen. Wir haben es daher nicht wagen können, den Demonstrationsstreik zum entscheidenden Kampf um die Staatsmacht zu steigern, aber auch die Faschisten in den Ländern haben es nicht wagen können, sich auf ihre Heimwehren zu stützen und den entscheidenden Kampf aufzunehmen. Beide Mächte mußten dem entscheidenden [529] Kampf ausweichen, weil dem Proletariat und auch der Bourgeoisie, um den Untergang des Landes zu vermeiden, zuletzt nichts anderes übrig blieb, als ihren Kampf auszufechten auf dem Boden, mit den Mitteln und in den Formen der D e m o k r a t i e. Die Herrschaft der Bourgeoisie ist nicht zu brechen, solange die Masse des Landvolkes in den Ländern ihr folgt. Der Sieg des Proletariats ist nicht zu verhindern, sobald diese Massen mit uns im Bund sind. Also kein wilder Aufruhr, sondern unermüdlicher Kampf um die Seele des Landvolkes. Das ist der zwar langsame, aber allein zum Ziele führende Weg zur Macht“.

„Formen der Demokratie“ sind die Erschießungen, Einkerkerungen kämpfender Arbeiter, die Verfolgungen der Revolutionäre, die Knebelungsmaßnahmen gegen die kommunistische Presse usw. Die kapitalistische Demokratie ist damit treffend gekennzeichnet. Diese kapitalistische Diktatur sucht die SPOe jetzt als einen Zustand des politischen Kräftegleichgewichts darzustellen, der dank der klugen Politik der SPOe-Führer dem Proletariat erhalten wurde. Hier trifft zu, was Karl M a r x im 18. Brumaire gegenüber den französischen Demokraten sagte:

„Jedenfalls geht der Demokrat, ebenso makellos aus der schmählichen Niederlage heraus, wie er unschuldig in sie hineingegangen ist, mit der neugewonnenen Ueberzeugung, daß er siegen muß, nicht daß er selbst und seine Partei den alten Standpunkt aufzugeben, sondern umgekehrt, daß die Verhältnisse ihm entgegenzureifen haben“.

Wort für Wort trifft das auf die österreichischen Austromarxisten zu. Und mit Proudhon kann man auch hier ausrufen: „Ihr seid nichts als Windbeutel“. Aber haben die B a u e r und Co. wenigstens darin recht, daß der Kampf um die Herrschaft des Proletariats nicht weitergeführt, das Proletariat nicht bewaffnet werden durfte, weil die Masse des Landvolkes noch nicht auf seiten des kämpfenden Proletariats, sondern größtenteils im anderen Lager stand? Keineswegs? Wenn die konterrevolutionären

Kräfte des flachen Landes die Revolution auch gefährden, so ist das noch nicht gleichbedeutend mit absolut sicherer Verhinderung des Sieges der Revolution.

Das industrielle Proletariat ist in Oesterreich sehr stark, umfaßt mehr als ein Drittel aller Berufstätigen und ist hauptsächlich in Wien und einigen weiteren Industriezentren zusammengeballt. Dies gibt der industriellen Arbeiterschaft eine große konzentrierte Kampfkraft und die Möglichkeit der schnellen Entfaltung ihrer Kräfte.

Das Zusammenziehen der konterrevolutionären Kräfte dagegen wäre äußerst schwierig und langsam möglich gewesen, da infolge Stillegung des Verkehrs der Transport aus den einzelnen Ländern sehr behindert war. Bedeutende Teile der Heimatwehren usw. hätte in den Ländern zurückgehalten werden müssen, um die auch dort vorhandenen revolutionären Kräfte zu bannen. Des weiteren wäre es völlig irrig anzunehmen, daß das Gros der ländlichen Massen aktiv, mit der Waffe in der Hand, gegen das kämpfende Proletariat gezogen wäre, auch wenn diese Massen mit dem Stimmzettel bei Wahlen für die Konterrevolution stimmten.

Zumindest hätte das in Wien und einigen weiteren industriellen Gebieten siegreiche Proletariat Zeit gewonnen, um auch auf dem flachen Lande die revolutionäre Bewegung zu entfalten. Die dortigen Proletarier, wie auch die Zwerg- und Kleinbauern, sind keineswegs feste, zuverlässige Stützen der Bourgeoisie, sind schwankende Elemente, die nach Erfahrung jeder proletarisch-revolutionären Bewegung bei kraftvollem Auftreten des ausschlaggebenden Teiles des Proletariats rasch ins revolutionäre Lager überschwenken. Voraussetzung dafür ist jedoch, daß das siegreiche Proletariat sofort greifbare Vorteile diesen schwankenden Massen bietet. Das erfordert sofortige entschädigungslose Enteignung der Großgrundbesitzer, um der Land- und Forstarbeiterschaft in den sozialisierten Betrieben den Achtstundentag und Lohnerhöhung zu sichern, ihnen auf die Betriebsführung durch ihre Betriebsräte Einfluß zu geben, sie von den Schikanen zu erlösen, die erforderlichen Schutzmaßnahmen gegen Unfälle, für Frauen und Kinder [530] und dergleichen zu erlangen, sowie um einen Teil des enteigneten Landes der landarmen Bauernschaft zu überweisen, die Pachtzinsen aufzuheben, wie auch die Hypothekenlasten zu beseitigen.

Zu einem solchen revolutionären Programm, das den Klassenkampf im Dorf selbst entfesselt, vermag sich die SPOe jedoch nicht aufzuschwingen und kann daher auch nicht die Entfaltung der Revolution auf dem Lande in Rechnung stellen, kann diese Aufgabe nicht lösen. Hier zeigt sich wiederum die Notwendigkeit der Schaffung einer starken kommunistischen Partei. Nur sie wird den Gegensatz zwischen den Werktätigen in der Stadt und dem flachen Lande beseitigen, nur sie wird den Klassenkampf im Dorf entfalten, nur sie kann das Proletariat zur siegreichen sozialistischen Revolution führen.

Die Wiener Ereignisse haben mit aller Deutlichkeit die Notwendigkeit einer starken kommunistischen Partei gezeigt und haben ebenso deutlich die Notwendigkeit der Erfassung des ländlichen Proletariats in der revolutionären Front und der Schaffung eines Bündnisses zwischen Arbeitern und werktätigen Bauern demonstriert.

*

Entwicklungstendenzen des deutschen Kapitalismus II.

(Schluß)

Von E. Ludwig.

VIII.

Vergleicht man die Summe der vor dem Krieg jährlich ausgegebenen Obligationen und Aktien mit der Emissionssumme des Jahres 1926, so zeigt sich kaum ein Unterschied. Singer berechnet sie auf je 3,6 Milliarden RM.[*)], in welchem Betrag neben dem zu akkumulierenden Geldkapital auch die

[*)] In den 8 Jahren vor dem Krieg pflegten an Obligationen in Deutschland jährlich 2 Milliarden Mark aufgelegt zu werden, an Aktien im Durchschnitt 500 Millionen Mark (nominal). Von diesen 234 Milliarden Mark entfallen etwa 200 Mill. Mark auf ausländische Staatspapiere. Hierzu kommen etwa 100 Mill. andere Auslandseffekten. Im Jahre 1926 aber sind nach einer Statistik der Reichs-Kredit-Gesellschaft 4,6 Milliarden RM. Wertpapiere an inländischen Kapitalmärkten untergebracht worden, darunter 1,3 Milliarden RM. Aktien (welch reicher Gründergewinn, E. L.). Rechnet man die

für die Finanzierungsgeschäfte im oben gekennzeichneten Sinne erforderten Gelder stecken. Wenn so „das Größenspiel dieser volkswirtschaftlichen Vorgänge in erstaunlichem Maße konstant geblieben ist“ (Singer a. a. O.), wenn der deutsche Kapitalismus 1926 den Effektenmarkt der Vorkriegszeit voll wieder hergestellt zu haben scheint, was wahrlich [531] nicht für seine „Armut“ spricht: worin liegt dennoch der Unterschied zwischen den Emissionen 1913 und 1926? Er kann, da die Quantitäten, die Größen, gleich sind, nur ein q u a l i t a t i v e r sein.

3,6 Milliarden RM. wurden 1913 und 1926 an Emissionen in Deutschland an deutsche Kapitalisten verkauft. Mit w e s s e m Gelde kauften sie? Damals wie heute mit Geld, das j u r i s t i s c h ihr Eigentum war. Aber während 1913 ihnen das Geld auch ö k o n o m i s c h gehörte, ist das 1926 nur zu einem Teil der Fall. 1913 wurden die neuen Effekten im wesentlichen mit dem Mehrwert bezahlt, den das deutsche Kapital im In- und Ausland abgeworfen hatte. 1926 ist deutscher Mehrwert nur zum Teil dabei. Dieser Unterschied, der in dem formalen Akt der Hingabe deutscher Wertpapiere gegen deutsches Geld (oder auch in Deutschland gegebenen Kredit), der 1913 wie 1926 der gleiche ist, ausgelöscht ist, wird sofort wieder deutlich, wenn man den Stammbaum dieser deutschen Gelder und Kredite weiter verfolgt.

6,55 Milliarden RM. haben die sechs Berliner Großbanken am 30. April 1927 an Kreditoren (kurz- und langfristige Einlagen) ausgewiesen[*)]. Der Einlagebestand der Sparkassen hat sich im April 1927 auf 3,85 Milliarden R. M. Spar- und 1,203 Milliarden RM. Giroguthaben gestellt (Halbjahresbericht 1927 der Reichs-Kredit-Gesellschaft, S. 18). Hier bei den Sparguthaben zeigt sich im Gegensatz zu den Großbankkreditoren, die den Stand von 1913 wieder erreicht haben, auch ein G r ö ß e n u n t e r s c h i e d: sie erreichen insgesamt nur 5,05 Milliarden RM. gegen 19,689 Milliarden M. 1913. Diese Größendifferenz in der Großbanken- und Sparkassenentwicklung erklärt sich aus jenem qualitativen Unterschied und bestätigt ihn.

Die Depositen der Großbanken und die Einlagen der kleinen Sparer hat die Geldentwertung in gleicher Weise vernichtet. Aber jene wurden schneller aufgefüllt als diese, weil dort a n d e r e s Geld drin steckt wie hier. Jene, wie das ganze Bank- und finanzkapitalistische Finanzierungsgeschäft, wurden vor allem mit Hilfe der Auslandsanleihen wieder auf gerichtet. An diesen hatten die Sparkassen nur einen verhältnismäßig geringen Teil.

Gewiß sind in den neuen Sparguthaben nicht unbeträchtliche Summen enthalten, die nicht eigentlich „Ersparnisse“ sind – zurückgekommene Auslandsgelder, die geflüchtet waren, im Augenblick nicht gebrauchte Betriebsgelder, auch Auslandskredite, die von den Konten der Großbanken auf die der Sparkassen überschrieben wurden, vor allem auch Guthaben der Gemeinden selbst –; aber ein anderer Teil, dessen Größe wohl nicht recht zu schätzen ist, ist trotzdem g e s p a r t. Manche Gruppen der Mittelschichten, Handwerker, teilweise auch die freien Berufe, Beamte, können nach der Währungsstabilisierung wieder Geld zurücklegen; ebenso manche gehobenen Schichten der Arbeiterschaft (wie auch die Zunahme der Sparkonten bei den Konsumgenossenschaften zeigt). Dieses Wachsen der echten Sparguthaben ist eine Folge der geglückten Stabilisierung. Andererseits zeigt gerade das Zurückbleiben der Sparkasseneinlagen 1927 gegen 1913 um noch 14,5 Milliarden M. oder um fast 75 Prozent, wie wenig, trotz aller Stabilisierung, in Deutschland noch „gespart“ wird, um wieviel geringer noch als 1913 die Verfügung des deutschen Gesamtkapitals über die in den Sparkassen gesammelten

---

Vorkriegsemissionen zum gegenwärtigen Preisstand um, so ergeben sich, einschließlich der Auslandsinvestitionen, 3,5 Milliarden RM. Es ist nicht bekannt, welcher mögliche Teil jener 4,6 Milliarden R. M. durch ausländische Erwerber gezeichnet worden ist“ ... Immerhin stehen ... jenen 3,6 Milliarden RM. jährlicher Vorkriegsemissionen gegenwärtigen Preisstandes fast ebensoviel Wertpapiere gegenüber, die im Jahre 1926 von inländischen Kapitalisten gekauft worden sind“ ... Es steht mit der Betriebskapital-Versorgung nicht viel schlechter, wenn man die gesamten Kreditoren der Banken als Maßstab wählt. Ende April 1927 betrugen sie bei den sechs Berliner Großbanken 6,55 Milliarden RM. gegen 5 Milliarden M. Ende April 1913, zum heutigen Preisstand rund 7 Milliarden RM. Von dem heutigen Betrag sind allerdings recht erhebliche Summen a u s l ä n d i s c h e r Mittel abzuziehen.“ (Prof. Kurt Singer: „Die Passivität der deutschen Handelsbilanz.“ Wirtschaftsdienst 1927. Heft 29, S. 1082 ff.)

[*)] Inzwischen ist nach dem Ausweis vom 30. Juni 1927 die Summe der Kreditoren der Berliner Großbanken auf 6,408 Milliarden RM. zurückgegangen – eine Folge des wachsenden Geldbedarfs „zur Alimentierung der Inlandskonjunktur“ („Berliner Börsen-Courier“ Nr. 352 vom 30. Juli 1927).

Spargroschen für seine Akkumulationszwecke ist, um wieviel geringer, bei gleichbleibender Größe der Emissionen 1913 und 1926, bei wachsender Entfaltung der Produktivkräfte der Gesellschaft durch Rationalisierung und Akkumulation der Anteil der werktätigen Schichten am gesellschaftlichen Gesamtprodukt ist; und endlich, um wieviel kleiner damit auch der Betrag geworden ist, den das Gesamtkapital von jenem Anteil für seine Finanzierungs- und Akkumulationsgeschäfte mit Beschlag belegen kann. [532] Ein erster Zusammenhang zwischen den ökonomischen Existenzbedingungen des deutschen Kapitals und der s o z i a l e n Krise wird sichtbar.

Umgekehrt spielen bei den E i n l a g e n der G r o ß b a n k e n die „Ersparnisse“ der Kapitalisten eine um so gewichtigere Rolle. Sie sind, anders als die Notgroschen der Werktätigen, die zurückgelegte Teile von v sind, der Teil von m, der akkumuliert wird. Dazu kommen hier, entscheidender als bei den Sparkassen, zurückgekehrte Auslandsgelder*), Betriebsfonds. Aber erst die ö k o n o m i s c h e Funktion der Großbanken in der Zeit nach der Währungsstabilisierung erklärt, warum sie im Gegensatz zu den Sparkassen ihren Kreditorenbestand von 1913 wieder erreicht haben. Das Bankkapital war der Mittler der Auslandsanleihen. Mit ihrer Hilfe hat es sich selbst wieder aufgebaut und die neue finanzkapitalistisch-imperialistische Monopolära des deutschen Kapitalismus eingeleitet. Es war der Mittler der Inlandsanleihen. Mit ihrer Hilfe hat es die immer selbständiger werdenden Schritte des neudeutschen Imperialismus gestützt. Ein Ausdruck dafür ist die wechselnde Anleihe- und Diskontpolitik der Reichsbank. Die Erlöse der Auslandsanleihen, lang- und kurzfristig, sind der Hauptbestandteil der Bankkreditoren, haben deren Wiederauffüllung auf den Stand von 1913 in Verbindung namentlich mit den Konjunkturgewinnen, herbeigeführt. Und es gehört nur zu der eigentümlichen Dialektik dieser ganzen Bewegung, daß ohne die Auslandsanleihen nicht die Inlandsanleihen, daß ohne die fruchtbringende Verwertung fremden Mehrwertes in Deutschland nicht die deutsche Akkumulation möglich geworden wäre, wie umgekehrt der Fortgang der deutschen Akkumulation die Abhängigkeit des deutschen Kapitals von fremdem Finanzkapital wieder fühlbar werden läßt. In der Entwicklung der Größe und der Zusammensetzung der Großbankkreditoren, die durch die unterschiedliche Entwicklung der Sparkassenbankguthaben erhellt wurde, zeigt sich zusammengefaßt die ganze Bewegung.

IX.

Die Spaltung in in- und ausländisches Geld, das in Deutschland Profit abwerfen soll – sei es in der Börsenspekulation, sei es als akkumulierendes Kapital –, der Gegensatz zwischen den beiden Teilen und zugleich ihr Angewiesensein aufeinander zeigt sich selbst da, wo dieser Unterschied äußerlich völlig verwischt ist: im deutschen Z a h l u n g s m i t t e i u m l a u f (dieser Ausdruck in seiner gewöhnlichen Bedeutung genommen als die Summe aller umlaufenden Geldzeichen, ohne Rücksicht darauf, ob sie im Marxschen Sinne als Zirkulations- oder als Zahlungsmittel fungieren). Er ergibt sich in der ö k o n o m i s c h e n G r u n d l a g e d e r d e u t s c h e n W ä h r u n g. Gerade in dem Zusammenstoß zwischen der Börsenhausse und der Konjunktur, der die Börsenderoute auslöste, hat er sich offenbart. Zugleich hat dieser in der Börsenkrise sich abzeichnende Gegensatz die beiden G e f a h r e n z o n e n aufgedeckt, die – auch ein Zeichen der relativen Stabilisierung – durch eben die gegensätzliche Bewegung von in- und ausländischem Geld in Deutschland doppelt die Währung bedroht.

F o r m a l verwandelt sich der Kredit, der aus den New Yorker oder Londoner Bankschaltern nach Deutschland wandert, zum erheblichen Teil in deutsches Geld. Man sieht den in der Reichsdruckerei zur Welt gekommenen Reichsbanknoten, mit denen die im Jahre 1926 ausgegebenen Effekten gekauft wurden, nicht an, daß ein Teil von ihnen in New York oder London gezeugt wurde. Dabei läßt sich diese ausländische Zeugung z. B. für 1926 statistisch ziemlich genau nachweisen. Die Zunahme des Goldbestandes und der deckungsfähigen Devisen, wie des Zahlungsmittelumlaufs deckt sich 1926 fast genau mit dem nach Deutschland gekommenen Betrag der Auslandsanleihen.

[533] „Im Ausland wurden Anleihen im Werte von etwa 1600 Millionen RM aufgenommen, von

*) Nach der in „Wirtschaft und Statistik“, Heft 9, 1927, aufgestellten Zahlungsbilanz sind 1200 Millionen Mark gehamsterte Noten nach Deutschland von 1924 bis 1926 zurückgeflossen.

denen etwa 667 Mill. RM zur Verstärkung der Deckungsreserven der Notenbank Verwendung fanden, ein Betrag, der ziemlich genau der Vermehrung des Zahlungsmittelumlaufs von Ende 1925 bis Ende 1926 entspricht.“ (Dr. Carl Krämer, „Kapitalexport als Posten der Zahlungsbilanz“. Wirtschaftsdienst 1927, Heft 28, 5. 1043.)[*)]

Der Umfang der Auslandsanleihen und der Umfang des Zahlungsmittelumlaufs stehen in einem, allerdings durch mancherlei Gegenbewegungen modifizierten Zusammenhang. Die Auslandsanleihen, soweit sie nicht zur Bezahlung der eingeführten Lebensmittel (variables Kapital), des Luxuskonsums der Kapitalisten, der Produktionsmittel (konstantes Kapital) daraufgingen – kamen in der Form von Gold und Devisen, Anweisungen auf Gold, nach Deutschland. Je tiefer und drückender die Depression, um so größer war die Einfuhr von Edelmetallen.

Die Einfuhr von Gold und Silber betrug in 1000 RM:

1925 Dezember	5986	1926 Juli	6941
1926 Januar	26.079	1926 August	51.544
1926 Februar	59.419	1926 September	107.019
1926 März	41.547	1926 Oktober	157.934
1926 April	5888	1927 Januar	59.939
1926 Mai	3766	1927 Februar	47.652
1926 Juni	4018	1927 März	34799

Geld in seiner N a t u r a l g e s t a l t als Weltgeld, Gold, strömt nach Deutschland: nicht als realisierter Mehrwert des d e u t s c h e n Gesamtkapitals auf dem Weltmarkt, zur Bezahlung einer für den deutschen Kapitalismus aktiven Zahlungsbilanz – der normale Fall des Goldzuflusses im aufsteigenden Kapitalismus; sondern umgekehrt als der in Gold verwandelte Mehrwert eines fremden Finanzkapitals, der um deswillen nicht in die Sachbestandteile des produktiven Kapitals sich verwandelt, weil in der Depression die volle Verwertungsmöglichkeit des deutschen Kapitals fehlt.

„Auffallendes Ueberfüllen der Schatzreservoirs über ihr Durchschnittsniveau (zeigt) Stockung der Warenzirkulation an dem unterbrochenen Fluß der Warenmetamorphose“ (Kapital I, S. 108).

Das Auffüllen (noch nicht Ueberfüllen) des Schatzreservoirs der Reichsbank 1926 rührt aus der Depression, dem nicht voll strömenden Fluß der Warenzirkulation. Die stockende Warenzirkulation des deutschen Kapitalismus führt nicht zur Vergrößerung des Goldschatzes der Reichsbank in der Weise, daß das im deutschen Geldumlauf durch die Stockung überflüssig gewordene Gold aus ihm ausgefällt – die deutsche Zirkulation ist ja goldfrei – und der Zahlungsmittelumlauf verringert worden wäre, sondern so, daß [534] der Anleiheüberschuß, statt Warenform anzunehmen, die Gold- und Geldform behält.

Das Gold und die Devisen – für die als Anweisungen auf Gold dasselbe gilt, wie für dieses –, die keine Waren kaufen können und deshalb zur Reichsbank strömen, werden von den Anleihenehmern an die Reichsbank gegen deren Noten verkauft. Das neue Gold, die neuen Devisen werden zur Deckung des auf Grund ihres Zuströmens wachsenden Notenumlaufs. Diese deutschen Noten wiederum, denen man nun nicht mehr ansieht, daß sie amerikanisches Gold, englische Pfunddevisen repräsentieren, werden bei den Banken eingezahlt, erhöhen deren Einlagen und dienen mit als Munition für die Börsenspekulation, für die Bankkredite, mit denen nicht nur die Spekulation, sondern auch zum

[*)] „Wirtschaft und Statistik“ 1927. 2. Januarheft S. 90, gibt abweichend von diesen Zahlen Krämers, die er aus der Aufstellung der Zahlungsbilanz für 1926 in Heft 9 von „Wirtschaft und Statistik“ 1927 entnommen hat, die Zunahme der Deckungsdevisen und des Reichsbankgoldes auf 742,3 Millionen RM und das Wachsen des Geldumlaufs im Jahres - d u r c h s c h n i t t 1926 gegen den Jahresdurchschnitt 1925 auf 432,7 Mill. RM an. Trotz dieser Abweichung, die nur der herkömmlichen Genauigkeit unserer amtlichen Statistik entspricht, ist eine gewisse Parallelität in der Entwicklung der beiden Zahlenreihen zu erkennen. Für 1926 ist sie deshalb verhältnismäßig leicht herauszufinden, weil in diesem Jahr die deutsche Handelsbilanz im ganzen ausgeglichen war, Zahlungsbewegungen auf Grund eines Einfuhrüberschusses also nicht erfolgt sind. Auch für die Jahre 1924/25 würde sich eine ähnliche Parallelität ergeben. Doch ist die Untersuchung wegen der durch die Passivität der Handelsbilanz bedingten Ausgleichungen durch lang- und kurzfristige Kredite, wegen der mit der Schaffung einer stabilisierten Währung verbundenen Aenderungen im Geldumlauf weit komplizierter.

erheblichen Teil die Inlandemissionen bezahlt worden sind, jene Finanzierungsgeschäfte[*)], die zum Hochtreiben der Kurse beigetragen haben. Dennoch, trotz ihrer Geburtsstätte in der Berliner Reichsdruckerei, bleibt der in New York gezeugten Reichsbanknote ihre fremde Nationalität erhalten. Sie hat sich in der Börsenkrise, im Ablauf der Konjunktur geltend gemacht.

Die Konjunkturentwicklung, die über die Börsenkrise hinweg sich weiter ausdehnte, hat, wie in der Bewegung der Kredite, so auch in der Deckung der Noten einen Wandel, und zwar krisenhaft, vollzogen und damit auch die Geldbedeutung der Noten geändert.

Die Noten, die auf die Gold- und Devisendeckung hin ausgegeben werden – 40 Prozent aller Noten müssen durch Gold und Devisen gedeckt sein –, sind trotz ihrer formalen Kennzeichnung als Reichsbanknoten keine solchen im strengen Sinne des Wortes, d. h. Kreditgeld, sondern sie sind Papiergeld. Sie ersetzen Gold in der Zirkulation[**)]. Die Mark stützt sich heute noch auf Dollargold und Dollardevisen. Der Anleiheüberschuß, der nicht Warengestalt annimmt, befruchtet, nach Deutschland gebracht, nicht nur die Börsenspekulation und die Monopolfinanzierung und setzt damit eine der Ursachen der Börsenkrise, sondern vermehrt zugleich den Papiergeldumlauf und bedeutet damit, wenn eine übermäßige Vermehrung des Papiergeldumlaufs eintritt, die Möglichkeit einer Währungsgefährdung[***)]. Insofern hatte Schacht recht, als er in einem allzugroßen Umfang der Auslandsanleihen eine mögliche Erschütterung der Markstabilisierung (in der Inlandzirkulation) sah. Das ist die eine Gefahrenzone der deutschen Währung. Sie erwächst aus dem Anleihezustrom und kann die Stabilität der Mark im Inland gefährden.

Mit der Umkehrung der Anleihebewegung, die zusammenhängt mit der eigenen Akkumulation des deutschen Kapitals, dem dadurch genährten Traum des deutschen Kapitals auf Unabhängigwerden von der fremden Finanzstütze, tritt zugleich ein Wandel in der ökonomischen Bedeutung der deutschen Noten ein. Die Auslandsanleihen werden abgestoppt – wie, wird sich noch ergeben: der eigene Mehrwert des deutschen Kapitals soll die Konjunktur finanzieren. Die Illusion, daß dies möglich sei, wird durch das Aufblühen des Marktes für Inlandemissionen gestützt; der Umstand, daß ökonomisch fremdes Geld, oft kurzfristiger Kredit, die Effekten [535] kauft, wird ignoriert. Zugleich steigert sich immer stürmischer die Nachfrage auch nach ausländischen Waren, die produktives Kapital werden können: die Einfuhr wächst über den zu akkumulierenden Mehrwert hinaus – auch das Warum hierfür wird sich noch ergeben. Die Handels- und Zahlungsbilanz wird passiv, zumal da auch der Reparationsagent in bar über 108 Mill. Mark im April transferiert und Zinsen der Auslandsanleihen zu zahlen sind. Auslandsanleihen zum Ausgleich fehlen. Gold und Devisen zur Zahlung der fälligen Auslandsverpflichtungen des deutschen Kapitals werden gebraucht und überschreiten in Höhe von mehr als eine Milliarde Mark in dem ersten Drittel 1927 die Grenze. Das amerikanische Gold, die Dollar- und Pfunddevisen finden aus der Notenverpuppung den Weg in die Heimat zurück.

An die Stelle des abwandernden Goldes und der heimkehrenden Devisen treten Wechsel.[†)] Das Auslandsgold und die Auslandsdevisen sind vom inländischen Wechselkredit als Notendeckung abgelöst. Die Wechseldeckung der Noten ersetzt die zurückgehende Gold- und Devisendeckung. Die Note wird aus Papiergeld zu echtem Kreditgeld.

[*)] „Auch muß bedacht werden, daß ein sehr wesentlicher Teil der Aktien mit Hilfe von Börsenkrediten (vielfach ausländischen Ursprungs), statt aus Sparmitteln (der Herr Professor riecht in dem zu akkumulierenden Mehrwert immer noch Spargroschen der Kapitalisten, E. L.) übernommen worden ist“ (Singer a. a. O., S. 1083).

[**)] Darüber, daß und wie Noten den Charakter als Papiergeld annehmen können, vgl. E. Ludwig: „Gold – Geld – Papier“. Internationale 1923.

[***)] Ueber die Gesetze der Größe des Papiergeldumlauf es vgl. Kapital I, S. 91. – Der tatsächliche Umlauf an Geldzeichen (Banknoten, Rentenbank scheine, Scheidemünze) entwickelte sich in Mill. RM wie folgt: 31. Dezember 1923 2273,6; 31. Dezember 1924 4273,9; 31. Dezember 1925 5180,9; 31. Dezember 1926 5799,8; 30. Juni 1927 5784,1; der Juniumlauf 1927 ist gegen den Juni 1926 um 615 Mill. RM höher.

[†)] Wechselbestand der Reichsbank in Millionen Reichsmark: Ende Dezember 1926 – 1228,6; Ende Januar 1927 – 1415,0; Ende Februar 16438; Ende März 1962,7; Ende April 1067,5; Ende Mai 2421,3; Ende Juni 2494,6. Die Lombardkredite stiegen von Ende Dezember 1926 bis Ende Juni 1927 von 84,1 auf 146,6 Mill. RM. Der Devisen- und Goldbestand fiel in der gleichen Zeit von 2350 6 auf 1869,6 Mill. RM. Der Notenumlauf stieg von 4517,7 Ende Januar 1927 auf 4832,3 Mill. RM. Ende Juni.

Akkumulation, Konjunktur, Ausweitung des Inlandkredits sind Erscheinungen, die dem Aufschwung des normalen Kapitalismus gewöhnlich sind. Die Wiederherstellung des Wechselmarktes, nach der das deutsche Kapital so lange geschrien hat, ist ein Zeichen seiner Konsolidierung. Aber beides, Ausweitung des Inlandkredits wie Wiederherstellung des Wechselmarktes, stoßen sofort an die Gegensätzlichkeiten, die auch hier die Relativität der Stabilisierung erweisen.

Steigender Wechsel- und Notenumlauf können wohl die Kreditbedürfnisse der Inlandkonjunktur befriedigen; Noten aber als Kreditgeld sind nicht Weltgeld zum Ausgleich der mit der Konjunktur immer stärker passiv werdenden Handels- und Zahlungsbilanz. Dieser Ausgleich erfordert Weltgeld, Gold und Goldanweisungen – Devisen. Abströmendes Gold, abfließende Devisen durch Verringerung der Papiergelddeckung aber gefährden die Währung genau so, wie zu viel einströmende Auslandsanleihen durch übergroße Papiergeldvermehrung. Gerade die Konjunkturentfaltung, die in der durch sie ausgelösten Bewegung der Zahlungsbilanz während der Börsenkrise den Dollarpreis bis zum Goldpunkt, d. h. bis zur profitlichen Exportmöglichkeit für Gold steigen ließ, hat diese Gefahr der Währung deutlich gemacht, hat gezeigt, daß zur Erhaltung der Währung vielleicht selbst die Konjunktur geopfert werden müßte, wenn das Opfer der zerschlagenen Börsenspekulation nicht genügen sollte.[*)]

Gewiß ist die Markgefährdung von den beiden Seiten her n i c h t a k t u e l l geworden. Sie blieb t e n d e n z i e l l. Aber schon diese, nur entfernt sichtbar werdende Möglichkeit einer Erschütterung der stabilisierten [536] Währung hat die Börsenkrise erzwungen; sie zeigt Grenzen der Inlandkonjunktur an, die mit dem gewöhnlichen Konjunkturablauf des Kapitalismus nichts zu tun haben, sondern in der Relativität der Stabilisierung begründet sind.

X.

Es ergibt sich: die Beantwortung der Frage nach der Herkunft des zur Kapitalzirkulation in Deutschland erforderlichen Geldes und Kredits deckt eigentümliche Verschlingungen und Gegensätzlichkeiten im Verhältnis von deutschem und fremdem Geld und Kredit auf, Verschlingungen und Gegensätzlichkeiten, die bis in den Zahlungsmittelumlauf, wo in der deutschen Banknote jede fremde Staatsangehörigkeit abgestreift zu sein scheint, sich durchsetzen.

Wodurch ist nun diese Bewegung selbst bestimmt, das Verhältnis zwischen deutschem und fremdem Geld und Kredit in der deutschen Kapitalzirkulation? Von der Aufdeckung der Besonderheiten dieser Bewegung muß zur Erklärung ihrer Ursachen fortgeschritten werden. Die Börsenkrise, die Konjunktur, der Devisenzu- und -abfluß, die Verwandlung der Banknoten aus Papier- in Kreditgeld, die beiden Gefahrenzonen der Mark machen M o m e n t e der Bewegung aus, sind aber nicht ihre Ursache.

Für die Vulgärökonomie ist die Antwort nicht schwer. Es ist der P r e i s des G e l d e s, die Höhe des Zinsfußes für den Kredit, der die Bewegung des Geldes, des Kredites hin und her über die Grenze wie seine Verwendung, ob zur Börsenspekulation, ob zur Kapitalanlage bestimmt.

Der durch die Kreditnot nach der Markstabilisierung bedingte hohe Zinsfuß – starke Nachfrage nach seltenem Kredit – hat, nachdem der Dawes-Pakt die ökonomisch-juristische Grundlage für die Kreditfähigkeit und -würdigkeit des deutschen Kapitals gegeben, Geld je länger, je mehr nach Deutschland gebracht. Der zunehmende Kreditzufluß hat nicht nur den Gold- und Devisenvorrat der Reichsbank wachsen lassen; er hat mit der Vermehrung des Geldes auf dem freien Markte den Zinsfuß gesenkt, zumal da infolge der Depression die Kapitalanlage stockte. Je billiger der Zinsfuß wurde, um so eher konnte der zuerst kurzfristige in langfristigen Kredit verwandelt und dieser in Produktionsmitteln angelegt werden. Der inländische Emissionsmarkt blühte auf; der Auslandskredit begann

[*)] „Die valutarische Situation zwang einfach dazu, die Bedenken, die an manchen Stellen gegen die weitere Zunahme der deutschen Auslandsverschuldung und gegen die Nützlichkeit mancher Auslandsanleihen gehegt wurden, zurückzustellen ...“ (Felix Pinner: „Die Inlandkonjunktur“, „Berliner Tageblatt“ Nr. 357 vom 30. Juli 1927.) Aber auch die neue Zunahme der Auslandsverschuldung, mag sie die internationale „valutarische Situation“ der Mark erleichtern, ist für ihre „valutarische Situation“ im Inland nicht gerade angenehm. – „Die Währung wird unter allen Umständen stabil gehalten, wenn es sein muß, auf Kosten der Wirtschaft.“ (Erklärung des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes gegen „haltlose Gerüchte über die Markstabilität“, 6. Juli 1927.)

zu versiegen, während zugleich, infolge der internationalen Angleichung der Zinssätze, Berliner Geld nach London und Neuyork verliehen und Londoner und Neuyorker Geld zur Teilnahme an den Börsengewinnen nach Berlin verpumpt wurde.*) Die wachsende Nachfrage des Industriekapitals nach zusätzlichem Kredit bei gleichzeitig abgestoppten Auslandskrediten führte zur Krediteinschränkung an der Börse – Deroute –, zur Zinsfußerhöhung sowohl für Tagesgeld wie für Privatdiskonten und der offiziellen Reichsbankrate. Bis dann, angeregt durch die höheren Zinsen, mit neuen Auslandsanleihen der Kreislauf von neuem zu beginnen scheint.

Die Entwicklung der Großbankbilanzen während der Monate der Börsenkrise und der ansteigenden Konjunktur scheint diese einfache Erklärung zu bestätigen. Nach dem Zweimonatsausweis der sechs Berliner Großbanken vom 30. Juni sind ihre Report- und Lombardkredite, die eigentlichen Börsenkredite, auf 587 Mill. Mark von 856.6 Mill. Mark am 30. April, also rund um ein Drittel zurückgegangen; bei der Preußischen Seehandlung, der Hauptlieferantin von Börsengeldern, die sie aus den Steuereinahmen bezieht, beträgt der Rückgang vom 28. Februar (119 Mill. Mark) bis 30. Juni (65 Mill. Mark) fast die Hälfte. Das Industriekapital hat diese Kredite beschlagnahmt. Die Debitoren der Banken sind gewachsen: die gedeckten von 2509 Milliarden Mark auf 2,542 Milliarden Mark, die ungedeckten von 907,7 Millionen Mark auf 946 Millionen [537] Mark**). Zugleich sind die Kreditoren der Großbanken von 6551 Millionen auf 6408 Mill. Mark infolge des Geldbedarfs des Industriekapitals zurückgegangen, während die Einlagen der Depositenkassen, also insbesondere die auf die Banken getragenen Gelder der Mittelschichten noch um 13 Mill. Mark, von 2345 auf 2358 Mill. Mark zugenommen haben.

Was ist da einfacher als d i e Erklärung? Der Kredit wurde für die Börse zu teuer. Es strömt zum Industriekapital ab, das höhere Zinsen anbietet. Das Depositenkassenpublikum, angelockt durch die höheren Zinsen, gibt sein Geld zur Bank, um wenigstens so an den Industrieprofiten teilzuhaben.

Aber diese Bestimmung der Geld- und Kreditbewegung durch die Zinsfußhöhe und umgekehrt ist ebenso unzulänglich wie die Bestimmung des Preises durch Angebot und Nachfrage, von der sie nur ein Abklatsch. Die Nachfrage – der Zinsfuß – bestimmt das Angebot, den Kreditzustrom. Dieser Kreditzustrom wiederum das Angebot, die Nachfrage den Zinsfuß. So heben beide Bestimmungsgründe einander auf und werden gleich Null, wenn Angebot und Nachfrage sich die Wage halten. Der Preis des Kredits, so sehr die Höhe des Zinsfußes rückwirkend für manche Elemente der Bewegung, wie z. B. die Umwandlung von kurzfristigen in langfristigen Kredit von Einfluß ist, ist von anderen Umständen bedingt, die a u ß e r h a l b des hier betrachteten Geld- und Kreditumlaufs liegen, als deren Reflex diese Bewegungen erscheinen.

Dennoch ist das Auf und Ab der Zinsbewegung wichtig als ein Ausdruck eben jener anderen ökonomischen Umstände, und zwar zunächst als ein Ausdruck der kapitalistisch-imperialistischen K o n k u r r e n z, um den deutschen Geld- und Kreditmarkt.

XI.

Die Börsenkrise in ihrem Zusammenstoß mit der aufsteigenden Konjunktur bedeutet eine Konkurrenz zwischen den Börsenkapitalisten und den Industriekapitalisten um den dem Gesamtkapital zur Verfügung stehenden Gesamtkredit. Schacht als der Präsident der in der Reichsbank zusammengefaßten Interessen des neudeutschen Finanzkapitals lenkt die zur Kündigung der Börsenkredite und damit zur Börsenderoute führende Schlacht gegen die Börsenabteilungen der Banken. Sie fügen sich ohne langen Widerstand. Denn das Erstgeburtsrecht des deutschen Finanzkapitals, das durch Akkumulation

*) „Zum Teil spiegelte sich in dem Ansteigen (der Kurse) die allmählich sich bessernde Geldlage wider, die zu einem beträchtlichen Maße auf das Einfließen von Auslandskapital sowohl in Form von Anleihen als auch für die besonderen Zwecke der Spekulation und der Anlage an der Börse zurückzuführen ist.“ (Bericht des Reparationsagenten vom 10. Juni 1927, S. 77.)

**) „Innerhalb der gedeckten Kreditoren muß sich eine bedeutsame Umschichtung von Börsen- und Industriekredit vollzogen haben, nachdem die aus dem Börsengeschäft im Kontokorrent freigewordenen Gelder gänzlich absorbiert sind und darüber hinaus noch ein Zuwachs von etwa 33 Millionen an gedeckten Debitoren vorhanden ist, der gleichfalls dem Industriegeschäft zugute gekommen sein muß.“ („Börsen-Courier“ Nr. 352 vom 30. Juli 1927.)

und Inlandkonjunktur zur Selbständigkeit fortzuschreiten hofft, gegen das Börsenspiel leugnet im Grunde, trotz der großen Börsengewinne, kein Bankdirektor[*].

In der Börsenkrise setzen sich so die kapitalistisch i m p e r i a l i s t i s c h e n Interessen des neudeutschen Finanzkapitals durch, das, aus der [538] Depression aufsteigend, in der Konjunktur und durch sie zur Akkumulation aus eigener Kraft und damit zur ökonomischen Mündigkeit nu gelangen hofft.

Daher der Angriff Schachts auf die „unproduktiven" Börsengelder, die so lange so reiche Gewinne abgeworfen. Das Industriekapital braucht sie für seine Kredite.

Daher der Angriff Schachts, schon Monate vor der Börsenkrise, auf die Gelder der öffentlichen Kassen und Banken, die sich der Kontrolle der Reichsbank entziehen. Das Industriekapital braucht sie für seine Akkumulation und über die Reichsbank sollen sie in seine Kanäle geleitet werden.

Indem die Reichsbank im Dienst des neudeutschen Finanzkapitals den Geldmarkt bei sich zentralisieren will, beginnt sie zugleich mit dem Kampf gegen die widerstrebenden Interessengruppen in Deutschland, den Kampf gegen das in Deutschland fungierende Auslandsgeld. Wachsende Selbständigkeit des deutschen Finanzkapitals verträgt sich nicht mit wachsendem oder auch nur gleichbleibendem Anteil des ausländischen Finanzkapitals in Deutschland. Auch dieser Kampf wurde wie der gegen die Börsenspekulation in der Maikrise ausgetragen. Aber er endete, anders als jener, keineswegs schon mit einem Siege des deutschen Finanzkapitals.

B e g o n n e n hat auch diese Auseinandersetzung schon vorher. Sie setzte vorerst nur vorsichtig ein mit der Konkurrenz der deutschen Bankkapitalisten gegen die amerikanischen um den Anleihemarkt der deutschen Trustfinanzierung. Als es die Neugründung des Ruhrmontanfrusts zu finanzieren galt, da beanspruchte und setzte das deutsche Bankkapital durch, daß es neben dem amerikanischen zur Hälfte die Trustanleihe – 126 Millionen Mark – übernahm. Bei der neuen 30-Millionen-Dollaranleihe des Trusts von Juli 1927 ist von einer solchen Beteiligung der deutschen Banken nichts zu hören. In den Monaten bis zum Börsenkrach blieben solche Teilungen üblich. Das Aufblühen des deutschen Emissionsmarktes ist mit darauf zurückzuführen. Der amerikanische Kredit, nachdem er sich in deutsches Geld verwandelt hatte, wurde zu einer Waffe der Konkurrenz des deutschen Bankkapitals gegen das amerikanische bei der Frage, unter welcher Flagge – ökonomisch – das neue Finanzkapital in Deutschland aufgestaut werden sollte.

Fortgesetzt wurde die Auseinandersetzung etwas kühner mit der verschärften Kontrolle und schließlich der Unterbindung der Auslandanleihen. Zunächst wurde die Zulassung der öffentlichen, namentlich der kommunalen Anleihen immer mehr erschwert. Das Anleiheinteresse des Industriekapitals ging auch hier vor. Dann wurde seit Anfang 1927 durch die Unterwerfung auch der Auslandsanleihen unter die Kapitalsteuer und die Niedrighaltung des Zinsfußes der Fluß der Auslandanleihen abgedämmt. Von Januar bis Mai 1927 sind praktisch so gut wie keine Auslandanleihen mehr nach Deutschland gekommen[**]. Die Gefährdung der Währung ist nicht nur ein ernster Grund für diese Abwehr der Auslandanleihen, sondern ein willkommener Vorwand für die Verfechtung des Selbständigkeitsdranges des deutschen Industriekapitals.

---

[*] „Sie führen freilich theoretische Rückzugsgefechte, indem sie und ihre Presse, voran die „Frankfurter Zeitung", behaupten, Schacht hätte nicht so toll zuzuschlagen brauchen; denn das an der Börse angelegte Geld sei der Wirtschaft" nicht entzogen. „Die Börse verbraucht weder Devisen noch Geld, nicht in der Hausse und nicht in der Baisse. Sie legt in der Hausse keine Geldmittel fest, und die Wirtschaft kann deshalb durch sie in der Baisse keine Geldmittel flüssig machen." (Bericht der Mitteldeutschen Kreditbank für Juli 1927.) Der Herr Bankdirektor verwechselt Kredit und Zahlungsmittel. Zahlungsmittel gehen von einer Hand in die andere. Aber darum können sie just in dem Augenblick, in dem es darauf ankommt, nicht in der Hand dessen sein, der sie braucht, nämlich dieser Kreditverpflichteten. Dann reißt die Kreditkette, und „wie der Hirsch nach frischem Wasser, so schreit des Schuldners Seele nach Geld, dem einzigen Reichtum". Die Geschwindigkeit des Umlaufs kann die Summe des vorhandenen Geldes in der Zirkulation ver-[538]vielfältigen. Kredite aber, die sich nicht gegenseitig ausgleichen, fordern für die Fälligkeit das Vorhandensein bestimmter Geldbeträge, und zwar je mehr, je höher und kühner das Kreditgebäude. Wird es zerschlagen, wie in der Börsenkrise es der Fall für die Spekulationskredite gewesen ist. so wird Geld für andere Kredite, Industriekredite, frei. Dies war das Ziel der Kündigung der Börsenkredite, die zum schwarzen Freitag führte.

[**] Im ersten Vierteljahr 1927: 85,4 Mill. Mark Auslandsanleihen gegen 324,0 im ersten Vierteljahr 1926; im Mai 1927: 56,0; im Juni: 160,7; im Juli: 434,2 Mill. Mark (‚Frankfurter Zeitung", Nr. 568 vom 3. August 1927).

Aber das Ausbleiben der Auslandanleihen hatte das Versiegen der Inlandemissionen zur Folge[*]. Ein Beweis mehr dafür. daß die Inlandemissionen mit ökonomisch fremdem Geld zum erheblichen Teil bezahlt wurden.

[539] B e e n d e t wurde diese Auseinandersetzung vorläufig mit der Börsenkrise. Sie war der Versuch der Aufrechterhaltung und Fortführung der deutschen finanzkapitalistischen Emanzipation vom Dollar und Pfund. Börsenkredite sollten für das Industriekapital freigemacht werden, damit der Reichsbankdiskont nicht erhöht zu werden brauchte, und dem deutschen Industriekapital der Kredit billig bliebe. Die Tatsache, daß einen Monat nach dem 13. Mai, am 10. Juni Reichsbankdiskont auf 6 Prozent erhöht und daß weiter die Besteuerung der Auslandanleihen abgeschafft werden mußte, zeigt, daß Schacht diese Schlacht verloren hat. Dabei ist klar, daß die neuen Auslandanleihen, indem sie die Konjunktur aufrecht erhalten und die in der Maikrise zugespitzten Gegensätze vorläufig ausgleichen, die Gegensätzlichkeiten zwischen dem ausländischen und deutschen Finanzkapital in Deutschland reproduzieren, indem sie einerseits den Anteil des ausländischen Finanzkapitals in Deutschland vergrößern, andererseits auch die Mittel des deutschen Finanzkapitals zur wiederholten Bekundung seiner Selbständigkeit erneuern.

Ihren Ausdruck hat schließlich die ganze Auseinandersetzung gefunden in der D i s k o n t p o l i t i k der R e i c h s b a n k, wie sie S c h a c h t geführt und der R e p a r a t i o n s a g e n t angegriffen hat. Für Schacht war die Herabsetzung und Niedrighaltung der Bankrate ein Mittel zugunsten des deutschen Industriekapitals, zur Förderung seiner Verwachsung mit dem deutschen Bankkapital mittels deutscher Emissionen zu einem deutschen Finanzkapital, zur Aufrechterhaltung und Ausdehnung der deutschen Konjunktur und Kapitalsakkumulation und, auf sie gestützt, zur Eroberung neuer Märkte für das deutsche Kapital. Für P a r k e r G i l b e r t war umgekehrt eine Diskonterhöhung, indem sie Auslandanleihen wieder möglich machen half, ein Mittel zur Festigung der Abhängigkeit des deutschen Kapitals vom ausländischen Finanzkapital. Denn diese Abhängigkeit ist die ökonomische Grundlage des ganzen Dawes-Planes, ohne die er in der Luft schweben würde; wie andererseits zugleich die zunehmende Abhängigkeit vom ausländischen Finanzkapital, indem sie die Schulden- und Zinsenlast des deutschen Kapitals erhöht, die Dawes-Erfüllung und Transferierung erschwert. So reißt die mit neuen Krediten gelöste Börsenkrise nur andere Gegensätze an anderer Stelle auf.

Es ergibt sich:

Zinsfuß und Diskont sind nicht die bewegende Ursache der Anleihe- und Geldbewilligung des deutschen Kapitalismus. Sie sind ein Ausdruck dieser Bewegung in ihrer eigentümlichen Gegensätzlichkeit. Und Schacht und Gilbert in ihrer Politik und Kritik vollziehen nur hinterher, was sich ohne sie, ja gegen ihren Willen als eine der widerspruchsvollen Gesetzmäßigkeiten im ökonomischen Ablauf der relativen Stabilisierung durchgesetzt hat.

Anleihebewegung und Zahlungsmittelumlauf sind nicht ein Resultat der Zinsfußbewegung. Sie sind der Reflex von ökonomischen Widersprüchen, die a u ß e r h a l b des Geldumlaufs und des Anleihemarktes liegen. Die Börsenkrise, indem sie die Verselbständigung des Geldumlaufs, die Selbstverwertung der Gelder in der Spekulation und Monopolfinanzierung aufhob, hat die Bedürfnisse des deutschen Industriekapitals nach selbständiger Akkumulation durchgesetzt. Sie hat zugleich, indem sie den Anteil des ausländischen Finanzkapitals im deutschen Kapitalismus vergrößerte, dessen noch vorhandene Abhängigkeit von jenem dargetan.

So erscheint die Inlandkonjunktur, soweit sie den Anleihemarkt und die Geldbewegung bestimmt und von ihr bestimmt wird, durchaus nicht eindeutig und harmoniebeseelt. Die „Autarkie der deutschen Wirtschaft“, die im sich [540] selbst genügenden Inlandmarkt sich zeigen soll, ist in Wirklichkeit der Ausbau der Produktivkräfte durch Kapitalsakkumulation, dazu bestimmt, die imperialistische

[*] „Die seit Anfang Mai in Erscheinung getretene Kapitalverknappung hat auch im Monat Juli angehalten, so daß nunmehr mit fast einem Viertel-[539]jahr keine neuen Inlandanleihen zur Zeichnung aufgelegt werden konnten“. („Berliner Börsen-Courier“ 385 vom 3. August 1927.) – Nach einer Tabelle des „B. C.“ wurden im Mai und Juni 1927 überhaupt keine Inlandanleihen aufgelegt, der wieder hergestellte deutsche „Kapitalsmarkt“ hat nicht existiert, im April 1927: 45 Mill. Mark., im März: 27 Mill. Mark, im Februar: 620 Mill. Mark und im Januar: 108,5 Mill. Mark.

Selbständigkeit des deutschen Kapitalismus über den Weg der Dollarbrücke wiederherzustellen. Die wachsende Anleiheverpflichtung und -verflechtung ist keineswegs eine kampflose Eingliederung in eine „realpazifistische“ Weltwirtschaft. Sondern sie zeigt die deutsche „Autarkie“ als passive Bindung an Pfund und Dollar und bedeutet den aktiven Vorstoß des ausländischen Finanzkapitals auch auf dem Inlandmarkt, an dessen Konjunktur und den durch sie realisierten Revenuen es teilnehmen will.

Imperialistischer Konkurrenzkampf zwischen dem ausländischen Finanzkapital und dem zur neuen Mündigkeit strebenden, aber der Krücken doch noch nicht entbehren könnenden deutschen Finanzkapitals: das künden die Widersprüche des Anleihe- und Geldmarkts. Anleihe und Geldmarkt sind sowohl Kampffeld wie Kampfmittel dieser Auseinandersetzung.

Aber das Warum dieses Kampfes – aus welchen Gründen die Anleihebewegung oder Zahlungsmittelumlauf sich in den aufgezeigten Widersprüchen vollzieht – ist mit der Feststellung, daß der deutsche Kapitalismus vorstößt und dabei an seine Anleiheketten rührt, noch nicht erschöpft. Das Warum erklärt sich aus der Aufdeckung der ökonomischen Zwangsgesetze, die den deutschen Kapitalismus nur als imperialistischen aggressiven und dennoch passiv gebundenen, als rationalisierenden wie akkumulierenden existieren und dennoch auf den Inlandmarkt beschränken lassen. Diese Zwangsgesetze sind keine andern als die, die die relative Stabilisierung regieren, ihre eigentümlichen Widersprüche in sich schließen.

LITERATUR

Arthur Feiler: *Neue Weltwirtschaft. Die Lehre von Genf.*

Mit dem Wortlaut der Entschließungen der Weltwirtschaftskonferenz in Genf 1927[*].

Eine Lobpreisung der Weltwirtschaftskonferenz vom Standpunkte des freihändlerischen Demokraten aus – das ist das Buch Arthur Feuers.

Es zerfällt in zwei wenig zusammengehörende Teile. Der erste Teil ist von Feiler geschrieben und heißt: „Die Lehre von Genf“. Der zweite größere Teil gibt „Die Entschließungen der Weltwirtschaftskonferenz“ wieder. Es ist die Uebersetzung eines Teiles des sogenannten „Endgültigen Berichts“ (Rapport définitiv) der Weltwirtschaftskonferenz. Der „Endgültige Bericht“ besteht im Original aus einer Schlußrede des Präsidenten Theunis und aus den in Feilers Buch enthaltenen „Entschließungen der Weltwirtschaftskonferenz“, Feiler gibt nur den zweiten Teil des „Endgültigen Berichts“ wieder, ohne über den weggefallenen ersten Teil des „Rapport definitiv“ ein Wort zu sagen.

Diese stückweise Uebersetzung mindert den Wert des Buches, Es kann den fehlenden offiziellen deutschen Text nicht ersetzen.

Wir wollen uns hier nur mit dem ersten Teil des Feilerschen Buches „Die Lehre von Genf“ befassen.

Feilers Buch widerspiegelt sehr präzise die Stimmung eines Teiles der Bourgeoisie, die übrigens auch (von einigen Kleinigkeiten abgesehen) zur politischen Doktrin der Sozialdemokratie geworden ist.

Das ganze Buch ist eine begeisterte Apologetik der Genfer Tagung. Feiler behauptet frank und kühn, daß ein neues wirtschaftliches Weltbild entstanden sei. Er behauptet, daß durch die Genfer Weltwirtschaftskonferenz endlich eine Lösung aller Wirtschaftsprobleme gefunden worden sei.

Wir sehen in Feiler den demokratischen Ideologen, der die schweren Probleme des Nachkriegsimperialismus sehr wohl sieht, sie aber nicht lösen und überwinden kann.

[*] Arthur Feiler: Neue Weltwirtschaft. Die Lehre von Genf. Mit dem Wortlaut der Entschließungen der Weltwirtschaftskonferenz in Genf 1927. Sonderdruck der „Frankfurter Zeitung“, 1927. Verlag Frankfurter Societätsdruckerei, Frankfurt a. M.

Wir werden gerade aus den Ausführungen und Beweisführungen dieses begeisterten Anhängers der Weltwirtschaftskonferenz erkennen, daß die Konferenz sich selbst ad absurdum geführt hat.

Feiler charakterisiert die Aufgaben und Leistungen der Weltwirtschaftskonferenz folgendermaßen:

„Eine Hoffnung bestand beim Beginn der Konferenz, die Hoffnung, daß sie dem Kampf gegen den wild übersteigerten Protektionismus der Nachkriegszeit, dem Kampf um den Abbau der Zollschranken einen neuen machtvollen Impuls geben werde. Das hat sie getan ... Die Konferenz hat eine Hoffnung erfüllt. So ist sie zu einem Erfolg geworden." (Seite 6 und 7.)

[541] Man spürt aus jedem Worte den Manchestermann, der glaubt, durch Abbau der Zölle alle Absatzschwierigkeiten beheben zu können.

Feiler weiß von keinen Heldentaten der Weltwirtschaftskonferenz zu berichten. Er muß vielmehr selbst zugeben, daß man sich auf der Konferenz „wie in einem Schattentheater" vorkam. Denn

„die Delegierten haben kein Mandat, für ihre Regierungen zu reden und noch weniger eine Vollmacht, Entscheidungen zu treffen; es fehle die Realität in diesem ganzen Getriebe."

So charakterisierte ein englischer Beobachter die Genfer Konferenz. Feiler druckt diese Feststellung ab und fügt traurig hinzu: „In der Tat, hier lag eine Schwäche".

Ein köstliches Bild der Hilfslosigkeit bot das Verhältnis der europäischen Imperialisten zum imperialistischen Amerika. Feiler muß selbst zugeben, daß eine ganze Reihe von Reden nichts anderes als flehentliche Bitten an die Adresse der Amerikaner waren. Das Problem der internationalen Verschuldung und das Auswanderungsproblem belasten die europäischen Imperialisten sehr. Deshalb großer Kotau vor dem amerikanischen Imperialismus! Aber die Amerikaner lächelten und schwiegen. Feiler schreibt darüber: „Die Amerikaner hörten und schwiegen. Sie standen daneben."

Die unentwegten Freihändler à la Feiler sehen zwar ein, daß sie beim amerikanischen Imperialismus keine Gnade gefunden haben. Aber sie haben doch Gnade gefunden – bei den Kleinsten der Kleinen. Herr Feiler orakelt:

„Es war vor allem gut, daß auch die Kleinen gleichberechtigt ihr Meinen und Wollen mit in die Waagschale werfen konnten ... Und lehrreich besonders der Mut, mit dem viele Vertreter gerade kleiner Staaten da mannhaft auftraten und gegen den nationalistischen Protektionismus mancher Großen rücksichtslos die Wahrheit sagten".

Die Kleinen warfen ihr „Wollen und Meinen" in die Waagschale, – und der stärkere Imperialismus ließ sie schwatzen, während er handelte. –

Herr Feiler wütet gegen Loucheur, der für internationale Kartellierung und Vertrustung eingetreten ist. Feiler fordert Kartellkontrolle (das Schlagwort der Reformisten!). Warum lobt er aber den deutschen Großindustriellen Lammers, der doch ebenso wie Loucheur alles getan hat, um den Gedanken der Kartellkontrolle mit Spott zu überschütten? Feiler läßt sich hier von einem sehr durchsichtigen Nationalismus leiten.

Am unzulänglichsten ist das Buch bei der Beurteilung der kommunistischen Delegierten auf der Weltwirtschaftskonferenz. Feiler bemüht sich, die russische Delegation herabzusetzen. Nach ihm haben die Kommunisten in Genf nichts anderes getan, als

erstens die Sozialdemokraten geärgert, und zweitens sich bei den Imperialisten der Welt um neue Kredite beworben.

In Wirklichkeit war die Sowjetdelegation die einzige, die vor der Weltwirtschaftskonferenz den Standpunkt des Proletariats vertrat, die auch von dieser Tribüne aus auf die Bedeutung des Völkerbundes und auf das Wettrüsten aller kapitalistischen Staaten hinwies und zeigte, daß der Imperialismus keine Möglichkeit hat, aus den Nachkriegsschwierigkeiten herauszukommen. Genosse Ossinski hat mit aller Deutlichkeit erklärt, daß der Imperialismus sich nicht

stabilisieren kann. Er muß die Sowjetunion und damit die Existenz einer nicht kapitalistischen Wirtschaftsordnung anerkennen.

Feilers Buch erbringt lediglich einen neuen Beweis, daß auch die Weltwirtschaftskonferenz keinen Ausweg aus den Krisen der Gegenwart zeigen konnte. Die Probleme des Imperialismus türmen sich immer höher auf: mangelnde Absatzmärkte, chronische Arbeitslosigkeit, Verschuldung eines Teils der Imperialisten an Amerika – wachsende Zuspitzung der Gegensätze unter den Imperialisten selbst und schließlich:

schärfste Gegnerschaft gegen die nationale Revolution in den Kolonien und gegen die proletarische Revolution;

schärfste Gegnerschaft zur Sowjetunion.

Aus all diesen Schwierigkeiten kann der Imperialismus keinen Ausweg finden.

Feilers Buch, das der Verherrlichung der Konferenz gewidmet ist, hat dies nur erneut bestätigt.

H. Löwen.

*

A.: „Dokumente der Gewerkschaftsbewegung des Fernen Ostens."

Zu den markantesten und am meisten dauerhaften Ergebnissen des letzten Abschnitts der chinesischen Revolution gehört die riesenhaft emporgewachsene Gewerkschaftsbewegung des chinesischen Proletariats. Die ersten Versuche, im Anschluß an die Streiks gegen die imperialistischen Unternehmer größere Gewerkschaftsorganisationen zu schaffen, datieren bereits seit 1922. Aber erst im Jahre 1925 setzte der rapide Vormarsch der chinesischen Gewerkschaftsbewegung mit voller Kraft ein. Die Geschichte der Bildung der Gewerkschaften in China ist ein ruhmreiches Kapitel für die Opferwilligkeit der chinesischen Proletarier, revolutionäre Kampforganisationen gegen die ausländischen und chinesischen Unternehmer zu schaffen. Nach zwei Jahren der stürmischen Entwicklung, trotz aller Unterdrückungen und Verfolgungen zählen die chinesischen Gewerkschaften fast 3 Millionen Mitglieder. Die stärksten Zentren dieser Bewegung sind Schanghai, Wuhan und Kanton. Mit dieser Entwicklung hat die chinesische Gewerkschaftsbewegung den ersten Platz in der Gewerkschaftsbewegung des Fernen Ostens eingenommen, und geht nun daran, alle Gewerkschaften des Fernen Ostens zu einer ge-[542]schlossenen und kämpfenden Einheit zusammenzufassen. In Wuhan fand im Mai dieses Jahres die erste panpazifische Gewerkschaftskonferenz statt, an der voll vertreten waren: die chinesischen Gewerkschaften, mit 2,8 Millionen, die javanischen mit 250.000, die koreanischen mit 123 000, und die japanischen Gewerkschaften mit 100.000 Mitgliedern. Außerdem nahmen an dieser Konferenz die Vertreter der russischen Gewerkschaften sowie auch der französischen revolutionären Gewerkschaftler und der revolutionären Minderheiten der englischen und nordamerikanischen Gewerkschaften teil, Die Konferenz vereinigte so die junge Gewerkschaftsbewegung des Fernen Ostens mit der revolutionären Gewerkschaftsbewegung der Sowjetunion und jener imperialistischen Staaten, die die kolonialen und halbkolonialen Länder des Fernen Ostens als ihre Interessensphären betrachten. Zur Zusammenfassung und Leitung der Kämpfe der Gewerkschaftsbewegung des Fernen Ostens wurde durch die Konferenz das panpazifische Gewerkschaftssekretariat gegründet, dessen Sitz vorläufig noch Wuhan ist, aber in der nächsten Zeit nach Schanghai verlegt werden soll.

Der Verlag des panpazifischen Sekretariats hat als seine erste Publikation den Bericht über die panpazifische Gewerkschaftskonferenz[*)] herausgegeben. Aus dem Inhalt sind besonders hervorzuheben das Referat des Vertreters der Roten Gewerkschaftsinternationale Genossen Losowski über „Die chinesische Revolution und die internationale Arbeiterbewegung", ferner die außerordentlich wertvollen Länderberichte, u. a. der Bericht Ober China, gegeben von Genossen Su-Chao-Jen, Vorsitzenden der allchinesischen Gewerkschaftsföderation, ferner der Vertreter der koreanischen, javanischen und japanischen Delegierten. Im Bericht sind ferner in vollem Wortlaut die Statuten des panpazifischen Gewerkschaftssekretariats, sowie die ökonomische und politische Plattform der Konferenz enthalten.

[*)] Pan-Pacif in Trade Union Conference, Bulletin of Proceedings, Hankow, China, May 1927.

Der Verlag des panpazifischen Sekretariats gibt seit dem 1. Juli dieses Jahres ein eigenes Wochenorgan „The Pan-Pacific Worker“ (Der Panpazifische Arbeiter)[*)], Sitz ebenfalls zunächst in Hankau, heraus. Ueber die Aufgabe dieses Wochenorgans heißt es in der redaktionellen Einleitung zur ersten Nummer folgendermaßen: „Die Tagung der panpazifischen Gewerkschaftskonferenz ist der erste ernste Versuch, die Gewerkschaftseinheit in den pazifischen Ländern zu schaffen. Die Berichte der Länder auf der Konferenz und die daraufhin gefaßten Beschlüsse, lassen bereits den größten Teil der pazifischen Arbeiter für die kommenden Kämpfe ihrer Gewerkschaften zusammen. Und nun ist es notwendig, dieses Werk, das unter der Führung der chinesischen Gewerkschaften solche guten Resultate bringen konnte, in systematischer Weise fortzusetzen und auszubauen. Es gilt, noch engere Verbindungen herzustellen, möglichst genaue Informationen über die Gewerkschaftsbewegung zwischen den Sektionen auszutauschen und eine solide Grundlage für den kommenden panpazifischen Gewerkschaftskongreß zu schaffen, Es wird die Aufgabe des „Panpazifischen Arbeiter“ sein, als Vermittlungszentrum für diese Arbeit zu dienen, als das offizielle Organ des Sekretariats der panpazifischen Gewerkschaftskonferenz“.

Der Inhalt der ersten Nummer enthält nebst einem Leitartikel zur Würdigung der panpazifischen Konferenz Artikel japanischer und chinesischer Gewerkschafter zur Lage der Industrien in diesen Ländern und den Fragen der Gewerkschaftsbewegung, ferner Untersuchungen über die organisatorische Struktur der Gewerkschaftsbewegung des Fernen Ostens, außerdem noch Artikel zur Gewerkschaftsbewegung in Mittelamerika, Frankreich, England und Nordamerika.

Aus dem reichen Inhalt beider Publikationen geht aufs deutlichste hervor, wie die Arbeiterbewegung des Fernen Ostens besonders Chinas in den kommenden Kämpfen einen immer entscheidenderen Einfluß spielen muß. Hier hat sich ein junges kampffreudiges Proletariat bereits starke Klassenorganisationen zur Verteidigung seiner Interessen geschaffen, die nicht nur für die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Fernen Osten, sondern auch für die der ganzen Welt von großer Bedeutung sein werden.

*

Amerika-Serie des Kurt Wolff-Verlages.

M ü n c h e n: S i n c l a i r, L e w i s: Babitt (Preis: geb. 7,50 M.). – Ders. Dr. med. Arrowsmith (Preis: geb. 12,– M., 2 Bände). – P e r c y M a r k s: Studentenjahre (Preis: geb. 7,– M.). – Ders.: Herr Fettwanst (Preis: geb. 7,– M.).

Zwei Länder sind es heute, deren Literatur wirklich ein Zeitbild gibt: Sowjetrußland und Amerika. Gibt uns die neue russische Literatur das Bild des unerhört schweren Kampfes um die Erhaltung der Sowjetmacht, des noch immer in frischer Erinnerung stehenden Bürgerkriegs, und des unter ungeheuren Schwierigkeiten und doch mit so viel Optimismus und freudigem Opfermut sich vollziehenden sozialistischen Aufstiegs, stellt sie vor uns das Bild des neuen Kollektivmenschen des Arbeiter- und Bauernstaates, im Gegensatz z. B. zu dem rein individuellen Typus, dem wir in Gorkis Werken begegnen, so finden wir in der modernen Literatur Amerikas das Spiegelbild einer sich noch auf der Höhe der kapitalistischen Entwicklung befindlichen Gesellschaft – noch auf der Höhe befindlichen, aber doch eines von Wurm des Zweifels, des Zerfalls bereits angefressenen Organismus. Die im Kurt Wolff-Verlag erschienene oben angeführte Amerikaserie gibt einen bei weitem nicht vollständigen Ueberblick über die neue gesellschaftskritische, aber noch unbewußt und im Dunkel nach einem Ausweg suchende Literatur. Aber sie ist typisch für die ganze Richtung. Von den be-[543]kanntesten der amerikanischen Modernen, S i n c l a i r L e w i s, sehen wir in „H a b b i t t“ das photographisch treue Abbild eines amerikanischen Geschäftsmannes aus dem Mittelwesten, mit mittlerem Einkommen, der mit Verachtung auf die mit weniger Einkommen bedachten und mit Neid und Mißgunst auf die mit höherem Einkommen Gesegneten sieht. Eine Tragikomödie des Alltags spielt sich vor unseren Augen ab: der kleine Spießbürger, der heimlich seine romantischen Träume träumt, sentimental und brutal zugleich, und der, von der Dollarjagd gehetzt, schließlich entweder daran kaputt geht, oder,

[*)] The Pan-Pacific-Worker, Official Organ of the Pan-Pacific Trade Union Secretariat, Hankow, China, July 1, 1927.

wie Babbitt, etwas müde, aber befriedigt erlebt, wie seine Kinder weiter dieselben Träume spinnen, dieselben „Ideale“ haben und auch dieselben Enttäuschungen erleben. Der ewige Kreislauf: schwächliche Rebellion gegen das zermürbende System des Kapitalismus und zufriedenes Sich-Abfinden, wenn man selbst zu den „Erfolgreichen“ gehört.

Eine andere Seite Amerikas zeigt uns das andere Werk desselben Schriftstellers: D r. med. Arrowsmith. Spielt „Babbitt“ in dem mittleren, sich rasch industrialisierenden Mittelwesten, so spielt sich der entscheidende Teil von Dr. Arrowsmiths Leben in dem brausenden hektischen Leben Neuyorks ab, dort, wo auch die Wissenschaft industrialisiert und gewissermaßen fabrikmäßig betrieben ward. Schärfer und bitterer sehen wir Dr. Arrowsmith den Kampf um seine Ideen führen: der Wissenschaftler, der, seinen Weg nach langen Kämpfen vor sich sehend, alles opfert, seinen Lebenskameraden, ja fast das Leben selbst, um wirklich bleibende, wissenschaftlich einwandfreie Resultate seiner Forschungen zu erreichen, im Kampf gegen die Profitsucht der von den großen Unternehmern und Finanziers eingerichteten Anstalten, mit deren schnell und nicht immer einwandfrei erreichten Resultaten die Geldgeber Ruhm und Profite einheimsen wollen. Hier ist eine bittere Anklage gegen ein System, das den wissenschaftlichen Forscher zum Lohnsklaven des Kapitals macht, ihn ausbeutet, ihn prostituiert, ihn peinigt, bis dieser schließlich, den Kampf als der Schwächere auf dieser Basis aufgehend, sich irgendwo in die tiefen Wälder zurückzieht, um ungestört seiner Arbeit leben zu können. Aber gerade dieser Schluß zeigt das wesentlich Kleinbürgerliche in Sinclair Lewis: er sieht keinen Ausweg und keinen Sieg in diesem Kampf. Für ihn heißt es nur: entweder du fügst dich dieser Gesellschaft, wie Babbitt, begräbst deine „Ideale“ (mögen sie immer so kindisch sein), oder hinaus mit dir ins Exil, in die Wälder, fern von der Welt kannst du allein deinen Ideen leben. Den Kampf, den siegreichen Kampf einer Klasse und die Aufrichtung einer neuen Gesellschaft sieht er nicht.

Ein weiteres bedeutendes Werk der Amerikaserie ist das erst anonym erschienene Buch „H e r r F e t t w a n s t“. Dieses Buch führt uns mitten hinein in das Neuyorker Gelb. Mit aller Schärfe und sarkastischem Witz beleuchtet der Verfasser die Korruption der Winkelpolitiker, ihre Schliche und Methoden, ihr Zusammenarbeiten mit den verschiedenen Behörden, die ganze Heuchelei der kapitalistischen Begriffe von „Gesetz und Ordnung“, die Pfründenjägerei. Wunderbare Typen des Neuyorker Judentums (Neuyork hat die zahlreichste jüdische Bevölkerung der Welt) werden mit ungeheurer Feinheit gezeichnet. Die Straßenkämpfe der Kinder werden zu Symbolen der später sich gestaltenden Lebenskämpfe. Hier wird der Schwächere, der sozial Schwächere, unvermeidlich das Opfer der Gesellschaft, gegenüber der er sich nur entweder durch die gewissenlosesten Korruptionsmethoden oder Verbrechertum behaupten kann. Entweder treten oder getreten werden – das ist das Lebensgesetz der kapitalistischen Gesellschaft. Ein Buch, das in seiner Unerbittlichkeit und Unerschrockenheit ein Zeitdokument von stärkster Wirkung ist.

Das vierte Buch der Amerikaserie, „S t u d e n t e n j a h r e“ von P e r c y M a r k s kommt in keiner Weise den vorher genannten nahe. Es ist ein seichtes Lesebuch für artige Kinder, das ein in seine Studentenjahre verliebter junger Mann sich zu schreiben bemüßigt fühlte, und verdient kaum, in diese sonst hochstehenden Serie aufgenommen zu werden. S.

*

J. Lenz: *„Aktuelle Probleme der proletarischen Politik“*[*)].

Von P. R o d i n.

Auch der z w e i t e Band der vom Parteiverlag herausgegebenen Elementarbücher, der die aktuellen politischen Probleme grundsätzlich und taktisch behandelt, erfüllt seine Anforderungen. Es ist leicht verständlich, daß ein Parteiarbeiter, der tagsüber im rationalisierten Betrieb steht, seinen Pflichten in der Partei, in den Gewerkschaften usw. nachkommt, nicht so gut wie notwendig die vielen wichtigen Thesen und Beschlüsse, die von der VII. Erweiterten Exekutive und vom letzten Essener Parteitag der deutschen Partei gefaßt wurden, durcharbeiten kann. Ein Studium dieser Thesen ist aber für

[*)] Elementarbücher proletarischen Klassenkampf es, Bd. 2. Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten, Berlin SW 61, S. 88. Preis 1,20 M.

keinem Parteiarbeiter entbehrlich. Daher war die Herausgabe des zweiten Bandes ebenso ein Verdienst, wie die des ersten.

Analog dem ersten Band ist auch dieser in mehreren (4) Abenden eingeteilt, so daß der Kursuslehrer eine sehr ausführliche Disposition vor sich hat. Jedoch weist dieser im Vergleich zum Gewerkschaftselementarkursus einen technischen Mangel auf, der bei den noch zur Herausgabe kommenden Elementarbüchern abgestellt werden sollte: Während, wie schon gesagt, im Buche des Genossen Enderle am Rande die wichtigsten im Text aufgestellten Behauptungen und Beweise k u r z w i e d e r g e g e b e n werden, finden wir im zweiten Band der Elementarbücher am Rande F r a g e n, die den Text betreffen. Erstens sind die vielen Fragen für den Leser, wenn man vom Kursuslehrer absieht, störend und zweitens wirkt diese Anordnung so, daß auf den Seiten mit ungleicher Zahl (wie 9, 11, 13 usw.) zuerst der Text und dann erst die Fragen gelesen werden können, da die Marginalien rechts vom Text stehen.

Auf dem e r s t e n A b e n d behandelt Genosse L e n z die Entwicklung der proleta-[544]rischen Weltrevolution, die relative Stabilisierung des Kapitalismus und die imperialistische Kriegsgefahr in leicht verständlicher Form – ein Vorzug, der an den beiden bisher herausgegebenen Elementarbüchern nicht genug gelobt werden kann, Hier aber wäre mehr Gründlichkeit notwendig gewesen. An sehr vielen Stellen sind die gestellten Fragen viel zu mangelhaft beantwortet. Zum Beispiel stellt Lenz die Frage:

„Ist die Einheitsfront gegen die Sowjetunion bereits beendet?“ und antwortet nur folgendermaßen darauf:

„Nein. Ein Hindernis bildet vor allem der deutsch-polnische, in zweiter Linie der polnisch-litauische Gegensatz. Die englische Diplomatie wendet alle Mittel an, um diese Gegensätze zu überbrücken. Erst wenn d a s gelungen ist, sind weitgehende Schritte Englands gegen Rußland zu erwarten.“ (Sperrung von mir. P. R.) (S. 25)

Es ist klar, daß dies keine H a u p t h i n d e r n i s s e sind. Warum erwähnt der Genosse Lenz mit keinem Wort den Gegensatz E n g l a n d-F r a n k r e i c h? Gerade der Streit, den die Imperialisten darum führen, wer die Kosten des Feldzuges gegen die Sowjetunion tragen soll, der auf der Julitagung des Völkerbundes besonders kraß zum Ausdruck kam, müßte angeführt werden. Sehr verfehlt ist die Antwort auf die Frage:

„Was ist eine objektiv revolutionäre Lage?“ Sie ist verschwommen und sehr lückenhaft. Nichts wäre einfacher als Lenins klare Definition dieses Begriffes (siehe Lenin: „Der Zusammenbruch der II. Internationale in „Gegen den Strom“) wiederzugeben. Auch die Behandlung der Stellung der Reformisten zur Kriegsgefahr ist sehr ungenügend, zumal sie für die Diskussion mit sozialdemokratischen Arbeitern äußerst wichtig ist. Die Darlegung des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg ist ebenfalls unzureichend.

Der z w e i t e T e i l behandelt die kapitalistische Rationalisierung und den neudeutschen Imperialismus, Vorweg sei gesagt, daß Genosse Lenz die Frage der kapitalistischen Rationalisierung richtig und weit klarer darstellt als Genosse E n d e r l e im ersten Band der Elementarbücher. Trotz der guten und ausführlichen Klarlegung der schwierigen Probleme, die vom zweiten Teil behandelt werden, sei auf eine Lücke hingewiesen. So wird auf die Frage, wie das Kräfteverhältnis auf der Seite des Proletariats durch die Rationalisierung geändert wird (S. 38), nur gesagt, daß die Kampfkraft des Proletariats durch die Schaffung eines Erwerbslosenheeres vorübergehend geschwächt, die Arbeiter unter Entlassungsdrohungen zur Leistungssteigerung angetrieben werden, wobei nicht auf die durch eben diese Drohungen erzielte Einschüchterung und – was besonders wichtig ist – auf die Tendenzen der n e u e n s o z i a l e n S t r u k t u r d e s P r o l e t a r i a t s im Zusammenhang mit der Rationalisierung eingegangen wird. Hierbei wäre mit einigen Sätzen auf den Prozeß einzugehen notwendig gewesen, den Marx am Schlusse des vorletzten Kapitels des ersten Bandes vom „Kapital“ so glänzend schildert:

„Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses insurpieren und monopolisieren, wächst die Masse des Elends, des Druckes, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereint organisierten Arbeiterklasse. Das Kapitalmonopol wird zur

Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeblüht ist. Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unerträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriateure werden expropriiert."

Im Zusammenhang mit der strukturellen Veränderung des Proletariats ist gar nicht erläutert oder überhaupt die Frage der Arbeiteraristokratie, der Verseuchung der Arbeiter im Betrieb, der Veränderung durch die Akkordarbeit usw. gestellt.

Der dritte Abend beschäftigt sich mit den Parteien des Bürgerblocks, der Grundlage und Ziele des Bürgerblockes mit dem Faschismus und der Rolle der deutschen Sozialdemokratie. Eine solche Analyse der einzelnen in Deutschland vorhandenen Parteien, wie sie hier gegeben wird, ist sehr zweckmäßig. Jedoch fehlt eingangs der Analyse eine kurze Beantwortung der Frage: Was ist eine Partei? (Es erscheint uns sehr zweifelhaft zu sagen – wie es Lenz tut –, daß die Deutsche Volkspartei opportunistisch (!) ist.)

Im vierten Teil wird die vom Essener Parteitag gegebene Einschätzung der Rolle der „linken" SPD, der Aufgaben der KPD behandelt, sowie die Radikalisierung der Massen geschildert.

[545]

Die Internationale
Jahrgang 10 * Berlin, den 15. September 1927 * Heft 18

Die Lehren von Genf.

B e r l i n, 15. September.

H. M. Das altrömische Sprichwort „Wenn du den Frieden willst, so bereite den Krieg [vor]“, das nur ausdrückte, auf welchem Wege sich die römischen Sklavenhalter ihren Frieden sichern konnten, ist durch den Imperialismus durch den Zusatz ergänzt: „Vergiß aber dabei nicht fortgesetzt von Frieden zu reden!“ Die Genfer Tagung überfloß geradezu von Friedensreden. Alle die großen und kleinen „gleichberechtigten“ Glieder des Bundes der Völker versicherten sich gegenseitig ihrer Friedensabsichten, beteuerten, daß der Völkerbund nicht müde werde, das Friedenswerk weiter zu fördern, Briand plädierte mit schwungvollem Pathos für den ewigen Frieden und Chamberlain versicherte, daß der Völkerbund jeden Krieg immer unmöglicher mache. All das wurde von Genf hinausposaunt in jene Welt der verschärften Rüstungen und Kriegsvorbereitungen der imperialistischen Mächte innerhalb und außerhalb des Völkerbundes, kurz nachdem die Abrüstungskonferenz der stärksten Flottenmächte, Amerikas, Englands und Japans, infolge der unversöhnlichen Gegensätze abgebrochen werden mußte und angesichts der Tatsache, daß die Organisation des Kriegsblocks gegen Sowjetrußland gegenwärtig das zentrale und aktuelle Problem der englischen Außenpolitik ist. Aber gerade Chamberlain hat in seiner Rede vor dem Völkerbund in einem Satz den Völkerbund und auch seine Friedensphrasen treffend charakterisiert. Er erklärte, daß er selbstverständlich den Völkerbund respektiere, inwieweit das nicht dem Interesse jenes Völkerbundes, der das britische Imperium bildet, dessen Glieder autonom sind und von denen die englische Regierung abhängig sei, widerspricht Abgesehen hiervon, daß hier der Vertreter der wichtigsten Großmacht im Völkerbund brüsk erklärt, der Völkerbund sei für ihn nur eine Fassade, nur eine Kulisse, hinter der sich sein wahres, räuberisch-imperialistisches Interesse verbirgt, ist dieser Satz noch infolge des Vergleichs sehr bedeutungsvoll, Das englische Imperium, das sein Entstehen und Bestehen einer brutalsten Unterdrückungs- und Ausrottungspolitik des englischen Kapitalismus gegen die kolonialen Völker verdankt, – ist auch ein Völkerbund, Chamberlain hat sogar den Schein dafür. Die Dominions haben ihre eigenen Regierungen, einige von ihnen eigene diplomatische Vertreter in anderen Staaten und Kanada ist sogar Mitglied des Völkerbunds. Der englische Imperialismus braucht gegenwärtig zur Niederhaltung der Kolonien außer seinen Kriegsschiffen und Expeditionsarmeen auch den Schein der autonomen Regierungen der Dominions, was er sich durch ein Teilbündnis mit der kolonialen Bourgeoisie gegen die unterdrückten Völker sicherte. Was ist nun der Unterschied zwischen diesem „Völkerbund und dem von Genf? Nur der, daß hier nicht der englische Imperialismus allein diktiert, sondern mehrere Konkurrenten hat, daß die kleinen Völker hier noch mehr „autonom“ sind und freier wählen können, wessen Gefolgschaft sie bilden wollen. Insgesamt stellt aber dieser „Völkerbund“ einen Bund der imperialistischen Regierungen Europas [546] zum Kampf und Ausplünderungsfeldzug gegen die Arbeiterklasse und unterdrückten Völker dar.

*

Das zentrale Problem des englischen Imperialismus ist gegenwärtig die Organisation des einheitlichen Kriegsblocks der kapitalistischen Staaten gegen Sowjetrußland, was aufs engste zusammenhängt mit der Niederhaltung der nationalrevolutionären Bewegung in China. Der Hinweis Chamberlains auf seinen Völkerbund, d. h. auf das britische Imperium, war nicht ein Ausdruck des brutalen Uebermuts, sondern der ernsten Besorgnis. Die Rebellion der halbkolonialen und kolonialen Völker gegen den englischen Imperialismus hat in Sowjetrußland einen mächtigen Bundesgenossen. Die Völker Asiens stehen auf zum Kampf gegen den Imperialismus und finden in Sowjetrußland und seiner revolutionären Friedenspolitik eine Großmacht, die die Politik der imperialistischen Mächte desorganisiert und durchkreuzt, ihren räuberischen Charakter schon durch Gegenüberstellung seiner Politik entlarvt, die der internationalen Arbeiterklasse für ihren Kampf gegen den Imperialismus Halt und Ziel gibt. Diese Gefahr bedroht nicht allein den englischen, sondern den Imperialismus überhaupt. Aber aufs unmittelbarste wird davon gerade das englische Imperium bedroht! Die Reden und

noch mehr die Taktik Chamberlains auf der Genfer Tagung waren ganz offensichtlich von diesem Problem beherrscht.

Die allgemeine Lage des europäischen Kapitalismus ist für die Strategie und Taktik der englischen Außenpolitik nicht ungünstig. Die wachsenden Gegensätze der europäischen imperialistischen Staaten auf der Basis des stabilisierten Kapitalismus drängen zu einer zwar vorübergehenden, aber doch unvermeidlichen Ueberbrückung in der Frage der Entfernung des Keils, den die Sowjetunion im kapitalistischen Wirtschaftskörper Europas und der ganzen Welt bildet. Neben den wachsenden imperialistischen Gegensätzen geht einher der ständig wachsende und sich fortgesetzt zuspitzende Gegensatz des europäischen Imperialismus überhaupt zur Sowjetunion. Das bedeutet nicht, daß die Gegensätze selbst an diesem Punkt aufgehoben werden können, sondern nur, daß auch die Frage der Organisierung des kapitalistischen Kriegsblocks gegen die Sowjetunion, wie auch dieser Krieg selbst auch zum Objekt wird, auf dem diese Gegensätze weiter wachsen und sich zuspitzen werden. So ist der englisch-französische Gegensatz in der Frage der Hegemonie in Europa nicht im geringsten abgeschwächt dadurch, daß der französische Imperialismus mit Lautem Gepolter den englischen Kriegsruf gegen die Sowjetunion unterstützt. Der deutsch-polnische Gegensatz in der Frage der Ostgrenzen wird durch die deutsch-englische Annäherung in Genf nicht nur nicht abgeschwächt, sondern mit aller Schärfe und mit der weitestgehenden Offenheit gestellt. Krieg gegen die Sowjetunion ist keine Streitfrage mehr! Die Frage lautet: Wie weit wird dieser Krieg die Ansprüche der imperialistischen Länder gegen Sowjetrußland und gegeneinander befriedigen? Diese Frage ist natürlich nicht eine Frage des Völkerbunds, sondern der stärksten imperialistischen Mächte Europas, der sogenannten Locarnomächte. Der polnische Vorstoß in Genf wollte eben durch die Aufrollung der Frage des Ostlocarno in offener Tagung demonstrieren gegen eine englisch-deutsche Verständigung auf Kosten der in Versailles und durch den Völkerbund erreichten Grenzen. Briand organisierte und benutzte diesen Vorstoß, um auf Chamberlain im Sinne stärkerer Sicherungen gegenüber dem Wiederaufstieg des deutschen Imperialismus einen Druck ausüben, Chamberlain war aber entschlossen, diesen Vorstoß zur engeren Fesselung Stresemanns an seine Politik [547] zu benutzen und brachte damit scharf zum Ausdruck, daß England Deutschland zum Krieg gegen die Sowjetunion für unentbehrlich hält und daß aus diesem Grunde Konzessionen an den wachsenden deutschen Imperialismus notwendig sind. Sie sind nicht notwendig und möglich auf Kosten Frankreichs, wohl aber auf Kosten Polens.

*

Stresemann begründete seine Ablehnung des polnischen Vorschlags mit dem Hinweis auf den Locarnovertrag, als einer völlig ausreichenden Garantie auch des deutsch-polnischen Friedens. Die schwerindustrielle Presse drückt sich nicht so diplomatisch aus, sie sagt offen, daß ein Garantievertrag auf der Grundlage der bestehenden Ostgrenzen undiskutabel ist. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ schreibt hierzu:

„Unter keinen Umständen darf sich die deutsche Delegation in dieser Frage durch die Genfer Atmosphäre verleiten lassen, auch nur den Anschein zu erwecken, als ob ein solcher Kontinentalpakt für uns überhaupt diskutierbar wäre.“

Ferner mahnt dieses Sprachrohr der Schwerindustrie, künftig zu den Völkerbundstagungen nicht wieder „die verantwortlichen Leiter unserer Außenpolitik“ zu entsenden, sondern zur größten Zurückhaltung zurückzukehren. Mit anderen Worten: Was Chamberlain von den direkten Konferenzen der Großmächte über Fragen, „die uns allein angehen“, vor dem Völkerbund sagte, ist auch die Linie der Außenpolitik des Bürgerblocks.

Die sozialdemokratische Führung brüstete sich geradezu, daß die Außenpolitik Stresemanns die konsequente Fortsetzung ihrer „Friedens- und Verständigungspolitik“ sei. Breitscheid, der von Gnaden des Bürgerblocks in der deutschen Völkerbundsdelegation dabei sein durfte, erklärte das vor kurzem erneut in seinem Artikel „Wir und der Völkerbund“, der durch die sozialdemokratische Presse ging. Nun geht aber der Friedens- und Verständigungsapostel des „unterdrückten“ Deutschlands, Herr Stresemann, in Genf ganz getreu hinter Chamberlain einher, gegen die kleineren, die die Großmächte daran erinnerten, daß sie auch noch da sind. Der deutsche Imperialismus, noch Objekt der

imperialistischen Politik der stärksten Partner, kehrt bereits offen seine Tatzen gegen die schwächeren. Er tut das, gleichzeitig einschwenkend in die allgemeine Front gegen Sowjetrußland. Auch er legt seinen Stiefel auf den Tisch des Völkerbundes. Ist das nicht die konsequente Fortsetzung der „Friedens- und Verständigungspolitik“ der Sozialdemokratie, mit ihrer Niederknüppelung der deutschen Arbeiterklasse, mit ihrer Auslieferung des Proletariats an die Bourgeoisie, mit ihrem Weimarer Verfassungswerk, mit ihrer Hetze gegen Sowjetrußland und mit der nationalistischen Propaganda ihrer Stampfer, Löbe und Sollmann?!

Ein Teil der sogenannten „linken“ sozialdemokratischen Presse schreit auf. Die „Leipziger Volkszeitung“ weist offen darauf hin, daß das englisch-deutsche Zusammengehen in der Frage des polnischen Vorstoßes von Stresemann erkauft worden ist durch Zugeständnisse in der Frage des Krieges gegen die Sowjetunion. Die Breslauer „Volkswacht“ tut erstaunt, daß nun die Politik Stresemanns sich als Großmachtpolitik entpuppe. Sogar der „Vorwärts“ fühlt sich genötigt, wenn auch nicht über Stresemann und Breitscheid, so doch über Chamberlain herzufallen und zwar nicht wegen seiner Kriegspolitik gegen Sowjetrußland, sondern wegen der „Bedrohung des Völkerbunds“ durch die englische Politik. Die Sozialdemokratie steht nach dem Zusammenbruch ihrer inneren Politik, nach dem Bankrott, den ihr die Bourgeoisie durch die Etablierung des Bürgerblocks bestätigte, nun auch vor dem völligen Zusammenbruch ihrer Außenpolitik.

*

[548] Was sind nun die Lehren von Genf? Der Völkerbund war ursprünglich ein Instrument der Versailler Vertragsmächte gegen Deutschland. Nun ist auch Deutschland in das imperialistische Mächtekonzert Europas eingefügt. Die Gegensätze unter den europäischen imperialistischen Mächten, zwischen England und Frankreich, zwischen Frankreich und Italien, zwischen Frankreich und Deutschland spitzen sich immer mehr zu. Der Gesamtgegensatz des europäischen Imperialismus gegen die Sowjetunion beherrscht immer mehr die Außenpolitik des europäischen Imperialismus. England und Frankreich setzen ihren Kampf um die Hegemonie in Europa auch auf der Basis ihrer Kriegs- und Einkreisungspolitik gegen Sowjetrußland fort. Das imperialistische Deutschland rollt die Frage der Ostgrenzen ebenfalls auf dieser Basis auf. Die verlogene Politik des sozialdemokratischen Pazifismus mit ihren Phantomen von Völkerverständigung, vom „Völkerbund“, der imperialistischen Mächte als Instrument zur Sicherung des Friedens bricht auf das kläglichste zusammen.

Vor dem internationalen Proletariat steht immer eindeutiger die Lehre. daß es keine Friedenspolitik geben kann, die über den Klassen steht und daß es nur einen Weg zur Verhinderung des Krieges, den des Sturzes der imperialistischen Regierungen und der siegreichen Revolution des Proletariats gibt. Vor dem internationalen Proletariat steht immer dringender die Frage der Organisation der Verteidigung Sowjetrußlands gegen den Ansturm der kapitalistischen Mächte. Die Kommunistische Internationale, die die Arbeiterklasse der ganzen Welt immer wieder auf die Verlogenheit des sozialdemokratischen Pazifismus hingewiesen hat, ruft das revolutionäre Proletariat zum Kampf gegen die imperialistischen Regierungen, zur Solidarität mit der kämpfenden Befreiungsbewegung der kolonialen und halbkolonialen Länder, zur Verteidigung des ersten Arbeiter- und Bauernstaats, Sowjetrußlands, auf.

*

Der proletarische Kampf gegen den weißen Terror in China.

Von K. A. Wittfogel.

Der schnelle Wechsel der militärischen Ereignisse darf nicht hinwegtäuschen über das innere Bewegungsgesetz der chinesischen Revolution, Im gegenwärtigen Augenblick ringen in China drei soziale Grundelemente miteinander um die politische Macht.

1. Die Gruppe nordchinesischer Großgrundbesitzer, konservativer Bourgeois, Bürokraten und Militärs, die sich um Tschang Tso Lin schart, verdankt ihre Stärke ihrem kaum verschleierten Zusammengehen mit den imperialistischen Mächten, wobei sich unter diesen bald Japan, bald England in den Vordergrund schiebt. Die Verbindung mit dem Imperialismus sichert der nördlichen Gruppe jene finanziellen und militärischen Reserven, die Tschang Tso Lin zwar mehrfach geschlagen, aber niemals vernichtend niedergeworfen werden ließen.

2. Die Gruppe der „fortschrittlichen“ chinesischen Bourgeoisie, wie sie Zentrum und rechter Flügel der alten Kuo Min Tang verkörperten – eine Gruppe, vor der auch die Mehrheit der Wuhanführer kapitulierte, und der sich seit einiger Zeit Feng Yu Hsiang fester anschloß –, diese Gruppe ist von den drei gegenwärtigen sozialen Heerlagern Chinas, trotz momentaner militärischer Erfolge, die schmalste und schwächste. Will sie selbständig bleiben, dann muß sie gegen die Nordreaktionäre und die [549] Imperialisten sowie gleichzeitig gegen die revolutionären Massen im Lande selbst kämpfen. Einen solchen Kampf kann sie, der Natur ihrer Kräfte nach, im Reichsmaßstabe nicht siegreich durchführen. Bleibt die Kapitulation einzelner Teile oder der ganzen Gruppe vor dem Norden oder vorübergehende Stabilisierung auf einem Teilgebiet. Wobei Umformungen, Zerreißungen, Absplitterungen nicht die Ausnahme, sondern die normale Bewegungsform sein werden.

3. Die Gruppe der Arbeiter, Bauern und der städtischen Armut, schien nach dem Abfall Tschang-kai-scheks und nach dem Umschwung in Wuhan für einen Augenblick völlig von der Bildfläche verschwunden zu sein. Doch schien das nur so. Ein großer Strom, der eine Wegstrecke unterirdisch fließt, bleibt doch ein großer Strom, Die arbeitenden Massen Chinas verkörpern nicht nur die absolut bei weitem größte Menge der Bevölkerung; ihre eigentümliche Verteilung über Dorf und Stadt macht sie zugleich auch qualitativ zu einem unerschöpflichen und allgegenwärtigen Reservoir kämpferischer Energien, deren Sieg gegenüber den beiden erstgenannten Kräften (oder irgendeiner Kombination daraus) auf die Dauer nicht zweifelhaft ist.

Die neuerdings in Kiangsi erstandene proletarisch-bäuerliche Kampftruppe, oder, falls dieser Truppe noch kein durchschlagender Erfolg beschieden sein sollte, jede ähnliche später entstehende militärisch-soziale Formation muß vor allen Dingen auf den unterirdischen Energien der revolutionären arbeitenden Massen fußen. Daß diese vorhanden sind, und daß sie sich trotz des gegenwärtig fast in ganz China herrschenden weißen Terrors zu neuen Kämpfen rüsten, soll der folgende Ueberblick, der speziell auf eine Schilderung der Aktivität der revolutionären Arbeitermassen abgestellt ist, zu zeigen suchen.

Methoden des weißen Terrors.

Die Methoden des „antikommunistischen“ Terrors gegen die Organisationen der revolutionären Arbeiter und Bauern sind sich in den verschiedenen Reaktionszentren im ganzen erstaunlich ähnlich. Man verhaftet und ermordet die revolutionären Führer, soweit man ihrer habhaft wird; man schließt die Büros der unbequemen Verbände und versucht dann, diese zu „reorganisieren“, das heißt ihnen ihren Klassensinn zu nehmen, sie in faschistische, den besitzenden Schichten gefügige Organisationen umzubilden. Dabei ist jedes Mittel, Militär, Polizei, Pressezensur, Propagandalüge, Aussperrung recht, Tschang-kai-schek ließ bis Mitte Juni in Schanghai allein 140 Arbeiterführer hinrichten. 500 revolutionäre Arbeiter fanden ihren Tod auf der Straße, niedergemäht durch Maschinengewehre und Salvenfeuer. 6000 Arbeiter wurden wegen revolutionärer Gesinnung gemaßregelt. („The Peoples Tribune“-Hankou vom 30. Juni 1927.) Wenn die Arbeiter Widerstand leisteten, entspannen sich zum Teil regelrechte Schlachten. Die Bergwerke der Pinghsianggruben (Provinz Kiangsi) verteidigten die von ihnen besetzten Bergwerksanlagen eine volle Woche lang mit bewaffneter Faust gegen die konterrevolutionären Streitkräfte. Die reaktionären Behörden mußten mit ihnen einen Kompromiß schließen.

Die neuen „Arbeiterorganisationen“, die man schwindelhafterweise an Stelle der alten, unterdrückten Verbände den Massen aufdrängen will, sind, was die Mitglieder anlangt, ein Tummelplatz lumpenproletarischer Elemente („Rowdies“, wie der Chinese sie nennt); die Leitung wird gern von reaktionären Studenten übernommen. Ein ausländischer Journalist, der das „Komitee für die Zusammenfassung der Arbeiter“, das Schanghaier „Reorganisationsbüro“, besuchte, schrieb ironisch: „Das Reorganisationskomitee scheint sich dadurch nützlich zu machen, daß es die Arbeitslosigkeit unter den früheren Auslandsstudenten herabmindert, sowie dadurch, daß es die habgierigen und ehrlosen Arbeiter hindert, ihre notleidenden Unternehmer auszubeuten.“ In der Provinz Hunan zeichnen sich bei dieser „Arbeit“ besonders die Studenten der Technischen Hochschule der Provinz aus.

[550] Der Propagandaleiter der Schanghaier „Reorganisations"-Stelle erklärte, daß die neuen „vernünftigen" Gewerkschaften etwa so aussehen sollten, wie die Verbände der American Federation of Labor, also der Gompers-Organisationen. Er verbesserte sich aber und setzte hinzu, daß die Lösung, die das faschistische Italien für die Gewerkschaften gefunden habe, eine noch glücklichere zu sein scheine. („The People's Tribune vom 30. Juni 1927.)

Die Massen bewahren den revolutionären Verbänden die Treue.

Das Resultat dieser famosen „Sozialpolitik"? Die Massen der Arbeiter lassen sich weder durch Gewalt noch durch schöne Worte für die faschistischen Organisationen einfangen, sondern stehen durchweg treu zu ihren alten Kampfverbänden. Alle Lügenmeldungen schaffen diese Tatsache nicht aus der Welt. In Hunan hat sich der Versuch, die Verbände zu „reorganisieren", als ein voller Fehlschlag erwiesen. In Schanghai stehen 300.000 Mitglieder – auf dem Papier der neuen Verbände. In Wahrheit haben sie, nach guter Information, nur 20.000 Mitglieder, auf die sie einigermaßen zählen können; 20.000, bei einer Arbeiterschaft von 800.000, wie unser Gewährsmann betont. Und auch unter diesen 20.000 herrschte, der mißlichen finanziellen Verhältnisse wegen, schon vor dem Sturze Tschang-kai-scheks durchaus keine rosige Stimmung.

Daß in Wuhan selbst, trotz des jüngsten Umschwunges, die Arbeitermassen der Revolution die Treue bewahren, beweist der große Streik im Han-Yang-Arsenal, angesichts dessen die Regierung wütend feststellen muß, die Mehrzahl der Arsenalarbeiter sei „mit den Theorien der Kommunistischen Partei infiziert".

Die Arbeitermassen unterstützen nach wie vor die revolutionären Verbände, weil diese offensichtlich die einzigen Organisationen sind, die für ihre Interessen kämpfen. Sie sind außerdem zu einer Unterstützung der alten Verbände deswegen besonders gut vorbereitet weil eine jahrelange Unterdrückung sie in den Künsten und Kniffen illegaler Arbeit erfahrener gemacht hat, als manche westeuropäische Revolutionsorganisation. Die mehrfach erwähnte Nummer der „People's Tribune" vom Juni, die sich anläßlich des Abschlusses des 4. Allchinesischen Gewerkschaftskongresses speziell mit der Lage der Arbeiter unter dem weißen Terror beschäftigt, enthält eine Schilderung der Verhältnisse in Kanton nach der „Reorganisation" der Arbeiterverbände. „Die Arbeiter Kantons". erklärt ein Vertreter der Gewerkschaften Kantons, „kämpfen erbittert für ihre Organisationen. Sie werden diese niemals preisgeben. Kein Arbeiter läßt sich durch die sogenannten Einigungsorganisationen täuschen, die General Li ihnen aufzunötigen sucht. Eine großangelegte Reorganisation der echten Arbeitergewerkschaften ist im Gange ..." Die Gewerkschaften vollzogen den Uebergang zur Illegalität so geschickt, daß den in die Büros eindringenden Bewaffneten des Generals Li keinerlei wertvolle Papiere in die Hände fielen. Keiner der Führer der Verbände geriet, nach der Darstellung des Kantonesischen Genossen, in die Gewalt der Reaktion und wurde hingerichtet.

Die Arbeiter Hunans, die seit Ende Mai unter dem weißen Terror stehen, sind durch ihre früheren Erfahrungen auf eine neue Periode gewaltsamer Unterdrückung bestens vorbereitet. Ehe 1926 die Kuo Min Tang-Armeen ihnen eine kurze, intensiv ausgenutzte Zeit legaler Wirkungsmöglichkeit gewährten, verfolgte man ihre Gewerkschaften ebenfalls mit blutiger Strenge. Dies hatte damals nicht hindern können, daß sich die Arbeiter, unter dem Deckmantel von „Arbeiterklubs", doch organisierten. „In den meisten Industriezweigen Hunans", so erklärt einer der Gewerkschaftsführer der Provinz, ein Bergarbeiter, „setzten die Verbände ihre Arbeit fort, doch müssen sie das, infolge der fortdauernden reaktionären Bedrohungen, illegal tun." Die organisierten Massenkräfte gerade Hunans – des Schauplatzes des ersten großen Ausbruches agrarrevolutionärer Aktionen – sind äußerst beträchtlich, was in den bevorstehenden, beziehungsweise jetzt bereits ein-[551]setzenden neuen Kämpfen von großer Bedeutung ist. Neben den Bauernverbänden mit etwa 5.000.000 Mitgliedern*) stehen die Gewerkschaften mit 100.000 Arbeitern in modernen Industrien und 400.000 Arbeitern handwerklicher Kleinbetriebe; das sind insgesamt eine halbe Million gewerkschaftlich zusammengefaßter Arbeiter.

*) Zur Frage der Exaktheit statistischer Angaben dieser Art siehe unseren Aufsatz über „Die Bauernbewegung in China" in der „Roten Fahne" vom 1. Juli 1927.

Methoden der Aufrüttelung der Massen.

Eine wesentliche Rolle bei der illegalen Tätigkeit der verfolgten Verbände spielt die Verbreitung aufklärender Literatur. Verfasser, Drucker und Verteiler setzen sich, wie die Presse vielfach berichtet hat, unmittelbarer Lebensgefahr aus. Immer wieder erzählen die chinesischen Zeitungen von der Verteilung revolutionärer Flugschriften, Handzettel, Manifestationen, die, zum Teil unter Ausnutzung von Massenansammlungen (Demonstrationen), unter die Menge gebracht werden. So wurde im Juni von 502 Gewerkschaftsverbänden Schanghais ein Manifest verbreitet, das den wahren Charakter der neuen „Arbeiter"-Verbände klarstellt und das erklärt, daß die genannten Verbände nur im revolutionären Allchinesischen Gewerkschaftsbund den Vertreter der Interessen der chinesischen Massen erblicken.

Anläßlich der Erfolge der Wuhantruppen gegen den Norden, zu einer Zeit also, als Wuhan sich noch nicht von den revolutionären Massen losgesagt hatte, verteilten die revolutionären Propagandisten Schanghais bei Siegesdemonstrationen der Arbeitermassen Flugblätter, die eine sehr scharfe Sprache führten. Eine „unterirdische" Veröffentlichung mit dem Titel „Sun Yat Sen" wurde in der Fremdenkonzession und auch in der Chinesenstadt Schanghais für einen Kupfer vertrieben und fand reißenden Absatz. Dieses Blatt wirft auf die Gesinnung der revolutionären Massen und auf ihre illegale Aktivität ein bezeichnendes Licht. Die weißen Generale werden in Aufsätzen, Karikaturen und satyrischen Annoncen vernichtend kritisiert; Gedichte feiern die Märtyrer der revolutionären chinesischen Massenbewegung. Besonders wichtig aber sind die Hinweise auf die Tätigkeit der „unterdrückten" revolutionären Gewerkschaften Schanghais, die nicht nur nicht vernichtet wurden, sondern die sogar insgeheim in den japanischen Baumwollmühlen neue Streiks zum Protest gegen die Landung japanischer Heeresabteilungen in Schantung organisierten.

Die Arbeiter manifestieren öffentlich ihre revolutionäre Gesinnung.

Hand in Hand mit dieser Propaganda durch illegale Literatur geht die Demonstration der revolutionären Gesinnung durch öffentliche Kundgebungen verschiedener Art. Während z. B. in Schanghai der inzwischen gestürzte Tschang-kai-schek in der Zeit seiner Diktatur die Massen zu Demonstrationen aufrief, zu denen sie nicht erschienen (besonders groß war sein Fiasko am 1. Mai), gingen die Massen unter revolutionären Parolen auch gegen den Willen der Polizei Tschang-kai-scheks auf die Straße. Die Demonstrationen zur Feier der Siege der Hunantruppen erwähnten wir bereits. Eine andere Demonstration, die viel Aufsehen erregte, war diejenige der Belegschaften der Wing On und Sincere-Werke am 15. Juni. Tschang-kai-schecks Behörden hatten die Wing On und Sincere-Gewerkschaftsgruppen wegen ihrer revolutionären Haltung am 14. Juni auf gelöst. Die Demonstration der Arbeiter und Angestellten erzwang sich den Zugang zu der Straße, in der das politische Büro des Hauptquartiers Tschang-kai-scheks lag. Die Demonstration wurde gewaltsam auseinandergetrieben.

Eine andere Methode des Protestes gegen die konterrevolutionären Gewalthaber ist das Auftreten in gegnerischen Veranstaltungen. In China besteht die Sitte, daß der Vorsitzende einer Versamm-[552]lung dieser die politischen Parolen verspricht, worauf die Anwesenden diese Parolers im Chors wiederholen. Die Anhänger Tschang-kai-scheks waren nicht wenig erschrocken, wenn sie in ihren Veranstaltungen plötzlich hörten, daß die Versammelten nicht ihre reaktionären Parolen wiederholten, sondern anstatt dessen revolutionäre Losungen zurückriefen. Als die Postarbeiter Schanghais in die faschistischer Verbände hineingenötigt werden sollten, wehrten sie sich dagegen, indem sie die Zahlung der Beiträge verweigerten.

Zwischen Manifestationen solcher Art und dem offenen Aufstand in der Mitte liegt die Kampfform des politischen Streiks. Der brutalste Terror der jüngsten Zeit hat die chinesischen Arbeiter nicht hindern können, auch von dieser Waffe nachdrücklich Gebrauch zu machen. Die wichtigsten Aktionen dieser Art sind die erst ganz neuerdings durchgeführten Streiks der Arbeiter des großen Regierungsarsenals in Hanyang (Wuhan) und der Streik der Eisenbahner auf der Linie Kiukiang-Nantschang. Beide Male handelt es sich um eine offenbare Stellungnahme für die revolutionären kämpfenden Massen, gegen die gegenwärtigen bourgeoisen Machthaber Mittelchinas. Die Arbeiter

des Hanyang-Arsenals, die, solange Wuhan noch mit den Massen ging, Tag und Nacht, ohne Feiertage, mit höchster Anspannung ihrer Kräfte, für die Herstellung von Waffen und Munition tätig gewesen waren, haben nach der Konstituierung der „gereinigter“ konterrevolutionären Wuhanregierung ihre Haltung schroff geändert. Wie Tschang-kai-schek auf Grund seiner Arbeiterschlächterei der Boden der Massenunterstützung unter den Füßen wegsackte, so geht es nun auch den Wuhanleuten. Ganz gleichgültig, ob die gegenwärtige Aktion in Kiangsi bereits einen entscheidenden Vorstoß der revolutionären Arbeiter- und Bauernkräfte bringt oder nicht – auf alle Fälle zeigen die geschilderten Vorgänge, daß die politische Macht der chinesischen Bourgeoisie nicht auf einen Felsen gebaut ist, Mag sie sich mit den Mitteln militaristischen Terrors eine Weile in Teilen Chinas behaupten – zu einer Lösung der Probleme der chinesischen Revolution auch nur im fortschrittlich bürgerlichen Sinns fehlen ihr heute alle wesentlichen Voraussetzungen.

„*Allezeit bereit . .*

Unser kurzer Bericht konnte nicht mit äußerlichen militärischen Siegen aufwarten. Doch zeigte er etwas, was die Grundlage aller späteren Kampferfolge sein wird: den Fortbestand, die ungebrochene Aktivität der gegenwärtig so brutal unterdrückten Organisationen der chinesischen arbeitenden Massen. „Wir haben schon Schlimmeres durchgemacht“, das ist der Refrain, der in den Berichten der chinesischen Kämpfer über die Arbeit unter dem weißen Terror immer wiederkehrt. Man ist mit den Militaristen alten Stils fertig geworden. Man sieht auch den kommenden Auseinandersetzungen mit den Machthabern von heute furchtlos entgegen. „Wenn es nötig ist“, erklärt ein Schanghaier Gewerkschaftsführer, „dann können wir unsere Kräfte mobilisieren“. Und sein Kollege aus Kanton sagt ganz ähnlich: „Beim ersten Zeichen der Schwäche der Unterdrücker wird der revolutionäre Geist losbrechen und die Gegenrevolution zerschmettern.“

Die Opfer sind ungeheuerlich groß. Die Schwierigkeiten sind riesige. Allein das praktische Leben der Massenaktion wird über alle Widerstände triumphieren. Lasse sich niemand durch den Augenschein täuschen. Die chinesische Revolution ist nicht tot! [553]

*

Die Rolle des Tarifvertrages im Gewerkschaftskampf.

Von Paul Merker.

I.

Die Stellung der Gewerkschaften zum Tarifvertrag vor dem Kriege.

Die Bedeutung der Tarifverträge im Gewerkschaftskampf war früher in den deutschen Gewerkschaften stark umstritten. Von Beginn der grundsätzlichen Diskussion über diese Frage an traten zwei verschiedene Auffassungen scharf zutage. Einmal die reformistische, die schon damals ihre wirtschaftsdemokratische Grundeinstellung deutlich erkennen ließ. Zweitens die oppositionelle, die zu verhüten suchte, daß die Gewerkschaften anstelle der Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaft durch Unterstützung des revolutionären Kampfes der proletarischen Klasse den Abschluß von Tarifverträgen und die Bildung der Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum als endgültiges Ziel ihres Wirkens proklamierten.

Durch den kampflosen Abschluß des Buchdruckertarifes im Jahre 1896, der eine Geltungsdauer bis zum 1. Juli 1901 (5 Jahre) vorsah, verschärften sich die Differenzen über die Beurteilung der Tarifverträge derartig, daß es in der Buchdruckerorganisation zu Absplitterungen und zur Bildung einer zweiten Organisation kam. Der dritte Gewerkschaftskongreß (Frankfurt a. M. 1899) sah sich infolgedessen genötigt, die Frage der Tarifverträge zur Behandlung und Entscheidung auf die Tagesordnung des Plenums zu stellen. So groß war das Interesse an der Klärung der Frage, daß mit Mehrheit beschlossen wurde, neben dem offiziellen Referenten Döblin vom Verband der Buchdrucker den Führer der abgesplitterten Gruppe Pollender-Leipzig als Korreferenten zuzulassen.

Sehr aufschlußreich sind die von Döblin und Pollender auf dem Kongreß gehaltenen Reden. Döblin führte u. a. aus:

„daß die Gewerkschaften noch vielfach nach der Richtung erzogen seien, Lohnerhöhungen nur durch Kampf für erreichbar zu halten. Aber man schreite in der Kultur fort. Es sei zweifellos Zweck der Gewerkschaften, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu heben. Dazu gehöre aber auch, daß es möglichst ohne schwere Opfer geschieht."

So opportunistisch wie seine Ausführungen, ist auch der Inhalt der von ihm vorgeschlagenen und später vom Kongreß mit großer Mehrheit angenommenen Resolution, die wörtlich zu bringen wir für nötig halten.

Die Resolution lautet:

„Tarifliche Vereinbarungen, welche Lohn- und Arbeitszeitbedingungen für eine bestimmte Zeit regeln, sind als Beweis der Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter seitens der Unternehmer bei Festsetzung der Arbeitsbedingungen zu erachten und in Berufen erstrebenswert, in welchen sowohl eine starke Organisation der Unternehmer, wie auch der Arbeiter vorhanden ist, welche eine Gewähr für die Aufrechterhaltung und Durchführung des Vereinbarten bieten. Dauer und Umfang der jeweiligen Vereinbarungen lassen sich nicht schematisieren, sondern hängen von den Eigenarten des betreffenden Berufes ab."

Mit diesem Beschlusse wandten sich die Führer der deutschen Gewerkschaften ab von dem unbedingten Klassenkampf, von dem Ziele, die kapitalistische Wirtschaft zu stürzen, dem sich der gesamte Gewerkschaftskampf unterzuordnen hat. Sie verneinten, daß unüberbrückbare Gegensätze zwischen Arbeiter und Unternehmer bestehen und stellten die friedliche Verständigung zwischen den Klassen in den Vordergrund. Es ist darum verständlich, daß schon im Jahre 1904 die Vertreter der Generalkommission auf dem Bremer [554] Parteitag der Sozialdemokratie die Arbeitsruhe am 1. Mai im wesentlichen mit der Begründung ablehnten, „daß der Abschluß von Tarifverträgen mit den Unternehmern dadurch gefährdet werden könnte."

Der Vertreter der Buchdruckeropposition, P o l l e n d e r-Leipzig, wandte sich in seinen Ausführungen keineswegs überhaupt gegen die Tarifverträge, die ziemlich reich an Zahl schon seit länger als einem Jahrzehnt abgeschlossen wurden und um die die Gewerkschaften den Kampf führten. Er bekämpfte vielmehr den engen zünftig-korporativen und klassenfeindlichen Charakter des Inhaltes des Buchdruckertarifs und als besonders gefährlich und schädlich die 5 Jahre lange Geltungsdauer und die lange Kündigungsfrist.

Die Grundsätze der von S e e g e r und S c h n e i d e r, Leipzig, im Anschluß an das Referat P o l l e n d e r s eingebrachten und vom Kongreß abgelehnten Resolution sind im allgemeinen heute noch richtig und verwendbar im Kampfe gegen die jetzigen reformistischen Führer der Gewerkschaftsverbände, die in dem Tarifvertrag die Hauptsache und das Ziel und nicht nur eine Unterstützung des Gewerkschaftskampfes sehen.

Die sehr interessante Resolution hat folgenden Wortlaut:

„Die Vereinbarung eines Lohntarifes zwischen Arbeitern und Unternehmern bedeutet die willkommene beiderseitige Anerkennung einer Preisnotierung, in der ausgedrückt ist, welchen Mindestpreis der einzelne Arbeiter vom Käufer seiner Arbeitskraft zu fordern hat. Die Gewerkschaften, die die Aufgabe verfolgen, den Marktpreis der Ware Arbeitskraft nach Möglichkeit zu erhöhen, haben aber ein vitales Interesse daran, zu verhüten, daß Lohntarife zu einem Hindernis für die Arbeiter werden, gute wirtschaftliche Konjunkturen für sich auszunützen. Bei Eingebung von Lohntarifverträgen ist es daher im Interesse der Arbeiter unbedingt geboten, die Möglichkeit zu wahren, die Lohntarife schnell günstigen Wirtschaftskonjunkturen entsprechend abändern zu können. Die Festsetzung von Lohntarifen auf eine Reihe von Jahren hinaus ist darum ebenso zu vermeiden, wie die Eingehung langfristiger Tarifkündigungszeiten, die das Unternehmertum in den Stand setzen, durch Organisierung von Streikbrecherkolonnen den Widerstand gegen die Forderungen der Arbeiter zu verstärken. Auch unter dem Bestehen von Tarifverträgen wird der natürliche Interessengegensatz zwischen Unternehmer- und Arbeiterklasse unverändert weiter bestehen. Es sind deshalb bei Abschluß von Tarifverträgen alle Nebeneinrichtungen zu vermeiden, die die bestehenden Klassenunterschiede zu verschleiern und damit das für eine erfolgreiche Arbeiterbewegung unentbehrliche Klassenbewußtsein der Arbeiter zu beeinträchtigen geeignet sind."

Noch auf dem vierten Kongreß der Gewerkschaften (Stuttgart 1902) führten die Beauftragten des Leipziger Gewerkschaftskartells, das sich die Auffassung der Leipziger Buchdrucker zu eigen

gemacht hatte, den Kampf für eine richtige revolutionäre Beurteilung der Tarifverträge weiter. Seitdem aber ist es still geworden. Schon auf dem 9. Kongreß der Gewerkschaften (München 1914) wurde die klassische reformistische Resolution Leiparts zu seinem Referat „Die gesetzliche Regelung der Tarifverträge“ einstimmig angenommen.

Der entscheidende Satz dieses Dokuments, der wiederum die wirtschaftsdemokratische Grundeinstellung der Gewerkschaftsführer deutlich erkennen ließ, lautet:

„Der Kampf um die Macht, d. h. der Kampf gegen das einseitige Bestimmungsrecht der Unternehmer muß deswegen zunächst weitergeführt werden. Die Gewerkschaften führen den Kampf zugleich im Interesse der Tarifverträge, die von ihnen als ein geeignetes Mittel, die Arbeitskämpfe zu mildern und zu verringern, auch weiterhin anerkannt werden.“

Diese Ideologie, die mit den Grundsätzen des Marxismus nicht das geringste gemein hat, führte dazu, daß für die Reformisten der „Kampf um [555] die Macht“ mit der Errichtung der bürgerlich-demokratischen Republik und der gesetzlichen Regelung der Tarifverträge durch den Erlaß der Verordnung über die Tarifverträge vom 23. Dezember 1918 beendet war. Anstelle des einseitigen Bestimmungrechtes war die gegenseitige „Ebenbürtigkeit“ der Unternehmer und der Arbeiter getreten, als ein „Erfolg“ der von „Verantwortung durchdrungenen Erkenntnis“, daß die Wiederaufrichtung unserer Volkswirtschaft die Zusammenfassung aller wirtschaftlichen und geistigen Kräfte und allseitiges, einträchtiges Zusammenarbeiten verlangt, – wie es in der Sitzung der Zentralarbeitsgemeinschaft vom 4 Dezember 1918 heißt, – die auch die Unterschrift Leiparts trägt.

„Den Arbeitern die Demokratie in Produktion und Wirtschaftsführung zu erkämpfen, sie zum Mitträger und zum geistigen Teilhaber an der Gesamtwirtschaft zu machen“ (Cohen), das ist das neue friedliche „Ziel“ der deutschen Reformisten. Ein Phantom, das errichtet wurde zur Irreführung der Arbeiter, um sie abzuhalten vom revolutionären Kampf zur Errichtung der politischen Macht der Arbeiter im Staate und in der Wirtschaft, um die Restaurierung der kapitalistischen Wirtschaft zu ermöglichen, die durch den Krieg erschüttert war. Die reformistische Ueberschätzung der Tarifverträge und ihre schädlichen Folgen dürfen uns jedoch nicht an der Feststellung hindern, daß der Tarifvertrag einen für die Arbeiter bedeutungsvollen Fortschritt bedeutet.

II.

Die Stellung der Unternehmer zum Tarifvertrag vor dem Kriege.

Gerade die Stellungnahme der Unternehmer vor dem Kriege zur tariflichen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die im Gegensatz zu den reformistischen Gewerkschaftsführern die Frage jederzeit eindeutig im Sinne ihres Klasseninteresses beurteilten und behandelten, beweist das. Die Unternehmer verstanden sehr gut, daß der kollektive Verkauf der Arbeitskraft der Arbeiter einer ganzen Berufs- oder Industriegruppe im örtlichen, bezirklichen und im Reichsmaßstabe die Macht der Arbeiter konzentriert und damit steigert, daß er ein schnelleres und stetes Wachsen der Gewerkschaftsverbände förderte, die als Kollektivverkäufer der Arbeitskraft formell als gleichberechtigte Kontrahenten den in Verbänden zusammengeschlossenen Unternehmern gegenübertraten.

Deshalb führten die Unternehmer vor dem Kriege, unter ihnen besonders die Großindustriellen, den heftigsten Kampf gegen den Abschluß von Tarifverträgen. Noch im Jahre 1905 nahm der Zentralverband der Deutschen Industriellen dazu folgende Entschließung an:

„Der Zentralverband deutscher Industrieller betrachtet den Abschluß von Tarifverträgen zwischen den Arbeitgeberorganisationen und den Organisationen der Arbeiter als der deutschen Industrie und ihrer gedeihlichen Fortentwicklung überaus gefährlich. Die Tarifverträge nehmen ebensowohl dem einzelnen Arbeitgeber die für die sachgemäße Fortführung seiner Unternehmen notwendige Freiheit der Entschließung über die Verwendung seiner Arbeiter, als sie auch die einzelnen Arbeiter unvermeidbar unter die Herrschaft der Arbeiterorganisationen bringen. Die Tarifverträge sind nach der Ueberzeugung des Zentralverbandes, wie auch durch Erfahrungen in England und Amerika voll bestätigt wird, schwere Hindernisse der technischen und organisatorischen Fortschritte der deutschen Industrie.“

Der Widerstand des Schwerkapitals hatte zur Folge, daß sich der Abschluß von Tarifverträgen im wesentlichen auf die verarbeitende Industrie beschränkte, in denen der Klein- und Mittelbetrieb vorherrschte, die aber dessen ungeachtet eine hochqualifizierte Arbeiterschaft erforderte und darum auch verhältnismäßig gut gewerkschaftlich durchorganisiert waren. Beson-[556]ders war es das graphische Gewerbe, die Holzindustrie und das Baugewerbe, in die der Tarifvertrag vor dem Kriege den größten Eingang fand.

Die Statistik der Tarifverträge und die Entwicklung der Mitgliederzahlen der Gewerkschaftsverbände in den Jahren 1907 bis 1913 zeigt deutlich den inneren Zusammenhang zwischen dem Kampf um den kollektiven Arbeitsvertrag und die Steigerung der Mitgliederzahlen in den Gewerkschaften.

Es waren vorhanden:

Jahr	Zahl der Tarife	darunter fielen Betriebe	mit Arbeitern	Zahl der Mitglieder der freien Gewerkschaften
1907	5324	111.050	974.564	1.865.506
1908	5671	120.405	1.026.445	1.831.731
1909	6578	137.214	1.107.478	1.832.667
1910	8293	173.727	1.361.086	2.017.298
1911	10.520	183.232	1.552.827	2.339.785
1912	10.739	159.930	1.574.285	2.553.162
1913	10.885	143.088	1.398.597	2.573.718

Die Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder war vor dem Kriege also höher als die Anzahl der unter Tarifverträgen arbeitenden Arbeiter, und stieg mit der Erhöhung der Zahl der Tarifverträge. Das war der Fall, solange die Gewerkschaften den Kampf um die Durchsetzung der kollektiven Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse und den Inhalt der Tarifverträge führten.

Nachdem durch die Revolution die Tarifverträge gesetzlich anerkannt wurden, die Gewerkschaften unter ihrer reformistischen Führung in der größten Mehrzahl der Fälle auf den entschiedenen Kampf um die Rechte der Arbeiter verzichteten und die Regelung der Lohn- und Arbeitszeitfragen im wesentlichen den staatlichen Schlichtem überließen, zeigt sich die gegenteilige Entwicklung.

Es waren vorhanden:

Jahr	Zahl der Tarife	darunter fielen Betriebe	mit Arbeitern	Zahl der Mitglieder der freien Gewerkschaften
1924	8790	812.671	1.3135.384	7.138.416
1925	7099	785.945	1.1904.159	4.618.953
1926	7533	788.755	1.1140.521	4.156.451

III.

Die gesetzliche Regelung der Tarifverträge und ihre Anerkennung durch die Unternehmer nach dem Kriege.

Der 9. Gewerkschaftskongreß in München beschloß:

„Nicht schon damals eine gesetzliche Regelung der Tarifverträge zu fordern, da die Mehrzahl der Unternehmer noch immer die Gleichberechtigung und damit den Abschluß von Tarifverträgen ablehnt. Der Kampf gegen das einseitige Bestimmungsrecht der Unternehmer – den man als den Kampf um die Macht bezeichnete – sei das Gebot der Stunde.“

Durch die am 4. Dezember 1918 beschlossene Arbeitsgemeinschaft zwischen den Führern der deutschen Gewerkschaften und den Organisationen der Unternehmer wurde das „Ziel“, die Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiterorganisationen bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, erreicht, und die gesetzliche Regelung des Tarifwesens durch die am 23. Dezember 1918 erlassene Tarifvertragsordnung konnte nach Ansicht der Gewerkschaftsführer erfolgen.

Es ist allgemein bekannt, daß die Bildung der Arbeitsgemeinschaft und die allgemeine Anerkennung der Tarifverträge durch die Unternehmer der Köder war, mit dem die reformistischen Gewerkschaftsführer

in die Lage versetzt wurden, die bewaffneten revolutionären Arbeiter von weiteren Schritten zum Sturze der kapitalistischen Herrschaft abzuhalten. Die Bour-[557]geoisie verstand es glänzend, in der für sie gefährlichsten Situation ein Kompromiß mit den reformistischen Vertretern der Arbeiter abzuschließen, das ihnen die Möglichkeit gab, ihre erschütterte Position zu festigen und sich für den Gegenangriff auf die revolutionäre Arbeiterschaft vorzubereiten.

Die von den Reformisten geübte Tarifpolitik, ihre absolute Tarif treue, die sie in zahlreichen Fällen selbst zu Streikbrechern werden ließ, brachte den Unternehmern wesentliche Vorteile. Sie hinderte es, daß die von den Großindustriellen gefürchteten nachteiligen Wirkungen der Tarifverträge auf die Höhe des Profils wirklich eintraten. Sie erreichten damit, nachdem die Inflation und die damit verbundenen Riesenkämpfe überwunden waren, eine gewisse Ruhe in ihren Betrieben. Ihre geschäftlichen Manöver wurden nicht mehr gerade dann gestört, wenn es für sie besonders verlustreich gewesen wäre. Die Arbeiter unterließen es, Forderungen aufzustellen und günstige Konjunkturen auszunutzen. Die Unternehmer konnten für längere Zeit ihre Kalkulationen aufstellen und mit größerer Sicherheit auf längere Zeit disponieren.

Sie lehnten deshalb den Tarifvertrag auch nach der Wiedererrichtung ihrer Macht nicht mehr grundsätzlich ab, sondern versuchten ihn auszunutzen und wiederholten durch den Mund des Herrn von B o r s i g in dessen Broschüre ‚Industrie und Sozialpolitik“ und in dem „Geschäftsbericht der Vereinigung der deutschen Unternehmerverbände für das Jahr 1923/24:

„daß die deutschen Unternehmerverbände Tarifverträge keinesfalls ablehnen, aber als wesentliche Grundlage der Entwicklung die Arbeitsgemeinschaft betrachten.“

Nach Anerkennung der tariflichen Regelung der Lohn- und Arbeitszeitbedingungen durch die Unternehmer und nach ihrer gesetzlichen Verankerung beschränkte sich der Kampf um das gesamte Problem bis auf weiteres fast nur auf die Klärung der rechtlichen Stellung der Tarifverträge im Rahmen des gesamten bürgerlichen Rechtes. Dieser von den juristischen Vertretern der Gewerkschaften und Unternehmerorganisationen geführte Kampf wird von den letzteren gleichzeitig aktiv ausgenutzt, um die zur Zeit bestehenden rechtlichen Grundsätze zum Schaden der Arbeiter noch mehr zu verschlechtern. Für jeden Arbeiter ist zur Beurteilung der Vor- und Nachteile der Tarifverträge die Kenntnis der wichtigsten rechtlichen sowie der sozialen Konsequenzen derselben notwendig.

IV.

D a s h e u t i g e T a r i f r e c h t. – D e r B e g r i f f d e s T a r i f e s.

Der korporative Arbeitsnormenvertrag, wie S i n s h e i m e r den Tarifvertrag zweifellos richtiger bezeichnet, kann von einem Unternehmer oder einer Korporation der Unternehmer einerseits und von der Organisation der Arbeiter, sofern dieser keine Arbeitgeber angehören oder solche gar in ihren Leitungen sitzen, abgeschlossen werden. Der Tarifvertrag zwingt die Beteiligten, sofern sie einen individuellen Arbeitsvertrag nach §§ 611 bis 630 BGB. abschließen, diesem einen dem Tarifvertrag entsprechenden Inhalt zu geben. Schon hier bestehen zwei Punkte, gegen die sich die Angriffe der Unternehmer richten. Erstens führen sie den Kampf gegen die Bestimmung, daß nur diejenigen Arbeiterorganisationen tariffähig sind, in denen Arbeitgeber weder Sitz noch Stimme haben und die sich in keinem irgendwie gestalteten Abhängigkeitsverhältnis von den Unternehmern befinden. Dieser Grundsatz gerät immer mehr in Gefahr, je weiter der politische Einfluß der Arbeiterschaft im Staate zurückgedrängt wird. Schon heute ist er durch die Schuld der Gewerkschaftsführer für die Landarbeiter durchbrochen. Die Arbeitergruppen des Landbundes, der Organisation der Großagrarier, wurde als tariffähig anerkannt, nachdem Georg S c h m i d t und seine Kreaturen durch ihre arbeiterfeindliche Politik den Deutschen Landarbeiterverband zerschlagen und seine Mitgliederzahl von 860.000 im Jahre 1923 auf rund 150.000 gegenwärtig heruntergewirtschaftet hatten. Dieselbe Gefahr droht [558] anderen Berufsgruppen, wenn es den Reformisten gelingt, ungehindert ihre reformistische arbeitsgemeinschaftliche Politik weiterzubetreiben.

Der zweite Angriff richtet sich gegen den Grundsatz, daß die Tarife nur zwischen einem Unternehmer und der Arbeiterorganisation oder zwischen der letzteren und der Unternehmerorganisation abgeschlossen werden können. Die Unternehmer fordern die rechtliche Gleichstellung der Betriebsvereinbarung

mit dem Tarifvertrag und hoffen, auf diesem Wege die Tariffähigkeit der gelben Werksgemeinschaften, die Zertrümmerung der heute durch die örtlichen, bezirklichen und Reichstarife geförderten breiten Kampffront der Arbeiter zu erreichen und die Gewerkschaftsverbände von dem Abschluß der Tarifverträge nach Möglichkeit auszuschalten.

Zur Verschleierung ihrer Ziele verwenden die Unternehmer die wirtschaftsdemokratische Phraseologie der Reformisten. So heißt es in dem Geschäftsbericht der Deutschen Unternehmerverbände für das Jahr 1925/26:

„Grundlage aller Wirtschafts- und damit aller Sozialpolitik und Grundlage aller in der Wirtschaft beschäftigten Existenzen ist letzten Endes der Betrieb ... Die sittlichen Werte der Organisation der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in heutiger Zeit liegen höher. Die Daseinsberechtigung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände kann infolgedessen nie und nimmer allein davon abhängen, inwieweit sie lediglich geeignet und fähig sind, als Kampftruppe der anderen Seite gegenüber erfolgreich Verwendung zu finden."

Es ist selbstverständlich, daß die kapitalistischen Regierungen der Weimarer Koalition bis zum Bürgerblock die Ziele der Unternehmer fördern. So heißt es im § 3 der Schlichtungsordnung vom 30. Oktober 1923:

„Schlichtungsausschüsse und Schlichter haben zum Abschluß von Gesamtvereinbarungen (Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen) Hilfe zu leisten."

Der vom Arbeitsrechtsausschuß des Reichsarbeitsministeriums aufgestellte Tarifvertrags-Gesetzentwurf sieht in seinem § 53 die vollständige rechtliche Gleichstellung der Betriebsvereinbarung mit dem Tarifvertrag vor. Gleichzeitig fordert ein Antrag der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei (Reichstagsdrucksache Nr. 2537 vom 2. Juli 1926) die baldige gesetzliche Regelung „der Bedeutung und Wirksamkeit der Betriebsvereinbarung und ihres Verhältnisses zum Tarifvertrag".

Gegen eine solche Entwicklung ist der schärfste Kampf zu führen.

Die Unabdingbarkeit des Tarifvertrages.

Die durch Tarifvertrag vereinbarten Bedingungen sind grundsätzlich unabdingbar. Die durch den Tarifvertrag verpflichteten Unternehmer und Arbeiter können grundsätzlich, selbst wenn sie beide dazu willens sind, keine schlechteren Lohn- und Arbeitsbedingungen im individuellen Arbeitsvertrag abschließen, als sie der Tarifvertrag vorsieht. Die tariflichen Vereinbarungen sind stets Mindestbedingungen. Die Unabdingbarkeit tritt jedoch nur in Kraft, wenn beide Teile am Tarif beteiligt sind durch Zugehörigkeit zu einer der vertragschließenden Organisationen oder wenn das Arbeitsverhältnis in der Berufung auf den Tarifvertrag abgeschlossen wurde. Auch kann sie schon eintreten bei einer vorbehaltlosen Einstellung eines tariflosen Arbeiters durch einen tarifverpflichteten Unternehmer. Die grundsätzliche Unabdingbarkeit des Tarifvertrages wird jedoch sehr oft von den reaktionären Gerichten durchlöchert, die einen nachträglichen Verzicht auf den Tariflohn auf Grund des § 397 des BGB konstruieren. Es ist klar, daß eine solche Stellung der Gerichte dem rechtlichen Grundgedanken der Tarifverträge widerspricht und eine offensichtliche Unterstützung der Unternehmer bedeutet, wie es von den Klassengerichten nicht anders zu erwarten ist. In zahlreichen Fällen wurde dagegen zugunsten der Arbeiter entschieden, die aus Furcht vor Entlassung auf die Zahlung des Tariflohnes stillschweigend oder ausdrücklich verzichtet haben und nachträglich die oft verhältnismäßig hohe Differenzsumme einklagten.

[559] Aber auch die Reformisten fördern seit langem den reaktionären Kurs in dieser Frage. In vielen Manteltarifverträgen finden wir Bestimmungen, die die nachträgliche Geltendmachung von zu wenig erhaltenem Lohn unmöglich machen, indem sie dafür nur eine Frist von 8 bis 14 Tagen nach Fälligwerden der Zahlung setzen. Dadurch werden gerade die besonders rabiaten Unternehmer in ihrem ständigen Bestreben unterstützt, den Tarif zu brechen. Die Kommunisten treten deshalb energisch für die uneingeschränkte Unabdingbarkeit des Tarifvertrages ein und kämpfen gegen die Aufnahme jeder einschränkenden Bestimmung in den Manteltarif.

Die Allgemein-Verbindlichkeitserklärung des Tarifes.

Nach dem § 2 der Tarifvertrags-Verordnung vom 23. Dezember 1918 kann der Reichsarbeitsminister Tarifverträge, die für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen der Berufsgruppe in ihrem Bereich überwiegende Bedeutung erhalten haben, für allgemein verbindlich erklären. Dadurch erlangen die Verträge die Bedeutung eines für alle maßgeblichen Arbeitsrechtes, dem alle Einzelverträge untergeordnet werden. Das heißt, daß alle Unternehmer und Arbeiter der dem Tarif unterstehenden Industriegruppe, ganz gleich, ob sie Mitglieder der vertragsschließenden Organisationen sind, nur noch Vereinbarungen über das Arbeitsverhältnis treffen können, die nicht schlechter sind als die in dem Tarifvertrag niedergelegten. Für alle kommt die Unabdingbarkeit in Frage. Leider wurde diese sehr wichtige Frage und unsere Stellung dazu noch nie behandelt. Auch Genosse Enderle, der als erster in seinem Buche „Die Gewerkschaftsbewegung“ versuchte, die Frage der Tarifverträge vom kommunistischen Standpunkt aus konkret zu behandeln, berücksichtigte die Frage nicht. Sehr oft wird die Allgemein-Verbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen mit der Verbindlichkeitserklärung von Zwangsschiedssprüchen verallgemeinert. Die Klärung der Frage ist jedoch auch darum besonders notwendig, weil zahlreiche Gewerkschaftsführer es ablehnen, die Allgemein-Verbindlichkeitserklärung des Tarifes zu betreiben, um die Nicht- oder Falsch-Organisierten daran zu hindern, daß sie an den Früchten des Gewerkschaftskampfes teilnehmen, ohne selbst an der Erkämpfung derselben mitzuarbeiten.

Wir glauben, daß die Kommunisten in der Regel dafür eintreten müssen, daß die Allgemein-Verbindlichkeitserklärung des Tarifes beantragt wird und daß der Tarifvertrag für alle Arbeiter Geltung erhält. Vom Standpunkt der proletarischen Klasse ist es nicht das wichtigste, ob jeder, der an den Ergebnissen des Gewerkschaftskampfes teilnimmt, auch an der Erzielung derselben mitgeholfen hat oder ob der Streikbrecher, der den Kampf für gute Lohn- und Arbeitsbedingungen sabotierte, durch die Allgemein-Verbindlichkeit des Tarifes besonders belohnt wird. Das Primäre ist, den Unternehmern in ihrer Gesamtheit einen so großen Prozentsatz des Produktes wie nur irgend möglich in Gestalt von Arbeitslöhnen zu entreißen und die Ausbeutung durch die Verkürzung der Arbeitszeit einzuschränken. Dazu kann die Verbindlichkeitserklärung eines Tarifes beitragen. Hinzu kommt, daß sie auch die Gefahr des Lohndruckes durch eventuell zahlreich vorhandene, noch wenig klassenbewußte Elemente vermindert. Selbst der Unternehmer, der durch seine Zugehörigkeit zur Organisation ohne weiteres an den Tarif gebunden ist, hat ein gewisses Interesse daran, daß alle Unternehmer zur Einhaltung des Lohn- und Manteltarifes herangezogen werden, da die Außenseiter oft als Schmutzkonkurrenten auftreten.

Vor dem Kriege wurde der Standpunkt, daß der Tarif für alle Arbeiter in Frage kommen soll, in den Gewerkschaften allgemein vertreten. Leipart führte auf dem 9. Gewerkschaftskongreß aus:

„Wir Gewerkschaften müssen mit aller Entschiedenheit den Standpunkt vertreten, daß der Tarifvertrag für alle zu gelten hat.“

Die Allgemeinverbindlichkeit des Tarifvertrages, die nichts anderes bedeutet als eine Verbreiterung der getroffenen Vereinbarungen über die Lohn- [560] und Arbeitsverhältnisse auf alle dafür in Frage kommenden Arbeiter und Unternehmer, ändert nichts an seiner Rolle, die wir ihm zuschreiben. Es besteht auch während der Verbindlichkeit die Möglichkeit, die einzelnen Bestimmungen zu ändern, die natürlich in ihrer neuen Form besonders verbindlich erklärt werden müssen. Sie hindert uns nicht, trotz des bestehenden Tarifes in einer entsprechenden Situation und bei einem günstigen Kräfteverhältnis für die Arbeiter der Zeit entsprechende Forderungen zu stellen und durchzuführen.

Die fortlaufende Kraft der Tarifbedingungen.

Bei dieser Frage handelt es sich darum, daß nach Ablauf der Tarifverträge die bis dahin tariflich gebundenen einzelnen Unternehmer rechtlich nicht in der Lage sind, ohne weiteres Lohnkürzungen und die Aenderung der sonstigen Arbeitsbedingungen vorzunehmen. Nach den bestehenden Rechtsgrundsätzen werden die materiellen Bestimmungen des Tarifvertrages ohne weiteres ein Bestandteil aller Einzelarbeitsverträge. Durch den Abschluß des Tarifvertrages werden die Einzelarbeitsverträge nicht berührt, wenn nicht ausdrücklich in dem Tarif auch der Ablauf der Einzelverträge gleichzeitig mit dem Tarifvertrag festgelegt ist. Eine Aenderung der Arbeitsbedingungen ist deshalb nur möglich unter Einhaltung der tariflichen oder gesetzlichen Kündigungsfrist. Dabei ist selbstverständlich, daß hier auch die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes über die Entlassung von Arbeitern eine Rolle spielen.

Die Friedenspflicht während dem Bestehen eines Tarifvertrages ist von dem Reichsgericht entsprechend der seitherigen Auffassung der Unternehmer bestimmt worden. Sie besteht darin, „daß die Vertragsparteien untereinander die Verpflichtung übernehmen, auf ihre Mitglieder mit den ihnen satzungsgemäß zu Gebote stehenden Mitteln für die Einhaltung des Tarifvertrages einzuwirken und bei der Durchführung von Wirtschaftskämpfen solche Kampfmaßnahmen zu unterlassen, die gegen den Inhalt und Bestand des laufenden Tarifvertrages gerichtet sind“. (3. Zivilsenat vom 9. Juli 1925, Aktenzeichen 323/24.) Nach dieser Rechtsauffassung kann ein Sympathiestreik für irgendeinen, den Tarif nicht unmittelbar betreffenden Zweck nicht als Tarifbruch behandelt werden.

Zu den Konsequenzen der „Friedenspflicht“ werden wir in einem anderen Abschnitt des Artikels Stellung nehmen. Wir glauben, daß die kurze Darstellung der wichtigsten Teile des Tarifrechtes viel dazu beitragen wird, die Stellung der Kommunisten zu dem Tarifvertrag und alle damit verbundenen Fragen grundsätzlich zu klären. (Fortsetzung folgt.)

*

Die I.-G. Farbenindustrie und die Kriegsrüstungen

Von Günther Reimann.

Die Entwicklung der kriegschemischen Industrien und die Ausbildung der chemischen Kampfwaffen wurde durch das verstärkte Wettrüsten seit Kriegsende äußert gefördert.

Aber auch der allgemein verschärfte internationale Konkurrenzkampf führte zu sprunghaften Umstellungen und rapidem Wachsen der chemischen Industrie.

In Deutschland ist an Stelle des bei Kriegsende prophezeiten Niederganges der chemischen Industrie durch den Verlust der alten Weltmonopolstellung ein langanhaltender neuer Aufschwung eingetreten. Neue Monopolstellungen sind erobert oder vielmehr geschaffen worden.

[561] Gleichzeitig ist aber gerade das deutsche Chemiekapital bahnbrechend für die Umstellung der chemischen Kriegsindustrie auf Friedensindustrie tätig gewesen. Dem deutschen Chemiekapital ist die Aufgabe zugefallen – die sie in nur allzu reichlichem Maße erfüllt hat –, die enge Verwandtschaft zwischen den wirksamsten Kampfwaffen des Krieges und der erfolgreichen Konkurrenz auf dem scheinbar so unkriegerischen Weltmarkt zu studieren und zu demonstrieren.

Ist die chemische Industrie der gegenwärtig fortschrittlichste Industriezweig, so trifft dies auch allgemein auf die moderne Kriegsindustrie und die neuen Mordwaffen der imperialistischen Staaten zu.

Der neuen erheblichen Kapitalsakkumulation in der chemischen Industrie steht verstärkte Entwertung und Absatznot des Kapitals anderer Industriezweige gegenüber. Der Luftstickstoff konkurriert erfolgreich mit dem Chilesalpeter. Während die deutsche Luftstickstoffindustrie einen rapiden Aufschwung erlebt, ist der chilenische Salpeterbergbau ständig im Niedergang. – Ebenso veralten mit der zunehmenden Entwicklung der chemischen Kampfwaffen sehr schnell die bisher oder früher angewandten Kriegsmittel. Sie können zum großen Teil ruhig zum alten Gerümpel geworfen werden. Dafür wachsen allerdings die Rüstungsausgaben der imperialistischen Staaten. Daß dies im Interesse der Aufrechterhaltung der vollen Kampftätigkeit der imperialistischen Staaten getan wird, dafür sorgen die zunehmenden und verschärfsten imperialistischen Gegensätze. Diese wiederum werden zum Teil selber beeinflußt durch die Neuentwicklung des Chemiekapitals wodurch alte Kompromisse als Folge der veränderten Machtverhältnisse über den Haufen geworfen werden.

In der chemischen Industrie sind relativ weniger Arbeiter beschäftigt als in den meisten übrigen Industriezweigen, z. B. in der Eisenindustrie. Der Anteil des konstanten Kapitals ist also geringer, was sich tendenziell als Sinken der Profitrate auswirkt.

Auch für die Ausrüstung der imperialistischen Heere trifft es zu, daß die großen Maschinenwaffen und die technischen Hilfsmittel immer größere Bedeutung erhalten. Die technische Ausrüstung und die Kapitalsausgaben, die auf den einzelnen Soldaten entfallen, werden immer größer. Allerdings darf man hieraus nicht die sicherlich falsche Schlußfolgerung ziehen, daß der Krieg der Zukunft mit relativ

wenig Soldaten geführt werden wird. Im Gegenteil, auch in Zukunft werden zweifellos riesige Massenheere aufgestellt werden. Die Herstellung ihrer technischen Ausrüstung jedoch wird derartig gewaltige Produktionsmengen und so große Produktionssteigerungen notwendig machen, daß die gesamte inländische Industrie in den Dienst der Erzeugung von Mord- und Kriegswaffen gestellt werden muß (das Boncoursche Rüstungsprogramm für Frankreich!).

In der chemischen Industrie hat das fixe Kapital (Apparate, Gebäude ...) einen besonders hohen Anteil. Dies bedeutet an sich, daß die Umschlagszeit für das Chemiekapital relativ lange dauert. Das Risiko der Entwertung der neuen Anlagen ist aber dafür um so größer, was die Chemiekapitalisten mit der Einrechnung einer relativ hohen „Risikoprämie in ihrer Gewinn- und Verlust- oder Selbstkostenrechnung auf kapitalistische Art ausdrücken[*)].

Denn infolge des verschärften Konkurrenzkampfes und der rapiden Entwicklung der Technik und völlig neuer Produktionsverfahren veralten und entwerten die gegenwärtig modernsten Apparate und Maschinen viel schneller als in der Vorkriegszeit.

[562] Auch die Maschinen und Hilfsmittel der imperialistischen Heere werden immer stabiler und umfangreicher konstruiert und erbaut. Ihr nur langsamer Verschleiß ist aber schon deswegen nicht zu befürchten, weil sie im Kriegsfalle durch ebenso wirksame und vollkommene Zerstörungswaffen sehr schnell vernichtet werden.

In der chemischen Industrie sind relativ viele höchstqualifizierte Kräfte, wissenschaftlich geschulte Chemiker beschäftigt. Auch in den modernen Heeren werden derartige Fachkräfte in immer größerem Ausmaße benötigt. Ganze Heeresabteilungen werden aus Ingenieuren, Chemikern usw. mit entsprechender Ausrüstung zusammengestellt. Diese Fachkräfte können natürlich nicht von heute auf morgen ausgebildet werden. Wenn es im Inland in der „Friedensindustrie“ ein derartiges Heer von Fachkräften, also vor allem durch das Bestehen einer großen chemischen Industrie, gibt, so ist es relativ leicht, jene modernen Kriegsabteilungen aufzustellen und auszurüsten. Gerade in dieser Hinsicht, durch den Besitz einer gewaltigen chemischen Industrie, der größten Europas, und riesiger Laboratorien, steht der deutsche Kapitalismus an der Spitze.

Schließlich ist das Oel in den unmittelbaren Interessenbereich des Chemiekapitals geraten (Kohleverflüssigung, neue verbesserte Raffinierungsmethoden des Erdöls, Kohleverschwelung usw.). Wir stehen zweifellos erst am Anfang der Oel-Aera. Denn das Oel ist nicht nur relativ billiger und ausgiebiger als die Kohle. Der Benzin- oder Dieselmotor beansprucht auch weniger Platz, Gewicht und Bedienung als die Dampfmaschine. Während durch letzteres das konstante Kapital relativ zunimmt, wirkt das erstere im entgegengesetzten Sinne (geringere Rohstoffkosten – weniger konstantes Kapital). Hier treten sich gleichzeitig die entgegengesetzten Tendenzen zum Fallen und Steigen der Profitrate gegenüber.

Durch das Oel wird die gesamte Kriegstechnik verändert und vorwärtsgetrieben. Ohne den Benzinmotor könnten nicht die riesigen Geschwader von Bombenflugzeugen, Tanks usw. aufgestellt werden.

I.

Etwa 80 Prozent des deutschen Chemiekapitals werden von der I. G. Farbenindustrie A.-G. beherrscht, sie wird unmittelbar von der Rüstungs- und Kriegspolitik der Imperialisten berührt. Klar kam dies bei dem großen Oelkampf zum Ausdruck. Um das Verhalten der 1. G. hierbei zu verstehen, ist es notwendig, kurz auf die Vorgeschichte des Oelkrieges einzugehen.

[*)] „Für die Entwertung sind aber von allgemeiner Wichtigkeit: die beständigen Verbesserungen, welche vorhandene Maschinerie, Fabrikeinrichtungen usw. relativ ihres Gebrauchswertes und damit auch ihres Wertes berauben ... Wenn Maschinerie, Einrichtung der Baulichkeiten, überhaupt das fixe Kapital eine gewisse Reife erlangt hat, so daß es für längere Zeit wenigstens in seiner Grundkonstruktion unverändert bleibt, so tritt eine ähnliche Entwertung ein infolge von Verbesserungen in den Methoden der Reproduktion dieses fixen Kapitals.“ Marx, Kapital, III. Bd., 1. Teil, S. 89/90.

Seit 1922 hat eine Einheitsfront zwischen den beiden großen Oelgruppen, Standard Oil und Shell-Anglo Persia, gegenüber dem sowjetrussischen Naphthasyndikat und allgemein der Sowjetunion bestanden[*].

[563] Das Naphthasyndikat hat zwar im Jahre 1926 nur über 5,67 Prozent der Weltförderung von Erdöl verfügt (aber über etwa 20 Prozent der Weltvorräte an Erdöl)[**]. Aber das Naphthasyndikat hat, begünstigt durch die geographische Lage der Naphthaschätze, den verschärften Konkurrenzkampf in

---

[*] Die Weltkonzerne der Petroleumindustrie

	Börsenwert des Kap. in Mill. Dollar Ende 1926	Anteil an der Weltproduktion 1926 in Prozent
I. Standard Oil-Gruppe		
Standard Oil Co (N. J.)	1150,7	5,65
Standard Oil Co of California	733,6	4,67
Standard Oil Co of New York	666,7	2,74
Standard Oil Co of Indian	628,1	5,21
Vacuum Oil Co	239,2	–
Tide Water Associated Oil Co	218,9	2,28
Alle anderen	971,4	2.01
Insgesamt	4608,9	25,76
II. Shell-Gruppe		
Koninklijke Nederl. Petr. Mij	663,7	
„Shell“ Transport a. Trading Co	570,3	
Insgesamt	1234,1	9,94 [563]
III. Anglo-Persian-Burmah Oil		
Anglo-Persian Oil Co	392,2	0,73
Burmah Oil Co	241,5	3,07
Insgesamt	633,7	3,80
IV. Elf große „Unabhängige“		
Gulf Oil Corp.	466,0	4,04
The Texas Co	387,4	2,10
Union Oil Co of Cal.	234,6	1,47
Sinclair Cons. Oil Corp.	191,9	1,72
Verschiedene		749,26,90
Insgesamt	2029,7	15,78
V. Rußland	412,0 (?)	5,67

Aus dem Julimonatsbericht der „Rotterdamschen Bankvereeniging“, veröffentlicht in „Erdöl und Teer“, III. Jahrgang, Heft 28, 14. Juli 1927.
Die Produktionsanteile drücken nicht ohne weiteres das Stärkeverhältnis aus, weil die großen Oelkonzerne für ihren ausgedehnten Absatzapparat noch fremdes Oel aufkaufen und so einen weit größeren Einfluß haben, als ihrem Produktionsanteil entspricht.

[**] Oelproduktion 1926 in Millionen Barrels.

Union Staaten Amerika	754		Uebertrag: 1045,30
Mexiko	90	Argentinien	7,0
Rußland	58,75	Trinidad	4,8
Persien	35,–	Japan und Formosa	2,0
Niederländisch-Indien	21,45	Aegypten	1,15
Rumänien	22,5	Columbien	5,4
Britisch-Indien	7,2	Frankreich	0,48
Peru	10,8	Ecuador	0,42
Polen	5,7	Deutschland	0,55
Borneo	4,4	Kanada	0,4
Venezuela	35,5	Uebrige	0,22
	1045,30	Insgesamt:	1067,72

„Infolge der Durchführung unseres Rationalisierungsprogramms für die Erdölindustrie sind wir in der Lage, die Gestehungskosten so weit zu ermäßigen, daß wir jeder Konkurrenz begegnen können. Wir sind bestrebt, mit den ausländischen Abnehmern Vereinbarungen abzuschließen, die beiden Teilen Vorteile sichert ...“ Der Präsident des russischen Naphthasyndikats Solowjew über seine Besprechungen mit ausländischen Petroleuminteressenten am 13. August 1927.

Aegypten und den Mittelmeerländern, wie auch in Mitteleuropa, aufgenommen. Sogar in England selbst ist das Naphthasyndikat mit dem Petroleum der Shell-Gesellschaft in erfolgreichen Konkurrenzkampf getreten. Vor allem aber ist in den Mittelmeerländern, in Aegypten, Persien usw. der Absatzmarkt von dem Naphthasyndikat erobert werden.

Allgemein ist durch diesen verschärften Konkurrenzkampf eine scharfe Senkung der Oelpreise eingetreten. Die Gebiete, in denen am schärfsten und erfolgreichsten der Konkurrenzkampf von dem Naphthasyndikat geführt wurde, sind aber gerade von der Standard Oil Co. of New-York, bzw. der amerikanischen Vacuum Oil Co., beliefert worden. Zwischen diesen beiden amerikanischen Oelkonzernen bestehen weitgehende Verständigungsabkommen.*) Die Standard Oil Co. of New Jersey dagegen, die andere [564] große Standard Oil-Gesellschaft, hat ihr Absatzgebiet vor allem in Ländern, in denen gleichzeitig die Shell-Gesellschaft ihr Oel verkauft und mit der sie weitgehend Verkaufs- und Preisvereinbarungen getroffen hat.

Die Standard Oil Co. of New-York hat also am unmittelbarsten unter der scharfen Konkurrenz des Sowjet-Naphthas zu leiden, während sie gleichzeitig nicht so stark mit Shell verbunden ist wie ihre Schwestergesellschaft, die Standard Oil Co. of New-Jersey.

So hat sich die scheinbar widerspruchsvolle Situation ergeben, daß die beiden großen Standard-Oil-Gesellschaften zwei völlig verschiedene politische Wege eingeschlagen haben, obwohl sie maßgebend von denselben Rockefellers kontrolliert werden. Dies schaltet schon die Möglichkeit aus, daß es zu einem ernsten Zwiespalt innerhalb der Standard-Oil-Gruppe kommen muß.

Standard Oil ist zu einer Verständigungspolitik mit dem Naphthasyndikat um so eher getrieben worden, als es hierdurch Anteil an der Ausbeutung der persischen Oelquellen erlangen konnte. Bekanntlich hatte die Sowjetunion auf die zaristischen Privilegien der Ausbeutung der persischen Oelquellen Verzicht geleistet. Es war aber gleichzeitig ausgemacht worden, daß persische Oelkonzessionen nur mit Einverständnis der Sowjetregierung vergeben werden dürften. Hierdurch ist zum Beispiel die Gewährung von Konzessionen an die englischen Oelimperialisten verhindert worden. Anfang Januar 1927 hat nun das Naphthasyndikat selber eine Konzession erhalten, die vor allem von der Standard-Oil-Gesellschaft angesichts der geringen eigenen Kapitalmittel des Naphthasyndikats ausgenützt werden wird.

Das deutsche Chemiekapital, die I. G. Farbenindustrie, ist auf dreierlei Art zur Stellungnahme und Aufnahme von Beziehungen zu den großen Oelkonzernen gekommen: 1. durch die große Absatzorganisation, die Deutsche Gasolin-A.-G., 2. durch die Kohleverflüssigung, 3. durch die Entdeckung neuer Raffinationsverfahren von Erdölen.

Seit Mitte 1926 sind Shell und Standard Oil an der Deutschen Gasolin-A.-G. von der I. G. Farbenindustrie A.-G. mit je 25 Prozent des Aktienkapitals beteiligt worden, während der Rest im Besitze der I. G. geblieben ist.

Seit 1922 besteht zwischen der I. G. und Shell auf dem Gebiete der Kohleverflüssigung eine enge Interessengemeinschaft. Shell hatte sich schließlich mit 50 Prozent an der Internationale Bergin Co. beteiligt. Diese wird ebenfalls maßgebend von der I. G. kontrolliert. In der letzten Zeit ist aber ein Teil der International Bergin-Aktien von dem Shell-Konzern verkauft worden. Sein Anteil steht also nicht mehr fest (25 Prozent?), ist aber immer noch maßgebend für eine wirksame Kontrolle**).

Das letzte große Oelabkommen der I. G. ist Ende Juli dieses Jahres in Heidelberg mit Standard Oil, bzw. ihrem Vertreter Teagle, zustandegekommen. Wohl ist in dem Heidelberger Abkommen auch über die Verwertung der Kohleverflüssigungsverfahren etwas ausgemacht worden, obwohl die I. G.

*) Standard Oil und Vacuum Oil haben einen Vertrag abgeschlossen, wonach Standard Oil den Verkauf in der Tschechoslowakei, in Oesterreich und [564] in Ungarn aufgibt und der Vacuum Oil ihre Anlagen und Einrichtungen in diesen Ländern überläßt, während umgekehrt Vacuum Oil zugunsten von Standard Oil auf den polnischen Absatzmarkt Verzicht leistet.

**) Ursprünglich hatte die Shell-Gruppe die Hälfte der Aufsichtsratssitze der International Bergin Co. (von insgesamt 8). Im Juli ist ihr Anteil auf 3 von insgesamt 10 zurückgegangen.

allein über die Steinkohleverflüssigungsverfahren gar nicht verfügen kann. Es kann sich also hierbei nur darum handeln, daß entweder die I. G. ihre Braunkohleverflüssigungsverfahren hergegeben hat, oder daß sie ihren Einfluß im Sinne einer Auslieferung der Steinkohleverflüssigungsverfahren zur Auswertung in den Vereinigten Staaten von Amerika durch Standard Oil versprochen hat. Vor allem aber hat Standard Oil durch das Heidelberger Abkommen neue Raffinationsverfahren für Erdöl erhalten. Sie werden ihm einen Vorsprung in dem Konkurrenzkampf, vor allem mit der Shell-Gesellschaft, sichern.

Insgesamt ergibt sich, daß bis vor kurzem die I. G. mit Shell die engsten Beziehungen gehabt hat.

[565] Das Heidelberger Abkommen mit der Standard Oil dient zweifellos dazu, eine eventuelle Errichtung von Kohleverflüssigungsanlagen in Amerika selber zu verhindern.

Es ist aber nicht anzunehmen, daß in absehbarer Zeit, in den nächsten Jahren bereits, die 1. G. durch die Kohleverflüssigung ein ernsthafter Konkurrent für das Oelkapital werden wird. Die Kohleverflüssigungsanlage in Leuna hat, obwohl sie bereits Anfang April fertiggestellt und in Betrieb genommen worden ist, noch nicht verkaufsfähiges Oel erzeugen können. Zweifellos wird aber nach weiterer Verbesserung und Verbilligung des Verfahrens tatsächlich eine völlig neue Situation in der Machtgruppierung der Innenmächte geschaffen.

Bei der Beurteilung des Verhältnisses der I. G. zu dem englischen Oelkapital muß man sich der Tatsache erinnern, daß Deutschland eines der ersten Absatzgebiete gewesen ist, wo sich die großen englischen und amerikanischen Oelkonzerne verständigt haben, und zwar unter aktiver Beihilfe der I. G. Die Anglo Persia Oil Co., der rein englische Oelkonzern, hatte sich Mitte 1926 zu 40 Prozent an der Olex, der Verkaufsfirma der Deutschen Petroleum-A.-G., die vorher mit der Deutschen Erdöl-A.-G. verbunden worden ist, beteiligt. Die andere große Absatzorganisation für Oel in Deutschland, die Deutsche Gasolin-A.-G., war in den Besitz der I. G. geraten; diese hat sie durch eine Beteiligung von je 25 Prozent an die Shell-Gesellschaft und Standard Oil den Oelimperialisten ausgehändigt[*]. Dagegen ist das Verkaufsabkommen mit dem Naphthasyndikat ab 1. Oktober 1926 nicht mehr verlängert worden. Das russische Naphthasyndikat hat daraufhin begonnen, eine eigene Absatzorganisation auch in Deutschland zu bilden.

II.

Als das Heidelberger Abkommen zwischen I. G. und Standard Oil abgeschlossen wurde, schrieb die „ Vossische Zeitung“ über das Verhältnis zu dem englischen Oelkapital:

„Daß der deutsche Farbentrust bei aller Bereitwilligkeit, mit den Engländern gemeinsam praktische Arbeit zu leisten, sich doch berechtigt gefühlt hat ... mit der amerikanischen Petroleumindustrie sich enger zu verbinden, erscheint vielen englischen Fachleuten erstaunlich. Dieses Erstaunen ist echt und nicht gespielt.“ („Vossische Zeitung“ vom 9. August 1927.)

„Die ‚Morning Post‘ meldet, daß Sir Alfred Mond ... im Zusammenhang mit der Bildung eines großen europäischen Chemietrusts mit der I. G. Farbenindustrie ... zu diesem Ziele über eine englisch-deutsche Interessengemeinschaft verhandele.“ („Vossische Zeitung“ vom 25. August 1927.)

In der Tat bestehen sehr „freundschaftliche“ Beziehungen zwischen der I. G. und dem englischen Chemiekapital, wenn auch der I. G.-Vertrag, über den bereits seit Jahren verhandelt wird, immer noch nicht zustandegekommen ist[**]. Aber gerade mit Anhalten der englischen Kohlenkrise wächst auch

[*] „... Die paritätische Beteiligung der Holländer und der Standard-Gruppe an einer deutschen Gesellschaft ... ein Fingerzeig dafür, daß Rockefeller und Deterding auf dem deutschen Schauplatz jetzt tiefgehende Streitigkeiten untereinander nicht mehr gewärtigen, daß sie vielleicht sogar über den deutschen Markt im ganzen sich verständigt haben oder verständigen wollen. Das könnte unter Umständen von sehr großer Bedeutung werden und diese Entwicklung ist möglich geworden, durch das Bindeglied, das die Badische Anilingruppe in der Gasolin-AG geliefert hat und durch die Möglichkeiten, die die deutschen Vorarbeiten auf dem Gebiete der Kohlenwasserstoffe eröffnet haben.“ („Frankfurter Zeitung“, Nr. 395, 1926.)

[**] „Die IG-Farbenindustrie gibt große Summen aus, um synthetisches Benzin herzustellen, eine Ausgabe, die sinnlos wird, wenn die Russen unrechtmäßig erworbenes Benzin zu Spottpreisen auf den Markt werfen und dadurch [566]

[566] auf Seiten des englischen Kapitals das Interesse an einem Abkommen mit der I. G., um such die englische Kohle besser auswerten zu können. Bekanntlich ist der Leiter des englischen Chemietrusts, der British Dyestuffs Corporation, gleichzeitig einer der größten englischen Kohlenmagnaten.

Vor allem handelt es sich bei den Verhandlungen mit dem englischen Chemiekapital darum, daß die I. G. der englischen Farbenindustrie auf die Beine hilft, ihr ihre eigenen Patente usw. zur Verfügung stellt. Hierdurch wird das Bestehen und der Ausbau der britischen Farben- und Giftgasfabriken sichergestellt werden. Prinzipiell ist die I. G. einer derartigen Regelung und Beihilfe auch nicht abgeneigt. Streitpunkt ist eigentlich nur noch die Höhe des Anteils am Gewinn und Absatz.

Auch die Verständigung mit dem französischen Chemiekapital, vor allem mit dem Kuhlmann-Konzern, ist ziemlich weit gediehen, wenn auch hier ein regulärer Vertrag noch nicht zustandegekommen ist.

In USA. hat die I. G. den Konkurrenzkampf mit den amerikanischen Farbenfabriken durch die Besitznahme eigener Farbenfabriken und Produktion innerhalb der amerikanischen hohen Zollmauern aufgenommen. Die I. G. besitzt u. a. die General Dyestuffs Corporation mit Fabriken in Albany und Patterson.

Von anderen wichtigen. Auslandsfabriken der I. G. sei noch die weitgehende Beteiligung an der spanischen chemischen Industrie genannt. Hier besitzt die I. G. die SOC. Electroquimica de Flix in Barcelona und die Fabricacion National des Colorantes y Explosives (50 Prozent).

Die I. G. unterstützt so aktiv das Bestreben sämtlicher kapitalistischer Großstaaten an der Errichtung einer eigenen Farbenindustrie, die im Kriegsfall sofort die Massenproduktion von Giftgas aufnimmt. Sogar in Polen, der Tschechoslowakei, Rumänien usw. sind deswegen Farbenfabriken errichtet worden.

Trotzdem hat das deutsche Chemiekapital seine Vormachtstellung auf dem Gebiete der Farbenproduktion zum Teil wiedererobern können. Die deutsche Farbenindustrie ist noch immer die größte Europas und besitzt praktisch weiterhin das Weltmonopol für eine Reihe von schwieriger herstellbaren Spezialfarben, Im Jahre 1924 hat die deutsche Teerfarbenproduktion einen Anteil von 24 Prozent an der Weltproduktion gehabt. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß 55 Prozent der Produktionskapazität in den deutschen Farbenfabriken nicht ausgenützt worden sind[*)].

III.

Auf dem Gebiete der Sprengstoffproduktion, bzw. der Produktionsmöglichkeiten für Sprengstoff ist die I. G. im internationalen Maßstabe durch die Beherrschung der Luftstickstoffproduktion der bedeutendste Faktor. Dagegen steht die der Sprengstoffproduktion so verwandte Kunstseideerzeugung sogar in Deutschland größtenteils (etwa zu 75 Prozent) unter Kontrolle eines Konkurrenzunternehmens, der Vereinigten Glanzstoffwerke A.-G.

Aber noch wichtiger als die Kunstseideerzeugung ist im Kriegsfalle für die Massenherstellung von Sprengstoffen der Stickstoff; denn der wichtigste Bestandteil der Salpetersäure ist der Stickstoff. Salpetersäure in Verbindung mit Zellstoffen ergibt bereits die gefährlichen Nitro-Verbindungen und Sprengstoffe. Der wichtigste Verarbeitungsstoff der Kunstseidefabriken, der [567] Zellstoff, kann nun aber viel leichter in fast sämtlichen größeren Ländern beschafft werden (vor allem aus Hölzern) als der schwieriger herstellbare Stickstoff oder die Salpetersäure, falls kein Chilesalpeter zur Verfügung steht.

Durch die Entwicklung der Luftstickstoffproduktion nach dem Haber-Bosch-Verfahren ist die I. G. zu dem größten Stickstoffproduzenten der Welt geworden. Allein in Oppau und in Leuna sind im Jahre 1925 77,7 Prozent der deutschen und 28 Prozent der Weltproduktion an Stickstoff hergestellt

---

verhindern, daß synthetisches Benzin je marktfähig wird.“ R. Waley Cohen, der Generaldirektor des Shell-Konzerns, anläßlich des Oelkrieges am 14. August 1927.
Ausgerechnet der englische Oelmagnat tritt für die Sicherstellung der Oelerzeugung aus Kohle ein, weil dies ein Beweggrund für die I. G. zur völligen Einreihung in die Kriegsfront gegen die Sowjetunion sein soll.

[*)] Nähere Angaben hierüber und über die Giftgasproduktionsmöglichkeiten in den einzelnen deutschen Fabriken sind enthalten in der jetzt im Viva-Verlag erscheinenden Broschüre „Giftgas in Deutschland, Die Machtstellung der I. G.-Farbenindustrie AG.“

worden. Immer noch wird aber das Leunaer Stickstoffwerk ausgebaut, zunächst bis auf 400.000 Tonnen jährliche Produktionsfähigkeit gegenüber 250.000 Tonnen im Jahre 1924.

Der größte Teil des in Deutschland hergestellten Stickstoffes ist in Deutschland selbst abgesetzt worden und hat hier das Chilesalpeter fast völlig verdrängt. Es ist unwahrscheinlich, daß die I. G. durch ständige Verdrängung des Chilesalpeters, sei es auch nur aus Europa, sich eine neue Monopolstellung auf dem Gebiete der so wichtigen Stickstoffproduktion in Zukunft sichern wird. Nicht deswegen, weil es dem vor allem englischen Chilesalpeterkapital gelingen wird, durch Rationalisierungsmaßnahmen und technische Verbesserungen die volle Konkurrenzfähigkeit wiederherzustellen. Bestenfalls wird hierdurch das Chilesalpeter sein völliges Verschwinden vom Weltmarkt verhindern, kaum dagegen den weiteren Rückgang seiner relativen Bedeutung aufhalten können. Aber die kapitalistischen Großstaaten, vor allem USA, England und Frankreich, aber auch die Tschechoslowakei, Polen, Rumänien usw., sorgen durch Schutzzölle und Subventionen für die Errichtung einer „nationalen“ Stickstoffindustrie, ähnlich wie für eine inländische Farbenindustrie. Es handelt sich hierbei weniger um die Sicherung der Versorgung der inländischen Landwirtschaft mit billigem Stickstoff, sondern vor allem um die Sicherstellung der Stickstoff- und Sprengstoffproduktion im Kriegsfalle.

Trotzdem bleibt aber der Vorsprung der I. G. bestehen. Durch den Ausbau der Kunstdüngerproduktion und des Kunstdüngerexportes (Mischdünger) versucht sie, für ihre steigende Stickstoffproduktion auf dem Weltmarkt Absatz zu finden. Während in Deutschland die Stickstoffabriken ihre Produktion voll ausnützen können, liegen im Ausland zahlreiche Stickstoffabriken völlig still (z. B. Muscle Shoals in USA.) oder sind nur zum Teil in Betrieb. Sie werden als Produktionsreserven im Kriegsfalle bereitgehalten.

IV.

Andere, ebenfalls gerade für die Kriegsrüstungen sehr wichtige Zweige der chemischen Industrie können nur kurz gestreift werden. So ist die I. G. hervorragend an der Herstellung von Duraluminium, dem wichtigen Material für den Bau von Kampfflugzeugen, beteiligt[*)].

Eine große Rolle wird in Zukunft noch die künstliche Herstellung von Alkohol und Zucker spielen. Hierdurch ergeben sich neue grenzenlose Produktionsmöglichkeiten von Dynamit. Derartige bereits von der I. G. ausgearbeitete Produktionsverfahren sind im Besitz der International Sugar and Alcohol Co.

V.

Trotz des Verlustes seiner einzigartigen Weltstellung in der Vorkriegszeit hat das deutsche Chemiekapital an Umfang nicht abgenommen, sondern sich noch weiter ausgedehnt.

Bei der Ausdehnung des Chemiekapitals handelt es sich nicht um einfache Kapitalsakkumulation auf gleicher technischer Grundlage. sondern auf [568] höherer technischer Basis und in Industriezweigen, die bisher dem Chemiekapital produktionsfremd und verschlossen waren.

Neue friedliche Chemieprodukte, die leicht im Kriegsfahle zu gefährlichen Mordwaffen werden, haben sich ein weites Absatzfeld durch Verdrängung anderer wesensverwandter Absatzprodukte geschaffen. Dieser Konkurrenzkampf ist erfolgreich gewesen: 1. durch Verarbeitung billigerer, weniger wertvoller Rohstoffe (z. B. Braunkohle an Stelle von Steinkohle), 2. durch die chemische Erzeugung bisher wertvoller und teurer oder nur schwierig zu erlangender Rohstoffe (z. B. Luft-Stickstoff an Stelle von Chilesalpeter), 3. durch den relativ einfachen Herstellungsprozeß, der ohne viel menschliche Arbeit mechanisch vor sich geht, 4. durch die vielseitige Verwertung von bisher wenig wertvollen Nebenprodukten, Abfällen usw.

Die relativ umfangreiche Apparatur und die riesigen Produktionsanlagen in der chemischen Industrie bei nur wenig Arbeitskräften, die vor allem nur Transportarbeit und kontrollierende Tätigkeit

[*)] Der deutsche Chemietrust beherrscht eine Reihe von elektro-metallurgischen Werken, und zwar u. a. die Elektro-Nitrum AG in Rhina-Baden, die Elektro-Metallurgischen Werke Horrem AG in Frankfurt a. M., die Dr. A. Wacker-Gesellschaft für Elektrochemische Industrie, G. m. b. H., in München, die elektrochemischen Werke in Bitterfeld und die Duisburger Kupferhütte AG.

ausüben, bewirken ein relatives Abnehmen des variablen Kapitals, also tendenziellen Fall der Profitrate. Die Entwertung des konstanten Kapitals in den nicht konkurrenzfähigen Industriezweigen und Werken, wie auch die Verbilligung und Entwertung der Rohstoffe wirken tendenziell auf ein Steigen der Profitrate, auf relative Abnahme des konstanten Kapitals hin. Es muß allerdings berücksichtigt werden daß die unproduktiven Unkosten in der chemischen Industrie besonders hoch sind (zahlreiche Laboratorien, Experimentierarbeiten, ein Heer von Verwaltungsarbeitern, Laboratoriumsangestellten und -fachkräften), wodurch zwar die Ausgaben, nicht dagegen aber die Profitrate, wenn auch indirekt die Profitmasse, gesteigert wird.

Dennoch ist aber festzustellen, daß praktisch auch im Verhältnis zu *dem* gewaltigen Gesamtkapital für das deutsche Chemiekapital die Profite und damit auch die Profitrate sicher nicht kleiner geworden sind. Denn die neuen Monopolstellungen und die technischen Vorzugsstellungen, die die I. G. noch innehat (z. B. durch die Luftstickstoffproduktion), ermöglichen es ihr, nicht entsprechend der Verbilligung und Entwertung der auf chemischem Wege hergestellten oder verarbeiteten Rohstoffe usw. die Verkaufspreise herabzusetzen, vielmehr durch Preishochhaltung hohe Sonderprofite zu erzielen. Von kapitalistischer Seite (auf der Tagung der europäischen Stickstoffindustriellen im Jahre 1926) ist geschätzt worden, daß die in der künstlichen Stickstoffproduktion angelegten Kapitalien eine jährliche „Verzinsung“ von fast 300 Proz., an Stelle von 150 Proz. in der Vorkriegszeit, erbringen.

Aber auch aus der Farbenindustrie hat die 1. G. riesige Profite realisieren können, trotz der Verzichtleistung auf einen scharfen Konkurrenzkampf mit der ausländischen Farbenindustrie.

Ein scharfer Konkurrenzkampf mit dem ausländischen Chemiekapital wäre aussichtslos gewesen, weil die kapitalistischen Staaten durch Regierungssubventionen und Schutzzölle für ihre wichtigste Kriegsindustrie sorgen, Freihandel und freie Konkurrenz waren die Kennzeichen in den aufsteigenden, sich ausdehnenden kapitalistischen Industriestaaten (nicht in jenen, die erst in Konkurrenz mit größeren Industriestaaten eigene Industrien zu entwickeln begannen). In der Zeit des Niederganges des Kapitalismus, der ausweglosen Absatznot, führen die kapitalistischen Industriestaaten wieder Hochschutzzölle ein. Sie sind Folgen des verschärften Konkurrenzkampfes und der eingeschränkten Absatzbasis, ebenso wie die verstärkte Bildung nationaler und internationaler Wucherkartelle. Die Chemie-Hochschutzzölle dagegen haben darüber hinaus noch den Charakter von reinen Schutzzöllen zwecks Ausbau der chemischen Industrie in Konkurrenz mit einer fortgeschritteneren Auslandsindustrie. Sie sind Kriegszölle zur Förderung der imperialistischen Rüstungen. Deswegen findet sich die I. G. zum Abschluß von internationalen Verständigungsabkommen bereit, weil nur so sich für sie die profitabelsten Geschäfte machen lassen. Dies liegt allerdings auch gleichzeitig im Rahmen der „nationalen“ Auslandspolitik, denn das deutsche Chemiekapital hat sich ganz eindeutig in die Kriegsfront gegen die Sowjetunion gereiht, was durch das Verhalten der I. G. in dem Oelkonflikt und die engen Beziehungen zu dem englischen Chemiekapital bestätigt wird. [569]

*

Die Kommunisten und der „Bund der freien Schulgesellschaften Deutschlands“.

Von B ...

Der Kampf der Arbeiterschaft gegen das drohende reaktionäre Reichsschulgesetz hat bereits eingesetzt. Es ist notwendig, daß sich noch größere Kreise des Proletariats an diesem Abwehrkampfe beteiligen, daß sich alle proletarischen Kulturorganisationen anschließen, und daß diese Bewegung wiederum zusammengefaßt wird, um ihre Stoßkraft zu steigern.

In diesem Augenblick macht das Organ des „Bundes der freien Schulgesellschaften Deutschlands“ einen Vorstoß gegen die Kommunisten. In der „Freien weltlichen Schule“ Nr. 15 vom 5. August 1927 wird in dem Leitartikel „Die Aussichten des neuen Reichsschulgesetzentwurfes folgendes geschrieben:

„Auch die Sozialdemokraten verlangen eine genaue Innehaltung der Verfassungsbestimmungen und lehnen den Entwurf ab. Sie erklären es als ihre Aufgabe, für die weltliche Schule zu kämpfen und werden deshalb in diesem Kampfe unsere Bundesgenossen sein. Leider die einzigen. Denn die Kommunisten haben durch einen

Aufruf*) zum Kampfe für die Gemeinschaftsschule (ohne Religionsunterricht!) aufgefordert. Wir dürfen in diesem Zusammenhange an einen Beschluß unserer Vertretertagung in Dortmund erinnern, der ein Eintreten für die Gemeinschaftsschule für unvereinbar mit der Bundesmitgliedschaft erklärt. Wie stellen sich die KPD-Mitglieder dazu? Wo bleibt ihr Einfluß auf ihre Parteizentrale, um diese endlich einmal dahin zu bringen, mit ihrer aus parteipolitischen Absichten diktierten Parole Schluß zu machen? Sollen wir auch in diesem Kampfe ruhig zusehen, wie die KPD-Führung für alles andere, nur nicht für die weltliche Schule eintritt? Unser Dortmunder Beschluß sagt, daß wir mit solchen ‚Führern' keine Gemeinschaft haben können, wir lehnen ihr Einmischen in Fragen unserer weltlichen Schule ab, solange sie sich nicht für unsere Bewegung und unseren Kampf erklärt haben." (Hervorhebungen von mir. B.)

Dieser Angriff veranlaßt uns, noch einmal auf die Kampfesweise der SPD und der jetzigen Führung des Bundes auf dem Schulgebiete hinzuweisen und die Falschheit und Unehrlichkeit ihrer Argumentation zu beweisen.

Die KPD kann es nicht verantworten, bei dem Kampf gegen dieses Reichsschulgesetz einen so wichtigen Programmpunkt der sozialistischen Bewegung. wie die Einheitlichkeit und die Weltlichkeit des gesamten Schulwesens fallen zu lassen, um sich mit dem Gnadengeschenk der Bourgeoisie, den weltlichen Sonderschulen, zufrieden zu geben. Die SPD hat aus parteipolitischen Gründen die alte Forderung fallen lassen. Das Zentrum, das so wacker mitgeholfen hatte, die Revolution niederzuschlagen, verlangt als Entschädigung ein Entgegenkommen in der Schulfrage. Mit einem beispiellosen Verrat wurde dem Zentrum gegeben, was es wollte. Erinnert man sozialdemokratische Schulmänner an diese Tatsache, die der Ausgangspunkt der großen Verwirrung auf dem Schulgebiete ist, so machen sie abweisende Handbewegungen. Sie wollen davon nichts hören, weil diese geschichtlichen Tatsachen gegen ihre und ihrer Partei Politik sprechen.

[570] „Nach der Revolution wäre es von dem übergroßen Teile des Volkes als eine Selbstverständlichkeit angesehen worden, dem weltlichen Staate die weltliche Schule als die Regel- und Normschule zu geben." (Aus dem Leitartikel in „Die freie weltliche Schule" Nr. 9, 1927) Die SPD hat dieses aber durch ihre Kompromißpolitik verhindert. Wie konnte man das vor der Arbeiterschaft verschleiern? Die geriebenen Führer der SPD wußten, daß man durch Oeffnung eines Notventils eine Erregung der Arbeiterschaft vermeiden konnte.

Inoffiziell wurde von der SPD die Gründung einzelner weltlicher Schulen gefördert und die Arbeiterschaft, die greifbare Erfolge der Revolution sehen wollte, benutzte selbstverständlich den Weg des geringsten Widerstandes, wenn er ihr gewiesen wurde. Der Vortrupp des Proletariats, die fortgeschrittene Arbeiterschaft, die man mit der großen Masse des Proletariats zum Kampfe für die Eroberung der politischen Macht hätte einsetzen sollen, um damit auch die Schule als Ganzes für das Proletariat zu erobern oder die man auch nach der verpfuschten Revolution zum Kampfe für die Weltlichkeit des gesamten Schulwesens hätte aufrufen sollen, diesen Vortrupp schickte man isoliert in den Kampf um einzelne weltliche Schulen. So rettete sich die SPD aus den Schwierigkeiten. Es war nun Aufgabe der sozialdemokratischen Führer in der Freien Schulgesellschaft, daraus eine Tugend zu machen.

Im Laufe von etwa sechs Jahren sind die auf den falschen Weg gewiesenen Arbeiter mit aller Kraft an die Errichtung von weltlichen Schulen gegangen, haben oft monatelang gestreikt, um ihr Ziel zu erreichen. Man kann verstehen, daß sie mit Zähigkeit an dem Erkämpften festhalten und daß sie schwer davon zu überzeugen sind, daß man ihnen einen falschen Weg gewiesen hat. Diese Beharrlichkeit der Arbeiterschaft benutzen die sozialdemokratischen Schulmänner, um die Notwendigkeit der weltlichen Sonderschulen zu unterstreichen. Aus einem Gemisch von reformistischen und illusionären Ansichten wurde allmählich eine Theorie zur Begründung der Notwendigkeit solcher Sonderschulen konstruiert. Beispielsweise schreibt der sozialdemokratische Lehrer Schrank, Düsseldorf: „Den proletarischen Kampfesformen

*) Von einem Aufruf in diesem Sinne kann keine Rede sein, diese Wendung ist lediglich in einem Artikel der „Roten Fahne" gebraucht worden, der im übrigen nach den Beschlüssen von Essen für die Weltlichkeit und Einheitlichkeit des gesamten Schulwesens eintritt. (Die Red. der Internationale.)

in den gegebenen Grenzen der bürgerlichen Demokratie entspricht ferner das Eindringen in den staatlichen Apparat, sei es in die Parlamente oder die Verwaltungsstellen des Reiches, der Staaten und der Gemeinden. Auch die weltliche Schule offenbart sich als ein durch die Demokratie ermöglichter Weg, innerhalb des staatlichen Organisationsgefüges proletarische Arbeit zu leisten. Wer diesen Weg nicht beschreitet, also seine Kinder nicht der weltlichen Schule zuführt, läßt eine Kampfesmöglichkeit ungenutzt. So haben wir den Bund der freien Schulgesellschaften und die weltlichen Schulen als proletarische Kampfesformen auf dem geschichtlichen Boden der Demokratie zu werten und anzuerkennen.“ (Die freie weltliche Schule. Nr. 11, 1927. Hervorhebungen von mir. B.)

Wenn die Errichtung weltlicher Sonderschulen nur den Interessen eines kleinen Teiles der Arbeiterschaft dient und die Isolierung dieses kleinen Teiles uns aber der Möglichkeit beraubt, auf die große Masse der Arbeiter und ihre Kinder einzuwirken, sie im Gegenteil (namentlich durch das drohende Reichsschulgesetz) der schwärzesten Reaktion ausliefert, so ist auch dieser „durch die Demokratie ermöglichte Weg, innerhalb des staatlichen Organisationsgefüges proletarische Arbeit zu leisten“, für die Arbeiterschaft unheilbringend. Es würde für die Arbeiterschaft ebenso einen Gewinn bedeuten, wenn sie den falschen Weg der Errichtung weltlicher Sonderschulen nicht beschritten hätte, wie es zweifellos einen Gewinn bedeuten würde, wenn sich das Proletariat von allen sozialdemokratischen Polizeipräsidenten, Landräten, Regierungspräsidenten und Ministern befreien könnte, [571] die keine „proletarische Arbeit“ zu leisten imstande sind, die die Anhänger ihrer Partei aber fest an den bürgerlichen Staat ketten.

Man hört oft den Einwand, daß durch die Gründung einzelner weltlicher Schulen die Weltlichkeit des Gesamtschulwesens zu erreichen sei. So heißt es im § 1 der Satzungen für den Bezirksverband Düsseldorf, daß dieser „durch die Errichtung der freien weltlichen Schule die deutsche Einheitsschule“ erstrebt. Daran glaubt selbst Schrank nicht mehr. In dem gleichen Artikel schreibt er: „Die Gründung weltlicher Schulen bietet nicht die Möglichkeit dem jetzigen Schulwesen auch nur den weltanschaulich-bürgerlichen Charakter zu nehmen, ist also kein Mittel, den revolutionären Kampf für die Weltlichkeit des gesamten Schulwesens überflüssig zu machen oder ihn zu verhüten. Die Entscheidung über die Weltlichkeit aller Schulen fällt mit dem politischen Siege der Arbeiterklasse zusammen.

Schrank vergißt nur zu sagen, daß seine Partei, die SPD, und die jetzige Führung des „Bundes der freien Schulgesellschaften“ diesen „revolutionären Kampf für die Weltlichkeit des gesamten Schulwesens“ gar nicht führen will und wird, daß er, Schrank, mit seiner Ansicht im Kreise seiner Genossen allein dasteht. Wir bringen hier einige offiziellen Aeußerungen aus dem Bundesorgan, aus dem das klipp und klar hervorgeht:

1. „Der wirksamste Kampf gegen jede Versklavung durch Konkordat und Reichsschulgesetz besteht in der Gründung und Förderung von weltlichen Schulen.“ (Leitartikel in Nr. 9,1927.)

2. Beschluß des Hauptvorstandes und der Vorsitzenden der Pädagogischen Fachgruppen des Bundes vom 12. Juni 1927: Es „wird beschlossen, in der Frage zum Reichsschulgesetz eine abwartende Haltung einzunehmen. Nur die positive Forderung der völligen Gleichstellung mit den konfessionellen Schulen ist zu erheben.“

3. Aus dem Artikel des sozialdemokratischen Lehrers Bockemühl in Wermelskirchen (Bezirk Düsseldorf) „Das Reichsschulgesetz und wir“ in Nr. 14, 1927:

„Wir wollen die gesetzliche Grundlage. Mehr erwarten wir von diesem Reichsschulgesetz nicht. Aber die gesetzliche Grundlage muß uns die Gleichberechtigung bringen ... Wie das Reichsschulgesetz in seinen einzelnen Bestimmungen aussehen wird, das interessiert uns zum Teil nur indirekt ... Uns kann es gleich sein, wieviel die Kirche in der konfessionellen Schule zu sagen hat und wie sie die Mitglieder des Deutschen Lehrervereins, die ihr ja bereits freiwillig dienen wollen, zwiebeln wird. Was uns aber nicht gleichgültig

sein kann und darf, das sind die Paragraphen, die der weltlichen Schule die gesetzliche Grundlage geben sollen.“ (Sämtliche Hervorhebungen von mir. B)

Uebereinstimmend wird in den drei Beispielen ausgedrückt, daß den Bund nur die Lage der weltlichen Schule auf Grund des Reichsschulgesetzes interessiert. Mögen die konfessionellen Schulen aussehen wie sie wollen. Diese unerhörte Einstellung wird auch nicht dadurch geändert, daß im Leitartikel von Nr. 14 geschrieben wird: „Wir stehen durchaus nicht auf dem Standpunkt, daß die Bekenntnisschule so schwarz werden möge, wie nur irgend möglich.“ Diese Bemerkung zeigt nur, daß der Leitartikelschreiber merkt, zu welcher Konsequenz seine Einstellung führt, und daß er (das ist psychologisch ganz verständlich) sich schon vorher gegen die zu erwartenden Angriffe seiner Gegner wehrt. Der Beschluß des Hauptvorstandes vom 12. Juni besagt deutlich, daß man nur die Forderung der Gleichstellung erheben will. Daraus muß man logischerweise folgern, daß man sich gegen die reaktionären Bestimmungen, die die konfessionelle Schule betreffen, nicht entschieden wenden will. Auch in der Sitzung des Hauptvorstandes vom 13. Februar 1927 hat man sich in ähnlicher Weise mit dem Reichsschulgesetz [572] beschäftigt. Dr. Maase, Düsseldorf, wandte sich dagegen, daß die konfessionellen Schulen ohne Antragsverfahren errichtet werden können. Und Löwenstein, Berlin, wußte (laut Bericht) nichts anderes zu sagen als: „Es muß Material gesammelt werden ... bereithalten ... auf die Gefahren hinweisen ...“ Kurz, die sozialdemokratischen Schulmänner im Bund interessiert nur, daß die weltliche Schule durch irgendein Reichsschulgesetz eine gesetzliche Grundlage erhält. Sie sind sogar beglückt, daß an weltlichen Schulen „Lehrer jeglichen Bekenntnisses beschäftigt werden können“, da das „unzweifelhaft eine so breite Basis gibt, wie wir sie in erster Linie für die Schülerschaft wünschen“ (siehe Leitartikel in Nr. 14). Also auch die stärkste Verwässerung der weltlichen Schule nehmen sie hin, um nur die gesetzliche Grundlage zu erhalten. Schlimmer kann es nicht gehen. Was das Gesetz vor allem den konfessionellen Schulen bringt, ist ihnen gleichgültig. Sie sind bereit, eventuell alles zu schlucken. Im Leitartikel in Nr. 15 wird schon darauf hingewiesen. „Auch bei der Sozialdemokratie ist die Situation so, daß sie um gewisser politischer Erwägungen willen durchaus zu einem Verhandeln bereit sein dürfte.“ Wie nett das ausgedrückt ist: „gewisser politischer Erwägungen willen“! Der Leitartikelschreiber des Bundesorgans weiß, was er seinem Freunde Löwenstein schuldig ist, der sich demnächst im Reichstag von so „gewissen“ blamablen „politischen Erwägungen“ leiten lassen muß. Man nennt das in Arbeiterkreisen zu deutsch: Verrat üben. Die Tatsache, daß das Bundesorgan die oben angeführten Sätze Bockemühls ohne Kommentar bringt, beweist, daß die Redaktion des Bundesorgans mit diesen Aeußerungen einverstanden ist.

Wenn es dem Bundesvorstand und die sozialdemokratischen Schulmänner aber gar nicht interessiert, welches das Los der Kinder in konfessionellen Schulen ist, wie kann man dann behaupten, daß sie überhaupt an den „revolutionären Kampf für die Weltlichkeit des gesamten Schulwesens“ denken, geschweige denn irgend etwas Praktisches dafür tun?

Auch vergaß Schrank zu sagen, wie man den politischen Sieg der Arbeiterklasse erringen kann. Das ist auch hier durchaus nicht nebensächlich und hätte wenigstens mit einigen Worten umschrieben werden müssen. Es hätte sich dabei gezeigt, ob Schrank auf dem von seiner Partei vertretenen Wege der bürgerlichen (formalen) Demokratie zum politischen Siege zu gelangen glaubt oder ob er den von seiner Partei bekämpften revolutionären Kampf will.

Aus allem ersehen wir, daß sich in den Reihen der freien Schulgesellschaften trotz vieler sich widersprechender Meinungen ein Block sozialdemokratischer Schulmänner gebildet hat, der die Kompromißpolitik des Parteivorstandes vor den Arbeitern mit allen Mitteln zu verteidigen sucht. Alle Grundsätze proletarischer Schulpolitik sind zum Teufel gegangen. Wer heute von diesen Grundsätzen redet, wird von ihnen ausgelacht. Es ist, als sprächen wir eine andere Sprache, so verständnislos stellen sie sich an. So verrannt sind sie, daß sie sich mit der bloßen Gleichberechtigung der weltlichen Schulen zufrieden geben und alle reaktionären Bestimmungen (vielleicht mit, vielleicht auch ohne Protest) hinnehmen werden. Die konfessionellen Schulen sind für sie eine einzige reaktionäre Masse, für deren Rettung vor Kirche und Reaktion man nicht einzutreten braucht und denen es gar nicht schlecht genug ergehen kann.

Angesichts eines solchen Hinabgleitens in den Sumpf des Reformismus seitens der Führung einer Schulorganisation, die (nach Ansicht Schranks) die Organisierung des proletarischen Klassenkampfes auf schulischem Gebiet vornehmen soll, ist es fast nicht verwunderlich, wenn sie sich bemüht, die lästigen Kritiker aus dem kommunistischen Lager loszuwerden. Daß die Führung diese Absicht aber gerade in diesen Tagen des Kampfes gegen das reaktionäre Reichsschulgesetz ausspricht, kennzeichnet sie vollends als Werkzeug der SPD, von der sie nach ihren Beteuerungen so unabhängig sein will. Fest steht, daß der jetzige Bundesvorstand in der ideologischen Gefolgschaft [573] der SPD steht und den künftigen Verrat der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bei der Beratung des Reichsschulgesetzes jetzt schon vorbereitet.

Gegen die offen ausgesprochene Absicht des Bundesvorstandes, kommunistische Mitglieder, die die reformistische Einstellung der jetzigen Führung bekämpfen, aus dem Bund auszuschließen, wenden wir uns mit aller Schärfe. Jede außerparteiliche Organisation muß ihren Mitgliedern das Recht zugestehen, sich frei zu allen Fragen, die den Bund und seine Arbeit betreffen, zu äußern. Dieses Recht nehmen wir Kommunisten für uns voll in Anspruch. Wir fühlen uns um so mehr zur Kritik verpflichtet, als wir, die alten sozialistischen Schulforderungen verteidigend, mit gutem Recht die Fehler des Bundes geißeln, der „die Organisierung des proletarischen Klassenkampfes auf schulischem Gebiet“ vornehmen, kurz: d i e Organisation für proletarische Schulpolitik sein will.

Neben unserer Kritik haben wir des öfteren positive Vorschläge zur Arbeit des Bundes gemacht. Wir verlangen, daß der Bund seine Arbeit auf die konfessionellen Schulen ausdehnt, um endlich die Kluft, die einerseits zwischen den proletarischen Eltern und Kindern an konfessionellen Schulen und andererseits denen an weltlichen Schulen besteht, zu beseitigen. Dabei muß man insbesondere die sozialpolitischen Forderungen in Vordergrund stellen, für die auch jene christlichen Arbeitereltern eintreten werden. Man muß verlangen:

Entfernung aller reaktionären und arbeiterfeindlichen Lehrer und Prügelhelden.

Schärfsten Kampf gegen die Prügelstrafe.

Unentgeltliche Lernmittel.

Freie Schulspeisung und ärztliche Behandlung.

Ferienheime für bedürftige Kinder.

Herabsetzung der Schülerzahl in den Klassen.

Oeffentlichkeit der Schule und Kontrolle durch die Elternbeiräte.

Haben wir erst einmal die Wand, die uns von den christlich eingestellten Proletariereltern trennt, durchbrochen, haben wir mit ihnen zusammen um solche Forderungen gekämpft, dann werden sie im Verlaufe vieler Kämpfe einsehen, daß sie gegen diese Gesellschaftsordnung und gegen die Kirche kämpfen müssen. Man kann aber mit den christlichen Arbeitern nicht zuerst diesen letzten Schritt machen, ohne zuvor die ersten Schritte mit ihnen gemeinsam gemacht zu haben. In diesen Kardinalfehler verfallen alle einseitigen Nur-Freidenker, Nur-Schulfunktionäre und erst recht die politisch oft recht ungeschulten sozialistischen Lehrer, die immer nur i h r e Schule vor Augen haben und nicht die Etappen sehen wollen, die ein christlicher Arbeiter durchlaufen muß, um zu unserer Weltanschauung zu gelangen. Jetzt beim Reichsschulgesetz hätte der Bund zeigen können, daß er es geschickt versteht, die Arbeiter, die Kinder in konfessionellen Schulen haben, von der Bourgeoisie zu trennen. Er hätte seinen Hauptkampf gegen die Verkirchlichung der konfessionellen Schulen richten müssen. Statt dessen läßt der Bund den großen Teil der konfessionellen Arbeitereltern und ihre Kinder im Stich, hat in seiner Ueberheblichkeit höchstens Hohn für sie übrig. Das nennt man dann „proletarische Schulpolitik“.

Mit unseren Forderungen, die eine a l l s e i t i g e und k e i n e e i n s e i t i g e S c h u l p o l i t i k vom „Bund der freien Schulgesellschaften“ verlangen, werden wir vor der Kritik der Zukunft bestehen. Mag der jetzige Bundesvorstand eine Ausschlußkampagne beginnen. Er wird damit vielerorts die Besserung zerschlagen, Ob er will oder nicht, eines Tages wird der Bankrott seiner Schulpolitik allen Arbeitern klar werden.

Unsere Parteigenossen aber mögen wachsam sein und ungeachtet aller Drohungen gegen die Kompromißpolitik für die Weltlichkeit und Einheitlichkeit des Schulwesens kämpfen: für Niederlegung des Religionsunterrichts seitens der Lehrer und Abmeldung der Kinder vom Religionsunterricht, für Massenaustritt aus der Kirche und für die sozialen Forderungen (siehe oben), für das Wohl der proletarischen Kinder. Dieser Kampf ist ein Stück, ein Teil des großen Kampfes gegen Bürgerblock und Imperialismus. [574]

LITERATUR

Marx-Engels Gesamtausgabe.

Im Auftrage des Marx-Engels-Instituts, Moskau, herausgegeben von D. Rjasanov. Erste Abteilung Bd. 1. Marx: Werke und Schriften bis Anfang 1844 nebst Briefen und Dokumenten. Erster Halbband: Werke und Schriften. Marx-Engels-Archiv, Verlagsgesellschaft m. b. H., Frankfurt am Main. 1927. 84 plus 621 Seiten.

Was ist der Zweck der Marx-Engels-Gesamtausgabe?

Genosse Rjasanov antwortet: „Ihre vornehmste Bestimmung besteht darin, die erste und wichtigste objektive Grundlage für die Zwecke einer allseitigen Marx- und Engels-Forschung zu schaffen, d. h. das literarische Gesamtwerk der beiden Klassiker in wissenschaftlich einwandfreier Form und Ordnung wiederzugeben.“ (Vorwort Seite XXVI.)

Nichts ist für das Verhältnis der deutschen Sozialdemokratie zum Marxismus charakteristischer als die Tatsache, daß eine Marx-Engels-Gesamtausgabe, die die gesamte geistige Hinterlassenschaft der Klassiker des wissenschaftlichen Sozialismus umfaßt, von der SPD überhaupt nicht geplant wurde. Der Tat gewordene Marxismus, der Sieg der proletarischen Revolution in Sowjetrußland hat erst ermöglicht, diese Aufgabe in Angriff zu nehmen, deren vornehmster und letzter Zweck wiederum nur darin bestehen kann, dem Proletariat neue Waffen für den revolutionären Befreiungskampf zu liefern.

Genosse Rjasanov berichtet im Vorwort über die Entstehungsgeschichte und die Gliederung der Gesamtausgabe. Es genügt, die eine Tatsache hervorzuheben, daß die Ausgabe des „Kapital“ 13 Bände umfassen wird, um von der gewaltigen Fülle der bisher unbekannten Marx-Manuskripte, die die Ausgabe bringen wird, einen Begriff zu geben. Nicht weniger bedeutsam ist die Ankündigung, daß die Ausgabe den genauen Nachweis der von Engels am Marx’schen Text des „Kapital“ vorgenommenen Umarbeitungen bringen wird.

Werden wir auf diese Weise erst die ursprüngliche Gestalt des Marxschen Hauptwerkes kennenlernen, so bringt die Gesamtausgabe auch eine Fülle von Arbeiten von Marx und Engels, die bisher überhaupt nicht zugänglich waren. So wird diese monumentale Ausgabe in jeder Beziehung den Forderungen gerecht werden, die man an sie stellen kann: die allseitige Erforschung und Auswertung des literarischen Gesamtwerkes von Marx und Engels ermöglichen.

Die Austromarxisten, die an der geschichtlichen Bedeutung der Arbeiten des Marx-Engels-Instituts, insbesondere an der Publikation des handschriftlichen Nachlasses von Marx und Engels nicht wortlos vorbeigehen können, schränken dabei die Rolle der Sowjetmacht in einer höchst vulgären Weise auf die des großzügigen Geldgebers ein und gedenken mit „Anerkennung“ der Bereitwilligkeit, mit der die Sowjetregierung, „wenn auch aus Prestige- und Reklame-Gründen“, die Marx-Engels-Forschung unterstützte. In Wirklichkeit handelt es sich nicht nur um eine technische Unterstützung, sondern um die Tatsache, daß erst die siegreiche proletarische Revolution und der sozialistische Aufbau in der Sowjetunion das individuelle Bedürfnis einzelner Marx-Forscher in ein historisches Bedürfnis nach der allseitigen Erforschung und Auswertung des Marx-Engelschen Gesamtwerkes umgewandelt haben. In dieser tieferen Dialektik wird erst die historische Rolle der Marx-Engels-Gesamtausgabe in der Gesamtgeschichte der proletarischen Revolution begreiflich.

*

Der vorliegende erste Band (1. Halbband) bringt die Schriften von Marx, angefangen von der Doktor-Dissertation (1839–1841) hie „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“ (1843). Die

Veröffentlichung der Jugendschriften von Marx umfaßt teils bekanntes, teils unbekanntes Material. Aber auch die durch die Mehring-Ausgabe uns schon früher zugänglichen Schriften erscheinen in neuer, nämlich vollständiger Gestalt. Dank einer mühseligen textkritischen Kleinarbeit, die aber nur auf Grund eines vollen sachlichen Verständnisses der Gedankengänge von Marx geleistet werden konnte, werden wir in die Lage versetzt, die Marxschen Manuskripte in ihrer ursprünglichen Gestalt mit der ursprünglichen Interpunktion und im ursprünglichen Zusammenhang lesen zu können. Eine Reihe von bekannten Schriften gewinnen im Gesamtzusammenhang, der durch die Marx-Engels-Ausgabe hergestellt wird, einen völlig neuen Sinn. Der größte Wert der Jugendschriften liegt selbstverständlich darin, daß sie uns den geistigen Werdegang von Marx verständlich machen. Es wäre aber völlig verfehlt, die Bedeutung der philosophischen und politischen Jugendschriften von Marx n u r darin zu sehen, daß sie Dokumente zur Entwicklungsgeschichte von Marx sind. Eine solche Beurteilung würde zu einem Historizismus führen, der mit dem Marxismus ebensowenig zu tun hat, wie der Versuch, die philosophischen Jugendschriften von Marx gegen die späteren Schriften auszuspielen. (Korsch.) Die Jugendschriften von Marx haben mit wenigen Ausnahmen auch heute einen lebendigen, sachlichen Wert. Was n u r Dokument ist, ist meistens auch als Dokument nicht von Bedeutung. Das gilt z. B. für die zwei schlechten Gedichte des jungen Marx („Wilde Lieder“).

[575] Diese sachliche Bedeutung muß auch der Doktor-Dissertation („Differenz der demokritischen und epikureischen Naturphilosophie“) zugesprochen werden. Die neue Ausgabe enthält außer der eigentlichen Doktorarbeit die wichtigen Vorarbeiten und Anmerkungen, die für Marx’ geistige Entwicklung in vieler Beziehung viel charakteristischer sind als die Dissertation selbst. Hier lernen wir Marx als Philosophie-Historiker kennen, hier gewinnen wir den ersten Einblick in die Wendung des Philosophen Marx zur p o l i t i s c h e n P r a x i s. Mit Recht weist Rjasanov in seiner Einleitung (Seite XXXVI) auf die stark realistischen Tendenzen hin, die in diesen Vorarbeiten, übrigens auch in der Dissertation selbst, zum Ausdruck kommen. Es stellt sich heraus, daß Marx schon in der Dissertation keineswegs jener unselbständige Schüler Hegels war, zu dem er durch die landläufige Beurteilung abgestempelt wurde. Die Vorarbeiten enthalten eine Fülle von Gesichtspunkten zur Beurteilung der Hegelschen Philosophie, der Jung-Hegelianer, der griechischen Philosophie, die auch heute bleibenden sachlichen Wert behalten.

Eine ganz außerordentliche Bereicherung unserer Kenntnisse von der literarischen Tätigkeit des jungen Marx ermöglicht der Abschnitt „A u s d e r R h e i n i s c h e n Z e i t u n g“. Diese in den Jahren 1842 und 1843 entstandenen Artikel sind für uns besonders lehrreich, da sie auch noch heute gültige Muster für die Behandlung der deutschen Wirklichkeit darstellen. Ein Vergleich der heutigen journalistischen Behandlung der sozialen Probleme Deutschlands mit der Marxschen drängt sich unwillkürlich auf. Bei Marx herrscht eine zuweilen bis zur Pedanterie getriebene Gründlichkeit, heute herrscht infolge der übertriebenen Angst vor Pedanterie die seichteste Oberflächlichkeit, die sich auch in unserer kommunistischen Presse bemerkbar macht.

Die Artikel aus der „Rheinischen Zeitung“, die in der Mehringschen Ausgabe etwa sieben Bogen umfassen, nehmen in der Gesamtausgabe fast den doppelten Umfang ein. Diese Bereicherung des Materials erfolgte, indem einerseits sämtliche Artikel ohne die Kürzungen von Mehring wiedergegeben werden, andererseits bei einer Reihe von Aufsätzen erst Rjasanov die Verfasserschaft von Marx feststellen konnte. Der Bericht, den der Herausgeber über seine Vorarbeiten veröffentlicht, zeigt wiederum, daß historische und philologische Forschung von der richtigen politischen Beurteilung des Inhalts unzertrennlich sind. Das ist u. a. auch der Grund dafür, daß die sozialdemokratische Marx-Forschung an der Inangriffnahme der Marx-Engels-Gesamtausgabe auch in dem Falle nicht berechtigt und dazu nicht imstande gewesen wäre, wenn die Sozialdemokratie an einer solchen Gesamtausgabe ein Interesse gehabt hätte.

Die Ausgabe enthält auch zwei Stücke aus dem handschriftlichen Nachlaß von Marx, die für die „Rheinische Zeitung“ bestimmt waren, aber wegen der Zensur nicht erscheinen konnten. Von besonderem Interesse ist dabei als charakteristischer Beitrag zur marxischen Weltanschauung der von der Zensur gestrichene Abschnitt „Ueber die Ehe“ in der Abhandlung „Das philosophische Manifest der historischen Rechtsschule“.

Während die unübertrefflichen Kampfartikel Marx' gegen die Zensur schon aus der Mehringschen Ausgabe bekannt waren, aber immer wieder neu gelesen und heute, in der Epoche Külz-Deutschlands, neu ausgewertet werden müssen, sind die Aufsätze über die Lage der Moselbauern in Deutschland zum ersten Male veröffentlicht worden. Da in Sowjetrußland die Marx-Engels-Gesamtausgabe in russischer Sprache schon seit Jahren läuft, sind diese und andere Aufsätze in russischer Uebersetzung früher erschienen als in deutscher Sprache. Diese interessanten, mit glänzender Dialektik und vollem sachlichen Verständnis geschriebenen Aufsätze sind für die geistige Entwicklung des jungen Marx von großer Bedeutung gewesen. Das Studium der Lage der Moselbauern war für Marx eine Etappe von der Politik zur Oekonomie, von der philosophischen Politik zum Sozialismus. Die Verfasserschaft von Marx wird in der Einleitung von Rjasanov durch überzeugende Argumente nachgewiesen.

*

Die neuen Funde und Publikationen haben unsere Kenntnisse von der Tätigkeit Marx in der „Rheinischen Zeitung" außerordentlich erweitert. Indessen ändern sie nichts an unserer bisherigen Einschätzung der Rolle, die die Mitarbeit an der „Rheinischen Zeitung" in Marxens geistiger Entwicklung einnimmt. Das Bild wurde farbiger, lebendiger, konkreter. Die wesentlichen Charakterzüge haben sich nicht verändert.

Zwischen der Tätigkeit in der „Rheinischen Zeitung" und der darauf folgenden Arbeitsperiode liegt die kritische Auseinandersetzung mit Hegel. Dank der Veröffentlichung des Jugendwerken von Marx und Engels über „Die deutsche Ideologie im ersten Band des Marx-Engels-Archivs kennen wir endlich die erste Fassung des historischen Materialismus. Aber die dort enthaltenen kritischen Auseinandersetzungen mit den Junghegelianern setzten eine Auseinandersetzung mit Hegel selbst voraus. Diese mußte außer den späteren gelegentlichen Hinweisen einmal in zusammenfassender Form erfolgt sein. Hier fehlte uns ein Glied in der Kette der theoretischen Entwicklung von Marx.

Diese Lücke ist dank einer außerordentlich wertvollen Entdeckung Rjasanovs ausgefüllt. Genosse Rjasanov fand im Marx-Nachlaß ein ausführliches kritisches Kommentar zu den Paragraphen 261 bis 313 der Hegelschen Rechtsphilosophie. Dieses Manuskript ist samt dem entsprechenden Text der Hegelschen Rechtsphilosophie in der Gesamtausgabe unter der Ueberschrift: „Aus der Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie – Kritik des Hegelschen Staatsrechts" zum ersten Male veröffentlicht worden.

Wenn die Artikel über die Lage der Moselbauern schon die Wendung von der rein politischen Stellungnahme zur Behandlung der ökonomischen Grundlage ankündigen, so finden wir in der Auseinandersetzung mit Hegel noch nicht die theoretische Widerspiegelung dieser Wendung.

In politischer Beziehung ist Marx in dieser Arbeit noch der Demokrat, der seine Illusionen über „die Demokratie" zu verlieren noch keine Gelegenheit hatte. Er sieht in der Demokratie noch das „materielle Prinzip" (S. 435), die ‚Einheit von Inhalt und Form" (S. 434). Die Demokratie ist für ihn noch „die wahre Einheit [576] des Allgemeinen und des Besonderen" (S. 435). Marx führt den Kampf gegen den Hegelschen Formalismus in dieser Arbeit im Namen der politischen Wirklichkeit. Hegel wird vorgeworfen, daß er an Stelle der politischen Wirklichkeit die Logik setzt. Aber Marx sieht noch nicht, daß die politische Wirklichkeit selbst in der ökonomischen Wirklichkeit wurzelt. Bier offenbart sich eine interessante Uebereinstimmung zwischen der philosophischen und der politischen Entwicklung des jungen Marx. Weil Marx Hegels monarchistisch-ständische Staatsphilosophie noch vom Standpunkt der liberalen Demokratie und nicht vom proletarischen Klassenstandpunkte aus kritisiert, kann er den Hegelschen philosophischen Idealismus auch nur vom Boden der empirisch-sinnlichen Wirklichkeit und noch nicht vom Boden der allseitigen materiellen Wirklichkeit kritisieren. Nicht der Einfluß Feuerbachs, sondern die Grenzen der politisch-ökonomischen Entwicklung, die Marx bei der Abfassung des Kommentars erreicht hat, waren entscheidend.

Die große Bedeutung des Manuskripten liegt in jenen Stellen, die sich mit der Hegelschen Logik und deren rechtsphilosophischen Anwendungen auseinandersetzen. Diese Stellen, z. B. über den Begriff der „Mitte", der „Abstraktion" (S. 506/507), sind für das Verständnis des dialektischen Materialismus

um so wichtiger, als Marx später in dieser Ausführlichkeit nie auf die Charakteristik der Hegelschen Logik eingegangen ist. In Andeutungen liegt schon das ganze Programm der dialektisch-materialistischen Logik selbst vor, so wenn Marx gegenüber Hegel als Aufgabe bezeichnet, „die eigentümliche Logik des eigentümlichen Gegenstandes zu fassen“ (S. 510).

*

Der erste Halbband schließt mit dem berühmten „Briefwechsel von 1843“ und mit den aus der Mehringschen Ausgabe und aus Nachdrucken her bekannten Aufsätzen „Zur Judenfrage“ und „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“.

Es ist zu bedauern, daß der zweite Halbband des ersten Bandes, der Briefe, Anmerkungen und Dokumente enthalten wird, die sich auf die im ersten Halbband abgedruckten Schriften beziehen, nicht gleichzeitig erschienen ist. Die Ausgabe wird 36 Bände umfassen. Der Wunsch, den wir an diese Tatsache knüpfen, geht dahin, daß das Erscheinen der wichtigsten Bände beschleunigt wird.

Die umfangreiche Einleitung des Herausgebers legt Rechenschaft von der geleisteten ungeheuren Arbeit ab und kombiniert philologisch-textkritische Erörterungen mit sachlichen Inhaltsangaben und Hinweisen auf die Bedeutung der wichtigsten Abschnitte oder Kernsätze. F r i e d.

[577]

Die Internationale
Jahrgang 10 ∗ Berlin, den 1. Oktober 1927 ∗ Heft 19

Um den kommenden 4. August
(Eine Antwort auf Bernsteins Engels-Fälschung)

R. H, Die immer drohender anwachsende Kriegsgefahr spiegelt sich auch in den Spalten des „Vorwärts“ wider – allerdings in unverfälscht reformistischer Weise. Im „Tannenberg Artikel“ vom 18. September bekannte sich die „Vorwärts“-Redaktion unumwunden zum Sozialchauvinismus. Sie legte das Bekenntnis ab, daß sich die deutsche Sozialdemokratie in einem kommenden imperialistischen Kriege wiederum unbedenklich hinter die „eigene“ Bourgeoisie stellen werde. Einige Tage nach diesem offen sozialchauvinistischen Bekenntnis Stampfers lesen wir im „Vorwärts“ einen Artikel Eduard Bernsteins, in dem der reformistische Theoretiker die Stellung der Sozialdemokratie zum 4. August verteidigt.

Es ist bekannt, daß Eduard Bernstein in der zweiten Hälfte des Weltkrieges zur USPD überging, nachdem er in seinem Revisionismus die Theorie des 4. August geliefert hatte. Er kehrte aber sehr bald wieder in den Kreis der Kriegskrediteverteidiger zurück.

Heute verwahrt sich Bernstein sehr energisch dagegen, daß sich die „Sozialisten ruchlos“ benommen hätten und daß die sozialdemokratischen Führer „von heute auf morgen alles widerriefen, was sie geglaubt und gelehrt hatten.“

Bernstein fühlt sich sehr beleidigt und spricht von „Gewissenlosigkeit“, von einer „der Wahrheit ins Gesicht schlagenden Beschimpfung“ usw. Er beruft sich auf den Altmeister des Sozialismus, auf Friedrich Engels und er zitiert aus der „Neuen Zeit“ (Jahrgang 10, 1. Band, Artikel „Der Sozialismus in Deutschland“) eine Aeußerung Engels, nach der man schließen soll, daß sich Engels im vorhinein für die Politik des 4. August erklärt habe, Bernstein hat dieses Zitat in einer Weise aus dem Zusammenhang herausgerissen, daß sein Sinn ins glatte Gegenteil gekehrt wird.

Friedrich Engels geht von der marxistischen Voraussetzung aus, daß die revolutionäre Arbeiterklasse in keinem Falle pazifistisch sein darf. Die revolutionäre Arbeiterklasse muß in Revolutionen und Kriegen „Lokomotiven der Geschichte“ sehen. Der Marxismus hat stets streng zwischen revolutionären und reaktionären Kriegen unterschieden. Engels hat die Revolutionskriege am Ende des 18. Jahrhunderts ebenso begrüßt, wie er die Schwächlichkeit der Kriegsführung der Engländer im englisch-russischen Kriege (1856) verurteilt hat. Die revolutionäre Arbeiterklasse wendet sich darum durchaus nicht gegen jeden Krieg. So energisch und zielbewußt die Arbeiterklasse jeden imperialistischen Krieg, jeden Interventionskrieg gegen Sowjetrußland oder China bekämpfen muß, so energisch muß sich der revolutionäre Sozialismus für jeden Revolutionskrieg begeistert erheben.

[578] Diese Engelssche Theorie wird von Bernstein geleugnet. Aber auch dann, wenn man die revolutionäre Dialektik der Engels’schen Gedankenwelt leugnet, oder blind übersieht, – auch dann kann nur böser Wille den Engels’schen Artikel so falsch und bösartig interpretieren, wie es Bernstein tut. Selbst für das „hausbackene Denken“ eines undialektischen Reformisten sieht Engels’ Artikel anders aus als in der Bernsteinschen Darstellung.

Friedrich Engels schrieb diesen Artikel in einer Situation (im Sommer 1891), die durch zwei hervorstechende Merkmale charakterisiert war.

Die deutsche Arbeiterklasse war auf einem stürmischen Vormarsch begriffen. Der Sieg hatte sich an ihre Fahnen geheftet. Das Sozialistengesetz, das die Sozialdemokratie zerschmettern sollte, war selbst zerschmettert worden. Der revolutionäre Sozialismus ging gefestigt aus allen Kämpfen hervor. Der Vater des Sozialistengesetzes, Bismarck wurde gestürzt. Dieser Sturz bedeutete außenpolitisch eine grundlegende Aenderung. Bismarck hatte immer die Rolle des Stiefelleckers des russischen Zaren gespielt. Er hatte sich stets dem russischen Zarismus zur Verfügung gestellt. Er war, der russische Büttel in Europa. Hatte schon der Friedensschluß von

1 8 7 1 eine Veränderung der Kräftekonstellation in Europa gebracht, so fiel nunmehr auch der Politiker, der mit seinem ganzen Einfluß an dem preußisch-russischen Bündnis festgehalten hatte. Friedrich Engels sah den stürmischen Entwicklungsgang der deutschen Sozialdemokratie und er sah den Sieg der Arbeiterklasse schon greifbar nahe. Er glaubte, wie das auch von B e b e l des öfteren ausgesprochen worden ist, daß in wenigen Jahren, vielleicht noch vor der Jahrhundertwende, große r e v o l u t i o n ä r e K ä m p f e in Deutschland ausbrechen würden.

Die zweite Tatsache, die die damalige Lage bestimmte, war die Verbrüderung zwischen der französischen Bourgeoisie und dem Zarismus. Noch stand die französische Bourgeoisie unter dem Eindruck von Kronstadt und der großen französischen Manöver auf dem Schlachtengebiet zwischen Seine und Marne. Die G e f a h r e i n e s f r a n z ö s i s c h - r u s s i s c h e n K r i e g e s g e g e n D e u t s c h l a n d war drohend in den Vordergrund getreten. „Demgegenüber müßten die deutschen Sozialisten toll sein, wünschten sie den Krieg, bei dem sie alles auf eine Karte setzen, statt den sichern Triumph des Friedens abzuwarten ... Kurz und gut: Der Friede sichert den Sieg der deutschen sozialdemokratischen Partei ...“ (Engels in der „Neuen Zeit“, 10. Jahrgang, 1. Band, Seite 586.)

In diesem Augenblicke der höchsten Kriegsgefahr, in dem sich die russische Reaktion anschickte, die revolutionäre Entwicklung Deutschlands aufzuhalten und zu unterbinden, in diesem Augenblicke, in dem „der deutsche Sozialismus unbedingt die proletarische Revolution repräsentiert“ (Engels, Seite 586), in diesem Augenblicke hätte ein Krieg gegen das reaktionäre Rußland einen Fortschritt für ganz Europa bedeutet. Die revolutionären Geister wären gestärkt worden, die reaktionären innerhalb Europas selbst wären gebunden worden.

Friedrich Engels hat stets nur von einer „revolutionären Sozialdemokratie“ gesprochen. Er hätte diese Worte bestimmt niemals gesagt, wenn er damals die Ueberzeugung gehabt hätte, daß die deutsche Sozialdemokratie den revolutionären Sozialismus abgeschworen und sich dem Reformismus ergeben hat.

Engels spricht in seinem Artikel ausdrücklich davon, daß die Sozialdemokratie nicht die geringste Angst davor hat, „ungesetzlich zu werden“. Er bekennt sich ausdrücklich zum revolutionären Kampf mit – natürlich – ungesetzlichen Mitteln, aber er findet 1891, unmittelbar nach dem Sozialisten-[579]gesetz, daß es für die Arbeiterschaft weit günstiger ist, sich für die Auseinandersetzungen v o r z u b e r e i t e n und der Bourgeoisie zu überlassen, „den ersten Schuß zu tun“. Er schreibt:

„Wie oft haben die Bourgeois uns nicht zugemutet, wir sollten unter allen Umständen auf den Gebrauch revolutionärer Mittel verzichten und innerhalb der gesetzlichen Grenzen bleiben, jetzt, da das Ausnahmegesetz gefallen, das gemeine Recht wieder hergestellt ist für Alle, auch für die Sozialisten! Leider sind wir nicht in der Lage, den Herren Bourgeois diesen Gefallen zu tun. Was aber nicht verhindert, daß in diesem Augenblick nicht wir diejenigen sind, die die Gesetzlichkeit kaputt macht. Im Gegenteil, sie arbeitet so vortrefflich für uns, daß wir Narren wären, verletzten wir sie, so lange dies so vorangeht. Viel näher liegt die Frage, ob es nicht gerade die Bourgeois und ihre Regierung sind, die Gesetz und Recht verletzen werden, um uns durch die Gewalt zu zermalmen? Wir werden das abwarten. Inzwischen schießen Sie gefälligst zuerst, meine Herren Bourgeois! Kein Zweifel, Sie w e r d e n zuerst schießen.“ Seite 583.)

Wir sehen, daß Engels als Voraussetzungen stets eine r e v o l u t i o n ä r e Sozialdemokratie annahm, Er unterstreicht seine Sätze noch, indem er darauf hinweist, daß „die deutsche Armee mehr und mehr vom Sozialismus angesteckt“ werden muß.

1914 dagegen bestanden diese Voraussetzungen nicht mehr. Deutschland repräsentierte nicht den „revolutionären Sozialismus“. In dem Engels’schen Artikel wird ausdrücklich gesagt, daß seine Feststellungen über die revolutionäre Bedeutung eines Krieges gegen Rußland nur unter diesen ganz bestimmten, von uns oben wiedergegebenen Verhältnissen gelten. Für Marxisten ist es klar, daß in bestimmten Situationen bestimmte Forderungen aufgestellt werden müssen. Verändern sich die geschichtlichen Voraussetzungen, so müssen natürlich auch unsere Forderungen geändert werden. Das geht eindeutig aus Friedrich Engels’ Artikel hervor. Es ist also Schnurrpfeiferei, Friedrich Engels als Kronzeugen für die Politik von 1914 anzuführen. 1891 lagen die Verhältnisse absolut anders als 1914.

Das hätte Bernstein sogar aus E n g e l s' e i g e n e m M u n d e hören können. Aber Bernstein läßt die drei Seiten lange Nachschrift, die Engels selbst seinem Artikel hinzufügt, einfach unbeachtet. Sie passen gar zu wenig in seine Engels-Fälschung. Darum setzt er sich lieber gar nicht mit ihr auseinander.

Friedrich Engels hatte seinen Artikel im Spätsommer 1891 geschrieben, in einem Augenblick akutester Kriegsgefahr. Der Artikel war auf Wunsch der französischen Partei zuerst in französischer Sprache in dem „Almanach du Parti Ouvrier pour 1892" (Kalender der Arbeiterpartei für das Jahr 1892) erschienen. Anfang 1892 erschien dann derselbe Artikel in deutscher Sprache in der „Neuen Zeit". Der deutschen Ausgabe des Artikels fügt nun Engels eine Ergänzung hinzu, die den Sozialpatrioten jede Möglichkeit raubt, die Verantwortung für den 4. August auf Engels' Schultern zu wälzen. Nach dieser Ergänzung muß es auch dem Kurzsichtigsten klar werden, daß Engels in diesem Artikel keine allgemein gültige Theorie aufgestellt hat. Er hat damit bestimmt nicht gemeint, daß die deutschen Arbeiter bis ans Ende der Zeiten gegen den russischen Zarismus kämpfen müssen. Es wird in der Ergänzung gesagt, daß sich schon jetzt, d. h. nach Ablauf eines knappen halben Jahres die Lage absolut verändert habe. So richtig die Engels'schen Ausführungen im Sommer 1891 waren, so überholt waren sie bereits Anfang 1892, wieviel mehr aber 1914!

[580] Engels stellt fest, daß der russische Zarismus seine Aggressivität durch die ungeheure Mißernte und Hungersnot des Jahres 1891 auf viele Jahre hinaus verloren habe. Engels untersucht die russischen wirtschaftlichen Verhältnisse und kommt zu folgender Feststellung:

„Mit einem Wort: Hier haben wir keine einmalige Hungersnot vor uns, sondern eine durch jahrelange, stille ökonomische Revolution vorbereitete und durch Mißernte nur akut gemachte gewaltige Krisis. Diese akute Krisis aber nimmt ihrerseits wieder chronische Form an und droht jahrelang anzuhalten. Oekonomisch beschleunigt sie die Auflösung der altkommunistischen Bauerngemeinde, die Bereicherung, und Verwandlung in Großgrundbesitzer, der Dorfwucherer (Kulaki), überhaupt den Uebergang des Adels- und Bauerngrundbesitzes in die Hände der neuen Bourgeoisie."

„Für Europa bedeutet sie einstweilen den Frieden. Die russische Kriegshetzerei ist auf eine Reihe von Jahren lahmgelegt. Statt daß Millionen von Soldaten auf den Schlachtfeldern fallen, sterben Millionen russischer Bauern den Hungertod. Was aber dabei für den russischen Despotismus herauskommt, das wollen wir abwarten." („Neue Zeit", S. 589.)

1914 war nicht mehr Rußland die ständige reaktionäre Bedrohung Europas, sondern der englische und der deutsche Imperialismus. Der imperialistische Machthunger der beiden stärksten europäischen Staaten war die größte Bedrohung Europas.

Zu dieser Analyse war der Reformismus 1914 ebenso unfähig, wie es heute Bernstein ist, Er mußte vielmehr damals, wie heute, Friedrich Engels fälschen, um seine eigene verräterische Rolle zu bemänteln. Schon während des Weltkrieges versuchte sich Bernstein in dieser Rolle (Herausgabe von „P o u n d R h e i n, S a v o y e n, N i z z a u n d d e r R h e i n", 1915) und jetzt setzt Bernstein seine Engels-Fälschungen fort. Bernstein versucht krampfhaft, Engels als Sozialpatrioten hinzustellen.

Friedrich Engels – und damit die Militärtheorie des Marxismus – ist alles andere als ein Helfer des Sozialpatriotismus. Der Versuch der Sozialpatrioten, sich in die Toga der Altmeister des revolutionären Sozialismus zu hüllen, ist gescheitert. Sie spielen aber nach wie vor diese Rolle, um das Proletariat zu täuschen. Die sozialdemokratischen Führer fürchten, durch eine so offene, brutale Sprache, wie sie Stampfer in seinem „Tannenberg-Artikel" führt, ihre Anhänger zu verlieren. Darum lassen sie durch sogenannte „Linke" neue Betrugsmittel erfinden oder alte wieder ausgraben. Das zeigt die Redaktionsnotiz, die dem Bernsteinschen Artikel vorangesetzt worden ist, besonders deutlich: „Genosse B e r n s t e i n erwirbt sich mit den folgenden Ausführungen das Verdienst, leichtfertigen Urteilen, wie sie in manchen Kreisen noch immer gang und gäbe sind, entgegenzutreten." Mit anderen Worten: Die sozialdemokratischen Führer vom Schlage der Stampfer, Wels und Noske lassen sich sehr gern von „Linken" à la Bernstein dabei helfen, die aufsässig und stutzig gewordenen sozialdemokratischen Arbeiter wieder zur Sozialdemokratie zurückzuholen.

[581]

Der Trotzkismus und die chinesische Revolution

Von Asiaticus.

I. Die Wiedergeburt der „permanenten Revolution".

„Die Ereignisse wiederholen sich in der Geschichte, doch das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Tragikomödie" – diesen Ausspruch von Marx könnte man als Motto über die Stellung des Trotzkismus zur chinesischen Frage setzen. Hier feiert nämlich seine Theorie der „permanenten Revolution", die er im Jahre 1905 und später gegen Lenin verfocht, nicht nur ihre volle Auferstehung, sondern erscheint gewissermaßen in geschichtlicher Vollendung. Genosse Trotzki geht dabei sehr geschickt zu Werke. Er belastet seine Kritik an der Linie der Komintern nicht mit historischen Reminiszenzen aus seiner damaligen Polemik gegen den Bolschewismus in dieser Frage – obwohl diese Theorie aus jedem Satz seiner Kritik spricht. Er weiß, was er der „Einheit" seines Oppositionsblocks mit Genossen Sinowjew und Kamenew schuldig ist. Das Tragikomische dabei ist, daß er die Anwendung seiner Permanenztheorie auf die chinesische Revolution als Leninismus hinzustellen sucht, ohne sich zu seinem theoretischen Kinde zu bekennen – und daß er dabei die Hilfe jenes Epigonentums genießt, gegen das Lenin Zeit seines Lebens immer wieder zu kämpfen hatte, um sich vor seinen oberflächlichen „Popularisatoren" zu schützen. Das Tragikomische ist ferner, daß das starre trotzkistische Schema der „permanenten Revolution", auf die Probleme der chinesischen Revolution angewandt, unendlich vergröbert, konfuser und auswegloser dasteht. Doch das letztere ist nicht die Schuld Trotzkis, sondern der Geschichte, die wieder einmal, und hier noch mehr als 1905, nicht imstande ist, sich seinem Schema anzupassen.

Es ist das geschichtliche Verdienst Lenins, an Hand der Erfahrungen von 1905 im Kampfe gegen den Menschewismus und den Trotzkismus das Bewegungsgesetz jener bürgerlichen Revolutionen, in denen das Proletariat bereits als organisierte Macht mit selbständigen Klassenzielen auftritt, konkret aufgezeigt zu haben. In der Losung „demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft" faßte er die Schlußfolgerungen aus jener Lage zusammen, wo die Bourgeoisie bereits unfähig geworden ist, die Massen der städtischen und ländlichen Armut in den Kampf gegen den Feudalismus bzw. seine Ueberreste zu führen, und wo das Proletariat im Bündnis mit der Bauernschaft, im Kampfe gegen den Feudalismus und gegen die Bourgeoisie, zwar noch nicht die sozialistische Revolution verwirklicht, aber ein breiteres Kampffeld für seinen Kampf um den Sozialismus schafft. Für Lenin war die Feststellung der konterrevolutionären Rolle der Bourgeoisie auch gegenüber ihren eigenen historischen Aufgaben und Interessen nicht eine fein ausgeklügelte „Theorie", sondern das Ergebnis der Analyse der wirklichen Handlungen und der Aktionsmöglichkeiten der Bourgeoisie in der betreffenden Revolution. Der Menschewismus folgerte starr aus den bürgerlichen Aufgaben der Revolution, daß die Macht eben der Bourgeoisie gehören muß. Die Bourgeoisie war aber nicht mehr imstande, die Massen in den Kampf gegen den Zarismus und den feudalen Großgrundbesitz zu führen. Umgekehrt, sie fürchtete die Massenstreiks und die Aufstände gegen den Zarismus sicherlich ebenso sehr als die feudalen Mächte selbst. Die Theorie des Menschewismus bedeutete also gleichzeitig Verrat an den Interessen des Proletariats überhaupt und im besonderen Verrat an der geschichtlichen Aufgabe des Proletariats, das mögliche bessere Kampffeld für den Sozialismus im Bündnis mit der Bauernschaft zu schaffen. Der Trotzkismus hingegen sah auf der einen Seite das Proletariat mit seinen sozialistischen Zielen und auf der anderen Seite – eine einzige reaktionäre Masse. Wenn auch der Trotzkismus daraus nicht die Schlußfolgerung zog wie der Menschewismus, daß das Proletariat beiseite treten müsse, um der Bourgeoisie den Vortritt zu lassen, sondern daß das Proletariat doch versuchen müsse, an die sozialistische Um-[582]wälzung im Kampfe gegen alle anderen Klassen und Schichten unmittelbar heranzutreten, so steckte doch hinter den Theorien des Menschewismus und des Trotzkismus dieselbe starre Einstellung, dieselbe undialektische Betrachtung der Verhältnisse, der Klassen und der Beziehungen der verschiedenen Klassen in der bürgerlichen Revolution zueinander. Lenin antwortete ihnen in seinem Artikel „Die Sozialdemokratie und die provisorische Revolutionsregierung" (März 1905) folgendermaßen:

„Von der demokratischen Umwälzung reden und sich auf die einfache und nackte Gegenüberstellung von ‚Proletariat' und ‚Bourgeoisie' beschränken, ist blanker Unsinn, denn dieser Umsturz kennzeichnet gerade

jene Periode der gesellschaftlichen Entwicklung, wo die Masse der Gesellschaft eigentlich zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie steht und die gewaltige kleinbürgerliche, bäuerliche Schicht bildet, Gerade deshalb, weil der demokratische Umsturz noch nicht stattgefunden hat, hat diese gewaltige Schicht bedeutend mehr Interesse, mit dem Proletariat gemeinsam die politischen Formen zu realisieren, als die ‚Bourgeoisie' sin wahren und engen Sinne dieses Wortes."

Gen. Trotzki stellte der Leninschen Losung der „demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft" die „reine Arbeiterregierung" entgegen, die sogleich mit der sozialistischen Umwälzung beginnen müßte und nicht bei der „Selbstbeschränkung auf die Erfüllung der bürgerlichen Aufgaben der Revolution" stehen bleiben sollte, wie Trotzki die Leninsche Losung auslegte. Er stellte dem Proletariat eine sehr „radikale", aber unmögliche Perspektive in dieser konkreten Lage. Sein Weg war der der Isolierung des Proletariats von der Bauernschaft, zwar nicht mit den Methoden des Menschewismus, aber unfehlbar zu demselben Endresultat führend, als die offen verräterische Taktik des Menschewismus.

Die Leninsche Taktik in den zwei Revolutionen von 1917 war die konsequente Entwicklung der Taktik des Bolschewismus im Jahre 1905. Die russische Revolution vom März 1917, die erneut die Frage der demokratischen Umwälzung und der Beseitigung des Zarismus stellte, hatte innerhalb und außerhalb Rußlands eine ganz andere Lage, Das Versagen der Bourgeoisie im Kampfe gegen den Zarismus entwickelte sich zu einem direkten Bündnis der bürgerlichen und feudalen Reaktion, ihre konterrevolutionäre Rolle auch in der Frage des Kampfes gegen die Reste des Feudalismus wurde aufs gründlichste entlarvt, die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland ging auf der Basis dieses Bündnisses rapid vorwärts, die Arbeiterklasse konnte viel schärfer als die einzige revolutionäre Klasse, als die führende Klasse für alle armen und unterdrückten Schichten des Volkes gegenüber der Bourgeoisie auftreten. Die Erschütterung und der schließliche Bankerott des Zarismus im imperialistischen Weltkrieg, die schwere Krise und Erschütterung des Weltkapitalismus infolge des Weltkrieges, die Aufstände des Bauernvolkes in Verbindung mit der kühnen revolutionären Initiative des Proletariats in den Städten – all das erlaubte dem russischen Proletariat nicht nur das Vermächtnis von 1905 zu verwirklichen, sondern auch weit darüber hinauszugehen. An Stelle der Losung der „demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft" konnte die Frage der „Diktatur des Proletariats" akut gestellt werden, konnte die Frage der sozialistischen Umwälzung unmittelbar auf die Tagesordnung der Geschichte gestellt werden. Auch hier vollzog sich das nicht in einem Sprung. Auch hier konnte die Diktatur des Proletariats mit der Verwirklichung des Sozialismus nur beginnen, gleichzeitig mußte sie aber gegenüber der Bauernschaft, als einem unerläßlichen Bündnisfaktor zur Sicherung der revolutionären Diktatur, eine weitsichtige Politik der zeitweiligen Konzessionen verfolgen. Die Errichtung der Diktatur des Proletariats im Oktober 1917 war gerade dadurch charakterisiert, daß sie immer noch nicht das trotzkistische Schema der „reinen Arbeiterregierung" verwirklichen konnte, sondern daß die Entwicklung gewissermaßen an der Schwelle zwischen der demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft und der Diktatur des Proletariats an-[583]gelangt war. Bei der Gewerkschaftsdiskussion im Jahre 1920 rief Lenin das Trotzki noch einmal ins Gedächtnis, indem er sagte:

„Genosse Trotzki spricht vom ‚Arbeiterstaat'. Gestatten Sie, das ist eine Abstraktion. Als wir 1917 über den Arbeiterstaat schrieben, war das begreiflich, aber wenn man heute sagt: ‚Wozu verteidigen, gegen wen die Arbeiterklasse verteidigen, es gibt ja keine Bourgeoisie mehr, wir haben ja einen Arbeiterstaat', so begeht man einen offensichtlichen Irrtum. Der Witz ist eben der, daß es nicht ganz ein Arbeiterstaat ist. Darin steckt einer der Grundfehler des Gen. Trotzki! Wir sind nun von den allgemeinen Prinzipien zur sachlichen Beratung und zu Dekreten übergegangen, aber da hält man uns von der praktischen sachlichen Arbeit zurück. So geht es nicht! Unser Staat ist in Wirklichkeit kein Arbeiterstaat, sondern ein Arbeiter- und Bauernstaat." (Von uns unterstrichen; der Verf.)

(Aus einer Rede Lenins in der Fraktionsversammlung der KPR auf dem VIII. Allrussischen Sowjetkongreß, Dezember 1920.)

Wer diesen Zusammenhang zwischen 1905 und 1917 nicht begreift, wer die Taktik des Bolschewismus in 1905, wie es Trotzki tut, verurteilt und die von 1917 gutheißt, der ist entweder ein Demagoge oder er hat in Wirklichkeit von dem eigentlichen Bewegungsgesetz der drei russischen Revolutionen das Grundlegende nicht verstanden.

Diese Gegensätze zwischen dem Trotzkismus und dem Leninismus sind für uns nicht nur von historischer, sondern von aktuellster praktischer Bedeutung, um die grundsätzlichen Gegensätze zwischen dem Trotzkismus und der Komintern in der Frage der chinesischen Revolution zu verstehen. Der gegenwärtige revolutionäre Kampf in China unterscheidet sich in vielen seinen Hauptzügen von der russischen Revolution von 1905: erstens, als Befreiungskampf gegen den auswärtigen Imperialismus, zweitens, indem die Klassendifferenzierung gegenüber den revolutionären Aufgaben der demokratischen Umwälzung noch nicht die scharfe Absonderung von 1905 erreichte, und drittens indem er, was seine Verbindung mit dem Kampf des Proletariats in den stärksten imperialistischen Staaten betrifft, weit über 1905 hinausgeht. Hier steht die Masse der Gesellschaft zwischen Bourgeoisie und Proletariat noch in einem ganz anderen Maße als im Jahre 1905. Hier muß sich eine starre Einstellung zur „Bourgeoisie“ als Ganzes noch ganz besonders rächen. Hier führte die Bourgeoisie, zum Teil auch im Abschnitt der chinesischen Revolution, der mit den Maiereignissen 1925 in Schanghai begonnen hat, das Proletariat als ihren Schatten mit sich auf das Kampffeld. Hier ist die Bourgeoisie innerlich durch den Imperialismus auch in ihrer Spitze zerklüftet und scharf in der Frage des Kampfes gegen den Imperialismus getrennt in eine Kompradorenschicht und einen nationalrevolutionären Flügel. Wie stark diese nationalrevolutionäre Schicht auch gegenüber der städtischen und ländlichen Armut verbunden ist mit dem Imperialismus und der Kompradorenschicht, so muß man jedoch mit Blindheit geschlagen sein, um nicht zu sehen, daß sie, solange die proletarische Gefahr nicht akut auftritt, tatsächlich in schärfster Kampf front ihnen gegenübersteht. Dieses Auftreten einer akuten proletarischen Gefahr ist hier jedoch wieder einmal kein Sprung, sondern das Ergebnis eines Prozesses des Wachstums des Proletariats im revolutionären Kampfe, der Befreiung von der ideologischen und praktischen Bevormundung durch die Bourgeoisie und der Anknüpfung von sehr engen Beziehungen mit jener Masse, die zwischen der „Bourgeoisie“ und dem „Proletariat“ steht. Bevor man nicht begreift, daß hier eine solche trotzkistische Starrheit die Gefahr ist, daß hinter dem trotzkistischen Hohn über den ‚Block der vier Klassen“, der tatsächlich eine Zeitlang äußerlich die revolutionären Ereignisse in China beherrschte, während innerhalb dieses Blocks die Klassendifferenzierung und die Scheidung im Kampfe gegen die bürgerliche Führung sich weiter entwickelte, eben diese Starrheit steckt, ist alles Gerede von der „nichtkapitalistischen Perspektive der chinesischen Revolution“ nur Konfusion. Nur auf Grund der [584] leninistischen Taktik kann man zu der konkreten Definition der nichtkapitalistischen Perspektive gelangen, die in China noch nicht lautet: demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft, sondern demokratische Diktatur des Proletariats, des städtischen Kleinbürgertums und der Bauernschaft.

Damit wird die Stellung des Bolschewismus gegenüber dem Trotzkismus in voller historischer und praktischer Schärfe aufgerollt. Dadurch erst wird auch der unversöhnliche Gegensatz zwischen dem Trotzkismus und der Taktik des Bolschewismus in der chinesischen Revolution eindeutig enthüllt.

II. Die gegenwärtige Stellung Trotzkis zur Frage der „permanenten Revolution“

Bestehen aber noch diese Gegensätze des Trotzkismus zur Taktik des Bolschewismus in 1905? Hat Gen. Trotzki nicht seine Fehler in dieser Grundfrage eingesehen und diese Differenzen durch den Uebergang auf den Boden des Bolschewismus liquidiert? Ist das nicht die Auffrischung von alten Fehlern in der Vergangenheit Trotzkis, die er aber schon längst eingesehen hat? – Trotzki und jenes Lenin-Epigonentum, das gegenwärtig in seinem Block den „Leninismus“ verficht, behaupten eben, daß dies alles schon liquidiert sei. Es ist notwendig, auf diese Frage ausführlich einzugehen, weil dadurch der wirkliche Sinn der trotzkistischen Kritik an der Linie der Komintern in der chinesischen Frage entlarvt wird.

Lassen wir nun zunächst zu dieser Frage dem Gen. Trotzki selbst das Wort, Fünf Jahre nachdem Gen. Trotzki schon zur bolschewistischen Partei übergetreten war, schrieb er in seinem Vorwort zur 2. Auflage seines Buches „Die russische Revolution 1905“ zu dieser Frage folgendes:

„Gerade in der Zeitspanne zwischen dem 22. Januar und dem Oktoberstreik 1905 haben sich bei dem Verfasser die Ansichten über den Charakter der revolutionären Entwicklung Rußlands gebildet, die die Bezeichnung der Theorie der ‚permanenten Revolution‘ erhielten. Diese gelehrte Bezeichnung drückte den Gedanken aus, daß

die russische Revolution, vor der unmittelbar bürgerliche Ziele stehen, in keinem Falle bei ihnen stehen bleiben kann, Die Revolution kann ihre nächsten, bürgerlichen Aufgaben nicht anders lösen als durch die Besitzergreifung der Macht durch das Proletariat. Hat es aber die Macht in seine Hand genommen, so kann es sich nicht auf den bürgerlichen Rahmen der Revolution beschränken. Im Gegenteil, gerade zur Sicherung ihres Sieges muß die proletarische Avantgarde schon in der ersten Zeit ihrer Herrschaft die tiefsten Eingriffe nicht nur in das feudale, sondern auch in das bürgerliche Eigentum machen. Hierbei wird das Proletariat zusammenstoßen nicht nur mit allen Gruppierungen der Bourgeoisie, die es am Anfang seines revolutionären Kampfes unterstützt hatte, sondern auch mit den breiten Massen des Bauerntums, mit dessen Hilfe es zur Macht gekommen war. Die Widersprüche in der Stellung der Arbeiterregierung in einem rückständigen Lande mit einer erdrückenden Mehrheit bäuerlicher Bevölkerung können nur im internationalen Maßstabe gelöst werden, in der Arena der proletarischen Weltrevolution. Hat das siegreiche Proletariat kraft der historischen Notwendigkeit den engen bürgerlich-demokratischen Rahmen der russischen Revolution gesprengt, so wird es gezwungen sein, ihren nationalstaatlichen Rahmen zu durchbrechen, d. h, es muß bewußt darnach streben, die russische Revolution zum Vorspiel der Weltrevolution zu machen.

Diese Ansicht hat, wenn auch mit einer Unterbrechung von zwölf Jahren, ihre volle Bestätigung gefunden.“ (Von uns unterstrichen, der Verf.)

Das schrieb Gen. Trotzki im März 1922. Hier entstellte er wieder einmal, wie 1905, die Leninsche Losung der demokratischen Diktatur. Lenin zeigte auf, welche die konkreten Aufgaben des Proletariats 1905 waren: noch nicht die sozialistische Revolution verwirklichen, sondern die Masse [585] die zwischen Proletariat und Bourgeoisie steht, die die Hauptmasse der Gesellschaft bildet und die dem Proletariat im Kampfe gegen den Feudalismus und um die demokratische Umwälzung zu folgen bereit ist, in diese Kämpfe zu führen und ein besseres Kampffeld für das Ringen des Proletariats um den Sozialismus zu schaffen. Daraus macht Trotzki die Frage, ob das Proletariat bei der demokratischen Umwälzung stehen bleiben kann. Hier erklärt Trotzki erneut, daß das Proletariat, nachdem es zur Macht gekommen ist, zusammenstoßen muß im Kampfe mit den breiten Massen des Bauerntums. Die Leninsche Taktik zeigte dem Proletariat einen anderen Weg: durch die Politik des Bündnisses mit der Bauernschaft die proletarische Diktatur zu erhalten, den Sozialismus Schritt für Schritt aufzubauen, die Bauernschaft immer enger an das Proletariat zu knüpfen und nicht sie von sich fortzustoßen.

Aber abgesehen hiervon, obwohl auch das schon charakterisiert, wie weit Gen. Trotzki auch noch im Jahre 1922 vom Leninismus entfernt war. Die Theorie der „permanenten Revolution“ mit ihrem Beiwerk von der reinen Arbeiterregierung, von dem Kampf gegen die Bauernschaft, von der unmittelbaren sozialistischen Umwälzung wurde vom Gen. Trotzki im Jahre 1905 konkret vor das Proletariat gestellt. Die Geschichte hat ihm nach seiner Ansicht, „wenn auch mit einer Unterbrechung von zwölf Jahren“, recht gegeben. Und wie hat sie ihm recht gegeben? Sie hat dem Proletariat einen weiteren Zerfall des Zarismus, eine ungeheure Verschärfung der Klassengegensätze im nationalen und internationalen Maßstabe, einen imperialistischen Zerstörungskrieg, der den Weltkapitalismus in eine gewaltige Krise stürzte, eine Niedergangsepoche des Kapitals und die Aera der Weltrevolution geschenkt – alles, um dem Genossen Trotzki recht zu geben, „wenn auch mit einer Unterbrechung von zwölf Jahren“. Die Beziehungen Lenins zur Geschichte waren leider nicht so eng gestaltet, daß er an sie besondere Ansprüche stellen konnte, Die Taktik des Leninismus wartete eben nicht darauf, daß die Geschichte ihr in der weiten Zukunft die Möglichkeiten zum Handeln geben wird, ohne daß sich das Proletariat mit dem Kampf um die demokratische Diktatur „besudeln“ muß. Lenin rief den Proletarier zu:

„Nein und tausendmal nein, Genossen! Fürchtet euch nicht, euch zu besudeln durch die tatkräftigste, vor nichts haltmachende Beteiligung an der republikanischen Umwälzung gemeinsam mit der revolutionären bürgerlichen Demokratie. Uebertreibt nicht die Gefahren dieser Beteiligung, mit denen unser organisiertes Proletariat durchaus fertig werden kann. Monate der revolutionären Diktatur des Proletariats und des Bauerntums werden mehr zustande bringen als Jahrzehnte friedlicher lähmender Atmosphäre der politischen Stagnation. Hat die russische Arbeiterklasse nach dem 9. Januar unter Verhältnissen der politischen Versklavung es vermocht, mehr als eine Million Proletarier für die standhafte konsequente Kollektivaktion zu mobilisieren, so werden wir unter den Verhältnissen der revolutionär-demokratischen Diktatur Millionen und aber Millionen Besitzloser in Stadt und Land mobilisieren, werden aus der russischen politischen Revolution ein Vorspiel machen zu dem europäischen sozialistischen Umsturz.“

(Aus dem Artikel „Revolutionäre demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauern“, März 1905.)

Das ist auch die einzige leninistische Antwort auf den Hohn Trotzkis über den „Block der vier Klassen in China“, zu einer Zeit, wo ein Teil der Bourgeoisie gezwungen ist, im Bündnis mit der Kleinbourgeoisie, den Arbeitern und Bauern den Kampf gegen den Imperialismus und den halbfeudalen Militarismus zu führen, Besudelt euch nicht durch die Teilnahme an einem solchen Block! Wartet, bis euch die Geschichte recht geben wird, wenn auch nach einer Unterbrechung von zehn, zwanzig Jahren! Inzwischen versucht aber, die Sowjets zu bilden und den Kampf um die reine Sowjetdiktatur [586] zu führen! – Das ist in der Tat die Quintessenz des trotzkistischen Standpunktes, das ist der Sinn seiner „leninistischen“ Kritik an dem „Martynowschen“ Kurs der Komintern in China. Gen. Trotzki drückte das in seinen Thesen über „Die chinesische Revolution und die Thesen des Genossen Stalin“ (Plenarsitzung des EKKI, Mai 1927) mit folgendem Ruf aus, der es verdient, an dieser Stelle dem obigen von Lenin gegenübergestellt zu werden:

„Wenn die Kommunistische Partei, trotz einer Arbeitermassenbewegung, trotz stürmisch sich entwickelnder Gewerkschaften trotz der agrarrevolutionären Bewegung auf dem Lande, nach wie vor einen unterworfenen Teil einer bürgerlichen Partei bilden soll, und als Zugabe in die von dieser bürgerlichen Partei geschaffene nationale Regierung eintreten soll, so hätte man lieber direkt sagen sollen: für eine Kommunistische Partei in China ist die Zeit noch nicht gekommen. Denn besser ist es, überhaupt keine Partei zu schaffen, als sie in der Epoche der Revolution so grausam zu kompromittieren d. h. gerade dann, wenn die Verbindungen mit der Partei, mit den Arbeitermassen durch Blut befestigt wurden und große Traditionen geschaffen werden, die jahrzehntelang wirken.“

Befreit man diese Sätze von den Uebertreibungen, Entstellungen und dem Phrasenrausch, mit dem sie umgeben sind, so heißt das: solange das chinesische Proletariat in einer solchen Lage kämpfen muß, wo die Bourgeoisie in Verbindung mit dem Kleinbürgertum ein Uebergewicht über das Proletariat in Verbindung mit der Bauernschaft in der Führung der nationalrevolutionären Bewegung besitzt, so soll das Proletariat „lieber“ sagen, die Zeit für eine Kommunistische Partei, für einen bewußten Kampf um die Führung der Massenbewegung innerhalb der nationalen Revolution ist noch nicht gekommen. Das nennt sich dann „Politik auf weite Sicht!“

Gen. Trotzki charakterisiert im Jahre 1907 in dem Artikel „Unsere Meinungsverschiedenheiten“ den Unterschied zwischen der menschewistischen und bolschewistischen Taktik in der Revolution von 1905 folgendermaßen:

„Wenn die Menschewiki von der Abstraktion ausgehend: „Unsere Revolution ist bürgerlich“, zu dem Gedanken der Anpassung der ganzen Taktik des Proletariats an die Führung der liberalen Bourgeoisie kommen bis diese die Staatsmacht erobert hat; so kommen die Bolschewiki, von derselben nackten Abstraktion ausgehend: ‚Demokratische und nichtsozialistische Diktatur‘, zu dem Gedanken der bürgerlich-demokratischen Selbstbeschränkung des Proletariats, in dessen Händen sich die Staatsmacht befindet, Der Unterschied zwischen ihnen in dieser Frage ist allerdings sehr bedeutend: während sich die antirevolutionären Seiten des Menschewismus mit aller Kraft schon jetzt zeigen, droht d e n a n t i r e v o l u t i o n ä r e n Z ü g e n d e s B o l s c h e w i s m u s eine große Gefahr erst im Falle eines revolutionären Sieges.“ (Von uns unterstrichen; der Verf.)

Hierzu bemerkt Trotzki 1922 folgendes:

„Dies ist bekanntlich nicht eingetreten, da der Bolschewismus unter Führung des Gen. Lenin (nicht ohne inneren Kampf) s e i n e ideelle Umgestaltung in dieser äußerst wichtigen Frage im Frühjahr 1917, d. h. vor Eroberung der Macht, vollzogen hat,“ (Von uns unterstrichen; der Verf.)

Mit anderen Worten, Gen. Trotzki kam zum Leninismus, weil der letztere i h m, „wenn auch nach einer Unterbrechung von zwölf Jahren“, recht gegeben hat. Auf diese Weise sind die Differenzen, wie Trotzki das immer definiert, „historisch liquidiert“.

Die Geschichte hat sich 1905 geirrt. Sie hat sich aber schließlich besonnen und doch Trotzki recht gegeben. Sie hat dazu zwölf Jahre gebraucht, um sich zu Trotzkis Standpunkt durchzuringen. Daraus folgt nur, daß bei Gen. Trotzki diese zwölf Jahre von 1905 bis 1917 und die darauffolgenden zehn Jahre Arbeiter- und Bauernstaat n i c h t ausgereicht haben, um die Geschichte der russischen Revolution und die Taktik des Bolschewismus unter Führung Lenins verstehen zu lernen.

[587] Bei der chinesischen Revolution hat sich aber die Geschichte noch viel fataler geirrt als 1905! Hier hat sie dem Proletariat eine Aufgabe gestellt, sich von der nationalen Bourgeoisie und dem

radikalen Kleinbürgertum in die Arena der Revolution hineinführen zu lassen. Hier hat sie an die Kommunistische Partei, die erst im Verlauf dieses geführten Kampfes sich als Partei herausbildete, die Aufgabe gestellt, „gemeinsam mit der revolutionären bürgerlichen Demokratie sich an der revolutionären Umwälzung zu beteiligen“ – zu einer Zeit, wo die Bourgeoisie noch revolutionär war, natürlich in ihrem beschränkten historischen Sinne. Der Trotzkismus vom Jahre 1905 steht wieder auf und stürzt sich mit seiner jahrzehntelangen, traditionell schon erprobten Abrechnungsart mit der Geschichte auf die Taktik des Kommunismus in China, Wie gesagt: es ist nicht seine Schuld, daß hier sein Schema von der „permanenten Revolution“, der „Bourgeoisie“, dem „Proletariat“, der „nichtkapitalistischen Perspektive“ in solcher Verzerrung erscheint. (Schluß folgt.)

*

Preußische Franktireurs

Von Friedrich Engels

Die Kriegsschulddebatte steht wiederum im Mittelpunkte der imperialistischen Auseinandersetzungen. Es wäre verfehlt, ihr bloß historische Bedeutung beizumessen, denn sie drückt die zunehmende Verschärfung der imperialistischen Gegensätze in Europa aus und ist nur eine Teilerscheinung jener Kriegsatmosphäre, die am Vorabend des neuen Weltkrieges planmäßig und systematisch erzeugt wird, Eine wichtige Rolle in den Kriegsschulddebatten spielt die unmenschliche und barbarische Grausamkeit der deutschen Truppen bei der Besetzung Belgiens im Jahre 1914. Das Wüten der deutschen Truppen im belgischen Städtchen Dinant, an das die belgischen Imperialisten anläßlich einer Denkmalsenthüllung erinnert haben, gab Anlaß zur deutsch-belgischen Diskussion über den Franktireurkrieg in Belgien, Es ist zeitgemäß, an einen Artikel von Friedrich Engels zu erinnern, der dieselbe Frage nach dem deutsch-französischen Krieg des Jahres 1870 behandelt. Der Artikel von Friedrich Engels erschien am 9. Dezember 1870 in der „Pall Mali Gazette“ und wird in unserem Organ zum ersten Male in deutscher Sprache veröffentlicht. Die Redaktion.

Die Berichte über das Niederbrennen von französischen Dörfern durch die Preußen waren in der letzten Zeit fast ganz aus der Presse verschwunden. Wir begannen zu hoffen, daß die preußischen Behörden ihren Fehler entdeckt und solche Schritte im Interesse ihrer eigenen Truppen eingestellt hätten. Wir waren im Irrtum. Die Zeitungen wimmeln wieder von Nachrichten über die Erschießung von Gefangenen und die Zerstörung von Dörfern. Der „Berliner Börsen-Courier“ läßt sich aus Versailles vom 20. November berichten:

„Gestern langten die ersten Verwundeten und Gefangenen aus dem am 17. November stattgefundenen Gefecht bei Dreux an. Mit den Franktireurs wurde kurzer Prozeß gemacht und ein Exempel an ihnen statuiert. Sie wurden in eine Reihe gestellt, und einer nach dem andern bekam eine Kugel in den Kopf. Es ist eine Generalorder für die ganze Armee veröffentlicht worden, die ausdrücklich verbietet, sie als Gefangene einzubringen, und die bestimmt, sie durch ein sofort zusammenzutretendes Standgericht niederschießen zu lassen, wo immer sie sich zeigen. Gegen diese gemeinen feigen Räuber und dieses Lumpengesindel ist ein solches Vorgehen eine absolute Notwendigkeit.“

[588] Die Wiener Tagespresse sagt unter demselben Datum:

„Im Wald von Villeneuve hat man in der letzten Woche vier Franktireurs erhängt, weil sie auf unsere Ulanen aus dem Walde geschossen haben.“

Ein offizieller Bericht – datiert Versailles, den 26. November – stellt fest, daß die Bevölkerung in der Gegend von Orleans, – aufgehetzt durch Priester, die vom Bischof Dupanloup beauftragt waren, einen Kreuzzug zu predigen, – einen Guerilla-Krieg gegen die Deutschen begonnen hat: Patrouillen werden beschossen und Ordonnanzoffiziere von Bauern, die scheinbar auf dem Felde arbeiten, niedergemacht. Um diese feigen Meuchelmorde zu rächen, sind alle Zivilpersonen, die Waffen tragen, sofort hingerichtet worden. Etwa 77 Priester erwarten ihr Verhör.

Das sind nur einige Beispiele, die bis ins unendliche multipliziert werden könnten, so daß es ein feststehender Vorsatz der Preußen zu sein scheint, diese Brutalitäten bis ans Ende des Krieges

fortzusetzen. Unter diesen Umständen dürfte es gut sein, die Aufmerksamkeit auf einige Tatsachen in der modernen preußischen Geschichte zu lenken.

Der jetzige König von Preußen wird sich sehr gut der Zeit der tiefsten Erniedrigung seines Landes erinnern: der Schlacht von Jena, der langen Flucht zur Oder, der nachfolgenden Kapitulation fast der gesamten preußischen Truppen, des Rückzugs der Ueberreste hinter die Weichsel und schließlich des vollkommenen Zusammenbruchs des ganzen militärischen und politischen Systems des Landes. Da begann unter dem Schutze einer pommerschen Küstenfestung, unter dem Einfluß privater Initiative und privatem Patriotismus ein neuer aktiver Widerstand gegen den Feind. Ein einfacher Fähnrich der Dragoner, S c h i l l, begann in Kolberg ein Freikorps (französisch: Franctireurs) zu bilden, mit dem er, unterstützt durch die Einwohner, Patrouillen, Detachements und Feldposten überfiel und öffentliche Gelder, Proviant und Kriegsmaterial beschlagnahmte. Er nahm den französischen General Victor gefangen und bereitete einen allgemeinen Aufstand des Landes im Rücken der Franzosen und auf ihren Verbindungslinien vor. Kurzum, er tat alle jene Dinge, die jetzt den französischen Franktireurs zur Last gelegt werden, die jetzt von den Preußen als Räuber und Lumpengesindel bezeichnet und obwohl sie unbewaffnete Gefangene sind – durch „eine Kugel durch den Kopf“ erledigt werden.

Aber der Vater des jetzigen preußischen Königs sanktionierte die Taten des Kolberger Freikorps ausdrücklich und beförderte Schill. Es ist bekannt, daß dieser selbe Schill 1809 – als zwar in Preußen Frieden, aber Oesterreich gegen Frankreich Krieg führte – mit seinem Regiment auf eigne Faust einen Feldzug gegen Napoleon unternahm (so wie es Garibaldi tat). Er wurde in Stralsund getötet und seine Soldaten gefangen genommen. Nach den preußischen Kriegsregeln hätte also Napoleon absolut das Recht gehabt, sämtliche Gefangene zu erschießen, Er ließ jedoch nur 11 Offiziere in Wesel erschießen. Auf den Gräbern dieser 11 Franktireurs mußte der Vater des jetzigen preußischen Königs, sehr gegen seinen Willen, aber gezwungen durch die öffentliche Meinung in und außerhalb der Armee, zum ehrenden Gedenken ein Denkmal errichten lassen.

Kaum war ein praktischer Anfang des „Freischärlertums“ in Preußen gemacht worden, so begannen die Preußen – wie es einer Nation von Denkern geziemt –, die Sache in ein System zu bringen und eine Theorie dazu auszuarbeiten. Der Theoretiker des Freischärlertums, der große Franktireur und Philosoph unter ihnen, war kein anderer als Anton Neithardt von G n e i s e n a u, der eine Zeitlang Feldmarschall im Dienste seiner preußischen Majestät war. Gneisenau hatte 1807 Kolberg verteidigt; er hatte einige Schillsche Franktireurs unter sich gehabt; er war in seiner Verteidigung kräftig durch die Einwohner der Stadt unterstützt worden, die durchaus nicht auf den Titel von nationalen Garderegimentern, beweglich oder seßhaft, Anspruch erheben konnten. Sie verdienten deshalb, – nach den neuen preußischen Neigungen – „auf der Stelle hingerichtet“ zu werden.

[589] Die Größe der Hilfsquellen, die ein überfallenes Land in einem energischen Volkswiderstand besitzt, machten auf Gneisenau einen so tiefen Eindruck, daß er sich während einer Reihe von Jahren intensiv mit dem Problem beschäftigte, wie der Volkswiderstand am besten organisiert werden könnte. Der Guerilla-Krieg in Spanien und die Erhebung der russischen Bauern auf der französischen Rückzugslinie von Moskau gaben dem Theoretiker der preußischen „Franktireurs“ neue Beispiele, und 1813 konnte er seine Theorie in die Praxis umwandeln.

Bereits im August 1811 hatte Gneisenau einen Plan für die Vorbereitung eines Volkswiderstandes ausgearbeitet. Es sollte eine Miliz gebildet werden, die keine Uniformen, sondern nur eine Militärmütze (französisch: képi), schwarzweiße Gürtel und vielleicht einen militärischen Ueberrock tragen sollte. Kurzum: Die Uniform der preußischen Miliz sollte der Uniform der jetzigen französischen Franktireurs so ähnlich wie möglich sein. „Sollte der Feind in überlegener Stärke erscheinen, so sind die Waffen, Mützen und Gürtel zu verstecken, und die Milizsoldaten treten als einfache Bewohner des Landes auf.“ Gerade das betrachteten die Preußen jetzt als ein Verbrechen, das durch Kugel oder Strick bestraft werden muß. Diese preußischen Miliztruppen sollten den Feind unablässig beunruhigen, seine Verbindungen unterbrechen, seine Transporte und Lieferungen beschlagnahmen oder zerstören, dabei aber reguläre Angriffe vermeiden und sich vor den Massen der regulären Truppen in die Wälder oder Sümpfe zurückziehen. „Die Geistlichkeit aller Konfessionen muß beauftragt werden,

sobald der Krieg ausbricht, überall den Aufstand zu predigen. Sie muß die französische Unterdrückung in den schwärzesten Farben schildern, das Volk an die Juden unter den Makkabäern erinnern und es aufrufen, ihrem Beispiel zu folgen ... Jeder Geistliche muß von seinen Pfarrkindern einen Eid verlangen, daß sie dem Feinde keinen Proviant und keine Waffen übergeben, es sei denn, sie würden durch tatsächliche physische Gewalt dazu gezwungen.“ – In der Tat, die preußischen Pfaffen sollten denselben Kreuzzug predigen, den der Bischof von Orléans seinen Pfaffen zu predigen befohlen hatte und wofür jetzt nicht wenig französische Priester ihr Verhör erwarten.

Wer das Buch von Professor Pertz „Das Leben Gneisenaus“, zweite Ausgabe, zur Hand nimmt, wird auf der Titelseite eine Reproduktion eines Teiles des oben erwähnten Zitates, ebenso ein Faksimile von Gneisenaus Handschrift finden. Es wird gleichzeitig das Faksimile einer Randnote König Friedrich Wilhelms zu Gneisenaus Gedanken finden – „sobald e i n Geistlicher erschossen sein wird, wird die Propaganda der Geistlichen zu Ende sein“. Augenscheinlich hatte der König kein großes Vertrauen zu dem Heroismus seiner Geistlichkeit, Aber dies hinderte ihn nicht, Gneisenaus Plan ausdrücklich zu sanktionieren. Und einige Jahre später, als genau dieselben Leute, die die Franzosen aus dem Lande vertrieben hatten, verhaftet und als „Demagogen“ verfolgt wurden, hinderte es die Reaktion ebensowenig, gegen diesen Plan gerichtlich vorzugehen. Einer der intelligentesten Demagogenjäger der Zeit, in dessen Hände das Originaldokument – mitsamt den Randnotizen des Königs – gefallen war, unternahm gegen den unbekannten Autor dieses Versuchs, das Volk zum Erschießen der Geistlichkeit aufzureizen, gerichtliche Schritte.

Bis zum Jahre 1813 wurde Gneisenau nicht müde, nicht nur die reguläre Armee, sondern auch den Volkswiderstand als ein Mittel, das französische Joch abzuschütteln, vorzubereiten. Als schließlich der Krieg ausbrach, wurde er sofort von Aufständen, vom Widerstande der Bauern und von Kämpfen der Franktireurs begleitet. Im April griff das Land von der Weser bis zur Elbe zu den Waffen. Kurz darauf erhob sich die Bevölkerung in der Gegend von Magdeburg, und Gneisenau selbst schrieb an seine Freunde in Franken – der Brief ist durch Pertz veröffentlicht worden – und rief sie auf, sich an der feindlichen Etappenstraße zu erheben. Schließlich kam die offizielle Anerkennung dieser Volkskriegsführung: Die Landsturmordnung vom 21. April 1813 (die erst im Juli veröffentlicht wurde). Jeder dienstfähige Mann, der [590] nicht bereits in den Reihen der Linientruppen oder Landwehr diente, wurde aufgerufen, sich bei seinem Landsturmbataillon zu stellen und sich für den heiligen Kampf der Selbstverteidigung, der jedes Mittel erlaubt, auszurüsten. Der Landsturm soll sowohl den Vormarsch als auch den Rückzug des Feindes stören. Er muß sich dauernd bereit halten, die Munitions- und Proviantttransporte, die Kuriere, Rekruten und Hospitäler des Feindes zu überfallen, den Feind des Nachts zu überraschen, seine Nachzügler und Detachements zu vernichten, kurzum – er muß jede Bewegung des Feindes lähmen und ihn unsicher machen. Andererseits hat der Landsturm die preußische Armee zu unterstützen und Geld, Proviant, Munition und Gefangene zu eskortieren. Dieses Gesetz ist tatsächlich ein mustergültiges Handbuch für Franktireurs, und da es durch keine strategischen Mittel gebunden ist, ist es ebenso heute in Frankreich, wie zu jener Zeit in Deutschland anwendbar. –

Der Artikel F r i e d r i c h E n g e l s’ weist überzeugend nach, daß die Preußen-Deutschen am allerwenigstens berechtigt sind, sich moralisch in die Brust zu werfen und über das Franktireur-„Unwesen“ zu zetern, Sie selbst sind es gewesen, die das Freischärlertum in Theorie gebracht haben.

Die Deutschen haben übrigens 1870/71 ebenso blutrünstigsten Chauvinismus getrieben wie 1914-18. Als Musterbeispiel der verlogenen Hetze gegen die Franktireurs wollen wir ein Zitat aus dem „Berliner Börsen-Courier von 1870 zitieren (auf das auch Friedrich Engels in seinem Artikel hinweist):

„H. G. Hauptquartier Versailles, 20. November (Original-Correspondenz des „Berliner Börsen-Courier“). Gestern langten die ersten Verwundeten von dem am 17. bei Dreux stattgefundenen Kampfe im hiesigen Schlosse an. Unsere Mannschaften sind über die Haltung und Feigheit der Mobilgarden nur einer Meinung; beim Heranrücken der ‚wilden Corps‘ unserer Ulans sollen dieselben sofort um Pardon gebeten haben. Unter den hier angekommenen französischen Verwundeten befindet sich ein Offizier der Mobilgarde, der, bei Dreux verwundet, den heranstürmenden deutschen Truppen mit seinem Taschentuch entgegenwinkte und flehentlich um Pardon bat, Der Schurke besaß die Niedertracht, alsdann von seinem Pferde zu schießen, ohne indessen eine

Verwundung anzurichten. Daß man solchen Buben gegenüber noch das Mitleid übte, sie in ein Lazarett zu transportieren und sie nicht nach Gebühr standrechtlich zu erschießen, ist ein Beweis der etwas zu weit getriebenen Humanität der deutschen Armee, Hingegen wurde mit den Franktireurs gründlich aufgeräumt und ein Exempel statuiert; diese Bande wurde der Reihe nach aufgestellt und einem nach dem anderen durch eine Kugel vor den Kopf der Garaus gemacht. Ein extrahierter Armeebefehl verbietet auf das nachdrücklichste, Franktireurs als Gefangene einzubringen, dieselben aber, wo sie sich nur zeigen mögen, standrechtlich niederzuschießen, Mit Rücksicht auf das schamlos feige und räuberische Gebahren dieses Lumpengesindels, welches namentlich in dem weniger stark besetzten Hinterland unseren Soldaten auflauert und dieselben meuchlings mordet, ist das angewendete Verfahren zur eisernen Notwendigkeit geworden.“ (Zitiert aus Nr. 547 des „Berliner Börsen-Courier“ vom 23.11.1870, Abendausgabe.)

In diesem Originalbericht spiegelt sich in Reinkultur die deutsche Kampfesweise wider (gleich ob 1813, 1870 oder 1914–18), sie ist dem preußischen Kriegswesen ebenso innewohnend, wie das heuchlerische Zetern über Franktireurs. R. H.

*

Mitteilung der Redaktion: Der Artikel von Friedrich Engels:

„Preußische Franktireurs“ ist dem in Kürze erscheinenden Buche „Kann Europa abrüsten? Militärpolitische Arbeiten von Friedrich Engels“, herausgegeben von Rudolf Haus, entnommen. Das Buch erscheint im Verlag für Literatur und Politik, Wien und Berlin. [591]

*

Die Rolle des Tarifvertrages im Gewerkschaftskampf.

Von P. Merker

II.

Ueber die Stellung zum Tarifvertrag gibt es in der Partei noch keine vollständige Klarheit. Teils wird die Rolle des Tarifvertrages im Gewerkschaftskampfe überschätzt, teils unterschätzt. Das sind zwei Fehler, deren Auswirkungen gleichermaßen schädlich sein können.

Die Ursache dafür, daß über die praktischen Gewerkschaftsprobleme, so auch über den Tarifvertrag, noch keine Klarheit in der Partei geschaffen wurde, ist in erster Linie in den Besonderheiten der Entwicklung der Partei zu suchen.

Die Partei entwickelte sich zur Massenpartei in Zeiten hochgehender Wellen der Revolution. In diesen Zeiten stand vor der Partei wiederholt als unmittelbare Aufgabe der Kampf um die politische Macht, Die Partei stellte infolgedessen auch in ihrer Gewerkschaftsarbeit die Frage der Ausnutzung der Gewerkschaften zur unmittelbaren Unterstützung des Machtkampfes in den Vordergrund; eine Aufgabe, die den Gewerkschaften von Karl Marx ausdrücklich als die wichtigste zugewiesen wurde, Es ist erklärlich, daß in dieser Periode wenig Raum für die Behandlung besonderer Probleme des Gewerkschaftskampfes vorhanden war, die eine wichtige Rolle spielen in der Zeit der aufsteigenden Entwicklung oder der mehr oder minder großen relativen Stabilisierung der kapitalistischen Wirtschaft.

Die politischen und ökonomischen Positionen der deutschen Bourgeoisie haben sich in den letzten Jahren wieder verstärkt. Bei den Kämpfen um höheren Lohn und Verkürzung der Arbeitszeit tritt darum eine Reihe besonderer Probleme wieder mehr in den Vordergrund. So ist die Entwicklung einer revolutionären, klassenkämpferischen Ideologie zur Orientierung in allen Phasen des Gewerkschaftskampfes, gegenüber der reformistischen wirtschaftsfriedlichen Verseuchung der Arbeiterklasse durch die herrschenden Gewerkschaftsinstanzen, eine dringende Notwendigkeit.

Der Tarifvertrag ein Waffenstillstand.

In der Resolution des Internationalen Kongresses zu Genf (1866) und in seinem Vortrag „Lohn, Preis und Profit“ hat Karl Marx die Bedeutung und die Aufgaben der Gewerkschaftsverbände klassisch umrissen. Es heißt dazu in der Resolution:

„Die einzige gesellschaftliche Macht der Arbeiter besteht in ihrer Zahl. Die Macht der Zahl wird aber durch ihre

Uneinigkeit gebrochen. Die Uneinigkeit der Arbeiter wird durch ihre unvermeidliche Konkurrenz untereinander erzeugt und genährt. Die Gewerkschaftsgenossenschaften hatten ihren Ursprung in dem freiwilligen Bestreben der Arbeiter, diese Konkurrenz zu beseitigen oder wenigstens zu beschränken, in der Absicht, Vertragsbedingungen zu erkämpfen, durch welche sie über die Stellung einfacher Sklaven emporgehoben würden. Der unmittelbare Zweck der Gewerkschaftsgenossenschaften beschränkte sich daher auf die alltäglichen Bedürfnisse, auf augenblickliche Auskunftsmittel gegen die fortwährender Uebergriffe des Kapitals, mit einem Wort, auf die Frage des Lohnes und der Arbeitszeit. Diese Tätigkeit der Gewerkschaften ist nicht bloß berechtigt, sondern notwendig. Sie darf nicht aufgegeben werden, solange das gegenwärtige Produktionssystem dauert."

In seinem Vortrag „Lohn, Preis und Profit" sagt Marx zu derselben Frage:

„Sie dürfen nicht vergessen, daß sie (im rein gewerkschaftlichen Kampf) mit den Wirkungen und nicht mit den Ursachen dieser Wirkungen [592] kämpfen, daß sie die Abwärtsbewegung aufhalten, aber deren Richtung nicht verändern, daß sie Palliativmittel anwenden, aber die Krankheit nicht heilen. Sie sollen deshalb nicht in den Guerilla-Krieg aufgehen, wie sie die nie aufhörenden Uebergriffe des Kapitals und die Aenderungen der Marktlage beständig hervorrufen. Sie müssen verstehen, daß das gegenwärtige System neben all dem Elend, das es ihnen auferlegt, zur selben Zeit die für einen ökonomischen Wiederaufbau der Gesellschaft notwendigen materiellen Bedingungen und sozialen Formen erzeugt. Anstelle des konservativen Mottos ‚ein gerechter Tageslohn, einen gerechten Arbeitstag', sollten sie das revolutionäre Schlagwort auf ihre Fahne schreiben: ‚Abschaffung des Lohnsystems'."

Aus der Stellung Karl Marx' zu den Aufgaben der Gewerkschaften ergibt sich für uns auch ganz eindeutig die Rolle und die Bedeutung des Tarifvertrages.

Darnach ist im Rahmen des Kampfes der Arbeiterklasse für die Abschaffung des Lohnsystems, also für die Aufrichtung der politischen Macht der Arbeiterklasse und der Bauern, für den Aufbau des Sozialismus das Tarifwesen ein Kompromiß zwischen den Klassen der Arbeiter und der Kapitalisten.

Er ist an den zahlreichen Frontabschnitten des Kampfes der Arbeiter um die Erhöhung des Lohnes und um die Verkürzung der Arbeitszeit ein Waffenstillstand. Niemals mehr. Niemals das, was die Reformisten von dem Tarifvertrag behaupten. Deren Ziel ist, durch den Tarifvertrag selbst die Kämpfe um Lohn und Verkürzung der Arbeitszeit, die Karl Marx als den Guerilla-Krieg zwischen Kapital und Arbeit bezeichnete, zu mildern. Da sie den Kampf gegen das Lohnsystem als eine Aufgabe der Gewerkschaften ablehnen, betrachten sie den Tarifvertrag als das Fundament zur Errichtung einer (illusionären) Wirtschaftsdemokratie innerhalb des heutigen kapitalistischen Produktionssystems. Eine solche Stellung ist konterrevolutionär. Ein unversöhnlicher Kampf muß gegen diese reaktionäre Ideologie geführt werden.

Wann soll man einen Tarifvertrag abschließen?

Die Beantwortung dieser Frage zwingt uns, einige Auffassungen die Genosse Enderle in seinem Buch „Die Gewerkschaftsbewegung" zu der Frage der Tarifverträge vertritt, zu ergänzen bzw. zu erwidern.

Genosse Enderle schreibt ganz allgemein:

Für uns ist der Tarifvertrag keine Frage des Prinzips, sondern eine Frage der Taktik."

Wir glauben, daß diese Formulierung ungenügend und zu primitiv ist, Auch für uns Kommunisten ergeben sich zur Führung des Guerilla-Krieges, an dessen Auslösung und Förderung wir uns hervorragend zu beteiligen haben, auf den wir uns jedoch nicht beschränken dürfen, bestimmte Grundsätze.

Ein solcher Grundsatz ist z. B., daß wir entschieden für die kollektive Regelung der Arbeitsverhältnisse der Arbeiter zwischen den Gewerkschaftsverbänden und den Unternehmern eintreten, daß wir den Kampf führen gegen die Versuche der Unternehmer, den individuellen Arbeitsvertrag allein beizubehalten oder Werktarife einzuführen. Das sind im Rahmen des Guerilla-Krieges keine Fragen der Taktik, sondern Grundsätze, die wir vertreten und für die wir kämpfen müssen.

Von diesen Grundsätzen wenden wir uns keineswegs dann ab, wenn wir aus taktischen Gründen zur Erzielung einer günstigen kollektiven Regelung der Arbeitsverhältnisse eine tariflose Zeit vorübergehend eintreten lassen und den betriebsweisen Kampf gegen den einzelnen Unternehmer proklamieren.

Eine Unterschätzung der Bedeutung der kollektiven Regelung der [593] Arbeits- und Lohnverhältnisse führt sehr leicht zur Zersplitterung der Kräfte der Arbeiter, Aus einer richtigen Kampfestaktik zur Erzielung eines für die Arbeiter günstigen Tarifes, die dem Kräfteverhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer entspricht, wird in diesem Falle eine falsche Kampfesmethode, deren Auswirkungen zur Steigerung der gegenseitigen Konkurrenz unter den Arbeitern führt.

Eine Frage der Taktik aber ist es, zu welchem Zeitpunkt wir einen Tarifvertrag abschließen, oder ob wir vorübergehend den Abschluß eines Tarifvertrages verweigern, Es ist nicht der Vertrag an sich, um den wir kämpfen, sondern der Kampf geht in dem Guerilla-Krieg darum, dem Kapitalisten einen größeren Teil seines Profites zu nehmen und den Grad der Ausbeutung herabzudrücken.

Wohl ist das Tarifwesen, im Verlauf des Kampfes der Arbeiterklasse um die politische Macht betrachtet, ein Kompromiß und wird es auch immer sein. Aber ein revolutionärer Gewerkschaftsführer muß alles tun, um zu verhindern, daß der Tarifvertrag das Ergebnis eines Kompromisses zwischen Gewerkschaftsleitung und den Unternehmern wird, sondern sein Inhalt (Höhe des Lohnes, Dauer der Arbeitszeit, sonstige soziale Vorteile) muß den Ausdruck des Kräfteverhältnisses zwischen den Arbeitern und Unternehmern darstellen. Das Ziel der revolutionären Politik in dem Guerilla-Krieg ist, dem einzelnen und der Gesamtheit der Unternehmer den Willen der Arbeiter aufzuzwingen, die Forderungen der Arbeiter, so wie sie der Situation entsprechend aufgestellt wurden, durchzusetzen. Bei rechtzeitiger revolutionärer Vorbereitung der Kämpfe, bei der Anwendung einer revolutionären Kampfestaktik und Kampfesmethoden sind solche Kompromisse im Einzelfalle zu verhindern. Tarifverträge zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die dem Kräfteverhältnis zwischen Arbeitern und Unternehmern nicht entsprechen, sind gerade der Ausdruck der reformistischen Gewerkschaftspolitik und -praxis im gewerkschaftlichen Kleinkrieg.

Dort, wo revolutionäre Gewerkschafter zu Kompromissen beim Abschluß von Tarifen gezwungen sind, haben sie allen Grund, ernstlich die Vorbereitung der Bewegung, die angewandte Kampfestaktik und die Kampfesmethoden nachzuprüfen. Denn Mängel in dieser Richtung sind sehr oft ihre Ursache.

Der Abschluß eines Tarifvertrages ist zu verweigern, wenn der Abschluß von den Unternehmern betrieben wird, um sich Ruhe zu schaffen und gleichzeitig die in fortgesetzten Kämpfen der Arbeiter in Teilen des in Frage kommenden Industriezweiges erzielten günstigeren Arbeitsbedingungen auf das Durchschnittsmaß herabzudrücken.

Die Vorbedingung des Abschlusses eines Tarifvertrages muß stets das gewissenhafte Messen des Kräfteverhältnisses zwischen den Arbeitern und den Unternehmern sein. Das kann geschehen nicht allein durch den Streik – der zweifellos aber das beste Mittel dazu ist – sondern auch durch Abstimmungen usw.

Aber Grundprinzip jedes revolutionären Gewerkschafters muß es sein, auf keinen Fall eine Bewegung der Arbeiter zu hemmen oder gar zurückzudrängen mit der Motivierung, die Unternehmer werden bereitwilliger sein zum Abschluß eines für die Arbeiter günstigen Tarifes, wenn die Arbeiter davon absehen, zu kämpfen. Nicht in der Verteidigung, im Angriff liegt auch während des Guerilla-Krieges die beste Voraussetzung zum Sieg. Darum ist es notwendig, jede Bewegung der Arbeiter zu fördern mit dem Ziele, sie zu einer umfassenden zu gestalten.

Gerade hier ist eines der wichtigsten Glieder der Kette, die wir ergreifen müssen zum wirksamen Kampfe gegen die Reformisten, die in dem Abschluß von Tarifverträgen, wie bereits wiederholt festgestellt, die gewollte Möglich-[594]keit sehen, selbst den Kampf um erhöhten Lohn und Verkürzung

der Arbeitszeit zu mildern, anstatt ihn zu fördern und zu entwickeln und mit der Steigerung des Klassenbewußtseins der Massen durch Ausnutzung der Kämpfe zur revolutionären Propaganda in einer heranreif enden objektiven Situation umzumünzen in den Kampf um die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung.

Der Geltungsbereich des Tarifes.

Die Bezeichnung der Frage Abschluß von Reichs-, Bezirks- oder örtlichen Tarifen als eine taktische Frage, ist im allgemeinen richtig. Dabei dürfen wir jedoch nicht unseren Grundsatz vergessen, die Kämpfe der Arbeiter auszudehnen zu Massenkämpfen, dem konzentrierten Kapital die konzentrierte Macht der Arbeiter in den einzelnen Industrien auch im Wirtschaftskampfe entgegenzustellen.

Der Tarifvertrag, der, wenn sein Inhalt entsprechend ist, die Konkurrenz der Arbeiter innerhalb des Betriebes und eines Industriezweiges vermindern hilft, ist in der Regel vorteilhafter, wenn er sich über einen breiten Komplex der betreffenden Industrie erstreckt, In den ersten Jahren nach der Revolution gelang es, in verschiedenen Industriezweigen Reichstarife abzuschließen, die heute noch bestehen. Wenn an der Spitze der Verbände revolutionäre Arbeiter und keine reformistischen Bürokraten stehen würden, wäre der Zustand ein idealer. Es bestände alsdann eher die Möglichkeit, zum einheitlichen Termin in der betreffenden Industriegruppe einen einheitlichen Kampf im Reichsmaßstabe zu führen. Die Streikbrechergefahr würde dadurch stark vermindert sein.

Aber auch solange die Reformisten die Gewerkschaftsverbände beherrschen, müssen wir dort, wo es die Eigenart des Industriezweiges zuläßt und die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Reichsmaßstabe einen Zuwachs an Macht für die Arbeiter bedeutet, für den Abschluß bzw. für die Erhaltung eines Reichstarifes kämpfen. Das ist besonders notwendig im Bergbau, anders ist es im Baugewerbe. Einwände, daß die von den Reformisten abgeschlossenen Reichstarife die Aktivität der Arbeiter hemmen, sind falsch. Es ist nicht ein bestehender Reichstarifvertrag, der die Arbeiter in den verschiedenen Orten hindert, gute Möglichkeiten zur Verbesserung ihrer Lage auszunutzen, sondern es sind die reformistischen Führer mit ihrer Propagierung der absoluten Tariftreue.

Wir wissen aber aus Erfahrung, daß der Tarifvertrag für den Unternehmer ein Fetzen Papier wird, wenn sich für ihn die Möglichkeit bietet, ihn zu umgehen. Es ist darum geradezu idiotisch, wenn von dem Arbeiter verlangt wird, daß er trotz günstiger Umstände seine Lage nicht verbessern soll, weil die Tariftreue das verlangt. Gerade die jetzige Periode der Preissteigerungen trotz günstiger Konjunktur mit den zahlreichen zwischentariflichen Lohnregelungen sind dafür ein Beispiel. Die erste Phase der Rationalisierung der deutschen Wirtschaft war ein weiteres.

Der reformistische Zauber von der absoluten Tarif treue muß besonders in solchen Perioden in der Ideologie der Arbeiter gründlich zerstört werden. Das ist eine sehr wichtige Aufgabe der revolutionären Gewerkschaften. Sie wird nicht dadurch gelöst, indem man gegen das Bestehen des Reichstarifes oder anderer Tarife anrennt, sondern indem man trotz des Bestehens eines Reichs-, Bezirks- oder örtlichen Tarifes und gegen den Willen der Reformisten für die Arbeiterschaft vorteilhafte Situationen rücksichtslos ausnutzt, Forderungen an die Unternehmer stellt und zu ihrer Durchführung den Kampf unter Verwendung einer geeigneten Taktik aufnimmt.

Bei der Bestimmung des Geltungsbereiches eines Tarifvertrages müssen sich die revolutionären Gewerkschafter stets davon leiten lassen, welche Ausdehnung es ermöglicht, den Kampf einheitlich und am wirksamsten gegen die Unternehmer zu führen, Das ist infolge der verschiedenartigen Struktur der Industrie, der bestehenden Gelegenheiten, Werke desselben Industriezweiges mit gleicher Produktion an anderen Orten zur Leistung von Streikarbeiten zu verwenden usw., nicht einheitlich zu regeln.

[595] In Perioden günstiger Konjunktur, wie das gegenwärtig der Fall ist, ist es auch sehr wichtig, dahin zu wirken, daß für die Arbeiter eines Industriezweiges nur ein Tarif abgeschlossen wird, d. h., daß in diesen Tarif die verschiedensten Berufsgruppen, die in dem Industriezweig tätig sind, einbezogen und ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse möglichst einheitlich gestaltet werden.

Die Tätigkeit in dieser Richtung fördert die Entwicklung zum Industrieverband, wenn sie gleichzeitig verbunden wird mit der Agitation zum Eintritt in den für die Industrie maßgeblichen Industrieverband.

Ungeklärt und umstritten ist noch die Frage, ob die kollektive Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse innerhalb von dazu besonders geeigneten Trusts zu erstreben ist. Unseres Erachtens ist das in den großen Trusts sogar jetzt durchaus notwendig.

Die Beherrscher der Trusts sind infolge ihrer ungeheuren wirtschaftlichen Macht gleichzeitig die Träger der politischen Macht im kapitalistischen Staatswesen und die ausgesprochensten Klassenfeinde des Proletariats. Die Niederhaltung oder Herabdrückung des Lebensniveaus der Arbeiter in den Trustbetrieben als dem fortgeschrittensten und konzentriertesten Teil des kapitalistischen Produktionsapparates wirkt sich auf die Lebenslage der Gesamtarbeiterschaft aus. Gegen diese mächtigsten Feinde der werktätigen Massen muß sich deshalb der Kampf der Arbeiterschaft in erster Linie und in höchst konzentriertester Form richten. Um in den Trusts bessere Arbeitsbedingungen zu erreichen, genügt es unseres Erachtens nicht, den Angriff der Arbeiter nur frontal gegen die Gesamtheit der Unternehmer irgendeines Industriezweiges, in dem große Trustgebilde vorhanden sind, zu richten. Eine solche Kampfesmethode führt dazu, daß die Arbeiter in den infolge ihrer besseren Ausbeutungsmethoden und ihrer moderneren technischen Einrichtungen mit einer größeren Profitrate arbeitenden Trustbetrieben bei ihren Kämpfen auf die Erfolgsmöglichkeiten in kleineren, freien Betrieben herabgedrückt werden. Denn die Kampfesmöglichkeiten in kleineren Betrieben gegenüber solchen in den riesenhaften Trustbetrieben, wo oftmals Zehntausende Arbeiter zusammengeballt sind, sind kaum miteinander zu vergleichen.

Es gilt aber auch, in den Wirtschaftskämpfen der Arbeiter die Konkurrenzkämpfe zwischen den einzelnen Kapitalistengruppen, zwischen den Trusts und den Einzelunternehmungen auszunutzen. Die reformistischen Kampfesmethoden, die rein schematische Anwendung des Streikes als Kampfesmittel (wenn es von den Reformisten überhaupt angewandt wird) ohne eine klare Uebersicht darüber, wo sich der erfolgreichste Angriffspunkt in der Front der Unternehmer befindet, beeinträchtigt die Erfolgsmöglichkeiten des Gewerkschaftskampfes.

Das Hinauftreiben des Lohnniveaus und die Verkürzung der Arbeitszeit für die Arbeiter der Trustbetriebe erleichtert auch die Kampfesbedingungen in den kleineren Betrieben.

Der Kampf um die kollektive Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen innerhalb der großen Trustbetriebe hat nichts gemein mit der Forderung der Unternehmer nach Anerkennung der zwischen der Werksleitung und dem Betriebsrat oder einer gelben Werksgemeinschaft abgeschlossenen Werkstarife. Es ist selbstverständlich, daß die Gewerkschaftsverbände die Kämpfe gegen die Trusts, gestützt auf die Betriebsräte, organisieren und führen müssen, um zu einem Trusttarif zu kommen.

K u r z - o d e r l a n g f r i s t i g e T a r i f v e r t r ä g e.

In der Nr. 14 der „Internationale“ vom 15. Juli 1927 schrieben wir zur Frage: „Sind Kommunisten für lang- oder kurzfristige Tarifverträge“ folgendes:

„Die Kommunisten treten für kurzfristige Tarifverträge ein, oder zumindest für kurzfristige Kündigungsmöglichkeiten der einzelnen Teile des Tarifes. Langfristige Tarife, besonders aber langfristige Lohnabkommen, hat ein Kommunist entschieden zu bekämpfen.“

[596] Gegen diese Auffassung wendet sich Genosse A l e x a n d e r und verweist darauf, daß bei der Entscheidung über die Laufdauer des Tarifvertrages vor allem die Entwicklung der Konjunktur zu berücksichtigen ist.

In der Periode der Hochkonjunktur, in der wir zur Zeit leben, in der trotzdem die Preise für fast sämtliche Lebensbedürfnisse fortgesetzt steigen und in der gute Kampfesbedingungen für die Arbeiter vorhanden sind, ist die Forderung nach kurzfristigen Tarifverträgen unbestritten richtig.

Die Erfahrung lehrt, daß es leichter ist, die Arbeiter für eine einheitliche Bewegung zu gewinnen, wenn der Tarif gekündigt ist und abläuft, als wenn die Bewegung trotz eines noch geltenden Tarifes

durchgeführt werden soll. Da die Gewerkschaftsverbände noch zum größten Teil von reformistischen Führern geleitet werden, ist es doppelt wichtig, die Möglichkeit zu haben, in kurzen Zeitabständen kraftvolle Bewegungen gegen die Reformisten auszulösen, um die Kündigung des Tarifes und die Ueberreichung von Forderungen für die Gesamtheit der Arbeiter an die Unternehmer zu erzwingen.

Wir sind in der Regel für kurzbefristete Tarifverträge. Es wäre aber falsch, aus dieser allgemeinen Regel einen Grundsatz zu machen, nur weil die Reformisten für langfristige Tarife eintreten. Die Reformisten als auch die Unternehmer sind in der großen Mehrheit der Fälle für langfristige Tarife, um Ruhe zu haben und den Wirtschaftsfrieden für recht große Zeitperioden aufrechtzuerhalten. Das ist eine Tatsache. Aber verschiedene Umstände können auch Kommunisten veranlassen, für einen länger befristeten Tarif einzutreten. Zum Beispiel im Baugewerbe, wenn die Unternehmer nach einer im Oktober beendeten Lohnbewegung einen Tarifablauf für den 31. Dezember vorschlagen, in diesem Falle sind wir aus wohlverständlichen Gründen für einen länger befristeten Tarif bis 30. April, oder aus ganz ähnlichen Gründen im Bergbau, wenn die Bergherren den Ablauf des Tarifes in die Monate Mai, Juni, Juli legen wollen. In diesem Falle werden wir für Dauer des Tarifes bis Oktober, November eintreten.

Die dreiteilige Gliederung vieler Tarife in das Mantel-, Lohn- und Arbeitszeitabkommen läßt es in vielen Fällen nicht zu, für alle drei Teile eine kurze Geltungsdauer festzulegen. Sehr oft wäre das sogar falsch.

So wird der Manteltarif in der Regel eine längere Geltungsdauer haben als das Lohn- und das Arbeitszeitabkommen. Die Bestimmungen der Manteltarife sind in den letzten Jahren allgemein fast fortgesetzt verschlechtert worden. Die Gewerkschaftsverbände befanden sich in dieser Frage fast immer in der Verteidigungsstellung. Oft wäre es ein wichtiger Erfolg gewesen, wenn es gelungen wäre, die Verlängerung des Manteltarifes unverändert zu erzwingen.

Ein Arbeitszeitabkommen, das den Achtstundentag bzw. die 46-Stundenwoche festlegt und das Ueberstunden ablehnt, erfordert bei dem natürlichen Drang der Unternehmer, die Arbeitszeit über 8 Stunden hinaus zu verlängern, den Abschluß für längere Dauer. Die Unternehmer werden stets dagegen sein. Dagegen ist es notwendig, gegen eine längere Festlegung auf ein Arbeitszeitabkommen, das eine Arbeitszeit von mehr als acht Stunden vorsieht, auf das entschiedenste zu kämpfen, selbst dann, wenn die Kräfte der Arbeiter nicht ausreichen, die längere Arbeitszeit überhaupt zu verweigern.

Bei der fast fortgesetzten Steigerung der Preise, die sich seit der Stabilisierung der Währung in Deutschland zeigt, und bei der Tatsache, daß nur ganz wenige Berufsgruppen auch nur das sehr zweifelhafte amtliche Existenzminimum durch die bezogenen Löhne erreicht haben, ist es notwendig, fast ausnahmslos für kurzfristige Lohnabkommen einzutreten, um bessere Möglichkeiten zu schaffen, jede günstige Situation im Interesse der Arbeiter auszunutzen. Die Erfahrungen lehren, daß sich langfristige Lohnabkommen fast stets zum Schaden der Arbeiter und zum Nutzen der Unternehmer ausgewirkt haben.

In Industrien, in denen die Arbeitszeit nicht nach den Forderungen der Arbeiter (8 bzw. 7 Stunden, 42- bzw. 46-Stundenwoche, kürzere Arbeitszeit für die am Fließband arbeitenden) tariflich geregelt ist, muß darauf hingewirkt [597] werden, daß das Arbeitszeitabkommen zum gleichen Termin wie das Lohnabkommen abläuft.

Neben dem vorhergesagten ist zu beachten, daß die Laufdauer des Tarifes nicht allein von den Konjunkturverhältnissen abhängig gemacht werden kann, deren Entwicklung der revolutionäre Gewerkschafter aufmerksam verfolgen und ausnutzen muß. Für die Bestimmung der Laufdauer des Tarifvertrages ist außer dem saisonmäßigen Charakter einzelner Industrien und Gewerbe die Wiederherstellung der Kampffähigkeit der Arbeiter nach einem längeren Kampf ein sehr wichtiger Faktor. Nur in seltenen Fällen können die Arbeiter in einem Jahre mehrere längere Streiks durchhalten.

*

Konjunktur und Dauer des Tarifvertrages
(Diskussionsartikel.)

Von K. Alexander-Jena.

Es ist sehr begrüßenswert, daß die Gewerkschaftsleitung der Partei beginnt, die konkreten praktischen Fragen der Gewerkschaftsarbeit vor breiteren Kreisen der Mitglieder zu diskutieren. Der sehr lehrreiche Artikel des Genossen Merker ist deshalb verdienstvoll, weil er die Möglichkeit bietet, an Hand von reichem Tatsachenmaterial das Verständnis für die tägliche Gewerkschaftsarbeit in wirklich praktischer Weise aufzurollen.

Ich will im folgenden nur einen Beitrag zu der Frage der Dauer des Tarifvertrages geben, weil sie mir von außerordentlicher Bedeutung erscheint und weil darin offensichtlich noch Unsicherheit herrscht. So bringt Genosse Merker in seinem Artikel folgende dogmatische Ansicht über die Dauer des Tarifvertrages zum Ausdruck:

„Die Kommunisten treten für kurzfristige Tarifverträge ein oder zumindestens für kurzfristige Kündigungsmöglichkeiten der einzelnen Teile des Tarifs. Langfristige Tarife, besonders langfristige Lohnabkommen hat der Kommunist entschieden zu bekämpfen."

Auch Genosse Enderle vertritt in seiner für die Gewerkschaftsarbeit grundlegenden Broschüre den Standpunkt der ausschließlich kurzfristigen Tarifverträge. Doch schränkt Genosse Enderle diese Festlegung ein, indem er zugibt, daß der Begriff der kurzen oder langen Fristen relativ sein könne; daß in Zeiten der Inflation ein vierzehntägiger Tarifvertrag bereits zu lang, und in Zeiten stabiler Geldverhältnisse ein Vertrag von zwei Monaten schon „sehr kurz genannt werden könne. Ganz klar ist jedenfalls damit auch nicht gesagt, für welche Dauer des Tarifvertrages im konkreten Einzelfall nun eingetreten werden soll. Genosse Enderle bemerkt auch ganz richtig, daß wir stets danach streben müssen, den Tarifablauf in eine für den Arbeiter günstige Zeit zu verlegen. Aber er sagt nicht, welche Zeit denn für den Arbeiter günstig sei, auf welchen Zeitpunkt wir die Tarifabläufe verlegen sollen. Er bemerkt auch zusammenfassend, daß „die Gesamtlage" letztlich für diese Frage maßgebend gemacht werden müsse, ohne aber auch hier eindeutig zu sagen, welches Kennzeichen der Gesamtlage denn für die Frage herangezogen werden soll. Hier ist also ohne Zweifel eine Unklarheit; die Dauer eines Vertrages gehört aber selbstverständlich zu seinen wichtigsten Bestandteilen, und wir müssen dafür unbedingt einen sachlichen Maßstab wählen.

Welche Dauer soll also ein Tarifvertrag haben? Soll er 14 Tage oder zwei Monate, länger oder kürzer abgeschlossen werden? Ist es unter allen Umständen richtig, daß wir „nur für kurzfristige Tarifverträge" eintreten sollen, oder in welchem Fall etwa nicht? So konkret wird uns jeder Prolet im Betrieb die Frage stellen, und wir können nicht umhin, eine einfache präzise Antwort darauf zu geben.

[598] Der einzige Maßstab für die Dauer des Tarifvertrages ist die wirtschaftliche Lage, ist der Stand des Konjunkturablaufes. Das Studium der Konjunktur allein gibt uns einen objektiven und zuverlässigen Maßstab für die Frage, auf wie lange ein Tarifvertrag abzuschließen sei.

Und ohne den Ablauf der Konjunktur im einzelnen zu verstehen, ohne ein genaues Urteil, in welcher Phase des Ablaufs wir stehen, ist die Frage der Dauer eines abzuschließenden Tarifvertrages nicht zu beantworten. Wir können in wirtschaftlichen Dingen schließlich nicht anders handeln als der Kapitalist, der seine Verträge ebenfalls im engsten Zusammenhang und in genauester Kenntnis der Konjunktur abschließt. Die Konjunktur gibt – solange der Kapitalismus besteht – den engeren Tatsachenboden ab, auf dem wir – wenn wir wirtschaftlich handeln – handeln müssen. Und die Außerachtlassung der Konjunktur wird unsere Tarifpolitik ebenso zum Scheitern verurteilen und uns negativen Erfolg eintragen in den Betrieben, wie sie diejenigen Kapitalisten zu Zusammenbrüchen führt, die außerhalb des Ganges der Konjunktur Geschäfte machen wollten. Wenn wir aber die Gewerkschaften und damit den entscheidenden Kern des Proletariats erobern wollen, so können die Arbeiter in den Betrieben von uns verlangen, daß wir auch ihre Tarifverträge mit der größten Weitsicht und Wirtschaftlichkeit abschließen. Andernfalls wird es dabei bleiben, daß die SPD-Arbeiter uns zwar schon nicht ungern die Politik, aber ihren Bonzen lieber die tägliche Gewerkschaftsarbeit anvertrauen.

Deshalb ist es falsch, die kurzfristige Dauer des Tarifvertrages als alleinigen Grundsatz aufzustellen. Vielmehr kann es unter Umständen von größter praktischer Bedeutung werden, einen längeren Tarifvertrag abzuschließen. Der Grundsatz des kurzen Tarifvertrages ist richtig während einer Prosperität, wo Profite und Löhne steigen. In einer solchen Phase soll und muß uns der schnell abgelaufene Tarifvertrag die Möglichkeit geben, die Frage des neuen Abschlusses, der Lohnhöhe, der Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen immer wieder vor den Belegschaften zu stellen. Und selbstverständlich muß uns der gewerkschaftliche Kampf auch die Möglichkeit geben, um die bestmögliche wirtschaftliche Lage der Arbeiter mit den Kapitalisten zu kämpfen.

Ganz anders aber zu einer Zeit der Krisis und Depression. In der Krisis, wenn die Arbeiter scharenweise aufs Pflaster fliegen, wenn die Gewerkschaftsmitgliedschaft abbröckelt, wenn das Wachsen der Reservearmee den Unternehmern jeden Lohndruck ermöglicht, ein Streik aussichtslos wird und die Unternehmer vor keinem Vertragsbruch zurückschrecken, in einem solchen Augenblick lachen sich die Unternehmer ins Fäustchen, wenn der Tarifvertrag von selbst abläuft. Und darum halte ich es für richtig, in dem Zeitpunkt vor Ausbruch der Krise zu einem längeren Vertrag überzugehen, der vor den Massen den Versuch macht, die während der Prosperität in dauernden Kämpfen erreichte höchstmögliche Lohnhöhe für längere Zeit zu stabilisieren. Möglich, daß die Unternehmer den Tarifvertrag durch Austritt aus ihrem Verband umgehen. Aber sie setzen sich ins Unrecht und geben uns auf diese Weise ein moralisches Plus vor den Massen. An ihrem Vertragsbruch können wir zeigen, daß wir auch wirtschaftlich die Interessen der Arbeiterschaft am besten zu vertreten verstehen. Es ist dies dieselbe Politik, die auch die monopolistischen Kartelle bei der Festsetzung ihrer Preise verfolgen. Gehen die Preise hoch, so wird die jedesmal erreichbare Höhe voll ausgenutzt, eine Preiserhöhung jagt die andere; sinken die Preise, so hält man mit Fäusten und Zähnen an ihnen fest und weicht erst dem äußersten Druck. In diesen Zeiten versuchen auch die Kartelle, ihren Abnehmern langfristige Verträge aufzuhalsen, um sie zur weiteren Abnahme zu den künstlich hochgehaltenen Preisen zu zwingen.

Zu dem vorliegenden Fall in Thüringen: Die Kritik des Genossen Merker an der Dauer des Vertrages ist absolut richtig. Es ist natürlich eine Riesendummheit, im April dieses Jahres vor der ausgesprochensten Konjunktur zu einem langen Vertrag mit einem schlechten Lohn überzugehen. Wenn man [599] einmal die Arbeitsstunden mit dem Lohn multipliziert und nachrechnet, was noch hätte herausgeholt werden können durch eine Reihe kurzfristiger Abkommen, so wird klar, wie schädlich sich hier eine ungenügende Kenntnis der zu erwartenden Konjunktur ausgewirkt hat. Vermutlich sind die Bonzen den Kapitalisten auf den Leim gekrochen und haben sich verleiten lassen, einen langfristigen Vertrag bis zu einem Zeitpunkt zu schließen, der den Kapitalisten äußerst bequem ist, weil sie zu diesem Zeitpunkt wohl bereits mit dem Eintritt der Krise rechnen. Sei es aber Dummheit, sei es Hinterhältigkeit der reformistischen Lakaien, jedenfalls würde uns eine nach sachlichen Gesichtspunkten geleitete und auf Konjunkturerkenntnis fußende Tarifpolitik die Möglichkeit geben, die Rückständigkeit oder den Verrat der Gewerkschaftsbonzen auch in der Frage der Vertragsdauer zu entlarven.

LITERATUR

Das politische Grundwissen des jungen Kommunisten

Von Hermann Duncker

Eine systematische Popularisierung des gesamten marxistisch-leninistischen Lehrgebäudes des wissenschaftlichen Kommunismus ist eine Arbeit, an die sich bis jetzt nur die draufgängerische Kühnheit der russischen Bolschewiken gewagt hat. Damals, als Sowjetrußland aus der Taufe gehoben war und nun dem russischen Millionenvolk klargemacht werden mußte, was die Bolschewiki sind und was sie wollen, schrieb Bucharin (1918) seine trefflichen Erläuterungen zum „Programm der Kommunisten (Bolschewiki)“, die er dann 1919 zum „ABC des Kommunismus“ erweiterte. Seitdem sind drüben schon eine ganze Reiht kürzerer und längerer Abrisse und Kompendien des Kommunismus (Politgrammata usw.) von verschiedenen Autoren entstanden.

In Deutschland ist seit dem Manifest von Rosa Luxemburg: „Was will der Spartakusbund?“ (1918) wieder und wieder in Parteikreisen der Wunsch nach einer populären Gesamtdarstellung der

kommunistischen Lehre lautgeworden. Aber abgesehen von einigen völlig ungenügenden „Katechismus“versuchen in dieser Richtung hat sich weder die KPD, noch soviel wir wissen eine der übrigen kommunistischen Bruderparteien (außerhalb Rußlands) an diese propagandistische Meisteraufgabe herangetraut.

Nun, die Jugend hatte den Mut! Die kommunistische Jugendinternationale hat sich an die Lösung dieses ebenso dringlichen wie schwierigen Problems gemacht. Und das verdient von vornherein Anerkennung und Dank Unter dem Titel „Das politische Grundwissen des jungen Kommunisten“ erschien im Verlag der Jugendinternationale (1927) auf etwa 250 Seiten ein Hand- und Lehrbuch, dem noch ein kleiner „Methodischer Leitfaden für die Lehrer des politischen Grundwissens“ (39 Seiten stark, von A. Kurella geschrieben) beigegeben worden ist. Da ein Leitfaden des politischen Grundwissens auch der Partei der erschienen Kommunisten völlig gleiche Dienste leisten könnte, – es gibt schließlich doch nur wenige und aus dem Text leicht heraushebbare Stellen, die ausschließlich für die Ideologie des „Jugendlichen“ zugeschnitten sein müssen! – ist eine sorgfältige und eingehende Kritik dieses Werkes grade auch an diesem Platze unbedingtes Erfordernis.

Der „methodische Leitfaden“ ist ausgezeichnet, er berührt alle in Frage kommenden Punkte. Nur bei sehr wenigen Einzelfragen kann man über die Ratschläge des Verfassers streiten. So, wenn K. es für die Aufgabe des Sekretärs bei Schulungskursen hält, das Protokoll zu fuhren (S. 14). Uns erscheint bei weitem zweckmäßiger, wenn alle Teilnehmer der Reihe nach zur Protokollabfassung herangezogen werden Daß eine Disposition immer gerade aus drei Teilen bestehen „soll“ (S. 17), scheint uns auch etwas allzu schematisch. Dringend aber warnen wir vor Abendkursen, die sich auf 40 bis 50 Stunden erstrecken (S. 31). Man sollte einen Kursus nie länger als auf 4 bis höchstens 6 Wochen ausdehnen. Sonst verlieren zuviel Teilnehmer vor Kursabschluß die Puste. Dafür kann man aber sehr wohl eine Serie von unter sich abgeschlossenen Kursen folgen lassen und auf diese Weise denn doch ein größeres Stoffgebiet etappenweise durchackern. Wir wenden uns daher auch entschieden gegen den Satz, daß der Lehrer in seinem Kursus „unbedingt die Gesamtheit der im Programm enthaltenen Themen durchnehmen“ muß (S. 10). Der bei weitem häufigste Mangel in aller Kursusarbeit ist das „zuviel“! Zehn Begriffe richtig erarbeitet und erläutert ist 1000mal wertvoller als 100 Probleme „angeblättert! Die „Gesamtheit“ des Programms kann dann in einer Reihe von Einzelkursen viel besser zur Darstellung gelangen. Womit nicht gesagt sein soll, daß nicht auch einmal in einem Kursus ein knapper Umriß des Marxismus-Leninismus gezeigt werden kann. Schließlich möchten wir noch dafür plädieren, daß sich der Lehrer zur „pädagogischen Vorbereitung“ nicht nur „mehrere Wochen Zeit nimmt“ (S. 10). Eine etwas längere Zeitdauer wird es schon kosten dürfen. Der [600] Lehrer soll den Unterrichtsstoff ja nicht nur kennen, sondern „beherrschen“. Und dazu gehört, daß man „über der Sache“ steht, d. h., immer noch etwas mehr weiß, als man in der bevorstehenden Kursusstunde an die Schüler heranzubringen hat

Damit kommen wir zur Besprechung des eigentlichen Lehrbuches, das ja vor allem auch für ‚Heranschulung proletarischer Lehrkräfte“ gedacht ist. In seinem ökonomisch-politischen Hauptteil ist es von Genossen Ch. Wurm verfaßt. In den Abschnitten. XIV. bis XVII. (etwa 70 Seiten) sind dann noch „die Grundfragen der Kommunistischen Jugendinternationale“ von Mitgliedern der Jugendexekutive erörtert worden, Wir wollen diesen auf die speziellere Jugendarbeit zugeschnittenen Teil nur kurz berühren. Er scheint uns im ganzen sachgemäß entwickelt – vielleicht manchmal etwas zu knapp und zu wenig „konkret“ Bei der Darstellung des Verhältnisses der KJV zur KP überrascht die Gegenüberstellung, daß der KJV die „gesamte Arbeiterjugend, Landarbeiterjugend und die besten Teile der Jugend der armen Bauernschaft zu organisieren“ hat, die KP dagegen nur „die Organisation der fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse“ sei (II, Teil, S. 11). Richtiger wäre zu sagen, daß sowohl KJV wie KP arbeiten sollen, als ob sie das gesamte Proletariat erfassen wollten, daß sie aber beide in Wirklichkeit nur die „Auslese“, die Avantgarde der Jungen wie der Aelteren organisieren werden.

Leider vermag der ökonomisch-politische Hauptteil (etwa 170 Seiten) viel weniger zu befriedigen.

Die Methode der Darstellung ist bei dem Zweck, der mit dem Buche verfolgt wird, geradezu befremdlich. Da wird im Vorwort sehr richtig darauf hingewiesen, daß der Kursusleiter die entsprechenden Kapitel auch „wenn möglich unter Zuhilfenahme anderer Bücher“ studieren müsse. Und dann findet sich unter der Unzahl von zum Teil ziemlich umfangreichen Zitaten, die von überallher in den Text hineingeflossen sind, keine einzige Kennzeichnung der Herkunft – Halt! bei einem bürgerlichen Autor ist einmal (S. 52) ein Buchtitel, natürlich ohne Seitenangabe, genannt worden! Es ist aber doch geradezu eine elementare Regel bei der Abfassung eines Lehr- und Handbuches, durch die eingestreuten Zitate den Leser anzureizen, nun in den betreffenden Quellenschriften nachzuschlagen, das Zitat in seinen ursprünglichen Zusammenhang zurückzuversetzen und eine Fülle gedanklicher Anregung daraus zu schöpfen. Kein Zitat im vorliegenden Buch kann nachgeprüft werden. Es ist schon besondere Gnade, wenn – selten genug – angedeutet wird, daß das Zitat auf Marx, Engels oder Lenin zurückgeht. Es finden sich aber auch längere Zitate, nach denen es dann z. B. heißt: „schreibt einer der besten Kenner der Petroleumgesellschaften“ (S. 58). Wer ist das nun? Preisfrage für den Leser! Oder wenn zur Kritik der sozialdemokratischen Staatsauffassung ein Zitat gebracht wird, dessen markante Stellen sogar noch durch Ausrufezeichen hervorgehoben werden und absolut nicht zu ersehen ist, woher dieses Zitat stammt! (S. 97). Das Zitat wird dadurch für den Kursuslehrer völlig wertlos. Dabei hat Wurm nicht etwa nur aus solchen Büchern geschöpft, die für den Proletarier doch nicht erlangbar wären Es finden sich auch z. B. (S. 48) Stücke aus Marx Lohnarbeit und Kapital, einer Schrift, die jeder Leser besitzen muß und in der er daher leicht nachblättern könnte Was nützt übrigens ein so verworrenes Zitat wie das zu Beginn der Einleitung gebrachte (S. 11)?

Unverantwortlich ist es auch, wenn in einem Leitfaden wichtige Zahlenangaben offensichtlich falsch wiedergegeben werden, und es auch hier durch geflissentliches Verschweigen der Quelle dem Leser unmöglich gemacht ist, nachzukontrollieren, Wer glaubt Wurm, daß in Amerika von 1919 bis 1923 die Arbeiterzahl in den Riesenbetrieben (mit über 1000 Arbeitern) von 2,4 Millionen auf 1,1 Million heruntergegangen sei? Auf S. 49 finden sich noch weitere völlig unmögliche Ziffern. Uebrigens sollte auch Wurm wissen, daß man einen Bruch (z. B. m/v) so liest, daß man den Zähler zuerst nennt und daher auch den dem Zähler entsprechenden Begriff zuerst aufführen muß (S. 37.)

Kommen wir jetzt zu dem Teil des Textes, den Wurm nicht von anderen Verfassern übernommen, sondern „aus eigenem“ beigesteuert hat. Wenn im Vorwort gesagt wird, daß in diesem Lehrbuch „einzelne Themen weitschweifiger und tiefdringender“ behandelt sind (S. 6), so hat es der Verfasser im allgemeinen leider nur bei der ersteren Eigenschaft bewenden lassen. Was ist das für ein Stil?! Da „türmen sich Krisen von ungeheurer Wucht vor unseren Augen auf“ (S. 15), da werden „krasseste“ Gegensätze festgestellt (S. 15 u. f.). Auf S. 17 lesen wir, daß „der Arbeiter jahraus, jahrein, so wie er den Produktionsprozeß beginnt, ihn auch wieder beendet“ (Der Verfasser wollte sagen, daß der Arbeiter zeitlebens ein armer Teufel bleibt.) Da wird der Arbeitslohn „unter das Minimum“ gedrückt (S. 18). Da belehrt uns Wurm, daß es „also keine körperliche Eigenschaft, wie Stiefel, Brot, Tuch usw. ist, die einen Gebrauchswert zur Ware macht“ (S. 23). Was für ein Hintertreppendeutsch: „weil hier scheinbar kein ökonomischer Zweck mit verbunden ist“ (S. 33) (?!). Oder wenn wir lesen, daß „die Verringerung der Löhne kein besonderes ökonomisches Phänomen zugrunde hat“ (S. 41). „Organisiertheit der Arbeiterklasse“ (S. 41) klingt freilich origineller als Organisation der Arbeiterklasse, ist aber an der Stelle nicht richtiger, „Haben wir so den ökonomischen Sinn des Krieges umrissen“ (S. 71), dann dürfen die Leser sich mit uns freuen, daß „die russische Revolution von 1905 die Sowjets gebar, um sie mit der Oktoberrevolution 1917 als die spezifischen Organe der proletarischen Herrschaft innerhalb der neuen Gesellschaft zu verankern“ (S. 89). „Dieser Kampf (um die Macht), der die durchgehende Linie des proletarischen Kampfes darstellt“ (S. 95), ist wahrscheinlich auch „der Kampf, in dem sich der geschichtliche Akt der Arbeiterklasse vollzieht“ (S. 113). „Alle Nachlässigen und Wankenden enden im Lager der Konterrevolution, die sie als Kampfes objekt benutzt“ (S. 113), Ja, es geht seltsam zu in dieser Welt, in der „der größte Widerspruch zur kapitalistischen Ge-[601]sellschaftsordnung das Proletariat ist“ (S. 85). Schließen wir diesen kleinen Exkurs über das literarische Gewand, in das Genosse Wurm seine Unterweisung kleidet, mit den begeisternden Worten des Verfassers:

„Wohlan. Begleite uns der um seine Befreiung ringende Arbeiter auf unserem Wege, das Labyrinth und die Geheimnisse dieser kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu entlüften“ (S. 21).

Nur als Anhang zu dieser Besprechung der Form der Wurmschen Darstellung noch ein Wort über die Benutzung von Fremdwörtern, Selbstverständlich kann und soll man sie nicht umgehen. Ein Fremdwörterverzeichnis mag dem Leser dann bei der Lektüre helfen, Das ist such hier versucht worden. Leider fehlen da aber eine große Reihe von Worterklärungen (Kartell, Konsortium, Holdinggesellschaft und viele andere mehr), trotzdem dem Fremdwörterverzeichnis gleich noch ein Nachtragsverzeichnis hinzugefügt worden ist. Wenn man aber schon Fremdworte anwendet – und sie noch nicht einmal erklärt! – dann sollte man sich doch wenigstens selbst über den Sinn des Wortes klar sein. Was versteht eigentlich Wurm unter einem „Axiom“?! Es schreibt:

„Der Stimmzettel ist das Axiom, ob die kommunistische Gesellschaftsordnung Tat wird oder nicht“ (S. 87).

Das Wichtigste bleibt schließlich aber doch der Sachinhalt des Buches. Wie ist es nun mit dem bestellt?

Mit der Stoffanordnung des ökonomisch-politischen Teiles kann man im großen und ganzen einverstanden sein. Unseres Erachtens wäre freilich eine kurze Klarlegung der Marxschen Forschungsmethode auch noch am Platze gewesen. Aber warum gab der Verfasser den drei Hauptteilen nicht auch kennzeichnende Sachüberschriften?!

Der erste Unterabschnitt kündigt eine wirtschaftsgeschichtliche Einführung an: „Von der einfachen zur kapitalistischen Warenproduktion“ (S. 15). Leider ist bis auf eine halbe Seite im Text (S. 21), in der die Planwirtschaft der primitiven Eigenproduktion erwähnt wird, von einem geschichtlichen Ueberblick nicht viel zu spüren. Daß als Typus des altertümlichen Dorfhandwerkers ausgerechnet der Bäcker aufmarschiert, nimmt wunder. Es kann doch Wurm nicht unbekannt geblieben sein, daß gerade im Bauernhaushalt das Backen sich am längsten erhalten hat. Wurm definiert die „einfache Warenproduktion“ als die Wirtschaft, in der „die Produzenten unmittelbar als Verkäufer ihrer eigenen Waren auftreten“ (S. 24). Das könnte den Eindruck erwecken, als ob die Zahl der Zwischenglied er zwischen Produzent und Konsument das entscheidende Merkmal abgäbe. Klarer ist es doch, wenn man mit Marx die Identität von Eigentümer der Produktionsmittel und Warenproduzent als das wesentliche ansieht. Auch die Kennzeichnung des Kapitalisten im Gegensatz zum Arbeiter ist ziemlich oberflächlich (S. 16). Was soll aber heißen, wenn Wurm sagt:

„Wir sehen also, daß der Arbeiter an allen Gütern, die er erzeugt, selbst nur einen geringen Anteil in Form des Lohnes hat, während dem Kapitalisten der größte Teil unverdient zufließt“ (S. 17).

Fließt ihm etwa ein kleiner Teil verdient zu? Höchst sonderbar – oder eine zum mindesten sehr unklare Ausdrucksweise! Auf S. 18 nennt Wurm den Arbeiter den „Erzeuger des gesellschaftlichen Reichtums“ Wie energisch ging Marx doch dem vulgärsozialistischen Satz des Gothaer Programms zuleibe: „Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums“. Die Verwechslung von Wert und Reichtum ist seit 1875 nicht weniger irreführend!

Das sind freilich alles Unebenheiten, die bei einer sorgfältigen Nachprüfung leicht hätten vermieden werden können. Schlimmer ist es schon, wenn tatsächliche Irrtümer unterlaufen und als Marxismus verzapft werden. Da behandelt Wurm z. 13. die Produktion von Mehrwert. Mit Benutzung der Marxschen Symbole c, v und m (konstantes, variables Kapital und Mehrwert) bezeichnet Wurm c + v + m als das „Wertprodukt“ (S. 37). Jeder, der die Terminologie von Marx kennt, weiß, daß nach Marx das Wertprodukt nur v + m ist, demgegenüber Marx c + v + m „Produktenwert“ nennt, Das konstante Kapital (c) wird ja vom Arbeiter eben nicht als neuer Wert produziert, sondern in seiner Wertgröße nur in das neue Produkt übertragen. Wie wichtig die Auseinanderhaltung grade dieser Begriffe ist, weiß jeder Leser von Marx „Kapital“ aus dem Kapitel „Seniors letzte Stunde“.

Wurm bespricht (S. 30 f) die Funktionen des Geldes und zählt auf:

Geld als Maß der Werte,
Geld als Maßstab der Preise,

Geld als Zahlungsmittel,
Geld als Kreditgeld.

Wir wollen nicht darüber reden, daß das Geld als Kreditgeld etwas unlogisch in diese Reihe hineinpurzelt. Weit schlimmer ist, daß Wurm die Funktion des Geldes als Zirkulations- oder Tauschmittel hier völlig außer acht gelassen hat.

Es streift auch sehr vormarxistische Terminologie, wenn Wurm den Wert der Ware ihren Produktionskosten gleichsetzt (S. 29). An späterer Stelle (S. 38) hat er übrigens den Unterschied zwischen Produktionskosten und Wert dargelegt.

Was soll der Leser aber aus folgendem Satz entnehmen:

„Die Menge des Mehrwertes, die durch die Verlängerung des Arbeitstages über das notwendige Maß produziert wird, nennen wir den absoluten Mehrwert". (S. 41).

Was ist das „notwendige Maß" des Arbeitstages?

Wahrscheinlich meinte Wurm den Teil des Arbeitstages, der über die Arbeitszeit, die zum Ersatz des Wertes der Arbeitskraft notwendig ist, hinausliegt.

Bei der Darstellung des „relativen Mehrwertes" führt Wurm die ganze Entwicklung der Technik im Kapitalismus nur auf das Bestreben der Kapitalisten zurück, den Wert der Arbeitskraft zu senken und dadurch den Mehrwert zu erhöhen (S. 43). Das wird dem Leser nicht ohne weiteres verständlich sein. Und Marx hat denn auch im „Kapital" darauf hingewiesen, daß der Kapitalist dazu [602] vor allem durch die Zwangsgesetze der Konkurrenz gedrängt wird. Höhere Technik senkt den Wert der Ware und ermöglicht, bis sich das im Marktpreisniveau durchgesetzt hat, einen Extraprofit für den technisch überlegenen Kapitalisten. Von alledem finden wir bei Wurm kein Wort.

Blättern wir ein anderes Gebiet der ökonomischen Belehrung an. Wurm will „den Weg zum Monopol" beschreiben, will zeigen, wie sich die freie Konkurrenz in das Monopol verwandelt. Da lesen wir:

„Am Anfang dieses Prozesses stehen die Vereinigungen oder Kombinationen, Das sind gewöhnlich Vereinbarungen zwischen Werken aufeinanderfolgender Produktionsstufen" (S. 53).

Die wirtschaftliche Entwicklung scheint hier geradezu auf den Kopf gestellt. Bei der Kombination ist ja gar keine Konkurrenz voraufgegangen. In Wirklichkeit bilden Preisvereinbarungen und Kartellierungsformen unter ehemaligen Konkurrenten den Anfang, Vom Kartell spricht aber Wurm so gut wie gar nicht. Und wie unvollkommen ist die Definition des Trust: „Eine Fusion, die den Zweck hat, innerhalb eines Produktionszweiges eine Monopolstellung zu erringen" (S. 57). Mindestens macht nicht der Zweck, sondern die Erreichung des Zweckes den Trust, Die ganze Darstellung des Monopolkapitalismus ist ungenügend und wird durch die, ohne textliche Verbindung hineinverstreuten, „Schaubilder" aus einem Handbuch des Deutschen Metallarbeiterverbandes nicht anschaulicher. Das zum Verständnis des Imperialismus so wichtige „Gesetz der sinkenden Profitrate" wird nirgends gestreift. Es fehlt überhaupt jeder Hinweis auf die „Profitrate". Nur einmal feucht das Wort „Durchschnittsprofit" auf ohne nähere Erklärung, die gerade da sehr nötig gewesen wäre. Noch unbefriedigender ist die Darstellung des Krisenproblems (S. 62).

Bei der Erörterung der Aktiengesellschaft belehrt uns Wurm:

„Die Aktiengesellschaften können verschiedene Formen annehmen, wie Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gesellschaften mit beschränkter Haftung (G. m. b. H.) und Gewerkschaften im Bergbau" (S. 50)

Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung eine Aktiengesellschaft – das ist sicherlich eine merkwürdige handelsrechtliche Entdeckung!

Solche unscharfe und nachlässige Art der Behandlung setzt sich leider auch in dem politischen Hauptteil fort. Da will Wurm z. B, die zwei Entwicklungsstufen: Sozialismus und Kommunismus charakterisieren und sagt dann von der ersten, der sozialistischen, d. h. der niedrigeren Phase der kommunistischen Gesellschaft: „Das Privateigentum ist aufgehoben" (S. 89). Das gilt aber – und auch da nicht so allgemein – doch erst für die zweite Phase! Ueberhaupt kommt bei Wurm

die Darstellung des proletarischen Diktaturstaates sehr zu kurz. Oder Wurm will die verschiedenen Schichten innerhalb der kapitalistischen Klasse aufzählen und sagt: „Es sind die Unternehmen, die Bankiers, die Großhändler und Grundbesitzer“ (S. 93). Unmöglich kann man die Grundbesitzer so allgemein zu den Kapitalisten rechnen. Ist der Kleinbauer kein Grundbesitzer?!

Auf Schritt und Tritt solche hingehauenen Sätze, die einer genaueren Analyse nicht standhalten! Auf S. 94 belehrt uns Wurm, daß „im Klassenkampf die Kapitalisten über alle wirtschaftlichen und politischen Machtmittel verfügen“. Auf S. 96 lesen wir dagegen: „Dem Proletariat stehen in seinen Kämpfen eine Reihe von Machtmitteln zur Verfügung“.

Da wird die Entstehung der II. Internationale geschildert und Wurm belehrt uns, daß „die Epoche des mächtig aufstrebenden Imperialismus in den Achtziger Jahren einsetzte“ (S. 125). Ein bißchen weit ausgeholt! Wurm mag darüber in Lenins „Imperialismus“ nachlesen. Der Imperialismus reifte heran zwischen 1889 und 1914, Von einer Epoche des Imperialismus kann man für Deutschland kaum vor 1900 sprechen. Und für den „Imperialismus“ kann man auch nicht behaupten, wie Wurm es tut:

„An Stelle des Warenexportes tritt der Kapitalexport nach fremden Ländern“ (S. 66).

Nicht „an Stelle“, sondern daneben! Gerade der Kapitalexport fördert ja auch wiederum den Warenexport.

Lassen wir es genug sein!

Das Buch bedarf einer sehr gründlichen Ueberarbeitung. So wie es jetzt vor uns liegt, kann es seiner hohen Aufgabe, als „Lehrbuch“ – und gar noch für jugendliche Kursusleiter – zu dienen, nicht gerecht werden.

*

„*Das Flammenzeichen vom Palais Egmont*“

Um es gleich vorweg zu nehmen: Das Buch unter obigem Titel ist kein Schauerroman, sondern das „Offizielle Protokoll des Kongresses gegen koloniale Unterdrückung und Imperialismus“, der im Februar d. J. in Brüssel (im Palais Egmont) tagte und bekanntlich die „Liga gegen Imperialismus und für nationale Unabhängigkeit“ gründete. Das Protokoll des Kongresses ist nun, fast 300 Seiten stark, im Neuen Deutschen Verlag erschienen, in sonst geschmackvoller Aufmachung, reichlich mit Bildern von der Tagung und den Delegierten illustriert. Es stellt ein bedeutendes historisches Dokument aus den Kämpfen der unterdrückten Völker und Klassen gegen den Imperialismus dar. Wir glauben aber, daß es treffender und der Bedeutung der Sache würdiger gewesen wäre, an Stelle des obigen Titels einfach zu schreiben: „Brüsseler Kongreß gegen koloniale Unterdrückung und Imperialismus“.

Im Vorwort wird hervorgehoben, daß das Protokoll infolge der organisatorischen Schwierigkeiten nicht vollständig ist, sondern nur die protokollarisch festgehaltenen wichtigsten Momente der Brüsseler Beratung enthält. Die Aufgabe, die sich die Herausgeber des Buches stellten, war, auf das welthistorische Beginnen einer großen internationalen Organisation für die Unter-[603]stützung und Führung des antiimperialistischen Kampfes hinzudeuten. Dies ist vollständig gelungen. Das Buch enthält die wichtigsten Reden und Resolutionen des Kongresses und gibt in sehr guter Gruppierung des Stoffes die Kampfstimmung wieder, die den Kongreß in den Fragen des Ringens der kolonialen und halbkolonialen Völker, besonders bei der Behandlung der chinesischen Revolution, beherrschte.

Der Brüsseler Kongreß war, wie die Herausgeber richtig hervorheben, ein Auftakt, ein Beginnen von weltgeschichtlicher Bedeutung. Er trat zusammen zu einer Zeit, wo die chinesische Revolution sich im stürmischen und siegreichen Vormarsch befand, wo die Fahnen der nationalen Revolution siegreich über einem Gebiet von fast 200 Millionen wehten und wo die nationalrevolutionären Truppen nach der Eroberung der zentralen Yangtse-Provinzen sich zum Kampf um Shanghai anschickten. In China wurde die Einladung zum Brüsseler Kongreß mit Freuden aufgenommen, und die Kunde von der Brüsseler Tagung löste große Begeisterung und auch große Erwartungen in den Reihen der nationalrevolutionären Massenbewegung aus.

Seit der Brüsseler Tagung, auf der die Chinesische Revolution im Mittelpunkt der Beratungen stand, ist ein halbes Jahr verflossen. In dieser Zeitspanne traf der Imperialismus alle Vorbereitungen zur Erdrosselung der chinesischen Revolution. Innerhalb der nationalrevolutionären Front vollzogen sich sehr wichtige Differenzierungen. Ein Flügel der nationalen Bourgeoisie nach dem anderen wandte sich gemeinsam mit dem reaktionären Militarismus gegen die nationalrevolutionäre Massenbewegung der ländlichen und städtischen Armut. Die nationale Bourgeoisie hat die nationalrevolutionäre Sache verraten und den Imperialismus zur offenen und versteckten Intervention ermutigt. Die chinesische Revolution hat eine Niederlage erlitten, aber gesiegt hat nicht die nationale Bourgeoisie, gesiegt hat die halbfeudale Reaktion in China, dieses treueste Werkzeug des Imperialismus in seinem Kampfe gegen die Freiheitsbewegung des chinesischen Volkes. Hat nun die in Brüssel gegründete „Liga gegen den Imperialismus" die Erwartungen erfüllt, die an sie gestellt wurden?

Wir unterschätzen nicht die Schwierigkeiten, wir übersehen nicht, daß der Brüsseler Kongreß nur ein Auftakt, ein Beginnen war. Aber hat die „Liga gegen den Imperialismus" die notwendigen Schritte gegen die Konzentration der englischen Kriegsschiffe in den Zentren der revolutionären Bewegung, gegen die imperialistische Intervention, die die englische Besatzungsarmee in Shanghai schon allein durch die drohende Zusammenballung ihrer Kräfte und Mordwerkzeuge bedeutete, die Tschang-kai-schek seinen Verrat überhaupt erst ermöglichte, unternommen? Sie hat protestiert. Aber allein mit Protesten kann man den Imperialismus an der Fortsetzung seiner Politik der brutalen Niederhaltung der kolonialen und halbkolonialen Völker nicht verhindern. In der Exekutive der „Liga gegen den Imperialismus" sitzt als erster Vorsitzender Lansbury, der gleichzeitig stellvertretender Vorsitzender der englischen Arbeiterpartei ist. Die große Bedeutung des Brüsseler Kongresses bestand nicht darin, daß auf ihm revolutionäre Reden gehalten wurden, sondern sein wichtigster Zweck mußte sein, in den einzelnen Ländern und besonders in England den brutalsten und reaktionärsten Imperialismus, der seit Jahrzehnten der Henker des chinesischen Volkes ist, mit allen Mitteln anzugreifen. Nur dazu sollte der Brüsseler Kongreß ein Auftakt sein. Ist das geschehen? Hatte die Führung der englischen Arbeiterpartei entsprechende Aktionen unternommen, um das Attentat des englischen Imperialismus gegen die chinesische Revolution zu verhindern? Das war nicht der Fall, und insofern ist der Brüsseler Kongreß leider nur ein Auftakt geblieben.

Das veröffentlichte Protokoll des Brüsseler Kongresses muß daher eine Mahnung sein, eine Warnung, daß hier nicht eins die traurige Geschichte jener internationalen sozialistischen Kongresse wiederholt wird, die auch sehr revolutionäre Reden gegen den imperialistischen Krieg hielten, deren Vertreter aber zum größten Teil in ihren Ländern die imperialistische Kriegspolitik unterstützten und die Arbeiterklasse in ihrem Kampfe gegen den imperialistischen Krieg hinderten, Die Liga gegen den Imperialismus muß eine Kampforganisation werden, muß ein führendes Organ im Kampfe gegen den Imperialismus und für die Unterstützung der nationalrevolutionären Bewegungen in den kolonialen und halbkolonialen Ländern werden. Sie kann nicht immer ein Auftakt bleiben!

Die Exekutive der Liga gegen den Imperialismus ist es der revolutionären Arbeiterklasse und den nationalrevolutionären Bewegungen der durch den Imperialismus unterjochten Gebiete schuldig, mitzuteilen, welche Schritte sie in den vergangenen sechs Monaten zum Aufbau der Liga als einer Kampforganisation gemacht hat. Die Hindernisse, die sich ihr bei diesem schwierigen Werk in den Weg stehlen, müssen öffentlich gezeigt werden und jene an den Pranger gestellt werden, die aus dieser Organisation eine Organisation der revolutionären Phrasen zur Maskierung ihres Zurückweichens vor dem Imperialismus machen wollen. Asiaticus. [604]

*

Peter Maslowski: „*Otto Bauer*: *Sozialdemokratie, Religion und Kirche*."

Wie das so bei den Austromarxisten ist: für die Vergangenheit anerkennen sie stets die revolutionäre Gewalt, nur nicht, je näher sie ihrer eigenen Zeit kommen. Sind sie gar in der unmittelbaren Gegenwart, in der sie selbst handeln müssen, dann „beweisen" sie regelmäßig, daß gerade jetzt aus den und

den Gründen nur ein organisches, friedliches, langsames Hineinwachsen in den Sozialismus möglich sei. Dieser Methode entspricht such das neue Buch des Haupttheoretikers des Austromarxismus, Otto Bauer über „Sozialdemokratie, Religion und Kirche“[*]. Dort, wo Bauer Historisches bietet, ist kaum etwas einzuwenden. Er handhabt für die Vergangenheit den historischen Materialismus im all gemeinen richtig, versagt aber dort, wo er ihn nicht nur als Methode der Untersuchung, sondern vor allem als Anweisung zum unmittelbaren Handeln im Sinne revolutionärer Dialektik anzuwenden hätte.

Um sofort zum Zentralpunkt der Bauerschen Theorie über die Religion zu kommen, er proklamiert die Neutralität der Sozialdemokratie gegenüber der Religion: „Was ein Parteigenosse über religiöse Fragen denkt, ist seine Privatsache“, Und: „Gewiß sind viele Freidenker in unseren Reihen, aber es sind in unseren Reihen auch schon viele gläubige Katholiken, Protestanten, Juden.“

Vergegenwärtigen wir uns zunächst kurz, was in bezug auf die deutsche Sozialdemokratie zu dieser Theorie zu sagen ist, Schon Marx und Engels haben sich in ihrer bekannten Kritik am Gothaer Programm vom Jahre 1875 gegen die Proklamierung der persönlichen Freiheit in der Religionsfrage gewandt. Gegenüber der „Erklärung der Religion zur Privatsache in Verbindung mit der Forderung der „Gewissensfreiheit“ erklärten sie:

„... Die Arbeiterpartei mußte doch bei dieser Gelegenheit ihr Bewußtsein darüber aussprechen, daß die bürgerliche Gewissensfreiheit nichts ist außer der Duldung aller möglichen Sorten religiöser Gewissensfreiheit, und daß sie vielmehr die Gewissen vom religiösen Spuk zu befreien strebt. Man beliebt aber, das bürgerliche Niveau nicht zu überschreiten.“

Das Erfurter Programm vom Jahre 1891 hat dann wenigstens verdeutlicht, wem gegenüber die Religion Privatsache sein sollte, nämlich dem Staat, nicht der Partei gegenüber. Und in den besten Zeiten der Sozialdemokratie ließen August Bebel und Wilhelm Liebknecht keinen Zweifel, daß dem historischen Materialismus wie auf ökonomisch-politischem Gebiet der revolutionäre Klassenkampf, so auf dem philosophischen Gebiet der allgemeinen Weltanschauung der Atheismus entspricht. Daran war ja auch, selbst wenn man schon die Jugendschriften von Marx und Engels und sogar das „Kapital“ ,ganz außer acht ließ, nach Engels „Anti-Dühring“, der ja eigens gegen die drohende ideologische Verlumpung der Sozialdemokratie geschrieben wurde, im entferntesten nicht gezweifelt. Erst der Revisionismus nach dem Tode Engels, der mit der Liquidierung des Marxismus zunächst auf ökonomischem und politischem Gebiete begann, mußte bei der einzigartigen. Geschlossenheit des Marxismus auch seine philosophische Grundlage unterminieren, Hier ging der Weg vom Materialismus zum Idealismus, von der Kausalität zur Teleologie. Die wissenschaftliche Methode der revolutionären Dialektik machte bald einer verschwommenen Ethik Platz. Von Marx zurück zu Kant, von Kant zur Religion, das war weltanschaulich der sozialdemokratische Entwicklungsweg. Heute sind religiöser Sozialismus und Koalitionspolitik mit der klerikalen Zentrumspartei logischerweise nur Schlußpunkte dieser Entwicklung und gleichzeitig zwei Seiten ein und derselben sozialdemokratischen Medaille.

Man kann nach dem Buch von Bauer such nicht im entferntesten daran zweifeln, daß der Entwicklungsgang der österreichischen Sozialdemokratie sich in der gleichen Linie bewegt. Der Unterschied ist zunächst nur der, daß die Austromarxisten praktisch noch nicht so starke Koalitionsbindungen mit den Klerikalen erlebt haben wie die SPD, weshalb die ideologische Verbrämung der Koalitionspolitik auch noch nicht so offen und so stark wie bei der SPD durch plumpe Fälschungen des Marxismus erfolgt.

Was nämlich das Besondere an dem Austromarxismus eines Bauer ist, das ist seine geradezu raffiniert gehandhabte Methode, ausgerechnet im Namen von Marx, im Namen des historischen Materialismus, die Theorie von der Religion als der Privatangelegenheit für die Partei zu verkünden. Solchen Blödsinn, wie ihn etwa der

[*] Wien 1927, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung.

deutsche Sozialdemokrat Meerfeld kolportiert, daß es „dogmengläubige katholische Geistliche gibt, die stramme Marxisten sind“, oder wie einmal die „Jungsozialistischen Blätter“ es getan, als sie „Marx als religiöse Persönlichkeit“ feierten, die nur „männliche Scham“ daran hinderte, von den religiösen Triebkräften seines Inneren und des „Kapitals“ zu sprechen – nein, solchen Blödsinn macht der Austromarxist Otto Bauer nicht.

Aber wie in aller Welt bringt er nun seine Parteineutralität gegenüber der Religion mit dem historischen Materialismus in Einklang? Zeigt denn nicht jede Anwendung des historischen Materialismus auf die Geschichte, daß die Religion zu keiner Zeit eine Privatangelegenheit, sondern stets eine Klassenangelegenheit war? Natürlich zeigt sie das! Otto Bauer selbst kann nicht umhin, in seinen historischen Vorbemerkungen sogar sehr gut die Rolle der Religion im Kampf der Klassen zu schildern. Und doch raubt er hinterher in seinem Anpassungsbedürfnis an die Notwendigkeiten des praktischen Reformismus in der Gegenwart dem historischen Materialismus die Seele.

[605] Das geschieht dadurch, daß ganz einfach eine bestimmte philosophische Grundlage im Marxismus geleugnet wird. Wissenschaftlicher Sozialismus sei überhaupt nichts Philosophisches, sondern nur ökonomisch und politisch die Wissenschaft von der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft. In diesem Sinne seien Lenin und Plechanow genau die gleich guten Marxisten wie der Positivist Friedrich Adler, der ein Anhänger Machs ist, oder wie Max Adler, der sich zu den Jüngern des kritischen Idealismus eines Kant zählt. Das Bekenntnis zum wissenschaftlichen Sozialismus schließe ein Bekenntnis zum antireligiösen, atheistischen Materialismus nicht ein. Wo dies doch geschehe, so bei Lenin und bei Plechanow, da sei das kein historischer Materialismus, sondern – man höre und staune! – nur naturwissenschaftlicher Materialismus Und der sei bürgerlich!

Damit sind wir glücklich so weit, daß nicht etwa der Positivist Friedrich Adler oder der Kantianer Max Adler, sondern ausgerechnet der Marxist Lenin weltanschaulich ein bürgerlicher Liberaler sein soll, der angeblich ganz außer acht gelassen habe, daß erst die Befreiung von der klassenmäßigen Ausbeutung die Befreiung von der Religion bringen könne, Diese ungeheuerliche Verdrehung steigert sich schließlich regelrecht zu dem Zusammenwerfen der bürgerlich-liberalen Aufklärung und des Bolschewismus in ein und denselben Topf. Beide wären unwissenschaftlich, denn sie wollten die Befreiung von der Religion vor der wirtschaftlichen Befreiung. Daß die bürgerlich-liberale Aufklärung das wirklich wollte, das ist natürlich keine Streitfrage. Aber daß ausgerechnet der einzigen proletarischen Partei in der Welt, die bis jetzt wirklich durch die Zertrümmerung des kapitalistischen Staates, durch die Eroberung der Macht, und damit durch die wirtschaftliche Befreiung auch bereits die Befreiung von der Religion begonnen hat, der Vorwurf bürgerlichen Liberalismus gemacht wird – solche Kleinigkeiten übersieht Herr Otto Bauer ganz gern, denn sie passen nicht in seine Theorie von der demokratischen Religionsneutralität der Partei.

Das Wesentliche an den austromarxistischen Gedankengängen ist, daß vor lauter Privatsache, Demokratie und Neutralität gegenüber der Religion gerade das am Marxismus geleugnet wird, was sein ganzes Wesen ausmacht, nämlich seine absolute Einheitlichkeit von Oekonomie, Politik und Philosophie, in diesem Sinne seine in sich geschlossene Weltanschauung. Nach Bauers Theorie kann sehr wohl jemand, der statt im entscheidenden Moment auf Erden für seine Klasse zu kämpfen, zu Gott im Himmel betet, ein Marxist sein. Aber jemand, der die Religion als eine Klassenwaffe der Bourgeoisie auch schon im Kapitalismus zu bekämpfen wagt, das ist nach Bauer ein bürgerlicher Liberaler.

Was an dieser Art von Austromarxismus so außerordentlich charakteristisch ist, das ist sein absolutes Unvermögen, das aktiv Handelnde, d. h. das Kernstück im Marxismus, zu begreifen, nämlich die revolutionäre Dialektik. Er faßt den Grundsatz des historischen Materialismus, daß erst mit der Umwälzung der wirtschaftlichen Lebensbedingungen sich entscheidend auch der ganze religiöse Ueberbau umwälzt, vollkommen passiv, vollkommen mechanisch

auf. Bei ihm richtet sich dieser Grundsatz vollkommen nach jener Taktik, die praktisch der Klassenversöhnung auf den Leib zugeschnitten ist. Ganz im Gegenteil ist bei Lenin, der Bauer als ein bürgerlicher Liberaler erscheint, die Taktik ganz diesem Grundsatz angepaßt. Es ist nämlich absoluter Schwindel, wenn Bauer von den Bolschewiki behauptet, sie hätten unterschiedslos alle aus der Bewegung gewiesen, die religiöse Rückstände hatten. Ja, niemand hat so unerbittlich gekämpft für die Reinheit der Partei in weltanschaulicher Hinsicht wie Lenin, wenn es sich um Leute handelte, die in die Führung der Partei und in die bestimmende Parteiideologie religiöse Momente hineinschmuggeln wollten. Die „Gottsucher“ Lunatscharski, Bogdanow haben seinerzeit erfahren, wie rücksichtslos da Lenin sein konnte. Aber gleichzeitig konnte Lenin gegenüber erst zum Klassenbewußtsein langsam erwachenden Arbeitern pädagogisch sehr rücksichtsvoll, taktisch sehr biegsam sein. Ihm kam es stets darauf an, auf dem Wege welcher Entwicklung befindet sich der Betreffende, auf dem Wege vom Sozialismus zur Religion oder von der Religion zum Sozialismus. Im letzteren Falle wußte er sehr wohl, daß es diesen in der Richtung zum Sozialismus Entwicklungsfähigen nicht zu verprügeln, sondern ihm brüderlich zu helfen galt, damit er die einzelnen Etappen religiöser Rückständigkeit so schnell wie möglich absolvierte.

Und worin bestand diese Hilfe? Gerade in dem, was Lenin im Gegensatz zu Bauer zum Marxisten machte, ihn stets in der Linie der historischen Entwicklung beließ, was ihn erhob über bürgerlichen Liberalismus und sozialdemokratische Freidenkerei, was ihn kurz gesagt in seiner revolutionären Dialektik, die Bauer nicht begriffen hat, zeigt: nicht abstrakte Predigten gegen die Religion, sondern praktisch geführte Klassenkämpfe, das waren seine Kampfmittel gegen die Religion. Indem er die Proletarier in ihre Klassenkämpfe um ihre ureigenen Interessen führte, betrieb er systematisch und wissenschaftlich die Zerstörung religiöser Ideologie.

Von diesem Geist revolutionärer Taktik hat allerdings Bauer nicht einen Hauch verspürt. Nicht an einer Stelle des umfangreichen Buches ist der praktisch geführte Klassenkampf als Faktor gewertet, der auch im Kapitalismus schon religiöse Bindungen zu lösen beginnt, und so die endgültige Befreiung von der Religion nach dem Sturz des Kapitalismus sichern hilft. Mechanisch kennt Bauer nur die Befreiung von der Religion nach der sozialen Umwälzung als ihre automatische Folge, ohne im [606] geringsten die Verbindungslinien zu sehen, die schon jetzt aus den proletarischen Kämpfen im Kapitalismus zu der religionslosen Ideologie des Sozialismus führen. Undialektisch wertet Bauer auch die Religionsfragen nur als persönliche Bestandteile vollkommen getrennt voneinander lebender Menschen, ohne zu berücksichtigen, in welchem ausgedehnten Maßstab Weltanschauungskämpfe Vorläufer und Begleiterscheinungen – denken wir nur an die Bedeutung der Enzyklopädisten für die französische bürgerliche Revolution – der Klassenkämpfe in der menschlichen Gesellschaft sein können.

Es liegt auf der Hand, daß diese neutralen, demokratischen, unparteiischen religiösen Privatgefühle in Wirklichkeit der Metaphysik, dem Idealismus und letzthin dem Gottglauben ihre Unterstützung leihen. Baues ist selbst ein Musterbeispiel dafür. Er, der über die Bolschewiki schimpft, weil sie angeblich keinem religiös rückständigen Arbeiter ihr Parteilos öffnen wollten und sich gegen die heiligen Gesetze des Demokratie versündigten, sagt bezeichnenderweise auch nicht eine Silbe gegen die bürgerliche Seuche des religiösen Sozialismus in der Sozialdemokratie. Wenn Agenten bürgerlicher Ideologie sozialdemokratische Arbeiter mit konterrevolutionären metaphysischen Ideen füttern, dann muß doch der Austromarxismus schweigen, denn dazu ist er doch demokratisch, nicht diktatorisch wie die bösen Bolschewiki!

Wenn die österreichische Sozialdemokratie trotzdem noch nicht so stark von dem religiösen Sozialismus überwuchert ist wie die SPD, so liegt das, wie schon gesagt, an des bisher mangelnden Notwendigkeit, Koalitionspolitik mit einer klerikalen Partei durch die Schaffung religiöser Ideologien verschleiern zu müssen. Aber was nicht ist, das kann noch werden. Jedenfalls hat Otto Bauer durch sein Buch dafür schon glänzend vorgearbeitet – trotz seiner vielen Marx-Zitate.

Es ist nur wiederum ein Beweis für die von Bauer geleugnete Einheitlichkeit des Marxismus, nicht nur als Oekonomie, Politik und Philosophie, sondern auch als Theorie und Praxis, wenn seine praktischen Anweisungen zum „Kampf gegen die Kirche logischerweise ‚ganz seiner reformistischen Theorie von der Religion als der Privatsache für die Partei entsprechen. Wie bei der Stellung zur Religion vollkommen die auf dem historischen Materialismus beruhende proletarische antireligiöse Weltanschauung geleugnet wird, so existiert für Otto Bauer auch in der Frage der Bekämpfung der Kirche überhaupt keine revolutionäre Staatstheorie. Er umschifft geschickt und bewußt die Klippe der proletarischen Revolution mit ihrer Zertrümmerung des bürgerlichen Staatsapparates, dessen Bestandteil ja die Kirche ist. Es ist geradezu rührend, wie er sich bemüht, einerseits dem Arbeiter zu sagen, wie so schön gefahrlos, so hübsch gleichmäßig, so voller Pietät für die Religion die Kirche niedergerungen werden könne, und andererseits den Klerus und die gläubigen Proletarier zu beruhigen, als würde der Kampf gegen die Kirche nicht nur nicht ihre religiösen Gefühle verletzen, sondern erst richtig Freiheit für diese ihre religiösen Gefühle bringen.

Da bei Bauer der Kampf um die Staatsmacht vollkommen eliminiert ist, so gibt es bei ihm nur Etappen organisch sich entwickelnder Demokratie. Zuerst soll dem gläubigen Proletarier auch in der sozialdemokratischen Partei für seine religiöse Weltanschauung Raum gewährt werden. Dadurch wird die Partei zahlenmäßig so stark werden, daß sie die Trennung von Kirche und Staat wird durchführen können. Beileibe natürlich nicht so, wie es die Bolschewiki getan haben, die alle „demokratischen Freiheitsrechte auf gehoben“ haben durch die Antestung des Kircheneigentums. O nein! Die Kirche soll ja nur „zu neutralerer Haltung gegenüber den Klassenkämpfen gezwungen“ werden Denn die gläubigen Sozialdemokraten würden nach der Trennung von Kirche und Staat bei der wachsenden Bedeutung der dann nur persönlich zu zahlenden Kirchensteuern für die Kirche ein ständiges Druckmittel in der Hand haben, die Kirche in den Auseinandersetzungen der Klassen zu neutralisieren. Dann „wird der gläubige Proletarier ohne Beschwerung seines Gewissens zugleich seiner Kirche treu bleiben und zugleich am Kampfe seines Klasse teilnehmen können“.

Bleiben wir bei dieser Etappe echt austromarxistischer Demokratie einen Augenblick stehen. Bauer lehrt nicht mehr und nicht weniger als die Möglichkeit der Neutralität der Kirche im kapitalistischen System. Dabei trägt er selbst in seinem historischen Teil genügend Material zusammen, wonach eine Trennung von Kirche und Staat innerhalb des weiter bestehenden kapitalistischen Systems für die Neutralisierung der Kirche wirkungslos bleibt. Aus dem Eldorado des Austromarxismus selbst muß Bauer bezeichnenderweise folgendes zugeben:

„Die Kirche ist in Oesterreich jetzt vom Einfluß des Staates fast so frei wie in Ländern, in denen Staat und Kirche getrennt sind, aber sie empfängt vom Staate trotzdem gleiche Leistungen wie in Ländern, in denen die Kirche ein Organ des Staates ist.“

Dieses System, gesteht sogar Bauer, „erstreckt sogar die Macht der Kirche über die Reihen ihrer Gläubigen hinaus“. So also sieht die Neutralität der Kirche aus! Auch für die Vereinigten Staaten und die britischen Dominions kann Otto Bauer trotz der hier wirklich weitgehenden Trennung von Kirche und Staat keine Neutralität der Kirche in den Klassenkämpfen feststellen. Und in der Tat, seine Kirchenneutralitätstheorie ist glattester Reformismus, der in keiner Weise den Gesetzen der Klassenkämpfe entspricht. Er selbst hat ein gegen seine Theorie zeugendes Marx-Zitat in seinem Buche abgedruckt, nur, wie das so die Art seiner Zitatenkunst ist, an einer falschen Stelle. Dieses Zitat lautet:

„Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem Gehirn der Lebenden, und wenn sie eben damit beschäftigt scheinen, sich und die Dinge umzuwälzen, noch nicht Dagewesenes zu schaffen, gerade in solchen Epochen revolutionärer Krise beschwören sie ängstlich die Geister der Vergangenheit zu ihrem Dienste herauf.“

[607] Dieses Marx-Zitat spricht also ganz eindeutig gegen die Bauersche Kirchenneutralitätstheorie. Die Kirche wird in der Hand der Bourgeoisie, solange diese noch herrscht, in Wirklichkeit, historisch gesehen, zu einer immer schärferen Klassenkampfwaffe gegen die Arbeiter, je näher der unvermeidliche Zusammenprall der

beiden Klassen in der Revolution heranrückt. Dagegen helfen keine neutralisierenden Ueberlistungsversuche des Austromarxismus. Trennung von Kirche und Staat ohne Enteignung des Kircheneigentums, ohne Entzug aller materiellen Quellen der Kirche, d. h. also ohne vorhergegangene proletarische Machteroberung, läßt nach wie vor die Kirche, weit davon entfernt, sie zu neutralisieren, ganz im Gegenteil als ein wichtiges Kampfmittel der Bourgeoisie gegen das Proletariat bestehen.

Aber Bauer will ja auch enteignen, und zwar in der nächsten demokratischen Etappe. Er meint, durch die Trennung von Kirche und Staat – wir haben eben gezeigt, welch eine reformistische Illusion das ist – sei die politische Macht der Hierarchie so geschwächt, daß „wir die Kraft erlangen, die Enteignung des Grundbesitzes durchzusetzen und damit auch die wirtschaftlichen Grundlagen der politischen Macht der kirchlichen Hierarchie zerstören". Wir setzen zunächst fort, was sofort im Anschluß daran als weitere Etappe zum Ziel von Bauer so gepriesen wird:

„Wir Sozialdemokraten werden diese Reformen durchführen, ohne die religiösen Anschauungen der gläubigen Volksmassen anzugreifen oder zu verletzen, aber wir werden durch diese Reformen der Bourgeoisie ihr mächtigstes Herrschaftsinstrument entziehen. Mit der Entthronung der Bourgeoisie und mit der Enteignung des Großgrundbesitzes beginnt aber zugleich der Aufbau der sozialistischen Wirtschaftsordnung."

Damit wären wir also schon beim Sozialismus, einzig und allein vermittels schöner, sauberer, unblutiger, Schritt für Schritt ausgebauter Reformen. Welche Rolle der kapitalistische Staatsapparat dabei spielen wird, ob die Kirche, der Großgrundbesitz, die Bourgeoisie diese wirklich wienerisch-liebenswürdige Enteignung verbindlich lächelnd hinnehmen werden, was geschieht, wenn sie's nicht tun, sondern ihre noch in der Hand befindlichen religiösen Druckmittel, wirtschaftlichen Machtmittel und staatlichen Gewaltmittel in Bewegung gegen die sozialdemokratischen Enteigner bringen – auf alle diese selbstverständlich auftauchenden Fragen nicht eine einzige Silbe im ganzen Buch! D. h., um den Kernpunkt des Problems von Staat und Kirche, dem man theoretisch und praktisch nur mittels der marxistischen Staatsauffassung zu Leibe gehen kann, hat sich der Austromarxismus feige vorbeigedrückt.

Man wird verstehen, wie peinlich da eine solche unvorschriftsmäßige, im austromarxistischen Programm nicht vorgesehene, revolutionäre Aktion, wie z. B. der Sturm auf den Justizpalast, dieser Zusammenprall zwischen proletarischen Massen und dem kapitalistischen Staatsapparat, für die Austromarxisten ist. Da hatten sie nun eine so schöne glatte Rechnung aufgestellt ohne revolutionäre Verwicklungen, und da sind nun die Arbeiter gekommen und haben einen dicken Strich durch die Rechnung gemacht. Und die Arbeiter werden auch durch das Buch Otto Bauers in der revolutionären Praxis einen solchen Strich ziehen! Denn die Zukunft wird zeigen, daß die austromarxistischen Theorien zur Religion und Kirche nur die theoretische Vorbereitung des kommenden praktischen Klassenverrates sind.

*

Antikritische Bemerkung

In Heft 37 dieser Zeitschrift bespricht P. Rodin mein Elementarbuch „Aktuelle Probleme der proletarischen Politik". Eine kritische Bemerkung dieser Kritik zwingt mich zu einer antikritischen Gegenbemerkung; denn die Art, wie mein Rezensent zitiert und das Zitierte kommentiert, muß bei dem Leser, der mein Buch nicht zum Vergleich bei der Hand hat, einen falschen Eindruck hervorrufen. Der Rezensent zitiert nämlich als „ein fehlerhaftes Beispiel, das Genosse Lenz für Verteidigungs- und Angriffskriege gibt", folgenden Satz:

„Es ist für das Proletariat unmöglich, festzustellen, von wem die ersten feindlichen Handlungen ausgegangen sind, genau so, wie bei einem Zusammenstoß zwischen Polizei und Demonstranten niemals festzustellen ist, wer den berüchtigten ‚ersten Schuß' abgegeben hat."

und bemerkt dazu:

„Der Genosse Lenz hat damit aber tüchtig daneben gehauen. Obwohl es schwer ist, bei einer Demonstration festzustellen, wer angegriffen hat, werden wir stets versuchen, die Frage zu klären, vor den Massen die Provokationen der Polizei festzunageln. Bei einem imperialistischen Krieg kommt es jedoch auf diese Klärung nicht an, Das Proletariat stellt die Frage nicht militärisch, sondern g e s c h i c h t l i c h.“

Der Leser der Rezension muß glauben, daß ich die Frage aus der Kinderstube, „Wer hat angefangen?“, als Kriterium des Angriffskrieges anerkannt und nur von der Schwierigkeit, diese Frage zu entscheiden, gesprochen habe. Ich muß daher die Stelle im Zusammenhang zitieren:

„Beim Ausbruch eines imperialistischen Krieges versteht es jede Regierung, ihr Land als das angegriffene hinzustellen. Das hat der Weltkrieg 1914, aber auch schon der deutsch-französische Krieg 1870 bis 71 (Emser Depesche) gezeigt. Es ist für das Proletariat unmöglich, festzustellen, von wem die ersten feindlichen Handlungen ausgegangen sind. Genau so, wie bei einem Zusammenstoß zwischen Polizei und Demonstranten niemals festzustellen ist, wer den berüchtigten „ersten [608] Schuß“ abgegeben hat, Aber diese Frage ist für die Stellungnahme des Proletariats unerheblich. Für die Stellung zum Kriege ist nur wesentlich der s o z i a l e u n d p o l i t i s c h e C h a r a k t e r d e r k r i e g f ü h r e n d e n M ä c h t e und die Ziele, die sie gemäß ihrer Klassenlage verfolgen.“ (S. 29.)

Im Anschluß daran wird das verschiedene Verhalten des Proletariats zu einem Krieg zwischen imperialistischen Mächten und einem Kriege einer imperialistischen Macht gegen einen proletarischen Staat oder gegen ein Kolonialvolk erläutert. Die Belehrung, die unser Rezensent erteilt, ist also aus meinem Elementarbuch zu entnehmen. Hat aber der Kritiker darin recht, daß er den Vergleich eines Straßenkampfes mit einem Krieg ablehnt? Offenbar ist ein Straßenkampf zwischen Polizei und Arbeitern nicht mit einem Krieg zwischen imperialistischen Mächten zu vergleichen, wohl aber mit einem Krieg zwischen einen sozialistischen Staat oder einem unterdrückten Volk und einer imperialistischen Macht. In allen diesen

Fällen steht das Proletariat auf der Seite der Unterdrückten, unabhängig davon, wer den „ersten Schuß“ abgegeben hat. Die Provokateure bei einer Straßendemonstration müssen genau so entlarvt werden, wie wir täglich die Provokationen entlarven, die gegen die Sowjetunion gerichtet sind, weil wir die Unmöglichkeit voraussehen, beim Ausbruch eines Krieges gegen die Sowjetunion die Frage des „ersten Schusses zu klären. Da die ganze bürgerliche und sozialdemokratische Presse auf jeden Fall die Sowjetunion als den Angreifer hinstellen wird, ist es notwendig, den Arbeitern heute schon zu erklären, daß ihr Platz auf jeden Fall auf Seite der Sowjetmacht ist, genau so, wie sie auf der Seite der demonstrierenden Arbeiter stehen, auch wenn sie nicht feststellen können, ob nicht vielleicht wirklich ein Arbeiter zuerst geschossen hat. Denn wenn Genosse Rodin meint, daß die Arbeiter nicht einen gerechten Verteidigungskampf führen, wenn der „erste Schuß“ von ihnen ausgeht, dann hat er allerdings „tüchtig daneben gehauen“. J. Lenz.

[609]

Die Internationale
Jahrgang 10 * Berlin, den 15. Oktober 1927 * Heft 20

Die Wahlen in Hamburg.

Von S t e f a n.

Das Ergebnis der Wahlen in den preußischen Gemeinden an der Unterelbe und im Hamburgischen Staatsgebiet (und ebenso das von Königsberg) hat allgemein großes Interesse erweckt, nicht zuletzt in unseren eigenen Reihen. Mit Recht.

1. Die Wahlen fallen in eine Periode der r e l a t i v e n S t a b i l i s i e r u n g und in einen Abschnitt der glänzenden K o n j u n k t u r in Deutschland. Die Frage taucht auf: Wie wirken diese objektiven Faktoren?

2. Die Wahlen finden statt in der Aera des B ü r g e r b l o c k s nach dreiviertel Jahren seiner reaktionären Politik. Wie reagieren darauf die verschiedenen Schichten der Bevölkerung? Haben sich die Klassenkräfte verschoben?

3. Die Wahlen lassen auch ein Urteil über unsere Politik u n d T a k t i k, ihre Durchführung und über die Stärken und Schwächen der Partei zu.

Die Resultate des 28. September und 9. Oktober geben in hohem Maße die Antwort auf alle drei Fragenkomplexe.

I.

Den Wahlen voraus ging eine

außer parlamentarische Aktion der Pfeffersäcke.

Die Hamburger Bourgeoisie ist ebenso wenig mit parlamentarischem Kretinismus behaftet, wie die Kapitalisten anderswo. Der 25. September war der Wahltag für Altona, Wandsbeck und Harburg-Wilhelmsburg, der 9. Oktober für Hamburg. Aber der 1. Oktober war der Stichtag für Lohn. und Arbeitszeitforderungen wichtiger Arbeiterkategorien, wie der 18.000 Hafenarbeiter, der Seeleute, der Werftarbeiter, Gemeinde- und Staatsarbeiter und der Beamten; der 1. Oktober war auch der Tag der 10prozentigen Mietsteigerung. Als dazu noch Anfang August die Sacco-Vanzetti-Bewegung kam und die deutschen und Hamburger Arbeiter sich nach „i h r e n“ Fullers und nach „ihren“ Industriekönigen umsahen, sagte sich die Hamburger Bourgeoisie: Geht das so „demokratisch“ weiter, dann müssen wir zum 1. Oktober blechen und die, „wie die SPD behauptet“, „sterbenden“ Kommunisten halten sich bei den Wahlen. Deshalb her mit dem Terror, das nützt unseren Profiten, und wir bekommen dazu noch ein angenehmes Parlament. Die SPD-Führer gehen koalitionsbesessen doch mit uns durch dick und dünn.

Es kam dann zu den bekannten Vorfällen vom 24. August, zu den von einem Teil aufgehetzter Polizisten und reaktionärer Offiziere provozierten Zusammenstößen, zum längst vorbereiteten § 48-Terror, zur tollen Pressehetze („Mörder“ war das mildeste für die Kommunisten). Die Partei war, das soll offen gesagt werden, in den ersten Tagen ganz isoliert, all ihre Schwächen zeigten sich in vollem Umfange. Aber bald rüttelte die Hetze die im Grunde kerngesunde Partei auf. Die Isolierung, die die noch sehr tiefe [610] Kluft zwischen den Kommunisten und den sozialdemokratischen Arbeitern offenbarte, schwand bald, weil viele Arbeiter zu merken begannen, daß sie um ihre wirtschaftlichen Forderungen geprellt werden sollten, weil sie die drohende Gefahr des Bürgerblocks empfanden, weil die, wenn auch sehr schwache Arbeit der Betriebszellen und die schon etwas bessere der Gewerkschaftsfraktionen der Partei, ihre Wirkungen zeitigte.

Die Hetze und der Terror (der § 48 wurde erst vier Tage vor der Hamburger Wahl aufgehoben) wirkten auf die Wahlen einerseits gegen uns (Einschüchterung der lose Sympathisierenden, leichte Schwankungen an der Peripherie unserer Partei, gehemmte Agitation, Hemmung der Lohnbewegungen usw.), andererseits aus leicht verständlichen Gründen aber auch für uns. Für die Wahlresultate als solche hoben sich Wirkungen und Gegenwirkungen des § 48 und der Hetze so ziemlich auf.

Vielleicht war das Plus zur Wahl vom 25. September und sicherer noch zur Wahl vom 9. Oktober für uns insofern etwas größer, als unsere Aktivität gesteigert wurde und nach etwa zwei-wöchentlichem Terror sich immer kräftiger ein Stimmungsumschwung zu unseren Gunsten durchsetzte, der einen guten Ausgangspunkt für unsere Arbeit darstellte.

Das Bild der Wahlen ist deshalb typisch für das Verhältnis der Klassenkräfte auch in ganz Deutschland.

II. Die Linie der Partei.

Sie ging im wesentlichen parallel der in Sachsen und Thüringen. Die Sammellosung war: „Für ein Rotes Arbeiter-Hamburg“ usw. und wurde definiert als außerparlamentarische, einheitliche Kampf front aller Arbeiter, als Block aller Werktätigen unter Führung der KPD zur Durchsetzung der wirtschaftlichen und politischen Tagesforderungen der Massen mit dem revolutionären Endziel, der Diktatur des Proletariats. An die wirtschaftlichen Teillosungen knüpfte sich als wichtigste politische: der Kampf gegen den Bürgerblock und seine Koalitionsfilialen in den Einzelländern. Die Partei beantwortete auch die Frage einer kommunistisch-sozialdemokratischen Mehrheit in der Formulierung:

„Ergibt sich bei der Wahl am 9. Oktober eine Mehrheit von KPD- und SPD-Vertretern. so müssen die Werktätigen dafür sorgen, daß diese Mehrheit zur Verhinderung der Koalition, zur Durchführung der von der KPD aufgestellten proletarischen Existenzforderungen ausgewertet wird.“

In derselben Weise wie in Sachsen und Thüringen erklärte sich im Wahlaufruf die Partei zur Frage der Regierungsbildung im Falle der Mehrheit von KPD- und SPD-Stimmen.

Die Wahlkampagne wurde geführt durch Aufrollung sowohl der internationalen und gesamtdeutschen, als auch der spezifisch hamburgischen bezw. Gemeindefragen. Die letzten beiden Momente durften nicht vernachlässigt, sondern mußten sehr scharf beleuchtet werden, weil die kommunalen Pflästerchen sowohl von der Bourgeoisie, als auch von der SPD als Massenköder verwendet wurden. Besonders scharf mußte der Beweis geführt werden, daß die KPD und nur sie, in allen Fragen wirklich positive Arbeiterpolitik treibt, d. h. außerhalb und auch in den Parlamenten die Interessen der Massen zu den ihrigen macht und daß allein der außerparlamentarische Aufmarsch und Druck Erfolge bringen und die Massen auf dem Wege zur Befreiung, zur Revolution weiter führen kann.

Dazu kam eine gründliche Aufklärung über die Staatstheorie und die Prinzipien der KPD und die Lüge der „Demokratie“, deren Entlarvung angesichts des § 48 nicht schwierig war.

Zugleich förderte die KPD die Lohn- und Arbeitszeitbewegungen der Arbeiterschaft und verband sie mit dem Kampf gegen den Bürgerblock und die Koalitionspolitik. [611]

III. Das Ergebnis der Wahlen.

Das Resultat des 25. September in Altana, Wandsbek, Harburg-Wilhelmsberg war:

1. Ein Zuwachs von Stimmen für die KPD, und zwar

a) gegenüber der Präsidentschaftswahl in Altana (einschließlich der neueingemeindeten Orte) um etwa 50 Prozent, in der Doppelstadt Harburg-Wilhelmburg um 100 Prozent;

b) gegenüber der Provinzialwahl vom November 1925 in Altana um 100 Prozent, in Wilhelmsburg (Hamburg wählte damals nicht) um ebenfalls 100 Prozent;

c) gegen die „Rekordwahlen“ vom Mai 1924 (die durch eine schwere Wirtschaftskrise und große Streikbewegungen gekennzeichnet wurden) hielt die Partei in Wandsbeck fast die Stimmenzahl, überstieg sie in Altana (ohne die eingemeindeten Orte, die meist Villenorte sind!) um mehrere hundert Stimmen und kam auch in Harburg-Wilhelmsburg von 8787 auf 9312 Stimmen.

2. Die SPD erfuhr gleichfalls eine große, zum Teil noch größere Stimmenzunahme als die KPD, und zwar

a) gegen Mai 1924, wo die SPD sehr ungünstig abschnitt, starken Zuwachs. Da damals die letzten Kommunalwahlen stattfanden, erhöhte jetzt die SPD die Zahl ihrer Sitze von 18 auf 25 in Altana (die

KPD von 10 auf 11), von 12 auf 15 in Wandsbek (die KPD behielt ihre 6). Harburg-Wilhelmsburg ist der Vereinigung wegen hier schlecht vergleichbar. Gegenüber den anderen Wahlen hat die SPD zwar zugenommen, aber nicht im gleichen Maße. So erhöhten sich die SPD-Stimmen in Harburg-Wilhelmsburg gegen die Reichstagswahl Dezember 1924 nur um ganze 378 Stimmen.

3. Ueberall ergaben sich Mehrheiten von KPD- und SPD-Stimmen, da alle offen kapitalistischen Parteien eine Wahlniederlage erlitten. (Am meisten die Demokraten.)

Die Mehrheit an Sitzen beträgt in:

Groß-Altana	33 : 27
Wandsbek	21 : 17
Harburg-Wilhelmsburg	32 : 17

Besonders charakteristisch ist das Beispiel von Harburg-Wilhelmsburg. In Harburg hat die SPD stark zugenommen und zwar auf Kosten der Mieterorganisation die sich dort fast durchweg aus k l e i n - b ü r g e r l i c h e n Anhängern zusammensetzte. In Wilhelmsburg hat die KPD (und zwar durchwegs an proletarischen Stimmen) stärker als die SPD zugenommen; die KPD erhielt hier:

Gemeindewahlen Mai 1924	3114	Stimmen
Reichstag Dezember 1924	4116	"
Präsidentenwahlen 1925	1838	"
Gemeindewahlen November 1925	2313	"
Jetzt	4532	"

Seit Mai 1924 ein Gewinn von 40 Prozent, seit den Präsidentenwahlen 140 Prozent. Das glänzende Ergebnis hat 3 lehrreiche Ursachen: Die Parteigenossen in Wilhelmsburg haben politisch und organisatorisch einen energischen Kurs auf die B e t r i e b e eingeschlagen, sie haben besonders zum 1. Mai kräftig die E i n h e i t s f r o n t t a k t i k (einige kleine Fehler fallen nicht ins Gewichst) mit dem Schwerpunkt auf den Betrieben angewendet, sie [612] haben, wenn auch erst im letzten Halbjahr, eine prachtvolle A k t i v i t ä t entfaltet. Drei Schlüssel zum Erfolge der Partei in jedem Orte.

*

Am 26. September waren die Bourgeoisie und ihre SPD-Helfer perplex. Aus der Verblüffung wurde sofort Wut, aus der Wut Hetze. Es würde zu weit führen, hier die Einzelheiten dieser perfiden Hetze anzuführen. Es genügt darauf hinzuweisen, daß das volksparteiliche Blatt den Schreckensruf ertönen ließ: „Der Feind steht vor den Toren“; daß das Reichsbarmer am 2. Oktober eine Demonstration veranstaltete, die sich zum Scheine gegen Hindenburg richten sollte und in der Transparente „Gegen die Monarchisten und ihre Lakaien, die Kommunisten“, getragen wurden; daß der § 48 erst vier Tage vor der Wahl „aufgehoben“ und eine KPD-Wahldemonstration drei Tage vor der Wahl verboten wurde; daß Teile des Reichsbanners, die sogenannten „Sportriegen“ (ausgesuchte jüngere Elemente ohne Klassenideologie und Polizeielemente) zu Ueberfällen auf Kommunisten aufgehetzt wurden, daß schließlich die Betriebsrätezentrale der SPD ein Sudelblatt in Riesenauflage verbreitete, das persönliche Beschimpfungen schlimmster Art gegen die KPD-Führer enthielt und mit „KPD-Opposition. I. A.: Wilhelm Jansen“ unterzeichnet war. Der Name „Wilhelm Jansen“ ebenso wie die Druckfirma waren erfunden und fingiert. ...

Aber die Hetze wirkte jetzt schon gar nicht. Der erste Oktober hatte die Mehrheit der Hafenarbeiter nicht befriedigt, ebensowenig die Gemeinde- und Staatsarbeiter und die Beamten. Auf den Werften waren Teilstreiks im Gange. Die Mieter wußten das Hindenburg-Geschenk zu werten. Tannenberg und der 2. Oktober hatten den Massen zugleich die p o l i t i s c h e Seite des Bürgerblocks deutlich vor Augen geführt. Das Wahlergebnis vom 9. Oktober zeigte dasselbe Bild, wie das vom 25. September.

Die Wahlbeteiligung war stark; sie betrug

1919	90	Prozent
Dezember 1924	78	"
Bürgerschaftswahl Oktober 1924	66	"
und jetzt	75	"

Das Resultat war (Bürgerschaftswahl Oktober 1924 in Klammer) an Stimmen und Mandaten:

KPD	110.239	(78.522)	27	(24)
SPD	247.469	(173.358)	63	(55)
Demokraten	65.295	(70.622)	16	(21)
Zentrum	9774	(8503)	2	(2)
Volkspartei	72.432	(74834)	18	(23)
Deutschnationale	98.817	(90.626)	25	(28)
Völkische	9754	(134%)	2	(4)
Mittelstand	27.055	(–)	6	(–)
Volksrecht	7706	(–)	1	(–)

Also bei größerer Wahlbeteiligung starke Zunahme der KPD, noch stärkerer Zuwachs der SPD und schwere Verluste der offen kapitalistischen Parteien, am meisten der Demokraten. Die kleinbürgerlich reaktionäre „Mittelstandspartei“ bekam 27000 Stimmen.

Die KPD ist aus der drittstärksten die zweitstärkste Partei geworden. Die SPD steht wie bisher an erster Stelle.

Die KPD und SPD-Sitze machen eine Mehrheit von 90 gegen 70 aus.

Ein Vergleich der Entwicklung der Stimmenzahl der KPD und SPD zeigt folgendes Bild: [613]

		KPD	SPD	Von 100 SPD-Stimmen entfallen auf KPD
Bürgerschaft	1919 –		304535 ohne USP	
Reichstag	1920	2929	215.293	1,4 %
Bürgerschaft	1921	59.179	217.774	27 %
Reichstag Mai	1924	114.365	173.587	66 %
Bürgerschaft Oktober	1924	78.522	173.358	46 %
Reichstag Dezember	1924	90.250	203.431	44 %
Erste Präsidentenwahl	1925	67.566	214.888	32 %
Jetzt		110.339	257.469	44,5 %

Die KPD erreichte nahezu ihre „Rekordzahlen“ vom Mai 1924, überholte die vom Dezember 1924 um 22 Prozent und die vom Oktober 1924 um 40 Prozent. Die SPD erreichte ihren Rekord von 1919 nicht (Differenz 50.000 Stimmen), aber überholte alle anderen Wahlzahlen, vom Dezember 1924 um 22 Prozent und die letzte Bürgerschaftswahl um fast 43 Prozent.

Auf 100 sozialdemokratische Stimmen kommen jetzt 44,5 kommunistische, das ist weit hinter Mai 1924, eine kleine Verschlechterung gegenüber Oktober 1924 und eine unbedeutende Verbesserung gegenüber Dezember 1924. Allerdings ergeben Vergleiche aus einzelnen Wahllokalen (und auch die SPD gibt es offen zu), daß die SPD den größten Teil des Zuwachses aus dem Lager des Kleinbürgertums erhalten hat.

Die KPD wird etwa zu neun Zehntel Arbeiterstimmen und vielleicht zu ein Zehntel an Stimmen von Beamten. Angestellten und ganz wenig Mittelständlern gewonnen haben. Die Arbeiterstimmen dürften zum geringen Teil von früheren SPD-Anhängern, meist aber von früher schon erfaßten oder bisher ganz indifferenten Proletariern stammen. Die SPD hat ihre Arbeiterstimmen fast ganz gehalten und eine geringe Zahl (etwa ein Zehntel des Zuwachses) aus den Reihen der in gemischtwirtschaftlichen Staatsbetrieben und in Genossenschaftsbetrieben beschäftigten Arbeiter gewonnen; neun Zehntel ihrer Zunahme jedoch dürften auf kleinbürgerliche Elemente fallen, die von den offen bürgerlichen Parteien abgeschwenkt sind.

Wenn man berücksichtigt, daß die SPD nahezu ausschließlich den Wahlkampf mit dem Ziele der Schwächung der KPD und der Verhinderung einer Mehrheit von KPD und SPD führte, daß ihr beides nicht gelang, daß die Mehrheit der koalitionsbesessenen SPD wie ein Pfahl im Fleische steckt, so kann man sagen, daß der eigentliche Sieger des 9. Oktober die Kommunistische Partei ist. Allerdings kommt alles auf die weitere Arbeit der Partei an.

Das Ergebnis der Wahlen ist eine L i n k s s c h w e n k u n g, die vorerst in besonderer, teilweise unklarer Form erfolgt, nämlich nicht nur zur KPD, sondern auch zur SPD Die werktätigen Massen

rebellieren gegen die Bürgerblockpolitik. Ein großer Teil der Arbeiter sieht schon in der KPD die einzige Kampfpartei gegen den Bürgerblock, die Mehrheit aber nimmt die Scheinopposition der SPD für bare Münze. Das Kleinbürgertum wendet sich von den Bürgerblockparteien ab, geht auch von der Demokratischen Partei fort, weil es sie teils als Hilfspartei des Bürgerblocks, teils als eine schlechtere Ausgabe der SPD ansieht und wendet sich unklar entweder der SPD zu (deren Parole „Heran an den Staat" illusionäre Hoffnungen des Kleinbürgertums weckte), oder verfällt in Indifferenz oder gibt die Stimme neuen Gründungen, wie der „Mittelstandspartei".

Der objektive Hauptfaktor dieser Linksschwenkung ist der Widerspruch zwischen der guten Konjunktur und der schlechten Lebenslage der Massen.

Nun tauchen einige Fragen auf:

1. Warum nahm die KPD zu?

Wer vom Wahlresultat überrascht war, der hatte in der Hauptsache nur die ungenügende Durchführung unserer politischen Linie, nur die noch sehr [614] mangelhafte Arbeit in den Betrieben und Gewerkschaften in Rechnung gezogen. Aber es wirkten noch andere Faktoren. Der Erfolg der KPD erklärt sich daraus:

a) Die Linie der Partei, ihre Politik und Taktik sind richtig. Die Partei ist im Grunde fest und stabil.

b) Große Teile der Arbeiterschaft erkennen die Richtigkeit unserer Politik, infolge der Aufklärungsarbeit der Zellen und Gewerkschaftsfraktionen, die trotz aller Unzulänglichkeiten gegenüber 1924/25 große Fortschritte gemacht haben; besonders ist die, wenn auch noch unbefriedigende, Tätigkeit der Zellen und Fraktionen zu den Lohnbewegungen zum 1. Oktober hervorzuheben. Auch infolge der Aufklärung durch die Tagespresse, die Wahlflugblätter usw.

c) Die SPD macht an der Unterelbe eine besonders rechte Politik und hat z. B. bis in die letzte Zeit, so ziemlich unbekümmert um die Wahlen, in der Bürgerschaft und außerparlamentarisch arbeiter- und beamtenfeindliche Politik mitgemacht.

2. Woher der Erfolg der SPD?

a) Die bereits erwähnte Scheinopposition der SPD gegenüber dem Bürgerblock schien breiten Massen echt.

b) Die SPD verdeckte ihre arbeiterfeindliche Hamburger Koalitionspolitik mit verschiedenen Pflästerchen.

c) Der starke Apparat der SPD (Partei, Gewerkschaften, Reichsbanner, Genossenschaft, Regierungsapparat usw.)

d) Dem gegenüber die Schwäche der Arbeit unserer meisten Stadtteil-Leitungen, Zellen und Fraktionen. Wir machen in den Betrieben sehr wenig Einheitsfronttaktik, keine systematische Arbeit zur Herausbildung einer Arbeiteropposition in der SPD und in Auswirkung dessen zeigt sich noch kaum eine Spur einer linken Gewerkschaftsbewegung.

Daraus folgt:

Die Freude und Begeisterung unserer Partei über den Erfolg ist durchaus am Platze. Sie ist zum allergrößten Teil gesunder Art, aber es mischt sich, man muß das offen und rücksichtslos im Interesse der Partei aussprechen, etwas Schaum, etwas Rummel dazu. Ein Beispiel: in Altona wurde das Ergebnis des 25. September mit größtem Enthusiasmus aufgenommen. Aber bis heute, also seit 3 Wochen, ist noch keine einzige Betriebsresolution für die Ausnutzung der Mehrheit von KPD und SPD gefaßt worden, trotzdem wir einige Betriebe durchaus beherrschen. In Harburg, Wandsbeck dasselbe, auch in Hamburg hätte die eine Woche seit der Wahl Betriebsbeschlüsse bringen können. Besser steht es in Wilhelmsburg. Eine Besserung in allen Orten deutet sich jetzt an.

Wir müssen verstehen, die Begeisterung in das Bett der sachlich-begeisterten Arbeit zur Ausmerzung unserer Schwächen und Mängel zu lenken. Die Wahlen beweisen, daß die Massen gegen den

Bürgerblock sind, daß die Stimmung für die KPD wächst und die Aufgabe besteht darin, die Stimmung politisch und organisatorisch zu verankern, zu fixieren: Durch Hineinführung aller unserer Arbeiterwähler in die Freien Gewerkschaften, durch ihre Gewinnung zu Lesern der Zeitung und zu Mitgliedern der Partei. Die Auffrischung unserer Partei durch die vielfach sehr aktiven Sympathisierenden ist unerläßlich.

Die Wahlen haben einen erhöhten Arbeitsgeist und eine größere Zuversicht der Parteimitglieder, ein stärkeres Vertrauen zur Partei und ihrer Politik gebracht. Das Ansehen der Partei ist bedeutend gewachsen. Es kommt jetzt alles darauf an, auf dem fruchtbaren Felde da zu ernten. dort zu ackern, dort neu zu säen.

[615] Die Hamburger Wahlen sind keine Gebietserscheinung, sondern (Königsberg beweist es), typisch für das, was in den Massen in Deutschland und sogar in einigen anderen Ländern vorgeht. Es erfolgt eine Verschiebung der Kräfte zu ungunsten der Bourgeoisie, zugunsten der Arbeiterschaft. Massen, die noch zur SPD stehen, werden kurz oder lang erkennen, daß die SPD Hilfspartei der Bourgeoisie ist. In Hamburg beginnt dieser Prozeß schon. Die KPD hat der SPD Ausnutzung der Mehrheit zur Durchsetzung von 14 proletarischen Mindestforderungen vorgeschlagen. Die SPD versucht durch allerlei Manöver (wir werden darüber in einem besonderen Artikel berichten) die Ablehnung den Massen plausibel zu machen und die geliebte Koalitionspolitik weiter zu führen. Unser Kampf in Hamburg muß sehr beachtet werden, weil seine Tragweite für das ganze Reich groß ist.

Der Bürgerblock setzt seine reaktionäre Politik gegen die Werktätigen fort. Umso entschiedener werden die Massen mit einem Linksmarsch antworten. Bei guter Arbeit der KPD kann und wird es in großem Maße gelingen, den Block der Werktätigen in Stadt und Land gegen den Bürgerblock und gegen den zerklüfteten Block der Republik unter kommunistischer Führung zu formieren.

Die Massenbewegung in Deutschland steht ohne Zweifel im Zeichen eines ganz langsamen aber stetigen Aufstiegs. Eine Erscheinung von großer internationaler Bedeutung, um so mehr, als sich mehr oder weniger ähnliches auch in anderen Ländern anzuzeigen scheint.

Innerparteilich von Bedeutung ist:

Die Wahlen haben den Bankerott der Ultralinken in jeder Weise gründlich demonstriert. Urbahns hat in seiner angeblichen „Hochburg“ eine Abfuhr sondergleichen erhalten. In Hamburg konnte er die notwendigen 3000 Unterschriften nicht aufbringen. In Altona, wo nur 10 Unterschriften nötig sind, erhielt er nur ganze 364 Stimmen. Die Steigerung der Wahlzahlen für die KPD gegenüber der ultralinken Aera, die 110.000 Stimmen in Hamburg, die 19.000 in Altona, sind Todesurteile für den Trotzkismus und seine deutsche Filiale.

Besonderes Augenmerk muß die Partei jetzt auf ihre Taktik bei der Auswertung der Mehrheit legen. Es bestehen sicher Gefahren nach der rechten wie nach der ultralinken Seite. Gründliche Arbeit, gründliches Durchdenken der Parteimaßnahmen, Politisierung der Zellen, Hebung des Parteiniveaus und restlose Durchführung der Konzentration mit allen, die zur Linie der Partei stehen, sind die besten Sicherungen vor Abweichungen.

Die Wahlen haben den Beweis erbracht, daß die KPD auch in der Zeit der relativen Stabilisierung erfolgreich fortschreiten kann. Die wirtschaftliche Konjunktur in Deutschland stumpft den Klassenwillen des Proletariats nicht ab, sondern verschärft ihn, weil die Arbeiter die Kosten tragen, weil der deutsche Imperialismus nur unter Fortführung der scharfen Ausbeutung, nur bei brutaler Unterdrückung und aggressiver Außenpolitik sich entwickeln kann; so schafft seine Erstarkung die Elemente seines Sturzes. Die objektiven Faktoren sind für die Partei nicht ungünstig und das Schwergewicht liegt bei den subjektiven Faktoren: bei der Fortsetzung unserer richtigen Politik und Taktik, bei einer besseren (weitaus besseren!) Durchführung unserer Linie und bei der stärkeren Aktivität. [616]

*

Der Trotzkismus und die chinesische Revolution

Von A s i a t i c u s.

(Schluß).

III. Die Losung der „demokratischen Diktatur des Proletariats des städtischen Kleinbürgerturns und der Bauernschaft“ und die Frage des „Hinüberwachsens in den Sozialismus“.

Die wichtigste historische Ursache der Niederlage der russischen Revolution von 1905, der Nichtverwirklichung der „demokratischen Diktatur des. Proletariats und der Bauernschaft“ wurde von Genosse Trotzki bekanntlich dahin ausgelegt, daß eben die russische Revolution von 1905 bereits nur als proletarische Revolution siegen konnte. Nach seinem Schema mußte das Proletariat, nachdem es mit Hilfe der Bauernschaft zur Macht gekommen wäre, unmittelbar die „reine Arbeiterregierung“ etablieren, unmittelbar an die sozialistische Umwälzung herangehen, und zwar im Kampfe gegen das radikale Kleinbürgertum in den Städten und im Kampfe mit der Bauernschaft. Lenin verhöhnte dieses abstrakte Schema, wies nach, daß dieses Schema nur imstande ist, trotz seiner scheinradikalen Hülle die Aktionskraft des Proletariats zu lähmen und die Führung der demokratischen Revolution durch das Proletariat zu verhindern. Die wirkliche Ursache der Nichtverwirklichung der Losung der demokratischen Diktatur war eben die Tatsache der Passivität des russischen Dorfes zu jener Zeit, was dem Zarismus ermöglichte, sich sogar auf die Hilfe des Dorfes g e g e n die Revolution zu stützen. Die zaristische Armee, die zum größten Teil mit den armen Dorfelementen ausgefüllt war, konnte noch die revolutionäre Bewegung in den Städten niedertrampeln.

Es ist charakteristisch für die letzten Jahre der chinesischen Revolution, daß auch dort im wesentlichen die revolutionäre Bewegung sich auf die Massen der Städte beschränkte und daß erst im letzten Jahr größere Massen der Bauernschaft in die revolutionäre Bewegung hineingerissen werden konnten. Das Erwachen des Dorfes, das in Süd- und Mittelchina im letzten Jahre so entscheidend den Gang der Revolution beeinflußte, war nur ein Auftakt, wenn auch ein sehr machtvoller Auftakt. Aber in weiten Gebieten Chinas steht diese Verbindung des revolutionären Kampfes der städtischen Armut mit den Millionenmassen der ländlichen Armut noch bevor. Die Entscheidung in der Frage der Verwirklichung der Losung der demokratischen Diktatur liegt hier ebenso wie in der Revolution von 1905 in dieser revolutionären Erhebung der unterdrückten Bauernmassen unter der Führung der organisierten Massen der städtischen Armut.

In den Thesen des Genossen Trotzki über die chinesische Revolution (Plenarsitzung des EKKI, Mai 1927) heißt es in dem Abschnitt „Demokratische oder sozialistische Revolution?“ folgendermaßen:

„Der Opposition wird die sinnlose Behauptung zugeschrieben, daß China unmittelbar vor einer sozialistischen Diktatur des Proletariats stünde.“

Das sei nicht wahr, das ist lediglich eine „Stalinsche Erfindung“ – meint Trotzki. Im nächsten Abschnitt dekretiert aber Trotzki der chinesischen Revolution folgendes Schicksal:

„Wenn die bürgerlich-demokratische Revolution nicht in naher Zukunft in eine sozialistische hinüberwachsen wird, so werden auf einem bestimmten Stadium aller Wahrscheinlichkeit nach die Arbeiter- und Bauernräte die Szene verlassen und einem bürgerlichen Regime weichen, welches darauf im Zusammenhang mit dem Gange der Weltrevolution, bereits in einem neuen geschichtlichen Stadium, der Diktatur des Proletariats weichen wird.“

Hier haben wir zwar eine sehr vorsichtige und sehr verschwommene Formulierung der nächsten Perspektive der chinesischen Revolution vor uns, [617] hinter der aber nur die nicht offen eingestandene Trotzkische Theorie der permanenten Revolution“ steckt. Das Trotzkische Schema der bürgerlich-demokratischen Revolution hat nicht das geringste mit der chinesischen Wirklichkeit gemein. Die chinesische Revolution – wir meinen die gegenwärtige revolutionäre Bewegung in China – kann nur siegen als eine demokratische Revolution. Wenn der Kommunismus feststellt, daß die revolutionäre Rolle der Bourgeoisie in China bereits der Vergangenheit angehört, so bedeutet das lediglich, daß diese revolutionäre Bewegung nicht nur gegen die halbfeudalen Verhältnisse auf dem Lande und ihre militaristisch-bürokratische Exekutive, sowie gegen den Imperialismus sich richtet, sondern auch

gegen die Bourgeoisie „im engen Sinne des Wortes“ – wie Lenin sagt –,d. h. gegen die dünne Schicht der Groß- und Mittelbourgeoisie, die mit der imperialistischen und halbfeudalen Reaktion verbunden ist. Jene Städte, wo das moderne Proletariat in solcher Stärke bereits vorhanden ist, daß es die Massen der kleinbürgerlichen Armut, der Handwerker, kleinen Kaufleute Studenten usw. im revolutionären Kampfe führen kann, stehen in China ganz vereinzelt da. Sie sind wie rare Inseln in einem großen Ozean. Es sind hauptsächlich jene Städte, in denen auch der Imperialismus seine stärksten Machtpositionen innehat.

In diesen imperialistischen Machtzentren ist in den letzten Jahrzehnten eine moderne Industrie erstanden, hauptsächlich in Gestalt einer höheren Form der Organisation der Ausfuhr und auch der Verarbeitung der chinesischen Rohstoffe für auswärtige Märkte. Während in diesen vereinzelten Inseln in wenigen Jahrzehnten eine solche Industrie aus dem Boden gestampft war, mit Hilfe vor allem des auswärtigen Kapitals und der höheren kapitalistischen Technik und Organisationsform der westlichen Staaten, ging das übrige China auf dem Weg dieser Entwicklung nur äußerst langsam mit. So erleben wir das Schauspiel, daß, abgesehen von diesen vereinzelten Küstenstädten, auf sehr weiten Gebieten Chinas in den Städten kaum die Ansätze zu einer modernen Industrie bestehen. In jenen Städten kann kaum von einem modernen Proletariat die Rede sein. Sie sind ausgefüllt mit einer großen bunten Masse der kleinbürgerlichen Armut und einer sehr dünnen reichen Schicht, die hauptsächlich von der Ausbeutung des Dorfes, sei es als bürokratischer Anhang des Militarismus, sei es als Kompradoren und Verpächter, ihre Profite schöpfen. Gerade infolge der Vorherrschaft des auswärtigen Kapitals in der modernen Industrie Chinas, infolge der hypertrophischen Entwicklung einzelner Küstenstädte zur Vervollständigung der Ausplünderung des Landes durch den Imperialismus, kann das übrige China nur sehr schwer vorwärtskommen. Die ursprüngliche Kapitalsakkumulation charakteristisch für diese frühkapitalistische Phase noch auf der spätfeudalen Grundlage des Dorfes, ist gezwungen, Anlage im Dorfe auf dem Wege des Pachtsystems zu suchen, weil sie bei der Beherrschung der Zollverwaltung Chinas durch den Imperialismus und bei der Vorherrschaft des auswärtigen Kapitals in der modernen Industrie Chinas nur sehr schwer konkurrieren und vorwärtskommen kann.

Was folgt daraus für die Taktik des Proletariats in der konkreten revolutionären Lage? Daraus folgt, daß in China die nächste Perspektive der Revolution nur eine demokratische Diktatur sein kann, in der die kleinbürgerliche städtische Armut noch eine sehr wichtige Rolle in der Revolution spielen muß. Die revolutionäre Rolle der Bourgeoisie im engsten Sinne des Wortes gehört zwar der Vergangenheit an, das Proletariat aber muß sich seine ausschließliche Führung der Revolution unter ganz besonderen Bedingungen erkämpfen. Es kann sich als nächstes Kampfziel die Eroberung der Hegemonie des Proletariats in der revolutionären Bewegung stellen und das Ziel auch erringen, aber doch nur wenn es als Wortführer der revolutionären Interessen der Bauernschaft und der städtischen kleinbürgerlichen Armut auftritt. Das organisierte Proletariat erkämpft seine Hegemonie innerhalb der revolutionären Bewegung nicht allein durch seine Agitation und Propaganda, sondern gleichzeitig durch die Organisierung der revolutionären [618] Front. Es muß zeitweilig mit kleinbürgerlichen Parteien, die der Ausdruck der revolutionären Gärung im städtischen Kleinbürgertum und in der Bauernschaft sind, paktieren. sich für gemeinsame Aktionen mit ihnen verbünden, ihre Schwächen und ihr Versagen an Hand der konkreten Erfahrungen entlarven und dadurch ein enges Vertrauensverhältnis mit der Masse der Bauernschaft und der kleinbürgerlichen Armut schaffen.

Diejenigen, die da glauben, daß mit dem Uebergang der Bourgeoisie zur Konterrevolution in China, mit der Zerschlagung der alten Kuomintang nun nichts anderes für die Massen der kleinbürgerlichen und bäuerlichen Armut übrigbleibt, als der kommunistischen Partei zu folgen, geben sich einer großen und gefährlichen Illusion hin. Das radikale städtische Kleinbürgertum in China, das über jahrzehntelange Traditionen des revolutionären Kampfes verfügt und das in der Kuomintang einen zähen, erbitterten Kampf gegen die verräterische Bourgeoisie geführt hat, denkt noch gar nicht daran, abzudanken. Wir müssen gerade im Interesse der Erkämpfung der Hegemonie des Proletariats den Tatsachen offen ins Auge sehen. Jede Taktik, die diese Tatsache übersehen würde, würde nur zur Folge haben, daß zwischen dem revolutionären Proletariat und der bäuerlichen und kleinbürgerlichen Masse

eine tiefe Kluft entsteht und die Revolution zu einer großen Niederlage geführt wird. Wenn wir also von der demokratischen Revolution sprechen und in diesem Zusammenhange von der Losung der Räte, so stellen wir das Problem keineswegs in jener abstrakten und schematischen Form wie der Trotzkismus. Wir stellen uns die bürgerliche demokratische Revolution nicht als kurze Uebergangsphase vor, die „in naher Zukunft in eine sozialistische hinüberwachsen wird“ und folgern keineswegs daraus, daß nun die Arbeiter- und Bauernräte deshalb in kurzer Zeit die Szene verlassen und einem bürgerlichen Regime weichen müssen. Wir sprechen von der demokratischen Diktatur nur in dem Sinne, wie Lenin von ihr gesprochen hat und zwar von einer Diktatur von längerer Dauer, als größere historische Uebergangsphase, in der das Bündnis des Proletariats mit den Massen der Bauernschaft und der kleinbürgerlichen städtischen Armut nicht nur keinem bürgerlichen Regime weichen muß, sondern immer mehr die städtische und ländliche Armut zusammenschweißen und auf diesem Wege die Elemente der künftigen Diktatur des Proletariats herausentwickeln wird. Unser Gegensatz zum Trotzkismus ist hier der Gegensatz zwischen einer wirren lebensfremden Abstraktion und der konkreten Bestimmung der Aufgaben des Proletariats in der chinesischen Revolution. Trotzki verwahrt sich dagegen, daß die Opposition der Ansicht sei, daß China unmittelbar vor einer sozialistischen Diktatur des Proletariats stünde, während seine These dem Proletariat gerade diese Aufgabe stellt, d. h. praktisch nicht die Aufgabe der Verwirklichung der sozialistischen Revolution, sondern mit einem großen scheinrevolutionären Knalleffekt, dem bürgerlichen Regime zu weichen.

Welche geschichtlichen Aufgaben stehen vor einer demokratischen Diktatur des Proletariats, des städtischen Kleinbürgertums und der Bauernschaft? Zunächst „nur“ der Ausrottung der halbfeudalen Ueberreste auf dem Lande der Befreiung der Bauernschaft und der Niederschlagung des halbfeudalen und bürgerlich-reaktionären Militarismus; der Vertreibung des Imperialismus aus China und der völligen Vernichtung seiner Positionen in der chinesischen Wirtschaft, und schließlich der Niederschlagung der mit dem Imperialismus und der halbfeudalen Reaktion verbundenen reaktionären Bourgeoisie. Diese Aufgaben sind natürlich aufs engste miteinander verbunden, sind nur verschiedene Seiten desselben revolutionären Gesamtproblems, können weder zeitlich noch räumlich voneinander getrennt werden. Sind diese Aufgaben etwa ein kurzer Auftakt, wie das der Trotzkismus in der Revolution von 1905 und der von 1905 in der gegenwärtigen chinesischen Revolution so verschiedenen Lage „permanent“ behauptet? Stehen diese Aufgaben im Gegensatz zu der Frage des „Hinüberwachsens in den Sozialismus“, wie das aus der Stellungnahme des Trotzkismus in 1905 und in der gegenwärtigen chinesischen Revolution hervorgeht? Keineswegs! Das Proletariat als die revolutionärste Klasse der Gesellschaft hat eben allein diese [619] Möglichkeit, gerade durch die Verwirklichung der nationalen und bürgerlich-revolutionären Losungen, zu der die Bourgeoisie im engen Sinne des Wortes bereits unfähig geworden ist, auch die Elemente seiner Revolution reifen zu lassen, die Frage des Hinüberwachsens in den Sozialismus nicht abstrakt, sondern konkret, nicht im Kampfe gegen die Bauernschaft und die städtische kleinbürgerliche Armut, sondern im Bündnis mit diesen zu stellen. Das bedeutet nicht, daß die Partei des Proletariats im Rahmen eines solchen Bündnisses ihren Kampf gegen die kleinbürgerliche Ideologie und ihre Parteien auch nur auf einen Augenblick zurückstellt. Umgekehrt, dieser Kampf kann und muß in bestimmten Phasen sogar sich in den offenen Bürgerkrieg verwandeln, wo aber das Proletariat sich nicht von der Masse der bäuerlichen und kleinbürgerlichen städtischen Armut hierbei abzusondern braucht, sondern sich umgekehrt immer enger noch mit ihnen verbündet und ihre Führung darstellt. Das hat der Trotzkismus nie begriffen. Und das ist eben die Kernursache dieser wirren trotzkistischen Abstraktionen.

Der trotzkistische Schematismus steht aber in China in noch verworrenerer Gestalt als in der russischen Revolution von 1905. Die Vorherrschaft des Imperialismus in der modernen Industrie Chinas stellt vor der nationalrevolutionären Front mit ihrer demokratischen Diktatur die Frage des „Hinüberwachsens in den Sozialismus“ nicht erst in naher Zukunft, sondern ganz unmittelbar, wenn auch freilich nicht nach dem oberflächlichen trotzkistischen Schema. Die Stärke der imperialistischen Positionen in China beruht gegenwärtig zum wenigsten bereits auf der Verwaltung einzelner Konzessionen in den chinesischen Städten, auf der Beherrschung des Zollwesens und auf den Exterritorialitätsrechten. Der Imperialismus beherrscht gegenwärtig den größten Teil des chinesischen Eisenbahn- und Schiffahrtswesens, die wichtigsten Kohlen- und Eisenvorkommen und den größten Teil der modernen

verarbeitenden Industrie. Wenn auch der Imperialismus in einer gewissen Phase der nationalrevolutionären Bewegung gezwungen sein wird, Konzessionen an die chinesische Revolution in Gestalt des „Verzichts“ auf Exterritorialitätsrechte usw. zu machen, so ist er dadurch keineswegs an der Wurzel seiner Macht in China getroffen. Die vereinigte nationalrevolutionäre Front des Proletariats, des städtischen Kleinbürgertums und der Bauernschaft muß auch die Frage der Enteignung der imperialistischen Positionen in der Wirtschaft, der Verstaatlichung, durch den Staat der demokratischen Diktatur, dieser wichtigsten und beherrschenden Wirtschaftspositionen des Landes stellen. Das sind zweifellos sehr bedeutende Maßnahmen für das „Hinüberwachsen in den Sozialismus“, für die „nichtkapitalistische Perspektive der chinesischen Revolution“ und das charakteristische ist hierbei, daß diese Maßnahmen nicht allein im Interesse des Proletariats, sondern im Interesse der gesamten nationalrevolutionären Front sind. Das ist freilich ein anderes Hinüberwachsen in den Sozialismus als das, an das Trotzki denkt. Denn wenn es sich auch äußerlich um Maßnahmen auf dem Wege zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel handelt, so darf doch hierbei nicht übersehen werden, daß das gemeinsame Interesse aller revolutionären Schichten an diesen Maßnahmen nur in sehr beschränktem Maße das als Uebergang zum Sozialismus hinzustellen erlaubt. Für die große kleinbürgerliche Masse in Stadt und Land bedeuten diese Maßnahmen im wesentlichen noch nichts anderes, als etwa die Enteignung des Klerus in der französischen Revolution.

IV. Die trotzkistische Losung der Räte und der Weg zu den Räten der demokratischen Diktatur in China.

Die Stellungnahme des Trotzkismus zur Rolle der Räte in China ist natürlich aufs engste verbunden mit seiner Theorie der „permanenten Revolution“. Die Räte als Organe der demokratischen Diktatur können und müssen die Massenorgane der chinesischen Revolution sein. Wer das verneint, ist ein Opportunist und muß als solcher entlarvt werden. Aber in dieser Frage zeigt sich der Gegensatz des Kommunismus zum Trotzkismus noch schärfer als in der obigen Frage der konkreten Perspektive der chine-[620]sischen Revolution. Denn hier kommen wir von der notwendigen theoretischen Abstraktion, von der Feststellung der Vorbedingungen für die Losung der demokratischen Diktatur des Proletariats, des städtischen Kleinbürgertums und der Bauernschaft zu der Bestimmung des Weges zu diesem revolutionären Sieg. Das ist keine Frage der Perspektive, sondern der unmittelbaren Taktik in der gegebenen revolutionären Lage, wenn auch diese Taktik sich nur dann richtig herausarbeiten läßt, wenn volle Klarheit in bezug auf das nächste Ziel der Revolution herrscht. Wir Marxisten unterscheiden uns von den scheinradikalen „linken“ Konfusionsräten, daß wir die Losung der Räte nicht abstrakt stellen, daß wir nicht immer in jedem Abschnitt der revolutionären Kämpfe „alle Macht den Räten“ schreien, sondern daß wir die Organe der revolutionären Massenbewegung nur als Ausdruck des Standes der Kämpfe und ihrer nächsten Aufgaben propagieren. Die Räte als Organe des proletarischen Kampfes um die Macht sind nur der organisatorische Ausdruck für die bereits erreichte höchste Form der Auseinandersetzung um die Macht. Dort wo das Proletariat um seine Diktatur bereits kämpfen kann, ist es selbstverständlich, daß das Proletariat als die einzige revolutionäre Klasse allein für die Führung aller armen und ausgebeuteten Schichten geschichtlich in Betracht kommt. Dort aber, wo noch auf der Tagesordnung, wie gegenwärtig in China, die Entfesselung der Kräfte der bürgerlich-demokratischen Umwälzung steht, wo die Perspektive zunächst noch nicht heißen kann „Diktatur des Proletariats“, sondern Diktatur des Proletariats, des städtischen Kleinbürgertums und der Bauernschaft, muß man sich klar sein, daß die Räte als Massenorgane der Revolution nur möglich sind, wenn bereits die Hegemonie des Proletariats innerhalb der revolutionären Front eine Tatsache geworden ist. Ohne diese Hegemonie des Proletariats sind Räteorgane nicht zu verwirklichen. Es genügt nicht, wenn eine Partei des Proletariats die Räte propagiert. Jede kommunistische Partei hat die Pflicht, in jeder Phase des Kampfes die Einsicht der revolutionären Masse in die geschichtliche Notwendigkeit der Rätediktatur zu verbreitern und zu vertiefen. Aber eine Schablonisierung der Rätelosung, indem man sie jederzeit als den unmittelbaren Ausweg hinstellt, ist direkt schädlich.

Die chinesische Revolution der letzten Jahre hatte bereits ihre Massenorgane. Die Kuomintang war nicht das ausschließliche Massenorgan der Revolution, wenn sie auch das führende war. Ursprünglich

war sie auch das ausschließliche Massenorgan. Was seit 1925 hinzukam, war das Ergebnis der Entwicklung des Proletariats als Klasse in den nationalrevolutionären Kämpfen und der Entwicklung seiner Kräfte für die Organisierung der anderen revolutionären Schichten. Die chinesischen Gewerkschaften, die erst in den letzten Jahren im stürmischen Tempo sich entwickelten, waren in diesem Milieu der bürgerlich-revolutionären Umwälzung nicht allein Berufsvertretungen des Proletariats, sondern spielten eine außerordentlich wichtige politische Rolle für den gesamten Kampf der nationalen Revolution. In Schanghai, Kanton und Wuhan wurden den Gewerkschaften in steigendem Maße Aufgaben gestellt, die bereits in den Bereich der Aufgaben der Räte gehören. Die Entwicklung der gewerkschaftlichen Streikposten zu ständigen, zum Teil auch bewaffneten Abteilungen mit polizeilichen und militärischen Befugnissen, oft auch mit einer eigenen revolutionären Justiz, wobei diese Organe bereits das Vertrauen und die Anerkennung der überwiegenden Mehrheit der nationalrevolutionären Massenbewegung erkämpfen konnten, ist nur eines von den vielen Beispielen hierfür. Die Organisierung und die Entwicklung der Bauernverbände ist bereits im wesentlichen den organisatorischen Fähigkeiten des revolutionären Proletariats zuzuschreiben. Es ist bekannt, daß diese Bauernverbände in verschiedenen ländlichen Distrikten ebenfalls sich dem Wesen der Räteorgane sehr angenähert haben. Weil die Aufgaben der Bauernverbände in erster Linie Aufgaben des politischen Kampfes gegen den Dorfadel und die Gutsbesitzer waren, entwickelten sie sich wenn auch nur an den vorgeschobensten Positionen der organisierten Bauernkämpfe, zu Organen, die die gesamte arme Bauernbevölkerung des Dorfes erfaßten. [621] Sie bildeten so den organisatorischen Ausdruck für den Kampf der Bauernmasse um die Macht im Dorfe. Das revolutionäre Proletariat schuf diese Massenorgane als ein Teil der revolutionären Front innerhalb der Kuomintang und ständig im zähen Kampf gegen die bürgerliche Führung, aber gleichzeitig im immer engeren Bündnisverhältnis mit den kleinbürgerlichen Massen der Kuomintang. Den historisch beschränkten Sinn der Entwicklung dieser Massenorgane innerhalb der allgemeinen nationalrevolutionären Front hat eben die Opposition nie begriffen. Sie waren der Ausdruck der Tatsache, daß, während das organisierte Proletariat innerhalb der Kuomintang gegen die bürgerliche und kleinbürgerliche Führung gekämpft hat und hierbei auch neben der Kuomintang, noch nicht aber im Kampfe gegen sie, neue Massenorgane der Arbeiter- und Bauernschaft entwickeln konnte, die Kraft des Proletariats jedoch noch lange nicht ausgereicht hat, um den kleinbürgerlichen Massen der nationalrevolutionären Front seinen Weg zu diktieren.

Genosse Trotzki sieht diese Erscheinungen und folgert gerade daraus, daß nun all das nichts anderes ist, als „Surrogate für Sowjets“.

Er klagt den Genossen Stalin an, daß es schlimmster Opportunismus und offener Verrat ist, wenn er das als „Vorbereitungselemente für die Sowjets der Zukunft“ betrachtet. Wir können es verstehen, daß ein Revolutionär nach dem trotzkistischen Schema sich mit Verachtung von solchen „Surrogaten“ abwendet. Die Generäle und die chinesische Bourgeoisie in trautem Verein mit dem Imperialismus haben sich auch erhoben gegen diese „Surrogate“. Die bürgerliche und kleinbürgerliche Führung der Kuomintang erklärte diesen „Surrogaten“ den unversöhnlichen Krieg. Und warum? Weil die Entwicklung dieser „Surrogate“, nicht im Kampfe gegen die kleinbürgerlichen Massen, sondern im Bündnis mit ihnen, solche gefährlichen Ausmaße erreichte, daß sie die Frage des Bündnisses des Proletariats mit den kleinbürgerlichen und bäuerlichen Massen immer mehr und immer drohender in der Richtung der Hegemonie des Proletariats vorwärtstrieben. Für den Trotzkismus waren das „Surrogate“. Für uns war das der einzige Weg zur Begründung der Hegemonie des Proletariats, zur Führung der kleinbürgerlichen und bäuerlichen Massen und zu der Etablierung der Räte der demokratischen Diktatur.

Die Räte der demokratischen Diktatur entstehen nicht plötzlich, weil das Proletariat nun so weit ist, daß es bereit ist, sie zu propagieren, sondern entwickeln sich im Verlaufe des akuten revolutionären Prozesses aus diesen „Surrogaten“, indem sie immer größere Schichten erfassen, immer höhere Organisationsformen für die wachsende kämpfende Masse, die für den Trotzkismus noch lange „Surrogate“ bleiben werden, erzeugen. Die Räte der demokratischen Diktatur für China müssen zunächst noch ein anderes Gesicht als die Räteorgane in Sowjetrußland haben, sie müssen eine buntere

Verbindung der Massen der städtischen und ländlichen Armut darstellen. Sie müssen neben dem Proletariat und der Bauernschaft die Handwerker und die kleinbürgerlichen Schichten erfassen. Auf Grund der Erfahrungen der bisherigen revolutionären Kämpfe können sie in den nächsten größeren Erhebungen der chinesischen Massen ungefähr folgendes Gesicht haben: die Räte des Proletariats und des Handwerkertums, der Bauernschaft, der Studenten und der kleinen Kaufleute, ferner die Räte der revolutionären militärischen Abteilungen, angefangen von den Ortsgarden der Gewerkschaften über die revolutionären Abteilungen, die aus dem Lager des reaktionären Militarismus losgelöst werden können, bis zu den Dorfgarden der Bauernverbände, der „Roten Speere“ usw. Es ist klar, daß in diesen Räten, ebenso wie in den Massen, die sie vertreten, nicht allein die Kommunistische Partei, sondern auch eine Partei oder mehrere Parteien der kleinbürgerlichen Massen miteinander um die Wege in der Revolution und um die Führung ringen werden. Das Zustandekommen solcher Räte setzt aber die führende Rolle des Proletariats innerhalb der revolutionären Front voraus Es ist müßig, darüber jetzt zu prophezeien, wann dieser Zeitpunkt eintreffen wird. Auf [622] alle Fälle muß man aber feststellen, daß die Zerschlagung der alten Kuomintang gegenwärtig noch nicht bedeutet, daß die von ihr abgetrennten kleinbürgerlichen Massen und Führer nicht mehr in der Lage sind, selbständige Parteien mit großem Massenanhang zu bilden. Eben weil in China die revolutionäre Lage nichts von ihrer Aktualität und Schärfe eingebüßt hat, eben weil die revolutionäre Massenbewegung sich im Fluß befindet, müssen wir als revolutionäre Partei des Proletariats uns auch mit solchen revolutionären kleinbürgerlichen Bewegungen verbünden, ohne natürlich die Selbständigkeit der Kommunistischen Partei auch im geringsten antasten zu lassen.

V. Die Kommunistische Partei Chinas und die Lehren der trotzkistischen Konfusion für die Komintern.

Genosse Trotzki erhebt gegen die Kommunistische Partei Chinas folgende Anklage:

„Die chinesische Kommunistische Partei befand sich die ganze Zeit über nicht im Bunde mit dem revolutionären kleinbürgerlichen Teil der Kuomintang, sondern in einem Zustand der Unterwerfung unter die ganze Kuomintang, welche in Wirklichkeit durch die Großbourgeoisie geleitet wurde, die Armee und die Staatsgewalt in ihren Händen konzentriert hatte.“

Es ist wahr, daß die KPCh in jenem Abschnitt der chinesischen Revolution, wo die kleinbürgerliche Führung der Kuomintang offen sich auf die Seite der konterrevolutionären Generäle und der Großbourgeoisie geschlagen haben, den Kampf gegen diese Führung nicht mit der genügenden Schärfe und Entschlossenheit aufnahm. Wir unterstreichen, daß wir in diesem Zusammenhange nicht allein vom Versagen der Führung der KPCh, sondern der Partei als solcher sprechen. Dieses Versagen liegt in einer Reihe von subjektiven und objektiven Mängeln begründet, die an anderer Stelle schon genügend ausgeführt wurden. Aber in dem obigen Satz von Trotzki liegt eine unerhörte und ungerechte Anschuldigung. Die junge Kommunistische Partei Chinas hat sich immer in der Kuomintang gerade mit dem revolutionären kleinbürgerlichen Teil der Kuomintang-Massen gegen die bürgerliche und kleinbürgerliche Führung verbunden. Gegen die letztere manchmal nicht früh genug und manchmal ungenügend. Aber gerade in der letzten Phase des offenen Verrats der kleinbürgerlichen Führung hat sie mit immer größerer Schärfe gegen diesen Verrat Stellung genommen. Ihre Aufgabe war damals noch eine viel größere, weil sie die Massen zur Verdrängung dieser kleinbürgerlichen Führung von ihren Positionen auch in der schärfsten Form des Bürgerkrieges hätte aufrufen müssen. Darin liegt ihr schwerstes vorübergehendes Versagen, aus dem sie in ihrer Masse sehr rasch die Lehren gezogen hat und auch dann sofort an die neuen Aufgaben des Kampfes heranging. Was die KPCh in den letzten Jahren, die auch zugleich die ersten Jahre ihrer Geschichte waren, geleistet hat, steht einzig da in der Geschichte des kämpfenden Proletariats in einem solchen frühzeitigen Stadium seiner Entwicklung. Die Anschuldigung des Trotzkismus beweist lediglich, zu welcher Borniertheit sich diese Gruppe bereits im Fraktionskampf verrannt hat.

Seit dem Bestehen des Bündnisses der Kommunistischen Partei mit der Kuomintang erhob eine Schicht der Bourgeoisie nach der anderen innerhalb der Kuomintang und in der Führung den Ruf nach dem Hinaustreiben der Kommunisten. Alle inneren Kämpfe in der Kuomintang, die in den

verschiedenen Phasen zum Wechsel der Führung geführt haben, waren mit diesem Kampf gegen den wachsenden Einfluß des Kommunismus und seiner immer engeren Verbindungen mit den kleinbürgerlichen Massen der Kuomintang ausgefüllt. Genosse Trotzki kennt diese Vorgänge sehr genau. Wenn er trotzdem aus reiner Fraktionsdemagogie eine solche unerhörte Anschuldigung gegen die KPCh schleudern kann, weil er glaubt, damit die Führung der Komintern zu treffen, so ist das in der Geschichte der innerparteilichen Auseinandersetzungen im Lager des revolutionären Marxismus wohl der tiefstehendste Fall. Wohlgemerkt, es handelt sich um eine Partei, die in den [623] revolutionären Kämpfen der letzten Jahre in China erst geworden ist, die in einer akuten revolutionären Phase eine solch große Macht in China geworden ist, daß sie der Schrecken aller chinesischen und auswärtigen Konterrevolution war und ist. Zu diesem Schrecken ist sie geworden, weil sie – nach Trotzki – „die ganze Zeit in einem Zustand der Unterwerfung unter die Kuomintang und nicht im Bunde mit den revolutionären Massen war". Die Kommunistische Partei Chinas hat trotz ihrer Fehler und Mängel nach dem Zusammenbruch der Kuomintang nicht nur das Vertrauen der proletarischen, bäuerlichen und auch kleinbürgerlichen Massen nicht eingebüßt, sondern sie hat gerade in dieser Zeit ihre revolutionäre Autorität noch mehr als bisher aufgerichtet. Sie steht bereits wieder an der Spitze, ja sie hat keinen Augenblick aufgehört, die Streiks in den Städten und die bäuerlichen Aufstände zu führen. Wie ist das zu erklären, wenn es wahr wäre, daß sie in ihrer ganzen bisherigen Geschichte dieses Verbrechen beging, wessen Trotzki sie beschuldigt? Die Erklärung für diese erfreuliche Tatsache ist eben, daß die Kommunistische Partei Chinas unter der Führung der Komintern bei all ihren Schwächen und Mängeln niemals den wirren trotzkistischen Abstraktionen nachgejagt ist und aus diesem Grunde niemals von den kämpfenden Massen der nationalen Revolution durch eine tiefe Kluft getrennt war.

Daß Trotzki es gegenwärtig wieder einmal versuchen konnte, in die Komintern Lenins seine Theorie der permanenten Revolution hineinzutragen, ist kein Zufall. Die taktischen Probleme der chinesischen Revolution im Zusammenhang mit der Kritik der ultralinken Opposition zeigen lediglich, daß der Kampf gegen die ultralinke Theorie wie auch gegen ihre Praxis in der gegenwärtigen Situation von wichtigster Bedeutung für die gesamte Komintern ist. Es handelt sich um die Frage, ob die kommunistischen Massenparteien sich einem unfruchtbaren Scheinradikalismus, der zwischen ihnen und den kämpfenden revolutionären Bewegungen der Massen eine Kluft schafft, hingeben sollen. Die Lehren der chinesischen Revolution zeigen in diesem Zusammenhange erneut, wie notwendig es für die Komintern ist, die Lehren des revolutionären Marxismus und besonders an Hand der Lehren der Leninschen Taktik in den drei russischen Revolutionen zu studieren. Besonders wichtig ist dies, für die Bestimmung der Taktik und der Perspektive der chinesischen Revolution, weil man hier mit der e r s t e n Revolution in einem halbkolonialen Lande zu tun hat.

*

Die Oktoberrevolution und ihre taktischen Lehren.

Von P i o n t k o w s k i

Die geschichtlichen Voraussetzungen der Oktoberrevolution.

Die Voraussetzungen der Oktoberrevolution fußen in der allgemeinen Struktur des Imperialismus und den Eigentümlichkeiten der Klassenbeziehungen zu Anfang des 20. Jahrhunderts. Die Aufteilung der Welt und der Kampf um deren bereits aufgeteilte Teil drängen die imperialistischen Staaten zum Krieg. Rußland dient nicht allein den Interessen Frankreichs und Englands, sondern ist bestrebt, auch für den russischen Kapitalismus bestimmte Vorteile zu erlangen. Es will einen Teil Kleinasiens und Konstantinopels bekommen, will das Schwarze Meer faktisch in sein Binnenmeer verwandeln und kommt damit in Konflikt mit der deutsch-österreichischen Mächtegruppe, führt gleichzeitig auch einen verborgenen Kampf gegen seine eigenen Verbündeten. Der imperialistische Krieg verlangt von der kapitalistischen Gesellschaft eine Anspannung aller ihrer Kräfte. Er vernichtet [624] gewaltige Produktionskräfte und verlangt die Vergrößerung der Produktion von Kriegsmitteln, ohne die Produktion industrieller Produktionsmittel genügend zu erhöhen. Das intensive Anwachsen der Kriegsbedürfnisse stellt der kapitalistischen Welt die Aufgabe, die ihr zur Verfügung stehenden wirtschaftlichen Güter, in erster Linie die zu Kriegszwecken notwendigen, zu regulieren und zweckentsprechend zu verteilen. Dies hat das Wachsen kapitalistischer Monopole und ihr Verwachsen mit dem

Staatsapparat zur Folge. Vom monopolistischen Stadium erhebt sich der Kapitalismus zum staatsmonopolistischen. Gleichzeitig bringt die Hebung der Produktion ohne genügende Reproduktion der technischen Basis der Industrie eine verstärkte Ausbeutung der Arbeit, sowie die Zerstörung und Vernichtung der Produktionskräfte mit sich. Dadurch wird die Organisation des Kapitalismus vom Kriege geändert und zugleich wird er wirtschaftlich zerstört. Dies führt zur Verschärfung der Klassengegensätze innerhalb der kapitalistischen Länder, die einen imperialistischen Krieg führen. Diese Gegensätze bilden sich in Rußland aus der Verflechtung und der gegenseitigen Durchdringung zweier Widerspruchssysteme: Gegensätze innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft zwischen Proletariat und Unternehmerklasse, sowie Gegensätze zwischen der Bauernschaft und den Ueberresten des am Ruder stehenden feudal-ständischen Grundbesitzes. Die Verschärfung beider Arten von Gegensätzen führt zur Entstehung und zum Erstarken des revolutionären Blocks von Proletariat und Bauernschaft, der gegen den Adel, den Absolutismus, den entscheidenden Schlag führt, danach auch die Bourgeoisie stürzt und damit die imperialistische Front an ihrem schwächsten Punkte durchbricht.

Die Kerenski-Zeit.

Durch die Februar-Revolution gelangt die Macht in die Hände der Bourgeoisie, die dem „Oboronschestwo“ huldigt. („Oboronschestwo“ – Standpunkt des Verteidigungskrieges.) Dies hat zur Folge, daß die Hauptfragen der Revolution: 1. Friede, 2. Boden, 3. Arbeiterkontrolle, von dieser dem Oboronschestwo huldigenden Kleinbourgeoisie im Interesse der Großbourgeoisie gelöst werden.

Diese auf dem Standpunkt des Oboronschestwo stehende Kleinbourgeoisie – die Menschewikis und Sozialrevolutionäre – führten den Krieg weiter. Damit verteidigten sie die Bourgeoisie, dienten, wie Genosse Lenin schrieb, den Interessen der imperialistischen Bourgeoisie. „Die Menschewikis und Sozialrevolutionäre“, schrieb Genosse Lenin, „vertrauten das Geschick des Volkes der konterrevolutionären Bourgeoisie, den Kadetten, an, sie kehrten sich von der Revolution ab und der Fortführung des imperialistischen Krieges zu.“

Die Kerenski-Regierung diente den Interessen der Bourgeoisie. Sie führte den Krieg fort und entfachte seine Flammen, mit bewaffneter Kraft verteidigte sie den Boden gegen den Ansturm der Bauernschaft, sie setzte sich aus aller Kraft zur Wehr gegen die Einführung der Arbeiterkontrolle und half auf diese Weise der Bourgeoisie, die Lasten des Krieges und des zunehmenden wirtschaftlichen Niedergangs auf die Arbeiterklasse abzuwälzen.

Aus dem Kriege heraus entstand der wirtschaftliche Niedergang. Und dessen ganze Last hatte die Arbeiterschaft zu tragen. Die wirtschaftliche Desorganisation und die wachsenden Kriegsanforderungen verlangten eine Organisation der Volkswirtschaft. Die Frage war aber die, welche Klasse ihre Kosten zu tragen haben werde. Die Bourgeoisie war bestrebt, ihren eigenen Interessen zu genügen und die Last der wirtschaftlichen Desorganisation auf die Arbeiter abzuwälzen. Die Arbeiterklasse sollte alle Machtquellen der Bourgeoisie aufdecken, sie vernichten und sich selbst befreien, Arbeiterkontrolle in Arbeiterhänden bedeutete das Ende der bürgerlichen Herrschaft – die Klasse der Besitzer war zu allem bereit, um es nicht soweit kommen zu lassen.

„Für die Kapitalisten“, schrieb Lenin, „und für die Tschinowniks ist es von Vorteil, ‚maßlose Versprechen‘ zu geben, um dadurch die Auf-[625]merksamkeit des Volkes von der Hauptsache abzulenken und zwar: vom Uebergang der wirklichen Kontrolle in die Hände der Arbeiter.“ Unter einer wirklichen Kontrolle verstand Lenin eine solche, die alle Quellen der bürgerlichen Macht aufdecken wird. „Die Arbeiter müssen die unverzügliche, tatsächliche Einführung der Kontrolle verlangen und zwar einer Kontrolle durch die Arbeiter selbst.“

„Dies ist die wichtigste Vorbedingung für den Erfolg der Sache, für die Rettung vor der Katastrophe. Fehlt dieses, so ist alles übrige Betrug. Wird es aber verwirklicht, so werden wir uns gar nicht beeilen, gleich ‚hundert Prozent Gewinn einzustreichen‘. Wir können und müssen uns mäßigen allmählich zu einer gerechteren Besteuerung übergehen, wir werden die kleinen Aktionäre von den großen scheiden, wir werden von den ersteren ganz wenig verlangen, aber dafür sehr viel (jedoch nicht unbedingt) nur den letzteren abnehmen.“

„Mit Hilfe einer solchen Kontrolle“, lehrte Genosse Lenin, „wird man die Machtquellen der Bourgeoisie aufdecken und sie vernichten können. Verfolgt man (mit Hilfe einer Kontrolle von unten, einer Kontrolle seitens der Angestellten der Banken, Syndikate usw.) alle Fäden und Verbindungen des Finanzkapitals, alle Bankverbindungen, so wird der ganze Knoten der Herrschaft des Kapitals offenbar, die ganze Hauptmasse des auf Kosten fremder Arbeit aufgestapelten Reichtums, alle tatsächlich wichtigen Wurzeln der ‚Kontrolle‘ über öffentliche Produktion und Verteilung der Produkte.“

Diese Kontrolle ist es, die den Arbeitern in die Hände gelegt werden muß. Das Interesse des Kapitals verlangt es dagegen, daß dieser Knoten, daß diese Wurzeln dem Volke verborgen bleiben.

Die auf dem Standpunkt des „Oboronschestwo“ stehende Kleinbourgeoisie unterstützt mit Aufbietung ihrer ganzen Kraft das Status quo. Sie ist bestrebt die Revolution auf den Rahmen einer bürgerlichen zu beschränken. Sie bedient sich revolutionärer Phrasen, um die Arbeiterschaft und Bauernschaft an den Wagen der Großbourgeoisie zu schmieden. Der Krieg, der die Klassengegensätze immer mehr zuspitzt, entreißt allmählich Proletariat und Bauernschaft dem Einfluß kleinbürgerlicher Ideologen. Sie verlieren ihre Basis. Proletariat und Bauernschaft, deren Forderungen unerfüllt bleiben, die in der Praxis nur auf bewaffneten Widerstand gegen diese Forderungen stoßen, wenden sich gegen die kleinbürgerlichen Ideologen. Nachdem aber diese ihre Massenbataillone, die Bauernschaft und das Proletariat, verloren haben, sind sie für die Bourgeoisie unbrauchbar, auch wenn sie noch am Ruder stehen und Mitglieder der Provisorischen Regierung in jeder ihrer Zusammensetzung sind. Dies hat zur Folge, daß die Macht zwischen Großbourgeoisie und Proletariat zu balancieren beginnt. Die Macht erscheint unter einer eigenartigen Form von Bonapartismus, der bestrebt ist, mit bewaffneter Hand und mittels teilweiser Zugeständnisse an entgegengesetzte Forderungen sich zu halten und auch die Massen in der Hand zu behalten.

„Das Kerenski-Ministerium“, schrieb Genosse Lenin, „ist zweifellos ein Ministerium der ersten bonapartistischen Schritte. Wir sehen das erste geschichtliche Merkmal des Bonapartismus: Ein auf das Militär, auf dessen schlechteste Elemente, gestütztes Lavieren der Staatsmacht zwischen zwei feindlichen Klassen und Kräften, die einander mehr oder weniger das Gleichgewicht halten.“

Dies ist die Politik, die von den Sozialrevolutionären und Menschewiken im Laufe des Jahres 1917 praktisch geübt wurde.

Der Leninsche strategische Plan.

Der Leninsche strategische Plan besteht aus zwei großen Teilen. Lenin schätzte die Februar-Revolution ein als eine bürgerliche Revolution, soweit im Februar 1917 die Macht aus den Händen einer Klasse in die einer anderen gelangt ist – aus den Händen adlig-feudaler Gruppen in die der Bourgeoisie. Gleichzeitig aber stand Lenin auf dem Standpunkt, daß die Februar-Revolution eine eigenartige Kombination zweier Mächte mit sich gebracht hat. [626] Sie hat neben der Provisorischen Regierung, d. h. neben einer bürgerlichen Macht, die Arbeiter- und Soldatendeputiertenräte, den Sowjet, die Macht von Proletariat und Bauernschaft geschaffen und bildet somit das Beginnen des Uebergangs von der bürgerlichen zur proletarischen Revolution.

„Die doppelte Macht, das Zwei-Mächte-System“, schrieb Lenin, „ist nur der Ausdruck eines U e b e r g a n g s momentes der Entwicklung der Revolution; sie ist weiter gediehen als eine gewöhnliche bürgerlich-demokratische Revolution, aber ist noch nicht zur ‚reinen‘ Diktatur von Proletariat und Bauernschaft vorgedrungen.“ Die Februar-Revolution hat die imperialistische Front an ihrem schwächsten Punkte durchbrochen, sie hat einen Schritt von der bürgerlichen zur proletarischen Revolution gemacht. Nur die proletarische Revolution ist imstande, die vor dem internationalen Proletariat stehenden Aufgaben zu lösen, die Massen aus den Fängen des imperialistischen Krieges zu befreien.

„D i e r u s s i s c h e R e v o l u t i o n v o m F e b r u a r / M ä r z 1 9 1 7 w a r d e r B e g i n n d e r V e r w a n d l u n g d e s i m p e r i a l i s t i s c h e n K r i e g e s i n d e n B ü r g e r k r i e g. D i e s e R e v o l u t i o n m a c h t e d e n e r s t e n S c h r i t t z u r E i n s t e l l u n g d e s K r i e g e s. N u r d e r *z w e i t e* S c h r i t t k a n n d i e s e E i n s t e l l u n g *s i c h e r n* u n d d i e s i s t: U e b e r g a n g d e r S t a a t s m a c h t z u m

Proletariat. Dies wird der Beginn eines Durchbruchs der Front im Weltmaßstab sein, Durchbruch der Front kapitalistischer Interessen. Nur wenn *diese* Front durchbrochen ist, *kann* das Proletariat die Menschheit von den Schrecken des Krieges erlösen, ihm das Glück eines dauernden Friedens geben."

Hieraus folgerte Genosse Lenin, daß die Aufgabe der Partei in der Organisation des Proletariats, in dessen Befreiung vom Einfluß des „Oboronschestwo", in der Befreiung auch der Bauernschaft davon und in der Führung der Revolution, der Bewegung des Proletariats und der Bauernschaft durch die Partei bestehen muß. In seinem Kampf gegen Adel und Bourgeoisie wies das Proletariat und die Bauernschaft durch die bloße Tatsache des Nebeneinanders zweier Mächte, auf eine neue Form der Macht von Proletariat – die Macht der Sowjets.

„Solange wir in der Minderheit sind", schrieb Genosse Lenin in den April-Thesen, „arbeiten wir, indem wir Kritik üben und Fehler klarstellen, gleichzeitig aber die Notwendigkeit des Uebergangs der ganzen Staatsmacht an die Arbeitersowjets predigen, damit die Massen aus eigener Erfahrung heraus sich von ihren Fehlern befreien sollen."

„Keine parlamentarische Republik – ein Zurückgreifen von den Sowjets zu ihr wäre ein Schritt rückwärts – sondern Republik der Arbeiter-, Landarbeiter- und Bauern-Deputiertenräte über das ganze Land, von unten bis oben." In seinen Aprilthesen und auf der Aprilkonferenz verwies Genosse Lenin auf die Notwendigkeit eines vollständigen Bruchs mit der provisorischen Regierung, einer reinlichen Scheidung zwischen Proletariat und bürgerlicher Regierung. Diese von Lenin gegebene Einschätzung der Februarrevolution und die ihr entspringenden Perspektiven decken sich nicht mit der Beurteilung der Februarrevolution durch die Genossen Trotzki und Kamenew. Wie auch 1905 war Genosse Trotzki der Ansicht, daß es sich nicht um die Eroberung der Bauernschaft und des Proletariats handle, sondern um die Proklamierung der Losung der Arbeiterregierung. Genosse Trotzki trug somit nicht Rechnung der Situation, er trug nicht Rechnung der Lage und dem Einfluß der Partei, sowie den Stimmungen des Proletariats, ebenso auch nicht der Lage, der Kraft, der Rolle des Einflusses der Partei, der Stimmungen des Proletariats, der Lage und Stimmungen der Bauernschaft. Genosse Trotzki dachte nicht an die Partei, er übersprang die Bauernschaft, übersprang eine noch nicht überwundene Entwicklungsetappe. Auf der Aprilkonferenz, zur Zeit des Kampfes gegen Genossen Kamenew, zog Genosse Lenin eine scharfe Grenze zwischen sich und dem Trotzkismus, dem Versuch, eine noch nicht überwundene Etappe zu über-[627]springen und dadurch zum Blanquismus abzugleiten." „Droht uns nicht Gefahr, dem Subjektivismus zu verfallen – schrieb Genosse Lenin –, wenn wir eine unabgeschlossene Revolution bürgerlich-demokratischen Charakters, die die Zeit der Bauernbewegung noch nicht überwunden hat, überspringen, geradewegs zur sozialistischen Revolution gelangen wollen? Wenn ich sagen würde: „Ohne Zaren, doch mit einer Arbeiterregierung", – so würde mir diese Gefahr drohen." Und jetzt sogleich hinzu: „Durch meine Thesen habe ich eine absolute Sicherheit gegen jedes Ueberspringen einer noch nicht überwundenen bäuerlichen oder überhaupt kleinbürgerlichen Bewegung gegeben, gegen jedes ‚Machergreifungsspiel der Arbeiterregierung, gegen jedes blanquistische Abenteuer."

Im Februar stand vor der Partei noch die Aufgabe, die Massen des Proletariats und der Bauernschaft, die damals noch den „Oborontzy" Gefolgschaft leisteten, zu erobern. Genosse Kamenew definierte die Revolution nicht nach dem Merkmal des Uebergangs der Macht aus einer Hand in die andere, sondern nach dem Programm der einen und anderen Revolution. Er bemerkte nicht die Eigentümlichkeit der Februarrevolution, er begriff nicht das, was Lenin als „doppelte Macht" bezeichnete. Er nahm an, daß die Februarrevolution eine abgeschlossene bürgerliche Revolution sei, daß aber vor Proletariat und Bauernschaft die Aufgabe stehe, diese bürgerliche Revolution zu Ende zu führen und auszuschöpfen. Nach Aussage des Genossen Lenin begriff Genosse Kamenew nicht die ganze Eigenart der Februar-Revolution. Er „schaut nur auf die Vergangenheit der revolutionär-demokratischen Diktatur usw. usw. In Wirklichkeit hat aber bereits für sie die Zukunft begonnen, denn die Interessen und die Politik des Lohnarbeiters und des Kleineigentümers sind in Wirklichkeit bereits verschiedene geworden." Genosse Kamenew, entwickelte Lenin seinen Gedanken weiter, „hat sich in die Tatsachen, in die Bedeutung der bestehenden Sowjets nicht genügend hineingedacht,

auch nicht in ihre Identität – dem Typus und sozial-politischen Charakter nach – mit dem Staat der Kommune“. Genosse Kamenew meinte, daß die Verwirklichung in der Praxis, daß der Kampf um die bürgerlich-demokratische Revolution das Bündnis zwischen Proletariat und Bauernschaft festigen könne. Gleichzeitig kann aber der Beginn der proletarischen Revolution das Bündnis zwischen Proletariat und Bauernschaft spalten. Somit begriff Kamenew nicht den Kern der Leninschen Auffassung des Bündnisses von Proletariat und Bauernschaft. In der Annahme, vor Proletariat und Bauernschaft stünden noch Aufgaben der Ausschöpfung der bürgerlichen Revolution, vertrat Genosse Kamenew im Gegensatz zu Genossen Lenin, als taktische Linie nicht eine scharfe Gegenüberstellung von Proletariat, Bauernschaft und Sowjets – einerseits und der provisorischen Regierung andererseits, sondern den Druck der Sowjets auf die provisorische Regierung, ein Zusammenarbeiten mit ihr. Er empfahl keine Verschärfung, sondern eine Vertuschung der Klassengegensätze zwischen Sowjets, Proletariat und Bauernschaft einerseits und provisorischer Regierung und Bourgeoisie andererseits.

Die ganze Revolution 1917 kann in drei große Abschnitte geteilt werden. Als Teilungsmerkmal muß die Taktik der Partei, die Taktik der von der Partei geführten Massen in der einen oder anderen Periode angenommen werden. Als erste Periode können die Monate März und April gelten. Dies ist eine Zeit neuer Orientierung, die Zeit, wo die Partei, in der Person des Genossen Lenin, seiner Aprilthesen und der allrussischen April-Konferenz die neuen Aufgaben der Partei, des Proletariats und der Bauernschaft in der Revolution 1917 formuliert und herausarbeitet. In dieser Periode beginnen die Massen spontan mit der provisorischen Regierung zu brechen und ins bolschewistische Lager überzugehen. Die Apriltage von 1917, die Note Miljukows, der Protest der Petrograder Garnison gegen die Weiterführung des Krieges, bildet die erste Etappe und sind das erste Zeugnis der beginnenden Schwankungen unter den Millionenmassen des Kleinbürgertums. Die erste Koalition, die Bildung der ersten Koalitionsregierung als Resultat der April-Demonstration und der April-Note der provisorischen Regierung, ist das erste [628] Zeugnis dafür, daß die kleinbürgerlichen Ideologen bereit sind, nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten der Großbourgeoisie zu dienen, ihre Existenz und ihre Macht zu verteidigen. Die zweite Periode dauert von Mai bis Ende August. Dies ist eine Zeit der Eroberung der Massen durch den Bolschewismus. In dieser Zeit werden sich breite proletarische und Bauernmassen über Ziele und Forderungen der Bolschewiken klar. Die menschewistische und die sozial-revolutionäre Partei deckt mit eigener Hand ihren bürgerlichen Kern vor Proletariat und Bauernschaft auf. Die Großbourgeoisie, die, solange es ihr geboten erscheint, die Menschewiki und Sozial-Revolutionäre als Deckung benutzt, trägt gleichzeitig in immer höherem Maße ihre Restaurationsbestrebungen zur Schau, ihr Bestreben, die Eigentumsverbaltnisse in Stadt und Land in vollem Umfang, ohne jedwede Zugeständnisse aufrecht zu erhalten. Die einzelnen Etappen dieser Periode – die Demonstration und die Offensive des 18. Junis – decken die Ziele sowohl von Proletariat und Bauernschaft, als auch diejenige der Groß- und Kleinbourgeoisie auf dem Gebiete der Außenpolitik auf. Die Ereignisse des 3. bis 5. Juli zeigen deutlich das Bestreben von Proletariat und Bauernschaft nach Machtergreifung. Sie schaffen auch Klarheit über die Art der Macht, die die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre in der Praxis verwirklichen wollen; es werden offenkundig die Ziele und Gründe, aus denen heraus die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre das Prinzip der Koalitionsmacht verteidigen, unter der Losung der Fortführung des Krieges und Aufrechterhaltung der Eigentumsverhältnisse sich gegen die proletarische Diktatur wenden. Endlich kommt es zur Kornilow-Affäre, wo sich Proletariat und Bauernschaft die konterrevolutionäre Bourgeoisie entgegenstellt, die sich nicht mehr mit der in Verwesung übergehenden menschewistisch-sozialrevolutionären Deckung begnügt, sondern bestrebt ist, in den Vollbesitz der Macht zu gelangen, um die vorrevolutionären Verhältnisse in vollem Umfang wiederherzustellen.

Die dritte Periode der Geschichte von 1917 sind die Monate S e p t e m b e r u n d O k t o b e r, die Vorbereitung des entscheidenden Sturmangriffs. Als ihr Beginn kann der 6. Parteitag bezeichnet werden, der im Augenblick des Triumphs von Bourgeoisie und Reaktion dem Proletariat und der Bauernschaft in aller Schärfe die Aufgabe der Machteroberung vor Augen führte. Im September und Oktober geht das Proletariat in seiner ganzen Masse ins bolschewistische Lager über. In Industriestädten und -bezirken gelangen die Sowjets, die Betriebsräte, die Gewerkschaften, die Gemeinderäte in die Hände

der Bolschewiken. Die Bauernschaft erklärt der provisorischen Regierung offenen Krieg. Die unteren Organisationen des Proletariats, die Betriebsräte, die Gewerkschaften. und darauf auch eine Reihe großer Sowjetorganisationen, der Petrograder und der Moskauer Sowjets treten zu den Bolschewiki über, ebenso auch die unteren Organisationen und Heere, mit anderen Worten, konzentrieren sich gewaltige Massen von Proletariat und Bauernschaft auf seiten der Partei. Darauf beginnt die Partei mit der Organisation und der Vorbereitung des Sturmangriffs gegen die Macht. Die Partei bildet Organe für die Eroberung der Macht. Das kriegsrevolutionäre Komitee der Partei leitet den Angriff, führt den Kampf am die Macht durch, und auf dem II. Kongreß der Partei wird zum erstenmal in der Welt die proletarische Diktatur proklamiert.

Vorbereitung der Oktoberrevolution.

Bereits im September war Genosse Lenin der Auffassung, daß alle für die Vollziehung der Oktober-Revolution notwendigen Kräfte vorhanden und reif sind. Hiervon ausgehend richtete er eine Reihe von Briefen an das ZK mit der Aufforderung, mit organisatorischen Vorarbeiten zur Oktober-Revolution zu beginnen. Die Gegner Lenins, die die Situation und die Verhältnisse der Klassenkräfte zueinander während der Februar-Revolution falsch beurteilten und eine falsche Taktik vorschlugen, taten dasselbe auch im September-Oktober. Mitte September, zum Zeitpunkt der Einberufung der demo-[629]kratischen Beratung, behauptete Genosse Lenin, daß vor der Partei nicht die Aufgabe des parlamentarischen Spiels, sondern die Aufgabe der Organisation des Aufstandes steht. Im Augenblick des Anwachsens revolutionärer Kräfte hielt es Genosse Lenin für notwendig, in die Arbeiterviertel zu gehen. „In der Zeit der Revolution ist die Verschärfung und Vertiefung der Klassengegensätze der Kern der Parteiaufgaben. Die Frage wird nicht durch Parlamentsabstimmung, sondern durch bewaffneten Aufstand entschieden.“ Der größte Fehler, der größte Parlamentskretinismus wäre es, die demokratische Beratung als Parlament aufzufassen; denn selbst wenn sie sich zum Parlament, zum souveränen Parlament der Revolution erklären würde, könnte sie sowieso keine Entscheidung fällen: die Entscheidung liegt außerhalb der Beratung, in den Arbeitervierteln Petrograds und Moskaus.

Zu Revolutionszeiten entscheidet das Parlament nicht über die Geschicke der Revolution, es verdunkelt nur das Bewußtsein der Massen, es hemmt die Revolution. Im Augenblick der Revolution kann man das Parlament nur in der e i n e n Weise ausnutzen, daß man an seinem eigenen Beispiel seine konterrevolutionäre Rolle aufdeckt. Die Ausnutzung des Parlamentarismus, besonders zu revolutionären Zeiten – schrieb Genosse Lenin Ende September 1917 – besteht gar nicht darin, die so wertvolle Zeit für Vertreter der Verwesung zu verlieren, sondern darin, die Massen an der Hand dieser Verwesung zu lehren.

Im September, als die demokratische Beratung tagte, wollten Genosse Kamenew, Nogin u. a., die Partei solle ins Vorparlament gehen, dort arbeiten, den Weg des Parlamentarismus beschreiten. Genosse Lenin aber, der der Partei die Aufgabe der Eroberung von Proletariat und Bauernschaft stellte, die Sowjets, als Organe der proletarischen Diktatur, dem Organ der bürgerlichen Diktatur, d. h. der provisorischen Regierung entgegenstellte, wies im September, als der Bruch zwischen Bourgeoisie einerseits, Proletariat und Bauernschaft andererseits den Höhepunkt erreichte, darauf hin, daß alle Kräfte für die proletarische Revolution reif sind. In den Oktobertagen sah Lenin die für die Oktober-Revolution reifen Kräfte in folgenden Momenten: Uebergang des gesamten Proletariats ins bolschewistische Lager, Bruch zwischen Bauernschaft und provisorischer Regierung, offener Krieg um Boden zwischen beiden, Beginn der Revolution und Revolten in der deutschen Flotte, organisatorischer Verfall der Macht der provisorischen Regierung, sowie das Bestreben der konterrevolutionären Bourgeoisie, mit Deutschland Frieden zu schließen, um dadurch freie Hand zu gewinnen und Bundesgenossen für die Niederwerfung der russischen Revolution zu erwerben. Im Aufsatz „Die Krise ist reif“ (7. Oktober, alt. St., Zeitung „Rabotschi Putj“) schrieb Genosse Lenin: „Es ist unzweifelhaft, daß die Revolution in Rußland am Wendepunkt steht. In diesem bäuerlichen Lande, wo eine revolutionäre republikanische Regierung, unterstützt von der menschewistischen und der sozialrevolutionäre Partei, am Ruder steht, deren Einfluß gestern noch in der kleinbürgerlichen Demokratie vorherrschend war, wächst ein Bauernaufstand empor. Dies klingt unwahrscheinlich, ist aber Tatsache.“

In seinem, an die bolschewistischen Delegierten des 6. Kongresses der Sowjets des Nordgebietes gerichteten Brief, verfaßt am 8. Oktober, analysierte Genosse Lenin die internationale und innere Lage der russischen Revolution: „... Wir alle kennen ausgezeichnet die rasche Entwicklung, die die Verschwörung der internationalen Imperialisten gegen die russische Revolution nimmt. Erdrosselung um jeden Preis, Erdrosselung durch militärische Maßnahmen und durch einen auf Kosten Rußlands geschlossenen Frieden – dieses Ziel faßt der internationale Imperialismus immer fester ins Auge ... Das ist es, was jede Hinauszögerung des Aufstandes unsererseits besonders gefährlich, ich möchte fast sagen, verbrecherisch macht." In Rußland – „Der Bankrott der kleinbürgerlichen Kompromißparteien, die der Ausdruck des unbewußten Vertrauens der Massen zu Kerenski und den Imperialisten waren, ist nunmehr herangereift. Der Bankrott ist vollständig". „Im ganzen Lande schlägt der Bauernaufstand immer höhere Flammen" ... „Wir, auf deren Seite sich die Mehrheit der Volksmassen gestellt hat, wir, die die beiden [630] Sowjets der Hauptstädte erobert haben, wir sollen warten?" „Jedes Zögern bedeutet Tod! Die Losung ‚Alle Macht den Sowjets' ist die Losung des Aufstandes."

Von dieser Situation ausgehend, war Genosse Lenin der Auffassung, daß der Augenblick für die Machteroberung durch das Proletariat gekommen ist, daß das Uebergewicht auf seiten des Proletariats und der Bauernschaft, auf seiten der bolschewistischen Partei ist, daß daher die Partei die Aufgabe hat, die Revolution technisch zu organisieren und taktisch zu verwirklichen. Die Genossen Kamenew und Sinowjew waren dagegen der Ansicht, daß die Bolschewiken weder im Proletariat, noch in der Bauernschaft die Mehrheit haben, daß die Revolution weder technisch noch organisatorisch reif sei, daß sie eines Organisationsmittelpunktes entbehre. In ihrem Kampf gegen den Beschluß des ZK, mit der Organisation uni! Durchführung des Aufstandes zwecks Machtergreifung des Proletariats zu beginnen, erblickten diese Genossen nicht nur einen Kampf gegen die falsche Beurteilung der Kräfte und gegen einen schlechtgewählten Zeitpunkt des Aufstandes, sondern auch den Kampf zweier taktischen Linien und zweier Einschätzungen des Wesens der Revolution. In der Sitzung des ZK vom 16. Oktober erklärte Genosse Kamenew: „Es kämpfen hier zwei Arten von Taktik: eine Taktik der Verschwörung und eine Taktik des Glaubens an die Kräfte der russischen Revolution." aber beantragten sie, nicht die Machtergreifung, nicht die Vorbereitung des Aufstandes ins Auge zu fassen, sondern auf parlamentarischem organisiertem Wege die Verwirklichung der proletarischen Macht anzustreben. Sie beantragten, von der Organisierung des Aufstandes abzusehen, die Macht nicht zu ergreifen, sondern die Einberufung der konstituierenden Versammlungen abzuwarten und mit Hilfe dieser und der auf der Plattform der sowjetistischen Macht stehenden Sowjets es zu versuchen, die Forderungen von Proletariat und Bauernschaft zu verwirklichen und praktisch durchzufuhren.

In einem besonderen Brief an die Genossen gab Genosse Lenin eine eingehende Analyse des Standpunktes der Genossen Kamenew und Sinowjew am Vorabend des Aufstandes. Dort deckte er den Wesenskern ihrer Vorschläge, ihres Standpunktes auf: Ablehnung der ganzen taktischen Linie der Partei, Verzicht auf den Kampf um die Macht der Sowjets, um die proletarische Diktatur, ein widerstandsloses Sichergeben an die Bourgeoisie. „Vergessen wir alles, was uns die Bolschewiken hundertmal zu beweisen bestrebt waren und auch b e w i e s e n h a b e n – schrieb Genosse Lenin – alles, was uns die sechsmonatliche Geschichte unserer Revolution gezeigt hat: daß es objektiv k e i n e n anderen Ausweg gibt und geben kann, a u ß e r der Diktatur der Kornilow-Leute oder der Diktatur des Proletariats. Vergessen wir das alles, sagen wir uns davon los und warten wir! Worauf sollen wir aber warten? Auf ein Wunder: der stürmische und katastrophale Lauf der Ereignisse vom 20. April bis 29. August soll (aus Gelegenheit der Fortführung des Krieges und des zunehmenden Hungers) von einer friedlichen, ruhigen, glatten, legalen Einberufung der konstituierenden Versammlung und von der gehorsamen Ausführung ihrer allergesetzlichsten Beschlüsse abgelöst werden! Hier haben wir sie, die ‚marxistische Taktik! Wartet, ihr Hungernden, hat doch Kerenski versprochen, die konstituierende Versammlung einzuberufen! Dies ist die Taktik, die von Kamenew und Sinowjew vertreten wird. Sie – so schrieb Genosse Lenin – werfen die Losung ‚Alle Macht den Sowjets zum Fenster hinaus, fürchten sich aber, es einzugestehen".

Am 10. und 16. Oktober, auf zwei Sitzungen des ZK, wurde beschlossen, mit der Organisierung und Verwirklichung der Revolution zu beginnen. Es wurde ein Kampfausschuß aus fünf Genossen

gebildet, in dessen Hände die Leitung des Revolutionsumsturzes gelegt wurde (diese fünf Genossen – Stalin, Dzerschinski, Swerdlow, Bubnow und Uritzki – waren auch am 16. Oktober zu Mitgliedern des vom Petrograder Sowjet eingesetzten kriegsrevolutionären Komitees gewählt). Das kriegsrevolutionäre Komitee befaßte sich mit der Organisierung des Proletariats und der Truppen von Leningrad. In alle Truppenteile wurden Kommissare des kriegsrevolutionären Komitees [631] entsendet, die Rotgardistengruppen der einzelnen Betriebe wurden zu einem Ganzen zusammengeschlossen, der Petrograder Sowjet beschloß ein Statut der Roten Garde und es wurde ein militärstrategischer Plan der Revolution ausgearbeitet. Er war ein Werk Lenins. Genosse Lenin wies auf die Notwendigkeit hin, an den entscheidenden Punkten auch eine entscheidende Uebermacht der Kräfte zu konzentrieren, die wichtigsten Punkte der Hauptstadt – Telegraph, Telephon, Behörden – zu besetzen, die Initiative an sich zu reißen, Organisation und Konzentration der weißen Garde und der Militärschüler-Truppen, dieser Hauptstütze der provisorischen Regierung, zu verhindern und in der Hauptstadt, in Petrograd, den entscheidenden Schlag gegen die provisorische Regierung zu führen. In erster Linie müssen aus den benachbarten Punkten Truppen nach Petrograd berufen werden, um an den entscheidenden Punkten ein starkes Uebergewicht zu schaffen. Der revolutionäre strategische Plan wurde von Genossen Lenin bis ins Detail durchgearbeitet und vom kriegsrevolutionären Komitee gutgeheißen. Es wurde beschlossen, der Aufstand solle noch vor dem Zusammentritt des 2. Sowjetkongresses einsetzen. Lenin hielt es für unbedingt geboten, mit dem Aufstand in einem solchen Augenblick einzusetzen, wo der Feind darauf noch nicht vorbereitet ist – der Aufstand wurde erst nach dem Zusammentritt des 2. Sowjetkongresses erwartet. Der Kongreß sollte aber vor die geschehene Tatsache der Machtergreifung gestellt werden. Ueber den Augenblick des Aufstandes, über die Notwendigkeit, sich zum Aufstand zu rüsten, informierte das Zentralkomitee im Laufe seiner Vorarbeiten auch die nächstliegenden Parteiorganisationen: eine Reihe von Genossen bereisten die Frontorganisation, Helsingfors, Kronstadt, Moskau, Iwanowo-Wosnessensk u. a. Den Industriebezirken wurde die Notwendigkeit mitgeteilt, sich auf eine offene Aktion vorzubereiten, entsprechende Kräfte zu konzentrieren, leitende Organe für die Verwirklichung des Aufstandes zu bilden und auf ein Zeichen aus der Zentrale zu warten, um durch ein geschlossenes und organisiertes Vorgehen den in der Hauptstadt einsetzenden Aufstand zu unterstützen.

Die Menschewiken und die Sozialrevolutionäre in den Oktobertagen.

Die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre traten in den Oktobertagen als erbitterte Gegner der Oktober-Revolution auf. Im Augenblick wo es klar ward, daß die Revolution immer näher rückt, entfalteten sie eine erbitterte Kampagne dagegen. Sie bekämpften die Einberufung des 2. Sowjetkongresses und forderten die ihnen Gefolgschaft leistenden Organisationen auf, auf Einberufung der konstituierenden Versammlung zu warten. Als die Revolution losbrach, bezeichneten sie sie als ein Abenteuer, das jeder Grundlage entbehrt, hinter dem keine realen Kräfte stehen. Auf dem 2. Sowjetkongreß gaben die Menschewiki und Sozialrevolutionäre spezielle Deklarationen ab, worin sie die Entstehung der proletarischen Diktatur als verbrecherische Abenteuer bezeichneten: „... Die von der bolschewistischen Partei und dem Petrograder Arbeiter- und Soldaten-Deputiertenrat vollzogene Machteroberung am Vorabend der konstituierenden Versammlung und einen Tag vor dem Zusammentritt des Allrussischen Kongresses und der Arbeiter-Soldaten-Deputiertenräte ist ein Verbrechen gegen Vaterland und Revolution, bedeutet den Beginn des Bürgerkrieges die Vereitlung der konstituierenden Versammlung und bedroht die Revolution mit Untergang.“ So erklärten die Sozialrevolutionäre in ihrer Deklaration und auch die Menschewiken wiederholten das gleiche.

Nachdem die Menschewiken und Sozialrevolutionäre so die Revolution als bolschewistisches Abenteuer, als einen Schlag gegen Revolution, Proletariat und Bauernschaft bezeichnet hatten, verließen sie den 2. Sowjetkongreß und entfalteten einen energischen Kampf gegen die Oktober-Revolution. Ueberall, wo die Regierung sich gegen die Oktober-Revolution wehrte, überall waren Menschewiken und Sozialrevolutionäre zu finden. Sie versuchen die Gegner der Oktober-Revolution zu organisieren, auf ihr Betreiben wurde das „Komitee [632] zur Rettung des Vaterlandes und der Freiheit“ (Revolution) geschaffen. Die Menschewiken und Sozialrevolutionäre wollten den 2. Sowjetkongreß und die von ihm gewählte Regierung nicht anerkennen, sie behielten das durch den 1. Sowjetkongreß

gewählte ZEK, nebst den diesem ZEK zur Verfügung stehenden Geldsummen in ihren Händen. Sie gewannen Fühlung mit den nunmehr illegal gewordenen Ueberresten der provisorischen Regierung. Die Sozialrevolutionäre führten die Kosakentruppen des Generals Krasnow, dienten als Verbindungsglied zwischen ihnen und den konterrevolutionären Elementen Petrograds, sie versuchten während der Oktobertage die Militärschüler gegen die Oktober-Revolution mobil zu machen. Die Sozialrevolutionäre bemühten sich bei den Gesandten der englischen und französischen Bourgeoisie um Hilfe gegen die Oktober-Revolution, gegen Proletariat und Bauernschaft, Sie forderten das Proletariat Leningrads zum Kampfe gegen die Oktober-Revolution auf, sie machten agitatorische und organisatorische Anstrengungen, die Reihen der um die Oktober-Revolution kämpfenden Proletarier und Soldaten zu spalten, um dadurch die Truppen Krasnows zu festigen und zu erweitern. Sie waren bestrebt, die Früchte des Sieges der proletarischen Diktatur der Arbeiterklasse zu entwinden und predigten die Bildung einer sozialistischen Koalitionsregierung. Doch zur selben Zeit, wo sie Verhandlungen darüber führten, organisierten sie im Obersten Kommando, unter den Fittichen konterrevolutionärer Generale. eine eigene Regierung mit Tschern an der Spitze, eine Regierung ohne Bolschewiken. Die Sozialrevolutionäre und die Menschewiken bekämpften die Oktober-Revolution vom ersten Augenblick an, sie erklärten sie zu einem Abenteuer, zum Verrat der proletarisch-bäuerlichen Diktatur und führten auch nach der Oktober-Revolution, während der ganzen zehn Jahre der proletarischen Diktatur, einen erbitterten und unversöhnlichen Kampf gegen sie.

Der Sieg der Oktoberrevolution.

Die Oktober-Revolution wurde organisiert und durchgeführt von der bolschewistischen Partei. Die Kräfte für ihre Verwirklichung wurden vom Proletariat und der Bauernschaft geliefert. Unter der Führung der Partei kämpfte das Proletariat im Oktober 1917 um den Uebergang der Macht in seine Hände, damit schuf es die sozialistische Revolution, Gleichzeitig aber vernichtete es alle feudalen Ueberreste im sozialen Körper Rußlands, vernichtete den feudalen Grundbesitz, die Ungleichheit der Stände, die Unterdrückung der nationalen Minderheiten, die Knechtung der Frauen usw. Indem es seine proletarische Revolution vollzog, verwirklichtete es auch zugleich die bürgerlich-demokratische Revolution. Indem das Proletariat die sozialistische Revolution vollzog und die Macht der Bourgeoisie vernichtete, erleichterte es den Kampf der Bauernschaft um die bürgerlich-demokratische Revolution, erleichterte die Aufhebung des Privateigentums an Boden und die Uebergabe des Bodens an die Bauernschaft. Zugleich festigte das Proletariat die Kräfte der proletarisch-sozialistischen Revolution auf dem Lande, dessen Revolution, vollzogen von den armen Bauern, Proletariern und Halbproletariern des Dorfes, die um die Macht kämpften. Dadurch, daß die Proletarier und Halbproletarier des Dorfes die Macht ergriffen, erhielt die bürgerlich-demokratische Revolution auf dem Lande planmäßigen und organisierten Charakter. Zugleich wurde durch die bürgerlich-demokratische Revolution auf dem Lande die proletarisch-sozialistische Revolution, ihre Massenbataillone unterstützt und gestärkt, und dadurch erstarkte sie selbst. Im Verlauf der proletarischen sozialistischen Revolution, die vom Proletariat der Städte, von den Proletariern und Halbproletrariern des flachen Landes vollzogen wurde, wurde auch die bürgerlich-demokratische Revolution bis auf den Grund ausgeschöpft. Die Oktober-Revolution erlöste Proletariat und Bauernschaft Rußlands aus den eisernen Klammern des imperialistischen Krieges. Sie vernichtete die Herrschaft der Bourgeoisie in Rußland, durch sie gelangte die Macht in die Hände des Proletariats. Dadurch verlor aber die Oktober-Revolution ihren lokalen Charakter, sie ward zur internationalen Revolution, da sie mitten im [633] imperialistischen Zeitalter die Herrschaft der Imperialisten, die Herrschaft der Bourgeoise an dessen schwächstem Punkte vernichtete. Die Oktober-Revolution hißte die Fahne des proletarischen Aufstandes gegen die ganze Bourgeoisie, sie rief das Weltproletariat zum Aufstand. Indem die Oktober-Revolution das Proletariat und die Bauernschaft Rußlands vom imperialistischen Krieg erlöste, führte sie gegen den ganzen Imperialismus einen vernichtenden Schlag, forderte das Proletariat der ganzen Welt zum Weltkrieg gegen die Bourgeoisie auf. Die Oktober-Revolution spaltete die Welt in zwei Lager: die kapitalistische Welt und die Welt des entstehenden Sozialismus. Die Oktober-Revolution rüttelt an den Grundlagen der Weltbourgeoisie und erleichtert dem Weltproletariat den Kampf um seine Befreiung. Mit der Oktober-Revolution haben sich Ziele und Inhalt des proletarischen Kampfes

gewandelt. Der Freiheitskampf des Proletariats ist ein Kampf um die Macht und Stabilität der Sowjetrepublik. Der Kampf der Bourgeoisie gegen das eigene Proletariat wird durch den Erfolg ihres Kampfes gegen die Sowjetunion entschieden. Die Oktober-Revolution, vollzogen im imperialistischen Zeitalter, vereinigt in ihrer Gestalt die proletarische sozialistische Revolution, den Weltkampf gegen den Weltkapitalismus mit dem Kampf gegen die Ueberreste des Feudalismus. Sie schöpfte die bürgerlich-demokratische Revolution bis zum Grunde aus, sie war eine proletarische sozialistische Revolution, sie durchbrach die imperialistische Front und bedeutet den Beginn der sozialistischen Weltrevolution, indem sie den Beweis erbringt, daß das Zeitalter imperialistischer Kriege zugleich auch das Zeitalter sozialistischer Revolution ist.

*

Um die Liquidierung der Opposition.

Von Edwin Hoernle.

Das Vereinigte Plenum des ZK und der ZKK der KPSU hat, wie die „ Prawda mit Recht betont, mit seinem Beschluß über die Opposition „richtig und weise“ gehandelt. Es hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß die wiederholten und andauernden fraktionellen Treibereien und Wortbrüche der Opposition auf die Spaltung der KPSU und der Komintern hinauslaufen und damit auf eine Unterstützung der imperialistischen Feinde der Sowjetmacht. Es hat betont, daß die Führer der Opposition (Trotzki und Sinowjew) dank allen diesen Verbrechen gegen die Partei und das Proletariat in eine Sackgasse, in ein feindseliges Verhältnis zur Partei geraten sind und die Partei vor die Notwendigkeit gestellt haben, ihnen gegenüber die Beschlüsse des 10. Parteitages der KPSU bezüglich der Parteieinheit zur Anwendung zu bringen, d. h. die Frage nicht nur ihres Ausschlusses aus dem ZK der KPSU, sondern auch aus der Partei zu stellen.

Trotzdem hat das Plenum von diesem Recht, die offensichtlichen Spalter und Desorganisatoren aus der Partei auszuschließen, keinen Gebrauch gemacht Es hat sich auf den Vorschlag eines Ausschlusses der Genossen Trotzki und Sinowjew aus dem ZK, der KPSU beschränkt. Es hat darüber hinaus, „aus dem Wunsche heraus, den in die Sackgasse geratenen Führern der Opposition einen Ausweg und den Frieden in der Partei zu ermöglichen“ , den Genossen Sinowjew und Trotzki eine Reihe von elementaren Bedingungen vorgeschlagen, die für die Mitglieder der bolschewistischen Partei unbedingt verpflichtend und für den Frieden der Partei unumgänglich sind. Ja noch mehr! Auch als Trotzki und Sinowjew zögerten, diese Bedingungen anzunehmen, verlor das Plenum die Geduld nicht. Auch die verspätete Erklärung der Oppositionsführer wurde noch angenommen. Das Plenum beschränkte sich auf die Feststellung, daß die Erklärung ungenügend ist und eine Reihe von Hintertüren zur Umgehung der klaren Forderung der Partei und zur Wiedereinleitung neuer Angriffe offen läßt. Das Plenum betonte zwar, daß es angesichts der schlechten Erfahrung mit der Erklärung vom 16. Oktober 1926 keinen Grund habe, die Gewähr dafür zu übernehmen, daß der Rückzug der Opposition und ihr Abrücken von einer Reihe ihrer Fehler vollkommen aufrichtig sei. Man habe auch jetzt noch mit einem weiteren Kampf der Opposition gegen die Führung der Partei und der Komintern zu rechnen. Aber das Plenum stieß die, wenn auch wahrscheinlich nicht ganz ehrlich und jedenfalls viel zu spät dargebotene Hand der Opposition nicht zurück, sondern nahm ihre Erklärung mit allem Vorbehalt und allen notwendigen Vorsichtsmaßregeln entgegen. Es begnügte sich mit einer Verwarnung und einem strengen Verweis in der festen Zuversicht, daß die WKP als Ganzes stark und einheitlich genug ist, jetzt endgültig von unten auf mit den Fraktionstreibereien Schluß zu machen und den Beschlüssen des X. Parteitages über die Einheit der Partei Geltung zu verschaffen. Die Ausflüchte der Opposition, daß sie zu ihrem fraktionellen Vorgehen durch das ‚innerparteiliche Regime“ gezwungen gewesen sei, werden dadurch entkräftet, daß erneut die „systematische Durchführung der innerparteilichen Demokratie“ garantiert wird, die eine „sachliche, kameradschaftliche Kritik der Mängel der Partei“ keineswegs behindert.

[634] Der Beschluß des Plenums des ZK und der ZKK, der KPSU zur Frage der Opposition ist von weittragendster Bedeutung. Er ist nach Ton und Inhalt ein Beispiel gleichzeitiger Festigkeit und Mäßigung gegenüber einer Opposition, die parteirechtlich gesehen schon dutzendmal verdient hat, aus

den Reihen der Partei entfernt zu werden. Die bürgerliche und die ganze antikommunistische Presse versuchen natürlich, die Bedeutung dieses Beschlusses dadurch herabzusetzen, daß sie ihn als einen Rückzug Stalins vor der Opposition hinstellen, der in letzter Stunde erfuhr, daß die Opposition doch mehr Anhänger in der Partei habe, als er ursprünglich annahm und sogar in der Tscheka eingenistet sei. Uns zeigt dieser Beschluß gerade im Gegenteil nicht nur, wie die „Prawda“ schreibt, die Weisheit der Führung unserer russischen Bruderpartei, sondern ebenso sehr die Stärke des russischen ZK, seine Verbundenheit mit den Mitgliedermassen. Solche Mäßigung kann sich nur der Führer gestatten, der sich dem Gegner absolut überlegen weiß, weil er das Vertrauen der Mitgliedermassen besitzt. Die Stellungnahme des Vereinigten Plenums des ZK und der ZKK, der KPSU ist vor allem der Ausfluß einer vollkommen richtigen Einschätzung der außerordentlich ernsten und gefährlichen Lage, in der sich das einzige Land der proletarischen Diktatur angesichts der imperialistischen Kriegsrüstungen und Einkreisungsversuche befindet. Diese Situation erheischt die Zusammenreißung aller Kräfte innerhalb der Partei und innerhalb der von der Partei geführten Arbeiterklasse der Sowjetunion. Auch wenn die von Sinowjew und Trotzki geführte Opposition heute innerhalb der russischen Partei jeden nennenswerten Einfluß verloren hat, so zählen doch zu ihr eine Anzahl befähigte und langjährige Parteiarbeiter, die die Partei nicht entbehren will, so kann doch die Tatsache, daß so prominente ehemalige Führer der bolschewistischen Partei wie Sinowjew und Trotzki so maßlose Angriffe gegen die heutige Parteiführung schleudern, sich zu einem Moment der Schwächung und Gefährdung der proletarischen Diktatur und der Lockerung des Vertrauens der arbeitenden Massen in die bolschewistische Führung auswachsen. Dieses Moment der Schwächung würde durch einen rein disziplinarischen Akt des Ausschlusses der Oppositionsführer aus der Partei oder auch nur aus dem Zentralkomitee der Partei nicht ohne weiteres beseitigt werden, solange nicht auch die parteilosen Arbeiter- und Bauernmassen von der absoluten Unvermeidlichkeit und Notwendigkeit eines solchen Schrittes überzeugt sind. Darum mußte die Opposition veranlaßt werden, entweder ihre parteifeindlichen Handlungen und Agitationsmethoden aufzugeben oder aber vor den breitesten Massen sich noch gründlicher als bisher zu entlarven.

Mit dem vorliegenden Beschluß des Plenums wird der Opposition in der russischen Partei die letzte Waffe gegen das ZK aus der Hand geschlagen, eben jene Waffe, mit der sie beim einfachen Arbeiter noch die meisten Erfolge zu erringen hoffte, der Vorwurf der diktatorischen Knebelung jeder offenen Kritik innerhalb der Partei, die Berufung auf die Parteidemokratie. Das Prinzip der Parteidemokratie wird mit diesem Beschluß des Plenums bis an die äußerste Grenze des für eine kommunistische Partei Tragbaren ausgedehnt. Wenn die Oppositionsführer jetzt noch einmal ihr Wort brechen, Fraktionsarbeit treiben, mit den deutschen Renegaten Maslow, Roth und Konsorten Verbindung halten, ihre gefährlichen politischen Irrtümer und Verdächtigungen der Partei weiter propagieren – dann wird das letzte Parteimitglied – werden selbst die parteilosen Arbeiter erkennen, daß diese Opposition mit der bolschewistischen Partei nichts mehr gemein hat und jenseits der Barrikaden steht.

Auch in Deutschland besteht für die revolutionäre Partei des Proletariats eine gefahrvolle Situation. Das deutsche Proletariat unterliegt zur Zeit einer verschärften Offensive des Unternehmertums in den Betrieben und dem Ansturm einer starken politischen Reaktion. Die deutsche Bourgeoisie, die ihren neuimperialistischen Aufstieg mit außerordentlicher Zähigkeit, Gewandtheit und Energie anstrebt, kann ihr Ziel nicht anders erreichen als durch die verschärfte wirtschaftliche Ausbeutung ihrer Lohnsklaven und die politische Unterdrückung und Knebelung des Proletariats. Sie kann ihre imperialistische Politik nur durchführen, wenn es gelingt, das Proletariat führerlos zu machen, d. h. die Kommunistische Partei von den Massen zu isolieren, innerlich zu zersetzen und schließlich in die Illegalität zu jagen. Diesem Zwecke dient objektiv das Auftreten der Ruth Fischer-Maslow-Gruppe. Inhalt sowie Tonart der in der „Fahne des Kommunismus“ gegen die KPD und die Komintern geschleuderten Angriffe bedeuten objektiv die Unterstützung der kapitalistischen Offensive. Die deutsche Partei würde deshalb einen schweren Fehler begehen, wollte sie die Rolle und den Aktionsradius der Maslow-Gruppe – etwa wegen der zahlenmäßigen Schwäche dieser Gruppe – unterschätzen. Die fortgesetzte, maßlose und arrogante Hetze der Maslowiten und ihres Organs gegen das ZK der KPD und gegen das EKKI, ihre ununterbrochene Wiederholung der

verleumderischen Behauptung, daß die Komintern bzw. die KPD überhaupt keine kommunistische Partei mehr sei, ihre Unterstellung, daß die Führer der Partei korrupte und unfähige Gesellen seien – hat doch nur den einzigen Zweck, die Autorität der KPD unter den mit ihr sympathisierenden parteilosen Massen zu schwächen, das Vertrauen der Mitgliedschaft und unteren Funktionäre in die Parteileitung zu untergraben und die Gewinnung der ehrlichen sozialdemokratischen Arbeiter für die Einheitsfront mit dem kommunistischen Klassengenossen zu erschweren. Das täglich verspritzte Gift wird auf die Dauer nicht ohne Wirkung auf einen Teil der Arbeiter bleiben, wenn nicht die Partei rechtzeitig und mit den richtigen Methoden dagegen operiert. Darum muß das ZK der KPD sich unbedingt vor jeder Unterschätzung dieses Gegners, jeder oberflächlichen Behandlung auch nur der geringsten Krankheitssymptome in der Partei sorgfältig hüten und kein Mittel unversucht lassen, um alle Kräfte der Partei zusammenzureißen, die Führer der Opposition in ihrer gegenrevolutionären Rolle restlos zu entlarven und die ehrlichen Arbeiter, die heute noch der Opposition anhängen, für die Partei zurückzugewinnen.

Leider ließen die ersten Erklärungen der deutschen Delegation beim EKKI und des Sekretariats des ZK , die aus Anlaß der Tagung des Vereinigten Plenums des ZK und der ZKK der KPSU abgegeben wurden, den von der russischen Parteiführung bewiesenen Grad [635] der Weisheit stark vermissen. Ins Interesse der Konsolidierung der KPD, der vollständigen Liquidierung der Maslow-Ruth Fischer-Gruppe – die Korsch, Katz und Schwarz kommen ernstlich nicht mehr in Betracht –. und nicht zuletzt im Interesse der Stärkung der Autorität unseres ZK selbst, muß dies ausgesprochen werden.

In der Erklärung der deutschen Delegation auf dem Vereinigten Plenum des ZK und der ZKK der KPSU macht sich vor allem eine gefährliche Unterschätzung des Gegners bemerkbar. Es heißt dort: „Nachdem sie (die Opposition) jeglichen Einfluß auf die Mitglieder der Partei eingebüßt und erreicht hat, daß ihr kein kommunistischer Arbeiter folgt...“ Solche Uebertreibungen sind ebenso töricht wie schädlich. Leider sind wir in der deutschen Partei noch nicht so weit, wie die neuesten Ereignisse in Baden und in Suhl beweisen. Ferner gibt die Delegation eine viel zu oberflächliche und keineswegs marxistische Analyse der Ursachen, die die Existenz einer solchen Opposition in Deutschland bewirken. Die Erklärung besagt:

„Diese Gruppe hält sich lediglich dank zweier Faktoren: Einerseits der wohlwollenden Unterstützung durch den bürgerlichen Staat, Justiz und Polizei, andererseits dem unmittelbaren und ständigen Zusammenarbeiten mit der KPSU-Opposition, die die ausgeschlossene Ultralinke mit verschiedener Argumentation ausrüstet und die Taktik der Gruppe und deren Agitation gegen unsere Partei leitet. Dank dem der KPD gestohlenen Mandat konnte Roth Fischer ...“

Diese Erklärung für die Existenz der Opposition würde ausreichen, wenn tatsächlich die on nur aus den korrupten Führern Maslow, Roth Fischer und Scholem usw. bestehen würde, wirklich nur eine „Partei ohne Mitglieder“ wäre. Sie reicht aber nicht aus, um die Tatsache zu begründen, daß noch hunderte ehrliche revolutionäre Arbeiter sowohl außerhalb, wie innerhalb der Partei dieser Opposition nachlaufen, darunter eine immerhin beachtenswerte Anzahl langjähriger und im revolutionären Klassenkampfe bewährter ehemaliger Funktionäre der Partei. Die deutsche Delegation hat diese Tatsache vollkommen übersehen und auf Grund dieses fundamentalen Fehlers auch keinen Versuch gemacht zwischen der durch und durch korrupten und konterrevolutionären Spitze und den subjektiv ehrlich revolutionären Arbeitern in der Opposition zu differenzieren.

Der Artikel aus dem Sekretariat des ZK, der zur Erklärung der russischen Opposition auf dem Vereinigten Plenum Stellung nahm, hat diesen Fehler der deutschen Delegation nur zum geringen Teile berichtigt. Auch er steht noch in klarem Widerspruch zu Ton und Inhalt der Resolution des Plenums des ZK der KPSU vom 9. August. Während das ZK der KPSU von einer „Sackgasse“ spricht, in die sich die Führer der Opposition verrannt haben und aus der heraus ihnen zu helfen der ehrliche Wunsch des ZK ist, erklärt das deutsche ZK von vornherein:

„Die russische Opposition, die in der KPSU keinen Einfluß besitzt, sucht durch ihre Erklärung Boden in der Internationale zu gewinnen. In der demagogischen Form einer Selbstverteidigung richtet diese Erklärung in Wirklichkeit neue Angriffe gegen die Komintern und gegen die KPD.“

Das russische ZK spricht bekanntlich nur von den „Hintertüren“, die offen gelassen seien und neue Angriffe möglich machen. Das russische ZK hat die Erklärung der Opposition im Wesentlichen als einen Erfolg gebucht, der zum „Frieden in der Partei führen könne, während der Wortlaut der Erklärung des deutschen ZK eine solche Möglichkeit überhaupt nicht offen läßt.

Dadurch wird aber gerade der Sinn und Zweck des Beschlusses unserer russischen Bruderpartei in sein Gegenteil verwandelt. Während das russische ZK der Opposition die volle Verantwortung zuweist, ob sie ehrlich Wort halten oder den Wortbruch vom 16. Oktober durch einen neuen übertrumpfen will, die Opposition also vor die Frage stellt, sich diszipliniert den Reihen der Partei einzufügen oder aber ihren gegenrevolutionären Charakter restlos zu entlarven, erklärt das deutsche ZK von vornherein:

„Ihre Unterschrift unter diese Erklärung ist ebensoviel wert, wie die Roth Flachere unter den Offenen Brief. Die diplomatische Form der Oppositionserklärung ist ein Beweis dafür, daß die russische Opposition den Fraktionskampf in der Komintern und in der KPD neu beleben will“.

Das ist ein Verdammungsurteil und keine letzte Verwarnung. Es hört sich so an, als ob das deutsche ZK die goldene Brücke zerhauen möchte, die das russische ZK der Opposition und notabene deren exponiertesten Führern soeben gebaut hat.

Und während die ganze Haltung des russischen ZK von dem geduldigen, ehrlichen Bemühen getragen ist, selbst für die verantwortlichen Führer der Opposition trotz ihres andauernden und wiederholten Verbrechens gegen die Partei noch einen Rückweg zur Partei zu öffnen, sie für die Partei zu erhalten, erklärt das deutsche ZK nicht allein solche Elemente wie Maslow, Roth Fischer, Scholem für konterrevolutionäre Schädlinge der Arbeiterbewegung, sondern die ganze, hinter Maslow, Roth Fischer Urbahns stehende Gruppe, also auch die darin enthaltenen, bzw. mit ihr sympathisierenden ehrlichen Arbeiter. Das deutsche ZK schreibt wörtlich:

„Die KPD betrachtet diese Gruppe nicht als eine Vereinigung revolutionärer Arbeiter, der man Bedingungen für die Aufnahme in die KPD stellen kann, sondern als eine objektiv und in ihrer Spitze auch subjektiv konterrevolutionäre Clique von Schädlingen der Arbeiterbewegung und politischen Abenteurern. Zwischen diesen Elementen und der KPD gibt es weder jetzt noch in Zukunft eine Brücke. Die KPD betrachtet jeden Antrag auf Wieder-[636]aufnahme dieser Renegatenclique als einen bewußten Versuch des Kampfes gegen die Partei und des Hineintragens konterrevolutionärer Einflüsse in die Partei.“

Man kann einwenden, es handle sich hier um eine ungeschickte Formulierung. Etwa 30 Zeilen weiter unten werde ja ausdrücklich zwischen den Führern dieser Gruppe und den ehrlich oppositionellen Arbeitern differenziert. Aber auch eine Formulierung, die so ungeschickt ist, daß man das Gegenteil der wahren Absieht ihrer Verfasser daraus entnehmen muß, wäre in der ernsten Situation, in der sich die Partei gegenwärtig befindet, bei einer so maßgebenden Körperschaft der Partei, ein rügenswerter Fehler. Doch können wir diese Ausrede nicht gelten lassen. Die falsche Formulierung in dem oben angezogenen Absatz stimmt zu sehr mit der Tonart und Tendenz der Erklärung der deutschen Delegation auf dem Vereinigten Plenum überein. Nicht der spätere Absatz, der verspricht, alle ehrlichen oppositionellen Arbeiter über die Schädlichkeit der ultralinken Politik usw. aufklären zu wollen, wird sich dem Gehirn des oppositionell gestimmten Lesers einprägen, sondern jener erste Absatz, der von einer „objektiv und in ihrer Spitze auch subjektiv konterrevolutionären Clique von Schädlingen der Arbeiterbewegung und politischen Abenteurern“ spricht. Er wird ganz natürlich sich in diese „Clique von Schädlingen und Abenteurern“ einbezogen fühlen, da er doch zur Zeit sich mit der Spitze verbunden fühlt. Treiben wir eine ernsthafte Politik zur Loslösung der ehrlichen Arbeiterelemente von der auch subjektiv konterrevolutionären Spitze, so müssen wir uns einer anderen Sprache bedienen.

Das schlimmste aber in dieser Erklärung ist der Satz, wonach die KPD „jeden Antrag auf Wiederaufnahme dieser Renegatenclique“ als einen bewußten Versuch des Kampfes gegen die Partei und des Hineintragens konterrevolutionärer Einflüsse in die Partei betrachtet. Wenn also Maslow einen solchen Antrag durch ehrliche oppositionelle Arbeiter, wie das neulich in Berlin geschah, stellen läßt,

sind dann etwa diese Arbeiter schon deshalb eines bewußten Versuches des Kampfes gegen die Partei schuldig? Selbstverständlich: Nein! Das kann niemals die Ansicht des ZK sein!

Die überwältigende Mehrheit der Mitgliedschaft unserer Partei steht zweifellos unerschütterlich und überzeugt zur politischen Linie des ZK und der Komintern. Sie ist überzeugt, daß der Ausschluß der Maslow, Roth Fischer, Scholem, Urbahns und einer Reihe anderer oppositioneller Führer nicht zu vermeiden war. Sie hat großen Teils den Ausschluß sogar gefordert. Sie hat auch im großen ganzen die übrigen Ausschlüsse undisziplinierter, oppositioneller Funktionäre gebilligt, denn wo gehobelt wird, fliegen Späne. Aber sie glaubt, daß die Partei heute innerlich gefestigt und politisch geschult genug ist, um die ultralinken Gruppierungen, die da und dort noch in der Partei fortleben oder durch die Demagogie der außenstehenden Gruppe neu belebt werden, auch ohne Ausschlüsse und Geschrei über Renegatentum usw. zu bekämpfen. Sie ist keineswegs der Meinung, daß die 200 Parteiarbeiter, die in der Hitze des Gefechtes aus der Partei ausgestoßen wurden oder die Partei freiwillig verlassen haben, nun in alle Ewigkeit als „konterrevolutionäre Schädlinge“ gebrandmarkt und aus der Partei ferngehalten werden dürfen Sicher hat ein Teil der ausgeschlossenen Genossen bereits etwas zugelernt und besitzt den ehrlichen Wunsch, wieder in die Reihen der Partei zurückzukehren. Diese müssen wir zurückgewinnen, ihnen den Rückweg erleichtern. Auch auf die Gefahr hin, daß die Maslow und Roth Fischer einige weniger prominente, unsaubere Elemente mit herein in die Partei zurückschmuggeln. Ein großer Teil der Parteimitglieder, die politisch absolut zum ZK stehen, glaubt außerdem, daß eine ganze Anzahl Ausschlüsse und Austritte sich hätten vermeiden lassen, wenn die Parteidebatten von Anfang an politisch tief greifender und ohne überstürzende Redeverbote oder kleinliche Disziplinarmaßregeln geführt worden wären, wenn das ZK in gefährdeten Bezirken wie Baden oder Thüringen r e c h t z e i t i g im Sinne jener geduldigen und sorgfältigen Aufklärung der Mitglieder eingegriffen hätte, von der in der oben angezogenen Erklärung des Sekretariats leider erst am Schlusse die Rede ist.

Die Resolution des Polbüros, die am 23. August in der „Roten Fahne“ veröffentlicht wurde, unterscheidet sich vorteilhaft von der früheren Erklärung. Sie ist bestrebt, p o l i t i s c h im Geiste der Beschlüsse des russischen ZK an die Probleme heranzutreten. Leider bleibt das ZK auch hier bei einer h a l b e n M a ß n a h m e stehen. Es genügt nicht, die oben gerügten Fehler in der Tonart und der Einschätzung der Opposition zu korrigieren, es genügt nicht zu erklären, daß die Partei den oppositionellen Arbeitern offensteht, wenn sie mit Urbahns, Roth Fischer, Maslow brechen, die Beschlüsse der KPD, und der Komintern für bindend anerkennen, keinerlei Fraktionsarbeit leisten u. s. f. – – d a s i s t d o c h e i n e S e l b s t v e r s t ä n d l i c h k e i t. Das ZK muß einen Schritt weiter gehen und eine wirklich aktive, zähe und geduldige Politik zur Zurückgewinnung der ehrlichen, oppositionellen Arbeiter für die Partei und zur restlosen Entlarvung der konterrevolutionären Spitze der Oppositionsgruppe durchführen.

Diese a k t i v e Politik der Zurückgewinnung der ehrlichen oppositionellen Arbeiter muß vor allem darin bestehen, daß die Partei im sachlichen und ruhigen Tone, aber mit prinzipieller Schärfe die politischen Irrtümer, die Verdrehungen und Verleumdungen des Maslow-Organs zurückweist, so wie das in der „Roten Fahne“ vom 28. und 30. August begonnen worden ist. Das eine solche sachliche Auseinandersetzung mit dem Maslowismus Erfolg hat, zeigt die Tatsache, daß die „Fahne des Kommunismus“, wie das Maslow-Blatt sich arroganterweise nennt, sich mit diesen Artikeln ausführlich auseinandersetzen muß und dabei in Ermangelung hieb- und stichfester Argumente in ein hysterisches Gekreische verfällt. Die von Maslow beliebte arrogante Tonart wirkt von selbst auf ehrliche Arbeiter abstoßend, v o r a u s g e s e t z t, d a ß d i e P a r t e i o r g a n e s i c h n i c h t z u e i n e r ä h n l i c h e n T o n a r t p r o v o z i e r e n l a s s e n.

Welche außerordentlich starken Wirkungen der kluge Beschluß des Vereinigten Plenums des russischen ZK und der ZKK sofort auch in Deutschland ausübte, zeigt die Tatsache, daß die Gruppe Maslow-Ruth Fischer sich bereits genötigt sah, das Manöver eines Wieder-[637]aufnahmeantrags an die Partei zu stellen. Hierbei passierte diesen gerissenen Strategen freilich das Malheur, daß sie ihre Unterwerfung unter die Disziplin der Partei und ihre Bereitwilligkeit, die Parteibeschlüsse durchzuführen, unter so zweideutigen Bedingungen stellten, daß ihr Antrag auch vom einfachen Parteimitglied

sofort als unehrliches Manöver erkannt werden konnte. Aber sie hätten dieses Manöver nicht gemacht, wenn sie nicht die Folgen des Beschlusses der russischen Partei in ihren eigenen Reihen gespürt hätten, was ja auch Maslow bewog, über „Parteipazifisten“ in seiner Gruppe zu jammern.

Die Partei muß die sachlich scharfe, aber im Tone maßvolle Auseinandersetzung mit dem Maslowismus weiterführen und verbinden mit einer positiven Aufforderung an die ausgetretenen oder ausgeschlossenen oppositionellen Arbeiter, unter Anerkennung der selbstverständlichen Parteidisziplin in die Partei zurückzutreten. Sie muß Schritte unternehmen, um auch die noch innerhalb der Partei vorhandenen, aber oft grollend beiseite stehenden oppositionellen Arbeiter zur verantwortlichen Arbeit heranzuziehen. Sie muß vor allem der Opposition jedes, auch nur scheinbar berechtigte Argument entziehen, als ob sie die Partei in das opportunistische Lager hinübergleiten lasse, indem sie unnachsichtlich alle tatsächlich vorkommenden opportunistischen Entgleisungen rügt und korrigiert und den ernstlichen Willen zeigt, vorhandene Mängel und Fehl er in der Parteiaktion und Parteiführung so schnell und energisch als möglich auszumerzen.

Hierbei kann es dem ZK absolut nichts schaden, wenn es die Berechtigung einzelner kritischer Vorwürfe der Opposition offen und ehrlich anerkennt, um die Möglichkeit zu haben, um so rücksichtsloser die vollkommen unleninistische und parteifeindliche Generallinie der ultralinken Führer zurückweisen zu können. Womit haben denn die Scholem, Urbahns und Ruth Fischer so manchen ehrlichen Parteiarbeiter für sich eingefangen, wenn nicht dadurch, daß sie einzelne tatsächlich in unserer Partei vorhandene opportunistische Entgleisungen oder tatsächlich vorhandene Schwächen unserer Aktion herausgriffen, demagogisch übertrieben als Symptome für die Degeneration der Gesamtpartei hinstellten und mit einer wüsten Hetze gegen die Parteiführung verbanden? Man muß den Ruth Fischer, Urbahns, Scholem, Maslow den Vorwand nehmen, um eine scheinbar berechtigte Kritik an der Partei zu üben. Wieviel Wasser hat man z. B. allein dadurch auf die Scholem-Mühle geleitet, daß man es immer wieder unterließ, rechtzeitig und ausführlich authentisches Material über die Reden und Anträge der russischen Opposition oder über die Politik der Kommunistischen Partei in China der Parteimitgliedschaft, mindestens aber den verantwortlichen Parteifunktionären, zu unterbreiten. Man hat uns dadurch die Bekämpfung der Opposition unnötig schwer gemacht und unbegründetes Mißtrauen in der Mitgliedschaft erweckt. Solche Fehler muß das ZK sehen, um ihre Wiederholung zu vermeiden.

Ein anderer Fehler der Partei, bei dem die Opposition erfolgreich einhaken konnte, war der unzulängliche Kampf gegen die Bürgerblockregierung. Die Analyse der neuen Regierungsbildung war in den ersten Monaten durchaus ungenügend, die Losung des Sturzes der Bürgerblockregierung wurde als Sammellosung für die Parteikampagne erst viel zu spät im Juli ausgegeben und ist heute noch nicht wirklich konkretisiert. Sie ist vor allem nicht verbunden mit der positiven Losung der Arbeiter- und Bauernregierung und einem wirklich populären Aktionsprogramm, wie das schon in den Thesen des 2. Weltkongresses von einer kommunistischen Partei gefordert wird. Die Aktion der Partei war durch viele nebeneinander herlaufende und ohne Zusammenhang geführte Kampagnen zerrissen und ihrer Stoßkraft beraubt. Die meisten Kampagnen wurden außerordentlich kurzatmig durchgeführt, versackten sehr schnell, wobei man nicht verstand, sie entsprechend der sich verändernden Situation rechtzeitig umzubiegen. Die Partei entbehrte wiederholt einer wirklich festen, gleichmäßig starken und die beschlossenen Aktionen zäh durchsetzenden Führung. Auch in der Bündnisfrage, in der Werktätigenbewegung, in der Frage unserer Taktik gegenüber den Zentrumsarbeitern, in der Erwerbslosenbewegung, in der Bayernpolitik sind zweifellos Mängel und Fehler in der Parteiaktion und der Parteiführung vorhanden, die offen und kameradschaftlich besprochen werden müssen. Die Kontrolle der Parteispitze von unten her und die lebendige Verbindung der Führung mit der Basis ist ebenfalls noch lange nicht wie sie sein soll. Es genügt nicht zu erklären, daß man eine kameradschaftliche Kritik nicht verhindern wolle, das ZK muß eine solche Kritik und Aussprache bewußt und planmäßig fördern. Noch ist die Partei in ihrer Basis geistig viel zu wenig regsam, noch lastet teilweise auf den einfachen Parteifunktionären jene bleierne Atmosphäre, die Roth Fischer und Scholem so ausgezeichnet über die Partei zu breiten verstanden. Es darf z. B. nicht wieder vorkommen, daß Genossen, die in einem Parteiorgan oder in einer

Zellenversammlung an diesem oder jenem Beschluß der höheren Parteiinstanzen Kritik übers, deshalb gleich irgend einer oppositionellen Gruppe zugezählt zu werden Gefahr laufen. Eine Reihe leitender Körperschaften in der Partei entsprechen in ihrer Zusammensetzung noch keineswegs den Beschlüssen der Org.-Beratung des EKKI und des Essener Parteitages der KPD

Wir sind die letzten, die die Fortschritte und Erfolge der Partei, die unter der Leitung des gegenwärtigen ZK und dank der Hilfe der Komintern erreicht wurden, verkleinern wollen. Die Partei ist zweifellos im letzten Jahre innerlich und äußerlich gewachsen. Die Masse der Mitgliedschaft hat im Laufe der heftigen Parteidiskussion viel gelernt. Die Partei hat auch einige Erfolge erzielt. Aber gerade dieses qualitative Fortschreiten unserer Partei macht es notwendig, daß auch die zentrale Leitung sich auf die höheren Ansprüche der Mitgliedschaft an ihre Führung einstellt.

Die immer schärfere Zuspitzung der politischen Situation, sowohl international wie in Deutschland erfordert gebieterisch die Durchführung einer solchen Linie gegenüber der Opposition und eine bedeutende Verbesserung in der Führung und den Aktionen der Partei. [638] Das Hauptaugenblicksziel der KPD ist der gesteigerte Kampf gegen Bürgerblock und Kriegsgefahr, die Schaffung der Einheitsfront für alle politischen und wirtschaftlichen Kämpfe, mit dem Ziele des Sturzes der bürgerlichen Herrschaft überhaupt. Die KPD wird nicht imstande sein, wirklich erfolgreiche Schritte in dieser Richtung zu tun, wenn sie nicht alle Kräfte in der Partei so zu konsolidieren versteht, wie das schon im Offenen Brief vom EKKI gefordert und auf dem Essener Parteitag beschlossen wurde. Das ZK braucht, um. eine wirkliche Führung zu sein, das volle Vertrauen der Mitgliedschaft. Viele ehrliche Genossen haben den Eindruck, als sei in den letzten Monaten in der Partei zu stark nach rechts konsolidiert worden. Eine aktive Politik zur Zurückgewinnung der ultralinks gestimmten Arbeiter für die Partei wird diese Genossen am ehesten davon überzeugen, daß dieser Eindruck falsch war. Wird diese Politik gegenüber der Opposition verbunden mit einer systematischen Verbesserung der Parteiführung und einer engeren Verbindung der Spitze mit der Basis, so werden die Maslow und Roth Fischer umsonst ihren Geifer verspritzen, wird die Bourgeoisie umsonst auf die Erfolge ihrer ultralinks drapierten Agenten warten.

*

Zur Kritik des Genossen Hoernle.

Von Ernst Meyer.

Die an sich bedauerliche, nur aus äußeren Gründen erfolgte Verzögerung der Veröffentlichung des Hoernleschen Artikels, der uns bereits Anfang September zuging, hat indessen den Vorteil, daß die vom Genossen Hoernle aufgeworfenen Fragen sich jetzt (Anfang Oktober) kürzer beantworten lassen, als das vor einem Monat der Fall gewesen wäre. Inzwischen liegen nämlich Beschlüsse der Exekutive über die Ablehnung des Wiederaufnahmeantrages der Maslow-Gruppe und über den Ausschluß des Genossen Trotzki und Wujowitsch aus der Exekutive, ferner der Ausschluß von Preobrashenski u. a. aus der KPSU sowie neue schwere parteifeindliche Handlungen der Maslow-Gruppe vor, was die Beurteilung der deutschen und russischen Opposition erleichtert.

Der Artikel des Genossen Hoernle behandelt im wesentlichen drei Punkte: 1. Die angeblich verschiedenartige Behandlung der Opposition durch das deutsche und russische Zentralkomitee. 2. Die angebliche Unterlassung der Differenzierung der Maslow-Gruppe durch das deutsche Zentralkomitee und 3. die angebliche Stärkung der Maslow-Urbahns-Gruppe durch Fehler der KPD.

Genosse Hoernle betont, daß er in der Be- und Verurteilung der deutschen und russischen Opposition sich vom Zentralkomitee der KPD nicht unterscheide. Uns scheint, daß trotz der scharfen Worte des Genossen Hoernle gegen die Opposition er doch diese Gruppen, wenigstens was die Perspektive ihrer Entwicklung anbetrifft, etwas anders einschätzt als wir.

Genosse Hoernle bemängelt, daß das deutsche ZK die russische Opposition nicht so klug und weise behandelt, wie das das russische ZK getan hat. Allein die Tatsache, daß alle oppositionellen Strömungen in- und außerhalb Rußlands ihre Hauptkritik gegen den sogenannten Stalinschen innerparteilichen Kurs richten, beweist uns, daß der Genosse Hoernle eine ganz unberechtigte Differenzierung in

der innerparteilichen Linie des russischen und des deutschen ZK zu machen versucht. Wenn die Genossen Trotzki usw. nicht aus der russischen Partei ausgeschlossen worden sind, so liegt das nicht daran, daß die deutsche Partei einen schärferen Kurs betreibt, sondern weil die Genossen Trotzki usw. – ganz abgesehen von ihren Verdiensten um die russische Revolution – sich trotz aller Kritik an ihrer Partei bisher doch anders verhalten haben als die es bereits seit Jahren bewußt zur Spaltung treibenden Maslow und Roth Fischer. Seitdem die russische Opposition in der allerletzten Zeit begonnen hat, die Parteidisziplin bewußt zu durchbrechen und dabei solche maslowistischen Methoden wie die Verbreitung ihres Fraktionsmaterials auch in parteilosen Kreisen anzuwenden, hat auch die russische Partei und die Komintern sich zu schärferen Maßnahmen gezwungen gesehen. Der Ausschluß der Organisatoren der illegalen Druckerei einschließlich Preobrashenski und der Ausschluß der Genossen Trotzki und Wujowitsch aus dem Exekutivkomitee der Komintern liefern dafür unwiderlegliche Beweise. Maslow und seine Anhänger haben schon seit langem in der breitesten Oeffentlichkeit die Parteidisziplin auf das schroffste verletzt. Solange Maslow und Roth Fischer in der Partei waren und ihre oppositionellen Auffassungen im Rahmen des Parteistatuts vertraten, wurden sie auch nicht ausgeschlossen. Auch Maslow und Roth Fischer sind (genau so wie die russische Opposition) dutzende Male von ihrer Partei gewarnt worden, ehe das Zentralkomitee, der Essener Parteitag und schon vorher die VII. Exekutive ihren Ausschluß vollzogen, bezw. bestätigten. Wenn jetzt der Genosse Hoernle noch „Mäßigung empfiehlt, so glaubt er offenbar, daß die Maslow-Gruppe sich noch in dem Entwicklungsstadium befindet, das diese Gruppe faktisch schon längst hinter sich hat. Aber die Aeußerungen Maslows über die zwei unüberbrückbaren Auffassungen der Komintern und der Maslow-Gruppe und die Aufstellung eigener Listen der Urbahns-Gruppe in Altona zeigen, daß die Maslow-Urbahns-Gruppe e n d g ü l t i g mit der KPD gebrochen hat.

Aus der nicht völlig richtigen Einschätzung der deutschen Opposition ergibt sich bei dem Genossen Hoernle auch eine falsche Kritik an der Behandlung der Maslow-Gruppe durch die deutsche Parteileitung. Genosse Hoernle vermißt eine genügende Differenzierung zwischen Arbeitern und Führern in der Maslow-Gruppe und beruft sich dabei auf einen Satz in der Erklärung des Sekretariats des ZK vom 12. August d. J. Diese Erklärung versucht einmal die Rolle der Maslow-Gruppe im Ganzen zu charakterisieren und nimmt zugleich die von [639] Hoernle gewünschte Differenzierung vor. Genosse Hoernle kann seine Kritik in diesem Punkte nur dadurch aufrecht erhalten, daß er entscheidende Sätze der Erklärung des Sekretariats als bedeutungslos hinstellt. In dem Beschloß des Präsidiums des EKKI vom 17. September über die Ablehnung des Wiederaufnahmeantrages wird ganz ähnlich wie in der Erklärung des Sekretariats des ZK der KPD, allgemein v o n d e r G r u p p e M a s l o w gesprochen. Auch das EKKI „weist mit Entschiedenheit ä h n l i c h e Vorschläge (auf Wiederaufnahme) von seiten der Renegaten der kommunistischen Bewegung zurück“ und stellt fest, daß es zwischen der Komintern und der Gruppe Maslow nichts Gemeinsames in den entscheidenden prinzipiellen Fragen der Politik geben kann.

Wir wissen, daß sich auch in der SPD viele herrliche und zuweilen revolutionär auftretende Proletarier befinden. Das hindert die KPD nicht, die SPD im Ganzen wegen ihrer konterrevolutionären Politik zu brandmarken und als bürgerlich bezw. konterrevolutionär zu bezeichnen. Ganz ähnlich steht es mit der KAP. Die gleiche Haltung müssen wir aber gegenüber der Maslow-Gruppe einnehmen, deren konterrevolutionärer Charakter als einer parteifeindlichen Organisation nicht durch den subjektiv ehrlichen oder revolutionären Willen einzelner Anhänger aufgehoben wird. Die Feststellung, daß es von der KPD zu der Maslow-Gruppe weder jetzt noch in Zukunft eine Brücke gibt, findet sich daher nicht nur in der Erklärung des Sekretariats, sondern ist mit vollem Bewußtsein auch in die Beschlüsse des Polbüros und des Plenums des ZK der KPD aufgenommen worden.

Diese richtige, politische Feststellung über die ganze Maslow-Gruppe ändert natürlich nichts an unserem Versuch der Loslösung der Arbeiter von der Führung der Maslow-Gruppe. Hier macht sich Genosse Hoernle einer völlig unbegreiflichen Unterlassungssünde schuldig. Er zitiert n i c h t folgende wichtige Sätze der Erklärung des Sekretariats der KPD:

„So wenig es für die Führer dieser Gruppe ein Zurück zur KPD gibt, s o s e h r w i r d s i c h d i e K P D w i e b i s h e r b e m ü h e n, a l l e e h r l i c h e n o p p o s i t i o n e l l e n A r b e i t e r über die Schädlichkeit der

ultralinken Politik, über das prinzipienlose Liquidatorentum der russischen Opposition und über die Richtigkeit des Standpunktes der Komintern in den Fragen der chinesischen Revolution, des anglorussischen Komitees, der allgemeinen revolutionären Perspektive und der leninistischen Taktik zur Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse für den Kommunismus aufzuklären. D i e K P D s t e h t u n d s t a n d o f f e n f ü r j e d e n P r o l e t a r i e r, der die Beschlüsse der Komintern und der KPD anerkennt und durchzuführen gewillt ist."

Genosse Hoernle behauptet, daß dieser Satz, den er nur in einer ganz unzureichenden, zusammengedrängten Form erwähnt, wirkungslos bleiben würde. Nun die Antwort der Maslow-Gruppe beweist genau das Gegenteil! In Nr. 23 der „Fahne des Kommunismus" beschäftigt sich Maslow an mehreren Stellen mit der Differenzierung durch das Sekretariat des ZK, wobei Maslow die einmütige Auffassung des Polbüros in die Privatmeinung eines einzelnen Genossen umzufälschen sucht. Maslow schreibt z. B.:

„Und man möge nicht antworten im Stile Meyers, daß man vereinzelte Individuen gnädigst als reumütige Sünder zurücknehmen will."

Ferner:

„Die Opportunisten der „Roten Fahne wollen, wie der hysterische und zugleich dreiste Artikel Meyers („Vom Sekretariat des ZK der KPD wird uns geschrieben") in der „Roten Fahne" vom 12. August k l a r g e n u g ausspricht, einzelne ihnen bequem und ungefährlich erscheinende Oppositionelle gnädigst wieder aufnehmen."

Was Maslow „klar genug" erscheint und wogegen er in dem ihm eigenen Schimpftone polemisiert, um die Wirkung unseres Angebots an die Arbeiter der Opposition abzuschwächen, d a s hat Genosse Hoernle in seiner politischen Bedeutung vollkommen übersehen. Die späteren Veröffentlichungen des ZK haben diesen Punkt in ähnlichen Formulierungen wie in der ersten Sekretariatserklärung wiederholt, und zwar schon ehe der Artikel des Genossen Hoernle beim Zentralkomitee einlief. Die ganze Praxis des Zentralkomitees in Leipzig, in Bielefeld, in Suhl, in Darmstadt usw., zeigt, daß die Befürchtungen des Genossen Hoernle über Abstoßung von oppositionellen Arbeitern völlig unberechtigt sind. Die besonderen Verhältnisse in Baden, die Genosse Hoernle allein betrachtet, rechtfertigen in keiner Weise seine Kritik, die an den Bemühungen des Zentralkomitees in den genannten Orten achtlos vorbeigeht.

Genosse Hoernle fordert in diesem Zusammenhang bessere Methoden zur Rückgewinnung der ultralinken Arbeiter. Er muß dabei zugeben, daß das ZK selbst durch verschiedene Artikel in der „Roten Fahne" die von ihm gewünschte sachliche und ruhige Auseinandersetzung mit der Maslow-Gruppe geführt hat. Nur übersieht auch hier Genosse Hoernle, daß auch der erste von ihm bemängelte Artikel des Sekretariats eine ausführliche Antwort in der „Fahne des Kommunismus" gefunden hat – was Genosse Hoernle als ein Hauptkriterium für die Richtigkeit unserer Argumente und die richtige Tonart unserer Polemik gegen Maslow betrachtet.

Genosse Hoernle empfiehlt uns aber weiter, „die Berechtigung e i n z e l n e r kritischer Vorwürfe der Opposition offen und ehrlich anzuerkennen". Wenn Genosse Hoernle meint, daß wir nicht rechtzeitig genug authentisches Material der Opposition veröffentlicht haben, so können wir nur feststellen, daß das ZK der KPD s o f o r t a l l e s Material veröffentlicht hat, das ihm von der russischen Partei oder von der Komintern zur Verfügung gestellt wurde. Genosse Hoernle kann wohl aber nicht verlangen, daß die Parteileitung Material publiziert, das in Rußland selbst als vertrauliche Parteidokumente behandelt wird und das auch uns nur aus Auszügen in der russischen Parteipresse bekannt ist. Hoernles Vorwurf richtet sich in Wirklichkeit gegen die Komintern und das ZK der KPSU, die allein über dieses Material verfügen.

[640] Genosse Hoernle hat auch vollkommen Unrecht, wenn er behauptet, daß die Opposition „erfolgreich einhaken konnte", weil die Partei einen unzulänglichen Kampf gegen die Bürgerblockregierung führte. Die Opposition, die sich in ihrem Organ ausschließlich mit russischen und chinesischen Fragen beschäftigt, hat zu den deutschen Fragen bis heute so gut wie nichts zu sagen gewußt. Die Partei hat vielmehr völlig selbständig eine Vereinheitlichung der Kampagne unter der Losung des Blockes der Werktätigen zum Sturze des Bürgerblocks vorgenommen. Inzwischen ist auch die notwendige Konkretisierung dieser Losung erfolgt und in der letzten Plenarsitzung des ZK ist weiter

angekündigt worden, daß die Partei ein populäres Kampfprogramm gegen den Bürgerblock herausgeben wird. Das ZK hat dabei die ihm mündlich und schriftlich zugegangenen Anregungen nach Möglichkeit berücksichtigt und wird das selbstverständlich auch in Zukunft tun. Wie das ZK Kritik und Vorschläge behandeln will, hat es in seiner Resolution zur innerparteilichen Lage vom *9*. September folgendermaßen fixiert:

„Das ZK wird nach wie vor an dem Prinzip einer kollektiven Führung der Partei festhalten... Es ist entschlossen, die Kollektivität der Führung in allen Organisationen sicherzustellen ...

Die Steigerung der Aktivität der Parteimitglieder ist nur dann möglich, wenn die Grundsätze des demokratischen Zentralismus volle Anwendung finden ... Um so schärfer wird das ZK darauf bestehen, daß die Rechte der Mitgliedschaft überall und in allen Fällen sichergestellt werden."

Das ZK hat im übrigen die Absicht, neben der Diskussion im „Parteiarbeiter , auch in der „Internationale" eine Diskussion über verschiedene Fragen, z. B. des Aktionsprogramms, der Produktionskontrolle usw. einzuleiten. Genosse Hoernle wird sich dann davon überzeugen, daß sich die Partei, die gerade in der letzten Zeit große politische Erfolge gehabt hat, stark genug fühlt, alle auftauchenden Meinungsverschiedenheiten durch eine sachliche Diskussion vor der gesamten Mitgliedschaft zu klären. Aber Genosse Hoernle wird sich auch damit abfinden müssen, daß nur wenige Genossen mit seiner Auffassung der innerparteilichen Lage einverstanden sind und seine Kritik wegen angeblicher Fehler in der Behandlung der Maslow-Gruppe ruhig, aber auf das bestimmteste als falsch zurückweisen.

*

Anmerkung der Redaktion: Infolge Platzmangels kann in dieser Nummer keine Literaturrubrik erscheinen.

Eingegangene Bücher

(Die Besprechung behält sich die Redaktion vor.)

„Der Arbeiter-Korrespondent" von Paul Böttcher, Viva-Verlag, Berlin, 50 Seiten.

„Der Kommunismus der mährischen Wiedertäufer" von Dr. Lydia Müller, Verlag M. Heinsius Nachf. Egers u. Siewers, Leipzig, 122 Seiten, mit Photographien.

„Dollar-Diplomatie" von Scott Nearing und Joseph Freeman, Verlag Kurt Vowinkel, Berlin-Grunewald, 475 Seiten.

„Elementar-Bücher des proletarischen Klassenkampfes", Bd. 3, „Die Grundlagen des Sowjetstaates" von Frida Rubiner, Viva-Verlag, Berlin, 128 Seiten.

„Mazzinis politisches Denken und Wollen in den geistigen Strömungen seiner Zeit" von Otto Voßler, Verlag R. Oldenburg, Berlin-München, 88 Seiten.

„30 Jahre chinesische Revolution" von Sun Yat Sen, Schlieffen-Verlag, Berlin, 86 Seiten.

„Die Wahrheit über das russische Dorf", Viva-Verlag, Berlin, 48 Seiten. „War, The Communist International's Position", Verlag der Kommunistischen Partei Englands, London, 40 Seiten.

„Vom Volksschüler zum Abiturienten" von Dr. Wilh. Schenkel, Lumen-Verlag, Potsdam, 50 Seiten.

„Was wollen die Kommunisten?" von Joseph Lenz, Viva-Verlag, Berlin, 60 Seiten.

[641]

Die Internationale
Jahrgang 10 * Berlin, den 1. November 1927 * Heft 21

Die Parolen des Oktober

Von Béla Kun.

I.

In der Parole verdichtet sich, konzentriert sich, kristallisiert sich Theorie, Programm, Strategie und Taktik der revolutionären Klasse und ihrer führenden Partei. Die Politik – diese Wissenschaft der Führung von Millionen – findet in der Parole ihre höchste, vollendetste künstlerische Ausdrucksform.

„Jede einzelne Parole" – schrieb Lenin – „müssen wir aus der Gesamtheit der besonderen Eigenschaften einer bestimmten politischen Lage entnehmen." Die marxistische analysierende Arbeit zerlegt die vor ihr auftauchenden komplizierten Erscheinungen, zersetzt die in ihre Elemente, löst sie auf im Scheidewasser der Zusammenhänge, verfolgt die Bewegung der flüssig gewordenen Masse, die Richtung ihrer Strömung. Die flüssige Masse setzt an der Oberfläche Kristalle ab: so entstehen die Parolen der marxistischen revolutionären Politik.

Die revolutionäre Parole ist meistens nicht mehr als ein einziger Satz. „Friede, Brot, Freiheit!" „Nieder mit den zehn kapitalistischen Ministern!" „Alle Macht den Sowjets!" Ein Satz nur – aber niemals eine Phrase. Wenn die Parole zur Phrase geworden ist – auch wenn sie noch so revolutionär klingt – ist sie keine revolutionäre Parole mehr. „Die revolutionäre Phrase ist die Wiederholung revolutionärer Parolen, ohne Berücksichtigung der objektiven Umstände ... Die Parolen sind großartig, hinreißend, erhebend – nur fehlt ihnen eben der feste Boden – da habt Ihr das Wesen der revolutionären Phrase" (Lenin). Das Wesentliche der sich in der Parole offenbarenden politischen Kunst – man könnte sagen das Wesentliche der Kunst der Schaffung von Parolen – ist: die Aufmerksamkeit auf das gefundene Kettenglied – das wir, wie Lenin sagt, ergreifen müssen, um die ganze Kette mit fester Hand in Bewegung zu halten – so zu lenken, daß das Kettenglied von den Millionen Händen der Millionenmassen erfaßt und die ganze Kette von ihrer zur Unbezwingbarkeit gesteigerten Kraft in Bewegung gehalten werde.

Die revolutionäre Parole gibt also dem instinktiven Wollen, der Kraft der Massen Richtung und Ziel. Sie faßt den Inhalt dicker Bücher zusammen, um dieses formlose Wollen, diese ungeformte Wucht auf ein Ziel zu lenken und dadurch gleichzeitig zu organisieren und durch die Organisiertheit auch zu vervielfältigen. Die analysierenden und zusammenfassenden Forschungen von Jahren und Jahrzehnten, alle Ergebnisse des Eindringens in das komplizierte Getriebe der Gesellschaft, die Ergebnisse der Aufdeckung der – sich oft wie die Wasserläufe der Felsenklüfte verbergenden – treibenden Kräfte der Revolution müssen in einem Satze zusammengefaßt werden, in einfacher – und eben deshalb volkstümlicher – auch die Fortgeschrittensten befriedigender, auch die Zurückgebliebensten aufklärender, mobilisierender, hinreißender Form von durchschlagender Kraft. Die Wissenschaft von der Führung der Millionen wird mit Hilfe der Parole zum Allgemeingut der Millionen; das Bewußtsein der Fortgeschrittensten wird durch die Parole zur wirkenden Kraft auch unter den [642] Zurückgebliebensten. Sie trägt die Bewußtseinselemente in die zum Kampf berufenen Massen zwar „von außen hinein", wie ja auch das sozialistische Bewußtsein „nur von außen in die Arbeiterklasse getragen werden konnte" (Lenin), aber alle ihre Elemente, aus denen sie sich herauskristallisiert hat, wirbeln und strömen bereits im Innern der Massen, formlos, ungeklärt – die kristallisierende, organisierende Kraft erwartend. Der Transformator, der die Theorie in Gewalt verwandelt, ist die revolutionäre Parole – das Sprungbrett der revolutionären Tat.

Die Bolschewiki haben die höchste Vollkommenheit in dieser Kunst erreicht. All das, was die marxistische Forschung auf dem Gebiete der Erkenntnis der Struktur der Gesellschaft und der Triebkräfte der Revolution produziert, was die revolutionäre Avantgarde in der Führung der Revolution ersonnen hat, all das haben die Bolschewiki den Massen, deren geschichtliche Aufgabe die Durchkämpfung der Revolution war, auch zugänglich machen können.

Die Parolen des Oktober waren:

die dreifache Parole „Frieden, Brot, Freiheit“;

die Parole, die die Umwälzung der Geschichte einleitete, die Richtung der Kämpfe für mindestens ein Jahrhundert bestimmte:

„Alle Macht den Räten!“

Diese Parolen waren im Munde der Millionen, die in der vom Proletariat geführten Volksrevolution zum erstenmal gesiegt haben.

„Frieden, Brot, Freiheit!“

brauste der Sturmwind des Oktober, als er die siegreiche rote Fahne aufsteigen, sie auf den höchsten, in der ganzen Welt sichtbaren Masten flattern ließ, die rote Fahne, von der die andere Parole zu weiterem Kampfe rief:

Alle Macht den Räten!

II.

Die Bolschewiki waren – mit Lenin an der Spitze – Meister nicht nur der revolutionären Theorie; sie haben nicht nur der Taktik – der politischen Haltung der Partei und der Massen – Richtung gegeben, mit der Sicherheit eines Steuermannes, der Schiff und Kurs bis in die kleinste Einzelheit kennt und dessen Aufmerksamkeit nichts entgeht. Sie zeichneten sich nicht nur dadurch aus, daß sie infolge der unglaublichen Elastizität, Zentralisiertheit, Disziplin ihrer Organisation überall gegenwärtig waren, wo Massen leben, leiden und kämpfen – wenn die organisierte Avantgarde der Bolschewiki zeitweilig noch so klein war. Sondern sie waren – wie schon gesagt – Meister auch darin, wie die Politik der Partei in die Massen in klarster, einfachster, verständlichster, volkstümlichster, mitreißendster Form hineingetragen werden kann. Alle diese Kräfte des Sieges im Gehirn und in den Muskeln der Partei sind im Kampfe gegen den Opportunismus herausgearbeitet worden. In bezug auf Taktik, auf Organisation hat das Lenin selbst wiederholt beschrieben – in bezug auf die sich in den Parolen der Agitation offenbarende Kunst ist das weniger bekannt. Die Menschewiki sind – wie alle Opportunisten – bestrebt, die Halbheit, den kleinbürgerlichen Charakter ihrer Politik durch spitzfindige, schleierhafte Umschreibungen vor den Arbeitermassen zu verbergen. Dem nebelhaften Inhalt entsprechen die nebelhaften Ausdrücke. „Diskutiert über die Taktik, aber gebt klare Parolen“ – so betitelt Lenin seinen 1905 gegen die Menschewiki gerichteten Artikel. „Die Partei der kämpfenden Klasse muß sich vor Augen halten, daß auf die konkreten Fragen ihrer politischen Haltung vollkommen klare, nicht auf zweierlei Art zu deutende Antworten notwendig sind: Ja oder nein; müssen wir jetzt, in dieser gegebenen Situation, das oder jenes tun oder nicht? Diese klaren Antworten sind auch deshalb Pflicht. ... damit [643] die Arbeiterklasse weiß, welche Ratschläge ihr in der gegebenen Situation diese oder jene Sozialdemokraten erteilen.“

Die Forderung der klaren Parolen ist aber nicht nur aus den Bedürfnissen des gegen den Opportunismus geführten inneren Kampfes entsprungen, sie war nicht nur das Mittel, um die Menschewiki an die Wand zu drücken. Auch die kämpfenden Massen verlangten von den Führern der Partei klare, einfache Parolen. Genosse Tomski hat 1908, als er noch nicht als Vorsitzender des Gewerkschaftsrates der UdSSR, im Namen von gewerkschaftlich organisierten Zehn-Millionen-Massen sprach, sondern nur in einem Grüppchen der zersprengten Bolschewistischen Partei die Flamme der Revolution nährte, vom Setzkasten der Petersburger Druckerei weg einen Brief an Lenin, in die Redaktion des „Proletarier“ ins Ausland geschrieben, in dem er, von der Stimmung der Arbeiter berichtend, unter anderem folgendes ausführt: „Es gibt keine Parolen – ein Teil der Parteiarbeiter sucht verworren und eifrig nach ihnen.“ Nach Parolen der Partei suchten die Massen, deren in der Niederlage geschwächten, von der zaristischen Reaktion getretenen Organisationen die Provokateure der Ochrana und die Vertreter der menschewistischen Intelligenz von innen heraus unterhöhlten, Aus dem Briefe geht hervor, daß die Massen nicht nur die Parolen der Tageskämpfe um mehr Brot gesucht haben, sondern auch Parolen, die weiter, in die Richtung

der Revolution, der historischen Ziele, in die Nähe des Sozialismus wiesen, um ihre täglichen Lohnkämpfe wie Hebel um diese letzteren zu gruppieren und die Wellen des Befreiungskampfes wieder hochgehen zu lassen.

Auch in der Periode, die der Petersburger Arbeiterkorrespondent Michail Tomski als „vollkommenen politischen Mangel, als Folge der dunkelsten Reaktion und Massenverfolgung" charakterisiert, – selbst in dieser Periode hatten die Bolschewiki revolutionäre Parolen, die die unter bitteren Opfern organisierten Tageskämpfe mit dem sozialistischen Ziele verbanden, in sozialistische, revolutionäre Kämpfe umwandelten. Zu jener Zeit, als die Menschewiki, zusammen mit der Bourgeoisie, die Revolution nach ihrer Niederlage endgültig liquidieren wollten und vom Zaren eine konstitutionelle Monarchie, mit dem Zaren und einem verantwortlichen Ministerium an der Spitze, erhofften – wurde die bolschewistische Politik in den Massen unter der Bezeichnung der drei Haifische bekannt. Das russische Volksmärchen glaubt, daß die Welt auf dem Rücken dreier Haifische ruht; die bolschewistische Politik hatte drei Forderungen als Grundpfeiler, in drei Parolen fand sie ihren Ausdruck: konstituierende Nationalversammlung und demokratische Republik; Achtstundentag; Enteignung und Nationalisierung des Großgrundbesitzes ohne Entschädigung. Dies waren die Parolen, die die Massen um die erreichbare höchste Spitze der bürgerlichen Revolution, um die Forderung der revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und des Bauerntums versammelt haben.

Die Februarrevolution ist über den Rahmen der demokratischen Bourgeois-Revolution gleich hinausgewachsen. „Die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und des Bauerntums ist (in gewisser Form und in gewissem Maße) bereits verwirklicht", gleich nach dem ersten Anstoß der Februarrevolution, und diese Parole „ist schon veraltet". Mit ihr zusammen sind auch die „drei Haifische" im dahinstürmenden Meereswirbel der Revolution untergetaucht. Die Macht ist in die Hände der Bourgeoisie übergegangen und so weit war die Bourgeois-Revolution abgeschlossen. Aber gleichzeitig und neben der bourgeoisen Macht bestand schon die revolutionär-demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern, in der Form der Sowjets der Arbeiter, Soldaten und Bauern. Die provisorische, imperialistische Bourgeois-Regierung, unterstützt von der sozialrevolutionären und menschewistischen Mehrheit der Sowjets, war nur so lange und insofern eine Macht, als sie von den Sowjets frei-[644]willig unterstützt wurde. Es war das jene „Uebergangsperiode in der Entwicklung der Revolution, in der die revolutionäre Bewegung über die üblichen demokratisch-bourgeoisen Revolutionen hinausging, die ‚reine' Diktatur des Proletariats und des Bauerntums aber noch nicht erreicht hat". Es herrscht während der Provisorischen Regierung im Lande Hunger. Verfall der Wirtschaft. Drohende Katastrophe. Greuel des Krieges. Schrecken jener Wunden, „die der Krieg" ins Fleisch „der Menschheit geschlagen hat" (Lenin). Was die Arbeiterklasse und das Bauerntum erreicht haben – z. B. den Achtstundentag, die Rechte der Soldaten – das hat nicht die Proviso[rische Regierung vor]genommen.

So war die Lage, als die „drei Haifische" untertauchten, als die erste, die unmittelbaren Ziele der Revolution aufzeigende, die Massen mobilisierende, sie gleichzeitig für eine höhere Stufe des revolutionären Kampfes, für ein weiter weisendes Ziel zusammenschließende Parole geboren worden ist, die Parole:

Frieden, Brot, Freiheit!

Das war die Parole, die die ganze Periode der Revolution hindurchbrauste, vom Februar bis zum Oktober, alle Perioden der Revolution durchbrauste, durch alle aufsteigenden, wie zurückweichenden Wellen. Die Teilkämpfe hatten auch andere Parolen: Produktionskontrolle! Verbrüderung an den Fronten! Fort mit der Todesstrafe! usw. Lenins Partei besaß für alle Situationen und für alle Schichten die geeigneten, einander ergänzenden und ablösenden mobilisierenden Parolen. Aber die Parole die vom Februar bis zum Oktober auf die Fahnen aller waffenlosen wie bewaffneten Aufstände – bis zum bewaffneten Aufstand geschrieben war, die die schwieligen Arbeiter- und Bauernsoldaten-Hände mit ihren wackeligen Buchstaben an die Wände aller Fabriken, Bahnhöfe,

Kasernen, Krankenhäuser aufmalten, die den ganzen Raum des weiten russischen Landes zwischen den zerfallenden Bauernhütten und dem Dreck der Schützengräben erfüllte – die breitesten Massen vereinigte, sie von der Bourgeoisie und ihrer „sozialistischen" Partei lostrennte und sie dem Proletariat und seiner kämpfenden Partei zuführte – das war die Parole: Frieden, Brot, Freiheit! Diese Parole bereitete die Köpfe der Massen darauf vor, die noch höhere, umfassendere und weitergehende Parole der Oktoberrevolution, des bewaffneten Aufstandes, zu erfassen, die Parole: Alle Macht den Räten! Und diese Parole schoß über die Drahtverbaue der Schützengräben hinweg, zum gegenüberstehenden „feindlichen" Arbeiter-Bruder und bereitete ihn darauf vor, die Revolution im internationalen Maßstab auszubreiten.

Diese beiden Parolen schweißten die Tages- und historischen Interessen des Proletariats und der anderen werktätigen Schichten zu einer unzertrennlichen festen Einheit im Befreiungskampfe. „Frieden, Brot, Freiheit!" haben die ganze Tiefe und ganze Breite der Volksrevolution aufgepeitscht, damit auf den Wellenbergen und -tälern das von den Bolschewiki gesteuerte Schiff des Proletariats die Höhe der proletarischen Diktatur erreiche und durch Sie seinen Weg in die Zukunft – zum Sozialismus fortsetze.

III.

Der rechte wie der linke Flügel der Sozialdemokratie leugnet übereinstimmend, daß die Oktoberrevolution eine proletarische, sozialistische Revolution gewesen wäre. „Sie ist eine Bauernrevolution, Volksrevolution, aber keine sozialistische, keine proletarische Revolution" – sagen die „Linken" mit Otto Bauer. Kautsky – und die „Rechten" wiederum fordern deshalb die ganze Welt zum Sturz der Sowjetmacht auf, weil sie „den Rechtsraub am Volke" bedeutet, weil sie „die Herrschaft der Usurpatoren über das Volk, die Diktatur über das Proletariat" ist.

[645] Die Sozialdemokraten haben es mit dieser Methode wirklich fertiggebracht, das Volk der Klasse entgegenzustellen. Es ist ihnen das, mit den Methoden der „reinen" Demokratie, so sehr gelungen, daß die SPD, als sie ganz offen und endgültig erklärte, den deutschen Bourgeois-Staat, die Hindenburg-Republik als den eigenen Staat anzuerkennen, in ihrem Programm verkünden konnte, daß sie aus einer Klassenpartei zu einer – Volkspartei geworden ist. Die Sozialdemokratie kann – in ihrer revolutionsfeindlichen und konterrevolutionären Einstellung – nichts anderes tun, als entweder die Klasse im Volk verschwinden machen – oder zünftlerische Scheidewände zwischen der Arbeiterklasse und dem Volk, den anderen, nichtproletarischen (vom Standpunkte ihrer Rolle in der Produktion nicht proletarischen) Werktätigen zu errichten.

Nur der Bolschewismus, der alle Erfahrungen und Traditionen der großen Revolutionen zusammenfaßt, verarbeitet und verwertet, hat das „Volk", die „Armen", die „Dorfarmut", die „Armen der Städte", die „Werktätigen", die „werktätige Armut" zu Faktoren der Revolution des Proletariats gemacht. (Auch die Entwicklung des Wortschatzes der Literatur und Agitation der internationalen Arbeiterbewegung beweist das.) Das „Volk", die „Armen" wurden und werden auch heute noch in der politischen Terminologie der „demokratischen" Feinde der Revolution als das Element angeführt, in dessen Namen die „Berechtigung" der Klassendiktatur des Proletariats verneint werden kann und muß. Das „Volk" ist für die demokratische Konterrevolution nur der Deckmantel, um dahinter die Klasseninteressen der Bourgeoisie zu verbergen. Diesen Deckmantel liefert regelmäßig die Sozialdemokratie. Volk und Proletariat, die nicht rein proletarischen, halbproletarischen Schichten und die Arbeiterklasse einander entgegenstellen, heißt: die Volksrevolution der proletarischen Revolution entgegenstellen. Die Arbeiterklasse im Volk verschwinden machen, bedeutet: die revolutionären Führer des Volkes, der armen Werktätigen, verschwinden lassen; die Führung nicht nur des „Volkes", sondern auch der Arbeiterklasse der Bourgeoisie überlassen, direkt ausliefern. Aus diesen zwei Gleichungen geht auch hervor, daß das Volk für die Bolschewiki, für die Kämpfer der proletarischen Revolution kein Deckmantel, sondern ein Verbündeter ist. In der Oktoberrevolution tritt das Volk auf der Bühne der Revolution – für die eigenen Interessen – deshalb selbständig auf, weil es unter der Führung des Proletariats auftritt. Das Proletariat ist deshalb in der Oktoberrevolution zum erstenmal

siegreich – weil es an der Spitze des ganzen Volkes, der überwiegenden Mehrheit der werktätigen Armen, gegen die herrschende Klasse der Nation und die internationalen Unterdrücker auftritt. Dieser Sieg wäre weder mit jener Methode der politischen Führung möglich gewesen, welche die Klasse und das Volk einander entgegengestellt und zünftlerische Scheidewände zwischen ihnen aufrichtet; noch auch mit jener Methode, die die weitest entwickelte Klasse der Gesellschaft im Volke, in der formlosen Masse der werktätigen Armut verschwinden macht, in der formlosen Masse, die das Volk und auch die werktätige Armut bedeutet, solange die Arbeiterklasse und ihre führende Partei sie nicht in der Revolution, im Kampfe gegen den gemeinsamen Feind zur Organisiertheit formt. Gerade darin liegt das Geheimnis des Sieges der Oktoberrevolution. Nur mit Hilfe des Planes und der Parolen die Lenin ausgearbeitet und – nach einem kurzen Kampfe innerhalb der Partei – in die Massen hineintragen hieß, konnte es geschehen, daß die nach Frieden, Brot und Freiheit strebenden Massen in einer umfassenden Volksrevolution zur Organisiertheit zusammengeschmiedet wurden, daß sie im Kampfe um ihre Tagesinteressen ihre, mit dem Proletariat gemeinsamen Feinde stürzten und, an die Stelle des alten Regimes, die Herrschaft der nach dem Sozialismus strebenden Arbeiterklasse, in der Form der Sowjetmacht errichteten.

Am 17. März 1917 hat Lenin in Zürich, an Hand von lückenhaften Zei-[646]tungsnachrichten, zum erstenmal in der Form von (damals nicht veröffentlichten) Thesen die Antwort auf die Frage zusammengefaßt: Was hat das Proletariat in dieser Revolution zu tun? In dieser Antwort finden wir bereits die erste Parole vor, Aufgabe des Proletariats ist: „sich möglichst gut zu organisieren, seine Kräfte zu sammeln, sein Bündnis mit allen Schichten der Arbeitenden in Stadt und Land zu festigen und auszubauen“, um die zaristische Reaktion endgültig zu schlagen und eine Regierung zustande zu bringen, die fähig ist, „dem Volk Frieden, Brot und volle Freiheit zu geben“. „Die neue Regierung kann weder den Völkern Rußlands (noch jenen, die der Krieg mit uns verbunden hat) Frieden, Brot oder vollkommene Freiheit geben, und deshalb muß die Arbeiterklasse ihren Kampf um den Sozialismus, um den Frieden fortsetzen.“ In dieser Antwort fehlt noch die Parole der Sowjetmacht. Aber sie enthält bereits den konkreten Inhalt der Forderung der Sowjetmacht: den Plan des Kampfes um die Herbeiführung eines solchen Verhältnisses der Klassenkräfte, unter welchem die dreifache Parole zu verwirklichen ist. „Frieden, Brot und volle Freiheit kann dem Volk nur eine Arbeiterregierung bringen, die sich erstens auf die ungeheuere Mehrheit der Bauernmassen, auf die Landarbeiter und armen Bauern, zweitens auf das Bündnis mit der revolutionären Arbeiterschaft aller kriegführenden Länder stützen wird.“

Frieden kann die Provisorische Bourgeois-Regierung nicht geben, weil sie die Regierung der Fortführung des imperialistischen Krieges ist. Brot kann sie nicht geben, höchstens eine nach deutschem Beispiel „genial organisierte Hungersnot“, weil sie auf dem Standpunkt der Heiligkeit des Privateigentums an Boden und Kapital steht. Freiheit kann sie nicht geben, weil die Freiheit der Massen die Möglichkeit der Fortsetzung des Krieges und das Heiligtum des Privatbesitzes an Boden und Kapital gleicherweise gefährdet. „Nur der Sozialismus – schreibt Lenin – ist imstande, den vom Kriege gefolterten Völkern Frieden, Brot und Freiheit zu bringen.“

Die dreifache Parole „Frieden, Brot, Freiheit!“ ist das Programm der Volksrevolution und zugleich der Hebel und das Programm der proletarischen Revolution, die berufen ist, den Sozialismus aufzubauen. Diese Parole enthält:

den Durchbruch der Front des Imperialismus und die Möglichkeit, daß die russischen Arbeiter und Bauern durch diese Bresche ihre Bruderhand allen unter dem Kriege leidenden Arbeitern und Bauern der Welt hinüberreiche;

die Enteignung des Großgrundbesitzes und die Aufhebung des Privateigentums am Produktionsapparat des entwickelten Kapitalismus, an Banken und Großindustrie – zwar noch nicht die „Einleitung“ des Sozialismus, aber bereits die Verwirklichung der zum Sozialismus führenden Uebergangsmaßnahmen;

die Vernichtung der vom Volke abgesonderten und ihm feindlichen Herrschaft, der bourgeoisen Staatsmacht, die Schaffung des Werkzeugs der Freiheit, des eigenen, von den Massen, für die

Interessen der Werktätigen aufgebauten Staatsapparates, der Sowjetmacht und die Sicherung der Freiheit: die Bewaffnung der Werktätigen.

Die Friedenssehnsucht hat die vom Kriege gefolterten, von der Massenschlächterei dezimierten, von Todesangst gepeinigten Massen von Tag zu Tag stärker ergriffen. Die erschütterte Staatsmacht der Bourgeoisie war trotz der Unterstützung der sozialistischen Verräter schwächer als der Lebensinstinkt der in ständiger Angst vor der Vernichtung lebenden Massen; sie war nicht mehr imstande, sie auch weiter in die Einheitsfront der imperialistischen Eroberungssucht hineinzupressen; auch nicht mehr mit Hilfe der demokratischen Parolen. Die Massen wollten Frieden – in kürzester Frist.

Der Brotmangel, der Hunger hat die bis zur Blutleere hungernden, ausgeplünderten Massen auf den Schwingen der gleichmachenden Verelendung der Armen und der aufreizenden gesteigerten Bereicherung der Reichen im Kriege mit einer verhundertfachten Geschwindigkeit auf jene Höhe [647] der Forderungen gehoben, in welche die Bolschewiki die Parolen der Kontrolle von Produktion und Konsum durch die Arbeiter, der entschädigungslosen Enteignung und Verteilung des Grundbesitzes ohne Gegenleistung, der Verstaatlichung der die Produktion und Verteilung in ihren Händen konzentrierenden Banken geschrieben haben. Die Massen wollten Brot – in kürzester Frist.

Die Sehnsucht nach vollkommener Freiheit ist in ihrem Wege nicht nur auf die gestürzten, aber noch nicht zu Staube zermalmten, sich bis zum Ueberdruß immer neu organisierenden, immer frecher auftretenden zaristischen gegenrevolutionären Kräfte gestoßen. Es war für sie auch die vollste Demokratie ein Hindernis, die Demokratie der sich auf das Kleinbürgertum und einen Teil der Arbeiterklasse stützenden Herrschaft der Bourgeoisie. Es war für die Freiheit der Mehrheit ein Hindernis, daß die Mittel der Ausübung der Freiheit: die Massenlokale, Säle, die Druckereien, Papiervorräte usw. auch nach dem Sturz des Zarismus, auch während der Herrschaft der „rein sozialistischen“ Regierung im Besitz der Minderheit geblieben waren. Die Friedenssehnsucht riet den Massen zum Wegwerfen der Waffen – die Sehnsucht nach voller Freiheit forderte sie zur Bewaffnung auf. Die Massen wollten Freiheit – in kürzester Frist!

Zwischen der kürzesten Frist und dem Sofort stand die Mehrheit der Sozialrevolutionäre und Menschewiki der Sowjets, die eine „Volksrevolution“ wollten, welche über die Rahmen einer bürgerlichen Revolution nicht hinausgeht, jene Hindernisse, welche der Verwirklichung der dreifachen Parole im Wege standen: die Grundlagen der kapitalistischen Ordnung nicht angreift. Die verräterische Mehrheit der Sozialisten stand dazwischen, die sogar mit Hilfe der Sowjets, dieser Massenorganisation der Arbeitenden, die schwankenden Grundlagen der Bourgeoisie unterstützen, obwohl sie nicht einmal Frieden, Brot und Freiheit geben wollten. Aber je dringender (infolge der Keulenschläge des Krieges, Hungers, der Gegenrevolution, aber auch infolge der aufklärenden Arbeit der bolschewistischen Agitation) für die Massen Friede, Brot und Freiheit wurden – um so klarer, entschiedener, überzeugender rief die dreifache Parole in die Massen.

Die Sowjets müssen aus den Organen der Ueberlassung der Macht zu Organen der Machtergreifung, der Macht selbst, zum Mittel der Schaffung von Frieden, Brot und Freiheit werden – und das sofort. So haben die Parolen des Oktober das, was nicht nur das Proletariat, sondern das ganze ausgebeutete Volk sofort, ohne Aufschub, heute, und nicht erst morgen, brauchte, mit den historischen Interessen und Aufgaben der endgültigen Befreiung von der Ausbeutung und Unterdrückung durch die kapitalistische Ordnung verknüpft.

„Die Sowjets umfassen neun Zehntel der Bevölkerung.“ In den Sowjets von Petersburg und Moskau stand die Mehrheit hinter den Bolschewiki. Die Volksrevolution und die proletarische Revolution sind eins geworden! Eine Revolution des Volkes für Frieden, Brot und Freiheit, die nur der Sozialismus wirklich endgültig und vollkommen sichern kann, deren Grundlage keine andere Demokratie der ganzen Welt schaffen kann, als die einzige Macht, welche sich auf die ungeheueren Massen der in den Sowjets organisierten Werktätigen stützt und unter der Führung der

revolutionären Avantgarde steht – das war die Revolution des Oktober! Die Revolution der ungeheueren Mehrheit, im Interesse der ungeheueren Mehrheit, für den Sozialismus – solch eine Volksrevolution – ihr Herren Sozialdemokraten! – ist die proletarische Revolution!

IV.

Was wußten die Arbeiter und werktätigen Armen Westeuropas von den „inneren Kämpfen" der russischen Revolution vor 1905, während der Konterrevolution, zwischen Februar und Oktober und während des Oktober? Nicht [648] viel, kaum mehr als nichts! Sie waren von den „inneren Kämpfen" während der Periode zwischen Februar und Oktober, zur Zeit des Oktober nicht nur durch die Schützengräben, Drahtverhaue, Minenfelder, durch zerrissene Telegraphendrähte, vernichtete Leitungen getrennt. Nicht nur die Rotationsungeheuer der auf die Höhe der Kriegsindustrie gesteigerten Lügenfabriken der bürgerlichen Pressemeute haben verschleiernde Rauchschwaden ihrer verleumderischen Buchstabenmilliarden gegen die russische Grenze gewälzt, damit das Auge der westlichen Arbeiterschaft ja weniger Lichtstrahlen vom Feuer der bolschewistischen Kämpfe auf fange. Die westeuropäischen Arbeiter und die russischen Arbeiter – beide – betrachteten von zwei verschiedenen Stufen der Entwicklung die „inneren Kämpfe" der Revolution, in denen Sozialisten anderen „Sozialisten", „irgendwelche Sowjets" der Provisorischen „Revolutionären" Regierung gegenüberstanden. Aber nicht einmal diese Sowjets, sondern nur ihre Minderheit ist bolschewistisch; – die „sozialistische" Mehrheit der Sowjets unterstützt „natürlich" die „revolutionäre" Regierung, die oft mehr als zur Hälfte aus „Sozialisten" bestand. Der russische Arbeiter hat das – wenn auch im Nebel des allgemeinen kleinbürgerlichen Taumels – aber mit den Wunden der zwei Revolutionen und der Konterrevolution auf dem eigenen Leibe, mit ihren Lehren und Erfahrungen im Kopfe – selbst erlebt. Die westeuropäische Arbeiterschaft – der Zögling der friedlichen Entwicklungs- und Verratsperioden der II. Internationale – konnte sich weder die Revolution im allgemeinen noch weniger ihren konkreten Gang, ihre Methoden und Formen vorstellen. Ein Arbeiter, den seine Führer im Geiste des Hineinwachsens der kapitalistischen Ordnung in den Sozialismus erzogen haben, konnte sich von der Umwandlung der bürgerlichen Revolution in eine sozialistische Revolution, von den Uebergängen der Revolution, noch viel weniger Vorstellungen machen. Die Flamme von Zimmerwald, die der Zentrismus ohnedies unter der Asche begraben hat, konnte die bodenlosen Tiefen der Verrätereien der II. Internationale während des Krieges nicht durchdringen; auch die Organisierung der revolutionären linken Gruppen konnte im Westen nur schwächlich leuchtende Flammen entzünden. Ihr Leuchten sprang nur bei einzelnen Anlässen höher, wie es das Hervortreten Liebknechts war.

Aber die Parole „Frieden, Brot und Freiheit" sprach eine internationale Sprache. Sie brach über die Drahtverhaue der Schützengräben hinweg und führte die Arbeiter und Bauern aus den „feindlichen" Stellungen heraus zur Verbrüderung zusammen; an Stelle der Telegraphendrähte schmuggelten die in allen Sprachen geschriebenen Millionen und aber Millionen Handzettelchen und Zeitungen die Forderung von Frieden, Brot und Freiheit zu den Soldaten der gegenüberliegenden Schützengräben und erreichten auch die „organisiert Hungernden" der fernen Hinterländer. Und als die Waffen des Oktoberaufstands die Massenorganisationen des Friedens, des Brotes und der Freiheit, die Sowjets, zu Organen der Macht des Proletariats erhoben, den Telegraphen, die Radioapparate, alles in den Dienst des Kampfes für Frieden, Brot und Freiheit stellten, als die Arbeitenden in Soldatenrock und Zivilkluft die Botschaft der Revolutionären Regierung der Arbeiter und Bauern, des Rats der Volkskommissare, „An Alle!" erfuhren, da erfaßten sie aus der Parole „Frieden, Brot, Freiheit", daß

die Bolschewiki Sozialisten sind, die um Frieden, Brot und Freiheit für das arbeitende Volk kämpfen und in diesem Kampfe jene „Sozialisten" besiegt haben, die den Krieg weiter führten und dafür arbeiteten, daß das Brot und die volle Freiheit nur das Privileg der Reichen bleibe, während des Krieges und auch nach dem Kriege;

die Sowjets – unter bolschewistischer Führung – Massenorganisationen sind, die sofortigen Frieden für die russischen Massen bringen, der ganzen Welt den Frieden ohne Annexionen und

Kontributionen bringen wollen; die das Brot von den Reichen wegnehmen, um es den Arbeitenden zu geben und für die ungeheure Mehrheit der Arbeitenden die Mittel und die Sicherung der vollkommenen Freiheit schaffen;

[649] die Bolschewiki und die Sowjets, die beiden zusammen, wirkliche Kämpfer und Begründer des Sozialismus sind.

Die Parole „Frieden, Brot, Freiheit“ hat die russische Volksrevolution mit der russischen proletarischen Revolution und mit der proletarischen Weltrevolution verbunden. Die Parole ist zum Programm der russischen Volksrevolution und der russischen proletarischen Revolution geworden und ist ein wesentlicher Bestandteil der proletarischen Weltrevolution. Die dreifache Parole hat die Erfahrungen dreier Revolutionen, die Ergebnisse jahrzehntelanger Kämpfe zwischen Bolschewiki und Menschewiki in die ganze Welt, im internationalen Maßstab ausgesät. Die Parolen des Oktober – sind die Grundsteine der Kommunistischen Internationale.

Es flutet und ebbt, es ebbt und flutet die Revolution, ihre stürmischen Wellen steigen und fallen, Es ballt sich der neue imperialistische Weltkrieg zusammen! Alle ehrlichen Arbeiter der Welt bereiten sich vor, um das erste Kind des Oktober, die Sowjetunion, unter der Führung des zweiten Kindes, der Kommunistischen internationale, zu schützen, zu verteidigen.

Vergeßt den imperialistischen Krieg nicht, denkt aber auch daran, was den Krieg in den Bürgerkrieg umgewandelt hat:

an die Parolen des Oktober!

*

Die weltgeschichtliche Bedeutung des ersten Arbeiterstaates.

Von Clara Zetkin.

Ein Beben ging durch die blutdampfende Welt, als Anfang November 1917 die Meldung sie durchflog: In Rußland haben die Arbeiter, geführt von der bolschewistischen Partei, unterstützt von den Bauern, in revolutionärem Kampfe die Staatsmacht erobert und in der neuen Staatsform der Sowjetordnung die Diktatur des Proletariats aufgerichtet. Als Nationaleigentum sind erklärt worden: der Grund und Boden, die großen Industriebetriebe und Wirtschaftsunternehmungen, die Verkehrs- und Transportanstalten, die Banken; der Außenhandel ist Staatsmonopol.

Die trockene Nachricht kündete die von den Altmeistern des wissenschaftlichen Sozialismus klar vorausgesehene entscheidende Weltwende der Menschheitsgeschichte, kündete ein revolutionäres Geschehen von tieffurchender Tragweite. Die Proletarier des ehemaligen Zarenreichs waren aus Bekennern von Marxens Lehre zu Kämpfern geworden. Als erste der vom Kapitalismus Ausgebeuteten und Verknechteten gingen sie an das titanische Unterfangen, den Sozialismus aus erklärender, vorwärtstreibender und erziehender Theorie zu gestaltender, schöpferischer Praxis zu erheben, ihn aus einem beseligenden Traum zur befreienden Wirklichkeit zu verwandeln. Sie hatten den ersten Arbeiterstaat der Welt errichtet und ohne Verzug, ohne Schwanken und Wanken setzten sie seine Machtmittel an die weitere Erfüllung ihrer historischen Aufgabe. Die Expropriateure zu expropriieren, ganz gleich, ob sie ihre Ausbeutungsgewalt dem verfallenden Feudalismus oder dem emportreibenden Kapitalismus verdanken. Der Arbeiterstaat proklamierte sofort stolz sein Ziel, seine Existenzberechtigung, indem er das Privateigentum an den großen Produktionsmitteln auf hob, diese in Gemeinschaftsbesitz überführte und sie in seine eigene Verwaltung und unter seine eigene Kontrolle nahm, d. h. sie der Verwaltung und Kontrolle dem als Klasse politisch organisierten und herrschenden Proletariat unterstellte.

*

[650] Daß in dem Wettern und Flammen revolutionärer Kämpfe der erste Arbeiterstaat in die Geschichte trat, wäre unter allen Umständen ein gewaltigstes historisches Ereignis gewesen das sich mit ehernem Griffel unauslöschlich in die Zeittafeln gegraben hätte, wie die glorreiche Pariser Kommune

von 1871. Die Bedeutung des Roten Oktober wurde jedoch noch erhöht durch die Situation, die das mörderische Ringen der imperialistischen Staatengruppen um Weltmacht und Weltausbeutung geschaffen hatte. Man erinnere sich!

Die durch Opportunismus und Revisionismus bis ins Mark verseuchten sozialistischen Parteien und Arbeiterorganisationen der kriegführenden Staaten hatten – von vereinzelten, nicht ausschlaggebenden Ausnahmen abgesehen – die Grundsätze, ja das Bewußtsein der internationalen Solidarität der Proletarier verräterisch unter die Räder der imperialistischen Schlachtgeschütze und Tanks geworfen. Die Zweite Internationale war das Opfer des Kriegs geworden, ein Opfer, das in Schmutz und Schande verröchelte und nicht in Kampf und Ehren fiel. Mit der Erkenntnis der internationalen Solidarität des Proletariats war auch sein Bewußtsein als Klasse bis zum Verloschen getrübt und verwirrt worden. Die rauschenden Militärmusiken und die mordspatriotischen Haßgesänge, die zur „Vaterlandsverteidigung“ hetzten, übertönten die Wahrheit des „Kommunistischen Manifests“, daß auf dem Boden der bürgerlichen Ordnung die Proletarier kein Vaterland haben, sondern sich ein solches erst durch die Revolution im internationalen Sozialismus erobern müssen.

Burgfriedlich mit ihren Herren und Peinigern geeint, mordeten die Ausgebeuteten in verschiedenen nationalen Uniformen einander für den Schutz, die Machtgeltung des Hunger- und Zuchthausstaates der Ausbeutenden für gesicherte und steigende Profite der herrschenden Bourgeoisie. Mehr als drei Jahre schon dauerte das Würgen und Sengen, die Massenvernichtung und Massenverkrüppelung von Menschenleben auf den Schlachtfeldern die Zerstörung materieller und ideeller Kulturwerte, die Hinopferung von Frauen und Jugendlichen in den Rüstungsbetrieben, die leibliche und geistige Verkümmerung und Verlotterung von Generationen im schwärzesten Elend. Millionen wanden sich unter den zerfleischenden Griffen von Nöten und Qualen ohne Namen und Zahl. Die leidenden Massen sahen keinen Ausweg aus der Menschheit Jammer, denn mit dem Bewußtsein des Proletariats als kämpfender, revolutionärer Klasse waren auch Vertrauen und Hoffnung auf die erlösende Kraft des Sozialismus geschwunden.

In diesem dunkelsten und demütigendsten Augenblick der Geschichte des internationalen Proletariats erhob sich der Rote Oktober gleich der aufgehenden Sonne. Ein Beben ging durch die blutdampfende Welt.

Die Nutznießer des greuelreichen Völkergemetzels, die Herren und Gewinnsäckler der kapitalistischen Profitwirtschaft und ihres Staats erzitterten in Furcht vor der internationalen Auswirkung des unerwarteten ungeheuren Geschehens. Konnte, ja mußte nicht das böse rassische Beispiel die guten Sitten der Proletarier anderer Länder verderben, die guten Sitten von Millionen Ausgebeuteter, die die reformistischen Führer mit dem Gifttrank der Vaterlandsverteidigung für den imperialistischen Krieg, für den Kapitalismus gekirrt hatten? Konnte, ja mußte in den Millionen nicht der Wille Tat werden, das kettenschmiedende Völkergemetzel durch die kettensprengende Revolution zu beenden?

Jedoch die revolutionäre Geburt des ersten Arbeiterstaats ließ auch in allen Ländern die Lasten- und Leidtragenden des imperialistischen Beutekriegs, des auswuchernden Kapitalismus und seiner Ordnung erbeben. Ueberrascht, verblüfft, zum Teil verschämt blickten sie auf die Aeußerungen des sich kraftvoll durchsetzenden neuen geschichtlichen Lebens ihrer Klasse. Hoffnung, Selbstvertrauen, Mut begannen unter ihnen wieder ihre Schwingen zu regen und erhoben sich hier und da zu Taten. Der Rote Oktober stellte vor ihre Augen, daß der Sozialismus aus einer Zukunftshoffnung zum großen Kampfobjekt der Gegenwart geworden war. Der geschichtliche Stand der [651] Dinge schloß in den kapitalistischen Ländern jede auch nur vorübergehende burgfriedliche Bundesgenossenschaft zwischen Proletariat und Bourgeoisie aus und heischt die kampfentschlossene internationale Solidarität der Arbeiterklasse aller Länder.

Der erste Arbeiterstaat fügte zu seiner Erklärung unerbittlichen Krieges gegen die Klassenherrschaft der Besitzenden in Rußland, Wort und Tat des Friedens zwischen den Völkern Es zerriß die Kriegspakte, die der Zarismus mit den Ententestaaten geschlossen und die, die nach der Februar-Märzrevolution regierende bürgerliche Demokratie mit Einschluß der Menschewiken und Sozialrevolutionäre als sakrosankt respektiert hatte: er demobilisierte die Truppen und ließ die Bauern zur Scholle die

Arbeiter an den Schraubstock zurückkehren. Er rief die Proletarier aller Länder auf, insbesondere aber die Brüder in Deutschland, Frankreich und England, ihre alten historischen Verdienste um den proletarischen Befreiungskampf zu mehren durch die Betätigung internationaler Solidarität, die dem Mord- und Zerstörungswerk der imperialistischen Weltbourgeoisie Halt gebot.

Ueberall, wo der Kapitalismus Werktätige aussaugte und niedertrat, wohin der imperialistische Krieg Tod und Verzweiflung trug, richteten sich gebeugte Nacken stolz auf, erfüllten sich zagende Herzen mit Vertrauen auf die Kraft des Proletariats, entflammte sich Kampfentschlossenheit. Die wagemutige Ruhmestat der bolschewistischen Partei, die die Proletarier Rußlands zum Aufstand und Sieg geführt hatte, riß jeden zur Bewunderung hin, in dem der prometheusische Feuerfunken nicht gänzlich verglommen war. In weltabgelegenen Dörfchen erklang der Name des Mannes, der Schopfer und Führer der Bolschewiki war, der Genius der Revolution, erklang der Name Lenin, ein Symbol von Friedens- und Freiheitssehnsucht. In den Schützengräben aller imperialistischen Fronten kam es zu „landesverräterischer“ Verbrüderung von Soldaten, die einander niederknallen sollten. In den Städten und Industriezentren nahmen Friedensdemonstrationen an Zahl und Umfang zu. In Deutschland brannte der Munitionsarbeiterstreik lichterloh empor, bis ihn politische und gewerkschaftliche Arbeiterführer als gehorsame Diener des deutschen Imperialismus löschten, eine Verrätertat, bei der der Vorsitzende des sozialdemokratischen Parteivorstandes, Friedrich Ebert besonders schimpflich hervortrat und schon allein damit – von anderen „nationalen Glanzleistungen abgesehen – seinen späteren Posten als Reichspräsident der Bourgeoisrepublik wohl verdient hat.

*

Mit der Aufrichtung des ersten Arbeiterstaats durch den Roten Oktober beginnt in der gekennzeichneten Situation der Gesundungs- und Regenerierungsprozeß der breiten Proletariermassen aller kapitalistischen Länder als revolutionärer Klasse. Diese geschichtliche Neuschöpfung tritt vom ersten Augenblick an in schärfsten Gegensatz zu allen Staatsformen, deren Grundlage die Ausbeutung und Beherrschung der ungeheuren Mehrheit von Nichts- oder Wenigbesitzenden durch eine kleine Minderheit Besitzender ist. Sie ruft die Werktätigen zum Bewußtsein ihrer Klassenlage als Ausgebeutete und Unfreie, trennt sie als solche in ihrer Erkenntnis – der Mutter von Wille und Tat – von den besitzenden Klassen des Heimatlandes und vereinigt sie international mit den Brüdern und Schwestern jenseits der Grenzen. Sie erhärtet die Reife und Kraft des Proletariats, unter zielgerichteter und wegsicherer Führung durch seine eigene Klassenpartei die Zwingburgen und Bollwerke des Staates der Besitzenden, der bürgerlichen Ordnung niederzubrechen. Sie wirft helles Licht auf den Charakter und die Etappen des geschichtlich gegebenen einzigen Weges, der zur vollen Emanzipation der ausgebeuteten Mehrheit führt, auf die Methoden und Mittel des unerläßlichen revolutionären befreienden Kampfes. Der erste Arbeiterstaat ist weltgeschichtlich für das Proletariat ein unversieglich strömender Quell von Selbstvertrauen, Zielwillen, Kampfentschlossenheit, von Erkenntnissen, Weisungen, Anregungen für Theorie und Praxis des revolutionären Ringens.

[652] Er gibt seinen Schlägen wider das Allerheiligste der bürgerlichen Gesellschaft, wider das Privateigentum, tödliche Wucht, indem er seinen Arm mit der Kraft von Millionen bewehrt, die seine Maßnahmen als die Verwirklichung ihres Freiheitssehnens verstehen lernen. Es sichert sich die Unterstützung durch die gegen Großgrundbesitzer und Kulaken rebellierenden Massen der schaffenden Bauern, denn für Lenin und seine Partei ist Marxens Feststellung lebendige Weisung und nicht verklungenes Wort, daß in einem Agrarlande ohne Bund mit den Bauern der Chor des revolutionären Proletariats zum Sterbelied werden würde. Der Staat der proletarischen Diktatur zuerkennt allen Nationalitäten innerhalb der alten zaristischen Despotie, auch den kleinen nationalen Minderheiten und Völkersplittern das Recht unbeschränkter nationaler Gleichberechtigung und Selbstbestimmung, das Recht der Lostrennung von ihm inbegriffen. Ihnen allen, die vom Zarismus blutig zertreten, von seinen Generälen und Bürokraten schonungslos ausgeraubt worden waren, gewährt er durch wirtschaftliche, politische und namentlich auch durch kulturelle Maßnahmen die Möglichkeit zur freien Entfaltung ihrer Eigenart. Der junge Arbeiterstaat schreibt den Frauen die gesetzliche Urkunde voller Gleichberechtigung und läßt sich angelegen sein, sie als Gleichverpflichtete und Gleichgewertete zu den Aufgaben der gesetzgebenden und ausführenden, regierenden Gewalten heranzuziehen, zur aktivsten

Mitarbeit auf sämtlichen Gebieten des sozialen Lebens. Zusammengefaßt: er bricht die Ketten der Knechtschaft aller Schichten Werktätiger und löst deren bis dahin gefesselte Kräfte für seine Ziele.

Der erste Arbeiterstaat vollbringt das schwierige Werk, sich selbst zu organisieren und zu gestalten als politischen Apparat für das sich befreiende, gesellschaftsumstürzende Proletariat Seine Führer lassen sich dabei weder durch Schemen eines abstrakten „Staatsgedankens“ narren, der sich über den sozialen Klassen und ihren politischen Parteien in himmlischer Gerechtigkeit auswirkt, noch durch Illusionen über die „reine Demokratie“ blenden, die „alle nationalen Kräfte“ zu friedlichem Zusammenwirken vereinigt. In den acht Monaten der Koalitionsregierungen von bürgerlicher Demokratie, Sozialdemokratie und Sozialrevolutionären haben die proletarischen und bäuerlichen Massen die harte Wirklichkeit gefühlt, die sich unter diesen Schlagworten verbirgt: die Klassenherrschaft und Klassendiktatur der Bourgeoisie. Der Arbeiterstaat wird zur verkörperten Erkenntnis, die Karl Marx aus der Geschichte der Pariser Kommune geschöpft hat. Nämlich, daß das siegreiche Proletariat nach der Eroberung der politischen Macht den bürgerlichen Staatsapparat nicht einfach übernehmen und in den Dienst seiner Befreiung stellen kann. Es muß vielmehr diesen Staat zertrümmern, muß die Organe seiner Gewalt zerschlagen, weil das Ganze dem Wesen nach Werkzeug zur Versklavung und Ausbeutung der schaffenden Mehrheit durch die besitzende Minderheit ist.

Indem der junge Arbeiterstaat mit verächtlicher Handbewegung die Konstiuante nach Hause schickt, lehnt er den bürgerlichen Parlamentarismus als Staatssystem ab. Er verankert die proletarische Diktatur in der Räteordnung, die in keimhaftem Zustand bereits in der Pariser Kommune enthalten war. Vom Dorfsowjet und seiner Exekutive bis zu den obersten staatlichen Regierungsstellen organisch gegliedert, vereinigt diese Ordnung die gesetzgebende und ausführende Macht in einer Hand, in der starken Faust der Werktätigen, vertreten durch deren verantwortliche und jederzeit abberufbare Erwählte. Das Sowjetrecht schafft Demokratie in Wahrheit und Tat, die Demokratie der produktiv Arbeitenden, es bannt die politischen Machtgelüste der Reichen hinter eine unüberschreitbare Grenze: wer ausbeutet darf nicht wählen, nicht gewählt werden. Der erste Arbeiterstaat lost das zaristische Heer auf und jagt die Polizei und Gendarmen des alten Regimes zum Teufel. Er wirft die alte räuberische und käufliche Bürokratie aus ihren Aemtern und bricht durch die strenge Durchführung des Grundsatzes der Trennung von Kirche und Staat, wie durch großzügigste Kulturarbeit den geistig und sozial knechtenden Einfluß religiöser Ideologien. Er schafft seine eigenen Organe der Verwaltung, der Kontrolle, der Verteidigung. [653] Es geht an die Umwälzung des Rechts und setzt als dessen Träger die Volksgerichtet ein. Die großen Linien der Neuformung zeichnen das weltgeschichtliche Musterbild, wie das Proletariat nach der Zerschmetterung der bourgeoisen Klassenherrschaft den Staat aufbaut, mit seinen Machtmitteln die Umwälzung zum Sozialismus zu fördern ist.

*

Freilich! So überzeugend das ist, es wirkt sich positiv zunächst nur in einer Minderheit des internationalen Proletariats aus. Ihr fester Kern und ihre zielbewußte Führung sind die kommunistischen Parteien der einzelnen Länder, zusammengefaßt in der Kommunistischen Internationale. Für die breiten werktätigen Massen war zuvörderst die weltgeschichtliche Bedeutung des ersten Arbeiterstaates eine verhängnisvolle Negation. Dies aber ist der tief beschämende Grund der Erscheinung. Nicht nur die Bourgeoisie tat, was zu ihrer Natur als ausbeutende und unterdrückende Klasse gehört. Sie entstellte, verleumdete und besudelte das Wesen und Wirken des ersten Arbeiterstaats, und der dumpfe, resignierende Sklavensinn Ausgebeuteter gewann ihren Schauermärchen gedankenlose Gläubige. Mit ihr wetteiferten im schmutzigen Treiben die Führer der großen reformistisch verbürgerlichten politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen. Sie ertränkten das sich regende internationale revolutionäre Klassenbewußtsein proletarischer Massen in Strömen der dümmsten und infamsten Verleumdungen und Beschimpfungen des ersten Arbeiterstaats und seiner Aktionen. Erklärlich genug. Der revolutionäre Ursprung und die revolutionäre Betätigung des jungen Arbeiterstaats waren die schärfste unwiderrufliche Verurteilung ihrer Verschleierung der Klassengegensätze, ihres Verzichts auf den proletarischen Klassenkampf seit August 1914. Ihre Schmäh- und Schmutzkampagne gegen die Sowjetrepublik war nur ein weiterer Akt ihrer Rolle als Lakaien der Bourgeoisie und Verräter der proletarischen Weltrevolution.

Nach der Kastratenmeinung der führenden Reformisten war der erste Arbeiterstaat der Welt eine geschichtliche Frühgeburt und Schlimmeres: eine greuliche Mißgeburt, deren baldiges Ende die Herren von der Gegenrevolution erhofften. Die Kautsky und Cie., die Renaudel und MacDonald aller Länder verfluchten die grandiose Schöpfung des Roten Oktober unter verschwenderischer Anrufung von Marxens Lehre, die sie Jahr auf Jahr in den Kot und das Blut des Imperialistenkriegs getreten hatten.

Die patentierten Marx-Theologen bestritten die Existenzberechtigung und Existenzfähigkeit der Sowjetrepublik mit dem Hinweis auf die „Unreife“ der geschichtlichen Entwicklungsmächte: auf die Rückständigkeit und Schwäche der kapitalistischen Industrie, den Umfang und Charakter der bäuerlichen Wirtschaft, auf die Auswirkung dieses Standes der Dinge in der relativ kleinen Zahl, der jungen Organisation und Schulung des Proletariats, in Millionen und aber Millionen „antikollektivistischer Bauernschädel“. In der Brunst ihres Bundes mit der Bourgeoisie übersahen die führenden Männer der reformistischen Theorie und Praxis mancherlei: Die geschichtlich gegebenen Umstände, die in der Atmosphäre des Weltbrands und der Niederlage der russischen Heere nach dem Auftakt der bürgerlichen Februar-Märzrevolution zum Roten Oktober führten und seinen Triumph in der Aufrichtung des ersten Arbeiterstaats sicherstellten. Außerdem und vor allem, daß die geschichtliche Neuschöpfung in ihrem Zusammenhang mit der gesamten weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Entwicklung erfaßt werden mußte und ihrer Widerspiegelung im Sinn und Bewußtsein des internationalen Proletariats als Einheit. Die Arbeiter Rußlands traten mit ihrer Revolution und der Errichtung ihres Staats führend vor die Front ihrer Brüder und Schwestern in den kapitalistisch hochentwickelten Ländern. Sie erhoben sich riesig als die ersten Preisfechter des revolutionären Marxismus dessen Lehren ihnen durch die bolschewistische Partei vermittelt worden waren. Der von ihnen geschaffene Staat ist die Ehrenrettung des internationalen Sozialismus und des Weltproletariats, ist die erste nicht zu zwingende Feste der proletarischen Weltrevolution.

[654] Der Todfeindschaft der Bourgeoisie und ihrer reformistischen Helfershelfer zum Trotz ging der erste Arbeiterstaat seine Bahn. Wohl empfanden es seine Träger schmerzlich, daß sie der internationalen brüderlichen Solidarität der breiten Proletariermassen des Auslands entbehrten, allein sie wurden dadurch weder entmutigt, noch verbittert. Dank eigener Kraft besteht ihr Staat glänzend die Feuerprobe. Er zwingt die tückische gegenrevolutionäre Sabotage der Intellektuellen und Bürokraten in die Knie. Unter den Noten und Verwüstungen des Bürgerkrieges und der imperialistischen Interventionen, der würgenden Blockade organisiert er die unbezwingliche Rote Armee der Arbeiter und Bauern und ihre Ergänzung. die Tscheka, der Schrecken der offenen und heimlichen Gegenrevolutionäre, Saboteure, Wucherer und Räuber. Er sichert den Rücken der Fronten gegen Dolchstöße und besetzt die Schützengräben der Produktion und Verwaltung Dank umfangreichster Verwendung von Frauen. Er führt die harten Maßregeln des Kriegskommunismus durch, um die Existenz und Kraft des Industrieproletariats zu erhalten, der fortgeschrittensten der revolutionären Gesellschaftsklasse, deren Willensvollstrecker er ist.

Der erste Arbeiterstaat der Welt schlägt die weißgardistischen Generale an allen Fronten er wird mit tschechoslowakischen Legionen fertig, die mit dem Gold der Imperialisten unterhalten und gerüstet werden. Im Norden, Süden und Südosten zerschlägt er die Staaten der „reinen Demokratie . in denen die Bourgeoisie durch eine Schreckensherrschaft ohnegleichen furchtbare Rache an Proletariern und armen Bauern nimmt. Er meistert die Aufstände reicher Bauern und wehrt sich mit eiserner Faust gegen die Verschwörungen und Terrorakte, die von den einheimischen Gegenrevolutionären organisiert, von den Ententeimperialisten finanziert werden. Er zwingt die Vereinigten Staaten, England, Frankreich und Japan, ihre eingefallenen Truppen von dem heiligen Boden der proletarischen Revolution zurückzuziehen und lockert die Blockade durch kluge Ausnutzung der Interessengegensätze zwischen den einzelnen Kapitalistengruppen und imperialistischen Ländern.

Der erste Arbeiterstaat erlebt sein Heldenzeitalter unsterblichen Ruhmes, Wunden bedeckt, arm wie Hiob, aber als stolzer Sieger geht er aus dem Ringen auf Leben und Tod mit den Mächten der Gegenrevolution hervor, Er bereichert die Weltgeschichte durch die Bestätigung der Lehre, die am Ausgang des achtzehnten Jahrhunderts die Sansculottenheere bewiesen, als sie die Truppen der Monarchenkoalition

aus Frankreich vertrieben. Der Staat der Revolution ist der Staat der erfolgreichen Landesverteidigung. Er schützt und bewahrt zusammen mit seiner Existenz, mit der proletarischen Diktatur die Errungenschaften der proletarischen Revolution für die befreiten sozialen Schichten. So kann er für Kampf und Sieg ungeahnte Riesenkräfte aus der Erde stampfen, kann mit Heldenkühnheit und Opfersinn Millionen befeuern. Die Arbeiterinnen in den Fabriken, die Angestellten in den Büros, die Bäuerinnen auf dem Felde, wissen so gut wie die proletarischen und bäuerlichen Rotarmisten an der Front, daß es um ihr gemeinsames, wahres „Vaterland“ geht, die Revolution; dessen sind sich auch alle slawischen und nichtslawischen Nationalitäten bewußt, denen die proletarische Diktatur Freiheit und Kultur bringt.

*

Als der erste Arbeiterstaat entstand, zählten die Leuchten der reformistischen Theorie und Praxis an den Knöpfen ihrer Weste ab, wieviel Wochen oder Monate „der Wahnsinn, das Verbrechen des Bolschewismus“ dauern würde. Zehn Jahre sind seit ihren haßvergifteten Prophezeiungen verrauscht, und die Schöpfung des Roten Oktober steht im Bewußtsein ihrer Festigung und Leistungskraft vor dem Weltproletariat. Seit der erste Arbeiterstaat das Schwert der Verteidigung in die Scheide stecken konnte, handhabt er rüstig die Kelle des sozialistischen Aufbaus. Diesem mußte die Wiederherstellung der durch den Krieg und Bürgerkrieg völlig zerrütteten Wirtschaft vorausgehen. Heute ist der Staat der proletarischen Diktatur über das Stadium der Aufrichtung der Produktion hinaus. Zielklar und mit beispielloser Energie [655] konzentriert er seine Kraft, die Kraft von Millionen, auf die Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft Wie seine Geburt und sein Heldenkampf, wird seine sozialistische Aufbauarbeit mit Schmutz beworfen und heruntergerissen. Der Zweck der Uebung ist der alte. Die großen proletarischen Massen sollen abgeschreckt werden, den Weg der Revolution zu beschreiten. Neu ist nur, daß der Chor eingeschworener bürgerlicher und reformistischer Feinde der Revolution verstärkt wird durch die Stimmen von Renegaten des Kommunismus wie Maslow, Ruth Fischer und andere, die sich als waschechte „Linke“ auf spielen. Die Verdrehungen und verlogenen Behauptungen all dieser ehrenwerten Herrschaften gewinnen keineswegs dadurch an Richtigkeit, daß sie sich auf Aeußerungen der Oppositionsführer in der Kommunistischen Partei der Sowjetunion stützen. Sei es drum! Sie alle täuschen sich oder wollen täuschen. Gestützt auf theoretische Spitzfindigkeiten und unverstandene, aus dem Zusammenhang gerissene Einzelerscheinungen fabulieren sie: der erste Arbeiterstaat entartet, er läßt an die Stelle der proletarischen Diktatur die der Kulaken und Nepleute treten, er führt nicht zum Sozialismus, sondern zum Kapitalismus.

*

Die sozialistische Umwälzung der Sowjetrepublik schreitet unter gehäuften Schwierigkeiten und Gefahren vorwärts. Unbestritten, daß sie auf Schritt und Tritt mit der bereits oben erwähnten „objektiven Unreife“ der überkommenen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse hart auf hart zusammenprallt. Dazu die Unterschiede der Nationalität und Rasse, der Sprache und die in altersgrauen Zeitläuften verwurzelte Kultur des bunten Völkergemisches, das unter dem Banner von Sichel und Hammer das neue höhere Leben des Sozialismus sucht. Unwissenheit, Unkultur, Barbarei als Hinterlassenschaft des Zarismus, von ihm als Stütze seiner Herrschaft erhalten und gefördert. Schließlich die geschichtlich begründete Tatsache, – von Marx wiederholt stark betont – daß die Verwirklichung des Kommunismus keine Eintagsleistung sein kann, weil sie das Werk der sich befreienden Proletarier selbst sein muß, ein Werk von Millionen, daß eine Periode der bewußten Wechselwirkung zwischen den sozialen Dingen und den Menschen ausfüllt.

Der erste Arbeiterstaat bewältigt die Schwierigkeiten und die in ihnen lauernden Gefahren für den sozialistischen Aufbau in der vorgefundenen gesellschaftlichen Umwelt. Die Industrialisierung steigt, d. h. es erstarkt die entscheidende wirtschaftliche Kraft, die zum Sozialismus treibt. Ausschlaggebend dafür ist das Emporblühen der großen sozialistischen Sowjetbetriebe, die an Zahl, an Umfang, an Leistungstüchtigkeit zunehmen und immer mehr Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigen. In Wechselwirkung mit der Industrie hebt sich die Landwirtschaft. Die Nep gliedert auf dem Wege über den Markt die einzelnen bäuerlichen Betriebe der Wirtschaft des Arbeiterstaats ein, die Genossenschaften

fördern das gleiche Ziel und tragen zusammen mit der beruflichen, politischen und kulturellen Aufklärungsarbeit der Sowjets, der Kommunistischen Partei, der verschiedenartigen Bildungs- und Erziehungsorganisationen umwälzende Fortschritte der Produktion, aber auch den Geist solidarischer Gemeinschaftsarbeit in die Dörfer. Die Elektrifizierung ist ein starker Ansporn dieses Entwicklungsprozesses. Wie in der Industrie so drängt im Handel das Kapital des Arbeiterstaats das Privatkapital immer mehr zurück. Die Bauern steigen aus dem unsäglichen Elend der vorrevolutionären Zeit empor, die Arbeits- und Existenzbedingungen der Proletarier bessern sich in jeder Beziehung und beginnen sich lebenswert zu gestalten, die Werktätigen empfinden, daß die Sowjetrepublik ihr Staat ist.

Der erste Arbeiterstaat fügt zu seiner gesellschaftserneuernden Wirtschafts- und Sachpolitik eine nicht minder revolutionäre Menschenpolitik. Sie soll werktätige Massen schaffen, gesund an Körper und Geist, stark von Charakter, leistungstüchtige und feste Erbauer der kommunistischen Gesellschaft. Dem Ziel der Menschenpolitik dient im besonderen das Arbeiterrecht, die Gesetzgebung und Praxis der Sozialversicherung, die Tätigkeit des Volks-[656]kommissariats für das Gesundheitswesen und das Volkskommissariat für Volksbildung und Volkserziehung und die vielgestaltigen Organe dieser beiden Staatsinstitutionen, wie die zahlreichen Organisationen, die in Zusammenhang mit ihnen wirken. Der erste Arbeiterstaat ist der einzige Staat, der reiche Mittel und Kräfte für eine konsequente, weit- und tiefgreifende Menschenpolitik aufwendet. Darin kommt seine grundsätzliche Auffassung zum Ausdruck, daß der schaffende Mensch der höchste soziale Wert ist, während in den kapitalistischen Staaten in erster Linie der tote ausbeutende Besitz in die Waagschale geworfen wird. Die menschenschützenden Bestimmungen des sowjetistischen Arbeiterrechts, die Leistungen der Sozialversicherung können den Bourgeoisstaaten ein Vorbild sein, selbst denen, die sich mit ihrer fortgeschrittenen Sozialpolitik brüsten. Das lebenerhaltende und lebenerhöhende Werk der Sowjetrepublik für die Volksgesundheit und Volkserziehung hat seinesgleichen nicht in der Geschichte, ist großzügigste Kulturtat.

Der erste Arbeiterstaat steht heute als einziger Staat des sozialistischen Aufbaus allein und isoliert in der Zeitgeschichte. Er hat keinen Vorgänger, von dessen Leben und Weben er für die Meisterung der aufspringenden Probleme Anregung, Weisung, Beispiel empfangen konnte. Der Pariser Kommune war es nur vergönnt, nach der Machteroberung durch Proletarier und Kleinbürger heldenhaft kämpfend zu sterben. Ihr Dasein war von zu kurzer Dauer, ihr Tätigkeitsfeld begrenzt, als daß sie einen geschichtlichen Anschauungsunterricht über die Aufgaben des sozialistischen Aufbaus hinterlassen konnte, abgesehen von einigen kleinen Einzelheiten und den beiden hervorgehobenen Fundamentalerkenntnissen: Die Notwendigkeit, den alten Staatsapparat zu zertrümmern und die politische Macht des Proletariats in einer grundsätzlich geänderten Organisationsform sicherzustellen. Aus keinem anderen Reich proletarischer Diktatur fällt Licht auf den problembesäten Weg zum Sozialismus, auf dem der erste Arbeiterstaat bald ungestüm vorwärts stürmt, bald sich mühsam, vorsichtig weiter tastet, von der fehlenden Erleichterung des Weges durch Taten brüderlicher Solidarität zu schweigen. Die proletarische Weltrevolution hat dem ersten Arbeiterstaat noch keine weitere Schöpfung zur Seite gestellt.

Ihn umringen bürgerliche Staaten, deren Sinnen und Trachten auf die Vereinigung des Kapitalismus, der Klassenherrschaft der Bourgeoisie gerichtet ist, auf die Zerstörung des keimenden sozialistischen Lebens im Bewußtsein, dem Willen der werktätigen Massen. Er hat für sein Werk nur einen Berater, allerdings den zuverlässigsten, den er haben könnte. Die marxistisch-leninistische Theorie, die ihn lehrt, das, was zur Lösung von Tagesfragen sein soll, mit der Methode des historischen Materialismus aus dem zu erforschen, was ist, und dabei das erhabene Ziel klar und fest im Auge zu behalten. Der sozialistisch aufbauende Arbeiterstaat gibt Wegbelichtung, Wegerleichterung für die künftigen Sowjetrepubliken, die die proletarische Weltrevolution schaffen wird. Er ist ein weltgeschichtliches Laboratorium für die theoretische und praktische Lösung der staatlichen Probleme der Uebergangszeit zum Sozialismus.

Nur einige der allgemeinen Erkenntnisse von internationaler Bedeutung seien herausgegriffen, die durch den sozialistischen Aufbau des ersten Arbeiterstaats scharf hervortreten. Gewiß! Die Umwälzung zum Sozialismus hat in der Sowjetunion infolge der dort gegebenen besonderen Umstände besondere Hindernisse zu überwinden. Jedoch auch in den wirtschaftlich und kulturell hochentwickelten Ländern

wird die Auswirkung der Machteroberung im sozialistischen Aufbau das diktierende Proletariat vor Fragen und Forderungen stellen, die nicht leichter Hand vom grünen Tisch aus mit allgemeinen Richtlinien erledigt werden können, die gerade sind wie ein Lineal und hölzern wie dieses. Der Besitz der Macht löst nicht nur für die Arbeiterklasse die Aufgaben der sozialistischen Umwälzung, er führt sie an diese Aufgaben heran und schafft die unerläßlichen Voraussetzungen zu ihrer Lösung. Es ist eine lächerliche Utopie, wenn MacDonald von einem „konstruktiven Sozialismus“ träumt „und predigt, den eine reformistische Arbeiter-[657]partei auf dem Boden des bürgerlichen Klassenstaats in Gemeinschaft mit Lloyd George, vielleicht sogar mit Baldwin und Chamberlain, durchzuführen vermöchte, wenn Hilferding von der „Wirtschaftsdemokratie“ und dem friedlichen Hineinwachsen in den Sozialismus unter der Herrschaft der Trustmagnaten salbadert. Die Propheten solcher Utopien spannen den Pflug vor die Pferde. Die kraftvoll ausschreitende Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik der Sowjetunion verglichen mit dem Stillstand, ja dem Rückwärts in den Ländern der Arbeitsgemeinschaft zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten und der Regierungskoalition zwischen Bürgerlichen und Sozialisten erhärtet klar dieses. Erst nach der Machteroberung werden Reformen und Demokratie zu Bausteinen der sozialistischen Ordnung. Einzig und allein der Arbeiterstaat kann der Staat des „konstruktiven Sozialismus“ sein. Der erste Arbeiterstaat ist der Lehrmeister des Weltproletariats für diese Tatbestände und verweist es auch dadurch auf den Weg der Revolution, der Machtergreifung.

Die Friedenspolitik der Sowjetunion gehört zu den hervorstechenden Wesenszügen der neuen Macht, Sie steht im schroffsten Widerspruch zu der Kriegspolitik der bürgerlichen, der imperialistischen Staaten. Im Verlaufe dieses Jahres hat sie zweimal eine sehr harte Probe glänzend bestanden. Die Ermordung des Gesandten der Räterepublik in Warschau und die unzulängliche Sühne dieses Verbrechens gegen das Völkerrecht war eine frechtückische Provokation des vom britischen Imperialismus inspirierten faschistischen Polen, Genugtuung mit dem Schwert zu suchen. Der Staat der proletarischen Diktatur unterwarf sich der Erpressung zur Abberufung seines Gesandten Rakowski aus Frankreich, um den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu vermeiden und die dadurch gesteigerte Kriegsgefahr. In beiden Fällen verzichtete die Sowjetrepublik auf die Prestigepolitik bürgerlicher Regierungen, die sehr leicht zum Ausgangspunkt blutiger Ereignisse wird. Wahrhaftig nicht aus Schwäche, sondern im Bewußtsein ihrer Verteidigungskraft, um den Frieden zu bewahren.

Das unsagbar alberne Geschwätz vom „roten bolschewistischen Imperialismus“ findet durch die Friedenspolitik des Arbeiterstaates seine bündigste Widerlegung. In ihm fehlen die Motive, die in den bürgerlichen Ländern Triebkräfte von Kriegsrüstungen, Eroberungszügen nach Kolonien und von Konflikten der Mächte untereinander sind: die Profit- und Herrschaftsinteressen ausbeutender Klassen. Die Sowjetunion wird nicht durch die Gier nach erweitertem Bodenbesitz durch die Welt gepeitscht, der ein Monopol geben soll auf Rohstoffquellen, Absatzmärkte und Möglichkeiten für Kapitalanlagen. Ihre Grenzen umspannen ein Sechstel der festen Erdoberfläche, ihr Gebiet erstreckt sich durch alle Zonen und ist abwechslungsvoll gegliedert und enthält Naturreichtümer in verschwenderischer Fülle und gewaltigste Naturkräfte. Worauf es ankommt, ist, durch planmäßige, organisierte Arbeit mit Anwendung wissenschaftlicher Ergebnisse und technischer Hilfsmittel die vorhandenen Schätze zu heben und dem Wohl, der Kultur des werktätigen Volkes dienstbar zu machen. Das ist das Ziel des sozialistischen Aufbaus der Räterepublik, ein heiliges Ziel, das keine Vergeudung und Vernichtung von sachlichen Werten und Menschenleben durch Prestigekriege und imperialistische Machtkämpfe zuläßt, das aber ebenso nachdrücklich vollste Verteidigungsrüstung „und Verteidigungsfähigkeit gegen alle Feinde fordert, die die Errungenschaften des Roten Oktober bedrohen und sich vorbereiten, aufs neue die Kriegsfurie durch die Welt zu hetzen. Der erste Arbeiterstaat fühlt sich vor den Werktätigen innerhalb seiner Grenzen und vor „dem internationalen Proletariat verantwortlich für das erfolgreiche Fortschreiten des sozialistischen Aufbaus, wie für die Erhaltung des Weltfriedens als einer „Atempause“, in der die Ausgebeuteten und Unterdrückten der nichtsowjetistischen Länder sich für die soziale Revolution sammeln „und rüsten. Die Friedenspolitik der Sowjetrepublik ist nicht bürgerlich-pazifistischer, sondern revolutionärer Natur. Nicht die psalmodierenden und intrigierenden Mächte des Völkerbunds, der erste Staat des sozialistischen Aufbaus, der proletarischen [658] Weltrevolution ist der einzige echte Friedensstaat. Die proletarische Weltrevolution verpflichtet.

Die Aufrichtung des Staates der proletarischen Diktatur wurde von den Führern des Roten Oktober von Anbeginn an nicht als ein nationales, vielmehr als ein internationales Geschehen gewertet. Die proletarische Revolution kann sich nicht hinter nationalen Wänden einsperren, sie muß die Welt umstürzen. Allerdings, sie ist nicht so stürmisch weitergeschritten, wie es die Nöte der schaffenden Massen und der leidenschaftliche Herzschlag ihrer revolutionären Führer verlangten. Der mutige Versuch der Spartakisten, Kommunisten in Deutschland, das geschlagene wilhelminische Reich in eine Sowjetrepublik umzuhämmern, wurde von Noske, dem Schüler des Kommuneschlächters Gallifet, den Weisungen der Ebert-Scheidemann getreu im Blute erstickt. Einheimische und ausländische Ordnungsbanditen bereiteten Räteungarn das gleiche Los, Der erste Arbeiterstaat hat keine Nachfolge gefunden. Trotzdem und gerade deshalb ist ihm die internationale Solidarität mit den Lohnsklaven, den Unfreien der übrigen Welt eine starke lebendige Kraft. Je weniger Früchte dieser Solidarität er zur Zeit noch empfängt, um so mehr fühlt er sich seinerseits getrieben, sie tatkräftigst zu üben. Seine Führer erkennen es klar, seine tragenden Massen erfassen es gefühlsmäßig, daß die weitsichtige, großherzige Praxis internationaler Solidarität Kräfte der Weltrevolution erhält, rüstet.

Der erste Arbeiterstaat ist der sichere Hort, die festgefügte Burg der proletarischen Weltrevolution. Aus ihm, von seinem Volk der Werktätigen empfangen die unglückseligen Opfer des Kapitalismus, empfangen Meuterer wider seine knechtenden, aussaugenden Gewalten freundschaftliche Ermutigung, tatkräftige, brüderliche Unterstützung, mag es sich um die hungernden Proleten im Ruhrgebiet handeln, das die Ententeimperialisten besetzten, oder um die revoltierenden Grubensklaven Großbritanniens oder aber um die revolutionären Arbeiter und Bauern in China, die sich nicht damit begnügen wollen, die imperialistischen Blutsauger aus dem Lande zu jagen, sondern auch danach trachten, die Macht ihrer einheimischen Herren niederzubrechen, Es ist nicht bloß Symbol, es ist von wesensbedingter geschichtlicher Bedeutung, daß der „Generalstab des Weltproletariats“, daß das Präsidium der Kommunistischen Internationale in Moskau seinen Sitz hat. Hier allein, unter der proletarischen Diktatur ist ihm für seine Betätigung die nötige Sicherheit und Bewegungsfreiheit verbürgt. Diese Betätigung ist mit dem sozialistischen Aufbau des ersten Arbeiterstaats unlöslich verbunden. Tatsache ist, daß unter den vorhandenen geschichtlichen Verhältnissen in der Sowjetunion das kühne und schwere Werk unaufhaltsam fortschreitet. Selbstverständlich ist die Pflicht, es mit höchster Energie und Opferwilligkeit bis zur äußersten Grenze des Möglichen zu treiben. Allein ebenso unbestreitbar ist, daß der Kapitalismus vollständig und endgültig als internationales Regime überwunden werden muß. Nur als Weltordnung im buchstäblichsten Sinne des Wortes kann der Weltkommunismus die Weltunordnung des Kapitalismus ausrotten. In der „Ereignisse Flucht“ dieser chaotisch gärenden Periode ist der erste Arbeiterstaat, der „ruhende Pol“, der feste, neues geschichtliches Leben ausströmende Ausgangspunkt des gewaltigsten gesellschaftlichen Umwälzungsprozesses aller Zeiten.

*

Seit zehn Jahren lebt und webt der erste Arbeiterstaat seiner großen weltgeschichtlichen Mission. Eine kleine Ewigkeit, der in unserer Zeit rasend raschen Entwicklung, in der weittragende Ereignisse in tollem Wirbel emportauchen und versinken und das Geschehen von Jahrhunderten zusammengepreßt scheint. Unter diesen Umständen sind zehn Jahre genug, um Ueberblick und Urteil über das Werk des ersten Arbeiterstaates zu gewinnen. Ein Vergleich mit dem Stand der Dinge in den kapitalistischen Ländern redet Bände. Dort trotz Rationalisierung und Stabilisierung, trotz Demokratie steigende Ausbeutung und Unfreiheit der Werktätigen, anschwellendes Massenelend. Die bürgerliche Gesellschaft erweist sich als unfähig, die in [659] ihrer Wirtschaft und ihrem ideologischen Ueberbau auftretenden Probleme auch nur klar zu formulieren und auszusprechen, geschweige denn sie zu meistern. Wie lärmend sie auch von ihrer Gesundheit und Kraft renommiert, wie protzig sie auf das Schwert ihrer Macht pocht, so ist doch Pessimismus die Signatur des Tages. Was will das werden? fragen geängstigte Seelen. Das Reich der proletarischen Diktatur ist das einzige Gebiet, in dem der Staat seine Machtmittel bewußt, planmäßig, restlos, nicht bloß an die allseitige Hebung der Lage des schaffenden Volkes setzt, sondern an Höheres: an seine volle soziale und menschliche Befreiung durch den Sozialismus, und zwar unter stetig wachsender aktivster Betätigung der Werktätigen selbst. Denn dieser Staat ist kein Wohltäter, der aus dem reinen Aether besserer Einsicht und mitfühlender

Gerechtigkeit gute Gaben sendet. Er ist die Verkörperung der fortgeschrittensten Erkenntnis, des leidenschaftlichen Willens, des arbeits- und opferentschlossenen Handelns der Proletarier, der Werktätigen selbst. Er ist das Reich des Optimismus, der Hoffnung. Hier jubeln Millionen Stimmen: der Sozialismus soll werden, wir erbauen ihn.

Er ist dieser gewaltige, geschichtliche Tatbestand, der in der zehnjährigen Existenz des ersten Arbeiterstaates die Machteroberung durch das Proletariat, die Machtbehauptung im Kampfe mit der Gegenrevolution und die Machtanwendung im sozialistischen Aufbau zum unzerbrechlichen Ring zusammenschließt, Die zehnjährige Existenz der Sowjetrepublik ist der vollgewichtige Beweis dafür, daß dem Proletariat die Reife und Kraft eignet, seinen eigenen Staat aufzurichten, zu gestalten, zu verwalten und zu regieren; daß dem „Proletariat die Reife und Kraft eignet; zum Wohl der Werktätigen die gesellschaftliche Wirtschaft solidarischer Gemeinschaftsarbeit zu organisieren, zu leiten und auf ihr die neue Menschheitskultur des Sozialismus zu gestalten. Das nicht auszustreichende geschichtliche Reifezeugnis ist mit dem Blut und den Opfern des Proletariats der Sowjetunion von heute, des zaristischen Rußland von ehemals geschrieben. Allein wie dieses Proletariat im Roten Oktober 1917 und seither als Exponent des internationalen revolutionären Sozialismus vorgestoßen ist, so wird sein welterneuerndes Werk zur Bekundung der geschichtlichen Reife der Klasse auch in anderen Ländern. Vorausgesetzt, daß bei ihr endlich der Wille zur Tat der Reife unbezwinglich durchbricht.

Die zehn Jahre sowjetistischer Arbeiterstaat sind die riesigste und fruchtbarste Willenstat der Geschichte. Wie erbärmlich erscheint neben ihr das Hoffen und Harren auf die alleinseligmachende automatische Entwicklung zum Sozialismus. Sie erhärtet, welch entscheidende Macht heute der subjektive Faktor im gesellschaftlichen Werdegang zur Befreiung des Proletariats sein kann, und das sogar bei großer Ungunst objektiver Entwicklungskräfte. Wobei eins stark betont werden muß: Daß der subjektive Faktor nur triumphierende Macht sein kann, wenn er ein Zusammenwirken ist von revolutionärem Vorwärtsdrängen revolutionärer Initiative proletarischer werktätiger Massen und von zielgerichteter, wegklarer, entschlossener Führung durch eine ideologisch und organisatorisch festgefügte revolutionäre Klassenpartei der Arbeiter. Solches Zusammenwirken hat in Rußland den Sieg des Roten Oktober gesichert, und es ist heute die tragende und treibende Kraft des sozialistischen Aufbaus. Die Geschichte des ersten Arbeiterstaates ist die Ruhmesgeschichte der bolschewistischen, der kommunistischen Partei. Ihre klare Erkenntnis ist Massenerkenntnis geworden, ihr eiserner Wille Massenwille, ihr unermüdliches, verzehrendes Handeln Massenenergie, Massenbetätigung. Millionen leben mit dem Herzschlag der bolschewistischen Partei und das ist beste Zukunftsbürgschaft für das Werk des ersten Arbeiterstaates.

Großes hat dieser seit dem Roten Oktober vollbracht, größeres zu vollbringen steht ihm noch bevor. Das erfolgreiche Fortschreiten des sozialistischen Aufbaus stellt für Führende und Geführte unablässig neue verwickelte Probleme auf die Tagesordnung, heischt fortlaufend den höchsten Einsatz von Energie, Hingabe, die Verbindung kühlen Wägens und kühnen Wagens. Dichter und dichter ballt sich um den ersten Arbeiterstaat der [660] Welt das verderbenschwangere Gewölk der imperialistischen Einkreisungs- und Kriegsgefahr zusammen. Unablässig ertönt das heisere Hussaho der Chamberlain und Hicks zur Niederhetzung des ersten Arbeiterstaates. Der imperialistische Kapitalismus Großbritanniens fühlt sich durch die revolutionären Auswirkungen der Sowjetunion im Osten in den festesten Positionen seiner Herrschaft, ja in seiner Existenz bedroht. In der ersten Zeit nach dem Roten Oktober wurde der „Bolschewismus“ besonders als Ansteckungsgefahr für die Proletarier des Westens gefürchtet. Er war der „Bürgerschreck“, jedoch je länger um so stärker offenbart sich die überragende geschichtliche Bedeutung des revolutionären Lebens der Sowjetunion für die Völker des Ostens. Die russische Revolution übt auf sie einen ähnlichen erweckenden, hinreißenden Einfluß aus, wie seiner Zeit die große französische Revolution auf die Völker Europas. Die Probleme, die im ersten Arbeiterstaat zur Lösung gestellt werden, sind vielfach Probleme der Befreiung der Völker des Orients aus Sklaverei und Not. Denn der erste Arbeiterstaat ist auch ein Bauernstaat, ein Bauernstaat unter „brüderlicher Führung durch das Proletariat. Hoffnungsvoll, lernbegierig, Rat und Hilfe erwartend, schauen in den Ländern des Ostens die vielmillionenköpfigen Bauernmassen nicht minder wie die Arbeiter auf die Sowjetunion. Die russische Revolution wirkt sich hier geschichtsgestaltend aus, eine

alte Welt“ erschütternd. Ihr Beispiel befeuert die nationalen Auflehnungen wider die imperialistischen Kolonialherren und Einbrecher, sie verleiht den sozialen Aufständen der ausgesogenen Proletarier „und Bauern Schwung und Kraft. Der friedlich aufbauende Arbeiterstaat ist für den englischen Imperialismus eine weit gefährlichere Macht als es der militärisch so viel stärkere Zarismus war. Die Außenpolitik Großbritanniens wird durch diese Entwicklung in entscheidender Weise bestimmt.

Jedoch nicht bloß das in seinen Grundlagen bedrohte großbritische Imperium, der gesamte Weltkapitalismus sinnt „auf die Vernichtung des Staates der Umwälzung zum Sozialismus. Unbegreiflicher, schwerster Frevel ist es, daß ausgerechnet in diesem Augenblick die russische Opposition sich fraktioneller Minierarbeit gegen die Geschlossenheit und Aktionskraft der Partei schuldig macht und damit auch eine Lockerung der innigen Verbindung von Partei und proletarischen Massen. Ihr Vorgehen ist ein starker Anreiz für das Hoffen und Treiben gegenrevolutionärer Saboteure und Verschwörer, für die Einbruchsgelüste der Imperialisten, die auf innere Wirren spekulieren. Wohl fällt in der Folge ein Schatten auf den lichten Glanz der Zehnjahresfeier, doch das große geschichtliche Leben des sozialistisch aufbauenden Arbeiterstaates wird sich dessen ungeachtet triumphierend auswirken. Die führende Partei, die Lenins kostbares Erbe übernommen hat und fruchtbar erhalten soll, ist sich der Verantwortlichkeit für dieses Leben bewußt. Aufbauend wird sie die e i n e bolschewistische Partei, die das Proletariat zum Siege führte und die Errungenschaft der Revolution behauptete, bleiben.

Die geschichtliche Leistung des ersten Arbeiterstaates, sein inhaltsreiches, schaffenfreudiges Dasein der zehn Jahre voller Sturm und Wogendrang, mahnt die breitesten Massen der Proletarier, der Werktätigen in den kapitalistischen Ländern, den Wall von Verdächtigungen und Lügen zu durchbrechen, hinter dem sie von bürgerlichen Politikern und reformistischen Führern von ihren Brüdern und Schwestern der Sowjetunion abgesperrt worden sind. Von der umrissenen Situation geht an diese Massen die Frage aus: „Wollt ihr ein weiteres Mal die proletarische Weltrevolution, euch selbst verraten, indem ihr das sozialistische Aufbauwerk des ersten Arbeiterstaates für kürzere oder längere Zeit stören, gefährden laßt?“ Es mehren sich die Anzeigen für diese Antwort; „Wir kommen! Wir kommen! Der Kampf gegen die imperialistischen Ueberfälle auf den ersten Arbeiterstaat soll unsere heiligste Pflicht sein. Wir sind entschlossen, ihn mit allen Mitteln gegen die kriegstolle Bourgeoisie unseres Landes und der gesamten kapitalistischen Welt zu führen. Wir wissen, daß wir mit diesem Kampfe nicht nur eine alte, lastende Ehrenschuld internationaler proletarischer Solidarität [661] begleichen, nein, auch unsere härtere Versklavung und Ausplünderung abwehren, den Weg zur befreienden Revolution „betreten.“

Die erstarkenden einzelnen Parteien der Kommunistischen Internationale sind Vermittler der Erkenntnis und des Willens, die aus solcher verpflichtenden Antwort sprechen. Sie werden treue Führer zur Tat sein. Und laut, mit überzeugender Kraft redet zu den Massen, die noch Opfer des Kapitalismus sind, aber seine Bezwinger werden müssen, der erste Arbeiterstaat selbst, der Staat des sozialistischen Aufbauwillens und des ehrlichen Friedenswillens. Er wird es freudigst begrüßen, wenn die Brüder und Schwestern jenseits seiner Grenzen zur Verteidigung ihrer Gegenwart und Zukunft kämpfend an seine Seite treten. Er darf ihnen mit ruhigem Stolz erklären, daß der nicht zu brechende Wille von Millionen die feste Sicherung seines sozialistischen Aufbauwerks ist. Beim Rückblick auf die welterschütternden zehn Jahre seit dem Roten Oktober kann das Proletariat der Sowjetunion mit Goethes Prometheus ausrufen: „Hast du nicht alles selbst vollendet, „heilig glühend Herz!“ Sein „heilig glühend Herz“ wird das begonnene Werk vollenden und Ströme revolutionärer Kraft in alle Länder ausstrahlen. Entzündet ist der Weltbrand, in dem der Kapitalismus zu Grunde geht. Schon dämmert der herrschenden Götter Ende herauf.

*

Lenin: Die Krise auf dem Höhepunkt.

Der erste Teil dieses Artikels ist am 20. Oktober n. St., also etwa sechs Wochen vor dem Umsturz im „Rabotschij Putj“ (Der Weg der Arbeiter) veröffentlicht worden (in deutscher Sprache erschien er in der „Russischen Korrespondenz“, II. Jahrgang, 1921, Nr. 11/12 unter dem Titel: „Die Krise naht der Lösung“). Wir veröffentlichen

hier den am 17. Oktober 1917 geschriebenen S c h l u ß t e i l des Artikels, der bisher noch n i r g e n d s v e r ö f f e n t l i c h t worden ist. Dieser Teil sollte nach der ausdrücklichen Anordnung Lenins lediglich den Mitgliedern des Zentralkomitees sowie des Petersburger und des Moskauer Komitees der Partei zugestellt werden, während der erste Teil für die Presse bestimmt war. Die Red.

Was ist nun zu tun? Man muß „aussprechen was ist“[*]; man muß die Wahrheit eingestehen, daß in unserem Zentralkomitee und „unter den oberen Funktionären der Partei eine Richtung oder eine Auffassung besteht, die dafür ist, den Zusammentritt des Rätekongresses a b z u w a r t e n, und die g e g e n die sofortige Ergreifung der Macht, g e g e n den sofortigen Aufstand ist. Diese Strömung oder Auffassung muß bekämpft und ü b e r w u n d e n werden.

Sonst würden sich die Bolschewiki unsterblich b l a m i e r e n und als Partei z u e i n e m N i c h t s w e r d e n.

Einen solchen Augenblick verstreichen lassen und auf den Rätekongreß „warten“, ist entweder vollkommener Idiotismus oder vollkommener Verrat.

Vollkommener Verrat an den deutschen Arbeitern. Wir können doch wirklich nicht warten, bis die Revolution (dort) b e g o n n e n hat!! Dann werden auch die Liberdans[**] für ihre „Unterstützung“ sein. Aber sie k a n n n i c h t beginnen, solange die Kerenski, Kischkin und Co. an der Macht sind.

Vollkommener Verrat an der Bauernschaft. Die Sowjets in den beiden Hauptstädten in Händen haben und dabei zulassen, daß der Aufstand der Bauern unterdrückt wird, bedeutet, jedes Vertrauen der Bauern v e r l i e r e n [662] u n d z w a r m i t R e c h t v e r l i e r e n, bedeutet, in den Augen der Bauern mit den Liberdans und den sonstigen Schurken auf eine Stufe gestellt werden.

Auf den Rätekongreß „warten“, ist völliger Idiotismus, denn das bedeutet, W o c h e n verstreichen lassen, „aber Wochen und selbst Tage entscheiden jetzt a l l e s. Das bedeutet feige auf die Machteroberung v e r z i c h t e n, denn am 1./2. November „wird die Machteroberung nicht möglich sein, (sowohl politisch wie technisch: man wird für den dummerweise „festgesetzten“ Tag des Aufstandes Kosaken zusammenziehen).

Auf den Rätekongreß „warten“ ist ein Idiotismus, denn der Kongreß w i r d n i c h t s g e b e n, k a n n a u c h n i c h t s g e b e n!

Die „moralische“ Bedeutung? Sonderbar!! Die „Bedeutung“ von Revolutionen und von Unterhaltungen mit den Liberdans, wo wir wissen, daß die Sowjets f ü r „die Bauern sind, und daß der Bauernaufstand u n t e r d r ü c k t wird!! Damit werden wir die S o w j e t s auf die Rolle erbärmlicher Schwätzer herabsinken lassen. Erst besiegt Kerenski, dann beruft den „Kongreß ein.

Der Sieg des Aufstandes ist jetzt den Bolschewiki g e s i c h e r t. 1. können wir (falls wir nicht den Rätekongreß „abwarten“) ü b e r r a s c h e n d und von drei Punkten aus losschlagen, von Petersburg her, von Moskau her und von der baltischen Flotte her; 2. haben wir eine Parole die uns die Unterstützung sichert: nieder mit der Regierung, die den Bauernaufstand gegen die Grundherren unterdrückt!; 3. haben wir i m L a n d e die Mehrheit; 4. ist bei den Menschewiki und Sozialrevolutionären ein vollkommener Zerfall; 5. haben wir die technische Möglichkeit, in Moskau die Macht zu erobern (das sogar den Anfang machen könnte, um den Feind zu überrumpeln); 6. haben wir T a u s e n d e von bewaffneten Arbeitern und Soldaten in Petersburg, die s o f o r t das Winterpalais und den Generalstab und das Telephonamt und alle großen Druckereien besetzen könnten; man wird uns von dort nicht vertreiben können, – unterdessen wird in der A r m e e eine solche Agitation entfaltet werden, daß es u n m ö g l i c h sein wird, gegen diese Regierung, die für Frieden, für Land den Bauern usw. eintritt, zu kämpfen.

[*] Im Original deutsch.

[**] Zwei einflußreiche Führer der Menschewiki: L i b e r und D a n. Der Ausdruck „Liberdan“, ist von dem Dichter Demjan Bjedny geprägt worden und wurde zum Gattungsnamen für die Bezeichnung der menschewistischen Führer. Die Red.

Würden wir sofort, plötzlich, von den Punkten aus, losschlagen, in Petersburg, in Moskau, auf der baltischen Flotte, so besteht 99 Prozent Sicherheit dafür, daß wir mit geringeren Opfern als am 3. bis 5. Juli siegen werden, denn gegen eine Regierung des Friedens werden die Truppen nicht marschieren. Selbst wenn Kerenski schon eine zuverlässige Kavallerie usw. in Petersburg haben sollte, wird er bei einem Angriff von zwei Seiten her und bei der Sympathie der Armee für uns gezwungen sein, zu kapitulieren, Wenn man nicht einmal „bei solchen Aussichten wie jetzt die Macht ergreift, dann verwandelt sich alles Gerede über die Macht den Räten in einen Schwindel.

Jetzt die Macht nicht ergreifen, „abwarten", im Zentralexekutivkomitee schwätzen, sich auf den „Kampf um das Organ" (den Sowjet), auf den „Kampf um den Kongreß" beschränken, heißt die Revolution zugrunde richten.

Da ich sehe, daß das ZK seit dem Beginn der demokratischen Konferenz meine entsprechenden Mahnungen nicht einmal beantwortet hat, daß das Zentralorgan aus meinen Artikeln die Kritik so himmelschreiender Fehler der Bolschewiki streicht, wie des blamablen Beschlusses, sich am Vorparlament zu beteiligen oder die Menschewiki in das Präsidium des Sowjets aufzunehmen usw. – angesichts dieser Umstände bin ich genötigt, darin einen „zarten" Wink zu erblicken, daß das ZK, die Frage [663] nicht einmal zu erörtern wünscht, einen zarten Wink, daß man mir den Mund verschließen will, und daß man mir den Vorschlag macht, zu gehen.

Ich bin genötigt, um die Genehmigung zu meinem Austritt aus dem ZK nachzusuchen, was ich auch tue, und behalte mir die Freiheit der Agitation unter der Mitgliedschaft und auf dem Parteitag vor.

N. Lenin.

P. S. Eine ganze Reihe von Tatsachen hat gezeigt, daß selbst die Kosakenformationen gegen eine Regierung des Friedens nicht marschieren werden! Und wie viele gibt es ihrer? Wo sind sie? Und wird denn die ganze Armee nicht Truppenteile für uns beordern?

*

Eine Kardinalfrage der Revolution

Die wichtigste Frage jeder Revolution ist zweifellos die Frage der Staatsgewalt. Alles hängt davon ab, welche Klasse sie in der Hand hat. Als „Djelo Naroda", das Blatt der wichtigsten Regierungspartei in Rußland, kürzlich (in Nr. 147) klagte, über den Streitigkeiten um die Macht werde die Frage der Konstituante und die Frage des Brotes ganz vergessen, da hätte man den Sozialrevolutionären antworten können: Klagt über euch selber. Ist doch vor allem eure Partei mit ihren Schwankungen, mit ihrer Unentschlossenheit schuld an der Verschleppung der Ministerkrise, diesem „Bockspringen" der Minister, an der endlosen Hinausschiebung der Konstituante, daran, daß die Kapitalisten die bereits beschlossenen und die in Aussicht genommenen Maßnahmen für ein Getreidemonopol und für die Brotversorgung des Landes zum Scheitern brachten.

Man kann die Frage der Macht weder umgehen noch aufschieben, denn sie ist die Grundfrage, durch die die ganze Entwicklung der Revolution, ihre ganze äußere und innere Politik bestimmt wird. Daß unsere Revolution volle sechs Monate „müßig vergeudete" und sich nicht schlüssig werden konnte über die Form, die die Macht bekommen sollte, ist unbestreitbare Tatsache; schuld daran ist die schwankende Politik der Sozialrevolutionäre und Menschewiki. Die Politik dieser Parteien war aber letzten Endes durch die Klassenlage des Kleinbürgertums, durch seine Widerstandslosigkeit im Kampfe zwischen Kapital und Arbeit bestimmt.

Jetzt fragt es sich bloß: Hat die kleinbürgerliche Demokratie in diesen großen, ungewöhnlich inhaltsreichen sechs Monaten irgend etwas gelernt oder nicht? Wenn nicht, dann ist die Revolution verloren und kann nur noch durch einen siegreichen Aufstand des Proletariats gerettet werden. Wenn ja, so gilt es, unverzüglich eine feste und widerstandsfähige, nicht hin und her schwankende Macht zu schaffen. In Zeiten einer Volksrevolution, d. h. einer Revolution, die die Massen, die Mehrheit der Arbeiter und Bauern zum Leben erweckt hat, kann nur eine Macht stabil sein, die sich bewußt und

unbedingt auf die M e h r h e i t der Bevölkerung stützt. Die Staatsgewalt in Rußland befindet sich de facto bis heute noch im Besitz der Bourgeoisie; sie ist bloß gezwungen, Teilzugeständnisse zu machen (um sie am nächsten Tag wieder zurückzuziehen), freigiebig mit Versprechungen zu sein (um sie nicht einzuhalten), auf jede mögliche Art ihre Herrschaft zu verhüllen (uni das Volk durch den äußeren Schein einer „ehrlichen Koalition“ zu täuschen) usw. usw. In Worten ist es eine revolutionäre, demokratische Volksregierung, in Taten eine volksfeindliche, antidemokratische, konterrevolutionäre, bürgerliche Regierung; dieser Widerspruch bestand bisher und war die Ursache der vollständigen Labilität und aller Schwankungen der Macht, die Ursache jenes Bockspringens der Minister“, das die Herren Sozialrevolutionäre und Menschewiken mit (für das Volk) so traurigem Eifer betrieben.

Entweder Auseinanderjagung und ruhmloser Tod der Sowjets oder alle Macht den Sowjets! Das habe ich Anfang Juni 1917 vor dem allrussischen Rätekongreß gesagt; die Geschichte der Monate Juli und August hat die [664] Richtigkeit dieser Worte restlos und überzeugend bestätigt. Einzig und allein die Sowjetmacht kann stabil sein und sich bewußt auf die Volksmehrheit stützen. Das bleibt Tatsache, soviel auch all die Potressow, Plechanow usw., diese Lakaien der Bourgeoisie, lügen mögen, so sehr sie auch behaupten mögen, daß die faktische Uebergabe der Macht an die verschwindende Volksminderheit, an die Bourgeoisie, an die Ausbeuter eine „Erweiterung der Machtbasis“ sei.

Nur die Sowjetmacht hätte einen festen Halt. Sie allein könnte auch in den stürmischsten Momenten der allerstürmischsten Revolution widerstandsfähig bleiben. Nur eine solche Macht könnte eine stetige, tiefgreifende Entwicklung der Revolution, einen friedlichen Kampf der Parteien innerhalb der Sowjets gewährleisten. Solange eine solche Macht nicht geschaffen ist, sind ewige Schwankungen, Unentschlossenheit, Labilität, endlose „Krisen der Macht“, die ausweglose Komödie mit dem „Bockspringen der Minister“, Explosionen von rechts und links unvermeidlich.

Die Losung „Die Macht den Räten“ wird aber oft, wenn nicht meistens, ganz falsch als „Ministerium aus den Parteien der Sowjetmehrheit“ gedeutet. Wir wollen diese grundfalsche Auffassung etwas näher untersuchen.

„Ein Ministerium aus den Parteien der Sowjetmehrheit“, das bedeutet bloß eine personale Aenderung in der Besetzung des Ministeriums, wobei der gesamte alte Regierungsapparat aufrechterhalten und unangetastet bleibt, obwohl er durch und durch bürokratisch, durch und durch antidemokratisch und nicht einmal fähig ist, gewisse ernste Reformen zu verwirklichen, die sogar auf dem Programm der Sozialrevolutionäre und dem der Menschewiki stehen.

„Die Macht den Räten“, das bedeutet die radikale Umgestaltung des gesamten alten Staatsapparats, dieses Beamtenapparats, der jeder demokratischen Maßnahme im Wege steht; das bedeutet die Abschaffung dieses Apparats und seine Ersetzung durch einen neuen, das ganze Volk umfassenden, d. h. wahrhaft demokratischen Sowjetapparat, d. h. durch die organisierte und bewaffnete Mehrheit des Volkes, der Arbeiter, Soldaten, Bauern; das bedeutet das Recht der Volksmehrheit auf eigene Initiative, auf Selbständigkeit nicht bloß bei den Wahlen seiner Vertreter, sondern auch bei der Verwaltung des Staates, bei der Verwirklichung von Reformen und Umgestaltungen.

Um diesen Unterschied noch deutlicher und anschaulicher zu machen, wollen wir an ein wertvolles Geständnis erinnern, das vor einiger Zeit dem Organ der Regierungspartei, dem sozialrevolutionären Blatt „Djelo Naroda“ entschlüpfte. Selbst in den. Ministerien – so schrieb die Zeitung –, die sozialistischen Ministern überlassen wurden (geschrieben zur Zeit der berühmten Koalition mit den Kadetten, als die Menschewiki und Sozialrevolutionäre Minister waren!), s e l b s t in diesen Ministerien ist der gesamte Verwaltungsapparat der alte geblieben und hemmt jede Arbeit.

Das ist auch sehr begreiflich. Die ganze Geschichte der bürgerlich-parlamentarischen, auch vieler bürgerlich-konstitutionellen Länder zeigt, daß ein Ministerwechsel sehr wenig bedeutet, denn die reale Verwaltungsarbeit leistet die riesige Beamtenarmee. Und diese Armee ist durch und durch mit antidemokratischem Geist durchtränkt, ist durch Tausende und Millionen von Fäden mit den Gutsbesitzern und der Bourgeoisie verknüpft, ist auf jede mögliche Art von ihnen abhängig. Diese Armee lebt in der Atmosphäre kapitalistischer Verhältnisse und kann nur in dieser Atmosphäre atmen; sie

ist erstarrt, verschimmelt, verknöchert, sie ist nicht imstande, sich von dieser Atmosphäre zu befreien, sie kann nicht anders denken, fühlen, handeln als in der alten Weise. Diese Armee ist durch die Rangordnung und gewisse Privilegien des „Staatsdienstes“ gebunden; ihre oberen Spitzen sind durch Aktien und Banken vollständig dem Finanzkapital hörig und bis zu einem gewissen Grade seine Agenten, Vermittler seiner Interessen und seines Einflusses.

Man gibt sich einer gewaltigen Illusion hin, man betrügt sich selbst und das Volk ungeheuerlich, wenn man solche Umgestaltungen wie die entschädigungslose Aufhebung des gutsherrlichen Eigentums an Grund und Boden oder [665] die Einführung eines Brotmonopols usw. mit Hilfe d i e s e s Staatsapparats durchsetzen will. Dieser Apparat kann der republikanischen Bourgeoisie dienen und eine Republik von der Art einer „Monarchie ohne Monarchen“ errichten, wie es die dritte französische Republik war. Dieser Staatsapparat ist aber absolut unfähig, Reformen durchzuführen, die die Rechte des Kapitals, die Rechte des „heiligen Privateigentums“ auch nur ernsthaft beschneiden und beschränken, geschweige denn ganz aufheben. Darum müssen alle „Koalitionsministerien“ unter Mitwirkung von „Sozialisten“ stets dazu führen, daß diese Sozialisten, selbst wenn einige von ihnen in gutem Glauben handeln, der bürgerlichen Regierung bloß als leere Staffage oder als Wandschirm, als Blitzableiter für die Empörung des Volkes gegen sie, als Werkzeug ihres Betruges an den Massen dienen. So erging es Louis Blanc 1848; Dutzende von Malen erging es seitdem so den Sozialisten in England und in Frankreich, wenn sie in die Regierung eintraten; so erging es Tschernow und Zeretelli im Jahre 1917. So war es und so wird es sein, solange die bürgerliche Ordnung sich hält, solange der alte bürgerliche, bürokratische Staatsapparat unangetastet bleibt.

Die Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputiertenräte sind eben deswegen so besonders wertvoll, weil sie einen neuen, unvergleichlich vollkommeneren, unvergleichlich demokratischeren Typus des Staatsapparats darstellen. Die Sozialrevolutionäre und Menschewiki taten alles mögliche und unmögliche und ließen nichts unversucht, um die Sowjets (besonders den von Petrograd und den von ganz Rußland, d. h. das Zentralexekutivkomitee) zu leeren Schwatzbuden zu machen, so daß sie, unter dem äußeren Schein, eine „Kontrolle“ auszuüben, sich bloß noch damit beschäftigten, ohnmächtige Resolutionen und Wünsche abzufassen, die die Regierung mit dem höflichsten und verbindlichsten Lächeln entgegennahm und unter den Tisch fallen ließ. Aber es brauchte bloß der „frische Wind“ der Kornilow-Bewegung als Vorbote eines tüchtigen Sturmes einzusetzen, und die Sowjets erwachten vorübergehend aus ihrem dumpfen Schlaf, und die Initiative der großen Massen trat grandios, machtvoll, unüberwindlich in Erscheinung.

Mögen alle, die schwachen Glaubens sind, aus diesem historischen Beispiel lernen. Mögen sich alle schämen, die da sagen: „Der alte Apparat hat notwendigerweise die Tendenz, die Bourgeoisie zu verteidigen, aber wir haben keinen Apparat, um den alten zu ersetzen.“ Dieser Apparat i s t da. Es sind die Sowjets. Fürchtet euch nicht vor der Initiative und Selbständigkeit der Massen! Vertraut euch den revolutionären Massenorganisationen an! Dann werdet ihr sehen, daß die Arbeiter und Bauern auf a l l e n Gebieten des Staatslebens die gleiche großartige, unüberwindliche Kraft aufbringen, wie sie sich in ihrer Einigkeit, in ihrer stürmischen Erhebung gegen die Kornilow-Verschwörung gezeigt hat.

Statt allseitiger, bedingungsloser Unterstützung der Massen Mißtrauen ihnen gegenüber, Furcht vor ihrer Initiative, Furcht vor ihrer Selbständigkeit, Beben und Zittern vor ihrer revolutionären Energie: das ist die größte Sünde der sozialrevolutionären und menschewistischen Führer. Das ist eine der tiefsten Wurzeln ihrer Unentschlossenheit, ihres ewigen Schwankens, ihrer endlosen und unendlich fruchtlosen Versuche, dem alten bürokratischen Regime einen neuen Inhalt zu geben.

Man vergegenwärtige sich bloß die Geschichte der Demokratisierung der Armee in der russischen Revolution von 1917, die Geschichte des Ministeriums Tschernow, die Geschichte der „Herrschaft“ Paltschinskis, die Geschichte von Peschechonows Austritt aus der Regierung, – auf Schritt und Tritt sieht man die Bestätigung des Gesagten. Den aus Wahlen hervorgegangenen Soldatenorganisationen brachte man nur halbes Vertrauen entgegen; das Prinzip, wonach die Soldaten sich ihre Vorgesetzten wählen, wurde nur halb verwirklicht. Deshalb eben gelangten die Kornilow, Kaledin und die konterrevolutionären Offiziere an die Spitze der Armee. Das ist Tatsache, Und wer nicht absichtlich seine Augen verschließt, muß sehen, daß die Kerenski-Regierung n a c h der Kornilow-Verschwörung alles

beim alten läßt, daß sie in der Tat einer neuen Kornilow-Bewegung Vor-[666]schub leistet. Die Ernennung Alexejews, der „Friede“ mit den Kleinbowski, Gagarin, Bagration und anderen Kornilow-Männern, die milde Behandlung Kornilows und Kaledins selbst, das alles verrät mit absoluter Klarheit, daß Kerenski tatsächlich einer neuen Kornilow-Bewegung Vorschub leistet.

Einen Mittelweg gibt es nicht. Die Erfahrung hat bewiesen, daß es keinen Mittelweg gibt. Entweder alle Macht den Räten und völlige Demokratisierung der Armee oder kornilowsche Zustände!

Und die Geschichte des Ministeriums Tschernow? Hat sie nicht gezeigt, daß jeder einigermaßen ernste Schritt zur wirklichen Beseitigung der Bauernnöte, jeder Schritt zum Vertrauen gegenüber den Bauern, gegenüber ihren eigenen Massenorganisationen und -aktionen den größten Enthusiasmus bei der gesamten Bauernschaft hervorrief? Trotzdem mußte Tschernow vier Monate lang mit den Kadetten und Beamten „feilschen“ und immer wieder „feilschen“, bis sie ihn durch ewige Verschleppung der Sache, durch ewige Tücken zuguterletzt zum Gehen zwangen, ohne daß er etwas ausgerichtet hatte. In diesen vier Monaten, für die Dauer dieser vier Monate haben die Gutsbesitzer und Kapitalisten „ihr Spiel gewonnen“; sie haben die Ländereien der Gutsbesitzer vor der Aufteilung gerettet, die Konstituante hinausgeschoben und sogar allerlei Repressalien gegen die Agrarkomitees durchgeführt.

Einen Mittelweg gibt es nicht. Die Erfahrung hat bewiesen, daß es keinen Mittelweg gibt. Entweder alle Macht den Sowjets, dem Zentralsowjet wie den lokalen, der ganze Boden den Bauern, und zwar sofort, bis zur Entscheidung der Konstituante, oder die Gutsbesitzer und Kapitalisten verschleppen alles, stellen die Gutsbesitzermacht wieder her, treiben die Bauern zur Erbitterung und provozieren damit einen unendlich grausamen Bauernaufstand.

Genau so spielte sich die Geschichte ab, als die Kapitalisten (mit Hilfe Paltschinskis) jede einigermaßen ernste Kontrolle über die Produktion hintertrieben, als die Händler das Brotmonopol und die ersten Schritte Peschechonows zu einer organisierten, demokratischen Brot- und Lebensmittelversorgung verhinderten.

Es handelt sich jetzt in Rußland keinesfalls darum, „neue Reformen“, irgendwelche „Pläne“ für „allumfassende“ Umgestaltungen auszudenken. Nichts dergleichen. Nur die Potressow und Plechanow, die gegen die „Einführung des Sozialismus“, gegen die „Diktatur des Proletariats“ zetern, stellen die Sache so dar, stellen sie wissentlich falsch so dar. In Wirklichkeit ist die Lage in Rußland so, daß die unerhörten Lasten und Kalamitäten des Krieges, die unerhörte, furchtbare Gefahr des wirtschaftlichen Zerfalls und des Hungers ganz von selber den Ausweg zeigen; sie weisen ganz von selber auf unaufschiebbare Umgestaltungen und Reformen hin, auf das Brotmonopol, die Kontrolle über die Produktion und Verteilung, die Einschränkung der Ausgabe von Geldnoten, den richtigen Umtausch von Brot gegen Waren usw.

Maßnahmen dieser Art und in dieser Richtung werden allgemein für unvermeidlich gehalten. An vielen Stellen, von verschiedenen Seiten hat man bereits mit ihnen begonnen. Es ist mit ihnen bereits begonnen worden, doch ihre Durchführung wurde und wird heute noch durch den Widerstand der Gutsbesitzer und Kapitalisten verhindert, der letzten Endes von der Kerenski-Regierung (einer in Wirklichkeit absolut bürgerlichen. absolut bonapartistischen Regierung), von dem Beamtenapparat des alten Staates und von dem direkten und indirekten Druck des russischen und des „ententistischen“ Finanzkapitals ausgeht.

Vor kurzem beklagte Prileschajew in „Djelo Naroda“ (Nr. 147) Peschechonows Austritt und den Zusammenbruch der festen Preise, den Zusammenbruch des Brotmonopols und bemerkte dazu:

„Kühnheit und Entschlossenheit, das ist es, was unseren Regierungen fehlte, wie sie auch zusammengesetzt sein mochten. Die revolutionäre Demo-[667]kratie darf nicht warten, sie muß sich aus eigener Kraft zur Initiative aufschwingen, sie muß aus eigener Kraft planmäßig in das wirtschaftliche Chaos eingreifen ... Wenn irgendwo so bedarf es hier eines festen Kurses und einer entschlossenen Macht ...“

Was wahr ist, ist wahr. Goldene Worte Nur berücksichtigte Prileschajew nicht, daß fester Kurs, Kühnheit und Entschlossenheit keine Personenfragen sind, sondern eine Frage der Klasse, die fähig wäre,

Kühnheit und Entschlossenheit aufzubringen. Einzig das Proletariat ist eine solche Klasse. Kühnheit und Entschlossenheit der Macht, fester Kurs ist nichts anderes als Diktatur des Proletariats und der armen Bauernschaft. Ohne sich dessen bewußt zu werden, seufzt I. Prjleschajew nach dieser Diktatur.

Was würde nämlich eine solche Diktatur in der Tat bedeuten? Nichts anderes, als daß man den Widerstand der Kornilow-Leute brechen und die völlige Demokratisierung der Armee wiederherstellen und vollenden würde. 99 Prozent der Armee würden zwei Tage nach Errichtung einer solchen Diktatur ihre begeisterten Anhänger werden. Diese Diktatur würde den Bauern den Besitz des Bodens und den lokalen Bauernkomitees den uneingeschränkten Besitz der Macht bringen. Wie kann man, ohne irrsinnig zu Sein, daran zweifeln, daß die Bauern eine solche Diktatur unterstützen werden? Die Diktatur würde das, was Peschechonow bloß vorzuspiegeln suchte („der Widerstand der Kapitalisten ist gebrochen", sagte er wörtlich in seiner Rede vor dem Sowjetkongreß) ins Leben rufen und tatsächlich verwirklichen, ohne die demokratischen Organisationen für die Lebensmittelversorgung, die Kontrolle usw. zu beseitigen; sie würde im Gegenteil diese Organisationen fördern und entfalten und alle Hindernisse für ihre Arbeit beseitigen.

Nur die Diktatur der Proletarier und der ärmsten Bauern vermag den Widerstand der Kapitalisten zu brechen, mit großartiger Kühnheit und Entschlossenheit die Macht auszuüben, sich eine begeisterte bedingungslose, wahrhaft heldenhafte Unterstützung durch die Massen der Armee und der Bauernschaft zu sichern.

Die Macht den Sowjets, das ist das einzige, was eine allmähliche, ruhige Entwicklung sichern könnte, deren Verlauf dem Bewußtseins- und Entschlossenheitsgrad der Mehrheit der Volksmassen, dem Grade ihrer eigenen Erfahrungen entspräche. Die Macht den Sowjets, das bedeutet die restlose Uebergabe der Verwaltung des Landes, der Kontrolle über seine Wirtschaft an die Arbeiter und Bauern, denen gegenüber niemand Widerstand wagen würde und die aus der Erfahrung, aus ihrer eigenen Praxis heraus es schnell lernen würden, den Boden, die Produkte, das Brot richtig zu verteilen.

„Rabotschil Putj" Nr. 10, 14. September 1917, gezeichnet N. Lenin.

*

Aus der Rede in der Versammlung der bolschewistischen Mitglieder der Allrussischen Konferenz der Arbeiter- und Soldatendeputiertenräte am 17. (4.) April 1917.

Aufzeichnungen eines Versammlungsteilnehmers.

Ich habe einige Thesen skizziert, die ich jetzt erläutern werde. Aus Mangel an Zeit war es mir unmöglich, ein eingehendes, systematisches Referat vorzubereiten.

Die Grundfrage ist die Stellung zum Krieg. Das Grundlegende, das bei Beurteilung der Verhältnisse in Rußland – sei es auf Grund von Zeitungsnachrichten, sei es an Ort und Stelle – ins Auge fällt, ist der Sieg des Oboronzentums, der Sieg der Verräter am Sozialismus, der Betrug der Bour-[668]geoisie an den Massen. Was auffällt, ist, daß bei uns in Rußland in der sozialistischen Bewegung die Lage der Dinge dieselbe ist, wie in den anderen Ländern: Oboronzentum, „Verteidigung des Vaterlands". Der Unterschied ist, daß in keinem anderen Lande eine so weitgehende Freiheit herrscht wie bei uns, und das erlegt uns eine Verantwortung auf gegenüber dem ganzen internationalen Proletariat. Die neue Regierung ist imperialistisch, wie die frühere, trotz des Versprechens der Republik – sie ist durch und durch imperialistisch ...

In unserer Stellung zum Krieg darf auch unter der neuen Regierung, die eine imperialistische bleibt, dem Oboronzentum nicht das geringste Zugeständnis gemacht werden. Die Massen betrachten die Dinge praktisch und nicht theoretisch. Sie sagen: „Ich will das Vaterland verteidigen und nicht fremde Länder annektieren." Wann dürfen wir den Krieg als unseren bezeichnen? Bei vollständigem Verzicht auf Annexionen.

Die Massen gehen an die Frage nicht theoretisch, sondern praktisch heran. Unser Fehler ist das theoretische Herangehen. Zu einem revolutionären Krieg, der die Vaterlandsverteidigung wirklich

rechtfertigt, darf ein klassenbewußter Proletarier seine Zustimmung geben. Den Vertretern der Soldatenmassen muß man die Frage praktisch stellen, anders geht es nicht. Wir sind keineswegs Pazifisten. Die Hauptfrage ist: Welche Klasse führt den Krieg? Die Klasse der Kapitalisten, die mit den Banken verbunden ist, kann keinen anderen Krieg führen als einen imperialistischen. Die Arbeiterklasse kann es. Steklow, Tscheïdse haben alles vergessen. Liest man die Resolution des Arbeiterdeputiertenrates, so staunt man, wie Leute, die sich Sozialisten nennen, eine solche Resolution annehmen konnten.

Das Eigenartige in Rußland ist der ungeheuer rasche Uebergang von der brutalen Gewalt zum abgefeimtesten Betrug. Grundbedingung: der Verzicht auf Annexionen, nicht in Worten, sondern in der Tat. Die „Rjetsch“ tobt über die Erklärung des „Sozialdemokrat“, daß die Einverleibung Kurlands durch Rußland eine Annexion sei. Die Einverleibung eines beliebigen Landes mit nationalen Besonderheiten, jede Einverleibung einer Nation gegen ihren Willen – gleichviel ob Unterschiede der Sprache bestehen, wenn diese Nation sich als ein anderes Volk fühlt – ist eine Annexion. Wir haben es hier mit einem in Jahrhunderten großgezogenen Vorurteil der Großrussen zu tun.

Den Krieg kann man beenden nur durch völligen Bruch mit dem internationalen Kapital. Der Krieg wurde nicht hervorgerufen durch einzelne Personen, sondern durch das internationale Finanzkapital. Mit dem internationalen Kapital zu brechen ist nicht leicht, aber es ist eben auch nicht leicht, den Krieg zu beenden ...

In Anbetracht dessen, daß unter den breiten Massen die Stimmungen des Oboronzentums unzweifelhaft vorhanden sind, daß diese Massen den Krieg nur als Notwendigkeit, nicht aber weil sie Eroberungen wollen, gelten lassen, muß man ihnen besonders gründlich, beharrlich, geduldig auseinandersetzen, daß mit einem Frieden, der kein Gewaltfrieden ist, der Krieg nicht beendet werden kann ohne den Sturz des Kapitals. Diesen Gedanken muß man in die breitesten Massen tragen. Die Soldaten fordern eine konkrete Antwort – wie den Krieg beenden. Es ist jedoch eine politische Charlatanerie, zu erklären, daß der gute Wille Einzelner genüge, um den Krieg zu beenden. Die Massen müssen gewarnt werden. Die Revolution ist eine schwierige Sache. Fehler sind unvermeidlich. Der Fehler ist, daß wir das revolutionäre Oboronzentum nicht in seiner ganzen Tiefe (entlarvt haben?). Das revolutionäre Oboronzentum ist Verrat am Sozialismus.

Wir müssen uns nur auf das Klassenbewußtsein der Massen stützen. Selbst wenn wir in der Minderheit bleiben werden – tut das nichts. Es verlohnt sich, für einige Zeit auf die führende Stellung zu verzichten. Man darf sich nicht fürchten, in der Minderheit zu bleiben. Wenn die Massen erklären, daß sie keine Eroberungen wollen – glaube ich ihnen. Wenn Gutschkow und Lwow sagen, daß sie keine Eroberungen wollen – so sind sie Betrüger. Wenn ein Arbeiter sagt, daß er die Landesverteidigung will – so spricht aus ihm der Instinkt des unterdrückten Menschen.

[669] Wir Bolschewiki sind gewohnt, aus jeder Lage das Aeußerste für die Revolution herauszuholen. Das genügt aber nicht, man muß sich nüchtern zurechtfinden

Die einzig mögliche Regierung ist der Arbeiterdeputiertenrat. Anders denken heißt in Anarchismus verfallen. Es ist unleugbar, daß im Arbeiterdeputiertenrat unsere Partei in der Minderheit ist. Man muß den Massen klarmachen, daß der Arbeiterdeputiertenrat die einzig mögliche Regierung ist, eine Regierung, wie es sie, abgesehen von der Kommune, in der Welt noch nicht gegeben hat. Was, wenn der Arbeiterdeputiertenrat in seiner Mehrheit auf dem Standpunkt der Oboronzy steht? Nichts zu machen. Es bleibt uns nichts anderes übrig, als geduldig, beharrlich, systematisch die Fehlerhaftigkeit ihrer Taktik klarzumachen.

Solange wir in der Minderheit sind, besteht unsere Arbeit in der Kritik, um die Massen vom Betrug zu befreien. Wir verlangen nicht, daß die Massen uns aufs Wort glauben. Wir sind keine Scharlatane. Wir wollen, daß die Massen auf dem Wege der Erfahrung ihre Fehler überwinden

Im Aufruf des Arbeiterdeputiertenrates ist kein Wort, das von Klassenbewußtsein zeugt. Nichts als Phrase! Alle Revolutionen sind zugrunde gegangen an der Phrase, an den Schmeicheleien dem revolutionären Volk gegenüber. Der ganze Marxismus lehrt, daß man sich nicht einfangen lassen darf von der revolutionären Phrase, zumal in einer Zeit, wo sie besonders grassiert.

Nicht parlamentarische Republik – eine Rückkehr von den Arbeiterdeputiertenräten zu dieser wäre ein Schritt rückwärts –, sondern eine Republik von Arbeiter-, Landarbeiter- und Bauerndeputiertenräten im ganzen Lande, von unten bis oben.

Abschaffung der Polizei, der Armee, des Beamtentums.

Entlohnung aller Beamten, die durchweg wählbar und jederzeit abberufbar sein müssen, nicht über den Durchschnittslohn eines qualifizierten Arbeiters."

– Das ist es, was uns die französische Kommune gelehrt, was Kautsky vergessen hat und was uns die Arbeiter von 1905 und 1917 lehren. Die Erfahrung dieser Jahre lehrt uns – nicht zulassen die Wiederherstellung der Polizei, nicht zulassen die Wiederherstellung der alten Armee.

Das Programm muß geändert werden. Es ist veraltet. Der Arbeiter- und Soldatendeputiertenrat ist ein Schritt zum Sozialismus. Keine Polizei, keine Armee kein Beamtentum. Einberufung der Konstituante, – aber durch wen? Man schreibt Resolutionen, um sie ad acta zu legen. Ich wurde mich freuen, wenn die Konstituante morgen schon einberufen werden würde, aber es ist naiv, zu glauben, daß Gutschkow die Konstituante einberufen wird. Alles Gerede darüber, daß man die Provisorische Regierung zwingen soll, die Konstituierende Versammlung einzuberufen, ist leeres Gerede, ist purer Schwindel. Man machte Revolutionen, doch die Polizei blieb; man machte Revolutionen, doch alle Beamten usw. blieben. Darin liegt die Ursache für den Untergang der Revolutionen. Der Arbeiterdeputiertenrat ist die einzige Regierung, die diese Versammlung einberufen kann. Wir klammern uns alle an die Arbeiterdeputiertenräte, aber wir haben sie nicht begriffen. Wir zerren jetzt von dieser Form zurück zu der Internationale, die sich mm Schlepptau der Bourgeoisie befindet.

Die bürgerliche Republik kann die (Kriegs-)Frage nicht lösen, denn die kann nur international gelöst werden. Wir versprechen nicht, zu befreien ... wir sagen aber, daß es nur in dieser Form – Arbeiter- und Soldatendeputiertenrat – möglich ist. Keine Regierung außer dem Arbeiter- und Landarbeiterdeputiertenrat. Wenn man von der Kommune spricht, wird das nicht verstanden. Sagt man dagegen: an Stelle der Polizei der Arbeiter- und Landarbeiterdeputiertenrat, lernt regieren, niemand kann uns daran hindern – (so ist das verständlich).

Die Kunst zu regieren lernt man nicht aus Büchern. Versuche, fürchte die Fehler nicht, lerne regieren.

[670] „6. Im Agrarprogramm Verlegung des Schwergewichts auf die Landarbeiterdeputiertenräte.

Enteignung der Grundbesitzer.

Nationalisierung des gesamten Bodens im Lande; über ihn verfügen die örtlichen Landarbeiter- und Bauerndeputiertenräte. Schaffung von besonderen Deputiertenräten der armen Bauern. Errichtung von Musterwirtschaften aus allen großen Gütern (im Umfang von etwa 100 bis 300 Desjatinen, unter Berücksichtigung der örtlichen und sonstigen Verhältnisse und nach dem Ermessen der örtlichen Behörden) unter Aufsicht des Landarbeiterdeputiertenrates und auf öffentliche Kosten."

Was ist die Bauernschaft? Wir wissen es nicht, es gibt keine Statistik darüber, wir wissen aber, daß sie eine Macht ist.

Wenn sie das Land nehmen, so seid überzeugt, daß sie es euch nicht zurückgeben und uns nicht fragen werden, Der Kernpunkt des Programms hat sich verschoben. Das Schwergewicht liegt in den Landarbeiterdeputiertenräten. Wenn der russische Bauer die Revolution nicht entscheidet, wird auch der deutsche Arbeiter sie nicht entscheiden.

Wir werden das Land nehmen und der Großgrundbesitzer wird nicht mehr imstande sein, es zurückzunehmen.

Der Arbeiterdeputiertenrat ist gebildet, er hat einen ungeheuren Einfluß. Instinktiv sympathisieren alle mit ihm. In dieser Einrichtung kristallisierten sich bedeutend mehr revolutionäre Gedanken als in allen revolutionären Phrasen. Wenn der Arbeiterdeputiertenrat es fertigbringt, die Regierung zu übernehmen, ist die Sache der Freiheit gesichert. Ihr mögt die idealsten Gesetze verfassen, wer wird sie vollstrecken? Dieselben Beamten, sie sind aber mit der Bourgeoisie versippt.

Nicht ‚verwirklicht den Sozialismus' müssen wir den Massen sagen, sondern führt durch ... Der Kapitalismus ist vorwärtsgegangen, der Kapitalismus der Kriegszeit ist nicht mehr der, der er vor dem Kriege war.

Auf Grund der taktischen Schlußfolgerungen ist es notwendig, zu praktischen Schritten überzugehen. Es ist notwendig, sofort den Parteitag einzuberufen. Es ist notwendig, das Programm zu revidieren. Vieles darin ist veraltet. Es ist notwendig, das Minimalprogramm zu ändern.

Persönlich beantrage ich, den Namen der Partei zu ändern und sie Kommunistische Partei zu nennen. Die Bezeichnung ‚Kommunistische' wird vom Volk verstanden werden. Die Mehrzahl der offiziellen Sozialdemokraten hat den Sozialismus „erraten und verkauft ... Liebknecht ist der einzige Sozialdemokrat, der ... Ihr fürchtet alten Erinnerungen untreu zu werden. Um aber die Wäsche zu wechseln, muß man das schmutzige Hemd ablegen und das reine anziehen. Warum soll man die Erfahrung des internationalen Kampfes über Bord werfen? Die Mehrzahl der Sozialdemokraten in der ganzen Welt hat den Sozialismus verraten und ist auf die Seite ihrer Regierungen übergegangen (Scheidemann, Plechanow, Guesde). Was soll man tun, um Scheidemann zufrieden zu stellen ... Dieser Standpunkt ist der Untergang des Sozialismus. Scheidemann ein Radiotelegramm zu schicken über die Beendigung des Krieges ist Betrug.

Das Wort Sozialdemokratie ist ungenau. Klammert euch nicht an das alte Wort, das durch und durch verfault ist. Wollt ihr eine neue Partei schaffen ... und alle Unterdrückten werden zu euch kommen.

Die Richtung der Zimmerwalder Linken existiert in allen Ländern der Welt. Die Massen müssen darüber ins klare kommen, daß der Sozialismus in der ganzen Welt sich gespaltet hat. Die ‚Oboronzy' kehrten sich vom Sozialismus ab. Liebknecht allein ... Die ganze Zukunft ist für ihn.

Ich höre, daß in Rußland eine Tendenz zur Vereinigung vorhanden ist, zur Vereinigung mit den Oboronzy. Das ist Verrat am Sozialismus. Ich glaube, daß es besser ist, allein zu bleiben, wie Liebknecht: einer gegen 110. [671]

*

Briefe an A. M. Kollontai

Die Briefe sind am 16. und 17. März 1917 aus Zürich geschrieben worden und sind die erste Aeußerung L e n i n s zu den telegraphischen Meldungen über die Februarrevolution in Rußland.

A u s d e m B r i e f v o m 16. M ä r z 1 9 1 7.

Soeben haben wir die zweiten amtlichen Telegramme über die Revolution in Petersburg vom 1. (14.) III. erhalten. Eine Woche blutiger Kämpfe der Arbeiter, und an der Macht sind Miljukow, plus Gutschkow, plus Kerenski!! Nach der „alten" europäischen Schablone ...

Sei's drum! Diese „erste Etappe der ersten (von den durch den Krieg hervorgerufenen) Revolutionen" wird weder die letzte Etappe sein, noch sich lediglich auf Rußland beschränken. Natürlich werden wir auch weiterhin gegen die Vaterlandsverteidigung, gegen das imperialistische Gemetzel sein das von den Schingarjow, plus Kerenski und Co. dirigiert wird.

Alle unsere Losungen bleiben dieselben. In der letzten Nummer des „Sozialdemokrat" haben wir ausdrücklich von der Möglichkeit einer Regierung „Miljukow-Gutschkow, wenn nicht gar Miljukow-Kerenski" gesprochen. Beides ist eingetroffen; wir haben jetzt alle drei. Sehr nett! Wir werden sehen, wie die Partei der Volksfreiheit (sie hat ja die Mehrheit in der neuen Regierung, ist doch Konowalow fast noch „linker", und Kerenski steht sogar noch weiter links!) dem Volke Freiheit, Brot und Frieden geben wird ... Wir werden sehen!

Jetzt ist die Hauptsache – die Presse, die Organisierung der Arbeiter in der revolutionären sozialdemokratischen Partei. Tschenkeli muß jetzt (er hat es doch versprochen!) Geld für die „Verteidigung des Vaterlandes" geben. Herr Tscheïdse aber verdient natürlich nach seiner ganzen „Politik", die er zusammen mit den Potressow und Konsorten, mit den Tschenkeli usw. getrieben hat, nicht das

geringste Vertrauen – trotz seiner erzlinken Reden während der Revolution oder an ihrem Vorabend (damals redete auch Jefremow nicht weniger rrrevolutionär). Es wäre das größte Unglück, wenn die Kadetten jetzt die Legalisierung der Arbeiterpartei zusagten und wenn unsere Leute sich auf eine „Vereinigung“ mit den Tscheïdse und Co. einließen.

Aber dazu wird es nicht kommen. Erstens, werden die Kadetten nur eine Arbeiterpartei der Herren Potressov und Co. legalisieren; zweitens werden wir, wenn sie dies tun, wie bisher unsere eigene Partei bilden und unbedingt die legale Arbeit mit einer illegalen verbinden.

In keinem Falle wieder nach dem Muster der II. Internationale! In keinem Falle zusammen mit Kautsky! Unbedingt ein revolutionäres Programm und eine revolutionäre Taktik (Elemente dazu finden sich bei Karl Liebknecht, bei der Socialist Labour Party in Amerika, bei den holländischen Marxisten usw.) und unbedingt eine Verbindung von legaler und illegaler Arbeit. Republikanische Propaganda, Kampf gegen den Imperialismus, und wie bisher revolutionäre Propaganda und Agitation und Kampf mit dem Ziel der proletarischen Weltrevolution und der Eroberung der Macht durch die „Arbeiterdeputiertenräte“ (und nicht durch die kadettischen Gauner).

Nach der „great rebellion“ von 1903 – die „glorious revolution“ von 1917 ...

*

Aus dem Brief vom 17. März 1917.

Meiner Ansicht nach ist jetzt die Hauptsache, daß man sich nicht auf dumme „Einigungsversuche“ mit den Sozialpatrioten (oder was noch gefährlicher ist, mit schwankenden Elementen, in der Art des Organisationskomitees oder Trotzkis und Co.) einläßt und daß die Tätigkeit unserer Partei in einem folgerichtig internationalen Geist fortgesetzt wird.

[672] Auf der Tagesordnung steht jetzt die Ausdehnung des Arbeitsfeldes der Partei, die Organisierung der Massen, die Heranziehung neuer Schichten, der rückständigen, ländlichen, der Dienstboten, die Bildung von Zellen in der Armee – zur systematischen, umfassenden Entlarvung der neuen Regierung und zur Vorbereitung der Eroberung der Macht durch die Arbeiterdeputiertenräte. Nur eine solche Macht kann Brot, Frieden und Freiheit bringen.

Jetzt heißt es der Reaktion den Rest geben, nicht das geringste Vertrauen, nicht die geringste Unterstützung der neuen Regierung (nicht das geringste Vertrauen für Kerenski, Gwosdew, Tschenkeli, Tscheïdse und Co.) und bewaffnetes Abwarten, bewaffnete Vorbereitung einer breiteren Basis für eine höhere Etappe ...

P. S. Ich fürchte, daß man in Petrograd jetzt der allgemeinen Krankheit unterliegen wird, daß man sich einfach begeistert, ohne systematisch daran zu arbeiten, eine Partei von neuem Typus und keinesfalls nach dem Muster der II. Internationale zu schaffen. Heran an die Massen! Neue Schichten mobilisieren! Ueberall neue Initiative wecken, neue Organisationen in allen Schichten schaffen und ihnen beweisen, daß nur der bewaffnete Arbeiterdeputiertenrat, indem er die Macht ergreift, den Frieden bringen kann.

*

Thesenentwurf vom 17. März 1917[*)]

Die Nachrichten, die bis zum heutigen Tage, d. h. bis zum 17. III. 1917, in Zürich aus Rußland eingelaufen sind, sind so dürftig, die Ereignisse in unserem Lande aber überstürzen sich jetzt so sehr, daß man bei der Beurteilung der Lage die größte Vorsicht üben muß.

Nach den Telegrammen von gestern schien es, als hätte der Zar bereits abgedankt und die neue oktobristisch-kadettische Regierung bereits ein Uebereinkommen mit anderen Vertretern der Dynastie Romanow getroffen. Heute liegt eine Nachricht aus England vor, wonach der Zar noch nicht abgedankt hat, und sein Aufenthaltsort unbekannt ist. Der Zar versucht also Widerstand zu leisten, eine Partei

[*)] Noch vor der Rückkehr nach Rußland, in der Schweiz, verfaßt. Die Red.

und vielleicht eine Armee der Restauration zu organisieren. Wenn es dem Zaren gelingt, aus Rußland zu flüchten oder einen Teil der Truppen für sich zu gewinnen, so ist es nicht ausgeschlossen, daß er, um das Volk irrezuführen, ein Manifest erlassen wird über einen Sonderfrieden mit Deutschland!

Bei einer solchen Lage der Dinge sind die Aufgaben des Proletariats ziemlich verwickelt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Proletariat sich möglichst gut organisieren, seine Kräfte sammeln, sich bewaffnen und sein Bündnis mit allen Schichten der werktätigen Masse in Stadt und Land festigen und ausbauen muß, um der zaristischen Reaktion den entschiedensten Widerstand entgegenzusetzen und die Zarenmonarchie endgültig niederzuwerfen.

Anderseits besteht die neue Regierung, die in Petersburg die Macht ergriffen oder richtiger gesagt, dem Proletariat nach seinem siegreichen, heldenmütigen und blutigen Kampfe aus den Händen gerissen hat, aus liberalen Bourgeois und Großgrundbesitzern, in deren Kielwasser Kerenski segelt, der Vertreter der demokratischen Bauernschaft und vielleicht auch eines Teiles der Arbeiter, die den Lockrufen der Bourgeoisie gefolgt sind und den Internationalismus vergessen haben. Die neue Regierung besteht aus notorischen Anhängern und Verteidigern des imperialistischen Krieges mit Deutschland, d. h. des Krieges im Bunde mit den imperialistischen Regierungen Englands und Frankreichs, des Raubkrieges, dessen Ziel die [673] Eroberung fremder Länder – Armeniens, Galiziens, Konstantinopels usw. – ist.

Die neue Regierung kann keinen Frieden bringen sowohl deswegen, weil sie die Kapitalisten und Großgrundbesitzer vertritt, als auch deswegen, weil sie durch Verträge und finanzielle Verpflichtungen an die Kapitalisten Englands und Frankreichs gebunden ist. Die Sozialdemokratie Rußlands muß deshalb, wenn sie dem Internationalismus die Treue halten will, die Volksmassen, die den Frieden ersehnen, vor allem und in erster Linie darüber aufklären, daß der Friede unmöglich ist, solange die gegenwärtige Regierung am Ruder bleibt. Diese Regierung hat in ihrem ersten Manifest an das Volk (am 17. III.) kein Wort über den Frieden, diese wichtigste und brennendste Frage der Gegenwart, gesagt. Sie hält die Raubverträge geheim, die die Zarenregierung mit England, Frankreich, Italien, Japan usw. geschlossen hat. Die Regierung will dem Volke die Wahrheit über ihr Kriegsprogramm, die Wahrheit darüber vorenthalten, daß sie für den Krieg, für den Sieg über Deutschland ist. Sie ist nicht imstande das zu tun, was die Völker jetzt brauchen: unverzüglich und offen allen kriegführenden Ländern vorzuschlagen, sofort einen Waffenstillstand und dann einen Frieden auf der Grundlage der völligen Befreiung der Kolonien und aller abhängigen und nicht gleichberechtigten Nationen zu schließen. Das kann nur eine Arbeiterregierung verwirklichen im Bündnis 1. mit den Massen der armen ländlichen Bevölkerung und 2. mit den revolutionären Arbeitern aller kriegführenden Länder.

Die neue Regierung kann dem Volke kein Brot geben. Keine Freiheit aber vermag die Massen zufriedenzustellen, die Hunger leiden, weil es an Lebensmitteln fehlt, weil diese, soweit vorhanden, schlecht verteilt werden oder, was die Hauptsache ist, von den Großgrundbesitzern und Kapitalisten zurückgehalten werden. Damit das Volk Brot erhält, müssen revolutionäre Maßnahmen gegen die Großgrundbesitzer ergriffen werden, das aber kann nur eine Arbeiterregierung tun.

Die neue Regierung ist auch nicht imstande, dem Volke volle Freiheit zu geben, obwohl sie in ihrem Manifest vom 17. III. 1917 ausschließlich von politischer Freiheit spricht, ohne auch nur ein Wort über die übrigen, nicht weniger wichtigen Fragen zu sagen. Die neue Regierung hat bereits versucht, sich mit der Dynastie Romanow zu verständigen, sie hat sich unter Mißachtung des Volkswillens bereit erklärt, die Dynastie Romanow anzuerkennen auf der Grundlage der Abdankung Nikolaus II. und Ernennung eines Regenten aus dem Hause Romanow für seinen Sohn. Die neue Regierung verheißt in ihrem Manifest alle möglichen Freiheiten sofort zu verwirklichen: den Soldaten das Recht zu geben, ihre Offiziere zu wählen: Wahlen zu den Stadtdumas in Petersburg, in Moskau usw. auf der Grundlage eines wirklich allgemeinen und nicht nur Männerstimmenrechtes auszuschreiben; alle staatlichen und öffentlichen Gebäude für Volksversammlungen freizugeben; Wahlen zu den lokalen Körperschaften und Semstwos auf der Grundlage eines ebensolchen wirklich allgemeinen Wahlrechtes auszuschreiben; die Beschränkungen der Rechte der lokalen Selbstverwaltungen aufzuheben; die Beamten, die von oben zur Beaufsichtigung der lokalen Selbstverwaltungsorgane ernannt worden

waren, abzusetzen; nicht nur die Freiheit der Religionsausübung. sondern auch die Religionslosigkeit durchzuführen; die Schule von der Kirche zu trennen und sie von der bureaukratischen Bevormundung zu befreien.

Gegenüber dem Manifest der neuen Regierung vom 17. März ist das größte Mißtrauen geboten, denn es besteht nur aus Versprechungen. Keine einzige dringende Maßnahme, die sofort durchgeführt werden könnte und müßte, wird verwirklicht.

Die neue Regierung sagt in ihrem Programm kein Wort über den Achtstundentag und andere Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft, sie sagt kein Wort davon, daß den Bauern Land zugeteilt werden muß, daß der gesamte Großgrundbesitz entschädigungslos den Bauern übergeben werden muß. Das Verschweigen dieser brennenden [674] Fragen enthüllt den Charakter der Regierung als einer Regierung der Kapitalisten und Großgrundbesitzer.

Frieden, Brot und volle Freiheit kann das Volk nur von einer Arbeiterregierung erhalten, die sich 1. auf die erdrückende Mehrheit der bäuerlichen Bevölkerung, die Landarbeiter und die ärmsten Bauern; 2. auf das Bündnis mit den revolutionären Arbeitern aller kriegführenden Länder stützt.

Das revolutionäre Proletariat kann deshalb in der Revolution vom 1. (14.) III. nur den ersten, bei weitem noch nicht vollständigen Sieg in seinem gewaltigen Kampfe sehen. Das Proletariat muß seinen Kampf für die demokratische Republik und den Sozialismus weiterführen.

Zu diesem Zwecke muß das Proletariat und die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands vor allem die relative und unvollständige Freiheit ausnützen, die die neue Regierung gewährt und die nur im energischen und hartnäckigen weiteren revolutionären Kampf gesichert und erweitert werden kann.

Es ist notwendig, daß die werktätigen Massen in Stadt und Land und die Soldaten die Wahrheit über die gegenwärtige Regierung und ihre wirkliche Stellung zu den brennenden Fragen erfahren. Es müssen Arbeiterdeputiertenräte organisiert und die Arbeiter bewaffnet werden. Die proletarischen Organisationen müssen in der Armee, der die neue Regierung ebenfalls politische Rechte verspricht, und auf dem Lande Fuß fassen; vor allem ist eine besondere Klassenorganisation der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter erforderlich.

Der volle Sieg der nächsten Etappe der Revolution und die Eroberung der Macht durch eine Arbeiterregierung ist nur dann möglich, wenn die breitesten Massen der Bevölkerung von allem was vorgeht unterrichtet werden und wenn sie sich organisieren.

Die Partei des revolutionären Proletariats, die dem Internationalismus treu geblieben ist und sich von den lügenhaften bürgerlichen Redensarten von der „Verteidigung des Vaterlandes im gegenwärtigen imperialistischen Raubkrieg nicht hat einfangen lassen, muß ihre ideologische und organisatorische Selbständigkeit wahren, um diese Aufgabe erfüllen zu können, die heute in einer revolutionären Zeit und unter dem Einfluß der blutigen Lehren des Krieges dem Volke viel schneller einleuchtet als unter gewöhnlichen Umständen.

Weder die jetzige noch eine demokratisch-bürgerlich-republikanische Regierung, die nur aus Kerenski und anderen Narodniki und „marxistischen“ Sozialpatrioten bestehen würde, ist imstande, das Volk von dem imperialistischen Krieg zu erlösen und den Frieden herbeizuführen.

Deshalb dürfen wir nicht eingehen auf Blocks, Bündnisse oder auch nur Abmachungen mit den Sozialpatrioten, weder mit der Richtung Gwosdew-Potressow-Tschenkeli, Kerenski usw. noch mit Leuten. die wie Tscheïdse und andere in dieser wichtigsten Frage eine schwankende und unbestimmte Stellung einnehmen. Solche Abmachungen würden nicht nur die Massen irreführen und sie von der imperialistischen Bourgeoisie Rußlands abhängig machen, sondern auch die führende Rolle des Proletariats in dem Kampf für die Befreiung des Volkes von den imperialistischen Kriegen und für einen wirklich dauerhaften Frieden zwischen den Arbeiterregierungen aller Länder untergraben.

[675]

Wie wir uns behaupten werden

Schlußteil des Artikels „Lieber weniger, aber besser“, erschienen in der „Prawda vom 4. März 1923 (eine der letzten Arbeiten Lenins). Die Red.

Der allgemeine Charakter unserer gegenwärtigen Situation ist so, daß wir die kapitalistische Industrie zerstört haben, daß wir uns bemüht haben, ratlos die mittelalterliche Einrichtung: das große Grundeigentum zu zerstören, daß wir an seiner Stelle die kleine und ganz kleine Bauernschaft geschaffen haben, die nun dem Proletariat folgt, im Vertrauen auf das Ergebnis seines revolutionären Werkes. Indessen wird es uns nicht leicht sein, die Bauernschaft bei diesem Vertrauen zu halten bis zum Siege der sozialistischen Revolution in den fortgeschrittensten Ländern, zumal da auch unter der Herrschaft der neuen ökonomischen Politik – und das ist wirtschaftlich unvermeidlich – der Ertrag der Arbeit bei uns auf einer sehr niedrigen Stufe bleibt.

Auch die internationale Konstellation hatte zur Folge, daß Rußland zurückgeworfen wurde: im ganzen ist bei uns der Arbeitsertrag gegenwärtig erheblich geringer als vor dem Kriege[*)]. Die kapitalistischen Mächte Westeuropas haben teils bewußt, teils unbewußt alles getan, um den Bürgerkrieg auszunutzen und uns in wirtschaftlicher Hinsicht zurückzuwerfen. Dieser Ausgang des imperialistischen Krieges hatte für sie erhebliche Vorteile: wenn wir nicht imstande sind, die revolutionäre Ordnung in Rußland zu zerstören, so wollen wir doch wenigstens seine Entwicklung zum Sozialismus hin aufhalten! So ungefähr dachten sie, und von ihrem Standpunkt aus konnten sie gar nicht anders denken. Im ganzen haben sie eine halbe Lösung des Problems zustandegebracht. Die durch die Revolution geschaffene Ordnung konnten sie nicht umstürzen, aber sie hinderten uns daran, den Schritt vorwärts zu tun, der die Voraussagungen der Sozialisten gerechtfertigt hätte, der uns die Gelegenheit gegeben hätte, mit der größten Schnelligkeit die Produktion zu entwickeln und all die Kräfte zum Leben zu erwecken, die imstande sind, am Aufbau des Sozialismus mitzuwirken, den offenkundigen Beweis zu erbringen, welche Riesenkräfte im Sozialismus verborgen sind, und daß die Menschheit jetzt in ein neues Stadium der Entwicklung getreten ist, deren glänzende Möglichkeiten ungeheuer groß sind.

Es hat sich jetzt ein solches System internationaler Beziehungen herausgebildet, daß in Europa ein Staat von den anderen Unterdrückungsstaaten unterjocht ist, nämlich Deutschland. Eine Reihe anderer Staaten, und zwar die ältesten Staaten des Westens, sind durch den Sieg in eine Lage versetzt, wo sie diesen Sieg benutzen können, um ihren unterdrückten Klassen eine Reihe unwesentlicher Zugeständnisse zu machen, – Zugeständnisse, die immerhin die revolutionäre Bewegung in diesen Ländern hinauszögern und eine Art „sozialen Friedens schaffen.

Gleichzeitig wurde eine ganze Reihe von Ländern – der Osten, Indien, China usw. – gerade infolge des letzten imperialistischen Krieges endgültig aus ihrem Gleise gestoßen. Ihre Entwicklung vollzieht sich endgültig nach dem allgemeinen europäisch-kapitalistischen Maßstab. In diesen Ländern begann die gleiche Gärung wie in ganz Europa. Und es wird jetzt aller Welt klar, daß sie von einer Entwicklung erfaßt sind, die zwangsläufig zu einer Krise des ganzen Weltkapitalismus führen muß.

Wir stehen demnach gegenwärtig vor folgender Frage: Werden wir imstande sein, bei dem Stande unserer bäuerlichen Kleinproduktion und bei unserem Elend, uns solange zu halten, bis die westeuropäischen kapitalistischen Länder ihre Entwicklung zum Sozialismus vollendet haben? Ihre Entwicklung vollzieht sich nicht so, wie wir es früher gedacht haben. Sie vollenden diese Entwicklung nicht durch ein gleichmäßiges „Reifwerden“ des Sozialis-[676]mus in diesen Ländern, sondern auf dem Wege der Ausbeutung der einen Staaten durch die andern, auf dem Wege der Ausbeutung des ersten während des imperialistischen Krieges besiegten Staates, verbunden mit der Ausbeutung des gesamten Ostens. Der Osten andererseits kam endgültig in eine revolutionäre Bewegung hinein, eben infolge dieses ersten imperialistischen Krieges, er ist endgültig in den allgemeinen Strudel der revolutionären Weltbewegung hineingezogen worden.

Welche Taktik ergibt sich für unser Land aus dieser Situation? Offenbar die folgende: Wir müssen die größte Vorsicht walten lassen, um unsere Arbeitermacht aufrechtzuerhalten, um unter ihrer

[*)] Es ist zu beachten daß dies Anfang 1923 geschrieben ist. – Die Red.

Autorität und ihrer Führung die Masse unserer kleinen und kleinsten Bauernschaft zu erhalten. Wir haben den Vorteil, daß die ganze Welt jetzt bereits in eine solche Bewegung eintritt, die die sozialistische Weltrevolution erzeugen muß. Wir haben aber den Nachteil, daß die Imperialisten es verstanden haben, die Welt in zwei feindliche Lager zu spalten, wobei diese Spaltung noch dadurch kompliziert wird, daß es jetzt für Deutschland – ein Land von wirklich fortgeschrittener kapitalistischer Kultur – äußerst schwierig ist, in die Höhe zu kommen. Alle kapitalistischen Mächte des sogenannten Abendlandes rupfen es, lassen es sich nicht erholen. Auf der anderen Seite befindet sich der gesamte Orient mit seinen hunderten Millionen von ausgebeuteten, im größten Elend stehenden Menschen in einer solchen Lage, daß seine physischen und materiellen Kräfte mit den physischen, materiellen, militärischen Kräften irgendeines beliebigen, viel kleineren europäischen Staates sich gar nicht vergleichen lassen.

Können wir einen künftigen Zusammenstoß mit diesen imperialistischen Staaten vermeiden? Haben wir die Hoffnung, daß die inneren Widersprüche, die Konflikte der imperialistischen Staaten des Westens untereinander und mit den gedeihenden ‚imperialistischen Staaten des Ostens uns zum zweitenmal eine Atempause gewähren werden, wie wir es bereits einmal hatten, als der Feldzug der europäischen Gegenrevolution zugunsten der russischen Gegenrevolution gescheitert war infolge der Gegensätze im Lager der Konterrevolutionäre, zwischen den gegenrevolutionären Ausbeutern des Ostens und des Westens, Amerikas und Japans?

Auf diese Frage muß man, scheint es mir, antworten, daß die Entscheidung hier von gar zu vielen Umständen abhängt. Der Ausgang des Kampfes kann nur auf Grund der folgenden allgemeinen Betrachtung vorhergesagt werden, daß nämlich die große Mehrheit der Bevölkerung der Erde durch den Kapitalismus selbst zum Kampf erzogen und getrieben wird.

Der Ausgang des Kampfes hängt letzten Endes davon ab, daß Rußland, Indien, China und die anderen unterdrückten Länder die große Mehrheit der Bevölkerung der Welt darstellen. Im Laufe der letzten Jahre ist diese Mehrheit der Menschheit mit außerordentlicher Entschiedenheit in den Kampf für ihre Befreiung eingetreten. Es besteht nicht der mindeste Zweifel über das Endresultat dieses Weltkampfes. In diesem Sinne ist der Endsieg des Sozialismus absolut und vollkommen gesichert.

Aber nicht die Unvermeidlichkeit des Endsieges des Sozialismus ist es, die uns in diesem Augenblick interessiert. Uns interessiert vielmehr die Taktik, die wir anzuwenden haben, wir, die Kommunistische Partei Rußlands, wir, die Sowjetmacht, um zu verhindern, daß die westeuropäischen gegenrevolutionären Staaten uns vernichten, um unsere Existenz zu sichern bis zu dem nächsten kriegerischen Zusammenstoß zwischen dem konterrevolutionären Westen und dem revolutionär-nationalistischen Osten, zwischen den zivilisiertesten Staaten der Welt und den östlichen rückständigen Staaten, die aber die Mehrheit der Bevölkerung der Erde ausmachen. In der Zwischenzeit muß diese Mehrheit es verstehen, sich zu zivilisieren. Wir haben ebenfalls nicht genug Zivilisation, um unmittelbar zum Sozialismus übergehen zu können, obwohl die politischen Voraussetzungen dafür bei uns vorhanden sind. Daraus ergibt sich die Taktik, die wir einzuhalten und die Politik, die wir zu unserer Selbsterhaltung zu betreiben haben.

[677] Wir müssen uns bemühen, einen Staat aufzubauen, in dem die Arbeiter die Führerschaft über die Bauern, das Vertrauen der Bauern beibehalten und durch größte Sparsamkeit aus ihren gesellschaftlichen Beziehungen jede Spur irgendwelchen überflüssigen Aufwandes ausmerzen.

Wir müssen unsern Staatsapparat so sparsam wie möglich gestalten. Wir müssen aus ihm alle ererbten Ueberbleibsel des zaristischen Rußland, des bürokratisch-kapitalistischen Apparates ausmerzen.

Wird das aber nicht ein Reich der bäuerlichen Beschränktheit sein?

Nein. Wenn die Arbeiterklasse ihre Führerschaft über das Bauerntum beibehält, werden wir die Möglichkeit bekommen, durch allergrößtes Sparen in der Wirtschaftsführung des Staates zu erreichen, daß jede noch so kleine Ersparnis reserviert wird für die Entwicklung unserer maschinellen Großindustrie, für die Entwicklung der Elektrifizierung, des Hydrotorf, für den Bau des Wolchowstroi usw.

Darin und nur darin allein liegt unsere Hoffnung. Erst dann werden wir imstande sein, um es bildlich auszudrücken, von dem einen Pferd auf das andere umzusatteln: nämlich, vom heruntergekommenen Bauerngaul, von dem Gaul der Einschränkungen, die ein verarmtes Bauernland erforderlich macht, auf das Pferd, nach welchem das Proletariat trachtet und trachten muß, auf das Roß der maschinellen Großindustrie, der Elektrifizierung, des Wolchowstroi usw.

Indem wir unseren Staatsapparat von überflüssigen Elementen befreien, indem wir all das ausschalten, was nicht absolut notwendig ist, werden wir imstande sein, uns zu behaupten, nicht etwa als Land kleiner bäuerlicher Unternehmungen. als Land der bäuerlichen Beschränktheit, sondern als ein Land, das unwiderstehlich zur maschinellen Großindustrie vorwärtsschreitet.

*

Marx und die Bolschewiki

Ein unveröffentlichter Artikel Franz Mehrings

V o r b e m e r k u n g.

Die Machtergreifung im Oktober 1917 durch die Bolschewiki rief in Deutschland den ganzen Schwarm menschewistischer Literaten auf den Plan, die in gelehrten Artikeln mit Marx-Zitaten und wütenden Schimpfepisteln ohne Zitate zu beweisen versuchten, daß die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats 1. eine Ungehörigkeit gegenüber der Geschichte sei, da Rußland erst für eine bürgerliche Revolution „reif sei; 2. dem Marxismus widerspreche, der den Sozialismus nur auf dem Wege der Demokratie erreichen wolle; 3. einen aus Tragik und Unvernunft gemischten Irrsinn beweise, da die proletarische Diktatur in Rußland in kürzester Frist zusammenbrechen müsse. In zahlreichen Artikeln, die in der „Leipziger Volkszeitung“ und in der von Breitscheid und Frau Toni herausgegebenen „Sozialistischen Auslandspolitik“ erschienen, nahmen S t e i n, S t r ö b e l, K a u t s k y u. a. Stellung gegen die Machtergreifung durch das Proletariat und gegen die bolschewistische Partei.

Gegen diese Auffassung und die Kritik, die der russischen Revolution heimtückisch in den Rücken fiel, nahmen die führenden Genossen der Spartakusgruppe den Kampf auf. Besonders F r a n z M e h r i n g stellte seine scharfe Klinge in diesem letzten Abschnitt seines Kämpferlebens in den Dienst der Verteidigung der Diktatur des Proletariats und der Partei der Bolschewiki

Neben den illegal erscheinenden Spartakusbriefen war das einzige öffentlich erscheinende Organ, das vom Boden der Spartakusgruppe aus diesen Kampf führte, die Wochenzeitung der radikalen Parteiorganisation Württembergs „D e r S o z i a l d e m o k r a t“. Franz Mehring arbeitete vom Herbst [678] 1917 an regelmäßig an dem Blatte mit, soweit er nicht durch Krankheit daran verhindert war. Der „Sozialdemokrat“ erschien unter strenger Vorzensur, das bedeutete, daß Ton und Form der Artikel sich dieser Tatsache anpassen mußten. Trotzdem fielen gerade die besten Artikel häufig der Zensur zum Opfer. Auch der anschließend zum Abdruck kommende Artikel Franz Mehrings, geschrieben im Herbst 1918, wurde vom Zensor gestrichen. E r w i r d h i e r z u m e r s t e n m a l v e r ö f f e n t l i c h t.

Das handschriftliche Manuskript des Artikels legt Zeugnis ab davon, wie Mehring trotz schwerer Krankheit, die ihn zum Aufenthalt im Sanatorium zwang, gegenüber den zentristischen Verfälschern des Marxismus seine letzten Kräfte aufbot; seine reichen Kenntnisse, den ungebeugten Kampfwillen, die Waffe der Kritik, von der er wußte, daß sie zur Kritik der Waffen werden mußte, in den Dienst der Revolution stellte.

Zum Verständnis des Artikels sei noch bemerkt, daß Breitscheid damals als technischer Angestellter in die Botschaft der Sowjetunion in Berlin eingetreten war, eine Tatsache, die seinen heutigen Parteifreund P a u l L e v i bewog, in der schärfsten Form diese merkwürdige persönliche Haltung eines Mannes anzuprangern, dessen Korrespondenz zur Schuttabladestelle aller Angriffe auf die Bolschewiki geworden war. Auch Mehring nimmt auf eine gewisse Wandlung der Haltung Breitscheids nach diesem Ereignis Bezug. Es war nicht die letzte. Andere Zeiten – andere Lieder!

Franz Mehrings Artikel ist ein weiterer Beweis dafür, daß die Spartakusgruppe die Erbin der revolutionären Lehren des Marxismus in Deutschland war, und daß sie in einer der entscheidenden Fragen

der revolutionären Taktik: die Stellung zur Diktatur des Proletariats und zum revolutionären Terrorismus Schulter an Schulter mit der bolschewistischen Partei und ihrem Führer Lenin kämpfte.

*

Marx und die Bolschewiki

Von Franz Mehring.

In der Abwehr, die der Parteivorstand der USP dem Briefe entgegensetzte, den ich vor einigen Monaten in der „Prawda veröffentlichte, war gesagt worden, daß die ganze USP die russische Revolution bewundere, wenn auch einige Sonderlinge, wie Kautsky und A. Stein, denen die Freiheit der Rede nicht verkümmert werden dürfe, gegen die Bolschewiki eiferten. Diese „Abwehr stimmt zwar nicht mit den Tatsachen, aber ich lasse sie um so lieber gelten, als die „Sozialistische Auslandspolitik", ein anerkanntes Organ der USP, von ihrer Bolschewikifresserei sich bekehrt und ihr Redakteur Breitscheid dermaßen – selbst ohne Einschreiten eines biblischen Wunders – aus einem Saulus zu einem Paulus geworden ist, daß er mit „Gefühl und Erkenntnis" für die Bolschewiki kämpft, wie die Löwin für ihr Junges.

Dieser Gelenkigkeit im Umlernen ist nun aber Karl Kautsky unfähig, und er nimmt in der „Sozialistischen Auslandspolitik" den Kampf gegen die Politik der Bolschewiki wieder auf. In diesem Vergnügen wollen wir ihn auch nicht stören, erstens aus Rührung und zweitens, weil wir es nicht lieben, mit dem Kopf gegen die Wand zu rennen. Wen sollte das Schauspiel nicht bewegen, während der riesige Hektor auf flüchtigen Sohlen ins Lager der Feinde eilt, den Vater Anchises auf den Wellen des verlassenen Troja erscheinen zu sehen, mit Schwert und Schild gerüstet zum Kampf auf Leben und Tod. Und dann wäre auch jede Vermittlung und Verwischung unmöglich zwischen dem Bolschewismus – und jenem „Kautskysmus", den Lenin schon vor drei Jahren mit den Worten gekennzeichnet hat: „Die Arbeiterklasse kann ihre welthistorische Mission nicht erfüllen, ohne rücksichtslosen Kampf mit diesem Renegatentum, mit dieser Charakterlosigkeit, mit dieser Lakaienhaftigkeit gegenüber dem Opportunismus, mit dieser unerhörten Besudelung des Marxismus. Der Kautskysmus ist kein Inhalt, sondern ein soziales Produkt der Gegensätze, die in der II. Internationale bestanden, der Annahme des Marxismus in den Worten, und der Botmäßigkeit gegenüber dem Opportunismus in den Taten. Wir bedauern lebhaft, daß Lenin so [679] sehr scharfe Worte gebraucht hat, aber da er genügend Grund dazu hat, müssen wir uns mit seiner Wortart abfinden.

Also in den Streit Kautskys mit den Bolschewiki wollen wir uns gar nicht mischen. Aber Kautsky sucht diesen Streit auf deutschen Boden hinüberzuspielen, indem er behauptet, in Deutschland sei unter der Diktatur des Proletariats nie die terroristische Methode der Bolschewiki, sondern die Demokratie verstanden worden, deren wesentlichstes Kennzeichen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht sei. Diese Behauptung hat etwas Atembeklemmendes. – Sie übertrifft an Tiefsinn noch Onkel Bräsigs Behauptung, daß die Armut von der puren Powerteh herrühre. Aber sie spiegelt den „Kautskysmus" wider wie er leibt und lebt.

Wir wollen ihm gern zugute halten, daß er nicht ganz ins Blaue hineinredet. In der Zeit, wo er selbst blühte, war die Meinung in der Partei mannigfaltig vertreten, daß, wenn sie alle fünf Jahre ein paar hunderttausend Wahlstimmen mehr eroberte, wir eines schönen Tages ganz automatisch im Hafen der sozialistischen Gesellschaft landen würden. Es war die Zeit, wo selbst ein Mann, wie Bebel, den gänzlichen Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft erst für das Jahr 1893, dann für das Jahr 1899 ankündigte und, als das Rechnen mit genannten Zahlen unbequem wurde, einem Parteitag versicherte, wenige seiner Mitglieder würden den Tag nicht mehr erleben, wo das tote Banner siegreich über dem Erdkreis schwebe. Allerdings zeigte das allgemeine Wahlrecht auch damals seine Mucken, so in den Jahren 1887 und 1907, indessen, diese „Scharten" wurden immer „glänzend" ausgewetzt. Am „glänzendsten" im Jahre 1912, wo die Partei sich schon so sehr als Verwalter des Schlachtfeldes ansah, daß sie einem elenden Erpresserkniff derselben Freisinnigen, die sie seit Jahrzehnten bei allen Wahlen schmählich verraten hatten, ein bis zwei Dutzend Mandate opferte, natürlich unter dem Segen des „Kautskysmus". Mit diesem genialen Streich wurde der gegenwärtige Reichstag aus der Taufe gehoben, an dem von der „Diktatur des Proletariats" etwas zu entdecken, selbst für Kautsky manche Schwierigkeiten haben würde.

Zugleich Opfer und Ursache dieser krankhaften Erscheinungen, vermag sich Kautsky von ihnen nicht loszulösen und ist sehr empört über die Genossin Zetkin, die an dem Festhalten solcher Illusionen sehr mit Recht eine Sache von politischen Kindern sieht. Wenn er aber die Genossin Zetkin damit zu verhöhnen sucht, daß sie die Grundsätze der Demokratie ablehne, wo sie ihr unbequem würden, so übersieht er die Kleinigkeit, daß er mit diesem abgeschmackten Schlagwort nur einen uralten Philisterstrumpf wiederholt.

Die „Diktatur des Proletariats“ ist ein Gedanke und ein Wort, der von Karl Marx herrührt und schon durch die Wahl der Ausdrücke bezeichnet, daß es sich dabei nicht um ewige Prinzipien, sondern um einen vorübergehenden Zustand handelt, nämlich um das Uebergangsstadium der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft, wo das Proletariat bereits die politische Macht erobert hat, aber zunächst die Trümmer der alten Gesellschaft beseitigen muß, um Bahn für die neue Gesellschaft zu schaffen. Daß in diesem Stadium nicht diejenige Demokratie, deren unveräußerliches Kennzeichnen das allgemeine Wahlrecht sein soll, das große Wort führen darf, sondern allein die Interessen des Proletariats entscheiden dürfen, liegt in der Natur der Sache. Marx selber hat darüber nicht die geringsten Zweifel gelassen. Er hat ja nur einmal das Glück gehabt, in einer revolutionären Bewegung mitzutun, aber man schlage die 300 Nummern der „Neuen Rheinischen Zeitung“ nach, und man wird vergebens nach einer Spur der abstrusen Idee suchen, die „Diktatur des Proletariats“ sei das allgemeine Stimmrecht. Im Gegenteil! Gerade die damaligen Produkte des allgemeinen Stimmrechts, die Versammlungen in Frankfurt und Berlin, überschüttete Marx mit der grausamsten Kritik, und erklärte es für ein Recht der revolutionären Volksmasse, diese biederen Volksvertreter zu terrorisieren. Wäre Marx damals zum Siege gelangt, und ihm wäre der Vorschlag entgegengetreten, nunmehr die „Diktatur der Proletariats“ durch neue Wahlen auf Grund des allge-[680]meinen Stimmrechts ins Leben zu rufen, so würde Marx diesen tiefen Denker der Obhut einer geschlossenen Anstalt, wenn auch gewiß keines Gefängnisses, überwiesen haben. Er selbst wurde nicht müde zu wiederholen, daß er für den Fall seines Sieges nur ein Mittel im Auge habe: „Die mörderischen Todeswehen der alten Gesellschaft, die blutigen Geburtswehen der neuen Gesellschaft abzukürzen, zu vereinfachen, zu konzentrieren, den revolutionären Terrorismus.“ Vertrieben aus Köln, richtete Marx das letzte Wort an seine Gegner, die ihre Brutalität gesetzlich zu verkleiden suchten: „Wenn die Reihe an uns kommt, werden wir den Terrorismus nicht beschönigen.“

*

Die internationale Bedeutung der russischen Agrarrevolution

Von Rudolf Gerber.

I.

Die erste große und grundlegende Lehre der russischen Agrarrevolution ist die, daß heute, in der Periode des Imperialismus und der proletarischen Revolution, die Aufgaben, die von der bürgerlichen Revolution ungelöst zurückgelassen wurden, nur von der proletarischen erledigt werden können, daß die Beseitigung der Ueberreste des Feudalismus in der Landwirtschaft nur möglich ist im Rahmen und im Zusammenhange des proletarischen Befreiungskampfes.

Engels hat einmal gesagt, daß die Bourgeoisie, je weiter nach Osten man in Europa gehe, um so jämmerlicher würde. Lenin hat darauf verwiesen, daß das nicht an irgendwelchen menschlichen Charaktereigenschaften der ostpreußischen Bourgeoisie liege, sondern an ihrer Schwäche: zur Zeit der bürgerlichen Revolution war Preußen wirtschaftlich weniger entwickelt als Frankreich, Rußland weniger als Preußen. Je geringer die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, desto geringer die Kraft der Bourgeoisie im Verhältnis zu dem an der feudalen Ausbeutung interessierten Adel, desto später begann die bürgerliche Revolution. Und je später die bürgerliche Revolution begann, desto größer war auch schon die Angst der Bourgeoisie vor ihrer eigenen Courage, weil zumindest seit der Pariser Junischlacht von 1848 hinter jeder revolutionären Bewegung drohend das Gespenst der proletarischen Revolution stand. Je später die bürgerliche Revolution in einem Lande zustande kam, desto mehr war die Bourgeoisie gezwungen, mit den Mächten des Bestehenden ein Kompromiß zu

schließen, – und je schwächer entwickelt die Bourgeoisie. desto schwächer fiel das Kompromiß aus, desto mehr blieb vom Feudalismus bestehen und wurde nur in eine neue, „bürgerliche“ Form gegossen, die dann nicht nur vom Adel, sondern auch von der Bourgeoisie verteidigt wurde, die sehr wohl verstand, daß in der Periode der proletarischen Revolution jeder Angriff gegen eine F o r m des Eigentums zugleich auch ein Angriff gegen das Eigentum a l s s o l c h e s war.

Je mehr die bürgerliche Revolution an ungelösten Aufgaben zurückließ, ein desto größeres Kräftereservoir stellte sie aber auch der proletarischen zur Verfügung. In F r a n k r e i c h konnte die große Revolution von 1791 noch gründlich mit allen Feudalresten aufräumen: der Junker wurde entschädigungslos expropriiert, der Bauer erhielt das Land, das er bisher unter schweren Zinslasten und Frondiensten bearbeitet hatte, zur freien Verfügung und setzte sich auf revolutionärem Wege in den Besitz der nötigen Produktionsmittel aus dem Herrenhof. Aber damit war der französische Bauer auch zunächst befriedigt – s e i n e soziale Frage war gelöst, er wurde zum Eigentumsfanatiker zur festesten Stütze der bestehenden Gesellschaftsordnung und lieferte die Bataillone, die im Jahre 1848 und 1871 die proletarischen Erhebungen in Paris zertraten, Erst seit dem Weltkrieg hat sich auf neuer Grundlage ein Gegen-[681]satz zwischen der französischen Kleinbauernschaft und dem sie indirekt ausbeutenden Finanzkapital entwickelt, der der proletarischen Bewegung einen gewissen Rückhalt auf dem Lande verschafft.

In P r e u ß e n begann die Revision der feudalen Produktionsverhältnisse mit der sogenannten Stein-Hardenbergschen Reform von 1808–1810, also unter dem unmittelbaren Druck der französischen Revolution, die den Bauern Westdeutschlands ihre Errungenschaften gebracht hatte und den altpreußischen Staat mit der Vernichtung bedrohte. Als nach der Niederlage Napoleons dieser Druck verschwand, wurde die Agrarreform auch sogleich im Sinne der Junker revidiert: nach der endgültigen Formulierung von 1818 bestand die „Befreiung“ der Bauern darin, daß die größeren und mittleren Bauern gegen Verzicht auf etwa ein Drittel ihres Bodens die freie Verfügung über den Rest ihres Landes erhielten, während die kleineren, „nicht spannfähigen“ Bauern ihre persönliche „Freiheit“ mit dem Verzicht auf das ganze von ihnen bisher bebaute Land bezahlen mußten. Die „Freiheit“ bestand also darin, daß sie nun als landlose Proletarier das Land bearbeiten durften, das die Gutsherren den Bauern gestohlen hatten. Die „preußische“ Lösung der Agrarfrage bestand darin, daß die Bauernschaft in sich geschieden, die große Mehrheit der Bauern in Proletarier verwandelt wurde, während die Junker alle ihre Vorrechte behielten – noch heute bestehen ja im größten Teile Preußens die Gutsbezirke“ also die altfeudale Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten durch den „gnädigen Herrn“. 1848 hat sich die deutsche Bourgeoisie, zitternd vor der Möglichkeit einer „roten Revolution“, wohl gehütet, den Junkern ins Gehege zu kommen: die Expropriierung der Bauern wurde bestätigt, die alten, unbrauchbar gewordenen Feudalrechte der Junker in neue, kursfähige kapitalistische Ausbeutungsverhältnisse verwandelt. Freilich hat die deutsche Bourgeoisie diesen Verrat an ihren geschichtlichen Aufgaben bezahlen müssen: statt der zunächst befriedigten, zu „Schützern von Eigentum, Familie und Vaterland“ gewordenen französischen und westdeutschen Bauern erhielt sie das nach Millionen zählende ostelbische Landproletariat, das in den Jahren nach 1918 zuerst drohend sein Haupt erhoben hat, das zeitweise schlummern mag, das aber einmal den Junkern und ihren Freunden den Hals abdrehen wird.

Erst 1861 vollzog sich in R u ß l a n d die „Aufhebung“ der Leibeigenschaft. Keine revolutionäre Bewegung im Lande oder in seiner unmittelbaren Nachbarschaft erzwang diesen Schritt – die entstehende Industriebourgeoisie, die unter der Enge des inneren Marktes litt, wollte die feudalen Bande lösen, um auf diesem Wege die wirtschaftliche Entwicklung des Dorfes und seine Aufnahmefähigkeit für Industrieprodukte zu fördern. Aber sie war noch schwach, mußte sich mit den herrschenden Großgrundbesitzern auf d e r Grundlage verständigen, die diesen paßte – und danach sah die „Bauernbefreiung“ Alexanders II. aus. Für das Land, das sie von jeher bearbeitet hatten, mußten die Bauern insgesamt 867 Millionen Rubel bezahlen, zudem erhielten die Junker das Recht, „Abschnitte“ zu machen, d. h. einen Teil des Bauernlandes zurückzubehalten (in manchen Landesteilen bis zu 30 Prozent des Bauernlandes). Natürlich nahmen sich die Junker das beste Land und suchten sich noch solche Streifen aus, die für die Bauernwirtschaften unentbehrlich waren, trennten die Bauernhöfe von

den Weidestellen, zerschnitten das den Bauern verbliebene Land usw. Da die Bauern das Land brauchten, mußten sie es bei den Junkern zurück„pachten“, und die setzten die „Pacht“ so fest, daß sie den ganzen Arbeitsertrag des Bauern verschlang. Oder aber, was – besonders wenn die landwirtschaftliche Konjunktur gut war – noch häufiger vorkam, ließen sich die Junker auf keine Geldpacht ein und verlangten die Bezahlung der Pacht in „Abarbeit“ auf dem junkerlichen Gut, so daß es zu den angeblich aufgehobenen Frondiensten kam. Aus diesen unerträglichen Verhältnissen in die Städte zu fliehen, war dem Bauern auch nach der „Reform“ von 1861 verwehrt: um das Dorf zu verlassen, bedurfte er zwar nicht mehr der Zustimmung des Gutsherrn, aber der der Dorfgemeinde. Und die wurde ihm meist verweigert, weil die vom ganzen Dorf aufzubringende Steuerlast fest bestimmt war und jede Abwanderung eines Teils der Bauern eine, größere Belastung der im Dorf Verbleibenden bedeutete. Die „Bauernbefreiung“ von 1861 gab [682] also der russischen Leibeigenschaft nur einen neuen Namen, verschärfte sogar die Ausbeutung der Bauern, die nun dem „Bann“ doppelten Zins: einmal als „Entschädigung“ für die Aufhebung der Frondienste und einmal als „Pacht“ für das abgeschnittene Land zu zahlen hatten. Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß die zaristische Regierung das „Befreiungsdekret“ erst verkündete, nachdem die nötigen militärischen Vorbereitungen gegen die vom Zaren erwarteten – und in gewissem Umfange auch eingetretenen – „Dankbarkeitsausbrüche“ der Bauern getroffen waren.

In der Folge hat sich die „Befreiung“ von 1861 immer mehr in einer fortschreitenden Verelendung und Proletarisierung der russischen Bauern ausgewirkt. Das Sinken der Weltmarktspreise für Getreide in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts hatte die Folge, daß zur Aufbringung der festgesetzten „Entschädigungen“ die Bauern oft mehr Getreide benötigten, als sie ernteten. Sie gerieten in Schulden, die Zahl der Arbeitspferde sank rapid (in einzelner) Gouvernements in zehn Jahren um 20 Prozent), Massen wurden proletarisiert, ohne von der städtischen Industrie aufgenommen werden zu können. Auf dieser Grundlage entwickelte sich der Dorfwucherer, der „Kulak“ (russisch: die Faust), der die Not der ärmeren Bauern ausnutzte, um ihr Land an sich zu bringen, der sich dauernd bereicherte und seinen Reichtum dazu benutzte, die Agrarfrage auf eigene Faust zu lösen, das „abgeschnittene“ Land dem Junker für teures Geld abzukaufen. Riesige Hungersnöte rafften Millionen hin – einige Hunderttausende bereicherten sich, aber im ganzen wuchs der Haß des ganzen Dorfes gegen die junkerlichen Räuber.

Das war die Lage, die die Revolution von 1905 vorfand. So sehr die russische Industrie unter der durch die Verarmung der Bauernmassen bedingten Schwäche des inneren Marktes litt – die Bourgeoisie wagte es nicht. die revolutionäre Bewegung zu einer bürgerlichen Lösung der Agrarfrage zu benutzen, Denn die Schlachten der Revolution wurden auf den Barrikaden der Städte geschlagen von revolutionären Proletariern, hinter dem Sturz der Selbstherrschaft des Zaren und seiner Junker stand das rote Gespenst. Und so war das Geld der Bourgeoisie bei den Kanonen der Junker: noch war die Bauernschaft nicht weit genug, sich gemeinsam mit den Arbeitern zu erheben; als im Jahre 1906 die Welle der Bauernrevolten über Rußland ging, waren in Petersburg und Moskau die Vortruppen der Arbeiterklasse schon geschlagen. Der weiße Terror siegte, mordete Arbeiter und Bauern. Und die Bourgeoisie verständigte sich mit den Junkern; gemeinsam schufen Sie die *Stolypinsche Agrarreform* von 1909, die den Kulaken das Aufkaufen von Junkerland und damit den Weg zu einer kleinkapitalistischen Existenz erleichterte, die breiten Massen der Bauern aber immer tiefer ins Elend stieß.

Am 7. November des Jahres 1917 siegte der bolschewistische Aufstand unter der Parole: „Brot, Land und Frieden“. Die Arbeiterklasse, die sich von der menschewistischen Koalitionspolitik freigemacht hatte und die Bourgeoisie niederwarf, verwirklichte in einigen Tagen, womit die Koalitionsregierung in sieben Monaten nicht fertig geworden war: sie gab den Bauernmassen den Frieden, nach dem sie schrieen, und gab ihnen das Land, auf das sie solange vergeblich gewartet hatten, bis sie endlich daran gingen, es sich selbst in nehmen. Die bolschewistische Revolution hatte das Agrarprogramm der Sozialrevolutionäre, jener kleinbürgerlichen Partei, zu der die Bauern damals Vertrauen hatten, aufgenommen: sechs Stunden nach der Machtergreifung war das Dekret, das in der Schublade der sozialrevolutionären Koalitionsminister wochenlang gelegen hatte, vom Sowjetkongreß erlassen. Der Grund und Boden war nationalisiert und der Bauernschaft zur Verfügung übergeben.

Durch das Riesenreich brauste die Welle der Agrarrevolution. Die Bauern nahmen den Herren Land und Leben, sie nahmen das Inventar. daß sie zur Bearbeitung des Landes benötigten. Und damit die Herren nie mehr wiederkehren könnten, gingen die Gutshöfe zu Tausenden in Flammen auf. Und auf dem Rücken dieser Massenbewegung, durch sie gedeckt gegen konterrevolutionäre Restaurationsversuche, übernahm im ganzen Lande die Arbeiterklasse die Macht, schuf die Sowjets, sozialisierte die Fabriken, baute ihren proletarischen Staat. In der ganzen Welt jammerten und klagten die [683] Sozialverräter über den „Verrat am Sozialismus“, den die Bolschewisten angeblich begingen, indem sie den Weg des Sozialismus betraten, die Macht eroberten unter den gegebenen Bedingungen, und dafür jenen Preis zahlten, der unter den gegebenen Bedingungen gezahlt werden mußte: niedergebrannte Gutshöfe, aufgeteilte Großbetriebe und den Frieden von Brest-Litowsk, der durch die Stimmung der Bauernmassen unvermeidlich wurde.

Aber die russische Revolution ging ihren Weg. Sie kämpfte um die Bauernschaft, sie kämpfte mit der Bauernschaft. Im November hatte sie. gestützt auf Friedenswillen und Landhunger fast aller Schichten des Dorfes, die Macht übernommen; einige Monate später befand sie sich im offenen Krieg mit den rechten Sozialrevolutionären, die die Interessen der Dorfbourgeoisie vertraten und sich um die Konstituante in Samara sammelten. Und noch einige Monate später rebellierten die linken Sozialrevolutionäre unter halbanarchistischen Parolen: breite Schichten auch der Mittelbauern hatten von der Revolution genug, sobald sie ihr Land bekommen hatten – sie wollten keine Requisitionen für die Städte und für die Rote Armee dulden, sie schrieen nach der „freien Wirtschaft“. Allein standen die Kommunisten in dem Riesenlande. dessen Bevölkerung zu 80 Prozent aus Bauern besteht, fast ohne organisatorische Stützpunkte auf dem Dorfe. Sie setzten den Kampf fort, kämpften um das Dorf – wenn es sein mußte, mit den Waffen. Die Komitees der Dorfarmut entstanden, vollendeten die Agrarrevolution, die vor einem Jahre begonnen war, indem sie nun, nach dem Junkerlande, auch das Land der Kulaken aufteilten. Und damit erhielt die Sowjetmacht neue Stützpunkte auf dem Dorfe: ein schweres Jahr lang rollte der Bürgerkrieg über das Land, schwankten die breiten Massen der Mittelbauern zwischen Sowjetmacht und Konterrevolution. Die weißen Heere Koltschaks und Denikins gaben ihnen den letzten Anschauungsunterricht, als es den breiten Bauernmassen klar wurde, daß der Sturz der Sowjets die Rückkehr der Junker bedeutete, da traten dieselben Bauern, die vor eineinhalb Jahren den elenden Frieden von Brest-Litowsk erzwungen hatten, zu Millionen in die Rote Armee und sicherten trotz allem Schweren, was kam, trotz der Hungersnot von 1921, trotz der kapitalistischen Umzingelung der Sowjetmacht den Sieg über alle inneren Feinde und die Möglichkeit des Ueberganges zur friedlichen Aufbauarbeit.

Lenin hat im Jahre 1905, als er dem russischen Proletariat zunächst nur die Aufgabe der Vollendung der bürgerlichen Revolution wies, davon gesprochen, daß es für die russische Landwirtschaft zwei mögliche Entwicklungswege gebe: den „preußischen“ und den „amerikanischen“. Der erste bedeute die Liquidierung der Feudalverhältnisse durch Verwandlung der Bauern in landlose Proletarier – der zweite durch entschädigungslose Beseitigung der Herrenrechte und durch Befreiung der Bauernwirtschaften von dem Druck, der auf ihnen lastete. Der „preußische Weg“ war, wie wir sahen, seit 1848 der Weg aller bürgerlichen Versuche zur Lösung der Agrarfrage, auch der Stolypinschen Agrarreform, die das letzte Wort der russischen Bourgeoisie nach 1905 darstellte. Der „amerikanische“ Weg war 1791 von der französischen Bourgeoisie betreten worden, als sie noch keine proletarische Revolution zu fürchten hatte – seither hat keine Bourgeoisie es gewagt, an ihn zu denken. Nur die unter dem unmittelbaren Druck der russischen Revolution durchgeführte Agrarrevolution in Estland und Lettland (die aber ebenfalls die Großherrschaft begünstigte) kann in diesem Zusammenhange genannt werden, aber selbst die größte bürgerliche Agrarreform der Nachkriegszeit, die rumänische, die unter dem unmittelbaren Druck der russischen Revolution stand, hat den Bauern zwar (für ziemlich hohes Entgelt) Land gegeben, aber nicht die notwendigen Produktionsmittel, und hat auf diese Weise praktisch nur die Lage einer schmalen Dorfbourgeoisie, die schon vorher über die nötigen Betriebsmittel verfügte, verbessert – die breiten Bauernmassen nur tiefer an ihr Elend gebunden. In der Periode der proletarischen Revolution wagt die Bourgeoisie keinen ernsten Eingriff in irgendeine Form des Eigentums – sie sticht alle reaktionären Kräfte zur Erhaltung des Bestehenden zu sammeln, und

nur das revolutionäre Proletariat ist imstande, mit der Herr-[684]schaft der Bourgeoisie auch die Reste des Feudalismus zu liquidieren.

Aber der „amerikanische“ Weg der Liquidierung der Feudalreste kann zweierlei bedeuten: unter den amerikanischen oder französischen Verhältnissen, bei gleichzeitiger politischer Herrschaft der Bourgeoisie, bei Beherrschung der Großindustrie, des Kreditwesens, des Handels durch die Kapitalistenklasse bedeutet die Befreiung der Bauernwirtschaften vom feudalen Druck freie Bahn für die kapitalistische Entwicklung auch auf dem Dorfe – unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats, bei Beherrschung der ausschlaggebenden wirtschaftlichen Machtpositionen durch die proletarische Staatsgewalt bedeutet die Bauernbefreiung die Voraussetzung für den allmählichen, schrittweisen Uebergang der breiten Bauernmassen auf genossenschaftlichem Wege zu sozialistischen Wirtschaftsformen, die Voraussetzung für die Niederkämpfung der Dorfbourgeoisie und die Ueberwindung der kapitalistischen Elemente in der Landwirtschaft. Die niedergebrannten Gutshöfe, die dem russischen Proletariat die politische Macht gaben, haben dem genossenschaftlichen Traktor den Weg bereitet – und indem das russische Proletariat die ihm von der bürgerlichen Revolution überlassene Aufgabe der Bauernbefreiung verwirklichte, hat es die Voraussetzungen für die Sozialisierung der Landwirtschaft geschaffen.

II.

Die russische Agrarrevolution hat bewiesen, daß nur unter Führung des revolutionären Proletariats die Liquidierung der feudalen Reste möglich ist – und sie hat damit zugleich auch die Möglichkeit und Notwendigkeit des revolutionären Kampfbündnisses zwischen Stadt und Land bewiesen. Nur im Bunde mit breiten Bauernmassen konnte das russische Proletariat die Macht erobern, – solange dieses Bündnis nicht fest verankert war, stand seine Macht auf schwachen Füßen, und erst mit der endgültigen Liquidierung der Schwankungen der Mittelbauernschaft war die Sowjetmacht unüberwindlich geworden. Und auf der anderen Seite haben die Erfahrungen vor allem Bulgariens gezeigt, daß jeder Versuch bäuerlicher Parteien, für sich allein und ohne Führung des Proletariats die Macht zu erobern, dem Untergange geweiht ist: die über breite Flächen zerstreute, der Natur ihres Produktionsprozesses nach isolierte und zu kollektivem Handeln schwer bewegliche, dabei unter kapitalistischen Verhältnissen noch kulturell rückständige Bauernschaft ist nicht in der Lage, die politische Macht zu erobern und zu behaupten. Irgendeine bürgerliche Clique setzt sich mit raschem Handstreich in den Besitz der ausschlaggebenden Knotenpunkte – und die „Bauernherrschaft“ ist zu Ende. Oder aber es gelingt irgendwelchen bürgerlichen Politikern, die Bauernmassen an der Nase zu führen – und dann regieren sie im Namen der Bauernschaft gegen die Bauern. Für die erste Möglichkeit gibt der Sturz der bulgarischen Stambulijsky-Regierung ein gutes Beispiel, für die zweite die Entwicklung der „Bauernparteien“ in den skandinavischen Ländern und teilweise auch in den Randstaaten.

Mehr noch: die russische Revolution hat gezeigt, daß innerhalb des revolutionären Bündnisses von Stadt und Land jedes selbständige Auftreten der Bauernschaft im Gegensatz zum Proletariat, jeder Versuch, eine eigene Bauernpartei der proletarischen gegenüberzustellen, nur zum Sturze der revolutionären Macht und zur Wiederherstellung der Junkerherrschaft führt. Mit Millionen von Opfern haben nicht nur die russischen Arbeiter, sondern auch die russischen Bauern die Existenz „ihrer“ sozialrevolutionären Partei und das Vertrauen, das sie ihr anfangs geschenkt hatten, bezahlen müssen: erst als die Kommunistische Partei als solche die Führung der Bauernbewegung übernahm, gelang es, die Koltschak und Denikin zu vernichten. Nur unter Führung des Proletariats konnten die russischen Bauern ihre Revolution durchführen, und die Bestimmungen der Sowjetverfassung, die die proletarische Führung im Staate festlegen, sind – trotz alles Jammerns der Sozialverräter über die [685] „beschränkte Demokratie“ – nur der Ausdruck der praktischen Erfahrungen der russischen Agrarrevolution und werden in diesem Sinne von den Bauernmassen verstanden. Wer heute auf „die russischen Bauern“ als Träger einer bürgerlichen Restauration hofft und dabei an ihre angebliche Unzufriedenheit mit den politischen Vorrechten der Arbeiter, ihrem stärkeren Wahlrecht usw. appelliert – der vergißt, daß auch das russische Dorf aus den Schicksalen der demokratischen“ Konstituante von Samara, die sich kampflos dem Koltschak in die Hand gab, gelernt hat und für diese Demokratie dankt.

Diese Lehren der russischen Revolution: die Notwendigkeit des revolutionären Kampbündnisses zwischen Stadt und Land und die Notwendigkeit der proletarischen Führung innerhalb dieses Bündnisses sind von internationaler Bedeutung. Natürlich ist die Bedeutung dieser Frage um so größer, je mehr unliquidierte Feudalreste in einem Lande bestehen, je größer das spezifische. Gewicht der Bauernmassen in der sozialen Struktur dieses Landes. Am wichtigsten und grundlegendsten ist die Frage dieses Bündnisses zweifellos in China, relativ am unwesentlichsten in England, wo keine Feudalreste und nur wenig nichtkapitalistische Bauernwirtschaften bestehen. Aber von Bedeutung ist das Problem überall – und insbesondere auch in Ländern wie Deutschland, deren Landwirtschaft trotz allgemein hochentwickelter kapitalistischer Verhältnisse zu ausschlaggebenden Teilen in der Hand bäuerlicher Kleinproduzenten liegt. Nur im Bunde mit der Mehrheit der ausschlaggebenden Schichten auch des Dorfes wird die deutsche sozialistische Revolution endgültig siegen.

Bedeutet das, daß die konkreten Formen des Bündnisses und seine unmittelbaren Ergebnisse überall dieselben sein werden, wie in Rußland? Natürlich nicht. In seiner Rede „Ueber die Arbeit auf dem Lande“, gehalten auf dem VIII. Parteitag in der KPR am 23. März 1919, sagt Lenin: „Kein Sozialist in der Welt leugnet, daß die Schaffung des Kommunismus verschiedene Wege einschlagen wird in den Ländern des Großgrundbesitzes und in jenen des Kleinbauerntums.“ Die deutsche sozialistische Revolution wird die modernen kapitalistischen Großbetriebe Nord- und Mitteldeutschlands nicht zerschlagen, sondern sozialisieren, sie wird auch in den übrigen Landesteilen eine solche Zahl von Musterwirtschaften erhalten, die notwendig ist, um den Bauern dieser Gebiete die notwendige Hilfe bei der Entwicklung ihrer Wirtschaft und beim allmählichen Uebergang zum Sozialismus zu gewähren. Aber sie wird selbst diese Frage nicht engherzig vom produktionstechnischen Standpunkt aus betrachten: wird manchmal selbst Opfer an Produktivkraft der Großbetriebe bringen, wenn das notwendig ist, um bäuerliche Wirtschaften, die heute unter dem junkerlichen Drucke leiden, lebensfähig zu machen und damit jene Bauern für die Rätemacht zu gewinnen, ihren späteren freiwilligen Uebergang zum Sozialismus vorzubereiten. Und in allen jenen Gebieten, wo die bäuerliche Betriebsform überwiegt, wird auch das deutsche Proletariat seine nächste agrarpolitische Aufgabe in der Befreiung der klein- und mittelbäuerlichen Wirtschaften von dem auf ihnen lastenden Druck sehen. Die grundlegende Frage revolutionärer Agrarpolitik ist die Gewinnung des Vertrauens der großen Mehrheit der Landarbeiter und Kleinbauern und damit die feste Verankerung der proletarischen Macht – von der Lösung dieser Aufgabe hängt alles andere und auch die Sozialisierung der Landwirtschaft ab.

Kann diese Aufgabe mit einem Schlage gelöst werden, sobald das Proletariat die Macht ergreift? Natürlich nicht:

„Während der langen Periode der Herrschaft der Bourgeoisie unterstützte das Bauerntum ihre Macht, war auf der Seite der Bourgeoisie. Das wird begreiflich, wenn man die ökonomische Macht der Bourgeoisie und die politischen Mittel ihrer Herrschaft berücksichtigt. Wir können nicht darauf rechnen, daß der mittlere Bauer sich sofort zu uns schlägt. Wenn wir aber eine richtige Politik treiben, werden diese Schwankungen nach einiger Zeit aufhören und der Bauer wird zu uns kommen.“

[686] Das sagte Lenin in jener Rede über die Arbeit auf dem Lande – eineinhalb Jahre nach der Machtergreifung, in einem Lande, wo die Feudalreste so groß waren, wo die Revolution den Bauern so viel zu geben hatte wie in keinem zweiten Lande – vielleicht mit Ausnahme Chinas und ähnlicher Länder. Schwankungen der Bauern und aller anderen kleinbürgerlichen Schichten sind in der ersten Periode der Revolution unvermeidlich, man muß sich gegen sie entsprechend schützen, wie es unsere russischen Genossen getan haben – aber man darf in keinem Augenblicke vergessen, „eine richtige Politik zu treiben“, d. h. bei aller unerbittlichen Strenge gegen konterrevolutionäre Aktionen sich bei allen Maßnahmen darauf zu orientieren, daß wir die breiten werktätigen Massen gewinnen müssen und daß wir die Dorfbourgeoisie, die Großbauern, erst dann entscheidend schlagen können, wenn sie im Dorfe isoliert ist. wenn die breiten bäuerlichen Massen hinter uns stehen. Und dann werden wir auch die Früchte einer zähen, weitvoraussehenden Politik ernten, so wie unsere russischen Genossen geerntet haben.

Wir werden das revolutionäre Bündnis zwischen Stadt und Land verwirklichen – wenn auch nach langen, wechselvollen Kämpfen. Die Sozialverräter und insbesondere ihre „linke“ Garnitur werden uns erklären, daß wir Verrat am Sozialismus üben und daß man die Machtergreifung lieber solange bleiben lassen soll, bis uns die gebratenen Tauben in den Mund fliegen und die kapitalistischen Großbetriebe durch irgendein Wunder sozialistisch werden. Aber wir werden unseren Weg gehen. Die russische Revolution hat uns gezeigt, daß man sogar in einem derartig rückständigen Lande, mit derart überwiegender Bauernbevölkerung und so schwachem Industrieproletariat, wie Rußland es ist, innerhalb des Bündnisses von Stadt und Land die proletarische Führung durchsetzen kann. In Deutschland mit seiner mächtigen Industrie, seiner kulturell hoch über der russischen stehenden Landbevölkerung, seiner technisch weit höher entwickelten Landwirtschaft werden wir auf die anfängliche Hilfe selbst großbäuerlicher Elemente, die der russischen Revolution in ihrem Kampfe gegen die Feudalreste zu Hilfe kamen, verzichten müssen – aber wir werden dafür die aktivere und verständnisvollere Unterstützung der proletarischen und kleinbürgerlichen Massen des Dorfes eintauschen. Sie werden vielleicht nicht in dem Maße, als es die russischen Bauern getan haben, unsere Schlachten schlagen – aber wir werden das mit unserem mächtigen Proletariat auch nicht so notwendig haben. Wir werden rascher und besser, als es den russischen Genossen gelingen konnte, in der Lage sein, einen normalen Austauschprozeß zwischen Industrie und Landwirtschaft herzustellen, die Städte mit Brot zu versorgen und durch die sozialisierte Industrie dem Vergenossenschaftlichungsprozeß der Landwirtschaft unter die Arme zu greifen. Angesichts der großen geschichtlichen Erfahrung der russischen Revolution bekennen wir uns stolz zu unserem sozialistischen Endziel: wir werden h e u t e kleine Kämpfe führen und m o r g e n unsere großen Schlachten schlagen. Wir werden unsere Expropriateure expropriieren und damit den Weg zur rascheren Verwirklichung des Sozialismus in Deutschland und in Rußland, in der Stadt und auf dem Lande, bahnen.

*

Die Sozialdemokratie und die Sowjetunion

Lz. Seit dem November 1917 ist die Frage der Stellung zu dem ersten Proletarierstaat die Grenzscheide zwischen Revolution und Konterrevolution. Das gilt doppelt und dreifach heute, wo die Erfolge von 10 Jahren Kampf und Arbeit des Proletarierstaates deutlich vor aller Augen stehen und wo der Weltimperialismus zum Interventionskrieg rüstet. F ü r oder g e g e n den Proletarierstaat; für die Arbeiterschaft, ihre Führer und Parteien kann es zwischen diesen beiden Polen keine Mittelstellung geben. Man kann sich um die Beantwortung dieser Frage nicht herumdrücken. Ist der anglorussische Konflikt, der jederzeit in den Krieg einer europäischen Koalition gegen die Sowjetunion münden kann, ein Konflikt zwischen bürgerlichen [687] Staaten, die gegen die Klasseninteressen der Arbeiterschaft imperialistische Ziele verfolgen, dann ist es die Aufgabe des internationalen Proletariats, gegen alle beteiligten Staaten und ihre Regierungen einen konsequenten Kampf zu führen mit dem Ziel des Sturzes aller kriegführenden Regierungen einschließlich der Sowjetregierung. Ist die Sowjetunion aber ein Arbeiterstaat, in dem das Proletariat herrscht und den Sozialismus aufbaut, ein Staat, der durch seine bloße Existenz und durch seine ganze Politik die revolutionäre Bewegung gegen den Imperialismus in allen Ländern unterstützt, dann können keinerlei Differenzen über taktische Fragen, keinerlei Zweifel an der Richtigkeit dieser oder jener politischen Einrichtung einen klassenbewußten Proletarier daran hindern, seine ganze Kraft, die Kraft seiner ganzen Organisation in den Dienst der Verteidigung des Arbeiterstaates zu stellen.

Von der Beantwortung dieser Frage wird es in nicht zu ferner Zukunft abhängen, auf welcher Seite der Schützengräben, auf welcher Seite der Barrikaden, diejenigen, die sich Sozialisten nennen, stehen werden. Darum ist es notwendig, sorgfältig und kritisch die Aeußerungen der führenden Sozialdemokraten über die Sowjetunion zu verfolgen.

Seit Otto B a u e r s Buch „Bolschewismus oder Sozialdemokratie“, das 1920 geschrieben wurde, hat sich allerdings kein maßgebender Theoretiker der Sozialdemokratie grundsätzlich und systematisch zu den Fragen der Sowjetunion geäußert, es sei denn, man wollte die plumpe Hetz- und Schmähschrift Kautskys „Die Internationale und Sowjetrußland“ (1925) als eine theoretische Abhandlung anerkennen.

Man muß also die Stellung der Sozialdemokratie zu dieser Frage aus ihrer Stellung zu aktuellen Fragen, aus Kongreßbeschlüssen, Reden und Artikeln der Tagespresse entnehmen.

Wenn man schönen Worten glaubt, gewinnt man den Eindruck. daß gerade in dieser Frage innerhalb der Sozialdemokratie und der SAJ eine ungeheure Kluft besteht. Auf der einen Seite haben wir das wütende antibolschewistische Gekläff des ehrwürdigen Kautsky. In der genannten Schrift proklamiert er den Kampf gegen den bolschewistischen „Despotismus“ als „eine wichtige Pflicht des gesamten internationalen Proletariats“, schreibt diesem „nur noch gegenrevolutionäre Funktionen“ zu, stellt die Perspektive des Krieges gegen Rußland und dabei möglicher Niederlagen auf, um darauf die Erwartung bewaffneter Erhebungen gegen die Sowjetregierung aufzubauen. Dann wäre es nach Kautsky „verhängnisvoll, wollte unsere Internationale unter Hinweis auf ihre Ablehnung bewaffneter Putsche gegen den Bolschewismus von vornherein jeden Aufstand gegen ihn als konterrevolutionäres Tun verurteilen und ihren Mitgliedern in Rußland verbieten, sich an einem solchen Aufstand zu beteiligen.“ Im Gegenteil, sagt Kautsky, gerade die Gefahr, daß „reaktionäre Elemente“ die Führung in einem solchen Aufstand erringen könnten, mache es notwendig, „daß die Sozialdemokraten mit aller Macht darauf hinwirken, entscheidenden Einfluß auf den Aufstand zu gewinnen, *keineswegs ihn zu sabotieren*“.

Im Juli 1927 beantwortet Kautsky in einem Leitartikel des „Vorwärts“ eine Anfrage kaukasischer „Revolutionäre“ ob sie sich an einer Aktion Englands gegen das bolschewistische Rußland beteiligen sollen. Angesichts der unmittelbaren Kriegsgefahr wiederholt Kautsky seine Meinung daß es „falsch und gefährlich“ wäre, die seiner Meinung nach wahrscheinliche „gewaltsame Erhebung der Volksmassen gegen die bolschewistische Diktatur von vornherein als konterrevolutionär zu brandmarken und die sozialistische Demokratie der Welt gegen sie zum Schutz des Bolschewismus aufzurufen“ Er warnt allerdings vor einem Bündnis mit der konservativen Regierung Englands, weil sie der Arbeiterschaft verhaßt und zu baldigem Sturz verurteilt sei. Er rät also seinen kaukasischen Gesinnungsgenossen abzuwarten. bis eine britische „Arbeiterregierung“ die Anzettelung menschewistischer Putsche in Georgien unterstützen kann.

Das Zentralorgan der SPD druckt einen solchen Artikel nicht nur ab, sondern erklärt in einer „Nachschrift der Redaktion“ ausdrücklich ihre Zu-[688]stimmung und schwächt die Hetze zum Aufstand nur durch die Bemerkung ab, daß nach ihrer Meinung „für absehbare Zeit gewaltsame Erhebungen nicht in Betracht kommen“. Die Linie Kautskys, Hetze zur Intervention und zum Aufstand gegen die Sowjetunion, stimmt also überein mit der offiziellen Linie der SPD, deren Organe ja ständig die Verhältnisse in der Sowjetunion grau in grau malen, über jede Unterdrückungsmaßnahme gegen die Konterrevolution ein unbändiges Jammergeheul anstimmen, Kriegsvorbereitungen der Imperialisten, insbesondere des Völkerbundes, als Friedenswerk preisen und vom „roten Imperialismus“ phantasieren.

Dieser sowjetfeindliche Standpunkt wird in den offiziellen Aeußerungen der SPD nur etwas maskiert durch das Bekenntnis zur Neutralität im anglo-russischen Konflikt. Die SPD steht dabei eingestandenermaßen auf dem „pazifistischen“ Standpunkt, daß der Krieg zur Verteidigung eines „angegriffenen“ Landes erlaubt ist. Eine gefälschte Darstellung der Ereignisse, die Rußland als den „Angreifer“, die imperialistischen Staaten als die Angegriffenen hinzustellen versucht, ist daher nichts anderes als die Vorbereitung der künftigen Teilnahme an dem antibolschewistischen Feldzug. In diesem Sinne schreibt Breitscheid in einem Artikel „Genf und Moskau“, der im Juni d. J. durch die Presse ging:

„Wir glauben nicht an kriegerische Absichten Englands, wir bezweifeln auch, daß es den Wunsch nach Schaffung irgendeiner gegen den Bestand des russischen Staates oder gegen die Sowjetregierung gerichteten Koalition zum Ausdruck gebracht hat.“

Der Völkerbunddelegierte Stresemanns begrüßt dann einen angeblichen Plan einer Weltkonferenz mit Zuziehung Rußlands, weil dieser Plan den „Moskauer Machthabern die Fortsetzung einer Bluffpolitik, die an die unseligen Methoden des Wiener Ballplatzes erinnert, einigermaßen erschwert.“

Das ist die Stellung der offiziellen Sozialdemokratie, die menschewistische Emigranten als Fachreferenten für Rußlandfragen beschäftigt und in der Würdigung der Errungenschaften der proletarischen

Revolution nicht einmal das Minimum von Objektivität erreicht, das sich gelegentlich in demokratischen Blättern findet. Aber gibt es nicht demgegenüber eine linke Richtung in der SPD, die den dem Kautskyschen völlig entgegengesetzten Standpunkt der Verteidigung der Sowjetunion vertritt?

Es ist kein Zweifel, daß die proletarische Opposition in der SPD ehrlich und entschlossen zur Sowjetunion steht, im proletarischen Staat den Verbündeten der Arbeiterklasse der ganzen Welt fühlt und erkennt. Wie aber ist die Stellung der offiziellen Führer der sozialdemokratischen „Linken“?

Auf dem Kongreß der SAI in Marseille im August 1925 erklärte Otto Bauer mit dem Hinweis auf die Gefahr des Krieges gegen die Sowjetunion:

„Weil wir wissen, daß diese Gefahr kommt, deswegen stellen wir nicht nur für heute oder für morgen, sondern für die ganze Zukunft als die oberste Richtlinie fest: Hände weg von Sowjetrußland!“

Im Juli 1927 wiederholte Bauer mit Bezug auf die Beschlüsse von Marseille und die britische Einkreisungspolitik in einem Artikel „Proletarische Weltpolitik“ der „Arbeiterzeitung“:

„Mit der ganzen Kraft des Proletariats jede politische Einkreisung, jede wirtschaftliche Boykottierung der Sowjetrepublik, jede Feindseligkeit gegen die Sowjetunion zu bekämpfen, den herrschenden Klassen aller Länder die Entschlossenheit der Arbeiterklasse zu zeigen, sich mit allen, [689] auch mit revolutionären Mitteln jedem Krieg gegen die Sowjetrepublik zu widersetzen – das muß nun die oberste Richtschnur der Weltpolitik des Proletariats sein!“

Aehnliche Aeußerungen in denen auch die Einkreisungspolitik des britischen Imperialismus im wesentlichen richtig dargestellt wurde, sind in der sächsischen und thüringischen „linken“ SPD-Presse mehrfach erschienen. Ihre Bedeutung ist nur richtig zu würdigen im Zusammenhang mit den gesamten politischen Anschauungen und der Propaganda der zentristischen Führer.

Wie steht es zunächst mit den Beschlüssen des Marseiller Kongresses auf die sich die linken SPD-Führer gegenüber den sozialdemokratischen Arbeitern berufen, um die rußlandfreundliche Haltung ihrer „Internationale“ zu beweisen? In dem Beschluß des Kongresses über den Völkerbund heißt es, „daß die gemeinsame Abwehr gegen einen durch Angriff schuldigen Staat noch ungenügend geregelt ist“. Und weiter wird als Forderung „der Arbeiter“ aufgestellt, daß „keine feindselige Handlungen gestattet seien, außer im Falle des Widerstandes gegen einen Angriff oder in Uebereinstimmung mit einem Beschluß des Rates oder der Versammlung des Völkerbundes“. Dies ist eine offenkundige Unterstützung der Vorbereitung des Völkerbundkrieges gegen die Sowjetunion. Auf diese Perspektive wird auch direkt Bezug genommen, indem die Resolution zur Frage des Sicherheitspaktes (das war noch vor Locarno) feststellt, „daß die Besorgnis der öffentlichen Meinung in Deutschland und Rußland über die Art der Anwendung des Artikel 16 im Falle eines Konfliktes, an dem Rußland beteiligt wäre, größtenteils gegenstandslos würde, wenn Rußland selbst in den Völkerbund einträte.“

Diese sozialistische Friedenspolitik“, die der Chamberlainschen Kriegspolitik gleicht wie ein faules Ei dem anderen, soll schließlich nicht nur gegen den „Egoismus“ und die Blindheit der sozialen Reaktion“ vertreten werden, sondern auch „gegen die Lehre des Bolschewismus, der dem konstruktiven Willen des Sozialismus seinen Traum einer blinden Zerstörung (!) entgegenstellt.“

Keineswegs besser als diese offenkundig antibolschewistische „Friedensresolution“ ist die von Otto Bauer entworfene und begründete Resolution zur „Kriegsgefahr im Osten“. Nach einem Hinweis auf die erstarkende aggressive Politik gegen die Sowjetunion heißt es:

Die Kommunistische Internationale nährt die Illusion, daß die Befreiung der Arbeiter ,ihnen auf den Spitzen der Bajonette siegreicher roter Armeen gebracht werden könne, und daß es eines neuen Weltkrieges bedürfe, um die Weltrevolution herbeizuführen. Sie ermutigt die revolutionären Bewegungen in Asien und Afrika in

der Hoffnung, auf sie gestützt, dem Kapitalismus durch den Krieg den Todesstoß zu versetzen. Aus diesen gegensätzlichen Tendenzen geht die ernste Gefahr eines neuen Weltkrieges hervor ...“

Hier wird also mit einem gerechten „einerseits-andererseits“ die Kriegsgefahr in gleicher Weise auf den Imperialismus der kapitalistischen Länder und auf den „roten Imperialismus“ zurückgeführt. Genau so wird die Kriegsgefahr in den Randstaaten dargestellt:

„E i n e r s e i t s sind diese Staaten P u t s c h e n ausgesetzt, die unter dem Einfluß der K o m m u n i s t i s c h e n I n t e r n a t i o n a l e organisiert werden, um als Vorwand zu dienen, diesen Ländern das Schicksal Georgiens und Armeniens zu bereiten. A n d e r e r s e i t s können die kapitalistisch-imperialistischen Mächte diese Staaten als Sturmbock gegen Sowjetrußland mißbrauchen.“

Entsprechend diesem „einerseits-andererseits“ in der Begründung der Kriegsgefahr ergibt sich das gleiche „einerseits-andererseits“ in dem sozialdemokratischen „Kampf“ gegen die Kriegsgefahr. Einerseits erklärt die „Internationale“ es:

[690] ‚als Pflicht aller sozialistischen Parteien, jede gegen die Sowjetunion gerichtete aggressive Politik zu bekämpfen und die Herstellung von friedlichen politischen Beziehungen und normalen wirtschaftlichen Verkehrs mit der Sowjetunion zu fördern.“

Andererseits soll die Wiederherstellung normaler Beziehungen zu Rußland der „Internationale“ das Recht geben,

„das russische Volk aufzufordern, die Herstellung voller politischer und gewerkschaftlicher Einheit in Rußland anzustreben und sich jeder aggressiven und annexionistischen Politik ihrer eigenen Regierung, sowie jeder Propaganda zu widersetzen, die auf gewaltsame Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder abzielt. Die SAI ist sich dessen bewußt, daß die Kriegsgefahr wesentlich verringert würde, wenn die Entscheidung über Krieg und Frieden in der Sowjetunion nicht in den Händen einer diktatorischen Gewalt, sondern in den Händen der Völker der Sowjetunion selbst läge.“

Das ist also die vielberufene Solidaritätserklärung von Marseille, die den „linken“ Helden ihre politische Linie vorzeichnet. Der politische Sinn ist klar. Um den Stimmungen der sozialdemokratischen Arbeitermassen entgegenzukommen, erklären sich die antibolschewistischen Kriegshetzer aller Länder bereit, Rußland gegen einen Angriff der Imperialisten zu verteidigen. Gleichzeitig aber stellen sie Rußland als den Friedensstörer hin und richten an das siegreiche Proletariat der Sowjetunion die bescheidene Forderung, dem Beispiel der sozialdemokratischen Bankrotteure zu folgen, die überall, wo sie an der Macht waren, diese Macht mit „demokratischen Methoden“ der bürgerlichen Reaktion in die Hände gespielt haben. Wenn die russische Arbeiterschaft sich von den Herren Bauer, Wels, Dan, MacDonald usw. nicht belehren läßt, dann ist sie eben selbst schuld daran, wenn sie den Haß der Kapitalisten erregt und sie zum Kriege „provoziert“, dann werden die braven Völkerbundsozialisten dieses „Friedensinstrument“ und ihr teures „demokratisches Vaterland“ gegen den bolschewistischen „Despotismus“ verteidigen.

Dieser Gedankengang der Marseiller Resolution zieht sich durch alle Aeußerungen hindurch, die in der linkssozialdemokratischen Presse erscheinen. So wird es in einem Artikel S a u p e s in der „Leipziger Volkszeitung“ mit dem schönen Titel „Hände weg von Sowjetrußland“ als Pflicht der Arbeiterschaft bezeichnet, „darauf hinzuwirken, daß mit den Herrschaftsmethoden der p e r s ö n l i c h e n D i k t a t u r i n R u ß l a n d g e e n d e t w i r d.“ Die „Frankfurter Volksstimme“ veröffentlichte im Mai d. J. einen Artikel „Kriegsgefahr“, der die Parole „Hände weg von Rußland“ mit dem Bekenntnis verband:

„Wir denken auch nicht einen Augenblick daran, das Leben eines einzigen deutschen Proletariers zu opfern, um an der Seite Rußlands den Revanchekrieg gegen die Westmächte zu führen.“

Die „Plauener Volkszeitung“, die als besonders „links“ gilt, erklärte im Juni d. J. zu dem Aufruf der Komintern gegen die Kriegsgefahr, Moskau besorge die Geschäfte der Reaktion und forderte nicht mehr und weniger als Chamberlain, nämlich die „allmähliche L i q u i d a t i o n d e r K o m m u n i s t i s c h e n I n t e r n a t i o n a l e und überhaupt aller revolutionären Abenteuer in den übrigen Ländern.“ In der „Leipziger Volkszeitung“, die sonst auch ohne Vorbehalt Artikel ihres italienischen

Mitarbeiters bringt, in dem die Wesensgleichheit von Faschismus und Bolschewismus „begründet“ wird, schwingt sich K l e i n e i b s t in einem Artikel gegen die Kriegspolitik des Bürgerblocks (14. März 1927) bis zu den Worten auf:

„Der russische Proletarier steht unter allen Umständen dem deutschen hundertmal näher als der ‚volksgenössische‘ Ausbeuter.“

Aber wenige Zeilen vorher wird der deutsche Arbeiter belehrt:

„N i c h t f ü r O s t, n i c h t f ü r W e s t h a t e r z u ‚o p e r i e r e n‘, sein Ziel ist die Internationale des Sozialismus“.

[691] Als ob man für die Internationale des Sozialismus kämpfen könnte, ohne zwischen dem sozialistischen und den imperialistischen Staaten zu wählen!

Ebenso äußert sich der Meister der „linken“ Phrase und Bahnbrecher des antibolschewistischen Renegatentums, P a u l L e v i:

„Für die deutschen Arbeiter ist dieses Geschäft im Osten oder Westen das gleiche.“ („.Soz. Politik u. Wirtschaft“ Nr. 9.)

Er begründet diese Weisheit damit, daß die Sowjetmacht ‚im inneren antiproletarisch, arbeiterfeindlich geworden‘ sei, und daß daher auch ihre Außenpolitik einen entsprechenden Charakter trage. Bei diesem Versuch, den proletarischen Charakter der Sowjetunion zu bestreiten, bedienen sich die „linken“ Theoretiker besonders der Berufung auf die russische Opposition. Sie feiern sie als „die alte Garde Lenins“ und versteigen sich bis zu der Aeußerung, daß „Stalin rechts von Wels“ stände (so wörtlich in der „Leipziger Volkszeitung“!). Otto Bauer stellt befriedigt fest, daß die Opposition theoretisch anerkenne; was er in seinem Buch „Bolschewismus oder Sozialdemokratie“ 1920 vorausgesagt hat nämlich die Entwicklung Sowjetrußlands zu einem Bauernstaat. Paul L e v i sagt an der zitierten Stelle, Sowjetform und Bolschewikiherrschaft bedeutet nichts für den sozialen Inhalt, für das Herrschaftsverhältnis im Staate und fügt mit einem deutlichen Wink an Sinowjew und Trotzki hinzu:

„Das ist eine Erkenntnis, die – lange ‚verräterisch‘ – heute auf ein großes Teil jener mit übergegangen ist, die am lautesten Verräter schrien.“

Ueber die politische Haltung der zentristischen Führer zur Sowjetunion kann also trotz aller schönen Redensarten kein Zweifel sein. Sie werden den Staat, dessen proletarischen Charakter sie bestreiten, von dem sie die Einführung der bürgerlichen Demokratie verlangen, dem sie die Existenz der Kommunistischen Internationale genau wie Chamberlain nicht verzeihen können, niemals verteidigen, sondern in einer Front mit ihren Parteigenossen vom rechten Flügel und mit der Bourgeoisie angreifen, und daß auch mit anderen Waffen als mit den Waffen einer verlogenen, giftigen, heuchlerischen „Kritik“, auf die sie jetzt angewiesen sind. Desto notwendiger ist, die sozialdemokratischen Arbeiter, die die Zugehörigkeit zu ihrer Partei mit der Solidarität für die Sowjetunion vereinen glauben zu können, der die verräterische Politik ihrer Führer aufzuklären, die zugleich die Verteidigung der Sowjetunion als „oberste Pflicht“ anerkennen und diese Pflicht Tag für Tag schamlos und gewissenlos mit Füßen treten. [692]

LITERATUR

Rudolf Gerber: *„Die Gesellschaft“ April bis August 1927*[*)].

Die Sozialdemokratie hat vor uns – rein technisch gesprochen – den Vorteil voraus, daß sie über ein theoretisches Organ verfügt (wenn man die „Sozialistischen Monatshefte“ mitrechnet, sogar über zwei), in dem die Grundfragen ihrer Praxis mit einer unverhältnismäßig größeren Breite und Ausführlichkeit erörtert werden können, als es in der ‚Internationale“ der Fall ist. Sie nützt diesen Vorteil in der Weise aus, daß sie an den großen Problemen des Tages vorbeiredet – und in ihrem theoretischen Organ in irgendwelchen luftigen Regionen herumstochert, wo man – wenigstens einigermaßen – das

[*)] „Die Gesellschaft“, Internationale Revue für Sozialismus und Politik, herausgegeben von Dr. Rudolph Hilferding, April-Augustheft 1927.

marxistische Gesicht wahren kann, ohne gleich in die Verlegenheit zu kommen, mit seinen Theorien stich Ernst machen zu müssen.

Das bemerkenswerteste an den hier zu besprechenden Heften der ‚Gesellschaft" – die schließlich und endlich doch in der Zeit des anglo-russischen Konfliktes, der Genfer Seeabrüstungskonferenz und der Krise der chinesischen Revolution erschienen sind – ist nämlich das, was sie n i c h t bringen, um es kurz zu sagen, alles das, was mit jenen großen Ereignissen etwas zu tun hat. Natürlich kann man sich nicht g a n z von seiner Zeit absperren; im April-Heft finden wir einen rein berichtend und ohne irgendwelche politische Stellungnahme verfaßten – Artikel von T a n g-L e a n g-L i über „Die Kuomintang und die gelbe (!) Revolution", der einen kurzen – natürlich nicht marxistischen, sondern sun-yat-senistischen Abriß über die Parteientwicklung bis 1925 gibt – aber das war auch alles: der Versuch einer Analyse der Revolution von 1925/27 oder gar konkreter Ereignisse, wie der Parteikrise in der Kuomintang, ist nie gemacht worden (man hätte ja dann zu Tschang-kai-schek so oder so Stellung nehmen müssen!). Dabei ist das Interesse der Leserschaft für Tatsachen, die mit dem Befreiungskampf der unterdrückten Kolonialvölker zusammenhängen offenbar groß: im Juni-Heft finden wir einen Artikel von Lord O l i v i e r über die südafrikanische Eingeborenenfrage im Juli-Heft einen von Ladislaus F r a n k über „Das Erwachen der Neger" – beides eingehende und materialreiche Schilderungen ohne tiefergehende Analyse und ohne eigene politische Stellungnahme – begreiflicherweise, denn beide Autoren können nicht umhin, zahlreiche Tatsachen anzuführen, aus denen die emanzipationsfeindlich ja geradezu kastenmäßig bornierte Haltung der weißen Gewerkschaftsführer und parlamentarischen Arbeitervertreter in Nordamerika wie in Südafrika hervorgeht, Lord Olivier geht geradezu soweit, zu behaupten daß die Anti-Negergesetzgebung Südafrikas den an die dortige Arbeiterpartei" gezahlten Preis für ihre parlamentarische Unterstützung darstelle – eine Analyse der Ursachen jener Einstellung der dortigen Reformisten findet sich natürlich bei ihm (der offenbar auf einem liberal-fortschrittlichen Standpunkte steht) sowenig, wie bei Frank.

Von den anderen großen Fragen, die im letzten halben Jahr die Welt bewegten, finden sich in der „Gesellschaft" nur schwache Anklänge, Die Genfer Seeabrüstungskonferenz wurde so wenig besprochen wie der anglo-russische Konflikt – dagegen wurden theoretische W e h r- und Abrüstungsfragen ziemlich stark diskutiert, offenbar unter vorwiegend innerpolitischem Interesse. H a u b a c h beschäftigt sich im Juni-Heft mit einer grundsätzlichen kritischen Untersuchung „Wehrfrage und Sozialdemokratie", die von der Militärpolitik der Noskezeit ausgeht. Natürlich wird „die Behauptung des Radikalismus von der aktiv revolutionären Bedeutung der proletarischen Bewaffnung" scharf zurückgewiesen – beim Sturze des Kapitalismus könne militärische Macht überhaupt keine Rolle spielen, da sie ja bestenfalls imstande sei, zu zerstören, aber nicht aufzubauen! Das russische Beispiel wird mit der Bemerkung zurückgeschoben, daß es sich dort um gar keine sozialistische, sondern um eine Agrarrevolution gehandelt habe, bei der militärische Macht nun einmal nicht zu entbehren sei. In Deutschland aber seien eben die „ökonomischen und psychologischen Faktoren" für eine sozialistische Umwälzung nicht reif gewesen, mehr als die Demokratie war nicht zu holen ... Der Fehler der Sozialdemokratie in den Revolutionstagen bestand also nach Haubach's Meinung nicht in der Unterlassung der Bewaffnung des Proletariats, sondern in der Gleichgültigkeit gegen Wehrfragen, der pazifistischen Einstellung, an der die demokratische Lösung der Wehrfrage gescheitert sei. In enger Anlehnung an Julius D e u t s c h denkt sich Haubach eine solche, vom innerpolitischen Standpunkte aus „zuverlässige" (d. h. nicht zu ständigen Putschen gegen die „Demokratie" geneigte) Wehrmacht, die doch nach außen eine gewisse Schlagkraft besitzen soll (denn an den Abrüstungsschwindel glaubt II. offenbar nicht), in Form einer Kombination der – stark zu „entpolitisierenden" und in eine Art „Reichspolizei" umzuwandelnden Reichswehr mit einer legalen (also auch den Reichsbannerleuten zugänglichen) Miliz, die an die Stelle der „Schwarzen Reichswehr" treten soll. Leider hat sich H a u b a c h nicht mit den Erfahrungen beschäftigt, die in Oesterreich mit der „demokratischen Wehrreform" (allerdings ohne Miliz, aber dafür mit freigewerkschaftlich organisierten Soldaten) gemacht wurden. Es ist schade, denn 6 Wochen nach dem Erscheinen seines Artikels kam der Wiener 15. Juli – den die „Gesellschaft" natürlich auch totgeschwiegen hat! Wenn H a u b a c h vom militärpolitischen Standpunkte aus Betrachtungen über den wünschenswerten Zustand der Reichswehr anstellt,

so tut es Hans Wehberg vom „pazifistischen“ aus. In einem Artikel des Julihefts über die Geifer Abrüstungsverhandlungen spricht er sich gegen das Milizsystem aus, weil es als ideologische Vorbereitung des ganzen Vol-[693]kes auf den Krieg wirke und also die „moralische Abrüstung“ erschwere; seine Forderung geht (im Rahmen eines Systems von „Sicherheitsverträgen“ nach Art des seligen Genfer Protokolls, wie sie heute von Frankreich gefordert werden) geradezu auf Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht. Dagegen müßten relativ kleine Berufsheere, wie in einer Buchbesprechung des Augustheftes gegenüber dem bekannten Pazifisten Hiller ausgeführt wird, unter allen Umständen erhalten werden. Wo bliebe sonst, fragt Wehberg, der Sanktionskrieg des Völkerbundes? Kann man einen solchen Krieg ohne Soldaten führen? Wirtschaftliche Druckmittel könnten gegenüber einem starken Friedensbrecher erfolglos bleiben, „deshalb treten wir im Gegensatze zu Hiller für den Sanktionskrieg des Völkerbundes ein.“ (Unterstreichungen von Wehberg.) „Unserer Auffassung nach kann eine völlige Abrüstung derjenigen Mächte, die in erster Linie berufen sind, die Kontingente für eine internationale Armee zu stellen, vor allem also der Großmächte, nur insoweit in Betracht kommen, als dies die Rücksicht auf die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und die Möglichkeit der Mitwirkung an Sanktionen des Völkerbundes (mit uns unterstrichen R. G.), gestattet.“

Haubach und Rehberg ergänzen also gewissermaßen einander: der eine fordert „im Namen des Friedens“ die Erhaltung einer schlagkräftigen Armee – der andere fordert „im Namen der Demokratie“ die Eingliederung des Reichsbanners in diese Armee. Es fehlt also noch einer, der „im Namen des Sozialismus“ ausspricht, gegen wen diese Armee geschickt werden soll (natürlich hinten herum, denn offene Stellungnahme zu den Tagesfragen ist in der „Gesellschaft“ verpönt – wie in anderen gutbürgerlichen Gesellschaften auch). Judith Grünfeld erledigt diese Aufgabe in mustergültiger Weise in einem Artikel des Juni-Heftes „Rußland und der Weltmarkt“. An Hand einer Unmenge von Zitaten werden alle Schwächen und Kinderkrankheiten der russischen Industrialisierung aufgezählt und daran die Schlußfolgerung geknüpft, daß es überhaupt ein Unding und bloße bolschewistische Verruchtheit sei, mittels des Außenhandelsmonopols den russischen Bauern die billigen europäischen Industrieartikel vorzuenthalten, bloß um in diesem rückständigen Lande (das offenbar von Natur aus zum Absatzgebiet der europäischen Kapitalisten bestimmt ist) eine Großindustrie aufzubauen. Die Gesamthaltung des Artikels ist bürgerlich-freihändlerisch: die Bolschewisten tun heute nichts anderes, als seinerzeit die Zaren, die auch mit Hochschutzzöllen eine Industrie aufpäppelten – nur unterscheiden sie sich vom Zarismus noch dadurch, daß infolge ihrer Unfähigkeit Rußland weniger Getreide auf den Weltmarkt bringt als damals (daß das damals exportierte Getreide dem Bauern vom Munde weggerissen wurde, verschweigt Frau Grünfeld). Und die Konsequenzen sind eindeutig:

„Werden die musischen Bauern nun nach der Agrarrevolution eine noch minder leistungsfähige und ungemein kostspielige Industrie auf die Dauer dulden, kann ein so armes Land auf die Dauer eine Industrialisierungspolitik gebrauchen, die dreimal höhere Gründungskosten verursacht, wie in der übrigen Welt? ... Diese Politik ist ja geradezu geeignet, für alle Zeiten den Wiederanschluß Rußlands an die Weltwirtschaft zu verhindern, während die volkswirtschaftliche Lage den Anschluß an die Weltwirtschaft gebieterisch erheischt, sowohl im Interesse der russischen Bevölkerung, die unter dem Verfall der Produktivkräfte und der Warennot schwer leidet, als auch im Interesse der westeuropäischen Arbeiter, die infolge der Absatznot der Massenarbeitslosigkeit ausgesetzt sind.“

Also fort mit dem Außenhandelsmonopol (dessen Bedeutung als Grundlage der ganzen Industrialisierungspolitik Grünfeld sehr gut versteht), fort mit dem ganzen System – im Interesse der Beschäftigung der europäischen Industrie und im Interesse der russischen Bauern, denen die billigen europäischen Waren nicht vorenthalten werden sollen. Vom russischen Proletariat und vom Sozialismus ist nicht die Rede ... Es lebe der Völkerbund!

Spricht muss also von den großen politischen Fragen höchstens hintenherum und an Hand irgendwelcher „rein akademischer“ Probleme, so beschäftigt man sich um so mehr mit „praktischen“ Fragen der „Machteroberung“. Severing feiert mit Juli-Heft den Kieler Parteitag als einen Merkpunkt des Aufstiegs der Partei und vor allem – als eine Tagung, die den Weg zur Machtgewinnung freigemacht habe, indem sie die Partei eindeutig auf die Koalitionspolitik festlegte. Im August-Heft untersucht

R e n n e r die verwaltungstechnische Frage der Ueberwindung der deutschen Kleinstaaterei. Ihm scheint das ganze Problem eben verwaltungstechnisch – wie könnte man das Reichsgebiet am besten „vermessen“, er grübelt über alle möglichen Hintertüren, auf denen man ohne Konflikt mit gegebenen Gestalten dazu kommen könnte – ohne zu bemerken daß die verschiedenen „Vaterländer“ doch nur der Ausdruck bestimmter sozialer sind politischer Machtverhältnisse sind, die nur bei einem großen Reinemachen mit weggefegt werden könnten – wozu seine Partei 1918 die Gelegenheit gründlichst versäumt hat. Mehr als mit diesen politischen beschäftigt man sich begreiflicherweise mit den wirtschaftlichen „Zukunftsstaat“problem. Heinz K l o ß („Die gemeinwirtschaftliche Bindung der Aktiengesellschaften“ beschäftigt sich im Juni-Heft mit dem beliebten Thema „Jeder Arbeiter sein eigener Aktionär“. Der dort ausgesponnene „Gedanke“ ist unseren gewerkschaftlich tätigen Genossen ja in zahlreichen Variationen bekannt: da die Genossenschaft sich zur Produktionsorganisation als unzulänglich erwiesen habe, müsse man versuchen, die kapitalistischen Gesellschaftsformen der Verwirklichung des „Sozialismus“ dienstbar zu machen – vor allem in der Form, daß Lieferanten, Kunden und Arbeiter eines Betriebes in kollektiv organisierter Form zugleich dessen Aktionäre werden und damit seine Kontrolle erreichen. Wie sich das am besten organisieren lasse, wird nun eingehend untersucht: Ob durch besondere Treuhandgesellschaften, durch Aktienerwerb der Gewerkschaften, durch besondere „Arbeiterbanken“, durch Aktienerwerb seitens des Reiches (das als „kollektive Vertretung der Konsumenteninteressen“ aufgefaßt wird) oder sonst wie – kurz es gibt zahllose Mittel und Wege, „hintenherum“, und ohne irgendwelche Wirtschaftsstörungen, den Sozialismus zu verswirklichen! Im selben hielte propagiert M a j e r c z i k die einheitliche Zusammenfassung der Elektrizitäts-[694]wirtschaft in großen Verbänden als „Sozialistische Elektrizitätspolitik“ (wobei er sich freilich mit der Schwierigkeit abquälen muß, gleichzeitig niedrige Tarifs und andererseits Entschädigung der Gemeinden für die ihnen heute durch die Auswucherung der Stromabnehmer erwachsenden Profite zu fordern – wobei der Verband doch noch seinen „angemessenen“ Gewinn erzielen soll). Und endlich findet sich in dieser Nummer ein Artikel von Emmy Freundlich „Das neue Arbeitsverhältnis“, der eingehend die Frage untersucht, wie sich in der Uebergangszeit, wo „sozialistische“ und kapitalistische Betriebe nebeneinander bestehen, die Regelung des Arbeitsverhältnisses in den „sozialistischen“ Betrieben (zu denen sie z. B. alle Kommunalbetriebe in sozialistisch verwalteten Gemeinden rechnet) gestalten soll. Die große Sorge liegt in der Frage, wie man einerseits konkurrenzfähig bleiben, andererseits in den beteiligten Arbeitern die Ueberzeugung wachhalten kann, daß sie in einem „sozialistischen“ Betriebe arbeiten. Als Muster zitiert Emmy Freundlich die bekannte Vereinbarung des deutschen „Verbandes sozialer Baubetriebe“ mit den Gewerkschaften – die sich bekanntlich bei allen Kämpfen der Bauarbeiter als ein Hemmschuh auch für die Erkämpfung von Verbesserungen in den Privatbetrieben erwiesen hat. Emmy Freundlich findet sie mustergültig und zitiert voll Empörung die Aeußerung eines englischen Gewerkschaftsfunktionärs, der bei einer Lohnverhandlung mit einem Genossenschaftsunternehmen sagte; „Wenn die Genossenschaften den Arbeitern keine höhere Lebenshaltung sichern können, dann verzichten wir auf die Genossenschaften.“ Natürlich ist Frau Freundlich darüber empört und meint, daß der Mann genau so gut hätte sagen können: „Dann verzichten wir auf den Sozialismus in der Uebergangszeit, denn mit uferlosen Forderungen werden wir im Konkurrenzkampf nicht bestehen können.“ Natürlich kann sie nicht verstehen, daß die Arbeitermassen für „Sozialismus in der Uebergangszeit“, d. h. für Betriebe irgendeines kollektiven Kapitalisten, niemals jene Opfer bringen werden, die sie der e i g e n e n K l a s s e in der wirklichen Uebergangszeit, d. h. unmittelbar nach der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, zu bringen bereit wäre – und daß sie das am allerwenigsten dann tun werden, wenn der „sozialistische Betrieb“ faktisch als Hemmschuh für den Kampf der anderen Arbeiter wirkt.

Der Sozialismus ist eine sehr schöne Sache –. aber die Nürnberger hängen keinen, sie hätten ihn denn, Das schien unsere Sozialdemokraten auch ein – und so diskutieren sie denn eifrig über die Frage, wie sie „ihn“ – d. h. die zur Koalitionsfähigkeit erforderliche Mandatszahl – bekommen könnten. Gegenüber dem bei gewöhnlichen Sterblichen verbreiteten Pessimismus sucht im Mai-Heft W o j t i n s k y statistisch nachzuweisen, daß die Demokratie trotz alledem auf dem Vormarsch begriffen sei. Etwas konkreter ist D e c k e r, wenn er ins August-Heft die Aussichten der Wahlen von 1928 streift. Es ergeben sich da interessante Tatsachen, vor allem in der Richtung, daß die Zahl der sozialdemokratischen

und kommunistischen Stimmen – zusammengenommen – sich ins Vergleich zu den sozialdemokratischen Stimmen der Vorkriegszeit, in den industriell entwickeltsten Teilen Deutschlands stark gesenkt, auf dem Lande und in den katholischen – überhaupt in den für die Arbeiterbewegung vor dem Kriege unerschlossenen – Gegenden stark gesteigert hat. Nimmt man aber statt der Wählersumme die Summe der Ja-Stimmen beim Volksentscheid, dann ist auch in den Industriegebieten ein Fortschritt von KPD, plus SPD im Verhältnis zu den SPD-Wählern der Vorkriegszeit festzustellen. D e c k e r ist natürlich nicht der Mann, aus diesen Feststellungen andere Lehren zu ziehen, als die, daß für die SPD nach verschiedene Stimmen zu gewinnen wären – obwohl doch die Lösung klar auf der Hand liegt: in den Zentren mit alten Traditionen der Arbeiterbewegung haben sich breite Massen vom Verrat der SPD abgewandt, ohne doch bisher den Weg zur KPD, finden zu können: sie sind latente Aktivposten zwar nicht der SPD, wohl aber der Revolution, und das zeigt sich dann eben bei solchen Bewegungen wie beim Volksentscheid.

Freilich ist die Mobilisierung dieser Schichten nicht d i e Frage, die die SPD bewegt. Wichtiger wäre es doch, aus den zurückgebliebenen Volksteilen noch etwas Stimmvieh fangen zu können (das würde auch eine Weile bei der Strippe bleiben). Diese Frage stellt – im Grunde genommen – Wilhelm S o l l m a n n, wenn er im August-Heft die Frage „Religion und politischer Machtkampf“ bespricht, Er stützt sich dabei auf eine Broschüre des „linken“ Otto Bauer, in der dieser nicht nur – was sehr richtig ist – gegen das In-den-Vordergrund-Schieben der Glaubensfragen im Kampfe mit dem Klerikalismus protestiert, sondern darüber hinaus auf dem Standpunkt der Neutralität der P a r t e i in Glaubensfragen steht und darauf rechnet, durch Entfesselung einer Massenbewegung „gegen den Mißbrauch der Religion für Parteizwecke“ die Kirche ihrerseits zur Neutralität in politischen Fragen zwingen zu können. Herrn S o l l m a n n gefällt dies sehr: „Der Kampf um die Staatsgewalt ist im Zeichen des Frauenwahlrechtes vorwiegend ein Ringen um die Abstimmung der Frauen.“ Könnte man ihnen da nicht noch ein Stückchen entgegenkommen? Zwar stellt er Otto Bauer das Zeugnis aus, daß dessen Stellungnahme doch anders klinge als Marxens Wort (Pardon, er meinte nicht Wilhelm, sondern K a r l Marx): „Religion ist Opium für das Volk.“ Darüber sei ja Otto Bauer scheinbar hinaus – aber immerhin suche er die Macht der Religion durch Verhältnisse der kapitalistischen Gesellschaft zu erklären, halte also – wenigstens für seine Person – den historischen Materialismus für eine höhere Weltanschauung als etwa das katholische Christentum. Werden aber die Frauen einem Manne ihre Stimme geben, der nicht an Gott in allen drei Erscheinungsformen glaubt? Offenbar nicht. S o l l m a n n geht kühnen Schritts (wobei er sich auch auf einen „linken“ Oesterreicher, nämlich auf Max Adler, stützen kann) über Otto Bauer hinaus: Es ist falsch, die Freidenker auch nur für die geistig vorgeschnittenste Arbeiterschicht zu halten, der Sozialismus hat überhaupt nichts mit Weltanschauungsfragen zu tun, Religion entspringt einem inneren Bedürfnis der Menschen, auch der sozialistischen (als Beweis werden neben den Engländern – Ramsay Macdonald – auch die deutschen „Religiösen Sozialisten“ angeführt). „Weder der wissenschaftliche noch der politische [695] Sozialismus (übrigens eine prächtige Unterscheidung!) gibt eine Antwort auf die Frage, ob Gott eine Kraft ist oder ein Schemen, ob außerhalb unserer natürlichen Erkenntnisse und Erfahrungen noch Kräfte wirken oder nicht, sagt nichts aus über den Ursprung des Lebens und des Denkens, schweigt auf die Frage, die der denkende Mensch an die Unermeßlichkeit des Universums stellt.“ Herr Sollmann möchte offenbar Antwort auf diese Frage haben – der historische Materialismus genügt ihm nicht, der gläubige Sozialdemokrat ist schließlich ebenso viel wert als der freidenkerische. Also: Credo in unam sanctam et apostolicam ecclesiam catholicam ... Und nun mögen die rheinischen Mädchen, unbesorgt um das Heil ihrer Seele, für Herrn Sollmann stimmen!

Unmerklich haben wir uns aus den niederen Regionen der Politik in die höheren der Religion emporgeschwungen – und da wir schon dort sind, senilen wir auch bei den theoretischen Aeußerungen des heiligen Geistes verbleiben. Am ernstesten von allen theoretischen Produkten, die sich in jenen 5 Heften befinden, müssen wir eine Arbeit von Max W e r n e r: „Der Sowjetmarxismus“ nehmen. Hier wird einmal in s y s t e m a t i s c h e r Weite der Versuch gemacht, die gesamte theoretische Entwicklung des russischen Marxismus seit Lenin für eine große Abweichung von den theoretischen Grundlagen Marxens zu erklären – also tun die Sozialdemokratie, bzw. ihren „linken“ Flügel (Herr

Sollmann legt nicht so viel Wert darauf!) die Fahne des orthodoxen Marxismus in Anspruch zu nehmen. Es ist natürlich unmöglich, in diesem kurzen Rahmen gründlich auf jene Kritik einzugehen – erwähnt seien nur die wichtigsten neuen Momente, die sie neben den altgewohnten (daß der ganze Bolschewismus mehr von Blanqui als von Marx herkomme, daß der „Sowjetmarxismus“ eine Staatsideologie ist, die verpflichtend und bindend auftritt und ihre objektive Geltung auf den Besitz der Staatsmacht begründet, daß die westeuropäischen Kommunisten die weitaus vernünftigsten seien usw.) bringt. Grundsätzlich vorgeworfen werden dem „Sowjetmarxismus“ nämlich drei Dinge: E r s t e n s, daß er mit dem Anspruche auftrete, eine universalistische Theorie zu sein, also nicht (wie Herr Sollmann das tut) zugeben will, daß der dialektische Materialismus für das Gebiet der Naturwissenschaft, der Aesthetik usw. nicht gelte. (Es ist charakteristisch, daß W e r n e r sich dabei auf S z e n d e und M a x A d l e r stützt). Zweitens der Versuch der philosophischen, materialistischen Vereinheitlichung, wie er besonders kraß in Bucharins physikalischen Analogien zum Ausdruck kommt – während W e r n e r natürlich die bürgerliche, idealistische Soziologie für die natürliche Grundlage der „marxistischen“ Gesellschaftsbetrachtung ansieht und j e d e physikalisch-energetische Analogie grundsätzlich ablehnt. D r i t t e n s die angeblich unmarxistische Einschätzung der Gestalt als revolutionären Faktor – Werner geht soweit, in dieser Hinsicht von einem „revisionistischen“ Charakter des Bolschewismus zum sprechen – er geht dabei soweit, als Argument für die „orthodox-marxistische“ Einstellung den (wie jetzt doch allgemein bekannt sein müßte) g e f ä l s c h t e n Standpunkt von E n g e l s zur Frage des Straßenkampfes anzuführen. Der positive Standpunkt von W e r n e r scheint sich danach mit dem von Max A d l e r und ähnlichen „linksstehenden“, auch theoretisch matt der russischen Revolution sympathisierenden (das tut W e r n e r in Fußnoten auch), aber in ihrer theoretischen Basis durchaus idealistisch und in der Praxis opportunistisch-liquidatonisch eingestellten Sozialpazifisten (die sich natürlich für Marxisten halten) zu decken. Immerhin ist er noch interessanter als K a u t s k y s im Mai-Heft erschienene Vorbemerkungen zur Volksausgabe des 2. und 3. Bandes des „Kapital“, die in der stolzen Feststellung gipfeln, die bürgerlichen Regierungen hätten die inneren Gesetze der kapitalistischen Gesellschaft vernachlässigt und durch ihre monopolistische Wirtschaftspolitik vergewaltigt, die Krisen der Nachkriegszeit heraufbeschworen. Aufgabe der Arbeiterklasse sei es, diese Fehler zu verstehen und, wenn die Bourgeoisie dazu selbst nicht in der Lage sei, zu korrigieren – also durch ihren Druck den „normalen“ Ablauf des kapitalistischen Produktionsprozesses (daß auch die monopolistischen Erscheinungen etwas durchaus gesetzmäßiges und „normales“ sind, scheint Kautsky nicht zu verstehen) sicherzustellen, Und zum d i e s e m Zwecke sollen die Arbeiter Marxens Kapital studieren!

*

Die Neudrucke und unveröffentlichten Artikel Lenins in dieser Nummer der „Internationale“ wurden uns vom Verlag für Literatur und Politik freundlichst zur Verfügung gestellt. Sie erscheinen in den nächsten Wochen im 20. und 21. Band der deutschen Ausgabe der gesamten Werke Lenins.

[697]

Die Internationale
Jahrgang 10 * Berlin, den 25. November 1927 * Heft 22

Reparationskonflikt und Proletariat

von R. G.

In der Diskussion, die sich auf ausdrücklichen Wunsch der deutschen Regierung zwischen dem Reparationsagenten und dem Reichsfinanzminister K ö h l e r entwickelt hat, muß man zwei Gruppen von Fragen unterscheiden: solche, in denen die große Linie beider zusammengeht, weil es sich um gemeinsame Interessen des deutschen und internationalen Finanzkapitals handelt und solche, in denen die realen Gegensätze zwischen dem deutschen und dem internationalen Imperialismus zum Ausdruck kommen. P r i n z i p i e l l handelt Herr Parker Gilbert durchaus im Interesse auch der deutschen Bourgeoisie, wenn er für „ein Regime größtmöglicher Sparsamkeit und geordneter öffentlicher Finanzen" eintritt. Durchaus im Sinne der deutschen Großbourgeoisie ist es gesagt, wenn Gilbert bemerkt, daß „das Geld, welches für die Fortentwicklung der deutschen Landwirtschaft und Industrie so dringend benötigt wird, durch Steuern und öffentliche Anleihen von einer Reihe öffentlicher Ausgaben verschlungen wird". Natürlich will die „Wirtschaft" möglichst wenig öffentliche Lasten tragen, natürlich ist sie i m P r i n z i p mit Parker Gilbert gegen eine Erhöhung der Beamtenbezüge schon darum, weil sie auf die Bewegung der anderen Arbeitergruppen zurückwirken würde, ist sie auch gegen große Ausgaben zur Entschädigung der Kriegs- und Liquidationsopfer. Und i m P r i n z i p ist sie durchaus damit einverstanden, festzustellen, daß die Länder und Gemeinden „über ihre Mittel leben" und daraus die Konsequenz zu ziehen, die Gemeinde- und Staatsbetriebe in private Hand zu überführen.

I n d e r g r o ß e n L i n i e hat Parker Gilbert in diesen Fragen zweifellos das gesagt, was die breitesten Kreise der deutschen Bourgeoisie empfinden – aber damit ist nicht gesagt, daß er sich in diesen Punkten auch p r a k t i s c h in Uebereinstimmung mit der Politik des Bürgerblocks befindet. Prinzipiell ist die Großbourgeoisie, nachdem sie im Reich die politische Macht offen ausüben kann, für die Verwirklichung des Einheitsstaates – aber praktisch sind heute die Machtverhältnisse in Deutschland derart, daß die Großbourgeoisie, um regieren zu können, die Unterstützung partikularistisch eingestellter Schichten der Kleinbourgeoisie und des Kleinbürgertums braucht und h e u t e, wenn sie den Bürgerblock nicht zerschlagen will, die Verwirklichung ihrer Einheitswünsche noch eine gute Weile hinausschieben muß. I n s o f e r n war es durchaus ehrlich, wenn K ö h l e r den Reparationsagenten auf die Bemerkung des Sachverständigengutachtens verweist: „Der Gegenstand (die Frage der Selbständigkeit der Länder) ist verwickelt und erfordert die Berücksichtigung sozialer und politischer Faktoren, von denen viele tief in der historischen Ueberlieferung wurzeln". Andererseits ist die Bürgerblockregierung als eine ausschlaggebend vom Finanzkapital beherrschte Regierung durchaus konsequent, wenn sie die Aufnahme großer öffentlicher Anleihen der Länder und Gemeinden im gegenwärtigen Augenblick für untragbar erklärt.

[698] Wesentlich für das Verständnis der Stellungnahme der Bürgerblockregierung zu den innerpolitischen Forderungen des Reparationsagenten ist die Tatsache, daß a u ß e n p o l i t i s c h der deutsche Imperialismus auf eine aktive Politik angewiesen ist. Um sich für diese Politik die nötige Grundlage zu schaffen, muß er im Innern kleinbürgerliche und womöglich auch proletarische Schichten an sich ketten: teils durch wirkliche Kompromisse – wie in seinem Verhältnis zu den Ländern, teils durch Demagogie. Die Erhaltung der gegenwärtigen Regierungskoalition – die unter anderem ein Kompromiß mit den Ländern und auch die Verwirklichung des vom Zentrum geforderten, vom Reparationsagenten (übrigens sehr vorsichtig) kritisierten Reichsschulgesetzes voraussetzt, ist als Voraussetzung der außenpolitischen Aktivität für den deutschen Imperialismus wichtig – ebenso die Möglichkeit, den Beamten und Liquidationsopfern, wenn schon nicht Geld, so doch nationalistische Phrasen zu geben. Und so schwingt sich die Bürgerblockregierung aufs hohe Roß und erklärt:

„Auch vom Standpunkte der Gläubigerländer aus kann es nicht ohne Bedeutung sein, ob das Deutschland von dem die Leistungen des Sachverständigenplanes erwartet werden, ein Land voller politischer Erregung und voller innerer Unruhe ist, weil eine Reihe von nach Ueberzeugung des deutschen Volkes und seiner Regierung lebenswichtigen Fragen nicht oder nicht zulänglich gelöst sind ... Von dem Ausgleich (zwischen verschiedenen

Meinungen über solche ‚staatspolitischen Notwendigkeiten') hängt nicht zum wenigsten ein entscheidender Faktor für die Erfüllung aller internationalen Verpflichtungen ab, der L e i s t u n g s w i l l e des Gesamtvolkes."

In bezug auf die Beamten und Kriegsopfer sind solche Erklärungen natürlich reine Demagogie, verfolgen den Zweck, deren Empörung über die Nichterfüllung der gemachten Versprechungen von der „sozialen Bürgerblockregierung" auf den „fremdländischen Diktator" abzulenken – stimmt doch die Regierung im Prinzip durchaus mit dem Vorschlag des Reparationsagenten überein, die Besoldungserhöhung der Beamten die mit Berufung auf den „Zwang von außen" (den man selbst bestellt hat) schon entsprechend verändert werden wird – mit einem entsprechenden Beamtenabbau zu verbinden, Ehrlich gemeint sind jene Phrasen der Bürgerblockregierung insofern, als sie keine Lust hat, sich vom Reparationsagenten durch Provokation des Konflikts mit den Ländern und durch Vereitelung des Schulgesetzes in eine Koalitionskrise hineinhetzen zu lassen. Und da das deutsche Finanzkapital gegenwärtig die Bürgerblockregierung braucht, so steht es – was auch einige koalitionslüsterne demokratische Blätter schreiben mögen – in diesen Fragen hinter seiner Regierung.

Und damit kommen wir auf jene Punkte, in denen g r u n d l e g e n d e Interessengegensätze zwischen den von Herrn G i l b e r t und den von K ö h l e r vertretenen Interessen zutage treten. Der Reparationsagent fordert klar und eindeutig eine künstliche A b d r o s s e l u n g d e r K o n j u n k t u r: er kritisiert die Finanz- und Kreditpolitik des Reichs, weil sie – teilweise im Gegensatz zu der weitgehend unter seinem Einfluß stehenden Reichsbank – die Konjunktur künstlich ermunterte, die unvermeidliche Diskonterhöhung verzögerte und so der Konjunktur neuen Anstoß gab. Auch die Finanzpolitik der öffentlichen Körperschaften kritisiert er wesentlich unter diesem Gesichtspunkt:

„Die Tendenz höherer Preise besteht bereits, und zwar zum Teil als Ergebnis der hohen Zölle auf die Importe zahlreicher Haupterzeugnisse; [699] und sie würde eine beträchtliche Stärkung erfahren, wenn, wie es jetzt wahrscheinlich scheint, die Vorschläge der Reichsregierung bezüglich der Gehaltserhöhungen einerseits zu Forderungen nach ähnlichen Erhöhungen im allgemeinen Wirtschaftsleben, und andererseits zu erhöhten Eisenbahntarifen und dergleichen führen sollten. Offenbar wohnt allen diesen Entwicklungen die Tendenz inne, die Kosten der Erzeugung zu steigern und dergestalt die Fähigkeit der deutschen Wirtschaft, in einem Wettbewerb um möglichst hohe Exporte einzutreten, zu verringern. Wie die Erfahrung der letztverflossenen Monate zur Genüge dargetan hat, machen sie sich auch auf der anderen Seite der deutschen Zahlungsbilanz fühlbar, indem sie (offenbar die Entwicklung des inneren Marktes infolge der Konjunktur) Deutschlands Einfuhren aus anderen Ländern wesentlich fördern."

Und in diesem Sinne betont G i l b e r t, daß auf der Reichsregierung die Verantwortung „für eigene Handlungen" liegt, „welche durch übermäßiges Anspornen der Einfuhren und durch Behinderung der Ausfuhren künstlich darauf ausgehen, die Transfermöglichkeiten zu beschränken".

Natürlich braucht die deutsche Bourgeoisie keine Briefe des Reparationsagenten, um Lohnerhöhungen und Tariferhöhungen peinlich zu empfinden – sie braucht auch nicht besonders ermuntert werden, ihre Ausfuhr zu steigern. Aber es handelt sich eben gar nicht um diese Selbstverständlichkeiten: Parker Gilbert, der – wie besonders betont wird – im Einvernehmen mit der amerikanischen Regierung vorging, forderte im w e s e n t l i c h e n eine Abbremsung der deutschen Konjunktur: a n g e b l i c h vom Standpunkte des Transfers aus, damit durch verstärkten Lohndruck nach dem Konjunkturumschlag die deutsche Industrie erhöht exportfähig werden und mit den so erhaltenen Devisen Reparationsschulden bezahlen kann. Aber g r u n d l e g e n d ist diese Transferfrage für die amerikanische Bourgeoisie n i c h t: sie will im Gegenteil die Konkurrenz des deutschen Imperialismus, auf den sie dank dem Dawesplan einen gewissen Druck ausüben kann, möglichst unschädlich machen: aus d i e s e m Grunde ist sie gegen die Schutzzölle, unter deren Deckung die deutsche Bourgeoisie ihre wirtschaftlichen Waffen – natürlich auch für den Export – schärft und ist gegen eine längere Dauer der Konjunktur, die einen Ausbau des deutschen Produktionsapparates in bisher nie dagewesenem Tempo ermöglicht und zugleich die innerpolitischen Rückhalte der deutschen imperialistischen Außenpolitik stärkt. Hier besteht ein unüberbrückbarer Gegensatz zu den Interessen des deutschen Imperialismus, der die Zölle als Mittel zur Vorbereitung des Dumping, die Konjunktur als Gelegenheit zum Ausbau des Produktionsapparates (der dann später mehr exportieren wird, als es den Amerikanern lieb ist) und als Grundlage für die Gewinnung möglichst breiter Massen für seine

imperialistische Außenpolitik (von den bevorstehenden Wahlen ganz abgesehen) braucht. Und deshalb verteidigt die Bürgerblockregierung auch ihre Zollpolitik, indem sie von der Notwendigkeit der „Steigerung der Intensität der Landwirtschaft“ spricht und verteidigt die Konjunktur, indem sie allgemein (wovon wir schon oben sprachen) auf die Notwendigkeit der Erhaltung der „Inneren Ruhe“ in Deutschland (wozu man auch den Fortbestand der Konjunktur wenigstens bis zu den Wahlen rechnen kann) einging – natürlich immer „im Interesse der Reparationsgläubiger“. Aber diese Phrasen – so wenig wie die des Reparationsagenten, wonach er „im Interesse der deutschen Wirtschaft“ spreche – dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich b e i d e Teile des Gegensatzes bewußt sind: und in diesem Sinne unternimmt denn auch die Bürgerblockregierung einen eindeutigen V o r s t o ß gegen den Dawes-Plan reibst, der immer mehr – wie sich gerade bei dieser Gelegenheit zeigt – als [700] Fußfessel des jungen deutschen Imperialismus empfunden wird. Konsequent spricht sie von „Erprobung“ des Dawes-Plans, womit schon gesagt ist, daß sie ihn als nichts endgültiges betrachtet und erklärt am Schlusse ausdrücklich: „Noch stehen die Proben ob ein echter Transfer im Sinne des Planes auf die Dauer möglich ist, uns bevor.“ Natürlich unterläßt die deutsche Regierung nicht, bei dieser Gelegenheit darauf hinzuweisen daß die von vielen Gläubigerländern gegen deutsche Waren errichteten Einfuhrschranken ein Haupthindernis der deutschen Ausfuhrsteigerung und damit des Transfers darstellen.

Die inneren Widersprüche des Dawes-Planes sind wie wir es immer vorausgesagt haben, nun voll ans Tageslicht getreten: in seinem Namen, zur Ermöglichung der Zahlungen (und mit dem offen ausgesprochenen Nebengedanken auf seine Beseitigung) fordert Deutschland freie Bahn für seinen Export – während andererseits der amerikanische Imperialismus den Plan als Instrument zur Erdrosselung der deutschen Konkurrenz benutzen will. Momentan sind die Amerikaner die stärkeren – schon darum, weil die deutsche Konjunktur ohne äußere Kreditzufuhr in wenigen Wochen zum Erliegen kommen muß und die Deutschen werden auf irgendein Kompromiß eingehen müssen, aber von der Tagesordnung verschwinden wird die einmal aufgeworfene Frage nicht.

Was tut in dieser Lage anläßlich der Aufrollung aller innen- und außenpolitischen Grundfragen die Sozialdemokratie? Die Antwort findet man in dem Kommentar, mit dem der „Vorwärts“ vom 6. November die Veröffentlichung des Schriftwechsels begleitet: e r s o l i d a r i s i e r t s i c h v o l l u n d g a n z m i t d e r B ü r g e r b l o c k p o l i t i k. Die Besorgnisse des Reparationsagenten sind „übertrieben“, die Bürgerblockregierung erscheint als die Vertreterin der Selbständigkeit der Länder und Gemeinden, also als Trägerin einer „sozialen“ Funktion, denn daß die von Marx so arg verspottete deutsche Kleinstaaterei im Interesse des Proletariats liege, scheint diesen „Marxisten“ ein Dogma zu sein. Und:

„Aehnliches gilt für die Sozialpolitik. Es ist zu begrüßen, daß die Reichsregierung hier starke Töne gefunden hat, um die Rechte der Arbeitskraft und der Hilfsbedürftigen nachdrücklich zu betonen.“

Hätte die Bürgerblockregierung diesen Artikel für Geld bestellt, man hätte nicht anders schreiben können. Kann sich die imperialistische Bourgeoisie, die die Beamten durch ein demagogisches Spiel mit dem Reparationsagenten an der Nase herumführt, eine bessere Unterstützung denken als diese „sozialistische“? Aber die Sozialpatrioten haben nie eine andere Sorge gekannt als die Unterstützung „ihrer“ Bourgeoisie bei allen imperialistischen Vorstößen – warum jetzt nicht? Nur e i n e Sorge haben diese „Sozialisten“: die Politik der Regierung ist gut – aber die Parteien. auf die sie sich stützt, sind schlecht:

„Auch die deutsche Antwort ist dem Tone nach auf Versöhnlichkeit und Entgegenkommen gestimmt (das sagt der „Vorwärts“ in einem Augenblick, wo es Pflicht jedes Arbeiterblattes wäre, auf die neue Aktivität des deutschen Imperialismus hinzuweisen!) Die deutschnationalen Minister haben dem Schriftstück beigestimmt, während gleichzeitig in der Provinz ihre Presse, ihre Agenten gegen den Dawesplan Sturm laufen (als ob das Dokument Köhlers nicht ebenfalls, wenn auch mit verteilten Rollen, gegen den Dawes-Plan verstieße!) Auch hier ist wieder ein Widerspruch zwischen den Taten der deutschnationalen Minister und der Demagogie der Agitation festzustellen, die draußen im Lande bekämpft, was ihre eigenen Beauftragten in der Regierung gutheißen.“

[701] Um es kurz auszudrücken: nehmt uns doch bitte in die Regierung, wir sind viel braver als die Deutschnationalen und wir werden überall gewissenhaft schreiben, was ihr von uns verlangt, wobei

sich die guten Reformisten noch einer argen Täuschung darüber hingeben, als liege das, was die deutschnationalen Provinzblätter schreiben, nicht auf der Linie derselben Politik, der auch Köhlers „soziales“ Antwortschreiben entsprungen ist.

Das revolutionäre Proletariat wird diesen Weg „zu Hindenburg“ nicht gehen. Wir sehen in dem Reparationskonflikt einen neuen Ausdruck der unlösbaren Konflikte, in die sich der internationale und insbesondere der deutsche Imperialismus verfangen hat, wir sehen unsere Aufgabe nicht in der Unterstützung „unserer Bourgeoisie, sondern in der breitesten Massenmobilisation, weil wir wissen, daß der Kampf, den heute die Werktätigen um „kleine“ Lohn- und Steuerfragen führen, einst übergehen wird in den großen Kampf um den Sturz der Bourgeoisie und um die Errichtung der proletarischen Diktatur, die jene internationalen Fragen lösen wird, an denen sich die Bourgeoisie dauernd reibt. Wir haben nicht die Aufgabe, den „sozialen“ Schwindel der Bürgerblockregierung zu unterstützen, wir werden vielmehr mit aller Entschiedenheit darauf hinweisen, daß sie mit diesen Phrasen die Beamten an der Nase herumführen will und werden alles tun, um auch die öffentlichen Angestellten zum gewerkschaftlichen Kampf als dem einzig wirksamen Mittel zur Erringung höherer Löhne zu mobilisieren. Wir verteidigen nicht die „Finanzhoheit“ des Reichs und der Länder, wir werden vielmehr mit aller Entschiedenheit für die Streichung aller arbeiterfeindlichen Posten der Etats eintreten, für die Beseitigung der Ausgaben für Heer und Polizei, für die Ablehnung des Schulgesetzes, das im Interesse der Kirche auch riesige finanzielle Opfer bedingt. Wir werden die Massen dafür zu mobilisieren suchen, daß die Besitzenden ihren Staat auch selber bezahlen, werden für Beseitigung der Massensteuern, für Erhöhung der Besitzsteuern eintreten. Das hat nichts mit den Forderungen des Reparationsagenten nach „Gleichgewicht im öffentlichen Haushalte“ zu tun; mögen sich die Herrschenden um ihre Sorgen kümmern, wir werden dagegen auftreten, daß sie diese Fragen auf dem Rücken der werktätigen Massen lösen. Wir sind nicht für die „Eigenstaatlichkeit der Länder“ und halten sie auch nicht für etwas besonders „soziales“, wir haben aber auch nicht die Aufgabe, den Staatsapparat der Bourgeoisie zu konzentrieren (das soll sie selbst freundlichst besorgen): wir kämpfen für die Interessen der Werktätigen und wir wissen, daß wir auf dem Wege der Verbreiterung und Vertiefung dieses Kampfes an den Punkt gelangen werden, wo das siegreiche Proletariat die Lösung jener Aufgaben übernimmt, an denen die Bourgeoisie gescheitert ist.

*

Von Bauer bis Hilferding

Zum Parteitag der SPOe

Von Richter

In der großen geschichtlichen Auseinandersetzung zwischen Bolschewismus und Sozialdemokratie spielte die österreichische Sozialdemokratie bisher eine besondere Rolle. Der letzte Parteitag, abgehalten in Wien vom 29. Oktober bis 1. November 1927, beendet die Sonderstellung dieser Partei. Er bedeutet keinen jähen Wendepunkt in der Politik des Austromarxismus. Der Austromarxismus hatte seine vollständige Angleichung an die klassische reformistische Politik der anderen Parteien der sozialdemokratischen Inter-[702]nationale jahrelang vorbereitet. Aber der Wiener Parteitag leitet doch einen ganz neuen Abschnitt für die österreichische Sozialdemokratie ein. Auf diesem Parteitag sollte die österreichische Sozialdemokratie die Lehren des bedeutendsten, jedenfalls opferreichsten Tages der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung. des Wiener Schwarzen Freitag des 15. Juli ziehen. Sie hat sie gezogen. Der offene Opportunismus, der Revisionismus unverhülltester Sorte, übernahm die Führung der Partei.

Eine Periode von neun Jahren ist damit abgeschlossen, in der das Zentrum die Führung hatte. Eine Periode, in der die österreichische Sozialdemokratie unter dieser Führung die besondere Rolle spielte, über die zunächst einiges in Erinnerung gebracht sei.

Die österreichische Sozialdemokratie, die Soz. Partei des kleinen Landes Oesterreich, war – wenigstens bis zum Eintritt der Periode der relativen Stabilisierung – die Führerin der von ihr geretteten sozialdemokratischen Internationale. (Ein Ueberbleibsel aus dieser Zeit: noch heute ist Friedrich Adler der Sekretär dieser Internationale.) Sie blieb auch nachher sozusagen

die Musterpartei der „internationalen“ Sozialdemokratie. Mit ihrer außerordentlich (vor allem zahlenmäßig) starken Organisation marschierte sie an der Spitze aller sozialdemokratischen Parteien. Bei einer Gesamtbevölkerung von 6½ Millionen musterte sie an 600.000 Mitglieder, allein in Wien zählte sie an 370.000 Mitgliedern; d. h. in der einen Stadt Wien etwa dreimal so viel Mitglieder wie die Sozialistische Partei Frankreichs, weit mehr als die Hälfte der „gewaltigen“ SPD-Organisation. Ihre Gewerkschaftspositionen, ihre Positionen in der Wiener Gemeinde usw. sind bei allen Reformisten der Welt berühmt.

Sie galt aber auch als besondere Sozialdemokratie bei allen linken sozialdemokratischen Arbeitern. Die österreichische Partei wurde seit dem Zusammenbruch des Habsburger Imperialismus von Zentristen geführt. Diese Führung, ursprünglich Otto Bauer mit der gegen Kriegsende radikal-pazifistischen Gruppe Friedrich Adlers (die nach dem Stürkh-Attentat und dem Adler-Prozeß in der Partei außerordentliches Ansehen genoß), später Otto Bauer mit Unterstützung einer vor allem auf den Wiener Gemeindepositionen fußenden Mittelgruppe der Partei (Seitz), hat die Spaltung der österreichischen Arbeiterklasse, ja sogar namhafte Abspaltungen bis heute vermieden. Es gibt Länder von ähnlicher Struktur wie Oesterreich, in denen die Kommunistische Partei organisatorisch schwächer ist als in Oesterreich. Aber in keinem der betreffenden Länder war sie bis vor kurzem einflußloser. Keine einzige Gewerkschaftsposition, nur Positionen in etwa zwei oder drei Großbetrieben, kein Mandat im Nationalrat oder Landesversammlungen, kein Mandat in der Gemeinde Wien, 12.000 Wahlstimmen gegen 1½ Millionen Stimmen für die Sozialdemokratie (die damit 43 Prozent aller Stimmen überhaupt auf sich vereinigte) – das beleuchtet das Kräfteverhältnis, wie es noch im Frühjahr 1927 bestand.

Ueber keine Partei der sozialdemokratischen Internationale waren weit über das österreichische Proletariat hinaus Illusionen verbreitet, wie über die Otto-Bauer-Partei. Fast geschlossen als Klasse leistete ihr das österreichische Proletariat Gefolgschaft. Und mit ihr sahen die linken sozialdemokratischen Arbeiter aller Länder in der österreichischen Partei das Ideal einer Partei verwirklicht, die, die „Fehler“ des Bolschewismus und Scheidemann-Sozialismus gleichzeitig vermeidend, einen zielbewußten erfolgreichen, sowohl alle demokratischen, wie alle revolutionären Mittel ausnutzenden Weg zum Sozialismus gehe.

Auch die Bourgeoisie schätzte die österreichische Sozialdemokratie falsch ein. Sie sah in ihr eine Art „verkappte Bolschewistenpartei“, eine latente Bedrohung nicht nur der Klassenherrschaft in Oesterreich, sondern eine Bedrohung ihrer Klassenherrschaft in ganz Südosteuropa.

Diese Illusionen der Arbeiter und die Befürchtungen der Bourgeoisie, sie wurden am 15. Juli 1927 erschüttert und erwiesen sich als unbegründet. Der Parteitag hat jetzt die austromarxistische Politik der Parteiführung des [703] 15. Juli legalisiert. Nicht nur die Spitze, die ganze Führung der Partei Otto Bauers hat sich der Mitgliedschaft der Internationale Hilferdings, MacDonalds und Renaudels würdig erwiesen.

Wenige Monate nach dem berühmten Linzer Programm, wenige Wochen nach dem größten Wahlsieg, den eine sozialdemokratische Partei je errang, erwies der 15. Juli die SPOe-Führung als gegenrevolutionäre Parteiführung, erwies er den Zusammenbruch der Hoffnungen der Arbeiter auf die linken Phrasen dieser Führung. Zwei Monate nachher zieht die ganze Partei daraus völlig unzweideutig die Lehre. Der Zentrist Otto Bauer, der namhafteste zentristische Politiker und Theoretiker in der II. Internationale, dankt ab. Er kapituliert mit seiner Parteitagsmehrheit, wenn auch noch immer unter Aufrechterhaltung gewisser linker Gesten mit der Rettungslosung „Alles für die Einheit der Partei, Fehler kann man später wiedergutmachen“, vor der offen revisionistischen Renner-Gruppe.

Otto Bauer und Friedrich Adler kapitulieren vor jenem Renner, den sie, als der Zentrismus in der österreichischen Partei gegen die alte revisionistische Führung vor zehn Jahren in Opposition trat, als einen „Geschäftspolitiker schlimmster Sorte“, einen Schädling der Partei, bezeichnet hatten. Damit ist nicht nur in der österreichischen Arbeiterbewegung ein bedeutsamer Wendepunkt erreicht, es wird damit auch ein Abschnitt der westeuropäischen Arbeiterbewegung zu Ende gebracht. Die Zentristen kapitulierten angesichts der neuen Aktivität in der Arbeiterklasse in allen Ländern. In Frankreich

kapituliert Blum vor Paul Boncour, in England Landsbury vor MacDonald, die deutschen Levi- und Seidewitz-Leute vor Hilferding und Wels, in Norwegen Tranmael, in der Schweiz die Gruppe Grimm. Den Schlußpunkt hat jetzt ihrer aller Führer. Otto Bauer, gesetzt und damit erfüllt sich nur eine zeit geschichtliche Notwendigkeit. Als es galt 1918 bis 1923, die sozialdemokratischen Parteien vor der Abwanderung der Massen zum Kommunismus zu retten, etablierte sich das Zentrum als „linke Sozialdemokratie“ mit allerhand Konzessionen an die revolutionäre Ideologie. In der Zeit der relativen Stabilisierung wurden diese Konzessionen fast vollständig abgebaut. Jetzt, wo eine neue revolutionäre Welle sich ankündigt, wo Ereignisse wie der 15. Juli zeigen, daß auch solche linke Formeln, wie beispielsweise die Formel im Linzer Programm: „Wenn die Bourgeoisie Gewalt anwenden sollte, dann müsse ihr mit der Diktatur der Arbeiterklasse begegnet werden“, die Arbeiter dazu verleiten, die politischen Fragen ähnlich zu stellen, wie sie die Kommunisten stellen, wo trotz aller Hoffnungen auf die Erledigung des Bolschewismus die Komintern zu einer gefestigten internationalen Macht geworden ist, erlaubt die Situation, erlauben die offenen Revisionisten und Opportunisten den zentristischen Führern kein Gefackel mehr. Die Hauptforderung Renners zum Parteitag in Oesterreich war der sofortige Abbau der revolutionär schillernden zentristischen Ideologie. Es ist die gleiche Forderung, die Hilferding in Kiel in einer allerdings anderen Situation (insbesondere was das innerparteiliche Kräfteverhältnis betrifft: Hilferding war in Kiel der unbestrittene Führer der Partei, seine Abrechnung mit der austromarxistischen Zwickauer Plattform und den linken Jammerfiguren vom Typus der Seydewitz. Sender, Böchel war nur ein kleines Intermezzo in Kiel) aufstellte, als er die Losung ausgab, es gelte jetzt nicht die demokratischen, vielmehr die antidemokratischen Illusionen auf schärfste zu bekämpfen. Hilferding hat natürlich in Kiel gesiegt, aber auch Renner hat in Wien gesiegt.

Die Aufgabe der Renner-Gruppe in Oesterreich war unvergleichlich schwieriger wie die Aufgabe Hilferdings in Kiel. Sie war viel schwieriger bei dem spezifischen Charakter der österreichischen Sozialdemokratie, die gerade eine ihrer Hauptwirkungen aus den linken Phrasen zog. Daß es trotzdem gelang, daß sie trotz der durch den 15. Juli gesteigerten Linksentwicklung in der österreichischen Arbeiterklasse sozusagen reibungslos durchgeführt werden konnte, das erscheint als das eigentliche Problem dieses Parteitags.

[704] Aber gerade die Radikalisierung der Arbeiter hat das Zentrum zur Kapitulation vor Renner gedrängt und gerade die besondere zentristische Ideologie, die scheinbar das Klassenbewußtsein der österreichischen Arbeiter neun Jahre lang vor der ärgsten reformistischen Versumpfung bewahrte, hat in diesen neun Jahren die Vorarbeit geleistet, die jetzt erlaubt, ohne sofortige Spaltung, ja ohne eine sofortige breite Auflehnung in der Partei selbst, die Schwenkung der Führung der Partei durchzuführen. Gerade die „linke“ österreichische Sozialdemokratie konnte trotz der beginnenden Loslösung der Arbeiter von ihrer Führung noch einmal ein Täuschungsmanöver durchführen.

Den österreichischen Arbeitern, denen man jahrelang erzählt hat, daß es einen demokratischen „Weg zur Macht“ gibt, der nicht der Weg Noskes ist, glauben auch heute noch, daß der Otto-Bauer-Flügel nur eine vorübergehende notwendige taktische Schwenkung gemacht hat. Es ist erwähnenswert, daß noch kurz vor dem Parteitag im Blatt der stärksten österreichischen Gewerkschaft, in der „Metallarbeiterzeitung“, eine in Broschürenumfang gehaltene Plattform erschien, die die Politik des 15. Juli mit der These verteidigte, der 15. Juli in Wien entspräche dem 17. Juli 1917 in Petersburg. Die SPOe habe am 15. Juli genau so gehandelt wie damals die Partei Lenins, sie habe die Massen aus dem Kampf gezogen, da an diesem Tage der Kampf um die Macht nicht aufgenommen wurde. Auf dem Parteitag, vor dem Forum der Parteibürokratie, wurde allerdings eine andere Plattform bezogen. Hier geschah eine ganz allgemeine Verurteilung der „Disziplinlosigkeit der Arbeiter“, die am 15. Juli, weil sie vom demokratischen Wege abgeirrt sind, eine Sonderaktion durchgeführt haben, der demokratisch vormarschierenden Arbeiterklasse eine Schlappe zugefügt hätten. Aber noch immer trat auch Otto Bauer auf dem Parteitag, obwohl er in allen entscheidenden Punkten dem Vorstoß der offenen Reformisten nachgab, gegen sie scheinbar von links her auf und erklärte in der zentralen Frage, der Frage, ob die Partei jetzt sofort eine Koalition mit der Mordbourgeoisie des 15. Juli eingehen dürfe oder nicht, unter dem demonstrativen Beifall der großen Mehrheit des Parteitages, es für undenkbar, daß

die SPOe jetzt die „heiligsten Gefühle der Arbeiter verletze“. Die Deklaration, die der Parteitag einstimmig annahm, lehnt auch scheinbar die Koalition ab. In Wirklichkeit aber ist diese Deklaration ein einziges Koalitionsangebot an die Bourgeoisie auf weitere Sicht. In der Deklaration wird die sofortige Koalition nur deshalb für unmöglich erklärt – weil sie gegenwärtig unmöglich ist, weil die österreichische Bourgeoisie glaube, die Macht der Sozialdemokratie „nullifizieren“ zu können. In der Deklaration wird aber der Bourgeoisie die „Abrüstung“ angeboten, in der Deklaration wird das von Renner geforderte Streik- und Demonstrationsverbot für die Partei ausgesprochen, in der Deklaration werden die letzten Reste der linken Linzer Phrasen noch einmal feierlichst begraben. Von jetzt ab sollen die „unvermeidlichen Klassenkämpfe“ nur noch mit geistigen Mitteln ausgetragen werden, nur unter der „Kontrolle der Gesamtpartei“. In der Deklaration ist kein Wort mehr von der „Zuspitzung der Klassengegensätze“, von der das Linzer Programm sprach, das Wort Sozialismus kommt überhaupt nicht mehr vor, das Parteiziel wird in der Losung formuliert: „Für die Republik des arbeitenden Volkes in Stadt und Land!“

Das Kommentar zu dieser Deklaration gab nicht nur die Parteitagsrede Bauers. die eine einzige sozialpazifistische Beteuerung war, daß die österreichische Sozialdemokratie keinen Bürgerkrieg wolle, sondern verschiedene Reden und Artikel zum Parteitag, in denen der Bankrotteur aussprach, daß gegenwärtig zweifellos die revolutionäre Epoche der Umsturzzeit abgeschlossen, der 15. Juli nur als Nachhutsgefecht der Kämpfe von 1918 bis 1923 zu werten sei. „Kein verantwortlicher Sozialist könne die Auffassung vertreten, daß wir in einer revolutionären Epoche leben.“ Die Revolution würde zwar einmal kommen, aber wer weiß, wann. Vom Imperialismus, von der Kriegsgefahr auch nicht ein Wort. Wie man sieht, die Plattform Hilferdings, seit Halle, nur sechs Jahre später bezogen.

Und dennoch erschien diese Haltung Bauers als die „linke“ Plattform und es erschien den jahrelang zentristisch verseuchten Arbeitern als ein [705] Sieg des „linken“ Bauer, über den rechten Renner, daß Renner, was er gar nicht zu erreichen hoffte, nicht erreichte: Ein sofortiges Koalitionsangebot.

Die zentristische Erziehung der Massen hat zur Katastrophe des 15. Juli geführt die zentristische Erziehung verhindert auch nach dem 15. Juli noch die Erkenntnis des Bankrotts des Austromarxismus. Die Auswirkung dieser jahrelangen Verseuchung, die Illusion über die scheinbar revolutionäre Rolle der österreichischen Sozialdemokratie, wird nicht mit einem Male beseitigt.

Sie hat in Oesterreich, der besonderen österreichischen Situation entsprechend, ganz besonders tiefe geschichtliche Wurzeln und ganz besondere aktuelle Stützpunkte.

Die österreichische Sozialdemokratie zehrt heute noch vom Ansehen, das die Partei trotz einer zielbewußt imperialistischen Politik infolge der besonderen Lage von allen Habsburger-Staaten in der Vorkriegszeit und im Kriege erwarb. Die K. u. K. Sozialdemokratie erschien damals, gerade weil sie die Interessen des habsburgischen Imperialismus und Zentralismus gegen die separatistischen nationalrevolutionären Bewegungen in den Ländern vertrat, als besonders „internationale“ Partei. In der Nachkriegszeit erschien sie als revolutionäre Partei, da die offenkundige Exponiertheit der Völkerbundkolonie Oesterreich gegenüber der „reaktionären“ Umgebung vor den breitesten Massen die Möglichkeit einer auf Oesterreich beschränkten revolutionären Lösung besonders problematisch erscheinen ließ. Gleichzeitig verstärkten die gerade in Oesterreich von den breitesten Massen erkennbaren Widersprüche des kapitalistischen Wiederaufbaus den Linksantrieb der Massen, die damit in die Sumpfposition der sich links gebärdenden Sozialdemokratie getrieben wurden, ohne daß sie von hier aus den Uebergang zum Kommunismus gefunden hätten. Die Zentristen paßten sich unter der Führung Bauers nach dem Kriege den nach links schwenkenden Massen an. Insbesondere die ungarische Rätediktatur zwang den Zentrismus auf eine scheinbar ganz linke Plattform. Am 1. März 1919 stellte sich der Wiener Kreisarbeiterrat unter der Führung Friedrich Adlers ‚auf den Boden der proletarischen Diktatur“. Gleichzeitig aber blieb die Führung der Partei in der Koalitionsregierung. Sie verstand es, dies nur als vorläufiges taktisches Mittel wegen der Bedrohung durch die Gegenrevolution hinzustellen. In einer Resolution des sozialdemokratischen Vollzugsausschusses der Soldatenräte am 2. Juni 1919 hieß es: „Das Proletariat wird gezwungen sein, wenn sich die Nationalversammlung nicht als ein geeignetes Instrument der Fortführung der Revolution erweist, ohne Nationalversammlung die

Revolution fortzusetzen.“ Viel später erst hat Otto Bauer selbst zynisch offen zugegeben, daß es damals nötig war, demagogisch aufzutreten. Die besondere Schwäche der österreichischen Bourgeoisie erlaubte den österreichischen Sozialdemokraten auch, die Illusion zu verbreiten, die Partei verankere die Macht des Proletariats immer fester im Staatsapparat. Es waren nicht so sehr die Wahlerfolge, wie die sozialdemokratische Scheinposition im Bundesheer und in der Polizei, es war der scheinrevolutionäre Charakter des republikanischen Schutzhundes, der diese Illusionen nährte. Noch kurz vor dem Linzer Parteitag konnte Friedrich Adler erklären, im vertrackten Gehirn eines Bolschewisten wie Bucharin könne allerdings die Einsicht nicht platzgreifen, daß es andere spezifische Formen der Machteroberung gäbe als in Rußland. Gleichzeitig wurde systematisch die Koalitionsideologie als eine „revolutionäre“ Machtideologie verbreitet. Schon 1920 schrieb Otto Bauer in seinem Buche „Bolschewismus oder Sozialdemokratie“: „Die Demokratie sei in der Regel noch eine Form der Herrschaft der Bourgeoisie, sie wird aber auf einer bestimmten Entwicklungsstufe der sozialen Machtfaktoren zur Form der Herrschaft des Proletariats. Es kann sehr wohl geschehen, daß die Entwicklung der Klassen aber das Proletariat zur vorübergehenden Diktatur zwingt, schon in einer Phase, in der es noch nicht mit den Mitteln der Demokratie herrschen kann“. Das war kurz nachdem die Sozialdemokratie in Oesterreich den Anschluß an die ungarische und [706] bayrische Revolution nicht etwa grundsätzlich, sondern wiederum mit Hinweis auf die objektiven Schwierigkeiten verraten hatte. („Ungarn kann uns nur auf sechs Wochen Lebensmittel versprechen!“) Die Verräter erklärten dazu, sie stünden aber jederzeit anschlußbereit und bereit, die Revolution zu verteidigen, „Gewehr bei Fuß“.

Später, mit dem Eingreifen der Stabilisierung, entstand dann bei Bauer die „Theorie des Gleichgewichtes der Klassenkräfte“, schon eine vollständige theoretische Rechtfertigung der Koalitionspolitik, für die Zeit, „in der die Bourgeoisie nicht mehr, das Proletariat aber noch nicht herrschen könne“. In dieser Zeit müsse die „Kooperation der Klassen“ die Politik der Arbeiterklasse sein. Das Linzer Programm des Parteitages 1926 proklamierte bereits: „Die Sozialdemokratische Partei erobert durch die Entscheidung des allgemeinen Wahlrechtes die Staatsgewalt“. Gleichzeitig enthielt aber dieses Programm auch noch den bekannten linken Rückversicherungspassus, wonach nämlich, wenn die Bourgeoisie sich gegen die gesellschaftliche Umwälzung, die die Aufgabe der nach der demokratischen Machteroberung siegreichen Arbeiterklasse sei „durch planmäßige Unterbindung des Wirtschaftslebens, durch gewaltsame Auflehnung, durch die Verschwörung mit ausländischen gegenrevolutionären Mächten widersetzen sollte, die Arbeiterklasse dann gezwungen wäre, den Widerstand der Bourgeoisie mit den Mitteln der Diktatur zu brechen“.

Als am 15. Juli der ganze Schwindel des Linzer Programms sich offenbarte, verlor die sozialdemokratische Führung vorübergehend vollständig die Führung über die erbitterten Massen. Unmittelbar nach dem Verrat meldete sich auch eine verhältnismäßig starke Arbeiteropposition in der Partei. Es ist aber verständlich, daß trotz dieses entscheidenden Wendepunktes die Loslösung von der bisherigen Führung nur schrittweise erfolgte. Und so erklärt es sich, daß die verräterische Führung der Sozialdemokratie noch nach dem 15. Juli die größte Nutznießerin ihres Verrates selbst wurde, daß tausende Arbeiter neu zur Partei stießen (Arbeiter, die, über den Ueberfall der Bourgeoisie erbittert, Anschluß nach links suchten), daß die Arbeiteropposition ohne Plattform blieb und ein kleiner Klüngel ganz „linker“ zentristischer Führer, wie Max Adler usw. mit ihren Halbheiten auch auf diesem Parteitag völlig isoliert blieben, daß weder Otto Bauer einen entscheidenden Bruch auch mit der bisherigen scheinloyalen Haltung gegenüber jenen sozialdemokratischen Arbeitern durchführen konnte, die als Rußlanddelegierte, als Mitglieder des Einheitskomitees, bisher in der Partei geduldet waren. Auch diesen Schritt begründet er „links“. Es sei, um endlich zur Vereinigung der II. und III. Internationale zu kommen (!) notwendig, den Kommunisten die Illusion zu nehmen, mit Einheitsfrontmanövern könne man in die Reihen der Sozialdemokratie einbrechen. Und es ist schließlich auch begreiflich, wieso selbst ein Renner, der auf dem Parteitag offener als jemals ein Revisionist gegen den Marxismus auftrat, zum Teil gerade der Führer der aktiven Stimmungen der Arbeiterdelegierten auf dem Parteitag wurde, weil er scheinbar mit der Koalitionspolitik einen konkreten Weg aufzeigte, um für die Arbeiterklasse „mehr Macht“ zu gewinnen. Gerade die Zentristen hatten die Unklarheit vorbereitet und gelehrt, die es ihm erlaubte, zu erklären, daß die , alten marxistischen Staatsauffassungen

einer anderen Zeit entstammen, wo der Staatsapparat noch ein reines Klasseninstrument war, sie heute keine Gültigkeit mehr haben könnten“, wo jeder Sitz in Gemeinde, Land oder Verwaltung „ein Stück Macht“ darstelle. So übernahm er ganz folgerichtig die Führung gerade linker Stimmungen, die mit der offenkundigen Impotenz der Otto Bauerschen Politik unzufrieden waren, die die stärksten Vorboten der Erkenntnis des „linken“ Bankrotts sind. Und so erklärt sich dieser scheinbar größte Widerspruch des Parteitages: Der Sieg der Reformisten, die vollständige Kapitulation der zentristischen Führer, bei gleichzeitiger Linksbewegung, ohne daß, zunächst sind jedenfalls nicht politisch klar, eine nennenswerte Arbeiteropposition dagegen auftritt.

Klarer als in Oesterreich selbst wird allerdings der zentristische Bankrott in den anderen Parteien der sozialdemokratischen Internationale [707] bei den linken sozialdemokratischen Arbeitern erkannt. Die Wirkung des 15. Juli und der Zeit seither war so gründlich, daß beispielsweise in Deutschland einige linke Blätter gezwungen waren, offen von der bisherigen austromarxistischen Verhimmelung abzurücken Diese Symptome und das österreichische Gesamtergebnis beweisen, daß kein historischer Boden für die Entwicklung zentristischer Massenparteien mehr besteht. Und das ist auch das wichtigste Ergebnis des österreichischen Parteitages, daß er diese Frage ganz besonders geklärt hat. Er schließt damit die Periode ab, in der der Austromarxismus in breiten Massen erfolgreich mit dem Anspruch auftrat, eine „linke“, selbständige, besondere sozialdemokratische Richtung zu sein, mit einem eigenen vom Noskesozialismus sich unterscheidenden Wege zur „Eroberung der Macht“.

*

Die II. Internationale und die Militärfrage

Von Rudolf Haus

Die Septembertagung des Bureaus und der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in Brüssel hat sich ausführlich mit dem Thema „Heeresorganisation und Abrüstung“ beschäftigt. Gleichzeitig finden wir in den beiden bis jetzt erschienenen Nummern der linkssozialdemokratischen Halbmonatsschrift „Der Klassenkampf“ (Berlin) zwei Artikel zur Militärfrage.

Es ist unverkennbar, daß innerhalb der II. Internationale eine ideologische und praktisch-politische Umgruppierung vor sich geht. Stampfer hat den schönen Satz geprägt: „Eine endgültige Parteimeinung (über die Politik des 4. August) hat sich noch nicht herausgebildet.“ („Vorwärts“ vom 24. September 1927.)

Den unmittelbaren Anstoß zu den sozialdemokratischen Debatten gab die französische Heeresreform. Frankreich ist heute das typischste Beispiel des kontinentalen Imperialismus. Seine Rüstungsvorbereitungen sind symptomatisch für die Aufrüstungsmaßnahmen und -manöver der kontinentalen Imperialisten. Der französische Imperialismus hat wohl als erster der großen kapitalistischen Landmächte resolut die Konsequenzen aus den Erfahrungen des Weltkrieges und den nachfolgenden Revolutionskämpfen gezogen. Hier wird zum ersten Male von einem Staate, der nicht in die Fesseln eines Friedensvertrags“ eingezwängt ist, im großzügigsten Maße – und in breiter Oeffentlichkeit – der neue Weltkrieg vorbereitet. Die Vorbereitungen, die Amerika (mit seinem National Defence Act 1920) und später England getroffen haben, waren zwar Vorbild für Frankreich, müssen wir hier aber ausscheiden. Amerika wie England befinden sich in wesentlich anderen materiellen und strategischen Verhältnissen als die kontinentalen Mächte.

Die französische Heeresreform leitet einen neuen Abschnitt der Aufrüstungspolitik des Nachkriegsimperialismus ein. In großzügiger Weise ist der französische Imperialismus an die Umgestaltung seines Heeres gegangen. Er hat die Mobilisierung des gesamten französischen Volkes und der französischen Wirtschaft für den französischen Imperialismus legalisiert. (Näheres hierüber siehe in dem Artikel von Charles „Das neue französische Heeresgesetz – ein Musterbeispiel für die nationale Verteidigung des Imperialismus“ in Nr. 3 des 2 Jahrganges des „Oktober“.)

Diese neue Etappe in der Aufrüstungspolitik des Imperialismus spiegelt sich auch sofort in der Veränderung der Ideologie der gesamten II. Internationale wider. Die französischen Sozialchauvinisten

erhalten – schon heute – eine versteckte Billigung durch die sozialdemokratische Internationale. So erklärte Wels auf dem Kieler Parteitag, daß die französischen Sozialdemokraten richtig gehandelt hätten, der Heeresreform zuzu-[708]stimmen. Lediglich die Sozialdemokraten Oesterreichs wetterten auf der Septembertagung noch gegen den französischen Reformismus. Der Vertreter der SPD dagegen. Hermann Müller, hielt eine diplomatische Rede, die eine Billigung des französischen Vorgehens bedeutete und gleichzeitig den „opponierenden" Sozialdemokraten die Brücke bauen will, auf der sie unangefochten zu Renaudel und Paul Boncour wandern können.

Renaudel, Jaurès und die französische Heeresreform

Die sozialdemokratischen Lakaien der französischen Bourgeoisie wiederholten in Brüssel zum tausendsten Male, daß die Heeresreform eine Abrüstung darstelle. So kühn diese Behauptung ist, stellt sie sich doch würdig der zweiten an die Seite, daß die französische Sozialdemokratie zum Testamentsvollstrecker des wissenschaftlichen Sozialismus geworden wäre.

Ausgerechnet die französische Sozialdemokratie beruft sich auf die alten Losungen und Forderungen der revolutionären Sozialdemokratie des vorigen Jahrhunderts? Wie ist das möglich?

Renaudel (Frankreich) erklärte: „Grundsätzlich können wir nur für die demokratische Heeresorganisation der Miliz eintreten." („Wiener Arbeiterzeitung" vom 17. September 1927,) Und Bracke (Frankreich) führte aus, daß, solange Heere noch notwendig seien, die Sozialdemokratie nur für eine Miliz, niemals aber für ein Berufsheer eintreten könnte.

Die sozialdemokratischen Führer Frankreichs behaupten, daß sie in den Fußtapfen eines Friedrich Engels, eines August Bebels und nicht zuletzt eines Jean Jaurès wandeln. Beginnen wir, um diese Behauptung auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen, damit, uns das Werk Jaurès anzusehen.

Wir wollen zuerst ein Bild der politischen Persönlichkeit Jaurès entwerfen, ehe wir uns Jaurès militärpolitischem Werke „Die neue Armee" (deutsch 1913 bei Diederichs, Jena) zuwenden.

In dem großen Tribunen schlug das Herz eines Kämpfers, eines Revolutionärs, dessen linke Hand nicht wußte, was die rechte schrieb. Im selben Atemzuge schleuderte er seine wuchtigen Anklagen dem Imperialismus (und nicht zuletzt dem eigenen" Imperialismus) entgegen; im selben Atemzuge aber erkannte er die vergiftete Phraseologie von der Landesverteidigungspflicht und der Berechtigung von Verteidigungskriegen an.

Es paßt sehr gut zu dem Bilde des leidenschaftlichen Demokraten, daß seine letzte große Rede, wenige Tage vor seinem Tode, eine flammende Anklage gegen den Imperialismus ist, Am 1. August erklärte er in einer Versammlung in Lyon, daß der drohende Krieg ein imperialistischer sein werde, daß er ein Verbrechen der bürgerlichen Regierungen sei. Er sah die Gewitterwolken, die sich über Europa zusammenballten und erhob seine warnende Stimme: „Bürger! Die Note, die Oesterreich an Serbien gesandt hat, ist voller Drohungen ... Deutschland erklärte ..., daß es solidarisch mit Oesterreich vorgehen werde ... Aber es handelt sich nicht nur um das Bündnis zwischen Oesterreich und Deutschland; auch der Geheimvertrag zwischen Frankreich und Rußland wird eine Rolle spielen. In dem jetzigen schweren Augenblick brauche ich die Schuldigen nicht lange zu suchen .

Und Jaurès brandmarkt die französischen Imperialisten, die mit ihrem ‚bewaffneten Einbruch in Marokko eine Aera von Zusammenstößen, Eroberungen und Konflikten eröffneten, die in Gemeinschaft mit anderen Imperialisten an allen Enden der Welt „einzubrechen und zu rauben" begannen", („Les causes de la guerre", Discours de Jean Jaurès, Avenir socialiste, Lyon, 1. Août 1914. Imprimerie spéciale de la Fédération du Tonneau.)

Hier war Jaurès ganz der Kämpfer, der seine Speere ins Herz seines Gegners schickt. Aber Jaurès war – trotz seiner Feindschaft zur Bourgeoisie – sehr fest in den Fesseln und Netzen einer bürgerlichen Ideologie verstrickt. Das sehen wir besonders deutlich 1907 auf dem Internationalen Sozialistenkongreß zu Stuttgart. Jaurès versuchte hier in seiner Rede zur Kriegsgefahr mit dem Problem der Vaterlandsverteidigung fertig zu werden. Wohlgemerkt: Der Vaterlandsverteidigung der imperialistischen Länder. Ihm kommen äußerst schwere Bedenken ob im imperialistischen Europa überhaupt [709]

noch nationale Kriege möglich seien. Aber er verscheucht diese Ueberlegungen mit dem Festhalten an der alten Parole der Vaterlandsverteidigung. Er erklärt: „Deshalb sollten wir offen genug sein, zu sagen, daß wir zwar die Unverletzlichkeit eines jeden Landes anerkennen und es nicht der Ausbeutung und Unterdrückung von Fremden preisgeben werden. daß wir aber keineswegs zugeben werden, das internationale Proletariat hinschlachten zu lassen.“ (Protokoll des Internationalen Sozialisten-Kongresses zu Stuttgart 1907, Seite 90.)

Jaurès sagt also: Wir geben zu, erkennen aber nicht an! Entweder muß man zugeben. und dann anerkennen, oder man muß nicht zugeben, dann braucht man nicht anzuerkennen. Die Erklärung Jaurès ist weder Fisch noch Fleisch. Wir sehen die ganze Unklarheit und Unlogik Jaurès, der auf dem Stuttgarter Kongreß als einer der typischsten Vertreter des Reformismus präsentierte.

Mit seiner Feststellung, daß es auch im Imperialismus nationale Kriege geben könne, hält Jaurès schematisch äußerlich an einem Engelsschen Worte fest, daß inzwischen – da sich die allgemeinen Bedingungen geändert haben – seinen Sinn verloren hatte. Engels hatte für die Epoche der nationalen Kriege (von den Revolutionskriegen bis zum preußisch-französischen Kriege 1870/71) das Selbstbestimmungsrecht der Völker und den Gedanken der Vaterlandsverteidigung für eine historische Notwendigkeit erklärt. Bis zur Schaffung von Nationalstaaten waren die nationalen Kriege revolutionär und Lokomotiven der Geschichte. Seit der Gründung und dem Ausbau der großen Nationalstaaten, was dem Aufkommen des Imperialismus parallel geht, wandelt sich der Charakter der europäischen Kriege. Sie sind nicht länger revolutionär, sondern dienen den reaktionären Zwecken des Imperialismus. Die „Pflicht der Vaterlandsverteidigung“ ist zu einer reaktionären Phrase geworden.

Dieser Wandel des Problems der Vaterlandsverteidigung ist von Jaurès nicht anerkannt worden. Er nahm den toten Buchstaben sozialistischer Ideen und hauchte ihm neues Leben ein – und siehe: dieses neue Leben war bürgerlich. Es war eine sozialchauvinistische Ideologie, die die Bourgeoisie sehr geschickt ausnützte, um das Proletariat in das imperialistische Kriegsjoch zu spannen.

Jaurès blieb auf der bürgerlichen Seite der Barrikade – trotz allen leidenschaftlichen Temperaments

Seine „N e u e A r m e e“ geht völlig von der Voraussetzung aus, daß die Sozialdemokratie „ihr“ Vaterland mit der Waffe in der Hand gegen andere imperialistische Mächte zu verteidigen habe. Genau wie heute Renaudel, erklärte er, daß die stärkste Rüstung „seines“ Vaterlandes den Frieden sichern werde, Das ist dieselbe Ideologie. die im Vorkriegsdeutschland zu Millionenmalen von der Bourgeoisie und besonders ihrer Militärpartei deklamiert worden ist. Deutschland war „zum Frieden“ gerüstet – und der August 1914 gab die Antwort.

Indem Jaurès es unterließ, den bürgerlichen Charakter Frankreichs aufzuzeigen, stellte er sich unbewußt auf den Boden der Bourgeoisie. Sein Glauben vom „Hineinwachsen in den Sozialismus“ verführte ihn zur „praktischen Mitarbeit“.

So wie er für den Staat die klare Scheidung, hie bürgerlich, hie proletarisch nicht finden konnte. so fand er ebensowenig den bürgerlichen Charakter aller Heeresverfassungen der kapitalistischen Länder heraus.

Jaurès geht von der französischen Revolution und den Revolutionskriegen aus. Immer wieder kehren seine Gedanken zu dieser Zeit zurück und immer wieder versucht er. diese Zeiten noch einmal aufleben zu lassen – ohne übrigens zu bedenken, daß solche Zeiten nur kommen können, w e n n i h n e n e i n e g r o ß e s o z i a l e R e v o l u t i o n v o r a u s g e g a n g e n, wie es 1789 der Fall war.

Er verherrlicht den Verteidigungskrieg und schreibt über die deutschen Befreiungskriege 1813: „Wenn ich ... recht verstehe, so gibt dem Vorgehen der Verbündeten in dem Kriege von 1813 in Deutschland vor allem das einen [710] defensiven Charakter, daß alle moralischen Kräfte des Volkes in Bewegung waren.“ (S. 93) Er verlangt als Bedingung für die Unterstützung eines modernen Krieges ebenfalls die Verteidigungslage seines Landes. „In der Nation, ... die eine ehrgeizige, beutegierige Regierung in einen Angriffskrieg getrieben hat. wächst das Unbehagen von Stunde zu Stunde.“ Während die Nation, die nicht auf Eroberungen ausgeht, „fest entschlossen, unbeugsam. beharrlich

Widerstand leisten“ wird. Auch die Sozialisten dieses Landes werden, nach Jaurès, an der Seite ihrer Bourgeoisien stehen. Welche imperialistischen Regierungen waren 1914 nicht beutegierig? Welche Regierung wollte, auch wenn sie diplomatisch gesehen nicht „angefangen“ hat, flieht irgendwelche imperialistischen Appetitshissen einheimsen?

Aber Jaurès geht von der Fiktion eines gerechten Krieges aus. Und er verfällt in dieselben Illusionen, in die frühere (bürgerliche) Militärtheoretiker verfallen sind. Er setzt unbedenklich voraus, daß sich eine „Organisation der Streitkräfte ohne Klassengegensätze“ schaffen ließe! Er schreibt Seite 5: „Was sie (die arbeitende Klasse) noch fordern und fordern dürfen und müssen, ist, daß die Nation (unter kapitalistischen Verhältnissen und Regierungen! R. H,) ihre Streitkräfte organisiere ohne Klassen- oder Kastenvorurteile und ohne dabei etwas anderes im Auge zu haben als lediglich die nationale Verteidigung.“

Und diese Vorstellung von der Möglichkeit eines klassenlosen Heeres in einem Klassenstaate zieht sich wie ein roter Faden durch das ganze Buch! (Seite 5, 7, 37, 42, 81, 87, 91, 122, 131, 136, 203, 267 usf.)

Die Erfahrung beweist uns, und es ist ein einfacher logischer Schluß, daß alle Heere unter kapitalistischer Herrschaft in Klassen gespalten sind. Da das moderne Heer nicht außerhalb der Gesellschaft lebt (so sehr auch die Reaktionäre versuchen, es in Kasernen abzuschließen), so muß die Klassenscheidung auch durch das Heer gehen. Der letzte Krieg hat diese Tatsache offensichtlich gemacht, auch für den, der sich hartnäckig gegen diese Erkenntnis gesträubt hat. Auch unter der proletarischen Diktatur wird die Rote Armee eine Klassenarmee sein und nicht die Armee des ganzen Volkes. Den Angehörigen der früher herrschenden Klasse dürfen keine Waffen gegeben werden.

Jaurès nimmt also an, daß es eine Heeresorganisation ohne Klassenscheidung geben könnte, und dank dieser Hypothese kommt er dazu, in seiner von ihm vorgeschlagenen Neuen Armee eine reine Miliz zu sehen.

Die französische Sozialdemokratie hat in vielen Punkten nicht unrecht, wenn sie behauptet, auf den Schultern Jaurès’ zu stehen, Freilich hat Jaures die Gefahr geahnt, daß die Bourgeoisie seinen Plan aufgreifen würde und ihn bewußt gegen das Proletariat durchzuführen versuchte, Er hat darum eine Reihe sozialer Forderungen aufgestellt. Wir finden diese nicht im Gesetzentwurf, wohl aber im Text des Buches (also in den „Ausführungsbestimmungen“). Diese sozialen Forderungen, die bei der jetzigen Heeresreform natürlich unberücksichtigt blieben, sind aber schließlich doch mehr oder weniger Ornament, ein billiger Putz, der wenig kostet und nicht lange hält.

Der Jaurèssche Vorschlag einer Heeresreform ist durch und durch mit reformistischem Gifte getränkt. Er hat mit den Militärtheorien eines Friedrich Engels und Lenins nicht das geringste zu tun. Mag auch Jaurès hie und da in den militärpolitischen Schriften Engels auf Jagd ausgegangen sein, seine Ausbeute war sehr gering. Er konnte Engels nicht verstehen. Um so besser verstanden die Reformisten der Nachkriegszeit den Ministerialismus ihres Lehrers für sich auszunützen.

Die französische Heeresreform und die II. Internationale

Die Reformisten außerhalb Frankreichs wehren sich noch gegen die offene Anerkennung des ‚Volks in Waffen“ à la française. Aber gewiß nicht aus sachlichen, politischen Erwägungen, sondern aus der taktischen Frage der Verdrängung der Franzosen aus der Führung der sozialdemokratischen Inter-[711]nationale. Die „Linke“ innerhalb der II. Internationale liquidiert sich immer stärker, warum sollte man also den reformistischen Franzosen übelnehmen, was man den deutschen und österreichischen Sozialdemokraten nicht krumm nimmt. Aber vorläufig wird noch Reformist und Revolutionär gemimt.

Auf der Septembertagung der II. Internationale kreuzten die französischen und die österreichischen Wortführer noch die Klingen. Aber zwischen dem Klirren der Blechschwerter konnte man schon recht interessante Zukunftsmusik hören.

Die Franzosen Renaudel, Backe usw. warfen sich in die Brust und versicherten. daß sie die echten Sozialisten seien. Und Otto Bauer stammelte irgendetwas von der Unklarheit der Militärtheorie der

II. Internationale. Ja, ja – sie ist reichlich unklar und schillert in den schönsten Farben. Bedeutet die französische Heeresreform, so führte Otto Bauer aus, nicht eine Aufrüstung, statt Abrüstung? Bedeutet nicht überhaupt jede milizartige Heeresorganisation eine Verbreiterung der chauvinistischen Stimmung?

Darauf hat schon vor einiger Zeit Julius Deutsch, der Militärfachmann der „linken" Sozialdemokraten geantwortet, daß dem nicht so sei. Er wirft in seinem Buche „Wehrmacht und Sozialdemokratie" die Frage auf, ob die Miliz nicht eine kriegerische Stimmung erzeuge. Er antwortet: „Dem widersprechen zu einem guten Feil die Erfahrungen des Weltkrieges." (S. 31.) Und er hätte hinzufügen können, daß die Sozialdemokraten aller Länder genug getan haben, um eine chauvinistische Stimmung zu erzeugen.

Otto Bauer hat auch auf der Brüsseler Tagung nicht sonderlich energisch gegen die französische Heeresreform protestiert. Hermann Müller hat sofort erklärt, daß zwischen den verschiedenen Auffassungen eine Einigung gefunden werden müsse. Otto Bauer war damit einverstanden. Auf welchem Wege wird die Einigung hergestellt werden?

Eine Antwort auf diese Frage finden wir ebenfalls bei Julius Deutsch. In seinem schon zitierten Buche erklärt er:

„Daß das Heidelberger Programm die Milizforderungen der früheren Programme fallen gelassen hat und nicht mehr von ihr redet, braucht nicht zu heißen. daß die Partei nunmehr gegen eine Miliz ist, sondern nur, daß sie den Militärfragen unter den gegenwärtigen Verhältnissen (von mir gesperrt – R. H.) von einer anderen Seite her beizukommen sucht." (S. 32)

Das ist eine Bereitschaftserklärung der „Linken", ins Lager der Rechten überzugehen. Mit der allergrößten Duldung und mit viel Achtung spricht dann der österreichische Noske für die französischen Sozialisten. Seite 34 lesen wir:

„Dort (in Frankreich) kämpft die Sozialdemokratie noch immer, so wie vor dem Kriege, gegen das System des stehenden Heeres und für eine Miliz. Im Dezember 1921 brachten Paul Boncour und Genossen einen Gesetzentwurf über die Heeresergänzung im Parlament ein ... In diesem Gesetzentwurf (der inzwischen zum Gesetz geworden ist – R. H.) leben die großen Gedanken Jean Jaurès fort."

Julius Deutsch, der noch vor einem Jahre in einem anderen Buch („Antifaschismus! Proletarische Wehrhaftigkeit im Kampfe gegen den Faschismus", 1926) als einer der Radikalsten innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie erschienen war, läuft jetzt als einer der ersten zu den offensten und unverschämtesten Sozialchauvinisten vom Schlage der Renaudels über.

Die deutschen und österreichischen Sozialdemokraten wittern die kommende Heeresreform Mitteleuropas. Bei dieser Erweiterung der Heeresmacht wollen sie nicht leer ausgehen. Sie wollen ein paar Posten für ihre eigenen Anhänger gewinnen. Dafür werden sie eine ähnliche Rolle zu spielen haben wie die französischen Sozialdemokraten. Auch die deutschen sozialdemokratischen Führer werden helfen, die Umorganisierung der Heeresmacht dem Proletariat hinter einer Nebelwand zu verbergen.

[712] Inzwischen streiten sich aber noch die verschiedenen Richtungen innerhalb der II. Internationale über die richtige Militärpolitik Man nehme irgendein beliebiges theoretisches Organ der Sozialdemokratie gleich welchen Landes, zur Hand und man wird die verschiedenartigsten Militärtheorien finden.

Ganz besonders kläglich aber ist die Haltung der „Linken" zur Militärfrage. Am Beispiel Julius Deutschs haben wir das bereits gezeigt. Einen neuen Beweis für unsere Behauptung gibt uns die neue „linke" Zeitschrift „Der Klassenkampf" (Laubsche Verlagsbuchhandlung, Berlin). Sowohl in ihrer ersten, als in ihrer zweiten Nummer beschäftigen sie sich mit der Militärfrage und der Diskussion innerhalb der II. Internationale. In Nr. 1 (1. Jahrgang) orakelt ein Argus über „Militärfrage und Arbeiterklasse". Seiner – sehr falschen – Militärtheorie nach dürfte er zur Levi-Gruppe gehören. Er glaubt, daß es in Zukunft keine großen Heere mehr geben werde. Er verlangt glatt und plump Mitarbeit an der Reichswehr. Er schreibt: „Ich halte ... eine energische, rücksichtslose

Reformpolitik gegenüber der Reichswehr wohl vereinbar mit energischer nationaler und internationaler Abrüstungspropaganda“. In der darauffolgenden Nummer stürzt sich Klaus Zweiling wütend über Argus her und rauft ihm die Federn aus. Zweiling, ein Anhänger der Julius Deutsch’schen „Proletarischen Wehrhaftigkeit“ spricht in radikalen Tönen von der „Untrennbarkeit der imperialistischen Militärpolitik von der finanzkapitalistischen Gesellschaftsform“ und verlangt Bekämpfung des bürgerlichen Militärs“. Zweiling kopiert Julius Deutsch. So wie sich Deutsch in seinem 1926 erschienenen Buch radikal gebärdete, so auch Zweiling in seinem Artikel. Deutsch hat in seinem 1927 erschienenen Buche jede Illusion über seine reformistische Einstellung zerstört. Die Fortsetzung der Zweilingschen Gedanken führt ebenso zwangsläufig zu derselben Politik: Reform der Reichswehr, Beteiligung des Reichsbanners an der Reichswehr.

Die deutsche Sozialdemokratie, die versucht, die Führung der II. Internationale an sich zu reißen, fühlt sich sehr wohl in der Rolle des Vermittlers zwischen den „reformistischen Franzosen“ und den „radikalen Oesterreichern“ Aber die österreichischen Sozialdemokraten selbst haben längst durch ihr enfant terrible Julius Deutsch versichert, daß zwischen dem deutschen und dem französischen Standpunkt kein sachlicher Gegensatz vorhanden sei.

Die deutsche Sozialdemokratie erklärt sich den Worten nach noch gegen die französische Militärtheorie, läßt aber zwischen den Zeilen schon ihre ganze Sympathie für das „Volk in Waffen“ erkennen. ihr bleibt als Vermittler – so glaubt sie – eine sehr angenehme Rolle. Wird keine Einigung hergestellt, so bleibt sie als Mitteiglied zwischen zwei „extremen“ Richtungen der stärkste Faktor der sozialdemokratischen Internationale. Wird aber ein Standpunkt, ähnlich dem des Oesterreichers Julius Deutsch, zur militärpolitischen Plattform der Internationale, so kann sich auch die deutsche Sozialdemokratie in die Toga einer „radikalen“ Sozialdemokratie werfen. Und der Schatz revolutionärer Tradition, von der sie heute noch zehrt, hätte eine kleine Auffüllung erhalten, würde aber doch der französische militärpolitische Standpunkt offen anerkannt, so würde die II. Internationale laut in die Welt hinausposaunen daß sie ganz im Geiste der großen Vorkämpfer des Proletariats Jaurès, Bebels, Engels’ u. a., handele.

Engels – Lenin und die Miliz

Weiche Heeresverfassung hat Engels gefordert? Hat er für die kapitalistische Gesellschaft die Miliz gefordert?

Friedrich Engels war weit entfernt von dem utopischen Gedanken, daß es – solange es Privateigentum an Produktionsmitteln gibt – eine Organisation der Streitkräfte ohne Klassengegensätze geben könnte. Dafür lassen sich hunderte von Beweisen erbringen. Hören wir nur eine Feststellung aus dem 1884 erschienenen Buche „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“. Engels schreibt unter anderem von der Einrichtung einer [713] öffentlichen Gewalt, welche nicht mehr unmittelbar zusammenfällt mit der sich selbst als bewaffnete Macht organisierenden Bevölkerung. Diese besondere öffentliche Gewalt ist nötig, weil eine selbsttätige bewaffnete Organisation unmöglich geworden seit der Spaltung in Klassen ...“ (Gesperrt von mir R. H.)

Engels hat also hier ausdrücklich festgestellt, daß die „besonderen Gruppen bewaffneter Menschen“ nicht über den Klassen stehen, sondern unbedingt im Dienste der herrschenden Klasse. Das schließt nicht im geringsten aus, daß diese „besonderen Gruppen bewaffneter Menschen“ (eben das Groß der Heere) nicht zur herrschenden Klasse gehören, sondern Klassenangehörige der unterdrückten Klassen sind.

Die allgemeine Wehrpflicht z. B. beruht auf der Tatsache, daß angeblich alle wehrfähigen Männer ins Heer einrücken müssen. In den kapitalistischen Ländern ergibt sich für alle Militärorganisationen, die auf allgemeiner Wehrpflicht beruhen, eine Klassenscheidung, Es ist dabei ganz gleichgültig, wie weit die allgemeine Wehrpflicht durchgeführt wird. Den Offizieren die die Repräsentanten der Bourgeoisie sind, steht das Groß der Mannschaften entgegen, die den niedergehaltenen Klassen angehören.

Die Bourgeoisie ist sich dieser Tatsache bewußt, Trotzdem kann sie nicht ohne die allgemeine Wehrpflicht auskommen. Veränderte Kriegstechnik, veränderte Strategie und Taktik machen die kleinen Söldnerheere zur Unmöglichkeit. Die Bourgeoisie muß in den sauren Apfel beißen.

Engels stellt der Arbeiterklasse die Aufgabe, die Bourgeoisie weiterzutreiben. Nicht nur in der Epoche der Kriege um nationalen Zusammenschluß (bis 1871), sondern auch in den nachfolgenden Jahren trat Engels auf das energischste für die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der allgemeinen Wehrpflicht ein. So schreibt er 1893 in einer Artikelserie:

„Nun besteht gerade die revolutionäre Seite des preußischen Wehrsystems in der Forderung, die Kraft jedes wehrfähigen Mannes für die ganze Dauer seines wehrfähigen Alters in den Dienst der nationalen Verteidigung zu stellen. Und das einzig Revolutionäre, das in der ganzen militärischen Entwicklung seit 1870 zu entdecken ist, liegt eben darin, daß man – oft genug wider Willen – sich genötigt gesehen hat, die bisher nur in der chauvinistischen Phantasie erfüllte Forderung mehr und mehr wirklich durchzuführen. Weder an der Länge der Dienstverpflichtung, noch an der Einstellung aller wehrfähigen jungen Leute kann heute noch gerüttelt werden, am wenigsten von Deutschland aus, am allerwenigsten von der Sozialdemokratischen Partei, die im Gegenteil auch diese Forderungen vollauf in die Praxis zu übersetzen in Deutschland allein imstande ist.“ (Zitiert aus „Neue Zeit“, 20. Jahrgang, II. Band, Seite 309)

Wir brauchen nicht davon zu reden, daß es für das Proletariat von der größten Wichtigkeit ist, daß sämtliche Arbeiter im Waffenhandwerk ausgebildet werden und den militärischen Apparat aus der Nähe kennen lernen.

Führt die Bourgeoisie im Zeitalter des Imperialismus die allgemeine Wehrpflicht durch? Ja, die Imperialisten müssen es, – aber sie tun es mit Widerwillen und sabotieren wo und so lange sie können, Sie wissen sehr gut, welche Gefahren ihnen durch die allgemeine Wehrpflicht drohen. Aber sie haben keinen anderen Ausweg, Der Konkurrenzkampf der imperialistischen Länder und ihr Gegensatz zu den proletarischen und nationalrevolutionären Bewegungen zwingt sie zu gewaltigen Rüstungen, Im kommenden Weltkriege werden – aller Voraussicht nach – Millionen von Menschen als Kanonenfutter gebraucht. (Siehe hierüber u, a. Rudolf Haus: „Die Waffen des Zukunftkrieges“.)

In den meisten kapitalistischen Ländern ist man dabei, die stehenden Heere abzubauen. Die Länder können – trotz der skrupellosesten Besteuerung der Massen – die hohen Unterhaltungskosten nicht mehr tragen. Aber Material- und Menschenbedarf wächst ständig. Hinzu kommt, daß die [714] moderne Kriegstechnik einen Kern hochspezialisierter Mannschaften erfordert. (Für Gas, Aeronautik, Motorisierung usw.) Das verlangt lange Ausbildungszeiten. Darum geht man dazu über, diese Spezialisten (als Berufssoldaten-Söldner) in langen Jahren auszubilden. Andererseits aber werden nach wie vor Massenheere gebraucht. Diese Soldaten (die freilich auch am maschinellen Gewehr ausgebildet und mit einfachen Motoren vertraut sein müssen) sollen in möglichst kurzer Zeit ausgebildet werden.

Die meisten Staaten, die Stehende Heere haben, setzen die Ausbildungszeit herab, um dem Militarismus immer neue Massen dienstbar zu machen. So hat Frankreich die Ausbildungszeit zuerst auf 18 Monate herabgesetzt und die einjährige Dienstzeit, die noch vor dem Kriege als blühende Utopie verlacht wurde, steht unmittelbar vor seiner Einführung. Italien hat die Ausbildungszeit für die Angehörigen der faschistischen Miliz seit 1921 auf 8 Monate und neuerdings auf 6 Monate herabgesetzt. Ebenso setzt die Tschechoslowakei die Ausbildungszeit herab. Diese Liste könnte beliebig verlängert werden.

Das Vorbild, das den Imperialisten des europäischen Kontinents vorschwebt, ist die Heeresverfassung der Vereinigten Staaten von Amerika: Eine Söldnergarde – die mit einer bürgerlichen Miliz, (bürgerlichen, nationalistischen Wehrorganisationen, militärische Ausbildung an allen höheren Schulen usw.) verbunden ist. Für die kontinentalen Länder, die auf eine viel stärkere Landmacht bedacht sein müssen, verändert sich dementsprechend das Schema. Es tritt eine zahlenmäßige Vergrößerung der Heereskontingente hinzu. Frankreich z. B. hat nach seiner Heeresreform die Zahl seiner Söldner (Berufssoldaten) bedeutend vergrößert. Der prozentuale Anteil der Proletarier im Heere ist in Friedenszeiten wenigstens also stark herabgedrückt. Umgekehrt: Das Anwachsen der Söldner erlaubt eine stärkere Heranziehung von Proletariern, ohne daß dadurch das Klassenverhältnis

untragbar würde. In Kriegszeiten werden die Imperialisten dazu gezwungen werden, den Anteil der „bürgerlichen“, d. h. zeitweiligen Soldaten zu vergrößern. Italien hat seinem Kern von Berufssoldaten die faschistische Miliz angegliedert, die in der Wirkung dieselbe Rolle spielt.

Alle imperialistischen Staaten setzen also die Dauer der Ausbildungszeit (nicht zu verwechseln mit der Zeit der Dienstverpflichtung, die in allen Fällen gleichzeitig verlängert wird!) herab. Nach Engels ist die Reduzierung der Ausbildungszeit auf 1 Jahr der Bankrott des Systems der Stehenden Heere. Diese Verkürzung der Dienstzeit bei der Fahne ist ein auf die Dauer unhaltbares Zwitterding zwischen Stehendem Heere und Milizarmee. Der Kampf um die Heeresverfassung ist auf der ganzen Linie entbrannt. Die Träger der alten Heerestraditionen tentieren stark nach der Seite der Stehenden Heere. Je schärfere Formen der Klassenkampf aber annimmt, um so unsicherer werden diese Ideologien der bürgerlichen Kriegskunst. Sie sehen ein (wie z. B. die Gruppe der „Jungen“ in der Reichswehr), daß sie ohne das Proletariat keine Armee aufstellen können. Sie glauben eine Lösung der schwierigen Frage dadurch zu finden, daß sie die Stehenden Heere aufgeben und zur bürgerlichen Miliz übergehen wollen. Oder sie versuchen durch pseudosozialistische Phrasen die soziale Frage zu lösen. Sie werden mit all diesen Versuchen wenig Glück haben. Die Imperialisten müssen bei dem System der allgemeinen Wehrpflicht bleiben – ja, sie müssen es konsequenter als je durchführen –, auch auf die Gefahr hin, daß der Klassengegensatz innerhalb der Armee den ganzen Militärapparat zu zersprengen droht. Die Zerschlagung der zaristischen Armee ist den Imperialisten aller Länder eine ebenso eindringliche Lehre wie die Auflösung der deutschen Armee im November 1918 gewesen.

Die Militärtheoretiker der Imperialisten sind drauf und dran, sich aus den verschwommenen Vorstellungen einer Miliz die besten Federn auszureißen, um sie ihren Heeren einzufügen. Sie scheuen auch nicht davor zurück, aus Jaurès „Neuer Armee“ Gedanken zu holen. (Es sei nur an die Forderung Jaurès, die Ausbildung der Offiziere an den Universitäten vorzunehmen erinnert, Amerika und England handeln schon lange nach dieser Parole.)

[715] Die bürgerlichen Kriegstheoretiker gehen heute – fast einstimmig – von dem Grundsatze aus, daß sich die militärische Ausbildung nicht auf zwei Jahre beschränken soll, sondern durch das ganze Leben hindurchziehen soll. Sie erkennen damit an – mag es ihren früheren Ansichten auch noch so sehr widersprechen –, daß sich das Gros einer modernen Armee nicht in den Kasernen befindet, sondern das der Hauptteil des Heeres in den militärisch ausgebildeten Massen des ganzen Volkes zu sehen ist. So widerstrebend die Militärtheoretiker auch an diesen Gedanken herangehen – er zwängt sich ihnen unwiderstehlich auf. Sie schließen die Augen und werden doch in dieser Richtung getrieben. Die Bourgeoisie geht dazu über, die Jugend in den Schulen schon militärisch auszubilden. Sie schickt ihre Unteroffiziere auf jeden Schulplatz, um da die werdenden Rekruten zu drillen.

Als Ideal schwebt der Bourgeoisie vor, lediglich die Angehörigen ihrer eigenen Klasse militärisch auszubilden. Aber das ist unmöglich. Sie ist zahlenmäßig zu gering. Darum wird sie wider Willen dazu gezwungen, auch Massen des Proletariats und der Bauernschaft mit dem Waffendienst vertraut zu machen. Sie versucht, sich gegen proletarische Rebellionen dadurch zu sichern, daß sie alle Kommandostellen, alle wichtigen Waffen usw. in ihren Händen zu halten versucht.

Wir können übrigens zwischen Demokratie und Miliz eine interessante Parallele feststellen. So wie die demokratische Republik „die denkbar beste politische Umhüllung des Kapitalismus“ ist (nach Lenin), so ist die bürgerliche Miliz (in Verbindung mit einer Söldnergarde) die beste Heeresform des Imperialismus der Nachkriegszeit. Je mehr die Sozialchauvinisten dieses Zwitterding zwischen Stehendem Heer und Miliz zu einer „reinen Miliz“ umfälschen, ganz gleich, ob mit Jaurès’schen oder Julius Deutsch’schen Phrasen, um so besser für die Zwecke der Bourgeoisie. Je mehr die Bourgeoisie das Proletariat ausbeutet, je brutaler sie das Proletariat knechtet und niederschlägt, desto lauter schreit sie die „Segnungen“ der reinen Demokratie, des „gleichen Rechtes für Alle“ in die Welt.

Ebenso beginnt jetzt die Bourgeoisie in lauten Tönen von der „nationalen Armee“, von dem „Volk in Waffen“, kurz vom „reinen Miliz-System“ zu reden. Zur gleichen Zeit führt sie unter dieser Marke die reaktionärsten, weißen Garden der Welt ein.

Hat Engels die Forderung der reinen Demokratie aufgestellt? Er hat es ebensowenig, wie er die reine Miliz gefordert hat. Er war sich vollkommen klar darüber, daß die reine Demokratie ebenso eine Fiktion ist wie die reine Miliz. Er war sich klar darüber, daß innerhalb des Kapitalismus ebensowenig die reine Miliz sich verwirklichen läßt.

Kurze Zeit nach 1848 schrieben Marx und Engels:

„Die Bewaffnung des ganzen Proletariats mit Flinten, Büchsen, Geschützen und Munition muß sofort durchgesetzt, der Wiederbelebung der alten gegen die Arbeiter gerichteten Bürgerwehr muß entgegengetreten werden. Wo dies letztere aber nicht durchzusetzen ist, müssen die Arbeiter versuchen, sich selbständig als proletarische Garde, mit selbstgewählten Chefs und eigenem selbstgewählten Generalstabe zu organisieren und unter Befehl, nicht der Staatsgewalt, sondern der von den Arbeitern durchgesetzten revolutionären Gemeinderäte zu treten.“ (S. 129.)

Engels fordert damit die Bewaffnung des Proletariats. Er hat also ebenfalls eine Klassenarmee oder besser: eine Armee, die im Interesse der herrschenden proletarischen Klasse kämpfen soll, verlangt.

Die Forderung der Miliz ist unter kapitalistischen Verhältnissen ein Unsinn. Sie wird und kann nur dazu dienen, die breiten Massen zu verwirren und die Rüstungen der Bourgeoisie (sowohl gegen den inneren wie gegen den äußeren Feind) hinter einer Nebelwand zu verbergen.

Auch unter der proletarischen Diktatur wird zunächst eine Klassenarmee bestehen. Es wird die allgemeine Wehrpflicht für alle Proletarier und Bauern eingeführt werden. Je mehr sich die proletarische Diktatur befestigt, je mehr die bürgerlichen Elemente verschwinden, um so mehr wird sich die allgemeine Wehrpflicht durchführen lassen.

[716] Das sagt ganz ausgezeichnet Engels in einem Brief an Marx:

„Was den Leuten beim Milizwesen überall imponiert, ist die große Masse der Leute, die man auf einmal bekommt und die verhältnismäßige Leichtigkeit, die Leute auszubilden besonders vor dem Feind. Das letzte ist aber nichts neues, der alte Napoleon konnte auch Dreimonatsrekruten in Regimenter formiert vor den Feind führen ... Seit Einführung der Hinterlader ist es mit der puren Miliz erst recht zu Ende, womit nicht gesagt ist, daß nicht jede nationale Militärorganisation irgendwo zwischen der preußischen und schweizerischen – in der Miliz liegt – wo? Das hängt von den jedesmaligen Umständen ab. Erst eine kommunistisch eingerichtete und e r z o g e n e Gesellschaft kann sich dem Milizsystem sehr nähern und auch da noch asymptotisch.“ (Marx-Engels Briefwechsel, Band IV., Seite 12.)

Auch Lenin sagt ausdrücklich, daß die Militärorganisation des proletarischen Staates „auf eine Beteiligung des gesamten Volkes an der Miliz h i n a u s l ä u f t“. (Siehe „Staat und Revolution“, Berlin 1926, Seite 95. Von Lenin selbst gesperrt.) Es ist klar, daß die Beteiligung des Volkes an der Miliz in d e m Maße wächst, indem die Klassen absterben. Mit dem Absterben der Klassen stirbt natürlich auch der Staat ab – es erübrigen sich demnach auch die besonderen Abteilungen bewaffneter Menschen, ja es erübrigt sich überhaupt die Bewaffnung der Menschen mit Schwertern, Flinten und Gasbomben. Oder zu welchem Zwecke sollte es noch bewaffnete Menschen und Armeen geben?

Es ist auf jeden Fall falsch zu glauben, die ideale Entwicklung der Miliz werde nach der Abschaffung der Klassen erfolgen, wie es K. S. in seinem Artikel („Die Entwicklung der Militärfrage und die Stellung des Marxismus-Leninismus“, Kommunistische Internationale 1927, Heft 25, 26 und 32) tut.

Wenn wir die Entwicklung des Heereswesens dialektisch betrachten, so verstehen wir vollkommen, daß die Forderung der Miliz berechtigt ist, daß sie heute (unter kapitalistischen Verhältnissen) eine bürgerliche Miliz sein wird, unter der proletarischen Diktatur aber eine proletarische Miliz. Mit dem Absterben des Staates stirbt der proletarische Charakter der Heeresorganisation ab und schließlich auch – sehr bald dann – die Miliz überhaupt.

Um es noch einmal festzustellen: Die Entwicklung innerhalb des Kapitalismus geht über die Stehenden Heere hinaus, kann aber nicht zu einem reinen Milizsystem kommen. Unter der Maske der Miliz führt der Imperialismus eine bürgerliche Miliz in Verbindung mit Söldnergarden ein. Die sozialdemokratischen Lakaien – ganz gleich ob französischer, deutscher oder osterreichischer

Observanz – preisen diese bürgerlichste aller Heeresverfassungen als ein Stück Sozialismus an. Sie helfen dadurch, den neuen 4. August vorzubereiten.

*

Aktionsprogramm und Produktionskontrolle

Von Fritz Rück

Das Aktionsprogramm einer kommunistischen Partei hat folgenden prinzipiellen und taktischen Anforderungen zu entsprechen:

a) der theoretischen Erkenntnis des fortgeschrittensten Teiles der Arbeiterklasse, die in den Verhandlungen und Beschlüssen der Weltkongresse der Komintern niedergelegt ist;

b) dem in dem betreffenden Lande erreichten Reifegrad der revolutionären Massenbewegung;

c) dem Anspruch, daß sich die ausschlaggebenden werktätigen Schichten der Bevölkerung unter der Hegemonie des Proletariats auf den Boden seiner entscheidenden Forderungen stellen können, daß diese Forderungen den gegenwärtigen Interessen der für den Sieg der Revolution ausschlaggebenden [717] Klasse (in Deutschland vor allem des Proletariats, aber auch der ärmeren Bauernschaft) entspringen und den Uebergang bilden zur Steigerung der Kämpfe bis zur politischen Machtergreifung und revolutionären Umwälzung;

d) daß diese Losungen also sowohl das Gemeinsame in allen Einzelkämpfen um Teilziele enthalten und betonen, wie auch so gewählt sind, daß sie die notwendige innere Begrenzung von Teilaktionen und die Notwendigkeit ihrer Steigerung zu revolutionären Massenkämpfen den Massen als konzentrierte Erfahrung zum Bewußtsein bringen.

Die gegenwärtige Situation wird gekennzeichnet durch die ausschlaggebende Rolle, die das monopolistische Trustkapital in der Wirtschaft und, als Ausdruck seiner ökonomischen Macht, im Staate spielt. Alle entscheidenden Maßnahmen auf innen- und außenpolitischem Gebiet in den letzten Jahren sind von den Interessen des Trustkapitals diktiert, das sich durch Hochschutzzollpolitik die Unterstützung der Großagrarier gesichert, durch politische und finanzielle Zugeständnisse den gewaltigen Propagandaapparat der katholischen Kirche für seine imperialistische Politik verbündet hat, mit Hilfe der Gewerkschaftsbürokratie die Arbeiterklasse in der offenen Entfaltung ihrer Klassenkräfte hemmt und durch planmäßige Steigerung einer nationalistischen Massenideologie die kleinbürgerlichen Schichten an sich zu fesseln sucht. Die Bürgerblockregierung ist der politische Ausdruck des konzentrierten Machtwillens des Trustkapitals, sein ausführendes Organ.

Die ausschlaggebende Rolle, die das monopolistische Großkapital in Wirtschaft und Politik spielt und die in der Form der demokratisch verbrämten Diktatur der außerparlamentarischen Klassenkräfte der Bourgeoisie sich äußert, macht den staatlichen Herrschafts- und Verwaltungsapparat immer mehr zum direkten Organ der nackten Interessenpolitik des Großkapitals, drückt den Parlamentarismus immer mehr in seiner Bedeutung herab. In dem Maße, wie die ökonomische Abhängigkeit aller übrigen kapitalistischen Schichten und des überwiegenden Teiles des Kleinbürgertums vom monopolistischen Großkapital wächst, werden die Interessengegensätze innerhalb der Bourgeoisie hinter den Kulissen ausgetragen, verliert die Opposition der kleinbürgerlichen Parteien an Kraft und Bedeutung. Der Parlamentarismus wird zum zerschlissenen und durchlöcherten Umhang der Kapitalsdiktatur, seine Ausnutzung im Interesse des revolutionären Klassenkampfes ist auf immer enger werdende Bezirke beschränkt, er ist die Bühne für die theatralischen Scheingefechte der Reformisten, die jedem wirklichen, ernsthaften Kampf der Arbeiterklasse gegen die Kapitalsdiktatur aus dem Wege gehen, ihn verraten, durch parlamentarische Gesten ersetzen. Demgegenüber ist die Bedeutung der außerparlamentarischen Kampf formen und Klassenauseinandersetzungen im steten Wachsen begriffen, bestimmt immer mehr Form und Taktik des Klassenkampfes.

Bereits in der Vorkriegszeit erwies sich der rein politisch-parlamentarische Kampf der Sozialdemokratie gegenüber dem erstarkenden deutschen Imperialismus als völlig unzulänglich, stießen gleichzeitig die rein wirtschaftlichen Lohn- und Arbeitszeitkämpfe immer rascher und häufiger auf die

Schranken der konzentrierten Macht des Großkapitals. In der Debatte über den politischen Massenstreik äußerte sich damals der Wille des klarsten und entschiedensten Flügels der proletarischen Vorhut, Strategie und Taktik des Klassenkampfes den veränderten Bedingungen des Kampfes anzupassen. Der Krieg 1914–1918 und die ihm folgenden revolutionären Massenbewegungen stellten das Proletariat vor Aufgaben, die nur durch eine völlige Aenderung der Strategie und Taktik gelöst werden konnten.

Die Rolle, die die Sozialdemokratische Partei in der Vorkriegszeit spielte, war die einer demokratischen, radikalen Oppositionspartei gegen den parlamentarisch verbrämten Halbabsolutismus, der die Folge der ungebrochenen Herrschaft der feudalen Kräfte in Preußen und damit im Reiche, das Ergebnis des auf der Grundlage der imperialistischen Machtpolitik Wilhelm II. geschlossenen Kompromisses zwischen Bourgeoisie und Junkertum war. In einer Periode, wo die Bourgeoisie längst die ökonomisch herrschende Klasse war, wo sie auf den Kampf um die alleinige Ausübung der politischen Macht [718] verzichtete, wo sie aus Furcht vor der heranreifenden sozialen Revolution ihren Bund mit allen Mächten der Vergangenheit schloß, fielen der Arbeiterklasse und ihrer politischen Partei neben der Vertretung ihrer eigentlichen Klassenziele die Aufgaben des Kampfes um die politische Demokratie zu. Der Schauplatz dieses Kampfes war das Parlament, die Parlamentsfraktion war die wichtigste Körperschaft der Partei, deren Haltung häufig die Beschlüsse des Parteitages korrigierte oder die Taktik der Partei von sich aus testlegte. Im Vordergrund der Agitation der Partei standen denn auch fast ausschließlich demokratische Losungen, der zweite Teil des Erfurter Programms war die Grundlage der Taktik der Sozialdemokratie.

Die Aufrichtung der nackten Klassenherrschaft der Bourgeoisie nach der Novemberrevolution schuf in der demokratischen Republik einen anderen Kampfboden für das Proletariat. Obwohl das Proletariat jeder Restauration der alten monarchistischen Staatsform den schärfsten Widerstand entgegensetzen muß, liegt das Schwergewicht des revolutionären Kampfes im Widerstand gegen die großkapitalistische Interessenpolitik und in der Sammlung der werktätigen Massen zum Angriff auf das Besitzmonopol der herrschenden Klasse: auf den Produktionsapparat, ein Besitzmonopol, das die Quelle alles Elendes, aller Unterdrückung und aller Krisen ist, das zu einem immer stärkeren Hemmnis jeder dauernden stabilen Entwicklung der Produktivkräfte wird. Die Hauptaufgabe der Agitation der revolutionären Partei des Proletariats, der Kommunistischen Partei, muß die planmäßige Aufrüttelung der Massen zum revolutionären Kampfe gegen die ausschlaggebenden Kräfte der Bourgeoisie, das monopolistische Trust- und Finanzkapital, sein, die Erziehung zum Gedanken der Beseitigung des Besitzmonopols an den Produktionsmitteln. Dazu genügt nicht die prinzipielle Forderung der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, die Propagierung des Zieles der Sozialisierung in Verbindung mit der revolutionären Machtergreifung des Proletariats; notwendig ist eine Forderung, die die werktätigen Massen jetzt schon zu Eingriffen in und in Angriffen auf das Besitzmonopol erzieht (ohne den arbeitenden Massen die Notwendigkeit des politischen Machtkampfes, der revolutionären Erhebung, der Zerstörung des kapitalistischen Staatsapparates, der Aufrichtung der Diktatur des Proletariats zu verschleiern). Eine solche Forderung ist: Kontrolle der Produktion.

Die Produktionskontrolle kann kein Allheilmittel für alle Schmerzen und Lücken des täglichen Kampfes, aber auch kein Requisit für Sonntagspredigten und „prinzipielle“ Leitartikel sein, durch das der Partei die konkrete Stellungnahme zu jeder besonderen politischen Aufgabe erspart werden kann, Sie ist die Sammellosung im politischen und ökonomischen Kampfe, die gerade jetzt, in der Periode der relativen Stabilisierung, die Verbindung schafft zur nächsten höheren Etappe des Klassenkampfes, des offenen Kampfes um die Macht. Sie ist das Gegenteil der „Wirtschaftsdemokratie“ – während diese den praktischen täglichen Verrat der reformistischen Bürokratie mit einer schillernden Phrase verhüllen soll, während sie die Kräfte der Arbeiterklasse in den Dienst des Großkapitals stellen, zur Festigung des kapitalistischen Besitzmonopols den Klassenkampf ausschalten will und eine Reihe von Arbeiterfunktionären als teilweise unbewußte Unterorgane in den Dienst des Großkapitals und des von ihm kommandierten Staatsapparates stellt (eine starke Tendenz der Sozialgesetzgebung des Bürgerblocks), bedeutet die Forderung der Produktionskontrolle: Mobilisierung aller Kräfte der Arbeiterklasse im Kampfe gegen das Kapital, Belebung der Arbeit der Betriebsräte, die immer mehr in

der Sackgasse gesetzlich-formaler Kleinarbeit zu ersticken droht und, statt Träger des ;Klassenkampfes für die Arbeiter zu sein, immer mehr zur subalternen Hilfsdienstleistung für die Unternehmer wird; Konzentrierung des revolutionären Kampfes auf den entscheidenden Gegner, das monopolistische Trustkapital, gegen das auch die Verbündeten des Proletariats, die kleinen Bauern und die im Kampfe gegen das Trustkapital zu gewinnenden oder zu neutralisierenden Schichten (breite Kreise des Mittelstandes, der Intelligenz, der mittleren Bauern) in den Kampf geführt werden müssen.

[719] So falsch es wäre, zu glauben, daß der Sozialismus gewissermaßen „von hintenherum, ohne politischen Kampf, ohne Machteroberung, durch organisierte oder spontane Eingriffe in die kapitalistische Produktion (die immer sofort die Staatsgewalt auf den Plan rufen) errungen werden konnte, so falsch, mechanisch, undialektisch wäre es, die Arbeiterklasse nicht dauernd auf die Notwendigkeit solcher Eingriffe in das Besitz- und Herrschaftsmonopol der besitzenden Klasse hinzuweisen, sie zu solchen Eingriffen zu erziehen, solche Eingriffe in bestimmten Situationen vorzunehmen und zu fordern. Bei der Stillegung von Gruben im Interesse des Stahltrusts haben die Arbeiter eine Maßnahme in der Linie der Produktionskontrolle durchgeführt. Sie haben festgestellt, daß die Angaben der Verwaltung über den Ertrag, Gewinn usw. nicht stimmten, sie haben, gestützt auf ihre eigenen Feststellungen, einen scharfen Kampf geführt und in einigen Fällen die Stilllegung verhindert. Das ist nur ein kleines Beispiel, aber es erzieht die Arbeiter besser zum Sozialismus als hundert Agitationsreden. Zur Zeit des polnischen Feldzuges stellten die Arbeiter der Firma Daimler in Stuttgart fest, daß verschiedene Panzerwagen, angeblich für die Reichswehr in Wirklichkeit für die gegen Sowjetrußland kämpfenden Truppen bestimmt waren. Die Panzerwagen wurden unbrauchbar gemacht, was allerdings ein Eingreifen des Staatsanwalts zur Folge hatte – aber solche Opfer sind im Interesse des revolutionären Kampfes nicht umsonst gebracht. Gegenüber der wachsenden Kriegsgefahr und der damit in Verbindung stehenden verstärkten Rüstungen ist der Kampf um die Kontrolle der Produktion eine sehr wichtige, sehr konkrete Forderung. Eines der Hauptargumente gegen die Lohnforderungen der mitteldeutschen Bergarbeiter ist die Behauptung der Industriellen, daß jede Erhöhung der Löhne eine Erhöhung der Kohlenpreise herbeiführen müsse. Hier ist der Zusammenhang zwischen Lohnpolitik und Produktion besonders deutlich. Die Forderung der Produktionskontrolle durch die Betriebsräte und Arbeiterorganisationen wächst aus den Bedingungen des wirtschaftlichen Kampfes selbst. Aber in der Kommunistischen Partei gibt es Genossen, die der Ansicht sind, eine solche Beschäftigung mit der Produktionspolitik des Großkapitals rufe die ernste Gefahr opportunistischer Abweichungen hervor. Es stimmt allerdings, daß jede nähere Berührung mit dem Gegner, jeder Versuch des Eindringens in das Allerheiligste des kapitalistischen Profits, die alleinige Verfügungsgewalt über die Produktion, die Möglichkeit schafft, daß der oder jener Funktionär sich von den gefälschten Statistiken, Bilanzen usw. „überzeugen“ läßt. Aber eine Reinheit der Grundsätze, die durch eine Abkapselung vom wichtigsten Gebiet des Klassenkampfes erzielt wird, ist keinen Pfifferling wert. Erst im Feuer des Gegners lernt eine Armee kämpfen.

Man sollte doch prüfen, ob nicht die opportunistischen Gefahren auf dem Glatteis des gewerkschaftlichen Minimalprogramms, das zur Zeit das A und O unserer Einstellung zu den Wirtschaftskämpfen darstellt wobei dieses Programm durch seine Verbindung mit dem Wahlkampf verschönert und „erweitert“ wird („Neuwahlen zur Zusammenfassung und Verbindung aller politischen und wirtschaftlichen Kämpfe der deutschen Arbeiterklasse in den kommenden Monaten“, „Rote Fahne“ vom 14.X.27), viel größer sind, als wenn die Partei eine zugleich prinzipielle und praktische Kampagne für die Lösung der Produktionskontrolle mit der politischen Agitation gegen den Bürgerblock verbindet. Selbstverständlich kann jede Losung dem Opportunismus als Deckmantel dienen; selbst die der Diktatur des Proletariats ist nicht gefeit gegen dieses Schicksal, aber entscheidend ist, ob die Partei es versteht, durch eine breite politische und prinzipielle Aufklärung den revolutionären Sinn der Produktionskontrolle den Massen klarzumachen und diese Losung nicht isoliert, sondern im Rahmen eines Aktionsprogramm, das eben die Hauptaufgabe hat, anknüpfend an die heutigen Kämpfe den strategischen und taktischen Plan zu geben, der diese mit dem revolutionären Machtkampf verbindet, zur Basis der Politik der Partei zu machen. [720]

Der Kampf gegen Bürgerblock- und Trustherrschaft

Von W. Ulbricht

Vorbemerkung

In der Zeit der relativen Stabilisierung der ökonomischen und politischen Macht der Bourgeoisie ist es zweifellos für die KPD schwieriger, revolutionäre Massenkämpfe zu organisieren als in akut revolutionären Situationen. Die relative Stabilisierung des Kapitalismus gibt den Reformisten und der SPD die Möglichkeit, in scheinradikaler Weise angeblich für die Forderungen der Arbeiter einzutreten, ohne dadurch die Stabilisierung zu gefährden. Die Lohnerhöhungen in den letzten Monaten, die von den reformistischen Führern als Erfolge ihrer Politik ausposaunt werden, und die Scheinopposition der SPD gegen den Bürgerblock verschleiert bis zu einem gewissen Grade zweifellos die arbeiterfeindliche, kapitalistische Wirtschafts- und Staatspolitik der Reformisten und der SPD. Die Reden der Sozialdemokraten zum Schulgesetz und die Rede Hilferdings zur Wirtschaftspolitik haben wohl den fortgeschrittensten Teilen des Proletariats bewiesen, daß die Sozialdemokratie im wesentlichen die Bürgerblockpolitik unterstützt, aber diese Tatsachen reichen nicht aus, um die Massen der Werktätigen von dem reaktionären Charakter der sozialdemokratischen Politik zu überzeugen.

Einige Genossen glauben, diese Schwierigkeiten der Politik der Partei in der gegenwärtigen Situation überwinden zu können durch eine Aenderung der jetzigen zentralen Losung der Partei: „Nieder mit der Bürgerblockherrschaft“ und durch Schaffung eines Aktionsprogramms mit der zentralen Losung: „Kontrolle der Produktion“. Sowohl die Berliner Straßenbahnerbewegung wie der mitteldeutsche Streik haben gelehrt, daß nicht andere Losungen nötig sind, sondern es darauf ankommt, unter den aufgestellten Losungen der Partei Massenstreikbewegungen zu organisieren und auszulösen. Nicht deshalb wurde der mitteldeutsche Bergarbeiterkampf kein politischer Massenstreik, weil die Losung Produktionskontrolle fehlte, sondern weil es uns nicht gelang, den Kampf zu verbreitern, ihn unter politischen Losungen zu steigern, die Hochburgen des Trustkapitals, die chemischen Betriebe und die Elektrizitätswerke stillzulegen. Eine solche Verbreiterung und politische Steigerung des Kampfes hätte die kapitalistische Wirtschaft wesentlich gestört, die Einsetzung der staatlichen Machtmittel veranlaßt und dem Streik den Charakter eines offenen politischen Kampfes gegen Bürgerblock und Trustherrschaft gegeben.

Die Vorbereitung und Durchführung der Kämpfe hat wesentliche Mängel unserer Parteiarbeit gezeigt.

a) Die Partei ist nicht genügend auf die Organisierung von Massenbewegungen eingestellt, sie konzentriert nicht ihre Hauptkraft auf die wichtigsten Betriebe [und Gewerkschaften.

b) In Verbindung mit dem Kampf für die Tagesforderungen der Arbeiter werden die Grundsätze und Ziele der Kommunistischen Partei nur ungenügend propagiert.

c) Die Einheitsfronttaktik wird nur teilweise richtig als Methode der revolutionären Massenmobilisierung angewandt.

Ueber diese Schwächen wurde auf der Reichsparteiarbeiterkonferenz ausführlich diskutiert und den Parteigenossen die richtigen Direktiven gegeben. Wenn Genosse Rück eine falsche Formulierung in einem Artikel der „Roten Fahne“ so darstellt, als ob das die offizielle Meinung des Zentralkomitees sei, so wissen alle Genossen, die an der Reichsparteiarbeiter-[721]konferenz teilnahmen und die Direktiven des Zentralkomitees kennen, daß diese Behauptung des Genossen Rück eine bewußt unwahre Unterstellung ist.

Die Schwierigkeiten der Parteiarbeit in der gegenwärtigen Situation veranlassen manche Genossen bewußt und unbewußt zu Versuchen, die Politik der Partei zu ändern oder zu „ergänzen“. Das zeigt sich in folgenden Tatsachen:

a) Vielfach grenzen sich kommunistische Gewerkschaftsfunktionäre nicht gegenüber der reformistischen Politik ab und unterlassen die Herausarbeitung des prinzipiellen Gegensatzes zwischen reformistischer Politik und revolutionärem Klassenkampf.

b) Einige Genossen sind dagegen, daß wir prinzipiell klar und eindeutig den Arbeitern sagen, daß der Eintritt von Kommunisten in eine sozialdemokratische Regierung in der gegenwärtigen Periode unmöglich ist, weil wir Kommunisten prinzipielle Gegner des bürgerlichen Klassenstaates sind. Diese Genossen glauben z. B., daß, wenn wir in Hamburg unsere prinzipielle Gegnerschaft gegenüber dem kapitalistischen Staat vorübergehend verschwiegen hätten, die Beeinflussung der sozialdemokratischen Arbeiter leichter gewesen wäre.

c) Der reformistischen Uebergangslosung „Wirtschaftsdemokratie" müsse die Partei als gegenwärtige Uebergangslosung die Parole „Produktionskontrolle" gegenüberstellen. Einige Genossen wollen nicht sehen, daß die Losung „Produktionskontrolle nur im direkten Zusammenhang mit der Losung des bewaffneten Aufstandes der „Arbeiter- und Bauernregierung" gestellt werden kann, und daß jede andere Fragestellung entweder nichts mit der Kontrolle der Produktion zu tun hat oder ein Abgleiten in reformistische Anschauungen darstellt oder herbeiführen muß. Statt die gegenwärtigen konkreten politischen und organisatorischen Schwächen und Fehler der Partei zu beseitigen, wollen einige Genossen die Beschlüsse des Essener Parteitages ändern, indem sie die gegenwärtige Propagandalosung „Arbeiterkontrolle der Produktion" als zentrale Losung für das Aktionsprogramm vorschlagen. Das wäre ein Fehler, denn wir können die Massen nicht mit einer Propagandalosurig, wie es die Kontrolle der Produktion gegenwärtig ist, unmittelbar in Bewegung bringen. Dieser Fehler kommt auch darin zum Ausdruck, daß die Genossen sehr wenig über die konkreten Aktionen der Partei sprechen. In den bisherigen Diskussionen über die Frage eines Aktionsprogrammes, wie z. B. auf dem Thüringer Bezirksparteitag, war bezeichnenderweise fast gar nicht die Rede von den konkreten Aktionen der Partei, sondern es wurde darüber diskutiert, daß die Partei ein Aktionsprogramm braucht. Wir wenden uns nicht gegen die Schaffung eines Aktionsprogrammes, möchten aber doch betonen, daß der Essener Parteitag sowie die nach – dem abgehaltenen Tagungen des ZK und die Parteikonferenzen die Aufgaben der Partei richtig herausgearbeitet haben.

Unser Kampf gegen Bürgerblock- und Trustherrschaft

Genosse Rück ist der Meinung, daß die Partei nur dann mit Erfolg den Kampf um die Macht fahren kann, wenn die Losung der „Produktionskontrolle" gegenwärtig als Kampflosung gegen die Trustherrschaft aufgestellt wird. Die Hauptfrage ist: wie bringen wir die Arbeiter zum Kampf und wie steigern wir diese Kämpfe bis zur Durchführung der Diktatur des Proletariats. Die Erfahrung lehrt, daß wir an die Tagesinteressen der Arbeiter, an die Fragen des Lohnes, der Arbeitszeit usw. anknüpfen müssen, um die Arbeiter zu Streikbewegungen zu bringen. Diese Streikbewegungen werden in dem Maße zu politischen Bewegungen, wie sie die ökonomische und politische Macht der Bourgeoisie erschüttern und Anlaß geben, die staatlichen Machtmittel gegen die kämpfenden Arbeiter einzusetzen. Wenn Genosse Rück verlangt, daß die Parole Produktionskontrolle aufgestellt wird, um die Arbeiter schon gegenwärtig zu Eingriffen in die kapitalistische Wirtschaft zu erziehen, so verrät er uns leider nicht, wie diese Eingriffe in die Produktion erfolgen sollen. Nach unserer Meinung bestehen die wirkungsvollen Eingriffe der Arbeiter in die Produktion gegenwärtig im Kampfe für Verbesserung der Arbeitsbedingungen, in der Durchführung von Streikbewegungen. Die Partei muß lernen, nicht nur aus Anlaß von Lohn- und Arbeitszeitforderungen Streikbewegungen zu organisieren, sondern [722] politische Maßnahmen des Bürgerblocks (Klassenjustizurteile, Arbeitererschießungen usw.) zur Organisierung politischer Teilstreiks und Massenstreikbewegungen auszunutzen, um auf diesem Wege die Herrschaft der Bourgeoisie zu erschüttern, die relative Stabilisierung der ökonomischen und politischen Macht der Bourgeoisie zu sprengen und die Arbeiter- und Bauernregierung zu erkämpfen. Diese Perspektive des politischen Kampfes erfordert, daß die Partei in den Tageskämpfen für Erhöhung der Löhne, Achtstundentag, gegen Schlichtungspolitik, gegen die Mietpreiserhöhung, gegen die Zollpolitik, gegen die Terrorpolitik, gegen die Klassenjustiz des Bürgerblocks den Arbeitern propagandistisch beweist, daß eine wesentliche Verbesserung der Lage der Arbeiter nur möglich ist, wenn die Arbeiter die Industriellen zum Teufel jagen, und in Verbindung mit der Schaffung ihrer eigenen Machtorgane, der politischen Arbeiterräte und der Bewaffnung des Proletariats, die Nationalisierung

der Banken und Trusts und die Arbeiterkontrolle der Produktion durchführen. Diese Propaganda wird gegenwärtig dadurch erleichtert, daß die Arbeiter im Kampf um Verbesserung der Arbeitsbedingungen und gegen die innerpolitische Reaktion auf den schärfsten Widerstand des Trustkapitals und seiner Bürgerblockregierung stoßen. Immer offensichtlicher tritt zutage, daß die Bürgerblockregierung und der kapitalistische Staatsapparat nichts anderes ist als das ausführende Organ des Trustkapitals. Nicht dadurch, daß wir die Losung „Produktionskontrolle“ zur Tageslosung machen, werden wir Fortschritte im revolutionären Kampf erreichen, sondern dadurch, daß die Tageskämpfe um das Stück Brot gegen die politische Unterdrückung usw. als Teil des politischen Kampfes gegen Bürgerblock und Trustherrschaft geführt werden. Diese Kämpfe müssen vorbereitet und unter politischen Losungen gesteigert werden, wobei die KPD ihre ganze Kraft einsetzen muß, um durch Organisierung von Aktionsausschüssen, Werktätigenausschüssen, Arbeiterdelegiertenversammlungen usw. die organisierte Kraft der Bewegung zu festigen und zu stärken, damit die ökonomische und politische Macht der Bourgeoisie erschüttert wird und den Arbeitern jene Kampferfahrungen eingehämmert werden, die die Voraussetzung sind zur Organisierung politischer Arbeiterräte, zur Entwaffnung der Bourgeoisie, zur Bildung der Arbeiter- und Bauernregierung, zur Durchführung der Arbeiterkontrolle der Produktion.

Wirtschaftsdemokratie und Produktionskontrolle als Uebergangslosungen

Nach Auffassung der Reformisten soll die Wirtschaftsdemokratie im Kapitalismus den Uebergang zum Sozialismus verwirklichen. Angeblich befinden wir uns gegenwärtig in diesem Uebergangsstadium, wo die Durchführung der Wirtschaftsdemokratie eine Aktionsaufgabe ist. Die Reformisten betonen aber in diesem Zusammenhang stets, daß die Wirtschaftsdemokratie nur verwirklicht werden kann, wenn es gelingt, unter Ausnutzung der Möglichkeiten der bürgerlichen Demokratie (Wahlbewegung, Eintritt in Koalitionsregierung usw.) in zunehmendem Maße den kapitalistischen Staatsapparat zu beeinflussen. Gen. Rück schlägt vor, daß der Losung der Wirtschaftsdemokratie die Losung „Produktionskontrolle“ gegenübergestellt wird, denn diese Uebergangslosung ergebe sich aus den gegenwärtigen Tagesaufgaben. Gen. Rück übersieht, daß die Losung „Arbeiterkontrolle der Produktion“ wohl eine Uebergangslosung ist, aber gegenwärtig ist sie ebenso nur eine Propagandalosung wie Arbeiter- und Bauernregierung. Erst in der Zeit des akuten Machtkampfes, wo bereits politische Arbeiterräte bestehen, wird diese Losung zur Aktionslosung. Es ist deshalb auch falsch, wenn Gen. Rück verlangt, daß die Losung „Produktionskontrolle“ gerade jetzt, in der Periode der relativen Stabilisierung die Sammellosung im politischen sind ökonomischen Kampf sein soll. Die gegenwärtige Sammellosung muß eine Aktionslosung sein, sie muß unmittelbar massenmobilisierend wirken. Deshalb hat die Partei gegenwärtig die Losung „Sturz des Bürgerblocks“ als aktuelle Sammellosung aufgestellt, weil sie die Möglichkeit bietet, alle Ströme der Erbitterung und des Kampfeswillens der Werktätigen zu einem einheitlichen politischen Kampf gegen die Herrschaft der Bourgeoisie zusammenzufassen. Selbstverständlich müssen gerade im Kampf gegen den Bürgerblock unsere politischen Endziellosungen propagiert werden. Aber die Propagierung unseres Endzieles würde dadurch erschwert bzw. verschleiert, wenn die Losung „Produktionskontrolle“ zur gegenwärtigen Sammellosung gemacht wird, denn die Arbeiter werden mit Recht fragen, wie stellt ihr euch in der Periode der relativen Stabilisierung konkrete Eingriffe in die kapitalistische Wirtschaft vor? Worin unterscheidet ihr euch von der reformistischen Forderung auf „Kontrolle der Wirtschaft“? Während die Reformisten in Verbindung mit der Losung „Wirtschaftsdemokratie“ ihre kapitalistische Staatspolitik begründen, sagt Gen. Rück kein Wort davon, daß die Arbeiterkontrolle der Produktion eine Machtfrage ist und wie die Arbeiterkontrolle verwirklicht werden soll. Aber das ist gerade die entscheidende Frage. Klar und eindeutig müssen wir den Arbeitern sagen, daß es weder auf dem Wege des „Eindringens in die kapitalistischen Wirtschaftsorgane“, noch auf dem Wege des „Eindringens in den Staatsapparat“ durch die Koalitionspolitik möglich ist, die Kontrolle zu verwirklichen. Ohne Arbeiterräte, ohne die Bewaffnung des Proletariats, ohne die Verjagung der Unternehmer, ohne die Bildung einer revolutionären Arbeiter- sind Bauernregierung,

ohne Nationalisierung ist die Arbeiterkontrolle der Produktion undurchführbar. Das verschweigt Gen. Rück. Er nährt dieselbe Illusion, die bei den italienischen Arbeitern im Jahre 1920 vorhanden war, als die Arbeiter die Betriebe besetzten und glaubten, die Arbeiterkontrolle der Produktion durchführen zu können ohne politische Arbeiterräte, ohne Zertrümmerung des kapitalistischen Staatsapparates. Gen. Rück erklärt uns, daß eine gegenwärtige Maßnahme der Produktionskontrolle die Belebung der Betriebsrätearbeit sei. Selbst wenn es gelingt, die Rechte der Betriebsräte gegenwärtig zu erweitern, so kann sich diese Erweiterung der Betriebsräterechte [723] nicht auf die Leitung der Produktion beziehen, sondern auf den, Kampf für den Achtstundentag, gegen die Ueberstunden, für größeres Bestimmungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen, Verbesserung der Lohnberechnung, Beseitigung bestimmter Methoden der Hetzarbeit u. a. Das ist aber doch nicht Kontrolle der Produktion. Er erklärt weiter, daß der Kampf gegen Betriebsstillegungen im Bergbau in der Linie der Produktionskontrolle liege. Es stimmt, daß in einigen isolierten Fällen die Betriebsstillegung verhindert wurde, aber Besitzer der Produktionsmittel, Beherrscher der Produktion blieb der Kapitalist. Von einer Kontrolle der Produktion kann nur dann gesprochen werden, wenn eine entschädigungslose Enteignung des Kapitalisten erfolgt und der Betrieb unter Leitung der Arbeiter weitergeführt wird. Selbst Gen. Rück wird nicht behaupten wollen, daß das gegenwärtig möglich ist. Indem der Gen. Rück aber alle solche Einzelmaßnahmen, die einfache Klassenkampfaufgaben sind, als Produktionskontrolle bezeichnet, verfälscht er den revolutionären Sinn dieser Losung und gibt der Auffassung Raum, daß die Arbeiterkontrolle der Produktion schon vor der Machteroberung und isoliert von den Kämpfen um die Macht verwirklicht werden kann. Damit kommt er in verdächtige Nähe der reformistischen Wirtschaftsdemokraten. Ich verweise hier auf den Artikel von Weimann in der „Metallarbeiterzeitung“ vom 24.9.27:

„Dem Rufe der Unternehmer nach ‚Freiheit der Wirtschaft‘ muß die Arbeiterschaft den Ruf ‚Kontrolle der Wirtschaft‘ entgegensetzen ... Das Ziel der organisierten Arbeiterschaft ist die sozialistische Wirtschaft; aber solange wir noch eine privatkapitalistische Wirtschaft haben, hat die Arbeiterschaft ein Mitbestimmungs- und Kontrollrecht zu verlangen.“

Weimann ist selbstverständlich der Meinung, daß diese Kontrolle der Wirtschaft auf dem Wege der Schaffung von Wirtschaftskammern usw. möglich ist, aber gerade weil Gen. Rück diesen Argumenten der Reformisten nicht die Frage des Kampfes um die Macht gegenüberstellt, bedeutet seine Art der Propagierung der Produktionskontrolle eine opportunistische Veränderung dieser revolutionären Losung.

Das sind die Hauptgründe, warum es abgelehnt werden muß, die Losung „Produktionskontrolle“ zur wichtigsten Losung des Aktionsprogramms zu machen. Ein solches Aktionsprogramm wäre nicht geeignet, der Partei und den Massen ein Leitfaden für ihre Kämpfe zu sein. Das Aktionsprogramm wird seinen Zweck nur erfüllen, wenn die Aktionslosungen, die sich aus der gegenwärtigen Situation ergeben, im Vordergrund des Aktionsprogramms stehen. Die gegenwärtige Hauptlosung ist daher der Kampf für den Sturz des Bürgerblocks. Das ist aber nicht genügend, denn wir müssen positiv sagen, wes soll nach dem Sturz des Bürgerblocks geschehen. Deshalb müssen wir den Arbeitern auseinandersetzen, wie der Kampf um die Arbeiter- und Bauernregierung geführt werden muß, warum die Forderungen der Arbeiter nur mit Hilfe ihrer eigenen Kampf- und Machtorgane durchgesetzt werden können, warum im Interesse der Verwirklichung der Lebensforderungen des Proletariats die Beherrscher der Trosts verjagt werden müssen und die Arbeiterkontrolle der Produktion nur Bestandteil und Resultat des Machtkampfes sein kann. Nur wenn die Losung der Arbeiterkontrolle der Produktion im Aktionsprogramm so begründet wird, ist sie eine richtige und notwendige Propagandalosung in der gegenwärtigen Situation.

*

Richtigstellung

Wir erhalten vom Gen. Asiaticus folgende Zuschrift:

In dem ersten Teil meines Artikels „Der Trotzkismus und der chinesische Revolution“ (Heft 19 der „Internationale“) ist auf S. 583 ein Zitat aus Lenins Polemik gegen Trotzki angeführt, dessen

Schlußsatz lautet: „Unser Staat ist in Wirklichkeit kein Arbeiterstaat, sondern ein Arbeiter- und Bauernstaat.“ Die Zitierung dieses Leninschen Satzes war fehlerhaft. Diesen Satz hat Lenin selbst kurz nachher folgendermaßen in einem Artikel „Die Krise der Partei“ korrigiert: „In bezug auf die Diskussion vom 30. September muß ich noch einen von mir gemachten Fehler richtigstellen. Ich habe gesagt: „Wir haben in der Tat keinen Arbeiter-, sondern einen Arbeiter- und Bauernstaat“ ... Gen. Bucharin hat sofort dazwischengerufen „Welchen?!“ Ich aber habe mich als Antwort darauf auf den soeben zu Ende gegangenen VIII. Sowjetkongreß bezogen. Nachdem ich nunmehr den Bericht über die Diskussion gelesen habe, sehe ich, daß ich Unrecht hatte und daß Gen. Bucharin recht hatte. Ich mußte sagen: „Der Arbeiterstaat ist eine Abstraktion. In Wirklichkeit aber haben wir einen Arbeiterstaat, erstens mit jener Besonderheit, daß im Lande nicht die Arbeiter-, sondern die Bauernbevölkerung vorherrscht, und zweitens einen Arbeiterstaat mit einer bürokratischen Verzerrung. Der Leser, der meine ganze Rede durchlesen wird, wird sehen, daß durch diese Richtigstellung weder an dem Gange meiner Argumentation noch an meinen Schlußfolgerungen etwas geändert wird.“

[724] Wie aus dem ganzen Absatz auf S. 582, der das obige Zitat einleitet, hervorgeht, habe ich auch die korrigierte Stelle nur in ihrem polemischen Sinne g e g e n T r o t z k i, der das Problem der Beziehungen des S t a a t e s d e r p r o l e t a r i s c h e n D i k t a t u r zu der Bauernschaft starr und undialektisch stellt, ausgewertet. Wenn ich in jenem Absatz u. a. schrieb: „Die Errichtung der Diktatur des Proletariats im Oktober 1917 war gerade dadurch charakterisiert, daß sie immer noch nicht das trotzkistische Schema der „reinen Arbeiterregierung“ verwirklichen konnte, sondern daß die Entwicklung gewissermaßen an der Schwelle zwischen der demokratischen Diktatur des Proletariats u n d der Bauernschaft und der Diktatur des Proletariats a n g e l a n g t war“ – so heißt das natürlich nicht, daß die Entwicklung dabei s t e h e n geblieben war. Diese Schwelle wurde durch die Eroberung der Macht durch das Proletariat im Oktober 1917 ü b e r s c h r i t t e n. Die Politik des sozialistischen Aufbaus bei gleichzeitiger Bündnispolitik des Staates der proletarischen Diktatur mit der Masse der Bauernschaft führt diese Entwicklung in schwerem Ringen gegen die Welt des Imperialismus S c h r i t t f ü r S c h r i t t w e i t e r. In einem der früheren Artikel in der „Internationale“, und zwar „Um die Losung der Räte in der chinesischen Revolution“ (Heft 16), habe ich die Bedeutung dieser Bündnispolitik folgendermaßen definiert, was ich in diesem Zusammenhange nochmals anführe, um Mißverständnissen bezw. absichtlichen Mißdeutungen vorzubeugen: „Die Bündnispolitik dieser Diktatur gegenüber der Bauernschaft bedeutet da n i c h t einfach eine Mitbeteiligung der letzteren an der Diktatur, sondern die s e l b s t ä n d i g e Anwendung einer großangelegten historischen Strategie s e i t e n s d e s h e r r s c h e n d e n P r o l e t a r i a t s zur Ausnutzung der sozialen Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaftsbeziehungen z w e c k s A u f r e c h t e r h a l t u n g u n d z w e c k s A u s b a u d e r a u s s c h l i e ß l i c h e n H e r r s c h a f t d e s P r o l e t a r i a t s.“ Asiaticus.

LITERATUR

Neue Schriften über Sun Yat Sen.

Bei der ganz außerordentlichen Bedeutung, die Sun Yat Sen für die abgelaufene Phase der chinesischen Revolution hat, und bei der einzigartigen Autorität, die sein Name auch zur Stunde noch in China genießt, verdient jede Veröffentlichung in einer europäischen Sprache, die neues Licht auf Suns Leistung und Ideen wirft, die größte Aufmerksamkeit. Die Schrift des amerikanischen Juristen P. L i n e b a r g e r „Sun Yat Sen und die chinesische Republik“ (New-York und London 1925) und die Uebersetzung des ersten Prinzips Sun Yat Sens durch den Lektor T s a n W a n – Leipzig (Sun Yat-Sen „Die Grundlehren von dem Volkstum“, Berlin 1927) sind daher als Beiträge zum Verständnis der Entwicklung Sun Yat Sens durchaus zu begrüßen, mögen auch beide Bücher nur kleine Teil ausschnitte aus dem Entwicklungsbilde des „Vaters der chinesischen Revolution“ bieten, Teilausschnitte, die jedenfalls, was Linebarger anbetrifft, auch noch auf Grund hochgradiger politischer Verständnislosigkeit subjektiv gefärbt, um nicht zu sagen, teilweise gröblich verfälscht sind.

J u g e n d e r l e b n i s s e

Linebarger hatte im zweiten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts Gelegenheit, Sun Tat Sen und der von ihm geführten Bewegung praktisch-journalistisch dienlich zu sein. Der Amerikaner hat seine

häufigen Zusammenkünfte mit Sun dazu benutzt, sich von dessen Leben allerlei sonst wenig bekannte Einzelheiten mitteilen zu lassen.

Am meisten hat der wortkarge Sun Tat Sen seinem amerikanischen Bekannten über seine Kindheit und Jugend berichtet. Linebarger, der jeden halben Satz, jedes Räuspern und jede Gesichtsbewegung des chinesischen Revolutionärs aufgefangen und geschäftstüchtig zu ganzen Abschnitten und Kapiteln auseinandergewalzt hat, Linebarger hat viel überflüssiges und romantisch-verlogenes Zeugs über Suns Jugend zusammengeschrieben. Doch finden sich unter der vielen Spreu auch einige vollwertige Früchte, derentwillen die Lektüre seiner „Biographie“ doch nicht ganz fruchtlos ist.

Wenn man die ersten Kapitel des Linebargerschen Buches durchfliegt, erhält man – und das ist offenbar auch die Absicht des Verfassers – von Suns Geburtsdorf und Heimatprovinz einen geradezu paradiesischen Eindruck. „Sonniges Kwangtung“ ... so ist das zweite Kapitel überschrieben. Der natürliche Reichtum, die landschaftliche Schönheit, der Stimmungsgehalt der tropischen Provinz haben den Amerikaner überwältigt. Seiner Meinung nach verläuft das Leben der arbeitenden Bevölkerung der Kantonprovinz ebenso idyllisch genußvoll, wie das eines ästhetisierenden europäisch-amerikanischen Vergnügungsreisenden. Allein die später geschilder-[725]ten Ereignisse zeigen kraß, daß in diesem charmanten Landstriche, wo das Leben der Massen angeblich leichter ist, als fast überall sonst in China (S. 16), die sozialen und politischen Zustände in der Jugendzeit Sun Yat Sens alles andere als paradiesische waren. Mehrere Vorfälle aus seiner Kindheit und Jugendzeit demonstrieren klar, gegen welche inneren Feinde sich u. a. die später von ihm geleitete bürgerliche Regierung zu richten hatte.

Sun selbst bezeichnet als den Widersacher des entstehenden jungen chinesischen Bürgertums 1897 in seiner ersten Schrift die „ungerechte Autokratie, die in ihrer eigenen Verrottetheit blüht und gedeiht“. Er spricht von einem offiziellen Diebstum der herrschenden vorkapitalistischen Bürokratie, von einer „zum Gesetz erhobenen Korruption“ der bürokratisch-autokratischen Regierungsmaschine. Die Heldentaten dieser reaktionären Beamten-(Mandarinen-)Schicht bekam der kleine Sun früh genug handgreiflich vor die Augen geführt.

In seinem Geburtsdorfe Tsui Heng lebte eine Familie von drei reichen Brüdern, in deren Garten der Knabe zu spielen pflegte. Eines Tages brach nun eine Schar kaiserlicher Soldaten, geführt von einer kleinen Gruppe Beamter, in den Ort ein, umzingelte den Wohnplatz der reichen Brüder (worin ihr Reichtum bestand, ob in Land oder in einem Handelsunternehmen – das festzustellen, hat der geniale amerikanische Journalist vergessen), und im Handumdrehen waren die Brüder weggeschleppt. Das Vermögen sowie das Haus der Verschleppten fiel den Mandarinen anheim. Einer der Brüder wurde in Kanton geköpft, die beiden anderen siechten im Kerker dahin. Warum, das haben die Bewohner von Tsui Heng niemals in Erfahrung bringen können.

Rechtssicherheit im Sinne der bürgerlichen Gesellschaft existierte also unter diesem Regime nicht. Zur vorbürgerlichen Rechtsunsicherheit aber kam (und kommt, denn alle diese Erscheinungen sind inzwischen zwar umfrisiert, aber keineswegs verschwunden) die in offizielle Formen gekleidete Gefräßigkeit der bürokratischen Regierungsmaschine. Wenn jemand im Orte ein Stück Land verkaufte, so wagte er das nicht der Behörde mitzuteilen, da die Ueberschreibungsgebühren – ungeheuerliche waren. Man erledigte daher derartige Kaufgeschäfte unter der Hand. Der frühere wirkliche Besitzer blieb es auch nach erfolgtem Verkauf, der Form nach, fernerhin. Sun Yat Sens Familie hatte schwer unter der Last solcher Scheinbesitzungen zu leiden. Der Steuerbeamte hielt sich an die Suns. Mochten sie sehen, wie sie von den gegenwärtigen tatsächlichen Eigentümern die Steuersumme hereinbekamen.

Der Steuerdruck wurde (und, wir wiederholen es, wird) ergänzt durch die Binnenzollschikane. Ein unförmiger Apparat on Steuerbeamten aller Schattierungen hinderte den freien Güter- und Personenverkehr im Reich der Mitte. Als Sun Yat Sun, achtzehnjährig, von Hawaii nach China zurückkehrte, hatte er einen scharfen Zusammenstoß mit den Zollbeamten, die sich in immer neuen Scharen und unter immer neuem Titel auf ihn und seine Mitreisenden stürzten. Gegen ein antikapitalistisches. dem modernen Warenverkehr todfeindliches Binnenzollsystem hat sich in Europa die bürgerliche

Revolution gewandt. Es sind die gleichen vorbürgerlichen Hemmnisse, gegen die die bürgerliche Revolution China ihre Spitze richtete.

Tiefen Eindruck hat ferner auf den kleinen Sun ein Ueberfall gemacht, den Räuber, Seeräuber, auf das Haus eines reichen Dorfbewohners ausführten. Auch Sklaverei herrschte in Tsui Heng. Drei Familien, so erfuhr Linebarger von Sun Yat Sen, hielten in ihrem Hause Unfreie.

Wenn man all diese kleinen Züge zusammennimmt, so ergibt sich – ganz abgesehen von den gleichen Landbesitzverhältnissen, von denen Herr Linebarger nichts weiß, – ein keineswegs „sonniges", sondern ein äußerst düsteres Bild von Unterdrückung, Unsicherheit und Willkür. Alle wesentlichen Ursachen, die in China zur bürgerlichen Revolution fuhren mußten, hat der junge Sun in seiner Jugend entweder am eigenen Leibe oder doch aus unmittelbarer Nähe konkret kennengelernt. –

Die russische Revolution.

Berichtet Linebargers Buch vor allem von den Erlebnissen des jungen Sun Yat Sen, so führen uns die „Grundlehren von dem Volkstum" in die letzte Periode des Sunschen Lebens. Inzwischen ist die Mandschudynastie gestürzt, Sun Yat Sen hat von primitiven Anfängen (von den Traditionen der Geheimgesellschaften ausgehend), seine politischen Ideen – die konstitutionelle Monarchie bis zur Verehrung der westlichen bürgerlichen Demokratien – entwickelt und ist am Ende seines Lebens auch über diese Phase noch, wenn auch mit vielen Widersprüchen und Unfertigkeiten, hinausgewachsen. Es ist richtig, daß Sun bis in seine letzten Jahre hinein den Klassenkampf, jedenfalls für China, theoretisch für überflüssig gehalten hat. Allein schon für China selbst hat Sun am Ende seines Lebens diesen seinen bürgerlichen Standpunkt wieder und wieder, praktisch und gelegentlich auch theoretisch, durchbrochen, und zwar regelmäßig zugunsten der arbeitenden Massen, der chinesischen Arbeiter und Bauern. Was vollends den Charakter der russischen Revolution anbetrifft, so hat er diesen klarer erkannt als mancher, der sich heute einen Freund der Sowjetunion nennt. „Rußland", so erklärt Suns in seinen „Grundlehren von dem Volkstum", „Rußland verwandelte sich aus einem imperialistischen in einen neuen sozialistischen Staat" (S. 32). Die bürgerliche Demokratie ist eine Lüge. „Die politische Macht der Staaten ist nur scheinbar im Besitz der betreffenden Regierungen, in Wirklichkeit ruht sie in der Hand des Kapitalisten" (S. 33). Da aber das Ziel der russischen Revolution nicht nur die Niederkämpfung des internationalen Imperialismus, „sondern auch eine Politik der Niederkämpfung des internationalen Imperialismus, und Kapitalismus", so „empfindet der internationale Kapitalismus vor Rußland eine eingeheure Angst". (S. 33). Und nun folgt eine Aeußerung Sun Yat Sens, die man seinen angeblichen „orthodoxen" Anhängern in China, die gegen die Sowjetunion Stimmung machen, und auch manchen Gespenstersehern in Europa um die Ohren schlagen soll: „Auch meiner Meinung nach", sagt Sun Yat Sen prophetisch, als hätte er die gegenwärtige Kriegsgefahr vorausgeahnt, „wird infolge der russischen Umwälzung ein neuer Krieg ausbrechen. Dieser Krieg wird jedoch nicht ein Kampf zwi-[726]schen den Rassen, sondern ein Krieg, ein Klassenkampf innerhalb der gleichen Rassen sein. Also ein Kampf zwischen Unterdrückten und Ausbeutern, ein Kampf des Rechts gegen die Macht." (S. 34).

Formulierungen dieser Art sind der Gipfel dessen, was der alternde Sun an Einsicht in die Natur der gesellschaftlichen Bewegungsgesetze erreicht hat. An vielen Stellen des zitierten Werks, das sich mit der nationalen Frage, dem „Ersten Prinzip" seines Systems, beschäftigt, bleibt er hinter der hier erlangten Blickschärfe zurück.

Die innere Natur der von Sun Tat Sen repräsentierten Widersprüche sowie die Ursache – und Entwicklung – dieser Widersprüche wird das demnächst (im Agisverlag) erscheinende Werk „Suns Yat Sen – Aufzeichnungen eines chinesischen Revolutionärs" ausführlich darstellen. W.

*

Georg: „*Der Bericht der Abrüstungskonferenz der II. Internationale*“

Ein sozialimperialistischer Bericht ihrer „Kommission für die Abrüstungsfrage.“

Das Sekretariat der II. Internationale verbreitet als Ergebnis ihrer Brüsseler Exekutivsitzung vom September vor der Herbsttagung des Völkerbundes einen Bericht über die Behandlung der Abrüstungsfrage.

Der Bericht gibt einen guten Einblick in die Kämpfe, die sich innerhalb der II. Internationale zwischen den verschiedenen nationalen, sozialimperialistischen Richtungen abspielen. Eben die Behandlung der Abrüstungsfrage offenbart den chauvinistisch-sozialimperialistischen Sumpf, in dem sich alle Parteien der II. Internationale befinden, am deutlichsten. Der einzige Gesichtspunkt, unter dem man den ganzen Bericht verstehen kann, ist der des Kampfes zwischen dem französischen und deutschen Imperialismus, der hier ins Kauderwelsch des Sozialimperialismus übertragen ist.

Im allgemeinen Gerede über die Kriegsgefahr wird jeder konkrete Hinweis auf die bestehenden Konflikte sorgfältig vermieden, weil ein solcher Versuch die II. Internationale sofort sprengen müßte. Ebenso werden die imperialistischen Angriffsabsichten auf die Sowjetunion, China und die kolonialen Völker überhaupt nicht erwähnt. Die Friedenssicherungen, die die Resolution vorschlägt, stehen auf dem Niveau der letzten Friedensresolutionen des Völkerbundes. Im Bericht heißt es: „Die SAI fordert von den Regierungen die Anwendung der Schiedsgerichtbarkeit und aller friedlichen Mittel zur Beilegung internationaler Konflikte.“ So heißt es stets auch in Genf.

Den Geist der Resolution zeigt folgender Satz bezüglich der „Kontrolle der Bewaffnung“: „Von wie großem Interesse es ist, daß die Sozialdemokratie über solche Aufschlüsse verfügt, hat sich deutlich gezeigt, als deutsche sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete die Tatsache ans Licht bringen konnten, daß die Reichswehr über Verbindungen mit Organen in Sowjetrußland verfügte, die sie mit Waffen und Munition versehen.“ An dieses Beispiel sozialdemokratischer „Waffenkontrolle“, das bekanntlich nichts anderes war als ein Bestandteil der imperialistischen Kriegshetze gegen die Sowjetunion mit den „Sowjetgranaten“, knüpft der Bericht folgende Bemerkung: „Es empfiehlt sich, daß SAI und IGB sich miteinander über die Art und Weise, in der die Arbeiterschaft die Bewaffnung kontrollieren könnte, beraten.“

Man kann annehmen, daß in diesem einzigen Punkt sich die deutschen und französischen Sozialpatrioten völlig einig waren, nämlich in der Bekämpfung des Arbeiterstaates. In allen anderen Punkten prallen in der II. Internationale die imperialistischen Gegensätze genau so scharf aufeinander wie im Völkerbund. Die Behandlung der Abrüstungsfrage wurde im Interesse des deutschen Imperialismus zweifellos von der deutschen sozialdemokratischen Gruppe erzwungen. Die französischen Sozialdemokraten antworteten darauf mit der demonstrativen Nichtbeantwortung des Fragebogens, der von der II. Internationale an die Parteien versandt wurde. Was an dem Bericht der II. Internationale neu ist, ist überhaupt eine starke Berücksichtigung der Wünsche des aufsteigenden deutschen Imperialismus, während in der bisherigen Art der Behandlung der Abrüstungsfrage stets ausschließlich die Interessen des französischen Imperialismus berücksichtigt wurden. Entsprechend dem gewachsenen Gewicht des deutschen Imperialismus hat die deutsche Delegation in Brüssel ebenso wie in Genf in die Resolutionen eine Reihe von Empfehlungen und Forderungen deutschen Ursprungs hereinnehmen lass en. Die so auf Wunsch der SPD in dem Bericht der II. Internationale aufgenommenen Wünsche stimmen mit den von Stresemann in Genf vertretenen Thesen wörtlich überein. Diese vollkommene Uebereinstimmung läßt keinen Zweifel darüber, daß die SPD-Delegation in der „Abrüstungskonferenz“ der II. Internationale, die zur Vorbereitung der Herbsttagung des Völkerbundes stattgefunden hat, ebenso nach genauen Direktiven der Bürgerblockregierung vorging wie die französische Delegiertengruppe Direktiven Poincarés und Fochs mit hatte.

Der deutschen Gruppe konnte es nicht gelingen, die der französischen Sozialimperialisten an die Wand zu drücken. Dies würde auch dem imperialistischen Kräfteverhältnis nicht entsprochen haben.

So entstand ein Bericht und eine Resolution, in der die gegensätzlichsten deutschen und französischen Wünsche friedlich nebeneinander zu lesen sind. Dieser Spiegel der sozialimperialistischen Kämpfe soll in folgendem mit einigen Zitaten ergänzt werden:

„Die Art und Weise, wie die Abrüstungsfrage im Völkerbund behandelt wurde, gab [727] den Völkern bis jetzt mehr Enttäuschung als Befriedigung. Was bis jetzt erreicht wurde, ist nicht viel mehr als die gewaltsame Abrüstung der besiegten Staaten durch die Sieger von 1918. Zwar haben die Sieger im Anfang des Kapitel V des Friedensvertrages Deutschlands Abrüstung als den Auftakt der allgemeinen Einschränkung der Bewaffnung sämtlicher Nationen dargestellt, aber bis jetzt ist das Versprechen, daß in dieser Darstellung gewissermaßen enthalten war, nicht erfüllt worden. Die Sozialdemokratie aller Länder wird ständig und kräftig darauf hinwirken müssen, daß das Versprechen Wirklichkeit werde.“ So heißt es auf Seite DD 41 des Berichtes. Der Stresemannsche Ursprung ist unverkennbar.

Auf Seite 58 desselben Berichtes ist dann die französische Gegenthese zu lesen: „Gegenwärtig, in der Zeit zwischen zwei Tagungen der vorbereitenden Abrüstungskonferenz, ist festzustellen, daß ihre Arbeit nicht gänzlich ergebnislos geblieben ist. Zum erstenmal ist die Abrüstungsfrage in allen ihren Details und auf offizielle Weise behandelt worden. Dank der unternommenen Arbeiten kann man heute besser bestimmen, in welcher Richtung die Bemühungen zunächst erfolgen müssen, um die besten Resultate zu zeitigen. An diesem Lob des Völkerbundes ist es unmöglich, nicht die Meisterhand Boncours zu erkennen.

Wieder auf deutschen Wunsch ist (Seite 42) folgender Passus hereingenommen: „Die Kommission stellt fest, daß die Abrüstung nur dann wirksam für den Frieden sein kann, wenn sie nicht als eine einseitige Verpflichtung erscheint, die der Sieger dem Besiegten auferlegt. Nur zwischen Gleichberechtigten kann es eine aufrichtige und fruchtbare Verständigung geben“. Damit aber neben diesem ins Sozialdemokratische übersetzten Stresemannschen Wunsch nach der Gleichberechtigung Deutschlands auch die poincaristische These nicht fehlt, heißt es gleich danach als besondere Belobigung des pazifistischen Frankreichs: „Insbesondere muß das Parlament eine absolut umfassende Kontrolle über die Organisation und die Tätigkeit der militärischen Kräfte ausüben, wie es in Frankreich in die Tat umgesetzt wurde.“ Damit gibt die II. Internationale den Boncourschen Mobilisierungsgesetzen ihren Segen.

Den Wünschen des französischen Imperialismus nach Schaffung eines allgemeinen Garantiegesetzes nach Art des Genfer Protokolls wird weitgehendst Rechnung getragen. So wird gewünscht, daß „die Kontrolle der Befolgung einer Abrüstungskonvention dem Völkerbunde übertragen werden sollte. Dieser könnte mit dieser Kontrolle eins seiner Organe beauftragen.“ (Seite 46). Der Sinn dieses Wunsches, den Bock zum Gärtner zu machen, kommt in der angefügten Resolution (Seite 58) noch klarer zum Ausdruck: „Diese Agitation hat zum Ziel, die öffentliche Meinung dahin zu bringen, von den Regierungen zu fordern, daß sie so schnell wie möglich einen allgemeinen und zwingenden Pakt annehmen, der die Prinzipien des Protokolls wieder aufnimmt, dessen Annahme vom Völkerbund verzögert wurde.“ Klarer konnte man den französischen imperialistischen Sinn der Resolution wahrlich nicht mehr angeben.

Amüsant ist, wie die beiden Imperialistengruppen einander in der Schaffung ihrer Armeen Konzessionen machen. So heißt es (Seite 48) in bezug auf die Heeresreserven: „Im Falle des Berufsheeres bietet diese Frage keine größeren Schwierigkeiten. Die ausgebildeten Reserven sind in diesem Falle im allgemeinen wenig umfangreich.“ (!) Mit dem Einfügen dieses Satzes konzediert Boncour der deutschen Sozialdemokratie die Ausbildung illegaler Heeresreserven neben der Reichswehr. Gleich danach auf derselben Seite machen die deutschen Sozialimperialisten den Franzosen die Gegenkonzession, die Organisation des französischen Heeres anzuerkennen. Da heißt es: „Die Anzahl der Menschen, die ausgebildet wird, ist um so größer als die Dienstzeit kürzer ist. Die ausgebildeten Reserven sind in diesem Falle sehr groß. Die Kommission ist trotzdem der Meinung, daß die Verkürzung der Dienstzeit überall dort energisch durchgeführt werden soll, wo diese Heeresreform besteht.“ Hat vorher Boncour für die Bedürfnisse der

deutschen Reichswehr volles Verständnis gezeigt, so jetzt die deutsche Gruppe für die Heeresreformen Marke Boncour-Foch-Poincaré.

Auf Seite 49 kommt noch einmal ein von der SPD hereingeschobener Absatz vor, der die Belange der Reichswehr gegenüber der französischen Armee schützen soll. „Es ist notwendig, bei der Festsetzung der jedem Staate erlaubten Ausgaben auch den Preis und Kostenunterschied in Rechnung zu ziehen, den die Organisation einer Berufsarmee (!) gegenüber einer Armee mit allgemeiner Dienstpflicht bedingt.“ Das ist der Freibrief für die weitere Erhöhung des deutschen Kriegsbudgets!

„Es ist notwendig, als sofortige Maßnahme eine vollkommene Trennung der Polizei-, Kolonial- und Verteidigungsstreitkräfte zu fordern. Jede Maßnahme, um zu verhindern, daß eine von ihnen als Ersatz für die andere dienen kann, ist zu unterstützen.“ In diesem Passus der Resolution (Seite 41) hat jeder das seinige. Boncour deklariert damit, daß Kolonialarmeen keine Armeen und also Kolonialkriege keine Kriege seien. Wels läßt sich bestätigen, daß die Polizeitruppen keine Truppen und also Polizeibewaffnung vom Völkerbund nicht zu stören, sondern zu fördern sei.

Die Wiener sozialdemokratische „Arbeiterzeitung“ hat am 17. September indiskreter Weise einiges über die Brüsseler Diskussion mitgeteilt. Da hören wir Otto Bauer als Sprecher der deutschen Gruppe und zugleich als Linken sagen: „Die französische Partei hält an unserer alten Forderung der Miliz fest und hat aus ihr in ihren Forderungen an die neuen französischen Wehrgesetze die letzten Konsequenzen gezogen bis zu der denkbar vollständigen Ausnützung der ganzen Volkskraft im Kriegsfalle.“ Nach diesem Vorwurf droht Bauer: „Für uns in Deutschland und in Oesterreich würde die Forderung nach der Miliz die Forderung nach der Wiederherstellung der allgemeinen Wehrpflicht, eine Forderung nach Auf-[728]rüstung, nicht nach Abrüstung bedeuten. Wir haben diese Forderung bisher nicht gestellt, aber auf die Dauer kann die Internationale doch nicht in Frankreich für das Volk in Waffen eintreten, ohne auch für Deutschland dieselbe Forderung zu stellen.“ Nach einer ausweichenden Antwort Renaudels fuhr Bauer fort, indem er den französischen Sozialdemokraten den Vorwurf machte, die Argumente Engels, Bebels und Jaurès, die sie für die Miliz hatten, heute für die französische Armee zu verwenden. Bescheiden fragt Bauer: „Verfallen wir damit nicht derselben Gedankenrichtung, durch die die Internationale im Weltkrieg zerrissen wurde und die einzelnen sozialistischen Parteien gespalten wurden?“ Darauf antwortet Renaudel ganz unverfroren: „Die Frage der Heeresorganisation ist von geringerer Bedeutung.“ Das heißt, der französische Sozialimperialismus verbittet sich die Behandlung dieser Frage, worauf Bauer, der Linke, bescheiden antwortet: „Erwartet von uns nicht zuviel (!) Vertrauen zu internationalen Organen (das ist der Völkerbund), die, von kapitalistischen und reaktionären Regierungen eingesetzt werden. Kann es wirklich in jedem (!) denkbaren Fall Pflicht der Arbeiter sein, den Schiedsspruch solcher internationaler Organe mit der Waffe in der Hand die Geltung zu sichern?“ Man erfährt nur noch, daß eine lebhafte Diskussion folgte. Ihr Ergebnis war die einstimmige Annahme des Berichtes, den wir eingangs zitierten.

[729]

Die Internationale
Jahrgang 10 * Berlin, den 8. Dezember 1927 * Heft 23

Entweder – oder!

Zum Ausschluß von Trotzki und Sinowjew aus der Kommunistischen Partei

I.

E. S. Der Ausschluß von Trotzki und Sinowjew ist gewiß nicht überraschend gekommen; überraschend wirkten allerdings die Begleitumstände, unter denen Trotzki und Sinowjew die Partei verließen. Es war ein Verlassen, es war ein offenes Brechen mit der Partei!

Sie benutzten die Zehn-Jahr-Feier der Oktoberrevolution, um neben der einzigen legalen Partei und gegen diese Partei, die KPdSU, in offenkundig feindseliger Weise zu demonstrieren. Zum ersten Male seit dem Kronstädter Aufstand 1921 wagte eine Gruppe außerhalb der Partei offen aufzutreten. Es konnte kein Zweifel sein, daß sich die Demonstration zugleich gegen den Sowjetstaat richtete, dessen revolutionäre Gesetzlichkeit schon vordem mehrfach in gröbster Weise mit Füßen getreten worden war, gegen den die Trotzki-Gruppe sogar die Hindenburg-Republik in Anspruch nahm (deren „Pressefreiheit“ zur Veröffentlichung von Geheimdokumenten der KPdSU, auch über ihre Staatspolitik! ausgenutzt wurde), Man fragt sich: welche Schritte werden Trotzki und Sinowjew noch unternehmen, um ihre früheren Verdienste für die Revolution vergessen zu machen und auszulöschen?

Wer bis zum Ausschluß der Oppositionsführer auf eine „Versöhnung“, auf ein Zurückfinden gerechnet hatte, der wurde durch das Auftreten am 7. November eines anderen belehrt. Gerade dieser Tag wurde ausgewählt, um programmatisch kundzutun: Wir von der Opposition sind nicht einverstanden mit der Partei, mit der Politik der Regierung, wir sagen unerbittlichen Kampf an.

Die Oppositionsführer wollten einen tiefen Eindruck in der gesamten Öffentlichkeit, eine Beschäftigung des Denkens und der Presse der ganzen Welt mit ihrem Schritt, mit ihrer Politik erzwingen. Vielleicht erhofften sie wunder wie tiefe Ergebnisse dieses Auftretens. Jedenfalls waren sie sich darüber im klaren, daß danach weitere Schritte unvermeidlich waren und daß diese Schritte noch feindseliger gegen Partei und Revolution ausfallen müßten. Rasch entschlossen verlangte dann auch Trotzki in einer Sitzung noch am 7. November (nach den Aussagen eines Teilnehmers der Kopf-Sitzung der Trotzki-Gruppe), daß nunmehr überall „an die Klasse gegen die Partei“ appelliert werden müßte.

Der 7. November bedeutet so einen Wendepunkt im Auftreten der Opposition; mit dem verzweifelten Mut von Bankrotteuren nehmen sie den Kampf gegen die revolutionäre Ordnung auf. Sie brechen mit der Partei, sie wollen sozusagen „von neuem beginnen.“

[730] Sie, die sich „Leninisten-Bolschewisten (Opp.)“ nennen, sagen schlicht und bescheiden in ihrer für den 15. Parteitag bestimmten Plattform:

„In dem Streit über diese Fragen, die die Grundlagen der marxistischen Weltanschauung berühren, werden sich die wirklichen bolschewistischen Kaders der kommenden Revolution herausbilden.“

Auf welcher Grundlage soll diese kommende „neubolschewistische“ Bewegung erstehen und arbeiten? Und wie konnten so hervorragende Führer, wie Sinowjew und Trotzki doch unbestritten waren, sich offen gegen das von ihnen mitbegründete revolutionäre Werk und gegen die von ihnen selbst miteingeleitete und -betriebene Politik in so schroffer Weise wenden, daß sie den Zusammenhang mit der Partei zerrissen und ausgestoßen werden mußten?

Die Gruppe Sinowjew-Trotzki konnte auf keinen Beifall, auf keinen Zulauf aus den mit der Revolution und der Partei eng verbundenen Arbeiter- und Bauernmassen rechnen; sie mußte wissen, daß in der Partei über 99 Prozent gegen sie stehen und daß die Partei zutiefst in den Massen wurzelt. Sie mußten sich auch weiter darüber im klaren sein, daß sie Beifall finden würden bei sehr fragwürdigen Gestalten, daß sich alle mit der Sowjetmacht nichteinverstandenen, alle partei- und revolutionsfeindlichen Elemente im Lande und auch außerhalb des Landes um sie scharen würden.

In der Zeit, als Sinowjew und Kamenew noch mit der Partei gegen Trotzki kämpften, im Jahre 1924, da wußten sie das, da sprach es Kamenew offen aus:

„Ich spreche dies mit Betrübnis aus, und die ganze Partei wird dies mit Betrübnis sagen, aber es muß gesagt werden: Genosse Trotzki ist zu dem Kanal geworden, durch den die kleinbürgerlichen Elementarkräfte sich innerhalb unserer Partei zeigen. Der ganze Charakter seiner Vorstöße, seine ganze geschichtliche Vergangenheit zeigen, daß dem so ist. In seinem Kampfe gegen die Partei ist er im Lande bereits zu einem Symbol für alles geworden, was gegen unsere Partei gerichtet ist."

Wenn Kamenew und Sinowjew diese Tatsache vor drei Jahren gesehen haben, wie können sie jetzt denselben Weg gehen? Als sie voll mit der Partei übereinstimmten, sahen sie die Zusammenhänge klar. Als sie sich jedoch von der Partei entfernten, als sie einen neuen Weg suchten, mußten sie – ob sie wollten oder nicht – unter den stärkeren Druck jener kleinbürgerlichen Elemente kommen, vor denen sie selbst gewarnt hatten.

Die Oppositionsführer haben sich völlig verirrt. Sie ließen sich durch Tatsachen, die ihnen unrecht gaben, nicht belehren. Ihre Mißerfolge waren ihnen Anlaß, zu immer schärferen Maßnahmen gegen die Partei zu greifen. Sie haben sich ein bestimmtes Bild, eine besondere Theorie für eine bessere bolschewistische Politik gemacht, die den Interessen der Massen in tieferem Sinne entspreche als die von der KPdSU und der Komintern getriebene Politik. Sie hofften in verblendetem Eigendünkel, durch Verschärfung ihres Auftretens endlich den Widerhall in den Massen zu finden, den in den Kriegsjahren beispielsweise Karl Liebknecht mit seinem Auftreten im Reichstag und mit der Demonstration am 1. Mai 1916 fand.

Sie übersehen dabei das Wesentliche. Es genügt nicht, daß man sich „mehr im Recht als die Partei" fühlt, man muß wirklich die Interessen der Arbeiterklasse besser erkennen und ausdrücken, wenn man die Partei belehren will.

Genossin Kollontai hat in einem Artikel auf die Tatsache aufmerksam gemacht, daß die Führer der Opposition die Arbeiter nicht verstehen, daß sie von vorgefaßten Meinungen aus an die Probleme herangehen, daß [731] die Arbeiter die Zusammenhänge ganz anders – viel realer und richtiger – sehen. ihre ganze Methode, wie sie sich mit den Problemen auseinandersetzen, ist falsch. Genossin Krupskaja hat das in ihrer Rede auf der Moskauer Parteikonferenz noch unterstrichen, indem sie darlegte, daß die „Plattform" der Opposition genau so gut vor sechs oder acht Jahren hätte geschrieben werden können. Die „Plattform" geht auf die besonderen Verhältnisse nicht ein und setzt an Stelle von Tatsachen Annahmen, Gerüchte, Verleumdungen, Verdrehungen, Konstruktionen, Lügen.

Schon in ihrer Methode haben diese Opponenten gegen die Komintern die einfachsten Prinzipien des Kommunismus verlassen – indem sie statt von der nüchternen Untersuchung der realen Tatsachen von vorgefaßten Meinungen ausgehen und Beweismaterial dafür suchen oder konstruieren. So haben auch der Inhalt und die Taktik ihrer Politik mit dem revolutionären Marxismus nichts gemein.

Schwierigkeiten der Sowjetunion, Schwierigkeiten der internationalen Revolution, verschärfter Druck der internationalen Bourgeoisie und der kleinbürgerlichen Elementarkräfte lassen sie bei ungenügender Verwurzelung in den Arbeitermassen in Panik verfallen, die Dinge ganz schief und falsch sehen und den Glauben an die Politik der revolutionären Partei verlieren. Sie suchen einen neuen, einen anderen revolutionären Weg! Aber den gibt es nicht.

Daß einzelne Genossen in der Partei sich so von der Partei verirren können, ist wohl verständlich – immerhin scheint diese Erklärung für so bedeutende ehemalige Führer, wie Trotzki und Sinowjew, nicht stichhaltig zu sein. Warum denn gerade jetzt diese Schwankung und Schwenkung?

Dies ungeheuerliche und verbrecherische Vorgehen von Trotzki und Sinowjew gegen Sowjetstaat und Partei fällt in die Situation der schärfsten Zuspitzung der internationalen Gegensätze des Imperialismus, in eine Situation, wo alle Grundfragen des Marxismus und Kommunismus neu gestellt sind, wo sich entscheidende Kämpfe zwischen Bourgeoisie und Proletariat vorbereiten. Das Auftreten von Sinowjew und Trotzki läuft parallel mit den verstärkten imperialistischen Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion, also der schwersten unmittelbaren Bedrohung der Sowjetmacht.

In solchen Situationen schließt sich der Kern der revolutionären Avantgarde enger zusammen, in den Randzonen der Partei jedoch – gegen das Kleinbürgertum hin – verstärken sich Schwankungen, Zweifel, Panikstimmungen. In dieser Hinsicht hat Lenin auf Sinowjew und Kamenew hingewiesen, deren Fehler im Oktober 1917 „nicht zufällig“ war! Und Trotzki ist in den verschiedensten schwierigen Situationen (Brest-Litowsk 1916, Hungersnot 1921, Währungskrise 1923) in heftigster Weise gegen die Partei aufgetreten, um sie zu einem andern Kurs zu zwingen. Diese Tatsachen dürfen nicht aus dem Auge gelassen werden, weil sie zu einem guten Teil mit erklären, wie diese Führer soweit kommen konnten, sich von der Partei zu trennen. Sie hatten schon früher in wichtigen Situationen geschwankt, hatten sich vom Kern der Partei getrennt und waren nicht mit ihm verschmolzen, hatten frühere Fehler nicht völlig überwunden (hätten sie das, dann wäre über diese Fehler nicht mehr zu sprechen!), fanden sich bei neuen Schwierigkeiten in frühere Bahnen zurück, nahmen ihre eigene Unsicherheit für die Unsicherheit der Partei, ihr eigenes Unterliegen unter kleinbürgerliche oder sozialdemokratische Einflüsse als Entartung der Arbeiterklasse und der Partei, sie schlugen Alarm – und die Partei sagte: ihr seid auf falschem Wege! Sie suchten unter stärkerem Druck der Kräfte außerhalb der Partei nicht den engeren Kontakt mit der Partei – sondern [732] stärkere Argumente. Und die fanden sie nicht in den Tatsachen, sie mußten sie konstruieren, erfinden. Damit schon haben sie sich vollständig den partei- und revolutionsfeindlichen Kräften ausgeliefert.

Mit Vollem Recht erklärte S t a l i n auf der Moskauer Parteikonferenz (November 1927), entweder die Opposition vernichtet sich selbst, oder die Partei werde sie vernichten – eine andere Perspektive gibt es nicht. Dazu sind KPdSU und Komintern zu stark gewachsen, als daß sie sich durch einstmals verdiente Führer – auf Grund dieser Autorität – in ihrem Gros verwirren und zersetzen oder gar spalten ließen.

II.

Die Opposition will den Beweis erbringen, daß die bisher durchgeführte Politik falsch gewesen ist, daß sie keinerlei Erfolge gebracht, dafür aber den Staat, die Wirtschaft die Arbeiterklasse und die Partei zur Entartung geführt habe.

„Die Stalin-Gruppe (so wird die Mehrheit der Partei von der Opposition bezeichnet E. S.) führt die Partei ins Blinde hinein ... sie paßt sich den feindlichen Elementarprozessen an, fördert das Anwachsen der Passivität des Mißtrauens gegenüber der Führung und des Unglaubens an die Revolution“ (Plattform.) Das sagt die Opposition wohlgemerkt nicht von sich, sondern von der Parteimehrheit.

An anderer Stelle heißt es, daß die Mehrheit der Partei (nämlich über 99 Prozent) die Revolution auf eine Sandbank gebracht habe.

Die Trotzki-Gruppe sieht nur Niederlagen, Mängel, Schwächen, Rückgang, Entartung, Korruption – auf seiten der Arbeiterklasse und der revolutionären Bewegung und verschuldet durch die „Stalin-Gruppe“! Auf seiten der Gegenkräfte auf seiten der Bourgeoisie und der Konterrevolution dagegen – wiederum auf Grund der „Stalin-Politik“ – ist alles Aufstieg, Stärkung, Wachstum, Machtverbreiterung usw.

Nach den Darstellungen dieser Leute erscheint es fast verwunderlich, daß das Sowjetregime überhaupt noch besteht. Denn „die Dorfarmen verlieren wir, und die Mittelbauern gewinnen wir nicht!“ Die kapitalistischen Elemente im Lande wachsen im Lande auf Kosten der Arbeiter und Dorfarmen! Der Staatsapparat steht im Dienst der neuen Bourgeoisie! Die Steuerlasten für die Kulaki und Nepleute werden erleichtert, für die Arbeiter und Bauern erhöht! Das Außenhandelsmonopol soll aufgehoben, die Zarenschulden sollen anerkannt werden! „Großmachtchauvinismus und Nationalismus“ wachsen!! Die internationale Solidarität wird preisgegeben (Zurückziehen der Unterstützung für die chinesische Revolution), die Komintern wird systematisch den Rechten ausgeliefert, alles Feuer wird gegen links konzentriert usw. usw.

Diese Darstellung, ausgehend von Niederlagen und Panikstimmung, übertrifft teilweise selbst die Verleumdungen der Zweiten Internationale. Alle diese Verhältnisse sind nach Trotzki in den letzten zwei Jahren eingetreten!

„Nach zwei Jahren, in deren Verlauf die Stalin-Gruppe tatsächlich die Politik der zentralen Institutionen der Partei bestimmte, kann man als völlig bewiesen erachten, daß die Politik dieser Gruppe außerstande war, zu verhindern:

1. ein übermäßiges Anwachsen jener Kräfte, die die Entwicklung unseres Landes auf den kapitalistischen Weg lenken wollen;

2. eine Schwächung der Stellung zur Arbeiterklasse und der ärmsten Bauernschaft gegen die wachsende Kraft des Kulaken, des Nep-Mannes und des Bürokraten;

3. eine Schwächung der allgemeinen Lage des Arbeiterstaats ins Kampfe gegen des Weltkapitalismus eine Verschlechterung der internationalen Lage der Sowjetunion.

Die unmittelbare Schuld der Stalin-Gruppe besteht darin daß sie, statt der Partei, der Arbeiterklasse und der Bauernschaft die ganze Wahrheit über die Lage zu sagen, diese Wahrheit verhehlt hat, das Anwachsen der feindlichen Kräfte geringer dargestellt hat, jenen, die die Wahrheit forderten und enthüllten, den Mund gestopft hat.“ (Plattform)

[733] Vor zwei Jahren sagte Trotzki die Katastrophe in sechs bis neun Monaten voraus – nun, sie ist nicht gekommen, genau so wenig wie sie 1919, 1921 1923 gekommen ist, wo sie Trotzki ebenfalls prophezeit hatte.

Aber was entspricht an den giftigen Behauptungen Trotzkis über die Sowjetunion und die Komintern den Tatsachen? Wir geben nur einige Beispiele:

Trotzki behauptet: „der Reallohn ist im gegenwärtigen Jahre ungefähr auf dem Herbstniveau 1925 stehengeblieben.“

Der Reallohn stieg nach dem Moskauer Index von 25,19 im Jahre 1924/25 auf 28,57 im Jahre 1925/26 und auf 31,9 im Jahre 1926/27!

Die Opposition behauptet, die Arbeiterklasse beziehe einen immer kleineren Teil vom Nationaleinkommen. Dabei betrug das Einkommen 1923/24 23,2 Prozent, aber 1927/27 29,8 Prozent vom Gesamteinkommen.

Wie ist es mit den Steuern?

Sie wurden für die Arbeiter und kleinen Bauern gesenkt, abgesehen davon, daß 35 Prozent der Bauernschaft von Steuern befreit ist.

Dagegen ist die Einkommensteuer für Privatunternehmer seit 1925 (als Kamenew noch die Wirtschaft leitete) um 40 Prozent erhöht worden, sie beträgt jetzt 57,5 Prozent des Einkommens. Das ist die Wahrheit über die Politik der „Stalin-Gruppe“ zugunsten der neuen Bourgeoisie.

So ist es mit der Behauptung, es bestände kein Achtstundentag (in Wirklichkeit ist die Arbeitszeit faktisch kürzer als acht Stunden!), so ist es mit der Behauptung, daß die armen Bauern keine Kredite erhielten (in Wirklichkeit erhalten sie mehr, als ihr Prozentsatz unter den Darlehennehmern ausmacht); so steht es mit der Behauptung, die Privatwirtschaft wachse zuungunsten der sozialistischen Wirtschaft (Anteil im Handel, genossenschaftlich und staatlich: 1923/24 59,2 Prozent, 1924/25 73,2 Prozent, 1925/26 76,2 Prozent, 1926/27 78,5 Prozent; im Kleinhandel, wo das Privatkapital besonders schwer zu bekämpfen ist, betrugen die Prozentteile: 1923/24 41,4, 1924/25 56,2 1925/26 61,2, 1926/27 646[*)])

Ebenso gewissenlos konstruiert wie die Behauptungen über die Wirtschaftslage sind die Niederlagen-Darstellungen auf dem Gebiet der allgemeinen Politik. Die Behauptungen, die Sowjetregierung beabsichtige, die Zarenschulden anzuerkennen, das Außenhandelsmonopol aufzuheben und dazu, mit den Pflichten internationaler Solidarität zu brechen – können nur als direkte Einladungen an die imperialistischen Mächte wirken, in dieser Richtung ihre jederzeit abgelehnten Forderungen nur nachhaltiger zu wiederholen! Es wird geradezu die Schwäche der Sowjetunion, sich zu behaupten,

[*)] Das Zahlenmaterial ist entnommen dem Artikel „Die ökonomische Plattform der Opposition und die ökonomische Wirklichkeit, von Martynow. („Kommunistische Internationale“ 1927, Heft 43.)

proklamiert. Aus der Tatsache der diplomatischen Verschlechterung der Lage der Sowjetunion wird die Verschlechterung der internationalen Lage gemacht; die ungeheuer gewachsene Sympathiebewegung unter den Arbeitern und Werktätigen für die Sowjetunion – die paßt genau sowenig in die Rechnung, wie die allgemein ansteigende politische Aktivität der Arbeiterklasse und der Werktätigen, die sich in allen Ländern in stärkerem Maße – trotz der Störungspolitik der Trotzki-Gruppe – dem Kommunismus zuwenden (Sacco-Vanzetti-Bewegung, Wiener Aufstand, Streiks, Wahlen).

Die Trotzki-Gruppe unterschätzt völlig die Kräfte der Revolution und überschätzt die Stabilisierung des Imperialismus; während sie gegen die Auffassung der Komintern von der R e l a t i v i t ä t der Stabilisierung polemisiert, konstruiert sie ein Bild umfassender vernichtender Niederlagen auf der ganzen Linie, eine „Rechtsschwenkung“ der Arbeiterbewegung, die [734] eine dauernde Stabilisierung des Kapitalismus zur Voraussetzung haben müßte.

Welchen Vorschlag weiß sie zu machen, um die Katastrophe zu verhindern?

Soweit die Vorschläge richtig sind, gehören sie der Opposition nicht, sondern sind der Partei entlehnt; soweit sie der Opposition gehören, sind sie verhängnisvoll und verderblich.

So wird die Erhöhung der Getreidepreise verlangt. Oder was anders bedeutet die Forderung:

„Die Partei muß den wirtschaftlichen Aufstieg des mittelbäuerlichen Teiles des Dorfes mit allen Kräften fördern durch eine richtige Politik der Beschaffungspreise.“ (Plattform.)

Die Folgen einer solchen Maßnahme (Brotverteuerung, Senkung des Arbeitsreallohnes, Verstärkung des Warenhungers auf dem Lande, größere Differenzierung unter der Landbevölkerung, Erschwerung der Ausfuhr usw.) werden weder beachtet noch erörtert. Die Trotzki-Gruppe fordert Zwangsanleihe zur Wegnahme von einigen Hundert Millionen Pud Getreide von den Bauern – eine Zwangsmaßnahme, die sich im gegenwärtigen Stadium vorwiegend gegen die mittleren Bauern richtet, die bis drei Viertel der Vorräte in ihrem Besitz haben.

Zur Politik der Komintern haben die Trotzkisten zwei „praktische“ Vorschläge: Aufnahme der Ausgeschlossenen, vor allem der Urbahnsgruppe, die sie als „alte Kernelemente der bolschewistischen Arbeiter“ bezeichnen, und Ausschluß der Kuomintang aus der Komintern! Der eine Vorschlag ist des anderen wert. Die Kuomintang kann man nicht ausschließen, weil sie nie Mitglied der Komintern war. Die „Forderung“ selbst enthält eine bewußte giftige Verleumdung. Und die Urbahns-Gruppe kann man nicht aufnehmen, weil sie nach allen ihren Erklärungen und Taten in g r u n d s ä t z l i c h e m W i d e r s p r u c h zur Komintern steht. Das hieße die Komintern nach den Grundsätzen des Trotzkismus „reformieren.“ Denn Trotzki hat sich ja immer die Partei als ein Sammelsurium verschiedener Grüppchen und Strömungen mit entgegengesetzten Auffassungen gedacht.

Die Konsequenz dieser Auffassungen der Trotzkisten muß schärfster Kampf gegen die Partei und die proletarische Diktatur sein. Sie sagen ja auch offen: die Politik der Partei hilft der Bourgeoisie ans Ruder führt den Thermidor der russischen Revolution herbei. Was tut’s, daß sie mit dieser Theorie den proletarischen Charakter der Revolution, des Staates und selbst der Partei leugnen! Sie helfen sich damit: gebt uns die Führung, dann ist die Gefahr gebannt! Das Rezept erscheint einfach – es führt den schärfsten prinzipiellen Kampf auf das Problem der einzigen Führerpersönlichkeiten zurück; es ist natürlich lächerlich, das Problem so lösen zu wollen! Aber daß Trotzki dieser Frage die größte Bedeutung beimißt, das zeigt seine ganze Vergangenheit[*)], seine Auffassung von der Rolle der Massen in der Partei.

Daß im System der proletarischen Diktatur die Partei – und nicht einzelne Personen – die Massen führen, und daß die Parteiführung nur in engster Übereinstimmung mit Partei und Massen zu handeln vermag – daß der proletarische Staat mit dem Gefüge des auf starren Beamtenapparat gegründeten, mit der Bourgeoisie verwachsenen bürgerlichen Staates nichts zu tun hat – das gilt für Trotzki nicht, Er und seine Gruppe, die über die Partei hinwegzugehen gewillt sind, die eine neue Partei

[*)] Bolschewisierung deutete er 1924 als richtige Auswahl der Führer, damit sie in des einzelnen Parteien ihren Oktober nicht verpassen. (Siehe Vorwort zu Trotzki „1917“)

aufzumachen versuchen, wollen nicht sehen, daß sie mit diesen Theorien nur noch einen [735] Schritt zu gehen brauchen, um offen zum Mittel- und Sammelpunkt der Konterrevolution zu werden.

Die Kommunistische Partei, die für die Sicherheit des proletarischen Staates und für die Weiterführung der Revolution verantwortlich ist, muß – wenn sie nicht mitschuldig und mitverantwortlich für die schwere Schädigung der revolutionären kommunistischen Bewegung sein will – mit eiserner Unerbittlichkeit den Angriff der Opposition abschlagen:

Entweder die Opposition kapituliert nicht nur mit ihren organisatorischen Maßnahmen, sondern auch mit ihren politischen Prinzipien vor der Partei – oder die Partei vernichtet die Opposition!

Wer gegen die Partei steht, der ist Feind!

III.

Die Grundfrage, die von der Trotzki-Gruppe aufgerollt wird, ist die nach dem Charakter der Oktoberrevolution, des Sowjetstaats und der Kommunistischen Partei. Gewiß stellt die Trotzki-Gruppe den proletarischen Charakter der Revolution, des Staates und der Partei in Worten nicht offen in Frage – aber es bedarf nur noch e i n e s Schrittes von ihrer Seite, dann tritt der liquidatorische Charakter ihrer Politik vollständig zutage. Es ist ja nicht nur Demagogie, wenn die Otto Bauer, Paul Levi und andere Helden der Zweiten Internationale die Trotzki-Gruppe für sich in Anspruch nehmen und triumphierend verkünden: Das, was die Opposition in Rußland sagt, das haben wir schon viel früher erkannt und propagiert!

Das wichtigste Problem ist die These von der Möglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande, die Lenin 1915 gegen Trotzkis Losung der „Vereinigten Staaten von Europa“ verfochten und zum Angelpunkt der revolutionären Politik in der Vorbereitung des Bürgerkriegs gegen den imperialistischen Krieg gemacht hat.

Diese These ist die Konsequenz von Lenins Theorie des Imperialismus, er leitet sie vor allem her aus der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung in den verschiedenen imperialistischen Ländern. Trotzki hat die Leninsche Theorie des Imperialismus gerade in diesem Punkte jeweils verleugnet (ebenso wie in der Frage der Rolle der Bauern, der unterdrückten Völker) und kam deswegen zu einer Überschätzung der imperialistischen Mächte und der kapitalistischen Weltwirtschaft (von der er die Sowjetunion nicht loslösen, „isolieren“ will!). In dieser entscheidenden Frage wird der Trotzkismus – ganz abgesehen von seiner Methode der Darstellung der Verhältnisse und der Taktik des parteifeindlichen Kampfes – zum Werkzeug und Kronzeugen des internationalen Menschewismus, der triumphierend verkündet, daß er Trotzkis heutige Kritik der Sowjetunion und der Komintern auf Grund der besseren marxistischen Schulung (!!) schon sechs, sieben Jahre früher – „vorweggenommen“ habe.

Die Austromarxisten berufen sich darauf, daß sie schon 1919 bis 1920 die Möglichkeit des Aufbaues des Sozialismus in einem Lande bestritten haben. Otto Bauer sagt in seiner Broschüre „Bolschewismus und Sozialdemokratie“, daß

„in Rußland, wo das Proletariat nur eine kleine Minderheit der Nation bildet, es seine Herrschaft nur vorübergehend behaupten kann“ daß ‚es diese Macht unvermeidlich verlieren muß, sobald die Bauernmassen der Nation kulturell reif genug sind, um die Herrschaft selbst zu übernehmen, daß „die vorübergehende Herrschaft des industriellen Sozialismus im agrarischen Rußland nur ein Flammenzeichen ist, das das Proletariat des industriellen Westens zum Kampfe ruft, daß „nur die Eroberung der politischem Macht durch das Proletariat des industriellen Westens eine dauernde Herrschaft des industriellen Sozialismus in Rußland sichert!“

[736] Trotzki erklärte 1922,

„daß das Proletariat nach der Machteroberung nicht nur mit allen Gruppierungen der Bourgeoisie, von denen es zu Anfang seines revolutionären Kampfes unterstützt wurde, sondern auch mit den breiten Bauernmassen, mit deren Hilfe es zur Macht gelangt ist, zu feindlichen Zusammenstößen kommen werde“, daß die „Widersprüche in der Stellung der Arbeiterregierung in einem rückständigen Lande, in dem die bäuerliche Bevölkerung die erdrückende Mehrheit bildet, nur in internationalem Maßstabe, nur auf der Arena der proletarischen Weltrevolution gelöst werden können“.

Er hält zuletzt diese Meinung. noch aufrecht und erklärt jede andere Auffassung als Ausdruck der „nationalen Beschränktheit“.

In der „Plattform“ bekämpft er die Theorie vom Aufbau des Sozialismus in einem Lande als Hindernis für die Revolutionierung des internationalen Proletariats.

Paul Levi beruft sich in einem Schmähartikel („Dem Ende zu“) in der Levi-Korrespondenz vom 18.11.1927 auf seine Äußerungen 1922:

„In dem Augenblick, in dem die Kommunistische Partei versucht, die Dialektik der Geschichte zu überwinden, indem sie einerseits – im Sowjetstaat – den kapitalistischen Interessen Rechnung trägt und anderseits – in der Parteiarbeit – den proletarischen: in diesem Augenblick wendet sich diese Dialektik gegen die Kommunisten selbst; sie werden von den auseinanderstrebenden Kräften zerrissen. Das ist das Karma, das über jeder Partei und über jeder Regierung waltet. Von diesem Gesichtspunkt halten wir d i e s e Politik der Konzessionen für verhängnisvoll und für den Anfang des Endes der russischen Kommunisten (selbst wenn die Volkskommissare bleiben).“

Hat Paul Levi den Trotzki hier nicht „vorweggenommen?“

Und Levi bedient sich für heute der Argumente Trotzkis und seiner Gruppe:

„Die gegenwärtige Regierung in Rußland und der Parteiteil, mit dem sie sich identifiziert, wird über die Opposition mit demselben Rechte siegen, mit dem die Thermidorleute über die Jakobiner siegten: Stalin hat hinter sich nicht nur den Parteiapparat, die stärkere Zahl, sondern hinter sich das Klasseninteresse und den regen Willen von hundert Millionen Bauernvolk. Und Trotzki? Was hat er hinter sich? So man sich cm Bild von den Dingen aus unzuverlässigen Nachrichten machen kann: die alten Bolschewiken, den Stamm der alten Partei, die damalige Verschwörergruppe und vielleicht ein paar Tausend, vielleicht ein paar Zehntausende, vielleicht ein Hunderttausend gar von Arbeitern. Bestimmt nicht d i e Arbeiterklasse in Rußland.“

Ob Trotzki und seine Gruppe es wahrhaben wollen oder nicht, einmal in schärfsten prinzipiellen Gegensatz zur kommunistischen Theorie und Praxis gekommen, werden sie zu Kronzeugen und Werkzeugen der Zweiten Internationale und der Bourgeoisie im Kampfe gegen die Sowjetunion und den Kommunismus; mögen sie sich noch so „links“ drapieren.

Den Beifall und Zulauf, den sie nicht in der Sowjetunion und nicht im internationalen revolutionären Proletariat finden, den finden sie bei den Führern der Zweiten Internationale, die mit Hilfe von Trotzki und Sinowjew die sozialdemokratischen Arbeiter fester als bisher an die sozialimperialistische Politik binden zu können glauben.

Die Ausnutzung der Trotzki-Gruppe und ihrer Plattform durch den internationalen Menschewismus zeigt erst ganz kraß, wie weit sich die Trotzki-Sinowjew usw. von der Revolution entfernt haben. Den Bankrott dieser Führer suchen die Menschewisten als „Bankrott der bolschewistischen Welterlösungsidee“ („Vorwärts“, 27.7.1926) zu erklären.

Auf der anderen Seite wird daher unser Kampf gegen den Trotzkismus zu einem Teil des Kampfes gegen den Reformismus; er verliert den Charakter der innerparteilichen Auseinandersetzung und spitzt sich zu auf die Vernichtung des Trotzkismus als Teil des Menschewismus.

Die Spekulation der SPD auf Führerautorität wird deswegen fehlschlagen müssen, weil die Tatsachen den werktätigen Massen immer klarer zeigen, daß die Sowjetunion im sozialistischen Aufstieg fortschreitet, während [737] die bürgerliche Demokratie der Kriegs-, Terror- und Hungerpolitik des Imperialismus dient.

Wir werden in der Auseinandersetzung mit dem Reformismus diese Grundfragen der revolutionären Politik in viel stärkerem Maße hervorheben müssen, uns in Ergänzung einer energischen Einheitsfrontpolitik die Verwirrungsmanöver der SPD-Führer zu verhindern. Dabei stoßen wir jeweils auf die Ausnutzung der trotzkistischen Beweisführung durch die SPD.

Sie erklären, die proletarische Diktatur konnte nur in einem so ruckständigen Lande wie Rußland erstehen – Sozialismus in einem Lande ist nicht möglich, die Revolution entartet, „der Bauer ist Herr“ („Vorwärts“, 29.10.1926), die „terroristische Diktatur“ einer kleinen Gruppe muß demokratisch

„überwunden“ werden – wenn nicht die schlimmste Reaktion ans Ruder kommen soll. „Demokratische Überwindung der bolschewistischen Diktatur, Wiederherstellung der proletarischen Freiheit und Demokratie!“ – nicht mehr und nicht weniger verlangt der „Vorwärts“ (12.3.1927).

Die weitere Konsequenz ist klar: Schluß mit der Komintern! „Der Abbau der Komintern beginnt, und wir Sozialisten haben in dieser Entwicklung die große Aufgabe: bereiten wir den Arbeitern der KPD, die nicht die schlechtesten sind, die Stätte, in der sie willig arbeiten am großen Ziel des Sozialismus“ (Leipziger „Volkszeitung“ vom 20.7.1926).

Sie werden vergeblich auf das Reifen dieser Blütenträume hoffen. Die Linksbewegung in der Arbeiterschaft, die in der letzten Zeit wieder schärfer zum Durchbruch gekommen ist, hat sich durch den Trotzkismus, der sich ihr entgegenstellt, nicht aufhalten lassen. Es ist vergebliches Bemühen, die durch die historische Mission des Proletariats begründete kommunistische Bewegung durch Berufung auf Renegaten und Verräter hemmen zu wollen.

Gerade in einer mit solcher Schärfe geführten Auseinandersetzung, wie der gegenwärtigen, zeigt sich die eiserne Geschlossenheit und revolutionäre Entschlossenheit der Kommunistischen Partei, der Avantgarde des Proletariats, Die Bourgeoisie hat die Bewegung nicht zu zerschlagen vermocht indem sie Zehntausende der besten Kämpfer hinmordete, einkerkerte – sie vermag uns nicht mit Hilfe von Überläufern zu schlagen, selbst wenn diese an der Spitze der Organisation gestanden haben.

Das e i n e zeigt sich ganz klar: Die Partei schließt sich enger, fester zusammen; die Partei, die durch soviel Blut und soviel Opfer, soviel Kühnheit und Energie geschaffen wurde, sie ist der Arbeiterklasse und vor allem ihrer Avantgarde teuer geworden – wer an sie rührt, rührt an die Revolution, rührt an die Zukunft des Proletariats und der Menschheit, er muß vernichtet werden. Für Kompromisse ist da kein Raum!

So wenig wir Mitkämpfer verlieren wollen, so sehr wir uns bemühen müssen, um jeden einzelnen zu ringen, um ihn zu halten – auf unserem Wege zur Organisierung der Revolution können und werden wir uns nicht aufhalten lassen.

*

Unsere Taktik in Hamburg

Von J. L e n z

1. Voraussetzungen und Ziele unserer Taktik

Wir wollen an dieser Stelle die Auseinandersetzungen zwischen KPD und SPD um die Auswertung der Hamburger Bürgerschaftswahlen einer grundsätzlichen Analyse und Kritik unterziehen. Der Gang der Ereignisse zeigte, daß wir nicht sofort das Höchstmögliche zur Steigerung unseres Einflusses in den Massen aus der verhältnismäßig günstigen Situation heraus-[738]holen konnten, hauptsächlich deshalb, weil die Partei insgesamt nicht so geschult und gefestigt ist, daß jedes Mitglied durch unsere Politik in den Stand gesetzt wird, die kommunistischen Anschauungen gegenüber den sozialdemokratischen und indifferenten Massen populär und eindringlich verständlich zu machen. Umgekehrt vermochten die Gegenmanöver der SPD zeitweilig, bis in unsere Reihen Verwirrung zu tragen. Es ist notwendig, zu prüfen, woran das lag, um künftig ähnliche Situationen mit noch besserem Erfolge ausnutzen zu können.

Die Hamburger Wahlen endeten bekanntlich mit dem Ergebnis, daß 90 Abgeordnete der KPD und SPD 70 Vertretern der Bourgeois-Parteien gegenüberstehen[*)]. Bis zu den Wahlen herrschte in Hamburg die Große Koalition, die noch unmittelbar vor den Wahlen den schärfsten Unterdrückungskurs gegen das revolutionäre Proletariat einschlug. Volkspartei und Demokraten stellen in Hamburg insbesondere die Vertretung des Werft- und Großhandelskapitals dar. Trotzdem also die Koalitionspolitik der SPD hier besonders augenscheinlich den Charakter der Vertretung von Kapitalsinteressen hat, war von einem Widerstand der sozialdemokratischen Arbeiter gegen die Koalitionspolitik bisher

[*)] Eine genaue Darstellung und Auswertung des Wahlergebnisses findet sich in Heft 20. Seite 609 ff. dieser Zeitschrift.

wenig zu merken. Die SPD hat ausschlaggebenden Einfluß in allen wichtigen Gewerkschaften, sie beherrscht die wichtigsten Betriebe. „Der Wahlkampf wurde von der SPD mit der Front gegen links geführt, die Kommunisten als die „schlimmsten Feinde der Arbeiterschaft“ denunziert, die alte Melodie von dem angeblichen Bündnis von Deutschnationalen und Kommunisten unablässig wiederholt. Die Methode des Frontalangriffs gegen die KPD, der sowohl mit den Mitteln des Polizeiterrors als auch durch eine skrupellose politische Hetze vorangetrieben wurde, schlug fehl. Die KPD konnte ihre Stimmenzahl um 30.000 steigern.

Die Führung des Wahlkampfs bewies ebenso wie die ganze Vergangenheit und der ganze Charakter der Hamburger SPD, daß sie keine andere Absicht hatte, als ihre Koalitionspolitik fortzusetzen und das günstige Wahlergebnis nur zu einer Stärkung ihrer Positionen gegenüber den anderen Koalitionsparteien auszunutzen. Andererseits hatte die SPD in der Wahlkampagne den arbeitenden Massen allerlei Versprechungen in der Richtung einer großzügigen Sozialpolitik gemacht, wobei Wien als Musterbeispiel gelten sollte. Die Einigkeit des österreichischen Proletariats wurde der Spaltung des Proletariats in Deutschland gegenübergestellt, um zu beweisen daß die KPD daran schuld sei, wenn in Hamburg nicht ebensoviel für die Arbeiter geleistet werden konnte wie in Wien.

Die kommunistische Taktik mußte also von drei Voraussetzungen ausgehen:

1. daß die SPD noch die Mehrheit der Arbeiterschaft in ihrer Gefolgschaft hat, trotz ihrer Koalitionspolitik,

2. daß die SPD trotz der im Wahlergebnis zum Ausdruck kommenden Linksschwenkung der werktätigen Bevölkerung an der Koalitionspolitik festhalten will und ihrem ganzen politischen Charakter nach und entsprechend der Lage im Reich festhalten muß,

3, daß in den mit der SPD sympathisierenden Arbeitermassen wohl der Wille zum Klassenkampf gegen die Bourgeoisie und damit zur Einigung der Arbeiterklasse wächst, aber von einem klaren revolutionären Klassenbewußtsein noch recht weit entfernt ist.

Aus dieser Lage und dem allgemeinen Ziel der KPD, die Mehrheit der Arbeiterschaft für den revolutionären Klassenkampf zu gewinnen und von der reformistischen Führung loszulösen, ergaben sich folgende politische Aufgaben:

1. möglichste Steigerung und Vertiefung des Willens der Massen zum Klassenkampf und zur proletarischen Einheitsfront, [739]

2. zu diesem Zwecke Entfesselung einheitlicher Massenkämpfe für die unmittelbaren Tagesforderungen.

3. Nachweis durch Tatsachen, daß die SPD die Einigung der Arbeiterklasse hindert, daß sie durch ihre Bindung an die Koalitionspolitik unfähig ist, ihre Versprechungen wahr zu machen und irgendeine ernste Arbeiterforderung durchzusetzen.

4. Durch Mobilisierung der Massen zum Tageskampf und durch die Aufzeigung des arbeiterfeindlichen Charakters der sozialdemokratischen Koalitionspolitik Überzeugung der Massen von der Notwendigkeit des revolutionären Kampfes, der vor den Schranken des bürgerlichen Staates nicht Halt macht.

2. Der Verlauf der Auseinandersetzungen

Diese Ziele hatte die Partei schon während des Wahlkampfs im Auge, als sie ihre Bereitschaft erklärte, im Falle einer Mehrheit von KPD und SPD einer sozialdemokratischen Landesregierung die Existenz zu ermöglichen, wofern sie für die Forderungen der Arbeiterklasse eintreten würde. Gemäß dieser Ankündigung trat die Partei sofort nach dem Bekanntwerden des Wahlergebnisses in einem Offenen Brief an die SPD und an den ADGB heran mit dem Vorschlag, die parlamentarische Mehrheit zur Durchsetzung bestimmt er konkreter Forderungen auszunützen. Einleitend wurde auf die prinzipiellen Gegensätze zwischen SPD und KPD hingewiesen. Dann wurden 14 Forderungen aufgestellt, die durchwegs praktisch aktuellen Charakter hatten und durch einen ernsten Massenkampf

der Hamburger Arbeiterschaft zu verwirklichen wären. Die Durchführung dieser Mindestforderung wurde zur Bedingung gemacht für die Duldung einer sozialdemokratischen Regierung in Hamburg. Dabei wurde vor Illusionen gewarnt und angekündigt, daß das weitere Verhalten der Partei von den Handlungen der Regierung abhängen würde.

Die Initiative in der Durchführung des Gegenmanövers ergriff hierauf der Ortsausschuß des ADGB, der unter der Leitung des berüchtigten, mit allen Wassern gewaschenen Reformisten Ehrenteit steht, Er antwortete schon nach vier Tagen mit einem offenen Brief, der mit einer wüsten Schimpfkanonade gegen die KPD begann, ihr die Berechtigung absprach, Forderungen und Bedingungen aufzustellen, schließlich aber doch die Bereitschaft erklärte, eine gemeinsame Regierungsplattform von KPD und SPD schaffen zu helfen. Daran wurden sechs konkrete Fragen geknüpft, von deren Beantwortung die Entscheidung der Frage abhängig gemacht werden sollte, ob es der KPD um „ein neues parteipolitisches Manöver“ oder uns „positive politische Arbeit im Interesse aller Werktätigen“ zu tun sei.

Alle Gegenfragen des ADGB spitzten sich auf den einen Punkt zu, ob die KPD bereit sei, den demokratischen Staat anzuerkennen und vor allem „die politische Macht der Arbeiterklasse im Hamburger Staat auch dadurch mitzusichern, daß die KPD für die zu treibende Politik eine ihrer Stärke entsprechende Verantwortung übernimmt.“

Daß dieser Vorschlag nichts anderes war als ein demagogisches Manöver, mußte uns Kommunisten von vornherein klar sein. Denn erstens wußten die Sozialdemokraten ganz genau, daß die Kommunistische Partei unter den gegebenen Umständen nicht in eine Regierung eintreten kann, und zweitens konnten sie gar nicht ernsthaft daran denken, mit den Kommunisten eine Koalition zu bilden, weil das ihre ganze Politik im Reiche, in Preußen, in den Gewerkschaften usw. durchkreuzen würde. Aber was den Kommunisten klar war, den mit der SPD sympathisierenden Arbeitermassen klar zu machen, das ist keine leichte Aufgabe, eine Aufgabe, die nicht mit einem Schlag, mit einem taktischen Zug gelöst werden kann, sondern auf Grund der ganzen weiteren Politik der SPD durch unsere Partei zu lösen ist.

[740] Die KPD antwortete mit einem neuen Offenen Brief, dessen scharfer aber sachlicher Ton durchaus der Situation entsprach. Auf die Angriffe des ADGB und sein „großmütiges“ Angebot, die Vergangenheit zu vergessen, erklärten wir, daß die arbeiterfeindliche Politik der SPD und der reformistischen Gewerkschaftsführer nicht vergessen werden könne, insbesondere nicht ihr Verrat vom August 1914, ihre Mitwirkung bei der Niederwerfung der deutschen Revolution und bei der Reichswehrexekutive von 1923. Es wurde auch offen ausgesprochen, daß die bisherige Politik der SPD in Hamburg den Verdacht rechtfertigt, daß die Sozialdemokraten zur Koalition mit den Bürgerlichen entschlossen sind und nur ein Manöver machen. um die Verantwortung für ihre Politik auf die Kommunisten abzuwälzen.

Auf die Fragen des ADGB antwortete der Brief, daß für unsere Forderungen nur die Arbeiterinteressen maßgebend sein könnten, nicht die „staatspolitischen Möglichkeiten“, d. h. die von der Bourgeoisie gesetzten Schranken, daß die Durchsetzung auch der Tagesforderungen entschiedenen Kampf erfordere und zwar Kampf auch gegen die Bürgerblockregierung im Reich in enger Verbindung mit dem Kampf des gesamten deutschen Proletariats. Zur grundsätzlichen Frage der Regierungsbeteiligung erklärte das Antwortschreiben:

„Der ADGB täuscht die Hamburger Arbeiterschaft, wenn er ‚von der Sicherung der politischen Macht in Hamburg‘ spricht. Die einzige Sicherung der politischen Macht der Arbeiterschaft sind der Sturz der Bourgeoisie, die bewaffneten Arbeiter und die Herrschaft der Arbeiterräte. In Wirklichkeit ist jetzt die politische und wirtschaftliche Macht in den Händen der Bourgeoisie. In dem Wahlergebnis hat sich, wenn auch unvollkommen, ein neuer Aufschwung der Arbeiterbewegung angekündigt, aber er hat nichts an der tatsächlichen Herrschaft der Kapitalistenklasse geändert.

Wenn der ADGB unter der ‚Verantwortung der KPD‘ eine eventuelle Beteiligung der KPD am hamburgischen Senat meint, so erklären wir folgendes

Zwischen der KPD und der SPD bestehen unüberbrückbare prinzipielle Unterschiede:

einer der wichtigsten ist:

Die KPD fußt auf den Lehren von Karl Marx und Friedrich Engels, wonach der Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse über die Zertrümmerung des kapitalistischen Staates, mag seine Form monarchistisch oder demokratisch-republikanisch sein, geht. Erst eilt der Errichtung der Diktatur des Proletariats wird der Weg zum Sozialismus frei, Die russische Revolution bestätigt diese Auffassung.

Die KPD steht auf dem marxistischen Standpunkt, daß jede Regierung unter der ökonomischen und politischen Herrschaft der Bourgeoisie ein Instrument der Machtausübung der Bourgeoisie bedeutet.

Auch eine sozialdemokratische Regierung ändert nichts an der Tatsache der Herrschaft der Bourgeoisie. Breite Arbeitermassen erhoffen aber von einer sozialdemokratischen Regierung die Erfüllung ihrer Forderungen. Die KPD gibt einer solchen Regierung deshalb die Gelegenheit, zu arbeiten, damit mit Hilfe des außerparlamentarischen Massendrucks der Versuch gemacht wird, Arbeiterforderungen durchzuführen.

Aus der grundsätzlichen Auffassung der KPD ergibt sich, daß sie sich an keiner Regierung beteiligen wird, die die wirtschaftliche und politische Macht der Bourgeoisie unangetastet läßt, die nichts an den tatsächlichen Machtverhältnissen zwischen Bourgeoisie und Proletariat ändert und zu ändern bereit ist.

Bei den Verhandlungen geht es ganz einfach darum, zu versuchen, die

M e h r h e i t s v e r h ä l t n i s s e i n H a m b u r g z u r D u r c h s e t z u n g v o n A r b e i t e r f o r d e r u n g e n

auszunutzen. Die KPD macht die Arbeiterschaft darauf aufmerksam, daß schon die Durchsetzung ihrer minimalsten Forderungen auf den stärksten außerparlamentarischen Widerstand der Bourgeoisie stoßen wird, der nur durch den geschlossenen Kampf der Arbeitermassen gebrochen werden kann.“

Wir geben diesen ganzen Abschnitt im Wortlaut wieder weil er die klare, prinzipielle Stellung der Partei in diesen Auseinandersetzungen deutlich zeigt.

Erst nach der Absendung dieses Antwortbriefs traf die Antwort der SPD ein, die sich völlig mit dem Standpunkt des ADGB deckte und nur den Versuch machte, durch die Aufstellung einiger allgemeiner Forderungen eine Initiative der SPD zu einer eigenen Arbeiterpolitik vorzutäuschen.

Die KPD, antwortete mit einem Schreiben, in dem die Forderungen der SPD im einzelnen kritisiert wurden. Auf die Forderung der SPD die demokratische Republik „als geeignetste Staatsform für den Befreiungskampf der werktätigen Bevölkerung und als sichersten Schutz gegen faschistische und monarchistische Unterdrückungsgelüste“ anzuerkennen, wird mit einem [741] Engels-Zitat geantwortet. Sodann fordert die KPD aufs neue Bruch mit der Koalitionspolitik und weist die Arbeiteröffentlichkeit darauf hin, daß die SPD Verhandlungen mit den bürgerlichen Parteien bereits aufgenommen hatte, zur selben Zeit, wo sie an die KPD unerfüllbare Forderungen und Bedingungen richtete.

Zwei Tage nach den Verhandlungen mit den bürgerlichen Koalitionspartnern, bei denen offenbar die Möglichkeit des Zusammengehens mit der KPD als Druckmittel ausgenutzt wurde, um für die SPD mehr herauszuschlagen, fanden am 26. Oktober, also mehr als zwei Wochen nach den Wahlen (9. Oktober) die Verhandlungen zwischen ADGB, SPD und KPD statt. Sie nahmen den Verlauf, der von vornherein zu erwarten war. Ehrenteit als Verhandlungsleiter bestimmte eigenmächtig als Gegenstand der Verhandlungen nicht die Arbeiterforderungen, sondern die Fragen des ADGB. Die Reformisten benutzten die grundsätzliche Ablehnung des Kommunisten, sich an der Regierung zu beteiligen, zum Anlaß, die Verhandlungen abzubrechen. Die KPD stellte darauf noch einmal in einer öffentlichen Erklärung fest, daß sie nach wie vor gewillt sei, für einen sozialdemokratischen Senat zu stimmen und ihm die Existenz zu ermöglichen. falls er die proletarischen Forderungen durchführe und keine arbeiterfeindlichen Maßnahmen ergreife[*)].

3. Das Neue an den Hamburger Auseinandersetzungen

Was ist das Neue an der Lage und den Vorgängen in Hamburg, das zu besonderen Schwierigkeiten für unsere Taktik führte? Das Neue liegt darin, daß in einer Zeit der relativen Stabilisierung des Kapitalismus in einem der kleinsten Ländchen Deutschlands die Frage der Regierungsbeteiligung an

[*)] Der ganze Verhandlungsgang mit allen Dokumenten ist enthalten in der Broschüre „Ran an den Staat?“, herausgegeben von der KPD, Bezirk Wasserkante. Die aufmerksame Lektüre dieser Broschüre ist allen Parteifunktionären dringend zu empfehlen.

unsere Partei gerichtet wurde, und das durch eine plötzliche, überraschende Schwenkung der SPD Man darf nicht vergessen, daß wir es in Hamburg nicht mit der linken, zentristischen SPD zu tun haben, die ja schon im Herbst 1923 in Sachsen und Thüringen mit der KPD gemeinsame Landesregierungen gebildet hat, sondern mit dem äußersten rechten Flügel der SPD, offenen Sozialimperialisten jener revisionistischen Richtung, die in den „Sozialistischen Monatsheften“ ihren theoretischen Ausdruck findet, Koalitionspolitiker, die seit 1918 gemeinsam mit den kapitalistischen Parteien regieren. Diese rechten Sozialdemokraten hatten im Wahlkampf gegen die KPD sich keineswegs mit politischen Argumenten begnügt, sondern versucht, die Kommunisten wegen der Tötung eines Polizisten bei der Sacco-Vanzetti-Demonstration als „Mörder“ und „Verbrecher“ hinzustellen.

Die plötzliche Schwenkung von dieser Haltung zum Angebot einer Koalition mit der KPD zeugt von der Schwierigkeit, in der sich die Koalitionspolitiker befinden, und dem Druck der Massen, unter dem sie stehen. Die Hamburger SPD konnte es nicht mehr wagen, ohne taktische Manöver den Willen der Arbeiterschaft zur Einheit, zum Klassenkampf zu ignorieren und trotz der parlamentarischen Minderheit der Bourgeoisparteien die Koalition mit ihnen fortzusetzen. Sie mußte jenes Manöver machen, das trotz eines gewissen vorübergehenden Erfolges für die SPD auf die Dauer die größten Schwierigkeiten für sie mit sich bringt.

Die sozialdemokratischen Arbeiter möglichst von den Kommunisten zu isolieren, jede gemeinsame Aktion zu verhindern, das ist ein Kernpunkt, eine Existenzbedingung für die sozialdemokratische Politik. In Hamburg sind die SPD-Führer nicht davor zurückgeschreckt, mit voller Absicht Prügeleien zwischen Reichsbannerarbeitern und Roten Frontkämpfern zu provozieren, um dieses Ziel zu erreichen. Wenn die SPD unmittelbar nach dieser Hetze mit der KPD verhandeln, ihr die Regierungsbeteiligung anbieten muß, so beweist das noch deutlicher als das Wahlergebnis selbst den Bankrott ihrer Hetze. Sie war nicht imstande, den sozialdemokratischen [742] Arbeitern den naheliegenden Gedanken auszutreiben, daß der kommunistische Arbeiter, der neben ihm an der Werkbank steht, ein besserer Bundesgenosse ist als der volksparteiliche oder demokratische Werftgewaltige.

Der wachsende Druck des rationalisierten und stabilisierten Kapitalismus und seiner Bürgerblockregierung und der wachsende Gegendruck der arbeitenden Massen, das sind die Kräfte, deren Ringen eine starke Bewegung für die proletarische Einheitsfront schaffen muß. Wir wissen aus früheren Etappen der Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung, daß der Drang zur Einheit, die Erkenntnis der Schädlichkeit der Spaltung eine regelmäßige Begleiterscheinung des wachsenden Kampfwillens der Arbeiterklasse, der Zuspitzung der Klassengegensätze ist. In dieser Zeit ist es eine Aufgabe von entscheidender Bedeutung, den Arbeitermassen klar vor Augen zu führen, wer an der Spaltung der Arbeiterbewegung schuld ist. Die SPD hat das sehr gut begriffen. In der letzten Zeit gehen durch die ganze SPD-Presse, sogar durch den „Vorwärts“, der sich sonst mit plumpester Kommunistenhetze begnügte, Betrachtungen über die Einheit der Arbeiterschaft, in denen das Problem erwogen wird, wie man die Arbeiter, die zur KPD, gehen, bei der SPD festhalten kann. Die SPD wird als die Partei angepriesen, auf deren Boden sich die Einigung der Arbeiterklasse vollziehen muß.

Der sozialdemokratische Parteivorstand hat sich Hamburg, wo die Stellung der Reformisten in Betrieb und Gewerkschaft verhältnismäßig stark, ihre Bewegungsfreiheit daher groß ist, als Manöverfeld ausersehen, um einmal an einem Musterbeispiel den sozialdemokratischen Willen zur Einheit und den kommunistischen Spaltungswillen zu demonstrieren und damit einen Schlag gegen die kommunistische Einheitsfronttaktik nicht nur in Hamburg. sondern im ganzen Reich zu führen. Nur dieses weitgesteckte Ziel konnte der SPD ein Manöver als geraten erscheinen lassen, das vom Standpunkt der gesamten SPD-Politik eine zweischneidige Waffe ist. Die reformistischen Führer wußten allerdings, daß unsere Partei entsprechend ihren Grundsätzen auf das Schwindelangebot nicht eingehen konnte; aber vom Standpunkt ihrer Koalitionsfähigkeit aus bleibt das Angebot doch bedenklich. Gewiß war es eine der Ursachen des Manövers, daß die bürgerlichen Parteien trotz ihrer Wahlniederlage mit provozierender Frechheit den Fortbestand der bisherigen Koalitionsregierung forderten und zu gar keinem Zugeständnis im Sinne des Wahlerfolges der SPD bereit waren. Andererseits mußte die SPD sehen, daß sie durch die Verhandlungen mit der Partei des Bürgerschreckens, mit den von ihr selbst tausendmal verfluchten Kommunisten ihren bürgerlichen Konkurrenten ein Argument in die

Hand gab, einerseits um ängstliche Kleinbürger von der SPD abzuschrecken, andererseits um die Politik des Bürgerblocks, der Ausschiffung der im bürgerlichen Sinne „unzuverlässigen“ SPD (nicht in Hamburg, aber im Reich und in anderen Ländern) zu begründen.

Außerdem ist es klar, daß diese Verhandlungen, trotz ihres negativen Ausgangs, den SPD-Führern auf die Dauer die Spaltung der Arbeiterschaft nicht erleichtern, sondern erschweren. Denn die billigen Argumente, mit denen die SPD sonst von vornherein jedes Einheitsfrontangebot ablehnte, verfangen nicht mehr, nachdem die rechteste SPD schon einmal und an einem Ort ein direktes Koalitionsangebot an die vielgelästerte KPD gerichtet hat. Mag auch die SPD momentan an anderen Orten, wie in Bremen, die Hamburger Vorgänge dazu ausnutzen, um die Unmöglichkeit des Zusammengehens mit der KPD zu begründen, in kommenden Situationen, wo die Kommunisten praktische Einheitsfrontvorschläge machen werden, wird es für die reformistischen Führer viel schwerer sein, in der bisher beliebten großspurigen Art Verhandlungen mit der KPD „grundsätzlich“ abzulehnen.

4. Die Schwächen in der Durchführung unserer Taktik

Es ist ein Zeichen der Reife und Festigkeit der Partei, daß weder das Angebot der Unterstützung einer sozialdemokratischen Regierung noch [743] die Ablehnung des Eintritts in die Regierung in der Partei irgendeinen ernsthaften Widerspruch gefunden hat. Das zeigt am besten, wie sehr trotz allen noch bestehenden innerparteilichen Schwierigkeiten sowohl die ultralinke als auch die rechten Stimmungen und Strömungen überwunden sind. Es ist daher auch überflüssig, nachzuweisen, daß unsere Taktik in der Grundlinie absolut richtig und in voller Übereinstimmung mit unseren Grundsätzen war.

Dies enthebt uns aber nicht der Pflicht, gewissenhaft zu prüfen, ob diese im allgemeinen durchaus richtige Taktik auch im einzelnen durchweg richtig durchgeführt wurde. Das ist desto notwendiger, als wir jetzt schon in Bremen und Braunschweig vor ähnliche Fragen gestellt werden und an den Äußerungen unserer Parteigenossen vielfach eine Unsicherheit und Unklarheit finden, die durch eine offene, breite Diskussion aller mit dem Hamburger Beispiel zusammenhängenden Fragen beseitigt werden muß.

Nach dem Scheitern der Verhandlungen hatten die Sozialdemokraten ein sehr plausibles Argument in der Hand, das auf breite Arbeitermassen seinen Eindruck nicht verfehlte: „Die Kommunisten fordern von uns, daß wir die Regierung übernehmen sollen, um die Forderungen der Arbeiterschaft durchzuführen. Sie selbst aber lehnen die Teilnahme an einer solchen Regierung grundsätzlich ab. Entweder glauben die Kommunisten also nicht an die Durchführbarkeit ihrer Forderungen, dann ist es ein Schwindel, wenn sie von der SPD die Übernahme der Regierung zur Durchsetzung dieser Forderungen verlangen, oder eine sozialdemokratische Regierung könnte wirklich diese Forderungen durchsetzen, dann kann kein Arbeiter verstehen, warum sich die Kommunisten an einer solchen Regierung nicht beteiligen wollen.“

Warum konnte dieser naheliegende und vorauszusehende Einwand Eindruck machen, warum wurde er nicht mit genügender Überzeugungskraft durch unsere Hamburger Partei zurückgewiesen? Das liegt unseres Erachtens daran, daß die Hamburger Genossen nicht genügend die aktuellen Tagefragen, die Frage der Durchsetzung der 14 Forderungen mit unserem grundsätzlichen Kampf gegen den bürgerlichen Staat und seinen gegenwärtig wichtigsten Repräsentanten, die Bürgerblockregierung, verbanden. Unsere Presse versicherte unermüdlich, daß es der Partei vor allem darauf ankomme, die Tagesforderungen der Arbeiter durchzusetzen, daß darum der Kampf gehe, daß darum das Angebot an die SPD gemacht wurde, daß es der Partei ernst und ehrlich darum zu tun sei. Als die SPD aber ihr Gegenmanöver einleitete und den Eintritt der KPD in den Senat vorschlug, da antworteten unsere Genossen nur mit der Anführung abstrakter Grundsätze, mit einem Haufen von Zitaten aus den Schriften von M a r x und E n g e l s . Aber wenn Marx und Engels tausendmal gesagt haben, daß der bürgerliche Staat ein Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie ist, das vom Proletariat in seinem Befreiungskampf zerbrochen werden muß, so verstehen doch die Arbeitermassen darum noch nicht, warum die Kommunisten nicht in eine Regierung eintreten wollen, wenn es dadurch möglich wäre, die wichtigsten Tagesforderungen der Arbeiter durchzusetzen. Diese konkrete Frage mußte konkret beantwortet werden.

Um die konkrete Verbindung zwischen unserem Kampf für die Tagesforderungen und unseren grundsätzlichen Kampf gegen den bürgerlichen Staat herzustellen, mußte man von vornherein den Kampf für die Tagesforderungen mit dem Kampfe zur Entlarvung der sozialdemokratischen Politik verbinden. Es mußte klar und deutlich gesagt werden, daß wir zur Unterstützung einer sozialdemokratischen Regierung nicht deshalb bereit sind, weil wir von dieser Regierung die Erfüllung der Arbeiterforderungen erwarten, sondern umgekehrt, weil wir wissen, daß die Existenz einer solchen Regierung die Arbeiter davon überzeugen würde, daß nicht die sozialdemokratische Regierungspolitik, die sich ängstlich in den Schranken des bürgerlichen Staates hält, ihren Interessen entspricht, sondern nur der proletarische Klassenkampf, der diese Schranken sprengt.

[744] Wenn das in unserer Agitation zu wenig zum Ausdruck kam, so ist das gewiß zum Teil als eine Reaktion auf den entgegengesetzten Fehler zu erklären, der in der ultralinken Ära unserer Partei üblich war. Selbstverständlich verliert ein Angebot an die SPD alle Wirkung auf die sozialdemokratischen Arbeiter, wenn es mit der Erklärung eingeleitet wird: „Wir wissen, daß Ihr Schufte seid und nichts von dem tun könnt, was wir von Euch fordern. Wir fordern es nur, um Euch zu entlarven."

Es war durchaus richtig, in dem offiziellen Schreiben an die SPD die praktischen Tagesforderungen und den ehrlichen Willen zu ihrer Durchsetzung in den Vordergrund zu stellen. Aber in der Massenagitation mußte der andere Gedanke des Kampfes gegen die reformistische Politik gerade durch die Selbstentlarvung einer sozialdemokratischen Regierung ebenso stark zum Ausdruck kommen.

In dieser Weise hat Lenin die Frage der „Unterstützung" („wie der Strick den Gehängten stützt") klar und entschieden gestellt. Lenin hat bekanntlich die Taktik des Spartakusbundes gebilligt, als dieser zur Zeit des Kapp-Putsches einer Regierung von SPD und USPD „loyale Opposition", d. h. Verzicht auf den Versuch des gewaltsamen Sturzes, zusicherte. Aber er hat schärfstens kritisiert, daß dies mit einer Erklärung geschah, in der eine solche Regierung eine „sozialistische" genannt, vom Ausschluß der „bürgerlich-kapitalistischen Parteien" gesprochen wurde, obwohl die sozialdemokratischen Parteien, wie Lenin sagt, doch nur „kleinbürgerlich-demokratische" sind, und daß dort schließlich von einem Zustand gesprochen wurde, „in dem die bürgerliche Demokratie nicht als Diktatur des Kapitals auftreten kann". Lenin kritisiert diese Erklärung mit folgenden Worten:

„Diese grundsätzlich falschen und politisch schädlichen Dinge hatte man vom Standpunkt der Erreichung eines praktischen Resultats, das ganz richtig vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei angestrebt wurde, überhaupt nicht zu schreiben brauchen. Dazu genügte es, zu sagen (wenn man parlamentarisch höflich sein wollte), solange die Mehrheit der städtischen Arbeiter den Unabhängigen folgt, können wir Kommunisten diese Arbeiter nicht hindern, ihre letzten kleinbürgerlich-demokratischen (d. h. ebenfalls bürgerlich-kapitalistischen) Illusionen durch die Erfahrung mit ‚ihrer' Regierung zu überwinden. Das genügt zur Begründung eines Kompromisses, das in der Tat notwendig ist und das darin besehen muß, für einige seit auf Versuche des gewaltsamen Sturzes einer Regierung zu verzichten, der die Mehrheit der städtischen Arbeiter vertraut. In der alltäglichen Massenagitation aber, die nicht durch den Rahmen der offiziellen parlamentarischen Höflichkeit gebunden ist, konnte man natürlich hinzufügen: mögen solche Schurken, wie die Scheidemänner, und solche Philister, wie die Kautsky-Crispien, in der Praxis zeigen, wie sehr sie selbst betölpelt sind und wie sehr sie die Arbeiter betölpeln. Ihre ‚reine' Regierung wird die ‚Reinigung' der Augiasställe des Sozialismus vom Sozialdemokratismus und den anderen Abarten des Sozialverrats am ‚reinsten' durchführen."

Bei allen Unterschieden in der Situation ist die gleiche Klarheit und Schärfe der Sprache in der Kennzeichnung „rein sozialdemokratischer" Regierungen auch gegenwärtig notwendig. Wie aber kann man unser Versprechen, das Möglichste zur Durchsetzung der Arbeiterforderungen zu tun. mit der Erklärung vereinbaren, daß wir von der sozialdemokratischen Regierung, zu deren Unterstützung wir uns verpflichten, in dieser Richtung nichts erwarten? Dieser scheinbare Widerspruch ist leicht aufzuklären. Die Sozialdemokraten behaupten, daß sie zu Kompromissen mit den Bürgerlichen gezwungen sind, daß sie die Arbeiterforderungen, deren Berechtigung sie anerkennen müssen, aus Rücksicht auf ihre bürgerlichen Koalitionsgenossen nicht durchsetzen können. So verhindert die Koalitionspolitik den einheitlichen Kampf der Arbeiter, ist die Ursache der Spaltung und damit der Schwäche der Arbeiterbewegung. Wenn wir uns bereit erklären, eine sozialdemokratische Regierung zu ermöglichen,

so nicht deshalb, weil wir von ihrer Regierungstätigkeit Glück und Segen für das Proletariat erwarten, sondern weil ein Bruch mit der Koalitionspolitik, ein zeitweiliges parlamentarisches Zusammengehen von SPD und KPD einen einheitlichen außerparlamentarischen Kampf der Arbeitermassen, der allein die Durchführung der Arbeiterforderungen sichern kann, erleichtert.

Wäre aber die Durchsetzung dieser Forderungen nicht noch besser gesichert, wenn die KPD sich an der Regierung beteiligte? Auf diese un-[745]vermeidliche Frage, die die SPD den Arbeitern suggeriert, kann man nicht bloß mit dem abstrakten Hinweis auf unsere Grundsätze antworten. Unsere Aufgabe ist es, den Arbeitermassen die Richtigkeit unserer Grundsätze an Hand der Praxis klar zu machen, nicht eine Praxis, die sie nicht verstehen, mit der Berufung auf Grundsätze, die sie noch weniger verstehen, zu erklären. Der Hinweis auf die Schriften von Marx und Engels hätte ergänzt werden müssen durch den Hinweis auf die realen Machtverhältnisse in Deutschland und die unvermeidlichen Folgen einer kommunistischen Regierungsbeteiligung, die den deutschen Arbeitern auf Grund der Erfahrungen von 1923 sehr gut bekannt sind.

Wenn ein Gewerkschaftsführer um den Preis von 5 Prozent Lohnerhöhung einen langfristigen Tarifvertrag schließt, durch den sich die Gewerkschaftsinstanzen verpflichtet fühlen, jeden Kampf der Arbeiter um die Besserung der Lage für die Dauer der Gültigkeit des Vertrags zu verhindern, so ist das ein Verrat an den Arbeiterinteressen. Wenn eine Arbeiterpartei für das Versprechen, daß ein Teil ihrer Tagesforderungen verwirklicht wird, auf ihren grundsätzlichen Kampf gegen den Kapitalismus und den bürgerlichen Staat verzichtet, so ist das noch schlimmerer Verrat. Auf diesem Wege würden nicht einmal Tagesforderungen durchgesetzt, denn „Reformen sind Nebenprodukte des revolutionären Klassenkampfs“. Durch den Verzicht auf den revolutionären Klassenkampf, den die Regierungspolitik „im Rahmen der staatspolitischen Möglichkeiten“ bedeutet, würde die Partei sowohl die gegenwärtigen als auch die künftigen Arbeiterinteressen preisgeben.

Etwas ganz anderes wäre es, wenn die KPD ihren Regierungseintritt zum Anlaß und Ausgangspunkt eines allgemeinen Kampfes nicht nur für die Tagesforderungen der Arbeiterschaft, sondern auch für den Sturz des Kapitalismus nehmen könnte. Nur dann ließe sich der Regierungseintritt rechtfertigen. Das ist aber unmöglich, weil die SPD nicht daran denkt, eine solche Politik zu unterstützen.

Der Sturz des Kapitalismus, die Verwirklichung des Sozialismus ist allerdings im Hamburger Ländchen allein unmöglich. Ehrenteit hat von den Trotzkisten etwas gelernt und zitierte bei den Verhandlungen den Neujahrsartikel von Marx aus dem Jahre 1849, in dem es heißt, eine Revolution auf dem Kontinent ohne England wäre „der Sturm in einem Glase Wasser“. Darauf mußte man erwidern, daß bei dem gegenwärtigen Entwicklungsstand des Kapitalismus in Deutschland die sozialistische Revolution in Deutschland sehr wohl möglich ist, wenn die Arbeiterschaft mit der Koalitionspolitik bricht und einmütig und geschlossen den Weg des rücksichtslosen Klassenkampfs geht. Wenn die freien Gewerkschaften und die SPD statt in Hamburg aus Gründen der Demagogie den Kommunisten eine Koalition anzubieten, im ganzen Reich mit der Koalitionspolitik brächen, die Massen, deren Kampfwillen gegen den Bürgerblock in den letzten Wahlergebnissen deutlich zum Ausdruck kommt, zum Kampfe für die Enteignung der Großkapitalisten, für die Nationalisierung der Banken und Trusts, für die Arbeiterkontrolle der Produktion, für die Bildung von Arbeiter- und Bauernräten, für die Entwaffnung der Bourgeoisie aufrufen wollten, dann könnte die KPD mit der SPD über die Regierungsbildung verhandeln. Der Antwortbrief der KPD an den ADGB sagt in diesem Sinne: „Die einzige Sicherung der politischen Macht der Arbeiterschaft sind der Sturz der Bourgeoisie. die bewaffneten Arbeiter und die Herrschaft der Arbeiterräte.“

Man hätte diesen Gedanken nicht als abstrakte allgemeine Wahrheit, sondern als konkrete Propagandalosung und Aktionslosung einer nicht fernen Zukunft in die Diskussion werfen müssen. Würde sich beispielsweise eine Mehrheit von KPD und SPD in einem Lande wie Preußen oder im Reich ergeben, ohne daß sich das relative Stärkeverhältnis zwischen diesen Parteien zu unseren Ungunsten verschiebt, dann wäre aller Voraussicht nach die Situation reif, um diese Forderungen als Aktionslosungen in den Massen zu stellen und mit der Regierungsfrage praktisch zu verbinden.

[746] Hat man unsere grundsätzliche Stellung zur Frage des Staates auf diese Weise nicht abstrakt, sondern konkret begründet, dann ist es leicht, die Frage zu beantworten, warum wir von der SPD das verlangen, was wir für uns ablehnen. Die SPD behauptet ja im völligen Widerspruch zu unserer marxistischen Auffassung, daß sie die Arbeiterinteressen im Rahmen des bürgerlichen Staates ohne revolutionären Kampf durch eine parlamentarische Mehrheit durchsetzen könnte, wenn sie nicht durch die Spaltung der Arbeiterschaft daran gehindert würde. Um diesen Schwindel zu entlarven, will die KPD der SPD die Möglichkeit geben, die Probe aufs Exempel zu machen. Wenn die SPD-Führer behaupten, daß wäre eine zu unsichere Grundlage für ihre Regierung, dann lautet unsere Antwort: Möge die SPD doch zeigen, welche Vorteile sie dem Proletariat durch ihre Regierungstätigkeit verschaffen kann. Wenn die KPD eine sozialdemokratische Regierung, die eine erfolgreiche Arbeiterpolitik treibt, stürzt, dann ist das ja die beste Gelegenheit für die SPD, an die Entscheidung der Arbeiter zu appellieren und die KPD als arbeiterfeindliche Partei zu vernichten. Wenn die SPD diesen Versuch scheut, so verrät sie nur, daß sie an ihre eigenen Versprechungen nicht glaubt.

Bei einer solchen Fragestellung ist es klar, daß es keineswegs unsere Aufgabe ist, bei unsicheren Mehrheitsverhältnissen (wie das z. B. in Sachsen und in Bremen der Fall war) den SPD-Arbeitern einzureden, daß ihre Partei im Interesse der Arbeiter die Regierung übernehmen müßte. Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen in der Kommunistischen Partei das Gewissen der Arbeiterklasse sehen. Wir zeigen der SPD nicht einen falschen Weg, um sie ins Verderben zu locken, wir verkünden offen unsere Politik des revolutionären Klassenkampfs als die einzig richtige Arbeiterpolitik und geben nur dort, wo die Mehrheit der Arbeiterschaft noch an die Richtigkeit der sozialdemokratischen Politik glaubt, ihr die Möglichkeit, sich durch die Praxis von der Richtigkeit ihrer Anschauungen zu überprüfen. Wenn also z. B. die Sozialdemokraten in Bremen es vorziehen sollten, in der Opposition zu bleiben, statt eine sozialdemokratische Minderheitsregierung zu bilden, so werden wir sie nicht aus diesem Grunde angreifen, sondern deshalb, weil sie sich mit einer rein parlamentarischen Opposition begnügen, die nicht besser ist als offene Koalitionspolitik. Wir werden gemeinsame praktische Aktionen zur Durchsetzung von Arbeiterforderungen vorschlagen und keinesfalls den Schwerpunkt auf die Forderung eines sozialdemokratischen Regierungsexperiments legen.

Auch in unserem weiteren Kampf in Hamburg muß die Frage der Durchsetzung der Arbeiterforderungen in ständiger Verbindung mit dem Kampf gegen die Koalitionspolitik im Vordergrund stehen. Der Kampf um die Massen ist nicht damit abgeschlossen, daß die Verhandlungen gescheitert sind und die SPD, wie es von vornherein ihre Absicht war, zu den Fleischtöpfen der Koalition zurückkehrt. Jetzt müssen wir systematisch immer und immer wieder unsere Forderungen aufstellen, außerhalb und innerhalb des Parlaments, und die Ausflüchte der SPD, die sich auf ihre widerwilligen Koalitionspartner beruft, immer wieder vor den Massen enthüllen indem wir darauf hinweisen, daß die SPD jederzeit Gelegenheit bekommen kann, ihre Versprechungen durch eine sozialdemokratische Regierung einzulösen. wenn sie dazu bereit ist.

Nur so bei ständiger konkreter Verbindung des Kampfes für die Tagesforderungen der Arbeiter mit der Propaganda unserer Grundsätze an der Hand des praktischen Beispiels werden wir imstande sein, das Gegenmanöver der SPD unwirksam zu machen und die Massen von der Richtigkeit unserer Anschauungen und unserer Taktik zu überzeugen. [747]

*

Karl Marx über einige Grundfragen proletarischer Schulpolitik

Von E d w i n H o e r n l e

Der schwarzblaue Block will so rasch wie möglich sein klerikales Schulgesetz unter Dach bringen. Die SPD hilft ihm dabei, indem sie jeder Aufrollung der grundlegenden Gegensätze zwischen bürgerlicher und proletarischer Erziehung aus dem Wege geht und sich mit einem parlamentarischen Wortgefecht über die Verfassungsmäßigkeit bzw. Verfassungswidrigkeit des Marx-Keudellschen Gesetzentwurfs begnügt. Die SPD verzichtet also darauf, den Schulkampf auf der Linie zu führen, die K a r l Marx vorgezeichnet hat; sie zieht es vor, mit W i l h e l m Marx über die Fortführung ihres Weimarer Schulschachers zu verhandeln. Und wenn heute die breiten Massen des deutschen Proletariats dem

reaktionären Ansturm der kirchlichen Dunkelmänner auf die Volksschule zum großen Teil apathisch und gleichgültig gegenüberstehen, so vor allem deshalb, weil die SPD von vornherein die grundsätzliche Aufrollung der Schulfrage als „Kulturkampf“ ablehnt und sich mit der Konzession einiger weltlicher Sonderschulen für die Kinder der Freidenker begnügt.

Nie aber war die Gelegenheit so günstig wie jetzt, den werktätigen Massen die gewaltige Bedeutung von Schule und Kirche als Machtinstrumente der herrschenden Klasse klar vor Augen zu führen und ihnen die Notwendigkeit zu zeigen, nicht nur am bestehenden Schulwesen einige Reformen anzubringen, sondern die gesamte Schule einschließlich der Lehrerbildung dem bürgerlichen Staate und seiner Bundesgenossin, der Kirche, zu entreißen. Dazu aber müssen die Grundfragen: Proletarische Schule – bürgerliche Schule, Kirchenschule – weltliche Schule, Lernschule – Arbeitsschule, „sittlich-religiöse“ Erziehung – marxistisch-atheistische Erziehung, Elternrecht – soziale Erziehung in voller Schärfe vor der proletarischen Öffentlichkeit aufgerollt werden. Die SPD will und kann das nicht, schon um ihrer politischen Koalition mit dem Zentrum in der Preußenregierung keine Schwierigkeiten zu bereiten. Um so wichtiger ist es, daß die KPD alle diese Fragen in grundsätzlicher Schärfe vor den breitesten Massen zur Diskussion stellt. Insbesondere muß klar herausgeschält werden, welche Stellung K a r l M a r x zu den Fragen der proletarischen Kinder- und Jugenderziehung eingenommen hat. Dies sowohl zur Selbstverständigung innerhalb unserer Partei als auch zur Entlarvung der sich „marxistisch“ drapierenden sozialdemokratischen Schulpolitiker.

I.
Erziehung und Arbeiterklasse

Welche hervorragende Bedeutung Karl Marx der Erziehung des proletarischen Nachwuchses beimaß, geht allein schon aus der Resolution über Kinderarbeit hervor, die er dem Generalrat der Ersten Internationale für den Genfer Kongreß 1866 vorschlug, und in der es heißt:

„Jedoch der aufgeklärteste Teil der Arbeiterklasse versteht vollständig, daß die Zukunft seiner Klasse und damit die der Menschheit durchaus von der Ausbildung der werdenden Generation abhängt.“

Dieser Satz kann den kommunistischen Arbeitern gar nicht eindringlich genug eingeschärft werden, ist doch selbst innerhalb der KPD ein äußerst mangelhaftes Verständnis für die Rolle und Bedeutung proletarisch-revolutionärer Schulpolitik vorhanden.

Man kann jedoch proletarische Schulpolitik nicht in der blauen Luft treiben. In der obengenannten Resolution geht Marx von der Notwendigkeit aus, ein Gesetz zum Schutze der Kinder und jungen Arbeiter „vor den erdrückenden Wirkungen des gegenwärtigen Systems“ zu erkämpfen. Die Resolution fordert für Kinder von 9 bis 12 Jahren zwei Stunden gewerblicher oder häuslicher Arbeit täglich, für Kinder von 13 bis 15 Jahren [748] höchstens vier Stunden und für die 16- bis 18 jährigen Jungarbeiter sechs Stunden täglich. Hierbei sei ausdrücklich bemerkt, daß Marx keineswegs ein allgemeines Verbot der gewerblichen und häuslichen Kinderarbeit anstrebt, sondern deren Beschränkung auf das für Kinder erträgliche Maß und ihre Verbindung mit Erziehung und Unterricht. Die Resolution sagt darüber:

„Von diesem Standpunkte ausgehend, sagen wir, daß Eltern und Unternehmern durch die Gesellschaft die Erlaubnis zur Ausnutzung der Arbeit von Kindern oder jungen Personen nur unter der Bedingung gegeben werden darf, daß jene produktive Arbeit mit Bildung verbunden wird.“

Kampf gegen Kinderausbeutung und Kampf für proletarische Schulreform sind also für den Marxisten eine organische Einheit. Der Schutz vor direkter und indirekter kapitalistischer Ausbeutung schafft erst die materiellen Voraussetzungen für eine wirkliche Schulreform, wobei nicht Verbot der gesellschaftlich organisierten Arbeit des Kindes, sondern Verbindung der produktiven Kinderarbeit mit Erziehung und Unterricht das Ziel ist.

„Die Verbindung von bezahlter produktiver Arbeit mit geistiger Bildung, körperlicher Übung und technischem Unterricht wird die Arbeiterklasse weit über die höheren und mittleren Klassen heben.“

II.
Schule und Fabrik

Gleich eingangs der erwähnten Resolution betont Karl Marx, daß nicht die industrielle Arbeit der Kinder das zu bekämpfende Übel sei, sondern einzig und allein die kapitalistische Ausbeutung der industriellen Kinderarbeit. Marx sieht in der Eingliederung der Kinder in den industriellen Produktionsprozeß nicht nur kein Übel, sondern sogar einen außerordentlich wertvollen Fortschritt; einen Fortschritt, der die Erziehung der Kinder zu wirklich vollseitig entwickelten Persönlichkeiten erst ermöglicht. In der obengenannten Resolution schreibt Karl Marx:

„Wir betrachten die Tendenz der modernen Industrie, Kinder und junge Personen beiderlei Geschlechts zur Mitwirkung an dem Werke der gesellschaftlichen Produktion heranzuziehen, als eine fortschrittliche, heilsame und berechtigte Tendenz, obgleich die Art und Weise, auf welche diese Tendenz unter der Kapitalherrschaft verwirklicht wird, eine abscheuliche ist, in einem rationellen Zustand der Gesellschaft sollte jedes Kind ohne Unterschied vom 9. Jahre an ein produktiver Arbeiter werden."

Im ersten Bande des ‚Kapitals bei der Besprechung der englischen Fabrikgesetzgebung (Volksausgabe Seite 430) sagt Marx:

„... Wenn die Fabrikgesetzgebung als erste, dem Kapital notdürftig abgerungene Konzession nur Elementarunterricht mit fabrikmäßiger Arbeit verbindet, unterliegt es keinem Zweifel, daß die unvermeidliche Eroberung der politischen Gewalt durch die Arbeiterklasse auch dem technologischen Unterricht, theoretisch und praktisch, seinen Platz in den Arbeiterschulen erobern wird."

In diesen beiden Zitaten liegt in keimhaft zusammengedrängter Form unsere kommunistische Schulforderung der Produktionsschule eines Erziehungssystems, bei dem Pädagogik und gesellschaftliche Arbeit, Schule und Fabrik, schöpferische Initiative und geordnete Disziplin, Hand- und Kopfarbeit, die alle heute in scharfem Widerspruch zueinander stehen, sich in höherer Einheit zusammenfinden.

Die nüchterne Beobachtung und wissenschaftliche Analyse der kapitalistischen Wirklichkeit hat Karl Marx, wie auch seinen großen Vorläufer Robert Owen, zu der Forderung der industriellen Arbeitserziehung geführt.

„Aus dem Fabriksystem," schreibt Marx, „wie man im Detail bei Robert Owen verfolgen kann, entsproß der Keim der Erziehung der Zukunft, welche für alle Kinder über einem gewissen Alter produktive Arbeit mit Unterricht verbinden wird, nicht nur als eine Methode zur Steigerung der gesellschaftlichen Produktion, sondern als die einzige Methode zur Produktion vollseitig entwickelter Menschen." [749]

III.
Arbeit und Unterricht

Wenn wir Kommunisten also im engen Anschluß an die Lehren von Karl Marx die Ersetzung der alten Lernschule durch die „Produktionsschule" fordern, so ist diese Forderung etwas vollkommen anderes als die „Arbeitsschule" der bürgerlichen Schulreformer. Die Schulreformer vom Schlage der Kerschensteiner verlangen Einführung der Handarbeit in den bestehenden Unterricht, wollen also nur eine Verbesserung der Unterrichtsmethoden innerhalb des Rahmens der heutigen, von der gesellschaftlichen Produktion nach wie vor isolierten Lernschule. Wir Kommunisten verlangen umgekehrt die Verbindung von Schule und Fabrik, die Einführung der Pädagogik in die Fabrik. Wir tun das, nicht nur um den Erziehungserfolg durch verbesserte pädagogische Methoden zu steigern, sondern auch aus allgemeinen ökonomischen, sozialen und politischen Gründen. Die organische Verbindung von Schule und gesellschaftlicher Produktion hebt die Produktivität der menschlichen Arbeit und schafft vielseitige Verwendungsfähigkeit des menschlichen Individuums; sie entreißt aber gleichzeitig die Schule der Dunkelkammer pfäffischer und nationalistisch-bornierter, dem Arbeiterleben fremd gegenüberstehenden Schulbeamten, sie stellt das Arbeiterkind in den engsten Kontakt mit den erwachsenen Mitgliedern seiner Klasse, sie lenkt die Aufmerksamkeit der

erwachsenen Arbeiter auf die Schule ihrer Kinder, sie macht automatisch Schluß mit jeglicher Trennung der Kinder nach Geschlecht, Konfessionen und auch nach starren Altersklassen. Eine wirkliche Einheitsschule ist erst möglich auf der Grundlage der industriellen Arbeitsschule.

Die Bourgeoisie freilich lehnt nicht nur die grundsätzliche Umstellung des Erziehungswesens auf die Basis der Produktionsschule ab, sie verzichtet sogar auf die Einführung der Handarbeit in die bestehenden Unterrichtsschulen. Im besten Falle gestattet sie etwas „Handfertigkeitsunterricht" neben dem hergebrachten Lehrplan. Und doch ist die gewaltige methodologische Bedeutung des Arbeitsunterrichts für die Lern- und Leistungsfähigkeit der Kinder durchaus keine Entdeckung von Karl Marx. Gerade Marx beruft sich darauf, daß die englischen Fabrikinspektoren es gewesen sind, die in ihren Berichten die erstaunlichen Erfolge jener „armseligen" Erziehungsklausel im englischen Fabrikakt feststellten.

„Die Fabrikinspektoren entdeckten bald aus den Zeugenverhören der Schulmeister, daß die Fabrikkinder, obwohl sie nur halb so viel Unterricht genießen als die regelmäßigen Tagesschüler, ebenso viel und noch mehr lernen."

Die Ursache für diese auffallende Erscheinung fand Karl Marx in der belebenden Wirkung des regelmäßigen Wechsels von Handarbeit und Kopfarbeit, „Das System", schreibt er, „halber Schule und halber Arbeit macht jede der beiden Beschäftigungen zur Ausruhung und Erholung von der anderen und ist folglich viel angemessener für das Kind als die ununterbrochene Fortdauer eines von beiden."

Marx beruft sich hierbei auch auf den soziologischen Kongreß in Edinburgh 1863, wo Senior in einer Rede erklärte, daß der „einseitige verlängerte und unproduktive Schultag der Kinder der höheren und mittleren Klassen" die Arbeit der Lehrer nutzlos vermehre und Zeit, Gesundheit und Energie der Kinder „absolut schädlich verwüste".

Die heutige Lehrerschaft hätte also aus rein methodologischen Gründen schon allen Anlaß, sich für die Verbindung von produktiver Arbeit und Schule einzusetzen, wie es auch eine Sache der proletarischen Eltern und der Ärzte sein muß, sich im Interesse der „körperlichen und geistigen Ertüchtigung" – wie der Marx-Keudellsche Entwurf so schön sagt! – für die Verbindung von industrieller Arbeit, Unterricht und Gymnastik einzusetzen. [750]

IV.
Technik und Erziehung

Die Bourgeoisie hat freilich andere Sorgen. Während die liberale Bourgeoisie der kapitalistischen Aufstiegsperiode wenigstens teilweise noch Sinn und Verständnis für fortschrittliche Pädagogik und Schulpolitik aufbrachte, ist im Zeitalter des monopolistischen Kapitalismus, des Imperialismus und der proletarischen Revolution dieses Interesse vollkommen geschwunden. Und es ist ein Zeichen für die Verlumpung und Verbürgerlichung der SPD, daß sie es gar nicht mehr wagt, auch nur die Forderung ihrer eigenen reformistischen Pädagogen der Bourgeoisie gegenüber zu vertreten. Sie ignoriert in ihrer gesamten Schulpolitik die eingehenden wissenschaftlichen Arbeiten z. B. eines Robert Seidel, der als einer der ersten in der Vorkriegszeit die gewaltige Überlegenheit des die Praxis und Theorie verbindenden Arbeitsunterrichts gegenüber dem abstrakten Lernunterricht ausführlich nachgewiesen hat. („Arbeitsschule, Arbeitsprinzip und Arbeitsmethode" von Robert Seidel, Zürich 1910, und „Die Handarbeit, der Grund- und Eckstein der harmonischen Bildung und Erziehung" von Robert Seidel, Zürich 1911.)

Die heutige Bourgeoisie kann um so eher die Volksschule der Kirche und ihrem Dogmendrill ausliefern, als die kapitalistische Anwendung der technischen Fortschritte in der Industrie eine „Produktion vollseitig entwickelter Menschen" für den Kapitalisten immer entbehrlicher, ja gefährlicher machen. Der Unternehmer braucht für seinen Betrieb immer weniger den handwerklich ausgebildeten Facharbeiter. Die minuziöse Arbeitsteilung, die Beschränkung der Arbeit auf gleichmäßige Wiederholung ganz weniger, rasch erlernbarer Handgriffe schaltet den Kopf des Arbeiters, seinen Willen und die

Persönlichkeit mehr und mehr aus, während absolute Anpassungsfähigkeit das Haupterfordernis wird. „Das Arbeitsmittel erschlägt den Arbeiter“, schrieb schon Karl Marx im „Kapital“, und an anderer Stelle:

„Alle Arbeit an der Maschine erfordert frühzeitige Anlernung des Arbeiters. Als Kind lernt er es am leichtesten, seine eigene Bewegung der gleichförmig kontinuierlichen Bewegung eines Automaten anzupassen.“

Natürlich sind es nicht die Maschine und das Verschwinden des handwerklich ausgebildeten Facharbeiters an sich, die dem Schulfortschritt hindernd im Wege stehen, sondern einzig und allein die kapitalistische Anwendung der Maschine. Die maschinelle Großindustrie verändert nur die Ausbildungsrichtung. Marx weist a. a. O. darauf hin, daß das „System mannigfacher, gleichzeitiger wirkender und kombinierterer Maschinen“ auch die Kooperation verschiedenartiger Arbeitergruppen an den verschiedenartigen Maschinen erfordere.

„Aber der Maschinenbetrieb hebt die Notwendigkeit auf, diese Verteilung manufakturmäßig zu befestigen durch fortwährende Aneignung derselben Arbeiter an dieselbe Funktion. Da die Gesamtbewegung der Fabrik nicht vom Arbeiter ausgeht, sondern von der Maschine, kann fortwährender Personenwechsel stattfinden, ohne Unterbrechung des Arbeitsprozesses ... Die Geschwindigkeit endlich, womit die Arbeit an der Maschine im jugendlichen Alter erlernt wird, beseitigt ebenso die Notwendigkeit, eine besondere Klasse Arbeiter ausschließlich zu Maschinenarbeitern heranzuziehen. Die Dienste der bloßen Handlanger aber sind in der Fabrik teils durch Maschinen ersetzbar, teils erlauben sie wegen ihrer völligen Einfachheit raschen und beständigen Wechsel der mit dieser Plackerei belasteten Personen.“

An sich steht also die Auflösung der alten handwerklichen Facharbeit durchaus nicht im Gegensatz zur „Produktion vollseitig entwickelter Menschen“, sie beschleunigt vielmehr, ja sie ermöglicht erst eine wirklich fortschrittliche, umfassende Erziehung der Menschen, indem sie ihn von der Einseitigkeit und Einförmigkeit befreit. Marx schreibt:

„Sie (die Großindustrie) machte es zu einer Frage von Leben und Tod, die Ungeheuerlichkeit einer elenden, für das wachsende Ausbeutungsbedürfnis des Kapitals in Reserve gehaltenen verwendbaren Arbeiterbevölkerung zu ersetzen durch die, absolute Verwendbarkeit der Menschen für wechselnde Arbeitserfordernisse; das Teilindividuum, den bloßen Träger einer gesellschaftlichen Detailfunktion, durch das allseitig entwickelte Individuum, für welches verschiedene gesellschaftliche Funktionen einander ablösende Betätigungsweisen sind.“ („Kapital“, I. Band, Volksausgabe, S. 429) [751]

V.
Kapitalismus und Schulfortschritt

Nicht die Maschine also, sondern die kapitalistische Anwendung der Maschine ist die Ursache der Verknechtung des Arbeiters durch die Maschine und damit auch der Verlumpung der Massenerziehung im kapitalistischen Staate. Der kapitalistische Unternehmer hat eben kein Interesse daran, die Maschinenarbeit in ihren fortschrittlichen Tendenzen sich auswirken zu lassen. Marx schreibt hierzu:

„Obgleich die Maschinerie das alte System der Teilung der Arbeit technisch über den Haufen wirft, schleppt es sich zunächst als Tradition der Manufaktur gewohnheitsmäßig in der Fabrik fort, um dann systematisch vom Kapital als Ausbeutungsmittel der Arbeitskraft in noch ekelhafterer Form reproduziert und befestigt zu werden. Aus der lebenslangen Spezialität ein Teilwerkzeug zu führen, wird die lebenslange Spezialität, einer Teilmaschine zu dienen. Die Maschinerie wird mißbraucht, um den Arbeiter selbst von Kindesbeinen in den Teil einer Teilmaschine zu verwandeln. Nicht nur werden so die zu seiner eigenen Reproduktion nötigen Kosten bedeutend vermindert, sondern zugleich seine hilflose Abhängigkeit vom Fabrikganzen, also vom Kapitalisten, vollendet.“

Mit diesen Worten hat Karl Marx den tiefsten ökonomischen Grund bloßgelegt, weshalb die Industriekapitalisten zu allen Zeiten nur ein sehr beschränktes Interesse an wirklicher Volksschulreform hatten, warum schon vor hundert Jahren ein Robert Owen mit seinen genialen Schulexperimenten scheitern mußte, und warum heute in der Periode stürmischer Rationalisierung dieses geringe Interesse vollends ganz und gar erloschen ist, ja dem planmäßigen Schulrückschritt Platz gemacht hat. Um die heutige „rationalisierte“ Industrie im Gang zu halten, bedarf der Kapitalist einer immer geringeren Zahl aus der Masse der ungelernten Proletarier herausgehobener Facharbeiter, deren einseitig

technische Ausbildung – möglichst ohne Verbindung mit anderen Berufszweigen – außerhalb und oberhalb der Volksschule in den Werkschulen der Großbetriebe, in den öffentlichen und privaten technischen Schulen vorgenommen wird. Innerhalb der Volksschule werden für diese „Arbeiteraristokratie“ bestimmte Einrichtungen, wie die Begabtenklassen, getroffen zwecks Auslese aus der immer tiefer sinkenden „Armeleuteschule“. Auch die Durchlöcherung der vierjährigen Grundschule diente diesen Zwecken. Warum sollte überhaupt der Kapitalist sich heute für eine wirkliche Schulreform oder gar für die moderne Arbeitsschule erwärmen? Er bedarf ihrer Ergebnisse nicht. Er bedarf vielmehr der borniertem Einfalt, die sehr wohl mit einer einseitig ausgebildeten Handfertigkeit zu vereinen ist. Hier zeigt die Entwicklung die vollkommene Richtigkeit der für die Arbeiterschutzgesetzgebung aufgestellten Marxschen These, wonach „die kapitalistische Produktionsweise ihrem Wesen nach über einen gewissen Punkt hinaus jede rationelle Verbesserung ausschließt“.

Schulreform im Zeitalter des monopolistischen Kapitalismus ist, soweit die Volksschule in Betracht kommt, eine Utopie. Zu den ökonomischen Gründen kommen auch Gründe der Machtpolitik, die die Bourgeoisie bestimmen, das Niveau der Volksschulen möglichst tief zu halten, den bürgerlichen Klassencharakter der höheren Schulen zu verstärken und sogar auf ihre frühere Forderung der staatlichen Schulhoheit zugunsten der Kirche zu verzichten. Die Bourgeoisie sieht in der religiösen Umnebelung der Gehirne und dem mechanischen Eindrillen kirchlicher Dogmen ein wirksames Mittel, um die Kinder des Proletariats vom selbständigen, kritischen Denken und von aktiver, solidarischer Betätigung abzuhalten. Und je widervernünftiger die Dogmen einer Kirche sind, je größer die Abgeschmacktheit ihrer religiösen Übungen und Zeremonien, desto größer das Interesse der Bourgeoisie an einer solchen „religiös-sittlichen“ und womöglich „konfessionell getrennten“ Erziehung.

VI.
Staat, Elternrecht und Schule

Das Schulverpfaffungsgesetz der Bürgerblockregierung beruft sich in allen entscheidenden Paragraphen auf den „Elternwillen“. Die öffentliche [752] Schule ist nur zur „Ergänzung, Unterstützung und Fortführung“ der elterlichen Erziehung da. Das „Elternrecht“ ist bereits in der Weimarer Verfassung verankert und wird jetzt dazu benutzt, um den Klasseninteressen der Bourgeoisie und der Großgrundbesitzer Vorschub zu leisten. In dem vorliegenden Reichsschulgesetz soll es den kirchlichen Herrschaftsansprüchen gleichzeitig als Feigenblatt vor der Öffentlichkeit und als technisches Hilfsmittel für die Einrichtung konfessioneller Schulen dienen. Trotzdem oder besser eben deswegen macht die SPD den Schwindel dieses „Elternrechts“ fröhlich mit. Die Frage ist nun: Wie stellen wir Kommunisten uns grundsätzlich und praktisch zu der Rolle, die den sogenannten Erziehungsberechtigten vom bürgerlichen Gesetz zugewiesen wird?

In der erwähnten Resolution des Genfer Kongresses weist Karl Marx darauf hin, daß die proletarischen Eltern „durch ihre Not zu Sklavenhändlern und Verkäufern ihrer eigenen Kinder“ gemacht werden. „Das Recht der Kinder und jungen Personen muß geschützt werden“, erklärt die Resolution und fährt dann fort:

„Wenn die Mittel- und höheren Klassen ihre Pflichten gegen ihre Abkömmlinge vernachlässigen, so ist es ihre eigene Schuld. Teilnehmend an den Vorrechten jener Klassen, ist das Kind verurteilt, unter ihren Vorurteilen zu leiden.

Mit der Arbeiterklasse steht es anders. Der einzelne Arbeiter ist kein freier Mann. Er ist in vielen Fällen sogar zu unwissend, das wahre Interesse seines Kindes oder die moralischen Gesinnungen der menschlichen Entwicklung zu verstehen.“[*)]

Deshalb muß die Erziehung der proletarischen Kinder in die Hand des „aufgeklärtesten Teiles der Arbeiterklasse“ gelegt werden. Niemals also kann ein Marxist, wie das heute von dem „linken“ Löwenstein als Wortführer der SPD, getan wird, für die Schulsouveränität des heutigen bürgerlichen

[*)] Wir zitieren nach der Übersetzung der Resolution, die K. K a u t s k y in seiner Ausgabe der „Inauguraladresse“, Dietz-Verlag, 1922, veröffentlicht hat. Die Übersetzung ist offenbar sinnentstellend, es kann nicht von „Gesinnungen“ der Entwicklung die Rede sein, sondern wahrscheinlich sind es Tendenzen der Entwicklung.

Staates eintreten. Darüber hat Karl Marx sich in den Randbemerkungen zum Gothaer Programm klar und scharf geäußert. Er schrieb:

„Ganz verwerflich ist eine ‚Volkserziehung durch den Staat'. Durch ein allgemeines Gesetz die Mittel der Volksschulen bestimmen, die Qualifizierung des Lehrerpersonals die Unterrichtszweige und, wie es in den Vereinigten Staaten geschieht, durch Staatsinspektoren die Erfüllung dieser gesetzlichen Vorschriften überwachen, ist etwas ganz anderes als den Staat zum Volkserzieher zu ernennen. Vielmehr sind Regierung und Kirche gleichmäßig von jedem Einfluß auf die Schule auszuschließen."

Bemerkenswert ist, daß sowohl das bayrische Konkordat wie das schwarzblaue Reichsschulgesetz dem bürgerlichen Staat heute ebenfalls nicht viel mehr als die von Karl Marx oben bezeichneten Funktionen überlassen, indem sie die entscheidende Bestimmung über den Lehrplan und den Inhalt der Lehr- und Lernmittel der Kirche zuweisen. Also eine saubere Arbeitsteilung zwischen Staat und Kirche zur gemeinsamen Verdummung des Proletariats, bei der die eigentliche erzieherische Tätigkeit der Kirche, als der mit feineren, psychologisch wirksameren Mitteln arbeitenden Macht, zufällt. Die KPD fordert demgegenüber im Anschluß an Marx die entscheidende Kontrolle der proletarischen K l a s s e n o r g a n i s a t i o n e n, eine Forderung, die im Ausschuß des Reichstags von den Sozialdemokraten im trauten Verein mit den bürgerlichen Parteien nicht nur niedergestimmt, sondern offen verhöhnt wird.

VII.
Familie, Gesellschaft und Erziehung

Im reaktionären Schulgesetzentwurf der Bürgerblockregierung wird ausdrücklich und mit voller Absicht der elterlichen Familienerziehung das Primat gegenüber der öffentlichen, staatlich organisierten Erziehung zugesprochen, entsprechend dem bürgerlichen Grundsatz, daß die Familie „die Keimzelle der Gesellschaft und die Hüterin von Sitte und Kultur" ist.

[753] Daß dies eine freche Heuchelei ist, haben Marx und Engels bereits im Kommunistischen Manifest nachgewiesen:

„Aber, sagt ihr. wir heben die trautesten Verhältnisse auf, indem wir an die Stelle der häuslichen Erziehung die gesellschaftliche setzen.

Und ist nicht auch eure Erziehung durch die Gesellschaft bestimmt? Durch die gesellschaftlichen Verhältnisse, innerhalb derer ihr erzieht, durch die direktere oder indirektere Einmischung der Gesellschaft vermittels der Schule usw.? Die Kommunisten erfinden nicht die Einwirkung der Gesellschaft auf die Erziehung; sie verändern nur ihren Charakter, sie entreißen die Erziehung dem Einfluß der herrschenden Klasse.

Die bürgerlichen Redensarten über Familie und Erziehung, über das traute Verhältnis von Eltern und Kindern, werden uns so ekelhafter, je mehr infolge der großen Industrie alle Familienbande für sie Proletarier zerrissen und die Kinder in einfache Handelsartikel und Arbeitsinstrumente verwandelt werden."

Der Kapitalismus also ist es, der die Familie nicht nur ihres Heiligenscheines beraubt, sondern ihre Grundlagen zerstört und ihre Bande sprengt. Vor allem die Familie des ausgebeuteten Proletariers kann als Erziehungsgemeinschaft nur in ganz untergeordneter Weise in Betracht kommen. Ihr fehlen alle materiellen und ideellen Vorbedingungen für die Erziehung der Kinder, vor allem für eine Erziehung entsprechend der heutigen, hochentwickelten technisch-ökonomischen Basis und entsprechend den Klassenzielen des revolutionären Proletariats. Nur die gesellschaftlich organisierte Erziehung vermag jene gewaltige Umwandlung der Kindererziehung durchzuführen, die alle Möglichkeiten und Mittel der auf dem Boden der modernen Industrie erwachsenden Wirtschaft und Kultur ausnützt sind sowohl die geistige Bildung wie die gymnastische Körperausbildung und die technische Erziehung einheitlich verbindet. Unter „technischer Erziehung" versteht Marx (siehe Resolution zum Genfer Kongreß) eine Erziehung, die „die allgemeinen wissenschaftlichen Grundsätze aller Produktionsprozesse mitteilt und gleichzeitig das Kind und die junge Person einweiht in den praktischen Gebrauch und in die Handhabung aller elementaren Instrumente aller Arbeitszweige".

Eine solche, gesellschaftlich jenseits des Hauswesens organisierte Erziehung wird im Zusammenhang mit dem gesellschaftlich organisierten Produktionsprozeß nicht nur die Grundlage bieten für einen

neuen Typus der hoch- und vielseitig entwickelten menschlichen Persönlichkeit, sondern auch für eine neue, höhere Form der Familie, die nicht mehr auf der „väterlichen Gewalt“ und der Sklaverei von Mutter und Kindern beruht, sondern eine vom ökonomischen und rechtlichen Zwang freie Gemeinschaft darstellt. Im ersten Bandes des „Kapitals“ (VI. Abschn., 13. Kap.) schreibt Karl Marx hierüber:

„So furchtbar und ekelhaft nun die Auflösung des alten Familienwesens innerhalb des kapitalistischen Systems erscheint, so schafft nichtsdestoweniger die große Industrie mit der entscheidenden Rolle, die sie den Weibern, jungen Personen und Kindern beiderlei Geschlechts im gesellschaftlich organisierten Produktionsprozeß jenseits der Sphäre des Hauswesens zuweist, die neue ökonomische Grundlage für eine höhere Form der Familie und des Verhältnisses beider Geschlechter ... Ebenso leuchtet ein, daß die Zusammensetzung des kombinierten Arbeitspersonals aus Individuen beiderlei Geschlechts in den verschiedensten Altersstufen, obgleich in ihrer naturwüchsig-brutalen, kapitalistischen Form, wo der Arbeiter für den Produktionsprozeß, nicht der Produktionsprozeß für den Arbeiter da ist, Pestquelle des Verderbs und der Sklaverei, unter entsprechenden Verhältnissen umgekehrt zur Quelle humaner Entwicklung umschlagen muß.“

Von diesem Standpunkt aus betrachtet, muß der kleinbürgerlich-klerikalen Berufung auf Elternrecht, Elternwillen und Familienerziehung der kommunistische Grundsatz der Erziehungspflicht der Gesellschaft, des Schutzes der Kinder vor elterlicher und fremder Ausbeutung und Vergewaltigung, der vollen Koedukation der Geschlechter und der Beseitigung jeder väterlichen oder elterlichen Gewalt auch in ihren übertragenen Formen als Züchtigungsrecht durch Lehrer oder Lehrmeister entgegengestellt werden. [754]

*

Renegaten der chinesischen Revolution

Tschang-kai-schek, Feng Yu Hsiang, Wang Tsching Wie

Von K. A. Wittfogel

„Renegaten“

Man muß bei Anwendung des Wortes „Renegat“ von der spezifischen Bedeutung absehen, die der Ausdruck innerhalb der revolutionären Arbeiterbewegung angenommen hat. Abtrünnig von der Praxis und Theorie des proletarischen Klassenkampfs konnten weder Tschang-kai-schek, noch Feng Yu Hsiang, noch Wang Tsching Wei werden. Denn revolutionäre Sozialisten im marxistischen Sinne des Wortes sind sie niemals gewesen. Trotzdem aber nennen wir sie mit Recht – Renegaten. Denn es gibt eine politische Plattform, der die drei genannten chinesischen Politiker, mehr oder weniger konsequent freilich, eine Zeitlang angehangen haben, und von der sie sich später schroff abkehrten. Diese Plattform ist der letzte Wille des Vater der chinesischen Revolution, Sun Yat Sen. Wang Tsching Wei selbst hat Suns Testament wenige Monate vor seinem Abfall in durchaus eindeutiger Weise zusammengefaßt. „Um die drei Prinzipien Sun Yat Sens verwirklichen zu können,“ erklärte Wang am 14. April 1927, „sind drei Voraussetzungen zu erfüllen. Erstens müssen wir uns mit der Sowjetunion zusammenschließen; zweitens müssen wir mit den Kommunisten zusammenarbeiten; und drittens müssen wir die Interessen der Bauern und Arbeiter verteidigen, Wir müssen uns mit den unterdrückten Völkern der ganzen Welt zusammenschließen. Diese drei politischen Programmpunkte bilden eine untrennbare Einheit“.[*)]

Die Plattform – es ist diejenige Sun Yat Sens selbst und die des alten linken Flügels der KMT – ist völlig klar. Bemerkenswert an der zitierten Erklärung Wang Tsching Weis vom 14. April ist übrigens noch der Schlußsatz, nach dem Suns drei Vermächtnispunkte ein unzerreißbares Ganzes bilden. Dies ist allerdings nur zu richtig. Wang Tsching Wei und seine Freunde sollten nach ihrer Rechtsschwenkung sehr schnell erfahren, daß man nicht zur gleichen Zeit blutige Kommunistenjagden veranstalten und sich als Anwalt der Interessen der Massen ausgeben kann. D. h., man kann das natürlich. Nur wissen die Massen sehr genau, was sie von dieser Sorte von „Anwälten“ zu halten haben.

[*)] „The Peoples Tribune“ (Hankau) vom 15. April 1927. Sperrung von uns.

Tschang-kai-schek

Es ist nun – um das vorwegzusagen – selbstverständlich, daß die Führer der KMT, von denen hier die Rede sein soll, uns nicht als Privatpersonen interessieren, als zufällige Individuen, als weltgeschichtliche Solisten sozusagen. Sie sind Repräsentanten bestimmter gesellschaftlicher Klassen und Schichten. Nur als solche werden sie der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung bemerkenswert. Im Lichte dieser Betrachtungsweise können natürlich auch scheinbar private Schritte – wie etwa die soeben erfolgte Verlobung Tschans! Kai Scheks mit der Schwester der Witwe Sun Yat Sens, einem Fräulein Sung, deren Bruder[*)] übrigens Tschang-kai-schek erheblich näher steht als seiner berühmten Schwester – einen gesellschaftlich repräsentativen Sinn erhalten.

[755] Tschang-kai-schek hat sich, schon als die KMT noch eine Einheit bildete, offen als Vertreter des großbürgerlichen Flügels der Partei betrachtet. Sein zeitweiliges Zusammengehen mit dem linken Flügel charakterisiert ihn als den Sachwalter desjenigen Teiles der Großbourgeoisie, die unter der Herrschaft der Imperialisten besonders empfindlich leidet: der chinesischen Industriellen. Tan Ping Schan hat diesen Flügel Ende 1926 so beschrieben: „Er vertritt die im Entstehen begriffene industrielle Bourgeoisie, die ihre Selbständigkeit gegenüber dem Imperialismus anstrebt ... In Theorie und Praxis vertritt er vollständig die Interessen der Bourgeoisie. Er kann als der bewaffnete Verteidiger der Bourgeoisie in den halbkolonialen Ländern angesehen werden.“[**)] Wenn dieser Flügel sich, wie Tan Ping Schan weiter erklärt, 1926 noch auf den linken Flügel der KMT. stützte (weil er die Bewegung der Massen damals noch für wenig gefährlich hielt, und weil die Industriebourgeoisie an einer erfolgreichen Bekämpfung der Imperialisten dringend interessiert ist), so hat die Gruppe Tschang-kai-schek doch zugleich stets die Verbindung mit den rechtesten Elementen der KMT, ja mit den wegen ihres Antibolschewismus 1925 aus der Partei ausgeschlossenen „Hsi-Schan“-Leuten aufrechterhalten.

War daher auch der Staatsstreich Tschang-kai-scheks vom 20. März 1926 ein Schritt, den er, offenbar in der Erkenntnis, daß es für diese Art von Politik noch zu früh sei, damals noch korrigierte, so enthüllte diese Aktion doch schon deutlich die zukünftige Linie der Politik auch des Zentrums der KMT. Tschang blieb der diktatorische Herr der Parteimaschine – 1926. Immerhin vermochte er nicht zu verhindern, daß im Gefolge des Nordfeldzugs, Ende 1926, Anfang 1927, sich mit der Erweiterung des Machtbereichs der KMT die Organisationen der Arbeiter und Bauern rapide vergrößerten und stärkten. Auch die Entstehung eines neuen militärischen Zentrums im Wuhan konnte er, als er seine Truppen zur Einnahme der Ostprovinzen Mittelchinas einsetzte, nicht unterbinden. Noch Mitte Dezember 1926 erläßt Tschang eine Proklamation, in der er die chinesische Bourgeoisie warnt, sich den wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter (deren Streiks er seit dem April 1927 brutal unterdrückt) entgegenzustellen! „Ihr Kaufleute“, so mahnt er damals, „müßt mit den Arbeitern zusammenarbeiten, wenn ihr leben, wenn ihr die Unterdrückung der Imperialisten sind Militaristen abwerfen wollt. Die Kaufleute und Arbeiter sind auf Tod und Leben miteinander verbunden: daher müssen die einen die Schwierigkeiten der anderen zu verstehen suchen.“[***)]

Anfang 1927 freilich zeigt es sich – Beginn der Agrarrevolution in Hunan; Zurückeroberung der englischen Konzessionen in Hankau und Kiukiang durch die Arbeiter; Zugeständnisse der Regierung in Wuhan an die Massen – daß die Herrschaft des bourgeoisen Elements in der chinesischen Revolution von den Massen ernstlich bedroht war. Nichts wäre törichter, als die Gegenaktion

[*)] Dieser Bruder, Sung T. V., war zuerst Finanzminister in Wuhan. Als sich in Nanking die Gegenregierung Tschang-kai-scheks bildete, wer Herr Sung plötzlich dort zu finden. Sung hat außer Frau Sun Yat Sen und der Verlobten Tschang-kai-scheks noch [755] eine dritte Schwester, deren Mann, Kung H. H., ebenfalls zuerst Minister in Wuhan war (für Handel und Industrie). Auch er tauchte nach der Entstehung der Nanking-Regierung in Nanking auf. Die politische Tragweite des „privaten“ Schrittes Tschang-kai-scheks liegt nach Vorstehendem auf der Hand. Seinen diesbezüglichen Dementis ist nicht mehr Bedeutung beizumessen als seiner Versicherung daß er nicht beabsichtige, sich in Zukunft politisch zu betätigen und daß er „voraussichtlich China zwei bis drei Jahre fernbleiben werde“. „The China Weekly Review“ vom 1. Oktober 1927.

[**)] Tan Ping Schan: „Entwicklungswege der chinesischen Revolution.“ Berlin-Hamburg 1927, S. 16.

[***)] „Canton Gazette“ vom 29. Dezember 1926.

Tschang-kai-scheks als reinen Ausdruck persönlicher Gekränktheit aufzufassen. Seine Maßnahmen waren, wie diejenigen des linken Flügels, Klassenmaßnahmen. Am 26. Februar meldet die „Canton Gazette“, daß Tschang-kai-schek eine Bekanntmachung erlassen habe, in der er „den Arbeitergewerkschaften den Besitz von Waffen und Munition untersagt. Wenn solche in den Händen einer Gewerkschaft gefunden werden, sind sie zu beschlagnahmen und die betreffende Gewerkschaft ist aufzulösen.“ Dem Erlaß folgt noch [756] eine schamhafte Lüge, wie sie Tschang zwei Monate später nicht mehr anzuwenden für nötig hält: „Dieser Schritt soll verhindern, daß die Arbeiter bei ihren Streitigkeiten untereinander von der Feuerwaffe Gebrauch machen. Die Entwaffnung der Gewerkschaften, deren Bewaffnung das unter Sun Yat Sen entworfene Gewerkschaftsstatut ausdrücklich vorsah, war ein offenbarer Schritt zur Revision der Anweisungen Sun Yat Sens. Vor den Konflikt gestellt: Gegen die Massen oder gegen die Bourgeoisie, zögerte Tschang, der vorher die Unterstützung der Massen gern entgegengenommen, ja als eine Frage auf Leben und Tod bezeichnet hatte, nicht, sich, seiner Klasseneinstellung gemäß, gegen die Agrarrevolution und gegen die revolutionären Arbeiter zu entscheiden.

Die Linke der KMT war nicht kommunistisch, doch war der Einfluß der Kommunisten auf die Linke zweifellos beträchtlich. Sie ging daher, wenn auch nicht mit voller Kraft und ohne Aufrollung der Klassenfrage, im März zum Angriff gegen Tschang-kai-schek über. Einige Genossen vergessen bei ihrer Kritik der Haltung der KPCh. in diesen kritischen Monaten diese nicht unwesentliche Tatsache Es war der linke Flügel, der, indem er Tschang-kai-schek auf dem Märzplenum des größten Teils seiner Funktionen enthob (unter einer rein formalen Parole freilich: Gegen die persönliche, für eine kollektive Führung), den großbürgerlichen Flügel der Partei kaltzustellen suchte. Was darauf. geschah, hat Tan Ping Schan in seiner bereits erwähnten Broschüre 1926 schon vorausgesagt „Falls der mittlere Flügel seine militärische Macht noch erweitern, will, wird er sicher mit der außerhalb der Kuomintang stehenden Bourgeoisie zusammengeben müssen, uns den kommunistischen Flügel zu schlagen und seine Militärdiktatur zu befestigen.“[*)] Diese von Tan Ping Schan beschriebene Situation war im März, und zwar in noch verschärfter Weise, eingetreten. Die Reaktion Tschang-kai-scheks ist allgemein bekannt. Er begann mit der Entwaffnung der Arbeiterwehren von Schanghai mit der Hinrichtung ganzer Scharen von Arbeiterführern. Er endete mit der Aufrichtung einer bourgeoisen Sonderregierung in Nanking.

Die Erwartung einer derartigen Aktion Tschang-kai-scheks hatte seit Wochen in der Luft gelegen. Im Januar bereits spricht Borodin in einer öffentlichen Versammlung davon, daß, gewissen Gerüchten zufolge, das Regierungszentrum nicht Wuhan, sondern Nantschang, das Hauptquartier Tschang-kai-scheks, sein solle. Damals weist Borodin diese Gerüchte als unzutreffend zurück[**)]. Mit Recht, denn die Wuhan-Regierung dachte nicht an eine Übersiedlung nach Nantschang. Trotzdem war das Gerücht nicht völlig sinnlos. Es brachte in unmißverständlicher Weise die Bestrebungen der großbürgerlichen Tschang-kai-schek-Gruppe nach der Zurückeroberung ihrer Machtposition zum Ausdruck.

Am 23. März dann, also direkt nach der Einnahme Schanghai; wiederholt sich das Gerücht, diesmal in etwas modifizierter Form. An diesem Tage wird gemeldet, daß Tschang militärische Vorbereitungen treffe „zur Eroberung Nankings. Diese Stadt wird höchstwahrscheinlich der Sitz der Kuomintang-Regierung werden.“[***)]

Das war mehr als zwei Wochen vor Tschangs offener Absplitterung. Anfang April kann dann Wang Tsching Wei, der ausführliche Besprechungen mit Tschang in dessen Hauptquartier gehabt hatte, nach Wuhan, wo er mit den dortigen politischen Führern sofort zur Erörterung der durch Tschang angestrebten Absplitterung zusammentrat. Von einer Überraschung im eigentlichen Sinne kann also, angesichts dieser Vorgänge, bei Tschangs Aprilaktion nicht gesprochen werden. Ob sich freilich der linke Flügel der KMT, und ob sich speziell auch die Führung der KP gewissen Illusionen darüber hingegeben hat, [757] daß sich Tschang-kai-scheks Schritt noch einmal

*) Tan Ping Schan. Am alten Ort, S. 18.
**) „The Canton Gazette“ vom 7. Februar.
***) „The Canton Gazette“ vom 23. März. Sperrung von uns.

werde hinauszögern lassen, so daß man später selbst den Zeitpunkt des Bruches bestimmen werde, anstatt ihn bestimmt zu bekommen – diese Frage läßt sich aus dem uns vorliegenden Material nicht beantworten. Zu ihrer Klärung bedarf es des Einblicks in die internen Dokumente der damaligen Wuhan-Regierung und der KPCh. Selbst wenn jedoch diese Dokumente erweisen sollten, daß man in Wuhan nicht frei von Illusionen war (nicht über das Kommen des Bruches überhaupt, wir wiederholen das, aber doch über die Möglichkeit, den Termin hinauszuschieben), so bleibt jedenfalls die Tatsache bestehen, daß bei Tschang-kai-scheks Absplitterungsaktion von einer Überraschung im Sinne des Eintretens eines völlig unerwarteten Ereignisses nicht gesprochen werden kann.

War nun Tschang ein Renegat? Im Sinne seiner Klasse natürlich nicht. Vom Standpunkte des bisher von ihm vertretenen politischen Standpunkts, der drei letzten Anweisungen Sun Yat Sens, aber ist Tschang zweifellos als Renegat zu betrachten. Vielleicht waren diese Punkte ihm schon vorher reine Phrase. (Wir glauben das nicht. In einem gewissen Zeitpunkte und unter bestimmten Bedingungen hatte die chinesische Bourgeoisie ein wirkliches Interesse an einem Kampfbündnis mit den Arbeitern und Bauern.) Allein selbst wenn Tschang niemals voll hinter den drei letzten Anweisungen Sun Yat Sens gestanden hätte, dann wäre er doch als Abtrünniger zu betrachten; so wie Karl Kautsky selbst dann ein Renegat bleibt, wenn er sich auch in seiner revolutionären Zeit schon verborgene Hintertüren nach rechts gebaut hat. Das Programm in seiner Gesamtlinie ist in beiden Fällen klar. Klar auch ist in beiden Fällen die demonstrative Abkehr von diesem alten Programm.

Gestützt auf die Massen, im Bunde mit den Kommunisten und der Sowjetunion wird die chinesische Revolution siegen ... so sagte Sun Yat Sen. Tschang hat alle drei Punkte verlassen. Der Großbürger Tschang-kai-schek ist vor den revolutionären Konsequenzen der Sunschen Forderungen zurückgeschreckt. Als sich die Frage erhob: Sieg der Revolution oder Schutz des bürgerlich-landherrlichen Eigentums? hat er, um das Eigentum der besitzenden Schichten Chinas sicherzustellen, die Fahne der Revolution in den Schmutz geworfen. (Fortsetzung folgt.)

LITERATUR

Aus dem Lager des Gegners

R. Gerber: „*Die Gesellschaft*“ *und* „*Sozialistische Monatshefte*“ *September bis November 1927*

I.

Es ist in hohem Maße bezeichnend, daß das theoretische Interesse der Sozialdemokratie sich heute – trotz der für sie doch sehr interessanten Wahlvorbereitungen und der schließlich immerhin vorhandenen Wirtschaftskämpfe – in erster Linie den Fragen der internationalen Politik zuwendet. Scheint man doch endlich zu begreifen, daß sich auf diesem Gebiete große Entscheidungen vorbereiten und sucht sich dafür irgendwie ideologisch zu rüsten. Es ist aber ebenso bezeichnend, daß die verschiedenen Strömungen in der offiziellen Sozialdemokratie (von der „Linken gar nicht zu reden) das Schwergewicht ihres außenpolitischen Interesses nach verschiedenen Richtungen orientieren: die offizielle Gruppe Hilferdings und damit die „Gesellschaft beschäftigt sich fast ausschließlich mit russischen Fragen, die alten Revisionisten und ihre „Sozialistischen Monatshefte“ mit, den imperialistischen Gegensätzen zwischen kapitalistischen Ländern. Wie man sehen wird, ist das kein Zufall.

Es ist begreiflich, daß die „Sozialistischen Monatshefte“ mit den russischen Dingen nicht viel anzufangen wissen: einerseits liegt das Interesse ihres Leserkreises so abseits von [758] allen Fragen der Arbeiterbewegung, daß irgendeins interessante Neuerscheinung auf dem Gebiet der Literatur oder der Musik viel mehr Aufmerksamkeit genießt als die Fragen der russischen Revolution, und daß Sowjetrußland eben als eine Großmacht erscheint wie andere auch, wie Japan, Amerika –, mit deren häuslichen Verhältnissen man sich eben such nur in beschränktem Maße beschäftigt. Und anderseits fehlt den offenen Revisionisten, die sich stolz als solche deklarieren, das wichtigste Instrument der menschewistischen Antisowjethetze: nämlich die Möglichkeit, mit scheinmarxistischen Argumenten den Nachweis zu führen, daß die Sowjetunion und damit der internationale Bolschewismus mit der

revolutionären Arbeiterbewegung nichts zu tun habe. So nimmt – trotz der zahlreichen Anknüpfungspunkte, die einerseits durch den zehnjährigen Bestand der Sowjetunion, andererseits durch die russische Parteidiskussion gegeben wären – in den „Sozialistischen Monatsheften“ nur der selige K e r e n s k i in einem Artikel des Novemberhefts: „Das Jubiläum der Reaktion“ zu der für ihn sicher sehr interessanten Frage Stellung, warum seine Herrlichkeit nach ach so kurzer Zeit ein Ende nahm und die bösen Bolschewisten bis heute noch nicht gestürzt sind. Für ihn ist – um es gleich zu sagen – das Problem noch komplizierter als für andere Menschen: stellt sich ihm doch die bolschewistische Revolution als Sturz des v e r w i r k l i c h t e n Sozialismus dar. Dies ist kein Scherz, sondern Kerenskis bitterster Ernst: die Märzrepublik war nach seiner Meinung „anderer Art als die klassischen bürgerlich-demokratischen Republiken, die man bisher gekannt hat. Sie beruhte auf zwei Grundsätzen: auf der unbedingten Hochachtung vor allen Rechten des freien menschlichen Individuums (lies: des Bourgeois. R. G.) und der völligen Anerkennung der Rechte der organisierten Arbeit auf die B e t e i l i g u n g an der Verwaltung des Staates und dem sozialen Aufbau.“ In diesem Paradies gab es offenbar keine Klassengegensätze und keinen Klassenkampf: „Noch im März 1917 verkündete die provisorische Regierung, die damals noch keineswegs aus Sozialisten bestand, aus eigenen Antrieb (so groß war tatsächlich der enthusiastische Aufstieg jener Zeit. A. Kerenski) die bedeutendste soziale Reform in der Geschichte Europas, die man auch sofort durchzuführen begann. Es war die Agrarreform.“ Ebenso werden die Errungenschaften des Achtstundentags, des gewerkschaftlichen Koalitionsrechts usw. als Werks der provisorischen Regierung besprochen (von deren Außenpolitik zu sprechen K. vorsorglich vermeidet). Demgemäß ist die Oktoberrevolution „bolschewistischer Verrat an diesem revolutionären Staat, eine Tat der politischen und sozialen Reaktion“. Es fragt sich nur, wie sie möglich war, wenn vorher ein so idealer Zustand herrschte und wenn insbesondere die Agrarreform schon verwirklicht war. K. weiß auf diese Frage keine Antwort, ebensowenig auf die, wie sich jenes System zehn Jahre lang halten konnte – ja, er gesteht ganz offen, nicht zu verstehen, warum in diesen zehn Jahren noch nicht alle ausländischen Sozialisten die Notwendigkeit des Interventionskriegs eingesehen hätten. Wir glauben, daß er – von seinem Standpunkte aus gesehen – zu pessimistisch ist: dieser plumpe und dumme Kleinbürger versteht nicht die feineren Methoden, mit denen klügere Leute, als er es ist, den Interventionskrieg vorbereiten.

Die „Gesellschaft“ versteht das jedenfalls besser. Im Oktoberheft beschäftigt sich die uns schon bekannte Judith G r ü n f e l d mit der Frage: „Auslandskredite und Absatzmöglichkeiten in Rußland“ – und spricht dabei noch um einige Grade klarer als in ihren früheren Artikeln: Die Genfer Erklärungen der Sowjetdelegierten, wonach man unter Erhaltung des Außenhandelsmonopols den Außenhandel entwickeln wolle, krankten an einem inneren Widerspruch: beides sei in Wahrheit unvereinbar. In Rußland herrscht das monopolistische Finanzkapital, dem nur eines fehlt: die Leistungsfähigkeit. Das Außenhandelsmonopol ist „der wichtigste der wirtschaftlichen Faktoren, die gegenwärtig die Entwicklung Rußlands aufhalten“. Der Artikel appelliert vor allem an die russischen Bauern, die mittels des Monopols vom Staat ausgebeutet und künstlich in die Naturalwirtschaft zurückgeschleudert wurden, was auch die Industrie schädige, indem die Not der Landwirtschaft industrielle Arbeitslosigkeit erzeuge. Dazu müssen wir uns allerdings die Frage erlauben, wie sich das – zweifellos vorhandene – Abströmen proletarischer Elemente des Dorfes in die Stadt mit der von G. behaupteten „Rückkehr zur Naturalwirtschaft vertragen kann (ein gewisser Marx soll solche Erscheinungen für Begleiterscheinungen des Übergangs von der Naturalwirtschaft zur Geldwirtschaft, also der Zersetzung der alten patriarchalischen Verhältnisse, gehalten haben). Die Aufhebung des Monopols würde nach G. die Kaufkraft der Landwirtschaft stärken und den Absatz zum Beispiel der russischen Schuhindustrie steigern – und wenn andere (nach Meinung jenes gewissen Marx wichtigere) Industriezweige zugrunde gehen, so sei das kein Schaden: die „russische Maschinenindustrie wächst sich allmählich zu einer volkswirtschaftlichen Plage aus“! Vor dem Kriege war man vernünftiger: da „sah man ein, daß der Zeitpunkt zur Entwicklung einer eigenen Maschinenindustrie noch nicht gekommen“ und importierte 63 Prozent der benötigten Maschinen. (Hätte man es n i c h t eingesehen, so hätten die ausländischen Kreditgeber es der russischen Bourgeoisie mit dem nötigen Nachdruck klargemacht. R. G.) Aber Grünfeld bemüht sich eben, den Russen die Überflüssigkeit ihrer Industrie zu beweisen: die Hebung der Bauernkaufkraft ist das Zentralproblem – auch eine Kapitaleinfuhr würde, wenn sie

gelänge, der russischen Industrie bei der Unwirtschaftlichkeit in der Kapitalsverwendung nichts helfen. Mangels jeder Demokratie sei eine Kontrolle der Preispolitik der Wirtschaftsorgane nicht möglich: es entwickle sich die „bonapartistische Diktatur“ ist dem Sinne, daß die Wirtschaftsfunktionäre die Betriebe in ihrem Privatinteresse verwalten [759] (also eine neue Formulierung der Entartungstheorie, bei der nicht die Kulaken – an deren „demokratisches Empfinden“ ja G. appelliert – sondern der eigene Verwaltungsapparat der Sowjetmacht als neue herrschende Klasse erscheint). Der prinzipielle Fehler liegt nach G. darin, daß die Gewerkschaften die Arbeiter für die Kontrolle der Tätigkeit der Wirtschaftsorgane mobilisieren, statt für den Kampf um den Sturz des ganzen Systems, der Sowjetmacht. Für die Bauern hat G. noch eine praktischere Parole: die Hauptmasse der Steuern kommt vom Dorf, wird aber nicht für das Dorf verwendet, sondern für eine kostspielige Industrialisierung vergeudet. Nicht eine Blockade von außen, sondern die eigene Politik des Sowjetregierung sei an dem geringen Umfange des Außenhandels schuld: die Sowjetunion befinde sich ja geradezu in einer privilegierten Stellung: keinem anderen Staat würden die Nachbarn eine derartige Schutzzollpolitik erlauben – Rußland gegenüber tue man es, weil niemand, „mit Ausnahme der bornierten englischen Konservativen“ (in wessen Interesse schreibt Grünfeld denn? R. G.) es sich mit einem derartigen Absatzgebiet verderben will. Die freundliche Behandlung der USSR durch die Kapitalisten (die außer G. noch niemand bemerkt hat) sei also eine „Belohnung für industriellen Rückschritt“, der das Land als Ausfuhrland niemandem gefährlich (darum die Petroleumoffensive Deterdings! R. G.), als Einfuhrgebiet aber jedem begehrt mache (wie das möglich ist, wenn das Außenhandelsmonopol jede Einfuhr vereitelt – dieses Geheimnis zu lösen, müssen wir der guten Judith überlassen). Aus diesen Voraussetzungen ergibt sich dann ungezwungen Grünfelds politisches Programm: Aufhebung des Außenhandelsmonopols, Beschränkung des Zollschutzes, Verzicht auf staatliche Unterstützung der Staatsindustrie, die sich in freier Konkurrenz mit dem Privatkapital auseinandersetzen und, wenn ihre Betriebsmittel nicht reichen, ihm übergeben werden soll, – und als Voraussetzung aller dieser schönen Dinge „ganz andere politische Verhältnisse“, „Beseitigung der Parteidiktatur“ (die oppositionellen Genossen sollten, wenn sie solche Dinge lesen, einmal die objektive Wirkung mancher ihrer eigenen Kundgebungen nach außen überlegen. R. G.), „Demokratie“ – und eine andere Konzessionspolitik, da die bisherige „zu wenig Auslandskapital hereinbrachte“ – also offenbar Kolonisierung des Landes durch fremde Kapitalisten.

Grünfelds Artikel gibt eine klare strategische Linie – die Chamberlains. Aber auch dessen Taktik ist mit der der „völkerbefreienden“ Sozialdemokratie identisch: beide benützen sogar dieselben militärisch-politischen Operationspläne. Wenn jemand das übertrieben findet, so mag er E. Strauß’ Artikel „Der Freiheitskampf der Ukraine“ im Septemberheft der „Gesellschaft“ lesen: im Rahmen einer ausführlichen, aber reichlich gefälschten (es wird verschwiegen, wer die Deutschen nach der Ukraine gerufen und wer Denikin hinausgeworfen hat) historischen Darstellung wird die Petljura-Richtung und der heutige reaktionäre ukrainische Nationalismus (der bekanntlich in Piłsudskis Berechnungen eine Hauptrolle spielt) in allen Tonarten verherrlicht – einschließlich „ihrer herrschenden Klassen“, die „der ukrainischen Nation verloren gingen“ (es handelt sich um teilweise Jahrhunderte zurückliegende Gelegenheiten, bei denen sich der ukrainische Feudaladel, wie seine Klassengenossen in anderen Ländern, dem Stärkeren anschloß und „seine“ Nation – die ihn deswegen doch verherrlicht – verriet). Die Bolschewisten werden in allen Tonarten beschimpft – vor allem deshalb, weil sie 1921 „die Getreidevorräte aus der Ukraine weggeführt“ haben, „um das Wolgagebiet zu retten“. Schrecklich – um so mehr, als, wie S. an einer anderen Stelle bemerkt, die Requisitionen vorwiegend die reichen und mittleren Bauern trafen! E. Strauß ist wohl heute noch empört darüber, daß der von den deutschen und österreichischen Sozialpatrioten geförderte „Brotfrieden“ mit dem Pogromhelden Petljura nicht den erwarteten Erfolg hatte. Den Schluß bildet natürlich ein Appell an die sozialistische Internationale, sich des armen und bedrängten Volkes anzunehmen.

In ihrer Novembernummer, die sich hauptsächlich mit russischen Fragen beschäftigt, ist die „Gesellschaft“ vorsichtiger – verfolgt aber in der Sache die gleiche Linie. Potressow bringt recht interessante persönliche Erinnerungen an Lenin aus der Zeit vor 1903 – natürlich gesehen durch seine menschewistische Brille, die ihn veranlaßt, nach den Anfängen von Lenins „jakobinisch-sektiererischen Einstellung“ zu suchen.

J u g o w schreibt über „Grundprobleme der russischen Volkswirtschaft“ – ruhiger als Grünfeld, aber auf derselben Linie. Zunächst untersucht er die Frage, „ob die Sowjetwirtschaft eine Planwirtschaft sei“ und weist uns die „nette“ Tatsache nach, daß es in einem kleinbürgerlichen Lande starke Elemente der Planlosigkeit gibt. Daß man gegen sie k ä m p f e n kann, übersieht J. natürlich – besteht doch seine geschichtliche Rolle eben darin, diesem Kampf in den Rücken zu fallen. In den schwärzesten Farben wird (als Argument gegen die Möglichkeit des sozialistischen Aufbaues in Rußland) das – unbestreitbare und von niemandem geleugnete – Vorkommen von Wirtschaftskrisen geschildert, dabei aber zugleich gröbster Unsinn verzapft (so, wenn Beamtenabbau und Arbeitslosigkeit durch Zustrom vom Dorf als Symptome einer Krise in demselben Sinne, wie wir sie periodisch im Kapitalismus feststellen, bezeichnet werden). „Die schwerste Verurteilung des russischen Wirtschaftssystems, der überzeugendste Nachweis seiner Planlosigkeit liegen eben darin, daß dieses System das Land in eine Krise in Permanenz stürzt, daß es die Produktivkräfte des Landes (bes. den Kapitalismus) fesselt, die, von der Revolution in Freiheit gesetzt, spontan zur höchsten Entfaltung drängen.“ Wie J u g o w das auffaßt, wird zur Genüge dadurch charakterisiert, was er zu den aktuellem Fragen zu sagen hat. Bei der Industrie „entdeckt“ er, daß der Vorkriegsstand erreicht ist, daß die Weiterentwicklung nicht im [760] bisherigen Tempo vor sich gehen wird, daß das Grundkapital erneuert werden kann, daß es unwirtschaftliche, bürokratische Mißstände gibt, daß die Industrie in den nächsten Jahren den Zustrom vom Dorfe nicht aufsaugen wird usw. – immer unter gröbster Übertreibung der Tatsachen, die so weit geht, daß er zum Beispiel die russischen Industriepreise mit dem Vorkriegsniveau vergleicht, ohne festzustellen, daß die Teuerung bis zu einem gewissen Grade eine internationale Erscheinung darstellt, die offenbar andere als innerrussische Ursachen hat. Positives weiß er nicht zu sagen – begreiflicherweise, da ja seine ganze politische Linie auf die Liquidierung der russischen Industrie orientiert ist. Um so offener wird er bei der Besprechung der L a n d w i r t s c h a f t: hier sagt er klar, worin seiner Meinung nach die „Produktivkräfte“ und die „Schranken“ bestehen. Er spricht von der Freimachung der Produktivkräfte durch die Agrarrevolution (wobei dieser „Sozialist“ seine besondere Kritik der Sowjetregierung zuwendet, weil sie nicht alles Junkerland den Bauern gegeben hat, sondern einen Teil für Sowjetwirtschaften, als Reservefonds für arme Bauernwirtschaften usw. behielt). „Binnen kurzer Zeit jedoch stieß die Bauernschaft bereits auf Hindernisse, deren Ursache die Sowjetregierung war.“ Worin bestanden sie? Antwort: „Aber euch unabhängig von solchem Zickzackkurs ist die Bauernpolitik der Regierung von Grund auf beherrscht vom Kampfe mit dem w o h l h a b e n d e n Landwirt, von einem Kampf, bei dem man nicht einmal vor der Verletzung wesentlicher Interessen der Wirtschaft selbst zurückschreckt. Der w o h l h a b e n d e Bauer ist bei den Wahlen zu den lokalen Sowjets des Wahlrechts beraubt, die für ihn geltenden Steuersätze reichen bis an die 30 Prozent heran, verschiedene Naturalleistungen sind ihm von Staats wegen auferlegt, landwirtschaftliche Maschinen und Betriebsinventar erhält er vom Staate nur an letzter Stelle, Kredite werden ihm nicht gewährt, bei der Landesvermessung werden ihm auf Grund des Landvermessungsvorschriften die schlechtesten und am weitesten abgelegenen Ackerflächen zugewiesen.“ „... Den Bauern beunruhigt vor allen Dingen die Rechtsunsicherheit seines Bodenbesitzes (also die Grundnationalisierung)“ ...

Jugows politischer Kurs geht also klar auf den Kulaken, den „wohlhabenden Bauer“. Entfesselung s e i n e r Produktivkräfte, Gewährung politischer Rechte a n i h n ist seine Parole, und die Sowjetregierung wird kritisiert, weil sie das n i c h t tut (welche Kritik übrigens ehe Formen der o p p o s i t i o n e l l e n Kritik ins richtige Licht stellt). Und dieser Klassenlinie entspricht Jugows Programm: „Verengerung“ der Basis der verstaatlichten Industrie (natürlich „im Interesse der Erhaltung der entscheidenden Industriezweige“) „mittels einer Entstaatlichung der verarbeitenden Industrie und der industriellen Kleinbetriebe“. „Nur auf diesem Wege (also durch Übergang jener Betriebe ans Privatkapital) wird eine Erweiterung der Produktion, eine Linderung der Warennot und ein Abbau der Preise der industriellen Erzeugnisse möglich sein.“ Weiterhin „gründliche Revision des ganzen herrschenden Außenhandelssystems und ein Verzicht darauf, den Bauern dem industriellen Gegenwert nicht entsprechende Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse aufzuzwingen“. „Die zweckmäßige Lösung all dieser grundlegenden wirtschaftlichen Probleme ist nur in den Bedingungen einer gesicherten Rechtsordnung, einer gesellschaftlichen Kontrolle und einer weitverzweigten Öffentlichkeit

möglich – und das wiederum erheischt die Beseitigung des Diktaturregimes und die Errichtung einer demokratischen Staatsordnung," Man sieht – mit etwas anderen Worten kehrt zur Feier des zehnjährigen Bestandes der Sowjetunion das Grünfeldsche Programm wieder. (Fortsetzung folgt)

[761]

Die Internationale
Jahrgang 10 * Berlin, den 20. Dezember 1927 * Heft 24

„Abrüstung!“

E. S. Die vierte Abrüstungsvorkonferenz in Genf wäre noch farb- und klangloser als ihre drei Vorgängerinnen verlaufen, wenn ihr nicht das Auftreten der sowjetrussischen Delegation eine besondere Note gegeben hätte – eine für die imperialistischen Großmächte und ihre sozialimperialistischen Helfer aus dem Lager der Zweiten Internationale allerdings sehr unangenehme und höchst unerwünschte Note. Noch im September 1926 hatte Briand unter dem begeisterten Beifall der Völkerbundsclaque die Forderung „Fort mit den Mitrailleusen und Kanonen“ verkündet. Inzwischen hat die Poincaré Briand-Regierung die neuen Militärgesetze durchgesetzt, die eine vollständige Militarisierung der „Nation“, Bevölkerung und Wirtschaft, sichern sollen. Paul Boncour, der Pazifist und einflußreiche Sozialdemokrat, hat diese Gesetze verfaßt und jederzeit warm befürwortet. Die ersten Ergebnisse dieser „pazifistischen“ und „sozialistischen“ Friedenspolitik sind bereits sichtbar und für das werktätige, steuernzahlende Volk Frankreichs recht fühlbar: Der neue französische Heeresetat fordert zwei Milliarden Franken mehr als der vorjährige.

Chamberlain, der seinerzeit Briand zu seiner Friedensrede lebhaft beglückwünschte, hat als maßgebender Vertreter der englischen Imperialisten an seinem Teile mitgeholfen, daß die Flottenabrüstungskonferenz der Großmächte USA, England und Japan zu einer großen Pleite wurde – mit dem Ende: „Auf unbestimmte Zeit vertagt!“

Den Mächten wäre ein großer Gefallen geschehen, wenn die Abrüstungskonferenz nach einigen für pazifistische Stimmungen „nützlichen“ Reden ihre Arbeiten in Kommissionen begraben und schließlich die Konferenz selbst ohne viel Aufsehen bis auf das nächste Jahr vertagt hätte. Dieses Spiel könnte ja so fortgeführt werden, bis ihm der Donner der Geschütze und das Rattern der Maschinengewehre ein Ende bereitete. Ein möglichst stiller Verlauf der Abrüstungsvorkonferenz erschien um so erwünschter, als die darauf folgende Ratstagung mit dem polnisch-litauischen Konflikt „belastet“ war, der augenfälliger als alle anderen „Zwischenfälle“ und imperialistischen Gegensätze die verschärfte Kriegspolitik der imperialistischen Großmächte und damit das bedrohliche Anwachsen der Kriegsgefahr (und der Hetze gegen die Sowjetunion) beweist.

Das Auftreten der Delegation der Sowjetunion hat dieses Spiel jäh gestört. Die Vorschläge der Sowjetunion auf vollständige Abrüstung und die Reden der Genossen L i t w i n o w und L u n a t s c h a r s k i wirkten auf die bürgerliche Gesellschaft wie Keulenschläge. Sie stellten die schärfste Anklage gegen die imperialistischen Mächte dar, die unter heuchlerischen Friedens- und Abrüstungsreden immer stärker gesteigerte Kriegsrüstungen und Kriegsbündnisse betreiben.

[762] Die Vertreter der Sowjetmacht traten in Genf als Anwälte der Werktätigen der ganzen Welt gegen die Imperialisten auf und ihr Ruf: Schluß mit der imperialistischen Kriegspolitik! Schluß mit dem zu neuen, gewaltigeren Kriegen treibenden Imperialismus! ist zugleich die Ankündigung und Bekräftigung, daß die Sowjetunion Rückhalt und Vortrupp aller gegen den Imperialismus gerichteten revolutionären Kräfte und Bewegungen ist.

Der Vorschlag auf vollständige Abrüstung und die Bereitwilligkeit, jeden Vorschlag in der Richtung auf wirkliche Abrüstung anzunehmen und zu unterstützen, zwingt die imperialistischen Mächte, die sich bisher gegenseitig ihre Friedensbereitschaft bescheinigten, vor allen Werktätigen Farbe zu bekennen.

Das Auftreten der Sowjetunion gegen den Abrüstungsschwindel ist um so bedeutsamer, als die Kriegsvorbereitungen des britischen Imperialismus gegen die Sowjetmacht im letzten Jahre immer stärker auf offene Provokation zusteuerten. Der Aufruf: vollständige Zertrümmerung der Kriegswerkzeuge! ist zugleich ein Appell an das internationale Proletariat gegen die imperialistische Einkreisung und Bedrohung der Sowjetunion.

Die Vertreter der siegreichen proletarischen Revolution fordern vor der Arbeiterklasse und vor den unterdrückten Völkern der Welt die Imperialisten in die Schranken: Wir oder ihr! Wir kämpfen für

den Frieden, ihr rüstet stärker als je zum Kriege! Wir fordern vollständige Abrüstung, ihr verstärkt den Militarismus! Proletariat gegen Bourgeoisie! Sturz der imperialistischen Herrschaft! Schluß mit der imperialistischen Kriegspolitik!

Die Sowjetunion betreibt ihre revolutionäre Propaganda und Politik für den Frieden um so nachdrücklicher, weil man – wie Litwinow ausführte – „überall das Herannahen des Krieges spürt“ und „sofort handeln“ muß.

In vollständiger Klarheit und Schärfe wird den imperialistischen Mächten gesagt:

„Die Verwirklichung dieses Programms (der vollständigen Abrüstung! E. S.) entspricht selbstverständlich nicht den politischen Interessen der großen Mächte.“ Denn „der Militarismus und der Marinismus sind die natürlichen Konsequenzen, die dem Kapitalismus innewohnen ... Aber die Völker ... sind durchaus geneigt, gegen neue imperialistische Kriege zu kämpfen und den internationalen Frieden zu sichern.“ Jedoch ist nach allen Erfahrungen klar, daß der Völkerbund, insbesondere die interessierten imperialistischen Staaten kein Verlangen haben, sich praktisch einer Abrüstungspolitik zu widmen.“

Hiermit ist ganz klar gesagt: Wer die Abrüstung erzwingen, wer den Frieden sichern will, der muß für die Vernichtung des kapitalistischen Systems kämpfen.

„Erst nach dem Sieg des Sozialismus kann man die Waffen auf den Kehrichthaufen werfen!“

(Lenin: „Über die Losung der Abrüstung“, zitiert aus „Gegen den Strom“, 8. 504.)

II.

Die 14 Vorschläge zur praktischen Durchführung einer vollständigen Abrüstung haben es den Feinden der Sowjetmacht und des Kommunismus angetan. Sie sind „zu einfach“, um praktisch durchführbar zu sein! Ja, sie sind so einfach, daß jeder Arbeiter, jeder Werktätige, jedes proletarische Kind sie versteht – und sie dem Ergebnis der fast zweijährigen Arbeit der Abrüstungskommission gegenüberstellen kann, die bisher noch nicht einmal die Vorfrage zu klären vermochte: Was gehört überhaupt zu Kriegsrüstungen? Die Diplomaten, die Militärs und die Trustgewaltigen der Rüstungsindustrie verstehen sich gegenseitig sehr gut in die Hände zu spielen, sie fragen [763] erstaunt und sind jahrelang erstaunt: Was gehört überhaupt zu den Kriegsrüstungen? Sie machen sich’s nicht so „einfach“ wie die Sowjetmacht, die keine Rücksicht auf die Interessen und Profite der Rüstungsindustrie nimmt und „einfach“ diesem blühenden „Erwerbszweig“ genau so ein Ende bereitet wissen will, wie den Kriegsministerien, Generalstäben, militärischen Verbinden usw.

Was vermag die Bourgeoisie gegen die bolschewistische Friedenspropaganda zu tun?

Die Beteiligung der Sowjetdelegation an der 4. Vorkonferenz war ihnen höchst unbequem. Darum erhob vor allem die englische Presse vor der Konferenz ein heftiges Geschrei, etwaige Propagandareden müßten unter allen Umständen verhindert werden. Da es nicht möglich war, obwohl es versucht wurde, eine programmatische Rede der Sowjetdelegation au verhindern, blieben keine anderen Abwehrmittel als die: sich auf keine Diskussion einzulassen, die Arbeiten der Kommission so rasch wie möglich abzubrechen und für die Zukunft noch mehr als bisher zu verschleppen.

Zwei Pazifisten und Abrüstungssachverständige wurden ausersehen, in dieser Richtung der Sowjetdelegation zu „antworten“: Graf Bernstorff, Vertreter der deutschen Bürgerblockregierung, und Paul Boncour, der französische Sozialist, Vertreter der Poincaré-Regierung, Verfasser der französischen Militärgesetze.

Die deutsche Bourgeoisie trat bislang in Genf immer am schärfsten für Beschleunigung der Arbeiten ein – und zwar unter der Parole: Abrüstung setzt zuerst Gleichstellung der Mächte gegeneinander in bezug auf den Rüstungsstand voraus (Bernstorff in „Völkerbundsfragen“, Heft 7/8, Juli 1926). Zu deutsch kann das nichts anderes heißen: Wenn die andern nicht abrüsten, erfordert die „Gerechtigkeit“, daß wir in Deutschland unsere Rüstungen auf den Stand der übrigen Mächte bringen! Diesen Anspruch zu erheben und zu verteidigen, das war und ist die vornehmste Aufgabe der deutschen „Abrüstungspolitik“. Ihr gerade kamen der Vorschlag und das Auftreten der Sowjetdelegation vollständig ungelegen. Der Bürgerblocksdelegierte Bernstorff hatte dann auf einmal auch keine Eile mehr

mit der Einberufung der allgemeinen Abrüstungskonferenz und erklärte sich für eine rasche Vertagung der 4. Vorkonferenz. So wie die deutsche Abrüstungsdelegation in dieser Frage der Verzögerung und Verschleppung der Arbeit als Anwalt der imperialistischen Kriegspolitik auftrat (Deutschland beharrt ja selbstverständlich zäher als je auf Aufrüstung und hat sich d e s w e g e n als Verteidiger der bisherigen Arbeit gegen die Sowjetdelegation in den Vordergrund gestellt), so trat in den materiellen Fragen der Sachverständige der II. Internationale, Paul Boncour, als Verteidiger der imperialistischen Mächte und ihres Abrüstungsschwindels auf. Klarer kann die Rolle der II. Internationale nicht gekennzeichnet werden als durch die Tatsache, daß sie in diesen Lebensfragen, Krieg oder Frieden, nicht nur die Imperialisten unterstützt, sondern als Wortführer für die imperialistische Politik gegen die Sowjetmacht, den ersten Arbeiterstaat, auftritt.

Nicht nur Paul Boncour spielt ja diese Rolle, sondern die gesamte sozialdemokratische Führerschaft. Die deutsche Sozialdemokratie deckt vollständig die Stresemannsche (d. h. des Bürgerblocks!) Außen- und Völkerbundspolitik. Die deutsche sozialdemokratische Presse – mit wenigen Ausnahmen – hat alles getan, um in Verteidigung des imperialistischen Völkerbundes die Abrüstungsvorschläge der Sowjetmacht zu diskreditieren und lächerlich zu machen. Der „Vorwärts“ höhnt über „Abrüstungs-ABC der Russen“, andere Zeitungen nennen das Vorgehen der Sowjetmacht „utopischen [764] Unsinn“. Paul Levi – als ausgezeichneter „linker“ Führer – kommt der Bourgeoisie mit folgenden Auslassungen zu Hilfe:

„Die Russen aber rufen: Abrüstung, Abrüstung! Die ‚Rote Fahne‘ ruft: Abrüstung, Abrüstung ... Soll das am Ende keine revolutionäre Parole sein?

Wir ‚Vulgärmarxisten‘ sind da nun ganz anderer Meinung. Rußland, das Bündnisse mit kapitalistischen Staaten sucht und dessen revolutionäre Reinheit darin besteht, daß es vorläufig keine Verbündeten gefunden hat, ist damit in die Reihe derer, die Kriege machen, nicht derer, die sie verhindern. Verhindern nämlich tun Kriege die, die dem Kapitalismus nicht zureden, ein Schamtüchlein umzulegen, sondern die, die den Kapitalismus bekämpfen gerade dann, wenn er das Proletariat in die schlimmste Krise, den Krieg, hineinstürzt, und die diesen Kampf vorbereiten, indem sie die Tendenzen des Kapitalismus aufzeigen, daß er Krieg meint, wenn er Frieden sagt.“

Also e r, Paul Levi, kämpft gegen den imperialistischen Krieg, und die „Russen“ sind „in der Reihe derer, die Krieg machen!“

Diese offene Unterstützung der Bourgeoisie im Kampf gegen die Friedenspropaganda wird in derselben sowjetfeindlichen Weise von der Maslow-Gruppe genährt. Die Maslow-Fahne schreibt (Nr. 39. vom 9. Dez.) von der Preisgabe des Leninschen Standpunktes in der Abrüstungsfrage und beschuldigt genau wie die SPD die Sowjetregierung des bürgerlichen Pazifismus und Opportunismus; denn Sie stelle die „Forderung“ der „Abrüstung“, sie predigte den imperialistischen Regierungen „Abrüstung“!

Zu dieser gleichartigen Kritik von Levi bis Maslow kommt noch die „Leipziger Volkszeitung“ die den sozialdemokratischen Arbeitern einreden will, daß die Sowjetmacht ihren früheren Standpunkt gegen den Völkerbund aufgegeben habe, sich jetzt dem Völkerbund nähere, den „Anfang“ (vom Ende!) gemacht habe und beiläufig sogar mit Paul Boncour an einem Strick ziehe!

Diesen Fälschungsversuchen und Täuschungsmanövern in der Vereinigung der Friedenspropaganda der Sowjetunion und der Komintern steht nicht nur der Wortlaut der sowjetistischen Deklaration in Genf und deren Echo in der Bourgeoisie entgegen, sondern ebenso die geschichtlichen Tatsachen der letzten zehn Jahre: Der Friedensaufruf „An Alle!“ von Anfang Dezember 1917, der Vorschlag in Genua (April 1922) auf vollständige Abrüstung, die Einberufung einer Abrüstungskonferenz der Randstaaten nach Moskau (Dezember 1922) und schließlich die verschiedenen Erklärungen der Sowjetregierung als Antwort auf die Einladungen zu früheren Konferenzen (zu denen die Sowjetmacht wegen der damals bestehenden Schwierigkeiten und Differenzen mit der Schweiz keine Delegation schickte, nachdem Verlegung außerhalb der Schweiz von den imperialistischen Mächten abgelehnt war). Die Stellung der Sowjetmacht ist unter Führung Lenins seinerzeit festgelegt und seither streng beibehalten worden.

Daß es der sozialdemokratischen Führerschaft nicht überall gelingt, ihre Anhänger mit Verwirrungsmanövern über bürgerlichen Pazifismus einzuschläfern, das zeigt die Tatsache, daß eine Reihe von Zeitungen die Hetze gegen die Sowjetunion bei diesem Anlaß nicht mitzumachen wagten, so die Wiener „Arbeiterzeitung", die Chemnitzer „Volksstimme" und in England der „Daily Herald". Diese Stimmen, die zugeben, daß in der Deklaration Litwinows der Wille und die Interessen des internationalen Proletariats zum Ausdruck kommen, sind ein Zugeständnis an den wachsenden Widerstand in sozialdemokratischen Arbeiterkreisen gegen die gesamte Völkerbundspolitik der II. Internationale und die Haltung der Sozialdemokratie zum Problem der imperialistischen Kriege. [765]

III.

Es geht nicht um eine isolierte Stellungnahme zu den Rüstungsfragen, sondern um das für die Arbeiterklasse ausschlaggebende Problem des imperialistischen Krieges und darüber hinaus des Imperialismus überhaupt. Die II. Internationale vertritt offener als je seit 1914 bis 1918 die Burgfriedens- und Koalitionspolitik und stößt auf schärferen Widerstand bei den sozialdemokratischen Arbeitern, die eine solche Politik nicht wollen.

Bei dieser Gelegenheit muß auf Crispiens Bericht in Kiel über die „Sozialistische Arbeiter-Internationale" hingewiesen werden, wo er die Mitarbeit von möglichst viel Sozialdemokraten in den Völkerbunds-Kommissionen als beste Friedenspolitik anpries und die „Demokratisierung" des Völkerbundes in dieser Richtung forderte. In vollem Einklang damit stehen die Ergebnisse der letzten Tagung der Exekutive der II. Internationale (in Brüssel vom 11. bis 13. September 1927), wonach die Abrüstungsarbeiten des Völkerbundes unterstützt werden müssen. Selbstverständlich können diese getreuen Diener der Bourgeoisie keinen Kampf gegen die imperialistische Kriegspolitik der Völkerbundsmächte führen, sondern müssen sehr geschäftig tun, um die werktätigen Massen in dem Glauben zu halten, es geschähe tatsächlich etwas, um den Frieden zu sichern. So ist es zu verstehen, daß ein Teil der sozialdemokratischen Presse wütend gegen die Sowjetunion hetzt (wegen pazifistisch verbrämter Kriegspolitik!!) und ein anderer Teil, dem stärkeren Druck des Friedenswillens der Arbeiter nachgebend, dem Auftreten der Sowjetmacht zustimmt, selbstverständlich ohne daraus eine Konsequenz in bezug auf die sozialdemokratische Völkerbundspolitik zu ziehen.

Das Problem der Abrüstung, wie es von der Sowjetdelegation in Verbindung mit der imperialistischen Politik der Mächte und im besonderen mit den imperialistischen Kriegsvorbereitungen als Problem des sozialistischen Umsturzes gestellt worden ist, wird in dieser oder jener Form (Schutz der Sowjetunion, Verhinderung des imperialistischen Krieges, Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg) als ein Ziel des Sozialismus gerade in der nächsten Zeit wegen der ständig wachsenden imperialistischen Kriegsgefahren die Auseinandersetzungen zwischen Menschewismus und Kommunismus in der Arbeiterklasse beherrschen. So wenig in der SPD über grundsätzliche Fragen diskutiert wird, so muß in der letzten Zeit doch gerade auf diesem Gebiet ein großes Interesse festgestellt werden.

Die Exekutive der II. Internationale hat festgestellt:

„Nur wenige Jahre sind vergangen, seitdem die Völker die furchtbare Lehre des Weltkriegs erhalten haben, und schon taucht die Gefahr neuer Kriege wieder auf. Das Wettrüsten beginnt von neuem ..."

„Sollte die Kriegsgefahr akut werden, so haben die Parteien zusammen mit den Gewerkschaften alle zweckdienlichen Mittel zur Verhinderung des Krieges anzuwenden. Die sozialistischen Parteien aller Länder haben die Aufgabe, d i e s e P r o b l e m e z u s t u d i e r e n und die Beschlußfassung über die Aktion für einen internationalen Kongreß vorzubereiten."

Diese Gesellschaft der Kriegskreditbewilliger des letzten imperialistischen Krieges beginnt jetzt – die Probleme zu studieren! So wie die Abrüstungskommission des von der Sozialdemokratie als Friedensinstrument gepriesenen Völkerbundes seit zwei Jahren das Studium betreibt! Nur ist die Frage, ob es dem Völkerbund und der imperialistischen Völkerbundssozialdemokratie gelingt, die werktätigen Massen über die Kriegsvorbereitungen auf die Dauer hinwegzutäuschen und sie in einen neuen, größeren imperialistischen Krieg blind hineinzuführen! – In einen Krieg, der [766] selbstverständlich

als „Verteidigungskrieg“ erklärt wird (die Septembertagung des Völkerbundes hat ja Angriffskriege „verboten“!!).

Die Sowjetunion und die Komintern weisen die Arbeiter und alle Werktätigen auf die Kriegsvorbereitungen der imperialistischen Mächte, auf den schändlichen, mit Hilfe der Sozialdemokratie in Szene gesetzten Abrüstungsschwindel hin und zeigen den einzig möglichen Weg zur Sicherung des Friedens, zu Verhinderung imperialistischer Kriege: schonungsloser Kampf der Werktätigen in jedem kapitalistischen Lande zum Sturz der Bourgeoisie und ihrer sozialdemokratischen Helfer, zur Zertrümmerung des Imperialismus, zur Errichtung der proletarischen Diktatur, zum Sieg des Sozialismus!

*

Der Angriff der Schwerindustrie

Von A. E w e r t[*)]

In fast allen Ländern Europas besteht in der Schwerindustrie der Achtstundentag. Frankreich und Belgien, Österreich und die Tschechoslovakei, England und Skandinavien haben ihn. Das faschistische Italien und Polen haben den Arbeitern diese Errungenschaft längst geraubt. Es gibt heute eigentlich nur zwei Industriestaaten mit einer riesigen Schwerindustrie, in denen die zehn- und zwölfstündige Arbeitszeit noch besteht: Die Vereinigten Staaten von Amerika und – Deutschland. In den ersteren arbeiten heute noch 60 Prozent der in der Hüttenindustrie beschäftigten Arbeiter mehr als acht bis zu zwölf Stunden täglich. In Deutschland wurde den Arbeitern durch die Ermächtigungsgesetze und die gleichzeitig unternommenen Angriffe der Unternehmer vor drei Jahren der Achtstundentag entrissen, Heute beträgt die Arbeitszeit in der wichtigsten Gruppe der deutschen Schwerindustrie, der nordwestlichen, 57 Stunden pro Woche. Für eine ganze Reihe von Arbeitergruppen ist daraus in der Praxis und durch die Schiedssprüche des Sozialdemokraten Mehlich die zwölfstündige Schicht geworden. Dabei gehört die deutsche Schwerindustrie zu der höchstentwickelten in ganz Europa. Ihre Produktivität wird in der ganzen Welt nur von der Schwerindustrie in den Vereinigten Staaten übertroffen.

Die Rationalisierung hat insbesondere in der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie gigantische Fortschritte gemacht. Die Produktionssteigerung ist enorm, schätzungsweise beträgt sie seit 1925 70 v. H. Die Unternehmer versuchen, diese Tatsache möglichst dadurch zu verschleiern, daß sie die Zahl der beschäftigten Arbeiter in den einzelnen Werken bei ihren Produktionsstatistiken überhaupt nicht mehr veröffentlichen. Aber selbst bürgerliche Wirtschaftsstatistiker (Dr. W. Goldstein, „Berliner Tageblatt“, 20.2.1927) müssen zugeben, daß die Tagesleistung der Arbeiter von 1925 bis 1926 bei den Hochöfen um 37 Prozent, bei den Stahlöfen um 44 Prozent gestiegen ist. Die Leistungen sind seitdem auf dieser Grenze nicht stehen geblieben, sondern weiter gesteigert worden. Die ungeheuren Rationalisierungsgewinne und Anleihen, die glänzende Konjunktur haben es der deutschen Schwerindustrie ermöglicht, ihre Werke auf eine bisher nie erreichte technische Höhe zu bringen. Gewaltige, moderne Neubauten sind errichtet worden resp. werden gebaut.

Darüber hinaus hat sich die deutsche Schwerindustrie durch ihre führende Rolle in der Kontinentalen Rohstahlgemeinschaft weitere Rückendeckung geschaffen. Die große Inlandskonjunktur ermöglichte es ihr sogar, Konzessionen in der Richtung der Einschränkung ihrer Ausfuhr zu machen, und durch die Monopolpreise des Inlandsmarkts jeden daraus erwachsenden Schaden wettzumachen.

Die Dividenden werden zwar, wie bei den Vereinigten Stahlwerken, durch Überkapitalisierung und allgemein bei allen Werken durch enorme Abschreibungen auf einer möglichst niedrigen Stufe gehalten, um die „Begehrlichkeit“ der Arbeiter nicht zu steigern. Wie es aber in Wirklichkeit aus-[767]sieht, das zeigt die vor kurzer Zeit veröffentlichte Bilanz von Krupp. Dabei gehört Krupp zu demjenigen Teil, der neben einer Reihe moderner Werke noch eine verhältnismäßig große Zahl veralteter Betriebe mitschleppen muß.

Die Lage der Arbeiterklasse dagegen hat sich verschlechtert. Ihr ist der Achtstundentag geraubt worden Der Reallohn ist seit 1924 nur ganz minimal gestiegen. Ende 1924 betrug der Lohn eines

[*)] Der Artikel ist vor Fällung des Schiedsspruchs geschrieben.

g e l e r n t e n Metallarbeiters 60 Pfennig pro Stunde bei einem Lebenshaltungsindex von 135,4, heute beträgt er 76 Pfennig bei einem Index von 150,2. Bei einer Steigerung der Arbeitsleistung um 70 Prozent ergibt sich heute ein Reallohn, der teilweise noch unter dem von 1913 liegt, im Durchschnitt diesen keinesfalls übertrifft. Das in den Betrieben vorhandene Hetzsystem führt zu einer außerordentlichen Steigerung der Krankheitsziffern, Unfälle und Todesfälle, die heute je nach den einzelnen Werken die von 1913 um 30 bis 50 Prozent übersteigen.

Eine dumpfe Gärung ist in der Arbeiterschaft vorhanden, die nur deshalb nicht in gewaltigen Kämpfen ihre Entladung fand, weil die reformistische und christliche Gewerkschaftsbürokratie mit allen Mitteln des Betrugs und des Druckes jeden einheitlichen Kampf verhinderte. Die KPD ist in diesen für das gesamte Wirtschaftsleben entscheidenden Betrieben noch zu schwach, um den geschlossenen Ring der Sabotage zu durchbrechen. Die Natur der Arbeit in diesen Werken, ihre räumliche Ausdehnung, der Terror der Unternehmer usw. erfordern zahlenmäßig starke, aktiv arbeitende Zellen, die nur in wenigen Betrieben vorhanden sind. Die Zersplitterung der Arbeiter in freie, christliche und Hirsch-Dunckersche Gewerkschaften, das Fehlen kampfentschlossener Industrieverbände, die mangelnde, im allgemeinen nur 30 Prozent betragende gewerkschaftliche Organisiertheit der Arbeiter, die Einflußlosigkeit und die häufig vorhandene Passivität der Betriebsräte erschweren die Aufrollung der Kampffragen vor der einheitlichen Masse der gesamten Arbeiterschaft, erschweren ihre Zusammenfassung zum Kampf und die Herstellung einer Geschlossenheit, die die Sabotage der Gewerkschaftsführer erfolgreich durchbricht.

Wenn das Reichsarbeitsministerium dennoch am 16. Juli 1927 mit einer Verordnung über die Arbeitszeit in der Großeisenindustrie herauskam, so verfolgte es damit vor allem den Zweck, die sich entwickelnde Kampfstimmung der Arbeiter zu dämpfen und durch Gewährung kleiner Konzessionen an einzelne Schichten der Arbeiter der Gewerkschaftsbürokratie ihr dreckiges Handwerk des Arbeiterbetrugs zu erleichtern. Tatsächlich gelang dieses damals ausgezeichnet. Denn während die Kommunisten die Arbeiter zum Kampf am 1. August aufforderten, wurden sie von den Gewerkschaftsführern mit Erfolg auf das Inkrafttreten der Verordnung am 1. Januar 1928 vertröstet.

Der Stimmung der Arbeiter bis zu einem gewissen Grade Rechnung tragend und in der Erwartung, einige kleine Konzessionen durch Schiedsspruch zu erhalten, kündigten die Gewerkschaften zu diesem Termin das Arbeitszeit- und Lohnabkommen. Ohne sich auf eine gemeinsame Linie zu einigen, ihren Blick bereits auf den Zwangsschiedsspruch gerichtet, traten sie bittend vor das geschlossenste Unternehmertum Deutschlands mit ungenügenden Forderungen. Statt die vollständige Unzulänglichkeit der Verordnung der Regierung zu brandmarken und die Massen gegen sie und für den allgemeinen Achtstundentag zu mobilisieren, stellten sie sich auf den Boden der Verordnung und überließen so den Unternehmern die Offensive.

Was bedeutet die Verordnung? Für das Gros der Arbeiter läßt sie alles beim alten. Bei ihrer vollen Durchführung würde nur ein Viertel der Arbeiter den Achtstundentag erhalten. Aber die Regierung hat nicht für einen Moment daran gedacht, auch nur diesem Viertel die Verkürzung der Arbeitszeit zu gewähren, wie folgender Absatz der Verordnung beweist:

„Soweit zu diesem Zeitpunkt (1.1.1928) die wirtschaftliche Lage das Inkrafttreten in einem Teile des Reiches oder in einzelnen Betrieben ohne schwere Gefährdung der Industrie oder des Betriebs infolge besonderer Umstände nicht gestattet, kann der Reichsarbeitsminister das Inkrafttreten nach Anhören der Obersten Landesbehörde auf bestimmte Zeit verschieben.“

[768] Für diese Kautschukbestimmung, die in den Händen der Unternehmer und des bürgerlichen Staates eine Waffe gegen die Arbeiterschaft ist, stimmte die Sozialdemokratie. Mit dieser Regelung hätten sich auch die Unternehmer zufrieden geben können, wenn nicht eine Kraft vorhanden wäre, die sie fürchteten – die Arbeiterklasse. Die finanzielle Belastung wäre für die Schwerindustrie durchaus tragbar, denn sie beträgt weniger als hundert Millionen Mark im Jahr. Klöckner verlangte eine „Ruhepause von mehreren Jahren“, bevor an eine Verkürzung der Arbeitszeit herangegangen wird. In der Verordnung der Regierung selbst liegt schon das Zugeständnis an dies Verlangen der Klöckner und Thyssen. Warum also trotzdem die Ankündigung der Stillegung der Betriebe zum 1. Januar 1928?

Falsch wäre die Annahme, daß die Unternehmer es mit ihrer Drohung nicht ernst nehmen. Sie wollen zweierlei erreichen: erstens wollen sie die Gewerkschaftsbürokratie veranlassen, selbst die unzulänglichen Forderungen preiszugeben und sich jedem wie immer gearteten Schiedsspruch zu unterwerfen. In dieselbe Richtung fällt das mit der Regierung abgekartete Spiel der „Vergewaltigung" des Brauns. Beides wird erreicht werden resp. ist schon erreicht worden. Die gesamte SPD- und die Gewerkschaftsbürokratie sind wie auf Befehl auf die von den Unternehmern diktierte Linie der „Verhinderung der Stillegung" eingeschwenkt und appellierten an die Bürgerblockregierung und den Staat der Trustgewaltigen, einen Schiedsspruch zu fällen. Winselnd erklärte der Vertreter des deutschen Metallarbeiterbandes bei den ersten Verhandlungen mit den Unternehmern, daß trotz der Provokation der Unternehmer die Gewerkschaften an ihrer bisherigen, jeden Kampf verhindernden Politik festhalten werden. Ihren schamlosen Verrat, ihre Bereitwilligkeit, auf jeden Schiedsspruch des Brauns einzugehen, maskiert die Sozialdemokratie mit nichtssagenden Phrasen über „Enteignung", ohne zu sagen, wer enteignen, wie enteignet werden soll, ohne ein Wort über den Sturz der Macht der Bourgeoisie zu verlieren.

Der zweite Grund für das Vorgehen der Unternehmer ist ernster: Sie befürchten – und zwar mit Recht –, daß die Durchführung der Verordnung trotz der Politik der Gewerkschaften von den Arbeitern zum Anlaß genommen wird, die Frage des Achtstundentags für alle Arbeiter in allen Betrieben auf die Tagesordnung zu stellen und dafür den Kampf zu organisieren. Die Unternehmer sehen nach Jahren von Niederlagen die langsame Sammlung der Arbeiterklasse zu neuem Kampf; sie sehen die Linksschwenkung breiter Massen, von denen die Enteignungskampagne gegen die Fürsten und die Wahlen der letzten Zeit nur Symptome sind. Sie sehen eine breite, wenn auch noch langsame, noch nicht zu revolutionären Kämpfen führende Sammlung der Arbeiter. Diese Sammlung, diesen sich anbahnenden Vormarsch der Arbeiterklasse aber gilt es zu stören. Die Unternehmer wollen einen ernsten Feind schlagen bevor dieser zum Kampf bereit ist. Sie wollen vor allem die gegenwärtig bestehenden politischen Machtverhältnisse erhalten und weiter zu ihren Gunsten konsolidieren. Für sie steht die Frage, der bei der nächsten Wahl zu erwartenden Linksschwenkung der Arbeiterschaft bereits jetzt durch neue Schläge zu parieren. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Schwerindustriellen sich dabei auch mit dem Gedanken beschäftigen, das jetzt bestehende Bürgerblockregime in der Richtung der Diktatur zu verschärfen, was auch durch das in den letzten Wochen gesteigerte Auftreten ihrer Kampforganisationen, des „Stahlhelms", sowie durch größere Aktivität der Technischen Nothilfe bewiesen wird. In derselben Richtung liegen die Vorschläge der Deutschnationalen Partei, die Machtbefugnisse des Reichspräsidenten zu stärken und die Rechte des Parlaments einzuschränken. Das ist der Sinn des Vorgehens der Unternehmer. Für dieses Vorgehen haben sie seit August fieberhaft gerüstet, ihre Streikkasse ausgebaut, ihre internationalen Rückendeckungen geschlossen, ihr Zusammenspiel mit der Regierung und der Gewerkschaftsbürokratie von langer Hand vorbereitet. Die Politik der Reformisten spielt diesem Vorgehen der Trustmagnaten in die Hand, lähmt die Kraft der Arbeiterklasse und rückt die Gefahr einer neuen Niederlage der Arbeiterklasse in drohende Nähe.

[769] Über die Schwierigkeiten der Auslösung eines breiten Massenkampfs der Arbeiter darf sich die Kommunistische Partei keine Illusionen machen. Gerade weil der Ring des Verrats geschlossen ist, ein mächtiges Unternehmertum und der kapitalistische Staat der Arbeiterschaft gegenüberstehen, diese selbst zersplittert und die Kommunistische Partei in den entscheidenden Großbetrieben und in den Gewerkschaften der Schwerindustriegebiete schwach ist, muß die Partei die größten Anstrengungen machen, um die Massen zum Kampf zu mobilisieren. Bei dieser Mobilisierung ist von größter Wichtigkeit, zwischen der Aktionslosung und den Propagandalosungen zu unterscheiden. Es ist eine Binsenwahrheit, daß jeder große wirtschaftliche Kampf der Arbeiter, insbesondere in den entscheidenden Industrien, zu einem politischen Kampf wird. Er wird dieses, wenn auch die Arbeiterschaft zunächst nur für wirtschaftliche Forderungen der Arbeitszeit und des Lohnes kämpft, allein durch die Tatsache, daß der kapitalistische Staat mit allen seinen Machtmitteln, mit Polizei und Justiz, dem Unternehmertum zu Hilfe eilt. Der politische Charakter des Angriffs der Schwerindustriellen tritt besonders augenfällig dadurch in Erscheinung, daß wir es hier mit den eigentlichen Herren der deutschen Wirtschaft, den Kommandeuren der Staatsgewalt, daß wir es mit dem engsten Zusammenwirken zwischen ihnen und der Bürgerblockregierung zu tun haben. Infolgedessen ist es in diesem Kampf besonders notwendig, die unmittelbaren Forderungen der Arbeiter mit den weiter gesteckten

politischen Losungen unserer Partei, der Enteignung der Kapitalisten und des Kampfes für eine Arbeiter- und Bauernregierung, propagandistisch zu verbinden. Dabei muß die A k t i o n s losung der Partei – gemeinsamer Kampf der Hütten- und Bergarbeiter, der Eisenbahner und Transportarbeiter. der Arbeiter der lebenswichtigen Betriebe für Achtstundentag resp. Siebenstundenschicht, Lohnausgleich und allgemeine Lohnerhöhung – mit aller Wucht in den Vordergrund gestellt werden. In der gegenwärtigen Phase der Vorbereitung des Kampfes und bis zur Auslösung des Kampfes ist sie d i e A k t i o n s losung, die bei genügender Kraftanstrengung der Partei allein die reformistischen Hindernisse überwinden und den Kampf erst zur Auslösung bringen kann. Erst aus dieser Aktionslosurig, mit voller Wucht in die Massen getragen, kann und muß die Partei die propagandistischen Losungen in populärer, den Massen verständlicher Weise entwickeln.

Wie müssen wir die Frage der Enteignung in die Massen tragen? Genosse L e n i n hat die Kommunisten mehr als einmal darauf hingewiesen, daß nicht nur unsere Agitation, sondern die Erfahrung der breiten Massen notwendig ist, um sie auf den Weg der Revolution zu führen. Eine Revolution läßt sich ohne die Erkenntnis und Erfahrung der breiten Massen über die einzuschlagenden Methoden und Wege, sie läßt sich mit der Avantgarde allein nicht durchführen. Neben bestimmten prinzipiellen Auffassungen über die Kampfmethoden und den Weg, die eine kommunistische Partei in keiner Situation preisgeben oder vor den Massen verbergen darf, wird unsere Stellung zu einer Frage und die Art, wie wir sie in die Massen tragen, neben der allgemeinen Situation vor allem von der Erfahrung dieser Massen abhängen. Dies gilt insbesondere für die Frage der Enteignung, da diese auf das engste mit dem Kampf um die Macht verbunden ist.

Welche Erfahrung hat die Arbeiterklasse und insbesondere die jetzt von den Industriellen angegriffene Arbeiterschaft des Ruhrgebiets auf diesem Gebiet? 1918 erhob die deutsche Arbeiterschaft ihren Ruf nach Sozialisierung. Damals bestanden Arbeiter- und Soldatenräte. Teile des Proletariats waren bewaffnet. Der bürgerliche Staatsapparat war zerrüttet. Die Betriebsräte resp. die Arbeiterräte verfügten in einer ganzen Anzahl von Industriegebieten über einen Einfluß, dem sich die Unternehmer erst mit dem Erstarken der Konterrevolution Schritt für Schritt widersetzen konnten. Die Losung der Sozialisierung wurde von der Sozialdemokratie ins reformistische Fahrwasser umgebogen und schließlich, mit der Niederschlagung der Arbeiterschaft, in der Kautskyschen Sozialisierungskommission begraben. Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel scheiterte an den Machtmitteln [770] des bürgerlichen Staates und am Verrat der Sozialdemokratie, die die Periode der Doppelherrschaft zugunsten der Konterrevolution liquidierten, die Entwicklung zur Alleinherrschaft der Arbeiterklasse vorübergehend unterbanden. Diese Erfahrung der deutschen Arbeiterklasse darf man nicht vergessen.

Eine zweite Erfahrung, die noch tiefer ging, hat das Ruhrproletariat 1919 in seinem Kampf um die „Sozialisierung des Bergbaues“ durchgemacht, Dieser Kampf, der in Wahrheit ein Kampf um die Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter war, ging sowohl in der Anwendung der Kampfmethoden als auch in der Herausarbeitung der zu unternehmenden konkreten weiteren Schritte weit über alle anderen Eingriffe der Arbeiter in die kapitalistische Produktion hinaus. Die weißen Garden stellten die kapitalistische „Ordnung“ wieder her; der demokratische Staat schlug mit seinen Machtmitteln den Eingriff der Arbeiter zurück. Kann man diese Erfahrung des Ruhrproletariats vergessen, wenn man jetzt die Frage der Enteignung der Kapitalisten stellt?

Eine dritte Erfahrung – und diesmal auf einem Teilgebiet, das die Produktionsgrundlage der kapitalistischen Gesellschaft nicht berührt – hatte die Arbeiterschaft ganz Deutschlands in der Fürstenenteignungs-Kampagne 1926. Diesmal ging der, Kampf über eine Kombination von Stimmzettelabgabe und Demonstrationen nicht hinaus. Auf diesem Teilgebiet hat die Kommunistische Partei bewußt zum Zwecke der Revolutionierung der Massen die Enteignung der Fürsten durch den kapitalistischen Staat zugunsten der Arbeitslosen, Kriegsopfer usw. verlangt. Was erklärte die Bourgeoisie bereits vor dem Volksentscheid? Sie denke nicht daran, auch bei Annahme des Gesetzes dieses durchzuführen. Sollen wir diese Erfahrung der deutschen Arbeiterklasse vergessen, wenn es sich um die Enteignung der Trustmagnaten, der in Deutschland herrschenden Kapitalistenklasse handelt?

Und doch gibt es in unserer Partei einige Genossen, die in vollständiger Verkennung der Erfahrungen der deutschen Arbeiterklasse und in vollständiger Verkennung der Aufgabe unserer Kommunistischen

Partei, den Massen in allen Situationen klar und entschieden den Weg zu weisen, von unserer Partei verlangen, daß sie die Frage der Enteignung der Schwerindustriellen stellen soll, ohne den Arbeitern zu sagen, daß die Enteignung der Kapitalisten untrennbar mit dem Kampf um die politische Macht verbunden ist, daß nur eine Arbeiter- und Bauernregierung die Nationalisierung der Industrie durchführen kann. Selbstverständlich wäre es falsch, als V o r a u s s e t z u n g für den Kampf um die Kontrolle der Produktion oder die Enteignung und Verjagung der Kapitalisten die E x i s t e n z einer Arbeiter- und Bauernregierung hinzustellen. Wo dieses geschehen ist oder geschieht, muß es korrigiert werden, aber nicht im Sinne einiger Kritiker der Linie unserer Partei. Der Kampf um die Kontrolle der Produktion, die Enteignung der Kapitalisten kann nur in einer revolutionär zugespitzten Situation zu einer Aktionslosung werden. Bei solchen konkreten Anlässen, wie der Stillegung der Schwerindustrie, aber darf sie als propagandistische Losung nur als ein Resultat des revolutionären Massenkampfs, als eine Begleiterscheinung und ein Bestandteil des Kampfes um die Macht hingestellt werden. Jede andere Stellungnahme muß bei dem Grad der revolutionären Erfahrung der deutschen Arbeiterklasse, bei dem Enteignungsgeplärr der Sozialdemokratie zur Verwischung unserer revolutionären Grundsätze, zur Verwirrung der Arbeiterklasse beitragen.

Darum ergibt sich für unsere Partei die Aufgabe: alle ihre Kräfte auf die Auslösung des Kampfes der wichtigsten Arbeiterschichten um Arbeitszeitverkürzung, Lohnausgleich und Lohnerhöhung zu werfen und bei der Lösung d i e s e r Aufgabe immer schärfer die Propaganda für die Enteignung der Kapitalisten durch den revolutionären Kampf der Arbeiter, die Notwendigkeit des Sturzes des Bürgerblocks, des Bruches mit der Koalitionspolitik und die Errichtung einer Arbeiter- und Bauernregierung zu propagieren. [771]

*

Die neue Machtgruppierung des mitteldeutschen Braunkohlenkapitals

Von G ü n t h e r R e i m a n n

Besondere neue Entwicklungserscheinungen machen es notwendig, sich in stärkerem Maße als bisher mit dem mitteldeutschen Braunkohlenkapital zu beschäftigen.

Der große Bergarbeiterstreik im mitteldeutschen Braunkohlengebiet hat aufgezeigt, welche starke Waffe die Arbeiterschaft in der Stillegung der Braunkohlengruben besitzt. Hätte der Bergarbeiterstreik nur wenige Tage länger angedauert, so hätten die gesamte mitteldeutsche Industrie und ebenso ein großer Teil der Elektrizitätskraftversorgung von Berlin stillgelegen.

Heute bereits ist die Braunkohle einer der wichtigsten Rohstoffe und eine der wichtigsten Verbrauchswaren. Trotzdem steht der Braunkohlenbergbau erst am Anfang einer neuen Entwicklungsperiode. Bereits auf der nächsten Generalversammlung der IG Farbenindustrie A.-G., des großen deutschen Chemietrusts, wird über eine Kapitalserhöhung verhandelt werden, um die finanziellen Mittel für einen großzügigen Ausbau und Neubau von Kohleverflüssigungsanlagen, vor allem der Leuna-Anlagen, zu beschaffen. Damit würde die Möglichkeit, die Braunkohle als Rohstoff für die Produktion von Öl zu verwerten, in einem Umfange verwirklicht, der für den mitteldeutschen Braunkohlenabsatz noch von erheblicher Bedeutung werden wird. Die Arbeiterschaft der Braunkohlengruben wird entsprechend an politischer Bedeutung gewinnen.

Wer herrscht?

Wer sind nun aber eigentlich die Beherrscher der Braunkohle und welche kapitalistische Kräfteentwicklung und -konzentration ist hier festzustellen?

Der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau ist einer der wenigen großen rohstoffproduzierenden Industriezweige, in denen nebeneinander mit verhältnismäßig bedeutenden Anteilen noch vier in ihrem Ursprung und ihren überwiegenden Verbindungen völlig verschiedene Kapitalsgruppen hergehen:

1. das Braunkohlen-Handelskapital; 2. das Industriekapital in vertikaler Ausdehnung; 3. das unabhängige Braunkohlenkapital; 4. Gesellschaften mit überwiegend staatlicher Beteiligung.

Der Anteil der ersten Gruppe an der mitteldeutschen Braunkohlenförderung ist auf etwa 33,3 Prozent der Brikettförderung und 6,5 Prozent der Rohkohlenförderung zu schätzen, bei der zweiten Gruppe

entsprechend etwa 40 Prozent der Brikettförderung und 64 Prozent der. Rohkohlenförderung, bei der dritten Gruppe etwa 20 Prozent der Brikettförderung und 5,5 Prozent der Rohkohlenförderung und bei der vierten Gruppe 6,7 Prozent der Briketherstellung und 24 Prozent der Rohkohlenförderung. Bei Betrachtung des gesamten deutschen Braunkohlenbergbaues ergibt sich, daß der relative Anteil des Braunkohlen-Handelskapitals und der „unabhängigen" Unternehmungen vor allem an der Brikettherstellung noch weit größer als ihr Anteil im mitteldeutschen Braunkohlenbezirk ist.

Zwei große Kapitalsgruppen beherrschen heute den größeren Teil der mitteldeutschen Braunkohlenförderung: Der böhmische Braunkohlenmagnat und Handelskapitalist Ignatz Petschek und die IG Farbenindustrie A.-G., der Chemietrust. Zwei auf Grund ihrer Vergangenheit und ihrer Verbindungen völlig entgegengesetzte Kapitalsgruppen. Petschek – der fast alleinige Beherrscher des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues in der Vergangenheit, die IG Farbenindustrie A.-G. – der mächtige Eindringling, der erst in den letzten Jahren, aber dennoch in erheblichem Maße, sich an dem Braunkohlenkapital beteiligt hat. [772]

Der größte Braunkohlenkapitalist Mitteldeutschlands

Der größte Braunkohlenmagnat in Mitteldeutschland, Ignatz Petschek, hatte bereits vor 20 Jahren, als der erst am Anfang seiner Entwicklung stehende Braunkohlenbergbau erfolgreich die böhmische Braunkohle in Mitteldeutschland verdrängte, begonnen, sich selber maßgebenden Anteil an der mitteldeutschen Braunkohlenförderung zu sichern.[*)]

Der böhmische Handelskapitalist Ignatz Petschek ist zu dieser maßgebenden Beteiligung an der Braunkohlenindustrie um so mehr veranlaßt worden, weil seine starke Kapitalskraft als Folge der außerordentlich großen Profite des Kohlengroßhandels ein erweitertes Betätigungsfeld suchen mußte. Denn vor dem Kriege waren die Braunkohlenindustriellen noch nicht in Syndikaten monopolistisch straff zusammengefaßt. Die Machtstellung des Handelskapitals war angesichts eines scharfen Konkurrenzkampfs sehr stark; ihre Profite wurden noch nicht, wie heute, von den Syndikaten zugunsten der Industriellen beschränkt.

Daß die Gruppe Ignatz Petschek eine Kombination zwischen Industrie- und Handelskapital heute noch darstellt, kommt auch darin zum Ausdruck, daß diese Gesellschaften in weit stärkerem Maße an der Brikettherstellung als an der Rohkohlenförderung beteiligt sind. Denn nur ein Teil der Rohkohle wird brikettiert und vom Handel abgesetzt, während der Rest direkt von Industrieunternehmungen verwertet wird. Ignatz Petschek kontrolliert durch seine Beteiligungen von der Brikettherstellung im ostelbischen Braunkohlensyndikat Niederlausitzer Gruppe etwa 34,5 Prozent, Frankfurter Gruppe 50,4 Prozent, im Mitteldeutschen Braunkohlensyndikat 20,7 Prozent. Die Beteiligungen an dem Rohkohlenabsatz sind weitaus geringer; in dem ostelbischen Braunkohlensyndikat Niederlausitzer Gruppe 35,4 Prozent, Frankfurter Gruppe 24,5 Prozent, im Mitteldeutschen Braunkohlensyndikat 5,4 Prozent.

Zu Anfang dieses Jahres wurde bekannt, daß Ignatz Petschek mit Hilfe der Darmstädter und Nationalbank insgeheim etwa 29 Prozent des Aktienkapitals einer der letzten großen „unabhängigen Braunkohlengesellschaften, nämlich der „Ilse" Bergbau AG, aufgekauft hatte. Trotz vieler Widerstände ist es Ignatz Petschek durch ziemlich dunkle Machenschaften gelungen, den Einfluß der deutschen Kohlenhändlergruppe (E. Friedländer & Co.) zurückzudrängen, den Vorstand für sich zu gewinnen und selber in den Aufsichtsrat der „Ilse" Bergbau A.-G. hineinzugelangen. Zusammen mit der „Ilse" Bergbau A.-G. beherrscht die Ignatz-Petschek-Gruppe über 60 Prozent der Brikettherstellung des ostelbischen Braunkohlensyndikats. Ignatz Petschek kontrolliert somit auch in dem mitteldeutschen Braunkohlensyndikat die Mehrheit der Anteile.

Dennoch bleibt gegenüber der Vorkriegszeit ein relativer Rückgang der Beteiligung der Petschek-Gruppe an der gesamten Braunkohlenförderung im Verhältnis zu der beinahe konkurrenzlosen Machtstellung, welche die Petschek-Gruppe noch vor dem Kriege innehatte, bestehen.

[*)] Ignatz Petschek kontrolliert die „Eintracht" Braunkohlenwerke und Brikettfabriken A.-G. (Besitz von 100 Prozent des Aktienkapitals), die Niederlausitzer Kohlenwerke A.-G., die Braunkohlen-A.-.G. Borna, die Rückersdorfer Kohlenwerke G. m. b. H., die Klettwitzer Bergbaugesellschaft u. a., auch 2 Steinkohlengesellschaften.

Der Chemietrust als Braunkohlenmacht

Die Braunkohlenmacht von Petschek ist heute noch größer als die der IG. Farbenindustrie A.-G.; aber zweifellos wird das Chemiekapital wie auch das Elektrokapital in noch erheblicherem Umfange versuchen, direkt von der Braunkohle, von einem ihrer wichtigsten Rohstoffe, Besitz zu ergreifen.

In den letzten fünf Nachkriegsjahren, seit Inflationsende, sind das Chemie- und das westdeutsche Industriekapital in das Herrschaftsbereich von Ignatz Petschek eingedrungen. Die IG. Farbenindustrie A.-G. hat hierbei das Erbe des alten Hugo Stinnes angetreten, der bereits in den Inflationsjahren auch im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau seine Machtstellung zu fundieren versucht hatte. Er erwarb bereits im Jahre 1920 die Riebeck-[773]Montanwerke A.-G. und im nächstfolgenden Jahre eine der größten Gesellschaften von Ignatz Petschek, die Braunschweigischen Kohlenwerke A.-G. Durch gleichzeitigen Erwerb der Olea-Mineralölwerke A.-G. für Petroleumindustrie und Ausbau der Ölproduktion durch Braunkohleverschwelung wollte Stinnes zusammen mit dem französischen Petroleumkapital zu einer relativ selbständigen, nicht unmittelbar von den großen englischen und amerikanischen abhängigen, Ölmacht werden. Dann aber hatte Stinnes auch die Absicht gehabt, ein neues Großkraftwerk auf seinen mitteldeutschen Braunkohlenfeldern zu errichten. Der Zusammenbruch des Stinnes-Konzerns hat aber jene weitgehenden Pläne zunichte gemacht. Das deutsche Chemiekapital jedoch, dessen fünf größte Konzerne damals noch nicht in einem einzigen Trust, sondern in einer allerdings sehr weitgehenden Interessengemeinschaft verbunden waren, hat das Erbe des Stinnes-Konzerns auf dem Gebiet der Braunkohle angetreten. Während in der Deutschen Gasolin-A.-G. der Ölabsatzapparat, unter Beteiligung der Standard Oil und der Royal Dutch Shell Co. mit je 25 Prozent, zusammengefaßt ist, ist der Braunkohlenbesitz des alten Stinnes-Konzerns auf die Riebeck-Montanwerke A.-G. übergegangen. 50 Prozent des Riebeck-Aktienkapitals sind in unmittelbarem Besitz der IG. Farbenindustrie A. G.[*)]

Der Stinnessche Plan eines neuen Großkraftwerks ist zwar von der IG Farbenindustrie A.-G. nicht aufgegriffen worden. Aber zweifellos sind die Pläne zur Ölerzeugung aus Braunkohle von noch weitgehenderer Bedeutung, worüber sich die IG Farbenindustrie A.-G. bereits beim Aufkauf der Riebeck-Montan-Gesellschaft klargewesen sein wird. Allein die Leuna-Werke beziehen heute täglich etwa 10.000 Tonnen für die Kohleverflüssigungsanlage wie auch für die ebenfalls ausgebauten und noch im Ausbau befindlichen riesigen Stickstoffwerke. Die jetzt in Betrieb befindliche Kohleverflüssigungsanlage ist aber erst ein, wenn auch ziemlich großer, „Versuchsbetrieb“, während die eigentlichen Großbetriebe zur Umwandlung von Braunkohle in öl erst in Zukunft, wahrscheinlich ebenfalls in Leuna, errichtet werden sollen.

Auf Grund der Abhängigkeit der neuen mitteldeutschen Elektrizitätsgesellschaften von der Braunkohle hat auch das Elektrizitätskapital eine Reihe von Beteiligungen an Braunkohlen-Gesellschaften erworben. Bereits während des Krieges, als Folge der Kohlenknappheit, zum Teil aber auch aus militärstrategischen Gründen sind in Mitteldeutschland eine Reihe von Großkraftwerken, die mit der mitteldeutschen Braunkohle gespeist werden, errichtet worden. So verfügt der sächsische Staat über etwa 2,5 Prozent der mitteldeutschen Braunkohlenförderung (11 Prozent im ostelbischen Braunkohlenbezirk), der preußische Staat über etwa 1 Prozent (etwa 8 Prozent im ostelbischen Braunkohlenbezirk). Auch die AEG ist im Besitz von Braunkohlengruben[**)].

Zu dem Chemie- und Elektrokapital, das in den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau eingedrungen ist, gesellt sich noch des weiteren das deutsche Erdölkapital hinzu. Mit Kriegsende war der Erdöl-Verwertungs-A.-G. (Evag) die Rohstoffbasis bzw. die Verbindung mit dem englischen und amerikanischen

[*)] Die Riebeck-Montanwerke A.-G. besitzen 17 Grubenbetriebe, 14 Brikettfabriken, 5 Naßpreßbetriebe, 13 Schwelereien, 5 Ziegeleien, 7 elektrische Kraftwerke, 4 Mineralöl- und Paraffin-Fabriken, 2 Kerzenfabriken, 2 Bitumenfabriken, 1 Montanwachsraffinerie. Außer der Riebeck-Montan-Gesellschaft kontrolliert die IG-Farbenindustrie A.-G. noch eine Reihe anderer, allerdings relativ nicht so bedeutender Braunkohlengesellschaften, vor allem die Wallendorfer Kohlenwerke A.-G., die Dörstewitz-Rattmannsdorfer Braunkohlenindustrie A.-G., die Deutsche Grube A.-G. und die Braunkohlengrube Hermine G. m. b. H., Bitterfeld.

[**)] Die AEG. kontrolliert die Kohlenveredelung A.-G., Berlin, ferner die Tschöpelner Werke A.-G. Außer diesen Beteiligungen sind nach die Mehrheitsbeteiligungen eines Textilkonzerns, der Deutschen Wollwarenmanufaktur A.-G. an der Consolidierte Grünberger Gruben A.-G. und der Babkina-Braunkohlenverwertungs-G. m. b. H., Muskau, bemerkenswert.

Ölkonzern abgeschnitten. Die in der Nachkriegszeit noch weiter entwickelte Braunkohleverschwelung hat den Anstoß für die Evag gegeben, die Deutsche Braunkohlen-A.-G. und die Schlesische Braunkohlen-A.-G. aufzukaufen. Die [774] Beteiligung der Evag an der Braunkohlenförderung in Mitteldeutschland beträgt etwa 6 Prozent[*)].

Die „Unabhängigen"

Allein zwei große Braunkohlengesellschaften haben bisher gegenüber dem westdeutschen Industriekapital einerseits, der Petschek-Gruppe anderseits ihre „Unabhängigkeit" wahren können: die Werschen-Weißenfelser Braunkohlen-A.-G. und die Braunkohlen- und Brikettindustrie-A.-G. (Bubiag). Letztere wird von dem Kohlenhandelsgeschäft E. Friedländer & Co. kontrolliert. Die Front des nicht unmittelbar mit anderen großen Kapitalsgruppen verbundenen Braunkohlenkapitals ist seit Anfang dieses Jahres durch die maßgebende Beteiligung der Ignatz-Petschek-Gruppe an der „Ilse" Bergbau-A.-G. sehr erheblich abgebröckelt[**)].

Konkurrenzerfolge und Sonderprofite des Braunkohlenkapitals

Die Neugruppierung des Braunkohlenkapitals ist gleichzeitig mit einer rapiden Ausdehnung des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues verbunden gewesen. Gewiß hat diese Entwicklung bereits während der Kriegs- und Inflationszeit als Folge der damals sehr starken Kohlenknappheit begonnen. Damals wies die Steinkohlenknappheit naturgemäß den Weg zur Braunkohle. Als nach Inflationsende auch für den deutschen Steinkohlenbergbau der Absatzüberfluß zur Absatznot wurde, erwies sich die mitteldeutsche Braunkohle weiterhin voll konkurrenzfähig mit der Steinkohle. Denn durch neue, rationellere Förderungsmethoden, vor allem durch den fast völligen Übergang vom Tiefbau zum Tagebau, was zum Teil erst durch die weitgehende Verdrängung der menschlichen Arbeitskraft im Tagebau (Bagger zum Loslösen und Verladen der Erde und Braunkohle ...) ermöglicht worden war, ist die Braunkohlenförderung weitgehend verbilligt, somit auch der Wert der Braunkohle, nicht dagegen ihr Syndikatsverkaufspreis, gesenkt worden. Hinzukommt noch die besonders krasse Ausbeutung der Bergarbeiter in Mitteldeutschland, absolut und relativ weitaus stärker als im Steinkohlenbergbau[***)]. Das Braunkohlenkapital hat den hierdurch gestiegenen Mehrwert dank seines monopolistischen Zusammenschlusses in Syndikaten zum größten Teil für sich selber realisieren können. Die Förderbraunkohle kostet gegenwärtig 57,2 Prozent, die Braunkohlenbriketts 40,3 Prozent mehr als in der Vorkriegszeit (1913). Diese Preishochhaltung der Braunkohle bei ihrer gleichzeitigen Wertverminderung mußte das Kohle verbrauchende Industriekapital [775] Maße veranlassen, sich selber an der Braunkohlenförderung zu beteiligen[†)].

[*)] Die Deag besitzt das gesamte Aktienkapital, bzw. eine Mehrheitsbeteiligung von der Rositzer Braunkohlenwerke A.-G., Duxer Kohlenverein A.-G., ferner von zwei Steinkohlengesellschaften. Die Deag selbst steht unter maßgebender Kontrolle der Rütgers-Werke A.-G.

[**)] Die „Ilse" Bergbau-A.-G. kontrolliert noch 7 andere Braunkohlengesellschaften. Der Hauptaktionär der Werschen-Weißenfelser Braunkohlen-A.-G. ist der Bruder von Ignatz Petschek, Julius Petschek. Er ist außerdem noch maßgebend an der Anhaltischen Kohlenwerke-A.-G. beteiligt.

[***)] Von 1913 bis 1925 ist die Zahl der Betriebe im deutschen Braunkohlenbergbau von 465 auf 404 gesunken. Gleichzeitig ist jedoch die Braunkohlenförderung von 87.223.100 Tonnen auf 139.724.600 Tonnen gestiegen. Gegenüber dieser Produktionssteigerung um 60,3 Prozent ist die Zahl der „beschäftigten Personen" nur um 39,7 Prozent gestiegen, von 58.958 auf 82.023. Die Gesamtausgaben für Löhne und Gehälter haben im Jahre 1913 je „beschäftigte Person" 1674 Mark, im Jahre 1925 1872 Mark betragen. Da aber hierbei die hohen Gehälter der oberen Beamten usw. eingerechnet sind, sind nie tatsächlichen Durchschnitts-Jahreslöhne der Bergarbeitermassen noch erheblich niedriger. Ferner ist zu berücksichtigen, daß es sich um Brutto-, nicht um Nettolöhne handelt. Trotzdem ergibt sich aus obigen Zahlen, daß die nominellen Löhne und Gehälter im Durchschnitt nur um 11,8 Prozent gestiegen sind bei einer gleichzeitigen Preissteigerung um etwa 45 Prozent. Die Zahl der Brikett- und Naßpreßsteinfabriken ist von 263 im Jahre 1921 auf 217 im Jahre 1925 gesunken, die Zahl der beschäftigten Personen aber von 20.069 auf 28.143 gestiegen, ebenso der Braunkohlenverbrauch von 44,9 Millionen Tonnen im Jahre 1913 auf 67,0 Millionen Tonnen im Jahre 1925. Die Zahl der beschäftigten Personen ist also um 40,3 Prozent, die Braunkohlenverarbeitung aber um 53,4 Prozent gestiegen. Die Steinkohlenförderung hat im Jahre 1913 190,1 Millionen Tonnen, im Jahre 1925 aber nur noch 132.6 Millionen Tonnen betragen (im Jahre 1926 145.3 Millionen Tonnen). (Zahlen aus dem „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich". 1927)

[†)] „... Die Kombination – schrieb Hilferding (als er noch nicht der Kleinbürger und bürgerliche Vulgärökonom geworden war, G. R.) – gleicht Konjunkturunterschiede aus und bewirkt daher für das kombinierte Werk eine größere Stetigkeit der

Unter dem Druck des verschärften Konkurrenzkampfs um den einten Absatzmarkt, trotz der Kartell- und Syndikatszusammenschlüsse, versuchen die Industriekapitalisten der verarbeitenden Produktionszweige durch Verwertung billigerer und weniger wertvoller Rohstoffe, deren praktischer Gebrauchswert allerdings nicht im Verhältnis zu dem geringeren Wert bzw. Preis abnehmen darf, ihre Konkurrenzstellung zu stärken und ihren individuellen Absatzradius zu erweitern. Auch der Wucherpreis von 4,56 Mark je Tonne Förderbraunkohle ist noch um 69 Prozent unter dem Preis einer Tonne Steinkohle. Der Heizwert der Braunkohle, der in dem Kohlenstoffgehalt zum Ausdruck kommt, beträgt in der Braunkohle 60 bis 70 Prozent, in der Steinkohle 75 bis 90 Prozent, ist also nur 15 bis 20 Prozent niedriger. Diese Umstellung auf einen geringwertigeren Rohstoff steigert die Profitrate[*)] (durch die erheblichen Entwertungsverluste des Steinkohlenkapitals[**)]).

Vor einer neuen Preiserhöhung?

Trotz der erfolgreichen Wucherpolitik der Braunkohlensyndikate wollen diese gegenwärtig eine weitere Erhöhung des Preises für Hausbrandbriketts um 10 Prozent durchsetzen. Die hierdurch erzielbaren Mehrprofite werden zum größeren Teil den Braunkohlen-Handelsagenten zufallen. Denn sie sind in stärkerem Maße an der Brikettherstellung als an der Rohkohlenförderung beteiligt. Dennoch treten die vertikal organisierten Braunkohlenkapitalisten bzw. die großen vertikalen Trusts ebenfalls für den neuen Preiswucher ein, wenn sie auch in relativ geringerem Maße an der neuen Preiserhöhung verdienen. Diese Zusammenhänge erklären die bisher ablehnende Stellungnahme des Reichswirtschaftsministers Curtius gegenüber der Preiserhöhung für Braunkohlenbriketts; denn die Wünsche der Petschek-Gruppe brauchen nicht so prompt erfüllt zu werden wie die des Chemietrusts oder gar der Schwerindustriellen.

*

Renegaten der chinesischen Revolution

Tschang-kai-schek, Feng Yu Hsiang, Wang Tsching Wie
Von K. A. Wittfogel
(Fortsetzung)

Wang Tsching Wei

Wang Tsching Wei ist kein modern auffrisierter Militarist; auch kein Vertreter der jungen chinesischen Großbourgeoisie. Er gehörte seit vielen Jahren zum linken Flügel der KMT, zu jenem Flügel, von dem Tan Ping Schan 1926 sagte, er vertrete „die Interessen der Mittel- und Kleinbourgeoisie“. Zu dieser Gruppe zählte Tan „die städtischen mittleren [776] und kleinen Kaufleute, die mittleren, armen und Lohnbauern und die Intellektuellen.“[***)]

Wir schrieben im Frühjahr dieses Jahres: „Ein Teil der heutigen ‚Linken‘ in China wird vermutlich nach rechts zurückfallen.“[†)] Diese unsere Perspektive stützte sich nicht auf die Bewertung der individuellen Qualitäten einzelner Persönlichkeiten, sondern auf die Analyse der objektiven sozialen Grundlage des alten (heute zersprengten) linken Flügels der KMT. Die Interessen der von Tan Ping Schan aufgeführten gesellschaftlichen Schichten waren während der ersten Etappen der

---

Profitrate. Zweitens bewirkt die Kombination Ausschaltung des Handels. Drittens bewirkt sie die Möglichkeit technischer Fortschritte und damit die Erlangung von Extraprofit gegenüber dem reinen Werk. Viertens verstärkt sie die Stellung des kombinierten Werkes gegenüber dem reinen im Konkurrenzkampf zur Zeit einer starken Depression, wenn die Senkung der Rohmaterialpreise nicht Schritt hält mit der Senkung der „Fabrikpreise“ – bzw. mit den Rohmaterialien ein noch weitgehenderer Wucher als mit den „Fabrikatspreisen“ getrieben wird.

*) Vergl. auch Marx: „Theorien über den Mehrwert“. I. Band, S. 179.

**) „Es wäre irrig, zu glauben, daß diese Zersetzungstendenz (des Imperialismus) ein rasches Wachstum des Kapitalismus ausschließe; durchaus nicht, einzelne Industriezweige, einzelne Schichten der Bourgeoisie und einzelne Länder offenbaren im Zeitalter des Imperialismus mehr oder minder stark bald die eine, bald die andere dieser Tendenzen. Ins großen und ganzen wächst der Kapitalismus bedeutend schneller als früher, aber dieses Wachstum wird nicht nur im allgemeinen immer ungleichmäßiger, sondern äußert sich such im besonderen in der Zersetzung der kapitalkräftigeren Länder (England).“ Lenin: „Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus“, neue Ausgabe. S. 110-111.

***) A. a. O., S. 28.

†) Wittfogel: „Wang Tsching Wei“, „Die Internationale“ vom 15. Mai 1927.

chinesischen Revolution identisch oder doch nahezu identisch. In der Kampfeinstellung zu den reaktionären Überreste“ im Innern und zu den imperialistischen Bedrückern des Auslandes gab es keinen Unterschied. Gegenüber der einheimischen Großbourgeoisie waren ebenfalls alle genannten Gruppen kritisch eingestellt, wenn sich auch hier bereits Schattierungen einer abweichenden Bewertung zeigten, Schattierungen, die später die Ursache der vollständigen Spaltung werden sollten. Die Intellektuellen die „in ihrer Mehrzahl der kleinen und mittleren Bourgeoisie zugehören“[*)], teilen das Schicksal, folgen den Entscheidungen dieser beiden Schichten.

Schon der große Schanghaier Streik des Jahres 1925 hatte Schwankungen der mittleren Bourgeoisie gezeigt. Tan Ping Scham spricht davon, daß ein kleiner Teil der mittleren und kleineren Kaufleute damals „unter den Einfluß der Großkaufleute“ geriet[**)]. Ein anderer chinesischer Genosse, Seng Sin Fu, konkretisiert – und berichtigt zum Teil – diese Angabe. Er teilt mit, nachdem er, wie Tan von den z. T. beträchtlichen Kampfleistungen auch der kleinbürgerlichen Elemente gesprochen hat, daß z. B. Besitzer kleiner industrieller Unternehmungen „die viel durch Streiks und durch den Kampl der Arbeiter für bessere Arbeitsbedingungen zu leiden gehabt haben, ... endgültig der Revolution den Rücken zu kehren beginnen.“ Seng fährt fort: „Früher oder später wird ein Zeitpunkt kommen, wo es eine große Teilung in den Reihen der Kleinbürger, Intellektuellen und Studenten geben wird. Ein Teil wird nach rechts gehen, ein Teil wird sich nach links wenden und sein Schicksal mit demjenigen des Proletariats verbinden.“[***)]

Diese Analyse erschöpft zwar nicht den Sachverhalt, doch setzt sie immerhin an der richtigen Stelle ein. Wenn man verstehen will, warum die Wuhan-KMT, d. h. die Mehrzahl ihrer Führer und damit die Parteimaschine im Sommer 1927 nach rechts ging, muß man sehen, daß „Wuhan“ gesellschaftlich keine Einheit war, daß hier verschiedene Klasseninteressen eine Zeitlang miteinander verbunden gewesen sind, bis die Entwicklung der Massenbewegung die inneren materiellen Gegensätze des scheinbar einheitlichen Flügels ans Tageslicht brachte. Seng erwähnt als ein besonders gewichtiges Motiv die Streikschäden, unter denen die mittlere Bourgeoisie (nur diese kommt dafür in Frage; der arme Alleinmeister beschäftigt keine Arbeitskräfte, hat dank eines Streiks in Betrieben mit fremden Arbeitskräften eher mehr als weniger zu tun) zu leiden hat. Dies Motiv ist gewiß wirksam, doch hat es vermutlich den endgültigen Bruch weniger verursacht als ein anderes Moment, auf das wir hier die Aufmerksamkeit der Genossen hinlenken möchten. Es ist dies die Rückwirkung des drohenden oder des faktischen Ausbruchs der Agrarrevolution auf gewisse in Wuhan vertretene Gesellschaftsschichten

Eine wichtige Rolle spielte hierbei der Druck, der von den Offizieren der Nationalarmee ausging. Wie bekannt, hatte sich durch den Übertritt zahlreicher Truppenteile ins Leger der Kantonarmee deren ursprüngliche [777] soziale Zusammensetzung wesentlich verschoben. Wenn in ihr anfangs landbesitzende Offiziere nur einen geringen Bruchteil ausgemacht hatten, so stellten die neugebackenen „Nationalisten“-Offiziere großenteils Vertreter des alten chinesischen Beamtentyps dar, der schon unter dem Manschuregime ganz selbstverständlich Ländereien besaß.[†)] Händeringend beschwor die Wuhan-Regierung die Bauern, den Besitz der „Soldaten der Revolution“ – gemeint waren die Herren Offiziere landbesitzenden Schlages – unangetastet zu lassen. General Tang Sheng Chih weist in seiner Rechtfertigung des Blutbads von Tschangscha ausdrücklichst darauf hin, daß die Bauern den diesbezüglichen strikten Anweisungen der Wuhan-Regierung zuwidergehandelt hätten. Unter diesen Umständen „erhoben sich die in Human stationierten Soldaten (!) zum Zwecke der Selbstverteidigung“[††)]. Das Offizierskorps fühlte sich eben in seinen agrarischen Privilegien bedroht. Es schritt zum offenen Gegenschlag. Die Regierung in Wuhan, mit Wang Tsching Wei an der Spitze, wurde unter dem Drucke dieser reaktionären Offizierselemente, schneller vielleicht als sie selbst es gewollt, nach rechts, in den weißen Terror hineingetrieben.

[*)] Seng Sin Fu: „China.“ London 1927, S. 56.
[**)] A. a. O., S. 28.
[***)] Seng Sin Fu, S. 57.
[†)] „Manuel du Code Chinois“ (Mandschu), Chang-Hai 1924, S. 220 und 244.
[††)] „The People’s Tribune“ vom 29. Juni.

Doch wollte auch die Wang-Tsching-Wei-Gruppe die Neuorientierung nach rechts. Denn auch sie stand der sich anbahnenden Agrarrevolution mit klarer Feindseligkeit gegenüber. Wie sich die städtische Großbourgeoisie durch eine Enteignung des Pachtlandbesitzes materiell schwer bedroht fühlte, so auch ein Teil der mittleren Bourgeoisie, der, wie jene, einen Teil seiner Kapitalien in Land angelegt hat. W. Schüler, der lange Zeit in China lebte, und der sich, fast als einziger deutscher Sinologe, eingehend mit den wirtschaftlichen Zuständen des Landes befaßt hat, erklärt: „Grundbesitz gilt in China als die eigentlich allein ganz zuverlässige Kapitalsanlage. Sind doch alle anderen Werte bei der Unsicherheit aller Verhältnisse andauernd plötzlicher Vernichtung ausgesetzt. So sammeln sich denn in mancher Hand der in den Städten sitzenden Reichen beträchtliche Besitztümer an Land an, die in vielen kleinen Teilen verpachtet sind.[*)] ... Hier ist also von städtischen Landbesitzern die Rede, von denen „manche“, keineswegs alle, große Besitztümer vereinigen. Daß Landkauf als Kapitalsanlage von großen wie kleinen Besitzern betrieben wird, bezeugt u. a. auch W. Oehler, der als Missionar lange Zeit unter armen Bauern in Südchina lebte und der den chinesischen Agrarverhältnissen ebenfalls besondere Aufmerksamkeit gewidmet hat. „Feldbesitz“, schreibt Oehler, „gilt als die beste Kapitalsanlage. Wer irgend (!) – auf ehrlichem oder unehrlichem Wege – zu Geld kommt, sucht es in Feldern anzulegen.“[**)] In einem Interview hat M. Borodin auf die diffuse schwer greifbare „Klasse der kleinen Landbesitzer“ hingewiesen.[***)] Wir können diesen Sachverhalt, der sorgfältigster Analyse bedarf und der von großer politischer Tragweite ist, hier nur andeuten. Wir sind der Meinung, daß hier sicher eine der Wurzeln, vielleicht sogar die Wurzel für den Abfall Wang Tsching Weis von den Anweisungen Sun Yat Sens zu suchen ist.

Nach unserer Meinung ist es also nicht so sehr die Streikbewegung in den Städten, der Seng so große Wichtigkeit beimißt, wie die drohende Agrarrevolution gewesen, die sowohl die bisher zum Zusammengehen mit den Arbeitern und Bauern geneigten Teile der chinesischen Großbourgeoisie als auch die mittlere Bourgeoisie zu Gegenrevolutionären gemacht hat. Bezeichnend hierfür sind zwei Aufsätze, die Sun Fo, ein rechter großbürgerlicher KMT-Mann, der dem linken Flügel der damaligen Tschang-kai-schek-Anhänger näher stand als dem rechten von Wuhan, im Juli 1927 veröffentlicht hat. Seine Angriffe richten sich nicht gegen die Streikbewegung der Arbeiter (die chinesische [778] Bourgeoisie ist intelligent genug, um einzusehen, daß man, will man später die volle Ausbeutungsfreiheit, vorübergehend die Zügel ein wenig schleifen lassen muß), sondern – abgesehen von einer vagen Politik gegen die Diktatur des Proletariats – gegen die Parole der Aufteilung des Landes, gegen die Enteignung „der großen, mittleren und kleinen Landbesitzes“ und gegen „die gleichmäßige Aufteilung des enteigneten Grund und Bodens unter die Bauern“[†)]. Aus jeder Zeile der Aufsätze Sun Fos spricht die Angst der städtischen Bourgeoisie um ihre ländlichen Besitzungen.

Genau die gleiche Blickrichtung wie bei Sun Fo findet sich auch bei Wang Tsching Wei. Er hat seinen Standpunkt um dieselbe Zeit in drei großen Aufsätzen präzisiert, deren Studium in mehr als einer Hinsicht aufschlußreich ist. Die politische Phraseologie ist immer noch erheblich radikaler als die des Großbürgers Sun Fo. Wang will sich nicht offen von den unterdrückten Massen lossagen, wie Tschang-kai-schek, wie Sun Fo. Er betont in seinem ersten Aufsätze nachdrücklich, daß der Sunyatsenismus zwar den Klassenkampf für überflüssig halte, ihm aber nicht entgegen sei. „Es ist eine Tatsache, daß der Klassenkampf unter den bestehenden sozialen Verhältnissen eine natürliche Erscheinung ist.“ Nach dieser Verbeugung vor den Arbeitern und armen Bauern kommt aber dann die strikte Ablehnung der Agrarrevolution; und auf diesen Punkt zielt im Grund die ganze breitangelegte Argumentation Wangs. Marx wird angeführt, Lenin ist zitiert, Stalin ebenso. Aber der Weisheit Schluß bleibt der, daß die Bauern nicht auf illegalem Wege das Land nehmen dürfen, sondern daß eine Lösung der Agrarfrage gesucht werden muß, bei der „die Bauern

[*)] W. Schüler „Die Bauernbewegung in China.“ „Ostasiatische Rundschau‘ vom 15. Dezember 1926. Sperrung von uns.
[**)] W. Öhler: „Chinas Erwachen.“ Wernigerode 1925. S. 51.
[***)] A. Holitscher: „Das unruhige Asien.“ Berlin 1926. S. 219.
[†)] „The Peoples Tribune“ vom 20. Juli 1927. Der erste Aufsatz Sun Fos ist in der gleichen Zeitung am 15. Juli abgedruckt.

befriedigt werden, ohne daß die Landbesitzer leiden“[*]. Wenn außerdem, wie bei Sun Fo, vor einer drohenden Diktatur des Proletariats in China gewarnt wird, so ist diese Warnung jedenfalls als ein Symptom für die Kraft der Massenbewegung im Sommer 1927 höchst beachtenswert.

Der Beginn der Agrarrevolution und die Möglichkeit einer Arbeiterdiktatur haben Wang Tsching Wei zum Renegaten gemacht. Vielleicht werden einige überkluge Kritiker sagen: Wang war gar kein Renegat. Er ist immer derjenige gewesen, als der er sich im Sommer 1927 enthüllte. Dieser Einwand scheint richtig, und doch ist er in dieser Formulierung falsch. Er erinnert an Anschauungen, die in einem Aufsatz in der „Internationale“ 1925 unter Korschs Chefredaktion vertreten wurden. Nach diesem Aufsatz war K. Kautsky gar kein Renegat, denn er war immer Reformist gewesen. Danach hätte Lenin den Titel seiner Anti-Kautsky-Schrift falsch gewählt, wäre das Urteil Rosa Luxemburgs über Kautsky unrichtig gewesen. Das Undialektische einer solchen Betrachtungsweise ist klar. Das faktisch Widerspruchsvolle im politischen Verhalten des jüngeren Kautsky wird nicht gesehen. Man weist nur auf seine reformistischen Tendenzen hin, ohne die zweifellos auch vorhanden gewesenen revolutionären Züge – die immerhin so beträchtlich waren, daß sie ihn eine Zeitlang neben Lenin und Rosa Luxemburg drängten – als vorübergehend objektiv existierend anerkennen zu wollen. Ein typischer Akt undialektisch starren Denkens: Die Widersprüche werden dadurch „gelöst“, daß man sie – verschwinden läßt.

Alle gesellschaftlichen Unterschiede zwischen Kautsky und Wang Tsching Wei ausdrücklich unterstellt, bleibt doch eine wesentliche Ähnlichkeit in ihrem Verhalten dem Ausbruch der materiellen Revolution gegenüber. Solange die Ereignisse nicht zu eindeutiger Stellungnahme drängten, haben beide geglaubt, den Standpunkt einer Klasse (hier des Proletariats, dort der armen Bauern) vertreten zu können, den sie, als die Probe geliefert werden mußte, nicht stark genug waren, faktisch zu vertreten. Kautsky, [779] der sich zweifellos lange ehrlich als Repräsentant der ausgebeuteten Lohnarbeiterschaft angesehen hat, fiel auf den Standpunkt der Arbeiteraristokratie und -bürokratie zurück. Wang Tsching Wei, der die Interessen des mittleren und des kleinen Bürgertums zu vertreten glaubte, machte sich im Moment des Konflikts zum Sachwalter der mittleren Bourgeoisie, wandte sich gegen die städtische und ländliche Armut, vom Proletariat ganz zu schweigen.

Die armen Bauern und die wirkliche städtische Armut sind nach links gegangen. Nach links gegangen ist auch eine Anzahl von Führern des alten linken Flügels der KMT, Eugen Tschen, Frau Sun Yat Sen und andere. Auch in Wang Tsching Weis Politik gab es Tendenzen einer solchen Linksentwicklung. Man lese heute noch einmal sein Buch „China and the nations“; man verfolge sein Bemühen um eine leninistische Analyse des Imperialismus, seine Erklärung, daß China die Drohung mit dem Bolschewismus nicht fürchte, seine Forderung einer Revolution, die von den Studenten, Bauern und Industriearbeitern getragen werde (von den Landbesitzern ist da noch keine Rede!). Die Vieldeutigkeit mancher seiner Aussprüche konnte ebensowohl Ausdruck noch nicht erlangter Klarheit sein wie politische Unsicherheit[**]. Was die Mystik der radikalen Deklamation verbarg, das hat erst die Praxis des Konflikts rein und unzweideutig hervortreten lassen. Wang Tsching Wei hat sich eine Zeitlang als der Vertreter sozialer Schichten ausgegeben, denen er faktisch nicht zugehörte.

---

[*] „The Poeples Tribune“ vom 8. Juli 1927. Die beiden anderen Aufsätze Wang Tsching Weis erschienen in der gleichen Zeitung am 9. und 13. Juli

[**] Zu der Annahme, daß Wang zu denjenigen Linken gehöre, die nach links gehen werden, falls es zum Konflikt komme, konnte u. a. die Form verleiten, in der das unter seiner Führung geschlossene Abkommen der KMT mit der KPCh zuerst in Europa bekannt wurde. Da war von einer „Diktatur aller unterjochten Klassen“ die Rede, von der Taktik des Zusammenarbeitens aller unterdrückten Klassen“ usw. Leider lauten die Formulierungen des vollen Textes, der im Sommer hierher gelangte, wesentlich anders. Dort wird von einem „Bündnis zwischen den nicht besitzenden Klassen und allen (!) anderen Klassen“ gesprochen: Dort wird gesagt, die Frage der Herrschaft des Proletariats werde sich sicher weder in der Gegenwart noch in naher Zukunft erheben“. Dort findet sich ein Passus, von dem wir glauben möchten, daß ihm ein Übersetzungsfehler zugrunde liegt: „Die KP liebt Frieden und Ordnung ebensosehr wie alle anderen Parteien. („The People’s Tribune“ vom 10. April 1927.) Um Formeln dieser Art zu unterschreiben, dazu bedurfte es freilich für Wang Tshing Wei keiner besonders revolutionären Kraftleistungen. Der Text der Erklärung ist in etwas abweichender Form, aber, was die oben zitierten Punkte anbetrifft gleichlautend, in der „Canton Gazette“ vom 12. April abgedruckt. Es ist daher – leider – anzunehmen, daß die wiedergegebene Version richtig ist. Daß diese Albmachung unter dem Gesichtswinkel der Politik der KP Chinas eine ganz außerordentliche Entgleisung darstellt, bedarf keiner Begründung.

Wir kommen zum Schluß. Die chinesische Revolution mit der Fülle ihrer sozialen Schichtungen und Probleme ist mit einer Handvoll noch so gutgemeinter Schlagworte nicht zu begreifen. Es hilft der chinesischen Arbeiter- und Bauernbewegung weniger als nichts, wenn man Tschang-kai-schek, Feng Yu Hsiang und Wang Tsching Wei einfach unter die Etikette „Verräter“ setzt. Erst eine differenzierende Analyse ermöglicht es, aus den vorgefallenen Ereignissen richtige und nutzbringende Schlüsse zu ziehen. „Abgefallen“ sind alle drei zweifellos, doch aus verschiedenen Motiven und unter abweichenden gesellschaftlichen Voraussetzungen Tschang-kai-schek, dessen großbürgerliche Position von vornherein klar war, vollzog im April 1927 nur einen Schritt, der allgemein erwartet, der schon in den Thesen des 7. erweiterten Ekki, 1926, vorausgesehen war. Das Problem seines Abfalls reduziert sich auf eine taktische Frage, auf die Frage nach dem Termin. Feng ist – wie erst die Ereignisse dieses Sommers klar erkennen ließen – ein „moderner“ Militarist, der alle Richtungen der KMT betrogen hat, unter anderem auch die extremste alte Linke, die revolutionären Arbeiter und Bauern. „Umgefallen“ im engeren Sinne ist allein Wang Tsching Wei, der sich zum Vertreter der Interessen der städtischen und ländlichen Armut berufen glaubte – und diese Interessen, solange sie nicht wesentlich mit denen des mittleren Bürgertums kollidierten, auch vertrat –, bis ihn der harte Konflikt, die Zerreißung der bisherigen Wuhan-Linken, zum Sachwalter des mittleren (und großen) Bürgertums gegen die revolutionären Arbeiter und Bauern werden ließ. Am 14. April noch hatte er erklärt: „Wir müssen uns erstens mit [780] der Sowjetunion zusammenschließen; zweitens müssen wir mit den Kommunisten zusammenarbeiten, und drittens müssen wir die Interessen der Bauern und Arbeiter verteidigen“. Und noch am 13. Juli: „Es ist natürlich gegen die Politik Sun Yat Sens, Kommunisten zu verhaften und zu ermorden, wie Tschang-kai-schek das jetzt tut“. Aber schon kurze Zeit später stand Wang an der Spitze einer „gereinigten“ Regierung, die genau wie Herr Tschang-kai-schek Kommunisten verhaften und umbringen ließ. Binnen kurzem schon trat Wang, aus Furcht vor ihren revolutionären Konsequenzen, die drei letzten Anweisungen seines „unsterblichen Führers“ in den Dreck. Der revolutionäre Illusionist war zum Judas der Revolution geworden.

*

Diskussion

Warum braucht die KPD ein Aktionsprogramm?

Von Max Köhler[*)]

I. Die Lücken unserer Arbeit

Mit dem Beginn der Konjunktur hat auch eine allgemeine Belebung des Kampfwillens der Arbeiterschaft eingesetzt. Eine Welle von Lohnbewegungen ergießt sich durch das Land. Eine erhöhte Aktivität der gesamten Arbeiterschaft ist zu verzeichnen. Dies kam auch bei den Wahlen in Altona, Hamburg und Königsberg zum Ausdruck. Die Wahlen bedeuten einen gewaltigen Ruck nach links. Die Bürgerblockparteien haben einen großen Stimmenverlust zu verzeichnen. Der Stimmanteil sank von 54,1 Prozent auf 45 Prozent. Die KPD hat ihr. Stimmenzahl vom Mai 1924 beinahe erreicht. Sie gewann gegenüber den Wahlen vom Dezember 1924 rund 20.000 Stimmen. Die SPD vermehrte ihre Stimmenzahl vom Mai 1924 von 137.000 auf 248.000, also um 75.000 Stimmen, vom Dezember 1924 von 203.000 auf 248.100 um 45.000 Stimmen.

Dieses Bild der Wahlziffern zeigt, daß die Partei an Einfluß in den Massen gegenüber den Wahlen vom Dezember 1924 gewonnen hat und daß somit die Folgen der schmachvollen Ära Ruth-Fischer-Maslow-Scholem allmählich überwunden werden. Andererseits sehen wir aber, daß die SPD, diese zuverlässigste Stütze des kapitalistischen Staates, absolut und relativ einen noch größeren Gewinn erzielt hat. Es wäre ein schlechter Trost, wenn wir uns etwa einreden wollten, diese 75.000 Stimmen, die die SPD seit Mai 1924 gewann, rekrutierten sich nur aus dem Lager des Kleinbürgertums. Das ist ganz bestimmt nicht der Fall. Gerade die SPD verfügt über einen verläßlichen Wählerstamm, wie es andererseits Tatsache ist, daß die enttäuschten und genarrten Kleinbürger sich von den Splitterparteien abwenden und sich auch in größerer Zahl in die Gefolgschaft der KPD einreihen. Das ist an und

[*)] Der Artikel wurde Ende Oktober geschrieben.

für sich zu begrüßen. Das beweist aber gleichzeitig, daß es uns noch nicht gelungen ist, der SPD bei der ausschlaggebenden proletarischen Masse entscheidenden Abbruch zu tun, daß es dieser gelungen ist, auch ihren proletarischen Anhang zu vergrößern.

Diese Lage entspricht such der Situation bei den Lohnbewegungen, die durch das Land fluten. Es gelang des Partei nur ausnahmsweise, bestimmenden Einfluß auf die Bewegungen auszuüben. Fast in allen Organisationen haben die Reformisten die Führung in den Händen, so daß sie die gesteigerte Aktivität der Arbeiterschaft zur Stärkung ihrer Position ausnutzen und ihr die revolutionäre Spitze abbrechen können. Die radikalen Phrasen der SPD gegen den Bürgerblock sowie die Genehmigung und Durchführung zahlreicher Lohnbewegungen haben in den Augen großer Massen das ramponierte Ansehen der SPD- und Gewerkschaftsführer gehoben. So unerwünscht es ist, so ist es doch Tatsache, daß sich unsere Stellung gegenüber der SPD und den reformistischen Gewerkschaftsführern in den tagtäglichen Kleinkämpfen erschwert hat. Die Bekämpfung der sozialdemokratischen Politik, die Loslösung der Massen vom Reformismus, die Entlarvung der arbeiterverräterischen Politik der SPD setzt in erster Linie und vor allen Dingen eine durchdachte, zielklare Politik der Kommunisten und zweitens eine ebenso biegsame wie grundsatzfeste Taktik voraus. Das erfordert wiederum, daß unsere Genossen Klarheit über Ziel und Weg unseres Kampfes zum Sturz des Kapitalismus besitzen. Diese Klarheit fehlt in der Partei zum großen Teil.

Wohl ist in der letzten Zeit im Zusammenhang mit der wachsenden Aktivität der Arbeiterklasse auch eine Belebung eines Teiles der Parteigenossen zu beobachten. Ein Teil der Parteigenossen leistet das Menschenmöglichste, und auf ihr Wirken ist auch die Steige-[781]rung des Einflusses der Partei auf die Arbeiterschaft zurückzuführen. Gleichzeitig muß festgestellt werden, daß in der Partei die Klagen über Passivität und mangelnde Aktivität nicht aufhören Woran liegt das? Liegt das am mangelnden Willen der Parteigenossen? Wir glauben nicht. So, wie die ideologische Schwäche unserer Genossen meistens zu opportunistischen Entgleisungen oder linken Phrasendreschereien führt, so ist dieser Mangel an Klarheit auch die wichtigste Ursache, weshalb der größte Teil unserer Genossen in den Betrieben, Gewerkschaften und Kommunen, in der täglichen Kleinarbeit passiv ist. Sie sind oft nicht genügend in der Lage, den Argumenten der Reformisten entgegenzutreten und hüllen sich deshalb lieber in Schweigen. Das trägt dazu bei, daß unsere Parteigenossen in den entstehenden Kämpfen meistens nicht die Führung in der Hand haben, sondern mehr oder weniger im Schlepptau der SPD- und Gewerkschaftsführer segeln.

Die Mitgliederzahlen der Partei stagnieren. Das Leben in den Zellen wird durch die ungeheure organisatorische Kleinarbeit, die auf jedem Mitglied in der Organisation lastet, und durch den vielfach vorherrschenden Schematismus, aber besonders durch die nicht genügende Politisierung der Zellenarbeit gelähmt. Dauernd wird geklagt über mangelhafte Verbindung der Kampagnen miteinander. Man versucht, die Mängel mit Hilfe organisatorischer Maßregeln zu beseitigen. Der Mangel ist jedoch im Grunde kein organisatorischer, sondern ein politischer. Wenn die Genossen es nicht verstehen, die laufenden Kampagnen miteinander zu verbinden, so ist der wichtigste Grund folgender: Wir führen Kampagnen für Sacco and Vanzetti, für zehn Jahre Sowjetrußland, für Amnestie, gegen Mietserhöhung, gegen den Hindenburg-Rummel, für Reichstagsauflösung, gegen den Bürgerblock, gegen die imperialistische Kriegsgefahr usw. usw. Alles das läuft zusammenhanglos nebeneinander her, weil die Parteigenossen nicht wissen, welche inneren Zusammenhänge hier bestehen, wieso und weshalb unsere politische Arbeit in der gegenwärtigen Zeit der relativen Stabilisierung des Kapitalismus einen Teil unserer revolutionären Gesamtaufgabe bildet: wie sich aus unserem Kampf um die Tagesforderungen der Kampf um das revolutionäre Endziel folgerichtig ergibt

Wohl wird such im allgemeinen darüber geredet, daß die Verbindung zwischen den einzelnen Aktionen hergestellt werden müsse, jedoch, wie das gemacht werden soll, welche gemeinsamen allgemeinen Kampfaufgaben gegeben sind, darüber wird nichts gesagt. Darin eben zeigt sich der Hauptmangel unserer Parteiarbeit. Die einzelnen Kampagnen zerflattern und erscheinen nicht als ein Teil der einen großen Kampagne, die für die deutsche Arbeiterschaft die wichtigste und entscheidenste ist und die gerichtet ist gegen die deutsche Bourgeoisie und ihren Staat und auf die Diktatur des Proletariats. Diese Kampagne kann aber nur geführt und der Sinn und Zweck unseres gesamten Wirkens kann nur

erreicht werden, wenn man sich ganz klar darüber ist, durch welche Etappen wir unter Berücksichtigung der Klassenkräfte in Deutschland hindurch müssen, welche allgemeine Marschroute uns von der heutigen Kleinarbeit zum Sieg der proletarischen Revolution führt. Nur wenn sich die Partei darüber Klarheit verschafft, nur dann können die einzelnen Kampagnen mit nachhaltigem Erfolg geführt werden. Und nur dann ist es möglich, die besonderen Losungen mit der Gesamtaufgabe zu verbinden und jedem Funktionär, ja jedem Parteimitglied den höheren Sinn und Inhalt unserer Teilkämpfe verständlich zu machen.

Der unmittelbare Zweck der heutigen Kämpfe der Arbeiterklasse Deutschlands ist: die Verteidigung und Verbesserung ihrer Lebenshaltung innerhalb des Kapitalismus. Die Kommunisten wissen aber, daß die Lebensfragen der Arbeiterklasse nur gelöst werden können durch den Sturz der Herrschaft des Kapitalismus und durch die Verwirklichung des Sozialismus. Sie müssen darum, wollen sie Kommunisten bleiben, die Verbindung zwischen den heutigen Tageskämpf an und dem Kampf um das Endziel aufzeigen. Sie müssen die heutigen wirtschaftlichen Kämpfe und kleineren Vorteile innerhalb des Kapitalismus benutzen, um die Massen von der Notwendigkeit des Sturzes der Bourgeoisie und der Verwirklichung des Sozialismus zu überzeugen, um sie für diese Entscheidungskämpfe der Klassen zu mobilisieren. Man kann einwenden, das sind alles Selbstverständlichkeiten, die jedem Kommunisten bekannt sind. Es handelt sich aber darum, diese Selbstverständlichkeiten in die Praxis umzusetzen. Wir fordern auf, Lohnkämpfe zu organisieren, wir sollen in den Wirtschaftskämpfen an der Spitze marschieren, aber in unserer tagtäglichen Politik zeigen wir nicht genügend, in welcher Beziehung der heutige Kleinkampf, das heutige Vorgefecht zur Entscheidungsschlacht der Zukunft steht. Die Arbeiterschaft kann nicht beim rein gewerkschaftlichen, nur wirtschaftlichem Kampf stehen bleiben, sondern sie muß zum politischen Kampf gegen die Herrschaft der Bourgeoisie, gegen den kapitalistischen Staat weitergehen.

Wenn unsere Genossen, die sich auf opferungsvoll der Kleinarbeit widmen, nicht zu erkennen vermögen, in welcher Beziehung ihre Kleinarbeit nicht nur eine Arbeit für heute und morgen, sondern für die Zukunft ist, in welcher Beziehung unser Tageskampf zum Endziel steht, wie wir von diesen Teilkämpfen ausgehend zu größeren politischen Kämpfen und zu revolutionären Massenaktionen kommen werden, dann besteht die Gefahr, daß sie entweder enttäuscht die Kleinarbeit aufgeben und ultralinken, anarchistischen Stimmungen zum Opfer fallen, oder aber im Kleinkampf aufgehen, die Perspektive der Revolution aus dem Auge lassen und dem Reformismus zum Opfer fallen, oder daß sie haltlos zwischen beiden Extremen hin und her schwanken. Wir wollen aber weder eine ultralinke Propaganda-Sekte sein, noch wollen wir versumpfen. Darum muß man die [782] Gefahren sehen, die besonders in der heutigen Periode der relativen Stabilisierung nicht gering sind.

In Zeiten revolutionärer Hochflut, in akut revolutionären Situationen offenbaren sich sehr bald die Mängel und Fehler der Partei. In einer Zeit, wie der heutigen, bleiben unsere Schwächen leichter verborgen. Sie werden sozusagen aufgespeichert, um dann bei einer jähen Wendung der Situation um so schärfer an den Tag zu treten.

Wenn wir die Massen für große Kämpfe sammeln wollen, so können wir das nicht mit Hilfe von Zufallslosungen tun, die wir beliebig aufstellen und beliebig wieder fallen lassen. Damit kann die Partei Zufallserfolge erringen. Damit können wir für einen Augenblick die Massen gewinnen. Unsere Aufgabe aber ist größer. Wir müssen die dumpfe Unzufriedenheit der Massen in einen bewußten Kampfwillen verwandeln, ihre unklaren Instinkte in die klare Entschlossenheit, mit dem Kapitalismus aufzuräumen, ihre Sympathien für uns in die Bereitschaft, unter Führung unserer Partei das Letzte im Kampfe zu wagen. Das ist eine gewaltige Aufgabe.

Heute leben wir in einer Zeit der relativen Stabilisierung des Kapitalismus. Das bedeutet, daß für den Augenblick ein gewisses Gleichgewicht der Klassenkräfte eingetreten ist. Wir sind der Auffassung, daß die Widersprüche, die diese Stabilisierung erzeugt, nur auf revolutionärem Wege gelöst werden können. Das bedeutet, daß die Stabilisierung die Voraussetzungen für neue große revolutionäre Massenaktionen schafft, die letzten Endes die Stabilisierung sprengen müssen. Es handelt sich darum, das Proletariat in den heutigen Kleinkämpfen für diese großen Auseinandersetzungen zu schulen, zu

sammeln und zu mobilisieren. Das ist eine schwere, verantwortungsvolle Aufgabe, die geduldig erfüllt werden muß und die nicht erreicht werden kann dadurch, daß man ohne Ziel und Plan mit den Massen herumexerziert. Wir müssen ein klares Programm von Forderungen haben, um die wir die Massen heute sammeln. Jede einzelne Erscheinung, jede einzelne Tatsache muß benutzt werden, um ins Bewußtsein der Massen einen Pflock einzuschlagen, um dies Programm zu entwickeln. Die Stellungnahme in den einzelnen Fragen ergibt sich aus diesem Aktionsprogramm, das die wichtigsten Losungen enthält, um die wir die Massen für diese kommenden Auseinandersetzungen sammeln, die der Arbeiterklasse zeigen, daß wir die einzelnen Teilforderungen nicht aus bloßer Taktik aufstellen, sondern weil sie Durchgangsstufen bilden auf dem Wege, auf dem die Kommunisten sie zur Revolution führen wollen.

II. Die allgemeinen politischen Aufgaben der Partei

Die allgemeinen politischen Aufgaben der Partei ergeben sich aus der Analyse der Periode. Wir nennen sie die Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus.

Was heißt das? Wenn wir sagen, die Stabilisierung sei vorübergehend, so ist mit einer so allgemeinen Antwort nichts gesagt; denn das gesamte System des Kapitalismus ist vorübergehend. Auch wenn wir sagen, daß die Stabilisierung eine mit dem Maßstab der Geschichte gemessene, nur verhältnismäßig kurze Frist dauern werde, so ist das noch sehr wenig. Das ist ein Trost für die Zukunft. Wenn wir aber klar erkennen wollen, wo wir heute stehen, dann müssen wir die Gegenwart, ihre Verhältnisse konkret untersuchen und aus ihrem Entwicklungsgesetz die Perspektive ableiten.

Was meinen wir, wenn wir von der Stabilisierung sprechen, wenn wir sagen, daß des Kapitalismus sich politisch und wirtschaftlich gefestigt hat und wenn wir hinzufügen, daß diese Stabilisierung relativ ist? Welche Perspektiven ergeben sich für den Klassenkampf auf Grund der heutigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, und welche Kampfziele hat sich die Arbeiterschaft zu stellen?

Die heutige Stabilisierung des Kapitalismus ändert nichts an der Tatsache, daß er sich als Gesellschaftsordnung bereits auf der absteigenden Linie seiner Entwicklung befindet. Warum? Wir leben im Zeitalter des Imperialismus. Der Imperialismus ist historisch bereits die Epoche der Stagnation und der Zersetzung des Kapitalismus, wie Lenin sagte. Welche Kennzeichen sind dafür vorhanden, daß die Epoche des Imperialismus bereits die Epoche des Niedergangs des Kapitalismus ist? Sind diese Merkmale etwa darin zu erblicken, daß die Produktivkräfte sich überhaupt nicht mehr entwickeln, daß der technische Fortschritt überhaupt stockt, die Produktionsziffern ununterbrochen sinken usw. Keineswegs! Es wäre durchaus falsch, wollte man sich den Prozeß des kapitalistischen Niedergangs als einen eindeutigen und ununterbrochenen Zerfall der Produktivkräfte vorstellen.

Der Kapitalismus ist eine besondere Gesellschaftsform, und es sind eigentümliche Widersprüche, an denen er zugrunde geht. Wenn wir davon sprechen, daß der Imperialismus die Epoche des kapitalistischen Niedergangs ist, so deshalb, weil die Widersprüche des Kapitalismus in der imperialistischen Epoche einen derartigen Grad der Zuspitzung erreicht haben, daß sie sich in gewaltigen Explosionen von unerhörtem Ausmaß Luft machen müssen. Der Imperialismus ist, wie Rosa Luxemburg sagte, eine Epoche der Krisen, Katastrophen und Krieg. Aber der grundlegende Widerspruch, an dem der [783] Kapitalismus zugrunde gehen wird, ist, daß die Entwicklung der Produktivkräfte mit den kapitalistischen Produktions- und Verteilungsverhältnissen in Widerspruch gerät. Das Ausmaß der Zerstörung in diesen Krisen und Katastrophen der kapitalistischen Epoche wird aber gerade durch die gewaltige Entwicklung der Produktivkräfte bedingt, die auf die Schranke des kapitalistischen Monopols stößt, auf die Schranke, die ihr durch die Herrschaft des Finanzkapitals gesetzt ist, das die Erde aufgeteilt hat.

Der Weltkrieg war die erste große Katastrophe der imperialistischen Epoche. Weil das Klassenbewußtsein des Proletariats außerhalb Rußlands noch nicht genügend entwickelt war, ist es dem Kapitalismus gelungen, seine wirtschaftliche und politische Macht von neuem zu festigen. Indem die kapitalistische Welt fieberhafte Anstrengungen macht, um die Produktivität der menschlichen Arbeit

zu steigern, vergrößert sie im gleichen Tempo den unter kapitalistischen Verhältnissen unerläßlichen Widerspruch zwischen Produktion und möglicher Konsumtion, sie erzeugt verschärfte Konkurrenz, wachsende nationale Gegensätze und treibt mit absoluter Sicherheit die Welt einem neuen Kriege zwischen den imperialistischen Mächten oder einem Krieg zur Vernichtung der Sowjetmacht entgegen. Nur die proletarische Revolution kann das verhüten.

Die heutige Stabilisierung ist also die Zeit zwischen zwei imperialistischen Katastrophen. Es ist eine Utopie zu glauben, daß die heutige Stabilisierung eine Ära einer verhältnismäßigen unkritischen und ungestörten Entwicklung eröffnen könne, wie ungefähr in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, wie in der Zeit des aufsteigenden Kapitalismus. Es ist dem Kapitalismus wohl gelungen, die Valuta zu stabilisieren und die Weltmarktbeziehungen wiederherzustellen, die Reparationsfrage vorläufig zu lösen, die Produktion zu rationalisieren. Aber gerade die Rationalisierung verschärft zugleich den grundlegenden Widerspruch zwischen Produktions- und Absatzmöglichkeiten. Der Kampf um neue Märkte muß in verschärfter Form entbrennen.

Wenn wir feststellen, daß der Imperialismus die Epoche des kapitalistischen Niedergangs ist, so sagen wir damit gleichzeitig, daß er die Epoche der proletarischen Revolution ist. Die Epoche der proletarischen Revolution erfordert aber von der Arbeiterschaft im Kampf gegen den Kapitalismus andere Maßregeln als die Periode des aufsteigenden Kapitalismus.

Schon vor dem Kriege betonten die Linksradikalen ins Kampf gegen den Zentrismus, im Kampf gegen Kautsky, daß in der Epoche des Imperialismus der Kampf um die Verwirklichung des Sozialismus zu einer aktuellen Aufgabe geworden ist. Daß man aus diesem Grunde sich nicht nur auf den gewerkschaftlichen Kleinkampf und parlamentarische Reformtätigkeit beschränken dürfe, sondern revolutionäre Massenaktionen propagieren müsse. Damals hat nur eine schwache Vorhut der Arbeiterklasse den Sinn einer revolutionären Taktik begriffen. Heute aber fühlen bereits Millionen Proletarier, daß die reformistischen Kampfmittel keine dauernde Besserung bringen können; ihnen zum Bewußtsein zu bringen, daß eine solche Besserung erst nach einer radikalen Umwälzung des Bestehenden erreichbar ist, das ist unsere Aufgabe.

Die Vorbereitung und Organisierung revolutionärer Massenkämpfe, ja revolutionärer Machtkämpfe ist darum heute erst recht die Aufgabe der Partei. Nichts wäre für die Partei verderblicher als eine Auffassung, wonach man das Ende der Stabilisierung abwarten müsse, um wieder an große Massenkämpfe und revolutionäre Machtkämpfe denken zu können, wonach revolutionäre Massenaktionen und Machtkämpfe einerseits und Stabilisierung andererseits also Dinge sind, die einander gegenseitig ausschließen. Nach dieser falschen Auffassung kann eine akut revolutionäre Situation, d. h. eine Zeit, in der unmittelbar um die Macht gekämpft wird, also erst kommen, wenn die Stabilisierung abgelöst wird durch eine neue imperialistische Katastrophe, d. h. ungefähr, daß revolutionäre Massenkämpfe erst zu erwarten seien, wenn ein neuer Krieg die Massen wieder aufgerüttelt haben wird. Die Kehrseite dieser Ansicht ist natürlich, daß die Kommunistische Partei bis dahin gewissermaßen überwintert, daß sie sich auf den Kleinkampf und bestenfalls auch auf die abstrakte Propaganda ihrer Grundsätze beschränkt und wartet, bis die Massen von selbst zum Sturm übergehen. Das würde bedeuten, daß man über die Erfahrung der letzten 13 Jahre ein Kreuz macht, ja noch mehr, daß man zurückgeht hinter die Linksradikalen der Vorkriegszeit, auf den Standpunkt des Kautsky von anno dazumal, daß die Kommunistische Partei sich selbst aufgeben, ihre Rolle verleugnen würde.

Wer aber sagt, daß die revolutionäre Arbeit erst beginnt, wenn ein neuer imperialistischer Krieg da ist, der leugnet die Perspektive der Revolution praktisch überhaupt, der kapituliert vor der Stabilisierung, der Perspektive der Bourgeoisie und Sozialdemokratie. Es ist notwendig, die wirklich vorhandene Festigung der wirtschaftlichen und politischen Macht der Bourgeoisie zu sehen, zum anderen aber zu sehen, wie die Stabilisierung selbst ihr Ende erzeugt, wie sie die Bedingungen unserer revolutionären Kämpfe schafft, zu denen es die Arbeiter vorzubereiten gilt. Fällt das Proletariat der Bourgeoisie nicht in den Arm, macht es dem Wahnsinn der kapitalistischen Herrschaft nicht ein Ende, so wird der Kapitalismus von einer Katastrophe in die andere torkeln und sich dann immer wieder

stabilisieren. Eine ausweglose Situation für die Bourgeoisie gibt es nicht, [784] sagte Lenin, denn wenn das Proletariat nicht bereit ist, die Bourgeoisie zu stürzen, wird sich diese auf Kosten des Proletariats, auf Kosten immer größerer Zerstörungen immer wieder konsolidieren, bis zu dem Zeitpunkt, wo durch die immer größere und gewaltige Zerstörung, die immer schneller folgenden Katastrophen die Vernichtung der Produktionsmittel und Produktivkräfte einen solchen Umfang annimmt, daß der Rückfall in die Barbarei das Ende ist.

Auf der Grundlage der Stabilisierung ergeben sich neue Widersprüche, neue Objekte des Klassenkampfs. Die Durchführung der Stabilisierung, die auf Kosten der Arbeiterklasse erfolgt, die die Rechte der Arbeiterschaft einengt, schafft ein breites Feld für die revolutionären Massenaktionen, für revolutionäre Machtkämpfe, gegen die Grundlagen der kapitalistischen Herrschaft, für ihre Beseitigung. Wir dürfen darum die Fahne der Revolution nicht zusammenrollen, wir müssen ausgehen von den heutigen Kleinkämpfen, den Kämpfen um ein Stückchen Brot, die revolutionären Massenaktionen vorbereiten, die Masse für sie schulen und mobilisieren. Dazu ist es notwendig, daß wir den Massen den Weg zum Ziel möglichst konkret in den Hauptzügen, wie wir ihn vor uns sehen, aufzeigen. Dazu ist die Schaffung eines A k t i o n s p r o g r a m m s für die Partei notwendig.

So groß auch der Erfolg ist, den die Partei verzeichnen kann, seitdem sie von der abstrakten Propaganda und der hohlen Phrase, die die Ära Ruth Fischer, Maslow und Scholem ausfüllten, zur praktischen Kleinarbeit überging, so können und dürfen wir uns doch nicht auf den Kleinkampf, auf den Kampf um die Lohn- und Arbeitszeit, um Reformen innerhalb des Kapitalismus und des bürgerlichen Staates und auf eine abstrakte Propaganda des Endziels beschränken. Bei der heutigen Zuspitzung der Klassengegensätze, wo die Kapitalsdiktatur nackter und brutaler denn je auftritt, wo die Riesenmacht des vertrusteten Kapitals das Feld des wirtschaftlichen Kampfes bis auf das äußerste einengt, wo das Monopolkapital den Staat beherrscht und so folglich jeder größere wirtschaftliche Kampf auf die politische Macht des Monopolkapitals stößt, ist es notwendig, die Arbeiter auf die Schranken des Kampfes innerhalb des bürgerlichen Staates und der kapitalistischen Wirtschaft hinzuweisen.

III. Die Marschroute auf dem Wege zur Revolution

Unser Aktionsprogramm kann kein Programm im Sinne der Minimalforderungen des Erfurter Programms sein, d. h. ein Programm von Reformen, die innerhalb des Kapitalismus durchsetzbar sind. Ein solches Programm war am Platze zu einer Zeit, in der der Kapitalismus im allgemeinen noch im Aufstieg war.

Heute steht in Deutschland der Kampf gegen die Trustherrschaft im Vordergrund. Was bedeutet das? Der Kampf gegen die Trosts unter der Losung der Rückkehr zur freien Konkurrenz ist eine reaktionäre Utopie. Die Herrschaft der Trusts kann innerhalb des Rahmens des Kapitalismus nicht beseitigt werden. Die Beseitigung der Trustherrschaft erfordert, daß praktisch Schritte in der Richtung zum Sozialismus unternommen werden. Der Kampf gegen die Trusts bedarf in seiner Konsequenz des Sturzes der Herrschaft des Kapitals überhaupt.

Wir müssen natürlich den Kampf um die kleinsten Reformen, um die kleinen Verbesserungen der Lage der Arbeiterklasse mit der größten Energie führen, aber wir dürfen uns heute auf kein Reformprogramm ins Sinne des alten sozialdemokratischen Minimalprogramms beschränken. Die Reformforderungen müssen hineingestellt werden in ein System von Forderungen, die keine eigentlichen Reformforderungen mehr sind und um die wir die Masse heute für die notwendig kommenden großen Massenaktionen sammeln. Wir müssen Übergangsforderungen aufstellen, Übergangsforderungen eigener Art, die an die heutigen Nöte und an das heutige Verständnis der Arbeiter anknüpfen, deren Durchführung aber bereits den Rahmen des Kapitalismus sprengen und die Kämpfe um die Macht im Endkampf auslösen. In seinem Buch „Der Radikalismus, die Kinderkrankheit des Kommunismus“ schreibt Lenin über die Aufgaben der Kommunisten in Westeuropa:

„Den konkreten Plan der noch nicht ganz revolutionären Maßnahmen und Methoden die die Massen zum wirklichen entscheidenden letzten großen revolutionären Kampf führen, zu finden, zu fühlen und zu verwirklichen, – darin besteht die Hauptaufgabe des zeitgenössischen Kommunismus in Westeuropa und in Amerika.“

Und in der Resolution des 3. Weltkongresses über die Taktik heißt es:

„An Stelle des Minimalprogramms der Reformisten und Zentristen setzt die Kommunistische Internationale den Kampf um konkrete Bedürfnisse des Proletariats, um ein System von Forderungen, die in der Gesamtheit die Macht der Bourgeoisie zersetzen, das Proletariat organisieren, Etappen im Kampf um die proletarische Diktatur bilden und deren jede, für sich dem Bedürfnis der breiten Massen Ausdruck verleiht, auch wenn diese Massen noch nicht bewußt auf dem Boden der proletarischen Diktatur stehen."

Diese Übergangslosungen sind heute vorderhand Propagandalosungen, aber Propagandalosungen, die, zum Unterschied von den reinen Endlosungen, heute schon breiten Massen begreiflich gemacht werden können. Es sind Übergangslosungen, weil der Kampf um ihre [785] Durchsetzung in die Entscheidungskämpfe übergehen muß. Der Kampf um diese Forderungen ist ein Durchgangspunkt zum Kampf um das Endziel, ein notwendiger Durchgangspunkt, den wir den Massen begreiflich machen können, weil hier an ihre heutigen Nöte unmittelbar angeknüpft wird.

Der Weg zum Sozialismus ist ein langer Weg, der nicht ohne schwere Kämpfe zurückzulegen ist. Es handelt sich heute darum, den Arbeitern eine Marschroute zu geben, auf der die Kommunistische Partei sie zur Revolution, zur Diktatur, zur Durchführung des Sozialismus führen will. Es handelt sich darum, den Kommunisten zu zeigen, inwiefern sie heute bei Erfüllung ihrer Kleinarbeit, bei Durchführung einer scheinbar ganz gegenwartsbegrenzten Kampagne im Dienst für die proletarische Revolution stehen.

Eine einfache Aufzählung der Endlosungen genügt heute nicht. Wir sind in dieser Beziehung weiter als in der Vorkriegszeit. Wir wissen, daß es eben nicht mehr genügt, abstrakt „Klassenkampf", „Übernahme der politischen Macht", „Diktatur", „Durchführung des Sozialismus" usw. zu sagen. Die Erfahrungen der russischen und der deutschen Revolution haben gezeigt, daß der Kampf um die politische Macht, um die Diktatur, um die Verwirklichung des Sozialismus nicht über Nacht entschieden werden kann, sondern daß das ein verhältnismäßig langer Prozeß ist. Lenin hat im Geiste von Marx, der von einem jahrzehntelangen Bürgerkrieg sprach, die Resolution nicht abstrakt, sondern als einen lebendigen Prozeß aufgefaßt und hat uns die allgemeinen Hinweise für unsere Taktik in diesem Entwicklungsabschnitt gegeben. Unsere Aufgabe ist es, diese allgemeinen Hinweise in den konkreten Bedingungen Deutschlands anzuwenden. Der Hauptunterschied zwischen Deutschland und Rußland ist, daß in Rußland die bürgerliche Revolution unmittelbar in die sozialistische umschlug. In Deutschland ist die bürgerliche Revolution ins wesentlichen abgeschlossen. Wir müssen also, ausgehend von den heutigen Kleinkämpfen, den Kampf um die Macht vorbereiten. Wir müssen auf Grund einer Analyse der Klassenkräfte den Weg des Kampfes um den Sozialismus möglichst konkret aufzeigen.

Die Verfälscher des Marxismus, die Sozialdemokraten, fühlen ebenfalls diese Notwendigkeit und versuchen, wie Hilferding in seiner Kieler Rede, mit der Phrase von der Verwirklichung des Sozialismus als aktuelle Aufgabe alten abgeschmackten revisionistischen Kohl von der „Eroberung der politischen Macht" als etwas Neues zu servieren Diesen reformistischen Schwindel, durch den die Arbeiterschaft den Interessen des kapitalistischen Staates und der kapitalistischen Wirtschaft dienstbar gemacht werden soll, müssen wir unser revolutionäres Programm gegenüberstellen, das den Arbeitern den Weg des Kampfes um die Diktatur und den Sozialismus zeigt, das ihnen den Weg vom Tageskampf zum Endziel vorzeigt, unser Aktionsprogramm.

IV. Die Hauptlosungen des Aktionsprogramms

Ein Aktionsprogramm der Kommunistischen Partei Deutschlands muß ausgehen von der Analyse der Klassenverhältnisse in Deutschland, um festzustellen, an welchen Brennpunktes der Klassenkampf sich konzentriert, welche Hauptgegner dem Proletariat gegenüberstehen auf welche Bundesgenossen es rechnen kann.

Im wilhelminischen Deutschland regierten die Junker, während die Großbourgeoisie zwar die Regierung durch die Macht ihres Kapitals beherrschte, aber nicht unmittelbar und direkt an ihr teilnahm. In den ersten Jahren der Republik saß das kleine und mittlere Bürgertum in der Regierung. Heute

herrschen die Trustmagnaten, deren Kapitalsmacht in den letzten Jahren ungeheuer gewachsen ist, in der direktesten Form. Von den rund 12.000 Aktiengesellschaften mit einem Nominalkapital von 20,35 Milliarden Mark beherrschen nur knapp 2000 oder 15,9 Prozent aller Aktiengesellschaften 65 Prozent des gesamten Kapitals. In verschiedenen Industriezweigen ist die Monopolisierung, Vertrustung oder Syndizierung schon fast vollständig. In der Kaliindustrie sind 98,3 Prozent, im Bergbau 97,9, in der Steinkohlenindustrie 92,9, in der Farbenindustrie 96,3, in der chemischen Industrie 82,7, in der Großeisenindustrie 85, in der elektrotechnischen Industrie 86,9 und im Bankwesen 78,9 Prozent aller Kapitalien vertrustet.

Die wirtschaftliche und politische Vormacht der Trosts, die in Deutschland heute sogar ausgesprochener ist als in den Vereinigten Staaten, drückt der Zeit ihren Stempel auf. Der Bürgerblock ist nur die konsequenteste Ausdrucksform dieser Trustherrschaft. Wie aber die Monopolisierung und Vertrustung sich auswirken, geht aus folgendem hervor: In der Zeit vom September 1925 bis August 1926 stieg die Gesamtproduktion der deutschen Hochöfen um 31 Prozent, der Stahlöfen um 36 Prozent. In gleicher Zeit sank die Zahl der beschäftigten Arbeiter um 19 Prozent an den Hochöfen und um 11 Prozent bei den Stahlöfen, während die Tagesleistung der Arbeiter bei den Hochöfen um 37 Prozent und bei den Stahlöfen um 14 Prozent zugenommen hat. Die gewaltige Senkung der Produktionskosten hat sich aber nicht in den Preisen ausgewirkt. Im Laufe des Jahres 1927 fiel zwar die Kurve der Weltmarktpreise, die deutschen Inlandspreise blieben aber fast unverändert.

Der Kampf gegen das Monopolkapital muß der Angelpunkt unseres Aktionsprogramms sein. Der gemeinsame Gegensatz gegen das Monopolkapital schafft in Deutschland die [786] materielle Grundlage auch für ein Bündnis der Arbeiterklasse mit den städtischen und ländlichen Mittelschichten.

Der bürgerlichen Republik, die sich heute als die Form der Herrschaft der Trusts, die Diktatur der Trustmagnaten offenbart, müssen wir die Losung der Arbeiter- und Bauernregierung, der Herrschaft der werktätigen Millionen gegenüberstellen. Da aber die politische und wirtschaftliche Macht der Trosts unmittelbar zusammenhängt, müssen wir zugleich zeigen, auf welchem Wege wir die wirtschaftliche Macht beseitigen wollen, auf welchem Wege wir die Expropriation der Trustmagnaten durchführen, den Sozialismus verwirklichen wollen. Dieser Weg geht über die Kontrolle der Produktion. Die Losung der Kontrolle der Produktion ist vorderhand natürlich eine Propagandalosung. Sie unterscheidet sich jedoch von anderen Propagandalosungen wie Diktatur des Proletariats, Wahl von Arbeiterräten, Bewaffnung des Proletariats usw., dadurch, daß sie heute nicht nur die Vorhut des Proletariats, die Kommunisten, organisiert, sondern geeignet ist, große Massen der Arbeiterschaft zu mobilisieren, sie für die Expropriation des Kapitals zu schulen und sie für den Massenkampf zu gewinnen. Da der wirtschaftliche Druck der Trustherrschaft von den Massen zuerst und am schärfsten gespürt wird, bekommt die Losung der Kontrolle der Produktion eine zentrale Bedeutung und muß zur tragenden politischen Losung in allen Wirtschaftskämpfen werden.

Die Reformisten versuchen, das Empfinden der Massen gegenüber den Trosts und Monopolen mit reformistischen Losungen, wie ihre Forderung nach „Wirtschaftsdemokratie“ und „Staatskontrolle“, für sich auszunutzen. Wir müssen dagegen den Arbeitern den evolutionären Weg des Kampfes gegen die Trosts zeigen, den wirklichen Weg der Ersetzung der Trustherrschaft durch die Herrschaft der Arbeiterklasse, durch den Sozialismus.

V. Das Verhältnis des Aktionsprogramms zum allgemeinen Programm

Über das Verhältnis des Aktionsprogramms zum allgemeinen Programm bestehen in der Partei Unklarheiten. Diese Unklarheiten ergeben sich zum größten Teil daraus, daß die Partei sowie die Kommunistische Internationale noch kein allgemeines Programm haben. Was gehört in das allgemeine Programm:

1. Die Kennzeichnung der Bewegungsgesetze des Kapitalismus unter besonderer Berücksichtigung der Epoche des Imperialismus.

2. Der Nachweis der Notwendigkeit der Revolution und der Diktatur des Proletariats.

3. Der Charakter der proletarischen Diktatur und ihre Aufgaben.

4. Die Strategie des Proletariats vor Übernahme der Macht und damit die theoretische Grundlage für die Übergangsforderungen.

Das unter Ziffer 1 bis 3 Angeführte war nie umstritten. Dagegen wurde auf dem 4. Weltkongreß in der Programmdebatte darüber diskutiert, ob die Übergangsforderungen, die die Partei vor der Eroberung der politischen Macht aufstellt, in das Programm gehören oder nicht. Der 4. Kongreß hat über diese Frage seine Stellung in einer Resolution festgelegt, in der es unter Punkt 3 heißt:

„In den Programmen der nationalen Sektionen muß die Notwendigkeit des Kampfes für Übergangsforderungen mit aller Klarheit und Entschiedenheit begründet werden, wobei die entsprechenden Vorbehalte über die Abhängigkeit dieser Forderungen von den konkreten Bedingungen der Zeit und des Ortes gemacht werden müssen."

Und unter Punkt 4 in derselben Resolution heißt es:

„Die theoretische Grundlage für alle Übergangs- und Teilforderungen muß bestimmt gegeben werden in dem allgemeinen Programm, wobei der 4. Kongreß gleichermaßen entschieden die Bestrebungen verurteilt, die Einführung der Übergangsforderungen in das Programm als Opportunismus hinzustellen, wie auch alle Versuche, die grundlegenden proletarischen Aufgaben durch Teilforderungen zu vertuschen oder zu ersetzen."

Die Konkretisierung der Übergangsforderungen ist in der heutigen Periode für eine revolutionäre Partei zur Durchführung ihrer Aufgaben unbedingt notwendig. Das Aktionsprogramm soll darum jenen Teil des allgemeinen Programms enthalten, der die Übergangsforderungen enthält. Das Aktionsprogramm soll also das allgemeine Programm nicht ersetzen, sondern es ist im Sinne der Beschlüsse des 4. Weltkongresses nur ein Teil des allgemeinen Programms. Die Schaffung eines Aktionsprogramms in Deutschland wird es den übrigen Sektionen der Kommunistischen Internationale erleichtern, das gleiche zu tun und auf diese Weise die Schaffung eines allgemeinen Programms für die Kommunistische Internationale fördern. [787]

VI. Was nicht als Aktionsprogramm angesprochen werden kann, wenn es auch den Namen erhält

Es ist kein Aktionsprogramm, wenn man einfach alle Losungen, die die Kommunistische Partei zu verschiedenen Zeiten und Gelegenheiten aufgestellt hat, zusammenfaßt und nach gewissen Gesichtspunkten ordnet. Eine solche Aneinanderreihung wäre nur der schlagendste Beweis für die Notwendigkeit eines wirklichen Aktionsprogramms. Aus einer solchen Zusammenstellung würden wir nur erfahren, daß die Kommunisten gegen gewisse Dinge sind, für gewisse Dinge eintreten, wir wüßten aber nicht, in welchem Zusammenhang diese Losungen zueinander stehen, welchen Weg die Kommunistische Partei gehen will, um zur Revolution zu kommen. Ein Aktionsprogramm ist kein Rosenkranz von aneinandergereihten Perlen, den man herbeten kann. Ein Aktionsprogramm ist eine Anweisung zur Aktion, ein Wegweiser, der den Massen den Weg zeigt, auf dem die Kommunisten sie zur Revolution, zum Sozialismus führen wollen. Ein Wegweiser, der ihnen zeigt, daß die Kommunisten nicht nur aus bloßer Taktik Teilkämpfe führen, sondern daß diese Teilkämpfe nur Etappen auf dem Wege zum Endkampf sind, ein Wegweiser, der, wie gesagt, die Marschroute vom Tageskampf zum Endziel zeigt.

Ebensowenig kann eine Wahlplattform ein Aktionsprogramm ersetzen. Wer das behaupten würde, würde damit nur beweisen, daß er schon vollständig dem parlamentarischen Kretinismus verfallen ist. Eine Wahlplattform gilt für die Zeit der Wahl für eine ganz bestimmte Situation. Wir müssen die Wahlen für die Propagierung unserer Grundsätze ausnützen. Die Wahlen sind eine Demonstration, aber so wie die Demonstrationen niemals den Kampf ersetzen können, so kann auch die Wahlplattform nicht das Aktionsprogramm ersetzen, sondern muß sich aus dem Aktionsprogramm ergeben.

Einige Genossen erklärten, daß die Essener Parteitagsthesen die Überschrift „Aktionsprogramm" erhalten könnten und daß dann damit die Forderung auf Schaffung eines Aktionsprogramms erfüllt

wäre. Wenn es sich jedoch nur darum handelte, einen neuen Namen für vorhandene oder altbekannte Dinge zu finden, so hätte kein Mensch die Forderung nach einem Aktionsprogramm gestellt. Es handelt sich nicht um einen Streit um Worte. Wenn wir die Forderung nach einem Aktionsprogramm aufstellen, so deshalb, weil die Parteiarbeit eine Lücke, einen Mangel aufweist, eine Lücke, die bereits fühlbar geworden ist und die es auszufüllen gilt.

Es werden nun allerlei superkluge Genossen kommen und erklären, daß wir uns unnötig aufregen. Was wir als zusammenfassende Losungen fordern, seien ja nur Propagandalosungen, und die Aktionen gingen ja heute vorderhand nur um kleine Reformen. Ein Aktionsprogramm sei aber ein Programm der Aktion, also damit ein Programm von Reformen. Dieses Argument wäre aber der typischste Beweis für die schon in der Partei eingetretene theoretische Versumpfung. Wir können hier nur wiederholen, was bereits schon oben gesagt ist. Niemand lehnt Reformforderungen ab. Die Frage ist nur, ob nur Reformforderungen von der Partei aufgestellt werden sollen. Sind wir der Auffassung, daß sich auf Grund der Stabilisierung revolutionäre Konflikte entwickeln werden, dann muß man sie auch vorbereiten. Ist man aber der Ansicht, daß die Epoche der Stabilisierung die Perspektive revolutionärer Massenaktionen überhaupt ausschließt, daß wir vielleicht erst einen neuen Krieg abwarten wollen, bis wir wieder daran denken können, dann soll man das offen sagen. Betrachtet man die Stabilisierung aber wirklich als revolutionärer Marxist, dann weiß man, wie wichtig gerade die Aufgabe der Vorbereitung revolutionärer Massenaktionen ist, dann begreift man auch die Bedeutung der Übergangslosungen, die auch Propagandalosungen sind, für die Aktion.

VII. Wie soll ein Aktionsprogramm geschaffen werden?

Wir können uns zur Schaffung eines Aktionsprogramms nur einen Weg denken, den Weg der Mitarbeit möglichst breiter Kreise der Mitgliedschaft bei dieser wichtigen Aufgabe. Dazu ist eine möglichst breite Diskussion über die Frage des Aktionsprogramms in der Partei notwendig. Dazu gehört, daß alle Beiträge, die zu dieser Frage vorliegen, auch der Artikel des Genossen Brandler, unbedingt veröffentlicht werden. Nur in einer solchen Diskussion kann ein Aktionsprogramm entstehen, das sich die Partei geistig zueigen macht, mit dem sich die Masse der Parteigenossen wirklich verbunden fühlt. Die Schaffung des Aktionsprogramms wird dazu beitragen, die Unsicherheit in unseren eigenen Reihen über die Perspektive der Revolution, die heutigen Aufgaben zu beseitigen, die Energie und Aktivität jedes Genossen stärken und so mithelfen, daß die Partei zu einer wirklich bolschewistischen Partei wird, auf daß es ihr gelingt, unter ihrem Banner die Arbeiterklasse zum Kampf für den Sturz des Kapitalismus, für die Diktatur des Proletariats zu sammeln und zum Siege zu führen. [788]

*

Wie ein Aktionsprogramm der KPD nicht aussehen darf

Von L e n z

Genosse K ö h l e r schließt seinen Artikel mit der „Aktionslosung“, daß der Entwurf des Genossen B r a n d l e r zum Aktionsprogramm „unbedingt veröffentlicht werden muß“. Da dieser Artikel demnächst in dem Organ der Kommunistischen Internationale mit einer Antwort des Polbüros der KPD erscheint, ist es nicht notwendig, d i e Fragen ausführlich zu behandeln, die dort bereits erschöpfend behandelt sind. Die Artikel der Genossen B r a n d l e r, R u c k („Internationale, Nr. 22, Seite 716) und K ö h l e r stimmen in den Grundgedanken überein. Wir können uns daher auf jene Punkte beschränken, die in den Antworten auf die genannten Artikel noch nicht ausführlich behandelt sind, und nur auf jene, die grundsätzliche Bedeutung haben.

Wir schicken voraus, daß wir mit der Kennzeichnung der Periode der relativen Stabilisierung durch den Genossen K. im allgemeinen einverstanden sind. Die von Otto B a u e r entlehnte Formel vom „Gleichgewicht der Klassenkräfte“ müssen wir allerdings ablehnen, da wir ja nicht eine Stabilisierung einer über den Klassen stehenden Staatsmacht feststellen, sondern die relative Stabilisierung des Kapitalismus, was das Überwiegen der bürgerlich-reaktionären Klassenkräfte über die proletarisch-revolutionären voraussetzt. Sonst aber ist unbestritten, daß diese Periode nur ein Abschnitt der Niedergangsepoche des Kapitalismus ist und abgeschlossen werden muß durch den revolutionären Endkampf, den vorzubereiten der ganze Zweck unserer gegenwärtigen Arbeit ist.

Genosse K. meint nun, daß diese Verbindung unserer heutigen Arbeit mit dem Endziel den Parteigenossen zu wenig klar ist, daß dies die Ursache der Passivität, der Schwäche unserer Funktionäre gegenüber den Reformisten ist, daß hier die „Lücke" klafft, die das „Aktionsprogramm", wie er es auffaßt, schließen soll. Unsere Kampagnen „zerflattern", weil wir uns nicht „ganz klar" darüber seien, „durch welche Etappen wir unter Berücksichtigung der Klassenkräfte in Deutschland hindurchmüssen". Das Aktionsprogramm soll danach den Massen zeigen, daß wir die einzelnen Teilforderungen „nicht aus bloßer Taktik aufstellen, sondern weil sie Durchgangspunkte bilden auf dem Wege, auf dem die Kommunisten sie zur Revolution führen wollen". Das Aktionsprogramm soll den Massen „den Weg zum Ziel möglichst konkret in den Hauptzügen, wie wir ihn vor uns sehen, aufzeigen". Es soll ein „Wegweiser" sein, der die Marschroute vom Tageskampf zum Endziel zeigt, und das, wie mehrfach gesagt wird, „möglichst konkret".

Wenn irgendein Genosse den Weg zu unserem Ziele konkreter, genauer zeigen und beschreiben kann, als es der Partei möglich war, dann werden wir gewiß für eine solche Belehrung dankbar sein. Aber leider zeigt es sich, daß Genosse K. sich gar keine Gedanken darüber gemacht hat, bis zu welchem Grade eine konkrete Bestimmung dieses Weges möglich ist, und daß er außerdem das, was wir konkret mit aller Bestimmtheit über diesen Weg sagen können und müssen, im Aktionsprogramm verschweigen will.

Genosse Köhler will die konkrete Bestimmung des Weges zum Sozialismus dadurch leisten, daß er uns heute schon eine fix und fertige Parole vorsetzt, von der er prophezeit, daß sie die zentrale Losung sein wird, die die Massen in Bewegung setzt und zu den entscheidenden revolutionären Kämpfen fortleitet. Der Versuch, eine solche Losung auszuklügeln, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt. Denn er steht in vollem Widerspruch zu der Methode der materialistischen Dialektik, die die Grundlage des Marxismus-Leninismus ist. Kein Mensch kann heute voraussagen, welche Losungen es sein werden, die in Deutschland die Massen in den Entscheidungskampf führen werden. Es ist ein elementarer Grundsatz des Marxismus, daß die Taktik und daher auch die konkreten massenmobilisierenden Losungen, die ein Teil der Taktik sind, sich nach der jeweiligen konkreten Lage richten und mit ihr verändern müssen. Wenn auch die relative Stabilisierung keine dauernde Epoche, sondern eine vorübergehende Durchgangsphase in der Niedergangsepoche des Imperialismus ist, so weiß doch niemand, in welcher konkreten Lage, aus welchen konkreten Ursachen sich die großen Kämpfe entwickeln werden, die diese Stabilisierung endgültig erschüttern müssen.

Kann uns z. B. Genosse K. oder ein anderer von jenen Propagandisten das allein seligmachenden und bis zum Endkampf gültigen „zentralen Losung" der Produktionskontrolle voraussagen, ob in Deutschland die proletarische Revolution vor oder nach dem Ausbruch des imperialistischen Krieges beginnen wird? Wir sind nicht so klug, diese Frage heute beantworten zu können. Aber es ist klar, daß die zentralen Parolen, mit denen die Massen zum Entscheidungskampf mobilisiert werden, verschieden sein müssen, je nachdem, ob dieser Kampf aus einer Wirtschaftskrise, aus einem reaktionären Vorstoß der Bourgeoisie oder aus einem imperialistischen Krieg oder aus einer Kombination mehrerer dieser Ursachen erwächst. Wir empfehlen dem Genossen K. das Studium des ausgezeichneten Artikels des Genossen B. Kun über die Parolen des Oktober („Internationale", Nr. 21, Seite 641), in dem sehr gut dargestellt wird, in welcher Weise die Bolschewiki in der Zeit der Vorbereitung der Revolution ihre Losungen der sich ändernden Situation anpaßten, je nach der Lage abschwächten oder steigerten. Die genaue Analyse der Lage, die Abschätzung der Stimmungen, Bedürfnisse und der Reife des Klassenbewußtseins des Proletariats und der werktätigen [789] Massen überhaupt und die auf Grund einer solchen Untersuchung erfolgende Bestimmung der Losungen, die am besten geeignet sind, die Massen in Richtung auf unser Ziel in Bewegung zu setzen, das ist eine der schwierigsten und wichtigsten Aufgaben der Kommunistischen Partei, die ihr nicht durch das Wunderrezept eines „Aktionsprogramms" ein für allemal abgenommen werden kann.

Ein Aktionsprogramm kann nicht mehr leisten, als auf Grund der aktuellen Lage diejenigen Aktionslosungen zusammenzufassen, die gerade am geeignetsten sind, die Massen in Bewegung zu setzen und diese in richtiger, den Massen verständlicher Weise mit unseren programmatischen Forderungen zu verbinden. Wenn Lenin in der von K. zitierten Stelle aus den „Kinderkrankheiten" als Hauptaufgabe

des Kommunismus bezeichnet, „den konkreten Plan der noch nicht ganz revolutionären Maßnahmen und Methoden, die die Massen zum wirklich entscheidenden letzten großen revolutionären Kampf führen, zu finden, zu fühlen und zu verwirklichen“, so ist damit keineswegs ein Plan für die ganze Periode der relativen Stabilisierung bis zur proletarischen Diktatur gemeint, sondern ein Plan, der der jeweiligen Lage entspricht und mit der Änderung der Lage geändert werden muß. In der von K. zitierten Resolution des 3. Weltkongresses ist von den „konkreten Bedürfnissen des Proletariats“ die Rede, dem das System unserer Tagesforderungen entsprechen muß. Es ist klar, daß sich diese Bedürfnisse ändern, daß ihre Bedeutung je nach den Verhältnisses wechselt, und daß sich demgemäß das Programm unserer Tagesforderungen, das Aktionsprogramm, ändern muß, „vielleicht alle zwei Wochen“, wie Genosse Bucharin auf dem 4. Weltkongreß scherzhaft sagte. Der 4. Weltkongreß hat demgemäß in seiner Resolution zum Programm, die Genosse K. zitiert, zwar die Aufnahme von Übergangsforderungen ins Programm gefordert, aber mit dem ausdrücklichen Vorbehalt „über die Abhängigkeit dieser Forderungen von den konkreten Bedingungen der Zeit und des Ortes“.

Eben das ist die Fragestellung, die Genosse K. nicht versteht, er betrachtet die Frage dogmatisch, metaphysisch und nicht dialektisch. Dem entspricht es auch, das er an die Stelle einer konkreten Analyse der Lage, die die Voraussetzung eines Aktionsprogramms ist, die Angabe eines ganz allgemeinen Merkmals setzt: die Herrschaft des Trustkapitals. „Der Kampf gegen das Monopolkapital“ als Ausgangspunkt des Aktionsprogramms, das ist die originelle Entdeckung, die Genosse K. von Brandler übernimmt, als ob er nie etwas davon gehört hätte, daß die Herrschaft des Monopolkapitals die ganze Epoche des Imperialismus kennzeichnet, nicht erst das Jahr 1927, sondern das ganze zwanzigste Jahrhundert seit seinem Anfang. Aus einer so mageren Analyse kann auch nur ein mageres Ergebnis hervorgehen. So entdeckt Genosse K., der das Aktionsprogramm als einen „möglichst konkreten“ Wegweiser zum Sozialismus ansieht, mit der Angabe aller Etappen, die das deutsche Proletariat auf diesem Wege durchzumachen hat, nur eine „Etappe“, die er für so wesentlich hält, daß sie in den Mittelpunkt des Aktionsprogramms gestellt werden muß: die Produktionskontrolle.

Uns scheint das Wichtigste, was man konkret über den Weg zum Sozialismus sagen muß, das, worin wir uns grundsätzlich von den reformistischen Betrügern unterscheiden, und das ist, daß es keinen anderen Weg gibt als den der gewaltsamen Revolution, des Bürgerkriegs, der Zertrümmerung des bürgerlichen Staatsapparats, der Entwaffnung der Bourgeoisie, der Bewaffnung des Proletariats, der Aufrichtung der Herrschaft der Arbeiter- und Bauernräte. Von diesen „Etappen“, von diesen Voraussetzungen zum Sozialismus soll offenbar in dem „Aktionsprogramm“ des Genossen K. keine Rede sein. Dieser wichtigste Punkt verschwindet auch im Hintergrund bei dem Entwurf des Genossen Brandler, dessen Veröffentlichung Genosse K. so stürmisch fordert. Die anderen Übergangsforderungen, die für unsere Propaganda des revolutionären Weges zum Sozialismus mindestens ebenso wichtig sind wie die der Produktionskontrolle, verschwinden bei den Anhängern dieser „zentralen Losung“, weil nur diese Parole nach der Ansicht dieser Genossen geeignet ist, „große Massen der Arbeiterschaft zu mobilisieren, sie für die Expropriation der Expropriateure zu schulen und sie für den Massenkampf zu gewinnen.“

Es wurde bereits genügend bewiesen, daß der Losung der Produktionskontrolle in der gegenwärtigen Situation diese Bedeutung nicht zukommt. Denn wirkliche Maßnahmen der Produktionskontrolle (Betriebsbesetzung, Verjagung der Unternehmer, Übernahme der Leitung der Betriebe durch die Arbeiterräte) sind gegenwärtig noch nicht möglich. Wir haben gegenwärtig nicht eine solche scharfe Zerrüttung der Wirtschaft wie in der Zeit von 1918 bis 1923, die die Forderung der Kontrolle der Produktion den Massen als nächstes, dringendsten Bedürfnis erscheinen läßt. Die Herrschaft des Monopolkapitals tritt heute des Massen in erster Linie in der Form der schärfsten Ausbeutung der Arbeitermassen und seiner unumschränkten politischen Macht entgegen. Das privatkapitalistische Eigentum offenbart deutlich seinen Widerspruch zum gesellschaftlichen Arbeitsprozeß und den Interessen der werktätigen Massen. In einer solchen Lage ist die Forderung der entschädigungslosen Enteignung und der Rationalisierung der entscheidenden Produktionsmittel den Massen durchaus verständlich, eine Forderung, die wir nur dann richtig propagieren, wenn wir als ihre Voraussetzung den Sturz des Bürgerblocks die Eroberung der Macht [790]

durch das Proletariat, die Errichtung einer Arbeiter- und Bauernregierung, die allein die Nationalisierung durchführen kann, offen und entschieden vor den Massen stellen.

Von solchen Propagandalosungen wollen aber die Spezialisten der Produktionskontrolle nichts wissen, weil nach ihrer Meinung die Arbeitermassen für solche Losungen „nicht reif" sind. So steckt hinter diesem Aktionsprogramm mit der zentralen Losung der Produktionskontrolle nicht nur der Aberglaube an eine einzige, alleinseligmachende Losung für eine ganze Periode, sondern außerdem noch die opportunistische Furcht davor, die Frage der politischen Macht, die wichtigste Frage, die von der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie in ihrer Weise ständig auf die Tagesordnung gestellt wird, klar und offen vor den Massen aufzurollen. In dieser Furcht spiegelt sich der Druck wider, den die Reformisten mit ihrem Unglauben an die Revolution auf große Teile des Proletariats ausüben. Wenn wie diesem Druck auch nur im geringsten nachgeben, werden wir unsere historische Aufgabe nicht erfüllen, die Arbeiterklasse nicht zum revolutionären Kampf schulen, sondern sie von den wichtigsten Fragen auf untergeordnete (Betriebsspionage, Wirtschaftsenthüllungen und dergl.) ablenken, das Machtbewußtsein des Proletariats nicht stärken, sondern schwächen und auf diese Weise dazu beitragen, daß die Linksbewegung des Proletariats zu einer Niederlage führt, die unvermeidlich ist, wenn die nach links gehenden Massen nicht eine klare, zielbewußte, kampfentschlossene, revolutionäre Führung erhalten.

Genosse Köhler beruft sich ohne jede Berechtigung auf die Resolution des 4. Weltkongresses. Denn er begeht gerade jene Fehler, vor denen an den von ihm zitierten Stellen gewarnt wird. Er hat weder den Vorbehalt bezüglich der Abhängigkeit der Übergangsforderungen von den konkreten Bedingungen der Zeit und des Ortes beachtet, noch die Verurteilung der Bestrebungen, „die grundlegenden revolutionären Aufgaben durch Teilforderungen zu vertuschen oder zu ersetzen".

LITERATUR

Aus dem Lager des Gegners
„Die Gesellschaft" und „Sozialistische Monatshefte" September bis November 1927

II.

In der Frage der ideologischen Vorbereitung des Antisowjetkriegs hält die „Gesellschaft" zweifellos die Spitze – weniger stark ist ihre Position in den anderen Fragen der Außenpolitik. Im Septemberheft gibt Kurt Mendelsohn unter dem Titel: „Der Weg der deutschen Handelspolitik" eine sehr ausführliche und interessante Analyse der Außenhandelsstatistik der europäischen Länder zum Zweck der Begründung freihändlerischer Schlußfolgerungen, insbesondere in bezug auf das Verhältnis der deutschen Handelspolitik zu Frankreich und Polen. Im Oktoberheft gibt anläßlich der aufgeflogenen Genfer Seeabrüstungskonferenz ein Artikel Deckers, „Washington und Genf", eine gute Tatsachenzusammenstellung. Genf sei, wie er richtig gegenüber den pazifistischen Ideologen bemerkt, nicht deshalb gescheitert, „weil die Admirale statt der Diplomaten das Wort führten" – sondern weil „die politischen Voraussetzungen des Erfolgs fehlten". Durch welche politischen Konzessionen, fragt Decker, hätte man England zum Verzicht auf die Seeherrschaft bewegen können? Eine Beschränkung der Rüstungen wäre nur möglich gewesen, wenn eine Verständigung über eine gemeinsame Politik im Stillen Ozean zustandegekommen wäre, die einen Teil der englischen Rüstungen entbehrlich gemacht hätte. Insofern sei die politische Vorbereitung der Konferenz mangelhaft gewesen. Dies wird nun aber nicht auf einen unüberwindbaren Widerspruch in den objektiven Interessen der beiden großen Imperialismen zurückgeführt, sondern auf ein angeblich unsicheren Schwanken der amerikanischen Politik zwischen zwei Richtungen in ihrem Lande: einer in bezug auf China offen imperialistischen, die andererseits gegenüber England zu keinem Entgegenkommen geneigt ist –, und andererseits den Anhängern der „friedlichen Durchdringung Chinas" (welcher Begriff in dem Artikel nicht weiter kritisiert wird), die verständigungsfreundlich sind, aber wieder die englische China-Politik nicht billigen können. Decker spricht von einem Kampf zwischen „imperialistischen und pazifistischen" Tendenzen in Amerika, entstellt also die Grundtatsache, daß es sich nur um Differenzen in bezug auf die Taktik des Imperialismus handelt.

Wenn die unklare Orientierung der „Gesellschaft“ in außenpolitischen Fragen zuguterletzt doch auf einen Pazifismus, an den sie selbst nicht glaubt, hinauskommt, so haben die [791] „Sozialistischen Monatshefte“ wenigstens hier eine Linie. Klarer und vernünftiger, weil frei von allen Illusionen, wird hier die „paneuropäische“ Ideologie als die des französischen Imperialismus vertreten: ein gewisses Maß von revisionistischer Offenherzigkeit macht diese Produkte „sozialistischer“ Außenpolitiker entschieden interessanter (wenn auch zur Irreführung breiter Arbeitermassen weniger geeignet). Im Septemberheft schreibt J. Kaliski über „Die Bedeutung des deutsch-französischen Handelsvertrags“. Die deutsche Regierung wird kritisiert, weil ihr Verständigungswille lange nicht so intensiv gewesen sei wie der der Franzosen – um so bemerkenswerter sei es, daß sich die elementaren wirtschaftlichen Notwendigkeiten doch durchsetzten. Von Deutschland hänge es ab, ob der Vertrag die Einleitung zu einer weitgehenden Wirtschaftsgemeinschaft werde. An die „Landwirtschaft“ (die – genau wie bei den Deutschnationalen – als eine soziale Einheit betrachtet wird) wird appelliert, sie möge die im Interesse der Verständigung nötigen Opfer in punkto Weineinfuhr usw. auf sich nehmen – „der Kern unserer auf Selbstversorgung beruhenden Produktionspolitik“ (also die Getreide- und Fleischzölle) würde dadurch doch nicht angetastet werden. Andererseits müsse „die Landwirtschaft“ einsehen, daß „nur in Zusammenarbeit mit Frankreich koloniale Betätigungsmöglichkeiten für Deutschland geschaffen werden können“: nur ein geeintes Kontinentaleuropa könne sich gegen die großen Imperialismen durchsetzen. Eine wirkliche Wirtschaftsgemeinschaft würde übrigens durch Bildung internationaler Kartelle die gegenseitige Konkurrenz trotz verminderten Zollschutzes ausschalten, wie es in den großen außereuropäischen Imperien schon sich anbahne und auch in Rußland sich entwickeln werde, sobald „die inneren Hemmungen unproduktiver Wirtschaft gefallen seien“. Solange diese bestehen, ist K. übrigens energisch gegen jeden deutschen Wirtschaftsverkehr mit Rußland und begrüßt die fortschreitende Einsicht deutscher Industriellenkreise über die Schädlichkeit solcher Beziehungen. Nach der „Befreiung von jedem unproduktiven Funktionärregime“ werde Rußland „als natürlicher Rohstofflieferant des europäischen Imperiums“ von größter Bedeutung sein. K. bekennt sich also zur Antisowjetpolitik so tut wie die Agenten Chamberlains in der „Gesellschaft“ – nur will er eine aktiv imperialistische Politik (zu deren Konsequenzen in bezug auf Kolonialfragen, Kartelle, Schutzzölle er sich ehrlich bekennt) an Seite Frankreichs und gegen England – und in diesem Sinne begrüßt er den Handelsvertrag.

Diese „paneuropäische“ Politik hat also zwei Fronten, eine gegen die Sowjetunion und die Kolonialvölker, die andere gegen das Übergewicht der „angelsächsischen Imperien“ England und Amerika. Diese imperialistischen Tendenzen erfordern, wie immer, natürlich eine „höhere“ Begründung „im Namen der heiligsten Güter der europäischen Zivilisation“. Was die Frage der Sowjetunion betrifft, so ist die Sache klar – in bezug auf die Kolonialvölker besorgt Schippel in einem Artikel des Oktoberhefts „Neue Wege und Ziehe der Kolonialreform“ die nötige Analogie der bürgerlichen Kolonisation, deren Methoden sich gegenüber früheren, barbarischeren Zeiten radikal geändert hätten – insbesondere durch das Bestehen des Völkerbundes als organisierten Zentrums der Kolonialreformbestrebungen! Der bisherige „unfruchtbare Negativismus“ der deutschen Arbeiterbewegung gegenüber den Kolonialproblemen wird scharf kritisiert – da seien die Engländer doch viel weiter, was sich daraus erklärt, „daß sie durch ihre weltwirtschaftlich großzügigere Umwelt unaufhörlich eines Besseren belehrt wurden“. Und so lobt Schippel in allen Tonarten die Denkschrift von I. H. Thomas, der seligen Macdonald-Regierung Kolonialminister, der vernünftigerweise an bürgerliche Erfahrungen und Vorschläge und die Völkerbundstheorie der „schrittweisen Erziehung der Eingeborenen“ anknüpfe, statt den unverantwortlichen „Sprung zur völligen Eingeborenen-Demokratie“ zu propagieren. Sehnsüchtig fragt Schippel: „Wann werden wir in Deutschland auch soweit kommen?“ Er braucht keine Sorge zu haben: wenn eine neue Herero-Schlächterei aktuell sein wird, wird sie ihre Reichsbannergeneräle und ihre sozialpatriotischen Apologeten bereit finden. In dieser Frage besteht zwischen den „Sozialistischen Monatsheften“ und der offiziellen Sozialdemokratie nur der taktische Unterschied der verschiedengradigen Offenherzigkeit – ernster wird die Sache, sobald der Revisionismus daran geht, auch für die anti-„angelsächsische“ Front seines „Paneuropa“ ideologische Vorarbeit zu schallen. Im Septemberheft spricht Felix Stössinger über „Das wirkliche Amerika und der Fall Sacco-Vanzetti“. Schonungslos wird die Verlogenheit der amerikanischen „Kultur“ kritisiert

– aber nicht mit einer klassenmäßigen Einstellung, sondern mit einer rein nationalistischen: nicht bloß die herrschenden Klassen (natürlich einschließlich der von ihnen korrumpierten Massen der Arbeiteraristokratie und des Kleinbürgertums), sondern das amerikanische Volk als solches ist für St. Träger dieser Unkultur. Das ganze dient der Apologie der französischen Führung in „Paneuropa“: Frankreich wird gelobt, weil seine bürgerlichen Kreise am stärksten in die Protestbewegung gegen die Hinrichtung hineingerissen wurden – die deutsche Presse (einschließlich des „Vorwärts“) kritisiert, weil sie vor den Dollargewaltigen auf dem Bauch kroch. Das Ergebnis ist ein Appell an „Europa“, sich „auf sich selbst zu besinnen“ und Amerika als das zu behandeln, was es sei: als ein reich gewordenes Kolonialland, das niemals für sich die Führung beanspruchen dürfe.

Im Oktoberheft schreibt R. Kleineibst unter dem Titel „Versäumte Stunden“ über die Ergebnisse der Genfer Völkerbundstagung. Er betrachtet sie richtig als Ausdruck des englisch-französischen Gegensatzes und wendet sich gegen die (auch vom „Vorwärts“, der den Imperialismus nicht beim Namen nennen [792] will, angewandte) Terminologie vom „Kampf der kleinen gegen die großen Mächte“. Scharfe Kritik wird an Stresemanns Politik, die in Englands Schlepptau wandle, geübt – ebenso aber bekommt der „Vorwärts“ einige grobe Bemerkungen ab, weil er die deutsche Antipolen-Politik unterstütze und so objektiv den deutschnationalen Kriegshetzern diene. Aber natürlich erfolgt diese Kritik nicht aus grundsätzlicher Ablehnung gegen den Sozialpatriotismus, sondern im Gegenteil mit einer sozialpatriotischen Begründung: K. will nachweisen, daß in „Deutschlands“ Interesse eine Anlehnung an Frankreich statt an England liege und daß es die – leider noch nicht begriffene – Aufgabe der SPD sei, für diese Orientierung der deutschen Außenpolitik einzutreten.

Im Novemberheft setzt Quessel in einem Artikel „Deutschland und der Sechsmächteblock“ die Linie fort. Der Artikel ist ein großer Protest gegen die englische Orientierung der Stresemann-Politik. England habe die Rifkabylen (denen gegenüber sich Quessel durchaus in der Rolle eines „Verteidigers der europäischen Zivilisation“ befindet) gegen Spanien gehetzt, so wie es Frankreich und Deutschland gegeneinander hetzte, um ihren Zwist zur „Umwandlung des Rheins in einen Limes des britischen Weltreichs“ auszunutzen – und jetzt treibe es Italien vor. Wenigstens gibt Quessel von dieser Perspektive aus eine realpolitische Analyse der imperialistischen Gegensätze (etwa so, wie es ein vernünftigerer rechtsstehender französischer Bourgeois-Politiker tun würde) – nur überschätzt er (was bei der allgemeinen Orientierung seiner Politik begreiflich) Mussolinis Selbständigkeit als politischer Faktor gegenüber England, glaubt als guter Paneuropäer, daß er sich doch irgendwie mit Frankreich verständigen werde und seine heutige Politik nur zu dem Zwecke durchführe, um bei der unvermeidlichen Verständigung möglichst gut abschneiden zu können. Natürlich ist von seinem, französischen, Standpunkte aus optimistisch, nimmt an, daß die Anziehungskraft des französischen „Kontinentalblocks“ (zu dem er ohne weitere Untersuchung auch Polen und Rumänien rechnet) auf die kleinen Staaten wachse und appelliert an Deutschland, es nicht dazu kommen zu lassen, daß es mit England (von dem Quessel sehr richtig bemerkt, daß es unter einer Labour-Regierung genau dieselbe Politik machen werde wie unter einer konservativen) gegen die „europäische Einigung“ kämpfe. Mit Frankreich zusammen könne Deutschland Führer des Kontinents sein – mit England werde es nur unter das Rad der Geschichte kommen.

Man soll die Bedeutung aller dieser Theoretiker nicht überschätzen – wichtig sind sie für uns insofern, als sie auf Grund ihrer klaren Orientierung imstande sind, die offizielle Politik der SPD zu kritisieren und zum Beispiel den Schwindel von der pazifistischen Wirkung einer kommenden Labour-Regierung zu entlarven. Realpolitisch gesprochen hat die deutsche Bourgeoisie recht, wenn sie durch Lavieren zwischen den beiden imperialistischen Gruppen den Preis ihrer Hilfe möglichst in die Höhe zu treiben sucht – und realpolitisch erweist auch die offizielle SPD der Bourgeoisie den besseren Dienst, indem sie den wahren Charakter der deutschen und jeder anderen imperialistischen Politik vor den Massen verschweigt. Hätten die „Sozialistischen Monatshefte“ einen breiteren und weniger intellektuellen Leserkreis, so würden sie auch anders schreiben: so kämpfen sie während die offizielle Partei die Politik der Bourgeoisie als ganzes gegenüber den Arbeitermassen verteidigt, innerhalb der Bourgeoisie um die ihnen richtig erscheinende Orientierung der Politik des deutschen Imperialismus. „In der Stunde der Gefahr“ werden sie schon, wie immer die Entscheidung der

Gesamtbourgeoisie gefallen sein mag, zu ihrer „Nation“ stehen. Weil man das von ihnen weiß, dürfen sie so schreiben.

Berlin, 29.11.27, Rudolf Gerber.

Verzeichnis der Autoren

A. 541
Alexander, G. G. L 411
Alexander, K. 597
Alexander, S. 312
Anders, R. 276, 472
Asiaticus 176, 455, 498, 517, 581, 602,

B. 569
Bammel, G. 187
Becker, Karl 369
Böttcher, Paul 492

C., B. 509
–ck. 385

D., F. 317
Dahlem, Franz 141
Deborin 196, 239
Dengel, Philipp 129
Duncker, Hermann 599

Enderle, A. 90, 461
Engels, Friedrich 587
Ew. 97
Ewert, A. 289, 766

Farwig, H. 254
Fried, A. 126, 165, 524. 573
Friedrich, A. 773, 70, 202,
Frölich, Paul 374, 414

G., R. 691
Gerber, Rudolf 400, 680, 757, 790
Georg 185, 726

H., R. 577
Halle, Felix 86
Haus, Rudolf 280, 707
Heinrichs, Fr. 56
Hoernle, Edwin 633, 747

J., M. 182, 381
Jacobs, Hermann 306
Jädicke 114

Köhler, Max 780
Kötter, Willi 114
Kun, Béla 641
Kunik, E. 251
Kurella, A. 447

L., H. 93
L., G. G. 798
Lang, Paul 794, 158, 344
Lenin 661, 663, 667, 671, 672, 765
Lenz, J. 358, 737, 788
Lenzner, N 392
Löwen, H. 222, 540
Lucifer 350, 478
Ludwig, E 784, 80, 73, 434, 466, 504, 530,
Lukácz, Georg 189
Luxemburg, Rosa 147, 485
Lz. 33, 193, 449, 686

M., E. 388
M., H. 545
Marx, Karl 406
Maslowski, Peter 430, 604
Mehring, Franz 678
Meister, Fred 234
Merker, Paul 423, 553, 591
Meyer, Ernst 102, 153, 638

Neubauer, Th. 799, 220

Osten, L. 45, 213, 335

Paul, Lilly 319
Peters 83
Piontkowski 623

R., A. 352
Radò, Lene 320
Rau, Heinrich 527
Reimann, Günther 170, 440, 560, 771
Richter 701
Riese, Max 83
Rodin, P. 95, 286, 543
Ruck, Fritz 297, 716

S. 512, 542
S. E. 729, 761
Sten, Jan 37
Stefan 609
Sternberg, Fr. 124
Swienty, Wilhelm 107

Tang Shin She 261

Ulbricht, W. 720

Varga, E. 363
Vogt, Artur 114

W. 724
Walcher, J. 208, 325
Weber L. F. 83
Winow, L. F. 121
Wittfogel, K. A. 96, 301, 548, 754, 775

Zetkin, Klara 390, 649